



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

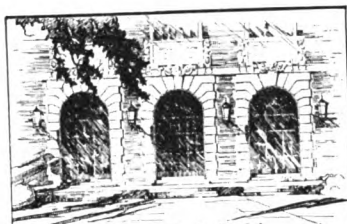


LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF ILLINOIS

325.24305

AU

v.4



LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF ILLINOIS

325.24305

AU

v.4



LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF ILLINOIS

325.24305

AU

v.4

UNIVERSITÄT
STUTTGART

Der Auslanddeutsche

**HALBMONATSSCHRIFT FÜR AUSLAND-
DEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE**



MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS STUTTGART



JAHRGANG IV

1921



STUTTGART

VERLAG DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS • DRUCK VON GREINER & PFEIFFER

Inhaltsübersicht.

Abkürzungen: A = Aufsatz. Az = Anzeig. B = Besprechung. D = Deutschum. Rd = Rundschau. St = Stimmen der Auslandsdeutschen. Kl. N. = Kleine Nachrichten. V = Verschiedenes. Ztg = Aus Zeitungen und Zeitschriften. Ztschr. = Zeitschrift.

Personen erscheinen nicht namentlich im Register, sondern werden nur bei dem betreffenden Land unter Personalien aufgeführt.

Aufsätze und Besprechungen.

Abessinien	380 (B)	Bulletin officiel (Ztschr)	603 (Az), 605 (Az)	Ferienhochschulkurs, Deutscher, in Hermannstadt	601 (Az)
Adreßbuch, Danziger Handels-	474 (Az)	Bundes-Kalender für das Jahr 1921. Valparaiso	379 (B)	Festschrift zu dem 2. deutschen Ferienhochschulkurs. 10.—24. Aug. 1921 in Hermannstadt	601 (Az)
Ahrensberg, Hermann, Die deutsche Kolonie Tovar in Venezuela	282 (B)	Bundeskalender. Volks- und Heimatspiegel für die Deutschen in Böhmen, Mähren, Schlesien und in der Slowakei 1921	571 (B)	Finckh, Ludwig, Bewährung	144 (Az)
Alsacia-Lorena alemana ó francesa?	28 (Az)	Bundestagung des deutschen Volksbundes in Argentinien	545 (A)	" " Bücher	575 (A)
Alte, Der, vom Longido	25 (Az)	Burckhardt, Wilhelm, G., Auswandern! Aber wohin?	189 (B)	" " Den Auswanderern	279 (A)
Althausen, Ernst, Reisebeschreibung aus Wolhynien und Canada	601 (B)	Burg, Paul, Zwei Eisen im Feuer	728 (Az)	" " Der deutsche Bruder	511 (A)
Amateur-Kolonist, Der	221 (B)	Bussy, Theodor, Die Entwicklung der deutschen Presse in Kongreßpolen	289 (A)	Finland im Anfang des XX. Jahrhunderts	220 (B)
Amerika und Deutschland	346 (Az)	Carinthia. I. Mitteilungen des Geschichtsvereins f. Kärnten	30 (Az)	Försters Illustrierter Familien-Kalender für d. Deutschen d. La Plata-Staaten	702 (B)
Arbeit, Die (Ztschr)	372 (Az), 412 (Az), 541 (Ztg)	Charnitz, Richard, Österreich als Völkerstaat	94 (B)	Franzos, Karl Emil, Geschichten aus Halbasien	95 (B)
Arbeiter, Deutsche, auf Kaffeeplantagen in Sao Paulo	197 (A)	Christenverfolgungen im Baltland	28 (Az)	Franzosen, Farbige, am Rhein	282 (B)
Arbeitsgemeinschaft, Eine, im Moor	158 (Ztg)	Church-Year-Book, Lutheran 1921. Philadelphia	378 (B)	Fraser, J. F., Australien: Das Werden eines Volkes	509 (B)
Arning, Wilhelm, Vier Jahre Weltkrieg in Deutsch-Ostafrika	380 (B)	Csaki, Richard, Baron Samuel v. Brukenthal	431 (A)	Frauen, Die deutschen, Mexiko (Ztschr)	96 (Az)
Aufhäuser, D. Dr., Wiederaufbau des katholischen deutschen Missionswerkes	690 (A), 754 (A)	Denkschrift d. wirtschaftl. Körperschaften und Verbände z. Selbständigkeit d. Memelgebiets	664 (Az)	Friedensvertrag, Der (Ztschr)	126 (B)
Aufstand, Der III., in Oberschlesien Mai—Juni 1921	573 (B)	Deschmann, Ida Maria, Sonnegghof	95 (B)	Fritzwillm, Ernst Adolf, Mexiko	380 (B)
Auftreten, Deutsches, im Ausland	182 (Rd)	Detzner, Hermann, Vier Jahre unter Kannibalen in Neu-Guinea	380 (B)	Fugmann, W., Vom Deutschum in Ponta Grossa	292 (A)
Auslandkalender, Hamburgischer 1921/22	635 (B)	Deutsch-Afrikaner, Der (Ztschr)	629 (Az)	Gabrys, J., Vers l'indépendance lituanienne Gaetgens, Eva, Sonnenland. Lichtbilder aus einem alten Hause	318 (B)
Auslandsrecht, Das (Ztschr)	32 (Az), 637 (Ztg)	Deutschen, Die, in Südwest und die Südafrikanische Union	519 (A)	Galle, G., Kurze Geschichte der deutsch-evangel.-luther. Gemeinde Jühly, z. Feier d. 25jährigen Bestehens der Gemeinde, sowie Jahresbericht über d. kirchliche Arbeit d. Jahres 1919 im Pfarrbezirk Jühly	216 (B)
Balkod, Karl, Sowjet-Rußland	346 (Az)	Deutschenverfolgung, Zu der, in d. Tschechoslowakei	576 (A)	Gallin, L., Gerichtswesen und Strafsystem im revolutionären Rußland	508 (B)
Basel, Plan der Stadt	31 (Az)	Deutschlandbuch. Deutsches Land — Deutsche Arbeit — Deutsche Kultur	29 (B)	Gedichte aus Finnland	190 (B)
Bauer, Toimetaud H., Epische und lyrische Dichtungen	473 (B)	Deutschland, Europa und der Weltkrieg	411 (Az)	Geissler, Bruno, Hammer und Amboß	28 (B)
Behr, Nikolaus, Deutsche Schulen in Brasilien	66 (A)	Deutschland und Armenien 1914—1918	188 (B)	Geist, Georg, Die Kriegsschädengesetze 36 (A), 455 (A)	455 (A)
Belgien, Königreich	31 (B)	Deutschland, Südtirol und Italien	216 (Az)	Gelsborn, Lic. K., Mit den deutschen Truppen in der Ukraine	126 (B)
Benztgers Marienkalender 1921. Straßburg Bericht über die Tätigkeit des Evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung in den Jahren 1918—1919	447 (B)	Deutschum, Das, in der Slowakei	430 (A)	Gemeindeblattkalender auf das Jahr 1921. Milwaukee	379 (B)
Bertram, Ernst, Straßburg	507 (B)	Deutschum, Praktisches	353 (A)	Geschichtsblätter, Deutsch-amerikanische	475 (Az)
Bilder, Deutsche	601 (B)	Deutschum, Vom, in Estland	277 (Rd)	Gieße, E., Die Hilfstätigkeit der Deutschen Ausländer für Kriegs- und Zivilgefangene in Rußland und Sibirien	265 (A)
Binder, H., Was wir als Kriegsberichterstat-ter nicht sagen durften	510 (B)	Deutschum, Vom, in Mähren	290 (A)	Goebel, Otto, Entwicklung der russischen Industriebetriebe bis zur ersten Revolution (1905)	315 (B)
Blitz, R., Deutschböhmen! I.	198 (A)	Dichtungen, Epische und lyrische	473 (B)	Gooch, G. P., Nationalism	636 (Az)
Bland, J. G. P., Men, Manners and Morals in South America	95 (B)	Dickinson, G. Lowes, Causes of international war	636 (B)	Graf, Fritz, Literatur zur deutsch-dänischen Frage	763 (B)
Bodisco, Theophile von, Im Hause des alten Freiherrn	318 (B)	Diehl, F., Marienwerder	346 (Az)	Graf, Georg Engelbert, Europa und der nächste Krieg	473 (B)
Böhmertland — Jahrbuch für Volk und Heimat 1921	571 (B)	Diels, Paul, Die Slawen	89 (B)	Grappin, Henri, Le plébiscite de la Haute-Silésie	349 (B)
Boetticher, Hermann von, Erlebnisse aus Freiheit und Gefangenschaft	189 (B)	Dietzel, K. H., Zur Fünfzigjahrfeier der Be-rettung Südamerikas durch Reiß u. Stübel	516 (A)	Grisebach, M., Die gegenwärtige Lage der Deutschen in Espirito Santo	388 (A)
Bonhard, Otto, Geschichte des Alldeutschen Verbandes	635 (B)	Dobritz, Ernst, Im Auslandsschuldienst	475 (Az)	" " Einzel-od. Genossenschafts-siedelung	214 (Az)
Bonn, M. S., Was will Wilson?	253 (B)	Dopsch, A., Dr., Österreichs geschichtliche Sendung	94 (B)	Groos, W., Familiengeschichte u. Auslands-deutschum	13 (A)
Bote, Burzenländer (Ztg)	697 (Az), 730 (Az)	Dove, Karl, Allgemeine politische Geographie	380 (B)	" " Die Donaustadt u. d. Deutschum im Südosten	262 (A)
Bote, Warnsdorfer, Deutscher Kalender für Heimat und Volk 1921	572 (B)	Dwinger, Edwin Erich, Das große Grab	220 (B)	" " Kaukasusschwaben	515 (A)
Brachvogel, Heinz Udo, Die Silberrepublik Braunlich, P., Rumänische Stimmungsbilder	381 (B)	Dreißler, Paul, Zur Frage der Auswanderung nach Nordamerika	27 (A)	Grund- und Mittelschulen Lettlands, Pro-grammentwurf für die deutschen	447 (B)
Brandsch, Heinz, Der siebenbürgisch-sächs. Jugendbund	357 (A)	Eichler, Adolf, Die traurige Wirklichkeit	481 (A)	Guia General del Paraguay, Annuario	30 (Az)
Brandsch, Rudolf, Zur Erinnerung an die Goldene Hochzeit unserer Eltern z. Be-kokten, am 18. Mai 1920	601 (B)	Einrichtung, Die, und Verwaltung kleiner Gemeindebüchereien	346 (B)	Gustav-Adolf-Vereins, Von der Wernigeröder Hauptversammlung des	216 (B)
Brentano, Lujo, Die französische Kolonial-politik ein Hemmnis des Völkerbundes	253 (B)	Einwanderer, Was muß der deutsche, von Mexiko wissen?	61 (B)	Haas, Albert, Die geistigen Auslandswerte Deutschlands	195 (A)
Brief, Argentinischer	185 (Rd)	Einwanderer, Wegweiser für	217 (B)	Haas, Gustav, Prags deutsche Seele	263 (A)
Brief, Römischer	123 (Rd)	Entschädigungsgesetze, Die	601 (Az)	Haas, Wilhelm, Die Gewerbeförderung u. das gewerbliche Bildungswesen in Österreich	94 (B)
Brief, Rumänischer	184 (Rd)	Entstehung, Die, und Rechtsstellung der deutschen Universität in Prag	507 (B)	Haberlandt, M., Die nationale Kultur der österreichischen Volksstämme	94 (B)
Bronner, Elisabeth, Die Sendung der Rohr-mosers	318 (B)	Erasmus, Georg, Die deutsch-evangelische Gemeinde Atinaea in Rumänien	282 (B)	Hagelberg, Carl, Anleitung zum Plantagen-bau im mexikanischen Tieflande	189 (B)
Brola, Arturo, La conferencia de Londres. Reconstrucción o Caos?	411 (Az)	Erie Tageblatt-Kalender 1921	378 (B)	Hamburger, Ernst, Die Pariser Forderungen	346 (B)
Brukenthal-Festheit der Ztschr. Ostland	670 (Az)	Erläuterungen zu 938 ausgewählten Licht-bildern zur Länderkunde	473 (B)	Hamann, Otto, Der neue Kurs	635 (B)
Brunau, Max, Die evangelische Kirche in Oberschlesien und die Schreckenstage in Anhalt	215 (B)	Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg 40 (A), 74 (A), 106 (A), 138 (A), 169 (A), 200 (A), 235 (A), 267 (A), 296 (A), 328 (A), 358 (A), 392 (A), 489 (A), 522 (A), 553 (A), 586 (A), 611 (A), 710 (A)		Hampe, Karl, Der Zug nach dem Osten	346 (B)
Bube, Wilhelm, Die ländliche Volksbücherei	664 (B)	Eröffnung, Die, unserer Auswanderungs-Aus-stellung	640 (A)	Handbooks, The Swarthmore International Handbuch für den Verkehr mit der Tschecho-slowakei	282 (B)
Buchholz, Walter, Franz Wilhelm Metz, Fatenkind des 1. Landsturm-Infanterie-Bataillons Metz XVI, 1, Adoptivsohn der Stadt Metz	190 (B)	Eupen, Malmédy, Monschau	254 (B)	Handelskammer Breslau	473 (B)
Bücherei, Österreichische	94 (B)	Fährnrich, Paul, Kolonna	441 (Az)		
Bücherwürmchen (Ztschr)	255 (Az)	Familienfreund, Der. Kath. Hauskalender und Wegweiser 1921. Porto Alegre	379 (B)		
Bühler, Fritz, Dona Francisca	126 (B)	Feind, Und was der, uns angetan	474 (B)		
Bürger, Otto, Chile als Land der Verheißung und Erfüllung für deutsche Auswanderer	382 (B)				

Handwerks, Zur Geschichte des deutschen, in Klagenfurt	30 (Az)	Kende, Oskar, Das Burgenland	452 (A)	Menschheitswerte und Völkerbund	235 (B)
Hansen, Ferdinand, The unrepentant North-cliffe	601 (B)	Keynes, J. M., Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages	253 (B)	Merzhacher, Luis, La Guerra de exterminio y hambre	29 (Az)
Hartmann, Peter, Französische Kulturarbeit am Rhein	254 (B)	Keyser, Erich, Die Bedeutung der Deutschen und Slawen für Westpreußen	317 (B)	Müller, Felix, Adam Müller-Guttenbrunn Millenkovich, Max von, Österreichische Tonkunst	94 (B)
Hausfreund, Der. Illustr. Familien-Kalender 1921. Winona, U. S. A.	702 (B)	Keyserling, Graf Hermann, Deutschlands wahre politische Mission	636 (B)	Milne, A., The flight of the „Goeben“ and the „Breslau“	247 (Az)
Hausfreund, Der. Illustr. Washington-Staatszeitung-Kalender 1921	378 (B)	Kleibömer, Georg, Das Konstantinopel von heute, seine Zukunft und seine Beziehungen zum Abendlande	507 (B)	Minden, Heinrich, Freie Bahn dem deutschen Buche!	74 (A)
Hausfreund, Der schwäbische	316 (B)	Klein, P. Damianus, Die Franziskaner in Nordbrasilien und ihre Ordensprovinz vom heiligen Antonius in Vergangenheit und Gegenwart	254 (B)	Mirau, Leo, Argentinien von heute, Schilderung von Land und Leute	61 (B)
Hausfreund. Evang.-luther. Volkskalender 1921. Lodz	701 (B)	Knoll, Alexander, Auswandererfürsorge als Aufgabe des Staates	321 (A)	Missionar, Der, als Forscher	417 (B)
Hefte, Deutsch-politische, aus Groß-Rumänien	606 (Az)	Knoll, Alexander, Internationaler Auswandererschutz	671 (A)	Mitteilungen, Wissenschaftliche, der Deutschen in Großrumänien (Ztschr)	127 (Az)
Heimat, Aus Eichendorffs	188 (B)	Kobatsch, Rudolf, Die österreichische Volkswirtschaft	94 (B)	Möller, Klara, Pastor Dr. Friedr. Harms und die deutsche Seemannsmission im Auslande	254 (A)
Helfferich, E., Die Wirtschaft Niederländens im Weltkriege und heute	347 (Az)	König, Otto, Die Deutschen Palästinas in englischer Gefangenschaft	29 (Az)	Möller, Senator, Völkische Autonomie	449 (A)
Hellas (Ztschr)	384 (Az)	König Wilhelm II. von Württemberg zum Gedächtnis	607 (A)	„ „ Ausstellung im rumänischen Banat	577 (A)
Helmolt, Hans F., Ein Jahrhundert Weltgeschichte 1894—1919	220 (Az)	Köster, Adolf, Der Kampf um Schleswig	763 (B)	Mohr, F. W., Gedanken zur neudeutschen Chinapolitik	319 (B)
Hewig, Franz, Das Begräbnis des Hasses	664 (Az)	Kötschke, Hermann, Die deutsche Polenfreundschaft	347 (B)	„ „ Japanische Unterrichtsstunden	319 (B)
Heuß, Theodor, Auslandsdeutschum und Qualitätsarbeit	479 (A)	Koßmann, Oskar, Ungerechtigkeit ohne Ende	250 (V)	Montgelaß, Graf Max, Zur Schuldfrage	283 (B)
Hirschfeld, Günther von, Das Problem der deutschen Handels- und Wirtschaftsinteressen in Südamerika	381 (B)	Krafft, W., Mitteilungen für Theater, Musik und Literatur (Ztschr)	604 (Az)	Morel, E. D., Der Schrecken am Rhein	29 (Az)
Holderstrauch, Am (Ztschr)	320 (B)	Krause, Dr. Otto A., Argentinien's Wirtschaft während des Weltkrieges, ihre Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft und Auswanderung	62 (B)	Müller-Guttenbrunn, Adam, Österreichs Literatur und Theaterleben	94 (B)
Holland	447 (B)	Krauß, Maximilian, Die zukünftigen Aufgaben der deutschen Verkehrswerbung im In- und Auslande	602 (B)	Müller, Heinrich, Das Adam-Müller-Guttenbrunn-Fest in Guttenbrunn	386 (A)
Hubatus (-Kottnow), Ingeborg, Von alter deutscher Treue	473 (Az)	Kreuzkalanter für das christl. Volk	701 (B)	„ „ Muttersprache und Volksabstimmung im Banat	432 (A)
Jäger, Walter, Verwehtes Deutschum. Vom Deutschum in Litauen	166 (A)	Kriegsgefangene, Deutsche, in Feindesland	154 (B)	Müller, Karl Hermann, Die wirtschaftliche Bedeutung der Bagdadbahn	509 (B)
Jagow, G. von, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges	510 (B)	Kubitschek, Rudolf, und Schmidt, Valentin, Wallen und die Waller	380 (B)	Münz, Sigmund, An den Präsidenten Th. G. Masaryk	126 (B)
Jahrbuch, Deutsch-Nordisches	348 (B)	Küas, Richard, Ums Deutschum	511 (B)	Munk, Frau Professor, Professor Adolf Pohlmann-Hohenaspe zum Gedächtnis	704 (A)
Jahrbuch, Kärntner	572 (B)	Küchler, Walter, Romain Rolland, Henri Barbusse, Fritz v. Unruh	262 (A)	Mutterland (Ztschr)	733 (Az)
Jahrbuch, Kirchliches, für die evang. Landeskirchen Deutschlands 1921	603 (Az)	Kügelgen, C. von, Fünfzigjähriges Dienstjubiläum des Bischofs der evang.-luther. Kirchen Rußlands, Konrad Freilefeldt, in Petersburg	217 (B)	Nachrichten, Dorpater (Ztg) 53 (Az), 181 (Az), Nachrichten, Hermannstädter (Ztg)	657 (Az)
Jahrbuch, Schleswig-Holsteinisches 1920	702 (B)	Künstler-Kalender, Hermannstadt	217 (B)	Natur- und Kulturbilder aus den Kaukasusländern und Hocharmenien	188 (B)
Jahrbuch, Statistisches, für das Deutsche Reich	475 (B)	Kulturbund-Kalender, Veliki Beskerek	701 (B)	Nawratzki, Kurt, Dr., Das neue jüdische Palästina	509 (B)
Jahrbuch, Statistisches, für den Freistaat Preußen	666 (Az)	Kulturtagen, Polnische, in Oberschlesien	474 (Az)	Nelke, Wilhelm, Das Deutschum in Uruguay	729 (Az)
Jachak, Aug., Der Wörthersee	30 (Az)	Kurpiun, Robert, Die Schwarzweilen	729 (B)	Nemény, Wilhelm, 133 Tage Bolschewistenherrschaft	509 (Az)
Jenny, E., Wie Rußland bolschewistisch wurde	318 (B)	Kutzke, Georg, Voraussetzungen zur künstlerischen Weltmission	221 (A)	Neuburger, Max, Medizin	94 (B)
Industria del Arte en Alemania (Ztschr)	603 (Az)	Kügelgen, C. von, Estland	44 (Rd)	Neuhaus, Joh., Die Frage von Nordschleswig im Lichte d. neuesten vorgeschichtl. Untersuchungen	763 (B)
Influenzia, La, de la prensa	602 (Az)	Kyser, Hans, Selbstblockade des deutschen Geistes	117 (Ztg)	Neuwirth, Jos., Die bildende Kunst in Österreich	94 (B)
Jöhlinger, Otto, Der britische Wirtschaftskrieg und seine Methoden	510 (B)	Lage, Die, der Reichsdeutschen in der Tschechoslowakei	35 (A)	Nötzl, Karl, Der russische und der deutsche Geist	220 (B)
Italien	31 (B)	Lahm, Karl, Franzosen	253 (Az)	Nord, A., Die Handelsverträge Chinas	509 (B)
Kaisenberg, Ministerialrat, Die Flaggen des Deutschen Reiches	326 (A)	Laubert, Manfred, Deutsche und Polen im Wandel der Geschichte	216 (B)	Nord, Die, der wissenschaftlichen Forschung in Deutschland	412 (Az)
Kalender, Amerikan., für deutsche Lutheraner auf das Jahr 1921	378 (B)	Lehmann, Emil, Landskroner Heimatbuch	347 (B)	Noves, Pierrepont B., Gerechtigkeit gegenüber Deutschland und Frankreich	283 (B)
Kalender, Baltischer 1921	315 (B)	Lehmann, Emil, und F. J. Jandl, Vom Kronwald und vom Krottenpühl	347 (B)	Oberschlesien, Ein Engländer über	573 (B)
Kalender, Bistritzer, für das Jahr 1921	316 (B)	Leist, Artur, Vom Deutschum im Kaukasus	194 (A)	Oberschlesien, Ein Land deutscher Kultur	154 (B)
Kalender der Action Française für Elsaß und Lothringen	540 (B)	Leonhardt, P. Karl, Die deutschen Kolonien im Süden von Chile	254 (B)	Oberschlesien, Unser	283 (Az)
Kalender der Deutschen Großrumäniens 1921	316 (B)	Lessing, Walter, Deutschland und Ost-Europa	283 (B)	Obst, Erich, Die Vernichtung des deutschen Kolonialreichs in Afrika	665 (Az)
Kalender, Der lutherische, auf das Jahr unseres Heilandes 1921	378 (B)	Liederbuch des Kulturverbandes	283 (B)	Österreich, Republik, Übersichtskarte der Österreich, Trautott Konstantin, Vom Machideal zum Kulturideal. Worte deutscher Selbstbesinnung	636 (B)
Kalender der Presbyterianischen Gemeinden des Ostens 1921	379 (B)	Lienhard, Friedrich, Westmark	507 (B)	Olpp, Professor, Der Stand der deutschen ärztlichen Mission im Ausland	578 (A)
Kalender der reformierten Kirche in den Vereinigten Staaten 1921	379 (B)	Literatur, Südamerikanische	381 (B)	Ortschafts-Verzeichnis mit Angabe der zugehörigen Gemeinden, Kreise u. Eisenbahnstationen d. Provinz Oberschlesien u. d. Kreises Namslau	729 (B)
Kalender, Deutscher, für die Bukowina	701 (B)	Litten, Wilh., Persien von der pénétration pacifique zum Protektorat	508 (B)	Osborne, Sidney, The Upper Silesian Question and Germany's coal problem	347 (P)
Kalender, Deutscher, für Paraguay	702 (B)	Litten, Wilhelm, Wer hat die persische Neutralität verletzt?	508 (B)	Ost, Gotthard, Der unpolitische Deutsche	412 (Az)
Kalender, Evangelischer, auf das Jahr unseres Herrn 1921	379 (B)	Lohr, Otto, Sieben Schwaben in Amerika	126 (Ztg)	Ostland, Ztschr (Sonder-Nr)	670 (Az)
Kalender, Evangelisch-Lutherischer	378 (B)	Louis, P. J., Der Beruf zur Mission	319 (B)	„ Osteuropa und Wir“	508 (B)
Kalender für das Egerland 1921	571 (B)	Lücke, Maximilian, Herr Lock-Sholmes, der Amateur-Detektiv	382 (B)	Ottmann, Victor, Mexikaner	61 (B)
Kalender für die Deutschen in Brasilien 1921	380 (B)	Mach, Edmund v., Eine politische Organisation von Amerikanern deutschen Stammes?	181 (A)	Oyhannarte, Horacio B., Argentinien's Neutralität	510 (Az)
Kalender, Grazer Südmärk-	572 (B)	Mannhart, H., s. Bücher- u. Zeitschriften-schau im Sachregister	31 (Az)	Papen, F. von, Die französische Fremdenlegation, eine Warnung für Deutschlands Söhne	283 (B)
Kalender, Landwirtschaftlicher, für Polen	701 (B)	Marienburger-Hft. Sonderheft der Ostdeutschen Monatshefte	381 (B)	Paquet, Alfons, Im kommunistischen Rußland	95 (B)
Kalender, Milwaukee Amerika	378 (B)	Martina, M., Estland, die Esten und die estnische Frage	125 (B)	Pauls, Volqu., Literaturberichte über die Neuerscheinungen d. J. 1919—1920	763 (B)
Kalender, Neuer Elsässischer, für das katholische Volk	539 (B)	Martyrium, Das, der Deutschen in Oberschlesien	573 (B)	Peschke, Rudolf, Die Lage der deutschen Kolonisten in Rußland	543 (A)
Kalender, Reichenberger	666 (Az)	Masurenko, Wassyl, Die wirtschaftliche Selbständigkeit der Ukraine in Zahlen	347 (Az)	„ „ Deutschland's Hilfe für die hungernden Kolonisten	675 (A)
Kalender, Revalscher, 1919. 1921	315 (B)	Maxis, Emil, Tiefengold	154 (B)	Peterschetsky, D., Die Hungersnot in Sowietrußland	665 (Az)
Kalender, Saarbrücker Bergmanns-	348 (B)	Maydell, W. von, Ein deutscher Kulturkampf	126 (B)	Petraccone, Giuseppe, Lo studio del tedesco in Italia durante la guerra	29 (B)
Kalender, St. Maria- und St. Josef. Klagenfurt	572 (B)	Mayerhofer, Josef, ihre Existenz in Südamerika?	189 (B)	Petrovitch, Wladislaw M., Serbische Konversations-Granmatik	347 (B)
Kalender, Süd-estländischer 1921	315 (B)	Meinhart, Roderich, Nach der Heimat nicht ich wieder!	507 (B)		

Wutte, Martin, Kärnten nach der Volksabstimmung	103 (A)	Zeitschrift, Prager Juristische	320 (Az)	Zeller, T., Der Kampf zwischen Rohr- und Rübenzucker	510 (Az)
Wydeck, Georg, Dr. Karl Johannes Hexamer †	677 (A)	Zeitung, Deutsche, für Paraguay	637 (Az)	Zimka, Kornel, Die Wahrheit über den Tschechenstaat	567 (B)
Yearbook, The. of the universities of the Empire. London	363 (B)	Zeitung, Deutsche La Plata	467 (Az)	Zobeltitz, Feodor von, Ein Dichter des Deutschums in Böhmen	137 (A)
Zarth, Karl, Quer durch Sibirien und Asien	30 (Az)	Zeitung, Kopenhagener	595 (Az)	Zukunft, Die wirtschaftliche, des Ostens	383 (B)
		Zeitung, Kronstädter	441 (Az)		
		Zeitung, Leipziger Illustrierte	255 (Ztg), 351 (Az)		
		Zeitung, Neue deutsche	697 (Az)		
		Zeitung, Pester	127 (Az)		
		Zeitung, Rottenburger und Neckarbote	384 (Az)		

Außerdem erschien zu Neujahr 1922 ein Sonderheft mit nachfolgenden Beiträgen:

Abel, Hans Karl, Der Deutsche bei der Arbeit	1 (A)	Fink, C. Der deutsche Redakteur im Ausland	9 (A)	Borchardt, Alfred, Der deutsche Landwirt im Ausland	16 (A)
Hintze, von, Staatssekretär, Der deutsche Diplomat im Ausland	3 (A)	Knoll, Alexander, Der deutsche Arbeiter im Ausland	11 (A)	Schöffner, Karl, Der deutsche Maler im Ausland	17 (A)
Ziehen, Julius, Der deutsche Gelehrte im Ausland	4 (A)	Busch, J. P. zum, Der deutsche Arzt im Ausland	13 (A)	König, P., Der deutsche Seemann im Ausland	18 (A)
Aufhäuser, D. Dr., Der deutsche katholische Missionar im Ausland	5 (A)	Matschoß, C., Der deutsche Ingenieur im Ausland	14 (A)	Grisebach, M., Auswandererberatung und Auswanderungs-Ausstellung	19 (A)
Witte, J., Der deutsch-evangelische Missionar im Ausland	6 (A)	Maier, Gustav, Der deutsche Kaufmann im Ausland	14 (A)	Schottlaender, Felix, Aus der Arbeit des Deutschen Ausland-Instituts	23 (A)
Gaster, B., Der deutsche Lehrer im Ausland	8 (A)				

Länder- und Sachregister*).

Abessinien*		<i>D</i> Schule	635	Auslandkunde*	
Landeskunde	380 (B)	<i>D</i> Seemannsmission	110, 354 (A)	vgl. Deutschland, Auslandkunde	
Ägypten		<i>D</i> Sport	25 (V), 310, 595	Allgemeines 284 (B), 380 (B), 411 (Az), 417, 635, 636	
<i>D</i> Auslandsvertretung	629	<i>D</i> Sprache	25 (V)	Weltkrieg 1914—1918	636 (B)
<i>D</i> Besitz u. Unternehmen	309			Zeitschriften 32 (Ztschr), 384 (Ztschr), 510, 606 (Az), 637 (Az)	
<i>D</i> Personalien	529 (Kl.N.)	Auslanddeutsche im Deutschen Reich			
<i>D</i> Schule	693	vgl. Deutschland, Ausländer, Ausländ. Kunst, Ausland. Presse, Ausländ. Studierende i. D.		Australien*	
Afrika*		Allgemeines	212, 441, 570, 659	Deutschenhetze	16 (Rd)
Kolonien	665	Bund der Auslandsdeutschen s. Bund d. Auslandsdeutschen		Liebestätigkeit für Deutschland	301 (Rd)
Landeskunde	380 (B)	Entschädigung 22, 36 (A), 56, 59, 61 (St), 87 (St), 119, 126 (Ztschr), 250 (V), 275, 352 (B), 445 (St), 455 (A), 505 (St), 569, 596, 601, 633, 699, 700		<i>D</i> Buchwesen	274
Argentinien*		Flaggenfrage 241 (Rd), 270 (Rd), 400 (Rd), 468, 526 (Rd), 559 (Rd), 590 (Rd), 623 (Rd), 632, 688		<i>D</i> Fremdenpolizei	47 (Rd)
Allgemeines	48 (Rd)	Fürsorgewesen	275, 310, 699	<i>D</i> Kirche und Mission	562
Auslandsvertretg. in Deutschland	152	Personalien 25 (V), 101 (A), 142 (Kl.N.), 271 (Rd), 302 (Kl.N.), 310, 335 (Kl.N.), 462 (Kl.N.), 500 (Kl.N.), 529 (Kl.N.), 625 (Kl.N.), 690 (Kl.N.), 715 (Kl.N.)		<i>D</i> Personalien	16 (Rd)
Außenpolitik	48 (Rd)	Petitionen an d. Reichstag	248	<i>D</i> Schule	20
Auswanderung	152	Schulwesen	82, 249	Auswanderung	
Beziehungen zu Deutschland	761	Siedlungen	158 (Ztg), 468, 698	Allgemeines 61 (B), 186, 189 (B), 214, 279, 313, 345, 376, 507 (Az), 569, 635 (B), 657, 725	
Landeskunde	61 (B), 381 (B)	Staatsangehörigkeit	249	von Akademikern	153, 215, 506
Liebestätigkeit für Deutschland	560 (Kl.N.), 109 (Kl.N.), 560 (Kl.N.)	Steuerfragen	58, 250 (V), 534	von Arbeitern	408
Stellung zum Wirtsvolk	150, 689 (Rd)	Studentenaustausch	25, 506, 589 (Rd)	von Kaufleuten	381 (B)
Wirtschaftliches	62 (B)	Studierende in Deutschland 2 (A), 25, 56, 82, 99 (A), 145, 340, 506, 533, 589 (Rd), 761		von weiblichen Arbeitskräften	151
<i>D</i> Allgemeines	29 (Az), 702 (B)	Vereine 99 (A), 119, 248, 249, 310, 340, 405, 407, 501, 505, 533, 534, 596, 598, 634, 657, 669, 697, 698, 700, 720, 723, 760, 762		Auswandererfürsorge 26, 312, 322 (A), 324 (A), 487 (A), 671, 727	
<i>D</i> Außenhandel	122	Volksspende	310	Auswandererschütz, Internationaler	671 (A), 725
<i>D</i> Einwanderung 61 (B), 153, 214, 313, 381 (B), 382 (B), 409, 445 (A), 570, 599		Wahlrecht	287	Auswanderungs-Ausstellung 279, 637 (Ztschr), 639 (A)	
<i>D</i> Buchwesen	247	Auslanddeutschtum		Beratung, Hygienische	110
<i>D</i> Kirche u. Mission	561	Allgemeines 278, 351 (Ztg), 511 (A), 669 (Ztg), 733 (Ztg)		Gefährdung der Auswanderer 150, 151, 187, 197, 251, 345, 535, 661, 726	
<i>D</i> Kunst	116, 180, 567, 629, 657, 719, 759	Auslandbeamte	120, 275, 375	Organisationsfragen 129 (A), 161 (A), 225 (A), 251, 321 (A), 437 (A)	
<i>D</i> Personalien 21, 48 (Kl.N.), 180, 272, 335 (Kl.N.), 401 (Kl.N.), 403, 500 (Kl.N.), 625 (Kl.N.), 657, 719		Auslandsvertretung	23, 504	Reichswanderungsamt 129 (A), 161, 225, 312, 446	
<i>D</i> Presse	356 (A), 467, 605 (Az), 697	Beziehungen zur Heimat 110 (Kl.N.), 142 (Kl.N.), 183 (V), 207 (Rd), 251		Siedlungspolitik	214, 727
<i>D</i> Schule	564, 626	Dichter-Bücherspende	84	Unterstützung, Fremdstaatliche, der dt. Einwanderung 280, 281, 312, 315, 377, 446, 507, 599	
<i>D</i> Siedlungen	212, 217 (B), 281, 409, 509 (B)	Erlebnisse im Weltkrieg 40 (A), 74 (A), 106 (A), 138 (A), 169 (A), 200 (A), 235 (A), 266 (A), 296 (A), 328 (A), 358 (A), 392 (A), 489 (A), 522 (A), 553 (A), 586 (A), 611 (A), 710 (A)		Vereinigungen 110, 214, 231 (A), 310, 534, 661, 727	
<i>D</i> Vereine 22, 53, 115, 241 (Kl.N.), 306, 402, 465, 545 (A), 567, 594, 627, 628, 655, 656		Familienforschung	13 (A), 62	Balkan*	
<i>D</i> Verschiedenes	241 (Rd)	Hilfsstätigkeit für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Rußland und Sibirien	33 (A), 265 (A), 730 (B)	Balkikum*	
<i>D</i> Wirtschaftliches	185, 340	Kirche und Mission	690 (Rd), 669 (Ztg)	vgl. Estland — Lettland	
<i>D</i> Wissenschaft 80 (Rd), 180, 307, 629, 637 (Ztg), 719		Kulturpropaganda 181 (St), 182, 195 (A), 353 (A)		Hilfsstätigkeit f. deutsche Kriegs- und Zivilgefangene in Rußland u. Sibirien	265 (A), 730 (Az)
Asien*		Personalien 16 (Kl.N.), 142 (Kl.N.), 208 (Kl.N.), 242 (Kl.N.), 271 (Kl.N.), 310 (V), 499 (Kl.N.), 625 (Kl.N.)		Wirtschaftliches	15 (Rd)
Armenien		Schulwesen 86, 391 (A), 504, 602 (B), 635 (B)		<i>D</i> Kirche	28 (Az), 318 (B)
Krieg 1914—1918	188 (B)	Staatsangehörigkeit	441	<i>D</i> Personalien	16 (Kl.N.)
Landeskunde	188 (B)	Stiftungen für die Heimat 16 (Kl.N.), 49 (Kl.N.), 81 (Kl.N.), 109 (Kl.N.), 175 (Kl.N.), 208 (Kl.N.), 242 (Rd), 271 (Rd), 272 (Kl.N.), 301 (Rd), 334 (Rd), 368 (Kl.N.), 560 (Kl.N.), 655 (Kl.N.), 715 (Kl.N.)		<i>D</i> Siedlungen	158 (Ztschr)
<i>D</i> Mission	368	Vereinigungen 54, 182, 217 (Az), 241 (Kl.N.), 251, 310, 501, 505, 598, 669 (Ztg), 700, 723		<i>D</i> Volkskunde	189 (B)
Aserbeidjan		Volkskunde	283 (B)	Banat	
<i>D</i> Außenhandel	762	Weltbund des Deutschums 188 (B), 217 (Az)		s. Rumänien, Südslawien, Ungarn	
Ausland				Belgien*	
Auswandererschütz, Internationaler	671 (A), 725			<i>D</i> Allgemeines	108, 491 (Rd), 688 (Rd)
Propaganda, Französische, im Ausland	124			<i>D</i> Besitz u. Unternehmen 45 (Rd), 78 (Rd), 181, 633	
Stellung zur deutschen Wissenschaft	123, 376, 403			<i>D</i> Kunst	245, 567
Studierende im Ausland	762			<i>D</i> Personalien	16 (Kl.N.)
Verein der Auslandschweizer	763			<i>D</i> Siedlungen	158 (Ztschr)
Vereinigungen	188 (B), 501			<i>D</i> Volkskunde	189 (B)
<i>D</i> Besitz u. Unternehmen	60			Benat	
<i>D</i> Buch, Deutsches, im Ausland 24, 74 (A), 84, 116, 143, 157 (Ztg), 247, 274, 307, 375 (A), 598, 629, 715					
<i>D</i> Kirche und Mission 49, 110, 216 (B), 283 (B), 368, 447 (Az), 561, 600, 754				Belgien, Ehem. deutsche Gebiete	
<i>D</i> Kriegsgefangene	254 (B), 699			Deutschenhetze	491 (Rd), 763
<i>D</i> Kunst	53, 221, 603 (Ztschr), 629			<i>D</i> Allgemeines	754 (Rd)
<i>D</i> Mission, Ärztliche	578 (A), 756 (Rd)				

* Karten sämtlich unter: Kartenbesprechungen.

Bessarabien s. Rumänien

Brasilien*

Allgemeines	95 (B), 702 (B)
Einwanderung	509 (B)
Kulturpropaganda, Französische	181
Landeskunde	95 (B), 381 (B)
Liebestätigkeit für Deutschland	24, 81 (Kl.N.), 302 (Rd), 560 (Kl.N.)
D Allgemeines	149, 151, 279, 714
D Auslandsvertretung	244, 758
D Außenhandel	122
D Buchwesen	24
D Einwanderung	95 (B), 152, 187, 197 (A), 252, 281, 312, 345, 377, 408, 446, 506, 509 (B), 535, 662, 705
D Kirche u. Mission	50, 216 (B), 254 (B), 369, 379 (B), 562, 692
D Kunst	403, 719
D Personalien	48 (Kl.N.), 271 (Kl.N.), 301 (Kl.N.), 302 (Kl.N.), 510 (B), 595, 657, 689 (Rd), 704
D Presse	356 (A), 533
D Reichsfarben	590 (Rd)
D Schule	20, 66 (A), 80, 211, 304, 370, 400 (Rd), 718
D Siedlungen	126 (B), 215, 252, 280, 292 (A), 388 (A)
D Statistik	714 (Rd)
D Stellung zum Wirtsvolk	709 (A), 714 (Rd)
D Vereine	53, 115, 511, 531, 595, 656, 696
D Volkskunde	379 (B), 381 (B)
D Wirtschaftliches	709 (A)
D Wissenschaft	211, 272 (Kl.N.)

Britisch Indien*

D Besitz u. Unternehmen	633
D Fremdenpolizei	722
D Kirche u. Mission	176, 509 (B), 756 (Rd)
D Wissenschaft	180, 467

Bücher-, Zeitschriften- und Kartenschau

Von H. Mannhart und E. Wunderlich	28, 61, 89, 125, 153, 188, 215, 253, 281, 315, 346, 377, 410, 447, 472, 507, 535, 571, 600, 635, 663, 701, 728, 763
-----------------------------------	---

Bulgarien

D Auslandsvertretung	211
----------------------	-----

Bund der Auslandsdeutschen

Allgemeines	53 (Ztg), 144, 483, 596, 631, 641
Entschädigung	53, 57 (Ztg), 85, 248, 309, 441, 468, 596, 631, 567 (Ztg)
Kongresse	54
Personalien	631, 690 (Kl.N.)
Petitionen	248
Preisausschreiben	344
Landesverbände	
Danzig	22, 85, 144, 373
Elsaß-Lothringen	596
Königsberg	568
Nordwestdeutschland	54, 344, 352, 568
Preußen	249
Rußland	631, 697
Sachsen-Thüringen	404, 502
Ortsgruppen	
Augsburg	22
Berlin	53, 119, 503, 568
Frankfurt a. M.	145
Greifswald	56
Heilbronn	118
Karlsruhe	404
Köln	54
Mannheim	54, 503
Marburg	657
München	503
Plauen	568
Stuttgart	85, 248, 340, 404
Teplitz	695

Canada

Einwanderung	27, 152, 506
D Siedlungen	601 (B)

Chile

Deutschenetze	714 (Rd)
Liebestätigkeit für Deutschland	48 (Rd), 49 (Kl.N.), 271 (Rd), 302 (Kl.N.), 334 (Rd)
D Auslandsvertretung	244, 567
D Außenhandel	121, 659
D Buchhandel	24 (V)
D Buchwesen	24 (V), 340
D Einwanderung	382 (B)
D Personalien	142 (Kl.N.), 403, 408, 715 (Kl.N.)
D Presse	467
D Reichsfarben	400 (Rd), 559 (Rd)
D Siedlungen	254 (B)

D Stellung zum Wirtsvolk	270
D Vereine	466, 532, 718
D Volkskunde	379 (B)
D Wirtschaftliches	277

China*

Ausländerstatistik	108
Beziehungen zu Deutschland	319 (B)
Friedensvertrag mit Deutschland	443
D Allgemeines	108 (Rd)
D Auslandsvertretung	466, 532, 697
D Außenhandel	309
D Besitz u. Unternehmen	340, 375, 633
D Einreise	147, 498
D Kirche u. Mission	243, 279, 319 (B)
D Personalien	368 (Kl.N.)
D Reichsfarben	526 (Rd)
D Vereine	53, 108 (Rd), 531, 655 (Kl.N.)

Dänemark

vgl. Deutschland, abgetretene Gebiete	
Austausch, Wissenschaftl., mit Deutschland	504
Deutschenetze	78 (Rd)
Hilfe f. d. deutsche Wissenschaft	78 (Rd), 185
D Allgemeines	688 (Rd)
D Besitz u. Unternehmen	59
D Kirche	111
D Kunst	21, 211, 212
D Literatur	724
D Presse	595
D Sport	502, 533
D Sprache	433 (Rd), 446
D Vereine	110 (Rd)
D Wissenschaft	338

Dänemark, Nordschleswig

Allgemeines	650 (Rd)
Deutschenetze	78 (Rd)
D Allgemeines	366 (Rd)
D Personalien	302 (Kl.N.)
D Sprache	433 (Rd)

Danzig*

Auswanderung	26
Propaganda, Polnische	372
Wirtschaftliches	32 (Ztg)
D Hochschule	529
D Schule	463
D Staatsangehörigkeit	86

Deutsches Ausland-Institut

Allgemeines	134 (A), 225, 542, 628
Archiv	542
Auskunft- u. Vermittlungsstelle	63, 127, 159, 190, 320, 352, 384, 448, 638, 670
Auswandererberatungsstelle	62, 670
Auswanderungs-Ausstellung	574, 639 (A)
Besuch des Reichsministers Dr. Simons	159
Besuch von Dr. Rudolf Brandsch	256
Bibliothek	63, 416
Dichterspende	63, 84, 159, 223, 256, 288, 416, 638
Familienforschung für Auslandsdeutsche	13 (A), 62
Führungen	574, 734
Jahresversammlung	255
Kartenabteilung	63, 96, 224, 320, 416, 448, 638
Ostasienausstellung	573, 638
Personalien	190, 271, 288, 448, 510, 608, 637, 734
Rückwandererhilfe	224, 310
Schenkungen	159, 224, 320, 416, 448, 638

Veranstaltungen:

Gedenkfeier zum 18. Januar	96
Fest der auslandsdeutschen Jugend	2 (A)
Die deutsche Lehrerschaft im D. A. I.	352

Veröffentlichungen:

"Der Auslandsdeutsche" 1921	1, 255, 352
Deutsche Rundschau, Monats-Chronik der Ereignisse des Auslandsdeutschtums	32 (Az), 56
Schriften des Deutschen Ausland-Instituts, Reihe A: "Geschichte der deutschen evangelischen Kirche zu Liverpool"	288
"Weltwirtschaft"	32 (Az)
Vorträge	62, 96, 159, 256, 352, 510, 574, 637, 670, 734

Deutschland*

Ausführungsverordnung für Bücher	74 (A), 84, 116, 143, 245, 274, 467
Ausländer in Deutschland	
Allgemeines	275, 443, 496 (Rd), 657, 658, 700, 721, 760

Ausländer an deutschen Hochschulen	56, 60, 144, 212, 249, 275, 375, 405, 443, 468, 504, 569, 633, 657, 658, 700, 760
Kunst, Ausländische, in Deutschland	115, 121, 145, 443
Presse, Ausländische	249, 469
Schulen für Ausländer	249, 469
Vereine von Ausländern in Deutschland	375, 658, 761, 7

Auslandkunde in Deutschland

Institute	181, 344, 483, 548, 580, 641, 647, 677, 688, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000
Vereine und Verbände	483, 613, 641, 647, 677, 688, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000
Vorlesungen, Übungen und Kurse	274, 418
—430, 450—451, 483, 506, 634, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000	
Auslandsvertretung	24, 60, 83, 115, 121, 145, 443, 211, 244, 273, 306, 338, 340, 375, 405, 443, 468, 504, 569, 633, 657, 658, 700, 760
Außenhandel	122
Außenpolitik	122
Besatzung, Farbige, am Rhein	240 (Rd), 254 (B), 369, 379 (B), 562, 692
Entschädigung ausgewiesener Elsaß-Lothring	53, 57 (Ztg), 85, 248, 309, 441, 468, 596, 631, 567 (Ztg)
Gymnasium, Deutsch-russisches	574, 639 (A)
Heimatkunde	63, 96, 224, 320, 416, 448, 638
Innensiedlung	254 (B)

Personalien	607
Polenpolitik	347 (B), 721
Reichsausgleichsverfahren, 23, 36, 119, 126 (Ztschr), 505, 596, 601 (B), 631, 658, 699, 700	
Reichswanderungsamt 129 (A), 161, 225, 312, 446	
Schutzrechte, gewerbliche	533
Vereine	
Amt, Jungdeutsches, zum Schutze des Deutschtums im Grenz- u. Ausland	250
Arbeitsgemeinschaft, Baltische	158 (Ztg)
Auslands-Bibliothek, Deutsche	615
Auslandssekretariat, Deutsches, Berlin	483, 641
Ausschuß der deutschen Gruppen Alt-Rußland	119
Auswandererkommission, Internationale Auswanderer-Mission, Von d. Ev.-Luth., Hamburg	110
Auswanderer-Vereinigung, Württ.	214
Balkanverein, Deutscher, Berlin	483
Dubwid, Donau-, Balkan- u. Schwarzmeerlanderverband, Berlin	483
Forschungsinstitut für Kulturmorphologie, München	483, 616
Fürsorge, Vereinigte, f. d. Auslands-Deutschtum	310
Gesellschaft, Deutsch-Amerikanische, München	483
Gesellschaft, Deutsch-Armenische, Berlin	483, 678
Gesellschaft, Deutsch-Bulgarische, Berlin	483, 678
Gesellschaft, Deutsch-Georgische, Berlin	483
Gesellschaft, Deutsch-Griechische, Hamburg	483, 683
Gesellschaft, Deutsch-Irische, Berlin	438, 679
Gesellschaft, Deutsch-Litauische, Berlin	483
Gesellschaft, Deutsch-Mexikanische, München	483, 683
Gesellschaft, Deutsch-Persische, Berlin	483, 680
Gesellschaft, Deutsch-Polnische, Berlin	483
Gesellschaft, Deutsch-Spanische, Frankfurt a. M.	483
Gesellschaft, Deutsch-Statistische	124
Gesellschaft, Deutsch-Südamerikanische, Berlin	483
Gesellschaft, Deutsch-Südslawische, Frankfurt a. M.	483, 634, 683
Gesellschaft, Deutsch-Vlämische, Berlin	483, 682
Gesellschaft, Deutsche, f. Islamkunde, Berlin	483, 615
Gesellschaft, Deutsche Morgenländische, zu Leipzig	483, 615
Gesellschaft f. Erdkunde zu Berlin	684
Gesellschaft f. Erdkunde, Leipzig	483, 614
Gesellschaft für Völker- und Erdkunde, Stettin	483, 615
Gesellschaft, Geographische, Bremen	483, 613
Gesellschaft, Geographische, Greifswald	483, 613
Gesellschaft, Geographische, Hamburg	483, 614
Gesellschaft, Geographische, Hannover	483, 614
Gesellschaft, Geographische, Königsberg i. Pr.	483
Gesellschaft, Geographische, München	483, 684
Gesellschaft, Ibero-Amerikanische	723
Gesellschaft, Russisch-Deutsche, Berlin	483, 682
Gustav-Adolf-Verein 49 (Kl.N.), 216 (Az), 691	
Handelsverband, Deutsch-Brasilian., Berlin	483
Hauptverein, Evang., f. deutsche Ansiedler u. Auswanderer, Wittenhausen	483
Jugendverband, Baltischer	404
Kolonialgesellschaft, Deutsche, Berlin	231 (A), 483, 505, 598, 642
Kolonialland	661
Komitee, Kolonialwirtschaftliches, Berlin	483, 643
Landesvereinigung, Bayrische, des Verbandes Deutschland-Spanien, Arbeitsbezirk München	483
Reichsverband f. Kriegspatenschaften 242 (Kl.N.)	
Rußland - Brauer, Rückwandernde, deutsche	690
Schulverein, Deutsch-Russischer	85
Seemannsmission, Deutsche	110, 661
Seminar, Kolonialgeographisches, der Universität Leipzig	685
Seminar f. oriental. Sprachen an d. Universität Leipzig	617
Sportverein Auslandsdeutscher in Berlin	720
St. Raphaelsverein, Freiburg	483, 645
Studentenbund, Nationaler, Tübingen	282 (B), 284 (Az)

Studenten-Vereinigung, Nordisch-Deutsche	145
Studiengesellschaft, Deutsch-Portugies., koloniale, Berlin	483, 680
Überseesdienst, Deutscher, Berlin	483, 643
Verband, Alldentscher	635 (B)
Verband, Deutsch-Südrußischer, Dresden	483, 683
Verband der vormaligen in Estland immatrikulierten Edelleute	720
Verband deutscher Lehrer u. Lehrerinnen im Ausland	501
Verband f. d. fernem Osten, Berlin	483, 682
Verband studierender Schwarzmeerdeutscher	533, 698
Verband livländischen Stammdadels	761
Verband deutsch-span. Vereinigungen, Hamburg	483
Verbindung, Akademische, Kolonia	340
Verein der Deutschen aus Kongreßpolen	697
Verein für Erdkunde, Dresden	483
Verein, Deutsch-Finnischer, zur Pflege u. Förderung der gegenseit. Handelsbeziehungen, Stettin	483, 684
Verein, Deutsch-Russischer, zur Pflege u. Förderung der gegenseit. Handelsbeziehungen, Berlin	483, 681
Verein f. d. Deutschtum im Ausland, Berlin	483, 643
Verein zur Förderung des Evangeliums in Spanien	50
Verein f. Geographie u. Statistik	483, 613
Verein, Internationaler, der Freundinnen junger Mädchen	25
Verein, Ostasiatischer, Hamburg	483, 645
Verein der Schwarzmeer-Kolonisten in Deutschland	56
Verein *schwarzmeerdeutscher Studierender	533
Verein der deutschen Wolhynier 55, 119, 721	
Verein, Württ., für Handelsgeographie u. Förderung deutscher Interessen im Ausland	483, 646
Verein, der Auslandsdeutschen i. Kaufmann. Verein v. 1858	55
Verein, Deutsch-Bulgarische, Gölitz	483
Vereinigung „Deutsch-Evangelisch im Ausland“	49
Verein, Deutsch-Finnische, Lübeck	483, 683
Verein, Deutsch-Französ., Dresden	483
Verein, Deutsch-Italienische, Berlin	483, 679
Verein, Deutsch-Mexikanische, Hamburg	483, 683
Verein, Deutsch-Portugies., Hamburg	483
Verein, Deutsch-Schwedische, Berlin	483, 681
Verein, Deutsch-Spanische, Stuttgart	483, 684
Verein, Deutsch-Türkische, Berlin	681
Verein, Deutsch-Ungarische, Berlin	483
Verein, der Isländfreunde, Eisenach	483, 615
Verein, ehemal. kurländischer Pastoren Verkehrsverband, Deutsch-Nordischer, Hamburg	483
Volksbund deutscher Kriegergräberfürsorge	701
Volksliederchor, Deutsch-ukrainischer	446
Vorderasiengesellschaft, Deutsche, Leipzig	483
Wacht, Deutsche	534, 700
Wirtschaftsverband, Deutsch-Amerikan., Berlin	483, 677
Wirtschaftsverband, Deutsch-Dänischer, Berlin	483, 678
Wirtschaftsverband, Deutsch-Finnischer, Berlin	679
Wirtschaftsverband, Deutsch-Norweg., Berlin	483, 680
Wirtschaftsverband, Deutsch-Österr., Ungar., Berlin	483, 680
Wirtschaftsverband, Deutsch-Ruman., Berlin	483, 680
Wirtschaftsverband, Deutsch-Schwed., Berlin	483, 681
Wirtschaftsverband, Deutsch-Ukrain., München	483, 683
Wirtschaftsverband, Deutscher, f. d. Balkan u. den Orient, Dresden	483
Wirtschaftsverband, Deutscher, f. Süd- u. Mittelamerika, Berlin	483
Wirtschaftsverein, Deutsch-Französ., Berlin	483, 679
Wirtschaftsverein, Mitteleuropäischer, in Deutschland	483
Zentralkomitee der Vereine aus d. Kolonisten-Gebieten Rußlands 248, 503, 698	
Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur	124
Zentralverband auslandsdeutscher Studierender	99 (A)

Zentralverband, Deutsch-Argentinisch, z. Förderg. wissenschaftl. Interessen, Berlin	483
Zentralverein für Handelsgeographie u. Förderung deutscher Interessen im Ausland, Berlin	483, 644
Vertrag, Deutsch-Chinesischer	443
Volkscharakter	317 (B), 412 (Az), 636 (B)
Volkskunde	637 (B)
Wirtschaftspropaganda	602 (B)
Ehemalige Kolonien*	
D Allgemeines 80, 239 (Rd), 519 (A), 527 (Rd), 653 (Rd)	
D Presse	629
Kamerun	
Beziehungen zu Deutschland	239
Neu-Guinea	
D Kirche und Mission	209, 562 (Kl.N.)
Krieg 1914—1918	380 (B)
Deutsch-Ostafrika	
Krieg 1914—1918	28 (Az), 380 (B)
D Kirche und Mission	101
D Personalien	271
Deutsch-Südwestafrika	
Liebestätigkeit für Deutschland	559 (Kl.N.)
Verschiedenes	367 (Rd)
D Allgemeines 46 (Rd), 80 (Rd), 366 (Rd), 399 (Rd), 519 (A), 526 (Rd), 653 (Rd)	
D Auslandsvertretung	244
D Besitz u. Unternehmen 47 (Rd), 276, 658	
D Kirche u. Mission 17, 50, 303, 401, 654 (Rd)	
D Parteiwesen u. Politik	528 (Rd)
D Personalien 81 (Kl.N.), 142 (Kl.N.), 500 (Kl.N.), 625 (Kl.N.)	
D Reichsfarben	367 (Rd)
D Schule 112, 293 (A), 527 (Rd), 563, 649 (A)	
D Stellung zum Wirtsvolk	693, 757 (Rd)
D Vereine 22, 179, 337, 437 (Rd), 531, 757 (Rd)	
D Wirtschaftliches 142 (Rd), 437 (Rd), 570, 654 (Rd), 762	
Togo	756 (Rd)
Ehemalige deutsche Gebiete siehe	
Belgien, Dänemark, Danzig, Elsaß-Lothringen, Memelgebiet, Polen, Tschechoslowakei	
Elsaß-Lothringen*	
Allgemeines	28 (Az)
Deutschenhetze	147
Heimatkunde	507 (B)
Landeskunde	540 (B)
Propaganda, Französische	540
Volkskunde	539
D Besitz und Unternehmen	443
D Kunst	115, 245
D Landeskunde	194 (A)
D Presse	212
D Sprache	13 (Rd), 115, 588 (Rd), 752
D Wirtschaftliches	722
England	
Austausch, Wissenschaftl., mit Deutschland	148, 275
Auswanderung	727
Deutschenhetze 58, 79, (Rd), 301 (Rd), 713 (Rd)	
Hochschule	383 (B)
Kirche und Mission	665 (B)
Studienreise nach Deutschland	558, 633
Volkskunde	383 (B)
D Auslandsvertretung	466
D Außenhandel	121
D Besitz und Unternehmen	58, 87, 121
D Buchwesen	526 (Rd), 629
D Einreise und Niederlassung 498 (Rd), 653 (Rd)	
D Kirche und Mission	17, 383 (B), 591
D Krieg 1914—1918	347 (Az)
D Kunst	21, 371, 403, 594
D Literatur	20, 461 (Rd)
D Mission	591
D Personalien 81 (Kl.N.), 142 (Kl.N.), 208 (Kl.N.), 338, 354 (A), 594, 625 (Kl.N.), 713 (Rd)	
D Seemannsmission	354 (A)
D Staatsangehörigkeit	45 (Rd), 526 (Rd)
D Wissenschaft	338, 441, 502, 532
D Wirtschaftliches	301 (Rd), 722
Estland*	
Allgemeines	753 (Rd)
Beziehungen zu Deutschland	496 (Rd)
Parlamentswahlen 30 (Az), 44 (Rd), 77 (Rd), 107	
D Allgemeines	237 (Rd), 277 (Rd), 334 (Rd)
D Agrarreform	237 (Rd)
D Auslandsvertretung	273, 306, 466
D Außenhandel	122
D Besitz und Unternehmen	45 (Rd)
D Heimatkunde	318 (B)
D Kirche	209, 630 (Ztschr), 401 (Rd)

*) Karten sämtlich unter: **Kartenbesprechungen.**

D Kunst	51, 466, 629, 735 (A)
D Landeskunde	315 (B)
D Parteienwesen und Politik 15 (Rd), 141 (Rd), 172 (Rd), 237 (Rd), 270 (Rd)	
D Personalien 20, 48 (Kl.N.), 438 (Kl.N.), 501 (Kl.N.), 689	
D Presse	53, 181, 630
D Schule 50, 210, 243, 299 (Rd), 463, 692	
D Sprache	180, 290 (Rd), 434 (Rd), 525 (Rd)
D Vereine 21, 52, 114, 244, 272, 305, 530, 627	
D Verschiedenes	687, 718
D Wirtschaftliches	653 (Rd)
D Wissenschaft	376
	180

Europa*

Finnland*

Allgemeines	220 (B)
Beziehungen zu Deutschland	712 (Rd)
Hilfe f. die deutsche Wissenschaft	212
Institut, Germanisches, Helsingfors 343, 712, 757	
Landeskunde	220 (B)
Studienreise nach Deutschland	700, 709
D Allgemeines	15 (Rd)
D Auslandsvertretung	656
D Kirche	209, 303
D Kunst	51, 118, 338
D Schule	50, 438, 625, 757
D Vereine	21, 305, 407
D Verschiedenes	190 (B), 311 (V)

Frankreich

vgl. Elsaß-Lothringen	
Fremdenlegion	120, 283 (B)
Kolonialpolitik	253 (B)
Kulturpropaganda 125, 147, 181, 183, 307, 497 (Rd), 659, 725	
Nationalcharakter	253 (Az), 254 (B)
Studienreisen	659
D Allgemeines	25 (V)
D Besitz u. Unternehmen 23, 46, 360, 460, 658, 722	
D Gefangene	189 (B), 254 (B)
D Kunst	83, 245
D Literatur	26 (V), 307

Friedensvertrag von Versailles

Allgemeines	153 (Az), 283 (B), 346 (Az)
Auswandererschutz, Internationaler	671 (A)
Auswirkungen 253 (B), 346 (B), 411 (Az), 635 (B)	
Völkerbund	253 (B), 685 (Rd)
D Bedingungen	153, 221 (B)

Galizien

s. Polen — Ukraine

Georgien

vgl. Kaukasus	
D Auslandsvertretung	656
D Besitz u. Unternehmen	277
D Kirche u. Mission	691, 692
D Presse	631
D Schule	693
D Siedlungen	498 (Rd), 623 (Rd), 713
D Vereine	653 (Rd)
D Verschiedenes	399 (Rd)

Grenzdeutschum*

vgl. Dänemark, Danzig, Elsaß-Lothringen, Italien, Memelgebiet, Polen, Südslawien, Tschechoslowakei.	
Allgemeines 125 (B), 154 (B), 188, 254 (B), 283 (Az), 348 (B), 540, 635 (B)	
Heimatkunde	664 (B)
Kirche u. Mission	215 (B), 603 (Az)
Literatur z. deutsch-dänischen Frage 763 (B u. Az)	
Statistik	666 (B)
Vereine	250
Eupen, Malmedy, Munschau	254 (B)
Oberschlesien 154, 183, 189, 215, 216 (B), 283 (Az), 285 (Az), 318 (B), 347 (B), 349 (B), 472, 473, 573 (B), 729 (B), 763 (B u. Az)	
Ostmark	664 (B), 729 (B)
Ostpreußen	318 (B)
Saargebiet 88, 155 (Az), 183, 254 (B), 343, 348 (B), 504, 603 (B), 605 (B)	
Schleswig-Holstein	125 (B), 763 (A)
Westpreußen	154 (B), 317 (B)

Griechenland*

Institut, Deutsch-Archäologisches	180, 759
D Auslandsvertretung	567, 656
D Besitz u. Unternehmen	107 (Rd)
D Wissenschaft	180, 759

Guatemala

D Vereine	338
---------------------	-----

Haft

D Allgemeines	328 (A)
D Fremdenpolizei	16 (Rd)

Japan*

Ausländerstatistik	109, 149
Austausch, Geistiger, mit Deutschland	301 (Rd), 470
Beziehungen zu Deutschland	47 (Rd)
Hilfe für die deutsche Wissenschaft	47 (Rd), 625
Liebestätigk. f. Deutschl. 24, 47 (Rd), 240 (Rd), 242, 306, 376, 625 (Kl.N.), 689 (Kl.N.)	
Presse	79 (Rd)
Sprache	319 (B)
D Allgemeines	319 (B), 624 (Rd)
D Ansiedler	526 (Rd)
D Auslandsvertretung	115, 273, 567, 758
D Besitz u. Unternehmen 109 (Rd), 471, 624 (Rd)	
D Kirche	335
D Kunst	180, 567
D Personalien	369 (Kl.N.), 759
D Schule	19, 599
D Siedlungen	526 (Rd)
D Vereine	22, 52, 273, 305
D Wissenschaft	83

Island

Austausch, Geistiger, mit Deutschland	504
D Literatur	724

Italien*

Allgemeines	498 (Rd)
Einreise	436 (Rd)
Hilfstätigkeit für Deutschland	81 (Kl.N.)
Kulturpropaganda	26 (V)
Studienreise nach Deutschl. 569, 598, 700	
D Allgemeines 23, 436 (Rd), 525 (Rd), 653 (Rd), 754	
D Auslandsvertretung	241, 306, 466, 758
D Besitz u. Unternehmen 46 (Rd), 83, 123, 125, 145, 275, 336, 342, 498, 596, 658, 761	
D Buchwesen	307
D Institut, Kunsthistorisches	759
D Kirche	17
D Kunst 82, 180, 211, 306, 466, 629, 759	
D Parlamentswahlen	365 (Rd)
D Personalien	175 (Kl.N.), 401 (Kl.N.)
D Schule	112
D Sport	181, 472, 629, 720
D Sprache	29 (B)
D Vereine	114, 123, 211
D Wehrpflicht	623 (Rd)
D Wissenschaft	180, 245, 532
Südtirol 14 (Rd), 23, 216 (Az), 365 (Rd), 436 (Rd), 623 (Rd), 653 (Rd), 754 (Rd)	

Jugoslawien s. Südslawien

Kartenbesprechungen

Abessinien	219 (Az), 287 (Az)
Afrika 32 (Az), 94 (Az), 157 (Az), 219 (Az), 287 (Az), 351 (Az), 668 (Az)	
Arabien	219 (Az)
Argentinien 416 (B), 478 (Az), 669 (B u. Az)	
Asien 32 (Az), 93 (Az), 157 (Az), 219 (Az), 287 (Az), 351 (Az), 415 (Az), 478 (Az), 668 (B u. Az), 733 (Az)	
Australien	32 (Az)
Balkan	93 (B), 415 (B)
Baltikum	157 (Az), 287 (Az)
Belgien	31 (B)
Brasilien 94 (Az), 157 (B), 287 (Az), 733 (Az)	
Brit. Indien	287 (Az)
China	93 (Az), 94 (Az)
Danzig 32 (Az), 219 (B), 351 (B), 606 (B)	
Deutschland, Gesamt 93 (B), 219 (Az), 286 (B), 350 (B), 415 (Az), 477 (Az), 668 (B)	
Deutschl., Ehemal. Kolonien	287 (Az), 350 (B), 351 (Az)
Deutschl., Grenzmarken im allgemeinen 32 (Az), 93 (B u. Az), 415 (Az), 605 (Az), 668 (B), 732 (B)	
Deutschl., Westdeutsche Grenzmarken 32 (B u. Az), 93 (Az), 157 (Az), 350 (B u. Az), 477 (B u. Az), 605 (Az), 668 (Az), 732 (B u. Az)	
Deutschl., Nordwestd. Grenzmarken 32 (B u. Az), 219 (Az), 415 (Az)	
Deutschl., Südwestd. Grenzmarken 219 (Az), 286 (Az), 415 (B)	
Deutschl., Süddeutsche Grenzmarken 32 (Az), 93 (B), 157 (B), 219 (B), 287 (Az), 351 (B u. Az), 415 (B u. Az), 477 (B u. Az), 605 (B u. Az), 668 (Az), 732 (B u. Az)	
Zentrale Deutsche Gebiete	93 (B)
Elsaß-Lothringen	286 (B), 415 (B)

Erdkarten u. Atlanten 31 (B), 92 (B), 284 (B), 286 (B u. Az), 414 (B), 477 (B u. Az), 605 (B u. Az), 668 (B), 732 (Az)	
Estland	287 (B)
Europa — Gesamt 31 (B), 93 (Az), 286 (Az), 477 (Az)	
Mitteleuropa 93 (B), 219 (Az), 286 (B), 415 (Az), 605 (B u. Az), 668 (B u. Az), 732 (B u. Az)	
Nordeuropa	414 (Az), 477 (Az)
Osteuropa 32 (B u. Az), 93 (B u. Az), 219 (B), 287 (B u. Az), 478 (Az), 606 (B u. Az), 668 (Az)	
Südosteuropa 93 (B), 478 (Az), 733 (B)	
Südeuropa	31 (B)
Westeuropa 31 (B), 286 (B), 414 (Az), 477 (Az), 605 (Az)	
Finnland	93 (Az), 287 (Az), 414 (Az)
Griechenland	93 (Az)
Japan	93 (Az), 94 (Az)
Italien	31 (B)
Mesopotamien	219 (Az)
Mexiko	733 (Az)
Nordamerika 32 (Az), 94 (Az), 669 (B), 733 (Az)	
Österreich 32 (B), 93 (B), 286 (B), 351 (B), 415 (Az), 478 (Az), 605 (B u. Az), 732 (B)	
Paraguay	478 (B)
Pazifischer Ozean	351 (Az)
Peru	287 (Az)
Polen 32 (B u. Az), 219 (B), 478 (Az), 668 (Az)	
Rumänien	93 (B), 733 (B)
Schweiz 31 (B), 415 (Az), 668 (B), 732 (B u. Az)	
Südamerika 94 (Az), 157 (B), 287 (Az), 415 (B), 478 (B u. Az), 669 (B u. Az), 733 (Az)	
Südslawien	415 (Az)
Tschechoslowakei 93 (B), 139 (Az), 157 (B), 478 (Az), 732 (B)	
Venezuela	415 (B)
Vereinigte Staaten	32 (Az)

Kaukasus

vgl. Georgien	
Landeskunde	188 (B)
D Auslandsvertretung	656
D Personalien	655 (Kl.N.), 715 (Kl.N.)
D Presse	631
D Siedlungen	82, 193, 515 (A)
D Vereine	143
D Wissenschaft	188 (B)

Kolumbien

D Einwanderung	569
D Reichsfarben	625 (Rd)
D Sport	247
D Wissenschaft	441

Kuba

Liebestätigk. f. Deutschl. 334 (Rd), 560 (Kl.N.), 624 (Rd)	
D Kunst	467

Lettland

vgl. Baltikum	
Allgemeines 78, 141 (Rd), 172, 334 (Rd), 687	
Alliance Française	183
Anwaltskammer	270 (Rd)
Parlamentswahlen	621 (Rd), 652 (Rd)
D Auslandsvertretung	656, 758
D Agrarreform	44 (Rd), 365 (Rd), 712 (Rd)
D Ansiedler	399 (Rd)
D Buchwesen	311 (V)
D Kirche und Mission	16 (Kl.N.), 529
D Krankenhaus	344
D Kunst	179, 689 (Kl.N.)
D Parteienwesen u. Politik 141 (Rd), 172 (Rd), 270 (Rd)	
D Personalien 20, 689, 715 (Kl.N.), 719 (Kl.N.)	
D Presse	697
D Schule 29 (B), 50, 177, 210, 304, 336, 447 (B), 692, 716	
D Siedlungen	364 (Rd)
D Sprache	25, 524 (Rd)
D Vereine 110 (Rd), 177, 371, 440, 465, 594, 627	

Litauen

Agrarreform	15 (Rd)
Allgemeines	318 (B)
Parteienwesen und Politik	14 (Rd), 44 (Rd)
D Allgemeines 43 (Rd), 166 (A), 171 (Rd), 208 (Rd), 364 (Rd)	
D Heimatkunde	166 (A)
D Parteienwesen und Politik	43 (Rd)
D Presse	533
D Schule	18, 334 (Rd)
D Sprache	701
D Stellung zum Wirtsvolk	208 (Rd)
D Vereine	142, 333 (Rd), 370

Memelgebiet

Allgemeines	433 (Rd)
Propaganda, Politische	664 (Az)

*) Karten sämtlich unter: Kartenbesprechungen.

D Schule	395 (Rd)
D Sprache	364 (Rd), 395 (Rd), 433
D Vereine	140 (Rd), 433 (Rd)

Mexiko*

Austausch, Geistiger, mit Deutschland	528 (Rd)
Beziehungen zu Deutschland	528
Einwanderung	60, 377
Hilfstätigkeit f. Deutschd.	241 (Rd), 272 (Kl.N.)
Kirche und Mission	96 (Ztschr)
Landeskunde	61 (P), 380 (B)
D Auslandsvertretung	532
D Einwanderung	61 (B), 189 (B), 280, 377, 400 (Rd)
D Kulturpropaganda	307
D Kunst	84, 446, 505
D Personalien	437, 438 (Kl.N.), 529 (Kl.N.)
D Schule	210, 243, 246, 304, 464, 564
D Stellung zum Wirtsvolk	624 (Rd)
D Vereine	96, 114, 115, 244, 371, 402
D Verschiedenes	183
D Wirtschaftliches	345, 505
D Wissenschaft	367, 760

Mittelamerika

Hilfstätigkeit für Deutschland	109, 272 (Kl.N.)
D Personalien	109 (Kl.N.), 175 (Kl.N.)

Niederlande

Hilfe für die deutsche Wissenschaft	146
Kulturpropaganda	307
Landeskunde	447 (Az)
Liebestätigkeit für Deutschland	436 (Rd)
D Auslandsvertretung	244, 273, 466, 656
D Buchwesen	307
D Kunst	273, 338, 371
D Seemannsmission	302
D Schule	463, 692
D Sport	181, 502, 533, 719
D Studienreise	763
D Vereine	304, 440, 465, 531, 724
D Wissenschaft	211, 307, 467

Niederländisch Indien

Liebestätigk. f. Deutschd.	559 (Kl.N.), 560
D Auslandsvertretung	211, 244
D Außenhandel	122
D Einwanderung	151
D Kirche und Mission	302, 463
D Kunst	180
D Personalien	180, 208 (Kl.N.)
D Reichsfarben	623 (Rd)
D Schule	301 (Rd)
D Vereine	22, 179, 305, 440, 628
D Wirtschaftliches	762
D Wissenschaft	211

Norwegen

D Einwanderung	151
D Kirche und Mission	49, 335, 369
D Kunst	21, 51, 338, 372, 657
D Schule	438 (Kl.N.)
D Vereine	52, 110 (Rd), 211, 272, 369, 371, 594, 718
D Wirtschaftliches	26 (V)
D Wissenschaft	180, 338

Österreich*

Allgemeines	41 (Rd), 76 (Rd), 94 (B), 524 (Rd)
Auskunftstelle, Österreichische, f. Auswanderer in Wien	251
Friede von St. Germain	221
Institut, Wissenschaftl., f. Kulturgesch. des Sudetendeutschtums in Wien	25 (V)
Landeskunde	94 (B)
Presse	320 (Ztschr)
Völkerbunds-Ligen-Union	685 (Rd)
Westungarische Frage	14 (Rd)
D Hochschule	384 (B)
D Kirche und Mission	702 (B)
D Presse	733 (Ztschr)
D Schule	716
D Vereine	21, 113, 244, 251, 402, 501, 655, 695
D Volkskunde	702 (B)
Kärnten	103 (A), 139 (Rd), 268, 320 (Ztschr), 572
Salzburg	361 (Rd), 434 (Rd)
Steiermark	95 (B), 234 (A)
Tirol	42 (Rd), 216 (Az), 330 (Rd)

Österreich*

Allgemeines	239 (Rd), 461, 590 (Rd), 712 (Rd)
Auslandskunde	272 (Kl.N.)
Kolonisation	62
Volkskunde	62, 144, 619, 724
Wirtschaftliches	754 (Rd)

Palästina

Siedlungen, Jüdische	809 (B)
D Allgemeines	29 (Az)

D Auslandsvertretung	758
D Außenhandel	122
D Einwanderung	15 (Rd)
D Gefangene	29 (Az), 58
D Kirche u. Mission	111, 173 (Rd), 240 (Rd), 254 (B), 303, 436 (Rd), 462 (Rd), 561, 562

Paraguay*

D Außenhandel	407
D Einwanderung	280, 281, 382 (B), 408, 509, 637 (Ztg)
D Landeskunde	702 (B)
D Personalien	528 (Kl.N.)
D Presse	637
D Reichsfarben	270 (Rd)
D Siedlungen	280, 408
D Vereine	115, 179, 371, 696
D Wissenschaft	80 (Rd), 270 (Rd), 657

Pazifischer Ozean*

Persien	
Krieg 1914—1918	508 (B)

Peru*

Einwanderung	314, 345
D Einwanderung	215
D Schule	304, 530

Polen*

Allgemeines	140 (Rd), 237 (Rd)
Annestievertrag, Deutsch-Russischer	405
Auswanderung	251, 377
Deutschenhetze	126 (B), 299 (Rd), 333 (Rd), 434 (Rd), 556 (Rd)
Presse	372, 412 (Az)
Volkskunde	95 (B)
D Allgemeines	14 (Rd), 208 (Rd), 216 (B), 238 (B), 316 (B), 555 (Rd), 558 (Rd), 651 (Rd), 653 (Rd), 753 (Rd)
D Auslandsvertretung	24, 60, 143, 211, 338, 466
D Besitz u. Unternehmen	721
D Buchwesen	652 (Rd)
D Einreise	58
D Hochschule	438 (Kl.N.)
D Kirche u. Mission	16, 28 (B), 175, 208, 215, 238 (Rd), 316, 336, 481 (A), 524 (Rd), 529, 556 (Rd), 701 (B)
D Kriegsbeziehungen	126 (B)
D Kunst	25, 719
D Liebestätigkeit, Auslandsdeutsche, f. d. Deutschen in Polen	109
D Parteiwesen u. Politik	140 (Rd), 363 (Rd), 555 (Rd), 620 (Rd), 621 (Rd), 752
D Personalien	16 (Kl.N.), 81 (Kl.N.), 299 (Rd), 302 (Kl.N.), 401 (Kl.N.)
D Presse	53, 274, 289 (A), 308, 340, 372, 375, 404, 568, 630, 657
D Schule	18, 50, 77 (Rd), 112, 176, 210, 243, 337, 369, 438, 496 (Rd), 562, 592, 593, 757 (Rd)
D Sprache	363 (Rd)
D Staatsangehörigkeit	87
D Vereine	143, 178, 272 (Kl.N.), 333 (Rd), 338, 363 (Rd), 530, 620, 626, 656, 718
D Wirtschaftliches	630, 701 (B)

Polen, Ehemalige deutsche Gebiete*

Allgemeines	318 (B), 524 (Rd)
Deutschenhetze	126 (B), 363 (Rd), 397 (Rd), 434 (Rd), 491 (Rd), 492 (Rd), 524 (Rd), 573 (B), 651 (Rd)
Judenhetze	491 (Rd)
D Allgemeines	395 (Rd), 711
D Ansiedler	107 (Rd), 398 (Rd), 442, 491 (Rd), 588 (Rd), 699, 711
D Auswanderung	384 (Ztg)
D Ausweisung	651
D Buchwesen	246, 339, 650 (Rd)
D Kunst	396 (Rd), 492 (Rd)
D Parteiwesen u. Politik	711 (Rd), 752 (Rd)
D Schule	492, 496 (Rd), 588 (Rd), 651 (Rd), 711
D Sprache	651 (Rd)
D Vereine	396, 626, 651, 656 (Rd)
D Wirtschaftliches	433 (Rd), 630, 650 (Rd)

Portugal

D Besitz u. Unternehmen	659
-------------------------	-----

Rumänien*

Allgemeines	239 (Rd), 461, 590 (Rd), 712 (Rd)
Beziehungen zu Deutschland	62
Kulturpropaganda	144, 619, 724
Liebestätigkeit f. d. Deutschd.	754 (Rd)
Minoritäten, Jüdische	557 (Rd)
Presse	43 (Rd), 171 (Rd)
Siedlungen, Jüdische	809 (B)
Agararreform	269, 322, 497 (Rd), 525 (Rd), 556 (Rd)

D Allgemeines	137 (A), 190 (Ztg), 207 (Rd), 222 (B), 239 (Rd), 270 (Rd), 299 (Rd), 316 (B), 320 (Ztschr), 398 (Rd), 432 (A), 434 (Rd), 479 (A)
---------------	--

D Auslandsvertretung	83
D Außenhandel	599 (Az), 701
D Auswanderung	26
D Besitz u. Unternehmen	658
D Beziehungen zur Heimat	506, 512 (A), 589
D Buchwesen	118, 144, 715
D Hochschule	177, 178, 300 (Rd), 570, 592 (Rd), 604 (Az)

D Kirche und Mission	49, 282 (B), 303, 691
D Kunst	25 (V), 51, 246, 273, 501, 603 (B)
D Liebestätigkeit für Deutschland	320 (Ztschr)
D Literatur	311
D Müller-Guttenbrunn-Fest	362 (Rd), 385 (A)
D Parteiwesen u. Politik	107 (Rd), 171 (Rd), 269 (B), 525 (Rd), 557 (Rd), 606 (Ztg), 622 (Rd)
D Personalien	401 (Kl.N.), 431 (A), 559 (Kl.N.), 602 (Az), 670 (Ztg), 715 (Kl.N.)

D Presse	158, 404, 533, 595, 657, 697, 730 (Az)
D Schule	18, 19, 49, 51, 210, 303, 337, 500, 529, 558, 563, 592, 626, 692, 717
D Siedlungen	439
D Sprache	18, 78 (Rd), 270 (Rd), 525 (Rd), 763
D Vereine	21, 114, 137 (A), 143, 178, 232 (A), 305, 357 (A), 402, 434 (Rd), 439, 444, 486 (A), 501, 557 (Rd), 566, 593, 594, 610 (A), 622, 757 (Rd)
D Volkskunde	217 (Az), 221 (B), 311 (V), 316, 601 (B), 603 (B), 701 (B)
D Wirtschaftliches	185, 190 (Ztg), 444, 534, 577 (A), 596, 599, 633
D Wissenschaft	20, 127 (Ztschr)

Rußland

vgl. Georgien. — Kaukasus. — Ukraine. — Sibirien.

Allgemeines	95 (B), 219 (B), 318 (B)
Hilfstätigkeit der Deutsch-Ausländer f. Kriegs- und Zivilgefangene in Rußd. u. Sibirien	730 (B)
Volkskunde	265 (A), 220 (B)
Wirtschaftliches	665 (Az)
D Allgemeines	219 (B), 237 (Rd), 363 (Rd)
D Auslandsvertretung	629
D Außenhandel	121
D Einwanderung	127 (Ztg), 150, 412 (B)
D Gefangene	404
D Kirche und Mission	262 (A), 605, 653 (Rd), 753
D Personalien	49 (Kl.N.), 102 (A), 242 (Kl.N.), 301 (Kl.N.), 438 (Kl.N.), 559 (Rd), 705 (Kl.N.), 715 (Kl.N.)
D Presse	102 (A)
D Rückwanderung	411 (B)
D Schule	608 (A)
D Siedlungen	26 (V), 496 (Rd), 543 (A), 670 (Ztg), 675, 701
D Sprache	608 (A)
D Studienkommission	237
D Vereine	237 (Rd)
D Wirtschaftliches	277

Saargebiet s. Grenzdeutschum**Schweden**

Hilfe f. d. deutsche Wissenschaft	526 (Rd)
Studienreise nach Deutschd.	443, 469, 504
D Buchwesen	247
D Kunst	211
D Lektorat an d. Unvers. Jena	24
D Schule	647
D Sprache	334 (Rd)
D Vereine	53, 110 (Kl.N.)
D Wirtschaftliches	722

Schweiz*

Auswanderung	279, 376
Heimstätte, Deutsche, in Pieterlen	440
Hilfe f. d. deutsche Wissenschaft	148
Verein der Ausland-Schweizer	251, 407, 763
D Auslandsvertretung	244
D Außenhandel	249, 309
D Besitz u. Unternehmen	120
D Beziehungen zu Deutschd.	207 (Rd)
D Einreise	525 (Rd), 634
D Heilstätten für Lungenkranke	148, 371
D Hilfstätigkeit f. Deutschd.	655 (Kl.N.)
D Kirche u. Mission	691
D Kunst	211, 629
D Personalien	655 (Kl.N.)
D Reichsfarben	688 (Rd)
D Schule	647 (A)
D Sport	533, 629
D Vereine	142 (Kl.N.), 178, 300 (Rd), 305, 371, 440, 566, 627, 656, 695

Siam

D Besitz u. Unternehmen	119 (Rd)
-------------------------	----------

Serbien s. Südslawien

* Karten sämtlich unter: **Kartenbesprechungen.**

*) Karten sämtlich unter: **Kartenbesprechungen.**

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 5.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV – Nr. 1

STUTTGART

Erstes Januarheft 1921

Zum Neuen Jahre!

Trübes und Schweres hat das Jahr 1920 für Auslandsdeutschtum und Heimat gebracht und nur wenige Lichtstrahlen dringen durch das düstere Gewölk, das am Himmel des deutschen Wiederaufstieges zu alter Größe und Weltachtung lagert. Unsere Brüder im Ausland spüren auf Schritt und Tritt die Wirkung des deutschen Zusammenbruchs, die mit dem Kriegsende, mit Waffenstillstand und Friedensvertrag nicht aufhörte, sondern durch eine verhetzende nationalistisch überhitzte Agitation namentlich in den neugegründeten Staaten sich immer mehr steigert. Diese Blätter haben im Laufe des Jahres von viel geistiger und wirtschaftlicher Not, von unendlicher Unterdrückung und Mißachtung deutschen Strebens und deutschen Wollens berichten müssen. Es ist unnötig, hier Einzelheiten zu nennen, in jeder Nummer unseres „Auslandsdeutschen“ sind Dutzende von Belegen gegeben.

Das Deutschtum und das deutsche Selbstbewußtsein in aller Welt werden auf eine schwere Probe gestellt. Wir zweifeln nicht daran, daß sie sie bestehen werden. Not erzeugt Kraft und Härte, und aus der Bedrückung erwächst jener Geist der Zähigkeit und des unbeugsamen Willens zum Wiederaufstieg, dessen wir bedürfen.

Freuen wir uns aber auch in diesen Zeiten, da wir so wenig Liebe und Mitgefühl erfahren, aller Zeichen der Treue und Anhänglichkeit! Danken wir den Deutschen in aller Welt, die sich um den Wiederaufbau deutscher Wirtschaft und deutschen Geisteslebens, um die Ernährung hungernder Frauen und Kinder, um die Erneuerung des Volkstums bemühen! Hoffen wir, daß es ihrer unermüdlichen Arbeit gelingt, die Mauern von Haß und Unwissenheit niederzulegen, die uns noch geistig blockieren. Vertrauen wir darauf, daß uns die Not zusammengeschweißt hat und daß uns nichts mehr voneinander trennen kann.

Das Deutsche Ausland-Institut beschließt nach einem Jahr voll Arbeit, die dem unermüdlichen und rastlosen Ausbau seiner Einrichtungen gegolten hat, mit einem hellen Ausblick das alte Jahr. Die nachfolgenden Seiten erzählen von den Tagen, die der auslandsdeutschen Jugend gewidmet waren, und die für alle, die daran teilnahmen, zu einem erhebenden und eindrucksvollen Feste geworden sind. Der Jugend, der deutschen und der auslandsdeutschen Jugend, gehört unsere Arbeit und unser Denken. Auf sie gründet sich unser Streben und unsere Hoffnung. Wir, die wir im abgelaufenen Jahre soviel Beweise freundlichen Gedenkens und eifriger Mitarbeit erfahren durften, denen aus aller Welt so zahllose Beweise des Verständnisses für unsere Arbeit zugeflossen sind, wir vertrauen darauf, daß uns auch im neuen Jahre die Mitarbeit unserer Freunde von drinnen und draußen nicht versagt werden wird. Wir sind sicher, daß uns unsere alten Freunde zahlreiche neue Mitarbeiter und Mitstreiter zuführen werden und daß das neue Jahr, in das wir mit Hoffnung und Zuversicht hereingehen, uns einen gleich erfolgreichen Ausbau des Instituts gestatten möge, wie er im alten Jahre möglich war.

Unser Neujahrswunsch und unser Neujahrsgruß an die Deutschen in der Heimat und im Ausland gilt unserem Volkstum, das zu Ansehen und Achtung in aller Welt zu bringen stets unser heißestes Bemühen ist.

Studierende auslanddeutsche Jugend in Stuttgart

Es waren herrliche und erhebende Tage, die wir am 11. und 12. Dezember in Stuttgart feiern durften, und wir danken es in allererster Linie dem prachtyollen, jugendfrischen Geiste unserer auslanddeutschen Jugend, wenn sie so schön und harmonisch, so anregend und belebend wirkten.

Das Deutsche Ausland-Institut hatte die auslanddeutsche studierende Jugend der drei württembergischen Hochschulen Hohenheim, Stuttgart und Tübingen eingeladen, eine gemeinsame Zusammenkunft zu veranstalten und hatte auch die auslanddeutsche Jugend der benachbarten badischen Hochschulen gebeten, zu erscheinen. Geschlossen folgten die „Vereinigungen der auslanddeutschen Studierenden“ diesem Rufe. In guter und erfreulicher Disziplin vollzogen sich alle Vorbereitungen, die dank der Mitarbeit der Vorsitzenden der drei Vereinigungen sehr einfach sich gestalteten. Es meldeten sich von den Angehörigen der drei Vereinigungen zur Teilnahme: Tübingen mit 45, Hohenheim mit 35, Stuttgart mit 25 Studierenden, aus Karlsruhe waren 15 Balten angemeldet, auch Heidelberg war durch einen Siebenbürger Studierenden vertreten. Am Sonntabend fanden sich tatsächlich auch mit ganz verschwindenden Ausnahmen alle angemeldeten Damen und Herren ein. Das Deutsche Ausland-Institut hatte an seine Freunde und Förderer in Stuttgart den Ruf ergehen lassen, den von auswärts kommenden Herren Gastfreundschaft zu gewähren, damit ihnen die Kosten der Hotels und Gastwirtschaften erspart blieben. Zu unserer großen Freude verhallte der Ruf nicht ungehört. Es gelang uns tatsächlich, alle Gäste von außerhalb in Familien unterzubringen und — — um es vorweg zu nehmen — — wir hörten nur Stimmen der Dankbarkeit über diese Einquartierung. Dazu war ja auch das Fest veranstaltet: nicht nur um gemeinsame Besprechungen zu pflegen, nicht nur um sich öffentlich in Stuttgart zur Sache des Deutschtums und Volkstums zu bekennen, sondern auch um in Haus und Familie deutschen Sinn und deutsche Gastlichkeit zu erleben, um Fäden der Freundschaft und der Wertschätzung zwischen Ausland und Heimat zu knüpfen, um den auslanddeutschen Studierenden, die oft jahrelang von ihrer Familie getrennt leben, ein paar Tage die „Fremde“ zur wirklichen Heimat werden zu lassen, um ihnen zu ersetzen, was ihnen in Arbeit und Studium an Werten des Gemütes und der herzlichen Familienfreuden entgeht. Das alles ist, wir sagen es nicht ohne Stolz und Freude, glänzend gelungen. Die Stuttgarter Tage waren für Studierende wie für Gastgeber ein wahrhafter Quell der Freude und der Erquickung. Möge aus der Aussaat eine gute Ernte sprießen, möge Volk und Volkstum reichen Nutzen davon haben!

Die Weihnachtskneipe.

Am Sonntabend kamen im Laufe des Nachmittags die Gäste an und wurden von ihren Gastgebern abgeholt. Am Abend traf man sich mit den Angehörigen des Deutschen Ausland-Instituts und den geladenen Gästen aus akademischen und auslanddeutschen Kreisen im Beethovensaal der Liederhalle. Der Saal konnte die Zahl der Erschienenen kaum fassen. Aber es gruppierte sich an den kleinen Tischen um die Herren des gastgebenden Deutschen Ausland-Instituts alsbald ein Kreis von Auslanddeutschen aller Bezirke und Länder und es entwickelte sich bald ein ungezwungenes und herzliches Verhältnis, ein fröhlicher Abend, dem die ernsten Untertöne nicht fehlten.

Herr Konsul Dr. Wanner, der erste Vorsitzende des Vorstands des Deutschen Ausland-Instituts, begrüßte die Gäste mit folgender Ansprache:

Meine verehrten Herren auslanddeutschen Studierenden,
sehr verehrte Gäste!

Der heutige und der morgige Tag sollen den auslanddeutschen Studierenden gewidmet sein, unserer deutschen Jugend, die von überallher zusammengeströmt ist, um auf Württembergs und Badens Hochschulen heimatlichen Sinn und Heimatliebe neu in sich aufzunehmen. Wir werden in unserer Veranstaltung des morgigen Tages über die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung des Studiums der Auslanddeutschen an unseren Hochschulen manches Wort vernehmen, der heutige Abend sei der gemütlichen Aussprache gewidmet, dem gegenseitigen Sich-kennenlernen und Sich-verstehenlernen, der Knüpfung eines engen Bandes zwischen Ihnen, meine Herren Studierenden selbst, da Sie ja aus so verschiedenen Ländern und Berufen stammen, und der Gewinnung eines engen, herzlichen Verhältnisses zwischen Ihnen und der Heimat und unserem Institut.

Gedenken wir da, meine verehrten Herren, in erster Linie Ihrer Heimat und des Schicksals der Völker und Familien, denen Sie entstammen. Viele sind unter Ihnen, die heute nicht

wissen, ob sie überhaupt noch eine Heimat haben, über deren Dörfer und Äcker der Krieg und der Bolschewismus hinwegschritten, die in banger Ungewißheit schweben, nicht nur, ob Haus und Hof noch stehen, sondern auch oft, ob ihre Familien noch am Leben sind und über diese schweren Zeiten hinwegkommen werden. Ihnen gilt in erster Linie unsere Teilnahme und unser Gedenken, der Ausdruck unserer Hoffnung, daß nach so vielen wolkenumdüsterten Tagen auch über ihren Fluren die Sonne einer besseren Zukunft aufgehen möge und daß deutscher Fleiß und deutsche Tüchtigkeit auch diesen gequältesten aller Auslanddeutschen wieder zum Aufstieg verhelfen mögen.

Andere von Ihnen, meine Herren, stammen aus Ländern, in denen die heißen Leidenschaften eines überhitzten Nationalismus und Chauvinismus sich allem, was deutsch war und ist und bleiben will, in den Weg stellten und in dem das Deutschtum, dem nicht mehr der Rückhalt einer starken und machtvollen Heimat zur Seite stand, schmerzhaften Kränkungen und Rechtsbeugungen un'erworfen war und ist. Auch diesen Volksgenossen gilt unser Gruß und unser Versprechen, daß wir sie in diesem

Kampf um das Selbstbestimmungsrecht und um das Recht der deutschen Sprache, der deutschen Schule, der deutschen Kirche, des deutschen Lebens nicht vergessen und nicht verlassen werden. Auch aus einer schwachen und gedemütigten Heimat kann und muß eine Hilfe kommen, keine Hilfe durch Schiffe, keine Unterstützung durch Soldaten, aber eine Hilfe des Geistes und des festen unerschütterlichen Willens zum Leben und zum Wiedererstarken. Sie selbst sind hier, um zu erfahren, wie es um Herz und Gemüt der Heimat des deutschen Volkstums bestellt ist. Wir wollen Ihnen gerade in diesen Weihnachtstagen, da Sie fernab von Ihren Lieben und Ihren Familien in der Fremde weilen, doch zeigen und beweisen, daß diese Fremde auch eine Heimat für Sie ist, daß Ihnen hier treue deutsche Herzen entgegen geschlagen und daß Sie hier ein tiefes Verständnis für die Fragen und die Sorgen Ihres Volkstums und einen ehrlichen und aufrechten Willen zur Hilfe finden. Wir, das Deutsche Ausland-Institut, freuen uns, daß Sie in so stattlicher Zahl zu unserer Veranstaltung gekommen sind, wie wir uns glücklich schätzen, in einer Stadt zu leben und wirken zu können, in der es trotz Wohnungsnot und aller Beschränkungen möglich war, daß sich auf unsern Ruf so viele Familien bereit fanden, aus-

Mit herzlichem und dankbarem Beifall wurden diese Worte aufgenommen. Dann folgten die Ansprachen der Vertreter der Vereinigungen der auslanddeutschen Studierenden und es traf sich recht glücklich, daß die Sprecher und Vorsitzenden alle verschiedenen Ländern und Gruppen auslanddeutscher Arbeit und Tätigkeit entstammten und daß sie ihren Reden den besonderen Unterton ihrer eigenen Landsmannschaft haben.

Als erster sprach für die älteste und stärkste Vereinigung Tübingen, Herr stud. cam. Georg Löffler:

Es ist mir eine große Freude, Sie im Namen der auslanddeutschen Studierenden Tübingens begrüßen zu dürfen und all denen zu danken, die zum Gelingen unseres heutigen Abends beigetragen haben. Vor allem gilt unser Dank dem nimmermüden Herrn Generalsekretär Dr. Wertheimer, der schon manche Schranke niederriß, die Auslanddeutschtum vom Mutterlande trennen. Ich trete als Banater Schwabe vor Sie und versuche kurz den Weg zu zeichnen, der die Banater Hochschüler nach den Museenstädten Deutschlands führte. Ist es doch das erste mal, daß Deutsche aus verschiedener Herren Länder sich gegenüberstehen und das sagen, was ihnen in einer solchen Stunde am Herzen liegt.

Banat. Wie fremd dürfte der Name wohl vielen klingen, und doch wird manch deutscher Krieger, den das Schicksal während des Balkanfeldzuges dorthin führte, erzählen können von dem deutschen Kulturleben, das er dort vorfand. Aber es mußte dieser Krieg der Kriege kommen, der die halbe Million Deutscher da unten aus dem völkischen Dornröschenschlaf erwachen ließ. Die besten Kräfte mußten wir lange Zeit einem fremden Volke opfern. Es war für unsere ersten Vorkämpfer eine schwere Sache, den schon im Schwinden begriffenen deutschvölkischen Gedanken neu zu beleben. Was uns am meisten dazu fehlte, war eine deutschfühlende und deutschdenkende Intelligenz. Und dennoch wurde sie geschaffen! Männer wie unser großer Heimatdichter Adam Müller-Guttenbrunn und der Siebenbürger Sachse, der jetzige Führer der Deutschen in Großrumänien, Rudolf Brandsch (lebhafter Beifall), zu ihrer Ehre sei es gesagt, haben im schweren Kulturkampfe den Grundstock zu einer neuen deutsch-schwäbischen Intelligenz gelegt, die anfangs noch allerlei Gefahren ausgesetzt war. Nun kam plötzlich dazwischen der Krieg, und es schien, als würden auch wir, durch Schwert und Blut geläutert, wiedergehen. Doch es kam alles anders. Die österreichisch-ungarische Monarchie ging in die Brüche und Mutter Germania lag gebrochen darnieder. Wir fanden uns von heute auf morgen in

landdeutschen Studierenden für diese Tage Unterkunft und Gastfreundschaft zu gewähren, daß unsere 70 Gäste von außerhalb alle untergebracht werden konnten. Mit dem herzlichsten Danke an unsere Gastfreunde verbinden wir den Wunsch, daß sich in diesen Tagen ein inniges Verhältnis zwischen ihnen und unsern auslanddeutschen Freunden entwickeln möge und daß Sie, meine Herren Studierenden, erkennen mögen, welche Werte und Kräfte in unserm deutschen Familienleben lebendig sind, wie hier deutsche Art und deutsches Bewußtsein gepflegt werden und daß aus diesem Zusammenkommen der auslanddeutschen Jugend mit der schwäbischen Heimat Glück und Segen für die gemeinsame Sache unseres Volkstums entspringen möge. Das Deutsche Ausland-Institut, das ein Mittelpunkt und ein Urquell der Kraft und der Erneuerung des Deutschtums im Ausland sein will, grüßt Sie und wünscht Ihnen über alle Sorgen des Tages und der Jahre hinweg ein paar gemütliche Stunden, wünscht Ihnen in der Heimat erfolgreiches Studium und gute Zeit und hofft, daß, wenn Sie dann wieder zurückkehren zum heimatlichen Herd und zur heimatlichen Scholle, Sie dann treue Erinnerung bewahren dem alten deutschen Mutterboden, dem wir alle entspringen und dem unser Herz ewig gehört.

einem neuen Staate, und da hieß es zu retten, was noch zu retten war. Was in solch schweren Zeiten ein wiedererwachtes Volk vermag, davon legten damals die Banater Schwaben Zeugnis ab. Die Schulen wurden wieder deutsch. Es erstanden Mittelschulen. Ja sogar die Verwaltung verdeutschte sich in den deutschen Gauen wieder, doch ist auf diesem Gebiete noch manches nachzuholen.

Als sich die Wogen der Revolution legten, bemerkten wir, daß uns noch gar manches fehlte. Schwer vermißten wir in unserem noch so jungen Kulturleben das geistige Band, das uns mit unserer alten Heimat verbinden sollte. Es fehlte aber vor allem an einer akademisch gebildeten Jugend; sie ist erst im Werden begriffen. Die wir heute das Glück haben, hier anwesend zu sein, haben den Gang in die alte Heimat angetreten, um hier an dem Born der deutschen Wissenschaft unsere geistigen Waffen zu schärfen und uns das zu holen, was wir später in unserem kulturellen Leben für unser Volk notwendig brauchen. Doch nicht nur darin soll unsere zukünftige Tätigkeit sich erschöpfen, daß wir bloß holen gekommen sind und dann von dannen ziehen, nein, unser Dank soll darin bestehen, daß wir die deutschen kulturellen und wirtschaftlichen Interessen im Auslande zu verwirklichen suchen und so auf unsere Art und Weise an dem Wiederaufbau tatkräftigst mitarbeiten. (Lebhafter Beifall.) Vor allem aber ist es sämtlicher Auslanddeutschen Ehrenpflicht, den geschändeten deutschen Namen in der Welt wieder in Ehren zu bringen, auf daß er in der Welt den Rang einnehme, der ihm, kraft deutscher Kulturarbeit für das Wohl der gesamten Menschheit, zukommt. (Stürmische Zustimmung.)

Nun zum Schlusse meiner Ausführungen lassen sie mich mit dem großen englischen Denker Thomas Carlyle sprechen, der einmal ausführte, daß die Zukunft Deutschlands die Zukunft der Welt sei. Erweitern wir diese Aussage dahin und sagen, daß die Zukunft des großen deutschen Hundertmillionenvolkes ein neues Morgenrot für die ganze Welt herauführt. Auf daß es so werde, leere ich mein Glas.

Es folgte der Vertreter der Auslandsdeutschen der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim, Herr stud. agr. Batzoni, der schon einige Tage zuvor die Veranstaltung durch einen Lichtbildervortrag über sein heimatliches Siebenbürgen und dessen Deutschtum eingeleitet hatte.

Als Siebenbürger Sachse und Sprecher der auslandsdeutschen Studenten der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheims will ich Sie nicht mit der Geschichte unserer Vereinigung langweilen, denn die ist einfach; wir haben im Inneren keine Partei, noch Landeskämpfe zu verzeichnen, wohl aber einen wieder und wieder auflodernden, aufregenden Kampf gegen einen äußeren Feind: das Sekretariat der Hochschule. (Heiterkeit.)

Diesen Kampf führen aber nicht nur wir Hohenheimer, denn auf dem Vertretertag der A. St. in Jena wurde allgemein geklagt, daß, während die höchsten maßgebenden Persönlichkeiten und Behörden unseren Bitten und Wünschen stets wohlwollend gegenübertraten und verständnisvoll Rechnung tragen, die ausführenden unteren Behörden sich oft nicht genug tun können, um uns bei jeder Gelegenheit Knüppel zwischen die Beine zu werfen. (Heiterkeit.)

Wenn man es aber erlebt, daß ein deutscher Konsul in Prag im Jahre 1920 nicht weiß, daß es Deutsche in Rumänien gibt und von den Siebenbürger Sachsen nie etwas gehört hat, so brauchen wir uns wirklich nicht zu wundern und aufzuregen, wenn unser Sekretariat die auslandsdeutschen Studierenden kurzerhand in einen Topf wirft mit den andern Ausländern: Magyaren, Türken und Japanern.

Die Geschichte der Siebenbürger Sachsen will ich heute ruhen lassen, obwohl wir Siebenbürger gewohnt sind, mit unserer 800jährigen schweren, kampferfüllten, ruhmvollen Vergangenheit etwas zu prunken.

Wohlan denn zur Gegenwart und zu einer Frage, die uns Hochschülern besonders nahe liegt; es ist die volksschulpolitische Frage daheim und die hochschulpolitische hier im Reich, im Mutterlande. Daheim haben nun neben den Deutschen Siebenbürgens, welche sich ihre deutsche Schule nie nehmen ließen, auch die Schwaben des Banats und die Deutschen Beßarabiens wieder eine deutsche Volksschule bekommen.

Die eine Million Deutscher Großrumäniens hat sich in bewußtem, kühnem Griff die erste Lebensnotwendigkeit zum Deutschbleiben gesichert. Doch schon kommen Nachrichten, daß die Rumänen Angriffe gegen die deutsche Schule und deutsche Verwaltung unternehmen. Nun weiß ich, wie schnell wir da kleinmütig werden, jammern und verzagen.

Der nächste Redner war der Vertreter der Vereinigung Stuttgart, der aus der Ukraine stammende Herr stud. arch. Rogler.

Hochverehrte Anwesende, werte Damen und Herren!

Vor hundert Jahren war es, als unsere Ahnen deutschen Boden verließen und sich im Schwarzmeergebiet niedergelassen haben, um sich dort ein neues Heim zu schaffen.

Noch heute steht mir das Bild vor Augen, wie es die Eltern uns schilderten. Eine wilde Steppe, in Menschenhöhe das Gras und Gebüsch, wilde Tiere und Vögel als alleinige Bewohner dieses Reiches. Nur im Umkreise von hunderten von Kilometern einige armselige schmutzige Hütten, in denen der Russe hauste. Um die Hütten ein schmaler Streifen bebauten Landes. Verkehrsstraßen fehlten gänzlich, denn das Bedürfnis dazu war nicht vorhanden.

Nun kamen sie, der deutsche Mann, die deutsche Frau, in das Land. Sie wandelten die wilde Steppe in fruchtbares Land. Nach etlichen Jahren schon sah man den Erfolg deutscher Energie, deutschen Könnens und deutschen Fleißes.

Blühende Dörfer inmitten reicher, gutbesorgter Felder, durchquert von geraden reinlichen Straßen. Große Höfe mit stolzen

Wohl erkannt hat uns jener amerikanische Delegierte, dessen Mahnung unangst die siebenbürgisch-sächsische Tagespost brachte: „Die Sachsen sollen nicht soviel schimpfen, sondern mehr handeln.“ Ja, handeln müssen wir.

Wir Auslandsdeutsche rühmen uns, empfindlicher zu sein für deutsches und undeutsches Wesen als der Heimdeutsche.

Wir, die wir unsere deutsche Art im ewigen Kampfe mit anderen Rassen und Zungen haben behaupten müssen, sind mit Recht stolz auf unsere Leistung und müssen taub sein gegen Lockungen und Drohungen von welcher Seite sie auch kommen mögen. — Wir dürfen nicht vergessen, daß der Kampf nicht zu Ende ist, daß er ewig dauert, daß wir, was wir ererbt von unsern Vätern, nicht nur erwerben, sondern erkämpfen müssen, um es zu besitzen. Das wäre der Kampf daheim.

Einen anderen Kampf müssen wir hier im Reiche aufnehmen und ausfechten. Es ist der Kampf gegen die Unkenntnis in Dingen des Auslandsdeutschtums hier im Reiche. Wir müssen da selbst die ersten Anwälte unserer Sache sein.

Überall, wohin sie kommen, in welchen Kreisen immer, stets müssen sie auf die Auslandsdeutsche und ihre Nöte aufmerksam machen, müssen bedeuten, daß das Deutschtum im Auslande keine Privatsache, Partei- oder Regierungssache, sondern Volkssache, Sache des gesamten deutschen Volkes ist.

Und wenn die deutsche Mutter ihre Mutterpflichten uns gegenüber nicht anerkennt, so müssen wir dennoch unsere Kindesrechte fordern; wir wollen nicht Stiefkinder bleiben.

Heute ist eine kleine Herschau unter den Kämpfern von morgen. Veranstaltet hat sie das Deutsche Ausland-Institut. Wir sollen uns kennen lernen, alle, die wir aus Ost und Nord und Süd und West hierher kamen.

Hier im Mutterlande ist die beste Gelegenheit dazu. Wenn wir wieder bei unsern Volksgenossen sind, müssen wir wissen, wo aufrechte Kämpfer stehen und zu finden sind.

Wir müssen dem Deutschen Ausland-Institut danken, daß es dieses Zusammensein möglich machte. Nicht mit großen Versprechungen wollen wir dies tun, denn daß wir stets für unser Mutterland, für unser Deutschtum eintreten, ist uns eine Selbstverständlichkeit, für Deutschlands Wiederaufbau alle unsere Kräfte einzusetzen, sei unsere höchste Ehre.

Bauten und zierlichen, wohlgepflegten Gärten boten einen erfreulichen Anblick. Sie wurden zum Vorbild, zum Herrscher unter den ärmlichen, kleinen, von Ungeziefer wimmelnden Russenhütten.

Der Deutsche blieb wie er war, was er vom Mutterlande mitgebracht, entwickelte er weiter. Kirchen und Schulen wurden errichtet, sie förderten die deutsche Kultur, die Gemeinden liegten, schützten sie. So ward der Deutsche zum Träger der deutschen Kultur und Wissenschaft, geachtet und geschätzt von den Russen.

Aber wie sieht heute das einstmals blühende, schöne Land aus, das uns zur zweiten Heimat geworden war? Der deutsche Mann, gestern noch geachtet, ward gehaßt, verfolgt. Der furchtbare Krieg brach über das friedliche Land. Vier Jahre hindurch wurden wir mißhandelt, unser Eigentum wurde wir beraubt, ja sogar unsere Sprache wurde verboten, die russische war uns fremd. Was hundert Jahre nicht vermocht, sollten nun vier

Jahre fertigbringen, wir sollten Russen werden. Unsere Dörfer sind verarmt, unsere Felder verwüstet, aber keine Knebelung konnte uns das rauben, was uns die Erziehung, die Schule gegeben hatte, und zwar die Liebe zu unserem deutschen Vaterlande. Doch das Schlimmste stand uns noch bevor, der Bolschewismus. Wie eine Lawine wälzte er sich über das arme Land. Auf die schrecklichsten Arten wurden viele unserer Landsleute gequält, mißhandelt und gequält, durch Hunger und Seuchen Tausende aus unseren Reihen gerissen. Verzweifelt, dem Hasse und der Verfolgung roher Horden ausgeliefert, ersuchten wir Rettung. Und sie kam, sie kam durch unsere Brüder aus dem Mutterlande.

Jubel durchflog unsere Dörfer, unser Land. Mit neuem Eifer ging's an die Arbeit. Begeistert meldeten sich Tausende von uns zum deutschen Militärdienst, verließen Eltern und Geschwister, um dem Mutterlande zu dienen.

Ein Feil von denen, darunter auch wir, kamen zurück ins Mutterland, hier sollten wir ausgebildet werden, um der Rückkehr im aufgestellten Kolonistenheer als Führer zu dienen. Der unerwartete Zusammenbruch unseres Mutterlandes schnitt uns von unseren Angehörigen, von unserem Lande ab. Das Elend, die furchtbare Not brach dort aufs neue aus, und zwar in noch viel größerem Maße als zuvor, und wir hier, machtlos, konnten ihnen keine Hilfe bringen.

Doch eines konnten wir, im Mutterlande um Unterstützung werben. Wir gründeten einen Verein, der dieses Ziel haben

sollte. Wir gründeten eine Vereinigung sämtlicher ausland-deutscher Studierender unserer Hochschule. Heute zählen wir 30 Mitglieder, Vertreter aus vielen Ländern. Uns alle verknüpft ein gemeinsames Interesse, hier im Mutterlande bis in die breitesten Schichten des Volkes unseren Werberuf ergehen zu lassen, um alle Brüder und Schwestern hier für unsere Zurückgebliebenen zu erwärmen. Hier im Mutterlande kennt man die Not unserer Landsleute, ja sogar sie selbst, kaum, darum kann nur eine stark eingesetzte und fleißig betriebene Propaganda der ersten Aufgabe gerecht werden. Die zweite Aufgabe ist die größere: unsere Zeit hier im Mutterlande ganz und gar für unsere Ausbildung, für unsere Erziehung auszunützen, denn nach der Rückkehr in unser Land muß das zusammengebrochene Wirtschaftsleben wieder aufgebaut, die Kultur und Wissenschaft wieder hochgebracht werden. Als Führer unserer Stammesgenossen wollen wir unser ganzes Können und Wissen, was wir hier im Mutterlande schöpfen dürfen, für das allgemeine deutsche Wohl einlegen.

An Euch, werte Gäste, richte ich den Aufruf: Unterstützt uns in unserer Arbeit, der Dank unseres bedrängten Mutterlandes, der Dank unserer armen Landsleute ist Euch sicher. Alles Persönliche muß zurückgestellt werden, denn die Not unseres Mutterlandes, die Not unserer Zurückgebliebenen ruft, und unsere Pflicht ist es, rastlos und rastlos zu arbeiten, um Hilfe zu leisten. Mein innigster und sehnlichster Wunsch ist es: Unser Verband, er blühe, wachse und gedeihe in itemum!

Für die Baltengruppen der Karlsruher Technischen Hochschule überbrachte sodann der Balte Dehio in herzlichen Worten die Wünsche der meist mit den Burschenbändern der Dorpater und Rigenser deutschen Verbindungen geschmückten Balten aus Karlsruhe.

Kaum war das erste gemeinsame Lied „Burschen heraus“ verklungen, da ergriff als Vertreter der Professorenschaft von Stuttgart und Hohenheim das Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Ausland-Instituts, Herr Professor Sauer das Wort: Friede, Freiheit und Brot hat man uns verheißen und wir leiden heute nur noch mehr als früher. Der Hunger und unsere brutalen Feinde quälen uns mehr als je. Und da wollen unsere Feinde nicht einmal die aus Deutschland dringenden Hilferufe um Spenden für unsere Kinder im besetzten Gebiete verbreiten lassen! Hinter den Schlacken der Gegenwart zeigt sich aber doch der Silberblick des edlen Metalls und immer mehr Hoffnungsstrahlen blitzen durch. Unter ihnen ist in erster Linie zu nennen unser vermehrtes Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Deutschen. Jetzt erst recht wollen und müssen wir Deutsche sein, wo uns gemeinsame Not verbindet. Die Auslandsdeutschen sind mehr als je die wirtschaftlichen und geistigen Pioniere. Die Bedeutung des Auslandsdeutschums ist erkannt worden, hier sind die alle darauf hinzielenden Bestrebungen in Stuttgart vereinigt, wo ein Mann wie unser verehrter Wanner für ihren Wert und ihre Bedeutung wirkt. Ihm in erster Linie gebührt unser aller Dank. Was ist des Deutschen Vaterland? Soweit die deutsche Zunge klingt! Möge in diesem Sinne von dem heutigen Abend ein nachhaltiger Eindruck ausgehen. Das walle Gott!

Als sich der brausende Beifall gelegt hatte, ergriff für die Professorenschaft Tübingens das Wort Herr Professor Dr. Uhlig. Er entbot der Versammlung den Gruß des leider verhinderten Rektors und betonte, wie gerade seine Magnifizenz sich für die Fragen der auslandsdeutschen studierenden Jugend interessiere und einsetze und ein wie warmes Herz er für diese Dinge habe. Er selbst wolle einmal für ein paar Augenblicke sein Amt als Vorstandsmitglied des Deutschen Ausland-Instituts niederlegen, um nur als Professor zu sprechen und da müsse er doch sagen, wenn das, was Herr Batzoni so temperamentvoll vorgebracht habe, richtig sei, dann müsse doch verschiedenes versagt haben. Ob nicht vielleicht auch das Deutsche Ausland-Institut? (Große Heiterkeit.) Er müsse das als akademischer Lehrer sehr lebhaft bemängeln! (Große Heiterkeit.) Für Tübingen mit seinen alten Straßen und Gäßchen ist mit dem Erscheinen der auslandsdeutschen Studierenden gewissermaßen eine neue Zeit angebrochen. Wir waren ein Veilchen, das sehr im Verborgenen blühte. Mit dem Ausland hatten wir nie sehr viel zu tun, nun ist es uns in reichem Maße durch Sie erschlossen worden. Ja, wir sind ja gar keine Ausländer, werden Sie sagen. Das müssen sie dem Schwaben in Tübingen im Laufe der Zeit erst einmal beibringen! (Große Heiterkeit.) Wenn Einer von Ihnen sich bei mir anmeldet, dann sagen meine Mädchen doch immer: Einer von den Ausländern! (Heiterkeit.) Sie sprechen eben das Deutsche doch mit leicht gefärbtem Akzent, der dem schwäbischen Ohr nicht so ganz vertraut ist. Aber Sie bringen uns Abwechslung und sind uns ganz besonders liebe Gäste. Die schönen Anfänge wollen wir immer mehr ausbauen und wollen dem Deutschen Ausland-Institut gut zureden: kommt auch

einmal mit einer solchen Veranstaltung zu uns nach Tübingen! Versammeln Sie sich einmal mit ihrem ganzen Bunde in Tübingen! Auf Ihrer stattlichen Zahl beruht viel von unserer Zukunft! Ich lasse meine Worte ausklingen in den Ruf: Die Vereinigungen auslanddeutscher Studierender mögen wachsen, blühen und gedeihen: Da wir doch in studentischen Kreisen sind, wollen wir darauf einen kräftigen Salamander reiben!

Den Ansprachen der Professoren folgten, nachdem die wuchtigen Klänge des Gaudeamus igitur verklungen waren, die Begrüßungsworte der Vertreter der Studentenschaften. Von den allgemeinen Studentenausschüssen der drei Landeshochschulen waren ebenso wie von zahlreichen Korporationen Vertreter entsandt worden. Den Reigen dieser Gruppe von Rednern eröffnete Herr Banzhaf vom Asta Stuttgart, der zugleich auch für die Hohenheimer sprach, für den Asta Tübingen sprach Herr Minzenmay und nach ihm der Vorsitzende des nationalen Studentebundes Tübingen, Herr von Hofacker. Sie alle fanden herzliche und kameradschaftliche Worte für das einträchtige Zusammenarbeiten zwischen den deutschen Studenten, seien sie In- oder Auslanddeutsche, Worte aufrichtiger Teilnahme mit den zahlreichen Studenten, die von Haus und Hof, von Familie und Eltern abgeschnitten sind und in Ungewißheit um deren Schicksal bangen. Ihre Ansprachen boten den Beweis, wie stark sich das Bewußtsein vom hohen Wert des Auslandsdeutschtums in den Gedankenkreis unserer studierenden Jugend eingeprägt hat. Namentlich die Herren von Tübingen konnten von viel gemeinsamer Arbeit und auch von Erfolgen berichten und zu gemeinsamem Kampf für deutsche Art und deutsches Volkstum aufrufen.

Mit ganz besonderer Wärme wurde ein Gast begrüßt, der Auslandsdeutschtum und Heimat so recht verkörperte, ein Auslandsdeutscher, ein Balte, der einst als Auslandsdeutscher an Deutschlands Hochschulen gelernt hat, jetzt als inlandsdeutscher Professor selbst an ihnen lehrt: Herr Professor von Antropoff-Karlsruhe sprach für die Lehrkörper der badischen Hochschulen in herzlichen Worten Wünsche und Begrüßung aus und betonte das Glückgefühl des einst Empfangenden, jetzt selbst geben zu dürfen. Er habe das Empfinden, er sei Hochschullehrer geworden, nicht obgleich, sondern weil er Auslandsdeutscher sei, er sei stets mit solcher Herzlichkeit aufgenommen worden, daß er sich etwas Schöneres und Herzerwärmeres gar nicht denken könne. Es sei eine gute Eigenschaft der Menschen, stets noch mehr zu wollen, nämlich nicht auf materiellem Gebiete, sondern geistig. Vielen sei das Vaterland während des Krieges verschlossen gewesen, eine undurchdringliche und unübersteigbare Mauer habe Ausland und Heimat getrennt. Manche Enttäuschung hüben und drüben sei die Folge gewesen. Der Auslandsdeutschen heißter Wunsch sei, das Vaterland in alter Größe und Frische wieder erstehen zu sehen und insbesondere das Badener und das Württemberger Land so wieder zu erblicken, wie es in den Idealen der Deutschen draußen hoch und heilig erschienen sei. Hell und kräftig erklang das Hoch auf das deutsche Vaterland und machtvoll erschollen die Töne des „Deutschland, Deutschland über alles“, die heiligen Klänge von dem Vaterland, dem in unseren Herzen der oberste Platz gebührt, das uns über alles geht, über irdische und materielle Güter, das unser höchstes und unversehrbares Gut ist.

Für die Gruppe der elsäß-lothringer Studierenden sprach sodann der Professor an der technischen Hochschule Stuttgart, Paul Schmitthenner, die Bitte aus, die Auslandsdeutschen möchten auch des elsässischen Landes nie vergessen, dessen Deutschtum anders geartet sei, als das Deutschtum unserer Gäste von heute Abend, das im Kampfe sich stets erneuert und gesiegt habe. Die Auslandsdeutschen möchten mit den Elsässern Fühlung und gute Freundschaft halten!

Ein deutsch-chilenischer Gast sprach noch für die Übersee-Deutschen, die Siebenbürgersachsen Damen und Herren sangen im Chor ihr Nationallied: „Ich bin ein Sachs', ich sag's mit Stolz“ und die Volksweise „Beim Holderstrauch“, die Studierenden aus dem Banat sangen ihre deutsche Nationalhymne „Heil dir, mein Heimatland“, ein kleines Hausorchester der Deutschen aus der Ukraine (Mandoline, Gitarre, Laute, Balalaikas) spielte reizende Weisen, Herr Menrath trug das schöne Lied der Banater Hochschüler: „Schwäbische Hochschüler seid ihr genannt“ vor, das wir in Nr. 21 des Auslandsdeutschen veröffentlicht haben. Dann widmete Exzellenz Teichmann „in Niemandes Auftrag, aber getrieben vom übervollen Herzen des alten Soldaten, der mit Begeisterung so viel frohe, frische und freie deutsche Jugend hier sehe“, sein Glas der Jugend, und Parrer Grisebach vom Deutschen Auslands-Institut faßte in später Stunde, als die Kerzen des Christbaums schon erloschen, die Stimmung dieses einzigen schönen Weihnachtsabends noch einmal in Worten zusammen: er sprach vom christlichsten und deutschesten aller Feste, das den Christbaum als ein Symbol des Deutschtums allen Auslandsdeutschen hoch und heilig erscheinen lasse; das Sinnbild deutschen Glaubens und deutscher Treue sei dieser Baum. Glauben und Treue seien die Quellen, aus denen unsere Hoffnung fließe. Mögen die Lichter des Baumes uns ein Symbol sein, daß auch unser deutsches Licht nie erlöschen werde, daß es hell wieder erstrahlen möge. Die Not hat uns zusammengeführt. Möge das Licht deutschen Glaubens und deutscher Treue ewiglich in unseren Herzen brennen.

Gesang umrahmte die Ansprachen. Es entwickelte sich ein reger Gedanken- und Gesandenaustausch und bald waren die Landsmannschaften, die anfangs noch brav zusammensaßen, verwischt und „Länder und Menschen“ saßen bunt durcheinander gewürfelt. Professor Schmitthenner fand noch in spätester Stunde aufmerksam lauschende Zuhörer, als er zur Laute alte deutsche Volkslieder sang. Ein Weihnachtslied beschloß den schönen, fröhlichen Abend, der

die Herzen einander näher gebracht hatte und über dem eine wunderschöne Stimmung jugendfrischer Begeisterung, nicht zu unterjochenden Freiheitswillens, ehrlicher Arbeitsbegeisterung und treuer Heimatanhänglichkeit lag.

Die Arbeitssitzung.

Schon früh am Sonntag, um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, fanden sich die Studenten im Sitzungssaal des Deutschen Ausland-Instituts ein, und Herr Löffler-Tübingen, der sattelfest und sicher am Abend zuvor auch den Kommersabend geleitet hatte, eröffnete die Tagung, die der Aussprache zwischen den Studenten gewidmet war. Im Auftrage des Deutschen Ausland-Instituts begrüßte Generalsekretär Dr. Wertheimer die Gäste. Das Institut freue sich, diese erste Zusammenkunft so zahlreicher auslanddeutscher Studierender habe veranstalten zu können, die nicht die letzte sein solle. Herr Batzoni-Hohenheim sprach den Dank der Studierenden aus und referierte über den Bundestag in Jena und über seine vielfachen Anregungen. (Wir werden über diesen Tag von Jena noch ausführlicher berichten. Die Schriftleitung.) In der Aussprache verlangte von den Studierenden Dr. Wertheimer, daß sie nicht nur die Empfangenden, sondern auch mehr die Gebenden würden, daß sie Berichte über ihre Heimatdörfer und Heimsitten in die Fach- und Tagespresse schrieben, daß sie mehr ins Volk gingen, in Versammlungen sprächen, zu Veranstaltungen sich entschlossen. Herr Professor Uhlig erweiterte für die Tübinger Herren diese Bitte dahin, sie möchten sich auch an den vom Deutschen Ausland-Institut in Tübingen veranstalteten Vortragskursen mehr handelnd beteiligen und in die Besprechungen eingreifen, und in die studentischen Verbindungen nach Möglichkeit hereingehen, um dort für ihre Pläne und Ziele zu wirken. Diese Anregung nahm auch Herr Professor Sauer auf und bat die Studierenden, ihre Schüchternheit abzulegen und sich voll als deutsche Studierende zu fühlen. Wo es an Verständnis bei den Behörden in der Heimat fehle, da müsse rasch und kräftig eingegriffen werden. Auch Herr Batzoni war der Ansicht, „mit dem Ins-Kolleg-Gehen sei es noch lange nicht getan“. Kräftige Blutauffrischung sei nötig. Lernen und Lehren sei zu verbinden, praktische Wirtschaftsbetätigung, frische Blutzufuhr auch für die Heimatgemeinde der Studierenden. Herr Minzenmay bat gleichfalls in diesem Sinne um die Mitarbeit der auslanddeutschen Jugend, die namentlich in Gewerkschaften und Schulen helfen solle, Kenntnisse zu verbreiten und deren Entschluß der Selbstbesteuerung der reicheren zugunsten der ärmeren Kommilitonen freudig zu begrüßen sei.

Anschließend an die Aussprache fand unter Leitung der Herren Abteilungsleiter Studienrat Dr. Mannhart und Hauptmann z. D. Morgner eine Besichtigung der Institutsanlagen statt, die den Studierenden einen praktischen Begriff von dem geben sollte, was ihnen das am Abend vorher verteilte Sonderheft des „Auslanddeutschen“ mit seiner Darstellung der Institutsarbeit geboten hatte. Rasch war die Zeit verstrichen und es ging ins Lindenmuseum, wo der württ. Verein für Handelsgeographie in liebenswürdiger Weise seinen Saal für die öffentliche Versammlung zur Verfügung gestellt hatte.

Die öffentliche Versammlung.

Die Versammlung leitete der Vorsitzende des Vorstandes des Deutschen Ausland-Instituts, Kommerzienrat Konsul Dr. Wanner mit folgenden Worten ein:

Meine Damen und Herren!

Ich habe die Ehre und die Freude, Sie im Namen des Deutschen Ausland-Instituts hier begrüßen zu dürfen, und ich darf es als eine hohe Würdigung der Sache des Auslanddeutstums und des Studiums unserer auslanddeutschen Jugend betrachten, daß wir die Freude haben, den Herrn Staatspräsidenten selbst hier willkommen heißen zu dürfen und daß der Herr Staatspräsident trotz anderweitiger dringlicher Inanspruchnahme es sich nicht nehmen lassen wollte, die auslanddeutsche Jugend am heutigen Tage hier selbst zu begrüßen. Ich darf diesem Danke an den Herrn Staatspräsidenten und an die württembergische Regierung, bei der wir stets so viel Verständnis und Entgegenkommen in der Erfüllung unserer hohen Aufgaben gefunden haben, den Dank an alle Familien anschließen, die sich bereit erklärt haben, unseren jungen Gästen Unterkunft und Gastfreundschaft zu gewähren und die damit dazu beitragen halfen, daß diese Zusammenkunft zu einer wirklichen Verschmelzung

von Auslanddeutstum und Heimat, zu einem gegenseitigen Sichkennenlernen, Aussprechen, Verstehen, und, wie ich hoffen möchte, Schätzenlernen führen konnte.

Wir haben im Deutschen Ausland-Institut dem Studium der auslanddeutschen Jugend stets unsere besondere Aufmerksamkeit gewidmet, denn diese Jugend ist es, die uns helfen muß, Versäumtes einzuholen, Neues zu schaffen. Unserm genüßlichen Zusammensein von gestern abend und unsern Beratungen der Studenten untereinander heute morgen soll nun diese öffentliche Veranstaltung folgen, die Kunde ablegen soll davon, wie man im Württembergischen Lande und im Deutschen Reiche die Frage des Studiums der Auslanddeutschen bewertet, und die diese Kunde hinaustragen soll in alle Kreise des Auslanddeutstums und in alle Welt, damit man überall, wo Deutsche wohnen, erkennt, daß sich das deutsche Volk gerade in seinem Unglück an seine Brüder und Schwestern in allen Ländern erinnert und ihrer in der Schicksalsgemeinschaft, die alles, was deutsch denkt, fühlt und spricht auf der Welt jetzt umschließt, nicht vergessen wird. (Beifall.)

Mit lebhafter Begrüßung empfangen wurde der Staatspräsident, Herr Dr. Hieber, dessen Rede oft von starkem und anhaltendem Beifall unterbrochen wurde. Er führte aus:

Verehrte Frauen und Herren!

Wenn ich Sie, meine jungen deutschen Kommilitonen aus dem Auslande, heute hier im Namen der Württembergischen Staatsregierung willkommen heiße, so tue ich

das mit Stolz und Freude. Es ist eine wahre Herzensstärkung in unseren schweren Tagen, hier so viele kräftige und zukunftsfrohe, arbeitswillige und glaubensstarke Jugend aus deutschen Bezirken des Auslandes vereinigt zu sehen. Macht und

Reichtum sind dem deutschen Volke in seinem schwersten Kampfe gegen eine Welt von Gegnern entrissen worden. Elend und Not auf geistigem wie auf materiellem Gebiete sind uns beschieden.

Aber von überallher kommen nun zu uns die Zeichen treuester Anhänglichkeit, heißester Heimatliebe und innigen Mitgeföhls mit dem Schicksal des Deutschen Reiches und des Volkes. Alle die Millionen, die unser deutsches Volk im Laufe seiner Geschichte hinausziehen sah, die in schlechten und in guten Zeiten unserer Geschichte über Land und über Meer gewandert sind, um draußen sich neue Existenzen zu gründen, sie alle hören und empfinden heute die Stimme des Blutes und den Ruf des Herzens. In aller Welt leben diese Deutschen, in den Steppen Sibiriens wie in den Städten des Schwarzen Meeres, in den Urwäldern Brasiliens wie in den Städten Nordamerikas. Überall, wo sie sich ansiedelten, wurden sie treue und aufrichtig ergebene Bürger ihrer neugewählten Heimat, ohne im Herzen und im Geiste die Erinnerung an das alte Ursprungsland ihrer Väter zu vergeßen. Hunderttausende sind bei dieser Entwurzelung von dem alten Mutterboden und bei der Verpflanzung in neue Heimat Erde untergegangen. Aber die übrigen Millionen sind dank ihrer deutschen Tüchtigkeit, dank ihrer Erziehung zur Pflichterfüllung und Arbeitsleistung hochgekommen und haben dem deutschen Namen in der Welt Ehre gemacht. Sie alle wissen, wie gerade das Schwabenvolk von allen Stämmen des Deutschen Reiches die größte Wanderlust in seiner Brust spürt und welche Bedeutung die Schwaben unter den Deutschen im Ausland gewonnen haben. Da ist es uns Stolz und Freude, an einem Tage wie dem heutigen vor Ihnen, als den Vertretern unserer Brüder im Ausland, mit heißem Dank feststellen zu dürfen, wie herzlich sich das Heimatgedenken gerade bei unseren Schwaben im Auslande offenbart. Das deutsche Volk, das sich zu seinem eigenen Schaden vor dem Weltkrieg nur zu wenig um seine Auslandsdeutschen gekümmert hat, das in den Tagen seines Glanzes und seines Aufstieges vielfach gar nicht mehr wußte, wo seine Freunde wohnten, erhält heute von überallher die Beweise treuer Anhänglichkeit und Zusammengehörigkeit. Von überallher, vor allen Dingen aus den Vereinigten Staaten, fließen uns, namentlich im Schwabenland, Mittel zu, um im Kleinen und im Großen der körperlichen wie der geistigen Not zu steuern, sei es nun, daß man der Armen, der Witwen und der Waisen in den Heimatgemeinden gedenkt, sei es, daß man Kirchenglocken stiftet, sei es, daß man dem Mittelstand in seinem Existenzkampf zu Hilfe kommen will oder auch der Wissenschaft in ihrer schweren Notlage beispringt, damit sie in alter Tüchtigkeit zum Wohl nicht nur des deutschen Volkes, sondern der ganzen Menschheit weiterarbeiten kann.

Für all das sind wir dankbar, und wir sind überzeugt davon, daß dieser Strom deutscher Güte und deutschen Gemeinschaftsgeföhls nicht versiegt, daß er uns auch künftig neue Mittel und neue Anregung zuführt. Die Heimat steht nicht ganz mit leeren Händen da, wenn Sie so von draußen beschneit wird. Hier auf deutschem Mutterboden wächst die Urkraft unserer Arbeit, unserer Seins und unseres Denkens. Hier gedeihen die Eigenschaften und hier sollen sie an deutschen Schulen und Hochschulen gepflegt und gehet werden, die den Deutschen im Ausland emporgebracht und ihm zur Achtung verhelfen haben. Und wenn sie über die Kinderkrankheiten einer neuen politischen Zeit und Entwicklung hinwegsehen wollen, so sind wir trotz mancher Mängel und trotz mancher Schläcken doch immer noch das alte leistungskräftige und strebsame deutsche Volk geblieben, das wir alle Zeit waren, und das auch nicht

untergehen wird, auch wenn man ihm jetzt Sklavenketten angelegt hat.

Sie, meine jungen Kommilitonen, sind aus allen Teilen der Welt hier versammelt, um an unseren Hochschulen deutsche Wissenschaft in sich aufzunehmen, um aus der Heimat Erde, von der Ihre Vorfahren ausgezogen sind, deutsche Kraft und deutschen Geist in sich aufzunehmen. Sie sind die Sendboten Ihrer Völker aus dem Banat, aus Siebenbürgen, aus Bessarabien und der Ukraine, aus der Krim und von der Wolga, aus Polen und dem Baltenland, aus Süd- und Nordamerika, die Vertreter einer im neuen Lande in alter Heimatsitte großgewordenen und zahlreich arbeitenden Bauern- und Bürgerschaft, die auf Ihre Rückkehr voll Vertrauen und mit Sehnsucht wartet. In Ihnen, meine Herren, ruht die Zukunft Ihrer Dörfer und Ihrer Städte, auf Sie bauen sich die Hoffnungen Ihrer Gemeinden und auch unserer deutschen Heimat. Sie, die Sie in Deutschlands Unglückstagen hier bei uns weilen, sollen das Bewußtsein mit hinausnehmen, daß ein noch ungebrochener Wille hier am deutschen Wiederaufstieg arbeitet. Und wir schöpfen aus Ihnen die Zuversicht, daß das neu geschlungene Band zwischen uns und unsern Brüdern im Ausland nie wieder zerreißen soll. Fast überall in der Welt, wo Deutsche wohnen, haben sie den Haß und die Feindschaft unserer Gegner spüren und empfinden müssen. Und auch heute, wo der Lärm des Krieges verhallt ist, erleben unsere Brüder in Polen, in der Tschechoslowakei und auch an anderen Orten manche Zurücksetzung und manche Mißachtung der kulturellen Rechte der Minderheiten, die in den Friedensverträgen verbrieft wurden. Wir wollen gerade auf unseren deutschen Hochschulen nie aufhören, Gerechtigkeit und Menschenrechte für unsere deutschen Brüder in aller Welt zu fordern und zu begründen. Wir wollen nie aufhören, für ein strebsames Element, das die Deutschen überall sind, Arbeitsmöglichkeit und Betätigungsfreiheit zu verlangen. Es gelüftet uns nicht nach Einnischung in fremde politische Angelegenheiten, und wir haben keine chauvinistische Hintergedanken, wenn wir für unsere deutschen Brüder in fremden Ländern Recht und Gesetz, Achtung und Freiheit fordern. Sondern wir haben den aufrechten und aufrichtigen Willen, an der Gesundung der krank gewordenen Welt zu unserem Teil mitzuarbeiten und unsere Kraft und Leistung in den Dienst einer hohen Sache zu stellen.

In Ihnen, meine jungen Freunde, sehen wir nicht nur die Träger kommender Wirtschaftspolitik, erblicken wir nicht nur die künftigen Führer des wirtschaftlichen Lebens, die unserem deutschen Volke Nahrungsmittel und Rohstoffe verschaffen sollen, um dafür seiner Industrie und seinen Fertigfabrikaten Absatz zu erschließen, wir wollen Sie nicht nur mit wirtschaftlichem Verstand begreifen, sondern Sie aus innerem Herzen heraus werten und schätzen. Sie sind uns Söhne von Volks- und Schicksalsgenossen, Sie sind uns Kinder und Sendboten von Blutsgenossen. Sie sind ein Teil unserer eigenen Jugend, auf die der Staat und auf die unser Volk bauen und fest vertrauen, um wieder in die Höhe zu kommen.

Dieser deutschen Jugend und namentlich Ihnen, meine jungen Freunde, der auslandsdeutschen Jugend, gilt mein Gruß und der Wunsch der württembergischen Regierung an dem heutigen Tage. Vergessen Sie nie die Heimat, wie auch die Heimat Sie und Ihre Väter und Brüder, Mütter und Schwestern nie wieder vergessen wird! Lernen Sie an unseren Hochschulen und erfüllen Sie sich mit dem Geiste deutschen Denkens und deutschen Arbeitens, nicht nur

zu Ihrem eigenen persönlichen Wohlergehen, sondern auch als treue Diener zur Entwicklung der Wirtschaft und des Geisteslebens der Staaten, in denen Sie

leben und wirken werden, und damit als treue Söhne unserer deutschen Heimat und unseres deutschen Volkes, dem unsere und Ihre ganze Liebe gehören soll.

Dem Herrn Staatspräsident folgte als Sprecher der Vertreter des Deutschen Ausland-Instituts, Herr Universitätsprofessor Dr. Uhlig, Tübingen:

Hochgeehrte Damen und Herren, liebe Kommilitonen!

Unsere heutige Veranstaltung ist keine Feier im eigentlichen Sinn des Wortes — denn wer kann guten Gewissens augenblicklich in unserm Vaterland feiern —, sondern sie ist eine Zusammenkunft, die einer großen und wichtigen Arbeit dienen soll. Zweierlei Gesichtspunkte waren für das D. A. I. maßgebend bei seiner Einladung: Erstens wollten wir Ihnen zeigen, was wir Ihnen, meine Herren auslanddeutschen Studierenden, heute und in Zukunft bieten und was Sie umgekehrt für unsere Arbeit leisten können, und zweitens sollte es unseren engeren Landsleuten, den eingesessenen Schwaben, einmal lebhaft zum Bewußtsein kommen, welche Bedeutung die in den auslanddeutschen Studierenden hier verkörperten Beziehungen für uns in der alten Heimat haben.

Die sonst in Deutschland manchmal vertretene Meinung, daß wir hier in Stuttgart etwas abseits liegen, werden Sie, meine Kommilitonen von draußen, schwerlich teilen. Sieht doch ein großer Teil von Ihnen in Württemberg die Heimat seiner Vorfahren. Und die anderen dürften die angenehmen Seiten Württembergs so sehr haben schätzen lernen, daß sie mit uns der Meinung sind: wer erst einmal in Deutschland ist, kann auch gut und gern ins Schwabenland und nach Stuttgart kommen. Sie, die Sie einer der drei Landeshochschulen angehören, haben es sogar recht bequem, nach Stuttgart zu kommen.

Nun haben Sie heute früh bei der Führung durch das D. A. I. Eindrücke davon bekommen, was es dort zu holen gibt. Ich glaube, Sie werden zur Überzeugung gekommen sein, daß Sie in dem Archiv, in der Kartotheke der Auslanddeutschen, in der Bibliothek, in der Osteuropa-Abteilung, in der Karten- und Lichtbildersammlung trotz vieler Lücken, die dort noch vorhanden sind, manches über die eigene ausländische Heimat finden, was selbst Ihnen noch neu ist. Unsere Stellenvermittlung, unsere Beratungsstelle für Rechtsfragen, unsere Auskunftsstelle wird manchem von Ihnen noch nützlich werden, zumal im Zusammenhang mit dem, was unsere zahlreichen Vertrauensleute im Ausland leisten. Unsere Vortragstätigkeit ist vielen von Ihnen schon länger bekannt. Unsere Veröffentlichungen, vor allem unsere Hauptzeitschrift, der „Auslanddeutsche“, dürften Ihnen heute nicht zum ersten Male zu Gesicht gekommen sein. Aber ich denke, Sie haben nun den für Sie neuen Einblick gewonnen, wie dies Organ aus allen Hilfsquellen des Instituts gespeist, so recht dessen reges Leben zum Ausdruck bringt. Nehmen Sie unsere Versicherung mit, daß diese Zeitschrift, ebenso wie unsere Pressekorrespondenz, die heute überall in Deutschland und in einem großen Teil der übrigen Welt als erste fachliche Quelle größtes Ansehen und ausschlaggebenden Einfluß haben, sich gerade auch Ihrer eigensten Fragen jederzeit annehmen werden, daß ihre Spalten Ihnen in jeder Hinsicht offen stehen.

Aber wichtiger noch als alle diese wertvollen Einzelheiten ist es gerade für Sie Akademiker, daß Ihnen durch das D. A. I. die Bedeutung der wirtschaftlichen Fragen, die mit dem Auslandsdeutschum so untrennbar verknüpft sind, nahe gebracht wird. Daß Sie Sinn und Herz für die Aufrechterhaltung deutscher Geistesbildung sowohl der eigenen, als der Ihrer engeren Heimatgenossen haben, bezeugt schon der Umstand, daß Sie, und viele

von Ihnen mit der Überwindung großer Schwierigkeiten zum Studium nach Deutschland gekommen sind. Aber die großen wirtschaftlichen Fragen des Auslandsdeutschums liegen dem Studierenden, wenn die Volkswirtschaft nicht gerade sein Fach ist, etwas ferner. Und doch ist es so wichtig, daß beide Arbeitsgebiete enge Fühlung miteinander haben. Erträgliche wirtschaftliche Zustände sind eine der unumgänglichen Vorbedingungen für geistiges Arbeiten. Und umgekehrt wird es der Wirtschaft der engeren Heimat eines jeden von Ihnen sehr wohl tun, wenn die mit dem Geiste unserer deutschen Hochschulen erfüllten jungen Männer auf sie Einfluß gewinnen. Wenn irgendwo heißt es hier, daß einer großzügig von Idealen getragenen Wirtschaft die Zukunft gehört.

Verständnis für wirtschaftliche Fragen muß den künftigen geistigen Führer der Auslandsdeutschen auch deshalb in Fleisch und Blut übergegangen sein, damit sie die politischen Fragen in der richtigen Weise anpacken. Wir wissen genau, wie verschieden die außenpolitischen, noch mehr fast die innenpolitischen Standpunkte und Auffassungen der Auslandsdeutschen sind. Und wir denken nicht daran, Ihnen zu irgendeiner Richtung zureden zu wollen. Wir wünschen uns nur Ihr freundliches Verständnis für unseren eigenen Standpunkt. Und der besagt, daß wir uns im Innern und Äußern von jeder Parteipolitik fernhalten, daß wir niemand von der Mitarbeit ausschließen, dem es Ernst ist mit tatkräftiger Hilfe am Wiederaufbau des Reiches. Daß wir uns aber auch aller politisch-irrendentistischen Arbeit enthalten wollen, wo doch Haß und Mißtrauen unserer Feinde in West und Nordwest jeden unserer Schritte argwöhnisch überwachen und gern jede Verleumdung austreuen. Niemand aber soll uns hindern, den Austausch wirtschaftlicher und geistiger Güter mit unsern Auslandsdeutschen zu pflegen. Das Recht der völkischen Minderheiten zu vertreten, wie es schon der Herr Staatspräsident soeben als eine sachliche Aufgabe unserer Hochschulen hervorhob, unsern Auslandsdeutschen in unsern Herzen eine ewig treue Heimatstätte zu bieten.

Bei unserer Arbeit am Auslandsdeutschum ist uns Ihre Mitarbeit, meine Herren Kommilitonen, an sehr vielen Stellen dringend erwünscht. Schon mit der Muttermilch haben Sie eine Fülle eingehender Kenntnisse über auslandsdeutsche Gebiete aufgenommen. Alle die müssen Sie uns in Deutschland zur Verfügung stellen. Wir wollen Ihnen zeigen, wie Sie damit auch für das Land Ihrer Geburt wirken. Sie können uns auf viele Einzelfragen schnelle und gründliche Auskunft geben, werden z. B. auch die uns so erwünschten biographischen Angaben über Auslandsdeutsche beschaffen; sie können uns bei der Anknüpfung von Beziehungen helfen und schließlich als unsere Sendboten in die Heimat draußen zurückkehren. Kurz, wir geraten mit den Gebieten, die Sie vertreten, in ein ungemein lebendiges und fruchtbares Verhältnis. Wir wollten, es wäre erst soweit, daß Auslandsdeutsche aus allen Ländern der Welt ihre Söhne in Deutschland und gerade auch in Württemberg studieren ließen. Mit Befriedigung haben wir festgestellt, daß aus Ihrem Kreis selbst schon ganz bestimmte Überlegungen aufgetaucht sind, wie wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und den auslandsdeutschen Gebieten enger Art geknüpft werden könnten. Den Gedanken der Ausschaltung überflüssigen

Zwischenhandels durch Ihre Vermittlung halte ich für sehr erwägenswert. Nicht weniger sind es all die Pläne, die darauf abzielen, den auslanddeutschen Gebieten neues Blut aus dem Reiche zuzuleiten. Daß wir eine starke Auswanderung erleben werden, bezweifelt kaum jemand. Alles kommt darauf an, sie an die rechten Stellen in der Welt zu lenken und diese Menschen unserm Volkstum zu erhalten. Da können Sie für viele Gebiete die besten Führer werden.

Es ist klar, daß wir in unserer heutigen Lage noch viel mehr als vordem geradezu gezwungen sind, die ganze Welt als das Feld unserer Betätigung anzusehen. Da sind Ihnen, meine Herrn und Damen, die Sie reichsdeutsch sind, die auslanddeutschen Studierenden ein lebendiger Beweis dafür, in wie weiten Landen draußen erfolgreiche deutsche Pionierarbeit geleistet worden ist. Diese Leute, die trotz ihrer Jugend schon so viel gesehen und durchgemacht haben, und die gleichwohl so mutvoll und zielbewußt vorwärts streben, sind ihrer freundlichsten Beachtung, ja ihrer Zuneigung wert. Nehmen Sie Anteil an ihrem Leben und geben Sie ihnen Gelegenheit, bei uns warm zu werden. Es schadet gar nichts, daß die auslanddeutschen Studierenden es mit ansehen, mit welchen wirtschaftlichen Schwierigkeiten heute fast jeder einzelne Deutsche zu kämpfen hat.

Dem Auslanddeutschen draußen geht es teils sehr viel besser, teils aber noch ungleich schlechter als uns. Es ist eigentlich selbstverständlich, daß die, die jetzt zu uns zurückkommen, in der Mehrzahl zu der letzteren Art gehören. Wer im heutigen

Für die Professorenschaft der drei Stuttgarter Hochschulen sprach seine Magnifizenz der Herr Rektor der Stuttgarter technischen Hochschule, Professor Dr. Gutbier:

Mit offenen Armen haben wir unsere auslanddeutschen Kommilitonen aufgenommen. Wir wußten genau, wir konnten nicht alle Wünsche erfüllen. Wir sind gebunden durch Bestimmungen und durch den schweren Raummangel. Aber daß Sie gekommen sind, daß Sie versuchen, deutschen Einfluß an den Hauptstätten einzuatmen, an den Hochschulen, das danken wir Ihnen. Sie haben aus den Worten des Herrn Staatspräsidenten gehört, was Sie uns sind und was die wahre deutsche Heimat Ihnen sein will. Den deutschen Studenten, den hat uns noch niemand nachgemacht. Wenn wir uns umsehen in allen anderen Nationen, ein Bild des deutschen Studenten sehen wir nirgendwo anders als eben in Deutschland mit seinem tiefen Eindringen in die Wissenschaft, mit seinem Opfermut. Wir sehen, unter wie

Als Vertreter der Studentenschaft der drei württembergischen Hochschulen ergriff sodann Herr Minzenmay das Wort:

Die Studentenschaft der württbg. Hochschulen ist gerne Ihrer Einladung gefolgt. Im Auftrag der Astas Tübingen, Stuttgart und Hohenheim darf ich die Grüße der württbg. Kommilitonen überbringen. Es braucht keiner langen Darlegung, Sie wissen, daß die Studenten von jeher die Gemeinschaft mit den abgetrennten und den im Auslande wohnenden Gliedern des Deutschtums in einer besonderen Art pflegten. Sie wissen auch, daß die Studentenschaft, als ihr nach hundertjährigem Wunsche der große Zusammenschluß gelang, an den politischen Grenzen mit diesem Zusammenschluß nicht Halt machte: ein österreichischer achter Hochschulkreis, ein neunter Kreis der Südfenländer, beide sind Teile unserer großen Gemeinschaft und wir fühlten erst kürzlich beim zweiten deutschen Hochschultag in Göttingen uns zusammengehörig. Es bleibt für mich lebenslang ein starkes Erlebnis, als ein Grazer Kommilitone von dem starken deutschen Fühlen seiner Kameraden erzählte, daß sie hoffen auf ein größeres Deutschland, von dem sie ein Teil sein dürften. Er erzählte mit Tränen in den

Deutschland Hilfe sucht, dem muß es schon recht schlecht gehen. Gerade deshalb wollen wir ihre Hoffnungen, soweit es in unsern Kräften steht, nicht enttäuschen. Für die Wiedererstarkung unserer Stellung in der Welt wird es höchst förderlich sein, wenn wir diese Gelegenheit benützen, um neue innige Bande zwischen der Heimat und dem Auslanddeutschtum zu knüpfen. Haben gewisse Kreise in England vor dem Krieg damit gerechnet, daß in dem Augenblick, wo Deutschlands Handel zerstört wäre, im Grund jeder einzelne Engländer um so und so viel reicher wäre, so dürfen wir umgekehrt darauf vertrauen, daß, wenn es gelingt, unsern Handel mit Hilfe unserer Auslandsplaniere wieder aufzubauen, das gesamte Deutschtum wirtschaftlich genesen wird. Aber auch auf geistigem Gebiete wird uns die Kräftigung des Auslanddeutschtums sehr wohl tun. Wir werden das Gefühl, daß wir abgesperrt sind von der Welt, wieder verlieren. Die Auslanddeutschen, die im rechten Zusammenhang mit der Heimat stehen, werden uns wieder zu Ansehen bei den Völkern verhelfen. Man hat gesagt, die Christen sind die Bibel der Welt. Im Sinn dieses Wortes können wir davon sprechen, daß die Auslanddeutschen die Verkündiger des Deutschtums für die fremden Völker sind. Hohe Anforderungen werden an beide Teile gestellt, wenn auf diesem Wege das Deutschtum wieder zu der Stellung in der Welt kommen soll, die es nach seinem inneren Gehalt verdient. Arbeite jeder von uns an seinem Teil daran, vor allem an sich selbst, damit wir das Ziel erreichen.

schwierigen Verhältnissen unsere Leute bemüht sind, etwas zu werden. Wir können mit Stolz sagen: das macht nur ein Deutscher!

Ein Drittes ist das Ehrgefühl. Wir wissen genau, über die studentische Ehre sind sich viele Leute nicht recht klar, viel wird darüber gesprochen mit Recht oder Unrecht. Wenn Sie aber die drei Dinge mit heimnehmen: wissenschaftliches Eindringen, Opfermut und Ehrgefühl, und versuchen, das Ehrgefühl der nationalen Würde auch in Ihrem späteren Wirkungskreise zur Geltung zu bringen, dann wird in Erfüllung gehen, was wir innerlich erleben und was jüngst in Darmstadt bei einer Feier Studentenschaft und Professorenschaft sangen: Herr, mach' uns frei! (Stürmischer Beifall.)

Augen von dem harten Kampf um das Deutschtum dort unten: „wir gehören zu Euch! Verlasset Ihr uns nicht“, waren seine letzten Worte. Wenn auch manche sachlichen Differenzen da wären, dies starke Gefühl der Zusammengehörigkeit, die Liebe zum deutschen Vaterland war ein einigendes Band. Ich halte es für eine besondere Mission der deutschen Studentenschaft, den deutschen Gedanken auch in diesem Sinne lebendig zu erhalten; ich glaube er ist heute im ganzen Volk im Steigen. Möge der nationale Gedanke in einem tieferen Sinn wie ehemals, soweit die deutsche Zunge klingt, stark und lebendig sein.

Es ist uns allen, die wir in Deutschland selber groß geworden sind, sicher eine bleibende Erinnerung aus der Schulzeit: drunten fern von der Heimat in Siebenbürgen oder noch ferner an der Wolga, da wohnen seit Jahrhunderten Deutsche, Schwaben oder Sachsen, mit deutschen Kirchen, deutschen Schulen, deutschen Sitten, geschlossenen Gemeinden! Vielen Gefahren und Stürmen ausgesetzt und trotz diesen: sie gehören noch zu uns. Es ist etwas Wunderbares, so oft die alte

Klage über den Deutschen ertönt, der kaum der Heimat ent-
rickt auch dem Deutschtum verloren sei — hier im Banat,
im Wolgagebiet: geschlossene treue deutsche Gemeinden!

Als Student rufe ich meinen auslanddeutschen Kommilitonen zu: behalten Sie die Jahre in unserer Mitte in freundlichem Gedenken! Wir sind arm geworden und können oft nicht helfen wie es unser Wunsch wäre, aber deutsche Art zusammen bewahren und miteinander auf eine bessere Zukunft hoffen — das können und wollen wir.

Ich darf Ihnen noch einen Augenblick von unserem Tübinger Zusammenleben sagen: Der Asta hat besonders vom letzten Semester ab sich Mühe gegeben, in ein freundschaftliches Verhältnis mit unsern Auslanddeutschen zu kommen. Ein Vertreter Ihrer Vereinigung gehört in allen gemeinsamen Fragen unserem Ausschuß an. Seit unser Verein „Tübinger Studentenhilfe“ besteht, sind wir weit mehr in der Lage, helfend einzugreifen. Ich freue mich, daß Ihre Vereinigung nach der erfolgreichen Jenaer Zusammenkunft eine festere Form annehmen will — auf diese Weise ist ein Zusammenarbeiten und Helfen leichter. Der größere Teil unter Ihnen ist zusammen mit uns in unserer Studentenküche und bald sind wir in der Lage, in unser neugekauft großes Heim überzusiedeln. Dort werden wir besonders auch einen freundlichen Raum für Ihr

Den Schluß der Rede bildete eine mit Temperament und Begeisterung vorgebrachte Ansprache des Siebenbürger Studenten Gustav Reißberger:

Hochverehrte Anwesende, meine Damen und Herren!

Die großartigen Reden des Herrn Staatspräsidenten Dr. Hieber, des Herrn Professor Uhlig-Tübingen, des Vertreters des Professorenkonventes der technischen Hochschule Stuttgart, Sr. Magnifizenz des Herrn Rektor Dr. Outbier und die freundlich begrüßenden Ansprachen des Vertreters der allgemeinen deutschen Studentenschaft, des Herrn Minzenmay, alle diese Reden zeigen uns, daß das Auslanddeutschtum und seine Sache im Mittelpunkt der heutigen Tagung steht! Mit großer Freude nehme ich als Deutschausländer deshalb die Gelegenheit wahr im Namen meiner Kollegen, der auslanddeutschen Studierenden, Damen sowie Herren, zu sprechen, für diese große Ehrung zu danken!

Die Jugend des deutschen Auslandes erlaubt sich dem reifen Mannesalter der großen Heimat Dank und Gruß zu entbieten!

Es ist wohl im allgemeinen das Vorrecht der Jugend immer gewesen, Verlorenem nicht lange nachzutrauern. Und gerade die heutige, so traurige Nachkriegszeit führt uns dieses ganz besonders vor Augen? — Doch damit, daß sich die Jugend eben dazwischen fügt, damit bezeugt sie, daß in ihr jenes frische, starke Feuer flammt, aus Ruinen neue Größe entstehen zu lassen in unerschütterlichem Glauben und Vertrauen auf Deutschlands Zukunft!

Dabei ist es aber nicht nur die Kraft der Jugend, die das zerfallene Werk Deutschlands Größe wiederaufzurichten hilft — die jungen Arme sind es wohl, die dem Ganzen die Schwungkraft leihen — die Arbeit der reifen Männer aber darf dabei nicht fehlen!! Denn die reifen Männer müssen die Führung haben, weil sie lebenserfahrener sind, denn: Führen heißt voraussehen! Sie sind es, die alle versprengten Zweige völkischer Art vereinigen und gemeinsamer Arbeit zuführen! Denn heute ist es mehr denn je für das gesamte deutsche Volk der Erde: Einigkeit!, denn Einigkeit macht stark!

Diese große Aufgabe der sammelnden Arbeit für das Deutsch-
tum im In- und Auslande — ich möchte sie völkische Innen-
und Außenmission nennen — haben sich in Württemberg und

Zusammensein haben. — Zu Beginn dieses Semesters standen wir nahe daran, Ihnen zu einer großen Tischgemeinschaft zu verhelfen; die Hausmutter war gefunden, die Räumlichkeiten schienen bereit, Lebensmittel gesichert — da ließ uns in letzter Stunde das Tübinger Wohnungsamt im Stich und zog die schon halb erteilte Zusage zurück. — Ich darf auch noch in Ihrem Kreise sagen, daß 18 auslanddeutsche Studenten am Anfang August nach Oberschwaben zogen und dort im Torfgebiet arbeiteten. Einer Ihrer freundlichsten Vertreter hat mir einen langen Bericht gegeben: es war keine leichte Arbeit, eine ungewohnte Tätigkeit, lange Regenzeit — und doch meinte er: Ich gehe bald wieder dorthin, manches Geld hab ich mir erspart, ein schönes Stück „unserer“ schwäbischen Heimat und des schwäbischen Meeres haben wir gesehen, in manchem Arbeiter haben wir den Eindruck des „trinkbaren exklusiven Studenten“ verschaut, und wie gerne haben die freundlichen Bauersleute in dem „gesegneten“ Oberland unserem Hunger nachgeholfen und auch wie gerne ließen sie sich von unserer fernen Heimat erzählen.

Es sind einige Bilder aus unserem Tübingen, sie sollen zeigen, daß die Studentenschaft in herzlicher Liebe Ihrer gedenkt, und dies ganz besonders in unserer schönsten Festzeit: dem deutschen Weihnachten!

besonders in Stuttgart mehrere Institutionen und Vereine zum Ziele gesetzt! Es ist das vor allem das Deutsche Ausland-Institut, dessen Gäste wir heute sind, außerdem der Verein für die Förderung des Deutschtums im Auslande und noch andere Organisationen, und da sind wir Deutschausländer es gerade, auf die diese Einrichtungen und Bestrebungen einwirken! —

Dabei sind es jedoch diese beiden festlichen Tage, die uns unvergeßlich bleiben werden, nicht allein, wo das Auslandsdeutschtum Förderung erfuhr! Nein, im Gegenteil, ungezählt sind die Fälle, wo das hohe Ministerium, die hochverehrten Herren aus dem Deutschen Ausland-Institut vom V. D. A. und nicht zuletzt die Hochschulen selbst uns in den verschiedensten Fragen hilfreich und fast stets mit Erfolg an die Hand gingen, ob es sich nun um die Aufnahme ins Reich, oder um die Zulassung zur Hochschule handelte, sei es, daß es eine Unterstützung oder einen Vorschub zu bewilligen war . . ., ich will nicht alle ungezählten Fälle nennen, Sie kennen sie alle, werte Damen und Herrn!

Das eine aber darf nicht vergessen werden, ich will es besonders hervorheben: In uns wird das völkisch nationale Bewußtsein gestärkt, wir lernen — frei wie wir geschaffen sind — deutsch sehen und fühlen! So können wir dann nach vollendeter Arbeit an dieser Stätte wieder heimgehen, gelobt und gestärkt für neue Kolonistenarbeit! —

Für all' dieses, hochverehrte Damen und Herren, sage ich Ihnen im Namen der auslanddeutschen Studierenden, der Damen und Herren unseren herzlichsten, warm empfundenen Dank!

Doch wir wollen nicht nur in Worten danken, wir wollen mehr leisten, wir wollen das feierliche Gelöbnis tun, daß wir später auch in dem Geiste handeln werden, so wie Sie es uns gelehrt! In unsere Heimat zurückgekehrt wollen wir in Ihrem Sinne weiterwirken, und es soll ein mächtiges Echo Ihrer Worte und Taten die ganze deutsche Welt durchbeben! —

Alles muß sich heute regen und schaffen, denn schwer ist die Zeit. Da heißt es arbeiten, und das wollen wir, wir Jungen! — Denn nur eine Steigerung der Produktionsfähigkeit

Deutschlands kann Baustein um Baustein fügen zur Wiederaufrichtung seiner Größe! Und dabei wollen wir Deutschländer nicht die letzten sein, wenn wir auch fremden Staaten angehören, denen wir treue Bürger bleiben wollen! Dazu kommt, daß Deutschland heute von Kolonien entblößt, dasteht, so hat es doch nun auf dem ganzen Erdenrund in den deutschen Ansiedlungen wirtschaftliche Tochterstätten in einem gewissen Grade! Und diese sollen es sein, das geloben wir Deutschländer, die dem großen Vaterlande in seinem Daseinskampfe auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens, wie die Lage es eben erfordert, hilfreich vermittelnd zur Seite stehen zur Sicherung eines ungestörten Erwerbes der Rohmaterialien und eines wohlbegründeten Absatzmarktes!

Ja, das eine kann ich Ihnen versichern, hochverehrte Damen und Herren, in uns lebt ein gewaltiges Streben! Mut, Fleiß und Ausdauer pulst in unseren Adern, und ein starker Wille belebt unseren Geist, und wo ein Wille, da ist auch ein Weg! Denn sei das Meer noch so wogend und brandend: *Per aspera ad astra!*

Brausender Beifall, der sich stets wiederholte, erscholl, dann schloß der Herr Vorsitzende die eindrucksvoll verlaufene Kundgebung.

Das Weihnachtsfest des Instituts.

Zum Mittagsmahl waren die meisten der Studierenden in den Familien zu Gast geladen, bei denen sie wohnten. Aber die Zeit war zu kurz; schon um 4 Uhr galt es, sich wieder zu versammeln, abermals in der Liederhalle, wo das Institut für seine Angehörigen und Mitarbeiter eine kleine Weihnachtsfeier veranstaltete, die durch die Anwesenheit der auslanddeutschen Jugend besondere Weihe erhielt und bei der, nachdem man sich mit Kaffee und Kuchen gestärkt hatte, unsere in der Arbeit für das Auslandsdeutschtum so ausdauernden Damen in den jungen Auslandsdeutschen mindest ebenso ausdauernde Tänzer fanden. Bis nachts um 11 Uhr wurde flott getanzt. Zuvor hatte im Auftrag des Vorstandes des Deutschen Ausland-Instituts der zweite Vorsitzende, Herr Ministerialrat Dr. Buhl in herzlichen Worten die Erschienenen begrüßt und ihnen nach so viel eifriger und pflichtbewußter Arbeit im Dienste unserer guten Sache nun auch einen fröhlichen Tag gewünscht, der durch die Aussprache mit den jungen Auslandsdeutschen, durch das gegenseitige Sichkennenlernen fruchtbar für unsere Arbeit werden möchte. Zwischen dem Tanzen erfreuten uns zahlreiche Damen und Herren mit Darbietungen: die Siebenbürger und Banater sangen heimatliche Lieder, der elsässische Dichter Hans Karl Abel las aus seinen heimatlichen Werken, unser Schriftleiter Herr Ankenbrand brachte drei eigene Gedichte zum Vortrag, die im Internierungslager in Australien entstanden sind, Herr Kralig trug das Gedicht eines Deutschchilenen Krebs vom Auslandsgehwader vor, Herr Pfarrer Grisebach sprach vom Dank, den die Inlandsdeutschen und Institutsmitglieder unseren wackeren auslanddeutschen Kommilitonen für so viel Anregungen schuldeten und Herr Batzoni brachte noch einmal den Dank der Gäste für diese gemütliche und gemütvollte Weihnachtsfeier zum Ausdruck. Herr Röhrich erfreute durch Violinvorträge, Herr Eckert sang, von Fräulein Jaeck begleitet, viel schöne Lieder. Aber die Hauptsache war und blieb an diesem Nachmittag und am Abend der Tanz.

Ausklang.

Die beiden Tage haben viel treffliche Reden gebracht. Sie sind in schöner Harmonie verlaufen und nichts hat den guten Zusammenklang zwischen Auslandsdeutschtum und Heimat gestört. Sie waren ein verheißungsvoller Anfang, dem noch mehrere ähnlich schön verlaufene Tagungen folgen müssen. Und nun möge die Kunde von diesen beiden Tagen hinausziehen in alle Gebiete, wo die Eltern und Familien unserer auslanddeutschen Gäste wohnen, mögen ihnen berichten, wie herzlich wir uns mit ihren Söhnen und Töchtern gefreut, wie aufrichtig und anregend dieses Zusammensein der beiden Tage war, wie viel gute Gedanken zu den fernen Lieben gewandert sind, wie viel feste Vorsätze und Gelöbnisse zu echtem deutschem Tun und Bewähren in aller Zukunft hier zum Ausdruck kamen. Die Nachwirkungen dieser Tage, die wir ruhig Feststage nennen wollen und von denen wir auch sagen dürfen, daß wir sie gefeiert haben, obgleich uns sonst im Deutschen Reiche wahrlich nicht ums Feste feiern der Sinn steht, sie mögen tief und nachhaltig sein! Der Wunsch des Deutschen Ausland-Instituts ist es, daß unsere Gäste sich wohlgefühlt haben und daß sie die Überzeugung mit sich fortnehmen, daß sie im Deutschen Ausland-Institut ein Heim der steten Hilfsbereitschaft, eine Wohnstätte deutschen Geistes und deutscher Treue gefunden haben.

Dr. F. W.



Familiengeschichte und Auslanddeutschtum

Von Geh. Oberregierungsrat Dr. W. GROOS, Karlsruhe.

Wie reimt sich das zusammen? wird mancher Leser fragen. Ein paar persönliche Erlebnisse mögen das zeigen! Amtliche ohne Namensangabe: es handelte sich da für mich nicht etwa um die bekannten zahlreichen Fälle von Erbschaften Auslandsdeutscher, sondern um Anfragen wegen Stiftungen, die von Deutschen im Ausland in der Heimat errichtet worden und deren Genuß Nachweis der Verwandtschaft mit dem Stifter oder doch der Zuständigkeit in seinem Heimatort voraussetzt. — Über den Großvater, ja selbst über den Vater hinaus wußten die Leute oft nichts von den Brüdern oder Schwestern jener und deren Nachkommen, konnten die erforderlichen Belege nicht oder nur mit Umständen und Kosten beibringen; oft versagten auch die alten Kirchenbücher. Umgekehrt lernte ich bei Deutschen im Ausland mehrfach den — nicht etwa durch Hoffnung auf einen Vermögensvorteil hervorgerufenen — lebhaften Wunsch kennen, zu wissen, ob und wer von der Sippe in der alten Heimat noch lebe, und zwar gerade bei solchen, deren Voreltern schon ausgewandert waren, die keinerlei Beziehungen dorthin mehr hatten. Selten glückt das so, wie dem Ratschreiber der 1792 durch evang. Württemberger und Badener gegründeten großen deutschen Gemeinde Franzfeld bei Panschowa in Südungarn, dessen Vorfahren nach einem Eintrag in der Hausbibel aus Baden gekommen seien, aus einem Orte Züsch, der nach seinen Erkundigungen sich aber dort nicht finde. Ein Zufall ermöglichte mir, sein Sehnen nach Kunde von der Heimat der Vorfahren vollauf zu stillen: auf einer Hunsrückwanderung nach Trier war ich einmal durch einen Ort dieses Namens gekommen, und der hatte zu der 1771 an die Markgrafschaft Baden-Durlach gefallenen Grafschaft Sponheim gehört. In der Zeit der Auswanderung war also das später preußisch gewordene Züsch badisch gewesen. Und durch einen weiteren Zufall — Studienfreundschaft des dortigen Pfarrers mit einem Vetter von mir — konnte diesem „Notär“ Ruppenthal der schräg gegenüber von Belgrad liegenden deutschen Gemeinde auch genaue Auskunft über den Kreis der auf dem Hunsrück verbliebenen Familie verschafft werden, was er mir durch Widmung der von ihm verfaßten gedruckten „Geschichte der Gemeinde Franzfeld“ dankbar lohnte*). — Ein Grazer Schriftsteller J. C. Stein, aus dem Banat, der die Herkunft seines Geschlechtes vergeblich in Betzingen bei Tübingen gesucht, fand sie, bei uns persönlich nachforschend, in der Gemeinde Bötzingen am Kaiserstuhl. — Die Familiennamen, wenn sie ungewöhnlichere, wenigstens keine allgemeiner verbreiteten

wie Maier, Müller, Schmitt usw., bilden oft mit den Ortsnamen, die Grundlage für Einleitung der Nachforschung. In den deutschen Siedlungen Südrublands hatte durch ihn eine Familie Biegler der Kolonie Straßburg im Kutschiergangebiet den Zusammenhang mit unserm Wallstadt bei Mannheim wiedergefunden, und in der Kolonie Mannheim wies dem Gutsbesitzer Mietzel seine unverfälscht pfälzische Mundart — „Mannheim schreibt man, aber Mannem secht mer“, antwortete er auf meine Frage — wenigstens die Heimatgegend an, die er einmal zur Ermittlung der Herkunftsgemeinde und -familie aufsuchen wollte**). Eben hat mich ein siebenbürger Sachse, L. Kloster verlassen, der seine Marburger Universitätsferien nutzte, der Auswanderung (um 1750) der sog. Durlacher in und bei Mühlbach in Siebenbürgen, in den Bezirken der ehemaligen Oberen Markgrafschaft Baden-Durlach, auf fünfwöchiger Wanderung nachzugehen. — Und sie könnten vervielfacht werden, diese Beispiele des Dranges unserer Landsleute draußen, auch längst abgerissene Zusammenhänge mit ihren Familien in der alten Heimat wieder herzustellen, damit auch mit letzterer selbst und dem großen deutschen Vaterland. Daß dies gerade jetzt, wo Handel und Industrie Ersatz für abgebrochene geschäftliche Beziehungen suchen müssen, von höchstem, nicht nur ideellem Wert, bedarf hier keiner weiteren Ausführung. — Dies Streben unter den Auslandsdeutschen zu fördern, ist unsere, der Reichsdeutschen eigene Sache. Und wir können es so recht nur, wenn die Familiengeschichte mehr und allgemeiner als bisher bei uns gepflegt wird, die alten Schriften des Hauses hervorgezogen, durchgelesen und auch in dieser Richtung verwertet werden, indem wir unsererseits versuchen, mit Nachkommen vor längerer oder kürzerer Zeit über die Reichsgrenzen hinausgezogenen Glieder unserer Familien Fühlung zu bekommen. — Dazu werden — außer den Vereinigungen und Anstalten zur Förderung der Geschlechterkunde — die deutschvölkischen Verbände, bei denen Kenntnis der deutschen Auslandsgebiete und Verbindung mit diesen zu finden, gewiß gern helfend an die Hand gehen. — Der einzelne nehme nicht das, was er dazu beisteuern kann, als zu unbedeutend — viele wenige machen ein viel; er trägt zu seinem Teil dadurch auch einen Stein zum Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Vaterlandes bei — wie zur geistigen Verkettung der Auslandsdeutschen mit ihrem Stammland, so zur Hebung des Verständnisses bei uns im Reiche für die von uns nicht hoch genug zu schätzenden Bedeutung des mehr als ein Drittel des Gesamtvolkes darstellenden Auslandsdeutschtums.

*) „Auswanderer aus den Ämtern Emmendingen und Karlsruhe in der südungarischen Gemeinde Franzfeld“ von W. Groob („Alemanna“ 1905, Heft 2.)

**) „Badener im Osten“. — „Karlsruher Zeitung“ 1913 N. 298 und 301.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Elsäß-Lothringen.

Zu der Sprachen- und Schulfrage bringt die „Neue Zürcher Zeitung“ (und man muß in solchen Fällen ganz bewußt das deutschfeindliche Blatt zitieren!) eine Korrespondenz, die das französische Vorgehen stark verurteilt. Zwar habe der Rektor der Akademie eine neue Vorschrift erlassen: Der Unterricht in der deutschen Sprache solle danach nicht erst in der vierten, sondern schon in der dritten Klasse, also mit der Mittelstufe beginnen. Nach zweijährigem Unterricht im Französischen seien

die Kinder so weit fortgeschritten, daß sie den Unterricht im Deutschen als Unterrichtsfach beginnen könnten. Aber das sei nicht das, was das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit verlange und was auch seine Abgeordneten forderten und vom Unterstaatssekretär zugesagt erhalten hätten. Die katholische Presse des Landes mache sich in erster Linie zur Wortführerin der Sprachenwünsche des Landes und erkläre, „daß die Neuordnung unsern Wünschen nicht entspricht und das Verlangen des Volkes, die Schulmisere möge endlich beseitigt werden, nicht erfüllt. Das Wort haben unsere Abgeordneten!“ Die elsässische Katholische Volkspartei habe erst jüngst auf ihrer

Tagung in Köln geklagt, in welcher Weise der Religionsunterricht durch die systematisch gepflegte Unwissenheit der Kinder in ihrer Muttersprache geschädigt werde. Es herrsche ein System fortdauernder Verdummung und Entchristlichung. Namentlich trat man gegen die Zustände im Gerichtswesen auf und forderte Beseitigung des Dolmetschersystems und volle Rechte der Zweisprachigkeit. Schon gegen 2000 französische Lehrer aus dem Innern Frankreichs sollen jetzt im Elsaß tätig sein. Zwar ermahnte sie der Inspektor der Akademie des Unterelsaß, rasch Deutsch zu lernen, da ein Lehrer, der in seiner Gemeinde mit den Eltern nicht verkehren könne, ein Fremder bleibe, allein das sei doch eine sehr schwierige Sache. Die Unzufriedenheit des Elsaß mit den französischen Segnungen wachse jedenfalls beständig.

Österreich.

Bundeskanzler Dr. Mayr gab in der Sitzung des Nationalrats vom 4. Dezember zu Beginn der ersten Lesung der Regierungsvorlage über die Stellung des Burgenlandes im Bunde und seine vorläufige Einrichtung eine Erklärung ab, die nun alle Zweifel ausschließt und von allen Seiten des Hauses mit lebhaftem Beifall entgegengenommen wurde. Der Kanzler betonte, daß die westungarische Frage für die Regierung eine *res judicata* sei und sein müsse. Ungarn habe im Friedensvertrag ausdrücklich auf alle Rechte und Ansprüche hinsichtlich des Burgenlandes zugunsten Österreichs verzichtet und dieser Vertrag sei seitens Ungarns auch bereits ratifiziert worden. Nur mehr eine kurze Spanne Zeit trenne von dem Augenblicke, da nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der Friedensvertrag auch in Rechtskraft erwachsen werde. Österreich, das in St. Germain so schwere nationale Opfer gebracht habe, könne unmöglich den einzigen ihm durch den Friedensvertrag gewährleisteten nationalen Vorteil preisgeben. Bei der Durchführung des Vertrages werde die Regierung gewiß bestrebt sein, den Gefühlen der ungarischen Nation nach Tunlichkeit Rechnung zu tragen, denn es sei der Wunsch Österreichs, reibungslos zu seinem Rechte zu gelangen. Die Redner aller Parteien begrüßten die klare und unzweideutige Stellungnahme der Regierung.

Tirol.

Auf eine Anfrage über die Haltung der deutschen Diplomatie in bezug auf Südtirol, die in den Reden und Briefen des Außenministers Simons und des Botschafters Dr. von Beerenberg-Goßler zum Ausdruck gekommen war, antwortete im Südtiroler Landtag Landeshauptmann Schraffl, die Regierung kenne die Äußerung nur aus der Presse, müsse sie aber als wahr unterstellen, da eine Berichtigung nicht erfolgt sei (es war dies vor der Beantwortung der beiden kleinen Anfragen im Reichstag. Die Schriftiltg.). Sie spreche ihre Entrüstung aus, daß die Diplomaten so undeutsch dächten und fühlten und sogar ihren Gefühlen in so schwerwiegender Weise in der Öffentlichkeit Ausdruck geben konnten. Durch derartige Äußerungen werde der Gedanke einer Vereinigung mit dem Deutschen Reiche nur in Mißkredit gebracht. Die Tiroler Regierung ersuche die Wiener Regierung, der deutschen Regierung diesen Standpunkt zur Kenntnis zu bringen und zu veranlassen, daß in solchen Fragen zunächst das Einverständnis der Tiroler Landesregierung eingeholt werde.

Tschechoslowakei.

Eine deutsch-politische Arbeitsstelle ist in Preßburg für die Slowakei begründet worden, die ähnliche Zwecke verfolgt, wie die in Prag schon in so ausgezeichnete Weise arbeitende Stelle. In seiner Begründungsansprache betont der Senator Dr. Schmidt die Notwendigkeit, gegen die plan-

mäßige Zurückdrängung der deutschen Sprache in den Preßburger Ämtern einzuschreiten. Mit dem Zipserdeutschtum müsse aufs engste zusammen gearbeitet werden. Die Arbeitsstelle befindet sich Běl-Mátyáš 25, I.

Ein lebhafter Bürgerkrieg der Tschechen gegen die Deutschen ist in der Tschechoslowakei ausgebrochen. Tschechische Legionäre, gegen die die Regierung völlig machtlos war, haben versucht, die Kaiser-Josef-Denkmal zu stürzen. Deutsche haben sich zur Wehr gesetzt. Die Folge waren Schüsse und Prügel. In Prag haben sich wilde Exzesse der tschechischen Soldateska und des Pöbels gegen alles, was deutsch ist, entwickelt. Die deutschen Zeitungen wurden geschlossen, das Theater besetzt, Lesesäle und Büchereien geplündert und vernichtet. Nur langsam kehrte die Ruhe nach der nationalen Aufpeitschung leidenschaftlicher Tage ein. Untergrund der ganzen Bewegung war der Wunsch tschechischer Nationalisten, die Regierung Masaryk zu stürzen und eine nationaltscheche an ihre Stelle zu setzen. Das ist vorläufig mißglückt. Präsident Masaryk ist geblieben, aber Millionenwerte deutschen Eigentums sind vernichtet. Für die reichsdeutschen Geschädigten hat der deutsche Gesandte, Professor Saenger, der inzwischen zur Berichterstattung nach Berlin gefahren ist, Entschädigung verlangt und natürlich zugesagt bekommen. Was aber wird für die tschechischen Deutschen geschehen? Es muß anerkannt werden, daß der Präsident zur Mäßigung mahnte und überall versöhnliche Worte fand. Aber seine Beamtenregierung hat sich als zu schwach erwiesen, um die Deutschen gegen die Ausschreitungen zu schützen. Ein Aufruf des Vollzugsausschusses des deutsch-parlamentarischen Verbandes geißelt scharf die Überschreitungen und die Unterbindung des kulturellen und politischen Rechts der Minderheiten. Die Abgeordneten und Senatoren beider Häuser hätten vergeblich die Vertagung der beiden Häuser bis zur Sicherstellung von Ruhe und Ordnung verlangt. Trotzdem fordert er die Deutschen auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren und trotz der schier unerträglichen Herausforderungen kaltes Blut zu behalten. Auf seiten der Deutschen sei das Recht. Ihre politischen Ziele und Forderungen bleiben unverändert. Nur zähes Wollen einigt und Ausdauer brächte den Sieg. Die deutschen Studenten Prags verlangten in einer Audienz vom Präsidenten Masaryk die Verlegung der Hochschule nach einem ruhigeren Ort. Der Präsident erklärte, er verstehe diesen Wunsch. Die Studenten betonten, schon die deutsche Sprache, die sie sprechen, betrachte man als eine Provokation. Der Präsident erwiderte, daß er den Gebrauch der Muttersprache niemals als Herausforderung anerkenne. Den Wunsch selbst übergebe er den zuständigen politischen Instanzen.

Polen.

Der deutsche Gesandte in Warschau hat, einer Korrespondenz zufolge, der polnischen Regierung eine sehr ausführliche und energische Erklärung seiner Regierung gegen die polnischen Übergriffe gegen Deutsche in den abgetretenen Gebieten überreicht. Die Reichsregierung erwarte, daß die polnische Regierung ihre Organe energisch anweise, der gegenseitigen Verhetzung beider Nationalitäten endlich ein Ende zu bereiten, da sonst an eine Anbahnung wirtschaftlicher und sonstiger Beziehungen nicht zu denken sei.

Litauen.

In der Stadtvertretung in Kowno ist eine Krise ausgebrochen dadurch, daß Beschlüsse gefaßt worden sind, die die Selbstverwaltung der Stadt in Frage stellen. Die Mehrheitsparteien beriefen deshalb eine Sitzung ein und beschlossen, in Zukunft

einen Seniorenkonvent zu bilden, der das in der Hauptverhandlung zu verhandelnde Material sichten und durcharbeiten sollte, um Überraschungen zu verhindern. Ohne alle formellen Bedenken wurden fünf Fraktionsgruppen als bestehend anerkannt, und zwar die Litauer, Polen, Juden, Deutsche und die Arbeitergruppe. Jede Gruppe soll gleichmäßig einen bis zwei Vertreter in den Seniorenkonvent entsenden. Der Seniorenkonvent soll auch dafür sorgen, daß Mitglieder der einzelnen Parteien, die nicht regelmäßig zu den Sitzungen erscheinen können, durch andere Vertreter ersetzt werden, damit Überraschungen im Stadtparlament vermieden würden.

Das der litauischen Gesetzgebungsversammlung vorliegende Agrargesetz spricht in seinem § 1 von Grund und Boden, der in staatliche Obhut und Verwaltung genommen werden kann, wenn die Eigentümer ihn nicht selbst bewirtschaften. Jeder litauische Bürger soll eben seinen Grundbesitz selbst bearbeiten er soll nicht im Auslande weilen und die Früchte von anderer Leute Arbeit verzehren. Verschiedene Gutsbesitzer haben, wie die „Litauische Rundschau“ mitteilt, nach ihrer Rückkehr ihre Güter zurückerhalten, doch billigt das Blatt die Maßnahme des bodenreformerischen litauischen Grundgesetzes, wenn sie auch etwas nach Beschränkung der persönlichen Freiheit zu schmecken scheine. Kein nichtlitauischer Grundbesitzer werde in Litauen wegen seiner Nationalität verfolgt. Es wird daher an alle im Auslande lebenden deutschen Grundbesitzer die Aufforderung gerichtet, in ihrem eigensten Interesse nach Litauen zurückzukehren. Nur die durch das Bermondts-Abenteuer allzusehr Kompromittierten sollten das lieber nicht wagen.

Estland.

Die Deutsch-baltische Partei veröffentlichte ihre Wahlparole für die bevorstehende Parlamentswahl. Sie verlangt Ausbau des Staates zum Rechtsstaat, tatsächliche Durchführung der bürgerlichen Freiheiten ohne Unterschied der Nationalität, Abschaffung der Sondergerichte, Schutz des Privateigentums, Reform des Beamtentums, Schaffung der wirtschaftlichen Existenzfähigkeit durch Herabsetzung der Steuern und Ökonomie der Privatwirtschaft, rationelle Agrarreform und Schaffung lebensfähiger Kleinwirtschaft. Vor allem aber Schutz der kulturellen Autonomie, Schutz aller völkischen Minderheiten, Eintreten für die Interessen von Kirche und Schule, Wiedereinführung des Religionsunterrichts in die Schulen und das Bestimmungsrecht der Eltern, ihre Kinder in die von ihnen gewählte Schule zu schicken.

Aus Reval wird uns geschrieben:

Finnland allein hat bisher von allen Randstaaten den Mut gehabt, offen und frei zu bekennen, daß Deutschland es gewesen, das Finnland vom russischen Joch befreit. Seine südlichen Nachbarn dagegen haben es bisher vorgezogen, diese Tatsache entweder ganz zu verschweigen oder aber den wahren geschichtlichen Sachverhalt zu fälschen, nur um in Deutschland nicht den Erretter und Befreier sehen zu müssen, dessen scharfem Schwert sie alle, vom Finnischen Meerbusen bis Rumänien, ihre staatliche Existenz zu danken haben. So auch Eesti. Gegenüber diesen vielfachen Fälschungen und Entstellungen der mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in Estland im Frühjahr 1918 zusammenhängenden Vorgänge fand der frühere Reichsduma-abgeordnete Alfred Baron Schilling-Paddas auf der letzten Generalversammlung der Deutsch-Baltischen Partei am 23. November in Reval den Mut, den wahren Tat-

bestand einmal festzustellen. In seiner langen Rede aus Anlaß der Wahlen zum „Riigikogu“ erklärte er u. a.:

„Die vielfachen Fälschungen des wahren Tatsachenbestandes der Vorgänge im Frühjahr 1918 sind geradezu erstaunlich. So liest man mit Verwunderung in dem auf Grund estnischer Quellen zusammengestellten amerikanischen Bericht über die Gründung Eestis, daß bereits im Januar 1918 die Bolschewiken aus Estland vertrieben worden seien und Eesti als faktischer Staat bestanden habe, der dann durch Deutschland vergewaltigt worden sei. Die Wahrheit ist aber doch die, daß Eesti allein dank der deutschen Okkupation überhaupt existiert. Nie hätte ohne den Einmarsch der deutschen Truppen die weiße estnische Garde die Herrschaft in Reval an sich reißen und Poska durch Glockengeläut und Maueranschläge die Begründung des estnischen Staates verkünden können. Wäre dieser Einmarsch nicht erfolgt, so wäre Estland wohl noch heute eine russische Provinz und teilhaftig der Freuden Bolschewistens. Dies ist die Wahrheit!“ Es wäre dankenswert, wenn die deutschen Abgeordneten vor dem versammelten Riigikogu diesen wahren Tatbestand einmal feststellen würden.

h.

Palästina.

Aus Palästina schreibt uns ein gelegentlicher Mitarbeiter unter dem 9. November:

„Vorgestern sind die sehnlichst erwarteten ersten Rückwanderer aus Deutschland an Bord der ‚Bucovina‘ in der hiesigen deutschen Kolonie nach schwieriger Fahrt wohlbehalten eingetroffen. Wagen für Personen wie Gepäck, von hier wie von den Nachbar-kolonien Waldheim und Bethlehem, standen seit Tagen bereit zum Empfang. Trotz mancher Schwierigkeiten haben alle 26 guten Mut und Gottvertrauen, sich wieder einzurichten und emporzuarbeiten. Unter den Angekommenen war besonders Dr. W. Hoffmann, Enkel des ersten Gründers der hiesigen Tempelkolonie, sehnlichst erwartet, da er als praktischer Arzt sich schon früher hier großen Ruf erworben hatte und das am 1. Dezember neu zu eröffnende Spital der deutschen Bormäerinnen leiten soll. Letztere konnten im Oktober ihre fünf-klassige Schule für 12 arabische Schulkinder eröffnen und müssen viele abweisen, weil die Schulräume zu beschränkt sind. Die Unterrichtssprache ist von der 8. Klasse an deutsch. Es wird aber auch jetzt englischer Sprachunterricht gegeben.

Nicht weniger wichtig für die Kolonie ist die Ankunft des Herrn Oberlehrers Wurst, der früher die Schule der deutschen Kolonie bei Jerusalem leitete. Er ist jetzt für die Oberleitung der hiesigen Schule für deutsche Kinder gewonnen worden.

Siam.

In der „Bangkok Times“ vom 7. September wird eine Notiz über die Freigabe des deutschen Eigentums veröffentlicht, wonach der Treuhänder das beschlagnahmte feindliche Eigentum zurückgeben solle für diejenigen, die die Staatsangehörigkeit einer der alliierten oder assoziierten Mächte erworben haben oder die während des Krieges von der Deportation ausgenommen waren. In das Ermessen des Treuhänders wird gelegt, Eigentum im Affektionswert von bis zu 100 Ticals pro Person zurückzuerstatten, sowie Eigentum, das nach Meinung des Treuhänders gesetzmäßigerweise zurückerstattet werden sollte. Gegen angemessene Gebühr könne der Treuhänder Einsicht in die entsprechenden Papiere und Akten gestatten und die Herstellung von Abschriften genehmigen. Der Treuhänder könne für Handlungen, die von ihm in gutem Glauben geschehen seien, nicht haftbar gemacht werden. In Siam vertritt zurzeit die niederländische Gesandtschaft die deutschen Interessen.

Australien.

Herr Dr. Max Herz, gebürtig aus München, welcher im Jahre 1915 in Holdsworth N.S.W. Australien interniert wurde, war im September 1920, laut Mitteilung der „Week“, Brisbane, noch immer nicht in Freiheit gesetzt, obgleich von seiten vieler seiner Patienten wie auch von deren Eltern der Regierung gegenüber eindringlich Vorstellungen gemacht worden sind. Die Regierung hatte daraufhin beschlossen, Herrn Dr. Herz in Freiheit zu setzen, damit er seine Patienten bedienen könne. Es fand sich jedoch eine Delegation von Ärzten beim Premierminister ein, die darauf drängte, daß der deutsche Kollege nach seiner langjährigen dortigen Tätigkeit aus Australien ausgewiesen werden soll. Als Begründung wurde gesagt, daß eine Anzahl australischer Ärzte von gleicher Fähigkeit zur Hand wären, um sämtliche von Herrn Dr. Herz behandelten Fälle übernehmen zu können.

Haiti.

Aus Port-au-Prince ist die amtliche Nachricht eingelaufen, daß die Regierung von Haiti die rein persönliche Beschränkung der Deutschen aufgehoben habe.

KLEINE NACHRICHTEN

Professor Gustav Bunge †. Mit Professor Bunge, der in hohem Patriarchenalter zu Basel starb, ist einer der besten alten Balten-Gelehrten ins Grab gegangen, der in der Blütezeit Dorpats eine Rolle spielte. 1844 ist er zu Dorpat selbst geboren, der Vater war Professor der Botanik, der Sohn studierte Medizin und Chemie und war später Professor in Dorpat, bis er nach Basel berufen wurde, wo er 35 Jahre lebte und wirkte. Als flotter Bursche der Livonia, späterhin als unermüdlicher Vorkämpfer gegen den Alkoholmißbrauch, als Gründer des interkorporativ-wissenschaftlichen Vereins, der ein Tummelplatz der besten Geister des Baltikums ward, als Wissenschaftler, dessen Bücher in alle Weltsprachen übersetzt wurden, erfreute er sich im Baltikum und weit darüber hinaus eines glänzenden Rufs.

Johannes Temming †. 41 Jahre hat Johannes Temming an der deutschen Schule in Antwerpen gewirkt. Noch bei der Reichsschulenkonzferenz in Berlin nahm er mit regem Interesse als Zuhörer und anregender auslandserfahrener Lehrer teil. Nach kurzem Krankenlager starb er in Herford, wo er Rektor der Bürgerschule geworden war. Er ist 1856 in Westfalen geboren und kam mit 21 Jahren nach Antwerpen, wo er in deutscher Sprache und Turnen unterrichtete und stets erfolgreich den deutschen Geist der Schülerschaft pflegte. Er war im Turnverein stets ein eifriger Förderer, gehörte dem Zentralausschuß der deutschen Vereine und dem deutschen Lehrerverein in Antwerpen an und betätigte sich auch an der Vereinigung seminaristisch gebildeter Auslandslehrer. Dr. Gaster widmet ihm als sein letzter Direktor in den Mitteilungen des Vereins früherer Schüler der Antwerpener Schule warme und ehrende Nachrufe.

Pastor G. W. Wagener (Kapstadt) †. Pastor Georg Wilhelm Wagener, 1857 in Waldeck geboren, war seit 1883 erster Geistlicher der deutschen evangelisch-lutherischen Gemeinde in Kapstadt und Rektor der dortigen deutschen Schule. Er hat seit dieser Zeit bis heute unermüdlich für das Deutschtum gearbeitet. Bald nach Beginn des Weltkrieges wurde er interniert und hatte schwer unter allen möglichen Anschuldigungen zu leiden, die ihn schließlich sogar vors Kriegsgericht und in die

Dunkelzelle des Militärgefängnisses brachten. Im April 1916 wurde er schließlich nach Deutschland entlassen — seine Familie mußte jedoch in Kapstadt zurückbleiben. Erst nach Friedensschluß konnten die Buren, die seine ihnen erwiesenen Wohltaten im Burenkrieg nicht vergessen hatten, durchsetzen, daß er zu den Seinen zurückkehren durfte. Dort ist er nun, kurz nach seiner Rückkehr, am 27. Oktober gestorben.

Pastor Wenzel †. Wir hatten berichtet, daß der verstorbene Pastor Wenzel aus Petrikau bei Lodz ein „treuer Deutscher“ gewesen sei. Von verschiedenen Seiten werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß diese uns zugegangene Nachricht auf einer Irreführung beruhe. Wenn wir auch dem Töten nichts Böses nachsagen wollen, so dürfen wir sein Andenken doch auch nicht mit einem Ruhm belasten, der ihm nicht gebührt. Denn verschiedene Kenner des deutschen Lebens in Polen, die sich jetzt melden, haben Beweise in Händen, daß Pastor Wenzel ein treuer Deutscher in dem von uns gemeinten Sinne in der Tat nicht gewesen ist. Das sei hiermit richtiggestellt.

Heimatgedenken. Abermals kann die Stadt Stuttgart für große Gaben ihrer auslanddeutschen Söhne Dank abstaten. Herr und Frau Georg und Anna Vogel in Forest Park, Illinois, stifteten 1000 Mark für die Kriegsfürsorgestelle, Herr Hermann Elsaß in Neuyork 5000 Mark für erholungsbedürftige Kinder, zu gleichem Zweck Herr Georg Kern in Neuyork 13600 Mark.

KIRCHE UND MISSION

Der deutsche Dom zu Riga. Wir hatten von lettischen Absichten berichtet, den Dom in Riga, das Wahrzeichen des Deutschtums und des Protestantismus im Baltikum, an die katholische Kirche abzutreten, was sicherlich mit gewissen polnischen Absichten in Zusammenhang stehe oder ihnen zum mindesten vorarbeite. Die „Rigaische Rundschau“ berichtet nun, daß die lettische Zeitung „Jaun. Sinas“ sich bei der zuständigen Stelle erkundigt und dort erfahren habe, daß die Übergabe des Domes an die katholische Kirche nicht in Erwägung gezogen worden sei. Das Gerücht sei wohl auf ein Gesuch der Katholiken auf Überlassung der Kirche zurückzuführen. Es ist also doch etwas an dem „Gerücht“!

Lodz. Die Lutheraner Amerikas für die Matthäi-Kirche. Im 1. Novemberheft hatten wir auf Seite 655 von der rührigen Tätigkeit Pastor Dieterichs zugunsten des Baues der Evangelisch-Lutherischen Matthäi-Kirche berichtet. Dieser Werbearbeit kam neuerdings Hilfe aus den Vereinigten Staaten. Pastor Dieterich hatte sich mit einem Aufruf um Unterstützung an die Lutheraner Amerikas gewandt. Als Erfolg desselben traf nunmehr die Mitteilung ein, daß der Sekretär des Relief Committee for Poles of German Extraction (Hilfskomitee für Polen deutscher Abstammung), Herr Pastor Engel, der selbst ein Lodzer Kind ist, als erste Sendung 300 Dollar nach Lodz senden könne. Pastor Engel, der den vorgenannten Aufruf unter warmer Befürwortung in verschiedenen deutsch-amerikanischen Blättern veröffentlichte, gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß in absehbarer Zeit für den Kirchenbau noch größere Beträge eingehen werden.

Der Kirchen-Ausschuß der evangelischen Gemeinden Galiziens hielt am 3. und 4. Nov. in Lemberg eine Sitzung ab, die Herr Superintendent Dr. Fritsche leitete. Er beschloß, bei der Regierung eine Ordnung der Rechtsverhältnisse der Gemeinden anzuregen und sprach sich für den schleunigen Zusammentritt

einer Versammlung sämtlicher in Polen vorhandener evangelischer Kirchengemeinschaften zum Zwecke einer Aussprache über die gemeinsamen Interessen und gegenseitige Förderung aus. Über die kirchlichen und Schul-Arbeiten, namentlich über den Wiederaufbau der zerstörten und beschädigten kirchlichen Gebäude und Schulen wurden Referate gehalten. Man stellte sich auf den Standpunkt, den Forderungen der polnischen Gemeindemitglieder, auch wo sie in geringer Minorität seien, durch Predigt und Religionsunterricht in der Muttersprache entgegenzukommen, ohne daß dadurch der deutschen Mehrheit Abbruch geschehen dürfe. Die statistischen Berichte der Pfarrämter ergaben, daß nur in 6 von 24 evangelischen Pfarrgemeinden Galiziens sich polnische Minoritäten befinden; nur in einer einzigen Gemeinde haben sich Reibungen ergeben. Es wurde beschlossen, einer Reihe von Schulen höhere Erhaltsbeiträge zu gewähren, man gab der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche evangelische Schule in Biala erhalten bliebe und nicht verstaatlicht werden würde. Mit großer Befriedigung nahm man von den aus der Schweiz eingegangenen Spenden Kenntnis. Im übrigen galten die Verhandlungen der Beratung der Kirchenverfassung.

Genua. Eine deutsch-evangelische Gemeinde hat sich im Anschluß an eine neuentstandene deutsche Kolonie hier wieder gebildet, die sich erstmals im Saal des Kunstsalons Fischer versammelte und einen Gottesdienst des ehemaligen deutschen Pfarrers von Florenz, Dr. Lessing, dort hörte, weil ihre eigene Kirche noch beschlagnahmt und zu Zwecken eines Kindergartens verwendet ist. Nach dem Gottesdienst wurde in einer Gemeindeversammlung ein Ausschuß gewählt, der mit der italienischen Regierung wegen Rückgabe der deutschen Kirche verhandeln wird.

Aus Paris lassen sich die Zeitungen melden, daß Ferdinand Bourne, Erzbischof von Westminster, und Monsignore Kelley mit der britischen Regierung über die Belassung von deutschen Missionaren in den britischen Kolonien verhandelt hätten. Der Londoner Catholic News Service bringt nun die amtliche Nachricht, daß die englischen Behörden jetzt Anweisung gegeben hätten, alle Ausweisungen deutscher und österreichischer Priester und Missionsarbeiter einzustellen. Der Befehl gelte für die Missionen aller Länder des britischen Reiches. Nach Palästina und Ägypten dürften die Missionare sofort zurückkehren, bezüglich der anderen Territorien schwebten noch die Verhandlungen zwischen dem Vatikan und der britischen Regierung.

Ottjwarongo (Südwestafrika). Nach einem Gottesdienste des Pastors Wilke wurde hier eine evangelische Gemeinde gebildet. Der Gottesdienst fand in einem vom Schulverein zur Verfügung gestellten Schulraum statt. Da der Ort von Karibib und Grootfontein gleich weit entfernt ist, litt bisher hierunter sein kirchliches Leben. Nun soll er an die letztere Stadt kirchlich angeschlossen werden, um öfters Gottesdienste zu bekommen. 16 Mitglieder erklärten sich sofort bereit, als zahlende Mitglieder einer Gemeinde beizutreten. Nach Schluß der Versammlung hielt der Pastor einen Vortrag über die Schicksale der deutschen Balten in den Ostseeprovinzen, und es fanden musikalische und deklamatorische Darbietungen statt.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Vom deutschen Schulwesen in der Tschechoslowakei. Einer Berechnung, die im deutschen Nachrichtendienst der Prager

deutschpolitischen Arbeitsstelle unter Anführung genauer Zahlen angestellt wird, entnehmen wir, daß 80 deutsche Mittelschulen 168 tschechischen gegenüberstehen. Für die ersten werden annähernd 17, für die letzteren 36,7 Millionen Kronen ausgegeben. In Mähren und Schlesien ist zwar noch 1920 der Aufwand für die deutschen Mittelschulen im Verhältnis (34 Prozent bzw. 67 Prozent) größer als das diesbezügliche Verhältnis der Einwohner (27 Prozent bzw. 46 Prozent). Dafür wurden aber für die deutschen Mittelschulen in Böhmen nur 31 Prozent veranschlagt, während die Bevölkerung zuammen 37 Prozent beträgt. Die Deutschen und Magyaren machen in der Tschechoslowakei rund 35 Prozent aus, man bewilligt für ihre Schulen aber nur 31 Prozent der Summe, die dem Mittelschulwesen gewidmet sind.

Vom deutschen Schulausschuß des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in Prag.

In Prag hielt der als oberste deutsche Schulstelle anerkannte, von allen Parteien beschickte Schulausschuß eine Vorstandssitzung ab, bei welcher an den Grundlagen der deutschen Schulautonomie weiter mit Erfolg gearbeitet wurde und die vorliegenden Beschwerden aus allen Gegenden der Tschechoslowakei überprüft wurden. Eingehend beschäftigte sich der Vorstand mit der Frage der deutschen Kunstforderungen, worüber ein ausführliches Referat vorlag. Es wurde beschlossen, im Unterrichtsministerium vorzusprechen, wobei der Wille aller Parteien und aller Fachkreise dafür zum Ausdruck kommen sollte, daß die glückliche Begabung der Deutschen in der Tschechoslowakei für die bildenden Künste sowohl in der Ausbildung als auch in der Förderung der Schaffenden gesichert sein muß. In der Frage der deutschen Handels- und Wirtschaftshochschule verstand der Vorstand eine Einigung der verschiedenen Interessenten herbeizuführen. Wie nötig die Arbeit ist, beweist folgender Vorfall: Der Schultiran Dr. Metelka hat angeordnet, daß in Plan für 4 Schüler eine tschechische einklassige Schule errichtet wurde und bestimmt hierfür 5 Räume, wodurch die deutsche Fortbildungsschule und die Suppenanstalt für arme Schüler obdachlos wurde! Eine Abordnung sprach beim Unterrichtsminister vor, der, erstaunt über die Kulturart des Landesschulrates, Abhilfe zusicherte. Wird sie kommen?

Böhmisch-Trübau. Die Vernichtung des deutschen Schulwesens. Über die unerhörte Vergewaltigung der deutschen Schulvereinschule in Böhmisch-Trübau bringt die Olmützer „Deutsche Zeitung“ einen Bericht, der in allen seinen skandalösen Einzelheiten für die tschechische Auffassung des Rechtes nationaler Minderheiten so bezeichnend ist, daß wir ihn mit nur ganz unwesentlichen Kürzungen wiedergeben:

Die zweiklassige Schulvereinschule mit Öffentlichkeitsrecht zu Böhmisch-Trübau besteht seit dem Jahre 1885 und wurde durchschnittlich von 90 deutschen Kindern besucht. Sie hat durch 35 Jahre jedem feindlichen Ansturm getrotzt und dadurch bewiesen, daß sie Daseinsberechtigung hat. Am 24. April 1919 wurde die Schule durch das Stadtmamt Böhmisch-Trübau gesperrt und samt dem Kindergarten von 82 Mann tschechoslow. Militär besetzt. Gleich begann die übliche „Kulturarbeit“. Die Gebäudeaufschriften wurden entfernt, Amtsschriften und Inventarstücke verbrannt, verschleppt oder sonstwie vernichtet. Nach dem Abzuge des Militärs, am 15. Juni 1919, wurden die beiden Lehrzimmer, entgegen allen Protesten und im krassen Widerspruch zur Regierungsverordnung vom 2. Januar 1919, § 6, unter Polizeibedeckung mit Wohnparteien besiedelt. Die deutschen Eltern wurden unter Strafandrohung aufgefordert, ihre Kinder

in die öffentlichen tschechischen Schulen zu schicken. Den deutschen Eisenbahnern wurde wiederholt mit Entlassung oder Versetzung gedroht. Am 11. Juli wurde von der Gemeinde auch der Kindergarten und die Dienstwohnung des Schulleiters beschlagnahmt und gleichzeitig auch das Verbot für das Einziehen eines Nachfolgers des Leiters ausgesprochen. Am 5. September wurde die Wohnung des Schulleiters nach dessen Übersiedlung erbrochen und mit einer tschechischen Partei besetzt. Die letzte noch freibleibende Kabine und ein kleiner Raum wurden im Beisein von Polizei am 7. Oktober gewaltsam geöffnet und ebenfalls besiedelt, so daß jetzt sämtliche Räume beschlagnahmt und von fünf tschechischen Parteien besetzt sind. Dem Schulleiter wurde nur ein kleines Dachzimmer zu seiner Benutzung gelassen. Gegen dieses unerhörte gesetzwidrige Vorgehen der Gemeinde wurden bereits eine Unmenge Beschwerden an alle erdenklichen Ämter und Stellen der Siegerrepublik eingebracht, immer unter Darstellung des ganzen Tatbestandes. Eine Eingabe wurde an den Präsidenten der Republik gerichtet, eine an den Unterrichtsminister, vier an das Unterrichtsministerium, drei begründete Ansuchen des Bezirksschulrates wurden an den Landeschulrat geleitet, dreimal sprachen die Eltern beim Präsidenten der Republik, beim Unterrichtsminister und Ministerium für soziale Fürsorge vor! Alles vergebens! Die Leiter und Lenker des Staates waren bisher nicht imstande oder nicht gewillt, eine Gesetzesverletzung so unerhörter Art zu ahnden und den den Deutschen zugefügten kulturellen Schaden gutzumachen. Kennzeichnend für die heutige Achtung vor Staat und Gesetz sind die folgenden Worte des Bürgermeisters der Stadt: „Was kümmern uns Paragraphen? Wir werden die Schule nicht räumen lassen, selbst wenn die vorgesetzten Behörden es anordnen, denn hinter uns steht das Volk. Die Deutschen müssen sich jetzt darein fügen, daß wir die Herren sind“. Als der neugegründete Kulturverband sämtliche Angelegenheiten des deutschen Schulvereines übernahm, wurde ihm auch die Austragung der Böhmisches-Trübau Schulangelegenheit übergeben. Am 10. August begab sich die Abordnung der Hauptleitung in das Ministerium für öffentliche Fürsorge, wurde jedoch an das Ministerium für öffentliche Arbeiten gewiesen, dem der Akt übergeben worden sei. Dort erhielt man die bestimmte Zusage, daß schon den nächsten Tag ein Erlaß an die Bezirkshauptmannschaft Landskron abgeschickt wird, der die Aufhebung der Beschlagnahme und sofortige Räumung anordnet. Im guten Glauben, daß man den Versprechungen eines Staatsministeriums ein wenig Glauben schenken kann, sprach nun der Schulausschuß bei der politischen Bezirksverwaltung Landskron vor und erkundigte sich nach dem Einlauf eines solchen Erlasses. Natürlich wieder nichts. Der Amtsleiter aber äußerte sich: „Wir könnten noch so viel Erlasse an die Gemeinde Böhmisches-Trübau herausgeben, sie macht trotzdem, was sie will! Böhmisches-Trübau ist eine Republik für sich“. Um die Schule auch nach einer etwaigen Aufhebung der willkürlichen Beschlagnahmsverfügung der Gemeinde ganz zu drosseln, hat man folgenden Plan, an dem die Gegner fieberhaft arbeiten: Die Bezirksverwaltung im tschechischen Wildenschwert fordert vom Ministerium für öffentliche Arbeiten die Beschlagnahme der deutschen Schule zwecks Errichtung eines Bezirkswaisenhauses . . . Diesem Gesuche wurde in der bereitwilligsten Weise entsprochen. Am 8. Oktober 1920 erschien eine Kommission, bestehend aus den Vertretern der Behörde und der Gemeinde, im Schulgebäude. Alle Räume wurden besichtigt, Skizzen und Pläne wurden entworfen, den Mietparteien der Auftrag gegeben, sich um andere Wohnräume umzusehen. Und dies alles ohne Verständigung des Deutschen Kulturverbandes als des Eigentümers des Gebäudes. Ein Häuflein deut-

scher Kinder sind noch übrig geblieben — 29 in Böhmisches-Trübau und 12 im benachbarten Parnik. Bei einer Anwesenheit von 6 Kindern errichtet man eine tschechische Schule — bei der siebenfachen Anzahl hat man Hohn, Spott und rohe Gewalt. Die Geschichte der deutschen Schule von Böhmisches-Trübau ist ein . . . Beweis dafür, daß wir Deutschen unser Geschick nicht von dem Staate erwarten dürfen, daß wir selbst unseres Geschickes Schmiede sind . . .

Kowno. Die deutsche Oberrealschule, die mit so großen Hoffnungen ihre Arbeit begonnen hatte, ist abermals von schwerem Schicksal betroffen worden. Wie wir der „Litauischen Rundschau“ entnehmen, hatte die Regierung ein Gebäude in Kowno zur Verfügung gestellt, das aber jetzt, da die Regierung vor den Polen wieder nach Kowno fliehen mußte, wieder geräumt werden mußte. (Die Fürsorge und das Entgegenkommen der litauischen Regierung werden dabei warm gelobt!) So sind die Schüler wiederum auf Nachmittagsunterricht in Privaträumen angewiesen. Einige der Schüler sind ins Heer als Freiwillige eingetreten. Die Deutschen verteidigen ihr Vaterland heldenmütig, und auch die Gaben für das Rote Kreuz und die Verteidigung von seiten der Deutschen fließen reichlich.

Einer in der „Lodzer Freien Presse“ veröffentlichten Statistik zufolge haben von 160 städtischen Volksschulen in Lodz 90 polnische, 40 jüdische und 30 deutsche Unterrichtssprache.

Rumänische Bestrebungen gegen die deutsche Sprache.

Die Schäßburger sächsischen Hochschüler haben eine Eingabe an die Leitung der deutschen Volkspartei in Budapest gerichtet. Diese Eingabe lautet:

„Seit der Eröffnung der Klausenburger rumänischen Universität ist die deutsche Sprache als Prüfungssprache für die deutschen Hochschüler, wenn auch nicht amtlich anerkannt, so doch wenigstens in der Praxis, von seiten der Professoren allerdings nur mit Widerwillen, angewendet worden. In den letzten Monaten macht sich eine starke Bewegung unter den Professoren der Universität bemerkbar, die darauf hinzielt, einen Universitäts-senatsbeschluß zu erbringen, der die Ablegung der Prüfungen einzig und allein in der rumänischen Sprache gestattet. Vom Dekan der medizinischen Fakultät wurde sogar in einer offenen Vorlesung erklärt, daß der diesbezügliche Beschluß des Senats bereits vorliege und daher vom September an nur noch rumänische Prüfungen abgelegt werden können. Es wurde zwar andererseits vom juristischen Dekanat diese angeblich vollzogene Tatsache in Abrede gestellt, immerhin spricht die oben erwähnte offizielle Erklärung im Verein mit privaten Äußerungen von seiten der Professoren sehr entschieden dafür, daß zumindestens eine starke Strömung besteht, die die deutsche Sprache aus den Prüfungen ausschalten will. Wenn dieser Plan zur Tatsache wird, ist der weitaus größte Teil unserer sächsisch-deutschen Hochschüler nicht imstande, die Studien fortzusetzen. Denn erst sich die rumänische Sprache von Grund auf anzueignen und dann weiterzustudieren und Prüfungen zu machen, sind wohl die wenigsten in der Lage zu tun, da die Mittel für diese ungeheure Verlängerung der Studienzzeit bei den meisten nicht vorhanden sind. Außerdem ist in Betracht zu ziehen, daß ein großer Teil unserer Hochschüler 5—6 Jahre durch den Krieg verloren hat und es daher eine himmelschreiende Ungerechtigkeit wäre, von diesen zu verlangen, die Vollendung ihrer Studien wegen der Unkenntnis der rumänischen Sprache um weitere 2—3 Jahre zu verschieben. Es würden durch dieses rücksichtslose Vorgehen diejenigen, die den

ganzen Krieg hindurch Leben und Gesundheit in aufopferungsvollster Weise aufs Spiel gesetzt haben, in einer Art und Weise vergewaltigt und geschädigt, wie sie weder durch ein allgemeines Staatsinteresse, noch durch sonst einen Grund gerechtfertigt ist. Wir verkennen nicht, daß es für jeden Staatsbürger von Wichtigkeit und Interesse ist, die Staatssprache zu erlernen. Doch sind wir unbedingt der Ansicht, daß nicht nur das rein persönliche Interesse der Hochschüler, sondern vielmehr noch das des Staates es dringend erfordert, jedem studierenden Akademiker die Möglichkeit zu geben, vor allem durch die Aneignung des ungeheuren Wissenstoffes möglichst bald die verlorenen Kriegsjahre nachzuholen. Hat jeder einzelne durch die in der Muttersprache abgelegten Prüfungen sich seine Existenz geschaffen, so liegt es in dem ureigensten Interesse seines guten Fortkommens im praktischen Leben, wenn er möglichst bald die rumänische Sprache erlernt. Im Sinne der oben angeführten Gründe fordern daher die Hochschüler Schäßburgs von der Leitung der „Deutschen Volkspartei“, ehestens in dieser Angelegenheit an berufener Stelle Schritte zu tun und unbedingt die offizielle Anerkennung der deutschen Sprache als Prüfungssprache an der Universität in Klausenburg zu verlangen. Wir ersuchen, die Entscheidung in dieser Frage in kürzester Zeit durchzusetzen, um nicht seitens des Universitätssensats durch einen endgültigen Beschluß in dieser Sache eventuell vor Tatsachen gestellt zu werden.“

Akkerman (BeBarabien). Am 13. September tagte ein Kongreß aller deutschen Lehrer BeBarabiens, bei dem Herr L. Johann Mauch den Vorsitz führte. Es wurde beschlossen, für jedes Schulfach einen aus drei Lehrern bestehenden Ausschuß zu wählen, der das Schulprogramm nach den Verhältnissen BeBarabiens durcharbeiten soll.

Temesvar. Am 25. Oktober eröffnete die katholische deutsche Lehrerbildungsanstalt ihre Tätigkeit, der der Staat dadurch ein gewisses Wohlwollen bezeugte, daß er ihr zwei Lehrkräfte und die nötigen Lehrsäle zur Verfügung stellte. Der Bischof überließ der Anstalt die Räume des katholischen Gesellenvereins, in denen ein Schülerheim (Internat) errichtet wurde. Vermögende Eltern müssen das Kostgeld für ihre Kinder natürlich bezahlen, arme Kinder aber sollen unentgeltlich erzogen werden, die Zahl der Freiplätze ist unbeschränkt. Die Anstalt braucht nach einem sehr knappen Voranschlag 200000 Lei im Jahr. Ein Aufruf im „Banater Tageblatt“ wendet sich an die katholischen Gemeinden, mindestens 1000 Lei für die Zwecke der Schule zu zeichnen, auch Spenden in Naturalien werden für das Internat angenommen. Die schwäbische Nationalbank in Temesvar, Domplatz 9, ist beauftragt, Spenden entgegenzunehmen.

Die Anstalt wurde mit einer großen Feierlichkeit am 21. November eröffnet. Der deutsche Staatssekretär im Unterrichts-Ministerium Lutz Kórodi kennzeichnete den Tag als den dritten der ereignisvollsten im Leben der Banater Schwaben. Der erste sei die Gründung des deutschen Realgymnasiums gewesen, der den Grundstein zu einer künftigen deutschen Intelligenzschicht gelegt habe, der zweite sei die Gründung der deutschen Volkspartei Groß-Rumäniens gewesen, der die politische Einheitlichkeit der Deutschen im Lande gesichert habe.

Werschetz (Jugoslawien). Ein erfolgreicher Schülerstreik fand hier statt. Am staatlichen Oberrealgymnasium bestanden schon im vorigen Schuljahr deutsche Parallelklassen. In diesem Schuljahr wurden bei den schönen Erfolgen der Schule und dem erwachenden Interesse der deutschen Bevölkerung weit mehr

deutsche Schüler eingeschrieben, aber nur solche, die nach der vorjährigen Feststellung sich zur deutschen Muttersprache bekannten. Doch wurde der Weiterbestand der deutschen Parallelklassen auch für dieses Jahr verfügt. Um so erstaunter waren die Schüler der 4., 6., 7. und 8. Klasse, als sie beim Beginn des Unterrichts plötzlich in einer serbischen Klasse saßen und kein Wort vom Unterricht verstanden. Sie streikten sofort, eine Abordnung der Eltern begab sich zum serbischen Rektor und hörte, daß nur dort Parallelklassen zugelassen seien, wo mindestens 20 Schüler sich eingeschrieben hätten. Das gelte für die oberen Klassen, für die unteren gelte die Zahl von mindestens 30 Schülern. Dabei waren in der 7. und 8. Klasse 18 und 16 Schüler, während es Serben, Rumänen, Juden und Magyaren nur 7 Schüler im ganzen gab! Die Abordnung fuhr sofort nach Belgrad, und am 5. Tage nach dem Streikbeginn wurde der deutsche Unterricht in allen Parallelklassen wieder aufgenommen. Der Streik ward erfolgreich beendet.

Hatzfeld (Jugoslawien). Das deutsche Realgymnasium ist jetzt verstaatlicht worden, wodurch sein Bestand gesichert ist. Alle bisherigen Professoren sind geblieben, 4 serbische wurden neu ernannt. Direktor wird ein Serbe. Das Gymnasium wird aus 4 serbischen und 8 deutschen Klassen bestehen. Die Gemeinde Hatzfeld stellt das Gebäude und wird 20 arme serbische Schüler unentgeltlich verpflegen. Die Lösung erscheint der „Neuen Zeit“ in Beliki Beeskerek nicht ideal, da sie lieber eine autonome Schule gesehen hätte, ist aber doch geneigt, die deutsche Mittelschule, an der trotz der Kürze ihres Bestehens das deutsche Volk mit Begeisterung hänge, zu erhalten.

Kobe, Deutsche Schule. Die wachsende Deutsche Kolonie Kobes hat es mit sich gebracht, daß die Deutschen, die erklärlicherweise nicht nur zu vorübergehendem Aufenthalt in Japan tätig sind und neben eigenen, die Interessen großer Firmen im Heimatland zu vertreten haben, ihren heranwachsenden Nachkommen die nötige Schulbildung zukommen lassen müssen.

Aus kleinen privaten Anfängen, durch Verwendung eines Kinderfräuleins mit Lehrerin-Examen, hat sich die Deutsche Schule, welche seit zirka 11 Jahren für beide Geschlechter besteht, entwickelt. Damals genügte das kleine private Unternehmen den bescheidenen Ansprüchen, um den Kindern für die ersten Jahre den Schulbesuch zu ermöglichen, sie für das Deutschland zu erziehen und heranzubilden. Mit dem Wachstum der deutschen Kolonie stieg das Bedürfnis nach einer Schule; ein Deutscher Schulverein entstand, welcher neben Mitgliedern zu 10 Jen Jahresbeitrag noch lebenslängliche Mitglieder zu 100 Jen einmaliger Zahlung umfaßt.

Das Deutsche Reich hatte auf Befürwortung des damaligen Konsuls, hier, einen Zuschuß von 3000 M pro Jahr bewilligt, welche bei normalem Kurs zirka 1500 Jen betrugen. Außerdem kamen kleine Beträge durch Private hinzu und daneben flossen dem Unternehmen durch eine Stiftung zirka 800 Jen zu. Der Krieg hat auch der Schule große Not gebracht. Nicht allein, daß die Opferwilligkeit der Deutschen, welchen durch die schwarze Liste, das Verbot des Handels mit dem Feinde, die Kriegszensur, die Ausübung ihrer Geschäfte völlig unmöglich gemacht wurde, durch Unterstützung der Kriegsgefangenen in Japan und Sibirien in Anspruch genommen war, die Schule hatte auch noch zwei Lehrer, welche von der japanischen Regierung entlassen waren, aufgenommen, um sie vor Not zu bewahren. Dies verursachte naturgemäß den Mitgliedern des Schulvereins weitere Opfer, die sie zu leisten hatten, und nur mit großen Schwierigkeiten haben sie das einzige deutsche kulturelle Unternehmen, dessen Er-

haltung zur Ehrenpflicht der Deutschen gehört, über Wasser gehalten. Weitere Zuwendungen blieben aber aus und im vergangenen Jahr wurde der Reichsbetrag nur noch mit 234 Jen ausbezahlt. Eine Besserung der Finanzen durch Belastung der Eltern mit höherem Schulgeld, 20 Jen per Monat, wurde illusorisch durch Erlassung oder Stundung des Schulgeldes für Minderbemittelte, denen der Krieg mit seiner großen Verteuerung des Lebensunterhaltes große Schwierigkeit für das eigene Fortkommen bereite. Nur Beiträge für wiederholte Zeichnungslisten ermöglichten die Weiterführung der Schule. Eine Zuwendung von 3000 Jen aus dem Vermögen des Deutschen Klubs konnte infolge der Beschlagnahme des Vermögens noch nicht erfolgen. Durch diese Stiftung war das Weiterbestehen der Schule für einige Monate gewährleistet. Die Tertia und Quarta mußten aber eingehen, so daß für Kinder vom 12. Jahre ab eine Möglichkeit der Schulerziehung nicht mehr vorhanden ist. Im Mai wurden Versammlungen abgehalten, welche infolge des Mangels an Betriebsmittel über den Schluß der Schule beraten sollten und auf Grund der in Aussicht stehenden Zuwendung des Klubs wurde beschlossen, vorläufig die Schule weiterzuführen.

Es fehlt der Schule an einem Stammkapital von zirka 10 000 Jen, mit dessen Zinsen, Schulgeld, Mitgliedsbeitrag, eventuell Stiftungen usw. sie sich über Wasser halten könnte.

Es wäre aufs tiefste für das Deutschtum zu bedauern, wenn es nicht möglich wäre, das einzige und dabei noch kleine deutsche Kulturinstitut in Kobe zu erhalten und den Deutschen dadurch zu ermöglichen, ihren Kindern eine deutsche Erziehung und eine deutsche Kultur für das Leben zu geben.

Es gibt in Kobe eine englische Schule, eine Schule der französischen katholischen Mission für Jungen und eine solche der Schwestern von Sacré Coeur für Mädchen, welche im Notfall den deutschen Kindern zugänglich wären. Diese Schulen kämen eventuell sprachlich in Betracht.

Aber für die Grundlegung deutscher Art und Sitte, deutscher Kultur, ist die Erhaltung der deutschen Schule eine unbedingte Ehrenpflicht.

Spenden nehmen entgegen:

Herr Rich. Veit, p. Ad. Herren Friedr. Bayer & Co., Herr G. R. Fischer i. Fa. C. Illies & Co., beide in Kobe (Japan).

Deutsche Schulen in Australien. I. In Neu-Süd-Wales bestehen 3 Privatschulen, die von deutschen Lehrern geleitet und ausschließlich von Kindern deutscher Abstammung besucht werden. Diejenige in Jindera bei Albury hat 26 Schüler, die in Trunpley Hall bei Temora 31 und die von Gidginburg, ebenfalls bei Temora, 17. Die Schulen unterstehen der Aufsicht der Kreisverwaltung. Der Unterricht wird ausschließlich in englischer Sprache erteilt, da der Gebrauch des Deutschen verboten ist. Außerdem wurden die folgenden staatlichen Schulen zum großen Teil von Kindern besucht, deren Eltern als Deutschstämmige bekannt waren: Alma Park, Burrumbuttock East, Gerogery Railway Station und Gerogery West, Glenellen, Hovell, Major's Plains, Jindera, Lavington, Walkyrie und Walla Walla. Viele der in diese Schulen Gehenden haben leider durch den Unterricht ihre deutsche Muttersprache, die sie vorher beherrschten, völlig vergessen.

II. Viktoria: In diesem Staate bestehen 10 eingetragene lutherische Privatschulen mit insgesamt 326 Zöglingen. Auch an diesen ist Deutsch, selbst im Religionsunterricht, verboten, ebenso der Gebrauch deutscher Bücher und Karten. Die Erziehung muß in Übereinstimmung mit den Richtlinien des Education Department erfolgen.

III. Südastralien besaß 1916 noch 51 lutherische Schulen, die in praxi der Aufsicht der lutherischen Kirche unterstanden. An vielen derselben wurde in Deutsch gelehrt, Englisch kaum verstanden. Das Education Act (Gesetz betr. den öffentlichen Unterricht) von 1916 verlangte jedoch, daß die Regierung alle lutherischen Schulen frühestens am 30. Juni und spätestens am 31. Dezember 1917 übernehme und in ihnen nur mehr Englisch gesprochen werde. Mit Ausnahme der Schulen II. Ordnung in Point Pass und Concordia gibt es jetzt in Südastralien keine lutherischen Schulen mehr. Am 30. Juni 1917 wurden 49 von ihnen geschlossen. 45 wurden in der Art wieder eröffnet, daß 25 in benachbarten öffentlichen Schulen aufgingen und 20 in ihren eigenen Gebäuden unter englischen Lehrern fortgeführt wurden. 4 Schulen gingen ein, da die Eltern der Besucher sich weigerten, der Regierung bei der Suche nach einer Unterkunft für den englischen Lehrer behilflich zu sein.

Vom deutschen Schulwesen in Brasilien. Blumenau. Der Schulinspektor des Schulverbandes Hansa, Dr. Aldinger, fügt seinem Bericht über die Entwicklung der evangelischen Kirchengemeinde eine Übersicht über die Schultätigkeit in der Hansa bei. Danach sind die zehn Schulgemeinden der Hansa in den Jahren 1902–1912 entstanden. Die Gesamtzahl der Schüler betrug im Jahre 1907 410, 253 Knaben und 157 Mädchen, welche ohne Ausnahme Deutsche bzw. deutschsprechend sind, außer 4 Brasilianerkindern in der Station „am Raphael“, im Jahre 1918 nur noch 367, 232 Knaben und 135 Mädchen. Die gegen das Vorjahr niedrigere Schülerzahl erklärt sich daraus, daß ältere Kinder zurückgehalten, jüngste nicht geschickt wurden und an einigen Stellen noch besondere Hauslehrer unterrichten. Die Zahl der Lehrer, welche in diesen Schulen tätig sind, betrug im Jahre 1917 13, im Jahre 1918 17.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

Levin L. Schückings, des Breslauer Anglisten, Buch „Die Charakterprobleme bei Shakespeare“ wird demnächst in englischer Übersetzung erscheinen, als seit langer Zeit wieder das erste Shakespeare-Buch, das in die Muttersprache des Dichters umgesetzt wird.

Das Burzenländer Museum in Kronstadt. Anlässlich einer Tagung der deutschen Vertreter in Kronstadt wurde dort Ende Oktober das Burzenländer Museum wieder eröffnet, das jahrelang während des Krieges stillgestanden hatte. Das große Modell: Alt-Kronstadt und die Arbeiten der Kronstadter Schmiede und Schlosser, die Kirchenaltertümer, die geologische und zoologische Sammlung, wie auch die sonstigen Sammlungen fanden reiche Anerkennung.

Professor Dr. Walter Frost in Bonn hat als erster deutscher Gelehrter einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Philosophie an die lettische Universität in Riga bekommen und angenommen. Er ist geborener Ostpreuße. Professor Frost liest schon im Wintersemester in deutscher Sprache. Die Hochschule ist, woran die „Balt. Bl.“ erinnern, die Fortsetzung des ehemaligen Technikums, sie vereinigt nunmehr nicht nur die alten technischen Fächer, sondern auch die Universitätsfächer in 11 Fakultäten.

Dorpat. An Stelle des Petersburger Professors Lossky, der einen Ruf nach Dorpat auf einen historisch-philologischen Lehrstuhl abgelehnt hat, ist jetzt der Wiener Privat-Dozent Dr. Walter Schmied-Kowarzik berufen worden, der sich in der Wiener Schulvereinsbewegung einen Namen erworben hat.

Der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ zufolge ist der Freiburger Professor Lexer eingeladen worden, mit seinem Assistenten, Professor Rehn, an den Universitäten Saragossa und Barcelona Vorträge zu halten und Operationen durchzuführen.

Buenos Aires. Dr. F. Kühn ist kürzlich zum ordentlichen Professor an der neu gegründeten „Universidad del Litoral“ für physische und mathematische Geographie und gleichzeitig zum Direktor des Geographischen Instituts an der Fakultät in Parana und für argentinische Wirtschaftsgeographie an der Fakultät in Rosario ernannt worden.

Irene Triesch, die große Vortragskünstlerin, sollte einer Zeitungsmeldung zufolge mit ihrem Gatten, dem bekannten Klavierspieler Lamond nach London übersiedeln. Sie schreibt nun der „Voss. Ztg.“, daß sie ihren Wohnsitz in Berlin beibehalte, da sie „nie ihre Kunst, deren schönstes Instrument die deutsche Sprache sei, missen könne“.

Eine deutsche Musikakademie in Prag. Eine deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst ist in Prag eröffnet worden. Der Präsident der Akademie, Statthalterrat und Landesmusikreferent Prochazka-Budowa erklärte, ein großes kulturelles Unternehmen trete damit in friedlichen Wettbewerb mit dem Staatskonservatorium, die Konkurrenz möchte befruchtend und fördernd wirken.

In **Kopenhagen** fand ein erstes Gastspiel von Max Reinhart statt, bei dem der „Urfaust“ mit großem Erfolg gegeben wurde. In **Rom** ist in den Weihnachtstagen eine große Opernsaison im Constanze-Theater von Felix Weingartner mit einer Tristan-Aufführung eröffnet worden. Derselbe Künstler dirigiert in **Neapel** den Parsival.

Artur Schnabel, der berühmte Pianist, gab im vollbesetzten größten Konzertsaal Kopenhagens ein Klavierkonzert und spielte nur Beethovensche Werke, mit denen er trotz dieser für Kopenhagen schwierigen Kost größten Beifall erzielte.

Fritz Heitmann, der Organist der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin, unternahm eine Konzertreise nach Norwegen, bei der neben Bach besonders neue deutsche Meister, namentlich Max Reger, gespielt wurden. Die neuere deutsche Orgelliteratur wurde auf diese Weise zum erstenmal in Norwegen bekannt.

Deutsche Künstler in Amerika. Deutsche Sänger und Sängerrinnen werden wiederum nach Amerika berufen. Josef Schwarz ist vom Januar 1921 für 1600 Dollar pro Abend nach Neuyork und andere Städte engagiert, Elena Gerhard ist bereits in Neuyork zu einer Konzertreise eingetroffen, Julia Culp ist für die Saison 1920/21 verpflichtet worden, auch der Geiger Kreisler ist bereits nach Amerika abgereist.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Helsingfors. Der **Deutsche Verein** hielt am 10. November seine Jahresversammlung ab. Der bisherige Vorstand wurde fast einstimmig wiedergewählt und besteht aus folgenden Herren: 1. Vorsitzender: Konsul Goldbeck-Loewe, 2. Vorsitzender: Dr. H. Friedmann, Kassierer: H. Sondermann, Sekretär: R. Peacock. Der bisherige deutsche Gesandte, Freiherr von Brück, trat als Ehrenvorsitzender des Vereins zurück.

Aus dem Jahresberichte geht hervor, daß die Tätigkeit des Vereins sowohl hinsichtlich der Wohltätigkeitsangelegenheiten wie des gesellschaftlichen Lebens recht umfangreich war. Das Stellenvermittlungsbüro des Vereins befindet sich auch weiterhin

in der Deutschen Gesandtschaft. Es kann gute Erfolge aufweisen. Unter den Stiftungen sind 5000 finnländische Mark zu erwähnen, die von den Erben des verstorbenen Richard Negen-danck gegeben wurden. Ferner ist eine Garantiesumme von 180000 Mark gezeichnet worden für den Fall, daß der Verein seinen langgehegten Plan, ein eigenes Haus zu bauen oder zu kaufen, ausführen kann. Bis dahin verbleibt er in seinen bisherigen Lokalitäten.

Reval. Die „Gesellschaft deutsche Schulhilfe“ hielt ihre Generalversammlung ab, die Baron Maydell leitete. Direktor Behrsing gedachte im warmen Nachruf des verstorbenen Dr. Petersen. Dem Berichte des Schatzmeisters ist zu entnehmen, daß unter den Einnahmen die Spenden weitaus an der Spitze stehen. In weitem Abstand folgen die Einnahmen aus geselligen Veranstaltungen und dann aus Mitgliedsbeiträgen. Die Schulen des alten Estland, aber auch vor allem Nordlivlands erforderten beträchtliche Zuschüsse. Nur die schlimmsten Härten konnten gelindert werden. Der äußersten Not unter der Schuljugend wurde durch Stipendien, Lieferung von Leibwäsche und Schuhzeug und durch freien Mittagstisch gesteuert. Letzteren geben die Mitglieder zum größten Teil unentgeltlich. Der Verein unterhält eine eigene Schuhreparaturwerkstätte.

Hilfsverein für die Deutschböhmen und die Sudentenländer, Sitz Wien. Bisher war die Tätigkeit des Vereins auf das österreichische Gebiet begrenzt. Durch die Initiative einiger Deutschböhmen Hamburgs wird er nun auch in Reichsdeutschland Zweigstellen gründen und die Organisierung aller am Deutschtum in der Tschechoslowakei interessierten Kreise zur Durchführung bringen. Die bisherige Entwicklung zeigt, daß der Zulauf und das Interesse reichsdeutscher Kreise besonders groß ist. Der Hilfsverein ist in parteipolitischer Beziehung vollständig neutral und widmet seine ganze Stoßkraft dem Kampfe für das Selbstbestimmungsrecht. Seine humanitäre Aufgabe liegt darin, hilfreich und unterstützend allen Heimatgenossen zur Seite zu stehen. Dem Hilfsverein steht als Präsident Herr Dr. Philipp von Langenhan vor. Die Wiener Geschäftsstelle leitet Herr Sekretär A. Cibula, Anfragen bezüglich Errichtung weiterer reichsdeutscher Zweigvereine sind an die Geschäftsstelle Wien VIII, Fuhrmannsgasse 18a, zu richten. Qu.

Hermannstadt. **Hermannstädter Turnverein.** Aus Gründen nationaler Einigkeit und Kräftekonzentrierung hat sich der „Deutsche Fußballklub“ mit dem seit über 60 Jahren bestehenden „Hermannstädter Turnverein“ Anfang November vereinigt. Der aus der Verschmelzung beider hervorgehende Verein verfügt über mehr wie 400 Mitglieder, wurde in 4 Abteilungen gegliedert (Deutsche Fußballabteilung, Geräteturnen, Leichtathletik, kleinere Sportszweige) und ausgebaut. Der neue Verein führt den alten Namen „Hermannstädter Turnverein“, und hat nun einen ausgeprägten nationalen Charakter, jedoch ohne politische Tendenzen.

Deutscher Kulturbund in Jugoslawien. Neue Ortsgruppen des Kulturbundes wurden vom 23. bis 26. Oktober im nördlichen Banat und Hazfeld und Umgebung begründet; die Organisation des Bundes macht außerordentlich rasche Fortschritte. Eine große Anzahl von Gästen aus dem Banat beteiligten sich an dieser Werbefahrt, die der Sängerfahrt der „Banatia“ sich würdig zur Seite stellen kann. Überall wurden die Gäste begeistert begrüßt und die Gründung der Ortsgruppen vollzog sich unter stürmischem Jubel der Bevölkerung.

Sabang (Niederländisch-Indien). Ein deutscher Klub ist hier von den Deutschen begründet worden, der allen Deutschen nach des Tages Mühen ein geselliges Heim bieten will und den Zusammenhalt nach innen und außen wahren helfen soll. Deutsche und Österreicher können Mitglieder werden.

Ein deutsch-japanischer Sprachverein ist in Tsingtau begründet worden. 35 Deutsche und 50 Japaner sind ihm, der „Ostasiatischen Rundschau“ zufolge, beigetreten. Der Chef des Stabes, Mukomishi, wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Der Verein, dem führende Herren des Deutschtums in Tsingtau angehören, will die Beziehungen zwischen Deutschen und Japanern verbessern, Sprachkurse, Vortragsabende einrichten und einen Lesesaal begründen. Die Ämter der sechs Vorstandsmitglieder sind an Deutsche und Japaner gleichmäßig verteilt. Regierungsrat J a m a d a, von dem die Gründungsidee stammt, erklärte auf der ersten Versammlung, wenn Deutschland und Japan die Waffen gekreuzt hätten, so habe das mit dem Gefühl der beiden Völker nichts zu tun, sondern entspringe reinen politischen Gründen. Jetzt sei es Aufgabe aller Gutgesinnten, die kulturellen Bande wieder neu zu knüpfen und die unterbrochene Verbindung wieder herzustellen.

Lüderitzbucht (Südwestafrika). Der deutsche Schulverein hat es Dank energischer Werbung in kurzer Zeit von 93 auf 307 Mitglieder gebracht. Täglich laufen noch neue Beitrittsklärungen ein und auch die Spenden fließen reichlich. Zur Aufstellung eines einheitlichen Vertrags mit den Lehrern wurde ein Ausschuß gebildet. Ein Schulfest soll bei Schulabschluß gefeiert werden. Allgemein wurde die Anregung des Turnvereins begrüßt, bei der Heranziehung neuer Lehrer auf im Turnen besonders ausgebildete zurückzugreifen.

Deutscher Volksbund für Argentinien. Die vierte Bundestagung, die Mitte Juli in Buenos Aires stattfand, verlief in voller Harmonie. Die Versammlung genehmigte auf Vorschlag des Bundespräsidenten einstimmig die Absendung eines Telegramms an die Reichsregierung: „Die Bundestagung des Volksbundes für Argentinien sendet der Regierung der Heimat ihren Gruß und das Gelöbniß der Treue in diesen für das Deutsche Reich sehr schweren Tagen.“ Der Schulvorsitzende, Herr Wilke, sagte dazu: „Für das Wohlergehen Deutschlands müssen wir uns mit allen Kräften einsetzen, ohne Rücksicht, ob das einer deutschen Monarchie oder einer deutschen Republik zugute kommt.“ Die Bundestagung war insofern besonders erfolgreich, als ein alter Streit zwischen der Ortsgruppe Buenos Aires und der Bundesleitung begraben und beigelegt wurde. Besondere Aufmerksamkeit widmete man der Förderung des Genossenschaftswesens, für die man eine besondere Kommission gründete, um eine Wirtschaftsvereinigung ins Leben zu rufen. Die Selbsthilfe und Mitarbeit aller Bundesmitglieder in einer solchen Organisation wurde dabei lebhaft betont. Eine gründliche Aussprache, namentlich unter Zuziehung von Sachverständigen, fand statt. Besonders ehrte man dann den Bundespräsidenten Hayn für seine Leitung der Verhandlungen und auf Antrag des Herrn Professor Keiper, bei dem an die Verhandlungen anschließenden geselligen Abend auch Herrn M. Wilfert, der für die Verhandlungen die Vorarbeiten geleistet hatte.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Von den Landesverbänden.

Danzig. Auf der Rückreise von Königsberg weilte Staatskommissar Dr. Conze in Danzig zur Besprechung mit den dor-

tigen Mitgliedern des Bundes, ohne daß jedoch die mehrstündigen Erörterungen alle Mißstimmung, zu beseitigen vermochten. Herr Contze war mehr als erstaunt zu hören, daß bis zum Tage seiner Ankunft von 600 Danziger Anträgen erst 11 erledigt seien, was vollkommen im Widerspruch zu den Danzig gemachten Versprechungen steht. Der Reichskommissar betonte, daß man sich hinsichtlich der Entscheidungen gewaltigen Illusionen hingabe und daß die Sachschäden keine Aussicht auf ein Endentschädigungsverfahren hätten. Das letztere beträfe nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages nur die Liquidationschäden. Nach Erhalt der 50% Vorentscheidung könne auf eine Auszahlung der restlichen 50% nicht mehr bestimmt gerechnet werden. Falls überhaupt daran zu denken sei, so müsse bei einer evtl. Endentschädigung ein ganz anderes Prüfungsverfahren einsetzen. Auf die Valutafrage ging der Reichskommissar absichtlich nicht ein, auch war hinsichtlich der Bolschewistenschäden eine Verständigung nicht zu erreichen. Jedenfalls hat die Anwesenheit des Reichskommissars die Hoffnungen der Danziger Auslandsdeutschen beträchtlich herabgemindert.

Von den Ortsgruppen.

Augsburg. In einer Versammlung der Ortsgruppe wurde mitgeteilt, daß von der Sammlung der Rückwandererhilfe, die in Augsburg 150 000 Mark ergab, im ganzen 105 Gesuchstellern Mittel zugeführt worden sind. In Zukunft können nurmehr ganz dringende Gesuche berücksichtigt werden, die dann an die Landesverbandsstelle in München gegeben werden müssen. Der Stadtverwaltung und den Spendern wurde herzlicher Dank ausgesprochen. Herr Sögerer berichtete sodann über die Lage des Deutschtums in der Welt, Herr Oberstleutnant Braun vom Reichswanderungsamt, Zweigstelle Augsburg, über die Auswanderungsmöglichkeiten.

POLITISCH-PARLAMMENTARISCHES

Kleine Anfragen im Reichstag.

In einer Anfrage (Nr. 488) erkundigen sich die Herren Gutknecht und Dr. Oberfohren, ob der Regierung die rücksichtslosen Ausweisungen Deutscher aus Dänemark in der letzten Zeit bekannt geworden seien und was sie zum Schutze der deutschen Interessen zu tun gedenke.

Die Abgeordneten Leutheusser und Genossen haben eine kleine Anfrage (Nr. 497) eingebracht, die sich mit den Verhältnissen der Elsaß-Lothringer befaßt, die als vertriebene Inlandsdeutsche den Verlust ihrer Habe und vor allem ihres Hausrats zu beklagen hätten. Die Regierung habe mitgeteilt, daß ein Entschädigungsgesetz in Vorbereitung sei, die Lage der Familien sei aber sehr mißlich, und so werde gefragt, ob die Regierung bereit sei, vorläufig eine ausreichende Vorschußentschädigung zu gewähren, damit die Leute sich das Allernötigste an Hausrat anschaffen könnten.

In einer Anfrage (Nr. 485) fragen die Abgeordneten War-muth und Laverrenz, ob die Regierung bereit sei, mit möglicher Beschleunigung den Gesetzentwurf über den Ersatz von Kriegsschäden in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten vorzulegen, der namentlich den Kursverhältnissen und der Tatsache Rechnung trüge, daß viele Deutsche Hypotheken in Rupie unter formeller Eintragung in Mark ausgeliehen hätten, jetzt aber das Geld in Mark statt in Rupien zurückerhielten.

Zwei Anfragen befassen sich mit den Reden des Außenministers und dem Briefe des deutschen Botschafters in Italien

zur Südtiroler Frage. Die Herren Dr. Stresemann, Dr. Kahl und Dr. Mittelman (Nr. 483) erwähnen, Herr von Beerenberg-Goßler habe von der Lage der Italiener deutscher Nationalität in Südtirol^a gesprochen, sie als glänzend bezeichnet und die Worte des deutschen Außenministers in einer Reichstagssitzung eine „sentimentale Äußerung“ genannt. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie dieses Vorgehen billige.

Die Herren Brodauf und Kopsch fragen unter Nr. 493, ob die Mitteilungen des Ziviloberkommissärs Italiens in Südtirol, Credaro, richtig seien, der Abgeordneten der Deutschen Südtirols einen Brief des deutschen Botschafters in Rom gezeigt habe. Es wird auf die große Erregung in Südtirol verwiesen und auf die Forderung des Andreas Hofer-Bundes, Herrn von Beerenberg-Goßler aus dem Amte zu entfernen. Es wird die Regierung gefragt, wie sie sich zu dieser Forderung verhalten wolle.

Reichsminister Dr. Simons erteilt auf diese Anfragen unter dem 25. November eine Antwort, in der zunächst die Äußerungen des Reichsministers in der Reichstagssitzung vom 29. Oktober wörtlich mitgeteilt werden. Sodann wird darauf hingewiesen, daß diese Äußerung nach Italien gekürzt und ungenau weitergegeben worden sei und in Rom Mißstimmung hervorgerufen habe. Der Reichsminister habe darauf den deutschen Botschafter beauftragt, der italienischen Regierung folgende Aufklärung zu geben: „Die deutsche öffentliche Meinung sei in letzter Zeit wegen der Abtretung Südtirols an Italien in steigende Erregung geraten. Es hätten Agitationen und Demonstrationen stattgefunden, auf die der Außenminister amtlich aufmerksam gemacht worden sei. Er habe es deswegen für nötig gehalten, in der Etatsrede zur Verhinderung des Entstehens einer nationalistischen Irredenta zu betonen, daß sich das Interesse Deutschlands an Südtirol auf kulturelle Beziehungen beschränke, und darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtigen Grenzen Italiens anzuerkennen seien. Die deutsche Regierung glaube, mit der italienischen Regierung in der Auffassung einig zu sein, daß der deutschstämmigen Bevölkerung Südtirols ihre Eigenart auf sprachlichem, geistigem und kulturellem Gebiet bewahrt werden solle. Der Botschafter in Rom hat daraufhin der italienischen Regierung eine entsprechende Mitteilung gemacht und überdies an den Herausgeber der „Tribuna“ einen deutschen Brief gerichtet, worin er bestimmt versicherte, daß der deutschen Regierung die Unterstützung zu einer Irredenta ganz fern liege. Man wisse bei uns, daß die unter italienischer Herrschaft stehenden Elemente anderssprachlichen Ursprungs stets feinfühlig behandelt worden seien. Uns komme es nur auf die Aufrechterhaltung der gefühlsmäßigen Beziehungen zu den deutschstämmigen Bewohnern Italiens an, und das habe der Minister sagen wollen. Er bitte im Interesse des guten Einvernehmens zwischen den beiden Regierungen, auf das Deutschland größten Wert lege, die Rede des Ministers unter diesem Gesichtspunkt zu lesen. Eine Abschrift dieses Briefes ist dem Sekretariat des Zivilgouverneurs in Trient zugegangen. Der Botschafter hat weder einen Entschuldigungsbrief an den Zivilgouverneur geschrieben, noch die Lage der deutschen Einwohner von Südtirol für glänzend erklärt, noch die Worte des Außenministers als sentimentale Äußerung bezeichnet.“ Diese Erklärung wird allerdings nicht alle Bedenken in den deutschen Kreisen Südtirols zerstreuen können, während man auf der anderen Seite doch wohl auch nicht so weit gehen darf, dem deutschen Botschafter in Rom, Herrn Dr. Beerenberg-Goßler, der vor Ergreifen der diplomatischen Laufbahn jahrelang Vorsitzender der Ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Ausland in Hamburg und der

dortigen Arbeitsgemeinschaft gewesen ist, jegliches deutsche Empfinden und Interesse für das Deutschtum im Ausland abzusprechen. Es ist sicher, daß man in Deutschland eine wenig glückliche Hand in der Behandlung der Auslandsdeutschen bis jetzt gehabt hat und anscheinend noch hat. Mit vorsichtig abgewogenen diplomatischen Worten und mit der Tatsache, daß man, wie z. B. der deutsche Gesandte in Jugoslawien, anlässlich eines Vortrags über die Anknüpfung von Wirtschaftsbeziehungen mit diesem Staate vor der deutschen Presse in Berlin das deutschstämmige Element in den fremden Ländern garnicht erwähnt, ja, man möchte fast sagen, absichtlich und demonstrativ totschweigt, imponiert die deutsche Republik weder ihren eigenen Stammesgenossen im Ausland, noch gar dem Auslande selber.

Auf die Anfrage des Abgeordneten Dauch (Nr. 325) antwortet der Reichsminister für Wiederaufbau, es sei am 6. Februar 1920 mit der französischen Regierung eine Verständigung getroffen worden, wonach deutsche Reichsangehörige den Antrag stellen konnten, bei der Versteigerung ihres beweglichen und ausnahmsweise bei der Versteigerung ihres übrigen Eigentums zum Mitbieten zugelassen zu werden. Solche Anträge werden durch unsere Pariser Geschäftsstelle den französischen Behörden zur Prüfung zugeleitet, die dann der Geschäftsstelle ihre Entscheidung und das Datum der Versteigerung mitteilen und bekannt gaben, ob der deutsche Beteiligte ohne Unzuträglichkeiten persönlich zu der Versteigerung erscheinen könne. Zurzeit sei in etwas mehr als 200 Fällen die Genehmigung zum Mitsteigern nachgesucht, in 8 Fällen erteilt und in 5 versagt worden. Die übrigen Fälle seien unentschieden, obwohl die Versteigerung des deutschen Eigentums unterdessen mit Nachdruck betrieben werde. Von den im Journal Officiel bekanntgegebenen Liquidationen wurden die Betroffenen, soweit man bei den mangelhaften Angaben des Journal Officiel sie ermitteln konnte, verständigt, damit sie ihren Antrag stellen können. Alle Bemühungen der Reichsregierung, bei der französischen Regierung Verbesserungen zu erzielen, blieben bis jetzt erfolglos. Neuerdings hat sich die französische Regierung allerdings bereit erklärt, alle deutschen Eigentümer zum Mitbieten bei Versteigerungen durch Bevollmächtigte zuzulassen, ob das aber praktisch erfolgreich sein werde, stehe noch dahin. Schwierigkeiten bereite der Umstand, daß die deutschen Eigentümer vielfach nicht die nötigen Gelder hätten, um erfolgreich mitsteigern zu können. Die Beschaffung von Mitteln hierfür bilde Gegenstand eingehender Erörterung zwischen Regierung und Interessenvertretung. Eine Flüssigmachung größerer Beträge für die Zwecke der Mitsteigerung sei bei der Finanzlage des Reiches nicht erreichbar, „die vielmehr eher eine Einschränkung der bestehenden Entschädigungsvorschriften erfordert“. Auch eine Bürgschaftsübernahme von Seiten des Reiches könne nicht in Frage kommen, da die Gefahr des Überzahlens der Gegenstände und der Ersatzüberbürdung an den Reichsfiskus nicht ausgeschaltet sei. Es müsse damit gerechnet werden, daß durch die Teilnahme deutscher Eigentümer an den Versteigerungen die Liquidationserlöse eine ungerechtfertigte Steigerung erfahren. „Einer hieraus folgenden Erhöhung der Guthabens auf Wiedergutmachungskonto kann im Hinblick auf die bestehende Unklarheit, in welcher Form und in welcher endgültigen Höhe die Wiedergutmachungsschuld beglichen werden wird, zurzeit ein entscheidender Wert nicht beigelegt werden.“ Die Reichsregierung verkenne die Härten nicht und habe die Interessenvertretung deshalb auf den Weg der Geldbeschaffung durch Banken verwiesen, ohne daß dadurch bisher

praktische Ergebnisse erzielt worden seien. Die Reichsregierung bleibe weiter in der ganzen Angelegenheit bemüht. Das Vorschußverfahren werde durch die Einrichtung neuer Spruchkommissionen beschleunigt, es sei auch Vorsorge getroffen, daß die gesetzlich vorgesehene Zustimmung der Finanzämter zu keinen Verzögerungen führe.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Eine deutsche Paßstelle in Lodz ist errichtet worden, die späterhin in ein deutsches Konsulat umgewandelt werden soll. Konsul Paul Drubba wurde zum Leiter ernannt. Er ist bereits in Lodz eingetroffen und hat in der Wulizanskastraße 13 das deutsche Büro eröffnet.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Ein schwedisches Lektorat an der Universität Jena wird vom schwedischen Reichsverein zur Wahrung des Schwedentums im Ausland bezahlt und erhalten. Den erkrankten Lektor für Schwedisch an der Universität, der ehrenamtlich seine Tätigkeit ausgeübt hatte, vertritt jetzt ein Student Lundahls, den die Studentenschaft der Hochschule Götteborg bezahlt, die eine Ortsgruppe des erwähnten schwedischen Vereins bildet. Ein nachahmenswertes Beispiel für Deutschland, selbst wenn unsere Aufgabe infolge der Kurse schwieriger und teurer wird.

Japanische Spende.

Die Berliner japanische Kolonie und die japanischen Studenten der Berliner Hochschulen haben 20000 Mark zur Linderung der Notlage der deutschen Studenten gestiftet. Wir entnehmen der „Ostasiatischen Rundschau“, daß diese Sammlung anläßlich der Kaiser-Geburtstagsfeier veranstaltet wurde, die in der kaiserlich japanischen Botschaft am 31. Oktober stattfand und bei der die Studierenden Dr. Otsu und Dr. Uchida ein so ergreifendes Bild von der Notlage der deutschen Studenten entwarfen, daß auf Anregung des Herrn Debuchi sofort eine Sammlung veranstaltet wurde, die das genannte Ergebnis hatte. Daß die Feier selbst nicht äußerlich prunkvoll und aufdringlich war, sondern gerade in der deutschen Hauptstadt still und bescheiden, ist für das feine Empfinden und den Takt der Japaner bezeichnend.

Der brasilianische Botschafter in Berlin

hat der deutschen Regierung eine Note überreicht, in der er ihr mitteilt, daß seine Regierung als Spende der brasilianischen Kaffeeproduzenten 313 Sack Kaffee für die Armen von Berlin überweisen läßt.

VERSCHIEDENES

Gegen die Verkaufsordnung für deutsche Bücher ins Ausland.

Der Deutsch-chilenische Bund schreibt dem Deutschen Ausland-Institut, Stuttgart, in Billigung und Unterstützung dessen Kampfes gegen die Verteuerung des Preises des deutschen Buches ins Ausland das Folgende:

Hier im Buchhandel kosten:

		beim heutigen Kurse
Die Bücher der Rose	\$ 6.—	60.—
Die kleinen Bücher aus dem Insel-Verlag „	3.—	30.—
Leipziger Illustrierte	5.—	50.—
Meister der Farbe	5.—	50.—
R. H. Bartsch: Bittersüße Liebesgeschichten „	12.—	120.—
Die Jugend	2 50	25.—

und so fort. Musikalien haben gleich unerschwinglich hohe Preise. Natürlich ist die Lust, zu derartigen Preisen zu kaufen und zu beziehen, sehr gering.

Das Gegenbeispiel: In Paris hat sich ein „Comité du livre“ gegründet unter der Leitung von Hanotaux, Boutroux, Barres und Bordeaux. Dieses Komitee wird die französischen Bücher im Auslande zu den Inlandspreisen — ohne Aufschlag — verkaufen. Hier in Santiago hat das große Kaufhaus „Casa Francesa“ der Firma Simon & Co., die auch in Frankreich in Lyon, Paris, Lille usw. große Kaufhäuser besitzt, die Einrichtung einer derartigen Abteilung übernommen. Wenn man bedenkt, daß der Peso heute 2.50 Franks wert ist, wird man also französische Bücher zu einem außerordentlich günstigen Preise erwerben können.

Die außerordentlich hohen Preise für das deutsche Buch bedeuten unter diesen Umständen geradezu eine Gefahr, den ohnehin geringen geistigen Einfluß Deutschlands in den hispano-amerikanischen Ländern völlig zu verlieren. Dagegen muß, und zwar sehr bald, etwas getan werden; wenn nicht, so werden wir bei den ungeheuren Anstrengungen, die heute die Franzosen machen, sehr bald ins Hintertreffen kommen. Die Franzosen tun hier, und natürlich unter wesentlich günstigeren Bedingungen als wir, alles für die Einführung ihrer Sprache: Alliance Française, Les Annales und jetzt das Comité du Livre arbeiten mit großem Erfolge alle auf das gleiche Ziel hin. — So wie hier werden sie es voraussichtlich auch in den anderen südamerikanischen Staaten machen.

Aus Brasilien erhalten wir von einer alten bekannten Buchhandlung die Abschrift eines Briefes, den sie als Antwort an einen deutschen Verlag gesandt hat. Aus der Antwort zitieren wir folgende Sätze: „Sie betrachten es als Ihre Hauptaufgabe, das Deutschtum hier draußen nicht untergehen zu lassen. Als deutscher Auslandsbuchhändler muß ich Ihnen sagen, daß diese Aufgabe nach dem Kriege gerade von dem deutschen Buchhandel vernachlässigt worden ist. Und daß auch Sie in den gleichen Bahnen wandeln, beweisen Sie durch den Valuta-aufschlag, den Sie nach den Vorschriften des Börsenvereins angeblich nehmen müssen. Bei der enormen Steigerung aller Bücherpreise ist dieser Valutaufschlag durchaus unberechtigt, er trifft allein den Auslandsdeutschen, der schwer genug in gegenwärtiger Zeit zu kämpfen hat, um auch hier draußen den Wiederaufbau einzuleiten. Nach meinen Erfahrungen als Auslandsbuchhändler möchte ich diese ‚Unterstützung‘ des Auslandsdeutschtums viel lieber und treffender schamlose Ausbeutung nennen. Die Rückschläge einer solchen Sonderbehandlung durch das Mutterland werden nicht sehr erfreulich sein, aber man legt dort anscheinend auch heute noch wenig Wert darauf, in gemeinsamer Arbeit das Verlorene gegangene wieder zu gewinnen, im Gegenteil, alle unsere Erfahrungen deuten darauf hin, daß wir nach wie vor bloße Ausbeutungsobjekte sind. Der Extrarabatt von 20 Prozent, den Sie uns einräumen, kann diese Sonderbehandlung in keiner Weise gutmachen, und aus diesem Grunde muß ich, solange dieser Ausnahmezustand andauert, auf Geschäftsverbindungen, wie sie früher im alten Deutschen Reiche üblich waren und beiden Teilen zum Segen gereichten, verzichten.“

„Wo steuern Sie in der Heimnt hin“, so fragt uns der Auslandsbuchhändler, „bei solch einer ungesunden Preispolitik und solch einer ganz unberechtigten Sonderbehandlung des Auslandsdeutschtums?“

Ob dem Börsenverein nun allmählich die Augen aufgehen werden? Es scheint vorläufig nicht so, denn sein Kampf für

die Aufrechterhaltung des Sonderzuschlags auf die „Ware“ deutsches Buch wird munter weitergekämpft, ohne daß man für die deutsche Kulturpropaganda und die Stellung des Auslandsdeutschtums viel mehr als ein paar nichtssagende Worte übrig hätte.

Der im Jahre 1877 gegründete „Internationale Verein der Freundinnen junger Mädchen“ zählt in 52 Ländern etwa 16000 Mitglieder; seinen stärksten Zweig bildet der Deutsche Nationalverein der Freundinnen junger Mädchen mit 11000 Mitgliedern. Nach seinem Losungswort „Organisierte Mütterlichkeit“ arbeitet der Verein in Bahnhofsmision, in Heimen Stellenvermittlung, Auskunftstellen, Wohnungs-, Krankenhaus- und Jugendfürsorge usw. Die seit 1. Januar ds. Js. nach Heidelberg, Werderstraße 72 verlegte Geschäftsstelle des Vereins hat eine vom Reichsversicherungsamt anerkannte evangelische Zweigfürsorgestelle für Frauen und Mädchen errichtet und bittet alle Auslandsdeutschen usw., sie durch Zusendung von Material zu unterstützen, damit die Berufs- und Lebenserfahrungen deutscher Frauen und Mädchen im Auslande ihren jetzt in die Fremde gehenden Schwestern zugute kommen.

Die deutsche Inschrift am Rigaer Theater.

Nun ist trotz des entgegenstehenden Beschlusses des Rigaer Stadiparlaments die deutsche Inschrift beseitigt worden. Der lettische Nationalstolz ist befriedigt und Lettland ist wieder einmal gerettet. Wie die Vernichtung der Inschrift vor sich gegangen ist und durch wen sie bewerkstelligt wurde, bleibt dunkel. Ein Gerüst, um die auf luftiger Höhe thronenden Buchstaben abzukratzen oder herauszumeißeln, sah man nicht. Wahrscheinlich haben „Freiwillige“ nächtlicherweise das schwere Werk vollendet. Sie werden wohl bald zu lettischen Nationalhelden ernannt werden.

Deutsche im internationalen Sport.

In Kuling, dem chinesischen Sommerausthalsort, fanden internationale Tenniswettspiele statt, bei denen zum ersten Male wieder Deutsche zugelassen wurden. Eine junge Deutsche gewann die Meisterschaft im Dameneinzelspiel und zusammen mit ihrer Schwester den I. Preis im Damendoppelspiel.

Deutsche in Frankreich.

Die „Liberté“ veröffentlicht eine Statistik, der zufolge jetzt im Departement Seine sich wieder 1800 Deutsche aufhalten. Die Zählung erfolgte auf den 1. Oktober.

Die deutsche Sprache im internationalen Gebrauch.

Auch wir hatten die amtlich verbreitete Nachricht gebracht, daß der Direktor des internationalen Arbeitsamts die deutsche Sprache als dritte Verkehrssprache zugelassen habe. Nun bestreitet das Reichsarbeitsamt amtlich die Richtigkeit jener Meldung. Der Direktor sei lediglich beauftragt worden, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel das amtliche Mitteilungsblatt und auch die sonstigen Veröffentlichungen in jeder Sprache übersetzen zu lassen, die für eine zweckmäßige Verbreitung nötig erscheinen. Amtliche Stellen sollten sich etwas besser informieren, ehe sie ihre Nachrichten in die Welt setzen, dann sind hinterher keine amtlichen Dementis nötig.

Katholischer Studentenaustausch.

Die katholische Liga für praktische akademische Kulturarbeit (München, Öttingstraße 16) hat einen bedeutungsvollen Versuch gemacht, katholischen Akademikern die Möglichkeit zu gewähren, während eines ein- oder mehr-

semestrigen Studiums im Ausland unter günstigen Bedingungen und im engen Kontakt mit Gleichgesinnten wertvolle Kenntnisse zu erwerben und Beziehungen anzuknüpfen, die nicht nur der eigenen Person, sondern auch der Sache und der Gesamtheit dienen. Ein Austausch zwischen Deutschland und Ungarn ist zunächst eingeleitet worden, der demnächst auch nach Südslawien ausgedehnt werden soll. Die Bedingungen sind so, daß der deutsche Teilnehmer ein Zimmer und einen Wechsel für seinen ungarischen Kommilitonen zur Verfügung stellt, während er gleiches in Budapest erhält. In Budapest ist Wohnung vorgesehen in den jesuitischen Emmerich-Kollegien und im staatlichen Eötvös Kolleg für Philosophen. Nationalökonomien, Theologen, Mediziner, Philologen, Handelshochschüler kommen in Frage. Für München, Würzburg und Erlangen ist der Austausch ministeriell genehmigt. Es gelte, so heißt es in einer Bekanntmachung der Liga, jeder „faden internationalen Weltgemeinschaft“ durch Pflege des katholischen Gedankens entgegen zu wirken. Anmeldungen werden in München entgegengenommen.

Theaterbrände.

Nachdem erst vor kurzem das große Theater in Lodz abgebrannt ist, das einst auch deutschen Schauspielerruppen eine Gaststätte bot und in dem die Deutschen von Lodz manch berühmten deutschen Gast begrüßten, ist jetzt auch das große Theater in Temesvar den Flammen zum Opfer gefallen, in welchem schon für den Sommer 1921 und für die Winterspielzeit ein Gastspiel des Czernowitzer deutschen Theaters verabredet war.

Dr. Bernhard Gaster, dem verdienten letzten Direktor der deutschen Schule in Antwerpen, wurde am 18. Oktober aus Anlaß der 80. Wiederkehr des Gründungstages der deutschen Schule in Antwerpen eine Gaster-Dankspende im Betrag von 11660 Mark überreicht, die dem Dank für seine 17jährige Leitung der Schule Ausdruck geben sollte. 200 Spender haben zu der Spende Beiträge geleistet, um dem geliebten Direktor wieder ein Heim zu errichten und wieder um den Grundstock zu seiner verlorenen wertvollen Privatbibliothek zu legen. Der Direktor, jetzt Studiendirektor in Cammin, dankt in den Vereinsmitteilungen der früheren Antwerpener Schüler und fügt hinzu, daß ihm für den Verlust seines ganzen Besitzes 19000 Mark Entschädigung vom Reich zugesprochen, aber zunächst nur die Hälfte ausbezahlt worden sei, und bemerkt weiter (ein etwas bitterer Geschmack bleibt wohl bei jedem Leser haften, wenn er diesen unausgesprochenen Vorwurf gegen die deutsche Regierung lesen muß!), daß ihm von seinen Antwerpener Dienstjahren 14 nicht angerechnet worden seien, so daß er jetzt ein höheres Gehalt haben würde, wenn er seinerzeit als Oberlehrer in der Heimat verblieben wäre!! Schlimmer als diese materiellen Erfahrungen drückt aber den verdienten Schulmann der Verlust des einzigen Sohnes, der auf dem Schlachtfeld fiel, und der Verlust der geliebten Schule. Doch schließt er mit Goethes kräftigem Spruche: „Dein Streben sei's in Liebe und dein Leben sei die Tat!“

Ein wissenschaftliches Institut für Kultur und Geschichte des Sudetendeutschtums in Wien ist begründet worden, das vom ehemaligen Vorstand der deutsch-österreichischen Stelle für Minderheitenschutz, Direktor Dr. von Wotawa, geleitet wird und dessen Sekretär der einstige Vertreter des Böhmerwaldes in St. Germain, Anton Klement ist. Der Sitz des Instituts ist Wien VIII, Führmannsgasse 18. Das Institut hat Abteilungen für Literatur, Geschichte, Kunstgeschichte, Statistik, Volkskunde und Volksbildung.

Namhafte Forscher, Gelehrte, Schriftsteller und Künstler aus den Sudetenländern gehören ihm an und wollen mit den geistigen Führern der Heimat rege Verbindung aufrecht erhalten. Die feindliche Propaganda soll Schritt für Schritt verfolgt und bekämpft werden und zwar nur durch Gegenüberstellung der Propagandalügen mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung. Das Institut will ein ständiger Anwalt für die unterdrückten Rechte der Minderheit werden und sein.

Über eine Expedition deutscher Bergleute nach Spitzbergen erzählt die „Buerische Zeitung“: 80 Mann aus Buer und Gladbach wurden im Frühjahr von einer holländischen Gesellschaft angeworben, um deren Mutungsrecht auf der Insel Spitzbergen auszubeuten. Nach wochenlanger Vorbereitung in Holland und nach fünfwöchentlicher Reise kamen sie nach Spitzbergen, wo zunächst die mitgebrachten Wohnbaracken aufgeschlagen und die grönländischen Hilfsarbeiter eingelernt wurden. Ein Abtaufen von Schächten war nicht erforderlich, da die Kohlen offen zutage liegen. Die ganze Mächtigkeit des Vorkommens ist noch nicht erforscht. Das Leben war in Spitzbergen, wo es im Sommer keinen Unterschied zwischen Tag und Nacht gibt, sehr eintönig. Da aber die Löhne in Guldenwährung ausbezahlt wurden und die Familien der Bergleute in der Heimat für jeden Tag der Expedition 57 Mark bekamen, ersparten die Bergleute bei freier Verpflegung, Unterkunft und Bekleidung erkleckliche Summen.

Rabindranath Tagore weilt jetzt in Holland. Nach Deutschland ist er, entgegen seinen ursprünglichen Absichten, nicht gekommen. Doch hat er einen deutschen Besucher empfangen und ihm gesagt, von einer Läuterung der Sitten und Ansichten habe er bei den Siegern wenig verspürt. Er hoffe, daß Deutschland mehr Segen von seiner Niederlage haben werde als seine Gegner von ihrem Sieg. Er habe eine Anzahl von religiösen Vorträgen zusammengestellt, die er Deutschland als Liebesgabe stiften wolle. Auch wolle er eine deutsche Bibliothek in Indien errichten, damit auch Indien Deutschland kennen lerne.

Auszeichnungen für Auslandsitaliener.

Wie wir dem Nachrichtenblatt des Reichswanderungsamtes entnehmen, wurde durch ein Dekret vom 6. Mai 1920 die Verleihung von Medaillen und Diplomen an Personen vorgesehen,

welche sich um die Verbreitung der italienischen Sprache und Kultur im Ausland verdient gemacht haben. Die Medaillen werden in drei Abstufungen, in Gold, Silber und Bronze, verliehen. In Betracht kommen namentlich die Leiter und das Personal italienischer Schulen im Ausland und Privatpersonen, welche zum Besten solcher Schulen und anderer italienischer Kultureinrichtungen im Ausland größere Spenden machen. Drei Diplome ersten, fünf zweiten und acht dritten Grades können nur jährlich verliehen werden, sie werden vom Minister des Äußeren in Vorschlag gebracht und vom König ausgefertigt. Die italienischen Konsulate im Ausland übermitteln jährlich Vorschlagslisten, unter Umständen nach Anhörung ihrer am Ort ihrer Tätigkeit bestehenden Schulkommission. In Einzelfällen können auch Private oder Vereinigungen Vorschläge machen.

Marxstadt.

Der russische Vertreter des „Messagero“ berichtet seinem Blatte über Katharinenstadt, die deutsche Siedlungsstadt im Gouvernement Saratow, die einst durch Pfälzer auf Wunsch der großen Kaiserin begründet wurde und jetzt von den Bolschewisten in Marxstadt umgetauft worden ist. Die Siedlungen im Gouvernement zählten über 600 000 Menschen in 200 Dörfern. Marxstadt zählte vor dem Kriege 18 000, jetzt hat es 30 000 Seelen Bevölkerung, weil es der Mittelpunkt des gesamten Weizenhandels ist. Zwar herrscht eine gewisse Autonomie, doch regieren in Wirklichkeit die Sowjetvertreter von Moskau. In der Stadt stehen russische Soldaten, die kein Wort deutsch verstehen. Von der ganzen Bevölkerung sind noch nicht 250 Leute überzeugte Kommunisten. Der Großgrundbesitz war gering und ist längst enteignet, doch ist der Kleingrundbesitz mächtig. Oft setzen die Bauern den Requisitionen Widerstand entgegen und es gibt zahlreiche Erschießungen. Die gesamte Produktion des Gebietes geht schnell zurück, viel Land bleibt als Weideland unbebaut liegen.

Nietzsche ins Französische übersetzt!

Nietzsches „Also sprach Zarathustra“ ist in französischer Übersetzung von Henri Albert im Verlage von George Cres & Co. in Paris erschienen. In der Vorrede wird mitgeteilt, daß der Band bereits bei Kriegsbeginn im Druck war, aber infolge der Kriegspsychose nicht erscheinen konnte.

AUSWANDERUNGSWESEN

Arbeitslosenfürsorge für Auswanderer.

Kapitalisierung der Arbeitslosenunterstützung für Auswanderer regt Dr. Panzer in der „Süddeutschen Auswandererzeitung“ 1920, Nr. 34, an. Diese soll in der Form gewährt werden, daß die Fürsorgestelle ein Vielfaches der Unterstützung bis zum Höchstsatz (Wochenbetrag mal Höchstwochenzahl) zur Verfügung stellt. Die Unterstützung soll nur auf Antrag bei der Reichswanderungsstelle bewilligt werden. Gesuche sollen berücksichtigt werden, wenn der Auswanderer eine mehrköpfige Familie zu unterhalten hat (mindestens 5 Köpfe), wenn er bereits im Genuß der Arbeitslosenunterstützung ist und wenn er einem anerkannten Auswandererverein mindestens 6 Monate als ordentliches Mitglied angehört und dieser Verein die Gewährung befürwortet. Die Unterstützung soll nicht in bar an den Auswanderer, sondern auf dem Verrechnungsweg als Reisezuschuß gewährt werden. Die Verrechnung erfolgt zwischen den Reichsstellen nach besonderer Anweisung. Die Unterstützung soll nicht zur Vervollständigung der Tropeausstattung, sondern lediglich für die unmittelbare Auswanderung selbst gewährt werden.

Danzig und die Auswanderung.

Die Danziger Handelskammer beschäftigte sich eingehend mit dem Auswanderungsproblem und machte die Behörden Danzigs auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frage aufmerksam. Es läßt sich auf diese Weise ein geregelter Schiffsverkehrsverkehr an Danzig heranziehen. Auswanderungshäfen seien von altersher Anknüpfungspunkte für wirtschaftlichen Verkehr, der über das reine Auswanderungsmäßige hinauswachsen. Der Staat allein vermöge freilich die Frage nicht zu lösen. Die wirtschaftlichen, die amtlichen, polizeilichen usw. Fragen müßten von verschiedenen Seiten behandelt werden. Ein besonderes Auswanderungsamt sollte alle diese Arbeitszweige dann zusammenfassen. Die Handelskammer wird einen Organisationsplan in dieser Hinsicht vorlegen.

Auswanderungslust unter den Banater Schwaben.

In Temesvar im Banat veranstaltet die Schwäbische Volkspartei Debattenabende, die sich eines regen Besuches er-

freuen und zu einem lebhaften Meinungsaustausch über politische, wirtschaftliche und völkische Fragen führen. An einem der letzten Abende sprach auch der Sekretär der Partei, Beller, über die zunehmende Auswanderungslust der Banater Schwaben. Eine rege Aussprache setzte ein, in der namentlich ein Siebenbürger Sachse über die feste Organisation der Siebenbürger Sachsen in Amerika sprach. Sächsische Bauernburschen erhielten in Amerika hervorragende Stellungen. Es wurde beschlossen, alle Schwaben, die nach Amerika auswandern wollen, mit den deutschen Organisationen in Amerika in Zusammenhang zu bringen und sie hinüber zu empfehlen, um ihnen den Anschluß an deutsche Kreise zu ermöglichen.

Zu der europäischen Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika.

Von einer starken Zunahme der europäischen Einwanderung, und zwar von unerwünschten Elementen in den Vereinigten Staaten berichtet der „Einwandererfreund“, das Organ der Hafenmission der reformierten Kirche in den Vereinigten Staaten. Besonders beteiligt scheinen die neu errichteten Republiken des Südostens Europas zu sein, bei denen Mangel an Rohmaterial, Kohlen und Transportmitteln, sowie enorme Steuern Ursachen der Abwanderung sind. So sehr auch weitere Kreise der Vereinigten Staaten auf der einen Seite eine starke Einwanderung begrüßen, so machen doch auf der anderen Seite viele unbotmäßige Elemente den Einwanderungsbehörden viel zu schaffen. Als einziges Mittel gegen eine Bolschewisierung der Vereinigten Staaten durch die Einwanderer schlägt Pastor Land, der Herausgeber des „Einwandererfreundes“, „vollständige und strikteste Examination aller prospektiven Einwanderung von Europa“ vor. Amerikanische Konsularbeamte und Ärzte sollen in den europäischen Hafenstädten die Auswanderer sichten, ehe sie Europa verlassen. Diese Beamten sollen mit den heimatlichen Behörden der Auswanderer Hand in Hand arbeiten, körperlich und moralisch ungeeignete Elemente zurückweisen. Dann brauchte man kein Ellis Island und würde mancher guten Familie unendliches Herzeleid und unnötige Kosten ersparen.

Es handelt sich hier um einen alten Vorschlag der amerikanischen Einwanderermission, der bisher stets von den europäischen Hafenbehörden abgelehnt wurde, weil den Amerikanern keine Hoheitsrechte auf europäischem Boden zuerkannt werden sollten.

Einwanderungsbeschränkung in Kanada.

Zur Beschränkung der Einwanderung, vor allem von Mechanikern, Handwerkern, gelernten und ungelernten Arbeitern, wurde soeben eine Order in Council erlassen, nach der niemand mehr in Kanada an Land gelassen wird, „der nicht über eine eigene, frei zu seiner Verfügung stehende Barschaft von \$ 250.— (gegenüber den bisher verlangten \$ 50.—) verfügt. Ein mit Familie Einwandernder muß für jedes über 18 Jahre alte Mitglied seiner Familie \$ 125.—, für jedes Kind zwischen 5 und 18 Jahren \$ 50.— nachweisen. Die Verfügung tritt am 15. Dezember 1920 für die Landgrenzen, über die viele arbeitslose Amerikaner zuwandern, am 1. Jan. 1921 für die Ozeanhäfen in Kraft. Sie weist darauf hin, daß in verschiedenen Teilen Kanadas beträchtliche Arbeitslosigkeit herrscht und für die nächsten Monate keine Aussicht auf Besserung bestehe.

Zur Frage der Auswanderung nach Nordamerika.

Die Überzeugung, daß das nordamerikanische Einwanderungsverbot nur ein Scheinmanöver ist, bricht sich immer mehr Bahn. Auffallend ist, daß aus den Vereinigten Staaten die Stimmen immer zahlreicher werden, welche die baldige Aufhebung dieses Einwanderungsverbots für wahrscheinlich halten. So schreibt uns dieser Tage ein Deutschamerikaner:

„Die Vereinigten Staaten und Kanada werden natürlich alles tun, den deutschen Auswandererstrom nach Nordamerika zu lenken, unbeschadet des Geschreis nach verschärften Einwanderungsvorschriften. (Mancher trägt einen weißen Kragen und hat doch ein schmutziges Hemd an, man sollte deshalb nicht alles für bare Münze nehmen.) Diese Länder brauchen billige Arbeitskräfte, man weiß sehr wohl, daß der Reichtum eines Landes in seinem Menschenmaterial liegt. Die arbeitsamen, völkisch geschlechtslosen Deutschen sind willkommen. Man weiß, sie lassen sich jeden Stoß von rechts und links gefallen, schimpfen zwar, halten aber doch nicht zusammen.“

Wenn trotz des gegenwärtigen noch aufrecht erhaltenen Einwanderungsverbotes heute schon zahlreiche Auswanderungswillige nach den Vereinigten Staaten streben, so gilt es angesichts einer bevorstehenden Aufhebung des Einwanderungsverbotes doppelt darauf zu achten, wie die Deutschamerikaner sich zu dieser Einwanderung stellen. So schreibt der oben genannte Einsender:

„Die Deutschen aber, die sich jetzt ihrer Pflicht, am Wiederaufbau der Heimat mitzuarbeiten, entziehen wollen, sollten denn doch nicht nach einem Lande auswandern, das auch in Zukunft auf britischer Seite stehen wird, weil britisches Tochterland. Sie mögen noch bedenken, daß man hier wohl mehr ‚verdient‘, daß die Menschen aber noch rücksichtslos ausgenutzt werden, und daß die Kosten der Lebenshaltung hier ungleich höher als in Europa und gegenwärtig fast unerschwinglich sind. Sie mögen ferner bedenken, daß man hier so manche Dinge entbehren muß, auf die der Durchschnittsdeutsche nicht gern verzichtet und auf die er z. B. in Südamerika nicht zu verzichten braucht. Da wäre vor allem das Bier. Hier in Nordamerika gibt's weder Wein, noch Bier, noch Schnaps. Das Reich ist ‚trocken‘. Das Bier geht dem Deutschen ja über die Sorge und die Erziehung seiner Kinder. Darum sei erst an zweiter Stelle erwähnt, daß es hier — im Gegensatz zu Südamerika — keine deutschen Schulen gibt. Es gibt wohl deutsche Kirchenschulen — aber der Unterricht in allen Fächern, mit Ausnahme des deutschen Sprachunterrichts und des kirchlichen Unterrichts, wird in Englisch erteilt. Da kann man wohl nicht von einem ‚deutschen Schulwesen‘ reden. Zugegeben sei, daß selbst das Wenige besser ist als ein Nichts. Läßt sich eine deutsche Auswanderung nach Nordamerika wirklich nicht verhindern, so wäre es das Wichtigste, den Auswandererstrom in überwiegend deutschblütige Gebiete zu lenken. Im industriellen Osten werden die Einwanderer am schnellsten aufgesaugt. In Staaten wie Wisconsin, Minnesota, Iowa, Nord- und Süd Dakota hingegen ist die Gewähr gegeben, daß das Deutschtum sich länger halten wird.“

Beachtenswert ist auch eine Meldung aus Neuyork, welche die „wirtschaftlichen Briefe“ aus Amerika unter dem 7. März bringen:

„Obwohl der Friede zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland noch nicht ratifiziert ist, bemerkt man doch schon in der Menge der täglich auf Ellis Island eintreffenden Einwanderer hie und da eine Anzahl Deutsche. Der fungierende Einwanderungs-Kommissar Byron H. Uhl erklärt, daß — was ja die N. Y. Staatszeitung bereits gemeldet hat — der Einwanderung deutscher Bürger seitens der Vereinigten Staaten nichts in den Weg gelegt wird, solange nur die Ankömmlinge sich im Besitz eines vom amerikanischen Konsularagenten in deutschen Einschiffungshäfen ausgestellten Passes befinden. Die Pässe gelten durch stillschweigende Übereinkunft als Einwanderungserlaubnis vom Staatsdepartement. Auf Ellis Island werden die Deutschen genau so behandelt, wie alle anderen Einwanderer. Vorläufig sind monatlich durchschnittlich ein bis zwei Dutzend deutsche Einwanderer abgefertigt worden.“

Paul Dreßler.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE
DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschtum und Auslandkunde*).

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART
und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Allgemeines:

Übersicht:

Auslanddeutschtum i. allg.: 5. 16. 34. 45. 72. 75.

Grenzlanddeutschtum: 1. 2. 8. 9. 10. 14. 15. 23. 28. 29. 35.
37. 40. 52—55. 58. 62. 66. 68. 69. 74. 76. 77. 79. 81. 83.
84. 89—93.

Auslandkunde i. allg.: 16. 31. 34. 41. 80.

Auswanderung: 33. 65. 87.

Außenhandel: 40. 51. 58. 61. 63. 67. 70.

Kirche und Mission: 6. 12. 17. 38. 62.

Deutschtum in der Darstellung des Auslandes: 13. 28. 36. 84.

Geographische Einteilung:

Westeuropa: 15. 27. 30. 84.

Nord- u. Osteuropa: 6. 9. 11. 12. 19. 25. 32. 38. 40. 41. 44.
47. 64. 85. 89.Süd- u. Südosteuropa: 7. 9. 31. 39. 47. 50. 51. 55. 56. 59. 93.
Vorderasien: 20. 48. 73.

Ost- u. Australasien: 22. 30. 48. 60. 63.

Afrika: 3. 63. 94.

Nordamerika: 24. 82. 86.

Lateinamerika: 2. 4. 17. 26. 33. 42. 43. 47. 49. 57. 61. 71. 78.
87. 88.

I. Einzelschriften.

1. Deutsches Alpenland. Ein Heimatbuch. Hrsg. von Anton Mayer-Prannholz, mit Zeichn. von Adolf Seitz. Leipzig: Brandstätter 19.0. XVI, 464 S. 8° M 22.50.

2. Alsacia-Lorena alemana ó francesa? 5a edición. Con la segunda parte: Alsacia-Lorena bajo la bandera tricolor. 76 S. 8° Buenos Aires: [Empresa Editorial Germania] (1920).

Die Schrift beweist im ersten Teil an der Hand von Zahlen, Daten und Abbildungen die ethnographische, sprachliche, kulturelle, geschichtliche und geographische Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reich. Der zweite Teil schildert die französische Herrschaft seit der Annexion von 1918, insbesondere die Unterdrückung jedes Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung und die gewaltsame Französisierung von Verwaltung, Schule und Presse.

3. Der Alte vom Longi'o. Afrikanische Erlebnisse und Betrachtungen. Hrsg. von Hubert Henoch. Potsdam: Stein 1920. 74 S. 8°.

Der bekannte Kolonialfachmann veröffentlicht die Aufzeichnungen seines im ostafrikanischen Feldzug gefallenen Freundes W. Der Alte vom Longi'o ist ein von W. entdeckter, im Longi'o-gebirge einsam hausender Deutscher, der bei seinem vierzigjährigen Aufenthalt in einer afrikanischen Stammes ein umfassendes Bildungsmaterial gegen die englischen Kolonisationsmethoden und ihre Eingeborenenpolitik gesammelt hat. Zusammen mit den Anmerkungen des Herausgebers bildet es eine leidenshaftliche Zurückweisung des Vorwurfs, der den Deutschen die Fähigkeit zu Kolonisieren abspricht. Dr. H. M.

4. Bares, Manuel E., Delenda est Germania. Vol. 1—3. Buenos Aires: Estach 1916—20. 422 S. 8° Vol. 1. 1916. Vol. 2. 1918. Vol. 3. 1920.

5. *Bordihn, Franz, Die Rechtsverhältnisse u. der Rechtsschutz d. Auslanddeutschtums im besonderen des Deutschtums in Rußland. Berlin: Schwartz 1920. IV, 81 S. 8° Würzburg: Jur. Diss.

6. Christenverfolgungen im Baltenland. Drei Beiträge von Generalpastor a. D. D. Bernewitz, Pastor Friedr. Bernewitz, Pastor Rudolf Gurland. Leipzig: Strauch 1920. 31 S. M 2.—. (Volksschriften für Gustav-Adolf-Vereine. H. 3.)

*) Die hier angezeigten Bücher liefert die Buch-Abteilung von Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß. Postcheckkonto: Stuttgart 18 079.

Das tapfer ertragene Martyrium der Balten, welche schon von S. habert-Riga trefflich beschrieben ist, wird hier von drei führenden baltischen Geistlichen eigensfend geschildert. Für den früheren kurländischen General-superintendenten Bernewitz ist Riga das Zentrum der Märtyrererlebnisse; der frühere Pastor p. im. Fr. Bernewitz an der Annenkirche zu Mitau schildert die letzten deutschen Tage Kurlands während schließlich der kurländische Geistliche Gurland alles persönliche Erleben, sowie das seines Landes und Volkes unter das Wort der Bergpredigt stellt: „Selig sind die da Leid tragen, denn sie sollen getröstet werden“. Die Schrift ist eine wertvolle Fundgrube für Vorträge über Balten und die deutschen Ostseeprovinzen. Grb.

7. *Csaki, Richard, Vorbericht zu einer Geschichte der deutschen Literatur in Siebenbürgen. Hermannstadt: Krafft 1920. 118 S. 8°.

8. Denkschrift der am 18. u. 25. April 1920 gewählten deutschen Abgeordneten und Senatoren des parlamentar. Verbandes d. tschechoslow. Nationalitätenversamml. an den Völkerbund betr. die Verletzungen d. Minderheitsschutzbestimmungen des zw. den a. u. a. Hauptmächten u. d. tschechoslow. Republik andererseits abgeschl. Vertrages von St. Germain en Laye vom 10. Sept. 1919. 2. Aufl. Prag: Deutsch-pol. Arbeitsstelle 1920. 57 S. 8° Kr 14.—.

9. Die Deutschen in Südtirol (v. W. Rohmeier); Deutsch-böhmen (v. E. Wilde); Deutsch-Westungarn (v. B. Imen-dörfer); Die Zipser Deutschen (v. A. Weber); Die Deutschen in der Bukowina (v. R. F. Kaindl); Die Deutschen in Kongr. Bolen (v. A. Eichler); Die deutschen Kolonien in Wolhynien (v. E. Althausen); Die deutschen Kolonien im Schwar-meergebiet Südrußlands (v. E. Schmid); Die deutschen Kolonien im Wolgagebiet (v. J. Schleunig); Die deutschen Kolonien in Sibirien u. Mittelasien (v. E. Schmid); Die Deutschen im Kaukasus, insbes. in Transkaukasien (v. A. Fischer). Mit 12 Kt. Berlin: Verein f. d. Deutschtum im Ausland 1919. Getr. Pag. 8° (Schriften z. Selbstbestimmungsrecht d. Deutschen außerhalb d. Reiches.)

In dem Sammelband sind die bereits früher angezeigten Einzelschriften äußerlich zu einem Ganzen vereinigt.

10. Die staatsrechtlichen Erklärungen der Abgeordneten u. Senatoren d. Deutschen, Magyaren u. Slowaken in der 1. Volksvertretung der tschechoslow. Republik. Mit e. Vorwort u. erl. Texte vers. u. hrsg. von der Deutschpolitischen Arbeitsstelle. Prag: Dt.-polit. Arbeitsstelle (1920). 24 S. 8° Kr 8.—. (Veröffentlichung d. deutsch-polit. Arbeitsstelle. 8.)

11. *Galin, L., Sowjet-Rußland in der Wirklichkeit. Stuttgart: Dietz 1920. 72 S. 8° M 6.—.

12. Geißler, Bruno, Hammer u. Amboß. Bilder von der Not des Deutschtums u. des Protestantismus unter polnischer Zwingherrschaft. Leipzig: Strauch (1920). 31 S. 8° M 2.—. (Volksschriften für Gustav-Adolf-Vereine. H. 2.)

Geißler hat den polnisch-deutschen Gegensatz während des Krieges an seinem wichtigen Posten in Warschau eingehend studiert und dessen Auswirkungen noch persönlich beim Rückzug erfahren. Ohne doch jemals von Deutschland als Amboß benutzt zu sein, fühlen sich die Polen jezt nach unserem Zusammenbruch als Hammer, der den deutschen Amboß am liebsten ganz zertrümmern würde. Wie die deutsch-evangelische Kirche und das deutsche Volkstum darunter zu leiden haben, wird anschaulich geschildert. Und doch: Der Pole wird es in kurzem erfahren, wie er sich schließlich damit selber zum Amboß macht, dem die Hammerschläge zwar nicht gelten sollen, den sie aber dennoch treffen werden. Grb.

13. Got, Ambroise, l'Allemagne à l'oeuvre. Strassburg: Imprimerie Strassbourgeoise 1920. XIV, 296 S. M 30.—.

14. Hantschel, F., Biographien deutscher Industrieller in Böhmen. Leipa: Künstler [um 1920].

15. Hartmann, Peter, Französische Kulturarbeit am Rhein. Leipzig: K. F. Koehler 1921. 92 S. 8° M 13.—.

16. *Hübner, Friedr. Markus, Weltpolitik mit geistigen Mitteln. Leipzig: Der Neue Geist Verlag 19.0. 64 S. 8° M 4.—. (Der Neue Geist. Eine Schriftenreihe. H. 23/24.)

17. *Klein, Damianus, Die Franziskaner in Nordbrasilien u. ihre Ordensprovinz vom hl. Antonius in Vergangenheit u. Gegenwart. Dusseldorf: Missionsverwaltung d. Franziskaner (1919). 141 S. 8° M 2.—.

18. [Kleinruß.] Knička pro Nimečňnu. Nimeckij Kraj-Nimečka praci-Nimčka kultura. Z přičinkami zvisnih osib nimečkogo žitja i baga oma iljustracijami. Berlin-Friedenau: Nimečko-Ukrajnskogo Towaristwa; Leipzig: Langewiesche

- [i. Komm.]. (1920). 126 S. 4°. [Deutschlandbuch. Deutsches Land — Deutsche Arbeit — Deutsche Kultur. Mit Erläuterungen hervorragender Persönlichkeiten u. vielen Ill.] [Nebent.]: Das Deutschlandbuch der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft.
- Das Deutschlandbuch erfüllt mit seinen 62 Seiten Text und 85 photographischen Aufnahmen die Aufgabe, den Ukrainer in die Kultur des heutigen Deutschland einzuführen. Die Auswahl der Bilder ist, obgleich sie keinen bestimmten Grundsatz in der Anordnung erkennen läßt, ganz vortrefflich zu nennen; sie wurde K. Robert Langewiesche übertragen, dessen weithin bekannten „Blauen Büchern“ die Anlage und technische Ausführung des Bandes entspricht. Die Bilderauslese berücksichtigt den außerordentlichen ästhetischen wie technischen und sozialen Aufschwung des modernen deutschen Städtebaus, seiner Fabriken, Schulen, Theater, Bahnhöfe, Brücken, Wassertürme, Hafenanlagen, Gartenstädte und Inneneinrichtungen auf der einen, die reiche alte städtische und ländliche Kulturüberlieferung der Märkte, Rathäuser, Dorfanlagen auf der anderen Seite. Man kann sich kein überzeugenderes und in seiner Sachlichkeit vornehmeres Werbemittel denken, als diesen vorkriegsmäßig wirkenden Bilderband. Wünschenswert wäre gerade auch für den ukrainischen Leser die Befügung einer deutschen Textübertragung, damit ihm bei seinem Spaziergang durch die deutsche Kultur die deutsche Sprache nicht fremd bleibe. An dem von Axel Schmidt eingeleiteten Textteil haben A. Pöck, P. R. Hrbach, A. Weber, Oncken, Th. Heuß, M. Sering, August Müller und Paul Umbreit auf ihren Fachgebieten mitgearbeitet. Dr. H. M.
19. **Koehler, Siegfried**, Die russische Industriearbeiterschaft von 1905—1917. Leipzig u. Berlin: Teubner 1921. VII, 106 S. 8° M 8.—. (Osteuropa-Institut. Quellen u. Studien. Abt. I. H. 5.)
20. **Koenig, Otto**, Die Deutschen Palästinas in englischer Gefangenschaft. Dresden: Strom-Verlag 1920. 77 S. 8° M 6.—.
- Einer der deutschen Kolonisten, die nach der Besetzung Palästinas durch die Engländer zwecklos und willkürlich in die Gefangenschaft nach Ägypten verschleppt wurden, gibt eine schlichte Schilderung der Schicksale der deutschen Siedlungen im Weltkrieg sowie der Leiden der Zivilgefangenen in den Internierungslagern und auf dem Transport nach Deutschland. Die persönliche Erzählung wirft manches Streiflicht auf die Frühzeit der Kolonien, auf die türkische Verwaltung und auf die verwickelten Rassen- und Konfessionsfrage des Heiligen Landes.
21. **Krause, Karl**, Deutsche Grammatik f. Ausländer jeder Nationalität, mit bes. Rücksicht auf ausländ. Institute in Deutschland u. deutsche Institute im Auslande, neu bearb. von Dr. Karl Nörger. G. oße Ausg. 8. verb. Aufl. Breslau: Kern 1920. VIII, 26 S. 8° M 18.—.
22. **Lange, Rud.**, Thesaurus Japonicus. Japanisch-dt. Wörterbuch. Lexikon der in d. japan. Sprache übl. chinesischen Zeichen u. ihrer Zusammensetzungen samt d. verschiedenen Arten d. Aussprache u. d. Bedeutungen. Bd 3. Berlin: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1920. VII, 655 S. M 64.—.
23. **Langenbeck, R.**, Landeskunde von Elsaß-Lothringen. Mit 4 Abb. im Text, 16 Taf. u. 1 Kt. 2. Aufl. Berlin: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1920. 135 S. 8° M 4.20. (Sammlung Götschen. B. ch. 215.)
24. **Lockley, J. B.**, Pan-Americanism. Its beginnings. London: Macmillan [1920]. 8° sh. 28.—.
25. **Maydell, Walter v.**, Gedichte. Riga: Löffler [1920]. 69 S. 8° M 3.50.
26. **Merzbacher, Luis**, La Guerra de exterminio y hambre. Un estudio demográfico. Buenos Aires: „Germania“ 1920. 37 S. 4°.
- Der Verfasser, seinerzeit Privatdozent an der Universität Tübingen, jetzt in Argentinien ansässig, hat in der vorliegenden Arbeit eine aus reichliches Zahlenmaterial und graphische Darstellungen gegründete Studie gegeben, die geeignet ist, die spanisch sprechenden Länder über die Wirkung der Kriegsmethoden der Entente und den Zusammenbruch Deutschlands aufzuklären. M. erläutert zunächst die Bevölkerungsverhältnisse in den kriegführenden Ländern und in Argentinien vor dem Kriege, sodann die Einwirkungen des Krieges auf die Bevölkerung Deutschlands und Österreichs. Eingehend werden die indirekten Kriegsverluste eörtet, die der Aushungertungskrieg verursacht hat.
27. **Morel, E. D.**, Der Schrecken am Rhein. Mit einem Vorwort von Arthur Ponsonby. Autor. Übers. auf Veranlassung d. Arbeitsgemeinschaft f. Politik d. Rechts besorgt von Hermann Lutz. Berlin: H. R. Engelmann 1920. 22 S. 8° M 2.75.
- Der Vorkämpfer für eine wahrhaft internationale Politik auf sittlicher Grundlage richtet anläßlich der französischen Gewalt Herrschaft in den besetzten Gebieten einen neuen Appell an die Kulturwelt. Hervorzuheben ist, daß Morel die Frage der franz. Kolonialtruppen in Deutschland als gemeineuropäisches Problem ansieht, das früher oder später seine unheilvolle Wirkung ebenso auf alle Kolonialmächte wie auf die mißbrauchte farbige Bevölkerung Afrikas und Asiens ausüben muß. Gegen die von der französischen Presse beliebete Veruschungspolitik führt Morel einen schonungslosen Kampf auf Grund der im Ausland leider noch nicht genügend bekannten furchtbaren Tatsachen in den besetzten Gebieten. H. M.
28. **Nast, Marcel**, Le malaise alsacien-lorrain. Paris: Grès [1920]. 8° fr. 2.—.
29. **Die Nordmark**. Ein Heimatbuch für Schleswig-Holstein, Hamburg u. Lübeck. Hrsg. von Johannes Scharje u. Johannes Henning-en. 3. Aufl. Leipzig: Brandstetter 1919. V, 389 S. 8° M 8.50.
30. **Ostwald, Paul**, Das moderne Japan. Bielefeld u. Leipzig: V. Ihagen & Kiasing 1920. 95 S. 8°. (Die Bücherei der Volkshochschule. Bd 2.)
31. **Petruglione, Giuseppe**, Lo studio del tedesco in Italia durante la guerra. Roma 1920. (Estratto dal n. 19 del 31. agosto 1920, de l'Edicazione nazionale.)
- Der Direktor des Istituto Commerciale in Bari verfolgt die Entwicklung des deutschen Sprachunterrichts während der Kriege in den Vereinigten Staaten, Frankreich, England und Italien. In den V. Staaten ist die Unterdrückung der deutschen Sprache durch die Regierung am schärfsten gewesen und von der Bevölkerung am einheitlichsten durchgeführt worden. Viel gemäßigter war die Haltung Frankreichs, namentlich der Regierung und der Universitäten, trotz der anfangs maßlosen Aufpeitschung der öffentlichen Meinung. In England wurde das Studium des Deutschen vom Kriege kaum beeinträchtigt. In Italien, für das P. genaue Statistiken anführt, ist die Teilnahme am deutschen Unterricht in den höheren Schulen außerordentlich zurückgegangen, ohne daß die Kurse allzu eingeschränkt wurden oder die Behörden einen Druck ausübten. P. bedauert im Hinblick auf die engen geistigen Beziehungen und die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen diese auf der freien Entscheidung der Schüler beruhende Erscheinung und wünscht ein Eingreifen der Regierung und der Öffentlichkeit im Sinne der Erneuerung des Studiums der deutschen Sprache und Kultur. Dr. H. M.
32. **Programmewurf für die deutschen Grund- u. Mittelschulen in Lettlands**. Zsgest. von der Rigaschen deutschen Lehrerschaft. Hrsg. von der Verwaltung des deutschen Bildungswesens. Riga: Walther & Rappa A.-G. 1920. 463 S. 8° [Steindruck n. hektographiert handschriftl. Text.]
- Mit dem unter den schwierigsten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen hergestellten Programmewurf hat die Rigasche deutsche Lehrerschaft ein Muster unermüdeten Arbeitskraft und unbesiegbaren Glaubens an die Zukunft der deutschen Kultur gegeben. Der Entwurf ist von deutschen Reformgedanken, namentlich von Kerchensteiner, stark beeinflusst. Er sucht die Mängel, an denen das deutsche Bildungswesen krankte, das VIELERLEI der Stoffe und die Überschätzung des unmittelbaren Nützlichen, zu vermeiden und das gute Alte zu retten. Grundsätzlich ist der Entwurf für alle deutschen Auslands- und Minderheitsschulen von Interesse, insofern er die Grundlage der Zweisprachigkeit in einem Lande, wo das Lettische Staatssprache ist und dem Russischen nächst der deutschen Muttersprache die größte wirtschaftliche Bedeutung zukommt, von Anfang an berücksichtigt. Mit Recht bleibt gerade daum der Deutschunterricht Rückg. auf das ganze Lehrplans. Die ausführlichen methodischen Bemerkungen zeigen, wie die Verfasser bemüht gewesen sind, der im Baltischen Lande, auf der Grenze östlicher und westlicher Kultur, seit Alters drohenden Gefahr der geistigen Zersplitterung und Verflachung zu begegnen. Dr. H. M.
33. **Rautenberg, Hermann**, Meine Erfahrungen. Land- u. Reiseerlebnisse als Wanderer in Südamerika. Mit bes. Bearb. von Argentinien. Prakt. Ratgeber f. Auswanderungslustige. Braunschweig: Westermann [1921]. 46 S. 8° M 4.—.
34. **Rohrbach, Paul**, Deutschland unter den Weltvölkern. Materialien z. auswärtigen Politik 1899—1918. 5. Aufl. Stuttgart: Engelhorn's Nachf. 1921. 8, 352 S. 8° M 30.—.
35. **Rosegger, Hans Ludwig**, „O du mein Österreich“. Leipzig: Durr & Weber 1920. 76 S. 8° M 6.—. (Zellenbüche ei 41.)
36. **Rovère, Julien**, La Bavière et l'empire allemand. Histoire d'un particularisme. Paris: Nouv. libr. nat. [1920]. 8° fr. 12.50.
37. **Rovsing, Thorkild**, La politique d'esvigioise du ministère Zahle. Kopenhagen: Madsen [1920]. 8° K 0.50.
38. **Schabert, Oskar**, Märtyrer. Der Leidensweg der baltischen Christen. Hamburg: Agentur d. Rauhen Hauses (1920). 74 S. 8° M 3.75.
39. **Schiff, Peter**, Heimatgeschichte. Geschichte des Banates. Ein Hilfsbuch f. Schule u. Haus. Timisvara: Deutsche Wacht 1920. 50 S. 8°.
40. **Schürmann, Heinrich**, Rußland und wir! Wirtschaftl. Betrachtungen. Essen: Deutsche Bergwerkszeitung 1920. 119 S. 8°.
41. **Solowieff, Wladimir**, Die nationale Frage im Lichte der Sittlichkeit. Der Sinn des Krieges. Deutsch u. mit e. Einleitung „Wladimir Solowieff“ von Karl Nötzel. München: Drei Masken-Verlag 1920. 112 S. 8° M 10.—. (Bucherei f. Politik u. Geschichte des Drei Masken-Verlages.)
42. **Stutzer, Therese**, Deutsches Leben am Rande d. brasilianischen Urwaldes. Erzählungen. 5. Aufl. Braunschweig: Wollermann 1920. 150 S. 8° M 12.50.

43. *Vanderoog*, Jan, Francia y la convencion de Ginebra. Contribucion a la historia de la civilización francesa. Extraciada de documentos oficiales alemanes. Buenos Aires: Empresa Editorial Germania 1920. 42 S. 8°.
Zusammenstellung besonders krasser völkerechtswidriger Kriegshandlungen der Franzosen.
44. Das *Wahlgesetz*. (Von der Konst. Versammlung am 2. Juli 1920 angenommenes Gesetz über die Wahlen zum Rügikogu, über die Volksabstimmung u. das Recht der Volksinitiative.) Nichtamtl. Übers. [Reval:] Estländische Verlagsgesellschaft Wold. Kentmann 1920. 16 S. 4° M 12.—.
Das Wahlgesetz der Republik Eesti, wie es von der konstituierenden Versammlung am 2. Juli 1920 angenommen wurde, erscheint hier im Verlag des „Revaler Boten“ in deutscher Übersetzung. Das 115 Paragraphen umfassende Gesetz ist in 10 Abschnitte eingeteilt und behandelt nacheinander die Wahlkreiseinteilung, das Stimmrecht, die Wahlen überwachen den Behörden, die Listenführung über die stimmberechtigten Bürger, die Volksabstimmung, die Aufstellung der Kandidatenlisten, die Abgabe und Zählung der Stimmzettel, die Feststellung der Ergebnisse sowie die Garantien für die Freiheit und Korrektheit der Wahlen, endlich die Kosten des Wahlverfahrens und der Volksabstimmung. Sch.
45. *Wangart*, Stefan, u. *Richard Hellmann*, Die Zeitung im deutschen Gefangen- und Interniertenlager. Eine Bibliographie. Baden: Verlag Unitas Bühl 1920. 76 S. 8°.
46. *Wilk*, K., Bilder aus Oberschlesien. Breslau: Aderholz 1920. 128 S. 8° M 9.—. (Bücher aus dem Osten: Bd 1)
47. *Wirtschaftsmonographien* wichtiger Handelsstaaten. Hrsg. von Amandus M. F. Martens. 7. 1: Italien; Argentinien. Dänemark. Hannover: König & Ebhard (1920). 339 S. 8°.
48. *Zarth*, Karl, Quer durch Sibirien und Asien. Stettin: Nordd. Verlag f. Literatur u. Kunst 1920. 127 S. 8° M 6.—.
Der Verfasser war 18 Jahre als technischer Leiter größerer Brauereien und als Brauingenieur in verschiedenen Teilen Rußlands tätig. Er schildert in anspruchsvoller, aber angenehm lesbarer Form die 13 Monate seiner Zivilgefängenschaft in Sibirien und seine abenteuerliche Flucht durch Zentralasien, Persien, Luristan nach Mesopotamien und die Heimreise mit der Bagdadbahn Dr. H. M.

II. Zeitschriften u. Forts-Werke.

49. *Guia General del Paraguay*. *Anuario* ed. por la Mundial J. M. Duarte y Cia. 1920. Asuncion: „La Mundial“ 1920. 552 S. 8°.
Das Handbuch enthält auf 542 Seiten sehr ausführliche Angaben über Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung und die gesamten öffentlichen Einrichtungen Paraguays, ferner 3 nach Ort u. Straße, nach Branchen und Berufen und nach dem Alphabet geordnete Verzeichnisse von Einzelpersonen und Firmen in Paraguay. In erster Linie für Handel- und Gewerbetreibende bestimmt, ist das Jahrbuch darüber hinaus ein wertvolles Hilfsmittel zur Kenntnis Paraguays.
50. Deutsches Staats-Realgymnasium in Timisvara. *Bericht* über das Schuljahr 1919/20. Hrsg. von Dr. Peter Schiff. Temesvar: „Deutsche Wacht“ 1920. 32 S. 8°.
51. *Berichte* aus den neuen Staaten. (Hrsg.: Verband österr. Bank u. Bankiers). Jg. 3. 1920. Wien: Administration Bockhgasse 4. Ersch. zwangl. mindestens wöchentl. 1 mal.
52. **Böhmerlandjahrbuch* für Volk u. Heimat. [Jg. 2.] 1921. Hrsg. in Gemeinschaft mit vielen Mitarb. von Otto Kletzl. Eger: Böhmerland-Verlag 1921. 130 S. 8° Kr 12.—.
53. *Der Buchhändler*. Halbmonatsschrift u. Ankündigungsblatt f. d. Buch-, Kunst- u. Musikalienhandel u. das Antiquariat i. d. Tschechoslowakei. Organ d. Genossensch. d. Buch-, Kunst- u. Musikalienhändler in den Handelskammerbezirken Eger u. Reichenberg, sowie des Vereins dt. Buchhändler Nord- u. Nordwestböhmens u. d. Vereins d. mährisch-schlesischen Buchhändler. Hrsg.: Johann Küstner. Jg. 1. 1920/21. Nr 1/2. 4°. Leipa (Böhmen): Küstner. Beg.: Okt. Jährl. 24 Nrn, vierteilj. Kr. 7.50.
54. **Bundeskalender*. Der Volks- u. Heimatspiegel für die Deutschen in Böhmen, Mähren u. Schlesien u. in der Slowakei. Jg. 25. 1921. Im Auftr. d. Bundes d. Deutschen in Böhmen hrsg. von Ernst Leibl. (Teplitz-Schönau: Bund der Deutschen in Böhmen) 1921. 172 S. 8°.
55. *Carinthia*. I. Mitteilungen des Geschichtsvereins f. Kärnten, geleitet von Dr. Martin Wutte. Jg. 110. 1920. H. 1—6. Klagenfurt: Leon.
Enth. u. a. die Aufsätze: Jaksch, Aug., Der Würthersee. Wutte, Martin, Zur Geschichte d. dt. Handwerks i. Klagenfurt.
56. *Unser Dorf*. Wochenschrift zur Förderung d. Volkskultur. Verantw. Schriftl.: Dr. Michael Kausch. Jg. 1. 1920/21. Nr 3. 8 S. Timisvara: „Deutsche Wacht“. Beg.: Nov. Jährl. 52 Nrn, Lei 50.—.
57. Verband „Die deutschen *Frauen* Mexikos.“ Jg. 1. 1920/21. Nr 2. 8 S. Schriftl.: Else Noack. Mexiko: Geschäftsst. des Verbandes. (Beg.: Sept. Jährl. 12 Nrn, für Mngl. kostenlos.)
58. *Danziger Handels-Adressbuch*. Jg. 1. 1920/21. Danzig: „Der Osten“ 1920. 263 S. 8° M 5.—.
59. **Schwäbischer Hausfreund*. Volkskalender auf das Jahr 1921. Gegr. von Adam Müller-Guttenbrunn. Hrsg. vom Vetter Michel. Timisvara: Deutsch-schwäb. Kulturverband 1920. 128 S. 8° Lei 10.—.
60. *Jaarboek* van Nederlandsch Indië Uitg. 1920. Met 60 pl. Haag: Nijhoff (1920). 8° fl. 7.50.
61. *Ijldienst* van de Periódico para la Importación y el Comercio Suramericano. [Jg. 1.] 1920/21. Nr 1. 6 Bl. Amsterdam u. Leipzig: Periódico para la Importación y el Comercio Suramericano. Beg.: Juni. Jährl. 12 H.
62. *Danziger evangelisches Kirchenblatt*. Hrsg. im Auftr. d. evang. Kirchengemeinden Danzigs. Schriftl.: Pfarrer Semrau. Jg. 1920. Danzig: Verl. d. evang. Presseverbands f. Westpreußen. Beg.: Jan. Jährl. 24 Nrn, M 6.—.
63. *Der Kolonialdeutsche*. Blätter f. Mitteilungen d. Reichsverbandes d. Kolonialdeutschen u. Kolonialinteressenten, e.V. Jg. 1. 1920/21. Nr 1. 8 S. Berlin, Beginn Okt. Ersch. zwanglos.
64. *Russische Korrespondenz*. Jg. 1. 1920/21. Berlin: Seehof.
65. *Paß* u. Reise. Ratgeber für den Verkehr nach dem Süden zu Land u. zur See. Hrsg.: B. Viktor Lang. Jg. 2. 1920. Wien: Red. d. Zeitschr. Jährl. 52 Nrn, Kr 120.—.
66. *Rübezahl*. (Eine lustige Streitschrift für die Sudetendeutschen). Jg. 1. 1920. Reichenberg: Sudetendeutscher Verlag Fr. Kraus. Beg.: Jan. Jährl. 24 N n, Kr 24.—.
67. *Der Triester Umschlagplatz*. Mittelmeer- u. Überseehandel. Hrsg.: C. L. Mayerweg. Jg. 1. 1920/21. Nr 2. 11 S. Triest: Verwaltung d. Zeitschr. Jährl. 24 Nrn, L 30.—.
68. *Der Volksbund*. Mitteilungsbl. d. Volksbundes d. Deutschen aus dem ehemaligen Österreich-Ungarn. [Jg. 1.] 1920. Nr 1. 8 S. Dresden: Verwaltung d. Volksbundes. Jährl. 12 Nrn, M 5.60.
69. *Der Westpreuße*. Nachrichtenblatt der heimatstreuen Westpreußen-Vereine Deutschlands. Hrsg. vom deutschen Ausschuß f. Westpreußen. Für d. Inh. verantw.: H. Schwochow. Jg. 1. 1920. Nr 10. 6 S. Berlin: Deutscher Provinz-Verlag. Beg.: Januar. Jährl. 12 Nrn, vierteilj. M. 1.50.
70. *Deutsche Wirtschaftsgebiete* in ihrer Bedeutung für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens. Illustr. Zeitschr. für Handel, Industrie u. Auslandspropaganda. [Jg. 1. 1920]. Leipzig: Brauns.

III. Zeitschriftenaufsätze.

71. *Aldinger*, Die Schulfrage in Santa Catharina. 1. 2. in: Deutsche evangelische Blätter f. Brasilien. Jg. 2. 1920. H. 7. 8. São Leopoldo: Rotermund & Co.
72. Das *Auslanddeutschtum* u. unsere Außenpolitik. (Von E. B.) in: Der Reichswart. Jg. 1. 1920. Nr 8. S. 8. Charlottenburg: „Der Reichswart.“
73. Das *Deutschtum* in Georgien. [Bedürfnis nach geistiger Unterstützung durch Deutschland, nach deutschen Lehrern, Büchern und Zeitschriften.] in: Weltwirtschaft-Zeitung. Jg. 5. 1920. Nr 48. S. 10. Berlin: Eckart Verl.-A.-G.
74. *Dietrich*, Bruno, Die oberschlesische Industrie und ihre Bedeutung für Deutschland. in: „Die Bergstadt“. Jg. 9. 1920/21. H. 2. S. 130. Breslau: Bergstadtverlag.
75. *Everth*, Erich, Diaspora — Deutschtum u. Nationalgefühl. in: Europäische Staats- u. Wirtschafts-Zeitung. Jg. 5. 1920. Nr 28. S. 605. Berlin: Verlag f. Staats- u. Wirtschaftsliteratur.
76. *Fischer*, Josef, Im deutschen Schönhengst-Gau. [1. 2.] in: Deutsches Vaterland. Jg. 2. 1920. H. 11/12. Wien: „Deutsches Vaterland“.
77. *Gruber*, F. E., Die geschichtliche Entwicklung Deutschwestungarns während d. Türkenkriege (1529—1832). in: Vierbürgenland. Jg. 2. 1920. H. 3/4. S. 2. Oedenburg: Verwaltung d. „Vierbürgenland“.

78. *Keiper, W.*, Ziele u. Grenzen der deutschen Schule in Argentinien. II. in: Schule u. Haus. [Jg. 1.] 1920/21. Nr. 2. S. 17. Buenos Aires: Deutscher Lehrer-Verein.
79. *Kollenka, Walter*, Die Deutschen in der Tschechoslowakei. in: Die Weltbühne. Jg. 16. 1920. Nr. 49. S. 635. Charlottenburg: Verlag der Weltbühne.
80. *Kretschmer, M.*, Der Auslandsnachrichtendienst der Presse. in: Zeitungsku. de. Jg. 2. 1920. Nr. 11. S. 3. Berlin: Verlag d. Zeitungskunde W. Heidelberg.
81. *Loening, Otto*, Das Danzig-polnische Abkommen. in: Die Brücke. Jg. 2. 1920. Nr. 44. S. 1. Danzig Langfuhr: Brückenverlag.
82. *Lohr, Otto*, Sieben Schwaben in Amerika. in: Der schwäbische Bund. Jg. 2. 1920. H. 3. S. 189. Stuttgart: „Der schwäb. Bund“.
83. *Marienburger-Hefte*. Sonderheft der Ostdeutschen Monatshefte. Jg. 1. 1920. H. 9. Danzig: Ostdeutsche Monatshefte. Enth. folgende Aufsätze: Steinbrecht, E., Die Herstellung der Marienburg — Rückblicke und Ausblicke; Schmid, B., Marienburg ein alter Kulturmittelpunkt, Marienburg ein Städtebild, das Marienburg-Werder; Braun, Fritz, Der landschaftliche Rahmen der Marienburg; Günther, Wie es um das Jahr 1350 auf der Marienburg einem Schüler erging; Lange, Karl, Jos. v. Eichendorff u. die Wiederherstellung d. Marienburg; Sonntag, Die Biographie der Weichsel.
84. *Moll-Weiss, Augusta*, De la pénétration réciproque de l'Alsace et de la France. in: La Revue mondiale. Année 31. 1920. Nr. 20. S. 361. Paris: Bureaux de la Revue mondiale.
85. *Rohrbach, Paul*, Ein Besuch in Finnland. in: Deutsche Politik. Jg. 5. 1920. H. 49. S. 643. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlags-Anstalt.
86. The greatest electrical scientist of the age. [Charles Proteus Steinmetz, geb. 1866 in Breslau.] in: The American Monthly. Vol. 12. 1920. Nr. 9. S. 281. New York: „The American Monthly“.
87. *Steidle, Josef*, Auskünfte für Auswanderer nach Süd-Brasilien. in: Der Bund. Jg. 3. 1920. Nr. 9. S. 133. Buenos Aires: Deutscher Volksbund f. Argentinien.
88. *Stieglitz, Z.*, Offener Brief an die jungen Männer unserer Wolgadeutschen i. Argentinien. in: Der Bund. Jg. 3. 1920. Nr. 9. S. 140. Buenos Aires: D. Volksbund f. Argentinien.
89. *Übersberger, Hans*, Kärnten frei u. ungeteilt. in: Österr. Rundschau. Bd. 65. 1920. H. 3. S. 104. München: Drei Masken-Verlag.
90. *Volz, Wilhelm*, Die geographische Lage Oberschlesiens. in: Die Bergstadt. Jg. 9. 1920/21. H. 2. S. 123. Breslau: Bergstadtverlag.
91. *Wasruk, E.*, Der ober-schlesische Autonomie-Gedanke. in: Deutsche Politik. Jg. 5. 1920. H. 47. S. 605. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verl.-Anstalt.
92. *Weizsäcker, C. v.*, Zur el-aß-lothringischen Frage im Weltkrieg. in: Deutsche Revue. Jg. 45. 1920. H. 12. S. 193. Stuttgart-Leipzig: Deutsche Verl.-Anstalt.
93. *Wendel, Hermann*, Kärnter Abstammung u. Deutschtum. in: Die Weltbühne. Jg. 16. 1920. Nr. 47. S. 576. Charlottenburg: Verlag d. Weltbühne.
94. *Wertheimer, Fritz*, Vom Deutsch. in Südwestafrika. in: Die Hilfe. Jg. 1920. Nr. 40. S. 616. Berlin: Verlag d. „Hilfe“.

IV. Karten.

Erde — Gesamt.

95. *Putzger, F. W.*, Historischer Schulatlas zur alten, mittleren u. neuen Geschichte. Kleine Aug. in 75 Haupt- u. Nebenkarten. Bearb. u. hrsg. von Ernst Schwabe u. Ernst Ambrosius. Ausgef. in der geogr. Anstalt von Velhagen & Klasing. Bielefeld u. Leipzig: Velhagen & Klasing 1920.
Diese neue Ausgabe bietet eine für die Zwecke der unteren und mittleren Schulklassen besonders geschaffene Auswahl aus dem bekannten Putzgerschen Atlas, die notwendig wurde, um den Atlas für diese Klassen zu entlasten und den Preis möglichst niedrig halten zu können. Das Ziel ist u. E. erreicht. Im allgemeinen ist durchaus die richtige Auswahl getroffen worden. Die Entwicklung des Deutschen Reiches und seiner Grenzmarken steht gebührend im Vordergrund. Dabei sind die Ereignisse und Ergebnisse des Weltkrieges bereits weitgehend berücksichtigt; wir begrüßen namentlich auch eine Darstellung der Verbreitung des Deutschtums auf der Erde, allerdings nur von 1914. Durchweg erfreut die geschmackvolle Kolorierung und Gesamtausstattung.

96. Eine große Zahl allerdings recht ungleichmäßiger, z. T. aber wirtschafts- und namentlich auch verkehrsgeographisch brauchbarer Übersichten der verschiedenen Teile des englischen Kolonialreiches bietet „The Colonial Office List 1920“ (London: Waterlow & Sons, Ltd., 1920). Wir nennen besonders eine allgemeine Übersichtskarte des englischen Imperiums mit Angabe der Haupttelegraphenlinien; ferner von Australien und Indonesien: eine Karte von Neu Süd-wales, von Queensland und Westaustralien sowie Neuseeland; von Amerika: eine Karte von Britisch Guayana, den kleinen Antillen, von Trinidad und Neu-Fundland; von Asien: eine Karte von Ceylon und Britisch-Malaya; endlich von Afrika: eine Karte von Britisch-Ostafrika, der Goldküste, von Südafrika und Rhodesia.

Europa — Gesamt.

97. Neue politische Karte von Europa mit den Landesgrenzen. 3. Aufl. M. 1:10 Mill. Zürich: Orell Füßli [1920]. 64½:53½ cm. M. 3.—.
3. Auflage der bereits auf S. 30 d. Jhg. besprochenen politisch-geographischen Handkarte. Die Vorzüge der früheren Auflagen, namentlich die saubere und geschmackvolle Zeichnung und Kolorierung, die auch das Gelände in den Hauptzügen hervortreten läßt und einen Vergleich der alten und neuen Grenzen ermöglichen, treten auch bei der neuen Auflage wieder hervor. Warum von allen deutschen Bundesstaaten nur Bayern besonders abgegrenzt ist, ist nicht ersichtlich.

Westeuropa.

98. Königreich Belgien. M. 1:320 000. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 89½:71 cm. M. 6.—. (Flemmings Generalkarten. Hrsg. v. Prof. J. J. Kettler. Nr. 7.)
Ausschließlich politisch-geographische Darstellung mit Flächen- bzw. Grenzkolorit unter Angabe der neuen Grenzen, wie sie durch die Abtretung Eupen — Malmédy geschaffen wurden. Eingetragen sind ferner die einzelnen Verwaltungsbezirke und das Verkehrsnetz. Dagegen ist das Gelände viel zu wenig berücksichtigt. Wir würden dafür empfehlen, bei einer Neuauflage lieber das unnötige Flächenkolorit fortzulassen. Auch Höhenzahlen sind dringend erwünscht; das notwendige Grundmaterial dazu ist ja in den Kartenwerken der Landesaufnahme hinreichend gegeben. Ferner sollte sich der Verlag prinzipiell entschließen, hier wie bei andern neu herauszugebenden Karten die Fülle der Ortsnamen gerade für den praktischen Gebrauch weiterer Kreise durch ein Ortsverzeichnis aufzuschließen.
99. Eine Reihe kleiner Übersichtsskizzen (sämtlich Schwarzdrucke) verzeichnet die Standorte der Industrie der Fettstoffe, den Bestand an Rindvieh und an Schweinen 1910 in Belgien (Beilage zu *Fitzner, R.*, „Die Weltwirtschaft der Fettstoffe“, H. 14, Belgien“, Berlin: Heymann 1920).

Südeuropa.

100. Italien. M. 1:1,85 Mill. 21. Aufl. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 72:88½ cm. M. 6.—. (Flemmings Generalkarten. Hrsg. v. Prof. J. J. Kettler. Nr. 18.)
Die nunmehr schon in 21. Auflage vorliegende physisch- u. politisch-geographische Karte, die auch das adriatische Ozeengestade bis Cattaro wid. rgt, berücksichtigt vor allem die neuen Grenzen. Wie in den früheren Auflagen ist das Gelände und das Verkehrsnetz weitgehend berücksichtigt, so daß die Karte sowohl für den Handgebrauch wie als Kontorkarte geeignete Verwendung finden kann. Auch hier wäre die Aufschließung der Ortsnamen durch ein Verzeichnis erwünscht.

Mitteleuropa — Gesamt, die Schweiz und Österreich.

101. *Becker, F.*, Geographische Karte der Schweiz mit ihren Grenzgebieten. M. 1:750 000. Zürich: Orell Füßli [1920]. 57½:45 cm. Fr. 2.50
Diese kleine Reliefkarte bietet eine ganz ausgezeichnete physisch- wie politisch-geographische Übersicht der Schweiz. Die Klarheit des Druckes, die überaus ansprechende Kolorierung und die taktvolle Einpassung des Verkehrsnetzes sind vorbildliche Vorzüge der Karte, die jeder Schullehrsammlung empfohlen werden kann. Auf der Rückseite der Karte befinden sich noch statistische Angaben über Flächen- und Einwohnerzahl der einzelnen Kantone.
102. *Klosters-Graubünden. Winterreliefkarte*. Bearb. vom Art. Institut Orell Füßli. Hrsg.: Kur- u. Verkehrsverein, Klosters. Bearb. der Skitouren u. lawinengefährdeten Stellen von G. Walty. M. 1:50 000. Zürich: Orell Füßli (1919). 87:54 cm. Fr. 4.50. [Kopft.] Skitourenkarte von Klosters-Graubünden.
Sowohl dem Grundgedanken wie der kartographischen Ausführung nach (Reliefbearbeitung mit außerordentlich ansprechender Kolorierung) bemerkenswerte Neuheit, die auf der vorzüglichen Grundlage der offiziellen Schweizer Blätter 1:50 000 durchaus Eigenes bietet. Die Karte dürfte auch für Lehrsammlungen von Schulen usw. besonderes Interesse bieten.
103. *Plan der Stadt Basel*. Mit Straßenverzeichn. 9. Aufl. M. 1:11 000. Zürich: Orell Füßli [1920]. 55½:40½ cm. Fr. 1.50.

Zeigt den Grundriß der Stadt in klarer und übersichtlicher Weise. Ein Namensverzeichnis erleichtert die Benutzung. Wünschenswert wäre eine kleine Erweiterung des Stadtplanes nach Süden, Osten und Norden und eine schärfere Herausarbeitung der politischen Grenzen.

104. **Übersichtskarte der Republik Österreich.** [Umschlagt.]: Übersichtskarte von Deutsches Österreich. M. 1:750000. Druck des Militärgographischen Instituts. Wien: Lechner [1920]. 93½:57½ cm. M. 5.70.

Physisch- und politisch-geographische Übersichtskarte der Republik Österreich auf der Grundlage der offiziellen Karte 1:750000 mit farbiger Geländedarstellung und Grenzkolorit. Die Geländeformen sind allerdings nicht überall ganz scharf herausgekommen. Zu wünschen wäre auch eine Revision der Ortsnamen. Es berührt eigenartig, auf einer deutschen Karte den Ort-namen Odenburg z. B. der welschen Bezeichnung nachgeordnet zu finden. Die Karte kommt infolge der detaillierten Ausführung in erster Linie als Handkarte in Frage.

Das Deutsche Reich und seine Grenzmarken im allgemeinen.

105. Von dem Sammelwerk der Landesaufnahme, nämlich den Umgebungsarten 1:100000, ist Bl. Braunschweig und Wolfenbüttel sowie Bl. Stargard neu erschienen.

West- und nordwestdeutsche Grenzmarken.

106. Wirtschaftsgeschichtlich sind zwei kleine Übersichtsskizzen (Schwarzdrucke) bemerkenswert, die die für Hamburgs Holzhandel wichtigen überseeischen Waldgebiete und Hamburg als europäisches Verbreitungszentrum für überseeische Hölzer darstellen. Die Kärtchen sind in der Schrift „Hamburg als Markt für überseeische Hölzer 179-1920“ (Hamburg: J. F. Müller & Sohn, 1920) enthalten.
107. **Verkehrskarte von Südwestdeutschland.** M. 1:500000. Stuttgart: Paasche & Lutz [1920]. 57½:65½. (Paasches Verkehrskarten).

Politisch-geographische Übersicht, das Gebiet Straßburg-Nürnberg und Frankfurt-Zürich umfassend, mit Grenzkolorit der einzelnen Staaten und mit besonderer Heraushebung des Verkehrsnetzes. Die Karte kommt in erster Linie für den Handgebrauch in Frage.

108. Von der topographischen Karte 1:25000 von Württemberg sind die Blätter Dipsoldshofen (Bl. 170) und Wurzach (Bl. 165) neu erschienen.

Süddeutsche Grenzmarken.

109. Vom topographischen Atlas von Bayern 1:50000, bearbeitet vom Bayerischen Topographischen Büro, ist Blatt Tegernsee (91) neu erschienen.

Ostdeutsche Grenzmarken.

110. Von der Karte des Deutschen Reiches 1:100000 sind die Blätter Paaschen-Szweksnie (4), Tilsit-Pojurze (18), Osterode i. Ospr. (166), Biallitten-Mlawa (230) in Kupferdruck- und Umdruckausgabe, die Blätter Christburg (132) und Gehlen-Kolno (202) in der Buntdruckausgabe neu erschienen. Die Blätter sind vor allem hinsichtlich der Darstellung des früheren russischen Gebietes ergänzt und verzeichnet besonders auch die neu im Kriege in Polen gebauten Bahnen.

Danzig.

111. **Karte des Freistaates Danzig.** M. 1:150000. Danzig: Danziger Verlagsges. (1920). 58:41½ cm.
Mehr plakatartig gehaltene, rohe politisch-geographische Übersicht, mit besonderer Betonung des Eisenbahnnetzes.

Osteuropa und Polen.

Vgl. auch Nr. 110 u. 111.

Asien.

112. Eine kleine ethnographische Übersichtsskizze von Zentral- und Ostasien (Schwarzdruck 1:5 Mill.) enthält „The China Yearbook 1919/20“ (London: Routledge & Sons, Ltd, 1920.)
113. Eine Übersichtskarte der Wäldungen auf Java (Schwarzdruck 1:2 Mill.) enthält die Schrift von Nirschl „Die Forstwirtschaft in Niederländisch-Indien“ (Leipzig: K. F. Köhler, 1920 Auslandswirtschaft in Einzeldarstell. Bd 6). Vgl. auch Nr. 96.

Afrika.

114. Drei wirtschaftsgeographische Kärtchen (Schwarzdrucke), die besonders auch für unsere ehemaligen deutschen Kolonien in Westafrika Interesse besitzen, nämlich eine Übersicht der Ölausuhr (1912) aus den einzelnen Staaten Westafrikas, ferner eine Darstellung der westafrikanischen Ölhäfen von Bissau bis Lagos, sowie 1 Karte der Ölhäfen des Niger-Deltas sind der Schrift von Fitzner, R., „Die Weltwirtschaft der Fettsäuren“ (H. 15, Westafrika“ (Berlin: Heymann 1920), beigegeben. Vgl. auch Nr. 96.

Amerika.

115. Die Verbreitung ostasiatischer Einwanderer innerhalb Kaliforniens zeigen zwei kleine Textskizzen (Zweifarbendrucke) in der Zeitschrift „The Worlds Work“ (Vol. XL, H. 6, Okt. 1920, S. 5-6 u. 591). Vgl. auch Nr. 96.

Australien.

Vgl. auch Nr. 96.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Das „Auslandsrecht“, Organ des Instituts für ausländisches Recht beim Reichsverband der Deutschen Industrie, bringt in seiner soeben erschienenen Nummer 2 des 2. Jahrgangs Berichte über den allgemeinen Rechtsstand im Freistaat Danzig, ein estnisches Gesetz über den Verkauf von Grundstücken, einen Bericht über die französische Gesetzgebung und Rechtsprechung betreffend Aufhebung von Lieferungsverträgen, ferner das sehr wichtige niederländische Gesetz über Einführung des Handelsregisters, sowie einen Bericht über die entsprechende spanische Gesetzgebung, die Fortsetzung des Aufsatzes über gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht in Österreich, die tschechoslowakische Rechtsprechung über Währungsfragen, endlich den Text des englischen Gesetzes über Nichtmeldung von Forderungen gegen Deutsche im Ausgleichsverfahren.

VON UNSERER ARBEIT

Das Deutsche Ausland-Institut will nach freundlicher Verständigung mit der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, mit der auch in Zukunft gute Beziehungen gepflegt werden sollen, künftighin seine ganze Kraft dem Ausbau der Institutszeitschrift „Der Auslandsdeutsche“ widmen, der seinen eigenen Aufgaben voll dient und weiter ausgebaut werden soll. Wir haben daher beschlossen, die Mitherausgabe der „Weltwirtschaft“ aufzugeben, die sich in Zukunft ganz ihren rein weltwirtschaftlichen Aufgaben widmen will. Unsern Mitgliedern, die für weltwirtschaftliche Fragen Interesse haben, wird die

Zeitschrift „Weltwirtschaft“, die ihnen für das erste Quartal 1921 zum Vorzugspreise von Mk. 6.50 geliefert wird, auch weiterhin empfohlen. Die in der Zeitschrift „Weltwirtschaft“ bisher von Deutschen Ausland-Institut Stuttgart geschriebene Monats-Chronik der Ereignisse des Auslandsdeutschtums wird vom Januar ab in der von Dr. Rudolf Peschel herausgegebenen und im Verlag von Dr. Georg Paetel erscheinenden „Deutschen Rundschau“ erscheinen. Die Chronik behandelt alle Ereignisse kultureller, wirtschaftlicher und politischer Art, die für das Auslandsdeutschtum im Inland und in aller Welt wichtig sind.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 21. Dezember 1920.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7640. Druck Greiner & Pfeiffer Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandsinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 3.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV – Nr. 2

STUTTGART

Zweites Januarheft 1921

Die Hilfe der Auslandsdeutschen für die Kriegsgefangenen in Sibirien

Von Dr. ERICH SCHMID, Ratsassessor in Heilbronn.

Zwei Bataillone unseres Grenadierregimentes 119 waren in einem Nachtkampf von einer erdrückenden russischen Übermacht am 19. Dezember 1914 aufgegeben worden. Wer nicht zusammengehauen war, geriet in Gefangenschaft. Der Weg führte uns sogleich nach Sibirien. 22 Tage lagen wir in einem Güterwagen unsere 40 Mann. Je weiter es nach Osten ging, um so kälter wurde es, und als wir am 13. Januar 1915 in Tomsk nachts 2 Uhr ausgeladen wurden, zeigte das Thermometer über -45° Réaumur. Schon in Moskau hatten wir die schüchterne Hilfe einiger deutschen Frauen zu erfahren, die einem Teil derjenigen von uns, die ohne Mantel (!) waren, wenigstens wärmende Unterleibchen zur Verfügung stellen konnten, dabei immer verfolgt von den argwöhnischen Blicken der echt russischen Leute. Wie gerne hätten sie uns mehr geholfen bei der tausendfachen Not, die es da in jedem Transportzug zu lindern gab, und wie wohltuend war für uns schon die Gegenwart ihres sorgenden Herzens!

Die große Not begann, als wir in den Pferdeställen der Neuen Kaserne in Tomsk auf die Lausejagd gingen, als das Wasser des Lagers eingefroren war und es kein frisches Wasser zum Waschen gab. Die Not steigerte sich in Werhne-Udinsk, als wir im Haus Rosenstein über 2000 Gefangene zusammengepfertcht waren und viele von uns mangels Trinkwassers aus dem Flußwasser sich den bösen Typhus holten. Der deutsche Durchbruch bei Gorlice und das siegreiche Vordringen der Unsern brachte uns halbe Rationen, die bei einer täglichen Ausgabe von 7 bis 10 Kopeken auf den Mann die Gesundheit auf das schwerste bedrohten. Jede Verbindung mit der Heimat fehlte, Krankheit und Seuchen rissen Lücke um Lücke, und immer furchtbarer wurde das grausige Elend. Nie eine Decke, nie einen Strohsack, unzulängliche Unterkunft in überfüllten Baracken, die Ernährung zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig, so ging Frau Sorge und Freund Tod bei uns aus und ein.

Über all diesen Jammer siegte deutsche Freundschaft und aufopfernde Hilfsbereitschaft. War es uns schon im Lager Eisenbahnpark ein Eigentümliches Erleben, als wir Leute unseres Schwabenregimentes beieinander saßen und trotz aller Trauer unsere Lieder sangen: „Durchs Wiesetal gang i jetzt na“ oder „Jetzt gang i ans Brünnele“ und „Auf em Wase graset Hase“ fernab der Heimat, über uns der ewigblaue sibirische Sommerhimmel, und ein russischer Soldat, der lange um uns herumgestrichen war, schließlich zögernd auf uns zutrat mit dem Gruß: „Grüß Gott au!“ Wir horchten auf und fragten: „Kannst du

Deutsch?“ — „Ha jo“, war die Antwort, „i heiß Obermiller und meine Großeltern stammen aus dem Oberamt Reutlingen!“ Es war wie ein lebendiger Gruß von daheim, nachdem wir kurz zuvor noch die Entdeckung gemacht hatten, daß die einzige Maschine des Lagers den Firmenschild „Wandel, Reutlingen“ trug!

Das waren Erlebnisse, die die Seele stärkten, nachdem ein deutscher Zuckerbäcker aus Ostpreußen im Lager Tomsk mit seinen Säcken „altbackenen“ Zuckergebäcks („Seela“, Schneckenmudeln und dergleichen) von Zeit zu Zeit unsere hungernden Magen gelabt hatte. Großzügig und wirksam wurde aber die Hilfe, als es uns von Beresowka aus gelang, mit der deutschen Hilfsaktion von Tientsin ständige Fühlung zu gewinnen. Was dort sich unter der führenden Hand der edlen Frau E. von Hanneken an tätiger Liebe in die sibirischen Lager ergoß, ist wert, für immer in dem großen Liebeswerk, das der Krieg entwickelte, an erster Stelle zu stehen. Was von dort aus an Geldern, an Paketen, an Arzneien und ärztlichen Hilfsmitteln in die deutschen Konzentrationslager wanderte, sind feurige Kohlen auf dem Haupt der Heimat, der damit viele Söhne erhalten wurden. Viele von uns verdanken ihr Leben diesem großartigen Hilfswerk, vielen deutschen Frauen wurden die Männer gerettet und vielen Kindern der Vater wiedergegeben, der ohne das Hilfswerk mit all den vielen andern die ewige Ruhe in sibirischer Erde teilen würde. Sind doch nach den Aussagen des schwedischen Vertreters, Grafen Bonde, schon im April 1918, zu der Zeit, als ich mit 6 Kameraden den Heimweg suchte und fand, von insgesamt 200000 deutschen Kriegsgefangenen über 100000 nicht mehr am Leben gewesen!

Ich kann die Tientsiner Hilfe in ihrer gesamten Wirkung so wenig schildern, wie in ihrem annähernden Umfang. Ich kann nur als Beispiel das wiedergeben, was wir in unserem Lager durch sie genossen haben. Aber so wie es bei uns gewesen ist, wird es auch anderwärts gewirkt haben. Vom Frühjahr 1916 ab haben wir regelmäßige Geldsendungen aus Tientsin bekommen. Einige Kameraden, unter ihnen Felbweibel Albrecht vom L. I.-R. 51 und unser allverehrter Offizierstellvertreter Max Müller von der „Jarde“ in Berlin, haben die Organisation im Lager aufgebaut. Anfangs mußten wir die beschränkten Geldmittel im wesentlichen zur Unterstützung der Kranken und Schwachen verwenden, ohne in der Lage zu sein, Prophylaxe treiben zu können. Als aber im Lauf der Zeit die Mittel reichlicher flossen, waren wir in die glückliche Lage versetzt, die ein-

gekommenen Gelder, durch unsere Prozentabzüge von den eigenen Heimatgeldern der Kameraden gestärkt, in der Weise aufzubrauchen, daß jeder deutsche Kamerad, der mittellos war, mindestens 14 Tage im Monat ein kräftiges Mittagessen und oft auch noch ungefähr eine weitere Woche ein zureichendes Abendessen aus der „deutschen Krankenküche“ empfangen konnte. Jeder, der auf Arbeit fahren mußte, bekam von der Lagerhilfe eine Geldunterstützung mit auf den Weg und für die Kranken konnte lange Zeit in allen Fällen die notwendige Krankenkost gegeben werden. Daneben erhielten wir das notwendige Verbandzeug von Tientsin, konnten mit den Hilfgeldern die gesamte ärztliche Fürsorge aufbauen und waren im Winter 1917/18 so gut ausgerüstet, daß das russische Lazarett oft von uns Kriegsgefangenen die fehlenden Arzneien „entlehnte“.

Daneben wirkte in kleinerem Umfang die Frauenhilfe in Kobe (Japan). Was von dort an wärmenden Sachen, an Leder oder Büchsenlebensmitteln uns erreichte, war von so wohlthuender mütterlicher Fürsorge begleitet, daß uns jeweils auf Tage das Gefühl der Verlassenheit mied. Es war ein herrliches Zeugnis deutscher Frauenwürde und -gemütes, wie die einzelnen deutschen Frauen in China und Japan ihre „Kriegsöhne“ versorgten, was alles die Gefangenen, die eine solche Kriegsmutter, von der sie nur den Namen und das gute Herz kannten, in tiefster Not gefunden haben — was alles diese Gefangenen an wärmerer Fürsorge empfangen durften.

Dazu überboten sich mancherorts die Spender landsmann-

schaftlicher Spezialhilfe. So haben wir Schwaben in unserem Lager von den Schwaben Schanghais unter der aufopfernden Führung des Herrn E. Munder von der Firma Arhold, Karberg & Cie. die rührendsten Beweise fürsorglicher Bereitwilligkeit empfangen dürfen, die von den Mänteln über Kakao, Fett, Tabak und Leder bis zu den selbstgemachten Nudeln der Frau Munder sich steigerten. Dazu kamen monatliche Geldspenden, die es mir ermöglichten, in 1½ Jahren an uns 60 Schwaben in Bedürftigkeitsfällen allein noch 6000 Essen extra zu beschaffen.

Und schließlich muß ich meiner Kriegsschwester Emma Philipp in Kopenhagen gedenken, die unsere geistigen Bedürfnisse mit Büchersendung über Büchersendung mitbestritt. Unsere Lagerbibliothek haben rührige Hände in allen Teilen der Welt mit der Zeit auf den Bestand von vielen tausend Büchern gebracht und manches Gemüt, um das es Nacht werden wollte, hat darin seine Auferstehung gefeiert.

Alle die Spender und Sammler dieser Hilfen waren Deutsche, die den deutschen Soldaten geholfen haben. Deutsche in China so gut wie in Amerika. Ich habe an anderer Stelle schon einmal gerade auch das rührende Liebeswerk der Deutschamerikaner zu schildern Gelegenheit gehabt, und darauf aus Pittsburg einen Abdruck meines Stuttgarter Tagblattartikels zugesandt bekommen. Wir ehemaligen Kriegsgefangenen freuen uns, wenn all die vielen Geber immer wieder die Überzeugung neu stärken, daß wir ihnen Zeit unseres Lebens dankbar bleiben für alles, was sie an uns getan haben.

Aus dem Heanzenlande.

Von Oberleutnant HUGO PIFFL, Kismarton.

Wenn man von Wien mit der Aspangbahn nach Ödenburg fährt, so erreicht man am Leithaflusse die Grenze des ungarischen Heanzenlandes, wo schon zu Beginn unserer Zeitrechnung germanische Volksstämme hausten und bereits vor einem Jahrtausend die ersten Ansiedler fränkischen Ursprungs einwanderten.

Es ist ein anheimelndes Land, das sie bewohnen. Keine himmelstürmenden Berge hindern die Sonne, ihre Strahlen auf die fruchtbaren Gefilde zu senden, weder Lawinengefahr noch Felsstürze bedrohen die wohlhabenden Kulturstätten. Waldbedeckte Bergkuppen und rebenumkränzte Hügel umschließen gartenreiche Täler und in den Ebenen wogt goldenes Getreide. Das Auge des Wanderers erfreut sich an den zahlreichen stattlichen Dörfern und idyllisch gelegenen Kleinstädten, aus deren Häusermasse nur selten ein rußiger Fabrikschlot emporragt. Vom Weltverkehr unberührte Ortschaften träumen abseits der länderverbindenden Eisenbahn von guter alter Zeit. Berge und Gemeinden, Bäche und Fluren tragen urdeutsche Namen und eine ebensolche Mundart sprechen die arbeitsfrohen Bewohner, die etwa in der Zahl von dreihundertfünfzigtausend Seelen die Westmark Ungarns bewohnen und ihr Gebiet durch deutschen Fleiß zu einem der reichsten Ungarns gemacht haben.

Den sonderbaren Namen Heanzen oder Hienzen, unter dem sie bekannt sind, sollen sie einem Grafen Heinrich (Henzo) von Güssing verdanken, der jenen Teil Ungarns wie ein selbständiger Fürst beherrschte; sie waren also Heinzens Untertanen.

Ihr Hauptort ist Ödenburg (Odenburch), das an Stelle des römischen Scarabantia sich in einer Talmulde am Fuße des Rosalingebirges ausbreitet und seit Karl des Großen Avarenzug besiedelt wurde. Es ist eine freundliche Stadt, die nur im Zentrum einige enge Gassen aufzuweisen hat, sonst aber luftig gebaut ist und in der sogenannten „Grabenrunde“ eine breite Ringstraße besitzt, auf der sich der Marktverkehr ab-

spielt. Moderne Stadtteile dehnen sich als elegante Großstadtstraßen gegen die Bahnhöfe und werden nur vom Lärm der Straßenbahn aus der vornehmen Ruhe aufgerüttelt. Im Prachtbau der neuen Honvédmilitärschule besitzt die Stadt wohl das mächtigste Gebäude, doch viel stärker fesseln den Touristen die alten Gotteshäuser des über 35 000 Einwohner zählenden Gemeinwesens. Da gibt es die im Innern überreich geschmückte Benediktinerkirche, die Ende des dreizehnten Jahrhunderts aus den Mitteln eines Schatzes erbaut worden sein soll, den angeblich eine Ziege beim Scharren aufdeckte. Ihr Turm ist in seiner gotischen Architektur der bemerkenswerteste in Ungarn. Seit 1783 besitzen die einst viel zahlreicheren Protestanten eine hübsche Kirche samt Schatzkammer. Die Pfarrkirche zu St. Michael ist ein reizender gotischer Bau aus dem dreizehnten Jahrhundert. Sehenswert ist der evangelische Friedhof mit den kunstvollen Grabsteinen, die ein Ehrenkmal der einstigen Ödenburger Steinmetzergilde bilden. Im städtischen Museum sind hochinteressante Altertümer verwahrt, aber auch die Briefe Benedeks, die er nach der Katastrophe von Königgrätz an seine Frau schrieb. Der unglückliche Feldherr war ein Ödenburger Kind. Fremdartig mutet den Deutschen die ungarische Art der Namensstellung über den Kaufmannsläden an. Statt eines Johann Müller liest man Müller János; aus einem Friedrich Mayer ist längst schon ein Mayer Frigyes geworden, denn andere Aufschriften werden nicht geduldet. Übrigens entledigt sich die Bevölkerung teils freiwillig, teils dem Zwange folgend ihres Volkstums und in der einst rein deutschen Stadt hört man immer mehr ungarisch sprechen. Es ist vor allem die studierende Jugend und das zahlreich vertretene jüdische Element, das die Magyarisierung unterstützt. Seit Jahren dürfen auch nur die ungarischen Namen der Ortschaften gebraucht werden und die Verlegung der ungarischen Militärschule nach Ödenburg sollte

die Ausmerzung des Deutschtums fördern. Als das Deutsche Reich zusammenbrach, erregte es daher um so größeres Staunen, daß das Deutschtum in Ungarn zu neuem Leben erwachte und nicht nur nach Autonomie strebt, sondern auch nach Anschluß an das deutsche Stammland. Die Deutschen in Westungarn besaßen ja nicht einmal mehr eine Volksschule, erst jetzt beginnt man wieder deutsch zu unterrichten.

Eine einstündige Eisenbahnfahrt bringt den Touristen nach Eisenstadt, dem Sitz des berühmten Geschlechtes der Eszterházy. Längs des Fußes des anmutigen Leithagebirges dehnt sich der uralte langgestreckte Ort aus, gekrönt vom herrschaftlichen Schlosse, einer gotischen Pfarrkirche und einer einst als Weltwunder angestaunten Kalvarienkirche, in der die Gebeine des Tondichters Joseph Haydn ruhen, der Hofkapellmeister des damaligen prunkliebenden Fürsten Eszterházy war. Es sei hier bemerkt, daß auch der berühmte Virtuose Liszt ein Heanze war.

Im Städtchen sind noch die meisten Häuser altmodisch, von außen mit Erkern versehen, aber im Innern, das winklige Wohnungen und enge feuchte Höfe umschließt, den hygienischen Forderungen der Neuzeit nicht im geringsten entsprechend. Dafür entschädigt die waldreiche reizende Umgebung mit den vielen Aussichtspunkten, von denen man unter anderem eine schöne Aussicht über den vielgenannten Neusiedlersee genießt. Dieses etwa 350 Geviertkilometer bedeckende, seichte, zur künstlichen Austrocknung verurteilte Gewässer enthält brackisches, für Menschen ungenießbares Wasser, wird höchstens vier Meter tief, ist sehr fischreich und bietet samt dem östlich anschließenden Sumpfgebiet des Waasen (ungar. Hanság) ein großartiges Jagdrevier. Dieser merkwürdige See trocknete in manchen Jahren gänzlich aus, so daß der Boden, dessen salzreiche Beschaffenheit ihm den Namen „Zick“ verschaffte, als Ackerland benützt wurde, doch unvermutet fing er wieder an sich zu füllen und setzte die neuerbauten Wirtschaftsgebäude unter Wasser. Ende des 18. Jahrhunderts fingen Fischer mit Netzen ein menschliches Wesen, dessen Alter auf acht Jahre geschätzt wurde und das in den Sümpfen ein amphibisches Leben führte. Die Haut fühlte sich schuppenartig an, der Kopf war dick, die Augen wild und Finger wie Zehen sehr lang. Das Geschöpf schwamm behend nach Froschart und verzehrte Fische, Krebse und sonstige Wassertiere in rohem Zustande. Schon nach wenigen Monaten entfloh es aus der Gefangenschaft. Ein altes Ölbild im fürstlichen Schloß zu Eszterháza spricht für die tatsächliche Existenz des unheimlichen Tiermenschen.

Die Umwohner des Sees heißen Heidbauern und unterscheiden sich in manchem von den Heanzen. Zu ihnen gehören auch die Einwohner von Preßburg, die den scherzhaften Beinamen Kraxelhuber haben. Ihre Stadt ist nach Budapest die

schönste und vor allem freundlichste Ungarns. Hier herrschte in früheren Zeiten ein außerordentlicher Frohsinn und der Drang nach Wohleben und gemüthlicher Geselligkeit war überall zu finden. Luftig gebaut, zeigt uns das Stadttinnere viele jener einfach-vornehmen Zinshäuser, die namentlich an der Donaulände ihr altväterisches Gepräge bewahren. Oberhalb der Donaustadt, die von den Tschechen Bratislava getauft wurde, thront die Ruine des einstigen Krönungsschlusses, um das herum sich – wie Schutz suchend – das Ghetto lagert. 80 m hoch reckt sich der Turm der St. Martinskirche über das Häusermeer der früher fast rein deutschen Stadt empor, die sich im Laufe der Jahrzehnte der Not gehorchend wenigstens äußerlich in eine ungarische verwandeln mußte. Die doppelsprachigen Straßentafeln wurden nach und nach in rein magyarische umgewandelt, an den Geschäftsläden verschwanden die deutschen Aufschriften. Im Theater erklang immer seltener Goethes Sprache und in den drei Batzenhäuseln und in der Au, diesen beliebten Sommerkaffeegärten, hörte man immer seltener die Kraxelhuber-mundart. Nun – jetzt wird sich in verstärktem Maße das Slowakische vordrängen. –

Während Preßburg den nördlichsten Posten des geschlossenen deutschen Sprachgebietes bildet, so ist die Ortschaft Güns einer der südlichsten. Die alte stille, sehr sauber gehaltene Stadt besitzt als schönsten Schmuck eine zierliche Pfarrkirche. Die heldenmütige Verteidigung der Stadt gegen die Türken im Jahre 1532 rettete damals Wien vor einer Belagerung. Die Stadt gehörte nicht immer zu Ungarn. Von 1491 bis 1648 war sie österreichisch und wurde dann unbegreiflicherweise wieder den Ungarn überlassen.

Das deutsche Westungarn ist übersät mit alten herrlich gelegenen Ritterburgen, mit Ruinen und prachtvollen Herrensitzen, unter denen das südlich des Neusiedlersees gelegene Schloß in Eszterháza eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges bildet.

Die Städte Westungarns bargen früher so manches kunstvolle Kleinod, doch wanderten solche Dinge in vielen Fällen in das Museum der Hauptstadt Budapest.

Eine neue Zeit scheint den Deutschen jener Gegenden zu erblühen, doch – auf wie lange? Wird die Autonomie, die dem geduldgigen Volke versprochen wurde, eine dauernde bleiben? Ein großer Teil der Bevölkerung verlangt den Anschluß an Österreich und damit an Deutschland.

„Dreißig Jahre lang durfte ich mich im öffentlichen Leben meiner Muttersprache nicht bedienen!“ rief ein Bauer aus St. Margareten aus, als in einer Versammlung zu Ödenburg über die Forderungen der Deutschen Ungarns Beratungen gepflogen wurden. Die nächste Zukunft wird über unsere Stammesverwandten in Ungarn entscheiden.

Die Lage der Reichsdeutschen in der Tschechoslowakei

Uns wird aus reichsdeutschen Industriellenkreisen der Tschechoslowakei geschrieben:

„Zu den Ausführungen in Nr. 21 des vorigen Jahrgangs dieser Zeitschrift sind noch folgende wichtige Mitteilungen nachzutragen:

Die deutsche Regierung hat am 29. Juni l. J. mit der Regierung der Tschechoslowakei ein Wirtschaftsabkommen geschlossen, und ein Punkt dieses Wirtschaftsabkommens behandelt auch den Besitz österreichischer Kriegsanleihe der in der Tschechoslowakei lebenden Reichsdeutschen.

Die deutsche Regierung hat im Zuge dieses Wirtschaftsabkommens mit der tschechischen Regierung vereinbart, daß

deutsche Reichsangehörige, die im Zeitpunkte der Zeichnung österreichischer Kriegsanleihe im jetzigen Gebiete der tschechoslowakischen Republik ihren Wohnsitz hatten, bezüglich der Anerkennung der in ihrem Eigentum stehenden österreichischen Kriegsanleihe die gleichen Rechte wie die inländischen Staatsangehörigen haben, sofern sie sich innerhalb 6 Monaten nach der Ratifizierung des Abkommens durch Naturalisation in den tschechischen Staatsverband haben aufnehmen lassen.

Das Bekanntwerden dieser Bestimmung hat unter den in der Tschechoslowakei lebenden Reichsdeutschen eine große Enttäu-

schung hervorgerufen, und es ist geradezu unglaublich, wie die deutsche Regierung die in der Tschechoslowakei lebenden Reichsdeutschen durch dieses Abkommen um ihre deutsche Staatsbürgerschaft gebracht hat. Es ist Sache der Nationalversammlung, sich gegen die Ratifizierung eines solchen Abkommens mit allen Mitteln zu wehren. Es geht denn doch nicht an, daß mit der Staatszugehörigkeit zum Deutschen Reiche ein derartiger Schacher getrieben wird, und wenn schon die berühmten '14 Punkte' ein Hin- und Herschieben der Völker wie Schachfiguren verbieten wollten, so sollte jedenfalls eine Regierung ihre eigenen im Auslande lebenden Staatsangehörigen nicht derartig verkaufen. Es scheint fast so, daß die Vertreter der deutschen Regierung, welche dieses Wirtschaftsabkommen in Prag geschlossen haben, trotzdem das Krieganleihegesetz der tschechoslowakischen Regierung innerhalb der tschech-slowakischen Republik einen Sturm der Entrüstung verursacht hat, der Meinung gewesen sind, daß die sogenannte 'Anerkennung' eine Entlastung für die Besitzer österreichischer Krieganleihe bedeute, während de facto, wie bereits in Nr. 21 dieser Zeitschrift hervorgehoben, es sich um eine derart neue schwere finanzielle Belastung bei Inanspruchnahme dieser sogenannten 'Anerkennung' handelt, daß kaum jemand der eigenen Staatsbürger der tschechoslowakischen Republik von diesem Rechte Gebrauch macht. Es sei an dieser Stelle die Entschliebung wiedergegeben, welche der Deutsche allgemeine Textilverband in Reichenberg' in seiner Tagung am 4. November l. J. gefaßt hat und welcher laut der Zeitschrift dieses Verbandes Nr. 23 vom 15. November 1920 wörtlich wie folgt lautet:

,Krieganleihe und Industrie.

Am 4. November l. J. tagte in Reichenberg der Krieganleiheausschuß der deutschen Industrie zu dem Zwecke, der Industrie, wenn irgend möglich, endgültige Richtlinien für ihr Verhalten rücksichtlich der Zeichnung der 4. Staatsanleihe zu geben. Schon seinerzeit war die Industrie selbst in zwei großen Versammlungen zu Reichenberg und Karlsbad zu dem Ergebnis gelangt, daß sie unter den Bedingungen des geltenden Gesetzes nicht in der Lage sei, ihren Krieganleihebesitz durch Zuzeichnung der 4. Staatsanleihe zu retten, weil ihr die dazu erforderlichen großen flüssigen Mittel fehlen. Mit Rücksicht auf den herannahenden Zeichnungsendtermin und die inzwischen von der Regierung durch die bedingte Zulassung der Lombardierung der 3½ prozentigen Ersatztitres bis zu 40 Prozent geschaffenen Erleichterung erschien es aber nötig, neuerlich zu erwägen, ob sich die Verhältnisse nicht mittlerweile doch geändert

haben und eine andere Beurteilung rechtfertigen. Sämtliche Teilnehmer der Sitzung des Krieganleiheausschusses gaben der Überzeugung Ausdruck, daß die finanzielle Situation der Industrie sich durch die anhaltende Stagnation im Geschäftsverkehr, durch die fortschreitende Entwertung der Valuta, durch die steigenden Löhne und öffentlichen Lasten wesentlich verschlechtert habe, daß immer mehr Betriebsmittel zur Weiterführung der Industrieunternehmen benötigt werden, deren Aufbringung durch die Zurückhaltung der Banken, ja durch Krediteinschränkungen immer schwieriger sind und daß es daher ganz unmöglich sei, neue Mittel zur Zeichnung der 4. Staatsanleihe herbeizuschaffen, deren Bedingungen nach eingehenden Berechnungen auch durch das gemachte Zugeständnis um nichts erträglicher geworden sind. Die Industrie könne nichts anderes tun, als nach wie vor der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Regierung zur Einsicht kommen werde, welcher nicht wieder gut zu machende volks- und staatswirtschaftliche Schaden durch die von ihr im Parlamente durchgesetzte 'Lösung der Krieganleihefrage' entstehen müsse und daß es unbedingt notwendig ist, das Gesetz aufzuheben und diese Frage einer gründlichen und vernünftigen, nur von wirtschaftlichen Erwägungen geleiteten Neuregelung zu unterziehen. Sollte dies aber nicht geschehen, so bliebe der Industrie, so schwer es sie auch trifft, wohl nichts anderes übrig, als ihren Besitz an Krieganleihe verfallen zu lassen, da sie zur gänzlich unwirtschaftlichen Zeichnung der 4. Staatsanleihe ihren Betrieben keine Geldmittel entziehen kann.'

Diese Entschliebung bringt klar und deutlich zutage, daß die Inhaber der österreichischen Krieganleihe dieselbe lieber verfallen lassen, als zur gänzlich unwirtschaftlichen Zeichnung der 4. Staatsanleihe neue Opfer zu bringen. Diese Entschliebung richtet das innerhalb des tschechoslowakischen Wirtschaftsabkommens getroffene Übereinkommen, nach welchem deutsche Reichsangehörige für eine solche Zeichnung ihre deutsche Staatszugehörigkeit opfern sollen, von selbst. Im übrigen fragt es sich, ob die tschechische Regierung den Punkt dieses Abkommens ihrerseits überhaupt ratifizieren wird! Das tschechische Volk wird nach Lage der nationalen Verhältnisse sicher gar kein Interesse daran haben, daß das Deutschtum in der Tschechoslowakei durch Zuwachs vieler deutscher Reichsangehöriger, die die tschechische Staatsbürgerschaft erwerben sollen, gestärkt werde, so daß dieses Abkommen überhaupt von Hause aus wenig Aussicht auf Verwirklichung seitens der tschechischen Regierung gehabt hat."

Die Kriegsschädengesetze

(Zu den dem Reichstag vorliegenden Entwürfen eines Auslandsschäden-, eines Kolonialschäden- u. eines Verdrängungsschädengesetzes.)

Dem Reichstag sind endlich die Entwürfe zu den längst schon erwarteten Gesetzen, welche den Ersatz der Sachschäden Deutscher im Auslande, in den ehemaligen Schutzgebieten und in den abgetretenen Gebieten regeln sollen, vorgelegt worden, und zwar:

1. Entwurf eines Gesetzes über den Ersatz von Kriegsschäden im Ausland (Auslandsschädengesetz);
2. Entwurf eines Gesetzes über den Ersatz von Kriegsschäden in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten (Kolonialschädengesetz);
3. Entwurf eines Gesetzes über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden (Verdrängungsgesetz).

Durch diese drei Geszentwürfe soll Klarheit darüber geschaffen werden, was die einzelnen Kategorien der Geschädigten

vom Reiche zu fordern haben. Zum Unterschied von den am 15. November 1919 veröffentlichten „Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher im Ausland aus Anlaß des Krieges“ ist durch diese Entwürfe eine klare Trennung der Liquidationsschäden und der Kriegsschäden durchgeführt worden. Hatten die Liquidationsschädengesetze ihre Rechtsgrundlage im Versailler Friedensvertrag, so ist die Rechtsgrundlage der genannten drei Geszentwürfe in dem Grundsatz zu suchen, daß dem einzelnen die Schäden, welche über das gewöhnliche Maß der von allen Volksgenossen getragenen Kriegsfolgen hinausgehen, nicht aufgebürdet werden können, sondern daß die Gesamtheit des Volks daran mitzutragen hat. Alle drei Geszentwürfe behandeln nur den Ersatz an beweglichen und unbe-

weglichen Sachen. Ein Personenschadengesetz, welches den Ersatz von Schäden an Leib und Leben regeln soll, wird zurzeit noch im Ministerium des Innern bearbeitet und ist dem Reichstag noch nicht zugegangen. Wann die drei Gesetzentwürfe vom Reichstag verabschiedet werden und ob wesentliche Veränderungen an ihnen vorgenommen werden, ist zurzeit noch nicht zu bestimmen, doch ist anzunehmen, daß die Interessentenvereinigungen der Auslandsdeutschen, Kolonialdeutschen und der aus den abgetretenen Reichsgebieten Verdrängten eine Verabschiedung in absehbarer Zeit erreichen.

Nach dem Auslandsschadengesetz sollen den Reichsangehörigen die durch den Krieg im Auslande verursachten Schäden ersetzt werden, wobei unter Ausland auch die offene See und die Küstengewässer zu verstehen sind; und zwar nicht jeder Schaden schlechthin, sondern nur Schäden an beweglichen und unbeweglichen Sachen, die als unmittelbare Folge von kriegserischen Maßnahmen, von Brand oder Plünderung, Flucht und Abschiebung, von Gefangenschaft und militärischer Nötigung und Verschleuderung des Eigentums entstanden sind. In Fällen, wo der Schaden durch Brand oder sonstige Zerstörung, Diebstahl und Plünderung, durch Wegnahme oder Wegschleppung der Sachen, durch Flucht, Abschiebung, Verschleppung, Zurückbehaltung unter Gefangennahme erfolgt ist, werden die Schäden jedoch nur dann ersetzt, wenn das schädigende Ereignis im Zusammenhang mit dem Kriege und dem Umstande steht, daß der Geschädigte Deutscher ist.

Wie aus der Begründung zu dem Gesetzentwurf hervorgeht, stellt eine Verstaatlichung des privaten Eigentums durch die bolschewistische Regierung keine Beschlagnahme im Wege einer Kriegsmaßnahme dar. Ein Rechtsanspruch auf Entschädigung wäre also nicht gegeben. Dagegen würden die Schäden, welche entstanden sind aus Maßnahmen der zarischen Regierung, wie etwa dem Ukas über die Liquidierung der Handelsunternehmungen feindlicher Untertanen vom 10. Mai 1915, wohl einen Anspruch auf Schadenersatz begründen.

Nach § 3 soll grundsätzlich der volle Wert der eingebüßten Sache ersetzt werden. Maßgebend aber ist der Wert, den die Sache am 25. Juli 1914 hatte. Es soll also nur der Friedenswert ersetzt werden. Im Falle, daß der Wert einer Sache oder bei Verschleuderung der Erlös in ausländischer Währung bestimmt ist, so ist er in deutsche Währung umzurechnen und zwar nach dem Kurse vom 25. Juli 1914. Aus Gründen der Billigkeit sieht der Gesetzentwurf allerdings einen angemessenen Zuschlag zum Friedenswert vor, doch besteht ein Rechtsanspruch auf diesen Zuschlag nicht. Für den Verlust von Wechseln und Schecks soll ein Ersatz nicht gekistet werden, für den Verlust von anderen Wertpapieren nur soweit, als der Geschädigte nicht im Wege des Aufgebots Ersatz verlangen kann. Wohl einer der wichtigsten und am meisten umstrittenen Paragraphen des Gesetzentwurfes wird bei den Reichstagsverhandlungen der § 13 sein, durch den nach Ansicht vieler Auslandsdeutscher der Wert des ganzen Gesetzentwurfes illusorisch wird. § 13 bestimmt, daß die Zahlung der festgesetzten oder bewilligten Entschädigungen „nach Maßgabe der durch den Reichshaushalt jeweils bereitgestellten Mittel“ erfolgen soll. Tatsächlich würde durch das Bestehenbleiben dieses Paragraphen für den einzelnen nur noch ein Rechtsanspruch auf Feststellung einer Entschädigungsforderung übrig bleiben.

Der Entwurf des Kolonialschadengesetzes schließt sich in seinem Aufbau eng an den Entwurf des Auslandsschadengesetzes an, da die Verhältnisse hier sehr ähnlich gegest sind. Ersetzt werden sollen hier die in den ehemaligen

deutschen Schutzgebieten durch den Krieg verursachten Schäden an beweglichen und unbeweglichen Sachen. Die Forderung des Auslandsschadengesetzes, daß das schädigende Ereignis im Zusammenhang mit dem Umstande stehen muß, daß der Geschädigte Deutscher ist, ist hier als unnötig fallen gelassen worden. Der § 13 spielt hier dieselbe angefeindete Rolle wie im Entwurf des Auslandsschadengesetzes, da auch hier die Zahlung der festgesetzten und bewilligten Entschädigungen nur nach Maßgabe der durch den Reichshaushalt jeweils bereitgestellten Mittel erfolgen soll. Schäden an Leib und Leben unterliegen gleichfalls nicht den Vorschriften dieses Gesetzes.

Mit wesentlich anderen Verhältnissen als die beiden oben genannten Entwürfe hat der Entwurf des Verdrängungsgesetzes zu rechnen. Er unterscheidet sich daher seiner ganzen Anlage nach auch wesentlich von ihnen und ist kaum als Entwurf zu einem reinen Sachschadengesetz anzusprechen. Es sollen nach ihm nicht nur Schäden an beweglichen und unbeweglichen Sachen ersetzt werden, sondern unter bestimmten Voraussetzungen auch Erwerbsverluste oder die durch ein schädigendes Ereignis hervorgerufenen Mehrausgaben, etwa die einem Verurteilten durch das Verfahren erwachsenen Kosten oder Aufwendungen, die der Geschädigte bei Verhaftungen und Verschleppungen machen mußte.

Wofür soll Ersatz geleistet werden? Wodurch und wann muß das schädigende Ereignis eingetreten sein? Wem und in welcher Höhe soll Ersatz geleistet werden?

Nach § 1 des Entwurfes soll Ersatz für Schäden, die infolge der durch den Krieg veranlaßten Abtretung von Gebietsteilen des Deutschen Reiches an eine fremde Macht oder der vorangegangenen Besetzung dieses Gebietes durch eine solche Macht entstanden sind, geleistet werden. Die Entschädigung soll grundsätzlich nur an aus den abgetretenen Gebieten verdrängte natürliche Personen, welche die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen, geleistet werden. Den verdrängten Reichsdeutschen stehen diejenigen Verdrängten gleich, die auf Grund des Friedensvertrages die deutsche Reichsangehörigkeit verloren haben oder verlieren. Für die Entscheidung der Frage, wer Reichsangehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, sollen die Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 1. Juni 1870 bzw. 22. Juli 1913 maßgebend sein. Die Frage, wer als aus einem abgetretenen Gebiet verdrängt im Sinne dieses Gesetzes zu gelten hat, beantwortet der § 2 des Entwurfes, wonach als verdrängt solche Personen gelten, welche von einer fremden Macht ausgewiesen worden sind, und zwar vor Ablauf von drei Jahren vom 10. Januar 1920, oder, falls die Abtretung später erfolgt ist, innerhalb dreier Jahre vom Tag der Abtretung an gerechnet. Gleichfalls als verdrängt gelten Personen, die aus einem auf der Abtretung beruhenden dringenden Grunde das Gebiet verlassen haben, oder solche, die vor oder während des Krieges das Gebiet verlassen hatten und aus einem auf der Abtretung beruhenden dringenden Grunde nicht dorthin zurückgekehrt sind. Was als dringender Grund anzusehen ist, wird im Entwurf nicht in positivem Sinne festgelegt und soll dem Ermessen der erkennenden Behörden überlassen bleiben.

§ 2 führt in 6 Punkten die schädigenden Ereignisse an, die zum Ersatz des Schadens berechtigen. Zu diesen 6 Punkten läßt sich im allgemeinen sagen, daß, soweit es sich um den Verlust einer Sache handelt, deren Wert, bei Beschädigung die Wertminderung, ersetzt werden soll. Maßgebend soll der Friedenswert der Sache sein. Als Stichtag zur Ermittlung des Friedenswertes wird der 25. Juli 1914 angenommen. In Anbetracht dessen, daß ein Ersatz des Friedenswertes den heutigen

Verhältnissen nur in den seltensten Fällen gerecht werden dürfte, soll zu dem Friedenswert ein angemessener Zuschlag bewilligt werden, wenn Ersatzbeschaffungen erforderlich sind, die sich innerhalb der Grenzen des wirtschaftlichen Bedürfnisses halten, oder wenn die Entschädigungssumme zur Wiederaufnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit notwendig ist. In den übrigen Fällen sollen durch das schädigende Ereignis entstandene Mehrausgaben ersetzt, oder bei Erwerbsverlust durch Freiheitsberaubung oder Verschleppung für die Dauer derselben ein Ersatz dieses Verlustes bis zu 15000 Mark jährlich geleistet werden. Ein Ersatz in gleicher Höhe ist für Erwerbsverlust infolge der durch fremde Behörden bewirkte Verzögerung der Ausreise vorgesehen. Bei Verschleuderungen soll der Unterschied zwischen dem Wert und dem Erlös der verschleuderten Sachen entschädigt werden. Weiterhin wird in den §§ 4 bis 10 im einzelnen die Höhe des zu leistenden Ersatzes geregelt. Für Schäden, auf deren Ersatz weder nach den Vorschriften dieses Gesetzentwurfes noch auf Grund anderer Vorschriften ein Anspruch besteht, soll aus Reichsmitteln ein Betrag von 60 Millionen zur Verfügung gestellt werden, aus dem der Reichsminister für Wiederaufbau im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und des Innern Entschädigungen zahlen kann.

Außerordentlich wichtig ist die Bestimmung, daß außerdem dem Reichsminister der Finanzen ein Betrag von 25 Millionen zur Verfügung gestellt wird, den er zur Gewährung von Entschädigungen verwenden kann für solche Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Abwanderung aus Polen gemacht

worden sind, um Darlehenskassenscheine der Polnischen Darlehenskasse in Warschau, die während der deutschen Besetzung ausgestellt worden sind, an Stelle sonstiger polnischer Zahlungsmittel zu erwerben. Wie aus der Begründung zu dem Entwurf hervorgeht, handelt es sich in diesem Falle um die sogenannten Kriesnoten, das heißt Noten der Polnischen Darlehenskasse in Warschau, welche auf der Rückseite folgenden Vermerk tragen: „Das Deutsche Reich übernimmt die Garantie für die Zahlung der Darlehenskassenscheine in deutscher Mark zum Nennbetrage.“ Auf Grund dieses Vermerks hat sich im Privatverkehr die irrige Ansicht herausgebildet, daß eine privatrechtliche Haftung des Deutschen Reiches gegenüber den Inhabern dieser Noten abgeleitet werden könnte. Diese Ansicht wird, seitdem die polnische Valuta und damit die Kriesnoten gegenüber der deutschen Valuta ein Disagio zeigen, geschäftsmäßig dazu benutzt, die Abwanderer zum Erwerb dieser Noten gegen Aufgeld zu veranlassen. Die Abwanderer werden dadurch um den Betrag des Aufgeldes geschädigt. Der Entwurf enthält die authentische Feststellung, daß gegen das Reich keine privatrechtlichen Ansprüche der Noteninhaber bestehen, gibt aber andererseits die Möglichkeit, in besonderen Fällen aus Billigkeitsgründen die durch den Erwerb der Kriesnoten entstandenen Vermögensschäden aus Reichsmitteln zu erstatten. Fast gleichlautend mit dem § 13 der andern beiden Entwürfe ist hier der § 19. Auch hier soll die Zahlung der festgesetzten oder bewilligten Entschädigungen nur nach Maßgabe der durch den Reichshaushalt jeweils bereitgestellten Mitteln erfolgen. G. Geist, Leiter d. Rechtsabt. d. D. A. I.

Die Bedeutung des deutschen Elements in Amerika

Festrede zur Einweihung der Germania-Halle in Cleveland am 15. Januar 1888.

Von WILHELM KAUFMANN in Cleveland.

Wilhelm Kaufmann, der bekannte jüngst verstorbene Deutsch-Amerikaner, über dessen Lebensarbeit und Treue für das Deutschtum in Amerika wir in einer Biographie in Nr. 19, S. 578 des „Auslanddeutschen“ berichtet haben, hat bei der Einweihung der Germaniahalle in Cleveland, der Stadt, in der er seinen Wächter und Anzeiger begründet und hochgebracht hat und in der er seine ersten Jahre der Sache des Deutschtums und der Erziehung seiner Landsleute zu Stolz und Selbstbewußtsein zubrachte, am 15. Januar 1888 die nachfolgende Festrede gehalten, die aus seinem Nachlaß hier abzudrucken uns der Sohn des Verstorbenen freundlichst instand setzte. Man wird nicht mit allen Äußerungen und Schlußfolgerungen des Redners einverstanden zu sein brauchen, der zeitlebens ein warmblütiger und temperamentvoller, ein packender und tiefeschürfender Redner gewesen ist, aber man wird gerade heute, wo in der zu Ende gegangenen Wahlschlacht das Deutschtum in Amerika sich wieder auf seine Kraft und seine Stärke besonnen hat, diese Ausführungen über die Bedeutung des deutschen Elements in Amerika mit hohem Interesse lesen. Sie verraten schon den späteren Historiker, der uns in seiner Geschichte der Deutschen im südamerikanischen Bürgerkriege ein Werk von bleibender Bedeutung schenkte.

Die Schriftleitung.

Als vor einem halben Jahre der Grundstein dieses Hauses gelegt wurde, da ist gebührend betont worden, daß hier kein bloßes Vereinslokal, sondern eine wirkliche Heimat für das fortschrittlich gesinnte Deutschtum von Cleveland begründet werden sollte. Nicht die Aussicht auf Amüsement hat uns gelehrt, sondern eine Aufgabe, die eine Ehrensache für das hiesige Deutschtum ist, und welche von der Notwendigkeit geboren wurde. Ich glaube, daß nur dieser Gedanke das Geld für diesen Bau aufgebracht und hier Stein auf Stein gefügt hat.

Nun mag es manche Angloamerikaner geben, welche unser Unternehmen mit Mißtrauen betrachten und darin eine Betätigung des deutschen Nativismus erblicken. Sie würden das gewiß nicht tun, wenn sie uns besser kennen und erwägen würden, daß die Treue der Deutschamerikaner oft genug die Feuerprobe glänzend bestanden hat. Jene Mißtrauischen wissen ja nicht, daß wir unserem neuen Vaterlande keinen besseren Dienst leisten können, als indem wir den tausendmal bewährten und die

ganze Welt durchdringenden Kulturgeist des deutschen Volkes auch hier pflegen und sie hätten in der Tat Veranlassung, uns zu verachten, wenn wir unsere schöne Sprache, unsere Sitten, unsere Fröhlichkeit, unser Gemütsleben und unser ganzes Volkstum opfern und bestrebt sein würden, in allen Stücken in der Wolle gefärbte Yankees zu werden. Wer das auch nur versucht, ist ein Heuchler, nimmermehr aber ein Mann, wie ihn dieses Land braucht. Der deutsche Einwanderer hätte niemals in der Geschichte seiner neuen Heimat diejenige wichtige, und in den beiden großen Bedrängnissen dieser jungen Republik die ausschlaggebende Rolle spielen können, wenn er fähig gewesen wäre, sein deutsches Volkstum wie einen Rock abzustreifen und dagegen die ihn an manchen Stellen wie eine Zwangsjacke drückende Uniform des Yankee einzutauschen. Im übrigen will ich jene Mißtrauischen noch ganz besonders auf die Tatsache hinweisen, daß gerade diejenigen Deutschen, welche am meisten auf ihr deutsches Volkstum hielten, nämlich die deutschen Turn- und

Gesangvereine, sich am freudigsten und vom feurigsten Patriotismus beseelt, um Abraham Lincolns Fahnen scharfen.

Für uns Deutsche braucht es kaum einer Auseinandersetzung, weshalb wir nach einem solchen deutschen Heim Verlangen tragen. Der gute Freund, den wir sozusagen als blinden Passagier mit über den Ozean gebracht haben, er meldet sich in uns, auch wenn wir, wie wir es ja tun, nach jeder Richtung hin die Rechte und Pflichten des amerikanischen Bürgers vertreten, er pocht beständig in uns, er tritt uns im häuslichen Kreise überall entgegen, und dieser gute Freund, dieses treue Heimchen, das wir nimmer von unserem Herde verbannen wollen, das ist der deutsche Idealismus, oder wenn wir ihn deutsch bezeichnen wollen, das deutsche Gemüt. Es ist so deutsch, daß sich in keiner anderen Kultursprache eine den Begriff vollständig deckende Übersetzung gefunden hat. Es begleitet uns im Volksliede nach dem Äquator, wie nach den Polen, es beschäftigt uns mit seinem Singen und Sagen durchs ganze Leben, und wenn es auch zuweilen als Gefühlsduselei lächerlich erscheinen mag, niemals verleugnet es seinen idealen Sinn. Und es besitzt auch die ganze Zähigkeit des Deutschen. Es läßt sich niemals ganz verbannen, mögen wir uns auch Heavenrich statt Himmelreich oder Smearcheese statt Schmierkäse nennen, ganz hört sein gemütliches Ziropen doch nie auf. Es ist ja der Genius unseres Volkes, es ist das Charakteristische des germanischen Stammes, es ist der Sinn für das Ideale, gepaart mit Arbeitskraft, Ausdauer und Tapferkeit, welches das germanische Volk zum führenden unter allen Völkern gemacht hat und welches die ganze Welt erobern wird. Und dieser gute Freund ist auch mit jenen Angeln und Sachsen vor 1500 Jahren über die Nordsee gefahren und hat sich in England eingenistet. Das erkennt man deutlich genug an der englischen Literatur, noch mehr aber an den amerikanischen Dichtern Longfellow, Bayard, Taylor, Washington, Irving und anderen vom germanischen Geiste durchbildeten und getränkten Schriftstellern. Der germanische Idealismus läßt sich ebensowenig durch geographische Grenzverschiebungen verbannen, als sich das germanische Blut verdünnen läßt.

Und diesem stets siegreich gebliebenen guten Genius des deutschen Volkes sollten wir hier keine Hütten bauen? Wir würden uns an dem schönen Lande versündigen, welches uns gastlich aufnahm, wenn wir diesem Lande die schönsten Gaben vorenthalten sollten, die wir darzubringen haben, wenn wir nicht bestrebt wären, dem Angloamerikaner so viel von dem durch die Einwanderung erschlossenen, frischsprudelnden Born des deutschen Idealismus zuzuführen, als er nur irgend zu verdauen vermag. Er ist auch viel empfänglicher dafür, als man in der Regel glaubt. Beobachten Sie ihn, wie er gepackt wird von den Harmonien, welche Mozart, Beethoven, Wagner aus den Tiefen des deutschen Gemüts hervorgezaubert haben, verkehren Sie näher mit ihm, bringen Sie einen gebildeten Angloamerikaner in gebildete deutsche Gesellschaft und Sie werden finden, daß die vor anderthalbtausend Jahren stattgehabte Trennung germanischer Volksstämme sich immer mehr verwischt, Sie werden das alte germanische Blut in ihm erkennen und Sie werden nicht nur seinen gesunden Realismus, seine Tatkraft und seine Mannhaftigkeit, seine Schlagfertigkeit und seinen Mutterwitz schätzen, sondern Sie werden auch bald in ihm wiederfinden den Stammesverwandten, der den alten germanischen Schatz hegt, obschon er etwas tiefer graben muß, um ihn zu heben.

Es ist beklagenswert, daß sich der Angloamerikaner so wenig Mühe gibt, die Deutschen um ihre Kulturarbeit auf amerikanischem Boden kennen zu lernen. Das Nationalgefühl ist in ihm so stark entwickelt, daß er darüber ganz vergißt, daß die weißen

Bewohner dieses Landes ja samt und sonders aus Einwanderern und deren Nachkommen bestehen und daß sich in einem Lande, welches dem europäischen Kontinent an Flächeninhalt ungefähr gleichkommt, in hundert Jahren nationaler Existenz noch durchaus nicht eine einheitliche, abgeschlossene Nation herausbilden konnte, namentlich nicht, weil durch die Arbeit der Assimilation hinzuströmender Völkerschaften die Ausbildung eines Volkscharakters wesentlich erschwert werden mußte. Die in der Weltgeschichte ganz unerhörte Entwicklung dieses Landes und die wesentlich auf rasche Erschließung der vorhandenen unerschöpflichen Hilfsquellen gerichtete Aufgabe der Bewohner, mußte in den hier geborenen Abkömmlingen europäischer Völkerschaften jenes übertriebene Nationalgefühl erzeugen, welches, obschon Großes dadurch geschaffen wurde, und obschon es ein wunderbares Hilfsmittel zur politischen und zur wirtschaftlichen Hebung der Republik geworden ist, kein Verständnis besitzt für den Wert der täglich zuströmenden Mitstreiter. Zu welchen Torheiten das Nichterkennen des Segens der Einwanderungen verleitet, sehen wir eben jetzt in unserem Kongresse. Man trifft tatsächlich Anstalten zur Beschränkung der Einwanderung, man macht Miene, die „gute Gans zu schlachten, welche das goldene Ei legt“, und man findet sogar Deutsche, gottlob nur einige wenige, welche solchem Wahnsinn beistimmen.

Die Kulturgeschichte Nordamerikas ist vielleicht die interessanteste und meiner Ansicht nach die wichtigste Geschichte der Welt. Denn ich halte die Ver. Staaten wirklich für das Land der Hoffnung, für die eigentliche Brutstätte der Völkerfreiheit, und deshalb kommt ihm, an Wichtigkeit für die ganze Menschheit, keins der alten Kulturländer gleich. Die hochweisen Senatoren und Repräsentanten jedoch, welche jetzt die Einwanderung beschränken möchten, haben jene Geschichte sicherlich nicht studiert. Aber leider bezeigen auch so wenige Deutsche Sinn dafür, und deshalb ist es, namentlich bei dieser Gelegenheit, gewiß zeitgemäß, wenn ich den Schleier ein wenig lüfte und die Frage aufwerfe, was dieses gelobte Land wohl heute für ein Schauspiel darbieten würde, wenn es zum Beispiel keine deutsche Einwanderung gehabt hätte. Und wenn einmal die Ansicht gelten soll, daß in einem neuen Kulturlande die ersten Entdecker und Besiedler das größte Verdienst und das Anrecht auf die Führung besitzen, so erwidere ich Ihnen an der Hand der amerikanischen Geschichte, daß der grünste deutsche Einwanderer sich nicht als Almosenempfänger zu betrachten hat, wenn er diesen verheißungsvollen Boden betritt, sondern daß er sich darauf berufen kann, daß seine Vorfahren und seine Stammesgenossen ebensoviel zur Kulturerschließung Nordamerikas beigetragen haben, als die Pilgerväter und deren Nachkommen.

Ja, meine Freunde, der Deutsche hat auch als Deutscher sein gutes Recht in Amerika. Seine Vorfahren, so bettelarm, so verhetzt und so vaterlandslos wie auch in dieses Land gekommen sein mögen, haben die amerikanischen Wildnisse mit der Kultur erschlossen und das Blut unserer Vorfahren pulsiert ganz gewiß im selben Maße in den Adern des jetzigen amerikanischen Volkes, als das Blut der Mayflower-Emigranten und deren eingewanderten Nachfolger. Wenn Sie ein Blatt amerikanischer Kulturgeschichte lesen, so lesen Sie gleichzeitig ein glänzendes Blatt deutscher Geschichte und es ist wahrlich an der Zeit, meine Freunde, daß wir unserer wackeren deutschen Pioniere gedenken und ihnen zu dem Rechte verhelfen, das ihnen in der Geschichte gebührt.

Wenn mir so viele Stunden zu Gebote ständen, als ich hier Minuten habe, so könnte ich doch kein wahrheitsgetreues Bild des Segens der deutschen Einwanderung entwickeln. Ich kann hier nur wenige Tatsachen anführen, aber ich glaube auch damit

den Beweis liefern zu können, daß ohne die deutsche Einwanderung der sogenannte wilde Westen heute am Mississippi beginnen würde, daß die Großstädte dieses Landes um ein Drittel, vielleicht um die Hälfte weniger Bedeutung hätten, als sie jetzt haben, und daß die jetzt so blühenden Staaten des Nordwestens ungefähr die Rolle des heutigen Washington-Territoriums spielen würden. Ja, meine Freunde, ich glaube sogar, daß ich Sie mit wenigen Angaben davon überzeugen kann, daß die Lostrennung der 13 Kolonien von England gewiß erst fünfzig Jahre später stattgefunden haben würde und daß dieses schöne Land noch heute unter dem Fluche der Negersklaverei schmachten würde, wenn es keine deutsche Einwanderung nach Amerika gegeben hätte. Wie es sonst hier aussehen würde, zu welchen Torheiten

der herrschende englische Puritanismus verleitet worden wäre, wie sich die schönen Künste hier entwickelt haben würden, in welchem Maße sich der realistische Sinn des Angloamerikaners ausgebildet hätte, zu welchen Ausschreitungen es gekommen wäre, wenn deutsche Herrnhuter, Mennoniten, Lutheraner, Rappisten und wie die verschiedenen Sekten alle heißen mögen, nicht die furchtbar schwere Arbeit des friedlichen Ausgleichs mit den Wilden hauptsächlich unternommen hätten. Das zu schildern fehlt es mir an Zeit. Ich kann die Arbeit der deutschen Einwanderer auf diesen Gebieten nur andeuten und muß mich darauf beschränken, die Besiedlungsarbeit und die politische Tätigkeit der Deutschamerikaner kurz zu skizzieren.

(Schluß folgt.)

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

IV. Unter neutraler Flagge.

Von K. B.

(Fortsetzung.)

An Schiffen war nichts zu sehen, nicht einmal ein Fischerfahrzeug. Der Kapitän schien denn auch den Eindruck zu haben, daß die Luft weit und breit rein sei und lenkte jetzt scharf nach Südost, während er bisher nordöstlichen Kurs gehabt hatte. Er mußte natürlich auch mit seinem Kohlenvorrat rechnen, der bei einem zu großen Umwege wahrscheinlich nicht gereicht hätte.

In Voraussetzung kommender Ereignisse hatte sich nahezu jeder mit einem Feldstecher bewaffnet und spähte den Horizont ab, denn niemand wollte sich etwas entgehen lassen. Doch nichts erschien, was unsere Aufmerksamkeit erregen konnte, bis wir schließlich im Laufe des Nachmittags im Süden einige Felsenriffe erblickten. Shetland Islands! In einem dieser Riffe gewahrte ich mit Hilfe des Glases einen Leuchtturm. Ich machte dem Kapitän, der sich gerade in meiner Nähe befand, davon Mitteilung. Dieser war nicht wenig überrascht, er schien von dem Bestehen des Leuchtturmes keine Ahnung gehabt zu haben und lief ziemlich aufgeregt sofort auf die Kommandobrücke. Der Kurs wurde etwas geändert, und zwar steuerte der Dampfer jetzt direkt auf den Leuchtturm zu; was der Kapitän damit beabsichtigte, war mir zunächst unklar, ich hielt es für wahnwitzig, und glaubte, wir sollten ins Verderben getrieben werden. Nach und nach merkte ich jedoch, daß der Kapitän ein Scheinmanöver ausführte. Er fuhr nur aus dem Grunde hart am Leuchtturm vorbei, um bei dem Wärter den Glauben zu erwecken, der Kapitän habe nichts zu befürchten und brauche niemandem aus dem Wege zu gehen. Sobald wir jedoch den Leuchtturm in gemessener Entfernung hinter uns hatten, fuhren wir statt nach Süden wieder scharf nach Osten, um möglichst schnell aus den englischen Gewässern herauszukommen. Innerlich spendete ich dem Kapitän ein stilles Lob, er machte seine Sache wirklich ganz ausgezeichnet und nicht nur in seinem, sondern unbewußt auch in meinem Interesse und wahrscheinlich auch in dem einiger anderer.

Um 6 Uhr abends war an Bord die Hauptmahlzeit. Da die See ruhig war, waren auch heute alle Passagiere anwesend. Nach dem Essen, kurz bevor die Tafel aufgehoben wurde, erhob sich der Kapitän und verkündete uns folgendes:

„Es tut mir leid, Ihnen heute eine Unbequemlichkeit bereiten zu müssen. Ich bitte Sie, um 8 Uhr heute abend zu Bett zu gehen und das Licht in Ihren Kabinen auszulöschen. Ich mache Sie außerdem darauf aufmerksam, daß ich das rote und grüne Signallicht an den Masten auslöschen lasse. Wir müssen damit rechnen, in wenigen Stunden von englischen Kreuzern verfolgt

und nach Kirkwall gebracht zu werden, sobald man uns entdeckt hat. Um dies und den damit verbundenen langen Aufenthalt zu vermeiden, treffe ich die erwähnten Maßnahmen.“

Allgemeines Murren, in das ich natürlich tatkräftig einstimmt, war die Antwort. Am meisten lamentierten einige alte Damen, die im Geiste schon Eisberge, Schiffe und Dampfer sahen, mit denen wir kollidierten. Kurzum, man machte dem Kapitän allerhand Vorwürfe, der sich jedoch durchaus nicht einschüchtern ließ, sich vielmehr noch einmal erhob und erklärte:

„Es liegt absolut kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung vor, denn Eisberge gibt es in diesen Gewässern in der jetzigen Jahreszeit überhaupt nicht und einen Zusammenstoß mit anderen Schiffen brauchen wir ebenfalls nicht zu befürchten, da außer uns kein Dampfer hier fährt. Im übrigen weiß ich, was ich als Kapitän zu tun und zu lassen habe und nehme jede Verantwortung für eventuelle Folgen meiner Befehle auf mich.“

„Bravo!“ hätte ich brüllen mögen, mußte es jedoch leider aus Vernunftgründen unterlassen. Ich war im höchsten Grade gespannt, wie sich die ganze Sache abspielen würde und war absolut nicht geneigt, dem Befehle, um 8 Uhr zu Bett zu gehen, nachzukommen; das eventuelle Erscheinen der Engländer wollte ich mir unter allen Umständen ansehen. Nach aufgehobener Tafel begab ich mich in meine Kabine, um das einzige Papier, das mich im Ernstfalle verraten konnte, meinen Militärpaß, zu verstecken. Aber wohin?, guter Rat war teuer. Alle Rillen und Fugen in den Wänden wurden untersucht, aber nirgends konnte der Paß sicher untergebracht werden. Zufällig fiel mein Blick auf den Rettungsgürtel, der oben unter der Decke in einem Regal lag. Ich holte ihn herunter und nahm ihn etwas näher in Augenschein; er bestand aus acht großen rechteckigen Korkstücken, die mit Segeltuch umspannt waren. Mit meinem Messer machte ich einen Schlitz in das Segeltuch und schnitt in eines der Korkstücke ein Loch so, daß ich den Militärpaß in den Kork stecken konnte, dann nähte ich das Segeltuch wieder zu und verrieb die Naht etwas, damit sie nicht mehr neu aussah. Darauf legte ich den Rettungsgürtel wieder oben ins Regal, und ich hätte den sehen mögen, dem es gelungen wäre, meinen Paß zu finden.

Inzwischen war es acht Uhr geworden und Zeit, das Licht auszudrehen. Mit meinem Feldstecher bewaffnet ging ich an Deck und war nicht wenig überrascht, hier noch eine große Zahl anderer Passagiere vorzufinden, die es sich trotz der enormen Kälte nicht nehmen ließen, den Horizont nach Kreuzern bzw. Lichtern abzusuchen. Der Franzose, der Russe, der blonde

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 22, 23 und 24 im vorigen Jahrgang.

blauäugige Herr aus Maracaibo, der in sächsischer Tonart spanisch sprechende Rio de la Gomez mit Gemahlin, die ihm aber ver-teufelt ähnlich sah und eher seine Schwester als seine Frau sein mußte; sie alle waren oben an Deck und schienen an der Ankunft der englischen Kreuzer nicht ganz uninteressiert zu sein. Die beiden deutschen Ärzte hatten sich selbstverständlich auch eingefunden und schienen nicht gerade sonnig in die Zukunft zu sehen. Schließlich trat einer der beiden auf mich zu und machte mir in radebrechendem Schulenglisch begreiflich, daß er sich in einer unangenehmen Klemme befände. Es war lange her, seitdem er englische Stunden genossen hatte, und es fiel ihm deshalb nicht ganz leicht, sich in dieser Sprache verständlich zu machen. Ich hätte ihm ja gern Erleichterung verschafft und ihm gesagt: „Bitte, Herr Doktor, bedienen Sie sich ruhig der deutschen Sprache“, aber das durfte ich nicht, ohne mich zu verraten, und so mußte ich ihn sich weiter abmühen lassen.

„Wissen Sie,“ sagte er, „Sie sind doch Amerikaner und haben infolgedessen die Garantie, nicht vom Dampfer heruntergeholt zu werden. Bei mir als deutscher Arzt liegt die Sache anders, zwar fahre ich unter dem Schutz des Roten Kreuzes und kann deshalb in England nicht als Gefangener zurückgehalten werden, wohl aber wird man mich, wie frühere Fälle gezeigt haben, zwingen, den Dampfer zu verlassen und in England eine Prüfung abzulegen, um zu beweisen, daß ich auch wirklich Arzt bin. Diese von den Engländern angewandte Vorsicht kann man ihnen im Grunde nicht übel nehmen, denn es haben schon viele Deutsche als Ärzte durchzuschlüpfen versucht, die von der medizinischen Wissenschaft nicht die leiseste Ahnung hatten. Die Niederträchtigkeit liegt lediglich darin, daß mir, wenn ich das Schiff verlassen muß, jegliches Geld usw. abgenommen wird. Zwar wird mir dafür ein Gutschein ausgeschrieben, das Geld sehe ich aber nie wieder, auch dann nicht, wenn ich meine Prüfung bestanden habe und mit dem nächsten Dampfer wieder weiterfahren kann. Nun habe ich 6000 Mark in Gold bei mir, und verspüre wenig Neigung, sie den Engländern auszuliefern. Ich wende mich deshalb mit der Bitte an Sie, das Gold an sich zu nehmen und in meinem Namen auf dem deutschen Konsulat in Kopenhagen zur Aufbewahrung abzugeben, wo ich es dann später abholen werde.“

Mir war dieses Ansuchen sehr fatal, denn selbstverständlich konnte ich das Gold schon aus dem Grunde nicht annehmen, weil ich der erste war, der vom Dampfer heruntergeholt wurde. Andererseits wollte ich den Arzt in dem Glauben lassen, ich sei unantastbarer Amerikaner.

Ich antwortete ihm daher: „Das Vertrauen, das Sie mir entgegenbringen, ehrt mich zwar, aber vorläufig liegt gar keine

Gefahr vor, da noch keine Kreuzer in Sicht sind; sollten solche aber erscheinen, so rate ich Ihnen, das Geld beim Kapitän zu deponieren, wo es wohl am sichersten aufgehoben ist.“

Der Arzt war damit einverstanden, bedankte sich und ging, ich aber war um eine Sorge leichter.

Eine Stunde verrann nach der anderen, das Gefühl der Müdigkeit schien niemand zu überkommen, denn jeder blieb an Deck, stierte in die Dunkelheit und wartete, wartete auf Kreuzer, die nicht kommen wollten. Es war nahezu 12 Uhr Mitternacht, als plötzlich der Franzose laut ausrief:

„Three lights. Three lights!“ So sehr ich meine Augen auch anstrengte, ich konnte nichts bemerken, es blieb ringsherum dunkel, immerhin war die Spannung aufs höchste gewachsen. Der „Franzose“ aber hatte sich doch nicht getäuscht, aus tiefster Dunkelheit heraus wurde nach wenigen Minuten das ganze Meer taghell erleuchtet. Sechs gewaltige Scheinwerfer warfen ihr Licht auf das Wasser und suchten uns. Glücklicherweise befanden wir uns noch außerhalb der Lichtkegel, trotzdem war es jedem von uns sonnenklar, daß ein Entkommen eine vollkommene Unmöglichkeit war. Während wir noch alle wie gebannt dastanden, ging plötzlich durch den ganzen Schiffskörper ein gewaltiger Stoß, so daß ich glatt zu Boden fiel, die Maschine stoppte, und ich hatte das Gefühl, daß eine Granate durch den Rumpf des Schiffes gegangen war. Doch kaum hatte ich mich von meinem Schrecken erholt und mich wieder erhoben, als die Maschine auch schon anfang, wieder zu arbeiten. Ich sah über das Reeling und nahm mit Erstaunen wahr, daß das Schiff beidgedreht hatte und nun scheinbar den Engländern entgegenfuhr.

Wir hatten ursprünglich südlichen Kurs gehabt, fuhren also nun direkt nordwärts, hielten uns aber stets außerhalb des Lichtkegels, so daß wir unsichtbar blieben. Im Stillen staunte ich über die Kaltblütigkeit des Kapitäns, der ohne langes Besinnen sofort seine Gegenmaßregeln getroffen und kühl erwogen hatte, wie er am besten den Fangarmen der Engländer entgehen konnte. Nach einer Stunde Fahrt befanden wir uns mit den Kreuzern auf gleicher Höhe, wir glaubten jeden Augenblick, die Umriss unseres Dampfers würden entdeckt werden, doch in dem Tiedunkel der Nacht blieben wir unentdeckt.

Unser Morseapparat tackte ununterbrochen, die Engländer, die uns irgendwo in der Nähe vermuteten, fragten an, welcher Nationalität der Dampfer sei, wie er heiße, ob und wieviel Passagiere an Bord seien, welche Ladung er führe usw. usw. Der Funker hatte strikte Anweisung, alle Nachrichten aufzufangen, aber keine zu geben. Würden die Engländer später doch an Bord kommen, so sollte der Apparat im letzten Moment unbrauchbar gemacht werden, als Grund dafür, daß wir auf die Fragen der Engländer nicht reagiert hätten. (Forts. folgt.)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Österreich.

Mit Dr. Michael Hainisch ist der erste Staatspräsident des österreichischen Freistaates an die Spitze der Republik getreten. Wenn es auch die Verfassung des neuen Bundesstaates so mit sich bringt, daß der persönliche Einfluß des Bundespräsidenten, der auf vier Jahre gewählt ist, ziemlich eng umgrenzt ist, so ist es doch vom nationalen Gesichtspunkt aus bedeutsam, daß Hainisch zwar keiner der bestehenden Parteien angehört, auch niemals im politischen Tageskampfe mit be-

sonderer Schärfe hervorgetreten ist, daß aber seine gut deutsche Gesinnung außer allem Zweifel steht. Von entscheidender Bedeutung ist es vor allem, daß der nunmehrige Präsident sich jederzeit als ein Anhänger des Anschlußgedankens bekannt hat und, soviel an ihm gelegen ist, sicherlich das Seine dazu beitragen wird, nicht so sehr den Anschluß tatsächlich durchzuführen, denn dazu hätte er weder die persönliche Kraft noch die amtliche Beglaubigung, als durch offenes Auftreten für die Idee ihren endlichen Sieg vorzubereiten. Wie der Präsident in dieser Frage gesonnen ist, geht mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit aus einer Unterredung hervor, die er kürzlich einem

Vertreter der „Hamb. Nachr.“ gewährt hat, und in deren Verlauf er erklärte, er könne die deutsche Frage so lange nicht als gelöst betrachten, so lange der Anschluß nicht vollzogen sei, und es sei die Aufgabe des zwanzigsten Jahrhunderts, diese Lösung zu bringen. Er hoffe, daß sich das unveräußerliche Naturrecht des deutschen Volkes in nicht allzulanger Zeit allen künstlichen Beschränkungen zum Trotz durchsetzen werde. Auch Kreise, die bisher dem Zusammenschluß mit Deutschland nicht wohlgesinnt gewesen sind, vielmehr von einer wenigstens wirtschaftlichen Erneuerung des alten Österreich-Ungarn, sei es als Donauföderation, sei es in irgendeiner anderen Gestalt, träumten, kommen immer mehr zur Einsicht, daß die einzige denkbare ökonomische und nationale Rettung Deutschösterreichs nur vom Deutschen Reiche herkommen kann. Wenn heute noch ein Teil der Führer der christlichsozialen Partei aus an sich begreiflichen psychologischen Gründen den Anschluß ablehnt, so wird doch dieser Kreis immer enger, und die Mehrzahl auch der Christlichsozialen wünscht den Anschluß; Zeugnis dafür bildet die kürzlich von mehreren christlichsozialen Landtagsabgeordneten Tirols nach Berlin unternommene Reise, die den Zweck hatte, die Stimmung der maßgebenden reichsdeutschen Stellen in der Anschlußfrage kennen zu lernen. Auch daß die Christlichsozialen bei der Präsidentenwahl ihre Stimmen einhellig dem ihnen als Anschlußfreund bekannten Dr. Hainisch gaben, darf nach dieser Richtung als wichtiges Symptom angesehen werden. Wenn die Sozialdemokraten Hainisch nicht gewählt haben, so hatte dies mit der Anschlußfrage ebenso wenig zu tun, wie mit der Person des Präsidenten, hier handelte es sich lediglich um eine Prestigefrage der Partei. Die Abschiedsfeier, die zu Ehren des scheidenden österreichischen Gesandten Dr. Hartmann in Berlin stattgefunden hat, ist der beste Beweis dafür, daß die österreichische Sozialdemokratie, der Hartmann als einer ihrer Führer angehört, ganz auf dem Boden des Anschlusses steht. So bietet denn die Anschlußidee die Möglichkeit, sämtliche Parteien Österreichs wenigstens auf dem Gebiete der äußeren Politik zu einigen.

Der Ausfall der am 17. Oktober durchgeführten Wahlen in den österreichischen Nationalrat, wie nunmehr die Volksvertretung heißt, hat die christlichsoziale Partei zur stärksten des Parlamentes gemacht. An zweiter Stelle stehen die Sozialdemokraten und an dritter die Großdeutsche Volkspartei, die aus der Vereinigung verschiedener deutschnationaler Gruppen hervorgegangen ist. Neben diesen drei Parteien kommen weitere nicht in Betracht, da sie nur durch ganz wenige Mandatsträger vertreten sind. In nationaler Hinsicht kann das neue österreichische Volkshaus als Anschlußparlament bezeichnet werden, denn sämtliche darin vertretenen Parteien haben bei den Wahlen den Anschluß an das Deutsche Reich mehr oder weniger als Wahlparole ausgenützt. Bei den Großdeutschen ist dies selbstverständlich, denn der Anschluß bildet den Grundgedanken ihres Programmes. Aber auch die Sozialdemokratie hat sich darauf schon früher festgelegt. Die christlichsoziale Partei hat nirgends den Anschluß ausdrücklich abgelehnt und je nach örtlichen Verhältnissen ihn unerwähnt gelassen oder kräftig betont. Daraus geht deutlich hervor, daß offenbar alle drei größten Parteien darüber im Klaren waren, daß es bei den Wählern keinen guten Eindruck machen würde, wenn ein Wahlwerber den Anschluß geradezu ablehnte, daß also der Anschlußgedanke allgemein als volkstümlich anerkannt wurde. Die noch von der früheren Nationalversammlung einstimmig beschlossene Volksabstimmung über den Anschluß wird hoffentlich schon in

nächster Zukunft volle Klarheit über die Stimmung der Massen in diesem Punkte bringen. — Während der Ausfall des Plebiszites in Kärnten Österreich vor einem neuerlichen empfindlichen Verluste bewahrt hat, hat der neue Bundesstaat andererseits auf nationalem Gebiete nur negative Erfolge aufzuweisen. Hierher gehört der sogenannte „Brünner Vertrag“ mit der Tschechoslowakei. Über den Inhalt des Vertrages ist schon vor längerer Zeit so manches durchgesickert, aber erst jetzt, wo das ganze Machwerk von der tschechischen Regierung veröffentlicht wurde, weil es dem Prager Parlamente zur Behandlung vorgelegt werden mußte, zeigt sich, wie sehr darin die deutschen Belange geschädigt werden. Die Verpflichtungen, die z. B. nach dem Vertrage Deutschösterreich bezüglich der Errichtung und Erhaltung tschechischer Schulen übernimmt, stehen in keinem Verhältnisse zu der tatsächlichen Anzahl tschechischer Schulkinder und noch weniger zu der Behandlung, die in der Tschechoslowakei die alten bodenständigen deutschen Schulen erfahren, wo bereits über 1000 deutsche Schulklassen gegen den Geist des Vertrages aufgehoben wurden. Noch schlimmer ist es, daß die Prager nun einen Zusatz zum Vertrage fordern, wonach an den tschechischen Schulen in Wien auch tschechische Staatsangehörige als Lehrkräfte verwendet werden dürfen. Wenn wenigstens bezüglich der deutschen Schulen in der Tschechei eine ähnliche Bestimmung vorgesehen wäre und Aussicht auf Annahme hätte. Davon kann aber gar keine Rede sein. Man darf nur hoffen, daß man in Wien in diesem Punkte unnachgiebig bleiben wird. Überhaupt würden die gegenwärtig den ganzen tschechoslowakischen Staat durchtobenden Deutschenverfolgungen es vollauf rechtfertigen, wenn man sich in Österreich auf den Standpunkt stellte, so lange an der Moldau der gute Wille nicht besteht, den Deutschen ihr verbrieftes Recht zuteil werden zu lassen, Österreich auch nicht verpflichtet sei, die tschechischen Schulforderungen zu erfüllen. Ob eine österreichische Regierung dazu die Kraft finden wird, ist freilich mehr als fraglich. Die öffentliche Stimmung dagegen hat sich kräftig gegen die tschechischen Gewalttaten geäußert und in allen größeren Städten des Landes fanden mächtige Kundgebungen statt. An sämtlichen Hochschulen Österreichs wurde beschlossen, die immer noch zahlreich vorhandenen tschechischen Studenten vom Studium so lange auszuschließen, bis den deutschen Hörern der Prager Hochschulen Ersatz geleistet ist für die schweren Schädigungen, die ihnen die jüngsten Straßenunruhen gebracht haben. Dabei wurde keinem einzigen tschechischen Studenten in Wien, Graz, Innsbruck oder Leoben ein Haar gekrümmt und man kann die maßvolle Haltung der deutschösterreichischen Studentenschaft nicht hoch genug einschätzen, wenn man bedenkt, daß die deutschen Kommissionen in der Tschechoslowakei ständig an Eigentum und Leben bedroht werden.

B. I.

Tirol.

Die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, daß einige dem anschlufsfreundlichen Flügel der Tiroler Volkspartei angehörige Herren in Berlin weilten und dort mit dem Reichskanzler, dem Außenminister und den Parteiführern Trimborn und Stresemann Besprechungen gehabt hätten. Der Reichskanzler und Außenminister hätten sich mit der Haltung des Deutschen Botschafters in Rom, des Herrn von Beerenberg-Göbler, keineswegs einverstanden erklärt und Dr. Simons habe hinzugefügt, er sei bereit, als verantwortlicher Minister der auswärtigen Politik Deutschlands die Folgen zu tragen. Auch die Vertreter der Parteien hätten erklärt, den Botschafter nicht halten zu wollen, falls er in Würdigung

seiner schwierig gewordenen Stellung um seine Abberufung einkommen sollte. In der Anschlußfrage erklärten Minister und Parteiführer, unentwegt auf dem Boden des Anschlusses zu stehen.

Ungarn.

Die ungarische Nationalversammlung hat kürzlich die Ratifikation des Friedens von Trianon vollzogen. Die Trauer, die heute Ungarn erfüllt, ist begreiflich, da doch der dem ehemaligen Reiche der heiligen Stefanskronen aufgezwungene Frieden den sog. ethnographischen Grenzen und dem Selbstbestimmungsrechte der Völker in keiner Weise gerecht wird. Ungarn kann sich aber den nun einmal von ihm anerkannten Bedingungen von Trianon und Saint Germain nicht entziehen. Man zögert in Budapest noch immer mit der endlichen Übergabe Deutschwestungarns. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des ganz oder überwiegend von Deutschen bewohnten Westungarns soll bekanntlich als „Burgenland“ österreichisch werden. Die Nachrichten, die aus Westungarn nach Wien gelangen, lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die magyarischen Machthaber die deutschen Einwohner, stellenweise sogar die eigenen Stammesgenossen, in unglaublicher Weise drangsalieren und das ganze künftige Burgenland nach Möglichkeit ausplündern. Einige Einzelheiten sollen dies erhärten, die aus durchaus glaubwürdiger Quelle stammen. Die gesamten Vorräte an Brotfrüchten, die sich aus der letzten Ernte ergeben haben, werden amtlich und mit Brachialgewalt requiriert, den Bauern bleibt mitunter nicht einmal so viel, als sie zur Eigenversorgung nötig haben. Gemeinden, denen eine Lieferung von 10 Waggons Getreide auferlegt worden ist, werden nachträglich zur Abgabe von 40 Waggons verhalten, d. h. zu deutsch einfach ausgeraubt. Ganz Deutschwestungarn wimmelt von magyarischen Besatzungstruppen, vor allem die Stadt Oedenburg, die Ungarn offenbar überhaupt nicht herausgeben will. Die Soldaten durchsuchen alle Häuser vom Keller bis zum Dachboden und nehmen alles fort, was nicht niert- und nagelfest ist, ja es kommt vor, daß den Bauern die Kleider förmlich vom Leibe gerissen werden. Mißhandlungen der deutschen Bürger und Bauern sind an der Tagesordnung. Reitpeitsche und Stock spielen dabei eine Hauptrolle. Viele Deutschungarn werden bei Nacht und Nebel wegen wirklicher oder angeblicher Anschlußfreundlichkeit aus den Betten gerissen und ins Gefängnis geworfen. Ein solches Opfer magyarischer Willkür, erklärt, daß die Eingekerkerten wiederholten Verhören unterzogen und dabei jedesmal von den magyarischen Offizieren unmenschlich verprügelt und sonst gemartert wurden, damit sie zu Geständnissen gezwungen würden. Dabei wird als Vorwand gebraucht, daß die so Behandelten Kommunisten seien, obgleich der Kommunismus begreiflicherweise unter den Bauern und Bürgern Westungarns, die unter ihm nur gelitten haben, nicht einen Anhänger zählt.

Rumänien.

Der Deutsch-Schwäbische Volksrat in Lugosch erließ einen Aufruf an alle deutsch-schwäbischen Volksgenossen im Banat, um die verschiedenen Parteirichtungen, die sich im Banater Deutschum zeigen, zu einheitlicher Zusammenfassung zu bringen. Nur wenn das Deutschum des Banats einig sei, bestehe die Möglichkeit einer gesunden geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung. Der Deutsch-Schwäbische Volksrat in Lugosch schließt jetzt schon alle Parteien und alle Deutschen dieser Stadt in sich ein. Er sei am 28. November feierlich unter massenhafter Beteiligung aller Kreise begründet worden, könne aber nur Erfolg haben, wenn das Beispiel auf das gesamte Banat wirke und wenn auch die Landgemeinden sich der Aktion anschließen. Das Banater Tagblatt, das diesen Aufruf veröffentlicht, kündigt

gleichzeitig für Temesvar eine große öffentliche Versammlung unter freiem Himmel an, die von den deutschen Parteien veranstaltet wird und fordert alle Deutschen ohne Parteiunterschied auf, für die Unteilbarkeit des Banats einzutreten.

Jugoslawien.

In Palanka sollte eine Ortsgruppe des schwäbischen Kulturbundes begründet werden, der seine Stellung in überraschend kurzer Zeit so ausgebaut und gefestigt hat, daß er das Deutschum seines Bezirkes wirklich voll vertritt. Mehr als 2000 Teilnehmer hatten sich eingefunden, um im großen Hof der Bürgerschule den Bundessekretär Dr. Georg Graßl zu hören, aber auch aus Neugier, denn es hatte sich herumgesprochen, daß der katholische Geistliche, Pfarrer Wildmann, der überall als Anhänger des Madjarentums bekannt war, nicht nur als Redner, sondern sogar als Vorsitzender der deutschen Kulturbundgruppe auftreten werde, ja es war sogar auf den Einladungen gedruckt. Man erzählte, der Pfarrer habe zum deutschen Volkstum den Weg zurückgefunden. Das steigerte natürlich die Spannung der Versammlung, unter der auch viel serbische Intelligenz vertreten war. Tatsächlich begrüßte auch Pfarrer Wildmann die Anwesenden, aber nachdem der Bundessekretär in glänzender Rede über die Arbeiten und Ziele des Kulturbundes gesprochen hatte, nahm er selbst als erster Diskussionsredner das Wort und griff sofort den Kulturbund an, der die Demarkationslinie zwischen Katholikentum und Protestantismus zu überbrücken versucht habe und an diesen Versuchen „explodieren“ werde. Der Kulturbund sei auch ganz unnötig, denn auch ohne ihn werde gute Kulturarbeit geleistet, er säe nur Haß und werde Sturm ernten. Die Absingung des Chorals „Großer Gott wir loben dich“ bei den Kulturbundtagungen sei eine Profanierung, und auch die Studentenfahrt der „Banatia“ mit ihren Werbungen in den Kirchen sei eine Profanierung gewesen. Schon während dieser Ausführungen scholl der Unmut der Zuhörerschaft immer mehr an und machte sich in wilden Zwischenrufen Luft. Schließlich aber ließ man den Redner nicht weiter sprechen. „Nieder mit dem Volksverräter, er ist kein Deutscher, er ist ein Fremder, hört ihr Leute!“ so scholl es mächtig über den Hof, und während der Pfarrer die Tribüne und die Versammlung verließ, erwiderte Bundessekretär Dr. Graßl, seine Rede müsse jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben. Wenn ein Mann im geistlichen Gewande derartig Haß und Verachtung säe, wo solle das enden? Der Kulturbund kenne keine Demarkationslinie, er pflege beide Bekenntnisse, er suche das Einigende, nicht das Trennende und überlasse die Pflege der rein kirchlichen Momente den Kirchen. Die Rede wurde von Satz zu Satz mit immer stürmischerer Begeisterung aufgenommen, ein großer Jubel erhob sich als sie endete, und von den Anhängern des Pfarrers traten die meisten dem Kulturbunde sofort bei!

Litauen.

Unter den Deutschen Litauens herrscht ein reges Leben. Die Partei der Deutschen Litauens hielt am 28. November in Kowno einen großen Delegiertentag ab, der eine rege Teilnahme fand und bei dem Vertreter aus allen deutschen Bezirken anwesend waren. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig der Redakteur der „Litauischen Rundschau“, E. Jansen, gewählt. Der bisherige vorläufige Zentralausschuß wurde als ständige Organisation unter dem Vorsitzenden, Herrn Kinder, ernannt. Der nächste große Delegiertentag soll nach Wikowischki einberufen werden. Es wurde beschlossen, die deutschen Abgeordneten in der Kownower Stadtverordnetenversammlung zu bitten, eine Fraktion zu bilden. In Kibarty, an der preußischen

Grenze, gegenüber Eydtkuhnen, wo mindestens 450 deutsche Familien wohnen, wurde nach einer glänzend verlaufenen Versammlung ein Kreisausschuß begründet und wurden der deutschen Partei 60 Parteimitglieder gewonnen.

Lettland.

In der konstituierenden Versammlung wurde am 17. Dez. das Agrargesetz in zweiter Lesung behandelt. Der deutsche Vertreter, Baron W. Fircks, hielt eine Rede, die starken Eindruck machte. Er sprach über den § 45, den Schlußstein des ganzen Gesetzes, der vorschreibt, daß der Staat das vom Großgrundbesitz enteignete Land zu verpachten habe und der zugebe, daß den Eigentümern ihr Land genommen werde, obgleich dadurch dem Staate und dem Wirtschaftsganzen ein unersetzlicher Verlust zugefügt werde. Bisher hätte man glauben können, daß durch geeignete Zusätze und Erweiterungen die Schärfe und Ungerechtigkeit, die der erste Teil des Agrargesetzes enthalte, ausgeglichen würde, damit ein auch für den Gutsbesitzer erträgliches Gesetz geschaffen würde. Diese Hoffnungen hätten sich als trügerisch erwiesen. Die Folge sei ungeheuerlich. In wirtschaftlicher Hinsicht sei ein Chaos geschaffen. Der Gutsbesitzer wisse nicht, ob er vertrieben würde, so daß er keine Anschaffungen mache. Den Pächtern und Hofsknechten sei bestimmungsgemäß gekündigt, das Gutsinventar sei beschrieben und dem Besitzer zur vorläufigen Nutzung überlassen, jede Änderung aber bedürfe der Genehmigung. Das Agrargesetz behindere die Beschaffung von Arbeit und die Gewinnung von Brot. Die Folgen des Gesetzes würden zur Katastrophe führen. Rechtsbrüche und Vergewaltigungen den ehemaligen Besitzern gegenüber seien an der Tagesordnung. Die Beugung des Rechtsempfindens des Volkes sei die allerschlimmste Folge des Gesetzes. Er wolle die Hoffnung nicht aufgeben, schloß der Redner, allein das Agrargesetz führe Lettland an den Rand des Verderbens.

Zum selben Thema sprach in der Sitzung vom 21. Dezember für die deutschen Fraktionen Abg. Dr. Schiemann. Er setzte auseinander, daß die Minoritäten für jede auch noch so weitgehende Agrarreform zu haben seien, derzufolge das Land der Gutsbesitzer enteignet werde, um der unmittelbaren produktiven Nutzung in Kleinwirtschaften übergeben zu werden. Nur vor der entschädigungslosen Enteignung hätten die Minoritäten gewarnt, bei der man nicht wisse, in welcher Weise das Land künftig bewirtschaftet werde. Die Staatsbewirtschaftung und die kurzfristige Pacht hätten sich als vollständig unproduktiv und gefährlich für die Ernährung der Bevölkerung erwiesen. Damals habe man die Warnung mißachtet, trotzdem hätten die Minoritäten den ersten Teil des Gesetzes unterstützt, um wenigstens die bescheidenen Errungenschaften der Beratungen, nämlich die Belassung eines Restgutes und die grundsätzliche Anerkennung einer Entschädigung, gegen die Bestrebungen der Linken zu schützen. Heute müsse er erklären, daß die Hoffnungen der Minoritäten zuschanden geworden seien. Das Zugeständnis des Restgutes sei nichts weiter gewesen als ein Versuch, der Öffentlichkeit über die wahren Absichten der Reform Sand in die Augen zu streuen. Man habe nur den Schein einer Achtung vor dem Privateigentum wahren wollen, in Wirklichkeit zeige die Handhabung des Gesetzes durch das Landwirtschaftsministerium die klare Tendenz, alle bisherigen Besitzer von der Bewirtschaftung des Bodens auszuschalten, ohne andere produktive Kräfte an ihre Stelle zu setzen. Man müsse jetzt darauf gefaßt sein, daß schon im nächsten Jahre ein großer Teil des lettländischen Bodens gar nicht oder unvollkommen bearbeitet werde und daß

die private Initiative erdrosselt werde, daß das äußerst heruntergebrachte Land auch im nächsten Jahre keine Auffrischung und keine Meliorationen erfahren werde. Einem solchen planmäßigen Ruin der gesamten Wirtschaft könnten die deutschen Fraktionen nicht zustimmen, könne niemand zustimmen, dem das Wohl des Staates mehr gälte als das Interesse der Partei und der demagogische Erfolg. Aus diesem Grunde hätten alle deutschbaltischen Fraktionen gegen das Gesetz gestimmt. Das Volk, das jetzt zum Hungern verurteilt werde, werde schneller als die jetzige Mehrheit begreifen, auf wessen Seite die Vernunft und der staatliche Sinn läge.

Das Agrargesetz wurde in dieser Sitzung in seinem zweiten Teil in dritter Lesung angenommen.

Estland.

Am 27. bis 30. November fanden die Wahlen zum Parlament statt, die überall einen ruhigen Verlauf nahmen. Bei den Wahlen zur ersten verfassunggebenden Versammlung waren im vorigen Jahre 457 888 Stimmen abgegeben worden, auf die 120 Abgeordnete entfielen, darunter 41 Sozialdemokraten, 31 Arbeitspartei, 25 Volkspartei und 3 Deutsche. Man erwartete von den jetzigen Wahlen eine beträchtliche Verschiebung nach rechts und links und erhebliche Schwächung der Mittelparteien. Das Deutschtum hoffte, seinen kleinen Bestand eben zu halten. Der Ausfall der Wahlen brachte nun, soweit die Ergebnisse bis jetzt vorliegen, keine bestimmte Mehrheitsbildung. Ein rechter Flügel, mit dem Bauernbund als stärkster Partei, ein Mittelblock mit der Arbeitspartei und der Volkspartei und ein linker Flügel der sozialistischen Parteien stehen sich ziemlich gleich stark gegenüber. Eine Mehrheitsbildung nach rechts und links wird möglich sein. Bis zum 1. Dezember waren etwa $\frac{3}{4}$ der Stimmen, rund 300 000 gezählt, darunter für die Deutschen etwa 15 000 Stimmen. Die Arbeitspartei würde darnach etwa 20—23, der Bauernbund 18—20, die Sozialdemokraten 15—17, die Unabhängigen 10—12, die Nationaldemokraten 8—10, die Christlichen Demokraten 5—7, die Kommunisten 6—7, die Deutschen 4—5, die Russen 1 Mandat erhalten. In Dorpat haben die Deutschen anstatt 2197 der der vorigen Wahlen, diesmal 2330 Stimmen bekommen, obgleich dieses Mal die Juden eine besondere Liste aufgestellt hatten und manche Stimmen der Deutschen den estnischen Mittelparteien zufließen. Nach einer Zählung des „Revaler Boten“ haben die Deutschen in Arensburg und Pernau von allen Parteien am meisten Stimmen erhalten. In Hapsal stehen sie an zweiter Stelle. Sie erhielten in Fellin 431, in Wesenberg 301, in Hapsal 301, in Arensburg 343, in Pernau 1392, in Dorpat 2330, in Rappel 13, in Turgel 32, in Taps 26, in Jewe 20, in Römme 131 Stimmen, in Reval natürlich weitaus am meisten, über 5500.

Zu den Wahlen in Eesti wird uns noch aus Helsingfors geschrieben: Graf von der Goltz charakterisiert in seinen kürzlich erschienenen Erinnerungen im hochinteressanten zweiten Abschnitt „die Tragödie im Baltikum“ die Balten als „deutsche Eichen“. Obgleich diese heißköpfigen Patrioten für ihr kleines Heimatland dem damaligen verantwortlichen Leiter der baltischen Geschicke viele schwere Stunden bereitet haben, obgleich der damalige politische Führer eines Teiles der Balten, der Herr von Stryck, auf General Goltz den schlechtesten Eindruck machte, gibt er doch im allgemeinen über die Balten ein überaus günstiges Urteil ab. Nach einem Besuch der baltischen Landesteile schreibt er:

„Die Balten machen mir als Menschen und Patrioten einen herrlichen Eindruck. Gut gewachsen, von gerader Haltung.

meist aus dem höheren und niederen Bürgerstande, voll Stolz und Selbstgefühl, waren sie bereit, Leben und Bequemlichkeit zu opfern für ihr Vaterland, das ihre Vorfahren mit bewundernswerter Zähigkeit seit fast 700 Jahren verteidigt hatten. Da sah man ergraute Männer und halbe Knaben nebeneinander ihren Dienst tun. Es herrschte eine selbstgewählte, freiwillige Disziplin, wie sie in Schillers 'Wilhelm Tell' idealisiert ist, und wie sie nur in einem Volke sein kann, bei dem nur geringe Partei- und Klassenunterschiede bestehen, und diese hinter der gemeinsamen Vaterlandsliebe weit zurücktreten. Das war bei den Balten der Fall, das war die von mir oft bewunderte Stärke dieser Männer, die Herrennaturen waren, ob sie hoch ob niedrig standen. Das waren die vom deutschen Philister geschmähten 'Barone', die in Wirklichkeit 1 Prozent der Bevölkerung darstellen. Ich wollte, der Deutsche lernte von diesen deutschen Eichen, die in jahrhundertlangem Kampfe um ihr Volkstum erstarkt sind."

Das Urteil, das Graf von der Goltz hier über die baltische Landeswehr in Kurland abgibt, stimmt genau ebenso auf das „Baltenregiment“, das in Estland mit unvergleichlicher Tapferkeit den Kampf gegen erdrückende Kräfte russischer und estnischer Bolschewiki geführt hat. Auch hier waren Söhne von Est-, Liv- und Kurland vereinigt. Sie haben zusammen mit dem immer mehr erstarkenden estnischen Heer und zu Beginn mit Hilfe der Finnländer die Eroberung Revals und damit Estlands durch die Bolschewiki verhindert, bis zum Schluß das Land vor dem andrängenden Bolschewismus zu schützen geholfen und sich beim Vormarsch der Nordarmee auf Petersburg ausgezeichnet.

Nun haben die beiden baltischen Staaten Lettland und Estland schon eine geraume Weile Frieden und können sich dem „inneren Aufbau“ widmen. Wiederum spielen hier die Balten eine hervorragende Rolle. Aber nicht wie bei der Verteidigung des Landes eine aktive, sondern eine leidende. Nach Zusammenbruch der deutschen Okkupationsgewalt im Baltikum richtete sich der nationale Haß und noch stärker der sozialrevolutionäre Umsturz gegen die bisher leitende, den Großgrundbesitz in Händen habende Schicht der Bevölkerung.

Am klarsten ist diese Bewegung in Estland zutage getreten, das früher zur Ruhe kam und weniger Deutschbalten besitzt. Die Konstituierende Versammlung wurde im April 1919 unter dem Zeichen der Aufteilung des baltischen Großgrundbesitzes gewählt. Verführt durch die Versprechungen der Sozialisten und Agrarsozialisten (Arbeitspartei) wählte selbst das konservative Bauernvolk auf dem Lande — diese Parteien. Sozialisten und Arbeitspartei hatten denn auch von 120 Stimmen der Konstituante 71 in Händen und konnten damit das Schicksal des Landes lenken. Die Partei der estnischen Intelligenz (Volkspartei) war die drittstärkste (26), auch sie hatte sich auf ein revolutionäres Agrarprogramm festgelegt. So ist denn ein Agrargesetz zustande gekommen, wie es ein Kulturstaat sonst nicht gesehen hat. Es verkündete die Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes, so weit er in baltischen Händen ist. Die Balten selber hatten nur 3 Sitze von 120 inne. Die einzige estnische Partei, die gleich den Balten auf dem Standpunkt einer Agrarreform stand, war der estnische Bauernbund, welcher aber mit 7 Stimmen eine kleine Minorität bildete.

Jetzt endlich hat sich die Konstituierende Versammlung entschlossen, einer ordentlichen Landesversammlung zu weichen. Es haben neuerdings die Wahlen für den ersten estnischen Landtag stattgefunden und, wie es zu erwarten war, einen großen Umschwung gebracht. Die festgeschlossene Linke hat sich geteilt. Von 41 Sozialdemokraten sind nur 18 nachgeblieben.

Links von ihnen ist aber eine Opposition von 11 Unabhängigen und 5 Kommunisten entstanden. Die Arbeitspartei ist mit 22 Abgeordneten nun auf den rechten bürgerlichen Flügel angewiesen. Hier aber haben die Landwirte einen großen Sieg errufen, indem sie von 7 auf 21 Abgeordnete emporgeschnellt sind. Die Volkspartei ist dagegen von 26 auf 10 heruntergegangen. Zu den 44 bürgerlichen Abgeordneten gehören auch 4 Balten.

Die zusammengeschmolzene Schar der Balten ist mit dem ganzen Heroismus der Heimatliebe in die Wahl hineingegangen. Greise und Kranke wurden in Wagen herangeführt und so gelang es, 18429 Stimmen zu sammeln und 4 statt 3 Abgeordnete in den Landtag hineinzubringen. Das Blatt der estnischen Landwirte „Kajá“ nennt das „einen großen Sieg“.

Bedeutsam für das Land ist der Umstand, daß die schillernde opportunistische Arbeitspartei mit den Landwirten einen Vertrag schließen müssen, damit es überhaupt zu einer Regierung kommt. Man kann hoffen, daß bei der Einigung der Bürgerlichen mit der Arbeitspartei die Agrarrevolution aus dem zerstörendsten Stadium heraustritt. Damit wird Estland auch in bezug auf kulturelle Mitarbeit der Balten mit der übrigen Bevölkerung, wie das schon jetzt begonnen hat, Lettland mit gutem Beispiel vorangehen.

C. v. Kugelgen.

Die estnische Regierung plant ein Gesetz, wonach alle bis zum 2. Mai 1919 in russischer, deutscher oder finnischer Währung abgeschlossenen Verpflichtungsverträge in estnischer Währung erfüllt werden sollen. Das würde einem glatten Geldraub gleichkommen, da 100 Reichsmark zurzeit 550 estnischen Mark gleichstehen. Die Regierung will das Gesetz noch im alten Landtag durchpeitschen, da man mit Recht an der Annahme im neu gewählten Hause zweifelt.

England.

Naturalisation Deutscher in England. Während des Monats November wurden in England 140 Ausländer eingebürgert. Die unter diesen befindlichen 13 „Deutschen“ sind englisch geborene Witwen deutscher Staatsangehöriger.

Belgien.

Nachdem England vorangegangen ist und seinen Verzicht auf die Beschlagnahme deutscher Guthaben für den Fall, daß Deutschland widerrechtlich die Wiedergutmachungsbestimmungen verletze, erklärt hat, dämmert nun auch bei den übrigen Feinden die Erkenntnis, daß dieser englische Schritt nicht irgendwelchem Wohlwollen gegen Deutschland, sondern rein geschäftlichem Interesse entsprang, weil nämlich die deutschen Guthaben nach Holland strömten und Englands Valuta drückten. Auch der bisherige Vertreter Belgiens in der Reparationskommission, Theunis, plädiert jetzt für ein ähnliches belgisches Entgegenkommen, weil Rotterdam einen Vorsprung vor Antwerpen gewinnt. Belgien wolle aber keinen Schritt tun, ohne zuvor Frankreich verständigt zu haben.

In der Kammer sprach der sozialistische Justizminister Vandervelde über seine Haltung gegenüber der Wiedenzulassung deutscher Staatsbürger zur Tätigkeit in Belgien. Im Brüsseler Vorort Schaerbeek befänden sich keine 700, sondern nur 71 Deutsche und Österreicher, unter ihnen 28 belgische Frauen, die Deutsche geheiratet hätten. Als der katholische Abgeordnete Segers rief, er habe keine Sympathie für diese Leute, antwortete der Justizminister, Sympathie könne man nicht befahlen, aber Gerechtigkeit bestehe für alle Leute. Einzelne in der Öffentlichkeit besonders hervortretende Deutschenhasser hätten sich insgeheim bei ihm um die Zulassung bestimmter

Deutscher bemüht! Es handelt sich hier um 523 Fälle! Kardinal Mercier und der Bischof von Lüttich hätten gebeten, die Angelegenheit der Deutschen mit größter Weisheit zu behandeln. Einen Brief des letzteren verlas der Justizminister. Beide Briefe seien zugunsten katholischer deutscher Ordensleute geschrieben worden. Die gleiche Gerechtigkeit müsse man aber auch für die Laien fordern. Der frühere, sehr franzosenfreundliche Verteidigungsminister Janson rief dazu unter dem Beifall der Sozialisten: „Man muß die Heuchelei bekämpfen.“

Frankreich.

Die französische Regierung habe, so meldet eine Havasnote, nicht die Absicht, dem englischen und belgischen Beispiel (das letztere ist leider offiziell noch nicht bestätigt, sondern wir wissen bisher nur von einer Absicht der belgischen Regierung) zu folgen und zu erklären, daß sie Nachkriegsguthaben auch im Falle der Nichterfüllung des Friedensvertrages durch Deutschland nicht beschlagnahmen werde. Da England seinen Schritt nicht aus irgendwelchen idealen Motiven heraus, sondern aus rein geschäftlichen Gründen getan hat, scheint Frankreich, das einen gleichen Schritt nicht tut, sich keinen geschäftlichen Vorteil von ihm zu versprechen. Die Tatsache, daß am Tage der Bekanntgabe des englischen Schrittes die englische Valuta sich beträchtlich hob, scheint in Frankreich nicht gewirkt zu haben. Vielleicht hofft man zunächst noch ohne deutsches Geschäft auskommen zu können. Die Zeit wird lehren, wer da Recht hatte. Heute gibt Havas als Grund an, die Zahl der in Deutschland investierten französischen Kapitalien übertreffe die Summe der in Frankreich festgelegten deutschen Kapitalien beträchtlich, so daß es im Interesse Frankreichs liege, ein Pressionsmittel in der Hand zu haben. Wirtschaftlich ist das nicht gedacht. Es kommt nicht darauf an, wieviel deutsche Kapitalien heute in Frankreich liegen, sondern darauf, welche Geschäfte Frankreich dadurch entgehen, daß es die Unsicherheit für den deutschen Betätigungsgeist nicht beseitigt, die in der dauernden Gefahr der Beschlagnahme auch der Nachkriegsguthaben liegt.

Selbst französische Blätter wenden sich jetzt gegen die Art und Weise, wie die deutschen beschlagnahmten Güter liquidiert werden. Wertvolles Gut wird in unverantwortlicher Weise verschleudert. Das Publikum erfährt von den Versteigerungen zu spät und nur Unvollkommenes, während die Händler und Spekulanten die gute Gelegenheit benutzen, um riesige Geschäfte zu machen. Die „Frankf. Ztg.“ zitiert dazu aus dem „Figaro“ eine Reihe von Belegen, die dafür sprechen, daß hier ein System und nicht Einzelfälle vorliegen. Da es sich bei der ganzen Frage hinsichtlich des Erlöses aus den Verkäufen um eine Angelegenheit der Wiedergutmachung handelt, läge es auch im Interesse des französischen Staates, diesem Treiben ein Ende zu machen.

Italien.

Im Italienischen Senat interpellierte Senator Volterra über die Rückerstattung der zoologischen Station in Neapel an Professor Dohrn, den Sohn des bekannten Begründers der Station. Für die Anstalt sei während des Krieges über eine halbe Million Lire aufgewandt worden, die Station müsse der Stadtgemeinde Neapel verbleiben. Verschiedene Senatoren sprachen gegen die von der italienischen Regierung bereits vollzogene Rückgabe an Professor Dohrn, andere erklärten sie für gerechtfertigt und verlangten nur Bürgschaften für den internationalen Charakter der Anstalt. Der Unterrichtsminister Croce würdigte die hingebungsvolle Art des Gründers und seines Sohnes, Gerechtigkeit und Würde im Interesse des italienischen Staates hätten die Rückgabe veranlaßt. Die Mehrheit billigte

diesen Standpunkt, mit dem sich die Minderheit nicht einverstanden erklärte.

Südwestafrika.

Nach dem Besuch des Generals Smuts in Südwest hat auch eine Kommission des Unionparlamentes mit dem Justizminister Dewet an der Spitze den Mandatsstaat besucht und dort Erhebungen angestellt. Diese Kommission veröffentlicht in Kapstadter Blättern einen „Interimsbericht“. Folgende Fragen waren ihr gestellt: Wie soll die künftige Regierungsform Südwests sein, inwieweit kann es als Provinz der Union regiert werden, wann und inwieweit soll der Bevölkerung eine Vertretung im Schutzgebiet selbst und auch im Unionsparlament gewährt werden, welche Änderungen sollen in der Zwischenzeit bei der Aufhebung des Kriegsrechtes durchgeführt werden? Die Kommission hält die Aufhebung des Kriegsrechtes für die dringendste Frage und berichtet daher darüber zunächst. Sie empfiehlt die Einsetzung eines Beirates (Council) mit rein beratenden Funktionen, der aus 6 Mitgliedern bestehen soll, die vom Generalgouverneur der Union ernannt werden sollten. Fünf von diesen Mitgliedern sollten die Farmer-, Kaufmanns-, Minen- und Gehaltsempfängerinteressen vertreten, die sechste Persönlichkeit solle vor allen Dingen zur Raterteilung in allen Eingeborenenfragen bestimmt sein. Auf die Wünsche der Vereinigungen der erwähnten Schichten solle bei der Ernennung der Beiratsmitglieder Rücksicht genommen werden, indem jede Organisation die Namen von mindestens drei Vertretern vorschlagen solle. Von den fünf erstgenannten Personen solle keine im Dienste der Regierung stehen. In jeder Sitzung des Beirates solle aber sowohl der Administrator, als auch der Beirat berechtigt sein, die Anwesenheit des Leiters jedes Verwaltungsressorts, dessen Angelegenheiten berührt werden, zu verlangen. Der betreffende Beamte solle das Recht der Mitberatung ohne Stimmrecht haben. Die Wünsche der deutschen Bevölkerung des Schutzgebietes sind mit dieser Regelung keineswegs erfüllt.

Auch eine Abordnung der Südwestvereinigung machte vor der Kommission Aussagen und wünschte die Erhebung Südwests zur Provinz, doch sei die Zeit noch nicht reif, inzwischen sei eine andere Regelung zu treffen, das Kriegsrecht jedoch sofort aufzuheben. Vier Berater sollten für den Administrator ernannt werden, die mit dem Lande vertraut und im Lande bekannt seien. Auch der Deutsche Verband der Verwertungs-Gesellschaften machte seine Aussagen vor der Kommission durch seinen Vorsitzenden, Herrn Matthiessen. Er wünschte eine eigene Landesvertretung, eigenen Etat und keine Vertretung im Unionsparlament, in dessen Politik Südwest nicht hineingezogen zu werden wünsche. Eine Wahl nach Berufsständen sollte stattfinden. Die Farmer im Norden, Süden und in der Mitte brauchten bei der Eigenart ihrer Wirtschaftsverhältnisse gesonderte Vertretungen. Für die Übergangszeit bis zum Erlaß dieses Gesetzes sei eine beratende Körperschaft zu wählen. Auch bei den Bezirksverwaltungen sei mehr Selbstverwaltung unter Hinzuziehung der Städte zu wünschen. Herr Matthiessen brachte im übrigen alle Punkte vor, die schon in der Eingabe an General Smuts enthalten sind. Die Union solle ein Vetorecht gegen die Beschlüsse der Landesvertretung, die mir den Interessen der Union nicht zu vereinbaren seien, haben. Die Bevölkerung baue darauf, daß General Smuts Wort eingelöst würde, daß das Schutzgebiet keine Kriegsschulden zu übernehmen hätte. Baron Kraus, der Schriftleiter der Windhuker „Allgemeinen Zeitung“, sprach für die freien Berufe und geißelte scharf das Verhalten des verflossenen Administrators Sir Gorges, der den Wortführern jeder gegnerischen Bewegung mit Ausweisung gedroht habe.

Auf diese Weise mache man allerdings jede freie Meinungsäußerung von vornherein unmöglich. Es werde der Kommission aufgefallen sein, daß infolgedessen sehr wenige Deutsche erschienen seien, um Aussagen zu machen, und daß auch diese wenigen sehr zurückhaltend gewesen seien. Auf einen Einwurf über das aktive Wahlrecht, das in einem Dominion Englands nur britischen Bürgern zustehe, antwortete Baron Kraus, es könne nach den Vorkommnissen des Krieges einem anständigen Deutschen nicht zugemutet werden, britischer Untertan zu werden. Jeder, der drei Jahre in Südwest weilte, soll das Wahlrecht haben. Die Verwaltung Südwest durch die Union geschehe nicht auf deutschen Wunsch. Deutschland habe Südwest nicht aufgegeben, sondern sei gezwungen worden, das Land aufzugeben. An der Weiterentwicklung wollten aber die Deutschen im Lande doch beteiligt bleiben. Auf den Einwurf des Justizministers Dewet, es seien Deutsche vor der Kommission erschienen, die aber keine Aussagen machen wollten, weil sie einen Boykott durch die übrigen Deutschen befürchteten, antwortete der Sprecher, derartigen Deutschen werde man nicht nachtrauern. Die Arbeit der Kommission trug lediglich informatorischen Charakter.

In Windhuk hat ein Elfer-Ausschuß, den verschiedene Interessenorganisationen gebildet haben, über die Frage der Währung lange beraten und eine Proklamation empfohlen, von deren Veröffentlichung ab die Unionswährung unter Aufhebung aller deutschen Währungsgesetze gelten soll. Stichtag für die Trennung zwischen Vor- und Nachbesetzungsschulden soll der 9. Juli 1915, nachts 12 Uhr, sein. Die Vorbesetzungsschulden samt Zinsen sind danach zum Satze von 1 £ Unionswährung gleich 20 Mark zurückzuzahlen. Für alle nicht erledigten Währungsstreitigkeiten soll der Gerichtsweg ausgeschaltet und ein Schiedsgericht eingerichtet werden. Der Schuldner habe das Recht, ein Moratorium zu beanspruchen, welches fünf Jahre nicht übersteigen soll. Einigen sich beide Parteien nicht, so wird das Schiedsgericht angerufen, das von Fall zu Fall über Stundung und Sicherheitsleistung, Höhe der Zahlungen und Zinsfuß unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage beider Parteien entscheidet. Alle Geschäfte der Unionsbank nach dem 9. Juli 1915 sind der Entscheidung des Schiedsgerichtes entzogen. Das Schiedsgericht besteht aus einem unparteiischen Obmann und aus zwei Beisitzern, die den Berufsständen der beiden Parteien angehören müssen. Als Berufsstände gelten Farmer, Kaufleute, deutsche Banken, Angestellte, Arbeiter und freie Berufe. In schwierigen Fällen können Richter aus anderen Berufsständen beigezogen werden. Richter können wegen Befangenheit abgelehnt werden, worüber das Gericht entscheidet. Die Schiedsrichter üben ihr Amt unentgeltlich nur unter Gewährung von Tagegeldern aus. Die Kosten des Schiedsgerichtes werden durch Abgaben beider Parteien bezahlt.

Japan.

Der deutsche Geschäftsträger ist von der nationalökonomischen Vereinigung in Tokio eingeladen worden, über die Möglichkeiten deutsch-japanischen Zusammenarbeitens vor führenden Persönlichkeiten der Finanz, der Industrie, des Handels und der Wissenschaft zu reden. Die Veranstaltung fand unter dem Vorsitz d. s. früheren Finanzministers Sakatani, der bei einer Weltreise im Jahr 1909 selbst in Deutschland gewesen ist, statt. Dr. Solz sprach in deutscher Sprache über die wirtschaftlichen Bedingungen des Wiederaufbaus und über die Vorteile der Wiederanbahnungen von Handelsbeziehungen zu Japan, die auch Japans selbständiger wirtschaftlicher Zukunft zugute kommen

sollten. Er äußerte festes Vertrauen auf den Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Auf wie große Gegenliebe der deutsche Geschäftsträger dabei stieß, beweist ein Brief, den er von dem Chef der großen pharmazeutischen Firma Hoshi & Co., Herrn Hajime Hoshi, erhielt und der folgendermaßen lautet:

„Sehr geehrter Herr Geschäftsträger!

Übertragung der medizinisch-chemischen Wissenschaft auf die Praxis ist mein besonderes Tätigkeitsgebiet, um dessen Entwicklung ich mich seit Jahren bemühe, um die Wohlfahrt Japans und der ganzen Welt fördern zu helfen. Ich habe jederzeit den Fortschritt der Wissenschaft im Deutschen Reich mit tiefer Bewunderung verfolgt und bin dankbar für die Wohltaten, welche aus solchem Fortschritt erwachsen sind.

Nun habe ich kürzlich gehört, daß das Deutsche Reich nach dem schweren nationalen Rückschlag große Schwierigkeiten findet, die Mittel für die Fortsetzung wissenschaftlicher Forschungen bereit zu stellen. Meine Gabe beträgt nicht ein Zehntausendstel der erforderlichen Summen. Aber ich möchte mir erlauben, zwei Millionen Mark dem Fonds für wissenschaftliche Forschungen zu überweisen, als ein kleines Zeichen meines aufrichtigen Willens zur Hilfsbereitschaft.

Ich bitte Euer Exzellenz, mein Anerbieten der deutschen Regierung wohlwollend zu empfehlen und würde es als eine große Liebenswürdigkeit betrachten, wenn Euer Exzellenz sich dieser Mühe unterziehen würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez.: Hajime Hoshi.“

Australien.

Am 26. November hat der australische Senat das Kriegsvorsichtsmaßnahmengesetz außer Kraft gesetzt, dessen Aufhebung das Abgeordnetenhaus bereits vorher beschlossen hatte. Durch die Aufhebung des Gesetzes wird der persönliche Verkehr zwischen Australiern und Deutschen wiederhergestellt und werden die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit für die Deutschen aufgehoben.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der New Yorker Vertreter der „Frankf. Ztg.“ berichtet seinem Blatte, daß unter der Leitung des früheren Staatssekretärs des Innern, D. Lane, ein Zusammenschluß aller der Hilfs- und Fürsorgetätigkeit in Zentraleuropa sich widmenden Organisationen zustande gekommen sei. Herr Hoover bezeichnet es als Aufgabe der neuen Organisation, 33 Millionen Dollar aufzubringen, von denen 23 der Speisung von Kindern und der Rest der Bekämpfung von Seuchen zuzuwenden sei. 8 Millionen Dollar sollen für die Speisung von deutschen Kindern verwendet werden, ein Viertel der eingehenden Beträge soll nach Deutschösterreich fließen, wo das Elend am größten sei. Die Zentralstelle wird ungefähr 3½ Millionen Kinder betreuen können. Die Aussichten für die Aufbringung der Summe sollen gut sein. Die deutschen Hilfsgesellschaften dürften sich dem neuen Oberhilfsrat unterordnen. „Sie beginnen ihr Werk mit neuem Mut und neuer Begeisterung, wie eine in den letzten Tagen einem ihrer eifrigsten Führer erwiesene Ehrung beweist. Sie galt dem Dr. Emanuel Baruch, der von Anfang des Weltkrieges an sich in den Dienst der guten Sache gestellt und die großen Bazare und andere Hilfsveranstaltungen geleitet hat. Bei dem ihm gegebenen Bankett zeigte es sich deutlich, daß das Deutschland Neuyorks nach wie vor gesonnen ist, seine ganze Kraft einzusetzen, um den Bedürftigen in der alten Heimat zu helfen.“

Henry F. Urban berichtet im „Roten Tag“ von einer neuen deutsch-amerikanischen politischen Vereinigung, die den Titel führt „The Steuben Society of America“, so genannt nach Baron von Steuben, dem Adjutanten Friedrichs des Großen, der unter Washington das amerikanische Heer organisierte. Die Steubengesellschaft will als eine politisch unabhängige Kampfvereinigung gelten, die für die Anerkennung der Gleichberechtigung der Deutsch-Amerikaner eintreten wird. Sie will den Rassestolz im Deutsch-Amerikaner stärken, ohne ihre Mitglieder in ihren amerikanischen Bürgerpflichten zu beeinträchtigen. Die Geschäftssprache der Gesellschaft ist die Landessprache. In dem Programm der Gesellschaft heißt es: „Ein Land — — — so weitherzig tolerant und gerecht, daß alle, die darin leben, es lieben können, eine Flagge — — — eine amerikanische Flagge ausschließlich für amerikanische Zwecke, eine Sprache — — — die Sprache der Wahrheit, gesprochen in irgendeiner Zunge, in der einer zu sprechen wünscht.“

George Sylvester Viereck richtet in seinem „American Monthly“ die nachfolgenden Gratulationsworte an den Senator Harding: „Gestatten Sie mir, Ihnen aufs herzlichste zu Ihrem Siege des Amerikanertums über Woodrow Wilson und all seine Taten einschließlich seines Völkerbundes und des berühmten Friedensvertrages von Versailles zu gratulieren. Ich freue mich, daß sechs Millionen Amerikaner deutscher Abstammung ihre Stimmen für Sie abgegeben haben, wie ich es in meinem Brief an Sie und an Senator Cox vorhergesagt habe. Ich freue mich ebenso über die Tatsache, daß Sie das Weiße Haus als ein freier Mann betreten, der keiner Gruppe, weder einer geistigen noch einer wirtschaftlichen, gegenüber gebunden ist. Wir Amerikaner deutscher Abstammung haben keine Versprechungen von Ihnen in Händen und erwarten von Ihnen nichts anderes, als nur ein ehrliches Handeln. Ich sehe Ihrer Verwaltung als einer neuen Ära im Innern und nach Außen entgegen, unter der man sich wohl fühlen kann, und bin in dieser Erwartung Ihr aufrichtig ergebener“

Zahlreiche Zuschriften in Vierecks Zeitschrift zeigen, daß die Politik, die die Zeitschrift und das hinter ihr stehende „Komitee der 96“ empfehlen, weitgehende Zustimmung in deutsch-amerikanischen Kreisen findet. Das Komitee hatte offen Parole für Harding ausgegeben und wurde darin von den amerikanischen Iren unterstützt. Die amerikanischen Zeitungen erkennen in ihren Wahlbesprechungen unumwunden an, daß Vierecks Agitation ihren Erfolg gegen Wilson voll erreicht habe.

Chile.

Ein Komitee chilenischer Damen hat durch den Berliner chilenischen Gesandten der Frau des Außenministers Dr. Simons 150 000 Mark zur Verteilung an Weihnachten überreichen lassen. Die deutsche Regierung hat den Geberinnen bereits ihren Dank aussprechen lassen.

Argentinien.

In Anbetracht des Interesses, das Argentinien als Einwanderungsland für uns beansprucht, sei darauf hingewiesen, daß der argentinische Außenminister Dr. Honorio Pueyrredon sich augenblicklich in England aufhält, dort von König Georg empfangen werden wird und sich auch bereits verschiedenen hohen Beamten gegenüber zur politischen Einstellung seines Landes geäußert hat. So erklärte Pueyrredon am 17. Dezember dem Lord Curzon, daß Argentinien sich absolut darauf verlasse, keinen besseren Freund in der Welt zu haben als Großbritannien. Deshalb sei es bestrebt, die Bande mit jenem immer enger zu knüpfen. Obwohl

Graf Luxburg ihn einen Esel genannt habe, sei er dem Grafen dafür recht dankbar, weil dieser dadurch öffentlich bekundet habe, daß er (Pueyrredon) englandfreundlich sei. Darauf wäre er ja aber gerade ganz besonders stolz.

KLEINE NACHRICHTEN

Ein großer Deutsch-Brasilianer. Die brasilianischen und argentinischen Zeitungen feiern mit großen Leitartikeln den 70. Geburtstag (10. Oktober) des Naturforschers Dr. Hermann von Ihering als eines Mannes, der die Ehre des deutschen Namens in Brasilien hochgehalten und in die gesamte Kulturwelt hinausgetragen hat.

Hermann von Ihering ist als Sohn des großen deutschen Rechtslehrers und Rechtsphilosophen Rudolf von Ihering in Deutschland geboren, seit 40 Jahren in Brasilien ansässig. Er zählt zu den bedeutendsten lebenden Zoologen und hat das meiste zur naturwissenschaftlichen Erforschung Brasiliens beigetragen. Seine erste wissenschaftliche Arbeit aus Brasilien behandelte die Giftapparate der Korallenschlangen (1881); seitdem hat er zahlreiche Gruppen des brasilianischen Tierreiches durchforscht.

Für das Rio Grandenser Deutschtum hat Ihering im Verein mit Koseritz bahnbrechend gewirkt, indem er den deutschen Kolonisten zur Erlangung des Wählertitels verhalf. Nach Koseritz' Tode hat er längere Zeit die „Neue deutsche Zeitung“ in Porto Alegre geleitet. Nach der Revolution in Rio Grande do Sul siedelte er nach Sao Paulo über, wo er zunächst als Abteilungsvorsteher in der geographisch-geologischen Kommission tätig war und 1895 zum Direktor des neuen Staatsmuseums ernannt wurde. An diesem Museum hat er 21 Jahre gewirkt.

Während des Krieges ist er in unschöner Weise von dieser ihm lieb gewordenen Arbeitsstätte verdrängt worden. Er siedelte nach Santa Catharina über, wo ihm von dem Gouverneur Hercilio Luz die Einrichtung des Staatsmuseums in Florianopolis übertragen wurde. Aber auch hier ließen ihm die Deutschfeinde keine Ruhe, so daß er jetzt im Begriff steht, an die argentinische Universität Córdoba überzusiedeln.

Das Deutsche Ausland-Institut spricht auch an dieser Stelle dem verdienstvollen Gelehrten seinen herzlichsten Glückwunsch zu seinem Ehrentage aus und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Siebzigjährigen noch lange Jahre vergönnt sein möge, in freudig schaffender Wirksamkeit dem deutschen Namen in Südamerika Ehre zu machen.

Professor Dr. Leonhard Masing in Dorpat, der älteste Dorpater Professor, feierte zugleich seinen 75. Geburtstag und das Fest seiner vierzigjährigen Zugehörigkeit zur Dorpater Hochschule. Bekannt sind seine Erforschungen lebender Mundarten und seine Dialektuntersuchungen.

Emil Schröder, eines der ältesten und geachtetsten Mitglieder der deutschen Kolonie in Buenos Aires feierte am 6. November in voller Frische seinen 75. Geburtstag. Er ist als Sohn eines deutschen Schriftstellers in Hannover geboren, der zu den Freunden Richard Wagners zählte und mit diesem zusammen in Leipzig studiert hat. Der Sohn unternahm nach Absolvierung der Schule große Reisen und weilte von 1865 an in Argentinien, zog sich erst im Jahre 1910 von den Geschäften zurück, um in der Provinz Cordoba sich der Leitung seiner Güter zu widmen. Schröder, der ebenso gut englisch wie deutsch spricht und schreibt, hat sehr viel englische Zeitungen in Argentinien geschrieben, weil damals für eine deutsche Zeitung kein Geld

da war. Bei einer Deutschlandreise im Jahre 1891 wurde Schröder sehr geehrt und gefeiert, er fand auch beim Reichskanzler Bismarck freundliche Aufnahme in Friedrichsruh. In Buenos Aires hat der Jubilar dem deutschen Vereinswesen viel Arbeitskraft gewidmet, namentlich dem deutschen Turnverein und dem deutschen Hospital.

Olive Schreiner †. Der „Vorwärts“ berichtet aus Kapstadt, daß Frau S. C. Cronwright Schreiner gestorben ist, die die Tochter eines deutschen Pastors und einer Engländerin war. Sie ist eine der schärfsten Kritikerinnen der Südafrika-Politik gewesen und hat die Schmach der Konzentrationslager gegeißelt. Ihre „Geschichte einer amerikanischen Farm“ ist berühmt geworden. Ein großes Werk, das im Manuskript fertig vorlag und ihre Ideen zur Frauenfrage enthielt, wurde von plündernden englischen Soldaten während des Burenkrieges vernichtet. Sie schrieb es später von neuem nieder. Es ist unter dem Titel „Die Frau und die Arbeit“ in deutscher Übersetzung bei Diederichs in Jena erschienen.

Heimatgedenken.

Hundert Deutsch-Amerikaner in Fredericksburg in Texas stifteten 124 Kühe, 2 Bullen und 2 Kälber zur Linderung der deutschen Not. Die Tiere haben nach einer bei der Auslandsabteilung des deutschen Roten Kreuzes eingetroffenen Nachricht die Reise nach Deutschland bereits angetreten.

Die Stadt Stuttgart hat von einer geborenen Stuttgarterin für ihre Armen neben verschiedenen früheren Spenden jetzt wieder 1700 Mark bekommen. — In Isny ist infolge eines Aufrufs im „Neuyorker Schwäbischen Wochenblatt“ ein Heim für lungen-schwache und tuberkulöse Kinder Württembergs begründet worden. 30000 Mark sind von Deutschamerikanern dafür gestiftet worden.

Otto Hawitzek aus Valparaiso, der in Myslowitz wohnte, hat seiner Heimatgemeinde 50000 Mark unter der Bedingung gestiftet, daß die Zinsen halbjährlich an bedürftige Kriegsteilnehmer, Kriegswitwen und Schwerbeschädigte, die auf dem Boden des Deutschtums stehen, verteilt würden. Die erste Verteilung, die 40 Personen zugute kam, fand diese Woche statt. Falls Oberschlesien bei der bevorstehenden Abstimmung deutsch bleibt, soll die Stiftung auf 100000 Mark erhöht werden, andernfalls aber die Verwaltung derselben nach Berlin verlegt werden.

KIRCHE UND MISSION

Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins in Wernigerode. Die Monatshefte des Gustav-Adolf-Vereins, „Die evangelische Diaspora insbesondere des Auslandsdeutschtums“ (Oktober-November 1920) bringen einen eingehenden Bericht über die Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins in Wernigerode von Max Brunau. Aus der Tschechoslowakei und Deutschwestungarn, aus Großrumänien und Galizien, aus Italien, Südamerika und Südafrika waren die Vertreter der Diaspora herbeigeeilt, und ihre Berichte am zweiten Verhandlungstage wurden gewissermaßen eine Heerschau über die gesamte Gustav-Adolf-Arbeit, über die furchtbaren Nöte, die der Krieg und seine Folgen gebracht, und über die großen neuen Aufgaben, die der Verein zu bewältigen hat. Der Verein ist nach den Ausführungen des Vorsitzenden, Prof. D. Rendtorff, erst jetzt eigentlich zu einem Höhepunkt seiner Arbeit gekommen. Zuversicht und Freudigkeit für die Zukunft sprachen trotz allem Schweren, was es zu berichten gab, aus den Verhandlungen. Für bedrängte Diasporaanstalten, das Diakonissenhaus in Danzig, die fünf

Unitätsgemeinden in Posen, die evangelische Schule in Biala, die evangelische Gemeinde in Mischdorf bei Preßburg, wurden beträchtliche Summen bewilligt. Für die Pastoration der evangelischen Deutschen in Südwestafrika konnte ein laufender Betrag, für die Besoldung des Pfarrers in Rom ein jährlicher Zuschuß bewilligt werden.

Ein Vortrag des Generalsekretärs des Gustav-Adolf-Vereins, Pfarrer Geisler, behandelte die Frage, welche Hilfe die Deutsch-Evangelische Mutterkirche den überseeischen Töchtern unter den veränderten Verhältnissen noch leisten kann. Durch die unglücklichen Valutaverhältnisse sei die Möglichkeit einer Hilfeleistung zu $\frac{9}{10}$ eingeschränkt. Im Augenblick seien wir in der Heimat die Empfangenden, die draußen die Gebenden. Die Stellung persönlicher Kräfte für den Diaspora- und Ueberseedienst werde die Heimat nach wie vor auf sich nehmen. Das gelte für die Frauen als Schwestern und für die männlichen Berufsarbeiter als Pfarrer. Die großstädtischen Gemeinden in Übersee brauchten nach wie vor Sendlinge der Heimat mit voller akademischer Bildung. Bezüglich der Auswanderungsorgen wurde auf eine wohl vorbereitete und die Hoffnung des Gelingens in sich tragende Ansiedlung von ein paar hundert deutschen Großkolonisten, sowie auf die planmäßigen Siedlungsarbeiten der Deutsch-Evangelischen Synode von Rio Grande do Sul im Serragebiet besonders aufmerksam gemacht.

In der auf den Vortrag folgenden Debatte wurde auf das in Brasilien erforderliche Mutterhaus zur Vorbildung der einheimischen Schwestern für Krankenpflege und Schuldienst, sowie auf die kürzlich gebildete „Zentralstelle für kirchliche Auslandshilfe“ hingewiesen.

Vereinigung „Deutsch-Evangelisch im Ausland“. Auf der diesjährigen Tagung der Vereinigung „Deutsch-Evangelisch im Ausland“, welche in Verbindung mit der Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins am 1. Oktober in Wernigerode stattfand, waren nach den Monatsheften des Gustav-Adolf-Vereins 15 von den 29 angeschlossenen Vereinigungen vertreten. Besondere Hervorhebung fand der bei der Pfingsttagung des Deutschen Schutzbundes mit Erfolg gemachte Versuch einer gemeinsamen Arbeit evangelischer und katholischer Freunde des Auslandsdeutschtums. Die Anregung wegen Einschränkung des freien Pfarrwahlrechts zugunsten der aus dem Ausland in die Heimat zurückkehrenden Pfarrer wurde durch einen Hinweis auf entsprechende Maßnahmen bei Schaffung der neuen kirchlichen Verfassung in den einzelnen Landeskirchen erledigt.

Christiania. Bei dem deutsch-evangelischen Gemeindeabend am 4. November sprach der neue Vikar Fiedler über die „Reformation und das heutige Deutschland“. Pfarrer Günther, der den Abend leitete, betonte, daß man während der harten Kriegszeit die evangelischen Gemeindeabende in allgemeine interkonfessionelle deutsche Familienabende ungewandelt habe, daß man aber anläßlich des Reformationsfestes, wenn man auch die völkische Einheit höher stelle, als die konfessionellen Unterschiede, Luthers und der Reformation gedenken wolle.

Von der Synode der evangelisch-lutherischen Landeskirche BeBarablens. In Tarutino tagte in den letzten drei Novembertagen die Synode in der Kirche. Nach dem einleitenden Gottesdienst gab der Sekretär der Synode, August Erdmann, einen Überblick über die Entwicklung der schwebenden Fragen, Pastor Haase referierte über den Zusammenschluß der beBarabischen mit der siebenbürgischen Landeskirche. Die Versammlung stimmte dem geschlossenen Verträge ohne jede Abänderungen zu und wählte die vorgesehene Vertretung: zum Vorsitzenden des Konsistoriums

Herrn W. Mutschall, zum Oberpastor und stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Pastor Haase, zwei geistliche und vier weltliche Beisitzer wurden bestellt und zum Sekretär und Anwalt auch des neuen Konsistoriums Herr August Erdmann gewählt. Über die Schulfrage berichtete der Direktor des Tarutinoer Knabengymnasiums, Pastor Römmich. Mit 60 gegen 6 Stimmen faßte darauf die Synode den Beschluß, die Gemeindeschulen als Kirchenschulen zu erhalten und die Kosten aus eigenen Mitteln zu bestreiten, soweit der Staat nicht für die Mittel aufkommen wolle. Die Gehälter der Lehrer seien denjenigen der Staatsschullehrer gleich zu stellen. Ein Ausschuß von einem geistlichen, sechs weltlichen und fünf Lehrermittgliedern soll eine Schulverfassung ausarbeiten. Zum Schluß der Synode wurde der neue Oberpastor feierlich in sein Amt eingeführt, der Vorsitzende überreichte ihm ein goldenes Brustkreuz und die Vertreter der Geistlichkeit brachten dem neuen Oberhaupt ihre Huldigungen dar.

50jähriges Jubiläum des deutschen Evangelisationswerks in Spanien. Am 9. November 1870 traf Fritz Fliedner in Madrid, der Hauptstadt Spaniens, ein, in der er bis zu seinem Tode 1901 evangelisiert hat. Am 9. November 1888 wurde ihm in Berlin der erste Baustein zum Bau eines Jugendhauses und Gymnasiums in Madrid gereicht. Am 9. November 1920 beging das inzwischen von seinem Sohne übernommene Werk sein 50jähriges Jubiläum.

Ein Tanzsaal der übelsten Sorte in einem verrufenen Hause hatte zu Anfang als gottesdienstlicher Raum gedient. Später wurde daraus eine freundliche Kapelle, ein Knaben-Waisenhaus, ein Hospital und ein Mädchen-Waisenhaus, ein Kleinkinder-Saal, allmählich ein vielseitiges Missions-Zentrum, in dem auch ein evangelisches Bücherlager eingerichtet wurde. 400 Schüler werden in diesen Anstalten unterrichtet. Außerdem werden in der Schule des Reichs 200 Kinder unterrichtet. Mehrere städtische und Privat-Schulen danken dem Fliednerschen Werk ihre Entstehung. Ferner bestehen Außen-Stationen in Camuñas, in Granada, Valladolid, Gijón, Besullo, Xahernando, Miajadas, Santa Amalia. Das Werk bietet in allen seinen Teilen den Anblick des fruchtbaren Gedeihens, trotzdem infolge der schlechten Valuta seine Schuld auf 451 000 Pesetas angewachsen ist.

Der gegenwärtige Leiter ist Pastor Theodor Fliedner, Madrid, Bravo Murillo 63, die Hauptgeschäftsstelle in Deutschland: der „Verein zur Förderung des Evangeliums in Spanien“ in Stuttgart (G. Thauß, Degerloch).

Bazarveranstaltung der Deutsch-evangelischen Gemeinde Windhuk. Am 6. November veranstaltete die Gemeinde einen Bazar, der über 15000 Schilling brutto einbrachte und besonders bemerkenswert war dadurch, daß der neue Administrator, Sir Hofmeyr, ihn mit seiner Frau eröffnete und dabei eine Ansprache in holländischer Sprache hielt, die er in deutscher Sprache dann fortsetzte und ausklingen ließ. Er hob die große Bedeutung der Kirche im deutschen Teil seiner Ansprache hervor, die helfen müsse, eine zufriedene Bevölkerung zu schaffen. Das tägliche Werk der Nächstenliebe sei äußerst wertvoll, und er hoffe, sich stets an die deutsche Kirche bei der Erfüllung seiner schwierigen Aufgabe wenden zu dürfen.

Ein deutsches evangelisches Prediger-Seminar für Rio Grande do Sul soll, der „Serra-Post“ zufolge, von der riograndenser Synode zur Ausbildung einheimischer evangelischer Geistlicher errichtet werden. Damit soll nicht nur dem Mangel an geeigneten Geistlichen abgeholfen werden, sondern auch die Zahl der Geistlichen vermehrt werden, die mit den brasilianischen

Verhältnissen bereits vertraut und mit der einheimischen Bevölkerung aufgewachsen sind. Als Sitz des Seminars ist Cachoeira in Aussicht genommen.

SCHULWESEN IM AUSLANDE

Vom Schulwesen im Baltikum. Bei der Begründung einer Ortsgruppe des Deutsch-Baltischen Eltern-Vereins in Libau sprach Schulrat von Radecki über Geschichte und Wesen, Aufgaben und Nöte der deutschen Schulen in Lettland. Er erzählte, die Zahl der deutschen Schulen habe sich in kurzer Zeit fast verdreifacht, eben besuchten die Grundschulen 8200, die Mittelschulen 1800 Kinder. Noch genügt aber die Zahl der Schulen nicht, und die Gründung einer großen Zahl von Schulen sei notwendig. Vor allem müßten für die Lehrerschaft Mittel beschafft werden, denn zu Hungerlöhnen könne sie nicht weiterarbeiten. 150 Personen meldeten sich sofort für die Ortsgruppe.

Wesenberg (Estland). In einer Versammlung des Ortsausschusses der deutschen Schulhilfe kam zum Ausdruck, daß die Schule zwar im abgelaufenen Jahr ihre Verpflichtungen decken konnte, daß aber trotz der Steigerung von 70 auf 110 Schüler das deutsche Realgymnasium vor schweren Sorgen stehe. Trotzdem wurde ein Antrag auf Abbau der Schule nicht angenommen, sondern im Gegenteil, wenschon die Regierung die geforderte Subvention ablehnte, beschlossen, die von ihr geforderte achte Schulklasse der Anstalt neu zuzufügen und das Geld durch Sammlungen und Veranstaltungen von Schulfesten einzubringen.

Gegen die deutschen Schulen in Polen. Aus Danzig kommt die Nachricht, daß in der Wojwodschaft Pomerellen 210 deutsche Lehrer wegen Verweigerung des Dienstes entlassen wurden und 119 freiwillig aus dem Amt schieden.

Der deutsche Wohltätigkeitsverein in Helsingfors und seine Schule. „In einer für das deutsche Volk schicksalsschweren Zeit ist der Vorstand des deutschen Wohltätigkeitsvereins zu Helsingfors an die Erweiterung der seit 40 Jahren hier selbst bestehenden deutschen Elementarschule zu einer höheren Lehranstalt für Knaben und Mädchen geschritten. Berufene Frauen und Männer der deutschen und finnischen Gesellschaftskreise haben die neue Schöpfung, die ein Kind des Glaubens an die ungebrochene Lebensfähigkeit deutschen Geistes und deutscher Kraft ist, bei ihrem Eintritt ins Leben wohlwollend begrüßt.“ — Mit diesen Worten beginnt ein weitverbreiteter Aufruf des Schulvorstandes.

Es handelt sich um ein neues Schulgebäude. Denn wohl sitzt die Schule auf eigenem Grund und Boden, aber in einem viel zu engen Haus. Denn die Schülerzahl ist nach Erweiterung der Schule in diesem Herbst ganz unerwartet von 39 (bei 3 Klassen im Vorjahr) auf 135 Kinder in 6 Klassen emporgeschwollen. Hieran schließt sich noch ein Kindergarten, der von etwa 80 Kindern besucht wird. Die Hälfte der Kinder ist deutsch, die Hälfte sind Finnen und Schweden. Doch haben sich diese überraschend schnell der deutschen Unterrichtssprache angepaßt. Bei der reizenden Weihnachtsfeier, die das 1. Semester abschloß, traten schwedische und finnische Kinder mit deutschen Deklamationen auf, die noch im Herbst kein Wort deutsch gekonnt hatten. Natürlich hilft hier das Haus mit begeisterten Hingebung mit.

Das 40jährige Jubiläum des deutschen Wohltätigkeitsvereins, der bisher die Schule unterhalten hat, gestaltete sich zu einem Fest des hiesigen Deutschtums und zu einem Triumph der deutschen Schule. Im finnischen National-

theater wurde von deutschen Liebhabern „Alt Heidelberg“ mit so großem Beifall des ausverkauften Hauses aufgeführt, daß eine Wiederholung notwendig ist. Eine Lotterie mit geschenkten Gewinnen warf allein den Ertrag von 22000 finnischen Mark zum Besten der Schule ab. Der Vorstellung folgte ein Festessen im Hotel Fennia, an dem 400 Deutsche und Finnländer teilnahmen. Der Vorsitzende des deutschen Vereins, Kommerzienrat Goldbeck-Löwe, gab einen Rückblick über die Geschichte des Vereins bis zu dessen neuestem Werk, der Er-schaffung einer deutschen Mittelschule mit vollem Programm. Der Rektor der neuen Schule, Bruno Stude, entwarf ein Bild von den idealen Aufgaben dieser finnisch-deutschen Brücke, dieser Pflegestätte deutschen Volkstums und hoher Geistesbildung.

Ein besonderer Dank gebührt dem Veranstalter der Auf-führung, Dr. Westphal. Wie es heißt, sollen bei diesem Vereinsjubiläum etwa 50 000 finnische Mark zum Besten der Schule zusammengekommen sein. C. v. K.

Constanza (Dobrudscha). Am 20. November fand hier die erste Versammlung sämtlicher deutscher Lehrer in der Dobrudscha statt. Es herrscht in der Dobrudscha großer Mangel an deutschen Lehrern, weshalb die siebenbürgisch-sächsische Landeskirche vier Lehrer beurlaubte, damit die vier Fehlstellen an der Schule in Constanza besetzt werden könnten. Viele Gemeinden blieben aber doch noch ohne Lehrer, bis jetzt aus Beßarabien Herren kamen. Zu der Versammlung waren alle Lehrer erschienen, elf an der Zahl. Pfarrer Fritsch leitete die Besprechungen. Es wurde beschlossen, von einzelnen Lehrern Entwürfe zu einem einheitlichen Schulplan einzufordern. Vom Ministerium sind für den gesamten deutschen Stoff nur 1½ Lehestunden bewilligt worden, das ist natürlich ungenügend und wurde auch kräftig kritisiert. In der ersten Klasse fehlen leider fast überall die Fibeln, wie mit Bedauern festgestellt werden mußte. Die Arbeit auf dem Felde verursacht an den meisten Orten einen recht schlechten Schulbesuch. Ein Lehrerverein wurde be-gründet, der sich den übrigen deutschen Lehrervereinen in Groß-Rumänien anschließen soll.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Christiania. Von den Erfolgen des Leipziger Thomaner-Chors haben wir berichtet. Am 14. Oktober veranstaltete der Chor nach seinem letzten Konzert für die Pflegeeltern und ihre Angehörigen einigen geselligen Abend, bei dem der Rektor des Gymnasiums, Oberstudienrat Dr. Tittel, eine warmherzige Ansprache an die liebenswürdigen Gastwirte hielt, worauf der deutsche Gesandte, Dr. Romberg, insbesondere der norwegischen Presse Dank aussprach und der hohen Traditionen des Thomanerchors und der deutschen Jugend als Trägerin uralter Kunsttradition gedachte. Ohne nationalistische Überheblichkeit pflegen zu wollen, dürfte Deutschland auf diese Leistungen stolz sein. — Seine skandinavische Reise hat der Chor mit einem glänzenden Abschlußkonzert in Kopenhagen beendet. Die Kunst des Chors und seines Dirigenten Straube wird von der gesamten Presse gelobt. In Kristiania gab der Chor in der Erlöserkirche wieder ausverkaufte Konzerte, in Bergen drei und in Drammen ein Konzert. In Norwegen scheinen namentlich die Jungens des Knabenchors besonders herzlich aufgenommen worden zu sein. Der norwegische Generalkonsul Hildrich kleidete 25 der Kinder auf seine eigenen Kosten neu ein und beschenkte sie reichlich.

Ein deutsches Bach fest soll im Frühjahr 1921 in Christiania stattfinden, veranstaltet von Professor Karl Straube, Leipzig,

mit dem Cäcilienverein in Christiania. Das Fest soll unter Mitwirkung deutscher Künstler vier Abende umfassen.

An der finnischen Staatsoper in **Helsingfors** wurde die Walküre unter Professor Mikoreys Leitung und in der Inszenierung von Hermann Gura in deutscher Sprache aufgeführt. Beide Leiter wurden mit den Hauptdarstellern stürmisch gefeiert.

Vom Deutschen Theater in Reval. In Reval wohnen zurzeit verhältnismäßig viele Deutschbaltten, weil die Enteignung der Landbesitze die Vertriebenen in die Städte ziehen ließ, wo man den städtischen Grundbesitz natürlich wegen der zahlreichen estnischen Grundbesitzer nicht so rasch enteignen will und wo die Landbesitzer zumeist auch ihre Häuser und Besitzungen haben. Trotzdem ist natürlich das Deutsche Theater zurzeit finanziell nicht aufrecht zu erhalten. Der Theaterverein hat es vermietet, hat sich aber die Montagabende wenigstens für deutsche Veranstaltungen vorbehalten. Da ein Theater von Berufsschauspielern zurzeit unmöglich ist, ist eine Gesellschaft von Liebhaberschauspielern gebildet worden, deren Leitung Herr Hugo Schwarz übernommen hat.

Deutsches Theater in Czernowitz. Das Theater umfaßt zurzeit eine vollständige Opern-, Schauspiel- und Operettengesellschaft. Das Schauspiel-Ensemble besteht aus 9 Herren und 12 Damen, das Opern- und Operetten-Ensemble aus 11 Herren und 9 Damen, der Chor aus 14 Herren und 12 Damen. Das Theater-Orchester ist 27 Musiker stark. Verschiedene Gäste sind für die Saison bereits verpflichtet worden.

Die „Neue Freie Presse“ läßt sich aus Prag melden, daß das am 16. November anlässlich der Ausschreitungen von Tschechen besetzte **deutsche Landestheater** nunmehr vom Landesverwaltungsausschuß trotz aller Proteste als tschechische Bühne übernommen wurde mit der Begründung, das tschechische Nationaltheater sei Eigentum des Landes geworden, es müsse also auch das deutsche Landestheater eine tschechische Bühne sein.

Temesvar. Nachdem das deutsche Theater in Temesvar im Banat abgebrannt ist, soll nunmehr in den Räumen eines Lichtspielhauses eine provisorische deutsche Bühne errichtet werden, an der eine deutsche Gesellschaft demnächst mit ihren Vorstellungen beginnt.

Wagneraufführungen in Spanien. Im Dezember und Januar fanden Wagnerfestspiele an der Spanischen Oper in Madrid statt, bei denen deutsche Aufführungen zum erstenmal in Spanien geboten wurden. Die Kammersänger Kraus, München, und Kirchhoff, Berlin, sind neben anderen hervorragenden Kräften für diese Spiele gewonnen worden.

Barcelona. In Barcelona werden gegenwärtig zwei aus dem Deutschen übersetzte Lustspiele gespielt, „Der Orientexpress“ von Blumenthal und Kadelburg und „Freue dich Papachen“ von Arnold und Bach. Beide Stücke erfreuen sich großen Erfolgs. Das letztere ist von dem spanischen Publizisten Bueno übersetzt worden.

Aus **Neuyork** schreibt uns unter dem 26. November ein Mitarbeiter:

„Im Metropolitan-Opern-Hause fand kürzlich die Erstaufführung von „Tristan und Isolde“ statt — in englischer Sprache. Nachgerade gewinnt aber auch bei denjenigen Kreisen die Vernunft wieder Überhand, die sich an dem wüsten Treiben und Verhetzen gegen alles Deutsche ganz besonders hervorgetan haben. Als ein Anzeichen dafür möchten wir hier einen Artikel

wiedergeben, der in der *Neuyorker World* über Aufführungen deutscher Opern in der englischen Sprache erschienen ist. Es heißt darin: Wenn erst der Friede einmal offiziell erklärt ist, werden wir 'Tristan und Isolde', dies Meisterstück aller Meisterstücke, unzweifelhaft in seiner Originalsprache zu hören bekommen. Alle Übersetzungen von Opern sind Verschlechterungen, und im Falle von Wagner ist dieser Verlust ganz besonders hoch einzuschätzen. Die Form und der Tonfall der musikalischen Sprache wird in jeder Übersetzung verzerrt, ob es sich um Englisch oder um die Sprache der Choctaw-Indianer handelt. Weshalb wurde diese Musik nicht in deutscher Sprache gesungen?

In ähnlicher Weise, wenn auch vorläufig noch etwas verschämter, schreiben die anderen *Neuyorker Blätter*.

Von dem italienischen Direktor der Metropolitan-Oper, Giulio Gatti Casazza, war es von jeher bekannt, daß er die deutsche Sprache bei der Aufführung der deutschen Opern beibehalten wollte; es war die 'Gesellschaft', welche die teuren Logenplätze und Saisonbillets innehat, deren Einfluß das Deutsche verbannte.

Der Kreutzer-Quartett-Klub von Neuyork feiert in diesen Tagen sein 60jähriges Jubiläum mit einem großen Konzert, in welchem der Chor den musikalischen Reigen mit dem 'Sängerguß' und dem beliebten 'Schäfers Sonntagslied' seines Namenspatrons Konradin Kreutzer eröffnen wird.

Der Verein wurde im Jahre 1860 in dem ehemaligen 'Klein-Deutschland' in der unteren Stadt gegründet und zählte zu den angesehensten Gesangsvereinen von Neuyork. Von 'Klein-Deutschland' ist allerdings kaum noch eine Spur vorhanden und die heutige Generation weiß nichts mehr davon. Die Otterndorffer Bibliothek, die inmitten dieses ehemals ganz deutschen Bezirkes lag, ist fast das einzige Wahrzeichen, das zurückgeblieben ist."

Felix von Weingartner berichtet über seine südamerikanische Reise, daß er den 'Parsifal', die 'Walküre', 'Lohengrin', 'Carmen' und bei einer Wohltätigkeitsvorstellung den 'Mephistopheles' von Buiti dirigiert habe, und daß er wiederholt Konzerte leitete, in denen in erster Linie Beethoven und Wagner, sowie französische, italienische, argentinische und brasilianische Komponisten gespielt wurden.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Christiania. Die Deutsche Gesellschaft veranstaltete am 11. November einen Familienabend aus Anlaß ihres dreißigjährigen Stiftungsfestes. Der erste Vorsitzende, Herr Ingenieur Galdert, begrüßte die Anwesenden, dann sprach der deutsche Gesandte, Herr Dr. Romberg, über den Wechsel der Zeiten zwischen einst und heute und über das Verhältnis zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, über den Verlust von Macht und Reichtum und über den Gewinn an Verantwortlichkeitsgefühl und an Freude am Volkstum. Das höchste Kleinod einer Nation, die Freude am Volkstum, sei nicht verloren gegangen. Es sei infolge der inneren Neuordnung neu belebt und gestärkt. Man denke nur an die Abstimmungen in Schleswig, in Ost- und Westpreußen. Mut und Kraft gehören dazu, an Deutschlands Zukunft zu glauben, aber in diesem Glauben soll gerade das Auslandsdeutschtum vorangehen. Herr Höhnke sprach dem norwegischen Lande den Dank aller Deutschen für seine Gastfreundschaft aus. Herr Dr. Aall fand ergreifende Worte für das ehrenvolle Los des Leidens des deutschen Volkes und mahnte die Deutschen, nicht nur in ihrem ausgeprägten Gerechtigkeitsgefühl alle Gerechtigkeit auf der Gegenseite zu suchen und zu sehen, sondern auch für sich Gerechtigkeit zu fordern. Herr Ruhs gab einen Überblick über das dreißig-

jährige Lebensalter der Gesellschaft, Herr Böhlke dankte im Namen der anwesenden Gründungsmitglieder, und eine Fülle von Reden und Verlesung von Telegrammen mit Glückwünschen von allen Seiten beschlossen den gelungenen Abend.

Christiania. Der Deutsche Frauenverein, der in diesem Jahre auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann, wählte einstimmig Frau Höhnke zur Vorsitzenden. Die 1200 Kronen Einnahmen, die der Verein hatte, wurden fast vollständig für Weihnachten und Spenden verausgabt.

Stockholm. Die deutsche Gesellschaft feierte am 23. November ihr 58. Stiftungsfest, dem die deutsche diplomatische Vertretung und die beiden Vorsitzenden der Schwedisch-Deutschen Vereinigung beiwohnten. Die Gesellschaft zählt zur Zeit 180 Mitglieder. Professor Montelius sprach über die geistigen Beziehungen zwischen Schweden und Deutschland, ihm antwortete der deutsche Gesandte Nadolny, der mit einem Hoch auf das gastfreie Schweden schloß. In der Gesellschaft sprach am 5. November der ehemalige Berliner Bürgermeister Dr. Reike über das Thema 'Freiheit, wozu?'. Er gab an einem darauf folgenden Tage auch einen eigenen Abend mit Vorlesungen aus seinen Werken.

Fellin, Estland. Die Ortsgruppe der Deutschen Schülhilfe veranstaltete am 4. Dezember ein Fest, um die örtliche deutsche Schule zu unterstützen. Den Saal stellte der Direktor des Mädchengymnasiums des estnischen Bildungsvereins zur Verfügung und mit der deutschen Gesellschaft vereinte sich auch ein großer Teil der gebildeten estnischen Gesellschaft zu dem gut gelungenen Feste, das kleine Aufführungen und ein Cabaret brachte und von gutem pekuniären Erfolge war. Das freundliche Verhältnis zwischen Esten und Deutschen, das hierbei zutage trat, verdient als erfreuliche Ausnahme besonders hervorgehoben zu werden.

Deutscher Klub, Yokohama. Wie man uns aus Yokohama unterm 9. November schreibt, ist der Deutsche Klub seit November 1919 wieder offen, doch wurde das alte Gebäude zwangsweise, wie alles deutsche Eigentum, verkauft. Die Regierung erwarb es, um neue Postgebäude darauf zu errichten, und zwar um 220000 Yen, wovon 130000 Yen wieder an die Deutschen ausbezahlt werden, während der Rest gegen einen Gutschein auf Deutschland konfisziert wird. Als neuen Klub hat man nun das Illiessche Haus auf dem Bluff Nr. 4 für 50000 Yen erstanden und will es rasch entsprechend umbauen, um es dann beziehen zu können. Der Umzug findet wahrscheinlich im Januar 1921 statt. Das Klubhaus genügt den Bedürfnissen der beträchtlich kleiner gewordenen deutschen Kolonie vollständig und wird mit dem Überschuss aus dem Erlös des früheren Hauses gut instand gesetzt werden können.

Tokio. Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens. Die Gesellschaft, die in langer Arbeitszeit vor dem Kriege auf eine stattliche Fülle wissenschaftlicher Veröffentlichungen zurückblicken durfte und die die erste wissenschaftliche Gesellschaft zur Erforschung des Ostens gewesen ist, hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die japanische Behörde hat die wesentlichen Bestandteile des Gesellschaftsvermögens wieder freigegeben, darunter auch die kostbare Bibliothek. Der erste Vereinsabend fand im Vereinshause wieder statt und ergab eine stattliche Beteiligung der Deutschen, denen sich auch japanische Gäste zugesellten. Ein Rechtsanwalt, Dr. Nagashima, stellte bei dieser Gelegenheit der Gesellschaft eine Spende von 1000 Yen zur Verfügung. Der Geschäftsträger Dr. Solf nahm den ihm

angetragenen Ehrenvorsitz an und sagte seine aktive Beteiligung an wissenschaftlichen Arbeiten und Vorträgen zu, Ingenieur Herrmann gab einen Rückblick und Ausblick auf die Tätigkeit der Gesellschaft und ihre Aufgaben.

Venancio Ayres (Brasilien). Am 7. November fand im katholischen Vereinshaus eine Versammlung der deutschen Kolonie statt, die nach einem Vortrag über das Thema „Gute Bücher“ in gemeinsamer Aussprache beschloß, den Katholischen Lehrerverein der Pfarrei Venancio Ayres wieder erstehen zu lassen, nachdem er infolge des Krieges seine Tätigkeit eingestellt hatte. Ein neuer Vorstand wurde sofort gewählt.

Buenos Aires. Der deutsche Ruderverein Teutonia beging mit einer Regatta und anschließenden Festlichkeiten im deutschen Klub sein 30jähriges Stiftungsfest.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Deutsche Zeitungen in Polen. „Weil es fortgesetzt gegen den Friedensvertrag von Versailles schreibt“, wurde das „Posener Tagblatt“ für ein Vierteljahr verboten. Die „Ostdeutsche Rundschau“ kann erst vom 1. Januar 1921 an wieder erscheinen. Über 20 deutsche Zeitungen mußten auf polnischen Befehl ihr Erscheinen einstellen oder sich mit dem Verkauf an Polen einverstanden erklären. Die sämtlichen Parteien haben deshalb an die Preußische Landesversammlung die Anfrage gerichtet: „Ist der Staatsregierung bekannt, daß entgegen den Bestimmungen des Vertrages, den die verbündeten Mächte mit dem polnischen Staate über den völkischen Schutz der Minderheiten beschlossen, die polnische Regierung die deutsche Presse in Polen gewaltsam unterdrückt? Durch grundlose wiederholte Verbote für Monate oder auf unbestimmte Zeit, durch Inhaftnahme und Internierung der Verleger und Schriftleiter oder durch Einsetzung von Zwangsverwaltern in die Betriebe werden die deutschen Verlagsinhaber so lange bedrückt, bis sie sich zum Verkauf bereit zeigen. Ist die Staatsregierung bereit, dieser Verletzung der Rechte der deutschen Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten?“

Die Polen beeinträchtigen systematisch und in hinterlistigster Weise die selbstbewußte und aufrechte deutsche Presse in den ehemals preußischen Gebieten. Auch das Erscheinen der im gleichen Verlag wie das **Posener Tageblatt** herauskommenden **Posener Warte** ist für die Dauer des Ausnahmezustandes verboten, und da dieser Ausnahmezustand erst jetzt wieder um drei Monate verlängert worden ist und stets weiter verlängert wird, sind die beiden deutschen Zeitungen dann so gut wie vernichtet.

Neue Zeitungen in Dorpat. In Dorpat, wo erst jüngst die alte „Dorpaer Zeitung“ eingegangen ist, erscheint von Mitte Dezember ab wieder dreimal wöchentlich eine deutsche Zeitung, die „Dorpaer Nachrichten“, die von cand. jur. Georg Post herausgegeben wird. Der als einziges Blatt der Deutschen in Estland verbliebene, tapfer die deutsche Sache vertretende „Revaler Bote“ bekommt damit wiederum einen Mitstreiter.

Der „Landesverband China des Bundes der Auslandsdeutschen“, der in Schanghai begründet worden ist, gibt **Monatliche Mitteilungen** für seine Mitglieder heraus, deren drei erste Nummern von August, September und Oktober uns vorliegen. Danach bestehen bis jetzt Ortsgruppen in Schanghai und Hankau, und deren Gründung ist beabsichtigt in Tsinanfu und Peking. Die Mitteilungen enthalten wertvolle Dinge über das Entschädigungsverfahren und Mitteilungen aus den Ortsgruppen.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Bund der Auslandsdeutschen.

Vom Bund.

Bei der Vertreterversammlung am 3. Dezember in Berlin wurde mitgeteilt, daß beim Bund am 30. November insgesamt 41 480 Anträge auf Vorentscheidung eingegangen waren (Rußland 14 162, England 10 942, Frankreich 6 229, Belgien 4 294, Amerika 1 504, Italien 971, sonstige Länder 3 378). Davon waren an die Spruchkommissionen abgegeben 20 409 Fälle, davon 14 644 nach Berlin und 5 765 nach außerhalb. Von den Berliner Spruchkommissionen waren dem Bunde zugestellt und an die Berliner Zahlstelle als rechtskräftige Entscheidungen abgegeben 8 030 Fälle. Nach den Akten des Reichskommissars für Auslandsschäden waren am 4. November 13 042 Akten vom Bunde eingereicht, von denen 391 zur Nachprüfung an den Bund zurückgereicht wurden, 10 734 entschieden wurden und noch 1 917 Anmeldungen unentschieden liegen. Von den 10 734 Entscheidungen sind rechtskräftig 6 043. Davon waren dem Bunde zugestellt 5 787, beim Finanzamt befanden sich noch 4 056 Entscheidungen.

In der gleichen Nummer der „Auslandswarte“, der wir diese Zahlen entnehmen, spricht der Schriftleiter Carrière davon, daß bei der letzten Vertreterversammlung betont wurde, der Bund müsse mehr eine Interessen- und Kampforganisation werden. Zum Kampf gehörten allerdings mehr Mittel, als der Bund jetzt habe. So werden die Mitglieder aufgefordert, wöchentlich mindestens eine Mark für Bundeszwecke zu opfern, mindestens also 52 Mark jährlich dem Bunde zufließen zu lassen. Die Drittelung der Beiträge für Ortsgruppen, Landesverbände und Zentrale sei allerdings wenig glücklich, wie auch die ganze Organisationsform des Bundes revisionsbedürftig sei. Der „Bund der Auslandsdeutschen“ sei eigentlich eine Vorwegnahme dessen, was der Bund erst werden wolle. Über eine Viertelmillion vertriebener Auslandsdeutscher befänden sich in Deutschland, von denen dem Bunde erst über 66 000 angehörten. Die Zahl sei langsam im Wachsen. Die Organisationsform mache dem Bund noch zuviel zu schaffen. Die Landesverbände (welchen Titel eigentlich nur die im Ausland bestehenden Verbände tragen dürften) seien nur Verwaltungsbezirke und hätten in ihrer Verkuppelung mit deutscher Kleinstaaterei Formen in den Bund hineingetragen, mit denen dieser absolut nichts zu schaffen haben sollte.

Berlin. Der Bund der Auslandsdeutschen hatte zu Sonntag, den 19. Dezember, eine große **Protestversammlung** der Auslandsdeutschen in den Zirkus Busch in Berlin einberufen. Es sprachen die Vertreter der verschiedenen Parteien über ihre Stellung zur Entschädigungsfrage, für die Sozialdemokraten Herr Bernstein, für das Zentrum Herr Fleischer, für die Volkspartei Herr Dauch, für die Deutsch-nationale Volkspartei Herr Wulle, für die Demokraten Herr Erkelenz. Der Unabhängige Breitscheid war in letzter Stunde am Erscheinen verhindert worden. Alle Parteien ließen ihren guten Willen zur Entschädigung erklären und betonten, daß es nicht an ihnen oder an der deutschen Regierung liege, wenn die Vorentscheidung nicht gewährt werden könne, sondern an der Finanzlage des Reiches und am Friedensvertrag. Der Bundesvorsitzende Schallert wandte sich besonders gegen die Drittelung, wonach in erster Linie die aus den abgetrennten Gebieten Vertriebenen, in zweiter Linie die Kolonialdeutschen und in dritter Linie die Auslandsdeutschen entschädigt werden sollten. Ein kommunistischer Redner versuchte zum Schluß zu sprechen, konnte sich aber nicht Gehör verschaffen. Eine

Resolution, die eine Vollentschädigung unter Beteiligung der Interessenvertretung der Auslandsdeutschen forderte, wurde angenommen. Dann bildete sich vor dem Zirkus ein Demonstrationszug, der bis unter die Linden marschierte und sich dort dann auflöste.

Von den Ortsgruppen.

Mannheim. Der Rat der Auslandsdeutschen E. V. in Mannheim, der bei der Gründung des Landesverbandes Baden des Bundes mitwirkte und als Körperschaft dem Bunde angehört, teilt uns mit, daß er in letzter Zeit bedeutend an Mitgliedern zugenommen habe, die neben den wichtigen wirtschaftlichen Fragen namentlich den kulturellen und ideellen Aufgaben des Auslandsdeutstums Interesse entgegenbrächten, namentlich von seiten der Studierenden, die sich zu einer Gruppe von Deutsch-Ausländern zusammenschlossen und dem Rat unterstellt hätten. Dieser Aufschwung sei um so mehr zu begrüßen, als die hauptsächlichsten Arbeitsgebiete des Rates im Laufe der letzten Jahre teils von halbstaatlichen (was die Fürsorge angeht) und teils von Reichsdienststellen (Reichswanderungsamt) übernommen worden sind.

Infolge der Demission des bisherigen ersten Vorsitzenden, Pfarrer Dr. Wettstein, und des Ausscheidens der meisten Vorstandsmitglieder wurde eine Neuwahl nötig, die die Wahl des Herrn Leitner zum ersten Vorsitzenden, Herrn Naujoks zu seinem Stellvertreter sowie des Herrn Scheel zum Geschäftsführer ergab. Die zahlreich besetzte Versammlung bot ein Bild der Geschlossenheit der Auslandsdeutschen. Als Vertreter des Landesverbandes war Herr Heitmann, Karlsruhe, anwesend, der zu einträchtiger Zusammenarbeit aller Auslandsdeutschen Mannheims ermahnte.

Die Ortsgruppe faßte eine Resolution gegen die geplanten Entschädigungsgesetze und verlangt darin Umwandlung der ausländischen Währungen in die deutsche Mark nach dem Stande von Ende Juli 1914, Entschädigung für Hausrat und Wohnungseinrichtung, Kleider und Wäsche in einem Betrage, der die Neuanschaffung des Verlorenen zu heutigen Preisen ermögliche, wobei der Höchstbetrag 30000 Mark für den Status von Ende Juli 1914 nicht übersteigen dürfe und höhergehende Beträge in niedrigerem Währungsverhältnis späterhin staffelweise zu entschädigen seien. Die Ortsgruppe bittet die übrigen Ortsgruppen, gleiche Resolutionen zu fassen und ihren Abgeordneten und Reichstagsvertretern zu überreichen.

Am 21. Dezember fand ein Weihnachtsfest der Ortsgruppe statt, an dem 650 Personen teilnahmen und bei dem dank vieler Spenden von Freunden und Gönnern namentlich die Kinder reichlich beschenkt werden konnten. Für die Erwachsenen war ein reiches Programm von Vorträgen aufgestellt.

Köln. Nach der großen Versammlung, die dem Protest gegen die steuerliche Behandlung der Auslandsdeutschen galt, erhielt die Ortsgruppe Köln vom Reichsfinanzminister eine Antwort, daß der demnächst dem Reichstag vorzulegende Entwurf zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers eine Verlängerung der nach § 2 Absatz 1 N. O. G. dem Auslandsdeutschen für die Rückkehr ins Ausland gegebenen Frist von ein auf zwei Jahre vorsehe. Über die steuerliche Behandlung der Entschädigungsbeträge und über die Beseitigung der Doppelbesteuerung bei Erbschaften schwebten noch Erwägungen.

Erster Kongreß der Auslandsdeutschen.

In Hamburg fand ein „Erster Kongreß der Auslandsdeutschen“ am 6. und 7. Dezember statt. Er war veranstaltet von dem Landesverband Nordwestdeutschland des „Bundes der

Auslandsdeutschen“. Das gesamte Präsidium des Bundes war jedoch am Erscheinen verhindert, da die Beratungen in Berlin es festhielten. Als Vertreter begrüßte Herr Alexander die Erschienenen, an die auch der Reichskanzler und der Außenminister durch Generalkonsul Morath Grüße übermitteln ließen. Die Versammlung selbst war außerordentlich zahlreich besucht. Direktor Kühl vom Reichsverband eröffnete sie mit einer Würdigung der Tätigkeit des Auslandsdeutstums und mit einer Rechtfertigung, daß gerade Hamburg den ersten Kongreß beherberge, das im nächsten Jahre eine Überseewoche veranstalten wolle. Die Auslandsdeutschen wollten der Heimat die Versicherung abgeben, daß sie ihr treu bleiben und für sie arbeiten wollten. Für den Senat begrüßte Senator Dr. Stubmann, für den Minister für Wiederaufbau Landgerichtsdirektor Dr. Hinrichsen, für die Hamb. Handelskammer Kommerzienrat Karl Gumprecht.

Reichstagsabgeordneter Walter Dauch sprach über die Bedeutung des Auslandsdeutstums, über die nationale vorzügliche Gesinnung der Auslandsdeutschen, über ihre Treue zur Heimat und auch über ihre Erbitterung über manche gesetzliche und namentlich steuerliche Behandlung. Das Deutsche Reich dürfe keine fiskalische Eintagspolitik betreiben. Der Versuch der Entschädigung der Auslandsdeutschen auf Grundlage des Friedenswertes und Vorkriegskurses sei eine Unmöglichkeit. Das Bekenntnis der glühenden Vaterlandsliebe der Auslandsdeutschen wurde mit Begeisterung aufgenommen. Sodann sprach Herr Heinrich Siemers-Hamburg vom „Weltbund der Auslandsdeutschen“, den er schaffen wolle. Er erstrebt ein Kartell aller Vereine, die im Interesse des Auslandsdeutstums arbeiten. Der Weltbund soll politische, wirtschaftliche und kulturpolitische Aufgaben übernehmen, politisch aber nur arbeiten für seine reichsdeutschen Mitglieder und ihnen das aktive und passive Heimatwahlrecht erwirken. Für die Deutsch-Ausländer dürfe er nicht Politik treiben, dagegen will er dem Auswärtigen Amt bei der Lösung der Personalfragen des Auslandsdienstes behilflich sein. Für den Sitz des Kartells aller Verbände schlug er Hamburg vor, das eine Reichskonferenz einberufen solle.

In der zweiten Versammlung sprach Herr Dr. Walter Lessing-Berlin über „Auslandsdeutsche und Wirtschaftspolitik“ und bemängelte die kühle Gesinnung, mit der der binnendeutsche Wirtschaftler dem auslandsdeutschen Wirtschaftskenner gegenüberstehe, wie er auch die Einrichtung des Bundes der Auslandsdeutschen und die wirtschaftlichen Auslandsreferate dieses Bundes erläuterte. — Die Entschädigung der Auslandsdeutschen, die Steuergesetzgebung und den Wiederaufbau behandelte Dr. Einhorn, der den Geist unserer heutigen Gesetzgebung dahin charakterisierte, daß er zum Untergang des Auslandsdeutstums führen müsse. Über Hamburg und das Auslandsdeutstum sprach zum Schluß Oberlandesgerichtsrat Fehling, der Präsident des Norddeutschen Hansabundes. Er nannte die gegenwärtige Krise nur eine Ruhepause im Vordringen des Deutstums auf dem Weltmarkt. Er verwies auf das Weltwirtschaftliche Archiv und das Ibero-Amerikanische Institut, auf die Stadtbibliothek und die Auslands-Arbeitsgemeinschaft, auf die Überseewoche und auf das starke nationale Bewußtsein, das in Hamburg vorhanden sei, um Hamburg die dominierende Stellung als Vermittler zwischen heimischen und Auslandsdeutstum zuzusprechen.

Wenn auch der Vortrag des Herrn Siemer starken Beifall fand, so können wir uns doch nicht versagen, manche Bedenken gegen diese am grünen Tisch entstandenen Pläne auszusprechen. Wir halten einen Weltbund der Auslandsdeutschen, so wie die Dinge

heute liegen und bei der Verschiedenheit der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Auslandsdeutschen, für eine Unmöglichkeit. Wir halten ihn aber auch für politisch gefährlich, denn die feine Unterscheidung, daß für die Reichsdeutschen Politik getrieben werden dürfe, während im selben Bund für die Deutschausländer keine Politik Platz greifen dürfe, wird wohl von unseren Gegnern kaum verstanden werden wollen. Ein solcher Bund hat an sich schon im Namen und in der Art der Propagierung für diese unsere Gegner etwas Aggressives und würde sofort als alldeutsch und chauvinistisch verschrien, und wenn wir auch der Ansicht sind, daß wir nicht nach unseren Gegnern im allgemeinen unsere Handlungen einrichten, so ist doch in diesem Falle, wo es für uns und für die Auslandsdeutschen Lebensfrage ist, wieder in die ehemals feindlichen Länder zu kommen und dort arbeiten zu können, die Stimmung und die Gesinnung dieser Länder so wesentlich, daß man sich wiederanbahnende Beziehungen nicht durch Großsprecherien stören sollte. Bevor ein Kartell aller Verbände, die innerhalb des Reiches für eine gemeinsame Arbeit in Frage kommen, zustande käme, wäre eine Verständigung zwischen den wesentlichsten dieser Vereine notwendig, zu der es bis jetzt nicht gekommen ist.

Für die Richtigkeit unserer Auffassung über die Weltbundspläne, die bei dieser Tagung besprochen wurden, wollen wir heute nur zwei Pressestimmen anfügen. Der Pariser „Eclair“ bespricht kurz die Tagung und was auf ihr verhandelt wurde und erklärt, daß diese Bestrebungen die Fortsetzung all der chauvinistischen Bestrebungen darstellen, wie sie schon vor dem Kriege im Gange gewesen seien, und eine deutsch-amerikanische Zeitung, der Wächter und Anzeiger in Cleveland, schreibt zu dem Plane das Folgende: „Eine Organisation der deutschen Kräfte ist gewiß ein schönes Ziel, aber es kommt darauf an, wie die Sache angefaßt wird. Auf dem Kongreß der Auslandsdeutschen, der in Hamburg stattgefunden hat, ist der Vorschlag einer deutschen Weltliga aufgetaucht, der Vorschlag zur Organisation aller Deutschen, deutschen Vereine und deutschen Korporationen, die in außerdeutschen Ländern bestehen. Diese Liga soll die deutschen Interessen im Auslande in politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Beziehung wahrnehmen.“

Eine so umfassende Vereinigung, für die man allem Anschein nach auch auf die Deutschen spekuliert, die Bürger oder Untertanen anderer Länder geworden sind, würde sich gerade ihres weiten Umfanges wegen im Auslande allerlei Schwierigkeiten bereiten. Denn den deutschen Vereinen im Auslande, deren Mitglieder nicht länger deutsche Bürger sind, würde der Vorwurf des Doppelwesens nicht erspart bleiben, wenn sie sich einer deutschländischen Liga anschließen, die derartig weitgehende Ziele hat. Wir wissen ja, wie uns hier in den Vereinigten Staaten schon während des Krieges allerhand Vorwürfe gemacht wurden, ohne daß wir einer deutschen Liga angehörten.

Gewiß braucht ein Volk Organisationen für die verschiedensten Zwecke, aber eine solch umfassende Liga aller Deutschen, auch solcher, die nicht mehr deutsche Staatsbürger sind, ist zu schwerfällig, bedenklich und nebenbei unnötig. Denn wenn die einzelnen praktischen Organisationen ihre Pflicht tun, erübrigt sich jene Zusammenfassung.

Man schaue einmal auf die Briten. Haben die solche Weltvereine? Ganz und gar nicht. Dessenungeachtet trägt jeder Engländer sein Britentum mit sich herum vom Äquator zum Nordpol, wo immer er auch gehen mag. Wenn das Deutschtum nicht im Einzelnen sitzt, wird es sich auch nicht durch Weltvereine, die nur Anstoß erregen, hervorzaubern

lassen. Die Briten haben es mit ihrem einfachen britischen Zielbewußtsein und ihrem nationalen Bewußtsein überaus weit gebracht, ohne das Vereinswesen zu übertreiben. Sie haben ihre praktischen Organisationen für diesen oder jenen Zweck und kommen damit herrlich weit.

Man mißverstehe uns nicht. Eine deutsche Liga der Auslandsdeutschen, die noch deutsche Bürger sind, mag durchaus am Platze sein und könnte der Zentralpunkt sein für viele nützliche Bestrebungen. Aber im übrigen müssen z. B. die deutschen Vereine der amerikanischen Bürger und diese letzteren selbst auch ohne Zugehörigkeit zu einem deutschen Weltbunde wissen, was sie zu tun haben, und was sie deutschem Wesen und dem Lande ihrer Herkunft verdanken.“

Vereinigung der Auslandsdeutschen im Kaufmännischen Verein von 1858. Die Vereinigung umfaßt die sämtlichen im Auslande ansässigen Mitglieder des Kaufmännischen Vereins von 1858 und eine Reihe von Inlandsmitgliedern, die zum Teil früher im Auslande tätig waren. Die Vereinigung ist vom Reichswanderungsamt als gemeinnützige Auskunftsstelle für auswandernde kaufmännische Angestellte anerkannt. Sie steht mit ihren Mitgliedern in sämtlichen europäischen und außereuropäischen Ländern in ständigem Briefwechsel und ist durch die von ihnen eingehenden Berichte über die Verhältnisse im Auslande, unter besonderer Berücksichtigung der Lebenslage und der Anstellungsaussichten kaufmännischer Angestellten, stets genau unterrichtet. Auf Grund des vorhandenen Materials erhalten auswanderungslustige Angestellte kostenlos Auskunft und Beratung. Die Vereinigung vermittelt den Verkehr ihrer Mitglieder im Auslande mit der Heimat zur Förderung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bestrebungen und sorgt, unterstützt von ihren auswärtigen Mitgliedern, durch eine ausgedehnte Stellenvermittlung für eine möglichst gesicherte Unterbringung auswanderungslustiger Angestellter im europäischen und außereuropäischen Auslande.

Ein **Verein der deutschen Wolhynier** wurde am 28. November in Berlin begründet. Pastor Rink wurde zum Vorsitzenden gewählt. Er legte den Entwurf einer Satzung vor, den die Versammlung annahm, nachdem Herr Pastor Althausen, der das Amt eines Ehrenvorsitzenden übernahm, die Versammlung mit Gebet und Begrüßungsansprache eröffnet hatte. Der Verein will die in Deutschland wohnenden Wolhynier sammeln und ihre Interessen vertreten. Ein Vorstandsmitglied, ein Pastor aus Wolhynien, soll die in Deutschland zerstreuten aufsuchen und Aussprachen herbeiführen. Die Freunde in Amerika sollen gebeten werden, das Werk zu unterstützen. Die Rückkehr deutscher Kolonisten nach Wolhynien ist nunmehr gestattet, soweit diese Gebiete polnisch geworden sind. Das Familienoberhaupt der Familie, die zurückkehren will, muß persönlich auf dem polnischen Konsulat in Königsberg erscheinen, alle polnischen und russischen Papiere mitbringen, nachweisen, daß er in Wolhynien eigenen Boden besitzt (alle Pachtländereien sind anderweitig vergeben worden) und 50 Mark für den Sichtvermerk hinterlegen, die bei Mittellosigkeit ermäßigt werden können.

Bei Gelegenheit der Gründung des Vereins der deutschen Wolhynier teilt die „Heimkehr“, das Organ dieses Vereins, mit, daß nun folgende Organisationen von Deutschen aus den Ländern Altrußlands bestehen: Seit Mai 1919 gibt es einen Ausschuß der deutschen Gruppen aus den Ländern Altrußlands, dem aber die Wolgakolonisten nicht angehören, die sich seit 1918 als Verein der Wolgadeutschen selbständig

organisierten, zunächst den Ausschuß mitbegründeten, im Frühjahr 1920 aber wieder aus ihm austraten. Auch die wolhynischen Deutschen gehören mit ihrer Organisation dem Ausschuß nicht an, ebensowenig wie die seit 1918 zu einer Vereinigung der Deutschen aus dem Kaukasus zusammengeschlossenen Kaukasusdeutschen. Auch die Schwarzmeerkolonisten haben im Oktober 1920 einen Verein der Schwarzmeerkolonisten begründet, der dem Ausschuß fernsteht. Dem Ausschuß gehören nunmehr an: der Baltenbund, der Verband der Deutschen Nordrußlands und anderer Deutscher, ein Vertreter der wolgadeutschen An- und Verkaufsgenossenschaft, die in Kassel eingetragen ist und nach dem Stande vom 3. November 1920 nur 10 Mitglieder zählt, endlich zwei in Deutschland verbliebene Mitglieder des Vertrauensrats der Schwarzmeerkolonisten, der im Sommer 1918 aus Südrußland nach Berlin kam, dessen übrige Mitglieder aber nach der Ukraine zurückgekehrt sind, sowie ein Vertreter der Kolonisten Westsibiriens, die keine eigene Organisation in Deutschland haben. Dem Ausschuß stehen auch die Vereinigungen der Studierenden aus den deutschen Kolonien Rußlands fern, so der in Berlin begründete Verband studierender Wolgadeutschen und die übrigen landsmannschaftlichen Studentenorganisationen.

Von den Schwarzmeer-Kolonisten in Deutschland. Vom 24. bis 26. Oktober fand eine Versammlung der Schwarzmeer-Kolonisten auf Wiesenvorwerk bei Frankfurt a. d. Oder statt, wohin Pfarrer Winkler die 22 Delegierten eingeladen hatte, die die Ortsgruppen Berlin, Stuttgart, Tübingen, Pommern, Marburg, Frankfurt a. O. und Wiesenvorwerk mit rund 210 Stimmen vertraten. Herr E. Schmidt erstattete Bericht über die bisherige Tätigkeit des Vertrauensrats. Die Versammlung begrüßte in einer Resolution die Zusammenarbeit aller Gruppen des Deutschtums im ehemaligen Rußland und sprach die Hoffnung aus, daß sie immer inniger werde. Nur in einheitlicher Arbeit könne das Deutschtum in Rußland Erfolge erzielen. Die außenstehenden Gruppen sollten sich baldmöglichst anschließen. Der Zusammenschluß aller Deutschausländer zur Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen in Deutschland sei wünschenswert, um die Rechte der völkischen Minderheiten zu wahren. Das Scheitern aller Versuche, eine Arbeitsgemeinschaft aller Deutschausländer herbeizuführen, sei tief zu bedauern. Der Zusammenschluß müsse aber von den Deutschausländern selbst ausgehen. Die Interessenvertretung der Deutschstämmigen Rußlands könne nur durch von ihnen selbst gewählte und bestimmte Personen wahrgenommen werden. Es wurde einstimmig beschlossen, einen Verein zu gründen; die 11 Paragraphen der ausgearbeiteten Satzungen wurden, dem Berichte der „Deutschen Post aus dem Osten“ zufolge, einstimmig angenommen. In geheimer Wahl wurde Herr Johann Rogler, Stuttgart, zum Vorsitzenden, Herr Friedrich Fust, Honau (Württemberg), zum Geschäftsführer, Herr Jakob Biederstädt als Beisitzer gewählt. Mit dem bisherigen von der Organisation der Schwarzmeer-Kolonisten in Odessa gewählten „Vertrauensrat“, der durch diese Wahl unberührt bleibt, will der neue Verein in rein wirtschaftlichen und kulturellen Fragen der Kolonisten zusammengehen. Politische Angelegenheiten und Ausstellung der Ausweise soll lediglich der Vertrauensrat, Fürsorgeangelegenheiten lediglich der Verein besorgen.

In Greifswald wurde am 12. Dezember der Stiftungstag der Universität Dorpat von den dort ansässigen 25 ehemaligen Dorpatensern und jetzigen Studierenden feierlich begangen. Eine ganze Anzahl Angehöriger der Dorpater Landsmannschaften war zugegen.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

Zur Entschädigungsfrage:

In der von unserem Generalsekretär für die Zeitschrift „Weltwirtschaft“ bisher monatlich regelmäßig geschriebenen Chronik des Auslanddeutschtums, die von Januar 1921 an regelmäßig in der „Deutschen Rundschau“ fortgesetzt werden wird, war die Frage der Entschädigung der Auslanddeutschen kritisch besprochen worden und es war bedauert worden, daß der Bund der Auslanddeutschen bisher nicht veröffentlicht habe, auf welche Weise die Entschädigungsfälle derjenigen Auslanddeutschen beschleunigt erledigt würden, die wieder ins Ausland gehen wollen und dazu sowohl Ausreisemöglichkeit besitzen, wie auch ihre Paßformalitäten erledigt haben und ihrer Existenz sicher sind.* Es war bemerkt worden, daß auch das Wiederaufbauministerium auf die Forderung der Errichtung einer besonderen Spruchkommission für solche Fälle nicht eingegangen sei und auf den Wunsch der Abkürzung der Beschwerdefristen in solchen Fällen geantwortet habe, das sei nicht angängig, doch könne der zu Entschädigende ja auf die Einlegung der Beschwerde verzichten, wonach der Auszahlung nichts mehr im Wege stehe. Wir hatten darauf entgegnet, der so empfohlene Weg des Verzichtes auf die Beschwerde sei ein sehr zweischneidiges Schwert, denn mancher Auslandsdeutsche werde so in der Hoffnung, rasch zu Geld zu kommen, veranlaßt, auf die Beschwerde zu verzichten, obgleich er sich benachteiligt fühle. Es war dann auf die Schaffung des Rückauswandererhilfsfonds für die sogenannten „armen“ Auslandsdeutschen eingegangen, d. h. für diejenigen, die keine oder nur geringe Entschädigungen angemeldet haben.

Zu dieser Angelegenheit schreibt uns nun das Wiederaufbauministerium, gezeichnet Dr. Lottholz, daß es sich stets dafür eingesetzt habe, den Auslandsdeutschen in möglichst weitgehendem Maße die Wiederausreise ins Ausland zu erleichtern. Es seien auch in dieser Beziehung Maßnahmen getroffen worden, die mit Rücksicht auf die Reichsfinanzlage nur irgendwie gangbar erscheinen konnten. Es heißt dann in dem Schreiben weiter:

„Der Bund der Auslandsdeutschen und die Spruchkommissionen lassen es sich, den ihnen erteilten Weisungen entsprechend, angelegen sein, die Vorentscheidungsanträge derjenigen Auslandsdeutschen, welche in das Ausland zurückkehren können, vorzugsweise und beschleunigt zu behandeln. Es ist ferner inzwischen, um auch in denjenigen Fällen helfen zu können, in denen eine rechtzeitige Durchführung des ordentlichen Vorentscheidungsverfahrens nicht möglich ist, eine Regelung dahin getroffen worden, daß ein Vorschuß auf die Vorentscheidung durch die Darlehenskasse gewährt werden kann. Derjenigen Auslandsdeutschen, die keine oder nur eine geringe Vorentscheidung zu erwarten haben, nimmt sich die Rückwandererfondskommission an, die bisher schon einen erheblichen Betrag für diesen Zweck aufgewendet hat. Nach Erschöpfung der bisherigen Mittel ist neuerdings in einer Besprechung in der Deutschen Bank, an der ein Vertreter des Deutschen Ausland-Instituts teilgenommen hat, die Bereitstellung weiterer erheblicher Beträge beschlossen worden.“

Eine Abkürzung der Beschwerdefrist auf drei Tage, wie sie in dem Artikel angeregt wird, muß sowohl im Reichsfinanzinteresse, als auch im Interesse der Auslandsdeutschen als nicht angängig bezeichnet werden. Sie ist aber auch nicht erforderlich, da von der Möglichkeit, auf Rechtsmittel zu verzichten, sowohl von dem Reichskommissar für Auslandsschäden, als auch von den Auslandsdeutschen in weit höherem Maße, als der Verfasser des Artikels anzunehmen scheint, Gebrauch gemacht wird.

Die Einrichtung einer besonderen Spruchkommission für die Anträge der Auslandsdeutschen, die ins Ausland zurückkehren wollen, erscheint neben den vorbezeichneten Maßnahmen nicht erforderlich, zumal die Spruchkommissionen zurzeit nicht derart belastet sind, daß mit einer Verzögerung der ihnen zur Entscheidung zugeleiteten Anträge gerechnet werden muß.

Wir begrüßen aufs wärmste die hier amtlich mitgeteilte Regelung, daß die Darlehenskassen angewiesen worden sind, Vorschüsse auf die Entschädigung in Fällen der Wiederausreisemöglichkeit der Auslandsdeutschen zu bezahlen. Das ist in der Tat eine beträchtliche Erleichterung der Wiederausreise, wenn sie auch moralisch und psychisch nicht einer raschen Barauszahlung der Vorentscheidung, also einer vollständigen rechtlichen Befriedigung der Ansprüche des betreffenden Auslandsdeutschen gleichkommt. Daß der Rückauswandererhilfsfond für die sogenannten armen Auslandsdeutschen oder diejenigen, die nur einen geringen Entschädigungsanspruch haben, inzwischen gut gewirkt hat, ist dankbar anzuerkennen. Es sind tatsächlich recht beträchtliche Summen zur Unterstützung an die wieder-ausreisenden Auslandsdeutschen gewährt worden.

Etwas anderer Ansicht als das Wiederaufbauministerium sind wir in der Frage der Abkürzung der Beschwerdefristen. Wir sehen auf Grund der uns zugekommenen Mitteilungen in der Tatsache, daß sehr viele Auslandsdeutsche auf die Einlegung der Beschwerde verzichten, in den meisten Fällen höchstens den Wunsch, überhaupt rasch zu Geld zu kommen, der aber nichts zu tun hat mit einer inneren wirklichen Zufriedenheit der Auslandsdeutschen. Interessant und wertvoll erscheint uns die Mitteilung des Wiederaufbauministeriums, daß die Spruchkommissionen zurzeit nicht mehr so stark belastet sind wie früher, so daß man mit einer glatteren Erledigung der noch ausstehenden Anträge auf Vorentscheidung rechnen darf.

Im übrigen veröffentlicht die „Auslandswarte“, das Organ des Bundes der Auslandsdeutschen, in ihrer Nummer 4 vom 15. November 1920 Mitteilungen des Bundes über die Beschleunigung einzelner Anträge und veröffentlicht nun endlich auch die Grundsätze, die der Bund dafür aufgestellt hat. Als Gründe der Beschleunigung dienen darnach nur

1. besondere Notlage infolge völliger Mittellosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, schwere Erkrankung, ungenügende Erwerbsmöglichkeit, besonders bei einer größeren Anzahl zu versorgender Kinder oder
2. Rückkehr ins Ausland.

Beweise zur Begründung des Beschleunigungsantrages müssen den Akten beigelegt werden. Die Bundesleitung fügt aber gleichzeitig hinzu, daß die Anträge auf Beschleunigung derart zahlreich gewesen seien, daß es technisch unmöglich gewesen wäre, alle zu erledigen und daß sie von der Durchführung der Beschleunigungen nach den festgelegten Grundsätzen absehen müssen. Nur in den allerdingendsten Fällen sei eine Beschleunigung möglich, so namentlich wenn durch Nachweis der Passagebeilegung der feste Entschluß zum Auswandern bewiesen sei. Leider aber habe die Praxis gezeigt, daß Paß- und Visabesorgung häufig nur deshalb stattfinden, um schneller die Vorentscheidung zu erlangen, weshalb solche Belege nicht ohne weiteres als beweiskräftig anzusehen sind.

Dazu können wir nur bemerken, daß die Klagen der Auslandsdeutschen, die auch bei Vorzeigung aller dieser Papiere eine Beschleunigung ihrer Anträge und eine rasche Ausführung ihrer Entschädigung in angemessener Frist nicht erreichen konnten, bei uns sich andauernd häufen.

Paßgebühren und kein Ende.

Unter dieser Überschrift schreiben die Mitteilungen der Deutschen Handelskammer in der Schweiz u. a.:

„Die Zeitungen melden, der deutsche Minister des Äußern wolle ‚jetzt schon‘ die Härte der hohen Paßgebühren zu mildern suchen und treffe Vorbereitungen zu deren Abbau. Zurzeit ‚schwebten Verhandlungen‘ zwischen den einzelnen Ressorts, um bei der Neuordnung der Gebühren gleichzeitig eine Revision des Paßwesens überhaupt vornehmen zu können.

Endlich! würden da mit einem Seufzer der Erleichterung jene Optimisten ausrufen, die nie alle werden. Wir, die wir den Verlauf dieser ganzen Angelegenheit genau verfolgt haben, können jedoch nicht umhin, wieder einmal — milde gesagt — unserer Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, daß die Dinge noch immer nicht weiter gediehen sind, als zu den berühmten ‚schwebenden Verhandlungen‘. Erinnern wir uns doch einmal einiger Tatsachen:

Ende August bereits hatte das Auswärtige Amt, dem einmütigen Druck der öffentlichen Meinung nachgebend, einen Entwurf zur Neuordnung der Paßgebühren an die Auslandsvertretungen gesandt und um deren Meinung gebeten. Anfang Oktober erfuhr man, daß die neuen Paßgebühren voraussichtlich am 1. April in Kraft treten würden, und daß in der Zwischenzeit eine Ermäßigung etwa auf die niedrigsten Sätze des bisherigen Gesetzes (d. h. also ein Fünftel der jetzt in Übung befindlichen Normalsätze) deshalb nicht Platz greifen könne, weil zwischenstaatliche Verhandlungen über die Regelung der Paßgebühren im Gange seien, die man nicht stören wolle. Wenn die eingangs wiedergegebene Meldung zutrifft, so wäre jetzt wenigstens nicht nur mit einer Änderung der Gebühren, sondern auch mit einer prinzipiellen Abkehr von der bisherigen Paßerteilungspraxis zu rechnen, die ebenso notwendig wäre, wie die Herabsetzung der Gebühren. Denn das Erfordernis, zwecks Einreise in Deutschland eine polizeiliche Bewilligung oder die Bescheinigung einer Handelskammer vorlegen zu müssen, wird heute mit Recht allgemein als eine der Zeit schon längst nicht mehr entsprechende Zumutung angesehen.

Es hält schwer, Zuständen gegenüber, wie sie sich gerade in der Paßfrage herausgebildet haben, seinen Unwillen zurückzudrängen. Das namentlich deshalb, weil in dieser so wichtigen Frage die Auslandsdeutschen in einer Weise behandelt worden sind, die alles andere als ‚demokratisch‘ ist. Soll es in der bisherigen Art und Weise weitergehen, dann sehen wir klar voraus, daß einmal der Geduldsfaden reißen muß. Denn die Auslandsdeutschen haben es satt, stets nur Objekt einer Politik zu sein, sie machen dieselben Ansprüche auf Mitbestimmung ihrer Lage geltend, wie ihre Stammesbrüder in der Heimat. Möge die Regierung endlich einsehen, daß in Dingen, die die Wirtschaftsverhältnisse mit dem Auslande betreffen, Ersparliches nur bei ehrlicher Mitarbeit mit den Auslandsdeutschen und deren Organisationen geleistet werden kann. Diese Mitarbeit liegt nicht etwa schon dann vor, wenn der Konsul dann und wann einen Mann seiner Wahl in der Stille seines Kämmerleins empfängt, oder wenn er einen ‚wirtschaftlichen Beirat‘ auf dem Papier stehen hat, der so gut wie nie zusammentritt. Es ist hohe Zeit, daß hier Remedur geschaffen wird! Dann werden in Zukunft so beklagenswerte Dinge, wie die gegenwärtige Paßpolitik der deutschen Regierung, sich nicht mehr ereignen.“

Kleine Anfragen im Reichstag.

Die Anfrage Nr. 350, Abgeordneter Beythien („Der Auslandsdeutsche“ 1920, Seite 723), wird vom Auswärtigen

Amt dahin beantwortet, daß die Klagen der seemännischen Berufsverbände über die unwürdige Behandlung deutscher Seeleute in England die volle Aufmerksamkeit der Reichsregierung gefunden hätten. In Fällen, wo bestimmte Vorgänge eine Handhabe zur Beschwerde boten, habe die Reichsregierung amtliche Schritte in London unternommen. In einem Fall sei auch erreicht worden, daß die Großbritannische Regierung ihr Bedauern ausgesprochen habe. Die Reichsregierung werde auch in Zukunft jede zu ihrer Kenntnis gelangende Klage unserer seemännischen Bevölkerung ihre Aufmerksamkeit widmen und nichts unterlassen, um die Abstellung der zum Teil unerträglichen Mißstände zu erzielen.

Die Anfrage Nr. 387 des Abgeordneten Hoch (Der Auslanddeutsche 1920, Seite 723) beantwortet der Staatssekretär im Staatsministerium für Wiederaufbau in der Reichstagsitzung vom 5. November d. J. folgendermaßen:

„Der Entwurf eines Gesetzes über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden liegt nebst den Entwürfen eines Ausland- und eines Kolonialschädengesetzes dem Reichsrat vor. Sobald dieser die Zustimmung zur Einbringung der Entwürfe erteilt haben wird, werden sie dem Reichstag vorgelegt werden.“

Auf die Anfrage von den Kerkhoff (Nr. 521) antwortet der Reichsaußenminister mit Mitteilung des offiziellen Wortlautes der englischen Benachrichtigung über den englischen Verzicht auf die Beschlagnahme deutscher Nachkriegsguthaben in England für den Fall der Nichterfüllung deutscher Vertragsverpflichtungen. Er nennt die Fortdauer ähnlicher Gefahren in anderen Ländern ein ernstliches Hindernis für den Handel mit denjenigen Staaten, in denen jene Einschränkungen bestehen blieben. Doch seien andere Staaten der englischen Erklärung bis jetzt nicht gefolgt, so auch besonders Italien nicht. Die Reichsregierung hoffe jedoch, es werde sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit, dem englischen Schritt zu folgen, bald Bahn brechen. Eine Haftpflicht für die Schäden, die deutschen Exporteuren durch künftige Anwendung des berichtigten § 18 entstünden, könne die Regierung nicht übernehmen.

Auf die Anfrage (Nr. 250) Dr. Becker („Der Auslanddeutsche“ 1920, Seite 632) erwidert das Auswärtige Amt, daß die aus Palästina nach Ägypten gebrachten und im Lager Heluan internierten Deutschen mit wenigen Ausnahmen Ägypten bereits verlassen hätten. 400 Deutsche seien anfangs September nach Palästina zurückgekehrt, die Mehrzahl der übrigen war schon vorher gegen ihren Willen nach Deutschland befördert worden. In Ägypten befänden sich noch 39 Palästinadeutsche, die zurzeit im früher österreichisch-ungarischen Krankenhaus in Schubra untergebracht seien. Zurzeit habe sich die britische Regierung damit einverstanden erklärt, daß alle, auch die nach Deutschland heimgeschafften Palästinadeutschen nach Palästina zurückkehren dürften. 13 Deutsche seien krankheitshalber zunächst in Ägypten zurückgeblieben. Nachrichten, wonach die Internierung unter den in der Anfrage gekennzeichneten Verhältnissen erfolgt sei, liegen der Regierung nicht vor. In Schubra hätten sich allerdings infolge zu starker Belegung Mängel gezeigt, die aber nachher behoben worden seien. Die Regierung habe alles getan, um eine schleunige und günstige Entscheidung zu erreichen.

Die Anfrage (Nr. 207) Winnefeld („Der Auslanddeutsche“ 1920, Seite 571) wird vom Auswärtigen Amt dahin beantwortet, daß nach der von der polnischen Regierung erlassenen Verordnung jede Person nicht mehr als M 1000.— über die

polnische Grenze mitnehmen dürfe. Da Deutschland zur Bekämpfung der Kapitalflucht ebenfalls derartige Maßnahmen getroffen habe, so könnten deutscherseits keine Einwendungen gegen diese Maßnahme erhoben werden. Für Goldmünzen komme außerdem noch das Ausfuhrverbot für Edelmetall hinzu. In allen Fällen, in denen beim Auswärtigen Amt Beschwerde über Beschlagnahme erhoben würde, sei das Deutsche Konsulat in Posen angewiesen worden, bei den polnischen Behörden zwecks Rückgabe der beschlagnahmten Beträge Schritte zu tun und von dem Ergebnis die Antragsteller unmittelbar zu benachrichtigen.

Die Anfrage (Nr. 150) Dr. ing. Sorge („Der Auslanddeutsche“ 1920, S. 571) wird vom Reichsminister der Finanzen dahin beantwortet, daß auf Grund der Verordnung über die Post- und Telegrammüberwachung im Verkehr mit dem Ausland vom 18. November 1918 die Post- und Telegrammüberwachung bis auf weiteres aufrecht erhalten worden sei, soweit es im Steuerinteresse oder aus wirtschaftlichen Gründen sich als notwendig erwiesen habe. Die Postüberwachung habe sich als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Kapitalflucht erwiesen. Solange die Veranlagung der Vermögenszuwachssteuer und des Reichsnotopfers noch nicht abgeschlossen sei, müßten die Abwehrmaßnahmen gegen die Kapitalflucht erhalten bleiben. Es werde aber das Bestreben der Regierung sein, die Postüberwachung aufzuheben, sobald dies ohne Gefährdung der vorerwähnten Interessen geschehen könnte.

Die Anfrage (Nr. 293) der Abgeordneten Dr. Gildemeister und Dauch („Der Auslanddeutsche“ 1920, Seite 723) wird vom Reichsfinanzministerium folgendermaßen beantwortet:

1. Zinsen aus Entschädigungsforderungen auf Grund von Artikel 297 i des Friedensvertrages und auf Grund des Gesetzes über die Enteignung und Entschädigung aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 31. August 1919 unterliegen nach § 2 Abs. 2 des Ausgleichsbesteuerungsgesetzes vom 12. Juni 1920 insoweit der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, als sie für die Zeit bis zum 30. Juni 1919, dem Stichtage der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, entrichtet werden; dagegen sind sie von der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs befreit, soweit sie für einen nach dem 30. Juni 1919 liegenden Zeitraum gezahlt werden.

2. Im Hinblick auf die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes kann nicht allgemein anerkannt werden, daß lediglich die fünfprozentige Verzinsung, nicht aber auch die Entschädigungsforderung selbst als Einkommen auf Grund des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 anzusehen ist. Der zur Begleichung der Entschädigungsforderung ausgezahlte Betrag wird vielmehr regelmäßig insoweit der Einkommensteuer unterliegen, als in ihm ein nach dem Einkommensteuergesetz steuerbarer Gewinn enthalten ist. Inwieweit ein solcher steuerbarer Gewinn vorliegt, ist nach den Verhältnissen des einzelnen Falles zu beurteilen. Die Entscheidung hierüber liegt den Veranlagungs- und den Rechtsmittelbehörden ob.

3. Gegen die Anwendung der Vorschrift des § 15 Nr. 5 des Reichsnotopfergesetzes, die den Abzug der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs vom steuerbaren Vermögen gestattet, auf die Entschädigungsforderungen der Auslanddeutschen bestehen keine Bedenken.

4. Zu einer Verlängerung der im § 20 Abs. 1 Ziff. 3 des Steuerfluchtgesetzes vom 26. Juli 1918 bestimmten Frist von einem Jahre nach Beendigung des Krieges mit allen Großmächten liegt kein Anlaß vor, da der für den Beginn der Frist maßgebende Zeitpunkt — Beendigung des Krieges mit allen Großmächten — noch nicht eingetreten ist.

Über die Frage, ob die im § 2 Nr. 1 des Reichsnotopfergesetzes bestimmte Frist von einem Jahre nach Friedensschluß auf zwei Jahre zu verlängern ist, schweben Erwägungen.

5. Der in § 23 des Gesetzes über das Reichsnotopfer angeordnete Abzug vom steuerbaren Vermögen verfolgt den Zweck, den mit ihrem ganzen Vermögen abgabepflichtigen natürlichen Personen durch Einräumung einer Freigrenze eine gewisse Erleichterung zu gewähren. Die Vergünstigung des § 25 des Gesetzes ist auf nicht physische Abgabepflichtige beschränkt und hat ihren inneren Grund darin, daß bei diesen die größere Höhe des Vermögens keineswegs ein sicheres Zeichen größerer Leistungsfähigkeit ist, ferner darin, daß ein Teil des Vermögens schon in der Hand anderer Personen zur Abgabe herangezogen wird oder daß das Vermögen ganz oder zum Teil nicht rein wirtschaftlichen Zwecken gewidmet ist. Ein zureichender Grund dafür, diese beiden Vergünstigungen auch natürlichen Personen, die nur beschränkt steuerpflichtig sind, zukommen zu lassen, ist nicht vorhanden. Eine Änderung der gesetzlichen Vorschriften ist nicht beabsichtigt.

Die Anfrage (Nr. 383) Abgeordneter Dr. Stubmann („Der Auslanddeutsche“ 1920, Seite 723) wird vom Staatssekretär im Reichsministerium für Wiederaufbau Müller in der Reichstagsitzung vom 5. Nov. d. J. dahin beantwortet, daß die Frage, ob die Entschädigung der Auslanddeutschen gegenüber der Entschädigung der im Ausland geschädigten Inlanddeutschen im Rückstande ist, zu verneinen sei. Vom Bund der Auslanddeutschen seien bisher insgesamt mehr als 40000 Anträge entgegengenommen, während beim Verband der im Ausland geschädigten Inlanddeutschen nur rund 9000 Anträge eingegangen seien. Der Bund der Auslanddeutschen habe von den bei ihm eingereichten Anträgen etwa rund 18000 vorgeprüft, der Verband etwa 3000. Weiterhin führt der Staatssekretär aus, daß die Spruchkommission, die zunächst einen gewaltigen Arbeitsstoff vorgefunden, die ihr zur Entscheidung zuleitenden Anträge jetzt soweit aufgearbeitet hätte, daß sie innerhalb kurzer Zeit über die ihr zurzeit noch unerledigt vorliegenden Anträge befunden haben würde. Außerdem wäre auch damit zu rechnen, daß der Bund der Auslanddeutschen künftig eine größere Zahl von Anträgen als bisher den Spruchkommissionen zuzuleiten in der Lage sein würde. Weiter fährt der Staatssekretär fort:

„Mit Rücksicht darauf, daß es sich leider nicht erreichen läßt, das Vorentscheidungsverfahren in allen Fällen mit der im Interesse der notleidenden Auslanddeutschen gebotenen Beschleunigung durchzuführen, läßt die Reichsregierung es sich dauernd angelegen sein, auf andere Weise helfend einzugreifen. Einmal ist den Interessenvertretungen und den Spruchkommissionen die bevorzugte Behandlung der Anträge solcher Geschädigten zur Pflicht gemacht worden, deren materielle Lage schnelle Hilfe geboten erscheinen läßt, sodann wird in Fällen dringender Not auch bei noch nicht spruchreifen Sachen vorläufig durch Darlehensgewährung seitens der vom Reiche eingerichteten Darlehenskassen geholfen. Es ist ferner Vorkehrung getroffen, daß in den Fällen, wo sich die Entscheidung über den Vorentscheidungsantrag verzögert, der Antragsteller aber dringend Mittel benötigt, sei es, weil er sich in einer Notlage befindet, sei es zum Wiederaufbau einer Existenz im In- oder Ausland, seitens der Darlehenskassen Vorschüsse auf die Vorentscheidung gewährt werden können. Außerdem ist, um auch denjenigen Auslanddeutschen, die keine oder nur eine geringe Vorentscheidung zu erwarten haben, die Wiederaufnahme einer Tätigkeit im Ausland zu ermöglichen, eine Rückwandererfondskommission bei den Darlehenskassen geschaffen worden, die durch Gewährung von Darlehen die Wiederausreise erleichtert.“

Volksparteiliche Abgeordnete fragen (Nr. 538) die Reichsregierung, ob sie bereit sei, die Wiederansiedlung der aus den abgetretenen Gebieten Vertriebenen dadurch zu erleichtern und zu fördern, daß sie ihnen die Grunderwerbsteuer ganz oder teilweise erläßt und auf Länder und Kommunalverbände in gleicher Weise einwirke. Sie führen zur Begründung aus, daß die insbesondere aus den in Polen abgetretenen Gebieten vertriebenen Grundbesitzer beim Wiedererwerb eines Betriebes im Inland, nachdem sie schon unter großen Vermögensverlusten in Polen hätten verkaufen müssen, durch die hohe Grunderwerbssteuer und die von den Ländern und Kommunalverbänden erhobenen Zuschläge ganz gewaltig belastet würden.

Die Steuerleistungen der Elsaß-Lothringer Flüchtlinge.

Deutsch-Volksparteiliche Abgeordnete fragen die Regierung (Anfrage Nr. 503), ob sie gewillt sei, den Wünschen der Elsaß-Lothringer nachzukommen und bis zur Erledigung der Vorarbeiten zur besonderen steuertechnischen Behandlung der Flüchtlinge die Billigkeitsvorschriften der Reichsabgabeordnung (§§ 65, 82, 103, 108) weitgehend anwenden zu lassen, das heißt die Finanzämter dahingehend anzuweisen.

Auf die Anfrage der deutschnationalen Abgeordneten Gutknecht und Dr. Oberführer über die Ausweisung aus Dänemark antwortete das Auswärtige Amt, daß es sich nicht um Ausweisungen im rechtlichen Sinne, sondern um Entziehung der Erlaubnis zum weiteren Aufenthalt in den meisten Fällen handle, die allerdings tatsächlich einer Ausweisung gleichkomme. Vorstellungen des deutschen Gesandten in Kopenhagen seien erfolglos geblieben. Die Dänen seien mit großer Rücksichtslosigkeit vorgegangen, was Schuld der örtlichen dänischen Polizeibehörden sei. Repressalien müßten in Aussicht genommen werden, falls die Dänen ihr System nicht aufgeben.

Beim Parteitag der Deutschen Volkspartei in Nürnberg begründete der Führer der württembergischen Partei, Landtagsabgeordneter Bickes, in wirksamen Worten eine Resolution, die dann einstimmige Annahme fand: „Der Parteitag der Deutschen Volkspartei fordert, daß der vom fürchtbaren Not der aus Elsaß-Lothringen und den übrigen vom Reich abgetrennten deutschen Gebieten Vertriebenen durch eine beschleunigte Erledigung ihrer Entschädigungsansprüche möglichst gesteuert wird. Der Parteitag richtet ferner an Reichstagsfraktion und Reichsregierung das dringende Ersuchen, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß den berechtigten Wünschen der Auslanddeutschen nach einer schnelleren und gerechteren Behandlung und Erledigung ihrer Forderungen an das Reich endlich entsprochen wird. Vor allem ist bei der steuerlichen Erfassung darauf Rücksicht zu nehmen, daß den Auslanddeutschen nicht die Möglichkeit genommen wird, wieder als Pioniere deutschen Wesens und deutscher Arbeit im Ausland am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens mitzuhelfen.“

In einer Notiz über die Behandlung der Auslanddeutschen teilt die „Frankf. Ztg.“ eine Zuschrift mit, wonach die Auslanddeutschen, die sich doch auch zur Erfüllung ihrer Militärpflicht nach Deutschland begeben haben, in ihren Papieren mit dem Vermerk „Rückwanderer“ bedacht, der Abteilung 3b des Generalstabs (Beobachtung) signalisiert und als eine Art Deutscher zweiter Klasse behandelt wurden. Die amtlichen Stellen werden sich zu diesem schwerwiegenden Vorwurf wohl alsbald zu äußern haben.

„Politiken“ hat beim dänischen Ministerpräsidenten erfahren, daß die Besitztümer des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein nicht unter die Kompetenz der

Wiedergutmachungskommission fallen, daß Dänemark den Wert dieser Besitztümer nach dem heutigen Stande zu vergüten habe.

Von der Brüsseler Konferenz.

Von der deutschen Delegation sprach Direktor Dr. Melchior aus Hamburg über die Liquidation des deutschen Eigentums im Auslande und meinte, daß dies zu den wichtigsten Punkten gehöre, die die Voraussetzung für die Fähigkeit Deutschlands zu den Reparationsleistungen bilden.

Nach einem ungefähren Überblick, den man bisher über den Wert dieses deutschen Eigentums habe, beziffere es sich auf über neun Milliarden Goldmark nur für die auf der Konferenz vertretenen Länder. Eine Einbehaltung dieser sämtlichen Werte würde, da die deutsche Regierung ihren Staatsangehörigen nach dem Friedensvertrage den Schaden, der durch die Einziehung der Entente entstehe, ersetzen müsse, für das Deutsche Reich eine Entschädigungspflicht von neunzig Milliarden Papiermark bedeuten. Er hoffe nur, daß man schon auf dieser Konferenz einsehen werde, daß Deutschland zu keinen Reparationsleistungen größeren Umfanges fähig sein werde, wenn es diese Werte verliere. Er würde es schon für einen sehr bedeutenden Fortschritt halten, wenn die Alliierten zwei Grundsätze anerkennen würden: 1. soweit derartige Maßnahmen noch nicht durchgeführt sind, sollen sie unterbleiben, 2. soweit Güter sequestriert sind, aber noch nicht liquidiert, sind sie in natura, bei schon erfolgter Liquidation ist der erzielte Gegenwert, zurückzugeben. Abgesehen von allgemeinen Gründen, die für diese seine Auffassung sprächen, wäre es gerade in der jetzigen Zeit sehr nützlich, meinte Melchior, wenn die alliierten Regierungen sich zu diesem Schritte entschlossen, der die Unverletzlichkeit des Privateigentums unterstreiche. Melchior kam dann weiter auf die Repressalienklausel (Paragraph 18 Anlage 11 zu Teil 3 des Friedensvertrages) zu sprechen und erklärte, daß es infolge dieses Paragraphen für Deutschland im internationalen Verkehr keine Rechte und Sicherheiten mehr gebe. Es sei klar, daß auf Grund der Bestimmungen dieses Paragraphen die Rechte und die Sicherheiten im Verkehr mit den alliierten Ländern fehlten, sie fehlten aber auch gegenüber den früheren Neutralen, da dieser Paragraph hart genug sei um diesen Verkehr zu erschweren oder ganz zu verhindern. Wenn einem alliierten Lande die Zusammenarbeit mit Deutschland in geschäftlichem Interesse wünschenswert erscheine, müßte auch Deutschland wissen, daß seine Interessen in diesem Lande geschätzt würden. Deutschland, das wichtige Rohstoffgebiete verloren habe, sei auf den internationalen Verkehr mehr als vor dem Kriege angewiesen, um fähig zu sein, seine eigene Wirtschaft in Ordnung zu bringen und um außerdem Reparationsleistungen zu machen. Hierzu gehöre vor allem Frieden, nicht nur politischer und militärischer, sondern auch wirtschaftlicher Frieden. Dem stehe der Paragraph 18 hindernd entgegen.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Warschau. Die deutsche Gesandtschaft feierte, wie sich die „Frankf. Ztg.“ aus Warschau melden läßt, das Weihnachtsfest im eigenen Heim, in der Pienka 17, einem wenig palastmäßigen aber den Zeiten angemessenen Hause im Warschauer Wohnviertel. Der Kauf war vom Konsulat vorbereitet worden, noch ehe die Gesandtschaft ankam und konnte dann von der Gesandtschaft trotz einiger „polnischerseits prompt bereiteter Widerstände“ glücklich durchgeführt werden. Am Sonntag vor Weihnachten fand eine Vorfeier der Eröffnung statt, verbunden mit einer Spendenverteilung an unterstützungsbedürftige Reichsangehörige. Der stellvertretende Geschäftsträger, Dr. von Dirksen, sprach Begrüßungsworte, die, wie auch die Ansprache des Geistlichen,

später ins Polnische übersetzt wurden, weil das Häuflein fürsorgebedürftiger Klienten großenteils des Deutschen nicht mächtig ist, da die nach Warschau verschlagenen deutschen Arbeiter öfters Polinnen geheiratet haben und dadurch die Familien polonisiert worden sind. Die alten Leute, so meint der Berichterstatter, werde man in Frieden so ableben lassen müssen, wie sie eben sind, bei der Jugend aber müsse die Kolonie in Selbsthilfe und unter amtlicher Unterstützung etwas zur Bildung und für deutsche Sprachkenntnisse tun.

Die Tageszeitungen veröffentlichen die wichtige Nachricht, daß der deutsche Botschafter in Rom, Herr von Bierenberg-Göbler, langjähriges Mitglied des Hamburger Rennklubs, dem italienischen Jockey-Klub beigetreten sei.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Das Studium der Ausländer in Deutschland.

In einer der letzten Tagungen des Hauptausschusses der preußischen Landesversammlung wurde die Frage des Studiums der Ausländer an deutschen Hochschulen besprochen. Der Regierungsvertreter sprach sich gegen jede zwangsmäßige Abschließung aus. Frankreich und das übrige Ausland mache die größten Anstrengungen, fremdländische Studenten zu den Landeshochschulen heranzuziehen. Zwar seien unsere Hochschulen zur Zeit überfüllt (in Preußen studieren gegenwärtig mehr als die doppelte Zahl der Studenten vor dem Kriege!), und es sei deshalb unmöglich, alle Meldungen von Ausländern zu berücksichtigen, doch bedeute das keinen grundsätzlichen Ausschluß. Von etwa 2000 bis 3000 Anmeldungen für das Wintersemester könnte nur etwa ein Drittel berücksichtigt werden. Die Zulassung ist seit zwei Jahren im preußischen Unterrichtsministerium zentralisiert, während sie bisher den einzelnen Hochschulen zustand. Der Ausländer hat den Antrag spätestens einen Monat vor Semesterbeginn zu stellen und zwar bei der Hochschule, wo er studieren will. Vor dem Kriege studierten in Deutschland etwa 7000 Ausländer gegenüber etwa 54 000 Inländern. Jeder siebte bis achte Student war also Ausländer, von denen die Hälfte aus Rußland stammte und zumeist Medizin oder Technik studierten. Während des Krieges sank die Ausländerzahl um mehr als zwei Drittel und hat gegenwärtig noch nicht wieder die frühere Höhe erreicht. Aus neutralen Ländern kommen ungefähr ebensoviel Studenten zu uns wie früher, aus den Ländern der Entente sind nur Deutschstämmige bei uns angemeldet. Bulgaren, Ägypter, Türken, Georgier sind jetzt zahlreicher eingeschrieben als vor dem Kriege. Preußen hat zur Zeit noch nicht 3000 immatrikulierte Ausländer gegenüber 6 000 Inländern, so daß also höchstens jeder zwanzigste Student Ausländer ist. Von einer Überschwemmung der Hochschulen mit Ausländern kann also nicht gesprochen werden. Preußen erhebt von den Ausländern die doppelte Gebühr der Inländer abgaben.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Juristische Formeln und Verständnis für das Auslandsdeutschtum?

Ein Auslandsdeutscher schreibt uns aus Spanien:

„Ich war vom Jahre 1909 und bis Kriegsausbruch in Paris etabliert. Um nicht interniert zu werden, floh ich, und es gelang mir, im August 1914 von Frankreich nach Spanien zu entkommen. Mein Geschäft, ein in Paris bekanntes Importhaus, wurde sequestriert. Ich selbst kam mittellos nach Spanien, während mein früherer Sozios zur Zeit des Kriegsausbruchs in Amerika weilte. Ohne die Sprache gekannt zu haben und Reichshilfe in Anspruch

zu nehmen, gelang es mir, mich durchzuschlagen und mir eine neue Position hier in Barcelona zu schaffen, und es war bekannt, daß ich während des Krieges keiner Aktion zugunsten der deutschen Sache meine Unterstützung versagte.

Auch jetzt stehe ich zahlreichen Bestrebungen in deutschem Interesse nahe.

Im Juli 1914, 14 Tage vor Kriegsausbruch, kaufte meine ehemalige Pariser Firma von einer Frankfurter Firma für den Betrag von zirka Francs 6000.—. Die Ware kam einen Tag vor Kriegsausbruch in Paris an und konnte noch nicht einmal auf ihre Richtigkeit geprüft werden. Diesen Betrag haben mir nun die Herren unter mancherlei Drohungen während der Kriegsjahre und seitdem nach Spanien gefordert, wohl wissend, daß mein Pariser Geschäft sequestriert war und ich selbst mittellos in Spanien ankam. Ich machte die Frankfurter Firma mehreremals darauf aufmerksam, daß ich in der Sache nichts tun könne und daß vom Sequester oder der zuständigen Behörde darüber entschieden werden müsse. Auch teilte ich den Leuten mit, daß meine Forderung ans Reich (nach Versailler Vertrag) eine zirka Francs 700000.— betragende Summe sei, daß ich davon noch nichts erhalten hätte und daß ihre Forderung von zirka Francs 6000.— angegeben und zum Abzug angemeldet sei. Dies half aber alles nichts! Als ich kürzlich in Frankfurt war, wurden mir einige Ersparnisse, die ich für meine Reisebedürfnisse und einige Einkäufe von Spanien aus mitgebracht hatte, von Amtsgerichtsseite aus plötzlich mit Beschlagnahme belegt. Meiner Reklamation wurde nicht stattgegeben, weil ich im Ausland leben würde. Der Betrag war ungefähr Mark 30000.—.

So geht es Leuten, die im Ausland alles auf einmal verlieren mußten und dann, in der Ferne sich von neuem aufrichtend, diesmal von deutscher Seite beim Betreten deutschen Bodens nach jahrelanger Abwesenheit, von neuem ruiniert werden sollen zugunsten fetter Kriegsgewinner, die zu Hause ihre Advokaten- und Amtsrichterverbindungen besitzen!

Zur Förderung deutscher Interessen im Ausland dient eine

derartige Behandlung nicht, und bittere Gefühle müssen dem Auslandsdeutschen ob der Gerechtigkeit und Billigkeit in der Heimat aufsteigen. So wird es auch nicht ausbleiben, daß derartige Fälle im Ausland mehr schaden, als eine lebhaft propagandatätigkeit von Deutschland nach dem Ausland nützen kann.“

Nochmals die Außenhandelsstelle für das Buchgewerbe.

Aus Florenz schreibt uns ein Auslandsdeutscher:

„Im Jahre 1914 habe ich, ausschließlich für persönliche Freunde, ein illustriertes Werk in Berlin auf meine Kosten drucken lassen, das niemals in den Handel gekommen ist und von mir lediglich zu Geschenkzwecken benützt wird. Kürzlich wollte ich mir aus meinem Depot in Berlin 20 Exemplare senden lassen, die Außenhandelsstelle hat mir die Ausfuhrerlaubnis nur gegen Zahlung von zwei Prozent des Wertes erteilt! Ich möchte wohl wissen, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmung diese Staatsstelle den Anspruch erhebt, von den seit sechs Jahren in meinem Eigentum befindlichen Büchern eine solche Ausfuhrabgabe zu erheben?“

Ein nicht minder trübes Kapitel ist die deutsche Briefzensur, über die die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 14. Dez. schreibt:

„Daß die zwar amtlich aufgehobene deutsche Briefzensur immer noch besteht, sehen wir an einer Reihe von Zuschriften aus unserm Leserkreis, die in verständlicher Entrüstung über diese Schikane dagegen Protest erheben. Der Krieg hat Hunderttausenden von Pferden den Tod gebracht, leider befindet sich aber der deutsche Amtsschimmel nicht darunter, der anscheinend munter weiterlebt und unermüdlich ist im Erzeugen von Ärger, auch bei denen, die an Deutschlands Schicksal regen Anteil nehmen.“

Und unwürdig reiht sich diesen beiden kultur- und verkehrsfeindlichen Maßnahmen die Bestimmung über die Erhebung der Konsulatgebühren für Pässe und Visa in Gold an, die schon zu den schärfsten Repressalien der Deutschland benachbarten Staaten geführt hat und ein schweres Hindernis für Handel und Verkehr darstellt.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Soll und darf ich auswandern? Wohin? Winke und Ratschläge, herausgegeben vom Verein für das Deutschtum im Ausland, Ortsgruppe Hamburg. 1.—5. Tausend. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Vereins, Hamburg, Deichstr. 41. 16 S. 8°.

Wie die meisten kurz zusammenfassenden „Hinweise auf die für den deutschen Auswanderer günstigen überseeischen Gebiete“ schildert auch dieser kleine Führer, trotz aller Warnungen, unserer Ansicht nach die Aussichten für Deutsche in südamerikanischen Ländern etwas reichlich günstig. Land-, Lebensmittel- und Arbeitspreise, sowie überhaupt die Veränderungen, welche der Krieg auch für diese Länder gebracht hat, werden gar nicht berücksichtigt. Die Auskunftsstellen für Auswanderer sind etwas flüchtig und wahllos zusammengestellt, ebenso die Literatur am Schluß.

M. Grisebach.

Ottmann, Victor, Mexikaner. Ein Buch über Land und Leute in Mexiko. Leipzig-Gaschwitz: Dürr & Weber 1920. 83 S. 8°, M 5.50. (Zellenbücherei Nr. 9.)

Das Bändchen führt in der unterhaltenden, für die Zellenbücherei charakteristischen Form in Natur und Kultur des heutigen Mexiko ein. Die natürlichen Bedingungen, Bevölkerungsverhältnisse, Verwaltung, Wirtschaft, Verkehr, die einzelnen Landschaften und Städte werden im Überblick, Kultur- und politische Geschichte bis zur Gegenwart eingehender behandelt. Die Bedeutung des Deutschtums für Mexiko ist hervorgehoben. Das Bändchen hält die rechte Mitte zwischen romantischer Verherrlichung und realpolitischer Geringschätzung des alten Wunderlandes.

Dr. H. M.

„Was muß der deutsche Einwanderer von Mexiko wissen?“ Zusammenstellung der notwendigsten Erläuterungen über mexikanische Verhältnisse mit besonderer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Siedlungsfrage. Herausgegeben vom Einwanderungsausschuß des Verbandes deutscher Reichsangehöriger in Mexiko. Pfullingen: Knapp, J. [1920]. 39 S. 8°.

Dieses „Einwandererheftchen“ muß bei der Unkenntnis über mexikanische Verhältnisse zunächst noch als eine etwas magere Einführung bezeichnet werden. Über das Land Mexiko und seine Bevölkerung erfahren wir so gut wie nichts. Nur kurze Auszüge aus den wichtigsten Gesetzen, welche die Rechte der Ausländer und von Genossenschaften (Sociedades cooperativas) behandeln. Eine kurze Einleitung zur Vermeidung von Krankheiten sowie Ausführungen über Maße, Gewichte, das Münzsystem und die Haupteisenbahnverbindungen des Landes folgen. 17 Seiten des Heftchens werden durch einen spanischen Sprachführer ausgefüllt. Das Wertvollste sind vielleicht die wenigen angegebenen Adressen, an die sich der Deutsche in Einwanderungs- und Geldfragen wenden kann. Grisebach.

Mirau, Leo, Argentinien von heute, Schilderung von Land und Leute. 3. Aufl. Buenos Aires 1920. 132 S. 8°.

Der Titel soll offenbar ein Vers sein; so wird man dessen schlechtes Deutsch schon mit in Kauf nehmen müssen. Verfasser ist Mitbegründer des deutschen katholischen Vereins in Buenos Aires. Der Ton dieser ebenso inhaltsreichen wie handlichen kleinen Schrift ist dementsprechend warmherzig und charitativ gehalten. In flotter, oft poetischer Sprache werden neben Geographie und Geschichte des Landes, die Hauptstädte, Provinzen und Territorien, Klima, Religion, Erziehung und Unter-

richt, Tierreich, Mineralreich, dann Handel und Industrie, Verkehrswesen, Kolonisation, Landwirtschaft usw. auch das Deutschtum in Argentinien in 46 Kapiteln gut und sachlich behandelt. Recht gut sind auch allerlei psychologische Winke und praktische Ratschläge, die aus langjähriger Auslandserfahrung herausgenommen sind. Besonders katholischen Auswanderern ist dieser kleine Führer im Taschenformat sehr zu empfehlen.

M. Grisebach.

Krause, Dr. Otto A., Argentinien's Wirtschaft während des Weltkrieges, ihre Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft und Auswanderung. Berlin 1919: Dietrich Reimer (Ernst Vohsen). 134 S. 8°.

An der Hand zahlreicher, sorgfältig zusammengetragener Tabellen wird die weltwirtschaftliche Entwicklung Argentinien's während der Jahre 1914–1919 übersichtlich dargestellt. Wir erfahren im I. Teil, wie bei Ausbruch des Krieges die argentinische Regierung durch eine geschickte Finanzpolitik eine drohende Finanzkrise überwand. Im II. Teil werden uns die gewaltigen Veränderungen im Außenhandel vor Augen geführt; eine Tabelle über Deutschlands und Englands Anteil an wichtigsten argentinischen Einfuhrwaren läßt erkennen, mit wie vielen Artikeln wir den englischen Konkurrenten 1913 schon geschlagen hatten. Die günstige Entwicklung der verschiedenen Produktionszweige im Kriege vermag schon die gewaltigen Rückschläge und Schwierigkeiten nicht zu verbergen, welche in der Folge nicht ausbleiben können. Die Bewegung in der Bevölkerung während des Krieges ist dafür das bedenklichste Anzeichen. Dem Einwanderungsüberschuß vom Jahre 1912 von 203 470 Menschen steht im Jahre 1918 eine Unterbilanz der Einwanderung von 209 753 Personen gegenüber. Eine starke Wanderarbeiterbewegung geht dem parallel. Einer Gesundung der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse stehen noch gewaltige Schwierigkeiten gegenüber (Teil V). Dazu sind zu rechnen die heftigen klimatischen Schwankungen und Heuschreckenplagen, der herrschende extensive Betrieb, Unwissenheit und Bequemlichkeit der Landbevölkerung, das kurzfristige Pachtsystem, die

ungerechte Steuerverteilung und anderes mehr. Trotzdem hat Argentinien eine große Zukunft, wenn es bald einen bodenständigen Bauernstand erhält, der die zunächst greifbaren natürlichen Schätze hebt. Deutschland würde alsdann die gesamten überschüssigen Produktionen Argentinien's aufnehmen können. Den Anhang bildet eine wertvolle Übersicht über die „ausländischen Kapitalanlagen in Argentinien und die argentinischen Anleihen“.

M. Grisebach.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Literarische Annäherungsbestrebungen zwischen den Deutschen Großrumäniens und den Rumänen regt der Schriftsteller und Generalinspektor der Theater in den angeschlossenen Gebieten, Emil Isac, im Bunde mit der Bukarester Kulturzeitschrift *Idea Europeana* an. Er sucht eine von jedem kleinlichen Chauvinismus freie Annäherung der Völker Großrumäniens in kultureller, namentlich literarischer Beziehung anzubahnen. Isac wendet sich in der ersten Novembernummer des „Ostlandes“ (Zeitschrift für die Kultur der Ostdeutschen) an die deutschen Schriftsteller Großrumäniens, und hier verweist er besonders auch auf die Notwendigkeit, daß die verschiedensprachigen Nationen des neuen Vaterlandes von ihren gegenseitigen literarischen Bestrebungen durch gute Übersetzungen Kenntnis nehmen müßten. Die unmittelbare folgende warm zustimmende Antwort der Schriftleitung Ostland, sowie das als Sonderheft „Ostdeutsche Übersetzer“ erschienene zweite Novemberheft mit Übersetzungen aus dem Rumänischen des V. Alecsandrie und N. Davideacu haben in der rumänischen Presse lebhaften Widerhall gefunden. U. a. haben *Idea Europeana*, *Telegraful Roman* Diminea in längeren Artikeln dazu Stellung genommen.

VON UNSERER ARBEIT

Woher stammen unsere Auslandsdeutschen?

Das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart hat die gewaltige, vielseitige Aufgabe, Auslandsdeutschtum und Heimat in ständiger Fühlung miteinander zu halten und alles zu tun, um diese Verbindung zu festigen. Dazu gehört es auch, in den Auslandsdeutschen und (Deutschausländern die Erinnerung an ihre deutsche Abstammung zu erhalten. Viele unserer Auslandsdeutschen und Deutschausländer in Nord- und Südamerika, in Rußland, Ostasien oder Südafrika haben die Erinnerung an die Heimat und an die Geburtsstätte ihrer Vorfäter vergessen, ja sie haben alle Familienbeziehungen verloren. Ihnen will das Deutsche Ausland-Institut helfen, indem es Nachforschungen nach Namens- oder Blutsverwandten in der Heimat anstellt oder den Auslandsdeutschen Nachforschungen in Gemeinde- oder Kirchenbüchern usw. vermittelt und erleichtern hilft. Entsprechende Anträge wolle man an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, richten, das auch diese Arbeiten, wie seine gesamte übrige Tätigkeit, zum Wohl des Auslandsdeutschtums unentgeltlich leistet.

Auswandererberatung.

Das Deutsche Ausland-Institut hat die kostenlose Auskunftserteilung an alle Auswanderungslustigen übernommen. Seine Auswandererberatungsstelle gibt unentgeltlich Auskunft in allen Auswanderungsfragen, über alle Auswanderungsländer der Erde, über deren amtliche Vertretungen im Reiche, Einreise- und Paßbestimmungen, Schiffsfahrtswege und Valutaverhältnisse, sowie über die Aussichten für jeden einzelnen Beruf im Auslande.

Vermittelt ihrer zahlreichen Vertrauensmänner im In- und Auslande vermag sie über Vor- und Nachteile des Anschlusses

an Auswanderervereinigungen und Siedlungsgesellschaften zu raten. Ausgezeichnete Lichtbilder, Karten und eine Ausstellung der verschiedenen Landesprodukte stehen zur Besichtigung zur Verfügung.

Alles was der Auswanderer vor der Ausreise wissen muß, kann er beim Deutschen Ausland-Institut erfahren. Vor Annahme fester Stellungen und Abschluß von Verträgen empfiehlt es sich für männliche wie weibliche Auswanderer dringend, die Auskunftsstelle zu Rate zu ziehen. Sprechstunden täglich von 10–12 und von 3–5 Uhr, mit Ausnahme von Sonnabend, Stuttgart, Neues Schloß, linker Flügel.

Vorträge.

Seit den letzten Bekanntmachungen in Nr. 22, 23 und 24 des III. Jahrgangs des „Auslandsdeutschen“ haben wieder eine Reihe von Vorträgen stattgefunden, die sich reger Teilnahme erfreuten.

In Stuttgart sprach Herr Pfarrer Lessing, der eben von einem viermonatlichen Aufenthalt in Italien zurückgekehrt war und demnächst seinen Wohnsitz wieder in Florenz nimmt, wo er über 17 Jahre vor dem Kriege gewirkt hat, über „Die Lage der Deutschen in Italien“, wobei er namentlich auch die Südtiroler Frage behandelte. Über „Das Deutschtum in meiner siebenbürgischen Heimat“ sprach unter Vorführung von Lichtbildern der Student an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim, Batzoni. Den letzten Vortrag vor Weihnachten hielt der ungarische Staatsmann und Nationalökonom Géza Lukacs über das Thema „Vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Selbstbestimmungspflicht des Menschen“.

Der Zyklus für die Schüler der mittleren Lehranstalten fand mit dem Vortrage des Herrn Rechtsanwalt Geist über „Die heutige Lage Estlands“ seine Fortsetzung.

In dem Vortrag-Zyklus in München, der vor Weihnachten zum Abschluß gebracht wurde, sprach als letzter Redner Herr Privatdozent und Abteilungsleiter Dr. Wunderlich-Stuttgart über „Das ethnographische Polen“.

Denselben Vortrag hielt Herr Dr. Wunderlich auch in Ulm, wo damit unser Vortragszyklus zum Abschluß kam, während der in Heidenheim, nachdem auch dort noch Herr Batzoni über Siebenbürgen gesprochen hatte, mit einem Vortrag unseres Abteilungsleiters Ludwig Ankenbrand über „Land und Leute auf Ceylon“ endete und in Heilbronn der Vortrag des Herrn Batzoni über Siebenbürgen den Abschluß bildete. In Tübingen sprach noch Herr Pfarrer Lessing.

In Rosenheim (Bayern) sprach auf Einladung des dortigen Stadtrats, der sich auch die christlichen und freien Gewerkschaften angeschlossen hatten, der Leiter unserer Münchener Geschäftsstelle, Herr Oberstleutnant von Kiesling über „Rußland und Südamerika als deutsche Einwanderungsländer“ in einem äußerst zahlreich besuchten und von allen Schichten der Bevölkerung beifällig aufgenommenen Vortrage. Herr von Kiesling hielt auch in Dortmund einen vom D. A. I. veranstalteten Vortrag über „Das Auslandsdeutschum in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ und sprach schließlich in Köln auf Einladung der dortigen Zweigstelle des Reichswanderungsamts über „Rußland und Vorderasien und ihre Bedeutung für die deutsche Auswanderung“.

Bibliothek.

Von Herrn Dr. med. Kaufmann in Dresden wurde eine Reihe wertvoller deutsch-amerikanischer Bücher und Vereinschriften aus dem Nachlaß seines Vaters, des hervorragenden deutsch-amerikanischen Schriftstellers Wilhelm Kaufmann (vgl. seine Lebensgeschichte in Nr. 19, 1920 dieser Zeitschrift) unserem Institut zum Geschenk gemacht. Die neue Zuwendung ergänzt die umfangreiche Schenkung, die uns Herr Wilhelm Kaufmann noch zu seinen Lebzeiten im Jahre 1918 gemacht hat.

Wertvolle Einzelschriften und Zeitschriften, hauptsächlich über Ostasien, wurden der Bibliothek von Herrn Major Kolshorn in Stuttgart geschenkwiese überlassen.

Kartenabteilung.

Dem Kartenarchiv des Deutschen Ausland-Instituts ist eine wertvolle Sammlung von Kriegskarten durch die Kartographische Anstalt Paasche & Luz in Stuttgart geschenkwiese überlassen worden. Die Sammlung umfaßt mehrere Dutzend Kriegskarten der verschiedenen Kriegsschauplätze und bildet eine wertvolle Bereicherung der Kartensammlung, die speziell auf die Erfassung der Karten zur neueren Geschichte des Deutschlands Gewicht legt.

Deutsche Dichter-Spende.

Der Gedanke der deutschen Dichter-Spende, der durch den Aufruf Dr. Ludwig Finckhs weit hinausgedrungen ist, ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Von deutschen Dichtern und Verlegern wie auch von einzelnen Stiftern sind uns so viele Spenden zugeflossen, daß die dringendsten Wünsche einer größeren Zahl deutscher Vereine im Auslande berücksichtigt werden können.

Dr. Ludwig Finckh wendete im Verein mit einem Tübinger Stifter eine stattliche Reihe seiner Bücher dem guten Zwecke zu, dazu auch eine Reihe Exemplare der köstlichen Zeichnungen Jauchs zu Finckhs neuester Erzählung, der Jakobsleiter. Walde-mar Bonsels gab seine Hauptwerke in mehreren Exemplaren, Hans Karl Abel die Versdichtungen und Erzählungen aus seiner elsässischen Heimat. Von Verlegern beteiligten sich bisher die Belsersche Verlagsbuchhandlung in Stuttgart mit einer Auswahl guter erzählender und biographischer Werke, Ludwig Staackmann in Leipzig mit einer umfangreichen Auswahl der besten Erzähler seines Verlages, vor allem Roseggers und Adam Müller-Guttenbrunns, der von den Schwaben im Banat und den Siebenbürger Sachsen so sehr begehrt wird, S. Fischer in Berlin mit den für seinen Verlag charakteristischen modernen literarischen Erscheinungen, das Bibliographische Institut in Leipzig mit einer Reihe von Klassikern, Hesse und Becker in Leipzig mit einer umfangreichen Spende trefflicher erzählender Schriften, die Gebrüder Hofer in Saarbrücken mit ihren Bilderwerken und „Hofer“-Bändchen, B. G. Teubner in Leipzig mit naturwissenschaftlichen, für Schulvereine besonders geeigneten Büchern, der Bergstadtverlag in Breslau und der Allgemeine Schriftstellerverein in Berlin mit gediegenen erzählenden Schriften. Da vor allem auch Schul- und Gemeindebüchereien bedacht werden sollen, ist es hoch erfreulich, daß Jugendschriften in großer Zahl und bester Ausführung zur Verfügung gestellt wurden. Wir nennen die künstlerisch hochstehenden Mainzer Bilderbücher von Joseph Scholz, die Bunten Bücher und Bunten Jugendbücher von Enßlin & Laiblin in Reutlingen, die gemütvollen Erzählungsschriften des Rauhen Hauses in Hamburg und die Bände der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großborstel, die unser Unternehmen außer durch ihre eigenen Verlagswerke noch durch eine stattliche Zuwendung an Büchern aus der Grenz-Dankspende unterstützte, ferner die Dürrsche Buchhandlung in Leipzig, die ihre nach Inhalt und Ausstattung vortrefflichen Bilderbücher und Jugendschriften zur Verfügung stellte. Weitere Bücherspenden gingen ein von Fräulein Abele in Botnang, dem Norddeutschen Verlag in Stettin, Herrn Otto Schaz in Tuttlingen, Frau Linder in Frauensen und Herrn Alfred Hein in Königsberg.

Von der Verwendung der eingegangenen Spenden wird in jedem einzelnen Falle den Stiftern Mitteilung gemacht werden. Weitere Zuwendungen an Büchern oder Geldern zur Beschaffung von Büchern sind erwünscht und werden am besten an das Deutsche Ausland-Institut, Stuttgart, Neues Schloß, geleitet.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen ans dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können. — Wir verzeichnen heute folgendes Angebot:

Großes Eisenwerk Mitteldeutschlands sucht Absatzmöglichkeiten für Italien für Zimmerheizöfen nebst verschiedenem Zubehör, Küchenherde, sowie Küchengeschirre aus Guß Eisen.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 10. Januar 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Oreiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

Soeben erschienen:

Auswanderer-Briefe aus Brasilien

(Ratschläge für Auswanderer)

In den nächsten Jahren wird ein großer Teil Deutscher, Österreicher, Schweizer usw. die Heimat verlassen, um sich namentlich in Südamerika eine neue Existenz zu gründen. Die bis jetzt vorliegenden Schilderungen interessierter Gesellschaften usw. sind durchweg günstig gefärbt und bieten wohl kaum ein Bild, welches den tatsächlichen Existenzmöglichkeiten entspricht. In unserem neuen Buche wird Brasilien von Personen geschildert, die selbst nach dort auswanderten und ihre Erfahrungen im Interesse ihrer noch in der Heimat befindlichen Landsleute bekanntgaben.

Preis Mk. 9.—, Porto und Nachnahmespesen Mk. 1.50

Verlag BIRKNER & Co., BERLIN N.W. 40, Heidestr. 15a
Lörrach in Baden * Basel 16, Postfach

Ausland u. Heimat Verlags-Aktienges. Stuttgart

Im 14. Jahrgang hat zu erscheinen begonnen:

Ausland und Heimat

*Illustr. Wochenschrift für Auslands-
kunde, Auswanderung, Auslands-
deutschum und Kolonialwesen.*

Vierteljährl. Mk. 12.—, das Einzelheft Mk. 1.—

„Ausland und Heimat“ unterrichtet über alle Vorgänge im Ausland, soweit sie deutsche Interessen berühren und mit dem Wiederaufbau des Auslandsdeutschums zusammenhängen.

„Ausland u. Heimat“ weist bei den unerfreulichen deutschen Wirtschaftsverhältnissen gesunde Wege für die Auswanderung und warnt vor unüberlegter Auswanderung.

Verlangen Sie Probenummern direkt vom Verlag!

Abonnements-Bestellungen nimmt jedes Postamt u. jede Buchhandlg. an, wo nicht vorhanden, wende man sich direkt an

Ausland und Heimat Verlags-Aktienges. Stuttgart, Neues Schloß

Nordseeschule Wangeroo

(Insel)

(Priv. höh. Knaben- u. Mädchen-
schule — Landerziehungsheim)
für Schüler und Schülerinnen
aller Schulart. Tücht. Lehrkr.,
beste Verpflegung, ges. Seebad.
Anmeld. f. Ostern sof. erbeten.

Wir bitten

die geehrten Leser, bei Zu-
schriften an Inserenten sich
stets auf unsere Zeitschrift
zu beziehen.

Der Welt-Export

Hamburger Export-Organ
Erscheint zweimal monatlich in
Deutsch, Engl., Französ., Span.

Große, verbürgte Verbreitung in
allen Industrie- u. Handelskreisen
des gesamten In- und Auslandes.
Verlangen Sie Probenummer u. un-
verbindliche Anzeigenofferte durch den
Verlag: Hamburg 11, Ködigsmarkt 65.
Erstklassige Vertreter gesucht.

Georg Z. N. Siemers, Hamburg

Streithof, Königstr. 14/16

T.-A.: Exportsiemers
A. B. C. Code 5. Ausg.

Kommissionsw. Ankauf und
Verschiffung nach allen Län-
dern geg. billigste Berechn.

Auch kleine Anzeigen haben im „Auslandsdeutschen“ **große Wirkung**

Detektive Rex

Auskunftei Berlin W 57

Potsdamerstr. 96a. Tel. Kurfürst 443.

Altes, erstklass. Büro. Jede Vertrauenssache,
Beobachtg., Ermittlg., Heiratsauskunft usw. Diskret, zuverlässigst.

Export-Artikel werden heute in grossen Mengen angeboten; es gibt aber wohl kaum Stapelwaren, die in allen Ländern so viel begehrt werden, wie landwirtschaftliche Geräte. Eine hervorragende Stellung nimmt hierbei der seit vielen Jahren in allen Ländern der Erde bekannte und millionenfach bewährte Mitter-Meln ein. Wir verweisen auf die unserer Nummer beiliegende Preisliste der Firma Otto Bitter, Crossen (Oder), welche in der Lage ist, bedeutende Posten dieser Steine immer prompt ab Lager liefern zu können; die Firma hält sich an die Preise ihrer Liste gebunden, spätere Preisaufschläge sind also von vornherein ausgeschlossen, ein Umstand, der besond. Beachtung verdient.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 5.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV – Nr. 3

STUTTGART

Ersstes Februarheft 1921

Deutsche Schulen in Brasilien

Von NIK. BEHR †, Vegesack.

Der Verfasser dieses Artikels ist als deutscher sozialdemokratischer Arbeiter im Jahre 1914 nach Brasilien gereist, um dort die Lage der deutschen Arbeiter zu studieren. Durch den Krieg bis zum Jahre 1918 festgehalten, hat er Gelegenheit gehabt, auch das deutsche Schulwesen gründlich kennen zu lernen. Eine größere Anzahl wertvoller Manuskripte aus seiner Hand ist in unserem Besitz und sollte nach und nach veröffentlicht werden. Da erreichte uns kürzlich die Nachricht von Nikolaus Behrs am 1. Januar dieses Jahres erfolgten Tod. Er ist einem Leiden erlegen, welches ihn schon Jahr und Tag aufs Krankenlager zwang. Von seinem rastlosen Fleiß geben dieser wie die später folgenden Artikel Zeugnis.

Das große Publikum in Deutschland macht sich im allgemeinen kein richtiges Bild davon, wie überaus wichtig die deutschen Auslandsschulen für die Erhaltung des Deutschtums sind. Man kann ihm aber kaum einen Vorwurf daraus machen, denn es hat wenig Gelegenheit, sich mit diesen Dingen zu befassen, das ganze Gebiet liegt ihm ziemlich fern. Dieser Zustand ist sehr bedauerlich, alles, was die deutschen Volksgenossen im Auslande betrifft, sollte man viel mehr beachten, da es durchaus nicht so gleichgültig für uns daheim ist, als wir meinen. Der Krieg hat ja gezeigt, wie stark bei den Auslandsdeutschen das Gefühl für die alte Heimat ist. Dabei sind die Spender für die Unterstützung der Kriegsbeschädigten, das Rote Kreuz usw. in der Mehrzahl keine Reichsdeutsche, sondern sind hier geborene Nachkommen deutscher Eltern in zweiter und dritter Generation, die Deutschland nie gesehen haben. Aber deutsche Sprache und deutsches Lied haben ihnen trotzdem die Liebe zur Heimat ihrer Vorfahren eingepflanz.

Das ist das Werk der deutschen Auslandsschulen, deren Arbeit so mühselig ist, in deren Dienst so viele wackere Männer und Frauen unermüdlich, trotz aller Fehlschläge, tätig sind. „Wir dürfen unsere Schule nicht verlieren“, das ist ihr Grundsatz, und dann wird wieder ein neuer Anlauf genommen. Diesen wackeren Streikern, mit denen ich oft über ihre Sorgen und Mühen mich unterhalten habe, sollen diese Zeilen eine Hilfe sein. Das Interesse für alle die Hunderttausende deutschsprachigen Ausländer muß geweckt werden bei uns daheim. Es darf nicht mehr vorkommen, daß einem Auslandslehrer, der nach der alten Heimat kommt, um Freunde für die deutsche Auslandsschule zu werben, von einem Professor gesagt wird: „Ach wissen Sie, die ausgewanderten Deutschen haben für uns kein Interesse mehr, die sind der Heimat verloren.“ Dieser Professor beschäftigt sich nicht etwa mit dem Studium ägyptischer Mumien, sondern ist ein mitten im Leben stehender Schulmann noch heute!

Im nachfolgenden werde ich versuchen, in gedrängten Umrissen ein Bild der deutschen Schulen in Brasilien zu entwerfen. Erschöpfend kann es in diesem Rahmen nicht sein, aber das

Wenige wird verhältnismäßig von mehr Leuten gelesen als ein Buch über Brasilien, in dem die Schule nur einen Abschnitt bildet.

Die Republik Brasilien mit ihren zwanzig Bundesstaaten umfaßt ein Gebiet, das ungefähr so groß ist wie ganz Europa. Die Einwohnerzahl erreicht aber noch nicht einmal die des Deutschen Reiches.

Nach einer Statistik aus dem Jahre 1912 hat Brasilien 86,2 % Analphabeten unter den schulpflichtigen Kindern, also ein sehr hoher Prozentsatz, worin es nur noch von drei südamerikanischen Republiken übertroffen wird, nämlich Bolivien, Peru und Venezuela. Das sind die neutralen südamerikanischen Kulturstaaten!, die uns Barbaren nennen, und von denen die am weitesten vorgeschrittene Republik Uruguay immer noch 40 % des Lesens und Schreibens unkundiger Landeskinder hat.

Der Prozentsatz würde sich für Brasilien noch weit ungünstiger gestalten, wenn man die deutschsprachigen Kinder gesondert aufführen würde. Die Berechtigung dazu liegt vor, denn diese Kinder werden in Privatschulen erzogen, für die seitens der brasilianischen Regierung nur in wenigen Fällen irgend etwas gezahlt wird. Nach meiner Schätzung gibt es unter den deutschsprachigen Kindern Brasiliens vielleicht 20 % Analphabeten, also bedeutend günstiger als wie der Landesdurchschnitt. Für unsere deutschen Begriffe allerdings noch immer ein hoher Satz, man muß aber die Schwierigkeiten, die sich der Einschulung vieler Kinder entgegenstellen, in Betracht ziehen. Außerdem geht aber die Arbeit der deutschen Schulen hier in Brasilien von Jahr zu Jahr vorwärts, so daß die Zahl der deutschsprachigen Analphabeten sich immer mehr verringert.

Man darf aber nicht den Fehler machen und sich etwa unter der hier arbeitenden deutschen Schule auch nur eine deutsche städtische Volksschule vorstellen oder auch nur eine Dorfschule, wie wir sie gewohnt sind. Gewiß, in den größeren Städten und auch in manchen kleineren mit nur 3–5000 Einwohnern sind die Lehrerstellen mit seminaristisch gebildeten Lehrern besetzt. Die Schulen haben teilweise die Berechtigung zur Aus-

stellung von Einjährig-Freiwilligen-Zeugnissen. Die Kinder dieser Schulen haben, mit den für die brasilianischen Verhältnisse notwendigen Änderungen, denselben Lehrplan wie etwa eine deutsche Realschule. Diese Anstalten bekommen durchweg die deutsche Reichsunterstützung und sind, da sie in Städten mit finanziell gut gestellter deutscher Bevölkerung arbeiten, meistens in der Lage, das Unterrichtsmaterial zu beschaffen. Allerdings nicht in dem Maße, wie wir es in Deutschland gewohnt sind, daher muß manches ein frommer Wunsch bleiben oder jahrelang zurückgestellt werden. Ich komme später noch darauf zurück, wie leicht man von Deutschland aus so manchen Wunsch, ohne besondere Geldausgaben, erfüllen könnte.

In den vorgenannten Schulen wäre also alles so ziemlich nach Wunsch. Aber nun die eigentlichen Kolonieschulen. Man gestatte mir, kurz die Entstehung einer neuen Kolonie zu schildern. Die Einwanderer kommen mit Sack und Pack, Kind und Kegel an. Angenommen, sie wollen in eine Regierungskolonie, dann werden die Leute dahin gefahren, meistens einige Tagereisen, zu Schiff, mit der Bahn oder auf unergründlichen Wegen mit dem Wagen. An Ort und Stelle angelangt, nichts als Urwald, von Wegen keine Spur, und dann geht's los, der Wald muß heruntergehauen werden. Notdürftig wird eine Hütte aufgestellt und ebenso notdürftig ist das Essen. Die Lebensmittel müssen meistens ein oder zwei Tagereisen weit hergeholt werden. Pferd und Wagen hat der junge Kolonist nicht und so muß er auf dem Rücken alles heranschleppen und das ist nur das Notwendigste. Daß unter solchen Umständen in den ersten Jahren an einen Schulunterricht für die Kinder nicht gedacht werden kann, ist wohl jedem klar. Ist es einmal so weit, daß also die Kolonisten sich nach zwei oder drei Jahren soweit eingerichtet haben, dann kommen mit dem Gedanken an die Errichtung einer Schule auch die Schwierigkeiten der Aufbringung der Mittel und die Beschaffung einer geeigneten Lehrkraft. Angenommen, die Kolonie besteht aus sechzig deutschen Familien (bei der Ansiedlung wird darauf gesehen, daß die gleichsprachigen Elemente zusammenbleiben), so wären also vielleicht fünf und zwanzig schulpflichtige Kinder da. Das sind Kinder von sieben bis zwölf Jahren. Hier denkt nämlich niemand daran, seine Kinder etwa acht Jahre in der Schule „vertrödeln“ zu lassen, außer in den oben erwähnten Stadtschulen. Auf der Kolonie gehen die Kinder zwei, wenn es hochkommt, vier Jahre in die Schule. Da ist natürlich von höheren Bildungszielen keine Rede. Vielmehr ist es schon sehr erfreulich, wenn Rechnen, Lesen und Schreiben in dieser Zeit einigermaßen erreicht werden. Da kein gesetzlicher Zwang für den Schulbesuch besteht, oder vielmehr der gesetzlichen Vorschrift niemals und nirgends in Brasilien Nachdruck verliehen wird, so halten die Eltern die Kinder vielfach vom Schulbesuch ab, wenn ihnen wichtiger erscheinende Feldarbeiten vorliegen. An Regentagen kommt überhaupt kein Kind zur Schule, so wenig wie ein Arbeiter zur Arbeit geht. Zum Teil ist das ja berechtigt, denn der Regen ist hier meistens so durchschlagend und die Wege sind bald in einem solchen Zustand, daß es zu Fuß und für Kinder fast ausgeschlossen ist, durchzukommen. Man muß sich auch nicht etwa vorstellen, daß die Kolonisten dicht zusammen wohnen, sondern so eine Kolonie von sechzig Familien wohnt vielleicht an einer drei bis vier Kilometer langen Straße.

Die Kinder, selbst die sieben- und achtjährigen, von den älteren ganz abgesehen, sind für den Kolonisten Arbeitskräfte, die ihm keine Geldausgaben verursachen, und das erklärt sein Bestreben, sie möglichst ausgiebig heranzuziehen. Eine andere Frage ist es freilich, ob der dadurch bedingte Schulausfall im

Interesse der Kinder liegt. So fällt also selbst von diesen wenigen Jahren des Schulbesuchs noch mancher Tag aus. Die klimatischen Verhältnisse bedingen es außerdem, daß der Schulunterricht möglichst in die Morgenstunden gelegt wird und nachmittags kein Unterricht erteilt wird. Im Sommer sind es meist nur vier Unterrichtsstunden täglich, im Winter etwa sechs. In den Stadtschulen findet der Unterricht Winter und Sommer, vor- und nachmittags statt, in den älteren Kolonieschulen allerdings auch.

Die junge Kolonie geht nun, nachdem ein geeignetes Holzhaus als Schule gebaut oder gemietet ist, auf die Suche nach einer Lehrkraft. Von Bedingungen über die Vorbildung zu diesem Beruf ist natürlich keine Rede. Die Hauptsache ist, den billigen Mann zu finden, denn Bargeld ist in den jungen Kolonien knapp. Vielleicht ist da so ein Mann, der als Kolonist nicht vorwärts kommt, dafür aber das große Wort führen kann, den nimmt man also zum Lehrer. Anstellungsbedingungen sind: von jedem Kind monatlich 500 Reis, also etwa 70 Pfennig nach normalem Kurs, freie Wohnung, d. h. im Schulzimmer kann der Herr Lehrer sich jeden Abend ein Bett aufstellen, vorausgesetzt, daß er eines hat, und vielleicht kann er Sonntags auf eine Einladung zum Mittagessen rechnen. Nun darf man aber nicht annehmen, daß das fürstliche Monatsgehalt von 12 Milreis und 500 Reis, etwa am Monatsletzen dem Schulmeister auf den Tisch gelegt wird. Das wäre noch schöner! Der Kerl kriegt sowieso schon nach Ansicht vieler Kolonisten das Geld für sein Nichtstun, also muß der Lehrer das Geld von den Kindern selbst einkassieren. Man kann sich denken, wie dabei das Ansehen des Lehrers leidet, wenn er die Kinder mahnen muß, das Geld mitzubringen. Und wie leicht kann es kommen, daß der Lehrer ein Kind, dessen Eltern regelmäßig bezahlen, besser behandelt als im umgekehrten Falle. Es gibt aber auch überall Kolonisten, die diese Mißstände einsehen, die sie abstellen möchten und die eine höhere Besoldung des Lehrers anstreben, leider sind aber diese Einsichtigen meistens in der Minderzahl. Es ist erstaunlich, wie Eltern, die in Deutschland eine gute Schulbildung genossen haben, hier häufig für ihre Kinder in dieser Weise nichts für nötig halten. Die sogenannte Freiheit, d. h. das Fehlen jedes Zwanges im Interesse des einzelnen, treibt gerade in bezug auf die Schule sehr unangenehme Blüten in Brasilien wie überhaupt in Südamerika. Daß trotz dieser Zustände die Schulen in den ersten Jahren durchgebracht werden, das ist das Verdienst der Wackeren, die trotz aller Enttäuschungen das Ziel hochhalten, die sich immer wieder sagen: „Ist die Schule verloren, ist alles verloren“. Wie manchen Zehnmiltschein lassen diese Männer der Schule aus eigener Tasche zukommen, um das Gespenst des Eingehens der Schule zu bannen. Ein Bravo allen diesen guten treuen Deutschen, von denen mancher das Vaterland verlassen mußte, weil er sich unbeliebt gemacht hatte, soll heißen eine freie Meinung äußerte. Im Geiste sehe ich sie vor mir, diese zum Teil sehr einfachen Männer, viele sind sogar in Brasilien geboren, haben Deutschland nie gesehen und doch leisten sie deutschem Wesen so große Dienste. Das deutsche Volk steht tief in der Schuld dieser Vorkämpfer und verhältnismäßig leicht können wir davon abtragen. Nur müssen wir uns klar darüber sein, daß es von großem Wert ist, im Auslande Hunderttausende deutschsprechender Männer und Frauen zu haben, die, ohne daß sie Deutschland je gesehen, doch sich zu uns zählen und mit uns fühlen. Das ist eine friedliche Kolonisation, die keiner Regierung zunahe tritt, aber wirkliche Menschheits- und Ewigkeitswerte verbreitet.

Der Dienst des Lehrers in einer Kolonieschule ist ein sehr

schwerer. Die meist einklassigen Schulen haben durchschnittlich 35–70 Kinder in verschiedenen Altersstufen, so daß der Lehrer drei oder vier Abteilungen zu gleicher Zeit unterrichten muß. Ist die Schule zweiklassig, so hat der Lehrer meist in jeder Klasse nur zwei Abteilungen, aber dafür hat er vor- und nachmittags Schule zu halten. Die Bezahlung der seminaristisch gebildeten Lehrer ist ja bedeutend besser als wie diejenige der Gelegenheitslehrer, er braucht auch wohl das Schulgeld nicht selbst zu kassieren, aber eine Besoldung, die der Arbeitsleistung entspricht, ist es nicht. In den freien Stunden erwartet man vom Lehrer auch noch Betätigung als Leiter des Gesangvereins und Sonntags Betätigung als Organist, das alles nicht immer in dem Sinne, du mußt das machen, sondern weil er der einzige ist, von dem man solche Leistungen erwarten kann. Die Kolonisten sind dem Lehrer sehr dankbar dafür, aber man muß doch bedenken, daß die Kraft eines Menschen schließlich auch nicht unerschöpflich ist. In manchen Kolonien hat der Pastor die Verpflichtung, neben seinen kirchlichen Arbeiten auch noch die Schule zu halten, da ist es dann vollends eine Überlastung.

Ein nicht zu unterschätzender Umstand ist auch der, daß dem Lehrer jede geistige Anregung fehlt. Die Abende sind tödlich langweilig, denn ewig in der Kneipe sitzen und Bierbankgespräche anhören, ist doch wirklich kein Genuß. Etwas anderes bleibt aber nicht übrig. Konzerte, Theater oder ähnliches gibt es gar nicht oder sehr, sehr selten. Höchstens die allwöchentlich stattfindende Lichtbildervorführung. Aber die Bilder, die nach Südamerika kommen, sind auf „höhere Kulturansprüche“ eingestellt, denen ein Lehrer aus dem Barbarenlande nicht folgen kann. Revolver und Messer, Mord und Totschlag müssen in den Bildern in immer neuen Variationen wiederkehren, sonst finden sie keinen Anklang. Nirgends habe ich, außer vereinzelt Landschaftsbildern, einmal belehrende Filme oder solche, die von einem gesunden Humor zeugen, in Brasilien gesehen, auch nicht in den Hauptstädten. Der junge Kolonielehrer muß also mit Gewalt versimpeln.

Alle diese Verhältnisse haben bei mir die Überzeugung befestigt, daß eine gründliche Änderung in der Beschaffung der Lehrkräfte stattfinden muß. Deutsche Lehrer können gar nicht so viel herüber kommen wie notwendig sind, deshalb muß das Land den Ersatz selber heranbilden. Gleichzeitig werden manchem deutschen Lehrer bittere Erfahrungen erspart.

In den Kolonieschulen fehlt es in bezug auf die Lehrmittel sehr oft nicht nur, sondern man kann sagen immer am Notwendigsten. Das Geld ist knapp, selbst wenn die Schule, um bei dem gegebenen Beispiel zu bleiben, von fünfundzwanzig Kindern auf vierzig oder fünfzig steigt, ist nämlich der Kolonist nicht geneigt, für jedes Kind, wie bisher, 500 Reis zu zahlen, sondern es gibt viele, die der Ansicht sind, na, dann zahlen wir bloß noch 300 Reis, denn der Lehrer braucht doch für sein „Faulenzen“ nicht mehr als bisher zu verdienen. Hier, wo körperlich schwer von früh bis spät in die Nacht hinein gearbeitet wird und gearbeitet werden muß, wenn der Boden die nötigen Erfolge bringen soll, kommt es sehr leicht zu einer Mißachtung aller geistigen Arbeit, was doch gewiß ein ebenso großer Fehler ist wie die Überschätzung derselben. Daß außer für die Lehrbesoldung, dessen Arbeitsleistung mit der Zunahme der Schülerzahl naturgemäß wächst und der deshalb Anspruch auf bessere Bezahlung hat, die Schule auch noch manches andere braucht, sehen die hartarbeitenden Kolonisten, denen jede geistige Anregung fehlt, vielfach nicht ein. Andererseits sind hier die Lehrmittel, Bücher, Landkarten, Bilder für den Anschauungsunterricht so teuer, beziehungsweise ruht ein so hoher Einfuhrzoll

darauf, daß diese Dinge hier dreimal soviel kosten wie in Deutschland. Da könnte von der alten Heimat mit geringen Mitteln viel geleistet werden, wenn nur alle, die ein Herz für die deutschsprachigen Kinder des Auslandes haben, sich es angelegen sein lassen.

Wie viele Schulen habe ich getroffen, wo die Wände vollständig kahl waren, nicht der geringste Schmuck, wie eintönig für Kinder und Lehrer. Wie sehr notwendig ist da eine Änderung. Man bedenke, die Kinder leben hier bedeutend abgeschlossener als in irgend einem deutschen Dorfe Ostelbiens. Eisenbahnen kennen sie meistens ebensowenig wie Dampfschiffe oder elektrische Straßenbahnen, Dinge, die doch den deutschen Kindern der alten Heimat völlig vertraut sind. Ließe sich da nicht mit wenig Mitteln Abhilfe schaffen? Vorausgesetzt, daß nicht irgend einem Verein die ganze Last aufgebürdet oder überlassen bleibt. Nein, alle deutschen gemeinnützigen Vereine sollten werben; und jeder einzelne, der dazu in der Lage ist, sollte dies oder jenes sich dafür eignende Bild oder was es sonst ist: Globus, Atlas, Landkarte, hergeben und dem Verein für das Deutschtum im Auslande (Allgemeiner deutscher Schulverein) zur Verfügung stellen. Nach allem, was ich in Brasilien von ihm gehört und gesehen habe, ist es die richtige Stelle für solche Arbeit und Sammlung, er wird gewiß gerne sich der Mühe unterziehen.

In der Kolonie „Hansa“ pikade „Isabell“ sah ich einige Bilder gegen den Alkoholismus, wie sie vom deutschen V. g. d. M. g. G. herausgegeben werden, von dem sie auch geschenkt waren. Solche Bilder sollten in jeder Schule sein, auf meiner Vortragsreise in Brasilien, auf der ich viele Schulen gesehen habe, war es das erste- und letztmal, daß ich solche Bilder sah, und dabei ist gerade der Alkoholismus hier eine weit verbreitete Krankheit. Jede kleine Kolonie hat ihre Cervejaria (Bierbrauerei), manchmal zwei, von den Städten gar nicht zu reden. In den Gegenden, wo das Zuckerrohr gedeiht, wird fast in jedem Hause Schnaps gebrannt, was das für die Volksgesundheit bedeutet, weiß in Deutschland jeder Einsichtige. Für die Abstinenzvereine wäre also hier ein gutes Feld, indem sie den Schulen Wandschmuck verschaffen und dadurch gleichzeitig Aufklärung verbreiten. Bilder des Arbeiterabstinentenbundes würden hier ebenso gerne angenommen wie diejenigen von anderen Vereinigungen, die Hauptsache ist, schmückt die Schulen, verbreitet Aufklärung. Zur Beachtung möchte ich empfehlen, jedem Bilde außer der Bezeichnung dessen, was es vorstellt, folgendes aufzudrucken: z. B. „Geschenk des deutschen Arbeiterabstinentenbundes“ oder „Geschenk des Deutschen Reiches“. Dadurch wird erreicht, daß die Kinder täglich daran erinnert werden, drüben in Deutschland, der Heimat unserer Eltern, gedenkt man unser und hilft uns gern und freudig. Auf diese Weise wird das Gemeinschaftsband geschlungen und gefestigt.

Noch etwas anderes. In vielen deutschen Schulen befinden sich alte Unterrichtsgegenstände: Karten, Bilder, ausgestopfte Tiere, physikalische Apparate usw., die veraltet, durch neue ersetzt sind und nun die Schränke füllen. In Brasilien würden die deutschen Schulen sich freuen, diese Dinge zu bekommen. Man brauchte sie nur instand zu setzen, denn Ausbesserungen wären drüben zu teuer, vorausgesetzt, daß es überhaupt jemand machen kann. In der Heimat wäre man nicht bloß den Ballast los, sondern hätte anderen eine große Freude gemacht. Auf diese Weise wäre den Kolonieschulen außerordentlich geholfen. Nur ein Beispiel, das mir von vielen gerade einfällt. In der Schule an der Bonplanstraße, Kolonie „Hansa“ im Staate

Santa Catharina, steht dem Lehrer nur ein Atlas zur Verfügung, keine Landkarte, kein Globus. Dieser Atlas hat die Größe eines gewöhnlichen Schulschreibheftes und dient zum Unterricht für 35 Kinder!

Die Verteilung der ja auch schon bisher gesandten Lehrmittel muß zukünftig wohl etwas anders gehandhabt werden. Die Sachen kommen in die großen Städte und die dortigen Schulen versehen sich vor allen Dingen, die dicht an die Städte grenzenden Kolonieschulen bekommen vielleicht noch etwas ab, aber die weiter im Innern liegenden Schulen werden nicht bedacht und sie haben es doch gerade am nötigsten. Die Schulen in den großen Städten sind in Geldsachen an sich schon stärker, können aber außerdem auch noch, wenn es not tut, den einen oder anderen reichen Förderer der Schule für besondere Leistungen gewinnen. Dabei will ich gleich bemerken, daß dem Betreffenden damit irgend ein Einfluß auf den Unterricht nicht eingeräumt werden darf, wie es leider vielerorts der Fall ist. Von Interesse ist es vielleicht auch zu erfahren, daß man in Brasilien streng den konfessionslosen Charakter der Schulen wahrt. Religionsunterricht wird entweder gar nicht oder nur in Form von biblischer Geschichte in ganz geringem Maße erteilt. Wer mehr solchen Unterricht wünscht, kann seine Kinder gegen besondere Bezahlung vom Geistlichen unterrichten lassen, oder es sind von der Schulgemeinde Vereinbarungen mit den Pfarrern getroffen, daß sie an bestimmten Tagen unterrichten, den Kindern steht es aber frei, ob sie diesen Unterricht besuchen oder nicht.

Auch die von katholischen Patres oder Schwestern geleiteten Schulen erteilen in der Schule nur wenig Religionsunterricht, jedenfalls weniger als in den staatlichen deutschen Volksschulen kaiserlicher Zeit. Die von der katholischen Kirche errichteten Schulen leisten sehr viel für das Deutschtum und können schon deshalb nicht sehr tendenziös sein, weil viele evangelische Kinder sie auch besuchen. In diesen Schulen werden auch nur brasilianisch sprechende Kinder aufgenommen, die gesonderte Klassen, wenigstens in größeren Städten, haben, aber Deutsch als Lehrsprache mit lernen, vielleicht wird diese Generation einmal vernünftiger über Deutschland urteilen als viele ihrer Eltern, sicher ist das aber noch nicht. Im allgemeinen werden in allen brasilianischen Schulen Knaben und Mädchen zusammen unterrichtet, in der Beziehung ist also eine Forderung der modernen Schulmänner durchgeführt.

Eine äußerst wichtige Frage für die Auslandsschulen ist die des Lehrersatzes bzw. Nachwuchses, daran anschließend, für geprüfte Lehrer aus Deutschland, die Pensionsverhältnisse. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich nicht Lehrer bin, bei der Frage also absolut kein persönliches Interesse habe. Diese Vorausschickung scheint mir angebracht, um dem Leser zu zeigen, daß mich das Studium der Verhältnisse zu meinen Schlüssen gebracht hat. Nebenbei bin ich überzeugt, daß ich aus Lehrerkreisen in vielen Dingen Zustimmung finden werde.

Der Lehrersatz aus Deutschland regelt sich gewöhnlich in folgender Weise. Der Schulverein einer brasilianischen deutschen Kolonie wendet sich an das deutsche Auswärtige Amt, mit dem Ersuchen, eine geeignete Lehrkraft zur Verfügung zu stellen. Seitens des Auswärtigen Amtes wird, wie ich aus allen in Betracht kommenden Umständen weiß, sehr gewissenhaft geprüft, welcher der sich etwa meldenden Lehrer für den Posten geeignet ist. Ist nach verschiedenen Prüfungen usw. die Wahl getroffen, dann schließt der Lehrer mit dem betreffenden Schulverein einen Vertrag ab und bekommt von seiner vorgesetzten deutschen Behörde einen gewöhnlich vierjährigen Urlaub, so lange muß sich der Lehrer in den meisten Fällen verpflichten. Wo die

Schulbehörden Urlaub nicht gewähren, entlassen sie die Lehrer mit der Zusicherung der Wiedereinstellung nach ihrer Rückkehr, falls nichts vorgekommen ist, was auch in Deutschland die weitere Lehrtätigkeit ausschließen würde.

Begleiten wir nun einmal einen solchen frischgebackenen Auslandslehrer. Naturgemäß handelt es sich in den meisten Fällen um junge, unverheiratete Männer, voll Idealismus, voll ernststen Strebens, aber leider in den meisten Fällen ohne Lebenserfahrung. Ich hoffe, daß die Lehrer in ihrer Gesamtheit, denen diese Zeilen zu Gesicht kommen, nicht die Gekränkten spielen, sondern mir zugestehen, daß ich das Beste der Schule fördern möchte; deshalb muß man aber auch offen aussprechen, wo es fehlt. Der Lehrer kommt nun auf die Kolonie. Diejenigen, die in die großen Städte kommen, schalte ich hier aus, da sie eigentlich fast dieselben Verhältnisse wie in Deutschland vorfinden, sowohl in bezug auf den Schulbetrieb als auch im gesellschaftlichen Verkehr. Ausnahmen gibt es natürlich auch da. In die besser bezahlten städtischen Stellen gehen auch häufig verheiratete Lehrer aus Deutschland und fühlen sich dann meist recht wohl. Aber der Kolonielehrer, sagen wir, um das einigermaßen verständlich zu machen, der Dorfschullehrer, obgleich das durchaus nicht dasselbe ist wie in Deutschland. Er kommt in der Landeshauptstadt in Rio de Janeiro an. Von dort muß er vielleicht mit einem Küstendampfer weiterfahren, um endlich den Punkt der Küste zu erreichen, von dem aus die Fahrt ins Innere angetreten wird. Da gibt's schon die erste Enttäuschung, das Ausbooten! Die Dampfer können wegen der Wasserverhältnisse und wegen Fehlens aller Hafenanlagen in den meisten Fällen nicht anlegen. Das farbige Volk drängt sich an den Armen, der Landessprache Unkundigen heran, prügelt sich um die Gepäckstücke, bis endlich alles im Ruderboot oder Motorboot verstaут ist, einschließlich des deutschen Kulturträgers, dem angesichts der schreienden, schmutzigen und unverschämten, schwarzen, gelben und braunen Lebewesen schon ganz schlimm geworden ist. Aber der Knalleffekt kommt erst bei der Landung, wenn der Kahnführer seinen Lohn heischt. Hat man den Preis vorher nicht ausgemacht, so ist die Gesellschaft mehr als unverschämt. Am Lande geht das Theater um den Neuankömmling und sein Gepäck nochmals los, bis er dann endlich nach nochmaligem Sturmangriff auf seinen Geldbeutel im Gasthaus ankommt. Hat er dabei ein Haus mit deutscher Küche erwischt, dann geht's ja, aber im anderen Falle wird seine Stimmung durch die ihm absolut nicht mündenden brasilianischen Leckerbissen, als da sind schwarze Bohnen, Reis, Maniokfarin und Dörrfleisch, nicht gerade gehoben. Die Flasche Bier dazu kostet 800 Reis, also nach normalem Kursstand eine ganze deutsche Reichsmark. Am nächsten Tage geht dann die Bahnfahrt los, in Brasilien ein Vergnügen eigener Art! Nach fünf Stunden fühlt man sich wie zerschlagen und der Zug hat höchstens 125 Kilometer in der Zeit zurückgelegt. Zehn- bis zwölfstündige Bahnfahrten sind bei diesem Schnecken tempo also keine Seltenheit. Endlich hält der Zug auf der ersehnten Haltestelle. Der neue Kolonielehrer steigt aus und sucht mit einem Blick sich ein Bild von seinem neuem Wirkungskreis zu machen. Aber in den meisten Fällen ist nichts zu sehen als das Bahnhofsgebäude, eigentlich mehr Schuppen, und einige Fuhrwerke. Denn die Ansiedlungen liegen mehrere Stunden von der Bahnstrecke entfernt. So ist denn auch ein biederer Kolonist mit seinem Wagen da, um den Lehrer abzuholen. Nun geht's ein, zwei, auch drei und mehr Stunden auf schlechten Wegen und nicht federndem Wagen in die neue Heimat.

Mancher Leser denkt vielleicht, was hat das mit den Schul-

verhältnissen zu tun, aber ich glaube, es ist wichtig, sich in den Gemütszustand des neuen Lehrers hinein zu versetzen, um zu begreifen, daß ihm jetzt schon mehrere Prozent seines Idealismus vergangen sind.

In seinem Anstellungsvertrag hieß es, daß man ihm eine angemessene Wohnung zur Verfügung stelle. Schade, daß die Begriffe über das, was angemessen ist, in Deutschland und Brasilien so verschieden sind. Es ist vorgekommen, daß nicht einmal eine Bettstelle in der angemessenen „möblierten“ Wohnung war. Mir ist eine Lehrerwohnung in der Vorstadt einer großen brasilianischen Handelsstadt bekannt, wo der Lehrer mit seiner Frau bei Regenwetter mit dem Schirm im Bett schlafen und obendrein noch alle Augenblicke die Betten in eine andere Ecke rücken mußte. Alles das muß man sich vor Augen halten, um das Nachstehende richtig beurteilen zu können, vielleicht kommt dann mancher mit mir zu dem Schluß, kein Lehrer aus Deutschland ins Ausland, außer Herren, die es zwecks Studiums der Verhältnisse tun, oder wenn es sich um Anstellungen in den modernen Städten handelt.

Mir sind viele Lehrer bekannt, die sich nach hier vier Jahre verpflichtet haben und von Anfang an die Tage zählten, die sie noch aushalten mußten. Ist das ein Wunder? Durchaus nicht! Die jungen Lehrer mit drei- bis vierjähriger Lehrtätigkeit in Deutschland kommen hier in absolut neue Verhältnisse, die in aller und jeder Beziehung den deutschen nachstehen. Der Mann fühlt sich unglücklich, wird reizbar und nervös. Darunter leiden die Kinder, und das allein schon zwingt zur Abhilfe, wenn wir den Lehrer als Mensch dabei außer acht lassen. Eine eigentlich vorgesetzte Behörde hat der Kolonielehrer nicht, er hat es mit dem Schulvorstand zu tun, das ist gleichzeitig der Vorstand des Schulvereins. Die Mitglieder desselben sind zumeist einfache Männer, die von Pädagogik nicht viel verstehen, die aber die Landesverhältnisse kennen und in bezug auf die Praxis im Schulbetrieb dem neuen Lehrer entschieden überlegen sind. Der Lehrer sieht das aber meist nicht ein, vielmehr hört er nur, daß diese Leute in manchen Fällen kein einwandfreies Deutsch sprechen, mit der Rechtschreibung auf gespanntem Fuß leben und ähnliches. So fühlt er sich als derjenige, der nun alles umkrempeln muß, um diese „Halbwilden“ zu kultivieren. Diese Lehrer sind zu jung, um den Kern und den wahren Wert dieser einfachen Männer, die alles für die Schule tun möchten, zu erkennen. In jungen Jahren kommt man ja leicht zur Selbstüberschätzung, das ist uns allen so gegangen und soll kein besonderer Vorwurf für die Lehrer sein. Andererseits weiß ich ganz genau, daß in manchen Schulvorständen Leute sitzen, die man so schnell als möglich hinauswählen müßte. So kommt es denn sehr bald zu Reibereien, der Lehrer glaubt das, was er in Deutschland bezüglich der Lehrmethoden, den Schulbetrieb usw. gelernt hat, einfach in Brasilien genau so machen zu können. Die Ratschläge der Schulvorstandsmitglieder schlägt er in den Wind. Die können ja nicht einmal richtig lesen und schreiben, denkt er bei sich, und die wollen mich belehren, mich, der ich die Prüfung für den Auslandsdienst glänzend bestanden habe — in Deutschland —, das wäre noch schöner! Seitens der Vorstandsmitglieder wird derselbe Fehler gemacht. Was, der junge Dachs will uns was vormachen, der bildet sich ein, mehr davon zu verstehen als wir mit unserer jahrelangen Erfahrung? Dem werden wir's schon zeigen! Was dann kommt, kann sich jeder selbst ausmalen.

Das alles mag wohl ein bißchen drastisch geschildert sein, auch übertrieben vielleicht, beileibe will ich auch nicht behaupten, daß es überall so und nicht anders ist, aber die Ver-

hältnisse im einzelnen mögen sich in einer oder anderer Weise anders gestalten, der Kernpunkt bleibt doch bestehen. Es kommt noch eines hinzu. Der Lehrer wird von den ansässigen Intellektuellen, Arzt, Pastor und Apotheker, gesellschaftlich ausgezeichnet, was manchem jungen Manne, wie die Sache nun einmal liegt, zu Kopf steigt und die Kluft gegenüber dem Schulvorstand noch vergrößert. Eine eigentliche Oberaufsicht, Inspektion oder ähnliches hat der Kolonielehrer nicht, er ist sich also mehr oder weniger selbst überlassen. Sehr, sehr leicht kann es da vorkommen, daß die Pflicht aus diesem Grunde nicht so genau genommen wird, es handelt sich um junge Männer, die obendrein in gänzlich fremden und ihnen nicht zusagenden Verhältnissen leben, wer wirft da den ersten Stein auf sie?

Wen soll man nun dafür verantwortlich machen, wer ist das Karnickel? Meiner Ansicht nach liegt die Schuld am System. Mit der bisherigen Art muß völlig gebrochen werden. Die Lehrer sollten aus Brasilien genommen werden. Dazu sind Seminare nötig. Der Anfang ist ja in Santa Cruz im Staate Rio Grande do Sul gemacht, aber was wollen die fünf bis sechs Seminaristen jährlich bedeuten gegenüber dem Riesenbedarf an Lehrern. Da muß die Reichsschulunterstützung kräftig einsetzen. Für die drei Südstaaten werden mindestens zwei große Anstalten gebraucht. Für diese wären die Lehrkräfte möglichst so zu wählen, daß in der Mehrzahl landeskundige deutsche Lehrer angestellt würden.

Auf diese Weise könnten begabte Kolonistensöhne als Kolonielehrer ausgebildet werden. Wenn die dann auf die Kolonie kommen, sind sie in bekannten ihnen vertrauten und lieb gewordenen Verhältnissen, wo sie sich wohl fühlen und mit Freudigkeit arbeiten. Wenn so mit den Jahren ein größerer Stamm ansässiger, jüngerer Lehrer da ist, dann können auch die Lehrervereine mehr tun in bezug auf den Lehrplan, Lehrmethoden, Besoldung und Lehrmittel. Jetzt kommt ein größerer Stamm ansässiger Lehrer viel schwerer zusammen, weil die aus Deutschland geholt nach vier Jahren, wenn sie sich eben in die Verhältnisse eingelebt haben, wieder fortgehen und auch in der Zeit ihrer hiesigen Tätigkeit wenig Interesse für Ständesfragen haben, da sie sich sagen: in kurzer Zeit bin ich wieder in Deutschland, was soll mir da ein Lehrerverein in Brasilien. Übrigens gibt es hier Lehrervereine, derjenige im Staate Rio Grande do Sul wird vom Direktor Bußmann in der Stadt Rio Grande geleitet, während das vom Verein herausgegebene Fachblatt vom Seminardirektor Strothmann in Santa Cruz geleitet wird. Auch im Staate Santa Catharina gibt es einen Lehrerverein, dessen Verschmelzung mit dem Riograndenser verschiedentlich geplant, aber leider noch nicht zustande gekommen ist.

Endlich sei noch etwas über die Ruhegehaltsverhältnisse der auswandernden deutschen Lehrer gesagt, auch darin muß meiner Ansicht nach eine Änderung eintreten. Die Lehrer, die sich drüben ordnungsgemäß beurlauben lassen, um an einer deutschen Auslandsschule zu wirken, oder wo eine Beurlaubung nicht üblich ist, sie mit der Zusicherung entlassen werden, nach ihrer Rückkehr wieder eingestellt zu werden, verlieren während ihrer Auslandstätigkeit das Anrecht auf Ruhegehalt. Kommen sie also nach acht Jahren zurück, so wird ihnen die vorherige deutsche Dienstzeit und die etwa noch erfolgende auf das Dienstalter angerechnet. Bleiben sie aber zeitlebens in Brasilien, so steht ihnen absolut kein Ruhegehalt zu, trotzdem sie nur an deutschen Schulen und doch wirklich auch im Interesse des deutschen Volkes tätig waren, mindestens ebenso, als wenn sie in Deutschland unterrichtet hätten. Wenn aus politischen Gründen seitens des Reiches Gelder an solche Lehrer nicht

gezahlt werden können, dann müssen andere Wege gefunden werden. Vielleicht daß die Schulvereine, die ja auch schon zu Verbänden zusammengeschlossen sind, eine Ruhegehaltsskasse schaffen, zu der ein Reichszuschuß gezahlt wird, oder daß eine Privatversicherung die Sache übernimmt unter Garantie des Reiches. Was da das Richtige und Beste ist, mögen andere entscheiden. Maßgebend für mich ist lediglich der Gedanke, daß der Lehrer an der deutschen Auslandsschule dem deutschen Volke ebenso wichtige Dienste unter schwierigeren Verhältnissen

leistet als wie der Inlandlehrer, deshalb ist es nicht mehr wie recht und billig, ihn auch für seinen Lebensabend ebenso sicher zu stellen. Der Riograndenser Lehrerverein hat eine solche Ruhegehaltsskasse, die aber nur in engen Grenzen arbeiten kann.

Ihr alle in der alten Heimat, helft den deutschen Auslandsschulen, deutsches Wort und deutsches Lied in die Herzen der Kinder zu pflanzen, dann wird auch deutsches Pflichtgefühl in ihnen wachsen und sich festigen zum Besten der Erhaltung unseres Volkstums.

Die Bedeutung des deutschen Elements in Amerika

Festrede zur Einweihung der Germania-Halle in Cleveland am 15. Januar 1888.

Von **WILHELM KAUFMANN** in Cleveland.

(Schluß.)

Die deutsche Einwanderung beginnt mit der Besiedlung des Hudsonsates durch die Holländer im Jahre 1613, sieben Jahre vor Ankunft der Mayflower. Sowohl die Holländer als die 1638 landenden schwedischen Schiffe brachten mehr deutsche als holländische und schwedische Ansiedler. Namentlich waren die schwedischen Kolonien in Süd-Pennsylvanien auf die Arbeit deutscher Siedler begründet. Der schwedische Besitz ging bald an die Holländer über, aber schon 1686 mußten diese den Engländern den ganzen Küstenstrich abtreten. Schon 1653 spricht der holländische Statthalter vom Weinbau im Hudsonsate als von etwas längst Bestehendem und sagt, daß die Deutschen ihn zu hoher Blüte gebracht hätten. 1669 lassen sich die deutschen Lutheraner in Neuyork den ersten Pfarrer aus Deutschland kommen. Es war Jacob Fabricius, der vor nun fast 230 Jahren die erste deutsche Kirche Amerikas baute. Auch unter englischem Geleite hatte sich schon früh eine deutsche Einwanderung entwickelt, namentlich in den Schreckensjahren, die auf den Dreißigjährigen Krieg folgten, und schon 1682 bildete sich die Frankfurter Landkompagnie, welche unter Pastorius Führung die Ansiedlungen am Delaware begründete. Namentlich auf Penns Anregung folgten diesen Siedlern Hunderte und Tausende von Deutschen nach, und schon 1685 wurde die rein deutsche Stadt Germantown gegründet.

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts haben wir schon eine organisierte Einwanderung deutscher Sekten. Zuerst kamen die deutschen Quäker, ihnen folgten 1698–1716 die Mennoniten, dann 1728 die Tunker, 1734 die Schwenkfelder, 1737 die Herrnhuter und mährischen Brüder. Auch die Salzburger, welche sofort den Seidenbau einführten und John Wesley die Anregung zur Bildung der methodistischen Kirche gaben, gehören zur ersten Einwanderung. Schon 1726 waren die Deutschen in Pennsylvanien so stark, daß die englischen Beamten die Bildung eines rein deutschen Staates befürchteten. 40 Jahre später wurde wirklich im Landtage von Pennsylvanien der Antrag gestellt, das Deutsche zur Landessprache zu erheben. Der Antrag wurde nur durch die ausschlaggebende Stimme des Präsidenten, eines Deutschen, geschlagen. 1742 wohnten in Pennsylvanien schon 100000 Deutsche. 1749 kamen allein in Philadelphia 25 Schiffe mit 7049 Deutschen an, und in dem einen Jahre 1759 landeten in Philadelphia allein 22000 Pfälzer, Schwaben und Badenser. Man kann rechnen, daß während der 50 Jahre vor der amerikanischen Revolution durchschnittlich 5000 Deutsche jährlich hier landeten. Die Aufzeichnungen der deutschen Geistlichen in Philadelphia geben darüber näheren Aufschluß. Dieselben liegen noch im Originale vor.

Aber nicht allein Pennsylvanien und die angrenzenden Südstaaten erhielten damals einen starken Zuzug von Deutschen,

sondern auch Neuyork. Jahrelang war dorthin die Einwanderung ebenso stark, als nach Pennsylvanien, und erst im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts schwenkte der Strom mehr nach den Tälern des Susquehanna und des Delaware ab. Besonders bemerkenswert ist das Jahr 1709. Die furchtbaren Verwüstungen der Franzosen am Rhein und in der Pfalz hatten Tausende heimatlos gemacht. Diese Unglücklichen flohen den Rhein hinab und wurden von der Königin Anna nach England eingeladen, mit dem Versprechen, sie nach Amerika zu befördern. So fanden sich 1709 an 33000 hungernde, frierende verhetzte Menschen in London zusammen, wo ihnen für den Winter ein Feldlager errichtet wurde. Wie viele dieser Unglücklichen das Land ihrer Hoffnung erreicht haben, meldet kein Geschichtsschreiber, der Hunger und das Schiffsfieber rafften Tausende dahin, und einer jener Emigranten, der wackre Pfadfinder Conrad Weiser, meldet 1720 in einer Beschwerde beim Londoner Handelsamt, daß von einer Abteilung von 4000 Pfälzern 1700 am Schiffsfieber starben.

Aber diejenigen, welche der zweifachen Hölle der französischen Raubzüge und dem Massenmorde auf See (infolge der unbeschreiblich scheußlichen Schiffseinrichtungen) entgangen waren, fanden hier noch längst nicht die ersehnte Ruhe. Sehr viele mußten noch in jahrelanger Knechtschaft den Preis der Überfahrt abarbeiten — nach Löhner hat über ein Drittel der ersten deutschen Einwanderer die Schande der Versteigerung erlitten — und sehr viele wurden, nachdem sie endlich ihre Freiheit erlangt und die paar Acker Land, nach welchen ihr ganzes Streben stand, kultiviert hatten, auf die schändlichste Weise um die Früchte ihrer Arbeit betrogen. Aber das damals hier herrschende Engländerium hat die maßlose Ausbeutung der ersten deutschen Auswanderer teuer genug bezahlen müssen. Die Nachkommen dieser unsäglich bedrückten Menschen lieferten die bewährtesten Kerntuppen der Revolutionsarmee. Sie kämpften nicht allein für demokratische Freiheit und für Haus und Herd, sondern bei ihnen hatte sich noch ein ganz besonderer Haß gegen das Engländerium herausgebildet. Sie waren die zuverlässigsten Truppen des Revolutionsheeres, Einflüssen der Torys waren sie unzugänglich und wohl hauptsächlich deshalb hat Georg Washington, der selbst fließend deutsch sprach, seine berittene Leibgarde ausschließlich aus Deutschen gebildet. Mein verdienstvoller Freund Rattermann in Cincinnati hat diese Tatsache unumstößlich festgestellt und sogar die Namensliste der Leibgarde Washingtons aktenmäßig ermittelt.

Jene pfälzischen Einwanderer von 1709 haben die blühenden Niederlassungen im Hudsonsate begründet und jetzt noch mahnen uns die Städtenamen Neuburg (Newburgh) und Rheinbeck an ihr Wirken. Jenen Pfälzer Pionieren folgten Tausende und aber Tausende nach. Sie wurden von den damaligen englischen Statt-

halten an der äußersten Grenze angesiedelt, sie sollten, wie das amtlich aus den Berichten der britischen Statthalter festzustellen ist, eine Mauer bilden, an welcher sich die Raubzüge der Wilden brechen könnten. So zogen sie ins Hudsonthal bis nach Albany hinauf, ins Mohawktal, das sie ausschließlich besiedelten und in ein Paradies verwandelt haben, ins Schoharietal, aus dem der habgierige Gouverneur Hunter sie später vertrieb. Diese armen Menschen, welchen die bittere Not gebot, sich mit den Indianern gut zu stellen, wurden sogar von Hunderten in England verklagt, daß sie die Indianer aufhetzten!

Auch Neuyork erhielt deutsche Einwanderer, namentlich Maine und Massachusetts. Diese begründeten 1740 Waldoborough in Maine, dessen Einwohner sechs Jahre darauf von Indianern niedergemetzelt wurden, ferner Bremen und Frankfurt in Maine und die deutsche Fabrikstadt Braintree bei Boston. Über 6000 Deutsche zogen damals nach den Yankeestaaten, doch wanderten die meisten einige Jahre später wieder südwärts. Auch auf Neuschottland wurde um dieselbe Zeit die blühende Ansiedelung Lüneburg gegründet.

Der Staat Ohio wurde zuerst von Deutschen, und zwar von Herrnuthern besiedelt, und das erste in Ohio geborene weiße Kind war die Tochter des deutschen Predigers Heckewelder. Auch der erste Erforscher des Alleghanny-Gebirges war ein Deutscher, Johannes Lederer, der 1669–71 durch die völlig unbekannten Gebirge einen Pfad bahnte und bis nach Florida vordrang.

Aus den Angaben, die ich Ihnen schon machte, geht deutlich genug hervor, was die erste deutsche Einwanderung in Amerika war. Sie bestand aus vaterlandslosen Unglücklichen, sie war das Produkt der Deutschland verheerenden Kriege, des heimischen Elends oder der Religionsverfolgungen. Jene ersten Ansiedler mußten erst in ein fremdes Land fliehen, ehe sie Überfahrtsgelegenheiten fanden und die schwimmenden Höllen, welche sich damals Auswandererschiffe nannten, segelten unter englischer oder holländischer Flagge. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß diese Einwanderung kein deutsches Nationalgefühl entwickelte und sich nicht als gleichberechtigt mit den holländischen und englischen Herren des Landes betrachtete, sondern demütig und verzagt sich deren Joch unterwarf und in dulddender Ergebung mit sich geschehen ließ, was jenen gefiel. Aber kaum waren sie einige Jahre im Lande, als sich auch das germanische Blut in ihnen zu regen begann. Den Deutschamerikanern gebührt der unsterbliche Ruhm, den ersten Protest gegen die Negerklaverei erlassen zu haben.

Schon 1688 forderten die Deutschen Pennsylvaniens die Abschaffung dieser Schmach, und als ihnen das nicht gelang, suchten sie das Los der armen Schwarzen so viel als möglich zu lindern. Auch in der konstituierenden Versammlung der 13 freigewordenen Kolonien, 1787, stimmten die Vertreter sämtlicher von Deutschen besiedelten Kolonien für das Verbot der Negerklaverei. — Aber auch das erste historisch genau festzustellende Streben nach Unabhängigkeit von England haben die deutschen Bauern Pennsylvaniens an den Tag gelegt. 1739 lehnte sich die hauptsächlich aus Deutschen bestehende Gesetzgebung Pennsylvaniens offen gegen den König von England auf. Sie verweigerten ihm die geforderten Mannschaften und Gelder zu dem Kriege gegen Spanien, indem sie rundweg erklärten, für Englands Vergrößerungssucht wollten sie nicht arbeiten.

Lassen Sie mich noch eine unantastbare amerikanische Ansicht über das Wirken der deutschen Pioniere anführen. Der berühmte amerikanische Geschichtsforscher George Bancroft sagt im 10. Bande seines Geschichtswerks: „So Germany, which

appropriated no territory in America, gave to the colonies of New Netherland and New England their laws of being.“

Zur Zeit des Revolutionskrieges hatten die 13 Kolonien ungefähr 3 Millionen Einwohner, von denen ungefähr 700000 Negerklaven waren. Die deutsche Bevölkerung betrug nach Löhers Berechnung ungefähr ein Drittel der Weißen und in mehreren Kolonien waren die Deutschen ebenso stark, als sämtliche andere Nationalitäten zusammen. Pennsylvanien bestand damals zu zwei Dritteln aus Deutschen, New Jersey (das damalige Paradies der Plattdeutschen), Delaware und Maryland fast zur Hälfte, Virginien zu einem Viertel und, in Neuyork bildeten Deutsche und Holländer vier Fünftel der Gesamtbevölkerung. In beiden Carolinas, in Georgia und in Louisiana befanden sich starke deutsche Kolonien.

Wäre die Revolution damals gelungen, wenn dieses Land der deutschen Einwanderung entbehrt, also etwa ein Drittel weniger Revolutionäre besessen hätte? Wäre sie damals schon versucht worden? Wer die Geschichte jenes denkwürdigen Krieges kennt, wird die Frage nicht bejahen können. Ja, man könnte noch weiter gehen und fragen, ob die Revolution hätte gelingen können, wenn die Bevölkerungszahl 3 Millionen betragen, aber aus lauter Engländern und Irländern bestanden hätte. Die mächtige Torypartei, welche unter den englischen Ansiedlern bestand und mit alter britischer Treue am Mutterlande hing, hat den amerikanischen Patrioten schon genug zu schaffen gemacht und eine Verstärkung derselben wäre gewiß verhängnisvoll geworden. Dagegen waren die deutschen Bauern samt und sonders Revolutionäre. Sie hatten mit dem Könige von England nichts gemein, die haßten das englische Regiment aus guten Gründen und die Pennsylvanier hatten, wie wir bereits gesehen haben, schon 30 Jahre früher offen revoltiert. Und so finden wir denn die Deutschen Mann für Mann auf der Seite der Patrioten, ebenso einstimmig wie sie vor bald 30 Jahren gegen die Sklaverei und für die Erhaltung der Union eintraten. Und wenn mich jetzt jemand nach den Hessen fragt und etwa einwirft, daß 28000 deutsche Söldlinge gegen die amerikanischen Patrioten kämpften, so erwidere ich ihm, diese Schmach trifft nicht das deutsche Volk, sondern dieses namenlose Verbrechen an der ganzen Menschheit wurde von deutschen Fürsten und von der dafür bezahlenden britischen Regierung begangen. Nein, auch aus der Kriegsgeschichte jener Hessen läßt sich für das deutsche Volk Rühmliches nachweisen. Sie schlugen sich nur so lange tapfer, als sie glauben mußten, der König von England sei in seinem guten Recht, aber schon bei Trenton waren ihre Sympathien für die um Haus und Herd kämpfenden Patrioten so groß, daß sie in die Mitte der britischen Regimenter genommen werden mußten, um die massenhafte Desertation zu verhindern. Tausende sind übergelaufen und viele haben später unter den Amerikanern gekämpft, so z. B. befanden sich in Washingtons Leibgarde mehrere Hessen.

Die politischen Zustände Deutschlands haben sich während des amerikanischen Revolutionskrieges in ihrem ganzen Jammer hier widergespiegelt. Bei Yorktown kämpften deutsche Hessen unter englischer Fahne und deutsche Rheinländer, Schwaben und Badische unter französischer Fahne in dem von Frankreich den Patrioten zugeschickten Hilfskorps. In beiden feindlichen Feldlagern wurden eine Zeitlang die Kommandos ausschließlich in deutscher Sprache gegeben und deutsche Krieger waren es, welche zuerst die französische Fahne auf den Wällen Yorktowns errichteten. — Es war um diese Zeit, als Herder das beschämende, aber damals berechtigte Wort sprach: „Man kann in der Fremde nichts Schlechteres als ein Deutscher sein“. Die Yorktown

Affäre hätte für uns Deutsche noch immer etwas unsäglich Demütigendes, wenn nicht der eigentliche amerikanische Feldherr bei Yorktown ein Deutscher, der General Steuben, gewesen wäre, und wenn nicht des deutschen Generals Mühlenberg pennsylvanische und virginische deutsche Regimenter so wacker an der Seite ihrer französisch-deutschen Waffenbrüder gekämpft hätten. So wurde das deutsche Volkstum auch in den Augen derjenigen gerettet, welche kein Verständnis besitzen konnten für die entsetzlichen Zustände des damals von einem ganzen Schock von Fürsten und Fürstchen gebrandschatzten deutschen Volkes. Das zum französischen Hilfskorps gehörende Regiment Zweibrücken war rein deutsch, das Regiment Anhalt so deutsch wie sein Name, und andere französische Regimenter hatten Bataillone, welche aus Rheinländern, Badensern, Württembergern, Ansbachern und Schweizern bestanden. Es ist bei Yorktown vorgekommen, daß nach der Gefangennahme des britischen Heeres unter den gefangenen sogenannten „Engländern“ und unter den bewachenden sogenannten „Franzosen“ sich alte Freunde wiederfanden, welche zusammen in derselben deutschen Dorfschule gesessen hatten. Das klingt uns Deutschen von heute wie ein Traum, uns Deutschen die wir herangewachsen sind unter den Siegesklängen von Königrätz, Gravelotte, Sedan und Paris, und unter dem Kling-Klang und Gloria des neuerstandenen Deutschen Reiches. Und doch liegen nur hundert Jahre zwischen den Ereignissen. Aber mit Stolz können wir sagen, daß es hundert Jahre einer gewaltigen Entwicklung auf der Bahn des Fortschritts waren, einer Entwicklung aus unerträglichem Druck zu erträglichem, weil vortrefflich organisierten Druck. Aber auch dieser wird und muß schwinden und wir sehen schon die Zeit herannahen, in welcher das führende Volk der alten Welt ebenso frei sein wird, als es das führende Volk der neuen Welt schon ist. Und dann — meine Freunde — bricht eine neue, eine hoffnungsvolle Geschichtsperiode für die ganze Menschheit an.

Die glänzende Rolle, welche Deutsche im amerikanischen Revolutionskriege spielten, ist für mich sehr verlockend, doch will ich hier nur ein Blatt dieser glorreichen Geschichte öffnen. Es ist die Schlacht von Oriskany im Mohawktale, wo nur Deutsche, und zwar Pfälzer Bauern aus dem Mohawktale gegen 1750 Briten und Indianer siegreich blieben. Es waren ihrer 800 Deutsche, und am Abend des blutigen Tages lagen ihrer 200 erschlagen auf der Wahlstatt. Auch ihr kühner und besonnener Führer, der wackere Oberst Nikolaus Herckheimer starb dort den Heldentod. Zu Beginn des Kampfes hatten die Indianer die meiste Munition der Deutschen gekapert und viele unserer Landsleute mußten mit Messer und Gewehrkolben kämpfen. Es war ein furchtbares Ringen, Mann gegen Mann. Aber der Sieg war nicht zu teuer erkaufte. Das Mohawktal blieb verschont von den furchtbaren Verheerungen der Wilden, und diese wurden so demoralisiert, daß sie die verbündeten Engländer im Stich ließen und nach ihren Stammsitzen im Norden zurückkehrten. Jedoch die wichtigste Folge dieses Sieges war die Kapitulation des britischen Generals Burgoyne bei Saratoga. Das bei Oriskany von Herckheimer geschlagene Korps sollte dem bedrängten Burgoyne zu Hilfe kommen und ihm den Weg nach Albano eröffnen. Nur der Niederlage dieses Hilfskorps ist der glänzende Erfolg bei Saratoga zu verdanken. Hören wir, was George Washington beim Empfang der Nachricht von Herckheimers Tode sagte: „Der Held vom Mohawktale war es, der den ersten glücklichen Umschwung in die traurige Führung des nördlichen Feldzuges brachte. Er diente aus Liebe zum Vaterland nicht mit dem Wunsche nach einem höheren Kommando, geschweige denn um pekuniäre Vorteile willen.“ Das waren die Worte des Vaters des Vaterlandes.

Die fünf deutschen Generäle, welche im amerikanischen Freiheitskriege dienten, Kalb, Steuben, Mühlenberg, von Wödtke und von der Wieden — haben sich um die amerikanische Freiheit hoch verdient gemacht, und die Namen der drei ersteren sind noch in aller Munde. Auch unsre Angloamerikanischen Freunde, welche sonst ein so schlechtes Gedächtnis für die Verdienste der Deutschen um dieses Land an den Tag legen, haben die Namen Steuben, Kalb und Mühlenberg ihrem Ruhmestempel einverleibt.

Die deutsche Einwanderung schloß fast vollständig ein nach dem Revolutionskriege. Erst fast 40 Jahre später beginnt sie wieder, es ist das die neue Einwanderung, welcher auch wir angehören. Jene 40 Jahre bedeuten den Niedergang der eigentlich deutschen Sache in Amerika. Die Deutschen hier verloren den Zusammenhang mit dem alten Vaterlande, und nur in Pennsylvanien ist noch manches von dem alten germanischen Geiste lebendig geblieben. Welche Rolle die Deutschen in Amerika spielen würden, wenn jene Unterbrechung nicht stattgefunden hätte, sondern wenn gerade in den Jahren des ersten Wachstums unserer Republik das alte deutsche Blut durch beständig wachsenden frischen Zufluß aus Deutschland verstärkt worden wäre — wer kann das ermessen? Wer weiß, vielleicht hätte sich Franz Löhers Traum von rein deutschen Staaten in Amerika doch noch erfüllt.

Aber auch die Niederwerfung der Rebellion und die Abschaffung der Sklaverei wären nicht gelungen, wenn dieses Land keine deutsche Einwanderung gehabt hätte. Ich brauche Sie nicht mit vielen Beweisen für diese Behauptung zu ermüden. Es leben ja jetzt noch so viel Zeugen jener großen Zeit und sie sind ja heute mit und unter uns, und Abraham Lincoln hat ja selbst genügend anerkannt, daß er nur dem Ausschlag gebenden Votum der Deutschen seine erste Erwählung verdankte. Sie alle wissen, daß die Deutschen zu neun Zehntel in den Nordstaaten wohnen, ja, daß fast ein Drittel der Bewohner der Nordstaaten deutscher Abstammung ist. Hätte es keine deutsche Einwanderung gegeben, so wäre der Norden mindestens um ein Drittel weniger leistungsfähig gewesen. Ich frage Sie, wie der Norden in einem solchen Falle den Kampf hätte aufnehmen, geschweige denn ihn hätte siegreich durchführen können. Ich frage Sie, in welchem Maße das Übergewicht auf Seiten des Südens gewesen wäre, wenn das starke kriegerische und sklavereihassende germanische Volk nicht damals schon fünf, vielleicht gar sechs Millionen Menschen hauptsächlich nach dem amerikanischen Norden gesandt hätte. Ja, meine Freunde, wenn das Unionsheer auch nur die 250000 in Deutschland geborenen Kämpfer und die vielen deutschen Exerzier- und Drillmeister, die vielen tüchtig geschulten deutschen Offiziere und Unteroffiziere entbehrt hätte, so wäre der Ausgang des Krieges wahrscheinlich ein anderer gewesen.

Es kann darüber gar kein Zweifel herrschen, daß kein anderer Bevölkerungsteil des Nordens die Sache der Union besser vertreten hat, als der deutsche. Und auch Deutschland selbst hat der Union wacker beigestanden. England wie Frankreich waren uns feindlich, nur Deutschland hegte warme Sympathien mit Amerika. Und deutsches Geld kaufte vorwiegend die amerikanischen Bonds. Es war auf den Börsen von Frankfurt und Berlin, nicht auf denjenigen von Paris und London, wo die klingenden Soldaten für die Union angeworben wurden, welche nach des Großen Friedrich Ausspruch die allernotwendigsten sind.

So viel über die kriegerische Tätigkeit der amerikanischen Deutschen im Interesse der Humanität und bürgerlichen Freiheit. Wenn einmal ein künftiger Geschichtsforscher feststellen wird, welche unter den vielen Großtaten des deutschen Volkes die-

jenige ist, welche der Mit- und Nachwelt den meisten Segen gebracht hat, dann wird er nicht an die Reformation und ganz gewiß nicht an die Staatskunst Bismarcks denken, er wird Kants Philosophie, Humboldts Forschungen, Goethes, Schillers und Lessings Dichtungen und Mozarts, Beethovens und Wagners Kompositionen nicht erwägen, er wird an den deutschen Erfindungen der Buchdruckerkunst, des Schießpulvers usw. und an den vielen anderen politischen und wirtschaftlichen, wie künstlerischen Schöpfungen des deutschen Volkes vorübergehen, sondern er wird die Palme zuerkennen müssen der stillen Kulturarbeit der Millionen von Deutschen, welche so wacker mitwirkten an der Begründung, der Ausbreitung und der Befestigung eines republikanischen Staatswesens, das sowohl in bezug auf Ausdehnung und Bevölkerung, als auch in bezug auf politischen und moralischen Einfluß noch vor Ablauf dieses Jahrhunderts jeden einzelnen der Kulturstaaen der alten Welt weit hinter sich gelassen haben wird.

Der deutschen Einwanderung verdanken die Vereinigten Staaten in hohem Maße ihre gegenwärtige wirtschaftliche Blüte. Namentlich die ersten deutschen Ansiedler haben ungeheuer viel dazu beigetragen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die englisch-irischen Farmer des vorigen Jahrhunderts weit mehr Raubbau als gediegene rationelle Landwirtschaft betrieben. Es waren die Deutschen, welche dem einseitigen Mais- und Weizenbau entgegentraten, welche die ersten Obstgärten und die ersten Weinberge anlegten, welche die ersten Gemüse- und die ersten Kunstgärtnereien schufen, welche sowohl die Flachs- als die Seidenindustrie ins Leben riefen, und es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, daß die schönsten und fruchtbarsten Landschaften Amerikas, die echten Paradiese des Farmers, von deutschen Händen kultiviert und durch deutschen Fleiß zu ihrer gegenwärtigen Blüte gebracht worden sind. Fahren Sie durch den blühenden Garten, der Hunderte von Meilen lang und ebenso breit sich von den östlichen Abhängen der Alleghanies nach Philadelphia hinzieht, durchwandern Sie die Täler und Seitentäler des Hudson, des Mohawk, des Genessee in Neuyork, das Miami- und das Ohiotal, und Sie erblicken tausend und aber tausend großartige Denkmäler des deutschen Kulturgeistes. Ebenso rühmenswert ist der Gewerfleiß unserer deutschen Vorfahren. Ich kann hier dieses segensvolle Walten der deutschen Einwanderung nur flüchtig andeuten, aber wenn wir, die späteren Nachkömmlinge und die lachenden Erben jener großartigen Kulturarbeit, uns einigermaßen unserer Ahnen würdig zeigen wollen, dann ist es unsere Pflicht, die Geschichte jener Zeit kennen zu lernen und dafür Sorge zu tragen, daß das Andenken jener stillwirkenden Helden nicht ebenso sehr vergessen werde, als ihre Namen teilweise vergessen ist, weil sie englisiert worden sind. Ich meine, in diesem deutschen Hause könnte sich ein historischer Verein bilden, welcher dem Wirken und Walten jener deutschen Pilger die ihnen gebührende Gerechtigkeit zuteil werden läßt. Wir sollten in dem einen der beiden Turmzimmer eine deutsch-amerikanische Bibliothek begründen, und diejenigen Schriften sammeln, welche auf jene große Zeit Bezug haben. Eine solche Aufgabe ist dankbarer und pietätvoller, als der Ankauf der Privatbibliothek irgendeines deutschländischen Gelehrten.

Wie viele deutsche Landeskinder während des seit der ersten Ansiedelung verstrichenen Vierteljahrtausends nach dem gegenwärtigen Gebiet der Vereinigten Staaten ausgewandert sind, entzieht sich der genauen Berechnung. Doch sind es sicherlich sechs, wahrscheinlich sieben Millionen Menschen gewesen. Wenn Sie erwägen, daß in der Regel nur die Tüchtigsten und Unternehmungslustigsten sich zur Auswanderung entschließen, die Dummköpfe

und Schlafmützen aber zu Hause bleiben, wenn Sie ferner bedenken, daß ein ganz außerordentlich großer Prozentsatz der Auswandernden aus jungen Männern und jungen Weibern besteht, wenn Sie die gewaltige Vermehrungsfähigkeit der germanischen Rasse erwägen, so können Sie sich wenigstens ein annäherndes Bild von dem Werte und von dem Umfange der deutschen Einwanderung machen und auch der Frage näher treten, ob nicht in den heutigen Bewohnern dieses Landes mindestens ebensoviel deutsch-germanisches Blut pulsiert als englisch-germanisches. Ich glaube, daß General von Steinwehr, der sich viel mit derartigen Untersuchungen beschäftigte, das Rechte trifft, wenn er mit Zugrundelegung des Zensus von 1870 erklärt: Die Angelsachsen in den Vereinigten Staaten zählen 83400000, die Deutschen 8930000, die Holländer und Skandinavier 728000; Zusammen 17998000 Germanen. Die Kelten zählen 10255000, die Romanen und alle anderen Völkerschaften 5342000, also Nicht-Germanen 15597000. Zusammen 33595000 weiße Bewohner in 1870, worunter die Germanen mit 2401000 in der Mehrheit sind.

Der Zensus von 1880 gibt uns unter 50½ Millionen Einwohnern etwas über 2 Millionen Deutsche, sowie ungefähr 3 Millionen hier geborene Kinder deutscher Eltern. Diese Ziffern sind jedoch, bei dem bekannten Leichtsinne der Zensus-Beamten, sicherlich viel zu niedrig gegriffen. Welche Summen Deutschland durch die Einwanderung verloren gingen, erfahren Sie aus der Berechnung Andree's, wonach allein in den Jahren 1832—1852 225 Millionen Taler dem deutschen Nationalwohlstand infolge der Auswanderung entzogen worden sind, und was Amerika durch die Einwanderung gewonnen hat, das berechnet der Amerikaner Kennedy allein für das Jahrzehnt von 1850—1860 auf 400 Millionen Dollars, wovon ganz gewiß ein Drittel allein auf die deutsche Einwanderung kommt.

Aus diesen Angaben, meine Freunde, ersehen Sie, wie stark germanisch durchsetzt das heutige Volk der Vereinigten Staaten ist, und in welcher nahen Blutsverwandtschaft es zum deutschen Volke steht. Ich glaube, daß mit dieser Tatsache das rasche Amerikanisieren der zweiten Generation der Deutschamerikaner und das fast vollständige Entnationalisieren der dritten Generation im Zusammenhang steht? Daß wir deshalb, ungleich den französischen Kanadiern, hier keine eigene Nationalität fortbilden und auf diese unsere Sprache ausschließlich übertragen können.

Es ist nicht Mangel an Nationalgefühl und Selbstbewußtsein, es ist auch nicht die erdrückende Gewalt der stärkeren amerikanischen Rasse, sondern es ist die Stimme des Blutes, es ist die Verwandtschaft der Geister, es ist das Wiederfinden des Mutterschoßes unserer eigenen germanischen Nationalität im fremden Lande, welches uns Deutsche verhindert, hier wie die Franzosen in Kanada einen Staat im Staate zu bilden. Das mag in Deutschland beklagt werden, namentlich seitdem dort das Kolonisationsfieber ausgebrochen ist, aber wir wollen es nimmermehr beklagen, daß uns alle Träume von einem Deutschland über der See fernliegen. Jedoch, wir wollen darnach trachten, daß unsere Sprache neben der englischen in unseren Kindern erhalten bleibt, wir wollen uns an unseren Nachkommen den köstlichen Schatz des Idealismus bewahren und wir wollen kräftig Widerstand leisten, wenn man uns widernatürliche und drückende Verhaltensmaßregeln aufzwingen will. Und dazu soll uns dieses schöne Haus gute Dienste leisten.

So möge denn dies Haus dastehen als ein Denkmal der Einigkeit der Deutschen Cleveland's, als eine Schule des Anstandes und der guten Sitten, als ein Haus, geweiht der Freude und der gemüthlichen Geselligkeit, als ein festes Bollwerk gegen Puri-

tanismus und Heuchelei und als ein Zufluchtsort in Bedrängnissen. Möge hier stets der Beweis geliefert werden, daß man ein vortrefflicher gesetzliebender, getreuer Bürger der Republik sein kann, und doch seinen alten Göttern nicht untreu zu werden

braucht, jenen Göttern, in deren Tempeln der deutsche Geist und das deutsche Gemüt thronen und uns von dort aus mit ihren schönsten Gaben, dem deutschen Liede, dem deutschen Worte und der deutschen Lebensfreude beglücken.

Freie Bahn dem deutschen Buche!

Eine zeitgemäße Betrachtung von Verlagsbuchhändler HEINRICH MINDEN, Dresden.

Gedanken sind zollfrei. Auch abgabefrei. Gewiß! Aber nur — Ja nur, solange man sie unsichtbar, als Luftgebilde, hinwegfliegen läßt über die Grenzen. Oder wenn man sie, still in sich verschlossen, mit fortnimmt auf einer Reise. Doch wehe, wenn man sie drucken ließ! Wenn sie Form und Gestalt eines deutschen Buches gewannen. Wir können unser Gut doch nicht „verschleudern“. Also wurden besondere Ausfuhrbewilligungen vorgeschrieben. Überwachung (umständliche und schwierige), ob die (gehörigen) Mindestzuschläge auch eingehalten werden. Gebühren erwachsen, ein neuer Beamtenzweig erstand. Verzögerungen sind unvermeidlich. Aber — das schadet nichts!

Während andere Staaten, England und Frankreich voran, die Erde rings mit ihren Druckerzeugnissen überschwemmen, treiben wir Fangballspiel mit Schlagworten. „Weltmarktpreis“ ist eines. Das meistgebrauchte, leichtest geglaubte. Deshalb das verderblichste.

Gewiß: auch Bücher sind Waren. Aber sie nehmen, behaupte ich, unter den „Waren“ eine Sonderstellung ein. Solltens wenigstens! Ein Zentner Brennholz, ein Schock Eier, ein Kilo Schweinefleisch. Ein Meter Seidenstoff, ein Gramm Kokain. Aber: ein Pfund Bücher? Dichter, Verleger, Buchhändler (Sortimenter) sträuben sich dagegen. Welch Unding! Unbedrucktes Papier — wer wollte es leugnen — ist noch beliebig verwendungsfähig, sein Wert also „weltmarktmäßig“ zu errechnen. Aber der fertige Band, der deutsches Wissen verbreiten soll, deutschen Gedankengängen dienen will; der bestimmt ist als Dolmetsch, Vermittler, als Zeuge, als Gegengewicht?! Einen Weltmarktpreis soll er haben. Doch kein irreführendes „t“ darf sich hinter den Buchstaben „k“ drängen.

„Die Verkaufsordnung für Auslandsieferungen.“ Es sei — schon aus Mangel an Raum — hier nicht darüber gerichtet, ob ihre Einführung vorweg zu verurteilen war. Nicht ungewichtige Gründe konnten für sie geltend gemacht werden. Man hielt sich daran und überhörte die Warner. — Wie dem auch sei: seither hat sich vieles geändert. Die Herstellungskosten neuer Bücher sind ins Ungemessene gewachsen, verbieten — eigentlich — einen Auslandzuschlag an sich. Der Papiermangel ist behoben. Die Kaufkraft im Inland beginnt zu erlahmen. Schärfer und schärfer wird der Wettbewerb. Aber: denken Sie an Goethes „Zauberlehrling“. Mit dem Unterschied, daß diesmal schon der Wille zur Beseitigung teilweise fehlt. Und — wo bleibt der Herr und Meister, der ein schnelles Ende macht? Der genügend Einfluß und Entschlußkraft in seiner Person vereinigt?

Nicht überall im Ausland verurteilt man die „Ordnung“ blindlings. Man scheut die Mühe nicht, unsere Gedanken nach-

zudenken. Verstehenwollen ist, mancherorts, vorhanden. Solange man am grünen Tisch darüber redet, kämpft. Auf dem eigentlichen Arbeitsfeld, im Kundenkreis, im wirklichen Leben hält der Widerstand an. Beschränkung aufs Allernotwendigste. Getrieben werden in das Fahrwasser des nie rastenden Mächtebundes (der „Entente“). Überdies: Hintenherumbezug. Österreich, Polen, Ungarn, das „Loch im Westen“. Was nutzen alle Schutzmaßnahmen und Strafandrohungen! Der Buchhandel sät, der Schleichhandel erntet. Weltfremdheit ersann die umständlichen Vorschriften. Der Lesehungrige irgendwo im Ausland läßt sich nicht blindlings an der Gängelneine Berliner oder Leipziger Gesetzgeber führen. Ja, innerhalb der eigenen Reihen selbst zeigen sich pflichtwidrige Folgeerscheinungen. X und U werden verwechselt. Der Verleger kommt nur selten zu seinem Anteil. Und er betrachtet die „Valutaordnung“, klaren Blickes, als Erzieherin zur Unredlichkeit. — — —

Insbesondere: Zu Bergen häufen sich (trotz schon angedeuteten gelegentlichen Verstehenwollens) die Klagen und Vorwürfe aus aller Herren Länder. In Finnland, einer Hochburg deutscher Buchverbreitung, fiel der Zuschlag. (Der finnische Staat krankt selbst an seiner Währung.) Aber anderwärts wurzelt er desto eigensinniger. Und er trifft vornehmlich die Auslandsdeutschen. In Rio Grande unterblieb die Gründung einer großgeplanten „Deutschen Volks- und Jugendbücherei“, die unentgeltlicher Benutzung zugänglich gemacht werden sollte. In Buenos Aires gewinnt Paris das Übergewicht, London in Kopenhagen. Auch Spanien sei genannt, ein Beispiel mehr für viele.

Je weiter entfernt der Besteller wohnt, um so befremdender erscheint ihm unser Verhalten. Er wittert Schrullen, sogar — Wucher. Verweigert die Mehrzahlung; bricht alte, nach dem Krieg wiederaufgenommene Verbindungen ab. Bekrittelung und Bespöttelung müssen wir über uns ergehen lassen; gelehrt zu entkräften versuchen. Während Bücher — die zu gut durchschnittlichem Preis willige Abnehmer fänden — tausendfach vergilben. Nein, so geht es nicht weiter! Das Volk, voran der Geistesarbeiter, ist dieser Bevormundung überdrüssig. Für einzelne unersetzliche Werke mögen Schutzmaßnahmen vonnöten sein. Die Verallgemeinerung ist Verderb. — Keine kurzsichtige Gleichmacherei in Dingen der Kunst und Wissenschaft! Keine geistige Grenzsperre! Und bis zur Aufhebung: Zuvorkommenheit gegenüber jedem einzelnen, der die Behörde in Anspruch nehmen muß. Während einer Versammlung in München, unlängst, kamen Vorgänge zur Sprache, die eine solche Mahnung angezeigt erscheinen lassen. Zum Schluß: Für 1921, fest und klar, den Wunsch: Freie Bahn dem deutschen Buche!

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

IV. Unter neutraler Flagge.

Von K. B.

(Fortsetzung.)

Während die Kreuzer mit großer Geschwindigkeit nach Süden weiterfuhren und wir unter Volldampf dem Norden zustrebten, verschwanden die Scheinwerfer immer mehr und mehr

unseren Blicken, bis sie schließlich am Horizont nur noch flimmerten und am Ende völlig unserer Sicht sich entzogen hatten.

„Hurra,“ schrie ich, „jetzt sind wir gerettet!“

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 22, 23 und 24 im vorigen, Nr. 2 in diesem Jahrgang.

Der Kapitän stieg schmunzelnd von seiner Kommandobrücke herunter, piffte ein Liedchen und wählte sein Schäfchen im Trockenen. Er fragte, ob wir uns zu Eisbären ausbilden lassen wollten, denn sonst würden wir wohl kaum ein Vergnügen daran finden, hier im eisigen Norden nachts auf dem Promenadendeck umherzuwandeln, riet uns aber, nun doch lieber zu Bett zu gehen, denn die Nacht würde nichts Interessantes mehr bieten. So gingen wir denn, und jeder von uns wird sich in seinem Bette gewiegt und sicher gefühlt haben wie in Abrahams Schoße. Und doch hatten wir die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Nach zweistündiger Schlafe wachte ich auf, eine innere Unruhe hatte mich urplötzlich befallen und ließ mich nicht wieder zum Einschlafen kommen. Tausend Gedanken gingen mir durch den Kopf. Was sollte werden, wenn wir doch noch angehalten und nach England gebracht würden?

Mir war der Gedanke so entsetzlich, daß ich nicht an ihn denken mochte. Denn darüber mußte ich mir klar sein, einen Pardon hätte ich von den Engländern nicht zu erwarten. Ein Mann, der mit falschen Papieren ertappt wird, ist in ihren Augen ein Spion. Das Leben eines gefangenen Spions aber ist nicht mehr einen Pfifferling wert. Mich aber an die Mauer zu stellen und mich von fünf Halunken fusilieren zu lassen! Nie und nimmer. Lieber sich selbst ein sanftes Ende bereiten. Ich nahm mir deshalb vor, falls ich als Deutscher erkannt würde, dem betreffenden englischen Offizier ein Paar kräftige Schellen zu versetzen und dann mit einem Sprung ins feuchte Element für immer zu verschwinden; ich hätte dann wenigstens noch eine gewisse Genugtuung mit ins nasse Grab genommen.

Sollte es uns aber doch gelingen, die englische Linie ungehindert zu durchbrechen, würden mir beim Anlandgehen oder in Dänemark selbst nicht neue Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden?

Der Gedanke und der Wunsch, nur erst einmal deutschen Boden unter den Füßen zu haben, war zu schön, um ihn auszu-denken. Wie herrlich mußte es sein, nach all den Verhetzungen, Verleumdungen und Verschmähungen, denen man auf Schritt und Tritt begegnete, endlich unter Gleichgesinnten, unter Landsleuten, unter Deutschen zu sein, wo man aufatmen und offen sagen konnte: *civis germanus sum*, ohne von allen Seiten an-gespien zu werden.

Der Funkentelegraph hatte uns täglich die englischen Be-richte vom Kriegsschauplatz übermittelt, man kann nicht be-haupten, daß sie besonders günstig für die Deutschen lauteten. Mit Spannung hatte ich jeden Tag auf die große Entscheidung gewartet, die doch nun endlich fallen mußte, nachdem man sich schon tagelang auf ein und derselben Stelle gegenübergelegen hatte. Wer ahnte damals etwas von dem Stellungskrieg, der Jahre dauern sollte!

Als ich Neuyork verließ, fürchtete ich, der Krieg könnte bereits vorbei sein, wenn ich in Kopenhagen an Land ging und meine ganze Reise wäre umsonst gewesen. Von diesem Glauben mußte ich bald kuriert werden. Und während ich so auf meinem Lager lag und über alles Mögliche und Unmögliche nachdachte und sann und auf den Morgen wartete, hörte ich plötzlich auf dem Deck über mir ein lautes Stimmengewirr, hastiges Eilen, Kommandostimmen.

Irgend etwas mußte nicht in Ordnung sein. Von einer ge-wohnten Unruhe getrieben, stand ich auf. Es war erst $\frac{1}{2}$ 5 Uhr, gegen 5 Uhr erschien ich oben an Deck, zu meiner Überraschung fanden die übrigen Passagiere schon alle da und wiesen auf-gereggt auf drei große Schiffe, die etwa vier Seemeilen vor uns lagen und scheinbar Anker geworfen hatten. Es waren die drei

englischen Kreuzer, die uns während der Nacht vergeblich ge-sucht hatten. Jetzt liefen wir ihnen direkt in die Arme.

Ich war im höchsten Grade bestürzt ob dieses Anblickes, und glaubte nicht anders, als daß Polen nun verloren sei. Wie war es bloß möglich, daß diese Gesellen plötzlich wieder vor uns aufgetaucht, nachdem wir ihnen mit so viel Geschick eben erst entgangen waren?

Die Antwort gab mir ein neben mir stehender Steward. Im Laufe der Nacht hatte der Dampfer wieder gewendet und aufs neue südlichen Kurs genommen. Sein erstes Ziel war Christian-sand, diesem steuerte er jetzt zu. Im Osten konnte man bereits ganz schwach die skandinavische Küste auftauchen sehen. Die Kreuzer, sehr wohl wissend, daß wir ihnen nur durch ein Nacht-manöver entgangen sein konnten, hatten sich so aufpostiert, daß wir ihnen unbedingt in die Arme laufen mußten, sei es nun früher oder später. Wir mußten an ihnen vorbeifahren, wenn wir Christiansand anlaufen wollten, deshalb hatten sie während der Nacht auch nicht länger nach uns gesucht, sondern einfach das Tageslicht abgewartet und sich auf die Lauer gelegt. Nun lagen sie vor uns und lugten mit gierigen und schadenfrohen Blicken zu uns herüber.

Der Kapitän versuchte eine letzte Rettung. Alles verfügbare Personal an Bord bekam einen schwarzen Kittel angezogen und mußte sich unten in den Heizraum verfügen, um mitzu-helfen, Kohlen aufzuschütten. Der Dampfer schwenkte nach Osten, und mit Volldampf fuhren wir der skandinavischen Küste entgegen. Die neutrale Drei-Meilen-Zone sollte unter allen Um-ständen erreicht werden, bevor die Kreuzer uns eingeholt haben konnten. Die Maschinen stampften und gaben her, was in ihnen steckte, doch die Kreuzer waren schneller, viel schneller. Sobald diese unsere Absicht erkannt hatten, lichteten sie sofort die Anker und fuhren uns mit voller Kraft nach.

Für alle diejenigen, die ein reines Gewissen hatten, mag diese Wettfahrt ein interessantes Schauspiel gewesen sein, für mich war sie mehr aufregend als interessant, zumal sich der Abstand zwischen Flüchtling und Verfolgern in jeder Minute verringerte. Doch auch die Küste kam immer näher, deutlich trat sie aus dem dünnen Nebelschleier hervor und lag greifbar vor uns, am liebsten wäre ich hinübergesprungen. Ich hatte das Gefühl, daß wir die neutrale Zone bereits erreicht haben mußten und glaubte mich im geheimen schon gerettet; ich lebte damals noch in der irrigen Annahme, daß die Engländer wenigstens die Rechte der Neutralen respektieren würden. Weit gefehlt! Der Morseapparat ging wieder ununterbrochen, wir sollten auf der Stelle stoppen, verlangten die Engländer, wir dachten jedoch gar nicht daran und fuhren unentwegt mit stark rauchen-den Schloten weiter. Plötzlich pfeift's durch die Luft, ein sonder-bares Geräusch, und während ich noch über die Ursache nach-denke, höre ich hinter uns den Abschuß einer Kanone und sehe etwa 200 Meter vor dem Bug unseres Dampfers haushoch das Wasser aufspritzen. Alle Wetter, jetzt wurde es ernst. Gespannt sah ich zur Kommandobrücke hinauf. Wenn der Kapitän jetzt nicht parierte, würde der zweite Schuß im Rumpf des Schiffes sitzen. An Deck entstand eine kleine Panik; die Damen und einige ältere Herren verlangten stürmisch, daß der Dampfer sofort halten und nicht irgendwelcher Gefahr ausgesetzt würde. Der Kapitän rührte und rüttelte sich nicht, unverwandt blickte sein Auge auf die nahe Küste, nicht rechts und nicht links sehend und nicht achtend dem Jammern und Weinen der Frauen. Der Mann imponierte mir immer mehr. Ein stahlharter Geselle, der unbeirrt seinem Ziele nachging und sich nicht durch momentane Gemütsbewegungen anderer einschüchtern ließ. (Forts. folgt.)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Österreich.

Die Wiener Blätter veröffentlichen eine anscheinend offiziöse französische Mitteilung, wonach die Botschafter-Konferenz in einer ihrer letzten Sitzungen beschlossen habe, daß die im Friedensvertrag zur Abtretung an Österreich bestimmten ungarischen Gebiete an die Großmächte der Entente von Ungarn übertragen werden sollten. Die Großmächte würden diese Gebiete zur Verwaltung der internationalen Kommission in Ödenburg, die durch eine gewisse Anzahl von alliierten Offizieren verstärkt werden solle, übergeben, um sie dann später an Österreich weiterzugeben. Die Durchführungskommission solle 250 bis 300 Offiziere umfassen.

Das alles ist sehr schön und gut. Nur fürchten wir, daß dieser Modus, der wohl mit den Wünschen eines glatten Überganges der Gebiete von Ungarn zu Österreich begründet werden wird, auch Gefahren in sich birgt. Was die Entente einmal besitzt, das besitzt noch lange nicht Österreich. Solange aber die Gebiete nicht zu Österreich gehören, bestehen immerhin Gefahren für dieses Land.

Tschechoslowakei.

In der Prager „Bohemia“ veröffentlicht Präsident Masaryk eine Weihnachtsbotschaft an die Deutschen, die von seinem ehrlichen guten Willen Kunde gibt. Hoffentlich besitzt er auch die Macht und die Kraft, den Willen in die Tat umzusetzen. Die Weihnachtsbotschaft lautet:

„Sie verlangen von mir für Ihre Weihnachtsnummer einen Beitrag. Ich danke Ihnen vorerst bestens, wenn gerade Ihr Blatt mir die Möglichkeit bietet, den deutschen Mitbürgern der Republik fröhliche und glückliche Feiertage zu wünschen. Seien Sie versichert, daß ich das stärkste Pflichtgefühl habe, diese Fröhlichkeit und dieses Glück auch für die weitere Zukunft nach Kräften zu fördern. Ich habe immer die Hoffnung gehegt, und ich hege sie auch heute, daß wir uns mit unseren deutschen Landsleuten in gemeinsamer Arbeit für den Fortschritt und das Wohlergehen unseres Landes zusammenfinden werden. Weil wir müssen — dazu führt uns die Lage unseres Staates und Europas, das erlegt uns die gemeinsame Geschichte auf. Ich bitte, diese meine Äußerung nicht als gelegentlichen, mehr oder minder sentimentalen Gefühlserguß zu betrachten; sie ist vielmehr die Formulierung meiner politischen Überzeugung, meines politischen Programms. Ich erwarte, daß die denkenden Männer aller Parteien mir zustimmen werden. Von der ersten und aufrichtigen Zustimmung zur Tat ist nur ein Schritt.“

Es paßt freilich wenig zu diesen schönen Worten, daß dieselbe „Bohemia“ melden muß, die tschecho-slowakische Zweigstelle der „Union of democratic control“ sei von der Regierung aufgelöst worden, das General-Sekretariat sei besetzt und Haussuchungen seien vorgenommen worden. 3½ Millionen Deutscher, 2 Millionen Slowaken und 1 Million Ungarn brauchen ja wohl keinen Schutz der Rechte der Minderheiten?!

Bei der Abstimmung über den Staatsvoranschlag wurden die Entschlüsse, die die deutschen Abgeordneten vorlegten, ausnahmslos abgelehnt, u. a. auch die gegen den Ausnahmezustand im Hultchiner Ländchen. Die Deutsch-Bürgerlichen verließen korporativ den Saal, da auch die tschechischen Sozialdemokraten die Hultschiner Resolution ablehnten. Zwischen den deutschen und tschechischen Sozialdemokraten ergab sich eine scharfe Auseinandersetzung, weil die Tschechen entgegen

ihrem Versprechen nicht für die Hultschiner Resolution gestimmt hatten.

Bei der Abstimmung über das Budget stimmten die Deutsch-Bürgerlichen, die deutschen Sozialdemokraten und die tschechischen vereinigt gegen das Budget.

Ein weiterer schwerer Schlag ist dem Deutschtum durch den Beschluß des tschechischen Parlaments zugefügt worden, die Privatbahnen zu verstaatlichen. Der § 4 der Regierungsvorlage drückt ganz offen aus, daß die Verwaltung dann das Recht habe, Beamte und Angestellte nach Belieben zu versetzen. Daß das zu einer Entnationalisierung und raschen Entdeutschung der gesamten deutschen Beamten und Arbeiterschaft der heute größtenteils deutschen Privatbahnen Deutschböhmens führen müßte, ist klar. Die Deutschen im tschechischen Parlament opponierten also heftig gegen die Vorlage und es kam zu Radau- und sogar zu Prügel Szenen, die mit einer Obstruktion der deutschen Abgeordneten und einem Pultdeckelkonzert mehr als zwei Stunden währten. Die Tschechen erklärten sich hierauf bereit zu verhandeln, als aber darauf die Deutschen eingingen, setzten die Tschechen einfach die Debatte fort und nahmen, nachdem sämtliche deutsche Abgeordneten, auch die Sozialisten, unter Protest den Saal verlassen hatten, das Gesetz an. Nun droht als Selbsthilfe ein Generalstreik aller Eisenbahner der Privatbahnen. Auch dieser Beschluß zeigt aber wieder, wohin die tschechische Reise geht!

Ungarn.

Die Nachricht, daß der Minister für nationale Minderheiten, Professor Jakob Bleyer, seinen Rücktritt angezeigt habe und daß es gelungen sei, ihn dazu zu bewegen, diesen Entschluß zu widerrufen, stimmt schlecht mit dem Dementi überein, wonach es nicht richtig sei, daß das Pester Komitat die Aufhebung des Nationalitätenministeriums gefordert habe. Es wäre doch ein sonderbares zufälliges Zusammentreffen, wenn just wenige Tage nachdem die Meldung von der erwähnten Forderung des Pester Komitates durch die Blätter gegangen ist, der Minister für nationale Minderheiten seinen Rücktritt anmeldet, ohne daß zwischen beiden Tatsachen ein ursächlicher Zusammenhang bestünde. Lehrreich sind auch die Vorgänge bei der letzten Plenarsitzung der Stadtverwaltung in Ödenburg, das bekanntlich die künftige Hauptstadt des österreichischen Burgenlandes werden soll. Hier wurde der Antrag gestellt, der Gemeinderat möge dem Minister Bleyer dafür, daß er seine Demission zurückgezogen habe und im Amte bleiben wolle, den Dank aussprechen. Nun erhob gegen diesen Beschluß der Ödenburger Rechtsanwalt Dr. Weiler, obgleich selbst deutscher Abstammung, Einsprache und meinte, man brauche überhaupt kein Ministerium für nationale Minderheiten, die Deutschen Westungarns verzichteten auch gern auf jede nationale Autonomie. Allerdings war die Mehrheit anderer Ansicht, und der erwähnte Antrag wurde trotz Stimmenthaltung mehrerer Gemeindeväter mit starker Mehrheit angenommen. Fast gleichzeitig hat sich ein anderer Vorfall abgespielt, der in den deutschen Kreisen Westungarns großes Aufsehen und starkes Mißbehagen hervorgerufen hat. In Wien erschien vor kurzem eine Abordnung deutscher Bauern und Bürger aus dem Inneren Ungarns und wurde dort bei sämtlichen politisch maßgebenden Stellen vorstellig, Österreich solle freiwillig auf den ihm rechtmäßig zustehenden Teil Westungarns verzichten. Begründet wurde das damit, daß die in Innerungarn verstreut lebenden Deutschen durch die Abtrennung Deutschwestungarns zahlenmäßig geschwächt, sich der Magyari-

sierung noch schwerer werden erwehren können; daß ferner die Abtretung Deutschwestungarns das Magyarentum erbittern müsse und daß die in Ungarn zurückbleibenden Deutschen dafür entgelten müßten. Endlich wurde behauptet, die äußere Politik Ungarns werde durch den Anschluß des strittigen Gebietes an Österreich ungünstig beeinflußt werden und eine deutschfeindliche Haltung einnehmen. Alle diese Argumente sind bereits widerlegt oder doch als nicht entscheidend abgelehnt worden. Offenbar handelt es sich hier um eine versteckte Maßnahme der ungarischen Regierung selbst, die die stets dienstwilligen Deutschen magyarischer Gesinnung vorschleibt, um auf Umwegen ihr Ziel zu erreichen. Was die angeblich dauernde deutschfeindliche Einstellung der ungarischen Außenpolitik betrifft, mag abermals gesagt sein, daß voraussichtlich doch die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Österreichs und Ungarns stärker sein werden als vorübergehende Verstimmungen. Ganz abzulehnen ist der Standpunkt, der von besagter deutschungarischer Abordnung auch vertreten wurde, daß Westungarn durch eine entsprechende nationale Autonomie im Rahmen des ungarischen Staates, statt der Zankapfel zwischen beiden Nachbarn zu sein, vielmehr die verbindende Brücke werden könnte. Nach den bisherigen Erfahrungen und nach dem sehr kennzeichnenden Auftreten Dr. Weilers im Ödenburger Gemeinderate kann man unmöglich daran glauben, daß im magyarisch regierten Ungarn jemals mit der nationalen Autonomie Westungarns Ernst gemacht werden könnte. Im Gegenteil, wer ungarische Verhältnisse kennt, wird sich darüber klar sein, daß in Deutschwestungarn, sobald es endgültig bei Ungarn bleibt, mit Hochdruck magyarisiert werden wird, um für alle Zeiten den Anschlußgedanken dort auszurotten. Inzwischen hat die Ausschußberatung über die Einrichtung des künftigen österreichischen Burgenlandes im österreichischen Nationalrate eingesetzt und man darf hoffen, daß doch endlich einmal die rechtlich längst entschiedene Frage auch ihre tatsächliche und endgültige Lösung zugunsten des Anschlusses erfährt.

B. I.

In einem bemerkenswerten Artikel, den er für den „Katholischen Volksvereins-Kalender“ geschrieben hat, spricht der frühere Nationalitätenminister, Universitätsprofessor Dr. Jakob Bleyer, über Gegenwart und Zukunft der Deutschen in Ungarn. Er bekennt, daß es nicht gut um das deutsche Volk stehe, das so zäh und fleißig in Ungarn gearbeitet habe; es habe Wohlstand um sich verbreitet und sei mit seinen irdischen Sorgen und Freuden so innig verwachsen, daß es an der Erde klebe und seinen Blick nach Höherem und Edlerem, als Geld und materieller Besitz es sind, verloren habe. Nun habe es keine Ideale mehr. Das aber sei die Verneinung deutschen Wesens, denn deutsch sein, hieße nicht nur arbeiten, sondern auch beten, hieße nicht nur mit beiden Füßen fest auf der Erde stehen, sondern in die Höhe und Tiefe streben. Das deutsche Volk Ungarns müsse in seinem kulturellen und religiösen Leben erneuert werden. Die Kirche müsse verinnerlicht werden. Es sei ein bö-er Streich gewesen, der dem deutschen Volk durch die Verstaatlichung seiner Schulen gespielt wurde. Es sei irreführend geführt worden auf eine Art und Weise, die freilich seinem eigentlichen, zur Habsucht geneigten Wesen entspreche. Um seine Steuerlasten zu erleichtern habe es leichtsinnig seine Schulen preisgegeben, die die Kolonisten in ihrer Armut aus eigenen Mitteln errichtet hatten. Das Volk müsse Opfer bringen und die verlorenen katholischen Schulen zurückerobern. Die Weisheit und der Gerechtigkeitsinn der jetzigen christlichen Regierung Ungarns hätten es möglich gemacht, daß

in deutschen Gemeinden auch wieder in genügendem Maße deutsch unterrichtet würde, namentlich die religiöse Erziehung sollte in der Muttersprache erfolgen. Hier winke dem Seelenhirten eine große Aufgabe. In diesem Sinne müsse auch der katholische Volksverein und sein Blatt, die „Pester Zeitung“, wirken.

Polen.

Eine große Versammlung der Eltern der deutschen Kinder hatte in Lodz gegen die Vergewaltigung auf dem Gebiete der Schul- und Sprachenfrage protestiert. Auf verschiedene Eingaben erteilte jetzt das Ministerium, das immerhin vom März bis zum November gebraucht hat, um die Dinge zu untersuchen, eine Antwort. Es wird zugegeben, daß in einer Gemeinde der Betsaal als Kuhstall verwendet worden sei und es wird sofortige Rückgabe des Lokals zu seiner früheren Bestimmung erfolgen. Da der betreffende Lehrer den Befehl nicht ausführte, wurde eine Disziplinaruntersuchung gegen ihn eröffnet. Das Ministerium stellt ferner fest, daß die deutschen Schulen allen schulpflichtigen Kindern ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität zugänglich seien, ohne freilich zu betonen, daß sie gerade den deutschen Kindern zugänglich sein müssen, wenn die nötige Zahl deutscher schulpflichtiger Kinder vorhanden ist. Das Ministerium behandle die Angelegenheit der deutschen Schule mit allem Wohlwollen, auch gegen jedes böswillige Auftreten der durch die deutschen Okkupationsbehörden angeblich erbitterten polnischen Bevölkerung.

Estland.

Das endgültige Ergebnis der Wahlen zum „Riigikogu“ liegt nun vor. Abgegeben wurden 471228 Stimmen gegen 446776 Stimmen bei den Wahlen zur verflossenen Konstituante. Abgestimmt haben diesmal 66 % aller Wähler. Im früheren Parlament war die stärkste Partei die Sozialdemokratie mit 41 Sitzen. Sie haben 61000 Stimmen verloren und kehren mit 18 Sitzen in das neue Parlament zurück. Die Arbeitspartei hat von 112000 Stimmen 100000 gerettet und von 30 Sitzen noch 22, mit denen sie jetzt stärkste Partei geworden ist. Ihr folgt die Partei der Landwirte, die einen mächtigen Aufschwung nahm, statt 29000 nun 98000 Stimmen erhielt und von 8 Sitzen es auf 21 Sitze brachte. Die unabhängigen Sozialdemokraten sind von 26000 auf 50000 Stimmen gewachsen und haben statt 7 nun 11 Sitze. Die Volkspartei hat von 93000 Stimmen einen Abstieg auf 49000 erlebt und rettet nur mehr 10 Sitze. Die Deutschen haben ihre Stimmenzahl von 14685, wie einer übersichtlichen Statistik des „Revaler Boten“ zu entnehmen ist, auf 18444 vermehrt, haben also 3759 Stimmen gewonnen und anstatt 3 Sitzen, die 2,5 % aller Sitze der Konstituante ausmachten, nun 4 Sitze errungen, mit denen sie 4 % der Sitze des statt 120 nunmehr 100 Sitze zählenden Parlaments innehaben. Die Wahlagitator war bei den Deutschen sehr rege, eine vorzügliche Organisation brachte die deutschen Wähler fast vollzählig an die Urne.

Aus Reval wird dem Deutschen Ausland-Institut unter dem 6. Dezember geschrieben:

Die Wahlen zum „Riigikogu“, dem Parlament der Estnischen Republik, liegen hinter uns, und heute liegt das Resultat so gut wie endgültig vor. Einige Hundert Stimmen aus den östlichen Grenzgebieten fehlen noch, doch dürfte das bisherige Ergebnis dadurch nicht mehr wesentlich beeinflußt werden. Die Deutschen sind mit ihrem Wahlerfolg zufrieden, wurden doch diesmal für die Deutsch-Baltische Partei 18411 Stimmen abgegeben gegenüber etwas über 13000 im Vorjahr. Auch die estnische Presse kann nicht umhin, diese Tatsache hervorzuheben. Die deutsche Minorität läßt sich, so gern man es täte, nun einmal

nicht weghexen. Sie ist da, und wie das Wahlresultat zeigt, recht lebensfähig. Im neuen Parlament werden mindestens 4, vielleicht sogar 5 deutsche Abgeordnete sitzen und für die Rechte ihrer Wähler einzustehen wissen.

Im übrigen läßt sich für das neue Parlament recht schwer eine Prognose stellen. Die bisherige Regierungspartei, die Arbeitspartei, hat zum großen Erstaunen aller die meisten Stimmen, 98 534, auf sich vereinigt. Sie ist ja nach dem Gebot der Stunde links oder rechts orientiert, meistens aber mehr links, und entspricht, soweit ein solcher Vergleich unter den hiesigen ganz andersartigen Verhältnissen überhaupt möglich ist, den Demokraten in Deutschland. Ihr folgen die Landwirte mit 97 012 Stimmen, die Sozialdemokraten mit 79 185; die unabhängigen Sozialdemokraten mit 49 589; die Volkspartei (entspricht etwa der Deutschen Volkspartei) mit 49 191; die Christliche Volkspartei mit 35 024; die Gewerkschaftsverbände (Kommunisten) mit 24 815; die Deutschen mit 18 411; die Russen mit 8 201; die wirtschaftliche Gruppe mit 4 845. Somit würden im künftigen Rigikogu Sitze erhalten: Arbeitspartei 22, Landwirte 22, die aber eventuell einen Sitz an die Sozialdemokraten verlieren würden, Sozialdemokraten 17 (18), Unabhängige 11, Volkspartei 11, die Christlichen 7, die Gewerkschaftsverbände 5, die Deutschen 4, die wirtschaftliche Gruppe 1 und die Russen wahrscheinlich keinen einzigen, da sie ihre Listen im Lande nicht vereinigt hatten. Von Frauen wird wahrscheinlich nur Aima Ostra (S.-D.) im Rigikogu vertreten sein. Den rechten Flügel würden die Landwirte, die Volkspartei, die Christlichen, die Deutschen und wohl auch die wirtschaftliche Gruppe bilden mit zusammen 45 Sitzen; den linken Flügel die Unabhängigen und die Gewerkschaftsverbände mit zusammen 16 Sitzen; das Zentrum die Arbeitspartei und die Sozialdemokraten mit 39 Sitzen bilden, wobei in den meisten Fällen die Sozialdemokraten sich wohl dem linken Flügel anschließen dürften. Den Ausschlag wird also stets die Arbeitspartei geben und damit im wesentlichen den politischen Kurs bestimmen können. Somit dürfte trotz des schönen Erfolges der Landwirte alles beim alten bleiben, besonders in der Frage der Agrarreform, die uns Deutschen naturgemäß am meisten am Herzen liegt. Schwere Kämpfe um unsere wirtschaftliche Existenz, um unsere kulturellen und politischen Rechte werden wir Deutschen nach wie vor auszufechten haben. Bei einer rechten Majorität wäre der Kampf vielleicht leichter gewesen. Der schwere Kampf schreckt uns aber nicht, das Wahlresultat zeigt, daß wir um unsere Sache nicht bang zu sein brauchen.

Lettland.

In der Rigaischen Rundschau veröffentlicht der Abgeordnete Dr. Schiemann einen Neujahrsartikel mit einem Rückblick auf das vergangene Jahr. Er überschaut das Unrecht, das dem Deutschtum im verflossenen Jahre angetan wurde, das zutage trete in den Akten der Gewalt gegen die deutsche Kulturentwicklung, sei es die schnöde Behandlung des deutschen Rechts auf Kunst in der Theaterfrage, sei es die brutale Kündigung, die in einem Schreiben vom 29. Dezember die zwei in der Peter-Realsschule untergebrachten deutschen Lehranstalten innerhalb von drei Tagen auf die Straße setze. Auch die Taktik, die ins Ausland Geflüchteten der deutschstämmigen lettischen Staatsangehörigen gar nicht oder nur nach endlosen Schwierigkeiten in die Heimat zurückzulassen, auf die sie ein Recht hätten, sei ein Krebseschaden des öffentlichen Lebens. Als Deutsch-Balte und als Lettländer fordere er, daß der Haß, den Jahrzehnte genährt und den der Weltkrieg zum Führer erhob, überwunden werde.

Rumänien.

Die Deutsche Volkspartei, und ihr Vorsitzender, Herr Dr. Brandsch, hatten verschiedene Anträge eingereicht, um den Deutschen und den übrigen Minderheiten in der rumänischen Kammer das Recht ihrer Muttersprache im Parlament zu sichern. Da die Regierung schroff ablehnte, wurde auf dem Wege langer Verhandlungen erreicht, daß der Kammerpräsident die Erklärung zu Protokoll gab, wonach denjenigen Abgeordneten, die nicht Rumänisch verstehen, das Recht zustehen soll, die Rede in ihrer Sprache zu halten, worauf dann ein Abgeordneterkollege sie rumänisch dem Hause verdolmetschen sollte, nötigenfalls aber auch das Büro die Verdolmetschung zu besorgen hätte.

Dänemark.

In Nordschleswig wird nach wie vor gegen das Deutschum gehetzt. Jetzt ist wieder infolge einer solchen Hetze dem deutschen Arzte auf Alsen das Recht zu praktizieren entzogen worden. Dazu schreibt die Kopenhagener „Nationaltidende“, es sei Tatsache, daß „die deutschen Ärzte nicht die rein wissenschaftlichen Vorbedingungen erfüllen, die den dänischen Ärzten als Vorbedingungen zum Praktizieren gestellt würden und die den Ruf der dänischen Ärzte begründet haben.“ Es ist schade, daß die Dänen sich chauvinistisch gebärden. Daß sie dabei aber solche törichte Dinge ins Feld führen, ist unnötig und schädigt nur ihren eigenen Ruf.

Auf Anregung von dänischer amtlicher Seite haben sich 40 dänische wissenschaftliche und Fachzeitschriften bereit erklärt, deutschen öffentlichen Bibliotheken von 1921 ab eine Anzahl von Exemplaren unentgeltlich zu überlassen. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft übernimmt die Verteilung. Die Anregung geht von dem Direktor der Königlichen Bibliothek in Kopenhagen, Lange, aus.

Belgien.

Der Berichterstatter der „Frankf. Ztg.“ berichtet, daß am Dienstag, den 28. Dezember, der belgische Ministerrat sich in einer Sitzung mit der Frage des deutschen Eigentums befaßte. Belgien werde dem englischen Schritte folgen und auf die Rechte verzichten, die ihm aus dem Artikel 18 des Anhangs II des 4. Abschnittes des Friedensvertrages erwachsen. Dieser Verzicht werde sich auch auf die deutschen Schiffe erstrecken, was natürlich ist, da Belgien ja gerade die deutsche Schifffahrt wieder nach Antwerpen ziehen will. Belgien verhandelt dem „XX. Siècle“ zufolge darüber gegenwärtig mit Frankreich, um ein gleiches Vorgehen aller Alliierten zu erzielen. Dagegen scheint, so berichtet der Korrespondent weiter, die vollkommene Liquidierung des Vorkriegseigentums beschlossene Sache zu sein. Der Kammer lag ein Gesetzentwurf vor, der eine Einschränkung von dieser Allgemeinliquidation vorsah. Solchen Deutschen, die sich keiner feindlichen Handlung gegenüber Belgien schuldig gemacht haben und 10 Jahre vor dem Krieg in Belgien ansässig waren, sollte ihr Haus, das sie bewohnten und dessen Eigentümer sie sind, zurückgegeben werden. Der Zentralausschuß der Kammer hat diese Vorschriften bereits weiter eingeschränkt und die Einschränkungen sind nun derart, daß praktisch gar nichts dabei herauskommt. Das „XX. Siècle“ teilt mit, daß die interministerielle Kommission die Vorschläge des Zentralausschusses geprüft habe, daß sie die „Heimatlosen“ als Deutsche ansehe und die Ausnahmen von der allgemeinen Liquidation derart einschränke, daß nur einige besonders interessante Fälle ausgenommen blieben. Man weiß, fügt der deutsche Berichterstatter zu, daß bei den Verhandlungen über die Rücknahme der 6,1 Milliarden deutscher Reichsmark, die in Belgien in Umlauf waren.

durch Deutschland, der belgische Unterhändler Francqui mündlich zusagte, die Sequestrierung deutschen Eigentums aufzugeben. Deutschland erklärte den Vertrag später als hinfällig, da diese und andere Zusagen nicht eingehalten wurden. Die „Action National“ stellt es nun so dar, daß die Sequestrierung und Liquidation des gesamten Eigentums die Antwort auf diese Nichterfüllung des Markrücknahmeabkommens darstelle. Belgien lege also anscheinend auf die 6,1 Milliarden Mark, zum Kurse von 1,25 Franks also 7½ Milliarden Franken, weniger Wert als auf den Besitz des deutschen Eigentums, das selbst nach den übertriebensten Schätzungen nicht mehr als 1½ Milliarden Franken wert sei.

Frankreich.

Nicht nur in der hohen Politik, auch bei politischen Dinern gibt es kleine Zwischenfälle. Der französische Kammerpräsident gab dem diplomatischen Korps ein Essen. Der Deutsche Botschafter war geladen und rechts von der Gattin seines amerikanischen Kollegen placiert. Da er sie und ihren Gatten nicht kannte, bat er den Chef des Protokolls, ihn dem amerikanischen Botschafter vorzustellen, damit dieser ihn seiner Frau vorstelle. Während aber alle andern diplomatischen Persönlichkeiten sich dem deutschen Botschafter gegenüber korrekt und höflich benahmen, lehnte der stolze Amerikaner es ab, die Bekanntschaft des Deutschen Botschafters zu machen, da zwischen seinem Lande und Deutschland noch keine Friedensbeziehungen beständen. Es gibt auch politische Kindereien!

England.

Die Bremer „Weserzeitung“ berichtet von einer unerhörten Vergewaltigung deutscher Seeleute durch England. Ein schwedischer Dampfer hatte in Bremerhaven durch die Heuerstelle sieben deutsche Matrosen für die Fahrt nach Amerika angeworben. In einem englischen Hafen wurden die sieben Leute trotz des Protestes des Kapitäns beim Bunkern von Bord genommen, ins Gefängnis geworfen und gefangen nach Bremerhaven zurücktransportiert, obgleich die Leute erklärten, nicht desertieren zu wollen und zum Beweis dem Kapitän ihre sämtlichen Papiere übergaben, ja sich auch verpflichteten, in Amerika nicht ans Land zu gehen, wenn dies nicht ausdrücklich gestattet werde. Das ganze geschah auf eine Denunziation englischer Seeleute hin.

Spanien.

Der Direktor des Ibero-Amerikanischen Instituts, Professor Schädel, weilte kürzlich in Spanien und begründete dort in Verbindung mit mehreren Universitäten eine Körperschaft spanischer Gelehrter, die in Madrid, als eine Zweigstelle des Ibero-Amerikanischen Instituts, einen deutsch-spanischen wissenschaftlichen Austausch, insbesondere von Büchern, einrichten wird.

Palästina.

Die aus ihrer Heimat nach ägyptischen Gefangenenlagern vertriebenen Templerkolonisten, die man dann gegen ihren Willen zwangsweise nach Deutschland repatriiert hat, sind nun dank vielfacher Bemühungen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. In den Weihnachtstagen sind 300 Frauen, Männer und Kinder, die in der Zwischenzeit in dem alten Schlosse in Mergentheim untergebracht worden waren, nachdem es gelungen ist, für ihre Rückreise die nötigen Geldsummen aufzubringen, nach Triest abgefahren, um von dort nach Palästina auf italienischem Schiffe zurückzureisen. Ihrer Ankunft sieht man in ihrer Heimat mit Spannung und großen Hoffnungen entgegen. Möge es ihnen bald wieder gelingen, ihre Kolonie zu alter Blüte und zu Wohlstand zu bringen!

Japan.

Der gewiß einzig dastehende Fall, daß eine Zeitung eines unserer ehemaligen Gegner in deutscher Sprache eine Sondernummer erscheinen läßt, hat sich in Japan zugetragen. Wir entnehmen der „Ostasiatischen Rundschau“, daß die „Yamato“, die militärischen Kreisen nahesteht und stets ein besonders starkes Interesse für Deutschland bezeugte, anlässlich der Wiederanknüpfung diplomatischer Beziehungen zu Deutschland eine Sondernummer in deutscher Sprache erscheinen ließ, auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Handels mit Deutschland verwies, die Unentbehrlichkeit deutscher Ware für den japanischen Markt feststellte und auch den Wunsch äußerte, die deutschen Kriegserfindungen nach Japan zu bekommen. Japan solle zur Gegenleistung Deutschland mit Lebensmitteln und auch mit Schiffsraum aushelfen. Deutschland aber müßte seine hemmenden Ausfuhrbestimmungen fallen lassen.

Fernando-Poo.

Deutsche Vereine irgendwelcher Art und Kirchengemeinden irgendwelcher Religion bestehen nicht. Deutsche Zeitungen oder Zeitschriften werden nicht herausgegeben.

Der Bildung deutscher Vereine steht hauptsächlich entgegen, daß im tropischen Afrika die Deutschen meistens im ganzen Lande verstreut und wegen der großen Entfernungen und der mangelnden Verkehrsverbindungen nicht in der Lage sind, sich gelegentlich an dem Hauptplatze der Kolonie zusammenzufinden.

Meistens lebt hier nur ein Deutscher an einem Platze, und wo ausnahmsweise mehrere vorhanden sind, ist die Geschäftskonkurrenz teilweise so stark, daß nicht selten die Deutschen unter sich nicht einmal verkehren.

Es ist dies zum Teil eine der unangenehmen Erscheinungen der Tropen, die sich nie ganz werden beseitigen lassen; zum anderen Teil tragen aber auch die einzelnen Deutschen selbst daran schuld, da sie Sache und Person nicht auseinanderzuhalten verstehen. Dazu kommt bei längerem Aufenthalt eine gewisse nervöse Überreizung, die einem ruhigen, sachlichen, gegenseitigen Verkehr hinderlich im Wege steht.

Es herrscht hier unter den Europäern ein ständiges Kommen und Gehen. Jeder sucht in der möglichst kürzesten Zeit sich soviel zu verdienen, daß er in der Lage ist, sich hier Grund und Boden zu erwerben, sich also selbständig zu machen, oder dem Lande seines Verdienstes den Rücken zu kehren.

Dieses Hasten und Jagen nach Geld nimmt leider viele derart in Anspruch, daß sie jeden Sinn für etwas anderes, sei es Pflege des Deutschtums, Pflege der geistigen Weiterbildung und anderes, verlieren und dadurch derartigen Anregungen von vornherein abhold sind oder zum mindesten Mißtrauen gegen sie hegen. Die beiden anderen Nationen, die hier noch vertreten sind, Engländer und Portugiesen, haben keinen Verein. Ich möchte daher der Gründung eines solchen auch nicht das Wort reden. Der Deutsche würde sich durch seine Vereinsmeierei nur lächerlich machen. Daß ein Zusammenhalt auch ohne Verein geht, zeigen diese beiden Nationen hier. Warum unter den Deutschen dasselbe nicht möglich ist, habe ich noch nicht ergründen können.

Südwestafrika.

Justizminister de Wet, der mit der Parlamentskommission der Union in Südwestafrika gewesen ist, betonte in Lüderitzbucht in einer am 9. November gehaltenen Rede, daß er als Student verschiedentlich in Deutschland gewesen sei und Deutsch nicht nur lese, sondern auch schreibe. Er verwies darauf, daß Südwestafrika und die Union untrennbar seien und daß die Deutschen

den schweren Schritt tun müßten, den auch er vor 20 Jahren habe gehen müssen. In privaten Unterhaltungen erklärte der Minister, in der Schulfrage würde der neue Administrator viel weiter entgegenkommen, als es nach Smuts' Besuch den Anschein gehabt habe. Der Administrator sei schon jetzt bereit, für die untersten 6 Klassen das Deutsche als Unterrichtssprache zuzulassen. In der Frage des Mangels von Tierärzten seien er und der Premierminister Smuts sich darüber einig, daß die Wegschaffung der Tierärzte ein großer Mißgriff gewesen sei, dessen Folgen man so schnell als möglich beseitigen müsse.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Aus Neuyork schreibt ein Mitarbeiter des Deutschen Auslandsinstituts:

In mehreren Hochschulen der Stadt Neuyork wird im nächsten Schultermin der Unterricht im Deutschen wieder eingeführt werden. Auch die Studenten des City College, das zwar nicht ganz und gar der Hysterie zum Opfer gefallen war, welche die amerikanischen Bildungsanstalten verwüstete, fordern jetzt in ihrer College-Zeitung die volle Rehabilitierung des deutschen Unterrichts. Während des Krieges hatte man in diesem College das Studium des Deutschen nicht ganz fallen lassen; dagegen versuchte man, die Studenten von diesen deutschen Kursen abzuschrecken, indem man ihre Bewertung herabsetzte. Hiedurch wurden alle diejenigen vom deutschen Studium abgeschreckt, welche die Sprache nur um der Zensurpunkte willen erlernen wollten, die sie dafür erhielten, aber jedenfalls wurde die deutsche Abteilung vollständig auseinandergerissen.

Das Verlangen der Studenten für die volle Rehabilitierung des deutschen Unterrichts wird in einem Leitartikel des „College Mercury“ energisch unterstützt: „Es war ein Beweis großer Kurzsichtigkeit, das Studium des Deutschen zu beschneiden, und nur ein mißverständlicher Patriotismus konnte es zuwege bringen, daß die Behörden die Sprache Goethes, Schillers, Hebbels und Hauptmanns, Kants, Hegels, Schopenhauers und Nietzsches in den Bann taten. Nur uns selbst haben wir dadurch ungeheuren Schaden zugefügt, und die jüngere Generation, welche hauptsächlich unter diesem von der Hysterie eingegebenen Verbot zu leiden hat, wird uns die Tat niemals vergessen. Wir haben sie von einem fruchtbaren Feld vertrieben und sie der Gelegenheit beraubt, sich mit einem leuchtenden Sternbild hervorragender Geister bekannt zu machen, die nicht nur für ihre Landsleute, sondern für die ganze Welt geschrieben haben.“

Wir sollten versuchen, die Fehler wieder gutzumachen, welche wir in der Leidenschaft begangen haben. Das Studium der deutschen Sprache muß in seiner vollen Bewertung wieder hergestellt werden.“

Der deutsch-amerikanische Schulverein ist mit einem längeren Appell an die Öffentlichkeit getreten, worin beklagt wird, daß noch heute, zwei Jahre nach Beendigung des Krieges, die deutsche Oper, die deutsche Musik und die deutsche Sprache offiziell mit dem Bann belegt ist. Die Amerikaner deutscher Abkunft dürften sich aber in den Verlust nicht teilen, welcher der heranwachsenden Generation durch die Arbeit einer unwissenden Schar von Hetzern erwachse; sie müßten sich den Privatschulen zuwenden, unter welchen der Schulverein mit seinen drei Schulen in Neuyork obenan steht.

Der Aufruf erklärt, daß die Anmeldungen für die Unterklassen der drei Schulen sehr zugenommen haben und daß dieselben überfüllt sind. Das Bedürfnis für sechs weitere Schulen sei vorhanden. Ein jeder, dem die deutsche Sprache und deutsche Bestrebungen lieb seien, müsse dem Verein beitreten.

Einer Meldung des Exchange Telegraph aus Neuyork ist zu entnehmen, daß an alle Deutsch-Amerikaner eine Einladung zu einer deutsch-amerikanischen Konferenz in Chicago ergangen sei. Absicht sei eine festere Zusammenfassung der Deutschen, um vom republikanischen Präsidenten zu verlangen, daß die Deutsch-Amerikaner im Kabinett durch mindestens einen Abgeordneten vertreten seien.

Brasilien.

Im Staate São Paulo wurde soeben ein Gesetzentwurf eingebracht, der eine Reform des bisherigen Schulwesens bedeuten soll. Da er in Wirklichkeit unbestreitbare Rückschritte einschließt, wird er von verschiedensten Seiten, Brasilianern sowohl wie Deutschen, energisch bekämpft. Einen Hauptnachteil für die allgemeine Schulbildung erblicken die Kritiker des Entwurfs darin, daß die Elementarschulen nunmehr zwei Jahrgänge gegen bisher vier enthalten sollen, was zur Folge hat, daß die Eltern aller Schüler für das dritte und vierte Schuljahr, die künftig als „Mittelschule“ gelten sollen, Schulgeld zahlen müssen, während bisher die vier ersten Unterrichtsjahre — Elementarschule — gebührenfrei waren.

Die uns am meisten interessierende Bestimmung des Gesetzes lautet: „Der Privatunterricht wird streng beaufsichtigt. Die Lehrer sind verpflichtet, Portugiesisch, Landeskunde, vaterländische Geschichte, patriotische und nationale Lieder zu unterrichten und die großen Tage der Nation zu feiern. Unbedingt verboten ist in den Privatschulen der Unterricht von fremden Sprachen an Kinder unter zehn Jahren. Die Leiter und Lehrer von Privatschulen werden für Übertretung dieser Bestimmungen je nach der Schwere des Falles mit Geldstrafen von 100 bis 500 Dollar bzw. 500 bis 2000 Dollar belegt.“

In ganz offenkundiger Weise wird durch diese Verordnung ein Vorstoß gegen die deutsche schulpflichtige Jugend unternommen, die in der Hauptsache Privatschulen besucht. Für diese Kinder bedeutet im Wortlaut des Gesetzes, ihre Muttersprache künftig „Fremdsprache“. Sie müssen also bis zu ihrem zehnten Jahre lediglich Portugiesisch als Schulsprache genießen. Da auch angesehene brasilianische Pädagogen sich gegen das geplante Schulgesetz, das mit seinem „Privatschulparagraphen“ 21 Prozent aller paulistaner Schulen und gar 44 Prozent der hauptstädtischen Jugend treffen würde, heftig zur Wehr setzen, bleibt abzuwarten, ob es tatsächlich in Kraft treten wird.

Paraguay.

Bei der Überreichung von Ehrendiplomen des ibero-amerikanischen Instituts sagte der Kriegsminister: „Nicht nur in meinem innersten Denken und Fühlen habe ich Ihrem unvergleichlichen Lande Bewunderung, Verehrung und Zuneigung gewidmet, sondern durchdrungen von der Vorzüglichkeit seiner sozialen und militärischen Einrichtungen, deren ausgezeichnete Früchte ich erlebt und genossen habe, habe ich mich bemüht, nach Maßgabe meiner Kräfte und Möglichkeiten sie anzuwenden auf mein Vaterland.“

Argentinien.

Eine feierliche Handlung fand nach einer Mitteilung des „Argent. Tageblatts“ im „Deutschen Wissenschaftlichen Verein“ statt. Er überreichte an acht Argentinier Ehrendiplome, die das Ibero-Amerikanische Institut in Hamburg gestiftet hat, weil sie für ihre Überzeugung von der Gerechtigkeit der deutschen Sache in Wort und Schrift vor der Öffentlichkeit eingetreten sind. Der Abend gestaltete sich zu einem starken Bekenntnis deutsch-argentinischen Zusammenhaltens. Alle Reden

des Abends wurden in spanischer Sprache gehalten. Professor Lehmann-Nitsche erzählte in seiner Festrede vom Ibero-Amerikanischen Institut; Professor Dr. Keiper überbrachte die Glückwünsche des deutschen Geschäftsträgers; Dr. Alfredo Colma sprach bewegt von seiner Liebe für die deutsche Sache und für den deutschen Geist.

KLEINE NACHRICHTEN

T. C. Hall, der ehemalige Professor am Union-Seminar in Neuyork, der während des Krieges nach Deutschland übersiedelte und als Förderer des Auslandsdeutschtums bekannt ist, wurde von der theologischen Fakultät der Universität Marburg zum Ehrendoktor ernannt und erhielt eine Professur in der philosophischen Fakultät der Universität Göttingen.

Karl T. Schofer †. Mit Karl T. Schofer verliert das Deutschtum Pittsburghs (Penns.) einen seiner beliebtesten Vertreter, der als Kunstmaler und Sänger weit über seine Wahlheimat hinaus bekannt wurde. Er stammte aus Pforzheim in Baden, war Ehrenmitglied einer ganzen Reihe deutscher Gesangsvereine in Amerika und zuletzt besonders im Pittsburgher „Frohsinn“ tätig.

Professor Hermann Karl Georg Brandt †. Professor Brandt hat seit 1883 als Dozent der deutschen Sprache im Hamilton College in Clinton, N.Y., die deutsche Wissenschaft vertreten. Bereits mit 17 Jahren kam er aus seiner Heimatstadt Vilsen, wo er am 15. Dezember 1850 geboren war, als Student an die dortige Hochschule. Später ging er nach Deutschland zurück, um seine Ausbildung an den Universitäten Göttingen, Freiburg und Straßburg zu beenden. Kurz vor seinem Tode hat Professor Brandt gerade noch ein von ihm begonnenes deutsches Wörterbuch beendet. Schon früher machte er sich als Verfasser einer Anzahl deutscher Schulbücher und durch eine Ausgabe von Lessings „Nathan der Weise“, die das Werk dem Verständnis amerikanischer Studenten erschließen sollte, bekannt.

Missionar F. Bernsmann ist der Windhuker Landeszeitung zufolge in Otjimbingue in Südwestafrika gestorben. Er war ein Veteran aus dem Kriege 1870/71, den er mit Auszeichnung mitgemacht hat, und arbeitete 46 Jahre lang in Südwest unter den Hereros, blieb seiner Tätigkeit auch mit großer Zähigkeit und deutscher Pflichterfüllung nach dem Aufstand treu. Noch im Ruhestand unterstützte er seinen Schwiegersohn in dessen Gemeindefarbeiten und gab stets seinem festen Glauben an das Wiedererstehen eines großen deutschen Vaterlandes beredten Ausdruck.

Dorothea Böttcher †. In ihrer Vaterstadt Schwerin verschied im Alter von fast 60 Jahren an den Folgen einer Operation Fräulein Dorothea Böttcher, die in amerikanischen Journalistenkreisen als Schriftstellerin und Dichterin einen guten Namen gehabt hat. Schon als junges Mädchen kam sie nach Chicago, wo sie zunächst als deutsche Lehrerin tätig war, um dann in die Schriftleitung der „Chicagoer Freien Presse“ einzutreten, in der sie durch ihre literarischen Beiträge die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich lenkte. Mit aller Kraft trat sie bei jeder Gelegenheit in Wort und Schrift für die Erhaltung deutscher Sprache, deutscher Sitten und deutschen Geistes ein. Auch nach ihrer Rückkehr in die Heimat hielt sie als Korrespondentin der „Chicagoer Abendpost“ die Verbindung mit den Vereinigten Staaten aufrecht.

Frau Anna Scheibler ist in Lodz gestorben und mit ihr, der 86jährigen, ist eine edle Wohltäterin aus der deutschen Familie der Scheiblers ins Grab gesunken, der die Armen der Stadt Lodz, gleich welcher Konfession oder Nationalität, Unend-

liches verdanken. Frau Scheibler war die Witwe des bekannten deutschen Großindustriellen und die Tochter eines deutschen Fabrikanten aus Ozorko bei Kalisch.

Heimatgedenken.

Aus Brasilien wird uns geschrieben: „Für die hungernen und frierenden Kinder Deutschlands und Deutsch-Österreichs haben Ende des vorigen und Anfang dieses Jahres die Gemeinden der deutsch-evangelischen Synode Mittelbrasilien eine Kollekte von 6575 Mil 300 Reis gesammelt. Davon sind 4653 Mil 500 Reis nach Deutschland geflossen, 1921 Mil 800 Reis nach Österreich.“

Von privater Seite wurde eine Sammlung zugunsten der unterernährten Jugend der Gruppe Lützow des Steirischen Pfadfinderbundes in Graz veranstaltet, die 150 Milreis = 7630,90 Kronen ergab.“

Die Stadt Berlin erhielt von Herrn Winkelhagen aus Valparaiso 250000 Mark, aus deren Zinsen unbemittelten Kindern Groß-Berlins die Möglichkeit einer geeigneten Berufsausbildung unter besonderer Berücksichtigung des Volksschullehrerberufes gegeben werden soll.

Der Papst und die notleidenden Kinder Deutschlands.

Der Papst überreichte dem Erzbischof von Köln, als dieser sich mit den ersten deutschen Rompilgern nach dem Krieg von ihm verabschiedete, eine halbe Million Lire zur Linderung der Not der deutschen Kinder.

Hilfe für die deutsche Wissenschaft!

Dr. Lange in Chicago sandte an Professor Paltauf in Wien den von ihm gesammelten Betrag von 7 Millionen Kronen für die Anschaffung von Material und Apparaten für die pathologisch-anatomischen und bakteriologischen Institute Wiens. Professor von Pinquet übersandte einen weiteren Betrag von 10000 Dollars zur Verbesserung der Lage der Universitätslehrer Wiens.

SCHULWESSEN IM AUSLANDE

Olmütz. Eine neue Vergewaltigung planen die Tschechen gegen das deutsche Schulwesen in Olmütz. Die tschechischen Parteien des Rathauses stellten den Antrag, den Deutschen einen Teil ihrer Kindergärten wegzunehmen und sie zu tschechisieren und nahmen den Antrag auch gegen die deutschen Stimmen an. Ein weiterer Antrag verlangte Kündigung des Vertrags mit dem Schulärar, wonach die Stadt verpflichtet ist, die deutsche Staatsrealschule in einem eigenen Gebäude unterzubringen. Die Annahme dieses Antrags durch die tschechischen Parteien veranlaßte die deutschen Parteien, die Sitzung zu verlassen. Die deutsche Realschule ist seit bereits 50 Jahren in dem Gebäude untergebracht, das ihr jetzt genommen werden soll!

Das Schulprogramm des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes in Südslawien. Der Ausschuß des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes in Südslawien hat am 20. Juli 1920 dem Ministerium für Volksaufklärung zu Belgrad ein umfassendes Programm für den Aufbau der deutschen Schule im S. H. S.-Staate eingereicht, das bisher von der serbischen Regierung noch nicht beantwortet wurde und jetzt vom „Deutschen Volksblatt“ zu Novisad Neusatz der Öffentlichkeit übergeben wird.

Das Programm, dessen Grundgedanke die Liebe zur deutschen Kultur und der Wunsch treuer Bewahrung deutscher Muttersprache und deutscher Bildung ist, trägt in loyaler Weise den Ansprüchen des südslawischen Staats Rechnung und sieht neben der Betonung der nationalen Eigenart vaterländische Erziehung und vollkommene Erlernung der serbisch-kroatischen Sprache für die gesamte Jugend vor.

Für die Kleinsten verlangt der Entwurf Kindergärten unter Leitung deutscher Kindergärtnerinnen; wo 40 Kinder danach verlangen, soll ein Kindergarten eingerichtet werden.

Für die Volksschule werden deutsche Lehrer gefordert. Die Volksschulen sollen — der sechsjährigen Schulpflicht entsprechend — sechsstufig sein. Zu dem in den ersten vier Jahren rein deutschen Unterricht sollen in den beiden letzten Jahren die serbische Sprache in 4—5 Wochenstunden als Fremdsprache hinzutreten. Für je 50 schulpflichtige Kinder wird eine Volksschule, für mehr als je 10 Kinder eine selbständige Klasse gefordert.

Nach ähnlichen Grundsätzen sollen, soweit Bedarf vorhanden, Bürgerschulen errichtet werden, doch ist für die Bürgerschule von der untersten Klasse an die serbo-kroatische Sprache als erste Fremdsprache mit 4—5 Stunden wöchentlich vorgesehen. Im 3. und 4. Jahrgang soll auch ein Lehrgegenstand — etwa vaterländischer Unterricht — in serbischer Sprache gelehrt werden. Für den deutschen Sprachunterricht werden auch in der Bürgerschule deutsche Lehrer verlangt.

Für Neusatz und Großbetschkerek wird die Errichtung von Handelsschulen gefordert, die später evtl. zu Handelsakademien ausgestaltet werden könnten. Im übrigen sollen Fachschulen (Handels-, Gewerbe-, Ackerbau-, Handfertigkeitsschulen) überall da errichtet werden, wo Bedarf vorhanden.

An Mittelschulen sind vorgesehen: Für die Batschka 3 (Neuwerbas, Apatin, Neusatz), für das Banat 5 (Hatzfeld, Werschetz, Großbetschkerek, Weißkirchen und Panschowa), für Syrmien 2 (Semlin und Indija, resp. Ruma). Meist handelt es sich um Errichtung deutscher Parallelklassen im Anschluß an schon bestehende staatliche Anstalten, teilweise auch um Ausgestaltung schon bestehender deutscher Schulen zu vollen Mittelschulen. Für sämtliche Mittelschulen wird das Recht des öffentlichen Unterrichts und der Abhaltung von Reifeprüfungen beansprucht.

Besonders dringlich erscheint dem Ausschuß die Errichtung einer ausreichenden Anzahl deutscher Lehrerseminare (Präparanden) zur Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses an deutschen Lehrern. Der Bedarf an Lehrkräften soll, soweit irgend möglich, aus einheimischen Kräften gedeckt werden; falls diese nicht ausreichen, soll Berufung auswärtiger, politisch einwandfreier Lehrer gestattet sein.

Zur Kontrolle des deutschen Sprachunterrichts beantragt der Ausschuß die Aufstellung deutscher Inspektionsorgane, in erster Linie für die Volks- und Bürgerschulen. In den Fach- und Mittelschulen sollen deutsche und serbische Inspektoren miteinander abwechseln. Zur Leitung der deutschen Schulangelegenheiten wird eine besondere deutsche Abteilung im Ministerium für Volksaufklärung verlangt, deren Vorstand im Benehmen mit dem Minister die grundsätzlichen Fragen des Unterrichts zu regeln und etwa entstehende Mißverständnisse zu klären und zu beseitigen hat.

In der Frage der Lehrmittel wird der serbischen Regierung die Einführung eines für deutsche Schulen geeigneten Lehrbuchs der serbischen Sprache empfohlen. Bezüglich der deutschen Lehrbücher beabsichtigt der Ausschuß, der Regierung eine entsprechende Auswahl österreichischer und deutscher Werke vorzulegen.

Es ist dringend zu hoffen, daß das umsichtige und gutgearbeitete Programm des Bundes, das den Bedürfnissen der Deutschen in Süd-Slawien ebenso sehr wie denen des serbischen Staates zu dienen geeignet ist, bald seine Erledigung finden und in vollem Umfang von der serbischen Regierung genehmigt wird. Die Regierung kann nur ein Interesse daran haben, ihren

Untertanen deutscher Nationalität eine gründliche, von deutschem Geist getragene Bildung zu vermitteln, wie denn die Schulfreiheit für die nationalen Minderheiten, abgesehen von ihrer moralischen Notwendigkeit, den besten Weg darstellt, fremdsprachige Staatsbürger zu loyalen Untertanen zu erziehen.

In der Mai-Nummer unseres „Auslanddeutschen“, zweiter Jahrgang 1919, haben wir (Seite 114) berichtet, daß auf Anregung des Herrn Oberlehrer Otto Schwarz aus Tiflis, der als Sohn eines Württembergers in Tiflis geboren wurde und dort mit Ausnahme seiner Studienzeit sein ganzes Leben lang verbrachte, der aber jetzt wieder im württembergischen Schuldienst beschäftigt ist, das württembergische Kultministerium nach einem Bescheid vom 15. März 1919 zustimmte, daß Zöglinge aus den schwäbischen Kolonien Rußlands in württembergischen Lehrerseminaren aufgenommen werden würden, um hier dieselbe Vergünstigung zu genießen wie einheimische Zöglinge. Trotz mannigfach bestehender Reiseschwierigkeiten sind unter den zahlreichen jetzt nach Württemberg gekommenen auslanddeutschen Schülern und Studenten auch acht Damen und Herren aus dem Kaukasus, die durch Entscheid der württembergischen Schulbehörden und namentlich mit Hilfe der Ministerialabteilung für höhere Schulen hier untergebracht worden sind, und zwar zwei Damen im Lehrerinnenseminar in Markgröningen, zwei Kindergärtnerinnen in Stuttgart, zwei Studenten in Hohenheim und je ein Student in Stuttgart und in Tübingen. Bei dieser Gelegenheit haben wir auch aus Briefen der Angehörigen seit langer Zeit wieder einmal authentische Nachrichten aus den deutschen Kolonien des Kaukasus erhalten. Aus diesen Briefen, die von Ende Oktober und Anfang November aus Katharinenfeld stammen, entnehmen wir, daß die Furcht vor dem aufkommenden Bolschewismus die Kolonisten stark beherrscht. Die Kolonisten stehen vor der bangen Frage, ob sie weiter im Lande verbleiben können. Sie wollen ausnahmslos nicht, wie sie sich ausdrücken, „ihrer Arbeit Früchte mit der Faulheit teilen“. Sie sind dankbar dafür, daß die Heimat ihre Jugend in deutschem Geiste erziehen will, um später wenigstens für die geistige Zukunft ihrer Kolonien sorgen zu können. Sie sind dankbar dafür, daß namentlich Württemberg den schwäbischen Sprößlingen Tür und Tor öffnet. Aus allen Briefen spricht eine treue Liebe der alten Schwaben zur angestammten Heimat und das feste Vertrauen in die Kraft der Heimat, sich von der Niederlage wieder zu erholen. In einem Briefe an Herrn Oberlehrer Schwarz heißt es: „Kurz und gut, dieser Liebe zu Deutschland und besonders zum Schwabenländchen, die Du und ich und unseresgleichen in unsern Kindern angefacht und gehegt haben, hast Du es zuzuschreiben, daß jetzt der erste Schub derselben vor Deiner Türe steht und Dich bittet: Sei uns Freund und Berater! Unbändige Liebe zur Mutter Germania hat uns über Länder und Meere hierhergetrieben, hilf uns, daß die Hohe uns mit mütterlicher Liebe ans Herz nimmt und nicht als Fremde abstößt!“ In einem weiteren Briefe heißt es: „Die georgische Regierung will uns Deutschen nicht übel, sie ist uns sogar wohlgesinnt, sie will uns aber auch nicht, wie früher die Russen, unserer Umgebung und den andern Völkern gegenüber privilegieren, sondern sie will uns nach der allgemeinen Parole allen gleichstellen. Das heißt aber für uns einen großen Schritt zurücktreten und das wollen unsere Kolonisten nicht. Auch die Schweizer wollen zurückfahren; die ganzen Käsereien in der schönen kaukasischen Schweiz sind ruiniert, die meisten der einstmaligen reichen Besitzer sind arme Leute. Trotzdem hoffen wir das Beste.“

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Die beiden noch unbesetzten Auslandsposten **Bukarest** und **Athen** werden zunächst besetzt werden. Wirkl. Geh. Legationsrat **Freytag** ist zum Geschäftsträger in Bukarest ernannt worden.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Professor **Dr. Hübötter** von der Universität Berlin hat für den Winter seine Vorlesungen eingestellt, um einem Ruf nach Japan Folge zu leisten, wo er vor japanischen Ärzten über die Geschichte der Medizin sprechen soll.

Eine deutsche Bibliothek nach Japan. Wie die „Ostasiatische Rundschau“ meldet, hat das Ohara Institut für Landwirtschaft in Osaka die große Bibliothek des verstorbenen Botanikers und Physiologen an der Leipziger Universität **Dr. Schäfer**, zum Preise von 30 000 Yen, der jetzt ungefähr 800 000 Mark entspricht, käuflich erworben. Die Universitäten von Tokio und Kyoto hatten sich vergeblich bemüht, die Bibliothek für sich zu bekommen.

Die **deutsche Botschaft** in Rom soll nun ihr eigenes Gebäude erhalten. Der italienischen Kammer ist, wie aus Rom gemeldet wird, eine Gesetzesvorlage zugegangen, wonach die Regierung für 4 Millionen Lire das Palazzo Vidoni auf dem Corso Vittorio Emanuele, dessen Architektur auf Raphael zurückgehen soll, erwirbt und dem Deutschen Reiche an Stelle des eingezogenen Palazzo Caffarelli zur Benutzung als Botschaft einräumt. Die Regierung betont, daß London und Paris die deutschen Botschaftspaläste vorbehaltlos zurückgegeben hätten.

Vom Deutschen Landestheater in Prag. Die Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen bittet um Veröffentlichung des folgenden Protestes:

„Die Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen, satzungsgemäß zur Pflege und zum Schutze aller in ihrem Schoße vereinigten Künste verpflichtet, hat sofort, als von tschechischer Seite die ersten Vorstöße gegen das deutsche Landestheater in Prag unternommen wurden, gegen die Beschlagnahme Verwahrung eingelegt und der Vorsitzende hat publizistisch an hervorragender Stelle dagegen zu wirken versucht. Nun ist der Raub von einer tschechischen Volksmenge vollzogen, von der tschechischen Öffentlichkeit gebilligt, von der Landesverwaltung bekräftigt, von der Regierung geduldet, beschönigt und entschuldigt; die bestehenden Verträge sind verletzt; die einzige Hoffnung beruht noch auf einer gerechten Entscheidung der Gerichte.

Überblicken wir den Schaden, der dem deutschen Volke böswillig zugefügt worden ist: Eines der ältesten deutschen Theater ist der deutschen Kunst widerrechtlich entzogen, der tschechischen Kunst gewaltsam dienstbar gemacht worden. Ein ruhmreiches Kapitel deutscher Theatergeschichte ist gewaltsam unterbrochen. Eine Stätte, die man durch Mozarts und Webers Genius auf alle Zeit für geweiht und geheiligt gehalten hätte, eine Stätte, an der hervorragende deutsche Bühnenleiter gewaltet, bedeutende Künstler gewirkt haben, eine Bühne, die mit einem Worte durch fast anderthalb Jahrhunderte zu den ersten deutschen Theatern gezählt hat, ist der deutschen Kunst geraubt worden. Nach dieser Entrechtung ist aber der deutsche Theaterbetrieb in der Hauptstadt des Staates in der alten Weise überhaupt kaum aufrecht zu erhalten, denn das vom deutschen Volke aus eigener Kraft errichtete, außer dem Landestheater in Prag bestehende Neue deutsche Theater genügt für sich allein den Bedürfnissen keines-

wegs. Schwer geschädigt und geradezu in ihrem Bestande bedroht sind auch alle diejenigen künstlerischen Vereinigungen in Prag, wie der deutsche Kammermusikverein, der deutsche Männergesangsverein, der deutsche Singverein u. a., denen für ihre künstlerischen Veranstaltungen seit der Beschlagnahme des Rudolfinums außer dem deutschen Landestheater kein Konzertsaal zur Verfügung steht, da die tschechischen Säle ihnen in der ungastlichsten Weise verschlossen sind.

Die dramatischen Dichter und Komponisten des deutschen Gesamtvolkes müssen den Verlust dieser Bühne, die sehr oft eine Versuchsbühne für junge aufstrebende Kräfte gewesen ist, aufs schwerste bedauern; um wieviel schwerer aber unsere einheimischen Dichter und Komponisten, denen hier ihr Sprungbrett entzogen wird, während sie vielmehr unter den schwierigen Verhältnissen, unter denen sie leben und wirken, der liebevollsten Fürsorge auch von seiten des Staates bedürften.

Am betrübendsten aber ist es, daß es tschechische Schriftsteller und Künstler waren, die diesen Raub veranlaßt und geleitet haben und am eindringlichsten zu verteidigen suchen. Es häufen sich in letzter Zeit deutsche Übersetzungen tschechischer Literaturwerke, tschechische Dramatiker trachten auf deutsche Bühnen zu gelangen und eine tschechische Orchestervereinigung ist in deutschen Städten gastfreundlich aufgenommen worden; tschechische Schriftsteller und Künstler suchen also auf dem Umwege über Deutschland zu Weltgeltung zu gelangen; um so schmachlicher ist es, wenn sie in der eigenen Heimat alles aufbieten, um die deutsche Kunst zu vernichten. Die gewaltsame Wegnahme des deutschen Landestheaters ist eine der feindseligsten Unternehmungen gegen das deutsche Wesen, gegen die deutsche Kultur, die hier soviel zu leiden haben.

Die böhmischen Stände haben sich noch in der Zeit ihres Niederganges durch die Pflege der deutschen Bühnenkunst ein unvergängliches Denkmal gesetzt. Nach Aufrichtung einer demokratischen Republik haben die neuen Verwalter des Landes, dem Drängen der Gasse in schmachlicher Weise nachgebend, das der deutschen Kunst vom Landtage Böhmens nach einstimmigem Beschlusse für immer gewidmete Landestheater geraubt. Die durch einen feierlichen Staatsvertrag zugunsten der Minderheitsvölker dieses Staates übernommene Verpflichtung ist gebrochen, das Vertrauen auf das öffentliche Grundbuch grüßlich getäuscht, die Rechtssicherheit auf das schwerste erschüttert worden. Die Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen gibt daher ihrer Entrüstung über diesen Gewaltakt lauten Ausdruck, erhebt den schärfsten Protest dagegen und ruft die gesamte deutsche Öffentlichkeit, insbesondere alle schriftstellerischen und künstlerischen Vereinigungen zu entschiedener Stellungnahme gegen diese unerhörte Schädigung der deutschen Kultur auf.“

Die Walküre in Paris. In der „Großen Oper“ ist die „Walküre“ aufgeführt worden und Frankreich besteht noch! Zwei Jahre haben die Franzosen gebraucht, um nach dem Kriegsende wieder deutsche Tondichter zu Wort kommen zu lassen. Der Unterrichtsminister hatte schließlich, nachdem in den Zeitungen wochenlang die Frage hin und her besprochen worden war, die Aufführung erlaubt, der ja schon verschiedene Konzertaufführungen vorhergegangen waren. Kapellmeister Chevillard führte die Vorstellung mit großem Erfolge durch, der Beifall steigerte sich am Schlusse des ersten Aktes zu einer Demonstration.

Felix Weingartner ist eingeladen worden, mit dem berühmten Bostoner Symphonieorchester jährlich 6 Monate Konzerte zu geben. Der Auftrag soll schon in der nächsten Saison beginnen.

Frau **Frida Hempel** gab am 10. Dezember in Neuyork ein Wohltätigkeitskonzert zum Besten der Dresdener Frauenklinik im Liederkranzklubhaus und war von seiten des die Räume dicht drängenden Publikums Gegenstand begeisterter Ovationen. Die Amerikahilfe für Sachsen und Thüringen übergab durch ihren Präsidenten Dr. Carl Großmann einen von einem ihrer Mitglieder unentgeltlich hergestellten in Metall getriebenen Lorbeerkranz, der auf einem in den sächsischen Landesfarben grün-weiß gehaltenen Wappenschild ruht. Der künstlerische Erfolg des Konzerts war außerordentlich. Die Dresdener Frauenklinik wird vom finanziellen Erfolge einen Röntgenapparat sich anschaffen können.

Mexiko. Deutsche Musik. Auch in Mexiko ließ die musikalische Welt den 150. Geburtstag Beethovens nicht ungeföhrt vorübergehen. Aus Mexiko-Stadt darf man vielleicht sogar von einer einzigartigen Huldigung berichten. Dort wurden unter Leitung Prof. Julian Carrillos, der seine Ausbildung in Leipzig genoß und jetzt Direktor des staatlichen Konservatoriums in Mexiko ist, in fünf Konzerten sämtliche Symphonien Beethovens aufgeführt. Die Wiedergabe der Werke soll, „Lateinamerika“ zufolge, außerordentlich gelungen gewesen sein und infolgedessen auch tiefen Eindruck gemacht haben. Besonders bemerkenswert ist der Umstand, daß die Chöre der 9. Symphonie, die am letzten der fünf Konzertabende zum Vortrag kam, in deutscher Sprache gesungen wurden. Im „Lied an die Freude“ vereinigten sich 300 Sänger, deren Stamm der „Deutsche Gesangsverein“ bildete. Die begeisterte Aufnahme, die Carrillo's in die Tat umgesetzter Gedanke überall in der Hauptstadt fand, machte eine Wiederholung des ganzen Zyklus nötig.

Noch von einer weiteren Aufführung deutscher Musikwerke kann berichtet werden: Die Kapelle des Generalstabs gab ein Konzert, auf dessen Programm u. a. die „Egmont-Ouvertüre“ Beethovens, eine Auswahl aus Wagners „Meistersingern“, die „Sinfonia Incompleta“ von Schubert und die „Sinfonischen Präludien“ von Liszt standen.

DAS DEUTSCHE BUCH IM AUSLAND

Bücherspenden für das Kirchdorf Leck.

In dem Mitteilungsblatt der Ortsgruppe Großberlin des Schleswig-Holsteiner Bundes „Up ewig ungedeelt“ veröffentlicht A. Jessen einen herzlichen Aufruf zur Gewinnung von Bücherspenden für das Kirchdorf Leck, das auf dem Mittellücken Schleswigs liegt, Sitz eines Amtsgerichts ist, von dem das nördliche Hinterland durch die Abstimmung verloren gegangen ist. Die kleinen Orte längs der deutsch-dänischen Grenze haben durch die neue Grenzfestsetzung außerordentlich gelitten, wenn sie auch tapfer ihr Deutschtum bewahren und schützen wollen, um kleine Kulturzentren zu bilden, von denen aus deutscher Geist und deutscher Kulturwille doch auch in die anderen Grenzgebiete hinüberströmen, um den kulturellen Zusammenhang zu wahren. Zu diesem Zwecke will sich auch das kleine Kirchdorf Leck eine Volksbibliothek zulegen, zu der kleine und bescheidene Anfänge gemacht worden sind und die zu vergrößern Herr A. Jessen seinen Aufruf in dem erwähnten Blatte erläßt. Das Deutsche Ausland-Institut hat, um praktische Hilfe zu leisten, aus der ihm jetzt zur Verfügung gestellten Dichter-Bücherspende fürs Ausland auch nach diesem kleinen Grenzdörfchen ein Bücherpaket geben zu dürfen geglaubt, wenn schon das Dorf im deutschen Inland liegt, weil eben die Wirkung dieser Bücher doch über die nahe Grenze hinweg greifen soll. Wir bitten auch bei dieser Gelegenheit

unsere Leser und Freunde, uns Bücher auch aus Privatbesitz, die gebraucht und noch gut erhalten sind, zur Verfügung zu stellen. die für unsere Bücherspende Verwendung finden könnten.

Zur buchhändlerischen Verkaufsordnung für Auslandsieferungen

schreibt uns Herr Verlagsbuchhändler Heinrich Minden in Dresden:

Größere Verantwortung denn je fällt dem deutschen Verleger gegenwärtig zu. Er ist der Sachwalter geistigen Eigentums des Volkes und hat darüber zu wachen, daß dessen Verbreitung nicht Schiffbruch erleidet, sondern glatt vonstatten geht — trotz aller Stürme und Hemmungen der Zeit. Entstand die zum Überdruß besprochene buchhändlerische Verkaufsordnung für Auslandsieferungen — wahrlich kaum dem Verlag zuliebe eingeführt! — aus dem Doppelwunsche heraus, die Heimat vor gänzlichem Ausverkauf nach jenseits der Grenzen zu schützen und zugleich durch Mehrerlös aus den exportierten Werken das deutsche Buch für den einheimischen Leser zu verbilligen, so sind die Grundgedanken nicht ohne weiteres zu verwerfen (wenngleich sich seit Anbeginn schwerwiegende Bedenken mannigfacher Art dagegen geltend machen mußten).

Wie aber sieht es nun in Wahrheit mit den Wirkungen aus, die sie zur Folge hatte?

Überall im Ausland rief sie Verärgerung hervor; zugleich zeitigte sie eine Zurückhaltung, die in solchem Maße weder erwartet wurde, noch gewollt war. Verdrängung des deutschen Buches vom Auslandsmarkt beginnt tatsächlich einzusetzen — besonders seit die sattsam bekannten innerdeutschen Verhältnisse immer höhere Preissetzung bedingen, obwohl die Qualität der Ausstattung nicht verbessert, ja manchmal kaum beibehalten werden konnte. Spärlich, überaus spärlich liefen Aufträge aus den Kulturzentren benachbarter und ferner gelegener Staaten ein, so daß kaum der Ausfall gedeckt wurde, Verbilligung der Lieferungen an Inlandkäufer überhaupt nicht ins Auge gefaßt werden konnte. Es bleibt von den beiden Grundideen also nur die eine bestehen: Verhütung des Knappwerdens der in der Heimat selbst benötigten Bestände. Indes auch diese Besorgnis ist nach meiner Auffassung ungerechtfertigt; einige Ausnahmefälle seien zugegeben, dürfen indes nicht verallgemeinert werden. Unsere Papiervorräte, auf die es im wesentlichen ankommt, halte ich längst für groß genug, um den freien Export deutschen Geistesgutes wieder aufzunehmen. Als Beweis möge folgendes gelten: Bis einschließlich 30. September 1920 mußte der deutsche Buchverleger seinen Papierbedarf auf dem Wege über die (Kriegs-) Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe in Berlin beziehen; mit anderen Worten: Papier war bezugsscheinpflichtig. Seit 1. Oktober (und fast schon unnötig spät) ist diese Bezugs-scheinpfllicht fortgefallen. Dem freien Handel wurden dadurch Tür und Tor geöffnet; mögen sie auch dem freien Außenhandel nicht mehr verammelt bleiben.

Für Gebiete jenseits des Weltmeeres liegen die Dinge ganz besonders klar zutage. Von dort kommen die meisten und die gerechtfertigtesten Beschwerden. Namentlich deutsche Kolonisten in Südamerika z. B. können sich nicht genug über unser Vorgehen wundern. Und so sollten nach meiner Meinung Regierung und Buchhandel ohne Verzug mindestens erklären: Für Übersee gilt die Verkaufsordnung nicht mehr.

Vom Valutazuschlag auf auszuführende Bücher.

Der Finanzaußschuß des Württembergischen Landtags hatte am 29. Dezember eine Debatte über die Bücherausfuhr. Ein Redner wandte sich gegen den Valutazuschlag und ein Regie-

rungsvertreter gab zu, daß dieser Zuschlag vom Standpunkt der Kulturpropaganda aus ungünstig wirke, hielt deshalb eine Erleichterung für begründet, widersprach aber aus wirtschaftlichen Gründen wegen der Gefahr der Verschleuderung des deutschen Buches im Auslande einem Antrag auf völlige Aufhebung des Zuschlags. Der Abgeordnete Dr. Fürst von der Bürgerpartei stellte den Antrag, die Regierung zu ersuchen, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, daß der Valutazuschlag für auszuführende Bücher mit Rücksicht auf die Schädigung volkswirtschaftlicher Interessen, wie auf die Erschwerung der kulturellen Propaganda im Auslande baldigst erheblich gemildert werde. Dieser Antrag wurde aber mit 6 gegen 5 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen abgelehnt!

Diesem Vorspiel im Finanzausschuß wird zweifellos noch eine Besprechung im Plenum der Kammer folgen, so daß die ziemlich unverständliche Ablehnung des an und für sich sehr milde gefaßten Antrags [inzwischen sind übrigens die Valutazuschläge tatsächlich weiter abgebaut worden!] des bürgerparteilichen Redners in der Vollversammlung der Kammer wieder gutgemacht werden kann. Gerade aus den Kreisen württembergischer Auslandsdeutscher kommen derartig viel Beschwerden über die Verteuerung des deutschen Buches im Auslande und die dadurch bedingte Lockerung des Zusammenhalts zwischen Auslandsdeutschtum und Heimat, daß ein württembergisches Parlament wohl kaum einen solchen Beschluß fassen sollte.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICH

Bund der Auslandsdeutschen.

Vom Bund.

Die von der **Massenversammlung der Auslandsdeutschen im Zirkus Busch** am 19. Dezember gefaßte Entschliebung wurde am 20. Dezember vom Bundespräsidenten in Begleitung von einigen Präsidiumsmitgliedern dem Reichskanzler Fehrenbach überreicht, der seinerseits den Reichsfinanzminister und den Unterstaatssekretär im Wiederaufbaumministerium zugezogen hatte, die mit mehreren Referenten erschienen waren. Herr Schallert verlas die Entschliebung. Unterstaatssekretär Müller verwies auf die Vermehrung des Zehlendorfer Spruchkommissionsapparats zur Beschleunigung des Vorentscheidungsverfahrens und erklärte die Abstufung: Verdrängte, Kolonialdeutsche und Auslandsdeutsche im Entschädigungsgesetz für sachlich begründet, da die früher innerhalb des Reichs wohnenden Verdrängten und Kolonialdeutschen auf den Schutz des Reiches hätten zählen dürfen, die Auslandsdeutschen dagegen das Risiko hätten tragen müssen, das der Aufenthalt in einem fremden nicht deutschen Land eben mit sich bringt. Der Reichsfinanzminister verwies auf die trostlose Finanzlage des Reichs, die jetzt nicht gestatte, auch die früher übernommenen Entschädigungsverpflichtungen wie z. B. diejenigen den Reedern gegenüber, einzuhalten. Vom Bund sprach Dr. Einhorn über die Besteuerung der Vorentscheidungssumme und brachte einen Spezialfall vor, den der Minister nachzuprüfen versprach, wenn er auch im Grundsatz daran festhalten müsse, daß die Entschädigung notopferpflichtig sei. Ministerialdirektor Lottholz erklärte, mit einer sofortigen Milliardenauszahlung sei den Auslandsdeutschen gar nicht gedient, da sie eine derartige Geldinflation mit sich bringen werde, daß die Entschädigung sofort entwertet sei. Der Reichskanzler faßte in einem Schlußwort seine und der Reichsregierung Meinung dahin zusammen, daß die Resolution, soweit sie eine „volle“ Entschädigung fordere, über das Ziel hinausschieße. Eine „volle“ Entschädigung für alle Kriegsoffer sei eben undenkbar.

Er könne auch die Besserstellung der „Verdrängten“ nicht bemängeln, da Auslandsdeutsche zweifellos ihres eigenen besseren Fortkommens wegen, also auf eigene Verantwortung ins Ausland gegangen seien, wenn sie auch dort, wie er voll anerkenne, der Heimat wesentliche Dienste geleistet hätten. Der Reichskanzler versicherte aber zum Schlusse, dem Berichte der „Auslandswarte“ zufolge, die Auslandsdeutschen seines andauernden Interesses.

Über den Stand der Vorentscheidung bringt die gleiche Quelle die Mitteilung, daß bis zum 31. Dezember 43430 Gesuche eingegangen, 23181 geprüft abgegeben, 10150 rechtskräftig entschieden waren. Über die tatsächlich erfolgten Auszahlungen lag eine Abrechnung nicht vor. Am 31. Oktober waren 5020 von 6045 rechtskräftig entschiedenen Fällen ausbezahlt bei 40142 Gesamtanmeldungen und 17970 Prüfungen.

Von den Landesverbänden.

Landesverband Danzig. Aus Danzig schreibt man uns: „In ganz unerträgliche Lage ist der hiesige Landesverband gekommen. Er hat in 15 Monaten seines Bestehens im ganzen 37500 Mark verbraucht, was bei der Betreuung von rund 1000 Familien Auslandsdeutscher ungeheuer wenig ist. Einbegriffen in diese Summe sind die Kosten für einige Reisen nach Berlin in der Optionsfrage. Für 1920 befinden sich in der erwähnten Summe rund 6000 Mark aus Mitteln, die die Bundeszentrale in Berlin zuschoß, darunter 3000 Mark für Gehälter. Zumeist ist im Landesverband Danzig ehrenamtlich gearbeitet worden. Nun sind aber die Geldmittel zu Ende, die Beamten haben gekündigt oder ihnen ist gekündigt und seit 1. Januar stehen die Danziger Auslandsdeutschen ohne Büro da. Die Erregung unter den Auslandsdeutschen, daß der Bund nicht helfen will, ist ungeheuer groß. Die Sparsamkeit am falschen Orte, die in Berlin betrieben wird, wird sich bitter rächen. Auf rein ehrenamtliche Arbeit der Danziger Auslandsdeutschen wird man ebensowenig rechnen können, wie das beim Bunde in Berlin der Fall ist und sein kann. Heftige Erregung herrscht auch wegen der Äußerungen des Reichskommissars Conze, der alle Schuld an der Tatsache, daß von 800 Danziger Entschädigungsfällen erst 30 erledigt sind, also noch nicht einmal 5%, auf den Bund schiebt, während der Bund die Spruchkommission verantwortlich macht. Wer die Schuld trägt, können wir hier nicht ermesen, das Reich sollte aber mehr Aufmerksamkeit unsern Angelegenheiten zuwenden.“

Inzwischen wird uns mitgeteilt, daß das Berliner Präsidium des Bundes auf dringende Telegramme hin eine kleine, aber vielleicht genügende Summe für Danzig auf weitere 3 Monate zur Verfügung gestellt habe, so daß die dringende Gefahr beseitigt sei.

Von den Ortsgruppen.

Stuttgart. Die Ländergruppe Rußland der Ortsgruppe feierte am 30. Dezember 1920 ihre 200. Versammlung durch eine stark besuchte und wohlgelungene Weihnachtsfeier, die von dem guten Zusammenhang zwischen den Mitgliedern der Ortsgruppe Zeugnis gab.

Ein **Deutsch-Russischer Schulverein** ist in Berlin begründet worden, der eine deutsch-russische Schule mit Internat in Berlin ins Leben rufen will, in der die Kinder der Rußland-Flüchtlinge wie einst in der russischen Heimat erzogen werden sollen, damit sie die Eigentümlichkeiten der Sprache, Geographie und Geschichte Rußlands frühzeitig lernen. Am 3. Dezember ist die Schule in Form von Kursen eröffnet worden. Im Januar soll auch das Internat eröffnet werden, das 500 M. monatlich kosten soll. Pastor Masing nimmt, Nachodstraße 10, Anmeldungen entgegen.

AUSLANDDEUTSCHTUM AN DEUTSCHEN SCHULEN

Lehrgang über Auslandsdeutschtum, insbesondere über Deutsches Schulwesen im Auslande.

Vom 24. Januar bis 10. März 1921 veranstaltet im Einvernehmen mit dem Deutschen Ausland-Institut (Stuttgart) und dem Verein für das Deutschtum im Auslande (Berlin) das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht einen Lehrgang, der die geschichtliche Entwicklung, das Wesen und die Bedeutung des Deutschtums im Auslande, insbesondere der deutschen Auslandsschule, in ihrer unterrichtlichen und erzieherischen Bedeutung der Lehrerschaft näher bringen soll. Da neuerdings mehrfach in Lehrplänen die Berücksichtigung des Deutschtums im Auslande vorgesehen ist, erscheint es, abgesehen von allgemeinen Gründen, jetzt besonders geboten, für eine übersichtliche Kenntnis dieses Gebietes und namentlich für seine unterrichtliche Verwertung Grundlagen und Anregungen zu bieten.

Der Lehrgang wird aus 14 in sich abgeschlossenen, aber organisch zusammenhängenden Vorlesungen bestehen. In den ersten vier Vorlesungen werden die allgemeinen Gesichtspunkte behandelt, die folgenden fünf sind einigen der für das Auslandsdeutschtum wichtigsten Kulturkreise gewidmet, und die letzten fünf legen dar, wie die Kenntnis des Auslandsdeutschtums für die einzelnen Unterrichtsfächer des heimatischen Schulbetriebes nutzbar gemacht werden kann.

Die Vorlesungen finden im großen Hörsaal des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht Berlin, Potsdamer Straße 120, statt, und zwar vom Montag, den 24. Januar 1921, bis Donnerstag, den 10. März 1921, jeden Montag und Donnerstag von 6 bis 1/8 Uhr.

Für den Besuch ist bei der Geschäftsstelle des Zentralinstituts eine Teilnehmervorkarte zu lösen. Die Gebühr beträgt für den ganzen Lehrgang M. 35.—, für die einzelne Vorlesung M. 3.—. Zustellung durch die Post erfolgt nur nach Einzahlung des Betrages (Postcheckkonto 68731) und gegen Einsendung der Portogebühren.

Die Vortragsfolge ist:

Erste Reihe

1. Professor Dr. Köttschke (Leipzig): Historisch-volkswirtschaftliche Einführung.
Montag, den 24. Januar.
2. Realgymnasialdirektor Dr. Soehring: Die politisch-rechtliche Entwicklung und Stellung der deutschen Auslandsschule.
Donnerstag, den 27. Januar.
3. Ministerialdirektor Dr. Janke: Organisatorisch-pädagogische Fragen des deutschen Auslandsschulwesens.
Montag, den 31. Januar.
4. Professor Dr. Rühlmann: Kulturpolitische Ziele der deutschen Auslandsschule.
Donnerstag, den 3. Februar.

Zweite Reihe

5. Pfarrer Schleuning: Das Deutschtum im russisch-polnischen Kulturkreis.
Montag, den 7. Februar.
6. Studienrat Dr. Kartzke: Das Deutschtum im nord-amerikanisch-englischen Kulturkreis.
Donnerstag, den 10. Februar.
7. Gesandter a. D. Professor Dr. Ludo Hartmann (Wien): Das Deutschtum im österreichisch-slavisches Kulturkreis.
Montag, den 14. Februar.

8. Konsul Dr. Mann: Das Deutschtum im spanisch-portugiesischen Kulturkreis.
Donnerstag, den 17. Februar.
9. Dr. Wertheimer, Generalsekretär des Deutschen Auslandsinstituts (Stuttgart): Das Deutschtum im ostasiatischen Kulturkreis.
Montag, den 21. Februar.

Dritte Reihe

10. Dr. Fittbogen: Das Auslandsdeutschtum und der Unterricht in den höheren Schulen, insbesondere der Geschichtsunterricht.
Donnerstag, den 24. Februar.
11. Studiendirektor Dr. Gaster (Cammin): Auslandsdeutschtum und deutscher Unterricht.
Montag, den 28. Februar.
12. Studiendirektor Dr. Gaster (Cammin): Auslandsdeutschtum und neusprachlicher Unterricht.
Donnerstag, den 3. März.
13. Dr. Lutz (Leipzig): Das Auslandsdeutschtum im erdkundlichen und naturwissenschaftlichen Unterricht.
Montag, den 7. März.
14. Rektor Luckau (Königswusterhausen): Auslandsdeutschtum und Volksschulunterricht.
Donnerstag, den 10. März.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

Die Regelung der Optionsfragen zwischen dem Deutschen Reich und Danzig.

Am 8. November 1920 ist zwischen dem Deutschen Reich einerseits und Danzig andererseits ein Vertrag über die Regelung von Optionsfragen abgeschlossen worden. Dieser Vertrag, der Ende Dezember als Gesetzentwurf dem Reichstag zugegangen ist, hat seine Rechtsunterlage in den Artikeln 105 und 106 des Friedensvertrages von Versailles. In diesen Artikeln wird bestimmt, daß die am 10. Januar 1920 im Gebiete von Danzig wohnhaften deutschen Reichsangehörigen die deutsche Reichsangehörigkeit verlieren und die Staatsangehörigkeit der freien Stadt Danzig erwerben und daß die von diesem Staatsangehörigkeitswechsel betroffenen Personen, die das 18. Lebensjahr überschritten haben, berechtigt sind, innerhalb von 2 Jahren für die deutsche Reichsangehörigkeit zu optieren. Der dem Reichstag als Gesetzentwurf vorliegende Vertrag soll nun die bei der Ausübung des Optionsrechtes nötigen Förmlichkeiten regeln und die Rechte der Optanten genauer bestimmen.

Der automatische Verlust der Reichsangehörigkeit für Personen, die am 10. Januar 1920 im Gebiete von Danzig wohnhaft waren, macht es notwendig, klarzustellen, nach welchen Gesichtspunkten der Begriff des Wohnsitzes festzulegen ist. Zur Vermeidung von Zweifeln wird im Artikel 1 des Vertrages bestimmt, daß für die Feststellung der Frage, ob eine Person am 10. Januar 1920 in Danzig wohnhaft war, die Vorschriften des BGB. maßgebend sind. Da nun nach § 7 Absatz II des BGB der Wohnsitz gleichzeitig an mehreren Orten bestehen kann, wird bestimmt, daß für die Fragen über den Erwerb der Danziger Staatsangehörigkeit und über die Option nur der Danziger Wohnort in Frage kommt.

Die Option selbst erfolgt durch Abgabe einer Erklärung gegenüber der zuständigen Behörde. Zuständig für die Entgegennahme

der Erklärung sind für die im Deutschen Reiche oder im Gebiet Danzigs sich aufhaltenden Optionsberechtigten in den Stadtkreisen die Ortspolizeibehörden, in den Landkreisen der Landrat des Aufenthaltsorts, außerdem die diplomatischen und konsularischen Vertreter des Deutschen Reichs oder Danzigs. Optanten, die ihre Erklärung vor einer Behörde außerhalb Danzigs abgeben, müssen eine Bescheinigung einer Danziger Behörde über den gemäß Artikel 105 des Friedensvertrages eingetretenen Staatsangehörigkeitswechsel vorlegen, d. h. sie müssen nachweisen, daß sie durch Wirkung des Friedensvertrages die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die Danziger Staatsangehörigkeit erworben haben. Durch eine solche ordnungsmäßig erfolgte Abgabe einer Optionserklärung wird der Erwerb der gewählten Staatsangehörigkeit erwirkt. Eine Person, welche also auf Grund des Friedensvertrages die Danziger Staatsangehörigkeit erhalten hat, erwirkt durch die oben geschilderte Optionserklärung wieder die deutsche Reichsangehörigkeit.

Um den Optionsberechtigten, welche nicht die Absicht haben, für Deutschland zu optieren, die Möglichkeit zu geben, diesen ihren Standpunkt noch vor Ablauf der zweijährigen Frist zum Ausdruck zu bringen, sieht der Vertrag vor, daß sie auf ihr Optionsrecht verzichten können. Durch diesen Verzicht, der in den Formen der Optionserklärung zu erfolgen hat und dem gleichen Personenkreis zugänglich ist wie diese, erwirbt die Person, welche den Verzicht ausgesprochen hat, endgültig die Staatsangehörigkeit der freien Stadt Danzig.

Artikel 3 des Vertrages regelt die Frage der Optionsberechtigung für elternlose Personen unter 18 Jahren und für Personen, welche das 18. Jahr zwar schon erreicht oder überschritten haben, aber aus besonderen Gründen an der selbständigen Ausübung des Optionsrechts verhindert sind, z. B. durch Entmündigung. In diesen Fällen wird die Option durch den gesetzlichen Vertreter — durch die Eltern bzw. Vormünder — ausgeübt.

Erreichen die Personen, für welche Eltern, Vormünder oder sonstige gesetzliche Vertreter die Option ausgeübt haben, innerhalb der Optionsfrist — also innerhalb von 2 Jahren seit dem 10. Januar 1920 — das 18. Lebensjahr oder fällt für sie der Grund der gesetzlichen Vertretung fort, so haben sie innerhalb der genannten Frist ein Widerrufsrecht. Sie können also, falls für die sie Optionserklärung bereits abgegeben war, diese widerrufen.

Die Bestimmungen des Artikel 106 Absatz 4 des Friedensvertrages, nach welchen Personen, die von ihrem Optionsrecht Gebrauch gemacht haben und ihren Wohnsitz bestimmungsgemäß nach Deutschland verlegen, das Recht zusteht, ihre bewegliche Habe ohne Ausfuhr- und Einfuhrzoll mitzunehmen, werden in dem vorliegenden Vertrag des Näheren ausgeführt und es wird im besonderen bestimmt, daß die Optanten durch keinerlei Ausfuhrverbote oder sonstige gesetzliche oder Verwaltungsmaßregeln, wie Konversion von Geldforderungen, Umwechslung von Geldern oder Beschlagnahme von Wertpapieren beschränkt werden dürfen. Das unbewegliche Gut im Gebiete der freien Stadt Danzig dürfen sie behalten.

Aus den an Polen abgetretenen Gebieten geht der Kreuzzeitung die Nachricht zu, daß die polnischen Behörden auf die Optanten den schärfsten Zwang ausüben, um sie noch vor Ablauf der zweijährigen Optionsfrist, und zwar schon bis zum 10. Januar d. J. zur Optionserklärung zu zwingen. So heißt es in einer Verfügung u. a., daß der Termin (10. Januar 1921) „absolut nicht verlängert wird“. Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß das Vorgehen der polnischen Behörden in schärfstem Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles steht. Nach Artikel 91 dieses

Vertrages sind die über 18 Jahre alten deutschen Reichsangehörigen, die in einem als Bestandteil Polens anerkannten Gebiete ihren Wohnsitz haben, berechtigt, zwei Jahre lang nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, also bis zum 10. Januar 1922, für die deutsche Reichsangehörigkeit zu optieren.

Durch Artikel 36 Absatz 2 des Vertrages von Versailles werden deutsche Reichsangehörige, die sich nach dem 1. August 1914 im Gebiete der Kreise Eupen und Malmedy niedergelassen haben, zu einer besonderen Kategorie gestempelt, da sie mit dem endgültigen Übergang dieser Gebiete an Belgien nicht automatisch die belgische Staatsangehörigkeit erhalten, sondern diese nur mit Genehmigung der belgischen Regierung auf Antrag erwerben können. Der belgische Oberkommissar für diese Gebiete hat nun, dem W. T. B. zufolge, eine Verordnung erlassen, nach der die obenbezeichneten deutschen Reichsangehörigen in Monatsfrist erklären müssen, ob sie die belgische Staatsangehörigkeit erwerben wollen. Im Falle der Unterlassung einer derartigen Erklärung oder der Ablehnung ihres Antrages haben sie dieses Gebiet nach einem weiteren Monat zu verlassen. Gegen diese Verordnung hat die Reichsregierung in einer Note protestiert und darauf hingewiesen, daß nach dem Völkerrecht Ausweisungen von Ausländern nur aus besonderen Gründen und im Einzelfalle zulässig seien. Ferner wird hervorgehoben, daß der Vertrag von Versailles an keiner Stelle den Aufenthalt von Reichsdeutschen in diesen Kreisen untersagt. Die deutsche Reichsregierung schlägt vor, den nach dem 1. August 1914 zugezogenen Personen aus Billigkeitsgründen denselben Zeitraum zum Verlassen der Kreise zu gewähren wie den übrigen Optanten, d. h. ein Jahr.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Für Englanddeutsche.

Wie aus London unter dem 3. Januar gemeldet wird, besuchte der deutsche Botschafter Sthamer den englischen Lord Curzon im Auswärtigen Amte und unterzeichnete dabei ein Abkommen über die Rückgabe oder Vergütung von während des Krieges in Deutschland beschlagnahmtem britischen Eigentum. England gibt in diesem Abkommen auch beschlagnahmte Mobiliare, Effekten und Werkzeuge frei, die Eigentum von Deutschen sind, deren Einkommen eine bestimmte Grenze nicht übersteigt. Bei Auktionen von beschlagnahmtem deutschen Eigentum sollen die Deutschen mitsteigern können.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Beschleunigung der Vorentscheidung.

Aus Kreisen der Auslanddeutschen gehen uns wiederholt Wünsche und Beschwerden über die Organisation der Vorentscheidung zu. Wir bringen heute aus einer derartigen Zuschrift einige Sätze, indem wir die scharfen Spitzen, die nur persönliche Angriffe enthalten, zugunsten der besseren Wirkung des sachlichen Untergrundes der Beschwerde weglassen:

„Ich habe Ihnen meine Wünsche vorgetragen auf Beschleunigung meiner Vorentscheidungsakten. Sie haben mir liebenswürdigerweise sofort darauf geantwortet, während der „Bund der Auslanddeutschen“ mich seit vielen Wochen keinerlei Antwort würdigte. Nun machen Sie mich darauf aufmerksam, daß die Vorentscheidung nur beschleunigt wird, wenn nicht nur die Ausreise- und Einreisepapiere in Ordnung seien, sondern wenn auch urkundlich nachgewiesen werde, daß die Passage zur Wiederausreise belegt sei. Sie meinen, diesen Nachweis

könne ich durch Beilegung der Anzahlungsquittung führen. Wie dem auch sei — ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß das eine Ungerechtigkeit darstellt, denn wenn ich nicht die eintausend oder zweitausend Mark habe, um die Anzahlung zu leisten, ist dann meine Ausreise nicht weniger wichtig, ist dadurch die Beschleunigung meiner Vorentscheidung etwa weniger nötig, ist damit nicht etwa vielmehr dokumentiert, daß ich eben der Auszahlung der Vorentscheidung doppelt und dreifach bedürftig bin? — Konnte nicht auf jeden Fall mir der „Bund“ dasselbe, was Sie mir nun schreiben, auch sofort mitgeteilt haben? Sie werden mir antworten, es habe ja in der „Auslandswarte“ gestanden, die Sie auch zitieren. Verzeihen Sie mir, aber ich bin nicht verpflichtet, die „Auslandswarte“ zu lesen und zu abonnieren. Ich bin auch nicht verpflichtet, Mitglied des Bundes zu werden, wenn ich nicht will. Wohl aber ist der Bund, dem die Auszahlungsaktion vom Reiche übertragen worden ist, dafür zu sorgen verpflichtet, daß alle Auslandsdeutschen, nicht nur seine Mitglieder und Leser seiner Zeitschrift, richtig informiert werden. Wohl könnte er, wenn er zu viel zu schreiben hat, und nicht auf jede Anfrage gesondert antworten will, sich eine Postkarte drucken lassen, auf der alle Erfordernisse zur Erlangung des Vorrechts der beschleunigten Auszahlung der Vorentscheidung gedruckt verzeichnet stehen. Das darf man doch von einer vom Reich bestellten Organisation erwarten, daß sie auf Anfragen antwortet, und die Auslandsdeutschen, für die sie kämpfen will, nicht ebenso schlecht behandelt, wie das die Behörden zu tun pflegen. Wenn auch die eigene Organisation der Auslandsdeutschen das nicht will, wozu ist sie dann gegründet worden. Um bürokratisch zu sein, dazu sind ja doch die Bürokraten da und das könnten sie doch auch allein!“

Höflichkeit und Kenntnisse deutscher Paßbehörden.

Ein Deutscher aus Rumänien schreibt uns:

„Vor meiner Abreise aus Deutschland ging ich zur Polizeidirektion in München, Abteilung für Paßangelegenheiten, meldete mich ab und erkundigte mich, ob ich auf meinem Passe noch irgendeinen Sichtvermerk zur Ausreise nötig hätte. Die Antwort lautete verneinend. Anderwärts hörte ich, daß doch ein Sichtvermerk nötig sei, ging nochmals zum Oberkommissar, und der sagte mir, daß ich als Deutscher nur auf einem deutschen Paß einen Sichtvermerk bekommen könnte. Ich erklärte ihm, daß ich Deutscher sei, der in Rumänien lebe, wo es weder ein deutsches Konsulat, noch eine deutsche Gesandtschaft gebe und wo die Schweizer Gesandtschaft die Interessen der Deutschen wahrnehme und Pässe eben in französischer Sprache ausstelle. Obgleich ich ausführlich auseinandersetzte, daß mein Paß gültig und daß alle die schwer zu erlangenden Vermerke der Durchreiseländer in Ordnung wären, wollte der Beamte das durchaus nicht anerkennen. Es ist recht bedauerlich, daß deutsche Paßbehörden so wenig unterrichtet sind und daß sie den Auslandsdeutschen so viele Schwierigkeiten machen. Ich kann nur konstatieren, daß alle Paßbehörden fremder Staaten, mit denen ich zu tun hatte, höflicher und entgegenkommender gewesen sind. Die deutschen Beamten müssen doch endlich lernen, daß sie um der Bevölkerung willen da sind. Hätte ich dem Oberkommissar in München gefolgt, so hätte ich noch sechs bis acht Wochen dableiben müssen, die Gültigkeit meiner sämtlichen Sichtvermerke wäre abgelaufen und es wäre fraglich gewesen, wie ich sie wieder bekommen hätte. Mir haben gegen den Willen und gegen die Mithilfe des Oberkommissars ein Zufall und Beziehungen geholfen, über die ich hier nicht sprechen kann. Wie aber geht es anderen Leuten?“

VERSCHIEDENES

Der Weihnachtsdank des deutschen Volkes.

Reichspräsident Ebert richtete an den Reichskanzler Fehrenbach ein Schreiben, worin es heißt: Menschenfreundliche Kreise des Auslandes sind seit langem bemüht, der in weiten Schichten unseres Volkes herrschenden Not durch Werke der Nächstenliebe zu steuern. An erster Stelle stehen in dieser Beziehung unsere Nachbarländer Dänemark, Finnland, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz. Die warmherzige fürsorgliche Aufnahme, die den Kindern unseres Volkes seit Jahren in diesen Ländern bereitet wird, verfolgt ein Ziel, das über die Not des Tages hinausgeht und uns Deutschen ganz besonders am Herzen liegen muß. Gleichen Zwecken dient die Hilfstätigkeit der Quäker. Auch andere Kreise der Bevölkerung in den Ver. Staaten entfalten weitgehende Hilfstätigkeit in der Form von Liebesgaben und Geldüberweisungen. Tatkräftige, von warmer Sympathie getragene Hilfe kam auch von den Staaten Südamerika. Das Gefühl der Dankbarkeit für all diese menschenfreundliche Hilfe wird im deutschen Volke, das schwer um sein Dasein ringt, nicht erlöschen. Ich möchte das Weihnachtsfest nicht vorübergehen lassen, ohne diesem Gefühl weiterhin Ausdruck zu geben, und ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, allen beteiligten Stellen den warmen bleibenden Dank des deutschen Volkes zu übermitteln. gez. Ebert. — Der Reichskanzler hat veranlaßt, daß den beteiligten Stellen des Auslandes und den inländischen Hauptstellen des ausländischen Hilfswerkes der in diesem Schreiben ausgedrückte Weihnachtsdank des deutschen Volkes übermittelt wurde.

Der erste germanische Bauernkongress

fand am 6. Dezember in Karlsbad statt. Vertreten war der Bund der Landwirte und der deutsche Reichslandbund aus Deutschland ferner der steirische Bauernbund; anwesend waren auch ein Vertreter aus Norwegen, drei aus Schweden, vier aus Dänemark und zahlreiche Gäste aus Böhmen, Mähren und Deutschland. Reichsparteisekretär Jannausch erstattete für das vorbereitende Komitee einen Bericht, Landesrat Winkler aus Steiermark sprach unter stürmischem Beifall über Sozialisierung und Landwirtschaft. Die nächstjährige Tagung soll in Graz stattfinden.

Die Saarregierung hat beschlossen, vom 15. Dezember ab jedem aus dem nicht besetzten Gebiet kommenden Deutschen, dem die Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, eine Steuer von 30 Mark aufzuerlegen.

Französische Propaganda.

Wir haben erst jüngst aus der Saarbrücker Zeitung ein Dokument französischer Propaganda veröffentlicht und schließen ihm heute den Text einer neuen Anzeige an, die wir in dieser Zeitung finden. Es ist bemerkenswert, mit welcher Geschicklichkeit und Konsequenz der Begriff des „Saarländers“ von Frankreich aus in die Köpfe der Welt gehämmert wird. Der saarländische Handel, die saarländische Industrie, die saarländischen Produkte und schließlich die saarländischen Aussteller und Kaufleute — immer sind es besondere Begriffe, die hier geprägt werden und bei denen bewußt verschwiegen wird, daß es sich um ein nur auf Zeit besetztes Gebiet und immer noch um deutsche Staatsangehörige handelt. Deutschland wird alle staatlichen, wirtschaftlichen und geistigen Kräfte zusammenfassen müssen, um dieser Propaganda in der gebührenden Weise entgegen zu treten. Die Anzeige selbst lautet:

Mitteilung der Französ.-Saarländischen Handelskammer.

44. Kaiserstr., Saarbrücken — 22, Rue de Mogador, Paris.

Die saarländischen Industriellen und Kaufleute können sich an der Mustermesse in Paris beteiligen. (Foire de Paris. 10. bis 25. Mai 1921.) Unsere Mitglieder sind gebeten, recht zahlreich an dieser Ausstellung teilzunehmen. Alle wünschenswerten Erleichterungen werden gewährt. In Betracht kommen natürlich nur saarländische Produkte, d. h. solche, die als saarländische

nach den bestehenden Zollbestimmungen gelten. Auf dieser Mustermesse sind nur französische und saarländische Aussteller vertreten. Es bietet sich daher die beste Gelegenheit für die saarländische Industrie und den saarländischen Handel, ihre Produkte in Frankreich rechtzeitig bekannt zu machen.

Anmeldungen nimmt das Sekretariat der Französisch-Saarländischen Handelskammer während den Bürostunden entgegen.

Der Generalsekretär: Bringolf.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU**BIBLIOGRAPHIE
DER NEUERSCHEINUNGEN****Auslanddeutschtum und Auslandkunde*).**

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D. A. I. Dr. MANNHART
und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Übersicht:

Nach allgemeinen Gesichtspunkten:

Auslanddeutschtum i. allg.: 38. 54. 61. 67. 83. 90. 110. 113. 124. 127. 133.

Grenzlanddeutschum: 4. 11. 12. 14. 15. 18. 20. 22. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 36. 41. 43. 44. 46. 47. 48. 52. 53. 58. 59. 62. 63. 68. 71. 72. 74. 78. 81. 92. 98. 106. 109. 114. 117. 122. 125. 131. 132.

Auslandkunde i. allg.: 9. 19. 23. 34. 38. 43. 66. 91. 96. 99.

Auswanderung: 2. 7. 13. 35. 45. 66. 103.

Kirche und Mission: 1. 2. 25. 55. 57. 58. 60. 73. 84. 95. 102. 103. 118. 134.

Rechtsfragen: 11. 30. 38. 48. 78. 83. 89. 90. 94. 98. 101. 106. 110. 111. 114. 123. 127. 128.

Wirtschaftsfragen: 7. 11. 29. 33. 34. 40. 46. 48. 56. 65. 68. 80. 81. 89. 90. 98. 106. 111. 121. 122. 123. 127. 130.

Schöne Literatur: 5. 6. 8. 17. 27. 31. 32. 35. 37. 39. 42. 45. 50. 53. 70. 76. 82. 91. 93. 97. 99. 119. 124. 129.

Deutschum in der Darstellung des Auslandes: 3. 5. 8. 15. 17. 29. 36. 37. 44. 75. 76. 77. 82. 93. 97. 107. 119. 129.

Regionale Übersicht (soweit nicht Grenzlanddeutschum):

Westeuropa: 55. 70. 77. 82. 93. 94. 109. 111. 123. 128.

Nord- u. Osteuropa: 6. 9. 16. 21. 24. 43. 48. 58. 78. 89. 96. 98. 104. 126. 131.

Süd- u. Südosteuropa: 5. 10. 31. 32. 40. 42. 50. 51. 56. 72. 76. 102. 108. 112. 115. 116. 132. 134.

Vorderasien: 33. 43. 64. 69.

Zentralasien: 103.

Ost- u. Australasien: 43. 57. 67. 80. 118. 120.

Afrika: 43. 47. 49. 100. 120.

Nordamerika: 37. 60. 73. 105.

Lateinamerika: 1. 2. 7. 13. 35. 39. 66. 75. 79. 84. 85. 86. 87. 88. 95. 130.

I. Einzelschriften.

1. **Aldinger.** Die ersten 2 Jahrzehnte der Kolonie u. Gemeinde Hansa-Hammonia [in Südbrasilien]. Abschiedspredigt in Hammonia am 8. Aug. 1920. O. O. [Hammonia] 1920. 16 S. 8°.

2. **Auswanderer-Briefe** aus Brasilien. Ratschläge für Auswanderer. Berlin: Birkner [1920]. 112 S. 8° M 9.—.

3. **Becker.** Colonel G., Ludendorff, chef d'armée. Trois conférences. Paris: Berger-Levrault [1920]. fr. 15.—.

4. ***Beer.** Karl, Geschichte Böhmens mit besonderer Berücksichtigung d. Geschichte d. Deutschen in Böhmen. Reichenberg: Sudetendeutscher Verlag Fr. Kraus 1921. VIII, 304 S. 8° Kr. 13.20. (Sudetendeutsche Bucherei.)

5. **Bertrand.** J.—J. A., Cervantes et le romantisme allemand. Paris: Alcan 1914. VIII, 635 S. 8° fr. 10.—. (Bibliothèque de Philologie et Littérature Modernes.)

6. ***Bodisco.** Theophile von, Aus einer verklingenden Welt. Roman. Berlin: Gebr. Paetel 1921. 236 S. 8° M 16.—, geb. M 22.50.

7. **Börger.** Albert, Sieben La Plata-Jahre. Arbeitsbericht u. wirtschaftspolit. Ausblick auf die Weltkornkammer am Rio de la Plata. Mit 60 Abb. auf 36 Taf. und 3 Kartenbeil. Berlin: P. Parey 1921. VIII, 447 S. 8° M 44.—.

8. **Croce.** Benedetto, Goethe. Mit Genehmigung d. Verf. verdeutscht v. Julius Schlosser. Wien: Amalthea-Verlag [1920]. XVI, 144 S. 8° M 24.—. (Amalthea-Bucherei. Bd. 14.)

9. **Diels.** Paul, Die Slawen. Leipzig u. Berlin: Teubner 1920. 141 S. 8° geb. M 3.50 + 100% T. (Aus Natur u. Geisteswelt. Bdch. 740.)

Das Bändchen Nr. 710 der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ schließt eine vielmultipundene Lücke. Von derfener Seite wurden hier in gedrängter Kürze die wesentlichen Tatsachen der Geschichte, Sprache, Schrift, Religion, Literatur, Kunst, Wissenschaft und nationale Art der slawischen Völker dargestellt. — Bei dem zunehmend-n Interesse, das sich in Deutschland seit dem Kriege dem Osten zugewandt hat, wird das Bändchen nicht verfehlen, in den breiten Kreisen des Publikums Anklang und Nutzen zu finden.
Dr. Scho.

10. **Dofflein.** Franz, Mazedonien. Erlebnisse u. Beobachtungen e. Naturforschers im Gefolge des deutschen Heeres. Mit 279 Abb. im Text u. 4 farb. u. 12 schwarzen Taf. Jena: Fischer 1921. VIII, 592 S. 8° M 120.—.

11. **Entwürfe** des deutschen Reichstags 1920. Nr 13—15. Berlin: Heymann 1920. 4°.

13. Entwurf eines Gesetzes über d. Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden. (Verdrängungsschädengesetz.) Nr 1021. 52 S. M 6.80.

14. Entwurf eines Gesetzes über d. Ersatz von Kriegsschäden im Ausland. (Auslandsschädengesetz.) Nr 1019. 36 S. M 4.85.

15. Entwurf eines Gesetzes über d. Ersatz von Kriegsschäden in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten. (Kolonialschädengesetz.) Nr 1020. 32 S. M 3.90.

12. Zur **Erinnerung** an den 11. Juli 1920 (Abstimmung in Masuren u. Ermland) gewidmet seinen vielen arbeits- u. opferfreudigen Mitarb. vom Ostdeutschen Heimatdienst Allenstein. (Leipzig u. Berlin: J. J. Weber 1920.) 50 S. 4° [Um-schlagt.] Zur Erinnerung an die Abstimmung in Masuren u. Ermland.

13. ***Ernst.** Adolf Fritzwillm, Land und Leute in Mexiko, Argentinien, Chile, Frankreich, Luxemburg u. Bulgarien. 25 jährige Erfahrungen u. Erlebnisse eines Deutschen. Bd 1: Mexiko. Hannover: Engelhard [1920]. 93 S. m. 9 Taf. M 12.—.

14. Das **Gesetz** vom 19. Dezember 1919 über die ständigen Wählerverzeichnisse mit Erläuterungen u. Ratschlägen für die Arbeit der Ortswahlausschüsse u. Vertrauensmänner. 2. verm. Aufl. Mit Erg. betr. das Wahlrecht der Reichsdeutschen, das Soldatenwahlrecht, d. Pflichten d. dt. Mitglieder d. Ortswahlkommissionen u. d. Änderungen d. Gesetzes durch Beschluß d. Nationalversammlung v. 23. Januar 1920. Hrsg. v. der deutschpolit. Arbeitsstelle. Prag: Selbstverl. d. deutschpolit. Arbeitsstelle 1920. 18 S. 4° Kr. 5.—. (Flugblatt der deutschpolit. Arbeitsstelle. 1.)

*) Die hier angezeigten Bücher liefert die Buchabteilung von Ausland und Heimat, Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß. Postscheckkonto: Stuttgart 18079.

15. *Hansen, Jesper*, Schleswig unter preuß. Herrschaft. Eine Darstellung d. Bevölkerungsverhältnisse in Schleswig; bes. in d. Zeitraume 1864–1910, nach amtl. deutschen Quellen bearb. Kopenhagen [1920]. 8° (Nicht im Buchhandel.)
16. *Höglund, Nils*, Geografi över Sverige och dess grannländer. D. 2. Norge, Danmark, Finland, Tyska Riket, Ryssland. Stockholm: Norstedt [1920]. 8° Kr. 10.—.
17. *Hume-Brown, P.*, Life of Goethe. With a preparatory note by Viscount Haldane. Vol. 1. 2. London: Murray [1920]. 8° sh. 5.—.
18. *Iglau*. Aktenmäßige Darstellung der blutigen Vorfälle in Iglau z. Sonnenwende 1920 auf Grund d. Ergebnisse der parlamentar. Untersuchungskommission sowie d. Erhebungen durch die Abgeordneten Dr. Radda u. Pittinger. (Mit Anschluß von protokollarischen Zeugnisaussagen u. mehrerer Originalprotokolle.) Trautenau 1920: Cerman. 22 S. 8°.
19. **Kjellén, Rudolf*, Die Großmächte u. d. Weltkrise. Leipzig u. Berlin: Teubner 1921. 249 S. 8° geb. M 11.— + 100 % T.
20. **Köster, A(dolf)*, Der Kampf um Schleswig. Berlin: Verl. für Politik u. Wirtschaft 1921. 230 S. 8° M 25.—.
21. *Lanting, F.* [Pseud.], Eesti. Reiseeindrücke. Berlin: Stilke 1920. S. 329–343. 8° aus: Preuß. Jahrbücher. Bd 182. 1920. H. 3.
22. *Laubert, Manfred*, Die preuß. Polenpolitik v. 1772–1914. Berlin: Preuß. Verlagsanstalt [1920]. 204 S. 8° M 25.—.
23. *Laun, Rudolf*, Entwurf eines internationalen Vertrags über den Schutz nationaler Minderheiten. Vorgelegt der Berner Völkerbundkonferenz, März 1919. Berlin: Heymann 1920. 27 S. 8° (Schriften über Minderheitenschutz. H. 2.)
24. **Mager, F.*, Kurland. Eine allg. Siedlungs-, Verkehrs- und Wirtschaftsgeographie. Hrsg. mit Unterstützung d. Reichsministeriums d. Innern u. d. Preuß. Ministeriums f. Wissenschaft, Kunst u. Volksbildung. Mit 3 Kartenbeil., 10 Kt. u. Skizzen i. Text u. 49 Abb. auf Taf. Hamburg: Friederichsen & Co. 1920. VIII, 231 S. 4° (Veröffentl. d. Geogr. Instituts der Albertus-Universität z. Königsberg. H. 2.)
25. Eine *Märtyrer-Gemeinde* in Oberschlesien. [Das von Polen eingeseicherte evangelische Dorf Anhalt.] Kristiania: „Gemeindebote“ 1920. 4 S. 8° (Beilage z. „Gemeindebote aus Kristiania“. Jg. 6. Nr 10.)
26. *Meseritz*, ein unbestreitbar deutscher Kreis. Unter Benutzung amtl. Materials hrsg. vom Deutschen Volksrat Meseritz. Mit 2 Kt. Meseritz [1920]: Matthias. M 2.—.
27. *Nitsch, Mathes, Hans u. Hani*. Ein Roman der Kindheit aus Deutschungarn. Wien: Strache 1920. III, 400 S. 8° M 12.—.
28. *Oberschall, Albin*, Die Stärke und Verteilung der Deutschen in Groß-Prag. Eine statist. Untersuchung auf Grund d. Gemeindegewahlergebnisse v. 15. Juni 1919. o. O. (1919). 17 S. 4°.
29. **Osborne, Sidney*, The Upper Silesian question and Germany's coal problem. Part I. II. London: Allen & Unwin o. J. [1920]. 285 S. 8° 12 s 6 d.
30. Die *Parlamentswahlgesetze* der tschechoslowakischen Republik. Übers. und mit Erläuterungen aus den Materialien, Aufsätzen und Musterbeispielen versehen von Dr. Leo Epstein. Prag: Selbstverl. d. Deutschpolit. Arbeitsstelle 1920. 80 S. 8° Kr 9.—. (Veröffentlichung d. Deutschpolit. Arbeitsstelle. 3. Gemeinsame Ausg. mit dem Prager Archiv.)
31. *Probst, Eugen*, Der Herr v. Mezökut. Erzählung. Temesvar [1920]: Südungar. Buchdruckerei. 152 S. M 1.—. (Deutschbanater Volksbücher. Nr 28.)
32. *Probst, Eugen*, Sonntagskinder. Novelle. Temesvar [1920]: Südungar. Buchdruckerei. 137 S. 8° M 1.—. (Deutschbanater Volksbücher. Nr 27.)
33. **Rechlin, Wilhelm*, Syriens Stellung in der Weltwirtschaft. Greifswald: Bamberg 1920. 151 S. 8° M 12.—. (Greifswalder staatswissenschaftliche Abhandlungen. 1.)
34. **Reinhard, R.*, Weltwirtschaftliche u. politische Erdkunde in ausgewählten Kapiteln. Mit 50 Kt., Skizzen u. graph. Darstellungen. 2. durchgesehene Aufl. Breslau: Hirt 1921. 140 S. 8° M 4.50 + 100 % T.
35. *Rhenis, W[ilh.]*, (Bill Trotter), Der Amateur-Kolonist. Nützl. Winke u. Geschichten aus den La Plata-Staaten. 2. verm. Auflage. Leipzig: Merseburger 1921. 102 S. 8° M 6.50, geb. M 10.—.
36. *Rivet, Charles*, Chez les slaves libérés. Des alliés de demain. Les Tchecoslovaques, leurs problèmes, leur avenir, nos intérêts communs. Paris: Perrin [1920]. 8° fr 8.—.
37. *Rudwin, Maximilian J.*, The origin of the German Carnival Comedy. New York: Stechert 1920. XII, 85 S. 8° \$ 1.25.
38. *Schmid, Edmund*, Wie können nationale Minderheiten geschützt werden? Berlin: Heymann 1920. 30 S. 8° (Schriften über Minderheitenschutz. H. 1.)
39. **Sellin, A. W.*, Erinnerungen aus dem Berufs- und Seelenleben eines alten Mannes. Konstanz: Wölfling-Verlag 1920. 170 S. 8° M 16.—, geb. M 18.50.
40. **Sigerus, Fred*, Großbrumänien, ein neues Wirtschaftsgebiet. Berlin: Hobbings 1920. 47 S. 8° M 5.—.
41. **Spunda, Anna*, Aus Mährens deutscher Vergangenheit. Eger: Böhmerland-Verlag 1920. 23 S. Kr. 0.75. (Böhmerland-Flugschriften für Volk u. Heimat. H. 27.)
42. *Stein, J.*, Stefan Milow. Temesvar [1920]: Südungar. Buchdruckerei. 58 S. 8° M 0.75. (Deutschbanater Volksbücher. Nr 30.)
43. **Zwölf länderkundliche Studien*. Von Schülern Alfred Hettners ihrem Lehrer zum 60. Geburtstag. Mit 48 Naturaufnahmen, Kt., Siedlungspl. und Profilen. Breslau: Hirt 1921. 347 S. 8° M 30.—, geb. M 34.— + 100 % T
Inhalt: Deutschland zur jüngeren Steinzeit von Ernst Wahlb. — Die Westfälische Moorniederung (Das Pfälzer Gebrück) von Daniel Häberle. — Das badische Bauland von Friedrich Metz. — Oberschlesien von Bruno Dietrich. — Litauen von Oscar Schmieder. — Skizzen aus Mazedonien und Albanien von Fritz Klute. — Der Joragrab von Valentin Schwöbel. — Die japanische Inlandsee von Heinrich Schmittbinner. — Die Inselberg-Landschaft von Nord-Tikar von Franz Thorbecke. — Natur und Bevölkerung Deutsch-Ostafrikas in ihren Beziehungen zur politischen Geographie und zur Wirtschaft des Landes von Carl Uhlig. — Deutsch-Südwestafrika von Fritz Jaeger. — Das südliche Namaland von Leo Waibel.
44. *Théry, Edmond*, Les richesses économiques de l'Alsace-Lorraine. Préf.: R. Boursgeois. Strasbourg: Impr. strasbourgeoise; Paris: Economiste européen 1920. XII, 257 S. 8° (Études économiques et financières.)
45. **Urbanitzky, Grete von*, Die Auswanderer. Roman. Wien-Berlin: Wiener literar. Anstalt 1921. 350 S. 8° M 35.—.
46. *Verhandlungsschrift* über die Tagung der wirtschaftl. Verbände mit den neugewählten deutschen nationalen Abgeordneten u. Senatoren in Prag, Dt. Haus, am 13. Mai 1920. Prag: Selbstverl. d. Deutschpolit. Arbeitsstelle 1920. 25 S. 4° (Veröffentlichung der Deutschpolit. Arbeitsstelle. 6.)
47. *Verordnungen u. Bestimmungen* f. d. Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika aus der Zeit d. Okkupation des Landes durch die Truppen der südafrikan. Union. Bd 1 umfassend die Zeit vom Beginn d. Okkupation bis Mitte März 1918. Mit einem Anhang. Auf Grund der Amtsblätter, der Bekanntmachungen u. sonstigen Materials system. geordn. u. zsgest. von H. Richter. Windhuk 1918: Windhuker Druckerei. 2 Bde 8°.
48. *Wagner*, Das polnische Valuta-Gesetz und die deutschen Gläubiger. Hrsg. vom Deutschen Ostmarken-Verein, Berlin. Berlin: Puttkammer & Mühlbrecht 1920. 15 S. 8° M 2.10.
49. **Waibel, Leo*, Urwald – Veld – Wüste. Breslau: Hirt 1921. 208 S. 8° geb. M 12.50 + 100 % T.
50. *Wetzel, F.*, Gedenkblätter. Biogr. Skizzen. Temesvar [1920]: Südungar. Buchdruckerei. IV, 107 S. 8° M 1.25. (Deutschbanater Volksbücher. Nr 29.)
51. *Wetzel, Helmut*, Historisch-ethnograph. Skizzen. Eine kurze Einführung in die ältere Geschichte des Banats. Temesvar [1920]: Südungar. Buchdruckerei. IV, 90 S. 8° M 1.75. (Deutschbanater Volksbücher. Nr 31.)
52. **Wilk, Karl*, Bilder aus Oberschlesien. Breslau: Aderholz 1920. VII, 118 S. 8° M 9.— (Bücher aus dem Osten. Bd 1.)
53. *Wohlbrück, Olga*, Der König von Tropelowitz. [Ein Roman aus Oberschlesien.] Berlin: Ullstein [1920]. 8° geh. M 15.—, geb. M 25.—.

II. Zeitschriften u. Forts.-Werke.

54. Unsere *Auslandsdeutschen*. Kalender für 1921. Hrsg. v. d. Volksspende f. d. vertriebenen Auslandsdeutschen. Gefördert durch d. Reichswanderungsamt. Berlin: Würtz o. J. 60 S. 8° M 2.50.
55. Deutsche evangelische Kirche, Liverpool. *Bericht* 67 über d. Jahre 1915–1919. Bonn [1920]: Wurm. 16 S. 8°.
56. Landwirtschaftliche *Blätter* für Siebenbürgen. Hrsg. von d. Oberverwaltung d. siebenbürg.-sächs. Landwirtschaftsvereins. Schriftl.: Fritz Connert. Jg. 49, 1921. Nr 1. 8 S. Hermannstadt: Kraft.
57. Der *China-Bote*. [Forts. von: Der Njassabote.] Organ des Njassabundes. Hrsg.: Frau Missionsdir. Axenfeld. Jg. 1. 1921. Nr 1. 8 S. Berlin: Berl. Missionsgesellschaft. Beg. Jan. Jährl. 4 Nrn. M 3.—.
58. **Hausfreund*. Evang.-luth. Volks-Kalender f. d. Jahr 1921. Lodz: Manitius 1921. 120 S. 8°.
59. Unsere *Heimat*. Neue Folge der Zeitschriften „Die Heimat“ und „Ostdeutsche Nachrichten“. Organ des Ostdeutschen Heimatdienstes u. d. Heimatvereine in den alten Provinzen Ost- und Westpreußen. Verantwortl.: Dr. Fr. Hoffmann. Jg. 1. 1921. Nr 1. 8 S. Königsberg i. Pr.: Heimatverlag G. m. b. H. Beg. Jan. Jährl. 52 Nrn., viertelj. M 8.—.
60. *History of Trinity Evangelical Lutheran Church*, Gardnerville, Nevada. Marking the day of its 25 anniversary Sunday, Aug. 29, 1820. Ed. by Fred. H. Menzel. Gardnerville 1920. 32 S. 8°.
61. **Deutschvölkisches Jahrbuch* 1921. Jg. 2. Hrsg. mit Unterstützung deutschvölk. Verbände von Geh. Reg.-Rat Georg Fritz. Weimar: Duncker 1921. 162 S. 8° M 14.—.
62. **Schleswig-holstein. Jahrbuch* 1921. Hrsg. v. Dr. E. Saueremann. Hamburg: Hartung 1920. 116, XXVIII S. 4° M 25.—.
63. Geschichtsverein für Kärnten. *Jahresbericht* über 1919 u. Voranschlag f. 1920. Klagenfurt: Verl. d. Geschichtsvereins f. Kärnten 1820. 8 S. 8°.
64. *Zwischen Kaukasus und Sinai*. Jahrbuch des Bundes der Asienkämpfer 1921. Berlin-Tempelhof: Dt. Orientbuchhandlung Mulzer & Cleemann 1921. 170 S., 12 Taf. 8° M 15.—.
65. Le *Médiateur*. Wirtschaftlicher Berichterstatte f. d. Wiederaufnahme der mitteleuropäisch-franz. Handelsbeziehungen. Gérant: M. Thomas. Année 1. 1921. Nr 3. Wiesbaden: Rauch. Beg. Jan. Jährl. 52 Nrn. Einzelnr. M 1.—.
66. **Mitteilungen* des Deutsch-Südamerikanischen u. Iberischen Instituts in Köln. Schriftl.: Prof. Dr. O[tto] Quelle. Jg. 8. 1920. H. 1/2. 104 S. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlags-Anstalt. Jährl. 4 H. M 20.—.
67. *Mitteilungen* für die Mitglieder des Bundes der Auslandsdeutschen. [Schriftl.: Theo. Eckardt. [Jg. 1.] 1920. Nr 1. 4 S. Shanghai, 57 Seymour Rd. Ersch. zwanglos, kostenlos für Mitgl. Beginn Aug.
68. Die *Deutsche Nation*. Jg. 3. 1921. H. 1: [Sonderheft. Oberschlesien. Enth. u. a.:] Simons, W., Das ober-schlesische Problem. v. Glasenapp, Oberschlesien und die polnische Währung. Gothein, G., Was würde aus Oberschlesien unter poln. Herrschaft? Frhr. v. Welser, Oberschlesien – Wojewodschaft oder deutsches Land. Lukaschek, Wie ist die Stimmung in Oberschlesien? Okonsky, K., Die ober-schlesischen Arbeiter z. Abstimmung. Berlin: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik u. Geschichte.
69. *Kaukasische Post*. Jg. 12. 1920. Tiflis: Redaktion der „Kaukas. Post“. Wöch. 2mal, monatl. Rbl 80.—.
70. La *Revue Rhénane*. Rheinische Blätter. Année 1. 1920/21. Nr 4. (Jan.) 56 S. Mainz: La Revue Rhénane. Beg. Okt. Jährl. 12 Nrn. M 36.—.
71. *Saar-Freund*. Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- u. Pfalzgebiet. Mitteilungsblatt d. Bundes „Saar-Verein“. Für die Schriftl. verantw.: Dr. Günther-Schulz. Jg. 2. 1921. Nr 1. 12 S. Berlin: Saar-Verein. Beg. Jan. Jährl. 24 Nrn. monatl. M 2.—.
72. *Stiepels* Deutsches Ämter-Jahrbuch (politisch-wirtschaftl. Kalender) f. d. tschechoslowakische Republik 1921. Zsgest. nach amtll. Daten. Reichenberg: Gebr. Stiepel 1921. 325, 176 S. 8° M 38.—.

73. *Synodal-Bericht*. Verhandlungen der 2. Versammlung des Südost-Wisconsin-Distrikts d. allgem. evang.-luth. Synode von Wisconsin u. a. Staaten, geh. in d. evang.-luth. Friedens-Gemeinde z. Kenosha, 7.–13. Juli 1920. Milwaukee: Northwestern Publ. House 1920. 68 S. 8°.

74. **Vertriebenen-Kalender* f. d. Jahr 1921. Hrsg. v. Alexander Bartosch. Freiburg i. Br.: Elsaß-Lothringische Mitteilungen 1921. 95 S. 8°.

III. Zeitschriftenaufsätze.

75. *Antei* Deutscher an dem kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt Kolumbiens. [nach Transocean, Bogotá.] in: Lateinamerika (C) 1920. Nr 11. Berlin: Dt. Überseedienst.
76. *Arens*, Franz, Klarheit des Südens. [über Benedetto Croce.] in: Preußische Jahrbücher. Bd 183. 1921. H. 1. S. 57. Berlin: Stilke. vgl. Nr 8.
77. *Barrès*, Maurice, Le génie du Rhin. 1. Le sentiment du Rhin dans l'âme française. in: Revue des Deux Mondes. Tom. 60. 1920. livr. 4. S. 673. Paris: Revue des Deux Mondes.
78. *Bornhak*. Zur ober-schlesischen Frage. 2. Polnisches und deutsches Autonomiegesetz für Oberschlesien. in: Deutsche Juristen-Zeitung. Jg. 26. 1921. H. 1/2. Sp. 54. Berlin: Liebmann.
79. *Brandenburger*, Clemens, Neuere brasilische Literatur. in: Mitteilungen d. Deutsch-südamerikan. u. iberischen Instituts i. Köln. Jg. 8. 1920. H. 1/2. S. 49. Stuttgart u. Berlin: Deutsche Verlags-Anstalt.
80. Ein offener *Brief* an die Buchhändler Deutschlands. [Gegen die Ausfuhrverordnung für Bücher.] in: Deutsche Wacht. Jg. 6. 1920. Nr 10. S. 19. Batavia: Verl. d. „Deutschen Wacht“.
81. *Brief* aus dem Saargebiet. Saarbr., 20. Dez. 1920, von R. S. T. in: Die deutsche Nation. Jg. 3. 1921. H. 1. S. 55. Berlin: Deutsche Verlagsges. f. Politik u. Geschichte.
82. *Buriot-Darsiles*, H., La poésie allemande. in: Revue germanique. Année 11. 1920. Nr 3. Paris: Tallandier.
83. *Carrière*, Ludwig, Was ist ein Auslandsdeutscher? in: Auslands-warte. [Jg. 1.] 1920/21. Nr 7. S. 79. Berlin: Hobbing.
84. *Dedekind*, M., Die evangelische Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Südamerika. 1–3. in: Deutsche evangelische Blätter für Brasilien. Jg. 2. 1920. H. 6–8. São Leopoldo: Rotermond.
85. Aus dem brasilianischen *Deutschtum*. in: Lateinamerika (B). 1920. Nr 9/10. S. 108. Berlin: Deutscher Überseedienst.
86. Aus dem mexikanischen *Deutschtum*. in: Lateinamerika (D). 1920. Nr 11. S. 284. Berlin: Deutscher Überseedienst.
87. Vom *Deutschtum* in Paraguay. in: Lateinamerika (A). 1920. Nr 9/10. S. 279. Berlin: Deutscher Überseedienst.
88. Aus dem uruguayischen *Deutschtum*. in: Lateinamerika (A). 1920. Nr 9/10. S. 277. Berlin: Deutscher Überseedienst.
89. *Dyck*, Siegfried, Osteuropäische Agrargesetzgebung. I. II. in: Die Hilfe. 1920. Nr 42, 43. Berlin: Verl. d. „Hilfe“.
90. *Einhorn*, Entschädigung der Auslandsdeutschen, Steuergesetzgebung u. Wiederaufbau. in: Auslands-warte. [Jg. 1.] 1920/21. Nr 6. S. 66. Berlin: Hobbing.
91. *Eltzschig*, Georg, Literatur-Diplomatie. Ein Schlußwort. in: Börsenblatt f. d. deutschen Buchhandel. Jg. 87. Nr 294. S. 1543. Leipzig: Börsenverein deutscher Buchhändler.
92. *Eschbach*, Victor, Die Lage in Elsaß-Lothringen. Rückblick u. Ausblick. in: Sozialistische Monatshefte. Jg. 26. Bd 55. 1920. H. 25/26. S. 1062. Berlin: Sozialist. Monatshefte.
93. *Fournier*, A., Le roman allemand. in: Revue germanique. Année 11. 1920. Nr 2. Paris: Tallandier.
94. *Friedrichs*, Das deutsch-französische Abkommen über elsaß-lothring. Rechtsangelegenheiten. in: Zentralblatt für das besetzte Rheinland. Jg. 1. 1920. Nr 7.
95. Von den deutschen evangelischen *Gemeinden* am La Plata. in: Deutsche evang. Blätter f. Brasilien. Jg. 2. 1920. H. 9. S. 137. São Leopoldo: Rotermond & Co.
96. *Gerloff*, Hans, Europäische Kulturpolitik. Das Versuchsgebiet: Deutschland–Schweden. 1. in: Deutsch-schwedische Blätter. Jg. 1. 1920/21. H. 2. Berlin: Mittler & Sohn.

97. *Gillet*, Louis, Un roman de guerre de Clara Viebig. Töchter der Hekuba. — Das rote Meer. in: Revue des Deux Mondes. Tom. 60. livr. 1. S. 188. Paris: Revue des Deux Mondes.
98. *Haase*, Die Einwirkung d. polnischen Valutabestimmungen auf d. deutsch-poln. Rechtsbeziehungen. in: Jurist. Wochenschrift. Ausg. A. Jg. 49. 1920. Nr. 14. Berlin: Möser.
99. *Hedicke*, Karl, Völkerphilologie. I. II. in: Die Glocke. Jg. 6. Bd. 2. 1920/21. Nr. 39, 40. Berlin: Verlag f. Sozialwissenschaft.
100. *Jaeger*, Fritz, Die kulturgeographische Wandlung von Südwestafrika während der deutschen Herrschaft. in: Geogr. Zeitschrift. Jg. 26. 1920. H. 11/12. S. 305. Leipzig: Teubner.
101. *Köhne*, C., Der Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Eheschließung. in: Zeitschrift für Völkerrecht. Bd. 11. 1920. H. 4. Breslau: Kern.
102. Aus der evangelischen *Landeskirche* in Siebenbürgen. in: Christl. Freiheit. Jg. 36. 1920. Nr. 44. Bonn: Georgi.
103. *Lehmacher*, Gustav, Sibirien ein Zukunftsland. 1. 2. in: Die katholischen Missionen. Jg. 49. 1920/21. H. 3. 4. Freiburg: Herder.
104. *Gute Literatur* zur deutsch-schwedischen Kulturgemeinschaft, die wir unsern Mitgliedern besonders empfehlen. in: Deutsch-schwedische Blätter. Jg. 1. 1920. H. 2. 67 S. Berlin: Mittler.
105. *Lohr*, Otto, Der Deutschamerikaner als Kämpfer für die neue Heimat. in: Der Landsmann. Jg. 1. 1920. H. 8. S. 174. New York: Landsmann-Verlag.
106. *Lothring*, Hermann, Die Neuregelung der Grundbesitzverteilung in der tschecho-slowakischen Republik. in: Archiv für innere Kolonisation. Bd. 13. 1920/21. H. 1/2. S. 7. Berlin: Deutsche Landbuchhandlung.
107. *Malaurie*, Albert, Une année en Rhénanie. in: Revue des Deux Mondes. Tom. 60. 1920. livr. 1. S. 96. Paris: Revue des Deux Mondes.
108. *May*, G., Der 1. evangelische Kirchentag in Südslawien. in: Die evangelische Diaspora. Jg. 2. 1920. H. 7/8. Leipzig: Hinrichs.
109. *Morgner*, A[ibert], Die Vogesen — Frankreichs Grenze. (Ein aufrechter Engländer.) [Bezieht sich auf die Rede, die John McFarlane, Präsident der geogr. Abteilung auf der 88. Jahresversamml. der British Association for the Advancement of Science in Liverpool gehalten hat.] in: Konservative Monatschrift. Jg. 78. 1920. H. 5/6. S. 166. Berlin: Konservat. Schriftenvertriebsstelle.
110. *Müller*, Wilh., Aufgaben u. Rechte der Auslandsdeutschen. in: Der getreue Eckart. Jg. 1. 1920. 1. Dez.-H. S. 452. Berlin: Engelmann.
111. *Nußbaum*, Die Befugnisse des Zwangsverwalters deutscher Bankfilialen in England gegenüber d. deutschen Rembourschuldnern. in: Hanseat. Rechtszeitschrift. Jg. 3. 1920. Nr. 12/13. Berlin: Vereinigung wissenschaftl. Verleger.
112. *Oberegger*, Franz, Der schwäbisch-deutsche Kulturbund in Südslawien. in: Die Südmark. Jg. 1. 1920. H. 12. S. 314. Graz: Dt. Vereinsdruckerei.
113. *Offermann*, K. A. (Brookefield, Ill.), Mundart u. Auslandsdeutsche. in: Zeitschr. des Allgem. deutschen Sprachvereins. Jg. 36. 1921. Nr. 1/2. Sp. 6. Berlin: Siemens.
114. *Poetzsch*, Zur oberschlesischen Frage. 1. Zum Gesetz betreffend Oberschlesien. in: Deutsche Juristen-Zeitung. Jg. 26. 1921. H. 1/2. Sp. 52. Berlin: Liebmann.
115. *Quaiser*, Waldemar, Vom Deutschtum in Groß-Rumänien. in: Der getreue Eckart. Jg. 1. 1920. 1. Dez.-H. S. 467. Berlin: Engelmann.
116. *Reimesch*, Fritz Heinz, Die Geldinstitute der Siebenbürger Sachsen. Bericht aus Kron-tadt. in: Weltwirtschaft. Jg. 10. 1920. Nr. 12. S. 330. Berlin: Heymann.
117. *Rheinbaben*, Frhr. von, Um Oberschlesien! in: Die Grenzboten. Jg. 79. 1920. Nr. 49. S. 233. Berlin: Koehler, Abt. Grenzboten.
118. *Richter*, Julius, China 1919—1920. 1—3. in: Allgem. Missionszeitschrift. Jg. 47. 1920. H. 10—12. Berlin: Warneck.
119. *Robertson*, J. G., Carl Spitteler. in: Contemporary Review. 1921. Nr. 661. S. 72. London: The Contemporary Review.
120. *Roscher*, Die Funktelegraphie in den deutschen Schutzgebieten. Mitteilung aus dem Reichspostministerium, Abt. 5. Sonderheft von: Telegraphen- u. Fernsprechtechnik. Jg. 9. 1920. Aug. 41. S. Berlin: Dietze.
121. *Schilder*, Siegmund, Die amtliche Außenhandelsförderung seit dem Weltkrieg. in: Weltwirtschaftl. Archiv. Chronik u. Archivalen. Bd. 16. 1920/21. H. 3. S. 252*. Jena: Fischer.
122. *Schmidt*, Walther, Deutschlands wirtschaftliche Leistungen in Elsaß-Lothringen. Zur Erinnerung an den Fall Straßburgs am 27. Sept. 1870. in: Geographischer Anzeiger. Jg. 21. 1920. H. 9. Gotha: J. Perthes.
123. *Schoch*, Die englische Kriegsgesetzgebung gegen feindliche Gesellschaften, insbes. der Zwangsliquidation durch das Handelsamt nach d. Trading with the Enemy (Amendment) Act, 1918. in: Rhein. Zeitschr. f. Zivil- u. Prozeßrecht. Jg. 10. 1920. H. 4. Mannheim: Bensheimer.
124. *Schöffner*, Karl, Der deutsche Gedanke in der Welt. in: Deutsche Verlegerzeitung. Jg. 1. 1920. Nr. 24. S. 420. Leipzig: Deutscher Verlegerverein.
125. *Schollich*, Ernst, Die Auflösung der schlesischen „Nordmark“ [in Troppau]. in: Die Brücke. Jg. 2. 1920. Nr. 49. S. 2. Danzig-Langfuhr: Brückenverlag.
126. *Schotte*, Walter, Die russische Frage. 1—7. in: Preuß. Jahrbücher. Bd. 182. 1920. H. 1. 2. Berlin: Stilke.
127. *Schücking*, W., Die Entschädigung der deutschen Reichsangehörigen hinsichtlich der Liquidation oder Zurückbehaltung ihres Eigentums, ihrer Rechte oder Interessen in den feindlichen Ländern. in: Zeitschrift für Völkerrecht. Bd. 11. 1920. H. 4. Breslau: Kern.
128. *Schwalb*, Das Abkommen über elsäß-lothringische Rechtsangelegenheiten. in: Deutsche Juristen-Ztg. Jg. 26. 1921. H. 1/2. Sp. 57. Berlin: Liebmann.
129. *Taine*, Hippolyte, Voyage en Allemagne (1870). in: Revue des Deux Mondes. Tom. 60. 1920. livr. 3. S. 449. Paris: Revue des Deux Mondes.
130. *Ule*, W., Brasiliens Wirtschaft und ihre Bedeutung für Deutschland. in: Süd-Amerika. Jg. 13. 1920. Nr. 9. S. 132. Berlin: Süsserott.
131. *Der Untergang* der deutschen Presse in Polen. in: Die Brücke. Jg. 3. 1921. Nr. 2. S. 1. Danzig-Langfuhr: Brückenverlag.
132. *Véla*, Wilhelm, T., Die tschecho-slowakische Regierung und ihre Zukunft. in: Die deutsche Nation. Jg. 2. 1920. H. 4. S. 258. Charlottenburg: Verlagsges. f. Politik u. Wirtschaft.
133. *Wertheimer*, Fritz, Chronik des Auslandsdeutschtums. in: Deutsche Rundschau. Jg. 47. 1920/21. H. 4. S. 110. Berlin: Gebr. Paetel.
134. *Zöckler*, [Theodor], Die Zukunft der evangelischen Gemeinden Galiziens. in: Die evang. Diaspora. Jg. 2. 1920. H. 7/8. Leipzig: Hinrichs.

IV. Karten.

Erde — Gesamt.

135. *Bellardi*, Paul, Andrees Berliner Schulatlas zugleich für die Schulen der Mark Brandenburg in erw. Neubearb. hrsg. 71 Haupt- u. 58 Nebenkarten. 25. Aufl. Ausgef. in d. Geograph. Anstalt von Velhagen & Klasing, Leipzig. Berlin: Stubenrauch 1920. 58 S. 4°.

Der reichhaltige, vielseitig brauchbare Atlas ist zwar in erster Linie für Berliner Verhältnisse zugeschnitten, besitzt aber infolge seiner planvollen Ausgestaltung, die besonders den vaterländischen Gesichtspunkt betont, auch weiteres Interesse. In der vorliegenden Neuauflage sind die politisch-geographischen Veränderungen und Ergebnisse des Weltkriegs berücksichtigt. Wir begrüßen, daß für Vergleichszwecke überall die alten neben den neuen Grenzen aufgeführt sind. Auf Einzelheiten kann selbstverständlich nicht näher eingegangen werden. Wir möchten nur anregen, die Schreibung der Ortsnamen nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln. Ferner wäre die Durcharbeit einiger wirtschafts- und verkehrsgeographischer Karten erwünscht, um Veränderungen der letzten Jahre nachzutragen.

Europa – Gesamt.

136. Eine bemerkenswerte Karte der Aufteilung Europas nach serbischen Plänen aus dem Anfang des Weltkrieges veröffentlicht *Oberhummer* in Petermanns Mitteilungen (1920, Heft 9). Die Karte ist ein weiterer Beitrag zu den schon früher über ententistische Weltaufteilungspläne veröffentlichten Ausführungen, z. B. in der Zeitschr. d. Gesellsch. f. Erdkunde in Berlin (Jhg. 1915, S. 315).

Mitteleuropa.

Vgl. auch Nr. 138.

Das Deutsche Reich
und seine Grenzmarken im allgemeinen.

137. Von dem Sammelwerk der Preuß. Landesaufnahme, nämlich den Meßtischblättern 1:25 000 sind folgende Blätter in neuer Auflage erschienen: 39 Grarup, 1081 Warlubien, 2111 Sperenberg, 2112 Teupitz, 2544 Klettwitz, 3295 Alt-Lomnitz, 3370 Königstein, 3434 Simmern, 3436 Rüdesheim. Vom Gesichtspunkt der Grenzmarkenfrage sei hier besonders auf die Blätter 39 (nordwestdeutsche Grenzmarken), 3434 und 3436 (westdeutsche Grenzmarken) sowie 1081 und 3295 (osideutsche Grenzmarken) hingewiesen.
138. *Krauß, P.*, Verkehrskarte von Deutschland u. Deutsch-Osterreich, Ausg. 7 mit Sonderkarte des Rhein-Westfäl. Industriegebiets u. Darstellung der von der Entente besetzten Gebiete. M. 1:1,5 Mill. Leipzig u. Wien: Bibliograph. Institut 1920. 91½:76 cm. M. 4.50.

Die neue Auflage besitzt die Vorzüge der schon früher (vgl. Jhg. III, H. 1, S. 30 unter Nr. 119) besprochenen älteren Ausgabe. Die inzwischen neu erfolgten politisch-geographischen Veränderungen, besonders in den Abstimmungsgebieten, sind berücksichtigt. Wir regen, besonders wegen der praktischen Verwendung der Karte für kaufmännische Zwecke usw., erneut eine Revision der Schreibung der Ortsnamen im Osten an.

Westdeutsche Grenzmarken.

139. Eine farbige Übersichtskarte verzeichnet das deutsche und wallonische Sprachgebiet an der deutsch-belgischen Grenze in den Kreisen Eupen und Malmedy (Beilage zu der Denkschrift „Eupen, Malmedy, Monschau“; Berlin: Stadthagen [1920]).

Ebenda auch eine Karte über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den genannten Kreisen, Deutschland und Belgien. Auf dem Kärtchen ist der Güterverkehr durch verschieden breite Bänder dargestellt.

Ostdeutsche Grenzmarken.

140. Eine Übersichtskarte zur Schlacht von Tannenberg im Maßstab 1:100 000 (Umdruck auf Grund der topographischen Karte des Deutschen Reiches 1:100 000) hat die Preuß. Landesaufnahme herausgegeben. Die Karte umfaßt das Gebiet von Heilsberg-Rastenburg bis zur früheren deutsch-russischen Grenze bei Soldau Ortschaften. Ein Nebenkarten zeigt die Lage des Gebietes im Gesamttrahmen von Ostpreußen. Wünschenswert wäre die Beigabe einer weiteren Nebenkarte mit Eintragung der militärischen Stellungen gewesen.
141. Der Neuauflage von *Bernhardt's „Polenfrage“* (3. Aufl., München und Leipzig: Duncker & Humblot, 1920) ist wiederum die Karte des Netzes der polnischen Banken beigegeben. Bei der Bedeutung dieser Frage für die Geschichte der früheren deutschen Ostmarken sei auf diese Karte noch einmal besonders hingewiesen. Sehr erwünscht wäre gewesen, die tabellarischen Angaben der Schlußübersicht des Werkes (S. 570–572) betr. des deutschen Gewinnes und Verlustes im Kampf um den Boden von 1896 bis 1914 kartographisch festzuhalten. Wir möchten anregen, das bei einer Neuauflage nachzuholen.

Zentrale deutsche Gebiete.

142. *Eisenschmidt's Karte* der Provinz Brandenburg. Polit. Ausg. M. 1:300 000. Berlin: Eisenschmidt. 82:110 cm. M. 9.—.

Übersichtliche einfarbige Karte, nur die Grenzen sind besonders farbig gekennzeichnet. Die Karte kann sowohl als Handkarte wie für Demonstrationen Verwendung finden, auch als Arbeitskarte für Eintragung aller Art erscheint sie geeignet. Bei einer Neuauflage könnte der Oberflächengestaltung etwas mehr Beachtung geschenkt werden. Die Höhenzüge z. B. treten auf der Karte gar nicht hervor.

Südosteuropa und Balkan.

143. *Pfohl, Ernst*, Wirtschafts atlas des tschechoslowakischen Staates. Reichenberg i. B.: Gebr. Stiepel (1920). 40 Kartenbl. 62:39 cm. Kr. 240.—.

Wichtige neue Veröffentlichung. Der Atlas schließt unmittelbar an die schon früher vom gleichen Verfasser im Verlag von Freytag & Berndt in Wien herausgegebene Sammlung von Wirtschaftskarten der österreichisch-ungarischen Monarchie an, die zwar nicht abgeschlossen wurde, aber noch heute als Gesamtübersicht über die frühere Monarchie sehr empfehlenswert ist. Im vorliegenden Atlas sind nun die auf die Tschecho-Slowakei bezüglichen Karten nach entsprechenden Ergänzungen, z. T. auch Verbesserungen, zusammengestellt. Die Methode der Darstellung (statistische Diagramme) ist beibehalten. Für die Darstellung im einzelnen waren die statistischen Unterlagen des letzten Friedensjahres maßgebend, doch ist besonderen Umstellungen und Veränderungen während der Kriegsjahre Rechnung getragen, so daß die Darstellung im allgemeinen dem neuesten Stande entspricht. Sehr zu begrüßen ist die Beigabe einer kurzen textlichen Erläuterung zu den einzelnen Kartenblättern, die den Atlas gerade für den Gebrauch in Schulen aller Art besonders geeignet machen. Wünschenswert wäre hier jeweils nur die Angabe der Quellen gewesen; auch wäre sicherlich manchem Benutzer die Angabe weiterer Literatur zur näheren Information erwünscht. Neben den Schulen werden die Kanzleien der verschiedenen Behörden und namentlich kaufmännische und industrielle Kreise von dem Atlas weitgehenden Gebrauch machen können.

144. *Griechenland*. M. 1:100 000. Berlin: Flemming & Wiskott [1920]. 88:72 cm. M. 6.—. (Flemmings Generalkarten. Hrsg. v. Prof. J. J. Kettler. Nr. 69.)

Die physisch- und politisch-geographische Übersicht umfaßt den größten Teil der Balkanhalbinsel bis zur Breite von Philippopol, einschl. der Ägäis und der Westküste von Kleinasien. Die einzelnen Staaten sind jeweils mit den neuen Grenzen durch besonderes Linienkolorit abgegrenzt, doch ist auch die Geländegestaltung, bis auf das Relief des Meeresbodens weitgehend berücksichtigt. Besonders hervorgehoben sind noch die Eisenbahnen. Eine Reihe von Nebenkarten bietet einzelne Ausschnitte der Hauptkarte und zugleich eine Übersicht der Entwicklung des politisch-geographischen Bildes der Balkanhalbinsel von 1861–1912. Die Karte kann sowohl als Hand- wie als Wandkarte Verwendung finden.

Osteuropa einschl. Finnlands und Rumäniens.

145. Eine Reihe wirtschafts-geographischer Übersichtskärtchen (Schwarzdrucke, versch. Maßstäbe) verzeichnet das Vorkommen von Kupfer- und Schwefelerzen in den verschiedenen Teilen Osteuropas mit Einschluß des gesamten Balkans und Finnlands (Beilage zu *Behrend, „Die Kupfer- und Schwefelerze von Osteuropa“*. Leipzig: Teubner, 1921. Schriften des Osteuropa-Instituts in Breslau III, 3).
146. *Übersichtskarte* von Rumänien. M. 1:750 000. Wien: Lechner 1921. Druck des Militärgeographischen Instituts. 83½:113½ cm. M. 15.—.

Auf der Grundlage der Karte von Mitteleuropa 1:750 000 gezeichnete physisch- und politisch-geographische Übersichtskarte des neuen Rumäniens mit farbiger Geländedarstellung und Grenzkolorit (soweit die Grenzen bereits bis 1. 1. 21 bekannt sind). Die Karte, die ähnlichen Darstellungen vom neuen Österreich, Ungarn usw. entspricht, läßt in der Wiedergabe der Geländeformen zu wünschen. Vor allem aber ist für eine Neuauflage der Karte eine Revision der Namensschreibung zu fordern. Es geht nicht an, daß bei den alten deutschen Siedlungen Siebenbürgens einmal zuerst die ungarischen Namen, an anderer Stelle die deutschen Bezeichnungen zuerst genannt werden. Ein Verlag, der die Karte, wie aus der Legende hervorgeht, in erster Linie für deutschen Gebrauch bestimmt, sollte auch die deutschen Namen durchweg zuerst nennen. Im übrigen würden statt der ungarischen Bezeichnungen gegenwärtig vor allem die rumänischen Ortsnamen interessieren. Auf jeden Fall aber sollte eine solche Karte nach einheitlichen Gesichtspunkten beschriftet werden.

147. Hufvudstadsblad (Helsingfors) vom 3. I. 21 veröffentlicht eine kleine Kartenskizze (Schwarzdruck) der neuen Grenze von Finnland auf Grund des Friedens von Dorpat, aus der die Veränderungen der Ostgrenze Finnlands ersichtlich sind.

Asien.

148. Eine farbige Höhenschichtenkarte der Inseln Kos und Nisyros 1:75 000, entworfen von *Sapper* und *Pleninger*, enthält Pet. Mitt. 1920, Heft 7/8.
149. Eine kleine Übersichtsskizze (Schwarzdruck 1:330 000) verzeichnet die Stationen der evangelisch-lutherischen Mission zu Leipzig im südlichen Vorderindien (Beilage zu „Lydia, Blätter aus der Frauenmission.“ Leipzig: Evang.-Luth. Mission, 14. Jhg. 1920, S. VII).
150. Eine auch für Lichtbilderzwecke geeignete Höhenschichtenkarte (Schwarzdruck) von China einschl. der Mandschurei und Japans enthält *The Geographical Teacher* (Vol. X., 1920, Part. 6, Nr. 58). Ebenda auch eine pflanzengeographische Übersichtskarte dieses Gebietes.

151. Eine kleine Übersichtsskizze von Japan und China (Schwarzdruck 1:25 Mill.) verzeichnet die hauptsächlichsten Eisenbahnen Ostasiens. Die Signatur für die Kanäle ist nicht erläutert, sodaß die Karte leicht Verwechslungen hervorrufen kann. (Beilage zu *Ostwald*, „Das moderne Japan“. Bielefeld: Velhagen & Klasing, 1920).

Afrika.

152. Das an unsere ehemalige Kolonie Deutsch-Ostafrika angrenzende englische Gebiet zwischen dem Sabaki und Tana stellt eine kleine Übersichtskarte (Zweifarbendruck, 1:2 Mill.) in *Geogr. Journ.* Vol. LVI, Nr. 4) dar.

Nordamerika.

153. Wirtschaftsgeographisch ist eine kleine Kartenskizze (Schwarzdruck) zu nennen, die die Lage der elektrotechnischen Unternehmungen und die Herkunft der wichtigsten, von diesen gebrauchten Rohstoffen in den Vereinigten Staaten darstellt. („Auslands-Nachrichten“, 2. Jhg. 1920, Nr. 22, S. 333.)

Südamerika.

154. Zwei Übersichtskärtchen (Schwarzdrucke) verzeichnen die Ordensniederlassungen der Franziskaner in Nordbrasilien. (Beilage zu: *Klein*, „Die Franziskaner in Nordbrasilien“; Düsseldorf: Missionsverwaltung der Franziskaner, [1920].)
155. Eine auch zur Reproduktion als Lichtbild geeignete kleine Übersichtskarte der Südspitze von Südamerika und der Drake-Straße mit Angabe der Meerestiefen (Schwarzdruck, 1:35 Mill.) enthält die Zeitschr. d. Gesellsch. f. Erdkunde, Berlin 1920, H. 8/10.

Berichtigung.

Der Ladenpreis der in Heft 23, 1920, S. 732, dieser Zeitschrift angezeigten Schrift Prof. Dr. Herbert Kraus, Vom Wesen des Völkerbundes, beträgt M 12.—.

BUCHBESPRECHUNGEN

Österreichische Bücherei. Herausgegeben von der Österreich. Waffenbrüderlichen Vereinigung, geleitet von Hofrat Professor Dr. R. von Wettstein. Wien und Leipzig: Fromme. 1917 bis 1918. 8°. Bd. 1—11.

Im Deutschen Reich Verständnis und Aufklärung über österreichische Verhältnisse und ihre Notwendigkeiten zu verbreiten, war die Bestimmung dieser Folge von Bändchen, die gegen Ende des Krieges und teilweise nach seinem unglücklichen Abschluß erschienen. Aber damals war es schon zu spät: der Gang der Entwicklung, der zur Auflösung der alten Habsburger Monarchie führen sollte, war schon zu weit fortgeschritten. Die eigenartige Form eines internationalen Staates, der seine Existenzberechtigung durch eine vielhundertjährige Geschichte und Kultur dargetan hatte, hielt den Stürmen des Nationalismus, durch die er so lange mehr oder minder geschickt laviert hatte, nicht länger stand. Es wird sich zu erweisen haben, ob die sein Erbe antretenden Staaten, die ja zum Teil, wie z. B. die Tschechoslowakei, nur verkleinerte und verschlimmerte Wiederholungen des noch eben bis aufs Blut bekämpften alten „Völkerbundes“ sind, eine ähnliche Lebensfähigkeit besitzen. Eines fehlt jedenfalls diesen neuen Staatsgebilden, was allein das lange Bestehen der Donaumonarchie erklärt und was in den vorliegenden Bänden tausendfach widerleuchtet: die kulturelle Überlegenheit des Führervolkes und die Objektivität des Deutschen, die fast nur zu sehr der Eigenart der einzelnen Gliedvölker gerecht zu werden trachtete. Als geschichtliche Rückblicke und Gradmesser der Neubildungen wollen die Hefte der Österreichischen Bücherei gelesen sein und werden darum auch heute noch volles Interesse beanspruchen dürfen.

Den Schlüssel zu allen folgenden liefert das 1. Bändchen aus der Feder von Professor Dr. A. Dopsch: ein vortrefflicher Überblick über „Österreichs geschichtliche Sendung“ als eines Staates, der, wenn er nicht entstanden wäre, hätte geschaffen werden müssen.

Das 3. Bändchen, „Österreich als Völkerstaat“, von Richard Charnatz, führt sodann tiefer in die schwierigen Ver-

hältnisse, aber auch in die weitherzige Politik dieses internationalen Staates ein, in dem so viele Völker, weit entfernt von jener fanatischen Unterdrückung, zu der nur Slawen und Romanen fähig sind, unter deutscher Führung ihren kulturellen und politischen Lebensraum und stetige Aufwärtsentwicklung fanden. Gerade dieser Band zeigt, wie fern und fremd uns „nibelungentreuen“ Reichsdeutschen die ganze Welt unseres auf Leben und Tod verbündeten Nachbarstaates gegenüberstand. Es wäre gut gewesen, man hätte bei uns mehr davon gewußt: unser Urteil wäre oft gerechter ausgefallen und die feindliche Propaganda über Österreich, die ja noch weniger von den Verhältnissen kannte, wäre in Deutschland wenigstens ohne Eindruck geblieben.

Unendlich bunt und doch durch viele gemeinsame Linien und Berührungspunkte zusammengehalten wird in Band 2 „die nationale Kultur der österreich. Volksstämme“ von Professor Dr. M. Haberlandt vor unseren Augen entrollt: Hausbau, Volkskunst und -tracht, nationale Sitten und Überlieferung der einzelnen Staatsvölker finden auf knappem Raum ihre Würdigung.

Professor Robert Sieger entwickelt im 9. Bändchen in geistvollen Ausführungen den „Österreichischen Staatsgedanken und seine geographischen Grundlagen“. Überzeugend weist diese Art der Betrachtung nach, wie organisch und auf innerer Notwendigkeit begründet das Bestehen eines mitteleuropäischen Sammelstaates in der europäischen Staatenwelt war.

Eine weitere Gruppe von Bändchen befaßt sich mit Einzeldarstellungen der verschiedenen Kulturgebiete und Leistungen Österreichs. So das 4. von Professor Dr. Rudolf Kobatsch über „Die österreichische Volkswirtschaft“, ein Gebiet, das viel für die Zusammenarbeit der verbündeten Reiche fruchtbares Material enthält, das leider bei uns in seiner Bedeutung für unsere Wirtschaft bei weitem nicht erkannt und ausgewertet war.

Doch lassen sich auch heute noch unschwer eine Menge von Anknüpfungspunkten für den Neuaufbau der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu dem getrennten Bruderstaat und zu seinen mit Deutschen so stark durchsetzten Nachbarstaaten, den Resten der alten Monarchie, herauslesen.

Aus dem Rahmen der Volkswirtschaft ein engerer Ausschnitt, aus dem in ähnlicher Weise viel Anregung geschöpft werden kann: „Die Gewerbeförderung und das gewerbliche Bildungswesen in Österreich“ von Wilh. Haas (Band 6).

Auf keinem Gebiet der Wissenschaften war Österreich vielleicht so anerkannt als auf dem der Medizin, deren geschichtliche Entwicklung in Band 11 von Prof. Dr. Max Neuburger in Wien eingehend vorgeführt wird. Eine wissenschaftliche Würdigung dieses Bandes muß allerdings fachmännischem Urteil vorbehalten sein.

Zuletzt, aber nicht an letzter Stelle stehend, tritt in der Österreichischen Bücherei die Kunst auf den Plan:

„Die bildende Kunst in Österreich“ behandelt Dr. Jos. Neuwirth mit vollendeter Sachkenntnis in den zwei Bändchen 7 und 8. Man bedauert nur, daß der Rahmen des Unternehmens nicht die Einschaltung von typischen Abbildungen aus dem reichen Kunstschatz Österreichs, namentlich an Architektur, gestattete.

„Österreichs Literatur- und Theaterleben“ findet in Adam Müller-Guttenbrunn, der selbst zu seiner Förderung hervorragend beigetragen hat, einen beruhenen Darsteller (Band 5). Neben der klassischen Literatur Deutschlands gemessen, erscheint allerdings die österreichische Literatur nicht überreich, doch gerade in der neueren Zeit wieder als fruchtbares Glied im Kreis des deutschen Schrifttums.

Dagegen tritt die überragende Stellung der österreichischen Tonkunst, im 10. Bändchen von Max von Millenkovich beleuchtet, schlagend in Erscheinung. Auf diesem Gebiet hat Österreich, oder besser Deutsch-Österreich, dem deutschen Gesamtvolk aus dem reichen Schatz seines Gemüts sein Bestes gespendet: die Klassiker der Tonkunst, und noch immer behauptet infolgedessen die deutsche Tonkunst, selbst trotz krampfhaften Versuchen der feindlichen Kulturwelt, sie zu boykottieren, ihre Weltstellung. Heinz Kayser, Lörrach.

Deschmann, Ida Maria, Sonnegghof. Roman. Wien-Leipzig: Harbauer 1920. 240 S. 8°. K. 12.—.

Mit einer gepflegten, anschaulich malenden Erzählungskunst, wie sie in unserer aufregten Zeit kaum noch eine Stätte findet, hat die österreichische Dichterin das Schicksal kernfester Bauerngeschlechter gestaltet, die seit Jahrhunderten in einem weltabgelegenen Tal der grünen Steiermark ihre Höfe bewirtschaften. Aus einfachen und harten Verhältnissen erwachsen geschlossene, wie aus Holz geschnittene Charaktere, deren Leben im Glück und Unglück voll klingt. Über allem steht die Liebe zur heimischen Scholle, die allein die schwere Arbeit belohnt. Lied und Sage, Glaube und Aberglaube durchziehen das Leben dieses prächtigen Stammes, der dem deutschen Schrifttum von jeher gesunde und gemütvoll Erzählerbegabungen zugeführt hat.

Dr. H. M.

Was jeder Deutsche über Deutschböhmen wissen muß! Herausg. von Dr. Hermann Ullmann. München: Callwey o. J. [1919]. 55 S. 8°. M. 0,75.

Der auf die trefflichen „Flugschriften für Deutschösterreichs Recht“ und die Zeitschrift „Deutsche Arbeit“ gestützte Kathismus faßt in Frage und Antwort alles zusammen, was man zur ersten Orientierung über Deutschböhmen wissen muß. Er entwickelt in leichtfaßlichen Sätzen, welches Los der deutschen Industrie, den deutschen Beamten, Kaufleuten, Landwirten und der ganzen geistigen Kultur Deutschböhmens bei der gewaltsamen Angliederung an den Staat der Tschechen blühen würde, Voraussagen, die täglich durch die Nachrichten aus der Tschechoslowakei, z. B. über die Zwangsanleihe, das Universitätsgesetz, die Vergewaltigung der deutschen Schulen, des Theaters, der Gemeindeverwaltungen (Iglau!) bestätigt werden.

Dr. H. M.

Franzos, Karl Emil, Geschichten aus Halbasien. Hamburg-Großborstel: Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung o. J. 133 S. 8°. (Hausbücherei der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung. Bd. 54.)

Die vier in diesem Bändchen vereinigten Erzählungen sind dem bei Cotta erschienenen großen Werk „Aus Halbasien“ entnommen. Mit diesem Worte bezeichnet Franzos die östlichen Gebietsteile des österreichisch-ungarischen Staates, die zwar geographisch zu Europa gehören, deren Kulturstufe sich jedoch weit mehr den tieferstehenden Völkern des westlichen Asien nähert. Franzos gibt lebendige und farbige Schilderungen aus jenen Ländern östlich der Karpathen, wo sich Polen, Ruthenen, Deutsche und Juden in erbitterten Rassen- und Glaubenskämpfen aufreiben und nur äußerlich durch das Band der österreichischen Verwaltung zusammengehalten wurden. Für das Studium der Ostjudenfrage bieten Franzos' Romane — es sei nur an den tief-ergreifenden „Pojaz“ erinnert — einen unerschröpflichen, mit schärfster Menschenbeobachtung und leidenschaftlicher Anteilnahme gestalteten Stoff.

Dr. H. M.

Alfons Paquet, Der Geist der russischen Revolution. Leipzig: Kurt Wolff 1919. XII, 108 S. M. 2,50.

Alfons Paquet, Im kommunistischen Rußland. Jena: Eugen Diederichs 1920. 202 S. M. 6,50.

Paquets Bücher verdienen auch heute noch gewürdigt zu werden, wo sie in gewissem Sinne „veraltet“ sein mögen. Die farbenprächtigen Bilder, die der Dichter und Schilder Paquet mit breitem Pinsel malt, in die er die hellen Lichter seiner feinen Bemerkungen streut, sie werden noch lange Bestand haben, wenn das, was der Politiker Paquet sagte, vergessen sein wird. Paquet war im Jahre 1918 fünf Monate in Moskau als Journalist, und es war die brausende Anfangszeit des Bolschewismus, als noch die Jünglinge mit geschwellten Segeln aufs Meer fuhren. Der begeisterungsfähige und impulsive Autor hat die hochgehenden Wogen noch miterlebt. Seine Briefe aus Moskau sind Meister-schilderungen und auch der Politiker hat sehr viel instinkt-mäßiges Verstehen für die schwierigen Probleme und die Gabe, auch Leuten anderer Weltanschauung klar zu machen und nahe zu bringen, was er fühlt und denkt. Schwieriger ist das Urteil über seine drei Reden, deren eine er im Auftrag des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart, Heilbronn und München hielt, und die er als „Geist der russischen Revolution“ zusammenfaßt. Trotz mancher Kritik am Bolschewismus wird hier viel gutes theoretisches Wollen schon als praktisches Wirken angenommen, was es noch nicht war und auch später nicht geworden ist. In den Geist der russischen Revolution ist Paquet tief eingedrungen,

als reiner Idealist, als Geistespolitiker, der er ist, als ein Seher des Guten, das er auch unter äußerlich schauerhaften Zuständen nicht vermissen möchte. Die Tatsache der russischen Revolution aber hat er vielfach zu optimistisch geschildert und stellenweise auch wohl etwas rosig übermalt. Immerhin sind seine beiden Bücher grundlegend für das Studium des Bolschewismus und Beispiel einer Erzählungskunst, die bei uns heute selten ist.

Dr. F. W.

Reimers, Heinrich Johannes, Reiseführer von Europa nach Brasilien. Mit Landes- und Eisenbahnkarte, Stadtplan und vielen Illustrationen. Hamburg: L. Friedrichsen 1914. 320 S. 8°. M. 12.—.

Als gediegener Reiseführer nach der Art eines Baedeker vermag dieses Handbuch von Reimers dem Auswanderer ausgezeichnete Dienste zu leisten. Auch die Münzenumrechnungstabelle, welche mit feststehenden Goldmünzen rechnet, ist von großem Wert. Das Büchlein ist mit zahlreichen Sonderkarten und Illustrationen trefflich ausgestattet und führt auch in die Hauptkulturen wie Kaffee, Kakao usw. des Landes ein. Ein Abstecher in die entlegenen Yguazufälle an der Grenze Argentinien und Paraguays wird fesselnd geschildert.

M. Grisebach.

Wolff, Arnold, Brasilien. Ein Beitrag zur Landeskunde. Mitteilungen und Ratschläge für Reisende, Kaufleute und Ansiedler. Mit einer farbig. Wirtschafts- und Verkehrskarte von Brasilien. Berlin: Süsserott 1912. 144 S. 8°. M. 4.—.

Eine recht brauchbare allgemeine Landeskunde, welche zugleich Brasilien als Auswanderungsziel behandelt. Die Angaben über Beförderungsmöglichkeiten, über Fahrpreise, Löhne für Industrie, Arbeiter und Handwerker usw. müssen allerdings heute als veraltet bezeichnet werden. Trotzdem bleiben wertvolle Angaben genug, um die Schrift anschaffenswert erscheinen zu lassen. Die einzelnen Bundesstaaten Brasiliens werden in 4 Abschnitten auf 62 Seiten landeskundlich, landwirtschaftlich, industriell und handels- und verkehrspolitisch gesondert behandelt. Besonders wertvoll erscheint uns die sorgfältige Beschreibung der Bundes- und Staatskolonien, sowie die Angabe der deutschen Vereine in Brasilien. Die Schrift ist zugleich reich an ausgezeichneten Bildern und übersichtlichen Tabellen aus der Friedenszeit.

M. Grisebach.

Bland, J. O. P., Men, Manners and Morals in South America. London: Heinemann 1920. 319 S. m. 29 Abb. 8°. 12 s. 6 d.

Auf dieses Buch sei hingewiesen, nicht nur weil es eine flottgeschriebene und kritische Schilderung der Zustände in den La Platastaaten und Brasilien bringt, sondern auch wegen der Ausfälle, die der Verfasser wiederholt gegen Deutschland und besonders gegen das Auslandsdeutschum unternimmt; so bei den politischen Betrachtungen auf S. 60 u. f., bei Behandlung der Volksstimmung während des Krieges in Argentinien (S. 96, 127 u. f.) und Asuncion (S. 149 u. f.). Er erbringt den Beweis, daß Chauvinismus selbst einem weitgereisten und welt-erfahrenen Mann den Blick trüben, ihn die Wirklichkeit nicht sehen lassen kann. Im Vorwort spricht B. von den Handelsinteressen im allgemeinen ziemlich geringschätzig und betont, sein Buch befasse sich nicht, wie die meisten neueren Bücher über Südamerika, vornehmlich mit wirtschaftlichen Dingen, sondern mit dem Volkscharakter; und doch ärgert er sich gehörig darüber, daß trotz aller Kriegsmaßregeln zur Unterdrückung deutscher Unternehmungen in Südamerika diese weiterbestehen konnten. Ungehalten ist der Verfasser auch über jene von seinen Landsleuten, die in der Aufrechterhaltung nationalen Hasses kein hohes Ziel sehen, und das sind gewiß nicht nur, wie er meint, „Manchesterleute, die Union of Democratic Control, sentimentale Narren in Regierungsämtern und die Spitzbuben der geschmeidigen internationalen Sorte“, sondern die Mehrheit der Engländer; alle freilich werden sobald nicht wieder zur Vernunft kommen, und es ist zu befürchten, daß B. zu diesen zählt. Er stößt sich u. a. daran, daß die Südamerikadeutschen diesen oder jenen heimatischen Brauch in der Fremde nicht aufgaben, was bei einem, der gegen Kosmopoliterei wettet, recht sonderbar anmutet. Übrigens sei gerade das für die Zukunft allen Auslandsdeutschen einmal wieder dringend empfohlen: Möglichste Anpassung an die neuen Verhältnisse der Wahlheimat bedeutet noch lange nicht Aufgeben seines Volkstums!

Dr. H. Fehlinger.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Die „*Caritas*“, Zeitschrift für die Werke der Nächstenliebe, feiert in ihrem Oktober-Novemberheft ihr 25jähriges Bestehen, ein Vierteljahrhundert, in dem sie auf eine segensreiche Wirksamkeit unter der Leitung des Herrn Prälaten Dr. Werthmann zurückblicken darf. Die Schriftleitung übernimmt, da Prälat Dr. Werthmann sehr oft durch Inlands- und Auslandsreisen seiner Tätigkeit entzogen wird, Professor Dr. Liese-Paderborn, der seinem Vorgänger warme Worte der Anerkennung widmet und ein reiches Arbeitsprogramm vorlegt.

„Die deutschen Frauen Mexikos“. Unter diesem Titel gibt der gleichnamige Verband, der in außerordentlich anerkennenswerter Weise Fürsorgetätigkeit, Stellenvermittlung, Einwandererberatung, Krankenpflege und nebenher Geselligkeit treibt, eine eigene Zeitschrift heraus. Diese bringt Aufsätze aus allen möglichen Gebieten, die Interessen deutscher Frauen in Mexiko berühren, ferner Verbandsnachrichten. Als Schriftleiterin zeichnet Frau Else Noack, die auch als Beisitzende dem Vorstände des Verbandes sowie mehreren seiner Sonderausschüsse angehört.

VON UNSERER ARBEIT

Zum 18. Januar.

Am Morgen des 18. Januar fand im Sitzungssaal des Deutschen Ausland-Instituts eine kleine Feier der Angestellten des Deutschen Ausland-Instituts und des uns nahestehenden „Ausland- und Heimat“-Verlages statt. Der Generalsekretär gedachte der Bedeutung des Tages gerade für unsere Arbeit am Auslandsdeutschtum. Er las aus den Lebenserinnerungen eines unserer besten Auslandsdeutschen, Karl Schurz, Stellen vor, in denen die tiefe Sehnsucht des Auslandsdeutschen nach einem einigen deutschen Vaterlande, nach einem geschlossenen großen deutschen Reiche zum Ausdruck kommt. Er schilderte dann die geistige Kraft der Bewegung, die zum Jahre 1848 führte und die späterhin ihre Krönung in Bismarcks Reichsgründung fand. Jetzt hat der Ausgang des Weltkrieges viele Hoffnungen zerstört, das Reich verkleinert, neues Auslandsdeutschtum von uns abgesplittert. Wenig nur ist uns geblieben, aber als schönstes und köstlichstes Gut: die Einheit des Reichs. Sie zu wahren ist unsere Aufgabe. In unserer Brust sind unseres Schicksals Sterne. Deutschland wird, was wir aus ihm machen und gestalten. Ungebrochen ist der Wunsch und Wille der Deutschen im Ausland, in einem einigen großen deutschen Reiche stets neue wirtschaftliche und geistige Anregung zu finden. Diesem Reiche der geistigen Kraft gilt auch unsere Arbeit, damit es Anziehungskraft habe für alles Auslandsdeutschtum und Kulturförderung ausströme in alle Welt. Die Reichseinheit gegenüber allen Einflüssen von außen und innen zu bewahren, ist unser aller Aufgabe. Gerade in dieser schwankenden Zeit sollen wir festhalten, was uns gehört: „Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Übel und breitet es weiter und weiter, aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich. Nicht dem Deutschen geziemt es, die fürchterliche Bewegung fortzuleiten und auch zu wanken hierhin und dorthin. Dies ist unser! So laß uns sagen und so es behaupten! Denn es werden noch stets die entschlossenen Völker gepriesen, die für Gott und Gesetz, für Eltern, Weiber und Kinder stritten und gegen den Feind zusammenstehend erlagen.“ Felsenfestes Vertrauen auf Deutschlands Zukunft lebe in unseren Herzen. „Deutschland hat ewigen Bestand, es ist ein kerngesundes Land.“ Dem Vaterlande soll all unsere Arbeit heute und allezeit gelten. Gemeinsamer Gesang von „Deutschland, Deutschland über alles“ beschloß die kleine Gedenkfeier.

Vorträge.

Seit der letzten Bekanntmachung in Nr. 2 des „Auslandsdeutschen“ sprach in den Vorträgen des Instituts in Stuttgart Herr Dozent S. Keller-Kiel über die Ost-Expedition 1911 (mit Lichtbildern). Auf Veranlassung des Deutschen Ausland-Instituts fand sodann ein vier Vorträge umfassender Zyklus über China statt, zu dem als Redner Herr Pfarrer Dr. Richard Wilhelm-Tsingtau gewonnen worden ist. Er sprach am Mittwoch, den 19. Januar, in der Vortragsreihe des D. A. I. über „Deutsche Geistesarbeit in China in Vergangenheit und Zukunft“, am 20. Januar im Württembergischen Verein für Handelsgeographie über „Chinesische Kunst“, wobei er außer Lichtbildern auch ausgestellte Besitztümer des Lindenmuseums zeigen konnte, am dritten Abend sprach er in der Kantgesellschaft über „Chinesische Philosophie“ und am Nachmittag des 19. Januar außerdem in der Stuttgarter Handelskammer vor geladenen Gästen über „Deutschen Handel und Handelsmöglichkeiten in China“.

Der Zyklus für die Schüler der mittleren Lehranstalten wurde fortgesetzt mit einem Vortrag des Herrn Privatdozenten Dr. Wunderlich über Polen. In Weller in Bayern sprach das Mitglied unseres Wissenschaftlichen Beirats, Herr Professor Dr. Aufhäuser, über „Auswanderung und Auswanderungsmöglichkeiten“ mit Lichtbildern des D. A. I. In Tübingen wurde unser Vortragszyklus durch einen Lichtbildervortrag des Herrn Dr. Schottländer über die „Republik Estland“ fortgesetzt.

Kartenmaterial über Südamerika.

An guten Karten der südamerikanischen Länder, besonders der für die Auswanderung in Frage kommenden Gebiete, ist noch immer großer Mangel. Es hält auch sehr schwer, die in den betreffenden südamerikanischen Gebieten selbst hergestellten Karten zu erhalten. Um so wertvoller ist eine größere Sammlung speziell brasilianischer Karten, die lithograph. und kartograph. Anstalt Ypiranga in Brasilien dem Karten-Archiv des Deutschen Ausland-Instituts als Geschenk überwiesen hat.

Wir richten bei dieser Gelegenheit an die zahlreichen Freunde des Instituts, die noch Kartenmaterial über Südamerika besitzen, die dringende Bitte, diese Karten, soweit entbehrlich, dem Archiv des Deutschen Ausland-Instituts überweisen zu wollen.

Dieser Nummer liegt das Inhaltsverzeichnis vom Jahrgang 3, 1920, bei!

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 25. Januar 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemberg. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Druckanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 3.— Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV — Nr. 4

STUTTGART

Zweites Februarheft 1921

Der Einfluß der deutschen Musik auf Felipe Pedrell, den Gründer der spanischen Nationaloper

(zu dessen 80. Geburtstag, 19. Februar 1921) von Prof. Dr. ALFRED REIFF, Stuttgart.

Das Drama hatte sich durch Lope de Vega in der Vereinigung von Volkstümlichkeit und Kunst ganz unabhängig von fremdländischen Einflüssen zum nationalen entwickelt. Die religiöse Musik hatte sich gleichfalls unter Morales (1512—1553) frei und unabhängig von den kontrapunktischen Künsteleien der Niederländer, bei denen die Spanier zwar in die Schule gingen, und den Italienern entwickelt. Ebenso ging das musikalische Drama (oder die Oper) seine eigene Wege, und zwar noch im ganzen 18. Jahrhundert, eigen vor allem im tiefen Gefühlsausdruck, in der Harmonie, in der Behandlung der Singstimmen und des Textes, wenn auch die äußere Form manchmal an die Italiener erinnert. Die älteste Gattung des musikalischen Dramas führte den Namen Zarzuela vom span. Zarza, Brombeerstaude, mit denen das Gebäude der Aufführungen umgeben war. Pedrell hat in seinem teatro lirico anterior al XIX siglo (1897, La Coruña, 5 vol.) außer der Unabhängigkeit der spanischen Oper nachgewiesen, daß Juan del Encina (1468—1534), der mit seinen Farcen und Eklogen als der Schöpfer des spanischen Dramas in der Literatur bekannt ist, auch zugleich der Schöpfer des musikalischen Dramas ist. Auf diese sowie auf die „dialogos para cantar“ ist nämlich der Ursprung des Musikdramas zurückzuführen. Encina hat instinktiv, wie später Richard Wagner zwar in weit gentiler und großzügiger Art, schon durch das Volkslied den Volksgeist und das Volksempfinden mit der höheren musikalischen Kunstform zu einer dramatischen Einheit verwoben. Zugleich ist Juan del Encina durch die Schöpfung seiner representaciones oder autos nicht nur der Vorläufer der Oratorienmusik, sondern mit dem religiösen Charakter dieser dramatischen Musikgattung ist das Musikdrama ähnlich wie bei den Griechen auf den religiösen Kultus zurückzuführen. Die ältesten Ansätze zu der spanischen Oper führen auch entsprechend der Eigenart ganz besondere Benennungen: villancicos (canciones), bailetes (Ballette), entremeses (Zwischenspiele) und sainetes.

Aber mit Philipp V., mit der Bourbonenherrschaft 1703, hält die italienische Oper ihren Einzug. Die von demselben herbeigerufenen italienischen Truppen, die von den Spaniern nach einer Zeit der anfänglichen Begeisterung bald einen nationalen Protest hervorriefen, wurden bald nur noch „compañia de trufaldines“ (Narrentruppe) genannt. Jetzt machte sich außer dem Import der italienischen opera buffa auch der Einfluß der italienischen Oper in den spanischen „Tonadillas“ und „Zar-

zuelillas“ geltend. Am Ende des 18. Jahrhunderts aber verspüren wir auch schon die Verpflanzung der deutschen Oper durch die Italiener auf spanischen Boden, vor allem durch Glucks Alceste und den Orpheus, sowie durch Mozarts Opern. Im 19. Jahrhundert beherrschte die italienische opera buffa bis zum Jahre 1870 die spanische Bühne vollständig. Die spanische Oper der damaligen Zeit selbst erlebte eine Degeneration niedrigster Art, und die Operette, immer noch Zarzuela genannt, hatte mit der des 17. Jahrhunderts gar nichts mehr gemein und erblickte ihr wesentliches Merkmal im Vorkommen von Boleros, Fandangos, Jotas und andern nationalen Tänzen.

Da trat in den Jahren 1868—72 Pedrell als der Begründer der Nationaloper auf. Er nimmt in Spanien eine ähnliche Rolle ein wie Wagner in Deutschland und wird in den romanischen Ländern als der spanische Wagner bezeichnet. Schon in frühester Jugend hat er sich an deutschen Meistern gebildet, er hatte nach Schumanns und Schuberts vorbildlichen Liedern (der Ausdruck „Lied“ ist ins Spanische übergegangen) seine „Albumblätter“ und „Spanische Nächte“ geschaffen, Liedertexte von Heine (Fischerin, Einsamkeit im Norden und Um Mitternacht) und Goethe (Mignon) komponiert, eine kleine kritische und biographische Enzyklopädie der großen Musiker geschaffen, deren 1. Band die Klaviersonaten Beethovens enthält. Von den deutschen Opernkomponisten interessieren Pedrell schon im frühesten Jünglingsalter: Beethoven, Mozart, Gluck und Weber, vor allem aber Richard Wagner, dessen Tannhäuser und Lohengrin ihm merkwürdigerweise schon in den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts bekannt werden. Der Pilgerchor und das Lied an den Abendstern erfüllt ihn mit begeisterter Glut. Seine ersten Kompositionen läßt er in Barcelona unter dem Namen Delpier und Offenbach aufführen, und die Kritik stellt die „germanische Herkunft der Musik als ganz auffällig fest“.

Seine Tätigkeit als Kapellmeister in Barcelona 1872 bringt ihn noch näher mit Wagner und seinen Werken in Berührung, in einer Zeit, als man in Deutschland sich noch ganz ablehnend Wagner gegenüber verhielt. Seit 1868 datieren seine literarischen Arbeiten über die Verteidigung der Wagnerschen Musik. Zwei Streitschriften veröffentlicht er gegen die Wagnerfeinde: „Die Zukunftsmusik“ im Almanaque musical (1867) und „Verschiedene Briefe an einen Freund über die Musik Wagners“ in

der España musical. Hier spricht er folgendes Bemerkenswerte aus: Die musikalische Nationalität eines Volkes kommt von einem überlieferten Fortbestand her, der seine unerschöpfliche Verzweigung aus der Mine der Volksgesänge eröffnet, die durch konventionelle Manier und Stil lange verborgen blieben. „Die Deutschen sind die einzige Nation geblieben, die diesem Lebens-element ihres Volkes Bewegung und Impuls verliehen haben. Diese geheimnisvolle und tiefwurzelnde Kraft verkündete ihr Erscheinen, seitdem die Saiten des Sängers vom Freischütz erklangen, welcher das wahrhaft charakteristische Zeichen seiner Nationalität ist.“

Über Wagner stimmt er eine Hymne an, „als dem Licht, das dem Kunstleben und der Literatur reiche Beiträge liefert, das der Lebensnotwendigkeit Anstoß und Verpflichtung gibt, Neues zu schaffen und Neues zu versuchen“. Noch im Jahre 1868 gründet Pedrell in Barcelona die erste Wagnergesellschaft Spaniens, in der zuerst eine Auswahl von Werken dieses Meisters zu Gehör kamen. Der Freischütz von Weber und Richard Wagners Vorbild führt Pedrell zur Schöpfung seiner ersten großen Oper, Der letzte Abencerage (der letzte vertriebene Maurenkönig nach der gleichnamigen Novelle des Chateaubriand). Sie wurde 1874 und 1889 mit größtem Erfolg in Barcelona aufgeführt. Spuren von deutschen Vorbildern lassen sich in der Oper noch deutlich erkennen: Gluck, Beethoven, Mozart, Weber, Mendelssohn und R. Wagner, ja sogar Bach. Eine weitere größere vieraktige Oper Cleopatra (1878) erlangte bei einem Wettbewerb in Frankfurt a. M. besonderer Verhältnisse halber zwar nicht den Preis, der als Preisrichter fungierende Ferdinand Hiller aber stellte ihr das Zeugnis aus, „daß sie trotz des Wagnereinflusses sich halten werde und den höchsten Anforderungen genüge“. Ein bemerkenswerter Verdienst erwarb sich Pedrell mit der Veröffentlichung eines Kommentares zu Lohengrin 1881 bei dessen Erstaufführung in Madrid. Die feindliche französische Presse hatte denselben kompromittiert; das Madrider Publikum war damals überhaupt für gute Musik unzugänglich. Der Kommentar mit spanischem Textinhalt (der Lohengrin wurde, wie fast ausschließlich heute noch üblich, italienisch gegeben) wurde fast wörtlich auswendig gelernt — und der Erfolg war gesichert. Dasselbe geschah von Pedrell im nächsten Jahre in Barcelona. Im Todesjahr R. Wagners veröffentlicht er in einer musikalischen Zeitschrift *Notas musicales y literarias* eine Huldigung an Wagner mit 30 Aufsätzen von ihm selbst und den namhaftesten Musikgelehrten Spaniens, nachdem er zuvor einen größeren Aufsatz über die Erstaufführung des Parsifal in derselben Zeitschrift veröffentlicht hatte. Als Organist an Santa Ana warf man seinem Spiel eine ihm innewohnende revolutionäre Wagnermusik vor, was ihn in heftigen Kampf mit der Geistlichkeit brachte.

Aber erst mit der dramaturgischen Schrift „*Por nuestra musica*“ (um unsrer Musik willen) und mit der Oper „Die Pyrenäen“ wird Pedrell der eigentliche Begründer der spanischen Nationaloper nach dem Vorbilde Wagners, den er aber nur im Prinzip, weniger in der Musik nachahmt. In dieser erwähnten Schrift bekundet er sich ganz als Schüler Wagners. Anlaß zu der Schrift gab die Anfrage zeitgenössischer Musiker im *Figaro*: „Die Oper in Versen oder in Prosa?“ Pedrell fragt: „Besitzt der Reim die Fähigkeit der musikalischen Form?“ und antwortet: „Er ist unnütz; wozu, wenn sich der Reim in Wirklichkeit nur auf die Vokale stützt, das Gehör aber nur die Endkonsonanten auffaßt.“ Wagner würde gesagt haben: „Wenn dies der Fall ist, dann müßte sich eher der Anfangsbuchstabe eines Wortes auf die Beobachtung stützen und das Wort phonetisch unterstützen, wodurch das Wort Relief und Physiognomie erhält.“

Im Ring, in Tristan und Isolde verbannt Wagner den Reim und setzt die Alliteration. Noch mehr: er schafft der ungenügenden Sprache Neologismen und neue Wörter zum Ausdruck (Weia, Woga, Woge, du Welle der Woglinde; Albrich; Garstig glatter glitschriger Glimmer, wie gleit ich aus). Auch im Spanischen weist Pedrell die Alliteration nach. Des weiteren verbreitet er sich eingehend über Versakzent und Rhythmus des musikalischen Akzentes, erörtert das Wesen des Operntextes ästhetisch-philosophisch, kennzeichnet die geschichtliche Wandlung des Operntextes, besonders in seinem Einfluß auf den musikalischen Rhythmus, von den Griechen und Römern ab bis zur Gegenwart alles in allem eine hochbedeutende Leistung.

Eine Anwendung seiner Theorie findet bei ihm, ähnlich wie bei R. Wagners Schriften, in der 1890–1892 geschaffenen Oper, Die Pyrenäen. Es ist eine Trilogie, sie verherrlicht in 3 Bildern (Akten, *jornadas*) Vaterland, Treue u. d. Liebe; der Schauplatz ist Katalonien und die Provence, die bis 1218 noch zu Spanien gehörte. Das Drama des Textdichters Balagner, das Pedrell in katalonischer Sprache zum Libretto umgestaltete, ist ein nationaler Aufruf und behandelt die Abschüttlung der französischen Fremdherrschaft und die der päpstlichen Inquisition. Der Prolog verherrlicht die Naturschönheiten der Pyrenäen, des schützenden Grenzwalles, und gibt eine Exposition des Ganzen, daher die Benennung. Er gleicht ganz dem Rheingold. Der 1. Akt spielt im Schlosse von Foix. Dort weilen die vom Papst und seinem Verbündeten, dem König von Frankreich, während der Ketzerkriege gegen die Albigenser 1218 vertriebenen Troubadours. Die Gräfin von Foix zeigt Heldennut und flößt denselben auch den Troubadours ein in der Hoffnung auf die Erfüllung einer alten Legende, derzufolge sie ihnen Erheiterung an ihrem Liebeshof gibt, an dem sie selbst den Vorsitz führt. Der Troubadour Sicart beklagt sich eben in einem Serventese im alten Volkston über den Verlust der Provence an den Papst und den französischen König. Plötzlich erscheint der päpstliche Legat im Schloß, untersagt die Liebesszenen, Blumenspiele und patriotischen Gesänge — und schleudert den Bannfluch gegen Gräfin und Troubadour. — Das Ganze gleicht dem Sängerkrieg auf der Wartburg in Wagners Tannhäuser. — Nun aber erfüllt sich die Legende: der Graf dringt mit seinen Leuten hervor und befreit das Vaterland. — Der 2. Akt spielt (1245) in den östlichen Pyrenäen. Das südliche Spanien, der Graf und seine Festung Montsegur fallen mit den Troubadours in die Hände des Inquisitors Izaru. Der 3. Akt hat zum Hauptschauplatz Panissar in den östlichen Pyrenäen (1285). Peter III. der Große von Aragonien schlägt die Franzosen unter Philipp dem Kühnen. Eine gefangene maurische Königstochter aus Granada Namens Raig de Luna (Mondenstrahl), die eine begeisterte Christin und die Verkörperung des spanischen Nationalgeistes geworden ist, bildet die verbindende Hauptperson in den 3 Akten: mit prophetischer Sehergabe, als Sängerin und Tänzerin singt sie am Schlusse der Erfüllung ihrer Weissagung: Ich hab' gelebt, frei sind die Pyrenäen. Diese verbindende Hauptperson gleicht am meisten dem Siegfried Richard Wagners.

Eine Reihe von Parallelen ließen sich besonders durch die musikalische Behandlung anführen: so der Barde im Prolog mit Hans Sachs im 3. Akt, die Pracht des Liebeshofes der Gräfin mit dem Brautchor des Lohengrin, dem Choral und der kirchlichen Szene am Anfang der Meistersinger steht der Gloria-Chor im Prolog gegenüber; der Verfolgungsszene im 2. Akt des Lohengrin Chor und Motiv der Inquisitoren gleichfalls im Prolog der Pyrenäen, das *cancion della Estrella* dem Lied an den Abendstern u. a. Sie zeigen auch dem Laien bei scharfer Beobachtung den vor-

bildlichen Einfluß Wagners, wenigstens in der Idee. Bezüglich der Charakteristik des Kunstwerks als Ganzes hält Pedrell mit Wagner die Konzentration aller Künste im Musikdrama aufrecht, fordert das verdeckte Orchester, das Leitmotiv als markanten Träger und symbolischen Ausdruck von Personen und Situationen, das sich, transponiert, erweitert und verarbeitet, wie ein Filigrangewebe durch die ganze Oper hindurchzieht. Neben dem nationalen Text erblickt Pedrell das Wesen des Musikdramas in zwei Bestandteilen: 1. Im Volkslied, in dem Volksstimme, Wesen und Gefühl, künstlerisches Temperament, primitive Inspiration und Volkstendenzen zum Ausdruck kommt und dem durch die entwickelte technische Form Reichtum, Lokal- und Zeitkolorit verliehen wird. 2. In den Klassen Tonschöpfungen der großen Meister aller Zeiten als dem Kunstausdruck des nationalen Schönheitsgefühls. Gluck, Weber, Wagner waren ihm bahnbrechend, auch R. Wagner hat aus dem Volkslied geschöpft, hat die Kunstform Bachs und Beethovens fortentwickelt.

Aber große Unterschiede weist die durchaus spanische Musik Pedrells gegenüber den Deutschen auf. Einmal ist seine Kunstmusik die polyphone des 16. und 17. Jahrhunderts, eines Morales und Victoria, die eine entschiedene mystisch-expressionistische Richtung einnehmen und deren kontrapunktische Behandlung als sogenannte „Flächenkunst“ sich von der Höhenkunst Bachs wesentlich unterscheidet — und so ist Pedrells Kunst ganz besonders Expressionismus. Aus dieser Polyphonie heraus erklärt es sich, daß die Entwicklung des Orchesters in der polyphonen Art nicht die hinreißende Gestaltungskraft besitzt wie bei Wagner, bei welchem die Leitmotive der Solostimmen manchmal beinahe im Orchesterklang untergehen, während Pedrell die Leitmotive fast ausschließlich dominierend in die Singstimmen legt und das Orchester nur als beigeordnet behandelt. Dementsprechend ist es die Wirkung des gesungenen Wortes in erster Linie, während das häufig homophon behandelte Orchester absichtlich auf die möglichste Einfachheit beschränkt wird. Sein besonderes Ausdrucksmittel ist die Harmonisation, besonders die Modulation. Seine Kunst ist Mosaikkunst, die volkstümliche und Kunstelemente in örtlicher und zeitlicher Verschiedenheit durch die Form der sinfonischen Dichtung zu einem einheitlichen Ganzen verwebt. Die Wirkung ist eine grandiose innere, obwohl unser anerzogenes Kunstempfinden sich im Anfang befremdend gegenübersteht bis die Assimilation mit dieser Art der Empfindung erreicht ist. Dann aber verlangt diese Musik eine stätige Wiederholung und gibt eine eigerartige Wohlbefriedigung und erhaben-ruhige Seelenstimmung. Nicht der Wagnerstil, wie fast alle Schüler Wagners, kennzeichnet den Anhänger Wagners, sein Stil und seine Ausdrucksart bleibt eigen, und daher bleibt er Anhänger und nicht Schüler Wagners nach der Idee des Musikdramas, das er das lyrische Musikdrama der Spanier nennt, das er begründet und eine Schule mit seinen Nachfolgern Falla, Granados, Turriana, Perez Casas, Esplá und Albéniz geschaffen hat. Es ist indessen unbegreiflich, warum die Oper „Die Pyrenäen“, deren Partitur bei Breitkopf & Härtel in Leipzig erschienen, deren deutscher Text von J. Fastenrath (bei C. Reißner

in Leipzig verlegt) ganz brauchbar unterlegt werden kann, noch nicht in Deutschland aufgeführt worden ist. Die deutsche Oper, besonders die R. Wagners, und die deutsche Musik wird in Spanien in einem achtbaren Rahmen gepflegt, und ich wenigstens habe es in Stuttgart für eine nationale Ehrenpflicht gehalten, zwei Konzerte über spanische Musik zu veranstalten, das eine mit Proben aus dem 16. bis 18. Jahrhundert nach eigenen Text- und Musikbearbeitungen des „teatro lirico anterior al siglo XIX“, von Pedrell herausgegeben (La Coruña, 5 Bd., 1897), und das andre mit Proben aus den Pyrenäen und dem cancionero musical popular, einem dreibändigen Werk, an dem der 80jährige Greis noch immer arbeitet. Der Erfolg, besonders bei der Presse, war ein glänzender. In seiner letzten Oper, der in der Literatur berühmten Celestina, hat der Dichterkomponist sich im Leitmotiv noch mehr beschränkt und die Wirkung ganz auf den Ausdruck der Harmonie und Melodie verlegt. Trotz alledem ist Pedrell leider nicht gebührend gewürdigt worden: er verschmähte es, mit der Partitur an den Theatern zu betteln und fand nicht wie R. Wagner den großmütigen Mäcen. Die „Pyrenäen“ wurden außer in Barcelona nur noch in Venedig und Buenos Aires mit größtem Erfolg aufgeführt; Deutschland, auf dessen Urteil die Spanier am meisten geben, hat sich ihm verschlossen. Und gerade in Leipzig bei Breitkopf & Härtel hat der größte Musikhistoriker Spaniens zwei monumentale Werke herausgegeben: Hispaniae schola musica sacra in 8 Bänden, enthaltend die großen Kirchenmusiker Morales, die beiden Cabezon, Perez u. a., sowie die Werke Victorias in 7 Bänden. Auch an dem Musiklexikon von Riemann war er für die Musik Spaniens eifriger Mitarbeiter und gab auch ein Musiklexikon für Spanien heraus. Für seine engere Heimat Katalonien hat er sich ganz besonders verdient gemacht durch Kompositionen katalonischer Dichtungen, durch eine Musikgeschichte alter Musiker, durch Bearbeitung katalonischer Volkslieder.

Aus seinem Leben ist noch besonders bemerkenswert, daß er wie Wagner hauptsächlich durch eifriges Selbststudium sich emporgerungen, bei einem längeren Aufenthalt in Rom neben musikhistorischen Studien hauptsächlich den europäischen Volksliederschatz erforschte, daß er in Barcelona, sodann als Professor am Madrider Konservatorium und Mitglied der Akademie der Schönen Künste, 1895—1902, Vorlesungen hielt, besonders auch über das Drama Richard Wagners.

Mit dieser Skizze ist nur ein kleiner, aber reicher Abschnitt aus der engen Berührung im Musikleben der beiden Nationen angeführt; vieles ließe sich noch anfügen, besonders auch noch über die kirchliche Musik Pedrells. Diese höchst eigenartige und vornehme Persönlichkeit, von größter Selbständigkeit und Unabhängigkeit in Geist und Charakter, von zähem historischem Sinn für sein Vaterland, von einer objektiven, lebenswürdigen Weitherzigkeit in der Begeisterung für alles Schöne, Wahre und Gute, erfüllt von hohen sittlichen Idealen und seltener Uneigennützigkeit, ist eines jener großen Genien, bei denen Leben und Kunst zu einer harmonischen Einheit verschmolz. Aus seinen Werken spricht ein Geist, der unsterblich weiterlebt und die bekannte Größe in voller Klarheit noch enthüllen wird.

Der zweite Vertretertag des Zentralverbandes auslanddeutscher Studierender in Jena vom 18. bis 20. November 1920

Von Prof. Dr. C. UHLIG, Tübingen.

Man darf annehmen, daß weit über 1000 junge Leute deutscher Abstammung, deutscher Sprache und fremder Staatsangehörigkeit heute an Deutschlands Hochschulen studieren. Weit aus der

größte Teil ist im ehemaligen Rußland und Österreich-Ungarn geboren, also in dem Baltikum, dem Banat, Siebenbürgen, Beßarabien, Böhmen und Mähren, der Ukraine, Polen, an der

Wolga, in Slawonien, Kroatien und Bosnien. Dazu kommen viele Angehörige aus den dem Deutschen Reich entrissenen Gebieten, vor allem aus Posen, Westpreußen, Elsaß-Lothringen, und schließlich einzelne Auslandsdeutsche aus vielen Ländern des übrigen Europa und aus Amerika. Etwa zur einen Hälfte studieren sie an Universitäten, zur anderen an Technischen Hochschulen, Handelshochschulen und Techniken. Über 700 von ihnen haben sich bisher in 17 Ortsgruppen zur Vereinigung auslandsdeutscher Studierender zusammengeschlossen: Leipzig, Berlin, Breslau, Tübingen, Dresden, Königsberg, Jena, Stuttgart, Alt-Strelitz, Cöthen, Hohenheim, Marburg, Göttingen, Halle, Hannover, Kiel, Frankfurt a. M. (etwa in der Reihenfolge der zahlenmäßigen Stärke genannt).

Auf der Tagung in Jena waren etwa 40 Vertreter und Mitglieder dieser Ortsgruppen anwesend. Sehr gewandt und sachlich leitete der Verbandsvorsitzende, cand. theol. Schedler-Leipzig, die erste Hälfte der Tagung. Auf seine und des Vorsitzenden der Jenenser Vereinigung, A. Gernhardt, einleitenden und begrüßenden Worte hin hielten in der ersten Sitzung Ansprachen aus dem Kreise der Gäste der Rektor Professor Linck für Jenas Universität, Professor Mentz-Jena für den Verein für das Deutschtum im Ausland, Professor Uhlig-Tübingen für das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, ferner Vertreter des allgemeinen Studenten-Ausschusses ganz Deutschlands, des deutschen Hochschulrings, der Deutschen Burschenschaft, des Vereins deutscher Studenten u. a. m. Von beiden Seiten, den Reichsdeutschen und den Auslandsdeutschen, wurden sehr warme Töne angeschlagen und auch vieles Sachliche mitgeteilt, das zu den besten Hoffnungen für die künftige Entwicklung des gegenseitigen Verhältnisses berechtigt. Man darf sagen, daß der auslandsdeutsche Studierende schon heute als ein besonders wertvoller Bestandteil der deutschen Studentenschaft anerkannt wird. Das ist ebenso bedeutungsvoll wie erfreulich und erfüllt uns mit Genugtuung; denn wir haben diese Meinung stets vertreten. Die auslandsdeutschen Studierenden haben aber auch begonnen, sich an Deutschlands Hochschulen in weit höherem Maße heimisch zu fühlen, als das jemals früher der Fall war. Zweifellos ist daran nicht zum wenigsten der Umstand schuld, daß ihnen heute die reichsdeutsche Studentenschaft überall freundschaftliches Verständnis entgegenbringt, gerade im Gegensatz zu den Strömungen, die in der ersten Zeit nach dem Kriege vielfach vorhanden waren.

Aber auch die deutschen Behörden haben ihre Stellung immer mehr zugunsten der auslandsdeutschen Studierenden geändert. Auch diese Tatsache ergab sich sehr deutlich aus den Berichten über Entwicklung und Tätigkeit des Zentralverbandes und der Ortsgruppen. Besonders in Sachsen und Württemberg ist schon verhältnismäßig früh fast alles Erstrebenswerte erreicht worden. Und wenn an einigen anderen Stellen noch manches zu wünschen übrig ist, so läßt sich doch hoffen, daß die Anerkennungsfrage, d. h. die Gewährung völliger Gleichberechtigung an die auslandsdeutschen Studierenden, bald überall einheitlich geregelt sein wird. Es handelt sich hier nicht darum, daß schließlich der auslandsdeutsche Studierende durch die Ablegung der Prüfungen das Anrecht darauf erhält, den Beruf, den er erwählt hat, im Deutschen Reiche auszuüben. Sondern die auslandsdeutschen Studierenden sollen in ihrer Studienzeit völlig gleiche Rechte genießen wie ihre reichsdeutschen Kommilitonen; ihre durch die Prüfungen erwiesene Ausbildung muß sie als ganz ebenbürtig mit den reichsdeutschen hinstellen. Damit soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, bei der Ausübung des Berufes in der ausländischen Heimat als vollwertige Vertreter und Sendboten deutscher Kultur angesehen zu werden. Freilich hat bei der

Erlangung dieses Zieles auch die neue Heimat mitzusprechen. Es wird hier darauf ankommen, daß politische Vereinbarungen mit den Staaten, in denen das Auslandsdeutschtum vertreten ist, solche Anerkennung durchsetzen.

Auch innerhalb des Kreises der Vertreter der auslandsdeutschen Studierenden verlief die Tagung in allerbestem Einvernehmen. Die Wahl des neuen Vorstandes des Zentralverbandes ergab cand. jur. J. Günther-Berlin als ersten Vorsitzenden, cand. rer. pol. K. Thalheim-Leipzig als zweiten. Auch der erste und zweite Schriftführer sowie der Kassenwart sind Leipziger, die zwei Beisitzer studieren in Jena und Alt-Strelitz. Der neue Vorsitzende leitete nun die zweite Hälfte der Tagung ebenfalls in überaus umsichtiger Weise, unablässig bemüht, die ganze, so umfangreiche Tagesordnung abzuwickeln. Die Beratung von Satzungsänderungen zielte vor allem darauf ab, die auslandsdeutschen Studierenden straffer als bisher zusammenzufassen. Bei den so weit voneinander gelegenen Heimatsgebieten ist eine gewisse Neigung zur Sonderbündelei etwas ganz selbstverständliches. Dieser engere landsmannschaftliche Zusammenschluß soll nicht bekämpft werden, aber er soll sich überall in die gemeinsame Arbeit einfügen und sie fördern, was wiederum dem Wohl jedes einzelnen in reichem Maße zugute kommen wird. Bei Gelegenheit dieser Beratungen über Satzungsänderungen wurde festgesetzt: „Als Auslandsdeutsche gelten im Sinne des Zentralverbandes alle Studierenden deutscher Abstammung und Muttersprache, die im Auslande beheimatet sind. Im weiteren Sinne dieser Formulierung gelten als Auslandsdeutsche auch solche, die ihr Heimatrecht im Auslande hatten.“

Der Arbeitsplan für die Zeit bis zur nächsten Tagung wurde festgestellt. Hier erscheint wichtig die Festigung der Beziehungen zu denjenigen Körperschaften im Reich, die sich der auslandsdeutschen Studierenden grundsätzlich annehmen, ebenso sehr die Pflege der Verbindungen mit den deutschen akademischen Vereinigungen in den Teilen des Auslandes, in denen das Deutschtum stark vertreten ist. Ferner soll die so brennende Frage der Paßangelegenheiten einheitlich behandelt werden. Wir haben uns wiederholt dafür eingesetzt, daß in diesem Punkt die amtlichen Vorschriften für die deutschen Konsulate und sonstigen Auslandsvertretungen des Reiches dem Auslandsdeutschen in weit höherem Maße als bisher Entgegenkommen zeigen. Es wird aber auch nötig sein, durch politische Verhandlungen die Vertretungen der fremden Staaten in Deutschland und die fremdländischen Paßstellen im Ausland zu einer freundlicheren Behandlung der Auslandsdeutschen zu bewegen, als sie bisher in vielen Gebieten üblich war. Große Bedeutung kann das erlangen, was als letzter großer Punkt der Tagesordnung unter der Bezeichnung des Hilfswerkes für die auslandsdeutschen Studierenden beschlossen wurde. In ihrem eigenen Kreise wollen die Mitglieder des Zentralverbandes durch Selbstbesteuerung einen Teil der Mittel aufbringen, der nötig ist, um den auslandsdeutschen Studierenden das Studium an deutschen Hochschulen wirtschaftlich zu ermöglichen. In Anbetracht des oft so schroffen Unterschiedes zwischen den Mitteln, die den einzelnen Mitgliedern des Verbandes zur Verfügung stehen, halten wir dies Hilfswerk schon aus erzieherischen Gründen für sehr begrüßenswert. An der Besprechung des Hilfswerkes und der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse beteiligten sich eine Anzahl von Verbandsmitgliedern und ebenso die Vertreter des Vereins für das Deutschtum im Ausland und des Deutschen Ausland-Instituts in sehr lebhafter Weise. Die von kräftigem Willen getragenen Ausführungen des cand. agr. Batzoni-Hohenheim zeigten, daß die auslandsdeutsche Jugend eigene, gut durchdachte Pläne hegt, deren Auf-

schwung der wirtschaftlichen Kräftigung gleicherweise der alten wie der neuen Heimat zugute kommen wird. Je mehr unsere grausamen und verlogenen Feinde das Deutschtum knechten und verfolgen, desto mehr muß und wird es sich zusammenschließen, desto mehr an innerem Gehalt gewinnen.

Sowohl die Jenenser Ortsgruppe des Zentralverbandes, als weitere Kreise der schönen Universitätsstadt hatten sich alle Mühe gegeben, um den zur Tagung Erschienenen den Aufenthalt zu erleichtern und angenehm zu gestalten. Auch das trug auf das beste zum Erfolg des Ganzen bei. Besonders hervorgehoben zu werden verdient der Theater- und Musikabend am 18. November, zu dessen Gelingen einige Mitglieder der baltischen Kolonie Jenas, -Damen und Herren, in sehr dankenswerter Weise

beitrugen. Björnsons kleines Schauspiel „Die Neuvermählten“ wurde ausgezeichnet gegeben, vor- und nachher sehr Reizvolles auf musikalischem Gebiet dargeboten.

Allen Teilnehmern wird die Tagung in bester Erinnerung bleiben. Sie bedeutet einen großen Schritt vorwärts in der Behandlung dieser für die Wiedererstarkung des Deutschtums in der Welt so wichtigen Fragen. Mit Freude und Genugtuung darf auch das Deutsche Ausland-Institut feststellen, daß seine vor-kämpfende Arbeit für das Auslandsdeutschtum, für dessen wirtschaftliche und geistige Kräftigung, aber auch sein Streben, das Auslandsdeutschtum zur Teilnahme an den schweren Nöten der Heimat heranzuziehen, in den Kreisen der auslandsdeutschen Studierenden volle Würdigung findet.

Das deutsche Heim in den Franckeschen Stiftungen zu Halle a. S.

Von Prof. Dr. C. UHLIG, Tübingen.

Mit einer für heutige Zeiten unerhörten Schnelligkeit, und ohne daß die Öffentlichkeit davon viel erfuhr, hat sich die Gründung und Eröffnung des Deutschen Heims in Halle vollzogen. Wer etwa ein wenig davon erfuhr, aber sich nicht selbst genauer umgesehen hat, wird vielleicht sagen, das Haus zur Aufnahme des Heims stand ja da. Gewiß, ein gut 200 Jahr altes Gebäude, etwa 30 m lang und 12 m breit, 5 Stockwerke hoch, war vorhanden. Es hatte teils als Schule, teils zu sonstigen Zwecken der Franckeschen Stiftungen gedient. Da es einigermaßen neuzeitlichen Anforderungen in keiner Hinsicht gewachsen war, hatte man etwa 30 Jahre größere Wiederherstellungen nicht mehr vorgenommen und das Haus nach Errichtung einiger Neubauten in der Nachbarschaft vor dem Kriege zum Abbruch bestimmt.

Da kam mit dem sogenannten Frieden Herr Dr. P. Krusius in seine deutsche Heimat zurück. Er war lange im britischen Westafrika, wohin ihn der Ruf eines deutschen Freundes geführt hatte, in einer englischen Mission tätig gewesen. Bei Beginn des Weltkrieges hatte er sich nach den Vereinigten Staaten begeben und hatte dort in Hartford (Conn.) im theologischen Seminar an der Missionsschule gewirkt. Als auch die U. S. in die Reihe unserer Feinde traten, brachte den Dr. Krusius seine gut deutsche Gesinnung für 2 Jahre ins Gefangenenlager. Aber es war ihm vergönnt, bald nach dem Waffenstillstand von der Evangelischen Synode der U. S. damit betraut zu werden, ihre Liebesgaben den hungernden Kindern Deutschlands zu überbringen und ihre Verteilung ins Werk zu setzen. Diese edle Hilfeleistung kam auch den Franckeschen Stiftungen zugute, die nicht mehr wußten, wie sie ihre zahlreichen Waisen weiterhin durchbringen sollten. Bei dieser Arbeit faßte Dr. Krusius im Herbst 1919 zuerst den Gedanken an ein Deutsches Heim. Zwei Zwecken sollte es dienen, die sich gegenseitig bedingen und ergänzen. Eine Erziehungsanstalt sollte voll- und halbverwaiste Knaben, vor allem Kriegswaisen und Kinder von Auslandsdeutschen aufnehmen, die in den bereits bestehenden Anstalten der Franckeschen Stiftungen keine Aufnahme finden konnten. Damit sollte ein Studienhaus für Studenten, vornehmlich für Auslandsdeutsche, vorhanden sein. Die Studenten sollten im Verband dieser großen Familie die Knaben lehren und fördern helfen und ihrerseits den Segen, der von solcher Arbeit ausgeht, an sich selbst erfahren.

Erst Anfang August 1920 war der Plan soweit gereift, daß Dr. Krusius sich das oben geschilderte Haus als Direktor des zu gründenden Deutschen Heims übergeben lassen konnte. Bei der überaus schwierigen Arbeit der Herrichtung fand er die verständnisvolle Hilfe und sachkundige, ehrenamtliche Mitarbeit eines in Merseburg wohnhaften Architekten Ostermaier, eines

Stuttgarters. Mit Aufbietung aller Kräfte war es schon bis zum Schluß des Jahres möglich, das Haus innerlich so umzugestalten, daß niemand es wiedererkennt. Zahlreiche neue Räume wurden geschaffen, alte vereinigt. Überall mußten neue Böden eingezogen, Licht und Wasser gelegt werden. Eine weite Küche entstand, ferner ein Brausebad und andere Badeeinrichtungen; statt der mittelalterlichen Aborte auf dem Hof wurden neue ins Haus eingebaut. Kurz, es entstand in über 50 Räumen, zu der die Werkstätten im Hof für handwerkliche Betätigung der Zöglinge kommen, im alten Rahmen ein völlig neues Haus. Und auf dem gewaltigen Gelände der Franckeschen Stiftungen, die wie eine Stadt für sich innerhalb Halles einen zusammenhängenden Raum von 80 Morgen, darunter viel Ackerland und Obstgärten umfassen, wurden auch 2½ Morgen für landwirtschaftliche Arbeit der Zöglinge des Deutschen Heims zur Verfügung gestellt.

Schon während des Umbaus hatte sich die Kunde von dieser Schöpfung ganz zufällig verbreitet. Und das halbfertige Haus barg Anfang November bereits 20 Studenten, die vorgesehene Höchstzahl, in seinen gastlichen Mauern, dazu 31 Knaben; deren 40 sollen nach der Fertigstellung unterkommen. Außer dem Direktor und seiner Frau nahm es noch einen Erzieher auf, eine Hausdame, eine Hauswirtin und das nötige Gesinde. Bald kam auch die eigene Küche in Betrieb und die Speisung der Insassen in einstweilig hergerichteten Räumen.

Manche Schwierigkeiten bietet natürlich diese gleichzeitige Aufnahme von Schülern und Studenten, besonders auch solche wirtschaftlicher Art. Aber gerade in diesem Zusammenleben, das sich ganz nach Art einer großen Familie gestalten soll, liegt ja eines der Ziele des Gründers. Bereits haben sich erfreuliche Beziehungen zwischen den Bewohnern angebahnt. Ein Deutscher Abend wird einmal in der Woche die Studenten, die allen Fakultäten angehören können, zu gemeinsamer, ernster geistiger Arbeit unter Leitung des Direktors vereinigen. Sie sollen zusammenhängenden Besprechungen gewidmet sein. Ein Luther-Semester, ein Fichte-Semester, ein biblisches, aber auch ein Kunst-Semester sind geplant.

Das Deutsche Heim wird im Rahmen und Geist der Franckeschen Stiftungen selbständig verwaltet. Das Verhältnis seines Direktors zum Direktorium der Franckeschen Stiftungen ist vertragsmäßig festgelegt. Dem Direktor steht ein Kuratorium, insbesondere auch für wirtschaftliche Fragen, zur Seite, ferner ein aus Mitgliedern des Lehrkörpers der Universität bestehender akademischer Beirat. Die Knaben werden im allgemeinen nicht vor dem 9. Lebensjahr aufgenommen. Der Pensionspreis beträgt für sie und ebenso für die Studenten bei freier Wohnung, Heizung,

Beleuchtung und Beköstigung 2500 Mark im Jahr. Das ist wenig genug für heutige Verhältnisse. Gleichwohl werden aber Bedürftigen weitere Erleichterungen bis zur völlig kostenlosen Erziehung gewährt.

Zu all dem war und ist auch weiterhin sehr viel Geld nötig. Und dabei wurde das Werk mit verhältnismäßig geringen Mitteln in Angriff genommen. Die feste Überzeugung von der Notwendigkeit der Arbeit und ein Gottvertrauen, ähnlich dem des alten H. A. Francke, war nötig, um überhaupt zu beginnen. Man darf hoffen, daß die reiche Hilfe der Evangelischen Synode der U. S. und der mit ihr zusammen arbeitenden Quäker, die nach und nach die Entstehung des Werkes ermöglichte, ihm auch

weiterhin treu zur Seite stehen wird. Aber auch innerhalb Deutschlands hat sich schon manche milde und verständnisvolle Hand aufgetan. Denn diese Arbeit ist wie wenige dazu berufen, die Bande zwischen der deutschen Heimat und unsern auslanddeutschen Stammesgenossen, die für unseren moralischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau so unendlich wichtig sind, enger zu knüpfen. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man das Deutsche Heim schon heute als eine Musteranstalt bezeichnet. Möge sie immer mehr einsichtige Freunde und tätige Gönner finden. Hoffen wir aber auch, daß sie als Beispiel wirkt. Es ist dringend zu wünschen, daß Einrichtungen dieser Art in allen deutschen Universitätsstädten entstehen.

Der älteste Vorkämpfer des Auslandsdeutschtums in Rußland

Am 28. Dezember 1914 wurde die von P. S. von Kügelgen herausgegebene „St. Petersburger Zeitung“ auf Befehl der militärischen Obrigkeit ohne Angabe eines Grundes geschlossen. Sie machte noch einen verzweifelten Versuch weiter zu wirken, indem sie am 1. Januar 1915 als „Nordische Zeitung“ erschien, erlebte aber nur 2 Nummern dieses ihres 189. Jahrganges.

Seit dem Januar 1727 ohne Unterbrechung erscheinend, war sie das älteste unter den bestehenden Blättern Rußlands und das zweitälteste, das Rußland überhaupt je besessen hat. Von den in deutscher Sprache erscheinenden Blättern der Welt waren damals 13 älter als die „St. Petersburger Zeitung“. Einer ihrer treuesten Mitarbeiter, Carl Eichhorn (während des Krieges in russischer Gefangenschaft gestorben), hat aus Anlaß des 175jährigen Jubiläums des Blattes seine Geschichte verfaßt. Das 256 Seiten starke Werk „Die Geschichte der St. Petersburger Zeitung 1727–1902“ (St. Petersburg, Buchdruckerei der St. Petersburger Zeitung 1902), ist jetzt eine bibliographische Seltenheit. Sie gibt die innere und äußere langsam ansteigende Entwicklung des Blattes, das auf Initiative des kurz vorher verstorbenen Zaren Peters des Großen vom kaiserlichen Leibmedikus und ersten Präsidenten der russischen Akademie der Wissenschaften Laurentius Blumentrost unter der Devise „Carpar, dum prosum“ (Mag ich zerpfückt werden, wenn ich nur nütze), mit dem 3. Januar 1727 beginnend, herausgegeben wurde. Seit 1831 war sie Tageszeitung. 1858 gab die Akademie sie Dr. Clemens Friedrich Meyer in Pacht, unter dessen Leitung sich das Blatt zu einem politischen Organ entwickelte, das für die Interessen der Deutschen in Rußland, insonderheit auch für die der Deutschbalten, auf den Plan trat.

Unter seinem Nachfolger Paul von Kügelgen (1874 bis 1904) hat die Zeitung unter den schwierigsten Verhältnissen gegen die panslavistische Presse, die Russifizierungspolitik der Regierung, eine brutal-ungerechte Zensur und gewissenlose Konkurrenz nach schweren Anfängen mit steigendem Erfolg gekämpft und sich einen bleibenden Ehrenplatz innerhalb der gesamten deutschen Presse erobert. Das Blatt fand weit über Rußland hinaus Verbreitung und Achtung.

Als Paul von Kügelgen sen. im Jahre 1904 starb, übernahm sein Sohn Paul Siegwart das Steuer, dem es verhältnismäßig schnell gelang, das Werk seines Vaters als ein gewissenhaft Tagesgeschichte bietendes und zuverlässig über Rußland berichtendes Organ mit internationaler Bedeutung auszubauen und es wirtschaftlich gesund und kräftig zu machen.

Krieg und Revolution (1904–1906) freilich ließen zwar die Schrecken der Zensur verschwinden, brachten aber von vornherein schwere wirtschaftliche Sorgen und neue politische Probleme. Bei Lösung der letzteren fand P. S. von Kügelgen in

seinem jüngeren Bruder Carlo, einem berühmten Journalisten von großer Geschicklichkeit und Wirkung, alsbald treffliche Unterstützung. Nach wenigen Jahren schon trat er ihm als zweiter Chefredakteur zur Seite. Die Zeitung machte sich nun, von 1906 an auf eine eigene große Druckerei gestützt, mit unermüdlichem Eifer an das Wecken und Sammeln des rußländischen Deutschums auf nationalem und politischem Gebiet; so war es auch ihr Herausgeber P. S. von Kügelgen, der den „Deutschen Bildungs- und Hilfsverein“, den Sammelpunkt des gesamten Petersburger Deutschums, gründete. Wie die Zeitung im Innern für die Rechte der Volksminoritäten, im besonderen der Deutschen eintrat, kämpfte sie im Äußeren gegen alle Kräfte, die einem friedlichen Zusammengehen Rußlands und Deutschlands entgegenarbeiteten. So blieb sie in erhöhtem Maße, wie schon im letzten halben Jahrhundert ihres Bestehens, die zuverlässigste und bedeutendste deutsch-russische Brücke, ein starker Vorposten deutscher Kultur.

Die Jahre nach der Revolution von 1905 brachten nun so den inneren Ausbau zum großen politischen Residenzblatt zum Abschluß. — Auf der Leipziger Bugra 1914 war der winzige erste Band der St. Petersburger Zeitung und daneben, ein Riese, der Letzterschöne zu sehen. Die Ausstellungsgegenstände der Zeitung sind im Kulturmuseum in Leipzig zu treuen Händen in Aufbewahrung.

Mit dem Ausbruch des Krieges begann die schwerste, aber vielleicht ehrenvollste Periode des Blattes. Wenige Tage schon nach Kriegsbeginn, am 4. August 1914, machte dieselbe Volksmenge, der die deutsche Botschaft zum Opfer fiel, vorher den Versuch, die Redaktion der St. Petersburger Zeitung zu stürmen. Die Ausschreitungen der Massen legten sich bald; die Zeitung wurde aber der russischen nationalistischen Presse zum Inbegriff des „inneren deutschen Feindes“. Je geringer die Erfolge an der Front waren, desto ungezügelter waren Hetze und Verfolgung der Minoritäten im allgemeinen, besonders der schutzlosen deutschen Bürger Rußlands.

Umgeben von einem Meer von Haß und Schikanen, täglich denunziert, verleumdet und obrigkeitlich bedroht, hat die St. Petersburger Zeitung ihr Deutschum bis zuletzt verteidigt und mutig für Besitz, Leben und Ehre der Deutschen Rußlands gekämpft. Wohl war sie gezwungen, alle offiziellen Kriegsberichte, auch die offenbar lügnischen, abzudrucken, und sie mußte sich eine doppeltharte Zensur gefallen lassen. Aber sie gab dem Kundigen ausreichend Gelegenheit, die Wahrheit zwischen den Zeilen zu lesen, eine Kunst, die aus einer jahrhundertelangen Leidens- und Kampfesbahn herrührt. Dabei stand sie unbeirrt auf dem Standpunkt rußländischen Bürgertums, der ihr allein möglich war und ihr die einwandfreie Verteidigung wenigstens

der verfolgten deutschen Bürger Rußlands gestattete. Dieser ehrliche Standpunkt, den als einzig möglichen aufrecht zu erhalten oft schwer und qualvoll gewesen sein mag, ist in Rußland und zum Teil in Deutschland erst mit Schwinden des Kriegsdunstes richtig verstanden worden. Doch vergebens suchte das Blatt die alten deutschen Schulen und Kulturen, die verfolgten Balten, die von Haus und Hof vertriebenen deutschen Kolonisten zu retten. Die Walze des Hasses ging über alles Deutsche hin. Ob die St. Petersburger Zeitung wieder einmal entstehen

wird? Das wird wohl von der Entwicklung der Dinge in Rußland abhängen, falls es ihrem Herausgeber, P. S. von Kügelgen, nicht gelingen sollte, sie provisorisch als ältestes und vornehmstes deutsches Auslandsorgan anderswo erscheinen zu lassen.

Sollte aber auch ihre Laufbahn abgeschlossen sein, hat sie um ihres ehrwürdigen Alters, ihres Verfechtens deutscher Kultur und ihres nationalen Schlußkampfes willen es wohl verdient, daß ihr an dieser Stelle im Namen des Ausland-Deutschtums ein Wort des Dankes und der Anerkennung folge.

Kärnten nach der Volksabstimmung

Von Dr. MARTIN WUTTE, Klagenfurt.

Die Volksabstimmung am 10. Oktober hat Kärnten den Sieg gebracht. Von 37304 abgegebenen Stimmen lauteten 22025 (= 59 %) für Österreich und 15279 (= 41 %) für Südslawien.

Dieses Ergebnis ist um so erfreulicher, als die Abstimmungsbedingungen ganz nach den Wünschen der Südslawen festgestellt worden und daher für Österreich sehr ungünstig waren. Die Südslawen setzten es durch, daß das Klagenfurter Becken in zwei Teile geteilt und die südliche Zone A so abgegrenzt wurde, wie es für ihre Zwecke am besten schien. Auf diese Weise hofften sie wenigstens in der Zone A die Mehrheit zu erreichen. Sie hatten ferner durch 16, in den östlichen Teilen des Abstimmungsgebietes sogar durch 22 Monate hindurch die Verwaltung in Händen und konnten daher alle Verwaltungseinrichtungen in den Dienst ihrer Werbearbeit stellen. Hemmungslos konnte sich die südslawische Agitation entfalten. Politische und unpolitische Beamte, Geistliche und Lehrer, Post und Eisenbahn, Gendarmerie und Militär, Presse und Kanzel waren für Südslawien tätig. Dagegen war die Werbearbeit für Österreich bis zur Öffnung der Demarkationslinie Anfang August 1920 vollständig unterbunden, und auch nachher hatte sie mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ferner waren in Kärnten im Gegensatz zu den deutschen Abstimmungsgebieten alle in der Zone A geborenen oder dorthin zuständigen Kärntner, die am 1. Januar 1919 ihren Wohnsitz außerhalb des Abstimmungsgebietes hatten, von der Abstimmung ausgeschlossen. Dadurch gingen rund 8000 Stimmen für Österreich verloren. Denn diese Personen wohnen zum größten Teile in den deutsch-österreichischen Ländern und hätten ihre Stimmen sicher für Österreich abgegeben. Endlich steigerten die Südslawen den Druck gegen den kärntisch gesinnten Teil der Bevölkerung bis zum letzten Tag vor der Abstimmung. Zu diesem Zweck wurden über 3000 Sokoln (Turner) aus Krain herbeigeholt, welche im Vereine mit den heimischen südslawisch gesinnten Burschen eine drohende Haltung gegen die heimatentreue Bevölkerung einnahmen. Auch wurde das Gerücht ausgesprengt, der gefürchtete General Majster plane für den Fall, daß die Abstimmung für Südslawien ungünstig ausfalle, einen Putsch. Noch in der Nacht vor dem 10. Oktober wurden in vielen Gemeinden die Häuser der heimatstreuen Bevölkerung durch aufgeklebte Zettel bezeichnet, um so die Bewohner in Angst und Furcht zu versetzen. Besonders stark war der Druck in jenen Gemeinden, die unmittelbar an der Grenze gegen Südslawien liegen. Tatsächlich erzielten hier die Südslawen in 17 Gemeinden die Mehrheit, während von den übrigen, gegen das Innere des Klagenfurter Beckens zu liegenden 34 Gemeinden nur eine einzige eine unbedeutende südslawische Mehrheit ergab.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß die Zone A sprachlich eine slowenische Mehrheit hat. Denn bei der letzten Volkszählung (1910) bekannten sich im Gebiete der Zone A von rund 72000 Einwohnern 49000 (= 68 %) zur slowenischen und

23000 (= 32 %) zur deutschen Umgangssprache. Daher befanden sich unter den 37000 Stimmberechtigten, die sich an der Abstimmung beteiligten, 25000 Slowenen, von welchen rund 10000 für Österreich, 15000 für Südslawien stimmten.

Wenn nun die Volksabstimmung trotzdem eine Mehrheit für Österreich ergab, so ist dies dem ungebrochenen Mute und der Heimattreue der kärntisch gesinnten Bevölkerung und der zielbewußten Führung durch den Kärntner Heimatdienst und die in den einzelnen Abstimmungsgemeinden errichteten Heimaträte zuzuschreiben. Die Voraussetzungen für ihre Arbeit mußten aber erst durch die Öffnung der Demarkationslinie geschaffen werden. Dieses Verdienst gebührt der österreichischen Vertretung bei der Abstimmungskommission.

Wiewohl die Volksabstimmung nach Art. 50 des Friedensvertrages endgültig über das Schicksal der Zone A entschieden hat und die Verwaltung der Zone A bereits an Österreich zurückgegeben wurde, so wollen sich die Südslawen anscheinend doch nicht damit abfinden. Der Vertreter des südslawischen Staates bei der Abstimmungskommission, Minister Jovanovic, unterfertigte zwar das Abstimmungsprotokoll ohne jede Einwendung, bemerkte aber hiebei nach dem Berichte südslawischer Blätter, Südslawien werde die 15000 Slowenen, die für Südslawien gestimmt hätten, nicht vergessen. In einer Versammlung von Vertretern der slowenischen Parteien in Laibach Ende Oktober wurde eine Entschliebung angenommen, daß die Abstimmung nicht anzuerkennen und eine Revision anzustreben sei; in allen Orten Südslawiens seien Kärntner Vereine zu gründen mit dem Programm: Alle und alles für die Rettung Kärntens! Am 3. November erschienen drei „Vertreter“ der Kärntner Slowenen — wer sie mit der Vertretung betraut hat, wird allerdings nicht gesagt — beim serbischen Ministerpräsidenten Vesnic, legten gegen das den Kärntner Slowenen angeblich angetane Unrecht Verwahrung ein und verlangten, daß der südslawische Staat die Volksabstimmung nicht anerkenne. Vesnic erwiderte, es sei durchaus nicht notwendig, das Plebiszit als einen endgültigen Beschluß über Kärnten anzusehen. Am gleichen Tage nahm die Abordnung Audienz beim Regenten Alexander und erklärte ihm, daß die Kärntner Slowenen nach wie vor als ihr einziges Vaterland das Königreich SHS betrachteten und ruhig und gott ergeben jenen Tag erwarten wollten, an welchem der Regent feierlich den Herzogstuhl am Maria Saaler-Felde besteigen werde. Sie erhielt vom Regenten die Versicherung, die gesamte Regierung und ebenso die Dynastie werde die Kärntner Slowenen nicht vergessen. Die Laibacher Blätter fahren fort, das Abstimmungsergebnis als Werk der Vergewaltigung der südslawisch gesinnten Bevölkerung Kärntens hinzustellen. „Das Plebiszit haben wir verloren, aber Kärnten noch lange nicht“, „Wir lassen uns Kärnten durch das Plebiszit nicht rauben“, schreibt das eine Blatt, „Wenn diese 40 % (die für Südslawien gestimmt

haben) im Kerker schmachten und wenn sie klaren Blickes sind und ihre Fesseln fühlen, dann wird so lange keine Ruhe sein, bis das Tor der Bastille gesprengt ist“, das andere. In einem Aufruf werden die Kärntner Slowenen aufgefordert, nicht zu vergessen, daß hinter ihnen ein mächtiger großer und reicher Staat stehe, welcher die Macht habe, jedes ihnen angetane Unrecht zu rächen.

Diese Äußerungen verantwortlicher und unverantwortlicher Stellen sagen genug. Es ist kein Zweifel, daß man in Laibach versuchen wird, in Kärnten eine südslowenische Irredenta zu schaffen. Die vorbereitenden Schritte hiezu sind bereits getan. Im Juli 1920 wurde in Laibach auf Betreiben der Akademiker der Verein „Maria Saaler-Glocke“ ins Leben gerufen, der zunächst den Zweck hatte, Hilfsdienste für die Volksabstimmung zu leisten. Dieser Verein scheint der Mittelpunkt der irredentistischen Bewegung werden zu wollen. Hand in Hand mit ihm wollen die Turnvereine, die „Jugoslavanska Matica“, der Cyrill- und Methniloverein und andere slowenische Vereine arbeiten. Zunächst soll die Auswanderung der südslowenischen Anhänger aus Kärnten verhindert werden. Der Nachwuchs der südslowenisch gesinnten Kärntner Intelligenz soll unterstützt und in südslowenischen Schulen national erzogen werden, damit er dann in Kärnten in einer kirchlichen oder sonstigen Stellung seine nationale Aufgabe erfülle. Schon jetzt soll in der ganzen Welt mit der Propaganda für die Befreiung der Kärntner Slowenen angefangen werden. Zu diesem Zwecke soll in ganz Südslowenien gesammelt und dazu insbesondere die Jugend herangezogen werden, in der man die Erinnerung an die Kärntner Slowenen wachhalten will.

Auf diese Art will man sich für eine neue Aufrollung der Kärntner Frage rüsten. Als geeigneter Augenblick hiefür wird der Zeitpunkt betrachtet, in dem sich Österreich an Deutschland anschließt. Schon am 22. Oktober berichtete ein Laibacher Blatt, südslowenische Politiker hätten den Eindruck, daß die südslowenische Regierung beabsichtige, die diplomatische Aktion wegen Kärnten fortzusetzen; wahrscheinlich handle es sich darum, daß die Ententegroßmächte das Abstimmungsergebnis als ungültig erachten würden, sobald sich Österreich an Deutschland anschließe; denn das Plebiszit habe über die Zugehörigkeit zu Österreich zu entscheiden gehabt, nicht aber über die zu Deutschland. Der südslowenische Minister des Äußeren, Trumbic, erklärte am 3. November der oberwähnten Abordnung, die Anerkennung des Plebiszits sei in dem Augenblick eine offene Frage, in dem sich Österreich an Deutschland anschließe; die südslowenische Diplomatie werde dies im Auge behalten. In Übereinstimmung damit befindet sich eine Meldung des „Echo de Paris“, wonach die Wiener Regierung durch die Botschafterkonferenz benachrichtigt worden sei, die Verbündeten würden die Volksabstimmung in Kärnten achten, rechneten aber damit, daß Österreich die im Vertrag von St. Germain festgesetzten Beschlüsse in keiner Weise verletzen werde, nach welchen Österreich der Anschluß an Deutschland ohne vorhergehende Erlaubnis des Völkerbundes untersagt sei. So wird die Kärntner Frage mit der Anschlußfrage verquickt, obwohl im Friedensvertrag einer solchen Verquickung mit keiner Silbe Erwähnung getan wird und nach den klaren Bestimmungen des Art. 50 des Friedensvertrages die Zugehörigkeit der Zone A zu Österreich durch die Volksabstimmung ein für allemal entschieden ist.

Nach dem Willen der Laibacher Politiker soll also Kärnten, das bisher immer wieder von jenseits der Karawanken her beunruhigt wurde, auch in Zukunft nicht zur Ruhe kommen. Im Gegensatz hiezu steht der aufrichtige Wille der führenden

Kreise in Kärnten, den berechtigten Ansprüchen der Kärntner Slowenen Rechnung zu tragen und so dem Lande endlich die ersehnte Ruhe zu bringen. Schon am 28. September hat die vorläufige Landesversammlung von Kärnten beschlossen, den slowenischen Landsleuten ihre sprachliche und nationale Eigenart jetzt und allezeit wahren und deren geistigem und wirtschaftlichem Aufblühen dieselbe Fürsorge angedeihen lassen zu wollen wie den deutschen Bewohnern des Landes.

Damit ist die Landesvertretung vor eine schwierige Aufgabe gestellt, nicht weil es ihr an gutem Willen gebricht, sondern weil die Verhältnisse außerordentlich verwickelt sind. Die Sprachgrenze in Kärnten verläuft nicht in einer geraden Linie, sondern macht zahlreiche größere und kleinere Einbuchtungen. Das heutige Kärnten zählt nach der Zählung von 1910 293000 Bewohner mit deutscher und 66000 (= 22 %) mit slowenischer Umgangssprache. Von den 248 Gemeinden des Landes haben 48 eine slowenische Mehrheit, 21 eine slowenische Minderheit, 179 sind rein deutsch. Die Gemeinden mit slowenischer Mehrheit bilden nicht ein zusammenhängendes Ganzes, sondern zerfallen in drei Gruppen: Unteres Gailtal, Rosental und Jauntal. Von den 48 Gemeinden mit slowenischer Mehrheit haben 23 Gemeinden eine deutsche Minderheit von 25 bis 50 % und nur 25 eine solche unter 25 %. Dazu kommt, daß die drei Gebiete mit slowenischer Mehrheit durchbrochen sind durch deutsche Sprachinseln (Völkermarkt, Bleiburg, Eisenkappel, Ferlach u. a.), welche gerade die wirtschaftlichen Mittelpunkte der Gebiete sind. Daher kann bei der Neuregelung der sprachlichen Einrichtungen nicht nach Bezirken vorgegangen werden, sondern nur nach Gemeinden.

Neuordnen ist vor allem die Verwaltung und die Gerichtspflege. Während der südslowenischen Herrschaft wurden beide in höchst parteiischer Weise gehandhabt. Der deutsche und deutschfreundliche Bewohner konnte weder bei Gericht, noch bei den politischen Behörden sein Recht finden. Es kam vor, daß der Kläger zugleich Richter war. Pachtgründe, welche eine Familie schon seit Jahrzehnten besaß, wurden ohne Entschädigung den bisherigen Inhabern weggenommen und südslowenischen Anhängern zugewiesen. Alte Gewerbeberechtigungen wurden den kärntisch gesinnten Gewerbetreibenden nach Willkür entzogen und neue an südslowenische Anhänger verliehen. Ein Gefühl der Rechtsunsicherheit ergriff breite Schichten der Bevölkerung. Die deutschen und deutschfreundlichen Bewohner verzichteten schließlich auf den Gebrauch von Rechtsmitteln und ergaben sich dumpf in ihr Schicksal. Der südslowenisch gesinnte Teil der Bevölkerung aber wurde nach Möglichkeit begünstigt und konnte sich vieles herausnehmen, was bei der heimattreuen Bevölkerung streng geahndet wurde. Die österreichischen Behörden werden schwere Arbeit haben, Recht und Gesetz wieder zur Geltung zu bringen.

Einer Neuordnung bedarf auch das Volksschulwesen. Bisher bestanden in Kärnten drei Arten von Schulen: rein deutsche, uraquistische und rein slowenische. Rein deutsche Schulen gab es vor dem Kriege rund 200, uraquistische 89 und rein slowenische 3. In den rein slowenischen Schulen wurde der Unterricht in slowenischer Sprache erteilt und das Deutsche in einigen Wochenstunden gelehrt. Der Unterricht in der deutschen Sprache hatte nur geringen Erfolg, wie es bei den wenigen Stunden und infolge der großen Schülerzahl begreiflich ist. In den uraquistischen Schulen diente in den ersten zwei bis drei Schuljahren das Slowenische als Unterrichtssprache. Doch wurden die Schüler schon vom ersten Schuljahr an in die deutsche Sprache eingeführt. Wenn dann die Schüler im zweiten oder

ritten Schuljahr ein genügendes Verständnis der deutschen Sprache erreicht hatten, kam das Deutsche als Unterrichtssprache in Verwendung. Auf Wunsch der Gemeindeglieder wurden auf der Mittel- und Oberstufe eigene Lehrstunden für slowenischen Sprachunterricht eingeführt. Die überwiegende Mehrheit der slowenischen Bevölkerung war damit zufrieden. Immer und immer wieder haben sich die von der Bevölkerung gewählten Ortsschulräte und Gemeindevertretungen für die utraquistische Schule ausgesprochen. Bezeichnend ist das Verhalten zweier slowenischer Gemeinden, die durch ihre slowenisch-nationale Gesinnung bekannt sind. Es wurden dort, da ein Teil der Bevölkerung eine utraquistische, der andere eine rein slowenische Schule verlangte, je eine utraquistische und eine rein slowenische Schule errichtet. Die Eltern schickten jedoch ihre Kinder lieber in die utraquistische Schule, weshalb die rein slowenische wegen des Mangels an Kindern nach kurzer Zeit mit der utraquistischen wieder vereinigt werden mußte. Die utraquistische Schule hat sich auch trefflich bewährt. So hatten z. B. die Schüler, welche aus diesen Schulen hervorgingen, an den Kärntner Mittelschulen bessere Erfolge aufzuweisen als die Schüler, welche die rein slowenischen Schulen Krains besucht hatten, an den slowenischen Mittelschulen in Laibach.

Der Friedensvertrag schreibt nun im Abschnitt V, Schutz der Minderheiten, vor, daß in den Bezirken, wo nicht deutsche Staatsangehörige einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung bilden, angemessene Erleichterungen gewährt werden sollen, um sicherzustellen, daß der Unterricht in den Volksschulen den Kindern dieser österreichischen Staatsangehörigen in ihrer Muttersprache erteilt werde. Zugleich aber gestattet der Friedensvertrag die Einführung der deutschen Staatssprache und behält er der österreichischen Regierung ausdrücklich das Recht vor, den Unterricht der deutschen Sprache in den Volksschulen zu einem Pflichtgegenstand zu machen.

Die Volksschule in den slowenischen Gemeinden Kärntens wird also zwei Aufgaben zu erfüllen haben. Sie wird die slowenischen Kinder in der Muttersprache ausbilden und sie zugleich in der deutschen Sprache unterweisen müssen. Für einen erfolgreichen Unterricht im Deutschen werden einige deutsche Sprachstunden in der Woche nicht genügen. Die Kenntnis der deutschen Sprache wird aber in Zukunft für die slowenischen Kinder noch viel wichtiger sein als je zuvor, da ja der Geltungsbereich der slowenischen Sprache innerhalb der Grenzen der österreichischen Republik ein viel kleinerer ist als in der ehemaligen österreichischen Monarchie und einer slowenischen Jugend, die die deutsche Sprache nicht halbwegs beherrschen würde, der Weg in die Mittelschule versperrt wäre.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die meisten slowenischen Gemeinden auch in Zukunft die Beibehaltung der utraquistischen Volksschule verlangen werden, damit ihren Kindern in der Volksschule eine ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache beigebracht werde. Es dürfte daher am besten sein, die utraquistische Schule in dem Sinne auszubauen, daß der slowenischen Unterrichtssprache ein größeres Feld eingeräumt wird.

Eine andere wichtige Angelegenheit ist die Frage der Geistlichen. Es ist bekannt, daß die slowenischen Geistlichen mit ganz wenigen Ausnahmen im slowenisch-nationalen Lager stehen. In den vergangenen Jahren waren sie die treuesten und eifrigsten Führer der südslawischen Bewegung. Mehr als ein Drittel davon stammt aus Untersteier, Krain und Tschechien. Es ist begreif-

lich, daß die kärntisch gesinnte Bevölkerung die Entfernung jener Geistlichen verlangt, die in der südslawischen Werbearbeit besonders hervorgetreten sind und sich nicht selten Übergriffe zuschulden kommen ließen. Allein die meisten dieser Geistlichen scheinen dem Ruf, der aus den Kreisen der „Maria Saaler-Glocke“ in Laibach erscholl: Bleibet in Kärnten!, folgen und auf ihren Posten bleiben zu wollen. Im Interesse des Friedens im Lande wäre es sehr zu begrüßen, daß wenigstens die landfremde Geistlichkeit, soweit sie im Dienste Südslawiens stand, Kärnten verlassen würde.

Von besonderer Bedeutung sind auch die wirtschaftlichen Verhältnisse. Bisher haben sich die Slowenen nicht zu beklagen gehabt, daß sie vernachlässigt worden seien. Ein slowenisch-nationaler Abgeordneter hat im Kärntner Landtag wiederholt der Landesversammlung seine Anerkennung für die Fürsorge ausgesprochen, die sie den gemischtsprachigen Gebieten zuteil werden ließ. Die gemischtsprachigen Teile des Landes sind hauptsächlich agrarisch. Die wenige Industrie ist in deutschen Händen. Gerade die Industrie ist noch sehr entwicklungsfähig. Der Boden birgt Kohle und Blei. Dazu besitzt das Gebiet in der Drau eine Wasserkraft ersten Ranges. Es wäre zu wünschen, daß sich deutsches Kapital für Kärnten interessiere.

Entwicklungsfähig ist auch der Fremdenverkehr. Die Städte Klagenfurt und Villach mit den geschichtlich interessanten Umgebungen, die reizenden Seen des Klagenfurter Beckens, das schöne Rosental und das Hochgebirge der Karawanken sind wie geschaffen zu einer lebhaften Fremdenindustrie. Insbesondere eignen sich diese Gebiete in hohem Maße für jeglichen Sport, vor allem für Wintersport. Es sei daran erinnert, daß der Aufschwung des Fremdenverkehrs eine der wichtigsten Ursachen für die Zunahme der deutschen Sprache in Kärnten in den letzten Jahrzehnten war.

So ist in Kärnten eine Fülle von kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen. Im äußersten Süden des deutschen Sprachgebietes gelegen, hat Kärnten eine wichtige kulturelle Sendung zu erfüllen. Seit dem frühen Mittelalter ist es ein deutsches Kulturland. Dem kulturellen Übergewicht seiner deutschen Bewohner ist es zu verdanken, daß sich der Geltungsbereich der deutschen Sprache von Jahrhundert zu Jahrhundert erweitert hat. Wie bisher, so soll Kärnten auch in Zukunft ein deutsches Kulturland sein. Vor allem muß Klagenfurt der kulturelle Mittelpunkt bleiben, der es bisher war. Dazu ist Hilfe von außen notwendig. Schwer lasten die mißlichen Verhältnisse der Gegenwart auf allen kulturellen Einrichtungen des Landes. Schulen, Bibliotheken, Museen und andere wissenschaftliche Anstalten sind nicht in der Lage, sich im laufenden zu halten. Der österreichische Büchermarkt wird ganz von Deutschland beherrscht. Infolge des Mißverhältnisses zwischen Mark und Krone ist die Anschaffung von Büchern ein Ding der Unmöglichkeit.

Und das in einer Zeit, in der der Krieg eine Fülle von neuen Gedanken erzeugt hat, in der die Verhältnisse sich von Grund auf geändert haben, in der die Schaffung von deutschen Volksbüchereien in Stadt und Land dringender ist als je! Ähnlich steht es mit den Lehrmitteln.

Möge man sich draußen im „Reiche“ dieser Not der äußersten Grenzmarken deutscher Kultur im Süden tatkräftiger erinnern! Erfreuliche Anfänge hiezu sind bereits vorhanden.



Erlebnisse Auslanddeutscher im Weltkrieg*)

IV. Unter neutraler Flagge.

Von K. B.

(Fortsetzung.)

Fatsch — da sauste wieder 50 Meter neben uns an der Backbord-Seite eine Granate ins Wasser, fatsch — da setzten die Halunken auch eine neben die Steuerbord-Seite. Nun wurde es aber doch ungemütlich.

Die Sirene pfiß laut dreimal hintereinander, die Maschinen stoppten, der Dampfer drehte bei und hielt.

Mein Herz stand still, ein beklemmendes Gefühl überkam mich. Mehr als 3000 Seemeilen hatten wir unbehelligt zurückgelegt, und jetzt, wo wir unser Ziel direkt vor Augen hatten und wo es sich vielleicht noch um zwei bis drei Seemeilen handelte, da verfielen wir beim Anblick der neutralen Küste dem grausigen Geschick, von den Engländern festgehalten zu werden.

Hart ist das Schicksal, es geht seine eigenen Wege und scheint oft nur dazu bestimmt, in herzloser Weise die Pläne der Menschen über den Haufen zu werfen. Man ist machtlos dagegen, völlig machtlos. Aber auch in solchen Augenblicken, wo Schwäche und sentimentale Anwandlungen drohen, Herr über dich zu werden, da raffte dich auf. Suche nicht das Schicksal zu bekämpfen, es wäre töricht und ein nutzloses Beginnen, aber suche es zu bemeistern, indem du es männlich erträgst und den Mut nicht sinken läßt.

Aber wenn man sieht, daß von einem der Kreuzer zwei große Ruderboote und eine Dampfbarkasse ins Wasser gelassen werden, mit Offizieren und Matrosen bemannt, auf uns zusteuern, dann möchte man doch am liebsten den Mut sinken lassen. Ein schrecklicher, peinvoller Augenblick, wo man nur immer überlegt, glückt's oder glückt's nicht, wird der Reisepaß mit seiner falschen Personalbeschreibung zum Verräter oder nicht?

In solchen Momenten, wo es darauf ankommt, die innere Unruhe und die Wallung des Blutes nach außen hin nicht erkennen zu lassen, pflege ich mir immer eine möglichst lange Zigarre in den Mund zu stecken; denn erstens beruhigt sie tatsächlich etwas, dann aber verleiht sie dem Manne, der sie in der Hand oder im Munde hat, ein friedliches, ruhiges und selbstbewußtes Aussehen, das ein böses Gewissen nicht vermuten läßt.

So sah ich denn, gehörig qualmend, äußerlich mit stoischer Ruhe den bevorstehenden Durchsuchungen entgegen; tat, als freute ich mich auf sie, da sie amüsant und interessant sein würden und zog ein grinsendes Gesicht auf.

Die Boote kamen heran, legten an und alsbald kamen zwei Offiziere mit etwa 15 Matrosen an Bord. Alles gaffte sie an.

Der Kapitän empfing und begrüßte die Offiziere förmlich und höflich, nicht als Freund, nicht als Feind.

Die Matrosen wurden auf die verschiedenen Decks verteilt, während die beiden Offiziere mit dem Kapitän in dessen Kabine verschwanden, wahrscheinlich, um die Schiffspapiere nachzusehen.

Kurz darauf wurde uns mitgeteilt, wir möchten uns sofort mit all unserem Handgepäck in den Speisesaal verfügen, wo unsere Papiere durchgesehen und wir einem Verhör unterzogen würden. Das war zu erwarten gewesen. Jetzt wurde es also wirklich ernst, und es galt, die Ohren doppelt steif zu halten. Ich empfand es als Trost, daß ich mich nicht allein in mißlicher Lage befand. Ich mochte nicht wissen, wieviel Herren sich bei der Kontrolle als Deutsche entpuppen würden.

Ich ging also in meine Kabine, packte meine Siebenachen und ging mit klopfendem Herzen in den Speisesaal, wo sich mit erwartungsvollem Gesicht einer nach dem anderen einfand. Wir

mußten endlos warten, wohl zwei Stunden, bis endlich die bewaffnete Macht mit kurzem Gruß eintrat und uns in Reihen rechtsum antreten ließ. Ich war einer der letzten und hatte somit Zeit und Muße, mir noch einmal genau zu überlegen, was ich den englischen Offizieren aufbinden wollte. In harmlos unschuldiger Weise wollte ich alles vortragen, die nötige Mimik sollte nicht fehlen, denn das Schauspielen ist mir noch niemals schwer gefallen. Ich nahm die Zigarre in den rechten Mundwinkel, setzte ein entsetzlich gleichgültiges Gesicht auf, als ob mich die ganze Durchsuchung nicht interessieren könne und hoffte damit bei den Engländern den Glauben zu erwecken, daß ich wirklich waschechter Amerikaner sei.

Zuerst beschäftigte sich der Engländer mit den Damen, er sah nur deren Papiere ein und dann waren sie entlassen, auch meine Cousine, wie beneidete ich sie!

Bei den Herren schien die Kontrolle weit intensiver vorgenommen zu werden, der englische Offizier nahm sich sehr viel Zeit und holte aus jedem heraus, was herauszuholen war. Leider führte er die Unterhaltung sehr leise, so daß seine Fragen nicht zu verstehen waren.

Die Unruhe wuchs, man las sie auf soundso vielen Gesichtern, bleich und hohlwangig Aussehende bekamen das Aussehen eines Krebses, selbst die Haarwurzeln liefen rot an. Diese Röte wurde zum Verräter, und schon geschah das Unglück — zwei Herren mußten auf das Geheiß des Offiziers zur Seite treten, sie mochten sich durch irgend etwas verraten haben und hatten nun ihr Deutschtum nicht mehr ableugnen können. Zwei grinsende Matrosen wurden als Wächter neben sie gestellt. Die Ärmsten, sie taten mir in der Seele leid. Wie lange sollte ich mich noch meiner Freiheit erfreuen? In wenigen Minuten konnte ich dem gleichen Schicksal verfallen und mich als dritter im Bunde zu ihnen gesellen.

Krampfhaft biß ich auf meine Zigarre und qualmte, als wollte ich mit Volldampf davonfahren. Die Minuten wurden zu Stunden, die Ungewißheit und die bange Erwartung peinigten mich grenzenlos. Es war das Gefühl, das ein Schüler bei Verkündung der Versetzungen am Schlusse des Schuljahres hat, wenn er auf der Kippe steht und nicht weiß, ob er als letzter noch mit zur nächsthöheren Klasse durchschlüpfen wird oder ob er hängen bleibt. Schrecklich!

Endlich kam mein Vordermann an die Reihe. Er gab sich als Amerikaner aus und zeigte seinen Reisepaß vor. Der Offizier sah ihn ein.

„Sie sind amerikanischer Staatsbürger?“ fragte der Offizier.

„Ja!“

„Geboren sind Sie dagegen in der Türkei?“

„Ja!“

„Wann sind Sie nach Amerika ausgewandert?“

„Vor zehn Jahren.“

„Wie alt waren Sie damals?“

„Zwanzig Jahre.“

„Dann haben Sie also 20 volle Jahre in der Türkei gelebt?“

„Ja.“

„Sprechen Sie, bitte, einmal einige Worte Türkisch.“

„Das kann ich nicht“, meinte der Gefragte und wurde krebsrot.

„Das können Sie nicht? Sie sind in der Türkei geboren, haben dort 20 Jahre gewohnt und haben es nicht soweit gebracht, sich in Ihrer Muttersprache verständigen zu können?“

(Fortsetzung folgt.)

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 22, 23 und 24 im vorigen, Nr. 2 und 3 in diesem Jahrgang.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Tschechoslowakei.

Unter Führung der Deutschpolitischen Arbeitsstelle, Zweig Slowakei, haben sich am 18. Januar die Deutsche Nationalpartei und die Deutsch-Demokratische Freiheitspartei zu einer „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Parteien in der Slowakei“ zusammengeschlossen. Voraussichtlich werden sich ihr binnen kurzem auch die Zipser Deutschen anschließen.

Polen.

Das polnische Siedlungsamt hat einer großen Anzahl von Siedlern, die ihr Rentengut vor dem 11. November 1918 erworben, oder es schon früher bis zu den Jahren 1905 und 1906 zurückgekauft hatten, es aber aus verschiedenen Gründen noch nicht aufgelassen erhalten hatten, aufgetragen, bis zum 15. Januar die Ansiedlung zu räumen, und zwar entschädigungslos. Die deutschen Sejmabgeordneten in Warschau haben dagegen protestiert und der Regierung eine Denkschrift überreicht, die in zahlreichen Fällen die widerrechtliche und dem Friedensvertrag widersprechende Verdrängung deutscher Siedler nachweist.

Estland.

Bei den Präsidiumswahlen zum Riigikogu, die am 4. Januar in Reval stattfanden, wurde ein Mitglied der Arbeitspartei, Herr Strandmann, zum Präsidenten gewählt. In das aus sechs Köpfen bestehende Präsidium wurde mit 52 gegen 32 Stimmen ein Vertreter der Deutschen, Herr v. Pezold gewählt. Er erhielt allerdings am wenigsten Stimmen, 52 Mitglieder stimmten für ihn, 32 dagegen, trotzdem aber ist die Wahl bedeutsam, denn der Vertreter von Pernau bekundet durch seine Wahl und durch deren Annahme auch nach der Auffassung der estnischen bürgerlichen Blätter den lebhaften Wunsch der Deutschen zur eifrigen Mitarbeit.

Ungarn.

In seiner „Pester Zeitung“ vom 12. Januar spricht Dr. Johannes Huber von den Erfolgen und Fehlern der letzten Zeit. Er erklärt die schwierige Lage der deutschen gewählten Abgeordneten Westungarns nach dem Friedensvertrage von Trianon. Vor einem Jahre wurde das völkische und Schulprogramm der deutschen Abgeordneten bekannt gemacht. Seit der Zeit sei erreicht worden, daß keine deutsche Gemeinde Westungarns mehr ohne deutsche Schule ist. Auch die Errichtung einiger deutscher Bürgerschulen sei gelungen. Mit zähem Eifer traten die deutschen Abgeordneten für die deutsche Sache ein, Vorbereitungen zur Schaffung weiterer deutscher Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten seien getroffen worden. Dem jetzt leider aufgelösten Ministerium der nationalen Minderheiten sei das Hauptverdienst zuzuschreiben. Anfangs habe die ungarische Regierung diesen Bestrebungen gegenüber Verständnis gezeigt. Erst späterhin seien die deutschen Abgeordneten immer mehr auf den Widerstand kurzsichtiger Chauvinisten gestoßen, die mit einer von Lüge, Verleumdungen und Verdächtigungen strotzenden Agitation die Atmosphäre vergifteten. Nun blieben leider die Vorstellungen der deutschen Abgeordneten bei der Regierung öfter vergeblich. Leider habe man auf die deutschen Abgeordneten, die die Vermittler zwischen Ungarn und Österreich spielen wollten, auf beiden Seiten nicht gehört. Die volle Autonomie für Westungarn wurde von Ungarn nicht gegeben, der Vorschlag wurde auch von Österreich abgelehnt. Wenn

man jetzt nicht auf die Wünsche der Abgeordneten höre, seien sie gezwungen, das, was sie bisher nur den Ministern vorgetragen hätten, der ganzen Öffentlichkeit zu sagen.

Gleichzeitig berichtet das Blatt, daß Dr. Bleyer, der ehemalige Nationalitätenminister, mit seinen Gesinnungsgenossen aus der Regierungspartei ausscheiden wolle und mit verschiedenen andern Parteien verhandle. Er werde jedoch, so habe er geäußert, nur einer Partei beitreten, die auf dem Boden des Nationalitätenprogramms der deutsch-westungarischen Abgeordneten stehe. Eine Annäherung an die Szmracsanyifraktion sei wahrscheinlich, hinter der die Grafen Andrássy und Apponyi ständen.

Rumänien.

Am 20. Dezember hielt der Vollzugsausschuß der Deutsch-Schwäbischen Volkspartei eine wichtige Sitzung ab, in der der Zusammenschluß der parlamentarischen Vertreter der Volks- und der Schwäbischen Autonomie-Partei zu einer „Deutsch-Parlamentarischen Gruppe“ beschlossen wurde. Dieser Zusammenschluß soll die so bitter notwendige Einheitsfront schaffen und eine vollständige Parteidisziplin gegenüber allen deutschfeindlichen Einflüssen erzielen helfen. Die Deutsche Volkspartei zählte bisher nur acht Mitglieder, es sind aber zehn Mitglieder nötig, um in jede parlamentarische Kommission gelangen zu können. Nunmehr wird durch den Zusammenschluß mit den Abgeordneten der Autonomie-Partei ein viel weitgehender Einfluß ermöglicht.

An die neugeschaffene „Deutsche parlamentarische Gruppe“ (deutsche Einheitsfront im rumänischen Parlamente) haben Mitte Januar Dr. Egon Gundhart (Hermannstadt) und dessen Freunde das schriftliche Ersuchen gerichtet, die Lage der deutschen Enklaven, des zu Rumänien gelangten Teiles der Marmarosch, studieren zu lassen und sich dieser jahrzehntelang völlig verlassenen Deutschen anzunehmen.

Griechenland.

Während des Krieges mit Griechenland war Deutschlands Interesse, so schreibt der Vertreter der „Frankf. Ztg.“ aus Athen, durch die Gesandtschaft der Niederlande in Athen vertreten. Ein deutscher Konsulatsbeamter arbeitete in der holländischen Gesandtschaft und erledigt auch jetzt noch dort deutsche Wünsche. Auch in Griechenland ist natürlich das deutsche Eigentum beschlagnahmt oder unter Sequester gestellt worden. Aber in Athen ist heute der gute Wille vorhanden, diese ungerechte Behandlung des Privateigentums rückgängig zu machen oder wenigstens zu lindern. Leider ist auch hier wieder der Zwang, den Frankreich auf das pekuniär abhängige Griechenland ausübt, ein Faktor, der verschleppend wirkt, und deutsche Interessen auch noch nach dem Kriege schädigt. Immerhin ist das beschlagnahmte deutsche archäologische Institut bereits zurückgegeben. Der ehemalige deutsche Verein mit seinem Haus, die Philadelphia, soll auch wieder in sein Recht gesetzt werden, doch bestehen dadurch Schwierigkeiten, daß das Haus der Philadelphia während des Krieges zu einem griechischen Soldatenheim umgewandelt wurde und man dieses Heim erst verlegen müßte. Da es in Athen aber ebensowenig Wohnungen gibt wie in andern Hauptstädten, so hindert die Platzfrage eine baldige Regelung. Es wäre gut, wenn der alte deutsche Verein bald wieder zu einer Heimstätte käme, denn nach und nach kehren die Deutschen nach Athen zurück.

Die ersten, die kamen, waren natürlich Kommissionäre. Auf 200 000 Einwohner Athens kommen nämlich rund gerechnet

5000 Kommissionäre, das heißt Leute, die Geschäfte zwischen den verschiedenen Ländern des Erdballs und Griechenland vermitteln, und ein nicht geringer Teil davon war vor dem Kriege aus Deutschland oder Österreich gebürtig. Leider haben einzelne deutsche Firmen sich vorzeitig mit ihren Vertretungen in Athen festgelegt und sich neue Kommissionäre genommen, ehe die alten zurückkehren durften. Ein Teil dieser neuen Vertreter deutscher Firmen war natürlich ausgesprochen veniselistisch und diese Veniselisten werden weder ihren deutschen Firmen heute viel Nutzen bringen können, noch war es gerade notwendig, daß deutscherseits diesen Leuten noch Vorteile gebracht wurden.

Die andere hauptsächliche Kategorie deutscher Rück- oder Einwanderer nach dem Kriege ist weiblichen Geschlechts. Es sind die Erzieherinnen und Kinderfräuleins, deren manche Ententestaaten ungern durch Jahre entbehrt haben. Man glaubt gar nicht, welch koloniales Element diese Frauen und Mädchen stets für das Deutschtum im Ausland gebildet haben. In wenigen Dingen hat unsere Auslandsfürsorge so wenig geleistet, wie in der Beihilfe für diese deutschen Pioniere und in der Fürsorge dafür, daß ihre Art dem deutschen Wesen auch in den fremden Familien erhalten bleibt. Wie viele dieser Mädchen haben im Auslande, in dem sie Fuß gefaßt haben, geheiratet, und wie wenige hat die deutsche diplomatische oder konsularische Vertretung auch nur eines Blickes gewürdigt. Dazu waren die offiziellen Kreise zu vornehm — eine Erzieherin — zweite Klasse — und manche Konsulatsleute waren darin fast noch schlimmer als die Diplomaten.

Außer den Erzieherinnen sind es dann die technischen Leiter und Werkmeister von industriellen Betrieben, die zuerst wieder in das Ausland zurückfinden. Eine Anzahl ist schon nach Griechenland zurückgekehrt. Weitere sind erwünscht und werden Platz finden, wenn sie Land und Leute kennen und verstehen. Und noch ein deutscher Pionier wird in Griechenland wie in manchen andern Auslandstaaten eifrig verlangt: das deutsche Buch. Es herrscht hier ein wahrer Hunger nach deutschen Büchern. Aber diesen Hunger zu befriedigen, ist teuer. Denn eine kurzsichtige deutsche Handelspolitik und eine törichte Valutagier verteuert die deutschen Bücher im Ausland sinnlos. Man weiß auch hier draußen, daß die Bücher in Deutschland teuer geworden sind, aber man weiß zugleich, daß man außer dem deutschen Teuerungszuschlag auch noch den Valuta-Aufschlag erhebt und damit die Bücher nicht nur in berechtigten Grenzen, sondern auch überflüssig kostspieliger als in Deutschland macht. Relativ teurer dürften sie wegen des weiten Weges und des Risikos sein, aber sie auch durch Übertreibung in der Valutierung zum ausgesprochenen Luxusgegenstand zu machen, ist töricht und verhindert das Wiedergewinnen verlorenen deutschen Bodens im Auslande. Und damit ist es auch eine Schädigung Deutschlands.

Belgien.

Der Industrierrat in Brüssel befaßte sich mit der Einwanderung Deutscher und der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien, deren Notwendigkeit anerkannt wurde, wenn auch den Deutschen nicht alle Vorteile der „befreundeten Nationen“ zuerkannt werden dürften, da sie ihre „Aufrichtigkeit“ noch nicht nachgewiesen hätten. Das deutsche Eigentum müsse liquidiert werden, doch dürften nach dem Friedensvertrag eingeführte Besitztümer nicht der Beschlagnahme verfallen, ein Wegfall des berüchtigten § 18 sei nötig. Nach Belgien wieder zugelassene Deutsche sollten im ersten Jahre ihres Aufenthalts monatlich zur Kontrolle erscheinen, späterhin alle drei Monate. Bequem solle Deutschen der Auf-

enthalt in Belgien nicht gemacht werden. Deutsche Firmen sollten sich am besten durch Belgier vertreten lassen:

Palästina.

Die 300 in den Weihnachtstagen aus Württemberg nach Palästina zurückgekehrten Templerkolonisten veröffentlichen in württembergischen Blättern einen Dank an den württ. Staatspräsidenten als an den Repräsentanten des württ. Volkes. In dieser Kundgebung heißt es:

„Es drängt sie, Ihnen, Herr Staatspräsident, als dem Haupt des württ. Landes, diesen Dank zum Ausdruck zu bringen. Sie nehmen das herzliche, dankbare Angedenken an die württ. Heimat und das deutsche Vaterland mit in ihre früheren Wohnsitze, in dem Bewußtsein, daß sie in dem Vermächtnis württ-deutscher Art von ihren Vätern ein hohes Gut überkommen haben, das zu pflegen ihnen als ernste Aufgabe stets vor Augen bleiben wird. An dem Ergehen ihres engeren und weiteren Vaterlandes nehmen sie, wie einst ihre Vorfahren, innigen Anteil und glauben ihren Dank an das deutsche Heimatland dadurch am besten bezeugen zu können, daß sie deutsche Kultur hochhalten und, soweit an ihnen liegt, dem deutschen Namen in der Welt einen guten Klang zu geben und zu erhalten bestrebt sind!“

China.

Dem „Wochenbericht für die aus China ausgewiesenen Deutschen“ zufolge gab es in Schanghai nach der Volkszählung vom 16. Oktober 1920: Japaner 10215, Engländer 5341, Amerikaner 2264, Portugiesen 1301, Russen 1266, Franzosen 316, Deutsche 280 (gegen 1155 im Jahre 1915), Spanier 186, Dänen 175, Italiener 171, Norweger 96, Schweizer 89, Polen 82, Schweden 78, Holländer 73, Tschechen 65, Inder 954, sonstige Ausländer 355, zusammen also 23 307 Ausländer.

Schon im November 1920 wird aber aus Schanghai berichtet, daß die deutsche Kolonie wieder auf 377 Personen angewachsen sei, daß sie eine deutsche Vereinigung gegründet habe, die Kirche, Gemeindeverwaltung und Klub umfasst und daß diese Vereinigung im ehemaligen Marinekasino hinter der deutschen Kirche (Astor Road) tage. Daraus geht hervor, wie rasch die deutsche Kolonie, die bekanntlich im März/April 1919 durch die chinesische Regierung auf Druck der englischen fast ganz repatriiert wurde, wieder anwächst. Die Gesamtbevölkerung Schanghais, einschl. Chinesen, soll ungefähr 1 500 000 betragen, obwohl eine auch nur annähernd genaue Volkszählung in chinesischen Städten nicht vorgenommen werden kann. Interessant ist auch das Anwachsen der ausländischen Bevölkerung Schanghais in den letzten Jahren, 1917: 19 755 Ausländer, 1920: 23 307 Ausländer.

Die Stadt Schanghai, die de facto, wenn auch nicht de jure, eine selbständige Republik inmitten des chinesischen Reichs bildet, wird von einem etwa 1100 Mann zählenden Freiwilligen-Bataillon verteidigt, das aus Infanterie, Reiterei und Artillerie besteht, ausgezeichnet bewaffnet ist und sich aus einer deutschen, österreichischen, englischen, französischen, japanischen, portugiesischen und chinesischen Kompanie zusammensetzt. Die deutsche und die österreichische Kompanie wurden im März 1917, d. h. nach Abbruch der chinesisch-deutschen Beziehungen, aufgelöst. Außerdem besitzt Schanghai eine Polizeitruppe, die aus 242 Europäern (international), davon 7 Offiziere, 575 Sikhs (Indern) und 1380 chinesischen Polizisten besteht. Dem aus 9 Mitgliedern bestehenden Gemeinderat (Municipal Council), der die Regierungsgewalt in Händen hat, gehörte vor dem Krieg auch stets ein Deutscher an, an dessen Stelle während des Krieges ein Japaner gewählt wurde.

Japan.

Der „Japan Chronicle“, das führende, allerdings stets unabhängige englische Blatt Japans, schreibt am 4. November: „Großbritannien hat Deutschland benachrichtigt, daß es von den ihm durch den Versailler Vertrag gewährleisteten Rechten der Konfiskation deutschen Privateigentums keinen Gebrauch machen wolle. Wir haben immer gehofft, daß diese gesunde Anschauung den Sieg davontragen werde. Nun aber hat die japanische Regierung weniger Grund als je vorher, ihre Politik den Deutschen gegenüber fortzusetzen. Großbritannien hat all seine Hilfsquellen in den Dienst des Weltkriegs gestellt und schwer an Gut und Blut gelitten. Japan hat fast nichts zu diesem Kampfe beigetragen, ausgenommen die vor Tsingtau gebrachten Opfer; selbst hier aber hält Japan immer noch widerrechtlich das den Chinesen gehörige Tsingtau zurück. Japan hat im Gegenteil ganz außerordentliche Gewinne als Folge des Weltkriegs zu verzeichnen und ist aus einem Schuldnerstaat ein Gläubigerstaat geworden. Dennoch verzichtet England auf seine ihm durch den Friedensvertrag garantierten Rechte, während Japan diese Rechte in drastischer Weise ausübt, Rechte, die auszuüben durchaus keine der Vertragsmächte gezwungen ist. Merkwürdigerweise war es Japan allein unter allen Mächten, das zu einer Zeit, als der Ausgang des Krieges noch zweifelhaft schien, den deutschen Kaufleuten die Versicherung gab, daß deutsches Privateigentum nicht angetastet würde. Jetzt, nachdem England auf seine diesbezüglichen Rechte verzichtet hat, kann Japan sich nicht mehr damit ausreden, daß es unter dem Druck der Verbandsmächte handelt, indem es deutsches Privateigentum konfisziert. Wenn Japan Wert auf seinen guten Ruf legt, so wird es die Konfiskation nicht nur einstellen, sondern auch das schon konfiszierte Eigentum zurückerstatten. Der Versailler Friede bietet wenig Garantien für die Aufrechterhaltung des Friedens; um so mehr sollte dafür gesorgt werden, daß jene Begriffe von internationalem Recht und von der Unantastbarkeit des Privateigentums, wie sie vor 1914 Gültigkeit hatten, wieder respektiert werden.

Nach einer Zählung in der Kanagawa-Präfektur beträgt die Zahl der Fremden in Yokohama 7023, worunter 282 Deutsche; die übrigen Hauptzahlen sind: 3985 Chinesen, 971 Briten, 502 Russen, 549 Amerikaner, 146 Franzosen, 68 Schweizer, 43 Holländer, 31 Italiener, 14 Österreicher.

Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Dem amerikanischen Repräsentantenhaus ist vom New Yorker Kongreßabgeordneten Caldwell ein Antrag auf Rückerstattung des beschlagnahmten deutschen Vermögens zugegangen, der damit begründet wird, das auf 420 Millionen Dollars geschätzte Vermögen sei größtenteils zu Unrecht beschlagnahmt worden.

KLEINE NACHRICHTEN

Die Gemeinde Stetten in Württemberg erhielt von einer aus der Gemeinde stammenden Deutsch Amerikanerin reiche Legate, und zwar sowohl für kirchliche als auch für weltliche Zwecke. So bekamen der Pfarrer für die Sonntagsschüler und der Schultheiß für die Gemeindefürsorge je 35000 Mark. Auch die Stadt Stuttgart erhielt von dieser Spenderin ein Legat von 60000 Mark. Sie erhielt vom Cannstatter Volksfestverein durch Herrn Paul Küfer in Newyork 33333 Mark, von denen sie 13333 Mark an die Zentrale für Wohltätigkeit weiterzugeben hatte. Frau Pauline Jauß in Chicago schenkte 2000 Mark und 5000 Mark für Kirchenglocken in dem Vorort Wangen. Herr und Frau J. F. Schöllkopf aus Buffalo überwiesen 20000 Mark

und ihre beiden Töchter je 20000 Mark, Herr Hermann Elsaß, Newyork, 6000 Mark, Herr Peter Schäfer, Philadelphia, sowie die Herren Übele und Machado aus Santos in Brasilien je 10000 Mark. Der Gemeinde Sulz in Württemberg hat der Kaufmann Bühler in Chicago 3000 Mark zur Errichtung eines Denkmals für die Kriegsgefallenen gestiftet.

Die Stadt Annweiler in der Pfalz erhielt von Herrn W. Löwe in Newyork 9000 Mark für die Armen, je 1000 Mark für 16 von seinen Anverwandten und dann nochmals 20000 Mark für die Armen. Die Gemeindeverwaltung Duchroth bekam von einem ihrer Auswanderer nach Amerika 30000 Mark für Arme. Die Stadt Biberach erhielt für bedürftige Krieger, Witwen und Waisen von Herrn Charles Zoller in Newyork 39000 Mark, von denen zu Weihnachten 500 Personen mit Gaben bedacht werden konnten.

Die Rhoengemeinde Frankenheim erhielt von der evangelischen Sankt Matthäusgemeinde zu Hoboken ein Darlehn von 44000 Mark, das sie vom Jahre 1925, bis zu welchem Termin es zinslos läuft, an die Kirchenkasse des Orts ratenweise zurückzahlen soll. Die Summe, die jetzt zu Notstandsarbeiten verwendet werden soll, wird dann der Kirchenkasse als Geschenk zufallen.

Die „Lodzer Freie Presse“ hat aus Südamerika von Deutschen aus Polen eine Reihe von Gaben erhalten, aus denen sie einige deutsche Institutionen der Stadt mit namhaften Gaben bedenken konnte. Es erhielten das deutsche Gymnasium in Lodz für Freistellen 25000 Mark, das Evangelische Lehrerseminar für notleidende Seminaristen 5000 Mark, das deutsche Gymnasium in Pabianice 2500, der Verlag des „Volksfreundes“ 5000, ein Fonds zur Unterstützung deutscher Studierender aus Polen im Auslande 5000 Mark.

Fritz Kreisler, der berühmte Violinist, hat aus Amerika den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ 5000 Mark übersandt, die für notleidende Musikkinder der Stadt Leipzig verwendet werden sollen. Der Künstler bedauert, daß dieser Beitrag nur so niedrig sei, er möchte aber für viele Städte Deutschlands und Österreichs etwas geben.

Die Germaniaschule in Buenos Aires, für die Frau Konsul Staudt, Berlin, stets besondere Teilnahme bewiesen hat, hat jetzt eine von ihr gesammelte Summe von 50000 Mark nach Deutschland überwiesen, die für den Mittelstand bestimmt ist und aus der zu Weihnachten bereits in zahlreichen kinderreichen Familien von Lehrern, Predigern und Beamten Unterstützungen ausgeteilt werden konnten.

Dr. Joh. Kaspar Stork, Bischof von Costa Rica (Zentralamerika) †. Unter den Staaten Zentralamerikas haben sich die Bewohner Costa Ricas bekanntlich während des Weltkriegs deutschfreundlich erwiesen, obwohl die Regierung durch Druck der Vereinigten Staaten gedrängt wurde, sich auf die Seite der Entente zu stellen. Zu dieser Deutschfreundlichkeit hat gewiß nicht wenig beigetragen, daß das Hauptkolleg und Priesterseminar des Staates in der Hauptstadt Sao José schon über 30 Jahren von deutschen Lazaristenpatres geleitet wurde. In diesen Anstalten sowie in verschiedenen Missionshäusern sind nahezu 20 deutsche Priester und nicht viel weniger Laienbrüder tätig. Schon der Vorgänger des letzten Bischofs war ein hochangesehener, allgemein beliebter Deutscher, der vor 15 Jahren verstorbene Bischof Bernhard Thiel aus Elberfeld. Sein oben erwähnter, am 12. Dezember gelegentlich eines Besuches seiner Familie plötzlich verstorbene Bischof Stork ist ein Kölner Kind und hatte vor seiner Erhebung zur Bischofswürde schon viele

Jahre an der Spitze der oben erwähnten Unterrichtsanstalten gestanden.

Reichsgründungsfelern im Ausland.

In der Tschechoslowakei. Der deutsch-parlamentarische Verband der Abgeordneten und Senatoren hielt am 18. Januar eine feierliche Vollversammlung ab und beschloß die Absendung eines Telegramms an den deutschen Reichspräsidenten, dem sie am Tage des 50. Jahresbestandes des Deutschen Reiches ihre Grüße übermittelten. Getrennt vom Mutterlande fühlten sie um so mehr die gemeinsamen Bande der Kultur, Gesittung und geistigen Anschauungen, die sie mit dem Mutterlande verbanden. Möchte die Zeit der Prüfungen und Bedrückungen für das deutsche Volk bald enden und ihm sein natürliches und unverlierbares Recht auf Selbstbestimmung in einer wahrhaft demokratischen Völkergemeinschaft Europas bald zuteil werden! Auch dem deutschen Gesandten in Prag wurde dieser Glückwunsch übermittelt. Der Reichspräsident dankte alsbald für das Telegramm und versicherte, daß die Gefühle der Treue und des innigen Verbundenseins im deutschen Volke freudigen Widerhall fänden.

Der Gesandte Freiherr von Neurath empfing bei der **Kopenhagener Feier** am Reichsgeburtstage die deutsche Kolonie, die sich nebst zahlreichen dänischen Freunden eingefunden hatte. Der Gesandte gedachte in einer Ansprache der friedliebenden Arbeit des deutschen Volkes, das ohne sein Verschulden in den Krieg gedrängt worden sei, und sprach auf die bessere Zukunft des heute darniederliegenden Reiches.

In **Stockholm** feierte die deutsche Gesellschaft den Tag durch eine festliche Veranstaltung im Grand Hotel. Professor Schubotz sprach über den deutschen Einheitsgedanken, Gesandter Nadolny gab dem Arbeitswillen des deutschen Volkes beredten Ausdruck. In **Kristiania** gab der deutsche Gesandte Rhomborg einen Empfang, zu dem alle deutschen Vereine geladen waren und der sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den Gedanken der Reichseinheit auswuchs.

In **Riga** nahm die Feier in der deutschen Gesandtschaft, dem Berichte der „Rigaischen Rundschau“ zufolge, einen erhebenden Verlauf. Neben den Mitgliedern der deutschen Kolonie waren die Spitzen der lettländischen Regierung, sowie zahlreiche Politiker erschienen. Abends fand in den Räumen des Kaufmännischen Vereins eine interne Feier statt, am Morgen veranlaßte die Gesandtschaft ein geistliches Konzert im Dom, zu dem jedermann Zutritt hatte. Orgel- und Gesangsvorträge wechselten ab und der gemeinsame Gesang „Ein' feste Burg ist unser Gott“ beschloß die stimmungsvolle Feier.

KIRCHE UND MISSION

Von der **Ev.-lutherischen Auswanderer-Mission, Hamburg**. Die Ev.-lutherische Auswanderer-Mission, Hamburg, übersendet ihren Jahresbericht 1920.

Er berichtet von reicher seelsorgerlicher Arbeit unter den Hunderten von Auswanderern, welche schon seit acht Monaten und zum Teil noch länger auf die ihnen von dem brasilianischen Generalkonsul in Amsterdam zugesicherte freie Überfahrt warten. Viele von ihnen sollen der Verzweiflung nahe sein und im Elend zu verkommen drohen.

Ein Trupp von 100 Personen aus Gelsenkirchen, bisher in einem Heim der Heilsarmee untergebracht, wurde in eine städtische Versorgungsanstalt in einem Hamburg benachbarten Dorfe übergeführt. In Verbindung mit dem bekannten Tropenarzt Dr. Külz, Altona, wurden für die in Hamburg weilenden Auswanderer

hygienische Kurse abgehalten, die aus dem christlichen Hospiz, wo sie zunächst stattfanden, in den größten Saal des zur Universität gehörenden Tropen-Instituts verlegt werden mußten. Auch dort werden sie zugleich seelsorgerlich beraten. Zu Weihnachten wurden 200 Auswanderer beschenkt.

Auch die durch verspätete Abfahrt der Schiffe festgehaltenen Passagiere erforderten mannigfaltige Fürsorge. Bei der amtlichen Abfertigung der Auswanderer am Hafen wurden diesen die Geleitskarten der Auswanderer-Mission eingehändigt und Ansprachen an die auswandernden Volksgenossen gehalten.

Mit dem Ev. Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer zu Witzhausen fanden Verhandlungen über eine Arbeitsgliederung statt.

Zwischen den seit jeher eng verbundenen Parteien der allgemeinen Ev.-lutherischen Konferenz und der Hamburger Ev.-lutherischen Auswanderer-Mission wurde ein fester Vertrag geschlossen, welcher letzterer die Unterstützung und Förderung der ersteren weiter sichert.

Die Kassenverhältnisse weisen diesmal einen Überschuß von ca. 30000 Mark auf, welche aus den reichlich fließenden Spenden aus Deutschland und Amerika herühren.

Stationen der deutschen Seemannsmission im Ausland. In den Blättern für Seemannsmission vom Dezember 1920 gibt der Herausgeber W. Thun, Altona, einen Überblick über die gegenwärtige Lage der deutschen Seemannsmission im Ausland:

Genommen wurden der deutschen Seemannsmission alle Stationen, die im Macntbereich Englands liegen, d. h. 54 Stationen mit 9 Seemannsheimen und 17 Lesezimmern. „Unser Eigentum ist beschlagnahmt und teilweise arg zugerichtet worden. Wo es von den öffentlichen Treuhänder verkauft wurde, entspricht der Verkaufspreis nicht dem Werte.“ Die Berufsarbeiter haben häufig ihr ganzes Privateigentum verloren. Auch das Seemannsheim in Alexandria (Ägypten) wurde von den Engländern in Anspruch genommen. Antwerpen mit seinem schönen Bau ist verloren, da man seinerzeit bei Errichtung des Heims es gegen alle Fährlichkeiten dadurch sicher zu stellen glaubte, daß man dem deutschen Reiche den rechtlichen Besitztitel übertrug. Als Reichseigentum fiel es ohne weiteres der Einziehung. Durban und Kapstadt werden in absehbarer Zeit für unsere Arbeit nicht mehr in Frage kommen, ebenso wenig Hongkong, Konstantinopel, Libau, Livorno, St. Petersburg, Shanghai.

In Baltimore (Ver. Staaten) fand das Heim als Schule Verwendung. Das Seemannsheim in Marseille steht noch heute unter Schweizer Verwaltung.

In Buenos Aires hat das deutsche Seemannsheim während des Krieges ausgezeichnete Dienste getan. Da es gegenwärtig nicht als Seemannsheim dienen kann, besteht wegen der herrschenden Wohnungsnot Gefahr, daß es beschlagnahmt wird. Die Entsendung eines Seemannspastors, der zugleich als dritter Gemeindepastor dienen soll, ist ins Auge gefaßt. Der bisherige Seemannspastor Babick ist in die Heimat zurückgekehrt. In Riga hofft der Seemannspastor Burchard mit deutscher Hilfe baldigst wieder beginnen zu können. In Montevideo plant man die Einrichtung eines eigenen Heims. Ebenso ist in Santos, Staat Sao Paulo, Brasilien, schon ein Grundstück in Aussicht genommen. In Göttingen, Stockholm und anderen schwedischen Plätzen genießen unsere Seeleute, wie bisher, die Gastfreundschaft der schwedischen Seemannsmission. Diese hat sich auch bereit erklärt, sich ihrer an den uns noch verschlossenen Plätzen freundschaftlich anzunehmen.

In Kopenhagen, Amsterdam und Rotterdam ist die Arbeit in vollem Gang. In Rotterdam ist ein gut gelegenes Haus als neues Seemannsheim erworben und ein hauptamtlicher Seemannspastor vor kurzem in die Arbeit eingetreten. Neue große Bedeutung hat die Seemannsmission in Neuyork und Philadelphia gewonnen. Das Hobokener Seemannshaus ist schon seit Jahresfrist wieder freigegeben und war nach einigen Wochen wieder voll besetzt. Es wird der Mittelpunkt für die nordamerikanische Arbeit bleiben. Auch die Arbeit in Philadelphia wächst ständig, und die Gastfreundschaft der dortigen deutschen Lutheraner wird von den Seeleuten gerühmt. In Valparaiso hat sich unter Führung des deutschen Generalkonsuls ein Ortskomitee gebildet, das seinerseits die Arbeit energisch fördern wird.

Tschechoslowakei. Aus der deutschen evangelischen Kirche. Wie die „Olmützer Deutsche Zeitung“ berichtet, tagte in den Ritterburgsälen zu Turn vom 5. bis 7. Dezember der verfassungegebende Kirchenrat, an dem 110 Abgeordnete aus Böhmen, Mähren und Schlesien teilnahmen. Die Versammlung wurde durch einen Festgottesdienst eingeleitet, bei dem Lic. Feller aus Karlsbad die Predigt hielt, die in großen Zügen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der evangelischen Kirche darstellte. Ein Verfassungsentwurf wurde angenommen, der eine „deutsche evangelische Kirche in der tschechoslowakischen Republik“ schafft. Der § 1 lautet: „Die deutsche evangelische Kirche in der tschechoslowakischen Republik umfaßt alle deutschen evangelischen Gemeinden in diesem Staat, die sich dieser Kirche anschließen.“ Die deutschen Evangelischen in der Slowakei haben durch den Preßburger Senator Dr. Schmidt ihren Anschluß bereits in Aussicht gestellt. Zum Präsidenten wurde der bisherige Senior Erich Wehrenfennig aus Gablonz a. N. einstimmig auf Lebensdauer gewählt. Als besondere beratende Organe des Verbandes wurden ein Verfassungsausschuß, ein Wirtschaftsausschuß, ein Schulausschuß und ein Ausschuß für Kirchenpflege eingesetzt. Die Mitglieder der Kirchenleitung führen künftig den Titel Oberkirchenrat, die Senioren den Titel Kirchenrat. Die „Superintendententitel“ sind aufgehoben worden. Die Seniorate heißen nunmehr „Kirchenkreise“, deren es gegenwärtig 6 gibt (West-, Mittel-, Ostböhmischer, Mährischer, Schlesischer und Kirchenkreis des Ascher- und Egerlandes).

Gleichzeitig mit dem Kirchentag fand die Gründung des „Gustav-Adolf-Hauptvereins“ und des „Hauptvereins für evangelische Liebestätigkeit“, anschließend eine Vorstandssitzung des Evang. Bundes in der Tschechoslowakei statt.

Pastorenwahlen in Nordschleswig. Im dänisch gewordenen Teile Nordschleswigs mußten sich, wie wir mitgeteilt haben, sämtliche Pastoren einer Neuwahl unterziehen. In allen Gemeinden, in denen bisher diese Wahlen stattgefunden haben, sind nun ausnahmslos die deutschen Geistlichen wiedergewählt worden. Nur dort, wo die deutschen Pastoren nach der Abstimmung ihre Posten verlassen haben, sind interimistisch dänische Geistliche eingesetzt worden, die gar kein Deutsch verstehen. Die dänische Volkskirche wird von den Deutschen Nordschleswigs durchweg abgelehnt.

Nach der Oktober-Dezember-Nummer 20 der Nachrichten aus der ostafrikanischen Mission hat die Ev. Missionsgesellschaft für deutsche Ostafrikaner den Namen „Bethel-Mission“ angenommen. Als neues Missionsfeld ist Java in Aussicht genommen, wohin am 8. 1. zunächst eine Schwester entsandt wurde. Die Nachrichten aus der ostafrikanischen Mission werden künftig „Nachrichten aus der Bethel-Mission“ heißen.

Neues aus Palästina. Der im Sommer 1920 von den Engländern mit der Verwaltung Palästinas betraute Gouverneur Sir Herbert Samuel hat sich nach den „Neuesten Nachrichten aus dem Morgenlande“, der Vereinsschrift des Jerusalemvereins, in der von der deutschen evangelischen Christenheit erbauten Auguste-Viktoria-Stiftung niedergelassen.

Bei der offiziellen Begrüßung am 8. Juni waren auch fünf Angehörige der Kolonie Haifa geladen. Einem Jerusalemer Komitee und Vertretern der evangelischen Kirchengemeinde und der Templergemeinde ist die Fürsorge und Verantwortung für alles deutsche Eigentum, das bisher durch die Engländer verwaltet wurde und nicht requiriert worden ist, übertragen. Damit werden für die Eigentümer erhebliche Kosten erspart. Diesem Komitee gehören unter anderen auch Vertreter des Jerusalemvereins an. Im armenischen Waisenhaus hält der arabische Prediger des Jerusalemvereins monatliche Andachten. Man hofft, daß die Engländer dem Jerusalemverein das armenische Waisenhaus bald wieder zurückgeben. Die Gemeinde Haifa, die in ihrem Mitgliederbestande viel weniger als die Gemeinde in Jaffa und Jerusalem gelitten hat, erwartet die Rückkehr des Leiters der Carmelmission, Pastor Schneider, der die Einreiseerlaubnis nach Palästina erhalten hat. Der Geistliche der evangelischen Gemeinde in Beyruth, Pfarrer von Örtzen, weilt zurzeit noch in Deutschland, gedenkt aber ebenfalls demnächst nach Beyruth zurückzukehren und zunächst Jaffa mit zu versorgen. Ob es wieder zur Bildung einer selbständigen evangelischen Kirchengemeinde in Jaffa kommen wird, die groß genug ist, um die Einsetzung eines eigenen deutschen evangelischen Pfarrers zu rechtfertigen, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Der bisherige Geistliche dieser Gemeinde, Pfarrer von Rabenau, hat bis auf weiteres eine Beschäftigung in den Bodelschwingschen Anstalten in Bethel bei Bielefeld gefunden. Augenblicklich vertritt der Gemeindegärtner Kappus, der mit den übrigen Gemeindegliedern aus dem Internierten-Lager Chubra (Ägypten) zurückkehren durfte, die Gemeinde der neuen Landesgemeinde gegenüber. Unter hohen Kosten hat die Gemeinde mit den Templern die Schule eröffnet, das Schulklokal befindet sich in dem Ortsteil Walhalla. Da der Andachtssaal der Templer noch immer in englischen Händen ist, so benützen sie zur Abhaltung ihrer religiösen Feiern das Gotteshaus des Jerusalemvereins. Der geplante Bau des Diakonissenhospitals ist zurückgestellt worden. Die Gemeinde sieht sich genötigt, das Grundstück wieder zu verkaufen, weil das Gelände jetzt zur Erweiterung der Bahnhofsanlage gebraucht wird.

Das Aussätzigenhaus Jesu-Hilfe konnte nach wie vor weiterarbeiten, ohne von einer amerikanischen oder englischen Missionsgesellschaft gestört zu werden. Weniger erfreulich lauten die Nachrichten über das Syrische Waisenhaus. Sein Gründer und langjähriger Direktor, Pastor Th. Schneller, weilt zurzeit in Württemberg. Die amerikanische Gesellschaft hat vorläufig die Verwaltung des Hauses behalten. Die „American Lutheran Survey“ sieht hier eine günstige Gelegenheit für die Lutherische Kirche im nahen Osten. Die deutsche evangelische Erlöserkirche und die Kaiserin-Auguste-Viktoria-Stiftung sowie die Mädchenschule Talitha Cumi sind in englischen Händen. Jetzt residiert dort der Militärgouverneur.

Die deutschen Lutheraner Nordamerikas treten in ihrer Zeitschrift, dem „Deutschen Lutheraner“, kräftig gegen die Annexionsgelüste der Amerikaner und Engländer auf. Über die Rückgabe des Kaiserl. Diakonissenhauses in Jerusalem, des Hospitals und der Mädchenerziehungsanstalt Talitha Cumi verlautet noch nichts.

Hospiz der deutschen Auswanderer-Mission in Newyork. Am 31. Oktober 1920, dem Reformationsfeste, ist als neues Hospiz das Hudson-Haus in New-York City, 107 East, 34th. Str., eingeweiht worden. Pastor Lange aus Lawrence (Mass.) hielt die Einweihungsrede. In englischer Sprache hielt der Generalsekretär der Einheimischen Missionsbehörde, der General-Synode Dr. Schaeffer, seine Rede. Es folgten die Glückwünsche von 15 Geistlichen.

Wie der „Einwandererfreund“ berichtet, fangen die Pastoren der verschiedenen Denominationen bereits an, das Hospiz als Sammelpunkt zu betrachten. Der Hauptzweck des Hospizes ist, deutschen Einwanderern eine freundliche und billige Unterkunft in Newyork zu gewähren.

SCHULWESEN IM AUSLANDE

Polen. Deutsche Schule in Sompolno. Schon jahrelang trug man sich hier mit der Absicht, eine deutsche Mittelschule zu gründen, um den deutschen Kindern in und um Sompolno durch ihre Muttersprache gediegene Bildung vermitteln zu können. Im Jahre 1917 konnte der Gedanke mit pekuniärer Unterstützung bemittelter Freunde verwirklicht werden. Drei Grundstücke, je 2 preuß. Morgen groß, wurden gekauft und der Schulbau sofort begonnen. Am 5. Juli 1918 konnte er eingeweiht und als Koedukationsgymnasium (nach dem Frankfurter Programm) mit 3 Vorschul- und zunächst 2 Gymnasialklassen eröffnet werden. Die Leitung übernahm Oberlehrer Dr. Haase. Die Schülerzahl betrug 93.

Als im November 1918 die Deutschen Polen räumten, trat Herr Dr. Haase zurück und Herr Mittelschullehrer Grams, ein Sohn dieses Landes, sehr verdient um die Geschichtsforschung über das hiesige Deutschtum, übernahm vertretungsweise die Leitung und behielt sie bis zum Schlusse des Schuljahres 1919/20. Damals verließen mehrere Zöglinge die Anstalt, kehrten aber mit Beginn des Schuljahres 1919/20 wieder zurück, obgleich die Schule damals noch nicht — wie heute — gleiche Rechte mit den polnischen Privatmittelschulen besaß. (So hatte sie noch nicht das Recht, ihre Schüler vom Militärdienste zu reklamieren, das sie inzwischen erworben hat.)

Trotz mancherlei Gefahren, die das Dasein der Schule umlauernten, konnte diese bisher sich langsam weiterentwickeln. Heute weist sie 3 Vorschulen und 5 Gymnasialklassen auf. Die Schülerzahl ist zwar immer noch verhältnismäßig klein (121 Kinder), doch läßt sich dieser Übelstand durch die Kriegszustände erklären. Da die Schüler fast ausschließlich ländlichen Kreisen entstammen, sind sie vielfach von den Eltern als Ersatz ihrer ins Heer eingezogenen Brüder und der Knechte für die Arbeiten in der Wirtschaft zu Hause behalten worden. Mit Eintritt des Friedens wird sich der Stand sicherlich erhöhen. Da am Orte wenig intelligente deutsche Familien wohnen, bei denen die Schüler eine geeignete Pension finden könnten, die Erziehung der Zöglinge außerhalb der Schule aber von größter Wichtigkeit ist, entschloß sich Pastor Alexander Bierschenk trotz der schwierigen materiellen Lage, mit Beginn des laufenden Schuljahres ein Schülerheim zu eröffnen. Dieses zählt vorläufig 11 Insassen, dazu als Kostgänger 4 Lehrer der Schule. Da aber das Heim noch kein eigenes, entsprechendes Lokal besitzt, sich auch der Mangel an Wohnungen für diese Lehrer fühlen läßt, sah man sich gezwungen, Geld zu einem geräumigen, modernen Neubau aufzunehmen. Der Bau hat aber inzwischen leider aus Mangel an weiteren Geldmitteln eingestellt werden müssen.

Die ursprünglich auf dem Frankfurter Reformprogramm aufbauenden Lehrpläne wurden im letzten Schuljahre denen der polnischen Mittelschulen angepaßt mit dem Unterschiede, daß außer polnischer Sprache, polnischer Geschichte und Geographie alle Fächer in deutscher Sprache erteilt werden und dabei ganz besondere Sorgfalt auf den Unterricht im Deutschen angewendet wird. Gegenwärtig liegt dieses Fach in den Händen des Herrn Oberlehrers Dr. phil. Meister aus dem Posenschen. Da auch das Polnische sorgfältig behandelt wird (Herr Grams), ist die Schule vom Ministerium für Volksaufklärung anerkannt worden und genießt dieselben Rechte, deren sich die polnischen privaten Mittelschulen erfreuen. Leiter der Schule ist gegenwärtig Herr Oberlehrer Paul Fischer, der seine Studien teils in Dorpat, teils an deutschen Hochschulen betrieben hat. Er ist natürlich polnischer Staatsbürger.

Erwähnt sei noch, daß in Sompolno, ebenfalls durch Pastor Bierschenk, eine Schulbuchhandlung ins Leben gerufen wurde, die den Zweck hat, die Schüler mit den nötigen Lehrbüchern (größtenteils aus Deutschland zu beziehen) und Lehrmitteln zu versehen, sodann sie wie auch die deutsche Bevölkerung der Umgegend mit gediegener Literatur zu versorgen. Etwaiger Gewinn kommt dem Gymnasium zugute. Die Buchhandlung führt den Namen „Evangelische Schulbuchhandlung zu Sompolno“.

Deutsche Schule in Rom. Im Laufe des Monats Januar d. J. ist die deutsche Schule in Rom wieder eröffnet worden. Die Schule, eine Gründung des Deutschen Schulvereins, umfaßte vor dem Kriege einen Kindergarten, drei Vorschulklassen und die Sexta bis Untersekunda von Realschule und Reformrealgymnasium (für beide Geschlechter). Die Wiedereröffnung der Schule kann, schon aus Mangel an finanziellen Mitteln, nicht in diesem Umfange erfolgen; es werden zunächst nur der Kindergarten, die drei Vorschulklassen und die Sexta ins Leben treten. Dafür sind zunächst ein Lehrer, der zugleich der Leiter der Schule ist, und eine Lehrerin verpflichtet. Durch Aufrücken der Schüler und Schülerinnen sollen dann allmählich auch die höheren Klassen wieder aufgebaut werden. Doch wird auch jetzt schon für die mittlere Altersklasse gesorgt werden: es werden in der Schule selbst Kurse in verschiedenen Fächern abgehalten werden. Ferner ist auf die Fortbildung der erwachsenen Jugend Bedacht genommen: die Fortbildungskurse haben bereits begonnen. In ihnen wird — durch freiwillige Hilfskräfte — Unterricht in Religionsgeschichte und Philosophie des 19. Jahrhunderts, deutscher Literaturgeschichte, englischer Sprache, Archäologie und Rechtslehre erteilt, und es wird ferner die Lektüre deutscher Dramen gepflegt. Das Deutsche Reich hat dem Deutschen Schulverein in Rom für die Kosten der Schule einen Beitrag bewilligt. Die Schule ist simultan und soll streng paritätisch wie früher geführt werden. Es können zum Unterricht auch nicht-reichsdeutsche Kinder zugelassen werden. Der Deutsche Schulverein vertraut darauf, daß die Schule, die für das deutsche Geistesleben von so hoher Bedeutung ist, trotz der finanziellen Schwierigkeiten sich günstig entwickeln wird.

Südwestafrika. Besuch des Administrators in der deutschen Schule in Windhuk. Das lebhafteste Interesse, das der neue Administrator Hofmeyr dem Schulwesen entgegenbringt, kam, wie die Windhuker „Allgemeine Zeitung“ unterm 27. November 1920 berichtet, auch in einem Besuch zum Ausdruck, den er der Windhuker deutschen Schule abstattete. Er wurde vom Schulleiter begrüßt, der darauf hinwies, daß die Lehrerschaft von festlichen Empfangsvorbereitungen abgesehen habe, es vielmehr

als ihre Aufgabe betrachte, ihm in knappen Umrissen ein Bild von der deutschen Schultätigkeit in Windhuk zu vermitteln. Der Administrator wohnte dem Unterricht in allen Klassen bei, äußerte sich in deutscher Sprache wiederholt anerkennend über das Gesehene und Gehörte und ließ sich in der Aula einige deutsche Lieder vortragen. Die Herzen der Kinder gewannen er sich dadurch, daß er beim Schulleiter den Wunsch ausdrückte, ihnen den Sonnabend freizugeben, was er selbst, wie er scherzhafterweise bemerkte, nicht tun könne, da er ja nicht der Schulbaas sei.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Dornbirn (Vorarlberg). Der Bund der Reichsdeutschen veranstaltete eine Teilnahmekundgebung für Oberschlesien, welche von der einheimischen Bevölkerung außerordentlich gut besucht war. Als Redner sprachen vom deutschvölkischen Standpunkte der Großdeutsche Herr Dr. Ritter-Weiler, über die kulturelle Frage der christlich-soziale H. H. Kaplan Schuchter-Dornbirn und vom wirtschaftlichen Standpunkte der sozialdemokratische Schriftleiter Herr Huber-Dornbirn. Sämtliche Redner erteten überreichen Beifall. Es kam bei dieser Kundgebung auch gleichzeitig der starke Wille für einen Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland zum Ausdruck. Aus der Mitte der Versammlung sprach noch Herr Professor Emig, und Herr Schulleiter Martin brachte eine Resolution zur Verlesung, welche einstimmig gutgeheißen wurde. Es ist der sehnlichste Wunsch aller Deutschen, daß Oberschlesien dem Deutschen Reiche erhalten bleibt.

Der Deutsche Böhmerwaldbund in der Tschechoslowakei gibt in seinen Mitteilungen den 36. Hauptbericht, den zweiten nach der staatlichen Umwälzung. Mit Freuden stellt er fest, daß im deutschen Böhmerwaldgebiete das deutsche Bewußtsein sich regt und daß zielbewußte Schutzvereinsarbeit wieder zum Durchbruche kommt.

Die meisten Bundesgruppen sind wieder zu reger Tätigkeit zurückgekehrt und gerade die arge Bedrängnis, in der sich das Deutschum im tschoslowakischen Staate befindet, hat viele bisher teilnahmslose Volksgenossen aufgerüttelt. Die Mitgliederanzahl der meisten Bundesgruppen hat sich erheblich verstärkt.

Sehr zu wünschen übrig läßt aber noch das völkische Leben in den Dörfern der Budweiser Sprachinsel, deren Vertretungen bis auf drei in tschechische Hände übergegangen sind. Die Bemühungen, die Bundesgruppen dort zu zielbewußter Tätigkeit anzuregen, waren erfolglos. Die Vorstände der Bundesgruppen scheuen sich, aus Furcht vor Zusammenstößen mit der fanatisierten tschechischen Bevölkerungsmehrheit, öffentliche Versammlungen einzuberufen. Auch ist in einzelnen Dörfern des innersten Böhmerwaldes leider heute noch vielfach die Meinung verbreitet, daß infolge der Zugehörigkeit des Böhmerwaldgebietes zum tschechoslowakischen Staate die deutschen Schutzvereinsgruppen aufzulassen seien, eine Meinung, die auch durch den Umstand unterstützt wurde, daß durch die tschechischen Grenzbesatzungstruppen völkische Kundgebungen unmöglich gemacht wurden. Bedauerlich ist auch der Austritt der sozialdemokratisch organisierten deutschen Holzhauer aus einzelnen Bundesgruppen, unter dem Vorwande, daß sie als organisierte Arbeiter keiner völkischen Vereinigung angehören dürften. Am allermeisten zu bedauern ist aber das Verhalten zum Glücke nur vereinzelter Bundesgruppen, die mit dem Hinweise, daß in den betreffenden Orten Organisationen des Bun-

des der Landwirte errichtet worden sind, erklären, daß dadurch der Weiterbestand der Böhmerwaldbundesgruppen unnötig sei.

Die bis zum staatlichen Umsturz bestandene Bundesgruppe in Laibach muß ebenso wie einzelne andere auf deutsch-österreichischem Gebiete befindliche kleinere Bundesgruppen als aufgelassen behandelt werden. Die größte Anzahl der auf deutsch-österreichischem Boden befindlichen Bundesgruppen ist aber weiter, unbeirrt durch die staatliche Trennung, für den deutschen Böhmerwaldbund tätig. Die in Potsdam wirkende Mitgliedervereinigung ist den inneren Wirren im Deutschen Reiche zum Opfer gefallen. Neugründungen von Bundesgruppen sind im Berichtsjahre keine zu verzeichnen. Neubelebt wurden die Bundesgruppen Oppolz, Bezirk Kaplitz und Duschowitz, Bezirk Schüttenhofen.

Von den drei Gauverbänden des Deutschen Böhmerwaldbundes ist der Nordgau, der das westböhmisches Tätigkeitsgebiet umfaßt, wieder tätig.

An der Spitze der Bundesleitung steht als Obmann der Budweiser Altbürgermeister Joseph Taschek. Die Kassenverhältnisse waren trotz einer Mindereinnahme gegenüber dem Vorjahr im ganzen befriedigend. Dank dafür gebührt verschiedenen treuen Spendern, unter denen sich wiederum der langjährige Förderer des Bundes, Max Egon Fürst zu Fürstenberg, befindet. Auch verschiedene gesellige Veranstaltungen und der Erlös aus dem Verkauf des vom Bunde herausgegebenen Führers durch den Böhmerwald halfen den Finanzen auf. Trotzdem war es dem Bunde leider nicht möglich, die auf seine Kosten zu segensreicher Tätigkeit herangebildeten und bisher von ihm angestellten Gemeindegewerkschaften weiterhin zu bezahlen. Dank philanthropischer Freunde konnten sie jedoch bis auf eine in gleichartige Stellungen, vor allem zur Säuglingspflege, übernommen werden.

14 Orte erhielten Schulunterstützungen, verschiedene höhere Lehranstalten und Schüler-Studienunterstützungen. Außerdem wurden zur Förderung des Volksbildungswesens weitere Volksbüchereien gegründet und bereits bestehende Schul- und Gaubibliotheken beschenkt. Leider mußte die bisher von der Bundesgruppe Budweis unterhaltene öffentliche Lesehalle wegen Kündigung des Lokals durch die tschechische Gemeindevertretung und infolge der ständig wachsenden Zeitungspreise aufgegeben werden, zumal verschiedene Bundesgruppen unentgeltlich mit Tagesblättern versorgt wurden.

Die Landwirtschaft erfuhr noch stärkere Unterstützung als im Vorjahr. (Beihilfen zur Beschaffung von Maschinen, Unterhaltung einer Bezirksbaumschule in Kaplitz, Gründung von Bezirksverbänden der landwirtschaftlichen Vereinigungen, Fischereipachtungen usw.) Weniger wurden dafür im laufenden Jahre die Bundesmittel für gewerbliche Zwecke in Anspruch genommen. (Gewerbliche Fortbildungsschule in Kaplitz, Stellenvermittlung, Unterstützungen.)

Der Fremdenverkehr im Böhmerwaldgebiete ist in dem Berichtsjahre reger geworden, insbesondere Deutsch-Mährer, welche in früheren Jahren in die Alpen fuhren, suchen jetzt den Böhmerwald auf. Die Verpflegungsverhältnisse sind nach dem Abzuge der tschechoslowakischen Besatzungstruppen aus den Grenzorten bedeutend besser geworden. Der tschechische Touristenverband für den Böhmerwald schlug gemeinsame Wegmarkierungen im Böhmerwaldgebiete vor. Das Handelsministerium hat dem genannten Verbände zu diesem Zwecke die Farben bewilligt. Das Handelsministerium und der Verband verlangten aber auch in rein deutschen Sprachgebieten die Anbringung von tschechisch-deutschen Wegweisertafeln. Darauf ging der

Bund nicht ein. Ebenso nahm er dagegen Stellung, daß für deutsche Ortsbezeichnungen willkürlich tschechische Übersetzungen erfunden werden. Im Hohenzollernschen Herrschaftsgebiete bei Eisenstein, das unter staatlicher Zwangsverwaltung stand, sind bereits vom Klattauer tschechischen Touristenverband tschechisch-deutsche Wegweisertafeln angebracht worden. Auch mit den übrigen großen Grundbesitzern des Böhmerwaldgebietes ist der tschechische Touristenverein über diese Angelegenheit in Verhandlungen getreten.

Von den 34 Studentenherbergen, die vor dem Kriege bestanden, waren noch 18 brauchbar, einige durch tschechische Einquartierung allen Bettzeuges beraubt, wieder andere infolge natürlicher Abnutzung bei fehlender Ersatzmöglichkeit nicht mehr zu benutzen.

Am 9. Mai wurde in Prag ein Bund der deutschen Gebirgsvereine in der Tschechoslowakei ins Leben gerufen, dem auch der deutsche Böhmerwaldbund angehört. Zweck desselben ist das gemeinsame Vorgehen zur Förderung der deutschen Touristik in den deutschen Gebirgen.

Das am 25. Juli nach dem Kriege wieder zum ersten Male in einem großen Maßstabe abgehaltene Jakobifest auf dem Dreisessel zählte einen Besuch nach Tausenden aus Böhmen, Bayern und Österreich.

Temesvar. Deutsch-schwäbischer Kulturverband. Am Montag, den 20. Dezember, fand in Temesvar die Generalversammlung des Deutsch-schwäbischen Kulturverbandes statt, zu der sich außerordentlich viele Teilnehmer auch aus dem Lande eingefunden hatten. Sektionsrat Dr. Kausch verlas den Jahresbericht, der alle schwebenden Fragen berührte und der die einmütige begeisterte Billigung der sämtlichen Anwesenden fand. Ein Vortrag über die Organisation des Versicherungswesens auf den schwäbischen Dörfern beschloß die Versammlung des Kulturverbandes, der jetzt nahezu 60 Ortsgruppen mit weit über 15 000 Mitgliedern besitzt.

Schwäbische Volksversammlung für die Einheit des Banats. Diejenigen deutschen Kreise des Banats, die den Anschluß der heute noch zu Süd-Slawen gehörenden Gebiete an Großrumänien verlangen, hatten am 16. Dezember eine große Protestversammlung nach Temesvar einberufen. Laut Mitteilung der „Deutschen Zeitung Bessarabiens“ war diese Versammlung von Tausenden von Schwaben besucht.

Als erster Redner trat Dr. Kausch auf, der betonte, daß die gegenwärtige unnatürliche Grenze fallen müsse. Nach ihm legte Senator K. Moller in längeren Ausführungen dar, daß das Land Banat und die es bewohnenden Völker ein so unzertrennliches Ganzes darstellen, daß eine Teilung nicht ohne empfindlichen Schaden aufrecht erhalten werden könne. Er forderte die Versammlung auf, einmütig für die Einheit des Banats einzutreten. Der letzte Redner, Hauptschriftleiter Prof. J. Striegel von der „Schwäbischen Volkspresse“, legte der Versammlung folgenden Beschlusantrag vor:

Die Banater Schwaben Großrumäniens erklären den heutigen Zustand des entzweigerissenen Banates als unhaltbar und wünschen den Anschluß der abgetrennten Gebiete vom Temes und Torontal. Denn das Banat bildet mit seiner historischen Entwicklung und geographischen Form, mit seinem Flußsysteme und seinen Wasserregulierungen, seinem Bahn- und Straßennetze, sowie mit den hunderten Fäden wirtschaftlicher und kultureller Zusammengehörigkeit ein einheitliches Gebiet. Wenn die heutige Demarkationslinie zur endgültigen Grenzlinie würde, wäre dies gleichbedeutend mit der Zerstückelung eines leben-

den Organismus. Grundbesitze und wichtige Bahnlinien wären auseinandergerissen, Wasserregulierungen unmöglich, das Wirtschaftsleben unterbunden, zahllose Familienmitglieder aller hier wohnenden Völkerschaften voneinander getrennt. Es stehen ja selbst die Serben jenseits der Demarkationslinie zu ihren diesseitigen Volksgenossen in viel engeren wirtschaftlichen, kulturellen und Familienbeziehungen als zu den Serben jenseits der Donau. Timisoara verlöre einen großen Teil seines natürlichen Hinterlandes, die von Timisoara abgeschlossenen Gebiete aber ihr zweihundertjähriges kulturelles und wirtschaftliches Zentrum. Es gäbe an dieser unnatürlichen Grenze ewige Besitzstreitigkeiten und Gefährdungen eines beständigen Friedens, dessen wir alle dringendst bedürfen. Deshalb fordern wir ebenso wie unsere rumänischen Mitbürger, die Regierung möge alles aufbieten, um diese unnatürliche Aufteilung des Banates rückgängig zu machen und unsere schwäbischen Volksgenossen jenseits der Demarkationslinie — nahezu eine Viertelmillion an der Zahl — mit uns zu vereinen.

Der Antrag wurde mit großer Begeisterung und stürmischem Beifall angenommen. Die Leiter der Versammlung erhielten Auftrag, ihn der Regierung in Bukarest zu übermitteln.

Reval (Estland). Die Vereinigten deutschen Männerchöre („Revaler Verein für Männergesang“ und „Revaler Liedertafel“) veranstalteten am 150. Geburtstag Beethovens einen Konzertabend, der sich guten Besuchs erfreute und von dem regen Streben für deutschen Männergesang in Reval Zeugnis ablegte.

Reval. Der Christliche Verein junger Männer feierte zu Jahresbeginn das Fest seines 44-jährigen Bestehens durch einen Festgottesdienst im Dom und durch die Weihe seines eigenen Vereinshauses, das ihm vom bisherigen Besitzer, dem evangelischen Verein, übergeben worden war. Der um den Verein besonders verdiente Pastor von zur Mühlen wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt und der deutsche Volkssekretär Beermann überbrachte nach verschiedenen Berichten über die Vereinstätigkeit in der Festsitzung die Wünsche der deutschen Wohltätigkeits- und Kulturvereine. Auch der estnische Jungmännerverein ließ seine Wünsche übermitteln.

Dorpat. Der deutsche Handwerkerverein beging das Fest seines 60-jährigen Stiftungstages. Er war von jeher der Mittelpunkt der Dorpater deutschen Geselligkeit und hat es durch kraftvolle Arbeit erreicht, sein Haus wieder herzurichten und einen großen Teil der Kriegsschulden von sich wieder abzubürden, so daß er mit frohem Mut der kommenden Zeit entgegen sehen darf.

Neapel. Zum ersten Male nach dem Kriege vereinigten sich die in Neapel ansässigen Deutschen, und zwar am Nachmittage des 26. Dezember im Hotel Riviera zu einer deutschen Weihnachtsfeier. Es waren an Erwachsenen und Kindern etwa 130 Personen zugegen. Herr Generalkonsul von Häften hielt eine Begrüßungsansprache, in der er besonders betonte, daß wir der italienischen Regierung dankbar sein müssen, da Italien als erste der früher feindlichen Mächte den Deutschen die Grenzen wieder geöffnet habe. Die Festrede hielt der frühere Direktor der ehemaligen Deutschen Schule, Herr Kleber.

Mexiko. Fest zu Ehren der Kriegsteilnehmer. Das Deutsche Haus in Mexiko, das während des Krieges als Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens der Kolonie zurückgetreten war, hat ein höchst stimmungsvolles, harmonisch verlaufenes Fest zu Ehren derjenigen, die während des Weltkrieges ihrer Dienstpflicht gegenüber dem Mutterlande genügten, veranstaltet. Die „Deut-

sche Zeitung von Mexiko" schrieb: „Das Fest war eine Ehrenpflicht, eine selbstverständliche, wenn auch geringe Anerkennung der Verdienste, die sich jeder von diesen Kriegern, mögen sie nun an der Front gefochten haben oder auf dem Wege dorthin von unseren Feinden abgefangen und hinter Stacheldraht gebracht worden sein, um unser Vaterland und um uns erworben hat.“

— Sanitätsrat Dr. Pagenstecher begrüßte in herzlichen Worten die Kriegsteilnehmer und endete mit einem Hoch auf sie, worauf alle Anwesenden stehend unser „Deutschland über alles“ anstimmten. Medizinalrat Dr. Rieck dankte im Namen der Kriegsteilnehmer für die Gastfreundschaft des Deutschen Hauses.

Deutscher Verband Mazatlan. Der Deutsche Verband Mazatlan, der am 26. April 1919 gegründet wurde, verdankt der Zeitschrift „Lateinamerika“ zufolge seine Entstehung der begrüßenswerten Absicht, die einigende Tätigkeit der dortigen deutschen Kolonie während des Weltkrieges auch über diesen hinaus Früchte tragen zu lassen und die Deutschen zur Mithilfe am Wiederaufbau der alten Heimat zusammenzuhalten. Der Verband nahm besonders nach Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg die von dort flüchtigen Deutschen auf, brachte feste monatliche Beiträge von 1100 Dollar zusammen und will sie zur Hebung deutschen Ansehens und deutscher Geltung im Ausland, in erster Linie für Gründung einer deutschen Schule in Mazatlan, ferner zur weiteren Unterstützung hilfsbedürftiger Landsleute, für den Aufklärungsdienst, für ein „Deutsches Haus“ nach Art desjenigen in Mexiko-Stadt und in ähnlicher Weise verwenden.

Zusammenschluß des Deutschtums in Paraguay. Der „Deutsche Volksbund für Paraguay“ hatte Ende November 1920 eine allgemeine Versammlung in sein Asuncioner Heim einberufen, an der sich alle dortigen deutschen Vereine beteiligten. (Führend: Deutscher Klub, Schulverein, Turnverein, Sportverein, Sängerrunde, Kirchenverein, Frauenverein und Krankenunterstützungsverein.) Zur Erörterung stand nach einem Bericht der „Deutschen Zeitung“ in São Paulo der Gedanke eines umfassenden Zusammenschlusses aller Deutschen innerhalb der Republik Paraguay. Allgemein wurde die Meinung vertreten, daß jeder Deutsche im Lande Mitglied des „Deutschen Volksbundes für Paraguay“ sein müsse. Es wurde beschlossen, daß zunächst alle deutschen Vereine korporativ dem Volksbunde mit einem bestimmten Beiträge beitreten sollen. Sodann verpflichteten sich die versammelten Vertreter der einzelnen Vereine, in der nächsten Sitzung ihres Vereins einen Beschluß zur Annahme vorzulegen, nach dem fürderhin in deutsche Vereine nur solche Mitglieder aufgenommen werden, welche entweder bereits Mitglieder des „Deutschen Volksbundes für Paraguay“ sind oder demselben gleichzeitig beitreten.

Brasilien. „Deutsche Zentrale für Brasilien“. Unter diesem Namen hat sich in Rio de Janeiro, vorläufig im Gebäude der Deutsch-Südamerikanischen Bank, Marco 57, unter Leitung des Herrn E. Heilborn eine Gesamtvertretung der zwölf größten in Rio bestehenden deutschen Vereine gebildet, die sich zur Aufgabe setzt, das gesamte dortige Deutschtum angehende Bestrebungen einheitlich zu regeln.

Buenos Aires. Ein Verein „Der Kolonist“ ist begründet worden. Dem „Argentinischen Wochenblatt“ vom 4. Dezember entnehmen wir Folgendes: „In der gestern Abend stattgefundenen Versammlung im Deutschen Vereinshaus, die auch von einigen Herren aus dem Innern besucht war, traten dem Verein 26 Mitglieder bei, und viele von den Anwesenden zeigten durch sehr reger Anteilnahme an der interessanten Aussprache, daß das

Ziel des neuen Vereins, die praktische Inangriffnahme deutscher Kolonisation in Argentinien, von vielen lebhaft begrüßt wird.

Da sich im Verlauf der Verhandlungen wiederum zeigte, daß sowohl für eine Kleinkolonisation in der Nähe der Hauptstadt als auch für Ackerbaukolonien auf größeren Flächen im Innern reges Interesse vorhanden ist, werden der vorläufig gewählte Vorstand und seine Beisitzer beide Ziele ins Auge fassen und sofort die ersten Schritte tun, um sich die nötigen Unterlagen für ein tätiges Vorgehen zu verschaffen.

Für die Kleinkolonisation nahe der Hauptstadt würden natürlich vor allem die hier Wohnhaften aller Stände und die Neuwandernden in Betracht kommen, während Ackerbaukolonien im Innern mehr aus schon erfahrenen Landwirten gebildet werden müßten, die, heute zerstreut, künftig den Zusammenschluß in geschlossenen deutschen Kolonien anstreben wollen, um deren wirtschaftliche und kulturelle Vorteile zu genießen.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Der Geschäftsträger in Tokio, Dr. Solf, hat, nachdem der in Berlin jetzt angekommene japanische Vertreter Hioki zum Botschafter ernannt worden ist, gleichfalls diesen Titel erhalten.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Als in einem der letzten Symphonie-Konzerte des Philharmonischen Orchesters in Berlin eine neue Aufführung zu Ende war und freundlicher Beifall erscholl, sprach der Dirigent Arthur Nikisch: „Wir sind dem Komponisten dieses Werkes zu großem Dank verpflichtet, weil er in schwerer Zeit für die deutsche Kunst im Ausland Unerhörtes getan hat. Aber er ist ein so bescheidenes Männchen, daß ich ihn nicht finden kann.“ Endlich fand der Komponist sich auf dem Podium ein und konnte den Beifall der Menge in Empfang nehmen. Es war der jetzt 65jährige Christian Sinding.

Elsaß-Lothringen. Am 18. Dezember sollte das Zentenarfest der Heiligen Odilie im Elsaß stattfinden. Verschiedene Vereine planten am 9. Dezember die Uraufführung eines Festspiels von Schmidlin mit der Musik von Professor Erb. Die Aufführungen sollten vom 9. bis 15. Dezember fortgeführt werden. Die Polizei entfernte jedoch die Einladungsplakate und verbot die Aufführung, und zwar verbot sie der Präfekt, weil das Stück in hochdeutscher Sprache geschrieben sei. Die elsässische Presse wendet sich entschieden gegen dieses Verbot und betont, daß im deutschen Elsaß französische Theateraufführungen ruhig gestattet waren. Die Straßburger Abgeordneten erhoben energisch Einspruch beim Ministerpräsidenten in Paris.

Straßburg. Nach zwei Jahren französischer Herrschaft wurden zum ersten Male wieder Wagner im Stadttheater gespielt. Alle Blätter schildern den gewaltigen Eindruck, den die Musik machte, und stellen fest, daß es im Jahre 1919 noch als Todsünde gegolten habe, deutsche Musik schön zu finden, die man „aus patriotischen Gründen“ ausgeschaltet habe.

Vom Deutschen Landestheater in Prag. Drei Besitzer von Erblogen im Landestheater, die einst Stiftungsbeiträge zum Landestheater gegen die Zusicherung des Logenrechtes gegeben hatten, waren gegen den tschechischen Staat klagbar geworden, weil man ihnen nun anstatt deutscher tschechische Vorstellungen bot. Die Klage wurde am 13. Januar in Prag abgewiesen. Die Angeklagten hätten sich einen störenden Eingriff nicht zuschulden kommen lassen, so heißt es recht spitzfindig in der Begründung, und für derartige Eingriffe dritter Personen

seien sie nicht haftbar. Die Kläger könnten ihre Logen ja für sich und ihre Familien frei benutzen, nicht aber für Bevollmächtigte und Gäste; auf deutsche Vorstellungen hätten sie kein Recht, denn der Beschluß, daß im Ständetheater deutsch gespielt werde, sei im Landtag am 25. Juli 1880 erfolgt und sei eine freiwillige Erklärung des Eigentümers des Gebäudes gewesen, habe aber kein Recht stabilisiert, daß im Theater nur deutsch gespielt werden dürfe.

Ein Beethoven-Denkmal in Buenos Aires. Im Anschluß an die von argentinischer Seite ausgegangene Feier zum 150. Geburtstage Beethovens taten sich die namhaftesten Musiker Argentiniens unter Führung des Herrn Alberto Williams zu einer „Comision Pro-monumento a Beethoven“ zusammen. Sie beabsichtigen, dem deutschen Künstler, der nach ihrer Meinung von übernationaler kultureller Bedeutung ist, ein Denkmal zu errichten, das spätestens am 26. März 1927, dem 100. Todestage Beethovens, fertiggestellt sein müsse, „so daß die Verehrer des gewaltigen Heros an diesem Tag an dem Denkmal ihre Kränze niederlegen könnten“. Die große Zahl und die Bedeutung der Komponisten, die sich der Kommission angeschlossen haben, scheinen die Verwirklichung des Planes zu verbürgen. Das Beethoven-Denkmal würde das erste sein, das in Buenos Aires einem deutschen Geisteshelden gewidmet wird.

DAS DEUTSCHE BUCH IM AUSLAND

Neue Stimmen gegen die Valutaordnung des deutschen Buchhandels.

Aus Madrid wird uns unter dem 28. Dezember 1920 mitgeteilt: „... Der hohe Exportaufschlag von 250 % macht jeden weiteren Bezug von deutschen Büchern unmöglich, die beiden Märchenbücher kommen hier per Stück auf Pesetas 8, was für Märchenbücher wirklich ein ganz unmöglicher Preis ist...“

Aus Italien schreibt uns Exzellenz Freiherr von Mumm: „Aus beifolgendem Schreiben einer Berliner Buchhandlung wollen Sie ersehen, daß der Unfug der Valutazuschläge auf deutsche Bücher nach dem Ausland nach wie vor fortbesteht und für Italien jetzt 175 % beträgt, so daß z. B. das Thüringer Tagebuch, das vor dem Kriege etwa M 4.25 kostete und jetzt in Deutschland M 15.— kostet, bei der Ausfuhr nach Italien mit einem Zuschlag von M 26.25 belegt wird und also auf M 41.25 zu stehen kommt!“

Zu der Behauptung..., daß das Deutsche Reich in Verbindung mit dem Börsenverein der deutschen Buchhändler in Leipzig die Zuschläge festgesetzt habe, gegen die die Buchhandlungen nicht ankämpfen könnten, möchte ich mir die Bemerkung gestatten, daß nach mir aus Verlegerkreisen zugegangenen Äußerungen es gerade die Sortimentervereine sind, die gegen die Verleger diese Zuschläge durchgesetzt haben.

Und außerdem scheuen sich die deutschen Buchhandlungen auch jetzt noch nicht, auf die den Herstellungskosten entsprechend erhöhten Ladenpreise, von denen sie ihre 33 % und mehr erhalten, außerdem 20 % Teuerungszuschlag zu erheben, wofür doch wahrlich kein Anlaß vorhanden ist.

Für die Schweiz ist kürzlich der Valutazuschlag bei der Ausfuhr deutscher Bücher etwas reduziert worden, indem die Mark mit 30 Rappen berechnet wird. Da sie aber zur Zeit nur etwa 9 Rappen gilt, kostet das deutsche Buch in der Schweiz somit immer noch dreimal so viel wie in Deutschland. — Das nennt man dann Ausbreitung des deutschen Gedankens!“

Daß nur ein Teil der deutschen Verleger und Sortimenterbuchhändler noch die Ausfuhrverordnung zu stützen versucht, geht aus dem Bericht über die Protestversammlung der Münchner

Sortimentervereine hervor, die unter dem Zeichen „Gegen die buchhändlerische Verkaufsordnung für Auslandslieferungen“ kürzlich in München stattfand. Wir entnehmen dem uns übersandten Bericht die folgenden Ausführungen:

„Herr Hans Goltz (München) sprach für die Sortimenter. Herr Dr. Gratzl namens der Leitung der Bayerischen Staatsbibliothek. Die beiden Herren wandten sich gegen die Valutaordnung. Mit Entschiedenheit verurteilte aus volkswirtschaftlichen Gründen weiterhin Geheimrat Professor von Brentano die hemmende Einführung. Es läge gerade im Interesse des Ausgleichs und der Wiedergesundung unseres Geldwertes, wenn wir zu billigen Preisen verarbeitete Rohstoffe massenhaft ausführen, um wieder Rohstoffe einführen zu können, und in diesem Falle, wo es sich um Bücher handelt, uns vor geistiger Isolierung zu bewahren.“

Verlagsbuchhändler Heinrich Minden, Dresden, der schon in Leipzig das große Referat über die Valutaordnung hielt, war einer Einladung der Einberufer gefolgt und sprach auch hier vom Standpunkt des Verlegers. Er führte etwa aus: „Als Verleger betrachtete ich die Verkaufsordnung für Auslandslieferungen von vornherein als einen Sprung ins Dunkle. Man tastete und tastete. Wollte,— und das ist dankenswert an sich — nicht schlechthin den Dingen ihren Lauf lassen. Also suchte man nach einer Lösung und gebar schließlich ein Gebilde, das an Umständlichkeit hinter den geheimnisvollsten Gesetzesparagraphen nur um wenig zurücksteht. — Dabei war die Art der Einführung von vornherein verfehlt. Statt hinter verschlossenen Türen zu arbeiten und dann mit einem fertigen Gesetz vor die Öffentlichkeit zu treten, posaunte man in allen Tonarten aus: ‚Warte nur, balde!‘ Und als darauf der Börsenverein Innehaltung seines vortrefflichen Instrumentes forderte, ihm aber erst um Monate später zu gesetzlichem Schutz verhalf, da feierte der Schieberhandel in aller Welt geradezu Taumelfeste. — Ich will und ich muß aus den Büchern, die ich herausbringe, angemessenen Nutzen ziehen. Nicht nur das Leben verschlingt heute stattliche Summen, viel größer noch ist der Kapitalbedarf für die Herausgabe neuer Werke. Demnach bin ich gezwungen, mit den Preisen allgemein in die Höhe zu gehen. Aber ich will meine Abnehmer nicht nach dem Wohnsitze mustern. Den festen, einheitlichen Ladenpreis will ich als Grundpfeiler betrachtet sehen. — Gleichviel, ob der Bezieher sich in Berlin, Amsterdam, Barcelona, Rom oder Montevideo aufhält.“

Zu der obrigkeitlichen Bevormundung, die den selbstbewußten Verleger unbedingt verdrießen muß, gesellt sich die noch größere Verärgerung des Auslandes. Weitläufigkeiten sind an der Tagesordnung, und in die friedlichsten Wirtschaftsbeziehungen mischt sich ein schriller Unterton.“

Widerspruch gegen die Darlegungen der verschiedenen Redner machte sich nur vereinzelt geltend. Nach beendeter Aussprache wurde nachstehende Entschliebung mit allen gegen 4 Stimmen angenommen: „Die in München tagende Versammlung, bestehend aus Angehörigen geistiger Berufe, erhebt mit Vertretern des Münchner Buchhandels gegen den Valuta-Aufschlag in der zurzeit bestehenden Form bei dem Reichswirtschaftsministerium Protest, da seine Einführung auf falschen Voraussetzungen beruht, seine Wirkung dem deutschen Buchhandel, dem deutschen Ansehen, der deutschen Kultur und der deutschen Politik schädlich war, weil sie außerdem auf Kosten des ehrsam Handels eine neue Kategorie des Schleichhandels geschaffen hat. Er ist auch durch die inzwischen gestiegenen deutschen Bücherpreise in seinen Absichten überholt. Die Versammlung sieht in dem deutschen Buche nicht nur den sachlichen Exportartikel, son-

dem auch das stärkste Band zur Wiederanknüpfung alter internationaler Beziehungen, die Voraussetzung, das Deutschtum im Auslande von neuem zu beleben und zu fördern. Die Versammlung ersucht, umgehend eine gemischte Kommission zu bilden, zu der auch Nichtbuchhändler zugezogen werden.“

Nun bringt das Börsenblatt für den deutschen Buchhandel am 5. Januar 1921 unter der Überschrift „Die Beurteilung der Valutaordnung in Dänemark, Norwegen und Schweden“ einen Bericht über die Reise, die die Vertreter des Börsenvereins in der Zeit vom 25. Oktober bis zum 8. November vorigen Jahrs nach den nordischen Ländern unternommen haben. Schwerlich kann man in einem knapp fünf Spalten langen Bericht weniger Sachliches und Positives sagen. Der Berichterstatter scheint der Meinung zu sein, daß seine Leser die fast zwei Spalten lange im Wortlaut mitgeteilte liebenswürdige Kopenhagener Tischrede des Vertreters der dänischen Verleger mehr interessiere als die Wirkung der Ausfuhrverordnung auf die Verbreitung des deutschen Buches in Skandinavien. Immerhin lassen sich dem Bericht die folgenden Tatsachen entnehmen: Die nordischen Verleger und Bibliotheksfachleute haben an sich gegen die Ausfuhrkontrolle und gegen Aufschläge auf die deutsche Produktion nach dem Ausland nichts einzuwenden. Der Direktor der Kgl. Bibliothek in Kopenhagen, Herr Dr. Lange, nebenbei einer der Förderer der deutsch-dänischen wissenschaftlichen Beziehungen, halte einen Aufschlag von 100 % als Valutaausgleich für berechtigt. Nun beträgt der Valutaausgleich noch am 1. Jan. 1921, also nach dem Steigen der Mark, für Dänemark 220 %! (das steht nicht in dem Bericht. D. Schriftl.) Der Direktor der Universitätsbibliothek in Christiania, Herr Drolsum, habe zugegeben, „daß es den deutschen Buchhändlern nicht möglich sei, ohne jede Aufschläge ihre Produktion nach dem Auslande abzugeben“. Daß er und seine Kollegen die jetzigen Valutazuschläge gebilligt hätten, dafür findet sich in dem Bericht, obgleich er den Anschein erwecken möchte, nicht ein einziger positiver Hinweis. Indessen haben die deutschen Vertreter in Stockholm, Herr Legationsrat von Landmann und Pressebeirat Dr. Stieve (dessen ausgezeichnetes, die Idee einer Politik mit geistigen Mitteln feinsinnig erörterndes Buch „Gedanken über Deutschland“, Jena: Diederichs, wir hier nur nebenbei empfehlen wollen) auf den sehr starken Rückgang des deutschen Buches in Schweden in den letzten Jahren hingewiesen. Man sei sich aber darüber einig geworden, daß die Ausfuhrkontrolle und die Valutazuschläge vorläufig noch beibehalten werden müßten, daß aber die Zuschläge den schwedischen Verhältnissen angepaßt und nicht zu hoch und nicht zu niedrig sein dürften. Was man sich bei diesem Ausdruck denken soll, bleibt dunkel. Die Herren der deutschen Gesandtschaft haben weiter hervorgehoben, daß deutsche Bücher jetzt in Schweden mehrfach aus Holland, aus den vor Erlaß der Valutaordnung dort angelegten Lagern billiger zu haben sein dürften als in Deutschland selbst. Diese Beobachtung bestätigt die oben wiedergegebene Feststellung von Herrn Minden. Schließlich habe eine Aussprache mit den Vertretern des schwedischen Buchhandels ergeben, daß diese nicht gegen den Zwangskurs an sich seien, sondern nur die Kontrolle für ungenügend halten. Wenn die deutsche Ausfuhrkontrolle, bei der jede kleine Drucksache erst den Reisesegen einer Außenhandelsnebenstelle für das Buchgewerbe erhalten muß, schon ungenügend ist, wie soll eine noch vollständigere Kontrolle dann aussehen? Will die Außenhandelsnebenstelle noch mehr Beamte beschäftigen?

Sehr viel sachlicher als in dem Bericht des Börsenblattes wird die Frage des deutschen Buches in Schweden von

Herrn Dr. Fritz Deck (Stockholm) in der Frankf. Ztg. vom 7. Januar beleuchtet. Dr. Deck weist an Beispielen nach, daß neue deutsche Bücher durch den Zwangskurs in Schweden unverkäuflich geworden sind, vor allem für den gebildeten Mittelstand, in dessen Kreisen die Freunde der deutschen Literatur hauptsächlich zu suchen sind. Diese gebildeten Schichten haben ähnlich wie in Deutschland in den neutralen und den ehemals feindlichen Ländern ihr Einkommen nicht wie die andern Bevölkerungsklassen steigern können. Dr. Deck hebt auch den Mangel an psychologischem Verständnis bei der Handhabung der Valutaverordnung hervor. Der schwedische Käufer fühle sich einfach riesig übervorteilt, wenn er fünfmal so viel wie der Deutsche zu zahlen hat. Den Boden, den das deutsche Buch in Schweden verliere, hätten das englische und das französische Buch, von weitsichtiger Propaganda unterstützt, erobert. Alle Bemühungen der deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandel wie die Frankfurter Ausstellung „Das deutsche Buch“ könnten den ungeheuren Schaden der Ausfuhrverordnung nicht wieder gut machen.

Die rein kaufmännisch eingestellte kulturfeindliche Tätigkeit der Außenhandelsnebenstelle für das Buchgewerbe legt Hans Kyser, der Direktor des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller, in zwei Leitaufsätzen „Selbstblockade des deutschen Geistes“ in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 16. und 19. Januar bloß. Kyser bedauert, daß der Hauptausschuß gelegentlich der Beratung über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums „dieses merkwürdige Verfinsterungsphänomen der deutschen Geistessonne“ (die Bücherblockade) nicht einer schärferen Prüfung unterzogen habe. Die Erwartung scheint ihm begründet, daß unser Reichsministerium des Innern von sich aus die nicht bedeutungslose Frage stelle, ob das Auswärtige Amt nicht im Besitze eines erdrückenden Materials über die geistige Absperrung unserer Auslandsdeutschen, über den durch Büchermangel beschleunigten Rückgang unserer Auslandsschulen, über die Klagen unserer Auslandsbibliotheken, über die außerordentliche Verschlechterung unseres Auslandsbuchmarktes und über eine von den Ausfuhrbestimmungen umgebogene und umgetroffene kulturelle Auslands politik wäre. Kyser fordert darum im Namen der größten deutschen Schriftstellerberufsorganisation von unserem Parlament wie von unserer Reichsregierung eine nachträgliche genaueste unparteiische Prüfung, ob es im Interesse unseres durch die langen Kriegsjahre so schwer geschädigten geistigen Ansehens ist, das deutsche Buch, das künstlerische wie das wissenschaftliche, weiterhin nur als Ware zu betrachten, es dem Profitbedürfnis von Händlern aufzuopfern und die unanschätzbare Wirkung des freien Wettbewerbs der deutschen Geisteswerke künstlich einzudämmen. „Es gibt keine unaufdringlichere Form praktischer und uns die feindlichen Völker langsam zurückerobernder Kulturpolitik, es gibt kein legitimeres Mittel des Wiederaufbaus einer zerstörten weltumspannenden Geistigkeit als die sofortige Aufhebung jeglicher Ausfuhrbelastungen für das deutsche Buch, das immer nur von seinem eigenen Wert getragen, der beste und wagemutigste Pionier der deutschen Sache im Auslande gewesen ist.“

Ja wenn wenigstens ein Teil der aus der Ausfuhrverordnung entstehenden Valutagewinne wieder der Allgemeinheit zugute käme, etwa durch Überweisung an die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft, und zur Anschaffung ausländischer Literatur diene, wie es Dr. Deck im obengenannten Artikel vorschlägt! Doch wo bleiben die Valutagewinne? Kyser rechnet darüber ab: Die Kosten der Außenhandelsnebenstelle werden durch

Gebühren in der Höhe von 2 % von dem Rechnungsbetrag der Auslandslieferungen aufgebracht. Nach Abzug dieser Kosten ist ein Überschuß von rund 1½ Millionen geblieben. Außerdem ist aus der Ausfuhrverordnung ein Valutamehrerlös entstanden, der für die verflossene Zeit mehr als 75 Millionen betragen dürfte. Von diesen Millionen bekommt die deutsche Öffentlichkeit, die den politischen und moralischen Schaden durch den Rückgang der deutschen Bücherausfuhr zu tragen hat, nichts zu sehen, denn die Verleger haben sich bereits mit den Sortimentern, die beim Verkauf ins Ausland überhaupt kein Risiko laufen, über die Teilung dieses Gewinnes geeinigt; die Gebührenüberschüsse von 1½ Millionen kommen Buchhandelsorganisationen, einzelnen Produzentengruppen und Angestelltenvereinigungen zugute. Für die Schriftsteller, die das Buch geistig schaffen, hatte man nur 100000 Mark als Beitrag für die Unterstützungskassen aller Schriftsteller und Komponisten Deutschlands übrig, bis der Schutzverband deutscher Schriftsteller gegen die Verteilung Einspruch erhob. Kyser nennt es mit Recht einen unsozialen, ungerechten und unnatürlichen Zustand, daß die produktiven Kräfte unseres Volkes, die in mühseliger Arbeit das deutsche Buch schaffen und die geistige Nahrung säen und pflegen, in wirtschaftlichem Produktionsprozeß zugunsten der Händler entrechtet werden. Die Stimme ihrer Not werde ebensowenig gehört wie die Stimme ihres Gewissens. Man sperre ihre Arbeit vom Ausland ab und schädige sie wirtschaftlich doppelt durch die hohen Bücherpreise im Auslande, an denen der Verfasser keinen Anteil hat, und durch die Bücherblockade, die den Absatz seiner Werke ins Ausland künstlich verhindere. Kyser fordert schleunigste Aufhebung der Valutaverordnung und der Notstandsordnung, die dem Sortimentsbuchhandel unverdiente Gewinne zukommen läßt, ferner Beseitigung der Stelle des Reichsbevollmächtigten der Außenhandelsniederstelle für das Buchgewerbe, den er einen umgekehrten Lloyd George nennt — noch besser wäre gewesen, einen umgekehrten Lord Northcliffe — als eines mit unmittelbaren Machtbefugnissen ausgestatteten Blockadechefs, nämlich der Selbstblockade des deutschen Geistes.

Die Ausfuhrverordnung für Bücher im Reichstag.

Im Reichstag gab während der Aussprache über den Haushalt des Auswärtigen Amtes die Klage des Abgeordneten Dr. Braun-Franken über die Schädigung unseres Kulturinflusses durch die Verteuerung des deutschen Buches im Auslande dem Reichsminister Dr. Simons Gelegenheit zu näheren Ausführungen über die Ausfuhrverordnung für Bücher. Dr. Simons erörterte die Schwierigkeiten, die sich der Ausfuhr deutscher Bücher heute entgegenstellen und wies darauf hin, daß er auf die Gefahren, die dem deutschen Bücherhandel infolge unserer schlechten Valuta drohten, rechtzeitig hingewiesen habe. Allerdings habe er bereits im Herbst 1919 dem Vertreter des deutschen Buchhandels nicht Valutazuschläge, wohl aber einen unmittelbaren Bücheraustausch mit dem Ausland vorgeschlagen, damit der deutsche Buchhandel und die deutsche Kulturpropaganda im Auslande nicht gleichzeitig unter der schwankenden Valuta litten. Er lege auch jetzt noch Wert darauf, den Versuch zu einem solchen Bücheraustausch mit dem Auslande zu machen, obwohl die Schwierigkeiten inzwischen größer geworden seien. Über die Wichtigkeit der Kulturpropaganda mit Hilfe des deutschen Buches seien sich alle Kreise einig. Der Minister bedauerte besonders, daß Österreich infolge seiner ungünstigen Währungsverhältnisse immer mehr von dem deutschen Geistesleben abgedrängt werde, so daß man dort bald kaum noch in der Lage sein werde, deutsche Bücher zu kaufen. Diesem Zustand müsse man mit Nachdruck entgegenreten.

Bei der Verabschiedung des Haushaltes faßte der Hauptausschuß den erfreulichen Beschluß, für die Förderung deutscher Schul- und Unterrichtszwecke im Auslande, sowie für die Unterstützung von deutschen Büchereien und anderen im Auslande bestehenden wissenschaftlichen Unternehmungen 8,5 Millionen Mark zu bewilligen. Bei der weiteren Aussprache über die Auslandsschulen betonte der Reichsminister, daß ihm die Schul- und Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes besonders am Herzen liege. Es habe sich auf diesem Gebiet gezeigt, daß das Regionalsystem doch nicht alle Aufgaben löse, und er habe es nach seinem Amtsantritt für richtig gehalten, eine Zusammenfassung dieser Fragen in einer Abteilung vorzunehmen. Die Versorgung der deutschen Auslandsschulen mit Büchern und Lehrmitteln werde er sich besonders angelegen sein lassen.

Eine internationale Buchausstellung in Rumänien. Ende Januar wurde in Czernowitz eine Ausstellung eröffnet, die auch für Deutschland eine besondere Bedeutung besitzt, die internationale Bücherschau „Le livre dans l'Europe orientale“, bei der neben den Literaturen der übrigen Völker auch das deutsche Buch als Gast erscheinen wird. Die Ausstellung, die im April nach Bukarest weiterverlegt wird, versucht somit zum ersten Male seit dem Weltkrieg dem Gedanken der Völkerverständigung eine praktische Wirksamkeit auf allgemeiner Grundlage zu geben. Offenbar wird hier eine Anregung aufgegriffen, die auf deutschem Boden zuerst erwachsen ist. Während der Plan selbst, allerdings in verkleinertem Maßstabe, an die große Leipziger Bugra von 1914 erinnert, so lehnt sich die Anordnung nach Liebhaber- und Berufsbibliotheken augenscheinlich an das Vorbild der Ausstellung „Das deutsche Buch“ an, die von der Deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandel in Leipzig im Herbst 1920 in Frankfurt a. M. veranstaltet wurde. Ohne Zweifel wird auch diesmal der deutsche Verlagsbuchhandel neben dem ausländischen zu Ehren bestehen. Für das junge, aufstrebende Rumänien aber, dessen kulturelle Bedeutung unter den heutigen Verhältnissen nicht zu gering eingeschätzt werden darf, ist es ein erfreuliches Zeichen, daß es sich so rasch entschlossen hat, am geistigen Wiederaufbau Europas mitzuhelfen.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Bund der Auslandsdeutschen.

Von den Ortsgruppen.

Heilbronn a. N. Am 19. Dezember 1920 hielten die Auslandsdeutschen eine gemeinsame Weihnachtsfeier ab. Durch sehr reichlich zugeflossene Spenden der Heilbronner Industrie und Bürgerschaft war es dem Vorstand ermöglicht, jedem Kinde ein wertvolles Päckchen mit nützlichen Sachen, sowie Kakao mit Gebäck zu verabreichen. Nach dem Vortrag eines Prologs wies der Vorsitzende in einer Ansprache darauf hin, wie sehr notwendig es sei, gerade jetzt fest im Bund zusammenzuhalten, um die Erfüllung gerechter Ansprüche verwirklicht zu sehen. Heute jedoch sollten einmal alle die große Not und die Sorgen vergessen, um mit den Kindern deutsche Weihnachten zu feiern und froh zu sein. Auch die ins Ausland Ausreisenden sollten in dauernder Verbindung mit der Ortsgruppe bleiben. Der beifällig aufgenommenen Rede folgten nun Theaterspiel der Kinder, Gesangsvorträge, Violinvorträge und sonstige Vorträge. Der wiederum herrliche Verlauf der zweiten gemeinsamen Weihnachtsfeier bildet den besten Beweis für die wohltätige Wirkung solcher Veranstaltungen. Um nun auch den außerhalb der Stadt Heilbronn, meist im Oberamt Künzelsau wohnenden, etwa 280 Mitglie-

am 9. Januar 1921 in Künzelsau eine fast gleiche Weihnachtsfeier abgehalten. Der Vorstand kann stolz darauf sein, hier wie dort volle Befriedigung ausgelöst und den schwergeprüften Familien eine Weihnachtsfreude bereitet zu haben.

Berlin. Eine „Vereinigung ehemaliger St. Petersburger Deutscher“ besteht, wie die „Deutsche Post aus dem Osten“ meldet, und verfolgt rein gesellschaftliche Ziele. Sie ist durch Sängerkreisler und Liedertäfler begründet worden und hält jeden Donnerstag einen Herrenabend, allmonatlich einen Familienabend ab. Auch Deutsche aus andern Städten Rußlands werden aufgenommen.

Der Ausschuß der deutschen Gruppen Alt-Rußland hat sich, wie wir der „Deutschen Post aus dem Osten“, erste Januarnummer, entnehmen, als eingeschriebener Verein gebildet und umfaßt jetzt Vertreter folgender Gruppen, Verbände und Genossenschaften: Baltenverband: Baron Richard von Behr, Silvio Brödrich, Baron von Stackelberg, Deutsche in Kongreßpolen: Adolf Eichler, Schwarzmeer-Gruppe: Pastor Winkler, E. Schmidt, Johann Esau und Karl Römmich, Südkaukasische Gruppe: Erich Bernstein, Wolga-Deutsche: David Grünwald, Sibirische Gruppe: Julius Heming, Nordrussische Gruppe: F. Neumeyer, Anwalt Böhme und Hoffmann. Zum Vorsitzenden wurde Baron Richard von Behr, zu seinem Stellvertreter Edmund Schmidt, und dieser auch zum Geschäftsführer gewählt. Regelmäßige Sitzungen finden Dienstag von 5 bis 7 Uhr statt. Organ des Ausschusses ist die „Deutsche Post aus dem Osten“.

Zu einem Verein der deutschen Wolhynier haben sich die in Deutschland lebenden Kolonisten aus Wolhynien zusammengeschlossen. Nach § 1 seiner Satzungen bezweckt er gegenseitige Hilfeleistung und Förderung, Wahrung gemeinsamer Interessen sowie Mitarbeit an dem Wiederaufbau der Kolonien in Wolhynien. Herr Pastor Althausen-Raschkow wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Den Vorstand bilden die Herren Pastor Rink-Heimthal als Vorsitzender, Dipl.-Ing. Althausen-Berlin als Schriftführer, sowie W. Deringer, Remus und Klatt. Die Mitteilungen des Vereins werden in der „Heimkehr“ veröffentlicht. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 21, bei Herrn Pastor Rink.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

Neue Spruchkommissionen.

Das Reichsministerium für Wiederaufbau erläßt im Reichsanzeiger Nr. 293 vom 24. Dezember 1920 eine Bekanntmachung, derzufolge eine neue Spruchkommission in Düsseldorf für das unbesetzte Gebiet der Rheinprovinz, den besetzten rechtsrheinischen Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf, den Stadt- und Landkreis Neuß, den linksrheinischen Teil des Stadtkreises Düsseldorf und die Provinz Westfalen errichtet wird. Der Geschäftsbereich der Spruchkommission Hamburg wird auf die Gebiete von Lübeck, Mecklenburg-Schwerin und Meklenburg-Strelitz ausgedehnt. Für die Provinz Ostpreußen und die angrenzenden deutsch gebliebenen Gebietsteile der ehemaligen Provinz Westpreußen wird eine neue Spruchkommission in Königsberg i. Pr. errichtet.

Die Beisitzer in der Spruchkommission.

Von einem Rechtsfall erfahren wir aus Mannheim, der wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung weiteste Kreise interessieren wird. In Mannheim war es zu einer Spaltung in der dortigen Ortsgruppe des Bundes der Auslandsdeutschen gekommen. Ein Teil des Vorstandes und der Mitglieder trat aus und gruppierte sich

von neuem um den dort immer noch bestehenden „Rat der Auslandsdeutschen“, während die alte Ortsgruppe sich einen neuen Vorstand wählte.

Auf Betreiben dieser alten Ortsgruppe wurde nun ein Beisitzer der Spruchkommission Karlsruhe, der aus dem Kreise der früheren Ortsgruppe benannt und dann auch ernannt worden war, aus der Liste der Beisitzer gestrichen, weil er zu denjenigen gehörte, die nun außerhalb der neuen Ortsgruppe ständen und nicht mehr als vom Bunde der Auslandsdeutschen vorgeschlagen gelten könne. Dagegen war nun Einspruch erhoben worden und es ist darauf unter dem 17. Januar von dem Landesvertreter für Baden des Reichskommissars für Auslandschäden in Karlsruhe der Bescheid ergangen, daß der gestrichene Name des betreffenden Beisitzers wieder erneut in die Liste der Beisitzer aufgenommen worden sei. Die Streichung in der Liste sei seinerzeit erfolgt, weil angenommen wurde, daß der betreffende Herr mit seinem Ausscheiden aus der Ortsgruppe Mannheim auch aus dem Geschäftsbereich der Spruchkommission Karlsruhe verzogen sei, das habe sich aber als irrtümlich herausgestellt. Die Bestimmung der Beisitzer der Spruchkommission (§ 4) der Bekanntmachung vom 15. November 1919 erfolge zwar auf Vorschlag der berufenen Interessenvertretung, mit der Ausübung des Vorschlagsrechtes sei aber die Mitwirkung der Interessenvertretung erschöpft. Die Berufung im Einzelfalle geschehe durch den Vorsitzenden. Zugehörigkeit zur Interessenvertretung, in diesem Falle zum Bund der Auslandsdeutschen, sei weder Voraussetzung des Vorschlages, noch Voraussetzung zur Berufung zur Einzelsitzung.

Antworten auf kleine Anfragen.

Auf die Anfrage der Abgeordneten Warmuth und Laverenz, Nr. 485 („Der Auslandsdeutsche“ 1921, Seite 22) wird geantwortet, daß eine besondere Entschädigung von Hypothekengläubigern aus den Schutzgebieten für Verluste, die sie bei der Einziehung der Hypotheken infolge der Geldentwertung erlitten haben, nicht in Frage kommen könne, da es sich hierbei um eine allgemeine Kriegsfolge handle, die gleicherweise die Hypothekengläubiger im Inland wie in den Schutzgebieten trifft und von diesen getragen werden müsse, soweit nicht das Ausgleichsverfahren Platz greift.

Die kleine Anfrage des Abgeordneten Mende, Nr. 470 („Der Auslandsdeutsche“ Seite 757) wird dahin beantwortet, daß Liebesgaben aller Art, die aus dem Ausland nachweislich als Geschenk zum eigenen Bedarf der Empfänger eingehen, ohne Bewilligung zur Einfuhr zuzulassen sind. Die Zulassung erfolgt ohne Rücksicht auf den Inhalt und ohne Rücksicht auf das Gewicht der Sendung. Hinsichtlich der Einfuhr von Lebensmittelpaketen, die nicht als Liebesgabe anzusprechen sind, hat der Reichsminister für Ein- und Ausfuhrbewilligung eine Bestimmung erlassen, derzufolge die Zollstellen ermächtigt sind, solche Pakete zum eigenen Gebrauch der Einführenden im Rohgewicht von 50 kg ohne Einfuhrbewilligung zuzulassen. In diesen Paketen dürfen Margarine, Schmalz, Gebäck, Teigwaren, Zuckerwaren, Kaffee, Tee, Kakao und Schokoladewaren bis zum Gewicht von 1 kg, sowie Seifen, Kerzen und Stärke bis zu 2½ kg enthalten sein. Nicht enthalten sein dürfen Butter, Fleisch, Fleischwaren, Speck, Zucker und einige namentlich aufgezählte Genußmittel. Demnächst soll auch die Einfuhr von Fleisch, Fleischwaren, Speck, Schmalz, Teigwaren und Zucker ohne Beschränkung von 1 kg im Posttransport mit einem Rohgewicht von 5 kg zugelassen werden.

In der Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Dusche Nr. 461 (Der Auslandsdeutsche, Seite 715), werden vom Reichs-

ministerium für Wiederaufbau die angeführten Tatsachen zugegeben, insbesondere wird die unwürdige Behandlung, der die Deutschen beim Abtransport aus Samoa ausgesetzt waren, betont und des weiteren angeführt, daß nach dem Friedensvertrage die in den deutschen Kolonien zurückgebliebenen Deutschen heimgeschafft, ihre Güter, Rechte und Interessen liquidiert werden können. Die neuseeländische Verwaltung in Samoa hat von diesem Recht in umfassendster Weise Gebrauch gemacht und am 8. Mai 1920 eine Verordnung erlassen, derzufolge die in Samoa zurückgebliebenen Deutschen — etwa 300 an der Zahl — heimgeschafft und ihr Eigentum liquidiert werden sollte. Eine Ausnahme wurde nur für die mit Einwohnern von Samoa verheirateten gemacht. Mitnehmen durften die Deutschen nur ihre persönlichen Effekten und etwa 800 Mark, die ihnen bei der Einschiffung in deutschem Papier- und Silbergeld ausgezahlt wurden. Die Heimschaffung, die erst für Ende Juni angekündigt war, fand tatsächlich schon am 16. Juni statt. In den letzten Stunden mußten die Deutschen noch über ihr zurückgelassenes Eigentum Listen anfertigen, die naturgemäß nur wenig vollständig sein konnten, da in der kurzen Zeit nicht genügend Unterlagen zu beschaffen waren. Die Reichsregierung hat wiederholt eindringliche Vorstellungen bei der britischen Regierung erhoben, aber alle diesbezüglichen Schritte sind bis jetzt erfolglos geblieben. Die britische Regierung hat sich darauf beschränkt mitzuteilen, daß die Zulassung von Deutschen in den ehemaligen Schutzgebieten bis auf weiteres, abgesehen von ganz besonderen Ausnahmefällen, grundsätzlich nicht gestattet werde.

In seiner Antwort auf die Anfrage (Nr. 148) der Mitglieder der Deutschen Volkspartei („Der Auslandsdeutsche“ 1920, S. 532) wird vom Reichsministerium die Tatsache der Werbung für die französische Fremdenlegion im besetzten Gebiet, sowie die Tatsache, daß vielfach Deutsche in diese eintreten, zugegeben. Gleichzeitig aber wird darauf hingewiesen, daß es an einer Handhabe fehlt, um den freiwilligen Eintritt volljähriger Personen in die Fremdenlegion zu unterbinden, wenn auch festgestellt wird, daß ein Recht Frankreichs auf die Werbung im besetzten Gebiet tatsächlich nicht besteht und der Artikel 179 des Friedensvertrages keine Verpflichtung Deutschlands, derartige Werbungen zu dulden, begründet. Mit Aussicht auf Erfolg können diese in erheblichem Umfang erfolgenden Anwerbungen nur dann zum Gegenstand der Beschwerde bei der französischen Regierung gemacht werden, wenn sich einwandfrei nachweisen läßt, daß französische Beamte und Behörden dabei beteiligt sind oder daß die Anwerbungen auf Veranlassung oder mit Wissen und Willen der französischen Regierung stattgefunden haben. Derartige Feststellungen werden aber durch die besonderen Verhältnisse, die in den Rheinlanden zurzeit bestehen, nahezu unmöglich gemacht. Soweit Minderjährige ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters in die Fremdenlegion eingereiht sind, wird auf diplomatischem Wege ihre Freimachung betrieben, auch hat die französische Regierung neuerdings die Vorschriften für die Anwerbung Jugendlicher zum Dienst in die Fremdenlegion dahin geändert, daß alle sich meldenden Personen, soweit sie nicht im Besitze von Ausweispapieren sind, eine ausdrückliche Erklärung unterzeichnen müssen, daß sie mindestens 20 Jahre alt sind.

Was den Mädchenhandel anbelangt, so haben sich bis jetzt keine einwandfreien Feststellungen machen lassen. Sollten die weiteren Beobachtungen bestimmte Anhaltspunkte geben, so sollen die nötigen Schritte unternommen werden.

Auf die Anfrage (Nr. 441) der Herren Dr. Runkel und D. Everling erwidert das Auswärtige Amt, daß es zum

Schutze der Deutschen, die Frankenschulden gegenüber Schweizer Gläubigern haben, ein Abkommen mit der Schweiz geschlossen habe (Reichsgesetzblatt vom 10. Dezember 1920). Die Schweiz empfehle ihren Gläubigern Banken, von überstürzter Eintreibung der Schulden der Internierten Abstand zu nehmen und Erleichterungen in der Zinszahlung zu gewähren. Die Schweiz empfehle ferner, Nahrungsmittellieferungen nach Deutschland sich mit Warenlieferungen aus Deutschland bezahlen zu lassen und auch hier überstürzte Beitreibung der Schulden zu vermeiden.

Die kleine Anfrage der Abgeordneten Leuthäusser und Genossen, Nr. 497 („Der Auslandsdeutsche“ 1921, Seite 22) wird dahin beantwortet, daß nach Maßgabe der Richtlinien vom 9. Januar 1920 den aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Deutschen für ihre Sachschäden Vorschüsse und Beihilfen in Höhe von drei Viertel des festgestellten Schadens und außerdem in Fällen erheblicher wirtschaftlicher Bedrängnis auch Unterstützungen bis zu 10000 Mark gewährt werden können.

Die Anfrage Nr. 398 von Abgeordneten der Deutschen Volkspartei (Der Auslandsdeutsche, Seite 723) wird vom Reichskommissar Stücker in eingehendster Weise beantwortet. In seinen Ausführungen weist er auf die Schwierigkeiten hin, die in der Frage der Heimschaffung der Kriegsgefangenen der Reichsregierung erwachsen waren und erwachsen, da nach Artikel 219 des Friedensvertrages den Franzosen formell das Recht zusteht, solche Kriegsgefangenen und Zivilinternierte, die Strafen wegen anderer Vergehen als solche gegen die Disziplin verwirkt haben oder verbüßen, in Gefangenschaft zurückgehalten werden können. Bereits am 10. Mai 1919 hat die Friedensdelegation sich der Sache angenommen und die Versuche, auf die französische Regierung einzuwirken, sind bis jetzt fortgesetzt worden, leider ohne bis jetzt das gewünschte Resultat zu haben. Augenblicklich handelt es sich noch um etwa 250 Personen, von denen etwa 50 im eigentlichen Spezialdepot Avignon, weitere 150 in dem Arbeitslager Cuers und einige in dem Arbeitslager Agay interniert sind. Diese Gefangenen werden mit Geld, Bekleidungsstücken, Unterwäsche, Zigaretten, Büchern usw. unterstützt. Die Reichsregierung bemüht sich nach wie vor auf das Angestrengteste, die Heimsendung der in Avignon und den beiden Nebenlagern zurückgehaltenen Gefangenen herbeizuführen.

Eine neue Anfrage.

Dr. Freiherr von Lersner fragt (Nr. 603) in einer kleinen Anfrage, ob die Regierung bereit sei, in Bälde eine Liste derjenigen Personen und ihrer Bezüge vorzulegen, die neben den Beamten und Angestellten des Auswärtigen Amtes im Ausland im Auftrag innerer Behörden und zur Bearbeitung von Spezialfragen tätig seien, damit die politische und finanzielle Notwendigkeit solcher Zuteilungen im Einzelfalle nachgeprüft werden könne.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Zulassung von Ausländern an deutschen Hochschulen.

In einem Aufsatz der „Magdeb. Zig.“ befürwortet Professor Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorf die Zulassung von Ausländern an den deutschen Hochschulen, wenigstens für die geisteswissenschaftlichen Fächer, im weitesten durch die heutigen Wohnungs- und Raumverhältnisse gegebenen Umfange. Er habe in Berlin die besten Erfahrungen damit gemacht, und führte als Beispiel an, daß er von einem Schüler aus Südafrika kürzlich rund 100000 Mark für die Berliner Staatsbibliothek erhalten habe, die auf seinen Aufruf hin dort als Dankspende für die deutsche Wissenschaft gesammelt sind.

Bei der Besprechung des Haushalts des Auswärtigen Amtes im Hauptausschuß des Reichstags gab der Reichsminister Dr. Simons bekannt, daß das Auswärtige Amt eine Rundfrage an die Universitäten habe ergehen lassen, um festzustellen, wo noch Platz für die Aufnahme von Ausländern sei. Es sei gelungen, eine Besserung der Verhältnisse zu erzielen.

Polnische Theatervorstellungen in Berlin sind vom Polizeipräsidium verboten worden. Es besteht in Berlin ein polnisches Nationalkomitee, das durch eine Warschauer Theatertruppe derartige Vorstellungen veranstalten wollte. Das Auswärtige Amt verbot entschieden die Vorstellungen, was von der Berliner Presse auf die deutschfeindliche Haltung der erwähnten Polenorganisation zurückgeführt wird, die offenkundig für die Los-trennung Oberschlesiens von Deutschland hinarbeite. Auch sonst wäre das Verbot gerechtfertigt, denn die stets zu fordernde Gegenseitigkeit ist in diesem Falle durchaus nicht verbürgt. Man braucht sich nur auszudenken, was für ein Sturm in der polnischen Presse entstände, wenn eine deutsche Truppe in Warschau oder Lodz spielen wollte, was doch angesichts des guten Valutastandes der deutschen gegenüber der polnischen Mark an sich ein leichtes wäre. Gerade gegenüber Polen ist die volle Gegenseitigkeit zu fordern. Solange Polen nicht einmal deutsche Schulen und die deutsche Sprache als Recht der Minderheit anerkennt, wird man ihm auch keine polnischen Theatervorstellungen in Berlin zuzugestehen brauchen.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Für England-Deutsche!

Das in London W. C. 2, 27. Chancery Lane, arbeitende „Friends' Emergency and war Victims' Relief Committee“ teilt dem Deutschen Ausland Institut mit, daß es seine Arbeiten abzuschließen gedenke, da es bei längerem Zuwarten immer schwerer werde, das von Deutschen in England zurückgelassene Gepäck und ähnliches aufzufinden und den Inhabern zuzustellen. Das Committee wird daher Bitten um Unterstützung nur mehr bis zum 1. April 1921 annehmen.

Für die Deutschen aus der Türkei.

Wir entnehmen den Mitteilungen des „Bundes der Asien-Kämpfer“ vom 17. Januar d. J., daß die deutsche Regierung und die ägyptische Regierung über die Regelung der deutschen und ägyptischen Schulden und Forderungen verhandeln. Es erscheint zweckmäßig, daß die Deutschen, die Forderungen in Ägypten haben, diese sofort anmelden.

WIRTSCHAFTLICHES

Deutsche Handelskammern im Auslande.

Die deutsche Handelskammer in Valparaiso schreibt uns zu unseren Bemerkungen Jahrg. III, Seite 661, das folgende über die Aufgaben einer deutschen Außenhandelskammer (eine deutsche Firma hatte sich darüber beschwert, daß ihr Wunsch nach einer sie hier vertretenden Firma allen unseren Mitgliedern mitgeteilt sei. Zeitungen haben diese Anklagen aufgegriffen und sie der Öffentlichkeit mitgeteilt. Wir hatten sofort die Handlungsweise der Handelskammer als durchaus richtig bezeichnet):

„Die deutschen Außenhandelskammern und wirtschaftlichen Vereinigungen im Auslande sind hervorgegangen aus privaten Zusammenschlüssen deutscher Kaufleute im Auslande, die sich während des Krieges zum gemeinsamen Kampf gegen die schwarzen Listen und andere feindliche Maßnahmen zusammengetan haben. Unter erheblichen finanziellen Opfern ist versucht

worden, durch Versorgung der fremden Zeitungen mit deutschfreundlichen Nachrichten, Erneuerung der Patente usw. das Schwerste von dem deutschen Handel abzuwenden.

Aus dem Ebengesagten geht hervor, daß diese Institutionen privaten Ursprungs sind. Wenn sie auch mit den deutschen amtlichen Auslandsvertretungen naturgemäß in engster Fühlung stehen, so sind sie doch keinesfalls Reichsstellen, welche ihre Weisungen von Berlin empfangen. Sie vertreten in erster Linie die Interessen der in ihrem Bezirk ansässigen deutschen Wirtschaftskreise. Die Außenhandelskammern sämtlicher übrigen Staaten sind übrigens nach dem gleichen Prinzip, als dem einzig möglichen, aufgebaut.

Darüber hinaus wird natürlich alles versucht, um die Geschäftsbeziehungen mit Deutschland zu heben und zu fördern. Ein so weitgehendes Interesse dafür vorhanden ist, so ist doch jedem, der die Verhältnisse bei Handelskammern überhaupt kennt, von vornherein klar, daß dies auf keinen Fall zu einer Bevorzugung bestimmter Firmen führen darf. Eine Handelskammer ist keine Auskunftstelle und auch keine Stelle, die Geschäfte einzelner vermittelt. Wenn beispielsweise, wie in vorliegendem Falle, ein deutscher Fabrikant uns bittet, ihm eine Vertreterfirma zu benennen, so können wir dies wohl den zu uns gehörigen Interessenten mitteilen und sie auffordern, die dargebotene Verbindung aufzunehmen. Wir können aber nicht bestimmte, oder wie in diesem Falle gar verlangt wurde, einen bestimmten Namen nennen. Dies wäre ein Eingriff in das private Geschäftsleben, in das sich nicht einzumischen erster Grundsatz einer Organisation sein und bleiben muß, die den Interessen aller dienen soll.

Vielfach hat man es unternommen, Adreßbücher seitens der Handelskammern zu schaffen, die alle deutschen Firmen des betreffenden Landes umfassen und wobei dann die völlige Parität gewahrt wird. Diese Arbeiten, die auf manche Schwierigkeiten stoßen, sind noch nicht überall beendet.

Wenn im übrigen bemängelt wird, daß die Mitteilung in gedruckter Form als „Schema F“ gemacht wurde, so kann dabei von Bürokratismus keine Rede sein. Die schweren Zeiten, die der deutsche Handel überall in der Welt durchgemacht hat, haben uns genötigt, jede nicht notwendige Ausgabe zu vermeiden und möglichst sparsam mit Arbeitskraft und Zeit umzugehen.“

Wohnungsnot in Prag und deutsche Reisende.

Für die Deutschen, die aus der Provinz kommen und in geschäftlicher oder amtlicher Eigenschaft vorübergehend Prag besuchen, hat die Deutsch-Demokratische Freiheitspartei in Prag II Graben 23 ein Wohnungsamt eingerichtet, das Übernachtungsgelegenheit vermittelt. Seine Benutzung empfiehlt sich auch für Reichsdeutsche, die in Prag in den überfüllten Hotels schwer unterkommen können.

Ein Sieg der deutschen Industrie.

Englische Blätter halten sich sehr darüber auf, daß zum erstenmal seit dem Abschluß des Waffenstillstandes Deutschland gegenüber der englischen Konkurrenz große Aufträge eines britischen Dominiums erlangt habe. Bei dem ausgeschriebenen Wettbewerb habe das niederste englische Angebot £ 680 000, das deutsche dagegen nur £ 400 000 betragen. Obendrein versprachen die Deutschen schnellste Lieferung, während die englischen Ingenieure mit Rücksicht auf die Lage am Arbeitsmarkt keine Zeitgarantie übernehmen wollten.

Russischer Handel.

Bolschewistische Blätter stellen fest, daß sich der gesamte Handel der Provinzen Samara und Simbirsk in Händen eines sogenannten Kolonistenverbandes befindet, der im April 1920

mit 3500 Mitgliedern gegründet wurde. Diese Mitglieder seien ausschließlich ehemalige deutsche Kriegsgefangene und deutsche Kolonisten russischer Staatsangehörigkeit.

In Reval ist im Elektrizitätswerk eine neue Kraftmaschine aufgestellt worden, die von Deutschland geliefert wurde, zwei Millionen Reichsmark ko-tete, um die Hälfte weniger Brennstoff gebraucht als die frühere Maschine und erheblich billiger und weit besser arbeitet. Die Montierung der Maschine dauerte einen Monat.

Einfuhrschwierigkeiten nach Palästina.

Welchen Schwierigkeiten die Einfuhr deutscher Waren begegnet, illustrieren am besten die Darlegungen, die wir dem Briefe eines Palästinadeutschen an das Deutsche Ausland-Institut entnehmen:

„Es dürfte im Interesse des deutschen Handels liegen, darauf hinzuweisen, daß die Zollbehörden in Palästina die in Papiermark ausgestellten deutschen Fakturen für nach Palästina gelieferte Waren als in Goldmark ausgestellt zur Grundlage der Zollerhebung nehmen, die Empfänger also anstatt der vorschriftsmäßigen 11 % Zollgebühren auf die Papiermark solche auf Goldausrechnung, d. h. anstatt 11 % mehr als 100 % Zoll bezahlen müssen. Nur ein Beispiel dafür: Eine Faktura über 1200 Mark würde, zum Kurs von 5 Piaster pro Mark umgerechnet, 6000 Piaster ergeben, worauf 660 Piaster Zollgebühren zu zahlen wären. Nehmen wir als heutige Valuta rund 300 Mark für 1 engl. £ oder für 1 ägypt. Lira von 100 Piastern an, so würden die 1200 Mark nur 400 Piaster ergeben, worauf nur 44 Piaster Zollgebühren zu bezahlen wären und nicht, wie oben angeführt, 660 Piaster, d. h. rund an 2000 Mark auf 1200 Mark — also 1980 Mark Einfuhrzoll auf 1200 Mark Wert der eingeführten Waren. Dadurch wird natürlich eine Steigerung deutscher Einfuhr nach dem Heiligen Lande, die die Rückkehr der Palästinadeutschen unbedingt mit sich bringen würde, fast zur Unmöglichkeit. Zur Behebung der Schwierigkeiten schlägt unser Gewährsmann vor: 1. Zollfakturen in ägypt. Piastern auszustellen, wobei der Einfachheit halber beim Stand der heutigen Valuta die Mark zu $\frac{1}{2}$ Piaster umgerechnet werden könnte, oder 2. die Zollfakturen in engl. £ auszustellen.“

Nach Bekanntgabe obiger Notiz in unserer Presse-Korrespondenz schreibt der „Schwäb. Merkur“ vom 4. Februar:

„Aus Handelskreisen wird der ‚Telegraphen-Union‘ mitgeteilt, daß unser Hinweis, bei Sendungen nach Palästina die deutsche Mark in $\frac{1}{2}$ Piaster umzukalkulieren, nicht zu empfehlen sei. Das ägyptische Pfund werte $2\frac{1}{2}$ % höher als das englische, ein ägyptisches Pfund = 100 Piaster seien also nach dem sehr erheblichen Kursrückgang des englischen Pfund gegenüber der Mark in den letzten Wochen immer noch etwa 200 Mk., zwei Piaster also etwa 1,15 Mk. Man offeriere nach Palästina am besten in englischen Pfund.“

Wie dem „Tag“ aus Batavia geschrieben wird, erregte die Ankunft des ersten deutschen Dampfers „Hamburg“, der mit eisernen Röhren beladen dort ankam, großes Aufsehen. Die deutsche Mark stieg von $4\frac{1}{2}$ auf 6 Gulden für 100 Mark. Allgemein sei die Meinung verbreitet, ohne deutsche Waren komme man eben doch nicht aus. Die Aufträge, die die Firmen nach Amerika vergeben hätten, seien größtenteils annulliert worden, weil die Waren zu schlecht seien, der Dollar steht freilich auch auf $3\frac{1}{2}$ Gulden!

Deutsche Tätigkeit in Argentinien.

Bei der Mitgliedsversammlung des deutschen Wirtschaftsverbandes für Süd- und Mittelamerika sprach auch

der als Fachkenner bekannte Dr. Pfannschmidt über deutsche Aussichten in Argentinien, das er eines der teuersten Länder der Welt nannte, weil die Regierung gegen die Vertristung und ewige Preistreiberei nicht vorgehe. Unruhen und Streiks seien an der Tagesordnung nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft. Im Ackerbau hätten die Ausfuhrprodukte gute Aus-sichten, auch die Industrie, die an landwirtschaftliche Produkte anschließe, werde wohl gute Geschäfte machen können. Empfehlenswert sei die Beschickung der im nächsten Jahr in Buenos Aires stattfindenden Fachaussstellung für Maschinen landwirtschaftlicher Art. Der Redner empfahl eine Beteiligung Deutschlands an den Ölmühlen, an der Schaf- und Schweinezucht, am Zuckerrübenbau und an der Küstenschifffahrt. Mit Waren nichtdeutscher Herkunft habe Argentinien schlechte Erfahrung gemacht. Deutsche Waren seien geachtet, doch ohne die berichtigten deutschen Lieferungsbedingungen. Der eben aus Südamerika zurückgekehrte Medizinerprofessor Dr. Krause setzte sich tatkräftig für eine deutsche Propaganda in Argentinien ein.

Beurteilung deutscher Waren-

Verurteilung deutscher Geschäftspraktiken in Brasilien.

Dem Briefe eines deutschen Arztes, der die Verhältnisse im Staate Rio Grande auf Grund ausgedehnter Praxis und verwandtschaftlicher Beziehungen zur einheimischen Bevölkerung besonders gut kennt, entnehmen wir die folgenden Darstellungen:

„Ich bin nun seit mehr als einem Jahre wieder hier in meiner alten Praxis und habe sehr viel zu tun, auch in brasilianischen Kreisen. Die Feindseligkeit der Brasilianer gegen uns ist seit Friedenschluß offiziell aufgehoben. Wie sie im Inneren zu uns stehen, ist fraglich. Ich glaube, daß bei irgend einer Gelegenheit die alte Feindschaft wieder aufflammt, und daß ein dauernd gutes Verhältnis zwischen uns und ihnen niemals herauskommt . . .

Deutsche Waren sind sehr begehrt hier. Die Bezeichnung ‚deutsche Ware‘ ist eine Reklame. Mit den Geschäftspraktiken allerdings, wie sie jetzt drüben üblich sind, ist man sehr unzufrieden (Nichteinhalten der Lieferung, Änderung der Preise nach Abschluß usw.), ebenso mit den hohen Preisen, Aufschlägen und Ausfuhrzöllen. Unter diesen Verhältnissen können die deutschen Waren nicht mehr mit den amerikanischen konkurrieren. Die Folge ist die Annullierung vieler Aufträge. Heute erzählte mir ein Großkaufmann, daß er für 15 schlechte Kisten 4500 Mark Zuschlag habe zahlen müssen. Es kommt also jede Kiste, die früher nichts kostete, auf 300 Mark. Er hat daraufhin eine große Bestellung im Werte von mehr als 400 000 Mark rückgängig gemacht.“

Rio de Janeiro. Der Verband deutsch-brasilianischer Firmen hielt am 27. November 1920 in den Räumen der „Gesellschaft Germania“ seine ordentliche Hauptversammlung ab. Durch 30 anwesende Herren wurden dabei 127 von den zureit insgesamt 162 Mitgliedern vertreten.

Den Hauptverhandlungspunkt bildeten, wie wir der „Deutschen Zeitung von São Paulo“ entnehmen, die neuen Satzungen, die nach eingehender und teilweise recht lebhafter Debatte schließlich mit einigen Änderungen und Zusätzen zu dem vom Satzungsausschuß ausgearbeiteten Entwurf angenommen wurden und nunmehr das neue Grundgesetz für die Arbeiten des Verbandes bilden werden.

Erfreulicherweise hat sich der Verband seit seinem Wiederaufleben im Januar 1920 außerordentlich kräftig entwickelt. Er spielt schon heute im geschäftlichen Leben der Hauptstadt und ganz Brasiliens eine höchst beachtliche Rolle.

BRIEFE AUS DEM AUSLAND

Römischer Brief.

Aus Rom schreibt man uns:

Zu einer hübschen Weihnachtsfeier fand sich die Deutsche Kolonie in Rom am 26. Dezember zusammen. Überraschend lebhaft war der Besuch dieser Veranstaltung, deren Urheber der verdienstvolle deutsche Hilfsverein war; auch der Stimmung und dem äußeren Auftreten merkte man an, daß das Deutschtum in Rom aus den ersten schwersten Zeiten heraus ist, wenn auch die Lage keineswegs glänzend sein kann. Weihnachtsbaum und Weihnachtslied, Gesangsvorträge, Ansprachen und vor allem der Jubel der vielen blonden und rosigen Kinder über den Nikolaus mit seinem „Krabbelsack“ voll guter Dinge, gaben die richtige Stimmung. Eine Verlosung von vorwiegend künstlerischen Gegenständen, wie sich das in Rom gerade leicht ergibt, und eine humorvoll geleitete Versteigerung beschlossen den Abend. Der geräumige hübsche Saal der neuen Botschaftsräume in der Via Toscana gab den geeigneten Rahmen. Der Botschafter, Herr von Beerenberg-Geßler, mit Gemahlin, und Botschaftsrat von Hasselt waren ebenfalls anwesend.

Schon zweimal in diesem Winter vereinigten sich die Deutschen Roms in diesen Räumen zu größerer Veranstaltung: das einmal hatten der Botschafter und seine Gemahlin die deutsche Kolonie zu einem Tee eingeladen, der angeregt und angenehm verlief; das zweitemal spielte dort der verdienstvolle Pianist Richard Burmeister zum Besten des deutschen Hilfsvereins.

Die Frage der Rückgabe des deutschen Eigentums, die ja so einschneidend für die Lage vieler Deutscher ist, befindet sich noch immer in einem gewissen Schwebezustand. Zwar ist schon vor längerer Zeit die Verfügung der italienischen Regierung herausgekommen, daß das kleine Eigentum unter 50000 Lire freigegeben wird; da aber die Berechnung des Wertes nach jetzigem und nicht nach Vorkriegswert angesetzt ist, wodurch, bei dem hohen Wert, den jetzt jedes einzelne Möbelstück darstellt, die Freigabe in vielen Fällen illusorisch ist, und da ferner nicht die Beschlagnahme von „Arbeitsgerät“ in weitestem Sinn und von den Bedarfsgegenständen des täglichen Lebens, wie Kleider und Wäsche, aufgehoben wurde, konnte diese Verfügung kaum befriedigen. Sie ist, trotz der entschieden wohlwollenden Absichten der leitenden italienischen Stellen, in den weiteren Kommissionsinstanzen nicht mit gleichem Wohlwollen behandelt worden; insbesondere Mitglieder aus dem Finanz- und Handelsministerium wurden daraufhin sogar vom italienischen „Tempo“ scharf angegriffen und vor allem die Verschleppungstaktik der Kommission getadelt, da sie der Anbahnung freundlicherer Beziehung zu Deutschland hinderlich sei. Einige besonders krasse und abstruse Fälle von Verschleppung und Beschlagnahme (noch zu Beginn von 1920) wurden namentlich erwähnt; dieser Druck der öffentlichen Meinung hat denn auch einige günstige Folgen gehabt.

Daß die obersten Instanzen von besten Absichten beseelt sind, zeigt die hervorragende Gerechtigkeit und Energie, mit der der Unterrichtsminister Crose (der bekannte Philosoph) das Dekret mit Gesetzeskraft (decreto-legge) über die Rückgabe des Deutschen Zoologischen Instituts in Neapel an den früheren Leiter und Sohn des Begründers, Dohrn, durchgesetzt hat. Zwei Tage lang ist vor dem römischen Senat darüber debattiert worden, wobei neben hitzigen Angreifern, die dieses aus deutschem Geist geborene, von deutschem Geld errichtete und mit deutscher Kunst geschmückte Institut einfach dauernd als italienisches Staatsgut erklärt sehen wollten, auch eine Reihe

von Senatoren zur Verteidigung dieser Rückgabe sich fand. Minister Crose rechtfertigte die Regierungsmaßnahme, die nur den Vorkriegszustand wieder herstelle, u. a. auch mit dem einfachen und schönen Satz, daß er, ebenso wie im Fall der Rückgabe des Deutschen archäologischen Instituts in Rom, auch hier der Ansicht sei, daß das geistige Werk dem gehöre, der es geschaffen habe. Leider sind erneute Angriffe gegen die Regierungsvorfügung im Senat gerichtet worden, und inzwischen hat sogar die Gemeinde Neapel, die sich als Besitzerin ansieht, das Institut einfach beschlagnahmt. Ein Inspektor, den Minister Crose nach Neapel sandte, damit er, angesichts der Drohungen von seiten der aufgehetzten Studentenschaft Neapels, die Verwaltung übernehme, fand sich vor diese Tatsache gestellt. Da mit Gewalt nichts zu machen ist, wird eine gerichtliche Auseinandersetzung unvermeidlich sein; die Auflehnung des Bürgermeisters von Neapel gegen die Regierungsmaßnahme findet scharfen Tadel.

Verfolgen wir ferner, wie Exministerpräsident Nitti in der amerikanischen Presse der Welt die Unsinnigkeit der Deutschland auferlegten Lasten darlegt, so können wir sagen, daß zwar langsam aber doch wirkungsvoll die gerechten Ansprüche Deutschlands in Italien und zum Teil sogar durch Italien anerkannt werden.

Dr. L. R. K.

VERSCHIEDENES

Die „Münchener Medizinische Wochenschrift“

veröffentlicht einen Brief, den der in der Schweiz geborene, in Holland tätige Professor Lanz an den Pariser Internationalen Chirurgen-Kongreß gerichtet hat, nachdem dieser Mitglieder der Zentralmächte ausgeschlossen hatte:

„Geehrter Herr Kollege!

Schweizer von Nationalität, in Holland tätig, also doppelt neutral, hat die Ausschließung der Chirurgen der Zentralmächte aus der Internationalen Gesellschaft für Chirurgie mich doppelt peinlich berührt. Dagegen, daß zwei Jahre nach Friedensschluß ein solcher Beschluß möglich und zur Tatsache geworden ist, kann ich nur schärfstens protestieren und ich kann dies in keiner schärferen Form tun, als indem ich meinen Austritt aus der Gesellschaft erkläre, die durch ihren Beschluß den Anspruch auf die Qualifikation einer internationalen Gesellschaft verloren hat. Die Chirurgen der Zentralmächte sind für den Ausbruch des Krieges ebensowenig verantwortlich wie die Chirurgen der Entente; wie diese haben sie während des Krieges lediglich ihre Pflicht getan. Sie sind dieser Pflicht, wie ich aus vielfacher persönlicher Erfahrung in vielen Lazaretten bestimmt weiß, in aufopfernder, selbstloser Weise nachgekommen, gegen ihre damaligen Feinde genau so gut wie ihren eigenen Waffenbrüdern gegenüber. Sie haben dadurch den Dank, nicht aber die Disqualifikation der Ententekollegen verdient. Die Zeitungen haben gemeldet, daß beschlossen worden sei, die deutsche Sprache als Verhandlungssprache auszuschließen. Auch dagegen kann ich nur schärfstens protestieren, denn das Deutsche ist meine Muttersprache. Der französischen, englischen und italienischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, habe ich bis heute aus Gründen der Höflichkeit mit jedem Kollegen in seiner Muttersprache verkehrt. Gegen den Ausschluß der deutschen Sprache kann ich in keiner schärferen Form protestieren, als indem ich (bis zu dem Tage, an dem Ihr fataler Beschluß aufgehoben sein wird) mit ausländischen Kollegen, die der holländischen Sprache nicht mächtig sind, nur noch in der deutschen, meiner Muttersprache, verkehre.“

Zum Ausschluß der deutschen Chirurgen vom internationalen Chirurgenkongreß.

Dem Protest des in Holland arbeitenden, in der Schweiz geborenen Professors Lanz schließen sich nun weitere namhafte Schweizer Chirurgen durch Veröffentlichung des nachfolgenden Aufrufes an:

Unter dem wahnsinnigen Zerstörungswerk des kulturzerstampfenden Krieges hat auch die völkerverbindende Wissenschaft schwer gelitten. Ihre internationalen Bande sind zerrissen worden und blinder Haß drang auch in gelehrte Korporationen ein. Seit zwei Jahren ist der Krieg der Waffen beendet und es soll Friede sein; Friede vor allem auf den Höhen der Wissenschaft, wo keine Ränkepolitik die Geister trennt. Daß es Zeit ist, jetzt vergessen und vergeben zu lernen und zu gemeinsamer Arbeit die Hände sich zu reichen, das empfinden allerorts hochdenkende Männer und freudig stellen wir fest, daß man sich anschickt, die Schranken niederzureißen; denn wer beginnt nicht einzusehen, daß ein weiter dauernder Unterbruch der internationalen Beziehungen zwischen den Trägern der Kulturarbeit der Kultur der ganzen Welt zum Schaden gereichen muß?

Es war eine hochherzig erhebende Tat, als kürzlich die Professoren der Universität Oxford in einer Kundgebung an die Gelehrtenwelt Deutschlands und Österreichs für die Wiederaufnahme der wissenschaftlichen Beziehungen eintraten und den Wunsch aussprachen, die Gegensätze, welche unter dem Einflusse des Patriotismus während des Krieges entstanden waren, zu vergessen und wieder den gemeinsamen Boden wissenschaftlicher Forschung und geistiger Ideale zu suchen. Freudigen Widerhall hat diese Tat gewiß in allen Ländern gefunden und weitere Nachrichten verkünden uns, daß zu gleicher Zeit man auch anderwärts über die Grenzen hinaus sich wieder sucht. Wir hören, daß in München eine italienische Ärztekommision sich angemeldet hat, um Sauerbruchs Prothesen zu studieren, wir vernehmen, daß in Tokio japanische, deutsche und Schweizerärzte zu gemeinsamen Abenden sich wieder zusammenfinden, und daß die englische Faraday Society deutsche und österreichische Gelehrte zu einer wissenschaftlichen Konferenz in London eingeladen hat. So gehen da und dort die Schlagbäume in die Höhe, damit die Bahn der Wissenschaft frei werde.

Als schrille Dissonanz zu diesem Wiederbeginn harmonischen Zusammenwirkens haben die unterzeichneten Schweizerchirurgen die Nachricht empfunden, daß am internationalen Chirurgenkongreß in Paris der Beschluß gefaßt wurde, die Chirurgen der Zentralmächte aus diesem Verbande auszuschließen. Warum? Nach dem Satze „qui tacet consentire videtur“ werden sie angeklagt, sich solidarisch erklärt zu haben mit dem „Manifest der 93“. Auf dieses während des Krieges erschienene, der Kriegsmentalität entsprungene Manifest hier einzutreten, wäre gleichbedeutend dem Wiederaurollen und Untersuchen der Schuldfragen. Das hier zu tun, sei ferne von uns. Wir konstatieren nur, daß keiner der deutschen Chirurgen dieses Manifest unterschrieben hat, und daß sie deshalb für diesen Erlaß, der später nach besserer Information und ruhiger Überlegung von verschiedenen Unterzeichnern verleugnet worden ist, nicht verantwortlich zu machen sind. Der internationale Kongreß teilt diese unsere Auffassung nicht, sondern betrachtet, wie gesagt, die deutschen Chirurgen von vorneherein als mitschuldig, weil sie das Manifest nicht spontan desavouiert und nicht ein peccavi abgegeben haben. Sonst ist es im Rechtsleben selbstverständlich, daß ein Gerichtshof dem Angeklagten zuerst kund und zu wissen tut, wessen er angeklagt ist und ihm Gelegenheit gibt, sich zu rechtfertigen. Wäre es nicht Pflicht des internationalen Komitees gewesen, bei den leitenden Kreisen der deutschen und

österreichischen Chirurgen zuerst anzufragen, wie sie zu diesem inkriminierten Manifeste, auf welches ein derartiges Gewicht gelegt wird, sich stellen, bevor sie dem Plenum den Ausschluß beantragen? Steht die Stimmung in der internationalen Chirurgen-gesellschaft wie es uns scheint, jetzt noch unter dem störenden Einflusse der Kriegserinnerung, der nationalen Gegensätze oder gar des Völkerhasses, so wäre es nach unserer Auffassung das Richtige, die Kongresse so lange zu suspendieren, bis wieder eine ruhige, unpolitisch internationale, rein wissenschaftliche Atmosphäre herrscht, nicht aber die Angehörigen einer kriegführenden Seite, d. h. die besiegt Darniederliegenden auszuschließen und an ihnen damit einen Strafakt zu vollziehen.

Daß die neutralen Mitglieder des internationalen Kongresses, deren Mission es war vermittelnd und ausgleichend zu wirken, nicht aus diesem Empfinden heraus gemeinsam in offenem Manneswort gegen diesen Gewaltakt Protest einlegten, darüber können die unterzeichneten Schweizerchirurgen nur ihr tiefes Bedauern aussprechen. Wir laden die Chirurgen der neutralen Länder, welche diese Auffassung teilen, ein, durch ihre Mitunterschrift zu bestätigen, daß auch sie das Vorgehen des internationalen Kongresses verurteilen und einem hiemit erhobenen gemeinsamen Proteste dagegen sich anschließen.

Tagung der deutschen statistischen Gesellschaft.

Bei der Tagung der deutschen statistischen Gesellschaft sollte, wie auch wir Blättermeldungen entnommen hatten, Geheimrat Dr. Würzburger über das Vermögen des früheren internationalen Instituts für Statistik berichtet haben, das von einer neu gegründeten internationalen Kommission für Statistik übernommen worden sei, von der man die deutschen statistischen Behörden ausgeschaltet habe. Die Versammlung habe beschlossen, die Reichsregierung um ihre diplomatische Intervention zu ersuchen. Geheimrat Würzburger berichtigt diese Meldung dahin, es sei bei der Versammlung der deutschen statistischen Gesellschaft weder von einer Beschlagnahme eines Vermögens des internationalen statistischen Instituts noch seines Kongreßhauses die Rede gewesen. Das Institut besitze gar kein Kongreßhaus. Auch sei kein Beschluß gefaßt worden, sich an die Reichsregierung zu wenden. Es habe vielmehr nur eine Aussprache über die bereits aus französischen Zeitungen bekannte Einsetzung einer internationalen statistischen Kommission durch den Völkerbund stattgefunden.

Über das Ergebnis dieser Aussprache und die dabei gebrachten Anregungen über eine evtl. Beteiligung der deutschen Statistiker sagt Geheimrat Würzburger in seiner Berichtigung nichts.

Fürsorge für die deutschstämmigen Flüchtlinge.

Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß erließ einen Aufruf zur kirchlichen Versorgung der evangelischen Flüchtlinge in den deutschen Lagern: Jüterboog, Neiß, Heilsberg, Zossen, Altengrabow, Lockstedt, Zeithain und Groß-Porritsch, die Ende 1920 etwa 11 000 Flüchtlinge beherbergten, von denen etwa 2000 auf Altengrabow und 3000 auf Zossen entfielen.

Bei diesen Flüchtlingen handelt es sich in erster Linie um Deutsche, denen durch die Maßnahmen der polnischen Regierung ein Verbleiben in ihrer alten Heimat unmöglich gemacht worden ist, ferner um verdrängte Deutsche oder deutschstämmige Auswanderer aus den baltischen Provinzen, Sibirien, Georgien, der Ukraine und anderen Gebieten des Ostens.

Die Geistlichen der Nachbargemeinden sollten sich der Flüchtlinge seelsorgerisch annehmen.

Wegen der Bereitstellung geeigneter Lektüre sollten die Lagergeistlichen ebenso wie es seinerzeit bei der Beschaffung von Büchern für die heimkehrenden Kriegsgefangenen geschehen

ist, sich an den Leiter der „Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur“, Herrn Direktor F. W. Brepohl in Neuhoß, Kreis Teltow, wenden.

Die Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur teilt hierzu mit, daß sie sofort Bücher zu diesem Zweck bereitgestellt hat, daß sie aber im vollen Umfang den Anforderungen nur gerecht werden kann, wenn ihr von ihren alten Freunden Bücher, Zeitschriften usw., deren man im Hause und in der Familie nicht mehr bedarf, zu diesem Zweck übersandt werden. Sie bittet herzlich darum.

Französische Propaganda im Ausland.

Lernen wir von unseren Gegnern! Der „Excelsior“ vom 25. Dezember berichtet unter der Überschrift „Die Ausfuhr der französischen Kultur“ von einer Erklärung des Leiters der französischen Propaganda im Ausland, Milhaud, der Dienst habe mit der französischen Kriegspropaganda nichts zu tun. Sein Budget belief sich auf 16 Millionen Franken im Jahr, doch wird die Vermehrung der Summe auf 20 Millionen beantragt. Davon werden Kunstausstellungen, Theatervorführungen, Vorträge, kinematographische Vorstellungen im Ausland veranstaltet, 250 Büchereien im Ausland unterhalten und es wird die Schönheit der französischen Landschaft durch eine Abteilung für Touristik und Sport propagandiert. Auch eine medizinische Abteilung gibt es, die das Ausland, soweit es französisch orientiert ist, mit Ärzten und Kliniken, sowie klinischen Einrichtungen versorgt.

Nachdem der italienische Unterrichtsminister die Rückgabe der Zoologischen Station in Neapel an Herrn Prof. Dohrn verfügt hatte, gab es in Neapel erhebliche Unruhen. Die Nationalisten protestierten erregt und die Studenten veranstalteten Kundgebungen, so daß die Universität geschlossen werden mußte. Die Stadt hatte inzwischen die Station mit ihrem wertvollen Bestand von 27000 Bänden Bücherei besetzt, nachdem der Stadtrat die Besitzergreifung beschlossen hatte, da die Stadt Besitzerin und Prof. Dohrn nur Konzessionär gewesen sei. Man kann begierig sein, wie dieser Konflikt zwischen italienischem Unterrichtsministerium und Stadtverwaltung ausgehen wird.

Spanische Fremdenlegion.

Nun hat auch Spanien eine Fremdenlegion.

Dem Deutschen Ausland-Institut, Stuttgart, ging eine vom spanischen Konsul als echt bestätigte Werbekarte zu, die auf der Vorderseite vor einem nordmarokkanischen Städtebild einen in Feldgrau gekleideten Legionär und die Inschrift „Tercio de Extranjeros“ zeigt. Darunter ergeht in spanischem Text eine Aufforderung an alle diejenigen, die den Waffendienst und seinen Ruhm sowie das Leben im Felde lieben, sich in die Listen der Fremdenlegion einzutragen. Der Text der Rückseite, der allerdings in mehr als mangelhaftem Deutsch verfaßt ist, macht bekannt, daß für Aufnahme in die Legion kräftige und gesunde Männer im Alter von 18–40 Jahren in Betracht kommen. Schöne Uniform und gute Verpflegung sowie Möglichkeit der Beförderung zum Offizier werden zugesichert. Die Löhnung soll 4,50 Peseten täglich betragen. Außerdem wird Werbegeld in Höhe von 700 bzw. 500 Peseten für erstmalige Verpflichtung auf 5 bzw. 4 Jahre gegeben. Bei Verlängerung des Vertragsverhältnisses werden weitere Geldprämien gewährt. Von der Ankunft in Spanien bis nach Ceuta, dem Standquartier der Fremdenlegion, bekommen die Freiwilligen neben freier Reise 2,50 Peseten täglich.

Die spanischen Konsulate in Deutschland geben Auskunft, dürfen aber die Anwerbungsverträge selbst nicht ausfertigen. Reisebeihilfen zur spanischen Grenze werden nicht gewährt. Die spanische Regierung nimmt sich der künftigen Legionäre erst an, nachdem sie spanischen Boden betreten haben.

Wenn hieraus auch hervorgeht, daß die spanische Regierung sich, entgegen den französischen Praktiken, größerer Zurückhaltung befleißigt, kann doch nicht eindringlich genug gewarnt werden, in die Legion einzutreten. Aller Voraussicht nach wird diese hauptsächlich im Kampf gegen die verschlagenen Marokkaner verwandt. Der Dienst wird also kaum leichter als bei der französischen Legion werden. Jeder Deutsche sollte sich für zu gut halten, seine Knochen in fremdem Solde zu Markte zu tragen.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Schleswig-Holsteinisches Jahrbuch 1920. Hrsg. von Dr. Ernst Sauer mann. Hamburg: Paul Hartung 1920. 186 S. M. 3 farb. Beilagen, vielen Abb. und 28 Tafeln. 4° M. 20.—.

1920 war das Jahr des Friedens von Versailles, der Abstimmungen vom 10. Februar und 14. März, der Abtretung Nordschleswigs am 16. Juni. Diesem abgetretenen Gebiet ist das Jahrbuch gewidmet, in würdigem, großem Geist, eine wirkliche Darstellung ersten Ranges.

Ein Kalendarium mit vortrefflichen Landschaftsbildern aus Nordschleswig von Joh. Holtz leitet den Band würdig ein. Ohne Sentimentalität, in selbstsicherer Festigkeit, treten diese Höfe, Kirchen und Städte vor uns hin, die unsere Liebe festhalten wird.

Im 2. Teil werden bestimmt und klar die historischen Grundlagen einer wahrhaft gerechten Auseinandersetzung mit den Dänen, werden die Landschaften und Städte dieses Gebietes, die ständischen Verhältnisse der Vergangenheit wie die künstlerischen Leistungen und die geistigen Kräfte der Gegenwart geschildert und die Ausichten für das Deutschum in der Zukunft erörtert. Wohltuend tritt uns hier ein Geist freimütiger, nationaler Festigkeit, menschlicher Weitherzigkeit und feinen Gefühls entgegen.

Ein Denkmal von unersetzlichem Wert bildet der 3. Teil, der in zuverlässiger Sachlichkeit darstellt, was Preußen Deutschland für und in Nordschleswig von 1889–1919 geleistet hat. Erstaunlich und uns selbst kaum bewußt ist, was hier unter

dem Schutz und der Führung eines starken Staates geschaffen worden ist, in der Landwirtschaft wie im Gewerbe, im Bau von Wegen, Straßen, Deichen und Eisenbahnen, wie in der Pflege der Kunst und der verschiedenen Arten von Schulen. Umsichtig ausgewählte Abbildungen geben der sachlichen Darstellung eine überzeugende Anschaulichkeit. In der ansprechenden Form der Schilderung reden die Tatsachen eine deutliche Sprache. So wird genau festgestellt, in welchem Zustande die Dänen Nordschleswig übernommen haben. An diese Darstellung wird jede spätere Auseinandersetzung mit den Dänen anknüpfen.

Teil 4 und 5 berichten über schleswig-holsteinische Kunst und Künstler in der Zeit von 1914–1919. Teil 6 bietet eine sehr wertvolle Zusammenstellung von Werken nordschleswiger Maler auf 28 Tafeln von C. A. Lorenzen (geb. 1749) bis Hans Fuglsang (gefallen vor Reims 27. Juni 1917) und dem noch lebenden Emil Nolde.

Unter den 3 farbigen Beilagen ist der wirkungsvolle Vierfarbendruck der Rendsbürgers Entschliebung vom 3. Juli 1919: „daß Schleswig-Holstein ein untrennbarer Bestandteil von Deutschland ist und bleiben wird“ besonders hervorzuheben. Das Ganze — ein würdiges Denkmal deutscher Gesinnung und Kunst.

Prof. Dr. Fritz Graef, Flensburg.

Martna, M., Stadtrat von Reval, Landtagsabgeordn. von Estland, Mitgl. d. estisch. Delegation. **Estland, die Esten u. die estnische Frage.** Olten: Troesch u. Konem 1919. 200 S. 8°. M. 4.—.

Das Buch, größtenteils während der Okkupationszeit 1918 entstanden, mit einzelnen Zusätzen aus der Zeit nach Abzug der

deutschen Truppen, ist eine maßlos gehässige und entsprechend einseitige Anklageschrift gegen die deutschen Balten. Der Verfasser, Este, Anhänger der Selbständigkeit Eestis und Sozialist, bekämpft den russischen Zarismus und die deutsche Militärmacht mit gleicher Heftigkeit wie den russischen Bolschewismus. Die Darstellung der Balten als Schergen des Zaren bei der Bedrückung des Estenvolkes ist völlig schief und tendenziös, interessant, wenn auch mit großer Vorsicht zu benutzen sind einzelne Materialien zur Geschichte der deutschen Okkupation in Estland. Der rosenrote Optimismus des Verfassers hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Zukunft der selbständigen Republik Eesti, auf nationalen Hoffnungen und unsicheren statistischen Daten aufgebaut, hat vorläufig durch die Wirklichkeit noch keinerlei Bestätigung erfahren.

Scho.

Maydell, W. von, Ein deutscher Kulturkampf. Berlin, Riga, Leipzig: Würtz 1919. 47 S. M. 3.—.

Der Verfasser, baltischer Edelmann, beschäftigt sich in seiner Schrift mit der deutschen Vorkriegspolitik und den Zukunftsaussichten nach dem Zusammenbruch. Den Kardinalfehler der deutschen Politik sieht er in der mangelnden Erkenntnis des großdeutschen Kulturgedankens und dem allzu starken Vorwiegen wirtschaftlicher Interessen im Deutschen Reich. Der Krieg mit Rußland hätte als Unvermeidlichkeit vorhergesehen, ihn zu bestehen, ein Bündnis mit England gesucht werden müssen. Trotz des Friedens von Litauisch-Brest, der als Vertrag mit Verbrechen selbst ein Verbrechen war, und trotz des Zusammenbruchs erwachse aus der Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker und des Schutzes nationaler Minderheiten auch für die großdeutsche Kulturgemeinschaft in der Welt eine lichtere Zukunft.

Scho.

Sonnenburg, A., Rentmeister, Die Polenknute über Posen. Berlin: Gersbach o. J. [1920]. 32 S. 8°. M. 150.

Der seit langen Jahren im Kreise Hohensalza ansässig gewesene Verfasser schildert seine Erlebnisse während des Polenaufstandes Ende 1918 in Posen. Es sind besonders krasse Fälle der Grausamkeit und unmenschlicher Behandlung, die die Polen deutschen Soldaten und Zivilpersonen jeglichen Alters, Standes und Geschlechts haben angedeihen lassen, die hier tagebuchmäßig festgehalten sind, so namentlich die Zustände im Lager Szczyplorno. Die Schrift ist geeignet, besonders auch in West- und Süddeutschland über den unbezähmbaren Deutschenhaß der Polen aufzuklären, der in den abgetretenen Provinzen weiter wütet und nun auch in Oberschlesien auf dem Umwege über politischen Mord und Terror die Herrschaft erstrebt.

Dr. H. M.

Gelshorn, Lic. K., Bitterfeld, Mit den deutschen Truppen in der Ukraine. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Zusammenbruchs. König-berg i. Pr.: Gerhard Perl 1919. 60 S. 8°. M. 2.—.

Der Autor spricht manch gutes Wort über den Verderb der Moral, der durch das Geschäftemachen der Soldaten und Offiziere der deutschen Ukrainetruppen eintrat. Es steckt auch manch gerechte und gut abwägende Bemerkung über das Verhältnis der deutschen Truppe zur einheimischen Bevölkerung, namentlich zu der ja in der Ukraine so wichtigen Judentum, in dem Büchlein. Sehr interessant ist das Erlebnis des Pastors, der den Soldaten predigt, zu ihnen politisch offen und ohne Vertuschung redet und deshalb von Offizieren wegen Flaumachens denunziert wird. Mehr als typisch ist der Fall, daß ein bayerischer Geistlicher sich weigert, vor zum Gottesdienst kommandierten Soldaten zu predigen und deshalb mit Stubenarrest bestraft wird. Der Pfarrer erkennt klarer als viele andere, welch gute politische Schulung in vielen Mannschaften steckt und wie sehr es dem Offizierkorps daran mangelte. Was politisch gesagt wird, ist nichts Abgeschlossenes, aber viel gut Beobachtetes. Warme Worte finden sich in dem Hefte für den famosen Feldoberpfarrer des Ostens, Geheimrat Strauß, einen ganz ausgezeichneten Mann von seltenen Gaben. In Ganzen: ein ansprechend erzählendes Büchlein von Wert und hohem Interesse. Die in der Ukraine gewesen sind, werden es gern zur Hand nehmen.

Dr. F. Wr.

Münz, Sigmund, An den Präsidenten Th. G. Masaryk. Ein Appell in zwölfter Stunde. Wien und Leipzig: Strache 1919. 76 S. 8°. M. 2.—.

Ein alter Schüler und ehemaliger Bewunderer des Schriftstellers und Philosophen Masaryk formt aus den Gegensätzen zwischen den idealistischen Th.orien seines Lehrers und der grobmaterialistischen Gewaltpraxis des tschechischen Staatswesens

einen leidenschaftlichen Appell an den Volks- und Freiheitsfreund Masaryk von ehemals, den Präsidenten von heute. Was in der Behandlung von Deutschböhmen und dem ganzen deutschen Volk durch Tschechen und Ententegroßmächte jeden, in dem der Sinn für Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit nicht erstorben ist, empört, faßt er zu einer logisch scharf formulierten, im Tone maßvollen Anklage zusammen. Es bleibt die Frage offen, wie weit die Macht des Präsidenten, dem auch seine Gegner gerecht zu werden suchen, in einem Staatsgebilde geht, dessen Geburtsidee mit dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes seiner Bürger unvereinbar ist und daher nur durch Gewalt aufrecht erhalten werden kann.

Dr. H. M.

Bähler, Fritz, Dona Francisca. 70 Jahre deutscher Kulturarbeit in Brasilien im Staate Sta. Catharina. 215 Abbildungen nach Photographien und eine Karte. Berlin-Wilmersdorf 1919. 80. 125 S. M. 6.60.

Diese hübsche kleine Monographie wird hoffentlich dafür sorgen, daß man künftig in Deutschland nicht immer nur Blumenau allein nennt, wenn man von den blühenden Kolonien in Südbrasilien erzählt. Joinville verdient trotz seines französischen Namens mit Brusque, Sao Bento, Hammonia, und wie alle die lieblichen Gartenstädtchen in Sta. Catharina heißen, mindestens ebenso häufig anerkannt zu werden. Die interessante Entwicklung dieser Kolonie wird vor unseren Augen lebendig. Der Verfasser ist seit 1898 ev.-lutherischer Geistlicher in der Stadt Joinville und hat sich für die Eigenart der brasilianischen Natur ein offenes Auge bewahrt. Heimat wie Auslandsdeutschum erhalten allerlei wertvolle Ratschläge in bezug auf korrekte Deutschumpflege. Besonders angenehm berührt der unverwüsthche Optimismus, der besonders in den Schlußkapiteln durchdringt. Möchte der Verfasser recht behalten mit seinem: „Unsere Kinder werden wieder den Sonnenschein guter Zeiten sehen!“

M. Grisebach.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

„Der Friedensvertrag“ nennt sich eine neue Zeitschrift für Rechts- und Wirtschaftsfragen, insbesondere Kriegsschäden, Ausgleichsverfahren und Ausgleichbesteuerung, die als Organ des Verbandes der im Ausland geschädigten Inlanddeutschen im Verlag von Herm. Sack, Berlin W. 35, zu erscheinen beginnt und von dem Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Herrn Rechtsanwalt und Notar Herm. Weck in Charlottenburg, in Verbindung mit Dr. Bohnen, Syndikus der Handelskammer in Hannover, und Dr. Julius Lehmann, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M., herausgegeben wird. Der Herausgeber schreibt in der ersten Nummer ein Geleitwort und bringt in einer Tabelle über Valutaumrechnungen eine außerordentlich schätzenswerte Zusammenstellung der 22 im Friedensvertrage und den verschiedenen deutschen Ausführungsgesetzen vorgesehenen Stich-tage. Wertvolle Mitteilungen über das Auszahlungsverfahren des Verbandes und über die Behandlung deutschen Vermögens in den bisher feindlichen Ländern schließen sich an. Die Zeitschrift ist mit ihrem klaren und juristisch wie allgemein leichtfaßlichen Inhalt sehr zu begrüßen. Sie füllt in dieser Form eine zweifellos vorhandene und oft empfundene Lücke aus.

Im Dezemberheft des Schwäbischen Bundes (Stuttgart, Strecker & Schröder) widmet Otto Lohr, Neuyork, den „Sieben Schwaben in Amerika“ einen Aufsatz. Diese sieben sind: der führende Deutschamerikaner in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Weiser, der Sektenbegründer und christliche Kommunist Wilhelm Rapp, der Finanzminister der Südstaaten Memminger, der technische Autodidakt Wernwag, der Erfinder der Setzmaschine Mergenthaler, der Maler Leutze und der Buchhandelsorganisator und Bibliograph Leypoldt. Lohr zeichnet die Bedeutung der Männer im einzelnen und sagt zusammenfassend über sie: „Ein Fähnlein von sieben Land-leuten, von denen jeder einzelne einen Felsblock ins Rollen brachte, keiner.

dem nicht die Mutter ein Pfund schwäbischen Erbes mit eingepackt hatte, um damit im Dienst der Fremde zu wuchern. Und im Wesen aller, soviel oder sowenig der einzelne seiner neuen Umgebung sich anpaßte, eine Stammesdominante durchklingend: in Weiser die anspruchslöse Bauernpflichttreue, mittels der er in seine Größe hineinwuchs; in Rapp die schwärmerische Eigenbrötelei, wenn es um die Weltanschauung geht; in Memminger der alemannische Rebellentrotz, der auch in der Demütigung der Niederlage den Nacken steif hält; in Wernwag und Mergenthaler die Bätlergabe; in Leutze die Fabulierfreude und in Leyboldt der ‚Wille zum System‘. Ohne die amerikanische Voraussetzung wären die Sieben nicht so leicht das geworden, wozu sie das Zeug in sich trugen. Weiser wäre vermutlich nie mehr als Nachfolger seines Vaters, also Bauernschultheiß im Backnanger Oberamt, geworden, Rapp im ewigen Zwist mit weltlicher und geistlicher Obrigkeit nie zu positiver Arbeit fortgeschritten. Wernwag brauchte ein Land ohne Innungszwang, um seine technische Vielseitigkeit auszuprobieren. Leutze wäre auch ohne den amerikanischen Hintergrund ein tüchtiger Maler geworden, doch für seine Entwürfe blieben die Eindrücke seiner transatlantischen Jugend maßgebend. Leyboldts Arbeit ist nur im Neuland, Memmingers Laufbahn nur im Bund mit den Geschicken des Südens der Union denkbar. Der einzige Mergenthaler hätte auch in Bietigheim seine Erfindung ausbauen können — und wäre dort kaum um deren Ertrag betrogen worden, wie dies seitens ‚smarter Yankis‘ geschehen ist.“

In der Zeitschrift „Das Bayerland“ (Nr. 22, 1920, Verlag von Hans Eder in München) schreibt Dr. G. Schrötter auf Grund der Akten des Kreisarchivs Neuburg an der Donau unter dem Titel „Eine schwäbische Auswanderung“ ein Stück Auswanderungsgeschichte aus den Jahren 1821/22, das merkwürdig an Vorgänge von heute erinnert. Mehrere 100 Sektierer aus ein paar Dörfern im Landgerichtsbezirk Lauingen im bayrischen Oberschwaben ließen sich von ihrem fanatischen Geistlichen, einem gewissen Lindl, und einem geschäftstüchtigen Agenten, der dafür in Rubeln bezahlt wurde, verführen, auf die rosigen Schilderungen hin die Auswanderung nach Odessa zu wagen, in dessen Nähe sie das Reich Gottes auf Erden erwarten sollte. Die Abmahnungen der Behörden reizten nur die Auswanderungslust. Schließlich traten im Sommer 1821 drei Karawanen die lange Überlandreise an. Das Paradies bei Odessa zerfloß in nichts, der Seelenhirt entpuppte sich als ein schlimmer Ausbeuter und führte seine Schäflein 100 km westlich von Odessa in die Steppe Beßarabiens, wo ein Teil elend umkam. Wenige entrannten der Knute ihres Oberhauptes, um in der Heimat zu warnen; der Rest, einige 50 Familien, rang der Wildnis in

zähem Kampf Leben und Nahrung ab und behauptete inmitten einer niederen Kultur seine überlegenen deutschen Stammeseigenschaften in der vierten Generation bis zum heutigen Tag.

Die in Budapest seither als Abendblatt erscheinende „Neue Post“ kommt vom 1. November ab unter der Bezeichnung „Pester Zeitung“ als Morgenblatt heraus. Gleichzeitig beginnt sie mit dem Abdruck eines neuen Romans von Fidy, der sich „Die neue Heimat“ betitelt und in den Bergen und Wäldern des Ofner Gebirges spielt, wo die Hauptpersonen, schwäbische Wanderer, vor Jahrhunderten sich ansiedelten.

„Wissenschaftliche Mitteilungen der Deutschen in Großrumänien.“ Gleichsam als Ergänzung zu der überwiegend schöngeistig und künstlerisch gerichteten, in Großrumänien erscheinenden Zeitschrift „Ostland“ soll im Laufe dieses Jahres ebendort ein wissenschaftliches Organ herausgebracht werden. Dr. Arnold Müller vom Naturwissenschaftlichen Museum und Dr. Rudolf Spek in Hermannstadt leisten dazu schon jetzt die nötigen Vorarbeiten. Bestimmend für den Gründungsplan war die Tatsache, daß die in den verschiedenen Siedlungsgebieten des neuen Vaterlandes: im Banat, im Komitat Szatmar, in der Bukowina, in Bessarabien, in Siebenbürgen, in Altrumänien und in der Dobrudscha ansässigen Deutschen sich und ihre Lebensverhältnisse gegenseitig viel zu wenig kennen. Dem will die neue Zeitschrift abhelfen. Sie will (nach der Hermannstädter „Deutschen Tagespost“ vom 19. 1. 21) Bausteine zusammentragen und Daten sammeln über die Landes- und Heimatkunde der betreffenden Siedlungsgebiete im weitesten Sinne. Kleinere Aufsätze wissenschaftlicher Natur sowie einfache Mitteilungen mit statistischem und historischem Material und solchem naturkundlicher Art aus Fauna und Flora des betreffenden Gebietes, Sammelberichte über das wissenschaftliche Schrifttum der einzelnen Gaue sollen das Bild ergänzen helfen, Aufsätze und Arbeiten allgemein wissenschaftlicher Natur nicht fehlen.

Abwechselnd soll womöglich ein Heft mit volkskundlichem Inhalt (Statistik, Geschichte, Sprache) einem solchen mit naturkundlichem Inhalt (Geographie, Fauna, Flora) folgen.

Neben diesem ihrem Hauptzweck wollen die „Wissenschaftlichen Mitteilungen der Deutschen in Großrumänien“ durch Referate die Kenntnis der in rumänischer, ungarischer od. russischer Sprache erscheinenden Literatur über die einzelnen Siedlungsgebiete ermitteln. Endlich aber werden die „Wissenschaftlichen Mitteilungen der Deutschen in Großrumänien“ soweit als möglich durch Besprechungen die auf Rumänien bezügliche wissenschaftliche Literatur Deutschlands und des übrigen Westens bekanntmachen und durch Nachrichten von den Hochschulen den Zusammenhang mit den Stätten westlicher Wissenschaft aufrecht erhalten.

VON UNSERER ARBEIT

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Auslandsinstituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung

stellen können. — Wir verzeichnen heute folgendes Angebot:

In Oststeiermark ansässiger Reichsdeutscher sucht für ein dortiges Braunkohlenvorkommen (Tertiäre Lignitkohle, durchschnittlich Mark 1.20—1.50) Interessenten, welche gewillt sind, sich mit einer Kapitaleinlage bei der Gründung einer Gesellschaft zu beteiligen. Derselbe ist jederzeit gerne bereit, ausführlichen Bericht zu erstatten und jede Auskunft zu erteilen.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 9. Februar 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank Stuttgart Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7600. Druck Greiner & Pfeiffer, Stuttgart

Drahtanschrift: Auslandsinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

Friedrichshafen am Bodensee.**Kurgarten-Hotel**

Haus allerersten Ranges inmitten großem schattigen Park. Direkt am See gelegen. Das ganze Jahr geöffnet.

Direktion A. Huck.

Hotel Lamm u. Restaurant

Fein bürgerliches Haus, direkt am Stadtbahnhof gelegen. Das ganze Jahr geöffnet.

Gleiche Leitung wie Kurgarten-Hotel.

Kolonialbank

AKTIEN-GESELLSCHAFT

An- u. Verkauf von Kolonialwerten

**Auskunftserteilung
über alle kolonialen Wertpapiere**

**Bearbeitung und
Finanzierung überseelscher Projekte**

BERLIN W 8

BEHRENSTRASSE 31 • Telefon: Zentr. 8835, 8829, 8830

Filiale HAMBURG

SCHLÜTERHAUS • Telefon: Gruppe Alster, 3831 u. 3877

Telegr.-Adr.: Kolonialbank. • Für Übersee: Kolonibank.

HOMMEL'S

Werkzeuge und Werkzeugmaschinen



In altbewährten Ausführungen u. besten Konstruktionen

**für Metall- und
Holzbearbeitung**



H. HOMMEL, Kommandit-Gesellschaft

Lager in MAINZ, KÖLN, BERLIN, MANNHEIM, MÜNCHEN, WIEN

Fabrik für Lehren u. Präzisionsmesswerkzeuge: HOMMELWERKE, G. m. b. H., MANNHEIM-Käfertal

Schriften des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart

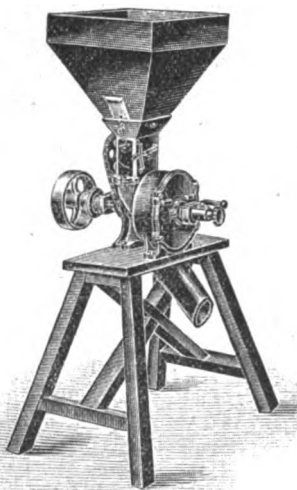
Geschichte der deutschen Kolonien an der Wolga

Von **Dr. Gerhard Bonwetsch**. Geheftet 4 Mark.

Das Buch schildert in vier Abteilungen (1. Die Gründung der Wolga-Kolonien 1762—1796; 2. Die Blütezeit 1797—1845; 3. Die Zeit der grossen Ansiedlung 1846—1870; 4. Der Niedergang der Wolga-Kolonien 1871—1917) ausführlich die Entwicklung der von Katharina II. 1762 ins Leben gerufenen deutschen Ansiedlungen im inneren Russland.

Für die Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts zum Vorzugspreis von Mk. 2.— (statt Mk. 4.—)

Ausland u. Heimat Verlags-H.-Ges. Stuttgart.



„Abrell's Ideal“ VI

FÜR EXPORT

empfehle

200 Stück Schrotmühlen

„Abrell's Ideal“ VI

mit konischen Mahlsteinen, Stundenleistung 200 bis 250 Pfund, Gewicht 50 kg, Kraftbedarf 1 1/2 bis 2 PS. Die Lieferung kann in wöchentl. Waggonsendungen sofort greifbar erfolgen.

HANS ABRELL

Maschinen-Fabrik

Talheim bei Heilbronn a. N.

Nordseeschule Wangeroog

(Insel)

(Priv. höh. Knaben- u. Mädchen-schule — Landerziehungsheim) für Schüler und Schülerinnen aller Schulart. Tücht. Lehrkr., beste Verpflegung, ges. Seebad. Anmeld. f. Ostern sof. erbeten.

Georg Z. N. Siemers, Hamburg

Streithof, Königstr. 14/16

T.-A.: Exportsiemers
A. B. C. Code 5. Ausg.

Kommissionsw. Ankauf und Verschiffung nach allen Ländern geg. billigste Berechn.

Der Welt-Export

Hamburger Export-Organ
Erscheint zweimal monatlich in Deutsch, Engl., Französ., Span.
Große, verbürgte Verbreitung in allen Industrie- u. Handelskreisen des gesamten In- und Auslandes.
Verlangen Sie Probenummer u. unverbindliche Angebotserte durch den Verlag: Hamburg 11, Ködningmarkt 65.
Erstklassige Vertreter gesucht.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portoszuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 9.— Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV — Nr. 5

STUTTGART

Erstes Märzheft 1921

Zur Organisation des Auswanderungswesens

Vom Generalsekretär des D. A.-I. Dr. FRITZ WERTHEIMER, Stuttgart.

I. Die Debatte im Haushalts-Ausschuß des Reichstags.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat in voller Einmütigkeit und Einstimmigkeit — ein Fall, der so selten ist, daß er durch rein äußere Einflüsse sicherlich nicht zu erklären wäre — beschlossen, an dem $3\frac{1}{2}$ Millionen-Etat des Reichswanderungsamtes die sämtlichen Kosten für die amtlichen Zweigstellen des Reichswanderungsamts im Reiche zu streichen. Ferner hat er einen sozialdemokratischen Antrag mit 14 gegen 10 Stimmen angenommen, das Gehalt des Präsidenten, von drei Direktoren das Gehalt von zwei, sowie von insgesamt 12 Regierungsräten das Gehalt von sechs abzusetzen. Er hat ferner einem Antrag zugestimmt, dessen Berücksichtigung der Minister des Innern sofort zusagte, das Reichswanderungsamt mit möglichster Beschleunigung abzubauen.

Der Berichterstatter, der Zentrumsabgeordnete Professor Dr. D. Schrefßer begrüßte die Leitung des Wanderungswesens durch eine Reichszentrale, regte aber an, die Auskunfterteilung den Privatorganisationen zu überlassen, die zum Teil mehr und besser fließende Informationsquellen hätten. Der deutsch-nationale Abgeordnete, Staatsminister a. D. Dr. von Delbrück, bezeichnete das Reichswanderungsamt als eine charakteristische Gründung der nachrevolutionären Zeit, die freigebig mit neuen Beamtenstellungen umspringe, wofür namentlich die Zahl von drei Direktoren spreche. Es empfehle sich zwar eine zentrale Leitung und Kontrolle, aber eine dezentrale Auskunftserteilung durch die Privatorganisationen, die das Reich durch Geldmittel unterstützen solle. Der deutsch-nationale Abgeordnete D. Mumm stimmte dem zu, nannte und empfahl die Gesinnungsgemeinschaften und freien Organisationen, wie die Seemannsheime. Der Reichsminister des Innern Dr. Koch betonte, die Frage, in welche Länder der Auswanderungsstrom gelenkt oder zugelassen werden solle, sei eine Angelegenheit des Auswärtigen Amts, womit er dem Reichswanderungsamt eine der wesentlichsten Funktionen absprach, die die Öffentlichkeit ihm bisher zugesprochen hatte, erklärte im übrigen, das Amt wolle mit den Privatorganisationen durchaus zusammenarbeiten und ihre Informationsquellen heranziehen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hoch meinte, im Falle der FreifahrtAuswanderer für Brasilien, die nach Hamburg zusammenströmten, sei des-

halb nicht eingegriffen worden, weil im Amte zu viele vorhanden seien, die gegeneinander arbeiteten, in anderen Ämtern entlasse man Beamte, hier stelle man fortwährend neue ein. Der Präsident des Reichswanderungsamts, Dr. Jung, verteidigte dann selbst sein Amt, wesentlich damit, das Auswärtige Amt habe besonderen Wert darauf gelegt, daß die frühere Bearbeitung durch Privatstellen „wenn nicht aufhöre, so doch ihre Ergänzung durch eine amtliche Stelle finde“, ferner mit der gestiegenen Auswanderungsneigung, der Notwendigkeit der Überwachung der Auswanderungsgesellschaften und der mündlichen Beratung der Auswanderungslustigen. Der deutsch-demokratische Abgeordnete, Geheimrat Professor Dr. Goetz (bekanntlich der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirates des Deutschen Ausland-Instituts) bemerkte einleitend, niemand könne bestreiten, daß ein Reichswanderungsamt als Zentralstelle vorhanden sein müsse, doch seien etatsmäßig Grenzen zu ziehen, das jetzige Reichswanderungsamt sei überorganisiert, auch fehle einem Amte das persönliche Vertrauen der Auswanderungslustigen, das Amt könne ferner nicht zu Angeboten fremder Regierungen Stellung nehmen, ohne sofort in diplomatische Aktionen einzutreten, private Stellen könnten hier unter der Hand weit erfolgreicher arbeiten, richtiger sei es, den privaten Organisationen die Zweigstellen des Amts zu übertragen. Der Präsident des Amts, Dr. Jung, griff hier abermals ein, um festzustellen, daß die Bevölkerung Vertrauen zu den amtlichen Zweigstellen habe, daß es aber unerwünscht sei, wenn die Zweigstellen — womit auch die nicht amtlichen gemeint sind — einen eigenen Meinungsaustausch mit auswärtigen Regierungen über Auswanderungsfragen führten, das schlage zum Nachteil der Auswanderer aus, (eine einigermaßen seltsame Behauptung, wenn man erwägt, daß durch das Reichswanderungsamt noch kein Auswanderer draußen angesiedelt wurde, während es gerade den jahr- und jahrzehntelangen Bemühungen privater Organisationen gelang, Auswanderer im Ausland anzusiedeln!) der Abgeordnete Delbrück wiederholte, daß er eine Zentralstelle nicht grundsätzlich abgelehnt habe, sondern nur weit stärkere Heranziehung der privaten Organisationen unter Verteilung staatlicher Mittel an sie empfohlen habe. Klüger wäre es gewesen, mit der Errichtung des Amts zu warten, bis das Auswanderungsgesetz vorgelegen hätte, er bitte den Minister mit allen Mitteln auf Ersparungen zu drängen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Stücklen erklärte, das Reichs-

wanderungsamt sei ursprünglich zur Organisation der Rückwanderung Deutschstämmiger aus Rußland begründet worden, was dann später aber ins Wasser gefallen sei, er empfahl durch private Organisationen Versuche zur Ansiedelung von Auswanderern in Südamerika zu machen und vor Versuchen nicht zurückzuschrecken. Das Reich könne für falsche Auskünfte der amtlichen Zweigstellen haftbar gemacht werden, es sei besser, den privaten Organisationen Zuschüsse zu geben und sie unter Reichsaufsicht zu stellen, wobei am besten das Reichswanderungsamt als Abteilung dem Auswärtigen Amt unterstellt würde, wozu dann der Reichsminister Dr. Koch selbst aussprach, er stimme diesen Ausführungen fast durchweg bei. Natürlich müsse gegenüber den Vereinen, die alle die natürliche Tendenz hätten, alles an sich zu reißen, die Staatsautorität und Selbständigkeit des Reichs aufrecht erhalten werden.

Aus dieser knappen Zusammenfassung der Reichtagsbesprechung geht als übereinstimmende Meinung der Abgeordneten hervor, daß das Reichswanderungsamt überorganisiert sei und daß die privaten Organisationen unter Kontrolle des Reichs und unter Beilehung mit Reichsmitteln in höherem Maße zur Auskunftserteilung heranzuziehen seien.

II. Was ist an Organisationsform für das Auswanderungswesen wünschenswert.

Die Auswanderung ist infolge des Kriegsverlustes und des Friedensdiktates unvermeidlich harte Notwendigkeit für ungezählte Mengen von Deutschen. Das Wanderungsproblem greift in die innere wie äußere Politik, in das binnenländische wie internationale Wirtschaftsleben aufs tiefste ein. Die Auswanderung als Problem wird im Auswärtigen Amt sowohl wie im Reichswirtschaftsministerium, im Ministerium des Innern wie im Arbeits- und Ernährungsministerium, nicht zuletzt im Finanzministerium, Referat zur Behandlung der Wohnungsfrage Beachtung finden müssen. Sie hat diese Vielseitigkeit mit allen großen Volks- und weltwirtschaftlichen Fragen gemein, ohne daß man für jede Frage ein besonderes Reichsamt gründen könnte. Daß eine behördliche Spitze vorhanden sein muß, ist von keiner Seite bestritten.

Wünschenswert ist die Schaffung und Erhaltung einer Zentralstelle bei demjenigen Amte, bei dem die Auswanderung die Hauptrolle spielt, also beim Auswärtigen Amte, das auswärtige Politik und Handelspolitik zu kontrollieren hat. Diese Zentralstelle beim Auswärtigen Amt hätte als wichtigste Aufgabe die gesetzliche Bearbeitung der Wanderungsfrage in Deutschland (Neuschaffung des Auswanderungsgesetzes, dessen dauernde Ergänzung und Verbesserung, Erlass der Ausführungsverordnungen usw.) wie auch die Beschaffung des gesetzlichen vergleichenden Materials über die Auswanderungsgesetzgebung fremder Länder. Des weiteren fielen ihr zu die Beschaffung des gesetzlichen Materials über die Einwanderungsgesetzgebung der Zielländer, wie auch die Beschaffung des wirtschaftlichen Tatsachenmaterials über Einwanderungsmöglichkeiten und -Aussichten in den verschiedenen Zielländern. Hauptaufgabe wäre dabei die rasche Besorgung dieses Materials durch den auswärtigen diplomatischen und wirtschaftlichen Dienst der Missionen und der Konsulate. Die Heranziehung der bei den Privatorganisationen in ähnlicher Weise einlaufenden Nachrichten zum Vergleich und zur Kontrolle, die ebenso rasche Verarbeitung in ein allen privaten Beratungsorganisationen zugehendes Nachrichtenmaterial. Ferner blieben als Aufgaben einer Reichsstelle die Konzessionierung und Überwachung der zur Auswandererberatung berufenen und geeigneten Privatorganisationen, nament-

lich aber die Überwachung der Auswanderergesellschaften, der Kampf gegen die Schwindelorganisationen; endlich die Erteilung der Schiffsfahrtskonzessionen, die im Auswanderungsgesetz vorgesehen ist, an deutsche und fremde Schiffsfahrtslinien, die Fürsorge für Auswanderer im Heimathafen, die Kontrolle der Schiffe nach hygienischen und sozialen Gesichtspunkten, die Fürsorge für die Auswanderer auf hoher See. Ob zu diesen Forderungen und Aufgaben endlich noch die Fürsorge für die Auswanderer in den Häfen der Zielländer kommen sollte, oder ob das reine Sache der Behörden der Zielländer oder höchstens noch der privaten deutschen Organisationen in den Hafenstädten der Zielländer wäre, ist eine Streitfrage, die hier außer Ansatz bleiben kann. Eine große Zahl kleinerer und minder wichtiger Funktionen käme noch dazu, die hier übergangen werden kann.

Vom Aufgabenkreis dieser Reichszentralbehörde wird es abhängen, was in der Behandlung der Auswanderungsfragen den privaten Organisationen und einer unter ihnen zu schaffenden Arbeitsgemeinschaft übertragen werden kann, darf und muß. Je mehr der Staat auf die Privaten abwälzen kann, desto einfacher wird seine Aufgabe und desto klarer tritt seine Hauptfunktion der Überwachung und der Leitung in Erscheinung. Je stärker die privaten Organisationen arbeiten, die sich doch auf dem Vertrauen ihrer Anhänger aufbauen, aus diesem Vertrauen ihre Mittel ziehen und auf die Erhaltung dieses Vertrauens ständig angewiesen bleiben, desto einfacher kann der Beamtenapparat der staatlichen Spitze sein. Daß diese Vereinfachung des Staatsapparates und daß eine freiwillige, rechtzeitige Beschränkung durch den eigenen deutschen Gesetzgeber in allen Sparten der Staatsverwaltung ein gewaltiger Vorteil ist gegenüber der drohenden Gefahr, daß die Entente bei mangelnder Zahlungsfähigkeit des deutschen Schuldners sich den Etat selbst vornimmt und rücksichtslos darin herumstreicht, das wird wohl ohne weiteres einleuchten.

Es sei hier durchaus auch der Sparsamkeit bei den privaten Organisationen und ihrer Arbeitsgemeinschaft das Wort geredet. Vernünftige Arbeitsteilung bei der Materialbeschaffung, in der Verarbeitung und Versendung, bei der Bearbeitung der Öffentlichkeit durch Vorträge und durch die Presse kann hier Doppelarbeit ersparen und die zu leistenden Einzelarbeiten stetig zu bessern helfen. Hier wäre nicht nur die Aufsicht der Zentralbehörde einer Arbeitsteilung und Verteilung des Schwergewichts der Tätigkeit zuzuwenden (man denke nur an die Errichtung von Auskunftsstellen der verschiedenen Organisationen in denselben Gebieten), sondern auch der privaten Initiative der Organisation das Meiste zu überlassen.

Als notwendig erkannt bleibt also:

1. Eine Zentralinstanz für das Wanderungswesen (über deren Wesen oben das Nähere gesagt).
2. Eine Anzahl von privaten Organisationen zur Auswanderer-Beratung.
3. Eine engere Arbeitsgemeinschaft zwischen diesen privaten Organisationen.

Über diese beiden letzteren Organisationsformen wird sofort noch zu sprechen sein.

III. Arbeitsvergeudung und Arbeitersparnis.

Heute ist doch der Zustand, was die Ämter angeht, so:

Das Reichswanderungsamt hat einen an die hundert Personen umfassenden Beirat privater Sachverständiger, aber das Auswärtige Amt hat selbständig einen gleichen, wenn auch viel kleineren Beirat. Ja das neue Auswanderungs-Gesetz be-

stätigt und verewigt diesen Dualismus. Das Reichswanderungsamt ist zwar vom Auswärtigen Amt und vom Reichsamt des Innern begründet worden, trotzdem aber hat das Auswärtige Amt sowohl wie das Reichsministerium des Innern einen selbstständigen Referenten zur Behandlung der Auswanderungs-Gesetzfrage, obgleich zwischen ihnen und von beiden begründet ein ganzes eigenes Amt sitzt und diese Frage studiert und bearbeitet. Die Tatsache, daß das neue Auswanderungs-Gesetz zwischen beiden Ämtern hin und hergeschoben wird, hat sein Erscheinen beim Reichstag bereits um kostbare Monate verzögert. Klagen über diese Verzögerung hat der Präsident des Reichswanderungsamts eben mit dieser Zwitterstellung begründet und auch stellenweise seinen Beiräten gegenüber das eine gegen das andere Amt ausgespielt. Nach dem neuen Auswanderungs-Gesetz wird das Reichswanderungsamt für die Überwachung der Auswanderungs-Organisationen zuständig, für die Konzessionierung der Schiffsahrts-Gesellschaften verbleibt aber die Zuständigkeit beim Reichsministerium des Innern.

Vollends unmöglich und für unsere Verhältnisse höchst unklug ist aber die innere Organisation: Das auswärtige Amt ist seit der Schülerschen Reform in ein regionales System gegliedert und hat sogenannte Länderreferate. Es ist anzunehmen, daß sie sich rein mit der hohen Politik befassen und die Wirtschaft der fremden Länder völlig außer Ansatz lassen, denn zur Behandlung dieser Wirtschaftsfragen hat ja das Auswärtige Amt seine Außenhandelsstelle, die Abteilung X, die gleichfalls Länderreferate hat und in ihnen die Wirtschaftsfragen der fremden Länder bearbeitet. Es ist aber weiter anzunehmen, daß auch hier die wichtigen Fragen der landwirtschaftlichen und handwerklichen Siedlungsmöglichkeiten nicht bearbeitet werden, denn auch das Reichswanderungsamt hat seine Länderreferate mit ungefähr dem gleichen Einteilungsschema, nur daß sich diese Referenten speziell mit der Wanderungs- und Siedlungsfrage befassen. Glaubt man im Ernst, daß diese Dreiteilung zu einem glücklichen Nebeneinander führt? Muß nicht, wenn anders nicht eine völlige Zusammenwerfung der drei Einteilungen zueinem einzigen regionalen Schema möglich wäre, zum mindesten das regionale Länderschema der Abteilung X des Auswärtigen Amts genügen, wo die Herren Referenten eben doch nicht das Gesamtwirtschaftsleben der von ihnen bearbeiteten Länder zu überblicken vermöchten, wenn sie nicht auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten für den deutschen Handel und die deutsche Betätigung in Siedlung, Landwirtschaft, Handwerk und Industrie mitbearbeiteten? Können wir uns den Luxus des dreigeteilten Nebeneinanders in einer Zeit gestatten, die nach Vereinfachung des beamtlichen Apparats, nach verminderter Heranziehung der Selbstverwaltungs- und privaten Organisationskörper verlangt? Daß bei dieser Zusammenlegung und Betriebsvereinfachung eine Menge Beamtenstellen erspart werden würden, ganz abgesehen von der Verminderung des Interpersonals, die damit verbunden wäre, leuchtet ohne weiteres ein.

Wenn aber schon dieser Umstand für die Übertragung der Aufgaben einer Zentralbehörde für das Wanderungswesen an eine Ministerial-Abteilung des Auswärtigen Amts spricht, so ist es noch mehr die Tatsache, daß auch die allgemeinen Fragen des Auslandsdeutschtums von diesem Amte behandelt werden. Es ist dort durch Zusammenlegung verschiedener Referate jetzt eine besondere Abteilung IX geschaffen worden. Sie bearbeitet die Auslandsschule, das Vereinswesen, die kulturelle Auslands-Propaganda, die Frage des deutschen Buches im Ausland und andere Dinge. Ist die Behandlung der Frage der Ein-

wanderung in ein fremdes Land denkbar ohne eine Verflechtung dieser Frage mit der Möglichkeit deutscher Schulen und deutscher Erziehung in dem betreffenden Lande, ohne die Kenntnis des Vereinswesens, ohne die gemeinsame Behandlung aller Kulturfragen? Kann solches Nebeneinander — denn im Reichswanderungsamt werden doch auch alle diese Schulfragen und Kulturfragen noch einmal durch Referenten bearbeitet! — zur Beschleunigung und Vertiefung der Arbeit beitragen?

Erste und wichtigste Forderung muß also sein: **Vereinfachung des amtlichen Apparats durch Zusammenlegung des Reichswanderungsamts mit einer Ministerial-Abteilung des Auswärtigen Amts**, am besten der Abteilung X, mit der ja wohl auch die Abteilung IX eigentlich verschmolzen werden müßte und wenigstens heute — hoffentlich! — trotz sachlicher und räumlicher Trennung, zusammenarbeitet.

Dieselbe Forderung der Vereinfachung ist auch in bezug auf die privaten Organisationen zu erheben. Die „Arbeitsgemeinschaft für das deutsche Wanderungswesen“ ist heute ein Sammelsurium von Vereinen und Verbänden, die zum Teil höchst wenig mit der Wanderungsfrage zu tun haben, es sei denn, daß irgendein Angehöriger der betreffenden Organisationen einmal die Lust verspüren könnte, auszuwandern. Wenn das aber ein Grund wäre, so müßte man sämtliche deutsche Vereine in diese „Arbeitsgemeinschaft“ hereinnehmen. Schon der die Geschäfte führende „Vorortverein“ der Arbeitsgemeinschaft, die „Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung“, ist bunt genug zusammengesetzt: neben dem „Verein für das Deutschtum im Ausland“ steht der „Alldeutsche Verband“, neben dem „Deutschen Ostmarkenverein“ stehen die evangelischen und katholischen Wohlfahrts- und Fürsorge-Organisationen. In der Arbeitsgemeinschaft aber vollends findet man für das Auswanderungswesen so wichtige Organisationen wie den Raphaelsverein und den Witzzenhausener Hauptverein neben dem „Deutschen Offiziersbund“ und dem „Verband der deutschen Ärzte zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen“, der „Deutsch-baltisch. Gesellschaft“ und einigen Dutzenden anderer. Das ist keine Arbeitsgemeinschaft der wirklich hauptamtlich Auswandererberatung treibenden Verbände, deren Aussprache Sachkenntnis und Vertiefung der Arbeit gewährleisten, sondern es ist eine mehr zufällige Gemeinschaft aller möglichen sich für Wanderungswesen interessierenden Verbände und Vereine, die beliebig vergrößert werden kann. Dieser ins Breite gehenden Organisation entspricht denn auch die Zahl der an der Auswanderer-Beratung beteiligten Vereine und Verbände, die vom Reichswanderungsamt, sei es als Zweigstellen, sei es als gemeinnützige öffentliche Auskunftsstellen, anerkannt sind. Deren Zahl ist wiederum Legion. Sie alle stützen sich auf das ausgezeichnete Material des Nachrichtenblattes und der Aufklärungsblätter des Reichswanderungsamts, das an sich vorzüglich ist, das aber ohne die belebende Kraft eigener Auslandskenntnis des Auskunftsemiters totes Kapital bleibt und bleiben muß. Hier ist das Reichswanderungsamt direkt schuldig, Überorganisation getrieben zu haben und Vereine und Verbände herangezogen zu haben, die mit der Auswanderungs-Beratung gar nichts zu tun haben sollten und dürften. Weniger wäre mehr gewesen. Nicht die Großpöppelung einer Riesenzahl von kleinen, aber finanziell wie sachlich schwachen Vereinen kann die Aufgabe sein, sondern die Auswahl einer beschränkten Zahl leistungskräftiger, sei es staatlich unterstützter, sei es durch eigene Kraft starker Organisationen, bei deren Auswanderer-Beratung Gewähr geboten ist, daß sie das amtlich gelieferte Material sachlich verarbeiten, durch eigenes Wissen und eigene Informationsquellen

ergänzen und erweitern und so selbständige und verantwortungsvolle Auswanderer-Beratungsarbeit gewährleisten. Eine Arbeitsgemeinschaft dieser wenigen Verbände als Mittelstelle zwischen der zentralen Amtsstelle und den privaten Organisationen wäre vonnöten. Sie sicherte die Fühlung der privaten Organisationen mit dem Amte und der Reichsleitung, der sie gleichzeitig die Erfahrungen aus der praktischen Arbeit der täglichen Auswandererberatung vermittelte (es ist ein Irrtum des Präsidenten des Reichswanderungsamts, wenn er glaubt, er würde auf diese lebendige Fühlung mit dem Volke verzichten müssen, wenn seine amtlichen Zweigstellen fehlen. Diese lebendige Fühlung muß eben die Arbeitsgemeinschaft vermitteln und kann es auch, wenn sie gut und sachgemäß arbeitet!), in der strengen Abgrenzung der Funktionen zwischen Amts- und Zentralstelle, Arbeitsgemeinschaft und privaten Organisationen ist die Möglichkeit geschaffen, eine reibungslose Zusammenarbeit eines Apparates zu erzielen und einen Bau zu schaffen, der von breiter, gesunder Basis aus sich nach oben verzweigt und in der amtlichen Zentrale seine Krönung findet. Man muß von unten herauf und nicht von oben nach unten bauen. Wenn die Privatorganisationen neben der mündlichen Beratung des einzelnen sich einer ausgedehnten Vortrags- und Aufklärungstätigkeit auch durch die lokale oder gesamte deutsche Presse, die sie durch ihre Organe erreichen, widmen, wenn auch hier eine vernünftige Arbeitsteilung unter ihnen Platz greift, so wird Kraft und Geld gespart und werden Energien verdoppelt und verdreifacht.

IV. Der Streit um das Wanderungswesen. Reichswanderungsamt oder Privatorganisation?

Die Entschließung des Reichstags-Haushalts-Ausschusses hat einen wilden Pressestreit hervorgerufen, der anscheinend von einer einzigen Zentrale ausgeht und das gemeinsame Kennzeichen trägt, daß er die Blicke vom Reichswanderungsamt, als dem eigentlichen Streitobjekt, ablenkt und dafür sich gegen das Deutsche Ausland-Institut und den Vorsitzenden seines Vorstandes, Herrn Konsul Wanner, richtet. Es wird behauptet, daß auf das Institut und seinen Vorsitzenden die „einseitig interessierte“ Beeinflussung der Mitglieder des Haushalts-Ausschusses zurückzuführen sei, obgleich weder das Institut noch sein Vorsitzender z. B. mit den Herren Abgeordneten Dr. von Delbrück, D. Mumm, Hoch, in irgendwelcher Verbindung stand. Es wird behauptet, daß hier in größter Heimlichkeit von langer Hand eine Mine gelegt worden sei, obgleich das Institut bereits im April 1920 seinen Standpunkt klar und deutlich sowohl dem Reichswanderungsamt, wie auch der Arbeitsgemeinschaft schriftlich mitgeteilt hat und obgleich sein Vorsitzender des Vorstandes in den Sitzungen des Beirats des Auswärtigen Amts sowohl wie des Reichswanderungsamts, denen er angehört, diesen Ansichten stets offen Ausdruck gab. Hat doch auch das Deutsche Ausland-Institut in konsequenter Verfolgung seines Standpunktes, daß eine amtliche oder äußerlich als amtlich erkennbare Auskunftserteilung an Auswanderer nicht wünschenswert sei, die ihm als einer Zweigstelle zustehende Möglichkeit des Gebrauchs eines Dienstsiegels und der damit zusammenhängenden Portofreiheit stets ausgeschlagen, um den rein privaten Charakter seiner Auskunftserteilung stets zu betonen. Es wird schließlich geflissentlich behauptet, das Deutsche Ausland-Institut versuche das Reichswanderungsamt zu beseitigen, um sich selbst an seine Stelle zu setzen, obgleich gerade der Vorsitzende seines Wissenschaftlichen Beirats betonte, eine amtliche Zentralstelle müsse unter allen Umständen erhalten bleiben. Es wird endlich gesagt, und dieses Gerücht ist gerade im Reichswanderungsamt ver-

breitet worden, das Deutsche Ausland-Institut wolle das amtliche Nachrichtenmaterial sich zwar liefern lassen, aber unter seiner Firma herausbringen, obgleich das ein barer Unsinn ist. Es wurde dann weiterhin die Behauptung aufgestellt, das Deutsche Ausland-Institut erstrebe die Übertragung sämtlicher Reichsgelder an das Institut, das von sich aus die übrigen an der Auswanderer-Beratung interessierten Organisationen nach Gutdünken alimentieren wolle, eine Behauptung, die angesichts der klaren Tatsache, daß die Verteilung durch einen vom Reichsminister des Innern einzusetzenden Ausschuß aus Reichstags-Abgeordneten erfolgen sollte, grotesk und töricht genug ist. Es wurde dann endlich der Vorwurf erhoben, daß man sich einen Einfluß erschleichen wolle, der sachlich ungerechtfertigt sei, daß man wertvolle Vorarbeiten und Persönlichkeiten beseitigen wolle, die allgemeines Vertrauen genößen und was dergleichen Anwürfe noch mehr sind.

Zunächst befaßte sich die von dem Präsidenten des Reichswanderungsamts persönlich begründete „Arbeitsgemeinschaft für das gesamte (nichtamtliche) Flüchtlingswesen“ mit der Frage der Abstimmung im Reichstag und beschloß mit einer Stimmenmehrheit zugunsten des Reichswanderungsamts (das, nebenbei gesagt, zu den Kosten der Geschäftsführung dieser Arbeitsgemeinschaft 10000 Mark beiträgt, während das Deutsche Ausland-Institut sich stets für eine unentgeltliche und ehrenamtliche Führung der Geschäfte dieser Arbeitsgemeinschaft einsetzte!). Dann berief auch die „Arbeitsgemeinschaft für das deutsche Wanderungswesen“ (dieselbe, die von sich behauptet, sie sei in einem gewissen Gegensatz zum Reichswanderungsamt begründet worden, während der Präsident des Reichswanderungsamts sich rühmt, daß er sie begründet habe!) eine Sitzung zum 3. Februar nach Berlin, die zu einer mehrstündigen Aussprache führte und die verschiedenartigsten Abtönungen der Standpunkte zu der Kernfrage des Problems erbrachte. Eine Mehrheit war hier – es ist natürlich zu beachten, daß es eine rein zahlenmäßige Mehrheit war, die nicht nach dem inneren Werte der hier abstimmenden Organisationen für die Auswandererberatung zu wägen ist – für das System staatlicher Zweigstellen, doch herrschte darüber Einstimmigkeit, daß dieses System „gewisse Einschränkungen“, also einen Abbau, verträge, während man den Abbau der Zentrale „in dem geplanten großen Umfange für bedenklich“ hielt, zumal solange das Auswanderungs-Gesetz nicht verabschiedet worden sei.

Schon in dieser Versammlung wurde ein Telegramm der Hamburger Ausland-Arbeitsgemeinschaft verlesen, das gegen die Bestrebungen des Deutschen Ausland-Instituts Stellung nimmt, „das Reichswanderungsamt abzubauen und in seine Privatorganisation zu übernehmen“. Eine ausführliche Darlegung in Hamburger Blättern, die auch dem Reichstag zugegangen ist, wiederholt diese durchaus leichtfertige, auf nichts begründete Behauptung in dem „Einspruch gegen die drohende Beschneidung des Reichswanderungsamts durch Übertragung des größten Teiles seiner Funktionen an das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart“. Man sieht, die Hamburger Herren haben die Reichstagsausschuß-Verhandlungen überhaupt nicht gelesen. Sie haben späterhin auch ganz offen zugegeben, die Reichstagsausschußverhandlungen seien in Hamburg „übersehen“ worden (ein nettes Zeichen für das Interesse dieser Auslands-Arbeitsgemeinschaft!), sie seien erst in letzter Stunde aufmerksam gemacht worden. Eile sei dann geboten gewesen und so weiter. So also kam diese, weder vom Plenum noch vom Vorstand, sondern nur von einigen Herren verfaßte Resolution zustande, die betont, das Deutsche Ausland-Institut sei durchaus nicht

die richtige Stelle, in Berlin und Kiel sei viel mehr Material vorhanden und die musealen und archivischen Hilfsmittel der wissenschaftlichen Auskunftsstellen ... Hamburgs verhielten sich gegen diejenigen von Stuttgart wie tausend zu eins. Ganz abgesehen von dieser lächerlichen Übertreibung und dem Pferdefuß, der hier herauschaut, erinnert man sich hier wohl lächelnd der einstigen Bestrebungen des Reichswanderungsamts und seines Präsidenten, den Sitz dieses Amtes nach Hamburg oder Bremen zu verlegen, wo man schon wegen der Räumlichkeiten usw. verhandelte, ehe die Berliner Regierung dem ein Ende machte.

Schließlich erheben die Hamburger Herren auch Bedenken gegen die bisherigen Leistungen des Deutschen Ausland-Instituts, die nicht ihren Erwartungen entsprochen hätten. Demgegenüber müssen wir doch zunächst einmal feststellen, daß von der Hamburger Arbeitsgemeinschaft in den letzten Monaten die Herren Pastor Hübbe, Professor Großcurth, Professor Schädel und Direktor Dr. Wahl in Stuttgart waren, um sich die Arbeiten des Instituts anzusehen und daß sie sich ausnahmslos uns gegenüber außerordentlich befriedigt über das Gesehene äußerten. Wenn sie also an diesem Beschlusse ihrer Arbeitsgemeinschaft teilgenommen haben sollten, so müßten sie schon mit doppelten Zungen reden. Es wird behauptet, daß mehrere Abteilungen des Instituts von der Bevölkerung kaum in Anspruch genommen würden. Das ist sehr richtig, denn mehrere Abteilungen sind für diese Inanspruchnahme durch die Bevölkerung gar nicht bestimmt, sondern nur für den inneren Dienst. Daß aber die für die „Inanspruchnahme der Bevölkerung“ bestimmten Abteilungen, Rechtsabteilung, Unterstützungs-Abteilung, Auskunft- und Stellenvermittlung, Auswanderer-Beratung so in Anspruch genommen sind, daß sie außerordentlich überlastet sind, beweist wohl die Zahl von täglich 100 bis 150 Besuchern, die bei uns vorsprechen, ganz abgesehen von der Zahl der brieflichen Anfragen und Auskunftseinholungen, deren Höhe wohl daraus erkennbar ist, daß wir monatlich einen Briefeingang (nicht Drucksachen!) von rund 3500 bis 4000 Briefen haben, dem ein ebensolcher Briefausgang entspricht.

Geradezu erstaunliche Unkenntnis verrät auch die Behauptung der Hamburger Herren, unsere Zeitschriften, der *Auslanddeutsche*, die *Presse-Korrespondenz* und die *Illustrierte Auswandererzeitung* arbeiteten mit Verlust! Zunächst gehörte die letztere Zeitung niemals dem Deutschen Ausland-Institut, sondern einer finanziell vollkommen von ihm getrennten Aktiengesellschaft, während das Deutsche Ausland-Institut ein gemeinnütziges Unternehmen darstellt. Die „*Presse-Korrespondenz*“ arbeitet selbstverständlich „mit Verlust“, wird sie doch in rund 2000 Exemplaren vollkommen unentgeltlich der gesamten reichsdeutschen und auslanddeutschen Presse wöchentlich zur Verfügung gestellt und verzichtet sie doch auf jede Einnahme, weil wir es als unsere gemeinnützige Aufgabe ansehen, mit den uns von unseren Freunden zur Verfügung gestellten Mitteln die gesamte deutsche Öffentlichkeit über Fragen des Auslandsdeutschtums, der Auslandkunde und der Auswanderung zu unterrichten. Daß aber schließlich und endlich der „*Auslanddeutsche*“ nicht mit Verlust arbeitet, sondern mit seiner Auflage von über 7000 Exemplaren das bei weitem gelesenste Fachblatt in seiner besonderen Art darstellt und sich durchaus gut und selbst erhält, das wollen wir auf Wunsch den Hamburger Herren gerne nachweisen, wenn sie sich zunächst unterrichten wollen, ehe sie nachweisbar falsche und für jeden Fachkenner als so töricht sofort erkennbare Behauptungen leichtfertig in die Welt setzen.

Auf gleicher Stufe steht die Behauptung, das Institut habe in Bayern, Sachsen ja selbst in Württemberg keinen Boden fassen können und wenig vornehme, aber sehr durchsichtige Methoden der Kampfweise verrät es, wenn der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ gegen das Institut ausgespielt wird, weil er es an Fürsorgetätigkeit weit übertreffe. Die finanzielle Fürsorgetätigkeit ist nur ein bescheidener Teil unserer Arbeiten, die auf andern Gebieten dagegen weit umfassender sind als diejenigen des erwähnten Vereins, der in seinen letzten Kundgebungen sich ausdrücklich auf Arbeiten für deutsche Schule und Kultur im Ausland zurückzuziehen erklärte.

Man sieht also, auf welch bedauerlich tiefem Niveau dieser Protest steht. Und das alles in einer reinen Frage der bestmöglichen Organisation des Auswanderungswesens! Wenn sich diese wissenschaftlichen Methoden Hamburgs zu denen Stuttgarts wie tausend zu eins verhalten, so sind wir mit unserm geringen Können in dieser Beziehung recht zufrieden.

Noch aber ist dieser Angriff nicht das schlimmste, er ist nur leichtfertig und töricht. Das Tollste leistet sich, offensichtlich auch von jener einzigen Zentrale, die wir oben nannten, gestoßen und gespeist, die „Hamburger deutsche Auswanderer-Zeitung“, gegen deren faustdicke Unwahrheiten dem Institut gegenüber und gegen deren beleidigende Äußerungen über den Vorsitzenden seines Vorstandes nur das Gericht und der Strafrichter wohl helfen können. Dieses vornehme Organ, das Gemeingut der deutschen Auswanderer sein will und seine Leser zum Bezug von Anteilscheinen zu je 100 Mark auffordert (sie sollten das als Sparkasse benützen oder sich durch allmonatlichen weiteren Zukauf von Genossenschaftsanteilen allmählich die Überfahrtskosten zurücklegen, oder es als Kapitalanlage betrachten, und was dergl. Anlockungsmittel noch sein mögen!), nennt das Deutsche Ausland-Institut einen Bluff, den Vorsitzenden seines Vorstandes einen betriebsamen, ehrgeizigen und von allerhand Plänen erfüllten Herrn, einen Streber und sonst noch einiges. Wir würden dem Blatt zu viel Ehre antun, wenn wir einen längeren Auszug aus dem über zwei volle Seiten umfassenden Aufsatz bringen würden. Es sei nur die Berichtigung hier abgedruckt, die auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes des Deutschen Ausland-Instituts dem Blatte übersandt wurde und aus der die größten Unwahrheiten ersichtlich sind. Das minder grobe kleine Zeug übergehen wir dabei. Die Berichtigung lautet:

Zu dem Artikel „Reichswanderungsamt oder Auslandsinstitut“ in Nr. 5 des Jahrgangs 1921 Ihrer Zeitschrift ersuchen wir Sie, einige Richtigstellungen aufzunehmen, die sich zunächst nicht mit dem allgemeinen Inhalt des Aufsatzes befassen — wir werden eine weitere Klärung herbeiführen — sondern tatsächliche Unrichtigkeiten betreffen.

1. Sie behaupten, ein dürrer Ast am Baume des Instituts sei erst kürzlich abgestorben: die „*Illustrierte Auswandererzeitung*“ sei eingegangen, die Zeitschrift „*Kolonie und Heimat*“ habe 15000 Leser verloren. Dazu bemerken wir, daß beide Zeitschriften in einem Verlage „*Ausland und Heimat*“ Verlags-A.-G., Stuttgart, erscheinen, der völlig selbständig ist und an dem das Institut auch mit keiner Einlage beteiligt ist. Beide Zeitschriften stellen also weder unrentable, noch überflüssige Abteilungen des Instituts dar und haben mit dessen Finanzen gar nichts zu tun.

2. Das Deutsche Ausland-Institut und sein Vorsitzender des Vorstandes haben niemals beabsichtigt, die amtlichen Materialien des Reichswanderungsamtes unter der Firmierung des Deutschen Ausland-Instituts erscheinen zu lassen.

3. Der Gedanke, die amtlichen Zweigstellen des Reichswanderungsamtes zu streichen und deren Aufgabe privaten Organisationen (allgemein gesprochen, nicht etwa nur dem D. A.-I.) zu übertragen, wurde im Reichstagsausschuß zuerst vom Abgeordneten Staatsminister a. D. Dr. von Delbrück, ausgesprochen, ohne daß das Institut weder direkt oder indirekt mit ihm irgendwelche Fühlung genommen hatte.

4. Es ist unwahr, daß das D. A.-I., sei es durch Vermittlung des Herrn Abgeordneten Stücklen, sei es durch andere Vermittlung, aus einem Dispositionsfond des Herrn Reichsminister Erzberger eine Million oder sonstige Mittel erhalten habe.

5. Es ist unwahr, daß das D. A.-I. irgendwelche Summen „verpulvert“ habe. Die dem Institut zufließenden Stiftungen werden in mündelsicheren Papieren unter Kontrolle der Aufsichtsbehörde, der württembergischen Regierung, angelegt, so daß dem Institut zum laufenden Verbrauch nur die jährlichen Zinserträge zur Verfügung stehen.

6. Es ist unrichtig, daß Zweigstellen des Instituts in Hamburg, Köln und Leipzig große Summen verschlingen. Eine neu errichtete Geschäftsstelle in Hamburg wird ehrenamtlich geleitet. In Köln und Leipzig besitzt das Institut bisher überhaupt keine Geschäftsstelle, in Köln ist eine Geschäftsstelle in Vorbereitung, in Leipzig ist sie geplant.

7. Es ist unwahr, daß im Ausland Filialen des Deutschen Ausland-Instituts eingerichtet worden seien, die sicherlich sehr große finanzielle Bedürfnisse hätten. Das Institut besitzt überhaupt keine Filiale oder Zweigstelle im Ausland, die sämtlichen zahlreichen für das Institut im Ausland tätigen Herren arbeiten vollkommen ehrenamtlich.

8. Es ist unwahr, daß das Deutsche Ausland-Institut für sich, oder der Vorsitzende des Vorstandes, für das Institut eine Monopolstellung in der Auswandererberatung erstrebe. Zu allen Zeiten haben das Institut und sein Vorsitzender des Vorstandes nur an eine Arbeitsgemeinschaft mit den übrigen hauptamtlich an der Auswandererberatung beteiligten Korporationen gedacht.

9. Es ist unwahr, daß auf Kosten des D. A.-I. eine Druckschrift des Herrn Dr. Lutz erschienen sei. Mit der im Ausland- und Heimat-Verlag erschienen Schrift dieses Autors „Auswanderer und Akademiker“ hat das Institut als solches nichts zu tun. Die Schlußfolgerungen dieser Schrift stellen durchaus nicht das Programm des Deutschen Auslands-Instituts dar, namentlich nicht dort, wo sie sich für einen weiteren Ausbau des Reichswanderungsamtes einsetzt.

V. Wer erstrebt das Monopol?

Die Angelegenheit des Reichswanderungsamtes zog inzwischen immer weitere Kreise. Vom Reichswanderungsamt und seinem Präsidenten, Herrn Dr. Jung, selbst erging ein Brief an alle Zweigstellen, in dem die Zweigstellen auf die Beschlüsse des Reichstags Haushaltes aufmerksam gemacht wurden und in dem das Deutsche Ausland-Institut und der Vorsitzende seines Vorstandes, „ein Herr Wanner“, unmittelbar als die Quelle aller „Angriffe“ gegen das Reichswanderungsamt genannt wurden. Die Zweigstellen wurden aufgefordert, Stellung zu nehmen, d. h. alle Hebel in Bewegung zu setzen, um zugunsten des Reichswanderungsamtes in dem Streit „Entschließungen“ von allen Seiten her fassen zu lassen. So geschah es z. B. in München, wo dieser Aufforderungsbrief des Herrn Präsidenten des Reichswanderungsamtes in der betreffenden Sitzung ganz offen verlesen wurde. So geschah es auch an anderen Orten. In Bremen wurde der Verein für Auswandererberatung mobil gemacht, der — während 8 Tage zuvor noch der Vertreter Bremens in der Ar-

beitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen in Berlin erklärt hatte, Bremen halte die Zweigstellen des Amtes „zwar nicht für gefährlich, aber für überflüssig“ — den Bremer Zeitungen eine Mitteilung zukommen ließ, die die verleumderischen Behauptungen der Hamburger Auswanderer-Zeitung aufnahm und wiederholte, so daß (unbeschadet weiteren gerichtlichen Vorgehens auch gegen diese Verleumdung) den Bremer Zeitungen eine Richtigstellung übersandt werden mußte.

In Hamburg wurde eine Sitzung der dortigen Auslands-Arbeitsgemeinschaft mit der Tagesordnung „Stuttgarter Reichswanderungsamt“ einberufen, zu der sowohl der Präsident des Reichswanderungsamtes, wie auch das Deutsche Ausland-Institut eingeladen wurden. Es stellte sich allerdings dann erst heraus, daß die Sitzung weder eine Versammlung des Plenums, noch auch nur des Vorstandes der Hamburger Auslands-Arbeitsgemeinschaft darstellte, sondern daß nur eine kleine Anzahl von Personen zu ihr eingeladen waren, die keinerlei Möglichkeit zu Beschlüssen oder zu Entscheidungen hatten. Die Sitzung erschöpfte sich in einer Darlegung des Standpunktes des Deutschen Ausland-Instituts durch dessen Generalsekretär, Dr. Wertheimer, und in einer Gegenrede des Präsidenten des Reichswanderungsamtes, auf die dann abermals zu entgegnen oder die zu besprechen unmöglich wurde, weil man — die Sitzung nach diesen beiden Reden schloß. Immerhin hatte diese Besprechung den Erfolg, das Problem, um das es sich hier handelt, scharf herauszuarbeiten und vor allen Dingen klar zu stellen, um was der Kampf geht: Nicht etwa um Monopol Tendenzen des Deutschen Ausland-Instituts, sondern ganz im Gegenteil um die Bestrebungen des Reichswanderungsamtes und seines Präsidenten, die nicht etwa diejenigen der deutschen Regierung oder der verantwortlichen Männer sind, **die Auswandererberatung in den Händen des Reichswanderungsamtes zu monopolisieren und die freie Beratung der Wohlfahrtsorganisationen in ihrer Meinungsfreiheit kräftig zu beschneiden**, d. h. sie unmöglich zu machen.

In seinen Erklärungen legte der Vertreter des Deutschen Ausland-Instituts diejenigen Gedankengänge dar, die in diesem Aufsatz weiter oben ausgeführt sind. Er verwies auf die politische Gefahr der Auskunftserteilung durch das Reich, auf die Haftung des Reichs für jede einzelne Auskunft und auf die große Gefahr, die in einer Uniformierung der Raterteilung liege, sowie auf die Möglichkeit, daß das Reich durch ganz bestimmte politische Stellungnahme zu irgendeinem Land in politische Verwicklung mit diesem Staate komme. Er erwähnte, wie gefährlich es bei der heutigen Machtlosigkeit des Deutschen Reiches sei, wenn irgend ein fremder Staat Repressalien ergreife, seien sie wirtschaftlicher oder politischer Natur.

Auf diese Ausführungen ging der Herr Präsident des Reichswanderungsamtes ein. Er betonte, gerade die Verschiedenartigkeit der durch die früheren örtlichen Zweigstellen der einstigen Zentralstelle für Auswandererberatung der Kolonialgesellschaft gegebenen Auskünfte habe das Auswärtige Amt veranlaßt, die Auswandererberatung bei dem Reichswanderungsamt zu zentralisieren. Von dieser Zentralisierung sei seinerzeit das Reichswanderungsamt völlig überrascht worden. Gerade die von Herrn Dr. Wertheimer angeführten Gründe seien der beste Beweis für die Notwendigkeit der amtlichen Auskunftserteilung durch die Zweigstellen. Man sei im Auswärtigen Amte, wie im Reichsministerium des Innern und dem Reichswanderungsamt, wie er versichern könne, darüber einig und entschlossen, kein Blatt vor den Mund zu nehmen und objektiv die reine Wahrheit zu sagen über ein fremdes Land, ganz gleichgültig.

ob dieses Land nun durch eine solche Auskunfterteilung verschluckt sein werde, wenn man vor ihm warne oder nicht. Wenn daraus politische Komplikationen entstünden, so erklärte der Herr Präsident stolz und hochgemut, so würden wir sie eben in Kauf nehmen müssen. Welches Durcheinander müßte entstehen, wenn jede Privatorganisation je nach den Ansichten und Überzeugungen ihres jeweiligen Leiters selbständige Auskünfte erteile und eigene Auswanderungspolitik triebe! Unser einziger Reichtum seien unsere Menschen, sie seien unser Kompensationsobjekt. Mit diesem Reichtum müßten wir wirtschaften. So wie eine staatliche Wirtschaftspolitik die Waren im Interesse des Reiches lenke und dirigieren müsse, so habe das Reichswanderungsamt die Aufgabe, die Ware: Mensch zugunsten des Reiches zu verwerten.

Der Sinn dieser Ausführungen ist klar. Deshalb also sollen amtliche Zweigstellen bestehen, damit nur eine einzige offizielle staatliche Meinung den Auswanderern und Auswanderungslustigen gesagt werden darf, damit sie nur in einer Richtung beeinflußt und geleitet werden dürfen. Dem Herrn Präsidenten des Reichswanderungsamtes ist es wohl nicht klar geworden, daß er mit diesen Ausführungen den freien Organisationen, die sich heute der Auswandererberatung widmen, ein Todesurteil spricht, er, der sich immer darauf beruft, daß er einige 70 Stellen im Deutschen Reich zu gemeinnützigen Auskunftsstellen gemacht habe, spricht hier mit nackten Worten aus, daß er deren Tätigkeit uniformieren und in eine Zwangsjacke pressen will, daß sie wohl vorhanden sein dürfen, daß sie aber die Meinung und die Ansichten seines Amtes zu verwerten haben.

„Wohin kämen wir, wenn alle diese Einzelorganisationen je nach den Wünschen und Ansichten ihres einzelnen Leiters ihre Beratung und ihre Politik treiben wollten?“

Hier liegt allerdings ein unüberbrückbarer Gegensatz vor. Wir sind gerade der Ansicht, daß es für den Auswanderungslustigen wünschenswert und nötig ist, ein von amtlichen Meinungen unbeeinflusstes und selbständiges Urteil zu hören. Es ist sehr wohl möglich, daß über ein Land und über ein Gebiet verschiedene Organisationen und sogar verschiedene Fachkenner verschiedener Ansicht sein können. Wir brauchen nur an das Problem der Auswanderung nach Sowjetrußland oder dem Missionsgebiet zu erinnern. Wir sind der Auffassung, daß in dem Bestehen der einzelnen Privatorganisationen — allerdings nicht einer Riesenanzahl von Vereinen und Verbänden, die so nebenher auch Auswandererberatung treiben, sondern nur in dem Bestehen einer beschränkten Zahl großer selbständiger auf eigenen Informationen und gutem Nachrichtendienst fußender Einrichtungen — ein ungeheurer Vorteil besteht. Der Wanderungszentralbehörde soll ja auch unserer Ansicht nach die Möglichkeit gegeben sein, und wir halten das für sehr wünschenswert, die amtliche Ansicht allen Privatorganisationen mitzuteilen, sei es im Nachrichtenblatt, sei es in Broschüren, sei es in Merkblättern. Jede Privatorganisation wird diese Ansichtsäußerung im Bewußtsein ihrer Verantwortung prüfen und berücksichtigen, ohne daß sie sich zu scheuen brauchte, wenn sie eine gegenteilige Ansicht begründen und belegen kann, diese ihre Meinung dem Auswanderer gleichfalls zu sagen. Es ist gar kein Zweifel, daß die privaten Wohlfahrtsorganisationen in der Beschaffung ihres Materials viel ungehinderter und viel freier, viel beweglicher sind, als ein amtlicher Apparat und daß sie bei weitem schneller arbeiten können. Sollen sie sich nun all dieses ihr Material zwar beschaffen, es aber den Auswanderern nicht sagen dürfen? Sollen sie verpflichtet sein, all das, was sie an

Erfahrungen und an Nachrichtenmaterial sammeln und aufspeichern, nur totes Kapital sein zu lassen? Soll diese Uniformierung der Auswandererberatung tatsächlich einen Vorteil darstellen?

Darauf spitzt sich in der Tat der Streit zu. Der Herr Präsident des Reichswanderungsamtes will wohl seine gemeinnützigen Auskunftsstellen und Privatorganisationen bestehen lassen, er will ihnen aber seine Amtseinsicht vorschreiben und will sie vor seinen Wagen spannen. Wir dagegen sehen in dem freien Spiel der Kräfte und sehen in der Möglichkeit, sich von den verschiedensten Stellen aus über die Ansichten zu einer bestimmten Frage unterrichten zu können, nicht nur einen Vorteil für den Auswanderer selbst, um dessen Wohl sich doch die ganze Sache dreht, sondern wir sehen darin überhaupt nur den einzig möglichen Weg für den Staat, sich vor Schwierigkeiten zu bewahren.

Kein Zweifel besteht, daß das Reich in seinem Staats- und Beamtenkörper sparen muß. Kein Zweifel besteht, und auch der Herr Präsident des Reichswanderungsamtes hat das in Hamburg klar ausgesprochen, daß organisatorische Veränderungen im Reichswanderungsamt möglich sind und daß der Gedanke nicht von der Hand zu weisen sei, „das Reichswanderungsamt in mehr oder minder nähere Verbindung mit dem Auswärtigen Amt in organisatorisch-technischen Fragen zu bringen“. Wichtiger aber als all das ist, daß nicht dem Deutschen Ausland-Institut Monopolisierungsbestrebungen zugeschoben werden, während sie in Wirklichkeit beim Reichswanderungsamt und seinem Präsidenten liegen und auf eine Knebelung der freien Meinung herauskommen. Wir sagen das nicht, ohne gewisse Unterlagen zu haben. In einem Schriftstück, dem der Herr Präsident des Reichswanderungsamtes nicht fern stehen dürfte, wird der Versuch gemacht, zu sagen, daß die Beratung der Auswanderer eine Angelegenheit sei, für die das Stuttgarter Deutsche Ausland-Institut „nur in seiner Eigenschaft als Zweigstelle des Reichswanderungsamtes für Württemberg“ zuständig sei. Das zeigt, wohin die Reise gehen soll. Was hier vom Deutschen Ausland-Institut gesagt wird, kann morgen vom Raphaelsverein, vom Evangelischen Hauptverein oder von anderen Vereinigungen gesagt werden, die alle ebenso wie das Deutsche Ausland-Institut eine Auswandererberatung schon getrieben haben, ehe es ein Reichswanderungsamt gab. Daß wir diesen Versuch des Reichswanderungsamtes aufs schärfste zurückweisen, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Das Deutsche Ausland-Institut hat sich dem Reichswanderungsamt zur Verfügung gestellt, ihm für Württemberg die Errichtung einer Zweigstelle zu ersparen und hat auf eigene Kosten, (ohne geldliche Unterstützung und ohne das angebotene Dienstsiegel für Portofreiheit in Anspruch zu nehmen!) die Auswandererberatung übernommen, aber es übt diese Auswandererberatung nicht nur für Württemberg, sondern für ganz Deutschland, und es leitet seine Berechtigung dazu nicht von seiner Betätigung als Zweigstelle des Reichswanderungsamtes her, sondern von seinem Wunsch und seinem Pflichtgefühl, deutschen Auswanderern auf Grund seiner gemeinnützigen Tätigkeit zur Verfügung zu stehen.

Bei dieser Gelegenheit gestatte man uns auf eine Andeutung einzugehen, die sowohl in der Hamburger Auswandererzeitung, wie auch in der Hamburger Rede des Präsidenten des Reichswanderungsamtes zum Ausdruck kam, daß er nämlich dem Deutschen Ausland-Institut verschiedene „Zuwendungen“ gemacht habe. Wir nennen sie hier ganz offen: das Reichswanderungsamt bezahlte im Jahre 1919 dem Deutschen Ausland-Institut 20 Mark Jahresbeitrag und erhielt dafür etwa 6 bis 10 Exemplare unserer Zeitschrift, die damals einen Abonnements-

wert von etwa 100 Mark darstellten, im Jahre 1920 bezahlte das Reichswanderungsamt 1000 Mark Beitrag und erhielt dafür in je 3 Exemplaren für seine Zweigstellen den Auslandsdeutschen, zu sammen rund 80 Exemplare jeder Nummer im Werte von etwa 1600 Mark. Für das Jahr 1921 endlich hatte das Reichswanderungsamt einen Mitgliedsbeitrag von 3000 Mark zugesagt gegen die Zusicherung, daß seinen sämtlichen Zweigstellen je 2 Exemplare des Auslandsdeutschen übersandt würden, was ungefähr 50 Exemplare von jeder Nummer des Auslandsdeutschen darstellt und einem Abonnementsbetrag von nahezu 2000 Mark gleichkommt. Auch diese Aufklärung glauben wir der Öffentlichkeit gegenüber den dunklen Andeutungen schuldig zu sein.

VI. Die Verteidigung des Reichswanderungsamtes.

Man muß es dem Reichswanderungsamt allerdings lassen, daß es verstanden hat, einen großen Apparat in Bewegung zu setzen, der seine Verteidigung mit mehr oder minder großer Geschicklichkeit führt. Die Liste derjenigen Vereine und Verbände, mit denen es in Arbeitsgemeinschaft steht, ist inzwischen den Abgeordneten zugegangen und zeigt, daß die Zahl schon auf 103 angewachsen ist und daß hier die heterogensten Elemente zusammengefaßt sind, die nur der Zahl und dem Namen nach Eindruck machen können, aber für die Tatsache der Auswandererberatung an sich nur wenig bedeuten. Es ist vom Amt eine Verteidigungsschrift herausgegeben „Wozu brauchen wir ein Reichswanderungsamt“. Als erste Aufgabe des Amtes wird darin genannt der Schutz der Auswanderungswilligen vor der Ausbeutung von eigennützigen Unternehmen und unlauteren Gründungen. Hier haben wir dem Amte stets restlos beige pflichtet. Das ist eine staatliche Aufgabe, die wir nicht verkürzt sehen möchten. Auch darin stimmen wir ihm zu, daß es die Einwanderung fremdstämmiger Elemente aus dem Osten nicht verhüten konnte, weil das gar nicht zu seiner Zuständigkeit gehört. Wenn dagegen mit einem reichlichen Aufwand von Worten, hinter dem nicht viel Sachliches steckt, die Frage beantwortet wird, ob die Einrichtungen und Ausgaben des Reichswanderungsamtes in richtigem Verhältnis zu seiner Bedeutung und Tätigkeit ständen, so glauben wir die Frage nach wie vor verneinen zu sollen, und auf Grund unserer Ausführungen sagen zu dürfen, daß durch Heranziehung der Privatorganisationen und besserer Organisation innerhalb der Ämter beträchtliche Ersparnisse gemacht werden könnten. Daß das Reichswanderungsamt Zweigstellen brauche, um die privaten Organisationen, die zum Teil miteinander rivalisierten, zu ersprießlicher Tätigkeit zu einigen, ist völlig irrtümlich. Es kann ruhig den privaten Organisationen überlassen bleiben, diese Einigung unter sich durchzuführen, die viel früher gekommen wäre, wenn nicht das Reichswanderungsamt eine große Anzahl sogenannter „gemeinnütziger Auskunftstellen“ herangezogen hätte, die in Wirklichkeit gar keine zuverlässige Auswandererberatung treiben oder auch nur treiben können. Daß für den Auswanderer die amtliche Beratung die maßgebendste sei, darf füglich bestritten werden, hat doch Herr Carprow als Vertreter der sämtlichen Auswanderervereine in Berlin es ausgesprochen, daß das Vertrauen zur Zentralstelle des Reichswanderungsamtes im selben Maße gestiegen sei, wie es zu den Zweigstellen des Amtes gesunken sei. Das Reichswanderungsamt fragt in seiner Verteidigungsschrift, was geschehe, wenn das Reichswanderungsamt aufgelöst werde und es malt in deutlich erkennbarer Absicht die Gefahr an die Wand, daß dann die Auswanderer bei anderen Behörden, in erster Linie beim Auswärtigen Amt, anfragen würden, das die Antwort nicht

ablehnen könne. Das ist natürlich ebenso irreführend. Das Auswärtige Amt kann sich sogar gedruckte Postkarten für diesen Fall zulegen und die Anfragenden auf die Privatorganisationen, die diese Aufgaben haben, verweisen. Daß das Nachrichtenblatt des Reichswanderungsamtes und die Merkblätter fortgesetzt werden müßten, auch wenn das heutige selbständige Amt (das, wie ja in der Hamburger Auswandererzeitung deutlich ausgesprochen ist, die Absicht gehabt hat, sich zu einem selbständigen Ministerium zu entwickeln) nur mehr eine Ministerialabteilung des Auswärtigen Amtes wäre, darüber bestand bei den Privatorganisationen und beim Haushaltsausschuß des Reichstages niemals ein Zweifel. Daß kein verwaltungstechnischer Rückschritt, sondern durchaus ein Fortschritt zu erzielen wäre, wenn das Ausdehnungsbedürfnis des Reichswanderungsamtes beschnitten würde, wird ja eine Prüfung der ganzen Frage von zuständiger Stelle ergeben, wie ja doch überhaupt die Einschränkung des Beamtenapparates und die weitvermehrte Heranziehung der privaten Organisationen zur Erfüllung allerhand wichtiger Aufgaben durchaus in der Richtung der Zeit liegt, die gebieterisch eine solche Sparsamkeitspolitik erfordert.

Das Reichswanderungsamt begibt sich auch auf das gefährliche Gebiet der Statistik. Es gibt an, daß es von April bis Dezember 1920, also in 9 Monaten, insgesamt 66 000 Auswanderer beraten habe. Es wäre hier zunächst zu fragen, wieviele Beratungen die drei Privatorganisationen, die als Zweigstellen des Reichswanderungsamtes fungieren, Raphaelsverein, Evangelischer Hauptverein und Deutsches Ausland-Institut in dieser Zahl ausmachen. Das Deutsche Ausland-Institut hat in diesen 9 Monaten allein 7000 Auswanderer beraten! Wenn man also die Gesamtzahl der von den übrigen 25 Zweigstellen erteilten Auskünfte von 59 000 auf die Zweigstellen verteilt, so kommen auf die einzelne Zweigstelle in 9 Monaten 2360 Beratungen, was pro Monat noch nicht einmal 265 Einzelberatungen, also pro Tag noch nicht einmal 10 Beratungen ausmacht. Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, daß bei der amtlichen Statistik auch noch etwa 17 000 Anfragen über „Deutsche im Ausland“ aufgeführt sind, die aber ebensogut von den privaten Organisationen erledigt werden können, wie von der Amtszentrale. Dafür also der Riesenapparat amtlicher Zweigstellen?

Es wird sich ja noch Gelegenheit ergeben, eingehender auf diese ganze Frage an zuständiger Stelle zu sprechen zu kommen. Die Verdächtigung, die in der amtlichen Publikation des Reichswanderungsamtes ausgesprochen wird, daß einzelnen der privaten Organisationen es nur darum zu tun sei, Aufgaben in die Hand zu bekommen, die dem Reiche obliegen, um einen Anspruch auf Bewilligung von Reichsmitteln zur Verwirklichung ihrer „großzügigen“ Organisationspläne zu erlangen und daß nicht weite Volkskreise zum Spielball unternehmungslustiger Organisationen werden dürften, hat eine merkwürdige Ähnlichkeit mit den Behauptungen, wegen derer das Deutsche Ausland-Institut die Hamburger Auswanderer-Zeitung gerichtlich belangen wird. Wir gehen hier auf diese Zusammenhänge zunächst nicht weiter ein. Auch über sie zu sprechen wird sich an anderer Stelle noch Gelegenheit genug ergeben. Wir dürfen hier zusammenfassend nur feststellen, daß seitens des Deutschen Ausland-Instituts rein sachliche Gesichtspunkte in einer Frage der Organisation einer Zentralstelle für das Wanderungswesen vorgewandt haben, daß ihm an einem persönlichen Kampf gegen das Reichswanderungsamt oder gar gegen seinen Präsidenten gar nichts gelegen ist, weil die Person dieses Präsidenten für die Sache, um die es sich handelt, ja auch völlig belanglos ist. Es handelt sich, wie wir zum Schluß noch einmal mit aller Deutlichkeit hervor-

heben wollen, um die Frage der Trennung zwischen Staatsaufgaben und Obliegenheiten privater Wohlfahrtsorganisationen, um die Frage der Ersparnis durch schärfere Zentralisation innerhalb der Ämter und vor allen Dingen um die Frage der freien und ihrer

Verantwortung sich voll bewußten Beratung der Auswanderer durch die privaten Wohlfahrtsorganisationen im Gegensatz zu einem Reichsmonopol der Behinderung und der Beschränkung der persönlichen Meinungsfreiheit.

Der schwäbische Kostümball in Temesvar

Von FRANZ XAVER KAPPUS, Temesvar.

Alljährlich in der Faschingszeit feiert das Schwabenvolk des Banats sein großes Fest: aus allen Gemeinden strömt es herbei in die Stadt, huldigt hier den altehrwürdigen Bräuchen aus der Väterzeit, vergnügt sich bis zum Morgengrauen bei Musik und Tanz. Es ist nicht nur ein völkisches Ereignis, sondern auch ein Ereignis für die Bevölkerung Temesvars, die — in der Mehrheit selbst aus Deutschen bestehend — mit Freude und Wohlgefallen den großen Tag schon in den Vormittagsstunden werden sieht: wie die Musikkapellen aus den verschiedenen Gemeinden mit klingendem Spiel durch die Stadt ziehen, wie sich das Straßenbild Stunde um Stunde farbiger belebt, wie bunte und bewegte Aufzüge auf Schritt und Tritt von dem bevorstehenden Abend künden. Die Abholung des „Kirchweihstrausses“, diese liebe, tief im Volksbewußtsein wurzelnde Sitte, bildet den Höhepunkt der Vorbereitungen und den rauschenden Auftakt zum Schwäbischen Kostümball selbst.

Auch der Ball steht ganz im Zeichen schöner, ländlicher Gebräuche. Die meisten sind in der kleidsamen Tracht ihrer Altvorden gekommen, Frauen und Mädchen in farbig-heller oder dunkler Seide, die Männer im schlichten bauerlichen Sonntagsgewand. Alles drängt sich in dem Saale, der die Menge der Gäste nicht fassen kann, um das Podium in der Mitte, wo der Kirchweihstrauß zugunsten der „Deutschen Lehrerbildungsanstalt“ versteigert wird. Hell schmettert die Stimme des Ausrufers, eifrig überbieten die Vertreter der einzelnen Gemeinden einander, bis endlich das herrliche Blumengewinde um den Preis von 3700 Lei an seinen glücklichen Besitzer übergeht. Der Strauß wird einem anmutigen Mädchen überreicht, womit der Vortanz beginnt und später immer mehr und mehr Paare in seinen lockenden Reigen zieht. Außerdem wirft er noch eine hübsche Summe für die „Deutsche Lehrerbildungsanstalt“ ab, denn jede Tour mit der Vortänzerin muß durch eine neue Gabe erkaufte werden.

Indessen zeigte es sich, daß der große Saal des Militärkasinos nicht hinreichte, die immer noch nachdrängende Fülle der Gäste

zu fassen. Immer schwerer wurde die Luft über der vieltausendköpfigen Menge, in der die Schwabenführer Abgeordneter Dr. Kaspar Muth, Abt domherr Franz Blaskovics, Abgeordneter Dr. Franz Kräuter, Senator Karl v. Möller, Hauptschriftleiter Prof. Josef Striegl und andere von den Volksgenossen immer aufs neue stürmisch umringt wurden. Die Herren hatten mit einem Massenaufzug ihrer Landsleute gerechnet und rechtzeitig für eine Teilung der Tanzlustigen Vorseorge getroffen.

Kurz vor Mitternacht wurde es freier in den Räumlichkeiten des Militärkasinos — etwa ein Drittel der Gäste war unter den Klängen der Musik in den Wintergarten des nahen Hotels „König Ferdinand“ gezogen, wo die Musen der Fröhlichkeit, der herzerhebenden und herzbewegenden Frische auch flugs ihre Fahnen entfalteten und schönste Heimatsstimmung verbreiteten. Hier wie im Militärkasino erklang die Nacht bis tief in den Morgen hinein von den anfeuernden Weisen der Musikkapellen, von den Jauchzern der Tanzenden und dem hin und her wogenden Gebräuse der Gäste.

Der Schwäbische Kostümball 1921 war aber mehr als eine Veranstaltung, die Stadt und Land in froher Eintracht vereinte und beide die Sorgen des Alltags vergessen ließ. Der Schwäbische Kostümball dieses Jahres bedeutete mehr noch, als seine Vorgänger es taten, ein weithin leuchtendes Symbol des schwäbischen Volksbewußtseins, ein Symbol der Zusammengehörigkeit aller, die vor Jahrhunderten aus dem Mutterlande in ihre jetzige Heimat gekommen waren und aus trostlos versumpften Landstrichen Stätten der Fruchtbarkeit und des Segens zu machen verstanden haben. Dieses stolze Gefühl glänzte an dem großen Festtage des Banater Schwabenvolkes aus allen Augen, es schlang unsichtbare goldene Fäden von Herz zu Herz und wirkte und wärmte in Sinn und Seele der Volksgenossen lange noch fort, als der letzte Tanz längst verklungen war und Eisenbahn und Wagen die Gäste wieder an die Orte ihrer Arbeit brachten.

Ein Dichter des Deutschtums in Böhmen.

Von FEDOR von ZOBELTITZ, Spiegelberg.

Hans Watzlik hat im Verlag Staackmann in Leipzig eine Reihe vortrefflicher Novellen und Romane erscheinen lassen, die von einer verständnisvollen und landeslieben Schilderung belebt, zum Teil aber auch ein flammender Aufschrei gegen das Andringen der Tschechenmeute sind.

Der Novellenband „Der Ring des Osser“ und der Roman „Aus tiefer Wurzel“ spielen zur Zeit der Hussiteneinfälle und des Dreißigjährigen Krieges, und ihre Greuelbilder lassen sich aufs schmerzlichste mit den Leiden vergleichen, die unsre Volksgenossen in Oberschlesien im Augenblick durchleben. „Der Phönix“ schildert die Pestzeit, geistig und leiblich, vor dem Übergreifen der Renaissance nach Deutschböhmen. „Der Alp“ mutet fast wie eine Jahrhunderte spätere Fortsetzung des Romans „Aus tiefer Wurzel“ an. Rangen in diesem die Bauern

im grimmigen Eisenwald in schier unerträglichem Kampf gegen die Mächte der Natur und der Wildnis, so ringen jene in dem ebenso harten Kampf gegen die Wildnis des Aberglaubens im Böhmerwald und gegen die tyrannische Macht des Klerus. Und schließt ersterer mit dem stolzen Satz: „Über der Menschen gewaltigem Teutplatz hing mit eherner funkelnder Schwinge der Wille, der Wille, die Seele der Welt!“, so triumphieren die Nachfahren über die Weltuntergangsstimmung und freuen sich wieder der Schönheit ihrer Welt, in der die Arbeit blüht und kein Pfaffentum ihnen die Freude am Weibe verkümmern kann.

Im Novellenband vom „Ring des Osser“ finden wir sozusagen Skizzen zu den großen Romanen, Probleme gestreift, die dort voll ausgeführt sind, Zuständlichkeiten, denen wir im weiter gespannten Rahmen wieder begegnen. Ist „Aus tiefer Wurzel“

dichterisch das wertvollste, „Der Alp“ das stimmungsreichste der Watzlikischen Bücher, so rührt er in „O Böhmen“ das uns nahe-
 liegendste Thema an. In seinem Jammer um das untergehende
 Deutschtum schlägt der Dichter Saiten an, die gerade in unsern
 Tagen schmerzvoll in jedes Deutschen Brust vibrieren. Wie ein
 Symbol slawischer Gefräßigkeit steht da die einfache Figur des
 tschechischen Zuwandlers im deutschen Dorf, der durch seine
 sieben blutstrotzenden Töchter binnen einer Generation das rein
 deutsche Anwesen verslawt. Da sind die Typen der jungen deut-
 schen Heißsporne und der gleichgültigen Fortwurstler, der zwei-
 deutigen Geschäftsmacher und der besonnenen Altsitzer, denen
 die brutale, geschmeidige, doppelzüngige Masse der Tschechen
 den Weg verlegt, sie verdrängt durch Schleichen und Gewalt,
 nicht zuletzt durch die Macht des Weibes. „Der Deutsche in

Böhmen kann nicht wahrhaft fröhlich sein, immer muß er bangen
 um den Besitz der ererbten, errungenen Heimat ... O Freunde,
 die ihr im Reich geborgen vor andrängendem Fremdvolk ein
 friedlich Leben führet, verschließt euer Herz nicht unsrer Not ...
 Erkennt, daß wir vereint das gleiche Schicksal tragen müssen ...
 daß ein Wort und Gefühl und Tat, daß ein Wort unser Schicksal
 in alle Ewigkeit hinaus bestimme! Das Wort: deutsch!“

Alles, was Watzlik über das andrängende Slawentum in
 Deutschböhmen (einer, der vertrieben worden ist, hat einmal von
 „polnischer Unverschämtheit“ gesprochen, und die internationale
 Meute hat damals ein lautes Geheul angestimmt) sagt, findet
 heute in der frechen Vergewaltigung Oberschlesiens ein aktuelles
 Echo. So lesen wir des Autors Worte als Dichtwerk und als Zeit-
 geschichte.

Erlebnisse Auslanddeutscher im Weltkrieg*)

IV. Unter neutraler Flagge.

Von K. B.

(Fortsetzung.)

„Türkisch ist nicht meine Muttersprache, meine Eltern waren
 Amerikaner und waren nur lange Jahre in der Türkei ansässig.“

„Das geht aus Ihren Papieren nicht hervor, aber selbst wenn
 es zutreffend ist, was Sie sagten, so müssen Sie doch wenigstens
 etwas Türkisch sprechen. Sie haben doch gewiß einmal eine
 Schule besucht und sind mit Türken in Berührung gekommen?“

„Was ich gelernt hatte, habe ich längst wieder verlernt, da
 ich für die türkische Sprache nie Interesse gehabt habe.“

„Dafür haben Sie wohl um so mehr Interesse für die deutsche
 Sprache gehabt?“ fragte der Offizier ironisch.

„Ich spreche ebensowenig Deutsch wie Türkisch.“

„Ich werde Ihnen sofort beweisen, daß die Angaben, die
 Sie machen, nicht richtig sind. Öffnen Sie bitte mal Ihren
 Koffer.“

Der Offizier nahm ein Hemd heraus, dann ein Taschentuch
 und zuletzt einen Kragen.

„Wie kommt es,“ fragte er weiter, „daß die Monogramme
 Ihrer Wäsche nicht mit den Anfangsbuchstaben Ihres Namens
 übereinstimmen?“

Tiefes Schweigen, der „Amerikaner“ stutzte und brachte
 kein Wort heraus.

„Wie kommt es, daß Ihr Kragen in Berlin gekauft ist?“

„Ich habe ihn in Chicago gekauft und nicht in Berlin, wo
 ich niemals gewesen bin.“

„Dann wundert es mich, daß auf der Rückseite des Kragens
 der Name einer Berliner Firma steht und die Kragengröße nach
 deutschem und nicht nach amerikanischem Maß gemessen ist?“

O weh! Nun war es aus. Dem „Amerikaner“ blieben die
 Worte in der Kehle stecken, er konnte nichts mehr erwidern,
 und es blieb ihm nichts weiter übrig, als seinen Widerstand
 aufzugeben und sich als Deutscher zu entpuppen.

Ein Fingerzeig des Offiziers wies ihn an den Platz, wo auch
 die beiden anderen Unglücklichen standen.

Nun ging es an das nächste Opfer. Prüfend sah mich der
 Engländer von oben bis unten an, mein Äußeres bot an und für
 sich nicht im geringsten etwas Verdächtiges, das wußte ich.
 Mein Gesicht entspricht sowieso dem Typus eines Amerikaners
 und in punkto Kleidung ging ich ebenfalls glatt als Amerikaner
 durch. Nur wenn er mein Aussehen mit der Personalbeschrei-
 bung des Reisepasses verglich, mußte er auf verschiedene große
 Differenzen stoßen.

Ich stellte mich deshalb mit dem Rücken gegen das Licht,

so daß die Farbe meiner Augen nur schlecht zu erkennen war.
 außerdem knickte ich unmerklich in den Knien etwas ein, um
 kleiner zu erscheinen; denn bekanntlich war ich nach dem auf
 dem Passe angegebenen Körpermaß um eines Kopfe. Länge
 zu groß.

Ich war sehr überrascht als der Engländer auf meinen Reise-
 paß nur einen flüchtigen Blick warf, das Papier dann wieder
 zusammenfaltete und mir zurückgab. Für den ersten Moment
 glaubte ich, er habe sofort erkannt, daß es mir nicht gehören
 könne. Glücklicherweise hatte ich mich in dieser Annahme
 getäuscht. Er schien auf Pässe keinen großen Wert zu legen
 und glaubte offenbar durch geschickt gestellte Fragen mehr
 erreichen zu können und eher zum Ziele zu kommen. Drei
 Herren waren ihm auf diese Weise ja auch schon zum Opfer
 gefallen.

„Gehört Ihnen der Reisepaß, den Sie mir eben vorgelegt
 haben?“ war seine erste Frage.

Ich ließ, bevor ich die Antwort gab, eine kleine Pause ein-
 treten, während der ich den Engländer herausfordernd ansah;
 dann erwiderte ich:

„Was ich an und bei mir habe, ist mein Eigentum. Man
 rechnete mich bisher nicht zu den Leuten, die für allseitige
 Gütergemeinschaft eintreten.“

Anschließend stieß ich eine große Rauchwolke in die Luft,
 um damit zu dokumentieren, daß mich der Offizier gefälligst
 gewogen bleiben könne, falls er noch weiter derart anzügliche
 Fragen an mich richtete. Er schwenkte dann auch etwas ein
 und sein Tonfall wurde um einen Grad höflicher.

„Wohin fahren Sie?“ fragte er weiter.

„Nach Kopenhagen.“

„Was wollen Sie dort?“

„Ich will von dort meine Frau abholen und dann zusammen
 mit ihr nach Neuyork zurückfahren.“

„Sie sind verheiratet?“ fragte er etwas erstaunt.

„Ganz recht“, und während ich ihm meinen Ehering unter
 die Nase hielt, den ich mir kurz vor meiner Abfahrt für 50 Cent
 erstanden hatte, fuhr ich fort: „Der sitzt bereits seit reichlich
 drei Jahren an diesem Finger.“

„Sie müssen sehr viel Zeit haben, wenn Sie Ihre Frau von
 Kopenhagen abholen können.“

„Meine Frau würde die Reise nach Neuyork allein gemacht
 haben, wenn die Verhältnisse noch normale wären. Infolge des

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 22, 23 und 24 im vorigen, Nr. 2, 3 und 4 in diesem Jahrgang.

Krieges suchen alle Amerikaner so schnell wie möglich Europa den Rücken zu kehren und den ersten besten Dampfer, der sich ihnen bietet, zur Überfahrt zu benutzen. Natürlich ist der Zustrom zu diesen Dampfern ein gewaltiger, alle Kabinen sind bis auf den letzten Platz gefüllt, an Bord wimmelt es von Menschen wie in einem Ameisenhaufen. Millionäre stoßen sich nicht daran, Zwischendeck zu fahren, jede Möglichkeit, Neuyork zu erreichen, ist ihnen willkommen. Auf das Wie kommt es dabei nicht an. Um einen einzigen Platz werden wahre Kämpfe ausgefochten. Da es unter solchen Verhältnissen für eine Dame nicht angenehm ist, allein zu reisen, so hat meine Frau mich auf telegraphischem Wege gebeten, mir einige Wochen Urlaub zu nehmen und sie abzuholen, da sie andernfalls sich davor fürchtete, die Reise ohne Begleitung anzutreten und dann lieber bei ihren Eltern das Ende des Krieges abzuwarten. Der von mir sofort angeforderte Urlaub von sechs Wochen wurde unter diesen Umständen sofort bewilligt, und ich befinde mich nun, wie Sie sehen, unterwegs nach Kopenhagen.“

„Wozu ist Ihre Frau in Kopenhagen?“

„In Kopenhagen? Sie befindet sich gar nicht in Kopenhagen, sondern in Hamburg bei ihren Eltern.“

„Was, in Hamburg? Da ist sie also eine Deutsche?“

„Nein, sie ist in Neuyork geboren und jetzt zum ersten Male auf Besuch in Deutschland.“

„Nun, und ihre Eltern?“

„Sind Hamburger Kinder, wanderten aber später aus. Der Vater wurde amerikanischer Bürger und hatte bis vor zwei Jahren in Neuyork ein bedeutendes Geschäft. Dann setzte er sich zur Ruhe und siedelte wieder nach Hamburg über, um seinen Lebensabend in seiner Vaterstadt zu beschließen. Im Mai dieses Jahres hatte ich meine Frau nach Hamburg geschickt, um nach zweijähriger Trennung ihre Eltern einmal wieder zu sehen. Anfang August sollte sie zurückkehren, der Krieg machte leider einen Strich durch die Rechnung.“

Der englische Offizier glaubte scheinbar, er sei auf der richtigen Fährte, mich als Deutscher festnageln zu können, und fragte weiter:

„Da holen Sie also Ihre Frau in Hamburg ab?“

„Ich denke gar nicht daran, ich bleibe vielmehr in Kopenhagen und erwarte dort meine Frau.“

„Weshalb fahren Sie nicht nach Hamburg weiter?“

„Weil ich dann wahrscheinlich ins deutsche Heer gesteckt würde. Sie müssen wissen, daß ich selbst in Deutschland geboren bin, vor zehn Jahren nach Amerika ging und seitdem dort lebe. Ich bin Bürger geworden, habe eine angesehene Lebensstellung und denke gar nicht daran, nach Deutschland zurückzukehren, am allerwenigsten jetzt im Kriege.“

Nach diesem Zugeständnis glaubte der Offizier, mich ganz fest in seinem Garn zu haben und stellte mir eine Frage, die mir nach seiner Ansicht den Hals kosten mußte. (Schluß folgt.)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Österreich.

Die Volksabstimmung in Kärnten hat bekanntlich für Österreich entschieden. Um so mehr muß es mit Befremden und Besorgnis erfüllen, daß von südslawischer Seite verkündet wird, der jugoslawische Staat habe sich mit einer Beschwerde an die Botschafterkonferenz gewendet und die Revision der Kärntner Abstimmung gefordert. Die Konferenz aber habe dieses Begehren sehr wohlwollend aufgenommen. Die Sache ist an sich so ungeheuerlich, daß man kaum an ihre Richtigkeit zu glauben vermag. Es ist aber angesichts solcher Bedrohung des eben erst wiedergewonnenen Kärntnerlandes von Bedeutung, daß dort die alte Anhänglichkeit an Österreich und die Befriedigung, mit dem Stammlande wieder vereinigt zu sein, aller Orten immer aufs neue zum Ausdruck kommen. Bei den in allen Gemeinden veranstalteten Weihnachtsfeiern der nationalen Vereine, sah man, wie Augenzeugen berichten, die kärntentreuen slowenischen Bauern sämtlich mit schwarz-rot-goldenen Bändern geschmückt und hörte sie, die alle des Deutschen mächtig sind, mit Begeisterung deutsche Lieder singen. Die Fälle, daß slowenische Gemeinden bei der Landesregierung um die Einführung rein deutschen Schulunterrichtes einkommen, nehmen sich täglich. Nun liegt freilich zunächst der Verdacht nahe, daß dies amtlich und halbamtlich veranstaltete Dinge seien. Wer aber die Stimmung der kärntnerischen Slowenen kennt, der weiß, daß diese seit jeher zum größten Teile deutschfreundlich waren und sich stets in erster Linie als Kärntner fühlten und daß sie ein ausgesprochenes Solidaritätsgefühl mit ihren deutschen Landsleuten verband. Nur dort, wo slowenische Hetzpostel, die sich in erster Linie aus den zugewanderten Vertretern akademischer Berufe, wie sie Krain in alle zweisprachigen Teile der Alpenländer planmäßig entsendete, rekrutierten, war es anders. Nun ist der weitere Zuzug

dieser Störenfriede unterbunden, und wenn sich die Dinge weiterhin gesund entwickeln, wird der nationale Friede in Kärnten nicht mehr gestört werden. Um so frevelhafter wäre eine sogenannte Revision der Volksabstimmung, die nur dazu führen könnte, diese gesunde Entwicklung zu hemmen oder gar ihr ein gewaltsames Ende zu bereiten.

B. J.

Tschechoslowakei.

Anders als der tschechische Außenminister Dr. Bensch beurteilt der kürzlich in Deutschland zu Studienzwecken gewesene tschechische sozialdemokratische Abgeordnete N e m e c die Tschechoslowakei als mitteleuropäisches Problem. In der Debatte über das Exposé des Außenministers sagte er u. a.:

„Möge sich niemand täuschen; heute oder morgen wird sich Deutschösterreich mit Deutschland vereinigen, und wenn wir von allen drei Seiten von Deutschland umgeben sein werden und eine Politik gegen Deutschland machen, dann weiß ich nicht, wie wir dabei fahren werden. Die deutschen Kollegen haben hier oft über die Bedrückung geklagt. Ich bin dafür, daß die Sprachenfrage der Nationalitäten bei uns gelöst wird, weil es sonst nicht zur wirtschaftlichen Sanierung der Republik kommen kann. Das würde der Staat auf die Dauer nicht aushalten.“

Die Worte des Abgeordneten Nemeč sind zweifellos auf die Eindrücke zurückzuführen, die er in Deutschland gewonnen hat. Schließlich verlangen wir aber auch von ihm, daß er nicht allein die erlösende Formel in einer Sprachenfrage findet, sondern sich den grundsätzlichen Standpunkt zu eigen macht, der auch für die Deutschen in der Tschechoslowakei das Selbstbestimmungsrecht fordert.

Ungarn.

Wer etwa noch daran gezweifelt haben sollte, daß der magyarische Chauvinismus keineswegs tot sei, der kann sich aus den Maßregeln, die neuerdings in Ungarn gegen alle ergriffen werden,

die es wagen, sich zu ihrer deutschen Muttersprache und ihrem deutschen Volkstume zu bekennen, davon überzeugen, daß die Unduldsamkeit gegen die nichtmadjarischen Einwohner des Landes wieder in Blüte steht. Ein greifbares Beispiel dafür bietet die kürzlich erfolgte Verurteilung des Apothekers Adalbert Wolf aus Neusiedl am Neusiedler See. Wolf ist bereits im Jahre 1918 mit einem Entwurfe für eine nationale und kulturelle Autonomie für die westungarischen Deutschen hervorgetreten, der teilweise von der Regierung des Grafen Karolyi und der Räteregierung aufgenommen worden ist. Nach Wiederherstellung der „nationalen“ Regierung wurde Wolf am 1. September 1919 verhaftet, nach Raab gebracht und dort seither in Untersuchungshaft gehalten. Das Strafverfahren endete am 19. Januar mit der Verurteilung Wolfs zu 3 Jahren Kerker. Vor allem betont die Urteilsbegründung, daß Wolf für den Anschluß Westungarns an Österreich eingetreten sei, was der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlägt, denn Wolf war lediglich ein überzeugter Verfechter der deutschen Autonomie im Rahmen des ungarischen Staates. Dafür sprechen seine Schriften und dafür spricht der Umstand, daß sich Deutsche aus Westungarn, die ihrerseits Vorkämpfer des Anschlusses sind, mehr als einmal bitter über Wolf beklagten, weil er nichts vom Anschlusse wissen wolle. Nach den Ausführungen des Staatsanwaltes hat Wolf Aufreizung gegen die madjarische Nation getrieben: er beantragte nämlich, daß die Amtssprache der Sparkasse seines rein deutschen Heimatsortes Neusiedl am See die deutsche sein solle. Er ließ im Gesangsvereine des Ortes deutsche Lieder singen. Er trug deutsche Abzeichen. Das Empörendste aber ist, daß es Wolf als Verbrechen angerechnet wurde, daß er während des Weltkrieges deutsche und österreichische Siege gefeiert hat! Diese Siege waren doch wohl ebenso sehr ungarische Siege! Ein weiteres Vergehen bestand darin, daß Wolf eine schwarz-rot-goldene Fahne gehißt hat und als diese herabgerissen wurde, die Bestrafung der Täter verlangte. Der Staatsanwalt entblödete sich aber auch nicht, gegen Wolf einen Vorwurf daraus zu schmieden, daß er für Westungarns deutsche Gegenden deutsche Priester, deutsche Schulen und deutsche Beamte, wohl gemerkt im ungarischen Staate, gefordert habe. Endlich habe Wolf zwischen dem Staatsbegriffe und dem Rassebegriffe Madjare einen Unterschied gemacht, d. h. Wolf vertrat die Ansicht, daß man ungarischer Staatsbürger sein könne, ohne Madjare zu sein. Natürlich enthält auch die Anklageschrift den Vorwurf, Wolf habe für den Anschluß an Österreich gearbeitet. Das Verfahren in allen seinen Phasen und die Verurteilung erinnern nur allzusehr an die Tage der madjarischen Vorherrschaft im alten großen Ungarn und werden schwerlich dazu beitragen, in den von Ungarn heute losgerissenen ehemaligen „Nationalitäten“, d. h. nichtmadjarischen Einwohnern Sehnsucht nach der Wiedervereinigung mit dem Madjarenstaate zu erwecken. Die ganze traurige Angelegenheit zeigt aber auch deutlich, wie falsch die Ansicht jener Deutschen ist, daß man Westungarn nicht losrennen dürfe und sich mit einer Autonomie begnügen solle.

B. I.

Der neuernannte Minister des Auswärtigen, selbst ein geborener Siebenbürger Sachse, der jedoch vollständig madjarisiert ist, Dr. G r a t z, hielt an eine deutsche Abordnung aus Westungarn eine Rede, er halte die Lage noch nicht für verloren, sondern vertraue darauf, daß es vielleicht noch teilweise gelingen werde, den ungarischen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Die Grenzverbesserungskommission werde zwar nur lokale Berichtigungen vorzuschlagen haben, könne dem Völkerbund aber auch radikale Änderungen vortragen, wenn die Grenz-

linie nach ihrer Auffassung einer gerechten ethnographischen und geographischen Lösung widerspreche. Eine zweite Lösungsmöglichkeit liege in der österreichischen Verfassung, wonach Österreich Westungarn nicht erhalten könne, wenn nach Einverleibung dieses Gebietes die Mehrheit der Bevölkerung gegen den Anschluß und für Vereinigung mit Ungarn Stellung nehme. Aber selbst nach der Vereinigung mit Österreich könne die Bevölkerung Westungarns dieses Gebiet mit friedlichen und legalen Mitteln für Ungarn retten: bei den späteren Wahlen könne die Bevölkerung ja ihrer Anhänglichkeit für Ungarn Ausdruck geben. Die christlich-sozialen und sozialdemokratischen Politiker in Wien hätten ihm erklärt, daß sie nicht gegen die Rückgabe Westungarns sein werden, wenn sich eine Mehrheit für Ungarn ergeben würde. Demgegenüber wird von Wien aus offiziell betont, daß die hier gegebene Auslegung der Verfassung irrtümlich sei. Die Frage der Zugehörigkeit Westungarns sei eine *res judicata*.

Der zurückgetretene Nationalitäten-Minister Dr. Jakob Bleyer wird noch andauernd hart befehdet. Zu den Angriffen der großdeutschen Parteipolitiker, die ihm Vernachlässigung der deutschen Ideen gegenüber madjarisierenden seine christlich-sozialen Parteirücksichten vorwerfen, gesellen sich nun auch ungarische Hurra-Patrioten, wie sie die „Pester Zeitung“ nennt, die ihn verdächtigt, weil er das Ungartum hinter das Deutschum zurückgesetzt habe und germanisiert habe. Der Szozat verlangt sofortige Versetzung aller der von Bleyer eingesetzten Lehrer und Geistlichen. Gegen diese Verdächtigungen hat Bleyer nun die Verleumdungsklage erhoben und die „Pester Zeitung“ stellt fest, daß es Bleyers Verdienst sei, wenn die Stimmung Westungarns für Ungarn sei und daß nur durch Bleyer das westungarische Volk dem ungarischen sein Vertrauen geschenkt habe.

Polen.

In Warschau haben ein paar bewegte Sejm-Sitzungen sich mit der zweiten Lesung der Verfassungsvorlage und mit der Frage der Einführung einer zweiten Kammer, eines Senates, beschäftigt. In der ersten Lesung war die Einfügung des Senates nur dadurch möglich gewesen, daß die an sich kleine deutsche Fraktion von acht Herren sich trennte. Die beiden Lodzer Abgeordneten Friese und Spickermann stimmten mit der Linken gegen die Einführung des Senates. Die deutschen Vertreter Pomerellens stimmten im Vertrauen auf Versprechungen, die ihnen von polnischer Regierungsseite her gemacht wurden, für den Senat. Genau das gleiche Bild ergab sich auch bei der zweiten Lesung, abermals waren es hier die deutschen Stimmen, die den Ausschlag gaben. Die Hauptabstimmung ergab 195 Stimmen für und 184 Stimmen gegen den Senat. Hätten die deutschen Herren aus Pomerellen gegen den Senat gestimmt, so wäre mit 190 gegen 189 Stimmen der Senatsparagraph gefallen. Die „Lodzer Freie Presse“ bedauert dann auch die Abstimmung der Pommereller Vertreter, die nur für die Interessen derjenigen gestimmt hätten, die bisher sich als die erbittertsten Gegner der deutschen Bevölkerung erwiesen haben.

Memelgebiet.

Im Schützenhause zu Memel fand eine Versammlung des geschäftsführenden Ausschusses und des Vorstandes mit den Vertretern der Ortsgruppen des Deutsch-Litauischen Heimatbundes statt, die von Deutschen und Litauern zahlreich besucht war. Oberlyzeal-Direktor Orłowski berichtete über die Lage und verkündete als Ziel der Bestrebungen die Erreichung der vollen Selbständigkeit des Memelgebietes. Es wurde berichtet, daß die nach Paris ausgesandte Kommission bis jetzt greifbare Resultate nicht erzielt habe.

Estland.

Die deutsch-baltische Partei Estlands hielt ihre Generalversammlung ab, die der Vorsitzende Dr. Spindler leitete. Er erwähnte den schweren Kampf der deutschen Abgeordneten gegen das Agrargesetz und um das provisorische Schulgesetz. In beiden Fällen gelang es nicht, die Wünsche der deutschen Minorität zu erfüllen, wogegen diese ihre Forderungen im Grundgesetz hinsichtlich des Autonomieparagraphen durchdrücken konnten. Die Hauptarbeit wurde für die Wahl geleistet, die anstatt der zwei bis drei Abgeordneten deren vier brachte. Nach wie vor sei der Wunsch der Partei auf ehrliche Mitarbeit an den Staatsaufgaben gerichtet. Es wurde so Jann ein neues Statut für die Partei beraten, das als Hauptinstanz einen Delegiertentag vorsieht, der sich aus Ortsgruppenvertretern zusammensetzt, und zwar je nach der Zahl der für die Partei in einem Bezirk abgegebenen Stimmen.

In Estland finden gegenwärtig, nachdem die Riigikogu-Wahlen erledigt sind, Stadtverordnetenwahlen statt. In Fellin ergab die Wahl 28 Vertreter, von denen 6 zur Arbeitspartei, je 5 zur Volkspartei und zur deutschen Partei zählen, die Sozialdemokraten 4, die Kommunisten und die Wirtschafspartei je 3 und die christliche Volkspartei wie die Hausbesitzer und die Mietergruppe je ein Mandat erhielten. Die deutsche Liste erhielt dem „Revaler Boten“ zufolge 621 Stimmen von 3598 Stimmen, also 180 Stimmen mehr als bei den Parlamentswahlen, 56 % der Wählerschaft nahm an der Wahl teil. Der linke Flügel besteht aus 7, das Zentrum aus 6, der rechte Flügel aus 15 Stadtverordneten.

Die Deutschen errangen also 5 Sitze, obwohl es nur so viel Deutsche gibt, daß es gerade für 2 Mandate gelangt hätte. Die restlichen 3 deutschen Herren wurden mit den Stimmen der estnischen Arbeiter gewählt, worüber die estnische sozialdemokratische Presse bewegliche Klagen führt. Motiviert werde diese Stimmenabgabe mit der ehemals so guten deutschen Verwaltung. Es ist gut, wenn solche Tatsachen auch über die Kreise des Städtchens Fellin hinaus bekannt werden. Sie bedeuten eine Ehrenrettung für das baltische Deutschtum und die Anziehungskraft, die es künftig gewähren kann, gute Ausichten.

Lettland.

Am 30. Januar hat in Riga ein festlicher Umzug stattgefunden, an dem sich die Gilden und deutschen Vereine mit Fahnen und Musik beteiligten und der zu den fremden Missionen zog. den französischen, englischen und italienischen Vertretern Huldigungen darbrachte, worauf er sich dann nach Ansprachen des Staats- und Parlaments-Präsidenten auflöste. Auf bedenkliche Erscheinungen im deutsch-baltischen Partei- und öffentlichen Leben läßt nun eine Verwahrung schließen, die das Präsidium des Ausschusses der deutsch-baltischen Parteien in der „Riga-ischen Rundschau“ bekanntgibt. Die Verwahrung betont, jener Umzug habe im wesentlichen als eine Kundgebung des deutsch-baltischen Bürgertums aufgefaßt werden müssen. So erheblich auch die Tatsache sei, daß das deutsch-baltische Bürgertum sich damit unzweideutig auf den Boden der lettischen Staatlichkeit gestellt habe, so sehr sei zu betonen, daß dieser Umzug ohne Wissen und Willen des Ausschusses stattgefunden habe, der bis zur Schaffung eines auf Grundlage demokratischer Wahlen zusammengesetzten deutsch-baltischen Nationalrats, wie er im Verfassungsprojekt vorgesehen sei, die alleinige Vertretung der deutsch-baltischen Bevölkerung darstellt. Der Ausschuß bedauert, daß bei dieser Gelegenheit ohne Verständigung mit den politischen Führern vorgegangen worden sei.

Die „Minoritäten“ spielen im Parlament eine besondere Rolle und können hier und da auch einmal entscheidenden Einfluß ausüben. So war es am 26. Januar in Riga. Die Sozialdemokraten feierten mit ihrer ganzen Fraktion von 59 Abgeordneten den Jahrestag der russischen Revolution von 1908 durch Arbeitsruhe und Abwesenheit. Die Sitzung, zu deren Beschlußfähigkeit 76 Abgeordnete gehören, konnte dann erst, nachdem mühsam alle bürgerlichen Abgeordneten zusammengetrommelt waren, mit 84 anwesenden Damen und Herren beginnen. Die dritte Lesung des Ehegesetzes stand zur Debatte. Nachdem ein Antrag des deutschen Vertreters, das Gesetz in Anbetracht seiner Wichtigkeit abzusetzen, abgelehnt worden war, einigte man sich in einer Sitzungspause, es in der Fassung der juristischen Kommission, an der auch die Sozialdemokratie mitgearbeitet hatte, anzunehmen. Trotzdem stimmte aber der Bauernbund in der darauf beginnenden Abstimmung in der Frage des fakultativen oder obligatorischen Aufgebotes für das fakultative Aufgebot im Gegensatz zu den Beschlüssen der juristischen Kommission. Daraufhin verließen die Vertreter der deutschen Fraktion mit den Vertretern der übrigen Minoritäten den Sitzungssaal und stellten gleichzeitig die Beschlußfähigkeit in Zweifel. Da nur mehr 63 Abgeordnete anwesend waren, mußte die Sitzung vertagt werden.

In Libau haben Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung stattgefunden, die einen bedeutsamen Ruck nach rechts brachten. Gewählt wurden 17 Sozialdemokraten, 8 Gewerkschaftler und 1 Parteiloser, 2 Herren der Arbeitsgruppe, 9 Deutsche, 12 Christlich-Nationale, 1 Zionist, 3 demokratische Hausbesitzer, 6 Mitglieder des jüdisch-nationalen Blocks, 1 unabhängiger Parteiloser. Im Anschluß an die Wahlen und die Verkündigung des Resultats gab es in einer Volksversammlung und in der Stadt erhebliche Unruhen, in deren Verfolg das sozialdemokratische Stadthaupt verhaftet wurde. Mit ihm scheinen auch zahlreiche sozialdemokratische Führer bei den Unruhen zu Schaden gekommen zu sein.

Die Deutschen haben damit die Zahl ihrer Mandate um 3 erhöhen können, die Bürgerlichen haben von 60 Sitzen 35 errungen, also die Mehrheit erzielt, die Deutschen sind die drittstärkste Partei, vor ihnen kommt die christliche Vereinigung mit 12 und kommen die Sozialdemokraten mit 17 Mandaten.

Der Libauer Skandal war auch Gegenstand der Behandlung im Seniorenkonvent des lettländischen Parlaments, wo sich alle Fraktionen scharf gegen die Libauer Vorgänge wandten. Der Sprecher der jüdischen Fraktion betonte, die Berichterstattung aus dem Innenministerium, der Skandal sei zwischen „irgendeinem Juden“ und einem Offizier entstanden, sei zum mindesten tendenziös gewesen, denn er habe festgestellt, daß in der sozialdemokratischen Versammlung überhaupt keine Juden gewesen seien. Die Minderheiten müßten sich beizeiten gegen eine derartige nach zarischen Formeln schmeckende Presseinformation wenden. Schließlich wurde die Entscheidung einer dreigliedrigen Parlamentskommission mit juristischen Sachverständigen nach Libau beschlossen, um Klarheit in die dunklen Vorgänge zu bringen. Der Kommission gehört auch der deutsche Vertreter Dr. Schiemann an, neben einem parteilosen und einem sozialdemokratischen Mitglied.

Südwestafrika.

Weihnachten erschien die lange erwartete Proklamation des Administrators über die Währungsfrage. Seit Jahren ist das die Hauptfrage im Wirtschaftsleben Südwestafrikas. Die Proklamation entspricht im wesentlichen dem Vorschlage des

von uns bereits erwähnten Elfer-Ausschusses, die wir wiedergegeben haben: Die Schuldner sollen Zahlungsaufschub bekommen, die Wirtschaftslage des Gläubigers soll aber weitgehend berücksichtigt werden. „Vorbesetzungsschulden sind solche, die bis zum 9. Juli 1915, Nachbesetzungsschulden solche, die später kontrahiert wurden. Für die Vorbesetzungsschulden gilt ein Satz von 20 Mark = 1 Pfund Sterling. Und ein Moratorium von höchstens 5 Jahren vom Erscheinen der Proklamation an, dessen wirkliche Dauer von einem Schiedsgericht festgestellt wird. Bei Nachbesetzungsschulden, für die nicht ausdrücklich die Währung in Mark oder Pfund vorgeschrieben ist, entscheidet das Schiedsgericht über Währung und Rückzahlung sowie Kurs. Das Schiedsgericht besteht aus einem vom Administrator ernannten unparteiischen Schiedsrichter und je einem gleichfalls vom Administrator ernannten Vertreter der 6 Berufsklassen: Farmer, Kaufleute, Banken, Arbeitgeber, Angestellte und sonstige Berufe. Die Schiedsrichter erhalten Entschädigungen für Reisekosten und Sitzungstage. Ferner ernennt der Administrator einen stellvertretenden Obmann und einen Sekretär. Jeder Fall wird von einem Obmann und je einem Vertreter der beiden Berufsstände behandelt, dem Gläubiger und Schuldner angehören. Vertreter anderer Berufsstände können vom Obmann zugezogen werden. Die Sitzungen sind in Windhuk öffentlich, können jedoch durch Mehrheitsbeschluß unter Zustimmung des Administrators auch nach anderen Orten des Schutzgebietes verlegt werden. Schiedsrichter können wegen Befangenheit spätestens 48 Stunden vor dem Gerichtstermin abgelehnt werden, das Schiedsgericht kann die Parteien unter Eid vernehmen. Das Schiedsgericht entscheidet über Zeitraum des Zahlungsaufschubes, über Anzahl und Datum von Teilzahlungen, Zinsfuß und zu leistende Sicherheiten. Das Schiedsgericht entscheidet nach Recht und Billigkeit. Alle Fälle, die durch Vereinbarungen oder Zahlungen ohne Vorbehalt erledigt werden, kommen nicht vor das Schiedsgericht. Die Kosten, für die das Gericht einen Vorschuß verlangen kann, werden von den Parteien hälftig getragen. Die Proklamation gilt nicht für die Administration des Schutzgebietes, für die in Liquidation befindliche frühere Landwirtschaftsbank und für Transaktionen mit englischen Banken. Die vom 15. Dezember 1920 datierte Proklamation gilt zunächst bis zum 31. Dezember 1921.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Der bekannte deutsche Du Barry-Film hat, wie die deutsch-amerikanische Wochenschrift „Der Landsmann“ berichtet, in New York am Broadway unter dem Titel „Passion“ einen riesigen Erfolg erzielt. Der Film mußte schamhaft als „Continental Production“ angekündigt und die deutschen Namen der Darsteller verschwiegen werden. Die Hauptdarstellerin Pola Negri wurde als polnische Schauspielerin ausgegeben. Der deutsche Film schlug durch seine wunderbar klaren Aufnahmen wie durch die meisterhafte Regie Ernst Lubitschs die gesamte amerikanische Konkurrenz. „Der Landsmann“ meint, daß Deutschland auf diesen Film stolz sein kann, und er hofft, bald weitere deutsche Filme in Amerika zu sehen.

KLEINE NACHRICHTEN

Reichsgründungsfeier im Ausland.

In Kowno fanden am 18. Januar im österreichischen Kriegsgefangenenheim sich die reichsdeutschen Herren zusammen, zu denen sich der Vertreter Hollands in Litauen sowie zahlreiche eingesessene Deutsche und Deutschbalten gesellten. Der diplomatische Vertreter des deutschen Reiches in Litauen,

Herr Dr. Schönberg, eröffnete den Abend mit einer Ansprache, in der er dem befreundeten Litauen für die Gastfreundschaft dankte, namentlich die Österreicher willkommen hieß. Nachdem das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ verklungen war, sprach der holländische Vertreter seine feste Zuversicht auf den Wiederaufbau Deutschlands aus und auch die Deutsch-Österreicher ließen durch ihren Sprecher ihre Treue zum Reichsgedanken zum Ausdruck bringen. Ein gemütliches Zusammensein schloß sich an.

Dr. phil. K. E. Markel in London ist von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt zum Ehrendoktor ernannt worden. Er wird als der hochverdiente Organisator für die deutschen Kriegsgefangenen und der gute Engel von vielen Tausenden deutscher Söhne genannt. Er war es, der als erster dem englischen Kriegsministerium die Verbesserung der Lage der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen vorschlug, der ihnen Arbeit und Arbeitsmöglichkeit durch persönliche eifrige Betätigung und auch durch Zusammenbringung großer Geldmittel verschaffte. Von dieser Wirksamkeit zeugte eine Ausstellung der Kriegsgefangenenarbeiten in England, die im Dezember in Stuttgart im Neuen Schlosse stattfand und ein außerordentlich günstiges finanzielles Ergebnis hatte, das Dr. Markel seinerseits wohlthätigen Zwecken zur Verfügung stellte. Ein beträchtlicher Teil der von den Zivil- und Kriegsgefangenen gefertigten Arbeiten und Dokumente, die in den Lagern hergestellt wurden, ist geschenkwise in den Besitz des Deutschen Ausland-Instituts übergegangen und wird seinerzeit in der Ausstellung des Instituts in einem besonderen Markelzimmer Aufstellung finden.

Santiago. Prinz Ferdinand von Bayern ist laut der Deutschen Zeitung von Chile vom 4. 12. 20 durch eine Abordnung der Deutschen von Santiago feierlich begrüßt worden. Als Andenken an seine Chilereise wurde ihm das vom deutschen wissenschaftlichen Verein zur chilenischen Hundertjahrfeier herausgegebene Werk „Deutsche Arbeit in Chile“ überreicht.

Theodor Schiemann †. Mit Theodor Schiemann verliert das baltische Deutschtum seinen berühmtesten Vertreter in Deutschland, der auf deutschen Hochschulen lehrte. 73 Jahre ist Schiemann alt geworden, und wer ihn nicht kannte, sondern nur seine Schriften las, hätte nie geahnt, daß der stets feurige Geist des Historikers in einem schon so bejahrten Körper steckte. Seit einem Menschenalter wirkte Schiemann in Berlin als Universitätsprofessor und berühmter Lehrer an der Kriegsakademie. Geboren ist Schiemann in Grobien in Kurland, wo die berühmte alte, schöne Ruine steht. Er studierte, wurde Lehrer in Fellin, Archivar in Reval und übersiedelte von dort nach Berlin. Das Ordinariat und das Seminar für osteuropäische Geschichte und Landeskunde hat er treulich verwaltet. Viele Jahre hindurch schrieb er die auswärtigen politischen Übersichten der „Kreuzzeitung“, die große Beachtung fanden.

In Tsumel (Südwestafrika) starb einer der tüchtigsten deutschen Lehrer des Landes, Herr Rudolf Keller, der seit 1912 im Lande lebte, zuerst in Lüderitzbucht und auf den Feldern tätig war und erst vor wenigen Wochen nach Tsumel versetzt worden war. Er ist der zweite deutsche Lehrer, der im Schutzgebiet verstarb.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Zürich. Zentral-Verband des Bundes deutscher Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen in der Schweiz. Am 2. Oktober 1920 wurde von einer Delegiertenversammlung der bisherigen deutschen Kriegsteilnehmer- und Hinterbliebenen-Schutzverbände in der

Schweiz der Antrag auf Gründung eines Zentralverbandes einstimmig angenommen. Dieser Zentralverband, dessen Geschäftsstelle sich in Zürich 1, Zähringerstraße 35, befindet, will vor allem die Arbeits- und Interessengemeinschaft mit den Verbänden gleicher Bestrebungen in Deutschland pflegen. Innerhalb des Verbandes bestehen bisher die Vereinigungen Zürich, Wyl, Winterthur, Frauenfeld, Lausanne, Kreuzlingen, Altdorf und die Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Landesverband Schweiz. Sechs weitere Ortsgruppen sind im Entstehen und sollen in nächster Zeit in den Verband aufgenommen werden.

Lodz. Der deutsch-katholische Kirchengesangsverein Gloria feierte sein 35. Stiftungsfest als einer der ältesten Gesangsvereine von Lodz, der das deutsche Lied pflegt. Am Vormittag ging ein Festgottesdienst mit deutscher Predigt der eigentlichen Festlichkeit voraus. Am Nachmittag fand ein Festkonzert statt, bei dem der gemischte und der Männerchor deutsche Gesänge zum Vortrag brachte und das einen guten Verlauf nahm.

Budapest. Der Verein der Reichsdeutschen feierte sein 25-jähriges Stiftungsfest durch einen Festkommers, zu dem sich die Mitglieder der reichsdeutschen Kolonie in außerordentlich großer Zahl eingefunden hatten. Herr Rabe begrüßte als Vorsitzender die Mitglieder und Gäste, Freiherr von Thermann sprach für den entschuldigten deutschen Gesandten Begrüßungsworte, die mit einem Hoch auf den ungarischen Reichsverweser endeten und an die anschließend die ungarische Nationalhymne gespielt wurde. Die Festrede des Herrn Direktor Schulz würdigte das Verhältnis zwischen Deutschland und Ungarn und klang aus in einem Treuegelöbnis zur Heimat. Der Gesang von „Deutschland, Deutschland über alles“ schloß sich an.

Ein Banater Deutscher Sängerbund ist in Temesvar begründet worden. Im Klublokal des Kulturverbandes versammelten sich die Vertreter der einzelnen Gesangsvereine, wo sie der Obmann Dr. Michael Kausch begrüßte und mitteilte, daß schon 18 Vereine sich dem jungen Bunde angeschlossen hätten. Lehrer Reiter, der Chormeister der „Gewerbe-Harmonie“, verwies auf die Möglichkeiten gemeinsamer Notenbeschaffung, der Herausgabe einer Musikzeitung, des Austausches von Notenmaterial, des gemeinsamen Hervortretens bei feierlichen Gelegenheiten und leitete dabei einen lebhaften Gedankenaustausch ein. Schließlich wählte man zur Ausarbeitung der Satzungen einen Ausschuß und beschloß, alle noch abseits stehenden Vereine zum Beitritt aufzufordern.

Deutsches Vereinswesen im Kaukasus. Einem Briefe an das Deutsche Ausland-Institut entnehmen wir, daß die Deutschen in Tiflis, reichsdeutsche, georgische, russische und ukrainische Untertanen, beschlossen haben, einen Kulturverein zu gründen, an dem sich alle Deutschen und Deutschstämmigen beteiligen, um deutsche Sprache, deutsche Kunst und deutsche Literatur zu pflegen. Ein deutsches Realgymnasium ist vor kurzem gegründet worden, ein deutscher Turn- und Sportverein, sowie ein Chorgesangsverein sind in der Gründung begriffen. Auch denkt man an die Schaffung einer deutsch-georgischen Handelskammer, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Georgien und Deutschland zu fördern.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Graf Oberndorf, der deutsche Gesandte in Warschau, hat in Anbetracht seines leidenden Gesundheitszustandes um Enthebung von seinem Posten gebeten. Er wird gegenwärtig von dem Geschäftsträger, Legationsrat von Dirksen, vertreten.

DAS DEUTSCHE BUCH IM AUSLAND

Gegen die Valutaordnung.

Der Vorstand und Beirat des Deutschen Verleger-Vereins und Vertreter der verschiedensten Verlagsgruppen haben in Berlin folgende Entschließung einstimmig angenommen:

1. Die Verlage erklären sich grundsätzlich für Aufhebung der Notstandsordnung und Wiederherstellung des festen Ladenpreises. 2. Die von der Buchhändlergilde (der Organisation des Sortiments) vorgeschlagene Festlegung allgemein gültiger Bezugsbedingungen durch die buchhändlerischen Organisationen lehnen die Verlage ab, weil sie damit die Grundlage kaufmännischer Vereinbarung von Firma zu Firma preisgeben würden. — Ferner beschloß die Versammlung, beim Vorstand des Börsen-Vereins der deutschen Buchhändler zu der außerordentlichen Hauptversammlung im Februar einen Antrag auf Aufhebung der Valutaordnung zu stellen.

Zur Auslandsverkaufsordnung des deutschen Buchhandels.

„Het Vaterland“ bringt in einer seiner letzten Nummern eine Zuschrift gegen die Buchhändlerverkaufsordnung zum Abdruck. Darin heißt es u. a.: Der Vertreter eines deutschen Verlages bereiste kürzlich Holland, konnte aber nur ganz wenig verkaufen, denn die 200 Prozent oder mehr, die die Verleger Auslandszuschlag nehmen, hindern den Absatz. Die Buchhandlungen führen französische und englische Werke in Hülle und Fülle, deutsche Bücher sieht man nur noch selten in den Auslagen. Was im letzten Halbjahr in Deutschland an Neuigkeiten erschien, ist hier kaum bekannt.

Schwere Klage

über die Ausführungsverordnung erhebt auch Professor Dr. von Wilamowitz-Moellendorff, der vor kurzem eine Vortragsreise durch Skandinavien unternahm und von der nordischen wissenschaftlichen Welt glänzend gefeiert wurde, in der „Magdeb. Ztg.“ Eine kurzsichtige und engherzige Profitmacherei habe erreicht, daß z. B. in Stockholm so gut wie keine deutschen Bücher ausliegen; Frankreich aber dringe rasch vor. Dieselbe Klage werde in Holland und der Schweiz erhoben. Man begreife dort gar nicht, wie die Deutschen so verblendet sein könnten. Ein Federstrich genüge, um die Ausfuhrbewilligung für neue Bücher abzuschaffen. Die Forderung sei schon vielfach erhoben und es gäbe keine Entschuldigung mehr dafür, eine solche Torheit und Schikane am Leben zu lassen.

Noch einmal: das teure deutsche Buch im Ausland.

Aus Amsterdam wird dem Deutschen Ausland-Institut geschrieben: „Man hat hier früher viel Deutsch gelesen. Heute beherrscht das englische Buch den Markt, nicht nur der Richtung und dem Geschmack nach, sondern auch tatsächlich; es wird viel Englisch gelesen. Diese Tatsache findet ihre Erklärung nicht nur in der ausgesprochenen Vorliebe und Bewunderung der Holländer für alles Englische, sondern vor allem darin, daß das deutsche Buch infolge des Ausfuhrzollens unerschwinglich teuer geworden ist, wobei es noch in miserabelster Ausstattung erscheint, auf schlechtem Papier, in schlechten Einbänden. Das stößt den Holländer direkt ab. Wenn der Preis niedriger, die Ware besser wäre, würde er sicher kaufen.“

Bescheidene Anfrage an den Gesetzgeber.

1. Ist es richtig, daß für dieselben Bücher, die ein Verleger herstellt, nicht bloß er selbst, sondern auch der geistige Urheber, der Dichter und Schriftsteller, obwohl er sie nicht selbst her-

stellt, Umsatzsteuer und Einkommensteuer zu erlegen hat? Daß also, da Dichtung nun ein Gewerbe geworden ist, der geistige Arbeiter für seine Leistung sowohl Umsatz- wie Einkommensteuer zu zahlen hat? Ist es dagegen richtig, daß der Werkarbeiter für seine Leistung keine Umsatzsteuer, sondern nur Einkommensteuer zu zahlen hat? Und wenn ja: was hat sich der Gesetzgeber dabei gedacht?

2. Ist es richtig, daß ein Verbot der Ausfuhr deutscher Bücher ins Ausland besteht, und daß die Genehmigung der Ausfuhr mit hohem Valutaaufschlag — bis zu 300 % — verbunden ist? Ist es richtig, daß infolgedessen das teure und seltene deutsche Buch im Ausland vom billigen französischen und englischen Buch verdrängt wird, daß das Ausland infolgedessen immer weniger von der deutschen Kultur gewahrt wird, und daß auch an Deutsche ins Ausland geschenkte Bücher dem Ausfuhrverbot unterliegen, das heißt, daß sie zu gewärtigen haben, an der deutschen Grenze zurückgewiesen zu werden, wenn sie ohne besonderen Ausfuhrschein versandt werden? — Und wenn ja: was hat sich der Gesetzgeber dabei gedacht?

Ludwig Finckh-Gaienhofen.

Wie wir „Schule und Leben“, der Deutschen Lehrerzeitung für Großrumänien, entnehmen, ist in Hermannstadt von der Modernen Bücherei eine Beschaffungsstelle wissenschaftlicher Bücher und Zeitschriften gegründet worden. Sie hat nicht nur für die in Hermannstadt wohnenden, sondern für alle wissenschaftlichen Arbeiter in Großrumänien besondere Bedeutung, da sie die Beschaffung der wissenschaftlichen Literatur für alle wissenschaftlichen Fächer und für alle Orte Großrumäniens zentral besorgt. Der Mitgliedsbeitrag für ein Jahr (zunächst 1921) beträgt 50 Lei. Dafür hat das Mitglied das Recht, alle seine wissenschaftlichen Literaturwünsche der Zentralstelle mitzuteilen, die verpflichtet ist, sie nach Maßgabe der Mittel zu erfüllen.

Die bibliotekarische Verwaltung der angeschafften Werke besorgt die altberühmte Baron Brukenthalsche Bibliothek, die die von der Beschaffungsstelle erworbenen Werke und Zeitschriften nur an Mitglieder ausleiht. Da es im Interesse der Erhaltung des deutschen Geisteslebens in Siebenbürgen liegt, daß eine derartige Unternehmung mit allen Mitteln gefördert werde, wendet sich die Beschaffungsstelle auch an deutsche Vereine und Stifter mit der Bitte um Beiträge, die letzten Endes auch der Förderung des Baron Brukenthalschen Museums dienen, in dessen Besitz die Bücher und Zeitschriften zwei Jahre nach der Anschaffung übergehen. Anmeldungen nimmt die „Moderne Literatur“, Hermannstadt (Sibiu), Rumänien, Sporerstraße 3, unter dem Vermerk „Beschaffungsstelle“ entgegen.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Bewährung.

Wer eine Heimat hat und warm gebettet ist, wird es nicht verstehen. Wer noch nicht gelitten und gehungert hat, an den wende ich mich nicht.

Es gibt fünfhunderttausend Deutsche, die heimatlos sind in Deutschland. Es sind die Flüchtlinge, die Vertriebenen aus dem Baltenland, aus dem Elsaß, aus Posen, Westpreußen, aus dem Saarland, aus allen Grenzgebieten. So weit sie nicht schon zugrunde gegangen sind, leben sie in Deutschland, verarmt, entrechtet, ohne Arbeit und ungeschützt, staatsrechtlich oft als Ausländer behandelt. Das sind die Leute, Männer und Frauen, auf die wir einst so stolz waren als auf die Pioniere, die Vorkämpfer, die Eckpfeiler unseres Deutschtums

Sie hatten sich schon bewährt; sie waren vom besten Kernholz. Und was ist jetzt mit ihnen? Ich lasse eine Baltin erzählen; aber es ist kein Einzelfall, es ist typisch. Barbara Behrens, die Lehrerin, war selbst Fabrikmädchen in Triberg, und wird es vielleicht wieder werden. Sie sagt:

„Es war ein Mann, dessen Familie in Elend zurückgeblieben war, irgendwo auf einer Station, er war weitergefahren und gegangen von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf. So stand er eines Tages am Bureauschalter, wo ich gerade saß, und bat mit herzerreißenden Worten um Arbeit. Und wieder mußte ich eine Absage bringen. Dann fragte er mich, wann der Zug ginge, er wolle fort, nur fort von hier, wo er aus allen Fabriken und Geschäften hinausgestoßen worden sei. Um Geld zu bitten wagte er nicht, aber ich sah es ihm an, daß er fast nichts mehr hatte. Er wird wohl einen Blick von mir aufgefangen haben, denn verlegen griff er in seine Tasche und holte zwei frische Eier hervor. „Die hat mir ein gütiger Bauer geschenkt, der mir auch ein Glas Milch gegeben hat. Die Eier habe ich aufgehoben; vielleicht würden Sie sie mir abkaufen?“ Ein Mensch, der nicht einmal in der Not zu betteln wagte! Ich tat, was nur Schuldigkeit war und werde seinen dankbaren Blick nie vergessen. So gibt es Tausende hier, die nah am Verhungern sind, und doch es vorziehen, als irgendwo zu bitten.“ — Wer es gut hat, der denke einen Augenblick nach. Es sind heimliche Tränen, die geweint werden. Diesen tapferen Menschen zu helfen muß köstlich sein. Was ist das für eine Zeit, da man so viel und so leicht helfen kann! Jetzt scheint mir der Augenblick da, da sich der Mensch bewähren kann. Ich habe nicht gewußt, daß es so viele feine Menschen bei uns gibt.

Die Flüchtlingsfürsorge des Bundes der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände, Berlin, Prinzessinnenpalais, nimmt jeden Beitrag an. Dr. Ludwig Finckh, Gaienhofen.

Bund der Auslandsdeutschen.

Vom Bund.

Der Bund wandte sich in einer Eingabe an die Fraktionen des Reichstages, um gegen die Annahme des deutsch-englischen Abkommens über das Privateigentum zu protestieren. In Wirklichkeit liefert das Abkommen den weitaus größten Teil des Mobiliars der Willkür der Engländer aus.

Von den Landesverbänden.

Landesverband Danzig. Wir werden ausdrücklich gebeten, festzustellen, daß der im 1. Februarheft Nr. 3, Seite 85 des Auslandsdeutschen enthaltene Bericht uns schon im Monat Dezember zugegangen ist und nur wegen des Raummangels bei uns bis zum Februar liegen geblieben war. Der Zuschuß von Mk. 6000.—, den die Bundeszentrale in Berlin geleistet hat, war selbstverständlich für die Kasse des Landesverbandes Danzig gemünzt und nicht, wie man aus unserem Bericht hat herauslesen wollen, für irgendwelche Zwecke in Berlin. Im übrigen wird der Inhalt dieses Berichts von der Stelle, die ihn uns übermittelte, voll inhaltlich aufrechterhalten. —

Unter dem 10. Januar ist dem Landesverband Danzig eine Verfügung zugegangen, wonach die Vorentscheidung der dort lebenden Auslandsdeutschen ohne Optionszwang gegeben werden solle unter der Voraussetzung, daß die betr. Auslandsdeutschen 1914 Reichsdeutsche waren. Der Widerstand des Wiederaufbau-Ministeriums gegen diesen seit langen Monaten vertretenen Wunsch der Danziger Auslandsdeutschen wurde also aufgegeben. Da es jedoch in der betr. Verfügung vom 10. Januar heißt, daß nur „in den dazu geeigneten Fällen“ die Danziger Auslandsdeutschen auf Grund der § 11 der Richtlinien von 1919

zur Entschädigung zugelassen würden, herrscht in Danzig eine gewisse Unruhe, weil man glaubt, daß vielleicht einzelne nicht zum Vorentscheidungsverfahren zugelassen würden, obgleich in der Verordnung ausgesprochen wird, daß die Zulassung der Danziger Auslandsdeutschen zum Vorentscheidungsverfahren nach dem Benehmen mit dem Reichs- und Staats-Kommissar in Danzig stattfinden könne.

Obgleich nach dieser Danziger Mitteilung in Danzig Unruh, herrscht und angeblich die Spruchkommission in Zehlendorf von dieser Verfügung noch nichts wissen sollte, möchten wir glauben, daß in diesen Punkten eine Gefahr für die Danziger nicht herrscht, denn es ist ja das ausgesprochene Interesse des Reichs, daß die Danziger als Danziger Staatsbürger, als die sie durchaus besser behandelt werden wie die Reichsdeutschen, durch Vermittlung ihrer Staatsbehörde Aufhebung ihrer Liquidationen im Ausland und Rückgabe ihres Besitzes erreichen, so daß eine Vorentscheidung für das Deutsche Reich für diese Kategorie ehemaliger Deutscher überhaupt nicht mehr in Betracht kommt. Das Reich kann auch gar kein Interesse daran haben, die Danziger Auslandsdeutschen etwa dadurch, daß man sie nur entschädigt, wenn sie optierten, zu veranlassen, von Danzig wegzuziehen und in das Reich hereinzukommen; in dem zurzeit die Wohnungsmöglichkeiten doch außerordentlich gering sind.

In Frankfurt a. M. besteht an der Universität eine akademische Gruppe für das Auslandsdeutschtum, die jetzt schon über 700 Studierende und 24 Professoren zu ihren Mitgliedern zählt und die an der Bestrebung nach enger geistiger Verknüpfung der deutschen Brüder in der Fremde mit dem Heimatland arbeiten will. Neben einem Werbevortrag des Herrn Professor Dr. Ziehen wurde im Monat Januar ein Referat über Auslandsstudien als Mittel für die Betätigung im Ausland gehalten, das gleichfalls Herr Professor Dr. Ziehen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Ausland-Instituts, übernommen hatte und das in einem Mahnruf zur rührigen Betätigung an den edlen Bestrebungen für das Auslandsdeutschtum ausklang. Die Frankfurter Gruppe gehört als Mitglied dem Deutschen Ausland-Institut an.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Über das Studium der Ausländer in den vier technischen Hochschulen Preußens gibt das akademische Auskunftsam der Universität Berlin Angaben, nach denen mit Einschluß der Hörer gegenwärtig 952 Ausländer an diesen Schulen studieren. Am stärksten vertreten sind die Bulgaren mit 182, die Rumänen mit 112 und die Ungarn mit 88 Studierenden. Aus den russischen Randstaaten stammen 169, aus Luxemburg 73, während sich die Zahl der Studierenden aus den nordischen Ländern auf 48, aus den Niederlanden auf 23 und aus der Schweiz auf 12 beläuft; griechischer Nationalität sind 31, jugoslawischer 35. In der Türkei 4 und in Ägypten beheimatet sind 49, in China 9. Die eigentlichen Ententeländer (England, Frankreich, Amerika, Italien und Japan) stellen zusammen nur 31 Studierende. Dazu kommen dann noch 62 Deutsch-Österreicher.

Am stärksten besucht ist die Technische Hochschule in Berlin, die im ganzen 657 Ausländer aufweist. Es folgen Hannover mit 120, Aachen mit 114, Breslau mit 61. Danach ist von den Studierenden der Berliner Technischen Hochschule etwa jeder sechste, der Technischen Hochschule überhaupt jeder neunte ein Ausländer, ein Verhältnis, wie es ähnlich vor dem Kriege bestand, nur daß damals die Zusammensetzung der Ausländerziffern hinsichtlich der Nationalitäten wesentlich verschieden

war. Die Bulgaren und Rumänen halten sich fast sämtlich in Berlin auf, wo auch die größte Zahl der Ausländer aus den russischen Randstaaten und aus Ungarn studiert. In Aachen befinden sich die meisten Lnxemburger und Niederländer, in Hannover die meisten Norweger.

Auf die einzelnen Studienfächer verteilen sich die Ausländer in folgender Weise: dem Bauingenieurwesen widmen sich 267, dem Bergbau 198, Maschinenbau studieren 135, Chemie 135, Architektur genau ebensoviele, mit Elektrotechnik befassen sich 39, mit Schiffbau 20; auf die allgemeinen Wissenschaften kommen 33 Besucher.

Eine nordisch-deutsche Studenten-Vereinigung ist in Kiel gegründet worden und der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr, Geheimrat Harms, hat ihr in seinen Räumen Gastrecht gegeben. Austausch zwischen deutschen und skandinavischen Studenten wird geplant. Zur Zeit studieren am Kieler Institut fünf Norweger und 3 Finnländer, wofür Austausch-Studenten demnächst nach den norwegischen Hauptstädten gehen werden.

Francisco d'Andrade ist in Berlin einem Schlaganfall erlegen. Der aus Portugal gebürtige Sänger hat namentlich als Don Juan in Deutschland und in der gesamten übrigen Welt große Lorbeeren geerntet. Er war in Deutschland heimisch geworden und wurde namentlich in Berlin bei seinem Auftreten stets lebhaft gefeiert.

Ein Theater-Skandal. Im Schillertheater in Berlin kam es bei der Vorstellung von Bernhard Shaws „Helden“ zu einer Störung, die schon durch ein dem Theaterzettel beiliegende Mitteilung angekündigt war. Bulgarische Studenten fühlten sich durch einen Witz des Autors beleidigt und erzwangen durch Jöhlen und Pfeifen bei der betreffenden Stelle eine Unterbrechung der Vorstellung. Das Publikum protestierte, der Direktor beruhigte und der Vorstand des bulgarischen Studentenvereins Rodina läßt erklären, das Vorkommnis sei vom Verein nicht veranlaßt, die Bulgaren wollten auch weder das Publikum stören, noch den Schauspielern ihr Mißfallen ausdrücken, es habe sich nur um den Ausdruck des gekränkten Nationalgefühles gehandelt. Die Kränkung gehe zwar von Shaw aus, werde aber von deutschen Schauspielern ausgesprochen und verbreitet, von Deutschen, deren Kultur und Wissenschaft die in Deutschland studierenden Bulgaren über alles schätzten.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Die Freigabe des kleinen deutschen Eigentums in Italien.

Durch Verordnung der italienischen Regierung vom 8. Januar ds. Js. wurde die Freigabe des kleinen deutschen Eigentums in Italien einschließlich der Kolonien bekanntgegeben. Diese Tatsache ist dazu angetan, in vielen der Interessenten Hoffnungen zu erwecken, die weit über das Maß dessen hinausgehen, was durch die genannte Verordnung in Wirklichkeit geboten wird.

Da die Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung noch nicht erschienen sind, so ist es schwer möglich, über die Maßnahmen der italienischen Regierung, über ihren praktischen Wert und ihren Umfang, schon jetzt ein abschließendes Urteil zu fällen. Die Verordnung hat ihre Rechtsgrundlage nicht in einem Verträge, wie in England, sondern in einer einseitigen Verfügung der italienischen Regierung. Dieser Umstand erklärt viele ihrer Eigentümlichkeiten.

Im ersten Abschnitt wird bestimmt, was als freizugebendes kleines deutsches Eigentum in Italien anzusehen und welche Gesichtspunkte für die Schätzung desselben maßgebend sind,

im zweiten wird aufgezählt, welches Eigentum von der Befreiung ausgeschlossen bleibt, im dritten werden die Bedingungen bekanntgegeben, unter welchen die Befreiung zu erfolgen hat.

I. Als kleines deutsches Eigentum in Italien und den Kolonien sind die Güter anzusehen, deren Wert nach den heutigen Marktverhältnissen die Summe von 50000 Lire nicht übersteigt. Die Feststellung dieser Summe geschieht in der Weise, daß alle einem Deutschen oder einem deutschen Institut gehörigen Güter, die sich in Italien und in den italienischen Kolonien befinden, in eine Gesamtvermögensmasse vereinigt werden. Wenn diese Gesamtvermögensmasse den Wert von 50000 Lire nicht übersteigt, so gilt sie als Kleinbesitz und kann unter später zu erörternden Bedingungen freigegeben werden. Auf keinen Fall ist es so aufzufassen, als ob bestimmte Kategorien von Gütern, wie etwa Möbel, Hausrat und dergleichen im Werte bis zu 50000 Lire befreit und nur der diesen Betrag übersteigende Teil des Eigentums beschlagnahmt wird. Wenn z. B. ein Deutscher in Italien ein Gesamtvermögen von 70 000 Lire besitzt, so wird nicht das Eigentum im Wert bis zu 50 000 Lire freigegeben und nur die restlichen 20 000 Lire beschlagnahmt, sondern es wird das ganze Vermögen im Werte von 70000 Lire von der Freigabe ausgeschlossen.

Bei Handelsgesellschaften wird die Höhe des Vermögens bestimmt, indem man die Gesamtheit ihrer Güter berücksichtigt und nicht die Anteile, die von den einzelnen Gesellschaftern eingebracht sind.

II. Von der Freigabe ausgeschlossen bleibt auch der Kleinbesitz:

1. Wenn es sich ergibt, daß der Deutsche im Ausland (gleichviel wo) ein nicht unbedeutendes Vermögen besitzt. Was „nicht unbedeutendes Vermögen“ heißt, wird nicht näher bestimmt.
2. Wenn es sich um Bargeld handelt. Bargeld wird auf keinen Fall freigegeben, einerlei um welche Summen es sich handelt, auch wenn es nicht beschlagnahmt ist; ebensowenig werden Forderungen Deutscher, die unter das Ausgleichsverfahren fallen, freigegeben.

Die praktische Nutzenanwendung der Verordnung ist von dem guten Willen der italienischen Regierung abhängig und begründet keinen Rechtsanspruch auf Freigabe seines Eigentums für einen Deutschen. Eine Bestimmung (Artikel 7) besagt u. a., daß der italienischen Regierung die keiner Kontrolle unterliegende Befugnis vorbehalten bleibt, aus Gründen des allgemeinen Interesses, die sich hauptsächlich auf die Verteidigung und die nationale Wirtschaft beziehen, jeden deutschen Kleinbesitz von der Freigabe auszuschließen.

III. Die Freigabe des genannten Kleinbesitzes erfolgt unter bestimmten Bedingungen, von denen die hauptsächlichsten hier noch kurz wiedergegeben seien.

1. Die Rückgabe hat so zu erfolgen, daß Rechte oder tatsächliche Positionen, die in gesetzlicher Weise von italienischen Staatsangehörigen an deutschen Gütern und Geschäften erworben sind, geschützt bleiben.
2. Die Rückgabe von Wohnhäusern kann an Bedingungen geknüpft werden, welche italienischen Staatsangehörigen die Sicherheit geben, daß sie die Wohnungen nicht räumen müssen, bevor sie die Zeit und die Möglichkeit gefunden haben, sich wieder einzurichten.
3. Falls Vermögensbestände des deutschen Kleinbesitzes in irgendeiner Form als Beteiligungen an italienischen Gesellschaften oder Kollektivunternehmungen bestehen, so steht den italienischen Beteiligten innerhalb einer gewissen Frist

ein Vorkaufsrecht zu einem angemessenen Preise zu. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten wird der Preis von der zuständigen italienischen Behörde festgesetzt.

4. Ein Anspruch des deutschen Eigentümers auf Rechnungsablage, Schadenersatz oder Wiederherstellung der beschädigten Sachen besteht nicht. Die Befreiung erfolgt auf Antrag.

Einreise nach China. Für Deutsche sind seitens der chinesischen Ministerien des Äußern und des Innern neue zusammenfassende Bestimmungen über die Einreise und den Aufenthalt deutscher Reichsangehöriger in China erlassen worden, die unter dem 3. November 1920 bekanntgegeben wurden. Darnach ist die Einreise an den Besitz einer besonderen Erlaubnis gebunden, und Personen, die ohne gültigen Paß kommen, wird die Landung verboten. Bei der Landung selbst wird eine Paßkontrolle ausgeübt; über diejenigen Deutschen, die sich ohne Erlaubnis in China aufhalten und nachträglich um eine Aufenthaltserlaubnis nachsuchen, werden genaue Erkundigungen über Beruf und Benehmen eingezogen. Sie müssen eine Verpflichtung unterschreiben, daß sie sich allen Gesetzen Chinas unterwerfen und eine Bescheinigung von einem niederländischen Konsulat oder einem fremden glaubwürdigen Kaufmann beibringen, erst dann kann ihnen von den Lokalbehörden der Aufenthalt erlaubt werden. In Schanghai eintreffende Deutsche müssen sich bei dem dortigen Fremdenamt melden.

VERSCHIEDENES

Hilfe für die deutsche Wissenschaft.

Die Gutenberggesellschaft gibt die Untersuchungen des Wiesbadener Gelehrten Zedler über die Erfindung der Buchdruckerkunst heraus, besaß aber nicht mehr die Mittel, die zur Fortsetzung der Arbeit nötig waren. Jetzt hat die holländische Akademie der Wissenschaften in Harlem beschlossen, ein Drittel der Unkosten zu tragen, ein weiteres Drittel übernahm der Chef der Buchdruckereifirma Dr. Johannes Enschede! Die holländische Gesellschaft ist an der Frage besonders interessiert, weil, wie das Börsenblatt für den deutschen Buchhandel mitteilt, durch Zedler die alte Streitfrage gelöst werden sollte, ob Gutenberg in Mainz oder Coster in Harlem die Buchdruckerkunst erfunden hat. Zedler soll zu einem für beide Teile befriedigenden Ergebnis gekommen sein.

Gregorovius-Gedenkfester.

Zu der Festsitzung, welche die „Deutsch-Italienische Vereinigung“ in Berlin zur Erinnerung an den 100. Geburtstag des großen deutschen Historikers und Ehrenbürger der Stadt Rom, Ferdinand Gregorovius veranstaltete, hatte die Universität ihren Rektor Geheimrat Prof. Dr. Seckel entsandt; in der großen Schar der Festteilnehmer bemerkte man neben Vertretern der deutschen Ämter, der Hochfinanz und Industrie, Kunst und Wissenschaft, den italienischen Botschaftsrat Guarnier und Korrespondenten der italienischen Presse. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Vereinigung, Professor Dr. Rudolf Fitzner, der ein Bild von Gregorovius Werdegang bis zu seiner Römer Zeit entwarf, hielt der Berliner Historiker Prof. Dr. Kehr, Generaldirektor der Preussischen Staatsarchive, die Gedenkrede und entwarf ein Gesamtbild des großen Geschichtsschreibers Gregorovius, dessen Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter als ein bleibendes Dokument deutscher Historiographie auch in Italien durch die vom italienischen Staat veranstaltete Übersetzung Ewigkeitswert erlangt hat und Grego-

rovius, der den Titel eines „Civis Romanus“ denn auch mit Stolz führte, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Rom zuteil werden ließ. Der Vortragende schloß mit dem Wunsche, daß als ein teures Vermächtnis des großen Gregorovius das durch den Krieg gelockerte geistige Band zwischen Deutschland und Italien eine Festigung erfahren möge.

Deutsche Ausländtätigkeit in englischer Beleuchtung.

Das Londoner Auswärtige Amt hat ein Komitee ernannt, das sich mit der Lage der Engländer-Kolonien im Auslande befassen soll. Die Veranlassung dazu ist in zunehmenden Klagen darüber zu suchen, daß es den Engländern im Auslande am nötigen Zusammenhang und an einheitlich geleiteter Politik „zur Förderung des Wohlwollens der Gastnationen gegenüber dem britischen Reiche“ fehle. Unter diesem Mangel an Organisation habe während des Krieges die Auslandspropaganda wesentlich gelitten. „Es gab zwar einige britische Handelskammern — von denen die meisten aber keineswegs irgendwie prosperierten oder auch nur ausschließlich englisch waren —, dazu ein paar englische Zeitungen, einige zerstreute Klubs, sowie einen diplomatischen und konsularischen Dienst, der oft völlig außer Fühlung mit den Kolonien blieb.“ Ganz im Gegensatz zu unseren begründeten Ansichten über den besseren Zusammenhalt der Ausland-Engländer behauptet die „Times“, daß Deutschland in dieser Richtung einen großen Vorsprung durch seine Vereine zur Förderung des Deutschturns im Auslande gehabt habe. „Ein Deutscher im Auslande war immer auch deutscher Propagandist und „Nachrichtenoffizier“, eine wenn auch noch so unbedeutende Einheit einer riesigen Menschenmaschine, die die Welt netzartig umspannt, hielt und ihre Fühler nach jedem Winkel des Erdballes ausstreckte.“ In diesem Zusammenhange werden der Alldeutsche Verband, der Flotten- und Kolonialverein namentlich angeführt. Sie alle hätten systematisch für Verbreitung deutscher Denkart und „Kultur“ — in Anführungsstrichen, selbstverständlich! — und für den deutschen Handel gearbeitet. „Selbst die Presse war in einzelnen Ländern stark beeinflußt von den großen deutschen Anzeigenbüros.“ Durch diese Organisation sei die deutsche Regierung in ständiger Fühlung mit allen Teilen der Welt geblieben und habe Hand in Hand mit den diplomatischen und konsularischen Vertretern des Reiches der deutschen Industrie wertvolle Informationen vermittelt, die dem deutschen Handel seine große Ausdehnung erst ermöglichten.

In gleicher Richtung müsse England künftig weit rühriger sein als bisher. „Der erste Punkt, der beschlossen werden muß, ist die Anlage eines Katasters aller britischen Untertanen.“ Außerdem seien englische Schulen, Vereine, Klubs und Zeitungen zu schaffen, patriotische Feste zu veranstalten und der diplomatische und konsularische Dienst zu reformieren und zu „humanisieren“. Die englischen Handelskammern, die bisher oft eine ganz isoliertes Dasein führten — keine der in China bestehenden habe beispielsweise bisher irgendwelche Verbindung mit London gehalten! — müßten in enge Zusammenarbeit gebracht und von fremden Mitgliedern „gesäubert“ werden.

Die interessanten Ausführungen zeigen jedenfalls, daß wir mit unserem Wollen in den Augen der Engländer auf dem richtigen Wege waren. Daß dabei mit unzulänglichen Mitteln gearbeitet wurde und das Vollbringen daher nicht den Erwartungen entsprechen konnte, wissen wir jetzt. Mit verdoppelter Tatkräft müssen Auslandsdeutsche, Heimat und Regierung daher zusammenstehen für den Wiederaufbau kultureller und materieller Interessen des gesamten Volkes.

Französische Propagandafilms in deutschem Gebiet.

Die Hermannstädter Tagespost vom 23. Januar schreibt: Im städtischen „Urania-Kino“ rollte am 20. und 21. d. Monats der französische Film „Humanité“. Er gehört in die Kategorie der Propagandafilme, wie z. B. „Tih-Minh“. Welchen Zweck diese Filme verfolgt haben, weiß jedermann nur zu gut. Man weiß, daß das Propagandawesen der Entente während des Krieges in London seinen eigenen Minister hatte und keine Mittel zur Erreichung seines Zweckes scheute, selbst die einer greulich irrsinnigen Phantasie schwerster Fanatiker nicht, Fanatiker, die systematisch gezüchtete Überzeugung einerseits und schurkisch, kalte Berechnung andererseits zu ihrem unverantwortlichen Handeln trieb. Statt daß man nun aber allenthalben und auf allen Linien daran ginge, die Flammen zu löschen, die Wunden zu heilen und die weltwirtschaftliche Lage des armen, verwüsteten Europa durch „menschliche“ Friedensarbeit, durch produktives Schaffen und ein versöhnliches „Wiedergutmachungswerk“ zu bessern, läßt der niedrige, anekelnde Geschäftsgeist der Zeit diese Hetzfilme durch alle Lande weiterlaufen. — Mögen sie dort von einer verblendeten Menge begrüßt und bejohlt werden, wo sie entstanden sind; den Leuten wird kaum mehr zu helfen sein. — Daß sich aber die Direktion eines Kinos, das Eigentum einer Stadt mit vorwiegend deutscher Bevölkerung ist, die eine 800jährige deutsche Überlieferung und Kultur hat, nicht entblödet, seinem Publikum einen derartigen Film vorzuführen, das grenzt ans Unglaubliche. — Es wäre schauderhaft, wenn es nicht so lächerlich wäre. Lächerlich aber ist es, weil nur ein kleiner Bruchteil des Kinopublikums diesen schmachvollen Schlag ins Gesicht zu empfinden, der größere Teil der Menge aber mit stupider Urteilsunfähigkeit vor der Leinwand zu sitzen schien und sich womöglich noch schämte, sich über diesen „herrlichen“ Film nicht mitfreuen zu können. Man kann sich eines unangenehmen Geschmacks im Munde nicht erwehren, möchte geradezu ausspucken. — In diesem Filme sind es natürlich wieder einmal zwei „boches“, denen die Rollen zweier abgefemter, niederträchtig-gemeiner Verbrecher, zweier Spione, die weder vor raffiniertem Diebstahl, noch vor greulichstem Mord zurückschrecken, zugeordnet sind. — Und gegen diese gewaltsam-groteske Verzerrung des deutschen Charakters soll von Zusehern deutschen Blutes nicht protestiert werden. — Es handelt sich bei der Erörterung dieser bedauerlichen Tatsachen bei Gott nicht um tendenziöses Geschrei, das Lärm schlagen und hetzen will. Schließlich haben aber auch wir Deutsche etwas wie ein nationales Selbstbewußtsein, auf dessen Schonung wir wenigstens dort, wo wir die Hausherrn sind, wohlbegründeten Anspruch haben.

Falsche Zahlen.

Der sattsam bekannte Herr Wetterlé, der sich jetzt mit Stolz Député du Haut-Rhin nennt, veröffentlicht in französischen Zeitungen unter der Überschrift „Ils sont partout“ einen Wuttschrei über eine angeblich von der Berliner Regierung herausgegebene Statistik der Deutschen im Auslande. Daß die Boches (Herr Wetterlé nennt sie natürlich nicht anders) die 1½ Millionen Elsaß-Lothringer als Deutsche zählten, geht ihm dabei besonders auf die Nerven. Für die „Preußen“ existiere der Versailler Vertrag nicht, die hundertköpfige Hydra wendet sich von neuem gegen die Welt, und was dergleichen Phrasen mehr sind. Herr Wetterlé ist wieder einmal, wie so oft, hereingefallen. Wir können ihm auf Grund von Erkundigungen an zuständiger Stelle sagen, daß bei der Regierung die offizielle Statistik des Auslandsdeutschturns überhaupt nicht bekannt ist, und daß weder das Statistische Amt noch das

Reichswanderungsamt, die dafür in Betracht kämen, eine solche Statistik bearbeitet oder veranlaßt haben.

Wie die Tschechen arbeiten!

Die Tschechen haben 16 französische Mittelschulprofessoren zu je 10000 Franken, 5 Universitätsprofessoren zu je 11000 Franken, und 2 Hochschulprofessoren zu je 16000 Franken bei sich angestellt und gaben an das Institut für das Studium der Slawen in Paris 120000 Kronen, für einen Lehrstuhl an der Pariser Universität für tschechische Literatur 72000 Kronen, für einen gleichen Lehrstuhl an der Londoner Universität 50000 Kronen, für einen Lehrstuhl für tschechische Sprache an der orientalischen Akademie Paris 100000 Kronen, für einen Lehrstuhl für tschechische Sprache und Literatur an der Belgrader Universität 20000 Kronen, für Förderung tschechischer Kolonien in der Fremde 300000 Kronen, für 10 Stipendien für französische Studenten 120000 Kronen, für Austausch von Professoren und dergl. 100000 Kronen, für freundsprachige Kurse 100000 Kronen, für das Institut français in Prag 30000 Kronen, für eine französische Schule in Prag 50000 Kronen, für fremdsprachige Zeitschriften 200000 Kronen und weiterhin kleinere Summen für ähnliche Propagandamaßnahmen. Natürlich bezahlen die weitaus meisten Steuern in der Tschechoslowakei, aus denen auch diese Propagandagelder genommen werden, die lieben Deutschen!!

Für die deutsche Wissenschaft.

An die ehemaligen schweizerischen Studierenden deutscher und deutschösterreichischer Hochschulen wendet sich ein Aufruf, den die Rektoren der Universitäten Bern, Zürich, Basel und der Schweizer Technischen Hochschule veröffentlichen. Sie rufen den Studenten die schönen deutschen Semester in die Erinnerung zurück, machen auf die Not der deutschen Wissenschaft aufmerksam und regen an, eine große Summe der Notgemeinschaft für die deutsche Wissenschaft z. H. des Herrn Kultusministers a. D. Dr. Schmitt zu überweisen, die sämtliche öffentlichen Bibliotheken Deutschlands für dieses Geld mit schweizerischer Literatur versorgen möchte. Alle anderen Wege, wie z. B. der der Austauschvermittlung, hätten sich praktisch als undurchführbar erwiesen. „Die schweizerische Bücherhilfe für deutsche Wissenschaft“ sollte ein großzügiges Werk der Dankbarkeit der Schweizer sein, die keinesfalls zurückbleiben wollten, wenn es gelte, die deutsche Wissenschaft zu unterstützen.

Die Deutschen Heilstätten in Davos und Agra

brauchen dringend Hilfe. Vor 23 Jahren sind sie begründet, mit 80 Betten wurden sie 1901 eröffnet. Seitdem sind sie stets vergrößert worden, zuletzt 1909 auf 140 Betten. Bis 31. Dez. 1910 wurden genau 2000 minderbemittelte Lungenkranke aus allen Gauen des Vaterlandes ohne Unterschied der Religion (Geistliche, Lehrer, Beamte, Kaufleute, Angestellte und deren männliche und weibliche Angehörige) behandelt. Weitere 2573 Angemeldete konnten aus Raum-mangel nicht berücksichtigt werden.

Mit einer die Davoser Arbeit entlastenden Niederlassung am Südhang der Alpen hat die Deutsche Heilstätte seither einem auch in ärztlichen Kreisen anerkannten Bedürfnisse abgeholfen. Nach fünf Jahre langer Vorarbeit konnte am 15. November 1914 das Deutsche Haus in Agra, die zweite Anstalt der Deutschen Heilstätte in Davos, unweit Lugano, mit 100 Betten eröffnet werden. Im Jahre 1918 betrug der tägliche Krankenbestand in ihm durchschnittlich 95. Seit dem Tage der Aufnahme des ersten Gastes wurden in Agra bis zum 31. Dezember 1919 160097 Verpflegungstage verzeichnet. Die aus freiwilligen

Beiträgen erbauten Anstalten der Deutschen Heilstätte verzeichneten bei einem gegenwärtigen Bestand von 240 Betten bis zum Ausgang letzten Jahres 5425 Aufnahmen und 1023731, davon in Agra 11100, in Davos 42954 kostenlos gewährte Verpflegungstage, ohne den vielen Anfragen auch nur annähernd genügen zu können, die eintrafen.

Unter den Pflegebefohlenen in Davos-Wolfgang und in Agra befanden sich bis 31. Dezember 1919 238 deutsche an Tuberkulose kranke Kinder aus ärmsten Verhältnissen.

Nicht inbegriffen in diese Zahlen ist die Hilfe, die das Deutsche Haus in Agra 1915 deutschen Flüchtlingen aus Italien und die Deutsche Heilstätte in Davos-Wolfgang 1916 und 1917 mittellosen Frauen und Kindern in Davos untergebrachter Zivil-internierter kostenlos erwies.

Teuerung und Knappheit und nicht zuletzt der Tiefstand der deutschen Währung lasten auf den Anstaltsbetrieben in außerordentlich drückender Weise. Der Hypothekarkredit der Deutschen Heilstätte von der schweizerischen Volksbank eingeräumt war, mußte bereits im letzten Sommer vollständig in Anspruch genommen werden, um die Betriebe mit Koksvorräten zu versehen und die Ausgaben zu begleichen, die durch Freistellengewährung und dringende Aufwendungen entstanden waren.

Es gilt, die Bankschulden der Deutschen Heilstätte von nahezu 700000 Franken zu verzinsen und abzutragen und Geldmittel zur Erschließung von weiterem Ackerland auf dem Gelände der Deutschen Heilstätte in Agra für die Ernährung der Anstaltsinsassen in Davos-Wolfgang und in Agra aufzubringen. Die Gewährung von Freistellen ist, da Kapitalstiftungen nur in bescheidener Höhe zur Verfügung stehen, ihre Bestreitung aus den Anstaltsbetrieben aber nicht mehr möglich ist, vollständig von der Höhe zufließender Beiträge abhängig.

Größeren Anforderungen als den bisher gestellten gilt es in Zukunft gerecht zu werden. Deutschen Lungenkranken, bei welchen Bildung und Streben oft in hartem Widerspruch zum irdischen Besitz stehen, wollen die Heilstätten die Möglichkeit bieten, durch Anstaltsbehandlung und Pflege wieder arbeitsfähige und arbeitsfreudige Mitglieder ihrer Familie und unseres geliebten Vaterlandes zu werden.

An alle Landsleute ergeht die herzliche Bitte, das Liebeswerk der Deutschen Heilstätte durch einmalige oder wiederkehrende Gaben kräftig zu fördern. 750000 Schweizer Franken sind notwendig. Die Direktion der Schweizerischen Volksbank nimmt Beiträge entgegen. (Postscheckkonto VIII, 1103.)

Herr Dr. Max Richard Scherrer aus St. Gallen in der Schweiz, der einen Lehrauftrag für deutsche Sprache und Literatur an dem German Department der Universität Glasgow (Schottland) erhielt, hält es nach einer Mitteilung des „Literarischen Zentralblatts“ für die Ehrenpflicht der im Kriege Neutralen, an der Wiederaufrichtung der zwischenstaatlichen Gelehrtenrepublik mitzuarbeiten. Er wird sich freuen, wenn deutsche Gelehrte seine Vermittlung zur Neubelebung von Beziehungen, für Auskünfte und bibliographische Anfragen in Anspruch nehmen wollen. Anschrift: 69 Bank Street, Hill Head, Glasgow (Großbritannien).

Temesvár. In allen Gebieten der deutschen Diaspora in den ehemaligen Gebieten Österreich-Ungarns erhebt sich jetzt immer lauter und kräftiger der Wunsch nach Betonung des Deutschtums und Vertiefung der deutschen Bildung. In Temesvár

hat der deutsche Gesangverein die Initiative ergriffen, deutsche Vortragsabende zu veranstalten, deren erster einen außerordentlichen Erfolg darstellte. Über 500 Zuhörer lauschten den Worten des Abgeordneten Senators Karl von Möller, der über „unsere Beziehungen zu Schiller“ sprach. Den nächsten Vortrag hielt der Mitarbeiter der Schwäbischen Volkspresse, Fritz Xaver Kappus, über das Thema „Vom Manuskript bis zum Buch“.

Der Helsingforsker Luther.

Sonntag, den 31. Oktober, wurde in der hübschen deutsch-lutherischen Kirche zu Helsingfors durch Pastor F. Israel ein schönes Lutherbild von Karl Bauer eingeweiht. Dieses Bild verdankt seine Entstehung der 1907 verstorbenen Tochter eines Gründers der deutschen Gemeinde in Helsingfors, Fräulein Helene Saltzmann; sie hat zum Andenken an ihren 1853 verstorbenen Vater, Dr. Friedrich Saltzmann, ein Kapital für ein Lutherbild gestiftet. Der bekannte Bildnismaler Karl Bauer wurde gewonnen und hat ein Werk von großer Kühnheit geschaffen. Das von Pastor Israel herausgegebene deutsche Gemeindeblatt „Deutsch-evangelisch in Finnland“ schreibt darüber: „Die Schweden rühmen sich, in der Nationalgalerie zu Stockholm das beste Bild von Luthers Lebzeiten (1526) zu besitzen. Wir haben Grund, uns zu beglückwünschen, daß Finnland das bedeutendste Lutherbild aus unserer Zeit hat. . . . Am ungewöhnlichsten sind wohl die Augen. Auf dem Kranach-Bilde in Stockholm blicken sie am Zuschauer vorbei. Hier bei Bauer funkeln und sprühen sie.“

Die Einweihung des Bildes gestaltete sich zu einer erhebenden Lutherfeier. Der Prediger ging in seiner gedankenreichen Rede von Goethes Wort aus: Ein ganzer Kerl; ganz Mönch, ganz Ritter, ganz Lehrer.

Hatzfeld oder Zsombolya?

Die alte Gemeinde Hatzfeld im jugoslawischen Staate war von den neuen Herren im Staate in Zsombolya umgetauft worden. Nun hat aber der Gemeinderat mit überwältigender Mehrheit beschlossen, von nun an wieder die Straßennamen in der ursprünglichen deutschen Bezeichnung einzuführen und als Verhandlungs- und Protokollsprache im Gemeindehause wieder die deutsche Sprache einzuführen. Die frühere „Hatzfelder Zeitung“, die auch unter der Bezeichnung „Zsombolyaer Zeitung“ treu deutsch geblieben ist, begrüßt diesen Entschluß des Gemeinderats und des unerschrockenen Antragstellers, Ziegeleirektor Treihls, wendet sich aber dagegen, daß nun auch der Ort selbst immer noch Zsombolya heißen soll. Es sei im Grunde genommen doch nur ein halber Erfolg bisher erzielt, solange es den Gegnern gelungen sei, die Umtaufung in den alten Gemeindennamen zum mindesten zu verschieben. Die Zeitung betont, daß die Mehrheit des Gemeinderats auch selbstverständlich die Uänderung des Ortsnamens beschließen werde.

Ausländer in Yokohama.

Am 1. Oktober hat eine Volkszählung stattgefunden, die die Anwesenheit von 6801 Ausländern in der Hafenstadt ergab, von denen 2661 Frauen waren. Unter den Ausländern waren natürlich die Chinesen am zahlreichsten mit 3936 Personen, ihnen folgen die Engländer mit 1054, die Amerikaner mit 522, die Russen mit 503, die Deutschen mit 272 Personen (unter ihnen 115 Frauen), die Franzosen mit 136, die Portugiesen mit 67, die Schweizer mit 43, die Italiener mit 31, die Holländer mit 29, die Dänen mit 20, die Griechen mit 18, die Polen mit 17, die Norweger mit 16, die Österreicher mit 14, die Belgier mit 10, die Chilenen und Serben mit je 8 Personen. Ferner waren noch je ein Staatsbürger von Panama, Peru und Argentinien anwesend.

Amerika protestiert gegen die schwarze Schmach.

Am 28. Februar sollte in dem großen Saal des Madison Square Garden Neuyork eine Massenversammlung stattfinden, welche ihrer Entrüstung und dem Protest gegen die Besetzung von deutschem Gebiet durch die schwarzen Kolonialtruppen und die gegen deutsche Frauen und Mädchen begangenen Schandtaten Ausdruck verleihen sollte. Es ist ein Hunderter-Komitee gebildet worden, welches die Organisation der Massenkundgebung in die Hand nehmen sollte.

Amerikanische Propaganda.

Die Amerikaner verfolgen in den ehemaligen Westgebieten Rußlands, den heute national selbständigen Randstaaten, eine gewaltige Propagandatätigkeit, die man in Estland und Lettland, in Litauen und Polen gleichermaßen stark beobachten kann. Folgende Zahlen mögen interessieren: Die Young Man Christian Association, die im Vereinsheim des Lodzer Männergesangsvereins untergebracht ist, versammelt in ihren Räumen allabendlich 2—3000 Soldaten, die für billiges Geld Kakao, Schokolade und Zigaretten erhalten und bei Grammophonmusik und Kinovorstellungen, sowie sportlichen und Leseveranstaltungen ihren Abend verbringen. Namentlich das Lesezimmer ist stark besucht, und die Amerikaner sorgen dafür, daß auch polnische Lektüre amerikanischer Herkunft ausliegt. Der Hauptsitz der Gesellschaft, die in Polen zehn derartige Soldatenheime unterhält, befindet sich in Warschau. Im vergangenen Monat waren ohne die kleinen Wanderbibliotheken allein 37 Bibliotheken der Amerikaner im polnischen Heere tätig. Das Warschauer Erziehungs-Departement der Gesellschaft hat allein versandt 4220 Bücher, 25000 Broschüren, 3000 Zeitschriften, über 20000 Zeitungen, 51000 Postkarten und 800000 Plakate. Namentlich die Sportsabteilungen, die die Amerikaner überall gründen, sind Mittel zum unmerklichen Eindringen der amerikanischen Propaganda.

Die deutsch-amerikan. Wochenschrift „Der Landsmann“ hat den erfreulichen Mut, in einem Lande, wo die Franzosen eine rührige Kulturpropaganda entfalten, eine Schmutzerei von so unglaublichem Charakter an den Pranger zu stellen, daß man sie nicht für möglich halten sollte, wenn der „Landsmann“ nicht zugleich die Wiedergabe des Originals brächte. Es stammt aus „Le Rire“, dem verbreitetsten und volkstümlichsten Pariser Witzblatt. Das Bild zeigt einen marschfertigen Senegalesen mit der Rose im Gewehrlauf. Vor ihm hockt eine fette Sau, die mit einer Abschiedsträne im Auge ihm auf beiden Vorderfüßen einen mächtigen Kranz von Rosen darbietet. Um den Hals trägt sie eine Kette von Totenköpfen mit dem Eisernen Kreuz daran. Im Hintergrund der Rhein mit seinen Burgen. Das gemeine Bild trägt die noch gemeinere Widmung: „Den tapferen Senegalesen, die durch die Boches verleumdet, aber allzusehr von deren Weibern umworben werden“ — und die Unterschrift: „Er war gekommen, um einen Adler zu hüten, mußte sich selbst aber vor einer Sau hüten.“ Bedarf es da noch französischer Kulturpropaganda?

Das Deutschtum in Brasilien stirbt nicht aus!

In einer einzigen Nummer des „Deutschen Volksblatts“, das in Porto Alegre erscheint, finden wir eine Anzahl von Todesanzeigen im Anzeigenteil, die ein Bild davon geben, wie kräftigen Nachwuchses sich das Deutschtum in Brasilien erfreut. Da zeigen die Hinterbliebenen des im Alter von 79 Jahren verstorbenen Herrn Wollmann dessen Tod an und teilen mit, daß 2 Söhne, 1 Tochter, 24 Enkel und 7 Urenkel den Verstorbenen betrauernten; Herr Anton Leifheit verstarb im Alter von 70 Jahren und hinterließ 9 Kinder und 21 Enkel;

Herr Jakob Christ starb im Alter von 65 Jahren und wird betrauert von 5 Kindern und 19 Enkeln, 6 Enkel sind ihm im Tod vorangegangen; Herr Johann Pruhl wurde 76 Jahre alt und hinterläßt 11 Kinder, 71 Enkel und 8 Urenkel.

Argentinien.

Der erste deutsche Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „*Argentina*“, der am 4. Februar in Buenos-Aires einlief, wurde einer Meldung der La Plata-Zeitung zufolge dort begeistert empfangen. Er wurde von beflaggten Schleppern, auf denen Tausende von Personen seine Ankunft erwarteten, abgeholt, „Deutschland, Deutschland über alles“ wurde gesungen und eine Musikkapelle spielte. Der Dampfer wurde von 2 Kriegsschiffen erwartet, die ihm entgegengefahren waren. Die argentinischen

Schiffe hatten über die Toppen geflaggt, die Truppen salutierten. Es herrschte große Begeisterung während des Empfanges.

Aus Varadzin (Jugoslawien) erhalten wir nachstehendes Gedichtchen, das „*Heimatlos*“ überschrieben ist.

Möcht' einmal noch die Stätte,	„Bleib' deutsch mit Herz u. Sinnen
Wo ich geboren, seh'n,	Bei allem deinem Tun,
Möcht' an des Dörfleins Brunnen	Laß mit des Tags Beginnen
Noch einmal plaudernd steh'n,	Die deutsche Hand nicht ruh'n.
Möcht' einmal noch am Rheine	Mach' Ehre stets aufs Neue
Lauschen dem Glockenklang	Dem Land, dem du entstammt,
Und singen dann beim Weine,	Es hält auch dir die Treue
Was oft die Mutter sang:	Deutschland, dein Vaterland!“

Karola Schnapp.

AUSWANDERUNGSWESEN

Zur Auswanderung nach Sowjetrußland.

Zu diesem immer noch aktuellen Thema schreibt uns ein soeben aus Turkestan zurückgekehrter genauer Kenner des Landes und ganz Rußlands, Herr Kehrher-Reutlingen:

„Bei Auswanderung nach Sowjetrußland in jetziger Zeit ist besonders auf folgende Bedingungen, die den Einwanderern beim Betreten Rußlands gestellt werden, hinzuweisen:

1. die frühere Staatsangehörigkeit ist sofort unter schriftlichem Verzicht aufzugeben und die russische Staatsangehörigkeit mit allen Pflichten — Rechte gibt es nicht mehr — anzunehmen.
2. Ausländisches Geld ist abzuliefern, dafür wird Sowjetgeld gegeben.
3. Die Einwanderer haben ohne Widerrede sich nach den ihnen zugewiesenen Plätzen zu begeben und die ihnen zugewiesenen Arbeiten auszuführen, ob ihnen solches nun paßt oder nicht.

Diese Bedingungen bedeuten mit anderen Worten, daß der Einwanderer in Sowjetrußland in jetziger Zeit nichts anderes ist als ein Sklave im vollsten Sinne des Wortes. Auf die Versprechungen von finanzieller und materieller Unterstützung seitens der Sowjetregierung ist nichts zu geben, denn für Sowjetgeld, das in Rußland jetzt schon überhaupt keinen Wert mehr hat, ist nichts zu bekommen, und die Regierung selbst kann an materiellen Werten nichts geben, weil nichts mehr da ist. Mit diesen und anderen hochtönenden Versprechungen sucht man lediglich den dummen deutschen Michel zu ködern, der trotz aller gemachten schlechten Erfahrungen immer auf den Leim geht.

In der Industrie stoßen die Einwanderer auf den Widerstand der russischen Arbeiter, die sich des Zuzugs ausländischer Arbeiter erwehren, weil solche ihnen angeblich das Brot wegnehmen, in Wirklichkeit aber, weil sie nichts arbeiten wollen. Dies müßten sie aber, wenn die Einwanderer mit gutem Beispiele vorangingen.

In der Landwirtschaft selbst läßt der russische Bauer in der jetzigen Zeit Einwanderer oder Kolonisten an bessere Erde nicht heran, und die Zuweisung von Siedlungsgebieten in den nördlichen rauen Gouvernements von Wologda, Wjatka und Perm weist klar darauf hin, daß man sie nicht in Getreidegegenden haben will. Sie sollen solche Ländereien urbar machen, in welche kein russischer Bauer zu bringen ist, weil daselbst Weizen überhaupt nicht mehr, Roggen nur mangelhaft gedeiht. Der Winter dauert in diesen Gegenden 6—7 Monate, von welchen einige Monate 30—40° R. unter Null konstant zeigen.

Wer in jetziger Zeit, mit Land, Leuten und Sprache unbekannt, nach Sowjetrußland geht, ohne entsprechende Kleidung und Pelze, die ja kein Auswanderer besitzt, soll seine irdischen

Rechnungen hier abschließen, denn es erwartet ihn in Sowjetrußland außer den Epidemien, zu deren Bekämpfung weder Ärzte noch Arzneimittel da sind, der Tod des Verhungerns und des Erfrierens. Muckt einer an Ort und Stelle über die gemachten falschen Vorspiegelungen auf, so wird er als Konterrevolutionär behandelt und auf die eine oder andere Art und Weise unschädlich gemacht.“

Gegen die Auswanderung nach Sowjet-Rußland.

Reichsministerium des Innern und des Auswärtigen haben beschlossen, den Mitgliedern der russischen technischen Staatskommission, Professor Feodorowski und Morossanow, ihre Pässe nicht zu verlängern und dem Kommissionsmitglied Jassykow die Wiedereinreise nach Deutschland nicht zu gestatten. Soweit für ein solches Verbot Gründe politischer Art, etwa der politischen Betätigung, maßgebend gewesen sein sollten (was leicht möglich ist, da die mit der russischen Staatskommission zusammen arbeitende deutsche Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland ihren politischen Charakter ja dadurch betont, daß sie nur „klassenbewußte Proletarier“, also Kommunisten, aufnimmt), interessiert uns diese Entscheidung an dieser Stelle nicht. Die sonst gegebene Begründung, der erste Versuch der deutschen Auswanderer, von denen ein großer Teil wieder zurückgekehrt sei, habe gezeigt, daß den deutschen Auswanderern schwere Prüfungen und Enttäuschungen wie Entbehrungen in Rußland bevorständen, Rußland biete zurzeit nach den Erklärungen der Mitglieder der russischen Staatskommission selbst keine Gewähr für ein gesichertes Fortkommen der deutschen Auswanderer, es müsse also vor der Auswanderung nach Sowjet-Rußland gewarnt werden und eine amtliche Förderung könne vorläufig nicht in Frage kommen, trifft u. E. die Dinge nicht ganz. Trotz der Anwesenheit der russischen Staatskommission war die Nachfrage der Auswanderungslustigen nach Sowjet-Rußland dauernd in den letzten Monaten zurückgegangen. Das hatte zum guten Teil eben darin seinen Grund, daß die wieder zurückgekehrten Auswanderer über ihre Erfahrungen berichteten. Es steht nun in der amtlichen Bekanntmachung zwar nicht, daß die Auswanderung nach Sowjet-Rußland in Zukunft verboten sein soll, sie kann ja auch gesetzlich gar nicht verboten werden, wir befürchten aber, daß die Ausweisung der russischen Kommission nur wieder zu einer Steigerung der Agitation für Sowjet-Rußland ausgenutzt werden wird und daß gerade das Verbot der Anwesenheit dieser Kommission in mißtrauischen Gemütern die Auswanderungslust fördern wird. Die Begründung, daß schwere Prüfungen und Entbehrungen den Auswanderern bevorstehen, gilt schließlich für jedes Land. Auch wir warnen in unserer Auswandererberatung ganz energisch vor

einer Auswanderung nach Sowjet-Rußland, können aber in der etwaigen Anwesenheit der Kommission auch keine amtliche Förderung der Auswanderung nach Sowjet-Rußland erblicken, während ihre Ausweisung zweifellos den kommunistischen Organisationen Wasser auf ihre Agitationsmühle liefern wird.

Gegen die Ausweisung erhebt die „Rätezeitung“ scharfen Protest. Eine Eingabe ihrer Kreise an das Auswärtige Amt und an das Reichsministerium des Innern betont, es liege Material vor, wonach die Schwierigkeiten in Rußland für die Ansiedler namentlich hinsichtlich der Ernährung behoben seien. Die Verhältnisse hätten sich erheblich gebessert, niemals in der ganzen Geschichte der Auswanderung sei von seiten eines Einwanderungslandes eine derartige Sorgfalt im Interesse der Einwanderer ausgeübt worden. Es entstehe unter den Mitgliedern der Interessengemeinschaft die Vermutung, die Ausweisung der Russen sei erfolgt, weil man fürchte, daß eine weitere Auswanderung nach Sowjet-Rußland den ungünstigen Eindruck, welchen der erste Transport gemacht habe, beseitigen könne.

Inzwischen sind, wie wir dem Nachrichtenblatt A. B. C. entnehmen, Ende Januar mit dem Dampfer Bagdad von den Auswanderern des ersten Transportes der Interessengemeinschaft auch zum Teil diejenigen wieder zurückgekehrt, die einst nicht als Industriearbeiter, sondern als landwirtschaftliche Siedler auszogen. Von ihrer Gesellschaft sind 6 Personen in Rußland an der Ruhr gestorben. Die Siedler kamen nicht ins Gouvernement Wjatka, wie ihnen versprochen worden war, sondern nach Saratow, wo sie nichts vorbereitet fanden, allmählich ihre ganzen Habseligkeiten, die sie mitgebracht hatten, verkaufen mußten, um sich dafür warme Kleider und Stiefel einzutauschen, entsetzlich unter schmutzigen Wohnungen und schlechter Verpflegung litten und dazu derart schwere Arbeit verrichten mußten, daß schon von November ab die Bittgesuche, nach Deutschland zurückkehren zu dürfen, sich mehrten. Der Kommunismus erscheint den Zurückgekehrten, so berichtet die erwähnte Quelle, kein Ideal mehr!

Kurse für Auswanderer.

In Mannheim werden auf Veranlassung der dortigen Arbeitsgemeinschaft Sprachkurse in Englisch und Spanisch an der Handelshochschule gegeben, deren Ausdehnung auf Portugiesisch und Russisch in Aussicht genommen ist. Monatlich sind allgemeine Orientierungsvorträge für Auswanderer geplant.

Ein Auswanderergesetz in der Tschechoslowakei.

Die Prager Regierung will noch in dieser Parlamentssession einen Gesetzentwurf zugunsten der Auswanderer einbringen. Das Gesetz soll vorerst die Unzuverlässigkeit der verschiedenen Reise- und Verkehrsbüros abschaffen. Des weiteren soll eine flotte Paßbrevidierung die Folge des Gesetzes sein. Es werden Auswandererkommissionäre ernannt werden, die den Reisenden Informationen erteilen werden.

Aussichten für deutsche junge Mädchen in Norwegen.

Während früher in Norwegen deutsche junge Mädchen, insbesondere Dienstmädchen und Kindermädchen, leicht eine Stellung fanden und ohne Schwierigkeit die Einreiseerlaubnis erhielten, haben die Verhältnisse sich inzwischen gänzlich geändert. Mit Rücksicht der schon jetzt fühlbaren und langsam stärker werdenden Depression und die damit verbundene sicher eintretende Arbeitslosigkeit wird neuerdings konsequent von den norwegischen Behörden allen Deutschen, nicht allein jungen Mädchen, die Einreiseerlaubnis verweigert, wenn sie nicht für eine Stellung gebraucht werden, die kein anderer als eben ein Deutscher innehaben kann. Es ist zurzeit also völlig zwecklos, sich um Stellung in Norwegen zu bemühen.

Die gegenwärtige Lage in Niederländisch-Indien und in Straits Settlements.

Zahlreiche deutsche Stellensuchende aus kaufmännischen, Pflanze-, Offiziers- und Lehrerkreisen bemühen sich heute um eine Anstellung in Niederländisch-Indien und in Straits Settlements. Viele unnötige Anerbietungen und Enttäuschungen können gespart werden, wenn die nachfolgenden Mitteilungen, welche dem Deutschen Ausland-Institut unter dem 26. 1. 21 von sachkundiger Seite zugehen, weiteren Kreisen bekannt werden:

Nach Friedensschluß zeigte sich bei Wiederaufleben in dem Geschäft in Holländisch-Indien Mangel an europäischen Hilfskräften. Die Hochkonjunktur in Zucker (Preise stiegen von fl. 5 per Pfund auf fl. 70,72) gab den Anstoß zu allgemeinen Salär- und Lohn-Erhöhungen, die letzten Endes durch Streiks erzwungen wurden, schließlich Verdoppelung aller Entlohnungen nach sich zogen, auch in den anderen Kulturen, die keineswegs derartig florierten.

Mit dem Zusammenbruch des Zuckermarktes (Zucker wertet heute nur fl. 20.— per Pfund in Java) setzte der allgemeine Rückgang der Preise für Kolonialprodukte ein, so daß z. B. heute Kaffee, Tee und Rubber (Gummi) den Plantagebetrieben, infolge der allseitig gesteigerten Kosten wesentlich höher am Produktionsorte einstehen, als dafür in Europa, resp. dem Weltmarkt gelöst wird.

Als natürliche Folge setzt jetzt allgemeiner Abbau von Löhnen und Gehältern ein, sowie gleichzeitig Produktions-Einschränkungen. Sparsamkeit und Einschränkung sind eben das Leitmotiv für eine Gesundung.

Was Löhne usw. anbelangt, so sind die großen amerikanischen Unternehmen in der Beziehung tonangebend vorangegangen, sie schrauben Saläre für europäische Assistenten auf Friedens-Raten zurück.

Einschränkungen in der Produktion von Gummi, Tee sind bereits in der Höhe von 15—20 % zwischen allen größeren Betrieben und deren Vereinigungen vereinbart worden, und weitere bis zu 50 % in Aussicht genommen.

Die naturgemäße Folgeerscheinung dieser Maßnahmen ist, daß einer großen Anzahl europäischer Assistenten in Holländisch-Indien und in der Straits Settlements mangels Beschäftigung gekündigt wurde und auf allen Plätzen viele Arbeitskräfte stellenlos sind.

Nach diesen Darlegungen bedarf es wohl nicht noch weiterer Auseinandersetzungen, daß für geraume Zeit keine Chancen für Deutsche in Holländisch-Indien sind.

Holländische Zeitungen brachten vor kurzem die Notiz, daß die Regierung 200 Lehrer (deutsche) für Holländisch-Indien zu engagieren beabsichtige. Laut allgemeinem Handelsblatt Amsterdam wird diese Notiz dementiert, resp. das Ganze als verfrüht noch nicht spruchreif hingestellt.

Keine Anstellungsmöglichkeiten im niederländisch-indischen Polizeidienst.

Die auch von amtlichen Stellen verbreitete Mitteilung, daß bei der Reorganisation und Vermehrung der Polizeitruppen in Niederländisch-Indien einer Anstellung von Deutschen nichts im Wege stünde, scheint sich durchaus nicht zu bestätigen. In Einzelfällen wurde Offizieren, die Näheres über die Bedingungen der Anstellung im niederländisch-indischen Polizeidienst erfahren wollten, seitens der Kolonialabteilung im Haag durch umgedruckte Formulare mitgeteilt, daß ihre etwaigen Gesuche nicht berücksichtigt werden könnten, da für Einstellung in der Polizeitruppe Ausländer nicht in Frage kämen.

Kanada und die Einwanderung.

Lloyd George hatte vor einigen Tagen den Gedanken erwogen, der englischen Arbeitslosigkeit durch Organisation der Auswanderung nach Kanada abzuhelpen. Zu diesem Plan äußerte sich der kanadische Handelsminister, Sir George Foster, dahin, daß Kanada selbst auch ernste Probleme der Arbeitslosigkeit, zumal in den Städten, zu lösen habe. Für die Einwanderung kämen bis auf weiteres lediglich gelernte landwirtschaftliche Arbeiter, Hauspersonal und vollkommen durchgebildete Lehrer in Betracht. Dabei wäre zu bedenken, daß häusliche Bedienstete in Kanada ganz anders angespannt würden, als dies in Großbritannien der Fall sei, wo Zimmermädchen, Köchinnen und Diener ihre spezialisierten Wirkungskreise hätten, über die hinaus sie nur ungern irgendwelche andere Arbeit verrichteten. Diese Spezialisierung sei in Kanada im allgemeinen noch unbekannt. Dort herrsche noch das Prinzip des „Alleinmädchens“, das bei guten Leistungen im Durchschnitt 30 Dollar monatlich verdienen könne. Die Lehrer kämen für entlegene Gebiete in Frage. Diese seien zwar infolge Automobilverbindungen und Telefonanschlüssen nicht mehr so abgeschlossen von der Umwelt wie früher, immerhin aber nicht sonderlich gesucht, zumal auch das Gehalt relativ gering sei. Irgendwelche Verwendung von Einwanderern in der Industrie ist, mindestens bis nächstes Frühjahr, vollkommen ausgeschlossen. Der allgemeine Markt liegt darnieder, da die kaufkräftigen Kreise sich in der Erwartung eines künftigen Preisabbaues sehr zurückhalten, die Betriebe infolgedessen nicht voll beschäftigt und für weitere Arbeitskräfte nicht aufnahmefähig sind. Kanada verhält sich infolgedessen weiterer Einwanderung gegenüber sehr reserviert. Die Vorkriegszahl von jährlich 1 Million Einwanderern wurde 1920 bereits wieder erreicht. Weitere beschränkende Bestimmungen stehen in Aussicht. Diese Feststellungen sind auch für Deutschland wichtig, da viele unserer Auswanderungslustigen auf Grund verwandschaftlicher Beziehungen in Kanada unterzukommen hoffen.

Argentinisches Vizekonsulat in München.

Argentinienauswanderer, welche in Süddeutschland ihre Ausreise vorbereiten, brauchen künftig nicht mehr nach Wiesbaden zu reisen, um ihre Pässe visieren zu lassen, da in München, Isabellastraße 19, neuerdings ein argentinisches Vizekonsulat eingerichtet ist.

Das amerikanische Einwanderungsverbot.

Das Repräsentantenhaus hat am 13. Dezember die Johnsonsche Einwanderungsvorlage, in welcher die Einwanderung für die Dauer eines Jahres überhaupt verboten wird, angenommen. Die Vorlage geht nunmehr an den Senat, wo ihr jedoch gute Kenner eine Niederlage voraussagen. Der Vorschlag, der im Repräsentantenhaus in letzter Stunde gemacht wurde, die Einwanderung auf zwei Jahre zu verbieten, fiel mit 181 gegen 165 Stimmen, der Vorschlag des Abgeordneten Mann von Illinois, der das Verbot nur für ein Jahr in Kraft gesetzt haben wollte, fand Annahme. Ein Zusatz Siegel, wonach Brüder und Schwestern naturalisierter amerikanischer Bürger nicht von der Einwanderungssperre getroffen werden sollten, wurde mit 203 gegen 76 Stimmen angenommen. Das ganze Gesetz fand dann mit 293 gegen 41 Stimmen bei 6 Enthaltungen Annahme.

Die Einwanderungskommission hat jedoch späterhin das Gesetz in dieser Fassung abgelehnt und einen neuen Entwurf vorgelegt, wonach vom 1. April 1921 ab die Zahl der Einwanderer aller Nationalitäten alljährlich auf fünf Prozent der Angehörigen der in den Vereinigten Staaten bereits wohnenden fremden Nationalitäten festzusetzen ist. Von dieser Bestim-

mung sind die Staaten Kanada sowie Zentral- und Südamerika ausgeschlossen, da diese mit den Vereinigten Staaten besondere Verträge über die Einwanderung abgeschlossen haben. Nach dem neuen Entwurf kommen für das nächste Jahr an Einwanderern in Betracht: aus Deutschland 125 066, aus Großbritannien 128 677, aus Österreich und Ungarn 83 529, aus Italien 67 157, aus Rußland 86 623.

In diesem Entwurf ist bezüglich der Einwanderung von Chinesen und Japanern nichts enthalten, weil mit diesen Ländern besondere Verträge geschlossen sind oder noch geschlossen werden.

Neueste Bestimmungen

über die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten.

Der in Cleveland/Ohio erscheinende „Einwandererfreund“ (Dezember 1920) begrüßt die neuesten Bestimmungen über die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten als eine bemerkenswerte Erleichterung. Das Wesentliche ist ihm, daß Einwanderungswillige sich künftig nicht mehr beim State Department in Washington um die Einwanderungs-Erlaubnis bewerben müssen, sondern sich beim nächsten amerikanischen Kommissar in Europa melden und von ihm prüfen lassen können.

Nach Meinung des „Einwandererfreundes“ wird der zweite wichtigere Schritt bald folgen, daß nämlich die Entscheidung über die Einwanderungs-Erlaubnis in Europa gefällt wird. Letzteren Schritt könne wahrscheinlich nur die Sorge hemmen, daß dadurch der Bestechung Tür und Tor geöffnet wird.

Aussichten für Auswanderer in Brasilien.

Von sachverständiger Seite wird dem Deutschen Ausland-Institut aus Joinville, Santa Catharina, geschrieben:

„Ich will es nicht unterlassen, Sie dringend davor zu warnen, irgendwelche Auswanderungslustige, die nicht eine bestimmte Stellung haben, hierher zu weisen. Es ist durchaus nicht ratsam und solche würden es schwer zu bereuen haben, nur anderen Leuten zur Last fallen, und hier absolut nichts nützen und durch ihren Mißerfolg sodann nur unser Land schlecht machen. So ein aufs Geratewohl Hereingeschneider hat hier keine Aussicht vorwärts zu kommen, kein Mensch nimmt ihn auf, denn wir haben schon sehr, sehr trübe Erfahrungen gemacht; das können Sie mir glauben. Deshalb nimmt heutzutage niemand mehr Rücksicht auf solche Personen und weist sie von sich, ohne erst zu prüfen, um wen und was es sich handelt.“

Diese Mahnung macht jedem Brasilien-Auswanderer aufs neue gründlichste Vorbereitung seiner Auswanderung zur Pflicht. Nach den neuesten Erfahrungen hat auch nur der Brasilien-Auswanderer Aussicht, die gesünderen Gebiete Südbrasilien auf Regierungskosten zu erreichen, der den Brief eines Bekannten aus diesen Gebieten der Einwanderungsbehörde vorweisen kann. Diejenigen, welche kein festes Ziel haben, müssen damit rechnen, in die ungesunden mittleren und nördlichen Staaten verschickt zu werden.

Zur Prüfung von Ansiedlungsverträgen steht das Deutsche Ausland-Institut jedem Auswanderer zur Verfügung.

Vom Territorium Misiones in Argentinien.

Wie aus den Kolonien des Territoriums Misiones dem „Argentinischen Tageblatt“ berichtet wird, wandern von dort in immer mehr zunehmenden Massen Familien nach neugegründeten Kolonien in Paraguay und Brasilien aus. Als Grund dieser Abwanderung wird die Mißwirtschaft angesehen, die in diesem Territorium herrscht und unter der die dort angesiedelten Kolonisten in empfindlichster Weise zu leiden haben. Schlechte Absatzwege, ungeklärte Eigentumsverhältnisse, mangelhaftes Gerichtswesen

und andere Übelstände mehr sollen jene Leute von ihrer Scholle fortreiben. Diese Tatsache fällt um so mehr auf, als die Brasilien- oder Paraguay-Kolonien in bezug auf Klima und Bodenbeschaffenheit sozusagen die gleichen Verhältnisse haben wie in Misiones.

Auch die in Rosario S. F. erscheinende Tageszeitung „La Capitale“ fordert, wie ein Vertrauensmann dem Deutschen Ausland-Institut berichtet, mehr Fürsorge für den Einwanderer. Über die Verhältnisse in Misiones sagt diese Zeitung: „Die alten Colonos haben keine sichere Anwartschaft auf den Besitz der von ihnen bebauten Länder, denn die Regierung stellt ihnen niemals Besitztitel aus. Die Familien, die mit der Bodenkultur begonnen haben, sehen sich verhindert, durch ihre Anstrengung irgendeinen Erfolg zu erlangen wegen der schlechten Lage der öffentlichen Einrichtungen im allgemeinen, Wege und Polizei in erster Linie. Daher haben schon mehrere Einwanderer angefangen, die begonnene Arbeit zu verlassen und sich nach Brasilien zu begeben, wo die Unternehmer ihnen bessere Lebensbedingungen und bessere Behandlung bieten. So vollzieht sich gegenwärtig ein wahrer Auszug aus Misiones.“

Aussichten deutscher Gelehrter in Argentinien.

Wie die Zeitschrift „Der Weltmarkt“ berichtete, suchte die argentinische Regierung kürzlich deutsche Volkswissenschaftler

und Schriftsteller als Dozenten für freie Vorlesungen in der Fakultät für wissenschaftliche Volkshilfe in Buenos Aires heranzuziehen. Dabei bot die argentinische Regierung dem betreffenden Dozenten ein monatliches Gehalt von 300 Pesos. Die Zeitschrift beanstandete das geringe Gehalt. Es erscheint daher bemerkenswert, daß in Argentinien nicht wie in Deutschland ein Professor für eine ganze Gruppe von Fächern mit einem für allemal bestimmten Gehalt angestellt wird, also etwa für Nationalökonomie mit 15000 Mark Jahresgehalt, sondern daß Lehrstühle der speziellen Fächer vergeben werden, wie z. B. ein Lehrstuhl für Geldwirtschaft, ein anderer für Statistik, wieder einer für Versicherungswesen. Diese drei Lehrstühle können in einer Hand vereinigt werden und dem betreffenden Dozenten eine Bezahlung von 900 Pesos monatlich einbringen. Durch Kombination geeigneter Fächer kann also nicht nur ein abgerundetes Wirkungsfeld, sondern auch eine genügende Einnahme für den Professor erzielt werden. Das monatliche Gehalt von 300 Pesos Papier pflegt für einen Universitätslehrstuhl das Anfangsgehalt zu sein, welches nach einer gewissen Dienstzeit auf 400 Pesos Papier steigt. (1 Peso Papier heute gleich 24½ Mark.) Eine Berufung deutscher Gelehrter an argentinische Universitäten unter annehmbaren Bedingungen wäre für das argentinische Deutschland von hohem Werte.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschtum und Auslandkunde*).

Die in großer Anzahl einlaufenden Drucksachen deutscher Vereine im Auslande werden im allgemeinen hier nicht aufgeführt. Sie werden im Vereinsarchiv des D. A. I. gesammelt und verzeichnet.

Übersicht:

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D. A. I. Dr. MANNHART
und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Nach allgemeinen Gesichtspunkten:

- Auslanddeutschtum i. allg.*: 6. 22. 39. 101. 102. 104. 126.
Grenzlanddeutschtum: 2. 4. 9. 12. 19. 22. 24. 25. 28. 29. 31. 32.
 34–36. 40–42. 44. 47. 53. 55. 58. 62. 69. 79–83. 86. 88.
 92. 93. 96–100. 105. 109. 110. 112. 113. 117. 120. 121. 123.
 125. 132. 133.
Auslandkunde i. allg.: 27. 57. 85. 94. 95. 108. 114.
Auswanderung: 1. 38. 51. 54. 106.
Kirche und Mission: 18. 43. 49. 63. 64. 66. 70. 72–77. 80. 91.
 95. 116. 121.
Rechtsfragen: 2. 28. 42. 44. 46. 65. 82. 99. 101. 115. 117. 122. 126.
Wirtschaftsfragen: 2. 8. 30. 65. 68. 78. 100. 101. 120. 122. 129. 133.
Schöne Literatur: 5. 10. 14–16. 25. 26. 35. 37. 40. 50. 60. 61.
 79. 118. 128.
Deutschum in der Darstellung des Auslandes: 3. 7. 20. 21. 32–34.
 39. 46. 55. 69. 79. 100. 128.
Regionale Übersicht (soweit nicht Grenzlanddeutschtum):
Westeuropa: 27. 52. 57. 94.
Nord- und Osteuropa: 13. 14. 15. 30. 39. 48. 59. 64. 71. 99. 106. 122.
Süd- und Südosteuropa: 11. 26. 38. 50. 52. 60. 66. 78. 87. 89.
 102. 106. 127.

*) Die hier angezeigten Bücher liefert die Buchabteilung von Ausland und Heimat, Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß. Postscheckkonto: Stuttgart 18079.

Südasiens: 43. 52.

Vorderasien: 45. 114. 116.

Ost- und Australasien: 8. 20. 49. 52. 108. 115. 130. 131.

Afrika: 1. 5. 16. 33. 52. 111.

Nordamerika: 7. 10. 56. 63. 67. 70. 72–77. 84. 90. 91. 118. 128.

Lateinamerika: 17. 23. 37. 51. 52. 54. 103. 107. 119.

I. Einzelschriften.

1. *Abessinien*. Hrsg. im Auftr. d. Reichswanderungsamtes. Berlin: Zentralverlag 1920. 16 S. 8° M 3.—. (Auskunftshefte für deutsche Auswanderer. 8.)
2. *Die Änderungen am Versailler Vertrag*. Berlin: Kulturliga [1921]. 16 S. 8° M 1.10.
 Indem die kleine Schrift die bereits am Friedensvertrag vorgenommenen Änderungen übersichtlich zusammenstellt, beweist sie die Undurchführbarkeit der ursprünglichen Bestimmungen und die innere Unhaltbarkeit des ganzen Vertragsgebäudes.
3. *Angot, E., Les Etats allemands et l'histoire de leurs princes*. Paris: Paul frères [um 1920]. 8° fr. 6.—.
4. *Ausw. Amt. Der Aufstand im oberschlesischen Abstimmungsgebiet, August und September 1920*. 1: Denkschrift. 2: Anlagen. Berlin 1920: Reichsdruckerei. 4°.
5. *Berger, A., Jochen Petersens Afrikafahrt. Jagd- u. Kriegserlebnisse (Jagd- u. Kriegsfahrten) eines jungen Deutschen in Deutsch-Ostafrika 1914*. Mit 6 ganzseit. Bildern und vielen Zeichn. i. Text von F. Koch-Gotha. 2. Aufl. Leipzig: Voigtländer 1921. VII, 274 S. 8° M 17.—, Pappbd. M 25.—.
6. **Bonhard, Otto, Geschichte des Alldeutschen Verbandes*. Leipzig-Berlin: Weicher 1920. VIII, 291 S. 8° M 20.—, geb. M 28.—.
7. *Bouton, S. Miles, And the Kaiser abdicates. The story of the death of the German Empire and the birth of the republic told by an eye-witness*. New Haven: Yale Univ. Press [um 1920]. 8° \$ 2.50.
8. **China, Wirtschaft u. Wirtschaftsgrundlagen von H. Blicke, Dr. Max Linde, Dr. E[rich] Michelsen [u. a.]*. Hrsg. von Handels-Hochschul-Prof. Dr. Josef Hellauer. Berlin: Vereinigung wissensch. Verleger 1921. V, 281 S. 8° M 36.—.

9. *Dartein*, Jules de, Eaux et forêts d'Alsace - Lorraine 1850—1920. Strasbourg: Vix (1920). 8° fr. 4.50.
10. *Dielitz*, Theodor, Jenseits des großen Wassers. Amerikan. Erinnerungen eines alten Überseedutschen. Für d. Jugend erzählt. Vollst. neu bearb. von Victor Ottmann. Berlin: Winkelmann & Söhne [1920]. 120 S. 8° M 5.—.
11. *Elze*, Hans, Lage und Aufgaben des Deutschtums in Spanien. Denkschrift an das Ibero-amerikan. Institut in Hamburg. Hamburg 1920: Broschek. 32 S. 8°.
12. *Entwurf* eines Reglements für die Volksabstimmung in Oberschlesien. Vorgelegt von dem poln. Plebiszitkommissariat. Äußerung d. Plebiszitkommissariats f. Deutschland z. dem von d. poln. Plebiszitkommissariat Aufgest. u. im Sept. 1920 d. Interalliierten Kommission vorgel. Entwurf eines Abstimmungsreglements. Äußerung d. Plebiszitkommissariats f. Deutschland zu dem von dem poln. Plebiszitkomm. verfaßten mémoire sur le prétendu droit au vote des personnes qui, étant nées en Haut-Silésie, habitent en dehors du territoire plébiscitaire. Berlin 1920: Reichsdruckerei. 55 S. 4°.
13. **Die Republik Finnland*. Eine wirtschaftliche u. finanzielle Übersicht. Hrsg. von dem statist. Zentralamt. [Mit vielen Abb., Kt. u. Diagr.] Helsinki (Helsingfors) 1920: Öflund & Pettersson. 75 S. 4°.
14. **Friedrichs*, Ernst, Russische Literaturgeschichte. Gotha: Fr. A. Perthes 1921. VI, 152 S. M 12.—.
15. **Gieß*, Magda, Carina Wendt. 3 Novellen. Berlin: Würtz 1920. IV, 85 S. 8°. M 6.—, geb. M 10.—.
16. *Haas*, Rud., Im Schatten afrikan. Jäger, Bilder aus den Steppen am Kilimandscharo. Berlin: Scherl 1921. 357 S. 8° M 18.—, geb. M 24.—.
17. *Humbert*, Jules, Histoire de la Colombie et du Vénézuëla des origines jusqu'à nos jours. Paris: Alcan [um 1920]. 8° fr. 10.—.
18. *25 Jahre *Ignatiuskolleg* Valkenburg 1894—1919. (Freiburg i. Br.: Herder 1919). VI, 176 S. 8°.
19. *Kubitschek*, Rudolf und Valentin *Schmidt*, Wallern und die Wallerer. Budweis: Moldavia 1921. 118 S. 8° Kr. 6.—. (Böhmerwälder Dorfbücher. H. 4.)
Die beiden Böhmerwälder Forscher haben in volkstümlicher Form die Geschichte und Volkskunde eines der merkwürdigsten Orte des Böhmerwaldes geschrieben. Wallern wurde von Bayern aus besiedelt; die Verfasser zeigen, wie sich bayerisches Volkstum absprengt vom Hauptstamm rein erhalten und weiter entwickelt hat. Nebenher läuft manches trefflich erzählte Stück aus der Geschichte des deutschen Böhmerwaldes.
20. **Ku Hung-Ming*, Vox clamantis. Betrachtungen über den Krieg und anderes. (Übers.: Heinrich Nelson.) Leipzig: Der neue Geist 1920. 106 S. 8° M 7.50. (Öffentl. Leben. 20/24.)
21. **Larsen*, Karl, Ein Däne und Deutschland. Essays. Berlin: Gebr. Paetel 1921. 143 S. 8° M 11.—, geb. M 14.—.
22. *Lehmann*, Emil, Zur Gesamtorganisation der Sudeten-deutschen. Eger: Böhmerland-Verlag 1921. 15 S. 8° M 1.—. (Böhmerland-Flugschrift f. Volk u. Heimat. 20.)
23. *Linke*, Theodor, Es lebe die Republik!? Erlebnisse und Erfahrungen während eines 6½jähr. Aufenthaltes in Chile. (2. Aufl.) Zwönitz: Ott [1914]. 45 S. 8°.
24. *Mahlau*, L., Geschichte der Freien Stadt Danzig. Mit 1 Kt. der Stadt und 6 Bildtaf. Danzig: Danziger Verlags-Gesellschaft 1921. 119 S. 8° M 10.—, geb. M 12.50. (Ost-deutsche Heimatbücher. Bd. 1.)
25. *Maxis*, Emil, Tiefengold. Kulturroman aus Oberschlesien. 1.—20. Aufl. Breslau-Leipzig: Bergstadtverlag 1920. 274 Seiten. 8°.
In der Form eines Entwicklungsromans schildert das vorliegende Buch den Jahrhundert alten Arbeitsfrieden im ober-schlesischen Huttengebiet, seine Unterwühlung durch die von außen kommende großpolnische Agitation und die Überwindung der künstlich in die Bevölkerung hineingetragenen Konflikte durch die gemeinsam auf der heimischen Erde geleistete schöpferische Arbeit. Die gut erzählte Handlung vermittelt eine Vorstellung der eigenartigen ober-schlesischen Landschaft, der Lebensweise und Sitten der Bevölkerung und ihrer täglichen Arbeit in Grube und Hütte. Der Roman ist zum besseren Verständnis der ober-schlesischen Frage warm zu empfehlen.
Dr. H. M.
26. *May*, Albert, Wie die erste Geige entstand. Ein siebenbürg. Märchen. Nacherzählt. Illustr. u. Einbd.-Zeichnung von Gertrud Möbius. Freising: Datterer 1920. 30 S. 8° M 5.—. (Neue Märchenbücher. Bd. 2.)
27. **Der Nationalismus* im Leben der 3. Republik. Hrsg. von Joachim Kühn. Mit e. Geleitw. des Botschafters Frhr. von Schön. Berlin: Gebr. Paetel 1920. IX, 373 S. 4° M 30.—, geb. M 38.—.
28. Land *Oberschlesien*. Deutsches Autonomiegesezt vom 27. Nov. 1920. Das organische Statut d. Wojewodschaft Schlesien. Poln. Autonomiegesezt. Verfassungsgesezt vom 15. Juli 1920. Erl. u. Beurteilung d. poln. Autonomiegeseztes. Berlin 1920: Reichsdruckerei. 29 S. 4°.
29. *Oberschlesien*, ein Land deutscher Kultur. Mit 12 Doppeltafeln. Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien 1921. 163 S. 4° M 30.—.
Unter den vielen Schriften über den gleichen Stoff verdient das vorliegende Buch besondere Hervorhebung. Der Herausgeber hat eine Reihe Mitarbeiter um sich gesammelt, die, meist selbst Schlesier und Fachleute auf ihrem Gebiet, berufen sind, den Leser in die geschichtliche, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Oberschlesiens einzuführen. Die viel zu wenig gekannte ober-schlesische Landschaft, die reich entwickelte Volkskunst, die vielfältige Verbindung mit dem gesamtdeutschen Kunst- und Geistesleben kommen durch den Bilderschmuck überzeugend zur Geltung. Dem Band sind 12 Doppeltafeln mit im Tiefdruckverfahren wiedergegebenen Bildern aus Oberschlesien stammender Künstler beigegeben. Der Band ist geeignet, anspruchsvolleren Lesern eine Vorstellung von der Bedeutung Oberschlesiens im Rahmen des deutschen Wirtschafts- und Kulturgefüges zu geben.
Dr. H. M.
30. *Polen*. Polska. Adreßbuch f. Industrie, Handel u. Landwirtschaft. Unter Benützung amtli. Quellen hrsg. von Rudolf Mosse. (In deutscher u. poln. Sprache.) 2. Aufl. Berlin: Mosse [1920]. Getr. Pag. 8° M 55.—.
31. *Proschwitzer*, Erhart, Heimatkundliches Handbuch der Tschechoslowakei. T. 1: Geographie. Leipzig: Haase 1921. 124 S. m. Abb. M 10.50, kart. M 12.75. (Schriften für Lehrerfortbildung. Nr. 16.)
32. *Réau*, Louis, Mathias Grünwald et le retable de Colmar. Paris: Berger-Levrault [um 1920]. 4° fr. 75.—.
33. *Richter*, H., Reiterleben in Südwestafrika. Ernste u. heitere Erinnerungen aus d. Herero- u. Hottentottenfeldzug 1904 bis 1906. Leipzig: Xenien-Verlag 1920. 74 S. 8° M 5.—.
34. *Roy*, James A., Pole and Czech in Silesia. London: Lane [um 1920]. 8° sh. 6.—.
35. *Saltzwedel*, Hans von, Unsere Ostmärker. Roman. Bd. 1. 2. Leipzig: Weicher 1920. 559 S. 8° geb. M 36.—.
Dem vorliegenden Ostmarkenroman kommt unter den heutigen Verhältnissen geschichtliche Bedeutung zu, da er das ostmärkische Leben mit seinen politischen Problemen in ganzer Breite erfaßt. Er spielt in Gutsbesitzerskreisen, zieht aber scharf gezeichnete Gestalten aus allen Bevölkerungsschichten in seinen Bereich. Der nationale Kampf, in dem das Ansiedlungswerk die Hauptrolle spielt, nimmt naturgemäß einen breiten Raum ein. Neben prächtigen, gesunden und humorvollen Vertretern des Deutschtums fehlen nicht die entarteten Deutschen, die den deutschen Besitz zerbröckeln ließen und so schon im Frieden der polnischen Angriffspolitik vorrücken dienste leisteten. Ein lebenswahres, fesselnd geschriebenes Landschafts- und Charakterbild.
Dr. H. M.
36. *Schilling*, Alexander, Die Lage der Deutschen in d. Tschechei. Danzig-Langfuhr: Brückenverlag 1921. 14 S. 8° (aus: Die Brücke. Jg. 3. Nr. 6.)
Eine knappe Geschichte des Minderheitsdeutschtums in der Tschechoslowakei von der tschechischen Revolution im Herbst 1918 bis Anfang 1921. Die teilweise unter demokratischen und parlamentarischen Formen nach außen geschickt versteckten Etappen der Vergewaltigung des sudetenländischen Deutschtums durch die Tschechen sind schlagend dargestellt.
37. **Schmid*, Rudolf Johannes, Carlos u. Nicolás. [Eine ergötzliche Jugendschrift aus dem südamerikanischen Deutschtum.] Mit vielen ganzseitigen Original-Steindruckern von Georg Walter Rößner. Berlin: Reiß (1909). 152 S. 4°.
38. *Spanien*. Hrsg. im Auftr. des Reichswanderungsamtes. Berlin: Zentralverlag 1920. 15 S. 8° M 2.—. (Auskunftshefte f. deutsche Auswanderer. 10.)
39. **Steve*, Friedrich, Gedanken über Deutschland. Jena: Diederichs 1920. 129 S. 8° M 12.—.
Inhalt: An Deutschland — Vom deutschen Wesen — Wer ist schuld? — Das neue Deutschland — Schweden und die deutsche Revolution — Von der Revolution der Begriffe — Propaganda — Was uns niemand nehmen kann.
40. **Trott*, Magda, Die Heimat ruft. Roman aus dem ober-schlesischen Abstammungsgebiet. Breslau: Rekord-Verlag 1920. 235 S. 8°.

41. *Tschupplik*, Walter, Die tschechische Revolution. Wien: Tal 1920. 164 S. 8° M 12.50.
42. *Urkunden über die Volksbefragung in den Kreisen Eupen und Malmedy*. Orig. Berlin (1920): Reichsdruckerei. 62 S. 8°.
43. **Väth*, Alfons, Die deutschen Jesuiten in Indien. Geschichte d. Mission von Bombay-Puna (1854—1920). Mit 47 Bildern und 5 Kt.-Skizzen. Regensburg: Kösel & Pustet 1920. VIII, 260 S. 8° M 30.—, geb. M 42.—.
44. *Verfassungsgesetze*. (Verfassungsurkunde, Wahl des Präsidenten. Freiheitsrechte, Ausnahmezustand, Einstellung der Geschworenengerichte, Änderung d. interkonfessionellen Gesetzes, Staatsbürger- u. Heimatsrecht, Sprachengesetz, besondere Vorkehrungen bei d. Selbstverwaltung, Verfassungsgerichtshof.) Brunn: Rohrer 1920. 43 S. Kr. 6.20.
45. Wissenschaftliche Veröffentlichungen des deutsch-türkischen Denkmalschutz-Kommandos. Hrsg. von Theodor Wiegand. H. 2. Berlin: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1921.
46. *Alt*, A.: Die griech. Inschriften d. Palästina Tertia westlich d. Araba. Mit 10 Abb. 64 S. M 50.—.
47. *Villard*, René, Le Reichsnotopfer ou le prélèvement exceptionnel sur le capital en Allemagne. Paris: Libr. gén. de droit [um 1920]. 8° fr. 10.—.
48. Die *Volksabstimmung* in Westpreußen am 11. Juli 1920. Vergl. Darstellung d. Abstimmungsergebnisse auf Grund des amtl. Materials nebst einer Kt. des Abstimmungsgebietes. Im Auftr. des Dt. Ausschusses f. Westpreußen hrsg. von Paul Hoffmann. Danzig 1920: Sauer. 8 S. 8°.
Die vorliegende durch eine Karte unterstützte Darstellung hat wegen ihrer zuverlässigen zahlenmäßigen Feststellung der Abstimmungsergebnisse in den einzelnen Gemeinden und Gutsbezirken sowie durch die vergleichende Zusammenfassung dauernden Wert.
49. **Wagener*, Von der Heimat geächtet. Im Auftr. d. deutschen Legion bearb. Mit 11 Skizzen und 1 Bild. Stuttgart: Belser 1921. 167 S. 8°.
50. **Warneck*, Joh., D. Ludwig J. Nommensen. Ein Lebensbild. 2. Aufl. Barmen: Rheinisches Missionshaus 1920. 143 S. 8°.
51. **Wendel*, Hermann, Aus dem südslawischen Risorgimento. Gotha: Fr. A. Perthes 1921. 199 S. 8° M 14.—.
52. *Windisch-Grätz*, Franz, Zentralamerika als Arbeitsfeld für Intelligenzberufe und Gewerbetreibende. T. 1: Guatemala. (Aus Reiserelation und Berichten als Fachberichterstatter d. Handelsministeriums 1910—1912; mit e. Anh. befußt stytist. Ergänzungen aus d. J. 1920.) Wien: Hochschule f. Welthandel 1920. 48 S. 8° Kr. 16.—. (Publikationen d. Hochschule f. Welthandel.)
53. *Wirtschaftsmonographien* wichtiger Handelsstaaten. Hrsg. von Amandus M. F. Martens. T. 1—4. Hannover: König & Ebhardt [1920]. 340 S. 8° M 12.—. — 1. Italien. Argentinien. Dänemark. — 2. Chile. Spanien und die Kanar. Inseln. Die südafrikan. Union. — 3. Die Niederlande (ohne Kolonien). Mexiko. Australien. 4. Lateinamerikan. Staaten. China. Brit. Indien.
54. Die *Wunde im Westen*. Deutsche Minister und Abgeordnete über die Not in den Rheinlanden. (Reichstagssitzung vom 6. Nov. 1920.) Berlin: Zentralverlag 1920. 86 S. 8°.
Die Schrift bringt im Wortlaut die Reden während der bedeutenden Reichstagssitzung. Sie enthält eine Fülle von Beweismaterial für die Unterdrückung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Freiheit durch die Ententemächte in den besetzten Gebieten und im Saargebiet.
55. **II. Zeitschriften u. Forts.-Werke.**
56. Deutsch-Argentinisches *Adreßbuch*. Adr. von deutschen, österr.-ungar. u. schweizer. Behörden, Schulen, relig. Gemeinden. . . Jg. 5. Buenos Aires: Zeitschr. d. Dt. Wiss. Vereins z. Kultur- und Landeskunde Argentiniens 1921. 44 S. 8°.
57. *L'Alsace Française*. Revue hebdomadaire d'Action Nationale. Dir.: Dr. P. Bucher. Red.: J. A. Jaeger. Année 1. 1921. Nr. 4. 15 S. Strasbourg, 6 rue du Cercle. Beg. Jan. Jährl. 52 Nrn. fr. 35.—.
58. *Milwaukee America Kalender*. Jg. 41. 1921. Milwaukee: Brumder 1921. 294 S. 8°.
59. *Annuaire diplomatique et consulaire de la Républ. française*. 1920. Paris: Berger-Levrault (1920). 8° fr. 15.—.
60. Großdeutsche *Arbeit* in der deutschen Studentenschaft. Mitteilungsblatt. Hrsg. vom „Deutschen Hochschulring. Amt f. Grenz- u. Auslandsdeutsche“ i. Verein mit d. Aussch. f. studentische Grenzland-Arbeit. Jg. 1921. Nr. 2. 8 S. Berlin W 10, Sigismundstr. 8. Beg. Januar. Ersch. zwanglos.
61. Baltische *Blätter*. Wochenschrift z. Erhaltung u. Pflege balt. Art. Organ d. balt. Syndikats f. wirtschaftl. Wiederaufbau. Schriftl.: Rodrigo Baron Bistram. Jg. 4. 1921. Nr. 1. 10 S. Berlin: Würtz. Beg.: Januar. Jährl. 52 Nrn., viertelj. M 12.—.
62. Neppendorfer *Blätter*. Siebenbürg. Wochenschrift f. Humor und Satire. Jg. 19. 1921. Nr. 1. 10 S. Hrsg.: Josef Botschner. Hermannstadt: Druck v. Botschner. Beginn Januar. Jährl. 52 Nrn. Lei 40.—.
63. *Das deutsche *Buch*. Monatsschrift für die Neuerscheinungen deutscher Verleger. Jg. 1. 1921. H. 1. 47 S. Leipzig: Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel. Beg. Januar. Jährl. 12 Nrn. Halbj. M 10.—. s. S. 157.
64. *Le nouveau *Calendrier d'Alsace* (Neuer Elsässer-Kalender. Jg. 10. 1921). Mulhouse 1920: Impr. Société d'Édition de la Haute-Alsace. 131 S. 4° fr. 2.50. [Umschlagt.] Neuer Elsässer-Kalender für d. katholische Volk.
65. *Lutheran *Church Year Book* for 1921. Issued under the auspices of the United Church in America. Comp. and ed. by Rev. W. M. Kopenhaver. Philadelphia: The United Lutheran Publication House 1921. 128 S. 8°.
66. Der *Friedensbote*. Evang.-Luther. Wochenschrift in Polen. Hrsg. von den Pastoren J. Dietrich u. A. Gerhardt. Jg. 1. 1921. Nr. 1. 8 S. Lodz. Beg. Januar. Jährl. 52 Nrn.
67. Der *Friedensvertrag*. Zeitschrift f. Rechts- u. Wirtschaftsfragen insbes. Kriegsschäden, Ausgleichsverfahren u. Ausgleichbesteuerung. Organ d. Verbandes der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen. Hrsg.: Hermann Weck. Jg. 1. 1921. H. 1. 23 S. Berlin: Sack. Beg. Januar. Jährl. 24 H. M 100.—.
68. Evangelisches *Gemeindeblatt*. Amtl. Organ d. evang. Kirchenbehörde. Hrsg. u. red. von Dr. Theodor Zöckler. Jg. 18. 1921. Nr. 1. 12 S. Stanislau: Verv. d. Blattes. Beginn Jan. Jährl. 12 Nrn., halbj. M 60.—.
69. *Der *Hausfreund*. Illustr. Familien-Kalender. 1921. Buffalo: „Buffalo Volksfreund“ 1921. 146 S. 8°.
70. Norddeutscher Lloyd. *Jahrbuch* 1919/1920. Die deutsche Seeschifffahrt unter bes. Berücks. des Nordd. Lloyd u. die Folgen des Krieges. Bremen: Leuwer i. Komm. 1920. VI, 322 S. 8°.
71. **Kalender* der „Action Française“ f. Elsaß u. Lothringen. 1921. Paris—Mulhouse 1921: Impr. Bahy. 96 S. 4° fr. 2.—.
72. *Amerikanischer *Kalender* für deutsche Lutheraner auf d. Jahr 1921. Lit. Red.: Pastor H. Meseloh. St. Louis: Concordia Publ. House 1921. 112 S. 8°.
73. Baltischer *Kalender* 1921. Riga: Bruhns 1921. 48 S. M 3.50.
74. *Evangelischer *Kalender* auf das Jahr unseres Herrn 1921. Hrsg. von d. Evang. Synode von Nord-Amerika. St. Louis—Chicago: Eden Publishing House 1921. 143 S. 8°.
75. *Evangelisch-lutherischer *Kalender*. 1921. Hrsg. von der Publikations-Behörde d. Allg. Evang.-Luther. Synode von Ohio u. anderen Staaten. Red.: Pastor Paul Hansen. Columbus: Lutherische Verlagshandl. 1921. 96 S. 8°.
76. **Kalender* d. Presbyterischen Gemeinden des Ostens. 1921. Cleveland: Central Publ. House 1921. 63 S. 8°.
77. **Kalender* der reformierten Kirche in Amerika. 1921. Cleveland: Central Publishing House 1921. 80 S. 8°.
78. **Kalender* der reformierten Kirche in den Vereinigten Staaten. 1921. Cleveland: Central Publishing House 1921. 80 S. 8°.
79. *Der lutherische *Kalender* auf d. Jahr unseres Heilandes 1921. Hrsg. von R. Neumann. Philadelphia: United Lutheran Publ. House 1921. 192 S. 8°.
80. Der Bukowiner *Kaufmann*. Amtl. Organ d. kaufmännischen Gremien d. Bukowina. Verantw. Red.: H. Ruff. Jg. 2. 1921. Nr. 1. 8 S. Czernowitz. Beginn Januar. Jährl. 24 Nrn. Lei 48.—.

79. *La Littérature Populaire. Le mouvement d'art et de littérature en Alsace et Lorraine.* Le gérant: Albert Michel. Jg. 1. 1920. Nr. 19 v. 15. Okt. 17 S. Strasbourg: Impr. du „Nouveau Journal de Strasbourg“. Jährl. 24 Nrn. fr. 22.—.
 80. Benzigers *Märten-Kalender*. Jg. 28. 1921. Einsiedeln-Strasbourg: Benziger 1921. 70 S. 4° fr. 1.50.
 81. *Monatsschrift für die ostbayrischen Grenzmarken.* Heimatkundl. Blätter d. Inn-Salzachgaues, des niederbayr.-oberösterr. Donautals mit Mühlviertel, d. Bayr.- u. Böhmer-Waldes. Schriftl.: Prof. Dr. W. M. Schmid, f. Deutsch-österr.: Schulr. Dr. Franz Berger, f. Deutschböhmen: Dr. Rud. Kubitschek. Jg. 10. 1921. H. 1. 16 S. Passau: Waldbauersche Buchhandl. Beginn Januar. Jährl. 12 H. M 24.—.
 82. Amtliche *Nachrichten* des Fürsorge-Amtes f. Beamte aus den Grenzgebieten. Jg. 2. 1921. Nr 1—4. Je 4 S. Berlin: Vahlen. Einzel-Nr M —.50.
 83. *Ostmark-Briefe.* Verantw. Schriftl.: Dr. Josef Schlegel. Jg. 11. 1920. Linz: Verein „Ostmark“ Bund dt. Österreicher. Beginn Januar. Jährl. 12 Nrn. Kr. 3.—.
 84. **Pionier.* Illustr. Volks-Kalender. Jg. 40. 1921. New York: New Yorker Volks-Zeitung 1921. 112 S. 4°.
 85. *Sell's world's press. The handbook of the fourth estate.* Founded by Henry Sell, Ed. 36. Ed. by E. T. Brown. London: Sell 1921. 8°.
 86. **Vogesen-Kalender.* Früher „Der lustige Land- und Bergbote“. Jg. 47. 1921. Colmar: Société Alsacienne d'Édition 1921. 93 S. 4° fr. 1.80.
 87. **Deutscher Volkskalender für Bessarabien.* 1921. Tarutino: „Dt. Zeitung Bessarabiens“ 1921. 79 S. 8°.
 88. **Deutscher Volkskalender für die Iglauer Sprachinsel.* Hrsg. u. verlegt vom Dt. Vereine f. Iglau u. Umgebung. Jg. 35. Iglau 1921: Rippl & Sohn. 152 S. 8°.
 89. **Schwäbischer Volkskalender für das Gemeinjahr 1921.* Hrsg. von Dr. Franz Kräuter. Timisvara: Schwäb. Verlagsgesellschaft 1920. 80 S. 8°.
 90. **Der Wanderer-Kalender.* Jg. 20. 1921. Mit zahlreichen Ill. St. Paul: Wanderer Printing Co. 1921. 94, XLVIII S. 4°.
 91. **Wartburg-Kalender der Evang.-Luther. Synode von Iowa und anderen Staaten.* 1921. Schriftl.: A. Pilger. Chicago: Wartburg Publ. House 1921. 208 S. 8°.
 92. **Weihnachts-Familien-Kalender.* Hrsg. von d. neuesten Straßburger Morgen-Zeitung „La République“. 1921. Strasbourg 1921: Schuler & Mink. 88 S. 4° fr. 1.—.
 93. **Illustrierter Weihnachts-Kalender der Straßburger Neuesten Nachrichten.* Jg. 37. 1921. Straßburg: Straßb. Neueste Nachrichten 1921. 128 S. 8° fr. 1.25.
 94. *Who's who, 1921.* An annual biographical dictionary, with which is incorporated „Men and women of the time“. London: Black (1921). s. 42.—.
 95. *The catholic Who's who and yearbook, 1921.* Founded by Sir F. C. Burnand. London: Burns, Oates & Washbourne (1921). 8° s. 5.—.
- III. Zeitschriftenaufsätze.**
96. *Alsaticus, Elsässische Charakterbilder.* 1. Karl Hackenschmidt. 2. Ferdinand Graf Eckbrecht Dürkheim. in: *Der Türmer*. Jg. 23. 1920/21. H. 4. 5. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer.
 97. *Alsaticus, Elsaß-Lothringen gestern und heute.* in: *Deutsche Rundschau*. Jg. 47. 1920/21. H. 5. S. 129. Berlin: Gebr. Paetel.
 98. *Bahr, Hermann, Das österreichische Staats- und Reichsproblem.* 1. 2. in: *Preußische Jahrbücher*. Bd. 183. 1921. H. 1. 2. Berlin: Stilke.
 99. *Bruns, Carl Georg, Die völkischen Minderheiten und die deutsch-polnische Politik.* in: *Die Grenzboten*. Jg. 80. 1921. Nr. 4/5. S. 107. Leipzig u. Berlin: Koehler.
 100. *Butcher, Pierre, Ce que la Sarre représente pour la France.* in: *L'Alsace Française. Année 1.* 1921. Nr. 4. S. 49. Strasbourg.
 101. *Carrière, Ludwig, Das Risiko der Auslandsdeutschen.* in: *Auslandswarte*. Jg. 1. Nr. 9. 1920/21. S. 94. Berlin: Hobbing.
 102. *Csaki, Richard, Ostdeutsche Wissenschaft.* in: *Ostland*. Jg. 3. 1920/21. Nr. 7. S. 199. Hermannstadt: Krafft.
 103. *Aus dem mexikanischen Deutschum.* in: *Lateinamerika (D)* 1921. Nr. 13. S. 340. Berlin: Deutscher Überseedienst.
 104. *Eltzschig, Georg, Kulturdiplomatie.* in: *Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung*. Jg. 6. 1921. Nr. 2. S. 33. Berlin: Verlag f. Staats- u. Wirtschaftsliteratur.
 105. *Gerlck, Alfred, Frankreichs Verwelschungspropaganda.* in: *Das demokratische Deutschland*. Jg. 2. 1920. Nr. 48. S. 812. Berlin: Demokrat. Verlag.
 106. *Groos, W[ilhelm], Die „Schwaben“ in Ungarn, Galizien und Rußland nach ihrer Stammeszugehörigkeit.* in: *Deutsches Vaterland*. Jg. 3. 1921. H. 1. S. 11. Wien: Verlag „Deutsches Vaterland“.
 107. *Haas, Albert, Argentinien. Seine Weltstellung und seine Weltanschauung.* in: *Deutsche Revue*. Jg. 46. 1921. H. 1. 2. Stuttgart-Leipzig: Deutsche Verlags-Anstalt.
 108. *Hülle, H., Das chinesische Schrifttum.* Berlin: Osterheld & Co. 1920. 23 S. 8° M 6.—. (Sonderveröffentl. d. Ostasiat. Zeitschrift. Bd. 3.)
 109. *Imendörfer, Benno, Die Zuspitzung der westungarischen Frage.* in: *Deutsche Politik*. Jg. 6. 1921. H. 6. S. 133. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlags-Anstalt.
 110. *Kaindl, R[aimund] F[riedrich], Österreichs östliche u. westliche Orientierung, Anschluß u. Donauföderation.* in: *Die Grenzboten*. Jg. 80. 1921. Nr. 2/3. S. 51. Leipzig u. Berlin: Koehler.
 111. *Kindt, Rudolf, Jan Smuts in Südwestafrika.* in: *Deutsche Politik*. Jg. 6. 1921. H. 2. S. 37. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlags-Anstalt.
 112. *Ledebur-Wicheln, Eugen, Zur äußeren Politik des tschechoslowakischen Staates.* in: *Deutsche Arbeit*. Jg. 20. 1920/21. H. 3. S. 78. Reichenberg: Sudetendeutscher Verlag Kraus.
 113. *Linksrhein, Französische Kulturarbeit am Rhein [Besprechung von: Peter Hartmann, Französische Kulturarbeit am Rhein. Leipzig: K. F. Koehler 1920].* in: *Grenzboten*. Jg. 80. 1921. Nr. 6. S. 149. Leipzig u. Berlin: Koehler.
 114. *Litten, Wilhelm, Die persische Presse.* in: *Der Neue Orient*. Jg. 4. 1920/21. Bd. 8. H. 1/2. Berlin: Der neue Orient.
 115. *Mohr, F. W., Die fremde Konsulargerichtsbarkeit in China.* in: *Der Neue Orient*. Jg. 4. Bd. 8. 1920/21. H. 3/4. S. 54. Berlin: „Der Neue Orient“.
 116. *Rabenau, E. F. von, Die Tempelgesellschaft und die Frage ihrer Zukunft in Palästina.* in: *Die evang. Diaspora*. Jg. 2. 1920/21. H. 9/10. S. 162. Leipzig: Hinrichs.
 117. *Rakser, U., Die polnische Agrarreform.* in: *Die Ostmark*. Jg. 26. 1921. Nr. 1. S. 4. Berlin: Dt. Ostmarkenverein.
 118. *Scheffauer, Herman George, Amerikanische Literatur der Gegenwart.* in: *Deutsche Rundschau*. Jg. 47. 1920/21. H. 5. S. 215. Berlin: Gebr. Paetel.
 119. *Schlichting, Max, Eine deutsche Kunstausstellung in Brasilien.* in: *Lateinamerika (B)*. 1921. Nr. 13. S. 140. Berlin: Deutscher Überseedienst.
 120. *Schmidt, Alfred, Das französische Kapital in der Saarindustrie.* in: *Wirtschaftsdienst*. Jg. 6. 1921. Nr. 6. S. 74. Hamburg: Meißner i. Komm.
 121. *Schneider, Die kirchliche Woche in Bromberg.* in: *Die evangelische Diaspora*. Jg. 2. 1920/21. H. 9/10. S. 151. Leipzig: Hinrichs.
 122. *Sering, M., Die Umwälzung der osteuropäischen Agrarverfassung.* in: *Archiv f. innere Kolonisation*. Bd. 13. 1920/21. H. 3/4. S. 129. Berlin: Deutsche Landbuchhandl.
 123. *Sprung, Zur deutsch-westungarischen Frage.* in: *Österreichische Rundschau*. Bd. 65. 1920. H. 6. S. 254. München: Drei Masken-Verlag.
 124. *Stoewer, R., Zur Geschichte d. Altstadt Danzig, ihres Namens u. Deutschums.* in: *Deutscher Volksrat*. Jg. 3. 1921. Nr. 3/4. S. 29. Danzig: Verlag „Deutscher Volksrat“.
 125. *Stubmann, O du mein Land Tirol!* in: *Das demokratische Deutschland*. Jg. 2. 1920. Nr. 49. S. 829. Berlin: Demokrat. Verlag.

26. Szagun, Walter, Die Tagung f. Minderheitenrecht in Berlin. in: Deutsche Arbeit. Jg. 20. 1920/21. H. 3. S. 83. Reichenberg: Sudetendeutscher Verlag Kraus.
27. Tschinkel, Wilhelm, Spottnamen u. -verse auf Ortschaften im Gottscheerlande. 1. 2. in: Deutsches Vaterland. Jg. 2, 1920. H. 7. 9. Wien: Verlag „Deutsches Vaterland“.
28. Tuyl Simmons, Lucretia van, Goethe's lyric poems in English translation prior to 1860. in: University of Wisconsin. Studies in language and literature. 1919. Nr 6. Wisconsin: Madison. 202 S. 8°.
29. Volckmar, Hans, Ansichtssachen. [Erwiderung auf den Aufsatz von Eduard Urban, Die neue Verkaufsordnung f. Auslandlieferungen vom 18. Dez. 1920, in d. Deutschen Verlegerzeitung. Jg. 2. Nr. 2 v. 15. 1. 21.] In: Börsenblatt f. den deutschen Buchhandel. Jg. 88. 1921. Nr 25. S. 106. Leipzig: Börsenverein d. Deutschen Buchhändler.
130. Wertheimer, Fritz, Deutsche Aufgaben in China. in: Die Neue Zeit. Jg. 3. 1921. Nr 4. S. 5. Chicago: Geschäftsstelle d. „Neuen Zeit“.
131. Wilhelm, Richard, Deutsche Kulturpolitik in China. in: Ostasiat. Rundschau. Jg. 2. 1921. Nr 2. S. 24. Berlin: Deutscher Überseedienst.
132. Wingendorf, Rolf, Verbotserlasse gegen deutsche Zeitungen in Polen. in: Die Brücke. Jg. 3. 1921. Nr 6. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag.
133. Wingendorf, Rolf, 23 deutsche Zeitungen in Jahresfrist in Polen eingegangen. in: Die Brücke. Jg. 3. 1921. Nr 4. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag.

IV. Karten.

Westdeutsche Grenzmarken.

134. Eine farbige Übersichtskarte über die Ergebnisse der Abstimmung in Nordschleswig am 10. Februar und 14. März 1920 von Alnor enthält das Schleswig-Holsteinsche Jahrbuch 1921, herausgegeben von Sauer mann (Hamburg: Hartung, 1921). Die Karte berücksichtigt die Ergebnisse in den einzelnen Gemeinden; der Prozentanteil der deutschen Stimmen ist nach gewissen Stufen farbig wiedergegeben, wobei allerdings die beiden unterschiedenen mittleren Stufen besser getrennt worden wären, damit die 50 %-Grenze deutlicher würde. Die neue Reichsgrenze ist auf der Karte bereits eingetragen, vergleichsweise auch die bekannte Tiedjelinie. Die Beigabe dieser Karte zu dem auch sonst recht gut ausgestatteten Werk ist aus Gründen der Aufklärung möglichst weiter Kreise nur zu begrüßen.
135. Wirtschaftsgebiet Niedersachsen. M. 1 : 1 Mill. Hannover: „Wirtschaftsblatt Niedersachsen“ [1921]. 33 : 34½ cm.
Die Karte gibt eine Übersicht über die Verbreitung der verschiedenen amtlichen Wirtschaftsvertretungen zwischen Ems und Niederelbe (zugleich Beilage zum „Wirtschaftsblatt Niedersachsen“ 1921, Nr 1).
136. Ein Übersichtskärtchen (Schwarzdruck) der südwestdeutschen Kanalpläne enthält „Der Welthandel“ (Nr. 3) vom 21. Januar 1921, 2. Beiblatt.

Ostdeutsche Grenzmarken.

137. Hoffmann, Paul, Übersichtskarte der Ergebnisse bei der Volksabstimmung im Bezirk Marienwerder am 11. Juli 1920. Gezeichnet von Stentzler. Danzig: Sauer, 1920. 63 : 63½ cm.
Die Karte gibt auf Grund des amtlichen Zählungsmaterials eine Übersicht über die Ergebnisse der Volksabstimmung in Marienwerder (11. Juni 1920). Die Darstellung erfolgt mittels farbiger Kreise, deren Flächeninhalt zur Zahl der abgegebenen Stimmen in Beziehung gesetzt ist. Der Anteil der für die beiden Nationalitäten abgegebenen Stimmen ist durch Rot (Polen) bzw. Grün (Deutsche) angegeben, wobei das gegenseitige Verhältnis in Prozenten des Kreisinhalts ausgedrückt ist. Die Karte zeigt, daß nur im Kreise Stuhm und Marienwerder einige wenige Gemeinden polnische Mehrheit hatten, wie das ja nach den Sprachenverhältnissen zu erwarten war. Die statistischen Unterlagen sind auf 8 Seiten Text ausführlich angegeben. — Eine ähnliche Karte wäre auch für das Abstimmungsgebiet in Ostpreußen außerordentlich willkommen.

Baltikum.

138. Eine Reihe kleiner farbiger Übersichtskarten von Kurland, nämlich eine politisch- und verkehrsgeographische Übersicht im Maßstab 1 : 1,25 Mill., eine glazialgeolog. (1 : 2,25 Mill.), sowie eine orohydrographische Übersicht (1 : 2,25 Mill.) sind dem Werke von Mager „Kurland“ (Hamburg: Friedrichsen,

1920) beigegeben. Ebenda im Text eingestreut noch mehrere Schwarzdruckskizzen (versch. Maßst.) zur Geologie, Klimatologie und Verkehrsgeographie von Kurland, dazu noch mehrere Stadtpläne.

Tschecho-Slowakei.

139. Eine bemerkenswerte Wirtschaftskarte der tschecho-slowakischen Republik veröffentlicht Oberhammer in Pet. Mitt. (Jhrg. 1920, Taf. 36). Aufgenommen sind neben den rein wirtschaftlichen Erscheinungen auch die Landes- und, was besonders zu begrüßen ist, die Sprachgebietsgrenzen. Leider ist in dem zugehörigen Text nur ganz kurz auf die Ergebnisse des Kartenbildes eingegangen. Die Karte bildet eine wertvolle Ergänzung zu dem in der vorigen Bibliographie erwähnten Wirtschafts atlas der Tschechoslowakei von Pfohl. (Vgl. ds. Zeitschr., Jahrg. 4, S. 93, unter Nr. 143.)

Asien.

140. Zwei Karten der Verteilung des Landbesitzes in West- und Ostsibirien (Mehrfarbandrucke 1 : 7,5 Mill.), die künftig für Auswanderungsfragen als Grundlagen wertvoll werden können, veröffentlicht A. Schultz in Pet. Mitt. (1920, Tafel 37 und 38). Ausgeschieden sind das Verbreitungsgebiet der Ansiedler und alteingesessenen Russen, der Kosaken und ansässigen Eingeborenen. Die Grenze der nomadischen Eingeborenen ist besonders angegeben. Ferner sind Privatländerien, der Privatbesitz von Bergwerksgesellschaften und die Staatsreservate auf der Karte eingetragen. Die Angabe der Funkstationen und Eisenbahnen vervollständigt die Karte.

Afrika.

141. Ein Übersichtskärtchen (Schwarzdruck) der verschiedenen Projekte zur Vollendung der Kap-Kairo-Bahn enthält die „Auslandswarte“ (1921, H. 9).
142. Eine farbige physisch-geographische Übersicht (1 : 300000) über einen Teil unserer früheren Kolonie Kamerun, nämlich das Gebiet von Nord-Tikar bietet Thorbecke z. T. auf Grund eigener Aufnahmen (Beilage zur Hettner-Festschrift „Zwölf länderkundliche Studien“, Breslau: Hirt, 1921).
143. Das Grenzgebiet zwischen unserer ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika und dem südlich anstoßenden englischen Gebiet, also das südliche Namaland, ist auf einer Karte von Waibel (Schwarzdruck 1 : 2 Mill.) nach eigenen Untersuchungen dargestellt (Beilage zur Hettner-Festschrift; Breslau, Hirt, 1921).

Südamerika.

144. Weise und Mennig, Mappa geographico do Estado Rio Grande do Sul. Curitiba 1919: Impressora Paranaense. 65½ : 71 cm.

Farbige physisch- und politisch-geographische Übersicht. Die Gebirgszüge sowie das Flußnetz sind wiedergegeben, und dabei die versumpften Niederungen besonders angedeutet, so daß man insgesamt eine ganz gute Vorstellung von der Geländegestaltung erhält, wenn auch die Darstellung vielfach noch zu schematisch ist, und Höhenzahlen fast durchweg fehlen. Jedenfalls bietet die Karte in physischer Beziehung mehr, als sehr viele der bisher vorliegenden Übersichtskarten, z. B. selbst die in gleichem Maßstab herausgegebene amtliche Karte des Verkehrsministeriums. Auch politisch-geographisch bringt die Karte brauchbare Einzelheiten, so die Grenze der einzelnen Munizipien, vor allem aber die Angabe der im Betrieb, im Bau und in Projekt befindlichen Bahnen, ferner die Telegraphen- und Dampferlinien. Die Karte wird für die Auswandererberatung gute Dienste leisten können.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

Von der Deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandlung in Leipzig herausgegeben erscheint seit Januar ds. Jahrs die Monatsschrift „Das deutsche Buch“. Sie enthält in sachlicher Anordnung eine Bibliographie der Neuerscheinungen aller Buch- und Musikalienverleger, die Mitglieder der Gesellschaft sind. Wissenschaftliche, schöngestige Literatur, Kunst und Musik werden gleichmäßig berücksichtigt, um sowohl dem ausländischen Gelehrten und Bücherfreund wie dem Auslandsbuch-

handel ein Mittel zu der bisher ziemlich schwierigen systematischen Erfassung der deutschen Fachliteratur zu geben. Im Textteil kommen berufene Persönlichkeiten des In- und Auslandes über Wesen und Leistungen deutscher Geistesarbeit zu Wort. Die Verbindung und Belebung der für den Durchschnittsleser meist ungenießbaren reinen Bibliographie durch diesen literarischen Teil wie durch charakteristische Bruchstücke aus neuen Werken ist ein glücklicher Gedanke. Von Zeit zu Zeit sollen einzelne „Ländernummern“ Überblicke über die in deutscher Übersetzung erschienenen Werke fremder Sprachgebiete geben. So wird die Zeitschrift auch der Auslandkunde dienen und zugleich die ausländische wie die auslanddeutsche Leserwelt interessieren. Das erste Heft, das u. a. das Bildnis und einen einleitenden Aufsatz von Graf Hermann Keyserling enthält, macht einen äußerst gediegenen und schon dem Auge erfreulichen Eindruck.

Der „Mediascher Zeitung“ zufolge wird die bis jetzt in Klausenburg in hebräischen Lettern und deutscher Sprache erschienene Wochenschrift „Jüdische Presse“ seit Februar d. J. unter der Schriftleitung des Herrn J. Rubin in Bistritz herausgegeben. Das Blatt erscheint in der hebräischen Abteilung der Buchdruckerei Gustav Zikeli als Organ für das orthodoxe Judentum und ist in sämtlichen Städten Siebenbürgens verbreitet.

Ausländische Zeitschriften in Deutschland. In der in Mainz erscheinenden Revue Rhénane, den Rheinischen Blättern, hat sich die französische Kulturpropaganda, deren Früchte im allgemeinen für Deutschland einen sehr bitteren politischen Beigeschmack haben, ein Organ geschaffen, das in vornehmer Form den Gedanken der französisch-rheinischen Kulturgemeinschaft pflegt. Kein geschichtlich denkender Deutscher wird diese Kulturgemeinschaft leugnen, solange sie ohne politische Herrschaftsansprüche von französischer Seite betont wird. Die neue zweisprachige Zeitschrift will überhaupt dem französisch-deutschen Kulturaustausch dienen. So enthält das Januarheft unter anderem eine Würdigung Beethovens, einen Aufsatz über die neue griechisch-lateinische Klassikerausgabe der Vereinigung Guillaume Budé, eine literarische Rundschau, Bruchstücke aus Dehmel und Bonsels, einen Bericht über die Mainzer Erstaufführung von Schrekers Schatzgräber und eine Darstellung der Reformbestrebungen des Théâtre du vieux Colombier von dessen Direktor Jacques Copeau. Französische und deutsche Neuerscheinungen an Büchern werden gleichmäßig angezeigt; für das französische Buch wirbt indirekt noch J. P. Belin, der Generalsekretär des Hauses des französischen Buches (Maison du livre), der Pariser Zentralstelle, die den französischen Buchhandel in Frankreich und zugleich den Absatz nach dem Auslande mit den besten technischen Mitteln heben und fördern soll. Wenn die Revue Rhénane in ihrer Zeitschriftenschau weiter solche Zeitschriften zitiert wie die Revue Mondiale und die Europe nouvelle, die imstande sind, den Gedanken einer deutsch-französischen Kulturgemeinschaft (statt des Kampfes der Kulturen) zu erfassen, so kann man sagen, daß sie die französische Kultur von ihrer besten Seite zeigt.

Eine Arbeitsgemeinschaft im Moor. In Nr. 17/18 des „Berliner Wirtschaftsblattes“ vom 1. November gibt Adolf von Keußler in einem längeren Aufsatz unter dem Titel „Eine Arbeitsgemeinschaft im Moor“ eine Schilderung der Tätigkeit der „Baltischen Arbeitsgemeinschaft“. Nachdem er uns die Not und das Elend der Balten zur Kriegszeit gezeigt hat, schreibt er: „Aus dieser höchsten — Eisen brechenden — Not heraus ist die „Baltische Arbeitsgemeinschaft“ ge-

boren, eine Vereinigung schwergeprüfter Männer und Familien aus Deutschlands ältester Kolonie, denen jede Arbeit, sofern sie überhaupt geleistet werden kann, recht ist.

„Rauh und unwirtlich, wie die Gegenwart, ist das Gelände, in dem die „Baltische Arbeitsgemeinschaft“ ihren Sitz hat. Von der kleinen Haltestelle — nomen est omen — H-torf der Bahnstrecke Hannover—Soltau führt eine von einem Klepper gezogene Feldbahnlore den Besucher acht Kilometer weit in das Innere der mit Knüppelstrauch bestandenen, völlig menschenleeren Heide bis zum ehemaligen Gefangenenlager „Neu-Metz“ — jetzt Verwaltung und Wohnsitz der Baltischen Arbeitsgemeinschaft. In langen Reihen erblickt dort das suchende Auge die von den Resten eines Stacheldrahtzaunes umgebenen düster-schwarzen Baracken auf dem Moor, ein kärgliches, halbverbranntes Kiefernwaldchen im Hintergrund. Eine Welt, so eigenartig, nüchtern, ja beklemmend-abweisend, daß man sie gesehen und erlebt haben muß, um sich der ganzen Schwere ihres Kontrastes mit jeder Art Kulturrecht bewußt zu werden. Am ehesten trüfe noch der dem städtischen Neuankömmling sich unwillkürlich aufdrängende Vergleich mit einer der von weiland Karl May so anschaulich geschilderten Wildwestsiedelungen zu, — ein Vergleich, der übrigens, wie die nähere Bekanntschaft mit dem Gemeinschaftsleben alsbald erweist, auch in höherem Sinne nicht ohne Berechtigung ist. Denn dort wie hier haben sich lebenszäh Menschen zusammengefunden, die stärker sein wollen als das Schicksal. Es gibt hier kein Vorurteil gegen die Arbeit. Und so sehen wir den einstigen Großgrundbesitzer, dessen jahrhundertalten Adelsschild die Freiherrnkrone ziert, in einfachem Kittel in brüderlichem Verein mit einem Schriftleiter im Tor arbeiten, Seite an Seite mit einem ehemaligen Kameraden von der Landeswehr, der früher in Rußland als Ingenieur sein Brot erwarb. In einer andern Gruppe wiederum haben sich baltische Studenten aus Göttingen, Jena, Freiburg usw. zur Stählung der Kräfte und des Beutels während der Sommerferien zusammengeschlossen; mit ihnen schwingt ein bis zum Kriege in China als Techniker tätig gewesener Revalenser den Spaten im Moor, während ein Berufskollege — dessen Ahne unter Katharina der Großen Generalissimus der russischen Armee war — den Wald rodet und ein anderer mit seiner Gattin den Kantinenbetrieb besorgt. Auch das Geschlecht spielt bei der Arbeit keine Rolle, wenn auch naturgemäß die Frauen leichtere Beschäftigung erhalten, wie Torf stapeln, Heu machen, Kochen, Waschen usw. Die körperlich weniger Leistungsfähigen ziehen im allgemeinen die Tagelöhnerarbeit vor, die mit zwanzig Mark für den Zehn-stundentag bezahlt wird, während die Stückarbeiter es auf zum Teil weit höhere Beträge bringen.“

Nachdem wir einen Blick in den Kantinenbetrieb getan und die wackeren „Arbeiter im Moor“ bei der Abendunterhaltung belauscht, ihre einfache Lebenshaltung und Kleidung gesehen haben, fährt Keußler fort:

Im allgemeinen vollzieht sich der Gesamtbetrieb der an hundert Glieder zählenden Arbeitsgemeinschaft unter der umsichtigen Leitung des Barons W. v. d. R. stetig und reibungslos, freilich ohne daß deswegen die bei einer so großen Menschenzahl unvermeidlichen gelegentlichen persönlichen und anderen Gegensätze geleugnet werden sollen. Flüchtlingsfürsorge und Fiskus finanzieren das Unternehmen, dessen Zweck die Erschließung eines stattlichen Gebietes vom Torfgelände zum Ackerland bildet, das später an die gleichfalls hier arbeitenden badischen und bayerischen Kameraden zur Siedlung übergehen soll.

Ist somit speziell für die baltischen Landsleute die Arbeit im Moor bei H-dorf im wesentlichen Selbstzweck zur Ermög-

chung des Durchhaltens während der schwarzen Zeit des Flüchtlingselends, so stellt sie dennoch eben hierdurch praktisch und ethisch einen Rettungsanker für viele dar, die sonst dumpfer Verzweiflung anheimfielen. In diesem Sinn bietet ihnen das Bewußtsein des zwar schwer, aber ehrlich erkämpften Daseins bei kargem Brot dennoch auch manchen Augenblicksgenuß.

So helfen jetzt die deutschen Balten, wenn auch nur als bescheidenste Kärner, positive Werte schaffen im geliebten Lande der Väter, dessen Genesung aus tiefer nationaler Demütigung letzten Endes allen, die sich zum germanischen Stamm bekennen, eine neue freundlichere Zukunft leuchten lassen wird.“

VON UNSERER ARBEIT

Besuch des Reichsministers Dr. Simons im Deutschen Ausland-Institut.

Anläßlich seines Besuches der württembergischen Staatsregierung in Stuttgart hatte sich der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, zu Montag, den 14. Februar, auch beim Deutschen Ausland-Institut zum Besuch angesagt. Nachdem er sich die Herren des Vorstandes hatte vorstellen lassen, schloß sich an eine kurze Einführung über die Geschichte und die Arbeit des Instituts ein Rundgang durch die einzelnen Abteilungen an, bei dem der Herr Reichsminister Gelegenheit hatte, die ganzen Arbeiten des Instituts kennen zu lernen. Der Herr Reichsminister hörte dann mit dem württ. Staatspräsidenten und Kultusminister Herrn Dr. Hieber in einer Besprechung mit dem Vorstände des Instituts noch eingehendere Darlegungen über die Arbeiten, Pläne und Wünsche des Instituts. Er äußerte sich mit vollster Zufriedenheit über das Gesehene und betonte besonders, mit welcher Freude es ihn erfüllt habe, zu sehen, mit wie großem Idealismus hier an einer für Volk und Vaterland bedeutsamen Angelegenheit hingebungsvoll gearbeitet werde.

Eine Spende des Prinzen Max von Baden.

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden überreichte kürzlich dem schwäbischen Dichter Dr. Ludwig Finckh einen namhaften Betrag mit der Bestimmung, ihn der vom Deutschen Ausland-Institut veranstalteten Bücherspende deutscher Dichter zuzuführen. Im Einvernehmen mit dem Stifter soll der Betrag dazu dienen, möglichst viele Werke sowohl des schwäbischen Erzählers wie auch badischer Dichter und Verleger an die in weiter Ferne verstreut lebenden, vom Geistesleben der Heimat abgeschnittenen Landsleute zu senden.

Vorträge.

Der Leiter unserer Geschäftsstelle in München, Herr von Kießling, sprach in Landshut am 15. Februar auf Einladung des Volkshochschulvereins über das „Auslanddeutschtum in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ und am 12. Februar in der Münchener Arbeitsgemeinschaft in München in einem Lichtbildervortrag über „Das Deutschtum in Chile“.

In Stuttgart sprach in unserem Vortragszyklus Dr. F. Schottländer über „Die Republik Estland“. Dieselbe Vortragsreihe für die Schüler der mittleren Lehranstalten wurde mit einem Vortrag des Generalsekretärs Dr. Wertheimer über „Ukraine und Krim“ und einem Vortrag des Herrn Pfarrers Grisebach über „Das Deutschtum in Großrumänien, namentlich in Siebenbürgen“ fortgesetzt.

In dem vom Zentral-Institut für Erziehung und Unterricht in Berlin im Einvernehmen mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland und dem Deutschen Ausland-Institut veranstalteten Lehrgang sprach am 3. Februar das Mitglied unseres wissenschaftlichen Beirates Professor Dr. Rühlmann über „Kulturpolitische Ziele der deutschen Auslandsschulen“, am 21. Februar unser Generalsekretär Dr. Wertheimer über „Das Deutschtum im ostasiatischen Kulturkreis“.

Pfarrer Grisebach sprach am 22. Januar in Endersbach im Volksbildungsverein über das Thema: „Müssen und können wir auswandern“, mit Lichtbildern, 23. Januar in Heumaden in der evangelischen Kirche über „Deutsches Märtyrertum im Baltenlande“, am 27. Januar in Leonberg über das Thema „Müssen und können wir auswandern“ mit Lichtbildern, am 29. Januar in Laichingen desgleichen, am 30. Januar in Apfelstetten, in Hundersingen und in Buttenhausen über die Auswanderungsfrage mit Lichtbildern.

Am 6. Februar sprach Rechtsanwalt Dr. Geist in Bönnigheim im Evangelischen Volksbund über „Das Baltenland und seine Bewohner“.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

Gesucht wird für Spanien ein Minen-Ingenieur aus dem Kohlen-Bergfach, guter Techniker mit mehrjähriger Erfahrung. Der in Frage kommende Bewerber hätte den Posten eines Minen-Direktors der betr. Gesellschaft zu bekleiden und muß die spanische Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Gehalt 15000 Peseten pro Jahr bei freier Wohnung, bzw. 12000 Peseten bei Gewinnbeteiligung.

Auslandsdeutscher Geschäftsmann sucht Vertretungen für Süd-Italien, besonders für mechanische Spielwaren.

Für Interessenten bietet sich eine Möglichkeit zur Beteiligung mit einer Kapitaleinlage an einem Unternehmen in Rosario (Argentinien).

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 25. Februar 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

Der Kommende Tag

Aktien-Gesellschaft zur Förderung
wirtschaftlicher und geistiger Werte

versendet in diesen Tagen über die Ausgabe von

M. 25,000,000.-. 5%igen Darlehensscheinen

einen Prospekt, dessen Leitgedanken wegen ihrer sozial-wirtschaftlichen
Bedeutung auch für die Allgemeinheit von Interesse sind.

Der Prospekt und eine Sondernummer der Wochenzeitung „Dreigliederung des
sozialen Organismus“ wird Interessenten auf Wunsch zugesandt von der Geschäftsstelle

STUTT GART, Champignystraße 17

Soeben erschienen:

Deutsch-Amerik. Vereins-Adreßbuch 1921

(German American Directory.) Sechste Auflage.

Ein einzigartiger Führer durch die deutschen Vereine, Gesellschaften, Logen, Klubs und andere Verbände, einschliesslich Deutsch-Schweizer und Deutsch-Österreich-Ungarn in den Vereinigten Staaten, nebst Beamtennamen, Versammlungsseiten und Versammlungsorten.

Dieses wertvolle Buch, das einzige seiner Art in den U.S., bringt auf 200 Seiten über 3500 Deutsch-Amerikanische Vereine mit ca. 7000 Einzeladressen der Beamten und soll dem Wiederaufbau und der Organisation des Deutsch-Amerikanertums dienen.

da es alle intelligenten Kreise, also ca. 2 Millionen Vereinsmitglieder von Newyork bis San Francisco erreicht.

Jeder deutsche Geschäftsmann, Fabrikant oder Exporteur, der Verbindung mit D.-A.-Kreisen sucht, sollte dieses Buch besitzen. Jeder grössere Zeitungs- oder Buchverlag, der sich nach Friedensschluss an die Deutsch-Amerikaner wenden will, braucht diesen Führer durch Deutsch-Amerika.

Jeder Hilfsverband, der sich direkt mit D.-A.-Kreisen in Verbindung setzen will, sollte sich dieses wertvolle Buch anschaffen.

Preis des Buches für Deutschland: Geheftet Mk. 200.—, gebunden Mk. 300.—

Bestellungen mit Bareinlage deutscher Reichsbanknoten sind zu richten entweder **direkt an den unterzeichneten Verlag** oder an Herrn Kaufmann und vereidigten Bücher-Revisor **Otto Glässer, Stuttgart (Württbg.), Kasernenstr. 47**

Der unterzeichnete Verlag ist auch gern bereit, gegen Einsendung von Mk. 50.— ausführliche Auskünfte über amerikanische Verhältnisse zu erteilen oder gute Geschäftsverbindungen mit reellen Firmen zu vermitteln.

Anzeigen-Interessenten! Infolge seiner grossen Verbreitung ist das D.-A. Vereins-Adressbuch vorzügliches Anzeigenmedium für Geschäftsleute, Hotelleiter, Kurorte, Pensionen, Städteverwaltungen, Buchhändler und Exporteure etc.

Anzeigen-Raten: Die ganze Seite (7 1/2 x 4 1/2 Zoll) Mk. 2000.—, die halbe Seite Mk. 1200.—, die Viertelseite Mk. 650.—. Manuskript der Anzeige mit Klischees und Preis der Anzeige in Deutschen Reichsbanknoten sollten uns bis 1. Mai erreichen.

Wir übernehmen auch und erteilen Rat über zweckmässige Anzeigen-Propaganda in anderen amerikanischen Zeitungen u. Magazinen gegen eine mässige Vermittlungsgebühr von 15% an den Originalpreisen. Weitere Informationen bereitwilligst durch die

German American Directory Publishing Co.

Milwaukee, Wis., U. S. of A.

Referenz: First Wis. National Bank, Milwaukee, Wis., die grösste staatl. autorisierte Bank Wisconsins mit einer Kapitalanlage v. 200 Mill. Doll.

In demselben Verlag ist erschienen: **Sensationeller D.-A. Roman:**

Auf der Flucht vor der Schande!

Von Rev. **J. Glässer**, dem Redakteur des D.-A. Vereins-Adressbuches.

Preis: 350 Seiten, oktav, elegant geheftet, Mk. 50.— (Glänzende Urteile der D.-A. Presse auf Verlangen frei).

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

URBANA



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portosachlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 5.— Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV — Nr. 6

STUTTGART

Zweites Märzheft 1921

Der Streit um das Reichswanderungsamt

Von Dr. FRITZ WERTHEIMER, Stuttgart.

Es handelt sich, wie wir in der vorigen Nummer dieses Blattes ausgeführt haben, um die Frage staatlicher oder privater Auswandererberatung, sowie um die Frage, ob das Reichswanderungsamt ein selbständiges Amt zwischen Reichsministerium des Innern und des Auswärtigen bleiben, ja sogar, wie manche es wünschen, zu einem selbständigen Ministerium ausgebaut werden soll, oder ob es nicht organisatorisch und aus Sparsamkeitsgründen zweckmäßiger als eine Ministerialabteilung dem Auswärtigen Amt anzugliedern wäre. Der Haushaltsausschuß des Reichstages hatte sich auf den letzteren Standpunkt gestellt und daher einen beschleunigten Abbau des Reichswanderungsamtes verlangt. Dagegen hat sich eine sehr lebhaft Opposition erhoben und es hat sich verschiedenes ereignet, was wir unseren Lesern nicht vorenthalten dürfen.

Wir haben hier mitgeteilt, daß gegen die Verleumdungen der „Hamburger Allg. Deutsch. Auswandererztg.“ gegen das D. A.-I. dem Blatte eine Erwiderung unsererseits zugegangen ist. Es zeigt sich jedoch, daß unsere Einschätzung der Loyalität dieses Blattes doch zu hoch gewesen ist. Die Deutsche Auswanderer-Zeitung sah sich „außerstande, Erklärungen in diesem Umfang aufzunehmen“, besaß jedoch immerhin so viel Raum, um in der nächsten Nummer ihres Blattes abermals in ziemlich umfangreichen Ausführungen auf den Streit einzugehen und zunächst einer Berichtigung des Herrn Abgeordneten Stücklen Raum zu geben, der seinerseits die Unwahrheit des Blattes, das ihn in Verbindung mit dem Abgeordneten Erzberger und dessen „Dispositionsfonds“ brachte, festnagelte. Daraufhin fischte das Blatt sofort wieder eine neue Geschichte auf. Es behauptete nämlich, daß Herr Stücklen sich erfolgreich für die Gewährung von 450000 M an in Württemberg internierte (!) Palästina-Deutsche eingesetzt habe und daß diesen Erfolg das Deutsche Ausland-Institut für sich verbucht habe. Da uns diese neue Geschichte von den 450000 M, die das Deutsche Ausland-Institut erhalten habe, auch noch an einer anderen Stelle, in der Münchener „Süddeutschen Auswandererzeitung“, begegnete, sei der Tatbestand kurz festgestellt: 300 aus Heluan in Ägypten aus der Internierung gegen ihren Willen nach Württemberg zurückgesandte Palästina-Deutsche, die in der Kaserne von Mergentheim durch die württembergische Regierung untergebracht worden waren, sind Ende Dezember wieder nach Palästina zurückbefördert worden. Die Organisation des Transportes lag in den Händen der württembergischen Volkshilfe für Kriegs- und Zivilge-

fangene, deren Vorsitzender allerdings auch der Vorsitzende des Vorstandes des D. A.-I. ist.

Diese Organisation, nicht das D. A.-I., brachte die nötigen Mittel zusammen, zu denen sowohl die württemberg. Regierung, wie auch württembergische Wohlfahrtsorganisationen beitrugen, und es erhielt jeder einzelne der 300 Palästina-Deutschen außerdem vom Reich ein verzinsliches Darlehen von 1500 M, so daß er die durch Bemühungen der württembergischen Volkshilfe allerdings bedeutend ermäßigten Kosten des Transportes bezahlen konnte. Diese 450000 Mark verzinsliches Darlehen, die das Reich den 300 Palästina-Deutschen gegeben hat, haben also mit dem Deutschen Ausland-Institut auch nicht das geringste zu tun. Sie sind nicht durch seine Kasse gegangen, ebensowenig, wie das Deutsche Ausland-Institut diesen „Erfolg“ jemals für sich verbucht hat. Allerdings war es ein großer Erfolg, zu dem mitgeholfen zu haben wir uns aufrichtig freuen. Man lese, wenn man sich orientieren will, darüber nur nach, wie und in welcher Form wir in Nr. 3 Seite 79 unseres „Auslandsdeutschen“ über diese ganze Angelegenheit berichtet haben. Auch die Geschichte mit diesen 450000 M ist eine der zahllosen Lügen, die man gegen das Deutsche Ausland-Institut jetzt aufstischt, weil man hofft, daß trotz aller Richtigstellungen immer doch ein wenig hängen bleibe. Die Hamburger Auswanderer-Zeitung versucht unsere Erklärung, daß das Deutsche Ausland-Institut von dem als Aktiengesellschaft begründeten Verlag „Ausland und Heimat“ getrennt arbeite, anzuzweifeln. Wir wollen uns aber, wenn ihr Fassungsvermögen nicht dazu ausreicht, diese Unterschiede zu verstehen, dabei gar nicht länger aufhalten. Sie versucht sich damit zu entschuldigen, daß wir keinen Sinn für Humor und für eine kräftige und blumenreiche Sprache hätten, wenn wir den Ausdruck, wir hätten eine Million „verpulvert“, etwa beleidigend auffaßten. Das sei doch im Schwabenlande nicht so schlimm. Es sei nur damit gemeint, daß Gelder etwas reichlich und nicht für unbedingt notwendige Dinge verbraucht worden seien. Daran, daß die Gelder ordnungsgemäß verwaltet und verbraucht worden seien, zweifle sie nicht. Wir unsererseits haben der Auswanderer-Zeitung ja Gelegenheit gegeben, vor Gericht ihre Anschauungen zu vertreten und wir können es auch ruhig dem Richter überlassen, zu beurteilen, ob nicht die Behauptung, daß ein gemeinnütziges Unternehmen eine Million Mark „verpulvert“ habe, eine schwere Beeinträchtigung des Rufes und des Ansehens und eine Verleumdung

darstellt, zumal da Stiftungsgelder an das D. A.-I. bestimmungsgemäß fest verzinslich angelegt werden müssen. Daß die Hamburger Auswanderer-Zeitung jetzt auf einmal behauptet, sie habe weder das Ausland-Institut, noch dessen Vorsitzenden persönlich beleidigen wollen, klingt sehr brav, um aber die Interessen der Auswanderer zu vertreten und um einen Beschluß des Reichshaushaltsausschusses zu kritisieren, dazu bedurfte es keiner persönlichen Anwürfe gegen das Institut und seinen Vorsitzenden des Vorstands, über deren Art und Qualität wie gesagt der Strafrichter zu befinden haben wird. Ähnliche Angriffe wie die von Hamburg aus erhobenen sind auch in Bremen durch den Bremer Verein für Auswandererberatung und durch die „Arbeitsgemeinschaft Bremer Frauenvereine zwecks Fürsorge und Beratung weiblicher Auswanderer“ erhoben worden. Auch hier ist Strafantrag gestellt, so daß die Herren und Damen noch Gelegenheit finden werden, ihren Mut auch anders als in Zeitungserklärungen zu bekunden.

Einen längeren Aufsatz veröffentlicht in der „Süddeutschen Auswanderer-Zeitung“ Herr Dr. Panzer, derselbe, der einstens die Broschüre von dem „Amt der verlorenen Worte“ über das Reichswanderungsamt geschrieben hat, eine Broschüre, von der er allerdings heute nicht mehr sehr viel wissen will und an der er die Schuld ganz dem früheren Leiter der Zweigstelle München des Reichswanderungsamtes, dem Herrn Major Thewalt, zuschiebt, der jetzt augenblicklich weit vom Schuß ist und in Brasilien selbst aktiv an der Auswanderer-, d. h. an der Siedlungsfrage arbeitet. Auch Herr Panzer spitzt seinen Artikel ganz gegen das Deutsche Ausland-Institut und seinen Vorsitzenden zu und stellt die hier schon berichtigte Behauptung auf, daß wir, diesmal vom Reichsfinanzminister Dr. Wirth, „aus unbestimmten Fonds für unbestimmte Zwecke“ 450000 M erhalten hätten, ebenso, wie er die Behauptung nachplappert, daß das D. A.-I. vom Reichstagsabgeordneten Erzberger eine Million bekommen habe. Ebenso unwahr ist natürlich die Behauptung, daß das D. A.-I. oder der Vorsitzende seines Vorstandes bei den Beratungen im Hauptausschuß des Reichstags sich durch „einwandfreie konfessionelle Visitenkarten“ den Rücken gedeckt habe. Die Tatsache, daß sowohl das Freiburger Generalsekretariat des Raphaelsvereins, wie auch der Evangelische Hauptverein für Ansiedler und Auswanderer sich gegen das Vorgehen des D. A.-I. erklärt haben, zeigt ja wohl am besten, daß mit diesen Organisationen vor den Beschlüssen des Reichshaushaltsausschusses von selten des D. A.-I. keine Fühlung genommen worden war, eben, um jeden Eindruck zu vermeiden, als handle es sich um einen organisierten Vorstoß gegen das Reichswanderungsamt. Das D. A.-I. hat selbstverständlich niemals und niemanden gegenüber erklärt, daß es im Namen irgendwelcher anderer Groß-Organisationen bei diesen ganzen Verhandlungen spreche.

Zu der Kernfrage der bestmöglichen Organisation des Reichswanderungsamtes und der staatlichen oder privaten Auskunftserteilung an Auswanderer nehmen sachlich nur sehr wenige Blätter Stellung. Der „Export“, das Organ des Zentralvereins für Handelsgeographie in Berlin, sagt in seiner Februarnummer, daß gegen die Verringerung der Zweigstellen nichts einzuwenden sei, „da die verschiedenen Vereine, die sich zum Teil seit einem halben Jahrhundert mit der Auswandererberatung befassen, sehr wohl in der Lage sind, einen Teil der Arbeit, die den Zweigstellen des RWA. obliegt, zu leisten, wodurch natürlich wesentliche Ersparnis herbeigeführt wird, ohne daß die Tätigkeit des RWA. erheblich darunter leiden würde“.

Der „Deutsche Siedler“ befaßt sich in einem rein sach-

lichen Aufsatz, den Dr. Franz Weißbach geschrieben hat, mit dem Beschluß des Reichshaushaltsausschusses. Er betont ganz richtig, daß die meisten Auswanderer sicherlich dem Amte, das ganz notwendigerweise ihre Hoffnungen zerstören müsse, selten ein dankbares Gedenken wissen, und er deckt sich darin mit unseren Gedankengängen und Ausführungen, daß namentlich die Enttäuschungen, die die Auswanderer erleben werden, nicht sehr zur Belebung ihrer Reichsfreudigkeit beitragen werden, wenn sie von amtlicher Stelle beraten worden sind. Dr. Weißbach setzt sich aber dann sehr energisch für die staatliche Auswandererberatung ein, die nur von selten der Kommunisten wegen des Abratens von der Auswanderung nach Sowjetrußland angegriffen worden sei, und er betont, daß das Vertrauen in die Zweigstellen doch sehr groß sein müsse, wo die Zweigstelle Leipzig in 19 Monaten ihres Bestehens doch an 6000 Belehrungen erteilt habe. Wir sehen ganz davon ab, daß das monatlich nur 315 Beratungen sind, und wenn man den Monat zu 25 Arbeitstagen nimmt, rund 12 Beratungen auf den Tag entfallen, was für ein Industriezentrum, wie Leipzig, gewiß nicht sehr viel ist. Auch die Behauptung, daß das D. A.-I. Stuttgart mit Vorliebe die Bestrebungen seiner Landsleute und der nach dem Auslande sich wendenden Industrie bedenke, ist irrtümlich, ebenso, wie es irreführend wäre, wenn der Artikelschreiber anzunehmen scheint, daß bei der Auswandererberatung des D. A.-I. die Auskunftsuchenden Agitationsmaterial des Instituts erhalten und für das Institut und für irgendwelche Beitragsleistung geködert werden sollten. Das ist nie und nimmer der Fall gewesen. Die völlige Unentgeltlichkeit der Auskunft ohne irgendwelche Hintergedanken ist bei uns stets das oberste Ziel in der Auswandererberatung gewesen.

Einen eigenen Artikel widmet auch die „Deutsche Post aus dem Osten“ der Frage des RWA., ohne daß jedoch irgendwelche selbständigen Gedanken darin hervortreten, mit Ausnahme des Geschichtchens, daß nach neueren Nachrichten ein Friseur in Essen sich an die Spitze der Auswandererberatung gestellt habe und im Begriff sei, 70 bis 100000 Menschen zu einer großartigen Auswanderungsgesellschaft zusammenzuschließen, die mit Millionenkapital Auslands-siedlungen schaffen wolle. Solange das RWA. in Essen seine inzwischen aufgelöste Zweigstelle gehabt habe, hätten derartig verstiegene und gefährliche Machenschaften keinen Boden gewinnen können. Der unternehmungslustige Friseur werde seinen Weg auch zur Reichsregierung finden und der Reichstag werde sich dem Druck der hinter dem Auswandererführer stehenden Hunderttausende nur schwer entziehen können. Was wollten private Beratungsstellen gegen einen solchen Mann unternehmen! Man kann nur antworten: ein wenig Verstand annehmen, der dem Schreiber dieses Unsinns gefehlt zu haben scheint in dem Moment, als er seinen Artikel verfaßte.

Auch die „Auslandswarte“, das Organ des Bundes der Auslandsdeutschen, greift in ihrer Nummer 10, Mitte Februar, die Frage des Reichswanderungsamtes auf und behauptet, sie habe erfahren, daß das D. A.-I. „noch einige Zweigstellen des Evangelischen Hauptvereins und des St. Raphaelsvereins unter entscheidendem Einfluß des D. A.-I. bestehen lassen wollte“. Daß das Blatt dabei auf einem Gebiet, auf dem es weder Sachkenntnis noch Erfahrung besitzt, einer Mystifikation zum Opfer gefallen ist, braucht nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Daß es in seiner Nr. 11 von Anfang März Geschichtchen aus dem „Gewissen“ nachdruckt, die in der Sitzung der „Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen“ bereits Anfang Februar eingehend widerlegt worden sind, sagt für den

chkenner genug. Mit Behagen wird aus der „Deutschen Post“ der Appell an die Auslandsdeutschen gedruckt: was sie denn zur Sache sagten! Schade nur, daß zwischen den Herausgeber dieser „Deutschen Post“ Herrn Dr. Schmid, seine eigenen Landsleute, die Kolonisten aus dem Ausland „ganz entschieden“, und zwar sehr kräftig abgelehnt haben und daß er sozusagen niemanden mehr hinter sich hat! Die „Auslandswarte“ sagt mit einiger Betonung, in einem Artikel werde darauf ganz offen hingewiesen, „daß nur das Reichswanderungsamt ganz uneigennützig arbeite, da es sich nicht auf Mitbestimmung u. dgl. gründe“. Wir finden, der Redakteur der „Auslandswarte“ sollte etwas vorsichtiger sein. Auch der Bund der Auslandsdeutschen arbeitet ja „uneigennützig“. Daß das D. A.-I. ein gemeinnütziges Institut ist und daß sein Vorstand ehrenamtlich arbeitet, daß sein Vorsitzender auch weder Diäten noch Tagegelder, noch „Aufwandsentschädigungen“ bezieht oder bezieht, muß also hier einmal öffentlich festgestellt werden.

Der „Deutsche Siedler“ veröffentlicht in seiner Nummer 3 vom 15. Februar eine Fülle von Protesten und Kundgebungen gegen den Abbau des Reichswanderungsamtes, die eine ganze Nummer dieses Blattes füllen. Sowohl die Arbeitsgemeinschaft München für bayerische Auswandererfürsorge, wie auch die Arbeitsgemeinschaft für das Auswanderungswesen zu Stettin, die sächsische Auswandererhilfe und die Beiräte der Zweigstellen des Reichswanderungsamtes in Dresden und Leipzig, die Beiräte der Zweigstellen in Frankfurt, in Hannover, in München, in Mannheim, die schlesische Arbeitsgemeinschaft und sonst noch einige Vereine wenden sich gegen den Beschluß des Reichswanderungsausschusses in mehr oder minder gleichartigen Ausführungen, weil ja die Anregung zu dieser ganzen Protestaktion mehr oder weniger, wie wir schon erwähnt haben, durch das Reichswanderungsamt selbst ausgegangen ist. Das Reichswanderungsamt hat dem Etat des Reichsministeriums des Innern eine Denkschrift beigegeben, in der betont wird, daß ein weiterer Ausbau des Netzes von Zweigstellen noch geplant sei, und in der schon vorahnend den Bestrebungen vorgearbeitet wird, das Amt abzubauen, indem gesagt wird, seine Tätigkeit sei von unübersehbarer Dauer, denn es sei auch seine Aufgabe, die Verbindung der Ausgewanderten mit der Heimat aufrecht zu erhalten, eine Aufgabe, „die an zeitliche Grenzen nicht gebunden“ sei. Das Reichswanderungsamt hat auch eine kleine Flug-schrift „Wozu brauchen wir ein Reichswanderungsamt?“ nicht nur bei den Sitzungen in Hamburg und Berlin verteilt, sondern sie auch bei einer Einladung zu einer geplanten Beiratssitzung versandt und unter seinen Merkblättern „auf Grund eines vielfach an das Amt herangetretenen Wunsches“ eine achtseitige Drucksache über die Entstehung und den Aufgabenkreis des Reichswanderungsamtes verschickt, „von der weitere Stücke im Bedarfsfall beim Reichswanderungsamt zu erfordern“ seien, mit deren Inhalt wir uns hier zunächst nicht befassen wollen, namentlich da — ein sonst etwas ungewöhnlicher Weg — diese Flug-schrift nur eine um ein Geringes verkürzte Wiedergabe der den Abgeordneten im Etat zugestellten Denkschrift darstellt.

Es ist vom Reichsministerium des Innern inzwischen nach Berlin eine Konferenz zur Behandlung der Fragen des RWA. einberufen worden, über die vom Amte oder vom Ministerium ein halbamtlicher Bericht herausgegeben wurde, der nur betonte, daß alle Erschienenen sich einstimmig für die Erhaltung des RWA. ausgesprochen hätten und dessen Tendenz dahin ging, zu sagen, daß namentlich vollste Einmütigkeit über die ganze Verfehltheit des Beschlusses des Reichstagsausschusses geherrscht habe. Das ist insoweit richtig, als eine ganze Anzahl von „Sachverständigen“

geladen war, die das RWA. und seinen Präsidenten aufs äußerste lobten. Verschwiegen wurde aber in dieser halbamtlichen Kundgebung, daß zunächst die Partei des Referenten des Reichstagsausschusses, der ja die ersten Anträge auf Kürzung des Etats gestellt hatte, nämlich das Zentrum, überhaupt nicht vertreten war, während die Vertreter der Demokraten und der Sozialdemokraten in zum Teil sehr entschiedenen Wendungen sich gegen die Aufmachung dieser Sitzung und auch gegen die Ausführungen des Herrn Präsidenten des RWA. in ihr wandten.

Inzwischen ist die von der Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen, wie wir berichteten, seinerzeit beschlossene Resolution dem Reichstag zugestellt worden. Sie lautete in ihrer vom Plenum beschlossenen Fassung, wie wir hier noch einmal feststellen wollen: „Auf Grund genauer Kenntnis aller einschlägigen Fragen des deutschen Wanderungswesens bittet die Arbeitsgemeinschaft den Reichstag, ihre Auffassung über die Beschlüsse des Ausschusses für den Reichshaushalt vom 15. Januar betreffend Abbau des Reichswanderungsamtes entgegenzunehmen: So notwendig allgemeine Ersparnisse sind, so stehen dem Abbau der Zentrale des Reichswanderungsamtes in dem geplanten großen Umfange Bedenken schwerwiegender Natur gegenüber, zumal das Auswanderungsgesetz noch nicht verabschiedet ist. Einer gewissen Einschränkung der Zahl der Zweigstellen des Reichswanderungsamtes stimmt die Arbeitsgemeinschaft zu.“ Wir geben diese Resolution wörtlich wieder, weil sie ein merkwürdiges Schicksal gehabt hat. Sie ist den Abgeordneten nämlich nicht in dieser vom Plenum beschlossenen Fassung zugestellt worden, sondern ist unter Weglassung der Worte „in dem geplanten großen Umfang“ verbreitet worden. Als der Arbeitsausschuß dieser Arbeitsgemeinschaft nach der Plenartagung die Resolution besprach, erhoben die Vertreter des Deutschen Ausland-Instituts und des Caritasverbandes sofort Protest gegen die Weglassung der Worte, und es wurde auch durch den Verfasser der Resolution, den Generalsekretär des Deutschen Schutzbundes, festgestellt, daß in seinem Resolutionsentwurf diese Worte enthalten gewesen seien. Es wurde darauf beschlossen, die Worte wieder einzufügen. Trotzdem ließ die „Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung“, die den Vorortverein der Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen darstellt, die Worte bei der Versendung der Resolution weg mit der Begründung, allerdings seien die Verfasser der Resolution telephonisch nicht mehr zu erreichen gewesen, aber die Mehrheit des Arbeitsausschusses sei ja doch für die Fassung unter Weglassung der erwähnten Worte gewesen. Daß die Weglassung dieser Worte den Sinn der Resolution erheblich verändert und daß — um einen parlamentarischen Ausdruck zu wählen — die Weitergabe der Resolution eine Verdrehung der einstimmig kundgegebenen Ansicht des Plenums und eine Vergewaltigung der dort vorhandenen Minderheit bedeutet, die nur in Anbetracht der jetzt weggelassenen Worte jener Resolution zustimmen konnte, das scheint den Veranlassern entgangen zu sein.

Der Arbeitsausschuß der erwähnten Arbeitsgemeinschaft hat aber im einzelnen empfohlen:

1. das Reichswanderungsamt als selbständige Behörde dem Auswärtigen Amt anzugliedern, da die jetzigen Zustände der Doppelunterstellung des Amtes unter zwei Reichsministerien sich als unhaltbar erwiesen habe. Das ist genau dasselbe, was das Deutsche Ausland-Institut immer wieder vertreten hat, wobei nur noch die Frage strittig bliebe, ob denn das RWA. ein selbständiges Amt oder eine Ministerialabteilung des Auswärtigen Amtes zu bilden hätte.

2. Den Abbau der Zweigstellen des RWA. in einem noch größeren Rahmen vorzunehmen, als ursprünglich geplant gewesen sei, und die dadurch freiwerdenden Mittel denjenigen privaten Organisationen als Aufwandsentschädigung zu überweisen, die sich an der Auswandererberatung und Auskunftserteilung betätigten. Auch hier stellen wir eine sehr erfreuliche Annäherung an den Standpunkt des Deutschen Ausland-Instituts fest, das auch darin zustimmt, daß zur Auskunftserteilung nur als gemeinnützig anerkannte Organisationen zugelassen werden könnten. Endlich ersucht die Arbeitsgemeinschaft um ihre eigene Beteiligung bei der Verteilung der Gelder. Dieser letztere Punkt ist ja eine spätere Sorge, über die zurzeit nicht zu sprechen ist.

Zu erwähnen ist ferner eine Erklärung des St. Raphaelsvereins, die im St. Raphaelsblatt vom März 1921 veröffentlicht wird und die mit Recht die Taktlosigkeit geißelt, daß (von der Hamburger Auswandererzeitung) die Persönlichkeit des seit einigen Monaten schwer krank darniederliegenden Prälaten Dr. Werthmann in den Tagesstreit verwickelt worden sei. In der Erklärung wird festgestellt, daß der Raphaelsverein von keiner Seite weder über den Beschluß noch über die Vorschläge vorher in Kenntnis gesetzt worden sei und keinerlei Einflüsse ausgeübt habe, da er sich jeden Urteils darüber enthalte, ob das RWA. oder seine Zweigstellen notwendig seien oder nicht, worüber allein „das Verständnis der Zeit“ zu entscheiden habe. Der Verein lehne jede behördliche Einmischung und jeden Druck ab, gehe auf keine örtliche Begrenzung seiner Tätigkeit nach Kreisen ein und könne mit anderen Verbänden nur in Einordnung, nicht aber in Unterordnung zusammenarbeiten.

Zu derselben Streitfrage erhalten wir endlich eine „Berichtigung“ des Herrn Präsidenten des RWA., die uns zwar unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes zugeht, die jedoch diesem Paragraphen an sich nicht entspricht. Trotzdem bringen wir die Berichtigung:

1. Es ist nicht richtig, „daß durch das RWA. noch kein Auswanderer draußen angesiedelt wurde“. Richtig ist vielmehr, daß durch die Bemühungen des RWA. und seiner Organe einer großen Zahl der bisher Ausgewanderten Ansiedlungsmöglichkeiten im Ausland verschafft sind.

2. Es ist unrichtig, daß die Zahl der an der Auswandererberatung beteiligten Vereine und Verbände, die vom RWA., sei es als Zweigstellen, sei es als gemeinnützige öffentliche Auskunftsstellen, anerkannt sind, „Legion“ sei, daß eine „Großpäppelung einer Riesenzahl von kleinen, aber finanziell wie sachlich schwachen Vereinen“ erfolgt sei; daß „das RWA. direkt schuldig sei, Überorganisation getrieben zu haben und Vereine und Verbände herangezogen zu haben, die mit der Auswandererberatung gar nichts zu tun haben sollten und dürften“, daß eine „Riesenzahl von Vereinen und Verbänden, die so nebenher auch Auswandererberatung treiben“, vom RWA. zugelassen sei. Richtig ist vielmehr, daß die Gesamtzahl der an der Auswandererberatung vom RWA. auf ihren Wunsch beteiligten Vereine und Verbände 10 beträgt. Es sind dies außer dem Deutschen Ausland-Institut der St. Raphaelsverein zum Schutze katholischer deutscher Auswanderer in Freiburg mit seinen 33 Nebenstellen, der Evangelische Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer in Witzenhausen mit seinen 24 Nebenstellen, die Hamburger Auswandererhilfe, die Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung in Berlin, der Verein für das Deutschtum im Ausland in Berlin, der Kaufmännische Verein von 1858 in Hamburg, der Verband berufstätiger Frauen in Mannheim, der Bund der Auslandsdeutschen in Berlin mit 13 Neben-

stellen und die Evangelisch-lutherische Auswanderermission in Hamburg.

3. Es ist unrichtig, wenn mit deutlich erkennbarem Hinweis auf den Präsidenten des RWA. behauptet wird, daß der durch die Entschlüsse des Reichstagshaushaltusausschusses hervorgerufene „wilde Pressestreit von einer einzigen Zentrale ausgehe“. Diese Zentrale habe offensichtlich die Hamburger Deutsche Auswanderer-Zeitung gestoßen und gespeist.“ Richtig ist vielmehr, daß die Preßbewegung gegen die Beschlüsse des Haushaltsausschusses der Niederschlag der Meinung der an der Frage hauptsächlich interessierten Kreise der Auswanderer und der Auswandererberatungsvereine ist. Der Präsident des RWA. steht diesen Zeitungsartikeln fern. Er hat insbesondere auch den Artikel in Nr. 5 der Auswandererzeitung: „Reichswanderungsamt oder Auslandsinstitut“ nicht verfaßt, nicht gekannt und nicht veranlaßt.

4. Es ist unrichtig, daß „das RWA. oder sein Präsident“ sich einst bestrebt habe, „den Sitz des RWA. nach Hamburg oder Bremen zu verlegen“. Richtig ist vielmehr, daß auf die vom Reichskabinett angeordnete Prüfung, ob eine Verlegung des Amts zur Entlastung Berlins möglich und zweckmäßig sei, der Präsident mit Entschiedenheit dahin Stellung genommen hat, daß zwar eine Verlegung möglich, indes vom Standpunkt des Amts nicht erwünscht sei.

5. Es ist unwahr, daß durch ein Schreiben des Präsidenten des RWA. die Zweigstellen aufgefordert worden wären, „als Hebel in Bewegung zu setzen, um zugunsten des RWA. in dem Streit Entschlüsse von allen Seiten her fassen zu lassen“. Wahr ist vielmehr, daß in dem betreffenden Schreiben, in dem übrigens weder der Ausdruck „ein Herr Wanner“ noch „Angriff“ vorkommt, der dem RWA. zuverlässig bekanntgewordene Verteilungsplan des Herrn Kommerzienrats Wanner über die Aufteilung der bisherigen Zweigstellen an 3 Privatorganisationen an erster Stelle an das Deutsche Ausland-Institut, und die geltend gemachten Einwände gegen amtliche Zweigstellen mitgeteilt wurde. Daran schloß sich nur das folgende hier wörtlich mitgeteilte Ersuchen:

„Ich bitte ergebenst, sich zu dieser Angelegenheit sachlich vom Standpunkt der Bedürfnisse der Bevölkerung Ihres Bezirks und auf Grund Ihrer persönlichen Erfahrungen äußern zu wollen.“

6. Es ist unwahr, daß das RWA. und sein Präsident dahin gestrebt hätten, „die Auswandererberatung in den Händen des RWA. zu monopolisieren und die freie Beratung der Wohlfahrtsorganisationen in ihrer Meinungsfreiheit kräftig zu beschneiden“, d. h. sie unmöglich zu machen“, unwahr ferner, daß er „den Privatorganisationen seine Amtsmeinung vorschreiben und sie vor seinen Wagen spannen wolle“, unwahr auch, daß „ein Reichsmonopol der Behinderung und Beschränkung der persönlichen Meinungsfreiheit“ das Ziel sei. Wahr ist vielmehr, daß keine auf gemeinnütziger und sachkundiger Grundlage tätige Privatorganisation von einer von ihr gewünschten Mitwirkung an der Auswandererberatung jemals ausgeschlossen, und daß ihnen die Meinungsfreiheit niemals in irgendeiner Richtung beeinträchtigt worden ist, wie dies auch von allen berufenen Stellen in einer im Reichsministerium des Innern am 22. Februar 1921 stattgehabten Erörterung der Streitfrage einmütig bestätigt ist.

7. Unwahr ist ferner die Angabe, der Präsident des RWA. habe sich dahin geäußert, „das RWA. habe die Aufgabe, die Ware Mensch zugunsten des Reichs zu verwerten“. Wahr ist vielmehr, daß der Präsident sich dahin geäußert hat: Nachdem wir leider zum Export von Menschen genötigt seien, habe das RWA. c

licht, durch objektiv unbedingt der Wahrheit entsprechende Auskünfte über Auswanderungsländer, selbst wenn deren Reaktionen daran Anstoß nähmen, zu verhindern, daß unsere Auswanderer aus Unkenntnis der sie im Ausland erwartenden Verhältnisse zu ihrem eigenen Unglück und zum Nachteil des Reichs verloren gingen.

8. Es ist un wahr, daß das RWA. „einen großen Apparat“ zu seiner Verteidigung in Bewegung gesetzt habe, wahr ist vielmehr, daß die den Arbeiten des RWA. nahestehenden Auswanderervereine, Beratungs- und Fürsorge-Organisationen sowie sachverständigen Privatpersonen aus freier eigener Entschliebung mit der durch die Bestrebungen des Vorsitzenden des Deutschen Auslands-Instituts geschaffenen Lage beschäftigt und zu dieser einmütig ablehnenden Haltung gelangt sind.

9. Un wahr ist, daß „vom Amt eine Verteidigungsschrift: Wozu brauchen wir ein ‚Reichswanderungsamt‘ herausgegeben“, daß diese Schrift „eine amtliche Publikation des RWA. sei“. Die bemängelte Schrift ist vielmehr die Privatarbeit eines an der Sache interessierten Vereins, deren Existenz und Inhalt der Präsident des Amtes erst am 22. Februar anlässlich einer Mitteilung des Kommerzienrats Wanner erfahren hat, deren Schlußsatz er auch in keiner Richtung billigen kann.

10. Endlich ist es un wahr, daß das RWA. „die Absicht gehabt hat, sich zu einem selbstständigen Ministerium zu entwickeln“; keine solche Absicht ist an keiner Stelle des Amtes und zu keiner Zeit vertreten worden oder vorhanden gewesen. Sie ist, wo sie von dritter Seite angeregt wurde, stets und mit aller Entschiedenheit bekämpft worden.

Dr. Jung,

Geheimer Ober-Regierungsrat,

Präsident des Reichswanderungsamtes.

Man gestatte uns, an diese „Berichtigung“ einige Worte anzuknüpfen und einige Unstimmigkeiten richtig zu stellen. Wenn wir behauptet hatten, daß durch das RWA. noch kein Ansiedler draußen angesiedelt wurde, so bedeutet das für jeden Sachkundigen, daß das Amt eine eigene Siedlungspolitik nicht geübt habe und auch nicht treiben könne, d. h., um es auch ganz deutlich zu sagen, daß es eine eigene unmittelbare Ansiedlung auswanderungslustiger deutscher Siedler nicht betreibt. Daß das Amt und seine Zweigstellen den Auswanderungslustigen auf ihre Anfragen eine große Zahl von Antworten gegeben hat, in denen auf Siedlungsmöglichkeiten, die von dritter Seite geschaffen wurden, hingewiesen wurde, das ist ja nicht bestritten worden. Zwischen „Ansiedeln“ und „Ansiedlungsmöglichkeiten verschaffen“ besteht ein kleiner, aber sehr bedeutsamer Unterschied.

Was Punkt 2 der Berichtigung angeht, so geben wir gerne zu, daß wir uns hier etwas ungenau ausgedrückt haben. Mit der riesenzahl von kleinen Organisationen, die das RWA. zur Arbeit heranzieht, war die Zahl von jetzt 103 Vereinen und Verbänden gemeint, die nach einer Liste des RWA. mit ihm in „Arbeitsgemeinschaft“ stehen, die aber sachlich zum großen Teil mit Auswandererberatung gar nichts zu tun haben. Wir sind allerdings auch der Ansicht, daß zum mindesten auch ein Teil der als gemeinnützige Auskunftsstellen anerkannten Stellen vom Amt anerkannt sind, zu einer Auskunftserteilung nicht imstande und geeignet sind.

Zu Punkt 3 der Berichtigung haben wir zu sagen, daß wir wohl behauptet haben und es aufrecht erhalten, daß die Bewegung gegen das D. A.-I. von einer einzigen Zentrale ausgeht. Daß der Herr Präsident des RWA. selbst jenen Schmähartikel in der Hamburger Auswanderungszeitung nicht „verfaßt, gekannt oder veranlaßt habe“, klingt sehr gut. Wohl aber möchten wir

betonen, daß wir allerdings der Meinung sind, daß der Schreiber jenes Artikels und auch der Schreiber noch eines anderen Artikels ihr Material nur vom Präsidenten des Reichswanderungsamtes oder von einer ihm sehr nahestehenden Stelle des Amtes aus erhalten haben können. Den Beweis dafür zu führen, würde uns jederzeit Vergnügen machen.

Was den Punkt 4 der Berichtigung angeht, so hat der Herr Präsident des RWA. u. a. verschiedentlich erklärt, daß er eine Verlegung des Amtes aus Berlin heraus nach Mitteldeutschland, etwa nach Weimar, sehr begrüßen würde. Daß er in Hamburg und Bremen ernsthaft über eine Verlegung nach diesen Städten verhandelt hat und damals durchaus nicht mit aller Entschiedenheit es ablehnte, nach einer dieser Städte zu gehen, wird auch wohl kaum zu bestreiten sein.

Dem Punkt 5 der Berichtigung gegenüber konstatieren wir, daß der Herr Präsident, wenn auch das Wort Angriff nicht vorkommen mag, ein Schreiben an die Zweigstelle unter „streng vertraulich“ herausgehen ließ, das so gehalten war, daß daraufhin (und nicht früher) von allen Seiten die Resolutionen der Zweigstellenbeiräte usw. anhuben. Eine Veröffentlichung nicht einer einzigen Stelle, sondern des gesamten „streng vertraulichen“ Schreibens scheint der Herr Präsident nicht zu wünschen, sie hätte am einfachsten die Sachlage geklärt.

Zu Punkt 6 stellen wir fest, daß der Herr Präsident in Hamburg ganz klar und deutlich ausgesprochen hat, daß gerade eben das der Grund für die Verstaatlichung der ehemaligen Zentralauskunftsstelle der Kolonialgesellschaft gewesen sei, daß an verschiedenen Orten verschiedenartige Auskunft gegeben worden sei. Gerade die Ausführungen des Generalsekretärs des D. A.-I., der in der Möglichkeit der verschiedenartigen Auffassung und Auskunftserteilung einen Vorteil erblicke, seien der beste Beweis für die Notwendigkeit amtlicher Zweigstellen: Es dürfe nur eine Auswanderungspolitik geben und das sei diejenige des Amtes. Es steht im übrigen auch in den Dienstanweisungen der Zweigstellenleiter, daß sie die von Amtes wegen vorgeschriebene Meinung den Auswanderern weiterzugeben haben und davon nicht abweichen dürfen.

Zu Punkt 7 der Berichtigung stellt der Schreiber dieser Zeilen fest, daß der Präsident des RWA. in Hamburg erklärt hat, so wie die Außenhandelsstelle für die Ausfuhr der Waren und ihre bestmögliche Verwertung im Interesse des Reichs zu sorgen habe, so habe das RWA. für die Ausfuhr der Ware: Mensch zu sorgen, die leider jetzt eine Ausfuhrware geworden sei. Auch diese Ware müsse im Interesse des Reichs möglichst gut und zweckentsprechend verwertet und geleitet werden. Der Ausdruck „Ware Mensch“ ist gefallen und der Sinn des Ganzen ist in diesem oben zitierten Satze genau angegeben.

Wenn im Punkt 9 gesagt wird, daß die Streitschrift „Wozu brauchen wir ein RWA.“ die Privatarbeit eines an der Sache interessierten Vereins sei, so möchten wir konstatieren, daß diese Streitschrift, auf dem Papier und im gewöhnlichen Umdruckverfahren der Rundschreiben des RWA. hergestellt, den Einladungen zu der geplanten Beiratssitzung des RWA. von Amtes wegen beigelegt war. Es wäre immerhin für die Verhältnisse innerhalb des Amtes ganz interessant, wenn eine solche vom Präsidenten des Amtes nicht gebilligte oder zum Teil nicht gebilligte Streitschrift einem amtlichen Schreiben beigelegt werden könnte.

Im übrigen möchten wir feststellen: Uns liegt durchaus nichts an einer gereizten Polemik gegen das RWA. oder seinen Präsidenten. Persönlichkeiten sind durchaus gleich-

gültig, wo es sich um eine Sache und eine sachliche Erledigung einer Frage handelt. Ein Pressestreit ist auch durchaus und stets unfruchtbar und erhöht niemals die Arbeitsfreudigkeit. In der ganzen Frage der Organisation des Auswanderungswesens vertraten wir und vertreten wir einen Standpunkt, der sich zufälligerweise mit den Ansichten des RWA. und seines Präsidenten nicht deckt, für den wir aber doch gute Gründe vorbringen und den zu vertreten wir auch nicht ablassen werden. Die Zeit wird ja lehren, wer auf dem richtigen Wege sich befindet.

Interessant und hier nicht überflüssig ist übrigens auch die Feststellung, daß der von der Reichsregierung neu ernannte, inzwischen aber wegen allerhand Schwierigkeiten innerhalb der

Ämter wieder zurückgetretene „Sparsamkeitsdiktator“ Dr. Carl nach einer Mitteilung der „Kreuzzeitung“ die Absicht gehabt hat, das RWA. als selbständige Organisation aufzulösen und andere Reichsämtern anzugliedern. Um allen Mißdeutungen vorzubeugen, müssen wir wohl hier feststellen, daß das Deutsche Ausland-Institut diesen Sparsamkeitsdiktator weder „beeinflusst“ hat, noch daß es mit ihm in Verbindung getreten war, noch usw., usw. . . .

Es scheint aber außer dem D. A. I. noch einige Leute in Deutschland zu geben, die der Ansicht sind, daß eine andere Organisation einer Zentralstelle für das Wanderungswesen möglich und nötig sei!

Verwehtes Deutschtum*)

Vom Deutschtum in Litauen.

Von WALTER JÄGER, Falkenberg bei Gröna (Mark).

Es ist etwas Wunderbares um das deutsche Wesen in der Welt. Wo man auch hinkommt, überall leuchtet sein Wirken durch. Es ist leider zu oft bloß Kulturdünger. Nur auf den großen Inseln des Auslandsdeutschtums in Siebenbürgen, an der Wolga, in Amerika hat sich deutsches Wesen hell leuchtend über die Jahrhunderte, über Kämpfe und Fährnisse hinaus kräftig wie am ersten Tag erhalten, als junge mutige, der Heimat müde Auslandsfahrer sich zuerst auf fremdem Boden ansiedelten. Doch an anderen Stellen, in der Zerstreuung, muß schon ein liebevolles Forschaerge mit eifrigem Bemühen suchen und die Schicht fremdländischen Volkstums vorsichtig ablösen, um auf deutsche Kulturdenkmale zu treffen. Dann aber findet man sie an Stellen, wo man sie gar nicht vermutet, wo sie längst vergessen den Schlaf der Geschichte schliefen und selbst von den Nachkommen jener Einwanderer und Träger deutscher Kultur als viel zu schwache Erinnerung nicht mehr gehütet wurden. Überrascht schlagen dann die heutigen Deutschen die Augen auf, wenn ihnen liebevolle Forscherarbeit zeigt, was ihre Vorfahren geleistet haben und wieviel sich davon erhalten hat.

Solche Forscherarbeit machte während des Krieges im nahen Osten unerhört aufschlußreiche Ausgrabungen. Vordem wußte man kaum den Namen des nur ethnographisch bestehenden Landes, nämlich des alten Groß-Fürstentums Litauen, in welchem wir den fast verwehten Spuren des Deutschtums nachgehen wollen. Wer nicht zufällig einen Verwandten oder Bekannten in Wilna, Kowno oder Bialystock sitzen hatte, der wußte kaum etwas davon, daß in diesem zwischen Polen, Deutschland und Kurland, dem Hochsitze deutscher Kultur im Osten, gelegenen Lande auch einmal deutsche Handwerker und Kaufleute, Gelehrte und Künstler gelebt und gearbeitet haben.

Wann nun begegnen wir in der Geschichte zum ersten Male deutscher Kultur in Litauen? 600 Jahre liegen die Ereignisse zurück, die zuerst deutsches Wesen nach Litauen trugen. Vor mehr als 600 Jahren (1283) hatte der Deutsche Orden seine Herrschaft in Preußen befestigt. Unter dem damaligen Preußen dürfen wir uns freilich nicht das heutige Preußen, ja nicht einmal das heutige Ostpreußen vorstellen, sondern das Ordensgebiet reichte nur bis zu einer Linie, die etwa vom Südufer des Kurischen Haffs bei Labiau in südsüdöstlicher Richtung gegen die masurenischen Seen lief. Nordöstlich davon am Unterlauf der Memel und am Oberlauf des Pregels wohnten Litauer. Das Gebiet ist heute sprachlich gemischtes Grenzgebiet. Zwischen diesem und dem Ordensgebiet ließen die Ritter einen fast undurchdringlichen Urwald bestehen, um die Litauereinfälle abzuwehren.

Die Litauer hatten die alten Preußen mehrfach gegen den Orden unterstützt, als dieser zu ihrer Bekehrung und Unterjochung auszog. Diese heute preußischen Litauer im Bunde mit den eigentlichen Litauern jenseits der Memel wurden nicht zu unterschätzende und hartnäckige Feinde des Ordens, als dieser sich daran machte, das Christentum auch in das litauische Heidenland zu tragen. Auf diesen sogenannten Litauerreisen, die die Ritter von 1283–1409 in jedem Jahre, meist im Winter unternahmen, ist hart und blutig gekämpft worden. Diese Kämpfe des Ordens mit den Litauern sind kein erfreulicher Abschnitt deutscher Geschichte. Nicht im ehrlichen Kampfe suchten die Ritter die Litauer auf, sondern brennend und mordend fielen sie in das Land ein, ohne es doch dauernd unterjochen zu können. Uns gehen die Kämpfe nur insoweit an, als sie Denkmale deutscher Kultur hinterlassen haben, soweit man bei der Roheit des Kampfes überhaupt von Kultur reden kann.

Nachdem der Orden 1362 die Burg von Kowno gesichert und die Litauer binnen drei Jahren eine neue Burg errichtet hatten, fiel auch diese dem erneuten Ansturm der Ritter zum Opfer. Unter Leitung des Hochmeisters Konrad Zollner wurde nunmehr ein Ordensschloß, der sogenannte Ritterswerder, errichtet, aber bereits ein Jahr nach Vollendung des Baues nahm ihn der Großfürst Jagiello von Litauen ein. Zwar ging die Burg nochmals in den Besitz des Ordens über, aber 1392 war ihr Schicksal besiegelt und Kowno blieb litauisch. Nur die Ruinen zeugen noch von deutscher Herrlichkeit.

Doch die Ordensheere wagten sich weiter als nur bis Kowno nach Litauen hinein. Um 1380 gab es da allerhand Kronstreitigkeiten, in die der Orden verwickelt wurde. Bei dieser Gelegenheit rückte Gottfried von Linden bis Wilna vor. Großfürst Olgerd bewirtete die Ritter auf der Burg, deren Ruine noch heute ein Wahrzeichen Wilnas ist. Und dann heißt es weiter in der Chronik: „Etliche Gebietiger ritten auch zu Traken auf das Haus zu Kinstod (das ist Keistud, Olgerds Bruder), der sie dabei bat. . .“ Traken liegt drei Meilen von Wilna entfernt, in einsamer Gegend, mitten in einem großen wundervollen See, und war eine mächtige Inselburg. Während die Wilnaer Burgruine nicht mehr Sicherheit als ein Werk ordensritterlicher Baukunst festgestellt werden kann, steht dies bei Traken außer Zweifel. Die Mauertechnik ist so vollendet, daß wir unmittelbar an die besten Ordensbauten der Backsteingotik in Preußen erinnert werden. Wenn auch nicht unmittelbar Beauftragte des Ordens Traken errichtet haben, so doch zweifellos Handwerker, die in Preußen in die Lehre gegangen waren. So kam trotz und wegen der

*) Quellenmaterial siehe auch „Zeitung der 10. Armee“, Wilna 1916/1918.

wigen Feindseligkeiten zwischen dem Orden und Litauen deutsche Kultur in das heidnische Land, die sich nicht nur auf die Bauten beschränkt haben wird, sondern sicherlich auch weitere Kreise gezogen hat. Ja nicht einmal der Handel wurde während dieser Zeit empfindlich gestört. Verträge wurden geschlossen, die selbst während der Kämpfe den Kaufleuten Sicherheit gewährten.

Schon früh hören wir davon, daß zwischen Preußen und Preußisch-Livland einerseits und Litauen andererseits Handel getrieben wurde. Was die Einfuhr nach Litauen anbelangt, so war besonders Salz ein begehrter Gegenstand, ferner Tuche, Seidenzeug, Heringe und Zucker, während von Litauen nach Preußen Holz, Wachs, Pelzwerk, Rohleder, Hanf, Garn und Getreide ausgeführt wurden. Danzig wurde der Hauptstapelplatz für die litauischen Waren; umgekehrt war Kowno die führende litauische Stadt. Die Danziger und preußischen Kaufleute hatten ausgedehnte Niederlassungen in Kowno, wo sie, wie in London und Brügge, auf zusammenhängenden Höfen saßen und wie dort ein sogenanntes Kontor gebildet hatten. Man kann sich heute kaum noch eine Vorstellung davon machen, wie bedeutend der deutsche Einschlag im Leben Kownos war, und wie die Stadt von deutschen Vögten, deutschen Bürgermeistern und Ratsherren verwaltet wurde.

Neben dem großen Kontor in Kowno besaß der Orden kleinere in Wilna, Traken, Krewo und Smolensk und man kann sagen, daß er zum Großkaufherrn geworden war. Das Wilnaer Kontor überflügelte sehr bald das von Kowno. Wilna war die litauische Hauptstadt; kein Wunder, daß die Großfürsten sie besonders begünstigten. Die noch heute bestehende Deutsche Straße war der Mittelpunkt des deutschen Handels in Wilna. In ihrer Nähe erstand die deutsche Kirche. Als am 22. März 1387 Wilna neben anderen litauischen Städten das sogenannte Magdeburger Recht erhielt, das den Städten Selbstverwaltung gewährte, wurde nach deutschem Vorbild ein Vogt eingesetzt, ferner ein Rat und eine Schöffenbank. Daß diese drei Einrichtungen vorwiegend mit Deutschen besetzt waren, leuchtet ein; denn sie allein wußten ja mit deutschem Recht umzugehen.

Wie sich die deutsche Gemeinde in Wilna während des 15. und 16. Jahrhunderts entwickelt hat, ist leider nicht in fest umrissenen Zügen darstellbar. Im Jahre 1655 fielen bekanntlich moskowitische Heerscharen über Litauen her, und infolge ihrer sinnlosen Zerstörungswut gingen u. a. auch die wertvollsten Schriftstücke aus älterer Zeit zugrunde. So besitzen wir nur sehr wenige Akten aus der Zeit vor 1655. Einem glücklichen Zufall haben wir es zu verdanken, daß uns vom Jahre 1656 Bürgerlisten aus Wilna und Kowno im Königsberger Staatsarchiv erhalten sind, durch die wir auf das Gesamtbild der deutschen Kultur in diesen Städten Rückschlüsse ziehen können. Danach wird im 15. und besonders im 16. Jahrhundert in den Wilnaer Zünften das Deuschtum vorgewaltet haben. Nicht nur die Kaufleute, sondern auch Goldschmiede, Maler, Maurer, Schlosser, Tischler, Bäcker und Schuhmacher werden in der Hauptsache Deutsche gewesen sein. Noch heute können wir trotz der starken Verrussung und Verpolung im Bilde der Stadt einen verhältnismäßig bedeutenden deutschen Einfluß feststellen. Von der Deutschen Straße war schon die Rede. Auf dem alten Stadtplane von Bruyn und Hogenberg von 1576 fällt es sofort auf, daß die Häuser der Deutschen Straße die niedrigen Holzhäuser der übrigen Stadt überragen. Die deutschen Kaufleute waren es, die zuerst den Backsteinbau in Wilna einführten. Die Mehrzahl dieser steinernen Häuser besteht noch heute und unterscheidet sich von der übrigen Bauweise der Stadt durch

dicke Mauern, niedrige Torbögen und große Höfe. Eins von ihnen, das ehemalige deutsche Krankenhaus, trägt sogar noch eine deutsche Inschrift vom Jahre 1640. Sie lautet:

„Im Jahr Tausend sechs Hundert Vierzig
Baute ein Maurer Brüderherzig
Für Deutsch-Katolsche, dieses Krankenhauß
Zur Zeit des Königs Wladislaus.
Balthasar Hikler ward er genannt
Als Muster der Tugend wohl bekannt.“

Man darf sich freilich die Häuser der Deutschen Straße, wie sie sich heute darbieten, nicht etwa wie die der älteren deutschen Städte Ost- und Westpreußens vorstellen. Dazu ist viel zu wenig von ihrem äußeren Bilde erhalten, vielzuviel durch die zahlreichen Feuersbrünste, die Wilna immer wieder eingeäschert haben, zerstört worden. Auch scheint man wenig Wert auf die Ausschmückung der Privathäuser gelegt zu haben. Viel stärker tritt uns das Deuschtum in den kirchlichen Bauten Wilnas entgegen. Auch da ist viel zerstört, viel von der alten Schönheit deutscher Gotik verschandelt worden. So haben die Russen es fertig bekommen, die schöne gotische Franziskaner-Kirche zu einem Speicher zu erniedrigen. Nur ein einfaches gotisches Backsteinportal ist erhalten. — Wenn auch bei der Johanniskirche der deutsche Einfluß nicht so augenfällig ist wie bei der Franziskanerkirche, so ist doch die Bauanlage an die ostpreußischen Kirchen angelehnt, die im Chor der Marienkirche in Stargard sowie in der Marienkirche in Posen ihre Vorbilder haben. Das, was gotisch an der Johanniskirche war und von der Hand deutscher Baumeister und Maurer stammte, verschwand durch Umbauten in der Barockzeit.

Das prächtigste und deutscheste Denkmal mittelalterlicher Kirchenbaukunst in Wilna ist aber die kleine, für die deutschen Katholiken bestimmte St. Annenkirche. Als roter Backsteinbau erinnert er an freundliche Bilder norddeutscher Städte; waren doch eben die Gründer deutsche Kaufleute der Hansastädte. Wenn man dies weiß, so ist es gar nicht auffallend, daß Bauernkmale vom Giebel der Trinitatiskirche in Danzig z. B. unmittelbar auf die St. Annenkirche in Wilna übertragen worden sind. An die niederdeutschen Hallenkirchen Lübecks und Danzigs erinnert mit ihrem gotischen Ostturm, ihren hohen schlanken Pfeilern und ihren spätgotischen Stern- und Zellengewölben die in unmittelbarer Verbindung mit der St. Annenkirche stehende jüngere Bernhardinerkirche, deren sehenswertestes Stück die Sakristei ist, und zwar um ihres wunderschönen deutsch-gotischen Zellengewölbes willen. Auch eine eiserne Tür, die von der Sakristei zur Schatzkammer führt, ist zweifellos deutsche Arbeit des 15. Jahrhunderts.

Mit diesen Ausdrucksformen deutschen Wesens stehen wir noch im katholischen Mittelalter. Stärker werden die geistigen Fäden zwischen Preußen und Litauen, als die Reformation in Litauen und Polen tiefe Wurzeln faßt. Die litauischen Geistlichen, die sich zum Luthertum bekannten, lagen auf der Königsberger Hochschule oder in Wittenberg ihren Studien ob. Dies mußte zweifellos dazu beitragen, daß mancher Deutsche von seinen literarischen Freunden in das junge aufstrebende Land gezogen wurde. Wir wissen eine Fülle von Namen der Wilnaer Bürger, die in jener Zeit einwanderten. Sie aufzuzählen, würde zu weit führen. Es waren unter ihnen wie früher Baulcute, Maurer, Zimmerleute und Maler, die bei den Erweiterungsbauten des Wilnaer Stadtschlusses mitgewirkt haben und deren bekanntester der großfürstliche Baumeister Peter Naunhart war. Naunhart hatte seinerseits für die Bauten eine Reihe von deutschen Meistern, Künstlern und Handwerkern aus Deutschland

kommen lassen. Mit einiger Sicherheit läßt sich sagen, daß Naunhart der eigentliche Schöpfer des in den Formen der deutschen Renaissance gehaltenen Stadtschlusses ist. Heute besteht der Bau nicht mehr, sondern wurde von den Russen am Anfang des 19. Jahrhunderts abgetragen.

Lag schon das Bauwesen Wilnas und Litauens — denn Naunhart hatte als Schloßbaumeister die Oberaufsicht über das Bauwesen des ganzen Landes — in deutschen Händen, und hat es trotz der Zerstörungswut und der Verschandelungen durch die Russen noch wertvolle Schönheiten hinterlassen, so war der Einfluß der deutschen Kultur vielleicht noch unmittelbarer dadurch, daß auch das Heerwesen Litauens vielfach von Deutschen geleitet wurde. Herzog Albrecht von Preußen hat dem litauischen Herrscher regelmäßig deutsche Hauptleute und Landsknechte, Stückgießer, Büchsenmeister und Musikanten vermitteln müssen. Im Jahre 1571 wurde Thomas Döhring aus Dresden Leiter des Wilnaer Zeughauses. 1661 ernannte eine Urkunde des Königs Johann Kasimir den Obersten Wilhelm Kluth zum Festungskommandanten von Wilna.

Gleichfalls unter deutscher Leitung stand das Münzwesen: die Münzsorten zeigten rein deutsches Gepräge. Ulrich Hosius aus Pforzheim war seit 1512 Verwalter der großfürstlichen Münze, und unter seinen Nachfolgern finden wir manchen deutschen Namen. Daß die evangelischen Pastoren Deutsche waren, darf man wohl als selbstverständlich voraussetzen.

Doch damit ist die Reihe deutscher Männer noch immer nicht erschöpft. Denn wir befinden uns immer noch im 16. Jahrhundert. Es würde hier nun zu weit führen, die Namen der Deutschen, die, wie schon erwähnt, 1655 unter dem moskowitzischen Ansturm Wilna verlassen mußten und deren Namen in den Listen des Königsberger Staatsarchivs erhalten sind, aufzuführen. Neben Kaufleuten und Lehrlingen, die in der Überzahl waren, gab es deutsche Handwerker, Gewürzkrämer, Goldschmiede, Uhrmacher, Leineweber, Zimmermeister, Maler, Weinändler, Zuckerbäcker, Büchsenmacher, Posamentierer, Sattler, Schneider, Drechsler, Tischler, Schuhmacher usw. usw., ja es fehlt wohl überhaupt kaum ein Beruf, in dem nicht Deutsche vertreten waren, keine Zunft, in deren Listen und Büchern nicht deutsches Wesen klar zutage tritt. Das älteste dieser Bücher ist das der Zunft der Goldschmiede, in dem zu lesen steht, daß „nach der Zerstörung der Stadt Wilna durch den treulosen moskowitzischen Freund im Jahre 1662 die Herren Brüder ihre erste Zusammenkunft hatten“. Dann kommt die lange Reihe der Namen der Lehrjungen bis 1798, im ganzen 622, von denen mit Sicherheit 171 Deutsche sind. Im zweiten Teil des Buches sind 187 Namen der Gesellen aufgeführt, von denen nicht weniger als 109 Deutsche sind. Das sind gewiß erstaunliche Zahlen für eine doch immerhin polnisch-jüdische Stadt, und bei diesen Zahlen haben wir es nur mit den Goldschmieden zu tun. Leider sind die Ergebnisse für die anderen Zünfte nicht so lückenlos. Aber für das Jahr 1795 haben wir ein Verzeichnis aller Handwerker, das die russische Regierung als Grundlage für die zu entrichtende Kopfsteuer herstellen ließ, und da sind nun alle Meister, Gesellen und Lehrlinge zu finden, und zwar mit ihrem Geburtsort. Das Ergebnis ist folgendes: Von den Stellmachern sind alle 10 deutsch, bei den Uhrmachern alle 9, bei den Leinwebern alle 5, bei den Tischlern 18 deutsch und 26 polnisch, bei den Bäckern 9 deutsch und 1 polnisch, bei den Böttchern 12 deutsch, 4 polnisch, bei den Gerbern 7 deutsch, 2 polnisch, bei den Sattlern 16 deutsch, 1 polnisch, bei den Schneidern 19 deutsch, 23 polnisch; ferner gab es 15 deutsche Schuhmacher, 9 deutsche Schmiede usw., im ganzen 158 deutsche Meister.

Man kann somit sagen, daß Wilna in jener Zeit eine deutsch-Handwerkerstadt war.

Es bleiben noch die Gelehrtenberufe und die Beamten. Auch da ist das Ergebnis ganz erstaunlich. Daß die Deutschen zu allen Zeiten tüchtige Beamte gestellt haben, ist eine nun schon alltäglich gewordene Weisheit. Wir wollen uns aus diesen Gründe bei den Beamten nicht weiter aufhalten und nur der Kuriosität halber erwähnen, daß sogar die Scharfrichter in Wilna des öfteren Deutsche waren. Einer von ihnen hieß Paul Liebknecht, ein anderer, dessen Grab sich auf dem Friedhof der St. Mariengemeinde Zerbst-Ankuhn im Herzogtum Anhalt befindet, Johann Hermann Kahlo.

Auch die Wissenschaft sandte bedeutende und zahlreiche Vertreter nach Osten. Seit die alte Universität in Wilna 1832 von den Russen aufgehoben wurde, verließen natürlich mit den Studenten auch viele Professoren den alten berühmt gewordenen Sitz hoher Wissenschaft, und nur ab und zu lenkte ein deutscher Professor studienhalber seine Schritte in die fast vergessene Stadt, doch ohne daß der Name Wilna in weitere Kreise gedrungen wäre. Einst jedoch genoß die 1578 gegründete Universität hohes Ansehen, und nicht zuletzt haben deutsches Wesen und deutscher Fleiß dazu beigetragen. In allen Fakultäten lasen deutsche Gelehrte, und ihre Namensliste dürfte hinter der der Kaufleute und Handwerker kaum zurückstehen. Einer der bedeutendsten war der Mediziner Josef Frank, der 1804 als ordentlicher Professor für Pathologie und Therapeutik nach Wilna kam und bis 1823 dort blieb; seine Kollegs gehörten zu den besuchtesten und beliebtesten. Doch er war nicht nur ein ausgezeichnete Lehrer und wissenschaftlicher Leiter der von seinem Vater gegründeten Klinik, sondern er war auch der beste Freund seiner Schüler. Aber nicht nur der strengen Wissenschaft lebte er, sondern von Natur mit einem feinen Kunstsinn begabt, musikalisch und mit einer Schülerin Haydns verheiratet, machte er sein Haus zum Mittelpunkt des gesamten gesellschaftlichen und künstlerischen Lebens. Jeder Musiker, Maler, Schauspieler oder Tänzer, überhaupt jeder Künstler und jede Künstlerin, die sich auf der Durchreise in Wilna aufhielten, fanden bei ihm gastliche Aufnahme. Als nach dem Jahre 1820 jedoch russische Einflüsse in Wilna überhand nahmen, wurde der freidenkende Mann den Russen unbequem und er zog es vor, rechtzeitig seiner Tätigkeit zu entsagen. Neben ihm war wohl der bedeutendste deutsche Gelehrte der Philologe Gottfried Ernst Groddeck. Im Gegensatz zu Frank war er ohne jeden künstlerischen Schwung und vergrub sich ganz in die Erforschung der alten Sprachen. Für neuere Dichtkunst hatte er gar keinen Sinn. Seine Arbeit galt durchaus der Säuberung der durch den jahrhundertelangen Gebrauch verdorbenen lateinischen Sprache. Für seine Schüler ging Groddeck durchs Feuer, sonst jedoch war er steif und zurückgezogen und von einem unerträglichen Philologendünkel.

Erfreulicher ist es zu wissen, daß auch einer der berühmtesten deutschen Entdecker und Naturforscher in Wilna gewirkt hat: Georg Forster. Jedoch hielt es seine unruhige Natur in Wilna nicht lange aus, und sein nach Abenteuern verlangendes Leben trieb ihn schließlich nach Paris mitten in die Stürme der Revolution, wo er im größten Elend 1794 starb.

Diese Auswahl der Besten muß uns genügen. Wir haben ja überhaupt bei unserem Überblick nur die wichtigsten Tatsachen und Persönlichkeiten erwähnen können. Von der Kunst z. B. konnten wir nur die Bauten streifen. Maler, wie der Kurländer Johann Darnel und der Hofmaler König Sigismund Augusts, Anton Wiedt, können nur mit ihren Namen genannt werden. Auch eine deutsche Bühne wurde einmal für ein Jahr in Wilna

aufgeschlagen. Schmidkoff hieß ihr Leiter, ein unternehmungslustiger Mensch, der die schwache Seite der Polen für die Oper kannte und der ihnen einen noch nie gesehenen Spielplan versprach. Im Winter 1836 eröffnete er das Theater, nachdem er gute deutsche Sänger herangezogen hatte. Sämtliche Mozart-Opern sowie „Fra Diavolo“, „Weiße Dame“, „Zampa“ wurden gespielt und das Theater war stets überfüllt, ja der Erfolg war so stark, daß die Polen empfindlich getroffen wurden und dem deutschen Direktor durch Heranziehung neuer Kräfte aus Warschau starke Konkurrenz machten. Alles lief nun wieder ins polnische Theater. Schließlich scheiterte Schmidkoffs mit so großen Hoffnungen begonnenes Unternehmen und die deutsche Truppe löste sich langsam wieder auf.

Zusammenfassend können wir sagen, daß das deutsche Element in Wilna im 17. und 18. Jahrhundert einen ganz bedeutenden Teil der Bevölkerung ausmachte. Immer mehr dehnten sich die Deutschen über ihre alten Wohnsitze in der Deutschen Straße aus. Im 19. Jahrhundert werden sie langsam aber stetig durch die Juden verdrängt, die sich bereits in früheren Jahrhunderten in den umliegenden Gassen und Höfen angesiedelt hatten. So wirkt heute die deutsche Kirche wie eine Oase in völlig jüdischer Umgebung. Im Jahre 1555 wurde sie gegründet; der heutige Bau stammt aus dem Jahre 1739. Von der Straße her nicht sichtbar und nur durch einen niedrigen Torbogen erreichbar, liegt das Gotteshaus still und abgeschlossen vom Straßenlärm in dem alten Hof des deutschen Pfarrhauses. Das Innere heimelt jeden Deutschen, der nach Wilna kommt, unbezwinglich an. In hellen freundlichen Farben gehalten, wird es nur durch das schwere braune Gestühl auf einen ernsteren Ton gestimmt. Der reichgegliederte Altar ist das älteste Denkmal der Kirche und ist in edelsten Barockformen ausgeführt.

Die Kirche lenkt unsere Gedanken unmittelbar auf die Schule. Schon frühzeitig hören wir von einer deutschen Kirchenschule in Wilna. Die erste genaue Kunde bringt uns die Kirchenordnung von 1648. In dieser heißt es, daß bereits seit mehreren Jahren die Kinder zur Schule geschickt würden, da die Eltern durch mancherlei Geschäfte vom Unterrichten ihrer Sprößlinge abgehalten seien, und daß man bereits in jenem Jahre drei „Schuldiener“, das heißt Lehrer, haben mußte. Das läßt auf einen starken Besuch der Schule schließen. Desgleichen erfahren wir, daß bereits seit 1644 eine Mädchenschule bestand. Bezeichnend für die Zeit ist es, daß der Schulmeister bei seiner Ernennung ermahnt wurde, „kein Gelag, Säuferei und Kartenspiel in seiner Wohnung (im Kirchengrundstück!) anzustellen, sich nicht zu liederlichen Saufgesellschaften zu halten, ohne Verwilligung der Herren Inspektoren, nachts nicht aus dem Hofe zu bleiben. Auch soll er sich nicht im Eifer übernehmen lassen, mit der Rute und nicht mit den Fäusten und Stäben ins Gesicht und auf den Rücken zu schlagen.“

Wie jede deutsche Schule im Auslande hatte auch die von Wilna im Laufe der Jahrhunderte mancherlei von der völkischen Übermacht zu leiden. Aber allen polnischen Angriffen hielten unsere Stammesbrüder tapfer stand und sammelten sich um ihre Kirche und Schule. Ernster wurde die Gefahr für das Deutschtum erst, als nach dem polnischen Aufstande 1863 die Russen anordneten, daß auch in der evangelisch-lutherischen Gemeinde, die als solche bestehen bleiben durfte, nur russische Lehrer unterrichten durften. Doch wurde einige Jahre später bei der Regierung die Erlaubnis eingeholt, wieder in deutscher Sprache unterrichten zu dürfen. Die Schule war außerordentlich gut besucht, sogar von russischen und polnischen Kindern. Aber das dauerte nur bis 1890, als ein neuer Kampf gegen das Deutschtum einsetzte. Wiederum durfte nur in russischer Sprache unterrichtet werden; erst seit 1906 gestattete die Regierung, den Religionsunterricht in deutscher Sprache zu erteilen und Deutsch als Unterrichtsfach aufzunehmen.

Dann kam der Krieg. Die deutsche Gemeinde war stark zusammengeschmolzen. Von der früheren Höhe war sie auf etwas über 2000 Seelen gesunken. Der deutsche Pfarrer sprach in einem Vortrage während der deutschen Besetzung in Wilna die Befürchtung aus, daß der Rückgang der Gemeinde so stark sei, daß man nach 50 Jahren dem letzten Deutschen den Leichenstein setzen können. Das ist gewiß ein Wort, das sich jeder Deutsche, dem die Erhaltung des Deutschtums am Herzen liegt, ins Gedächtnis einschreiben sollte.

So war das Bild der Entwicklung in Wilna; ganz ähnlich lagen die Verhältnisse in Kowno, Bialystock und Suwalki. Auch hier muß man mit Liebe und Eifer suchen, um fast verwehtes Deutschtum aufzudecken. Aber auch hier erlebt man viel Entdeckerfreude. Hat doch in diesen der preußischen Grenze näher liegenden Städten das Deutschtum sich noch stärker erhalten als in einer Stadt wie Wilna, die einmal durch Feuersbrünste, dann aber vor allem durch völkische Kämpfe zwischen Litauern, Polen und Russen ungeheuer gelitten hat, so daß ihr Antlitz zunächst verzerrt und vergrämt erscheint und die Züge, die das einst blühende Deutschtum in das Antlitz Wilnas gezeichnet hat, nur schwer zu suchen sind. Doch wir können ohne Übertreibung sagen, daß ganz Litauen förmlich durchtränkt ist mit deutschem Wesen. Viele Zeugnisse darüber mögen noch ungenutzt und unbekannt in Archiven und Familienchroniken schlummern und sind wohl absichtlich von polnischen und russischen Forschern nicht ans Tageslicht gezogen worden. Auf jeden Fall sollte uns dieses Stück versunkenen Deutschtums eine ernste Mahnung sein. Denn wenn wir nicht auf der Hut sind und deutsches Wesen allüberall pflegen, dann wird es wie in Wilna, sobald es in der Minderheit ist — und das ist es in den meisten Fällen — über kurz oder lang vom fremden Volkstum aufgesogen werden.

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

IV. Unter neutraler Flagge.

Von K. B.

(Fortsetzung.)

„Sie legen ein etwas sonderbares Gebaren an den Tag. Wenn Sie amerikanischer Bürger sind, steht Ihnen der Weg überall hin offen, also auch nach Hamburg. Warum Sie deshalb in Kopenhagen bleiben wollen, ist mir nicht ganz verständlich.“

„Mein Herr, ich werde den Teufel tun, mich für nichts und aber nichts in Gefahr zu begeben. Ich müßte ein erstklassiger Hornochse sein, wenn ich die deutsche Grenze überschreiten

wollte. Wer wird sich heutzutage in Deutschland daran halten, daß ich amerikanischer Bürger bin? Kein Mensch! Für die deutschen Behörden ist allein maßgebend, daß ich in Deutschland geboren bin; aus dieser Tatsache ziehen sie die Berechtigung, mich im Kriegsfall ohne Federlesen in den bunten Rock zu stecken, gleichgültig, wes Staates Bürger ich später geworden bin. Na, und ich müßte nicht zehn Jahre in Neuyork gewesen

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 22, 23 und 24 im vorigen, Nr. 2, 3, 4 und 5 in diesem Jahrgang.

sein, um noch Gelüste zu haben, in den Krieg zu ziehen. Alles, nur das nicht! Wozu auch? Für wen und wofür? Würde es mir auch nur ein Mensch danken? Niemand, nicht ein einziger! Nein, mein Herr, ich müßte ein Narr sein, wollte ich mich einer Gefahr aussetzen, die ich vermeiden kann. Gewiß würde ich gern nach Hamburg fahren, schon aus dem Grunde, um meine Schwiegereltern einmal wieder zu sehen. Aber unter diesen Verhältnissen lasse ich mich auf kein Risiko ein, bleibe in Kopenhagen und lasse meine Frau von Hamburg heraufkommen.“

Ich muß wohl sehr überzeugend gesprochen haben, denn der Offizier wurde offensichtlich wankelmütig. Das erschien ihm doch unmöglich, daß jemand die Stirn haben konnte, sich offenkundig als geborener Deutscher auszugeben, wenn er wirklich die Absicht hatte, sich durch die englische Sperre zu schmuggeln und ins deutsche Heer einzutreten.

Dankend ging er weiter, zum nächsten Passagier, ich wollte gerade anfangen, erleichtert aufzuatmen, da stand er auch schon wieder vor mir und fragte nach meinem Gepäck. Also ganz traute mir der Kerl immer noch nicht.

„Bitte öffnen Sie mir Ihren Koffer! Wie heißen Sie?“

„Mac Homan, Sir.“

Er nahm aus dem Koffer einige Hemden, Taschentücher und Strümpfe heraus und sah bei allen das Monogramm nach, es stimmte alles auffällig. Ich hatte nicht ein Wäschestück, in das nicht die Buchstaben M. H. eingenäht waren.

„Sie können den Koffer wieder schließen. Zeigen Sie mir bitte Ihren Mantel.“

Auch hier prangten an der Innenseite groß in Seide gestickt die Buchstaben M. H. Besonders interessierte sich der Offizier für das Namensschild der Firma, bei der der Mantel gekauft war, aber auch hier nichts Verdächtiges. Es stand darauf: Gimbel Brothers, New York, Broadway.

„Ziehen Sie bitte Ihren Rock aus.“

Auch meinen Kragen und meinen Schlips habe ich noch abbinden müssen, und erst als er sich überzeugt hatte, daß alles amerikanische Ware war und nichts darauf hindeutete, daß es eventuell in Deutschland gekauft sein könnte, war ich befreit, ich durfte mich wieder ankleiden und in meine Kabine zurückgehen. Ich hätte laut aufjubeln mögen und dankte meinem Schöpfer für seinen Beistand.

Zwar ging ich bald darauf wieder an Deck, doch hütete ich mich sehr wohl, den Engländern wieder unter die Augen zu kommen.

Die Schiffsladung wurde sonderbarerweise nicht nachgesehen. Weshalb, weiß ich nicht. Wahrscheinlich befanden wir uns schon in neutralen Gewässern, so daß die Engländer es nicht gewagt haben, uns zu zwingen, umzukehren und einen englischen Hafen anzulaufen. Die drei Deutschen mußten den Dampfer verlassen, sie wurden mit eingebootet und auf einen der englischen Kreuzer gebracht. Was aus ihnen geworden ist, ob sie als Spione behandelt und erschossen werden sollten oder ob sie als Gefangene angesehen sind, haben wir nicht erfahren. Das Schicksal, dem sie verfallen sind, war ohnedies traurig genug. Der Kapitän hatte wohl auch noch Anstrengungen gemacht, um sie an Bord zu behalten, doch es half nichts. Der englische Offizier war unerbittlich.

Man hätte annehmen können, alle Gefahr sei jetzt von uns abgewendet und die Engländer würden uns nicht mehr belästigen. Weit gefehlt! Wir setzten die Fahrt fort, ohne uns weit vom Lande abzuhalten und das neutrale Gewässer wieder

zu verlassen, immer parallel der skandinavischen Küste, 1½ bis 2 Meilen von ihr entfernt. Sonderbarerweise ließen uns die Engländer nicht aus dem Auge. Außerhalb der neutralen Zone fuhren sie während des ganzen Tages in gleicher Höhe mit uns, scheinbar hoffend, daß wir infolge des seichten Wassers, in dem wir uns befanden, gezwungen sein würden, weiter ins Meer hinauszufahren. Diesen Gefallen taten wir ihnen allerdings nicht. Wir würden ohne Federlesen von neuem aufgebracht und infolge der an Bord befindlichen Bannware nach England geschleppt worden sein, sobald die Engländer uns in internationalen Gewässern wähten. Infolge zahlreicher kleiner Felsen, die gefährdend aus dem Wasser herausragten, waren wir zwar des öfteren genötigt, uns wieder etwas weiter vom Lande abzuhalten, doch war der Kapitän peinlich bemüht, sich auch dann wieder so schnell wie möglich der neutralen Wassergrenze zu nähern.

Es war ein herrlicher Sonntag, die Sonne schien hell und klar und mit Leichtigkeit konnten wir dem Treiben an Bord der drei Kreuzer zusehen. Neben den Offizieren und Posten, die mit ihren Gläsern unentwegt auf dem Ausguck standen und scharf auf uns aufpaßten, konnten wir das Exerzieren beobachten, das an Bord abgehalten wurde. Wir hörten deutlich das Läuten der Glocken, auf das hin die Leute zum Essen antraten. Zehn Stunden sind wir so nebeneinander hergefahren. Dann tauchte plötzlich der erste Hafen auf, den wir programmäßig anzulaufen hatten. Es war Christiansand; ein kleines, idyllisch gelegenes Fischerstädtchen. Während wir voll froher Stimmung in den Hafen einfuhren, blieben die englischen Kreuzer natürlich draußen vor der Reede liegen. Schmunzelnd sah ihnen der Kapitän nach. Schadenfreude ist bekanntlich die reinste. Dieser Freude machte der Kapitän dadurch Luft, daß er die Nationalflagge, die am Heck des Dampfers weht, langsam an der Stange herunter- und dann wieder hinaufgleiten ließ. Auf See ist das der Gruß zweier sich begegnender Schiffe. Diesmal sollte es kein Gruß sein, sondern bittere Ironie und soviel heißen: Ihr könnt mir gewogen bleiben, meine Ladung ist gerettet, mögt Ihr machen, was Ihr wollt. Die Engländer verstanden diesen Wink sehr wohl. Sie reagierten denn auch nicht auf den „Gruß“, machten kehrt und zogen wutchnaubend ab. „Hellig Olav“ war inzwischen im Hafen vor Anker gegangen und gab Post ab. Die Kapelle spielte norwegische Weisen und zahlreiche kleine Boote mit hübschen, blauäugigen Blondinen fuhren um den Ozeanriesen herum und warfen uns Grüße zu.

Ein wohliges, sicheres Gefühl hatte mich beschlichen, ich wiegte mich bereits völlig in Sicherheit, voller Freude und Erwartung sah ich dem Augenblick entgegen, wo ich nach langen Jahren wieder deutschen Boden, Heimat Erde unter den Füßen haben würde.

Sobald die englischen Kreuzer aus unserem Gesichtskreis geschwunden und die Postsäcke von kleinen Booten übernommen waren, setzte sich der Dampfer wieder langsam in Bewegung und strebte seinem nächsten Ziel, Christiania, zu.

Um 6 Uhr abends kündigte, wie immer, ein Trompetensignal den Passagieren an, daß das Essen fertig sei und darauf warte, leere Mägen auszufüllen. Die Suppe wurde aufgetragen, und als die Teller sämtlich ausgelöffelt waren, erhob sich zum maßlosen Erstaunen aller der bisher so schweigsame Señor Ernesto Bonkendahl, schlug mit seinem Messer sanft an das Weinglas und ließ folgende kurze, aber beachtliche Worte von Stapel:

(Schluß folgt.)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Tschechoslowakei.

Jede Maßnahme in der Tschechoslowakei wird dazu benützt, um sie nationalistisch zu vergiften. Diesmal gilt den Vorarbeiten zur Volkszählung die erhöhte Tätigkeit der tschechischen Regierung und ihrer Organe. Damit können natürlich Zahlen verschoben werden, niemals aber aus anderssprachigen andersdenkende Menschen gemacht werden. Dieser lapidare Grundsatz findet hierzulande leider keine Beachtung. Die Diagnose des tschechisch-klerikalen Blattes „Cech“ lautet: „Eine einzige große Lüge“, wobei sich das genannte Blatt gegen die Winkelzüge in religiöser Hinsicht wendet. In nationaler Beziehung kommt nun den Deutschen die besondere Aufmerksamkeit der Tschechen und ihrer Regierung zu. Es soll eben der Beweis erbracht werden, daß es kein reindeutsches Gebiet gibt, höchstens „gemischtsprachige Distrikte“. Eine besondere Rolle spielen u. a. auch die tschechischen Geistlichen. So fanden am 27. Januar Besprechungen tschechischer Seelsorger aus den Bezirken Lobositz, Außig, Karbitz, Dux, Bilin und Brüx in Teplitz-Schönau statt. Ungefähr 50 Geistliche berieten in vertraulicher Konferenz über die Propaganda zur Volkszählung. Wo tschechische Geistlichkeit und Lehrerschaft nicht zur Genüge vertreten ist, greift die Regierung zu anderen Maßnahmen. Sie nimmt Truppenverschiebungen vor, errichtet Telephonkurse und dergleichen mehr und durchsetzt reindeutsche Gebiete mit tschechischen Truppen. Nachrichten von Truppeneinquartierungen kommen aus vielen deutschen Ortschaften, u. a. an der bayerischen Grenze aus den Orten Hostau, Königswart, Eger, Tirschenreuth, Asch usw. Auch die Gebiete gegen Sachsen bekommen Garnisonen, u. a. Graslitz, Neuhammer, Gossengrün, Gottesgab. Dasselbe Manöver spielt sich im östlichen Böhmen ab, in der Trautenauer Gegend. Die deutschen Parlamentarier brachten aus diesen Anlässen mehrere dringende Interpellationen ein, mit welchem Erfolg, bleibt natürlich abzuwarten. Wahrscheinlich mit gar keinem, so wie bisher.

Im Znaimer Kreise wurden, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, in vielen Orten ausschließlich tschechische Zählungskommissare ernannt, unter vollständiger Außerachtlassung der Vorschläge der Gemeinden. Aus den Gemeinden Grubbach, Gräfendorf und Schönau trafen aus dem Grunde am 8. Februar in Znaim Abordnungen ein, um gegen diese Balkan-Methoden zu protestieren. In der Stadt Znaim selbst gehen tschechische Agitatoren von Haus zu Haus und bedrohen deutsche Personen mit der Ausweisung, wenn sie sich als Deutsche bekennen. Diese gewaltsamen Vorbereitungen werden mit Unterstützung der Amtsstellen getroffen. Wie die „Bohemia“ meldet, wird den deutschen Arbeitern mit Entlassung, den deutschen Beamten mit Pensionierung oder Versetzung gedroht. Doppelt zu begrüßen ist es daher, daß sich alle deutschen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, zu gemeinsamer Tätigkeit in der Abwehr tschechischer Gewaltübergriffe zusammengefunden und die Propagierung einer unverfälschten Volkszählung in die Hand genommen haben.

W. Qu.

Die Sammlung des Deutschtums in der Slowakei macht sehr erfreuliche Fortschritte. Vor kurzem haben sich, wie bereits berichtet, die Organisationen der Deutschen Nationalpartei und der Deutschdemokratischen Freiheitspartei unter Führung der Deutschpolitischen Arbeitsstelle, Zweig Slowakei, zu der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Parteien in der Slowakei“

zusammengeschlossen, um geeinigt die Interessen des Deutschtums tatkräftigst wahrnehmen zu können. Die Hoffnung, dadurch auch weitere deutsche Parteien zu gemeinsamer Arbeit heranziehen zu können, hat sich sehr rasch verwirklicht, denn die letzte Vertreterversammlung der Zipser deutschen Partei in Kesmark hat beschlossen, der Deutschpolitischen Arbeitsstelle, Zweig Slowakei, und der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Parteien in der Slowakei beizutreten. — In nächster Zeit wird nunmehr auch die Organisation der Deutschen in der Slowakei auf kulturellem Gebiete durchgeführt, zu welchem Zwecke ein Wanderlehrer des Deutschen Kulturverbandes eine Reihe von Versammlungen in der Slowakei abhalten wird. Die Vorarbeiten hiefür wurden von der Deutschpolitischen Arbeitsstelle, Zweig Slowakei, in Preßburg, Nonnenbahn 25, bereits in Angriff genommen.

Der Vorstand des deutschen parlamentarischen Verbandes in Prag wendet sich in einem Aufruf an die Deutschen der Tschechoslowakei, indem er von der soeben in ihrem ersten Teil zu Ende gegangenen Volkszählung sagt, sie habe die schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Einschüchterung und Terrorismus feierten dabei Orgien. Herausgekommen ist eine derartige Vergewaltigung der Wahrheit und der Tatsachen, daß man die Ergebnisse der „Volkszählung“ keineswegs ernst nehmen kann. Derartige Maßnahmen seien eines demokratischen Staates unwürdig, sagt mit Recht der Verband der deutschen Parlamentarier.

Rumänien.

Die deutsch-schwäbischen Blätter beider politischen Parteien in Temesvar veröffentlichen eine Nachricht, daß die seit Wochen von den Vertrauensmännern der verschiedenen Parteien geführten Verhandlungen zur Vereinigung des gesamten schwäbischen Volkes in einer über den Parteien stehenden deutsch-schwäbischen Volksorganisation zu einem vollen Erfolg geführt hätten. Ein vollständiges Einverständnis sei erzielt worden. Die Vorbereitungen zur Einberufung eines deutsch-schwäbischen Volkstages wurden durch einen vorbereitenden Ausschuß getroffen. Diese Meldung wird überall in Rumänien mit großer Freude und Begeisterung aufgenommen, läßt sie doch die Hoffnung aufsteigen, daß die Spaltung des schwäbischen Volkes in zwei Parteien zu Ende sei, und daß die Einigung zu einer Verstärkung der deutschen Volkskraft in Rumänien führe.

Litauen.

Die „Litauische Rundschau“ veröffentlicht die Reden, die der einzige deutsche Abgeordnete, Herr O. von Büchler bisher im Sejm gehalten hat. Es geht daraus hervor, daß der Abgeordnete in einem Monat viermal gesprochen hat. Bei seiner ersten Rede sprach er nach dem Überfall der Polen auf Litauen unter lebhaftem Beifall gegen den räuberischen Feind und betonte, daß die Satzungen der deutschen Partei Litauens die Unabhängigkeit des litauischen Staats anerkennen. Er fuhr aber sodann wörtlich fort: „Die Deutschen Litauens sehen auf die Deutschen aus Deutschland wie auf eine ihnen halbwegs fremde Nation. Die Volkspsyche der Deutschen Litauens ist im Lauf der vielen Jahre eine ganz andere geworden wie die Psyche der Deutschen in Deutschland. Deswegen wurden die Deutschen Litauens auch zur Zeit der Okkupation „Landeseinwohner“ genannt, wie auch alle andern Bewohner Litauens. Deswegen möchte ich Sie, verehrte Mitglieder des Sejms, bitten, sich immer

des Unterschieds bewußt zu bleiben: Litauens Deutsche sind nicht Deutschlands Deutsche.“ Der Abgeordnete betonte, es gäbe in Litauen ungefähr 66 000 Deutsche, die sich als treue Bürger des litauischen Staates fühlten und die Regierung in jeder Weise in ihrer Selbständigkeit und gegen die räuberischen Überfälle der Polen schützen wollten. Bei der Bildung des Landes-Verteidigungs-Komitees wurden dabei die Deutschen als gleichberechtigt anerkannt und dem deutschen Abgeordneten der Posten des Kassiers anvertraut. Er hat im übrigen noch eine ganze Reihe von Ehrenämtern, die das erwähnte deutsche Blatt aufzählt. Er ist Sekretär der allgemeinen Gesetzes-Kommission des Sejm, Lektor an den Hochschulkursen, zugleich auch Sekretär von deren juristischen Abteilung, Prokurator des Evangelisch-Lutherischen Konsistoriums, verantwortlicher Redakteur der Litauischen Rundschau, 2. Vorsitzender des Vereins „Deutsche Oberrealschule von 1920“, Vorstandsmitglied im deutschen Schulverein zu Kowno und Sekretär des vorläufigen Zentralausschusses der Partei.

Estland.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Dorpat gab es zwei deutsche Listen. Auf die eine entfielen 1945 Stimmen, sie erhielt 6 Sitze, auf die andere, die der freisinnigen deutschen, entfielen 442 Stimmen, mithin 1 Sitz. Die Wahlbeteiligung betrug nur 63,6% bei 19 717 Stimmen. Die Deutschen haben gegen die Parlamentswahlen um etwa 200 Stimmen zugenommen. Auch wenn sie einig gestimmt hätten, wäre ihnen kein weiteres Mandat zugefallen.

Bei den Wahlen zum Stadtverordnetenkollegium in Narva ist die sozialdemokratische Mehrheit gebrochen worden. Die Sozialdemokraten bekamen von 28 Sitzen nur 2 wieder. Russen, Deutsche und Juden erzielten 4 Stimmen, die Rechte verfügte über 15 Stimmen, das Zentrum (Arbeitspartei) über 18, die Linke über 12; 33 (früher 17) bürgerlichen Stimmen stehen 12 (früher 28) sozialistische gegenüber. Die 4 Vertreter der völkischen Minderheiten setzen sich aus 3 Russen und 1 Deutschen zusammen.

Auch in Wesenberg sind die Deutschen zum ersten Male mit einer selbständigen Liste aufgetreten, von der 4 Kandidaten gewählt wurden.

In Pernau bekam die deutsch-baltische Partei als stärkste von allen Parteien mit 1947 Stimmen, also annähernd ein Viertel aller abgegebenen Stimmen, anstatt ihrer bisherigen 13 Sitze von 56 Sitzen deren 15. Auch hier erlitten die Sozialdemokraten schwere Verluste.

Lettland.

Die Angelegenheit des Festzuges der Johannisgilde und der Mariengilde anlässlich der Anerkennung Lettlands zieht weitere Kreise. Gegen die Erklärung des Ausschusses der deutsch-baltischen Partei Lettlands wendet sich in einer lettischen Zeitung Herr Walter von Saß, der gegen die Diktatur des Parteiführers Dr. Schieman protestiert. Die Mehrzahl des lettischen deutschen Bürgertums gehöre zu keiner Partei und wolle keine Cliquenpolitik, sondern in Solidarität mit allen anderen Heimatbürgern leben. Der Ältermann der Johannisgilde läßt in den Zeitungen erklären, die Johannis- und die Mariengilde stelle von jeher diejenige Bevölkerungsgruppe dar, die ohne Unterschied der Nationalität und Parteizugehörigkeit den Kern der Bevölkerung Altrigas bildet. Als eine Veranstaltung dieser Gilde und der Bürger Rigas sei der Festzug zu betrachten gewesen.

Asherbeidjan.

Die „Kaukasische Post“ in Tiflis ist in der Lage, den Bericht eines Augenzeugen wiederzugeben, der Entsetzliches über das Los der deutschen Kolonisten von Helenendorf berichtet.

Wir entnehmen dem Blatte folgende Mitteilung über die gegenwärtige Lage dieser deutschen Siedelung, die sich bis dahin noch eines verhältnismäßigen Wohlstandes erfreut hatte, eine Mitteilung, die um so erschütternder wirkt, als sich an sie die Bemerkung schließt, daß „die Lage der übrigen deutschen Kolonien Asherbeidjans die nämliche, wenn nicht gar noch eine schlimmere ist“:

„Die ‚Expropriierung der Bourgeoisie‘ oder, deutsch gesprochen, die unfreiwillige Entäußerung bürgerlichen Besitzes, und zwar ohne Entgelt, wie sie in Baku vom 8.—24. Dezember v. Js. aus einstweilen nicht deutlich erkennbarer Veranlassung höheren Orts angeordnet, von Arbeiterscharen in Begleitung von Rotarmisten in einer Weise durchgeführt wurde, daß gewiß kaum eine bürgerliche Familie außer der allernotwendigsten Bekleidung und den im täglichen Gebrauch allernotwendigsten Gegenständen von ihrer fahrenden Habe etwas nachbehalten hat, ist ungefähr um dieselbe Zeit in Helenendorf mit noch größerem Nachdruck besorgt worden, wobei an bewaffneten Widerstand nicht zu denken war, weil die ‚Expropriatoren‘ in einer die Bevölkerungsziffer der Kolonie (zirka 2500 Seelen) vielfach überragenden Zahl tätig waren und sich natürlich nicht nur auf das Regierungsdekret, sondern auch auf ihre reichliche Ausrüstung einschließlich Maschinengewehre als auf realere Beweise ihrer Macht stützten. Hier sind es hauptsächlich Rotarmisten gewesen, die Soldateska, welche in den Häusern der Bürger so hauste, als wäre sie in Feindesland. Die großen Vorräte an Wein, Kognak und sonstigen Spirituosen trugen das ihrige dazu bei, die ‚Energie‘ der ‚Expropriatoren‘ dauernd zu unterhalten. Die Leute badeten förmlich in dem berausenden Naß, und es ist kein Wunder, daß neben dem ‚Entäußern‘ auch andere schlimme Dinge passiert sind. Sämtliches lebende Inventar, alles Geflügel, alle Lebensmittelvorräte, alles, was nach den Begriffen des ‚Kommunismus‘ an Wäsche und Bekleidung für überzählig gilt, alles Hausgerät bis auf das Unentbehrlichste, d. h. einen Teller, ein Paar Messer und Gabeln, einen Löffel, einen Topf, eine Bettstelle, eine Decke, ein Kopfkissen usw., alle Möbel, außer einem Tisch und einer gewissen Anzahl von Stühlen, ja selbst alle Fensterscheiben (mit den Rahmen!) und vielfach auch die Türen sind ‚entäußert‘ und von den Bürgern selbst laut Befehl und meist auf ihren eigenen, hernach gleichfalls ‚entäußerten‘ Leiterwagen zur Station Elisabethpol fortgeschafft worden. Was nicht mitgenommen werden konnte, wurde zerschlagen, offenbar, damit die Bürger nicht in die Versuchung kämen, es fernerhin doch noch zu benutzen. Nicht einmal die kommunalen Einrichtungen, wie Konsumverein, Gemeindeschlachtereier, Apotheke und dergleichen mehr, blieben unversehrt. Krankheit im Hause bewahrte nicht vor Verwüstung desselben. Mit einem Wort: Das Elend in Helenendorf spottet jeder Beschreibung: gar mancher ist dem Wahnsinn nah, alle sind Bettler geworden oder, moderner ausgedrückt, ‚gleichberechtigte‘ Bürger, die nur ihr Stück Land, ihr leeres Haus und ihr Paar Hände behalten haben, womit sie nun weiter im Schweiß ihres Angesichts ihr tägliches Brot erwerben sollen, da ja ein Entrinnen aus der Republik Asherbeidjan seit ihrer Sowjetisierung, an ein Auswandern, angesichts des allgemeinen Ausreiseverbots gar nicht zu denken ist. Glücklicherweise schätzen sich einzig die, die dort bereits unter dem Rasen der Ewigkeit entgegenschlummern, denn sie sind von dem Äußersten unberührt geblieben, das jetzt die Kolonie Helenendorf

betroffen hat und mit dem nicht einmal der Überfall der Perser vom Jahre 1826 den Vergleich aushält. Nur der Glaube an eine bessere Zukunft kann die in ihrem Gemüt Zerknirschten und Zermürbten, an Seele und Leib Zerbrochenen wieder aufrichten und ihnen trotz aller Heimsuchung den Lebensmut und die Schaffensfreudigkeit erhalten. Gott helfe den Ärmsten!"

Das ganze deutsche Volk muß seine Stimme erheben gegen diese Mißhandlung. Wie wir hören, hat der jetzt in Tiflis angekommene neue Gesandte Deutschlands, Herr Rauscher, bei der diplomatischen Mission Sowjetrußlands in Tiflis Protest erhoben und für die unglücklichen Landsleute wenigstens freie Ausreise verlangt.

Palästina.

Nach einer Mitteilung der „Katholischen Missionen“ ist ein deutscher Priester vom Oberkommissar Herbert Samuel in Palästina empfangen worden. Er erhielt vom Oberkommissar die Versicherung, daß es sein Wunsch sei, daß im Heiligen Lande alles werde wie immer. Der Krieg sei zu Ende, und es sei endlich Zeit, alle Erbitterung und alle Feindseligkeiten einzustellen und wieder friedlich und miteinander zum Wohle Palästinas zu arbeiten. — Der „Haarez“, die angesehenste hebräisch-jüdische Zeitung des Landes, schreibt, wie die „Zionist. Korresp.“ mitteilt, in demselben Sinne: „Als ein überall verfolgtes Volk haben die Juden die Pflicht, die heute in unsagbarer Not lebenden Deutschen zu unterstützen, wo es geschehen kann. Die deutschen Kolonisten sind ein fleißiger und nützlicher Faktor im Lande und sollten als Musterbauer den jüdischen Kolonisten vorgehalten werden.“ — Am 14. Januar landeten in Jaffa abermals 300 deutsche Rückwanderer.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Eine „deutsch-amerikanische Bürgerliga von Chicago“ hat in einer Versammlung beschlossen, eine deutsch-amerikanische Bürgerliga in den Vereinigten Staaten zu organisieren. Zwar wird im „Milwaukee Herold“ vom 14. Januar darauf hingewiesen, daß in der Versammlung nur 16 Personen anwesend gewesen seien und daß die deutschsprachliche Tagespresse überhaupt nicht vertreten war, nachdem der Vertreter des „Milwaukee Herold“ den Saal verlassen hatte. Trotz dieser anscheinend geringfügigen Beteiligung möchten wir über diese Versammlung, die den Zweck hat, in den Amerikanern deutschen Blutes ein lebendiges Gefühl für ihre Bürgerpflicht und Bürgerrechte zu erwecken, einiges mitteilen, da sie in Viereck und seinem American Monthly zweifellos eine starke propagandakräftige Stütze findet. Das ganze Land Amerika wurde in 5 Bezirke eingeteilt, den Osten, Norden, Süden, Westküste und den Mittelwesten und 5 Vorsitzende für die einzelnen Bezirke gewählt. Ein Ausschuß wurde gewählt und 14 Beschlüsse wurden gefaßt, die ein starker Ausdruck dessen sind, was ein Teil des Deutschamerikanertums in Amerika jetzt erstrebt. Diese Beschlüsse lauten:

Die Beschlüsse.

1. Wir wünschen unserer Hoffnung und unserer Zuversicht Ausdruck zu geben, daß die Verwaltung des Herrn Harding eine neue Ära des guten Willens, nach innen und nach außen, herbeiführen und dauernd erhalten werde. Wir erwarten vertrauensvoll, daß die Amerikaner deutscher Abstammung in gleichem Maße wie ihre Mitbürger an der Regierung unseres Landes teilnehmen werden, und daß der erwählte Präsident, wenn er die Mitglieder seines Kabinetts auswählt und diplomatische Vertreter, Postmeister, Steuererheber und andere Bundesbeamte ernennt, die Zahl sowie die heldenmütigen Leistungen dieses Elementes vor, während und nach dem Kriege in Betracht zieht.

wird. Wir verlangen von Herrn Harding nicht, daß er irgendeinen Mann ernennen soll, weil er ein Amerikaner von deutscher Abkunft ist, aber wir fordern von ihm, daß er niemand aus diesem Grund zurücksetzen möge.

2. Wir bitten voller Hoffnung, daß sofort ein gerechter Friede zwischen unserem Lande und Deutschland und Österreich geschlossen werden möge, der mit den Verpflichtungen in Einklang steht, die wir mit jenen Ländern vor dem Waffenstillstand eingegangen waren, und der die ehrlösen Friedensverträge von Versailles und St. Germain mit demselben Nachdruck zurückweist, mit welchem das amerikanische Volk die falsche Völkerliga des Herrn Wilson zurückgewiesen hat.

3. Wir sprechen unser Mitgefühl aus für diejenigen unserer Stammesbrüder, welche durch den Zwang der Alliierten, unter Mithilfe des Präsidenten Wilson, der Fremdherrschaft und Knechtschaft ausgeliefert worden sind. Insbesondere verdammten wir die Abtretung des südlichen Deutschland an Italien als eine grobe Verletzung des in den vierzehn Punkten Präsidenten Wilson enthaltenen Geistes; ferner die Auslieferung von Millionen Deutschen, deren Wohnsitz auf allen Seiten an die ihrer Stammesgenossen grenzen, an Czechoslovakia, und die Annektierung der alten deutschen Lande Elsaß-Lothringen ohne Rücksicht auf Prinzip der Selbstbestimmung.

4. Wir fordern die sofortige Rückziehung aller amerikanischen Truppen aus den besetzten Gegenden Deutschlands, und wir ersuchen die Regierung dringend, auf die Alliierten diplomatischen Druck auszuüben, um sie ihrerseits zu gleichem Vorgehen zu veranlassen, so daß das deutsche Volk von dem unerträglichen pekuniären Druck und die Frauen und Kinder der besetzten Gebiete von den Gewalttätigkeiten, Angriffen und Ausschreitungen schwarzer und weißer französischer Truppen erlöst werden mögen.

5. Wir drücken unser herzliches Mitgefühl mit dem Volke Irlands aus und dringen darauf, daß die neue Regierung dazu beihelfe, Selbstregierung für die irische Republik zu erringen. Das britische Reich führt gegen Irland Krieg unter offener Verletzung der Menschlichkeit und der internationalen Gerechtigkeit und verletzt die Grundsätze, zu deren Verteidigung amerikanisches Blut vergossen und amerikanische Schätze freigebig ausgestreut wurden, als wir während des Weltkrieges das britische Reich verteidigten. Diesen Grundsätzen hatte die britische Regierung zugestimmt und sie feierlich bei dem Waffenstillstand angenommen, durch welchen man den Frieden der Welt sicherstellen wollte. Die barbarischen Handlungen der britischen Truppen in Irland, ihr Gefangenemord, ihre Tötung von Frauen und Kindern, ihr Plündern und Inbrandstecken von Städten und Dörfern, ihr Zerstören der Ernte und andere Greueltaten ähnlicher Art, haben einen Zustand heraufgeführt, der ein Verbrechen gegen die Menschheit und eine Gefahr für die moderne Gesittung bildet. Amerikanische Bürger sind in Irland gemißhandelt und erschossen worden, amerikanische Schiffe haben unnötige Scherereien erdulden müssen, ihre Offiziere und Mannschaften sind von der britischen Soldateska auf das unwürdigste behandelt worden, so daß die Ehre der Vereinigten Staaten verletzt worden ist, nicht zu reden von der Beschädigung unseres Handels.

6. Wir verdammten den Versuch, dieses Land zum Nutzen Großbritanniens in einen Krieg mit Japan zu verwickeln. Jenes Land ist darauf aus, wie es längst seine Politik gewesen, die amerikanische wie die japanische Flotte zu zerstören, und die einzigen Konkurrenten, die es noch zur See und in den Weltmärkten hat, auf die Seite zu schaffen.

7. Wir verlangen den Widerruf des Panamakanal-Zollgesetzes, die Vorzugsbehandlung der amerikanischen Schifffahrt, und den Aufbau einer großen amerikanischen Kauffahrteiflotte, die amerikanischen Bürgern gehören soll und wenn notwendig von der Regierung subventioniert wird und den Schutz der größten See- und Luftflotte in der Welt genießt.

8. Wir stehen unentwegt gegen jede Politik, die uns in auswärtige Bündnisse verwickelt; besonders sind wir gegen ein Bündnis mit Großbritannien, dem Erbfeind dieser großen Republik.

9. Wir verlangen eine Untersuchung des Staatsdepartements und des Amtes für feindliches Eigentum wegen deren ungerechten und gewalttätigen Maßregeln gegen amerikanische Bürger. Wir empfehlen die Rückgabe von Eigentum, das konfisziert und zurückbehalten worden ist in Verletzung ausdrücklicher Verträge und Verletzung des Völkerrechts.

10. Wir protestieren gegen barbarische Angriffe auf amerikanische Bürger deutscher Abkunft, und machen aufmerksam auf solche rechtswidrigen Vorfälle, wie z. B. den Fall Bischoff in Jacksonville, Florida, gegen den, soweit ersichtlich, weder Staats- noch Bundesbehörden eingetreten sind.

11. Wir verlangen, im Namen der Gerechtigkeit und der Ehre unseres Landes, die augenblickliche Freilassung des Eugene V. Debs und die Untersuchung jedes einzelnen Falles von Verurteilung unter dem Spionagegesetz.

12. Wir verdammen das Prohibitionsgesetz, das dem amerikanischen Volke durch eine skrupellose und zielbewußte Minderheit aufgebürdet worden ist, als die Ursache von Tod und Verderben und von Gesetzesverachtung. Wir befürworten dringend eine allgemeine Volksabstimmung über die Prohibitionsfrage, eine Abänderung des Volsteadgesetzes durch den Kongreß und dessen möglichst liberale Auslegung durch die Bundesbehörden.

13. Wir machen den Vorschlag, daß die neue Regierung sofort die Frage der Einwanderung und der darauf bezüglichen Gesetzgebung in liberalem Geiste in Erwägung ziehe; daß auf eine Reihe von Jahren hinaus die Einwanderung von Landarbeitern begünstigt werde, so daß unsere Farmer in den Stand gesetzt werden mögen, genügend Nahrungsmittel zu erzeugen, deren Produktion in drohender Weise abgenommen hat, damit eine nennenswerte Herabsetzung der Lebenskosten möglich wird.

14. Sei es ferner beschlossen, daß die vorstehenden Beschlüsse dem Präsidenten und allen Kongreßmitgliedern unterbreitet werden sollen.

Der Präsident Harding empfing, wie sich die „Tägl. Rundschau“ melden läßt, eine Abordnung von Deutsch-Amerikanern unter der Führung des bekannten deutsch-amerikanischen Dichters und Politikers George Sylvester Viereck, über dessen Kampf für Harding wir an dieser Stelle mehrfach berichtet haben. Die Abordnung drückte die oben erwähnten Wünsche der Deutsch-Amerikaner und namentlich der um Viereck sich scharenden Gruppe aus und bat, daß Harding Deutschland gegenüber freundschaftliche Gefühle an den Tag legen möchte.

Allerdings erheben sich in der deutsch-amerikanischen Presse doch auch eine Menge Stimmen, die sich gegen Viereck und seine Politik aussprechen und die ihn nicht als Führer des Deutschums in Amerika anerkennen wollen. So bringt z. B. die amerikanische Wochenschrift der „Landsmann“ einen kräftigen Artikel, in dem er Viereck eine Schädigung der Interessen der Deutschamerikaner vorwirft und das Wort „Deutschamerikaner“ vollkommen ablehnt. Den Bürgern deutscher Herkunft sei nichts zu größerem Verhängnis in Amerika geworden als die unselige

Sonderbündelei, die man diesen inmer wieder zum Vorwurf machen konnte. Die Chicagoer Tagung wird unglücklich genannt und mit demselben Wort werden auch die Entschließungen gekennzeichnet, die dort gefaßt wurden. In derselben Nummer dieser Wochenschrift „Der Landsmann“ finden wir übrigens auch eine Mitteilung, daß der Vertreter der „Voss. Ztg.“, Herr von Salzmann, bei einer Versammlung in der Neuyorker Männerchor halle durch den bekannten Deutschamerikaner Prof. von Mach vorgestellt wurde und eine Ansprache hielt, von der der Vizepräsident der Vereinigten deutschen Gesellschaften, Anwalt Chas. A. Oberwager einem Times-Reporter sagte, daß er ihm auf die Nerven gegangen sei und daß er alsbald, nachdem Salzmann geendet habe, auf die Tribüne gegangen sei, um ihn anzugreifen. Die Deutschen in Amerika hätten durchaus keine Lust, sich von Leuten von drüben vorschreiben zu lassen, was sie tun sollten und was sie unterlassen sollten.

Im ehemaligen German Club, der sich jetzt Unity Club nennt, sprach der deutsch-amerikanische ehemalige Handelsminister Charles Nagel über die politischen Bestrebungen der Deutsch-Amerikaner. Er warnte vor politischen Sonderbestrebungen unter deutlichem Hinweis auf die Bewegungen der Viereckschen Gruppe, die einen Bürger deutscher Abstammung in Hardings Kabinett haben wollte. Solche geräuschvolle Politik sichere keinen Einfluß. Deutsche Bestrebungen in Amerika könnten nur Kulturbestrebungen sein und könnten nur politisch werden, wenn sich diese Kulturbestrebungen politisch feindlichen Einflüssen entgegenstemmten. Vorlaute Schwätzer dürften in ungeeigneter Zeit den Mund nicht zu voll nehmen und ernste Männer dürften im geeigneten Moment den Mund nicht luftdicht verschlossen halten. Die Deutsch-Amerikaner könnten nur innerhalb der amerikanischen Parteien arbeiten und Erfolge erzielen.

Das Zentral-Komitee zur Linderung der Not in Deutschland und Österreich hat nunmehr mit der Herausgabe einer Monatsschrift begonnen, welche den Namen „Das Hilfswerk“ trägt und dazu bestimmt ist, ein engeres Zusammenarbeiten zwischen und mit den einzelnen Lokalkomitees herbeizuführen.

Aus der ersten Nummer der Zeitung entnehmen wir, daß seit der Bildung des Zentralkomitees im Februar 1920 im ganzen 1294829 Dollar gesammelt wurden, während zur Deckung der Unkosten, die naturgemäß mit der Tätigkeit und der ausbreiteten Propaganda des Komitees zusammenhängen, einige Geschäftsleute in Neuyork die Summe von 17000 Dollar stifteten, so daß die Spenden des Komitees ohne Abzug nach Deutschland und Österreich abgegeben werden konnten. Die Verteilung der Gaben erfolgt fast ausschließlich durch das deutsche und das österreichische Rote Kreuz.

Von der obengenannten Summe von 1294829 Dollar gingen u. a. die folgenden runden Summen von 10000 Dollar und darüber von einzelnen Lokalverbänden ein: Los Angeles, Cal 16000 Dollar; San Franzisko 21000 Dollar; Denver Col 14000 Dollar; New Haven Conn. 26000 Dollar; Boston 26000 Dollar; Detroit Mich. 17000 Dollar; St. Louis Mo. 49000 Dollar; Omaha Neb. 14600 Dollar; Hoboken N. J. 73000 Dollar; Newark N. J. 10000 Dollar; Brooklyn und Neuyork 479000 Dollar; Cincinnati O. 47000 Dollar; Cleveland O. 24500 Dollar; Portland, Oregon 10000 Dollar; Austin Tex. 10000 Dollar und Seattle Wash. 28000 Dollar. Die Bezirke von Nord-Illinois, Chicago usw. und Milwaukee Wis. haben gesonderte Organisationen.

Auf Wunsch des roten Kreuzes beschränkt sich das Zentral-Komitee in der Hauptsache auf den Ankauf und die Verschiffung von gezuckerter kondensierter Milch, wofür über 1000000 Dollar verausgabt und 6023760 Blichsen Milch zur Verteilung gelangten. Auch Reis, Mehl und Lebertran kam in größeren Mengen zur Verteilung.

Von großer Bedeutung ist es, daß nunmehr die Absicht besteht, ein gemeinsames friedliches Zusammenarbeiten der verschiedenen bereits bestehenden Hilfsgesellschaften zu erzielen, die zersplitterten Kräfte zusammenzufassen und alle Energie für das große Werk zu sammeln; es muß eine Organisation geschaffen werden, welche das Quäker-Hilfswerk in Deutschland fortsetzt. Dazu bedarf es 700000 Dollar monatlich oder 8400000 Dollar pro Jahr.

Unter einem Aufruf „Das Gebot der Stunde“ wendet sich das Organ des Zentral-Komitees an alle Hilfsaktionen für Deutschland, sich ihm anzugliedern und gemeinsam mit ihm das groß Ziel zu bewältigen.

KLEINE NACHRICHTEN

Heimat-Gedenken.

Seiner Heimatgemeinde **Plattensburg** hat der Großindustrielle **W. Adenborn** in Neu-Orleans, der in Gemeinschaft mit dem gleichfalls dorthier stammenden Fabrikanten **Fritz Haßmer** in Jersey City eine Million Mark stiftete, die für Kriegerwitwen und Waisen waren, jetzt neuerdings 500000 überwiesen und hat gleichzeitig der evangelischen Volksschule für unterernährte Kinder auf mehrere Monate Lebensmittel zur Verfügung gestellt.

John G. F. Hieber in Spokane in Nordamerika hat 15 Fässer Schmalz, je 9 Zentner Speck und Reis, 270 Pfund Hartwurst und 10 Kisten kondensierte Milch an das Stuttgarter Waisenhaus gesandt. Seine Vaterstadt **Bopfingen**, die Geburtsstadt seiner Frau, **Nördlingen**, und zahlreiche Verwandte wurden außerdem mit reichen Gaben bedacht, Kriegerwaisen, Säuglingsheime und Kindererziehungsanstalten erhielten ferner reichliche Gaben.

Der „Vorwärts“, das sozialdemokratische Organ von **Zsombolya** (Hatzfeld) hat von Freunden in Amerika 67000 Kronen überwiesen bekommen, die anlässlich einer Veranstaltung von in Newyork ansässigen Hatzfelder Deutsch-Amerikanern für notleidende Kinder zusammengebracht wurden.

Der Großkaufmann **Schöllkopf** aus Buffalo hat zum Andenken an seine in **Kirchheim u. T.** geborenen Eltern der Stadt 100000 Mark gestiftet, die auf verschiedene Wohlfahrtsorganisationen verteilt werden sollen.

Wie die „Sonntagsglocke“ Peoria mitteilt, hat Herr **J. P. Schnellbacher** in Peoria, ein geborener Hesse, seiner Vaterstadt **Wersau**, Kreis **Dieburg**, **Hessen-Darmstadt**, ein prachtvolles neues Glockenspiel als Ersatz für die im Kriege eingeschmolzenen Glocken der Stadtkirche zu Weihnachten geschenkt. Herr Schnellbacher ist seit 55 Jahren im Staat **Illinois** ansässig und hat, obgleich gut amerikanischer Bürger, die alte Heimat nicht vergessen.

Gießen. Freunde der Gießener Universitäts-Bibliothek haben im Ausland, namentlich in Amerika, begonnen, Mittel zur Beschaffung von Auslandszeitschriften und Büchern für die Bibliothek zusammen zu bekommen. Bisher sind 25000 Mark gesammelt worden. Die Sammlung wird fortgesetzt.

Pfarrer Georg Schwalm †. In **Pantschowa** starb im 73. Lebensjahr der evangelische Pfarrer **Georg Schwalm**, der ein deutscher Schriftsteller von ungewöhnlicher Fruchtbarkeit und

von starkem Einfluß auf das Deutschtum gewesen ist. Seine mundartlichen Gedichte waren weithin bekannt. Er war allezeit ein aufrechter Vorkämpfer für das Deutschtum seiner Heimat.

Eduard G. Uihlein †. In **Milwaukee** starb **Edward G. Uihlein** im Alter von 75 Jahren, der zwar nicht viel mit seinem Namen an die Öffentlichkeit trat, aber von der „Neuen Zeit“ in **Chikago** zu den besten Deutsch-Amerikanern gerechnet wird. Er war geborener **Badener**, wanderte 1864 aus und kam rasch zu Stellung und Ansehen. In den deutschen sozialen, gesellschaftlichen und humanitären Vereinen wirkte er eifrigst mit, er war Gründer des „**Teutonia**“-Männerchors, der 1918 sein fünfzig-jähriges Bestehen feierte.

Prälat Dr. Werthmann, der bekannte Leiter des Deutschen Caritas-Verbandes in **Freiburg**, der auch Mitglied des Verwaltungsrats des Deutschen Auslands-Instituts ist, hat vom Papst den Titel eines Apostolischen Protonotars erhalten in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Organisation der Caritas und die praktische Betätigung der christlichen Nächstenliebe im katholischen Deutschland.

Dr. Ernst Reclam, der Sohn des weltbekannten Verlegers und einer der jetzigen Inhaber des Verlages, ist von der Oriental University in **Washington** zum Ehrendoktor ernannt worden, weil die Universität das Bedürfnis empfand, „gerade einem um die deutsche Volksbildung so verdienten Verlage eine Ehrung zu erweisen“. Er hat aber den Dokortitel nicht angenommen, da er von einer in wenig hohem Ansehen stammenden Hochschule einer „Gelddoktorfabrik“, stammte.

General Kundt, der vor dem Kriege an der Spitze des bolivianischen Heeres stand, zu Beginn des Weltkrieges gerade auf Urlaub in Deutschland war, als deutscher Generalstabs-offizier, Regimentsführer, Brigadekommandeur und späterer Divisionär den Krieg mit hoher Auszeichnung mitmachte und dann wieder nach Bolivien zurückkehrte, war dieser Tage Gegenstand einer begeisterten Kundgebung in **La Paz**. Dort feierte das Regiment **Camacho** den Geburtstag des Generals, dessen Namen es trägt und zur Feier war auch **General Kundt** in Zivilrock, geschmückt mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse erschienen. Französischer Protest hat bisher verhindert, daß er wieder an die Spitze des bolivianischen Heeres treten konnte. Aber stürmischer Jubel ehrte ihn, als der Regimentschef in begeisterten Worten die Verdienste des Generals **Kundt** um die Arbeit hervorhob und dem Wunsche Ausdruck gab, der General möge bald wieder die Führung des Heeres übernehmen.

KIRCHE UND MISSION

Zur Lage der evangelischen Kirche in Polen. Die für das gesamte Deutschtum in Polen so wichtige Frage der Rechte der Kirche war Gegenstand einer eingehenden Beratung durch die Verfassungs-Kommission des Sejms am 19. und 20. Januar, an der sich etwa 40 Personen beteiligten, darunter die beiden Abgeordneten von **Lodz**, **Friese** und **Spickermann**, Vertreter von **Posen**, **Lemberg** und **Warschau**. Unter anderem waren, die Generalsuperintendenten **Bursche**-**Warschau** und **Blau**-**Posen** und der polnische Kultusminister **Rataj** anwesend. Den Vorsitz führte der Präses der Verfassungskommission, den Bericht erstattete der evangelische Pole und Abgeordnete Professor **Buzek**. Er betonte, es gebe in Polen 1650000 Evangelische, davon in **Kongreßpolen** etwa 650000, im ehemaligen **Preußen** 910000, in **Galizien** 41000, in den östlichen Randgebieten **Polens**, die ihm durch den Friedensvertrag von **Riga** zuerteilt wurden, 50000. Der Berichterstatter ging auf die verschiedenen Verfassungen

der einzelnen evangelischen Kirchengesellschaften ein, die ausnahmslos veraltet seien und durch eine neue Verfassung ersetzt werden müßten. Es folgte die Verlesung eines von dem Abgeordneten Nader verfaßten Entwurfs, der in ganz Polen lebhaften Widerstand ausgelöst hat. Als erster Kritiker trat Herr Bursche auf und forderte für die katholische Kirche höchstens eine Stellung als *primus inter pares*, forderte aber volle Gleichberechtigung auch der Evangelischen. Gegen den Ausdruck des Redners, daß „sogar auch“ die Deutschen dem Staate gegenüber loyale Bürger seien, protestierten die Lodzer Vertreter ganz energisch. Die deutschen Lutheraner in Polen seien ebenso treue Staatsbürger wie die Polen.

Generalsuperintendent Blau lehnte den Gesetzentwurf entschieden ab, wandte sich gegen jede Vermischung dieser Glaubensfrage mit politischen Dingen, gegen das Mißtrauen über die staatsbürgerliche Loyalität der Evangelischen, das im Gesetzentwurf zum Ausdruck kommt. Die Kirchen seien vor Veröffentlichung des Gesetzentwurfs gar nicht gehört worden, sie hätten das Recht, religiöse und soziale Institutionen ins Leben zu rufen und dürften darin nicht beschränkt werden. Gegen die Verwendung der deutschen Sprache durch den Redner protestierte sodann ein Pole, worauf die Ausführungen des Generalsuperintendenten Blau ins Polnische verdolmetscht wurden.

Der Vertreter Galiziens, Dr. Keßler-Lemberg, protestierte namentlich gegen den Zwang, den man der Ausbildung der protestantischen Geistlichen auferlegen wolle. Diese Ausbildung zu regeln sei Sache der Kirche selbst, der Staat habe sich nur einzumischen, wenn die Kirche mit ihrer Regelung staatlichen Gesetzen zuwider handle. Auch der Warschauer Vertreter, Ingenieur Woyda, widersprach dem Gesetzentwurf und verlangte volle staatsbürgerliche Freiheit für alle Polen gleich welchen Bekenntnisses. Die Forderung Bursches, daß an der Spitze der evangelischen Kirche nur Personen stehen dürften, die der Regierung angenehm seien, sei zu verwerfen, denn jeder loyale Staatsbürger habe der Regierung angenehm zu sein und an der Spitze der Kirche habe der zu stehen, der vom Vertrauen der Kirchenangehörigen getragen sei. Es äußerten sich darauf verschiedene Abgeordnete über die Frage und es wurde ein Antrag des polnisch-sozialistischen Abgeordneten Czapinski, den Entwurf noch einmal der Verfassungskommission zur Durcharbeitung zu überweisen, mit Stimmenmehrheit abgelehnt, da ja Verbesserungen und Veränderungen noch vor der dritten Lesung eingefügt werden könnten. Der Kultminister verlangte, daß der Entwurf, wie ihn der Abgeordnete Nader vor der nationalen Arbeiter-Partei vorgelegt habe, sofort Gesetz werde. Man setzte darauf eine Unterkommission zur Besprechung verschiedener Fragen ein.

Am zweiten Verhandlungstage wurde beschlossen, für die deutschen Teilnehmer, die kein polnisch verstanden, alle Reden zu verdolmetschen. Es wurde namentlich über die Paragraphen 117 und 118 des polnischen Verfassungsentwurfs gesprochen, in denen steht, daß die römisch-katholische Religion, die Religion der überwiegenden Mehrheit des Volkes, im Staate die führende Stellung einnehme, daß sie durch eigene Gesetze regiert werde und daß das Verhältnis des Staates zur Kirche durch eine Verständigung mit dem apostolischen Stuhle festgesetzt werden solle. Das Verhältnis des Staates zu den anderen Religionen werde nach Anhörung der Anträge der Vertreter derselben gesetzlich geregelt. Zu diesem letzteren Artikel brachte die deutsche Vereinigung im Sejm (die Deutschen machen 90 Prozent aller Protestanten Polens aus!) folgenden Abänderungsvorschlag ein: „Die evangelische Kirche, und zwar die evangelisch-unierte, die evangelisch-augsburgische, die evangelisch-reformierte werden

durch besondere vom Staat im Einvernehmen mit den zuständigen Vertretern dieser Kirchen betätigten Gesetze autonom regiert“.

Der viel angefeindete Gesetzentwurf Naders ist, wie die „Lodzer Freie Presse“ erfährt, vom Warschauer Generalsuperintendenten Bursche und Professor Buzek ausgearbeitet, die dann auch bei der Besprechung als Hauptunterstützer des Entwurfs auftraten und ihn mit allen Mitteln sofort durchzudrücken versuchten. Die seinerzeit in Warschau zur Ausarbeitung eines Kirchengesetzes in Warschau gewählte Kommission von evangelischen Bürgern, zu der auch der Sejm-Abgeordnete Spickermann gehörte, war dabei nicht gehört worden. Die Verfassungskommission des Sejm beschloß schließlich mit Stimmenmehrheit die Vertagung, um den einzelnen Kirchengesellschaften Gelegenheit zu geben, zu dem Entwurf ausführlich Stellung zu nehmen.

Amerikanische Jesuiten als Ersatz für deutsche in Indien. Über England sind fünf Jesuitenpatres, die zur Maryland-Provinz gehören und bis vor kurzem der Universität in St. Louis zugehört waren, nach Indien gegangen, um dort die Missionsdiözese Patna zu übernehmen. Dieser Missionsbezirk war, wie viele andere in Indien, vor dem Kriege Jesuitenpatres anvertraut, die zur Provinz Deutschland gehörten, und wurde nach Vertreibung derselben der Fürsorge der Provinz England übergeben, die jedoch nicht in der Lage ist, den Bedarf an Missionaren von sich aus völlig zu decken.

Ein katholisches Einwanderungshospiz in Neuyork. Nach dem Sonntagsblatt der Staatszeitung und des Herold vom 23. Januar ist das neu erstandene Leohaus des Raphaelsvereins (in der West 23th. Straße Nr. 330, zwischen 8. und 9. Ave.) feierlichst neu eingeweiht worden. Es ist 4 Stock hoch und 75 Fuß breit, einfach und geschmackvoll eingerichtet. Über dem Eingang stehen die goldenen Schriftzeichen: St. Raphaels Society Leo Haus. Erbauer ist der Architekt Herr Henry Köble, Sohn des ersten Vertrauensmannes des St. Raphaelsvereins. Das Haus enthält zugleich die Wohnungen der Schwestern und des Hausgeistlichen, Krankenzimmer und große Schlafsäle, sowie eine geräumige Kapelle nebst Sakristei. Das neue Leohaus kann mindestens 100 Gäste beherbergen und ist in der Lage, einzelne Zimmer wie auch verbundene Zimmer zur Verfügung zu stellen. Durchreisenden Katholiken ist hier Gelegenheit geboten, unter Vermeidung des Hoteltebens ein Unterkommen zu finden. Das Leohaus hat gute Hoch-, Tief- und Straßenbahnverbindungen.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Zgierz. Das deutsche Progymnasium beging seine Weihnachtsfeier mit einiger Verspätung, weil erst der Abzug des einquartierten Militärs abgewartet werden mußte, um einen Saal für die Feier zu finden. Vorträge der Schüler, eine Ansprache des Direktors Schultz, Lotterie und Vergnügungsspiele wechselten ab und brachten der Schule eine Summe von 60000 Mark als Reingewinn für ihre Schulzwecke ein.

Die „Lodzer Freie Presse“ veröffentlicht den folgenden Aufruf: Die deutsche Kolonistengemeinde Mierow (Post Cholojow in Galizien) besteht aus 23 Familien. Seit dem Jahre 1914 wechseln in ununterbrochener Reihenfolge Brand, Requisitionen an Getreide und Vieh, Einquartierungen, Kämpfe in unmittelbarer Nähe mit den schrecklichen Folgen, und andere schwere Leiden. Die Gemeindeglieder harren nur infolge ererbter Ausdauer und Hoffnung auf bessere Zeiten. Ihre Hauptsorge ist, die deutschen Schulen zu erhalten. Die Hälfte der größeren Wirt, die die meisten Lasten tragen, ist abgebrannt, die Gebäude der anderen so beschädigt, daß kostspielige, ja unerschwingliche

Reparaturen notwendig sind. Darum fällt es schon schwer, die Ausgaben für die Schule zu bestreiten und diese sind um so größer, als die Schulgebäude auch abgebrannt sind und für den Klassenraum und die Lehrerwohnung Miete gezahlt werden muß. Unser Schulzimmer haben wir notdürftig hergerichtet; Lehr- und Lernmittel fehlen jedoch völlig, auch einen Ofen besitzt die Schule noch nicht, so daß der Unterricht nur an wärmeren Tagen erteilt werden kann. Christliche Bruderhilfe tut dringend not. Jeder, der bei ihm ungelesen ruhende Bücher abgeben kann und ein Herz für die geistige Not seiner unbemittelten Volksgenossen hat, wird gebeten, Schulbücher u. a. an die Schulleitung einzusenden. Gott aber vergelte alle barmherzige Liebe! Mit treudeutschem Gruß .

Adam Walach, Schulleiter.

Vom Schulwesen in Lettland.

Von den großen Schwierigkeiten, mit denen die Deutsche Gesellschaft im heutigen Lettland für die Erhaltung der deutschen Schulen zu kämpfen hat, gibt uns ein Aufruf, den der Ausschuß der deutschbaltischen Parteien in der Rigaschen Rundschau vom 29. Januar d. J. veröffentlicht, ein klares und eindrucksvolles Bild. Dieser Aufruf zeigt uns zudem wieder, mit welcher Entschlossenheit die Deutsche Gesellschaft sich das Ziel gesetzt hat, die deutsche Schule, koste es was es wolle, zu erhalten. Und es kostet viel. Allein für das laufende Jahr beträgt das Defizit der durch private Mittel aufzubringenden Beträge fast 1 Million Rubel. Eine kurze Statistik der deutschen Schulen in Lettland zeigt uns, in welchem Maße die privaten Mittel für die Erhaltung der Schulen in Anspruch genommen werden müssen. Es gibt zurzeit in Lettland 72 deutsche Grundschulen, von denen nur 28 von den Selbstverwaltungsinstitutionen ganz erhalten werden. 9 Schulen müssen von der Deutschen Gesellschaft unterstützt werden und 35 werden ausschließlich aus privaten deutschen Mitteln erhalten. Noch schwieriger gestaltet sich die Erhaltung der deutschen Mittelschulen, von denen Lettland zurzeit 8 besitzt. 5 von ihnen werden ganz von der Deutschen Gesellschaft unterhalten, 1 von der Stadt Riga und 2 staatliche Mittelschulen bedürfen starker privater deutscher Unterstützung. Trotzdem wäre die Unterhaltung dieser Schulen aus privaten Mitteln nicht denkbar, wenn nicht die deutsche Lehrerschaft mit einer beispiellosen Hingabe an die gute Sache sich ihrer schweren Aufgabe unterziehen würde und sich zum Teil mit einem Hungerlohn von 2–5 Rubel pro Stunde begnüge. Als Gegenbeispiel wäre anzuführen, daß ein Rigascher Dienstmann etwa 20 Rubel pro Stunde verdient und ein Libauer Hafenarbeiter streikt, wenn er nur 50 Rubel für die Stunde erhält.

Der Ausschuß der deutsch-baltischen Parteien veröffentlicht in der „Rigaschen Rundschau“ einen Aufruf für eine Kollekte zugunsten der deutschen Schulen in Lettland, die Mitte Februar stattfand. Nur größte Opferwilligkeit, so hieß es in dem Aufruf, könne die deutsche Schulsache vor dem Defizit und dem Zusammenbruch retten. Die Schulen seien die Grundlage der Kultur. Vor einem Jahre gab es erst 45 deutsche Schulen, jetzt unterstehen der Verwaltung des deutschen Bildungswesens 82 Schulen, und zwar 70 Grundschulen, die die ersten 6 oder 7 Klassen umfassen, 8 Mittelschulen, die die nächsten 4 Schulklassen haben, 3 Fachschulen und 1 Fortbildungsschule. Daneben gibt es noch 6 Kindergärten und 1 Volkshochschule, die den Namen „Deutsche höhere Fortbildungskurse“ führt. In Riga gibt es zurzeit 14 städtische und 3 private Grundschulen, ferner die Grundschule am deutschen städtischen Waisenhaus und 1 deutsche Abteilung an der städtischen Taubstummen-

Anstalt, 1 städtische und 1 staatliche, sowie 2 private Mittelschulen und 1 private Fachschule. Im Januar wurden eröffnet 1 private Fortbildungsschule in Form von Abendkursen für im praktischen Beruf stehende junge Leute und 1 Gartenbauschule. Ferner ist 1 höheres Lehrerseminar eröffnet worden. In Kurland bestehen 45 Schulen, in Livland 10, und zwar je 1 in Wenden, Wolmar und Lemsal und 7 auf dem Lande, in Mitau gibt es 1 staatliche Mittelschule, in Libau gibt es deren 2 private und in Goldingen besteht 1 private. Der Windauschen Grundschule ist die erste Mittelschulklasse angegliedert, doch hofft man auf den vollen Ausbau der Windauer Mittelschule. Deutsche Schulen bestehen in folgenden kurländischen Städten: Libau, Mitau, Windau, Goldingen, Frauenburg, Talsen, Bauske und Kandau. Die 82 deutschen Schulen haben 356 Klassen mit 436 Abteilungen und fast 11000 Schülern. 514 Lehrer sind an ihnen tätig, 402 Vollehrer und 112 Stundenlehrer. Zumeist ist in den Landschulen die Klassenzahl höher als die Zahl der Lehrer. Ein Lehrer unterrichtet in einem Klassenraum 2–3 Abteilungen gleichzeitig, ja, es gibt Schulen, in denen ein Lehrer gleichzeitig 7–15jährige Kinder in 4 Abteilungen unterrichtet.

In Hasenpoth wurde eine Ortsgruppe des deutsch-baltischen Elternverbandes begründet, die eine Schule für die deutschen Kinder am Orte errichtete und eine erste und zweite Grundschulklasse schon zum 1. Februar mit 23 Kindern eröffnet hat. Auch in Frauenburg wurde eine Ortsgruppe begründet, eine deutsche Schule mit drei Klassen und 23 Kindern besteht bereits seit Sommer vorigen Jahres.

Über eine sächsische Nationsuniversität sprach am 5. Jan. in der Kammer zu Bukarest der Senator Dr. Adolf Schullerus anlässlich eines vorliegenden Gesetzentwurfes. Er betonte, daß im Gegensatz zu dem Entwurf das Vermögen dieser Universität nicht dem gesamten Volke, sondern nur dem sächsischen Volke gehöre, das schon durch die Wegnahme der Universität durch die Ungarn protestiert hätte und heute diesen Protest wiederholte. Das rumänische Volk hätte die Größe haben sollen, diesen kulturellen Besitz unangetastet zu lassen. Immerhin habe Ungarn stets den besonderen sächsischen Charakter der Universität anerkannt. Bis 1869 resp. 1876 hatten nur die Sachsen das Recht der Wahl an die Nationsuniversität. Erst 1876 wurde durch ein von den Sachsen bekämpftes Statut die Wahl auch auf die übrigen Bewohner des Königreichs ausgedehnt. Aber auch dieses Statut gehe von der Tatsache aus, daß infolge des hohen Wahlzensus die überwiegende Mehrheit in der sächsischen Nationsuniversität durch die Sachsen gebildet sein werde. Als das Wahlrecht dann während des Krieges in Ungarn demokratisiert wurde, wurde für die sächsische Nationsuniversität die Mehrheit der Sachsen durch ein Spezialwahlrecht von 1916 gesichert, dadurch, daß ausgesprochen wurde, daß nach dem Friedensschluß die Wahl nach der Liste von 1914 stattzufinden habe. Der Redner verlangte noch Garantien für den sächsischen Charakter der Universität auch jetzt. Er akzeptierte den Gedanken eines Vorredners, des Senators Bogdan-Duica, das Vermögen der Universität zu teilen unter der Voraussetzung und Bedingung, daß dadurch die Existenz der sächsischen Schulen und Kulturanstalten und die Möglichkeit zu ihrer Entfaltung in der Zukunft gesichert werde. Die sächsische Nationsuniversität habe trotz ihres sächsischen Charakters auch schon bisher für rumänische Kulturarbeiten wesentliche Summen verausgabt. Die deutschen Schulen standen ja auch den Rumänen offen. In diesen sächsischen Schulen und Handwerksschulen, die von der Nationsuniversität unterhalten wurden, hätten auch viele rumänische Führer ihre Ausbildung erhalten.

Trotz des Antrags, die Verhandlung des vorgelegten Gesetzesentwurfes zu vertagen, wurde der Entwurf dann vom Senat genehmigt.

Ein zweiter Ferienhochschulkurs in Hermannstadt. Vom Ausschuß für deutsche Ferienhochschulkurse, der Modernen Bücherei Hermannstadt, wird ein zweiter deutscher Ferienhochschulkurs in Hermannstadt vom 10.—25. August 1921 angezeigt, zu dem der große Erfolg des ersten deutschen Ferienhochschulkurses und vielfache Aufforderungen aus allen Teilen des Landes Veranlassung geben.

Universitätsprofessoren, Gelehrte ersten Ranges, werden wieder wissenschaftliche Vorlesungskurse für ein größeres, gebildetes Publikum abhalten. Für den Kurs sind Dozenten für folgende Fächer in Aussicht genommen: Pädagogik (mit besonderer Berücksichtigung auch des Volksschulwesens), Kunstgeschichte, Volkswirtschaftslehre, Deutsche Literatur und Sprache, Naturwissenschaften, Technische Wissenschaften (landwirtschaftliches Maschinenwesen, Flugzeugwesen) und einige andere noch zu bestimmende Fächer.

Außerdem wird eine Reihe von Vorlesungen aus dem wissenschaftlichen und kulturellen Leben der Deutschen in Groß-Rumänien abgehalten werden. Es wird also Gelegenheit geboten, sich über die Verhältnisse und das geistige Leben der Banater Schwaben, der Bukowiner und der BeBarabischen Deutschen, der Siebenbürger Sachsen usw. gleichermaßen zu orientieren.

Künstlerische, literarische, turnerische und gesellschaftliche Veranstaltungen, Führungen durch wissenschaftliche Institute und Sammlungen, Ausflüge u. dgl. werden wie im Vorjahre den Rahmen des Kurses vervollständigen.

Das kulturell einigende Band der Deutschen Groß-Rumäniens soll durch die Tage gemeinsamer geistiger Arbeit gefestigt werden.

In einigen Monaten wird das ausführliche Programm des Kurses und die genauen Bedingungen der Teilnahme zugesandt werden.

Las Palmas (Canarische Inseln). Das Deutschtum auf Gran Canaria hat infolge des Krieges verschiedene Auffrischungen und Anregungen erhalten. Schon dadurch, daß zu Beginn der Feindseligkeiten zahlreiche deutsche Schiffe in Las Palmas Schutz suchten und mit ihren Besatzungen reges Leben auch in die dortige deutsche Kolonie brachten, strömten späterhin viele Landsleute, die von Süd- und Mittelamerika und aus Afrika ihre Reise nach Deutschland von den Canarischen Inseln fortsetzen zu können hofften, dort zusammen. So kam es, daß die kleine deutsche Kolonie von etwa 60 Personen zeitweise bis auf 700 anwuchs. Jetzt dagegen haben diese vorübergehenden Gäste die Canarischen Inseln wieder verlassen. Als dankenswerter Gewinn blieb aber doch ein gesteigertes Gefühl für die Notwendigkeit des inneren Zusammenhalts in der Kolonie bestehen. Vor allem sah man ein, daß die heranwachsenden Kinder der Deutschen regelrechten Unterricht haben mußten. Da nun die einheimischen Schulen von Las Palmas nur die allernotwendigsten Kenntnisse im Lesen und Schreiben vermitteln, wurde Anfang 1920 beschlossen, einen „Deutschen Schulverein Las Palmas“ zu gründen, der sich sofort mit großer Energie auf seine Arbeit stürzte und bereits Anfang Mai die „Deutsche Schule Las Palmas“ eröffnen konnte. Der Anfang ist zwar bei der Kleinheit der deutschen Kolonie bescheiden. Der Leiter, Herr Bürgerschullehrer Rudolf Kanda aus Wien, unterrichtete zunächst insgesamt 7 deutsche und 1 spanisches Kind. „Nachdem diese im Laufe der Sommermonate nach und nach auf eine ihrem Alter entsprechende Stufe der Bildung gebracht worden waren, konnte am 15. Oktober das neue eigentliche

Semester beginnen. Der Unterrichtsplan schließt sich (entsprechend dem einer lateinlosen deutschen Realschule) der Oberrealschule in Barcelona an. Bei Beginn des Semesters am 15. Oktober wurde die Schule von 8 deutschen und 3 spanischen Kindern besucht; weitere werden demnächst folgen. So scheint es, als ob das Unternehmen einstweilen gesichert sei, und es steht zu erwarten, daß die Schule, bzw. der Schulverein zu dem wird, was wohl alle bei seiner Gründung Beteiligten vor Augen hatten: zu einer Vereinigung der Deutschen und zu einer Stütze des Deutschtums auf Gran Canaria. Sehr zu begrüßen ist es, daß das Unternehmen in großzügiger Weise unterstützt wird von deutschen Firmen, wie z. B. der Woermann-Linie in Hamburg, die in Las Palmas eine Zweigniederlassung hat. Aber wie schon angedeutet, erwarten die Mitglieder des Vereins mehr von ihm, als der Vorstand sich hatte träumen lassen. Es ist erwünscht, daß er sich nicht nur mit der Fürsorge für die Schule befaßt; nein, die verschiedenen Einigungsbestrebungen dem gemeinschaftlichen Ziele näher zu bringen, das ist der Wunsch der Mitglieder, fast ohne Ausnahme, wie dies sehr deutlich in der Generalversammlung am 30. Oktober 1920 zum Ausdruck kam; so wird denn der Schulverein sich als nächstes Ziel die Abhaltung von Vortragsabenden setzen mit anschließenden zwanglosen Aussprachen, von denen wir wiederum erwarten, daß sie uns einander näher bringen sollen.

Der Turnverein, der nach dem Weggang der Kriegsgesetzten seine Tätigkeit eingestellt hatte, soll wieder neu aufleben und in der Schule untergebracht werden; angeschlossen wird an die Schule, die, nebenbei bemerkt, zu unserem Mittelpunkt herauszuwachsen scheint, ein Lesezimmer mit Bibliothek.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

In Zürich veranstaltete der Verband deutscher Vereine in Zürich eine weihevoll Gedächtnisfeier zur Erinnerung an die Helden des Weltkriegs, die sich eines zahlreichen Besuches erfreute und einen guten Verlauf nahm.

Lodz. Deutscher Lehrer-Verein. In der Jahresversammlung vom 5. Februar wurde der Bericht über das Vereinsjahr 1920 verlesen, der eine Reihe wichtiger Vorträge verzeichnen konnte. Die Angliederung des Vereins an den Landes-Lehrer-Verband wurde beschlossen. 33 neue Mitglieder wurden aufgenommen, während 48 wegen Wegzugs von Lodz gestrichen werden mußten. Der Verein zählt jetzt 177 Mitglieder und erzielte einen Überschuß von 6000 Mark. Der Beitrag beträgt zurzeit 240 Mark jährlich.

Lodz. Deutscher Gymnasialverein. Die Generalversammlung hörte den Bericht des Direktors Wolf, der von mancherlei Schwierigkeiten zu erzählen mußte, wenn auch dem Gymnasium endlich die öffentlichen Rechte erteilt worden sind. Augenblicklich zählt das deutsche Gymnasium 750 Schüler und 300 Schülerinnen, die von 38 Lehrern und Lehrerinnen betreut werden. Trotz mancher Störungen wurde der Unterricht gut durchgeführt. Auch der fehlende Turnunterricht konnte durch amerikanische Hilfe — Amerikaner der Y. M. C. A. stellten sich freiwillig zehn Stunden wöchentlich zur Verfügung — durchgeführt werden. Das Jahresbudget 1919/20 betrug kaum eine Million Mark, da jetzige weist allein einen Fehlbetrag von drei bis vier Millionen aus. Ein Appell an die Deutschen in Lodz soll zur Deckung dieses Defizits erlassen werden. Der Mitgliedsbeitrag wurde auf 500 Mark jährlich festgesetzt. Der von der Lehrerschaft gestellte Antrag, dem Direktor und zwei Vertretern der Lehrerschaft Stimmrecht im Kuratorium zu verleihen, wurde von der Versammlung abgelehnt.

Ein Verband der Banater deutschen Musikkapellen soll in Temesvar begründet werden. Die Dorfmusik bedeutet außerordentlich viel in den schwäbischen Dörfern des Banats, das hat sich gerade jetzt bei der Gründung der zahlreichen Ortsgruppen des Kulturbundes immer wieder gezeigt. In welchem Maße man von der Dorfmusik abkam und sich der Zigeunermusik zuwandte, das war ungefähr in den deutschen Dörfern ein Zeichen, bis zu welchem Grade die Madjarisierungsbestrebungen wirkten! Die meisten Dorfkapellen des Banats stehen in ihren Leistungen auf einer außerordentlich hohen Stufe. Nun soll der Verband sie zu einer Einheit bringen, um Talenten und Künstlern in diesen Kapellen auch die Wirksamkeit außerhalb ihrer Dörfer zu ermöglichen, um junge Musiker heranzubilden, um die gemeinsame Beschaffung geeigneter Fachorgane, Noten, Musikinstrumente zu ermöglichen und um das deutsche Musikwesen auf eine immer höhere Stufe zu heben.

Paraguay, Deutscher Volksbund. Der Jahresbericht des „Deutschen Volksbundes für Paraguay“ für 1919/20 muß leider einen Rückgang der Mitgliederzahl von 1193 im Gründungsjahr des Bundes (1916/17) auf 653 im letzten Jahre verzeichnen, eine Folge von „kleinlichen, rein persönlichen Gegensätzen“ und der unverzeihlichen Gleichgültigkeit so vieler, dem Bunde von Anfang an ablehnend gegenüberstehenden Deutschen in Paraguay. Der unverständliche Undank, mit welchem die uneigennützig und aufopfernde Tätigkeit des Vorsitzenden, Herrn R. John, Chef des Welthauses Standt & Co. in Asuncion, gelohnt wurde, hat diesen um das Deutschtum in Paraguay so hoch verdienten Gründer des Volksbundes und Verfasser des ausgezeichneten Auswanderer-Büchleins „Paraguay“, zum Rücktritt aus dem Vorstände veranlaßt. Über die deutsche Einwanderung in Paraguay sagt der Bericht, daß sie „trotz schlechter Valuta“ ihren Fortgang nimmt und daß ihre Unterbringung im allgemeinen nicht besonders schwer fiel. Doch sei eine Anzahl von ihnen nach kurzer Zeit in Bedrängnis geraten, meist infolge von Mangel an Barmitteln, oft aber auch, weil die Ratschläge des Volksbundes nicht befolgt seien; denn es gäbe immer viele, die als Ankömmlinge schon nach wenigen Tagen ein treffenderes Urteil zu fällen vermögen als der Vorstand des Bundes.

Ein Teil der deutschen Einwanderer wurde von der paraguay. Regierung nach der neuen Staatskolonie Independencia, im fruchtbarsten Bezirk von Villarrica gelegen, gelenkt, wo ihnen durch die tatkräftige Hilfe des Deutschen Volksbundes Lebensmittel bis zur ersten Ernte vermittelt wurden. Auch um den Bau eines Unterkunftshauses für Ankömmlinge und eine deutsche Schule in Independencia hat sich der Volksbund sehr verdient gemacht. Die bisherigen Einrichtungen des Volksbundes: Bücherei, Übersetzungsstelle, Rechtsauskunftsstelle, Auskunft, Arbeitsnachweis und eine Abteilung für die Vermittlung im Verkehr mit Behörden, sowie für Ausstellung, Ein- und Verkauf, haben sich sehr großen Zuspruchs zu erfreuen gehabt und den deutschen Einwanderern wesentliche Dienste geleistet. Zur Förderung des Schulwesens wurde ein „Schulausschuß“ gegründet, welcher alle die deutschen Schulen in Paraguay betreffenden Fragen zu bearbeiten hat. — Der am 8. Januar 1921 gewählte neue Vorstand des Volksbundes besteht aus Herrn W. Voß als ersten und Herrn F. Kranch als zweiten Vorsitzenden. Generalkonsul F. Vogler.

Batavia. Der Deutsche Bund hat von einem Mitglied eine stattliche Anzahl guter Bücher zum Geschenk bekommen und wird sie mit der Bücherei des Dampfers „Kleist“, die im

Frühjahr gestiftet worden ist, vereinigen, um in Zukunft eine Leihbibliothek für seine Mitglieder daraus einzurichten.

Lüderitzbucht (Südwestafrika). Der Deutsche Schulverein konnte auf seiner Hauptversammlung über 100 Mitglieder begrüßen. Der Vorsitzende, Herr Dr. Lotz, berichtete über die Verhandlungen mit dem Administrator und dem Landesschulverband, dem er als Vertreter von Lüderitzbucht angehört. Das Lüderitzbuchter Schulgebäude ist dem Verein in widerruflicher Weise gegen eine Jahresrente von 1 L und gegen die Verpflichtung zum Unterhalt des Gebäudes und zu seiner Versicherung gegen Feuersgefahr überlassen worden. Der Unterrichtsminister der Union soll zu Beginn dieses Jahres nach Südwest kommen, um die Schulverhältnisse zu prüfen. Bei dieser Gelegenheit soll im Zusammenarbeiten mit dem Schulverband ein Schulgesetz besprochen werden. Die Schule zählte zwischen 90 und 100 Schüler, der Verein zählt jetzt 343 Mitglieder, hat also seit August um 100 Mitglieder zugenommen. Zusammen zahlen die Mitglieder 1459 Pfund Jahresbeitrag. Von den 137 neuen Mitgliedern sind 125 „von den Feldern“ dazugekommen, was der Vorsitzende besonders begrüßt. Das erste Halbjahr schließt mit einem Überschuß von 371 Pfund, das festgelegte Vereinsvermögen beträgt 1536 Pfund.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Deutsches Theater in Riga. Das ehemals so berühmte Deutsche Theater in Riga mußte, nachdem die Letten das schöne Deutsche Theater mit Beschlag belegt hatten, in einem wenig würdigen Theaterraum, im Wöhrmannschen Parke, ein wenig erfreuliches Dasein fristen. Kürzlich ist nun leider im Gebäude Feuer ausgebrochen, das von den Beheizungsanlagen ausging, rasch um sich griff, und nicht nur im Saal großen Schaden anrichtete, sondern auch sehr viele Dekorationen und Garderoben der deutschen Schauspieler vernichtete. Allerdings hat sich das kleine Häuflein der deutschen Schauspieler trotzdem nicht entmutigen lassen und seine Tätigkeit nach Vornahme der nötigen Ausbesserungsarbeiten bald fortgesetzt. So fand jetzt eine Neuaufführung der Posse „Der Jux-Baron“ statt. Herr Eugen Grünberg, der Benefiziant des Abends, wurde lebhaft gefeiert und geehrt, aber nicht mit Blumen und Lorbeerkränzen, sondern durch Überreichung eines kräftigen Schinkens und eines Ringes „Holz, den ein Fachmann auf die Szene trug und der sich, dem Bericht der „Rigaischen Rundschau“ zufolge, „sehr überraschend und prächtig solide“ ausnahm.

Deutsche Musik in Prag. Alexander von Zemlinsky, der Operndirektor des Prager deutschen Theaters, dirigierte auf Einladung das tschechische Orchester der Sakschen Philharmonie und wurde von 2000 tschechischen Zuhörern stürmisch gefeiert. Eine tschechisch-deutsche Kunstausstellung wurde eröffnet und fand viel Beifall, die von der tschechischen Gruppe der „Unentwegten“ veranstaltet worden ist und reichsdeutsche und deutsch-böhmische Gäste eingeladen hatte. An der Eröffnung nahm auch der deutsche Gesandte Professor Saenger teil.

Die Saksche Philharmonie, die im September v. J. eine Reihe von Konzerten in Dresden und Berlin absolvierte, kündigt einen Zyklus von 12 Abenden an, bei welchen sämtliche Symphonien von Gustav Mahler und Symphonische Gedichte von Richard Strauß unter Leitung von Vladislav V. Sak zur Aufführung gelangen. In der vorigen Wintersaison, wo die tschechische Philharmonie den Händel und Gluck wegen ihrer deutschen Herkunft zwischen französische und englische Kom-

ponisten einräumte, ließ Sak sämtliche Symphonien von Bruckner und Beethoven aufführen und gab folgenden deutschen Dirigenten Gelegenheit, sein Orchester in Prag zu dirigieren: Josef Eibenschütz, Hamburg — Werner Wolff, Hamburg — Leo Blech, Berlin — Gustav Brecher, Berlin — Georg Szell, Wien — Alexander Zemlinsky, Prag.

Preßburg. Antideutsche Anmaßungen. Für das Preßburger Stadttheater sind die Spielzeiten derart geregelt, daß jede der drei Nationen je vier Monate über das Theater verfügt. Nunmehr verlangen, entgegen diesem Abkommen, die tschechischen und slowakischen Schauspieler, obwohl der Besuch der slowakischen Vorstellungen trotz der gewagtesten Mittel ein überaus schlechter ist, daß die deutsche und die ungarische Spielzeit zugunsten der tschechischen und slowakischen verkürzt werde. Die Deutschen haben gegen eine derartige Schmälerung ihrer kulturellen Bedürfnisse bei allen maßgebenden Faktoren, auch beim Präsidenten Masaryk selbst, Protest eingelegt.

Das erste deutsche Konzert in Rom hat wieder stattgefunden, und zwar im Saal der Anime. Der deutsche und der bayerische Gesandte beim Vatikan, sowie der deutsche Botschafter nahmen daran teil, ferner zahlreiche deutsche Bischöfe und etwa 400 Geistliche sowie Mitglieder der deutschen und österreichischen Kolonie. Felix Weingartner dirigierte, hervorragende deutsche Künstler wirkten mit.

In Madrid erzielte bei den Wagnerspielen Kapellmeister Drach von Stuttgart besondere Erfolge. Er dirigierte am 25. Januar Tristan und Isolde mit Walter Kirchhoff als Tristan und Melanie Mezger-Lattermann und Theodor Lattermann in den Hauptrollen. Die Einschlebung des Siegfried, den der Kapellmeister ohne jede Probe dirigierte, brachte ihm besondere Ovationen durch das Orchester ein.

Tokio. Die Musik-Akademie in Tokio hat dem Bürgermeister von Wien ihre Huldigung zum 150. Geburtstag Beethovens übermittelt und einen Betrag zu einem Blumenopfer auf das Grab des Meisters übersandt. Beigelegt war das Programm eines Festkonzerts, das in Tokio veranstaltet wurde und bei dem japanische Damen Beethovenlieder sangen.

Albert Friedenthal, der bekannte Weltreisende und Pianist, ist in Batavia im Alter von 58 Jahren gestorben. Er ist als Reisender und Plauderer über fremde Erdteile bekannt geworden und hat in Südamerika, Ostasien und Afrika Liedstudien gemacht und sie veröffentlicht. Als Klavierspieler war er namentlich im Ausland geschätzt.

Der außerordentliche Professor der Geodäsie und derzeitige Rektor der Technischen Hochschule in Aachen, Dr. Paul Gast, hat einen Ruf als Direktionsmitglied des argentinischen militärgeographischen Instituts in Buenos Aires erhalten. Prof. Gast war bereits früher an diesem Institut tätig.

Dr. Burians Berufung nach Belgrad. Wie wir einer Mitteilung des Stuttg. N. Tagbl. vom 1. Febr. entnehmen, ist der bekannte Physiologe Prof. Dr. Richard Burian, zurzeit in Leipzig, von der serbischen Regierung auf den Lehrstuhl für Physiologie an der Universität Belgrad berufen worden und wird dieser Berufung Folge leisten. Professor Burian ist geborener Wiener und hat in den Jahren 1904—1914 die Leitung der physiologischen Abteilung der Deutschen zoologischen Station in Neapel innegehabt.

An der Universität in Kristiania hält der deutsche Pfarrer Günther in dem soeben beginnenden Frühjahrs-Semester eine öffentliche und unentgeltliche Vorlesung über neuere deutsche Literatur.

Dorpat. Die Vorlesungen an der Universität haben wieder begonnen. Der „Revaler Bote“ läßt sich melden, daß die Hälfte aller Vorlesungen in estnischer Sprache gehalten werden, die Hälfte zu ungefähr gleichen Teilen in russischer und deutscher Sprache. Der russischen Sprache bediente sich auf Wunsch der Hörer, denen diese frühere offizielle Sprache geläufiger sei, wie auch in Anbetracht der vorhandenen Lehrbücher auch eine Anzahl der akademischen Lehrer deutschen Volkstums.

Rom. Deutscher Vortrag. Dr. Emil Ludwig eröffnete in der vatikanischen Akademie, von dem apostolischen Protonotar Salvatori freundlichst als erster deutscher Gelehrter und als Bringer des endgültigen Friedens zwischen deutscher und italienischer wissenschaftlicher Arbeit begrüßt, einen Zyklus von göttlichen Vorträgen. Neben dem italienischen Kultusminister wohnte auch der deutsche Botschafter dem Ereignis bei.

Professor Schulten, der bereits im vorigen Jahre an verschiedenen spanischen Hochschulen Vorträge hielt, ist eingeladen worden, an der Universität Barcelona eine Reihe von Vorlesungen über die alte Geschichte und Geographie von Spanien zu halten. Im Sommersemester wird Professor Bosch aus Barcelona, ein Schüler der Berliner Universität, an verschiedenen deutschen Hochschulen Vorträge über Spanien halten.

Syndikus Dr. jur. **Goldberg** in Berlin-Halensee ist auf Grund seines Werkes über Internationales Privatrecht von der Staatsuniversität in Washington zum Professor für Rechts- und Staatswissenschaften ernannt worden, womit die Berechtigung verknüpft ist, an der Universität Vorlesungen halten zu dürfen.

Ein **Bodenberger Museum** ist in der Hauptstadt der Provinz Jujuh in Argentinien begründet worden. Es ist nach dem Geologen und Mineralogen Dr. Bodenberger gegründet, der in Deutschland geboren ist, in Marburg und Göttingen studierte und seit 1883 an der Universität Cordoba in Argentinien wirkt. Er hat auch das Nationalbergamt in Buenos-Aires organisiert.

Buenos Aires. Graphische Ausstellung im Deutschen Vereinshause. Die Deutschen Argentinien haben zum erstenmal in ihrem Vereinshaus in der Calle San Martin 439 eine graphische Ausstellung veranstaltet, die nach allen darüber vorliegenden Berichten wohl gelungen ist. In chronologischer Reihenfolge enthält sie, bei Dürer und Cranach beginnend und bis zu modernen Originalradierungen und Steinzeichnungen fortschreitend, etwa 2000 Blatt. Der Besuch der Ausstellung ist unentgeltlich und wird besonders nutzbringend dadurch gestaltet, daß stets fachkundige Herren anwesend sind, die die Entwicklung der Graphik an der Hand des reichhaltigen ausgestellten Materials erklären.

Athen. Das deutsche archäologische Institut. Die im Auftrag der Berliner Akademie der Wissenschaften nach Athen entsandten beiden Gelehrten, Professor Studniczka und Professor Freiherr Hiller von Gärtringen, sind in Griechenland als Vertreter der deutschen Wissenschaften und auch persönlich äußerst warm begrüßt und aufgenommen worden. Sowohl amerikanische wie auch britische Gelehrtenvertretungen, wie auch namentlich die italienischen Wissenschaftler haben sofort die alten guten Beziehungen mit ihnen angeknüpft, und da auch mit den Neutralen sofort freundschaftliche Beziehungen hergestellt waren, ist die Stellung des deutschen archäologischen Instituts rasch wieder zu ihrer alten Bedeutung gelangt. Es sind auch bereits kleine wissenschaftliche Erfolge erzielt worden.

Ausgrabungen in Indien während der Kriegszeit. Zur Zeit seiner Kriegsgefangenschaft in Ahmednagar konnte Dr. Conrad Preusser, wie die „Voss. Zeitung“ vom 21. Januar berichtet, mit Erlaubnis der englischen Regierung, die in der

Nähe des Gefangenelagers gelegenen Ruinen des Königs-palastes Fera Bagh näher untersuchen. Leider lassen die Engländer das umfangreiche Bauwerk vollständig verfallen. Größere Teile sind bereits der Gewalt der Monsunregen und der üppig wuchernden tropischen Vegetation zum Opfer gefallen — und die königliche Prunkhalle diene den praktischen und nüchternen Briten seither als — Viehstall. Preußler hofft, daß durch seine Anregungen und Vorarbeiten, die er nur mit Hilfe eines Mitgefangenen mit den primitivsten Werkzeugen vornehmen konnte, die Ruinen die nötige Beachtung finden und für ihre Erhaltung gesorgt werden wird. Wie die Untersuchungen Preußlers ergeben, hat der muhamedanische König Ahmed, der Gründer von Ahmednagar, sich diesen Palast „mit dem ausgesprochenen Zweck eines Lustschlosses“ von seinem Minister und Hofarchitekten Salahat Khan, im Anfang des 16. Jahrhunderts erbauen lassen, um sich während der heißen Jahreszeit mit seinem Harem und Hofstaat dahin zurückziehen zu können. Das „Schloß“ ist sowohl in der Technik als auch in der künstlerischen Ausgestaltung der Räumlichkeiten, im besonderen was die reiche Ausschmückung der Wände mit ornamentischen Nischengruppen und der gewölbten Decken und Bögen mit fein gemusterten Stuckarbeiten anlangt, ein Architekturdenkmal von hohem Werte, das sich neben den bisher bekannten islamischen Monumentalbauten Indiens einen guten Platz sichern wird. Eingehende Ergebnisse seiner Forschungen will Preußler demnächst, mit Photographien und Plänen, veröffentlichen.

DEUTSCHER SPORT IM AUSLAND

Der deutsche Verein für **Fußballsport** in Ruhrort ist vom zurzeit besten holländischen Verein Ajax in Amsterdam zu einem Wettspiel eingeladen worden. Dieses Freundschaftsspiel soll im Stadion zugunsten deutscher Kriegerwaisen stattfinden. Der deutsche Verein hat die Einladung angenommen.

Ein deutscher Sieg in Italien. Die Mannschaft der Spielvereinigung Fürth erzielte bei ihrem Wettspiel im Internationalen Fußballklub in Mailand mit 3:0 einen schönen Sieg. Die deutschen Fußballer wurden von Mailand eingeladen und dort begeistert empfangen. Wir hatten als ehemaliger deutscher Spielmeister in Mailand schon im Jahre 1914 gespielt und gesiegt. 8000 Zuschauer wohnten dem Spiel bei; vor Beginn wurde dem deutschen Spielführer ein Blumenstrauß überreicht.

DAS DEUTSCHE BUCH IM AUSLAND

Französische Propaganda im Ausland.

Einem uns zur Verfügung gestellten Brief aus Buenos Aires entnehmen wir die nachfolgenden Ausführungen, die beachtenswerte Hinweise enthalten:

„Es gibt hier eine einzige deutsche Buchhandlung von einiger Bedeutung, aber deren viele französische. Die letzteren stellen in ihren Schaufenstern Hetzbilder auf uns aus, z. B. illustrierte Blätter mit für uns recht wenig schmeichelhaften Kriegsszenen. Eine dieser Serien trägt den gemeinsamen Titel: 'Souvenir du Jour de la Revanche'. Der Künstler dieser hübschen Zeichnungen trägt natürlich einen deutschen Namen, scheint also Elsäßer zu sein. Wieweit diese Schauermären vom hiesigen Publikum geglaubt werden, entzieht sich meiner Kenntnis. Immerhin ist festzustellen, daß die hiesige Gesellschaft immer noch überzeugt ist, daß wir Kindern die Arme abgeschnitten haben.

Gefährlicher als diese den Stempel tendenziöser Mache auf der Stirn tragenden Produkte der französischen Psyche erscheinen mir indessen Hansis Bilderbücher, die von dem guten

Publikum, dessen Kinder regelmäßig das Französische verstehen, zweifellos gekauft werden. Ich erwähne besonders ein sehr gut aufgemachtes und geschmackvolles Bilderbuch, das 'l'Alsace heureuse' betitelt ist. Onkel Hansi erzählt darin an Hand guter Bilder, wie froh und glücklich die elsässischen Kinder jetzt sind, seit sie von der Herrschaft der deutschen Barbaren befreit sind. Über die wirkliche Stimmung in den Reichslanden ist man hier in keiner Weise unterrichtet. Bedenkt man indessen, daß die hiesigen Kinder der guten Familien, die später voraussichtlich die Politik leiten werden, von frühester Jugend auf in der Vorstellung heranwachsen, Elsaß-Lothringen sei von jeher ein kernfranzösisches Land gewesen, so kann uns dieser Irrtum später vielleicht von größtem Nachteil sein. Ich meine, es müßten sich schon Mittel und Wege finden lassen, um dieser gehässigen Geschichtsklitterung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Vor allen gälte es wohl, Reuter und Havas das Nachrichtenmonopol streitig zu machen. Es ist doch wahrhaftig bekannt genug, wie diese beiden schon Jahrzehnte vor dem Krieg bis in die entferntesten Erdenwinkel den Haß gegen alles Deutsche getragen haben. Was sich in Deutschland an Unangenehmem ereignete, das erfuhr schon am nächsten Tage die ganze Welt. Das Große aber, das vom Deutschen geleistet wurde, das schwieg man geflissentlich tot.“

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLANDE

Die „Dorpater Nachrichten“, die bisher dreimal wöchentlich erschienen, kommen seit 1. Februar, ein erfreuliches Zeichen des deutschen Lebens in der alten Musenstadt, täglich heraus.

AUSLANDDEUTSCHTUM AN DEUTSCHEN HOCHSCHULEN

Marburg. Das Marburger Universitäts-Institut für Auslanddeutschtum nennt sich jetzt „Deutsche Burse zu Marburg, Institut für Grenz- und Auslanddeutschtum an der Universität“. Es hat sich ein Verein der Freunde gebildet, um dem Institut Förderung zuteil werden zu lassen. Der Verein hat ein stattliches Haus Rotenberg 21 gekauft und der Burse zur freien Verfügung gestellt. In diesem Hause sollen, wie es in einem Flugblatt heißt, „Forschung, Lehre und Erziehung zu unlösbarer Dreieinheit zusammengeschlossen werden“.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Der Verzicht Belgiens auf den § 18.

In einer Note der belgischen Regierung an den deutschen Außenminister verzichtet nun auch Belgien, offiziell den § 18, Anlage 2 Teil 8 des Friedensvertrages in Anwendung zu bringen. Belgien wird also, ebenso wie England, das nach dem Waffenstillstand in Belgien neu entstandene oder nach dorthin verbrachte deutsche Vermögen vor jeder Beschlagnahme freihalten, selbst für den Fall, daß Deutschland in irgendeiner Beziehung seinen ihm aus dem Friedensvertrag erwachsenen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte. Dieser Verzicht bezieht sich auch auf das deutsche Eigentum in den belgischen Kolonien und auf alle von Belgien verwalteten Gebiete einschließlich der Schiffe und Fahrzeuge in belgischen Gewässern.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Ein allgemeines deutsches Werbeamt.

Eine Zustimmung zu E. Jungs gleichnamigem Artikel im 2. Juliheft 1920.

Einen überaus weitschauenden und in seinen Folgen segensreichen Gedanken hat Herr E. Jung im obengenannten Artikel

ausgesprochen. Wer im Auslande fürs Deutschtum arbeitet, empfindet besonders in der jetzigen Zeit die allgemeine Zersplitterung schmerzlich, die auf dem Gebiet der Arbeit zur Erhaltung des Deutschums in der Welt herrscht. Täte schon in der Liebesarbeit zur Linderung der Not im alten Vaterlande eine überschauende und zusammenfassende Einrichtung not, wieviel mehr hier, wo es sich um die Erhaltung des Deutschums im Ganzen handelt. Ich will nicht auf die vielen trefflichen und der gegenwärtigen Lage entspringende Vorschläge im genannten Artikel eingehen, sondern möchte mich nur zu einem Punkte äußern.

Herr E. Jung spricht von der Notwendigkeit der Innenwerbung. Die ist nicht nur im Mutterlande nötig, in ebenso hohem Grade im Ausland. Es ist beschämend, zu sehen, wie gering weithin das Bewußtsein von der Größe des deutschen Kulturgutes ist — und nicht nur unter bauerlicher Bevölkerung —, wie groß vielfach die Gleichgültigkeit in der Erhaltung des nationalen Gutes, und wie weitverbreitet noch Opferunlust, ja Geiz, sind, trotz aller Leistungen, die aufgewiesen werden können.

Da gilt es, den nationalen Willen allerorten zu stärken und, wo er im Absterben begriffen ist, zu neuem Leben zu erwecken. In dieser Beziehung hat das deutsche Buch eine gewaltige Mission zu erfüllen. Aber ferner müßten Kulturbünde gegründet werden, die das deutsche Kulturgut unsern Stammeskindern zu eigen machten. Dem deutschen Vereinsleben, das so vielfach oberflächlicher Unterhaltung verfallen ist, wäre ein neuer Gehalt zu geben durch ernste Pflege deutscher Kunst. Das deutsche Lied, die deutsche Dichtung in ihrer edelsten Gestalt: wieviel deutscherhaltende Kraft bergen sie in sich, bis heute fast noch ungenutzt. Als Krönung all dieser Bestrebungen hätte dann der Werbetag, als Gesamtnationalfeiertag des Deutschums in der Welt, die Mittel zur Behebung einer Not des deutschen Volkes bereit zu stellen. Herr E. Jung spricht von zwei Werbetagen im Jahr. Mir erscheint das zu viel. Wir wollen zufrieden sein, wenn wir unsere Stammesbrüder in der Welt dazu gewinnen, einmal im Jahr und dann in namhafter Weise fürs große Ganze zu opfern. Auch darf nicht vergessen werden, daß allerorts auch noch die Mittel für die örtlichen Bedürfnisse aufzubringen sind, und die Erfordernisse sind meistens nicht gering. Eher könnte man, etwa dem Vorbild des Gustav-Adolf-Vereins folgend, neben den Erwachsenen noch die Jugend organisieren, einen Jugendtag veranstalten und seinen Ertrag zur Abstellung einer Jugendnot verwenden. Dann gewännen wir für die deutsche Sache zugleich das Herz der Jugend, die ja bekanntlich die unermüdlichste und begeistertste Werberin für große Zwecke ist, und wir dürften gewiß sein, was sie gelernt hat, wird sie auch im Alter bewahren.

Was aber noch zu geschehen hätte, wäre, daß ein Nationalfeiertag für das Gesamtdeutschum der Welt festgelegt würde. Die deutsche Kolonie in Mexiko hat den Geburtstag Goethes begangen, und die deutsche Zeitung in Sao Paulo hat diese Anregung für Brasilien weitergegeben. Aber mir scheint, besser wäre der Geburtstag eines unserer Kriegshelden, etwa Hindenburgs, geeignet, Nationalbewußtsein zu pflegen und zu wecken. Das Lebenswerk unserer Geistesheroen steht doch großen Teilen unseres Volkes zu fern, beim Namen eines unserer großen Volksführer aber schlägt jedes Herz höher.

Wie wäre es, wenn Herr E. Jung gemeinsam mit den großen Vereinen zur Pflege des Deutschums im Ausland einen solchen Nationalfeiertag vorschläge? Ich weiß nicht, welche Schritte bereits zur Gründung eines Werbeamtes geschehen sind, aber vielleicht trüge der zuletzt gemachte Vorschlag dazu bei, dem

Ziele ein wenig näher zu kommen. Denn ein Werbeamt im Sinne E. Jungs scheint mir nicht nur wünschenswert, sondern von der Notlage unseres Volkes geboten.

It on pava bei Blumenau.

Pfr. Georg Ratsch.

Deutsches Auftreten im Ausland.

Von einem auslanddeutschen Kaufmann, der wieder auf holländischem Dampfer übers Meer fuhr, um Rohstoffe nach Deutschland zu bringen und deutschen Waren Absatz zu schaffen, gehen uns Briefe von hoher See zu, denen wir die nachfolgenden Gedankengänge entnehmen:

Unsere Reisegesellschaft ist international: Holländer und Amerikaner, meistens Deutsch-Amerikaner, nur ein Engländer und, soweit ich weiß, unter den etwa 160 Passagieren I. Klasse (250 II. Klasse und 1250 III. Klasse) außer mir nur ein Deutscher; d. h. ich halte ihn dafür. Ich habe mit dem Mann noch kein Wort wechseln können, er läßt sich auf nichts ein. Vielleicht hat er seine Gründe dafür, ich bedaure diese Tatsache nur angesichts des Eindruckes, den dieses Verhalten der beiden Deutschen zueinander auf die übrige Gesellschaft macht. „Natürlich, die Deutschen halten wieder nicht zusammen.“ — Hier stimmt das ja nun nicht; aber es ist nicht zu leugnen, daß die Ausländer jahrelang Gelegenheit gehabt haben, die mangelnde Zusammengehörigkeit der Deutschen zu beobachten. Auch hierüber haben ich in diesen Tagen viel von Ausländern gehört!

Natürlich muß man gerade auf neutralem Boden vorsichtig und reserviert auftreten: stets der Tatsache bewußt, daß man hier Deutscher Vertreter der ganzen Nation ist und durch sein Verhalten schaden oder nützen kann. Sind wir doch für diese Menschen wie fremde Wesen, die sie mit einem Gemisch von Schrecken, Haß, Scheu, Achtung mit Bewunderung betrachten! Die Situation ist nicht leicht und nicht immer angenehm; das kann ich versichern!

Bei mancher Unterhaltung kommt zum soundsovielten Male das Gespräch auf die sogenannten „Fehler“ der Deutschen: Protzertum, konkurrenzneidische Streberei, Kritik an allem nicht zuletzt am eigenen Volk, Bücken nach oben, Stoßen nach unten und ein protzenartiges zur Schau-tragen der deutschen besseren Schulbildung. — Beim Beobachten des Verhaltens der anderen Nationen zueinander ist man allerdings erstaunt über den Takt auch ungebildeter Leute, der dabei zum Ausdruck kommt.

Ich habe mich stets bemüht, den Leuten gegenüber unsere „Fehler“ zu erklären und unsere Vorzüge ins rechte Licht zu setzen. Tut man das in vorsichtiger, nicht aufdringlicher Weise, so hat man die Genugtuung, willigere und wie ich glaube, auch haltendere Zustimmung zu beobachten, als man erwartet hat. Das trifft auch hinsichtlich der Kriegereignisse zu. Sehr viel erkannten z. B. die Verteidigung des U-Boot-Krieges an, und das will wahrlich etwas bedeuten! Immer konnte ich wieder die Versenkung der „Lusitania“ als den Beginn des wirklichen Wahnsinns gegen uns feststellen. Dabei wurde von vernünftigen Leuten die Versenkung selbst unter Anerkennung unserer Arroganz nicht so sehr verurteilt; aber der Jubel, der namentlich bei den Deutschen im Auslande über diesen „Erfolg“ zum Ausdruck gekommen sein soll, hat die Leute außer Rand und Band gebracht!

Die Deutsch-Amerikaner sprechen viel deutsch untereinander; sie sind sehr empfindlich in ihrem Amerikanertum, lieben aber „the old country“ doch und glauben fest an seine Zukunft. Und nicht nur die Deutsch-Amerikaner, auch die Engländer, jüdischer Abstammung, die Holländer — alle, ja, ich glaube wirklich sagen zu können — alle! Die meisten wünschen wieder ein starkes Deutschland, weil sie mittlerweile eingesehen

haben, daß sie uns brauchen. Der Druck, die Angst, der Neid ist von ihnen genommen, früher sahen sie nur unsere schlechten, jetzt mehr unsere guten Seiten und möchten uns nicht missen.

Unsere Kriegsleistungen werden sehr anerkannt und jeder Deutsche soll und kann seinen Stolz darüber mit nationalem Selbstbewußtsein stets zeigen; man würde sich überall wundern, wenn er es nicht täte. Aber nur nicht aufdringlich sein! Je mehr die Stimmung innerhalb der Entente sich verschärft und der Haß gegen Deutschland abflaut, wird die Hochachtung vor unseren Leistungen zunehmen. Das amerikanische Militär verläßt Frankreich mit einer sehr schlechten Meinung von den Franzosen. Kennzeichnend ist z. B. folgendes: Vorgestern fragte mich ein Englisch-Amerikaner im Laufe des Gesprächs, ob ich Holländer sei; „nein, Deutscher“. „Ich freue mich, das zu hören. Ich habe den Krieg in Frankreich mitgemacht und bin schließlich längere Zeit im besetzten Gebiet Deutschlands gewesen. Die Franzosen haben mich sehr enttäuscht, die Deutschen mir sehr gefallen.“

Auch mit dem Engländer sprach ich kurz mit größter Reserve, als er sich an einem Gespräch zwischen einem Holländer und mir beteiligte. Der Mann benahm sich korrekt und erklärte bei der Kritik der amerikanischen Handelsmarine u. a.: „Die einzigen guten Schifffahrtsnationen sind die Engländer und die Deutschen.“

Lange Unterhaltungen hatte ich mit dem Kapitän, der mir offenbar zuerst eine Falle stellen wollte mit der Frage: „Sie sind doch Holländer?“ Meistens sind die Leute zuerst sichtlich etwas überrascht, wenn man laut und so schnell wie möglich, ohne aufdringlich zu erscheinen, erklärt, daß man Deutscher sei, als wäre das eine selbstverständliche Sache. Man beobachtet dann stets sehr bald, daß die Leute sich sagen: „Der Mann hat ja ganz recht, warum soll er das nicht zeigen“. Aber die Welt muß sich erst wieder daran gewöhnen, daß sich ein Deutscher frei in ihr bewegt!

L.

VERSCHIEDENES

Vom Verein für das Deutschum im Ausland.

Der Verein für das Deutschum im Ausland veröffentlichte eine Mitteilung, daß unter dem neuen Vorsitz des Gesandten von Dirksen der weitere Ausbau unter Wahrung der alten Grundsätze fortgesetzt werde. Im Jahre 1920 hat der Verein rund eine Million Mark an Spenden vergeben, von denen etwa die Hälfte aus dem Sammelergebnis der Rückwandererhilfe stammte. Die charitative Tätigkeit für deutsche Vertriebene und Rückwanderer wird nunmehr eingestellt und der Verein wende sich seiner Tradition getreu ausschließlich der Förderung deutscher Schulen und der Erfüllung sonstiger kultureller Aufgaben im Grenz- und Auslande zu.“

Dänische Hilfe für die deutsche Wissenschaft.

Die dänische Gesellschaft der Wissenschaften Videnskabelnes Selskab will dänische Literatur den valutaschwachen Ländern unentgeltlich zuweisen. Die dänischen Verleger liefern zu ermäßigten Preisen an die Gesellschaft, die aus ihren Mitteln deutschen Büchereien hilft, ihre Bestände zu vervollständigen, Jahrgänge zu ergänzen usf.

Die Deutsch-Mexikaner für Oberschlesien.

Der „Rat des Verbandes deutscher Reichsangehöriger in Mexiko“ und die „Mexikanische Gruppe der vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier“ richtete zur Stärkung der Stimmberechtigten in Oberschlesien folgendes Telegramm an die „Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier“, „Abteilung Oberschlesien im Ausland“, Berlin NW, Schloß Bellevue:

„Von Überzeugung durchdrungen, daß Oberschlesien unbedingt bei Deutschland bleiben muß, erwarten alle hier ansässigen Oberschlesier, sowie gesamte deutsche Kolonie Mexikos, treudeutsche Pflichterfüllung aller Stimmberechtigten zur Erreichung des erstrebten Zieles. Mit inniger Anteilnahme: Glück auf!“

Vom Saargebiet.

Wir verzeichnen hier und da hier Mitteilungen über das Saargebiet, nicht weil wir dies etwa als Ausland betrachteten, sondern deshalb, weil unsere Gegner es schon tun und weil die Kulturpropaganda der Gegner zu kennen für uns sehr wichtig ist. Jetzt hat Deutschland an den schweizerischen Bundesrat einen Protest gegen die Zulassung eines besonderen Vertreters des Saargebiets zur Konferenz des Weltpostvereins in Barcelona einreichen müssen. Der Bundesrat hat den Protest an die zuständige Stelle weitergereicht. Deutschland betont natürlich, daß das Saargebiet kein selbständiger Staat ist.

Französische Kulturpropaganda.

Die Alliance Française in Riga. Am 16. Februar wurde von der bevollmächtigten Delegierten der bekannten französischen Propagandaliga, einer Frau A. Kenin, eine lettländische Abteilung begründet. Zu der Gründungsversammlung hatte der Präsident der Constituanten und der Ministerpräsident schriftliche Begrüßungen gesandt, der Außenminister Meijerowigs hielt in französischer Sprache eine Rede, in der er Frankreichs Verdienste für den Weltfrieden und das freundschaftliche Verhalten Frankreichs zu Lettland betonte. Auch der französische Oberkommissär de Sartiges war anwesend und hielt eine Rede. Er selbst, der Constituante und der Staatspräsident, der Außenminister, der Rektor der Hochschule und das Stadthaupt von Riga wurden zu Ehrenmitgliedern gewählt.

Aus Neuyork berichtet man der „Frkf. Ztg.“ über eine „deutsche“ Feier:

Ein Denkmal für den ersten Frankfurter Amerikafahrer.

Die innigen Beziehungen, die Frankfurt stets mit der Neuen Welt unterhalten hat, sind bekannt. Eine ganze Reihe der führenden Firmen im Bank- und Handelswesen Amerikas wurzelt in der alten freien Reichsstadt. Bemerkenswert ist es aber und vielleicht auch in Frankfurt nicht bekannt, daß der Führer der ersten deutschen Einwanderergruppe, die je den Weg nach der Neuen Welt antrat, lange Jahre dort lebte und dort sogar die Vorbereitungen zu der Amerikafahrt machte.

Es war dies Franz Daniel Pastorius, der, im Jahre 1631 in Sommerhausen in Franken geboren, nach seinen juristischen Studien und vielen Reisen nach Frankfurt kam, wo er eine führende Rolle im Spenerischen Pietistenkreise spielte. Während, wie es scheint, die „Stillen im Lande“ in dieser Stadt unbelästigt blieben waren sie anderswo, besonders am Niederrhein, schlimmen Verfolgungen ausgesetzt. Der Amerikazug der Engländer, dessen 300jähriges Jubiläum jetzt gefeiert wird, regte zur Nachahmung an. Konnten die Quäker und Puritaner in dem neuen Lande den Verfolgungen Andersgläubiger entgehen, war kein Grund einzusehen, warum nicht auch die deutschen Pietisten dies könnten, und so trat die Frankfurter Gemeinde mit William Penn in Verbindung, der ihr 15000 Acres Land überließ. Pastorius wurde der Führer der Expedition. Aus Frankfurt ging aber niemand mit, weil, wie gesagt, der Rat dieser löblichen freien Reichsstadt Toleranz übte und jeden nach seiner Fassung selig werden ließ. Die Teilnehmer waren vornehmlich Leineweber aus Krefeld, im ganzen 33 Personen. Sie landeten am 6. Oktober 1683 in Phila-

delphia. Am 20. Oktober begannen sie mit der Gründung von Germantown, das, allen Kriegsstürmen zum Trotz, noch heute diesen Namen trägt. Es ist jetzt ein behaglich vornehmes Viertel von Philadelphia. Das so gegründete Gemeinwesen leitete Pastorius bis zu seinem Tode im Jahre 1719. Er bekleidete manche Ehrenstellen in der Kolonie Pennsylvanien und hat sich auch als Schriftsteller hervorgetan.

In diesem von ihm gegründeten Ort, im Vernon Park, ist jetzt Franz Daniel Pastorius und mit ihm der ersten deutschen Einwanderung ein Denkmal gesetzt worden. Was aber eigentlich ein Fest für das Deutschland im ganzen Lande sein sollte, ist zu einer Feier im engen Kreise geworden, bei dem kein deutsches Lied gesungen und kein deutsches Wort gesprochen wurde. Das wilde Haßgefühl, das der Krieg aufgepeitscht hat, zittert in einem großen Teile des Volkes noch nach und so mußte man es vermeiden, der Denkmals-Einweihung einen deutschen Charakter zu geben. Ursprünglich war beabsichtigt worden, sie auf günstigere Zeiten zu verschieben, aber da das Denkmal bereits ein paar Jahre fertig war und man die Enthüllung schon einmal verlegt hatte, konnte ein weiterer Aufschub aus verschiedenen Gründen nicht stattfinden. Das Monument, ein Werk des aus Elberfeld gebürtigen Bildhauers Albert Jägers, zeigt als Zentralfigur eine große, auf einem Felsblock sitzende Frauengestalt, einen Sternenkranz im Haar und eine Ampel — „Erkenntnis und Erleuchtung“

— in der Hand. Der untere Teil trägt einen über den linken Arm herabfallenden Mantel als Umhüllung. Die Figur sollte ursprünglich eine sie als „Allmutter Germania“ (Mutter der Deutschen und der Angelsachsen) charakterisierende Bezeichnung erhalten, die aber jetzt weggeblieben ist. Sie wird einfach „Zivilisation“ genannt. Nebengruppen zeigen deutsche Einwanderer, den ersten Protest, der je in Amerika gegen die Neger-Sklaverei erhoben wurde, der, wie bekannt, von Deutschen ausging, ferner das Werk der Deutschen in Amerika auf dem Gebiete von Kunst und Wissenschaft und ihre Beteiligung am Bürgerkriege. An einer Stelle erscheinen die Namen der Familien-Oberhäupter unter den ersten Einwanderern, nämlich Franz Daniel Pastorius, Dierk Hermann, Abraham op dem Grafe, Tuenis Kunders, Lenert Arens, Reinert Tissen, Wilhelm Strepers, Jan Lersen, Peter Keurlis, Jan Siemens und Jan Lueken. Auch ist der lateinische Gruß, den Pastorius in das Grundbuch von Germantown eintrug und der an die deutsche Nachkommenschaft gerichtet ist, auf eine Steinplatte gegraben. Das Denkmal ist in Marmor ausgeführt und hat eine Höhe von 29 Fuß.

Die Einweihung vollzog sich in einfachem Rahmen. Vollzählig war die „Crefeld Society“ erschienen, deren Mitgliedschaft sich aus Nachkommen dieser Einwanderer zusammensetzt. Ein Nachkomme des Führers, Samuel Pastorius, hielt die erste Ansprache.

BRIEFE AUS DEM AUSLAND

Rumänischer Brief.

Aus Rumänien wird uns u. a. geschrieben:

Zum ersten handelt es sich um die Stellung, welche die Deutschen hier einnehmen. Die Rumänen stehen uns nicht direkt feindlich gegenüber noch sind sie uns besonders wohlgesinnt, besonders in Anbetracht der Ausbeutung, welche sie und ihr Land während der Zeit der militärischen Besetzung erfahren haben. Die Vernünftigen und nüchtern Denkenden unter ihnen sehen sehr wohl ein, daß dies eine von der Notwendigkeit gebotene allgemein zulässige Kriegshandlung war. Auch sehen sie ein und geben es mitunter ganz offen zu, daß nie vor oder nachher eine derartige Ordnung, Sicherheit des persönlichen Eigentums, sowie Sicherheit der Person in Rumänien geherrscht, als während der deutschen Besetzung.

Auf der anderen Hand darf niemals außer acht gelassen werden, daß der Einfluß der Ententestaaten, besonders Frankreichs, von jeher hier stark gewesen ist und noch immer ist. Die angebliche Volksverwandtschaft romanischer Natur und der bestechende Anstrich ohne jegliche Tiefe der französischen Art, den wir ja leider zur Genüge auch in Deutschland bewundert und Jahrhunderte lang sklavisch nachgeäfft haben, müssen für ein Volk, wie die Rumänen es sind, eine starke Anziehungskraft haben.

Hinzu kommt noch, daß weder England noch Frankreich oder Italien eine Gelegenheit vorübergehen lassen, aus den hiesigen keineswegs glücklichen Verhältnissen alle nur irgendwie möglichen Vorteile zu ziehen und bei jeder gebotenen oder künstlich für ihre eigenen Zwecke geschaffenen Lage einen größtmöglichen politischen Druck auf die innere politische Lage des Landes, auf die Regierung, die Finanzen und die wirtschaftlichen Zustände auszuüben.

Ganz besonders hat sich dies in letzter Zeit wieder einmal in der brennenden Frage der Reorganisation der in grenzenloses Chaos verfallenen Eisenbahnen und anderer Transport-Verhält-

nisse gezeigt. Allem Anschein nach — und ich habe ziemlich zuverlässige Auskunft in dieser Richtung zu meiner Verfügung — hatte man hier die Absicht, dem bestehenden Wirrwarr unter Zuhilfenahme von deutschen Ingenieuren und Fachmännern und unter Verwendung von deutschem Material das gesamte Eisenbahnsystem und das rollende Material aufzubessern und Ordnung zu schaffen. Maßgebend bei diesem Gedanken war bis zu einem gewissen Grade, daß Deutschland in keiner Weise, wie es bei den Ententestaaten der Fall ist, in irgendeiner Richtung in der Lage ist, infolge seiner Beihilfe irgendwelchen politischen oder wirtschaftlichen Einfluß zu gewinnen oder jetzt oder später infolge der genannten Beihilfe irgendwelchen Druck politischer oder wirtschaftlicher Art auszuüben. Es handelte sich vielmehr einzig und allein um eine rein geschäftliche Abmachung, bei der beide Teile ihren gebührenden Gewinn je nach ihren Fähigkeiten, den Kontrakt auszunutzen, ziehen würden. Des weiteren war und ist man sich hier darüber ganz klar, daß Rumänien sowohl in betreff der zu leistenden Arbeit, des zu liefernden Materials bei Heranziehung deutscher Hilfskräfte und Verwendung von deutschem Material am besten fahren und letzstens, — was vielleicht mit am wichtigsten ist — am billigsten bedient sein würde.

Die Ententestaaten haben es für angemessen und nötig erachtet, gegen ein solches Verfahren Einspruch zu erheben und einen starken politischen Druck auf die hiesige Regierung auszuüben, um eine derartige Regelung der hiesigen Eisenbahn-Angelegenheiten zu hintertreiben. Sie haben nicht davon Abstand genommen, dies als eine staatliche Konzession an Deutschland hinzustellen und mit finanziellen Repressalien gegen dies an und für sich finanziell schwache Land zu drohen.

Als Gegenvorschlag erbot sich die Entente, ein Anglo-Französisches Syndikat ins Leben zu rufen, welches das gesamte rollende Material der hiesigen Bahnen in einem gewissen Zeitraume (soweit ich im Augenblick sagen kann von fünf oder sieben

Jahren) in Ordnung bringen sollte. Dagegen wurde aber verlangt, daß die hiesige Regierung, denn es handelt sich um Staatsbahnen, einen Blanko-Wechsel unterzeichnen sollte, womit sie sich verpflichtete, alle und jede geforderten Kosten ohne ein Recht der Nachprüfung oder des Einspruches zu bezahlen.

Erledigt ist der Punkt noch keineswegs. Aber in ihrer über- großen Gewinnsucht haben sich die interessierten Kreise selber ein Riesenhindernis in den Weg gelegt. Es wurde bekannt, daß es beabsichtigt war, angeblich nur der größeren Wohlfeilheit wegen das erforderliche Material seitens des in Frage kommenden Syndikats in Deutschland einzukaufen. Der wahnsinnige Deutschenhaß Frankreichs hat sich von Paris aus mit aller Gewalt gegen diesen Gedanken eingesetzt. Die ganze Angelegenheit bleibt daher noch in der Schwebe.

Es ist nötig, zu dem eigentlichen Zwecke dieser Auslassungen zurückzukehren, obwohl der angeführte Sonder-Fall zur Beleuchtung der Lage von großem Interesse ist. Eine zeitweise Abweichung von diesem Hauptzwecke ist daher keineswegs überflüssig gewesen.

Alle Deutschen hier wie auch im Heimatlande sollten beherzigen, daß obwohl, wie schon gesagt, die Rumänen uns nicht direkt feindlich gegenüberstehen und im allgemeinen erkannt haben, daß kein Land und Volk so wie Deutschland und die Deutschen geeignet und in der Lage sind, ihnen in ihrer Entwicklung weiter und vorwärts zu helfen, sie uns dennoch mit Mißtrauen betrachten, uns als ein notwendiges Übel ansehen, und demgemäß besonders die im Lande befindlichen Deutschen scharf beobachten und ihnen keineswegs eine zu wohlwollende Behandlung zuteil werden lassen.

Auf wirtschaftlichem Gebiete ist Deutschland für Rumänien der nächstliegende in Betracht kommende Einkaufsmarkt und zugleich mit Ausnahme des wenig leistungsfähigen Österreich der billigste Markt, obwohl auch hier die letzthin eingetretene Verschlechterung der hiesigen Valuta bedeutend zu Deutschlands Ungunsten in die Wagschale fällt.

Wie die Sachen jetzt hier stehen, kann die deutsche Industrie und der deutsche Handel hier noch immer nicht eine direkte Vertretung haben oder sich durch Deutsche vertreten lassen, noch können Deutsche selbständig hier eigene Geschäfte haben oder führen. Sie müssen sich durch Rumänen oder Angehörige der Entente-Staaten vertreten lassen. Wie lange dieser Zustand noch dauern wird, ist vorerst gar nicht abzusehen.

Daß hierbei eine stellenweise ganz unglaubliche Ausbeutung des deutschen Handels stattfindet, ist bei dem Charakter der Rumänen nicht verwunderlich. Dennoch können und werden deutscherseits gute und einträgliche Geschäfte gemacht. Leider trägt aber der Gesamthandel hier mehr den Aufdruck des Schiebertums als des reellen Handels. Dies ist aber eine Tatsache, die als — aller Voraussicht nach — auf unabsehbare Zeit bestehen bleibend angesehen und mit in den Kauf genommen werden muß.

Bei Verhandlungen mit hiesigen Firmen betreffs der Übernahme von Vertretungen, muß daher, wie aus dem Vorgesagten sich von selbst ergibt, mit ganz besonderer Vorsicht vorgegangen werden. Gleich hier ist es vielleicht angebracht, ein zeitgemäßes Wort der Warnung gegen eine besondere rumänische Firma ergehen zu lassen. Es handelt sich um die „Oficiul Economic al Romaniei S. A.“ (ins Deutsche übertragen „Rumänisches Wirtschaftsamt“) ein rein privates Unternehmen ohne irgendwelche amtlichen Beziehungen jedweder Art, außer der einen zweifelhaften, daß einer ihrer zwei General-Direktoren der frühere Präsident der hiesigen Geheimpolizei ist.

Es bestehen alle und gute Aussichten, in Rumänien für die deutsche Industrie ein reiches und dauerndes Absatzgebiet zu schaffen. Es muß aber, wie wohl zur Genüge angedeutet worden ist, mit großer Vorsicht an die Aufgabe herangetreten werden. Blinder Eifer schadet nur.

Der gebildete Rumäne zeigt vor allem dem Ausländer gegenüber ein äußerst liebenswürdiges, freundliches und leicht bestechendes Entgegenkommen. Wer sich durch diesen ersten, rein äußerlichen Eindruck verleiten läßt, alles als bare Münze anzunehmen, wird sich auf spätere Überraschungen gefaßt machen müssen. Es kann nicht ausdrücklich genug dagegen gewarnt werden, sich in dieser Weise beeinflussen zu lassen. Alle Abmachungen jeder Art müssen ins kleinste schriftlich und verbindlich festgelegt werden, wer dies nicht tut, wird die Folgen tragen müssen.

Für kaufmännisch gut ausgebildete Deutsche sowie für Techniker und Ingenieure bestehen hier einigermaßen Aussichten. Es muß jedoch ganz entschieden und mit Nachdruck davor gewarnt werden, hierher zu kommen in der Hoffnung, eine Anstellung zu finden. Die Erlernung der Landessprache ist notwendig und bietet keine Schwierigkeiten. Wenn es möglich, vor dem Hierherkommen zum wenigsten eine Grundlage dafür zu schaffen, so ist das um so besser. Kein Deutscher darf daran denken, hierher zu kommen, ohne daß er einen klaren, alles deckenden Anstellungsvertrag verbrieft, versiegelt und amtlich bestätigt in der Tasche hat. Ansonsten ist er verraten und verkauft mit Leib und Seele. Ich spreche aus bitterer Erfahrung nicht nur meiner selbst allein.

Ein auskömmliches Einkommen für einen Angestellten in Bukarest zum wenigsten — ist etwa 3000 Lei monatlich. Techniker und Mechaniker sollten sich neben einem Gehalt von 2500 Lei bis 3000 Lei zum wenigsten freie Wohnung ausbedingen. Die Wohnungsverhältnisse sind unbeschreiblich. Berufs- und Diplom-Ingenieure sollten sich wenigstens 4000 Lei bis 5000 Lei ausbedingen. Ein Gesetz zur Regelung der Kündigungsfrist gibt es nicht. Man sollte sich kontraktlich zwei Monate ausbedingen, und sich unter allen Umständen Reisegeld und Unkosten für die Rückreise wie die Herreise sicherstellen. Das Besorgen eines stichhaltigen Passes kann mitunter ein teures Vergnügen werden.

Die Ausstellungs-Verträge können nicht zu vorsichtig aufgestellt werden. Besonders muß gewarnt werden vor der rumänischen Unsitte, alles auf die lange Bank zu schieben, besonders wenn es dazu kommt, definitive Abmachungen schriftlich festzulegen. Die landesübliche Formel ist „kommen Sie morgen, wir werden sehen“ und die „Morgen“ reihen sich zusammen zu Wochen und Monaten. Da darf nicht locker gelassen werden, was nicht sofort erledigt wird, hat wenig Aussicht auf ein Zustandekommen.

Argentinischer Brief.

Einem größeren Berichte entnehmen wir folgende Ausführungen über die wirtschaftlichen Aussichten Deutschlands in Argentinien:

„Der während des Krieges beträchtlich gewachsene Wohlstand Argentiniens hat das Land außerordentlich kaufkräftig gemacht. Man kannte die Güte und Preiswürdigkeit deutscher Waren aus der Vorkriegszeit, man hatte von den großen technischen Fortschritten und Entdeckungen Deutschlands während der Kriegszeit gehört und man wünschte, die deutsche Konkurrenz auf dem Plan zu sehen. In erster Linie erhoffte man von ihr eine Ermäßigung der von England und Nordamerika diktierten übermäßig hohen Preise.

Man darf aber nicht unbeachtet lassen, daß Südamerika jetzt der Tummelplatz für die wirtschaftlichen Aspirationen fast der ganzen Welt geworden ist und daß hier ein solches Angebot herrscht, daß mit der Gefahr einer Übersättigung des Marktes ernstlich gerechnet werden muß, die einen unliebsamen Zusammenbruch im Gefolge haben könnte.

Der argentinische Markt hat sich nach Friedensschluß deutlich von Nordamerika ab- und Deutschland zugewandt. Alle Vorbedingungen für eine günstige Entwicklung der deutschen Interessen waren gegeben. Leider hat sich inzwischen schon wieder ein Umschwung angebahnt und zwar durch deutsche Schuld. Deutsche Kaufleute haben in einer großen Reihe von Fällen minderwertige Waren oder nicht nach Ordre geliefert, haben nach Abschluß der Geschäfte und in manchen Fällen sogar nach telegraphischer Einkassierung des Geldes die Preise willkürlich erhöht und haben, wenn freibleibende Preise ausgemacht waren, nach Ausführung eines Teils der Lieferungen plötzlich mehrere 100 % Aufschlag verlangt, ohne daß die Valutaänderung dazu genügend Anlaß gegeben hätte. Derartige Machenschaften werden hier als unfair empfunden und verletzen um so mehr, als der Argentinier einen gewissen Dank dafür erwartet, daß sein Land nicht gegen Deutschland gekämpft hat und daß er sofort nach dem Friedensschluß den deutschen Kaufmann mit offenen Armen aufgenommen hat. Eine ähnliche skrupellose Ausnutzung der Augenblickskonjunktur versuchten die Nordamerikaner bei Ausbruch des Krieges. Sie zogen sich dadurch den Unwillen der gesamten Kaufmannschaft zu und leiden — trotzdem sie den Versuch schnell wieder aufgegeben haben — noch heute unter der damals entstandenen Mißstimmung. Den deutschen Kaufleuten, die in der oben beschriebenen Weise Geschäfte machen, muß unzweideutig klargemacht werden, daß man damit vielleicht jetzt im eigenen Vaterlande mit seinen besonderen Verhältnissen Erfolge erzielen kann, daß man aber damit den Argentinier rettungslos der ausländischen Konkurrenz in die Arme treibt. Sogar eine Anzahl deutscher Kaufleute haben mir erklärt, daß sie unter den jetzigen Umständen nicht mehr in der Lage seien, ihre Bestellungen nach Deutschland zu geben. Auch die häufige Nichtinnehaltung von Lieferfristen wirkt ungünstig ein. Bezeichnend ist in dieser Beziehung der mir von verschiedenen Seiten bestätigte Umstand, daß in letzter Zeit fast nur die deutschen Häuser Geschäfte gemacht haben, die in Argentinien direkt vom Fabriklager verkaufen konnten. Zweifellos sind die Auslandspreise vieler deutscher Waren so hoch angesetzt, daß sie nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Unangenehm wird es in Argentinien auch empfunden, daß die Faktoren von den deutschen Häusern in allen möglichen Währungen aufgemacht werden. Wenn nicht grundsätzlich die deutsche Goldmark als Wertmesser genommen werden soll, dürfte es sich empfehlen, nur den argentinischen Peso zu wählen. Durchaus unerwünscht ist es, die Fakturen auf nordamerikanischen Dollar auszuschreiben. Der Argentinier vergißt nicht, daß er sich in deutlicher Weise vom nordamerikanischen ab und dem deutschen Markt zugewendet hat und hat kein Verständnis dafür, daß der Deutsche gerade die Währung eines ehemaligen feindlichen Landes bevorzugt.

Einen außerordentlichen Impuls würden sich die deutsch-argentinischen Handelsbeziehungen durch Veranstaltung einer dauernden Industrieausstellung in Buenos Aires erhalten. Nordamerika hat in dieser Richtung bereits einen Versuch gemacht durch eine schwimmende Ausstellung, die nach und nach alle südamerikanischen Staaten besuchen soll.

Einen großen Schritt in diesem Sinne würde schon die Schaffung einer Handelsauskunftsstelle bedeuten, die imstande wäre, jedem Interessenten zu sagen, ob, von wem und event. zu welchen Preisen irgendein Artikel in Deutschland hergestellt wird und wer der Vertreter der betreffenden Fabrik pp. in Argentinien ist. —

Die beste deutsche Propaganda für Deutschland besteht darin, daß jeder Deutsche in Argentinien sich einwandfrei benimmt, daß kein deutscher Kaufmann unfaire Geschäfte macht und darin, daß jeder Deutsche die nationale Würde hochhält. Die Verstöße gegen die nationale Würde haben sich leider nach Kriegsschluß gehäuft. Das ist um so bedauerlicher, als der Argentinier von einem tiefen Nationalgefühl beseelt ist und gegen Würdelosigkeit in dieser Beziehung eine ausgesprochene Verachtung hegt. Zahlreiche argentinische und sogar deutsch-argentinische Häuser erhalten z. B. von deutschen Häusern aus Deutschland Geschäftsbriefe in englischer oder auch französischer Sprache. Dafür hat der Argentinier kein Verständnis. Jedes größere argentinische Haus besitzt deutsche Korrespondenten und wenn sich schon der Deutsche seiner Muttersprache nicht bedienen will, so bleibt es unerklärlich, warum er gerade eine ehemals feindliche Sprache und nicht Spanisch wählt.

Besonders muß hier die Skrupellosigkeit erwähnt werden, mit der gewisse deutsche Geschäftsleute Beziehungen zu Unternehmungen in Argentinien anknüpfen, die während des Krieges und noch jetzt offen gegen deutsche Interessen gearbeitet haben.“

AUSWANDERUNGSWESEN

Ein neues Auswandererschiff.

In Hamburg traf, vom Generaldirektor der Hapag, Geheimrat Cuno und Vertreter ihrer Reederei Freunde, der United American Lines, Colonel Ryan, bewillkommet, das erste Schiff des gemeinsamen Dienstes der beiden Linien ein, der 8000 tons Dampfer Mount Clay, der frühere Prinz Eitel Friedrich. Er hat zu Beginn des Krieges als Hilfskreuzer gedient, lief nach Erschöpfung seiner Vorräte einen nordamerikanischen Hafen an, wurde nach Amerikas Eintritt in den Krieg als Truppentransporter benutzt und ist jetzt auf amerikanischen Werften völlig umgebaut worden. Der Dampfer stellt einen neuen Typ der Auswandererschiffe dar, seine sämtlichen Räume stehen den Auswanderern mit Ausnahme der Kommandobrücke zur Verfügung. Die Kabinen sind bequem und luftig, die Massenverpflegung fällt weg, im größeren Speiseraum finden Konzerte

statt, es gibt ein Rauch- und ein Damenzimmer, zahlreiche Bade- und Duschgelegenheiten, besonders rituelle Verpflegung für jüdische Auswanderer usw. Die erste Abfahrt von Hamburg fand Anfang Februar statt.

Einwandererelend in Rio Grande do Sul.

Das Stuttgarter Jugendsekretariat stellt dem Deutschen Auslands-Institut folgende Mitteilung aus einem Privatbriefe aus Porto Alegre zur Verfügung:

„Hier herrscht großes Elend, auch Folgen des Krieges und wir werden mit Einwanderern überschwemmt, die man so viel wie möglich unterstützt. Besonders viele deutsche Ärzte und Offiziere sind hier zu sehen. Die Ärzte finden in den Kolonien schon ein Unterkommen, doch für die Offiziere sieht es traurig aus und es ist ein Jammer, zu sehen, wie viele oft um eine Stellung betteln und, da sie keine Arbeit finden

einfach verkommen. Deshalb rate ich, nur dann soll jemand auswandern, wenn er schon eine feste Stellung hat oder so viel Geld besitzt, um einige Zeit ohne Arbeit leben zu können, denn selbst Empfehlungen nützen nichts."

Dieser Brief beweist aufs neue, wie nötig es ist, seine Auswanderungspläne heute so gründlich wie möglich vorzubereiten. Der Staat Rio Grande do Sul hat es ausdrücklich abgelehnt, für deutsche Einwanderer etwas zu tun.

Wer also keine festen Beziehungen hat, fällt damit einfach der deutschen Kolonie zur Last.

Ein evang. Siedlungspfarrer für die Rio Grandenser Synode.

Die Einrichtung eines evang. Siedlungspfarrers der deutsch-evang. Kirche in Rio Grande do Sul begrüßt die „Deutsche Post“ von Sao Leopoldo mit besonderer Freude, zumal damit die planlose und wahllose Abwanderung der Protestanten deutscher Zunge an ungeeignete Orte bekämpft werden soll. Bei den Schwierigkeiten, welche Schule und Kirche in Brasilien zu überwinden haben, sei die rechtzeitige konfessionelle Scheidung der Kolonisten von größter Wichtigkeit. Die Zeitung schätzt Evangelische und Katholische deutscher Zunge als zahlenmäßig ungefähr gleich stark im Staate Rio Grande do Sul vertreten ein und spricht die dringende Bitte aus, daß alle evangelischen Kolonisten, die abwandern wollen, nicht ins Blaue hinein eine Reise nach irgend einer Kolonie unternehmen, von der sie in der Zeitung oder in Propagandaschriften nur Günstiges gelesen haben; denn jeder Kolonisator preise seine Kolonien als den Himmel auf Erden an. In jedem Falle solle erst der Siedlungspfarrer gehört werden. Als Siedlungspfarrer ist der früher in Blumenau tätige Pastor Mummelthey, zuletzt S. Joao de Montenegro, bestellt.

Über Einwanderung und Kolonisation in Matto Grosso.

Vor einiger Zeit hatte die Regierung von Matto Grosso der Bundesregierung mitgeteilt, sie habe der Firma Hacker & Co. ein großes Gebiet zur Kolonisation übergeben; die Bundesbehörde möchte das Unternehmen mittels Freipassagen für Einwanderer fördern. Daraufhin hat, wie das Deutsche Volksblatt Porto Alegre vom 17. November 1920 berichtet, der Ackerbauminister einen seiner Beamten beauftragt, die einschlägigen Verhältnisse zu studieren. Der Schluß des eingegangenen Berichtes lautet nun dahin, daß von der Sendung von Kolonisten einstweilen abzuraten sei, da der Staat Matto Grosso keine Kolonien habe, auch keine Privatkolonien unterstütze, welche Einwanderer aufnehmen und ansiedeln könnten. Da dieser Beamte das Abkommen der Regierung von Matto Grosso mit der Firma Hacker & Co. kennt, erscheint diese Meldung beachtenswert. Auch auf der Hackerschen Konzession wird er keinerlei Vorbereitungen gefunden haben, welche die Ansiedlung von Einwanderern erlauben könnten. Auch die von der Firma selbst herausgegebenen Drucksachen und Informationen lassen erkennen, daß das Unternehmen nicht genügend vorbereitet ist.

Vorherhand kommen jedenfalls dort die Einwanderer einfach in einen Urwald, in eine Einöde. Nach solchen Gegenden deutsche Einwanderer zu lenken, wäre nach Ansicht des Deutschen Volksblatts völlig verfehlt. „Solange nicht der Nachweis geliefert ist, daß einigermaßen für die Aufnahme der Ankömmlinge gesorgt ist, soll der deutsche Auswanderer von solchen Gebieten wegbleiben.“ Die Anfänge der Kolonie müssen von den Unternehmern mit Hilfe von landeserfahrenen Kolonisten gemacht werden; erst dann erwächst ihr ein Recht, deutsche Einwanderer in so fern entlegene Gegenden zu führen. Der Berichterstatter schließt mit den Worten: „Mögen Erfahrung und Geschichte der Kolonisation vor Enttäuschung und Fiasko bewahren.“

Die Kolonisation des Staates Santa Catharina.

In einem Artikel über die „Kolonisation im Vorderhause“ des Staates Santa Catharina setzt sich Dr. Paul Aldinger, Hammonia, mit dem Artikel „Kirche u. Kolonisation“ von C. Bühler auseinander, der über die Kolonisation im Hinterhause von Santa Catharina, in den deutschen ev. Blättern für Brasilien, geschrieben hatte. Die Verbindung zwischen beiden Kolonisationsgebieten wäre schnell hergestellt, wenn die Santa Catharina-Eisenbahn als Linie Blumenau-Hansa zum Rio Peixe und von da zu der argentinischen Grenze fortgeführt würde. Leider ist die Hoffnung dazu gering. Landvermessung und Wegebau arbeiten zurzeit mit großem Eifer in der Richtung auf die Serra. In der Hansa wurde die schön hergestellte Verbindung Plate-Moema wieder unterbunden, da das Zwischengebiet zur Indianerreservation gemacht worden ist.

Im Westarme des Itajahy strebt man durch zwei Nebentäler auf 6 Meter breiten, ausgearbeiteten, mit Steinkanälen versehenen Straßen zur Serra hinauf. Im Trombudotale hat das Syndicato Agricola von Blumenau den Straßenbau gegen Bezahlung von kolonisierbarem Land übernommen; am Tayotale arbeitet die Firma Salinger-Feddersen ebenfalls auf kolonisationsfähigem Gebiet. Es handelt sich hier um wesentlich kühlere Siedlungsbezirke, als die alte Kolonie Blumenau. Die im Bau befindlichen Straßen sollen bis Lages und Curitybanos geführt werden. In der ganzen oberen Itajahysiedlung sind übrigens die Italiener mindestens ebenso sehr wie die Deutschen tätig.

Auch aus dem Joinville'schen Unterland ziehen ständig Leute in die Städte und Stadtplätze des Hochlandes der Serra hinauf.

Das Aufhören der Indianergefahr und der stark vorwärts dringende Wille des Gouverneurs Hercilio da Luz tragen zur Erschließungsarbeit im oberen Itajahytal bei. Wenn erst das Itajahybecken in seinem neuen oberen Teil ebenso voll ist wie im unteren, dann wird es nach Meinung Aldingers noch große Menschenwogen auf den Kamp und über den Kamp hinausenden, selbst wenn die sich immer mehr entwickelnde Industrie, im Anschluß an große elektrische Kraftanlagen, viele Arbeiter aufnimmt.

Auch die von der Küste aus ins Innere getriebenen Kolonisationskeile, entlang der Flußtäler, vor Joinville, Blumenau, Cubatao (Theresopolis) und Tubarao (Braco do Norte), haben sich untereinander durch die Nebentäler durch Siedlung und Wegebau mehr die Hand gereicht und stellen, wo die Bahnen fehlen, durch Wagen- und Autoverkehr eine immer engere Verbindung untereinander her. In diesem Zwischengebiet liegt die neugeschaffene Gemeinde Santa Theresia.

Der hansatischen Kolonisationsgesellschaft stehen innerhalb ihres vermessen Landes noch 3000 Lose zur Verfügung, jenseits dieses Umkreises noch ebensoviel Konzessionsland. Das Syndikat am Trombudo rechnet mit 1500 und mehr Losen und das Straßenunternehmen Pombas-Tayo wird zugleich die Kolonisation des oberen Westarmgebiets fördern und vollziehen. Im weiten Tale, wo Süd- und Westarm sich vereinigen, liegt der Hauptort dieses Gebiets, Bella Allianca; wo vor kurzem ein deutscher evang. Geistlicher (Pfarrer Hahn) sich niedergelassen hat; man rechnet mit 400—500 Gemeindemitgliedern.

Auch am atlantischen Hang tut sich, von riograndenser Unternehmern begonnen, eine Kolonisation auf, die Kolonie Affonso Camargo bei Paranagua-Antonia im Staate Parana. Auch in dieser Kolonie wird voraussichtlich ein Abfluß von Kolonisten aus Joinville und Blumenau stattfinden. Dort sollen etwa 8000 Lose zu kolonisieren sein. Dadurch wird der kolonisationsische Vormarsch zur Serra hinauf einstweilen noch aufgehalten.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Schmied-Kowarzik, Walther, Privatdozent Dr., **Ein Weltbund des Deutschtums**. Die Gegenwartsaufgabe einer Weltpolitik deutscher Kultur. Leipzig: Weicher 1917. 38 S. 4°. (S.-A. aus „Der getreue Eckart“, Wien, Nov./Dez./Jan. 1916/17.)

Der in der Geschichte der deutschen Einheitsbewegung beständig wiederkehrende, kürzlich noch erörterte Gedanke eines „Weltbundes des Deutschtums“ (vgl. Reimesch, Deutsche Rundschau. Jahrg. 17, H. 1) steht bei dem Wiener, um die Erforschung der wissenschaftlichen Deutschkunde verdienten und jetzt nach Dorpat berufenen Germanisten ganz unter den Eindrücken der in den ersten beiden Kriegsjahren vorübergehend gewonnenen Machtstellung der Mittelmächte. Seelisch ist er letzten Endes veranlaßt durch das Erlebnis der ersten Augusttage 1914, das allen Volksdeutschen vielleicht zum erstenmal in ihrer Geschichte die Blut- und Schicksalsgemeinschaft mit der Gewalt eines Naturereignisses zum Bewußtsein brachte. Es ist heute müßig, darüber nachzudenken, wie weit die Weltbundgedanken des Verfassers dem deutschen Bedürfnis zu systematisieren und auf dem Papier zu organisieren entspringen, wie weit sie auch bei anderem Ausgang des Krieges zu verwirklichen gewesen wären. Tatsache ist, daß eine politische Zusammenfassung auch nur der Deutschen Mitteleuropas auf absehbare Zeit unmöglich, die kulturelle durch bloßes Organisieren nicht zu bewirken ist. Dringende Einzelaufgaben, wie die, der Bevölkerung Wiens das nackte Leben oder den Deutschen in Polen ein paar Dutzend Zeitungen zu erhalten, scheinen heute bereits die Kräfte der deutschen Kernlande zu übersteigen. Über den bis ins einzelne ausgearbeiteten Arbeitsplan des Weltverbandes hinaus behält des Verfassers scharfe Herausarbeitung der völkischen Werte als der höheren Instanz des Staatsbegriffes, dem allein der Reichsdeutsche, ursprünglich aus Notwendigkeit, dann aus Gewohnheit zu huldigen pflegte, bleibenden Wert.

Dr. H. M.

Was wir verloren haben. Entrissenes — doch nie vergessenes deutsches Land. Original-Zeichnungen von W. Thiele-Potsdam. Berlin: Zillesen 1920. 4°. M. 24.—.

Der Grundgedanke dieses Werkes, dem deutschen Volk seine durch den Friedensvertrag entrissenen Gebiete in eindrucksvollen Bildern vor Augen zu führen und ins allzu rasch vergessende Gedächtnis zu brennen, war gut. Auch die künstlerische Ausführung mit den klaren und ersten Darstellungsmitteln des Malers Wilhelm Thiele ist würdig. Ein Vorwort von Hindenburg, Gedichte und Prosa von Lienhard, Brausewetter und Warncke geben dem ganzen Zusammenhang und Nachdruck. Soweit gut. Bei der Auswahl des Stoffes ist der Verlag indessen von einer wohl nur in Deutschland möglichen Unkenntnis politischer Tatsachen und Wirkungen geleitet gewesen. Kennt man in Berlin keine Karten? Das Saargebiet verlorenes Land? Es wird, wenn der Friedensvertrag kein Fetzen Papier ist, in fünfzehn Jahren so deutsch sein wie heute. Marienwerder war einen Augenblick, und auch das nur auf dem Papier, durch die Abstimmung gefährdet. Oberschlesien wird deutsch bleiben, wenn die Abstimmung im Sinne des Versailler Vertrages geregelt wird. Was soll vollends in diesem Bande die ehrwürdige Stadtkirche von Tilsit, das nicht einmal die Entente zu begehren wagte? Auf der andern Seite fehlt das Memelgebiet. — Wenn es not tut, daß die Deutschen aufmerken, was an ihren Grenzen auf dem Spiele steht, so sollte ein Bilderband doch nicht sicheren Besitz in bunte Reihe mit verlorenem und von außen gefährdetem stellen; das heißt doch den Glauben an Recht und Wahrheit in vielen unpolitischen deutschen Gemütern hilflos verwirren. Wie wir übrigens soeben erfahren, hat der Verlag seine Irrtümer in der eben erschienenen 2. Auflage des Werkes gut gemacht.

Dr. H. M.

Scheu, Robert, Dr., „Wanderungen durch Böhmen am Vorabend der Revolution“. (Vom 20. Juli bis 20. September 1918.) Wien und Leipzig: Strache 1919. 203 S. 4°. M. 20.—.

Der Verlag Ed. Strache in Wien, Prag und Leipzig gibt dieses Buch heraus, das dem Verfasser zufolge ein „Quellenwerk zur Zeitgeschichte“ sein soll. Man muß Scheu zunächst dafür dank-

bar sein, daß er von Volk zu Volk ging und den politischen Nebel durchschritt. Das Buch läßt kaum etwas von jener Schärfe nationaler Zusammenstöße vermuten, die seither erneut die Tschechoslowakei durchtoben. Zu berücksichtigen ist weiter, daß Scheu ein Wiener ist, ein Mensch, der viel mehr von jener künstlerisch-weichen Art in sich hat, als beispielsweise die „Preußen“ des alten Österreich, die Deutschböhmen. Interessant wird das Buch durch die Schilderung von Land und Leuten, nicht zuletzt dadurch, daß Scheu auch einige Sonderexemplare der tschechischen Nation vorführt und an ihnen das Problem des Nationalitätenkampfes zeigt. An diesen gutgelungenen Versuchen wird klar, daß das tschechische Volk, um ehrlich zu sein, seine politischen Flegeljahre durchmacht. Allein Dr. Kramarsch: Schon das Lichtbild zeigt ihn als einen verbissenen Menschen, den Typ eines Chauvinisten. Der Mann, wie die meisten offiziellen tschechischen politischen Führer, ausgenommen vielleicht Prof. Radl, bleibt uns schlechtweg unverständlich. Gerade Kramarsch ist dabei ein Mensch, der in Europa gut Bescheid weiß, Kenntnisse und gesellschaftliche Routine besitzt. Seine ganze Weisheit gegenüber den Deutschen lautet eben: „Die Herren sind wir!“ — Das Buch bedeutet trotz alledem ein Ereignis. Wären einige Jahre vor Scheu solche Reisen nach Böhmen und den anderen Ländern der alten Monarchie gemacht worden, vielleicht hätte sich vieles anders gestaltet. Reminiszenzen sind indessen bei der heutigen Lage der Dinge nicht angebracht. Zu wünschen ist aber, daß das Buch die weite Verbreitung findet, die es tatsächlich verdient.

W. Qu.

Unser Oberschlesien. Das Hohelied deutscher Arbeit. Band 1: Die Hütte. 16 Heimatbilder (nach Aufnahmen von Bruno Zwiniar, Vorwort von Frieda Kaisig). Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien [1920.] Ausgabe A auf farb. Karton. M. 15.—.

Aus Eichendorffs Heimat. Wald- und Landschaftsstimmungen aus Oberschlesien mit Sprüchen aus Eichendorffs Liedern. 16 Heimatbilder aus Oberschlesien. Mappe 1. Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien [1920.] Ausgabe A auf imit. Bütteln. M. 18.—.

Auf diese beiden Geschenkbände trifft das abgegriffene Wort von der Kulturleistung einmal wirklich zu. Künstlerische Aufnahmen kommen durch die vollendete Wiedergabe des Kupfertiefdrucks zu prachtvoller Bildwirkung auf dem geschmackvoll gewählten Untergrund. Das idyllische Oberschlesien Eichendorffs findet in den modernen Stätten rastloser Arbeit in Schacht und Hütte seine notwendige Ergänzung.

Dr. H. M.

Deutschland und Armenien 1914–1918. Sammlung diplomatischer Aktenstücke. Herausg. u. eingel. von Dr. Johannes Lepsius. Potsdam: Tempelverlag 1919. 541 S. 8°. geb. M. 25.—.

Dem Herausgeber stand für seine Veröffentlichung das vollständige Aktenmaterial des Auswärtigen Amtes in Berlin und der Deutschen Botschaft in Konstantinopel zur Verfügung. Die 444 Aktenstücke der Sammlung enthalten alle wichtigen deutschen Konsularberichte und den Notenwechsel der Deutschen Botschaft mit der Pforte über die Armenische Frage während des Krieges. Sie geben ein erschütterndes Bild von den Tatsachen, schaffen völlige Klarheit über die Haltung der deutschen Politik und zerstören die in der Presse der alliierten und associierten Mächte tendenziös verbreitete Legende, daß Deutschland die Armenierdeportationen und Massakers inspiriert und organisiert habe. Die Einleitung des Herausgebers faßt auf 72 Seiten die wesentlichen Ergebnisse zusammen. Sorgfältige Namen-, Orts-, Sach- und Aktenregister erleichtern die Benutzung der Dokumentensammlung, für deren unparteiische Zusammenstellung der Name des Herausgebers bürgt.

Wl.

Natur- und Kulturbilder aus den Kaukasusländern und Hocharmenien. Von Teilnehmern der schweizerischen Studienreise 1912 unter Leitung von Prof. Dr. M. Rikli. Zürich: Orell Füllli 1914. VIII, 317 S. 8°.

Das Buch, ein Sammelwerk von 15 Aufsätzen verschiedener Verfasser, in prächtigster Ausstattung mit ausgezeichneten Bildbeigaben, ist der Niederschlag der unter Leitung des Konservators am botanischen Institut der Universität Zürich im Sommer 1912 unternommenen schweizerischen Expedition in die Kaukasus-

länder und Hocharmenien, die in 2 Monaten von den Ufern des Schwarzen Meeres über den Kaukasus hinweg zu den Küsten des Kaspischen Meeres führte, von dort quer durch die Steppe und über Moskau zurück in die Heimat. An der Expedition nahmen 35 Mitglieder teil, darunter 11 Deutsche. Der ansehnlichen Teilnehmerzahl entspricht die reichhaltige Ausbeute der Reise — in den meisten Aufsätzen wiegt natürlich der wissenschaftlich-geographische Gesichtspunkt vor; insbesondere für den Pflanzen-geographen bietet das Werk eine interessante Ausbeute; doch kommen auch alpinistische Interessen zu ihrem Recht. Besonders anziehend ist die eindringende Studie des armenischen Bischofs Mesrop, der an der Besteigung des großen Ararat teilnahm und über die Bedeutung der armenischen Kirche im kulturellen und politischen Leben der Armenier berichtet, ferner der von Pfarrer J. Koller verfaßte Aufsatz über die deutsche Kolonie Sarepta an der Wolga, ein Zentrum deutscher Kultur in Süd-Rußland, das sich, von deutschen Herrnhutern 1765 gegründet, unter dem Schutze der Zaren und unter den fleißigen Händen der unerschrockenen und glaubensfrohen Kolonisten trotz aller Wechsel-fälle des Schicksals rasch zu einem blühenden Gewerbezentrum in der öden Kalmückensteppe emporschwang. Dr. Scho.

Burckhardt, Wilhelm, G. Auswandern! Aber Wohin? Berlin: Süsserott 1919. 16 S. 8°. M. 1.40.

Verfasser, der ein guter Kenner ganz Südamerikas ist, behandelt zunächst grundsätzlich die Auswanderungsfrage mit besonderem Ausblick auf die Aussichten für den deutschen Offizier. Unter den augenblicklich gegebenen politischen Verhältnissen scheiden für ihn die Vereinigten Staaten von Amerika, Canada, Japan, Rußland, Australien und Brasilien als Einwanderungsziele zunächst völlig aus, auch warnt er vor Bolivien, Uruguay, Peru und Ecuador. Auf die Hinneigung zum Romanentum des Staates Peru weist der Verfasser besonders hin, „das Land sucht angeblich für den unappetitlichen Abbau seiner Guano-vorräte und die höchst ungesunde Arbeit in der Quecksilber-gewinnung deutsche Arbeiter; caveat consules!“ Vielleicht erklärt sich hiermit, daß Peru neuerdings einen Teil der Über-fahrt zu bezahlen sich bereit erklärt. Auch Mittelamerika und Mexiko erscheinen dem Verfasser nicht als empfehlenswerte Ziele. Als solche kommen seiner Meinung nach Chile, Argentinien, Paraguay, Venezuela und Columbien in Frage. Die Übersicht über die heimatlichen Schutzorganisationen für die deutschen Auswanderer scheint noch etwas ungeordnet und unvollständig. Den Schluß bildet eine Programmskizze für das Reichswanderungsamt, welche die Arbeit nach außen und nach innen gesondert behandelt. M. Grisebach.

Mayerhofer, Josef, Ihre Existenz in Südamerika? Mit einem Plan von Buenos Aires, einer Verkehrskarte v. Argentinien, einer Tafel der wichtigsten Auswandererbehelfe, ferner den neuesten Nachrichten aus Uruguay, Brasilien u. Chile. 2. u. 3. vermehrte Aufl. Wien: Selbstverlag des Verfassers. 1919. 70 S. 8°. Kr. 4.30.

Der Verfasser schildert Selbsterlebtes, seine Ratschläge klingen in eine ernsthafte Warnung an die auswandernden österreichischen Offiziere aus. Die Ausführungen stützen sich hauptsächlich auf Erfahrungen, die der Verfasser in Argentinien machte. Zum unbedingt notwendigen Rüstzeug des Intellektuellen nach Südamerika gehört nach seiner Meinung Beherrschung der Sprache, genügend Kapital, um die ersten Monate durchhalten zu können, und Berufsfähigkeiten. Da der argentinische Weizenbau einer Lotterie gleicht, bei welcher die möglichst billige und oberflächliche Bestellung den Einsatz und die gelegentlich guten Ernten den Gewinn darstellen, so tritt Mayerhofer energisch für sorgfältige Bewirtschaftung des Kleinbesitzes ein, welche allein das Pächterelend in Argentinien zu beseitigen in der Lage ist. Der Psychologie des Lateinamerikaners, welcher schon bei angrenzenden Staaten wie Argentinien und Uruguay differiert, werden 5 Seiten gewidmet. Gerade diese Ausführungen sind für den modernen Auswanderer besonders wertvoll. Sodann werden Argentinien, Uruguay, Brasilien, Paraguay, Bolivien, Chile, Peru und Venezuela als Auswanderungsziele unter besonderer Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung behandelt. Den Schluß bildet eine Ausrüstungstafel nebst einigen praktischen Winken. M. Grisebach.

Wie kann man ohne Mittel nach Südamerika auswandern? Dresden-A.: Unionistischer Verlag (um 1920). 16 S. 8°.

Wieder einer jener unerfreulichen Versuche, die Auswanderer-not unseres Vaterlandes zur Propaganda für eine Weltanschauung

zu nutzen. Die unionistische Mission stellt sich ein trauriges Zeugnis aus, daß sie auf diesem zweifelhaften Wege Mitglieder zu fangen sucht. Bemittelte und Unbemittelte sollen sich zusammenschließen, damit die ersteren den letzteren unentgeltliche Überfahrt ermöglichen. Das ist der weise Rat, der hier gegeben wird. Im übrigen wird für die Schrift.n des Unionismus Propaganda gemacht. Grisebach.

Hagelberg, Carl, Anleitung zum Plantagenbau im mexikanischen Tielande. Ein beratendes Wort für angehende Pflanzler. Schleswig 1919: Verlag Johs. Ibbeken. 8°. 58 S.

Ist Hagelbergs erste Schrift: Wo siedeln wir uns an? („Mexiko als Siedlungsland für deutsche Acker- und Gartenbauern, sowie Viehzüchter mit kleinem bis mittlerem Kapital“) vorwiegend für kleine Kapitalisten geschrieben, so ist diese mehr auf Großkapitalisten eingestellt. Hagelberg hält heute 50000 mexikanische Pesos zur Anlage einer Kaffeeplantage von 50000 Bäumen sowie zum Leben bis zum Eingang der ersten Ernte in Mexiko für ausreichend. Die Anlage einer solchen Pflanzung wird bis ins einzelne geschildert, allerlei praktische Ratschläge werden gegeben; über die Banane, den Tabakbau und den der Sigalsave wird kurz das Wichtigste berichtet. Wer sich die zahlreichen gleich mitzunehmenden Sachen (S. 19 ff.) heute in Deutschland neu erstehen muß, wird allerdings das oben genannte Kapital schon daheim kräftig anreißern müssen. M. Grisebach.

Ratgeber für Auswanderer nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Berlin: Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1919. 31 S. 8°.

Im Auftrag des deutsch-amerikanischen sozialistischen Bundes geschrieben, beleuchtet dieser Ratgeber trefflich die mancherlei Enttäuschungen, denen der Einwanderer in den Vereinigten Staaten entgegengeht. Mit feinem, psychologischem Verständnis wird der Auswanderer darauf hingewiesen, wie er drüben seinem früheren Selbst allmählich fremd wird, ohne ihm doch je gänzlich zu entwachsen, und wie die sozialen Verhältnisse wenig vom sogenannten „Land der Freiheit“ spüren lassen. Die Arbeitslöhne werden noch nach den Friedenszeiten beurteilt. Seite 18—30 bringt ein wertvolles Verzeichnis amerikanischer Arbeiter-Organisationen. An den verdienstvollen kirchlichen Einwanderer-Missionen geht die Schrift vorüber. Grb.

Boetticher, Hermann von, Erlebnisse aus Freiheit und Gefangenschaft. Berlin: S. Fischer 1919. 230 S. 8°. M. 5.50.

Ein von Lebenslust durchströmtes Kapitel Nordamerika, kurz vor dem Kriege, ein Kapitel Frankreich, gesehen mit den leidgeschärften Augen der Zivilgefangenschaft, ein Kapitel Internierung und Genesung in der Schweiz, das ist der Stoff, aus dem der Verfasser seine Erlebnisse in eigener, vielfach zu starker Anschaulichkeit sich erhebender Sprache gestaltet. Er hat das Temperament jener Abkömmlinge kulturgesättigter Geschlechter, denen ursprüngliche Verhältnisse und elementare Erschütterungen als letzte Zuflucht vor ihrer eigenen Überfeinerung bleiben, verspätete fin du siècle-Stimmung wie bei Hermann Bang oder dem Grafen Keyserling. Aus dem ganz vom eigenen Erleben erfüllten dichterischen Gebilde fällt nebenbei manches erhellende Streiflicht auf die Seelenzustände der internierten Auslandsdeutschen und ihrer französischen Gefängnis-wärter. Dr. H. M.

Gahtgens, Eva, Sonnenland. Lichtbilder aus einem alten Hause. Hamburg: Agentur des Rauhen Hauses o. J. (1920). 237 S. 8°. geb. M. 12.—. **Alt-Livland. Heitere Bilder aus dem Baltikum.** Ebd. 1918. 228 S. geb. M. 12.—.

In beiden Büchern hat die treffliche baltische Erzählerin der reiferen deutschen Jugend eine köstliche Gabe geboten. Wo hatte die Jugend mehr Sonne, wo gab es ein innigeres Familienleben, wo verstand man besser, Feste zu feiern als in den behäbigen deutschen Bürgerhäusern des Baltenlandes? Die Spiele und Freuden der Kinderjahre, der unbefangene Verkehr mit Tier und Mensch, die liebevoll gepflegte Familienüberlieferung, all das inmitten einer Natur von hohen landschaftlichen Reizen, erscheint in den lebensfrohen Erinnerungen von Eva Gahtgens wie in einem reinen Spiegel. Die tiefe Heimatliebe hebt selbst das Alltägliche ins Reich des Poetischen. Beide hübsch ausgestattete Bücher sollten deutscher Jugend Stunden gesunder Lese Freude bereiten und sie darüber hinaus das Land, das nach wie vor deutscher Kultur sein Bestes verdankt, kennen lehren. Dr. H. M.

Gedichte aus Finnland, übersetzt von Friedrich Israel. Helsingfors: Schildt 1919. 175 S. 8°.

Eine Lese älterer und neuerer finnischer Dichtung in vorzüglichster deutscher Übertragung. Der herbe Reiz des hohen Nordens, der Zauber der „weißen Nächte“ liegt über dieser Poesie. Schlichte Heimatliebe und edler Heimatstolz klingt aus jeder Strophe. Den deutschen Leser wird das Büchlein durch die begeisterte Dankbarkeit für die Befreiung von 1918 und die tiefe Anteilnahme an dem schweren Schicksal unseres Volkes besonders anziehend berühren. Scho.

Buchholz, Walter, Major, Franz Wilhelm Metz, Patenkind des 1. Landsturm-Infanterie-Bataillons Metz XVI, 1, Adoptivsohn der Stadt Metz. Mit 8 Bildern. Metz: Im Selbstverlag der Stadt Metz herausgegeben zugunsten ihres Patenkindes 1918. 80 S. 8°. Zu beziehen durch Generalsekretär Biesalski, Mannheim, Lindenhofstr. 22.

Das Büchlein erzählt schlicht die Geschichte eines armen Ostpreußenkindes, das wahrscheinlich beim ersten Russeneinfall aus seiner Heimat verschleppt wurde, seine Eltern verlor und in Skaudvily in Litauen eine notdürftige Pflege fand, bis sich deutsche Soldaten seiner erbarmten. Ein Metzter Landsturm-Bataillon stand Gevatter bei der Taufe des kleinen Ostpreußen und sorgte dafür, daß die Stadt Metz sich seiner annahm. Nach dem Verlust von Metz an die Franzosen begleitete der junge Franz Wilhelm seinen Pflegevater über den Rhein. Der Reinertrag der kleinen idyllischen Geschichte auf tragischem Hintergrunde soll seine Erziehungskosten bestreiten helfen. Dr. H. M.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

In Verbindung mit der „Neuen Zeit“, dem Organ des Deutschen Wirtschafts- und Kultur-Vereins für Südslawien, ist in Groß-Becskerek im schwäbischen Banat ein deutsches Druckerei- und Verlagsunternehmen ins Leben gerufen worden, das Tages- und Wochenblätter drucken, aber auch den Verlag von deutschen Büchern und sonstigen Druckschriften übernehmen soll. Die Gründer halten eine gut geleitete moderne deutsche Druckerei bei den heutigen Verhältnissen im Banat nicht nur für ein dringendes kulturelles Bedürfnis der zum kraftvollen Stammes-

bewußtsein erwachten Banater Schwaben, sondern auch für eine nutzbringende Kapitalanlage und wenden sich mit ihrem Aufruf zur Unterstützung des Unternehmens durch Aktienzeichnung an alle deutschen Stammesbrüder.

Im „Tokyo Economist“ veröffentlicht der neue japanische Gesandte in Berlin, E. Hioki, einen Aufsatz, in dem er seiner Meinung über das künftige Zusammenarbeiten der deutschen mit der japanischen Geschäftswelt Ausdruck verleiht. Der Botschafter ist mit Bezug auf Deutschlands Zukunft überaus optimistisch. Er faßt seine diesbezügliche Ansicht in die Worte zusammen: Deutschland ist zwar ein durch den Krieg in seinem Volksleben schwer getroffenes Land und liegt heute noch erschöpft darnieder. Aber es ist gar kein Zweifel, daß die Deutschen dank ihrer unbezwinglichen Ausdauer und ihrer Kraft diese Prüfung bestehen und sich durchkämpfen werden. Sie werden bei der Arbeit der Erneuerung ihres Geschicks sicher von gutem Erfolge begleitet sein. Auf jeden Fall hat der Ausgang des Weltkrieges aufrichtiges Mitgefühl mit dem deutschen Volk hervorgerufen. Heute befindet es sich in einer Periode, in der es seine Macht auf wirtschaftlichem Gebiet ganz neu aufbauen muß. Japan hat nun jederzeit, schon lange vor dem Kriege, von Deutschland viel gelernt. In Zukunft müssen sich die beiden Länder auf dem Boden eines noch freundschaftlicheren Verhältnisses als bisher begegnen. Ich glaube, daß auf deutscher Seite viele diese meine Empfindungen teilen. Die japanische Geschäftswelt erwartet mit Zuversicht, wie früher von der deutschen Wissenschaft und Industrie lernen zu können. Auf keinen Fall darf man Deutschlands Zukunft pessimistisch beurteilen. Ich habe vielmehr allen Grund, optimistisch darüber zu urteilen. Als Beweis genügt mir der deutsche Volkscharakter, wie er sich in der Vergangenheit gezeigt hat. Von diesem ausgehend, muß man sagen, daß die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Japan die schönsten Aussichten haben.

VON UNSERER ARBEIT

Präsident Dr. von Marquardt †. In Stuttgart starb mitten aus seiner Arbeit heraus plötzlich Präsident Dr. von Marquardt, der in seiner damaligen Stellung als Ministerial-Referent an den Vorarbeiten zur Begründung des Deutschen Auslands-Instituts beteiligt war und nach der Gründung den Posten eines zweiten Vorsitzenden des Vorstandes innehatte. Wenn er auch später, als er aus dem Kultusministerium ausschied, um Präsident der Ministerialabteilung für die höheren Schulen zu werden, dieses sein Amt in andere Hände legen mußte, so gehörte doch sein unermüdliches Interesse und sein warmes Herz der Sache des Instituts und des Auslandsdeutschtums. Er nahm wiederholt Gelegenheit, sich über den Fortgang der Arbeiten des Instituts zu unterrichten und einer der jüngsten Betätigungszweige des Instituts, der landeskundliche Kursus über Ostfragen, der gegenwärtig für die Schüler der oberen Klassen der höheren Lehranstalten abgehalten wird, verdankt seiner Förderung sehr viel. Er nahm noch an den vorbereitenden Sitzungen teil und half stets mit seinem guten Rat, wenn es Schwierigkeiten gab. Seine stets gleichbleibende Sachlichkeit

und Ruhe verbanden sich mit einer ungewöhnlichen Arbeitskraft. Präsident Dr. von Marquardt hat dem Institute in schwierigen Anfangszeiten wertvolle Dienste geleistet, die ihm ein ehrendes und treues Andenken in der Geschichte des Instituts sichern.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Auslands-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgendes Angebot:

Die Siebenbürgische Handelsgesellschaft, Hüniger u. Comp., in Hermannstadt, Siebenbürgen, Goblinsgasse 18 (Erfurt, Thüringen, Nonnenrain 15), besorgt Einkäufe, Vermittlungen und Vertretungen in Siebenbürgen. Anfragen durch das Deutsche Auslands-Institut.

Für den Inhalt verantwortlich: I. V. Dr. Fritz Wertheimer. Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 8. März 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Auslands-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank. Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7600. Druck: Greiner & Pfeiffer. Stuttgart

Druckanschrift: Auslandsinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DIE Voss

ist die großangelegte illustrierte
**WOCHENAUSGABE DER
VOSSISCHEN ZEITUNG**

*

Die
„Voss“ will
dem Auslandsdeutschen
eine neue Brücke zur Heimat
schlagen und die wirtschaftlichen
und kulturellen Beziehungen zwi-
schen Deutschland und dem
Auslande wieder
herstellen
helfen

*

Bezugspreis:

Für das Ausland: die Nummer 1.50 Mark, jährlich 80.— Mark (unter Streifband). Für Danzig, Luxemburg, Memelgebiet, Deutsch-Oesterreich, Ungarn und das an Polen abgetretene ehemalige deutsche Gebiet: die Nummer 1.20 Mark, jährlich 62.40 Mark (unter Streifband). In Deutschland: die Nummer 1.— Mark. Durch die Post jährlich 48.— Mark, unter Streifband 62.40 Mark

Probenummer an jede gewünschte Adresse

ULLSTEIN / BERLIN SW 68

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



Der „Auslanddeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Institut mit einem Mindestbeitrag von 60 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslanddeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 16 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 3.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV – Nr. 7

STUTTGART

Erstes Aprilheft 1921

Vom Deutschtum im Kaukasus

Von ARTUR LEIST, Tiflis.

Durch das Unglück der Deutschen in der Sowjetrepublik Ascherbeidjan wird unser Interesse unwillkürlich wieder auf die Kolonien im Kaukasus hingelenkt. Die ersten deutschen Ansiedlungen in Hinterkaukasien entstanden vor über einem Jahrhundert, im Jahr 1818. Die Siedler bestanden ausschließlich aus Württembergern, die, von christlichem Geiste getrieben, ins Land nach Palästina, dem „Gelobten Land“, gelangen wollten. Als sie jedoch durch Südrußland zogen, zwang sie die russische Regierung mit Gewalt zum Bleiben und es blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich im Kaukasus eine neue Heimat zu suchen. Nur langsam entwickelten sich anfangs jene Kolonien in Georgien und Ascherbeidjan, denn die herrschenden ungebundenen Zustände des Landes erschwerten ihr Emporkommen sehr. Aber allmählich bewältigten deutsche Tüchtigkeit, Ausdauer und unbezwingliche Arbeitslust die meisten Schwierigkeiten und die anfänglich gegründeten Kolonien gelangten nicht nur zu höherer Kultur und Wohlhabenheit, sondern sie schufen im Laufe des vergangenen Jahrhunderts noch mehrere Tochtersiedlungen, in denen sich alle diejenigen niederließen, die wegen Landmangel in den alten Kolonien keine Betätigung fanden.

Als der Weltkrieg ausbrach, hatten die damals bestehenden deutschen Ansiedlungen einen ziemlich hohen Wohlstand erreicht, sie waren die kultureichsten bäuerlichen Gemeinwesen in ganz Hinterkaukasien und dies trotz der stiefmütterlichen Behandlung, die sie in den letzten Jahrzehnten von seiten der zarischen Regierung erfahren hatten.

Neben den landwirtschaftlichen Ansiedlungen waren im neunzehnten Jahrhundert auch ziemlich starke deutsche Stadt-Kolonien in Tiflis und Baku entstanden, die zum größten Teil aus Handwerkern und Kaufleuten bestanden, aber zu ihren Mitgliedern auch einige Ärzte, Lehrer, Musiker, Baumeister u. a. zählten. Die Mehrheit derselben stammte aus der deutschen Kolonie Neu-Tiflis, die allmählich in der Stadt Tiflis aufging und schon gegen das Jahr 1880 ihr deutsches Gepräge verloren hatte. Zu ihnen gesellten sich Reichsdeutsche, Österreicher, Schweizer und Deutsche aus den russischen Ostseeprovinzen, so daß hier Vertreter aller deutschsprachigen Länder versammelt waren. Trotz aller Bemühungen vermochte deutsches Wesen nicht immer zur Geltung zu kommen, besonders infolge des russischen Schulunterrichtes, so daß selbst die deutsche Schule nur dem Namen nach bestand. Von einigen der deutschen Sache treu ergebenen Männern wurden allerdings schon in den letzten

zwei Jahrzehnten des verflossenen Jahrhunderts Anstrengungen gemacht, durch Veranstaltung theatralischer Vorstellungen, durch deutschen Chorgesang, Vorlesungen usw. das Deutschtum zu erhalten, aber unter dem Druck des russischen Einflusses nahm die Russifizierung doch zu und gefährdete besonders die Jugend.

Im Jahr 1906 gründete der Verfasser dieses Aufsatzes mit einigen andern Deutschen die erste deutsche Zeitung im Kaukasus, die „Kaukasische Post“, die in das Gesamtleben der kaukasischen Deutschen einen frischen Zug brachte und für alle das völkische Bindeglied wurde. Die Zeitung wurde abwechselnd von dem Unterfertigten, Mosler und Pastor Schleuning geleitet, eine Zeitlang auch von dem aus Bayern berufenen Fink, dem dann ein Balte, v. Saß, folgte. Mosler war ein rühriger Förderer der Zeitung, aber noch tatkräftiger war Schleuning, der sich auf dem Gebiete der Jugenderziehung als guter Deutscher betätigte. Aber mit dem Ausbruch des Weltkriegs mußte die „Kaukasische Post“ ihr Erscheinen einstellen, ich selbst wurde verhaftet und Johannes Schleuning nach Sibirien verbannt, von wo er sich im Jahr 1917 nach Berlin begab.

Jetzt kamen schwere Zeiten für das kaukasische Deutschtum und die Absicht der zarischen Regierung, die deutschen Kolonien „aufzuheben“ und ihre Besitzer in Sibirien anzusiedeln, wurde auch von der kaukasischen Statthalterschaft gutgeheißen. Eine Abordnung von Kolonisten, unter ihnen Theodor Hummel aus Helenendorf, bemühte sich in Petersburg um Aufschub dieses das Schicksal der Kolonie entscheidenden Beschlusses; er wäre jedoch trotzdem zur Ausführung gelangt, wenn die Revolution nicht die zarische Regierung gestürzt hätte. Der Umsturz rettete das kaukasische Deutschtum damals noch vor dem Untergange und bot ihm die Möglichkeit, sich wieder zu sammeln und zu festigen. Wie alle andern völkischen Minderheiten, wählten auch die Deutschen einen Nationalrat, dem die Verwaltung der deutschen Angelegenheiten übertragen wurde. Dieser rief zunächst die „Kaukasische Post“ wieder ins Leben, aber die Wiederherstellung des früheren Zustandes ging langsam vonstatten und erst im Jahre 1918 wurde die durch den Krieg unterbrochene Tätigkeit auf allen Gebieten wieder aufgenommen.

Von seiten der georgischen Regierung und vom georgischen Volk wird den deutschen Bestrebungen freundliche Beachtung gewidmet, wie überhaupt die Georgier deutsche Kultur und deutsches Wesen allen andern vorziehen.

Bald nach dem Umsturz wurde in den deutschen Schulen

in den Kolonien von Georgien und Asherbeidjan, sowie in denen von Tiflis und Baku wieder die deutsche Unterrichtssprache eingeführt und je eine deutsche Realschule in Tiflis und Helenendorf gegründet. Fast jede der 18 deutschen Kolonien besitzt eine Volksschule, Katarinenfeld außerdem noch eine höhere Elementarschule wie Tiflis, wo auch eine stark besuchte Vorschule besteht, in welcher Nichtdeutsche für das deutsche Realgymnasium vorbereitet werden. Ein Kindergarten unter der Leitung der um die deutsche Kindererziehung verdienten Frau Walling ist im September d. J. eröffnet worden. Da aber Tiflis sehr groß ist, wäre die Einrichtung eines zweiten Kindergartens sehr angebracht.

Zu allen diesen deutschen Kulturwerken reichen aber trotz mancher Unterstützung der georgischen Regierung die Mittel nicht aus. Um sie weiter ausbauen und erhalten zu können ist unbedingt Hilfe aus Deutschland oder dem Ausland nötig.

Was Deutschland unterließ, hat Frankreich im Laufe vieler Jahrzehnte tatkräftig betrieben und ganz Vorderasien mit einem dichten Netz von französischen Schulen überzogen. Auch jetzt setzt die französische Regierung schon wieder ihr Propagandawerk mit größtem Eifer fort. In Georgien, wo die Franzosen bisher höchstens als Schneider, Zuckerbäcker usw. auftraten, haben sie ein Lyzeum gegründet und schicken sich an, hier eine nachhaltige Kulturpolitik zu treiben. Im September v. J. wurde in Rom eine „Liga zum Schutz der italienischen Interessen und der Würde der Italiener im Auslande“ gegründet. Wenn die Italiener die Errichtung solcher Anstalten auf Staatskosten verlangen und durchführen, beweisen sie, daß sie für die Bedeutung des Italienertums im Auslande das richtige Verständnis haben.

Wir dürfen in unserer Kulturpolitik hinter keinem andern Volk zurückbleiben, sondern müssen im Gegenteil damit trachten, an die erste Stelle zu gelangen.

Tätigkeit der preußischen Landesaufnahme in Elsaß-Lothringen

Von Generalleutnant WEIDNER, Chef der preußischen Landesaufnahme.

Den folgenden kleinen Aufsatz hat die Preußische Landesaufnahme in Berlin auf Anregung der Karten- u. Bild-Abteilung des Deutschen Ausland-Instituts zur Veröffentlichung in unserer Zeitschrift gestellt. Er soll einen Überblick über die umfassende Tätigkeit geben, die die Preußische Landesaufnahme auf kartographischem Gebiet in Elsaß-Lothringen im Laufe der Jahrzehnte seit 1870 geleistet hat. Die offiziellen Kartenwerke der Preußischen Landesaufnahme werden, auch wenn sie heute auf Drängen Frankreichs abgeliefert werden mußten, mit eines der großartigsten Denkmäler deutscher Kulturarbeit in Elsaß-Lothringen bleiben. Die in dem Aufsatz erwähnten Kartenwerke sind fast sämtlich in dem Kartenarchiv des Deutschen Ausland-Instituts vorhanden, wo sie Interessenten zur Einsicht, auch für Studienzwecke, gerne zur Verfügung stehen.

I. Triangulation:

Die Triangulation von Elsaß-Lothringen ist ebenso wie in den andern deutschen Landesteilen, deren Vermessungsgrundlagen die trigonometrische Abteilung der preußischen Landesaufnahme geschaffen hat, derart durchgeführt worden, daß auf einen Flächenraum von 100 qkm durchschnittlich 20 trigonometrische Punkte nach geographischer Breite und Länge und nach der Höhe bestimmt worden sind. Hierunter befinden sich Bodenpunkte, die durch Granitpfeiler und unterirdische Granitplatten festgelegt wurden, sowie eine größere Anzahl Kirchen und andere within sichtbare Gebäude.

Die Haupttriangulation wurde in den Jahren 1875/76 ausgeführt. Es wurden 17 Haupt- und 11 Zwischenpunkte I. Ordnung bestimmt. Im Jahre 1877 wurde zur Ermittlung des Absoluten der Längen für die Hauptdreieckskette eine Basis von rund 7 km Länge bei Oberhergheim in der III-Niederung zwischen Colmar und Mühlhausen i. E. gemessen. Die Basismessung erfolgte mit dem, von dem großen Geodäten F. W. Bessel konstruierten, nur einmal vorhandenen und 1834 bei Königsberg i. Pr. zuerst angewandten Basismeßapparat, der heute noch bei der Trig. Abteilung für ihre Basismessungen Verwendung findet.

In den Jahren 1877–1881 erfolgte die Triangulation II. Ordnung und von 1878–1882 die Triangulation III. Ordnung. Eine Neumessung der II. und III. Ordnung wurde in der nördlichen Hälfte des uns jetzt entrissenen Reichslandes im Jahre 1913 begonnen, aber infolge des Krieges nicht abgeschlossen.

Die Höhenbestimmung der trigonometrischen Punkte geschah auf Grund eines von der Trig. Abteilung ausgeführten, im Jahre 1878 begonnenen Fein-Nivellements, das in Elsaß-Lothringen eine Ausdehnung von 1141 km Länge hat.

II. Topographie:

Im Anschluß an die Kleintriangulation begann bereits im Jahre 1880 die topographische Aufnahme im nordwestlichen Teil von Lothringen in der Gegend Metz-Diedenhofen. Sie wurde in den nächsten Jahren entsprechend dem Fortschritt der Triangulation fortgesetzt und zwar:

- 1881 bei St. Avold,
- 1882 „ Pfalzburg — Saarburg,
- 1883 „ Straßburg i. E.,
- 1884 „ Schlettstadt — Markirch und fand
- 1885 „ Gebweiler — Mühlhausen i. E. im südlichen Teil des Elsaß ihren Abschluß.

In jedem der vorangeführten 6 Jahre war eine Vermessungsgruppe mit durchschnittlich 15 Aufnehmern tätig. — Die Aufnahme begann Anfang Mai j. J. und dauerte bis Mitte Oktober, sie war namentlich in den durch Unterholz reichlich verheckten Wäldern Lothringens und im Elsaß in den Vogesen sehr schwierig, zeitraubend und anstrengend.

Für die Laufendhaltung der aufgenommenen Meßtischblätter wurden von 1887 ab in 2- bis 3jährigen Zeitabschnitten die neugebauten Eisenbahnen und Straßen im Gelände erkundet und in die Meßtischblätter nachgetragen, wie dies allgemein auch für das übrige von der Landesaufnahme zu bearbeitende Gebiet geschieht.

Umfangreiche Veränderungen im Wegenetz der Forsten, Erweiterung der Städte und industrieller Anlagen mit ihren Wohnkolonien usw. machten bereits 10 Jahre nach dem Abschluß der Neuaufnahme eine Berichtigung der Meßtischblätter in bezug auf alle in dieser Zeit eingetretenen topographischen Veränderungen nötig, damit ein schnelles Veralten der Karte vermieden wurde. Es sind daher die Meßtischblätter von Gebietsteilen in einer Flächenausdehnung von jährlich rund 50 □ Meilen in den Jahren 1895 bis 1900 eingehend im Gelände erkundet und alle Veränderungen in die Blätter nachgetragen worden.

Diese eingehenden Berichtigungen und Ergänzungen der Meßtischblätter wurden für das ganze Gebiet Elsaß-Lothringens in den Jahren 1908 und 1909 und zuletzt 1913 wiederholt.

Die letzten Berichtigungen hatten gezeigt, daß die Meßtischblätter den neuzeitlichen Anforderungen, die Industrie an ihre Genauigkeit und Vollständigkeit stellen, nicht mehr genügen, es sollte daher eine Neuaufnahme an ihre Stelle treten und diese nach und nach je nach der Wichtigkeit der Gegend ausgeführt werden.

Auf Grund einer im Jahre 1913 begonnenen Neutriangulation wurde im Frühjahr 1914 die Neuaufnahme im nordwestlichsten Teile von Lothringen — dem Hauptsitz der lothringischen Industrie — mit den Städten Metz und Diedenhofen begonnen. Der Kriegsausbruch machte der Arbeit ein Ende.

Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und der Entente fordert im Artikel 52 die Herausgabe der „Archive, Register, Pläne, Urkunden und Schriftstücke jeder Art, welche die Zivil-, Militär-, Finanz-, Gerichts- und sonstige Verwaltung der unter die französische Souveränität zurückfallenden Gebiete betreffen“.

Darunter fallen sämtliche Ergebnisse der oben kurz geschilderten 40jährigen Arbeit der Landesaufnahme: Rechenakten der Triangulation und Nivellements, die Originalmeßtischaufnahmen, Lithographiesteine, Druckplatten und die vorhandenen Drucke der Meßtischblätter und der elsäß-lothringisches Gebiet enthaltenden Blätter der Reichskarte 1 : 100000 und der kleineren Maßstäbe. Am 20. Dezemb. 1920 wurde die Sendung in 104 Kisten verpackt durch einen Beamten der Landesaufnahme auf der Übergangsstation Bischofsheim zur Weiterbeförderung nach Paris an die Reichstreuhand-Gesellschaft übergeben.

Die geistigen Auslandswerte Deutschlands

Ein statistischer Versuch*).

Von Dr. ALBERT HAAS, Buenos Aires.

Die Welt und, insbesondere die neue Welt, ist zurzeit der Schauplatz einer ganz außerordentlich angespannten Propaganda- und Reklametätigkeit von seiten der Völker. Namentlich sind Nordamerikaner und Franzosen in den südamerikanischen Gebieten in durchaus planmäßiger, äußerst geschickter und ebenso unermüdlicher Arbeit bereits am Werke. Auf deutscher Seite dagegen besteht in der Hauptsache nur der lebhafteste Wunsch, sich gleichfalls am Wettbewerb um die Sympathien der Südamerikaner zu beteiligen. Zu einer wirklich wirksamen und nennenswerten Propaganda von deutscher Seite ist es jedoch aus mehreren Gründen bisher noch nicht gekommen.

Vor allem waren sämtliche deutschen Versuche zum Scheitern verurteilt, welche dem Problem von der rein wirtschaftlichen Seite beikommen zu können meinten. Mit einer besseren Kenntnis der deutschen Bedürfnisse als der Auffassungen des Auslandes begab, gingen die in dieser Art tätigen Kreise von der Ansicht aus, Deutschland könne die Sympathien eines anderen Volkes dadurch gewinnen, daß es ihm erzählte, wie es reich werden oder doch wenigstens seinen früheren Wohlstand wiederherstellen und wie es zu diesem Zwecke gerade in seinem Land möglichst große Gewinne machen wolle. Ein zweiter Umstand, welcher die deutschen Propagandaversuche beeinträchtigen mußte, bestand darin, daß man auch in politischer Hinsicht das Ziel der Propaganda mit dem dazu führenden Wege verwechselte. Der politische Zweck einer jeden Propaganda ist selbstverständlich, im Ausland über einen solchen Besitz allgemeiner Sympathien zu verfügen, daß man bei der Erörterung der einzeln auftretenden politischen Fragen auf eine Unterstützung durch dieses Gefühlsmoment rechnen kann. Die deutschen Propagandisten spannten nun aber den Karren vor das Pferd, indem sie sich bemühten, die Billigung des Auslandes zu einzelnen Maßnahmen der deutschen Politik zu erlangen und auf diesem Wege sich dessen allgemeine Sympathie zu sichern.

Tatsächlich kann Propaganda nur mit Imponderabilien getrieben werden. Durch die Propaganda müssen einem anderen Volke die im eigenen Lande vorhandenen geistigen und sittlichen Werte so zugänglich und vertraut gemacht werden, daß dieses Volk zu seinem eigenen Besten etwas davon lernen kann. So besteht zum Beispiel die nordamerikanisch-englische Propaganda zum guten Teil darin, daß die angelsächsische Form der Leibesübungen, also das Fußballspiel und andere Sports, unter Hervorhebung ihres hygienischen und sittlichen Wertes planmäßig gefördert werden. Die Einrichtung von Sportplätzen, welche auch kleinen kaufmännischen Angestellten zugänglich sind, die Ent-

sendung von Spezialärzten für Sportzwecke, die Anstellung von Trainern, zusammen mit einer Volksaufklärung darüber, daß der Sport vor allem die Volksgesundheit fördert und sowohl den Alkoholismus wie die sexuellen Exzesse bekämpft; all das hat deshalb so große Werbekraft, weil es dem anderen Volke sittliche Kräfte schenkt und weil es letzten Endes unmittelbar nur dem Lande nützt, in welchem die Propaganda stattfindet. Der Vorteil, welcher für das Propaganda treibende Land daraus entsteht, ist aber gerade deshalb um so größer, weil er nur mittelbar verwirklicht wird, weil er auf selbständigen Überlegungen und freiwilligen Entschlüssen des Ausländers beruht, und weil er somit weder einen unangenehm lehrhaften noch aber einen abstoßend gewinnstüchtigen Hintergrund hat.

Die französische Propaganda arbeitet im Gegensatz hierzu: namentlich mit intellektuellen Werten. Das französische Buch und die Kenntnis der französischen Sprache sind Träger eines starken französischen Einflusses auf das südamerikanische Geistesleben geworden. Sowohl die Literatur wie die Wissenschaften, wie die Politik und die Publizistik Südamerikas sind mit französischen Gedanken in einer Weise gesättigt, die in Deutschland sicher nur dem geringsten Teil der an diesen Fragen Anteil nehmenden Kreise bekannt ist. Zwei kurze Beispiele mögen diese eigenartige Sachlage beleuchten. Vor kurzer Zeit schrieb eine bis auf die Knochen deutschfreundliche Zeitschrift Südamerikas in einem Aufsatz über das elsäß-lothringische Problem folgenden Satz: „Durch Wiederholung des geschichtlichen, bereits einmal begangenen Irrtums von 1871 hat man Elsaß-Lothringen unter Anwendung von Gewalt und ohne Volksabstimmung dem französischen Staate zurückgegeben“. Die betreffende Zeitschrift ist, wie nochmals scharf betont sein mag, so deutschfreundlich wie nur möglich. Aber ihre Mitarbeiter sind, wie die Mehrzahl der Südamerikaner, in der Welt der französischen Bücher aufgewachsen und kennen deshalb die Geschichte Elsaß-Lothringens nur vom Jahre 1871 an! Und der uruguayische Diplomat Dr. Luis Garabelli hat vor kurzem einen sehr interessanten und sehr anerkennenden Vortrag über die „Selbstverwaltung und die Einrichtung der deutschen Universitäten“ mit folgenden Worten beginnen zu müssen geglaubt: „Im Monat Februar des Jahres 1920 hat der hervorragende Präsident der französischen Republik, Paul Deschanel, im Hinblick auf das Problem des Unterrichts ausgerufen: Der Unterricht? ... In der Naturwissenschaft wie in der Geisteswissenschaft war es stets Frankreich, welches der Welt neue Pfade gewiesen hat: Descartes und Pascal im 17. Jahrhundert; Lavoisier im 18. Jahrhundert und Pasteur im 19. Jahr-

* Wir entnehmen diese ausgezeichneten Ausführungen des in Buenos Aires arbeitenden deutschen Redakteurs der „Deutschen Politik“ (Heft 9), die von der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, herausgegeben wird.

hundert. Aber oft haben wir uns der Früchte unserer wissenschaftlichen Entdeckungen berauben lassen und haben wir nicht verstanden, die notwendige Propaganda für uns zu machen. Deutschland hat uns durch die Organisation seiner Universitäten überflügelt, ebenso wie durch die Organisation seiner Industrie und seines Handels. Wir müssen hiervon lernen und unsere Methoden verbessern.“ Der Verfasser führt dann weiter Äußerungen des Mitglieds des Institut de France, Julian, des britischen Parlamentariers Grant-Duff, eines Dr. Cruchet und des französischen Spezialisten für Unterrichtswesens Baudry zur Unterstützung dieser Behauptung an und untersucht sodann, von diesen grundsätzlich nichtdeutschen Auffassungen geleitet, die Organisation des deutschen Universitätswesens!

Bei dieser Feststellung über den Einfluß der französischen Auffassungen auf das gesamte südamerikanische Geistesleben handelt es sich um Imponderabilien, welche man naturgemäß mehr fühlen als mathematisch nachweisen kann. Immerhin ist eine in gewisser Hinsicht statistische Behandlung der Frage dadurch möglich gemacht, daß in keiner wissenschaftlichen Literatur die reine Belesenheit eine solche Rolle spielt wie in der spanischen Zunge. Die meisten Gelehrten und Literaturhistoriker der Spanisch sprechenden Welt lieben es, nicht nur im Anhang einen möglichst umfassenden Literaturnachweis zu geben, sondern den Text ihrer Veröffentlichungen mit möglichst zahlreichen Hinweisen auf große Persönlichkeiten aller Zeiten und Länder sowie mit Zitaten aus ihren Werken zu spicken. Man braucht also nur eines dieser Werke, welche eine solche Belesenheit ihres Verfassers dokumentarisch nachweisen, einer statistischen Untersuchung zu unterwerfen, um Material zu erhalten, das immerhin in gewissem Sinne eine gleichsam mathematische Beweiskraft besitzt.

Ein solches Werk ist zum Beispiel die verdienstvolle Kritik des großen spanisch-amerikanischen Dichters Rubén Darío, welche von dem Literaturhistoriker Andrés González-Blanco vor rund zehn Jahren, als die Welt in geistigen Fragen noch vorurteilslos dachte, erschienen ist. Ohne auf die literarhistorisch-kritische Bedeutung dieser interessanten Studie hier einzugehen, sei nur hervorgehoben, daß in ihren 444 Seiten insgesamt 679 Zitate aus den Sprach- und Geistesgebieten der modernen Kulturvölker enthalten sind, zu welchen dann noch eine weitere, etwa ebenso große Zahl von Zitaten aus dem klassischen Altertum und aus den Werken der Kirchenväter tritt. Mit anderen Worten, jede Seite des Werkes enthält im Durchschnitt zwei bis drei solcher Hinweise, von denen mehr als einer sich auf die gegenwärtigen Kulturvorgänge innerhalb der geistig beachtenswerten Völker bezieht. Dabei verteilen diese Zitate sich in folgender Weise:

Deutsche . . .	85 Zitate	Italienische . . .	21 Zitate
Engländer . . .	32 „	Nordamerikanische . . .	21 „
Französische . . .	320 „	Spanische rund . . .	200 „

Eine nähere Untersuchung der spanischen Zitate kann aus mehreren Gründen unterbleiben. Zunächst einmal liegen natürlich Hinweise auf das spanische Geistesleben im Mutterlande wie Kolonialgebieten einem Gelehrten spanischer Zunge besonders nahe. Sodann aber ist in Deutschland die Kenntnis spanischen Geistesleben auf einen so engen Kreis beschränkt, daß Erörterungen über die Bedeutung eines Zitates aus Rubén Darío oder Salvador Rueda oder Menéndez y Pelayo oder Jacinto Benavente oder Pio Baroja nur verständlich werden, wenn sie von langen kritischen Erläuterungen begleitet sind. Als bemerkenswert muß jedoch gelten, daß selbst die Hinweise auf Autoren und Persönlichkeiten der eigenen Sprachgebiete an Zahl hinter den französischen Zitaten zurückstehen.

Prüft man nun die Zitate aus dem Deutschen, so ergibt sich folgendes Bild:

Nietzsche . . .	15 Zitate	Luther	4 Zitate
Goethe	10 „	Richard Wagner . . .	3 „
Heine	9 „	Novalis	3 „
Leibniz	9 „	Jean Paul	3 „
Schopenhauer . . .	9 „	Kant	2 „
Lessing	6 „	Fichte	2 „

Dazu treten dann einmalige Zitate aus Haeckel, Wilhelm Schlegel, Schelling, Herder, Christian Wolff, Tauler, Bauer (der Hegelianer), Lipps (Ästhetik), Bahnsen (Beiträge zur Charakterologie), Schiller, E. v. Hartmann, Hugo von Hofmannsthal, Hans Holtheim sowie des Werkes von Popper, „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben“.

Unter den angeführten Engländern befinden sich Shelley, Tennyson und Oscar Wilde mit je 3, Byron und Huxley mit je 2 und Shakespeare, Charles Lamb, Rudyard Kipling, Matthew Arnold, William Archer, Bulwer, Walter Savage, Spencer sowie andere mit je einem Zitat. Unter den Italienern steht Gabriele d'Annunzio mit 8 Zitaten an der Spitze; ihm folgt Leopardi mit 3 Zitaten, während andere, wie z. B. Fogazzaro, Grazia Deledda, Maurzoni, Ugo Foscolo und Dante nur einmal angeführt sind. Bei den Nordamerikanern sind Emerson mit 10, sowie Poe mit 6 Zitaten ausgezeichnet. Ihnen folgen Longfellow und Walt Whitman mit je 2 und der Psychologe William James mit 1 Zitat.

Von besonderem Interesse sind natürlich die Zitate aus der französischen Literatur und Geschichte. Von ihnen seien diejenigen Männer, auf welche mehr als einmal hingewiesen ist, hier vollzählig wiedergegeben:

Verlaine	17	George Pellissier . . .	4
Victor Hugo	15	Montaigne	3
Baudelaire	11	Anatole France	3
Musset	8	Guyau	3
Taine	8	Paul Bourget	3
Jean Moréas	8	Boileau	3
Leconte de Lisle . . .	7	Gérard de Nerval . . .	3
Lamartine	7	Léon Bloy	3
Voltaire	7	J. M. de Hérédia . . .	3
Verhaeren	7	G. Le Bon	3
Francis Jammes . . .	7	Richepin	3
Pascal	6	René Ghil	3
Rousseau	6	Jules Laforgue	3
Théophile Gautier . .	6	Rabelais	2
H. de Régnier	6	Catulle Mendès	2
Viellé Griffin	6	Auguste Comte	2
Zola	6	Molière	2
G. Rodenbach	5	Barbey d'Aurevilly . .	2
Stendhal	5	Chamfort	2
Mallarmé	5	Descartes	2
Sully Prudhomme . .	5	Adolphe Retté	2
Renan	5	Malherbes	2
R. de Gourmont . . .	5	Racine	2
de Banville	4	Maurice Barrès	2
J. Lemaitre	4	Gustave Flaubert . . .	2
Sainte-Beuve	4	Le Goncourts	2
Michelet	4		

Diese Liste enthält also keineswegs eine einseitige oder partielle Auswahl aus dem französischen Geistesleben. Ästhetiker und Soziologen stehen neben Dichtern und Romanschriftstellern, und unter diesen stehen Klassiker neben Romantikern und Modernen, Naturalisten neben Symbolisten und Parnassians. Die

Liste enthält ungefähr alle französischen Autoren, welche außerhalb ihrer Heimat bekanntgeworden sind, welche auch in Deutschland gelesen werden und welche in gewissem Sinne zur zeitgenössischen Weltliteratur gehören. Ohne dabei nun auch nur im geringsten diese französischen Werke abfällig kritisieren zu wollen, vergleiche man die tatsächliche Bedeutung dieser Männer und ihrer Werke mit der der oben statistisch wiedergegebenen Deutschen, und man wird sich einer gewissen Bitterkeit des Gefühls nicht erwehren können. Um zur Weltliteratur zu gehören,

wenigstens soweit der Kreis der spanischen Sprache reicht, muß ein Deutscher also unvergleichlich mehr leisten und mehr sein als ein Franzose!

Jedenfalls sprechen diese Namen und Zahlen eine sehr bededte Sprache. In mehr als einer Hinsicht dürften sie zum Nachdenken anregen. Auf die Gedanken, welche sich dabei ergeben, ist wohl nicht nötig einzugehen. Sie drängen sich von selbst auf und lange Erörterungen würden die aus ihnen folgenden Schlüsse nur verwässern.

Deutsche Arbeiter auf Kaffeepflanzungen in Sao Paulo (Eine Warnung.)

Seit einigen Wochen sind Agenten an der Arbeit, für die Kaffeepflanzungen im Staate Sao Paulo in Brasilien deutsche Landwirtsfamilien anzuwerben. Für die vom Staat Sao Paulo gewährten gesetzlichen Vorteile, für die Reisekosten muß ein Jahr für geringen Lohn gearbeitet werden. Ist nach einem Jahr die Schuld abgetragen, steht es den Angeworbenen frei, hinzugehen, wo er will.

Demgegenüber müssen gerade jetzt Warnungen besonders unterstrichen werden, die dem Deutschen Ausland-Institut von zwei verschiedenen Seiten zugehen. Wir geben aus den uns übermittelten, Briefen das Wichtigste wieder.

Um aufklärend zu wirken, tut es not, die Arbeit und Bedingungen auf einer der Kaffeepflanzungen etwas eingehender zu beleuchten. Schreiber dieses hat fünf Jahre in Brasilien gelebt, gute und böse Tage dort mitgemacht und ist selbst als Arbeiter ausgewandert; hat auch Gelegenheit gehabt, das Leben auf den Kaffeepflanzungen kennen zu lernen. Arbeit gibt es dort zweierlei, 90 Tage ernten, 260 Tage putzen, d. h. Unkraut aushacken. Das Unkraut besteht aus Schlepgrass und zähem, langwurzelligem Gras. Die Ernte bringt die Arbeit des Kaffeepflückens. Da die Frucht, wenn sie reift, sehr lose am Strauch hängt, muß das meiste von der Erde aufgelesen werden. Das sind alles Arbeiten, die unter normalen Verhältnissen von einem Deutschen gut geleistet werden können. Doch diese Zeilen sollen nicht für den abwandernden Familienvater geschrieben sein, sondern für die Frau, für die heranwachsenden Töchter des Auswanderers. Im Vertrage steht ja vermerkt, daß jede Familie drei Arbeitskräfte zu stellen hat, also die Frau muß genau arbeiten wie der Mann und die erwachsenen Kinder. Sind mehr wie drei Arbeitskräfte von einer Familie da, werden diese, wenn drüben angekommen, verteilt. Gearbeitet wird drüben nur im Akkord. Ein gut eingearbeiteter, ans Klima gewöhnter Arbeiter, kann es im günstigsten Falle auf 3 Milreis täglichen Verdienst bringen, ein Neuling höchstens auf die Hälfte. Das sind für drei Arbeitskräfte $4\frac{1}{2}$ Milreis täglich. Da sich die Arbeiter selbst beköstigen müssen, es aber einfach unmöglich ist, mit 4—5 Milreis auszukommen, so müssen Schulden gemacht werden. Das ist von vornherein der Plan des Arbeitgebers, wie wir weiter unten noch sehen werden. Zuerst wollen wir uns die Arbeit weiter ansehen. Der Kaffeestrauch braucht, um die Frucht zur vollen Reife zu bringen, das heiße Klima. Die Hauptarbeit, das Putzen, muß geschehen, wenn die Sonne am heißesten brennt, andernfalls verdorrt das Unkraut nicht sofort und schlägt neue Wurzeln. Und diese Arbeit geschieht mit Bangen und Zagen. Weiß doch die Arbeiterin schon bald, daß das dicke Schlepgrass unter dem kühlen Schatten des Kaffeestrauches der liebste Aufenthalt für buntschillernde Giftschlangen ist. Und jede Frau, wenn auch 20 Jahre in Brasilien, wird nie die Furcht vor diesen Kriechtieren verlieren. So arbeitet die Frau des Auswanderers jeden Tag 12—14 Stunden, darum warne ich nochmals jeden Auswanderer: denkt an eure Frauen und Töchter. Früher waren Negerweiber und Mulattenmädchen als Arbeiterinnen auf den Plantagen. Neben der Arbeit, die sie verrichteten, mußten sie auch da sein, um den zahlreichen Aufsehern und Beamten, meist Mischlingen oder Portugiesen, zum Zeitvertreib zu dienen. Heute sind es keine Neger mehr, der große Krieg hat den Neger stolz gemacht. Plantagenarbeit ist

ihm nicht mehr gut genug, heute soll der deutsche Arbeiter den Neger und Mulatten ersetzen. Nicht nur für die schwere Arbeit, nein, es muß wohl offen gesagt werden, unsere deutschen Frauen, unsere deutschen Mädchen sollen auch für die Gelüste des heißblütigen Stidländers herhalten. Es ist so in der Mode geblieben aus der Sklavenzeit. Es war so vor zehn Jahren, wo Schreiber dieser Zeilen das sittliche Leben auf den Plantagen in Sao Paulo selbst studiert hat, und es ist heute noch so, wenn nicht noch schlimmer. Darum nochmals, es ist nötig, daß dem deutschen Auswanderer, der auf diesem Wege seine Heimat verlassen will, zugerufen werden muß: Denkt an eure Frauen und Töchter! Zähmet eure Auswandererlust! Gehet nicht, um schneller näher zum Urwald zu kommen, auf Verträge ein, die euch binden für Jahre. Jeder klardenkende Mensch kann sich selbst ausrechnen, daß für ein Jahr Lehrlingsarbeit ein Plantagenbesitzer keine ganze Familie auf seine Kosten herüberholt. Ein ganzes Jahr geht darüber hin, ehe ein neu Zugereister erst mal einen kleinen Begriff bekommt von der Arbeit unter der Tropensonne. Und nach einem Jahr soll er ja wieder frei sein; nein, sein neuer Herr hat anders gerechnet und der wird sich nicht leicht verrechnen. Diese Rechnung lautet ungefähr so: Eine achtköpfige Familie herüberholen kostet ungefähr 5—6000 Milreis. Um an den Leuten zu verdienen, müssen diese mindestens 6—8 Jahre arbeiten für Kost und Wohnung. Daß dieses geht trotz der Abmachung, daß nur ein Jahr im Vertrag festgelegt ist, zeigt nun folgendes.

Wie schon gesagt, können drei Arbeitskräfte im ersten Jahre nicht so viel verdienen, als zum Leben für die Familie unbedingt gebraucht wird. Alle Lebensmittel sowie Handwerkszeug, das jeder selbst kaufen muß, sind sehr teuer und müssen im Geschäft des Arbeitgebers gekauft werden. Der Lohn wird nicht bar ausgezahlt, sondern in Gutscheinen, die nur in diesen Geschäften eingelöst werden. Wenn das Jahr herum ist, hat jede Familie 2—3000 Milreis Schulden. Der Kaffeefarmer hat sich nicht verrechnet, die Arbeiter sind fest in seiner Hand. Wenn nun das so schnellst herbeigewünschte Ende des Jahres da ist, dann kommt ein Beamter, der auf solche Arbeit geacht ist, und zeigt die Rechnung. Für 365 schwere Arbeitstage unter heißer Tropensonne noch 2000 Milreis Schulden. Wo bleibt die Freiheit? Der deutsche Arbeiter ist machtlos, hat er doch selbst unterschrieben, daß er seine Schulden durch Arbeit abverdienen will. Traurige Jahre stehen ihm bevor, Jahre, die oft zur Verzweiflung bringen, Jahre, die durch das periodenweise Auftreten des Fiebers an dem Marke des Arbeiters zehren. Das sind genau der Wahrheit gemäß die Aussichten eines deutschen Auswanderers, der sich für die

Kaffeeplantagen verpflichtet. Für uns Deutsche, die wir unsere Frauen und Töchter heilig halten, sollte dies genügen! Auch wer auf die gemeinsame Kraft zahlreicher zusammen Wandernder rechnet, der täuscht sich. Tagereisen weit auseinander angesiedelt, bekommen sich die besten Freunde nicht wieder zu sehen. Somit ist die vermeintliche Selbsthilfe hinfällig. Auch werden die Leute von den Agenten gelockt, indem sie versprechen, das ganze Land zwischen den Kaffeesträuchern können sie für sich bepflanzen und so viel Geld verdienen. Der Traum wird bald entflohen sein. Ein Kaffeestrauch, 2–3 m hoch, breitet seine dichten Zweige weit aus, so weit, daß man zwischen den Sträuchern nicht aufrecht durchgehen kann. Sonne und Regen werden von den Sträuchern aufgesaugt, so daß außer Schlepgras gar nichts wachsen kann. Es wird genug sein und jeden Deutschen zur Einsicht gelangen lassen, daß Sao Paulo für uns kein Land ist, wo wir eine neue Heimat suchen können! Brasilien aber ist groß genug, es wird in hundert Jahren noch Platz genug dort sein. Es leben 100 000 Deutsche dort, die ihre Arbeit und ihr Brot gefunden haben, aber wenige habe ich kennen gelernt, die unter glühender Tropensonne in fieberschwangerer Gegend ihr Glück gefunden haben. Das Ziel und Sehnsucht deutscher Auswanderer liegt im Süden, dort kann er durch harte Arbeit aus einem Stück Urwald eine blühende Kolonie schaffen.

Aus einem zweiten, Ende 1920 von einer nach Sao Paulo auf eine Kaffeefacende verschlagenen Auswanderer-Familie geschriebenen Briefe entnehmen wir folgende Zeilen:

„Von uns kann ich leider nichts Gutes berichten. Wir sinnen Tag und Nacht, wie wir aus diesem Sklavenleben herauskommen. In Sao Paulo hat sich ein Herr geäußert: ‚Dies ist eine Arbeit für Sträflinge, nicht für anständige Menschen‘, daraus ersieht ihr genug. Körperlich haben wir sehr unter der schon stärker werdenden Hitze zu leiden. Immer Kopfschmerzen und zum Sterben matt; noch ein Jahr hier, dann sind wir am Ende. Janny läßt mich nur noch einen halben Tag arbeiten, manche Tage gar nicht, ist hier natürlich nicht gern gesehen, aber wir lassen es jetzt darauf ankommen. Früh 5 Uhr tutet es, dann heißt es aufstehen, um 6 Uhr tutet es zur Arbeit gehen, sonst kostet es 5 Milreis. Außer Essen wird dann entweder Kaffee gepflückt oder es wird alles an heruntergefallenem Kaffee zusammengehackt und dann gesiebt. Es ist leicht hingeschrieben, aber eine Hundearbeit. Der rote Staub (die Erde ist rot) wirbelt nur so auf, die Augen sind voll Dreck. Dies alles atmet man ein, der Schweiß rinnt am ganzen Körper, schon vor Schwäche, man ist bald am Zusammenbrechen, aber weiter, weiter, sonst ist man ein Vagabund. Am ganzen Körper, vom Kopf bis zum Fuß, ist man von diesem roten Staub bedeckt. Um 6 Uhr abends tutet es, dann darf man nach Hause gehen. Nun wäscht man sich, ißt und geht vor Mattigkeit schlafen. Ringsum sieht man Tag für Tag nichts als Kaffeebäume, es eckelt einen an. Der Kaffee wird so gedankenlos getrunken, aber wer bedenkt die Schweiß- und Blutstropfen, die daran hängen. Es ist eine erniedrigende Arbeit, Arbeit ist kein Ausdruck dafür; ist von früh bis spät

eine Hetzerei. Die Sachen, die man mitnehmen konnte, zerreißen bald; was ganz ist, fressen die Ratten, die einem nachts über das Gesicht laufen. Tag und Nacht sitzt man voller Flöhe, 11 bis 12, schon 16 habe ich auf einmal gefangen. Die unzähligen Moskitos stechen, der ganze Körper ist voll von Stichen davon. Und eine schreckliche Plage sind die Sandflöhe, winzige Tiere die sich an den Fußnägeln in das Fleisch tief einfressen, da ihr Eier legen und, wenn nicht aufgepaßt wird, die Nägel abfressen. Vor ein paar Tagen habe ich erst 4 Stück mit ihrem Nest aus den Füßen geholt. Das ist kein angenehmes Gefühl. Mäuse haben wir auch genug. Und seelisch ist man bald herunter. Zur Essen gibt es Reis u. Bohnen, Bohnen u. Reis, alles teuer. Brobacke ich selbst, Weizenmehl und Maismehl, leisten kann man sich nicht viel. Schulden haben wir aber doch, an die 200 Milreis. Sie werden angeschrieben, damit man nicht weg kann. Wer einmal hier ist, ist verraten und verkauft. Wenn es nicht anders geht, nehmen wir unser bißchen Habe auf den Rücken und sehen, wie wir ohne Geld und zu Fuß weiter kommen. Hier geht man dem zeitigen Tode entgegen, und so heißt es, entweder durch oder?? Rätet jedem ab, nach Brasilien zu gehen. Wenn ihr wüßte wie uns manchmal zumute ist, wenn man zusammen sitzt und sieht aus diesem Elend kein vernünftiges Herauskommen. Die einzigen, mit welchen wir zusammen kommen, sind Japaner, welche uns häufig besuchen und mit denen wir uns gut vertragen und verstehen. Man kann sich auf portugiesisch durch ein paar Brocken verständlich machen. Gegenseitig reden wir uns immer Mut zu, denn wenn wir erst diesen verlieren, dann ist auch das Ende nahe. Wir haben bis jetzt noch nicht nach Hamburg geschrieben, wollen es aber heute noch tun. Morgen ist Sonntag da will Janny und Herr Wolny, der andere Deutsche (die Frau weint täglich), nach Ribeiro-Preto, sehen, ob vielleicht sich etwas bietet. Liebe Eltern, wir wollen das Beste für uns hoffen. Es ist nun einmal nicht zu ändern. Habe nun heute wieder etwas Mut durch Euren Brief bekommen, vielleicht wird noch alles gut. Ob wir uns wieder sehen, na, so lange wir noch leben, wollen wir hoffen. Die Sehnsucht bleibt doch. Das Versprechen, uns eine Regierungskolonie zu geben, wurde hier nicht gehalten. In Deutschland wurde uns gesagt, wir könnten in einem Staate, der uns zusagt, eine Kolonie aussuchen und kaum waren wir hier angelangt, wurde Propaganda für Kaffeefacendas gemacht. In Sao Paulo wurden wir von ein Deutschen angeworben, welcher uns alles in einem günstigen Lichte ausmalte. Der Verwalter ist uns auch nicht besonders gut gesinnt. Auch wurde uns gesagt, der Brasilianer arbeitet nicht gern; aber da staunt man, wobei wir Blut schwitzen, bei ihm eine Kleinigkeit. Auch die Japaner sind zähe Personen, jedenfalls haben wir schon viele Völker und Menschen kennen gelernt. Einige begegnen uns freundlich, andere sehen uns auf der Seite an. Man gewöhnt sich an alles. Den Kontrakt für Kaffeernte, welche voraussichtlich bis November dauert, müssen wir innehalten. Und wie wir es dann machen, daß wir kommen, wegen der Schulden, müssen wir sehen.“

Deutschböhmern!

Von R. BLITZ.

Wer von unseren deutschen Stammesbrüdern im großen Deutschen Reiche kennt den Begriff „Deutschböhmern“? Wer hat jemals ernstlich darüber nachgedacht über die Bedeutung dieses äußerst gewerbefleißigen und steuerkräftigsten Teiles des ehemaligen Königreiches Böhmen, der nunmehrigen tschechoslowakischen Republik? Wer weiß, daß vier Millionen Deutscher

losgesplittert vom großen deutschen Stamme nunmehr u slawisch-chauvinistischem Joche schmachten, der Erlös harrend, die ihnen nur — wenn auch momentan nicht — Deutschland zuteil werden kann? Deutschland kann fre vorläufig nichts für bedrohte Stammesgenossen tun, da Ellbogenfreiheit fehlt, um sich rühren zu können. Erste

wichtigste Aufgabe aber muß es den Vereinen zur Pflege des Deutschthums im Auslande sein, die bedrängten Brüder in den auf dem Boden der alten österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen Nationalstaaten in ihren Schutz zu nehmen.

Deutschböhmen umschließt in einem breiten Gürtel den von ackerbautreibenden Tschechen bewohnten innern Teil von Böhmen und ist eine Quelle von Wohlstand und Reichtum. Es sei hier nur verwiesen auf die deutschböhmisches Kurstädte Karlsbad, Marienbad, Franzensbad, das nordwestliche Kohlenbecken Brüx-Dux-Falkenau, die großen Industriezentren parallel der sächsischen Grenze von Eger-Asch bis Warnsdorf-Rumburg, die Tuchindustrie von Reichenberg-Friedland, dann Gablonz und das ganze Isergebirge, sowie Haida-Steinschönau als Weltlieferanten der Glasbranche, die unermeßlichen Wälder des deutschen Böhmerwaldes, des Erzgebirges, sowie des Riesens- und Isergebirges, von wo alljährlich Unmassen von Holz dem Exporte zugeführt werden. Deutscher Geist und deutscher Fleiß sind hier am Werke gewesen und sind es heute noch, der Erde ihre Schätze in mühevoller Arbeit abzurufen und dem Welthandel zuzuführen. Deutschböhmen war von jeher das steuer- und kapitalkräftigste Gebiet und somit ein unschätzbarer Faktor der Staatswirtschaft im ehemaligen Österreich. Deutschböhmens Söhne fielen in Massen für Heimat und Familie, als ihnen Verrat und Meuterei in den Rücken fielen.

Vier Millionen Deutsche von Böhmen und dem Sudetenlande (Mähren und Schlesien) leben nun entrechtet, der Willkür tschechischer Chauvinisten preisgegeben, seit dem 28. Oktober 1918 als Heloten im tschechoslowakischen Staate, jenem babylonischen Turmbau, der mit Recht „Neu-Österreich“ heißen könnte. Das Sprachengewirre ist ebenso, die Korruption die gleiche, die Mißwirtschaft die nämliche wie in Alt-Österreich. Neu ist nur in diesem Staate der tschechische Chauvinismus, der gegen alles, was deutsche Kultur und deutsche Errungenschaften bedeutet, blindwütend vorgeht. Neu ist ferner die Unmasse Schulden, ein Riesenheer von faulenzenden Soldaten und Offizieren als Träger des national-tschechischen Fanatismus. Neu sind weiter die Bilder- bzw. Denkmalstürmer, denen jeder Denkstein des Volkskaisers Josefs II. ein Dorn im Auge ist, neu ist Denkmalschändung als „nationale Heldentat“, gleichwie sich jeder, der einen Deutschen bei den Machthabern denunziert, als Staatsretter und Held dünkt. Neu ist auch schließlich in dieser staatlichen Mißgeburt, daß man in Prag Siegesfeste feiert, sich die Bäuche vollfrißt, wo hingegen Deutschböhmen im wahrsten Sinne des Wortes hungern muß. Als weitere Neuerungen der Tschechoslowakei, hohnsprechend jedem Anstande, seien noch erwähnt: die Banknotenabstempelung, bei welcher dem Eigentümer sofort die Hälfte des Geldes beschlagnahmt wurde – staatlicher Diebstahl –, der in weitaus größtem Teile die verhaßten Deutschen traf, die vom tschechischen Nationalausschusse bis zum Zusammentritt des gewählten Parlamentes erlassenen Gesetze, die fast ausnahmslos tschechisch-chauvinistischer Natur sind. Neuerdings die Behandlung der deutschen Abgeordneten im Parlamente, die tätlichen Angriffe tschechischen Militärs gegen deutsche Bürger im März 1919 – Märzgefallene – in den meisten deutschen Städten. Schießereien anläßlich der Sonnenwendfeier in Iglau, provoziert von der tschechischen Soldateska und andere mehr.

Man könnte den Einwand erheben, daß doch die deutschen Abgeordneten gegen solche drakonischen Maßnahmen ihr Veto hätten einlegen sollen. Was aber können die wenigen gegen die vereinten tschechischen Volksvertreter tun? Es wurde ja doch

schon von vornherein dafür gesorgt durch das Wahlgesetz bzw. das Wahlkreisgesetz, daß die Wahlkreise bunt durcheinander gewürfelt wurden, die rein deutschen Gebiete mit tschechischen Bezirken zu einem Wahlkreise zusammengezogen, so daß auch in dieser Richtung den Deutschen die Hände gebunden sind und sie infolgedessen nicht in der entsprechenden und gebührenden Stärke im Abgeordnetenhaus und im Senate einziehen konnten. Wir sehen überdies eine Menge deutscher Fraktionen mit verschiedenen Parteiinteressen, so daß nicht alles für das deutsche Volk errungen werden kann, was diesem nützt. Vielleicht schweiß doch die äußerste Not des deutschen Volkes der derzeitigen Tschechoslowakei endlich die Parteien zu einem gewaltigen Block zusammen, vor dem selbst der blindwütende chauvinistische doppelschwänzige Löwe Respekt bekommt. Hoffen wir es!

Es will uns aber dünken, als solle dem deutschböhmisches und sudetenländischen Volksstamme aus sich selbst der Retter nicht erstehen. Wir sind vier Millionen Deutsche gegen zehn Millionen fanatische Tschechen, die alles daransetzen, Deutschböhmen zu tschechisieren. Planmäßig wird eine deutsche Schule um die andere gesperrt, man errichtet tschechische Minderheitschulen im deutschen Sprachgebiete mit 10 bis 15 tschechischen Schülern, während man deutsche Klassen mit 50 bis 60 Kindern als überflüssig ohne weiteres kassiert. Planmäßig ersetzt man deutsche leitende Beamte durch chauvinistische Tschechen. Deutsche Beamte werden entlassen oder zu minderwertigen Diensten verwendet und ihnen dann mit Gewalt noch die tschechische Sprache aufgezwungen. Nicht lange wird es dauern, ekelt man die Deutschen ganz aus den Ämtern, falls sie nicht in lächerlich kurzer Frist die „neue Staatssprache“ erlernt haben und man setzt tschechische Legionäre an ihre Posten. Systematisch wird Deutschböhmen durch tschechische Arbeiter überschwemmt, ein Anwesen um das andere wissen sie an sich zu bringen, da sie infolge Unterstützung durch die tschechischen Banken unerhörte Preise dafür zahlen können. Deutschböhmen wird durchsetzt von Tschechen und größenwahnsinnige Chauvinisten posaunen jetzt schon in die Welt hinaus: „Es gibt kein Deutschböhmen!“ ja, – die Bezeichnung „Deutschböhmen, Sudetenland, Böhmerwaldgau, Znaimer Kreis“ usw. sind direkt untersagt, sogar strafbar.

Das deutsche Volk der tschechoslowakischen Republik steht allen diesen Willkürakten fanatischer Slawen leider machtlos gegenüber, ihm sind die Hände gebunden. Tschechische Habgier wollte infolge erstklassiger Industrie, Handelsbeziehungen und Steuerkraft nicht auf Deutschböhmen verzichten, da sonst der zu gründende tschechische Staat ohne Existenzmöglichkeit gewesen wäre. Deutschböhmen wurde bald nach dem Umsturze, obwohl es seinen Anschluß an Deutschösterreich erklärt hatte, von der tschechoslowakischen Soldateska besetzt und mit Gewalt dem neuen Staate einverleibt. Anderen völkisch minderwertigen Gebieten wurde die Volksabstimmung gewährt, dem großen geschlossenen deutschböhmischesudetenländischen Sprachgebiete blieb sie versagt.

Deutschböhmens Volk steht entrechtet und machtlos unter slawischer Knute. Brüder im Reiche! Euch drücken gewiß Sorgen, doch darüber sollt ihr eure Brüder, die in Knechtschaft schmachten, nicht vergessen! Zu wenig bekannt ist bei euch unser trauriges Los. Helfet uns! Rettet uns! Nur von euch kann die Erlösung aus diesem Joche kommen. Interessiert euch vor allem für das vier Millionen starke deutsche Brudervolk in Böhmen, Mähren und Schlesien. Es ist ein großes, ein

starkes Geschlecht, gestählt im völkischen Kampfe, treue Grenz-
wacht haltend. Seine Volkskraft, sein Schaffen, seine wirt-
schaftliche Bedeutung ist wert, Opfer zu bringen und Deutsch-
böhmen mit dem Deutschen Reiche vereint, würde Großes
leisten für deutsche Art. Trachtet, daß das neutrale Ausland
über die Verhältnisse richtig aufgeklärt werde — nicht wie es
die Tschechen tun, Lügenberichte über Böhmens „Herrlich-
keiten“ in der Schweiz und im übrigen neutralen Auslande zu
propagieren —, damit wir der Volksabstimmung noch teilhaftig
werden, die unbedingt zugunsten des deutschen Volkes, für uns
und euch, ausfallen müßte. Unseren Führern sind derzeit die
Hände gebunden, sie dürfen nicht handeln wie sie wollen, denn
wir leben ja in einem „freien demokratischen Staate“, einer
„Überschweiz“, und wehe dem, der so redet, wie ihm der Schnabel
gewachsen ist! Ergreift daher ihr die uns aus der Hand ge-
wundene Fahne, pflanzt sie auf, führt uns! Wenn kraftvolle

Männer im Reiche für unsere gute Sache eintreten, das Ausland
aufgerüttelt wird, dann muß es durchzusetzen sein, uns zu
unserem Rechte zu verhelfen, uns aus diesem korrupten Staate
zu befreien und uns anschließen zu können dem Deutschen
Reiche, mit dessen Volke wir eins sind nach Sprache und Sitt-
lichkeit. Denn wenn das nicht gelingt, so ist das deutsche Volk in Böhmen,
Mähren und Schlessien durch den Chauvinismus der haßerfüllten
Tschechen in Kürze derart an die Wand gedrückt, daß sie mit
Recht dann sagen können: „Es gibt kein Deutschböhmen.“
Daher seid auf der Hut, denn die tschechische Ländergier macht
auch vor der Reichsgrenze nicht halt!

Drum rasch und kräftig ans Rettungswerk! Ein Viermillionen-
volk ist wohl wert, daß man sich für dasselbe einsetzt. Stammes-
genossen! Laßt diesen Hilferuf nicht ungehört verhallen! Arbeitet
für unsere Befreiung, der Dank Deutschböhmens wird es euch
lohnend!

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

IV. Unter neutraler Flagge.

Von K. B.

(Schluß.)

„Nach gefährvollen Stunden und Tagen ist es dem Kapitän
gelungen, sein Schiff in seine heimischen Gewässer zu bringen,
bevor die Engländer in der Lage waren, es aufzubringen und in
einen englischen Hafen zu verschleppen. Im Namen aller spreche
ich dem Kapitän unseren Dank und unsere Hochachtung vor
seiner seemännischen Leistung aus. Ich darf wohl annehmen,
daß wir einer weiteren Behelligung seitens der Engländer nicht
mehr ausgesetzt sein werden. Es liegt deshalb auch kein Grund
vor, uns noch länger als etwas auszugeben, was wir gar nicht
sind. Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß ich hier an
Bord nicht der einzige Deutsche bin. Jetzt aber, wo für uns die
Freiheitsstunde geschlagen hat, brauchen wir unser Deutschtum
nicht länger verleugnen, ich erlaube mir deshalb, mich als der
vorzustellen, der ich wirklich bin: Dr. Ernst Bonkendahl, Marine-
arzt der Reserve.“

Nicht spanisch, nicht englisch — deutsch hatte er gesprochen
dieser verkappte Franzose.

Nun erhob sich einer nach dem anderen und stellte sich vor.
Rio de la Gomez, der blonde Herr aus Maracaibo, der „Russe“,
mit dem ich nicht in einer Kabine hatte wohnen wollen, und der
seinerseits wieder in großem Bogen um mich herumgegangen
war, weil er mich für einen Engländer und Spion gehalten hatte,
sie alle entpuppten sich als Deutsche. Am meisten sprachlos
ob dieses Vorganges waren die beiden deutschen Ärzte, sie hatten
in des Wortes wahrster Bedeutung Mund und Nase aufgesperrt,
als wir unsere Maske fallen ließen. Vorwurfsvoll und mit großen
Augen sah mich der kleine Doktor an, der mir seine 6000 Mark
in Gold hatte anvertrauen wollen, weil ich „Amerikaner“ war
und er das Gold bei mir in Sicherheit glaubte. Und nun sah er,
daß ich größerer Gefahr ausgesetzt gewesen war als er, und

nichts hatte ich mir merken lassen. Das war der Kühnheit
zu viel. Ich aber klopfte ihm auf die Schulter und sagte:

„Lassen Sie nur gut sein, Doktor, ich hätte Ihr Geld schon
nicht um die Ecke gebracht, ich hätte Ihnen auch gern die Ver-
ständigung mit mir erleichtert, doch ich durfte mich nicht ver-
raten und mußte meine Rolle bis zu Ende durchspielen.“

„Man kann wohl behaupten, daß Sie das mit ziemlicher
Raffiniertheit gemacht haben“, erwiderte er, „ich will Ihnen
deshalb aber auch keine Vorwürfe machen.“

Durch einen kräftigen Händedruck söhnte er sich mit mir
wieder aus.

Zur Feier dessen, daß wir den Fesseln der Engländer ent-
schlüpft waren, fanden wir uns nach dem Essen im „Wiener
Kaffee“ ein, wo wir unsere „Rettung“ in gebührender Weise
begossen. Das ist alter Germanenbrauch, und dem wollen wir
treu bleiben.

Mittags gegen 12 Uhr liefen wir in Christiania an. Mehr als
die Hälfte der für Deutschland bestimmten Ladung wurde hier
gelöscht und von deutschen Agenten in Empfang genommen.

Am Abend des folgenden Tages wurde die Reise nach Kopen-
hagen fortgesetzt. Glücklicherweise, nach so langer und gefährlicher
Zeit den Boden des schwankenden Schiffes verlassen zu können,
gingen wir hier an Land.

Wir trennten uns mit dem Wunsche, die Gefahren, denen wir
jetzt auf den Schlachtfeldern und in den Schützengräben ent-
gegengehen, ebenso glücklich zu überstehen, wie die, denen wir
zur See ausgesetzt waren. Über Bremen—Hannover—Leipzig
setzte ich meine Reise nach Dresden fort, wo ich mich meinem
Regiment zur Verfügung stellte.

Fortes fortuna adjuvat!

V. In belgischer Kriegsgefangenschaft in Afrika.

Von L. S., ehemal. Reg.-Lehrer in Tabora, Deutsch-Ostafrika.

Die Belgier in Tabora.

Es war der 19. September 1916: Ganz Tabora war in fieber-
hafter Spannung, was wohl geschehen möge, wenn die Belgier
in die Stadt einzögen. Man glaubte allgemein, daß ihr Verhalten,
das schlimmste nicht sein könne, da ja ihr Land vollständig unter
deutscher Herrschaft stand und etwaige Exzesse von der hei-

mischen Regierung aufs schwerste hätten gerächt werden können.
Ja, da größere englische Truppenmassen ebenfalls in allernächster
Nähe standen, so wußte man gar nicht recht, kommen die einer
oder die andern, oder kommen beide zusammen in die Stadt.
Unsere Truppen unter der Führung des Hauptmann Wintgens
der den Belgiern so viel zu schaffen machte und dessen Talente

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 22, 23 und 24 im vorigen, Nr. 2, 3, 4, 5 und 6 in diesem Jahrgang.

als Feldherr ein besseres Los verdient hätten, hatten Tabora tags zuvor geräumt und zogen in drei verschiedenen Abteilungen nach Osten, Südosten und Süden ab. Ein kleiner Trupp von einigen hundert Mann hielten die Höhen um Tabora herum auf dieser Rückzugslinie noch für einige Tage besetzt, um die Belgier im Falle einer Verfolgung aufzuhalten. Die Belgier aber glaubten nicht an eine kampflöse Räumung der Stadt. Und so gewannen unsere tapferen Krieger die nötige Zeit, sich in den Busch zu schlagen. Zwei der deutschen Zivilbeamten begaben sich unter dem Schutze der weißen Flagge am 19. September auf die Suche nach den Belgiern und ein belgischer Offizier, der auf sein Ehrenwort hin die zwei Jahre in Tabora frei sich bewegen und spionieren konnte, machte sich per Rad auch auf einem andern Weg zu seinen Landsleuten, um sie nach Tabora zu bringen.

Gegen Abend ertönten Trompetensignale und nahestehende Eingeborene erzählten mir, daß die Belgier (schwarze) in endlosen Zügen in die Stadt kämen. Ich machte mich auf den Weg, sie zu sehen. Ich stellte mich auf der Missionsstraße auf, die zum Bezirksamt führt, gerade gegenüber der Post. Was da an mir vorüberzog waren endlose Trägerkarawanen unter militärischer Begleitung. Traurig war der Anblick dieser mit Gewalt erschnappten Leute. Abgemattet, mit wilden, stieren Blicken, schmutzig und schrecklich heruntergeschundene, abgehetzte Leute. Jeder Begleitsoldat statt der Waffe eine Nilpferdpeitsche in der Hand. Und was diese als Lasten schleppten, war meist altes Gerümpel oder Eblasten oder Möbelstücke aus ausgeraubten Europäerniederlassungen. Was ganz besonders ungünstig einwirkte, ja fast einen anwiderte, waren die vielen Frauen, die sie mit sich schleppten, die aber für Trägerdienste sonst nie in Betracht kommen. Denn der Neger hält es gerne mit dem Sprichwort: Was man lieb hat, lasse man zu Hause! Aber die Männer jedes Ortes sind immer zuerst in den Busch geflohen, und so haben dann eben die raubenden Kongoneger die Weiber samt Säuglingen geraubt und mitgeschleppt. Und so sah ich dann Frauen an mir vorüberziehen mit schweren Lasten auf dem Kopfe, einen Säugling auf dem Rücken und der brutale Soldat hat ihr sein Gewehr noch um die Schulter gehängt. Diesen armen Frauen und Kindern konnte man die Entbehrungen an den Augen ablesen. Wie viele der säugenden Kinder mögen auf diesem belgischen Kreuzzug umgekommen sein. Ja, es war Gebrauch unter der belgischen Soldateska, daß wenn eine Mutter nicht mehr imstande war, diese dreifache Last zu tragen, man ihr das Kind wegriß und es mit Gewalt zu Boden schleuderte, wo ein Gnadenstoß mit dem Bajonett dem armen Geschöpf den Garaus machte. In dem Vororte von Tabora, Ussula, gelang es einem Angehörigen der Mission, ein solches Kind zu retten, zwei andere aber waren schon erledigt. Auch die Mütter, wie jeder andere Träger, die vor Ermattung nicht mehr weiter konnten, wurden niedergeschossen, um einerseits die höchsten Leistungen von den Trägern zu erreichen, andererseits Simulanten abzuschrecken. Von hier ging ich in das Hotel Kaiserhof.

Dieses Hotel diente zu jener Zeit auch als Hospital. Als ich mich dorthin begab, um einen Freund zu besuchen, war der Raum schon von Kongonesen abgesperrt. Nur mit Hilfe des wachhabenden Sergeanten gelang es mir, Zulaß zu bekommen. Alle dort Versammelten waren in größter Erregung. Sie hatten sich die Sache mit den Belgiern etwas zu gemächlich vorgestellt. Jede Art von Beleidigung mußten sich die dort Eingesperrten von den schwarzen Soldaten gefallen lassen. Nur mit List gelang es mir, als englischer Missionar das Hotel wieder zu verlassen, um meine Freiheit noch einige Tage zu genießen. Die dort versammelten Deutschen, die nicht bettlägerig waren, wurden gegen Abend

nach dem Bezirksamtsgebäude unter starker militärischer Begleitung transportiert und in einem kleinen Raum 36 Stunden eingepfercht, ohne Gelegenheit auf den Abort zu gehen. Die belgischen Soldaten erlaubten sich die unerhörtesten Beleidigungen gegen die Eingesperrten, die die ganze Nacht stehend der kommenden Dinge mit Angst und Wut entgegensahen. Das war der Anfang der scheußlichen Behandlung, die die Deutschen von dieser Handvoll Belgier sich gefallen lassen mußten. Der beim stellvertretenden Bezirksamtmann Weber ausharrende Kanzlist Poppe wurde von seiner Seite weg verhaftet und auch ins gleiche Loch gepfercht. Die Sonne war noch nicht untergegangen, als es in der Stadt schon unruhig zu werden begann. Die belgischen Soldaten hatten keine Verpflegung und die öffentlichen Magazine waren allesamt leer. Es war aber den schwarzen Soldaten, die am Malagarasi-Fluß nicht mehr weiter wollten, versprochen worden, wenn sie noch bis Tabora aushielten, so stünden ihnen dort eine reiche Stadt mit vieler Beute und Weibern offen.

Außerdem haben die belgischen Soldaten nie Löhnung erhalten und wurde ihnen damit bedeutet, wenn sie den Krieg rasch beendigten, so bekämen sie bei ihrem Nachhausekommen Mali mengi, viel Gut, um sich Weiber und alles Schöne zu kaufen. Da nun aber der Krieg zu lange währte, lockte sie die nahe reiche Beute mehr als das viele Gut beim Nachhausekommen. Das ist auch einer der Hauptgründe, warum die Belgier der schrecklichen Plünderung in der Stadt nicht Einhalt gebieten konnten. Und was die Belgier selbst anbetraf, standen sie den Schwarzen nichts nach. Planmäßig ging die Sache vor sich. Die Schwarzen plünderten in erster Linie bei den Schwarzen und auch bei den Deutschen, und die Belgier bei den Deutschen. Die zahlreichen Inder, als britische Untertanen, wurden fast durchweg verschont. Daß es so wenig zu plündern gab, steigerte die Wut der Plünderer nur noch viel mehr, so daß aus einem Plündern in vielen Fällen ein Zerstören vollständig für sie wertloser Sachen wurde. Als es Nacht wurde, da brach ein Heidenlärm los. Es schien, als ob alle bösen Geister der Hölle losgelassen wären. Die Soldaten mit den fremden Trägern stürzten sich auf die Häuser in der Stadt; mit Gewalt wurden die Türen eingeschlagen, oder wenn das nicht gelang, wurde den Leuten gedroht, ihr Strohdach anzuzünden. In den Häusern wurden alle Gegenstände zertrümmert, überall nach Geld und Lebensmitteln gesucht und zuletzt alle Weiber und Mädchen mit Gewalt herausgezerrt und ins Lager abgeführt. Widersetzende wurden mit Bajonetten, Gewehrköben und Kugeln beschwichtigt. Sieben Männer wurden in der ersten Nacht von den belgischen Askaris erschossen, weil sie sich weigerten, ihre Weiber auszuliefern. Darunter war auch ein alter Askari-Feldwebel, der auf seinem Posten zum Schutz zurückgelassener Askarifrauen aushielt und auch getötet wurde. Das Schießen der Plünderer, die Hilferufe der Weiber und Mädchen, das Schreien der sich streitenden Männer, die von den Kongonesen angezündeten Häuser, die einen schauerlichen Schein durch die Nacht hin gaben, hielten die Bewohner Taboras in panischem Schrecken. Auch wir Europäer blieben davon nicht verschont. Uns allen wird diese Zeit ein unvergeßliches Erlebnis sein. Auch wir konnten die ganze Nacht nicht zu Ruhe kommen. Ununterbrochen kamen neue Gruppen Plünderer, die heftig Einlaß beehrten. Ich konnte sie nur dadurch abhalten, daß ich mich als Engländer ausgab. Aber in viele andere Europäerwohnungen sind sie doch eingedrungen. Der Kassier des Bezirksamts, Sekretär Bopp, mußte fliehen, verfolgt von belgischen Askaris und entkam nur dadurch wie durch ein Wunder, daß er im Dunkeln in eine Lehmgrube fiel und so der weiteren Verfolgung entkam. Die heillosen Zustände dauerten bis gegen

morgen, wo es etwas stiller wurde. Der Schaden, der den friedlichen Bewohnern in diesen drei Tagen der Plünderung zugefügt wurde, geht hoch in die Millionen. Außerdem waren sie vom Allernotwendigsten entblößt. Auch den Deutschen wurde genommen, was nur möglich war. In die Magazine der Usagara-Gesellschaft und der Mission haben viele Deutsche, Soldaten wie Zivil, ihre Habseligkeiten anvertraut. Darüber stürzten sich die Belgier selbst, voran als Führer die bei uns gefangen gehaltenen. Die Schlösser wurden erbrochen und alles Wertvolle daraus entnommen. Nach Zahl der vielen Koffer und dem bedeutenden Wert ihres Inhalts ist den Belgiern dabei eine schöne Beute, besonders auch an Elfenbein- und Goldschmucksachen zugefallen. Die Eingeborenen, um den Belgiern die Gründlichkeit ihrer Plünderungswut vor Augen zu führen, haben alle ihre geleerten Koffer und Kisten offen vor die Häuser gelegt. Da ich am 20. und 21. September in der Mission schlief, da ich mich zu Hause nicht zu verweilen getraute, kam ich um alles, was ich besaß. Am 20. September nachts kamen wieder die Plünderer und räumten auch mir mein Haus vollständig aus. Und meine verschlossenen Koffer und Kisten, die ich in die Mission flüchtete, wurden von den Belgiern abgeholt. Zu Hause verblieb mir nicht mehr ein Topf, um etwas zu essen zu kochen, und an Kleidern und Wäsche, was ich am Leibe hatte. Dazu verlor ich meine Bois, so daß ich vollständig allein und vereinsamt dastand. Auch in anderer Weise haben sich die belgischen Askaris ausgezeichnet. In Ipule schlachteten sie ein Kind und fraßen es auf. Dasselbe geschah auch in Ussule, einem anderen Vorort Taboras. Schlimm erging es den Frauen und Mädchen der Stadt. Hunderte waren nach acht Tagen noch nicht zurückgekehrt. Und die Männer, die bei Tage ins Lager der Belgier schlichen, sahen wohl zum Teil ihre Frauen und Töchter, aber konnten weder mit ihnen sprechen noch sie losbekommen. Auch kamen viele Männer in den nächsten Tagen nach der Stadt, deren Frauen von den Belgiern auf dem Marsch durchs Land mitgenommen wurden. Dem Bischof Leonhard von Tabora gelang es, mehrere Hunderte solcher Frauen loszubekommen. Die weißen Belgier ließen sich mit Hilfe ihrer Askari hübsche Negermädchen ausfindig machen, welche dann abends mit Gewalt aus ihren Häusern gezerrt und zum betreffenden Liebhaber transportiert wurden. Welche Verwüstungen durch die Belgier an unserer friedlichen Eingeborenenbevölkerung angerichtet wurden, die vielen Tausende, die infolge der gründlichen Ausplünderung verhungert, die Tausende, die von ihnen von ihrer Heimat fortgeschleppt worden sind, zum Teil bis tief in den Kongo hinein, das alles wird sich erst nach dem Kriege uns richtig zeigen.

Nachdem die belgischen Soldaten in dreitägigem Plündern ihren Unmut etwas gestillt hatten, nachdem alle Häuser der Eingeborenen völlig geleert waren, da kam endlich die belgische Verwaltung dazu, etwas einzuschreiten. Es wurden einige Askari wegen der begangenen Morde vors Kriegsgericht gestellt und nach echt belgischer Kongoart abgeurteilt. Die betreffenden Übeltäter wurden standrechtlich erschossen und dann wurde ihnen ein Balkennagel durch die Schädeldecke geschlagen und sie daran aufgehängt. Auch die Eingeborenen der Stadt kamen wieder mehr zu sich und faßten Mut. Des Abends gingen mehrere Familien zusammen in ein befreundetes Haus, und wenn des Nachts belgische Plünderer die Weiber verlangten und die Türe gewaltsam einschlugen, so wurden sie von den Inwohnern mit Messer und Speerspitze erstochen. Und die Belgier ließen die Eingeborenen dann auch straffrei. Da den Belgiern die nötigen Lebensmittel mangelten, da die Stadt beinahe selbst für sich nichts mehr hatte, da auch die sonstigen Gemüsehändler sich nicht

mehr auf den Markt wagten, so gingen eben die belgischen Askari und Träger auf das umliegende Land und hausten dort ungestört noch viel greulicher als in der Stadt selber. Abends kamen sie zurück. Die geraubten Mädchen mußten die gestohlenen Lebensmittel auf dem Kopfe vorantragen.

Wie erging es nun den Deutschen, die bisher die Herren im Lande waren? Diejenigen, die auf der Boma eingesperrt waren, wurden, ob Zivil oder Militär, ins Kriegsgefangenenlager abgeführt. Die belgischen Großhändler wollten doch auch Gefangene haben, denen sie Rache für vermeintliche deutsche Greuel in Belgien fühlen lassen könnten. Und das konnten sie ja tun. Denn unsere bisherige deutsche Verwaltung war ja wie vom Wind fortgeweht. An der Spitze der Belgier stand der überall geschlagene General Tambeur, dem es unter seiner Würde stand, mit einem Deutschen zu sprechen, dazu kam, daß wir in Innerafrika von jeder Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten waren, so daß auch nicht gleich Nachrichten über unsere Mißhandlungen an die Öffentlichkeit gelangen konnten. Obwohl die Belgier gar keine Vorbereitungen zur Unterbringung sämtlicher männlicher Deutschen in dem Lager getroffen hatten, wurde es doch so rasch wie möglich gefüllt. Die in den Hospitälern und Lazaretten liegenden Deutschen mußten alle ins Lager. Auf Bahnen und Tragstühlen, auf Krücken und Stöcken gestützt oder von einem Freunde geleitet, zogen sie ins Lager. Dort hatten anfangs die meisten kein Bett noch Moskitonetz zum Schutz gegen Insektenstiche bei Nacht. Auch fehlte es am nötigen Eßgeschirr. Die Küche wurde einem schmutzigen Griechen anvertraut, der aber weder Mittel hatte, solch ein Unternehmen richtig auszuführen, noch von den Belgiern unterstützt werden konnte, da diese ja selbst nichts hatten. Zu essen gab's im Lager morgens schwarzen Kaffee mit ungefähr 400 Gramm Brot, das aus Maniokmehl (Kartoffelart) mit etwas Reiskleie vermischt war, und das so elastisch war, daß es wie eine Ziehharmonika gezogen werden konnte. Mittags Reis mit in Rindstalg gebratenem Rindfleisch. Abends Bohnen in Salzwasser gekocht. Als bald darauf die Bohnen alle waren, gab es bloß noch Reis wochenlang. Und als der Reis zur Neige ging und sie wieder von irgendwoher Bohnen bekamen, gab es wochenlang mittags und abends eben Bohnen. Bei dieser Art von Verpflegung stellten sich allmählich bei den meisten Verdauungsstörungen ein, worunter viele besonders durch starken Durchfall zu leiden hatten. Als man sich eines Tages beschwerdeführend an den Kommandanten des Lagers richtete, erklärte er, wenn wir mit dieser Art von Verpflegung nicht zufrieden seien, würden wir eben mit noch einfacherer Nahrung, wie sie die Schwarzen haben, vorlieb nehmen müssen. Als wir eines Abends unter den Bäumen des Lagers versammelt waren und ein deutsches Lied zu unserer aller Ermunterung und Aufheiterung singen wollten, wurde es in brutalem Gebrüll aus der Kehle des Lageroffiziers verboten und für den Wiederholungsfall Bestrafung angedroht. Anfangs gab es auch keine Lektüre im Lager, auch wurde man absichtlich über die Ereignisse des Krieges im unklaren gehalten.

Ich hatte noch das Glück, einige Tage in Freiheit zu sein. Doch waren es für mich traurige Tage. Da mein Haus vollständig ausgeplündert war und ich weder Geschirr noch sonst was vorfand, konnte ich auch nichts kochen. Die vier Tage bis zu meiner Gefangennahme lebte ich von einem Rest Brot und etwas Hartwurst und Wasser aus dem Brunnen. Als ich eines Tages nach meiner Schule in die Stadt ging, um nach meinen Büchern, die dort zurückgelassen wurden, zu sehen, kam ein Belgier mit zwei Askari und nahm mich mit ins Kriegsgefangenenlager. Ich hatte nicht mehr bei mir, als was ich auf dem Leibe hatte. Da ich in Tabora gut bekannt war und bei meinen schwarzen Schülern

aus meinem Optimismus für unsere deutsche Sache keinen Hehl machte, auch jede Gelegenheit benützte, die Macht und Unbesiegbbarkeit der deutschen Waffen in der Welt zu preisen, wobei sich einmal das Wort: „Gott strafe England“ in meinen Reden ankam, das den gefangenen Engländern und Belgiern bekannt wurde, so hatte man auf mich ganz besonders gewartet. Die unsauberste Beschäftigung wartete meiner. Täglich wurde ich zur Leerung der Aborteimer kommandiert. Ich litt nicht allein sehr unter dem Einfluß, den diese ekelige Beschäftigung auf mein Gemüt und meine so sehr geschwächten Nerven ausübte, sondern noch mehr unter der brutalen Behandlung der belgischen Bewachung, die einen durch alle möglichen Schimpfworte und durch Verwundungen der gesammelten Grasbüschel zur Reinigung der Aborteimer mit den bloßen Händen aufforderten. Ganz genau so wurden auch der Regierungsbaumeister Sauer und Finanzdirektor Schmeißer behandelt. Es lag den Belgiern wenig daran, die Gefangenen zu beschäftigen, sondern sie suchten durch die Art der Beschäftigung die Deutschen in den Augen der Belgier und der Eingeborenen, wo die Belgier nur wenig Achtung erwarteten, herabzuwürdigen. Darum auch die große Wut der Belgier, die sich in den uns aufgenötigten Arbeiten zeigte. Leute, die vorher nie Grabarbeiten ausgeführt hatten, bekamen Pickel und Schaufel in die Hand und mußten von Askari bewacht und aufgemuntert, in afrikanischer Sonnenglut nun arbeiten. Meist suchte der belgische Leutnant Omval selbst die Stelle heraus, den harten Boden eines früheren Termitenhügels, wo man nur unter großer Anstrengung ein Loch von 5 : 3 : 3 m fertig brachte. Und war es gegraben, so mußte man es wieder zuwerfen. Andere mußten die Straßen fegen, um von den Eingeborenen gesehen zu werden. Wieder andere mußten im Lager Schmiede- und Tischlerarbeit verrichten. Galt es doch, eine große Anzahl Bettgestelle herzustellen für die Gefangenen. Sehr demütigend für jeden Deutschen waren die Transporte vom Lager nach dem ungefähr ½ Stunde entfernten Magazin der Bahnbaufirma Holzmann auf den Rufitahügeln. Fast täglich gegen 11 Uhr wurden 15 bis 20 Mann beordert, dort hinüber zu gehen. Unter starker Askariendeckung wurden sie durch die ganze Stadt geführt, wo sie an allen Griechenknepen halten mußten, um sich von den dortigen Italienern, Belgiern und Engländern, unsern früheren Gefangenen, auspeifen und auslachen zu lassen. Drüben im Magazin wurden ihnen die Traglasten wie eingeborenen Trägern zugeworfen und dann ging es auf demselben Wege wieder zurück, mit denselben Verspottungen und Verhöhnungen. Die Belgier scheuten kein Mittel, die Deutschen und alles Deutsche vor den Augen der Eingeborenen herabzusetzen. Doch fehlten ihnen alle nötigen Mittel, sich bei den Eingeborenen ins rechte Licht zu stellen. Denn als richtige Sieger sich aufspielen zu können fehlten ihnen die nötigen Mittel. Das von ihnen besetzte Land war völlig verarmt. Um da eine neue Verwaltung einzuführen, hatten sie nicht genug Leute.

Sie glaubten, mit dem Besitz Taboras sich auch den Besitz der Gelder der Bank und der Bezirks- und Gouvernementshauptkasse errungen zu haben. Aber aller Barbestand war beseitigt. Alles gemünzte Geld dieser Kassen wurde an Private gegen Noten ausgetauscht. Alle öffentlichen Kassen lieferten die Noten an die D. O. A.-Bank in Tabora ab, wo sie allesamt verbucht und verbrannt wurden, um unsere Schulden zu vermindern. Der Hunger und die Teuerung nahmen in der Stadt rasch zu. Das Fleisch, das kurze Tage zuvor noch 20 Heller kostete, stieg auf 50 Heller bis 1 Rupie das Pfund. Ein Ei zuvor 5 Heller kostete bald 30 bis 100 Heller. Gemüse, Obst und dergleichen stiegen im Preise ungeheuer und konnten nicht mehr beschafft werden. Da die Belgier

auch unser bisheriges Geld außer Kurs setzten, ohne aber für andere Geldmittel gesorgt zu haben, so trat im kaufmännischen Leben ein vollständiger Wirrwarr ein, den die Griechen und Inder zu ihrem Vorteil allein ausnutzen konnten. Auch weigerten sich die Eingeborenen, belgische Banknoten anzunehmen.

Da die Bahn nach Kigoma zerstört war, konnten die Belgier auch von dort her keine Erleichterung sich verschaffen. Andererseits bereiteten die in allernächster Nähe Taboras stehenden englischen Streitkräfte den Belgiern viel Verdruß. Erstere drängten täglich mehr die Belgier zum Verlassen Taboras, in dem sie sich selbst festsetzen wollten. Und diese konnten und wollten nicht, schon mit Rücksicht auf den Geist der Bevölkerung und ihrer eigenen Truppen sich hierzu entschließen. Die Engländer wandten darum zuletzt Gewaltmittel an, indem sie in dem von ihnen besetzten Teil eine scharfe Zollgrenze gegen das von den Belgiern besetzte Gebiet aufrichteten und keine Waren, besonders aber keine Lebensmittel nach Tabora durchließen, um so durch Hunger die Belgier zur Aufgabe Taboras zu zwingen. Ja, es schien sogar, daß es nahe daran war, daß offene Feindseligkeiten zwischen Engländern und Belgiern ausbrechen würden. Nur eine stark unter den englischen Truppen grassierende Genickstarre (Seuche) hat sie noch etwas zurückgehalten. Diese Seuche wurde auch schon nach Tabora verschleppt, die auch hier zahlreiche Opfer forderte. Die von den Engländern aufgerichtete Zollgrenze wurde so streng durchgeführt, daß auch Eingeborene, die sich durch diese Sperre ins englische Besatzungsgebiet begaben, um dort Tücher für sich und ihre Weiber einzukaufen, an der Grenze wieder alles abgenommen bekamen, ja manche nackend fortgejagt wurden. Andererseits konnten die Eingeborenen im englischen Besatzungsgebiet Tücher und alles Nötige sich beschaffen. Denn die Engländer hatten in Mombasa schon seit März 16 eine größere Anzahl Schiffe mit Kaufmannsgut, die alle auf die für den April 16 vorausverkündigte Kapitulation der Kolonie trachteten, um unsere Kolonie mit englischer, indischer und japanischer Ware zu überfluten. Dann verfolgten sie auch den Zweck, durch den großen Warenhunger der Eingeborenen ihren Einfluß und die Sympathie unter denselben für sich zu verstärken.

Alle diese Momente ließen den Unmut der Belgier nur noch größer werden, den sie nun an uns Kriegsgefangenen ausließen. Unsere große Weltabgeschlossenheit bot ihnen hierzu auch noch die günstigste Gelegenheit dazu. Besonders zeigt das auch noch der Fall mit den Insassen des Hospitals in Sikonge. Als Hauptmann Wintgens diese Station aufgab, ließ er die Kranken des dortigen Hospitals zurück, die in die Hände der Belgier fielen. Die fieberkranken deutschen Soldaten mußten sich alle bereit zum sofortigen Abmarsch halten. Den dreitägigen Marsch von Sikonge nach Tabora mußten die armen von Fieber geschwächten Kameraden in zwei Tagen zurücklegen, bei vollständig ungenügender Ernährung und Unterkunft. Als sie am zweiten Tag einem belgischen Hauptmann zum Weitertransport übergeben wurden, begrüßte er sie mit den Worten: „Ihr verfluchtes Schweinepack! Wenn ich könnte, wie ich wollte, ich würde euch alle sofort erschießen lassen! Nun, ich will euch schon was verspüren lassen!“ Er hat auch Wort gehalten. Vom frühen Morgen an mußten die Armen den ganzen Tag durchmarschieren in sengender Tropensonne. Als sie abends in Tabora ankamen, mußten sie vor dem Bezirksamt antreten, wo sie vor einer Kanone aufgestellt wurden. Man traf nun alle Vorbereitungen, als wollte man sie erschießen. Dann wurden sie noch zuerst zum Triumph durch die ganze Stadt geführt und dann erst zurück zum Lager. Bald sollten diese Armen auch noch gewahr werden, daß der belgische Hauptmann ihnen all ihr Gepäck am zweiten Tage ab-

genommen hatte und so hatten sie auch nicht das geringste an Kleidung und Wäsche; nur das, was sie auf dem Leibe trugen, war ihnen geblieben.

Die Verpflegung im Lager wurde auch von Woche zu Woche schlechter. Der griechische Kostgeber konnte von der belgischen Verwaltung keine Bezahlung für seine Auslagen erhalten. Als sein Guthaben eines Tages 10000 Rupie überschritten hatte, verlangte er vom Kommandanten des Lagers Zahlung. Dieser aber ließ ihn die Staffeln hinunterwerfen. Da er nicht zahlen konnte, so bekam er auch immer minderwertigeres Fleisch. Zuletzt waren es nur noch die mageren Rippen und wir armen Gefangenen bekamen nur noch Knochen zum Abnagen und kein Fleisch daran. Auch versuchte man uns die Kost noch zu vereln durch Beigabe wenig appetitlicher Teile.

Anfangs bekamen alle Gefangenen, Soldaten wie Offiziere, Kranke wie Gesunde, dieselbe Kost. Später wurde für die Kranken besonders gekocht. Unser Lagerarzt Dr. Moesta, der sich so ungeheuer abmühte, für unsere armen Kranken Obst und Milch herbeizuschleppen, hatte mit der Habgier und Niedertracht der Belgier viel zu kämpfen. Das meiste wurde von den belgischen Offizieren des Lagers und ihren schwarzen Weibern verbraucht. Und nur ein kleiner Teil kam in das Lager. Den Wasserbedarf im Lager mußten wir uns auch selbst beschaffen. In einem Wasserwagen wurde das Wasser vom Kitebrunnen nach dem Lager geschafft. Dieser Wagen wurde von uns Gefangenen auch wieder gezogen. Im Lager waren auch zwei Zementbehälter für Trinkwasser aufgestellt. Das abgekochte Wasser wurde in die in die Sonne gestellten Behälter gegossen. Man konnte da nie einen kühlen Trunk haben. Die Baracken waren überfüllt. Trotz der zahlreichen Wachen, die die strenge Ordnung hatten, bei geringster Widersetzlichkeit und Widerstand von der Waffe Gebrauch zu machen, wurden die Baracken nachts geschlossen. Zur Befriedigung etwaiger Bedürfnisse wurde in jedem Raum ein Eimer aufgestellt. Die vielen an Magen- und Darmstörungen Leidenden und das Fehlen jeglicher Beleuchtung lassen erklärlich finden den schauerhaften Zustand einer solchen Baracke. Außerdem ließen es die Askaris nicht daran fehlen, in der Nacht durch Lärmen und Stoßen mit den Gewehrkolben an die Blechwände der Baracken die Schlafenden jäh zu erschrecken. Da die Belgier ja selbst nichts zu nagen noch zu beißen hatten, so haben sie sich nicht gescheut, nachts, wenn wir in unsere Baracken eingeschlossen waren, in das kleine Magazin zu gehen, wo die Gefangenen ihre wenigen Effekten untergebracht hatten, und dort zu stehlen und besonders die Lebensmittel aus den Kisten fortzutragen. Auch die von Tag zu Tag neu ins Lager gebrachten Gefangenen wurden ausgeplündert und alle ihre Lebensmittel weggenommen. Die mit Arrest Bestraften wurden in einem Raum des Verwaltungsgebäudes eingesperrt, ohne irgendwelche Sitzgelegenheit. Als Nahrung wurde täglich ein Brot gereicht und das Wasser zum Trinken und Waschen mußte der Gefangene aus der Badewanne des belgischen Lageroffiziers schöpfen, in dem dieser und sein schwarzes Weib badeten. Nach und nach hatten die Belgier alle Zivilpersonen deutscher Abkunft interniert. Die Männer wurden auf dem Bezirksamtsgebäude eingesperrt, die Frauen und Kinder wurden aus ihren Wohnungen herausgeschmissen und wurden in die zum Teil längst unbewohnten Holzbaracken auf den Rufitahügeln interniert.

Von Tabora nach Bona.

Die großen Verpflegungsschwierigkeiten der Belgier und die Unsicherheit ihrer Lage hat sie schon lange vor die Erwägungen über ihrer Gefangenen Zukunft gestellt. Anfangs wollten sie

uns über den Victoria-Njansa den Engländern ausliefern. Es waren auch die Gefangenen schon in Trupps eingeteilt. Jedoch ist man aus verschiedenen Gründen wieder davon abgekommen, sonst säßen wir heute in Indien. Da der Bahnverkehr rascher als man erwarten konnte wieder aufgenommen werden konnte, versuchten uns die Belgier durch den Kongo nach Europa in die Kriegsgefangenschaft zu schleppen. Da hatten sie uns dann eher in ihrer Gewalt. Am Samstag, den 3. November 16 wurden beim Morgenappell die ersten dreißig Mann verlesen, die unter Führung des Lagerkommandanten, des größten Deutschenhassers, ankommenden Morgen abreisen sollten. Um elf Uhr wurden wir nochmals pro forma untersucht. Nachmittags durften die, deren Effekten von den Belgiern zurückgehalten wurden, nochmals zu denselben gelangen, wo es ihnen erlaubt war, eine Hose, eine Juppe, ein Paar Strümpfe, einen Kragen, ein Paar Schuhe, ein Hemd zu entnehmen. Alles übrige Eigentum mußten sie zurücklassen. Da bekam auch ich meine Koffer und Kisten nochmals zu Gesicht. Sie waren schon alle geöffnet und halb leer. Im Schnupftuch konnte ich meine Habseligkeiten ins Lager zurückbringen. Bis zu diesem Tage besaß ich nur ein Hemd, eine Hose und eine Juppe, die Füße barfuß in den Schuhen während dieser sechswöchigen Gefangenschaft. Trotz aller schriftlichen Bitten erhielt ich nie Antwort. Der belgische Lagerkommandant hatte einen großen Papierkorb.

Am 3. November 16, nachmittags, sollten alle ihre Kisten und Koffer bereithalten (wer eben noch was hatte) und sollte es dem wachhabenden Belgier zur Visitation vorlegen. Am andern Morgen bekam man noch seine Henkersmahlzeit: „Fleisch und Reis“. Der elende Mensch, der Leutnant Omval, sagte uns noch wir sollten nichts mitnehmen auf die Reise, da überall für uns vorgesorgt wäre. Wir sollten desselben Tages noch inne werden wie man für uns sorgte. Um ½7 Uhr wurden wir aus dem Lager unter starker Bedeckung hinaustransportiert, durch die Stadt zum Bahnhof. Dort war eine Unmasse Volks aller Schattierungen versammelt. Auch standen Knips-Apparate in Bereitschaft, uns auf diesem traurigen Gang nochmals im Bild festzuhalten. Wie oft mußten wir nicht im Lager uns von den englischen und belgischen Offiziers-Amateuren photographieren lassen, besonders bei den Arbeiten, hauptsächlich die Latrinekolonne kam stets auf die Platte. Hoffentlich war dieses das letztemal. Auf dem Geleise stand ein kleiner Zug mit sechs Wagen. Zwei schmutzige Viehwagen, zwei Militärwagen, ein Gepäckwagen und ein Wagen I. Klasse. Die beiden Viehwagen, die nur zur Feier ganz besonders mit Schmutz für uns hingerichtet hatten sollten uns aufnehmen, je sechzehn Mann in einem Wagen. Im letzten Wagen saß der Transportführer Kapitän-Gendarm mit zwei deutschen katholischen Missionaren, Häfelle und Hörn, die die Belgier in die obere Kongogegend verbannten. In den zwei Militärwagen waren ungefähr fünfzig Mann belgischer Askari mit den geraubten Frauen aus der Tabora-Gegend. Diese wurden aber während der Reise des ersten Tages auf einer Station abgeladen. Um sieben Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Unsere Viehwagen keine Fenster hatten und man die Türen schließen wollte, litten wir sehr unter dem Dunst des Wagens und unter der Hitze. Erst als der Askari selbst nicht mehr an konnte, erlaubte er, daß man die eine Tür etwas öffnete. ging es nun durch unsere Kolonie hin, der Grenze zu, abgeschleppt und als Gefangener. Trotz der schrecklichen Sonnenhitze des großen Durstes, den wir empfanden, erhielten wir kein Wasser zum Trinken. Körperliche Bedürfnisse mußten während der Fahrt zur Tür hinaus erledigt werden. Stumm und in gedrückter Stimmung gingen die Stunden dahin. Auf allen Stationen kam

Belgier und ihre Soldaten an unsere Wagen, um uns anzugaffen. Das Ziel des ersten Tages war die Station Malagarasi. Gegen fünf Uhr kamen wir dort an. Der Stationsschuppen war uns als Aufenthaltort angewiesen. Darin wurden wir eingesperrt. Wer auf den Abort wollte, mußte sich vom belgischen Askari erst die Erlaubnis dazu holen und wurde dann von zwei Askari mit aufgepflanztem Bajonett hin- und hertransportiert. Wir warteten auch lange auf das Essen. Den ganzen Tag nichts zu trinken und nichts zu essen. Die Zunge klebte am Gaumen; alle hatten ein sehnliches Bedürfnis, sich zu waschen. Da endlich kam ein Belgier mit einem Schwarzen, der in den Händen zwei Eimer trug, einen mit Wasser und den andern mit unserem Essen. Das Wasser reichte nicht für den Durst. Vom Essen wollten wir nichts wissen, denn es war Kleie mit Wasser vermengt und so hart, daß man kaum mit dem Löffel etwas losreißen konnte. Als der Belgier das sah, klopfte er mit seiner Reitpeitsche an den beagten Eimer und sagte: Euer Essen! Hätten diese belgischen Schweine solch ein Essen den ärmsten Eingeborenen vorgesetzt, die hätten es stehen lassen. Trotzdem versuchte der eine oder andere von uns, ein wenig davon zu essen aus Hunger. Man bedeutete uns, daß wir vor morgen Abend nichts weiteres mehr erhalten werden. Am andern Morgen verließen wir unser Lager, wo wir wegen der großen Moskito-Plage nur wenig Ruhe gefunden hatten, und trugen unser Gepäck auf die andere Seite des Malagarasi, dessen Brücke wir bei unserem Rückzuge gesprengt hatten; dort stand schon ein Zug für uns bereit.

Unter denselben Umständen ging dieser zweite Reisetag zu Ende. Gegen Abend langten wir in Kigoma am Tanganjika-See an. Obwohl dort viele Räumlichkeiten zu unserer Unterbringung zur Verfügung leer standen, so mußten wir doch in eine ärmliche Wellblechbude uns verkriechen. Diese Hütte war früher Stapelplatz für Rinds- und Ziegenhäute und nur so groß, daß kaum unsere Betten darin Raum hatten. Die Sonne brannte schrecklich heiß auf das Dach, so daß man es während des Tages darin vor Hitze kaum aushalten konnte. Da auch kein Vordach noch irgendein Schatten spendender Raum in der Nähe stand, so hatten wir sehr unter der Tropensonne zu leiden. Da diese Hütte auch ganz vereinzelt dastand, gelang es uns nur unter viel Bitten und Betteln, das nötige Trink- und Waschwasser zu bekommen. Die Verpflegung war einem Griechen übergeben, der für drei Franken den Tag uns verköstigen sollte. Wie es da bei den Teuerungsverhältnissen und der bekannten Gewinnsucht dieser Menschen für uns ausgefallen sein mag, kann sich jedermann vorstellen. Drei Tage mußten wir hier verbringen. Man erwartete den Dampfer von Albertville, auf der andern Seite des Sees gelegen. Am dritten Tag abends wurden wir aufgefordert uns bereit zu halten und wurden zusammen mit schwarzen Weibern und Männern auf einem Leichter untergebracht, wo wir uns in den Platz teilen mußten. Um Mitternacht ging die Fahrt los und am andern Morgen kamen wir am östlichen Ufer an, wo wir von einer Menge Menschen empfangen wurden. Alle wollten die von der großen belgischen Nation gelangenen Deutschen sehen. Auf welch jammerwürdige Weise sie sich dieselben aus den Hospitälern haben zusammensuchen müssen, das haben sie nicht gesagt. Besonders die uns am Hafen in Empfang nehmende schwarze Polizei zeigte sich ganz besonders dienstfeurig und der Sergeant schlug mit seiner Reitpeitsche auf uns, brüllte und kommandierte, bis der weiße Polizeiwachmeister es ihm verbot. Die weiße Bevölkerung empfing uns mit teils wütigem Grinsen, teils mit spöttischer Neugier und machte auf die Schwarzen ganz ihren Einfluß geltend zu unserem Nachteil. Wir wurden in einem Schuppen untergebracht. Obwohl der See

nur wenige Schritte davon ab war, durften wir weder dorthin gehen zu baden, noch Wasch- und Trinkwasser dort schöpfen. Auch bekamen wir wieder nichts zu essen noch zu trinken bis zum Abend. Auch kam ein Arzt so zum Schein. Er untersuchte flüchtig die Hilfesuchenden und versprach Medizin zu senden. Abends erhielt ein jeder Reis und drei Sardinen und wer ein Gefäß hatte, auch etwas Tee. Dasselbe gab es auch des andern Tages. Am dritten Tag bekamen wir etwas Brot statt Reis. Da wir mittags mit der Bahn weitergeschafft werden sollten, verteilte man als Ration für zweitägige Bahnfahrt pro Mann ein kleines Teil Ölsardinen und die Hälfte Anteil an einer Büchse Bratheringe. Als der Zug zur Abfahrt bereit stand, wurden wir mit unserem Gepäck auch hinübergeschafft und in zwei Eingeborenenwagen untergebracht. Auf allen Stationen, die zugleich Missionsstationen waren, standen die belgischen Missionare mit ihren Schäflein bereit und erzählten Schauermärchen über die Deutschen. Am Abend des ersten Tages wurden wir mit unseren Wagen auf ein Nebengeleise geschoben und der Obhut der Schwarzen anvertraut. Wasser zum Trinken konnten wir im Kongo schöpfen. Sonst gab's nichts zu trinken. Auch hatten wir keine Gelegenheit, das Wasser zuvor abzukochen. Als Ruhelager dienten uns die schmalen Sitze der Bahnwagen. Die schwarzen Wächter verboten die Nacht über die Fenster offen zu lassen. Auch waren wir nicht imstande, die Moskitonetze aufzuspannen. So ging eben die erste Nacht unter Schlaflosigkeit und beständig von Moskitos gepeinigt dahin.

Am Abend des zweiten Tages hielt der Zug auf einer Station mitten im Urwald. Es war eine Missionsstation und eine Faktorei dort. Der Transportführer kaufte von dem Leiter der Faktorei $\frac{1}{2}$ Last Reis (30 Pfund), einen Ziegenbock und ein schmutziges Schwein. Das sollten wir uns schlachten und kochen. Die Schlachterei ging aber nur sehr mühsam vonstatten. Wir hatten nur einige Taschenmesser bei uns dann fehlte uns jegliches Geschirr. Außer einigen Wascheimern hatten wir keinerlei Kochgeräte und wurden uns solche nicht geliefert. Da wir wegen der geringen Holzmenge nur ein Feuer machen konnten, dauerte es bis tief in die Nacht hinein, bis der Reis und das Fleisch gar wurden. Viele waren vor Hunger und Müdigkeit schon eingeschlafen und mußten erst geweckt werden. Das das frischgeschlachtete Fleisch gar nicht weich geworden war, wir aber weder Gabel noch Messer hatten, hat mancher ganz darauf verzichtet und begnügte sich nur mit Reis. Am andern Morgen nahmen wir die Fleisch- und Reisreste mit. Am dritten Abend kamen wir in Kabalo an. Die ganze Stadt war auf den Beinen, um die Deutschen zu sehen. Im Kasernenhofe wurden wir in einer feuchten und dumpfen Grashütte untergebracht. Es wimmelte von Moskitos und der Grund war vom Regen aufgeweicht. Die drei Fensterläden wurden von den Askaris geschlossen, ebenso die Türe, damit keiner entspringe. Man traf auch Anstalten zum Kochen. Eingeborene brachten Reis, einen Bock und einen Napf Eier herbei. Der Kommandant-Gendarm ließ aber die Eier sofort wieder fortschaffen. Das Kochen dauerte bis in die sinkende Nacht, welche ihren Schleier ausbreitete, daß man nicht sehen konnte wie die schwarzen Köche das Fleisch und den Reis stahlen und fortschafften, um in ihren Hütten ein Fest zu feiern, während wir nur kleine Teile zu essen bekamen und hungrig zu Bette gehen mußten. Die Nacht war furchtbar. Die dumpfe, heiße Luft in der von jedem Luftdurchzug abgeschlossenen Hütte, die Moskitoplage und der leere Magen ließen uns kaum ein Auge zubringen. Überdies lärmten die wachhabenden Askari die ganze Nacht durch. Früher wie sonst war man auf den Beinen. Ohne Frühstück ging's nach dem Fluß, wo

uns ein Leichter angewiesen wurde. Darin waren wir den ganzen Tag dem schrecklichen Sonnenbrand ausgesetzt. Man gab uns einen Sack Reis für zwei Tage und je zwei Mann eine Büchse Corned beef. Der Rauch und Qualm des Feuers, die Sonnenhitze und der Wasserdampf des Kongo, wie auch der Mangel an jeglichem Schutz gegen die Sonne brachten uns fast um. Wir dankten Gott, als wir nach zwei Tagen den Leichter verlassen durften. In Kongo brachten wir die folgende Nacht zu in einem Schuppen zusammen mit Eingeborenen. Von hier ging es wieder per Bahn in zweitägiger Fahrt nach Kindu. Auch hier wieder überall dieselben Schaustellungen auf allen Stationen. Ja, an manchen derselben waren die Schwarzen von den Belgiern so aufgehetzt, daß sie ihre Wut in lautem Schimpfen, in Grimassen, als wollten sie uns Köpfe und Glieder abschneiden, und selbst in Steinwürfen zum Ausdruck brachten.

Der landschaftliche Charakter des Landes, das wir durchzogen, war ein äußerst schöner. Was die Tropenwelt an Herrlichkeit dem Auge bieten kann, war hier anzutreffen. Eine Üppigkeit und Mannigfaltigkeit der Arten, besonders Palmen, stand hier so dichtgedrängt, wie es höchstens noch das Amazonasstromland aufzuweisen in der Lage sein wird. Wäre nur diese Reise nicht unter solch traurigen Umständen für uns erfolgt. Am zweiten Abend kamen wir in Kindu an. In einen nahe dem Strome gelegenen mit Wellblech bedeckten Schuppen wurden wir hineingepfercht. Der Boden des Schuppens war voll Rattenlöchern, ein schönes Vorgefühl für die kommende Nacht. Da weder die dortige Militär- noch Stadtverwaltung keinerlei Vorkehrungen getroffen hatte, mußten wir mit unseren Rationen wieder bis in die Dunkelheit warten. Auch hier wieder $\frac{1}{2}$ Sack Reis und drei Sardinen. Da man uns nur das feuchte und schwammige Holz zur Feuerung gab, dauerte es wieder Stunden, bis wir unser Essen fertig hatten. Zehn Uhr nachts war es, als der Reis verteilt werden konnte. Brot hatten wir schon mehrere Tage nicht mehr gesehen. Und kaum waren wir vor Erschöpfung und Müdigkeit in Schlaf gesunken, als einige betrunkene Belgier faustgroße Steine auf unser Wellblechdach warfen, daß wir vor Schreck jäh auffuhren. Jedoch beruhigten wir uns wieder, als uns die wachhabenden Askari die Sache erklärten. Diese aber hatten für uns keinerlei Sympathie. Von allen Seiten gegen uns aufgehetzt, behandelten sie uns unglaublich frech und rücksichtslos. Unser Trinkwasser mußten wir uns auch wieder im Kongo schöpfen, wo wenige hundert Meter weiter oben die Eingeborenen ihren Abort hatten. Als wir bei unserem belgischen Führer hierüber vorstellig wurden, gab er uns eine Büchse Tee, daß wir dieses erstklassige Wasser doch wenigstens abkochen konnten. Der zweite Tag muß für die Belgier ein Nationalfesttag gewesen sein. Man sah unseren Führer den ganzen Tag nicht. Erst gegen Abend kam er und fragte scheinheilig, ob wir schon etwas zu essen bekommen hätten. Als wir es verneinten, tat er ganz verwundert und ging weiter. Gegen Dunkelheit kam er wieder zurück mit einer Speckseite, die aber so faulig und tranig roch, daß einem der Hunger davor verging. Da es aber nichts anderes gab, so vermischte man ihn mit Reis. Am dritten Tag nüchternen Abmarsch und Reise mit dem Dampfer bis Ponthierville. Wir mußten hier uns in den engen Raum mit Eingeborenen teilen. Auch die Feuerstelle war gemeinsam. Man gab uns hier einige Büchsen Weißmehl. Da wir aber weder Gefäße noch Backofen, noch Sauerteig, noch Hefe hatten, blieb das daraus hergestellte Brot fast ungenießbar. Die zwei Nächte brachten wir auf dem offenen Fluß zu und kamen vor Moskitos nicht in Schlaf. Die mit uns reisenden Eingeborenen, die ebenfalls wie die Affen bei Nacht erst lebhaft werden, haben überdies durch ihren Lärm

gesorgt, daß wir nicht in Schlaf kamen. Beschwerde wäre nutzlos gewesen. Denn unser belgischer Führer war betrunken und das wußten die Soldaten. Am zweiten Tag abends kamen wir dann in Ponthierville an und wurden in einen Backsteinschuppen gesperrt. Hier war zum erstenmal für uns das Essen schon bereit gehalten. Schöne, große Eßnapfe wurden herbeigetragen. Sie enthielten genügend Reiß und Fleisch. Aber das Fleisch war schlecht gekocht, daß unsere Zähne nicht ausreichten, es zu zermalmen. Es blieb wie Kautschuk im Munde. Und der Reis war absichtlich mit Sand vermischt, so daß die Zähne darob stumpf wurden. Einer schaute den andern ganz verdutzt an. Solche Gemeinheit hätten wir den Belgiern doch nicht zugetraut. So groß der Hunger war, so konnten wir trotzdem nichts essen. Als das die Belgier sahen, sagten sie, es gäbe nichts anderes mehr. Auch in der Nacht hatten wir kein Lager als den bloßen Boden und wurden noch obendrein von Moskitos übel mitgenommen. Am andern Morgen stellte man uns die Reisreste wieder vor. Wir waren aber froh, daß es bald weiterging. In achtsündiger Eisenbahnfahrt sollten wir nach Stanleyville, dem Sitz des Vizegouverneurs gebracht werden. Als wir auf dem linken Kongou anlangten, stand schon ein Dampfer bereit zu unserer Überfahrt aufs rechte Ufer. Wir mußten uns auf dem Oberdeck aufstellen, daß wir schon von ferne gesehen werden konnten. Was laufen konnte, war auf den Beinen. Die Landungsstelle war schwarz von Leuten. Ein großes Militäraufgebot war zur Stelle und trug Ketten und Fußangeln bei sich, um die vermeintlichen Barbaren in Fesseln zu legen. Die Soldaten müssen ganz eigenartig über uns berichtet worden sein. Denn sie bezeugten eine ungeheure Aufregung und Geschäftigkeit. Wie eine Herde ungeordneter Viehes trieb man uns durch die Menge durch nach einer abgelegenen, baufälligen Markthalle, wo wir in zwei verschiedenen Räumen untergebracht wurden. Das Haus war innen und außen stark mit Wachen besetzt. Trink- und Waschwasser war genügend vorhanden. Zu Essen gab es erst in der Dunkelheit. Doch gab man uns kein Licht. Die Wohnräumlichkeiten waren vom Regen arg mitgenommen. Das Dach schadhaft. Der Boden feucht. Ohne Bettstelle noch Matratze mußten wir uns auf dem feuchten Boden niederlegen. Bei Nacht regnete es stark und manche lagen in Pfützen. Ganz besonders verrufen war dieser Ort durch die vielen Sandflöhe. Dies war auch der Grund, warum ihn die Belgier für die Eingeborenen geräumt hatten. Doch für die deutschen Kriegsgefangenen schien er gut genug zu sein. Die Sandflöhe, die eine Landplage für ganz Afrika sind, sind kleine Schmarotzer, die sich besonders unter die Finger- und Zehennägel eingraben. Wenn man sie nicht sofort bemerkt, so wachsen sie in wenig Tagen so stark an, daß man sie nicht ohne große Schmerzen herausbringen kann. Und wenn bei dieser schmerzhaften Operation das Tier verletzt wird, so daß sein Blut in die Finger- oder Zehenwunde gelangt, so gibt es sehr böseartige, schwerheilende Geschwüre. Solche Gäste hatten wir in diesem Lager. Bei der Austeilung des Essens mußte der Neger immer seine linke Hand auf den Reis drücken. Nun ist die linke Hand des Negers unrein und wird von ihm nur zu unreinen Arbeiten verwendet. Als wir verlangten, der Neger möchte doch seine linke Hand von unserm Reis lassen, da ja nicht zu viel Reis aufs Teller käme und also auch nicht herunterfallen, meinte der Belgier, wenn wir nicht stille wären, so würden wir bestraft. Die Wache bekam nachts auch kein Licht. Doch brannten sie in einem Teller Wachs. Damit von uns keiner während der Nacht ausriß, hatten die Askari alle Wassertonnen vor unsere Eingänge geschoben, so daß keiner aus noch ein konnte.

(Fortsetzung folgt.)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Schweiz.

In den schweren Tagen der Londoner Verhandlungen hat der Verband der Deutschen Verbände und Vereine in der Schweiz an die Reichsregierung eine Kundgebung gerichtet: „In tiefer Sorge um das Vaterland beschwören die unterzeichneten 56 Deutschen Verbände und Vereine in der Schweiz die Reichsregierung, in London standhaft zu bleiben.“

Tschechoslowakei.

Die Durchführung der zahlreichen kulturellen Aufgaben, welche die Deutschen in der Slowakei zur Sicherung ihrer Zukunft benötigen, hat, im Einvernehmen mit allen deutschen Schutzvereinen in der Tschechei, der Deutsche Kulturverband übernommen. Nach längeren Vorbereitungen und Verhandlungen hat ein Wanderlehrer des genannten Verbandes, Herr Willscher, in der Zeit vom 20. bis 28. Februar zunächst die Preßburger Sprachinsel bereist, um die kulturellen, besonders die Schulverhältnisse der deutschen Bevölkerung zu erheben und Organisationen des Deutschen Kulturverbandes ins Leben zu rufen. Die Erfolge, die Wanderlehrer Willscher erzielte, sind sehr verheißungsvoll. Ortsgruppen des Kulturverbandes konnten bereits in Preßburg, Oberufer, Grünau, Mischdorf, Theben, Bösing, Limbach und St. Georgen gegründet werden, die zusammen schon weit über 1000 Mitglieder zählen (Bösing beispielsweise allein 354). In zahlreichen anderen Orten wurde die Gründung von Ortsgruppen vorbereitet. Im März sollen durch Wanderlehrer Willscher die Gründungsversammlungen abgehalten werden. Aber nicht nur im Preßburger, sondern auch im Neutraer, Trentschiner und Turgezer Komitate zeigt sich vielerorts ein lebhaftes Interesse für den Deutschen Kulturverband. Die Zusammenfassung der Deutschen dortselbst im Rahmen des nicht politischen Kulturverbandes wird ebenfalls ehestens erfolgen. Die Ortsgruppen des Preßburger Gebietes werden bereits in einem Bezirksverband zusammengeschlossen, dessen Geschäfte von Sekretär Erben, Preßburg, Nonnenbahn 25, geführt werden.

Ungarn.

Die westungarische Frage will zu keinem Ende kommen und beschäftigt unausgesetzt die Geister diesseits und jenseits der Leitha. Die letzte Note der Entente, mit der diese erklärte, daß eine von ihr entsandte Kommission das strittige Gebiet übernehmen und dann die Übergabe an Österreich durchführen solle, ließ die bestimmte Hoffnung aufkommen, daß nun endlich mit der Erfüllung der Friedensbedingungen Ernst gemacht werde. Es sollte wieder einmal anders kommen. In Budapest erklärte gleich damals Graf Apponyi, daß die Note kein Hindernis bilde für unmittelbare Verhandlungen zwischen Ungarn und Österreich, wenngleich der Wortlaut der Note hierfür keine Anhaltspunkte bot. Nun hat aber wider alles Erwarten der alte routinierte madjarische Staatsmann recht behalten und die Verhandlungen zwischen den beiden beteiligten Staaten haben wirklich in der vorletzten Woche des Februar in Wien begonnen, ohne freilich zu einem Abschlusse zu gelangen. Graf Sigray, der Regierungskommissar in Ödenburg, erklärte jedoch inzwischen öffentlich, daß Ungarn nicht daran denke, das „Burgenland“ an Österreich zu überlassen, daß dort niemand den Anschluß wünsche und daß Ungarn nötigen Falles selbst mit Waffengewalt den fraglichen Landstrich behaupten wolle. Wenn dies vielleicht auch nur eine

etwas voreilige und übermäßig temperamentvolle Äußerung eines höheren Beamten war, deren Richtigstellung durch die Regierung selbst noch erhofft werden konnte, so lassen die letzten Nachrichten aus Budapest auch diese Hoffnung nicht mehr aufkommen, denn man fordert dort nun abermals die Volksabstimmung in Westungarn, behauptet, daß sich von den mehr als 300 deutschen Gemeinden bereits über 260 für das Verbleiben bei Ungarn ausgesprochen hätten und daß sich die Entente leicht davon überzeugen könne, daß für eine unbeeinflusste Volksabstimmung alle Bürgschaften geboten seien. Aus häufigen Unterhaltungen mit Deutschen aus dem Burgenlande gewinnt man allerdings den gegenteiligen Eindruck. Die überwiegende Mehrzahl der Deutschen in Westungarn will den Anschluß und von einer unbeeinflussten Volksabstimmung kann angesichts des dort herrschenden madjarischen Terrors gar keine Rede sein. Leider mehren sich aber die Anzeichen, daß auch die derzeitige österreichische Regierung so wenig wie ihre Vorgängerin gewillt ist, ernstlich auf ihrem Scheine zu bestehen, und daß die Verhandlungen mit Ungarn lediglich ein Rückzugsgefecht sind. Inzwischen läuft die madjarische-nationalistische Presse neuerlich Sturm gegen die deutschen Schulen in Ungarn und behauptet, der unzweifelhafte kulturelle Rückschritt im Lande gehe darauf zurück, daß man zu viele deutsche Schulen neu errichtet habe. Dabei ist es bezeichnend, daß die vom Finanzminister Hegedüs eingeleiteten Sparmaßnahmen im staatlichen Betriebe gerade beim Ministerium für nationale Minderheiten zuerst einsetzten und dieses aufgelöst wurde, womit ein Herzenswunsch des madjarischen Chauvinismus seine Erfüllung fand. Nun soll im Rahmen des Ministeriums des Äußeren eine „Amtsstelle“ für nationale Minderheiten errichtet werden, die aber keinerlei Ersatz für das beseitigte Ministerium wird bieten können. (Diese Ausführungen sind überholt durch neuere Erzeugnisse. Das Nationalitätenministerium ist als selbständiges Ministerium vom Außenminister in Personalunion mit übernommen worden. Die Schftlg.). Der gegenwärtige Minister des Äußeren, Dr. Gratz, ist zwar selbst Deutscher und war lange Zeit siebenbürgisch-sächsischer Abgeordneter, aber seine politische Vergangenheit bietet kaum die Bürgschaft dafür, daß er sich gegebenen Falles für das Deutschum exponieren wird. So scheint es denn, daß alle Hoffnungen, die man deutscherseits an einen Umschwung der madjarischen Politik geknüpft hatte, unerfüllt bleiben werden.

B. I.

Rumänien.

Anläßlich der geplanten Schaffung eines Staatssekretariats der völkischen Minderheiten in Rumänien wurde der siebenbürgisch-sächsische Volksführer, der Staatssekretär Lutz Korodi, vom König empfangen. Er soll mit, ähnlichem Wirkungskreis wie bisher in die Bukarester Regierung übernommen werden. Der König erörterte mit ihm hauptsächlich die wesentlichsten Punkte der Vertretung der Interessen der Minderheiten und ließ dabei volles Verständnis für die kulturellen Bedürfnisse dieser Minderheiten erkennen. Staatssekretär Korodi hatte den in Betracht kommenden Ministern zuvor schon mündliche und schriftliche Vorschläge für die konkrete Durchführung des Gedankens gemacht. Das bisherige besondere Kultus-Ressort in Klausenburg, das Korodi inne hatte, wird demnächst aufgelöst.

In der Kammer wurde der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Staatssekretariats für die völkischen Minderheiten

verhandelt. Der Innenminister betonte, daß dieses Sekretariat nicht ein Minderheitsministerium sein solle, sondern geschaffen werde, um verschiedene Angelegenheiten der abgeschlossenen Gebiete zu zentralisieren. Das Wort Nationalitäten wolle er dabei ausgeschaltet wissen. Über diese dadurch geschaffene Abänderung des Gesetzentwurfes erregte sich die Kammer sehr, doch wurde die Zurückweisung des Entwurfs an die Ausschüsse nicht beschlossen. Der deutsche Abgeordnete Roth verlas eine Erklärung, nach der lebhaften Gegnerschaft, den der erste Entwurf der Regierung gefunden habe, wie die Regierung den Entwurf von der Kammerverhandlung abgesetzt und den deutschen Abgeordneten noch 2 Tage vor der jetzigen Verhandlung offiziell mitgeteilt habe, daß sie den Entwurf fallen lasse. Entgegen der Hausordnung sei nun der Entwurf doch in der Tagesordnung erschienen. Die deutsche Fraktion bemängelte es entschieden, daß bei der Wichtigkeit des Schutzes der völkischen Minderheiten der Rechtskreis und das Arbeitsgebiet des neuen Staatssekretariats nicht genügend umschrieben sei. Vertrauen habe die Rede des Innenministers nicht erweckt. Ohne Befragung der Minderheiten hätte ein derartiger Entwurf nie vorgelegt werden dürfen. Theoretisch betrachtet könne das neue Staatssekretariat von Nutzen sein, praktisch aber könne es eine ebenso große Gefahr bedeuten. Politischer Wunsch der Deutschen sei die unmittelbare Vertretung der völkischen Minderheiten in der Staatsleitung. Werde der Entwurf angenommen, so könnten die Deutschen, die ihn nicht ohne weiteres ablehnen wollten, nur hoffen, daß die Leitung des neuen Staatssekretariats von demselben Geist der Gerechtigkeit den völkischen Minderheiten gegenüber erfüllt sein möge, die sich an den Beschlüssen von Karlsburg offenbart habe. Der Abgeordnete Jurga nannte den Gesetzentwurf die Organisation eines Propagandadienstes gegen die Nationalitäten. Die Opposition der Kammer ließ den Gesetzentwurf scharf bekämpfen. Aber auch der Abgeordnete Ghilezan von der Regierungspartei übte scharfe Kritik. Schon vor der Beendigung der Rede dieses Abgeordneten verließen viele Abgeordnete den Saal, namentlich solche von der Regierungspartei, die sich verabredeten, den Entwurf in dieser Fassung nicht durchgehen zu lassen. Der Kammerpräsident mußte denn auch bei Schluß der Sitzung die Beschlußunfähigkeit der Kammer feststellen.

Polen.

Das Warschauer Blatt „Gazeta Poranna“ hatte berichtet, die Lodzer Deutschen hätten sich in zwei Lager gespalten, in die Assimilanten, an ihrer Spitze die Pastoren Gundlach und Hadrian mit vielen Fabrikanten, die sehr gut Polnisch sprachen und nur evangelische Polen sein wollten, und in die halsstarrigen Hatakisten, an deren Spitze die beiden Lodzer Sejm-Abgeordneten standen und die die „Lodzer Freie Presse“ zur Verfügung hätten, ein Blatt, das viel mehr Erfolg habe als die gemäßigte „Neue Lodzer Zeitung“. Gegen die Beleidigung des Ausdruck „halsstarrige Hatakisten“ wendet sich in „seinem“ Blatt der Sejm-Abgeordnete Friese mit aller Kraft. „Wir sind Deutsche“, so schreibt er, „und wollen es bleiben.“ 40 Prozent Polens seien keine Polen, der Staat sei kein National-, sondern ein Nationalitätenstaat, die polnischen Staatsbürger deutscher Zunge verlangten volle Gleichberechtigung, persönliche und bürgerliche Freiheit müßte erste Grundlage des Staates sein. Die Deutschen verlangten ehrliche Anerkennung, was deutscher Hände Arbeit für den Staat und für die Stadt Lodz geleistet. „Unser Volkstum lassen wir uns nicht nehmen, denn das höchste Gut des Mannes ist sein Volk, des Volkes Seele aber lebt in seiner Sprache.“

Litauen.

Am 16. Februar, am Tage der Unabhängigkeitserklärung Litauens, feierten auch die Deutschen in ganz Litauen mit den Litauern zusammen. Nach dem feierlichen Gottesdienst in der deutsch-evangelischen Kirche in Kowno nahmen die deutschen Parteimitglieder an dem Festzug durch die Stadt teil, wobei sie die nationale Flagge und drei Plakate vor sich her trugen, auf denen man las: „Partei der Deutschen Litauens.“ „Es lebe das unabhängige Litauen“ und „Wilna die Hauptstadt Litauens“. Die deutschen Chöre des Schanzi sangen nach den Reden des Premierministers, des Präsidenten und des deutschen Abgeordneten die in deutscher Sprache übersetzte litauische Hymne.

Auch in Wilkowschki nahmen die Deutschen mit einer grünen Fahne, auf der gedruckt war: „Friede und Einigkeit, Partei der Deutschen Litauens“, an der Feier teil. Nach einem Gottesdienst in der Kirche wurde auch dort ein Umzug unter Beteiligung der Deutschen veranstaltet.

KLEINE NACHRICHTEN

Johannes Lühmann †. Einer der ältesten Pioniere hanseatischen Unternehmungsgeistes im fernen Osten ist den „Hamburger Nachrichten“ zufolge mit Johannes Lühmann gestorben. Lühmann, der 83 Jahre alt wurde, legte auf Sumatra Tabak- und Kautschukpflanzungen an, die er trotz aller Fehlschläge durch rastlosen Fleiß und zähe Energie hoch brachte. Es gelang ihm auch, einen Teil dieser Besitzungen über die schwere Kriegszeit hindurch zu retten, so daß sein Besitz zurzeit die einzige und letzte rein deutsche Besitzung auf Sumatra ist.

Felix Semon †. In London starb der Leibarzt des Königs von England, Sir Felix Semon, im Alter von 72 Jahren. Er war Deutscher von Geburt, ein geborener Danziger, und studierte in Königsberg, Berlin, Wien und Paris, ehe er sich in London als Spezialist für Halskrankheiten niederließ, dort die laryngologische Gesellschaft begründete und auch als wissenschaftlicher Forscher sich einen Ruf schuf. 1894 war er zum preußischen Professor ernannt, 1897 in den englischen Ritterstand erhoben worden. Er hat auch Bühnenstücke gedichtet und Operetten komponiert.

Heimatgedenken.

Professor Dr. Richard Gans, der von 1903 bis 1911 Privatdozent für Physik in Tübingen gewesen ist und jetzt eine ordentliche Professur in Argentinien an der Universität hat, schenkte der Universität Tübingen zur Beschaffung von Zeitschriften des Auslands 20000 Mark, die von einer Anzahl Württemberger als Weihnachtsgabe der Heimatuniversität übermittelt wurden.

KIRCHE UND MISSION

Personallen. Zum Direktor der Rheinischen Missionsgesellschaft ist der bisherige Präses der Nias-Mission, Eduard Fries, gewählt worden. — Präses der deutschen Batak-Mission, D. Johs. Warneck, war an Typhus schwer erkrankt.

Von der Not der evangelischen Kirche in Polen berichtet ein „Notschrei“, den die beiden Lodzer deutschen Abgeordneten in den Zeitungen veröffentlichen. Darnach haben sie sich das Ziffernmaterial über ihre engere Heimat, über den Warschauer Konsistorialbezirk verschafft. Es fehlen mindestens 31 Pastoren, die zur geistlichen Bedienung der evangelischen Gemeinde nötig sind. Nötig wären aber ferner 100 Seelsorger, wenn die Gemeinde in

so bedacht werden sollten, wie es sich gehörte. 66 Gemeinden werden nebst 31 Filialgemeinden von 50 Pastoren bedient. Auf einen Pastor entfallen rund 10000 Seelen. Angesichts dieser Zahlen richten die Abgeordneten an das Konsistorium, von dessen Tätigkeit auf politischem Gebiet man allerdings so manches höre, die Frage, was es zur Linderung dieser geistigen Not getan habe.

Protest der Deutsch-Evangelischen in Warschau. Gegen die neu geplanten Kirchengesetze wandte sich eine gewaltige Protestkundgebung in Warschau, in der Laien und Pastoren sprachen. Eine Entschließung wurde angenommen, die gegen den Sejmbeschluss vom 4. und 5. Februar protestierte, da er der freiheitlichen Entwicklung Polens nicht würdig sei. Es wird die Abänderung der Verfassungsbestimmung gefordert, nach der nur ein Katholik Staatschef sein darf, und es wird Gleichberechtigung aller Bekenntnisse verlangt, und nicht nur die römisch-katholische, sondern alle Konfessionen müßten durch eigene Gesetze verwaltet werden dürfen. Ein Aufruf an alle Evangelischen Polens wurde beschlossen.

Reval. Die erste deutsche Propst-Synode in Estland hat am 22. Februar stattgefunden. Ein Gottesdienst in der Domkirche leitete die Versammlung ein. Die Tagung fand in den Räumen des evangelischen Vereins junger Männer statt, wo Pastor zur Mühlen die Versammlung begrüßte und die Anwesenheit von 23 Pastoren und Delegierten von insgesamt 34 Teilnahmsberechtigten feststellte. Baron Maydell wurde zum Vorsitzenden gewählt, Pastor zur Mühlen zum Propst. Pastor Hesse von der Revaler St. Olai-Gemeinde schilderte die Ziele und Aufgaben des neuen Propstbezirks und setzte sich für Verbesserung des Religionsunterrichts, für vermehrte Jugendpflege und für innere Mission ein. Es wurde beschlossen, einmal im Jahr eine wissenschaftliche Pastorenkonferenz einzuberufen, eine Synodalkasse ins Leben zu rufen und verschiedenen kirchlichen Stellen im Ausland Mitteilung von der Begründung des deutschen Propstbezirkes in Estland zu machen.

Vom Gemeindeleben in Finnland. Die von Pastor Israel herausgegebene Zeitschrift „Deutsch-Evangelisch in Finnland“ berichtet über Ereignisse im Leben der Helsingfors und der Wiborger Gemeinde im Jahr 1920. In Helsingfors fanden 56 Taufen, 25 Konfirmationen, 36 Trauungen und 14 Begräbnisse statt. 286 Eintritten standen 70 Austritte gegenüber, die Gemeinde nahm um 231 Seelen zu und zählt jetzt 1707 Seelen. Bücherei und Archiv sind neu geordnet worden. Der Besuch der Gottesdienste hat sich gehoben, aus der großen Zahl der Gäste, die in der Kirche predigten, seien Dr. Paul Rohrbach und Johannes Müller hervorgehoben, von welch letzterem wir die in der Kirche gehaltene Ansprache an die Auslandsdeutschen in diesen Blättern wiedergegeben haben. Am 7. März 1920 waren zehn Jahre vergangen, seit der Pfarrer in Finnland gelandet ist, er wurde an diesem Tage durch Überreichung einer Glückwunscharte geehrt.

Die Gemeinde Wiborg hat um 120 Gemeindeglieder zugenommen, während nur 23 Personen weggezogen. Im ganzen zählt die Gemeinde 983 Mitglieder.

Kriegshilfe der deutschen Pfarrfrauen in Südafrika. Der Jahresbericht der deutschen evangelisch-lutherischen Synode Südafrikas schildert die Kriegsnot, welche infolge der Internierung der Geistlichen über die südafrikanischen Gemeinden gekommen ist und die durch das tapere Verhalten der deutschen Pfarrfrauen wesentlich gemildert wurde. Sie sind mit aufopferndem Mut in die entstandenen Lücken getreten, haben deutschen Religions- und Konfirmanden-Unterricht (so

z. B. in Worcester, Cast London, Stutterheim, Wynberg) übernommen. Frau Pastor Schneider in Bloemfontein hat die dortige deutsche Schule mit heldenhafter Energie über Wasser gehalten und die Pfarrfrau in Worcester hielt sogar Konfirmandenlesegottesdienste ab. Pfarrfrauen, die Hausfrauen und Mütter, daneben aber auch vielfach Lehrerin der eigenen und auch fremder Kinder, Diakonissinnen, Leiterinnen der Frauenvereine sein und daneben vielleicht auch noch die Orgel in der Kirche spielen sollen, wird man zu solchen Leistungen die Anerkennung nicht versagen dürfen.

Swakopmund (Südwestafrika). Ein zugunsten der evangelischen Gemeinde und Kirche veranstaltetes Strandfest war das schönste und größte Fest, das je in der deutschen Kolonie gefeiert wurde und erbrachte eine Einnahme von 750 Pfund Sterling. Der Administrator, der mit einigen Offizieren der in der Walfischbucht ankernden englischen Kriegsschiffe dem Fest beiwohnte, eröffnete es selbst mit einer kurzen englischen Ansprache.

Neu-Guinea. Vertreibung der letzten Deutschen? Die Berichte der Rhein. Missionsgesellschaft geben den Besorgnissen der Missionare dieser Gesellschaft in Neu-Guinea über ihre Zukunft Ausdruck. Die Australier herrschen unbeschränkt und haben nicht nur Neu-Guinea für die Einreise von Deutschen gesperrt (eine Bestimmung, welche sogar auf die Bräute der Missionare ausgedehnt wurde), sondern wer Neu-Guinea verließ, mußte einen Schein unterschreiben, daß er nicht wieder nach Neu-Guinea zurückzukehren gedenkt. Nach den neuesten Nachrichten plant die australische Regierung das Land von Deutschen, einschließlich Missionaren, gänzlich zu säubern. Die deutschen-lutherischen Synoden und Gemeinden Australiens haben beschlossen, nötigenfalls durch den lutherischen Kirchenbund unter der Voraussetzung der Erlaubnis der Regierung die beiden Missionen mit Hilfe Amerikas weiter führen zu lassen. Prof. Richter von der Jowa Synode in Nordamerika wird in Australien erwartet, um mit den Kirchen und der Regierung das Nähere zu verhandeln. Auch in nichtdeutschen Kreisen wird übrigens das Vorhaben der Regierung nicht durchweg gebilligt.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Prag. Deutsche Universität. Das Deutschtum wünscht bekanntlich die Verlegung der Universität nach einem Mittelpunkt des Deutschturns. Dafür ist nun seitens des Lehrkörpers, wie die Blätter melden, die Stadt Aussig in Aussicht genommen. Für die Vorbereitung der Übersiedelung verlangen die Professoren zunächst im Etat den Betrag von 2 Millionen Kronen, ferner für den Neubau eines elektrotechnischen Instituts in Aussig den Betrag von 10 Millionen Kronen.

Tetschen. Wie wir der deutschen Zeitung „Bohemia“ entnehmen, fand in Tetschen dieser Tage anläßlich der Erhebung der landwirtschaftlichen Akademie im Liebwerd bei Tetschen zur landwirtschaftlichen Fachabteilung der Prager deutschen Hochschule eine Feier statt, an welcher nicht nur die internen akademischen Kreise, sondern die ganze Einwohnerschaft Tetschens und der weiteren Umgebung begeistert Anteil nahm. Die Feier wurde von allen Beteiligten mehr als ein nationales Ereignis denn als akademisches empfunden und gefeiert. Ist es doch die erste Pflegestätte deutscher Art, die hier auf uraltem deutschen Kulturboden neu erstanden ist. Die landwirtschaftliche Akademie zu Liebwerd ist bereits 1850 als Anstalt zur Vermittlung landwirtschaftlicher Kenntnisse gegründet und 1900 zur landwirtschaftlichen Akademie umgewandelt worden. Die Zuhörerzahl, die während des Krieges auf ein Minimum zurückgegangen war,

ist heute auf eine selbst den besten Friedensstand übertreffende Zahl von 320 Zuhörern hinaufgeschwollen. Wir wünschen diesem Zeichen kraftvoll sich regenden und bewußten Deutschtums auch in seiner neuen Gestalt eine glückliche Zukunft.

Polen. Rektor Gutsche-Posen veröffentlicht in der „Deutschen Schulzeitung in Polen“ einen Aufruf an die deutsche Jugend Polens, sich dem Lehrerberuf zuzuwenden. In den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten fehlten 800 Lehrkräfte, schon seien über 15000 deutsche Kinder ohne eigenen Lehrer und fast die Hälfte der noch im Amte befindlichen Lehrer seien Hilfskräfte, die nicht über die nötige Ausbildung verfügten. Die in einem Jahre bevorstehende Option lasse eine weitere Abwanderung der Lehrer befürchten. Am 1. Nov. 1920 waren in Posen und Westpreußen 140000 deutsche Volksschüler vorhanden, die 26½ % aller die öffentlichen Volksschulen besuchenden deutschen und polnischen Kinder ausmachten. Sie ohne geistige Nahrung zu lassen, wäre ein Verbrechen am Deutschtum. In den deutschen Seminaren in Graudenz und Bromberg sei Ausbildungsmöglichkeit geschaffen, deutsche Hilfskurse seien vom Ministerium eingerichtet. Die Berufsberatungsstelle des deutschen Schulvereins erteile Auskunft.

In **Hapsal** (Estland) feierte die Ortsgruppe der „Deutschen Schulhilfe“ ein Schulfest, das 43000 Mark Reinertrag brachte. An Aufführungen der Schulkinder schloß sich ein Tanz an. Auch deutsche Liebhaberaufführungen zugunsten des Schulfonds sind geplant.

Dorpat. Der Deutsche Lehrerverband hielt unter der Leitung des Vorsitzenden Direktor Pantenius seine Generalversammlung ab, die als erfreuliches Ereignis feststellen konnte, daß seit August 1919 die unteren Klassen der Vereinsschule zu einer kostenlosen städtischen Volksschule geworden sind und daß auch die Mittelschule von der Regierung als öffentliches städtisches deutsches Gymnasium für Knaben und Mädchen registriert worden sei. Es wurde beschlossen, den Verband nicht eingehen zu lassen, sondern ihn zur weiteren Verfolgung von Schulzwecken und zur Besprechung von Schulfragen weiterhin bestehen zu lassen.

Lettland. Der gemeinsame Ausschuß der deutsch-baltischen Parteien veröffentlicht in der „Rigaischen Rundschau“ einen Aufruf an die Deutschen in Lettland. Die deutschen Schulen seien überfüllt, aber immer neue Rückwanderer wollten ihre Kinder in den Klassen unterbringen, die Eltern verlangten dringend die Eröffnung neuer Schulen. Es seien aber infolge der bei weitem nicht ausreichenden Anweisungen seitens des Staates und der Kommunen gewaltige Summen aufzubringen, um das Budget der bestehenden Schulen für das Schuljahr 1920/21 sicherzustellen. Wem es ernst sei um das Deutschtum, der dürfe hier kein Opfer scheuen. Der Ausschuß aller deutsch-baltischen politischen Parteien Lettlands habe einen besonderen Schulausschuß begründet, in dem Vertreter aller Parteien und Vereine, vor allem aber die Eltern selbst sitzen sollen und der mit Genehmigung des Innenministers eine Sammlung über das ganze Land zugunsten der deutschen Schule veranstalten wird.

Riga. Der Elternverband der deutschen Grund- und Mittelschulen Lettlands hielt am 12. Februar seine Generalversammlung ab, die ganz außerordentlich zahlreich besucht war. Auch aus den entlegensten Orten waren Vertreter erschienen. Freiherr von Samson begrüßte die Teilnehmer, Schulrat Wachsmuth hielt einen Vortrag über „Schule und Haus als Erziehungsgemeinschaft“. Ingenieur Julius Neumann erstattete sodann den Jahresbericht. Der Verband besteht seit 13. Mai 1920, er

konnte dank großer Spenden und Einnahmen aus Veranstaltungen, namentlich einer Kollekte, am Ende des Schuljahres 1919/1920 mit 265000 Rubeln Einnahmen und Ausgaben gerade auskommen. Schwere Verhandlungen hatte der Verband bezüglich der Abtretung des Gebäudes der Börsen-Kommerz-Schule mit dem lettischen Staate zu führen, die noch nicht abgeschlossen sind. Der Verband hat eine Reihe von Kommissionen gegründet, eine Vortragskommission, eine Lehrmittelsektion, die die Übernahme des wertvollen Spohrschen Schulmuseums durch den Verband durchgeführt hat und diese wertvollen Lehrmittel bald den deutschen Schulen zur Verfügung stellen will, ferner eine Schlittschuhbahn-Kommission. Es referierte sodann Schulrat von Radecki über die von ihm durchgeführte Begründung von Ortsgruppen in ganz Lettland, deren es heute 22 gibt. Ein machtvoller Aufruf zur Unterstützung der jetzt durchzuführenden Schulkollekte, die eine Million Rubel für die deutschen Schulen Lettlands erbringen muß, beschloß die Versammlung.

Temesvar. Für die neubegründete Lehrer-Präparanden-Anstalt macht sich reger Eifer geltend. Es wurde zu Geld- und Naturalienspenden für die Anstalt aufgefordert, und die „Schwäbische Volkspresse“ kann über glänzende Erfolge dieses Aufrufs berichten. Im Dorfe Lenauheim wurde im Bauernverein und in der katholischen Kirche geworben, und so konnte ein Wagen mit 203 kg Weizen, 336 kg Mehl, 311 kg Bohnen, 71 kg Seife, 68 kg Grünzeug, 1261 Eiern, 65 kg Geräuchertem, 65 kg Fett, 6300 kg Kartoffeln, 2 Paar Hühner und in bar 636 Lei nach Temesvar abgesandt werden. Die Marienfelder aber übertrafen diese Spende noch. Diese blühendste Gemeinde der Schwäbischen Heide spendete: 144 kg Mehl, 67 kg Fett, 128 kg Speck, 82 Eier, 1054 kg Bohnen, 112 kg Zwiebel, 7587 kg Kartoffeln, 691 kg Weizen, 105 kg Grünzeug, 9 kg Zwetschgenmus, 3 kg Kaffee, 104 kg Seife, 7 Besen und 1000 Lei. Der Gesangsverein von Jahrmart stiftete der katholischen deutschen Lehrer-Präparandenanstalt 1200 Lei. Und das sind nur einige wenige Beispiele von Opfermut, der das Banater Deutschtum beseelt, wenn es jetzt an den Neuaufbau des gesamten deutschen Schulwesens geht.

Mexiko. Deutsche Schule. Die deutsche Schule in Mexiko hat ihren Lehrplan für 1921 veröffentlicht, der das Ziel verfolgt, durch eine Reihe von Neuerungen die in Preußen geltende Lehrordnung noch getreuer als bisher den mexikanischen Verhältnissen anzupassen. Bisher zerfielen die drei obersten Klassen der höheren Mädchenschule in zwei Abteilungen, in die Studienabteilung und in die Frauenabteilung. Während die erstere in Mathematik, Physik und Chemie genau den Vorschriften der preußischen Oberrealschulen entsprechend unterrichtet wurde, erhielt die Frauenschule Unterricht in den praktischen bürgerlichen Rechnungsarten, im Kochen und in der Haushaltung. Nur den Schülerinnen der Studienabteilung stand der Weg zur Schlußprüfung der Realschule und zur Reifeprüfung der Oberrealschule offen. Mit der Einrichtung der praktischen Frauenabteilung aber hat die deutsche Schule keine ermutigenden Erfahrungen gemacht. Die neuen preußischen Lehrpläne für zehnklassige höhere Mädchenschulen kennen die Spaltung in wissenschaftliche und praktische Abteilungen überhaupt nicht. Die deutsche Schule in Mexiko wird nun, in Anlehnung an den preußischen Schulplan, sämtliche Mädchenklassen ungeteilt bis zur ersten Mädchenklasse, die der Untersekunda der Oberrealschule entspricht, durchführen. Nach Absolvierung dieser Klasse erhalten die Schülerinnen ein Reifezeugnis, das ihnen ermöglicht, durch Übertritt in die O II auf die Reifeprüfung und damit auf das Universitätsstudium hinarbeiten. Ferner können sie, wenn

sie sich der merkantilen Tätigkeit widmen wollen, in der der deutschen Mädchenschule angegliederten Handelsschule eine umfassende Vorbereitung für diese Art der Berufstätigkeit durchmachen. Außerdem aber soll ab 1922 ein vollständiger einjähriger Frauenschulkursus diejenigen Mädchen, die sich ganz besonders hauswirtschaftlicher oder sozialer Tätigkeit widmen wollen, in folgenden Gegenständen unterrichten: Haushaltungskunde, Gesundheitslehre, Erziehungslehre, Bürgerkunde und Volkswirtschaftslehre.

Schulfest in Sao Paulo. Unter Überwindung mancher Schwierigkeiten gelang es, ein großes deutsches Schulfest zu veranstalten, das von den brasilianischen deutschen Zeitungen als eine erzieherische Tat fürs Deutschtum gewürdigt wird.

Das Grundmotiv für das Fest bot ein alter deutscher Jahrmarkt mit Landsknechtsaufzügen, Maienbäumen und allen möglichen Aufführungen. Außerdem gab es theatrale und musikalische Darbietungen. Der Verlauf des Festes war voll befriedigend und ließ den Wunsch nach regelmäßiger Wiederholung wach werden. Auf der Schule und auf dem Festplatz wehte auf hohem Maste die prächtige schwarz-weiß-rote Fahne.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Kristiania. Deutscher Verein. Zu einer glänzenden Kundgebung des Deutschtums gestaltete sich die Feier des Stiftungsfestes im Opera-Restaurant am 19. Februar. 200 Mitglieder mit ihren Damen und Freunden füllten die prachtvoll geschmückten Festräume, und vielen mußte leider abgesagt werden, da über alle verfügbaren Plätze disponiert war.

Herr Hellwig bot den Willkommengruß, Herr Crusen entwickelte in kurzen Zügen die Geschichte und Bestrebungen des Vereines. Der deutsche Gesandte, Herr Dr. Rhombert, würdigte in seiner Rede die Bestrebungen des Vereines, Herr Galdert brachte die Grüße der Deutschen Gesellschaft und Herr Bohne die des Brudervereines in Trondhjem. Herr Hoffmann sprach im Namen des Z. D. K. und Herr Scharff gedachte unserer zweiten Heimat: Gamle Norge. In launiger Weise widmete Herr Müssigbrodt den Damen einige Worte. Fräulein Scharff sang in liebenswürdiger Weise einige Lieder und entzückte mit ihrer prachtvollen Stimme. H. T.

Neapel. Deutscher Hilfsverein. Am 27. Februar fand die erste Generalversammlung des Deutschen Hilfsvereins nach dem Kriege statt. Wenngleich die Tätigkeit des Vereins durch den Krieg nicht ganz unterbrochen wurde, so war doch eine Neuorganisation vonnöten, um das Hilfswerk wieder frisch zu beleben. Zum Vorsitzenden wurde Herr Theodor Schmidt gewählt. Man brach mit der früheren Sitte, nur Herren an der Tätigkeit im Verein teilnehmen zu lassen, und wählte zwei Damen in den Vorstand. Gleichzeitig fand eine Gedenkfeier für die im Kriege gefallenen bzw. an den Folgen des Krieges gestorbenen 21 Kolonienmitglieder statt.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Einige Veränderungen sind in der auswärtigen Vertretung des Deutschen Reiches eingetreten. An Stelle des vom Amte geschiedenen Geschäftsträgers in Warschau, Graf Oberndorff, ist der Legationsrat Dr. von Dirksen, der Sohn des früheren Gesandten, einstweilen als Geschäftsträger getreten. Der frühere Gesandte in Stockholm, Freiherr Ludius von Stedten, ist ins Auswärtige Amt berufen worden. Von Triest nach Rom berufen wurde der Legationsrat von Prittwitz und Gaffron, der

dort den bisherigen Botschaftsrat von Hassel ersetzen wird, der seinerzeit nach einstweiliger Beschäftigung im Auswärtigen Amt einen neuen Auslandsposten bekommen soll.

In Sofia ist als deutscher außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Herr Mertens beglaubigt worden und hat seinen Posten als Geschäftsträger in den ersten Tagen des Februar angetreten.

Der deutsche Generalkonsul in Batavia sollte, den „Hamb. Nachr.“ vom 6. Dezember zufolge, nach seiner Ankunft nichts eiligeres zu tun gehabt haben, als die alte schwarz-weiß-rote Konsulatsflagge zu versteigern. Die Nachricht klang von vornherein unwahrscheinlich und ließ eine beabsichtigte Mystifikation vermuten, auf die das Blatt hereingefallen ist. Wie man uns jetzt aus Batavia schreibt, ist tatsächlich an der ganzen Geschichte nicht ein einziges wahres Wort. Die alte schwarz-weiß-rote Dienstflagge befindet sich wohlverwahrt im Generalkonsulat, aus dem überhaupt nie eine deutsche Flagge herausgekommen oder zur Versteigerung gelangt ist. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß eine derartige, das Ansehen eines deutschen amtlichen Vertreters im Ausland schwer schädigende Nachricht nicht nur Aufnahme in deutschen, sondern dadurch auch Aufnahme in verschiedenen fremdländischen und namentlich holländischen Zeitungen hat finden können.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Deutsche Wissenschaft in Holland. In Amersfoort hat sich, wie die Frankf. Ztg. berichtet, vor zehn Jahren eine internationale Schule für Philosophie gebildet, in der sommerliche Ferienkurse für Philosophie-Studenten abgehalten werden. Von dort aus verbreiteten sich die Kurse über verschiedene Städte des Landes. Hierzu wurden auch verschiedene deutsche Gelehrte eingeladen, so der Leipziger Privatdozent Dr. Schmidt, der in Amsterdam, Groningen und im Haag Vorlesungen über die Philosophie des Als Ob hielt.

Professor Einstein, der Erfinder der Relativitätstheorie, reiste Mitte März nach Amerika, wo er für die Beschaffung von Mitteln wirken will, die die Errichtung einer jüdischen Universität in Jerusalem zum Zwecke haben. Die Reise wird von der zionistischen Weltorganisation veranstaltet.

Professor Dr. Dührsen, der bekannte deutsche Gynäkologe, ist mit demselben Dampfer, mit dem auch der deutsche Gesandte eintraf, in Rio angekommen, um sich dort mehrere Monate aufzuhalten und daselbst einen längeren Kursus über Geburtshilfe abzuhalten. Er ist seit vielen Jahren Ehrenmitglied der medizinischen und chirurgischen Gesellschaft in Rio, wo er schon vor Ausbruch des Weltkrieges weilte. Im Jahre 1910 war er zur Zentenarfeier als Vertreter der deutschen medizinischen Wissenschaft in Buenos-Aires.

Deutsche Kunst im Ausland.

Deutsche Künstler erringen im Ausland nach wie vor großen Erfolg. Sigfried Onegin hat in Kopenhagen gesungen und ist begeistert gefeiert worden. Karl Flesch spielte in Genf auf seiner Stradivari-Geige im großen Reformationssaal und errang nicht endenwollenden Beifall.

Siegfried Wagner gab in Stockholm ein Konzert, bei dem er das Publikum durch seine Dirigenteneigenschaften entzückte.

Ein junger deutscher Komponist, Edwin Geist, Berlin, hat der Stadt Florenz zur Dantefeiern ein Werk „Die Geburt der Komödia Divina“ gewidmet, einen symphonischen Prolog für großes Orchester, Orgel, gemischten Chor und Knabenstimmen.

Der **Dresdner Opernchor** hat unter Karl Pembauers Leitung in Kopenhagen ein Kirchenkonzert gegeben, das bei der Kritik großen Beifall gefunden hat.

Prag. Der Beschluß des Gerichts, der das deutsche Landestheater den Tschechen zusprach und die gewaltsame Beschlagnahme durch die Tschechen bestätigte, ist von der Berufsinanz aufgehoben worden.

Trauerfeier für Rudolf Christians. Aus Neuyork schreibt uns unser Vertreter:

Im alten deutschen Musentempel an Irving Place war am 15. Februar wieder einmal das Deutschum Neuyorks vereinigt, um des in Kalifornien an einer Lungenentzündung dahingegangenen großen Künstlers zu gedenken, unter dessen Spielleitung man hier so viele genußreiche Stunden verlebt hatte.

Die Bühne, mit hohen Palmen und Blumen geschmückt, bildete den Hintergrund; mit dem tieftraurigen Vorspiel zu Humperdincks Königskindern wurde die Feier von dem Orchester eingeleitet, und ein von Oreste Meyer gesprochener Prolog gab den Verdiensten des Verstorbenen beredten Ausdruck. Nach Handels Largo gab Dr. Emanuel Baruch in einer längeren schönen Rede ein würdiges Bild des Lebens und Strebens des Verstorbenen, zu dessen Verdiensten stets zu rechnen sein wird, daß er trotz der notwendigen Berücksichtigung der finanziellen Schwierigkeiten, mit welchen Irving Place zu rechnen hatte, niemals das Theater zur Wiedergabe von gemeinen Stücken mißbrauchte, für welche ja in einer Großstadt immer ein Publikum zu finden ist.

Irving Place ist in früheren Jahren oft genug in der englisch geschriebenen Presse von Neuyork der amerikanischen Bühne als Musterbeispiel hingestellt worden, als Stätte echt literarischen und künstlerischen Strebens, und Christians hat an diesem Ruf des deutschen Musentempels nicht geringen Anteil gehabt.

Der große Andrang zur Trauerfeier — das Theater war gedrängt voll — hat denn auch bewiesen, wie sehr man sich in den Kreisen des Neuyorker Deutschums der großen Rolle bewußt ist, welche Christians als eine der bedeutendsten und sympathischsten Persönlichkeiten im hiesigen Bühnenleben gespielt hat. Mit dem Ave Verum von Mozart-Tschaikowsky schloß die in jeder Weise erhehend verlaufene Trauerfeier.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Die **deutsch-amerikanischen Farmersöhne** aus Amerika, die die erste Sendung Milchkühe nach Deutschland begleiteten, machten eine Reise durch das Reich, um die verschiedenen Städte kennen zu lernen. Auf der Reise durch Frankfurt erkrankte einer ihrer Kameraden und starb. Er wurde unter zahlreicher Beteiligung deutscher und amerikanischer Kreise in Frankfurt bestattet. Vertreter der Stadt, des Roten Kreuzes, des Ausschusses für Auslandshilfe und Amerikaner hielten Ansprachen.

AUSWANDERUNGSWESEN

Siedleranfänge in Patagonien.

Ein mit Hilfe der inzwischen völlig zusammengebrochenen Patagonia Siedlungsgesellschaft nach Südargentinien ausgereister früherer deutscher Offizier, Hermann Schulte-Heuthaus, schreibt seinem Onkel unter dem 3. Oktober 1920:

Wir sind von dem schweren, ziemlich anstrengenden Leben ziemlich auf dem Hund und ziemlich nervös geworden. Wir leben Tag und Nacht fast dauernd im Freien, denn unser primitives Zelt aus Gras und Lehm kann man wohl nicht als

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Eine **Ausländervertretung an der Berliner Universität** ist für die etwa 1000 dort Studierenden eingerichtet worden. Der Wählerausschuß hatte eine Wahlliste vorgelegt, die ohne Gegenorschlag durchging. 20 Abgeordnete wurden gewählt, die am 19. Februar zum erstenmal zusammentraten. Döbeli-Schweiz, Hilfstein-Amerika und Palagyi-Ungarn wurden in den Vorstand gewählt. Am 2. März fand in der Universität eine Ausländerversammlung statt, bei der Döbeli, ein Türke und ein Ungar über die Stellung der Ausländer zur deutschen Studentenschaft und zur deutschen Kultur sprachen, sowie auch der Leiter des Ausländeramts über die Studentenschaft der Berliner Universität berichtete.

Die in Berlin studierenden **Egypter** haben durch eine Sammlung den Betrag von 27500 Mark zugunsten der deutschen Studentenhilfe aufgebracht. Für die Studierenden der Dresdner Kunstakademie haben die Kollegen aus Stockholm den Betrag von 20000 Mark gespendet.

An den **sächsischen Hochschulen**, an denen im Wintersemester zusammen 8539 Studierende eingeschrieben sind, studierten 629 Ausländer, also 7,8 Prozent. Es waren in Leipzig unter 5793 Studierenden deren 345 (die meisten davon aus Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn und der Schweiz), in Dresden unter 2602 Studierenden 577 Ausländer (die meisten aus der Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und Norwegen). An der Forstakademie Tharandt studierten 144 Herren, unter ihnen 25 Ausländer, abermals standen die Tschechoslowaken an erster Stelle. Es ist allerdings bei dieser Statistik nicht zu erkennen, inwieweit die Ausländer von den Deutschausländern geschieden sind. Unter den tschechoslowakischen Staatsangehörigen werden wohl die allermeisten Deutschausländer und nicht reine Ausländer sein.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLANDE

Von der **lothringischen deutschen Presse.** An deutschen oder deutsch gedruckten Zeitungen erscheinen in Lothringen jetzt 7, in französischer Sprache erscheinen im Lande 3 Zeitungen, während weitere 3 in zweisprachigem Text gedruckt werden. Von diesen Blättern ist eines sozialdemokratisch, eines demokratisch, während die übrigen in den Händen der Zentrums-partei sind.

VERSCHIEDENES

Finnische Hilfe für die deutsche Wissenschaft.

Die Studierenden der chemischen Abteilung der Technischen Hochschule Finnlands in Helsingfors haben dem Vorsitzenden der deutschen chemischen Gesellschaft, Geh. Rat Harries, 1000 finnische Mark zur Verfügung deutscher Chemie-Studenten überreicht.

des dritten Brunnens. Der erste gab nach 12 Meter Tiefe überhaupt kein Wasser, der zweite, von dessen Wasser wir jetzt leben, hat Bitterwasser und dieses hat eine gräßlich abführende Wirkung. Jetzt sind wir beim Bau eines Süßwassersbrunnens. Täglich in den Abendstunden wird zwei Stunden daran gearbeitet, denn die Tage sind bei der vielen Arbeit, die man vor hat, viel zu kurz.

Gegen Waffen und andere Sachen haben wir uns 6 Pferde erhandelt. Für eine alte Flinte bekam ich zwei Pferde im Werte von zusammen 100 Peso (heute ein Peso = 23½ Mark). Nur sehr ungern gab ich die Flinte fort, aber um überhaupt anfangen zu können, war es notwendig. Wir zäunten uns zunächst 20 ha Pampa als Weide für die Pferde ein, damit sie uns nicht fortlaufen können. Vorher haben wir oft tagelang unsere Pferde suchen müssen. Es war eine Hundsarbeit, die Zäunungspfähle einzuschlagen, denn das Holz in den Wäldern ist hier so hart wie Eisen. Es führt daher auch den Namen „Quebrucho“, das heißt Axtbrecher, und so manche Axt hat daran glauben müssen, bis wir eingearbeitet waren. Die Innenflächen der Hand sind wie aus Horn. Nach Fertigstellung der Pferdekoppeln bauten wir uns am Waldrande, etwas gegen Sturm und Wetter geschützt, eine Hütte.

Es ist vielmehr ein Dach, das mit beiden Seiten die Erde berührt. Die eine Seite besteht aus dünnen Stämmen und Gras, die anderen Seiten aus Zeltbahnen. Etwas Schutz gegen Regen bietet sie ja; aber Gewitter von solcher Stärke, wie ich sie nie bisher erlebt hatte, machen unsere ganze Baukunst zuschanden. Vor drei Tagen, mitten in der Nacht, brach ein solches Gewitter über uns herein. Die Nacht war dauernd taghell erleuchtet. Die Blitze folgen sich in nur sekundenlangen Abständen aufeinander und das Getöse des Donners bricht überhaupt nicht ab. Dazu gießt es wie aus Eimern. Erst brachen sich einige Tropfen durch unser Grasdach Bahn, dann aber schwamm auch bald alles in unserer Bude. Das Feldbett leistet mir unschätzbare Dienste.

Sowie nur ein Gewitter sich jetzt bemerkbar macht, werden alle Decken usw. in den Bettkasten geworfen, das Bett zusammengeklappt, die Segelleinnehülle darüber geklappt und dann kann es gießen.

Die beiden anderen teilen mit allerhand Ungeziefer ihr Lager auf der Erde. Es wimmelt hier von Eidechsen, Schlangen, Ameisen und ähnlichem Zeug. — Lebensmittel erhalten wir, wie die übrigen Siedler, alle hier auf Kredit beim Almacen (Kaufmann). Später wird dieser Kredit mit Baumwolle abgezahlt. Der Hektar bringt davon etwa 300—400 Peso Reinertrag. Wir wollen für diese Ernte 5 ha Baumwolle säen, denn bis Dezember muß spätestens ausgesät sein. Die, die schon früher bestellt hatten, beginnen Ende Dezember bereits mit der Ernte. Na, alles kann man nicht auf einmal machen und gänzlich fremd in den hiesigen Verhältnissen und ohne einen Pfennig Kapital (Kapital ist nur unsere eigene Lebenskraft), können wir im ersten Jahr halt nicht viel leisten. Aber das Vertrauen und das Gefühl, es geht und wir kommen vorwärts, das haben wir alle drei. Es ist oft nicht leicht und es heißt Geduld haben und Zähne zusammenbeißen.

Einen Hektar für Mais und Gartenland haben wir umgepflügt. Das klingt sehr leicht. Aber pflügen hier und pflügen in Deutschland ist ein himmelweiter Unterschied. Auf diesem einen Hektar liegen Tausende von unsern Schweißtropfen. Wir pflügen zunächst mit dem Handpflug; im allgemeinen ist hier Sitzpflug üblich. Der größte Kraftaufwand von uns allen dreien ist dazu nötig, um die halbwilden Pferde dazu zu bringen,

wohin man sie haben will. In Deutschland stieft ein Mann hinterher, hängt sich die Leine um den Hals und es geht gemächlich Schritt für Schritt. Hier will das eine Pferd nicht in der Leine gehen — man fährt ohne Kreuzleine —, das andere geht nicht in der Furche, das dritte tritt über den Strang und schlägt. Da heißt es eine Himmelsgeduld zu haben. Wiederholt wird umgespannt und ausprobiert, wie und wo die Pferde am besten gehen. Das Theater wiederholt sich täglich so lange, bis die Pferde eingelernt sind.

Das wäre eins der vielen Hindernisse beim Pflügen. Ein noch viel größeres sind die sogenannten „Tronkuse“. Das sind alte, tief in der Erde steckende und weit verzweigte Baumwurzeln; denn früher waren die Pampas, auf denen wir jetzt ackern, dichter Wald wie die Wälder ringsumher und durch große Waldbrände sind diese von Wald umschlossenen Pampas entstanden. Da heißt es nun Wurzeln roden. Mit Spaten und Axt wird ja so mancher Hektar gesäubert. Trotzdem muß beim Pflügen noch ein Mann vor dem Pflug hergehen und auf die Stubben achten, damit der Pflug rechtzeitig zum Umkippen gebracht wird. Denn fährt der Pflug auf so einen Stubben, dann reißen entweder die Stränge, die Wagscheite brechen, oder was das Schlimmste ist, die Pflugschar bricht und dann woher so schnell Ersatz bekommen?

So gibt es Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit, aber es macht doch viel Freude, wenn man sieht, es geht vorwärts. Dein Wahlspruch lieber Onkel: „Wer will, der kann“ steht mir oft vor Augen.

An den Bau eines Lehmhauses (Ranchos), wie es die Hiesigen hier bauen, können wir erst nach der Bestellung denken. Denn wenn wir auch die ersten Monate schlimmer wie die Wilden hausen, so bekommen wir doch wenigstens etwas in die Erde. Eins kann man nur machen, entweder dieses oder jenes.

Einige Tage später schreibt derselbe Gewährsmann:

Wir leben in der Hauptsache von Bataten, einer kartoffelähnlichen Frucht und von Maisgries. Abwechselnd kocht jeder 8 Tage. Morgens beim Morgengrauen trinken wir erst Maté und zwei gehen dann gleich zur Arbeit, treiben die Pferde ein, führen sie zur Tränke usw. Der andere macht das Frühstück fertig, das gerade beim Sonnenaufgang genommen wird. Es besteht aus Kaffee, Maisgries mit Zucker und Brot. In der größten Wärme von 12—3 Uhr ist Mittagsruhe. Das heißt nur für die, die nicht zu kochen haben. Denn der, der die Kochwoche hat, quält sich schwer ab, am offenen Feuer etwas Genießbares zustande zu bringen. Meist ist es dicker Reis oder gebackene Nudeln oder Flinsen. Oft auch in Fett gebackene Bataten mit Ei überschlagen, schmeckt ähnlich wie Bauernfrühstück. Bataten bekommen wir umsonst bei den Nachbarn; denn das Zeug, einmal eingesetzt, wuchert wie Unkraut.

Gegen Wäsche usw. haben wir uns Hühner eingetauscht. 15 Hühner haben wir jetzt und fast täglich 7—9 Eier von ihnen. Die Hühner legen hier das ganze Jahr hindurch gleichmäßig fort. Zurzeit haben wir in unserem Zelt eine Klucke auf 15 Eiern sitzen. So vermehrt sich unser Hausstand zusehends.

Heute nachmittag erhandelten wir uns von einem Spanier für einen alten Armeesattel einen „zahmen“ Maulesel. Das Tierchen ist hier bedeutend mehr wert als Pferde und arbeitet auch großartig im Pfluge. Von demselben Spanier erhandelten wir uns einen fast neuen Schwingpflug für ein Paar Stiefel von mir und eine Trense. So können wir den bisher geborgten Pflug hergeben und mit einem eigenen arbeiten.

Es fällt einem ja schwer, so nach und nach ein Stück seiner Ausrüstung fortzugeben; aber um überhaupt einen Anfang machen zu können, mußte es sein, und man hat ja auch Sachen mit, die man selbst so bald nicht wieder braucht. Denn in eine Kulturgegend kommt man vor ein paar Jahren doch nicht, und man läuft hier angezogen herum wie ein Strolch. Seit 4 Wochen bin ich nicht rasiert. Man hat einfach keine Zeit dazu und es ist wegen der Moskitos auch ganz angenehm.

Wir haben uns einen Garten angelegt mit Zucker- und Wassermelonen, Erdbeeren, Kürbis und sämtlichen deutschen Gemüsearten und alles kommt köstlich, zumal wir jetzt günstiges Regenwetter hatten. Der Boden ist hier vorzüglich.

Vereinigung des „Württ. Auswandererbundes“ und der „Kolonie-Genossenschaft Brasilien-Stuttgart“ zur „Württ. Auswanderer-Vereinigung“.

Am Sonntag, den 13. März, kamen die Vorstände der einzelnen Ortsgruppen des Württ. Auswandererbundes Kirchheim-Teck und der Kolonie-Genossenschaft Brasilien-Stuttgart in Rottweil zusammen, um über die Verschmelzung beider Vereine zu beraten. Nach den Berichten der beiden Vorsitzenden, Gemeinderat Braun-Kirchheim und Paul Gerling-Stuttgart, über Geschichte und Lage ihrer Vereinigung wurde die Auflösung beider Vereinigungen und die Verschmelzung unter dem Namen „Württ. Auswanderer-Vereinigung“ beschlossen. Zweck dieser Verschmelzung ist die straffere Organisation, die gleichmäßige Berücksichtigung beider Vereinigungen und ihrer Mitglieder bei den Angeboten vorschubfreier Überfahrt und die gemeinsame Pflege einer strafferen Auswandererdisziplin. Die Vereinigung will sich nicht auf ein bestimmtes Ziel festlegen. Der Monatsbeitrag beträgt 2 Mark pro Mitglied, wovon an den Ortsverein 1 Mark pro Mitglied in der Ortskasse bleibt, 1 Mark an die Zentrale in Stuttgart abgeführt wird. Zum Vorsitzenden und Schriftführer der Vereinigung wurde der bisherige Vorstand der Kolonie-Genossenschaft Brasilien-Stuttgart, Herr Paul Gerling-Stuttgart, gewählt.

Warum scheitern Auswanderungs- und Siedlungsgenossenschaften?

(Zur Frage der Einzel- oder Genossenschaftssiedlung.)

Wieder einmal haben zwei leichtfertig angelegte Auswanderungs- und Siedlungsunternehmungen bankerott gemacht und dabei zahlreiche vertrauensselige Auswandererfamilien ins Unglück gebracht. Das Hagelbergsche Unternehmen der Deutsch-Mexikanischen Siedlungsgesellschaft muß als gescheitert angesehen werden. Unter dem 16. November 1920 erhält das Deutsche Ausland-Institut aus Mexiko folgende Zuschrift:

„Es sollten bis auf weiteres unter keinen Umständen Auswanderer nach Mexiko kommen. Es ist schrecklich zu sehen, wie die mit Admiral Seiferling angekommenen Familien hier dastehen. Die ganzen Siedlergenossen sind Schwindlern in die Hände gefallen. Das ganze eingezahlte Geld der Siedlergenossen ist von hiesigen Vertretern und Vertrauensleuten der Genossenschaft durchgebracht worden. Die mit dem letzten holländischen Dampfer angekommenen 80 Familien sind jetzt ohne jeden Pfennig und ohne Unterkunft. Land ist nicht da, das Geld ist weg.“

Auch die mit großen Hoffnungen begonnene „Patagonia“, ein Deutsch-Argentinisches Siedlungsunternehmen, ist infolge der Schwindeleien und Leichtfertigkeit seiner Geschäftsführer zusammengebrochen. Es verdient daher Beachtung, was das

Überall mindestens $\frac{1}{2}$ Meter schönste Gartenerde, richtiger Humus. Es gedeiht hier auch alles und kann zu jeder Zeit gepflanzt, gesteckt oder gesät werden.

Im nächsten Jahr, spätestens in zwei Jahren, zieht sich jeder für sich auf seine eigenen 100 ha zurück, die wir vorigen Sonntag festgelegt haben. Jeder von uns hat seine Flinte oder Pistole oder Sattel fortgegeben und dafür haben wir jetzt schon sechs zur Arbeit zu verwendende Pferde, einen Maulesel, eine Milchziege, einen Wachhund, 15 Hühner, eine Katze, einen Pflug, Sämereien usw.

Es geht alles vorwärts und die Hauptsache ist unsere eigene Arbeitskraft.

Argentinische Tageblatt vom 28. Dezember zu derartigen Unternehmen sagt: „Eine der Voraussetzungen für erfolgreiche Kolonisation ist die Beteiligung des hiesigen Großkapitals und neben diesem die regste Mitarbeit der hier ansässigen Deutschen, die das Land gut kennen. Ungenügende Kapitalien und Landes- und Sachkunde der Unternehmer verurteilen derartige Siedlungsgenossenschaften von vornherein zu Mißerfolg. Ausreisegesellschaften werden zwecks Ermäßigung der Reisekosten, gemeinsamer Paßbesorgung, Warenausfuhr und andere Erleichterungen ihre Berechtigung haben. Aber von Deutschland aus schon eine genossenschaftliche Ansiedlung in nicht gesehenem Kampfe anzustreben und daraufhin Einzahlungen zu machen, ist ein schwerer Konstruktionsfehler in bezug auf die Genossenschaft, und eine leichtsinnige unbedachte Handlung der einzelnen Teilnehmer.“

Vorbedingung des Gelingens eines derartigen genossenschaftlichen Auswanderungs- und Siedlungsunternehmens sind und bleiben unbedingte Sach- und Landeskunde der Unternehmer, unbedingte Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Geschäftsführung, erstklassige persönliche Eigenschaften und Fähigkeiten der Siedler, welche durch gemeinsame ideale Ziele fest miteinander verbunden sein müssen (die bloße Interessengemeinschaft hält heute nicht zusammen), starke Kapitalreserven, günstige Siedlungsmöglichkeiten mit ausgezeichnetem Boden und guten Verkehrs- und Absatzverhältnissen und ein wohlwollendes Verhalten der Regierung des Gastlandes, welche für die genossenschaftliche Siedlung Verständnis haben und frei von jeder nationalistisch beeinflussten Sorge um Überfremdung sein muß. — Diese Vorbedingungen sind bis jetzt bei den wenigsten Auswanderungs- und Siedlungsunternehmungen erfüllt gewesen.

Daher blieb der in der Schrift Grisebach, Einzel- oder Genossenschaftssiedlung (Stuttgart, Verlag Ausland und Heimat Neues Schloß), vorausgesagte Mißerfolg nicht aus und gingen wertvollste Kapitalien und Menschenkräfte verloren.

Kolonisation mit Neueingewanderten.

Zur Frage der Kolonisation mit Neueingewanderten schreibt das Argentinische Wochenblatt vom 23. 10. 20. Jeder praktische Landwirt und Kenner des Landes, jeder, der die Sache vernünftig überlegt, wird auf die Unmöglichkeit hinweisen, mit Neueingewanderten zu kolonisieren, die von drüben unbeschwert an Kenntnis und Einsicht, jedoch reich an Vorurteilen und Ansprüchen und weit mehr aus Abenteuer- als Arbeitslust herüberkommen. Durch die deutschen Behörden und Vereine, deutschen Zeitungen und Denkschriften müßte immer wieder von neuem gegen die Phantasie der Einwanderer angekämpft werden, da sie glauben, ohne weiteres in einem fremden Lande selbständig zu werden, oder ohne mehr und schwerere Arbeit als drüben vorwärts zu kommen.

Erst müssen praktische Erfahrungen gesammelt und mancher Entbehrung erkaufte werden. Die unerläßliche Vorbe-

dingung, um für den Neueingewanderten den Anschluß vorzubereiten, müssen erst die alten landerfahrenen Kolonisten in möglichst geschlossenen Siedlungen auf eigener Scholle sitzen, und diese werden dann den Neueinwandernden mit ihren Erfahrungen zur Seite stehen müssen.

Matto Grosso.

In Nr. 23 unseres „Auslanddeutschen“ berichteten wir unter der Überschrift „Kolonisation in Matto Grosso“ über einen Artikel der Deutschen Zeitung von Sao Paulo vom 17. Juli, zu dem uns folgende Berichtigung zugeht:

„Der Artikel Matto Grosso zeigt im zweiten Abschnitte, daß er von jemanden geschrieben ist, der die Verhältnisse jedenfalls nicht ganz gut kennt. Beim Betrachten der Landkarte müßte es auffallen, daß die reine Luftlinie von unseren Kolonien in Matto Grosso zu den Siedlungen in Parana 800 km beträgt, also eine 60 km lange Bahn, welche wir für die Zukunft projektiert haben, betrifft die Verbindung der jetzt noch nicht in Angriff genommenen Kolonie am Tibagy mit der nächstgelegenen Bahnlinie.“

Was nun den gegen unsere Firma gezielten Ausfall anbelangt, so wollen wir bemerken, daß es sich in diesem Fall nur um die Reise von Europa aus handeln kann, was jedem klar sein muß, nachdem die Reise von irgendeinem Hafen zu einem beliebigen Punkte im Innern, woselbst sich ein Einwanderer ansiedeln will, demselben eo ipso von der Regierung frei zu-

gestanden ist und diese Freifahrten tagtäglich verausgabt werden. Diese Angelegenheit war überhaupt nicht in Frage.

Was die Seereise betrifft, so haben sich bisher zwei Staaten verpflichtet, dieselbe zwar nicht vorschubweise, aber nachträglich zu vergüten, und zwar der Staat Matto Grosso für Kolonisten, die sich dort niederlassen auf unseren Kolonien, und der Staat Sao Paulo, sowohl für Arbeiter, die auf den Kaffeefazenden Stellung nehmen, als auch für Einwanderer, welche sich auf einer Kolonie im Staate Sao Paulo ankaufen.“

Keine deutschen Lehrer für Peru.

Die peruanische Regierung hatte Mitte November 1920 Herrn Rixrath, der von Peru nach Stuttgart kam, beauftragt, 200 deutsche katholische Lehrer im Alter von 25–30 Jahren für Peru anzuwerben. Da diesen Lehrern nur ein Gehalt von 15 peruanischen Pfund monatlich außer der freien Überfahrt angeboten wurde, hatte sich eine längere Debatte erhoben, ob die Bedingungen annehmbar seien. Das Lehrerkollegium der deutschen Schule in Lima-Peru erhob seine warnende Stimme gegen die Annahme dieses Angebots. Herr Rixrath hatte darauf nach längeren Unterhandlungen mit dem Deutschen Ausland-Institut, dem Auswärtigen Amt und dem Reichswanderungsamt eine Erhöhung des Gehaltes, sowie einen Ausrüstungszuschuß von 30 Pfund beantragt. Unter dem 4. März teilt nun Herr Rixrath dem Deutschen Ausland-Institut mit, daß die peruanische Regierung laut ihm gewordener Kabelnachricht aus Lima von ihrem Plane, deutsche Lehrer für Peru zu verpflichten, Abstand genommen habe.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschtum und Auslandkunde.

Die in großer Anzahl einlaufenden Drucksachen deutscher Vereine im Auslande werden im allgemeinen hier nicht aufgeführt. Sie werden im Vereinsarchiv des D. A. I. gesammelt und verzeichnet.

Übersicht:

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D. A. I. Dr. MANNHART
und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Nach allgemeinen Gesichtspunkten:

Auslanddeutschtum i. allg.: 4. 15. 27. 41. 82. 84. 87. 88. 91. 102. 114.

Grenzlanddeutschtum: 2. 6. 9. 11. 12. 13. 16. 17. 19. 22. 23. 28.
30. 31. 42. 43. 45. 46. 48. 50. 53. 61–68. 71. 73–75. 77. 79.
81. 83. 85. 86. 89. 90. 94–98. 103. 104. 109. 116. 117.

Auslandkunde i. allg.: 33. 51. 57. 93. 108.

Auswanderung: 39. 44. 47. 113.

Kirche und Mission: 2. 14. 15. 20. 29. 49. 79. 115. 118.

Rechtsfragen: 3. 4. 21. 40. 59. 61. 84. 96. 99. 100. 101.

Wirtschaftsfragen: 7. 17. 21. 31. 38. 40. 43. 50. 55. 98. 101. 105.
107. 111.

Schöne Literatur: 5. 12. 13. 18. 22. 37. 60.

Deutschtum in der Darstellung des Auslandes: 3. 5. 8. 16. 26.
35. 36. 76. 82. 87. 91. 93. 98. 102. 112. 117.

Regionale Übersicht (soweit nicht Grenzlanddeutschtum):

Westeuropa: 6. 8. 99. 103. 112. 117.

Nord- und Osteuropa: 17. 18. 20. 23. 32. 40. 82. 86. 91. 102.

Süd- und Südosteuropa: 9. 38. 58. 60. 70. 78. 86. 92. 106. 107.
109. 111.

Südasiens: 37. 104.

Zentralasiens: 7. 24.

Vorderasiens: 101.

Ost- und Australasiens: 7. 29. 34. 99. 115. 118.

Afrika: 25. 59. 72. 119.

Nordamerika: 47. 49. 52. 69. 105. 110.

Lateinamerika: 1. 10. 14. 39. 54. 55. 56. 80.

I. Einzelschriften.

1. *Balen, W. J. van, Zuid-Amerika. Met kaart en 22 pl. Haag: Nijhoff [um 1921]. 8° fl. 9.—.*

2. *Brunau, Max, Die evangelische Kirche in Oberschlesien und die Schreckenstage in Anhalt. Leipzig: Strauch 1921. 15 S. 8° (Volksschriften des Gustav-Adolf-Vereins. H. 5.)*

Eine treffliche kleine historische Skizze, welche auf Friedrichs des Großen Zeit zurückgreift und die Entwicklung der evangelischen Gemeinde und der inneren Mission in Oberschlesien zeichnet. Packend wird die Not der Gemeinde Anhalt aus den jüngsten Tagen geschildert. Die Schrift läßt deutlich erkennen, was die evangelische Kirche zu erwarten hat, wenn sie an Polen fallen sollte.

3. *Brunet, René, La constitution allemande du 11 août 1919. Paris: Payot [um 1921]. 8° fr. 18.—.*

4. *Bruns, Karl Georg, Staatsangehörigkeitswechsel u. Option im Friedensvertrage von Versailles. Berlin: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1921. 71 S. 8° M 10.—.*

5. *Carré, Jean Marie, Goethe en Angleterre. Paris: Plon [1921]. 8° fr. 7.—.*

6. *Cremer, Wilhelm, Die Fremdenlegion eine Gefahr für das besetzte Gebiet. Ein dringender Warnruf. [Berlin um 1921.] 16 S. 8°.*

7. *Danckwort, P. W., Sibirien und seine wirtschaftliche Zukunft. Ein Rückblick und Ausblick auf Handel und Industrie Sibiriens. Leipzig: Teubner 1921. XII, 271 S. 8° M 12.— + 120% T., geb. M 15.—. (Osteuropa-Institut. Quellen und Studien. Abt. 7. H. 2.)*

8. *Demartial, Georges, Die Schuld am Kriege, die Vaterlandsliebe und die Wahrheit. [La Responsabilité de la Guerre, le patriotisme ..., deutsch]. Vorw. v. Lujo Brentano.*

- Übers. von Hugo Barentz. Berlin: H. R. Engelmann 1921. IX, 43 S. 8°.
9. *Deutschland, Südtirol und Italien.* Von einem südtirolischen Politiker [Umschl.: Von einem Südtiroler Politiker]. (Meran: Pötzlberger.) [Umschl.: Bozen-Meran: Südtiroler Zeitungsverlag 1921.] 31 S. 8° M 3.—.
 - Ausgehend von der Reichstagsrede des Außenministers Dr. Simons vom 29. Oktober 1910 und ihrem Echo in der italienischen Presse unterzieht die vorliegende Studie das Problem der deutsch-italienischen Beziehungen und den Einfluß, den die Südtiroler Frage auf deren künftige Gestaltung ausüben muß, einer grundsätzlichen Untersuchung. Der Verfasser weist nach, daß keiner der in Versailles aufgestellten Grundsätze ausreicht, um die Annexion der von Deutschen bewohnten Teile Südtirols durch Italien moralisch oder rechtlich zu begründen und daß die gerechte Regelung der Südtiroler Frage im Sinne des Selbstbestimmungsrechts Voraussetzung einer aufrichtigen Freundschaft sei, an der Italien ebenso wie Deutschland gelegen sein müsse. Die Schrift wurde in Südtirol durch die italienische Behörde beschlagnahmt. Dr. H. M.
 10. *Festschrift zum 50. Jahrestag d. Gründung d. Deutschen Reiches.* 18. Januar 1871–1921. (Buenos Aires 1921: Preusche & Eggeling.) 18 Bl. 8°.
 11. *Fürnschließ, Anton, Der Kärntner Freiheitskampf im Lavanttal 1918/19.* 32 S. mit 1 Kt. 8° [Klagenfurt:] Buchhandlung „Carinthia“ des St. Josef-Vereins [1920]. 32 S. mit 1 Kt. 8° M 1.50. Aus: Jahresbericht 35 d. Stiftsgymnasiums der Benediktiner zu St. Paul (Kärnten) 1919/20.
 12. *Gerbrandt, Marie, Familie Wesselingk. Roman aus Westpreußen.* Berlin-Grunewald: Zettka-Verlagsgesellschaft 1920. 198 S. 8° M 9.—, geb. M 11.—.
 13. *Graber, Georg, Sagen aus Kärnten. Gesammelt u. hrsg.* 3. unveränd. Aufl. Leipzig: Dieterich 1921. XI, 458 S. 8° M 40.—, geb. M 50.—.
 14. *Galle, G., Kurze Geschichte d. deutsch-evang.-luther. Gemeinde Jjuhy, z. Feier d. 25jährigen Bestehens der Gemeinde sowie Jahresbericht über d. kirchliche Arbeit d. Jahres 1919 im Pfarrbezirk Jjuhy. (Jjuhy 1919: Dr. Löw.)* 12 S. 8°.
 - Wie es zur Gründung der evangelischen Gemeinde Jjuhy kam, wie die Gemeinde ein Pfarrhaus erhielt und sich eine christliche Gemeindeordnung schuf, wie die Kirche gebaut wurde und Filial-Gemeinden gegründet wurden, wird in 15 Seiten geschildert. Der angefügte Jahresbericht aus dem Jahre 1919 zeugt von erfreulichem Wachstum. Grb.
 15. *Von der Wernigeroder Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins 1920. Vortr. u. Anspr. [1. 2.]* Leipzig: Strauch 1920. 32 S. 8°. (Volksschriften des Gustav-Adolf-Vereins. H. 4.)
 - Im ersten Vortrag: „Der Aufstieg unserer Orient-Arbeit und ihr jähcr Zusammenbruch“ behandelt Graf v. Lüttichau, der frühere Botschaftsprediger in Konstantinopel, die äußere und innere Entfaltung deutsch-evangelischer Arbeit im Orient während des Krieges und deren jähres Ende durch die Vertreibung aller Deutschen aus der Türkei durch die Franzosen. Der Bericht gibt zugleich wertvolle Anhaltspunkte und Richtlinien für die Zeit, da die Beziehungen Deutschlands zur Türkei sich erneuern werden und es unsere erste Pflicht sein wird, dem Deutschtum in der Türkei mit den inneren Kräften unserer Kultur nachzugehen.
 - Der zweite Teil bringt die Vorträge der Vertreter der deutsch-evangelischen Diaspora in den deutschen Grenzgebieten und im europäischen Ausland (Oberschlesien, Südtirol, Elsaß-Lothringen, Südwest-Afrika, Ungarn, Rußland, Brasilien). Die Berichte geben Zeugnis von dem schweren Kampf, den die deutsch-evangelische Kirche in der Diaspora zu bestehen hat, aber zugleich auch von dem erforderlichen Kampfesmut, mit dem dieser Kampf aufgenommen wurde. Grb.
 16. *Helms, Nik. M., Sønderjylland gennem tiderne. 1. Fra de ældste tider til 1848.* Kopenhagen: Gyldendal [um 1921]. 8° Kr. 3.—.
 17. *Hilgermann, Bernhard, Der Handel Schlesiens mit Polen und seine Entwicklung auf Grund der natürlichen Gegebenheiten. Ein Beitrag z. Handelsgeographie v. Schlesien.* Breslau: Vater & Co. [1921]. 64 S. 8° M 7.—.
 18. *Jározy, Friedrich, Die Mämen von Kreuzburg. Eine Erzählung aus Livlands Bolschewiken-Zeit.* Berlin: Juncker (1921). 175 S. 8° M 15.—, geb. M 18.—.
 19. *Kaindl, R[aimund] F[riedrich], 1848/49–1866–1918/19. Des deutschen Volkes Weg z. Katastrophe u. seine Rettung.* München: Drei Masken-Verlag 1920. 70 S. 8°.
 20. *Der Kampf der evangelisch-unierten Gemeinden in Polen um ihre Freiheit.* Berlin-Steglitz: Evang. Preßverband (1920). 22 S. 8°.
 21. **Königsberger, Paul u. Franz Henrychowski, Auslandschäden. Die Richtlinien für d. Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen u. Unterstützungen f. Schäden Deutscher im Ausland aus Anlaß des Krieges, vom 15. 11. 1919, nebst der Begründung u. den Bekanntmachungen betr. der Verfahren für die Zuwendung von Reichsmitteln an Deutsche f. Schäden im Ausland, erläßt.* Berlin: Stilke 1921. 366 S. M 24.—. (Stilkes Rechtsbibliothek. Die Gesetze des neuen Deutschen Reichs und der deutschen Länder m. system. Erläut. [Nr. 3].)
 22. *Kubitschek, Rudolf, Böhmerwälder Bauernschwänke.* (Buchschruck v. Fritz Gareis.) Wien: Strache 1920. 86 S. 8° M 20.—.
 23. *Laubert, Manfred, Deutsche und Polen im Wandel der Geschichte.* Breslau: Deutschnationaler Landesverband Mittelschlesien o. J. [1921]. 31 S. 8° M 2.—.
 - Die Schrift gibt im ganzen einen am 19. November 1920 gehaltenen Vortrag des Breslauer Universitätslehrers wieder. Sie enthält in Umrissen die Geschichte der deutsch-polnischen staatlichen Beziehungen, der preussischen Polenpolitik, der teils gleichgültigen, teils hilflos schwankenden öffentlichen Meinung in Deutschland gegenüber der polnischen Frage. Wichtig, was bisher wenig beachtet, ist der Hinweis auf den seit Mitte des 19. Jahrhunderts sich vollziehenden, seit 1900 beschleunigten planmäßigen Aufmarsch des Polentums zum wirtschaftlichen Kampf, der das Deutschtum in der Abwehrstellung drängt. Der Verfasser berührt die Bedeutung Oberschlesiens im Reichsverbande und tadelt die schwache Vertretung der ostdeutschen Interessen bei offiziellen Verhandlungen. Dr. H. M.
 24. *Machatschek, Fritz, Landeskunde von Russisch-Turkestan.* Mit 21 z. T. farb. Taf. u. 33 Abb. i. Text. Stuttgart: Engelhorn 1921. XIII, 349 S. 8° M 100.—, geb. M 120.—.
 25. *A manual of Belgian Congo.* London: Stationery Office. 8° 7 s. 6 d.
 26. *Melander, Sven, Marx och Hegel. En kritisk studie over social-demokratisk världsåskådning.* Lund: Gleerup [um 1921]. 8° Kr. 4.—. (Skrifter utg. av Fahlbeckska stiftelsen. 1.)
 27. **Mohl, Ottmar von, 50 Jahre Reichsdienst. Lebenserinnerungen.* Leipzig: List (1920). 318 S. 8°.
 28. *Monte (-Kurpiun), J., Was muß jedermann über Oberschlesien wissen? Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien 1921. 52 S. 8° M 3.—.*
 29. *Oehler-Heimerdinger, Elisabeth, Im finstern Tal. Geschichten aus China.* Stuttgart: Evang. Missionsverlag [1920]. 176 S. 8° M 9.60.
 30. *Ortschaftsverzeichnis für d. Abstammungsgebiet Süd-Ostpreußen m. Angabe d. zugehörigen Gemeinden, Eisenbahnstationen u. Kreise d. Regierungsbez. Allenstein u. d. Kreise Oletzko.* Hrsg. von d. Abt. Volksabstimmung, Karlsruhe-Rastenburg 1920: Ahl. 52 S. 8°.
 31. **Osborne, Sidney, Die obereschlesische Frage u. das deutsche Kohlenproblem. T. 1. 2. [The Upper-Silesian question & Germany's coal-problem. London 1920, deutsch.]* Berec Übers. von F. v. Holtzendorff. Berlin: Stilke 1921. 304 S. 8° M 18.—, geb. M 22.50.
 32. *Panin, Victor, Das zaristische Rußland. (Aus dem Ruß. übers. von Alice Panin.)* Berlin: Seehof 1921. 233 S. M 18.—, geb. M 25.—.
 33. *Philip's new handy general atlas and gazetter. A geographical survey of the new era — its territorial changes, world relations, and commercial communications, with gazetter — index of over 100000.* Ed. by George Philip 2. and rev. ed. London: Philip [um 1921]. 8° sh. 84.
 34. *Former German Possessions in Oceania.* London: Stationery Office [um 1921]. 8° 2 sh 6 d. (Handbooks prepared under the direction of the historical section of the Foreign Office. Ed. by George W. Prothero.)
 35. *Prod' homme, J. G., La jeunesse de Beethoven 1770–1800.* Paris: Payot [um 1921]. 4° fr. 100.—.
 36. *Proost, K. F., Friedrich Nietzsche. Zijn leven en zijn werk.* Zeist: Ploegsma [um 1921]. 8° 7 fl. 50 c.
 37. *Sauter, I. A., Mein Indien. Erinnerungen aus 15 glücklichen Jahren.* Leipzig: K. F. Koehler 1921. 260 S. 8° M 22 Pappbd. M 30.—.
 38. **Schmalz, Friedrich, Großrumänien, wirtschaftlich, politisch und kulturell.* Gotha: Fr. A. Perthes 1921. VIII, 224 S. M 10.—. (Auslandskunde, gefördert durch die Studiengesellschaft f. Weltpolitik i. München. Bd. 1.)

39. * *Schmidt-Klugkist*, Guillermo, Kolonie Florencia (Provinz Nord-Santa-Fé). Argentinien. Bremen 1920: Hauschild. 35 S. 8°. (Deutsch-Argentinisches Kolonisations-Unternehmen. Nr. 1.)
Nach einer allgemeinen Beschreibung der Kolonie Florencia werden ihre Verkehrswege und Transportmittel, Klima u. Wasserverhältnisse, die Kämpfe der Kolonie, Viehzucht, Waldungen, das Pachtverhältnis zwischen Besitzern und Ansiedlern kurz geschildert. Der Kostenanschlag, der aus dem Herbst 1919 stammt, scheint uns etwas reichlich günstig, überholt und dadurch für den Einwanderer verwirrend. Nach Meinung des Verfassers dürfte es schwerlich in Argentinien eine Kolonie geben, die den Kolonisten so günstige und liberale Bedingungen stellt. Auch bei dem dort geltenden Halbpacht-System sollte der Einwanderer nach Meinung des Verfassers mindestens 600 Pesos (heute gleich etwa M. 12000.—) besitzen, um bis zur ersten Ernte leben zu können. Dem Bericht ist eine Spezialkarte angefügt. Grb.
40. *Sering, M.*, Die Umwälzung der osteuropäischen Agrarverfassung. Berlin: Deutsche Landbuchhandlung 1921. 20 S. 8° M 3.—. (Schriften z. Förderung d. inneren Kolonisation. H. 34.) [Aus: Archiv f. innere Kolonisation. Bd. 13. H. 3/4.]
41. *Siemer, Heinrich*, Weltbund d. Auslandsdeutschen. Programm z. e. Weltorganisation aller Reichsdeutschen, Auslandsdeutschen und Deutschstämmigen. Mit einer Rede von Walter Dauch, geh. auf d. 1. Kongr. d. Auslandsdeutschen, Hamburg. Hamburg: Weltbund-Verlag 1921. 51 S. 8° M 4.50.
Enthält die beiden ersten Reden der Herren Siemer und Dauch auf d. 1. Kongr. der Auslandsdeutschen am 6. Dezember in Hamburg. Unseren Standpunkt zu der Idee des Weltbundes haben wir bereits in Nr. 2, 1921, S. 54—55, des „Auslandsdeutschen“ dargelegt.
42. *Thomas, Ferdinand*, Das Wichtigste aus der Geschichte. Ein Lernbüchlein für die deutsche Jugend im tschechoslowakischen Staate. H. 1. 2. unveränd. Aufl. Reichenberg: Gebr. Stiepel 1921. 77 S. Kr. 6.—.
43. *Tupfer, A.*, Die wirtschaftlichen Aussichten Oberschlesiens im polnischen Staatsverband. Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien 1921. 39 S. 8° M 3.—.
44. *Valliére, P. de*, L'émigration, ses causes, ses dangers, moyens de l'enrayer. (Extrait de la Revue Suisse d'utilité publique de l'enrayer. Année 59.) *Bernhard, Hans*, Die Stellung der Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft in Zürich, Schifflande 22. Zürich: Rascher & Cie. 1920. 31 S. 8° fr. 1.30. (Schriften d. schweizerischen Vereinigung f. Innenkolonisation u. industrielle Landwirtschaft. Nr. 10.)
45. Aus Oberschlesiens *Vergangenheit*. Beiträge zur schlesischen Geschichte, hrsg. vom Verein f. Geschichte Schlesiens. Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien 1921. 93 S. 8° M 3.—.
46. Deutsch-polnisches *Verzeichnis* d. Postämter u. Postagenturen d. Wojwodschaften Poznan u. Pomorze (Posen und Pommerellen). Zsgest. v. d. Izba przemyslowo-handlowa Grudziadz, Handelskammer in Graudenz. (Graudenz 1920: Der Gesellige.) 23 S. 8°.
47. *Wegweiser* für Einwanderer, deren Ziel Cleveland, O., ist. Cleveland: (Immigration League 1914). 20 S. 8°.
Ein praktischer kleiner Berater, der vom städtischen Einwanderungsbüro Cleveland herausgegeben ist und darauf abzielt, den Einwanderer möglichst schnell zum amerikanischen Bürger zu machen. In der Anlegung derartiger praktischer Berater können wir von den Amerikanern lernen. Grb.
48. *Welss, René*, Le premier voyage officiel en Alsace-Lorraine française. (8.—10. déc. 1918.) Avec illustr. Paris: Bellan [um 1921]. 4° fr. 100.—.
49. *Wentz, Abdel Ross*, History of the Evangelical Lutheran Synod of Maryland of the United Lutheran Church of America 1820—1920. Harrisburg: Evangelical Press [um 1921]. 8° 2 \$ 25 c.
50. *Westphal, J.*, Wohin muß Oberschlesien politisch gehören, wenn seine industrielle Produktivität am größten werden soll und wenn seine Kräfte am vollkommensten ausgenutzt werden sollen? Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien 1921. 24 S. 8° M 3.—.
51. *Annuaire général de la France et de l'étranger* 1920/21. Paris: Larousse [1921]. 8° fr. 35.—.
52. Chicagoer *Briefmarken-Zeitung*. American Philatelic in German. [Jg. 1.] 1920/21. Jährl. 12 Nrn. \$ 1.—. Nr. 1 Okt. 1920. 12 S. 8°. Chicago: Adolph E. Kratz.
53. Nordböhrmer *Bote*. Deutscher Kalender für Heimat und Volk. [Jg. 1.] 1921. Warnsdorf i. B.: Strache. 124 S. 8°.
54. Unser *Deutschland*. Polit. Flugschriften und Gedanken aus Vergangenheit und Gegenwart für d. Zukunft. Hrsg. von d. Gesellschaft „Unser Deutschland“. Valparaiso u. Santiago de Chile: Verlag der Gesellschaft. Jg. 1—3. 1918—1920. Halbmonatl., anfängl. monatl.; jährl. \$ 6.— arg.
55. *Hausfreund*. Deutsch-brasilianische Wochenschrift mit Anhang: Handels-Echo. Für d. Inh. verantw.: Carl J. G. Wendt. São Paulo: Henke & Co.
56. Faendrichs illustrierter *Deutscher Kalender* f. Südamerika [Anf. u. d. T.: Faendrichs illustrierter Hauskalender für die Deutschen Südamerikas]. Jg. 1921. Buenos Aires: H. Faendrich. 111 S. 4°.
57. Gothaischer *Kalender*. Genealogischer Hofkalender und diplomat.-statistisches Jahrbuch. Jg. 158. 1921. Gotha: Perthes 1921. XXIV, 1077 S. 8°.
58. *Kalender* des Siebenbürger Volksfreundes f. d. Jahr 1921. [Jg. 52.] Hrsg.: Ernst Jekelius. Hermannstadt: J. Drotleff.
59. Der *Kolonialdeutsche*. Zeitschrift für den Kolonialkriegerdank und die ihm angeschlossenen Kolonialkriegervereine. Schriftl.: Rechtsanwalt P. Bloch. Jg. 1. 1921. Nr. 1. 16 S. Berlin: Kolonialkriegerdank. Beg. Januar. Jährl. 12 Nrn. M 10.—.
60. *Künstler-Kalender* 1921. Hermannstadt: W. Krafft. 12 Bl. Druck von Lehmann in Kronstadt. Lei 20.—.
Dem Abreißkalender hat Hermann Lane ein sehr wirkungsvolles Titelblatt gegeben. Das Innere des Kalenders enthält — für jeden Monat ein Blatt — Radierungen, Federzeichnungen, Kohle- u. Bleistiftskizzen heimischer Künstler nach siebenbürgischen Landschaften und Bildnissen.
61. Amtliche *Nachrichten* des Fürsorgeamtes f. Beamte aus den Grenzgebieten; Berlin NW. 40, in den Zeiten 21. Berlin: Vahlen. Jg. 2. 1921. Wöchentl., Beginn Jan. Nr. 1 vom 8. 1. 21. 2 Bl. 4°.
62. *Nachrichten* d. Handelskammer des Memelgebiets. Amtl. Organ der Handelskammer Memel. Hrsg.: Handelskammer-Syndikus Dr. Fritz J. Meier. Jg. 1. 1921. Nr. 1. 8 S. Memel: Handelskammer. Jährl. M 25.—.
63. Die *Ostwacht*. Nationale Halbmonatsschrift f. d. deutschen Osten. Hrsg.: Hugo E. Luedecke. Danzig-Langfuhr: Verl. der Ostwacht. Jg. 1. 1921. Halbmonatl., jährl. M 12.—. Beg.: Jan. 2°.
64. Die *Sozialdemokratin*. Organ der deutschen sozialdemokratischen Frauen und Mädchen in d. tschechoslowakischen Republik. Teplitz-Schönau: Verl. der Zeitschr. Jg. 2. 1921. Halbmonatl., jährl. Kr. 8.—. Nr. 1 v. 1. 1. 1921. 8 S. 4°.
65. *Südland*. Eine Monatsschrift f. Politik, Kultur, Wirtschaft u. Verkehr. [Jg. 1.] 1921. H. 1. 38 S. Hrsg.: Arno von Brandau. Godesberg a. Rh.-Innsbruck: Südland-Verlag. Beg.: März. Jährl. 12 H. Einzelh. M 2.20.
66. *Südmark-Kalender* auf das Jahr 1921. Ein Tagebuch f. Stadt u. Land, geleitet von Karl W. Gawalowski. Graz: Deutsche Vereinsdruckerei u. Verlags-Gesellsch. 1921. 140 S. 8° K. 20.—.
67. **Taschen-Jahrbuch* d. deutschen Nationalsozialisten 1921. Hrsg. von der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Dux: Deutsche Druck- und Verlags-Anstalt 1921. 201 S. 8° Kr. 8.—.
68. *Trostbärnla*. Heimatl. Jahrbuch für die Deutschen Ostböhmens, Nordmährens u. Schlesiens 1921. Hrsg. v. Julius Pausewang. Mit Abb. u. Titelb. Mittelwalde: Walzel o. J. [1921]. 114 S. 8° M 6.40.
69. **Deutsch-Amerikanisches Vereins-Adreßbuch* f. d. Jahr 1921. (6. Aufl.) Ein ausführl. Verzeichnis aller deutschen Vereine, Gesellschaften, Logen ... in den Vereinigten Staaten. Milwaukee: German-American Directory Publ. Co. 1921. 212 S. 8°.
70. **Vaterländischer Volkskalender* für das Jahr 1921. Budapest 1920: Hornyansky. 150 S. 8° M 10.—.
71. *Wandervogel*. Mähr.-schlesischer Gau. Iglau: W. Jelinek.

II. Zeitschriften u. Forts.-Werke.

51. *Annuaire général de la France et de l'étranger* 1920/21. Paris: Larousse [1921]. 8° fr. 35.—.
52. Chicagoer *Briefmarken-Zeitung*. American Philatelic in German. [Jg. 1.] 1920/21. Jährl. 12 Nrn. \$ 1.—. Nr. 1 Okt. 1920. 12 S. 8°. Chicago: Adolph E. Kratz.

Jg. 4. 1920/21. Jährl. 10 Hefte. Kr. 10.—. Beg.: Nov. Folge 1/2 v. Nov. 1920. 22 S. 8°.

72. *Official year book of the Union of South Africa and of Basutoland, Betchuanaland Protectorate, and Swaziland.* Nr. 3, 1919. Pretoria: Government Printing and Stationery Office [1921]. 8° s. 5.—.

III. Zeitschriftenaufsätze.

73. *Alsaticus*, Elsässische Charakterbilder. 3. August Schneegans. in: *Der Türmer*, Jg. 23. 1920/21. H. 6. S. 406. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer.
74. *Arens*, Franz, Deutschland und die Tschechoslowakei. in: *Das neue Deutschland*. Jg. 9. 1920/21. H. 7/8, S. 110. Gotha: F. A. Perthes.
75. *Arens*, [Franz], Die Lage der Sudetendeutschen. in: *Grenzboten*. Jg. 80. 1921. H. 8/9. S. 214. Leipzig-Berlin: K. F. Koehler.
76. *Arens*, [Franz], Wie uns das geistige Frankreich sieht. [Bespr. von Berr, Henri, *Le Germanisme et l'esprit français*. Paris 1919, u. Rivière, J., *L'Allemand*. Paris 1918.] in: *Das demokr. Deutschland*. Jg. 3. 1921. Nr. 7, S. 156. Berlin: Demokr. Verlag.
77. *Baldeck*, Paul Emil, Elsässischer Brief. in: *Das literar. Echo*. Jg. 23. 1920/21. H. 10, Sp. 618. Berlin: Fleischel.
78. *Csaki*, Richard, Unser Kulturprogramm. in: *Ostland*. Jg. 3. 1920/21. Nr. 8. S. 231. Hermannstadt: Krafft.
79. *Deißmann*, Adolf, Ein evangelischer Kirchenbund in Polen? in: *Evang. Wochenbrief*. Reihe 3. 40/46. S. 134. Berlin: Druck v. Liebheit & Thiesen.
80. Aus dem mexikanischen *Deutschtum*. in: *Lateinamerika* (D). Nr. 13, S. 340. Nr. 14, S. 355. Berlin: Dt. Überseedienst.
81. *Frey*, Ernst, Bayern und das Sudetendeutschtum. in: *Deutsche Arbeit*. Jg. 20. 1920/21. H. 4. S. 128. Berlin: Siemens.
82. *Gerloff*, Hans, Europäische Kulturpolitik: Die deutsch-schwedische Arbeitsgemeinschaft. I—III. in: *Deutsch-Schwedische Blätter*. Jg. 1. 1920/21. H. 2. 3. 4. Berlin: Mittler.
83. *Grabowsky*, Adolf, Oberschlesien. in: *Das neue Deutschland*. Jg. 9. 1920/21. H. 7/8. S. 99. Gotha: F. A. Perthes.
84. *Gregor*, Roderich C., Das Wahlrecht der Auslandsdeutschen. in: *D. demokrat. Deutschd.* Jg. 3. 1921. Nr. 6. S. 139. Berlin: Demokr. Verlag.
85. *Grenzlanddeutschum*. Leipzig: K. F. Koehler 1921. M 4.—. Sonderh. von „*Deutsche Kultur in der Welt*“. Jg. 6. 1920. H. 4.
86. *Groos*, W[alter], Die „Schwaben“ in Ungarn, Galizien und Rußland nach ihrer Stammeszugehörigkeit. in: *Volk und Heimat*. Jg. 2. 1921. Nr. 4. S. 46. Leipzig: Reclam.
87. *Haas*, Albert (Buenos Aires), Die geistigen Auslandswerte Deutschlands. Ein statistischer Versuch [zur Frage der Kulturpropaganda im Auslande]. in: *Dt. Politik*. Jg. 6. 1921. H. 9. S. 209. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anst.
88. *Hamburger*, Ernst, Nationale Bewegung. Tschechien — Volksabstimmungen — Kärnten. in: *Sozialistische Monatshefte*. Jg. 27. 1921. H. 4. S. 200. Berlin: Soz. Monatshefte.
89. *Helffritz*, Das deutsche und das polnische Autonomiegesetz für Oberschlesien. E. vergleichende Kritik. in: *Das neue Deutschland*. Jg. 9. 1920/21. M. 7/8. S. 104. Gotha: F. A. Perthes.
90. *Janovsky*, Karl, Wissenschaft u. Außenministerium [in der Tschechoslowakei]. in: *Deutsche Arbeit*. Jg. 20. 1920/21. H. 5. S. 144. Berlin: Siemens.
91. *Jürgens*, Adolf, Übersetzungsliteratur in Dänemark und Norwegen. Auch ein Beitrag z. Frage der Kulturpropaganda. in: *Börsenblatt f. den deutschen Buchhandel*. Jg. 88. 1921. Nr. 38. S. 180. Leipzig: Börsenverein der dt. Buchhändler.
92. *Kaindl*, R[aimund] F[riedrich], Die Schwaben in Groß-Rumänien. in: *Der schwäbische Bund*. Jg. 2. 1920/21. H. 4. S. 288. Stuttgart: Strecker & Schröder.
93. *Kerkhof*, Karl, Die internationalen naturwissenschaftlichen Organisationen vor und nach dem Weltkriege und die deutsche Wissenschaft. in: *Internat. Monatsschrift*. Jg. 15. 1920/21. H. 3. Sp. 225. Leipzig: Teubner.
94. *Laubert*, [Manfred], Die Bedeutung der Ostmark für Deutschland. in: *Deutsche Politik*. Jg. 6. 1921. H. 9. S. 206. Stuttgart-Berlin: Dt. Verlags-Anstalt.
95. *Lienhard*, Friedrich, Der Ausklang deutscher Politik im Elsaß. Erinnerungen. in: *Der Türmer*. Jg. 23. 1920/21. H. 6. S. 387. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer.
96. *Loening*, O., Der Danzig-Polnische Vertrag. in: *Hanseat. Rechts-Zeitschr.* Jg. 4. 1921. Nr. 4. Sp. 132. Hamburg: Hartung.
97. *Lukas*, Georg A., Kärnten und Steiermark. Ein Beitrag zur Geographie der Heimatliebe. in: *Geogr. Zeitschr.* Jg. 27. 1921. H. 1/2. S. 1. Leipzig: Teubner.
98. *Mannhart*, Hans, Ein amerikanischer Wahrheitszeuge für Oberschlesien. [Bespr. von Osborne, Sidney: *The Upper-Silesian question and Germany's coal problem*. London: Allen & Unwin 1920.] in: *Deutsche Politik*. Jg. 6. 1921. H. 11. S. 250. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlags-Anstalt.
99. *Mendelssohn-Bartholdy*, Albrecht, Nauru [Phosphatinsel, ehem. deutsche Besetzung in der Südsee]. in: *Die deutsche Nation*. Jg. 3. 1921. H. 2. S. 114. Berlin: Dt. Verl.-Ges. f. Politik u. Geschichte.
100. *Mendelssohn-Bartholdi* (Hamburg), Deutsche Nachlässe in England u. d. Friedensvertrag. Entscheidg. der Probate Division v. 22. 11. 1920. in: *Hans. Rechts-Zeitschr.* Jg. 4. 1921. Nr. 2. S. 50. Hamburg: Hartung.
101. *Mercator*, Die deutschen Eisenbahnunternehmungen in der Türkei nach dem Frieden von Sévres. 1. 2. in: *Wirtschaftsdienst*. Jg. 6. 1921. Nr. 5. S. 63. Nr. 7. S. 85. Hamburg: Meißner i. Komm.
102. [Professor Dr. Oskar] *Montelius* [Stockholm] und die internationale Wissenschaft [Vorschläge zur Wiederherstellung des internat. wiss. Verkehrs durch neutrale Vermittlg.]. in: *Die Umschau*. Jg. 25. 1921. Nr. 3. S. 38. Frankfurt a. M.: Bechtold.
103. *Montfort*, Henri de, Avant le plébiscite de la Haute-Silésie [typischer französ. Propagandaartikel, mit stärkerer Betonung der französ. als der polnischen Interessen]. in: *Revue Bleue*. Année 58. 1921. Nr. 4. S. 113. Paris: Bureaux de la Revue Bleue.
104. *Müller*, August, Indien und Oberschlesien. in: *Das neue Deutschland*. Jg. 9. 1920/21. H. 7/8. S. 106. Gotha: F. A. Perthes.
105. *Peterffy*, Ernst, Die Entwicklung der amerikanischen Industrie. in: *Jahrb. f. Nat.-ökon. u. Statist.* F. 3. Bd. 61. H. 1. S. 44. Jena: Fischer.
106. *Petri*, Hans, Die deutschen evangelischen Schulen in Alt-rumänien. in: *Schule und Leben*. Jg. 2. 1920/21. Nr. 11/12. S. 165. Kronstadt: Zeidner i. Komm.
107. *Pogatschnigg*, Paul (Wien, früher Triest), Das verlorene u. wiederzugewinnende Adria-Deutschum. in: *Deutschlands Erneuerg.* Jg. 5. 1921. H. 3. S. 162. München: Lehmann.
108. *Auswärtige Politik und auswärtiger Dienst*. in: *Europ. Staats- u. Wirtsch.-Ztg.* Jg. 6. 1921. Nr. 3. S. 49. Berlin: Verlag f. Staats- u. Wirtsch.-Literatur.
109. *Praschinger*, E. R., Krainer Deutschum. in: *Der Vortrupp*. Jg. 10. 1921. Nr. 5. S. 113. Hamburg: Janßen.
110. Die 14 Punkte der Deutschamerikaner. in: *Der Reichswart*. Jg. 2. 1921. Nr. 9. S. 10. Charlottenburg: Der Reichswart.
111. *Reimesch*, Fritz Heinz, Die siebenbürgisch-sächsischen Goldinstitute als Musterbeispiel völkisch-wirtschaftlichen Selbstschutzes. in: *Deutsche Arbeit*. Jg. 20. 1920/21. H. 3. S. 160. Berlin: Siemens.
112. *Reinach*, Joseph, Les origines de la guerre. 1.: De Bismarck au Pangermanisme. 2.: L'ère post-bismarckienne. in: *Revue Mondiale*. Année 32. 1921. Nr. 4. 5. Paris: Revue Mondiale.
113. *Rüdiger*, Hermann, Geographie u. Auswanderungsfragen in: *Geographischer Anzeiger*. Jg. 22. 1921. H. 1/2. S. 14. Gotha: J. Perthes.

114. **Runkel, Fritz**, Das Auslandsdeutschtum und der Nachrichtendienst. in: Das Echo. Jg. 40. 1920/21. Nr. 4. S. 504. Berlin: Überseedienst.
115. **Schiller, E.**, Die Arbeit des Allg. Evang. Prot. Missionsvereins in Japan im Jahre 1919/20, hauptsächlich im Westbezirke. 1. 2. in: Zeitschrift f. Missionskunde u. Religionswissenschaft. Jg. 36. 1921. H. 1. S. 16. H. 2. S. 49. Berlin: Hutten-Verlag.
116. **Schilling, Alexander**, Die deutsche Politik in der Tschechoslowakei. in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. H. 7. S. 161. Stuttgart-Berlin: Dt. Verlags-Anstalt.
117. **Selon-Watson, R. W.**: The Czecho-Slovak Republic. in: The Contemporary Review. Vol. 119. 1921. Nr. 663. S. 310. London: Contemp. Review.
118. **Warneck, Joh.**, Nach 14 Jahren [die Batakmission auf Sumatra]. in: Allg. Missions-Zeitschrift. Jg. 48. 1921. H. 2. S. 25. Berlin: Warneck.
119. **Zache, Hans**, Deutsch-Ostafrika — Tanganyika-Territory [Mißerfolg des sog. brit. Mandats in Dt.-Ostafrika]. in: Velh. & Klasings Export-Anzeiger. Jg. 10. 1921. Nr. 6. S. 103. Bielefeld: Velh. & Kl.

Berichtigung.

Wie uns der Saarverein mitteilt, erscheint sein Mitteilungsblatt „Saar-Freund. Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet“ künftig mit 23 Nummern im Jahr; der Bezugspreis beträgt vierteljährlich M 2.—.

IV. Karten.

Mitteleuropa und Deutsches Reich gesamt.

120. Der Neuausgabe (4. Aufl.) von Ratzel's „Deutschland“ (Leipzig: Vereinigung wiss. Verleger, 1920), bearbeitet von E. v. Drygalski, ist wiederum eine Höhenschichten- und Völkerkarte von Mitteleuropa beigegeben. Letztere zeigt die neuen politischen Grenzen und läßt den Unterschied zwischen der Ausbreitung deutschen Volkstums und den Grenzen des Deutschen Reiches außerordentlich klar hervortreten.

Südwestdeutsche Grenzmarken.

121. Eine Übersichtsskizze der verschiedenen württembergischen Handelskammerbezirke mit ihren Haupt-Industrie- und Handelszweigen (farbig, 1:1,25 Mill.), enthält die Württembergische Wirtschaftszeitschrift (1921, H. 1.)
122. **Umgebungskarte** von Stuttgart. Bearb. u. hrsg. vom Württemberg. Topograph. Büro. Zsgest. aus den Blättern Nr. 590, 591, 605 und 606 der Karte des Deutschen Reichs. M. 1:100000. Stuttgart: Württ. Topogr. Büro [1921]. 62:79 cm. M 6.—.

Ansprechender farbiges Zusammendruck der Blätter Stuttgart, Gmünd, Eßlingen und Göppingen der Reichskarte 1:100000 (Gelände braun, Gewässernetz blau, Wald dunkelgrün, Wiesen hellgrün). Umfaßt die Umgebung Stuttgarts bis Mühlacker, Tübingen, Altenstadt-Geislingen, Gmünd und Besigheim.

Nordwestdeutsche Grenzmarken.

123. Eine kleine Textskizze (Schwarzdruck) stellt die *Verbreitung der Moore im holländisch-deutschen Grenzgebiet* dar (Wirtschaftsblatt Niedersachsen, 1921, Nr. 1).
124. Dem reichhaltigen Führer „Hamburg in seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung“ (Hamburg: L. Friederichsen, 1921) ist ein *Plan des Hafens und der Umgebung von Hamburg* beigegeben (beide farbig, 1:25000 bzw. 1:100000).
125. Eine Textskizze (Schwarzdruck, 1:750000) gibt den *Verlauf der neuen deutsch-dänischen Grenze* wieder. Das Kärtchen ist besonders erwähnenswert, weil es auch den *Vorschlag* enthält, den einige Abstimmungskommissare bezüglich der Grenzföhrung im Gebiet südlich der Alten Au gemacht hatten (Geogr. Journ., Vol. LVI, Nr. 6). Ebenda auch Übersicht (Schwarzdruck) über die Einfahrt nach Flensburg.

Ostdeutsche Grenzmarken und Danzig.

126. **Provinz Ostpreußen**. M. 1:475000. 39. Aufl. Berlin: Flemming & Wiskott [1921]. 71:88 cm. M 6.—. (Flemmings Generalkarten. Nr. 27.)

Politisch-geographische Übersichtskarte, in erster Linie für den Handgebrauch, mit Grenzkolorit bis herunter zu den Kreisgrenzen. Die zahlreichen Ortsnamen, und die nicht sehr günstige Kolonierung machen die Karte etwas unruhig und unübersichtlich. Bei einer Neuaufgabe muß die Schreibung der polnischen Namen durcgearbeitet werden; im ehemals deutschen Gebiet sollten auch die polnischen Ortsbezeichnungen in Klammern zuzesetzt werden, ebenso vermißt man die Angabe der ehemaligen Grenzen. Das Gradnetz würde besser durcweg auf Greenwich bezogen. Eine Nebenkarte stellt noch besonders Königsberg und seine Umgebung dar.

127. **Westpreußen, Danzig und nördliches Polen**. M. 1:472000. 40. Aufl. Berlin: Flemming & Wiskott [1921]. 68:83 cm. M 6.—. (Flemmings Generalkarten. Nr. 46.)

Politisch-geographische Übersichtskarte, südwärts bis Thorn, ost- und westwärts bis Pillau bzw. Filehne reichend, mit Grenz- und Flächenkolorit, das aber bei einer Neuaufgabe etwas dezent gewählt werden könnte. Praktisch erwünscht wäre die Hinzufügung der polnischen Ortsbezeichnungen, wenigstens in Klammern, ebenso die Angabe der ehemaligen Grenzen. Die Karte kann im übrigen auch bei Demonstrationen Verwendung finden.

128. **Freistaat Danzig**. M. 1:150000. Berlin: Flemming & Wiskott [1921]. 54:62 cm. M 6.—. (Flemmings Generalkarten. Nr. 70.)

Farbige Übersichtskarte für den Handgebrauch, mit Grenzkolorit und farbiger Bezeichnung des Gewässernetzes, aber ohne nähere Charakterisierung des Geländes. Die Karte umfaßt nur das Freistaatsgebiet und seine nächste Umgebung. Wünschenswert wäre eine farbige Trennung der Grenzen Polens und Westpreußens gewesen; beide heben sich zu wenig voneinander ab. Bei einer Neuaufgabe sollte das Gradnetz auch hier auf Greenwich bezogen werden.

129. Eine kleine Übersichtsskizze (Schwarzdruck) der verschiedenen *oberschlesischen Industrien* enthält die *Deutsche Allgemeine Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 13. März. Ebenda auch eine Übersicht des *Abstimmungsgebietes* mit Angabe der von den Sonderzügen zur Abstimmung durczufahrenen Strecken.

Osteuropa und Polen.

Vgl. Nr. 126, 127 und 128.

Asien.

130. Eine Reihe von Textkärtchen (sämtlich Schwarzdrucke, für Diapositive geeignet) stellen die historisch-geographische Entwicklung des Dodekanes dar (Geogr. Journ., Vol. LVI, H. 5 u. 6).
131. Zwei kleine historisch-geographische Skizzen von Mesopotamien, besonders der Umgebung von Bagdad, enthält Geogr. Journ., Vol. LVI, H. 6.
132. Eine farbige Routenkarte vom Persischen Golf zum Roten Meer quer durc Zentral-Arabien hindurch (1:2 Mill.) von Philby enthält Geogr. Journ., Vol. LVI, H. 6.

Afrika.

133. Ein auch für Diapositive geeignetes Übersichtskärtchen (Schwarzdruck, 1:4 Mill.) stellt das Gebiet um den Bahr el Dschebel, das sog. Dinka-Land dar (Geogr. Journ., Vol. LVI, H. 5).
134. Eine für Lichtbilderzwecke geeignete Textskizze (Schwarzdruck, 1:28 Mill.) stellt Abessinien und die östlich angrenzenden Gebiete dar (Geogr. Journ., Vol. LVI, H. 5). Ebenda auch eine Übersichtsskizze der Grenzgebiete von Abessinien gegen Britisch-Ostafrika und Ägypten.

BUCHBESPRECHUNGEN

Treuenfels, Bernhard, Dr., Die Reste der russischen Volkswirtschaft Finanz- und volkswirtschaftliche Zeitfragen. Heft 64.) Stuttgart: Enke 1920. 100 S. 8°. M. 9.—.

Habent sua fata libelli. Bücher haben ihre Schicksale. Dem Schicksal aber kann man nachhelfen. Und es ist Pflicht der wegweisenden Kritik, dies zu tun. Wenn ein Buch in diesem Maße es verdient, wie die unter obigem Titel erschienene Arbeit Dr. Treuenfels', so ist es eine angenehme Pflicht, ihm zum Eingang in weiteste Kreise zu verhelfen. Denn es ist wenig so Vorzügliches über die wirtschaftliche Wirkung des Bolschewismus geschrieben worden.

Was Treuenfels schreibt, ist doppelt beherzigenswert, weil es aus besonderer Feder stammt. Der Verfasser vereinigt mit der gründlichen wissenschaftlichen Bildung des Volkswissenschaftlers die seltene Kenntnis des langjährigen Praktikers, der an weit-schauender Stelle im russischen Erwerbsleben stand. (Er war Mitglied des russischen Kohlsyndikats, des sogenannten „Produgol“.) Und da er noch bis zum Spätherbst 1918 der deutschen Verwaltung

in der Ukraine angehörte, so ist er wie selten einer vorbestimmt gewesen, zwischen einst und jetzt Vergleiche zu ziehen (was leider die wenigsten, die über das neueste Rußland sich auszulassen berufen fühlen, zu tun in der Lage waren). Darum ist auch das Buch so anschaulich geworden. Obwohl der Verfasser eine Fülle hochinteressanten Zahlenmaterials gibt, fühlt man doch, daß es sich um eine Studie am lebendigen Leibe handelt; man erhält ein ungemein lebendiges Bild, wenn anders man die Schilderung des langsamen Hinsterbens einer Volkswirtschaft also bezeichnen kann.

Es gibt Bücher, denen man die Kehle abschnüren müßte, weil sie verderbliche Einflüsse verbreiten und als Gift auf die öffentliche Meinung wirken. Anderen möchte man das weiteste Gehör verschaffen, weil von ihnen heilsame Lehren ausgehen. Zu diesen gehört in heutiger Zeit das Treuenfelsche Werk. Ganz über den Parteien stehend, gibt es auf Grund des sicheren Urteils reicher Erfahrung und an der Hand objektiven Tatsachenmaterials Aufschluß über Art und Trieb des Bolschewismus, über den zum Teil so verwirrende — und oft mit Absicht verwirrende — Ansichten im Lande umgehen.

Art und Trieb des Bolschewismus finden ihre klare Darstellung. Denn neben den theoretischen Bestrebungen, die jene Richtung bewegen, zeigt Treuenfels, wie bei jeder Maßnahme, die von spintisierenden Schwarmgeistern ausgeheckt wurde, alsbald die wilden Triebe in blutigem Aufschäumen alles überwucherten und die Absichten zunichte machten; wie jeder Schritt auf dem Wege zum vorgezeichneten Kommunismus, statt der erhofften Allseitigkeit zuzuführen, dem Wirtschaftsleben tiefe Wunden schlug, den Verfall von Landwirtschaft und Industrie herbeiführte und einen Verfall der Erzeugung verursachte, der in tiefster allgemeiner Verarmung des Volksganzen endete; wie alle praktischen Taten, die im Namen der neuen Heilslehre vorgenommen wurden, sofort zum furchtbaren Unheil ausschlugen, bis schließlich ein verwüstetes Land dalag, von Ruinen bedeckt, als welche die verlassenen, bis zu den Fenstern und Türen ausgeraubten Arbeitsstätten uns ebenso hohläugig anstieren, wie die hungernden, aus ihrer Hantierung verschreckten Menschen.

Dieses Bild eines in Grund und Boden verwüsteten Landes führt uns nicht etwa eine romantische Erzählung vor Augen, sondern es wird uns aus sogenannten „nackten Zahlen“ vorgeführt, die vom Verfasser fast ausschließlich den Quellen der bolschewistischen Dokumente selbst entnommen sind. Da sehen wir, wie eine Industrie nach der anderen dahinsinkt, bis sie nur noch 10 Prozent, ja 5 Prozent der Friedensproduktion gibt; wie die fleißigen Arbeitermassen unter den Verlockungen zu unergiebigen Rätebildungen planmäßigem Müßigang verfallen, die Werke, die sie nährten, aufzehren bis auf den letzten Kopeken, die letzte Schraube, den letzten Rohstoffetzen, um dann, von Hunger gepeinigt, auseinanderzustieben; wie Landbau und Gewerbe unheilbarem Siechtum erliegen, der Handel heillosen Theorien zuliebe erwürgt wird oder sich in das verbrecherische Dunkel des Schleich- und Wucherhandels drückt; wie endlich die ganze durch das Eindringen der neuen „gesellschaftlichen Organisationen“ immer schwerfälliger und unfruchtbarer werdende Wirtschaftsleitung sich zu um so unförmlicheren Mißbildungen ausreckt, je weniger ihr zu verwalten übrig bleibt, bis schließlich alles erstirbt. Das alles in beweiskräftige, nüchterne und unwiderlegbare Zahlen gefaßt, ergibt ein Bild des Grauens und der Verzweiflung, die Rußland erfüllen.

Wer wissen will, was Bolschewismus heißt und wie Rußland unterging, der lese das Buch. Aber auch, wer sich um Deutschlands willen dafür interessiert, welche Triebkräfte der Bolschewismus birgt, was er vermag und, seinen schwülstigen Verheißungen zuwider, nicht vermag, was er schafft — und in blinder Zerstörungswut abschafft —, der nehme sich das lehrreiche Buch zur Hand.

Dr. E. Jenny, Berlin.

Nötzel, Karl, Der russische und der deutsche Geist. Berlin: Furcht-verlag 1920. 91 S. M. 6.—.

In geistvoller Antithese stellt der Verfasser den deutschen und den russischen Menschen nach drei Gesichtspunkten einander gegenüber: nach der philosophischen Einstellung zur Welt, nach der Art religiösen Erlebens und nach den Formen dichterischer Gestaltung. Die auf kritisch-wissenschaftlicher Grundlage aufgebaute Persönlichkeitskultur des Deutschen steht nach Nötzel in scharfem Gegensatz zu der ethisch-religiösen Gewissenskultur des Russen. Trotz der Feinheit der Analyse ist die Frage nicht von der Hand zu weisen, ob eine derartige verallgemeinernde

Konstruktion „des Deutschen“ aus dem Kantisch-Goetheschen Weltbild, „des Russen“ aus der tendenziösen Ethik Tolstois und Dostojewskis nicht Gefahr läuft, den Reichtum und die Vielgestaltigkeit der Typen gerade dieser beiden Nationen zugunsten subjektiver Wertungen zu sehr zu vernachlässigen. Jedenfalls aber ist die Schrift ein Schritt weiter auf dem Wege, den Deutschen durch klare Erkenntnis russischen Wesens vor einseitiger Ablehnung wie vor kritikloser Bewunderung zu bewahren.

Scho.

Dwinger, Edwin Erich, Das große Grab. Sibirischer Roman. Berlin-Schöneberg: Franz Schneider o. J. [1920.] 264 S. 8°. M. 16.—.

Der Roman ist aus dem Stoff dreijähriger Gefangenschaft in einer gottverlassenen Grenzgarnison Ostsibiriens, irgendwo am Rande der Mongolei, mit großer darstellender Kraft gestaltet. Die Erzählung, aufgebaut auf den handelnden Personen, deren vornehmste zwei in tiefer Freundschaft verbundene junge deutsche Offiziere sind, ist durch und durch dramatisch. Den Hintergrund bildet die trostlose Landschaft, Deutsche, Österreicher, Balten, Russen (Bolschewisten und andere), Kosaken, Tschechen, Tataren, Chinesen, Kriegsoffer und Kriegshyänen, Abenteurer, Verbrecher, Frauen aller Art. Grundmotiv bleibt das ungeheure leibliche und seelische Leiden der Gefangenschaft; was Gefangenschaft bedeutet, Gefangenschaft vollends im russischen Asien, aus diesem unliterarischen Roman, der die Züge des Erlebnisses trägt, kann man es schauernd ermessen.

Dr. H. M.

Finnland im Anfang des XX. Jahrhunderts. Hrsg. i. Auftr. des Ministeriums d. Ausw. Angelegenheiten. Leipzig: Harrassowitz 1919. XV, 672 S. M. 36.—.

Im Auftrage des finnischen Außenministeriums erscheint hier die grundlegende Publikation für Geographie und Wirtschaft, Kultur und Geschichte des vom russischen Joch befreiten Finnlands. 57 Autoren, darunter führende Geister im wissenschaftlichen und nationalen Leben des Landes, haben Beiträge zu den monumentalen Werken geliefert, das in 7 Abschnitten Natur, Volk und Wirtschaftsleben, soziale Fragen, geistige Kultur, Staatswesen und Geschichte Finnlands behandelt. Finnland beweist der Welt in diesem Werk, daß es ein Land ist, reich an landschaftlichen Schönheiten, wertvollen Industrieschätzen, bewohnt von einer hochgebildeten, in ständigem Aufschwung begriffenen Bevölkerung, es beweist, daß es längst reif war zu staatlicher Selbständigkeit, die es sich jetzt mit Hilfe des deutschen Schwertes erkämpft hat. Es berührt den deutschen Leser besonders sympathisch, daß das Werk in deutscher Sprache in Helsingfors erschienen ist — ist ja doch Finnland eines der wenigen Länder der Welt, in welchem die deutsche Wissenschaft auch nach dem Kriege in höchstem Ansehen steht und der deutsche Name rein und in Ehren gehalten wird. Möchte das Werk dazu beitragen, daß der ganzen Welt mehr als bisher bekannt wird, wie tapfer hier eine hervorragende Nation durch die Schwierigkeiten der Zeit ihren Weg nimmt und wieviel die Menschheit von diesem nordischen Volk in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung zu erwarten hat.

Dr. Scho.

Helmolt, Hans F., Ein Jahrhundert Weltgeschichte 1894—1919. Charlottenburg: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte 1919. 152 S. 8°. M. 8.—.

Die Schrift will nach des Verfassers einleitenden Worten nicht mehr sein als ein handlicher, mit Hilfe des Registers schnell Auskunft gebender Leitfaden über die Hauptlinien der Weltpolitik der letzten 25 Jahre. Ein bis 1919 reichender Literaturnachweis ergänzt in dankenswerter Weise die außerordentlich lebhaft gehaltenen Darlegungen, die in flotten Zügen die zwei Jahrzehnte vor dem Kriege, den „Kampf der Nationen“ von Ende Juni bis Anfang August 1914 und schließlich Krieg und Zusammenbruch schildern.

am.

Platzhoff, Walter, Bismarcks Bündnispolitik. Bonn und Leipzig: Kurt Schroeder 1920. 23 S. 8°. M. 2.60.

Der Bonner Historiker gibt in einer kurzen Rahmen-Darstellung nur die Hauptumrisse der Bismarckschen Bündnispolitik, deren adoktrinäre Zeitbedingtheit gut herausgearbeitet wird. Neueste „Enthüllungen“ (englischer „Korb“ bei Bündnisangeboten von 1875; Spaniens und Serbiens zeitweise förmliche Zugehörigkeit zum mitteleuropäischen Block) sind berücksichtigt. Die drei Seiten Anmerkungen sind gleichzeitig ein recht brauchbarer Literaturnachweis.

am.

Systematische Übersicht über sämtliche wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages vom 28. Juni 1919 nebst Rheinlandabkommen. Ein Führer durch den Friedensvertrag, zusammengestellt von Dr. Walter Klinghardt. Berlin: Georg Stilke 1921. 31 S. 8°.

Eine umfassende Kenntnis des Friedensvertrages ist heute in Deutschland noch selten. Sie wird durch den Umfang des Gesetztextes und die Verschleiernsmethode der Friedensmacher von Versailles erschwert. Die vorliegende Übersicht bringt eine Sichtung des umfangreichen Materials und gestattet, sich in Kürze ein Bild der gesamten wirtschaftlichen Belastung zu machen. Sie stammt von dem Bearbeiter des wirtschaftlichen Teils der gem. inverständlichen, systematischen Ausgabe des Friedensvertrages, die demnächst von den „Blättern für Gesetzeskunde“ im Zusammenwirken mit den einzelnen Reichsministerien herausgegeben werden soll. Das Heft ist als vorläufiger Wegweiser durch das dornige Labyrinth der wirtschaftlichen Bestimmungen zu begrüßen.

Dr. H. M.

Kutze, Georg, Voraussetzungen zur künstlerischen Weltmission der Deutschen. Eisleben: Iso Verlag W. Probst 1919. 61 S. 8°. M. 2.50.

Von der Kölner Werkbundausstellung 1914 ausgehend untersucht der Verfasser die Frage, warum die neu-deutsche Art in Architektur und Kunstgewerbe sich bisher in der Welt nur geringe Anerkennung erworben hat. Er findet die Ursache nicht nur in dem Beharrungsvermögen der historischen Stile, wie sie namentlich in den romanischen Ländern entwickelt und von Frankreich planmäßig propagiert noch den größeren Teil des Weltmarkts beherrschen, sondern in gewissen Schwächen des deutschen Kunstschaffens selbst. Als solche betrachtet Kutze die Vorherrschaft von theoretischen Lehrsätzen über das unekümmerte Schaffen des Tages, die übertriebene Wertschätzung des Stoffes, den Mangel an Formenreichtum und wirklicher

Originalität, die literarisch-romantische Auffassung vom Kunstzweck. Dabei wird klargestellt, wie sehr das auf seine Ursprünglichkeit angeblich so stolze deutsche Kunstgewerbe von anderen Ländern, z. B. England und Japan, befruchtet worden ist. Abhilfe erwartet der Verfasser von der Wiederbelebung des Handwerks und der Anknüpfung an die noch nicht ganz verschwundene Volkskunst.

Dr. H. M.

Der Amateur-Kolonist. Winke und Geschichten aus den La Plata-Staaten von Wilhelm Rhenius, Leipzig. Georg Merseburger, Leipzig 1921.

Rhenius ist ein geschickter Plauderer und sein Büchlein wird manchem Auswanderer mehr sagen können, als tiefgründige Untersuchungen über Land und Leute. Der Autor hat Humor und findet ebenso treffliche Worte über den guten Geist der deutschen Auswanderer, der seine deutschen Tugenden bewährt, wie er auch die schlechten Tugenden des deutschen Auswanderers, Großsprecherei, Schulmeistertum, das Besserwissenwollen und ihre Folgen erzieherisch schildert. Es steckt keine große Kunst in den Erzählungen, aber gerade das Ungekünstelte, einfach Natürliche wird dem Werkchen einen Leserkreis sichern.

Bräunlich, P., Rumänische Stimmungsbilder. München: Lehmann 1920. 80 S. 8°. M. 3.60.

Der Verfasser hat als Feldgelistlicher die Teile Rumäniens, die bis zum Zusammenbruch 1918 von deutschen Truppen besetzt waren, kennen gelernt und gibt seine Eindrücke von Land und Leuten in bunter Reihenfolge wieder. Der Gegensatz zwischen dem armen Bauernvolk und dem Kulturfinis der rasch reich gewordenen Städte ist scharf herausgearbeitet. Deutschen Vergangenheits- und Zukunftshoffnungen wird weiter Raum gegeben. Peinlich wirkt neben der Siegerstimmung der Stil, ein Gemisch von geflügelten Jamben und an Vossens Luise erinnernden Hexametern, in das der anspruchslose Stoff gekleidet ist.

Dr. H. M.

Anschluß — trotz alledem!

Von Dipl.-Ingenieur HEINZ KAYSER, Lörrach i. B.

Die Fülle des Unheils, die der Schmachfrieden von Versailles über uns ergossen, die tausendfachen Nöte innerpolitischer und wirtschaftlicher Art, die er von Tag zu Tag gebiert, die Erpresserpolitik, die der Sieger für weise hält gegenüber dem Besiegten anzuwenden, all diese unmittelbaren Sorgen um den eigenen Bestand lassen die Gesamtheit der Reichsdeutschen kaum zu Atem kommen, um das tragische Geschick des Bruderstammes in Deutschösterreich mit der Teilnahme zu verfolgen, die wir diesem treuen Zweig des Gesamtvolkes schulden. Und doch kann nicht genug wiederholt werden: „Tua res agitur“, dein Schicksal, du ganzes deutsches Volk, wird da draußen gespielt oder — verspielt, wo die Wogen des slawischen Hasses, verbündet mit dem Vernichtungswillen des Feindbundes, immer höher das deutsche Land umbranden und immer größere Schollen vom urdeutschen Festland losreißen oder zu überspülen drohen!

Gewiß muß sich jeder einzelne von uns — ich gestehe das für mich offen ein — immer wieder aufrufen und gegen den entnütigenden Gedanken zur Wehr setzen: „Wir können uns ja selbst kaum über Wasser halten, wie sollen wir da die Vergewaltigung Deutschösterreichs verhindern?“ Nein, wir können helfen, wir müssen wachen und auf dem Plan sein gegen die gefährlichen Angriffe, die letzten Endes nicht den deutschen Vorposten, sondern dem ganzen Volk gelten! Gehen die da draußen verloren, so schlägt die Brandung an den Kern unseres Volkstums, und dann beginnt erst die Not unsres schon so tief getroffenen Volkes.

Aber was tun? Nun, jedes Handeln setzt ein Nachsinnen, ein Sichunterrichten voraus. Wir müssen zum allermindesten wissen, um wen und um was der Kampf geht, wo überall an unseren langgestreckten Volksgrenzen die Welle leckt und spült,

wo es vor allem gilt alarmbereit zu bleiben, um einen Deichbruch abzuwenden. Sage keiner, daß hierzu ein Studium gehört. Was jeder Deutsche über diese Fragen wissen muß, kann er aus einer Fülle von Schriften kleinsten Umfangs erfahren. Welch einen Reichtum an nationalem Wissen und Willen, an Anregung und Aufruf zur Tat enthalten allein die „Flugblätter für Deutschösterreichs Recht“ (herausgegeben von Dr. A. Wotawa, Verlag Alfred Hölder, Wien) für solche, die in gedrängter Form und Zeit den Kampf der deutschen Ostmarken kennen lernen wollen! Schon im vorigen Jahr hatte ich Gelegenheit, in diesen Blättern auf das Unternehmen hinzuweisen. Seitdem liegt eine neue Reihe dieser ausgezeichneten Hefte vor, die ich nachdrücklich jedem empfehlen möchte, der seines Volkes Schicksal mit offenem Herzen erwägt und erlebt.

Geschrieben sind sie allerdings meist in einer Zeit, wo man noch ein wenig Hoffnung hegen konnte, daß die vielbesprochenen „gerechten Ziele“ des Feindbundes und ihres Wortführers Wilson nicht eitel Schaumschlägerei und Schwindel sein könnten, wo man weniger auf Wohlwollen oder Verständnis für unsre völkischen Notwendigkeiten und Belange rechnete, als auf ein Dämmern der Vernunft und der Einsicht, daß ein dauerhafter Friede Sache der ganzen Welt, also auch unsrer Feinde sein müsse. Dies Hoffnungsfünkchen ist inzwischen von einem Aschenregen der tollsten Vernichtungspolitik erstickt worden, und der Friede von St. Germain hat sich als würdiges Gegenstück zu dem von Versailles gesellt. Ein anderer wirksamer Funke der Hoffnung, aus eigenem Feuer geboren, der bis jetzt unter der Asche des nationalen Unglücks nur glimmt, muß darum zur Glut angeblasen werden: „Deutschland den Deutschen!“ Zur Flamme geworden, wird und muß er sich durch das Dornen-

gehege des feindlichen Hasses einen Weg bahnen, wenn nur das eine Ziel unverrückt verfolgt wird: die Einigkeit des deutschen Volkes.

Doch trotz ihrer zeitlichen Bedingtheit verlieren die Flugblätter in nichts von ihrem Wert. In ihrer schlichten Sachlichkeit stellen sie nicht bloß geschichtliche Urkunden aus der tiefsten Notzeit des deutschen Volkes dar, sondern gleichsam das Buch der Grundrechte unseres Volkstums auf dem Boden des alten Kaiserreiches. Und aus allen leuchtet statt müder Gleichgültigkeit, wie sie bei uns eingerissen, immer wieder der Gedanke hell auf, der Richtungspunkt unseres gesamten völkischen Wollens werden muß: „Anschluß, Zusammenschluß — trotz alledem!“ Wirkungsvoll zusammengefaßt erscheint er im Vorwort des Heftes: „Unser Friede“ (I), dessen Schlußsatz lautet: „Wir Deutschösterreicher halten unbeugsam an unserem wiederholt ausgedrückten Willen fest, uns euch anzuschließen und wir werden zu euch kommen — trotz alledem!“ Solche Gesinnung wollen die kleinen Hefte auch bei uns wecken, und ich wüßte keine besseren Rufer im Streit als sie.

Drei Hefte unter dem Titel „Unser Friede“ (I, II und III) zeigen die Stellung Deutschösterreichs gegenüber dem Frieden von St. Germain: Heft I (Nr. 33) enthält die großzügige Kundgebung der Deutschösterreichischen Nationalversammlung in der Sitzung vom 7. Juni 1919, welcher die spärlichen Berichte der reichsdeutschen Presse seinerzeit in keiner Weise gerecht geworden sind; Heft II (Nr. 34) die ebenso knapp als sachlich unwiderlegbar gehaltene Antwort der Vertreter der deutschen Sudetengebiete auf die Friedensbedingungen, die mit Recht als künftige Richtschnur des Selbstbestimmungsrechts für diese Länder gelten darf. — Heft III (Nr. 37) bringt aus der Feder des Justizministers a. D. Dr. Josef Schenk eine kritische Beurteilung des wirtschaftlichen Vernichtungsfriedens. Statt der 14 Punkte Wilsons sind einige wenige Prinzipien bis in die letzte Verzweigung in den Friedensvorschlägen folgerichtig durchgeführt: die Fiktion des einseitigen Kriegverschuldens der Besiegten, der Wirtschaftskrieg gegen den entwaffneten Gegner, der Grundsatz der Mißachtung des Privateigentums, die alleinige Rechtsnachfolge Deutschösterreichs in die Kriegslasten, die rückwirkende Fiktion des Kriegszustandes im Innern von Österreich. — Ein interessantes Problem entrollt Nr. 31 „Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung Deutschösterreichs und der Anschluß an Deutschland“ von Dr. Wilh. Winkler. Ein Ersatz der furchtbaren Kriegsverluste Deutschösterreichs, die weit über dem Durchschnitt der Monarchie stehen (291 Tote in den reindeutschen Gebieten auf 10000 der Bevölkerung, gegenüber z. B. 225 Toten in rein tschechischen und 162 Toten in den polnischen Gebieten!), erscheint infolge der ungünstigen Bevölkerungsvermehrung aus eigener Kraft unmöglich. Nur der Anschluß an die gesunde Kraft des Mutterlandes stellt den Weg der Rettung dar. Das Vertrauen des Herrn Verfassers ehrt und verpflichtet!

Eine Reihe von Heften behandelt wiederum die einzelnen gefährdeten und seitdem meist geraubten Grenzlande. So Nr. 28 „Das Deutschtum in der Bukowina“, das im Weltkrieg so unsagbar Schweres durchmachen mußte, und fünf weitere Nummern die wichtigen deutschen Belange in der Südmark. Von Professor Dr. Pirchegger sind die Nummern 25 „Das steirische Draugebiet“ und 36 „Die slowenischen Ansprüche in Untersteiermark“ geschrieben; klare und eingehende Darlegungen der geschichtlichen, politischen, wirtschaftlichen und ethnographischen Verhältnisse und dazu die deutschen Vorschläge zur Grenzführung nach dem Grundsatz eines gerechten Ausgleichs.

Hierzu bietet Nr. 27 unter dem Titel „Deutsche und slowenische Grenzforderungen“ eine gute Karte (M. 1:600000) mit kurzem Abriß und deutschem, französischem, englischem und italienischem Begleittext, also selbst für Clémenceau und Wilson verständlich! — Fred du Bois, der Schweizer Pazifist tritt wiederum mit großer Wärme und nachdrücklichem Mahn für eine gerechte Lösung der steirischen Frage im Interesse eines dauernden Friedens ein. (Nr. 23 „Marburg und Umgebung“ und Nr. 30 „Warum Pettau und Umgebung zu Deutschösterreich gehören müssen.“) Gegenüber den von Deutschen verfaßten Flugblättern, die im feindlichen (und neutralen!) Lager leicht als „bestellte Arbeit“ verleumdet werden können, sind solche neutrale Urteile, die sich sachlich völlig mit jenen decken, von doppeltem Wert. — Wie es nun den Deutschen, die ihre Seite unter österreichischer Herrschaft alles getan hatten, um die Kultur ihrer anderssprachigen Mitbürger zu heben, unter dem Faustrecht der „Eroberer“ ergeht, zeigt in ergreifender Weise das Heft Nr. 29 „Das Schicksal der Deutschen in der Krain“: Unterdrückung der deutschen Sprache und Schulen, der Vereine und Theater, Verfolgung der Beamten und Wirtschaftsträger und so fort in infinitum. Überall dasselbe Lied, wo diese Herren „Kulturbringer“ hinkommen, sei es der Slowake oder der böhmische Wenzel: Gewalttätigkeit und Schreckensherrschaft sind ihre ständigen Begleiter, je unantastbarer das Recht der Deutschen dasteht! Mit positiven Leistungen pflegen sie hinter dem Berg zu halten.

Mit dem größten Raubstaat, der sich aus den Trümmern des alten Österreich erhoben, der tschecho-slowakischen Republik müssen sich viele Abhandlungen auseinandersetzen. In Nr. 2 „Eine tschechische Sprachenkarte Böhmens, Mährens und Schlesiens“ gibt ein weißer Rabe unter seinen schwarzen Gesellen, Dr. Zdenko Tobolka, der Wahrheit die Ehre, indem er die Geschlossenheit des deutschen Sprachgebiets in den genannten Ländern unumwunden zugesteht. Seine Veröffentlichung, an der Auszüge und eine Karte gebracht werden, ist allerdings 1919 erschienen, wo Tschechien noch nicht zu den „Siegerstaaten“ gehörte. Bekanntlich gründen ja die Tschechen ihre Ansprüche nach den deutschen Sudetenländern auf die erfundene Behauptung, es handle sich um nationale Mischgebiete. Dieses Lug- und Truggewebe wurde gleich durch die erste Abstimmung, die man dem vergewaltigten Deutschtum doch nicht vorenthalten konnte zerrissen: die Gemeindevahlen im Juni 1919, die in Nr. 38 von Dr. W. Winkler eingehend gewürdigt werden, gestalteten sich trotz niederträchtigster Machenschaften und Gewaltmittel zu einem eindrucksvollen Protest des Deutschtums gegen seine widerrechtliche Einverleibung. Gegenüber 3096391 tschechischen Stimmen (=68,21%) ergaben sich 1422038 deutsche (=31,33%), das entspricht einer deutschen Minderheit von mindestens 3 Millionen. Die Tschechen hatten, verglichen mit der von ihnen verleumdeten amtlichen Volkszählung von 1910, nur eine Zunahme von rund 70000 zu verzeichnen. Mit der Million angeblich heimlicher tschechischer Einwohner ist es also nichts!

Die Einzelgebiete nehmen auch hier wieder einen breiten Raum ein. „Deutsch-Südmähren an Wilson“ (Nr. 21) ist eine der vielen Kundgebungen, die jedenfalls gleich den anderen im Wilsonschen Papierkorb landete, aber nichtsdestoweniger zu einer schweren Anklageschrift für ihn wird. „Die wirtschaftliche Lage der Sudetenlande“ (Nr. 26) wird von Dr. E. Pribram umrissen, der zu dem Schluß kommt, daß dieses Quadratkilometer große, fast rein deutsch besiedelte Gebiet Absatz seiner hochentwickelten Industrie (Textilerzeugnisse) an Deutschland angewiesen ist, das ja durch die

trennung von Elsaß-Lothringen etwa 15 % seiner Textilindustrie einbüßte und seinerseits die Beschaffung von Rohstoffen, Kohle, Spinnmaschinen und Webstühlen übernehmen kann. Der vorgeschobene südwestliche Teil des Sudetenlandes ist „der Schönhengstgau“, den in Nr. 32 Franz Jesser ausführlich schildert. Eine Art Halbinsel, die nur durch schmale Brücken mit dem geschlossenen deutschen Sprachgebiet zusammenhängt, aber mit ihren 130000 Deutschen um 6000 Tschechen willen vergewaltigt wurde.

Eine selbständige neutrale Republik wird für „das ost-mährische Industriegebiet“ (Nr. 34) vorgeschlagen, das alte Herzogtum Teschen, um das eine Volksabstimmung zwischen Polen und Tschechen nach dem Entscheid der Friedenskonferenz stattfinden soll. In räumlich vielfach gar nicht voneinander geschiedenen Siedlungsgebieten wohnen hier 252000 Polen, 173000 Tschechen und 138000 Deutsche nebeneinander, und das ganze Gebiet, eines der industriereichsten von Europa, bildet wirtschaftlich und verkehrspolitisch eine solche Einheit, daß eine Teilung nach ethnographischen Gesichtspunkten unnatürliche und unhaltbare Zustände hervorrufen würde. Ob die hier gegebene vernünftige Lösung durchdringt, darf nach den bisherigen Erfahrungen füglich bezweifelt werden.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zu zwei Heften, die sich mit der tschechischen Gefahr für die Lebensfähigkeit Deutschösterreichs beschäftigen. Das eine (Nr. 35), betitelt: „Der tschechische Imperialismus und Deutschösterreichs Schicksal“, enthält eine tschechische Karte von Europa, die beim ersten Blick wie ein blutiger Kalauer wirkt, zum mindesten als Ausgeburt tollsten nationalen Größenwahns. Hier entgeht auch das schon verstümmelte Deutschland seinem verdienten Schicksal nicht, vollends „befreit“ zu werden, und es bleibt, nachdem den Friesen, Dänen, Pommern, Schlesiern und den übrigen Slawenstämmen (!) die ursprüngliche Muttersprache und eigene Staatsform zurückgegeben ist, nur noch Süddeutschland mit einem kleinen Teil Mitteldeutschlands übrig (auf einer anderen Karte aus demselben Werk als „Nemecka Reservace“, also eine Art Indianerreservation, bezeichnet!).

Deutschösterreich wird größtenteils unter Jugoslawien, Tschechien (nur Tirol an die Schweiz) aufgeteilt, der Rest ist als „Zwischenland“, eine Art neutraler Zone, vorgesehen, die gänzlich entdeutscht werden soll. Man könnte zu solchen Hirngespinnsten hellauf lachen, wenn nicht ein so bitterer Ernst dahinter steckte, da der Friede von St. Germain alle Handhaben zur Herabwürdigung Deutschösterreichs als tschechische Kolonie geschaffen hat. Auch nach dieser Seite bleibt kein anderer Ausweg möglich als eine zielbewußte Anschlußpolitik in Kultur und Wirtschaft.

Unter der Behauptung, es seien von 2 Millionen Einwohnern Wiens $\frac{1}{2}$ —1 Million Tschechen, reckt diese Nation schon jetzt ihre Hand nach der rein deutschen Stadt aus. Diese Phantasien einer krankhaften Volksseele stellt jedoch Dr. W. Winkler in dem Heft „Die Tschechen in Wien“ (Nr. 39) richtig und führt sie gründlich ab. Unter Benützung der statistischen Zahlen über die Herkunft der zugewanderten Bevölkerung, die Nationalität der Schulkinder und der Wahlstatistiken kommen nicht mehr als die 100000 Tschechen heraus, welche schon die amtliche Volkszählung von 1910 angab, und die nationalen Verluste der Tschechen, die meist auf friedlichem Wege, d. h. durch Heirat, eintraten, betragen allerhöchstens einige tausend. Jedenfalls müssen die tschechischen Ansprüche, die seit dem Zusammenbruch Österreichs immer gieriger werden, mit ernster Sorge und offenen Augen beobachtet werden. „Man wäge und banne die Gefahr, bevor sie sich zur Gewitterwolke verdichtet.“

Kein Deutscher, dem die Grenzpfähle nicht den Weitblick versperren, wird verkennen, daß Deutschösterreichs Sorgen mittelbar oder unmittelbar auch die unseren sind, und nur durch ein Arbeiten Hand in Hand können die feindlichen Pläne vereitelt werden, die es gleicherweise auf Vernichtung Deutschlands wie seiner Grenzmarken abgesehen haben. Vergessen wir endlich unseren inneren Hader und schließen wir uns zusammen zu jenem größeren Deutschland, vorläufig im Geiste, der noch immer, wenn er das Ziel ernstlich im Auge behielt, die Tat erschaffen hat. Die vorliegenden Flugblätter sind berufene Weiser auf dem Weg zu diesem hohen Ziel.

VON UNSERER ARBEIT

Deutsche Dichter-Spende.

Unserer Bücherspende für die Auslandsdeutschen sind wiederum eine große Reihe wertvoller Werke zugeflossen. Die Spende wurde von den folgenden deutschen Dichtern und Schriftstellern gefördert:

Von Rudolf Hans Bartsch in Wien mit einer Reihe seiner Romane, darunter dem unverwüsthchen Schubertroman „Schwammerl“, den Landschaftsromanen „Zwölf aus der Steiermark“ und „Das deutsche Leid“ (sämtlich bei Staackmann in Leipzig), der die Bedrängung der deutschen Südmark durch die slowenische Flut schildert, Ludwig Finckh in Gaienhofen am Bodensee mit vielen Bänden seiner von Schwaben und Nichtschwaben geliebten Vers- und Erzählungskunst (meist von der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart verlegt), Pfarrer Bruno Goldschmidt mit seinen „Krubentaler Geschichtle“ aus dem Badischen (bei Keutel in Stuttgart), Fräulein Gabriele Gradl-Hartenstein mit ihrem Mysterium „Der sterbende Heiland“ (Orplid-Verlag in München), Fräulein Karla König-Stettin, Manfred Kyber in Stuttgart mit vielen Exemplaren seiner feinen, gemüt- und humorvollen „Märchen“ und „Unter Tieren“ (bei Seifert in Heilbronn und Stuttgart), Fräulein Irma Lässig

in Chemnitz („Aus dem Lebenslied“), Prof. Dr. Markel in Charlottenburg („Schlüssel, Sinn und Summe des Lebens“), Leipzig: Brockhaus), Walter von Molo in Zehlendorf mit seinen jedes deutsch empfindende Herz erhebenden Schiller-, Fridericus- und Königin Luise-Romanen, sowie dem „Wallfahrer zur lieben Frau“ (sämtlich bei Langen in München) und Elsters Monographie „Walter v. Molo und sein Schaffen“, Dr. Albert Ritter in Weiler (Vorarlberg) mit dem Graubündner Roman „Der Gottesfreund“ (Leykam-Verlag in Graz), Roth-Seefried in Berchtesgaden mit vielen Exemplaren seiner Schrift „Deutschlands Jugend“ und Frau v. Sydow in Stolzenfelde mit ihren Romanen „Eines großen Mannes Liebe“, „Wenn reife Frauen lieben“, „Der wilde gelbe Mohn“, „Kraft“ und „Die vom Königshof“.

An der Dichterspende beteiligten sich ferner die folgenden Verleger: Der Bergstadtverlag in Breslau mit vielen Bänden der trefflichen Erzählungen des Schlesiens Paul Keller („Heimat“, „Hubertus“, „Das letzte Märchen“, „Die fünf Waldstädte“, „Stille Straßen“, „In fremden Spiegeln“, „Krone“, „Das königliche Seminartheater“), dem oberösterreichischen Kulturroman „Tiefengold“ von Maxis und R. Betschs „Benedikt Patzen-

berger“, Greiner & Pfeiffer in Stuttgart mit Friedrich Lienhards elsässischen Romanen, Dramen und Erinnerungen „Der Einsiedler und sein Volk“, „Oberlin“, „Odilia“, „Lebensfrucht“, „Wasgau-Fahrten“, „Jugendjahre“, „Gottfried von Straßburg“ und „Westmark“, und den in elsässisches Gewand gekleideten Erzählungen „D'r Hahn im Korb“, „G'schichten un Erinnerungen us de sechziger Johr“, „D'r Herr Merckling un sini Deechter“ von Marie Hart, das Bibliographische Institut in Leipzig mit den wissenschaftlichen Werken der Sammlung „Kultur und Welt“, „Die Völker Europas und des Orients“ von Haberlandt, „Die deutsche Kultur vom 18. Jahrhundert bis zum Weltkrieg“ von G. Steinhausen, „Die Pflanzendecke der Erde“ von A. Hansen, „Der Mensch“ von Johannes Ranke und „Die deutschen Landschaften und Stämme“ von Alfred Kirchhoff, den Zeitromanen „Die zwei Nationen“ und „Geert Holdts Brautschau“ von Tamm, „Auf heiß umstrittener Erde“ von Gottschall und anderen neuen Erzählern, die Missionsbuchhandlung in Herrnhut mit Nitschmanns ergebnisreichem Buch „Unter südafrikanischem Himmel“, „Unser Lorie“, Franckes „Die Vierten“ und Bauers Andachtsbuch „Bethaniastunden“, Hermann Paetel in Berlin-Wilmersdorf mit einer Reihe von Bänden seiner Sammlung belehrender Unterhaltungsschriften, Walter Seifert in Heilbronn und Stuttgart mit dem schön ausgestatteten Sammelbuch neuer deutscher Legenden „Der Wunderkelch“, Isemanns lothringer Roman „Jean Philipps Erbe“ und der Tiergeschichte „Nala und Re“, Rudolf v. Delius religionsphilosophischen Streifzügen und Manfred Kybers Märchenspielen „Das wandernde Seelchen“ und „Der Tod und das kleine Mädchen“, sowie seinen lyrischen Gedichten „Genius Astri“.

Weitere Zuwendungen erhielt die Dichterspende von Herrn Biesalski in Mannheim („Franz Wilhelm Metz, Adoptivsohn der Stadt Metz“. Eine Kriegserinnerung von Major Walter Buchholz), von der Landesgruppe Württemberg des Caritasverbandes, von Frau Dr. Beer-Barmen, Herrn Franz Eichler-Oderberg, Herrn Paul Schneider in Stuttgart und Frau Professor Schottländer in Heidelberg.

Allen Gebern sei auch an dieser Stelle im Namen der Auslandsdeutschen, die wir bereits bedenken konnten, herzlich gedankt. Aber noch viele uns vorgebrachte Wünsche gilt es zu befriedigen. Dazu sind Stiftungen an Büchern oder Geldmitteln mit der Bestimmung „Deutsche Dichterspende“ stets willkommen. Vorgedruckte Schildchen zum Einkleben in Bücher werden auf Wunsch von uns abgegeben.

Besonderen Dank schulden wir der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großborstel, die uns eine zweite umfangreiche Spende ihrer für die deutschen Volksgenossen im Auslande wie geschaffenen handlichen Bände deutscher Erzähler, Dichter und Heimatbücher zur Verfügung stellte.

Spende für das D. A. I.

Eine besonders wertvolle Schenkung ist der Kartensammlung des D. A. I. von der Kartograph. Anstalt Freytag & Berndt in Wien überwiesen worden. Der Verlag hat sämtliche Wandkarten der verschiedenen Kontinente, die bei ihm erschienen sind, dem D. A. I. geschenkwise zugeleitet. Dieses wertvolle Kartenmaterial wird nun bei Aufklärungsvorträgen über die Lage des Deutschtums in den verschiedenen

Ländern und bei allgemein-auslandkundlichen Vorträgen über die verschiedenen Gebiete nutzbar gemacht werden.

Aus der Rückwandererhilfe des D. A. I.

Nach 20 Monaten haben zwei schwäbische junge Mädchen, die seinerzeit in jugendlichem Leichtsinn zwei serbischen Kriegsgefangenen, die in die Heimat abtransportiert worden waren, nachreisten, den Weg nach Hause wieder gefunden. Über die österreichische Grenze wurden sie von ortskundigen Schmugglern geleitet. An der ungarischen Grenze mußten sie ihr Gepäck zurückschicken. Über die serbische Grenze schmuggelten sie sich selbst und nahmen Dienste an in Belgrad. Die serbischen Kriegsgefangenen sahen sie nie wieder und hatten auch sehr rasch den Plan aufgegeben, sie aufzusuchen; vielmehr wären sie, wenn sie nicht die Scham zurückgehalten hätte, am liebsten wieder heimgekehrt. Daran hinderten sie aber die Behörden, die dahinter gekommen waren, daß sie ohne Paß die Grenze überschritten hatten und sie dafür unter Kontrolle stellten.

Als die deutschen Kriegsgefangenen in ihre Heimat abgeschoben wurden, versuchten sie sich, als deutsche Soldaten verkleidet, diesen anzuschließen. Alles war aufs beste vorbereitet. Aber die Dienstherrin der einen, eine Ungarin, verriet die Sache, so daß die Mädchen, die bereits auf dem Schiff waren, festgenommen wurden. Sie kamen nun ins Gefängnis und wurden dort 14 Tage bei Wasser und Brot gehalten. Die ersten 4 Tage mußten sie absolut fasten. Die Wärter begründeten dies damit, daß die Deutschen in Serbien es auch nicht besser gemacht und dazu alles verwüstet hätten (?). Zum Umfallen elend wurden sie schließlich freigegeben und unter Eskorte ins innere Serbien nach Valjewo gebracht.

Dort bekamen sie Dienst und mußten sich alle Tage bei der Polizei stellen. Die Behandlung war erträglich. Immerhin hatten sie kein Bett (bei einer tschechischen Doktorsfrau) und galten als geächtet. Ihre Briefe aus dieser Zeit waren sehr verdächtig. Ihr einziger Trost war der Sonntagsspaziergang auf den deutschen Militärfriedhof, wo es ihnen eine Wohltat war, wenigstens deutsche Worte zu lesen.

Die Eltern der beiden Mädchen wandten sich nun ans auswärtige Amt, doch hatte dasselbe noch immer keine Vertretung in Serbien. Das Deutsche Ausland-Institut verwies nun die Eltern an Herrn Direktor Oehler, jetzt Schloß Serach in Württemberg, der selbst lange Jahre als deutscher Pionier im Lande gelebt und gearbeitet hat, und diesem gelang es, den ihm befreundeten evangelischen Pfarrer von Semlin, S. Schumacher, auf die Mädchen aufmerksam zu machen. Es gelang Geld zu überweisen, Pfarrer Schumacher unterzog sich der Mühe, selbst die Mädchen in Valjewo aufzusuchen, gewann einen in Valjewo wohnenden Schweizer, der die Sache der Mädchen dort weiterführte, während Pfarrer Schumacher unermüdlich beim Ministerium vorsprach, bis es ihm gelang, die Freigabe zu erwirken. Die Lokalbehörden versuchten allerdings, den betreffenden Uka zu unterschlagen, aber auch das gelang nicht, und so kamen denn die beiden jugendlichen Abenteuerinnen nach Semlin, wo sie Pfarrer Schumacher aufnahm. Von dort stellten sie sich auf der mittlerweile gegründeten deutschen Gesandtschaft vor, wo man sie sehr entgegenkommend aufnahm und wenige Tage später trafen sie wohlbehalten und um manche Lehre reicher bei ihren Eltern ein.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 18. März 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7600. Druck: Greiner & Pfeiffer Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portoszuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 16 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 8.— Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV — Nr. 8

STUTTGART

Zweites Aprilheft 1921

Um das Reichswanderungsamt

Von Dr. FRITZ WERTHEIMER, Generalsekretär des Deutschen Ausland-Instituts, Stuttgart.

I. Das R.W.A. im Reichstag.

Bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern hat der Reichstag sich wiederum eingehend mit der Wanderungsfrage und ihrer Organisation im Reichswanderungsamt efaßt. Wir möchten unseren Lesern zunächst auf Grund der ethnographischen Berichte — die Tageszeitungen berichteten naturgemäß nur lückenhaft — ein knappes, wahrheitsgetreues Bild geben, um sie auf dem laufenden zu halten.

In der 79. Sitzung des Reichstags vom 9. März begann die Besprechung des Etats. Der Referent, der Zentrumsabgeordnete Professor Dr. Schreiber, streifte die Frage in seinem Einleitungsbericht nur sehr kurz: „Bei dem Etat des Reichswanderungsamtes wird die Frage der Einwanderung von Ostjuden von mehreren Rednern behandelt. Es wurden ferner Anträge angenommen, die auf Ersparnisse zielen und es auf ein stärkeres Veranziehen der privaten Organisationen absehen.“

Sehr lebhaft bekämpfte das R.W.A. der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Braun (Franken). Er nannte es eine Kriegsgesellschaft, die unter anderem Namen gehe, erklärte, es stamme noch aus der Zeit der phantastischen Ideen her, das deutsch wandernde Baltikum mit deutsch-russischen Siedlern anzufüllen, zu diesem Zweck sei das Amt errichtet worden, über dessen Weiter sich der Redner kritisch äußerte. Ein Schild: „Wandert nicht aus“ würde an Stelle der Tätigkeit des Amtes vollkommen genügen, denn mehr habe das Amt nicht geleistet, als zu warnen. Dazu aber brauche man nicht diese große Anzahl von Korvettenkapitänen, Majoren und Obersten, die jetzt in die Geheimratsnacht eingekleidet seien. Der Beamtenluxus in den Ämtern sei unverständlich, es sei das Klügste, gegen den ganzen Etatstitel zu stimmen. Das R.W.A. habe auch einen unangenehmen politischen Beigeschmack, man sei dort peinlich besorgt, daß kein Outsider ohne militärische Vergangenheit hereinkomme. Derartige gegenrevolutionäre Konventikel sollten nicht aus Staatsgeldern erhalten werden.

Der deutschnationale Abgeordnete Delbrück sagte, im Ausschuß sei von allen Seiten und seines Erachtens mit unbedingtem Recht gegen das R.W.A. Sturm gelaufen worden. Er habe sich selbst an diesem Sturm lauf beteiligt, weil er gegen die Verewigung einer Kriegsinstitution sich habe wenden wollen und weil die verbleibenden Aufgaben nicht durch ein Amt mit einem Präsidenten, drei Direktoren und einer großen Zahl von Referenten gelöst werden sollten, sondern durch eine Abteilung

oder Unterabteilung des Reichsministeriums des Innern. Der Bericht verzeichnet hier Zurufe: Sehr richtig, rechts. Späterhin sei eine ganze Menge Material durch die bekannte Besprechung beim Minister des Innern von allen Seiten her zusammengetragen worden, was früher nicht bekannt war. „Unter diesen Umständen sind meine politischen Freunde und ich der Meinung, daß heute noch nicht der Tag ist, wo wir endgültig über das Fortbestehen dieses Amtes Beschluß fassen können“ (sehr richtig, rechts). Seine Fraktion schlage vor, die Regierungsvorlage für 1920 wiederherzustellen und die Regierung um Vorlage einer Denkschrift für das Etatsjahr 1921 zu ersuchen mit erschöpfenden Angaben über die Aufgaben des Amtes, seine zentrale und lokale Organisation, über die privaten Organisationen, mit denen das Amt arbeite, und über die Frage, ob nicht das Amt durch eine Abteilung des Ministeriums zweckmäßiger ersetzt werden könne. Der Redner erklärte weiter, daß die Wanderungsfrage erhöhter Fürsorge bedürfe. „Wir würden also an sich nichts dagegen einzuwenden haben, wenn in bescheidenem Maße im Zusammenhang mit dem Reichsministerium des Innern eine zentrale Stelle geschaffen würde, die diese Aufgabe amtlich leitet. Wir sind aber der Meinung, daß hier wie in anderen Fällen eine in die provinziellen und lokalen Instanzen eingreifende Tätigkeit des Reichs nicht zulässig ist. Wo derartige lokale Stellen geschaffen sind, sind diese lokalen Stellen abzubauen. Wir sind der Meinung, daß der Beschluß gefaßt werden muß, die Tätigkeit draußen im Lande entweder mit Hilfe der Landesbehörde oder mit Hilfe und im Zusammenhang mit den zahlreichen privaten Organisationen, die sich mit diesen Angelegenheiten bisher, zum Teil mit Erfolg, beschäftigt haben und gerne bereit sind, eine derartige Tätigkeit zu übernehmen, durchzuführen.“

Als nächster Redner befaßte sich mit den Fragen der Reichsminister des Innern Koch. Auch er griff darauf zurück, daß das R.W.A. im Kriege, also vor seiner Zeit, entstanden sei. Die Auswanderungsgefahr sei gewiß vorhanden, und ein Glück für Deutschland werde die Auswanderung auf keinen Fall sein, auch wenn das Land seine 60 Millionen Menschen nicht ernähren könne. Denn die Auswanderung werde keine Auswanderung dritter und vierter nach Selbständigkeit strebender Bauernsöhne sein, sondern eine Auswanderung von Technikern, von Qualitätsarbeitern und von Gelehrten, z. B. Chemikern, kurz derjenigen, die wir für den Wiederaufbau nötig brauchten. Das Reich müsse also die Auswanderungsfrage sorgsam prüfen, „nicht etwa in der

Richtung einer Förderung der Auswanderung schlechtweg, sondern vielfach auch einer Bearbeitung dahin, daß versucht werden muß, die Auswanderung solcher qualifizierten Kräfte zu verhindern oder wenigstens auf ein Notmaß zurückzuführen.“ Er, der Minister, habe erst nach der Sachverständigenkonferenz sein Urteil sich gebildet, die sich sehr für das R.W.A. erklärt habe. So namentlich auch der Vertreter des deutschen Gewerkschaftsbundes. Abg. Dr. Braun, Franken, warf hier dazwischen, jener Vertreter habe nur seine persönliche Auffassung vertreten, worauf der Minister entgegnete, er sei als Vertreter des Gewerkschaftsbundes eingeladen worden und habe als solcher auch seine Erklärung abgegeben. Der Minister erklärte, die Frage, ob Abstriche vorgenommen werden könnten, müsse noch einmal einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Er erinnerte an die einmütige Zustimmung fast aller Organisationen in jener Sachverständigen Sitzung, die das R.W.A. gefunden habe. Gegen das Amt sei überraschend wenig vorgebracht worden. Würden seine Aufgaben von privaten Vereinigungen übernommen, so arbeiteten sie ganz verschieden und für verschiedene Kreise. So habe er, der Minister, z. B. dem Deutschen Ausland-Institut in Köln die Errichtung einer Zweigstelle genehmigen wollen, wogegen sich aber ein Sturm des Protestes aus Zentrumskreisen und aus Köln erhoben habe und das Verlangen gestellt worden sei, eine eigene amtliche Zweigstelle in Köln zu schaffen oder eine städtische Auskunftsstelle zu gründen. (Darauf, daß der Herr Minister hier von den ihm unterstellten Instanzen vollkommen falsch informiert worden ist und daß die von ihm vorgetragenen Tatsachen nicht stimmen, wird an anderer Stelle eingegangen werden. Die Schriftltg.) Die Möglichkeit, die Zweigstellen ohne weiteres zu beseitigen, scheine ihm also nicht gegeben zu sein. Er bitte den Reichstag, keinen endgültigen Beschluß zu fassen, sondern die Frage noch einmal im Ausschuß zu prüfen.

Nächster Redner war in der 80. Sitzung des Reichstags vom 10. März der Abg. Dr. Schreiber vom Zentrum, der bezeichnenderweise über das R.W.A. überhaupt in seiner Rede nichts sagte. Der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, Dr. Everling, erklärte den im Ausschuß besprochenen Abstrich für noch nicht spruchreif. Die Besprechung vom 22. Februar habe ihn in dieser Ansicht bestärkt. Hier rief der sozialdemokratische Abgeordnete Stücklen dazwischen, jene Sitzung sei nur eine Komödie, sei nur bestellte Arbeit gewesen. Der Redner antwortete, das wisse er nicht, er selbst habe sie nicht bestellt, er habe nur den Eindruck gehabt, daß der Vertreter der Organisationen mit großer Wärme für das Amt eingetreten seien. Ja, der Vertreter des Raphael-Vereins habe sogar den Ausbau des R.W.A. zu einem eigenen Ministerium verlangt, wofür er, der Redner, sich allerdings nicht entschließen könne. Die öffentliche Preßfehde, die eingesetzt hätte und die von Freunden und Gegnern des Amtes nicht immer in sachlicher Weise geführt worden sei, hätte diese seine Stellungnahme nicht veranlaßt.

In der 86. Sitzung des Reichstages vom 16. März kam dann, nachdem inzwischen das R.W.A.-Kapitel noch einmal an den Ausschuß zur wiederholten Behandlung zurückverwiesen worden war, die **Spezialberatung des Etats des R.W.A.** Der Abg. Dr. Schreiber nahm zuerst das Wort und betonte, daß er als Berichterstatter, nicht als Redner spräche. Er berichtete, daß der Hauptausschuß die Dinge noch einmal geprüft habe, daß mehrere Redner zum Ausdruck gebracht hätten, daß die gegen die Beschlüsse des Hauptausschusses geführte Agitation die Grenzen des Zulässigen in mehr als einer Hinsicht überschritten habe, daß man über die Organisation des Amtes und über die Zweig-

stellen sich unterhalten habe und zum Schluß nach lebhafter Aussprache die unveränderte Annahme des Etats beschlossen habe. An Stelle der beiden früher beantragten Entschließungen aber seien Entschließungen gefaßt worden:

„die Reichsregierung zu ersuchen, den Abbau des Reichswanderungsamtes einzuleiten und zunächst zwei Regierungsräte als ‚künftig wegfallend‘ zu bezeichnen, sowie von den drei Direktorstellen eine als ‚künftig wegfallend‘ zu bezeichnen und eine Direktorstelle in die Stelle eines Oberregierungsrates umzuwandeln;

die Reichsregierung zu ersuchen, die sich mit der Auswanderungsberatung befassenden privaten Organisationen finanziell zu unterstützen unter gleichzeitiger Verminderung der amtlichen Auskunftsstellen;

die Reichsregierung zu ersuchen, mit dem Haushaltsplan für 1922 eine Denkschrift vorzulegen, welche erschöpfende Angaben über die Vorgeschichte, die Entwicklung, die jetzigen Aufgaben des R.W.A., seine zentrale und lokale Organisation enthält. Dabei ist insbesondere darzulegen, mit welchen privaten Organisationen das Amt arbeitet und wie diese mit demselben organisatorisch verbunden sind. In der Denkschrift ist ferner zu erörtern, ob zur Erledigung der gestellten Aufgaben ein besonderes Amt notwendig ist und nicht eine Abteilung des Ministeriums zweckmäßiger mit demselben zu betrauen ist.“

Als erster Redner nahm zu ausführlichen Darlegungen der sozialdemokratische Abg. Stücklen das Wort. Er erklärte die große Zahl der Anfragen an das Amt aus dem Ankleben der künstlerisch verunglückten Plakate des Amtes an allen Bahnhöfen, in Wirklichkeit erblicke das Amt seine Aufgabe darin, die Auswanderung zu verhindern. Eigentlich hätte das die Lenkung der Auswanderung nach Kurland begründete Amt mit dem Scheitern jener Eroberungshoffnungen ins Auswärtige Amt zurückversetzt gehört, man habe es aber belassen und suche nur Arbeit dafür. Die Auswanderung sei gewiß eines der ernstesten Probleme der Zukunft, von einer Beseitigung des Wanderungsamtes könne keine Rede sein, die Aufgaben könnten nicht unter den Tisch fallen. Die Agitation, die behauptet habe, das sei der Sinn der Beratungen im Hauptausschuß gewesen, habe die Unwahrheit gesprochen. Es sei nur davon die Rede gewesen, diese Aufgabe besser und zweckmäßiger durch eine Ministerialabteilung zu lösen. Heute stehe nicht die Auswanderung, sondern die massenhafte Einwanderung und Rückwanderung im Vordergrund des Interesses. Das R.W.A. habe in seinem Geschäftsbericht gewissermaßen als seinen Erfolg die Heimbeförderung der in Sowjet-Rußland befindlichen reichsdeutschen Zivilgefangenen ausführlich besprochen, obgleich es damit gar nichts, aber auch gar nichts zu tun gehabt habe. Das sei zweifellos eine Irrführung. In den Geschäftsberichten werde weiter erzählt, das Amt habe einen Beamten nach Eydtkuhn gesetzt, um den nach Deutschland zurückflutenden Flüchtlingsstrom aufzuhalten. Das sei ein Fehlschlag gewesen, gehöre auch im übrigen gar nicht zu den Aufgaben des R.W.A. Wie kommt es, daß das Amt derartige Unrichtigkeiten in seinen Geschäftsbericht aufnehme? In einer anderen Druckschrift werde erzählt, daß es gelungen sei, den Zuzug Deutscher und Deutschstämmiger aus dem Osten in geordneten Bahnen zu halten und einer drohenden Flucht großer Menschenmassen aus dem Osten nach Deutschland vorzubeugen. Jeder Mensch, der die Verhältnisse kenne, wisse aber, daß genau das Gegenteil von dem richtig sei, was in diesem Bericht stand. Augenblicklich könne die Auswanderung kaum in Frage kommen. Das R.W.A. wolle den Auswanderern die Benutzung deutscher oder neutraler Schiffe empfehlen und sie von „feindlichen“

schiffen fernhalten. Was wolle man damit erreichen? Die Auswanderer würden die beste und billigste Fahrgelegenheit nehmen und nicht lange nach der Flagge fragen. Man könne auch den deutschen Einwandererstrom nicht zwingen, sich in bestimmte Länder zu ergießen. Er, der Redner, verstehe nicht, wie man die Auswanderung eindämmen wolle, wo doch in Deutschland keine Möglichkeit bestehe, die Leute unterzubringen. Was könne man sich denn als Zielland der Auswanderung? Er, der Redner, glaube, es werde der Osten und Südosten Europas sein, der die meisten Auswanderer aufnehmen werde, so daß ein Seetransport überhaupt vermieden würde. Allerdings müßten Vorkehrungen getroffen werden, daß die Auswanderer der Heimat nicht entfremdet würden. Das könne aber keine Behörde machen. Das sei Aufgabe vielleicht der Gewerkschaften und der charitativen Verbände.

Stücklen setzte dann auseinander, warum er gegen das System der amtlichen Auskünfte sei, mit denen das Amt eine gewisse Garantie übernehme, so daß unter Umständen Regreßansprüche gegen das Reich erhoben werden könnten. Man solle ruhig die bisher bewährten Organisationen arbeiten lassen, denen auch die Gewerkschaften zu kommen hätten. Man solle sie mit dem amtlichen Material versehen und unter Kontrolle stellen, damit sei alles getan, was vernünftigerweise getan werden könne. „Aber jede Zentralisation, derart, daß eine amtlich abgetempelte Auskunft von einer Stelle gegeben werden soll, ist doch für das denkbar größte Übel. Man kann auch, wie schon seither der Fall war, die Firmen, die sich mit Auswanderung befassen, einer strengen Konzessionspflicht unterwerfen, man kann einen Tarif vorschreiben, damit der Auswanderer vor Ausbeutung geschützt wird, aber die amtlichen Auskünfte sind auf alle Fälle nach manchen Richtungen hin höchst bedenklich.“ Das ehemals starke Deutschland habe vor bestimmten Ländern warnen können, das heute schwache Deutschland setze sich da der Gefahr von Repressalien aus, wo wir doch keinen Anlaß hätten, uns Feinde zu schaffen. Private Organisationen dagegen könnten warnen so viel sie wollten.

In dem Bericht des R.W.A. stehe auch, daß zu seiner Aufgabe die Inlands-Siedelung gehört. Das sei absolut unrichtig, eine Aufgabe der Länder und nicht des R.W.A. Das Amt überorganisiert. In welchem Amt kämen auf 20 Obersekretäre 14 Regierungsräte? Diesen Zustand abzubauen, liege im öffentlichen Interesse der deutschen Finanzen. Man mache eben keinen Aufwand im Amt, die unnötig seien. Die Nachforschung nach Auswanderern z. B. anzustellen sei Sache des Zentralnachweiseamtes, schon heute nach den Soldaten forsche, also auch die Nachforschung nach den Zivilisten ruhig mit übernehmen könne. Dem Amt hätten eben Aufgaben verschafft werden müssen und so man auch diese Aufgabe herangezogen. Für zeitlich bestimmte Aufgaben solle man überhaupt keine eigene Behörde eröffnen. Im vorigen Jahre sei das R.W.A. bei der Überfülle der Arbeit in der Etatsberatung ohne Aussprache durchgekommen, habe man zwei Direktoren mitbewilligt, von denen jetzt erst sei, daß ihre Stellen als „künftig wegfallend“, bezeichnet werden sollten. Man habe also zwei Herren zu Direktoren gemacht, ohne daß es sachlich nötig gewesen wäre, da ihre Posten auch durch Oberregierungsräte versehen werden könnten. Das Amt wehre sich gegen Abstriche, die man machen wolle, behaupte, gerade bei ihm werde gearbeitet. Die Sache liegt so: Man suche sich einen Aktendeckel und setze sich auf, das sei die Grundlage der Existenz. Wenn nun jemand den Aktendeckel wegziehen wolle, dann wende sich der Träger des Aktendeckels dagegen und rufe seine Freunde und alle mög-

lichen Leute zu Hilfe. Dann werde der Öffentlichkeit klar gemacht, gerade dieser Aktendeckel sei die Achse, um die sich alles in Deutschland drehe. (Große Heiterkeit.) So habe man es auch jetzt erlebt. Das R.W.A. stehe den Treibereien gegen den Haushaltsausschuß zweifellos nicht fern. Zunächst habe man den ganzen Streit auf ein anderes Geleise geschoben: „Man stelle es so hin, als ob das Ausland-Institut in Stuttgart — ein ausgezeichnet geleitetes Institut, das außerordentlich viel geleistet hat und noch leistet, das übrigens auch von einer ganzen Reihe von Mitgliedern der Nationalversammlung seinerzeit in Stuttgart besucht worden ist — alles an sich ziehen wolle, um das R.W.A. auszuschalten. Das hat natürlich in den Hansestädten verfangen, wo man in dieser Frage natürlich mit der Verlegung des Schwerpunktes nach Stuttgart nicht einverstanden war.“

Der Abg. Stücklen fuhr dann fort, alsbald habe sich der „Verein für Siedelung und Wanderung“ mit der Sache befaßt und eine Sitzung einberufen mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zu den Beschlüssen des Hauptausschusses.“

Es ist dem Abg. Stücklen hier insofern ein kleiner, bei der Mischung der Organisationen und bei der später zu erörternden Haltung des Herrn v. Lindequist, des Präsidenten beider Organisationen, allerdings leicht entschuldbarer Fehler unterlaufen, als er anscheinend nicht wußte, daß der „Verein für Siedelung und Wanderung“ nicht für sich die Sitzung einberief, sondern nur in seiner Stellung als Vorortverein der „Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen“. Dieser Arbeitsgemeinschaft, nicht dem Verein für Siedelung und Wanderung, gehören denn auch die vielen von Stücklen weiterhin aufgezählten Organisationen, wie die Gewerkschaften, die charitativen Verbände usw. an. Stücklen glossierte jene Versammlung, an der das R.W.A. selbst nicht teilnahm, sondern nur durch ihm allerdings sehr nahestehende Beamte mittelbar vertreten gewesen sei. Er ging alsdann zu den Angriffen in der Presse über und nahm sich vor allen Dingen die „Deutsche Auswandererzeitung“ vor, „ein Organ, das in Hamburg erscheint und in weiteren Kreisen der Öffentlichkeit wahrscheinlich kaum sehr bekannt sein wird, das den Ton berüchtigter Revolverblätter anschlug“. Stücklen ging auf die unseren Lesern bekannte Erzählung von der angeblichen Stücklen-Erzberger Million ein, besprach ausführlich auch den Fall der leihweisen Darlehen an die rückkehrenden Palästinenser (den unseren Lesern gleichfalls bekannten Fall der 450 000 Mk.) und teilte mit, nachdem es ihm in Verbindung mit der Württ. Volkshilfe für Kriegs- und Zivilgefangene gelungen sei, die 300 Palästinenser zurückzuschaffen, sei der Präsident des R.W.A. gekommen und habe auf Grund vieler Erlasse ihm klarzumachen versucht (der Präsident des R.W.A. pflegt in solchen Fällen zu sagen „belehrt“. Die Schriftlfg.), daß das seine, des Präsidenten, Sache sei. Hätte das Amt die Sache gemacht, so sei das zur Verfügung stehende Schiff sicherlich längst weg gewesen, ehe die „Erwägungen“ zu Ende geführt gewesen seien. „Man verlangt wirklich für solche Tätigkeit keinen Dank. Aber daß nun irgendein Bürokrat kommt und erklärt, das sei seine Sache, dafür geht mir allerdings jedes Verständnis ab“ (lebhafteste Zustimmung).

Stücklen besprach dann endlich die vom Reichsministerium des Innern einberufene Konferenz zur Behandlung der Frage des R.W.A., bei der nur die Vertreter des Vereins für Siedelung und Wanderung angetreten seien und der Reihe nach ihr Sprichlein hergesagt hätten. Alles sei vorher fix und fertig vorherberaten gewesen. Auch Herr von Lindequist habe dort eine Lanze gebrochen, der an der Spitze einer Organisation stehe, die vom

R.W.A. eine Subvention von Mk. 10000.-- bekomme. Die ganze Konferenz, bei der auch eine Frau gleich für 25 Frauenvereine eine Erklärung abgegeben habe, sei eine Komödie gewesen. Sowohl der Abg. Delbrück wie auch er, der Redner, hätten gegen einen derartigen Anschauungsunterricht Protest eingelegt.

Abg. Stücklen betonte zum Schluß, seine Partei habe keine Anträge gestellt, weil ihr die Beschlüsse des Haushaltsausschusses zunächst genügten. Nach § 7 des Haushaltsgesetzes dürfe künftig ja doch nur jede zweite Beamtenstelle wieder besetzt werden, bis der Beamtenstand um 25 % ermäßigt sein würde. Zum Schluß betonte der Redner wiederholt seine Teilnahme für die Wanderungsfrage und seine Überzeugung, daß diese Frage in einer Ministerialabteilung besser behandelt werden könne.

Der Abg. Brüninghaus von der Deutschen Volkspartei, der späterhin mitteilte, daß er stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung für Siedelung und Wanderung sei, trat darauf dem Vorredner entgegen. Wenn Herr Stücklen die Pressepropaganda gegen das Ausland-Institut und gegen ihn selbst bedauert habe, so sei auch von den Gegnern des R.W.A. die Preßpolemik in einer Weise geführt worden, die er nicht billigen könne, beispielsweise von der „Schwäb. Tagwacht“, wo das R.W.A. nur als Sinekure für höhere Beamten behandelt worden sei. In der Sachverständigenkonferenz beim Reichsministerium des Innern, die Herr Stücklen ein Komödienspiel genannt habe, habe gerade der Vertreter des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes für das R.W.A. gesprochen und betont, die Auswanderung müsse unbedingt vom Staate in der Hand behalten werden. -- Man rief dem Redner zu, jener Gewerkschaftsvertreter habe nur seine persönliche Auffassung vertreten, worauf er entgegnete, das sei bequem, hinterher einen entsandten Organisationsvertreter einfach abzuschütteln und seine Äußerung nur als Privatäußerung zu bezeichnen. Abg. Brüninghaus vertrat dann den Standpunkt, daß man gut tue, das R.W.A. als selbständige Behörde bestehen zu lassen. Es arbeite durchaus nicht bürokratisch, sondern nach rein praktischen Gesichtspunkten. Gerade die höheren Beamten seien von besonderer Bedeutung, weil sie landeskundige Referenten seien. Seine Partei werde gegen die Resolution stimmen, weil sie eine Ministerialabteilung statt des Amtes vorsehe, die teurer werden müsse als das Amt selbst. Von der Regierung sei gesagt worden, daß in absehbarer Zeit, etwa in einem halben bis dreiviertel Jahren mit der Einbringung eines Auswanderungsgesetzes zu rechnen sei. Das werde auch eine Mehrbelastung des R.W.A. bringen, da könne man jetzt nicht mit dem Abbau beginnen. In jener Konferenz vom 22. Februar hätten die Vertreter von etwa 100 Verbänden sich für das R.W.A. ausgesprochen, um diese Tatsache komme man nicht herum.

Nächster Redner war der Staatssekretär Dr. Lewald. Die Kernfrage sei, ob eine amtliche Stelle „für die Erteilung von Auskünften und für die Beschäftigung mit der Auswandererfrage“ vorhanden sein solle, und zwar eine besondere amtliche Stelle, oder ob das im wesentlichen den privaten Organisationen überlassen werden solle. Wer sich mit der Auswandererfrage und mit der Beratung von Auswanderern befaßt habe, wisse, daß immer der dringende Wunsch hervorgetreten sei, es möchte hinter den erteilten Auskünften auch die Autorität und die Verantwortung einer amtlichen Stelle stehen. Wir ständen vor einer neuen Völkerwanderung. Da müsse einer planlosen Vergeudung von Volksgut vorgebeugt werden, Hunderte und Tausende von Volksgenossen müßten vor allen möglichen auftauchenden Schiefern und Schwindlern behütet werden. Darum habe man das R.W.A. geschaffen. Vor seiner Errichtung habe ein Referat im

Reichsministerium des Innern und eine Abteilung im Auswärtigen Amt für diese Angelegenheit bestanden, auch im Auswärtigen Amt eine besondere Organisation, ein Beirat für das Auswanderungswesen. Auch das Reichsamt des Innern habe einen solchen Beirat für das Auswanderungswesen gehabt. Die kompetentesten Stellen, nämlich die Persönlichkeiten in Hamburg und Bremen hätten sich nun für ein besonderes Auswanderungsamt erklärt. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes habe erklärt, sein Amt lehne es ab, diese Frage künftighin zu bearbeiten, wo es sich um eine Fülle von technischen Fragen und Einzelheiten handle. Das Auswärtige Amt sei eine politische Behörde. So also sei das R.W.A. entstanden, das aus einem anfänglichen Einwanderungsamt jetzt ein Auswanderungsamt geworden sei. Der Staatssekretär erklärte dann die große Zahl der Regierungsabteilungen gegenüber den Obersekretären, die Regierungsräte seien dann sach- und landeskundigen Referenten. Zu der Sitzung im Reichsministerium seien alle Organisationen ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit und auf die Konfession eingeladen worden. Auch der Ärztevereins-Bund. „Der Herr Abgeordnete Stücklen scheint nicht im Ausland gewesen zu sein und nicht zu wissen, wie groß die Zahl der deutschen Ärzte ist, die dort tätig waren, vertrieben worden sind und nun wissen wollen, ob sie zurückkehren können.“ Die vom Reichstag verlangte Denkschrift werde ihm geliefert werden. Das R.W.A. werde wie bisher auch weiterhin nicht bürokratisch arbeiten.

Der Abg. Stücklen stellte sodann fest, daß bei der erwähnten Konferenz nicht etwa über 100 Organisationen vertreten gewesen seien, sondern 10 Organisationen und eine Dame, die 25 Frauenvereine gesprochen habe; der Abg. Brüninghaus widersprach, es habe sich in der Tat um etwa 100 Organisationen gehandelt, denn die Vereinigung für deutsche Siedelung und Wanderung arbeite mit einer großen Zahl von Organisationen als einer Arbeitsgemeinschaft. Abg. Dr. Schreiber vom Zentrum erklärte, er könne nichts dafür, daß bei jener Konferenz kein Vertreter seiner Partei anwesend gewesen sei, er selbst als Richterstatthalter habe es für zweckmäßiger gehalten, um objektiv zu sein, bei jener Sitzung nicht anwesend zu sein. Deshalb sei er auch aus wohlüberlegter Absicht hier zum Thema nicht gesprochen.

Daraufhin wurden die vom Berichterstatter gestellten Anträge und Resolutionen (Nr. 1674 der Drucksachen) mit Mehrheit angenommen.

II. Bemerkungen zu der Reichstagsdebatte

Es ist zu dem an sich einfachen und klaren Gang der Debatte im Reichstag wenig zu bemerken. Viel Neues ist nach vorausgegangenen Erörterungen nicht mehr vorgebracht worden. Neu war allerdings die Mitteilung des Herrn Stücklen, daß eine Organisation, an deren Spitze Herr von Lindequist als Präsident habe vom R.W.A. Mk. 10000.-- Unterstützung bekommen, damit die „Vereinigung für Siedelung und Wanderung“ gegründet werden könne. Es ist, entzieht sich unserer Kenntnis, wir wissen nur, daß die Arbeitsgemeinschaft für das gesamte, nicht amtliche Flüchtlingswesen vom R.W.A. mit einem Betrage, dessen Höhe unbekannt ist, unterstützt wird. Es wäre aber unseres Erachtens wünschenswert und an der Zeit, daß das R.W.A. einfach beauftragt werde, welche Organisationen und mit welchen Summen es im Jahre 1919 und 1920 unterstützt hat. Der Präsident des R.W.A. hat bekanntlich erklärt, er habe dem Deutschen Ausland-Institut „kleinere Unterstützung“ gewährt. Er hat damals vergessen, hinzuzufügen, daß im Jahre 1919 ein Mitgliedsbeitrag von Mk. 20.-- war, für

s Institut Zeitschriften im Gegenwert von Mk. 100. — gewertet hat, und im Jahre 1920 dann Mk. 1000. —, für die das Institut als Gegenwert für Mk. 1600. — Zeitschriften an alle amtlichen Zweigstellen lieferte. Nachdem aber nun die Stellungnahme des Herrn von Lindequist derart mit einer amtlichen Unterstützung seiner Organisation aus einem Fonds des Reiches hatte stehenden Amtes verquickt worden ist, läge es im Interesse aller Beteiligten, wenn die Fonds im Etat des R.W.A., um die es sich allein nur handeln kann (und zwar Kapitel 11, Titel 4: „Hilfsleistungen für nicht beamtete Personen“ mit Mk. 180 000. — und Kapitel 11, Titel 11: „allgemeine Förderung von Bestrebungen, die der Fürsorge für Rück- und Auswanderer und der Aufklärung über die Bedeutung der Wanderungsbewegung dienen“, mit Mk. 120 000. —) ihrer Verwendung öffentlich oder zum mindesten dem Hauptausschuß des Reichstags klargelegt würden und wenn auch die Höhe der Unterstützungen auf diese Weise bekannt würde, die bisher einzelne charitative Vereine vom R.W.A. aus bekamen. Es wäre doch wirklich unangenehm, wenn nun jemand, der für das R.W.A. eintritt, mit dem Odium belastet sein und bleiben dürfte, er habe aus dessen Fonds Geldmittel bekommen!

Was der Herr Staatssekretär Dr. Lewald sagte, stimmt: Es bestand vor der Errichtung des R.W.A. ein Referat im Reichsministerium des Innern und eines im Auswärtigen Amt, ein Beirat für Auswanderungsfragen im Auswärtigen Amt und einer im Reichsministerium des Innern. Aber was er nicht sagte, ist gerade das Bezeichnende: sie bestehen auch nach der Errichtung des R.W.A. lustig fort. Das R.W.A. hat einen Beirat für Auswanderungsfragen (nebenbei bemerkt einen Beirat, zu dem auch die Vereine, wie es sich gehört, die einzelnen an der Frage interessierten Vereine und Verbände Vertreter zu präsentieren oder zu ernennen hatten, sondern einen Beirat, dessen Mitglieder rein persönlich von Amtes wegen, d. h. nicht formell, aber doch in Wirklichkeit vom Präsidenten des R.W.A. berufen werden), und das Auswärtige Amt behält auch nach dem Entwurf eines neuen Auswanderungsgesetzes den seinen weiter. Bei der erwähnten Auflösung der Arbeitsgemeinschaft für das deutsche Wanderungswesen war zwar nicht das R.W.A. vertreten, wohl aber waren die Referenten für die Auswanderungsfrage beim Reichsministerium des Innern und beim Auswärtigen Amt anwesend! Was also ist sich durch die Errichtung des R.W.A. verändert? Was ist passiert worden? Nichts. Es ist einfach ein neues Amt zu den bisherigen Behörden getreten. Der Herr Staatssekretär hat erklärt, es handle sich darum, ob private Organisationen oder ob eine amtliche Stelle für die Erteilung von Auskünften und die Befähigung mit der Auswanderungsfrage vorhanden sein sollte. Mit Verlaub, das ist eine Vermischung von zwei nicht ineinander gehörigen Dingen. Von keiner Seite ist bestritten worden, daß eine amtliche Stelle „für die Beschäftigung mit der Auswanderungsfrage“ als Zentralstelle und Aufsichtsbehörde vorhanden sein müsse. Niemand hat gegen diese Aufgaben etwas gesagt, die später der Herr Staatssekretär zur Bekämpfung des Schwindels anführte. Es handelte sich stets nur darum, ob das Amt als solches und der Staat, das Reich, amtlich Auskünfte an Einzelne erteilen sollten oder ob diese und nur diese Tätigkeit nicht besser Privatorganisationen überlassen bleiben sollte. Es ist wichtig, auf diesen Unterschied aufmerksam zu werden.

Herr Stücklen hat auf die Tätigkeit des Herrn Staatssekretärs a. D. von Lindequist verwiesen. Es ist allerdings höchst interessant und für das ganze Arrangement der „Sachverständigenkonferenz“ vom 22. Februar sehr bezeichnend, daß die Ver-

einigung für Siedelung und Wanderung als solche überhaupt nicht vertreten war, daß zwar von den übrigen geladenen Organisationen nur je ein Vertreter geladen war, daß auch die gewünschte Entsendung eines zweiten Vertreters ausdrücklich unter Hinweis auf diesen Grundsatz abgelehnt wurde, daß dagegen einzig und allein von der Arbeitsgemeinschaft für das deutsche Wanderungswesen zwei Vertreter zugezogen worden waren. Beide Vertreter hätten doch wohl nun die Pflicht gehabt, die Ansichten jener Arbeitsgemeinschaft wenigstens zu erwähnen und zu vertreten. Herr Professor Träger erwähnte aber weder die Arbeitsgemeinschaft noch ihre Resolution, und Herr von Lindequist erklärte zwar, daß er die Arbeitsgemeinschaften für das Wanderungswesen und für das Flüchtlingswesen vertrete, überbrachte auch für die „Arbeitsgemeinschaft“ ein warmes Vertrauensvotum für den Herrn Präsidenten Jung (in der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft vom 3. Februar war ein solches Vertrauensvotum ausdrücklich beantragt, der Antrag dann aber wieder zurückgezogen worden, weil ja im Reichstag dem Präsidenten auch kein Mißtrauen ausgesprochen worden war!) — erwähnte aber mit keiner Silbe die Resolution der Arbeitsgemeinschaft, der doch „allein zuständigen höchsten Instanz“ für die Auswanderungsfragen, jene Resolution, die der Arbeitsausschuß jener Arbeitsgemeinschaft dahin präzisiert hatte, **daß das R.W.A. als selbständige Behörde dem Auswärtigen Amt angegliedert werden solle, da seine jetzige Doppelunterstellung unter zwei Ämter sich als unhaltbar erwiesen habe, daß der Abbau der Zweigstellen in noch größerem Umfang als bisher geplant durchgeführt werden solle, damit die dadurch frei werdenden Mittel den privaten Organisationen nach Anhörung der Arbeitsgemeinschaft übertragen würden.** Diese Resolution kannte nicht nur Herr von Lindequist, der allerdings überdies durch seine Stellung und sein Amt verpflichtet gewesen wäre, sie zur Sprache zu bringen. Diese Resolution kannte auch die Regierung, ohne ihr Erwähnung zu tun. Es kannte sie auch der Präsident des R.W.A., der inzwischen, wie wir wissen, ja mit einzelnen privaten Organisationen — nicht mit dem D. A.-I. — über den Abbau der amtlichen Zweigstellen und über ihre Übernahme durch diese Organisationen bei Tragung der sämtlichen Kosten durch das Reich verhandelte, noch ehe der Haushaltsausschuß und der Reichstag einen entsprechenden Beschluß gefaßt hatte. In jener Sitzung war also die Arbeitsgemeinschaft in Wirklichkeit nicht vertreten, ihr Vorsitzender, der nur als solcher geladen war und sich als solcher in die Anwesenheitsliste eintrug, erklärte ausdrücklich, obwohl er der Vertreter sei, wolle er nur seine persönliche Ansicht aussprechen, von vertretenen 100 Verbänden, von denen der stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung für Siedelung und Wanderung, der Abg. Brüninghaus, sprach, ist gar keine Rede, die wichtigste Stimme, die der Arbeitsgemeinschaft, kam überhaupt nicht zur Geltung. Man braucht die Bezeichnung, die Herr Stücklen jener Sitzung als einer „Komödie“ gab, nicht zu unterschreiben — aber ganz einwandfrei ist diese Sachverständigen-Konferenz nicht vor sich gegangen.

Das Wichtigste, was man in dieser Reichstagssitzung zu hören bekam, ist die Mitteilung des Herrn Abg. Brüninghaus, nach Auskunft der Regierung werde **das neue Auswanderungsgesetz erst in einem halben bis dreiviertel Jahr an den Reichstag gelangen.** Ehe das amtlich bestätigt wird, möchte man doch versucht sein, diese Ankündigung zu bezweifeln. Seit ungezählten Monaten wird an diesem Gesetz gearbeitet. Die eigentümliche Zwischenstellung des R.W.A. zwischen Auswärtigem Amt und Reichsministerium des Innern hat bis jetzt schon seine Einbringung im Reichstag ungebührlich verzögert. Die beiden Beiräte des

Auswärtigen Amtes und des R.W.A. sind bereits vor 15 Monaten mit der Vorarbeitung des neuen Gesetzes befaßt worden. Und nun solle abermals ein halbes oder dreiviertel Jahr vergehen, bis das Gesetz als Entwurf an den Reichstag komme? Stimmt das oder liegt hier ein Irrtum vor?

III. Der „Export“ und die Denkschrift von Professor Jannasch.

Der Kampf um die Frage „staatliche oder private Auswandererberatung“ ging, seit unsere letzten Veröffentlichungen in Nr. 5 und 6 des A.-D. erschienen sind, in der Presse, namentlich in der Fachpresse, weiter. Wir nennen hier vor allem den „Export“, das Organ des Zentralvereins für Handelsgeographie in Berlin, der in seiner Nummer vom März der Auffassung nicht beipflichten will, daß die Auswandererberatung in die Hände von Privatorganisationen gelegt werden müßte, weil die Gefahr zu groß sei, daß sich in den Privatorganisationen auch reine Privatinteressen breit machten. Das Blatt zitiert dann seinen Begründer, den, wie wir gerne zugeben, anerkannten Fachmann auf dem Gebiete des Auswanderungswesens, Professor Dr. Jannasch, der auch Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats unseres D. A.-I. gewesen ist. Jannasch hat bekanntlich am 22. Januar 1919 dem A.-A. eine Denkschrift überreicht, in der er die Aufgaben eines Reichsauswanderungsamts umschreibt. Diese von Jannasch aufgestellten sieben Punkte der Aufgaben eines Amtes druckt der „Export“ brav ab. Wir erklären ausdrücklich, daß wir diesen sieben Punkten Jannaschs voll zustimmen, namentlich dem Punkt 2: „Das Reichsauswanderungsamt wird dem Auswärtigen Amte des deutschen Reiches angegliedert“. Das ist, wie man sich erinnert, eine der Hauptforderungen des D. A.-I. gewesen, das sich somit mit dieser Forderung in guter Gesellschaft befindet. Jannasch verlangt ausdrücklich, daß der Verkehr des Reichsauswanderungsamts mit den deutschen Staatsregierungen und den Vertretern des Auslands über das Auswärtige Amt gehen müsse, dessen Oberaufsicht und Zustimmung es zu unterstehen habe. Es ist aber einigermaßen peinlich, zu sehen, wie wenig der „Export“ die Denkschrift seines Gründers und Meisters bis zu Ende durchgelesen hat und wie er seinen Lesern die wahren Gedankengänge Jannaschs verschweigt. Jannasch wollte nämlich durch das Reichsauswanderungsamt „als alleinige Zentralstelle“ in größeren deutschen Städten Auswanderungs-Ausschüsse begründet haben, deren Mitglieder die wichtigsten überseeischen Auswanderungsgebiete gut kennen müßten. „Die bisher auf diesem Gebiet tätig gewesen Vereine werden dabei in erster Linie zu berücksichtigen sein.“ Wo solche Ausschüsse nicht geschaffen werden könnten, seien sie durch Vertrauensmänner zu ersetzen. Die Tätigkeit sei ehrenamtlich, nur ein Beitrag aus Reichsmitteln zu den Bürokosten und sonstigen Barauslagen könne gewährt werden. Die Ausschüsse sollten durch Befragen der Auswanderer deren Stimmung erkunden und der Zentrale vermitteln. Es sollte ihnen überlassen bleiben, die Auswanderer in geeigneter Weise aufzuklären. „Ebenso ist es den Auskunftsstellen überlassen, durch geeignete Schriften, Vorträge, Mitteilungen in den Zeitungen, Aussprachen in größeren oder kleineren Kreisen, Kartenmaterial usw. über die Auswanderungsziele und sonstigen Fragen aufklärend in der Öffentlichkeit zu wirken, damit auf diese Weise der große öffentliche Charakter der Auswanderungsfrage gewahrt bleibt.“ Diese Tätigkeit sei von dem Reichsauswanderungsamt zu überwachen, um zu verhindern, daß die Auswanderung zu spekulativen Zwecken ausgenutzt und mißbraucht werde.

Nirgendwo also ein Wort von „amtlicher“, staatlicher Auswandererberatung, nirgendwo ein Wort von amtlichen Zweigstellen des Reichsauswanderungsamts, nirgendwo auch nur eine Unterstützung des Gedankens des heutigen Leiters des Reichsauswanderungsamts, das Amt könne seine Aufgaben nur erfüllen, wenn es in direktem amtlichen Verkehr mit den Auswanderern stehe, sondern im Gegenteil das Übermitteln der Ansichten der Auswanderer an die Zentralstelle durch Ausschüsse und private Vereine. Das Scheitern der ehemaligen Zentralauskunftsstelle führt Jannasch, der ausdrücklich den Erfolg zahlreicher Vereine und Gesellschaften und ihre Aufklärungswesens unterstreicht, auf ganz andere Dinge zurück, als der jetzige Präsident des R.W.A.: Auf ihre mangelhafte Organisation, auf Mangel an geeigneten Beziehungen an Sach- und Fachkennern, auf allzu große Beschränkung auf rein koloniale Ziele. Aber Jannasch schreibt weiter, daß ihm bei der zunehmenden Auswanderungslust und der allzu leicht eintretenden Überlastung des Reichsauswanderungsamts die Erhaltung und Tätigkeit der seitherigen privaten Auskunftsstellen, unter Beibehaltung des Oberaufsichtsrechts des Reichsauswanderungsamts bzw. des Staates und Reichs in hohem Maße notwendig erscheint. Er zählt einige von ihnen auf und dann fährt er endlich fort, und hier müssen wir ihn wörtlich zitieren: „So unentbehrlich einerseits eine Zentrale des Reichs für das Auswanderungswesen in Verbindung mit einer zentralen Auskunftsstelle — beide vertreten durch das Reichsauswanderungsamt — auf die Dauer erscheint, so müßte eine solche ohne gleichzeitige Unterstützung durch dezentralisierte Auskunftsstellen (wie Jannasch weiter oben ausführte: private, nicht amtliche. Der Betreffende ihren Zweck verfehlen. Sie würde an Schwerfälligkeit leiden, ihre Auskünfte schematisch werden. Sie könnte unmöglich mit Tausenden von Auswanderern schriftlich und mündlich verkehren und daher nicht in der Lage sein, auf die speziellen Verhältnisse der Fragesteller einzugehen. Die in den einzelnen Landesteilen angesessenen Vereine und Vertrauensmänner kennen die soziale Lage der dortigen einzelnen Berufsklassen, den Angehörigen zur Auswanderung durch die Verhältnisse gedrungen werden, und demgemäß können die Fragen, Bescheide wie Rückschlüsse der lokalen Auskunftsstellen befriedigender ausfallen. Auswanderer, welche in der Schwerindustrie, Hausindustrie, Handwerk oder in der Landwirtschaft tätig sind, müssen durch aus verschiedenen beraten werden, ebenso wie kapitalkräftige Unternehmer oder geistige Arbeiter. Über wieviel kenntnisreiche Fachmänner und Ratgeber müßte eine Zentralstelle wohl verfügen, um alle die gestellten Fragen gewissenhaft zu erledigen. Welche eingehende Kenntnis der zahlreichen überseeischen Auswanderungs- und Siedlungsgebiete wäre nötig, um über diese zuverlässige Auskünfte zu erteilen! Eine derartig arbeitende Zentralstelle könnte im besten Falle eine bürokratische Seifen- und Routine mit einer gewissen Routine werden und vermöchte Unheil anzurichten.“

Also Jannasch verlangt eine reichlich dezentralisierte, je Bureaukratie und jedem Schematismus abholde Beratung durch die privaten Stellen. Er, der gewiß wußte, wie verschieden Kenner der einzelnen Länder und Gebiete über ihre Arbeitsgebiete urteilten, fürchtet sich gar nicht vor dem, wovor der jetzige Herr Präsident des R.W.A. so zurückschreckt: vor einer durchaus verschiedenartigen und je nach der Persönlichkeit der Auskunfterteilenden gerichteten Auskunft, er furcht sich im Gegenteil vielmehr vor der „Routine“ eines Amtmanns. Nirgendwo sagt dieser erfahrenste Kenner der Auswandererpsychologie und des Auswanderungswesens auch nur ein Wort

eine staatliche Organisation eines Netzes amtlicher Zweigstellen und über eine staatliche vorgeschriebene Beratung, die von einer Zentrale aus dirigiert und in ihrer Meinung bestimmt wird.

Der „Export“ hat sich ein Verdienst erworben, in dem heftigen Meinungsstreit auf die Persönlichkeit Jannaschs verwiesen zu haben. Daß dem verehrten toten Meister es passieren mußte, von seinen eigenen Nachfolgern mißverstanden zu werden, ist zwar jammervoll, hat aber doch ein Gutes, da sich so Gelegenheit bot, auf Jannaschs wertvolle Arbeit im „Export“ vom April 1919 hinzuweisen. Sie sei auch für die geplante Denkschrift des R.W.A., die ja der Reichstag verlangt hat, zum Studium aufs wärmste empfohlen.

Dem „Export“ passieren in seinem März-Aufsatz auch sonst noch einige Irrtümer: Das D. A.-I. wolle neben sich nur den Caritasverband und den Witzenhäuser Verein bestehen lassen, ersterer solle 850 000, letzterer 350 000 Mk. Staatsunterstützung erhalten (also weit mehr als überhaupt zur Verfügung stand!). Es sei dem D. A.-I. bei der Verteilung der Summe der scharf zu rügende Fehler passiert, daß es die Zahlen der Protestanten und Katholiken in Deutschland nicht richtig als Maßstab eingesetzt habe (als ob das D. A.-I. überhaupt Gelder verteilt hätte) und was dergleichen Dinge mehr sind. Der „Export“ sagt endlich, es sei seine Pflicht, auch nach dem Tode seines Gründers und langjährigen Leiters für dessen Idee einzutreten. Ganz richtig. Aber erst müssen die Ideen des Meisters gelesen und verstanden sein, ehe man sie verfechten kann!!

VI. Das R.W.A. und die deutsche Kolonialgesellschaft.

Unter den Korporationen, die sich an den Reichstag gewandt haben, um die volle und unveränderte Stellung des R.W.A. auch hinsichtlich der Betätigung amtlicher Zweig- und Auskunftsstellen dieses Amtes zu erhalten, gehört auch die Deutsche Kolonial-Gesellschaft, die ein entsprechendes Rundschreiben in alle ihre Ortsgruppen richtete. Das Verdienst, das sich die Deutsche Kolonial-Gesellschaft mit der von ihr ins Leben gerufenen „Zentralauskunftsstelle für Auswanderer“ einst erwarb, bedarf keines besonderen Lobes mehr. Wohl aber müssen wir bei dieser Gelegenheit einige Vorgänge ins Gedächtnis der Kolonial-Gesellschaft und ihres Präsidiums zurückrufen, die auch für die Öffentlichkeit nicht uninteressant sind.

Als zu Beginn des Jahres 1919 der Plan des damaligen Direktors, des jetzigen Präsidenten des R.W.A., bekannt wurde, die Zentralauskunftsstelle zu verstaatlichen und im R.W.A. aufgehen zu lassen, berief die Deutsche Kolonial-Gesellschaft eine Sitzung einer großen Anzahl von Verbänden ein, die am 15. Februar unter großer Teilnahme stattfand. Herr Chr. von Bornhaupt referierte (wir folgen hier in knappester Darlegung einem gedruckt vorliegenden Bericht!) und betonte, wenn sich die Zentralauskunftsstelle der D. K.-G. nicht noch besser entwickelt habe, so sei daran Mangel an Mitteln und Fehlen des amtlichen Materials schuld gewesen. Die einzelnen Verbandsvertreter legten das Wirken ihrer Vereine auf dem Gebiete der Wanderungswesen dar. Es wurde beschlossen, eine Eingabe an das Reichswanderungsamt des Innern zu richten, die am 21. Februar auch abging und die dringend den Wunsch aussprach, von dem Plan der Verstaatlichung der Auskunftserteilung an Auswanderer Abstand zu nehmen. „Ist schon in Zeiten, wo die Stellung des Deutschen Reiches eine ungleich mächtigere und achtungsgebietendere war, als heute, die offizielle Auskunftserteilung an Auswanderer der Reichsregierung mißlich erschienen und deshalb seinerzeit der Weg der Angliederung der Zentralauskunftsstelle an die Deutsche

Kolonial-Gesellschaft unter Aufsicht des Auswärtigen Amtes gewählt worden, so erscheint die Verstaatlichung der Auskunftserteilung heute, wo die Rücksichtnahme auf andere Nationen sehr viel eher geboten sein dürfte, doppelt bedenklich.“ Es müßten, so heißt es weiter, die Auswanderer unter Umständen vor manchen Ländern gewarnt werden. „Die Einwirkung einer Reichsbehörde nach dieser Richtung ganz besonders, insoweit der letztgenannte völkische Gesichtspunkt in Frage kommt, dürfte politisch nicht ohne große Bedenken sein. Zu erwähnen wäre noch, daß bei vielen, namentlich kleineren Leuten, so unbegründet es auch sein mag, eine Abneigung besteht, Behörden um Auskunft anzugehen, während sie diese Scheu vor privaten Stellen nicht haben, so daß die Gefahr vorliegt, daß sie lieber aufs Geratewohl auswandern, als sich an die staatliche Auskunftsstelle zu wenden.“

An diese Eingabe schloß sich ein gereizter Briefwechsel zwischen dem gewählten Fünfzehner-Ausschuß und dem R.W.A. Letzteres beklagte sich, daß es zu der Sitzung nicht eingeladen worden sei, ersterer entgegnete, es sei bedauerlich, daß die Reichsbehörden den wichtigen Beschluß der Verstaatlichung der Auskunftserteilung gefaßt habe, ohne auch nur den Versuch zu machen, die zuständigen privaten Organisationen zu Gehör kommen zu lassen. Wiederholt brachte der Fünfzehner-Ausschuß seine Bedenken vor: „... so halten wir uns gleichwohl für verpflichtet, noch einmal auf die gegen eine Verstaatlichung der Auskunftsstelle für Auswanderer sprechenden schwerwiegenden Bedenken aufmerksam zu machen. Erstens erhält durch eine solche Verstaatlichung die Auskunftserteilung einen amtlichen Charakter, von dem eine Einwirkung auf die amtlichen außerpolitischen Beziehungen zu dem Staate, über den die Auskunft erteilt wird, untrennbar ist. Durch diese Verquickung der Auskunftserteilung mit der auswärtigen Politik wird häufig die unerwünschte Alternative eintreten, daß entweder die Sachlichkeit der Auskunft leidet oder daß durch die strenge Sachlichkeit die politischen Beziehungen eine sonst vermeidbare und zu vermeidende Trübung erfahren.“ Nicht nur die Auswanderung, sondern auch die Rückwanderung komme in Frage. Die Rückwanderer aber seien in der Regel Angehörige und Staatsbürger fremder Staaten, auch wenn sie deutschen Stammes und deutscher Zunge seien. Die Mitwirkung einer amtlichen Stelle bei der Betreuung dieser Personen sei bedenklich, denn die fremden Regierungen „werden in einem solchen Vorgehen einer amtlichen deutschen Stelle, wenn auch keine direkten Eingriffe in ihre staatlichen Hoheitsrechte, so doch eine unerwünschte amtliche Beeinflussung und Behütung ihrer Staatsbürger erblicken“. „Des weiteren aber wird mit der Amtlichkeit der Zentralauskunftsstelle nach allen bisherigen Erfahrungen ein gewisser bureaukratischer und gewisser schematisierender Charakter untrennbar verbunden sein. Gerade auf dem für unser Volkstum so ungemein wichtigen Gebiete der Auswanderungsfrage aber ist eine weitherzige und individualisierende Behandlung von besonderer Wichtigkeit. Schließlich läßt sich nicht leugnen, daß das Publikum amtlichen Auskunftsstellen, ob mit Recht oder Unrecht, tut nichts zur Sache, mit einem gewissen Mißtrauen gegenübertritt, weil hinter dem amtlichen Gewande eine unliebsame Bevormundung geargwöhnt wird.“ Wollte und könne man amtlicherseits einmal durch eine Warnung einen besonderen Druck auf einen fremden Staat ausüben, so könne man das ja stets durch eine amtliche Warnung tun, auch wenn die Auskunftserteilung an sich privaten Charakter trüge. Eine amtliche Überwachungsstelle für die privaten Organisationen müsse bleiben, dürfe aber nach außen hin nicht hervortreten.

Das alles schrieb am 24. März 1919 die -- Deutsche Kolonial-Gesellschaft, als Beauftragter der von ihr zusammenberufenen vielen Vereine und Verbände, und in dem Ausschuß, der diese Briefe und Stellungnahme präziserte, befand sich, zugleich auch als Vertreter der „Vereinigung für Siedelung und Wanderung“ -- Herr Staatssekretär a. D. von Lindequist. Herr Stücklen wird staunen, in welcher Gesellschaft er sich beim Vorbringen seiner, wie man sieht, genau gleichen Gründe gegen die amtliche Auskunftserteilung befand, wenn er die Liste jener Korporationen lesen wird. Wir wollen hier keine neue Polemik eröffnen, es war aber doch nötig, auf jene grundsätzliche Stellungnahme der Kolonial-Gesellschaft und der zahlreichen, ihr folgenden Verbände zu verweisen. Wir wollen nur einige von den damaligen Unterschriften nennen: Caritas-Verband für das katholische Deutschland, Deutsch-Argentinischer Zentralverband, Evangelischer Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer, Evangelische Missionshilfe, St. Raphaels-Verein für katholische deutsche Auswanderung, Frauenbund der deutschen Kolonialgesellschaft usw.

In diesem Zusammenhang sei auch auf einen Aufsatz des Gouverneurs a. D. Dr. Hahl in der Märznummer von „Der

Kolonialdeutsche“ verwiesen, in dem er die Tätigkeit des R.W.A. und seines Präsidenten anerkennt und sich gegen die Absicht wendet, die Behörde als solche wieder zu be- seitigen.

Das Amt möge an die private Fürsorge noch abgeben, was möglich erscheine, und sich des Ballastes übertragener Verwaltungsgeschäfte entledigen, wir dürften aber der zusammenfassenden Leitung der Wanderungsfrage nicht beraubt werden. „Die Hauptzielrichtung der Tätigkeit des Amtes deutet nach dem Auslande, alle Fäden des Nachrichtendienstes von dort, alle Bestrebungen außerhalb der Grenzen des Reiches wieder Fuß zu fassen, alle Bemühungen, den noch vorhandenen Besitzstand über See zu behaupten und zu festigen, laufen im Ministerium des Auswärtigen zusammen. Die Aufgaben seines eigentlichen Berufskreises fesseln demnach das R.W.A. notwendig an dieses Ministerium. Gleichwohl ist es dem Wirkungsbereich des Ministeriums des Innern unterstellt worden. Es bildet eine dankenswerte Aufgabe für den Reichstag, das R.W.A. nicht nur zu erhalten, sondern es auch organisch dorthin zu stellen, wohin es gehört, das ist in dem Geschäftsbereich des Ministeriums des Auswärtigen.“

Vom deutschen Volkstag in Temesvar

Der deutsche Volkstag, der eine große, über den politischen Parteien stehende Volksorganisation der gesamten Deutschen des Banats schaffen sollte, war schon auf den 6. März einberufen. Da gab es aber unvorhergesehene Schwierigkeiten wegen der behördlichen Genehmigung, und so wurde der Volkstag, obgleich am 6. März von weither schon viele Gäste aus nah und fern herbeigeströmt waren, erst am 13. März abgehalten. Als Vorarbeit war schon in der Presse des Banats seit langem der Entwurf zu einer Volksorganisation der gesamten Deutschen des Banats veröffentlicht worden, der sehr gründlich durchberaten war und allgemeinen Beifall in der Bevölkerung fand.

Die Deutsch-schwäbische Volksgemeinschaft will eine Organisation aller im rumänischen Banat, sowie im Arader und Szatmarer Komitat lebenden Deutschen ohne Rücksicht auf ihre Parteizusammengehörigkeit darstellen. Eine einheitliche Vertretung des deutsch-schwäbischen Volkes nach außen hin, die gemeinsame Förderung der kulturellen, wirtschaftlichen und national-politischen Interessen ist oberstes Ziel. Förderung und Stärkung der völkischen Kultur, die an die Kultur der deutschen Heimat angegliedert werden soll, Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Herstellung der Eintracht innerhalb der Nationen wird als Leitmotiv des Zusammenschlusses verkündet. Parteipolitische Bestrebungen sollen ausgeschlossen sein. Die Organisation soll sich auf den „Nachbarschaften“, den „Ortsgemeinschaften“, den „Bezirksgemeinschaften“, den „Gaugemeinschaften“ und der „Volksgemeinschaft“ aufbauen. Die Nachbarschaft umfaßt die deutschen Seelen eines Teils der Gemeinde, bestimmter Straßen oder Gruppen. Die Mitglieder heißen Nachbarschaftsbrüder. Ein auf drei Jahre gewählter Nachbarschafts-Obmann steht mit seinem Stellvertreter an der Spitze, mit dem Schriftwart, dem Bücherwart, dem Zahlmeister und sonstigen Volksbeauftragten bilden sie zusammen den „Nachbarschaftsrat“. Alle männlichen Volksgenossen vom 21. Lebensjahre an wählen diese Funktionäre in geheimer Wahl. Die Nachbarschaft soll nicht größer als 100 Seelen sein und sich durch freie Gruppierung bilden. Die Aufteilung der Gemeinden an Nachbarschaften erfolgt durch

gewählte Ausschüsse. Die Nachbarschaftsräte empfangen die Weisungen vom Ortsrat, sind aber die wichtigsten Organe zur Pflege des völkischen Gedankens und der Pflege der Kultur. Die Nachbarschaft soll eine große Familie darstellen. Der betreffende Paragraph der Satzungen ist interessant genug, wir hier wörtlich wiedergegeben zu werden: „Im allgemeinen soll die Nachbarschaft einer Familie gleichen, deren Mitglieder in herzlichem Einvernehmen leben und wirken, sich gegenseitig unterstützen, Freud und Leid teilen, festen Zusammenhalt und rege Geselligkeit pflegen und allfällige Zwistigkeiten friedlich schlichten. Deshalb mögen die Volksbeauftragten und namentlich zu Obmännern besonnene, friedliche und angesehene Volksgenossen gewählt werden.“

Die durch den Ortsrat geleitete „Ortsgemeinschaft“ besteht aus allen deutschen Bewohnern einer deutschen Gemeinde. Der Ortsrat wird gebildet durch sämtliche Nachbarschafts-Obmänner und aus halb so viel andern Mitgliedern, die von diesen Nachbarschafts-Obmännern in geheimer Abstimmung auf 3 Jahre gewählt werden. An der Spitze des Ortsrates steht wiederum ein in geheimer Abstimmung auf 3 Jahre gewählter Obmann mit seinem Stellvertreter, Schriftwart, Zahlmeister und sonstigen beratender Stimme zugezogenen andern Volksbeauftragten. Der Ortsrat kann auch zur Führung der Geschäfte aus seiner Mitte einen Vollzugsausschuß wählen. Der Ortsrat steht zwischen den Nachbarschaften und dem Volksrat als vermittelndes Organ. Größere Gemeinden von über 5000 deutschen Einwohnern können sich in besondere Kreise gliedern und Kreisrat bilden. An der Spitze der ganzen Gemeinde steht aber immer der Ortsrat oder Stadtrat, der dann in diesem Falle aus den Obmännern der Kreisräte und aus 15–30 in geheimer Wahl auf 3 Jahre gewählten Vertretern besteht. Städte mit über 1000 deutschen Einwohnern bilden keine Orts-, sondern eine „Bezirksgemeinschaft“.

Die „Bezirksgemeinschaft“ wird sonst von mehreren Ortsgemeinschaften gebildet, in der Regel von den Ortsgemeinschaften eines Stuhlbezirks. An ihrer Spitze steht der Bezirksrat, bestehend aus den Obmännern der Ortsräte und in geheimer Wahl auf 3 Jahre gewählten sonstigen Abgeordneten. Auf je 100

deutsche Seelen kommt dabei ein Bezirksratsmitglied. Der Bezirksrat wählt nun seinerseits ähnlich wie der Ortsrat seinen Obmann und seinen Vollzugsausschuß.

Als nächste Oberstufe bestehen 4 Gaugemeinschaften und zwar diejenigen der Komitate Temesvar, Torontal, Karasch-Severin, Arad und Szatmar. Die Gaugemeinschaften leitet der Gaurat, dem alle Obmänner der zum Gau gehörigen Bezirksräte und gewählte Vertreter angehören, wobei auf je 2500 Seelen ein Gaurats-Mitglied entfallen soll. Der Gaurat wählt drei sich jährlich in der Amtsführung abwechselnde Obmänner.

An der Spitze der gesamten Organisation steht der „Deutsch-schwäbische Volksrat“ mit seinem Vollzugsausschuß des Volksrats und dem Volksrats-Hauptamt. Der Volksrat wird in geheimer Abstimmung durch die Bezirksräte gewählt und zwar werden $\frac{3}{4}$ seiner Mitglieder aus den Kreisen der Bezirksmitglieder entnommen. Die sämtlichen Gaubömmen gehören kraft ihres Amtes dem Volksrat an, ebenso wie sämtliche Reichstagsmitglieder, die auf dem Boden des deutsch-schwäbischen Volksprogramms stehen. Deutsch-schwäbische Zentralorganisationen können in den Volksrat je einen Vertreter entsenden, über dessen Aufnahme der Volksrat in geheimer Abstimmung entscheidet. Jede Bezirksgemeinschaft wählt auf 3 Jahre nach je 5000 Seelen ein Mitglied des Volksrats, der wiederum drei Obmänner und sonstige Verwaltungsmitglieder wählt und den Leiter des Volksrats-Hauptamts ernannt. Der Volksrat ist die oberste Leitung der ganzen Volksgemeinschaft, schafft Programme und Geschäftsordnung, führt die Kasse, vertritt das Volksprogramm, schafft sich Einzelausschüsse, kurz, er ist ein kleines eigenes Parlament des deutsch-schwäbischen Volksstammes, das als Sprachrohr für sich den „Volkstag“ hat und einberuft. Volksrats-Sitzungen werden in der Regel an jedem ersten Sonntag des Monats abgehalten. Die 3 Volksrats-obmänner bilden mit dem ernannten Generalsekretär und den Reichstagsabgeordneten zusammen den Vollzugsausschuß des Volksrats. Das Hauptamt ist die Auskunft- und Arbeitsstelle, die mit besoldeten Beamten arbeitet. Der Volksrat kann auch geheime, nach Nachbarschaften erfolgende Volksabstimmungen bei besonders wichtigen oder feierlichen Gelegenheiten anordnen.

Eine progressive Volksabgabe schafft die Mittel für die Organisation. Die Nachbarschafts-Zahlmeister ziehen die Gelder ein, die Hauptkasse weist den Orts-, Bezirks- und Bauräten zur Deckung ihrer Verwaltungskosten entsprechende Prozentsätze der Einnahmen zu. Je nach den Vermögensverhältnissen der Volksgenossen werden 6 Abgabestufen geschaffen und zwar 4, 10, 25, 50, 100 und 200 Lei. In diese Stufen werden die Volksgenossen nach ihren eigenen Angaben eingeordnet. Die Übergabe außerordentlicher Spenden wird dabei als wünschenswert bezeichnet und vorausgesetzt, daß gänzlich Unbemittelte von der Zahlung der Beiträge befreit werden sollen, ohne dadurch ihrer Rechte verlustig gehen zu müssen.

Weitere Bestimmungen betreffen die Anlage eines nationalen Katasters durch die Nachbarschaften und Ortsräte, das stets durch Eintragung der Geburten und Todesfälle auf dem laufenden zu halten ist, bemerken, daß über die Einführung des Frauenwahlrechts der Volksrat später befinden soll, daß aber jetzt schon Frauen mit beratender Stimme beigezogen werden sollen. Ferner wird gesagt, daß Abstimmungen „geheim mittels Stimmzettel in würdevoller Weise ohne Wahlstreitereien“ stattfinden sollen. Wenn die ganze Organisation der deutschen Schwaben Rumäniens in dem Geiste, in dem sie geplant ist, zustande kommt, dann wird allerdings das schwäbische Volk Rumäniens

eine starke Geschlossenheit bekommen, die sich in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht erfolversprechend anläßt.

Der Volkstag selber gestaltete sich zu einem Riesenvolksteste, zu einem großen Schwabenzug, der an den „großen Schwabenzug“ des Banater Volksdichters Adam Müller-Guttenbrunn erinnerte. 15 bis 20000 Menschen mit 30 Musikkapellen versammelten sich in der Hauptstadt des Banats. In Pferdengespannen und mit den Eisenbahnzügen kamen sie an, es waren auch aus Bessarabien und Siebenbürgen als Gäste die Führer des dortigen Volkstums erschienen. Die ursprünglich in Aussicht genommene Versammlung aller Teilnehmer zu einem gemeinsamen Abmarsch nach der Vorstadt Fabrik, wo im Bürgerlichen Brauhaus die Versammlung stattfinden sollte, wurde von den Behörden merkwürdigerweise untersagt. So sah man große Einzeltrupps schon am frühen Morgen bei herrlichem Frühlingswetter in die Vorstadt Fabrik wallen. Es waren von manchen Dörfern 300, 400, ja 700 und über 1000 Mann geschlossen erschienen. Als gegen 10 Uhr die Tagung beginnen sollte, die ganze Masse war schon unübersehbar angeschwollen, da erschien im Stahlhelm der Platzkommandant und erklärte, die Versammlung sei verboten, weil eine Erlaubnis, mit Musikkapellen aufzumarschieren, nicht nachgesucht worden sei. Maschinengewehre und berittene Truppen standen bereit, den Worten Nachdruck zu verleihen! Der Abgeordnete Dr. Muth fuhr sofort im Auto zum Divisionskommandeur. Während der langen Wartezeit stimmten die Gesangsvereine deutsche Lieder an und es spielten gleichzeitig 3–4 Musikkapellen. Endlich kam nach $\frac{1}{2}$ 12 Uhr die Nachricht, daß die Tagung zwar abgehalten werden dürfte, doch nur in geschlossenem Saale. Es konnte sich also noch nicht einmal der 25. Teil der Erschienenen an der Gründungsfeier beteiligen.

Erst um die Mittagsstunde konnte Abgeordneter Dr. Muth die Tagung beginnen, die sich einstimmig den Stadtphysikus Dr. Engels zum Vorsitzenden erwählte. Der Abgeordnete Dr. Muth selber hielt die erste Ansprache. „Wir wollen leben und aufstehen und nicht sterben. Wir wollen an der Lösung der Probleme, die an den neuen Staat herantreten, mitarbeiten“, so begann er. Und als er die Frage stellte, ob die Schwaben sich gemeinsam organisieren sollten, ob sie sich Selbstzucht auferlegen und Gemeingeist üben sollten, erscholl ein tausendstimmiges stürmisches Ja. Dr. Franz Andres erläuterte den Satzungsentwurf, worauf der Parteisekretär der Volkspartei, Hans Beller, den größten Tag in der Geschichte des schwäbischen Volkes feierte und die Lösung ausgab, jeder einzelne müsse an der Arbeit teilnehmen, niemand dürfe sagen, daß es ohne ihn gehe. Sektionsrat Dr. Kausch gedachte der Kulturaufgaben, die den Deutschen im Banat winkten, der Volks-erziehung und Volksbelehrung, der Schaffung von Schulen, Kulturverbänden und Leseräumen, der Organisation von Versammlungen und Vortragsveranstaltungen, der Gründung von Museen, Büchereien und Sammlungen, der Unterstützung der Presse, der Theater und Kinos, der Musik- und Gesangsvereine. Er verlangte freien Austausch kultureller Schätze, um dem deutschen Mutterlande und allen deutschen Minderheiten namentlich freien Verkehr, freien geistigen Austausch, deutsche Unterrichtssprache für die deutschen Schulen, die allerdings vom Staat ihre Unterhaltungskosten ersetzt bekommen müßten, Anerkennung der Staatsaufsicht über die deutschen Schulen, aber deren pädagogische, administrative und finanzielle Leitung durch gewählte Vertreter. Nach Dr. Kausch sprach in schwäbischer Mundart der stürmisch begrüßte Volksführer Johann Röser und verlangte bessere wirtschaftliche Organisation des deutschen

Volkes, Ausbau seiner landwirtschaftlichen Einrichtungen, Gründung einer landwirtschaftlichen Industrie unter Beteiligung aller Volksgenossen. Der Hauptschriftleiter der Schwäbischen Volkspresse, Professor Dr. Striegel, sprach über die Karlsburger Beschlüsse, die das Vaterunser des schwäbischen Volkes seien und deren Hochhaltung 300 000 Schwaben mit aller Energie verlangten. Er legte einen Antrag vor, die veröffentlichten Satzungen einmütig anzunehmen, einen Vollzugsausschuß zu wählen, der aus etwa 40 Herren besteht, und in dem alle Parteien und Organisationen sowie die verschiedensten Teile des Banats vertreten sind. Mit stürmischem Jubel und Beifall erfolgte die einstimmige Annahme dieses Antrags. Die Grüße des Arader Komitats überbrachte Dr. Müller. Er versicherte, daß die 30 000 Deutsche zählenden dortigen Schwaben einig mit ihren Brüdern aus Temesvar seien und mit ihnen zusammen für deutsches Recht und deutsche Freiheit eintreten wollten. Für die Karasch-Severiner Deutschen sprach schließlich noch Herr Jahn über das Wesen des rumänischen Volkes und auf ein gutes Einvernehmen zwischen schwäbischem und rumänischem Volk. An den König wurde ein Telegramm geschickt: „Die Vertreter

der deutsch-schwäbischen Gesamtbevölkerung aus dem Banat und dem Komitate Arad und Szatmar entbieten anläßlich der Gründung einer allgemeinen deutsch-schwäbischen Volksgemeinschaft Euer Majestät und der hohen königlichen Familie die untätigsten Gefühle der Staatstreue und Anhänglichkeit mit der ergebensten Bitte, unserem Volke Schutz und Liebe zu gewähren. In Betreuung des deutsch-schwäbischen Volksrats, der Vorsitzende Dr. Adalbert Engels.“ Nach Verlesung des Telegramms übermittelte der Anwalt des deutsch-sächsischen Volksrats, Herr Gustav Herbert, der Versammlung die Grüße der Siebenbürger Sachsen. Dr. Fritz Klein, der Schriftleiter der Hermannstadter Tagespost, sprach von der Gesetzesachtung und dem Rechtsbewußtsein, das im deutschen Volke lebendig sei und Schriftleiter Dr. Schneider betonte, daß aus dem Zusammenbruch des Jahres 1918 auch für das schwäbische banat. Volk die Geburtsstunde einer neuen Zeit erstanden sei. Ein Bankett beschloß am Nachmittag die Gründungsfeier und am Abend vereinte noch einmal ein gemütlicher Abend die Temesvarer mit ihren auswärtigen Gästen zu einem gemütlichen Beisammensein.

Die südslawische Volkszählung in Steiermark und Krain

Von Prof. Dr. ROBERT SIEGER, Graz.

Grazer Zeitungen bringen seit einiger Zeit Teilergebnisse der jugoslawischen Volkszählung, die sich auf die deutschen Sprachinseln in Untersteiermark, auf die deutsche Minderheit in Laibach und die große Gottscheer Sprachinsel in Krain beziehen. Überall sind die 1910 gezählten deutschen Mehrheiten, wenn sie auch noch so groß waren, in Minderheiten verwandelt. So hatte Marburg damals unter der staatsangehörigen Zivilbevölkerung 21 513 Deutsche, das sind 86 v. H.; unter der Gesamtbevölkerung von 27 974 waren 22 635 inländische Deutsche. Heute aber soll es unter 30 739 Einwohnern nur 6512 Deutsche zählen. Cilli hatte in der staatsangehörigen Zivilbevölkerung 4510 (74 v. H.), in der Gesamtbevölkerung von 6993 aber 4625 staatsangehörige Deutsche. Gegenwärtig sollen dort unter 6700 Einwohnern 940 Deutsche sein. In Marburg wäre also die deutsche Bevölkerung wenig über ein Fünftel, in Cilli weniger als ein Siebtel. Aus 687 Deutschen in Friedau sind 100, aus 353 in Rohitsch-Sauerbrunn 38 geworden, hier aus 90 v. H. etwa 8 v. H., dort aber aus 74 v. H. etwas über 9 v. H. In der Stadt Gottschee, die so gut wie rein deutsch ist, brachte man ebenfalls eine slowenische Mehrheit zustande.

Diese Beispiele genügen. Daß eine derartige Umwälzung der nationalen Verhältnisse trotz der mehr oder weniger unfreiwilligen Abwanderung von Deutschen und der gern gesehenen Zuwanderung von Slowenen den Tatsachen nicht entspricht, liegt auf der Hand. Es entsteht also die Doppelfrage: Wie wurde das gemacht und zu welchen Zwecken?

Die südslawische Volkszählungsmethode ist die der Magyaren und Tschechen, nur vielleicht hier noch offener und rückhaltloser ausgeübt. Jede Art von Druck und Drohung, mancherlei Verlockung und Beeinflussung wurde angewendet, um die Zahl jener zu vermindern, die sich als Deutsche bekennen. Slawische Truppen wurden dauernd oder für die Zählungszeit in deutsche Orte gelegt, slawische Besucher kamen dorthin, um dann als „ortsanwesend“ mitgezählt zu werden; Deutsche, die zur Option für Österreich berechtigt waren, wurden als Ausländer oder „Personen von zweifelhafter Staatsangehörigkeit“ bei der Berechnung der Nationalitätenverhältnisse ausgeschieden. Und schließlich wurden die Zählungsergebnisse amtlich „richtig-

gestellt“. Dabei sollen nach Zeitungsberichten die Kommissare die Weisung erhalten haben, als „Muttersprache“ diejenige zu behandeln, die „nach der Abstammung zu gelten hat“. Diese Meldung ist durchaus glaubwürdig. Haben doch die Slowenen als Staatsgrenze nicht etwa die heutige Sprachgrenze verlangt, sondern eine sogenannte „ethnographische“, welche die Gebiete mit Menschen slowenischer Abstammung umfassen sollte, und behandeln sie doch folgerichtig, z. B. in Schulfragen, alle Deutschen mit slawischen Namen als „Germanisierte“ und „Renegaten“, deren Kinder sie ihrem Volk zuweisen. Gegenseitigkeit üben sie freilich nicht; auch wenn der deutsche Name nicht wie der des Generals Meister – Majster in slowenische Form gebracht ist, gilt sein Träger als Slowene, sobald er es nur sein will. Gegenüber solcher Auslegung der Muttersprache ist die bekannte magyarische Nötigungsformel von der Umgangssprache als jener, die man „am liebsten spricht“, noch beinahe harmlos.

Der Zweck dieser Machenschaften ist zunächst, die Behauptung der Slowenen, daß die alte österreichische Volkszählung deutsche Mehrheiten gefälscht habe und in Wirklichkeit alles bis auf wenige Einwanderer und Renegaten slowenisch gewesen und geblieben sei, neuerlich zu bekräftigen. Dies erscheint uns so ratsamer, als das Ausland nach dem Eindruck der Kärntner Volksabstimmung vielfach an den slowenischen Behauptungen irre wird und nunmehr die deutschen Widerlegungen doch auch in den Entente-Ländern, namentlich in Amerika und England, besonders aber in früher neutralen Ländern, allmählich ein wenig Beachtung finden. Auch sucht man den Eindruck, den die Nachrichten von slowenischen Greueltaten machen könnten, dadurch zu verwischen, daß man die Glaubwürdigkeit der Deutschen durch den „amtlichen“ Nachweis, daß ihre Zifferangaben falsch seien, erschüttert. Und endlich kann man der haltlosen Behauptung, die Kärntner Entscheidung beruhe auf „deutschem Wahlschwindel“, mehr Gewicht geben, wenn man eine große deutsche Fälschung aus früherer Zeit aufbringt. Wer freilich weiß, wie wenig die k. k. Volkszählungsbehörden zugunsten des Deutschtums gerade gegenüber südslawischem und tschechischem Druck zu tun, wie wenig sie selbst offerkundig

nrichtigkeiten richtigzustellen wagten, der wird diese Argumente ablehnen müssen. Aber wer weiß das außerhalb Österreichs und wer will es wissen? Neben diesen Zielen verfolgt die slowenische Zählmethode aber auch unmittelbar praktische. Der beschriebene Schutz, den der Vertrag von St. Germain deutschen Minderheiten gewährt, beruht auf deren absoluter und relativer Zahl. Nur „beträchtliche“ Minderheiten haben Anrecht auf Unterricht in ihrer Muttersprache, auch das nur in Volksschulen, nicht in höheren Lehranstalten, und auf Zuwendungen für ihre Kulturzwecke aus öffentlichen Mitteln. Die Volkszählungsergebnisse geben den Vorwand oder die nachträgliche Rechtfertigung für die fortgehenden Auflösungen deutscher Schulen und die sonstigen Verkürzungen der Sprachinsel- und Minderheitsdeutschen.

Sehr bezeichnend für die Haltung der Slowenen ist ihr Vorgehen bei den Gemeindevahlen, auf das man im Zusammenhang mit den Volkszählungsvorgängen aufmerksam wird. Bei den Wahlen für die Nationalversammlung im Südslawenstaat erhielten nur Slawen das Wahlrecht. Es wurde dies damit begründet, daß Artikel 80 den „Minderheiten nach Nation und Sprache“ (la race et la langue) binnen eines halben Jahres die Option für ihren Nationalstaat gestattet. Die Optionsberechtigten könnten also nicht als endgültige Staatsbürger gelten und nicht mitentscheiden über die Einrichtungen eines Staats, der vielleicht nicht der ihre bleibt. Diese Folgerung widerspricht allerdings den Bestimmungen der Artikel 70 und 76. Nach diesen erwerben alle, die vor 1910 im Südslawenstaat das Heimatrecht hatten, ohne weiteres (de plein droit) dessen Staatsangehörigkeit. Ihr Recht, sie wieder aufzugeben, kann daran nichts ändern, sollte man denken. Diese Optionsfrist ist nunmehr abgelaufen. Gleichwohl hieß es, daß nur Slawen zu den Gemeindevahlen zugelassen werden sollten. Das läßt sich nicht mehr auf die

alte Weise begründen. Allerdings gibt Art. 78 jenen, die eine neue Staatsangehörigkeit von Rechts wegen (de plein droit) erwerben, das Recht, innerhalb eines Jahres für ihren alten Heimatstaat zu optieren. Diese Option auf Grund der früheren Heimatberechtigung, von jener auf Grund der Nationalität (Art. 80) scharf zu unterscheiden, hat aber die südslawische Regierung — allerdings vertragswidrig — in einer Kundmachung nur zugunsten anderer Staaten, nicht jedoch Österreichs anerkannt. Sie kann sich also ohne inneren Widerspruch nicht auf sie berufen. Die Ausschließung der Nichtslawen vom Gemeindevahlrecht ist somit eine reine Willkürmaßregel. Nun sind sehr viele Deutsche durch die Volkszählung zu Slawen gestempelt worden, hätten also Anspruch auf die Wahlberechtigung. Das sagte der slowenischen Presse nicht zu, und so erhoben sich in ihr Stimmen, welche die Richtigkeit des Zählungsergebnisses bezweifelten. Es wurde behauptet, viele Deutsche hätten sich als Slowenen ausgegeben, um das Gemeindevahlrecht zu erwerben. Ausgeschlossen ist ja nicht, daß einzelne diesen Weg für gangbar hielten, um die deutsche Heimatstadt unserem Volke wiedergewinnen zu können. Aber die Zweideutigkeit des Mittels und seine Gefährlichkeit für das Deutschtum muß davon abschrecken. Immerhin hat die Denunziation ihren Zweck erreicht: Die Regierung beugte einer solchen Möglichkeit vor, indem sie die Gemeindevahlen nicht auf Grund der von ihr selbst amtlich festgesetzten angeblichen Nationalität, sondern „auf Grund der Wählerlisten für die Nationalversammlung“ ausschrieb. So sind also die unglücklichen Opfer der slowenischen Zählungspolitik das eine Mal Slawen, wenn man die Rechte des deutschen Volkes einengen will, das andere Mal aber werden ihnen die Rechte aberkannt, die aus ihrem Slawentum folgen würden. Denn bei den Nationalversammlungen waren sie noch nicht zu Slowenen gestempelt!

Erlebnisse Auslanddeutscher im Weltkrieg*)

V. In belgischer Kriegsgefangenschaft in Afrika.

Von L. S., ehemal. Reg.-Lehrer in Tabora, Deutsch-Ostafrika.

(Schluß.)

Am dritten Tage sollte der Transport weitergehen. Wir wurden auf einen Dampfer verbracht, um je vier respektive fünf Mann in einer Kabine, die eigentlich nur für zwei Mann Raum bot, untergebracht zu werden. Die Reise von Stanleyville bis Leopoldville sollte elf Tage dauern. Während des Tages waren wir auf dem Hinterdeck. Bei Nacht wurden wir in die Kabinen eingeschleppt. Zwei konnten in den Betten schlafen, zwei unter denselben. Da nun die Betten so niedrig waren, hatten die unter den Betten Kämpfernden nicht genügend Raum sich zu drehen. Auch waren sie den Moskitos ausgesetzt. Da Fenster und Türen fest verschlossen wurden, so war während der Nacht eine schreckliche Temperatur in den Kabinen. Von Schlaf spürte man wenig. Der überreichliche Schweiß und die dumpfe Nachtluft brachten uns fast um. Hatte man versucht, die Türe nur ein wenig zu öffnen, so wurde es von dem Askari auf seinem Rundgang sofort bemerkt und mit großem Schlag wieder geschlossen. Das Essen, das man uns bot, war gut. Doch hinsichtlich der Menge für normale Menschen vollständig ungenügend. Für solch ausgehungerte Mägen, wie wir sie bekommen hatten im Laufe der vielen Hungertage in belgischen Händen, war es gar keine Verpflegung, man ging stets hungriger vom Tisch als man sich hinsetzte. Es war nur der eine Vorteil, daß man auf den Haltepunkten von den Eingeborenen durch unsere Kellner Früchte kaufen konnten. Alles, was halbwegs verkauft werden konnte,

wurde weggegeben, um Früchte, besonders Bananen, zu bekommen. Mancher gab die letzte Hose und Hemd her. Als die Kellner merkten, daß sie durch solchen Tauschhandel auch selbst profitieren konnten, verkauften sie für uns bestimmte Rationen an die Unersättlichen und auf unsern Tisch kam dadurch täglich immer weniger. Der Massenaufwurf auf den Stationen war überall derselbe. Auf einer Station war die Wut gegen uns so groß, daß ein wahrer Steinhagel auf uns niederging und wir uns auf die andere Seite des Dampfers flüchten mußten. Hätten die Schwarzen auf den Dampfer kommen können, bei Gott, sie hätten uns aufgefressen.

Am elften Tage hörte die schreckliche Fahrt auf. Wir kamen in Leopoldville an. Zum ersten Male seit der langen Reise kamen wir in einem Hause zu wohnen. Man brachte uns auch Matratzen und Moskitonetze. Die Kost war gut und genügend. Am andern Tag wurden wir dem Arzt vorgeführt, der uns auf Schlafkrankheit untersuchen sollte. Wir alle atmeten erleichtert auf, daß wir wenigstens für einige Tage dem Kommando des Kapitain-Gendarm entrissen waren. Satt zu werden und wieder mal ruhig schlafen können, hatten wir seit vier Wochen Reise durchs tropische Afrika nicht mehr gehabt. Man war ungemein nervös, reizbar und ganz kindisch geworden. Auch vermied man hier uns den Schwarzen zur Schau auszustellen. Als wir am dritten Morgen mit der Bahn weiterreisten, gab man uns reichliche Zehrung mit

*) Siehe auch Nr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 22, 23 und 24 im vorigen, Nr. 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 in diesem Jahrgang.

auf den Weg. Wie ausgehungerte Kinder stürzten wir uns darüber her, als der Zug im Gange und wir allein unter uns waren. Des Abends kamen wir in Thysville an, wo wir in einer Portugiesenküche übernachteten. Des andern Tages hatten wir eine äußerst romantische Bahnfahrt nach Matadi und von da mit dem Dampfer nach Boma.

Dort wurden wir in einem verlassenen Haus, vor dem Krieg das Wirtshaus eines Deutschen, untergebracht. Zu essen gab es aus einer Portugiesenküche. Da die Belgier pro Mann nur einen Aufwand von drei Franken machten und hievon auch die Bedienung bezahlt werden mußte, zu schweigen von der Bestechlichkeit der Belgier, kann man sich wohl vorstellen, was der Portugiese uns zum Essen hat vorstellen können. Die Hungerleiderei ging aufs neue los. Ja, es kam sogar zu Schlägereien unter uns Deutschen. Trotz des strengen Verbots begann wieder ein reger Tauschhandel um Brot und Früchte. Vier Wochen waren wir in Boma. Während dieser Zeit kamen noch mehrere Transporte Kriegsgefangener an. Am Weihnachtsfest hielt Herr Missionar Kraft einen Gottesdienst ab. Als wir am Weihnachtsabend einige Lieder sangen, wurden wir dafür bestraft durch Entziehung des Bieres am andern Tage. Auch sonst war die Behandlung streng. Wir konnten das Haus in diesen vier Wochen nie verlassen. Als einzigen Raum zur Bewegung hatten wir zwei Treppen, die vom ersten in den zweiten Stock führten, und einen ungefähr ein Meter breiten Balkon, der rings um das Haus führte. Trotzdem daß es die heiße Jahreszeit war, hatten wir doch keine Badgelegenheit im Hause. Auch fehlte uns das nötige Wasch- und Trinkwasser. Da das Haus auch vom Wind so ziemlich vollständig abgeschlossen war, litten wir besonders mittags unter der großen Hitze. Besonders gierig waren die Belgier gegen das bei uns noch vermutete afrikanische Gold. Sie boten fünfundzwanzig und dreißig Franken für ein Goldstück. Sie drohten, alles Gold, das sie bei Visitationen finden würden, ohne alles Weitere zu konfiszieren. Sie hielten auch öfters solche Visitationen ab; doch stets vergebens. Sie versprachen dem, der sein Gold einwechseln ließ, die Erlaubnis, Schokolade und eingedickte Konservenmilch zu kaufen; mit einem Wort: sie versuchten, uns mit Gewalt, List und Versprechungen um unser Gold zu bringen. Die belgischen Beamten müssen aber auch sonst noch sich an uns bereichert haben. Denn wir hörten öfters sagen, der belgische Staat gebe für jeden Gefangenen zehn Franken täglich aus, doch erfuhren wir von einem belgischen Polizeiwachmeister, daß einschließlich der Boi-Löhnung unser Aufwand nicht mehr als drei Franken pro Kopf betragen dürfe. Das, was man uns gab, war auch nicht mehr wert. Der Bezirkschef von Boma, der mit unserem Kommandanten gewiß unter einer Decke gesteckt hatte, wie auch der dortige Polizeikommissär, dessen ebenbürtige Kreatur, werden es am besten wissen. Unsere Kranken wurden in gewissenhafter Weise von einem schwedischen Arzt behandelt. Doch durfte er nur kommen, wenn ihn die Belgier bestellten. Von der Außenwelt waren wir vollständig abgeschnitten. Wir erfuhren auch nicht das geringste von dem, was in der Welt vor sich ging. Weder Telegramme noch Zeitungen kamen uns unter die Augen diese langen Wochen. Die schreckliche Ungewißheit über unsere militärische Lage, die beunruhigenden Nachrichten, die die Belgier auf unsere Rechnung in die Welt posaunten, erhöhten nur noch unsere Niedergeschlagenheit und Nervosität.

Zurück nach Europa.

Endlich erhielten wir die Mitteilung, daß wir am 30. Dezember mit dem Dampfer nach Europa abgeschoben werden sollten.

Nur machten wir keinen guten Tausch. Von den Händen der einen Schnapphähne, die sich an uns bereichert hatten, wanderten wir in die der Schiffssteward, wo wir es auch nicht viel besser hatten. Wir wurden auf dem Dampfer „Anvers-Ville“ in Kabinen II. Klasse untergebracht. Statt der täglichen fünf Mahlzeiten erhielten wir nur drei. Die Verpflegung war für uns so wieso sehr mangelhaft. Meist bekamen wir nur Überbleibsel von den andern Fahrgästen und das meist in keinem sehr appetitlichen Kuddelmuddel. Dann gab es auch so wenig, fast gar kein Brot. Wenn je einer sich in unzufriedener Weise äußerte, so holten sie sofort den Kapitän-Gendarm, der dann stets mit Arrest drohte. Ja, eines Tages setzten sie uns zu ihrem Spaß vollständig ungenießbares Essen vor. Es schien, daß sie absichtlich große Mengen Chinin in unser Essen warfen. Da wir alle nichts essen konnten, wurde die ganze Kellner- und Kochsippe wie toll. Sie sandten eine Probe davon (aber gewiß etwas anderes) zum Schiffsarzt, um es zu kosten. Und als dieser es genießbar fand, war die Sache erledigt und wir hatten nichts zu essen gehabt. Nach jeder Mahlzeit konnten wir eine Stunde an Deck Luft schnappen. Dann wurden wir wieder in unsere Kabinen eingeschlossen. Da man sich gegenseitig in den Kabinen nicht besuchen konnte, man auch keinerlei Lektüre hatte, weder Tages- noch Papier besaß, die Kabinen so klein waren, daß weder Tisch noch Stuhl darin stehen konnte, so war man den ganzen Tag gezwungen, auf seinem Bett zu liegen und dies auf die Dauer von drei Wochen. Es war zum blödsinnig werden. Das war es aber, was die Belgier bezwecken wollten; wir sollten im Stumpf alle die Schandtaten vergessen, die sie in Afrika an uns begangen hatten. Hielten die Belgier nachts in der Kantine ihre Schmelze anläßlich ihrer großen Siege in Afrika ab, so zogen sie mittenachts an unseren Kabinen vorüber, schlugen mit Händen und Füßen an die Wände, um uns aufzuschrecken, schalteten und spotteten auf die Deutschen. Einmal bemerkte ich durch die Ventilationslöcher in der Wand, wie so eine besoffene Gesellschaft die aufgestellten Wachen mitnahm entlang unserer Kabinen und immer den Schwarzen zurief: „Da sind Bestien drin!“ Da packte einer den Askari-Sergeant, schüttelte ihn, indem er ihm auf französisch zurief: „Nicht wahr, wir Belgier sind stark?“ Sage ja oder nein!“ So lange schüttelte er den armen Schwarzen bis dieser endlich „Ja“ sagte. Gewiß eine große Befriedigung für einen von der großen belgischen Nation!

Je weiter unser Schiff nach Norden kam, desto kälter wurde das Klima. Auf der Höhe von Portugal zeigte sich eines Morgens Eis am Mast. Wir kamen gerade mitten im Winter in Frankreich an und froren entsetzlich in unserer Tropenkleidung. Am 20. Januar 1917 landeten wir an der französischen Küste im Hafen von La Pallice. Dort wurden wir von einer belgischen Kommission in Empfang genommen, von dieser den Franzosen übergeben, die uns in das Kriegsgefangenenlager verbrachten.

Auch hier harrete der armen Gefangenen ein schweres Los. „Die Gemütsstimmung war meist eine sehr gedrückte; die völlige Abgeschlossenheit von der Außenwelt, das Fehlen jeder Bewegungsfreiheit, die tägliche zehnstündige harte Arbeit, Mangel deutscher Zeitungen, die Unterbringung in den windkalten Baracken, die scharfe Briefzensur, die schlechten Verhältnisse, die ordinäre Verpflegung und Behandlung als Soldaten, alles das hat nicht verfehlt, auf das Gemüt der Gefangenen, besonders der älteren und verheirateten, schwer zu drücken. Besonders schlimm waren die Kranken und Verwundeten da. In dem Lazarett auf Isle de Ré bei La Pallice wurden die Kriegsgefangenen der Arm abgenommen. Am andern Tage kam ein Arzt, was für ein Landsmann er sei, und als er erwies,

ein Elsässer, entgegnete ihm der Arzt: Warum haben Sie das nicht gestern gesagt, dann hätten Sie Ihren Arm noch.“ In einem andern Lazarett geschah es eines Tages, daß beim Eintreffen der Nachricht, die Deutschen hätten die Kathedrale von Reims beschossen, sämtliche Ärzte ihre Tätigkeit im Operationssaal einstellten und die unter dem Messer liegenden deutschen Soldaten sterben ließen.“

Auf wiederholtes Bitten wurde unser Landsmann vom Kriegsgefangenenlager in das Zivilgefangenenlager von Rochefort überführt, wo zwar die Behandlung immer noch streng genug, aber

die Verpflegung besser war. Endlich im Dezember 1917 kam die Nachricht, daß alle Afrikaner nach Hause entlassen werden sollten. „Man kann sich die Freude, die uns erfüllte — schreibt unser Landsmann — nicht vorstellen. Leute, die nichts zu packen hatten, sprachen den ganzen Tag vom Packen. Wie närrisch waren die Leute. Vierzehn Tage bangen Harrens folgten, wo jede Stunde eine Ewigkeit wurde.“ Am 12. Dezember schlug die Stunde der Erlösung; der Zug führte die Gefangenen über Genf nach Konstanz, wo sie am 20. Dezember ankamen und die langersehnte Heimat mit Jubel begrüßten.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Estland.

Nun haben auch die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Reval stattgefunden. Die Kommunisten, die bisher ein Mandat besaßen, eroberten gleich deren 27, die Arbeitspartei erhielt mit 18 statt 12 Mandaten wieder. Die deutsch-baltische Partei hat 2 Sitze verloren und besitzt noch 11, die christliche Volkspartei ist von 8 auf 10 Mandate gewachsen, die Mieter haben ihre 4 Sitze behalten, die Hausbesitzer haben 1 Sitz von ihren 10 Sitzen verloren, die Volkspartei hat 5 Sitze verloren, so daß sie nur noch 6 Mandate behält, die Sozialdemokraten sind von 23 auf 5 Sitze zurückgedrängt, die unabhängigen Sozialisten von 15 auf 4 Sitze. Die Kaufleute haben von 4 Sitzen nur 1 gerettet, den die bisher unvertretenen Invaliden gewonnen haben. Zusammen verfügen die sozialistischen Parteien über 36 Sitze gegenüber 38, die sie bisher hatten. Es ist also eine Radikalisierung innerhalb der Sozialisten eingetreten. Rechnet man mit dem „Revaler Boten“ zur Linken noch die Arbeitspartei und die Mietergruppe, so verfügt diese Linke über 3 gegen 54 Sitze, während ein Abschwanken der Arbeitspartei nach rechts hin einen antisozialistischen Block von 64 Stimmen ergeben würde. Innerhalb der bürgerlichen Gruppe haben die deutschen Vertreter jedenfalls eine wichtige Stellung.

Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Arensburg auf Oesel errangen die Deutschen am meisten Sitze. Sie sind mit 9 Abgeordneten die stärkste Partei; ihnen folgen die Arbeitspartei mit 8, die Wirtschaftsgruppe und der Christliche Bund mit je 6, die Sozialdemokraten mit 4 und die Volkspartei mit 2 Sitzen. Von 1974 Wählern haben 1439 gestimmt.

Auch in Hapsal haben bei den Stadtverordnetenwahlen die Deutschen die meisten Sitze erobert. Sie erhielten 8 Sitze, für die 443 Stimmen abgegeben wurden. 10 Mandate wurden vergeben.

Der Delegiertentag der deutsch-baltischen Partei in Estland, der am 20. Februar in Reval tagte, hat der Regierung eine Eingabe überreicht, die in ernsten Worten die Gefahren der estnischen Agrarreform hervorhebt. Die Reform treffe, so heißt es in dem Schriftstück, nicht nur die deutsch-baltischen Bürger, sondern das ganze estnische Volk. Es lasse aus nationalem Chauvinismus geborene Unrecht verletze das Rechtsbewußtsein der Gesamtheit. Statt einer Erleichterung habe die letzte Zeit die Gewißheit gebracht, daß wiederum 10 Güter aufgeteilt werden sollten. Von diesen 210 Gütern würden die Familien der früheren Besitzer vertrieben und heimatlos gemacht, ohne auch nur eine Wohnung in den Städten finden zu können, wo kein Platz für sie sei. Viel schlimmer

sei noch das Los der Gutsangestellten und Knechte. Die neuen Wirtschaften könnten auch nicht annähernd das leisten, was die früheren Wirtschaften geleistet hätten. Die Unsicherheit der Zukunft verhindere jede vorausschauende Wirtschaft. Die Wirtschaft auf den von der Republik bewirtschafteten Gütern sei beständig zurückgegangen. Man produziere dort höchstens noch in eigene Konsume. Bei jedem aufgeteilten Hof würden gerade die bisherigen Bearbeiter, die Knechte, brotlos, landlos und auf die Straße gesetzt. Bei einer vernünftigen Landreform wäre aber für Alle Land genug vorhanden. Eines Tages aber werde das landlose Proletariat auch an den größeren Bauernwirtschaften sein Mütchen kühlen wollen. Dem Moloch einer sozialistischen Doktrin dürfe aber nicht die Zukunft des Landes geopfert werden.

Rußland.

Neuere Nachrichten über die Krim veröffentlicht die „Deutsche Post aus dem Osten“ in ihrer Nr. 10. Pastor Ney teilt mit, daß, als Wrangel und die letzten Truppen seiner Armee die Krim verließen, sofort über dem Hause, wo die deutsche Vertretung ihren Sitz hatte, die deutsche Flagge gehißt wurde. Schon im November 1920 sei für die Deutschen der Zusammenbruch Wrangels kein Geheimnis mehr gewesen. Am 20. November 1920 habe sich in der Krim ein deutscher Ausschuß zur Interessenvertretung aller Reichsdeutschen und Kolonisten gegründet. Die Glieder dieses Ausschusses hätten sich schon in der Wrangelschen Regierungszeit unter rühriger Mitarbeit einer reichsdeutschen Studienkommission zusammengefunden, die seit Sommer 1920 zur Anbahnung von Handelsbeziehungen in der Krim weilte, aber in ihrer Arbeit von der franzosenfreundlichen Regierung nicht gefördert worden sei. Das Auftreten einer offiziellen deutschen Reichsvertretung sei von der Entente verhindert worden. Die Studienkommission habe mit der letzten Gelegenheit Sewastopol verlassen. Der Ausschuß setzt sich aus den Herren von Sivers und Huebner aus Sawastopol, aus den Herren Praetorius und Neff aus Simferopol und aus den Herren Druschel (Charkow) und Schroeder (Halbstadt) zusammen. Übertriebene Hoffnungen wird man freilich nicht an die Tatsache des Vorhandenseins des Ausschusses knüpfen dürfen.

Polen.

Der polnische Sejm hat in den letzten Wochen die Verfassungsberatung in dritter Lesung zu Ende geführt. Es war nicht einfach, die 126 Artikel der Verfassung durch alle Fährnisse der parlamentarischen Beratung hindurchzubringen. Es standen sich die rechte und die linke Seite des Parlaments ziemlich schroff gegenüber und sehr kleine Grüppchen von Abgeordneten konnten oft den Ausschlag in der Abstimmung geben. So wurde bekanntlich mit deutschen Stimmen die zweite Kammer, der Senat, neben dem Sejm eingeführt, der ein Viertel

der Mitglieder des Sejm zählen wird. Der die Deutschen besonders kränkende Absatz des Verfassungsentwurfs, daß der Präsident des polnischen Staates, der auf 7 Jahre von der „National-Versammlung“, dem vereinigten Sejm und Senat, gewählt wird, nur Pole und Katholik sein dürfe, wurde mit 208 gegen 124 Stimmen wieder beseitigt, so daß theoretisch auch ein protestantischer deutscher Staatsbürger Polens sein Präsident sein könnte. In der zweiten Lesung war der betreffende Paragraph noch mit 213 gegen 66 Stimmen angenommen worden! In der Verfassung steht auch der Satz, daß alle Bürger vor dem Gesetze gleich seien, daß Titel und Wappen abgeschafft werden und daß jedem Bürger Polens freistehe (Artikel 109) seine Nationalität zu wahren und seine Sprache zu pflegen. Durch besondere Staatsgesetze soll den Minderheiten die freie Entfaltung ihres Volkstums gesichert werden. Sie können auch Schulen und Wohltätigkeitsanstalten gründen und unterhalten und sich dabei, wie der Artikel 110 bestimmt, ungestört ihrer Sprache bedienen. Viel umkämpft war der Artikel 114, der bestimmt, daß die katholische Religion führende Staatsreligion Polens sei. Nach langen Kämpfen gelang es, den Artikel so zu fassen, daß es jetzt heißt: „Das katholische Bekenntnis, das die Religion der überwiegenden Mehrheit des Volkes ist, nimmt im Staate die führende Stellung unter den gleichberechtigten Bekenntnissen ein.“ Daß der Zusatz „unter den gleichberechtigten Bekenntnissen“ eingefügt wurde, ermöglichte auch den Deutschen und den übrigen Minderheiten die Zustimmung, wenn sie auch mit der Fassung des Artikels und seinem Inhalt sonst nicht ganz einverstanden sind. Mit 201 gegen 125 Stimmen wurde schließlich die von den rechtsstehenden Parteien gewünschte konfessionelle Schule in der Verfassung abgelehnt, mit einer Mehrheit von nur 12 Stimmen wurde beschlossen, den Unterricht in allen staatlichen und städtischen Schulen unentgeltlich zu gestalten.

Der Streit um das Recht der evangelischen Kirche in Polen hat zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen dem bekannten Warschauer Generalsuperintendenten Bursche und den Lodzer deutschen Abgeordneten geführt. Herr Bursche hielt in Lodz eine Versammlung ab, wo er als glänzender Redner und Dialektiker sich den in dieser Beziehung weniger gewandten Abgeordneten überlegen zeigte und einen billigen Sieg erfocht. Nun schreibt aber der Abgeordnete Spickermann in der „Lodzer Freien Presse“ dem Generalsuperintendenten einige kräftige Worte. Es seien lebhafter Zweifel an des Generalsuperintendenten seelsorgerischer Tätigkeit, ja sogar an seiner Wahrheitsliebe entstanden. Aus Herrn Bursches Worte habe nur der Despot, der Reaktionär gesprochen der eine evangelische Partei gründen wolle und dem alles deutsche ein Greuel sei. Mit Hilfe einer evangelischen Partei, in der seine Rednerkunst brilliere, hoffe der Generalsuperintendent die Deutschen fortzukriegen. Der Abgeordnete fragt schließlich feierlich den Generalsuperintendenten: „Können Sie es vor Gott verneinen, daß Sie die gewaltsame Polonisierung der deutschen Schule bewußt unterstützen, ja geradezu fördern? Unterrichtsminister Prauß war für die deutsche Sprache in den deutschen Schulen, Sie lehnten sich dagegen auf und erzwangen die Polonisierung!“ Weiter wirft der Abgeordnete dem obersten Kirchenhüter vor, die zuständigen gewählten Kirchenvertreter vor der Einbringung der Gesetzesvorlagen an den Sejm nicht gehört zu haben, in seinem Hirtenbrief die Kirche als politisches Werkzeug mißbraucht zu haben, eine evangelische Fakultät an der Warschauer Universität fast gegen den Willen der Regierung durchgesetzt zu haben, verhindert zu haben, daß die Vorlesungen auch in deutscher Sprache

an dieser Fakultät gehalten wurden. Auf diese schweren Anklagen wird der Generalsuperintendent ja wohl zunächst zu antworten haben.

Ungarn.

Die Wiederbesetzung des Nationalitäten-Ministeriums, dessen Eingehen ja gemeldet worden war, wird von den deutschen Abgeordneten der ungarischen Kammer als ein Erfolg verzeichnet, zumal ein Deutschgeborener, der Außenminister Dr. Gratz, das Ministerium übernommen hat. In der „Pester Zeitung“ wird versichert, daß er vom Vertrauen des ungarischen Deutschums getragen werde. Die westungarischen Abgeordneten haben aber gleichzeitig sehr lebhaft gegen die bisherige Politik der Regierung Westungarns gegenüber protestiert und haben beim Außenminister vorgesprochen, um ihm klar zu machen, daß über Volksschicksale nicht unter Umgehung der Völker selbst entschieden werden solle. Die Abgeordneten verlangen daher von Ungarn sowohl wie von Österreich eine Zulassung der Abstimmung der Bevölkerung. Der ungarische Außenminister versicherte, daß die Vertreter des westungarischen Volkes Gelegenheit haben sollten, vor den zuständigen österreichischen Stellen diese ihre Forderung zu vertreten, und daß er mit den Abgeordneten enge Fühlung unterhalten wolle.

Graf Andrássy, der bekannte Politiker, hat sich in öffentlicher Kammersitzung der christlich-nationalen Partei angeschlossen und dabei auch in bemerkenswerter Weise über das Nationalitäten-Problem gesprochen. Da er wohl in Bälde in führender Stellung in der ungarischen Regierung zu finden sein wird, können diese seine Worte von Bedeutung werden. Wir geben sie deshalb hier wieder: „Wir müssen aus der Vergangenheit lernen und die Sprache der Staatsbürger nichtungarischer Zunge in der Schule, bei Gericht und in der Verwaltung zur Geltung bringen. Ich gehe auf diesem Gebiete noch weiter. Ich glaube, daß wir in den Fällen, wenn sich, was Gott geben möge, die Würfel drehen und der Friede, dieser unglückselige Friede unter Revision genommen werden kann, in unserm Interesse mit unsern alten Brüdern eine Vereinbarung schließen müssen und zwar so, daß sie ihre eigenen kulturellen Interessen, ihre nationale und völkische Individualität im alten Ungarn gesichert sehen. Ich bin davon überzeugt, daß die zusammenhaltende Kraft der auch völkisch befriedigten Nation diesem Lande zur wahren Stärke und wahren Stütze dienen kann.“ Vor Andrássys großer Rede hatte sich der deutsche ungarische Prälat Alexander Gießwein für den Liberalismus und gegen die Rassentheorien ausgesprochen und die Abschaffung des Nationalitäten-Ministeriums verurteilt. Tags zuvor hatte der Führer der Partei der kleinen Landwirte, Mesko, sich gegen das Nationalitäten-Ministerium gewandt und verurteilt, daß in dem im Pester Komitat deutsch in den Schulen unterrichtete, weist nun der Abgeordnete Dr. Johannes Huber in der Pester Zeitung nach, daß man den Versprechungen des Ministerpräsidenten zum Trotz – Westungarn ausgenommen – in den meisten deutschen Gemeinden die deutsche Sprache erst vom fünften Schuljahre an in höchstens 2 Wochenstunden unterrichtet, daß sich die gesamte deutsche Bevölkerung Ungarns demnach an den Ministerpräsidenten wenden werde, um ihn aufzufordern, sein in der Nationalversammlung gegebenes Wort zu halten, in deutschen Gemeinden auch vom ersten Schuljahre an deutsch unterrichten zu lassen.

Der Außenminister Dr. Gratz äußerte sich gegenüber dem Ausfrager über die westungarische Frage. Die Note des schafferrats, der aussprach, daß an der Übergabe Westungarns an Deutsch-Österreichs nicht gehandelt werden dürfe und

die „Verständigungen“ in der Tat sich nur auf Grenzberichtigungen beziehen sollten, hatte der Minister allerdings zu dieser Stunde noch nicht empfangen. Er wolle keine Drohungen aussprechen, mache jedoch auf die unausbleiblichen Folgen einer nicht einvernehmlichen Lösung der westungarischen Frage aufmerksam.“

Die christlich-nationale Partei hielt in Budapest eine Konferenz ab, bei der Dr. Jakob Bleyer, der gewesene Nationalitätenminister, das Wort ergriff und die Regierung heftig angriff, weil bei den Verhandlungen in Wien über das Schicksal Westungarns nicht ein Vertreter Westungarns zugegen sei, sondern im Namen Westungarns nur ein Jude sprechen konnte. Der Redner geißelte scharf alle Mißgriffe der Regierung in der westungarischen Frage. Zum selben Gegenstand sprach auch Dr. Huber, der betonte, daß die westungarische Frage nicht eine rein wirtschaftliche, sondern eine nationale sei. Der schwerste Fehler sei gewesen, daß man auf den Vorschlag der deutschen Abgeordneten der Autonomie für das ganze deutsche ethnographische Gebiet nicht eingegangen sei. Er allein hätte die nationalen Bedenken Österreichs zerstreuen können. Abgeordneter Edmund Schulz sprach von dem schweren Mißgriff der Regierung, das Nationalitäten-Ministerium, das die Deutschen als ihr Ministerium betrachtet hätten, aufzulösen. Graf Andrássy, der Vorsitzende des leitenden Ausschusses, versprach unverzüglich Schritte bei der Regierung zu tun, um sie zur Erfüllung ihrer nationalen Versprechungen anzuhalten.

Rumänien.

Der Gesetzentwurf über das Staatssekretariat für die Minderheiten wurde in der Kammer (s. Verhandlung darüber in vorg. Nummer, S. 207/208) mit 144 gegen 89 Stimmen angenommen, nachdem die Minderheit vergebens verlangt hatte, daß die verfassungsmäßige Situation der Staatssekretariate besser geklärt würde. Auch die Deutschen stimmten schließlich für das Staatssekretariat, von dem man in Rumänien hofft und erwartet, daß es ein Staatssekretariat für und nicht gegen die Minderheiten werden möchte.

Afrika.

Herr Dr. Karl Hermann in Koblenz übermittelt uns folgende Zeilen: „Mit unsern ehemaligen Kolonien verbinden uns nur erst sehr schwache Fäden. Es ist in die Hand unserer Kriegsgegner gegeben, was uns an diesen Fäden an Berichten über die Lage in den früher deutschen Schutzgebieten, über die Stimmung der Eingeborenen und ähnlich Wissenswerthes zugehen soll. Man muß dankbar sein für jeden Tropfen Nachricht, der uns von drüben zufließt, und man muß im nationalpolitischen und wirtschaftlichen Interesse jede Möglichkeit pflegen, durch die sich die zerrissene Verbindung wieder anknüpfen läßt.“

Mir ist dieser Tage durch einen Bekannten ein Brief zugänglich gemacht worden, der an ihn aus Kamerun gerichtet worden ist. Das Schreiben stammt freilich schon vom 12. April v. Js., ist also gerade ein Jahr alt, dürfte aber bei dem Mangel sonstiger Informationsquellen auch heute noch Bedeutung haben. Unser Kameruner Eingeborener hat durch seinen Brief übrigens auch einen Beweis für die gute Schulbildung, die er genossen hat, und damit zugleich auch den Gegenbeweis gegen die feindlichen Beschuldigungen erbracht, daß das Deutschtum in unseren afrikanischen Kolonien nicht kulturfördernd gewirkt hat. Die Sehnsucht, die dieser Kameruner heute, nach 6 Jahren der Trennung, nach allem, was deutsch ist, bekundet, schlägt am besten alle Anklagen zurück, die wider unsere Kolonisationsmethode erhoben worden sind. Er schreibt*):

*) Wir bringen den Brief ohne irgendwelche grammatikale oder orthographische Verbesserungen zum Abdruck! Die Schriftleitung.

„Ich hätte Dir schon längst einen langen Brief zugesandt, da wir aber durch die englische und französische Regierung während des Krieges keinen Brief nach Deutschland schicken durften, zufolge dessen mußte ich auch so lange warten bis die mal wieder freigeben. Du Michael teile mir bitte mit der nächsten Gelegenheit wie teuer die kleinen Elfenbeinzähne jetzt in Deutschland verkauft werden (und zwar per Kilo). Kannst Du mir eine gute gebrauchte Doppelflinte suchen und eine Revolver welche zirka 20 — 30 — 50 — 60 Mk. wert ist. Ich mache jetzt einen Kakao-Farm und noch verschiedene Früchte kommen daraus.“

Wilde Tiere Buschschweine und noch andere Tiere verderben alle diese Früchte. Da die engl. u. franz. Kaufleute Ihre Sachen so teuer verkaufen infolge dessen möchte ich von jetzt ab nur Sachen aus Deutschland bestellen. — Ich bitte Dir daher sehr dringend Du mögest so gut sein und mir eine gute Katalog besorgen und Muster verschiedene Arten.

Wir haben leider keinen Verkehr nach Deutschland zu verschiffen sonst tät ich bei der Regenzeit etwas Cacao nach dort schicken zum Verkaufen. Frage bitte über den Preis von Cacao Kerne und Öl.

Wann kommen die deutschen Kaufleute. Der Handel hier in Duala ist ganz und gar verdorben.

Im Monat November 1918 hatte eine franz. Dampfer 6 Kranken die an Bord waren hier an Land gelandet welche eine ansteckende Krankheit hatten — Durch diese ansteckende Krankheit mußten sämtliche Eing. von Kamerun und Europäern davon Krankleiden und pro Tag starben hunderte von Menschen.

In demselben Monat nach langen leiden starb meine Mutter durch starken Rheumatismus (am 23. 11. 1918 —) Meine zweite Bruder Peter ist im Jahre 1914 auf dem Kriegsfelde gefallen — Du Michael sammelt mir sämtliche Zeitungen vom Jahre 1914 bis dieses Jahr, und alle die besten Kriegsbücher schicke mir dieselben mit den nächsten von dort abfahrenden Postdampfer und lege die Rechnung dabei — Gleich nach dem Empfang schicke ich dir bares Geld dafür.

Grüße mir Deine ganze Familie besonders grüßt Dich, Deine Frau und Eltern Dein Dich nie vergessener Freund und Schulkamerad

(Folgt die Unterschrift.)

Ich lasse sie hier weg, um dem braven Farbigen, der so treu an Deutschland hängt, nicht Ungelegenheiten zu bereiten. Als er nach einem halben Jahr die gewünschten Bücher noch nicht hat, schreibt er voll Ungeduld ein paar Mahnzeilen. Wie die Kriegsbücher, die er fordert, hinzuschaffen sind, ist uns nicht ganz klar. Vielleicht weiß ein Leser des Briefes uns zu helfen.“

Südwestafrika.

Das Verhältnis zwischen Engländern und Deutschen in Südwestafrika ist trotz aller Störungsversuche durch Pressevergiftungen die von englischen Organen der Union ausgehen, ganz erträglich. Dafür gibt ein Beispiel ein Abschiedsabend, den die Gemeinde Lüderitzbucht ihrem von der Regierung ernannten und jetzt versetzten „Magistrat“, Herrn Brandon, gab. Als dieser englische Beamte vor einem Jahre nach Lüderitzbucht kam, galt er als „unversöhnlich“, und es gab manch harten Strauß zwischen ihm und den Deutschen. Doch erkannten die Deutschen bald, daß der Beamte ein rechtlich denkender, unparteiischer und lebenswürdiger Mensch war. So schreibt die Lüderitzbuchter Zeitung vom 22. Februar: „Wäre er das nicht gewesen, wie wäre es dann möglich gewesen, daß wir Deutschen weitaus in der Mehrzahl bei der Abschiedsfeier gewesen sind? Wir wußten, daß er, als enragerter Brite, uns nicht besonders liebte. Wir lieben die Briten, als Nation, ja auch nicht und werden sie, nach diesem Kriege, nie lieben. Aber so wenig wir unsere

Gefühle der britischen Nation gegenüber auf den persönlichen Verkehr mit dem einzelnen Englishman abfärben lassen, genau so wenig hat Herr Brandon sein Britentum auf seine Praxis uns Deutschen gegenüber einwirken lassen. Er war — wir sind keine „Liebediener“ — in seinem Verhalten uns Deutschen gegenüber „wrong“, aber die Sache hat sich bald geändert, und er ist ein Magistrate geworden, wie wir uns ihn nicht besser denken konnten. Er hat eingesehen, daß gegen die Deutschen zu regieren ein verfehltes Unternehmen ist, und daß mit den Deutschen zu regieren leichter und besser zum Ziele führt. Deshalb haben wir ihn gern gehabt und deshalb bedauern wir sein Scheiden.“ — Und nach einigen schönen Abschiedsreden sagte der Gefeierte selbst in seiner Ansprache, in der er der Presse, der Kirche, den Vereinen, den Deutschen und Engländern für die schöne Zusammenarbeit dankte: „Von der deutschen Bürgerschaft kann ich im allgemeinen nur mit großer Genugtuung sagen, daß ich festgestellt habe, wenn ein Deutscher in der Zeugenbank sagt: ‚jawohl‘, daß ihm dann ohne weiteres geglaubt werden kann (that if a German says: ‚jawohl‘ in the witnessbox, he can be implicitly believed).“ — Man sollte sich in England dieser Worte eines Engländers hie und da erinnern!

Palästina.

Die englische Landesregierung hat dem Vorstand des Syrischen Waisenhauses die Wiederaufnahme seiner früheren Arbeit zum 1. Juli 1921 angeboten. Der Vorstand hat im Vertrauen auf die bewährte Treue seiner Missionsfreunde dieses Angebot unverzüglich durch ein an die englische Regierung Jerusalems gerichtetes Telegramm angenommen, mit der Bitte, die Zahl seiner Zöglinge in Übereinstimmung mit seinen Einnahmen zu halten und vorher die Bestimmungen der Regierung kennen zu lernen, nach denen das Syrische Waisenhaus weitergeführt werden soll. In einer „Karfreitagsbitte“ wendet sich der bewährte Direktor des Waisenhauses Dr. Ludwig Schneller an die Freunde seines Missionswerkes, mit der Bitte um Übersendung von Gaben an folgende Anschrift: Dr. Ludwig Schneller, Köln-Marienburg, Postscheckkonto 6874 Amt Köln.

Japan.

Der Zeitungsverleger Motaja, der Besitzer zweier der größten Zeitungen in Tokio und Osaka, hat 300 000 Mark für die deutsche Kinderhilfe gestiftet.

Amerika.

Einem uns zugegangenen Briefe entnehmen wir folgende Stelle: „Wir Deutschen sind immer still zurückgestanden, wenn es sich darum handelte, daß Verdienste um große Errungenschaften gewürdigt wurden. Deshalb sind wir überall eine ‚nicht beachtenswerte Quantität‘. Hier in Seattle sind durch die Hände des deutsch-österreichischen Hilfskomitees etwa 40 000 Dollar gegangen, daneben ungezählte Tausende auf privatem Wege in die Heimat gelangt. Das hat für viele selbstlose Opfer erfordert, denn auch hier ist es jetzt sehr schwer, durchzukommen. Es wäre daher gewiß empfehlenswert, auf die Stärke des Heimatgefühles der Deutsch-Amerikaner hinzuweisen, wie es sich in diesen Riesenopfern ausdrückt. Man scheint drüben zu denken, daß wir nur von unserm Überfluß einige Brocken abgeben, dabei haben wir immer wieder Gelegenheit, Zeugen von rührender Aufopferung für die Heimat seitens armer und ärmster Landsleute zu sein. Eine Frage, die das hiesige Hilfskomitee kürzlich sehr beschäftigt hat, ist die, ob es sich an der Hilfskampagne von Hoover zugunsten aller Kriegsschädigten beteiligen sollte. Es wurde die Frage bejaht. Ich habe dagegen

Einspruch ohne Erfolg erhoben. Denn einerseits wird die Kampagne von Leuten geführt, die in schamloser Weise unsere Deutschen während des Krieges malträtirt haben in Verbindung mit den Kriegsanleihen. Andererseits helfen wir damit Menschen ernähren, die die so gewonnene Kraft dazu benutzen werden, unser eigenes Volk immer näher an den Rand des Verderbens zu bringen, z. B. Franzosen und Polen. Leider gilt bei vielen Deutsch-Amerikanern der Beifall der tonangebenden Yankees mehr, auch wenn es lauter Deutschenfresser sind, als ihre deutsche Ehre und das Wohl der Heimat. Nie ist es mir klarer gewesen als seit den letzten Kriegerfahrungen, daß der Durchschnittsdeutsche auf fremdem Boden seinen Charakter verliert und in seiner Umgebung untergeht. ‚Bleibe im Lande und nähre dich redlich.‘ Bleibt er charakterfest, so wird er nie heimisch, sondern leidet Qualen der Sehnsucht nach der Heimat, in die zurückzukehren so vielen wirtschaftlich nicht möglich ist.“

Aus Neuyork schreibt unter dem 1. März unser Vertreter:

Mit der gestrigen Massenversammlung im Madison Square Garden ist das Deutschtum von Neuyork und der Vereinigten Staaten aus der erzwungenen Abgeschlossenheit während des Krieges in das volle Licht der Öffentlichkeit getreten. Es war ein urgewaltiges Aufflammen, ein mächtiger Protest gegen die schwarze Schande am alten deutschen Rhein, aber über den direkten Zweck der Versammlung hinausgehend, liegt die Bedeutung der mächtigen Kundgebung in der Tatsache, daß ein in Verfolgungen gehärtetes und geeintes Deutsch-Amerikanertum der Verhetzungen müde und entschlossen ist, nicht länger die Verunglimpfung alles Deutschen schweigend zu erdulden, sondern wieder hinauszutreten an die Öffentlichkeit, ihr Recht als amerikanische Bürger und ihr vollgerütteltes Maß von Einfluß auf die Politik des Landes zu fordern.

Wenn einer der Redner in die Versammlung hinausrief: „Ich bin stolz darauf, von Deutschen abzustammen, tausendmal stolzer, das erste Kulturland der Welt zur Heimat meiner Vorfahren zu zählen, als ein Nachkomme der englischen Pilgerväter zu sein“, so war dies mehr als ein persönliches Bekenntnis: Hier sprach sich der Geist von Tausenden und aber Tausenden aus, zugleich eine Kampfansage an diejenigen Elemente im amerikanischen Volkskörper, welche für sich das Recht der Herrschaft in Anspruch nehmen.

Bemerkenswert war die starke Beteiligung von Irisch-Amerikanern, die auch durch eine Reihe von Rednern vertreten waren, darunter den bekannten Richter Cohalan. Auch die Ansprache von Oberst Anderson vom 69. Regiment sei hier erwähnt, das eine Zeitlang im besetzten Rheinland lag. Er sprach von den angeblichen Greuelthaten, welche die amerikanische Presse über die Deutschen verbreitete und erklärte: „Ich kann Ihnen sagen, daß nicht in einem einzigen Falle Beweise für irgendwelche Greuelthat zu meiner Kenntnis oder zur Kenntnis irgendeiner andern am Kriege beteiligten Person gebracht worden ist. Die einzigen Greuefälle wurden Ihnen hier in den Zeitungen aufgetischt. Und dann kamen wir an den Rhein und lernten dort das deutsche Volk kennen. So vermögen wir jetzt auch das Entsetzliche mitzuempfinden, das sich am Rhein abspielt, und verstehen, was es für die Deutschen bedeutet.“

Als Vertreterin von Fräulein Jane Adams war deren Mitstreiterin für Frauenrechte, Sara Baw Field, gekommen, um im Namen der amerikanischen Frauen gegen die Schande am Rhein zu protestieren. Eine ganze Reihe von irisch- und deutsch-amerikanischen Geistlichen hielten Ansprachen, worauf Sekretär F. O. Detmann vom Bürgerkomitee die Resolution verlas, welche an den Kongreß das Ersuchen stellt, den Präsidenten an-

zuweisen, ungesäumt der französischen Republik zu eröffnen, daß das moralische Empfinden des amerikanischen Volkes die augenblickliche Zurückziehung der unzivilisierten französischen Kolonialtruppen fordert. Eine ähnliche Resolution des Repräsentanten der Briten von Illinois liegt bekanntlich dem Kongreß vor.

Die Versammlung selbst war eine wogende See von Menschen. Nach 6 Uhr bereits erschienen Gruppen von Teilnehmern; um 7 Uhr befanden sich Tausende in der Halle, und eine Stunde später ähnelte der mächtige Madison Square Garden einem bis zum Rand gefüllten Kessel. Als der Vorsitzende, Dr. von Mach, die Versammlung zur Ordnung rief, waren die 15 000 Sitze bis zum letzten Platz hoch oben in der Galerie besetzt.

Draußen stauten sich Tausende, die keinen Einlaß mehr finden konnten; nach Schätzung der Polizei wurden an die 10 000 Personen abgewiesen, die dann zum Teil in den benachbarten Straßen Versammlungen abhielten.

Umfassende Vorkehrungen waren von den Polizeibehörden getroffen, um Störenfriede von der Versammlung fernzuhalten; annähernd 1000 Polizisten befanden sich innerhalb oder in der Nähe des Gebäudes, das in sicherer Entfernung von einem Kordon von Schutzleuten umgeben war, die niemand durchließen, der sich nicht durch Einlaßkarte legitimieren konnte. Man wußte, daß Hetzer an der Arbeit waren und daß die American League gedroht hatte, die Versammlung zu sprengen; an die 1000 derselben kamen in militärischer Gliederung anmarschiert, stoben aber auseinander, als berittene Polizisten erschienen.

Für den 6. März war eine Protestversammlung gegen „die schwarze Schmach am Rhein“ in Philadelphia geplant. Der dortige Direktor der öffentlichen Sicherheit, Cortelyou, hat die bereits gegebene Polizeierlaubnis zu dieser Massendemonstration am 1. März widerrufen. Dieses Vorgehen des amerikanischen Beamten ist auf Einschüchterung durch die American Legion zurückzuführen und hat unter den Amerikanern deutscher Abstammung ungeheure Entrüstung hervorgerufen. Die American Legion hat seit Bekanntwerden der geplanten Protestversammlung gegen deren Abhaltung gewöhlt. Der Präsident der American Legion richtete an den Direktor der öffentlichen Sicherheit ein Schreiben, in dem er erklärte, diese Versammlung sei „eine Art Propaganda, die den Zweck habe, einen Zwiespalt unter den Alliierten des Weltkriegs zu schaffen“. Durch Flugschriften, die einen ähnlichen Zweck verfolgen, werde, so behauptete die American Legion, „in den Köpfen nicht denkender Personen ein Vorurteil gegen die andauernde Besetzung deutschen Gebiets durch die Franzosen geschaffen“.

Deutsche Hilfe aus Mexiko.

Die kleine deutsche Kolonie von Orizaba im Staate Veracruz (Mexiko) hat es sich auch nicht nehmen lassen, ein Wohltätigkeitsfest zugunsten der notleidenden deutschen Kinder in der Heimat zu veranstalten, trotzdem diese Kolonie nicht mehr als genau ein Dutzend zahlender Mitglieder aufweist. Der Erfolg übertraf die kühnsten Erwartungen: es konnte ein Reinertrag von 1900 mexikanischen Goldpesos (ungefähr 75000 Mark) als „Orizabaspende“ dem Vorstand des Verbandes deutscher Reichsangehöriger bzw. dessen Sonderausschuß zur Weiterleitung nach Deutschland überwiesen werden. Wieder ein Beweis für die schon wiederholt gezeigte Opferwilligkeit der Deutschen Mexikos.

Uruguay.

Die Deutschen haben an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, die sich gegen das Aufheben der alten Reichsflagge schwarz-weiß-rot wendet; wenn auch der historische Wert der schwarz-rot-goldenen Flagge nicht verkannt

werden solle, so könnten die Auslandsdeutschen sich doch nicht entschließen, sie zu hissen. So habe man seit 1919 in Uruguay keine deutsche Flagge mehr gezeigt. Auch weiteste Kreise des übrigen Auslandsdeutstums schlossen sich dem Wunsche an, wieder die alte deutsche Reichsflagge hissen zu dürfen. Ihre Wiedereinführung werde zur Eintracht in den deutschen Auslandskolonien viel beitragen.

Argentinien.

In Buenos Aires fand die feierliche Grundsteinlegung zu einem deutschen Kriegerdenkmal statt. Von 63 deutschen Vereinen waren bei der Feier 59 vertreten. Auf dem Friedhof war der Platz für das künftige Denkmal abgegrenzt. Eine Militärkapelle eröffnete die Feier. Das deutsche Männerquartett sang: „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre.“ Für den deutschen Kriegerverein, den Urheber des Planes eines deutschen Kriegerdenkmals, begrüßte Herr Swart die Erschienenen und verlas den Text der Urkunde, die mit Münzen und Ehrenzeichen, Schriftstücken und Zeitungen in den Grundstein verschlossen wurde. Pastor Ohlert hielt die Weiheansprache. Der anwesende deutsche General Litzmann sprach als Vertreter der deutschen Wehrmacht. Der deutsche Gesandte mit dem gesamten Gesandtschafts- und konsularischen Personal war bei der Feier anwesend.

KLEINE NACHRICHTEN

Reichsgründungsfeiern im Ausland.

In Buenos Aires fand am 18. Januar eine Reichsgründungsfeier statt, über die der Vertreter des „Berliner Tageblattes“ seinem Blatte nähere Mitteilungen sendet. Er verweist auf den Wandel der Zeiten und auf die Tatsache, daß jetzt wieder eine deutsche Feier in der Öffentlichkeit habe stattfinden können. Der sozialistische deutsche Verein Vorwärts habe bisher Feiern zum 9. November veranstaltet, die aber rein interne Vereinsfestlichkeiten geblieben seien, bis im vorigen Jahre der deutsche Geschäftsträger Dr. Olshausen mit dem Gesandtschaftspersonal an einer solchen Feier teilnahm. In diesem Jahre aber war der offizielle Feiertag der 18. Januar, wenn auch in Privatzirkeln der 27. Januar ausgiebig gefeiert wurde. Die 63 deutschen Vereinsvorstände hatten beschlossen, den 18. Januar festlich zu begehen. An dem Festakt selbst nahmen viel Spanier und Argentinier teil, es waren über 7000 Personen anwesend, unter ihnen der Oberbürgermeister der Stadt. Vom Stadt-Intendanten war die Stadtkapelle zur Verfügung gestellt, Massen-Chöre, sportliche Darbietungen und Ansprachen wechselten ab. Unstimmigkeiten hatte nur die Flaggenfrage erregt. Als der neue deutsche Gesandte Dr. Paulus in Buenos Aires ankam, war es schon entschieden gewesen, daß man nicht die neue Reichsfarbe, sondern nur die schwarz-weiß-rote hissen wolle. Der Gesandte gab darauf die Erklärung ab, daß er zwar nicht durch sein Fernbleiben die Einigkeit an diesem Tage stören wolle, daß er aber eine Ansprache nicht übernehmen könne, die man ihm als Festworte auf Argentinien zugeachtet hatte. Am Abend sprach im offiziellen Teil des Festes der anwesende deutsche General Litzmann, der allerdings in politische Ausführungen geriet, die nicht überall imstande waren, die „unpolitische“ Einigkeit der Versammelten zu wahren. Er bekannte sich als eingefleischten Monarchisten, übte allerdings auch scharfe Kritik an seinem kaiserlichen Herrn und erregte so selbst unter den Monarchisten Widerspruch, während andererseits seine Ausführungen auch wieder stürmischen Beifall fanden.

Die Auslandsdeutschen für deutsche Kriegspatenschaften. Der Reichsverband für Kriegspatenschaften und sein

Vorsitzender, Wirkl. Geh. Admiralitätsrat Dr. Folisch, (Berlin S. W. 48, Verlängerte Hedemannstr. 10) erhielten vom Deutschen Verein Med an die Nachricht, daß er sich dem Verbands mit 600 Gulden Jahresbeitrag anschließe. Die erste Beitrags-sendung ergab in deutsche Mark umgerechnet über 12300 Mark und kann zu Gunsten deutscher Kriegerwaisen Verwendung finden. 20 bedürftige Waisen können dadurch die Möglichkeit erhalten in einem für sie geeigneten Berufe sich auszubilden. Diese hochherzige Tat der Auslandsdeutschen besagt mehr als schöne Worte, wie eng sich Heimat und Auslandsdeutschtum verbunden bleiben.

Ein siebzehnjähriger Auslandsdeutscher. Louis Viereck feierte am 21. März seinen 70. Geburtstag. Seine Mutter war die kgl. Hof-schauspielerin Edwina Viereck. Geboren ist Viereck in Berlin, wo er das Gymnasium und später die Universität besuchte, aber sein Leben spielte sich in zwei Welten ab, in Deutschland und in den Vereinigten Staaten. Er studierte Medizin, Jura und Staatswissenschaften, nahm als freiwilliger Krankenpfleger am Kriege 1870 teil und machte später sein juristisches Examen. In jungen Jahren kam Viereck in die Politik. 1878 schied er aus dem Staatsdienst aus, da man ihn fälschlicherweise der Beziehungen mit dem Attentäter Nobiling bezichtigte. Er übernahm dann die Leitung einer sozialistischen Genossenschaftsdruckerei, machte 1879/80 eine sozialistische Agitationsreise durch die Vereinigten Staaten, wurde später Redakteur in München, 1884 Reichstagsabgeordneter für Leipzig Land. 1886/87 saß er mit August Bebel zusammen 9 Monate in Zwickau wegen Teilnahme an geheimen Verbindungen in Haft. Späterhin wandte er sich von der sozialdemokratischen Partei ab, die ihn dann auch ausschloß, ging 1896 nach Amerika als deutscher Zeitungs-korrespondent, gründete dort die Monatsschrift für deutsche Kultur in Amerika „Der deutsche Vorkämpfer“ und kam erst 1911 wieder in seine alte Heimat zurück, die er nach dem Kriege unter großen Schwierigkeiten abermals verließ, um seinen Lebensabend in Amerika zu verbringen. Dort arbeitet er jetzt an dem „American Monthly“ mit, einer Wochenschrift, die sein rühriger und gewandter Sohn, der deutsch-amerikanische Dichter George Sylvester, herausgibt, und um die sich eine besondere Partei der Deutsch-Amerikaner gruppiert. Der einst flotte Korpsstudent, der gewandte Redner im Parlament, der eifrige Tagesschriftsteller und Herausgeber manchen guten Buches, hat in Deutschland und Amerika zahlreiche Freunde, die seines 70. Geburtstages gedenken und ihm, einem weitgereisten und vielerfahrenen Auslandsdeutschen von besonderer Prägung, einen schönen und geruhsamen Lebensabend wünschen.

Jean Koch †. Der Bund der Auslandsdeutschen ist durch den Tod seines bei den Auslandsdeutschen im ganzen Reiche wohlbekannten Direktors Jean Koch von einem sehr schweren Verlust betroffen worden. Seiner Energie und unermüdlichen Arbeitskraft ist es mit in erster Linie zu verdanken, daß das dem „Bunde“ übertragene Vorentscheidungsverfahren mustergültig organisiert wurde und sich inzwischen zum Besten Tausender von Auslandsdeutschen bewährt hat.

Wilhelm Stratz †. Am 17. März ist in Ziegelhausen bei Heidelberg der Generaldirektor Wilhelm Stratz nach langem schweren Leiden im 57. Lebensjahr gestorben. Der Verblichene war eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der großen Odessaer deutschen Kolonie. In den letzten Jahren vor dem Kriege leitete Herr Stratz das Südrussische Büro der amerikanischen Lebens-versicherungsgesellschaft Neuyork. Beim Ausbruch des Weltkrieges hielt er sich in Deutschland auf. Trotz seiner angegriffenen

Gesundheit stellte er sich sofort als Offizier der Reserve der Frontarmee zur Verfügung. Später wurde er dem Pressebüro des Großen Generalstabes zugeteilt. Während unserer Okkupation in der Ukraine kam Herr Stratz in dieser Tätigkeit nach Odessa, wo er, dank seinen alten Beziehungen und seinem feinen Taktgefühl einen günstigen Einfluß auf die zuerst wenig deutschfreundliche südrussische Presse auszuüben verstand. Durch das Eiserne Kreuz sah er sich für seine wertvolle Tätigkeit belohnt. Wilhelm Stratz ist, wie auch seine Brüder, darunter der Schriftsteller Rudolf Stratz, in Odessa geboren, wohin vor etwa hundert Jahren sein Urgroßvater aus dem Schwarzwald eingewandert war und dort zuerst einen Handel mit Schwarzwalduhren auftrat. Durch alle Generationen hat sich die Familie Stratz einen deutschen Geist und die Liebe zur alten Heimat in mustergültiger Weise bewahrt. In der Odessaer deutschen Kolonie sind derartige Beispiele erfreulicherweise keine Seltenheit gewesen. Aus Odessa zurückgekehrt, bewohnte Herr Stratz den alten Familienbesitz in Ziegelhausen am Neckar; es ist ihm nur kurz vergönnt gewesen, sich von seinem tätigen Leben auszuruhen. Alle, die diesen edeldenkenden und hochbegabten Mann gekannt haben, werden durch sein frühes Hinscheiden betrübt sein und ihm ein treues Andenken bewahren.

K. L.

Heimatgedenken.

§ **Katholisches Hilfswerk für Europas Kinder.** Beim Schatzmeister des St. Louiser Diözesanhilfswerks zum Besten der notleidenden Kinderwelt Mitteleuropas sind bis jetzt insgesamt \$ 65826.— (ungef. 3950000 Mark) eingelaufen. Man erwartet noch die Beiträge von weiteren 81 Gemeinden. \$ 30000.— wurden Erzbischof Messmer als Schatzmeister des Hilfsausschusses der amerikanischen Bischöfe und \$ 20000.— der Zentralstelle des römisch-katholischen Zentralvereins zur Weiterverteilung überwiesen. Außerdem wurden seit Eröffnung der Sammelstelle 1431 Bündel mit Kleidern und Schuhen, ferner 450 einzelne Kleidungsstücke, 1 Sack Bohnen und eine große Menge Seife abgeliefert.

Für **Pfälzer Wohltätigkeitsanstalten** hat Frau Katharina Federschmidt in Philadelphia, eine geborene Neustädterin, im Auftrag des von ihr geleiteten Pfälzer Hilfsvereins in Philadelphia 88000 Mark nach ihrer Heimat überwiesen. In erster Linie sollen Einrichtungen für die heranwachsende Jugend bedacht werden.

Die New Yorker Staatszeitung berichtet, daß der Vorstand des „Nationalverbands deutschamerikanischer Journalisten“ für die notleidenden Kollegen in der alten Heimat eine Sammlung in die Wege geleitet hat, die den Betrag von 1000 amerikanischen Golddollars überschritt.

In **Ditzingen** war bei Kriegsausbruch eben der Rohbau eines Vereinshauses fertig geworden. In der Erinnerung daran, daß die Franzosen 1693 hier 51 Häuser niedergebrannt hatten, unterblieb jede weitere Arbeit. Erst unter den unsinnigen Preisen nach dem Kriege wurde das Haus beziehbar gemacht, verursacht aber auch eine entsprechende Schuldenlast. Zu deren Tilgung hat Fritz Kocher in Omaha, Nebr., mit Verwandten 1000 Mark gestiftet. Möge sein Beispiel Nachahmer finden!

Pfarrer **Hunziker** aus Tokio hat zwei bedeutsame Spender nach Deutschland übermitteln können, deren eine im Betrag von 800 Mark von den Kindern des Kindergottesdienstes der japanischen Pastors Ischimarum in Tokio gesammelt wurde und für arme deutsche Kinder zur Weihnachtsgabe bestimmt war. Die zweite Spende von 10000 Mark ist von der japanischen Christen Utschimura „als Dank für das aus Europa empfangene Gute“ gestiftet worden.

KIRCHE UND MISSION

Die nationale Bedeutung des Fortbestandes der deutschen ev. Missionsarbeit. Wollten die deutschen Missionare sich freiwillig aus der ganzen Welt zurückziehen, so wäre das, wie Missionsdirektor a. D., Generalsuperintendent D. Axenfeld in der „Christenhilfe für die Welt“, Nr. 3/4, 1921, ausführt, die wirksamste Anerkennung der Deutschland zugeschobenen Schuld am Kriege, das Zugeständnis, daß die deutschen Hunnen und Barbaren in Zukunft des edelsten und selbstlosesten Dienstes an der Welt unwert seien. „Warum will England die deutschen Missionare aus seinem ganzen Reich entfernen? Weil nichts in der Welt so geeignet ist, überall die deutsche Ehre wiederherzustellen, wie der stille, treue Dienst des deutschen Missionars. Wo der wirkt, glauben die Menschen einfach nicht an die über die Deutschen verbreiteten Lügen.“

Der Berliner Verein für ärztliche Mission sandte Mitte März den bisherigen Assistenzarzt der Heidelberger Universitätsklinik, Dr. Krumme, den seine Frau, gleichfalls approbierte Ärztin, als Missionsärztin begleitete, als Missionsarzt nach Nam Yung in der Kwantungprovinz, wo einflußreiche Chinesen den dortigen deutschen Missionar der Berliner Missionsgesellschaft um die Entsendung eines deutschen Arztes baten.

Das Deutsche Seemannsheim in Hoboken (New Jersey) hat seinen 14. Jahresbericht herausgegeben, in dem die Leiden geschildert werden, die infolge des amtlich noch nicht beendigten Kriegszustandes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten die deutschen Seeleute in Amerika zu erdulden haben, wenn sie mit fremden Schiffen dort eintreffen. Infolge neu eingetretener Verhältnisse mußte sich der Samariterdienst der Seemannsmission auch auf fremde Schiffe mit ganz oder teilweise deutscher Besatzung ausdehnen, was nach Überwindung anfänglicher Schwierigkeiten auch gelang. Die Einnahmen der Seemannsmission betrugen im abgelaufenen Rechnungsjahr \$ 23685.—, die Ausgaben \$ 22476.—. 858 Gäste wurden in 36400 Schlafnächten beherbergt, 25000 Besucher fanden sich im Lesezimmer ein, 6000 Freibäder wurden verabreicht und Unterstützungen an 187 kranke und mittellose Familien (Seeleute und deren Familien) verteilt.

SCHULWESEN IM AUSLANDE

Das deutsche Schulwesen in Estland. Über die deutsche Schule im estnischen Staate veröffentlicht der „Revaler Bote“ aus der Feder von Johannes Beermann eine längere Abhandlung, der zu entnehmen ist, daß in Estland zurzeit 20 deutsche Schulen bestehen, von denen 6 öffentlich, 41 privat sind. In Reval befinden sich davon 3 öffentliche Schulen, die von 382 Kindern besucht werden, während die privaten Schulen 946 Besucher zählen. Nach Reval mit seinen 1778 Schulkindern kommt Dorpat mit 2 öffentlichen und 3 privaten Schulen, mit ihren 313 und 495 Schulkindern, zusammen also 808 Kindern. Pernau, Fellin, Wallich, Wesenberg, Weißenstein und Arensburg haben private Mittelschulen, von denen die in Pernau 249 Schüler zählt. Hapsal hat eine Elementarschule, Narva private Schulkurse und Werro eine deutsche Schule von 26 Kindern. Auf dem Gute Annenhof besteht für die Kinder der dort angesiedelten deutschen Kolonisten eine Schule. Die Gesamtzahl der Schüler in den kleineren Städten Estlands beträgt 832. Insgesamt zählt also Estland 3418 deutsche Schulkinder, was einer Zunahme von 112 gegenüber dem vorigen Schuljahre gleichkommt, obgleich nach den peinlichen Vor-

schriften der estnischen Verwaltung alle nichtdeutschen Kinder aus den deutschen Schulen herausgenommen werden mußten. Von den deutschen Schulkindern entfallen auf die Elementarschule 1275, auf die Mittelschulklassen 2143. Im ganzen waren 326 Lehrkräfte tätig, 198 Lehrerinnen und 130 Lehrer. Man kann sich ein Bild von der schwierigen Lage des deutschen Schulwesens in Estland machen, wenn man erwägt, daß außer den genannten öffentlichen Schulen alle andern durch die Mittel der Gesellschaft unterhalten werden müssen, da die Gemeinden trotz der gesetzlichen Pflicht zur Unterhaltung der Schulumöglichkeit für die Kinder aller Nationalitäten nur sehr geringe Subvention leisten. In Pernau, Wesenberg und Hapsal z. B. geben die Kommunen überhaupt keine Unterstützung für die Elementarschulen. Da die Budgets der Schulen namentlich auch durch die Erhöhung der Lehrer-Gehälter dauernd in die Höhe gingen, ist das deutsche Schulwesen in ernste Bedrängnis geraten.

Für die deutschen Schulen sorgen die beiden Gesellschaften „Deutsche Schulhilfe“ in Reval und „Schul- und Hilfsverein“ in Dorpat. Ersterer umfaßt das ganze Land, während letzterer nur für Dorpat sorgt. Beide Vereine arbeiten natürlich zusammen. Gegenwärtig befassen sich die deutschen Kreise mit dem Entwurf einer Regelung der Pensionierung der deutschen Lehrer an den Privatschulen, die unbedingt notwendig ist. Der größte Mißstand ist das Fehlen einer eigenen autonomen Schulverwaltung, was eine Schuld der estnischen Parteien der deutschen Minderheit gegenüber ist. Auch habe die örtliche Schulverwaltung wenig oder gar kein Interesse für das deutsche Schulwesen. Wohl existiert in Estland ein staatliches Grundschulgesetz, das einen 6jährigen Elementarkursus vorsieht, doch fehlt noch ein entsprechendes Mittelschulgesetz. Beermann betont ganz besonders die Notwendigkeit der Schaffung eines Organisationsplanes zur Schaffung eines Schultypus für die kleineren Schulen, die eine abgeschlossene Bildung ermöglichen müssen.

Pölen. Der Vorstand des Deutschen Landesverbandes deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Posen hatte dem Ministerium in Warschau einen Antrag unterbreitet, der auf die wiederholt kundgegebene Absicht der polnischen Regierung Bezug nahm, die Minderheiten kulturell gleichzustellen und die Bereitwilligkeit der Lehrerschaft betonte, am Aufbau des polnischen Staates mitzuarbeiten, doch sei dazu eine enge Fühlung der polnischen Behörden mit der deutschen Lehrerschaft notwendig. Die polnische Lehrerschaft habe schon lange Vertrauensmänner in den polnischen Behörden, nicht aber die deutsche Lehrerschaft, die um eine Berufung geeigneter Persönlichkeiten dringend bitte. Der Minister antwortete darauf, daß er eine solche Berufung deutscher Lehrer für verfrüht halte, daß er aber anheimstelle, dem Posener Schulkuratorium Vertreter zur Berufung als Sachverständige zu benennen, ebenso wie auch dem pommerellischen Schulkuratorium. Nach Bildung der Kuratorien sollten Bezirksschulräte eingerichtet werden, in welche die deutsche Lehrerschaft mit gleicher Stimmberechtigung eintreten könne.

Brünn (Tschechoslowakei). Die Altbrünner Deutsche Volks- und Bürgerschule mußte soeben wieder einen Gewaltakt der tschechischen Mächthaber über sich ergehen lassen: vier ihrer Räume wurden kurzerhand beschlagnahmt. In deutschen Kreisen herrscht darüber verständliche Entrüstung.

Deutsche Schule in Puebla (Mexiko). Bei Beginn des neuen Schuljahres am 17. Januar 1921 bestand diese Anstalt aus den Realschulklassen Untersekunda bis Sexta, den Vorschulklassen Septima bis Nona und dem Kindergarten, die zusammen von 56 Schülern besucht wurden. Dies ist die höchste Schülerzahl,

die je zu Beginn eines Schuljahrs vorhanden war. Die mexikanische Regierung hat im Dezember 1920 eine Prüfung in dieser Schule abgehalten, über deren Ergebnis sich der Regierungskommissar in lobendster Weise äußert. Er hebt besonders die tüchtigen Leistungen der deutschen Schüler im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der spanischen Sprache hervor.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Dornbirn. Bund der Reichsdeutschen in Vorarlberg. Die Ortsgruppen des Bundes der Reichsdeutschen in Vorarlberg gedachten am 6. März der gefallenen Helden durch Veranstaltung von Trauerkundgebungen. Besonders feierlich gestaltete sich die Trauerfeier in Dornbirn. Die Mitglieder versammelten sich um 3 Uhr zum gemeinsamen Gang nach dem Kriegergrabe, voran eine Abteilung der Stadtmusik. Am Grabe legte Herr Stadtrat Martin unter erhebenden kerndeutschen Worten einen Lorbeerkrantz nieder. Hernach sprach HH. Pater Anton, ein geborener Münchner, schöne Worte.

Eine im großen Stile gehaltene Gedächtnisfeier veranstaltete die Ortsgruppe Bregenz. Über alles Erwarten nahm die Bregenzer Bevölkerung Anteil an dieser Feierlichkeit, u. a. waren erschienen Vertreter der Regierung, Vertreter der Stadt und verschiedener Behörden. Ein nicht endenwollender Zug bewegte sich unter den Klängen der Bürgermusik zum Kriegergrab auf dem katholischen Friedhofe, wo der katholische Pfarrer einen tiefergreifenden Nachruf den lieben Gefallenen widmete. Der Obmann der Ortsgruppe legte einen herrlichen Kranz nieder. Hernach bewegte sich der Zug auf den evangelischen Friedhof, wo sich ebenfalls eine Kriegergedächtnisstätte befindet, auf welcher der Obmann des „Vereines der Württemberger“ einen Kranz niederlegte. Die Kirche vermochte all die große Zahl von Teilnehmern nicht fassen und so sprach der evangelische Pfarrer vom Portale der Kirche aus deutschchristliche Worte. Der Tag dieser Kundgebung wird noch lange in Erinnerung sein. Die übrigen Ortsgruppen des Landes haben die Feierlichkeiten in bescheidenen Rahmen abgehalten, aber die Teilnahme war überall außerordentlich gut.

Solche Veranstaltungen sind gut geeignet, die Herzen des Wirtsvolkes immer mehr und mehr an sich zu ziehen, soferne diese Veranstaltungen den Sitten und Gebräuchen der Landsleute entsprechend abgehalten werden.

Wien. Der Verein der Siebenbürger Sachsen zählt jetzt 700 Mitglieder und hat seine Mitgliederzahl im abgelaufenen 45. Vereinsjahre verdreifacht. Er hat in diesem Jahre rund 200 Kindern Wiener Siebenbürger Sachsen Gelegenheit verschafft, die alte Heimat zu besuchen und kennen zu lernen, auch einige Geselligkeit gepflegt, sein Vereinsvermögen um 10000 Kronen vermehrt und in jeder Weise für seine Mitglieder, auch durch Aufstellung eines Berufsverzeichnisses zur Heranziehung der Mitglieder für wirtschaftliche Leistungen, gesorgt. An der Spitze des Vereins steht Direktor Homm.

Dorpat. Deutscher Schulverein. Der Deutsche Schulverein, der bereits eine sehr gut arbeitende Ortsgruppe in Walk besitzt, beschloß in seiner letzten Sitzung, Anfang März, 10 Prozent aller Einnahmen zur Anlegung eines Reservefonds zu verwenden, besondere Aufmerksamkeit der Frage der Beschaffung von Arbeit durch Heimarbeit zuzuwenden und den deutschen Arbeitslosen durch die Möglichkeit der Bewirtschaftung jetzt veröden Gärten Arbeit zu verschaffen. Der Verein nahm im Jahre 1920 im ganzen 300 000 Mk. ein, von denen er 114 000 Mk. für Unterstützungen verausgabte. Davon entfallen 25 000 Mk.

auf Beiträge zur Schulgeldermäßigung, 50 000 Mk. wurden anderen deutschen Vereinen zur Unterstützung ihrer Arbeiten und Zwecke überwiesen. Es wurde beschlossen, 6000 Mk. für die Errichtung eines Ferienheims in Haselau zu verwenden.

Neuyork. Der Deutsche Präklub von Neuyork hat am 5. März zum Besten seiner Unterstützungskasse einen großen Künstler-Abend veranstaltet, der, was den künstlerischen Wert der Darbietungen anbelangt, als eine Seltenheit im Leben Neuyorks bezeichnet wird. Unter den Mitwirkenden befand sich der Baritonist Joseph Schwarz aus Wien, der Pianist Arthur Friedheim u. a. Großen Beifall erzielte die Aufführung von Mozarts „Dorfmusikanten“, ebenso Ludwig Thomas „Die Medaille“.

Mexiko. Der Verband „Die deutschen Frauen Mexikos“ hat am 5. Februar ein Volksfest zugunsten der Einwandererfürsorge in der Hauptstadt Mexiko veranstaltet. Es war den Besuchern hierzu wohl Kostüm empfohlen worden, doch herrschte kein Maskenzwang. Das Deutsche Haus in Mexiko zeigte ein überaus buntes Bild, in dem das geschmackvolle Kostüm vorherrschte. Das Fest dauerte bis zum Morgengrauen und soll einen überaus guten pekuniären Erfolg zu verzeichnen gehabt haben.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Rotterdam. Der deutsche Generalkonsul Dr. Roh war bei seinem Ausscheiden aus dem Amte Gegenstand besonderer Feierlichkeiten. Er übernahm im September 1918 die Leitung des Rotterdamer Konsulats, die er nun abgab, um als Generalkonsul nach Valparaiso zu gehen. Ein Abschiedsmahl vereinte im Heim der Gesellschaft „Verein“ eine große Anzahl seiner Freunde, wo Herr Casparé der Verdienste des Scheidenden gedachte und die Vorstände der deutschen Vereine das lebhafte Eintreten des scheidenden Generalkonsuls für ihre Ziele und Arbeiten anerkannten. Der Nachfolger des Generalkonsuls, Konsul Dr. Hahn, erklärte, im Geiste des Vorgängers sich das Zutrauen der deutschen Kolonie erwerben zu wollen.

Gesandter von Erckert, der jetzt über ein halbes Jahr lang die Abteilung Amerika des Auswärtigen Amts geleitet hat, kehrt im April auf seinen früheren Posten in Santiago zurück. — Zum Konsul in Sao Paulo wurde Dr. Kurt Martin ernannt, der frühere Generalsekretär des deutsch-argentinischen Zentralverbandes, der zuletzt Referent in der Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amts gewesen ist. Zum Generalkonsul in Valparaiso ist Paul Roh bestimmt, der früher als Konsul in Amsterdam, Chicago und Neu-Orleans tätig war.

Im „Volksblatt“, Mitteilungen der Arbeitnehmerv Verbände Südwestafrikas vom 12. Februar, finden wir ein sehr bezeichnendes „Eingesandt“. Ein „kerndeutscher Patriot“ fragt die Schrittleitung, er habe erfahren, daß der Schweizer Konsul, Herr Eizenmann, bekanntgegeben habe, daß der deutsche Konsul jetzt die Konsulargeschäfte wieder übernommen habe, ob sie wisse, warum der deutsche Konsul das nicht selbst bekanntgegeben habe. Früher habe man beim Schweizer Konsul für einen Reisepaß 1,8 Pfund Sterling bezahlen müssen, während derselbe jetzt durch das deutsche Konsulat 3,3 Pfund Sterling koste. Die Schrittleitung des Blattes bemerkt dazu, sie habe sich sofort an den deutschen Generalkonsul in Kapstadt gewandt und um Aufklärung gebeten. Sie halte es nicht für richtig, daß der Vertreter Deutschlands die deutsche Presse bisher ohne jegliche Mitteilung gelassen habe.

Padang (Sumatra). Zum Verweser des durch schwere Erkrankung des Konsuls Jessen verwaisten deutschen Konsulats ist der Mittdirektor der N. V. Automobil und Aviatik in Padang, Krafft Tesdorpf, ernannt worden.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Mülhausen (Elsaß). Die Theaterkommission des Gemeinderats hat beschlossen, wenn die Aufsichtsbehörde deutschsprachige Gastspiele des Basler Stadttheaters nicht genehmigen sollte, das Theater auch nicht für französische Vorstellungen in der Spielzeit 1920/21 herzugeben.

Brüssel. Die Direktion der volkstümlichen **Symphoniekonzerte** veranstaltete unter ihren Abonnenten eine Abstimmung, ob wiederum Werke Richard Wagners in den Spielplan aufgenommen werden sollten. Von 2108 Abstimmenden bejahten, einer Meldung des B. T. zufolge, 1600 diese Frage.

Paris. Die Aufführung des Wagnerschen **Siegfried** verlief vor vollbesetztem Hause glänzend, der Beifall blieb wiederum demonstrativ stark nach allen Aktschlüssen und besonders am Schlusse.

Bukarest. Richard Strauß und Franz Steiner wurden nach einem begeisterten Empfang durch die ersten Künstler Rumäniens als Gäste vom Vizepräsidenten der Philharmonie in Bukarest, Dr. Dinu Bratianu, aufgenommen. Wenn selbst das Hetzblatt „Adverul“ Strauß als den „bedeutendsten Komponisten und Sinfoniker der Gegenwart“ bezeichnet, so kann man sich denken, daß die übrige Presse begeisterte Artikel zum Empfang des Künstlers brachte.

Professor **Walter Amelung**, der deutsche Archäologe, ist von dem Generaldirektor der päpstlichen Museen aufgefordert worden, die vaticanische Skulpturensammlung neu zu ordnen, in der er bereits wichtige Funde gemacht hat, die demnächst dem Publikum zugänglich gemacht werden sollen.

DAS DEUTSCHE BUCH IM AUSLAND

Zur Änderung der Verkaufsordnung für Auslands-lieferungen.

In Ergänzung unserer Mitteilung auf Seite 143, Heft 5, unserer Zeitschrift geben wir den Antrag, der bei der außerordentlichen Hauptversammlung des Börsenvereins am 13. Februar d. J. in Leipzig vom Deutschen Verlegerverein eingebracht und mit großer Mehrheit angenommen wurde, im Wortlaut wieder:

„Die Hauptversammlung möge beschließen, daß schleunigst ein Ausschuß eingesetzt und mit der Aufgabe betraut werde, eine zweckmäßige, allen Bedürfnissen entsprechende Änderung der Verkaufsordnung für Auslandslieferungen mit dem Ziele ihrer Vereinfachung und Beseitigung der jetzt vorhandenen Mängel vorzubereiten. Die Hauptversammlung erklärt, daß zurzeit ein völliger Abbau noch nicht möglich ist, daß vielmehr das Ausfuhrverbot, die Ausfuhrkontrolle und die Außenhandelsnebenstelle bis auf weiteres bestehen bleiben müsse.

Dieser Ausschuß soll aus zwei Mitgliedern des Börsenvereinsvorstandes und aus fünf weiteren Mitgliedern bestehen, die der Deutsche Verlegerverein vorschlägt und die von der Hauptversammlung des Börsenvereins zu bestätigen sind. Der Ausschuß soll mit Stimmenmehrheit beschließen können und berechtigt sein, zu seinen Beratungen den Leiter der Außenhandelsnebenstelle sowie andere ihm zweckmäßig erscheinende Herren hinzuzuziehen.“

Die Aussprache, die sich über die Zusammensetzung des vorgesehenen Ausschusses entspann, endete schließlich mit der Einsetzung des Ausschusses in folgender Zusammensetzung: Eduard Urban-Berlin, Geheimrat Dr. L. Volkmann-Leipzig, Hermann Lazarus-Berlin, Gustav Kirstein-Leipzig, Karl W. Hiersmann-Leipzig, Walter Bangert-Hamburg, Direktor Gustav Kilpper-Stuttgart und vier Mitgliedern des Börsenvereinsvorstandes.

Wir haben wiederholt als den schwersten Fehler der Valutaverordnung ihre völlig schematische Behandlung aller Gegenstände des deutschen Buchhandels, unbekümmert um ihre sehr verschiedene Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, hingestellt. Der wissenschaftliche Verlag und das wissenschaftliche Buch befinden sich in wirtschaftlicher wie in kulturpolitischer Hinsicht dem Ausland gegenüber in einer ganz anderen Lage als die schöne Literatur und das politische Buch, die sich den Auslandsabsatz erst erobern müssen. Um einen Verteidiger der Valutaverordnung aus den Kreisen des wissenschaftlichen Verlages zum Wort kommen zu lassen, zitieren wir W. Junk-Berlin nach dem Börsenblatt für den deutschen Buchhandel: „Ich publiziere 3 große schwer-wissenschaftliche Reihen in lateinischer Sprache, von denen im ganzen jetzt über 100 Lieferungen erschienen sind. Jahrelang habe ich die Manuskripte für die Fortsetzung der Reihen unveröffentlicht im Schrank liegen lassen. Erst jetzt kann ich es wagen, sie drucken zu lassen. Fällt aber die Valutaverordnung, so müßte ich das Erscheinen der 3 Reihen unbedingt wieder unterbrechen, und es würde, da es sich um wissenschaftliche Veröffentlichungen, die in ihrer Art einzig sind, handelt, ein Steckenbleiben die Aufmerksamkeit des Auslandes sofort auf sich ziehen. Und so, wie ich Ursache habe zu glauben, daß die Tatsache des Weitererscheinens der Reihen, trotz unserer notorischen Notlage, in den betreffenden wissenschaftlichen Zirkeln des Auslandes günstig für uns wirkt, bin ich der Ansicht, daß ein Aufhören Schlußfolgerungen mit sich bringen würde, die weniger erfreulich für das Deutschtum wären. . . Gerade die Autoren wissenschaftlicher Bücher und die wissenschaftliche Publizistik sollten die Letzten sein, die sich gegen den Valutaaufschlag aussprechen. Sie müssen ein solches Vorgehen den Verfassern von Romanen und Novellen überlassen, die vielleicht eher ein Recht haben, sich geschädigt zu fühlen.“ Junk fügt hinzu, daß ein Widerspruch gegen eine Preiserhöhung nach seiner Erfahrung ausschließlich aus den romanischen Ländern (ausgenommen der Westschweiz), also aus den Reichen einer minder hochstehenden Valuta zu spüren ist, kaum aus England und gar nicht aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika. „Wenn also, was nicht meiner Ansicht entspricht, an dem jetzigen Zustande der Valutaverordnung überhaupt gerüttelt werden soll, so käme m. E. nur eine Ermäßigung des Aufschlages für die genannten Länder in Betracht.“

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 27. Februar d. J. schildert der frühere deutsche Botschafter Freiherr von Mumm aus eigener Anschauung die Wirkung der Valutaverordnung auf die Schweiz und Italien, wo sie zur weitgehenden Verdrängung des deutschen Buches zum Vorteil der Literatur unserer Kriegsgegner geführt habe. Freiherr von Mumm sieht den Hauptwiderstand gegen den Abbau der Valutaverordnung nicht in den Kreisen der Verleger, von denen ein größerer Teil gegen die Valutaverordnung ist, sondern bei den Sortimentsbuchhandlungen, die ohne eigenes Risiko aus den Auslandsverkäufen große Gewinne erzielen, wie die ganze heutige Buchhandelspolitik den Händler begünstigt, während sie die Produzenten, das sind die Autoren und die Verleger, verhältnismäßig benachteiligt. Daß die Autoren durch die Valutaverord-

nung im Absatz ihrer Werke schwer geschädigt werden, hatte Hans Kyser in der „D. A. Z.“ Nr. 25, 30 u. 41 bereits nachgewiesen.

Daß die Verkaufsordnung nicht im Einvernehmen mit dem Vorstand des Deutschen Verlegervereins erfolgte, vielmehr unter dem Zeichen des Sortiments und des Barsortiments entstanden ist, hat Eduard Urban in der „Deutschen Verlegerzeitung“, Jahrg. 2, 1921, Nr. 2, Seite 14–26 festgestellt. Die Preise für Auslandslieferungen dürften nicht deshalb erhöht werden, um dem Inland Bücherkäufe unter dem tatsächlichen Wert zu ermöglichen, da der Ausländer solche Aufschläge als wucherisch bezeichne. Urban bezeichnet als einen Hauptfehler die dauernd wechselnde Fassung der Ausfuhrverordnung, da dadurch das Vertrauen zu festen Preisen völlig abhanden gekommen sei. Das Richtigste wäre eine Festsetzung der Auslandspreise und ihre Bekanntgabe im Inlande. Für die Höhe der Preise sollte der Verleger verantwortlich sein. Eduard Urban warnt im übrigen davor, das Buch als Ware anzusehen. Der Wert eines Buches werde durch seinen Inhalt und durch den Namen seines Verfassers bestimmt, so daß das Buch gleichsam „wettbewerbslos“ sei. Professor Sleeswig in Delft, der eine holländisch-deutsche wissenschaftliche Vereinigung zu gründen beabsichtige mit dem Ziel, besonders die Beziehungen beider Länder auf wissenschaftlichem Gebiete zu verbessern, habe mitgeteilt, daß sich in Holland eine Vereinigung von Professoren und Gelehrten bilde, die energisch gegen die Berechnung der deutschen Bücher protestieren wolle. Der Artikel belegt mit Beispielen aus der Praxis die recht willkürliche Behandlung der Verkaufspreisfrage gegenüber dem Auslande.

Von den Verteidigern der Valutaverordnung wird oft geltend gemacht, daß die Erhaltung der Verordnung in ihrer jetzigen Gestalt notwendig sei, um das Interesse der ausländischen Buchhandlungen am Vertrieb deutscher Bücher zu erhalten. Wenn das deutsche Buch zu billig würde, wüchsen die Unkosten im Vergleich zum Gewinn derartig, daß dem ausländischen Buchhändler der Vertrieb deutscher Bücher nicht mehr lohnend erscheine. Dieser Gesichtspunkt mag richtig sein für den Buchhandel in neutralen Ländern, der ebenso gern und ebenso leicht französische oder englische Bücher an seine Kundschaft absetzt wie deutsche. Für solche Gebiete, wo der Buchhandel mit einer breiten deutschen Käuferschicht rechnet, ist er zweifellos falsch. Das beweisen viele Zuschriften von auslanddeutschen Buchhändlern an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, von denen wir z. B. die folgende aus Südbrasilien im Auszug wiedergeben:

„Gerade als Ihre Zuschrift . . . hier anlangte, konnte ich an der Hand eigener Erfahrungen feststellen, wie weite Kreise die berüchtigte Valutaordnung der deutschen Verleger zieht. Meine Korrespondenz mit der Firma . . . lasse ich folgen, sie spricht für sich selbst. Das gleiche Bild mit den hier gut eingeführten deutschen Kalendern. Nur der Verlag Schauenburg in Lahr war so vernünftig, auf seine hier gut eingeführten Volkskalender keinen Zuschlag zu erheben, während alle anderen Verleger sich darin gefielen, 120–150 % Valutazuschlag zu berechnen. Die Folge wird sein, daß nach und nach die reichsdeutschen Kalender hier verschwinden werden. Damit geht uns aber ein wichtiges deutsch-völkisches Werbemittel verloren. Und auf dem Gebiete der nationalen Literatur dasselbe Bild. Der Verlag . . . hat ein Werk herausgegeben . . . Ausstattung und Inhalt gleich gut und besonders für eine Verbreitung unter den Auslanddeutschen geeignet, aber auch dieser Verlag glaubt, dem Auslandsdeutschum eine besondere Sperre auferlegen zu müssen; er begnügt sich dabei nicht mit dem vom Börsenverein festgesetzten Aufschlag von 130 %, sondern fordert mir für ein Probeexemplar nur

250 % Valutaaufschlag ab. Damit war naturgemäß jedes weitere Geschäft abgeschnitten. Ich frage mich aber, nach welchem Gesichtspunkt arbeiten solche Verleger? Ist dort bekannt, welchen unermeßlichen Schaden sie durch solch kurzsichtiges Gebaren unserem Volkstum hier draußen zufügen? Und dabei liest man in Fachzeitschriften ganz naive Verteidigungen dieser Valutaordnung, die dort noch als ein Segen gepriesen wird unter Zugrundelegung von Tatsachen, die eben so weit hergeholt sind, daß es einen anwidert, hierzu überhaupt Stellung zu nehmen. Es bleibt die bedauerliche Tatsache nach wie vor bestehen: der deutsche Buchhandel hat seine Aufgabe völlig verkannt, das Auslandsdeutschum hat nichts von ihm zu erwarten.“

Einem uns zur Verfügung gestellten Brief aus dem Elsaß entnehmen wir die folgenden Ausführungen: „Wir hier im ‚Ausland‘ sind auch in großen Schwulitäten. Wir sind der Ansicht, daß Deutschland sich mit diesem hohen Valutaaufschlag selbst sehr schadet. Der deutsche Zollbeamte an der Brücke von Kehl ist unerbittlich streng mit Büchern, selbst mit solchen, die eine Widmung enthalten. Es werden nur solche durchgelassen, die die offizielle Ausfuhrerlaubnis haben. So müssen wir eigentlich auf deutsche Bücher verzichten. In den Geschäften sind sie zu teuer . . . die Transportschwierigkeiten scheinen groß zu sein; denn es dauert ewig, bis man etwas Bestelltes bekommt. Zeitschriften kommen ganz unregelmäßig, kurz, es ist einem fast unmöglich gemacht, zu dem zu kommen, was einem früher als selbstverständlich erschien. . . Dabei ist das Verlangen nach deutschen Büchern groß. Der Elsässer hatte sich doch auch im letzten Jahrzehnt angewöhnt, Bücher zu kaufen. Jetzt, wo man so viel anderes entbehrt, wird einem auch dieser Verzicht sehr schwer.“ Der Verfasser kritisiert dann den schlechten Druck und die schlechte Ausstattung des französischen Durchschnittsbuchs und fährt fort: „Ich glaube, der deutsche Buchhandel käme ohne Valutaaufschlag immer noch besser weg als mit ihm; es müßte da Abhilfe geschaffen werden. Der Franzose ist sehr sparsam, viel anspruchsloser, als wir je gedacht haben. Bücherkaufen — was uns eine Notwendigkeit war — ist ihm ein Luxus. Die Geschäfte sind leer. . . Ich hörte nur einen zufriedenen Buchhändler, der hauptsächlich französische Luxusausgaben an reiche Leute verkauft. . . Darum sorgen Sie dafür, daß wir Bücher, Bücher kaufen können. Denken Sie doch daran, daß die Valutadifferenz etwas ganz Relatives ist. Wir haben herausgekriegt, daß wir hier eher teurer leben als Sie drüben; unsere Gehälter sind geringer, die Lebensmittel relativ teurer.“

Eine deutsche Wanderbücherei für die Provinz Posen.

Wie das Börsenblatt vom 23. Febr. d. J. meldet, soll eine deutsche Wanderbücherei für die abgetretene Provinz Posen ins Leben gerufen werden, da die hohen Bücherepreise den Ankauf eigenen Lesestoffes unmöglich machten. Die deutsche Volksbank und die Bank Stadthagen in Bromberg nehmen hierfür Spenden entgegen. Eine Sammlung in den Landkreisen, denen die Bücherei in erster Linie zugute kommen soll, hat 21540 Mark eingebracht.

Tschechoslowakische Selbsthilfe.

In Prag hat, dem Börsenblatt für den deutschen Buchhandel zufolge, unter zahlreicher Beteiligung die Gründungsversammlung des „Bücherkonsumvereins für die tschechoslowakische Republik“ stattgefunden. Der Verein will die vertuernde Vermittlung des Sortimenters ausschalten und so seinen Mitgliedern Bücher zu wesentlich billigeren als den gegenwärtig in den Buchhandlungen geforderten Preisen verschaffen. Den Vorsitz der Versammlung führte Abgeordneter Prof. Dr. Kafka.

inberuher der Versammlung war Prof. Pohl, der auch der Inhaber des Unternehmens ist. Die Satzungen des zu gründenden Vereins wurden verlesen und angenommen. Das Börsenblatt merkte dazu, daß die Lieferung an derartige Konsumentenvereine im Interesse der Erhaltung des ortsansässigen Sortiments nur zum Ladenpreise zulässig sei.

Das deutsche Buch in Schweden.

In einem kleinen Aufsatz „Schwedische Eindrücke“ in den deutsch-Schwedischen Blättern (Jahrg. 1, Heft 3, Berlin: Mittler) berichtet der gefeierte Berliner Gelehrte Geheimrat Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff u. a.: „Was von uns (in Deutschland) erwartet wird, ist einmal, den Schweden über den Aufenthalt und schon die Einreise zu erleichtern. Daß ich von einigen Erfolgen nach dieser Seite berichten konnte, war sehr willkommen. Ein Zweites ist, daß wir gegen die ungherzige und kurzsichtige Zollpolitik auftreten, die es erreicht hat, daß das deutsche Buch aus Schweden so ziemlich verschwunden ist. Man führte mich in Stockholm vor das Schaufenster einer großen Buchhandlung und sagte: Hier liegen einst nur deutsche Bücher, jetzt sehen Sie nur französische. In Frankreich werden die größten Anstrengungen gemacht, in ihrer Sprache und Literatur die verlorene Geltung zurückzugewinnen, was nur auf Kosten des Deutschen geschehen kann. Wir dürfen nicht vergessen, daß das deutsche Buch ein noch viel wirksamerer Pionier des Deutschtums ist als der deutsche Vortrag und die deutsche Musik. Unsere wissenschaftlichen Bücher haben noch diese Geltung, aber nur hier.“

Diese Beobachtungen von Prof. von Wilamowitz-Moellendorff auf seiner Reise in Schweden werden durch einen uns zur Verfügung gestellten Privatbericht aus Schweden bestätigt. Es heißt dort unter anderem: „Der Wunsch, unsere Veröffentlichungen über den Krieg, insbesondere etwas über unsere Erfahrungen zu lesen und der Truppe nutzbringend zu machen, ist an sehr vielen Stellen rege. Nach Büchern wurde ich häufig gefragt. Unglaublicherweise werden aber deutsche Bücher durch unsere Regierung mit so hohem Valutaaufschlag belegt, daß sie kaum noch gekauft werden . . . 10 Mk sind allerdings nur etwa 11 Kronen, aber das Schlimmste ist, daß schwedische, englische und französische Bücher erheblich billiger sind. Das unter den ausländischen Erzeugnissen in Schweden früher völlig vorherrschende deutsche Buch ist durch französische und englische Literatur verdrängt. Ebenso wie dem schwedischen Offizier geht es dem Ingenieur, dem Gelehrten, vor allem dem Romane lesenden Publikum. Ich habe mir die schwedischen Buchhandlungen daraufhin genau angesehen. Man findet deutsche Klassikerausgaben, ferner Bücher von Brehms Tierleben, Brockhaus, Literaturgeschichten, Künstlermonographien usw., d. h. also Restbestände aus der Zeit vor dem Kriege; deutsche Nachkriegsliteratur ist kaum zu finden, an ihrer Stelle zahllose französische und englische Bücher. Der deutsche Unterricht in den schwedischen Schulen wird bereits zugunsten des englischen und französischen eingeschränkt. Immerhin wird nach meinen Beobachtungen zurzeit noch keine Fremdsprache so viel in Schweden gesprochen wie Deutsch. Wir können dem Verschwinden der deutschen Sprache und damit dem Schwinden deutscher Sympathien am wirksamsten durch möglichst billigen Verkauf deutscher Literatur begegnen. Die Frage der Kriegsschuld und Kriegsgräueltat ist durchaus grundlegend für unsere Außenpolitik. Daß die Entente hierin die ganze Welt belügt, kann dem Auslande nur durch deutsche Literatur eingehämmert werden. Als Beispiel, wie man verfahren muß, gebe ich folgende

aus dem ententefreundlichen „Mercurio“ (Santiago de Chile) übersetzten Zeilen wieder: „Den Liebhabern französischer Literatur können wir eine erfreuliche Mitteilung machen. In 4 Wochen wird im Mittelpunkt der Stadt eine vornehme französische Buchhandlung eröffnet werden, in der zum gleichen Preise wie in Frankreich alle Neuerscheinungen auf dem französischen Büchermarkt zum Verkauf gelangen werden. Dort werden die Werke aller Pariser Schriftsteller ausliegen. Werke und Autoren, die bisher in unserem Vaterland unbekannt sind, werden in den beiden Schaufenstern dieses neuen Salons ausliegen, der zur Bekanntmachung und Verbreitung von guter französischer Literatur bestimmt ist.“

Demgegenüber sind die augenblicklichen Ausfuhrbestimmungen für Bücher aus Deutschland derart verheerend, daß man sie für Paragraphen des Versailler Friedensvertrags halten könnte. Es ist klar, daß billige Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse in den Einfuhrländern Gegenmaßnahmen zum Schutze der eigenen Industrie hervorruft. Bücher nehmen aber in dieser Hinsicht eine Ausnahmestellung ein. Das deutsche Buch wird nur im Ausland, niemals in Schweden oder sonstigen Einfuhrländern gedruckt. Es ist unser bestes Propagandamittel. Die irrsinnigen Buchausfuhrbestimmungen müssen fallen.“

Deutsche Literatur in Argentinien.

Nach der „Industrie- und Handelszeitung“ (Berlin: Hobbing) betrug die Einfuhrmenge von Büchern und Zeitschriften aus Deutschland nach Argentinien im Jahre 1911 rund 143000 kg, aus Spanien fast 1000000 kg, aus sämtlichen ausländischen Staaten zusammen 2370000 kg im Werte von etwa 950000 Goldpesos. Wenn diese Kilogrammzahlen auch weder den materiellen noch den inhaltlichen Wert der deutschen Büchereinfuhr in Argentinien erkennen lassen, so geht aus den Ziffern doch so viel hervor, daß der deutsche Anteil an der Gesamteinfuhr im Vergleich zu der Bedeutung unserer Literatur verschwindend gering ist. Während im Jahre 1916 noch eine unbedeutende Einfuhr deutscher Bücher zu verzeichnen war, kamen 1917—19 keinerlei deutsche Bücher nach Argentinien. Erst im Jahre 1920 hat die Einfuhr deutscher Bücher wieder begonnen, jedoch bei weitem nicht in einem Umfange, der die Nachfrage nach dem deutschen Buche decken kann. — Erwägt man, daß in demselben Zeitraum, wo das deutsche Buch durch den Krieg in Argentinien völlig ausgeschaltet war, das argentinische Publikum mit der Literatur der feindlichen Länder, insbesondere Frankreichs, übersättigt worden ist, so drängt sich einem ohne weiteres der Schluß auf, daß alles geschehen sollte, das deutsche Buch wieder in Argentinien einzuführen und ihm neue Freunde zu erwerben, auch wenn damit nur mäßige Valutagewinne verbunden sein sollten.

DEUTSCHER SPORT IM AUSLAND

Deutscher Fliegererfolg in Kolumbien. Zwei deutsche Flieger, Hauptmann a. D. von Krohn und Ingenieur Schnurbusch, haben mit einem Junkerapparat den Weg von der atlantischen Küste ins Landinnere bis nach Girardot, zu dessen Bewältigung Flußdampfer 10—14 Tage brauchen, in 7 Stunden durchflogen. Zahlreiche andere Flugzeuge verschiedener Nationalität hatten die Aufgabe vergebens zu lösen versucht. Bei der Landung des Wasserflugzeugs auf dem Strom waren Vertreter der Regierung, der Handelswelt und der deutschen Kolonie anwesend, die die Flieger stürmisch begrüßten, während die Musik „Die Wacht am Rhein“ spielte.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Deutsch-russischer Kolonistenkongreß in Stuttgart.

Am 5., 6. und 7. März fand in Stuttgart eine bedeutsame Tagung der Vertreter deutscher Rückwanderer- und Flüchtlingsvereine aus den Kolonistengebieten Rußlands statt. Seit dem Sommer 1918 sind Tausende von Rückwanderern und Flüchtlingen aus den deutschen Siedlungen Rußlands zurück ins Mutterland gekommen, um hier endlich Ruhe und Sicherheit von all den Drangsalen zu finden, denen sie sowohl im zarischen wie im bolschewistischen Rußland ausgesetzt waren. Mit großen Erwartungen kamen sie nach Deutschland, wurden aber bitter enttäuscht, da hier nach dem Zusammenbruch kein Raum und keine Mittel vorhanden waren für die armen Rückwanderer. Die bittere Not lehrte sie jedoch zur Selbsthilfe zu greifen, und sich zu organisieren. Am raschesten gelang das den Wolgadeutschen, die sich in ihrer „Kolonistenbank“ e. G. m. b. H. (Berlin, Dorotheenstraße 24) und im Verein der Wolgadeutschen E. V. (Berlin, Motzstraße 22) kraftvolle Organe der Selbsthilfe schufen. Dem Beispiele der Wolgadeutschen folgten allmählich auch die Flüchtlinge der übrigen Gebiete, und so entstanden „Der Verein der Schwarzmeerdeutschen“, der „Verein der deutschen Wolhynier“, die „Vereinigung der Deutschen aus dem Kaukasus“, der „Verein der Deutschen Nordrußlands“.

Zum ersten Male nun versammelten sich die Führer dieser Vereine zur Beratung ihrer gemeinsamen Not und gemeinsamen Aufgaben. Mit großer Einmütigkeit wurde eine Arbeitsgemeinschaft, die unter dem Namen „Zentralkomitee der Vereine aus den Kolonistengebieten Rußlands“ ihren Sitz in Berlin (Motzstraße 22) haben wird, ins Leben gerufen, die nicht nur die Flüchtlingsinteressen vertreten wird, sondern auch die Interessen der von den führenden Männern vertretenen Siedlungen. Vorsitzender des Zentralkomitees ist Pastor Johannes Schleuning, einer der Führer der Wolgadeutschen und Kaukasusdeutschen, stellvertretender Vorsitzender Herr Direktor Theodor Hummel, Mitglied des Nationalrates der Deutschen Transkaukasiens, Geschäftsführer Pastor Rink, der Vorsitzende des Vereins der deutschen Wolhynier. Das Presseorgan des Zentralkomitees ist die „Heimkehr“. Große Aufgaben wird das Zentralkomitee zu erfüllen haben. Noch immer ist ja die Flüchtlingsnot im Wachsen. Durch die vielen Flüchtlinge aus der Krim, die sich mit der Wrangelarmee retteten, durch die Einnahme und Ausplünderung der Kolonien Transkaukasiens durch die Bolschewisten wird die Zahl der Heimatlosen von Tag zu Tag größer. Besonders schwer ist die Lage der Studenten. Erschütternd waren die diesbezüglichen Schilderungen, die die Delegierten verschiedener Studentenvereinigungen aus den Kolonistenkreisen auf der Tagung in Stuttgart gaben. Aber auch an die Zukunft der über 2 Millionen deutschen Kolonisten, die noch in Rußland in furchtbarster Lage zurückgelassen sind, soll die Arbeitsgemeinschaft denken und den Wiederaufbau der einst so blühenden Kolonien vorbereiten. Dieser Zusammenschluß und die Schaffung eines Zentralkomitees ist aufs freudigste zu begrüßen. Möchte es demselben gelingen, die Mittel flüssig zu machen, die für die große Aufgabe nötig sind, möchte besonders der geplante Appell an die seinerzeit aus den Kolonien nach Amerika ausgewanderten Landsleute nicht vergeblich sein.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Vom Bund.

Am 28. Januar fand die erste Vertretertagung des Bundes im Jahre 1921 statt. Einem Bericht der „Auslandswarte“ zufolge

konnte die umfangreiche Tagesordnung in der kurzen Zeit erledigt werden. Im Mittelpunkt der Besprechung stand eine Aussprache über das Auslandsschädengesetz, über das der demnächst aus der Bundesleitung ausscheidende Herr Dr. Einhorn berichtete. Wiederholt wurde zum obligatorischen Bezug der „Auslandswarte“ des Bundes aufgefordert. Dem alten Vorstand wurde Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Bundesvorstandes wurde in geheimer Abstimmung auf Stimmzetteln vorgenommen. Dabei waren 65000 Auslanddeutsche durch 114 Stimmen vertreten. Es wurden 24 Vorstandsmitglieder gewählt, und zwar die Herren Alexander, Dr. Bach, Behrendt, Dr. Borchardt, Dr. Einhorn, Freudenberg, Gebhard, Kolbe, Kühl, Lange, Dr. Lessing, Lewinger, Lilienthal, Lotze, Noetzel, Baron Ritter, Schaeffer, Schlagintweit, Spiecker und Wallmichrath. Der letztgewählte obengenannten Herren vereinigte 42 Stimmen auf sich. Zu beamteten Vorstandsmitgliedern wurden gewählt, als Vorsitzender Herr Otto Schallert, als Schriftführer Herr Hermann Koch, als Kassenwart Herr Direktor Hahn. Der Entwurf der Satzungs- und Organisationskommission zu einer Reform im Aufbau und Arbeitswesen der Bundeszentrale wurde einstimmig genehmigt.

Am 31. Januar 1921 ergab sich als Stand der Vorentscheidung — wobei wir die entsprechenden Zahlen vom 21. Dezember 1920 in Klammern setzen —: Eingegangen waren 44290 (43430) Anträge, geprüft abgegeben wurden 2684 (2381), rechtskräftig entschieden waren 1254 (10150). Eine Abrechnung über die Auszahlung lag noch nicht vor. Am 31. Dezember 1920 waren in 8891 Fällen Auszahlungen erfolgt.

Von den Landesverbänden.

Der Landesverband Preußen hielt am 27. Januar seine Hauptversammlung ab, die nach Erstattung des Jahresberichtes dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilte. Zum ersten Vorsitzenden wurde gewählt Herr Geh. Rath Dr. Borchardt, zum zweiten Vorsitzenden Herr Dr. Lessing, zum Schriftführer Herr Gebhard, zum Schatzmeister Herr Alexander.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

Petitionen.

Dem 8. Verzeichnis der beim deutschen Reichstag eingegangenen Petitionen zufolge haben der Bund der Auslandsdeutschen in Berlin, der Deutsch-Brasilianische Interessenten-Verein in München, der Ausschuß der deutschen Gruppen Alt-rußlands in Berlin, die Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung in Berlin, die Sächsische Auswandererhilfe in Leipzig-Gohlis und das Institut für Auslandkunde und Auslandsdeutschtum in Leipzig-Gohlis dem Ausschuß für den Reichshaushalt Petitionen um Aufrechterhaltung des Reichswanderungsamts überreicht. Dem Ausschuß zur Vorbereitung der Entschädigungsgesetze überreichte die Ortsgruppe des Bundes der Auslandsdeutschen in Köln Vorschläge zur Abänderung des Auslandsschädengesetzes, die Ortsgruppe Köln desselben Bundes bat in einer Eingabe um sofortige volle Entschädigung der Auslandsdeutschen und P. H. in Hannover reichte eine Bittschrift ein, eine Bestimmung des Gesetzentwurfes aufzunehmen, die es den Auslandsdeutschen ermöglichte, ihre in Deutschland wohnenden Gläubiger auf gleichem Satze zu entschädigen, wie sie ihn selbst nach dem angezogenen Gesetzentwurf erhalten.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Eine Ausländerversammlung an der Berliner Universität. In einer Versammlung der ausländischen Studierenden an der Berliner Universität entwickelte der Vorsitzende Döbeli (Schweiz) die Forderungen der Ausländer auf völlige Gleichberechtigung als akademische Bürger, was allerdings nur durch eine Entpolitisierung der Hochschule durchzusetzen sein werde. Solange die Hochschule politisch eingestellt sei, könnten die Ausländer nicht vollberechtigte akademische Bürger sein. Vollkommene wirtschaftliche Gleichberechtigung der Ausländer sei aber vor allem nötig, so vor allem Beteiligung der Ausländer an der Wohnungsvermittlung, an der Studentenspeisung. Die in Deutschland studierenden Ausländer seien die wichtigsten Träger und Vermittler der deutschen Kultur ins Ausland. Der Vorsitzende des Ausländeramts der deutschen Studentenschaft betonte sodann, daß eine Vereinigung mit den feindlichen studierenden Ausländern vorläufig unmöglich erscheine. Auch bei den Neutralen könne man sich oft nur schwer daran gewöhnen, in diesen Studierenden nicht Gegner zu sehen. Die Hochschule sei eine nationale Erziehungseinrichtung, an der es somit keine Gleichberechtigung der Ausländer geben könne. Die Politisierung in diesem Sinne sei gar nicht zu vermeiden. Wirtschaftliche Vergünstigungen müßten in erster Linie den armen deutschen Studierenden vorbehalten bleiben, im übrigen sei aber die wirtschaftliche Gleichberechtigung durchaus gegeben. Ein ungarischer Studierender erklärte sich für die Zulassung der Ausländer zu allen studentischen Körperschaften; die in Deutschland studierenden Ausländer hätten in gleicher Weise durch einen Aufruf an alle Universitäten der Welt bedingungslose Aufnahme der deutschen Studentenschaften mit voller Gleichberechtigung in die internationale Studentenschaft gefordert. Ein argentinischer Studierender übermittelte herzliche Grüße seiner Studentenschaft.

Ein deutsch russisches Reform-Gymnasium ist in Berlin eingeweiht worden, über dessen Vorbereitungen wir schon berichtet hatten und das Pastor Masing aus Petersburg zum Begründer hat. Freiwillige Spenden haben das Werk gefördert, so namentlich die des Gustav Adolf-Vereins mit 65000 Mark. Beim Gymnasium befindet sich auch ein Internat, das für 60 Kinder eingerichtet ist. Kinder baltischer und russischer Herkunft, aber auch Reichsdeutscher Abstammung, sollen an der Schule erzogen werden.

Russische Darlehenskasse. Über die russische Darlehenskasse berichtet die „Deutsche Post aus dem Osten“, daß die seit Beginn ihrer Tätigkeit in fast 100 Fällen an deutschstämmige Flüchtlinge aus Rußland fast 200000 Mark auslieh, wobei russische Banknoten und Wertpapiere als Sicherheit dienten, die sonst fast nirgendwo beliehen wurden. Die Darlehen erfolgten in Beträgen von 115 bis 5000 Mark, die Rückzahlung war befriedigend. Am 31. Dezember 1920 beteiligten sich an der Genossenschaft 71 Mitglieder mit 32100 Mark Kapital, mit doppelter Haftung 96300 Mark darstellend. An Zinsen gingen ein 4672, an Provision 1709 Mark. Die Unkosten beliefen sich auf 4244 Mark. Vorstands- und Verwaltungsratswahlen fanden statt.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Wie die „Magdeb. Ztg.“ vom 23. März mitteilt, macht das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt auf Anregung des Fürsorgevereins für deutsche Rückwanderer, Zweigstelle Magdeburg, darauf aufmerksam, daß der Erlaß des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über die Beschäftigung

ausländischer Arbeitskräfte in der Landwirtschaft in seinem letzten Absatz bestimmt: „Deutsche Rückwanderer sind hinsichtlich dieses Erlasses nicht als Ausländer zu behandeln,“ welchem Standpunkt sich das preußische Ministerium des Innern angeschlossen hat.

WIRTSCHAFTLICHES

Geschäft und nationale Würde. Aus der Tschecho-Slowakei werden wir gebeten, die heimische Industrie- und Handelswelt doch darauf aufmerksam zu machen, daß sie den Sprach- und Volksverhältnissen in der Tschecho-Slowakei besser Rechnung tragen möge. Ein deutscher Wirkwarenfabrikant im rein deutschen Sprachgebiet in der Tschecho-Slowakei erhielt aus Leipzig von einer deutschen Firma eine rein tschechische Korrespondenzkarte, in der auch für den rein deutschen Ortsnamen der von der tschechischen Regierung gewaltsam erfundene neue Name eingesetzt war. Die Deutschen in der Tschecho-Slowakei erblicken in solcher Tatsache eine Charakterlosigkeit und lehnen es ab, mit Absendern solcher Korrespondenz in geschäftliche Verbindung einzutreten, was ihnen auch schwer fiele, da ihnen die tschechische Sprache zumeist garnicht verständlich ist. Die deutschen Absender solcher Karten schaden also nicht nur dem deutschen Volke in der Tschecho-Slowakei, sondern sich selbst.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Der gekündigte Handelsvertrag mit der Schweiz und Einfuhr von Heiratsgut nach diesem Land.

Man schreibt uns:

Nach Artikel 142 der Vorschriften betr. die Zollbefreiung von Übersiedlungsgegenständen, kann Heiratsgut innerhalb einer gewissen Frist frei in die Schweiz eingeführt werden, von Personen, die sich anläßlich ihrer Heirat in der Schweiz niederlassen. Diese Verordnung setzt nach Artikel 144 derselben Vorschriften Gegenseitigkeit voraus, die von Deutschland auch zugesichert ist. Die genannten Vorschriften schließen sich an den deutsch-schweizerischen Handels- und Zollvertrag vom 10. 12. 91 und dem Zusatzvertrag vom 12. 11. 04 an.

Als diese Verordnungen und Verträge bearbeitet und abgeschlossen wurden, wiegte sich die Welt in tiefstem Frieden; es konnten also internationale Verträge abgeschlossen werden, ohne Gefahr zu laufen, daß dieselben in ihrer friedensmäßigen Aufmachung nicht eingehalten werden können oder aber trotz der veränderten Verhältnisse eingehalten werden wollen. Jedermann konnte frei seine Dispositionen treffen, die Einzelperson genau so frei wie die Staaten. Dem ist heute nicht mehr so.

Die Einzelperson ist in ihrer Freizügigkeit völlig beschnitten und selbst die Staaten müssen heute ihre Entscheidungen — inner- oder außenpolitischer Natur — Faktoren unterwerfen, an die man früher nie gedacht hätte. Es wäre nun Pflicht der deutschen Regierung, alte Verträge einem eingehenden Studium zu unterziehen, wie dies auch der Versailler Vertrag in einseitiger Weise zum Nachteil Deutschlands enthält, um feststellen zu können, ob dieselben den neuen völlig veränderten Verhältnissen noch entsprechen. Dies träfe auch auf oben angezogenen Vertrag zu, wenn, ja wenn . . . Die Schweiz selbst hat kein Interesse an einem abgeänderten Vertrag die Einfuhr des Heiratsguts betreffend, da die Schweizer heute um billiges Geld neue Möbel kaufen können, also ihre Aussteuern, was die Möbel anlangt, in Deutschland leicht beschaffen können. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß der Fall für deutsche Staatsbürger ganz anders liegt, die sich in der Schweiz verheiraten wollen.

Die heutigen Verhältnisse werden es nur in den seltensten Fällen zulassen, daß ein deutscher Staatsbürger freie Einfuhr für sein Heiratsgut erwirken kann, denn es wird ihm kaum möglich sein, die Vorschriften der Fremdenpolizei mit den Zollgesetzen in Einklang zu bringen. Es heißt in den schweizerischen Vorschriften weiter, der Einreisende muß aus Anlaß seiner Verheiratung seinen Wohnsitz nach der Schweiz verlegen. Nun darf es stark bezweifelt werden, daß ein Ausländer Niederlassung in der Schweiz erhält, nur weil er sich mit einem Schweizer Bürger oder einer Schweizer Bürgerin verheiraten will, gibt er aber neben diesem einen andern Grund an, so werden ihm die schweizerischen Behörden stets erwidern, Sie sind des Erwerbes wegen in die Schweiz gekommen, nicht aber deshalb, weil Sie sich verehelichen wollten, wir können also trotz allem Verständnis für Ihren Fall usw. keine Zollfreiheit gewähren. Nicht nur das. Heiratsgut soll sofort mit der Übersiedelung mitgeführt werden. Nun aber herrscht in der Schweiz, wie auf der ganzen Welt, Wohnungsmangel. Nehmen wir also an, der Geschwister erhält ungefähr nach einem Jahr, wie dies in vorliegendem Fall war, seine Einreiseerlaubnis, so dürften schon einige Wochen vergehen, ehe er überhaupt seine Papiere in Ordnung hat, bis er nun eine Wohnung gefunden hat, können Monate vergehen. An Krankheit usw. ist dabei noch gar nicht gedacht. Die Zollfreiheitsfrist verstreicht. Endlich, nachdem auch in Anbetracht der Vorschriften die weitherzigsten Auslegungen der Vorschrift über Zollfreiheit versagen, muß der Zugereiste noch froh sein, wenn er Einfuhrerlaubnis für seine Möbel bekommt. Man wendet sich an die deutsche Gesandtschaft, wird zuerst an zwei oder drei Stellen verwiesen, bis man endlich zu dem Herrn Referenten kommt, der einem an die Hand gehen soll. Man bespricht die Angelegenheit und geht beruhigt von dannen, da Hilfe in weitestem Maße zugesichert wird. Doch zuerst muß man gegen den abschlägigen Bescheid der Oberzolldirektion beim Zolldepartement noch Beschwerde erheben, ehe die Diplomatie, nach Versagen aller Faktoren, eingreifen kann. Diese Beschwerde wird natürlich abschlägig beschieden, da die Akten vom Zolldepartement wieder der Zolldirektion zugehen. Man hofft also auf Hilfe bei der Gesandtschaft, erhält aber den lakonischen Bescheid, daß die schweizerischen Zollbehörden ganz nach ihren Vorschriften gehandelt haben. Ja das ist dem Buchstaben nach wahr, weil der Vertrag normalen Zeiten entspringt; die Schuld, daß die Zollfreiheit nicht gewährt wurde, trifft die deutschen Behörden, die die Interessen der deutschen Bürger in der Schweiz nicht gebührend wahrten.

Wir sind überzeugt, die Schweizer Behörden in Deutschland wüßten die Interessen ihrer Mitbürger besser zu wahren, wenn dieselben in Frage gestellt würden, aber von Berlin kommt ja der Spruch von einem allgewaltigen Geheimrat, die Auslandsdeutschen sind nur Deutsche dritter Klasse.

Vielleicht darf die Erwartung ausgesprochen werden, die deutsche Regierung möge den gekündigten Vertrag auch in dem krisierten Teil den heutigen Verhältnissen anpassen und erwirken, daß die durch den alten Vertrag geschädigten Deutschen Entschädigung finden.

K.

VERSCHIEDENES

Ungerechtigkeit ohne Ende.

Man bittet uns aus der Schweiz um Aufnahme dieser Zeilen:

In der „Auslandswarte“ Nr. 5 lesen wir unter dem Titel: „Die Liquidationsschäden der Auslandsdeutschen und ihre Be-

steuerung“ einen äußerst interessanten Artikel von Rechtsanwalt Dr. Wirth, Syndikus der deutschen Handelskammer in der Schweiz.

Bevor ich des näheren auf den Artikel selbst eingehe, sei es mir gestattet, Herrn Dr. Wirth hier öffentlich Dank zu sagen für sein aufopferndes Arbeiten im Dienste des deutschen Vaterlandes. Ich kann es mir nicht versagen, den Wursch auszusprechen: Hätten wir doch viele solcher Männer an leitenden Stellen im Ausland, wir würden uns weniger an dem alles hemmenden Bureaukratismus stoßen, es würde mehr nach dem klaren Verstand als nach dem Buchstaben gehandelt.

Zu dem Artikel selbst möchte ich folgendes bemerken. Es veranschaulicht uns die Stellung dreier verschiedener Kategorien Auslandsdeutscher zu den deutschen Finanzgesetzen. Die erste Kategorie, die Auslandsdeutschen im engeren Sinn, d. h. diejenigen, die aus Feindesland nach neutralen Ländern sich begeben konnten, unterliegt nach Dr. Wirths Anschauung allein dem Reichsnotopfer, was ihre Entschädigung anlangt. Die zwei anderen Kategorien, die rückgewanderten Auslandsdeutschen und die inländischen Auslandsdeutschen, hingegen unterliegen in ihren Entschädigungen bis zu vier Steuern. Also die Auslandsdeutschen, die 1914 nach Deutschland zurückkehren mußten oder freiwillig zu den Fahnen gewechselt sind, erfahren die besondere Härte des Gesetzes dadurch, daß ihre Entschädigung gleichzeitig der Kriegsgewinnsteuer der Einkommensteuer und gegebenenfalls auch noch der Erbschaftsteuer unterliegt. Das ist der besondere Dank des Vaterlandes. Wenn ich zwar daran erinnern darf, daß ich vor einigen Monaten in deutschem Geld mehr als 2000 Mark für Paß und Visum für meine Frau und mich bezahlen durfte, um die deutsche Heimat zu besuchen, so brauchen diese Auswüchse deutscher Gesetzgebung niemand mehr zu verwunden. Die Auslandsdeutschen fahren eben fort, den bösen Traum zu träumen, der dort im August 1914 anfing, als sie heim eilten zu den Fahnen, alles hinter sich lassend, und der sie verfolgt wird, bis wir unsere Veteranen, denen die Kraft und der Mut zu neuem Aufbau fehlen, zu Grabe getragen haben, bis Tausende dieser Verfolgten dahinsiechen, da sie umsonst an das Mutterherz des Vaterlandes appellierten. Aber ist es nicht auch der Fehler der inländischen Auslandsdeutschen? Warum erinnern diese die Politiker, die Abgeordneten, die Staatsmänner nicht an die gegebenen Versprechungen, warum verlangen sie nicht Einlösung des längst fälligen Wechsels, warum stehen sie nicht zusammen wie ein Mann, um der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen? Ist nicht auch hier Fahrlässigkeit zu beobachten? Oder ist es Absicht der Regierungen, daß die Entschädigungsfrage zum größten Betrug an deutschen Schwestern und Brüdern werde? Laufet Sturm gegen den Bureaukratismus, verlangt das den Auslandsdeutschen zustehende Recht, mitzusprechen in Sachen des Außenhandels, mitzusprechen, wenn man über ihre Zukunft bestimmt, mitzusprechen bei Besetzung ausländischer Posten.

Oskar K o s m a n n.

Jungdeutsches Amt zum Schutze des Deutschtums im Grenz- und Ausland.

Auf dem Jungdeutschen Bundestag in Ludwigslust wurde, den „Jungdeutschen Stimmen“ zufolge, die Errichtung des Jungdeutschen Amtes zum Schutz des Deutschtums beschlossen. Die vordringlichsten Arbeiten des Amtes sind:

1. Sammlung und Verbreitung von Nachrichten über das Grenz- und Auslandsdeutschtum.
2. Vermittlung von Anschriften Jungdeutscher im Inland einerseits und im Grenz- und Ausland andererseits zur gegenseitigen Fühlungnahme.

3. Vermittlung von Patenschaften jungdeutscher und ihnen nahestehender Gruppen für gleiche Gruppen im Grenz- und Ausland zu Bücher- und Zeitschriftenspenden.

4. Vorbereitung des Austausches Jungdeutscher zwischen dem Grenz- und Ausland und dem Inland, Fürsorge für den Austauschfall (besonders Anschluß, Freitische, Freiheime).

Alle Jungdeutschen und ihnen nahestehenden Volksgenossen, welche an der Arbeit des Jungdeutschen Amtes zum Schutz des Deutschtums teilhaben wollen, werden ersucht, sich umgehend an dieses Amt zu wenden (Anschrift: Erlangen, Bubenreutherhaus.)

Ein **Auslanddeutschentag** hat in Verbindung mit der Leipziger Messe in Leipzig stattgefunden. Er umfaßte Vorträge namhafter Persönlichkeiten des Bundes der Auslandsdeutschen, die am 8. und 9. März in Leipzig stattfanden. Außenminister Dr. Simons und Staatssekretär im Wiederaufbau-Ministerium Dr. Müller hatten ihr Fernbleiben entschuldigt, der Reichspräsident Ebert durch den Chef seiner Kanzlei ein in warmen Worten gehaltenes Telegramm gesandt. Exzellenz Conze, der Reichskommissar für die Auslandsschäden, sprach für das Wiederaufbau-Ministerium, Konsul Fabricius für das Auswärtige Amt, Präsident Dr. Jung für das Reichswanderungsamt. Auch Vertreter der sächsischen Regierung hielten Ansprachen. Geh. Legationsrat Dr. Breiter, der geschäftsführende Direktor des Bundes, sprach über die Bedeutung des Auslandsdeutschtums. Mehrere Vorträge über Themen des Wiederaufbaues der wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland schlossen sich an.

Die Auslandsdeutschen und das Reich.

Zum Reichsgründungsfeiertag sandte der Bund der Reichsdeutschen in Österreich, wie wir seinem Nachrichtenblatt entnehmen, an den Reichspräsidenten Ebert ein Telegramm des Gelöbnisses, treu am Reiche festzuhalten und tatkräftig mitzuwirken bei der Pflege des Deutschtums im Aus-

land und zusammen mit der Heimat für alle Zeiten dieses bedeutsamen Tages eingedenk zu sein in der festen Hoffnung, daß die Deutschen im Reiche und in Österreich bald ein festes Band umschließen möge. Der Reichspräsident dankte für diese Glückwünsche in warmen Worten.

Kowno. Gelegentlich der Feier der Reichsgründung haben Mitglieder der deutschen Kolonie und Freunde des Deutschtums in Kowno zugunsten der notleidenden Kinder Deutschlands unter sich eine Sammlung veranstaltet, die einen Ertrag von Mark 2285.10 ergeben hat. Diese Summe wurde der Deutschen Kinderhilfe in Berlin überwiesen.

Askania Nova, das berühmte Landgut der Falz-Feins, das in Taurien, dicht vor der Landenge von Perekop, die zur Krim hinüber führt, liegt und einen berühmten Tierpark zu Akklimatisationszwecken, Zuchtstationen und Versuchsanstalten für die heimische und exotische Fauna aufwies, soll, der Moskauer Prawda zufolge, auch unter den Bolschewisten nicht zerstört worden, sondern dem Volkskommissariat für Ackerbau übergeben worden sein, damit es als wissenschaftliches Institut für Tier- und Pflanzenversuche in seinem internationalen Ruf erhalten bleibe.

Eine Tagung der Ausland-Schweizer. Eine Ausland-Schweizer-Tagung findet am 18. April gelegentlich der Basler Mustermesse in Basel statt. Herr Dr. C. Benzinger, der Chef des eidgenössischen Konsulardienstes in Bern, spricht über „Konsular-Reform und Auswanderung“, Herr Robert de Traz, Chef des Ausland Schweizer-Sekretariats der neuen helvetischen Gesellschaft in Bern, spricht über „Die Pflichten der Schweiz gegenüber ihren Kolonien“. Dieser letztere Vortrag wird in französischer Sprache angekündigt. Man erwartet zum Ausland-Schweizertag einen sehr starken Besuch und will die Basler Mustermesse dazu benutzen, derartige Tagungen künftighin regelmäßig zu veranstalten.

AUSWANDERUNGSWESEN

Im „Auslandsdeutschen“ Jahrgang 4 1921 erstes Märzheft Nr. 5 (Artikel „Zur Organisation des Auswanderungswesens“) hatten wir geschrieben, daß in München ein Aufforderungsbrief des Herrn Präsidenten des RWA. zum Widerstand gegen die Pläne des Reichstaghauptausschusses ganz offen verlesen worden sei. Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersucht uns nun der Zweigstellenleiter in München, General Engelhardt, um die Aufnahme der nachfolgenden Berichtigung:

„Es ist nicht wahr, daß ein Brief des Herrn Präsidenten des RWA. betreffend die Beschlüsse des Haushaltsausschusses des Reichstages über den Abbau des RWA. in der öffentlichen Sitzung der Arbeitsgemeinschaft vom 3. Februar 21, um die es sich allein handeln kann, verlesen wurde.“

Wir geben dieser Berichtigung gerne Raum, da hier anscheinend ein Irrtum unseres Berichterstatters vorliegt, der glaubte, daß die verlesenen Stellen aus einem RWA.-Brief stammten. Doch bleibt die Frage, woher sie stammten, offen. Eine Erklärung bietet vielleicht eine Leipziger Mitteilung an das D. A. I.

Es ist nämlich nicht nur vom RWA. direkt ein Brief an die Zweigstellen ergangen, in dieser Angelegenheit vorstellig zu werden, sondern es ist, wie man uns aus Leipzig schreibt, von Seiten des dortigen Zweigstellenleiters eine Einladung an alle Zweigstellenleiter des RWA. ergangen, sich in Leipzig zu versammeln, um die Frage des Widerstandes der RWA.-Zweigstellenleiter gegen die Beschlüsse des Reichstags-

Hauptausschusses zu besprechen. An dieser Sitzung, die eine rein private Veranstaltung gewesen ist, haben allerdings auch Vertreter des RWA. in amtlicher Eigenschaft teilgenommen.

Auswanderung aus Polen.

Das polnische Auswanderungsamt beim Ministerium für Arbeitsschutz und koloniale Fürsorge warnt öffentlich alle Personen, die Schwierigkeiten bei der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht zu unterschätzen. Das amerikanische Konsulat stellt nicht sofort ein Visum aus, sondern notiert auf dem Paß der sich meldenden Personen das Datum des Tages, an dem die betreffenden Personen sich wieder zu melden haben. Dieses Datum sei für die sich jetzt meldenden Personen bereits für Ende Juli oder Anfang August, also erst nach fünf Monaten, vorgesehen. Alle Auswanderungslustigen dürften daher erst ihre Geschäfte liquidieren, wenn sie das Visum der amerikanischen Konsulate bereits erhalten hätten.

Ein Jahr Auswanderer-Beratung in Österreich.

Die Österreichische Auskunftsstelle für Auswanderer in Wien (Herr Murkt 5) sieht auf ein Jahr Auswanderer-Beratung zurück. Sie wurde Mitte Februar 1920 vom Bundesministerium für Inneres im Einvernehmen mit der an der Auswanderung interessierten Zentralstelle geschaffen. Sie wurde in diesem verflossenen Jahre hauptsächlich von der verarmten Klasse des Mittelstandes in Anspruch genommen. Ein

nennenswertes Kontingent der Anfragenden stellten Offiziere und die akademischen Berufe: Ärzte, Chemiker, Ingenieure; etlichen Erwerbssuchenden konnten Stellen vermittelt werden.

Als Parteiverkehr werden verzeichnet: Auskunftserteilung und Beratung rund 2000 Personen, ausländischer Arbeitsmarkt 6000 Personen, Paßdienst 600 Personen.

Von der „Träneninsel“ Ellis Island.

Nach längerer Pause hat kürzlich der Hafenmissionar in Neuyork wieder einmal Ellis Island besucht. Er schildert seine Beobachtungen in dem „Einwanderersfreund“, März 1921. Danach soll Ellis Island sich in einem ganz miserablen Zustande befinden. Die Schuld daran liegt weniger bei den Beamten als vielmehr bei dem ungeheuren Andrang der Einwanderer aus aller Herren Ländern und vor allem an der Regierung, welche nicht zu bewegen ist, genügend Geld zu bewilligen, um Ellis Island zu einem menschenwürdigen Aufenthaltsort zu machen.

Die Einwanderer sollen wie das liebe Vieh zu Tausenden zusammengepfercht sein. Während früher höchstens 2000 „Detinierte“ festgehalten wurden, schmachten heute häufig 5- bis 7000 Menschen auf einmal auf der Insel. Den meisten von ihnen fehlt das Geld, welches erst die Anverwandten schicken müssen. Infolge dieser erzwungenen Wartezeit sind schon viele Hunderte von Kindern auf Ellis Island elend gestorben. Neuerdings dringen daher die Dampferlinien selbst darauf, daß die Einwanderer, ehe sie den europäischen Hafen verlassen, die erforderlichen 25 Dollar pro erwachsene Person bei sich haben. Die Ernährung auf Ellis Island soll außerordentlich dürftig sein.

Der Einwanderermissionar rät daher allen Auswanderern, wenn irgend möglich die 2. Kajüte zu benutzen, damit sie dem Jammer und Elend auf der „Träneninsel“ entgehen. Er bezeichnet Ellis Island als eine „ganz unnötige, barbarische, mittelalterliche Tortur“, die so bald als möglich abgeschafft werden sollte, auch ganz leicht abgeschafft werden könnte, wenn man alles das, was auf der „Träneninsel“ erledigt wird, schon in Europa durch die amerikanischen Konsulate erledigen ließe.

Ansiedler in Brasilien.

Zu dem Briefe eines nach Brasilien Ausgewanderten (3. Jahrgang, Nr. 12) schreibt uns ein anderer Auswanderer:

Was in diesem Briefe enthalten ist, ist nur in sehr geringem Maße zutreffend. Aus demselben geht nur hervor, daß sich der Schreiber der Zeilen für die Auswanderung nach Brasilien nicht eignete; in Spelunken kommt hier nur das arbeitsscheue, alkoholliebende Gesindel, wer ehrlich fort will, kommt vorwärts, kennt keine Spelunken!

Die Schilderung der Blumeninsel ist sehr tendenziös. Ich kann aus eigener Erfahrung versichern, daß ich sowohl dort als in Sao Paulo die behördliche „Imnigracao“ ganz musterhaft fand.

Was nun die Regierungskolonien anbelangt, so ist kein Mensch gezwungen, dieselbe zu besiedeln. Wir haben uns z. B. durch die Firma H. Hacker & Co. angekauft, und kommen ganz gut vorwärts. Mein Schwager kaufte ein Los im Matto Grosso Colonia Terenas, um zirka M. 4800.—, und würde dasselbe heute, nach 7 Monaten, nicht um das Doppelte hergeben; er sah keine Heuschrecken, keine Termiten, und konnte sich das Land nach Gutdünken auswählen: Großkapitalisten, die dort Ländereien besäßen, gibt es nicht.

Leider kommen sehr viele Elemente her, die besser drüben blieben, denn sie machen Deutschland Schande: leichtsinnige Dirnen und arbeitsfaule Männer. Wenn tüchtige Leute hierherkommen, so würden sie, wie es bei allen der Fall war, die ich kennen gelernt, hier ebensogut und besser fortkommen als anderswo. Wenn der Schreiber dieses Briefes in Nr. 12 dieses

Blattes wieder nach Deutschland zurückreist, ist das ein Segen für Brasilien. . . Hier muß man arbeiten und anfangen, und das können leider viele Deutsche nicht mehr, sonst sähe man nicht diese verbummelten und vertrunkenen Gestalten, die unseren Volke nicht zur Ehre gereichen.

Allen, die hierher auswandern wollen, soll es gesagt sein: Ich bin hier seit 1½ Jahren, kam mit sehr wenig Geld, und bin heute in einer guten Lage. Ich bin meiner neuen Heimat Brasilien von ganzem Herzen dankbar und bin überzeugt, daß es allen ernstesten Menschen von innerem Wert so gehen wird, wenn sie sich nicht von Unberufenen beraten lassen. . .

Daß hier im Lande für Landwirtschaftskunde eine unbegrenzte Besiedlungsmöglichkeit vorhanden ist, ist wahr. Aber die Leute müssen nach Ankunft in Rio de Janeiro M. 18000.— bis M. 30000.— besitzen, dann können sie sich eine Kolonie kaufen und bis zur Ernte durchhalten. Für Europäer ist das Matto Grosso sehr günstig, von dort bekam ich sehr gute Nachrichten von der Colonia Terenas. Die Hoffnung auf Gratis-Land von der Regierung ist ganz umsonst, die soll sich keiner machen: es ist viel besser, man kauft das Land und kann es sich selbst aussuchen. Die Regierungen haben das Kolonisieren meist aufgegeben, und auf den Regierungskolonien in Parana ist es nicht sehr angenehm. Von Rio können sich die Kolonisten freie Bahnfahrt nach der Gegend geben lassen, wo sie sich ankaufen wollen. Von Santos nur für Staat Sao Paulo.

Das Klima finde ich hier sehr viel besser als in Europa. Meine Freunde und ich samt Familien waren ungerufen nie krank in den 2 Jahren.

Ich selbst kam mit 3 Freunden herüber, suchte mir, da ich die Sprache beherrsche, einen passenden Posten, den ich in einer englischen Firma fand. Meine Freunde siedelten sich im Urwald an, auf einer Kolonie der Firma Hacker & Co., von wo aus sie mir schreiben, daß sie flott weiterkommen und mit Zuversicht in die Zukunft schauen. Auch ihre Frauen, die allerdings feste und energische Personen sind, berichten, daß sie dort eine schöne Heimat gefunden, aber arbeiten müssen, um sie erst „zu erobern“.

Ankunft des deutschen Dampfers „Argentina“ in Brasilien.

Die „Deutsche Zeitung“ von Sao Paulo meldet unter dem 25. Januar, daß der deutsche Dampfer „Argentina“ mit 792 Passagieren in Rio de Janeiro eingelaufen sei. Davon blieben 191 in der Bundeshauptstadt, während 601 nach Santos und Rio Grande do Sul, bzw. Buenos Aires weiterfuhren.

Unter diesen Passagieren befanden sich 164 deutsche Einwanderer, welche mit fester Marschroute nach Brasilien gereist zu sein scheinen. 14 aus 55 Mitgliedern bestehende Familien und 4 Einzelpersonen haben um Weiterbeförderung nach dem Staate Parana, 4 Familien mit 14 Köpfen und 1 Einzelperson nach dem Staate Rio Grande do Sul, 2 Familien mit 5 Köpfen und 1 Einzelperson nach dem Staate Espirito Santo, 4 Familien mit 17 Köpfen nach dem Staate Minas, 5 Familien mit 19 Köpfen und 5 Einzelpersonen nach dem Staate Sao Paulo, 1 Familie mit 2 Köpfen und 10 Einzelpersonen nach dem Staate Rio gebeten. Nur 4 Familien mit 10 Köpfen und 21 Einzelpersonen hatten sich noch nicht für ein bestimmtes Ziel entschieden.

Die Erklärung der Einwanderer, daß Tausende von Deutschen entschlossen seien, nach Brasilien auszuwandern, wenn eine freie Überfahrt von der brasilianischen Regierung gewährt werde, beantwortet die genannte Zeitung mit den Worten:

„Man kann in Deutschland noch immer nicht begreifen, daß die Dampfer des „Lloyd Brasileiro“ Auswanderer nicht frei nach Brasilien befördern und selten ein Lloyd-Schiff im Hamburger Hafen zu erblicken ist. Bei der traurigen Finanzlage des Bundes-

und angesichts der Umwandlung des Lloyds in ein Aktienunternehmen, müssen deutsche Auswanderungslustige die Hoffnung auf freie Beförderung ein für allemal aufgeben. Wir bitten darauf immer wieder hinzuweisen. Es kann den Auswanderern damit manche bittere Enttäuschung erspart werden.“

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

J. M. Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages
Übersetzt von M. J. Bonn und C. Brinkmann. Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig 1920.

Die Übersetzung des rasch berühmt gewordenen Buches ist von der Fachkritik als weniger berühmt bezeichnet worden. Die sehr bezeichnende knappe Vorrede der Originalausgabe fehlte in der Übersetzung und diente nur als Grundlage einer eigenen Vorrede der Übersetzer. Aber auch in dieser Form ist die Übersetzung verdienstvoll. Denn das Buch des Engländers Keynes, der kontinentaler denkt und fühlt und mit schonungsloser Klarheit schreibt, als die meisten seiner politischen und fachlichen Kollegen, ist eine Tat gewesen. Und das Wort: „Ich sehe keine Möglichkeit, diesen Verlust an Leistungsfähigkeit in absehbarer Zeit wieder gutzumachen, es sei denn durch Vermittlung deutscher Unternehmung und Organisation“, zeigt klare Erkenntnis dessen, was not tat und not tut. Das Buch sollte auch heute noch in Deutschland sorgfältig gelesen werden. Die Zahlen sind oft willkürlich angenommen, sind oft nur Kompromisse aus verschiedenen Schätzungen und Statistiken, aber die Gedanken, die in dem Buche stecken, sind wertvoll und klar. Keynes ist heute nicht mehr, wie damals als sein Buch erschien, ein weißer Rabe in seiner Heimat, seine Ansichten sind weit durchgedrungen im Wirtschaftsleben, aber leider noch nicht weit genug, um für Deutschlands Schicksal wirksam zu werden. Dr. F. W.

Deutschlands Wiederaufbau. Heft 1: Der Friedensvertrag und seine finanziellen Folgen von Dr. Simons, präsidierender Geschäftsführer des Reichverbandes der deutschen Industrie. Heft 2: Deutsche Finanzlage und Weltwirtschaft von Dr. O. Schwarz, Wirklicher Geheimer Oberfinanzrat, Präsident des Landesfinanzamts Magdeburg. Heft 3/4: Das Friedensdiktat von Versailles und Deutschlands wirtschaftliche Lage von M. Sering, Universitätsprofessor. Heft 5: Der Friedensvertrag und die deutsche Schifffahrt von Geheimrat Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie. Berlin 1920. Verlag von E. S. Mittler & Sohn.

Die Hefte enthalten Vorträge, die in der Berliner staatswissenschaftlichen Vereinigung gehalten worden sind. Der heutige Außenminister Dr. Simons sagt am Schlusse einer klaren Analyse der wirtschaftlichen Forderungen des Friedensvertrages in finanzieller Hinsicht, daß nur die Revision des Vertrages uns über das Elend hinweghelfen kann. Als Leitmotiv seiner Politik stellt er hin: Jeder Deutsche müsse alles, was in seiner Kraft steht, daran wenden, um diese Revision herbeizuführen. Sparsamkeit und Arbeit und Selbstbeherrschung nach allen Richtungen hin seien die Mittel dazu. Präsident Schwarz fügt dem noch hinzu, daß eine das zulässige Maß nicht überschreitende Steuerpolitik vonnöten sei, die neben dem Mittel der Produktionsförderung nur von sekundärer Bedeutung sei. Professor Sering fügt die Forderung der Verinnerlichung unseres Volkstums hinzu und schließt eine gründliche politisch-wirtschaftliche Untersuchung mit der Forderung nach Vertiefung unserer Gedankenwelt, nach Vermehrung des Geistes wahrhafter Männlichkeit. Geheimrat Cuno fordert Bewegungsfreiheit für die deutsche Rederei und spricht vom zähen Wiederaufbauwillen der deutschen Schifffahrtskreise, die dem ganzen deutschen Volke hanseatischen Geist einflößen wollte. Ungebrochener Arbeitswille spricht aus den Worten der vier Redner und Autoren, die alle auf ihrem Gebiete Führer und Wegweiser zu besserer Zukunft sein wollen. Die Hefte sind klar und flüssig geschrieben und sollten vor allen Dingen in die Kreise der Deutschen im Ausland kommen, damit sie über die politischen und wirtschaftlichen Kinderkrankheitserscheinungen des Alltags hinweg den Geist erkennen können, in dem unsere Führer auf das deutsche Volk einwirken wollen. Dr. F. W.

Interessant ist allerdings die weitere Nachricht, daß deutsche Einwanderung und Kolonisation auf Antrag der Regierungen einiger Südstaaten bei der Bundesregierung befürwortet wurde unter dem Hinweis, daß der Mangel an ländlichen Arbeitern und Handwerkern sich immer mehr zum Nachteil der Wirtschaft verschärfe.

Menschheitswerte und Völkerbund. Fünf Preisarbeiten von Reinhold Schmidt, Felix Halle, August Messer, L. Barthel und Emil Cohn. Herausgegeben von der Moritz Mannheimer-Stiftung der Großloge für Deutschland. Gotha: F. A. Perthes 1920. 277 S. 8°. M. 18.—.

Das Thema des von der Großloge im Sommer 1918 gestellten Preisausschreibens lautete: „Welche Werte der Welt lassen eine gemeinschaftliche Verwaltung durch die Gesamtheit der Völker zu und ist diese gemeinsame Verwaltung geeignet, die Zwecke von Menschenliebe, Gerechtigkeit und Duldsamkeit durchzuführen?“ Zwischen Niederschrift und Herausgabe der fünf Abhandlungen liegt die Revolution und Versailles. Die gestellte Frage aber und ihre verschiedenen Lösungen sind so belangreich, weisen so stark in die Zukunft, greifen in die gerade jetzt besonders lebhaft internationale Debatte so glücklich ein, daß die Veröffentlichung der Antworten heute fast noch gebotener erscheint als vor zwei Jahren. Die Ausführungen der einzelnen Verfasser geben vielseitige Variationen des Themas je nach seiner Behandlung von der ethisch-philosophischen, juristischen oder naturwissenschaftlichen Seite her. Neben der Betrachtung des Völkerbundgedankens aus der bürgerlichen Ideologie heraus findet sich eine Kritik des imperialistischen Völkerbundes und ein Versuch zur Lösung des Problems vom Standpunkt des entschiedenen Sozialismus. Dr. H. M.

Bonn, M. S., Was will Wilson? Verlag von Georg Müller in München.

Es ist interessant zu vergleichen, wie Bonn Wilson sieht und wie ihn Keynes in seiner Schrift nach Pariser Eindrücken schildert. Ein vernichtenderes Urteil als das des Engländers gibt es wohl kaum; Bonn wirbt mehr um Verständnis für den Präsidenten, dessen Ziel er zu erklären sucht. Wie wenig in der Tat Wilson der „Sprecher seines Volkes“ gewesen ist, das zeigen heute ja die amerikanischen Präsidentenwahlen. Bücher können auch interessant sein, wenn man sie nach Abschluß der Ereignisse liest. Freilich urteilt man dann auch besser über die Kenntnisse der Autoren! W.

Schwam-Schneider, Hans, Deutsche Weltpolitik im Lichte Konstantin Frantz's. Verlag „Friede durch Recht“, Stuttgart 1920.

Die kleine Broschüre faßt die Prophezeiungen und Voraussetzungen von Konstantin Frantz zusammen, der 1817 geboren, Naturwissenschaften, Mathematik und Philosophie studierte, ins Auswärtige Amt eintrat, drei Jahre Konsulatsbeamter in Spanien war und dann als Schriftsteller lebte, dessen Äußerungen in den siebziger und achtziger Jahren wenig Beachtung fanden. Die Aussprüche des Politikers mit den Ereignissen der heutigen Zeit zusammenzustellen ist das Ziel der Broschüre, die darauf dringt, daß soziale und kulturelle Probleme wieder mehr Beachtung im Rahmen der großen Politik fänden. W.

Brentano, Lujo, Die französische Kolonialpolitik ein Hemmnis des Völkerbundes. Berlin: Simion 1919. 30 S. M. 2.—.

Der Verfasser, bekanntlich Anhänger des Völkerbundsgedankens und des Freihandels-Systems, legt in einleuchtender Weise dar, wie sehr die fremdenfeindliche, schutzzöllnerische Politik Frankreichs in seinen Kolonien diese geschädigt hat und welche Gefahr eine derartige Politik für den Weltfrieden bedeutet. Scho.

Lahm, Karl, Franzosen. Leipzig-Gaschwitz: Dürr & Weber 1920. 84 S. 8°. geb. M. 5.—. (Zellenbücherei. Nr. 26.)

Der Verfasser, der auf einen ununterbrochenen fünfzehnjährigen Aufenthalt in Frankreich zurückblicken kann, plaudert „ohne Haß und ohne übertriebene Liebe“, in ansprechender Form belehrend über die verschiedensten Seiten unseres vielseitigen Nachbarvolkes. Die Gegensätze zwischen Paris und der Provinz, zwischen der tonangebenden Schicht der Berufspolitiker, Journalisten und Geldleute in den großen Städten und dem im

Kern gesunden tüchtigen Landvolk — den Adel nicht zu vergessen — werden mit Recht unterstützen, die vielen nach Deutschland spielenden Beziehungen, vor allem in Industrie und Handel bis zum Kriege, überall herangezogen, Hoffnungen auf eine Verständigung in fernerer Zeiten ausgesprochen. Dr. H. M.

Eupen, Malmedy, Monschau. Berlin: Max Stadthagen (1920). 116 S. 8".

Eine ausgezeichnete Zusammenstellung für solche, die ein Herz haben. Die Bittschrift der Bevölkerung an den Völkerbund weist allerdings auch nach der verstandesgemäßen Wertung auf die Zusammengehörigkeit der drei Kreise zu Deutschland hin. Ergänzt wird das Material durch eine Eingabe der Gewerkschaften und durch eine Zusammenstellung der wirtschaftlichen Tatsachen über das industrielle und landwirtschaftliche Leben und Produzieren der Provinzen. Zeitungsstimmen aus den verschiedensten Lagern, auch schweizerische und englische, erhärten die Behauptung, daß die Listenabstimmung, die die Belgier vornahmen, eine nur schlecht verhüllte Komödie war. Zum Schluß ist die ausgezeichnete Reichstagsrede des damaligen auswärtigen Ministers Dr. Köster abgedruckt, die beim Appell an das Völkergewissen Momente des Gefühls und des Verstandes glücklich vereint. In dieser Rede eines Sozialdemokraten lag, was wir so oft vermissen: Würde, Selbstachtung, und bei aller Erkenntnis unserer Ohnmacht, Selbstbewußtsein und Haltung. Dr. F. W.

Das Saargebiet in Wort und Bild. Saarbrücken: Gebr. Hofer 1920. 38 S. Text und 58 S. Abb. m. 1 Handkte. 4°. M. 20.— (Aus Welt und Zeit.)

Jedes Kind in Deutschland weiß, daß das Saargebiet seit 1000 Jahren deutsches Land ist. Da es aber westlich vom Rhein Leute gibt, die diese Wahrheit auf den Kopf stellen möchten, ist es gut, es in Wort und Bild der Welt darzutun. Das tut der vorliegende erste Band der Reihe „Aus Welt und Zeit“. Heimatkenner behandeln im Textteil das Wirtschaftsleben, die Mundart, das geistige Leben, die reiche barocke Kunst, die gesunde Jugendbewegung des Saargebiets, das alte und das moderne Saarbrücken sowie die bedeutenden oder ehrwürdigen Nachbarstädte. Die rund 150 photographischen Aufnahmen auf Kunstdruckpapier geben eine Vorstellung von der Landschaft, dem Wirtschaftsleben, den hervorragendsten Baudenkmälern, dem geistigen und geselligen Leben des Saargebiets. Möge der schön ausgestattete Band dazu helfen, die Deutschen an der Saar, die um ihre wirtschaftliche und politische Selbständigkeit schwer ringen, kraftvoller vom Reich aus zu unterstützen. Dr. H. M.

Hartmann, Peter, Französische Kulturarbeit am Rhein. Leipzig: K. F. Koehler 1920. 92 S. 8". M. 13.—.

„Frankreichs Aufgabe, die germanische Kultur am Rhein innerlich zu überwinden und durch die französisch-romanische zu ersetzen“ (Temps v. 21. 5. 19) und deren Lösungsversuche werden in diesem Buche schonungslos und gerecht aufgedeckt. Sachkenntnis, feine Beurteilung rheinischen Wesens und rheinischer blühender deutscher Kultur (diese Selbstverständlichkeit muß heute ausgesprochen werden!) zeichnen das Buch ebenso aus wie die gründliche Verarbeitung des reichen Materials und die Entwirrung der geheimen französischen Fäden. Kommt dem Buch für den zukünftigen Historiker Quellenwert zu, so zeigt es uns heutigen gewaltige Aufgaben: Schutz des Deutschtums in den Rheinlanden, Hinweise auf die Gefahr, die hier droht, überall da, wo Menschen deutscher Zunge wohnen, Verbreitung dieses Buches im Auslande, Übersetzung in fremde Sprachen. Eins vermissen wir jedoch: einen Hinweis darauf, wie Frankreich rheinische Dichter zu gewinnen und dem französischen Publikum durch Besprechungen (z. B. über Clara Viebig in der Revue des Deux Mondes, November 1920) schmackhaft zu machen sucht. — Mit Recht weist der Verfasser auf die Erfahrungen hin, die Frankreich mit der Vergewaltigung des Deutschtums in Elsaß-Lothringen gemacht hat. Elsaß-Lothringen sollte aber heute nur in einem Atemzuge mit den besetzten Gebieten genannt werden; im Elsaß hat die französisch-romanische Kultur einen gleich schweren Kampf mit der germanischen zu bestehen wie in der besetzten Zone. Wir verkennen nicht eine gewisse Schwierigkeit in der Beschaffung des elsäß-lothringischen Materials — vielleicht schenkt uns trotzdem in Bälde ein Alt-Elsaß-Lothringer zur Ergänzung der Hartmannschen Schrift dieses Buch.

Dr. Sy.

Deutsche Kriegsgefangene in Feindesland. Amtliches Material. Frankreich. Berlin und Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger o. J. VII, 312 S. 8°.

Die Denkschrift enthält einen Teil der hauptsächlichsten Klagen über französische Lager im festländischen Frankreich, Korsika, Nordafrika, ferner über Militärgefängnisse und Lazarette. Die schuldigen französischen Organe sind so genau als möglich bezeichnet. Die Angaben beruhen auf dem Material in den Akten des Kriegsministeriums, großenteils eidlichen Bekundungen. Ein Index enthält die Namen der Schuldigen und besonders schwere völkerrechtswidrige Fälle. Die weiteste Verbreitung der Denkschrift ist in den deutschen und ausländischen Kreisen zu wünschen, wo man sich noch Illusionen über den Charakter der Gefangenbehandlung in der Heimat der Noyaden, der Guillotine und des Marquis de Sade hingibt. Dr. H. M.

Werneke, Prof. Dr., H., Kann uns Frankreich ein Vorbild sein? Ein Versuch zu einer gerechten Würdigung unserer Nachbarrepublik. Natzingen b. Borgholz i. Westf.: Selbstverl. des Verfassers 1920. 21 S. 8°.

Wüßte man nicht, daß der Verfasser schon seit 15 Jahren vom weltfernen Natzingen aus für die Schönheit der französischen Literatur wirkte, so wäre man versucht, seine Schrift für ein Erzeugnis des französischen Propagandadienstes zu halten. Selbst sein Deutsch klingt französisch. Wenn er mit Recht die dummen deutschen Vorurteile vom unsittlichen, leichtfertigen und degenerierten Frankreich bekämpft, so gehört heute immerhin Phantasie dazu, „als vorurteilsfreier Republikaner in Frankreich unsere ältere politisch und kulturell weit vorgeschrittene Schwesterrepublik zu erblicken ... in ihm den Lehrer der Menschheit, den Führer zur Demokratie, zur Tugend und zum Lichte zu verehren ... und ihrem Genius liebend zu huldigen!“ Die Süddeutschen Monatshefte haben diese nur in Deutschland mögliche Menschengattung national pervers genannt. Wir lassen Herrn Professor Werneke weiter den Franzosen liebend huldigen und wünschen ihm nur, daß das friedliche Natzingen nicht bei der nächsten Gelegenheit von schwarzen oder weißen Vertretern der kulturell weit vorgeschrittenen Schwesterrepublik besetzt werde. Dr. H. M.

Klein, P. Damianus, O. F. M., Die Franziskaner in Nordbrasilien und ihre Ordensprovinz vom hl. Antonius in Vergangenheit und Gegenwart. Düsseldorf: Verlag der Missionsverwaltung der Franziskaner (1919). 141 S. M. 2.—.

Nicht nur Südbrasilien, auch Nordbrasilien hat seine deutsche Franziskanerprovinz. Ein Reis des niedersächsischen Stammes, 1893 in brasilianische Erde gesenkt, hat sich dort kraftvoll entwickelt und in Seelsorge wie in Kulturarbeit ganz Bedeutendes geleistet. Einer der Ordensbrüder, P. Bahlmann, zielt sogar den brasilianischen Bischofsstuhl von Santarem. Wohl hat das Klima von Nordbrasilien schon schmerzliche Lücken in die Reihen der deutschen Patres gerissen, auch hat ihnen der Eintritt Brasiliens in den Krieg mancherorts geschadet, aber im großen ganzen haben sie die Stimmung des brasilianischen Volkes für sich und können ruhig weiterarbeiten. Hoffen wir, daß der Zweck der schönen und reich mit Bildern geschmückten Schrift weitere Mitarbeiter für die Mission in Brasilien zu gewinnen, in Erfüllung gehe! Dr. Straubinger.

Leonhardt, P. Karl, S. J., in Puerto Montt (Chile), Die deutschen Kolonien im Süden von Chile. Freiburg: Caritas-Verband 1912. (Das Auswandererproblem, Heft 5.)

Das nach Friedensart hübsch ausgestattete Heft führt in sachlich ansprechender Form nicht nur in die Landesverhältnisse im Süden Chiles und die dortige deutsche Kolonisationsarbeit gut ein, sondern sucht zugleich die „religiöse und nationale Schutzarbeit“ der deutschen Jesuiten in Chile zu verteidigen. Verfasser schätzt die Zahl der Deutschen Chiles auf etwa 30 000 von denen mindestens 10 000 Katholiken seien. Die zeitweiligen Störungen des konfessionellen Friedens erklärt er als Auswirkungen des Kampfes zwischen Glauben und Unglauben. Die Schrift ist geeignet, vor leichtsinniger Auswanderung nach Chile zu warnen und gibt den zur Auswanderung nach Chile entschlossenen Katholiken zugleich die nötigen Fingerzeige, wohin sie sich wenden können. M. Grisebach.

Rohrer, C., Die Tempelgesellschaft oder ein neuzeitlicher Versuch zur Verwirklichung der Verkündigung Jesu von Nazareth. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer 1920. 19 S. 8°.

Die grausame Entwurzelung unserer palästinenser Deutschen durch die Entente hat die Aufmerksamkeit der Heimat erneuert auf diese religiöse Gemeinschaft der Tempel gerichtet, welche koloniasatorisch im Heiligen Lande Hervorragendes geleistet

haben. Die anspruchslose kleine Schrift gibt in ihrem ersten Teil den logisch-geschichtlichen Zusammenhang der Ideen der Gesellschaft mit der religiösen Entwicklung der Welt Israels und der Verkündigung Jesu, sodann im zweiten Teil einen Abriss der Geschichte der Tempelgesellschaft.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Der „Reichswart“ veröffentlicht in seiner Nummer 10 vom 5. März den „Brief eines Auslandsdeutschen an seinen Bruder“ von J. Toschke, in dem sich folgende Stelle findet: „Ich hielt früher die Sozialisten für anständige Menschen, doch jetzt hat man gesehen, daß Sozialismus gleich Egoismus ist, die nur an sich und ihre Partei denken, weder Vaterland noch Skrupel kennen. Wie beschämend ist es für jeden Deutschen, wenn er sieht, daß jetzt das einst so herrlich organisierte und beneidetste Land von einer Horde Handwerksburschen vollkommen in den Abgrund geführt wird und dieses Volk, das doch ziemlich hoch in der Kultur stand, sich von solchem Individuum regieren läßt. Sattlergeselle als Oberhaupt, überall die höchsten Stellen von Subjekten dunklerer Vergangenheit besetzt...“

Allerdings schreibt der Empfänger dieses Briefes derartige Äußerungen dem Jungesellentum seines Bruders zu und es ist für den Schreiber ziemlich bezeichnend, wenn er am Schlusse schreibt: „Mein Hauptglück ist und bleibt, daß ich keinem unterlistigen Weibe zum Opfer gefallen bin“. Aber es ist doch beschämend, daß ein solcher Brief geschrieben werden und daß er in einer deutschen Zeitschrift gedruckt werden kann. Er nützt weder dem Auslandsdeutschtum, noch der Heimat, am allerwenigsten aber dem verständnisvollen Zusammenarbeiten von beidem, von Auslandsdeutschtum und Heimat.

Im Selbstverlag von Fräulein Else Steup in Charlottenburg, Kommissenstr. 23, erscheint als eine neue Monatsschrift für die Jugend das „Bücherwürmchen“. Das Bücherwürmchen will durch ausgewählte und mit hübschen Abbildungen illustrierte Proben die Jugend mit der besten Erzählungs- und Bilderbuchliteratur bekannt machen. Es steigt dabei hinauf bis zu Gottfried Keller und Theodor Fontane und hinab — wobei das hinab keine Geringschätzung ausdrücken soll — bis zu Speckters Fabeln. In der „Plauderecke“ hat die Herausgeberin eine Einrichtung geschaffen, die der reichsdeutschen Jugend Gelegenheit gibt, mit auslandsdeutschen Altersgenossen in Verbindung zu treten.

Der zweite Jahrgang der *Revista Medica* erscheint unter dem neuen Titel: *Revista Medica de Hamburgo* und in vermehrtem Umfange. Die von den hervorragendsten deutschen Ärzten herausgegebene Zeitschrift hat die bedeutendsten spanischen Kollegen zu Mitarbeitern gewonnen und stellt ein Austauschorgan auf dem Gebiete der internationalen Wissenschaft von hoher Anziehungskraft dar. Das erste Heft berichtet u. a. über die wissenschaftliche Vortragsreise der Professoren Lexer und Rehn nach Spanien und über den von Herrn Professor Koeppe-Halle auf Grund der neuen deutschen Entdeckungen veranstalteten mikroskopischen Augenuntersuchungskursus an spanischen Universitäten.

77 deutsche Gemeinden in der Tschechoslowakei verloren gegangen. Albin Oberschall stellt in der Prager „Bohemia“ eine Untersuchung darüber an, welche deutsche Gemeinden seit 1910, der letzten österreichischen Volkszählung, verloren gegangen sind. Er kommt zu dem schmerzlichen Ergebnisse, daß es im Zeitraume 1910 bis 1918 (Umsturz) 47 waren, seit dieser Zeit 30, zusammen also 77. Die Ursachen, die zu einem solchen Ergebnisse führten, sind sehr verschieden. 15 deutsche Gemeinden gingen allein durch die Bildung von Groß-Brünn und Groß-Olmütz verloren, 6 kleine deutsche Gemeinden wurden mit größeren tschechischen Gemeinwesen zusammengeworfen — Veränderungen, die in der tschechischen Mentalität ursächlich verankert sind. Anders liegt die Sache natürlich, sobald wir feststellen können, daß mitten im deutschen Sprachgebiete Gemeinwesen an die Tschechen verloren gehen. Die emporstrebende deutsche Industrie mußte eben auf auswärtige, volksfremde Elemente zurückgreifen, und die Assimilation, die früher einsetzte, ließ nach, da insbesondere die Tschechen zu kultureller und politischer Persönlichkeit herangewachsen waren.

Spanien und den deutsch-spanischen Beziehungen hat die *Leipziger Illustrierte Zeitung* eine besonders schön ausgestattete Spaniennummer gewidmet (Bd. 155, Nr. 4037, Leipzig: J. J. Weber). Legationsrat Dr. Zechlin behandelt die politischen Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und Spanien, Dr. Simon das Deutschtum in Spanien, Herr Fulano die deutsch-spanischen Handelsbeziehungen. Die großartige spanische Kunst, das Volksleben und die Landschaft werden durch erzählende Beiträge und den sehr schönen schwarzen und mehrfarbigen Bilderschmuck nach Photographien und Gemälden erläutert.

VON UNSERER ARBEIT

Jahresversammlungen des D. A.-I.

Nach einem in Übereinstimmung mit dem Herrn Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats und des Verwaltungsrats gefaßten Beschlusse des Vorstandes finden die Jahresversammlungen des D. A.-I. im Anschluß an den Himmelfahrtstag am 6. und 7. Mai in Stuttgart statt. Besondere Einladungen an die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats, des Verwaltungsrats und des Ausschusses ergehen noch. Der Wissenschaftliche Beirat wird am 6. Mai tagen, mit der Tagung verbunden wird eine Ausstellung über „das Deutsche Kartenwesen zur Auswanderungsfrage“ aus den Beständen des D. A.-I. Am Abend des 6. Mai wird der stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrats, Ministerialdirektor Prof. Dr. Kurt Wiedenfeld-Berlin, einen Vortrag halten. Die Sitzung des Verwaltungsrats wird am 7. Mai vormittags 10 Uhr im Sitzungssaal des D. A.-I. stattfinden. Der Vorsitzende des Vorstandes wird den Geschäftsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr erstatten, der General-

sekretär wird über die Lage des Deutschtums im Ausland und über die in letzter Zeit im Mittelpunkt der Erörterung stehende Frage der amtlichen oder privaten Auswandererberatung berichten. An die Tagung wird sich ein gemeinsames Frühstück anschließen. Nachmittags 3 Uhr wird der Ausschuß zu einer Sitzung zusammentreten und im Anschluß daran wird Abteilungsleiter Rechtsanwalt Geist über „Deutsche Einflüsse in der russischen Staatsentwicklung“ einen Vortrag halten. Am Abend beschließt ein gemütliches Beisammensein in den Räumen des Instituts die Tagungen.

Versand unserer Zeitschriften.

Der „Auslandsdeutsche“ wird, worauf wir wiederholt aufmerksam machen, pünktlich am 1. und 15. jeden Monats zur Post gegeben und durch Posteinweisungsverfahren versandt. Er muß am 2. oder spätestens 3. resp. 16., spätestens 17. jeden Monats in den Händen des Empfängers sein. Bei unregelmäßiger Zustellung wende man sich zunächst an den Briefträger und

das zuständige Postamt, und erst, wenn diese Beschwerden fruchtlos blieben, an unsere Geschäftsstelle. Reklamationen, die uns erst mehrere Wochen oder Monate später zugehen, können wir in der Regel nicht mehr nachgehen. Ein Ersatz der fehlenden Nummern ist dann, weil wir nur soviel Exemplare des Ausland-deutschen drucken, als wir unbedingt gebrauchen, nur selten möglich, höchstens nur ein Ersatz aus unserem eigenen Bestande gegen Bezahlung der Kosten.

Diejenigen Mitglieder, die das besonders wünschen, erhalten, ebenso wie die Mitglieder im Auslande, den „Auslanddeutschen“ durch Kreuzband zugesandt. Für diese Uebersmittlung müssen aber wenigstens die unmittelbaren Portokosten vom Empfänger getragen werden. Leider ist vom 1. April ab das Porto abermals erhöht worden, so daß sich auch unsere Versandsätze wiederum erhöhen müssen. Sie belaufen sich jetzt beim Versand nach dem Inland auf 10 Mk. jährlich, für nach dem 1. Juli Beitretende auf 5 Mk. für das halbe Jahr. Beim Versand nach dem Ausland auf 20 Mk. jährlich, für nach dem 1. Juli Beitretende 10 Mk. für das halbe Jahr.

Bei denjenigen Mitgliedern, die ihren Beitrag und die Versandportokosten für den A.-D. bereits bezahlt haben, sehen wir im Interesse der Vereinfachung der Geschäfte von der Nachzahlung der erhöhten Gebühren ab und wollen die Kosten selbst tragen, wären natürlich auch bei ihnen für freiwillige Uebersendung des Erhöhungsbetrages dankbar. Diejenigen Mitglieder, die ihren Beitrag noch nicht bezahlt haben, bitten wir gütigst, bei der Beitragseinsendung die Porterhöhungen berücksichtigen zu wollen.

Vorträge.

In der Vortragsreihe des D. A. I. in Stuttgart sprachen weiterhin Abteilungsleiter Hans Lambertz über „Deutsche Einflüsse in der Entwicklung Japans“, Franziskanerpater Schilling aus Sapporo (Japan) über „Deutsch-katholische Missionsarbeit auf Hokkaido“ (wobei er eine große Zahl von Gebrauchsgegenständen der Ureinwohner Hokkaidos, der Ainus, aus dem Besitze des Lindenmuseums zeigen konnte, die der Handelsgeographische Verein für diesen Abend lebenswürdigerweise zur Verfügung stellte), Studienrat Dr. Kartzke-Berlin über „Deutsche Einflüsse an den amerikanischen Hochschulen“. Der Zyklus für die Schüler der mittleren Lehranstalten fand mit einem Vortrage des Abteilungsleiters Rechtsanwalt Geist über „Die Entwicklung der russischen Staatsidee“ und mit einem Vortrag der Frau Dr. Kaltenbach über „Das Memelland“ vor den Osterferien sein Ende.

Abteilungsleiter Pfarrer Grisebach sprach in Berg auf einem Gemeindeabend über einen „Besuch bei deutschen Kolonisten in Brasilien“, in Besigheim über „Kirchliche Eindrücke aus Nordamerika“, und in Botnang über die Frage: „Sollen wir auswandern?“ Abteilungsleiter L. Ankenbrand sprach im Sonntagsverein zu Stuttgart über „Geschichte und Religion der Singhalesen auf Ceylon“ und Abteilungsleiter Geist in Endersbach über „Die deutsche Arbeit im Baltikum“. Hier hatte zuvor schon Abteilungsleiter Lambertz über „Deutsche Arbeit in Japan“ in den Kursen des Volksbildungsvereins gesprochen.

Deutsch-rumänische Arbeit. Der Vorsitzende der deutschen Gruppe im rumänischen Parlament, der bekannte Führer der Siebenbürger Sachsen, Dr. Rudolf Brandsch, weilte dieser

Tage zu Besuch im Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart, dessen Einrichtungen er besichtigte. Auf Anregung des Instituts hielt er vor einem kleinen Kreise von Vertretern der Ministerien der Industrie und der Kaufmannschaft einen Vortrag über die wirtschaftliche Zukunft Rumäniens und seine Beziehungen zu Deutschland. Er betonte dabei, wie sehr Rumänien und Deutschland wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind, wie Deutschland für Rumäniens Agrarprodukte und Rumänien für Deutschlands Industriewaren Absatzmöglichkeiten bieten. Eingehend auf die historische Stellung der einzelnen deutschen Bezirke Rumäniens, der Dobrudscha, der Bukowina, Beßarabiens, der Banater und der siebenbürgisch-sächsischen deutschen Stämme ein, deren Zusammenschluß er als eine bedeutsame Tatsache feststellte und deren Bedeutung für den Wiederaufbau Rumäniens und namentlich die Wiederanknüpfung deutsch-rumänischer Beziehungen er hervorhob. Im Anschluß an den Vortrag klaren und eine treffliche Übersicht über die politische und wirtschaftliche Lage bringenden Vortrag gab Herr Dr. Brandsch auf verschiedene Anfragen Auskunft.

Deutsche Dichterspende!

Aus einer an Polen gefallenen deutschen Gemeinde wird uns mit Bezugnahme auf den Aufruf der Dichter Ludwig Finckh, Waldemar Bonsels und Rudolf Harig von Bartsch geschrieben: „Mit allen Auslanddeutschen möchte auch wir hier diesen Dichtern im Geist danken und begeisterte die Hand drücken. Nach so manchen unerquicklichen Nachrichten aus dem deutschen Mutterlande war das eine Kunde, der unser Herz erfreuen mußte. Solange die Deutschen in ihrer Not noch die Freudigkeit haben, ihren Brüdern zu helfen und für die Ehre des deutschen Namens im Auslande Sorge zu tragen, vor allem auch solange sie erkennen, daß für die Gesundheit des deutschen Volkes es in erster Linie notwendig ist, die deutsche Seele zu erhalten und zu heben, so lange wird das deutsche Volk nicht zugrunde gehen. Es ist das auch die vornehmste Art des Kampfes mit den anderen Nationalitäten, die uns niemand wehren kann, daß man die geistigen Güter unseres Volkes wieder zu Ehren bringt.“

Herr Pfarrer August Beck, Geißelhardt, erhielt durch die Hamburg-Amerika-Linie letzten Herbst eine wertvolle Postkarte aus einem Interniertenlager in England kommende Decke zugesandt, deren Eigentümer jedoch ein Herr Adolf Beck in Stuttgart, dessen nähere Adresse in Württemberg Herr Pfarrer Beck nicht ermitteln konnte. Zweckdienliche Mitteilung wollte man an Herrn Pfarrer Beck, Geißelhardt, gelangen lassen. —

Auf der Heimreise von Frankreich nach Deutschland verließ der früher in Antwerpen tätige Auslanddeutsche, Herr O. G. Bauer, Schwabach bei Nürnberg, Parkstraße 9, nachdem er 5¼ Jahr in Frankreich als belgischer Zivilinternierter Kriegsgefangener saß, einen Beutel, in dem sich als Frucht vierjähriger Arbeit Manuskripte zu einer Deutschen Geschichte und einem Leitfaden geologischer Grundsätze befanden. Der Beutel ist mit Namen und „Ile Longue (Dép. Finistère)“ gezeichnet und enthält außerdem Briefe seiner Frau, Eingaben an französ. Behörden usw. Alle bisherigen Nachforschungen waren erfolglos. Zweckdienliches wollte man unmittelbar Herrn Bauer gelangen lassen.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 9. April 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

Der „Auslanddeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslanddeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 3.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Bd. IV – Nr. 9

STUTTGART

Erstes Malheft 1921

Die Reichsdeutschen in Budapest

Zum 25jährigen Stiftungsfest des Vereins der Reichsdeutschen in Budapest.

Der Verein der Reichsdeutschen in Budapest feierte am 5. Februar im Rahmen eines Festkommerses die Jubiläumfeier seines 25jährigen Bestandes in den festlich geschmückten Räumen der Pester Lloyd-Gesellschaft. Der Verein hat sich aus kleinen Anfängen heraus entwickelt und kann an dem Jubiläumstage auf die stattliche Anzahl von über 400 Mitgliedern blicken. Er besitzt eigene Klubräume in einem der schönsten Gebäude Budapests auf der Andrassystraße, gegenüber der Oper, mit eigenem Wirtschaftsbetrieb, Bibliothek- und Speisezimmer, Billardzimmer, kleineren und größeren Gesellschaftsräumen mit geschmackvoller, gediegener Einrichtung. Die Klubräume des Reichsdeutschen Vereins sind zum Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens der reichsdeutschen Kolonie in Budapest geworden. Nach des Tages Last und Mühen treffen sich dort die Mitglieder der Kolonie zu gemütlicher Aussprache im Dämmerstübchen, durchreisende Landsleute finden Anlauf und Beratung und an manchem Tage der Woche sind die Räume den verwandten deutschen Vereinen und Körperschaften zum ernstesten und heitersten Tätigkeit überlassen. Die deutsch-ungarische Handelskammer, der deutsche gesellige Verein „Einigkeit“ mit seiner Sängergesellschaft, genannt „Helmgemeinde“, der Verein „Reichsdeutsche Schule“, die Leitung des „Deutschen Vereins für Lehrerinnen und Erzieherinnen“ und die in Budapest studierenden ostdeutschen Studenten sowie der stammverwandte Verein der Siebenbürger Sachsen, die „Transylvania“, sind immer gern gesehene Gäste. Nebenbei wird auch Wissenschaft und Kunst nicht vernachlässigt, wissenschaftliche Vorträge wechseln mit musikalischen Veranstaltungen ab, und regelmäßig veranstaltet Sprachkurse unter Leitung eines tüchtigen Professors ermöglichen es, sich die ungarische Landessprache anzueignen. Beim Festkommers gelangte nach der Begrüßung der Gäste und Mitglieder durch den Vereinsvorsitzenden, Herrn Oberingenieur Willy Raabe, ein Begrüßungstelegramm des leider nicht erschienenen verstorbenen Ehrenvorsitzenden, des deutschen Gesandten Herrn Grafen Egon Fürstenberg-Stammheim zur Verlesung, und der zweite Vorsitzende des Vereins, Herr Direktor Louis Schulz, schilderte in seiner Festrede in großen Zügen den Werdegang und die Geschichte des Vereins. Wir geben aus dieser Rede das folgende wieder:

Nun steigt herauf ihr schönen, versunkenen Zeiten mit all ihren alten Gestalten. Laßt uns die Jahre und Tage und Stunden heraufbeschwören, wo sie sangen und tranken und schwärmten, wo sie, noch ohne feste Sammelstätte, bald hier, bald dort, nach

Laune und Gelegenheit fröhliche Einkehr hielten, immer von dem Gedanken beseelt, zusammenzuhalten als Landsleute in deutschem Geiste, um deutsche Art zu pflegen, die Erinnerung an die Heimat wach zu halten und das Band zwischen hier und dort zu knüpfen! Tretet hervor, ihr Männer von der alten Garde, die ihr das Fundament gelegt! Wo sind sie alle geblieben? Soll ich ihre Namen nennen? Ihr kennt sie.

Interessant und bedeutsam ist, daß die erste Zusammenkunft einer Anzahl Reichsdeutscher in Budapest am 1. April 1895 stattfand, und zwar zur Geburtstagsfeier Bismarcks, so daß der Gedanke an diese ragende Gestalt des unsterblichen deutschen Giganten, der mit gewaltigem Hammer das Eisenband der deutschen Einheit geschmiedet hat, auch den Anstoß zum Zusammenschluß der hier in Budapest zerstreut lebenden Reichsdeutschen gegeben hat. Erst nach einem halben Jahr, zur Feier des Sedanfestes, kam das kleine Häuflein wieder offiziell zusammen, ohne bis dahin dem Plan der Gründung eines Vereins näher getreten zu sein. Gleich danach wurde aber denn doch ein Komitee zur Ausarbeitung von Statuten gewählt, welche im Mai 1896 von dem kgl. ungarischen Ministerium genehmigt wurden. Die Gründung des Vereins der Reichsdeutschen in Budapest fällt somit in den Zeitraum vom Winter 1895 bis zum Frühjahr 1896, so daß wir, mit dem heutigen Datum uns ungefähr in der Mitte haltend, den richtigen Zeitpunkt für die 25jährige Jubiläumsfeier gewählt zu haben glauben.

Der erste I. Vorsitzende des Vereins war Herr Direktor Körner von der Firma Orenstein & Koppel. Sein Nachfolger wurde Herr Direktor Höchel, nach dessen Ausscheiden Herr Oberingenieur Willy Raabe den Vorsitz übernahm, um ihn 1901 an Herrn Direktor Köllner abzutreten.

Wie die Vorsitzenden, so wechselten auch die Lokale. Es herrschte noch ein unstetes, aber fröhliches, burschenhaftes Wanderleben, und heute noch leuchten den Gründern und Brüdern von damals die Augen, wenn sie sich in schwärmerischer Erinnerung in jene schönen, längst verschwundenen Zeiten versenken, auf denen der Hauch der Jugend mit all ihrer Poesie und ihren köstlichen Erlebnissen liegt. Es kam nicht auf den Raum und die Umgebung an, sondern allein auf den Geist, der sie zusammenführte und zusammenhielt, wenn ihnen nach deutscher Art beim vollen Humpen, bei deutscher Rede und deutschem Lied der Deckel auch vom Herzen sprang und die Anziehungskraft des gemeinsamen, beseligenden Heimatsgefühles sie alle unwiderstehlich in ihren Bann zwang.

Im Jahre 1897 ist der Verein zum ersten Male mit dem deutschen Generalkonsulate in Berührung getreten, und zwar bei Gelegenheit des Besuches des deutschen Kaisers in Budapest. Der damalige Generalkonsul, Fürst Ratibor, räumte dem Verein beim Empfange des Kaisers einen bevorzugten Platz bei der Aufstellung am Bahnhof ein. Es war jener erste Besuch, bei dem Kaiser Wilhelm am 27. September 1897 oben in der Königsburg den bekannten überwältigenden Trinkspruch ausbrachte, der noch heute das Herz jedes Ungarn mit Entzücken erfüllt, da das ritterliche Ungarvolk mit all seinen nationalen und kulturellen Tugenden in hinreißender Beredsamkeit darin verherrlicht wurde.

Ereignisse von besonderer Bedeutung sind im ersten Jahrzehnt der Vereinsgeschichte nicht zu verzeichnen. Geselligkeit und familiärer Verkehr werden gepflegt, besonders dienten in den Sommermonaten die häufigen Ausflüge in die nahe und entferntere Umgebung von Budapest, in die Berge und Wälder längs der Donau, zur körperlichen Erholung und seelischen Erfrischung. Von den Festlichkeiten bildeten die Kaisersgeburtstagsfeier am Anfang und die Weihnachtsfeier am Ende jedes Jahres die beiden Höhepunkte, die eine zur Bekundung der deutschen nationalen Gesinnung, von der alle beseelt waren, die andere zur stimmungsvollen Befriedigung eines innigen Bedürfnisses des deutschen Gemütes.

Die schöne Weihnachtsfeier, die wir auch heute noch nach althergebrachter deutscher Art in kinderseliger, wehevoller Innigkeit begehen — klingt doch ihr Name schon wie Harfenton uns in das Ohr —, ist so eigentlich das Fest der Sehnsucht und des Heimwehs. Denn nur der weiß die Heimat recht zu werten und zu lieben, der sie einmal verläßt. Gerade wir in der Fremde werden durch die unvergeßlichen Eindrücke aus der Kinderzeit, durch die tausend Erinnerungen an Vaterhaus und Mutterliebe und Jugendfreundschaften, an den Erdgeruch der heimischen Scholle, an Berg und See und Fluß daheim von dem ganzen Zauber der Heimat gefangen genommen. Wo gab es schönere und bessere Menschen als Nachbars Liese und Försters Franz, wo blühte schöner der Kirschbaum als der gleich an der Gartenmauer daheim, wo murmelte melodischer und verständnisinniger die Quelle, als die daheim am nahen Wald- und Wiesenrand?

Meine Herren! Nicht um meine Rede zu schmücken und aus dem trockenen Geschichtsstil herauszukommen, habe ich mich in dieser Schilderung ergangen. Ich glaube vielmehr, so manchem unter uns, der noch mit allen Fasern seines Herzens am Vaterhause hängt, aus der Seele gesprochen zu haben. Das sind Hochstimmungen in unserm Innern, die wir ruhig bis an den fernsten Ort, wo wir auch weilen, und bis ins Alter hinein in uns fortönen lassen wollen. Auch weiß ich, daß gerade die Heimatsliebe der wundervolle Urstoff ist, aus dem sich von selbst die echte unvergängliche Vaterlandsliebe heraus entwickelt. Und Vaterlandsliebe ist der Anfang und das Ende, der Grund und das Ziel unseres Vereinslebens, ist der rote Faden, der sich durch unsere Vereinsgeschichte zieht.

Meine verehrten Herren Gäste, soweit Sie Landsleute oder von gleichen Gefühlen beseelte Deutschenfreunde sind, kommen Sie zu uns, wenn Sie einmal Heimatluft atmen wollen. Wer inmitten der gepriesenen Schönheiten dieses gastlichen Landes dennoch auch einmal Heimweh verspürt, er komme zu uns! Ob er vom rauhen Norden stammt, wo Nord- und Ostsee an die Ufer branden, oder vom Stiden unseres Vaterlandes, wo es schon hart an die Alpen stößt, sei er von der nüchternen fleißigen Oder, sei er vom sagemunwobenen Rhein, er komme zu uns, um mit uns und unter uns deutschen Geist und deutsches Wesen zu hüten und zu pflegen. Er besuche unsere Abende, um nach der arbeits-

reichen Tage Last und Sorgen einmal im Kreise lieber Landsleute so recht aus Herzensgrunde froh zu sein und aufzugehen in fröhlichem Behagen gemütvoller Geselligkeit!

Das eigene Heim und die eigene, gediegene, kunstvolle Einrichtung war die größte Errungenschaft des Vereins. Sie fällt in das Jahr 1907, so daß sich unsere Vereinsgeschichte von selber räumlich und zeitlich in zwei Teile gliedert: In die Zeit vor und nach dem Einzug in die neuen, noch jetzt von uns bewohnten Vereinsräume!

Das Jahr 1907, so heißt es in dem Jahresbericht, war für die Vereinsentwicklung von einschneidender Bedeutung. Der lang gehegte Wunsch, würdige Klubräume mit eigener Einrichtung zu besitzen, die dem Ansehen der deutschen Reichsangehörigen in Budapest entsprechen, hatte sich erfüllt. Die Verwirklichung dieses Planes war das Ergebnis des einmütigen Zusammenhaltens aller Mitglieder, des vollen Einvernehmens mit der kaiserlichen Konsularbehörde und der großen Opferwilligkeit unserer Landsleute hüben und drüben.

Am 15. Oktober 1907, in einer außerordentlichen Generalversammlung, übergab Herr Generalkonsul Graf Botho von Wedel, dessen rein persönliches Verdienst die Anregung und mühevollte Durchführung des Planes war, die gesammelten 42000 Kronen, die damals ein Vermögen darstellten. Er begleitete diesen feierlichen Akt mit ungefähr folgenden gehaltenen Worten:

„Der Verein tritt hiermit in ein neues Stadium und übernimmt zugleich die Verpflichtung, das Deutschtum in Ungarn sozial in würdiger Weise zu vertreten, der gesellige Mittelpunkt aller hiesigen Reichsdeutschen zu sein, die Hebung des geistigen Lebens durch Vorträge, Gesang und Musik usw. anzustreben, die ideellen Beziehungen zur Heimat aufrechtzuerhalten und unter Vermeidung jeglicher politischen Tendenz mit ungarischen Kreisen in freundlicher Weise Fühlung zu nehmen. Jeder einzelne sei ein Repräsentant seines Vaterlandes, daß er dem deutschen Namen Ehre mache. Jedes Mitglied finde im Klub sein Heim, worin alle, gleichberechtigt, sich gegenseitig mit Achtung begegnen!

Und der damalige I. Vorsitzende, Herr Direktor Chr. Bolz, legte das Gelöbnis ab, daß der Verein, den Landsmannschaft und Vaterlandsliebe mit einem einigenden Band umschließe, nach diesen Richtlinien stets wandeln und handeln werde.

Meine Herren! Die Worte des Grafen Wedel stehen, schon umrissen, wie ein Programm da. Es galt damals und gilt heute. Sind wir ihm treu geblieben? Ich glaube diese Frage bejahen zu können. Und wenn wir in manchem noch unzulänglich sein sollten, der gute Wille ist vorhanden, das ideale Ziel winkt und ist des Erstrebens wert. Ein Sprüchlein mag ich noch mit auf den Weg geben:

„Willst du, daß wir mit hinein
In das Haus dich bauen,
Laß es dir gefallen, Stein,
Daß wir dich behauen!“

Wir wollen nicht nur vereinzelte berufsmäßige Architekten haben, nein, jeder von uns soll ein Architekt des Vereins sein, der das Haus bauen, ausbauen und verschönern hilft, damit nach außen einen schönen Anblick gewähre und auch nach innen wohnlich, traulich und heimisch sei. Unbeschadet seiner Individualität forme und schmiege sich jeder in das Gesamte ein, dann wird der Verein im Geiste des gegebenen Programms stets seine Aufgabe erfüllen.

Teils um nachzuholen, teils um vorzugreifen, muß ich hier bekunden, daß, wie Graf Wedel und vor ihm Fürst Ratibor und von Below-Schlattau und nach ihm Prinz Hermann

on Schönburg-Waldenburg und Graf Brockdorff-
antzau während ihres hiesigen Aufenthaltes unserem Verein
persönlich nahegetreten sind und seine Interessen aufs beste
fördern suchten, so vor allem auch unser gegenwärtiger Herr
Generalkonsul Graf Fürstenberg-Stammheim, jetziger Ge-
schäftsträger der deutschen Gesandtschaft.

Generalkonsulat und Gesandtschaft brauchen eine große,
blühende Kolonie, und vermögen für diese am besten zu sorgen,
wenn sie sich auf die organisierten Faktoren derselben: den
Reichsdeutschen Verein, sowie auf die beiden gleichfalls durch
Vereinsangehörige geleiteten kulturellen Institutionen: des deut-
schen Heims und der Reichsdeutschen Schule stützen können.
Der Reichsdeutsche Verein, das Deutsche Heim und die Reichs-
deutsche Schule können aber auch nur dann einen glücklichen
Entwicklungsgang nehmen und ihre Arbeit im Dienste des
Deutschtums erfolgreich verrichten, wenn sie der wirkungsvollen
Unterstützung der Gesandtschaft und dadurch der offiziellen Ver-
bindung mit dem Mutterlande sicher sind. Vom Jahre 1907 ab
entwickelte sich ein reges Leben im Verein.

Dem uns gesteckten Ziele, den Klub zum geistigen und
seeligen Mittelpunkt aller Reichsdeutschen in Ungarn und
besonders in Budapest zu machen, rückten wir immer näher.
Zum Beweise dafür führe ich an, daß die Zahl der Mit-
glieder, der ordentlichen wie der außerordentlichen, vom Jahre
1900 bis 1906 von 89 auf 111, vom Jahre 1907 bis 1913 von 111
auf 211 gestiegen ist. Während der ersten Kriegsjahre sank diese
Zahl aus begreiflichen Gründen infolge der vielen Einberufungen
von hier und des mangelnden Zuzuges von draußen auf 178 herab,
dann allmählich und rapid steigend die stolze Höhe von
über 400 zu erreichen! Davon gehören aus dem Gründungs-
jahre 1895/96 noch folgende 5 Mitglieder dem Vereine an und
heute an unserem Ehrenabend anwesend, nämlich die Herren
Willy Raabe, Paul Fecht, Karl Grübel, Harry Radicke
und Karl Wirth.

Den Vorsitz des Vereins führten nach den schon anfangs er-
wähnten 3 Herren vom Jahre 1901 ab der Reihe nach die Herren
Direktoren Ludwig Frees, Christian Bolz, Ernst Wolff,
Fritz Schmidt und vom Jahre 1919 ab und heute noch die
bewährte und erprobte Kraft, Herr Oberingenieur Willy
Raabe. Es ist bemerkenswert, daß Herr Raabe bis auf das
Jahr 1900, wo er schon einmal der Erste war, mehr als
10 Jahre hindurch die Stelle des II. Vorsitzenden einnahm, als
er von der Gründung her als der getreue Eckehardt, als der
vermittelnde Geist darüber wachen sollte, daß der Verein
treu geleitet werde, und ich darf wohl im Namen
des Vereins feierlich erklären, daß sein Name für immer und unlöslich
mit der Gründung und der Entwicklung des Vereins verknüpft
bleiben wird!

Haben wir auch nach außen hin im Sinne der Botschaft des
deutschen Volkes mit dem ungarischen Volke, unter dem wir leben,
eine rechte freundschaftliche Fühlung genommen?

Graf Albert Apponyi hat im Jahre 1917 in Dresden einen
Vortrag gehalten und darin folgendes gesagt: „Es gibt tatsächlich
kein Land in der Welt, wo deutsches Wesen so verstanden
und so gewürdigt, ja so geliebt wird, wie in Ungarn, und zwar
wegen der gewaltigen Kulturarbeit, des hohen sittlichen Ernstes
und der Gemütsstärke des Deutschthums!“ Sollte Graf Apponyi,
der hervorragendste, würdigste Vertreter des ungarischen Volkes,
so wenig die Seele seines eigenen Volkes und so wenig das Wesen
des deutschen Volkes kennen, daß das alles nicht mehr wahr
und nicht wahr bleiben wird? Wir halten an dem Glauben
fest, daß beide Völker trotz des unglücklichen Ausganges des

Weltkrieges, trotz der schändlichen zermalmenden Friedensbedin-
gungen und trotz aller wandelbaren politischen Konstellationen
sich im Grunde des ehrlichen Herzens einander sympathisch
bleiben werden für alle Zeiten. Und wie wohl fühlen wir Deutsche
uns in diesem gastlichen Land und in dieser Stadt! Du einzig
schöne Hauptstadt Budapest mit deinem gewaltigen wunderbaren
Strombild, mit deinen entzückenden Ufern, mit deinen nahen
und fernen Bergen, mit deinen edlen, träumerischen, ritterlichen,
Vaterland und alles Schöne schwärmerisch liebenden Bewohnern,
und du weiteres, ursprüngliches, und, ach, nur noch davon ver-
bliebenes Ungarn, mit deinen gesegneten Ebenen, mit deinem
kernigen Volke und mit deinem fast unerschöpflichen Reichtum
an großen Männern, führenden Geistern und Kulturstreitern,
wir blicken dir, du treues Ungarvolk, voll Dank und Bewunde-
rung, vor allem aber, bei unserer Schicksalsgemeinschaft, voll
inniger Teilnahme, wie ein treuer Freund ins Auge und werden,
wenn wir unsere Schritte wieder einmal heimwärts lenken, jeder-
mann, der uns in dieser Welt begegnet, aufklären über das unga-
rische Land, über den ungarischen Geist und das ungarische Herz,
wie sie in Wahrheit sind! Das soll ein Stück der Dankesschuld
sein, die wir der edelmütigen ungarischen Gastfreundschaft zu-
entrichten haben, daß wir an unserem Teile die ehrlichen und
eifrigen Vermittler sind zwischen unserer alten und unserer neuen
Heimat.“

Der Redner ging sodann auf die Kriegereignisse ein. Auch
der Verein hat 5 Heldenopfer zu beklagen von 25 Kameraden, die
damals begeistert unter die Fahne eilten. Der Verein der Reichs-
deutschen, Männer wie Frauen, erkannte seine heilige Pflicht
und hat am großen Werke des Wohltuns und der Pflege mit-
gehelpen, hat Gaben unter die hier zurückgebliebenen Frauen
und Kinder der eingrückten reichsdeutschen Krieger ausgeteilt,
hat die durchreisenden deutschen Soldaten in der Baracke ge-
speist und bedient, hat die Verwundeten besucht und gelobt
und schließlich den hier Dahingerafften ein würdiges Heldengrab
bereitet.

Und was war es, das unser Volk einigte und erneute, das
abertausend Quellen der Opferfreudigkeit öffnete und uns auch
heute noch zu Brüdern macht? Es ist etwas, das über uns
schwebt und doch in unserm tiefsten Innern lebt, etwas, das uns,
so verschieden wir nach Alter und Rang, nach Abstammung und
Auffassung sein mögen, und wenn wir auch noch so fern von der
Heimat sind, zusammenschließt, so daß wir ein einiges großes
Ganzes sind in einem Geiste und Gesamtwillen — es ist der Ge-
danke an das gemeinsame Vaterland!

Vaterland, heiliges unerschöpfliches Wort! Begreift es doch
alles in sich, was uns lieb und teuer ist auf dieser Welt. Deutsches
Vaterland, unsere Quelle und unser Ziel, unser Ursprung und
unsere Sehnsucht, unsere Kraft und unsere Liebe, unser Schmerz
und unsere Hoffnung! Ich höre schon wieder den Hammer auf
den Amboß sausen, ich höre schon wieder die Räder surren und
Maschinen stampfen. Ich sehe trotz der unbarmherzigen De-
mütigungen und der unmenschlichen Opfer, die man uns neustens
wieder auferlegen will, trotz allem nach der Nacht der Not in
seliger Erwartung schon die Morgenröte dämmern, und es wird
wieder Tag werden, heller Tag, über den deutschen Gauen!

Es lebe das deutsche Vaterland!

Tosenden Beifall lösten die begeisterten Worte des von alt
und jung hochgeschätzten Redners aus und alles stimmte in das
Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ ein.

Nachdem Herr Otto Löhnig im Namen des deutschen ge-
selligen Vereins „Eintracht“, Herr Werftdirektor Fr. Franz
Schulze im Namen des Vereins „Reichsdeutsche Schule“ und

Herr Oberst Kovacs im Namen der zahlreich anwesenden Ungarn den Verein zu seinem Jubeltage beglückwünschte, gab der Vorsitzende Herr Willy Raabe bekannt, daß 6 verdienstvolle Mitglieder, die größtenteils auch Gründer sind, vom Vorstand zu Ehrenmitgliedern ernannt worden sind, worauf der Präsident der deutsch-ungarischen Handelskammer, Herr Generaldirektor Paul Kühnemann, die Verdienste des I. Vorsitzenden feierte und die Mitteilung machte, daß der Vorstand und Ausschuß zum dauernden Gedächtnis an den verdienstvollen Vorsitzenden, der übrigens schon seit vielen Jahren Ehrenmitglied des Vereins ist, dessen Bild für die Vereinsräume malen ließ und gleichzeitig das gelungene Bild enthüllte.

Der übrige Teil des Abends wurde durch Militärkonzert, Solovorträge des Mitgliedes der kgl. ungarischen Oper Herrn Dr. Franz von Székelyhidy, Darbietungen des Vereinsquartetts und des aus Reichsdeutschen bestehenden Bläserchors der kgl. ungarischen Oper ausgefüllt. Die Fidelitas vereinigte die sangeslustige Runde bei von den Budapester Brauereien gestiftetem Bier bis in die frühen Morgenstunden. Alles in allem kann gesagt werden, daß das 25jährige Stiftungsfest in weihvoller und würdiger Weise verlaufen ist und damit die Damen des Vereins auch auf ihre Rechnung kommen sollten, wurde am 12. Februar in den traulichen Räumen des Vereins als Nachfeier ein wohlgelungenes Familienfest abgehalten.

H. H.

Die Donaustraße und das Deutschtum im Südosten

Von Dr. GROSS, Karlsruhe.

„Vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer,
Wie rauscht die Donau stolz einher!
Von ihrer Wiege Felsenrand
Durchs Schwabenland, durch Bayernland.“

„Im Donauland“ von Fr. Bodenstein.

Es ist eigen, daß, während am Oberlauf der Donau Badener, Württemberger und Bayern sich folgen, in umgekehrter Reihenfolge am Mittellauf durch Österreich und Ungarn deren Stämme siedeln. „Die Ausbreitung des Bayernstammes über Österreich, Kärnten, Steiermark und Tirol — daher ein Volk von 10 Millionen — hat auch an der Grenze von Ungarn nicht Halt gemacht“ (*). Er hat in dem jetzt sogenannten „Burgenland“ schon von den Zeiten Karls des Großen her („awarische Mark“) in der Eisenburger, Ödenburger und auch Preßburger Gespanschaft sich festgesetzt, ist in der Wieselburger erst später „durch schwäbisch-alemannische Ansiedler überschichtet worden“ (**). Auch im Bakonyerwald und in den Ofener Bergen tritt noch der bayerische Einschlag dieser deutschen Sprachinseln in der Mundart hervor. Weiterhin waren auch die Städte vom 9. Jahrhundert ab wohl hauptsächlich von Bayern gegründet worden, wie Steinamanger, Raab, Stuhlweißenburg, Fünfkirchen u. a. Von Pest an aber reihen sich an der Donau die Siedlungsgebiete der Württemberger und Badener, besonders Pfälzer, die, wie sonst im Osten, auch in Südrußland, unter dem Namen „Schwaben“ zusammengefaßt werden: zunächst rechts der Donau die „Schwäbische Türkei“ in der Tolnauer und Baranyer Gespanschaft bis gegen Esseg, mit deren deutschen Besiedelung schon Prinz Eugen begonnen hatte; und dann auf der linken Donauseite bis zur Theiß die Batschka und über ihr drüben bis an die siebenbürgische und die frühere rumänische Grenze bei Orsowa das Banat. Mit dem Frieden von Passarowitz 1718 zwischen Österreich und der Türkei, durch welchen letztere auf den Rest ihrer ungarischen Eroberung verzichtete, setzte die Deutschbesiedelung dieses verödeten, versumpften Südungarn seitens der österreichischen Regierung, im Banat und in der Batschka durch ihren Heerführer Graf Mercy, in großem Maßstab ein. Die Ansiedler wurden aus dem Reiche herbeigerufen und kamen zu Tausenden, vornehmlich aus dem Südwesten, aus dem jetzigen Württemberg und Baden, auch aus dem Elsaß und Lothringen — beinahe ausschließlich auf dem Donauweg, meist schon von Ulm ab auf den sogenannten „Ulmer Schachteln“ und „Zillen“ oder auf den Ulmer „Ordinarischiffen“, die jeden Sonntag abfuhr. Was von R. Fr. Kaindl in seiner „Ge-

schichte des Deutschtums in Ungarn“ nach Aufzeichnungen von Kolonisten, besonders eines der späteren, des Johann Eimann von Duchroth in der Kurpfalz, nur in großen Zügen berichtet werden konnte, führt in lebhaften Farben und in künstlerischer Gestaltung eine Dichtung aus, welche die Anfänge der Einwanderung in das Banat nach 1720 zum Hintergrund, man kann sagen, zum Vorwurf hat: der völkische Roman Adam Müllers, Guttenbrunn, des Sängers seines Volkes in Südungarn: „Der große Schwabenzug“ (*). Er schildert im Eingang die Fahrt einer Ulmerin zu ihrem Verlobten, einem kaiserlichen Artillerie-Konstabler in Temeswar: „Nicht ohne Gefahren war die Fahrt. Schon vor Passau gab es Felsen und Klippen im Donaubett; bei Aschau lagen die Sandbänke jeden Tag auf einer andern Stelle“. Und auf der einsamen Fahrt zwischen Waldbergen bis Linz und dann durch eine gesegnete Landschaft mit Städten und Märkten, Wallfahrtskirchen, Klöstern und Burgen, dräut eine neue Sorge: „Da war Grein, die Insel Werra und der Strudel kam in Sicht ...“ „Vorbei ... Alle grüßten den Schiffsmeister und den Steuermann ... und die Schiffssänger im Chor das alte Strudellied: „Als wir jüngst in Regensburg waren“ usw.“ — Vom Neuland im Banat kehrt der Roman noch einmal zur Donau, nach Regensburg, zurück in dem Abschnitt „Die Völkerwanderung hebt an“. Tausende von Auswanderern strömen da zusammen aus ganz Südwestdeutschland: „Und an Schiffen war Mangel; es hieß Geduld haben.“ Und ein Ordinarischiff, darauf ein Ulmer Auswandererschiff, gehen. Dann kommt der große Tag für Regensburg, an dem die drei Riesenplätten der Kehlheimer Schiffsbaumeister abgebaut auf der 500 Auswanderer Platz finden, die größte, die man bisher auf der Donau gesehen. „Die Schifferzunft in Regensburg ließ sich ein Gutachten des berühmten Meisters Jakob Fuchs von Cöllen geben, ehe sie einwilligte, daß so große Schiffe gebaut werden ... Und die Kehlheimer hatten sich einen Weibmeister vom Rhein kommen lassen, der seine Sache verstand. Mit Neid blickten die Ulmer auf das große Unternehmen.“ Die Auswandererschiffe fuhrten bis Oien und Peterwardein, gleich auch schon weiter hinunter der Schiffsverkehr wieder aufgenommen hatte ...

So hat unter Maria Theresia und Josef II. die Deutsche in die Tiefebene Südungarns allmählich 80 000 unseres Volkes

(*) „Ein Volk von 10 Millionen oder der Bayernstamm.“ Von Professor Dr. Sepp. München 1882.

(**) „Geschichte d. Deutschen in den Karpathenländern.“ Von R. Fr. Kaindl, Gotha 1907.

(*) „Der große Schwabenzug“ von Adam Müller-Guttenbrunn. Leipzig 1914, bei L. Staackmann.

abgetragen, die besonders das Banat zur Kornkammer Ungarns gemacht haben mit deutschem Bauernfleiß und -schweiß. Trotz anfänglich schwerer Verluste durch Fieber und die Pest hat sich die Volkszahl dieser Deutschen verzehnfacht und ist, wenn auch nicht in solchem Verhältnis, ihre Siedelungsfläche durch Auskauf anderssprachiger Nachbargemeinden — rumänischer und serbischer — lange Zeit stetig angewachsen. Das südliche Ungarn zählt heute rund 1 Million Deutsche von 2½ Millionen im ganzen Land, obwohl in den letzten Jahrzehnten infolge der Steigerung der Bodenpreise durch ihre Arbeit eine starke Abwanderung stattgefunden hat, besonders nach dem angrenzenden östlichen Teil Slavoniens, Syrmien, rechts der Donau, mit anderthalb hunderttausend Deutschen. Und ihre Lage wäre eine durchaus befriedigende gewesen, wenn nicht der Madjarisierungswahn ihr deutsches Schulwesen und ihre Sprache unterdrückt hätte. Jetzt verspricht es ja, damit besser zu werden, nachdem der größte Teil von Südungarn an den neuen südslawischen Staat, der Rest — das östliche Banat — an Großrumänien gefallen, welches Auseinanderreißen ja an sich zu beklagen. Auch das letztere hat bis jetzt der Wiederaufichtung des deutschen Schulwesens keine Hindernisse in den Weg gelegt, um die „Schwaben“ für madjarisches Wiedergewinnungswerben unzugänglich zu machen. Und die serbische Regierung ist im Entgegenkommen viel weiter gegangen — vielleicht auch gedenkt der deutschen Erziehungsarbeit an ihrem Volk in seinen staatlichen Anfängen, hat ohne weiteres einen „Schwäbisch-Deutschen Kulturbund“ für seinen Anteil an Südungarn genehmigt, der mit dem „Deutschen Volksblatt“ in Neusatz-Nowisad, Königspetergasse 3, tatkräftig für die Erhaltung und Förderung des Deutschtums eintritt und auch die durch die jahrzehntelange Tätigkeit des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ und, nicht zuletzt, durch unser deutsches Heer wieder aufgefrischten Beziehungen zur alten Heimat pflegen und pflegen will.

Wie dieses schon früher auf meinen Wanderfahrten durch Südungarn*) mir entgegengetretene Sehnen nach Wiederknüpfen mit den Familien daheim „im Deutschland“ und in den Heimatgemeinden, damit dem Mutterlande selbst auch für unsern Handel und Industrie nutzbar zu machen, habe ich für unsere südwestdeutschen Kreise schon vor dem Krieg darzulegen versucht**).

Die bisherigen Länder der ungarischen Krone — Kroatien mit Slavonien inbegriffen — hatten einen Flächenraum von rund 25000 qkm und eine Einwohnerzahl von 20 Millionen. In diesem „Land vieler Völker“ kamen aber weite Kreise, vor allem im Großteil des Landvolkes, für die Industrieerzeugnisse infolge ihrer Bedürfnislosigkeit und allereinfachsten Lebenshaltung nur in beschränktem Maße in Betracht. Eine Ausnahme machen im großen und ganzen die wohlhabenderen Deutschen, namentlich die Bauern im weizenreichen Südungarn. Dabei ist Ungarn reich an Naturprodukten jeder Art: es hat einen selten ergiebigen Boden im Tiefland (Alföld) und reben- und obstreiche Hügelgelände, einen trotz der langgetriebenen Raubwirtschaft beinahe unerschöpflichen Waldreichtum und in den Bergen alle

Metalle vom Gold bis zur Kohle, dazu reiche Salzbergwerke und eine Fülle von Mineralwässern und Heilquellen.

Naturgemäß hat sich auch eine gewisse Industrie entwickelt auf der Unterlage der Rohstoffe, an denen das Land reich ist — die Mühlen-, Brennerei- und Zuckerindustrie — und neben dem Viehgroßhandel auch die Verarbeitung der Felle und Hörner und des Fleisches (zu Wurstwaren); dann die Sägereien, Dampfziegeleien, Kunststeinfabriken, Berg- und Eisenwerke, auch Maschinenfabriken, Glashütten u. a. m. Daneben aber wurden durch staatliche Förderung Unternehmungen ins Leben gerufen, die sich zu einem großen Teil nicht lebensfähig erweisen ohne dauernde künstliche Nachhilfe, zumal jetzt in dem so sehr verkleinerten Restungarn, über dessen jetzige Grenzen hinaus diese hauptsächlich Ofenpöster Industrie keinen Vorzug mehr gegenüber unserer reichsdeutschen genießt. Neben den Israeliten, für welche Deutsch die Handelssprache blieb, auch wenn sie sich äußerlich als Vollblutmadjaren gaben, sind es vorwiegend Deutsche, welche in der Industrie und im Handel eine Rolle spielen, eingewanderte und einheimische. Die Hauptkraft des ungarländischen Deutschtums liegt nun in der südlichen Hälfte von Ungarn an unserer Donau. Hier unten ist deutsche Sprache und Sitte auf dem Lande und auch in Städten als Vermittlungssprache vorherrschend. Kaufkraft und deutsche Volksart und Sprache kommen hier in gleichem Maße der deutschen Industrie entgegen, wenn sie versteht, diese Vorteile zu nutzen, bei dem immer lebendiger werdenden Bedürfnis und Wunsch nach Mehrung der Beziehungen zu dem alten Heimatland, dem Reiche. Über Einzelheiten für unsere Industrie muß ich mich hier auf Hinweis auf die obengenannte, nach mehrwöchiger Reise durch das ganze Südungarn 1910 geschriebene, Arbeit beschränken.

Der deutsche Großkaufmann und Industrielle werden immer wieder die Erfahrung machen, daß er dort, wo eine größere Zahl von Deutschen lebt, auf dauernden Absatz rechnen kann. „Der Handel folgt der Sprache, nicht nur der Flagge.“

Vorbei ist nun die Zeit, da nicht allein unsere Eisenbahnmänner den Ausbau der Wasserstraßen als etwas durch die Maschine Überlebtes behandelten. Der Weltkrieg und seine Folgen predigen eindringlich deren Unentbehrlichkeit. Und die feindlichen Mächte haben seinen für uns unglücklichen Ausgang benutzt, ihren Einfluß auf unsere großen Wasserstraßen, den Rhein wie die Donau, zu sichern und zu stärken. Wie wenig belebt, ja wie tot liegt doch die Donaustraße im Vergleich zum Rhein, der nicht die halbe Wassermasse hat. Schade nur, daß der Raum verbietet hier das vollständig wiederzugeben, was Müller-Guttenbrunn den Helden eines andern Romans*), den aus Amerika in sein Banat heimgekehrten Strombauingenieur Georg Trautmann, der nach Durcharbeitung aller bisherigen Verbesserungsentwürfe für den Stromlauf in Ungarn in 20 Tagen die Donau befahren von Wien bis ins Schwarze Meer und wieder zurück bis Pest, an verschiedenen Stellen von ihr sagen und für sie hoffen läßt. Hier nur der Schluß der einen: „Im Geiste sah er den einsamen Strom, dessen Ufer heute die Menschen meiden. umblüht von einem Kranz von Dörfern und Industriestädten, die friedlich hinter den Riesendämmen eines kunstvollen Hochwasserbettes, das er ihm geschaffen, gediehen . . . Und auch all die Nebenflüsse der Donau sah er schiffbar gemacht und mit ihr durch Kanäle verbunden zu einem Netz für den Weltverkehr. Endlich war der alte Danubius der Strom Europas geworden, der auf seiner 3000 km Bahn den Westen mit dem Osten ver-

*) „Durch das Bajuwarenland in Westungarn“. „Deutschösterreich“ 1913. Heft 25.

**) „Bei den Deutschen im Bakonyerwald und am Plattensee“. „Meine Heimat“, Kronstadt 1911, Nr. 8.

*) „Durch die Schwäbische Türkei“. „Deutsche Erde“ 1911, Heft 6/7.

*) „Durch die Deutsche Batschka“. „Alemania“, Freiburg. Bd. 4, Heft 3.

*) „Om Schwabenland in Südungarn, dem Banat“. „Rigaer Tageblatt“, 1912.

*) „Eindrücke einer Reise durch Südungarn“. „Ostdeutsche Rundschau“ 1910. Von Dr. W. Groos, 190, Nr. 296 und 297.

*) Mitteilungen aus und über Ungarn für die deutsche Industrie. Von Dr. W. Groos; „Südwestdeutsche Industrie“ 1910, Nr. 19.

*) „Die Götzendämmerung“. Roman von Adam Müller-Guttenbrunn. Akad. Verlag Wien und Leipzig 1903. Nun, wie die späteren deutsch-völkischen Romane des Dichters Müller, im Verlag L. Staackmann, Leipzig.

band, den Rhein und die Nordsee mit dem Schwarzen Meere. Und sein Vaterland war das Zentrum dieses Verkehrs.“ — Daß die Donau nicht nur von unten herauf erschlossen werde, zum Vorteil hauptsächlich der Seemächte, sondern auch von oben, soweit sie schiffbar gemacht werden kann, bis Ulm, und daß sie durch Verbindung mit unserer anderen Handelshochstraße, der des Rheines, mit ihren Massengütern, ihrem Massenbedarf und dem Zwischenverkehr weiter belebt werde, muß als eines

unserer wichtigsten Anliegen immer mehr und allgemein von allen Volkskreisen, nicht nur den Regierungen, im Deutschen Reich erkannt und betrieben werden, wie vorahnend schon vor Jahrzehnten ein Dichter (Karl August Mayer) gesungen hat:

„O blaue Donau, grüner Rhein,
Was flieht ihr euch gen Ost und West:
Ihr müßt ja doch Geschwister sein,
Geboren fast an einem Ort.“

Fünzigjähriges Dienstjubiläum des Bischofs der evangelisch-luther. Kirchen Rußlands, Konrad Freifeldt, in Petersburg

Von C. v. KÜGELGEN, Helsingfors.

Es gibt jetzt eine einige evangelisch-lutherische Kirche Rußlands, welche die Deutschen, Finnen, Letten und Esten unter einem Bischofsrat vereinigt, an dessen Spitze einstimmig Konrad Freifeldt durch Wahl gesetzt worden ist. — Das Wirken dieses hohen Siebzigers im bolschewistischen Petersburg und weit über dieses hinaus wird stets ein Ruhmesblatt in der Geschichte der evangelischen Kirche Rußlands bleiben.

Konrad Freifeldt, der schon als Zwanziger Direktor des Widemannschen Gymnasiums in Petersburg und bald darauf Pastor der Estnischen Johanneskirche daselbst wurde, hat im Laufe eines langen arbeitsreichen Lebens alle Staffeln beschritten, die ihm seine Laufbahn ermöglichte. Der Pastor der St. Annengemeinde ward Vizepräsident des Generalkonsistoriums, Generalsuperintendent und schließlich Bischof. Er war eine der markantesten Gestalten der deutschen Gesellschaft Petersburgs, wohl gekannt und vielfach heiß geliebt in den höchsten Kreisen der Hofgesellschaft wie in den untersten Schichten der Ärmsten. Hinter ihm stand der stolze Bau des Petersburger Deutschtums, in dem die alten reichen evangelischen Gemeinden mit ihren berühmten Schulen und Wohltätigkeitsanstalten eine so hervorragende Stellung einnahmen.

Als unter den Schlägen des Krieges und der Revolution dieses prächtige Gebäude wie so viele andere zusammenbrach, als alle die Großen, die dem Kirchenfürsten Freifeldt nahegestanden hatten, in Tod und Elend versanken oder aus dem Lande flohen, blieb er unerschüttert wie ein Fels auf seinem Posten. Immer wieder drangen Nachrichten aus dem abgeschnittenen Petersburg, welche einen ungeheuren Sieg hier die christliche Persönlichkeit eines Greises über die Umwälzungen der Zeit davongetragen. Aber erst in Anlaß des 50jährigen Jubiläums ist uns genauere Nachricht über den Triumph dieser wunderbaren, auf gute gerichteten Kraft geworden.

Im Herbste 1918 unternahm Freifeldt eine Reise aus dem bolschewistischen Petersburg in das unter deutscher Verwaltung stehende Baltenland. Er wollte wenigstens auf kirchlichem Gebiet eine Verständigung zwischen den Deutschen, Esten und Letten erzielen, wie sie sich unter seiner Leitung schon damals in Petersburg anbahnte. Ich hatte kurz vorher Freifeldt in Petersburg gesprochen und zu überreden versucht, mit seiner zahlreichen Familie doch das immer schwerer und ungesunder werdende Leben Petersburgs zu verlassen. Er aber erklärte, er müsse auf seinem Posten aushalten. Das hat er auch getan, obgleich sich ihm immer wieder die Möglichkeit bot, in Finnland, wo Freifeldt ansässig gewesen ist, oder in Estland, von wo er stammt, völlig sicheren Aufenthalt zu nehmen. Dabei berichten mir Leute aus seiner nächsten Umgebung, es sei einfach ein Wunder, daß Freifeldts noch lebten. Aber immer wieder, wenn sie gar nichts mehr zu essen hatten, seien aus den Ge-

meinden, namentlich aus den Kolonien, Vorräte geschenkt worden. Das Leben ohne Dienstboten, in ungeheizten Räumen, bei fortgesetztem Hunger war unsagbar schwer. Durch reichliche Gaben sei der letzte Winter nach einer Erholung im Sommer in einer lettischen Kolonie für die Familie leichter gewesen.

Freifeldt ist es zu verdanken, wenn der nationale Gegensatz zwischen den Deutschen einerseits, den Letten und Esten andererseits, auf kirchlichem Gebiet in Rußland völlig geschwunden ist. bedient doch Freifeldt auch die Letten und Esten Petersburgs, die keinen Pastor mehr am Ort haben. Außerordentlich bedeutsam ist seine Mitarbeit an der neuen Kirchen- und Gemeindeordnung, die sich in wesentlichen Zügen dem herrschenden System Rußlands angepaßt, aber den Geist der evangelischen Kirche bewahrt hat.

So ist es zu verstehen, daß das Jubiläum Freifeldts zu einer Feste der ganzen evangelischen Gesellschaft Rußlands wurde. Sie hatte von nah und fern ihre besten Vertreter nach Petersburg gesandt. Den veränderten Verhältnissen entsprechend zeigten sich die Dankbarkeit oft in anderer Weise als früher. So erschienen die Gratulanten mit Geschenken, wie einigen Pfunden Brot, mit Mehl, Butter, Speck. Auch Tee, Kaffee und Gebäck mit denen alle Gäste im Hause des Jubilars bewirtet wurden waren geschenkt worden. Nur Zucker war nicht aufzutreiben gewesen. Daneben gab es erhebende Ehrungen, wie die 50köpfige Lettendeputation — aus jeder lettischen Kolonie des Nordens war ein Vertreter gesandt —, die dem Jubilare einen mächtigen Lorbeerstrauß überreichte und ihm verkündete, daß er auf einer eberl abgehaltenen Kirchenversammlung einstimmig zum Erzbischof der lettischen Kirche Rußlands ausgerufen worden wäre.

Am Nachmittag fand in der großen deutschen Petrikirche, die für die augenblicklichen Verhältnisse sehr gut besetzt war, ein Festgottesdienst statt. Generalsuperintendent Malmgren hielt eine herzliche Ansprache. Hierauf sprach Freifeldt über das Wort: „Wer bin ich und mein Haus, daß du mich, Herr, hierher gebracht hast?“, indem er sein Leben „von Wunder zu Wunder“ durchging. Herrliches Orgelspiel und vorzüglich Chorgesang vom „Sängerkreis“ „des deutschen Vereins“ verschönten den Gottesdienst, so daß man die in der Kirche herrschende Kälte von 2 Grad Frost vergaß.

Es folgte ein Gratulationsakt im Konferenzsaal. Unzählige Deputationen der Konsistorien, Gemeinden, Wohltätigkeitsanstalten. Neben Adressen wurden auch Gaben überreicht. Darunter aus Estland verschriebene Nahrungsmittel und insgesamt 400000 Rubel: scheinbar ein Vermögen, aber in russischem Geld nicht mehr als 5000 Mark, in finnischem 500 Mark wert. Augenblicklich kostet, wie unser Berichterstatter schreibt, ein russisches Pfund Brot 2500, ein Pfund Butter 25000 Rubel.

ein Pfund Zucker — 20- bis 23000 Rubel. — Unter den Gratulanten befand sich auch die estnische Optationskommission, deren Sprecher, Juriskonsul Ergapeja, als Geschenk eine Fuhre Holz ankündigte und den Jubilaren dringend einlud, in die Heimat zu kommen. Auch der Geschäftsträger Deutschlands, Tömler, brachte einen Gruß und Dank seitens der Deutschen in Rußland, denen Freifeldt stets so wirksam in Wort und Tat zu helfen bereit sei; er stellte dem Jubilar die „Nansen-Hilfe“ zur Verfügung. Besonders warm war die Ehrung, die die estnische Johannesgemeinde und die Annengemeinde, letztere durch ihren Präsidenten Alfred Strieter, dem Jubilar zuteil werden ließ.

Sogar ein Festessen (!) für mehr als 100 Personen, darunter zehn vom Bischof namhaft gemachte Gäste, fand in den Räumen

des Fehrmannschen Pastorats zu St. Petri unter zahlreichen Reden statt. Darunter waren die einst jedem Petersburger bekannten Redner Schuldirektor A. Brock und Dr. Ernst Blessig. — Erwähnt sei noch als Abglanz einer schönen alten Zeit der Gesang ehemaliger Glieder der Liedertafel und des Sängerkreises, die zu Ehren des Festes Lieder eingeübt hatten.

Eine Welt ist versunken und eine andere erstanden. Aber eine starke Persönlichkeit ist, auf die Bibel gestützt, stehen geblieben und wirkt weiter fort. Wie vor 25 Jahren wurde auch jetzt wiederum der Bischof Konrad Freifeldt in Petersburg gefeiert. Und doch ist auch er nicht derselbe geblieben. Dies faßte ein Teilnehmer am Fest in die Worte zusammen:

„Vor 25 Jahren feierten wir den uns vorgesetzten Kirchenfürsten, heute den von uns selbst freigewählten Kirchenvater.“

Prags deutsche Seele

Von Dr. GUSTAV HAAS.

Die großen geschichtlichen Umwälzungen, welche das ehemals habsburgische Kronland Böhmen durchmachte, spiegeln sich in auffallend verzerrter Weise in der „königlichen Hauptstadt Prag“ wieder. Nicht mit Unrecht nannte man diese schöne Stadt den Hexenkessel, in welchem die politische Kost Österreichs gekocht wurde. Wer sie nicht kennt, den mutet sie harmlos, spießbürgerlich an, wiewohl sie mit allen Schrecken der Geschichte beladen ist. Erst wenn man in die düsteren Geheimnisse der Stadt eingeweiht ist, wenn man im Schatten der Paläste und Kirchen das Murmeln der Geister zu hören glaubt, ahnt man etwas von ihrer vergangenen Größe.

Von den Kunstdenkmälern des einzigartigen Stadtbildes braucht man nicht erst viel zu schreiben. Wien kommt mit der Hälfte des Prager Barocks, Nürnberg mit dem vierten Teil seiner Gotik aus. Mit den Naturschönheiten ist „die drittschönste Stadt der Welt“ nach Alexander v. Humboldt glänzend daran, sein Moldaual ist eine „süße, ausgeglichene, melancholische Landschaft“.

Und in der Tat, wie schön ist diese Stadt! In dem Labyrinth der alten Gassen lebt das Mittelalter, die traurige Resignation der Vergangenheit schaut von jedem Torbogen, jedem verwitterten Turm herab, aus jeder Kirche und Kapelle heraus. Die Patinakuppeln ragen empor aus dem Häusermeer, zur Höhe der Burg am Hradschin schlängeln sich die alten, winkligen Dächer der Kleinseite und über alle dem thront die stolze Gotik des Veitsdomes. Herrlich sind die Bauten aus einer längstentschwundenen Zeit, oft in ganzen Straßen und Plätzen, still und stolz in sich und gegenüber der Außenwelt, manchmal einzeln im Gedränge der barbarischen, neumodischen Gebäude, die ihr überaus reizvolles Barock zu verdrängen suchen.

Aber das neue Prag will von seinen alten Palästen, von den Winkeln, in denen sich Prag vor sich selbst versteckte, nichts mehr wissen. Die neue Zeit arbeitet mit aller Macht daran, das Alte, weil es deutsch ist, zu vernichten. Prag soll seiner deutschen Größe und Herrlichkeit beraubt und dem deutschen Charakter der Stadt die Maske der französisch-tschechischen Moderne aufgesetzt werden.

Denn das neue Prag ist heute die Reichshauptstadt eines neuen Staates im Herzen Europas, der von den Deutschen nichts wissen mag. Vielleicht wird die Stadt zur Ruhe kommen, wenn sich der ganze Staat, der am Anfang einer neuen Entwicklung steht, konsolidiert hat. Aber das „deutsche“ Prag ist für die Deutschen verloren. Für sie wird es in Zukunft nur mehr ein Denkmal sein von dem, was sie der Stadt gegeben haben.

Von all den Früchten ihres Fleißes werden sie wohl wie vom Gewesenen für immer Abschied nehmen müssen.

Schade um dieses deutsche Prag! Es war nicht nur ein „Schmuckkästchen“ der Habsburger, wie es Gustav Meyring nennt, es ist wirklich ein Schmuckkästchen, in dem Natur und deutsche Kunst einige ihrer edelsten Perlen vereinigt haben.

Unter dem Böhmenherzog Wenzel dem Heiligen erschien 928 das erste deutsche Heer vor Prags Mauern. Seitdem war Böhmen ein Lehen der deutschen Krone, inniger oder lockerer an Deutschland geschmiedet, je nach der Macht seiner Könige. Schon 965 war Prag nach dem Berichte des vielgereisten arabischen Kaufmanns Ibrahim Ibu Pascha ein Bollwerk des Deutschums im Slawenland, der letzte große Handelsplatz gegen den Osten. 973 wurde das Prager Bistum gegründet, das zunächst der Mainzer Erzdiözese unterstellt war. Die vom Rhein nach Prag berufenen Benediktiner entfalteten im Lande eine segensreiche Tätigkeit, ohne eine planmäßige Kolonisation zu betreiben. Aber sie erregten den Unwillen der slawischen, meist noch heidnischen Bevölkerung, und 995 kam es zu der ersten Empörung gegen die Deutschen in Prag. Damals leisteten die unterhalb des Wischehrad wohnenden Juden den arg bedrängten deutschen Christen erfolgreichen Beistand. Herzog Sobieslaus (1174—1178) bestätigte ihre Vorrechte, die damals bereits hundert Jahre alt waren, in dem ältesten uns erhaltenen Freiheitsbrief. Unter dem deutschfreundlichen ersten Böhmenkönig Wratislaus II. erhielten sie neue Begünstigungen in Rechts- und Steuerfragen und erbauten sich den „Deutschenhof“, eine Art Börse, woran noch heute der Name Teschnow erinnert. Infolge der Verleihung solcher Sonderrechte kamen Kolonisten aus allen Teilen Deutschlands in die Stadt. Die Altstädter Ratsgeschlechter der Wölflin, Kämmerer, Zum Turm u. a., die seit jener Zeit genannt werden, sind deutscher Abstammung, meist Bayern, aber auch Franken und Schwaben. Unter den Przemysliden entstand auch in der Nähe der deutschen Ansiedlung auf der Altstadt die Zollstätte zum „Alten Ungelt“ und gleich daneben die deutsche Kirche Maria am Tein mit dem Teinhof, wo nur deutsche Kaufleute ihre Waren ausstellten. 1235 erhielt die Altstadt das Nürnberger, 1257 die Kleinseite das Magdeburger Stadtrecht. Heute noch steht das Wahrzeichen des letzteren, der gewappnete Roland, unterhalb der Karlsbrücke, auf der Insel Kampa — die einzige Rolandstatue südlich des Mainstroms.

Unter dem mächtigen Przemysl Ottokar II. erlangte das Reich Böhmen seine größte Ausdehnung. Es schien, als wollte

Böhmen Österreich überwinden. Die Regierung dieses Königs sind Prags „goldene Tage“. Scharenweise berief er deutsche Mönche und Künstler ins Land, eine beachtenswerte Nachblüte mittelhochdeutscher Dichtung entstand auf seinem Hofe, und deutsche Kaufleute und Handeltreibende gewannen neben dem eingeborenen Adel einen entscheidenden Einfluß auf die politische Gestaltung des Landes. Und obwohl nach der Gründung der Neustadt (1240) das tschechische Element in der Stadt zunahm, die Deutschen blieben die Herren, wurden weiter mit Vorrechten ausgestattet und hoben das Deutschtum Prags zu einer überragenden Stellung.

Unter dem Luxemburger Karl IV. wurde die Stadt der Mittelpunkt Deutschlands. Hier regierte der Kaiser und an seinem Hofe wurde jener deutsche Dialekt gesprochen, der für die neuhochdeutsche Schriftsprache vorbildlich werden sollte. 1348 gründete Karl die erste Universität im deutschen Land und verlieh in demselben Jahre die Rechte der Altstadt auch den anderen Stadtteilen. Wischehrad, Altstadt, Kleinseite, Hradschin wurden mit einer gemeinsamen Stadtmauer umgeben, innerhalb deren sich Prag bis in die neueste Zeit entwickelte. Eine glorreiche Bautätigkeit begann, die der Stadt auch äußerlich ihr deutsches Gepräge aufdrückte. Peter Parlers Wirken ist mit goldenen Lettern in die Geschichte Prags eingeschrieben. Auf ihn geht die Anlage des gotischen Domes zurück, er schuf die kühnen Bogen der Karlsbrücke und überwachte den Bau der Karlskirche auf der Neustadt. Doch auch andere Perlen deutscher Gotik, so die reizenden Erker am Altstädter Rathaus und am Karolinum, sind sein Werk.

Neben der Dombauhütte entstanden die ältesten Künstlervereinigungen in Deutschland mit deutschen Satzungen, eine Malerzuche, Steinmetzen- und Goldschmiedezunft. Die reichen Kaufleute und Gewerbetreibenden aus Schwaben, Franken und Bayern ließen sich in den schmalen Gassen der Altstadt und Kleinseite prachtvolle Patrizierhäuser mit hohen Toren und Erkern errichten und schmückten die Plätze mit lieblichen Laubengängen.

Prag war nahe daran, eine rein deutsche Stadt zu werden. Da kam ein furchtbarer Rückschlag, der das Deutschtum in der Stadt wie auf dem flachen Lande fast ganz ausmerzte. Unter dem Deckmantel einer religiösen Bewegung flammte zum ersten Male der nationale Haß auf und zum ersten Male wurde die frühlingsübersonnte, wundervolle Stadt von jener gegenseitigen Todfeindschaft erschüttert, die in der Folgezeit in all den Jahrhunderten nicht mehr von ihr ließ. Ein Menschenalter währten die Hussitenkriege, diese schmachvolle Episode in der böhmischen Geschichte, reich an Blutbädern und Plünderungen, die von den fanatischen Tschechen nur deswegen gefeiert wird, weil sie mit einer nahezu völligen Ausrottung des deutschen Wesens endete.

Das Morden und Wüten hatte der Stadt die schwersten Wunden geschlagen, mit den Deutschen war der Wohlstand aus dem Lande verschwunden und die Prager Universität sank nach dem Abzuge der deutschen Lehrer und Studenten im Jahre 1409 zu einer besseren Lateinschule herab. Die Bevölkerung war verarmt, viele Patrizierhäuser standen leer. Zwar setzte Kaiser Sigismund alle Hebel in Bewegung, um den Deutschen wieder zur führenden Rolle zu verhelfen. Er rief neue Kolonisten ins Land, bestätigte ihnen die alten Rechte und verlieh ihnen neue; aber was plötzlich vernichtet worden war, ließ sich nicht mit einem Schlage wiederaufrichten. Mühselig verschaffte sich das deutsche Bürgertum Prags Geltung gegenüber einer drückenden Adels Herrschaft.

Als die Habsburger auf Grund alter Erbverträge 1526 die Herrschaft über Böhmen antraten, fanden sie einen starken Widerstand bei den deutschen Lutheranern in Prag, die sich erst nach der Niederlage des schmalkaldischen Bundes unterwarfen. Doch schon unter Maximilian II. erhoben die Protestanten wieder ihr Haupt und hatten nach kurzer Zeit zwei Kirchen in Prag, die Dreifaltigkeitskirche auf der Kleinseite, die nach der vollständigen Niederwerfung der neuen Lehre von den Jesuiten den Namen Maria de Victoria erhielt, und die Erlöserkirche auf der Altstadt.

Unter dem verträumten Rudolf II. wurde Prag noch einmal die Residenzstadt des deutschen Kaisers. Pracht und Glanz entfalteten sich in der Stadt, Gesandtschaften deutscher Fürsten kamen auf den Hradschin und fabelhafte Feste wurden veranstaltet. Es ist das „silberne Zeitalter“ Prags. Maler, Baumeister, Goldschmiede und Gelehrte scharten sich um Tycho de Brahe und um den ob seiner Gelehrsamkeit gefeierten Rabbi Löw, die beide des Kaisers intime Freunde waren. Damals entstanden jene herrlichen Renaissancebauten, die nach Bauart, Zahl und Verteilung zwischen Gotik und Jesuitenbarock so reichvoll die Mitte halten.

Ein trauriger Tag war der 8. November 1620. Auf den weißen Bergen entschied sich in kaum einer Stunde das Schicksal Friedrichs von der Pfalz, den die böhmischen Stände nach dem Fenstersturz am 23. Mai 1618 zu ihrem Könige gewählt hatten. Ein Unglück für Prag und das ganze Land. Hätte der „Winterkönig“ in jener Schlacht gesiegt, alles wäre vollständig germanisiert worden. Ein furchtbares Strafgericht brach über die Aufständischen herein. Unter den am 21. Juni 1621 Hingerichteten befanden sich auch viele Deutsche, u. a. der böhmische Oberlandrichter Joachim Andreas Schlick, Graf von Passau und Ellbogen, der Prager Schloßhauptmann Czernin von Chudenitz, der kurpfälzische Rat Leander Rippel, der Appellationsrat Georg Hauenschild, der Rektor der Prager Universität Dr. Johann Jessenius von Jessen und der Altstädter Bürgermeister Johann Kutnauer.

Es kam der Dreißigjährige Krieg, in dessen Verlaufe die Stadt entsetzlich litt. Dreimal wurde sie geplündert und als schon die Friedensglocken läuteten, da wagten es die Schweden noch einmal, Prag zu erobern. Aber ihre Wut brach sich auf der Karlsbrücke an dem tapferen Widerstand der deutschen Studenten und Bürger, gegen deren Protestantismus vor 27 Jahren das schreckliche Gericht gewütet hatte.

Die einstige Macht Prags lebte nur in der Erinnerung weiter. Verarmt, durch den Abzug vieler Tausende Lutheraner geschädigt, war es zu einer Provinzialhauptstadt der Habsburger herabgesunken, hatte seinen Vorrang an Wien verloren. Da waren es abermals die Deutschen, die die Stadt aus dem jesuitischen Todesschlaf aufweckten. Als die Habsburger einsahen, daß allein die Deutschen die Träger des dynastischen Gedankens waren, drückten sie in religiöser Hinsicht gern ein Auge zu und förderten die deutschen Bestrebungen durch die Zentralisation. Trotz Jesuitismus und Gegenreformation kamen gelehrte Protestanten nach Prag, wo sie an den Schulen mustergültig wirkten und segensreiche Kulturarbeit im ganzen Lande leisteten. Ferdinand II. verlieh der deutschen Sprache durch die „verneuert Landesordnung“ die Gleichberechtigung mit der tschechischen in Schulen und Ämtern, ja das Deutsche wurde wieder fast ausschließlich die Verkehrs- und Umgangssprache, als die neugegründete Jesuiten-Universität im Klementinum einen Vernichtungskampf gegen die tschechische Sprache und Literatur begann. So kam jener deutsche Anstrich der Intelligenz heraus.

er in Prag von allen Städten Böhmens bis gegen das Ende des
origen Jahrhunderts am deutlichsten zutage trat.

Zum dritten Male setzte eine rege Bautätigkeit ein. Die nach
der Ausrottung des evangelischen Adels nach Böhmen aus aller
Welt berufenen Edelleute, die sehr billig zu Grund und Boden
kommen waren, schmückten die Stadt mit Palästen und
kirchen im prunkvollen Jesuitenstil. Im österreichischen Erb-
krieg eroberten Franzosen, Bayern und Sachsen die Prager
städte und errichteten hier das Königtum Karl Albrechts, das
denfalls nur für kurze Zeit aufrecht blieb. Auch dieser Versuch,
dem Lande mit reichsdeutscher Unterstützung die Selbständig-
keit zu gewinnen, brachte wie früher die pfälzische Hilfe Prag
nicht die Erfüllung seiner Hoffnungen.

Jener Adel, der während der Religionswirren ins Land ge-
kommen war, war inzwischen dem Wiener Hof zuliebe
deutsch geworden und hat in der folgenden Zeit unendlich viel
für das Deutschtum in Prag getan. Unsterblich ist unter diesen
Männern der Graf Franz Anton von Nostitz und Rieneck,
ein hervorragender Freund und Förderer deutscher Kunst und
Wissenschaft. Aus eigenen Mitteln erbaute er den Deutschen
ein prächtiges Nationaltheater, das am 21. April 1783 mit
Lessings „Emilia Galotti“ eröffnet wurde und mit dem Mozarts
Name untrennbar verbunden ist. Am 29. Oktober 1787 fand hier
die Uraufführung des „Don Juan“ statt, den Mozart in Prag
vollendet hatte. In den Novemberkrawallen 1920 wurde es
den Deutschen widerrechtlich geraubt, obwohl seit 1880 die
Bestimmung dieses Theaters für die deutsche Kunst grund-
sätzlich festgelegt war.

Unter Josef II., der 117 Kirchen und Klöster in Prag sperrte,
wurden die vier Magistrate zu einem einzigen Gemeinwesen zu-
ammengedogen und eine Reihe wissenschaftlicher und gemein-
ütziger Institute gegründet, an denen nur Deutsche wirkten.

In den Koalitionskriegen war Prag die Zufluchtstätte der
verhohene Napoleons. Russische Agenten, preußische Militärs
und deutsche Patrioten verschworen sich hier zu seinem Sturze,

in seinen Mauern starb Scharnhorst an den in Schlesien er-
littenen Wunden und in Prag unterzeichnete Metternich in
der denkwürdigen Nacht des 1. August 1813 Österreichs Waffen-
bündnis mit Preußen. Die Reaktion brachte den Prager Deut-
schen arge Enttäuschungen, bis im Jahre 1848 auch in ihren
Herzen neue Hoffnungen Eingang fanden. Am 11. März machten
sie gemeinsame Sache mit den Tschechen und verlangten eine
Sonderstellung für das Land. Doch bald schwand die Eintracht
dahin, und eine mächtige Feindschaft gegen alles Deutsche
loderte auf, die in dem unmittelbar dem allslawischen Kongreß
folgenden Pfingstaufstände die Deutschen mit Entsetzen ahnen
ließ, was sie in den nächsten Jahrzehnten zu gewärtigen hatten.

Im Hotel „Zum blauen Stern“ am Graben unterzeichneten
1866 die österreichischen Unterhändler mit Bismarck jenen
Frieden, mit welchem Österreich aus dem deutschen Bunde
schied. Damals sah die Stadt den letzten deutschen Bürger-
meister, sein Schicksal wie das der Deutschen waren besiegelt und
was sich noch weiter abspielte, war eine natürliche Folge des für
die Deutschen im tschechischen Gebiet verlorenen Kampfes...

Es kam der große Krieg, der Zusammenbruch Österreichs,
dann der 28. Oktober 1918, der den Tschechen das brachte,
wornach sie seit 1848 immer bewußter gestrebt hatten. Ein
Ereignis, das die Deutschösterreicher, befangen in dem Wahne
der Unsterblichkeit des morschen Habsburgerreiches, nie für
möglich gehalten hätten...

Heute darf der Prager Deutsche die Sprache Goethes in
den Straßen der Stadt nicht immer reden, kein Kaufmann darf
sein Geschäft mit einer deutschen Firmantafel versehen, die
deutsche Universität darf keine deutsche Orientierungstafel
tragen. Dennoch soll es bis vor kurzem in Prag — irgendwo
auf der Altstadt — eine deutsche Aufschrift gegeben haben.
Nun ist auch das letzte deutsche Wort auf einem kleinen Metall-
täfelchen zur heiteren Belustigung des deutschen Auslandes den
rot-weiß-blauen Farben des tschecho-slowakischen Staates ge-
wichen.!

Die Hilfstätigkeit der Deutsch-Ausländer für Kriegs- und Zivilgefangene in Rußland und Sibirien

Von E. GIESSE, Niederlieber bei Fulda.

Erst kürzlich, nach siebenjähriger Gefangenschaft,
aus Jenisseisk zurückgekehrt, fand ich zu meiner Freude im
Januar-Heft des „Auslanddeutschen“ ein Gedenkblatt für
unsere Helfer in der Not.

Die Tientsien-Hilfe war am Jenissei durch die Herren
Dr. Fritz Kaselitz (zurzeit in Bornhausen a. Harz) und
Brockmann aufs beste vertreten, und es liegt mir, wie allen
Landsleuten, die dieser Hilfe Leben und Gesundheit verdanken,
daran, Zeugnis davon abzulegen, daß wir diese Mühen und
Opfer nicht vergessen haben — um so mehr, als die Genannten
als Hilfsausschuß zur Zeit ihrer Wirksamkeit von der Mehrheit
er mit uns verschickten Zivilgefangenen, österreichischen Polen
und Tschechen, viel Undank und Anfechtung erfahren haben, die
erst dazu führte, daß der Hilfsausschuß abgesetzt worden wäre.

Aber unabhängig von der Tientsien-Hilfe hatte bereits früher,
als die Not am größten war, eine baltische Hilfstätigkeit
in aller Stille eingesetzt, deren Leitung zuerst in den Händen
der Balten: Pastor Walter in Moskau, von Tidebühl und Fräulein
Grote in Dorpat und Frau Dr. von Kügelgen, S. von
Girard und Else von Stackelberg in Reval gelegen hatte,
sowie auch unter anderen Helfern und Helferinnen, deren Zahl
sehr groß gewesen sein muß. Aus den genannten Städten sowie

aus Riga waren verhältnismäßig sehr beträchtliche Mengen an
warmen Kleidern, Wäsche, Decken und auch an Geld nach
Moskau in die gänzlich unversorgten Krankenhäuser für Kriegs-
gefangene heimlich versandt worden — bis die Sendungen auf-
fielen und die daran Beteiligten fast alle wegen „Betätigung
germanophiler Gesinnung“ verhaftet und nach Sibirien ver-
schickt wurden. Es waren dies außer den bereits Genannten
die baltischen Pastoren Traugott Hahn, Sielmann, von Zur
Mühlen, Wühner, ferner Herr von Samson, Fräulein von
Zoege, Fräulein Ch. Voigts (Ch. von Dellingshausen), Ed.
von Stackelberg und Dr. von Kügelgen, die in dieser Ver-
anlassung „den Weg ins kalte Land“ antreten mußten unter
Androhung einer verschärften Verschickung in unbewohnbare
Teile des Reichs bei Rückfall in eine deutschfreundliche Be-
tätigung. Trotz dieser Bedrohung und mancher Härten von
seiten der überwachenden Behörden wurde von den verschickten
Balten, die sich immerhin freier bewegen konnten als die Zivil-
gefangenen, die Hilfstätigkeit im Verbannungsort in größter
Heimlichkeit sofort wieder aufgenommen. Es wurden Listen
der in den Dörfern zerstreut untergebrachten Reichsdeutschen
angefertigt, die Notlage der einzelnen festgestellt, Geld, Wäsche,
Kleider, Palze, Filzstiefel, Bücher, Zeitungen, Näh-, Schreib- und

Handwerkszeug, Tabak, Weihnachtsgaben aller Art beschafft -- grade als es an allem und am meisten an menschlicher Fürsorge und an Nachrichten aus der alten Welt mangelte. Der Tientsiener Hilfe konnte, als ihre Wirksamkeit im Januar 1916 bis Jenisseisk vordrang, ein wertvolles Material und eine Menge Adressen übergeben werden: der Kontakt zwischen den im riesigen Gouvernement Jenisseisk zerstreuten Zivilgefangenen war hergestellt, und neben der materiellen Hilfe war uns eine Freundschaft und ein Vertrauen bewiesen worden, das uns alle untereinander nahegebracht hatte. Von unseren sibirisch-baltischen Freunden haben die meisten nicht mehr in ihrer Heimat Fuß fassen können, sondern weilen als Flüchtlinge oder Rückwanderer auf deutschem Boden. Für uns rückkehrende Gefangene ist es eine Freude, zu hören, daß viele von ihnen hier eine neue Heimat und gastliche Aufnahme gefunden haben, so wie sie uns auf russischem Boden begegnet sind.

In ihren Häusern in Jenisseisk, dem „Oberhanse“, „Unterhanse“ und dem „Vatikan“ haben wir, als die Verhältnisse sich für uns alle gebessert hatten und als die Nachrichten von herr-

lichen Siegen und von Erfolgen, an die bei unseren Feinden niemand glauben konnte, zu uns drangen, manche frohe Stunde verlebt. So wird die Silvesterfeier 1916/17 im „Hotel“ in Jenisseisk wohl allen Teilnehmern unvergeßlich bleiben, war es doch der Höhepunkt unseres fast dreijährigen Zusammenseins. Bei dicht verhangenen Fenstern erwartete unsere kleine, bunt-zusammengewürfelte Gesellschaft das Neue Jahr und mit ihm den endlichen Sieg der gerechten deutschen Sache. Mit Schläge Mitternacht erhob sich Herr von Stakelberg zu einer eindrucksvollen Rede, wie wir sie nie gehört und wahrscheinlich nicht mehr hören werden. Ähnlich mag es auch in Irkutsk, Tomsk und an anderen Stellen in der unabsehbaren sibirischen Kulturwüste zugegangen sein: Damals unter dem Eindruck des festen Bandes, das die Muttersprache um alle deutschen Seelen schlingt, träumten wir von einer Umwandlung dieser Wüste in ein blühendes Land durch deutsche Arbeit und deutsche Einigkeit, die wir bei Balten, Österreichern und bei uns für alle Zeit hergestellt glaubten.

Es war einmal! Und es wird einmal so sein!

Erlebnisse Auslanddeutscher im Weltkrieg*)

VI. Von der Westküste Afrikas nach Hamburg.

Von P. R.

Kaum hatte unser Motor-Flachboot angelegt, da sprang auch schon mein Boy ans Ufer und rannte, so schnell er konnte, mit einem Brief in der Hand auf meine Hütte zu. Er muß etwas ganz besonderes für mich haben, sonst rennt ein Neger in dieser Gegend sicherlich nicht. Wir befinden uns nämlich an der Westküste Afrikas, ungefähr auf der Höhe der Kapverdischen Inseln, im portugiesischen Guiné. Ein kleiner Fluß, Rio Geba, führt von dem Hafenplatz Bissao in das Innere. Auf diesem Fluß werden die Landesprodukte in Segelbooten zur Küste geschafft und gehen von dort auf den Woermannsdampfern nach den europäischen Häfen. Die wichtigsten Produkte sind Man-karra, Pulgucira, die zur Seifenfabrikation gebraucht werden, und Gummi. Außerdem bringen uns die Eingeborenen viel Schildpatt, Elfenbein und Reiherfedern. Da die Regierung für das Land so gut wie nichts tut, ist der Aufenthalt nicht gerade zu den gesündesten zu rechnen. Die Neger sind bis auf einen Stamm, die Papels, schon ganz unterworfen. Allerdings haben die Portugiesen dazu viele Jahre gebraucht, und heute noch spielen die Papels dem Europäer gern einen Streich. Der westafrikanische Neger arbeitet im allgemeinen nicht zu viel, und die Stämme des portugiesischen Guiné im besonderen noch weniger. Kehren wir aber jetzt zu meiner Hütte zurück, sonst schreibe ich hier noch eine Abhandlung über die Eingeborenen nieder.

Der Boy kommt atemlos auf mich zu und reicht mir schon von weitem einen Brief, als wäre jede Minute kostbar. Ich reiße den Umschlag auf, dieses Mal schneller als es sonst meine Gewohnheit in Westafrika ist. Der Inhalt ist mir zuerst unverständlich. Auf einem kleinen Blatt steht folgendes Telegramm: 4. 8. 1914 Praia, A Voz de Cabo Verde. „Deutschland hat Frankreich, England und Rußland den Krieg erklärt. Japan unterstützt England. Portugal schickt Truppen nach Frankreich, Brasilien stellt seine Flotte zur Sicherung der portugiesischen Häfen Portugal zur Verfügung.“ Dazu schreibt der Direktor der Alfandega (des Zollamts) einige Zeilen. Er schickt mir das Telegramm der Zeitung aus Praia, kann mir aber nichts Näheres mitteilen, da auch ihm merkwürdigerweise der Herausgeber der

Zeitung nichts dazu schreibt. In der Zeitung selbst steht ganz wirres Zeug von der Ermordung des Thronfolgers von Österreich in Serajewo durch serbische Agenten. Österreich verlangt die Herausgabe der Mitschuldigen, Serbien verweigere dieselbe, Rußland mischt sich hinein, darauf erklärt Österreich an Rußland den Krieg, und plötzlich steht Deutschland und Österreich vor einer Welt von Feinden. Ich glaube die Überschrift lautete: „Europa in Flammen“.

Da ich erst im Mai 1914 in Deutschland gewesen und nichts von irgendwelchen Verwicklungen gehört hatte, kommt mir die Nachricht wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Ich glaube einfach nicht daran und halte alles für übertrieben. Mein Freund Macedo, der Herausgeber der Zeitung auf der Kapverdischen Insel Praia wird wohl wieder einmal etwas zu viel an Über-treibung geleistet haben. Wir sind gerade in der Hochsaison und ich lasse mich nicht stören, verlade unsern Gummi weiter und bin am 8. August in Bissao.

Die deutschen, englischen, französischen und belgischen Angestellten der Faktoreien sind zum Teil bereits mit dem portugiesischen Dampfer über die Kapverdischen Inseln nach Lissabon unterwegs. Die deutschen Dampfer fahren nur bis zu den Kanarischen Inseln. Die einzige Möglichkeit, um den nächsten portugiesischen Dampfer aus dem Süden noch in Praia zu erreichen, ist die Fahrt mit unserem Segelboot nach der Insel Fogo; vielleicht bin ich in F., bevor der Dampfer abfährt. Meine portugiesischen und kapverdianischen Freunde in Bissao versuchen mich zu überreden, da zu bleiben. Sind die Nachrichten wahr, dann komme ich doch nicht durch; solange der Krieg dauert, bleibe ich besser in B. Der Krieg kann ja höchstens 3—4 Monate dauern. Mit einer längeren Dauer ist bei einem heutigen Krieg nicht zu rechnen. Ich lasse mich nun natürlich nicht mehr halten. Ich muß Gewißheit haben. Ist Deutschland wirklich in solcher Gefahr, dann darf ich nicht an mich denken. Meine Freunde werden zur Fahne eilen und ihr Leben einsetzen. So, ich etwa nach dem Krieg nach Hamburg kommen, und wenn ich dann nach ihnen frage, wird man mir erzählen, wie sie t-

*) Siehe auch Nr. 10—18, 20, 22—24 im vorigen, Nr. 2—8 in diesem Jahrgang.

weist in den Krieg gezogen und den Heldentod fanden? Mein älterer Bruder, der gedient hat und mit Leib und Seele Soldat war, wird von NeuYork zurückgekommen sein, um sich seinem Artillerie-Regiment zur Verfügung zu stellen. Vielleicht erfüllt ich auch sein Herzenswunsch und ist er Offizier geworden. Nein! da darf ich nicht zurückstehen, wenn ich auch damals roh war, daß ich zum Landsturm mit Waffen geschrieben wurde und nicht mein Jahr abzudienen brauchte. Ich genieße im Ausland die Vorteile der deutschen Handelsflotte, die nur gestützt auf Deutschlands Macht so groß geworden und Deutschlands Handel immer mehr Verbindungen schuf, so habe ich auch die Pflicht, jedes von mir verlangte Opfer auf mich zu nehmen. Was wollte ich wohl später meinen Jungen antworten, wenn sie aus der Schule nach Hause kommen und fragen: Vater, warst du auch dabei, wie wir gegen die Franzosen, Engländer und die ganze Welt kämpften? Es bestand kein Zweifel für mich, daß ich alles daran setzen muß, nach Deutschland zu kommen.

Am 12. abends bin ich in Fogo, aber der Dampfer ist vor einigen Stunden abgefahren. Wenn ich von Süden quer durch die Insel nach dem Norden reite, kann ich ihn vielleicht noch erreichen, wenn nicht, muß ich mit einem Segler nach der Insel Santiago, und zwar bestelle ich das Segelboot mit meinen Koffern nach dem Hafenplatz Praia auf Santiago, wo die aus dem Süden kommenden portugiesischen Dampfer der „Empreza Nacional“ anlegen. Ich besorge mir ein Pferd und Maulesel und einen Kreolen, der mich begleitet. Der Weg ist überaus beschwerlich, denn man reitet immer am Meer entlang und ist oft hoch über dem Meer auf einem schmalen Pfad, denn die Insel Fogo ist vulkanisch. Ich wechselte zweimal die Pferde und brauchte fast 18 Stunden, bis ich nach Mosteiros komme. Natürlich war der Dampfer bereits fort, und ich fahre sofort nach Tarrafal. Dies ist der der Insel Fogo gegenüberliegende Hafenplatz auf Santiago. Ein alter Farmer und Kaufmann, der den Begründer unseres Hamburger Hauses noch kannte, reitet mit mir nach Ribeira da Barca. Dort übernachtete ich und mache mich vor Sonnenaufgang auf den Weg nach Praia. Ich will der Hitze möglichst entgehen, da ich schon etwas ermattet bin. Aber ich komme erst gegen 3 Uhr nachmittags in Praia an, steige vor dem Haus des deutschen Vizekonsuls ab und lese einen englischen Anschlag, nach dem alle Urlauber der englischen Marine sofort zurückzukehren haben, da England mit Deutschland im Krieg liegt. Nun erst glaube ich an den Ernst der Lage. Der deutsche Vizekonsul ist gleichzeitig englischer und russischer Konsul. Obgleich er seinen Hauptlebensunterhalt durch die Agenturen Hamburger Exporthäuser verdient, hat er sofort das deutsche Konsulat niedergelegt. Auf meine Vorhaltungen erwidert er nur, daß ihm das englische Konsulat mehr einbringt und er die Interessen zweier feindlicher Mächte nicht vertreten kann. Er ist sogar so beschränkt, mir sein ganzes englisches Gold gegen portugiesisches Kolonialpapiergeld einzutauschen. Ich gehe nicht in das Haus unseres Agenten, der der Sohn des größten Grundbesitzers auf den Kapverdischen Inseln ist, wo ich sonst zu wohnen pflege, sondern nehme mir ein Zimmer in dem einzigen Hotel der Stadt. Nur auf Grund meiner privaten Beziehung gibt mir der Bankmanager der Banco Nacional Ultramarina auf meinen Kreditbrief 6000 *ℳ* in portugiesischem Geld, das ich mich bemühe, in Gold umzuwechseln. Ich zahle für das Pfund nach deutschem Wert nur etwa 20.60 *ℳ*.

Leider muß ich fast 10 Tage in Praia warten, bis der Dampfer aus dem Süden kommt. Daß ich keinerlei Instruktion meines Hamburger Hauses erhalte, ist mir ein Beweis, daß sämtliche

Kabel in englischen Händen sind. Interessant war mir, die Stimmung der Kapverdischen Bevölkerung kennen zu lernen. In Praia gibt es ungefähr 15 aus Portugal eingewanderte Familien, deren Söhne zum Teil in Frankreich, Belgien und England erzogen sind. Mit diesen, den Offizieren und Beamten hatte ich früher Tennis gespielt und war mit einigen gut befreundet. Aber Sr. Macedo, der Herausgeber der Zeitung, hetzte in seinem Blatt ganz unglaublich gegen Deutschland auf. Die ganze Schuld am Krieg schob er dem Hohenzollernhause zu, das er in beleidigenden Worten schmähte. Die politisch unreifen Kapverdianer zogen, die Marseillaise singend, unter meinem Balkon vorbei und riefen den ganzen Tag „Viva França, Inglaterra, Russia, abaixo com Alemanha!“ (Nieder mit Deutschland.) Um allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, hielt ich mich von allem fern und wartete auf den Dampfer aus dem Süden. Vorher kam noch der Küstendampfer aus St. Vincent zurück. Viele deutsche Angestellte fuhrten mit diesem wieder nach Bissao, da der dortige deutsche Konsul ihnen von der Weiterreise abriet und ihnen auch kein Geld gab.

Endlich nach 10 Tagen kommt der Dampfer. Ich lasse meine Koffer sofort an Bord bringen. Die Deutschen kommen an Land, um mich aufzusuchen, sie haben meine Koffer erkannt. Es sind diese die ersten Deutschen, die ich spreche. Aber auch sie haben natürlich keine genauen Nachrichten. Sie wissen kaum mehr als ich. Nur auf der Höhe von Monrovia haben sie drahtlos angefragt, aber keine Antwort erhalten. Die Depeschen durften vom Marconibeamten nicht veröffentlicht werden, um keine Streitigkeiten unter den Passagieren hervorzurufen, die aus 50 Deutschen, 20 Engländern, ebensoviel Franzosen und 10 Belgiern und außerdem einigen Portugiesen bestehen.

In Praia hatte ich nur bis St. Vincent Passage bekommen können. In St. Vincent wollte mir die Agentur, bei der ich sehr gut bekannt war, keinen Fahrschein bis Lissabon verkaufen. Ich hielt mich gar nicht lange auf, fuhr sofort wieder an Bord, wo ich mich in einer Kabine II. Klasse bei einem Deutschen so lange aufhielt, bis der Dampfer unterwegs war. Dann ging ich zum Zahlmeister und löste mir bei ihm den Fahrschein nach Lissabon, der doppelt so teuer als sonst war. Unter den Deutschen hatte sich im Hafen das Gerücht verbreitet, daß sie in St. Vincent festgehalten würden. Es lagen nämlich zwei englische Kriegsschiffe im Hafen. Als wir unbehelligt herauskamen, rechneten wir aber damit, auf See angehalten und nach der Westküste Afrikas gebracht zu werden. Aber nichts von alledem geschah. Unsere Aufregung war unnötig. Wir dachten nicht daran, daß der Engländer so berechnend ist. Ließ er uns nämlich bis Lissabon durch, so mußten wir dort bleiben und unseren Lebensunterhalt selbst bestreiten oder fielen dem deutschen Konsulat zur Last. Denn wie sollten wir von dort weiter kommen? Nachts wurden wir zwar öfter angehalten, aber die Fahrt nach Beantwortung der vorgelegten Fragen sofort freigegeben. Solche Unterbrechungen waren hoch interessant und spannend, denn man fürchtete doch, heruntergeholt zu werden. Des Nachts wird der Dampfer plötzlich von allen Seiten durch Scheinwerfer taghell erleuchtet. Zwei bis drei Kreuzer halten ihn an. Folgende Fragen werden gestellt: Wie heißt das Schiff, welcher Nation ist es, wo kommt es her, welches ist der Bestimmungshafen, wieviel Passagiere, wieviel Deutsche auf diesem, was für Ladung? Nach Beantwortung aller Fragen setzt sich der Dampfer langsam in Bewegung, wir gehen wieder in unsere Kabinen und bald hört man nur noch das Geräusch der Maschinen und das Anprallen der Wellen gegen den Schiffskörper.

(Fortsetzung folgt.)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Österreich.

Die slowenische Landesregierung in Laibach hat nach dem für ihre Wünsche so ungünstigen Ausfalle der Volksabstimmung in Kärnten plötzlich eine unerhörte Verfolgung der kärntnerischen Slowenen entdeckt. In Wahrheit liegen die Dinge aber so, daß sich allerdings die durch das Vorgehen der südslawischen Behörden und Besatzungstruppen im Abstimmungsgebiete zur Verzweiflung gebrachten Einwohner nach dem Abzuge der fremden Bedrücker in einzelnen Fällen zu Gewalttätigkeiten gegen die einheimischen Wortführer der slowenisch gesinnten Minderheit, die mit Hochdruck für eine den südslawischen Bestrebungen günstige Stimmenabgabe gewirkt hatten, hat hinreißen lassen. Die staatlichen und die Landesbehörden in Kärnten haben aber dieses Vorgehen nicht nur nicht gebilligt, sondern sind überall gegen die Veranstalter von Gewalttätigkeiten mit aller Kraft eingetreten. Die Zahl der einschlägigen Fälle war an sich nicht groß, da es die meisten der südslawischen Agitatoren vorgezogen hatten, nach der Volksabstimmung Kärnten schleunigst zu verlassen, wo ihnen der Boden zu heiß geworden war. Bemerkenswert ist es übrigens, daß nicht nur die Deutschen, sondern auch alle jene an Zahl nicht wenigen kärntnerischen Slowenen, die vom Anschlusse an Jugoslawien nichts wissen wollten, über die Tätigkeit jener slowenischen Hetzer empört waren und ihrer Empörung entsprechenden Ausdruck verliehen haben. Auf eine Anfrage der Belgrader Staatsregierung in Wien wurde dieser seinerzeit eine Antwort, die sie offenbar befriedigt haben muß, denn es erfolgte kein weiterer Schritt von ihrer Seite. Dagegen machten sich die Machthaber in Laibach, das immer der Sitz der unversöhnlichsten Deutschenhetze gewesen ist, die Gelegenheit zunutze und erließen nach entsprechender Stimmungsmache durch die slowenische Presse eine Anzahl von „Retorsionsverfügungen“, von denen viele in Slowenien seit Jahrzehnten ansässige Deutsche der verschiedensten Stände auf das härteste betroffen wurden. Oft mußten sie innerhalb 24 Stunden Haus und Hof verlassen, was natürlich mit ihrem wirtschaftlichen Untergange gleichbedeutend war. Vor allem ging man gegen die wenigen noch vorhandenen deutschen Schulen auf das schärfste vor und eine Anzahl deutscher Lehrer und Lehrerinnen wurden Knall und Fall entlassen. Den Vorwand für diese Maßregel bildete die Behauptung, daß in Kärnten alle slowenischen Schulen gesperrt worden seien, worüber, natürlich auf slowenische „Information“, sogar das Pariser „Journal des Débats“ in rührenden Tönen zu berichten wußte. Nun ist aber festzustellen, daß es in Südkärnten niemals slowenische Schulen gegeben hat und auch heute keine gibt, daß vielmehr dort sämtliche öffentlichen Volksschulen seit langem untraquistisch, d. h. zweisprachig waren und es noch sind. Nur eine einzige slowenische Privatschule bestand bis zum Jahre 1919, wo sie aber, nicht von den Landesbehörden, sondern von der interalliierten Abstimmungskommission, gesperrt worden ist. Wie also mit dem Hinweise auf die angebliche Vernichtung des slowenischen Schulwesens in Kärnten die tatsächlich durch Regierungsverfügung angeordnete Sperrung sämtlicher deutscher Mittel- und Bürgerschulen im ehemaligen Krain und Untersteiermark begründet werden soll, ist nicht recht begreiflich. Auch die angebliche Verfolgung der slowenischen Geistlichkeit in Kärnten sieht nicht viel anders aus. Hier ist vor allem darauf hinzuweisen, daß die meisten der von

der Bevölkerung abgelehnten Geistlichen gar nicht Slowenen sondern zugewanderte Tschechen sind, die freilich zur Zeit der Volksabstimmung eine heftige Agitation für Jugoslawien betrieben haben. Der kärntnerische Landesbischof von Gurk (Klagenfurt) hat bereits Verfügungen getroffen, um die Gegensätze zwischen Geistlichkeit und Bevölkerung auszugleichen, wobei er dankenswerte Unterstützung beim slowenischen biederständigen Klerus fand, die tschechischen Hetzer dagegen waren schlechterdings nicht haltbar. Übrigens ist es kennzeichnend, daß einer der ältesten Führer der slowenisch-nationalen Politik Dr. Tavcar, in dem Laibacher Blatte „Slovenski Narod“ (slowenisches Volk) ausdrücklich vor Repressalien warnt und vorschlägt, die Angelegenheit der Belgrader Regierung anheimzustellen, die hier unbefangener zu urteilen vermöchte. In Laibach scheint freilich keine Neigung zu bestehen, der Stimme der Vernunft Gehör zu schenken, wie folgender Erlaß der dortigen Landesregierung vom 18. März d. J. zeigt; darin heißt es: „Die Vereinen ‚Südmark‘ in Graz und ‚Deutscher Schulverein‘ in Wien ist jede Tätigkeit im Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen verboten. Alle Abzeichen, Veröffentlichungen, Marken, Zündhölzchen, Postkarten, Diplome usw. dieser Vereine sind verboten. Verboten sind ferner auf öffentlichen Plätzen die Wappen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, das kärntnerische und steirische Wappen, sowie auch folgende Fahnen: schwarz-gelb (ehemalige Monarchie), weiß-grün (Steierisch), weiß-rot (Kärnten), schwarz-rot-gelb (Frankfurter Farben [!], rot-weiß-rot (Deutschösterreich) und schwarz-weiß-rot (Deutschland). Verboten sind weiter auf öffentlichen Plätzen die Bilder der Mitglieder des ehemaligen Habsburger und deutschen Kaiserhauses. Verboten ist das Tragen von Uniformen oder ihren Teilen der österreichisch-ungarischen Armee und deren Dekorationen. Als hochverräterisch werden folgende Lieder verboten: ‚Wacht am Rhein‘, ‚Deutschland, Deutschland über alles‘, ‚O du mein Österreich‘, die österreichische Kaiserhymne, die deutsche Nationalhymne und ‚Hoch vom Dachstein her‘.“ Das sonderbare Gemisch von Selbstverständlichkeiten und Lächerlichkeiten spricht eine beredte Sprache. Daß neben ausgesprochenen nationalen Kampfliedern auch ein so harmloses Volkslied wie „Hoch vom Dachstein“ verboten wird, das von einer „deutschen Nationalhymne“ noch besonders die Rede ist, läßt erkennen, daß man sich in Laibach oft gar nicht klar war, was man eigentlich verbieten solle. — Daß man aber in Österreich nicht gewillt ist, die slowenischen Übergriffe, die im schroffsten Gegensatze zu den Bestimmungen des Friedensschlusses über den Schutz der nationalen Minderheiten stehen, ohne weiteres hinzunehmen, geht aus dem einstimmig angenommenen Beschlusse des steiermärkischen Landtages vom 9. April d. J. hervor, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, auf Grund der Bestimmungen über den Minderheitenschutz unverzüglich im Wege des österreichischen Bundesministeriums für Äußeres, sowohl der serbisch-kroatisch-slowenischen Regierung in Belgrad als auch dem Völkerbundsrat die unhaltbare Lage der Deutschen im S. H. S.-Staate zur Kenntnis zu bringen und mit größtem Nachdrucke alle Schritte zu unternehmen, damit den in ihrer wirtschaftlichen und nationalen Existenz bedrohten Deutschen der gebührende gesetzliche Schutz tatsächlich gewährt werde. Der von christlich-sozialer Seite gestellte Antrag für die Zustimmung sämtlicher Parteien. Ob er freilich den beabsichtigten Erfolg haben wird, muß die nächste Zukunft lehren, jedenfalls hätte man in Österreich die Mittel an

land, seinerseits mit tatsächlich berechtigten Repressalien vorzugehen. Der Völkerbundsrat aber fände hier Gelegenheit, seine Aufgabe, versöhnend und ausgleichend auf die nationalen Gegensätze zu wirken, endlich einmal auch wirklich zu erfüllen.

Rumänien.

B. J.

In Kronstadt hat sich eine neue deutsche Partei gebildet, die „Burzenländer deutsch-sächsische national-demokratische Partei“. Ihr Führer, Dr. Viktor Ziske, veröffentlicht in der „Kronstädter Zeitung“ das Parteiprogramm. Er wendet sich gegen die geheimen Konventikel, die bisher die Politik gemacht hätten, denen die Bürgerschaft unorganisiert und teilnahmslos gegenüberstehe. Die Organisation im Vereinswesen genüge nicht. Die letzten Wahlen hätten diese Teilnahmslosigkeit zur Genüge erwiesen, auch der sittliche Verfall nehme immer bedenklichere Formen an. Pflege der kulturellen Eigentümlichkeit sei oberstes Ziel der Partei, Pflege tieferen bewußten Glaubens, Lebens, sächsischer Sitte, Sprache und Mundart wie Volkstracht, körperliche Gesundung, Bekämpfung der Volksseuchen, Auftreten gegen die Sittenlosigkeit, nationale Jugendpflege, Zusammenschluß von Stadt und Land, neue Belebung des Nachbarschaftsgedankens, Ausbau der Volksorganisation.

Am 23. März ist der von den Siebenbürger Sachsen längst mit großer Sorge erwartete Gesetzentwurf über die Agrarreform in Siebenbürgen und dem Banat der Regierung überreicht worden. Die Vorlage hat eine tiefgehende Erbitterung und Empörung unter den Deutschen Großrumäniens hervorgerufen, weil die Zusicherung der Regierung, der Entwurf werde mit dem beabsichtigten von dem Senat verabschiedeten Entwurf der Bodenreform in den altrumänischen Gebieten übereinstimmen, sich als trügerisch erweist. Der Gesetzentwurf enthält 5 Abschnitte über das Ausmaß der Enteignung, über die Gemeindeweiden, über die Gemeindewälder, allgemeine Bestimmungen und endlich über den Ablösungspreis der enteigneten Flächen. Zweck der Enteignung soll sein, die Vermehrung und Vervollständigung der bäuerlichen Besitztümer, die Förderung der Landwirtschaft durch Errichtung von Mittelbesitz, Förderung der nationalen Industrie durch Vorbehaltung des für sie nötigen Bodens an entsprechenden Orten, Erleichterung der Lebensbedingungen in den Städten, Industriezentren und Badeorten durch Vorbehaltung von Boden für Beamte und Arbeiter und endlich Befriedigung der Bedürfnisse von allgemeinem, kulturellem, wirtschaftlichem und sozialem Interesse.

Die Größe der zu-enteignenden Besitztümer wird nach dem Besitzstand vom 1. Dezember 1918 berechnet, alle nach diesem Termin erfolgten Veräußerungen sollen ungültig sein. Gänzlich enteignet werden sollen alle ländlichen und außerhalb der Städte liegenden Besitztümer aller öffentlichen oder privaten Institutionen, Körperschaften, Stiftungen und dergleichen mit gewissen kleinen Ausnahmen für Schulen usw. (z. B. bleiben frei 100 Joch für einen Bischof, 200 Joch für einen Erzbischof); enteignet werden sollen ferner alle Besitztümer über 30 Joch, die nach dem 1. November 1917 erworben wurden. Enteignet soll werden der anbaufähige Boden über 30 Joch in Landgemeinden, über 10 Joch in Städten, wenn die Güter ununterbrochen 10 Jahre vor dem Inkrafttreten des Gesetzes verpachtet waren, mit Ausnahme des Besitzes von Minderjährigen, von Beamten und von aktiven Militärpersonen. Im allgemeinen wird in den Gemeinden vom anbaufähigen Besitz der Teil enteignet, der 200 Joch übersteigt, in sehr volkreichen Gemeinden wird die Grenze auf 100 Joch bemessen, bei Besitzern, deren Hauptbeschäftigung nicht der Ackerbau ist, kann die Grenze auf 10 Joch herabgesetzt werden. Bei großem Mangel an anbau-

fähigem Boden können auch Gemeindeweiden und -wälder enteignet werden, besondere Bestimmungen sind bei Vorherrschen von Wohnungsnot vorgesehen. Mehrere Güter desselben Eigentümers in verschiedenen Gemeinden werden für eines angesehen, der Eigentümer hat dann die Wahl, was er behalten will. Privatweiden und -wiesen werden bis auf 50 Joch enteignet. Die so geschaffenen Weiden gehen in den Gemeindebesitz über, das Weidebedürfnis wird in den Gemeinden nach Häusern berechnet, und zwar mit 8 Joch im Gebirgsland, 4 Joch im Hügelland und 2 Joch in der Ebene. Auch die Gemeindewälder werden über den üblichen Bedarf von 1 Joch pro Haus in Ackerbaugesegenden, 2 Joch in Viehzuchtgegenden, 4 Joch in Hausindustrialgegenden hinaus enteignet. Privatwälder werden bis zu 200 Joch enteignet. Den Enteignungspreis bestimmt eine Komitats-Kommission mit dem Appellationshof in zweiter Instanz. Der Preis wird in Lei festgesetzt, wobei der Lei der Krone gleichgesetzt wird. Es wird der Verkehrswert des Jahres 1913 und der Schätzungen der letzten 5 Jahre bis 1913 angenommen. Der Preis der Gebäude- und Industrieanlagen wird nach den Gestehungskosten mit Berücksichtigung des Alters und des Zustandes berechnet.

Dieser Gesetzentwurf würde, wenn er Gesetz würde, den Ruin der siebenbürger-sächsischen Volkskraft bedeuten. Die Erläuterungen zu dem Entwurf stützen sich auf keinerlei Material, bringen keinerlei Zahlen über den Umfang und die Wirkung der Enteignung. Man hatte versprochen, Altrumänien und Siebenbürgen würden gleich behandelt. In Altrumänien aber wird jedes Einzelgut eines Besitzers für sich, in Siebenbürgen werden alle zusammen behandelt. In den meisten Fällen würde die Enteignung bis auf 50 Joch herabgehen, während gerade die Wirtschaften um 100 bis 150 Joch in Siebenbürgen die besteingerichtetsten und leistungsfähigsten und, wie die „Bistritzer Deutsche Zeitung“ bemerkt, die Träger des landwirtschaftlichen Fortschritts sind, deren Zertrümmerung einen unverkennbaren Rückschritt bringen würde. Die wenigen Wirtschaften über 50 Joch, die es in Siebenbürgen gibt, sind die Musterwirtschaften und die Hauptproduzenten! In Altrumänien darf den Körperschaften und Institutionen nur der anbaufähige Boden genommen werden, in Siebenbürgen soll ihnen jeder Boden genommen werden können. Auch sonst sind die Bestimmungen in Altrumänien bedeutend günstiger. Den Gemeinden in Altrumänien sollen 100 bis 250 Joch als Mindestbesitz, denen in Siebenbürgen aber nur 10 bis 30 Joch verbleiben. Gerade dieser Versuch, im gleichen Vaterlande mit verschiedenem Maßstabe zu messen, erregt ungeheure Erbitterung in Siebenbürgen. Die Bestimmung, daß für staatliche, kulturelle, soziale oder wirtschaftliche Interessen alles enteignet werden kann, erregt gewaltige Bedenken bei der Art der rumänischen Beamtenbeschaft. Auch die Bestimmung, daß Grundbesitzer, deren Hauptbeschäftigung nicht die Landwirtschaft ist und die nicht selbst von Landwirten abstammen, ihr Besitz bis auf 10 Joch enteignet werden kann, finden sich im altrumänischen Gesetz nicht. Auch ist im alten Reich die Enteignung von Gemeindeweiden ausgeschlossen. Die Gefahr für die siebenbürgische Viehzucht und auch für den Waldbestand ist ungeheuerlich. Daß auch über die Preisvorschriften eine besondere Erregung und Erbitterung Platz gegriffen hat, ist selbstverständlich. Die Bodenpreise von 1908 bis 1913 waren infolge der hohen Darlehenszinsen sehr niedrig. Wird jetzt darnach bewertet und wird die Krone dem Lei gleichgestellt, so ist das nichts anderes als Vermögenskonfiskation in anderen Worten. Und dabei war im alten Reich und im Gesetz dort als Entschädigung für enteigneten Grund der 60fache Pacht-

preis der Jahre 1917/22 in Vorschlag gebracht und der 40fache Preis schließlich zum Gesetz erhoben worden! Also abermals ein Aderlaß zuungunsten Siebenbürgens. So lehnt das siebenbürger-sächsische Volkstum diese Gesetzentwürfe mit Schärfe ab und fordert mit allem Nachdruck gleiche Behandlung wie die Bürger Altrumäniens sie erfahren.

Wir haben diese wirtschaftlichen Dinge hier nach der zitierten Quelle so ausführlich behandelt, weil der Grund und Boden die Grundlage der gesamten Volkskraft des siebenbürgisch-sächsischen Volkes darstellt und weil mit dem Angriff auf den Bodenbesitz naturnotwendig auch ein Angriff auf den Bestand des gesamten Volkstums verbunden ist.

Die katholischen Bischöfe Groß-Rumäniens, Graf Mailath und Glatzfelder, sowie der evangelische siebenbürgisch-sächsische Bischof Dr. Friedrich Teutsch haben am 23. März dem König von Rumänien den Treueid geleistet. Der König erwiderte auf ihre Begrüßung in deutscher Sprache.

Der Abgeordnete Brandsch hatte dem Kriegsminister eine Beschwerde darüber zugestellt, daß in einem Regiment den siebenbürgisch-sächsischen Soldaten der Gebrauch ihrer Muttersprache verboten worden wäre. Daraufhin ging folgende Antwort des Kriegsministers ein, die grundsätzliche Bedeutung hat, obwohl sie keine generelle Verfügung darstellt:

„Niemand hat den Soldaten verboten oder verbietet ihnen, untereinander die Muttersprache zu sprechen. Es wird ihnen aber empfohlen, auch die rumänische Sprache zu erlernen.“

Lettland.

Die deutsch-baltische demokratische Partei hielt in Riga ihre Versammlung ab, die den bisherigen Präsidenten Dr. Paul Schiemann im Amte bestätigte. Der Parteitag faßte eine Resolution: die National-Autonomie bilde die Voraussetzung für eine reibungslose Zusammenarbeit aller Bevölkerungsteile Lettlands. Wahre Gleichheit aller Staatsbürger müsse das Ziel des Strebens der Regierung sein. Die Partei erhebe energisch Protest gegen die Absicht, den Protestanten Rigas die alte Jakobi-Kirche zu nehmen, um sie den Katholiken zu übergeben. Ein derartiger Raub müsse unter allen Umständen verhindert werden. Die Partei protestiert gegen das Agrargesetz, gegen die Finanzpolitik der lettischen Regierung, gegen die unzureichenden Bestimmungen des Amnestiegesetzes und gegen die beabsichtigte Dienstentlassung derjenigen Personen, die nur beschuldigt wurden, aber nicht des Staatsverrats überführt seien. Die Partei verlangte ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz.

Eine der am meisten in Lettland fehlenden Organisationen war diejenige einer Anwaltskammer. Es besteht in Lettland der merkwürdige Zustand, daß die Minorität der Deutsch-Balten im Anwaltsberuf durchaus vorherrscht. Die Hälfte aller Anwälte sind Deutsch-Balten, und dazu kommen noch Juden und Russen, so daß die Minoritäten in diesem Berufe eine gewaltige Majorität haben. Die Letten aber verlangten zur Bildung einer Anwaltskammer, daß festgelegt werde: Von 9 Vertretern in der Anwaltskammer sollten 5, darunter der Vorsitzende, Letten sein. Die in der Mehrheit befindlichen Minoritäten im Anwaltsberuf haben sich, aus sachlichen Erwägungen heraus und um die Kammer endlich zustande zu bringen, dem Wunsche gefügt. Es ist aber immerhin interessant, zu sehen, wie das Mehrheitsprinzip im demokratischen Staate Lettland sofort durchbrochen wurde, als es sich einmal gegen die Letten richtete.

Estland.

Die Generalversammlung der deutsch-baltischen Partei im Schwarzhäupter Haus war stark besucht. Es wurden Neuwahlen von Delegierten in den in Zukunft bestimmenden Delegiertentag der Partei vorgenommen, wobei festgesetzt wurde, daß die vier Abgeordneten der Partei Sitz und Stimme in diesem Delegiertentag haben sollten. Baron Stackelberg gab ein anschauliches Bild der innerpolitischen Lage.

Die Wahlen zu den Stadtparlamenten in zehn Städten Estlands haben nach einer estnischen Zusammenstellung, die die „Baltischen Blätter“ wiedergeben, ergeben, daß von 426 Sitzen jetzt die christliche Volkspartei 36 (früher 14), die Deutschen 63 (früher 46), die Hausbesitzer 19 (30), die wirtschaftliche Gruppe und die Kaufleute 22 (4), die Volkspartei 51 (77), die Arbeitspartei 81 (61), die Mieter 39 (5), die Sozialdemokraten 31 (146), die Unabhängigen 27 (22) und die Kommunisten 34 (0), verschiedene kleinere Gruppen 23 (21) innehaben. Der rechte Flügel hat also jetzt 191 (175) und damit 45 gegen früher 40 Prozent aller Sitze, das Zentrum 120 (66), mithin 28 gegen früher 15 Prozent, die Linke 92 (168), mithin 21 statt früher 39 Prozent. Die Deutschen haben demnach um 38 Prozent mehr Sitze erhalten und verfügen durchschnittlich über 15 Prozent der Stadtverordnetensitze.

Paraguay.

Der Kriegsminister der Republik, Adolfo Chirife, wurde vom Ibero-Amerikanischen Institut in Hamburg zum korrespondierenden Mitglied ernannt und hielt dabei vor der deutschen Kolonie eine Ansprache, daß er diese Ehrung als einen anerkennenden Dank für die Zuneigung empfinde, die er stets für Deutschland gehabt habe. Sie verpflichte ihn aufs neue zur Dankbarkeit gegen das Land, in dem er das Glück gehabt habe, neben anderen Wissenschaften verschiedenster Art berufliche Kenntnisse zu erwerben, die er trotz der überraschenden Ergebnisse des Weltkrieges nicht zu berichtigen brauche, da die deutsche Kriegswissenschaft wegen ihrer militärischen Organisation und Kraft allgemeine Bewunderung erregt habe. In guten und bösen Tagen bewahre er sich seine Sympathie für die großen moralischen Tugenden, die überlegene Kultur auf jedem Zweige der wissenschaftlichen Tätigkeit und Forschung und die wunderbare materielle Entwicklung des unvergleichlichen Deutschland. Er sei durchdrungen von der Vorzüglichkeit der sozialen und militärischen Einrichtungen, deren Früchte er erlebt und genossen habe. Die öffentliche Meinung in Paraguay habe sich Deutschland gegenüber nicht verändert und bleibe für Deutschland stets gleich freundschaftlich.

Wie die Deutsche Zeitung für Paraguay vom 11. März meldet, wurden in neun verschiedenen Städten des Landes Listen mit der Aufforderung ausgelegt, jeder Deutsche Paraguays, der die Wiederherstellung der alten schwarz-weiß-roten Flagge von der deutschen Regierung verlangt, solle sich einzeichnen.

Chile.

Der deutsche Heerführer, der in den Tagen vom 17. bis 23. November 1914 den großen Durchbruch der 3. Gardedivision bei Brzeziny befehligte, hat durch Chile eine Reise gemacht, die einem Triumphzug gleichkam. Und zwar waren es nicht nur die Deutschen Chiles, die den greisen Heerführer bewillkommneten, sondern vor allem auch die militärischen Kreise Chiles selbst, die dem deutschen General den herzlichsten Empfang bereitet haben. Die Deutsche Zeitung für Chile faßt die Empfindungen der Chile-Deutschen diesem Verhalten

offiziellen Kreise der Republik gegenüber in die Worte zusammen: „Wir Deutsche sind ergriffen von den Beweisen der Verehrung und Hochachtung, die einem deutschen Manne allerorts im chilenischen Volke gezeigt wird. Dadurch können die herzlichen Bande nur gestärkt werden, die uns mit den gastlichen Bewohnern Chiles umschlingen.“ Am 15. Februar traf der General, aus dem Süden Chiles kommend, in der Hauptstadt Santiago ein. Am Bahnhof wurde er unter anderem von Major Perez als Abgesandtem des chilenischen Heeres empfangen. Der General erzählte den Vertretern der Deutschen Zeitung für Chile: Seit seinem 71. Geburtstag befinde er sich auf der Reise durch Argentinien und Chile. Seine Reise sei noch nicht abgeschlossen, aber alle bisher in Chile gesammelten Eindrücke hätten sein Herz mit dankbarer Freude über alles, was er sah und hörte, erfüllt. Er rühmte besonders die warme Liebe zur alten deutschen Heimat, das so herzliche Mitempfinden für unser armes, unglückliches Volk, die Hilfsbereitschaft und vor allem die herrliche völkische Gesinnung der Deutschen Chiles. Besonders habe er sich auch über die Aufmerksamkeiten gefreut, die ihm seine Kameraden von der chilenischen Armee entgegenbrachten. General Litzmann sprach dann im deutschen Verein „Frohsinn“ zu Santiago, schilderte die heldenhaften Taten der deutschen Soldaten unter seinem Kommando, um dann in flammenden Worten die Verleumdungen der Alliierten zurückzuweisen, die in Südamerika wie in aller Welt verbreitet hätten, daß die deutschen Offiziere zu ihren Soldaten in schlechtem Verhältnis gestanden haben. Späterhin wurde General Litzmann vom Kriegsminister empfangen und durch den chilenischen Club Militar, der ihm die Ehrenmitgliedschaft verlieh, zu einem Bankett eingeladen. Beim Nachtschiff ergriff General Altamirano das Wort und feierte die glänzenden Taten des deutschen Feldherrn. In ähnlichem Sinn sprach dann Oberstleutnant Lagreze. Der Präsident der Republik, Arturo Alessandri, erinnerte beim Empfang daran, daß er aus seiner Achtung vor Deutschland nie ein Hehl gemacht habe, daß er nun dem deutschen Volk und seinem Schicksal den größten Anteil entgegenbringe. Etwa 300 Mitglieder der deutschen Kolonie und eine ganze Anzahl chilenischer Offiziere hatten sich am Abend der Abreise des Generals nach Valparaiso auf dem Bahnhof eingefunden. Eine Sammlung unter den Deutschen für die notleidenden Soldaten der ehemaligen Division Litzmanns hat bisher die Summe von etwa 100 000 Mark ergeben.

KLEINE NACHRICHTEN

Nachruf

Am 11. April verschied im Alter von 63 Jahren ein Mann, der dem Auslandsdeutschtum einen großen Teil seines Lebens und seiner seltenen Arbeitskraft gewidmet hatte: Prälat Dr. Lorenz Werthmann. Mit tiefer Erschütterung vernehmen wir die Kunde von dem Hinscheiden dieses hochverdienten Mitarbeiters und Verwaltungsratsmitgliedes des D. A. I.

Werthmann wurde am 1. Oktober 1858 in Geisenheim (Rheingau) geboren. Nach Vollendung seiner Gymnasialstudien empfing er seine philosophische und theologische Ausbildung an der Gregorianischen Universität in Rom, als Schüler des deutschen Kollegs (Collegium Germanicum) daselbst und promovierte zum Doktor der Theologie und Philosophie. Nach anfänglicher Betätigung in der Seelsorge begann Werthmann, durch die Arbeiten von Brandts und Hitze angeregt, sich der Organisation der christlichen Liebestätigkeit anzunehmen. Er gründete 1895 die Zeitschrift „Caritas“ und 1897 gelang es seiner rastlosen und äußerst regen Tätigkeit, den „Caritasverband für

das kath. Deutschland“ ins Leben zu rufen. Eine Fülle von Schwierigkeiten war zu überwinden, bis der Caritasverband zur heutigen Größe und Bedeutung herangewachsen und seine großen Aufgaben in allen deutschen Ländern und Städten erfüllen konnte. Am Ende seines Lebens konnte Werthmann auf ein bis ins letzte Dorf sich verzweigendes Wohlfahrtssystem zurückblicken. Sämtliche deutschen und auch internationale Wohlfahrtsorganisationen wählten den ebenso gelehrten wie praktischen Prälaten in ihren Vorstand oder Ausschuß, und die medizinische Fakultät der Universität Freiburg ernannte ihn in Anbetracht seiner Verdienste um die leidende Menschheit zum Ehrendoktor der Medizin.

Prälat Werthmann war der Vorkämpfer des katholischen Auslandsdeutschtums. Er war selbst viel in der Welt herumgekommen und hatte gesehen, wie gottverlassen manche Vorposten deutscher Kultur im Ausland dastehen. Sein Hauptziel war, deutsche Kirchen und Schulen, Hospize und Mädchenheime in den ausländischen Großstädten zu schaffen. Leider hat der Krieg die ausländischen Anstalten des deutschen kath. Caritasverbandes so schwer getroffen, daß erst wenige derselben wieder eröffnet werden konnten. In der Freien Vereinigung für das kath. Auslandsdeutschtum schuf sich Werthmann einen Stab von Mitarbeitern und legte in einer Broschürenreihe die Lage der deutschen Katholiken im Ausland dar. Seit einem Jahr stand Werthmann auch an der Spitze des Raphaelsvereins zum Schutze kath. deutscher Auswanderer, dessen Fürsorgestellten über ganz Deutschland verteilt sind und dessen segensreiches Wirken zur Linderung des Auswandererelends und zur Hebung der geistigen und religiösen Not der Auslandsdeutschen allgemein bekannt ist. Seine Erfahrungen und Ratschläge legte er 1919 in zwei Schriften nieder: „Die Pflichten der deutschen Katholiken gegenüber der neuen Massenauswanderung“ und „Fünfzig Jahre Raphaelsverein zum Schutze kath. deutscher Auswanderer und die drohende Auswandererflut im neuen Deutschland“. Dem Deutschen Auslands-Institut war Werthmann ein rühriger und hilfsbereiter Mitarbeiter, dessen Sachlichkeit und Bewandertsein gerade in den schwierigsten Fragen des Auslandsdeutschtums auch an dieser Stelle sehr vermißt werden wird. Er arbeitete außerdem mit im Verein für das Deutschtum im Ausland, in der Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung, in der deutschen Kolonialgesellschaft, im deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen und im Reichswanderungsamt.

Trauernd stehen wir an der Bahre dieses Mannes, der ein weitblickender Führer und selbstloser, genialer Organisator war. Sein Name war weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus bekannt und erfreute sich des größten Ansehens. Sein Werk zu erhalten und weiter auszubauen war das Vermächtnis, das er seinen Mitarbeitern hinterließ. Zwei Tage vor seinem Tode versammelte er sie alle aus ganz Deutschland um sein Krankenlager und legte ihnen die Sorge für das arme deutsche Volk in rührenden Worten ans Herz. Sein Andenken wird bei allen, die ihn gekannt haben, fortleben.

Dr. Straubinger.

Dr. ing. Manfred Kinkel †. Dr. Manfred Kinkel, der Sohn des Dichters Gottfried Kinkel, des bekannten 48ers, ist in Buenos Aires gestorben. Er war in London geboren, wo sein Vater im Asyl lebte, besuchte die Schule später in Zürich und kam vor einem Jahrzehnt nach Argentinien, wo er im Dienste der argentinischen Regierung projektierender Ingenieur des Brücken- und Wegebauamts war.

Major Schlobach †. In Karlsruhe verstarb soeben ein hervorragender Deutsch-Afrikaner, der noch mit Wißmann zusammengearbeitet hat. Major Schlobach wurde 1863 als Sohn deutscher

Eltern in Brasilien geboren, trat bei der Eisenbahnbrigade in Berlin ein und später zur Schutztruppe über. Seine Hauptverdienste liegen auf dem Gebiete der Grenzvermessung. Zahlreiche vorzügliche Karten verdanken ihre Entstehung seiner vorzüglichen Arbeit. Nach seiner Verabschiedung 1909 blieb er Deutsch-Ostafrika treu und ließ sich als Farmer im Kilimandscharo-Gebiet nieder. Während des Krieges stellte er in der Eigenschaft als Etappenkommandant Lettow-Vorbeck seine reichen Erfahrungen zur Verfügung.

Dr. phil. Herbert Koch, der Direktor der Deutschen Realschule in Sao Paulo, wurde vom deutschen wissenschaftlichen Verein in Buenos Aires zum korrespondierenden Mitglied ernannt.

Hermannstadt, die Hauptstadt Siebenbürgens, zählt nach der neuesten rumänischen Volkszählung 142767 Einwohner, von denen 104167 Rumänen, 33638 Deutsche, 1467 Magyaren, 150 Juden sind und 3345 anderen Völkern und Rassen angehören.

Heimatgedenken.

Ein **Stuttgarter** Herr erhielt von Freunden der amerikanischen Quarter Collection als Reinertrag einer Fledermaus-Vorstellung den Betrag von 1000 Dollar übersandt, der zum Ankauf von Lebensmitteln für elsass-lothringische Flüchtlinge in Stuttgart, dann aber auch für bedürftige Kinder in Stuttgart verwendet werden soll.

Eine Deutschamerikanerin, Frau Karoline Becker, geborene Reick, hat für Kranke und Bedürftige der Stadt Stuttgart 10000 Mark gespendet.

Die von Deutschen in Amerika für die Schillerstiftung in Weimar gesammelte Summe hat die Höhe von einer halben Million Mark erreicht, außerdem hat die Deutsche gesellige wissenschaftliche Vereinigung in Neuyork aus eigenen Mitteln eine Spende von 250000 Mark aufgebracht. Das entscheidende Verdienst um das hochherzige Hilfswerk hat sich der elsässische Dichter Friedrich Michel in Neuyork erworben.

Die deutsche Kolonie in **Costa Rica** veranstaltete durch ein Damenkomitee in den Räumen des deutschen Vereins einen Wohltätigkeitsabend für deutsche Kinder, die Not leiden, und erzielte einen Reinertrag von über 1000 amerikanische Dollars, die an verschiedene Wohltätigkeitsanstalten in Deutschland verteilt wurden.

Die kleine deutsche Kolonie in **Orizaba**, einem mexikanischen Kurort, hat unter dem Vorsitz eines Württembergers, des Herrn Dr. med. **Wiedemann**, eine Wohltätigkeitsveranstaltung für notleidende deutsche Kinder veranstaltet, wobei 57000 Mark in der Hauptsache für süddeutsche Kinder gesammelt wurden.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Sompolno (Polen). Wie der **Friedensbote**, die evangelisch-lutherische Wochenschrift in Polen, meldet, ist der deutsche Mittelschulverein in Sompolno auf Anordnung des Ministeriums geschlossen und aufgelöst worden. Ein Grund zu diesem Schritt wurde nicht angegeben.

Reval. Der **Verband deutscher Wohltätigkeits- und Kulturvereine** hielt, dem „Revaler Boten“ zufolge, am 14. März seine Generalversammlung ab, in der der Präses, Volkskommissar **Beer mann**, die Vereinsvertreter begrüßte und der 5 Monate der Existenz des Verbandes gedachte, der in des Estland-Deutschtums schwerster Zeit seine Arbeit erfolgreich begonnen habe. Allein in Dorpat wohnten 1088 hilfsbedürftige Deutsche, darunter 162 unheilbar Kranke und fast in allen anderen Städten und auf dem Lande sei die Not des Deutschturns ebenso groß. Der Volks-

sekretär gedachte der bestehenden 20 deutschen Schulen, mit ihren 326 Lehrern und 3418 Schülern und der Aufgabe, die diese Schulunterhaltung der deutschen Gesellschaft stelle. Das Sekretariat des Verbandes wurde in den Räumlichkeiten der Schulhilfe untergebracht, wo auch der Katalog und die Kartothek der Hilfsbedürftigen Estlands sich befindet. Eine Beratungsstelle für rechtliche und wissenschaftliche Fragen ist eingerichtet, die deutsche Heimarbeit ist organisiert, mit den Vertretern des amerikanischen Roten Kreuzes wird eifrig zusammengearbeitet. In den einzelnen Städten arbeiten Vertrauensleute. Die Versammlung beschloß, die Aufnahme politischer Vereine in den Verband abzulehnen, die Kirchenvereine dagegen aufzunehmen. **Cand. jur. Meyer** berichtete über die wirtschaftliche Notlage des Deutschturns in Estland, Frau **Eggers** über die Hilfeleistung des amerikanischen Roten Kreuzes, die auch in Gemeinschaft mit den estnischen Vereinen durchgeführt wurde. Über die Organisation der Heimarbeit, für die sich 97 Bewerber gemeldet haben, erzählte Frau **Sporleder**, daß es gelungen sei, lohnende und nutzenstiftende Arbeit für die Arbeitsuchenden zu bekommen.

Kristiania. Der **fünftzigste deutsche Familienabend** war von über 400 Personen besucht, so daß der Raum kaum ausreichte. Ingenieur **Hoffmann** begrüßte die Erschienenen, denen **Pfarrer Günther** einen Rückblick auf die bisherigen Familienabende gab. Sie waren ursprünglich nur als Kriegseinrichtung gedacht, werden aber als Sammelpunkt für alle Deutschen ohne politische oder konfessionelle Unterschiede weitergeführt, um die Freude am Volkstum zu fördern. **Gesandter Dr. Rhombert** hielt sodann eine mit viel Beifall aufgenommene Ansprache, nach deren Beendigung das Deutschlandlied gesungen wurde. Vorführung von Lichtbildern und einem Schwarzwaldfilm ergänzte das Programm, das zudem noch gemeinsame Gesänge bezeichnete.

Kristiania. Der **Deutsche Verein** hielt seine diesjährige Frühjahrsgeneralversammlung am Mittwoch, den 6. April, ab. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, die Neuwahl des gesamten Vorstandes, veranlaßte zahlreichstes Erscheinen der Mitglieder. Herr **Crusen**, der mit sicherer Hand in umsichtiger Weise zwei Jahre lang den Verein geleitet hat, mußte leider aus geschäftlichen Rücksichten auf eine Wiederwahl verzichten, zum größten Bedauern aller Mitglieder, die sich stets dankbar dessen erinnern werden, was Herr **Crusen** in diesen zwei Jahren dem Verein gewesen ist.

An seiner Stelle wurde Herr **A. Hellwig**, der bisherige Vorsitzende des Vergnügungsausschusses, gewählt. Herr **Dohn** als 2. Vorsitzender und Herr **Tepper** als Schriftführer wurden wiedergewählt. Herr **Müßigbrodt**, der zwei Jahre lang das Geschäft des Kassierers zur vollsten Zufriedenheit geführt hatte, lehnte ebenfalls aus geschäftlichen Gründen eine Wiederwahl ab. Sein undankbares Amt übernahm Herr **Link**. Bibliothekar wurde Herr **Marnitz**.

Ein Auszug aus dem Jahresbericht ergibt folgendes Bild: Der Mitgliederbestand betrug zu Beginn des Geschäftsjahres 68. Neu aufgenommen wurden 46, ausgeschieden sind 14, das ist ein Zuwachs von 32 Mitgliedern, mithin heutiger Mitgliederbestand genau 100. Trotz der stetig wachsenden Unkosten konnte der Verein im letzten Jahre mit einem Überschuß von rund 100 Kronen arbeiten. Das gesamte Vereinsvermögen beträgt über 6000 Kronen.

Sehr gut entwickelt hat sich die im Herbst 1919 ins Leben gerufene Kegelabteilung, während die Gesangsabteilung nicht so recht florieren will. Voraussichtlich findet im nächsten Monat als Saisonschluß ein Tanzkränzchen statt.

H. T.

Yokohama. Die Deutsche Vereinigung erstattet ihren ersten Jahresbericht. Sie wurde am 15. Juli 1920 gegründet mit einer Mitgliederzahl von 14 Firmen und 51 Einzelpersonen. Am Ende des Jahres betrug die Mitgliederzahl 13 Firmen und 65 Einzelpersonen, ferner 5 abwesende Mitglieder.

Abgesehen von lokalen Angelegenheiten beschäftigte die D. V. Y. auch die Frage der durch die Beschlagnahme des hiesigen deutschen Privateigentums erwachsenen Schadenersatzansprüche und nahm mit der deutschen diplomatischen Vertretung Fühlung. Im Oktober 1920 wurde auf Veranlassung der deutschen Botschaft zur Vorprüfung der aus den Liquidationsmaßnahmen der japanischen Regierung entstandenen Schadenersatzansprüche ein besonderer Ausschuß ins Leben gerufen, dem je 5 Vertreter der deutschen Kolonien in Yokohama, Tokio und Kobe angehören.

Auch die Frage der Frachtrabatte ist von D. V. Y. aufgenommen worden. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Zur Freigabe des zurzeit noch unter Verwaltung der japanischen Regierung stehenden Vermögens des „Deutschen Hauses“ wurden Schritte unternommen. Auf dem Negishi-Friedhofe werden vernachlässigte Gräber deutscher Landsleute durch die Vereinigung in Ordnung gehalten. Für die ober-schlesische Grenzspende wurde eine Sammlung in die Wege geleitet, zur Schaffung einer wirtschaftlichen Bücherei ist ein Betrag von Yen 150.— ausgeworfen worden.

Die D. V. Y. ist dem „Verband für den fernen Osten, Berlin“ und dem „Deutschen Ausland-Institut, Stuttgart“ als korporatives Mitglied beigetreten. Außerdem hat sie Fühlung genommen mit dem „Ostasiatischen Verein in Hamburg“, welcher sich bereit erklärt hat, Schriftsachen und Protokolle, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, auszutauschen. Durch Auflösung des „Deutschen Hilfsfonds Yokohama“ ist dem D. V. Y. ein Betrag von Yen 2384.16 zur Verfügung gestellt worden, welcher zur Unterstützung deutscher Reichsangehöriger verwendet werden soll und teilweise verwendet worden ist.

Um auch den kulturellen Bestrebungen gerecht zu werden, sollen Vorträge nach Fertigstellung des Anbaus an dem neuen Clubgebäude abgehalten werden.

Der Kassenbericht schließt mit einem Bestand von fast 1000 Yen ab.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Aus Amsterdam ist Generalkonsul Wirkl. Geh. Rat Kiliani abberufen worden. Sein Nachfolger wird Botschaftsrat Prinz Latzfeld, der bisher im Auswärtigen Amt tätig war.

In **Reval** ist zum neuen deutschen Geschäftsträger der frühere Legationsrat Dr. Werner Otto von Hentig ernannt worden, er nach Vorbereitungszeit in Konstantinopel und Peking später im Krieg den bekannten Ritt nach Mittelasien zum Emir von Afghanistan machte, in China wieder auftauchte, nachdem seine Mission erfüllt hatte und unter mannigfachen Fährlichkeiten nach Hause kam. Er war zuletzt in den Diensten der Kaiserlichen Mission an der Heraus-schaffung deutscher Kriegsgefangener aus Rußland tätig.

Die deutschen Konsulate in **Japan** werden nur zum Teil wieder eröffnet werden. Für das frühere deutsche Generalkonsulat in Yokohama ist Herr Vizekonsul Sell einstweilen als Verweser ernannt worden. Für Kobe wird die Ankunft eines Konsuls aus Deutschland erwartet.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Der Zusammenbruch eines deutschen Theaterunternehmens in Spanien. Die Lorbeeren und wohl auch die Valutagewinne, die deutsche Künstler im Auslande sich holen, lassen die Konkurrenten nicht schlafen. Wir haben an dieser Stelle soviel Rühmens- und Lobenswertes über die Rolle berichtet, die gerade der deutschen Kunst, dem gesprochenen Wort wie auch der Musik beim Wiederaufbau unseres Weltansehens zukommt, daß wir auch davon sprechen müssen, wie ernstlichen Schaden schlecht vorbereitete Unternehmungen der deutschen Sache bringen. In Spanien hat eine durchaus nicht erstklassige Truppe, die ihr Eröffnungsspiel sogar in Gegenwart des spanischen Königs geben konnte, es trotz glänzenden Besuchs der ersten Vorstellung, die jedoch gar keinen Reingewinn brachte, überhaupt zu keiner zweiten Vorstellung kommen lassen können. Die Mitglieder mußten auf Kosten des Reichs und aus dem Ertrag einer von der deutschen Kolonie Madrids veranstalteten Sammlung heimtransportiert werden. Dem Ansehen deutscher Kunst dient ein derartiges Fiasko keineswegs. Es wird nach Mitteln gesucht werden müssen, derartige Unmöglichkeiten in Zukunft nicht wieder möglich werden zu lassen.

Vom deutschen Theater in Siebenbürgen. Vertreter des deutschen Theatervereins in Siebenbürgen sprachen beim Generalinspektor des Theaterwesens in Siebenbürgen, Dr. Isac, vor, um ihm die Pläne des Vereins zur Ausgestaltung des heimischen deutschen Theatervereins vorzutragen. Der Generalinspektor betonte, daß ihm die künstlerische Entwicklung einer jeden, echter Kultur dienenden Unternehmung am Herzen liege und daß alle derartigen Bestrebungen auf seine Förderung rechnen könnten. Die Forderungen des Theatervereins werden jetzt in eine Denkschrift zusammengefaßt und den zuständigen Stellen übermittelt. Zu dem Kongreß am 27. und 28. April unter dem Vorsitz des rumänischen Kultusministers zur Regelung der verschiedenen Theaterfragen des Landes wurden auch die Vertreter des deutschen Theatervereins zugezogen.

„Tannhäuser“ in Rumänien. In Klausenburg, an der rumänischen National-Oper, wurde am 16. März zum ersten Male Tannhäuser in rumänischer Sprache aufgeführt. Das Wagnis gelang trotz des Protestes der rumänischen Presse ausgezeichnet. Der früher in Bayreuth tätige Sänger Popovici, jetzt Theaterdirektor in Klausenburg, hielt einen einleitenden Vortrag über Gedankengang und Stimmungsgang der Dichtung. Das Publikum hörte die Oper ruhig an und spendete dem Kapellmeister Schüller und den Mitwirkenden lebhaften Beifall.

Haag. Wie sich die Voss. Ztg. melden läßt, ist in Amsterdam im Stadtmuseum die Frühjahrsausstellung der Unabhängigen eröffnet worden, zu der zum ersten Male, wie vor dem Kriege, Ausländer eingeladen wurden. Bei der Eröffnungsrede betonte der Vorsitzende namentlich die Gegenwart deutscher Einsendungen. Die Berliner Novembergruppe ist durch einzelne Mitglieder vertreten.

Der um die Förderung deutsch-spanischer Beziehungen besonders verdiente Münchener Universitätsprofessor Geh. Rat Dr. Paul hält zurzeit an der Universität Madrid Vorträge über angewandte Chemie. Er wurde am 10. März in einer außerordentlichen Sitzung in der Sociedad Española de Física y Química, die durch den Direktor der Universität geleitet wurde, zum Ehrenmitglied ernannt, eine Auszeichnung, die nur wenigen Deutschen bisher zuteil geworden ist.

DAS DEUTSCHE BUCH IM AUSLAND

Die holländische Reise.

In Nr. 4, Seite 117, dieser Zeitschrift hatten wir die eigenartige Methode der Berichterstattung der Vertreter des Börsenvereins und der Außenhandelsnebenstelle für den deutschen Buchhandel über ihre Reise nach den nordischen Ländern zwecks Erforschung der Wirkung der Ausfuhrverordnung kritisiert. Die Berichterstattung über diese Reise stand unter demselben Zeichen wie diejenige, die dieselben Beauftragten über ihre im August vergangenen Jahres nach den Niederlanden unternommene Reise abstatteten. Die Berichterstattung über die Hollandreise wird jetzt nachträglich von Herrn Professor Dr. Ludwig Bernhard einer scharfen Kritik unterzogen (Das Reisetagebuch eines Geheimrats; in: Deutsche Verlegerzeitung, Jg. 2, 1921, Nr. 4. Leipzig: Deutscher Verlegerverein). Professor Bernhard stellt die Grundsätze einer gewissenhaften Berichterstattung auf und weist nach, daß der für den Börsenverein erstattete Bericht gegen alle diese Grundsätze verstößt. Es würde zu weit führen, den Aufsatz hier ausführlich zu zitieren; es seien nur die beiden Tatsachen festgehalten, daß im Gegensatz zu der erwähnten Berichterstattung die führenden Bibliothekare und Gelehrten der Niederlande einschließlich der deutschfreundlichen Kreise die Valutaverordnung für ein schweres Hindernis der Verbreitung deutscher Kultur in den Niederlanden halten und daß die deutschen Neuerscheinungen besonders auf dem Gebiet der schönen Literatur und populären Wissenschaft durch billigere französische Erzeugnisse verdrängt werden.

Die Schwäbische Volkspresse in Temesvar beklagt in einem Leitartikel, daß das deutsche Buch so schwer seinen Weg zu den Deutschen im Banat findet. Vielfach hänge es vom Zufall ab, was über die Grenze komme. Weiter schreibt das deutsche Blatt: „Allen Büchern aber, die wir zu Gesicht bekommen, haftet ein Übel an: sie sind fast unerschwinglich teuer. Ihre Preise variieren zwischen 25–80 Lei, wobei natürlich von Luxusausgaben und dergleichen gar nicht die Rede ist. Sie sind so teuer, daß der Bildungssüchtige lieber auf den Kauf verzichtet, der über seine Kräfte geht, und geistig hungert. Daß er Bücher, die er lesen will, lieber von Bekannten leiht, wenn sie sie haben, oder, und das ist das Schlimmere, ein Kreuz über die ganze Geschichte macht. Viele haben sich schon so in ihr Schicksal ergeben, für Jahre hinaus von der Quelle abgesperrt und in einem Kerker eingeschlossen zu sein, in den nur durch Zufall dann und wann ein Lichtstrahl dringt.“

Die Schwäbische Volkspresse beklagt weiter die Valutaverordnung, die zu der natürlichen Verteuerung noch eine künstliche füge, und schließt: „Hoffentlich bringt die Zukunft eine Besserung. Nie noch war Deutschland dringender, als in diesen Jahren, darauf angewiesen, sich in der ganzen gebildeten Welt geistig und kulturell durchzusetzen, nie noch bedeutete das deutsche Buch ein solches Propagandamittel wie heute. Gar nicht zu sprechen von den Splittern des großen Volksstammes, die, im Ausland lebend, die Zusammenhänge wahren müssen, die für sie allein fortschrittbringend sind.“

Valutaaufschläge auf Bibeln.

Wie die Valutaverordnung indirekt auch das religiöse Leben der deutschen Auslandsgemeinden trifft, kann man einer Mitteilung der Deutschen Evangelischen Blätter für Brasilien entnehmen (Jg. 3, 1921, Heft 1. Sao Leopoldo: Rotermund). Es heißt dort: „Trotz des Widerstandes, den die weitere Erhebung des Valutaaufschlages auf deutsche Bücher in Deutsch-

land und im deutschen Ausland gefunden hat, ist die betreffende Verordnung, die einen Sinn nur so lange hatte, als die deutschen Bücherpreise dem Weltmarktpreise noch nicht angeglichen waren, heute aber zu einem Bücherverbot für Auslandsdeutsche geworden ist, fortdauernd in Geltung. Sie trifft . . . auch deutsche Bibeln, wodurch deren Einfuhr unmöglich gemacht ist. Besteht überhaupt die Möglichkeit einer Befreiung von der Erhebung des Valutaaufschlages — und sie besteht in gewissen Fällen —, so wäre erwünscht, daß die deutschen Bibelgesellschaften Befreiung erwirkten. Wir sind sonst genötigt, wie in der Kriegszeit so auch weiterhin deutsche Bibeln von der Britischen und ausländischen oder von der Amerikanischen Bibelgesellschaft zu beziehen.“

Australien.

Nach einer Meldung des Börsenblattes für den deutschen Buchhandel scheint Australien dem Friedensvertrag zum Trotz gegen das deutsche Buch einen Sonderkrieg führen zu wollen. Noch jetzt, bald 2½ Jahre nach dem Waffenstillstand, kommen dort deutsche Bücher einfach nicht an, weil die australische Regierung die Einfuhr deutscher Bücher nicht zuläßt. Kürzlich hat sie eine Sendung Kinderliederbücher, die für die deutsche Gemeinde Sidney angekommen war, einfach verbrennen lassen. Der bekannte Verleger Eugen Diederichs in Jena teilt in seiner Zeitschrift „Die Tat“ mit, daß es ihm nicht gelinge, diese gewiß unpolitische, nur der geistigen Kultur dienende Zeitschrift nach Australien gelangen zu lassen.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Die Unterdrückung der deutschen Presse in Polen macht weitere Fortschritte. Am schärfsten wirkt sie in den durch den Friedensvertrag abgetretenen deutschen Gebietsteilen. So ist neuerdings das Nachrichtenblatt des Deutschumsbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte in Posen von Nr. 19 ab bis auf weiteres verboten worden. Wer sich ein Bild von der planmäßigen Vernichtung der deutschen Presse in Neupolen machen will, sei auf die beiden Aufsätze von Rolf Wingendorf in der Danziger Zeitschrift „Die Brücke“, „Verbotserlasse gegen deutsche Zeitungen in Polen“ und „23 deutsche Zeitungen in Jahresfrist in Polen eingegangen“ („Die Brücke“, Jg. 3, 1921, Nr. 4, Nr. 6), hingewiesen. Besonderer Beachtung empfehlen wir auch desselben Verfassers im Verlag der „Brücke“ erschienene Schrift: „Die Vernichtung der deutschen Presse in Polen.“

AUSLANDDEUTSCHTUM AN DEUTSCHEN HOCHSCHULEN

Die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin versendet das Programm für ihr Sommersemester 1921. In der I. Abteilung (allgemeine Politik) finden wir eine besondere Vorlesung über „Grenz- und Auslandsdeutschum“, die der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirates des D. A. I., Geheimrat Professor Dr. Götz-Leipzig, mit einem allgemeinen Vortrag über das Problem des Auslandsdeutschums einleitet. Dann spricht E. A. Greewen über die Westmark, Geheimrat Cleinow über die Ostmark, Johannes Tiedje über die Nordmark, Dr. U. mann über Deutsch-Böhmen, Felix Kraus über die Südm., Dr. Breckner über Ungarn und den Balkan, Axel Sch. über Rußland, Dr. Bertling über Amerika, Gouverneur Freiherr von Rechenberg über die Kolonien, und Prof. Dr. Schüler über Ostasien. Die Vorlesungen sind zweisprachig beginnen am 29. April und finden Freitag abends von 7 bis 8 Uhr statt.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

Auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Freiherr von Lersner (Nr. 603) antwortet das Auswärtige Amt mit einer Liste derjenigen Beamten und Beauftragten innerer Dienststellen, die, teils noch in engem Zusammenhang mit den Gesandtschaften und Konsulaten stehend, teils auch deren Kanzlei benutzend, teils aber auch ihr eigenes Hilfspersonal besoldend, sich im Ausland befinden. „Außerdem besteht im Ausland immer noch eine größere Anzahl von Vertretungen deutscher Kriegsorganisationen, die teils eine Geschäftstätigkeit noch ausüben, teils sich in Abwicklung befinden. Über das auf diesen Stellen beschäftigte Personal und die gezahlten Gehälter waren genauere Angaben nicht zu erhalten, da die Stellenleiter es vielfach ablehnten, den amtlichen deutschen Vertretungen Auskunft zu geben.“ Es waren dies in Bern der Reichsausschuß für Öle und Fette in Liqueur, in Haag die Salzheringseinfuhr G. m. b. H. in Liqueur, in Rotterdam die Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel, Reichsstelle für Speisefette in Liqueur, Reichsausschuß für Öle und Fette in Liqueur, Reichsfuttermittelstelle, Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, Reichsgetreidestelle, in Kopenhagen die Reichsfett- und die Reichskartoffelstelle, in Kristiania die Zentraleinkaufsgesellschaft, der Reichsausschuß für Öle und Fette, die Salzheringseinkaufsgesellschaft und die deutsche Transportgesellschaft, sämtlich in Liquidation. Von den innerdeutschen Behörden, die noch Vertretungen bei den auswärtigen Legationen des Reiches besaßen, seien genannt in Bern: Reichsbank und deutsches Rotes Kreuz, Brüssel: Reichsausgleichsamt und Kommission für Rückgabe von Werten, Haag: Reichsfinanzministerium, Reichsverkehrsministerium und Reichsbank, Helsingfors und Wiborg: Reichswehrministerium, Kopenhagen: Reichsfinanzministerium, Reichsverkehrsministerium und Reichsbank, London: Reichsausgleichsamt, Geschäftsstelle für deutsche Güter, Rechte und Interessen, Paris: Geschäftsstelle für deutsche Güter, Rechte und Interessen, Reichsausgleichsamt, Prag: Reichsverkehrsministerium, Rom: Reichsausgleichsamt, Stockholm: Reichsfinanzministerium, Warschau: preußisches Ministerium des Innern, Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene, Wien: Reichsverkehrsministerium, Reichswehrministerium, Reichsschatzministerium (Abwicklungsstelle der Kriegsrohstoffabteilung).

Eine Anfrage über das Ostjudenproblem.

In einer Anfrage (Nummer 672) erkundigen sich der Abgeordnete Mumm und andere danach, welche Schritte die Reichsregierung unternommen hätte, um entsprechend dem Ersuchen des Reichstags vom 2. August vorigen Jahres die Masseneinwanderung fremdstämmiger Elemente, insbesondere der Ostjuden, zu verhindern und diese, soweit sie sich als lästig erweisen, abzuschieben oder erforderlichen Falles internieren. Die Anfrage wird dahin beantwortet, daß die Reichsregierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bemüht sei, den Gefahren entgegenzutreten, die sich aus der unerlaubten Einwanderung von Ausländern nichtdeutschen Stammes wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht ergeben. Zur Vermeidung der unerlaubten Einwanderung dient die verschärfte Handhabung der Paßvorschriften und die Maßnahmen der Fremdenpolizei. Die Ostgrenze werde für Einländer nichtdeutschen Stammes grundsätzlich gesperrt und der Einreiseerlaubnis zu längerem oder dauerndem Aufenthalt in der Vorlage der Zuzugsgenehmigung der zuständigen Polizeibehörde abhängig gemacht. Die deutschen Vertretungen in den östlichen Randstaaten seien wiederholt zur möglichsten Zurückhaltung in der Erteilung der Einreisevermerke angehalten

worden. In Fällen, die aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen zu Bedenken Anlaß geben, sei die Genehmigung des Auswärtigen Amtes einzuholen. Die erstrebte Massenabschiebung unerlaubt Eingewanderter über die Ostgrenze scheitere an dem Widerstand der polnischen Behörden. Weiterhin macht die Regierung Mitteilung darüber, daß im Jahre 1920 die preußische Landesgrenzpolizei über 11000 Personen wegen unerlaubten Grenzüberschritts festgenommen hat, von denen rund 6000 alsbald wieder über die Grenze abgeschoben wurden. Die übrigen sind zum Teil den Lägern des Heeresabwicklungsamts Preußen zur Internierung zugeführt, teils den Gerichten zur Aburteilung übergeben und nach Strafverbüßung wieder abgeschoben, teils den jüdischen Fürsorgeorganisationen in Preußen zugeführt worden. Im Januar 1921 sind rund 2800 Personen teils am Grenzüberschritt verhindert, teils nach unerlaubtem Grenzüberschritt wieder abgeschoben worden.

Zur vorläufigen Internierung solcher fremdstämmiger Ausländer, deren Abschiebung zurzeit nicht durchführbar ist, sind mehrere Lager zur Verfügung gestellt, darunter das Lager Stargard in Pommern, das für etwa 2700 Personen Raum bietet.

Im württembergischen Etat für das Jahr 1921 sind bei Kapitel 38 des Etats, Kriegswohlfahrtspflege, für Auslandsdeutsche 500000 Mark (1920 1000000 Mark) vorgesehen, die für Unterstützungen, Arbeits- und Wohnungsbeschaffung (darunter namentlich auch Einbauten in Wohnungen) verwandt werden sollen. In Fürsorge stehen zurzeit noch 73 alleinstehende Personen und 59 Familien mit 130 Kindern. Es werde sich nur ermöglichen lassen, so wird in den Erläuterungen gesagt, die in Arbeit untergebrachten Auslandsdeutschen auch in der Arbeit zu erhalten, wenn die Mittel für die notwendigen Um- und Einbauten zur Wohnungsbeschaffung gegeben würden. Für Arbeits- und Wohnungsbeschaffung für die Deutsch-Schweizer Wehrleute sind 250000 Mark (1920: 300000 Mark) eingesetzt, insbesondere auch für Einbauten zur Schaffung von Not- und Dauerwohnungen auf dem Lande für etwa 30 bis 40 Familien. Es sind noch etwa 60 Ledige und 25 Familien zu versorgen, doch wird mit weiterem Zuzug von Wehrmännern, die nicht nach der Schweiz zurückreisen können, gerechnet. Für die Finanzierung der Verwaltung der Fürsorge für die Auslandsdeutschen, die württembergische Hilfsstelle für Auslandsdeutsche, werden 120000 Mark (1920: 200000 Mark) angefordert, für die Vertriebenen werden 400000 Mark (im Vorjahre 500000 Mark) gefordert. Da die Austeilung namhafter Vorentscheidungen bei den Elsaß-Lothringern im vollem Gange ist, wird mit einer weiteren Einschränkung dieser Summe gerechnet.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Ein Engländer, früherer Professor an der Yale Universität, Professor Scripture, ist Hamburger Blättern zufolge für das Sommersemester an die Universität Hamburg verpflichtet worden, um dort über englische Philologie und Experimentalphonetik zu lesen. Es ist die erste Berufung dieser Art nach dem Kriege.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDEDEUTSCHE

Ausführungsbestimmungen über die Freigabe des deutschen Kleinbesitzes in Italien.

In Nummer 5 des Auslandsdeutschen brachten wir eine Darstellung des Gesetzes über die Freigabe des kleinen deutschen Eigentums in Italien und wiesen darauf hin, daß erst durch das Erscheinen der Ausführungsbestimmungen Klarheit über

den Umfang und den praktischen Wert dieses Gesetzes geschaffen werden würde. Gleichzeitig warnten wir vor übertriebenen Hoffnungen. Nunmehr liegen uns die vom Minister für Handel und Industrie erlassenen Ausführungsbestimmungen vor und wir ersehen aus ihnen, daß sich unsere Befürchtungen bewahrheitet haben. Die Ausführungsbestimmungen sind außerordentlich mager gehalten und geben keinerlei ergänzende Bestimmungen nach der prinzipiellen Seite hin. Das Einzige, was aus ihnen zu entnehmen ist, sind einige praktische Winke, deren sich die Interessenten bedienen können. Aber selbst der Wert dieser praktischen Hinweise wird dadurch geschmälert, daß in den Ausführungsbestimmungen auf weitere Bekanntmachungen und Erlasse der betreffenden Präfekten und Gouverneure hingewiesen wird, die ihrerseits die Interessenten auffordern sollen, innerhalb einer angemessenen Frist die Gesuche einzureichen. Über die Fristen selbst ist also auch in diesen Ausführungsbestimmungen nichts Sicheres bestimmt worden. Hier, wie in dem Gesetz selbst, spürt man also wieder deutlich, daß es sich nicht um die Resultate eines von Gleichberechtigten geschlossenen Vertrages, sondern um die einseitige Verfügung der italienischen Regierung handelt, die es ängstlich vermeidet, wirkliche Rechtsansprüche zu schaffen, und eifrig bemüht ist, sich die letzten Entscheidungen vorzubehalten.

Wir geben die Ausführungsbestimmungen in ihren wesentlichen Teilen hier wieder:

Artikel 1.

Die Präfekten und die Gouverneure für die betreffenden Kolonien werden durch öffentliche Bekanntmachung, welche durch die Zeitungen oder durch Anschläge erfolgen soll, die deutschen Staatsangehörigen und Institute, welche in der Provinz und den Kolonien kleines Eigentum besitzen, auf das die Bestimmungen der Königlichen Verordnung vom 7. November 1920 Nr. 1840 anwendbar sind und welche dieselben benutzen wollen, auffordern, innerhalb einer angemessenen Frist ein Gesuch einzureichen für die Rückgabe ihrer Güter. In dem genannten Gesuch müssen, außer den Gütern, welche der Antragsteller in der Provinz und in den Kolonien besitzt, alle anderen Vermögensstücke (Aktiva) angegeben werden, welche er im Gebiete des Königreichs und der anderen (?) Kolonien besitzt.

Der Antrag muß durch dessen Unterzeichner als der Wahrheit entsprechend erklärt werden, vermittelt eidlicher Erklärung, welche am Ende des Antrags selbst niedergeschrieben werden kann und abgegeben wird vor einem damit beauftragten Beamten der Präfektur, oder auch vor dem Prätor (Amtsrichter) des Bezirks, vor dem Gouverneur oder vor der Gemeindebehörde oder vor einem Notar.

Die Amtsstellen, welche die Erklärung aufnehmen werden, werden den Erklärenden darauf aufmerksam machen, daß wenn er falsch schwört, er auf Grund von Artikel 221 des Strafgesetzbuches strafbar ist.

Für die Deutschen, die im Ausland wohnen, kann die eidliche Erklärung von den zuständigen ausländischen Behörden entgegengenommen werden.

Dem Antrag kann jedes weitere Dokument beigegeben werden, das man für nützlich hält.

Artikel 2.

Die Präfekten und die Gouverneure werden, nach Einholung der entsprechenden Informationen durch die Leiter der provincialen Finanzverwaltung (Finanzintendanten) und durch die verwaltenden Sequestratäre, eine summarische Feststellung des Wertes der Güter veranlassen in der Weise, die je nach den Fällen sich als die zweckentsprechendste erweisen wird, falls

dieser Wert voraussichtlich zehntausend Lire nicht überschreitet. Falls die Feststellung bestätigt, daß der Wert innerhalb dieser Grenzen bleibt, werden sie selbst zur Befreiung und Rückgabe der Güter schreiten durch eine mit Gründen versehene Verordnung, nach Gutachten des Leiters der provincialen Finanzverwaltung sowie, wo es einen solchen gibt, des verwaltenden Sequestratärs. Diese Verordnungen werden sofort dem Ministerium für Handel und Industrie (Comité für die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen, die von den Friedensverträgen abhängen) mitgeteilt werden. Denselben werden gegebenenfalls die endgültigen Abrechnungen beigelegt werden, mit der Genehmigung des Leiters der provincialen Finanzverwaltung und mit seinen Bemerkungen. Das Comité kann, wenn besondere Gründe vorliegen, vom Minister die Rücknahme der Verordnung des Präfekten erwirken.

Artikel 3.

Abgesehen von den Fällen, die im vorhergehenden Artikel vorgesehen sind, werden die Präfekten und die Gouverneure, immer durch die Leiter der provincialen Finanzverwaltung und durch die verwaltenden Sequestratäre, dafür sorgen, daß der Wert der Güter im Wege eines Sachverständigen-Gutachtens durch die technischen Finanzämter und durch die Ämter der Zivilverwaltung (genio civile) festgestellt werden. Wenn es sich um Handelsbetriebe handelt, können auch die Steuerbeamten und die Handelskammern vernommen werden.

Wenn der festgestellte Wert der Güter die Lire 10000 (zehntausend) nicht übersteigt, so werden für die Befreiung und Rückgabe die Präfekten sorgen, entsprechend den Bestimmungen des vorhergehenden Artikels. Wenn der Wert den genannten Betrag (Wert) übersteigt, so werden die Akten an das Comité übermittelt werden, damit dieses vom Minister je nach der Lage des Falles gegebenen Beschlüsse erwirkt.

Alle Kosten, die zur Feststellung des Wertes der zu befreienden Güter nötig sind, gehen zu Lasten derselben.

Man wird nicht zur Rückgabe der Güter schreiten, wenn nicht alle Kosten beglichen sind, zu denen ihre Verwaltung Anlaß gegeben hat.

Artikel 4.

In zweifelhaften Fällen werden die Präfekten und die Gouverneure dem Ministerium berichten bevor sie irgend eine Maßnahme endgültiger Verfügung treffen. Sie werden davon absehen Güter zurückzugeben, mit denen Interessen des allgemeinen Charakters verbunden sind. Sie werden besonders dafür sorgen, daß die Zwecke erreicht werden, für die die Normen Vorsorge treffen, die in Abs. 3*) des Artikel 5 und in Artikel der Königlichen Verordnung vom 7. November Nr. 1840 niedergelegt sind und sie werden ferner im Auge behalten, daß, auch für die Wirkungen der oben genannten Bestimmungen, die verschiedenen Güter nicht einzeln abzuschätzen sind, sondern insgesamt alle, welche derselben Person gehören.

Rom, den 31. Dezember 1920.

Rechtsgültigkeit von Urkunden in Südwest.

Von Herrn Geh. Justizrat Dr. Fritzsche, der als Rechtsanwalt und Notar in Windhuk lebt und dessen Verdienst während des Krieges und insbesondere nach dem Krieg für das Deutsche Südwests, besonders bei der Errichtung des Schiedsgerichts zur Erledigung von Vor- und Nachbesetzungsschulden ja bekannt sind, erhalten wir eine Zuschrift, die dar-

*) Absatz 3 des Artikels 5 besagt, daß die Rückgabe immer die Rechte unberührt lassen wird und daß sie besonderen Bedingungen unterworfen sein kann, um nach Grundsätzen der Billigkeit Rechte oder tatsächliche Positionen zu schützen, die in gesetzlicher Weise von italienischen Staatsangehörigen an deutschen Gütern und Geschäften erworben worden sind.

aufmerksam macht, daß in Deutschland aufgenommene, zum Gebrauch im ehemaligen Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika bestimmte öffentliche Urkunden, vor allem, wenn sie dem Urkundenregister (Grundbuchamt) eingereicht werden sollen, von einem englischen Konsul in Deutschland legalisiert sein müssen, sie werden andernfalls nicht angenommen. Durch Beobachtung dieser Bestimmung werden sich die Interessenten große Zeitverluste ersparen können.

WIRTSCHAFTLICHES

Die „**Dekoru, Handelsgenossenschaft der deutschen Kolonisten Rußlands**“ ist in einer Umorganisation begriffen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates und der Vorsitzende des Vorstandes haben ihre Ämter niedergelegt, die Satzungen sollen gründlich geändert werden, um der Gesellschaft eine erweiterte Tätigkeit zu ermöglichen. Dem Bericht über die erste ordentliche Generalversammlung am 31. März, wie ihn die „Deutsche Post aus dem Osten“ wiedergibt, entnehmen wir, daß die Gesellschaft in den ersten 9 Monaten ihres Bestehens eine geschäftliche Tätigkeit nicht ausübte. Es wurde jedoch jetzt beschlossen, den Kaufmann Karl Müller-Williger in Berlin als Geschäftsführer anzustellen. Hinsichtlich der zweiten Aufgabe der Genossenschaft, der Wiederaufbau-Vorbereitung in Rußland, ist man naturgemäß über theoretische Vorbesprechung mit deutschen Handels- und Industriekreisen nicht hinausgekommen. Im Jahre 1920 waren 10 Genossen vorhanden, die Bilanz schließt mit 19687,50 Mark ab.

Sicherheit des deutschen Eigentums in Georgien. Georgien ist bekanntlich bis auf geringe Reste von Truppen der Sowjetregierung besetzt; die entstandenen Befürchtungen wegen des deutschen Besitzes sucht die Sowjetregierung dadurch zu zerstreuen, daß sie der deutschen Regierung mitteilen ließ, das deutsche Eigentum in Georgien solle von jeder Beschlagnahme und Requisition befreit bleiben.

Ein deutsches Hochofenwerk in Chile.

Durch ein Dekret der chilenischen Regierung, das vom Präsidenten des Landes, Arturo Alessandri, unterzeichnet ist, erhielten die Deutschen Otto Lenz und Paul Guerich eine Landkonzession von 140000 Hektar auf 30 Jahre in der Provinz Llanquihue zum Zwecke der Anlage eines Hochofenwerks. Mit dem Bau der Anlagen muß innerhalb von 2 Jahren begonnen werden. Innerhalb von 5 Jahren muß der volle Betrieb im Gange sein. Neben Eisen muß Stahl und anderes damit in Zusammenhang stehende für den Landesbedarf hergestellt werden. Die Konzession kann die Regierung nach Ablauf von 30 Jahren bei befriedigender Produktion verlängern. Falls die Konzession nach Ablauf von 30 Jahren erlischt, gehen alle Geländeverbesserungen, wie Bauten, Brücken, Wege, Kanäle, ausgenommen die Maschinen, in den Besitz des Staates über. Diese Nachricht wurde von den Deutschen Chiles um so freudiger begrüßt, als es sich um die erste große industrielle Anlage solcher Art durch Deutsche in Chile handelt, nachdem die Franzosen in Corral Mißerfolge erzielt hatten.

BRIEFE AUS DEM AUSLAND

Vom Deutschtum in Estland.

Rückblick und Ausblick. Aus Reval wird uns geschrieben: Am 25. Februar jährte sich zum dritten Male der Tag des Einzuges der deutschen Truppen in Reval. Wieder ziehen die tief in jedes deutsch empfindende Gemüt eingegrabenen Erinnerungsbilder aus den für unsere Heimat so hochbedeutsamen letzten Februartagen des Jahres 1918 kaleidoskopisch am inneren leuchtigen Auge vorüber: die bolschewistische Schreckenszeit, die erst kaum geglaubten Meldungen über den beginnenden Vorstoß des deutschen Nordkorps und endlich der unaufhaltsame Siegeszug der deutschen Truppen und ihr Einzug in Reval. Wenn dies alles wieder im Erinnern lebendig wird, so steigt die alte Frage in einem auf: „Hat diese Summe von Energie, Aufopferung und Todesmut, die diesen letzten großen Vorstoß der deutschen Truppen gegen Osten kennzeichnet, der Sache des Deutschtums in unserer Heimat einen Nutzen gebracht?“ Und im Erinnern an die wütenden Ausbrüche eines unversöhnlich zehrenden Hasses gegen alles Deutsche nach der Räumung des Landes durch die deutschen Truppen im Spätherbst des Jahres 1918 könnte es einem fast scheinen, als müßte die Antwort auf die Frage lauten: „Keinen!“ Der dem Siegeszug der deutschen Truppen folgende schöne Traum einer neuen Periode deutscher politischer Vorherrschaft in den Ostseeländern schien in das abgelaute auch des bis dahin immerhin noch vorhandenen kulturellen und wirtschaftlichen deutschen Einflusses in diesen Ländern ausklingen zu wollen. So schien es damals in den trostlosen November- und Dezembertagen des Jahres 1918 und die Ereignisse des Jahres 1919 und auch noch des Jahres 1920 schienen nicht geeignet, in bezug auf die Zukunft des Deutschtums in unserer Heimat irgendwelche optimistische Hoffnungen aufkommen zu lassen. War doch alles, was deutsch war, in Acht und der bloße Verdacht, die deutsche Sache während der Besatzungszeit in irgendeiner Weise gefördert zu haben, ge-

nügte, um als Verräter und Landesfeind den schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt zu sein. Rachsucht, Neid und Haß feierten unter dem Deckmantel nationaler Selbsthilfe damals wahre Orgien. Wo irgend einmal eine Stimme der Vernunft im estnischen Lager laut zu werden versuchte, wurde sie vom Chor der Hetzer überschrien oder derjenige, der zu widersprechen wagte, selbst des Verrates angeklagt. Nicht einmal deutsche Kultur und deutsche Wissenschaft wurde anerkannt. Auch auf diesem Gebiet, ebenso wie auf dem politischen, durften als einzige Führer England und Frankreich gelten. Es war eine schwere Zeit, eine Zeit unerhörter Prüfung und Heimsuchung für jeden, dem die deutsche Sache noch am Herzen lag in unserer Heimat. Schien diese Sache doch endgültig verloren zu sein. Wie hätten die Zeichen der Zeit damals auch anders gedeutet werden können? Und doch, so scheint es jetzt, wäre ein abschließendes Urteil damals verfrüht gewesen.

Zeiten politischer und nationaler Erregung sind wenig geeignet, sich über die wirklichen Wünsche und Bestrebungen eines Volkes ein richtiges Bild zu machen. Wohl sind die Völker in solchen Zeiten großer Taten fähig, aber das eigene Urteil und die sachliche Erwägung treten zurück und die Volksmassen sind für Einflüsterung von Hetzern und Demagogen noch mehr zugänglich als sonst. So war es auch hier. Jetzt, wo das Schlagwort der von Deutschland drohenden Gefahr nationaler Vergewaltigung keine rechte Zugkraft mehr hat, zeigt es sich immer deutlicher, daß von allen Kulturen des Westens, von der finnischen abgesehen, den Esten die deutsche Kultur doch am gemäßigtesten ist. Wie sollte dies auch anders sein? Verbindet sie mit dieser Kultur doch die Gewohnheit und die Tradition von Jahrhunderten. Dazu kommt der Umstand, daß die deutsche Sprache neben der russischen dem gebildeten Esten am geläufigsten ist und er seinen Bildungsbedarf daher am leichtesten aus den Veröffentlichungen des deutschen Buchhandels decken

kann. Für den Umschwung der Stimmung in dieser Hinsicht ist es nun sehr bezeichnend, daß man es bereits wagt, seine Meinung über diesen Punkt offen auszusprechen. Noch vor kurzem wäre es ausgeschlossen gewesen, daß ein estnisches Blatt der Verbreitung deutscher Kultur das Wort redete. Heute kann es sich ein führendes estnisches Blatt bereits erlauben, gegenüber dem wütenden Angriff eines estnischen Blattes gegen die Vorherrschaft des hiesigen deutschen Buchhandels den kühlen Einwand zu erheben, daß die deutsche Kultur vorderhand dem estnischen Bedarf an westeuropäischer Kultur vollauf genügen dürfte, und davor zu warnen, sich jetzt plötzlich, mir nichts dir nichts, dem englischen oder französischen Kulturkreis zuzuwenden, wo der deutsche durch Tradition und mannigfache Beziehungen einem doch so viel näher stehe. Bezeichnend für den Stimmungsumschlag ist es ferner, daß die zweifellos sachlichste und objektivste estnische Tageszeitung, das „Paewaleht“ (Tageblatt) mehr und mehr zum gelesensten und führenden estnischen Preßorgan wird. Gerade die genannte Zeitung sieht es u. a. als eine ihrer vornehmsten Aufgaben an, neben einer überhaupt ausgesprochen westlichen Tendenz, gegen den in einem Teil der estnischen Presse immer noch beliebten Haß- und Lügenfeldzug gegen alles Deutsche energisch Front zu machen und ihre Leser über alle Deutschland und das Deutschtum betreffenden Fragen objektiv zu orientieren. Endlich trägt der immer lebhafter werdende wirtschaftliche Verkehr mit Deutschland das Seine dazu bei, der Animosität gegen alles Deutsche mehr und mehr die Spitze zu nehmen.

Auch im Verhalten gegen die örtlichen baltischen Deutschen macht sich der Umschwung in der Stimmung bemerkbar. Die Tatsache, daß bei den Stadtwahlen in Pernau, Arensburg und Hapsal die Deutschen die meisten Stimmen erhielten, läßt sich nur dadurch erklären, daß ein großer Teil der örtlichen Esten für die deutschen Kandidaten gestimmt hat. An dieser Tatsache kann die Empörung chauvinistischer estnischer Blätter, wie des „Postimees“ und des „Tallinna Teataja“ über das Wahlergebnis nichts ändern. Sie sprechen über die Unaufgeklärtheit der Wähler, aber es ist bemerkenswert, daß dem gegenüber das schon oben zitierte „Paewaleht“ feststellt, daß der Grund, warum ein Teil der estnischen Wähler ins deutsche Lager übergegangen ist, darin zu sehen sei, daß eine große Menge von Leuten von den bisherigen Parteien und deren parteipolitischen Geschäftsführung nichts Gutes erhoffte und sich nach den alten Zeiten zurücksehne, wo die städtischen Angelegenheiten wenigstens ordentlich betrieben wurden, und dann wörtlich fortfährt: „Es ist das für uns eine bedauerliche Erscheinung, aber es ist nicht notwendig, dieser Erscheinung gegenüber, wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand zu stecken und ein gedankenloses Klagegeschrei zu erheben.“

Es wäre gewiß verfrüht, in den gegenteiligen Fehler zu verfallen und aus diesen Anzeichen einen Stimmungsumschlag im estnischen Volk, nun schon in bezug auf die Zukunft des Deutschtums und des deutschen Einflusses in unserer Heimat allzu optimistische Schlüsse ziehen zu wollen. Die Agrarreform, mit der man den deutschen Einfluß im Lande in seiner Wurzel zu treffen hofft, wird nach wie vor, aller besseren Einsicht zum Trotz, mit schonungslosem Eifer durchgeführt und politisch ist man weit davon entfernt, die Tatsache anzuerkennen, daß, wie immer auch später in der Zeit der Okkupation gegenüber den Selbständigkeitsbestrebungen der baltischen Staaten gesündigt worden sein mag, die Zertrümmerung Rußlands und damit die Voraussetzung zu Selbständigkeit der Randstaaten überhaupt, einzig und allein durch die deutschen Waffensiege im Osten

geschaffen worden ist. Es wird wohl noch eine Weile vergehen müssen, ehe die baltischen Staaten, ebenso wie jetzt schon Finnland, Deutschland für diese Tat Dank wissen werden. Einmal aber wird dieser Tag kommen und dann wird es sich zeigen, daß die Ströme deutschen Bluts nicht unnütz geflossen sind.

In den zahlreichen Ansprachen und Festreden zur Feier der dritten Wiederkehr der Selbständigkeitserklärung Eestis am 24. und 25. Februar wurde Deutschlands nicht gedacht, die deutsche Sprache war aber die offizielle Sprache für den Austausch von Ansprachen und Reden mit den zahlreichen zum Fest erschienenen Vertretern Finnlands und der übrigen baltischen Staaten. Es wurde einem in diesem Anlaß plötzlich seltsam klar, daß das gemeinsame all dieser Staaten und das, was sie mit dem Westen verbindet, die in ihnen aufgegangene Saat germanischer, speziell deutsch-schwedischer Kultur sei. Es ist daher nur zu verständlich, wenn Finnland, wo diese Saat am tiefsten Wurzel getrieben, von einer Erweiterung des geplanten baltischen Bundes zu einem Bunde aller an die Ostsee angrenzenden Staaten träumt. Diesem Wunsch liegt die gesunde Einsicht zugrunde, daß nur ein engerer Zusammenschluß mit den benachbarten westeuropäischen Staaten den jungen, aus russischer Zwangsherrschaft befreiten Staaten Freiheit und Existenz sichern kann. Noch werden wohl Jahre dahingehen müssen, ehe diese Erkenntnis über tiefeingewurzelte Vorurteile und Antipathien siegt, noch mancher Sturm von Osten wird diese Erkenntnis vielleicht festigen müssen, dann aber wird die Saat reif sein für ein erweitertes Mitteleuropa. Mancherlei Anzeichen, von denen oben einige zitiert sind, berechtigen nun zur Hoffnung, daß das estnische Volk seinem nördlichen Nachbarn Finnland als erstes der baltischen Völker auf diesem Wege folgen wird. Dann wird die Antwort auf unsere eingangs gestellte Frage: „Hat der letzte große Vorstoß der deutschen Truppen gegen Osten der deutschen Sache Nutzen gebracht?“ lauten müssen: „Ja, er hat es!“

VERSCHIEDENES

Tirpitz über das Auslandsdeutschtum.

Der Name Tirpitz bedeutet eine politische Abstempelung, aber darüber hinaus doch Erinnerung an ein großes Wollen, an eine bedeutende Leistung. Nicht von der Politik soll daher hier die Rede sein, wenn wir aus einer sonst sehr politischen Ansprache des Schöpfers der deutschen Flotte, die er am 14. Dezember 1920 vor einem geladenen Kreise in Hamburg hielt und die die „Grenzboten“ in ihrer Nummer 8/9 wiedergeben, ein Stück zitieren, sondern von der Erfahrung eines der Träger des weltpolitischen Gedankens des neuen Deutschland vor 1914, der in dieser Rede über die Auslandsdeutschen wie folgt urteilt:

„Ich will nicht viel von meiner eigenen Waffe sprechen. Bei uns in der Marine gab es keine Bayern, keine Preußen. Wir standen gemeinsam da, der großen Fremde gegenüber. Wir waren ein Schmelztiegel für das Deutschtum und eine Schule für den Weitblick; beides wird uns für lange Zeit fehlen. Ich kann auch meine eigenen Erfahrungen auf dem Gebiete des Auslandsdeutschtums anführen. In einigen fünfzig Jahren, die ich die Freude und die Ehre gehabt habe, in der Marine zu dienen, beobachtete ich unser Auslandsdeutschtum und lernte es kennen. Ich erinnere mich, wie wir im Jahre 1871, bald nach der Gründung des Reichs, ein Häuflein Deutscher in einem Urwald bei fürchterlicher Hitze zusammensaßen und uns beinahe die Köpfe einschlugen über die Frage, ob es richtig war, ein Deutsches Reich zu gründen, und ich vergleiche mit dieser Erinnerung die aufopfernde Tat:

keit, die unsere Auslandsdeutschen in diesem Kriege für ihr altes Mutter- und Vaterland aufzuweisen haben. Im Gefühl tiefsten Dankes und ehrlicher Bewunderung denke ich besonders an diese unsere Auslandsdeutschen in den Abc-Staaten und in Ostasien, wo sie nach Tsingtau zusammenströmten, zurück. Wenn ich diese Erscheinungen zusammenfasse und von den Vereinigten Staaten, so besondere Bedingungen vorlagen, absehe, so ergibt sich doch für mich der Eindruck, daß die Auslandsdeutschen deutscher wurden und in mancher Beziehung einen klareren Blick hatten als viele Inlandsdeutsche, weil sie im Laufe der Jahre Deutschland und seine Verhältnisse von einer weiten Perspektive aus sahen, das Unwesentliche für sie zurücktrat und sie so unwillkürlich einen richtigeren Blick über das Ganze behielten.“

Ein deutscher Kulturpionier.

Chinesische Zeitungen in Kanton brachten, wie wir der „Köln. Zeitung“ entnehmen, folgende öffentliche Bekanntmachung: „Der deutsche Missionsarzt Dr. Eich wirkte 15 Jahre lang am Hospital der rheinischen Missionsgesellschaft in unserer Stadt Tungkun. Seine ärztliche Tätigkeit während dieser Zeit war groß und erfolgreich. Er hat viel Schwerkranken und dem Tode Nahe dem Leben wiedergeschenkt. Jetzt kehrte er in sein Vaterland zurück und wir Tungkuner gedenken seiner treuen Wirksamkeit. Wir können es ihm nicht vergelten. Außer

einigen Andenken, die wir ihm verehren, danken wir Tungkuner heute öffentlich.

Im zehnten Jahre der Republik, im ersten Monat.

Die Wohltätigkeitsanstalt. Der Verein „Ermunterung zum Wohltun“. Die Militärverwaltung. Die Regierungsmittelschule. Die Regierungsprimarschule. Die Handelskammer der Stadt Tungkun. Das Ältestenkollegium.“

Im Jahrgang III, Nr. 24, S. 747 des „Auslandsdeutschen“ wird ein brasilianischer Brief der „Kreuzzeitung“ zitiert, in dem Herr Pfarrer Neumann-Blumenau ausführt, das wenig gute Verhalten der französischen Militärmission in Rio de Janeiro trage zum guten Teile dazu bei, daß die Stimmung der Brasilianer für Deutschland wieder günstiger geworden sei. Wir erhalten dazu eine Zuschrift aus Brasilien: Es sei richtig, daß sich ein Umschwung in der Stimmung der Brasilianer zugunsten Deutschlands vollziehe. Daran sei schuld: 1. Die aus Frankreich zurückkehrenden brasilianischen Krieger berichteten, wie schlecht sie in Frankreich behandelt wurden. 2. Das brasilianische Volk sei empört, daß Frankreich die ehemals deutschen Schiffe, die Brasilien beschlagnahmte und an Frankreich verpachtete, nicht zurückzuerstatten für nötig erachtete und sie dazu in schauerhaften Zustand geraten lasse. 3. Seit dem Zusammenbruch Deutschlands sei Deutschland gegenüber die Ritterlichkeit der Brasilianer erwacht.

AUSWANDERUNGSWESEN

Den Auswanderern *).

Von Ludwig Finckh, Gaienhofen.

Unter der Weltenesche Yggdrasil wohnen die Menschen. In einem Erdenwinkel, beschattet von ihren Zweigen, leben die Deutschen, verträumt, weltfremd, gläubig. Wo sie hinkommen, da lächeln die andern.

Aber aus ihrer Einfalt sind Seelen gewachsen: Maler — Dürer, Holbein, Cranach; Musiker — Bach, Beethoven, Mozart; Dichter und Denker — Schiller, Goethe, Kant; und sie erfinden Farben, Maschinen, Flugschiffe, — denn sie sind schöpferische Menschen. Und dies alles wollten sie den anderen bringen.

Da wurden die anderen Menschen unwillig und trieben sie in ihren Winkel zurück. „Die Erde gehört nur uns.“ Und sie nahmen ihnen ihre Farben, Maschinen und Flugschiffe.

So müssen die Deutschen wieder von vorne anfangen, zu malen, zu musizieren, zu dichten, zu erfinden. Und sie werden aus ihrer Herzens-einfalt schöpfen als aus dem Urquell, und noch einmal aus sich leuchten lassen ihre Seele. —

Eine Bubenschule in Ulm hat über einen Feiertag aufgeschrieben: „Etwas von meiner Familie und von mir.“ Da war vieles, was sich die Jungen vorher noch nicht klar gemacht hatten. Und am Schlusse stand fast bei allen: „Wenn ich ausgelernt habe, gehe ich ins Ausland.“

Ihr Buben und jungen Auswanderer, vergesst im Ausland eure Heimat nicht! Wo Vater und Mutter lebten, wo ihr die ersten Frühlingssträube gebrochen und die

jungen Vögel habt singen hören, wo ihr herumgesprungen seid als Kinder, barfuß und barhaupt, da ist die Wurzel eures Seins. Gehet hinaus in die Länder, machet uns Ehre und bleibt Deutsche! Wachtet auf, reibt euch den Schlaf aus den Augen, wir wollen keine Träumer mehr sein, wir wollen klar in den neuen Morgen sehen; und wir wollen zu den anderen unsere deutsche Seele bringen, die Seele Dürers und Bachs und Goethes und derer, die über allem Neid und Kleinmut stehen: der Schöpfer. Die Weltenesche Yggdrasil wölbt sich über die Menschen, sie sollen nicht mehr über uns lächeln.

Eine Auswanderungsausstellung.

Die Zweigstelle des Rafaelsvereins veransaltete vom 5. bis 7. März in Essen eine Ausstellung über das Auswanderungswesen als erste Ausstellung dieser Art. Sie sollte alles vorführen, was der Auswanderer an Ausrüstungsgegenständen gebraucht und wie er sich im Ziellande in der ersten Zeit einzurichten hätte. Ein Urwaldzelt, Modelle von Kolonistenhäusern usw. sollten vorgeführt werden.

Das Schweizer Auswanderungsamt zur Frage der Einzel- oder Genossenschafts-Siedlung.

Das Schweizer Auswanderungsamt in Bern macht nach der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 4. März 1921 in Anbetracht der seit einiger Zeit im Kanton Zürich vermehrten Agitation zur Auswanderung nach überseeischen Ländern im öffentlichen Interesse darauf aufmerksam, daß die Auswanderung nicht durch künstliche Mittel, besonders nicht durch leichtfertige Anpreisungen unverantwortlicher Personen, die oft noch ihren persönlichen Vorteil suchen, forciert werden darf. Für die zur Gründung einer Kolonie erforderliche Propagandatätigkeit, sowie für die Anordnung von Vorbereitungen zur gemeinsamen Reise und Gründung einer Kolonie

*) Aus einem demnächst im Verlage von Strecker & Schröder in Stuttgart erscheinenden Buche des gleichen Verfassers: „Ahnenbüchlein“.

ist ein besonderes Gesuch um Bewilligung an den Schweizer Bundesrat zu richten. Das Schweizer Auswanderungsamt knüpft an diese Mitteilung den Rat, daß Auswanderungslustige, welche eine Kolonie gründen wollen, nicht sofort gemeinsam auf Geratewohl das Land verlassen, sondern einige tüchtige und gewissenhafte Leute als Pioniere vorausschicken sollen, die während eines längeren Aufenthaltes am Bestimmungsorte zu prüfen hätten, ob überhaupt die Möglichkeit zur erfolgreichen Gründung einer Kolonie vorhanden ist oder nicht. Diese Pioniere sollten eine zeitlang als Hilfskräfte in dortigen Kolonien arbeiten und die Verhältnisse, soweit sie für die Gründung einer Kolonie von Bedeutung sind, von Grund aus erforschen, und wenn sie eine Gründung nach bestem Wissen und Gewissen empfehlen können, die erforderlichen Vorbereitungen für den Landerwerb und für die Einreise der nachrückenden Ansiedler treffen. Dieser Weg entspreche nicht nur den gesetzlichen Vorschriften, sondern bewahre alle Beteiligten vor bitteren Enttäuschungen und schweren Schicksalsschlägen. Er führe, wenn auch langsam, doch mit Sicherheit zum erwünschten Ziele.

Die Gründung einer Bank für die Ansiedler in Brasilien.

Eine Bank für Ansiedler regt die „Germania“, Sao Paulo, vom 30. November 1920 an. Hauptzweck dieser Bank soll sein, solchen Kolonien und auch einzelnen Kolonisten, die irgendeine für den wirtschaftlichen Aufschwung der Kolonie unbedingt nötige Neuerung treffen wollen, denen es aber an dem nötigen Eigenkapital fehlt, Geld als Darlehen gegen niedrigen Zinsfuß zu gewähren und damit die Anfänger über die in den ersten Jahren sich einstellenden Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Der Aufruf ist ein Appell an die alten deutschen Kolonien im Staate Sao Paulo. Deutsche Vereine, Private und Banken sollen die Ansiedlerbank gründen, welche zugleich die Spargelder der Kolonisten aufnehmen soll, so daß nach und nach die Kolonisten selber Träger der Bank werden.

Das Bedürfnis nach einer solchen Bank wird nach Ansicht des Gewährsmannes sich immer mehr verstärken, „wenn erst die Einwanderung zur Ruhe kommt“. Denn kaum einer der Ansiedler wird über genügende Mittel verfügen, daß er größere Unternehmungen durch eigenes Kapital fundieren könnte. So ist er gezwungen, Geld aus Privathänden aufzunehmen, die hohe Zinsen fordern und ihn damit dem Ruin entgegenführen..

Wenn die deutschen Vereine und Handelshäuser unter anderen sich beteiligen, wird auch Kapital zur Gründung der Bank vorhanden sein.

Es wäre sehr erfreulich, wenn das Deutschtum Brasiliens sich zu solcher genossenschaftlichen Tat der Gründung einer Ansiedlerbank aufraffen könnte.

Von der Einwanderung nach Mexiko.

Das mexikanische Generalkonsulat in Hamburg teilt mit, daß aus Mexiko die telegraphische Nachricht eingetroffen sei wonach Präsident Obrégón das Landwirtschaftsministerium ermächtigt habe, die Einwanderung mit Beihilfen zu unterstützen, und zwar durch Gewährung freier Reise innerhalb Mexikos und durch Vergütung von 50 Prozent der Unkosten durch den Transport von Gepäck und Möbeln auf mexikanischem Gebiet, bei Anschaffung von Zucht- und Haustieren und landwirtschaftlichen Geräten. Einwanderer würden von den Zollgebühren befreit.

Unterbringung der deutschen Einwanderer in Mexiko.

Mitte Februar d. J. hat in der Hauptstadt Mexiko eine Versammlung der führenden Mitglieder der dortigen deutschen Kolonie stattgefunden, die sich mit der Frage der Unterbringung

der deutschen Einwanderer in Mexiko befaßte. Diese Versammlung stellt den ersten Schritt zu einem Werk dar, durch das die deutsche Kolonie Mexikos den einwandernden Landsleuten die Vorbedingung zu ihrem weiteren Fortkommen schaffen will. Es sei hier vorläufig nur auf das Projekt einer Lehrfarm hingewiesen, auf der deutsche Landwirte die nötige Erfahrung sammeln sollen, um später auf eigener Scholle oder als Verwalter fremder Grundbesitze voranzukommen. Die führenden Deutschen Mexikos warnen aber im Anschluß an dieses Projekt, das später eingehender besprochen werden soll, ihre neu zuwandernden Landsleute vor der Täuschung, als ob in Deutschland erworbene landwirtschaftliche Kenntnisse den Deutschen auch schon zu vollwertiger Arbeit in Mexiko befähigten. Selbst der nach deutschen Begriffen voll ausgebildete Landwirt in Mexiko müsse in vielen Dingen von Grund auf neu lernen, wolle er bei seinen „peones“, den untergebenen Arbeitern niedriger Kategorie, jenen Respekt genießen, dessen er zu ersprießlicher Tätigkeit unbedingt bedürfe. Auch eben in Mexiko angekommene junge Kaufleute werden entschieden davor gewarnt, sich als vollwertige Hilfskräfte anzusehen. Derartige Auffassungen führen nur zu Unzufriedenheit mit dem neuen Leben, da die Bezahlung in der Regel zu Anfang weit hinter dem zurückbleibt, was der Einwanderer sich erhofft hat. Die Folge davon ist natürlich, daß er auch sein Leben in einer Weise einschränken muß, die dem rosigen Bild nicht entspricht, das er sich von diesem Leben in Mexiko daheim ausgemalt hat. Erlernung des Spanischen und des Englischen sind die ersten Vorbedingungen für eine ersprießliche Tätigkeit in Mexiko. Fast alle der heute in glänzenden Verhältnissen lebenden Deutschen Mexikos haben klein angefangen und sich anfangs dieselben Beschränkungen auferlegen müssen, die heute den neu Einwandernden erwarten. Die deutsche Kolonie Mexikos tut alles, was nur irgend in ihrer Macht steht, um den aus der alten Heimat neu Zuwandernden in Mexiko eine neue Heimat zu schaffen. Doch muß die Kolonie mit der Eventualität rechnen, daß eines Tages die für Deutsche in Mexiko in Betracht kommenden Stellen in kaufmännischen, technischen und landwirtschaftlichen Betrieben sämtlich besetzt sein werden.

Die deutsche Einwanderung nach Paraguay.

Die von der paraguayischen Regierung erst im Januar 1920 gegründete Kolonie Independencia zählte laut Bericht des Landamtes bis zum 31. Dezember v. J. bereits 146 Deutsche. Weitere 42 Reichsdeutsche trafen im Januar 1921 mit dem Hamburger Dampfer Argentina ein, darunter 34 Ostafrikaner. Welch großen Wert die paraguayische Regierung auf diese erfahrenen Landwirte legt, beweist ihre telegraphische Ordre an den paraguayischen Generalkonsul in Buenos Aires sich jener ganz besonders anzunehmen und über die den Einwanderern gewährten großen Vergünstigungen (Freiland, Freipassagen von Buenos Aires nach Independencia usw.) aufzuklären.

Die 10000 Hektar große Kolonie Independencia trägt einen rein deutschen Charakter. Die deutsche Schule wurde Anfang Februar d. J. eröffnet und wird ihrerseits als wichtigster Faktor dazu beitragen, für weiteren deutschen Zuzug nach dort zu werben. Andererseits zeigt der Direktor des Landamtes, Herr Genaro Ranero, als zuverlässigste Stütze der deutschen Siedler in Paraguay, ein ganz besonders warmes Interesse für diesen von ihm geschaffene und schon mehrfach besuchte Kolonie. Sein Wunsch, sie vorzugsweise deutschen Einwanderern zur Ansiedlung zu überlassen und aus ihr eine „Musterkolonie“ zu machen, das am Alto Peraná gelegene Hohenau zu machen, bürgt für ihre schnelle und günstige Entwicklung.

F. V.

Von der Siedlungsgemeinschaft ehemaliger Ostafrikaner.

Mit der „Argentina“ ist auch die erste Gruppe der „Siedlungsgemeinschaft ehemaliger Ostafrikaner“ am „La Plata“ eingetroffen. Das argentinische Wochenblatt vom 12. Februar berichtet, daß sie sich auf dem Schiffe zu einem „Kolonialdeutschen Siedlerverband“ zusammengetan haben, welcher aus 81 Knöpfen mit Frau und Kindern besteht. Sie hätten fest umrissene Pläne sehr großzügigen Charakters, sie hofften den Baumwollanbau in extensiver Wirtschaftsweise in Argentinien oder Paraguay betreiben zu können. Ihre Ansiedlung machten sie von der Grundbedingung abhängig, daß ihnen der paraguayische oder argentinische Staat ungefähr 30000 ha brauchbaren Landes abtritt. Jedem Ansiedler sind hiervon zunächst 20 ha zugeordnet. Er soll dann Gelegenheit erhalten, weitere 80 ha auf Abzahlung hinzu zu erwerben. Sie halten fest an ihrem ostafrikanischen Ziel, die weltwirtschaftliche Unterstützung, ja Selbständigmachung Deutschlands, soweit dies mit dem gegebenen Siedlungssystem vereinbar ist, in die Wege zu leiten durch Erzeugung derjenigen Rohstoffe, die die Heimat dringend braucht, also in erster Linie Baumwolle. Zur Führung der Verhandlungen ist der Leiter des „Kolonialdeutschen Siedlerverbandes“, Herr Brixner, beauftragt. Der Berichterstatter hofft, daß sie ihr Kolonieprogramm durchführen können, damit auch die anderen, noch in Deutschland befindlichen 800 Angehörigen ihres Verbandes bald nachgezogen werden können. Dann wäre Argentinien aufrichtig zu beglückwünschen zu diesem Zuwachs in solchen Männern, die den untrüglichen Beweis von Deutschlands Fähigkeiten zum Kolonisieren durch Leistungen an produktiver Arbeit und heroischem Ertragen der ärgsten Strapazen so überzeugend erbracht haben.

Nach dem Argentinischen Tageblatt vom 6. Februar hat sich die paraguayische Regierung bereit erklärt, den mit der „Argentina“ gekommenen ehemaligen deutschostafrikanischen Pflanzern 20 ha Land pro Familie kostenlos zu überlassen, und zwar in Independencia (Muvebo) bei Villarica, in einer Gegend, wo schon zahlreiche deutsche Einwanderer ein Unterommen gefunden haben. Es handelt sich dabei um ein Gebiet ausschließlicher Urwaldwirtschaft, ähnlich wie in der Umgebung von Hohenau, mit genügenden, nie ausbleibenden Niederschlägen, viel fließendem Wasser und nur seltenem Auftreten von Heuschrecken, also um eine Gegend, wo in der ersten Zeit zwar nur mit geringen Einnahmen, aber doch mit Vorwärtkommen zu rechnen ist.

Der ganze Trupp von 81 Personen hat von der paraguayischen Regierung freie Fahrt von Buenos Aires bis ans Ziel, bei 50 Kilo Freigeäck, zugesagt bekommen. Auch alle mitgebrachten Waren und Gegenstände der Ostafrikaner sollen frei bis zum Siedlungs-

platz befördert werden, wahrscheinlich auch zollfrei eingeführt werden können.

Das Argentinische Tageblatt knüpft daran die Bemerkung, daß die so über alles Erwartungen schnelle Unterbringung dieser hervorragenden Kolonisationspioniere das Resultat langer Verhandlungen und Vorarbeiten ist, die zum Teil ein Jahr zurückliegen. Man hofft, daß den eingewanderten deutschen Farmern nach und nach ein Komplex von 35000 ha zur Verfügung gestellt werde, damit sie Ackerbau und Viehzucht im großen, den ostafrikanischen Verhältnissen ähnlichen Maßstab, betreiben können.

Hoffentlich machen nur die traurigen paraguayischen Arbeiterverhältnisse keinen Strich durch diese Rechnung. Jedenfalls werden unsere Ostafrikaner alle afrikanischen Maßstäbe erst verlernen müssen, ehe sie sich drüben einleben.

Unterstützung der Einwanderung durch die brasilianischen Regierungen.

Auf die Rundfrage des brasilianischen Landwirtschaftsministers bei den einzelnen Staatsregierungen, ob sie bereit seien, die Einwanderung zu subventionieren, sind jetzt laut der „Neuen deutschen Zeitung“ von Porto Alegre vom 2. März 1921 von den meisten Staaten Antworten eingegangen.

Der Präsident von Espirito Santo heißt deutsche und italienische Einwanderer willkommen unter der Voraussetzung, daß sie dem Bauernstande angehören. Die Staatsregierung verpflichtet sich, zu den Überfahrtskosten die Hälfte bis zur Höhe von 300 Contos beizutragen.

Der Präsident von Parana erwiderte, es ständen ihm leider keine Mittel für die Subventionierung zur Verfügung; die Staatsregierung werde aber die Ansiedlung von Einwanderern in den Municipien Tibagy und Guarapuava nach Möglichkeit erleichtern.

Rio Grande do Sul lehnt die subventionierte Einwanderung ab. — Santa Catharina erklärt sich bereit, diejenigen anzusiedeln, die ihm die Bundesregierung auf ihre Kosten zuschickt, hat im Haushaltsvorschlag keinen Posten für die Subvention vorgesehen.

Rio Grande do Norte erklärt die Einwanderung gerne zu sehen, aber ihm fehlen die Mittel, um sie zu unterstützen.

Pernambuco erklärt kurz und bündig, daß es keine Einwanderer wünsche.

Auch im Staate Rio werden laut Journal do Commercio durch eine deutsche Studienkommission Vorbereitungen zur Aufnahme von 2000 deutschen Familien getroffen, die vorwiegend aus Bayern bestehen.

In diesem Zusammenhang verdient der Schlußatz eines Schreibens besonders hervorgehoben zu werden, welches die Serra-Post vom 25. Februar 1921 als amtliche Informationen des Einwanderungs-Sekretariats der brasilianischen Gesandtschaft in Berlin abdruckt und welcher lautet: Nach Südbrasilien befördern wir keine Auswanderer.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschtum und Auslandkunde.

Die in großer Anzahl einlaufenden Drucksachen deutscher Vereine im Auslande werden im allgemeinen hier nicht aufgeführt. Sie werden im Vereinsarchiv des A. I. gesammelt und verzeichnet.

Übersicht:

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D. A. I. Dr. MANNHART und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Nach allgemeinen Gesichtspunkten:

Auslanddeutschtum i. allg.: 36. 62. 76. 82.. 105. 127. 129. 136. 139.

Grenzlanddeutschtum: 3. 6. 8. 10. 13. 15. 16. 18—20. 22—24. 29—31. 37. 38. 42. 63. 66—68. 71. 73. 75. 79. 84. 86. 87. 89. 91. 92. 96. 98. 100—103. 106. 108. 110. 111. 115. 117. 119. 121. 124. 125. 130. 131. 134. 137. 138. 140. 141. 143.

Auslandkunde i. allg.: 11. 14. 21. 35.

Auswanderung und Kolonisation: 2. 5. 33. 90. 128.

Kirche und Mission: 12. 35. 61. 78. 97. 99. 104. 107. 112. 113.

Rechtsfragen: 7. 18. 21. 22. 28. 68. 71. 86. 90. 95. 103. 109—111. 114. 123. 125. 135. 140.

Wirtschaftsfragen: 18. 20. 21. 24. 25. 27. 70. 85. 116. 143.

Schöne Literatur und Kunst: 9. 26. 77. 122. 132.

Deutschtum in der Darstellung des Auslandes: 1. 4. 9. 30. 34. 41. 64. 74. 117. 119. 132.

Regionale Übersicht:

Mitteleuropa: 3. 6. 8. 10. 16. 18—20. 22—25. 29. 31. 37. 38. 42. 81. 88. 89. 91—93. 106. 122. 124. 138.

Westeuropa: 4. 13. 30. 33. 41. 63. 64. 67. 73. 109. 111. 132—134.

Nord- und Osteuropa: 1. 20. 24. 27. 29. 32. 34. 63. 66. 78. 80. 89. 92. 97. 98. 108. 115. 119. 123. 135. 137. 141. 143.

Süd- und Südosteuropa: 12. 15. 26. 39. 43. 81. 87—89. 91. 93. 107. 122. 124.

Vorderasien: 83.

Zentralasien: 69.

Ost- und Australasien: 61. 94. 104. 142.

Afrika: 94. 99. 105. 112. 113. 118. 128.

Nordamerika: 5. 17. 30. 40. 65. 75. 95. 116.

Latinamerika: 2. 65. 70. 72. 77. 85. 126.

I. Einzelschriften.

1. Finnisch-Deutsche Gesellschaft. Zum Abschied des Freiherrn von Brück aus Finnland. Worte, gesprochen bei der Feier im Hotel Fennia, Helsingfors, am 24. Okt. 1920. 1. Rede des Vorsitzenden Prof. Dr. Wald. Ruin. 2. Rede des Freiherrn von Brück. 3. Rede des Herrn Dr. K. S. Laurila. [4.] Eino Leino, Germania Rediviva. Aus d. Finnischen von O. Manninen. Helsingfors 1921: Mercator Buchdruckerei. 28 S. 8°.

2. Ahrensburg, Hermann, Die deutsche Kolonie Tovar in Venezuela. Jena 1920: Neuenhahn. 27 S. 8°.

Der Verkehrschef der Großen Venezuela-Eisenbahn Caracas berichtet hier auf Grund mehrfacher Besuche über diese abseits allen Verkehrs gelegene deutsche Siedlung in Venezuela, die infolge einer fehlenden deutschen Schule bis zum Jahre 1916 schon fast dem Untergang geweiht war. Die Schrift ist reich illustriert und mit einer Spezialkarte 1 : 600 000 der Großen Venezuela-Eisenbahn versehen. Sie erretet nicht nur diese entlegene badische Siedlung aus dem Meer der Vergessenheit, sondern ist zugleich als Festschrift zur Erbauung des neuen Schulhauses anzusehen. Grisebach.

3. Bericht der Landesgewerkschaftskommission für die deutschen Gebiete der tschechoslowakischen Republik an den 1. ordentl. Gewerkschaftskongreß in Teplitz 1920. Reichenberg: Macoun 1920. 334 S. 8°.

4. Blondel, Georges, Que peut-on dire aujourd'hui des Allemands? Paris: Perrin [um 1921]. 8° fr. 4.50.

5. Bolton, Herbert Eugene and Thomas Maitland Marshall, The colonisation of North-America. 1492—1783. New York: Macmillan [um 1921]. 8° Doll. 4.25.

6. Bei unseren deutschen Brüdern in der Tschechoslowakei. Berichte der vom Nationalen Studentenbund Tübingen (im deutschen Hochschulring) in d. Tschechoslowakei z. Studium d. Lage d. dortigen Deutschen entsandten dreiköpfigen student. Studienkommission. (Stuttgart) 1921: (Klett). 59 S. 8°.

In vorbildlicher Weise arbeitet der Nationale Studenten-Bund Tübingen für die Aufklärung der Studentenschaft über die Lage des Grenz- und Auslandsdeutschums. Der vorliegende Bericht spiegelt die Reise wieder, die als Ausgangspunkt einer planmäßigen akademischen Bewegung gedacht ist. Neben der Tätigkeit in der Presse ist eine alle deutschen Hochschulen im Reich, Österreich und der Tschechoslowakei umfassende Studentenaustausch- und -wanderbewegung die einzige moralische Unterstützung, die das heranwachsende Geschlecht zurzeit den Volksgenossen jenseits der Reichsgrenze zuteil werden lassen kann. Der Bericht zeigt, wie dringend die vergewaltigten Deutschen in dem angeblich demokratisch regierten Staatswesen der Tschechen dieser Unterstützung bedürfen und wie schmerzlich sie im allgemeinen sie vermissen. Zahlreiche erschreckende Beispiele werden dafür beigebracht, wie die tschechische Staatsmaschine durch die Mittel der Wahlbataillone, der zwangsweisen Eingemeindung, der Beamtenversetzung und der Wirtschaftsgesetzgebung reindutsche Sprachgebiete zu gemischtsprachigen stempelt und deutsche Minderheiten offiziell zum Verschwinden bringt. Dr. H. M.

7. Bruns, Carl Georg, Staatsangehörigkeitswechsel u. Option im Friedensverträge von Versailles. Berlin: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1921. 71 S. 8° M 10.—.

8. Curtius, Friedrich, Deutsche Briefe und Elsässische Erinnerungen. Frauenfeld: Huber 1920.

9. La *Décoration* intérieure allemande et les métiers d'art à l'exposition de Bruxelles 1910. Paris: Ficker [um 1921]. 4° fr. 20.—.

10. Denkschrift der Lese- und Redehalle der deutschen Studenten in Prag betreffend die Beschlüsse des 2. deutschen Studenten-

tags in Göttingen über die allgem. Studentenausschüsse in den Kreisen VIII u. IX der „Deutschen Studentenschaft“ Prag: Selbstverlag 1920. 12 S. 8°.

11. *Eberle, Joseph, Großmacht Presse. Enthüllungen für Zeitungsgläubige. Forderungen f. Männer. Regensburg: Pustet. Wien: Verlagsanstalt Herold. VIII, 348 S. 8° M 18.—, geb. M 25.—.

12. Erasmus, Georg, Die deutsch-evangelische Gemeinde Armagea in Rumänien. Leipzig: Arwed Strauch 1921. 16 S. 8°.

(Volksschriften des Gustav-Adolf-Vereins. H. 6.) Die ansprechende kleine Schrift des früheren Geistlichen der rumänischen Dobruischagemeinde führt uns in ein entlegenes Arbeitsgebiet der premarxistischen Landeskirche, eine deutsch-rumänische Dobruischagemeinde. Die ersten Betrachtungen des Pfarrers, wie die Deutschen in diesen fernen Weltwinkel kommen sind, wie die Ansiedlung ausgebaut wurde und wie die deutsche evangelische Kirche unter den dortigen Deutschen als Zusammenhalt und Kulturträgerin wirkte, wird bis in den Krieg hinein lebendig geschildert. Grisebach.

13. Farbige Franzoseh am Rhein. Ein Notschrei deutscher Frauen. 3. Ausg. Berlin: Engelmann 1921. 96 S. 8° M 15.00.

Die vorliegende 3. Ausgabe der Veröffentlichung der Rheinischen Frauenliga umfaßt die in der 1. und 2. Ausgabe wiedergegebenen Urkunden, vermehrt um eine Anzahl noch nicht abgedruckter Protokolle. Die Zusammenstellung wirkt um so eindrucksvoller, als sie sich auf einen der Originale von entsprechenden Abdruck beschränkt. Die empörenden Tatsachen bedürfen keines Kommentars. Sie sollten in allen neutralen und den angelsächsischen Ländern immer weiter verbreitet werden.

14. *Gesamtverzeichnis der ausl. Zeitschriften. Hrsg. vom Auskunfts-bureau d. deutschen Bibliotheken. Nach dem Stande vom 1. Dez. 1920. Berlin 1921. VIII, 58 S. 4° (für Subskribenten) M 9.—.

15. Gribaudi, P., Le nuove terre italiane. Venezia Tridentina. Venezia Giulia, Zara. Notizie geografiche, storiche e economiche. Torino: Società editr. internazionale [um 1921]. 8° I. 3.—.

16. Statistisches Handbuch der tschechoslowakischen Republik. I. Zusammengest. vom Statist. Staatsamte. Mit alphab. Reg. und 1. Übersichtskt. d. Republik. Prag: Selbstverl. 1921. 106 S. 8° Kf. 25.—.

17. Handbuch für den Verkehr mit der Tschechoslowakei. Zsgest. u. hrsg. von der Verkehrsabteilung d. Handelskammer zu Oppeln. [Nebst:] Anhang: Verzeichnis der am Handel zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei beteiligten Firmen. Zsgest. von Handelssekretär F. Fieber. Oppeln 1921: Raabe. 143, 84 S. u. 1 Kt. 8°.

Die von der Handelskammer Oppeln mit der Unterstützung der deutschen tschechoslowakischen Abteilung des Deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes in Berlin herausgegebene Zusammenstellung ist ein wertvolles literarisches Hilfsmittel zur Förderung des Warenaustausches zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. Das Handbuch enthält einer allgemeinen Übersicht über die politischen, geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die wechselseitigen diplomatischen und konsularischen Vertretungen, die Paßbestimmungen, Bestimmungen über den Post- und Eisenbahngüterverkehr, Ein- und Ausfuhrvorschriften in der Tschechoslowakei sowie das grundlegende Wirtschaftsabkommen zwischen der Tschechoslowakei und der Tschechoslowakischen Regierung mit allen Anlagen. Gegeben ist eine politische Übersichtskarte der Tschechoslowakei und als Anhang ein vom Handelskammersekretär Fieber in Oppeln zusammengestelltes Verzeichnis der am Handel zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei beteiligten Firmen. Dr. H. M.

18. Haworth, Paul L., The United States in our own time. 1865—1920. London: Allen & Unwin [um 1921]. 8° sh. 16.—.

19. Herr, Artur, Das Büchereigesetz und unsere Bücherbewegung. Olmütz: Bund d. Deutschen Nordmährens 1921. 22 S. 8° Kr. —.60.

20. Hilgermann, Bernhard, Der Handel Schlesiens mit Polen und seine Entwicklung auf Grund d. natürl. Gegebenheiten. Ein Beitrag z. Handelsgeographie von Schlesien. Breslau: Schles. Buchdruckerei- u. Verlagsgesellschaft [1921]. 64 S. 8° M 7.—.

21. Isay, Herm., Die Lage der deutschen Patente in den fremden feindlichen Staaten. Berlin: Vahlen 1921. 52 S. 8° M 7.—.

22. Klein, Franz, Die Revision des Friedensvertrages von St. Germain. Ein Leitfaden für d. Aufklärungsarbeit. Wien: Frisch [1920]. IV, 63 S. m. 1 Kt. 8° M 7.—. (Büch. f. Frieden u. Freiheit.)

23. Koberg, Karl, Zur Organisation der deutschen Volksbildung. Eger: Böhmerland-Verlag 1920. 8 S. Kr. —.33. (Böhmerland-Flugschrift f. Volk u. Heimat. 10.)

24. **Lessing, Walter**, Deutschland u. Ost-Europa. Vortrag. Berlin: Kulturliga [1921]. 24 S. 8° M 2.—. Als Ms. gedr.

Im Augenblick, da unserem Außenhandel durch die Zwangsmaßnahmen der Entente eine Neuorientierung aufgewungen ist, kommt die Schrift eines guten praktischen und theoretischen Kenners Rußlands sehr gelegen. Der Verfasser legt die innigen Beziehungen der oberschlesischen Frage zur Orientierung dar und rechnet realpolitisch mit den herkömmlichen Schlagwörtern über die Zukunft Polens und der Randstaaten ab. Er warnt vor über-eilter Aufnahme der Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland und vor Hoffnung auf Rückwirkungen auf unsere inneren Zustände. Eine Gesundung der europäischen Verhältnisse erwartet der Verfasser von einer allmählichen Umbildung der jetzigen aus politischer Willkür geschaffenen Staaten nach organischen, in erster Linie wirtschaftlichen Grundsätzen, wobei der Gedanke der Selbstverwaltung in russischer Ausprägung (Semstwo) eine Rolle spielen werde. Er empfiehlt, Polen, das als Mittelglied zwischen Ost- und Mitteleuropa unentbehrlich sei, sachlicher und nach Maßgabe seiner tatsächlichen Kräfte einzuschätzen. Als Ziel der Entwicklung schweben ihm politisch löse, wirtschaftlich fest verbundene Vereinigte Staaten von Osteuropa vor.

Dr. H. M.

25. **Leutwein, Paul**, Weltwirtschaftskampf der Nationen mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands. Leipzig: Glöckner 1921. VI, 110 S. 8° M 3.—. (Glöckners Handels-Bücherei. Bd. 69.)

26. **Liederbuch** des Kulturverbandes. Hrsg. vom Deutsch-schwäbischen Kulturverbande. Timisoara 1921. VII, 141 S. 8°.

Das Liederbuch enthält die Texte von über 100 der bekanntesten Volks- und Studentenlieder, wie sie laudat, landab im gesamten geschlossenen deutschen Sprachgebiet gesungen werden. Eine Ausnahme davon macht nur das Siebenbürger Volkslied „Siebenbürgen, Land des Segens“ (S. 106). Es wäre sehr erwünscht, bei der Neuaufgabe das schwäbische sowie das deutsch-banater und siebenbürgische Volkslied stärker vertreten zu sehen. Auch mundartliche Liedertexte, die der deutsche Süden und Südosten in Fülle hervorgebracht hat, können nur dazu beitragen, die Erinnerung der deutsch-schwäbischen Siedler an ihre alte Heimat zu kräftigen.

Dr. H. M.

27. **Miljutin, W. P.**, Die Volkswirtschaft in Sowjet-Rußland. Eine kurze Abhandlung über d. Verwaltungsorganisation u. die Lage d. Industrie in Sowjet-Rußland. Wien: Arbeiter-Buchhandl. 1920. 36 S. mit 1 Taf. 8° M 3.—.

28. **Montglas, Graf Max**, Zur Schuldfrage. Eine Untersuchung über den Ausbruch des Weltkrieges. Berlin: Kulturliga [1921]. 30 S. 8° M 2.—.

Bei der Bedeutung der Schuldfrage für die Auslegung des Versailler Vertrages ist es zu begrüßen, daß eine der berufensten Persönlichkeiten eine knappe Zusammenfassung gibt, die die Legende von der Alleinverantwortlichkeit Deutschlands für den Weltkrieg widerlegt. Der Verfasser zeigt an der Hand der entfernteren Vorgeschichte und der unmittelbaren Entstehungsgeschichte des Krieges, daß Artikel 231 (über die Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch) unhaltbar ist und dem Vertragsgebäude damit die rechtliche und moralische Basis entzogen wird, mit der die feindlichen Regierungen den Gewaltfrieden und die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln vor ihren Völkern rechtfertigen.

29. **Müller, August**, La question de la Haute-Silésie au point de vue polonais. Berlin: Litfaß 1921. 21 S. 8°.

30. **Noyes, Pierrepont B.**, Gerechtigkeit gegenüber Deutschland und Frankreich. Übers. aus „The Nation“-New-York vom 19. I. 1921 von Heinrich Freeden. Mannheim: Pfalz-Zentrale 1921. 27 S. 8°.

Mr. Noyes war als amerikanischer Bevollmächtigter bei der Interalliierten Rheinland-Kommission der höchste amerikanische Zivilbeamte im Rheinland. Er legte sein Amt nieder, was seine in der vorliegenden Schrift enthaltenen Anschauungen über die Lage in Europa durchaus begreiflich erscheinen lassen. Aus genauer Kenntnis der wirtschaftlichen Notlage Deutschlands und Frankreichs verwirft Noyes die unter französischer Führung angewandten militärischen Methoden der Besetzung und Verwaltung der Rheinlande durch die Alliierten, sowie die Förderung der Loslösungsbestrebungen durch die Franzosen. Noyes macht positive Vorschläge zum Wiederaufbau Europas unter Beihilfe der Vereinigten Staaten und eines wirklichen Völkerbundes.

Dr. H. M.

31. **Unser Oberschlesien**. Ein Buch der Heimat. Gotha: F. A. Perthes [1921]. 47 S. M 2.—.

In dem mit Landschafts- und Trachtenbildern ansprechend ausgestatteten Heft werden die natürlichen, geschichtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge Oberschlesiens mit Gesamtdeutschland in knapper und allgemeinverständlicher Sprache geschildert.

32. **Panin, Victor**, Das zaristische Rußland. (Aus dem Russ. übers. von Alice Panin.) Berlin: Seehof 1921. M 18.—, geb. M 25.—.

33. **Papen, F. von**, Die französische Fremdenlegion, eine Warnung für Deutschlands Söhne. Berlin: Zentralverlag 1921. 20 S. 8°.

Die Auswandererberatungsstellen im Reiche wissen ein Lied davon zu singen, wie viele romantisch veranlagte deutsche Jünglinge sich noch immer von der französischen Fremdenlegion angezogen fühlen. Erst kürzlich berichtete ein aus der Fremdenlegion abgeschobener deutscher Soldat dem Unterzeichneten, daß er in Marseille täglich an 100 für die Fremdenlegion bestimmte Deutsche habe eintreffen sehen. In ihrer wahrheitsgetreuen Schilderung vermag die vorliegende Schrift nüchterne Erwägung an Stelle der rosig schimmernden Romantik zu setzen. Die Werbemethode der Franzosen, die

Zustände in den Sammelagern, das Strafsystem der Legion und ihre sittlichen Gefahren für den einzelnen werden hier wahrheitsgetreu geschildert. Wir erfahren auch, wie die Legion schon das Grab für eine Viertelmillion deutscher Jünglinge werden konnte.

Grisebach.

34. **Die deutsche Rettungsakt 1918**. Von der finnisch-deutschen Gesellschaft an ihrem 1. Jahrestage in Reden gefeiert. Helsingfors: Tilgmann 1919. 15 S. 8°.

35. **Schreiber, A. W.**, Internationale kirchliche Einheitsbestrebungen. Leipzig: Dörffling & Franke 1921. 64 S. 8°.

Der Direktor der deutsch-evangelischen Missionshilfe, der zugleich Mitglied des internationalen Komitees des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen ist, führt als guter Sachkenner in dieser wertvollen Schrift durch das Labyrinth der internationalen kirchlichen Einheitsbestrebungen. Verfasser konstatiert den beginnenden Umschwung der britischen Kirche in ihrer Stellung zur deutschen Mission. Die Schrift will helfen, den unbedingt nötigen Brückenbau zwischen Deutschland und der bisher deutschfeindlichen Welt zu beschleunigen. Die Schrift ist der theologischen Fakultät der Universität Greifswald gewidmet.

Grisebach.

36. **Spann, Othmar**, Vom Wesen des Volkstums. Was ist deutsch? Ein Vortrag. Eger: Böhmerland-Verlag 1920. 23 S. 8° M 2.—.

Besser als weitschweifige Abhandlungen beantwortet der vorliegende, im Volksbildnerlehrgang des Vereines „Deutschmährische Heimat“ zu Brünn gehaltene Vortrag die Frage nach dem Wesen des Volkstums. Der Verfasser zeigt an Beispielen, daß die Merkmale der Sprache, des Staates und der Rasse weder einzeln noch vereint genügen, um ein Volkstum zu bestimmen. Über ihnen steht als wesentliches Merkmal die geistige Gemeinschaft, der gemeinsame Kulturinhalt. Der Vortragende sucht dann Hingabe an das innere Wesen einer Sache als die Besonderheit der deutschen Geistesverfassung aus unserer Geschichte, Kunst und Literatur darzustellen und schließt mit der Mahnung, den reinen deutschen Geist in allem Bildungswesen zu suchen und zu fördern. Der Anhang gibt auf 3 Seiten die wichtigsten Schriften für die Volksbildungsarbeit an.

Dr. H. M.

37. **Spunda, Anna**, Aus Mährens deutsch. Vergangenheit. Eger: Böhmerland-Verlag 1920. 23 S. 8° K. —.75.

Die Verfasserin, Schwester des nordmährischen Dichters, hat in der vorliegenden Schrift das bisher fehlende Gegenstück zu Dr. E. Gierachs Aufsatzreihe „Aus Böhmens deutscher Vergangenheit“ (Böhmerland-Flugschrift 1, 2. Aufl. K. 0,50) gegeben. Mährens Lage, das alte Quadenreich, der deutsche Kampf gegen das römische Reich, Mähren während der Völkerwanderung, die Einwanderung der Slawen, das Großmährische Reich, der deutsche Einfluß unter den ersten Přemysliden, die deutsche Kulturarbeit im 13. Jahrhundert und die weiteren Schicksale der Deutschen werden in knapper und volkstümlicher Sprache geschildert. Zur ersten Einführung ist die Schrift für Schul- und Volksbüchereien sehr geeignet.

Dr. H. M.

38. **Das neue Ungarn**. Ein Sieg des völkischen Gedankens. Von einem. Deutschungarn. Hrsg. vom Vereinigten Ungar. Christl.-nation. Verbands. München: Boepple 1920. 40 S. 8°.

Die Schrift ist kennzeichnend für den Aufschwung, den der nationale Gekanz in Ungarn seit der Verstumelung des Landes durch den Frieden von Trianon genommen hat. Er geht Hand in Hand mit einem leidenschaftlichen, durch die Besitzverteilung bedingten, durch die Kommunistenwirtschaft ausgelösten Antisemitismus und einer rückwärts gewandten Rassenromantik. Die turanische Bewegung wird zur wissenschaftlichen Grundlage dieser Bestrebungen erklärt. Die deutschungarische Frage streift der Verfasser nur flüchtig auf S. 31/32. Der Anhang enthält ein Verzeichnis christlicher (d. h. nationalmadjarischer) Zeitungen und Zeitschriften, einiger Vereine auf rassensbewußter Grundlage, christlicher Wirtschaftsunternehmungen und lesenwerter (meist antisemitischer) Schriften sowie beachtenswerter Verlage und Vereine außerhalb Ungarns.

Dr. H. M.

39. **Vlakhoff, Dimitre**, La situation économique et financière de la Bulgarie. Exposé, fait dans la XXV-e session ordinaire de la chambre de commerce et d'industrie de Varna. Sofia [um 1921]: Impr. de la Cour. 83 S. 8°.

40. ***Dem deutschen Vorkämpfer in Amerika Herrn Louis Viereck** zu seinem 70. Geburtstag gewidmet von seinen Freunden. New York: The Fatherland Corporation 1921. 71 S. 8°.

41. **Weil, D'Ulrich à Jéna**. Correspondance inédite du chevalier de Gentz avec Francis James Jackson, Ministre de la Grande-Bretagne à Berlin (1804—06). Paris: Payot 1921. 336 S. 8°.

42. **Ein tschechischer Weltbetrug**. Eine Denkschrift d. tschech. Vertreter an die Friedenskonferenz. Wien: Verlag d. Hilfsvereines [1921]. 14 S. 8° K. 4.—. (Flugschrift d. Hilfsvereines f. Deutschböhmen u. die Sudetenländer. 1.)

Ähnlich wie in der Frage der Abgrenzung von Deutschland und Polen von ausschließlich polnischer Propaganda, ist die Friedenskonferenz von Versailles bei der gewaltsamen Gründung des tschechischen Staatswesens von Denkschriften tschechischer Herkunft entscheidend beeinflusst worden, deren statistischen, geschichtlichen und ethnographischen Entstellungen und Fälschungen die Deutschen mangels jeder Vertretung auf der Konferenz nicht entgegenwirken konnten. Der Hilfsverein für Deutschböhmen in Wien hat sich ein Verdienst erworben, indem er eine dieser Denkschriften, das sog. *Mémoré* 3, dem Studium und damit der Entschleierung preisgibt.

Dr. H. M.

43. ***Wendel, Hermann**, Von Marburg bis Monastir. Eine süd-slawische Reise. Frankfurt a. M.: Societäts-Druckerei 1921. 126 S. 8° M 15.—, geb. M 20.—.

II. Zeitschriften u. Forts.-Werke.

44. Bursa Cărtilor. *Bücher-Anzeiger* für Rumänien. Annonces du livre en Roumanie. Red.: F. Schledt, L. Dunoguiér. Jg. 1. 1921. (Nr. 1 vom Jan. 1921. 8 S.) Rădăuți: Schledt. Beg. Jan. Jährl. 12 H.
45. **Bundes-Kalender* für d. Jahr 1921. Hrsg. vom Deutsch-Chilenischen Bund. Valparaiso: Imprenta Victoria 1921. 97 S. Doll. 2.—.
46. Thom's official *Directory* of the United-Kingdom of Great Britain and Ireland for the year 1921. Year 78. Dublin: Thom 1921. 8° s. 35.—.
47. *[bulg. u. dt.] *Zapadno echo*. Polutěsečno spisanie za turgovija, stopanstvo i kultura. Echo des Westens. Zeitschrift für den bulgarisch-deutschen Wirtschaftsverkehr. Verantw. f. d. bulg. Teil: Dr. Iwan Parapanoff; f. d. deutsch. Teil: Ing. W. Ritter. Jg. 1. 1921/22. Jährl. 24 Hefte, viertelj. M 8.—. Leipzig: Parapanoff. H. 1. 1. Febr. 1921. 32 S. 4°.
48. Mein *Elsaßland*. Ill. Monatsschrift f. elsäss. Literatur und Kunst, Volks- u. Heimatkunde. Jg. 1. 1920/21. (H. 4 v. Jan. 1921. 35 S.) Colmar: Société Alsacienne d'Édition „Alsatia“. Beg. Okt. Jährl. 12 H. fr. 20.—.
49. *Erdbüchlein*. Kleines Jahrbuch der Erdkunde. [Jg. 2]. 1921. Hrsg. unter Mitarb. von J. Eltz, Major Franz Carl Endres, Lothar Heberer [u. a.]. Mit 28 Abb. u. Ktch. Stuttgart: Franckh 1921. 80 S. 8° M 5.20.

Der zweite Jahrgang dieses wertvollen kleinen Nachschlagewerkes richtet sich in der Anlage nach seinem auf S. 218, 1920, dieser Zeitschrift besprochenen Vorgänger. Über die politischen Veränderungen der Erdkarte ist in der denkbar kürzesten Frist, soweit endgültige Ergebnisse vorlagen, Bericht erstattet worden. Bei Deutschland sind die Abstimmungs- und abgetrennten Gebiete ausführlicher behandelt. Der geographischen Übersicht über die Staaten der Erde folgen diesmal Aufsätze über Oberschlesien (J. Lützelburger), Das ethnographische Polen (Dr. E. Wunderlich), Südslawien (H. Wendel), Die Aufteilung der Türkei (F. C. Endres), Die deutsche Auswanderung nach Südamerika (Prof. H. Hertzberg), Das Welteisenbahnnetz von heute (L. Heberer) und Die Polarforschung (J. Eltz).

50. **Der Familienfreund*. Katholischer Hauskalender und Wegweiser f. d. Jahr 1921. Jg. 9. Hrsg. v. Volksverein f. d. deutschen Katholiken in Rio Grande do Sul. Porto Alegre: Hugo Metzler. 172 S. 8°.
51. Statistisches *Handbuch* für die Republik Österreich. Hrsg. von d. Statist. Zentralkommission. Jg. 1. Wien 1920: Österr. Staatsdruckerei 1920. VIII, 87 S. Kr. 10.—.
52. **Ungarische Jahrbücher*. Hrsg. von Robert Gragger. Bd. 1. 1921. (H. 1 vom Febr. 86 S.) Berlin: Vereinigung wissenschaftl. Verleger. Beg. Febr. Jährl. 4 H. M 24.—.
53. *Jugendfürsorge*. Mitteilungen des „Deutschen Jugendfürsorge-Reichsverbandes in der tschechoslowak. Republik. Gel. von Dr. Hugo Heller. Jg. 5. 1920/21. (H. 1 vom Okt. 16 S.) Reichenberg: Verlag d. Zeitschrift. Beg. Okt. Jährl. 12 H. M 20.—.
54. **Baltischer Kalender* 1921. Riga: Bruhns 1921. 48 S. 8°.
55. **Bistritzer Kalender* für d. Jahr 1921. Bistritz: Zikeli 1921. 128 S. 8°.
56. *[Russ., teilw. deutsch, franz., engl.] *Russkaja Kniga*. Das russische Buch. Le livre russe. The Russian book. Ezeměs-jaėnyj kritiko-bibliografičeskij žurnal. Red. Prof. A. S. Jaščenko. [Jg. 1.] 1921. (Jährl. 12 Nrn., je M 6.—.) Berlin SW. 48: Russ. Buchhdlg. Heinr. Sachs. Nr 1. janvar 1921. 64 S. 4°.
57. Der *Osteuropa-Markt*. Zeitschrift für d. gesamten Wirtschaftsinteressen Deutschlands u. der Oststaaten. Amtl. Organ d. deutschen Ostmesse Königsberg/Pr. Hrsg.: Dr. Wiegand. Schriftl.: Dr. Westenberger. J. 1920/21. Königsberg/Pr.: Meßamt. Beg. Okt. Jährl. 24 H., viertelj. M 6.—.
58. Deutsche *Schulzeitung* in Polen. Hrsg. vom Landesverband deutscher Lehrer u. Lehrerinnen in Polen. Verantw. für die Schriftl.: Willi Damaschke. Jg. 1. 1920/21. (Nr 3 v. 1. Nov. 1920. 7 S.) Bydgoszcz [Bromberg]: Großkurth. Jährl. M 96.
59. Nationaler Studentenbund Tübingen. Ab 21. Febr. 1921. „Hochschulring deutscher Art Tübingen“. 1. *Tätigkeitsbericht* (15. Okt. 1920 bis 10. Febr. 1921). (Stuttgart) 1921: (Klett). 23 S. 8°.

Das Studium dieses Berichts, insbesondere des Abschnitts 1, Grenzlandarbeit, ist allen in der praktischen Schutzarbeit für das Auslandsdeutschum Stehenden warm zu empfehlen. Möge das Beispiel des Nat. Studentenbundes Tübingen an allen deutschen Hochschulen Nachahmung finden. Vgl. Nr. 6 u. 42.

60. Deutscher Verein f. Wissenschaft u. Kunst in São Paulo. *Zeitschrift*. Jg. 1. 1920. Schriftl.: Dr. Herbert Koch und Dr. Rudolf Hermann. São Paulo. 13 Taf. 167, 13 S. 8° Jg. 1: Ihering-Festschrift.

III. Zeitschriftenaufsätze.

61. Die *Arbeit* des Allg. Evang.-Protest. Missionsvereins in Japan im Jahre 1919/20, hauptsächlich im Westbezirke. in: *Zeitschrift für Missionskunde u. Religionswissenschaft*. Jg. 3. H. 1. 2. Berlin: Hutten-Verlag.
62. Die volkswirtschaftliche *Bedeutung* der Auslandsdeutscher in: *Auslandswarte*. Jg. 1. 1920/21. Nr 10. S. 101. Bern: Hobbing.
63. Ein *Beispiel* deutschfeindlicher Auslandspropaganda. [Dts. Baltic Review.] Von F. G. in: *Die Brücke*. Jg. 3. 1921. Nr 5. S. 3. Danzig-Langfuhr: Brücke.
64. *Bellessort*, André, Les littératures étrangères. Les parcours de Nietzsche. in: *Revue Bleue*. Année 59. 1921. Nr 1. S. 24. Paris: Revue Bleue.
65. *Bielér*, Adolf, Der Bankerott des Paramerikanismus in Südamerika. Neuorientierung zur ABC-Entente. in: *Wirtschaftsdienst*. Jg. 6. 1921. Nr 11. S. 137. Hamburg: Meißner i. Komm.
66. *Baltischer Brief*. Deutschbaltische u. lettische Kultur [unterzeichnet] Civis Rigensis. in: *Die Brücke*. Jg. 3. 1921. Nr 5. S. 3. Danzig-Langfuhr: Brücke.
67. *Brief* aus dem Saargebiet. Von K. O. in: *Die deutsche Nation*. Jg. 3. 1921. H. 3. S. 227. Berlin: „Die deutsche Nation“.
68. *Bumke*, Siegfried, Die Rechtspflege in der Freien Stadt Danzig. (Recht u. Rechtsgang in den abgetretenen u. besetzten Gebieten. II.) in: *Dt. Juristen-Zeitung*. Jg. 2. 1921. H. 1/2, Sp. 34. Berlin: Liebmann.
69. *Butz*, A., Zur wirtschaftlichen Lage der Deutschen in Sibirien. III.: Die Deutschen unter bolschewistischer Herrschaft. in: *Deutsche Post aus dem Osten*. Jg. 2. 1921. Nr 6. Berlin: „Deutsche Post aus dem Osten“.
70. *Chile*. Aus dem Wirtschaftsbericht der deutschen Handelskammer in Valparaiso. 1. 2. in: *Wirtschaftsdienst*. Jg. 6. 1921. Nr 12. 13. Hamburg: Meißner i. Komm.
71. *Crusen*, Recht u. Rechtsgang in den abgetretenen u. besetzten Gebieten. 1. Einleitung. in: *Dt. Juristen-Zeitung*. Jg. 26. 1921. H. 1/2. Sp. 31. Berlin: Liebmann.
72. *Deutschum* [in Paraguay]. in: *Lateinamerika (A)* 1921. Nr 13. S. 388. Berlin: Dt. Überseedienst.
73. *Dill*, Liesbet, Eine Winterreise nach dem Westen. Im Saargebiet — Das neue Metz — Verdun. in: *Grenzboten*. Jg. 8. 1921. Nr 13. S. 338. Berlin: K. F. Koehler, Abt. Grenzboten.
74. *Dresdner*, Albert, Karl Larsen [dänischer Historiker und Schriftsteller. Verfasser von „Ein Däne und Deutschland. Essays“]. Berlin: Gebr. Paetel, und vieler anderer Arbeiten über Deutschland], in: *Deutsche Rundschau*. Jg. 47. 1921. H. 7. S. 88. Berlin: Gebr. Paetel.
75. *Emerson*, Edwin, Germany's Irredenta. in: *American Monthly*. 1921. Febr. S. 368. Newyork: The American Monthly.
76. *Fittbogen*, Gottfried, Das Auslandsdeutschum in Europa [Überblick über die Hauptschriften]. in: *Das deutsche Volkstum*. Jg. 3. 1921. H. 2. S. 52. Hamburg: Hansische Verlagsanstalt.
77. *Franze*, Johannes, Deutsche Musik in Argentinien 1920. Felix Weingartner u. Richard Strauß in Buenos Aires. in: *Zeitschrift des Deutschen Wissenschaftl. Vereins z. Kunst u. Landeskunde Argentiniens*. Jg. 6. 1920. H. 3. S. 15. Buenos Aires: Deutscher Wissenschaftl. Verein.
78. Ein polnischer *Gesetzesantrag* zur Vergewaltigung d. evangelischen Kirche. in: *Christliche Freiheit*. Jg. 37. 1921. Nr. Bonn: Georgi.
79. *Gierach*, E., Böhmen. in: *Deutsche Arbeit*. Jg. 20. 1921. H. 6. S. 184. Berlin: Georg Siemens.
80. *Girgensohn* [Josef], Die Ansiedlg. d. Deutschen i. Livland u. Balt. Blätter. Jg. 4. 1921. Nr 13. S. 116. Berlin: Wilm.

81. *Gündisch*, Die Erhaltung der Siebenbürger Sachsen. in: *Eiserne Blätter*. Jg. 2. 1921. Nr. 39. S. 617. Berlin: „Eiserne Blätter“.
82. *Herlt*, Gustav, Das Deutsche als Weltsprache. Eine Mahnung an alle Volksgenossen. in: *Export*. Jg. 42. 1920. Nr. 41/44. Berlin: Zentralverlag.
83. *Herlt*, [Gustav], Wiederaufbau der deutschen Kolonien in der Levante. in: *Der Neue Orient*. Jg. 4. Bd. 8. 1921. H. 5/6. S. 106. Berlin: Der Neue Orient.
84. *Herrmann*, Eduard, Die Lage der Westmark. in: *Deutschlands Erneuerung*. Jg. 5. 1921. H. 3. S. 166. München: Lehmann.
85. *Hermisdorf*, Kurt, Die Entwicklung des Außenhandels der brasilianischen Republik unter bes. Berücksichtigung der Handelsbeziehungen zu Deutschland. Greifswald, Staatswissenschaftl. Diss. 1920. 20 S. 8°.
86. *Jaenecke*, Verfassung für den Freistaat Memel. in: *Jurist. Wochenschrift*. Ausg. A. Jg. 50. H. 3. Berlin: Moeser.
87. *Janovsky*, Karl, Wissenschaft u. Außenministerium [in der Tschechoslowakei]. in: *Deutsche Arbeit*. Jg. 20. 1921. H. 5. 6. Berlin: Georg Siemens.
88. *Jekel*, Peter, Die Siebenbürger Sachsen. in: *Eiserne Blätter*. Jg. 2. 1921. Nr. 39. S. 615. Berlin: „Eiserne Blätter“.
89. *Imendörffer*, Benno, Die gegenwärtige Lage des Ost-Deutschtums. in: *Eiserne Blätter*. Jg. 2. 1921. Nr. 39. S. 611. Berlin: „Eiserne Blätter“.
90. *Jung*, Der Friedensvertrag u. die Auswanderung. [Ausg. aus:] „Der Friedensvertrag von Versailles u. Deutschlands Stellung in d. Weltwirtschaft“. in: *Weltwirtschaft*. Jg. 11. 1921. Nr. 2. S. 17. Berlin: Heymann.
91. *Kaindl*, [Raimund] F[riedrich], Vom Deutschtum im Südosten. Ein Überblick der Vergangenheit u. d. gegenwärtigen Lage. in: *Eiserne Blätter*. Jg. 2. 1921. Nr. 39. S. 609. Berlin: „Eiserne Blätter“.
92. *Kaindl*, [Raimund] F[riedrich], Deutsche Kulturarbeit im Osten, im Licht nichtdeutscher Zeugnisse. in: *Ostland*. Jg. 3. 1920/21. Nr. 11. S. 329. Hermannstadt: Krafft.
93. *Kaindl*, [Raimund] F[riedrich], Die Lage der Deutschen in Siebenbürgen. in: *Die deutsche Nation*. Jg. 3. 1921. H. 3. S. 227. Berlin: „Die deutsche Nation“.
94. *Karstedt* [Franz-Oskar], Die neue Verwaltungsorganisation des ehemaligen Deutsch-Ostafrika u. Samoas. in: *Koloniale Rundschau*. Jg. 1921. H. 1. S. 45. Berlin: Reimer.
95. *Koeppel*, Grundzüge des nordamerikanischen Einkommensteuerrechts für die Versteuerung des von Deutschen aus amerikan. Quelle gezogenen Einkommens. in: *Deutsche Wirtschafts-Zeitung*. Jg. 16. 1920. Nr. 24. Leipzig: Quelle & Meyer.
96. *Konwiarz*, R., Alte Stadtbaukunst in Oberschlesien. in: *Der Städtebau*. Jg. 17. 1920. H. 9/10. Berlin: Wasmuth.
97. Die *Lage* der unierten evangelischen Kirche in Polen. in: *Volkskirche*. Jg. 3. 1921. Nr. 1. Berlin: Evang. Bund.
98. *Langhans*, Paul, Deutsche u. Litauer im Memelgebiet [nebst] Karte auf Taf. 2: Das litauische Sprachgebiet in Ostpreußen. in: *Petermanns Mitteilungen*. Jg. 67. 1921. H. 1/2. S. 27. Gotha: J. Perthes.
99. *Lehmacher*, Gustav, Die Missionslage in Deutsch-Ostafrika. in: *Die kathol. Missionen*. Jg. 49. 1920/21. H. 5. S. 104. Freiburg i. B.: Herder.
100. *Lewinsohn*, Richard, Oberschlesien. in: *Die Weltbühne*. Jg. 17. 1921. Nr. 13. S. 347. Charlottenburg: Verlag der Weltbühne.
101. *Lienhard*, Friedrich, Melusine. Unter der Trikolore. in: *Die Krone*. Jg. 1, 1920/21. H. 3. Wehlau (Elbe): Rowe-Verlag.
102. *Lion*, Ferdinand, Das Elsaß als Problem. in: *Die neue Rundschau*. Jg. 32. 1921. H. 4. Berlin: Fischer.
103. *Lutterloh*, Die Rechtspflege im Memelgebiet. (Recht und Rechtsgang in den abgetretenen u. besetzten Gebieten. IV.) in: *Deutsche Juristen-Zeitung*. Jg. 26. 1921. H. 3/4. Sp. 108. Berlin: Liebmann.
104. *Maisch*, W., Wie hat der Weltkrieg auf unsere chinesischen Mitarbeiter u. Gemeinden gewirkt? I. II. in: *Evang. Missionsmagazin*. Jg. 65 N. F. H. 1. 2. Basel: Basler Missionsbuchhandlung.
105. *Mansfeld*, Deutsche Kolonisationsarbeit. in: *Das Echo*. Jg. 40. 1921. Nr. 5. S. 654. Berlin: Auslandverlag.
106. *Maurice*, C. E., Zum Problem der Deutschen in der Tschechei. in: *Die Brücke*. Jg. 3. 1921. Nr. 9. S. 3. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag. [Vgl. Nr. 124.]
107. *May*, Gerhard, Der erste evangelische Kirchentag in Südslavien. in: *Die evangelische Diaspora*. Jg. 2. 1921. H. 7/8. S. 112. Leipzig: Hinrichs.
108. *Mellmann* und *von Blohn*, Rettet die deutschen Schulen in den uns entrissenen Provinzen Posen und Westpreußen! in: *Deutsches Philologen-Blatt*. Jg. 29, 1921. H. 2/3. Leipzig: Quelle & Meyer.
109. *Mendelssohn-Bartholdy*, [Albrecht], Deutsche Nachlässe in England u. d. Friedensvertrag. in: *Hanseat. Rechtszeit-schrift*. Jg. 4. 1921. Nr. 1/2. Berlin: Vereinigg. wissen-schaftl. Verleger.
110. *Menzel*, Die Rechtspflege in Nordschleswig. (Recht und Rechtsgang in den abgetretenen u. besetzten Gebieten. V.) in: *Dt. Juristen-Zeitung*. Jg. 26. 1921. H. 5/6. Sp. 168. Berlin: Liebmann.
111. *Nelz*, Die Rechtspflege in Eupen-Malmedy. (Recht und Rechtsgang in den abgetretenen u. besetzten Gebieten. III.) in: *Dt. Juristen-Zeitung*. Jg. 26. 1921. H. 3/4. Sp. 106. Berlin: Liebmann.
112. *Olpp*, Joh., Missionar Friedrich Bernsmann. Zum Gedächtnis. Geb. am 23. VI. 1845 in Barmen-Wichlinghausen, gest. am 23. XI. 1920 in Otjimbingue (Südwest-Afrika). in: *Berichte d. Rhein. Missions-Gesellschaft*. Jg. 78. 1921. Nr. 3. S. 58. Barmen: Barmer Missionshaus.
113. *Olpp*, Joh., Wie sieht's im Namalande aus? in: *Berichte der Rhein. Missions-Gesellschaft*. Jg. 78. 1921. Nr. 2. S. 31. Barmen: Barmer Missionshaus.
114. *Peiser*, Die Rechtentwicklung in der Freien Stadt Danzig und im Memelgebiete seit d. Inkrafttreten d. Friedensvertrages. in: *Jurist. Wochenschrift*. Ausg. A. Jg. 50. 1921. H. 3. Berlin: Moeser.
115. *Pernot*, Maurice, L'épreuve de la Pologne. in: *Revue des Deux Mondes*. Année 90. Tom. 59. 1920. livr. 3. 4. Tom. 60. livr. 1. 3. Paris: Revue des Deux Mondes.
116. *Peterffy*, Ernst, Die Entwicklung der amerikanischen Industrie. in: *Jahrbücher f. Nationalökonomie u. Statistik*. Folge III. Bd. 61. 1921. H. 1. 2. Jena: Fischer.
117. The Slesvig *Plebiscite* and the Danish-German boundary. in: *Geographical Journal*. Vol. 56. 1920. Nr. 6. S. 484. London: Royal Geogr. Society.
118. *Prietze*, Rudolf, Heinrich Barth [der Afrikaforscher]. (Geb. am 16. II. 1821.) in: *Koloniale Rundschau*. Jg. 1921. H. 1. S. 1. Berlin: D. Reimer.
119. The Upper Silesian *Question*. 1. by Sidney Osborne. 2. by J. H. Harley. in: *The Contemporary Review*. 1921. Nr. 664. S. 478. London: The Contemp. Review.
Osborne spricht sich wie in seinem bekannten Buch „The Upper Silesian question and Germany's coal problem“ (2. Aufl. London: Allen & Unwin 1921) für das deutsche Oberschlesien aus, Harley für die Auslieferung Oberschlesiens an Polen.
120. [Reventlow, Graf Ernst zu], Vom Auswärtigen Amt. in: *Reichswart*. Jg. 2. 1921. Nr. 12. 13. Charlottenburg: Reichswart.
121. *Rösselmann*, Hanns, Zur Lage in Elsaß-Lothringen. I. II. in: *Alldeutsche Blätter*. Jg. 31. 1920. Nr. 1. 3. Berlin: Alldt. Blätter.
122. *Roth*, Victor, Der gegenwärtige Stand unserer Kunstgeschichtsforschung und ihre weiteren Aufgaben. (Vortrag geh. in d. Hauptversammlung d. Vereins f. siebenbürgische Landeskunde im Juni 1920.) in: *Ostland*. Jg. 3. 1921. Nr. 10. Hermannstadt: Krafft.
123. *Ruker*, Die polnische Staatsangehörigkeit. in: *Jurist. Wochenschrift*. Ausg. A. Jg. 50. H. 3. Berlin: Moeser.
124. *Schilling*, Alexander, Die Deutschen in der Tschechei. Eine

Entgegnung an die Adresse von Mr. C. E. Maurice. in: Die Brücke. Jg. 3. 1921. Nr 12. S. 3. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag. [Vgl. Nr 106.]

125. *Schwalb*, Die französische Justizgesetzgebung in Elsaß-Lothringen. (Recht u. Rechtsgang in den abgetretenen und besetzten Gebieten. VI.) in: Dt. Juristen-Zeitung. Jg. 26. 1921. H. 7/8. Sp. 236. Berlin: Liebmann.
 126. *Seckt*, Hans, Friedrich Kurtz [Prof. an der Universität Córdoba]. in: Zeitschrift des Deutschen Wissenschaftl. Vereins z. Kultur- u. Landeskunde Argentinien. Jg. 6. 1920. H. 3. S. 155. Buenos Aires: Deutscher Wissenschaftl. Verein.
 127. *Sieger*, Robert, Volkstum u. Arbeiterschaft. in: Südmark. Jg. 2. 1921. H. 2. S. 29. Graz: „Südmark“.
 128. *Singelmann*, Carl, Auswanderung nach portugiesischen Kolonien. in: Export. Jg. 43. 1921. Nr 9/13. S. 65. Berlin: Zeitungs-Verlag.
 129. *Sylvanus*, Chronik des Auslandsdeutschtums. in: Deutsche Rundschau. Jg. 47. 1920/21. H. 7. S. 123. Berlin: Gebr. Paetel.
 - 130. *Steffen*, Hans, Das Büchereiwesen im Deutschordenslande Preußen. in: Deutscher Volksrat. Jg. 3. 1921. S. 103. Danzig: Deutscher Volksrat.
 131. *Stoewer*, Rudolf, Kulturbilder aus der Geschichte pommerscher Städte. in: Deutscher Volksrat. Jg. 3. 1921. S. 96. Danzig: Deutscher Volksrat.
 132. *Trémont*, Baron de, Une visite à Beethoven. Publ. par J.-G. Prod'homme. in: Revue Bleue. Année 59. 1921. Nr 1. S. 8. Paris: Revue Bleue.
 133. *Toth*, Karl, Französische u. deutsche Kultur. in: Deutsche Rundschau. Jg. 47. 1920/21. H. 7. S. 1. Berlin: Gebr. Paetel.
 134. *Tuckermann*, Walter, Eupen, Malmédy u. Monschau. in: Zeitschrift d. Gesellschaft f. Erdkunde. Jg. 1921. Nr. 1/2. S. 1. Berlin: Mittler.
 135. *Übergang* deutschen Besitzes auf den polnischen Staat. in: Nachrichtenblatt des Deutschtumsbundes Posen. Jg. 2. 1920. Nr 17. Posen: Deutscher Volksrat.
 136. *Ullmann*, Hermann, Die deutsche Volksgemeinschaft und das Deutschtum „im Auslande“. in: Deutsches Volkstum. Jg. 3. 1921. H. 3. S. 69. Hamburg: Hanseat. Ver.-Anstalt.
 137. *Verton*, Jacques, Dantzig. 1—8. in: Revue Bleue. Année 59. 1921. Nr 1—7. Paris: Revue Bleue.
- Eine lange Reihe von Propagandaufsätzen, die beweisen soll, daß Polen aus geschichtlichen, wirtschaftlichen und geographischen Gründen und sogar nach dem Nationalitätenprinzip Danzig besitzen müsse. Hauptquelle ist das polnische Werk von Askenazy, Dantzig et la Pologne. Paris: Alcan (1919), woraus sich die Rückschlüsse auf Zweck und objektiven Wert der Arbeit von selbst ergeben. Dr. H. M.
138. *Tschechische Volkszählung*. Von Dr. W. M. in: Zeitschrift des Hilfsvereins f. Deutschböhmen u. die Sudetenländer. Jg. 2. 1921. Folge 3. S. 2. Wien: Verl. des Vereins.
 139. *Wanderleben*, W., Das Deutschtum im Grenzland u. Aus-land. in: Burschenschaftl. Handbuch f. Politik. Leipzig: Grunow 1920.
 140. *Weyr*, Das Verfassungsrecht der tschechoslowakischen Republik. in: Zeitschrift f. öffentl. Recht. Bd. 2. 1921. H. 1/2. Wien: Deuticke.
 141. *Wingendorf*, Rolf, Die Leiden der deutschen Presse in Polen. 1. Vorgehen gegen Schriftleiter u. Verleger. 2. Zensurmaßnahmen. 3. Erschwerung der Nachrichtenübermittlung. 4. Erschwerung der Einfuhr deutscher Zeitungen. in: Die Brücke. Jg. 3. 1921. Nr 5. Beilage. Danzig-Langfuhr: Brücke.
 142. Die bedrohte Zukunft der deutschen Mission in Neu-Guinea. in: Berichte der Rhein. Missions-Gesellschaft Jg. 78. 1921. Nr. 1. S. 12.
 143. Die Zukunft des oberschlesischen Buchhandels. in: Börsenblatt f. d. dt. Buchhandel. Jg. 88. 1921. Nr. 59. S. 301. Leipzig: Börsenverein d. dt. Buchhändler.

IV. Karten.

Erde — Gesamt.

144. *Loreck*, Carl und Albert *Winter*, Schul-Atlas für höhere Lehranstalten. [Ausg. B.] München: Piloty & Loehle [1921]. 146 S. 4°.
- Der besonders auf süd- und südwestdeutsche Verhältnisse eingestellte Atlas liegt in einer neuen Ausgabe vor, die bereits den Veränderungen durch den Krieg Rechnung trägt, wenigstens in den allermeisten Karten. Wir vermissen jedoch fast durchweg die Angabe der alten Grenzen, deren Kenntnis für die Schule zum Zwecke des Vergleiches unbedingt notwendig ist. In übrigen sind keine größeren Änderungen bei der neuen Ausgabe zu verzeichnen. Sie besitzt die großen Vorzüge der früheren Auflagen, die den Atlas besonders für süddeutsche Zwecke sehr geeignet erscheinen lassen. Hervorgehoben sei noch, daß auch die Neu-Ausgabe in 4 Einzelteilen zu beziehen ist, wodurch sich die Anschaffung günstiger gestaltet. Wünschenswert wäre noch die genaue Bezeichnung der verschiedenen Ausgaben, namentlich auch die Angabe der Erscheinungsjahre.
- 145. Eine Übersicht über die auf der Erde zurzeit vorhandenen und im Bau befindlichen Großstationen nach dem Telefunken-System enthält die Festschrift zur Einweihung der Großfunkstelle Nauen (herausgegeben von der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie [Telefunken]). Die Schrift enthält weiter eine interessante Übersichtsskizze über das englische Regierungsprojekt eines englischen Weltfunknetzes und ein entsprechendes Projekt der Marconi-Gesellschaft, eine Gesamtübersicht über die zurzeit im Betrieb befindlichen Großstationen im Überseeverkehr nach den verschiedenen Systemen und schließlich eine Übersicht derjenigen Stationen, die die Neuere Pressenachrichten regelmäßig aufnehmen (sämtl. einfarb., versch. Maßst.).
 146. Eine Übersichtsskizze mit Vorschlägen für die Hauptstrecken eines Weltluftverkehrs, eine entsprechende Übersicht von Europa mit Zufahrts- und Ergänzungslinien und 2 weiteren Übersichten über ein deutsches Luftverkehrsnetz (sämtl. Schwarzdrucke, versch. Maßst.), sind dem Aufsatz von *Jordan*, „Luftverkehrs-Probleme“ (Jahrbuch 1919/20 des Norddeutschen Lloyd, Bremen 1920) beigegeben.

Europa-Gesamt.

Vgl. Nr. 146.

West-Europa.

147. *Nouveau plan de Strasbourg*. M. 1:10000, en 5 couleurs. Avec la nomenclature des rues dans des deux langues. Nancy-Paris-Strasbourg: Berger-Levrault (1920). 17 S. Text 30:45,5 cm. fr. 1.75.
- Übersichtlicher farbiger Stadtplan mit Angabe des Straßenbahnnetzes. Ausschließlich französische Beschriftung, doch sind in dem beigegebenen Straßenverzeichnis die deutschen und französischen Bezeichnungen nebeneinander aufgeführt und diejenigen Straßennamen, die nicht korrespondieren, noch besonders zusammengestellt.
- Vgl. Nr. 145.

Mittel-Europa und Deutsches Reich — Gesamt.

148. *Verkehrs-Taschen-Atlas* von Deutschland, Republik Österreich, den ehemals deutschen Ländern und den anliegenden Grenzgebieten. M. 1: 800000. Nebst einem Ortsverzeichnis von ca. 57000 Orten. Hrsg. von C. Opitz. Ausg. 1921. Leipzig: Arnd 1921. 292 S. 57 Kt. 8°. Aus: *Eisenbahn- u. Verkehrs-Atlas* von Europa. Abt. Deutschland. Begründet von Dr. W. Koch und C. Opitz. Verkl. Ausg.
- Neuaufgabe, die durch Aufnahme der Republik Österreich und Wiederergrößerung der Tschechoslowakischen Republik erweitert ist, durchweg in farbiger Angabe der neuen Grenzen und unter farbiger Heraushebung der Bahnen. Wir würden, entgegen den im Vorwort angedeuteten Richtlinien, empfehlen, bei einer Neuaufgabe die Ortsnamen in den abgetretenen Gebieten mit den neuen Bezeichnungen nur in Klammern anzugeben, die deutschen Bezeichnungen aber, soweit es sich um ehemals deutschen Besitz oder deutsches Sprachgebiet handelt, unbedingt beizubehalten. Dankenswert ist die Anlage zum Ortsregister, die eine Zusammenstellung der Ortsnamen der abgetretenen Gebiete enthält, deren Namensänderung schon festgestellt nur hätte man diese Orte im Hauptverzeichnis selbst schon irgendwo besonders markieren sollen, damit man auf die Änderungen aufmerksam wird, sonst bleibt diese Zusammenstellung unbenutzt. Insgesamt wird der kleine Atlas allen praktisch interessierten Kreisen, namentlich Schülern, gute Dienste leisten können.
- Südwestdeutsche Grenzmarken.
149. Von dem topographischen Atlas von Württemberg 1:50000 sind die Blätter Nr 9 Besigheim, 10 Löwenstein und 17 Wanglingen, in Neuaufgabe herausgegeben.
- Ferner sind von der topographischen Karte 1:25000 die Blätter 182 Wangen und 183 Isny neu erschienen.

Ostdeutsche Grenzmarken.

50. Eine große Zahl interessanter Kartenbeläge über die polnische Aufstandsbewegung im oberschlesischen Abstimmungsgebiet im August und September 1920 enthält die Denkschrift des Auswärtigen Amtes über den polnischen Aufstand (Berlin: Reichsdruckerei 1920). Die Karten geben Übersichten über die polnische Organisation und enthalten die polnischen Operationspläne. Wir erwähnen besonders eine Übersicht (farbig, 1:300000) über die Fortschritte der polnischen Aufstandsbewegung, die den Gegensatz zwischen den Städten und dem flachen Lande sehr gut hervortreten läßt.

Vgl. auch Nr. 151.

Ost- und Nordost-Europa.

51. Gelegentlich der Abstimmung in Oberschlesien ist polnischerseits eine Karte zur Verteilung gelangt, die „Polen und seine Nachbarn“ darstellt. Auf dieser Karte sind in roher plakartartiger Ausführung die Grenzen des neuen Polen dargestellt, nach dem Versailler Vertrag und dem Waffenstillstandsabkommen von Riga. Bemerkenswert ist der begleitende Text, der Angaben über die Größe, Bevölkerungsdichte usw. des neuen Polen enthält. Polen wird dabei als „neue Großmacht, die im Osten als Wacht gegen Deutschland, den gemeinsamen Feind (der ehemaligen Randstaaten usw.) entstanden ist“, bezeichnet!

Eine weitere Karte stellt die Religionsverhältnisse von Preußen (1), Oberschlesien und Polen dar. Die Verteilung der Protestanten und Katholiken ist nach Prozentsatz dargestellt, die Andersgläubigen (Juden, Orthodoxen) sind mit den Protestanten zusammengefaßt (1). Dadurch und durch die zum Teil unrichtigen Berechnungen ist in Hinsicht auf die west- und ostpolnischen Grenzfragen eine Tendenzkarte geschaffen, die sich entsprechenden früheren polnischen Leistungen würdig anreicht.

Vgl. auch Nr. 150.

52. Eine Reihe kleiner farbiger Übersichtsskizzen stellen die Kämpfe der sogenannten deutschen Legion im Baltikum dar (Beilage zu *Wagner*, „Von der Heimat geächtet“, Stuttgart: Belser 1920.)

53. *Eesti kaart*. Helsinki: Weilin & Göös (1919). 16 S. Text. 40:48 cm.

Politisch-geographische Übersichtskarte mit farbigem Grenzkolorit; ausschließlich estnische Beschriftung (das Vorwort auch in finnischer Sprache). Das Eisenbahn- und Straßennetz ist angegeben, das Gelände jedoch nirgends charakterisiert. Beigegeben ist ein ausführliches Ortsregister mit Angabe der estnischen und deutschen Bezeichnungen, das die Karte für Nachschlagezwecke sehr brauchbar macht, obwohl einzelne Unrichtigkeiten im Verzeichnis untergelaufen sind. Im übrigen kommt die Karte nur für eine erste Übersicht in Frage, da namentlich der teilweise viel zu kleine Druck der Ortsnamen die Verwendung der Karte sehr erschwert.

54. Eine Reihe wertvoller farbiger Übersichten über Finnland bietet das mit Karten, Diagrammen und instruktiven Bildern reich ausgestattete Werk „Die Republik Finnland, eine wirtschaftliche und finanzielle Übersicht“. (Hrsg. vom Statistischen Zentralamt, Helsinki [Helsingfors] 1920.) Wir erwähnen besonders 2 Karten der Waldverteilung, eine Karte der Stromschnellen und Metallvorkommen, eine Übersicht des Verkehrswesens, eine Industriekarte und eine Übersicht über die Verteilung der aktiven Genossenschaften auf dem Lande. Dem Werk ist außerdem eine politisch-geographische Übersichtskarte (1:2 Mill.) mit farbigem Grenzkolorit beigegeben.

Asien.

55. Das Missionsgebiet der deutschen Jesuiten während der letzten 30 Jahre in Indien, stellt eine kleine Übersichtskarte (Schwarzdruck) dar (Beilage zu *Väth*, „Die deutschen Jesuiten in Indien“, Regensburg: Kösel & Pustet, 1920). Ebenda eine kleine Skizze mit der Verbreitung der katholischen Kirchen und Schulen von Bombay und Bandra, ferner einige Übersichten spezieller Missionsgebiete.

56. Ein Straßenplan von Tsingtau (Schwarzdruck, 1:10000) mit japanischer Beschriftung ist — anonym — nach der japanischen Besetzung der Stadt, vermutlich von japanischen Behörden, herausgegeben. Die Karte enthält Isohypsen, die aber nicht bezeichnet sind. Es scheint sich um den Nachdruck einer andern Karte zu handeln.

Afrika.

157. Eine kleine, sehr roh gehaltene Textskizze (Schwarzdruck) gibt eine Übersicht über Abessinien (Beilage zu dem vom Reichswanderungsamt herausgegebenen Auskunftsheft für deutsche Auswanderer Nr. 8, Abessinien, Berlin: Zentralverlag, 1920).

Südamerika.

158. Eine Übersichtsskizze (Schwarzdruck) der transandinischen Bahnen Südamerikas bringt die Deutsche Allgemeine Zeitung (Nr 168 vom 12. IV. 21).

159. Eine Übersichtskarte (Schwarzdruck, 1:4,5 Mill.) über das La Plata-Weizenbau-Gebiet enthält das Werk von *Boerger*, „Sieben La Plata-Jahre“ (Berlin: Parey, 1921).

160. Eine kleine Übersichtskarte (Schwarzdruck, 1:2,5 Mill.) des Departement Ancash in Peru mit Angabe der Siedlungen, Bergwerke und Eisenbahnen enthält die Schrift: „Das Departement Ancash. Ein Land für deutsche Auswanderer“ (Berlin-Steglitz: K. Meyer, 1919).

161. Eine bemerkenswerte Übersicht über die Entwicklung des deutschen Koloniengbietes im Staate Rio Grande do Sul (Schwarzdruck) enthält die Festnummer des Deutschen Volksblattes (Porto Alegre, 10. März 1921). Die Karte bietet neben der Angabe des kultivierten Gebietes und des Steppenlandes vor allem eine genaue Abgrenzung des Bereiches der deutschen Niederlassungen bis 1870 und seit 1870. Man ersieht, welche starke Ausdehnung der deutsche Kolonienbesitz in Rio Grande do Sul erfahren hat.

162. Eine Übersicht des Kabelnetzes im Stillen Ozean mit Angabe der Besitzverhältnisse der einzelnen Kabellinien, aus der die Bedeutung der zurzeit sehr umstrittenen Insel Yap hervorgeht, enthält die Beilage „Der Weltverkehr“ zur Deutschen Allgemeinen Zeitung (Nr 12 v. 22. III. 21).

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

In Heft 6 vom 13. Februar 1921 der Zeitschrift „Das demokratische Deutschland“ wendet sich Roderich C. Gregor in einer Besprechung des vom D. A. I. herausgegebenen Buches aus Gründen praktischer Undurchführbarkeit gegen das **Wahlrecht der Auslandsdeutschen**. (Seite 139 ff.) Er kommt in seinen Ausführungen zu dem Schluß, es sei das beste, die ganze Frage „so schnell und so geräuschlos wie möglich in die Versenkung verschwinden zu lassen“. Hauptgrund dafür ist ihm die Behauptung, daß die höchstens 6 Vertreter, die das gesamte Auslandsdeutschtum nach den bisherigen Vorschlägen und Untersuchungen zum Reichstag delegieren könnte, ihrem Werte nach in keinem Verhältnis zu den voraussichtlichen Schwierigkeiten stehen würden, die sich für Deutschland politisch aus der unvermeidlichen Wahlpropaganda und dem Wahlakt selbst im Auslande ergeben würden. Daß alle Sammelbestrebungen des Deutschtums im Auslande von diesem hetzerisch gegen uns ausgebeutet werden, ist allerdings unbestreitbar. Das geht z. B. schon jetzt aus den vielerlei französischen aber auch englischen Zeitungsartikeln hervor, die sich in durchsichtig-tendenziöser Weise gegen die Hamburger Bestrebungen zur Schaffung eines „Weltbundes der Auslandsdeutschen“ richten. Man wittert allenthalben pan-germanistische Erneuerungsversuche.

Die Grundidee des vorgeschlagenen Wahlrechtes der Auslandsdeutschen: deren starke Teilnahme an den Geschicken des Vaterlandes wachzuhalten und die Erfahrungen des Auslandsdeutschtums der Heimat nutzbar zu machen, müsse vor allem durch engere Verbindung der diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit jenem und durch die Besetzung der Auslandsposten erreicht werden.

VON UNSERER ARBEIT

Prälat Dr. Werthmann †. Das katholische Auslandsdeutschum hat einen schweren Verlust erlitten: Prälat und päpstlicher Protokollnotar Dr. Werthmann-Freiburg ist nach einem langen und schmerzhaften Leiden am 11. April heimgegangen. Auch das Deutsche Ausland-Institut verliert in dem Verstorbenen einen warmen Freund und Förderer. Als Vorstand und Vertreter des Caritas-Verbandes war er Mitglied unseres Verwaltungsrats von der Gründung des Instituts an. Er war regelmäßiger Besucher der Sitzungen, in denen sein Rat und sein Wort stets gerne gehört wurden. Ein scharfer Verstand und ein warmes Herz vereinigten sich in dem Verstorbenen und schufen in ihm einen einzigartigen Vertreter der Caritas-Bewegung. Besonders schmerzlich wird man des Verstorbenen Rat und Hilfe, sein reiches Wissen und seine Erfahrung auf dem Gebiete des Wanderungswesens und bei der zu erwartenden deutschen Auswanderer-Bewegung vermissen. War er doch einer der besten Kenner namentlich des italienischen Auswanderungswesens und der gesamten Geschichte der Auswanderung. Das Deutsche Ausland-Institut verliert in dem Prälaten Werthmann einen Freund, der sein Wachsen und Gedeihen mit regem Interesse verfolgte und durch manchen Rat förderte. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Das Mitglied unseres Wissenschaftlichen Beirates, Dr. phil. Richard Flick, bisheriger Abteilungsdirektor an der Preussischen Staatsbibliothek in Berlin, ist zum Direktor an der Universitätsbibliothek in Göttingen ernannt worden.

Neue Veröffentlichungen.

In der Schriftenreihe des Deutschen Ausland-Instituts ist soeben in der Reihe A. der dritte Band erschienen. Der frühere Pfarrer der deutschen Gemeinde in Liverpool schreibt darin im Auftrag des Kirchenvorstandes eine „Geschichte der deutschen evangelischen Kirche zu Liverpool“. Die Schrift, auf die im literarischen Teil noch näher eingegangen werden wird, umfaßt 224 Seiten. Sie ist im „Ausland und Heimat-Verlag Stuttgart“ erschienen und kostet 12 Mark. Unsere Mitglieder können die Schrift bei Bestellung durch unsere Geschäftsstelle zum ermäßigten Preise von 10 Mark beziehen.

Die im „Auslandsdeutschen“ erschienene Lebensbeschreibung des hervorragenden Deutsch-Amerikaners Wilhelm Kaufmann, des Mitbegründers zahlreicher deutscher Zeitungen in den Vereinigten Staaten und Autors der Geschichte der Deutschen im süd-amerikanischen Bürgerkriege, ist vom Sohn des Verstorbenen, Dr. med. Georg Kaufmann, mit bisher unveröffentlichten biographischen Aufzeichnungen des Vaters zu einem hübschen kleinen Erinnerungshefte „Dem Andenken Wilhelm Kaufmanns“ vereinigt worden, das der „Ausland und Heimat-Verlag Stuttgart“ herausgab. Von dem Heft erscheinen nur wenige Exemplare im Buchhandel. Sie sind zum Preise von 6 Mk. (schön broch. 7 Mk.) vom Verlag zu beziehen. Unsere Mitglieder erhalten bei Bestellung durch unsere Geschäftsstelle das Bändchen zu 5 resp. 6 Mk.

Von dem Band der kulturhistorischen Reihe der Schriften des Deutschen Ausland-Instituts, Dr. Bonwetsch, „Geschichte der

deutschen Kolonien an der Wolga“, 132 Seiten, hat der „Ausland und Heimat-Verlag“ noch eine Anzahl von Exemplaren zum Preise von 4 Mark abzugeben. Unsere Mitglieder erhalten bei Bestellung durch unsere Geschäftsstelle das Werk zum Vorzugspreise von 3 Mark.

Deutsche Dichterspende!

Wie das deutsche Buch, das bei uns im Reich im Bücherschrank oder in der Buchhandlung vielfach toter Ballast ist, bei den Auslandsdeutschen Leben gewinnt und das Gefühl der Zusammengehörigkeit mächtig anregt, möge nur das folgende Echo auf eine unserer Büchersendungen nach dem deutsch-schwäbischen Banat zeigen: „Mit größtem Dank bestätigen wir den Empfang des Ausweises Ihrer Bücherspende. ... Das Interesse, welches unsere Brüder im Reiche uns entgegenbringen, ist wahrlich rührend. Unsere Hochschüler werden verzärtelt, und in seinem Elend kann das Mutterland uns noch geistige Nahrung bieten. Ja, das Blut wird nicht zu Wasser.“

BITTE!

Das Porto ist vom 1. April ab abermals erhöht worden. Bedeutet diese Erhöhung schon für das Inland eine ein gemeinnütziges Institut wie das unsrige gewaltig treffende Belastung. so wirkt bei der Erhöhung des Auslandsportos diese Belastung geradezu gefährlich. Unser Briefverkehr mit den Freunden im Ausland hat sich so gesteigert, daß die jetzt anfallenden Portosummen ganz unübersehbar werden. Das Deutsche Ausland-Institut wird trotz alledem seinem Grundsatz

völliger Unentgeltlichkeit

seiner Auskünfte und Vermittlungen treu bleiben. Es richtet aber die herzliche Bitte an seine Freunde und Mitglieder, ihm diese Aufgabe dadurch zu erleichtern, daß bei In- und Auslandsbriefen das Porto in Marken oder Rückscheinen beigefügt wird. Für den einzelnen bedeutet das oft nur eine geringe Last, für unser Institut aber wird diese Übung zu einer starken und fühlbaren Entlastung und dient dazu, manche tausend Mark einzusparen, die dann der Verbesserung und Vertiefung unserer Arbeit zugute kommen sollen. Wir hoffen, daß unsere Freunde für diese unsere Bitte Verständnis haben und ihr Rechnung tragen werden.

Berichtigung.

Die Überschrift des Artikels „Siedleranfänge in Patagonien“ auf Seite 212, Nr. 7 des „Auslandsdeutschen“ muß richtig lauten: „Siedleranfänge eines Patagoniers“ (Mitglied des „Patagonien“).

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 22. April 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 5.— Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV — Nr. 10

STUTTGART

Zweites Maiheft 1921

Die Entwicklung der deutschen Presse in Kongreßpolen

Von THEODOR BUSSY, Berlin.

Ein Drittel aller Deutschen lebt außerhalb der Reichsgrenzen und war noch bis vor kurzer Zeit vom alten Vaterlande durch eine Art chinesischer Mauer getrennt, mit deren Abtragung sich bis Kriegsbeginn verschiedene für das Auslanddeutschtum wirkende Organisationen mit mehr oder weniger Erfolg zu schaffen machten. Erst bei Ausbruch des großen Völkerrings wurde man auf den hohen Wert der Deutschen im Ausland richtig aufmerksam und begann mit der Entfaltung einer groß angelegten Hilfsaktion, die heute mit dem gleichen Eifer weitergeführt wird. Daß die deutsche Auslandspresse dabei eine wichtige Rolle spielt, darüber besteht kein Zweifel. Denn nur mit ihrer Hilfe können wir von unseren Brüdern in der Fremde regelmäßig Kunde erhalten und über ihre Bedürfnisse auf dem laufenden bleiben. Die in der ganzen Welt verstreuten deutschen Auslandszeitungen bedürfen jedoch unserer materiellen und geistigen Unterstützung, wenn sie weiterhin gedeihen und zur Hebung des deutschen Volkstums beitragen sollen. Diese Notwendigkeit lehrt uns die hohe Zahl deutscher Blätter, die in den abgetretenen Ostgebieten ihr Erscheinen einstellen mußten.

Die deutsche Auslandspresse blickt bereits auf eine lange Entwicklung zurück. Überall wo Deutsche in geschlossener Einheit sich angesiedelt haben, erscheinen heute deutsche Zeitungen und Zeitschriften. Es ist interessant, die Entwicklung des deutschen Zeitungswesens im Ausland zu verfolgen, das fast immer ohne Zutun der alten Heimat aus dem inneren Bedürfnis der Auswanderer heraus seinen Anfang nahm. So auch die deutsche Presse in Kongreßpolen, der Kämpfe jeglicher Art auch nicht erspart geblieben sind.

Mit dem Wachsen des deutschen Volkstums in Polen, das durch Einwanderer immer neuen Zuschub erhielt, wurde der Wunsch, eine eigene Zeitung zu besitzen, immer größer, bis man 1863 den Beschluß faßte, dem zur Notwendigkeit gewordenen Bedürfnis Rechnung zu tragen. Kurze Zeit darauf erschien die erste Nummer der „Lodzer Zeitung“, die von Johann Petersilge gegründet und herausgegeben wurde. Sie erschien anfänglich zweimal in der Woche, später dreimal und erst nach einigen Jahren täglich. Das Blatt hatte Quartgröße, erschien gewöhnlich in einer Stärke von sechs zwispaltigen Seiten und enthielt neben dem deutschen auch russischen und polnischen Text. Sonderbar würden dem Leser heute die Anzeigen dieser Zeitung anmuten, die eine äußerst bilderreiche Aufmachung hatten und anfänglich den Hauptinhalt der „Lodzer Zeitung“ ausmachten. Erst später kam der politische Teil und Lokalmeldungen in

größerem Umfange zur Geltung. Das Feuilleton und die Erzählung wurde nur gelegentlich gepflegt.

In den neunziger Jahren gründete Leopold Zoner das „Lodzer Tageblatt“, das der „Lodzer Zeitung“ bald zu einem gefährlichen Konkurrenten wurde. Bereits in den achtziger Jahren hatte das deutsche Zeitungswesen einen großen Aufschwung genommen. Die fremden Sprachen waren aus den Spalten verschwunden, das Beilagewesen wurde eingeführt und für gute Unterhaltungsliteratur gesorgt. Nicht alles ging jedoch so glatt und zum Nutzen der Lodzer Presse, wie es dem in die Verhältnisse Uneingeweihten erscheinen mag. Ein schwerer Kampf mußte mit den russischen Zensoren geführt werden, die es nicht unterließen, bei allen nur erdenklichen Gelegenheiten gegen das deutsche Zeitungswesen vorzugehen. Oft wurden die Zeitungen auf einige Zeit verboten. Unter solch mißlichen Umständen hatten die deutschen Blätter in Polen bis zur Besetzung des Landes durch die deutschen Truppen zu leiden. Und jetzt ist diese Zeit unter der Herrschaft der Polen — wie wir uns ja selbst überzeugen können — aufs neue angebrochen.

Im Jahre 1899 wurde das „Lodzer Tageblatt“ von der „Neuen Lodzer Zeitung“ abgelöst, die unter der Leitung ihrer Begründer, Milker und Drowing, noch bis zum heutigen Tage erscheint. Das deutsche Volkswesen entwickelte sich in Polen und insbesondere in Lodz in den folgenden Jahren so rapid, daß man bereits 1910 die Gründung einer dritten deutschen Tageszeitung plante, die auch am 16. Dezember des nächsten Jahres zu erscheinen begann. Die „Lodzer Rundschau“ — so hieß die neue Zeitung — war das erste Blatt in Polen, das den weitesten Kreisen der deutschen Bevölkerung gerecht wurde. Mit allen modernen Hilfsmitteln versehen und im Besitze eines zahlreichen Redaktionsstabes, dessen einzelne Mitglieder bis dahin zum größten Teil an bedeutenden baltischen Zeitungen tätig gewesen waren, gelang es, die „Lodzer Rundschau“ in sehr kurzer Zeit auf eine Höhe zu bringen, die derjenigen reichsdeutscher Blätter in nichts nachstand und später während dem Kriege selbst von der „Deutschen Lodzer Zeitung“ nicht wesentlich übertroffen wurde. Diese Glanzperiode sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein. Schon im Jahre 1913 wurde die „Lodzer Rundschau“ von der Behörde geschlossen. Ein Artikel, der die Feier des 300jährigen Bestehens des Romanowhauses behandelte, hatte den Anlaß dazu gegeben.

In die Zeit des Bestehens der „Lodzer Rundschau“ fällt auch die Gründung der deutschen Monatsschrift „Geistiges Leben“,

die Adolf Eichler für die Deutschen in Rußland herausgab. Nach der Schließung der „Lodzer Rundschau“ mußte jedoch auch diese Zeitschrift ihr Erscheinen einstellen.

Zu Beginn des Weltkrieges hatten die beiden deutschen Blätter in Lodz viel zu leiden. Die „Lodzer Zeitung“ fristete damals nur noch ein Scheindasein. Die mächtige Konkurrenz der „Lodzer Rundschau“ hatte ihren Lebensnerv derartig untergraben, daß an ein Durchhalten für die Dauer nicht mehr gedacht werden konnte. Im Januar 1915 wurde die älteste deutsche Zeitung Kongresspolens im 54. Jahre ihres Bestehens geschlossen und an ihrer Stelle von Regierungsrat Cleinow die „Deutsche Lodzer Zeitung“ gegründet, die es dank ihrer hervorragenden Mitarbeiter und einer geschickten Leitung bald zu großem Ansehen brachte und eine Verbreitung erzielte, die bis in die Schützengräben des Ostens reichte. Der Sommer des Jahres 1915 überraschte die Lodzer noch mit einer Wochenschrift „Deutsche Post“, die der „Deutsche Verein für Lodz und Umgegend“ herausgab. Unter der hervorragenden Leitung der Gründer des Vereins, Eichler und Flierl, hatte das Wochenblatt bald in die entlegensten Hütten deutscher Kolonisten seinen Eingang gefunden.

Im November 1918 fanden beide Blätter ein schnelles Ende. Doch schon am 27. November erschien die erste Nummer einer neuen deutschen Zeitung, der „Lodzer Freien Presse“, die bis auf den heutigen Tag getreulich die Interessen der Deutschen in Polen vertritt. In technischer Hinsicht ist dieses Blatt nicht auf der Höhe der Vorgänger, „Lodzer Rundschau“ oder „Deutsche Lodzer Zeitung“. Die Ursache dafür ist zum Teil im Mangel einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Verlageinrichtung zu suchen. So wird die Zeitung auf einer Flachdruckmaschine hergestellt, die vor vierzig Jahren den Zwecken der „Lodzer Zeitung“ gedient hat.

Trotz alledem nimmt die „L. F. Pr.“ unter der gesamten

deutschen Presse Polens eine führende Stellung ein und erfreut sich einer weit größeren Beliebtheit und Verbreitung als die „Neue Lodzer Zeitung“, die unter dem Einfluß einiger polonisierter Pastoren und Renegaten mehr ins polnische Lager übergeschlagen ist und des öfteren als die „polnische Zeitung mit deutschen Lettern“ bezeichnet wird. Auch jetzt hat das deutsche Zeitungswesen in Kongresspolen einen schweren Stand, da es lediglich auf eigene Mittel angewiesen ist. 1919 wurde die „Lodzer Freie Presse“ verboten, nach einiger Zeit aber dank den Bemühungen des Sejmabgeordneten Spickermann wieder freigegeben.

Außer den beiden genannten Zeitungen erscheinen gegenwärtig in Lodz die für die deutschen Bauern Polens bestimmte Wochenschrift „Der Volksfreund“ und ein von der evangelischen Geistlichkeit herausgegebenes Kirchenblatt „Der Friedensbote“. Wenn die Bedeutung der beiden Blätter auch nicht annähernd derjenigen der „Lodzer Freien Presse“ gleichkommt, so ist ihr Wirken für das Deutschtum in Polen doch von größtem Nutzen und Wert. So vor allem für die deutsche Landbevölkerung, der eine der beiden Tageszeitungen begreiflicherweise nicht gerecht werden kann.

Eine eingehende Beachtung der deutschen Blätter Kongresspolens würde ohne Zweifel dazu beitragen, uns die Lage des dortigen Deutschtums im wahren Lichte erscheinen zu lassen und auf alle die feindlichen Mächte hinzuweisen, mit denen unsere Brüder in Polen einen harten Kampf zu fechten haben*).

*) Die vier in Kongresspolen heute erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften werden natürlich im D. A.-I. regelmäßig gelesen und genau verfolgt. Von der ersten deutschen Zeitung in Kongresspolen, von der „Lodzer Zeitung“, befindet sich ein Prospekt aus dem Gründungsjahr 1863 neben vielen andern wichtigen Dokumenten über das Zeitungswesen in Kongresspolen in einer wertvollen Sammlung über das Deutschtum in Polen, die dem D. A.-I. kürzlich zum Geschenk gemacht wurde. Auch das einzige bisher in Lodz vollständig vorhandene Exemplar der Lodzer Sonntags-Zeitung ist mit 16 Bänden jetzt käuflich in den Besitz der Bibliothek des D. A.-I. übergegangen. Die Schriftleitung.

Vom Deutschtum in Mähren

Von einem Altmährer.

Fast ein Drittel der Bewohner Mährens sind Deutsche, und die Zahl jener Slawen, die Deutsch verstehen und es in vielen Fällen sogar tadellos beherrschen, beträgt viele Tausende, da ein großer Teil von ihnen deutsche Mittelschulen und auch Hochschulen absolvierte und noch vor kurzem tschechische Familien ihre Kinder gern in deutsche Schulen schickten, um sich eine Weltsprache anzueignen, da man ja mit dem tschechischen Idiom nicht sehr weit kommen kann. Der mährische Slawe, der sich nie gern Tscheche nannte, war zu keiner Zeit ein derart fanatischer Feind der Deutschen und gibt sich lieber als „Morawan“, d. i. „Mährer“ aus. Er neigte stets zu versöhnlichem Zusammengehen mit den Deutschen, und der mährische Landtag wurde von Kaiser Franz Josef sogar als Muster für die anderen hingestellt. Schreiber dieses erinnert sich sehr gut, wie er als Knabe Gelegenheit hatte zuzuhören, wie Bauernfrauen eine Kostkinder haltende Frau flehentlich baten, darauf zu sehen, daß ihre Söhne Deutsch lernten. Damals, es sind freilich schon mehr als vierzig Jahre her, erschien dem schlichteren Volke die Sprache Goethes weit vornehmer als das Slawische, und da der Tscheche Sprachtalent hat, so lernten die Jungen sehr bald Deutsch, obwohl sie untereinander ausschließlich tschechisch sprachen. In der achten Gymnasialklasse gab es oft weniger als 10 Prozent Deutsche, weil diese meist früher schon Fachschulen aufsuchten, während die Slawen, in der Regel Bauernsöhne, sich dem priesterlichen Berufe widmeten oder Staatsstellungen anstrebten. Die Deutschen waren

daher außerstande, die Seelsorgerstellen in den deutschen Gemeinden mit Leuten aus ihrer Mitte zu besetzen, so daß viele Slawen diese Stellen erhielten.

Die mährischen Slawen, im allgemeinen gutmütiger Natur, gleich den Slowaken und Russen, erlernten auch beim Militär viel Deutsch, und da sie fleißig deutsche Hochschulen besuchten, Tausende aber in deutschen Städten Arbeit fanden, so war die Kenntnis des Deutschen weit verbreitet. Die Beamten aller Kategorien sprachen es fließend, da doch früher in allen Staats- und den meisten Privatämtern deutsch amtiert wurde. In Mähren gibt es wenig Ortschaften, in denen nicht der Sitz einer Gutsherrschaft zu finden wäre oder irgendeine Industrieanlage, und da hört man bei den Zusammenkünften der Beamten in der Regel nur deutsch sprechen; freilich — dies wird sich jetzt ändern. Etwa hunderttausend Juden bedienen sich nur der deutschen Sprache untereinander, doch dürften sie jetzt in der Weise unsatteln, daß sie sich den neuen Herrn in jeder Weise entgegenkommend zeigen.

Die Deutschen im Reiche wußten vielleicht nicht einmal, wie weitverzweigt und tief eingewurzelt das Deutschtum überall in Habsburgerreiche war und daß es eines Weltkrieges bedurfte, um die Wurzeln — hoffen wir — nur zu lockern, nie aber zu vernichten. Noch vor fünfzig Jahren konnte man glauben, Mähren sei ein deutsches Land, denn der deutsche Reisende traf überall auf deutschsprechende Einwohner, das Deutsche war überall vor

herrschend. Selbst rein slawische Familien hielten deutsche Zeitschriften und deutsche Erzieherinnen. Bereits in der 1. Klasse der slawischen Volksschulen wurde die deutsche Sprache gelehrt und dort so manchem deutschen Knaben gewisse mundartliche Sprachfehler abgewöhnt. Aufschriften, Kundmachungen und Straßentafeln waren auch in solchen Gemeinden, die vorherrschend slawisch waren, doppelsprachig: Die Deutschen hatten damals in fast allen Städten die Mehrheit im Gemeinderate, die Bürgermeister waren deutsche Männer. Gut erinnert sich der Verfasser, wie nach einem heftigen Wahlkampfe große Plakate an den Mauern prangten, die in beiden Landessprachen den Aufruf enthielten: „Friede sei in Kremsier“, und unter dem Texte, der zur Eintracht mahnte, waren die Namen der Parteiführer abgedruckt. Man las unter dem deutschen Aufruf viele slawische, unter dem andern deutsche Namen, denn im Laufe wohl tausendjähriger Zusammenlebens vermengten sich die Geschlechter derart, daß heute so mancher tschechische Agitator einen erz-deutschen, mancher deutsche Führer einen unverfälscht slawischen Namen trägt; es ist auch nichts Seltenes, daß in einer und derselben Familie ein Sohn eingefleischter Tscheche, der andere ein fanatischer Deutscher ist, die Familiennamen in Mähren also ebensowenig auf die Nationalität schließen lassen, wie die äußere Erscheinung, denn es gibt vielleicht mehr Vertreter des blonden Typus unter den mährischen Slawen als unter den Deutschen des Landes. Beide Völker können sich zahlreicher Frauenschönheiten rühmen; die Slawinnen erfreuen sich zumeist üppiger Körperfülle. Mischheiraten waren häufig und werden auch jetzt nicht ausbleiben. Daß vor allem die Bauern dem Deutschum nicht feindlich gegenüber standen, beweist der Umstand, daß sie ihre Söhne gern Offiziere werden ließen.

In den Volksschulen Mährens erlernten die Slawen so viel Deutsch, daß sie mit Leichtigkeit in deutsche Mittelschulen übertreten konnten und dort in der Regel fleißiger lernten und höheren Klassenrang aufwiesen, als die sich meist aus den leichtlebigeren Städtlern ergänzenden deutschen Schüler. In vielen deutschen Vereinen gab es Slawen als Mitglieder, z. B. in der Concordia in Kremsier, wo viele Slawinnen Musik- und Gesangunterricht genossen und bei den deutschen Konzerten mitwirkten. Das gleiche war dort der Fall im Schützenverein, der seit fast siebenhundert Jahren besteht und dessen Amts- und Kommandosprache die deutsche war. Deutsche Schauspieler spielten vor ausverkauften Häusern, deren Publikum zu drei Vierteln aus Slawen bestand. Noch im Jahre 1870 konnte in dem größtenteils slawischen Kremsier ein deutsches Volksfest gefeiert werden, das von niemandem gestört wurde. Ähnlich, ja noch viel deutscher ging es in andern Städten zu. In den deutschen Mittelschulen trugen slawische Lehrer die deutsche Sprache vor und sprachen sie reiner als mancher Deutsche, dessen Aussprache nur zu oft Provinzialismen anhafteten. Nach und nach kamen die Deutschen ins Gedränge. Es entstanden zahlreiche slawische Mittelschulen, und nach dem Umsturze wurden die deutschen zum Teile aufgelassen.

Die deutsche Sprache war dem Volke derart in Fleisch und Blut übergegangen, daß man selten ein slawisches Gespräch hörte, ohne in jedem Satze mindestens ein reines und ein paar verballhornte deutsche Worte aufzufangen. Die Bürger von Nikolsburg stehen im Rufe, gar zu fleißiger Vermengung beider Idiome. „Nasch Hausherr stratjil Schraitoflu“, bedeutet so viel als: „Unser Hausherr verlor das Geldtäschchen“ (Schreibtafel, Notizbuch). Die Kinder wurden nachdrücklichst belehrt „Kistiant“ (Küss' die Hand) zu sagen. Zahlreich sind die Witze, welche dieses Kauderwelsch verspotten; so wird zum Beispiel „Matratze“ im mährisch-deutschen Dialekt, freilich nur scherzhaft mit

„S Roßhoorom wyschtupowany Schtroschok“ übersetzt, d. h. „Mit Roßhaar ausgestopfter Strohsack“, es sind also alle drei Worte verhunzte deutsche Ausdrücke. Tatsächlich hört man solchen Jargon auf Schritt und Tritt. Wohl wird jetzt ärger denn je Propaganda für Ausmerzung alles Deutschen gemacht. Als am Bahnhofe zu Kremsier jemand nach dem „Portier“ fragte, wurde dies von dem Gefragten sofort in tadelndem Tone mit: „Wratnik, Wratnik, pane“ (Pförtner, Pförtner, Herr) verbessert.

Nun, es wird noch sehr lange dauern, bis die mährischen Slawen allen deutschen Ausdrücken entsagen werden. Solange Deutsche in Mähren wohnen werden, so lange werden beide Völker ihre Ausdrücke tauschen, denn auch die Deutschen wenden nur zu häufig slawische Wörter an. Wenn in einer Stadt die slawischen Kinder vom „Vatinek“ und von der „Mutinka“ sprechen, so reden in einer anderen die deutschen vom „tatjinek“ und der „maminka“ (Väterchen und Mütterchen). Der slawische Student verlangte vom slawischen Kaufmann eine Reißschiena, Dreieck, Zirkel und Zeichenpapier, hing also den deutschen Benennungen höchstens statt des e ein a an. Nie beobachtete man damals, daß die Lehrer irgendwelche nationale Propaganda trieben. Wie es Slawen gab, die strenge Deutschlehrer waren, so bedienten sich auch die anderen nie ostentativ ihrer Muttersprache. Es war noch die gute altösterreichische Zeit, wozu auch sehr viel das Militär beitrug, denn nicht nur die doch zum großen Teile slawischen Offiziere, sondern die zumeist dem gleichen Stamm angehörenden Berufsunteroffiziere verkehrten untereinander fast immer nur mittels der deutschen Sprache.

Die Zahl jener Städte, die bisher Jahrhunderte hindurch als deutsche bezeichnet werden konnten, ist nun auf eine geringe Zahl zusammengeschrumpft, denn ihre meist deutsche Intelligenz regiert nicht mehr, sondern wurde von der Überzahl der unteren Volksklassen aus den Ämtern verdrängt. Eigentümlicherweise hört man aber slawische Mährer ganz offen über „diese verdammte Republik“ schimpfen. Es wird jetzt erst eine sehr ungemütliche Zeit für das schöne Land und deren einst so biedere Bevölkerung anbrechen, denn die Deutschen, die z. B. in Ungarn stets zur Regierung hielten und sich willig madjarisieren ließen, sind seit jeher Gegner der Tschechen gewesen, und dieser Gegensatz wurde durch deren brutales Vorgehen zur Todfeindschaft angefacht. Über Nacht wurden sämtliche deutsche Aufschriften entweder herabgerissen, übertüncht oder besudelt und Denkmäler deutscher Männer zerstört. Ein Jahr war bereits seit dem Umsturze verstrichen und noch immer war der Freiheitsrausch der Tschechen nicht verfliegen, ein Jahr nach erlangter Unabhängigkeit wurde in Brünn das schöne Monument Kaiser Josefs II. nachts herabgerissen und seine Büste im Augarten zertrümmert. Nun stand aber gerade dieser Herrscher bei den Bauern Mährens in hohem Ansehen, da er sie von der Leibeigenschaft befreite und ihren Stand dadurch ehrte, daß er in der Nähe von Austerlitz mehrere Furchen eines Feldes eigenhändig pflügte welche Tat dort mit einem Denkmal verewigt ist.

Die Tschechen regieren eigentlich im Lande, nicht aber die Mährer selbst, die nie so haßerfüllt gegen die Deutschen waren wie jene. Vor der Einwanderung der Slawen saßen im Lande germanische Volksstämme; auch nach Ankunft der Slawen, denen als überwiegend Ackerbau treibendem Volke die industriellen Kenntnisse und Hilfsmittel fehlten, wanderten deutsche Kolonisten ein, die sich nach und nach in den Städten ansässig machten, wo sie dem Handel und dem Handwerke oblagen, während der Slawe beim Ackerbau verblieb. Noch heute weisen die Familiennamen der Deutschen in vielen Fällen auf Gewerbe hin, während jene der Slawen zumeist auf Feld- und Garten-

bearbeitung hindeuten. Das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet liegt im Norden und im Süden, wo es Anlehnung an die Masse des deutschen Landes hat. Größere Sprachinseln sind Brünn, Iglau, Wischau, Olmütz und andere Orte, ansonsten ist das Land förmlich durchtränkt von Deutschen. Adels-, Offiziers- und Beamtenfamilien sind überall verstreut und werden noch lange Stützpunkte des Deutschtums bleiben.

Den Bürgern der deutschen Städte dürfte es hauptsächlich zu verdanken gewesen sein, daß sich im Jahre 1620 das Land im großen und ganzen dem Aufstande der Tschechen nicht anschloß und auch im Jahre 1848 vollkommen ruhig blieb. In allen Kriegen wehrten und erwehrten sich oft glücklich die Städte Mährens gegen Hussiten, Schweden und Preußen. Die mährisch-deutschen Regimenter gehörten zu den besten Truppen Österreichs, doch auch die übrigen waren — ehe von Böhmen aus die Zersetzung Platz griff — tadellos.

In der Hauptstadt Brünn siedelten sich Deutsche im 13. Jahrhundert an, und zwar kamen sie meist aus Flandern und Sachsen. Der Name Brünn stammt nicht etwa von Brunnen, sondern vom altslawischen Brno (Lehm) ab und heute noch heißt eine Vorstadt die Lehmstätte. Lange Zeit konnte Brünn als deutsch gelten, und sogar die umliegenden Orte waren es, doch das Zuströmen der Tausende von Fabrikarbeitern änderte nach und nach das Verhältnis zugunsten der Slawen und heute haben gar viele Geschäftsleute ihre deutschen oder selbst die gemischt-sprachigen Schilder gegen tschechische umgetauscht, damit sie ihnen nicht von irgendeinem Legionär herabgerissen werden.

Noch im Jahre 1880 stellte die Volkszählung 60 % Deutsche in Brünn fest, heute sind es kaum 40. Freilich sind unter ihnen in erster Linie die gebildeten Elemente und die wohlhabenden

Klassen vertreten. Die ungemein leichte Nachgiebigkeit der Deutschen gegen Entnationalisierung wird jetzt um so stärkere Erfolge erzielen, gibt es doch zahlreiche sich als Deutsche anmeldende Familien, die im Hause fast nur slawisch sprechen, namentlich dort, wo der Vater gezwungen ist, den ganzen Tag mit Gesellen oder Unterbeamten, die Hausfrau mit dem Dienstmädchen slawisch zu verkehren, und eines Tages wird die Familie in die Volkszählungsliste als tschechisch eingetragen — um Ruhe zu haben.

Ähnliche Verhältnisse wie in Brünn traten in allen bis dahin deutschen Städten ein, und die starke Zuwanderung slawischer Elemente sowie deren größerer Geburtenüberschuß tragen ganz gewaltig zuungunsten des Deutschtums bei. Durch die Zentralisierung der Regierungsgeschäfte in Prag und Einteilung des tschechoslowakischen Staates nach französischem Muster in Departements, so daß der Name Mähren nur mehr ein historischer sein wird, werden viele deutsche Beamte von Brünn abgezogen werden und der Slawisierung wird Vorschub geleistet.

Die Deutschen werden einen harten Stand haben. Tausende von Kindern müssen bereits reinslawische Schulen besuchen und dann in der tschechischen Armee dienen; bald werden soundso viel deutsche Namen mehr in den Listen der Tschechen auftreten. Doch im Kampfe gegen die Tschechisierung haben die Deutschen einen sicherlich nicht erwarteten Verbündeten bekommen, und das sind die Slowaken, die das Tschechische nur schwer, im Osten ihres Landes gar nicht verstehen, die Ruthenen und Ungarn, die alle den Tschechen die gleichen Schwierigkeiten bereiten werden, wie diese sie einst der österreichischen Regierung machten. Die Nähe des Deutschen Reiches sorgt schließlich dafür, daß die tschechischen Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Vom Deutschtum in Ponta Grossa

Auszug aus der Chronik der deutschen Evangelisch-lutherischen Kirchen- und Schulgemeinde in Ponta Grossa von Pastor W. FUGMANN.

Ponta Grossa liegt auf dem Paranenser Hochland, auf zwei Bergrücken des wellenförmigen Kamplandes (900 m). 1855 wurde es zur Villa (Markt) erhoben, 1862 zur Stadt.

Die Kampländereien wurden um das Jahr 1877 mit Deutschen aus der Wolgagegend besiedelt. Ihrer Abstammung, dem Dialekt nach, den sie heute noch sprechen, sind sie württembergischer, badischer und hessischer Herkunft. Die größte Kolonie war Guarauna, zirka 20 km von Ponta Grossa entfernt, mit eigenem Pfarrsitz, Kirche und Gemeindeschule. Pastor war H. G. Geisler. Zwei Stunden von Ponta Grossa entfernt ist die Kolonie Taquary, welche ebenfalls eine Kirche hatte, damals von Guarauna aus bedient wurde, heute aber in Ponta Grossa eingepfarrt ist. Die Kirche in Taquary wurde zu einer Schule und Lehrerwohnung umgebaut. In der Nähe von Palmeira liegen die Kolonien Quero-Quero und die selbständige Gemeinde Papagaios Novos. Sie hat Kirche und Schule und ist Pfarrsitz mit Wilh. Mittelmeier als Pastor.

Der schlechten Landverhältnisse wegen zogen die meisten Kolonisten von Guarauna und Taquary wieder weg. Zum Teil nach Rußland zurück, andere nach Imbituva. Imbituva ist selbständige Pfarrei mit Kirche und Schule. Als Pastor wirkt dort Johannes Knörr. Andere zogen nach den nächstgrößeren Ortschaften Ponta Grossa und Entre Rios. Die Kirchenbücher von Guarauna befinden sich im hiesigen Gemeindearchiv.

Aus St. Catharina wanderten viele Deutsche nach dem gesünderen Hochland von Parana aus und übten in Ponta Grossa ein Handwerk aus oder widmeten sich dem Handel. — Die kirch-

liche Bedienung auf dem Hochland geschah von Curityba aus. Sie wurde anfangs von Pastor Harmann, später von dessen Nachfolger Pastor Emil Schulz geleitet. Unter ihm erstand hier die deutsch-evang. Kirchen- und Schulgemeinde am 5. August 1894. Für die Schule wurden Einrichtungsgegenstände angeschafft und ein Haus gemietet. Der erste Lehrer war B. Apetz († 1918). Der Jahresbeitrag war auf 8 Milreis festgesetzt, das monatliche Schulgeld auf 4 Milreis. Die kirchliche Bedienung geschah bis 1896 von Curityba aus. Von da ab bediente die Gemeinde Pastor D. Wiedmer von Lapa. Er gab ihr durch ausführliche Statuten eine richtige Grundlage, kaufte Land an, baute Pfarrhaus und Kirche. Kauf und Bau kamen laut Abrechnung auf rund 15 000 Milreis. Die Statuten, welche unter dem ersten ständigen Pastor, H. G. Berchner (jetzt an der unierten Gemeinde in Curityba), bearbeitet wurden, besagen in § 23: „Das Kirchengebäude, das Wohnhaus mit Ökonomiegebäuden repräsentieren nach der Inventur vom 4. Oktober 1897 einen Wert von 15 000 Milreis.“

Die Gelder wurden durch freiwillige Gaben und Obligationen aufgebracht. G. Berchner anttierte als Pastor und Lehrer von September 1897 bis 1900.

An seine Stelle wurde H. P. Josef Hohl berufen, welcher vorher in Entre Rios tätig war. Er wirkte bis 1907 und brachte Klarheit in die Kassenverhältnisse; die Schulden betrugen noch 11 714 Milreis, welche durch Sammlungen zu einem großen Teil gedeckt werden konnten. Im Mai 1907 legte Hohl sein Amt nieder, nachdem sich die Gemeinde am 4. 1. 1906 der Evan-

Luth. Synode von St. Catharina, Parana u. a. St. angeschlossen hatte. Hohl übernahm eine Stellung an der Eisenbahn, heute ist er auf dem Schweizer Konsulat in Rio de Janeiro tätig.

Im Mai 1907 wurde der Reiseprediger der genannten Synode, Otto Kuhr, zum Pastor und Lehrer gewählt und war bis 1911 hier tätig. Damit er sein Reisepredigeramt weiter versehen konnte, stellte ihm der Luth. Gotteskasten H. Pastor Carl Frank zur Verfügung, der jetzt Geistlicher an der lutherischen Christusgemeinde in Curityba ist. P. Kuhr zog nach Papagaios Novos, von wo aus er sich nur als Reiseprediger betätigte.

Im Oktober 1909 kam der Verfasser dieses Artikels als Vikar zu P. Kuhr und, nachdem durch die Neueinwanderung die Reisepredigtätigkeit größer wurde, übernahm P. F. die Gemeinde 1911. Die Schuldenlast wurde unter P. Kuhr durch Sammlungen auf 2180 Milreis herabgebracht. Eine von der Gemeinde eingeleitete Sammlung nach P. Fs. Amtsannahme ergab 1100 Milreis so daß an Schulden nur noch ein Konto auf der Gemeinde lastete, welches im Lauf der Zeit auch schon abbezahlt wurde. Vorsitzender der Gemeinde ist seit 1913 H. Joh. Gottlieb Justus.

Im September 1913 wurde eine Glocke angeschafft, welche in Curityba bei Müller Tomaos & Cie. gegossen wurde, 133 kg wiegt und die Inschriften trägt: „Jesus lebt“ — „Concordia“.

Die Schule wurde in der Kirche gehalten, da noch kein eigenes Schulgebäude vorhanden war. Aber es zeigte sich die Notwendigkeit eines besonderen Schulhauses immer mehr. Man begann mit der Sammlung eines Baufonds. Auch der Verein für das Deutschtum im Ausland in Hamburg steuerte dazu bei.

Von 1902 bis 1914 bestand auch noch eine konfessionslose Vereinsschule, die aber trotz der Reichssubvention nicht vorwärts kommen konnte und vor allem an chronischem Lehrerwechsel krankte. Drei- bis viermaliger Wechsel war keine Seltenheit. Die Vereinigungsversuche, von einzelnen Mitgliedern angeregt, scheiterten jedesmal. 1914 ging die Schule ein; man verkaufte die Einrichtung, um die Schulden beglichen zu können.

1915 arbeiteten wir an den Vorbereitungen für den Schulhausbau, machten auch eine Eingabe um Reichsunterstützung und erhielten seit dem Bestehen der Schule zum erstenmal eine solche im Betrag von 700 Milreis, von denen 500 zum Schulhaus bestimmt waren. Im Februar 1916 wurde der Grundstein gelegt, Ostern 1916 eingeweiht und in Gebrauch genommen. Die Schülerzahl betrug 60. Das Gebäude hat zwei Säle und kostete dank dem Entgegenkommen der Baumeister nur 3500 Milreis. Das Haus ist 13 m lang, 8 m breit, an jeder Seite sind vier große Fenster, auf der vorderen Giebelseite zwei. Ende des gleichen Jahres war das Haus auch schon bezahlt durch fleißige Opfer der Gemeinde. Juli 1916 stellte ich einen Hilfslehrer an, welcher bis Oktober 1917 mitarbeitete, um dann eine Privatschule zu gründen. Im Oktober 1917 wurde nach der brasilianischen Kriegserklärung an Deutschland nach einer Scheinprüfung des Schulinspektors Dr. Brasílio Luz die Schule geschlossen. Desgleichen mußten die Gottesdienste in deutscher Sprache eingestellt werden.

Im März 1920 wurde die Schule wieder eröffnet, nachdem ich mich bereit erklärte, für den landessprachlichen Unterricht eine brasilianische Lehrerin anzustellen. Es hat sich dies bisher gut bewährt. Die Schüler sind in zwei Abteilungen geteilt, welche einen Tag über den andern in deutsch oder portugiesisch unterrichtet werden. Der Lehrplan entspricht dem einer deutschen Volksschule.

Mit Karten und einer Schülerbibliothek hat uns in dankenswerter Weise der V. f. d. D. i. A. in Hamburg versehen, ebenso mit Anschauungsbildern.

Ich habe die Schule über manche schwere Zeit durch persönliche Opfer hinübergerettet, manchen Monat erhielt ich nur 60 Milreis für meinen Unterricht. Diese Opfer fielen mir nicht leicht, aber im Interesse der Sache habe ich sie gebracht.

Gegenwärtig wird die Schule von 35 Kindern besucht, obwohl Platz für 100 da wäre; die Kinder haben sich zum Teil verlaufen, zum Teil hat sie der oben erwähnte Lehrer in seiner Privatschule, deren Gründung ihm dank des Schulschlusses seitens der Regierung gelang, da er sich sofort dazu bequeme, nur in der Landessprache zu unterrichten. Viele, auch evangelische Kinder, gingen in die Schulen der katholischen Schwestern. Unsere Hoffnung aber verläßt uns nicht, es wird sich wieder bessern. — Es hat uns die Anregung von drüben sehr gefehlt und wir setzten große Hoffnungen für unsere Arbeit im Ausland auf den endgültigen deutschen Sieg, die freilich durch die Novemberrevolution 1918 zu Grabe getragen wurden. Nun werden die Schulgesetze gegen unsere Schulen immer mehr verschärft. Die deutschen Auslandsschulen hätten nach einem deutschen Sieg ungeheuren Aufschwung genommen, nun aber müssen wir froh sein um etliche Stunden deutschen Unterrichtes, die man uns noch läßt.

Die Vereine im Ausland, die man immer als besondere Träger des Deutschtums ansieht, haben leider zum Teil versagt, nicht aber Kirche und Schule. Ich habe dies gerade in der „verbotenen Zeit“ feststellen können. Die deutsche Predigt wollten die Leute nicht missen, obwohl hier die meisten die Landessprache sprechen. Gottesdienste in portugiesischer Sprache wurden abgelehnt — „lieber warten“, hieß es! Das ist doch auch deutsche Treue!

Die deutsche Lutherbibel ist für unser Deutschtum im Ausland eine wertvolle und köstliche Stütze! Sie ist die Trägerin und Erhalterin reindeutscher Kultur unter den Auslandsdeutschen!

Unsere Kirchengemeinde zählt 600 Seelen. Zur Feststellung der Familiengeschichte wurde von mir neben der Gemeindechronik und den bisherigen offiziellen Kirchenbüchern ein Familienregister als Kirchenbuch angelegt.

Zurzeit wird ein neues Pfarrhaus gebaut, das in einigen Wochen bezogen werden kann. Der erste offizielle Gottesdienst fand am 1. nach Epiphania 1919 wieder statt.

Dies ist in kurzer Zusammenfassung eine Geschichte unserer Schul- und Kirchengemeinde.

Der heutige Stand der Schulfrage in Südwestafrika

Der Landesverband der deutschen Schulvereine Südwestafrikas schreibt uns, und wir, die wir an dieser Stelle stets mit besonderer Aufmerksamkeit den tapferen Kampf des Deutschtums in Südwest um die heiligsten Güter der Sprache und der Kultur verfolgt haben, geben seine Zuschrift gerne wörtlich wieder:

Am Freitag, dem 11. März, fand eine fast zweistündige Unterredung der Vertreter des Landesschulverbandes und der örtlichen Schulvereine mit dem Administrator, Herrn G. R. Hofmeyr, C. M. G., statt. Diese Besprechung bildete den vorläufigen Abschluß von Verhandlungen, die während der letzten fünf

Monate gepflogen worden waren, — einen neuen Meilenstein auf dem Wege zu dem Ziele, welches wir uns gesteckt haben: Die Erreichung der vollkommenen und gesetzlich verbürgten Gleichberechtigung des deutschen Volkstums mit dem afrikanischen und englischen auf dem Gebiete der Schulerziehung.

Ehe wir jedoch den Verlauf der Beratungen dieser wichtigen Tagung schildern, möchten wir einen kurzen Rückblick auf die Geschichte dieser letzten 5 Monate werfen.

Anfang November war zwischen dem Administrator und dem Landesverband die Übereinkunft getroffen worden, eine öffentliche Besprechung der schwebenden Fragen bis auf weiteres zu vermeiden, da diese möglicherweise den von beiden Seiten gehegten Wunsch einer gerechten Einigung störend beeinflussen könnte. Nachdem nun aber die verfloßene Tagung diese Einigung noch nicht herbeigeführt hat, erscheint es angebracht, den Stand der Verhandlungen in der Schulfrage kurz zu schildern.

Bei dem Empfange, welchen der erste Minister der Union, General J. Smuts, dem Vorstände des Landesverbandes am 15. September 1920 gewährte, verwies er ihn auf spätere Verhandlungen mit dem neuen Administrator. Diese begannen am 3. November; am gleichen Tage übergab Herr Hofmeyr dem Vorstände ein Schriftstück mit den bekannten „zehn Punkten“, als die Grundlage der weiteren Besprechungen; hierbei betonte er, daß die Schulfrage mit der Sprachenfrage verbunden sei und daß nach den Erklärungen des Generals Smuts die Einführung des Deutschen nicht in Frage komme. Die Regierung beabsichtige nicht, eine Trennung der öffentlichen Schulen in verschiedene Systeme zuzulassen. Er werde das Parlament bitten, ihn zum Erlaß eines besonderen Schulgesetzes zu ermächtigen, in welchem die ganze Frage geregelt werden solle. Der Entwurf dieses Gesetzes werde dem Landesverband übergeben werden, damit er darüber beraten könne. Erläuternd fügte der Administrator hinzu, daß er nicht beabsichtige, eins der Schulgesetze der Union hier einzuführen; vielmehr wünsche er die bestehenden Verhältnisse in jeder Beziehung zu berücksichtigen, deutsche Schuleinrichtungen miteinzubeziehen und so ein organisches, dem neuen Zustande angepaßtes Gesetz zu schaffen; auch die Union könne von deutschen Fortschritten auf dem Gebiete der Erziehung noch mancherlei lernen.

Am folgenden Tage, dem 4. November, richtete der Vorstand ein ausführliches Schreiben an den Administrator, in dem gewisse Klarstellungen erbeten und Wünsche vorgetragen wurden. Herr Hofmeyr empfing dann alle Vertreter der deutschen Schulvereine am 12. November. Man kam überein, daß weitere Verhandlungen über die Einzelheiten des geplanten Schulgesetzes zwischen dem Vorsteher des Unterrichtswesens der Kapkolonie, Herrn Dr. Viljoen, und einem technischen Ausschuß geführt werden sollten, der am Tage zuvor unsererseits gebildet worden war. Die Ankunft Dr. Viljoens wurde für die nächsten Tage, dann für den Anfang und schließlich für Ende Dezember in Aussicht gestellt, hat sich aber später nicht verwirklicht.

Am 15. Januar machte Herr Hofmeyr dann den Anfang mit der öffentlichen Besprechung der verwickelten Frage, indem er in seiner bekannten Swakopmunder Rede die 10 Punkte bekannt gab und erörterte. Dies veranlaßte Herrn Dr. Lotz, auch die Auffassung des Landesverbandes in einem längeren Aufsätze öffentlich zu bekunden. Ende Januar begannen alsdann in Windhuk Unterredungen mit dem Unterrichtsorganisator, Herrn Lewis, der an Stelle von Dr. Viljoen mit der Vertretung der Regierung bei den technischen Besprechungen beauftragt worden war. Ein Anfang Februar erfolgter Versuch der Regierung, den Landesverband zu der Erklärung zu veranlassen, daß die Annahme der 10 Punkte die Vorbedingung zu weiteren Verhandlungen sein solle, scheiterte. Die Zusage, daß der technische Ausschuß die nötigen Unterlagen bis zum 10. Februar erhalten solle, wurde später dahin geändert, daß die Übersendung des Gesetzentwurfs erst nach Rückkehr des Administrators von

seiner Reise durch den Süden erfolgen könne. Da dies der Unmöglichkeit gleichgekommen wäre, den Entwurf vor der Hauptversammlung vom 10. März gründlich durcharbeiten, wurden umgehend Gegenvorstellungen erhoben, mit dem Erfolge, daß die erbetenen Unterlagen bis zum 25. Februar nach und nach eingingen; sie wurden dann sogleich vom technischen Ausschuß bearbeitet. Einem Wunsche des Herrn Lewis entsprechend, wurden unsere Einwände und Wünsche in bezug auf den Entwurf des geplanten Schulgesetzes bis zum 7. März schriftlich festgelegt und eingereicht.

Da es an dieser Stelle zu weit führen würde, alle Abweichungen von unserem eingangs angeführten Leitgedanken zu erwähnen, beschränken wir uns in folgendem darauf, einige der wesentlichsten Bestimmungen dieses Gesetzes herauszugreifen und zu erläutern.

Sprachenfrage.

Den Angelpunkt des geplanten Gesetzes bildet naturgemäß für uns die Sprachenfrage. Wie aus dem Entwurf des Unterrichtsgesetzes für die Kapkolonie hervorgeht, steht es dort den Eltern frei, zwischen zwei Arten von Schulen zu wählen. Sie können ihre Kinder entweder in zweisprachige Schulen der bisherigen Art senden oder solche mit vorwiegend holländischem Charakter wählen. In der richtigen Erkenntnis, daß nur das Bewußtsein eines ererbten, ausgeprägten Volkstums dem Menschen jene Kernhaftigkeit gibt, die das letzte Ziel aller Erziehung ist, haben die Eltern in der Union sogar das Recht, in Schulen dieser zuletzt genannten Art als Unterrichtssprache nur die Muttersprache des Kindes zu verlangen.

Im Gegensatz zu dieser Bereitwilligkeit, den Eltern einen Einfluß auf die Erziehungsgrundlage des Schulunterrichts, die Schulsprache, einzuräumen, sollen die hiesigen Kinder nicht nur gezwungen sein, eine der Unionssprachen zu erlernen, — womit ja von unserer Seite bekanntlich längst begonnen war, ehe die Regierung diese Forderung aufstellte — sondern von einem bestimmten Schuljahre ab soll sogar ihre Muttersprache als Unterrichtssprache vollkommen verschwinden und vielleicht nur noch als Fremdsprache im Lehrplan dieser Altersklasse erscheinen; der Gesetzentwurf enthält nichts über den letzteren Punkt. Wo bleibt da die Gleichberechtigung?

Wir möchten in diesem Zusammenhange weiter darauf hinweisen, daß gewisse im Entwurf vorgesehene Bestimmungen über Sprachminderheiten praktisch zu höchst fragwürdigen Zuständen führen können. Befinden sich beispielsweise in einer Schule Kinder mit zwei oder gar drei verschiedenen Muttersprachen, so würde das bedeuten, daß eine einzige Lehrkraft Unterricht in zwei oder drei verschiedenen Sprachen erteilen müßte, wobei eine babylonische Begriffsverwirrung wohl kaum zu vermeiden wäre. Außerdem brachte es das bisherige deutsche Schulsystem mit sich, daß oft gerade die fähigsten Lehrer auf Außenposten in einklassigen Schulen wirkten, während geringer befähigte und bezahlte Kräfte oft an mehrklassigen Schulen noch eine zweckmäßige Verwendung finden konnten. Diese segensreichen Verhältnisse würde das neue Gesetz in ihr Gegenteil verkehren, da die Lehrstelle an einer solchen Außenschule dem Gesetzentwurf zufolge nur gering bezahlt wird.

Neuerrichtung von Schulen.

Auch hinsichtlich der Neuerrichtung von Schulen werden die Eltern in Südwest gegenüber den südafrikanischen Eltern benachteiligt. Die kapschen Bestimmungen sehen vor, daß Elementar- (bzw. Farm-)Schulen eingerichtet werden müssen, falls mindestens 10 (bzw. 5) schulpflichtige Kinder vorhanden sind. Für Südwest sind beide Zahlen, welche die Grundlage zur Neu-

schaffung von Schulen bilden, auf das Doppelte erhöht worden, also für Elementarschulen auf mindestens 20, für Farmschulen auf mindestens 10 Kinder.

Diese Änderung, welche wiederum eine Benachteiligung der Schulpflichtigen Südwests gegenüber denen der Union bedeutet, wird auf die sonst zu erwartende höhere Belastung unseres Haushalts zurückgeführt. Es ist hier nicht der Ort, den Gründen nachzugehen, welche die Geldverhältnisse Südwests im letzten halben Jahrzehnt so sehr verschlechtert haben; wir möchten jedoch daran erinnern, daß die Höhe der vom Staate für Erziehung aufgewendeten Mittel der Maßstab für sein kulturelles Ansehen ist. Wenn wir einmal von Deutschland ganz absehen: selbst ein so kleiner und von Natur nicht besonders begünstigter Staat wie Dänemark gibt alljährlich Summen für sein Schulwesen aus, die sich höchst vorteilhaft abheben von den — gleichen Zwecken dienenden — Ausgaben viel größerer und reicherer Länder. Wir würden daher einen Versuch, hier gerade an den Geldern für Schulzwecke zu sparen, für sehr verfehlt halten.

Schulpflicht.

Die Schulpflicht soll nach vollendetem siebenten Lebensjahr einsetzen. Prüft man den Entwurf auf die Frage der Dauer des Schulbesuches hin, so scheint es auf den ersten Blick, als sei die ehemalige achtjährige Schulpflicht nunmehr durch eine neunjährige ersetzt worden. Da aber das Gesetz vorsieht, daß jedes Kind mit dem vollendeten Standard VI — normalerweise nach dem 7. Schuljahr — den Schulbesuch einstellen kann, wenn der Nachweis einer Beschäftigung erbracht wird, so ist damit zu rechnen, daß die Schulpflicht nur vom 7. bis zum 14. Lebensjahre, also nur 7 Schuljahre, dauern wird.

Einfluß der Eltern.

Wir sehen davon ab, noch auf weitere Einzelheiten einzugehen und fügen nur noch einige Worte über den Einfluß hinzu, den die Eltern nach dem geplanten Gesetz auf die Erziehung ihrer Kinder haben sollen. Der Gesetzentwurf sieht die Schaffung von örtlichen Schulbehörden (school committees) vor. Man versteht darunter einen Elternausschuß, der unter Aufsicht des Magistrats von den Eltern der Schulkinder gewählt wird. Diese Behörde übt gemäß den Verordnungen des Schulgesetzes eine allgemeine Aufsicht über die Schule aus; führt Anordnungen der Zentralschulverwaltung (in unserem Falle des Administrators) aus; untersucht etwaige Vorstellungen von Eltern und unterrichtet und berät in dieser Beziehung die oberste Unterrichtsbehörde. Auf deren Aufforderung hin kann dieser Elternbeirat zur Mitberatung bei Neueinstellung von Lehrern herangezogen werden. Die Sitzungsniederschriften unterstehen der Zensur des Magistrates. Wenn wir alles dies in Erwägung ziehen, will es uns scheinen, als ob der in Reden mehrfach erwähnte beträchtliche Einfluß dieser Elternbeiräte nicht von allzu großer Bedeutung sei.

Die Einwände des technischen Ausschusses gegen die vorerwähnten und andere Punkte des Gesetzentwurfs wurden am 7. März dem Organisator des Unterrichtswesens, Herrn Lewis, in Gestalt von Fragen vorgelegt. Von unserer Seite waren 16 Gegenvorschläge gemacht worden; diese bezogen sich z. B. noch auf die Schaffung eines Elternbeirats für die Unterrichtsabteilung, auf die Gebäude- und Pensionatsfrage, die Umstellung der Realschule, die Übernahme und den Ersatz von Lehrern, den Religionsunterricht, den Lehrplan und anderes.

Die erbetene schriftliche Antwort auf diese Gegenvorstellungen erfolgte am 9. März nachmittags, also am Vorabend der Hauptversammlung. Von den 16 Einwendungen waren 9 glatt ab-

gelehnt, vier in der Schwebe gelassen und drei genehmigt worden. Wir sind leider nicht in der Lage, den Gesetzentwurf hier abdrucken zu können, da uns dies im gleichen Schreiben untersagt wurde. Der Bescheid der Regierung war in knappster Form erfolgt, was wohl darauf zurückzuführen war, daß der Administrator gerade in diesen Tagen außerordentlich mit Arbeit überlastet war, nachdem es sich als notwendig herausgestellt hatte, die für April geplante Reise nach der Union bereits am 11. März anzutreten. Immerhin verschärfte diese Kürze noch den Eindruck, der an sich schon schmerzlichen Ablehnung der wichtigsten Punkte. Einleitend erklärte das Schriftstück, daß sein Inhalt die Entscheidungen des Administrators kurz zusammenfasse. Abgelehnt wurden — um nur die Hauptfragen zu streifen — die folgenden Punkte: Anerkennung von „deutsch“ als dritter Schulsprache; Einrichtung von Schulen mit „vorwiegend deutscher Unterrichtssprache“; Festlegung der Höchstdauer von Unterrichtsstunden in der Unionssprache; allmähliche Einführung von Lehrplanänderungen; Elternbeiräte der oben erwähnten Art; Verfügungsfreiheit über die jetzigen Schulgebäude; sowie ein Zuschuß.

Es konnte daher nicht wundernehmen, daß eine Verlesung und Besprechung dieses Briefes, der als die Grundlage der auf den nächsten Tag anberaumten Unterredung mit dem Administrator gelten mußte, zu dem einstimmigen Beschluß der Hauptversammlung vom 10. März führte, unter diesen Umständen wie bisher die deutschen Schulen als Privatschulen weiterzuführen. Die Versammlung konnte sich dem Eindruck nicht verschließen, daß die „zehn Punkte“ in dem geplanten Schulgesetz nicht den erwarteten Ausdruck gefunden hatten. Andererseits stellte es sich erfreulicherweise heraus, daß bei weiterer reger Sammel-tätigkeit und gegenseitiger Hilfsbereitschaft eine Fortführung des Schulbetriebes im gegenwärtigen Rahmen auch fernerhin möglich bleiben würde.

Am 11. März nahm die Hauptversammlung einstimmig den folgenden Beschluß an, der dem Administrator mittags schriftlich in Gegenwart von 26 Vertretern aus allen Landesteilen überreicht wurde:

„Die in Windhuk versammelten Vertreter des Landesverbandes und der Schulvereine danken Ihnen für das außerordentliche Interesse, das Sie vom Augenblick Ihrer Amtsübernahme der Schulfrage entgegengebracht haben. Dieses Interesse gab uns die berechtigte Hoffnung, daß wir trotz des schwierigen Gegenstandes zu einer beide Teile befriedigenden Einigung kommen würden. Auch wir betrachteten die von Ihnen bekannt gegebenen 10 Punkte als eine Grundlage der Verhandlungen, auf der es möglich schien, bei näherer Beratung eine Verständigung zu erzielen. Um so überraschter waren wir, daß wir jetzt bei der notwendigen Besprechung von Einzelheiten des Schulgesetz-Entwurfes fast durchweg verneinende Antworten erhielten, sogar in Fällen, in denen es sich nur um formelle Klarstellungen handelte.

Infolge der Ablehnung fast aller von uns gemachten Vorschläge sind wir nun zu unserem größten Bedauern nicht in der Lage, die Bedingungen der Regierung in der jetzt uns gebotenen Form des Schulgesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen anzunehmen. In der beabsichtigten Gestaltung erblicken wir nicht die Sicherheiten, die wir für nötig erachten, um unseren Kindern auch in der gegenwärtigen Lage die Erziehung zu erhalten, die wir ihnen zu geben wünschen.

Wir betonen dabei ausdrücklich, daß wir bereit waren und noch sind, die veränderten Verhältnisse bei der Erziehung unserer Kinder weitgehend zu berücksichtigen. Daß es uns damit ernst war, haben wir bereits bewiesen; wir haben in der Sprachenfrage,

schon ehe die Wünsche der Verwaltung bekannt waren, Einrichtungen getroffen, die unsere Kinder befähigen sollten, gemeinsam mit der neuen Bevölkerung zum Wohle dieses Landes zu arbeiten.

Wir hoffen, daß Sie unsere Stellungnahme verstehen werden. Sie legt uns zwar nicht unbedeutende Opfer auf, aber wir sind bereit, sie zu tragen für eine so hohe Aufgabe, wie es die Erziehung unserer Kinder ist. Das ändert nichts an unserer schon wiederholt betonten Auffassung, daß es die allgemein anerkannte Aufgabe des Staates ist, die Kosten für die Erziehung aller Kinder zu übernehmen.

Wir wünschen, und wir haben die Überzeugung, daß es der Geist der Versöhnung in nicht zu ferner Zeit ermöglichen wird, in der Schulfrage zu einer Verständigung zu kommen, die allen Teilen gerecht wird. Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Landesverband und die
Deutschen Schulvereine in Südwestafrika.“

Aus der sich anschließenden fast zweistündigen Unterredung fassen wir folgendes kurz zusammen:

Es war unverkennbar, daß der verlesene Beschluß auf den Administrator einen tiefen Eindruck machte. Er hatte augenscheinlich angenommen, daß die oben erwähnte Ablehnung der Mehrzahl unserer Vorschläge neue Vorstellungen zur Folge haben würde, während wir nach Form und Inhalt geglaubt hatten, die Ablehnung der für uns wichtigsten Punkte sei endgültig. Herr Hofmeyr erklärte uns dann in längeren Reden, es habe nicht erst seines persönlichen Umgangs mit vielen Deutschen bedurft, um zu erkennen, wie ernst es ihnen mit der Erziehung ihrer Kinder sei; das habe er schon in der Union gewußt. Er müsse jedoch eindringlich betonen, daß er den festen Willen habe, dem in Südwest heranwachsenden neuen Geschlecht eine gleichartige Erziehung zu geben, die bei aller Wahrung berechtigter volklicher Eigenheiten vor allem erreichen solle, den verderblichen heute noch vorhandenen Haß der verschiedenen Volksstämme gegeneinander allmählich auszuschalten, und damit dem Aufbau eines neuen Volksbewußtseins vorzuarbeiten. Er sei bereit gewesen, der Unions-Regierung sein Amt zur Verfügung zu stellen, falls diese seine „zehn Punkte“ abgelehnt hätte und bitte schon heute, nicht etwa ihm den Vorwurf zu machen, wenn es vielleicht zu

einer späteren Zeit nicht mehr möglich sein sollte, so günstige Bedingungen für die Deutschen zu erreichen.

Demgegenüber erklärte der Sprecher des Landesverbandes, Herr Junker, dem Administrator, daß wir den Zeitpunkt für eine derartige Verschmelzungspolitik in Schulfragen für verfrüht hielten; daß wir ihm dankbar seien, für die stete Bereitwilligkeit, die Erziehungsfrage auch mit unseren Augen anzusehen; daß jedoch in dem uns vorgelegten Gesetzentwurf nicht der gleiche versöhnliche Geist zu finden sei, der die „zehn Punkte“ kennzeichne; und daß wir daher fürchten müßten, bei Annahme dieses Gesetzes die Zukunft unserer Kinder leichtsinnig aufs Spiel zu setzen. Die Deutschen hätten nicht die Absicht, eine künstliche Scheidung von den Unionsbürgern herbeizuführen; so gut wie es die Erwachsenen heute erreicht hätten, mit ihren Mitbürgern aus der Union zusammenzuarbeiten und zu verkehren, so gut würden auch die Kinder das lernen; Eigenbrödeli und ein Herabsehen auf die Unionsbürger liege urfs fern. Aber solange nicht die vollkommene Gleichberechtigung des deutschen Volkstums mit dem südafrikanischen gesetzlich verbürgt sei, erscheine es den Schulvereinen erforderlich, ihre Arbeit in der bisherigen Weise fortzusetzen. Bis zur Erreichung einer derartigen gesetzlichen Gleichstellung hielten wir es allerdings für eine Aufgabe der Regierung, auch die rein deutschen Schulen mit Zuschüssen zu fördern.

Dies lehnte der Administrator grundsätzlich ab, indem er ausführte, daß solche Zuschüsse seiner Meinung nach nur dazu führen würden, die so notwendige Verständigung der Jugend des Landes zu verzögern. Die Mittel für die Durchführung des neuen Schulgesetzes hätten im Voranschlage des am 1. April beginnenden neuen Rechnungsjahres vorgesehen werden sollen; er hoffe, daß sein Wunsch, das Erziehungssystem Südwests auf eine gemeinsame Grundlage zu stellen, der nun anscheinend 1921 nicht mehr in Erfüllung gehen werde, wenigstens 1922 verwirklicht werden könne.

Abschließend erklärte Herr Junker, daß wir trotz der Größe der uns zugemuteten Opfer bereit seien, die Lasten der Unterhaltung von Privatschulen zu tragen, da es sich in diesem Falle um die wichtigste Aufgabe des Deutschtums, die Erziehung unserer Kinder, handele.

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

VI. Von der Westküste Afrikas nach Hamburg.

Von P. R.

Kurz vor Lissabon wird der Dampfer noch einmal angehalten, aber auch wieder sofort freigelassen. Am 1. September, morgens 10 Uhr, laufen wir in Lissabon ein. Wir sind ungefähr zehn Hamburger, die zusammen in ein Hotel gehen, in dem wir bekannt sind. Einige der Passagiere treffen wir noch auf dem Konsulat, wo uns gesagt wird, daß bereits über 3000 Übersee-Deutsche in Lissabon sind. An ein Durchkommen bis Deutschland sei nicht zu denken. Wer genügend Geld habe, könne sich aufhalten wo er wolle. Die Unbemittelten werden auf dem Dampfer „Kaiser Wilhelm“ auf Konsulatskosten untergebracht. Diese Aussichten sind nicht gerade sehr vertrauenerweckend. Einige Bekannten fahren sofort nach Spanien. Sie hoffen, von dort auf dem Seewege nach Italien zu kommen und dann über Österreich nach Deutschland. Nun ist guter Rat teuer. Wir besprechen, was nun zu tun ist. Der Neffe meines Chefs nimmt

die Einladung unseres Lissaboners Angestellten an und geht zu ihm aufs Land. Er kann sich nicht aufs Meer wagen, denn er ist der richtige Germanentypus und würde sofort von den Engländern als Deutscher erkannt werden. Außerdem ist er nicht besonders sprachgewandt.

Ich hatte mich schon an Bord mit dem Vertreter der Woermann-Linie aus St. Thomé angefreundet, und verabredeten wir uns um die anderen nicht mehr zu kümmern, sondern alle Vorbereitungen zu treffen, um als Nicht-Deutsche nach Holland zu gelangen. Daß es uns bei einiger Geschicklichkeit und etwas Glück gelingen würde, die Engländer über meine Nationalität zu täuschen, war uns klar. Bei meinem tiefschwarzen Haar, den dunklen Augen und dazu von der Sonne braun gebranntem Gesicht, hält mich niemand für einen Deutschen. Wie oft war mir doch in Deutschland gesagt worden, daß ich kein Deutscher sei.

*) Siehe auch Nr. 10—18, 20, 22—24 im vorigen, Nr. 2—9 in diesem Jahrgang.

sondern den Typ des Brasilianers habe. Oft wollte man mir gar nicht glauben, daß ich Deutscher bin. In diesem Falle sollte mir mein Äußeres und die Sprachgewandtheit zugute kommen. Wer will meinem Portugiesisch einen deutschen Akzent anmerken! Auch der deutsche Konsul ist der Meinung, daß ich's wagen könnte. Aber mit Bernhard Schwarz, meinem neuen Freunde, liegt die Sache schon anders. Er muß sich das Haar färben, die Augenbrauen dürfen nicht vergessen werden. Außerdem spricht er nicht portugiesisch, nur spanisch und auch dies mit deutschem Akzent. Auch können ihn seine blauen Augen leicht verraten. Wir gehen nun systematisch ans Werk, alles was deutsch an uns ist, auszumerzen. Zuerst kommt die Namensfrage. Bernhard Schwarz heißt von nun an Bernhardino Sanchez und ich Francesco Rosero, die Anfangsbuchstaben müssen dieselben bleiben, damit wir wenigstens durch unsere Wäsche-monogramme nicht verraten werden. Aus den Anzügen werden die Hamburger Firmenschilder herausgetrennt. Selbst an die Namen in den Schuhlaschen denken wir. Alle Bücher packe ich in einen Koffer und gebe ihn unserem Lissabonner Kontor zur Aufbewahrung. Nun kann uns nichts mehr verraten. Wir stehen aber noch vor der schwierigsten Frage. Wie kommen wir zu Pässen und dann zu Passagen und wohin sollen wir fahren, nach einem der skandinavischen Staaten oder nach Holland?

Wir opfern jeder einen Anzug, den wir möglichst stromerhaft zurichten und treiben uns in der Hafengegend umher, besuchen die finsternen Spelunken, um jemanden zu finden, der uns seine Papiere verkauft. Aber es gelingt uns trotz mehrerer Versuche nicht, bei denen wir sogar öfters in eine ziemlich unangenehme Lage kamen. Schließlich verliere ich die Geduld und frage den ersten besten Eckensteher, deren es in Lissabon besonders am Hafen genug gibt, ob er mir nicht sagen könne, wo ich einen Auswanderer-Agenten treffen kann. Er weist mich an einen kleinen Zigarrenladen, wohin jeden Morgen ein solcher kommt. Ich treffe diesen und gehe sofort auf mein Ziel los. „Was verlangen Sie für Beschaffung eines brasilianischen und eines argentinischen Passes? Wir sind Engländer, waren als Stauer an Bord eines Dampfers, sind in L. geblieben und möchten nun zurück nach England“, erzählte ich ihm. Aber er glaubt mir dies nicht; ich könne ihm ruhig sagen, daß wir Deutsche sind, ihm sei das ganz gleichgültig. Was ginge ihn die Politik an, die Hauptsache sei, daß er Geld verdiene. Wir einigen uns dahin, daß er uns Pässe und Passage nach Holland besorgt. Für jeden Paß verlangt er 10 Pfund. Das Pfund stand damals in Lissabon sehr hoch, so daß die 10 Pfund ungefähr 250 Mark gleich kamen. Aber das spielte ja keine Rolle, wenn wir nur unbehelligt nach Holland kommen. Der Mann machte auf mich den Eindruck, als könne man sich auf ihn verlassen.

Die Unterredung hatte ungefähr am 6. September stattgefunden. Ich habe die genauen Daten nicht mehr im Kopf und mein Tagebuch ist leider 1916 an der Summe verschüttet worden. Wir waren vollständig reisefertig und gönnten uns nun noch einige gute Tage in Monte Estoril, das man von hier aus mit der Bahn in einer halben Stunde erreicht. Monte Estoril ist ein elegantes Vergnügungsbad mit wundervollem Strand, mit einem Kasino, in dem viel Roulett gespielt wird und mit allen üblichen Gelegenheiten, um sich die Zeit zu vertreiben. Wir hielten uns dort sehr zurückgezogen, doch kostete es mich viel Überwindung, mich am Tennisturnier und Wettschwimmen nicht zu beteiligen. Abends pflegten wir nach Lissabon zurückzufahren. In den deutschen Klub wollten wir nicht gehen. Aber wir verkehrten im Café Royal, in dem fast nur Deutsche verkehrten. In Lissabon gibt es nur zwei Cafés nach deutscher Art, die unseren deutschen

Konzert-Cafés gleichkommen. Beide liegen sich gegenüber. Im Royal verkehren die Deutschen, im anderen die Alliierten. Dies hatte sich sehr schnell so herausgebildet. Als wir erzählten, daß wir damit rechnen, bald in Deutschland zu sein, gab es einige, die uns nicht genug davon abraten konnten. Alle, die bisher versucht hätten, durchzukommen, wären trotz falscher Papiere vom Dampfer heruntergeholt und in England interniert worden. Wozu sich dieser Gefahr aussetzen? Aber es gab auch beherztere, die mir sogar Briefe an ihre Angehörigen in Deutschland mitgaben. Denn in Lissabon war man ja gänzlich von Deutschland abgeschnitten. Die Anschläge der Zeitung „O Jornal de Lisboa“ verkündigten unglaubliche Siege der Russen, die schon in Wien und Berlin standen, um hier den Franzosen die Hand zu reichen. Helgoland war bereits in englischem Besitz, Hamburg in Brand geschossen. Wenn wir auch nicht alles glaubten, so wußten wir doch nicht, wo wir die Grenze zwischen Lüge und Wahrheit ziehen sollten. Je schlechter die Nachrichten lauteten, um so fester stand bei uns der Entschluß, uns auf die Seite der Unsrigen durchzuschlagen. Wir vermieden es, an dem Tage in Lissabon zu bleiben, an dem die portugiesische Expedition nach Angola verschifft wurde. Wenn wir auch einerseits wußten, daß keiner der portugiesischen Soldaten freiwillig in den Krieg zog, so war doch andererseits der unbeteiligte Mob genug aufgehetzt worden, um große Kundgebungen zu veranstalten. Konnte man doch in allen Buchhandlungen die neue Karte von Europa sehen, auf der vom Deutschen Reich nur noch Preußen bestand, alles andere war aufgeteilt. England verstand es nur zu gut, überall Stimmung für sich und gegen uns zu machen. Was ist leichter als ein politisch so abhängiges und unreifes Volk wie die Portugiesen für irgendeine Staatsaktion zu entflammen! Diese Nacht blieben wir in Monte Estoril und konnten von dort einen der Dampfer in hellen Flammen aufgehen sehen. Die Soldaten meuterten und wollten nicht nach Afrika. So manche andere kleine Episoden haben sich hier noch zugetragen, doch sind sie im Laufe des Krieges meinem Gedächtnis entschwunden.

Ich glaube, es war am 16. September, als unser Agent uns anrief, daß wir ihn um 4 Uhr nachmittags reisefertig im Hotel erwarten sollten. Wir sind froh, uns endlich aus dieser Art Verbannung befreien zu können. Er kommt ganz gegen portugiesische Gewohnheit pünktlich mit einem Auto, läßt sofort unser Gepäck aufladen und fort geht es zum Kai, wo das Agenturboot des Kgl. Holländ. Lloyds zur Abfahrt bereit steht. Als ich den Agenten nach unseren Papieren fragen will, legt er den Zeigefinger zum Zeichen des Schweigens auf den Mund. Im Motorboot saßen nämlich zwei Herren, die von der Agentur zu sein schienen, und eine Dame im Alter von ungefähr 22 bis 24 Jahren. Den Herren werden wir vorgestellt als von „unseren Konsulaten“ besonders empfohlen. Wir kommen an Bord der „Gelria“ an und hier übergibt unser Freund dem Steward die Passagen für Sr. Rosero, Brasilianer, und Sr. Sanchez, Argentinier. Als der Steward mich nach meinem Paß fragt, fällt mir unser Agent ins Wort: „Diese Herren sind von ihren Konsulaten der Agentur der Linie empfohlen und brauchen keine Pässe“. — „Mir will's schon recht sein“, erwiderte der Steward und führt uns in unsere Kabine. Wir bezahlen dem Agenten die Passage und dieser verlangt außerdem 10 Pfund für den Paß, obgleich er uns keinen besorgt hat. Er sagt, daß es nur auf unsere Geschicklichkeit ankäme, der Paß an und für sich helfe uns gar nichts, die Hauptsache sei die Passage und ermahnte uns noch einmal zur Vorsicht und Zurückhaltung. Was hilft's, zurück wollen wir auf keinen Fall mehr, und so entrichteten wir lieber die verlangte Summe, als daß wir der Gefahr liefen, verraten zu werden.

Wir sehen uns in der Kabine um. Von Lissabon bis Amsterdam dauert die Fahrt in Friedenszeiten ungefähr 3 bis 4 Tage, wir müssen damit rechnen, ebenso viele Tage vor England aufgehalten zu werden. Aber 8 Tage hier zu hausen, wo nebenan zwei deutsche junge Mädchen wohnen, und um uns ständig deutsch gesprochen wird, das ist unmöglich, ohne sich zu verraten. Wir hatten erst uns entschlossen, II. Klasse zu fahren, da unsere bisherigen Ausgaben schon sehr groß waren und wir in Lissabon kein Geld bekommen konnten, so daß ich Herrn Schwarz aushelfen mußte. Doch 6 bis 8 Tage ununterbrochen zusammen zu sein, ohne ein deutsches Wort zu wechseln, und noch dazu sich den Anschein geben, die deutsche Sprache überhaupt nicht zu verstehen, das würde über unsere Kräfte gehen. So ließ ich denn, um all diesen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, sofort meine Sachen noch vor dem Essen zur I. Klasse herüberbringen. Wir verabreden, uns gegenseitig vorläufig nicht zu kennen. Nun suche ich vor allen Dingen einen geeigneten Versteck für meinen deutschen Paß und den Landsturmschein. Alle Tricks, wie z. B. das Einnähen in den Rock oder in die Stiefelsohlen, erscheinen mir zu alltäglich. Wie wäre es, wenn ich beides in die Matratze einnähen würde. Aber auch dies scheint mir zu gewagt, da der Kammersteward mit diesen Dingen leicht vertraut sein kann, und ebensowenig ist der Deutschfreundlichkeit dieses Herrn zu trauen. Während ich dies alles überlege, fällt mein Blick auf die kleine Rolljalousie vor dem Bullauge, die von zwei kleinen Gardinen fast ganz verdeckt wird. Nur die Quaste, an der sie heruntergezogen wird, ist sichtbar. Halt, ich hab's! Ich ziehe die Jalousie herunter, klemme die beiden Papiere fest gegen die Stange und lasse die Jalousie wieder zurückschnellen. Darauf sollte erst jemand kommen, daß hier etwas versteckt worden ist. Beruhigt ziehe ich mich um, und beuge mich dann zum Essen. Ich speise absichtlich ganz allein, am Nachbartisch, ebenfalls allein sitzt die Dame, die mit uns zusammen an Bord gekommen ist. Als ich nun nach dem Mittagessen behaglich im Wintergarten meinen Whisky und Soda einnehme, spricht mich ganz plötzlich ein Herr folgendermaßen auf englisch an: „Die Weltenbummler begegnen sich doch immer wieder, wo haben wir uns denn schon einmal gesehen.“ Im ersten Augenblick halte ich mich für verloren, zum Glück ist mein Gesicht nicht gerade im Schein einer Lampe. Die Begegnung hat mich zu sehr überrascht. Der Engländer ist der Vertreter einer englischen chem.-pharmazeutischen Fabrik. Aber da er sich nicht erinnert, wo wir uns gesehen, brauche ich's ja auch nicht, und so bringe ich ihn schnell auf falsche Fährte. Im Laufe der Unterhaltung kommt das an Bord übliche Gespräch auf die Nationalitätenfrage. „Ihnen sieht man ja den Brasilianer an, Sie braucht man nicht erst zu fragen, und mir hört man den Engländer an. Allerdings wundere ich mich über ihr gutes Englisch für einen Südländer.“ Während der Unterhaltung war die schon oben erwähnte Dame bereits einige Male an uns vorübergegangen. Der Engländer geht auf sie zu, spricht sie englisch an, bringt sie mit an unseren Tisch und stellt mich mit den Worten vor: „Ich freue mich, Ihnen hier einen wirklichen Brasilianer, der kein verkappter Deutscher ist, vorstellen zu können.“ — „Oh, das sah ich bereits, als Sie ins Motorboot stiegen“, erwiderte die Dame auf portugiesisch. Im ersten Augenblick hätte ich ja befangen sein können, aber da wir kurz vorher englisch gesprochen hatten, so konnte der Tonfall ja noch davon herrühren. Die junge Portugiesin unterhielt sich nun mit mir ungestört portugiesisch, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Engländer uns nicht versteht; sie ist so froh, ihre Muttersprache sprechen und hören zu können, daß sie jedes Taktgefühl beiseite läßt, oder will sie sich nur überzeugen, ob ich wirklich

Brasilianer bin. Aber sie scheint von dem Ergebnis befriedigt zu sein. War ich doch in Lissabon genügend gewarnt worden, um mich nicht gehen zu lassen. Es mag zu Lande wohl als unhöflich gelten, wenn man nach dem Woher und Wohin fragt, aber an Bord und in diesen Tagen sind dies ganz natürliche Fragen, die ich auch willig beantworte. Also ich will nach Amsterdam und unsere Produkte wie Kaffee, Kakao, Tabak und Gummi, die wir früher nach Deutschland geliefert haben, jetzt an Holland zu verkaufen. Nachher will ich nach England, um unser Palmöl und Kopra dorthin senden zu lassen. Ein ganz einleuchtender Grund, eine solche Reise jetzt zu unternehmen, da wir kein Stammhaus in Europa haben, sondern alles direkt von Brasilien und Westafrika verschiffen. Ich dagegen frage absichtlich nicht nach dem Zweck ihrer Reise. Bevor wir uns trennen, fordert sie mich noch auf, künftigt an ihrem Tisch während der Mahlzeiten Platz zu nehmen. Ich gehe mit dem Gefühl zu Bett, von der Portugiesin nicht als Deutscher erkannt zu sein, aber Vorsicht wird trotzdem am Platze sein. Wer weiß, ob sie mich nicht noch weiter auf die Probe stellen wird? Ich bringe noch in Erfahrung, daß sie mit einem Engländer verheiratet ist.

Am nächsten Morgen wache ich erst auf, als wir bereits im Hafen von Vigo halten. Das übliche Leben, wenn der Dampfer für einige Stunden im Hafen liegt, spielt sich ab. Händler mit Früchten, orientalischen Decken, Kelims und Teppichen bieten ihre Waren an und hauen den Neuling ordentlich übers Ohr. Ich gehe an Land, die Portugiesin schließt sich mir an. Als wir an Bord zurückgekehrt sind, da weiß ich bereits, daß sie die Reise im Auftrage „Englands“ macht, um sich mit den Herren zu unterhalten und an deren Aussprache festzustellen, ob dieselben geborene Südamerikaner oder verkappte Deutsche sind. „England weiß, daß unzählige in Südamerika wohnende Deutsche unter brasilianischer oder argentinischer Flagge nach Hause fahren, um ihr Vaterland zu verteidigen. Nichts ist leichter, als sie durch ihre Aussprache zu entlarven. Die meisten haben sich falsche Papiere zu verschaffen gewußt und hoffen nun gut durchzukommen. Aber England braucht sich gar nicht solche Mühe zu machen und Kosten zu verursachen. Ich finde die Herren etwas reichlich naiv. Sie lesen deutsche Bücher, unterhalten sich auf deutsch und rühmen sich sogar ihrer falschen Pässe. Unglaublich ist doch ihre Vertrauensseligkeit. Am meisten belustigt mich über einen Studenten, dessen Gesicht vollständig zerschunden ist und der sich trotzdem als Argentinier ausgibt.“

Kurz nach der Abfahrt trägt mir die Portugiesin im Musiksalon einige Griegsche Stücke vor. Plötzlich bricht sie das Spiel ab und richtet an mich die Frage, ob ich ihr nicht recht helfen könnte, ausfindig zu machen, welcher der Herren, die sich als Südamerikaner ausgeben, Deutsche sind oder nicht. Für mich als Herr müsse es doch eine Kleinigkeit sein, mit den anderen in der Unterhaltung zu treten. Und dann sei es doch ein leichtes, der wahre Nationalität zu erkennen, ich täte ihr damit einen großen Gefallen. Diese Zumutung hätte ich ja allerdings mit der Begründung abschlagen können, daß ich mich nicht gern in persönliche Angelegenheiten hineinmische, aber das würde sie nur erstens übel nehmen, zweitens würde dies vielleicht auch Mißtrauen gegen mich erregen, das ich auf alle Fälle vermeiden mußte. So versprach ich, ihren Wunsch zu erfüllen. Daß der Herr mit dem zerschundenen Gesicht ein Deutscher ist, könnte ich ihn bestätigen. Doch ich hoffe, ihr diesen Abend aus dem Wege gehen zu können, was allerdings nicht ganz leicht ist, da unsere Kabine gegenüber liegen. Ich erhebe mich bald nach dem Essen, spüre im Rauchsalon Schach und gehe erst sehr spät zu Bett.

(Fortsetzung folgt)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Estland.

In Dorpat fand eine Versammlung der Leiter der Volks- und Mittelschulen auf Veranlassung des Bildungs-Ministeriums statt, um die Frage zu besprechen, welche fremde Sprache in den Schulen Estis gelehrt werden sollte. Der Kampf der Meinungen wogte lebhaft hin und her. Schließlich aber wurde dem Deutschen gegenüber dem Englischen der Vorzug gegeben, und zwar trat dafür der weitaus größte Teil der Dorpater Schuldirektoren ein.

Polen.

Oberstleutnant a. D. Graebe, der vor 6 Monaten unter allerhand politischen Beschuldigungen von den Polen verhaftet und interniert wurde, ist jetzt nach Bromberg zurückgekehrt. Der schwer geprüfte, aufrechte deutsche Mann, der im Untersuchungsgefängnis es nicht leicht hatte, wurde von Freunden und Bekannten auf das herzlichste begrüßt. Seine Angelegenheit selbst ist allerdings nicht aufgeklärt, obgleich das Deutschum in Polen auf eine völlige Klarstellung der tatsächlich völlig zu Unrecht erfolgten Freiheitsberaubung des angesehenen deutschen Mitbürgers andauernd drängt.

Tschechoslowakei.

Nachdem die sämtlichen 11 Mitglieder der Landesverwaltungs-Kommission für Böhmen ihre Ämter niedergelegt hatten, erfolgte die neue Ernennung von 11 Mitgliedern. Im Gegensatz zu früher, wo keine Deutschen in der Kommission vertreten waren, erhielten diesmal die drei größten deutschen Parteien, die Sozialdemokraten, Agrarier und Deutschnationalen, je einen Vertreter.

Die Prager „Bohemia“ erzählt, ein aufrichtiger Freund des Deutschums der Tschecho-Slowakei in einem nordischen Königreiche habe den dortigen tschecho-slowakischen Gesandten über die Lage der Deutschen in der Tschecho-Slowakei interpelliert und daraufhin von diesem eine Druckschrift bekommen, die als No. 7 des „Service d'information tchécoslovaque“ den Titel führte „Die Beschwerden der Deutschen in der Tschecho-Slowakei“ („Les plaintes des Allemands de Tchécoslovaquie“). Dieses Machwerk zähle die größten Märchen auf. Die Deutschen hätten es begrüßt, wenn Wilhelm II. Kaiser von ganz Europa geworden wäre, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen sei niemals verletzt worden, das deutsche Schulwesen weise sogar eine aktive Bilanz auf, da den gesperrten 30 deutschen Schulen 80 neue Schulen in der Slowakei gegenüber ständen, daß auf 40 000 Deutsche, dagegen erst auf 80 000 Tschechen eine Mittelschule entfalle und daß es in Böhmen 16 tschechische, dagegen 25 deutsche Fachschulen gebe. Das Kriegsangeleihe- und das Sprachengesetz seien ganz vortreffliche Dinge. Wo Härten vorgekommen seien, seien sie durch Subalternbeamte veranlaßt. Die Deutschen in der Republik seien sprachlich besser gestellt als die Dänemarks. Der Prager Theaterskandal wurde so dargestellt, daß dieses Theater von den Deutschen annektiert worden sei und daß nur ein sozusagen atavistisches Gefühl für Recht und Gerechtigkeit die Enteignung bewirkt habe, keineswegs unter Bewilligung der Behörden. Die Deutschen selbst würden übrigens gegen die Politik ihrer Führer bald Front machen. Die „Bohemia“ meldet, dieses Lügengewebe werde wohl selbstverständlich noch im Parlament besprochen werden.

Über eine deutsch-politische Kundgebung in Prag berichten die Blätter. Der an der Prager Universität lesende Professor der Philosophie und Pädagogik, Dr. von Ehrenfels, hielt als Gast der deutschen akademischen Lese- und Redehalle einen politischen Vortrag, in dem er dafür eintrat, daß die Deutschen in der Tschechoslowakei dafür dankbar sein sollten, daß ihr Schicksal an das eines aufstrebenden slawischen Staates geknüpft sei und daß sie am Aufbau dieses Staates positiv mitarbeiten sollten. Widerspruch wurde in Ansehung der sonst geachteten Persönlichkeit des Redners zwar laut, hielt sich aber in akademischen Grenzen. Im ersten Kolleg nach den Osterferien aber demonstrierten 300 deutsch-radikale Studenten und forderten Rechenschaft für den Vortrag, die der Gelehrte ablehnte. Nach ziemlich lebhaftem Wortgefecht räumten darauf die Demonstranten den Hörsaal, in dem 50 deutsche Studenten sozialistischer und freisinniger Richtung zurückblieben.

Ungarn.

Zu der Einführungsrede des neuen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen sagt die „Pester Zeitung“, sie vermisse vollkommen jede Stellungnahme zur Nationalitätenfrage und zur Frage der Minderheitsrechte. Es berühre schmerzlich, daß der neue Ministerpräsident dem Lande seine Meinung darüber vorenthalte, Er, dessen Heimat ja doch Siebenbürgen sei, müsse wissen, daß die Lösung der Nationalitätenfrage von entscheidender Bedeutung für die Wiederherstellung Ungarns sein werde. Die Deutschen hätten sich über immer häufigere Mißgriffe zu beklagen, denen sie wehrlos gegenüberstünden. „Wir fordern unentwegt die entsprechenden Rechte für unsere Muttersprache in Schule und Verwaltung, wie sie uns durch das Gesetz vom Jahre 1868 verbrieft wurde.“ Dem neuen Ministerpräsidenten ständen die Deutschen kühl abwartend gegenüber, bis er sich zu diesen Grundrechten geäußert habe. Vertrauen könnten sie nur einer Regierung entgegenbringen, die die Rechte der nationalen Minderheiten achte und ihnen auf der ganzen Linie Geltung verschaffe.

Rumänien.

Der Abgeordnete Savu hatte am 4. April Angriffe gegen das Sachsenvolk in der Kammer erhoben; sie stützten sich auf Verleumdungen, welche Senator Flesariu jüngst einmal vorgebracht hatte, die aber als völlig unhaltbar zurückgewiesen worden waren. In einer späteren Sitzung der Kammer gab diesen Ausführungen des Herrn Savu nun den Vertretern des siebenbürgisch-sächsischen Volkes Gelegenheit, den Verleumder kräftig abzuschütteln. Der Abgeordnete Dr. Wilhelm Binder wies nach, daß alles Material des Herrn Savu falsch sei, oder wenigstens falsch verwendet worden sei und wies nach, daß das siebenbürgisch-sächsische Volk nicht etwa eine feindliche oder unpatriotische Haltung gegenüber dem Rumänentum einnehme, sondern daß es im Gegenteil treu zum rumänischen Staate stehe, wenn er ihm nur die feierlichst zugesagten Rechte und Freiheiten nicht vorenthalte. Sodann verwahrte sich Abgeordneter Dr. Hans Otto Roth gegen die persönlichen Anzapfungen Savus. Er betonte, daß das sächsische Volk in eiserner Disziplin wie ein Mann hinter seinen Führern stehe. Wer den verantwortlichen Männern unrecht tue, fordere das ganze Volk heraus. Jeder Siebenbürger Sachse, der außerhalb Siebenbürgens stehe und dort Politik treibe (gemeint sind die siebenbürgischen Kreise, die in Ungarn für den Wiederanschluß an Ungarn arbeiten), die im Gegensatz zu der Anschluß-Politik an Rumänien stehe, treibe diese Privatpolitik auf eigene Faust und nicht im Auftrag und

mit Zustimmung des großen siebenbürgischen Volkes. Er, der Redner, müsse verlangen, daß Herr Savu seine persönlichen Anzapfungen und Anschuldigungen, daß nämlich Dr. Roth „der größte Agitator, Verleumder und Verfolger des rumänischen Staates sei“, zurücknehme, oder daß eine parlamentarische Untersuchung gegen ihn, Dr. Roth, veranstaltet werde. Mit seiner politischen Ehre dürfe ein so leichtfertiges Spiel nicht getrieben werden. Diesen Reden folgte lebhafter Beifall weit über die Bänke der deutschen Abgeordneten hinaus. Der frühere Minister Cici-Pop legte für die Nationalpartei sich für die Sachsen ins Zeug und dankte den sächsischen Brüdern, die durch ihren Anschluß der rumänischen Sache einen geschichtlichen Dienst geleistet hätten, und auch der Abgeordnete Jorga sprang im Namen seiner Partei für die Sachsen ein. Der Abgeordnete Savu kam mit einer kläglichen Entschuldigung zu Worte, machte aber kaum einen Eindruck im Hause. Eine parlamentarische Untersuchung wurde vom Hause als gänzlich unnötig abgelehnt.

Am 6. April begannen im Verwaltungsausschuß der rumänischen Kammer die Verhandlungen über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts bei der sächsischen Landesuniversität. Unsere Leser sind durch die Ausführungen in Nr. 6 des A.D., Seite 177, über die Frage unterrichtet. Zu Beginn der Sitzung gab der Abgeordnete Dr. Roth eine Erklärung ab, die geschichtlich zurückgriff. Die Sachsen seien auf Ruf eines ungarischen Königs um die Mitte des 12. Jahrhunderts ins Land gekommen, der Vertrag mit ihnen sei im Jahre 1224 durch den Andreanischen Freibrief bekräftigt worden, der das ausschließliche Eigentumsrecht der Sachsen an dem ihnen verliehenen Lande festsetzte. Eigene Gerichtsbarkeit und Verwaltung, eigener Heerbann wurde dem in jeder Beziehung selbständigen Volke zugestanden. Für ihre treuen Dienste wurden ihnen wiederholt königliche Schenkungen an Land zugewiesen. Auch nach der Union Siebenbürgens mit Ungarn im Jahre 1867 verblieben den Sachsen alle diese Vorteile des eigenen Vermögens am „Königsboden“, das durch eine gewählte, aus 20 Mitgliedern bestehende Vertretung verwaltet wird. Selbst der Gesetzesartikel XII vom Jahre 1867 bestätigte die Rechte, der doch zu einer Zeit vom ungarischen Reichstag beschlossen wurde, als die Sachsen bei den Magyaren wegen ihres Widerstands gegen die Union und wegen ihrer Teilnahme am Wiener Reichstag durchaus nicht beliebt waren. Nur die Nutznießung des jährlichen Einkommens der Nations-Universität sollte nach dem Gesetze unter alle Bewohner des sogen. Königsbodens verteilt werden. Dies geschah gegen den lebhaften Protest der Vertreter der siebenbürgischen Nation, der auch jährlich wiederholt wurde. Gegen den gleichfalls wiederholten Protest wurde vom ungarischen Innenminister dem Königsboden in der Zukunft wiederholt neues Territorium zugefügt. Es sei also unbestreitbar, daß die Sachsen die Nations-Universität seit alters her als ihr ausschließliches Eigentum anerkannten und empfänden. Die Sachsen müßten also auch den vorliegenden Gesetzentwurf bekämpfen, weil er diese Frage von Grund aus wieder aufrolle. Auf Grund des bisher bestehenden Wahlrechts waren neben 18 Sachsen auch 2 Rumänen Mitglied der erwähnten Vertretung. Der Sprecher beantragte Vertagung der Verhandlung, um die Rechts- und moralischen Gefühle der sächsischen Bevölkerung zu schonen und um im kleinen Kreise mit den Vertretern der Parteien und mit Sachverständigen einen Ausgleich zu suchen. Die Sachsen seien überzeugt, daß sich ein friedlicher Ausgleich finden lasse.

Danach sprach sich der Abgeordnete Dr. Maniu für das allgemeine Wahlrecht aus; er teile die Rechtsauffassung der

Rumänen, die derjenigen der Sachsen entgegengesetzt sei, doch handle es sich um einen Jahrhunderte alten Streit, in dem die Regierung sich zuerst mit den sächsischen Vertretern hätte besprechen sollen. Auch er trete für eine Verschiebung ein. Abg. Dr. Bucsan betonte, der Gesetzentwurf entspreche dem Rechtsgefühl des rumänischen Volkes und entspreche einer Forderung der Zeit, er wolle nur ein altes Unrecht wieder gut machen. Dr. Roth bemerkte, die Sachsen bekämpften nicht den Grundsatz des allgemeinen Wahlrechts, die Regierung ließ erklären, daß sie über die Rechtsfrage gar nicht verhandeln wolle, das bleibe der neu gewählten (also auf Grund des neu einzuführenden allgemeinen Wahlrechts neu gewählten) Generalversammlung der Nations-Universität vorbehalten. Darauf zog Dr. Roth seinen Antrag zurück, da die Regierung zu Verhandlungen sich überhaupt nicht bereit erkläre, und der Kammerausschuß nahm den Gesetzentwurf mit allen gegen eine Stimme an. Dr. Bucsan stellte in der Einzelberatung den Antrag, die Bezeichnung „Sächsische Nations-Universität und sieben Richter“ in „Vermögensgemeinschaft sieben Stühle“ (Stühle zu deutsch Komitate) zu ändern. Dagegen wandte sich heftig Dr. Roth, diese Frage und dieser Antrag präjudizierten das Hauptproblem des gesamten Jahrhunderte alten Rechtsstreits zwischen Rumänen und Siebenbürger Sachsen. Rein begrifflich werde durch die Annahme dieses Antrags schon eine Rechtsauffassung zum Ausdruck gebracht, während der Streit an sich ja bisher von keiner Stelle gelöst worden sei. Der Vorsitzende schlug vor, zur Wahrung des historischen Namens dem Worte Comunitatea noch das Wort Universitatea in Klammer beizufügen. Das wurde mit 5 gegen 4 Stimmen akzeptiert. Für den Antrag stimmten die drei Mitglieder der Regierungspartei, ein Kommunist und ein Banater. Abg. Dr. Roth legte gegen diesen Beschluß sofort den schärfsten Protest ein. Auf seinen Antrag wurde dann einstimmig ein weiterer Beschluß gefaßt, wonach die Verfügungen des gegenwärtigen Gesetzes die Frage des Eigentumsrechts bezüglich des Vermögens der sächsischen Nations-Universität in keiner Weise berührten.

In der Bukowina treiben die nationalistisch recht erregten rumänischen Studenten eine sehr merkwürdige Politik. Wo sie in dem ja national gemischten Buchenländchen mit ihren Ansichten nicht durchdringen, demonstrieren und terrorisieren sie. „Die ultima ratio ist der Stock“, so sagt bitter das Czernowitzer Morgenblatt, „es ist wohl ein seltsamer Begriff von akademischer Freiheit, wenn sie dazu benutzt wird, um Bürger einzuschüchtern, bzw. in der Ausübung ihrer Tätigkeit zu hindern.“ Zum 5. Male hat man jetzt diesem deutschen Blatte die Fensterläden eingeschlagen und die Fensterscheiben zertrümmert. Dann fügt die erwähnte Zeitung hinzu: „Zur Unterwerfung unter den Rotstift der von der Regierung eingesetzten Zensurbehörden kann eine Zeitung gezwungen werden. Die Presse darf aber unter keinen Umständen dem Willen junger Leute dienstbar gemacht werden, die noch gar nicht erfassen können, welchen Schaden sie ihrem Vaterlande durch derlei Handlungen verursachen.“

Schweiz.

Die 56 deutschen Verbände und Vereine in der Schweiz, die der Reichsregierung seinerzeit das Ersuchen der Schweizer Auslandsdeutschen übermittelt hatten, in London festzu bleiben, haben jetzt vom Reichskanzler Fehrenbach folgende Antwort erhalten: „Namens der Reichsregierung danke ich den 56 deutschen Verbänden und Vereinen in der Schweiz für ihre Kundgebung vom 2. März. Die Reichsregierung sieht darin einen neuen Beweis des Gefühls der Zugehörigkeit der Auslandsdeutschen zur Heimat.“

England.

Die Mitglieder des Publicity Clubs in London haben mit geringer Stimmenmehrheit am 19. April beschlossen, deutsche Inserate in englischen Zeitungen nicht zuzulassen. Der Entschluß dürfte den Herren nicht schwer gefallen sein, denn beim augenblicklichen Kursstand der Mark werden nicht allzu viele Nachfragen um Aufnahme deutscher Inserate in die englischen Blätter einlaufen. Immerhin wirft es ein bezeichnendes Licht auf die Unduldsamkeit der „Feinde“, auf die wirtschaftliche Kriegführung nach Friedensschluß und auf die Schwierigkeiten des deutschen Wiederaufbaus.

Niederländisch-Indien.

Die niederländisch-indische Regierung hatte den Plan erwogen, dem Lehrermangel, der in den ihr unterstellten Kolonialgebieten sich außerordentlich drückend bemerkbar macht, durch Anstellung von 200 deutschen Lehrern abzuhefen. Sie dachte dabei aus Praktiktheitsgründen besonders an Niederdeutsche, die auf Grund ihrer Kenntnisse des Platt die holländische Sprache besonders schnell erlernen würden.

Wie fast zu erwarten war, macht sich in den Kreisen der niederländisch-indischen Lehrerschaft jedoch eine starke Opposition gegen die beabsichtigte Regierungsmaßnahme geltend. In Krian, Soerabaia, Pekalongan, Magelang, Kediri und verschiedenen anderen Orten haben Protestversammlungen stattgefunden, die in oft sehr deutlicher Sprache der Regierung ihre Abneigung zu erkennen gaben, deutsche Kollegen aufzunehmen. Der Eindruck der Entschließungen und Eingaben geht im allgemeinen dahin, daß weniger nationalistische Gesichtspunkte die ablehnende Stellung der Lehrer verursachen — nur in Krian sprach man davon, daß das Nationalgefühl sich sträube — als vielmehr rein wirtschaftliche. Schon lange kämpft die niederländisch-indische Lehrerschaft um Aufbesserung ihrer Bezüge. Sie vertritt die Meinung, daß die ungenügende Besoldung und die in dieser Hinsicht kurzsichtige Politik der Regierung allein schuld seien, daß der gegenwärtige unerträgliche Lehrermangel überhaupt eingetreten ist. Um ihm abzuhefen, müsse die Regierung mit den Fachverbänden verhandeln und durch materielle Hebung des Standes den Zugang zu ihm fördern. Das jetzt in Aussicht genommene „Verzweiflungsmittel“ würde die schon lange erstrebte Neuordnung der Gehälter wiederum hinausschieben. Man ist also der Ansicht, daß die deutschen Lehrer lediglich als Lohndrücker wirken würden. Das einzige, was die niederländisch-indische Lehrerschaft, wie in Kediri zum Ausdruck kam, sich noch gefallen lassen könnte, wäre eine Anstellung Deutscher in den niederländisch-chinesischen und niederländisch-malayischen Schulen, aus denen dann holländische Lehrer frei und an rein holländische Schulen übernommen werden könnten.

Den Protestversammlungen wohnten z. T. auch die örtlichen Schulkommissionen und die Eltern der Zöglinge bei. Letztere haben sich ganz offenbar zum guten Teil für die Heranziehung deutscher Lehrer ausgesprochen. Insgesamt ist aber der Standpunkt der Lehrerschaft selbst, nach dem nur als alleräußerstes Notmittel über die Anstellung der erwähnten 200 Deutschen weiter verhandelt werden dürfe, durchgedrungen.

Japan.

Der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ ist folgendes Telegramm aus Tokio zugegangen: „Die Mitglieder der hier in Tokio im April 1921 tagenden Gesellschaften für Pathologie, Hygiene, Bakteriologie, innere Medizin, Gynäkologie, Dermatologie, Ophthalmologie, Otologie, Psychiatrie und Neurologie faßten einstimmig folgenden Beschluß: Nachdem erfreulicherweise mit

dem Friedensschluß der normale Zustand zwischen Deutschland und Japan wieder hergestellt ist, sprechen die japanischen Mediziner den dringenden Wunsch aus, mit den deutschen und österreichischen Mediziner zur Förderung der Wissenschaft und zur Pflege der Kultur und Zivilisation in freundschaftlichen Verkehr genau wie vor dem Kriege zu treten und dafür zu sorgen, daß der geistige Verkehr zu beiderseitigem Nutzen immer lebhafter und inniger werde.“

Australien.

Wolfgang Mommsen, der Sohn Theodor Mommsens, der lange in Australien gelebt hat, schreibt dem „B. T.“, daß sich seinen Informationen zufolge in Melbourne, wo das deutsche Element nie stark vertreten war, ein deutsches Komitee gebildet habe, welches mit großem Eifer und großer Opferwilligkeit für das Unterstützungswerk arbeite und bis heute bereits 50 Kisten mit meist selbstgearbeiteten Kleidungs- und Wäschestücken für die Kinder durch die Quäker nach Deutschland gesandt habe. Zu den dazu nötigen Sammlungen hätten selbst die Ärmsten beigesteuert. Größere Summen hätten gezeichnet der alte Deutsche Schulverein mit 100 Pfund Sterling, der Deutsche Turnverein mit 50 Pfund Sterling, der Deutsche Krankenverein mit 20 Pfund Sterling, die deutsche Kirche habe aus Anlaß des Erntefestes einen Bazar veranstaltet, dessen ganzer Erlös dem Fond überwiesen werden soll. Viele 100 Pfund seien zusammengekommen. An der Spitze des Komitees stehe als eifrigste Werberin eine Tochter des weit über Australien bekannt gewesenen Herrn W. Püttmann, des edelsten und treuesten Deutschen drüben, den ein gütiges Geschick wenige Tage vor Kriegsausbruch habe sterben lassen.

KLEINE NACHRICHTEN

Pastor Waldemar Lankau †. In der „Heimkehr“ berichtet Pastor Schleuning über den Tod des Pastors Lankau, der in Kiew als Sohn eines Kaufmanns geboren wurde, in Berlin und Dorpat studierte, in Saratow Hilfsgeistlicher und später in Messer Pastor wurde, bis er in die Stellung seines einstigen Lehrers, des Pfarrers Thomson an der Hauptpfarre von Saratow aufrückte. Den Streit zwischen zwei sich sehr feindlich gegenüberstehenden Teilen der Gemeinde schlichtete er bald durch seine überragende Persönlichkeit und war ein erfolgreicher Geistlicher. Dann kam der Krieg und das Elend Tausender von wohnynischen Flüchtlingen, deren sich der Pfarrer rührend annahm, bis er unter der Last der Aufgaben zusammenbrach. An einem aus dieser Zeit stammenden langen Leiden ist er jetzt in der Kolonie gestorben.

Gustav Stutzer †. Im Alter von 82 Jahren verstarb in Heidelberg der einstige Pfarrer und Kolonist Gustav Stutzer, der durch seine zahlreichen Schriften unter den Auslandsdeutschen und Auswanderern bekannt geworden ist. Wir nennen hier nur seine Lebenserinnerungen: „In Deutschland und Brasilien“, seine „Reiseerinnerungen eines alten Mannes von 1909—1914“, seine Schrift über das Ribeiratal im Staate S. Paulo und den erst in jüngster Zeit erschienenen „Deutschen Ansiedler“, welcher in origineller Weise den Auswanderer zum südbrasilianischen Kolonisten vorbereiten will. Stutzer war Braunschweiger Pastorensohn, Gründer verschiedener Innerer Missionsanstalten (Neu-Erkerode b. Braunschweig und Theresienhof b. Goslar), von 1885 bis 1909 lebte er als Kolonist, Pflanzler, als Geograph und kulturwissenschaftlicher Fachmann in Brasilien. Auch seine bereits vor ihm heimgegangene Frau der er mit dem Buche „Meine Theres“ ein schönes Denkmal

gesetzt hat, war schriftstellerisch tätig. Auch verschiedene okkultistische Bücher wie „Die Geheimnisse des Traums“, „Die Geheimnisse des Seelenlebens“ und die Novelle „Die leise Hand“ zeugen von der Vielseitigkeit dieses Mannes.

Nikolaus Behr †. Die deutsch-brasilianischen und deutsch-argentinischen Zeitungen widmen dem kürzlich in Vegesack verstorbenen Nikolaus Behr warme Nachrufe. Der Verstorbene reiste als sozialdemokratischer Arbeiter im Jahre 1914 nach Südamerika, um die Lage der deutschen Arbeiter zu studieren. Durch den Krieg bis zum Jahre 1918 festgehalten, fand er auch Gelegenheit, das deutsche Schulwesen gründlich kennen zu lernen. Wir haben ihn im „Auslanddeutschen“ und „Ausland und Heimat“ ja schon wiederholt zu Worte kommen lassen. Auch sein reicher Nachlaß an Manuskripten und Bildern ist zur Verwertung an das D.A.I. übergegangen.

Die „Deutsche Zeitung“ von Sao Paulo vom 5. März schreibt: „Schon aus dem ersten Aufsatz im ‚Auslanddeutschen‘ ersieht man, mit welchem Fleiß Behr sein Material gesammelt hat. In den Kreisen unserer Schulmänner wird man seine Ausführungen zu würdigen wissen.“ Behr war nur ein Arbeiter, aber ein gebildeter Mann, der durch Selbststudium sich eine Fülle gediegenen Wissens angeeignet hat. Für die Beurteilung unserer Verhältnisse hatte er einen ziemlich scharfen Blick. Besonders auf dem Gebiete des Schulwesens sind seine Beobachtungen von dauerndem Werte. Obwohl überzeugter Sozialist, war Behr doch kein „vaterlandsloser Geselle“, was er durch sein mißglücktes Wagnis, unter falschem Namen die Heimat zu erreichen, sattem erwiesen hat.

Josef Spickermann, der deutsche Sejm-Abgeordnete von Lodz, ist zum Mitglied des beim polnischen Finanz-Ministerium bestehenden staatlichen Genossenschaftsrates ernannt worden. Er ist Mitglied des Aufsichtsrates des Verbandes der deutschen Genossenschaften in Polen und der deutschen Genossenschaften in Lodz.

Schmidt-Wodder Ehrendoktor. Zu Beginn der Tagung der drei großen deutschen Verbände in Apenrade (Wählerverein, Schulverein, Jugendbünde) wurde der Führer des Schleswigschen Deutschtums, der Pastor Schmidt-Wodder durch die Mitteilung überrascht, daß die theologische Fakultät der Universität Kiel, ihn, den „Hüter der Gerechtigkeit als Fundament des Völkerlebens, den aufrechten Führer der vom Heimatland abgeschnittenen Volksgenossen, den von christlicher Liebe zu seinem Volke erfüllten tapferen, furchtlosen, treuen, wahrhaften Mann“ zum Ehrendoktor ernannt habe, und zwar am 400jährigen Luthergedenktag.

Heimatgedenken.

Die „Frauenhilfe“ fürs Ausland erhielt von deutschen Freunden aus Porto Alegre Anfang Januar 1921 eine Summe von Mk. 30 000.—, durch welche die auf den Häusern der Frauenhilfe lastende Schuld wesentlich herabgedrückt wurde. Diese Gabe hatte die „Frauenhilfe“ Porto Alegre an einem Festabend am 12. November zum Besten des Säuglingsheimes des Diakonissenmutterhauses in Wittemberg gesammelt. Bei der Auswahl der Darbietungen und der Inszenierung des Abends hat sich Frau Direktor Pfeiffer ein besonderes Verdienst erworben.

Eine **chilenische Spende**. Der Schulinspektor Reinaldo in Osorno (Chile) hat als Ergebnis einer Sammlung unter den Lehrern und Schülern seines Amtsbezirks zugunsten der Waisen deutscher Volksschullehrer, die im Krieg gefallen sind, den Betrag von 39 000 ₧ dem Deutschen Lehrerverein überwiesen

als Ausdruck der Liebe der Spender, mit der sie ihrer Berufsgenossen in Deutschland gedenken, die die ersten Pioniere ausbildeten, die vor Jahren Chile erschlossen.

KIRCHE UND MISSION

Rotterdam. Deutsch-Evang. Hafenmission. Der 30. Jahresbericht stellt mit Befriedigung fest, daß die Seemannsmission trotz des Verlustes unserer Handelsflotte sich auch nach dem Kriege noch als lebensfähig und notwendig erwiesen habe. Zwar ist das Arbeitsgebiet kleiner geworden und viele Auslandsheime sind noch nicht wieder eröffnet. Immerhin wächst in Rotterdam die Zahl der einlaufenden deutschen Schiffe ständig. Schon jetzt machen im dortigen Hafen wöchentlich zwischen 15 und 20 fest. Auf die mit ihnen kommenden Seeleute übten das Lesezimmer der Mission und die regelmäßig Mittwochs und Sonntags veranstalteten Unterhaltungsabende besondere Anziehungskraft aus. An 30 Unterhaltungsabenden waren im ganzen 451 Personen anwesend. Außer Lichtbildervorträgen wurden an diesen literarische Genüsse geboten. Vor allem erfreuten sich Vorlesungen aus Reuter und Gorch Fock großer Beliebtheit. Wie früher konnte bei diesen Zusammenkünften den Seeleuten jetzt auch wieder Tee und Zigaretten geboten werden. Den Höhepunkt aller Veranstaltungen bildeten die beiden Weihnachtsfeiern, zu denen sich insgesamt 115 Leute eingefunden hatten. — Die ausgedehnte Korrespondenz des Vereins betraf in der Hauptsache Anfragen über den Arbeitsmarkt für Seeleute. Entgegen viel verbreiteter Annahme stellt der Bericht ausdrücklich fest, daß auch für diese in Holland Arbeitsmöglichkeit nur schwer zu finden ist.

Erste Tagung der deutschen Synode in Riga. Anlässlich der ersten Tagung der lettländischen Synode versammelten sich in Riga am 5. April auch die deutschen Synodalen zum ersten Male. Nach der Begrüßung durch den Vizepräsidenten, Oberpastor Pölchau, entbot der Vertreter der theologischen Fakultät, Magister von Schrenck, deren Gruß. Der Probst des deutschen estländischen Probstbezirks entbot gleichfalls durch ein Schreiben seinen Gruß. Bei der Beratung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat war von einem eigenen Referat abgesehen, Stadtprobst Erdmann gab lediglich aus einem ihm zur Verfügung gestellten Vortrag des Senators Gubben, der für den lettischen Teil der Synode bestimmt war, einen Auszug. Das scharf durchgearbeitete Referat sieht keine Trennung von Staat und Kirche vor, sondern wünscht die bestehenden großen konfessionellen Organisationen zu Instituten des öffentlichen Rechtes ausgestaltet zu sehen, denen der Staat Schutz und Schirm zu verleihen hätte. Keine Kirche solle über die andere herrschen, den nationalen Minderheiten sei beim kirchlichen Aufbau volle Freiheit zu gewähren. Während des Referates erschien plötzlich eine Abordnung der lettischen Synodalen und verlas deren Beschluß, wonach den deutschen Synodalen mitgeteilt wurde, im oberen Saale tage die lettländische Synode, Separatsitzungen seien während der Synodalstunden nicht zulässig, die deutschen Vertreter würden aufgefordert, nach oben zu kommen. Der Präsident antwortete, die deutsche Tagung fordere den sofortigen Zusammentritt der vom Konsistorium auf einer vorausgegangenen Sitzung bereits eingesetzten beiden Synodalpräsidien. Nach einer kurzen Besprechung des Vorfalles wurde das angefangene Referat zu Ende geführt. Die Debatte wurde verschoben. Später wurde festgestellt, daß trotz dreitägiger vergeblicher Versuche die lettische Synode die gemeinsame Tagung mit der deutschen ablehne. Die deutschen Synodalen stellten fest, daß

sie es mit Schmerz als Hohn empfinden müßten, daß ihr ernstlicher Wille zur Zusammenarbeit auf der Synode durch den Hinweis auf eine künftige erst nach Schluß der Synode mögliche Entscheidung des Konsistoriums illusorisch gemacht wurde. Unter lebhaftem Protest werde die Verantwortung abgelehnt, dagegen die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es später zu einer loyalen Zusammenarbeit noch einmal kommen werde. Dem Protest schloß sich auch die estnische Gemeinde und die evangelisch-reformierte Gemeinde in Riga an.

Eine deutsche Martin Luther-Feier in Finnland.

Am 18. April fand im finnischen Theater in Helsingfors eine deutsche Martin-Luther-Feier statt, die den Eindruck eines deutschen Volksfestes hervorrief und ein hervorragendes Ereignis deutsch-nationalen Lebens darstellte. Helsingfors hat keine große deutsche Gesellschaft, und im besonderen sind die akademischen Kreise, die sich sonst in erster Linie an solchen Unternehmungen beteiligen, gering. Trotzdem war es dem kühnen Initiator und Regisseur, Dr. Westphahl, gelungen, das Reformationsdrama Wilhelm Henzens in lebendiger Bewegung und schön gebauten Bildern auf die Bühne zu bringen. Mehr als 150 Personen waren beteiligt. Manche Volksszenen, wie die des Ablaßhandels in Wittenberg, des Reichstags zu Worms mit seinem tumultuarischen Schluß, der Bilderstürmer — waren von packender Wirkung. Alle Kreise der Gesellschaft, begonnen mit den Kindern der deutschen Schule, waren auf der Bühne vertreten und man hörte die verschiedensten Mundarten und -unarten. Doch war es gelungen, für die Hauptrollen, namentlich für den Luther selbst, Kräfte zu gewinnen, die sich über den Durchschnitt dilettantischer Leistung erhoben. Das Stück schloß mit dem brausenden Volksgesang der Wittenberger: „Ein' feste Burg ist unser Gott!“, den das versammelte Publikum stehend anhörte. Die Aufführung soll wiederholt werden.

Die finnische historische Gesellschaft hat zur Erinnerung an die 400jährige Wiederkehr des Reichstags zu Worms eine Luther-Münze prägen lassen, die sie gleichfalls auch dem Veranstalter des Lutherspiels, Dr. Westphahl, und dem Darsteller des Luther, stud. Wallentin-Lutzk, überreicht hat.

Rumänien. In Jassy wurde die wiederhergestellte evangelische Kirche kürzlich eingeweiht. Die geistliche Leitung der Gemeinde übernahm Pfarrer Gutkiewitsch aus Kischinew in Beßarabien.

Sarata (Beßarabien). Das Konsistorium der ev.-luth. Landeskirche Beßarabiens war Ende März in Sarata versammelt, um die Abschätzung und Übernahme des Vermögens der Wohltätigkeitsanstalten (Alexander-Asyl) vorzunehmen. Das Vermögen wurde auf 1,6 Millionen Lei nach heutigem Werte taxiert.

Lüderitzbucht (Südwestafrika). Die katholische Kirchengemeinde hielt am 10. März die Hauptversammlung des Vorstandes ab, dem Pater Hetzenecker den Jahresabschluß vorlegte. Die Zahl der Kirchenmitglieder hat sich durch verschiedene Heimreisen etwas verringert, doch war der Kirchenbesuch in der Stadt und auf den Diamantfeldern recht gut, wie auch der Eingang freiwilliger Kirchenbeiträge von den Mitgliedern recht zufriedenstellend war. Ein großer Beitrag der „Consolidia“ ermöglichte notwendige bauliche Reparaturen, eine elektrische Lichtanlage in Kapelle und Pfarrhaus, sowie die Unterstützung von Bedürftigen. Ein größerer Anbau ist im laufenden Jahre in Aussicht genommen.

Deutsche Benediktiner auf dem Sion in Palästina. Am 23. Nov. 1918 wurden die drei Patres und drei Brüder nach Ägypten

in Gefangenschaft geführt und nach der Internierung später nach Deutschland abgeschoben. Ihre Stelle nahmen inzwischen belgische Benediktiner ein. Päpstlichen Bemühungen gelang es, durchzusetzen, daß das vom Gelde deutscher Katholiken erbaute Sionskloster dem Verein vom Heiligen Lande wieder zurückgegeben wurde. Am 3. Januar trafen sich die zur Wiederausreise bestimmten 4 Patres in München, von wo aus die Reise nach Rom zum heiligen Vater ging. Am 23. Januar kam die Gesellschaft in Jaffa an. Sie fanden das Kloster und die Kirche in gutem Zustande und sauber gereinigt vor.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Prag. Deutsche Evangelische Schule. Im Prager Kirchenboten, dem Nachrichtenblatt der deutschen evangelischen Gemeinde und des Diakonissenhauses in Prag (Jahrg. 15, 1921, Nr. 1) erläßt der Schriftleiter, Pfarrer Oskar Sakrausky, einen Aufruf zur Unterstützung der Deutschen Evangelischen Schule in Prag. Die Schule, die nur von der deutschen evangelischen Gemeinde erhalten wird, erlebte vor 30—40 Jahren ihre Blütezeit, hatte aber in den letzten Jahren schwer um ihre wirtschaftliche Existenz zu ringen. Das vor kurzem noch blühende deutsche Schulwesen Prags hat unter dem Druck der politischen Verhältnisse ja leider überhaupt erschreckende Verluste erlitten. Die Lage der Schule der deutschen evangelischen Gemeinde ist jetzt so, daß die beiden obersten Klassen überhaupt aufgelassen werden müssen, wenn nicht bis zum Beginn des neuen Schuljahres erhebliche Mittel zur Unterstützung beigebracht werden. Mit der Auflassung der Oberklassen würde die Schule ihr Lehrziel, eine abgeschlossene deutsch-evangelische Bildung zu vermitteln, nicht mehr erreichen können und wahrscheinlich in ihrem Bestand weiter gefährdet werden. In einer Zeit politischer Bedrängnis, da diese Schule zur Zuflucht der aufrichtig deutschfühlenden Volks- und Glaubensgenossen bestimmt zu sein scheint, wäre ein weiterer Rückgang des deutschen Schulwesens in Prag schwer zu beklagen.

Czernowitz. Deutsches Gymnasium. Die „Czernowitzer Allgemeine Zeitung“ hat eine Umfrage über die Schulverhältnisse in der bukowinischen Hauptstadt gemacht, auf die der Leiter des deutschen Gymnasiums, Direktor Christof, antwortete. Er nennt den Unterrichtserfolg an seiner Anstalt „nicht glänzend“, wenn auch gegenüber den Vorjahren der Fortschritt unverkennbar sei. Von 125 Kindern wurden 50 schlecht qualifiziert, also fast 40 Prozent. Das ist in der Hauptsache den häufigen Unterrichtsunterbrechungen zuzuschreiben, die ihre Ursache in der Scharlach-Epidemie und in dem Holzmangel haben. Dieser Holzmangel hat öftere Pausen von acht bis zehn Tagen nötig gemacht. Auch durch den neuen Unterricht im Rumänischen, durch den Unterricht rumänischer Geschichte und Geographie in rumänischer Sprache ist natürlich das Resultat beeinflußt, da zu große Anforderungen an die Gedächtniskraft der Schüler gestellt werden. Auch die Lehrmittelpknappheit trägt schuld. Bücher sind nicht zu bekommen, oder nur zu unerschwinglichen Preisen zu erhalten. Die vorhandenen Bücher sind durch den jahrelangen Gebrauch stark abgenützt. Berücksichtigt man alle Umstände, so kann der Gesamterfolg dennoch befriedigend genannt werden. Über den Fleiß und die Moral der Schuljugend klagt der Direktor nicht. Widersetzlichkeit und Disziplinlosigkeit sind nicht vorgekommen, das Strafverhältnis ist normal, Ausschlüsse aus der Schule brauchten nicht vorgenommen zu werden. Bei 320 Schülern, die in acht Klassen und zwei Parallelklassen unterrichtet werden,

sind die Unterbringungsverhältnisse allerdings traurig. Zwei Klassen sind in einer Filiale in kleinen Kämmerchen untergebracht, während eine Klasse, die sogenannte „fliegende Klasse“, den ganzen Vormittag herumwandert! Die Lösung der Raumfrage ist also für die deutsche Schule dringlich und für ihre Unterrichtserfolge grundlegend.

Riga. Vom deutschen Fortbildungsschulwesen in Lettland. Die deutschen höheren Fortbildungskurse haben nun ein Jahr Bestand. Anlässlich dieses Jubiläums fand eine Versammlung statt, wobei der Älteste der Großen Gilde, Reimers, einem Berichte der „Rigaischen Rundschau“ zufolge, die Erschienenen begrüßte. Die Kurse sind als Einrichtung der Großen Gilde in deren Haus untergebracht und haben die Aufgabe, das geistige Leben der deutschen Gesellschaft zu beleben. Sie bieten Vorlesungsreihen allgemeinen Inhalts, stellen also eine Art deutscher Volkshochschule dar. Sie hatten zunächst 240 eingeschriebene Hörer, stiegen aber mit ihrer Hörerzahl vom März bis zum Mai auf 350. In 42 Wochenstunden wurden von 15 Dozenten 18 Vorlesungen gehalten. Das zweite Semester wurde am 20. September mit 262 eingeschriebenen Hörern eröffnet, die Teilnehmerzahl stieg im Laufe des Semesters auf 399. In 57 Wochenstunden hielten 17 Dozenten 20 Vorlesungen. Das laufende dritte Semester nahm mit 290 Hörern seinen Anfang, man zählt jetzt 70 Wochenstunden und von 10 Dozenten werden 32 Fächer gelesen. Die Hörerzahl betrug bis zum 7. März 415.

Also alles in allem ein erfreulicher Aufschwung nach einem bescheidenen Anfang. Im April 1920 wurde den Kursen eine einmalige staatliche Unterstützung von 3000 lettischen Rubeln zuteil. Neben einer weiteren privaten Spende von 1000 Rubeln haben sich die Kurse selbst erhalten, wobei allerdings die Gilde die Räume unentgeltlich hergab und die Dozenten ein geradezu beispiellos geringes Honorar annahmen. Im ersten Semester hatten die Kurse ein Budget von 16300, im zweiten Semester ein solches von 54260 lettischen Rubeln. Auch im laufenden Semester erhalten sich die Kurse selbst. Es konnte sogar der Grundstein zu einer Bibliothek gelegt werden.

Mexiko. Deutsche Schule. Die Lehrerschaft der Deutschen Schule in Mexiko hat sich mit Zustimmung des Verwaltungsrates bereit erklärt, den Vätern und Müttern der Schüler den Besuch gewisser Unterrichtsstunden zu ermöglichen, um dadurch das gegenseitige Verständnis und das Zusammenarbeiten zwischen Schule und Haus zu fördern, ohne daß natürlich die Zuhörer sich in den Unterricht in irgend einer Weise einmischen dürften.

Santa Cruz (Brasilien). Ein deutsches SchülerInnenheim wurde hier Anfang April fertiggestellt. In ihm sollen hauptsächlich Mädchen Aufnahme finden, die die Deutsche Evangelische Realschule Santa Cruz besuchen wollen. Wie die „Deutsche Post“ von São Leopoldo schreibt, wird in diesem Heim großer Wert auf gute Erziehung nach modernen pädagogischen Grundsätzen gelegt. „Die Zöglinge sollen an ein aufrichtiges und offenes Auftreten gewöhnt werden, sich gute Umgangsformen aneignen und Interesse am Anmutigen und Schönen gewinnen (an Musik, Malerei, Literatur, gesellschaftlichen Spielen). Mehr als zehn Mädchen sollen in dem SchülerInnenheim nicht aufgenommen werden, damit der Familienanschluß gewahrt bleibt. Geleitet wird das Heim von Lehrer Fritz Döring.“

Lima (Peru). Die deutsche Schule in Lima hat am Ende dieses Jahres zum erstenmal Schüler entlassen, die nach Durchlaufen aller elf Jahrgänge die gesetzlich vorgeschriebene peruanische Abschlußprüfung bestanden. Die Schule hat damit einen

bedeutenden Abschnitt ihrer Geschichte, den Aufbau, vollendet. Im Jahre 1910 kamen auf Wunsch des neugegründeten Schulvereins die Herren Dr. Zurkalowski und Elementarlehrer Weis aus Deutschland, um die Einrichtung der Schule zu übernehmen. Die Schülerzahl, im ersten Jahr etwa 50, nahm bei dem guten Ruf, den sich das deutsche Erziehungswesen in Lima rasch erwarb, in schnellem Tempo zu. Der Schulverein beschloß, die Schule nicht nur der verhältnismäßig geringen Zahl deutscher Kinder zugänglich zu machen, sondern sie auch der peruanischen Jugend zu öffnen, um so dem deutschen Gedanken auch in weiteren Kreisen der hiesigen Bevölkerung Eingang zu verschaffen. Es ist dies besonders auch deswegen anzuerkennen, weil sich die Schulen erfahrungsgemäß um so weniger rentieren, je größer sie sind. Die Opfer, die so von der deutschen Kolonie gefordert und jederzeit bereitwillig gebracht wurden, waren daher außerordentlich groß. Eine gewisse Belohnung ihrer Opferfreudigkeit ist es, daß auch während des Krieges und nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Peru die deutsche Schule trotz mancher Anfeindung beständig weiter wuchs, so daß unter der Leitung von Herrn Dr. Maisch, der 1916 an die Stelle des erkrankten ersten Direktors getreten war, die Schülerzahl im Jahre 1920 auf über 450 stieg.

Nachdem nun in raschem Lauf die Entwicklung beendet ist, wird Herrn Studienrat Westermann, der mit Beginn des Jahres 1921 die Leitung der Schule übernommen hat, die Aufgabe zufallen, die Schule im inneren Ausbau im Sinne des Deutschturns zu stärken. In den letzten Jahren mußte bei dem schnellen Wachstum der Schule und der Schwierigkeit der Beschaffung deutscher Lehrer während des Krieges die deutsche Sprache im Unterricht zuweilen mehr als vielleicht wünschenswert der spanischen Raum geben. Jetzt konnte eine wesentliche Erneuerung des Lehrkörpers aus Deutschland erfolgen, so daß sich der deutsche Anteil aus 4 Studienräten, 1 Mittelschullehrer und 8 Elementarlehrern zusammensetzt, neben denen noch 6 peruanische Akademiker und 2 Elementarlehrer unterrichten. Es werden jetzt nur noch die gesetzlich vorgeschriebenen Fächer, wie Spanisch, Geschichte von Peru usw., in spanischer Sprache erteilt. Im übrigen ist durchweg die Unterrichtssprache deutsch. Welche Bedeutung das für die Verbreitung deutschen Geisteslebens hat, mag daraus ersehen werden, daß etwa 90% der Schüler nach Staatsangehörigkeit und Abstammung Peruaner sind.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Die deutschen Vereine Hollands ließen durch Herrn Caspare im Namen des Verbandes der deutschen Vereine in Rotterdam anlässlich des Todes der Kaiserin dem Kaiser in Doorn das Beileid der Deutschen Hollands aussprechen. Ein Gleiches tat die evangelische Gemeinde in Rotterdam, der deutsche Verein im Haag spendete einen Kranz, in der deutschen Kirche fand ein Trauergottesdienst statt, auch die deutsch-evangelische Gemeinde in Amsterdam tat ein Gleiches. Der Vorstand der deutschen Seemanns- und Stadtmission sandte ein Beileidstelegramm und gedachte in herzlicher Anhänglichkeit der Heimgegangenen. In der Kapelle der katholischen Kirche von Krytberg hielt ein deutscher Geistlicher eine Ansprache über die tote Kaiserin an die deutsche katholische Gemeinde. Der Club 1920 ließ ebenso wie der deutsche Männergesangsverein Liederkrans einen Kranz überbringen, nachdem der Kaiser wegen des intimen Charakters der Trauerfeier das Anerbieten des Vereins, der Kaiserin einen letzten Liedergruß zu bringen, abgelehnt hatte. Der Vorstand des deutschen Vereins sah aus politischen Gründen von einer

Beileidsbezeugung ab. In Arnheim legte der deutsche Konsul einen Blumenkranz in den Leichenwagen. Von zahlreichen einzelnen Deutschen Hollands kamen drahtliche oder Blumengrüße, die von der Anhänglichkeit und Treue der Auslandsdeutschen der Kaiserin gegenüber zeugten.

Rotterdam. Deutscher Hilfsverein. Aus dem vorliegenden Bericht geht hervor, daß der Hilfsverein auch im Jahre 1920 seine Unterstützungstätigkeit nahezu im bisherigen Umfange ausgeübt hat. Es wurden im ganzen 346 gegen 380 Unterstützungsfälle im Jahre 1919 erledigt. Als Folgeerscheinung des Krieges zeigte sich bedeutende Zunahme von Auswandernden und Stellungsuchenden. Fast ausnahmslos mußte der Verein diesen gegenüber den Warner spielen, da auch heute noch von einem Zuzug nach Holland ohne Kontrakt oder zum mindesten feste Zusage in jedem Falle abgeraten werden muß.

Hilfsbund für deutsche Kriegerfürsorge in der Schweiz. Die Ortsgruppe Bern hat zwar im Vorjahre an 50 % mehr Spenden erhalten und auch einen größeren Mitgliederbestand gehabt als im abgelaufenen Geschäftsjahre, doch hat sich die Zahl ihrer Schützlinge und diejenige der Unterstützungsfälle bedeutend erhöht und es konnten auch die Verwaltungskosten gegen 1919 um 60 % ermäßigt werden. Besonderer Dank wird Herrn Professor Weese, dem jetzt ausgeschiedenen ersten Vorsitzenden, für seine unermüdliche Arbeit gezollt. Neu gewählt wurde an seiner Stelle Kaufmann Hempel.

Bei der Ortsgruppe Zürich standen im abgelaufenen Geschäftsjahre 322 Kriegsbeschädigte und 269 Witwen mit 340 Kindern sowie 46 Kriegseltern-Familien in Fürsorge. An 25 000 frs. wurden als Unterstützungen ausgezahlt, 4000 frs. für Heilfürsorge. Die Einnahmen beliefen sich auf 57 000 frs., die Ausgaben auf 30 000 frs. Es soll nun zur weiteren Verringerung der Kosten die Frage geprüft werden, das Büro der Ortsgruppe des Hilfsbundes und dasjenige des deutschen Hilfsvereins Zürich zusammenzulegen.

Zürich. Verband deutscher Vereine. Einem im Züricher „Hilfsbund“ veröffentlichten Bericht entnehmen wir, daß der Verband mit Befriedigung auf seine Tätigkeit im Jahre 1920 zurückblickt. Durch Anschluß neuer Vereine wurde die Zahl der im Verband zusammengeschlossenen Deutschen um mehr als 1000 vermehrt. Noch sind aber nicht alle Vereine Zürichs im Verband vereinigt. Eine Reihe von Fragen der Kriegsfürsorge wurde durch den Verband behandelt, Vortragsabende und Zusammenkünfte schufen deutsche Gemütlichkeit. Die Gründung einer Vereinszeitschrift und die Schaffung eines eigenen Heims werden als die Aufgaben der nächsten Zukunft bezeichnet.

Zürich. Verband der Deutschen in der Schweiz. Die Ortsgruppe veranstaltete Mitte März einen ausgezeichnet besuchten Vortragsabend, der Oberschlesien galt. Herr Dr. Weichardt sprach eingehend über die geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen Oberschlesiens zum deutschen Mutterlande und Herr Schriftsteller Hans Rhaue führte eine glänzende Lichtbilder-Serie vor, die die Zuhörer ganz ausgezeichnet mit Land und Leuten Oberschlesiens bekannt machte.

Zürich. Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen in der Schweiz. Am 12. März fand in Basel der erste Verbandstag statt, der von allen Ortsgruppen in der Schweiz gut besucht war. Dem Vorstand wurde ein Kredit bis zu 1000 Frs. eingeräumt, der von den Ortsgruppen prozentual getragen werden soll. Der Beitrag der Ortsgruppen an die Verbandskasse wurde auf 2 Frs. pro Mitglied für das laufende Jahr festgesetzt. In einem Telegramm an das Reichsarbeits-

Ministerium wurde gegen die Verlegung der Abteilung für Versorgung nach Deutschland protestiert und es wurde die Gewährung eines den Teuerungsverhältnissen entsprechenden Kursausgleiches gefordert. Zum neuen Vorsitzenden wurde wieder Kamerad Wagner, zu seinem Stellvertreter Kamerad Kempf gewählt.

Tarutino (Beßarabien). Der Konsumverein „Eintracht“ besteht jetzt 4 Jahre. Er erzielte im Jahre 1920 einen Gesamtumsatz von über 4,9 Millionen Lei, für dieses Jahr blieb ein Reingewinn von annähernd 80 000 Lei. Der Verein zählt 687 Mitglieder. Mitglieder und Nichtmitglieder kaufen immer mehr im Konsumverein, der sich als guter Regulator für die Preise gegenüber den über 100 kleinen jüdischen Händlern des Orts erwies. Der Konsumvereinsladen wurde aber allgemein als viel zu klein für den gewaltig ansteigenden Bedarf angesehen. Stieg doch der Umsatz gegenüber dem Vorjahre um das Drei- bis Vierfache. Eine Erweiterung der Räumlichkeiten wurde deshalb vorgesehen.

Reval. Estländischer gegenseitiger Hilfsverein. Die Beiträge und Spenden wuchsen, dem Rechenschaftsbericht über das Jahr 1920 zufolge, vom Jahre 1918 bis zum Jahre 1920 von 132 800 Mk. auf 1 477 000 Mk. an, davon wurden 217 000 Mk. und 1 032 000 Mk. Unterstützungen ausbezahlt. An den Spenden waren industrielle Anlagen und Banken beteiligt, drei Theater-vorstellungen erbrachten reichliche Überschüsse, aus Amerika und England kamen Spenden. Die Unterstützungen wurden in barem Gelde, in Brennstoffen, in Wäsche, Kleidern, Schuhen, wie auch in Lebensmitteln und Eßmarken für die städtischen Speiseanstalten gewährt. Eine eigene Wäsche- und Schuhabteilung fertigte für die Armen Spenden an. Auch für Sommeraufenthalt von Kindern wurden beträchtliche Summen verausgabt. Für das Jahr 1921 rechnet man mit 1,5 Millionen Mark notwendigen Ausgaben, denen verminderte Einnahmen gegenüberstehen, weil die neuerdings von ihren Gütern vertriebenen Gutsbesitzer weder Geld noch Lebensmittel mehr senden können. Baron Maydel wurde abermals zum Vorsitzenden gewählt.

Helsingfors, Deutscher Frauenverein. Der am 22. Oktober 1918 zum Geburtstage der Kaiserin begründete Verein zählt jetzt 100 Mitglieder und stellt eine freie Vereinigung der Frauen zur Pflege deutscher Geselligkeit und Gemütlichkeit dar. Der Verein tritt jeden dritten Mittwoch im Monat zusammen. Die Damen arbeiten dabei für einen wohlthätigen Zweck, namentlich nähen sie Wäsche für hilfsbedürftige deutsche Kinder, so für das Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Berlin, für das städtische Waisenhaus in Rummelsburg usw. Verschiedene Festlichkeiten sind vom Verein veranstaltet worden, die stets in der dazu zur Verfügung gestellten deutschen Schule stattfanden.

Batavia. Deutscher Bund und deutscher Turnverein. Beide Vereinigungen veranstalteten gemeinsam einen Vortragsabend für den bekannten Durchquerer Afrikas im Motorboot und Automobil, Paul Graetz. Sein Lichtbildervortrag über seine Erlebnisse war äußerst zahlreich besucht. Graetz sprach auch noch in verschiedenen anderen Städten Niederländisch Indiens mit großem Beifall.

Tokio. Die Deutsche Vereinigung, die am 7. Oktober 1920 gebildet wurde, sieht die Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Japanern und Deutschen als ihre Hauptaufgabe an. Dabei betätigt sich die Vereinigung, wie aus ihrem 1. Jahresbericht hervorgeht, auch noch auf einer Reihe anderer Gebiete. Sie vermittelt z. B. Nachrichten der Deutschen Botschaft an die Residenten Tokios, veranstaltet Vorträge, führt, wenn

auch in beschränktem Maße, die Unterstützungstätigkeit des unterdessen aufgelösten Hilfsausschusses Tokio fort, der während des Krieges notleidende Deutsche unterstützte. Vor allem aber entfaltet die Vereinigung eine emsige Sammeltätigkeit für Sibirien. Es wurde ferner von der Vereinigung unter den Deutschen Tokios für Oberschlesien die Summe von etwa 60000 Mark zusammengebracht. Eine Sammlung für die notleidenden Kinder in Deutschland ist im Gange. Lesezimmer und Bibliothek sollen die Mitglieder gesellschaftlich einander näherbringen, ein japanischer Sprachkurs für Deutsche erfreut sich reger Teilnahme. Daß sich auch die Japaner lebhaft für die Ziele dieser Vereinigung interessieren, geht daraus hervor, daß an einer von der Vereinigung veranstalteten Weihnachtsfeier über 250 Personen, darunter weit mehr als die Hälfte japanischer Familien, sich beteiligt haben.

Buenos Aires. Der Deutsche Flottenverein hatte dem „Argent. Tagblatt“ zufolge Ende Februar die in Buenos Aires anwesenden Besatzungen der deutschen Dampfer „Argentina“ und „Urundi“ zu einem Begrüßungsabend geladen. Herr Swart begrüßte die Gäste im Auftrage der deutschen Vereinsvorstände und im Namen des Flottenvereins und gab seiner Freude Ausdruck, daß es möglich gewesen sei, zum ersten Male nach so schweren Zeiten deutsche Seeleute in Buenos Aires zu begrüßen. Er führte aus, daß das Auslandsdeutschtum auch in Argentinien während des Krieges stark gelitten und schwer zu kämpfen gehabt hätte. Um so erfreulicher sei es jetzt, daß gerade in Buenos Aires ein Wiederaufblühen der deutschen Schifffahrt zu beobachten sei. Der zweite Offizier der „Argentina“, Herr Fischer, dankte in bewegten Worten für die den deutschen Seeleuten erwiesenen Aufmerksamkeiten und wies darauf hin, daß auch für sie das Wiedersehen mit den Gestaden des La Plata, die ja den meisten von ihnen von früher gut bekannt seien, und mit den Kreisen des Deutschums in Buenos Aires ein großer und bedeutender Augenblick sei. Die Anfänge der deutschen Schifffahrt seien zwar klein, aber die Hoffnung bestände, daß allmählich die alte Größe und Macht wieder erstarke.

Der Abend wurde weiterhin durch heitere und ernste Vorträge aus dem Kreise der Mannschaften und durch gesangliche Darbietungen des deutschen Männerquartetts verschönt. Außer Mitgliedern der deutschen Kolonie war Kapitän zur See Vanselow erschienen, der seit einiger Zeit als Gast in Buenos Aires weilte.

Buenos Aires. Der Deutsche Frauenverein feierte am 16. März den Tag seines 25 jährigen Bestehens. Aus kleinen und bescheidenen Anfängen hat er sich zu einer Einrichtung entwickelt, deren Bestehen und Wirksamkeit innerhalb der deutschen Kolonie in Buenos Aires nicht mehr entbehrt werden kann. Er besitzt seit langen Jahren sein eigenes Heim in der Agüero 1327 und gewährt dort einer beträchtlichen Anzahl von Waisen- und Halbwaisenkindern deutscher Abstammung Unterkunft, Verpflegung und eine gediegene deutsche Erziehung, er bietet armen, erwerbsunfähigen alten Frauen ein freundliches Obdach, wo sie ihren Lebensabend frei von Sorge und Not verbringen können; er unterstützt stellenlose Frauen und Mädchen, indem er ihnen gegen geringes Entgelt Wohnung und Beköstigung gewährt.

Das Fest ist durch eine Feier in den Räumen des Heims begangen worden. An ihm nahmen unter vielen anderen der deutsche Gesandte mit seinen Beamten, sowie der deutsche General Litzmann teil. Als etwas Eigenartiges in der Geschichte des Vereins aber bezeichnet die Deutsche La Plata-Zeitung die Anwesenheit des Bürgermeisters von Buenos Aires, des Herrn Cantilo, der als einer der höchsten Beamten Argentinien zum erstenmal den Vorführungen des Vereins folgte, später das

Heim besichtigte und dadurch offiziell die herzlichen Sympathien zum Ausdruck brachte, die zwischen Deutschland und Argentinien bestehen. Herr Cantilo sprach sich sehr anerkennend über die Ziele und Einrichtungen des Vereins aus und gab wiederholt seine Befriedigung und sein Erstaunen über die geleistete soziale Arbeit zu erkennen.

In längerer Festrede schilderte Pastor Wick die Bedeutung des Tages für die gesamte deutsche Kolonie. Musikalische und sonstige künstlerische Darbietungen trugen zur Verschönerung des Festes bei. Im Anschluß an den offiziellen Teil des Festes fand im Hof des Heims ein ungezwungenes Zusammensein der Teilnehmer statt.

Buenos Aires. Der „Deutsche Wissenschaftliche Verein“ teilt durch besonderes Rundschreiben mit, daß ab 20. März d. J. das Deutsche Vereinshaus nach der Straße Moreno 1059 verlegt worden ist und somit die bisherige Adresse San Martin 439 für die Anschriften an alle Vereine und Personen im alten Hause hinfällig wird. Diese Adressenänderung ist von besonderer Bedeutung deshalb, weil das Deutsche Vereinshaus das Standquartier einer großen Anzahl deutscher Vereine in Buenos Aires gebildet hat und unter seiner neuen Adresse auch weiterhin bilden wird.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Zum deutschen Vizekonsul in **Pernau** (Estland) wurde Herr Robert Schmidt ernannt. Er wurde Anfang April durch den deutschen Vertreter dem estnischen Außenminister vorgestellt und überreichte seine Bestellung, worauf ihm das Exequaturnotizium erteilt wurde.

Zum deutschen Konsul in **Mailand** ist einer Meldung des B. T. zufolge Herr Max Immelen ernannt worden, der als Kenner der italienischen Verhältnisse bisher in der Außenhandels Abteilung des Auswärtigen Amts beschäftigt war.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

Deutsche Musik in Italien. Unser Vertreter in Rom schreibt uns: „Das römische Musikleben wird seit einigen Wochen fast ausschließlich von deutscher Musik und deutschen Dirigenten beherrscht. Die Osterfeiertage brachten die wunderbare Aufführung des Parsifal unter der Leitung Gustav Brecher und das erste Nikisch-Konzert. Beiden Vorstellungen war ein großer Erfolg beschieden, der sich bei den verschiedenen Konzerten, die Nikisch seither gab, verstärkte.“

Über das am Sonntag, den 10. April, gegebene Konzert äußert sich eine führende hiesige Zeitung, der „Tempo“, folgendermaßen: „Eine echt römische Darbietung in des Wortes geschichtlicher und erhabenster Bedeutung! Ihre Majestät die Königin-Mutter in der Hofloge, eine feierliche Stille voller Andacht und Erwartung in dem dicht besetzten Haus: Nikisch dirigiert sein viertes und vorletztes Konzert!“

Diejenigen, die das Glück hatten, diesem Konzert beizuwohnen, werden die erhabene Größe seines Triumphes bezeugen können; unsere Aufgabe (d. h. des Berichterstatters) ist es, die Gründe nachzuforschen, die einen solchen Erfolg erklären: Artur Nikisch ist das letzte ruhmgekrönte Glied der stolzen Dynastie der klassischen „kapellmeister“ des 19. Jahrhunderts, jener wahrhaft genialen Männer, deren Namen in Erz geschrieben sind: Richter, Loewy, Mottl, Bülow, Mahler, Nikisch. Sie waren die letzten Erben der Tradition der „Unsterblichen“, Wagner, Liszt, Brahms, Verdi. So ist Artur Nikisch der letzte jener großen

Künstler einer fernen Zeit, der uns die Fackel der großen, der wahren Kunst reicht. Und die Zuhörer der ganzen Welt empfinden und unterliegen seinem geheimnisvollen Zauber, sobald er das Dirigentenpult besteigt; die geheimsten Vorbehalte weichen der höchsten Begeisterung, wenn in dem weiten Raum die Stimmen Beethovens, Haendels, Wagners unter Nikischs Leitung erschallen. Die Zuhörer waren hingerissen, der Eindruck verstärkte sich nach jedem Stück, der Saal erdrönte von Beifall und Freudenrufen, die Begeisterung erreichte ihre äußersten Grenzen ...“

Mag auch Nikischs große Kunst an sich das kunstliebende Rom zu solchen Huldigungen hinreißen, ein Unterton der Sympathie für Deutschland schwang in jedem einzelnen Zuhörer mit; Erlebnisse wie dieses sind in erster Linie geeignet, Deutschlands erschüttertes Ansehen in der Welt wieder zu festigen, zeigen sie doch, daß man einzusehen beginnt, wie weit man sich unter dem Einfluß französischer und englischer Hetzarbeit in der Beurteilung Deutschlands verrannt hatte.

In **Barcelona** gab eine deutsche Operngesellschaft unter der Spielleitung des Oberspielleiters des Berliner Staatstheaters, Dr. Hörth, und unter dem Dirigenten der Münchener Staatsoper, Bruno Walter, ein sehr erfolgreiches Gastspiel. In italienischer Sprache allerdings wurde der „Rosenkavalier“ aufgeführt. Der „Freischütz“ und der „Parsifal“ folgten.

Dr. theol. A. Schweitzer, der Straßburger Professor und Organist, hat es unternommen, in Spanien die Musik Bachs bekannt zu machen. Er hatte zweimal vor einem ausverkauften Saal von 3000 Personen die Matthäus-Passion zur Aufführung gebracht, wobei er selbst den Orgelpart übernommen hatte. Der Erfolg war außerordentlich groß. Verschiedene deutsche Solisten wirkten mit.

Wie die „Münchener Mediz. Wochenschr.“ meldet, ist auf den neugegründeten Lehrstuhl für Pharmakologie und als Direktor des Pharmakologischen Instituts an der Universität Amsterdam Prof. Dr. Ernst Laqueur berufen worden. Nach derselben Quelle ist Herr Prof. W. Roux in Halle von der Königlich Schwedischen Gesellschaft in Lund zum auswärtigen Mitglied gewählt worden, um der deutschen Wissenschaft in diesen schweren Zeiten eine Aufmerksamkeit zu erweisen.

Geheimrat Professor Dr. Johannes Hartmann, der Ordinarius der Göttinger Universität und Direktor der dortigen Sternwarte, wurde, Blättermeldungen zufolge, von der argentinischen Universität La Plata aufgefordert, die Leitung der dortigen großen Sternwarte zu übernehmen. Er wird diesem Rufe zunächst auf ein Jahr Folge leisten.

DAS DEUTSCHE BUCH IM AUSLAND

Nach der Deutschen Verlegerzeitung (Jg. 2 Nr. 7) geht der Pariser Verlag Grasset mit dem Gedanken um, einen holländischen Buchhandel in Paris und eine französische Filiale in Amsterdam zu begründen und berät sich darüber mit der Vereiniging Nederland-Frankrijk. Auf jeden Fall beabsichtigt die Firma Grasset, die auch in verschiedenen anderen Städten des Auslandes, u. a. in Budapest und Kristiania, französische Buchläden eröffnen will, zuerst in Holland eine eigene Buchhandlung aufzumachen. Die Pläne der genannten Firma hängen offenbar eng mit der französischen Kulturpropaganda zusammen, zu deren Organen in Holland die Vereiniging Nederland-Frankrijk gehört. Die Bestrebungen der Franzosen, dem französischen Buch eine möglichst weite Verbreitung zu geben, seien überhaupt sehr lebhaft, und zwar benutzten sie für ihre Propaganda mit Vorliebe

holländische Gelehrte, die z. B. auf die Nützlichkeit der französischen Handbücher hinwiesen. Die deutsche Verlegerzeitung führt einzelne Beispiele an und bemerkt, daß sich die Bestrebungen des französischen Buchhandels unmittelbar gegen die deutsche wissenschaftliche Literatur wenden, die bisher in den Niederlanden überwog. Neben einer Verbilligung des zurzeit übermäßig teuren Buches in Holland wäre deshalb zu überlegen, ob nicht auch von deutscher privater Seite ein Buchhandel in Holland eröffnet werden könnte.

Die italienische Buchhandlung **Bemporad**, deren Stammhaus sich in Palermo befindet, gibt im Börsenblatt für den deutschen Buchhandel bekannt, daß sie in ihrem Zweighaus in Palermo, Libreria internazionale Bemporad, vorm. Albert Reber, Corso Vitt. Eman. 356, ihre deutsche Abteilung wieder eröffnet und mit deren Führung den früheren langjährigen Leiter neu beauftragt hat. Die Buchhandlung bittet um Zusendung von Angeboten guter Neuerscheinungen namentlich wissenschaftlichen Charakters, besonders über Italien, Sizilien und die übrigen Mittelmeerländer.

Wie der Nachrichtendienst „**Latelamerika**“ (Reihe D, Nr. 14) berichtet, hat die deutsche Kolonie in Mexiko D. F. der Sociedad Científica „Antonio Alzate“ eine umfangreiche und repräsentative Sammlung deutscher Bücher durch Vermittlung der Herren Prof. Hermann Beyer, Dr. G. Pagenstecher und B. von Lübeck gestiftet; der erforderliche Betrag von 1000 mex. Dollars wurde von einigen Herren der Kolonie zur Verfügung gestellt. Da deutsche wissenschaftliche Literatur bisher — im Gegensatz zur französischen und englischen (bzw. amerikanischen) — in mexikanischen Bibliotheken fast gar nicht vertreten war, hat die geschickt ausgewählte Sammlung bei den mexikanischen Wissenschaftlern begreifliches Interesse für die übrige geistige Produktion Deutschlands erregt. — Der Bericht bedauert, daß die gute Absicht zum Teil durch die Saumseligkeit des deutschen Buchhandels beeinträchtigt worden ist. Obwohl der größte Teil des Geldes Ende 1919 übersandt worden war, wurde die Bestellung erst Mitte 1920 von Deutschland aus bestätigt und die Büchersendung selbst gelangte nicht vor Dezember 1920 in die Hände des Sekretärs der Gesellschaft Alzate. Eine Bestellung aus dem neutralen, deutschfreundlichen Auslande werde anscheinend nach demselben Schema behandelt wie eine aus Frankreich oder aus der tschecho-slowakischen Republik. Dabei nehme man drüben gewaltig den Mund voll, wenn man über deutsche Kulturpropaganda rede. Wir bemerken dazu, daß pünktliche Ausführung von Buchbestellungen auch nach ehemals feindlichen Ländern nicht nur im Interesse des deutschen Buchhandels, sondern auch der Verbreitung deutscher Kultur im Auslande liegt.

Deutsche Literatur im Auslande.

Nachdem als erste französische Zeitung nach dem Kriege die *Humanité* Bernhard Kellers Roman „Der Tunnel“ gebracht und in einem auffallenden Plakat für diesen bei der damaligen Stimmung der Franzosen kühnen Versuch Propaganda gemacht hatte, läßt die literarisch führende *Nouvelle Revue française* jetzt eine Übersetzung von Waldemar Bonsels' *Indienfahrt* erscheinen.

„Der Wettlauf mit dem Schatten“ von Wilhelm v. Scholz ist von T. und G. Rawson ins Englische übersetzt worden und wird demnächst von der „Stage Society“ in London gespielt werden.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Die „*Deutsche Rundschau in Polen*“, die in Bromberg erscheint, schreibt beglückt und in begreiflicher Freude in einem

Leitartikel „Der freie Bürger“, der Belagerungszustand und seine Verlängerung, der Ausnahmezustand, seien vom 15. April ab in den neuen polnischen Gebieten aufgehoben. Wenn auch noch viele Verfügungen und Bestimmungen erst ausdrücklich zurückgenommen werden müßten, ehe die volle Freiheit hergestellt sei, so sei doch schon ein großer Vorteil erreicht. Namentlich die Publizistik werde sich jetzt freier äußern können. „Wir sind jetzt frei, nach dem Gesetz gleichberechtigte Bürger und müssen abwägen, was jeder Leser wissen muß, was zu seiner Orientierung dienen kann und wie weit wir dem Wohl des ganzen Staats, in dem wir wohnen, und zu dessen pflichttreuen Bürgern wir uns nach dem Januar 1920 erklärt hatten, dienen können.“ Die deutsche Zeitung werde also wieder freier sein, da sie nur dem Gesetz und dem eigenen Gewissen verantwortlich sein werde.

„Prager Presse“.

Wir haben von der „Prager Presse“ berichtet, die zwar in deutscher Sprache gedruckt wird, aber den Ehrennamen „deutsch“ doch nur in Anführungszeichen verdient. Der deutsche parlamentarische Verband hat inzwischen eine Interpellation eingebracht, die sich mit diesem Propagandablatt befaßt, an dessen Gründung 4 tschechische Parteien beteiligt sind. Nur die Nationaldemokraten haben ihre Beteiligung an dem ihnen zwecklos erscheinenden Propagandaunternehmen abgelehnt, weil sie eine Vergeudung von Staatsgeldern in dem Blatt erblicken. Das Kapital ist vom Ministerium des Äußern in Höhe von 15 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt worden, von denen 7½ Millionen unter Namen von Beamten des Ministeriums des Äußern ausgewiesen werden. Man sieht, daß die Anführungszeichen bei dem Worte „deutsch“ berechtigt sind.

Zur gleichen Angelegenheit wird uns in Ergänzung der vorstehenden Meldung noch geschrieben:

„Seit kurzer Zeit erscheint in Prag ein neues, groß aufgemachtes Blatt in deutscher Sprache, das sich „Prager Presse“ nennt und von einer Druck- und Verlagsgesellschaft ‚Orbis‘ herausgegeben wird. Das Blatt will den Anschein erwecken, daß es völlig unabhängig sei, daß es von niemandem beeinflußt oder unterstützt, eintreten wolle für ‚eine allgemeine Verständigung ohne Unterschied der Nationalität‘ und die Vereinigung ‚aller ehrlichen, schöpferischen und schaffenswilligen Menschen zum großen Werke der kulturellen Verbrüderung‘ und daß es entgegengetreten wolle den ‚unklaren, fragmentarischen und entstellten Informationen des Auslandes‘ über die Tschechoslowakei.

In Wahrheit aber ist dieses Blatt, das in 200000 Stücken allüberallhin versendet wird, keine deutsche Zeitung, auch keine private Geschäftsgründung, sondern eine Gründung des tschechischen Außenministeriums, also ein deutschgeschriebenes Organ der tschechischen Regierung. Dies beweist zunächst einmal die Zusammensetzung der Druck- und Verlagsgesellschaft ‚Orbis‘. Die Hauptaktionäre sind vier Beamte des tschechischen Außenministeriums, die von den 37500 Aktien zu K 400.— allein 16728 Anteilscheine gezeichnet haben. Unter den anderen Aktionären finden wir Abgeordnete und Senatoren aller tschechischen Parteien, mit Ausnahme der Kramarschgruppe, der tschechischen Kommunisten und der kleinen Modratschek-Gruppe, dann einen Beamten der Prager Kabinettskanzlei, den Oberdirektor der Zivnostenska Banka und einige tschechische Universitätsprofessoren, aber nicht einen Deutschen. Ähnlich zusammengesetzt ist der Verwaltungsrat: Zwei Beamte des Prager Außenministeriums, Abg. Stodola (Slovakischer Agrarier), Abg. Stivin (Sozialdemokrat), Senator Dr. Vesely (Nationalsozialist), Senator Abt Zavoral, Senator Dr. Horatschek und fünf andere Mitglieder.

Hervorzuheben ist auch, daß trotz der hohen Geldangebote kein einziger ehrlicher deutscher Journalist gefunden wurde, der in die Leitung des Blattes eingetreten wäre oder sie gar übernommen hätte; denn Wilhelm Neffzern, der als verantwortlicher Redakteur zeichnet, ist wohl schon zur Genüge bekannt: Früher einmal tätig bei der Wiener ‚Zeit‘, dann bei zwei Zeitungen in Mähr. Ostrau, leitete er einige Zeit den ‚Teschener Volksboten‘ und betrieb tschechische Propaganda in Ostschlesien, weilte im Auftrage der tschechischen Regierung ‚in besonderer Mission‘ in Stockholm, trat im Deutschen Reich als ‚Deutschböhme‘ auf, arbeitete aber in tschechischem Sinne. Andere Redakteure dieser ‚deutschen‘ Zeitung sind Karl Sejk, Redakteur des ‚Narodni Politika‘, C. Pachmair, Redakteur des ‚Venkov‘ und einige andere deutschsprechende Journalisten.

Trotz dieser Feststellungen bringt es die ‚Prager Presse‘ über sich, in ihrer Folge vom 6. April den ‚Ansturm feindlicher Angriffe‘ als unberechtigt hinzustellen und zu behaupten, daß die gegen sie gerichteten ‚Warnungsrundschreiben durch eine Wiener Verleumdungszentrale‘ verbreitet würden. Eine schärfere Verurteilung dieses neuen Prager Blattes aber läßt sich kaum denken als die, welche in einem tschechischen Blatt, dem ‚28. Říjen‘, abgegeben wurde: ‚Es werden Hunderttausende geradezu in die Stampfe geworfen, während man andererseits mit jedem Kreuzer knausert. Großmannssüchtig wurde die ‚Prager Presse‘ begründet, in finanzieller Hinsicht ist sie ein Schleuderunternehmen und bezüglich der Propaganda ein phantastisches Unternehmen. Nur ein Utopist oder ein Hasardeur oder ein unverantwortlicher Sammler fremden Geldes konnte dieses Unternehmen ins Leben rufen. Es ist ein Ofen zur Verbrennung von Staatsgeldern.

Oder will man von tschechischer Seite vielleicht behaupten, die Teplitzer ‚Freiheit‘ mache sich mit ihrem Leitaufsatz vom 10. April, überschrieben ‚Prager Presse‘, Prager Sozialdemokraten, Prager Korruption‘ gleichfalls der Verleumdung schuldig, wenn sie zu folgendem Schlusse kommt: ‚Von einem vollständigen Zerfall der politischen Moral, von einer unerhörten Korruption der gesamten politischen Lebenszeugt diese Blattgründung, und das allerschrecklichste daran ist wohl, daß mit ganz wenigen Ausnahmen innerhalb der tschechischen Politik niemand an diesem Unternehmen, an der Art seiner Gründung und an seinen Zielen etwas auszusetzen hat!‘

Bezeichnend ist aber wiederum das Verhalten der tschechischen Regierung: obwohl ihr Zusammenhang mit der ‚Prager Presse‘ offen erwiesen ist — wurden doch auch die Bezugseinladungen des Blattes durch die staatlichen Briefträger ohne Umschlag und ohne Postgebühren den einzelnen Parteien zugestellt — obwohl der deutschparlamentarische Verband und die deutschen Sozialdemokraten bereits am 10. März dringliche Anfragen wegen dieser Zeitungsgründung und Verschleuderung des Staatsvermögens einbrachten, hat sie sich bisher völlig ausgeschwiegen. Wenn es aber gilt, neue Mittel für den Lügenfeldzug gegen die Sudetendeutschen zu finden, verfügen die Prager Machthaber immer über genügend Geld, wenn auch andererseits alte deutsche Bildungsanstalten wegen ‚mangelnder Mittel‘ zur Erhaltung geschlossen werden. Die Sudetendeutschen aber, die gegen ihren Willen in den tschechischen Zwangsstaat hineingepreßt wurden, hoffen, daß wenigstens das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die ‚Prager Presse‘ richtig einschätzen wird, als ein deutschgeschriebenes Sprachrohr der tschechischen Regierung, dazu bestimmt, die bisher geübte tschechische Lügenpropaganda noch nachdrücklicher und rücksichtsloser weiterzuführen.“

Dr. W. M.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

„Bund der Auslandsdeutschen.“

Vom Bund.

Eine Entschädigungsstatistik der Italiendeutschen. Die deutsch-italienische Vereinigung veröffentlicht in der Nr. 4 ihrer „Mitteilungen“ eine interessante Statistik. Danach waren bis zum 31. März bei der Abteilung Italien des Bundes 1113 Schadensanmeldungen eingegangen, von denen 677 durch die Sachbearbeiter geprüft und zur Entschädigung an die Spruchkommissionen gegeben waren. 62 dieser Anträge verlangten über 50 000 Mark. Von ihrer Gesamtsumme wurden 10 626 800 Mark von den Sachbearbeitern anerkannt. Von den 615 Anträgen unter 50 000 Mark gelangten 6 053 000 Mark zur Anerkennung. Vorgesprochen wurden von der Spruchkommission 41 Anträge über 50 000 Mark in Gesamthöhe von 6 049 000 Mark, und 636 Anträge unter 50 000 Mark in Gesamthöhe von 5 113 800 Mark. Im Vorentscheidungsverfahren gelangten zur Erledigung in Berlin 53 Anträge durch Auszahlung von 346 409,50 Mark, im übrigen Reiche 127 Anträge mit 1 290 712,50 Mark. Abgelehnt wurden im Reiche und in Berlin 7 Anträge.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

In der „Egyptian Gazette“ vom 5. April ist eine amtliche Ankündigung des Offizialverwalters der feindlichen Güter in Ägypten (Public Custodian) enthalten, laut welcher zum 14. April d. J. im Sawoy Hotel in Alexandrien die Versteigerung des Privatbesitzes folgender Deutscher angesetzt war: Fritz Heß in Ibrahimieh, Franz L. Knoll, Henri Hoffmann, H. Oesterle, G. Ocks, Konrad Sherpe, G. Tachau, Schilling u. Glessing, Andre Henry Schilling, Ernest Mors, Oskar Rothacker, Charles Henry Schoeller, Harry Stern, F. Ehrlich, Hugo Lindemann in Aboukir.

Zum Schluß der Bekanntmachung finden wir die Notiz, daß der Offizialverwalter sich das Recht vorbehält, Angebote von Einsteigerern beliebig zurückzuweisen, sowie die einzelnen Besitzungen von der Versteigerung auszuschließen, ohne hierfür Gründe nennen zu müssen.

WIRTSCHAFTLICHES

Die deutsche Handelskammer in der Schweiz hielt am 19. März in Zürich ihre ordentliche Hauptversammlung ab, in der festgestellt wurde, daß das noch aus dem Jahre 1919 laufende Defizit von über Fr. 28000.— im Laufe des Jahres 1920 auf nur mehr Fr. 9000.— vermindert werden konnte. Seit Beginn des Jahres 1921 sind weitere Stiftungen von Fr. 7000.— der Kammer zugeflossen, um die das Defizit abermals verringert werden konnte, so daß die Kammer nunmehr in günstigere finanzielle Lage kommen wird, die es ihr ermöglichen wird, ihre Aufgaben in erweitertem Maße durchzuführen. Es wurde beschlossen, einen 50%igen Teuerungszuschlag auf die deutschen Mitgliedsbeiträge in Mark zu erheben und einen Teuerungszuschlag von 20 % auf die Frankenbeiträge zu legen, um die Einnahmen weiterhin zu vermehren. Neu beitretende Firmen zahlen künftig in Deutschland Mark 200.—, Aktiengesellschaften und Körperschaften Mark 300.— Beitrag. Die Satzungen wurden entsprechend geändert. Der Vorstand setzt sich künftighin zusammen aus Herrn Carl Schneider, Zürich, als erstem und Herrn Eduard Derksen, Basel, als zweitem Vorsitzenden, Schatzmeister ist Herr Nikolaus Bickel, Zürich, dessen Stellvertreter Herr Eduard Fuchs, Zürich; Schriftführer Herr

Christian Sengenberger, Basel. Die Kammer hörte sodarin einen Bericht ihres stellvertretenden Syndikus Dr. v. Napolski über die Erhöhung der schweizerischen Zölle und über die sich immer mehr häufenden schweizerischen Einfuhrverbote.

Noviad-Neusatz, deutsche Druckerei und Verlags-Akt.-Ges. In der Generalversammlung der deutschen Druckerei und Verlags-A.-G., die der Präsident Bolz leitete, wurde ein Geschäftsbericht erstattet, der zunächst ausspricht, daß das Unternehmen vom materiellen und vom völkisch-idealen Standpunkt aus geschaffen worden sei. Das Aktienkapital von ursprünglich 250 000 Kronen ist im Berichtsjahr auf 1 Million erhöht worden. Die Aktien-Unterbringung war nicht leicht und eine Anzahl der Aktien harret auch noch des Verkaufs. Die Zeitung der Gesellschaft, das „Deutsche Volksblatt“ hat in der Aufklärung, im Kampfe für deutsche Art, Sitte und Sprache, Glänzendes geleistet. „Daß deutsch bleibe, was deutsch ist und wieder deutsch werde, was deutsch war,“ war dabei richtunggebend. Zweimal mußte infolge der Lohnerhöhungen der Setzer der Bezugspreis erhöht werden, zunächst auf 25, dann auf 40 Kronen monatlich.

Trotzdem wurde der Umfang des Blattes von 4 auf 6 Seiten erhöht und das Blatt blieb leistungsfähig. Eine deutsche Buchhandlung, die am 1. August 1920 eröffnet werden konnte, hat ausgezeichnet gearbeitet und hat das Defizit der Zeitung decken helfen. Die Gründung des schwäbisch-deutschen Kulturbundes geht gleichfalls auf Anregung der Direktion zurück. Er zählt jetzt über 100 Ortsgruppen. Von der Leitung geht auch der Gedanke zur Gründung einer deutschen Großbank aus, der gegenwärtig noch vorbereitet und bearbeitet wird. Es blieb der Gesellschaft ein Reinertragnis von rund 39 000 Kronen im Geschäftsjahr. Dafür wurde 506 000 Aktien 6 % Verzinsung gewährt, der Rest wurde dem Reservefonds gutgeschrieben.

Zur Wirtschaftslage in der Mandschurei.

Über die Lage in der Mandschurei (Harbin) macht uns ein Korrespondent wichtige und interessante Mitteilungen. Über den Bolschewismus fällt er das Urteil: Ihn kennt nur, wer ihn praktisch kennen gelernt hat, und der wird jedem Unbesonnenen zurufen: Hände weg, du spielst mit dem Feuer! Im übrigen gilt auch von der Mandschurei, was vom ganzen fernen Osten gilt: trotz aller Anstrengungen, die auch unfäre Mittel keineswegs scheuten, ist es den Gegnern nicht gelungen, die deutsche Qualitätsware zu verdrängen. Eines dieser unehrlichen Mittel ist die gewissenlose Nachahmung deutscher Schutzmarken, wie sie dieser Krieg zum erstenmal zum „Recht“ erhoben hat. Besonders über die Japaner wird in dieser Hinsicht Klage geführt, eine Klage, die ja schon vor dem Krieg besonders von amerikanischer Seite (Thomas F. Millard, „Our Eastern Question“) immer wieder gehört wurden. Während aber vor dem Kriege die Japaner in der Regel den kaufmännischen Anstand noch insoweit gewahrt haben, daß sie die fremden Marken nur mit gewissen Änderungen brachten, durch die die nur unaufmerksamen Käufer getäuscht werden konnten, ließ man nach Kriegsausbruch jede Rücksicht fallen und setzte auf japanische Erzeugnisse einfach den Namen einer bekannten deutschen Firma, z. B. Friedrich Bayer, Badische Anilinfabrik, Faber u. a. m. Vor allem wurden auch Stahlwaren in dieser Weise auf den Markt gebracht. Doch wurde durch dieses Vorgehen das Gegenteil von dem Beabsichtigten erreicht: einmal, zweimal fielen die Käufer wohl in die gelegte Falle, aber nur, um zu erkennen, daß der Wert der deutschen Ware nicht nur in dem leicht nachzunehmenden deutschen Firmennamen, sondern vor allem in der Qualität bestehe. Und nach dieser deutschen Qualitätsware ruft nun der

ganze ferne Osten. Das Feld ist bearbeitet, es gilt nun, wie unser Korrespondent schreibt, großzügig, zielbewußt und ehrlich ans Werk zu gehen. Verschiedene deutsche Waren sind auch schon auf dem dortigen Markt angekommen und haben reißenden Absatz gefunden, so Kleinstahlwaren, Werkzeuge, Maschinen, Postkarten. Dieser Handel könnte einen noch viel größeren Maßstab annehmen, trotzdem das weite Hinterland (Sibirien) heute als Absatzgebiet noch nicht in Betracht kommt. Unser Korrespondent erteilt nun den deutschen Fabrikanten den Rat, unter allen Umständen auf Qualität zu sehen und keinen „Schund“ zu liefern. Immer noch halten sich die Fabrikanten zu wenig an ihre Muster, immer noch glauben sie, fürs Ausland sei auch minderwertige Ware genügend. Mit vollem Recht meint unser Korrespondent, daß durch eine solche Auffassung das Prestige Deutschlands nur leiden könne. In bezug auf Sibirien bemerkt unser Gewährsmann, daß sich die Handelstätigkeit vorläufig nur auf kleinere Aktionen beschränken muß, infolge der Unsicherheit der bolschewistischen Handelsmethoden, des Mangels an Metallgeld, der Unterschlagungen durch Beamte und Bevollmächtigte, welche von Sibirien zum Einkaufen nach Harbin gesandt werden, der Sperrung der Grenze usw. Bis jetzt findet nur sozusagen Schleichhandel statt, und zwar auf der Linie Zizikar—Blagoweschtschensk über die chinesische Grenzstation Sachaljan, wo auch eine Autolinie errichtet wurde, ferner über die Bahnstation Manchuria in der Richtung Tschita. Alle Geschäfte müssen natürlich bereits auf dem ungefährlichen, nicht-bolschewistischen Boden, d. h. in China (Mandschurei) „perfekt“ gemacht werden. Die Anlage größerer Lager von Pflügen, Eggen, Göpeln, Sensen, Sicheln, Werkzeugen, Medikamenten, Dreschmaschinen, Sämaschinen usw. hätte, unserm Gewährsmann zufolge, Aussicht auf Gewinn. Der sibirische Bauer zahlt heute für einen Pflug einfachster Bauart gern eine Kuh mit Kalb. Das dortige Gebiet ist eben vollständig ausgehungert. Welch ungeheurer Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen dort besteht, davon kann sich die kühnste Phantasie keine Vorstellung machen. Dabei hat der Handel mit kleinen Gerätschaften immer den Vorteil, daß er im Rahmen eines Detailgeschäfts bleibt, bei dem sich auch die Zahlungen leichter realisieren lassen.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

„Sehr geehrte Schriftleitung! Sie kämpfen gegen das Konsulatsgebühren-Gesetz mit vollem Recht! Hoffentlich auch mit besserem Erfolg als bisher. Hier ein weiteres Beispiel, das Sie interessieren wird. Ich ließ mir in Württemberg von einem Oberamt einen Heimatschein ausstellen nebst einer Beglaubigung. Beides kostete zusammen 6 M. Dazu kommt Porto nach Stuttgart und von dort nach der Schweiz, macht vielleicht höchstens 2 M., sind zusammen 8 M., das wären also 80 Cts. Bezahlen mußte ich dafür hier 10 Franks, also über 100 M. Ist das eine Verteuerung, die gerechtfertigt wäre? Die Beispiele ließen sich ins Ungemessene vermehren. Ergebenst J. M.“

VERSCHIEDENES

Vereinigte Fürsorge für das Auslandsdeutschtum

Die bekannte Rückwandererhilfe, E. V., Berlin, die durch Volksspenden namhafte Beiträge für die notleidenden und vertriebenen Auslandsdeutschen aufgebracht hatte, ist am 18. d. M. in die auf breiterer Grundlage aufgebaute „Vereinigte Fürsorge für das Auslandsdeutschtum“ überführt worden. Durch die Gründung der neuen Vereinigung ist es gelungen, die Wohlfahrtspflege für das Auslandsdeutschtum vollkommen

einheitlich zu gestalten, wie denn der Gründungsversammlung Vertreter aller Interessenvertretungen, sowie aller sonstigen, auch konfessionellen Organisationen für das Auslandsdeutschtum beiwohnten. Die weitausgreifenden Ziele der „Vereinigten Fürsorge“ gehen vor allem dahin, den in der Heimat zusammengeströmten auslandsdeutschen Rückwanderern die Wiederausreise an ihre Wirkungsstätte zu ermöglichen, wie das bereits in kleinem Umfang durch die Rückwandererhilfe geschah.

Spendenabrechnung der Rückwandererhilfe.

Die „Volksspende für die vertriebenen Auslandsdeutschen“ (Rückwandererhilfe, E. V.) hat nunmehr, nachdem sämtliche Unterlagen über die Verteilung der gesammelten Gelder und die Verwendungsnachweise vorliegen und geprüft worden sind, eine Abrechnung über ihre erste Sammlung (1919) aufgestellt. Danach hat diese Sammlung rund 4 Millionen Mark eingebracht, darunter eine Stiftung „Ostasiatenspende“ in Höhe von 297 900 M. Mit Ausnahme dieser Stiftung, die bestimmungsgemäß als solche besonders verwaltet wird, ist das Ergebnis der Sammlung folgendermaßen verwendet worden:

Den angeschlossenen Fürsorgeorganisationen, Verein für das Deutschtum im Ausland, Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer und Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart, sind zur abzugslosen Verwendung für die von ihnen unentgeltlich ausgeübte ergänzende Fürsorge in Teilbeträgen insgesamt 1 869 200 M. zugeführt worden, ferner dem Bund der Auslandsdeutschen für die Darlehenskassen 130 000 M. und der Flüchtlingsfürsorge der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände 200 000 M. Den Fürsorgeausschüssen in Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen und Westpreußen sind insgesamt 1 020 677.93 M. zur unmittelbaren abzugslosen Verwendung für praktische Unterstützungszwecke überlassen worden. Auch der satzungsgemäß geschaffene Dispositionsfond in Höhe von 484 800 M. ist den Anforderungen entsprechend bereits dem Ziel und Zweck der Sammlung zugeführt worden.

Die Abrechnung über die zweite Sammlung (1920) befindet sich in Vorbereitung.

Ein katholischer Mittelschüler-Austausch zwischen Deutschland und Ungarn ist von der katholischen Liga in München (Viktor-Scheffel-Str. 18 II) geplant und soll vom 20. Juli bis 31. August währen. Katholische Mittelschüler, nicht unter 15 Jahren, sollen eine Sommerfahrt nach Ungarn machen, an der sich auch Geistliche beteiligen und an der auch Akademiker Anteil haben sollen, die späterhin in Budapest ein oder zwei Semester zu studieren wünschen. Besondere Wünsche für den Aufenthalt in Stadt oder Land können geäußert werden. Ungarische Schüler sollen dafür nach Deutschland kommen.

Der neue preußische Kultusminister ist geborener Auslandsdeutscher. Er ist der Sohn eines Bankiers und Konsuls in Amsterdam und wurde dort 1876 geboren. Professor Dr. Karl Heinrich Becker hat nicht nur ausgedehnte Studienreisen nach Spanien, Ägypten, Griechenland und der Türkei unternommen, sondern auch für Auslandsdeutschtum und Auslandkunde stets ein besonderes Interesse an den Tag gelegt.

Frankreich für sportlichen Ausschluß der Mittelmächte von den Olympischen Spielen.

Nach Pariser Meldungen will der Vorsitzende des Internationalen Olympischen Komitees, Baron de Coubertin, auf der Tagung des Leichtathletischen Weltverbandes in Genf, auf der auch Deutschland vertreten sein wird, beantragen, daß d

nächsten Olympischen Spiele 1924 in Paris abgehalten werden sollen. Als Bedingung will er jedoch den Ausschluß der Mittelmächte verlangen. Da jedoch bereits Los Angeles in Kalifornien auf Grund früherer Zusagen für die Olympiade Vorbereitungen getroffen und große Geldmittel zur Verfügung gestellt hat, bleibt dem französischen Vorstoß wenig Aussicht auf Erfolg.

Die Volkszählung in Neusatz

ergab unter 39058 Ortsanwesenden 16295 Serbo-Kroaten, also 41,8 Prozent, 12991 Magyaren, also 32,5 Prozent, 6373 Deutsche, also 16,6 Prozent, 1117 Slowenen, also 2,9 Prozent, andere Slowenen 1654, also 4,3 Prozent, ferner in geringerer Zahl Rumänen und Italiener mit etwa 2 Prozent. 38,5 der Bevölkerung war griechisch-katholisch, 37,8 römisch-katholisch, 6,8 Prozent israelitisch.

Riga. Eine deutsche Lesehalle ist in Riga eröffnet worden, und zwar als gemeinsame Gründung des deutsch-baltischen Lehrerverbandes, des Verbandes der Elternvertreter der deutschen Grund- und Mittelschulen und der literarisch-praktischen Bürgerverbindung. Der Lesetisch ist allen Mitgliedern dieser Vereinigungen gegen Zahlung von 10 Rubeln monatlich zugänglich und soll ihnen ermöglichen, mit den geistigen und wirtschaftlichen Strömungen der neuen Zeit in Verbindung zu bleiben, ohne daß das teure Abonnement verschiedener Zeitschriften und Zeitungen dazu nötig wäre.

Deutsche Literatur im Auslande.

Der Belgrader Schriftsteller Milan Savić hat dem Literarischen Echo (Jg. 23, H. 13) zufolge zum erstenmal den Versuch unternommen, Goethes „Faust“ in beiden Teilen in das Serbische zu übersetzen. Damit sind alle Dramen Goethes bis auf den „Oßtz“ den Südslawen bekannt geworden. Zuerst erschien „Werther“ vor fast achtzig Jahren in serbischer Sprache, ihm folgten „Torquato Tasso“, „Clavigo“ und „Iphigenie auf Tauris“.

Nach derselben Quelle erscheint in Agram eine neue Zeitschrift „Zenit“, die sich im Untertitel als eine internationale Revue für Kunst und Kultur bezeichnet. Herausgeber ist Ljubomir Mišić; sie bringt russische, französische, deutsche und italienische Beiträge. Zum erstenmal im slawischen Süden ist dort ein deutsches Gedicht in seinem Originaltext veröffentlicht worden. Iwan Goll's Verse „Der Mensch vor dem Meer“ machten diesen versöhnenden Anfang.

Goltz-Ehrung in Finnland.

In „Strindbergs Salon“ in Helsingfors wird vom 12. April, dem Jahrestag der Befreiung Helsingfors an, eine Porträtbüste des Grafen v. d. Goltz ausgestellt. Die Büste ist erst in letzter Zeit von dem Bildhauer Hjalmar Hunsterhjelm, der dafür nach Berlin reiste, geschaffen worden.

„Den Noberscheften.“

Den siebenbürgisch-sächsischen „Nachbarschaften“, einer besonderen Einrichtung unserer deutschen Stammesbrüder in Siebenbürgen, gilt ein Gedicht, das das Oberhaupt der evangelischen Kirche in Siebenbürgen, Se. Hochwürden Bischof Dr. Friedrich Teusch zum Verfasser hat. Der Autor hat es selbst gelegentlich eines Familienabends der Reisper-, Sporer-, Schillerplatz-Nachbarschaft in Hermannstadt vorgetragen und der „Hermannstädter Tagespost“ zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. Unsere Leser werden sich rasch in den besonderen Dialekt einlesen und wertvolle Kenntnisse des siebenbürgisch-sächsischen Denkens und Fühlens aus dem warm empfundenen Gedicht in sich aufnehmen. Die Schriftleitung.

Wonn än den alden Zeiden der Foand kam än det Land,
Ruff em de Noberscheften gleich af zem Wedderstand.
De Terren und de Mauren dä wore stark uch fest,
Und än der Brast der Männer der Meat det allerbest.

Der Foand wor bald verdriwwen, moßt hurtig aus dem Land,
Hä dankte se dem Härrgott und gawe sich de Hand:
Mer schwieren hä fuer äjnden, wat uch de Zeakonft branjt,
Dat detsch und tra mer bleiwen zesummen bäs und Ainjt.

De Terre seng zefallen, de Maur uch nemmi hält,
Gewädder dannern iwer es wa wenn um Ainjt de Wält.
Und aus dem Danner klainjt et: der Foand äs wedder hä,
Wä ist as Vater stridden, kut Neber nea erbä!

Net äußere Foande gält et: de sachesch Sitt und Ort
Äs ä Gefohr geroden, hälft, dat se wird gewort;
Gewäb de Zejde wiesseln, na Zejd breocht Mänschen na,
Doch fest äs nor as Zeakonft, wo fest de sachesch Tra.

Wonn än diem Kampf zesummen fest alle Neber stohn,
Esi meß uch met dem Nober de Noberän itzt gohn.
Sä hält det Wärk zesummen, sa sargt af Känjt uch Haus,
Git doch der Man mäteangder mih wä glad nidig aus.

Sä drit und hälft und arbet, sä kocht und backt und bret,
Und wonn der Man uch brommig de Räck mäteangder dreht,
Sä let sich net uch dinkt sich: Tea macht doch wad ech wäll,
Mät riecht, dä bä är fainjste det äb af der riechten Ställ.

Wo sachesch Man und Fraen än Tra zesumme stohn,
No Kan det sachesch Vilkchen ze Greandgd hä näkest gohn.
De Terrn und Mauren zefallen, de Noberscheft dä stiht:
Hälf Gott zem Iwerwaijden, bleiwt sachesch bäs zem Dit!

Äs än dem Haus bäm Nober det Agläck ägekiht,
Wo se vu Nit und Ormet äm kleinen Heisken hirt,
Glecj packt se äst zesummen und kit und hälft und trist,
Und hilft mät geade Wuerten den defste Schmärz afist.

Fuer Naegeten breocht em itzt nichen Zejdung mih,
Se seng uch vil zu deier, det Porto äs ze hih,
Papeir und Dreak bekridlich, und wä se herrlich recht —
T äs niche Weangder, wonnt int mih ze der Noberan zecht!

Wat än der Stadt geschähn äs, sä wieß et ganz gena,
Et seng net Bakesmeren, gluwürdij äs de Fra:
Der Pitter giht zem Kathi allowend än de Gäss,
Und duert bot de Gevädder äm Haus uch är Nakaß.

Sä wieß, dat wäll sich fräinjden, und die bat sich en Haus,
De Fränjdän git gor herresch, doch zolt se det Klid net aus.
Die gitt ze wenig Steuern, mir zole vill ze vill,
Sot sälwest — awer hemlich — mer hun doch ze vill Schiel!

Und sänjt de Fraenewend de Fraen es erzähn,
Mer allen Dag fu fräschem as na blo Weanjder sähn.
Äm Presbyterium se se, und wi nor Liewdaj hat,
Wid sän, as Fraen kun Alle noch än de Magistrat.

No all diem, Fränjd und Neber, gestoht et gären än:
Mer weren uch än der Noberscheft näst ohne Noberän!
Und än de schweren Zeiden, dä iwer as se kun,
Mer un den Noberannen de besten Hälfter hun.

AUSWANDERUNGSWESEN

Das Reichswanderungsamt im Reichswirtschaftsrat.

Dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates lag eine Eingabe der Arbeitsgemeinschaft für das gesamte Flüchtlingswesen auf Erhaltung des Reichswanderungsamtes vor. Einem Bericht der „D. Allg. Ztg.“ zufolge stellte der Berichterstatter, der die Eingabe ihrer sachlichen Gesichtspunkte wegen der Erwähnung für wert erachtete, den Antrag, die Eingabe der Reichsregierung unter Anerkennung des beschlossenen Abbaues des Reichswanderungsamtes als Material zu überweisen und ihr zu empfehlen, bei Durchführung der Beschlüsse die Eingabe zu berücksichtigen.

Eine Einwanderer-Ausstellung

soll in Neuyork veranstaltet werden und soll den Anteil der Einwanderer an der Entwicklung Amerikas von den ältesten Tagen bis zur Gegenwart veranschaulichen. Hoffentlich, so schreibt die Deutsche Verlegerzeitung, wird auch der Anteil des Deutschtums an der Einwanderung dabei in wahrheitsgemäßer Weise berücksichtigt.

Die Auswanderungsfrage in der Tschechoslowakei.

Dem sozial-politischen Ausschuß des Wirtschaftsbeirats in Prag lag am 19. April der Entwurf eines Auswanderer-Gesetzes vor, den Ministerialrat Dr. Mezl erklärte. Er nahm die Zahl der aus der Republik Auswandernden auf 30000 jährlich an, die Auswanderung stelle ein Staatsproblem dar, der Staat müsse die künstliche Auswanderung beschränken oder verhindern, habe aber kein Interesse daran, eine natürliche Auswanderung zu verhindern. Besonders wichtig sei der Schutz der Auswanderer vor Ausbeutung, der mehr als im alten Österreich durchgeführt werden müsse, wo die an der Auswanderung interessierten Gesellschaften das Zustandekommen eines solchen Gesetzes verhindert hätten. Es müsse verhindert werden, daß der Auswanderer in Gebiete käme, wo große Gefahren für sein Leben, sein Eigentum und seine Gesundheit ihm drohten. Der Auswanderer dürfe auch der Heimat nicht völlig entfremdet werden, seine völlige Anpassung an die neue Heimat sei somit aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen nicht wünschenswert. Die Gesellschaften müßten unter Staatskontrolle kommen. Jede Auswanderungs-Gesellschaft werde in der Landeshauptstadt Prag eine Kanzlei unterhalten müssen, mit der sie für die Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen hafte. Gegenwärtig arbeiteten berufsmäßige Werber namentlich in Karpatho-Rußland, aber auch Lehrer, Advokaten und Notare beteiligten sich an dieser Arbeit. Bestimmungen, die man nicht in das Gesetz bringen wolle, könnten auch noch in den Konzessionen der zuzulassenden Gesellschaften Platz finden, um beim Geldwechseln, der Fahrschein-Ausstellung usw. die Ausbeutung der Auswanderer zu verhüten. Eine umfangreiche Debatte schloß sich an. Das Gesetz soll noch einmal von Fachleuten begutachtet werden, ehe es dann an den Ministerrat geht. Ober-Direktor Pisecky von der Bohemia-Bank betonte, das jetzige Paßwesen mit allen seinen Einschränkungen müsse früher oder später fallen, Fabrikant Morawetz regte nicht nur für die Überseewanderer, sondern auch für die Kontinental-Auswanderer Schutzmaßregeln an. Mit verschiedenen Staaten, mit denen man unangenehme Erfahrungen gemacht habe, z. B. bezüglich der Ausweisungen, müßten Gegenseitigkeitsverträge geschlossen werden. Interessant war die Mitteilung, daß bereits im Jahre 1913 von den Ausgewanderten nach der Heimat Österreich-Ungarn 29 Millionen Dollar im Jahre zurückgesandt wurden.

Zur vorschußfreien Überfahrt nach Brasilien.

Die Angelegenheit der 3000 deutschen Landwirtschaftsfamilien, welche auf vorschußfreie Überfahrt nach Brasilien befördert werden sollten, wird mit der demnächst bevorstehenden Ausreise des Dampfers „Caxias“ ihren Abschluß erreichen. Der Rest der vorgemerkten und seit Jahr und Tag auf die Ausreise wartenden Auswandererfamilien wird hoffentlich mit diesem Dampfer befördert werden.

In diesem Zusammenhang verdient eine amtliche Information an deutsche Auswanderungslustige, welche vom Sekretär des brasilianischen Vertreters in Berlin, Herrn A. Hermsdorf, gezeichnet in der „Serra-Post“ Nr. 16 vom 25. Februar veröffentlicht wird, weitere Verbreitung. Diese Information hat folgenden Wortlaut:

„Völlig freie Reise wird von der brasilianischen Regierung den Auswanderern nicht gewährt, diese erhalten vielmehr die Reisekosten nur vorgestreckt und zwar unter der ausdrücklichen Bedingung der ratenweisen Zurückzahlung innerhalb 5 Jahren, gerechnet vom Tage der Ankunft auf brasilianischem Boden. Eine solche Vergünstigung genießen aber nur Ackerbauer von Beruf, sowie Landarbeiter; ob der Einwanderer einer dieser beiden Gruppen angehört, hat er durch amtliche Papiere nachzuweisen. Industriearbeiter sind von solchen Vergünstigungen ausgeschlossen. Für Landarbeiter kommen in erster Linie die Kaffeepflanzungen von Sao Paulo in Betracht. Hier werden Kontrakte auf ein oder mehrere Jahre geschlossen, durch die alle Entlohnungsfragen, Art der Arbeit, Unterkunft und dergl. festgelegt werden. Der Arbeiter hat hier neben der kontraktlichen Beschäftigung auch Gelegenheit für eigene Arbeit, so daß diese Zeit eine nützliche Vorbereitung für den späteren Kolonisten bedeutet. Die Kolonielose, welche die Bundesregierung für Ackerbauer bereit hält, sind in der Regel 25 ha groß (100 Morgen). Der Preis beträgt ohne Haus, je nach Lage und Staat 700 bis 1500 Milreis. Kolonistenfamilien erhalten auch diesen Betrag vorgestreckt und zwar auf 7–10 Jahre zur ratenweisen Abzahlung, wobei die 2 ersten Jahre frei von Zahlungen bleiben. Ledige Kolonisten erhalten Kolonielose nur gegen bar. Kolonisten, die auf eigene Rechnung in Brasilien einreisen, werden die Reisekosten als Anzahlung auf ihre Landschuld vergütet, wenn sie innerhalb der ersten 2 Jahre einen diesbezüglichen Antrag stellen. — Auf ihr Hausgerät und kleine wirtschaftliche Maschinen und Geräte genießen die Kolonisten Zollfreiheit. Auf den Ozeandampfern haben sie bei vorgestreckter Reise Anspruch auf je 100 kg Freigepäck auf die volle Fahrkarte. Nach Südbrasilien befördern wir keine Auswanderer.“

Zu dieser Information ist zu bemerken, daß zwar die Kaffeepflanzungen-Arbeit im allgemeinen als eine gute Vorbereitung für den Kolonistenberuf angesehen werden kann, daß jedoch diese Arbeit erfahrungsgemäß den deutschen Arbeitern weniger liegt als den weit anspruchsloseren und widerstandsfähigeren Italienern, Portugiesen, Spaniern und Eingeborenen. Man vergleiche dazu die interessante Schilderung: „Deutsche Arbeiter auf Kaffeepflanzungen in Sao Paulo“ in Nr. 7, 1921 des „Ausland-deutschen“. Wie das Reichswanderungsamt mitteilt, kommen Vormerkungen für weitere Freifahrten nach Brasilien nicht in Betracht.

Beihilfen zu den Überfahrtskosten von Einwanderern in Brasilien.

Der brasilianische Landwirtschaftsminister hat mit seiner Rundfrage bei den einzelnen Staatsregierungen wegen Beihilfen

für die Einwanderung wenig Freude erlebt. Nachdem bereits die drei Südstaaten jede Beihilfe abgelehnt und nur Minas Geraes einen Teil der Beihilfen zu tragen sich bereit erklärt hat, liegen nun weitere ablehnende Bescheide vor. Der Staat Sergipe antwortet, er könne wegen Mangels an guten Verkehrswegen keine Einwanderer aufnehmen. Die Regierung von Ceara antwortet, sie verfüge nicht über die erforderlichen Mittel; auch Pernambuco wünscht keine Einwanderung. Die Regierung des Staates Sao Paulo antwortet, sie subventioniere bereits die Einwanderung und habe bezügliche Kontrakte geschlossen. Zu diesem Bescheid schreibt die „Deutsche Zeitung von Sao Paulo“ vom 10. März:

„Die Regierung konnte eine andere Antwort als die erwähnte nicht geben, denn die Paulistaner Regierung hat die Einführung von nicht weniger als 100 000 Einwanderern zu 17 Pfund Sterling pro Kopf kontrahiert. Die Ausführung des Kontrakts erheischt eine Ausgabe von rund 50 000 Kontos = 50 Millionen Milreis. Gegen diesen enormen Betrag, den die Staatsregierung für Einwanderer zu bewilligen gedenkt, ist doch die Bewilligung von 3 Kontos für den gleichen Zweck seitens des Bundeskongresses eine wahre Bagatelle.“

Zu dem ganzen Ergebnis schreibt dieselbe Zeitung vom 2. März: „Wenn der Landwirtschaftsminister so wenig Gegenliebe in den Staaten findet, so wird er wohl auch bald das Einwanderungsthema als abgetan erklären. Mit den geringen Mitteln, die der National-Kongreß für Einwanderung und Siedlung bewilligt hat, kann er beim besten Willen sein Einwanderungs- und Kolonisationsprogramm nicht durchführen, auch wenn er es noch sehr reduziert. Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß man für lebenswichtige Notwendigkeiten kein Geld hat, während es für Nichtigkeiten mit vollen Händen hinausgeworfen wird.“

Die Zeitung spielt damit wohl auf den prunkvollen Empfang an, welcher dem König der Belgier bereit wurde.

Arbeitsmangel in brasilianischen Landwirtschafts-Großbetrieben.

Während in den brasilianischen Städten die Zahl der Arbeitslosen groß ist, macht sich in den landwirtschaftlichen Großbetrieben des Staates Sao Paulo ein steigender Arbeitsmangel bemerkbar. Er wird am besten gekennzeichnet durch die Tatsache, daß z. B. am 12. März laut „Deutsche Zeitung von Sao Paulo“ beim staatlichen Arbeitsamt Gesuche von 477 Kaffeepflanzern um Beschaffung von 5227 Kolonistenfamilien vorlagen. Das ist aber nach Meinung der genannten Zeitung nur ein Bruchteil des Bedarfs an Arbeitern. Viele Fazendeiros sollen sich schon gar nicht mehr an das Arbeitsamt wenden, weil sie wissen, daß dieses ihnen doch nicht helfen kann. Die Einwandererherberge soll fortgesetzt nahezu leer sein.

Diese Nachricht setzt bei den starken gegenwärtigen Einwanderung in Brasilien in Erstaunen und beweist aufs neue, wie wenig Liebe zur Arbeit die Kaffeefazendeiros in Sao Paulo bei den Arbeitern zu erwecken wissen. Die meisten Einwanderer, besonders die der germanischen Rasse, sind eben für diese Art Pflanzungsarbeit nicht zu brauchen. Dazu bedarf es größter Genügsamkeit und Gewöhnung an das Arbeiten im Freien in der Sub-Tropenzone.

Siedlungsmöglichkeiten in Brasilien?

In einem längeren Artikel weist die „Deutsche Zeitung“ von Sao Paulo vom 3. März siedlungslustige Deutsche auf ein weites Siedlungsgebiet in Brasilien hin, „das wie kein zweites dazu berufen ist, Tausende von Kolonisten, Einheimische und Eingewanderte aufzunehmen, da es wie kein anderes ihnen alles

bietet, was sie zu finden erwarten: gesundes Klima, fruchtbaren, ebenen und billigen Boden, leichten Absatz und lohnende Preise für ihre Produkte“.

Das besagte Gebiet liegt im Südwesten des Staates Sao Paulo an der Sorocabana-Bahn bzw. deren Fortsetzung von Salto Grande nach dem Porto Tibirica am Parana-Fluß und erstreckt sich weiter nördlich bis zur Paulista-Bahn, deren Fortsetzung über den Ramal de Piratininga nach dem Endpunkt Presidente Tibirica am Parana diese Zone in nächster Zeit durchschneiden wird.

Der Zudrang soll bereits groß sein und die Bodenpreise klettern andauernd in die Höhe, wiewohl sie immer noch bedeutend niedriger sind als in Rio Grande do Sul. Die genannte Zeitung schreibt dazu: „Hoffentlich kommt der gute deutsche Michel nicht wie gewöhnlich zu spät, wenn die Erde bereits verteilt ist.“ Das gilt mehr für landeserfahrene Kolonistensöhne als für Neueinwanderer.

Argentinische Einwanderungsstatistik.

Bei der Erfassung der tatsächlichen Auswanderung hat jedes Land, welches Land- und Seegrenzen hat, die größten Schwierigkeiten. Da bisher als „Auswanderer“ nur Zwischendeckreisende erfaßt wurden, welche nach überseeischen Ländern strebten und vorwiegend nur die deutschen Schifflinien dabei berücksichtigt wurden, ergab die sonst zuverlässig arbeitende deutsche Auswanderungsstatistik nur ein unvollständiges Bild. Die veröffentlichten Zahlen werden stets mit den Einwanderungsziffern fremder Länder in Vergleich gestellt werden müssen. Jetzt liegt auch die Statistik des argentinischen Einwanderungsamtes vor für das abgelaufene Jahr 1920. Neben 58 000 eingewanderten Spaniern und 45 000 Italienern folgen an dritter Stelle 6340 deutsche Einwanderer. Die Ziffern haben sich damit gegenüber dem Jahr 1919 verdoppelt.

Die argentinische Einwanderung umfaßt 1920 insgesamt 155 332 Personen gegen 70 000 im Jahre 1919, je 50 000 1918 und 1917 und je 82 000 1916 und 1915, 1914 waren 182 000 Ankömmlinge, 1913 364 000 und 1912 379 000 Ankömmlinge zu verzeichnen. 1912 erlebte Argentinien somit bisher die stärkste Einwanderung.

Deutsch-argentinische Einwandererfürsorge.

Es ist recht erfreulich, daß in denjenigen Ländern, welche zurzeit eine starke deutsche Einwanderung erleben, das Verantwortungsgefühl für eine ausreichende Einwandererfürsorge wächst. Es ist ja keine Frage, daß das deutsche Ansehen in fremden Ländern durch eine mangelhafte Einwandererfürsorge sehr leicht gefährdet wird und daß es auf die fremden Völker und Länder einen schlechten Eindruck machen muß, wenn die im Lande angesessenen Landsleute der Einwanderer sich dieser nicht, so viel sie können, in einmütiger Geschlossenheit annehmen. Es liegt ja leider im Nationalcharakter des Deutschen, daß er es in dieser einheitlichen Geschlossenheit nicht nur in der Heimat, sondern besonders im Ausland sehr häufig fehlen läßt. Wo zwei Deutsche im Ausland versammelt sind, da bilden sich drei verschiedene Meinungen. Infolgedessen wird dann nicht nur ein, sondern es werden gleich mehrere Vereine gegründet. Diese Vereine setzen sich oft das gleiche Ziel, das sie aber auf ganz verschiedenen Wegen zu erreichen suchen. Die Entstehung neuer Vereine wird auch nicht dadurch verhindert, daß schon Vereine mit dem gleichen Programm dasselbe Ziel schon seit Jahrzehnten verfolgen.

In Argentinien ist vor einigen Jahren, neben dem bereits lange Jahre arbeitenden Verein zum Schutze germanischer Ein-

wanderer, der „Deutsche Volksbund für Argentinien“ entstanden, der in sein umfassendes Programm natürlich auch die Ziele des Vereins zum Schutze germanischer Einwanderer mit aufnehmen mußte. Neuerdings ist zu diesen beiden noch der Verein „Der Kolonist“ hinzugetreten, der die Einwandererfürsorge in seiner Weise zu lösen sucht. Sein Programm entwickelt er in der Deutschen La Plata-Zeitung vom 19. Februar, in einer Form, die zunächst vermuten läßt, als könne er schon über recht stattliche Erfolge berichten: Welch riesenhafte Arbeit im Interesse des Deutschtums hier geleistet werden könnte, möge ein kurzer Umriß einer frei angenommenen Jahrestätigkeit andeuten. Der von der Reichswanderungsstelle für die La-Plata-Staaten in Buenos Aires organisierte Kongreß für Einwandererhilfe hatte die Bildung von einigen Hunderten von Helfergruppen zur Folge. An Hand des im ersten Jahre vorliegenden Materials ergibt sich daraus folgendes:

„Die Gesamteinwanderung deutscher Volksgenossen betrug 6000 Männer, 3800 Frauen und 5000 Kinder unter 14 Jahren. Es waren darunter 3000 Familien mit 4800 Kindern. Dank der 650 Helfergruppen hiesiger Volksgenossen wurde in reger Verbindung mit der Reichsbehörde und der argentinischen Regierung diese Menschenmasse bis auf 1500 in der Landwirtschaft auf gepachteten oder gekauften Landstellen untergebracht.“ Der Bericht schildert dann weiter, wie die Helfergruppen sich aus allen Kreisen der La-Plata-Deutschen zusammensetzen, auch viele Spanier und Argentinier sich um die Sache verdient machten. Von diesen Helfergruppen seien 10 für die allgemeine Propaganda, 15 für die juristischen Arbeiten, 10 für den Verkehr mit der argentinischen Regierung, 5 für die Kassenverwaltung und Buchhaltung der Zentrale, 15 für das Auskunftsmaterial, Übersetzung von Broschüren, 10 für die Valutaangelegenheiten, 10 für Beratung in Zollsachen und 25 andere diverse Hilfsgruppen für Warenverschleiß, Krankenunterbringung, Kinderfürsorge, Mädchenschutz usw. tätig. Außerdem wirkten 25 Hilfsgruppen für die Ausfindigmachung und Aufschließung guter Ansiedlungsmöglichkeiten in Verbindung mit 40 Hilfsgruppen für Prüfung ihrer Güte und 35 Hilfsgruppen für die druckfertige Übermittlung des gesamten Materials an die Reichseinwanderungsstelle. 400 Hilfsgruppen, in der Mehrzahl deutsche Frauen, sollen sich nach dem Bericht zur Aufgabe gesetzt haben, das direkte Patronat der im Laufe des Jahres angekommenen Einwanderergruppen auszuüben. Ihr Dienst wird dadurch erleichtert, daß die Auswanderer dem Rate folgen, sich schon auf dem Schiffe zu zehngliedrigen Gemeinschaften zusammenzuschließen. Die beiderseitigen Gruppen setzen sich nach Möglichkeit nach Landsmannschaften zusammen, wodurch ein edler Wettstreit unter den Helfergruppen hervorgerufen wird.

Von der Ankunft bis zur Ansiedlung nehmen sich diese Patronatsgruppen der Zehnglieder-Gemeinschaften an. Aus den arbeitswilligsten Elementen werden noch weitere 50 Helfergruppen gebildet, die ihr möglichstes tun, die Ansiedler unter sich und mit den alten La-Plata-Deutschen zusammenzuhalten. Dank dieser riesenhaften und doch so einfachen Organisation werde nach Meinung des Vereins „Der Kolonist“ das Ansehen der Deutschen am La Plata sehr gehoben.

Das alles aber ist nicht etwa Tatsache, sondern es sind nur Pläne. Denn ein weiterer Artikel derselben Zeitung unter der Überschrift: „Wie sollen wir die einwandernden deutschen Volksgenossen beraten?“ sagt das Folgende:

„Sollte ein derartiger Kraftaufwand nicht etwas reichlich sein und sollte in diesem Riesenapparate nicht vielleicht das Allerwichtigste, eine Stellenvermittlung, vergessen worden sein. So

viele für die verschiedenen Aufgaben der Einwanderungsfürsorge vorgebildete Kräfte zu finden, dürfte etwas schwierig werden. Oder ist vielleicht der Lehrstuhl vergessen, der die Helfergruppen seinerseits unterrichtet. In der Praxis dürfte es auch etwas schwierig werden, die deutsche Auswanderung durch ein Reichsauswanderungsamt, das offenbar an die Stelle des bestehenden Reichswanderungsamtes treten soll, in zehngliedrige Gemeinschaften zu teilen und diese dann durch 1200–2000 starke meist aus weiblichen Mitgliedern zusammengesetzte Hilfsgruppen von Bord bis auf das ersehnte, von einer gütigen Vorsehung gekaufte oder gepachtete Landlos über alle Schwierigkeiten hinwegzubegleiten. Der Verein „Kolonist“, welcher die obige Organisation vorschlägt, ignoriert auch leider völlig die sich auf dem Boden der Bereitwilligkeit bewegende Einwandererfürsorge der Kolonien. Auch bei der argentinischen deutschen Vertretung besteht ja bereits eine Stelle für den Verkehr mit der argentinischen und paraguayischen Regierung in Einwanderungsfragen. Es ist keine Ursache dazu vorhanden, diese Stelle in der jetzt bestehenden Form wesentlich zu ändern.

Die Beratungsstellen des Volksbundes mit ihren Ortsgruppen im ganzen Lande, der Verein zum Schutze germanischer Einwanderer, die deutsche Wohltätigkeitsgesellschaft, die deutsche Frauenhilfe und dazu die Unterstützung von Vertrauensmännern und die Hilfe einflußreicher und kompetenter Privatpersonen in Einzelfällen bilden die gegebene Ergänzung der amtlichen Tätigkeit. Diese Einrichtungen, die gezeigt haben, daß sie geeignet sind, die ihnen gestellten Aufgaben zu erledigen, bedürfen der Unterstützung. Ihnen sollten noch reichlicher als bisher die für ihre aufopfernde Tätigkeit notwendigen Mittel zufließen. Wenn geistige, vor der Auswanderung genügend gewarnte Arbeiter hier kein Betätigungsfeld finden, wenn gewisse Berufe, die nicht nach Argentinien gehören, hier stellungslos bleiben, wenn sich der Arbeitsmarkt verschlechtert, wenn die private Initiative keine Siedlungsmöglichkeiten für Unbemittelte beschafft, so wird auch „Der Kolonist“ nichts daran ändern können. Die Ostafrikaner sind einzig und alleine dank des Entgegenkommens der paraguayischen Regierung und der Hilfe der dazu zuständigen Stellen untergebracht worden. Nicht aber waren es die langfristigen Vorbereitungen von Volksgenossen, die ihnen den Weg wiesen.

Zur Einwanderung nach Peru.

Die „Hamburger Auswandererzeitung“ wendet sich in ihrer Märzausgabe 1921 in dem ihr eigenen Tone gegen eine Mitteilung der Presse-Korrespondenz des D. A. I., die am 17. November 1920 erschien. In dieser Notiz war von einem auf englischen Zeitungen in die deutsche Presse übergegangenen Gerücht die Rede, daß Peru Einwanderern freie Reise gewähre. Es war dabei von uns betont worden, Peru gehöre zu den entente-freundlichen Staaten, der Deutsche werde in Peru keinen leichten Stand haben. Das Angebot freier Reise sei zudem nach Mitteilungen des peruanischen General-Konsuls für deutsche Einwanderer noch nicht wirksam geworden, das Verhältnis Perus zu Bolivien sei sehr gespannt. Das Hamburger Blatt behauptet nun, es sei nicht zutreffend, das Peru „ausschließlich entente-freundlich“ sei. Das ist von uns auch gar nicht behauptet worden. Die Grundlage aller damaligen Pressemeldungen englischer Blätter über Perus Stellung zur Einwanderungsfrage bildet ein Empfang des Times-Korrespondenten durch den peruanischen Präsidenten Leguia, der die Gefühle herzlicher Freundschaft gegenüber England hervorhob, ausführlich angab, was für Einwanderer Peru gebrauchen könne, daß es Einwanderern freie Reise anbiete, die sich verpflichteten, mindestens 3 Jahre im Lande zu bleiben, daß es besondere Angebote Kolonisten mache, die früh-

gedient hätten, daß die peruanische Vertretung in London neue Instruktionen über diese Dinge bekommen habe und sie Interessenten vermitteln werde. Namentlich war es auf Handwerker und Techniker, Ingenieure und Elektriker abgesehen. Alle diese Anerbietungen galten für Engländer und es bestand aller Grund, Deutsche vor allzu großem Optimismus zu warnen, da Präsident Leguia eben nur von Angeboten an Engländer gesprochen hatte. Wenn das Hamburger Blatt meint, außerhalb Stuttgarts sei von dem Wunsch Perus, englische Einwanderer zu erhalten, nichts bekannt geworden, so empfehlen wir ihm unter anderem die Times vom 10. August 1920 nachzulesen. Im übrigen erwähnt gerade das gegen das D. A. I. mit deutlicher Spitze zitierte Nachrichtenblatt des Reichswanderungsamts Nr. 5 besonders die wirtschaftliche Abhängigkeit Perus von England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Unsere Bemerkung, daß Peru nur die Reisekosten 3. Klasse in Aussicht stelle, als Ausfluß des Kasten- und Klassengeistes zu bezeichnen, ist unsinnig. Sie war gemacht, weil unter den Anfragenden sich nicht nur Auswanderer im gewöhnlichen Sinne des Wortes befanden,

sondern auch Techniker und Kaufleute, die sich nach der Überfahrtsklasse verschiedentlich erkundigten und die gewöhnlich nicht im Zwischendeck fahren, wenn es nicht unbedingt notwendig ist.

Australien und die Einwanderung.

Das Schlagwort vom „weißen Australien“ spielt seit längerer Zeit in der Politik des Commonwealth eine große Rolle. Zumal die Volkswirtschaftler sind sich darüber klar, daß eine weitere landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung des dünnbesiedelten aller zivilisierten Länder nur durch stärkere Bevölkerungszunahme erreichbar ist. Die gelbe Rasse ist unerwünscht, der Zuzug aus dem Mutterlande ungenügend, der natürliche Bevölkerungszuwachs seit 1871 von 38 auf rund 26 %⁰⁰ gesunken. Man sieht ein, daß „irgendwie eine Steigerung der Einwanderung erreicht werden muß“. Einstweilen ist die deutsche Einwanderung in Australien noch auf Jahre hinaus verboten. Vorschußfreie Überfahrt hat übrigens Australien auch zu Friedenszeiten niemals gewährt, so daß die Auswanderung dort stets nur für wenige kapitalkräftige Deutsche in Frage kam.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

Deutsche Volkskalender im Auslande.

Gedankenlos reißt der moderne Stadtmensch einen der kostbaren Tage nach dem andern vom Kalender und wirft ihn ins Meer der Vergessenheit. Anders in früheren Zeiten, als der Abreißkalender noch nicht erfunden war, als der Mensch geruhvoller die zwölf Monate in einem Bande überschaut, der ihn durchs ganze Jahr begleitete und dann auf dem Bücherbord neben der Bibel und den paar weltlichen Schmökern seinen Ehrenplatz erhielt. Anders noch heute auf dem Lande, wo der Kalender, oft der einzige Lesestoff der Familie, als ein rechtes Hausbuch alles enthält, was der Mensch wissen muß und zu seiner Unterhaltung braucht. Hängt doch der Bauer, den Sternen näher, ganz anders von Sonne und Regen und der eigenen Kraft ab, als der Städter in seiner künstlichen, mehr für den Tag lebenden Welt. Welch ein Stück Kulturgeschichte steckt in den Kalendern um die vorletzte Jahrhundertwende, im *Lahrer**) und im *Wandsbecker Hinkenden Boten*, wie prächtig nahmen sich nach Druck und Inhalt die siebenbürgischen und die baltischen Kalender des 18. Jahrhunderts aus! Man denke etwa an den Alten und Neuen Kurländischen Kalender in Mitau oder an die baltischen Wappenkalender! Die Kalender des Auslandsdeutschtums, dessen Mehrheit auf der Scholle siedelt, sind noch heute eine Fundgrube für die Erforschung des deutschen Volkstums in der Fremde, Urkunden ihrer Vergangenheit, getreuer Spiegel ihrer politischen, religiösen und wirtschaftlichen Lage, Gradmesser ihrer geistigen Kultur. Auch diese Zeugen von deutschem Wesen im Ausland haben schwerer noch als das innerdeutsche Schrifttum unter der wirtschaftlichen und politischen Not der letzten Jahre gelitten. Immerhin können wir diesmal eine sehr viel reichere Übersicht bringen, als uns im vergangenen Jahr möglich war (s. *Volkskalender des Deutschtums im Auslande*, S. 763 ff., Jg. 3, 1920, dieser Zeitschrift). Unsere Freunde bitten wir, unsere Arbeit auf diesem Gebiet durch Übersendung hier noch nicht erwähnter Kalender zu fördern. Auch alte Jahrgänge sind willkommen und werden das Bild eines so wertvollen und charakteristischen Stücks unseres Volkstums, wie es der Kalender darstellt, abrunden.

I. Die Kalender des Ost-Deutschtums.

1. *Baltischer Kalender* 1921. Riga: Bruhns [1920]. 48 S. 8°. 2. *Süd-estländischer Kalender* 1921. Dorpat: Laakmann 1920. 139, 67 S. 8°. M. 27.—.
3. *Revalscher Kalender*. Jahrgang 119, 1921. Reval: Gressel [1920]. 8°.
4. *Hausfreund. Evangelisch-lutherischer Volkskalender für das Schaltjahr 1920*. Ldz: Hessen & Manlius 1920. 144 S. 8°.
5. *Vaterländischer Volkskalender für das Jahr 1921*. Budapest 1920: Hornyansky. 150 S. 8°.
6. *Schwäbischer Volkskalender für das Gemeinjahr 1921*. Jg. 1. Hrsg. von Dr. Franz Krüster. Timisoara: Schwäb. Verl.-Aktiengesellsch. 1920. 80 S. 8°. L. 12.—.
7. *Der Schwäbische Hausfreund. Volkskalender für das Jahr 1921*. Jg. 9. Hrsg. von Vetter Michel. Gegr. von Adam Müller-Guttenbrunn. Temesvar: „Deutsche Wacht“ [1920]. VIII, 128 S. L. 10.—.
8. *Blitztritz Kalender für das Jahr 1921*. Blitztritz: Zikeli [1920]. 128 S. 8°.
9. *Neuer Volkskalender für das Jahr 1921 f. Stadt u. Land*. Jg. 32. Hermannstadt: Kraft [1920]. 128 S. L. 5.—.
10. *Kalender der Deutschen Großrumäniens* 1921. Hrsg. von Adolf Meschenberger. Für die Ausstattung verantw. Ernst Honigberger. Kronstadt 1921: Benkö & Hanzhaz. 112 S. 8°.
11. *Deutscher Volkskalender für BeBarabiens* 1921. Tarutino: „Deutsche Zeitung BeBarabiens“ [1920]. 79 S. L. 12.—.

Mit welch' prächtigen Kalendern konnte einst das Deutschtum im Baltikum aufwarten und wie bescheiden sehen die heutigen Erzeugnisse aus.

Der *Baltische Kalender* 1921 (1) verzichtet fast ganz auf den textlichen Teil und bringt nach dem Kalendarium zunächst die wichtigsten Bestimmungen über die lettländische Konstitution und die Zusammensetzung des lettländischen Ministeriums, dann die Posttaxe, die, das geht auch deutschen Kalendern im Reich nicht anders und nicht besser, nach dem Druck inzwischen schon wieder handschriftlich geändert werden mußte, die Bestimmungen über die Stempelsteuer und das Wichtigste aus dem neuen Einkommen-Steuergesetz, sowie über die Maße und Gewichte. Ein paar Gedichte folgen, zumeist von Gustav Max Bruhns, der wohl

dem Verleger nahe steht, eine Anzahl ausgewählter Gedichte auch aus der indischen, chinesischen, griechischen, persischen Dichtung und zum Schluß zwei Dichtungen von Nietzsche und Otto Julius Bierbaum.

Stattlicher gibt sich der *Süd-estländische Kalender auf das Jahr 1921* (2), dessen Inhalt anscheinend auch die große Zahl von Anzeigen günstig beeinflusste, die das Bändchen umrahmen. Dem Kalendarium folgen praktische Gewichtsumrechnungen und Zinsberechnungstabellen, wie Thermometerskalen und Dorpater Orts-taxen, ein Verzeichnis der Jahrmärkte in Livland, der Kirchspiele und Güter der Kreise Dorpat, Fellin, Werro, Pernau und Oesel in deutscher und estnischer Benennung, dann ziemlich ausführlich und mit genauen Adressenangaben Einzelheiten von Dorpat (Ärzte und Zahnärzte, Kliniken, Hebammen, Rechtsanwälte, Feuerwehr, Polizei, Justizwesen, Kirchenwesen und Geistlichkeit, Unterrichtswesen und Lehranstalten mit einem Verzeichnis der Lehrkräfte, ein Verzeichnis der Banken und der Vereine, Plan und Sitzordnungen der Theater und Säle, schließlich ein alphabetisches Verzeichnis der Straßen und Häuser). Eine Dorpater und estländische Chronik, die in den Tagen des November 1919 beginnt und bis zum Oktober 1920 weitergeführt ist, vermittelt politische, wirtschaftliche, sozialpolitische und künstlerische Notizen von zum Teil historischem Wert.

Der *Revalsche Kalender für 1921* (3), der im 119. Jahrgang bei J. H. Gressel in Reval erscheint, verzichtet auf einen literarischen Teil. Er wird aber dadurch ganz besonders brauchbar,

*) Siehe die treffliche Auswahl von Sutter, Aus alten badischen Kalendern. Konstanz: Reuss & Itta. 1920.

daß sich an das übliche Kalendarium, Feiertagsverzeichnisse, Maß- und Gewichtstabellen ein Verzeichnis der für Reval denkwürdigen Jahre seit 1711 anschließt und daß dann ein Adressenverzeichnis der Ministerien, Regierungs- und städtischen Institutionen folgt, das in deutscher Sprache besonders wertvoll ist. Auch finden wir ein Verzeichnis der estnischen Eisenbahnstationen in ihrer Entfernung von Reval und ein genaues Verzeichnis der Adressen sämtlicher Güter, Pastorate und Landstellen Nordestlands mit Angabe der Poststationen für gewöhnliche Briefe, eingeschriebene Briefe wie auch Geldsendungen. Dann werden noch die praktizierenden Ärzte und medizinischen Institute, die hygienischen Einrichtungen Revals, die Zahnärzte, Apotheken, Veterinär-Ärzte, Hebammen aufgezählt. Alles in allem ein Kalender, der manch praktisches Bedürfnis befriedigen kann und auch nichts anderes erstrebt.

Der „Hausfreund, Evangelisch-lutherischer Volkskalender der Deutschen in Polen“ (4) (Verlag von Hessen & Manitius in Lodz), liegt uns nur im Jahrgang 1920 vor. Er enthält eine reizvolle Arbeit über das Wenigen bekannte Schloßchen von Pabianice, das der deutschen Verwaltung während der Okkupationszeit diente und jetzt dem polnischen Magistrat vorbehalten ist, einen Nachruf für den an Fleckfieber verstorbenen Pastor Tosio, eine Darstellung der Ereignisse des 3. Mai 1791 mit der Schaffung der polnischen Konstitution, einen Aufsatz über das Haus der Barmherzigkeit in Lodz, eine Darstellung der politischen Ereignisse mit dem Bilde des Staatsechefs Pilsudski und schließlich ein Personalverzeichnis des Warschauer Evangelischen-Augsburgischen Konsistorialbezirks. Eine Fülle von kleinen Gedichten und Skizzen bereichert das wertvolle Heftchen.

Den „Vaterländischen Volkskalender für das Jahr 1921“ (5), der in der Kgl. ungarischen Hofbuchdruckerei Hornyanszki erschienen ist, schmückt das Bild Horthys, des Reichsverwesers, und auf der Rückseite stehen die Worte: „Ich glaub' an einen Gott, glaub' an ein Vaterland. Ich glaub' an Gottes ewige Gerechtigkeit, an Ungarns Auferstehung, Unvergänglichkeit, Amen. Zerstückerlt Land dem Tode gleich, ganz Ungarn ist das Himmelreich.“ Eine in glühendem ungarischen Patriotismus geschriebene Chronik des Jahres 1920 folgt dem Kalendarium, Aufsätze über Graf Albert Apponyi und die ungarische Friedensdelegation, über die Heilige Stefanskronen schließen sich an. Sehr ausführlich wird über die Kundgebung Westungarns vom 30. Mai 1920 gegen den Anschluß berichtet, dann schreibt Universitätsprofessor Dr. Domanovskij über „die Vergangenheit Westungarns und die österreichischen Ansprüche“ (oder richtiger gesagt gegen die österreichischen Ansprüche), Direktor Dr. Thirring schreibt über Westungarn, dessen Anfall an Österreich keine nationale Befreiung sei, da was einst deutsch gewesen, auch heute noch gut deutsch sei (die westungarische Abtrennung würde gegen den einstimmigen Willen der Bevölkerung erfolgen, werde der Tod des Friedens, eine Quelle ewigen Unfriedens sein usw.), für denselben Gedanken kämpft in einem Gedichte der Direktor der evangelisch-theologischen Hochschule zu Ödenburg Straner, und noch eine ganze Fülle von Skizzen und Artikeln, zum Teil in der heimatlichen Mundart der Westungarn, streitet hier ganz bewußt für den Gedanken „Westungarn — fest Ungarn!“ Auch gegen den Landraub durch die Tschechen und Rumänen kämpft dieser mit zahlreichen Bildern aus den von Ungarn schon abgetretenen und vielleicht noch abzutretenden westungarischen Gebieten geschmückte Kalender. Zum Schluß schreibt Professor Pröhle über deutsche Treue zum ungarischen Vaterland. Etwas seltsam ist, daß weder ein Verlag für den Kalender genannt wird, noch erkenntlich wird, wer ihn verfaßt hat. In wessen Auftrag er verfaßt wurde, ist klar: seine Tendenz ist (und sie ist überall geschickt herausgearbeitet) auch bei den Deutschen Westungarns den panmagyarisch-irredentistischen Gedanken an ein wieder zusammengeschweißtes großes altes Ungarn wach zu halten und gegen den drohenden Verlust Westungarns Stimmung zu machen. Also ein ungarisch-deutscher Volkskalender, der dem Kampf dient und von kampfbegeisterten Leuten geschrieben ist!

Die Kalender aus dem Deutschum Rumäniens sind auf friedlicheren Ton abgestimmt. Der „Schwäbische Volkskalender für das Gemeinjahr 1921“ (6), den der Abgeordnete Dr. Franz Kräuter in Temesvar herausgibt und dessen Reinertragnis für die katholische deutsche Lehrerbildungsanstalt verwendet werden soll, bringt die Bilder des schwäbischen Rates von 1918 und der

Kandidaten der Schwäbischen Autonomiepartei bei den Wahlen 1920, auch Bilder vom schwäbischen Kostümball. Senator Ka von Möller steuert einen stimmungsvollen Beitrag über die „heilige Scholle“ bei, es findet sich ein aufklärender Aufsatz über den Sozialismus von Dr. Reitter, Statistisches und Völkisches über Großrumänien, eine Karte Großrumäniens und eine Karte über die Zerstückelung des Banates, sowie manch guter literarischer Beitrag.

„Vetter Michel“ gibt den Kalender der schwäbischen Bruderpartei heraus, den einst von Adam Müller-Guttenbrunn begründeten im 9. Jahrgang erscheinenden „Schwäbischen Hausfreund, Volkskalender auf das Jahr 1921“ (7). „We ist der allererbärmlichste Wicht, ein Deutscher, der sein Deutsch nicht spricht“, lautet das Motto dieses Kalenders, der auch ein Kampfkalender, aber ein deutscher, ist und den auch froh und frische fröhliche Kämpfer geschrieben haben. Er bringt in seinem literarischen Teil zwei Kapitel des Adam Müller-Guttenbrunn'schen Lenau-Romans, einen Aufsatz von Dr. Michael Kausch über den Deutsch-schwäbischen Kulturbund und seine Ortsgruppen, eine statistische Zusammenstellung über die nationalen Minderheiten in Rumänien (11,8 Millionen Rumänen, 1,6 Millionen Magyaren, 800000 Ukrainer, 725000 Deutsche — gegenüber 35000 in Altrumänien — 900000 Juden, 290000 Bulgaren unter etwa nahezu 17 Millionen Gesamtbevölkerung!), die die Schwierigkeiten der zukünftigen Politik dieses Nationalitätenstaates aufzeigt, eine interessante Plauderei von Rechtsanwalt Dr. Kausch „Von dem Rechtsgebiete“ mit praktischen Eingangsproben, die auf die schwäbisch-bäuerlichen Verhältnisse zugeschnitten sind. Überhaupt enthält der Kalender nach guter alter deutscher Kalenderart eine Fülle praktischer Notizen und Anmerkungen für Haus, Hof und Garten, über Jahrmärkte, Namenstage und dergleichen.

Kleiner und bescheidener ist der „Bistritzer Kalender für das Jahr 1921“ (8), der den alten Botschar'schen Kalender fortsetzt und für die kommenden Jahre, wenn es wieder besseres Papier, Klischees usw. aus dem Auslande gibt, auch eine bessere Ausstattung verspricht. Der Kalender gibt vor allem einen Überblick über die Ämter und öffentlichen Institute, Schulen und Kindergärten, Geistlichkeit, Geldinstitute. In der politischen Chronik wird gesagt: „Wenn auch die Wege der Volksglieder politisch nicht die gleichen sind, wenn sie auch auf verschiedenen Wegen zu dem ihrer Überzeugung nach alle beglückenden Ziele einer besseren Zukunft kommen wollen, so gehören sie völkisch doch alle zusammen. Dies sollen wir uns bei Beginn des neuen Jahres alle vor Augen halten.“ Professor Csallmer schreibt: „natürlich geht es ohne Zensurlücken nicht ab! — über die großen Verluste, die das deutsche Volkstum im Laufe der Jahrzehnte durch das Vordringen der Ungarn und Rumänen erlitten hat.“ „Wenn die Gemeinden, die heute noch sächsisch sind, uns verloren gehen, dann sind nur wir selbst daran schuld! Es kommt nur auf uns an! Noch haben wir Zeit, das Unglück abzuwenden — aber nicht mehr lange!“ Über den Zusammenhang zwischen Stadt und Land schreibt Michael Englisch. Neben anderen literarischen Beiträgen und Notizen über erste Hilfe bei Unglücksfällen und landwirtschaftlich wissenswerten Dingen findet man aber auch eine ernste und vielsagende Mahnung: „Hütet euch vor Geschlechtskrankheiten“.

Der „Neue Volkskalender 1921 für Stadt und Land“ (9) des vielfach bewährten Verlages W. Krafft in Hermannstadt erscheint nun schon im 32. Jahrgang. Etwas Besonderes ist ihm die Wiedergabe der in Siebenbürgen üblichen Alarmzeichen bei Bränden in den Städten. Besonders sorgfältig sind auch die Waren-, Vieh-, Pferde-, Hornvieh-, Schaf- und Schweinemärkte zusammengestellt, und zwar für Siebenbürgen ebensowohl wie für Altrumänien und die Bukowina. Hermann Plattner schreibt über die deutsche Einigkeit, Karl Wagner über die gemäße Landwirtschaftsbetriebe, August Schuster plaudert als braver Kalendermann über „Altes und Neues“, es findet sich eine Skizze über sächsisches Pfarrleben, eine Probe sächsischer Mundart. Ein politischer Rückblick von Dr. Schneider schließt das handliche Büchlein.

Der im Zielverlag in Kronstadt erschienene „Kalender der Deutschen Großrumäniens 1921“ (10) (Druck und Auslieferung bei Benkö & Hanzhaz in Kronstadt) wird von Adolf Meschede besorgt, für die sehr gute und sorgfältige Ausführung und Ausstattung zeichnet Ernst Georg Berger verantwortlich.

An das Kalendarium schließt sich ein literarischer Teil, in dem neben Gedichten von Eduard Schullerus über Natur und Kunst, über den Hausbau, das Zimmer und seine Einrichtung wie seinen Schmuck, über die Berufswahl der Mädchen geplaudert wird, doch werden auch die für die politischen Verhältnisse der siebenbürger Sachsen zu Rumänien grundlegenden Karlsburger Beschlüsse wiedergegeben und auch das große sächsische Volksprogramm findet sich hier in ausführlicher Darstellung. Eine ganze Reihe von guten Winken und praktischen Ratsschlüssen sichern dem Kalender die Erfüllung seines Zweckes, ein nützlicher Ratgeber für das deutsche Haus zu sein.

Der „Deutsche Volkskalender für Bessarabien 1921“ (11), den die „Deutsche Zeitung Bessarabiens“ gedruckt hat und verlegt, ist im Format größer, im Papier schlechter, aber auch sein Herausgeber hat das Herz auf dem rechten Fleck. Besonders wertvoll ist, daß man nach Art der alten südrussischen Kalender ein Verzeichnis der deutschen Dörfer Bessarabiens nach Kirchspielen und alphabetisch mit Angabe des Gründungsjahres und der Namen der Pastoren, Lehrer und Küster aufgenommen hat. Über Anlage und Pflege des Obstgartens und rationelle Verwertung land-

wirtschaftlicher Produkte schreibt der Agronom Gromann. Rosegger-Erzählungen und eine Novelle ergänzen den literarischen Teil, dem sich praktische Ratschläge, die alten Kalender-Scherzfragen und die übliche lustige Witzzecke anschließen.

Die Kalender des Ostens und seines Deutschtums gaben sich einst äußerlich prunkvoller, künstlerischer und vornehmer. Das ist jetzt verschwunden. Es ist ein Wunder oft, daß die Kalender überhaupt erscheinen konnten. Daß sie aber erschienen sind, ist fast durchweg ein gutes Zeichen völkischen Empfindens und starken deutschen Bewußtseins. Mit Ausnahme des ungarischen Kalenders, der ausgesprochen politische Ziele verfolgt und der bezeichnenderweise der einzige ist, der Name und Art nicht äußerlich nennt und kenntlich macht, sind die Kalender alle von bekannten Führern und Verlegern herausgegeben und stellen sich alle bewußt und gerne in den Dienst des deutschen Volkstums. So sind sie ein wertvoller Gradmesser, an dem man den Zustand des Deutschtums messen und werten kann. Legt man diesen Maßstab an, so darf man sagen, daß die Kalender von guter und erfolgreicher Arbeit berichten.

Dr. Fritz Wertheimer.

BUCHBESPRECHUNGEN

Ratzel, Friedrich, Deutschland. Einführung in die Heimatkunde. Mit 4 Landschaftsbildern und zwei Karten. 4. Aufl. Mit einem Begleitwort von Erich von Drygalski. Berlin und Leipzig: Vereinigung wissenschaftlicher Verleger 1920. 215 S. 8°. geh. M. 20.—; geb. M. 26.—.

Mit Recht erscheint Ratzels „Deutschland“, dies Kleinod deutscher Heimatkunde, unverändert in neuer Auflage. Die politischen Umwälzungen, die seit dem ersten Erscheinen des Werkes eingetreten sind, vermögen an dem Geist des Buches nichts zu ändern, das aus einer Zeit stammt, da ein großer Geograph noch ein Dichter, ein Meister künstlerischer Darstellung sein durfte. Ratzels Ziel war, dem Deutschen zu zeigen, was er an seinem Lande hat. Gerade daß er, der sich sein Deutschland wie kaum ein anderer erwandert hat, uns das Bild eines sonnigen, arbeitsfrohen, zukunftsreichen Landes zeichnet, mag uns in dieser Zeit, da schwere Schatten über unserm Volke liegen, Trost und Ansporn sein. Über Ratzels Darstellung bedarf es keiner Worte: aus der Fülle schöpferischer Anschauung verwebt sie die der Natur liebevoll abgelauchten Züge zu einem Bilde, in dem der Deutsche sich selbst mit allen seinen Tugenden und Schwächen erkennt und aus den gegebenen Verhältnissen erklärt findet. Es lehrt die Deutschen in der Fremde, ihr Vaterland auf seinem Höhepunkt zu sehen; die Heimat, besonders das heranwachsende Geschlecht, mag aus ihm lernen, was unser Land war und, so Gott will, nach Natur und Geschichte wieder werden muß. Die Probleme des Auslandsdeutschtums und der Fremdstämmigen im Deutschen Reiche werden auf Seite 185–201 kurz, aber klar aus den geographischen und geschichtlichen Grundlagen entwickelt. Die beigegebene physikalische und die ethnographische Karte Mitteleuropas mit den Grenzen des jetzigen aber leider nicht auch mit denjenigen des Vorkriegs-Deutschen Reichs tragen besonders dazu bei, das Mißverhältnis zwischen Staatsgebiet und Volksgebiet zu veranschaulichen.

Dr. H. M.

Stieve, Friedrich, Dr., Gedanken über Deutschland. Jena: Eugen Diederichs 1920. 129 S. 8° geh. M. 12.—; geb. M. 18.—.

Man möchte diese nach Form wie Inhalt gereifte Reihe politischer Aufsätze mit Friedrich Meineckes schönen Aufsätzen „Nach der Revolution“ (München: Oldenbourg 1919) vergleichen, wenn nicht bei Stieve das subjektive Element, die Gabe persönlicher Einfühlung, den Sieg über die kühleren Betrachtungsart des Historikers davontrüge. Eine tiefe, leidenschaftliche Liebe zu Deutschland, dessen wahres Wesen der Verfasser unter den wechselnden Oberflächenformen zu ergründen sucht, durchzieht dieses Buch, eine Liebe, die weder blind noch romantisch, gerade dank der körperlichen Trennung von ihrem Gegenstand sich vom Wirklichkeitssinn leiten läßt. In den Gegenpolen des grenzenlosen Übersichhinausstrebens (Wandertrieb, philosophisches und politisches Weltbürgertum, faustischer Drang) und der Verinnerlichung (Heimatliebe, Besinnlichkeit und Religiosität) — „Geist der Ferne“ und „Geist der Äcker“ nennt es der Verfasser — sieht er das Wesen des Deutschen umschlossen. Aus dieser im Gegen-

satz zur Geschlossenheit aller anderen Völker stehenden Problematik ergeben sich die Katastrophen der deutschen Geschichte, von denen der Weltkrieg nur die jüngste ist. Die politische Bilanz, die der Verfasser am Schlusse zieht, ist ebenso trostlos wie unanfechtbar. Trotzdem bleiben seinem Zukunftsglauben zwei starke Stützen: das deutsche Land, verstümmelt, doch nicht unfruchtbar gemacht, das deutsche Volk, furchtbar geschwächt, aber seiner Kraft und seiner Einheit bewußt geworden. Was der Verfasser weiter über die Aufnahme des deutschen Umsturzes in Schweden, was er über Propaganda im Auslande schreibt, ist vom feinsten völkerysychologischen Verständnis getragen. Man sollte es lesen und, wenn uns das nur möglich wäre, beherzigen.

Dr. H. M.

Keyser, Erich Dr., Die Bedeutung der Deutschen und Slawen für Westpreußen. Danzig 1919: Druck von A. W. Kafemann. [Mit 2 Karten.] 11 S. 8°:

Jeder Deutsche sollte diese Broschüre kennen oder gar besitzen. Westpreußen ist uns zum größten Teile verloren gegangen, und zwar ohne Volksabstimmung. Was damit für ein Verbrechen begangen worden ist, zeigt der Verfasser deutlich an der Hand nüchterner Zahlen der — polnischen Statistik. Objektiver kann ein Deutscher wohl nicht arbeiten. Nur ein Fehler ist ihm mit untergelaufen. Keyser rechnet die Masuren zu den Slawen. Bei der Abstimmung Juli 1920 haben die Masuren einstimmig zu erkennen gegeben, daß sie Deutsche sind und bleiben wollen. Unsere Forderung muß nach wie vor bleiben: Abstimmung auch im abgetretenen Westpreußen.

Ernst Hammer-Flensburg.

Vosberg, Fritz, Der polnische Aufstand in seiner Entstehung. Die Vorbereitungen zum polnischen Aufstande in der Provinz Posen im November-Dezember 1918 mit einer Zusammenstellung von deutschen und polnischen Kundgebungen und Pressestimmen. Berlin: Preußische Verlagsanstalt 1919. 212 S. 8° M. 7.10.

Die Vorgänge in Posen vom November 1918 haben eine weltgeschichtliche Bedeutung gewonnen. Sie schufen mit als eine unmittelbare Folge der politischen Revolution in Deutschland durch den Verlust der Provinz Posen eine abgeschlossene Tatsache mit der Wirkung, daß die Entente gegen alle Wilsonschen Versprechungen sich den ungeheuerlichen polnischen Ansprüchen auf Posen, West- und Ostpreußen sowie Oberschlesien in den Friedensbedingungen fügte. Die vorliegende Darstellung beschränkt sich auf die entscheidende Periode der Vorbereitungen auf nationalpolnischer Seite im November und Dezember 1918 bis zum militärischen Vormarsch der Polen in den ersten Januartagen 1919. Der besondere Wert des Buches liegt in der aktentmäßigen Darstellung, die sich außer auf die persönlichen Feststellungen des Verfassers auf die wichtigsten Kundgebungen und Pressestimmen, insbesondere der maßgebenden Blätter „Dziennik poznański“ und „Kurjer poznański“ stützt. Als Ergebnis stellt Vosberg fest, daß der polnische Aufstand eine rein national-polnische, bürgerliche Erhebung war, die seit langem von den bekannten Agitatoren und anderen aus dem Großgrundbesitz, der

Geistlichkeit und der bürgerlichen Intelligenz hervorgegangenen Führern der nationalpolnischen Bewegung mit Hilfe der geheimen Bürgerkomitees vorbereitet war und die Revolution mit ihren A.- und S.-Räten nur als Deckmantel und Vorspann benutzte. Auch der Schein der Loyalität gegenüber der nachgiebigen Berliner Regierung (namentlich Herrn von Gerlach) wurde von der polnischen Provinzialverwaltung nur so lange gewährt, bis die preußischen Polen mit dem Aufbau ihrer Heeresorganisation fertig waren. Für die vorzeitige Übergabe Posens und damit eins der jammervollsten Kapitel der traurigen deutschen Geschichte von 1918/19 wird das vorliegende Buch auf lange Zeit eine Quellensammlung bleiben. Dr. H. M.

Wilk, Karl Dr., Bilder aus Oberschlesien. Breslau: G. P. Aderholz 1920. 118 S. M. 10.80. (Bücher aus dem Osten. Bd. 1.)

Daß der Deutsche in der Völkerpsychologie nicht sonderlich bewandert ist, hat der Weltkrieg gezeigt. Daß auch in den Abstimmungsgebieten die Mentalität der Bevölkerung nicht immer richtig erkannt wurde, dürfte nicht minder zweifelhaft sein. Wilk, selbst ein Oberschlesier aus Deutsch-Piekar, zeichnet in der vorliegenden Schrift die Seele des bodenständigen Oberschlesiens, im besonderen des katholischen Oberschlesiens. Die kirchlichen Feste und Gebräuche, die Wallfahrtsorte, wo das obereschlesische Volk sich trifft, die Anhänglichkeit der Oberschlesier an alte Gewohnheiten schildert Verfasser mit warmem Herzen. Ob diese Seele überall verstanden und entsprechend gewürdigt worden ist? Vor dem Krieg jedenfalls nicht. Wilks Schrift hat den einen Nachteil, daß sie erst ein paar Monate vor der Abstimmung erschien, sie wird aber auch jetzt große Dienste leisten, zumal sie zu den wenigen literarischen Erzeugnissen gehört, die die obereschlesische Frage von der psychologischen Seite her beleuchten. Dr. Straubinger.

Brönnner, Elisabeth, Die Sendung der Rohrmösers. Roman. Leipzig: H. Haessel 1919. 224 S. 8° geb. M. 13.—.

Auf beiden Seiten der Memel, jedoch überwiegend auf dem östlichen, durch die Willkür des Friedensvertrages von Deutschland losgerissenen Ufer, nicht allzuweit von Laugszargen und der ehemaligen russischen Grenze, spielt die Handlung dieses Romans. Land und Leute sind mit großer, von unmittelbarer Vertrautheit mit dem Gegenstand zeugender Naturtreue und Liebe geschildert. Der Kundige wird die Namen der Dorfschaften und sogar die alter Tilsiter Häuser mit Vergnügen wiedererkennen. Gegenstand der Handlung ist der mühsame, von dramatischen Schicksalsschlägen unterbrochene Aufstieg einer tüchtigen Besitzerfamilie. Der Gegensatz zwischen ländlicher Bodenständigkeit und städtischer Kultur tritt in scharf gesehenen Typen hervor; die traditionelle Abwanderung der Ostpreußen nach dem Reichsinnen, die Sehnsucht, aus den engen Verhältnissen heraus und womöglich nach Berlin zu kommen, wird in ihrer Rückwirkung auf die abgelegene, jetzt noch schwerer zu erreichende nördlichste deutsche Grenzmark geschildert. Allen Ostpreußen und wer sonst für einen der kernigsten deutschen Stämme auf kampfumbradentem Posten Verständnis hat, wird dieser Heimatroman schon um der unverfälscht wiedergegebenen Mundart willen genußreiche Stunden bereiten. J. M.

Gabrys, J., Vers l'indépendance Lituanienne. Lausanne: Librairie Centrale des Nationalités 1920. 304 S. Fr. 7.—.

Der Verfasser schildert unter unzähligen Bücklingen vor der völkerbefreienden Entente und mit einem erheblichen Maß persönlicher Eitelkeit seine 13jährige Tätigkeit in Paris und den Vereinigten Staaten für den Gedanken der Selbständigkeit Litauens. Wie die Vertreter fast aller befreiten russischen Randstaaten führt er den Kampf nach mehreren Fronten: gegen das imperialistische Rußland, gegen die habgierigen Nachbarn (in diesem Falle Polen) und gegen Deutschland. Gegen letzteres natürlich mit besonderer Energie, da ihn hier keine Rücksichten gegen französische Sympathien binden. Das Kapitel über die deutsche Okkupation Litauens besteht aus Excerpten aus Ludendorffs „Kriegserinnerungen“, die durch entrüstete Randbemerkungen des Verfassers zusammengehalten werden. Im ganzen ein psychologisch-interessantes Dokument für die Geistesart der neuerwachten Völkerschaften Westrußlands und ihrer führenden Kreise. Scho.

O. Schabert, Pastor, Märtyrer. Der Leidensweg der baltischen Christen. Hamburg: Agentur des Rauhen Hauses 1920. 74 S. 8°. M. 3.75.

Wer das, was unser baltisches Brudervolk in der Zeit nach dem großen Kriege durchzumachen gehabt hat, geschichtlich verstehen und ganz erfassen will, der lese die vom Verlag hübsch ausgestattete Schrift des Führers der baltischen Innern Mission, der während des Krieges in sibirischer Gefangenschaft und nach dem Kriege in den Gefängnismauern Rigas geweilt und die ungeheuren Leiden der baltischen Christen mit eigenen Augen gesehen hat. Die Schrift ist ein Geschichtsbuch und Bekenntnis zugleich, eine wahre innere Herzensstärkung für jeden, der heute durch trübe Tage hindurch muß und dessen Gesichtskreis über die Aussicht des heimatlichen Kirchturms und des engeren Vaterlandes hinausreicht. Grb.

Bodisco, Theophile von, Im Hause des alten Freiherrn. Roman. Berlin: Gebr. Paetel 1921. 287 S. 8° M. 15.—.

Ein Kind der estländischen Landschaft, voll feinsinnigen Verständnisses für die ethische Kultur des Baltenlandes, von tiefster Heimatliebe und zartestem Naturempfinden erfüllt, schildert die Verfasserin in diesem Roman das Leben und Lieben in einem großen baltischen Gutshaus. Niemand der Natur und Menschenschicksal mit offenem Sinn gegenüber steht, wird unberührt bleiben von dem Idealismus und der Wärme dieser schlichten Kunst, die so unendlich viel wahrer von dem baltischen Deutschtum berichtet, als mancher marktschreierisch angepriesene „Baltenroman“, wie er in letzter Zeit auf dem Büchermarkt erschienen. Gerade jetzt, da der deutsche Geist in dieser ehrentwürdigsten deutschen Kolonie auf Leben und Tod mit den neuen Gewalten im Kampfe liegt, zeigt dieser Rückblick in eine friedvolle Vergangenheit mit besonderer Klarheit, welche Werte hier auf dem Spiel stehen und wie sehr das Deutschland von heute Grund hat, sich mit warmem Anteil seiner Söhne im Norden zu erinnern. Dr. Scho.

Jenny, E. Dr., Wie Rußland bolschewistisch wurde. Ein Abriss der russischen Revolution. Berlin und Leipzig: Vereinigung wissenschaftlicher Verleger 1921. IV, 128 S. M. 12.—.

Der Verfasser, der selbst, von Geburt Schweizer, in Südrußland groß geworden ist und Land und Leute aus eigener Wirtschaftarbeit ebenso gut kennt, wie er über Geschichte und geistiges Wachstum durch tiefgründige Studien unterrichtet ist, gibt im ersten Hauptstück in knappster Form eine glänzend geschilderte Übersicht über das „autokratische Rußland“, namentlich über seine Stände und öffentlichen Einrichtungen wie über die vorrevolutionäre Bewegung. Das zweite Hauptstück: „Der Niederbruch des Selbstherrschertums“, hat er selbst miterlebt; hier ist er nicht mehr so objektiv und nimmt deutlich Partei, wobei man ihm des öfteren nicht zu folgen braucht und doch die außerordentliche Beherrschung des Stoffes und die klare Gliederung des so reichhaltigen Materials bewundern darf. Eine Schilderung der Revolution von 1917 und des Bolschewismus schließen das Büchlein ab, das in seiner kurzen Zusammenfassung ausgezeichnet ist und alles enthält, was zur Erklärung der jetzigen russischen Geistesverfassung zu sagen ist. Dr. F. W.

Goebel, Dr. Otto, ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule zu Hannover, Entwicklungsgang der russischen Industriearbeiter bis zur ersten Revolution (1905). Leipzig und Berlin: B. G. Teubner 1920. 44 S. 8°. (Osteuropa-Institut, Breslau. Quellen und Studien. Abt. 1. H. 4.)

Ein in Wahrheit aktuelles Heftchen, diese Arbeit des bekannten Rußlandfachmanns, der aus eigenen Erfahrungen und Studien heraus den russischen Arbeiter kennt. Heute, wo Tausende deutscher Arbeiter dem Lockruf der Sowjetrepublik erliegen und nach Rußland auswandern wollen, gibt es für sie keinen besseren Rat, als sich mit dem Problem des russischen Arbeiters ihres künftigen Kollegen, an Hand dieses Heftchens vertraut zu machen. Sie finden hier über die Entstehung der Industriearbeiterschaft, über ihre Beziehung und ihre Abhängigkeit zu und vom flachen Lande, über ihre Zahl und Verteilung, über die höchst mangelhafte Arbeiterschutzgesetzgebung, die im Grunde auch heute noch nicht viel weiter gediehen ist, als sie damals in Praxis bestand (denn alles, was in den Zeiten der Sowjetregierung geschehen ist, steht doch nur zumeist auf dem geduldgigen Papier, sie finden über Leistungen und Löhne, Bedürfnisse und Preise höchst instruktives Material, was ihnen gewaltig die Augen öffnen könnte, wenn sie überhaupt sehen wollten, und was ihnen über russische Mentalität auf knappem Raume mehr sagt.

als alle demagogischen Agitatoren mit riesigem Wortschwall zu sagen hätten. Auch über die Lebenshaltung, die sich wenig verändert hat und die in ihrer Anspruchslosigkeit die russischen Arbeiter weit eher und besser das entbehrungsreiche Sowjetregiment ertragen läßt, als das deutschen Arbeitern möglich wäre, und über die im Grunde sehr mangelhafte Organisation der russischen Arbeiter in fachlicher und in politischer Hinsicht, steht Wertvollstes in diesem Heftchen, dem man eine Massenverbreitung wünschen möchte. Hier spricht ein Praktiker, der geschulter Ingenieur, gewandter Handelssachverständiger und weitgereister, des Vergleichens kundiger Volkswirt ist.

Dr. F. W.

Mohr, F. W., Dr. jur., Regierungsrat, früher Direktor der Salzverwaltung der Salzprovinz Schantung in Tsinanfu, Gedanken der neudeutschen Chinapolitik. Neuwied a. Rh.: Strüdersche Buchdruckerei 1920. 8°. 227 S.

Wenn man es in kurzen Worten sagen darf: ein ganz ausgezeichnetes Buch, wie es in dieser Knappheit und Klarheit kein einziger unserer berufenen und ungerufenen Chinadiplomaten oder Konsuln bis jetzt geschrieben hat. Daß es im japanischen Kriegsgefangenenlager entstand, daß viele der in Japan internierten China-Kaufleute an diesen „Gedanken“ mitbeteiligt sind, daß es auf dem Transportdampfer in die Heimat fertiggestellt wurde, das sind Anzeichen deutscher Kraft und deutschen Willens auch für China, die erfreulich sind. Das Buch schildert die deutsch-chinesischen Beziehungen bis zur Kriegserklärung, Chinas politische Ziele der Jurisdiktions selbstständigkeit, der Zolltarifautonomie, der Wiedergewinnung der Finanzautonomie und der Auflösung der fremden Postverwaltungen wie der Zurückziehung der Besatzungstruppen, geht ausführlich auf den deutschen Chinahandel ein und legt mit schonungsloser Offenheit dar, was ist, entwickelt aber auch sachverständig, was werden soll und wie es werden soll, fordert eine Neugestaltung des amtlichen Chindienstes und eine Neuordnung des deutschen Schulwesens, der deutschen Presse und gesamten Aufklärungsarbeit in China und sieht in der Reform der Presseberichterstattung über China einen wesentlichen Punkt, an dem einzusetzen wäre. Die ganze Kritik, die Mohr übt, ist im bestem Sinn aufbauend, gedankenreich und anregend. Wenn im Auswärtigen Amt wirklich Ernst gemacht wird mit der Wahl neuer Männer auf die schwierigen Außenposten, so sollte man sich der Persönlichkeit dieses Autors versichern, der in chinesischen Diensten gute Beziehungen erwarb und den Vorteil hat, sowohl Sinologe als auch Politiker zu sein. Die meisten unserer bisherigen Vertreter waren leider entweder das eine oder das andere, meistens aber beides nicht. Dr. F. W.

Witte, D. Dr. J., Aus dem Missionsleben draußen für die Arbeit daheim. Berlin SW 11: Hutten Verlag 1919. 378 S. 8°.

Das 378 Seiten starke Buch ist ganz nach dem Erleben und Arbeiten des Allgemeinen Evang. Protest. Missions-Vereins in Ostasien orientiert und macht die reichen Erfahrungen des Leiters dieser Missionsgesellschaft für heimatliche Werbearbeit, sowie für die Vorbildung der Missionare, Theologie Studierenden und Religionslehrer nutzbar. Chinesische und japanische Denkweise wird vor uns lebendig, ihr Reichtum, aber auch ihre Mängel, welche zeigen, wie viel wir auch als geschlagenes Volk den ostasiatischen Völkern noch zu bringen haben. Die Geschichte des Christentums in China und Japan wird zugleich zu einer Geschichte des Deutschtums. Denn die Missionare des A. E. P. M. V's. sammelten zugleich die deutschen Gemeinden hin und her im Lande und leisteten vor allem durch tatkräftige Gründung und Leitung des Schulwesens viel für die Zukunft des dortigen Deutschtums. Wir erfahren, wie das Missionswerk sowohl in China als auch in Japan glücklich durch den Krieg hindurchgerettet wurde, trotzdem doch beide Länder mit uns im Kriege lagen.

Der größere Teil des Buches ist der Arbeit für unsere Mission in der Heimat gewidmet. Zum Erzählen daheim werden zahlreiche bunte Bilder, Worte, Erlebnisse und Erfahrungen aus der Arbeit draußen wiedergegeben. Den religiösen und sozialen Zuständen im alten China und Japan wird die christliche Liebes- und Missionstätigkeit in Schule und ärztlicher Mission gegenübergestellt, wobei die führenden deutschen Männer (Faber, Schiller, Wilhelm u. a.) bleibende Denkmäler erhalten. Auch der Kinderwelt werden lehrreiche Beispiele aus der ostasiatischen Welt vorgeführt, welche Liebe und Verständnis für das alte Kulturvolk zu wecken wohl geeignet erscheinen

Grisebach.

Schmiedel, Otto, Die Deutschen in Japan. Leipzig: K. F. Koehler 1920. XXIV, 370 S. M. 20.—. (Die Deutschen im Ausland.)

Der Verfasser bringt in seinem Werk eine übersichtlich geordnete Fülle des interessantesten Materials über das Wirken der Deutschen in Japan, ihren Einfluß, den sie auf die Entwicklung des modernen japanischen Reichs ausgeübt haben und über die Ursachen, die Japan trotz alledem veranlaßten, an Deutschland im Jahre 1914 den Krieg zu erklären. Freilich sind nicht alle Kapitel des ziemlich umfangreichen Werks gleichwertig. Der Verfasser verfällt leider sehr häufig in den Ton eines Anekdotenerzählers und teilt dem Leser Dinge aus seinen privaten Erlebnissen mit, die nicht in ein Buch gehören, das sich die Schilderung des Lebens und Wirkens der Deutschen in Japan zum Ziel gesetzt hat. Im allgemeinen aber bringt das Buch wertvolles Material über alle einschlägigen Fragen und behandelt das Wirken der Deutschen in Japan vom Jahre 1690, dem Erscheinen Dr. Engelbert Kämpfers in Japan, bis zum heutigen Tage.

Hans Lambertz.

Mohr, F. W., Vademecum. Japanische Unterrichtsstunden. Tokio: Geiser & Gilbert 1918. IV, 240 S. 8°.

In seinem „Vademecum — Japanische Unterrichtsstunden“ will Dr. F. W. Mohr keine wissenschaftliche Darstellung der japanischen Sprache geben. Das Büchlein ist vielmehr ein Erzeugnis der Kriegszeit. Für die in Japan gefangen gehaltenen Deutschen war es bestimmt, also für Leute, die sich in kurzer Zeit möglichst viel von der japanischen Umgangssprache (denn nur um die, nicht um die Schriftsprache handelt es sich hier) aneignen wollten, um sofort nach Friedensschluß fähig zu sein, in Japan zu arbeiten und neu aufzubauen. Diesen Zweck hat der Verfasser mit seinem Werkchen vollkommen erreicht. Leicht faßlich, übersichtlich dargestellt, läßt das Buch eine fast spielende Erlernung der so schwierigen japanischen Sprache zu. Aber noch mehr: es gibt auch, ohne aus der Rolle eines Sprachlehrbuches zu fallen, Verhaltensmaßregeln für den Verkehr mit Japanern und bringt für Übersetzungszwecke eine Reihe der bekanntesten japanischen Volksmärchen. Das Büchlein ist durch die Auffassung der japanischen Gefangenenlager keineswegs gegenstandslos geworden; es kann vielmehr jedem, der sich mit der japanischen Umgangssprache vertraut machen will, aufs beste empfohlen werden.

Hans Lambertz.

Louis, P. J. Dr. theol., Der Beruf zur Mission. 2. Aufl. Aachen: Xaverius-Verlag 1921. 94 S. 8° M. 6.—. (Abhandlungen aus Missionskunde und Missionsgeschichte. H. 12.)

Ein kurzer, aber vollständiger und gediegener Katalog sämtlicher deutschen katholischen Missionsgesellschaften mit Angabe ihrer Mutterhäuser und Wirkungskreise nebst historischen Notizen über die Art ihrer Entstehung und Ausdehnung. Dazu grundsätzliche Darlegungen religiöser Natur über den Missionsberuf. Sehr dankenswert sind auch die Literaturangaben.

Dr. Straubinger.

Karrillon, Adam, Sechs Schwaben und ein halber. Eine Weltreise. Mit Zeichnungen von Karl Worm. Berlin: Grote 1919. 461 S. 8°. M. 9.—. (Grotesche Sammlung von Werken zeitgenössischer Schriftsteller. Bd. 139.)

Der Verfasser erzählt die unterhaltende Geschichte einer Ostasienreise, auf der der Zufall eine Handvoll Deutsche ebenso oft launisch trennt, wie er sie wieder zusammenführt. Dabei bekommt man ein gutes Stück Länder- und Völkerkunde von der vergnüglichen Seite her zu sehen, denn diesen merkwürdigen deutschen Kulturträgern Karrillons scheint die Welt ein einziges großes Vergnügungslokal mit weiblicher Bedienung zu bedeuten. Warum er aus seinen Helden Schwaben gemacht hat, bleibt unerfindlich; bei seinem „Schwäbisch“ würden den Leuten in Stuttgart die Haare zu Berge stehen, und eine Frau Hölderlin aus Hamburg stammen zu lassen, heißt doch die deutsche Heimatkunde auf den Kopf stellen. Aber in diesem Buch wird so viel auf den Kopf gestellt, daß das nichts weiter ausmacht. Wenn also dem schwäbischen Stamm, der doch mehr geleistet hat als tapfer Essen und Trinken, Unrecht geschieht, so bleibt diese von einem verzwickten Humor getragene Weltreise doch recht kurzweilig. Sie enthält nebenbei manches treffende Wort über deutsche Politik, deutsches Auftreten und Ansehen im Auslande.

Dr. H. M.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

Ins zweite Jahr ist die Monatsschrift „Am Holderstrauch“ Deutsch-siebenbürgische Blätter vom Siebenbürger-Sachsenfahrt-Bund getreten. „Am Holderstrauch“, das schöne siebenbürgische Volkslied, dem unsere Feldgrauen seit 1915 wenigstens im Schwabenlande, vielleicht auch anderswo im Reich Bürgerrecht erworben haben, wurde ja auch bei der Tagung auslanddeutscher Studierender am 11. und 12. Dezember 1920 in Stuttgart von Siebenbürger Sachsen frisch gesungen (s. Heft 1, 1921 dieser Zeitschrift). Die kleine, von Johannes Naumann in Leipzig-Reudnitz, Lörckstr. 1, sehr gewandt geleitete Zeitschrift hat eine eigene Geschichte: sie verdankt ihre Entstehung der Siebenbürgerfahrt Leipziger Kinder, die in dem Hungerjahr 1917 bei den Siebenbürger Sachsen die liebevollste Aufnahme und Pflege fanden. Die jungen Siebenbürgenfahrer entdeckten das wundervolle alte deutsche Siedlungsgebiet für sich gewissermaßen aufs neue. Heimgekehrt schlossen die starken Eindrücke von Landschaft und Geschichte und die Dankbarkeit gegen ihre Gastfreunde sie zu einem Sachsenfahrt-Bunde zusammen. Gesellige Veranstaltungen, aber auch ernsthafte Beschäftigung mit Siebenbürgens Geschichte, Kunst und Literatur und der Gedankenaustausch mit den treuen Freunden im Karpatenlande beschäftigten den Kreis und finden in der Zeitschrift ihren Niederschlag. Einzelne Hefte sind hervorragenden Siebenbürger Sachsen wie Michael Albert, Dr. A. Schullerus und D. Franz Herfurth gewidmet. Die Zeitschrift will mit M 4.— halbjährlich nur die Unkosten decken. Sie ist ein erfreuliches Beispiel dafür, wie die Kriegsnot dauernde Freundschaft und gegenseitige Bereicherung von Mutterland und Auslandsdeutschtum geschaffen hat.

In Klagenfurt erscheint seit März d. J. die neue alpenländische Monatsschrift „**Deutsches Südländ**“. Herausgeber ist der Kärntner Dichter Josef Fr. Perkonig, der Verfasser der „Stillen Königreiche“ und manches anderen feinsinnigen Heimatromans aus Deutsch-Österreichs südlicher Grenzmark. Von der Tatsache ausgehend, daß die deutschen Alpenländer im Gegensatz zu Wien in Deutschland und im Ausland fast unbekannt sind, stellt sich die neue Monatsschrift die Aufgabe, Kenntnis von den Alpenländern und der Grenzfragen zu verbreiten, die einzelnen Alpenländer einander näher zu bringen und die durch den Tief-

stand der österreichischen Währung entstandene kulturelle Kluft zwischen den Alpenländern und dem deutschen Mutterlande zu überbrücken. Politisch unterstützt die Zeitschrift daher den unbedingten Anschlußgedanken. Da Deutschösterreich an seine Südgrenze Südtirol, das kärntische Kanal- und Mießtal und die Südsteiermark an fremde Mächte abtreten mußte, hat sich die „Deutsche Südländ“ auch die Aufgabe gestellt, das unvergängliche Anrecht Deutschösterreichs an diesen Landstrichen darzulegen und die Öffentlichkeit beständig daran zu erinnern, daß beträchtliche deutsche Volksteile an der Südgrenze Österreichs dem Selbstbestimmungsrecht zum Trotz fremden Staaten ausgeliefert wurden. Das vorliegende erste Heft entspricht durch seinen Inhalt aus dem Programm. Aus dem reichen Inhalt wollen wir hier nur die Aufsätze von Dr. Wutte-Klagenfurt, Die Verluste Kärntens im Frieden von St. Germain, Prof. Dr. Robert Sieger-Graz, Die natürlichen Landschaften der Südsteiermark, Franz Pehlf-Wolfsberg, Wanderungen an der südlichen Sprachengrenze, Prof. Dr. Erich Marks-München, Oberschlesiens geschichtliche Zugehörigkeit und den Anfang des deutsch-böhmischen Dichters Karl Hans Strobls Roman „Der Abgrund“ anführen. Dem literarischen Teil folgen Länderbriefe, die über die Ereignisse in den einzelnen Alpenländern unterrichten, eine politische Rundschau und Buchbesprechungen.

Im Auftrag der Deutschen juristischen Fakultät und des Deutschen Juristenvereins in Prag, herausgegeben von Prof. Dr. Robert Mayr-Harting sowie mehreren anderen Mitgliedern der genannten akademischen Verbände und geleitet von Dr. Gustav Fuchs, erscheint in Prag-Annahof im Verlag von A. Haas seit April d. J. die „**Prager Juristische Zeitschrift**“. Die neue Zeitschrift ähnelt in ihrem Aufbau der „**Deutschen Juristenzeitung**“. Sie will in erster Linie durch die Wissenschaft der Praktiker dienen. Das inländische Recht ist die erste Aufgabe der neuen Prager Zeitschrift. Die deutsche Kulturgemeinschaft und die unzähligen Fäden, die das Recht des neuen tschechoslowakischen Staates mit den deutschen Nachbarstaaten verbinden, machen es selbstverständlich, daß auch deren Rechtseinrichtungen Beachtung finden. Den Abhandlungen folgen Gesetztexte und wichtige Entscheidungen des Zivil-, Straf- und Verwaltungsrechtes, literarische Besprechungen und eine Bibliographie, die auch die wichtigsten tschechischen Fachzeitschriften berücksichtigt. Hervorragende tschechische Juristen haben ihre Mitarbeit zugesagt. Der Monatsschrift soll eine vierteljährlich erscheinende wissenschaftliche Beilage angeschlossen werden.

VON UNSERER ARBEIT

Karten über das bayrisch-österreichische Grenzgebiet.

Der Kartensammlung des Deutschen Ausland-Instituts ist vom Bayerischen Topographischen Büro eine wertvolle Schenkung von Spezialkarten über die bayerisch-österreichischen Grenzgebiete überwiesen worden. Durch den Frieden von Versailles haben die verschiedenen deutschen Grenzmarken erhöhte Bedeutung erlangt, namentlich ist auch das Interesse auf die Grenzgebiete zwischen Bayern und Tirol gelenkt worden, so daß die Schenkung unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonderen Wert erhält. Die Karten werden bei Vorträgen über die süd-deutschen Grenzgebiete und bei Auskünften aller Art wertvolle Dienste leisten können.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können. — Wir verzeichnen heute folgendes Angebot:

Die Vogtländische Strumpf-Fabrik Plauen (Vogtland) Schillstraße 67, sucht tüchtige Vertreter für das In- und Ausland. Es kommen nur solche Länder in Frage, die sich den „Sanktionen“ nicht angeschlossen haben.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 7. Mai 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITY OF ILLINOIS
CHICAGO

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 5.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV – Nr. 11

STUTTGART

Erstes Juniheft 1921

Auswandererfürsorge als Aufgabe des Staates

Von A. KNOLL, Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Deutsche Ausland-Institut hatte schon vor längerer Zeit, längst ehe die Frage der amtlichen oder privaten Auswandererberatung durch die Reichstagsverhandlungen wieder aktuell wurde, den Verfasser des nachfolgenden Aufsatzes um eine Bearbeitung des Themas: „Arbeiter und Auswanderung“ ersucht. Es hat diese Aufforderung erneuert, als in der an die Reichstagsverhandlungen anschließenden Erörterung der Verfasser im Korrespondenzblatt der Gewerkschaften für eine weitgehende Betätigung des Staates in Auswanderungsfragen sich einsetzte. Die hier folgenden Darlegungen wollen, wie der Verfasser uns schreibt, das Thema nicht erschöpfen, aber wir halten sie für lehrreich genug, um sie hier wiederzugeben. Daß wir, bei aller Anerkennung des sozialen Charakters des Auswanderungsproblems, dem Verfasser in vielen Teilen seiner Ausführungen nicht zu folgen vermögen, wird im Anschluß an den Aufsatz dargelegt werden, der das Verdienst hat, Grundsätzliches zur Auswanderungsfrage zu bringen. Wir sind gerne bereit, im Anschluß an diese Auseinandersetzung auch weitere Ansichten hier einem größeren Leserkreis zur Kenntnis zu bringen. Die Schriftleitung.

Im zaristischen Rußland gab es eine gesetzliche Bestimmung, wonach kein ins Ausland abgewandter russischer Staatsangehöriger die Staatsangehörigkeit eines fremden Landes ohne die ausdrückliche Erlaubnis des Zaren erwerben durfte. Diese Erlaubnis zu erlangen, soll ungeheuer schwer gehalten haben. Erwerbung fremder Staatsangehörigkeit ohne diese Erlaubnis wurde im Falle der Rückkehr nach Rußland mit Zuchthaus bestraft.

Sicher ist diese Bestimmung zum Teil ein Ausfluß der autokratischen Staatsauffassung, wonach der „Untertan“ in allen seinen gesellschaftlichen und politischen Lebensäußerungen nichts ohne die Erlaubnis des Staatsoberhauptes unternehmen durfte, eine Auffassung, die im „Untertanen“ genau so ein Stück Eigentum erblickte, wie der wirkliche Leibeigene das persönliche Eigentum des „Herrn“ war. Aber diese Erklärung erfaßt vielleicht doch nur einen Teil des Problems, sie sieht nur das Symptomatische. Die Ursache liegt wahrscheinlich tiefer. Es handelt sich dabei möglicherweise um einen in autokratische Gesetzesform umgegossenen Ausdruck eines primitiven, sozusagen erdgeborenen Rechtsgefühls, das ein Unrecht, ja sogar ein Verbrechen darin erblickt, wenn ein Sohn seines Landes, das ihm Mutter gewesen, ihn geboren und groß gezogen, verleugnet. In diesem Sinne erhält das Wort vom „Mütterchen“ Rußland, das dem Russen so ungemein geläufig ist, vielleicht erst seine tiefste ethische und sittliche Ausdeutung.

Ein deutscher Dichter singt: „Was ich bin und was ich habe, dank' ich dir, mein Vaterland“. Das ist mit andern Worten die gleiche Grundauffassung, wie sie sich in dem Begriff vom „Mütterchen Rußland“ ausdrückt. Sie beruht auf dem Gedanken, daß der einzelne sein ganzes Sein seinem Lande verdankt und er daher kein Recht hat, von dem Lande, das ihm Mutter gewesen, sich gegen den Willen desselben loszulösen.

Daraus ergibt sich aber umgekehrt auch der Schluß, daß wenn das Mutterland ihm nicht mehr „Mutter“ sein, d. h. ihn nicht mehr unmittelbar betreuen kann, es doch nicht aufhören darf, sich um seinen Sohn zu sorgen, genau so, wie jede physische Mutter nicht aufhört, um ihre Kinder zu sorgen, auch wenn sie

außerhalb des Vaterhauses und Vaterlandes sich eine eigene Existenz gegründet haben — oder gar erst gründen wollen.

In der Lage, sich von vielen Tausenden seiner Kinder trennen zu müssen, befindet sich heute das deutsche Mutterland. Hunderttausende seiner Kinder sind ihm gewaltsam entrissen worden. Weitere Hunderttausende, ja vielleicht Millionen werden gegen ihren Willen gezwungen sein, ihre „Mutter“ zu verlassen. Die Schätzungen über die Zahl der deutschen Volksgenossen, die infolge der Wirkungen des Friedensvertrages zur Auswanderung gezwungen sein werden, weichen ja sehr stark voneinander ab. Die einen, die Optimisten, hoffen, daß es „nur“ einige Hunderttausende sein werden; die Pessimisten berechnen die Zahl auf bis zu 20 Millionen. Es muß natürlich alles getan werden, um zu erreichen, daß die Optimisten recht behalten, es darf aber auch nichts unterlassen werden, was notwendig ist, für den Fall, daß die Pessimisten doch ganz oder teilweise richtig geschätzt haben. Im allgemeinen ist es in volkswirtschaftlichen Dingen ja wohl so, daß gleiche Ursachen gleiche Wirkungen nach sich ziehen. Und nach volkswirtschaftlichen Begriffen ist Deutschland heute ein übevölkertes Land. Die Grundlage seiner Wirtschaft war bisher seine Steinkohlen- und Erzeugproduktion. Von der letzteren haben wir allein — nach Keynes — 75 vom Hundert verloren. Unsere Steinkohlenproduktion ist uns bisher schon in Anbetracht der Pflichtlieferungen zu 30 v. H. entzogen, obwohl Oberschlesien bis jetzt noch immer zu Deutschland gehört*). Wenn sich die schlimmsten Befürchtungen tatsächlich erfüllen sollten — und es sieht in dieser Hinsicht trostlos genug aus —, dann behält Keynes recht, der berechnet hat, daß Deutschland nur noch 60 Millionen Tonnen Steinkohlen für den eigenen Bedarf verbleiben, gegen 165 Millionen Tonnen (abzüglich der Ausfuhr) im Jahre 1913. Im Jahre 1912 haben wir allein für Eisenerzeugung und -verarbeitung 60 Millionen Tonnen verbraucht, also soviel, als uns jetzt insgesamt verbleiben würde, wenn die Bedingungen des Versailler „Vertrages“ restlos erfüllt werden sollen.

*) Von den 31768000 Millionen Tonnen Steinkohlen, die im Jahre 1920 dort gefördert worden sind, gingen 10386000 Tonnen ins Ausland, ohne Rücksicht auf Deutschlands eigenen Bedarf.

Aber auch wenn uns das Allergrößte erspart bleibt, was ja im wohlverstandenen Interesse der Entente selber läge, so sieht es hinsichtlich der Beschäftigungsmöglichkeit in Deutschland doch sehr wenig tröstlich aus. Auch ohne daß das Schlimmste eintritt, ist Deutschland ein übervölkertes Land. Damit wird die Auswanderungsfrage für Deutschland zu einem nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Problem. Hier soll nur die letztere Seite des Problems beleuchtet werden. Insbesondere handelt es sich um die folgenden Fragen:

1. Haben die zur Auswanderung gezwungenen Volksgenossen ein Anrecht auf Fürsorge?
2. Wie ist diese Fürsorge zu gestalten?
3. Ist diese Fürsorge Aufgabe des Staates oder kann sie von privaten Organisationen ausgeführt werden?

Zu 1. Das heutige deutsche Auswanderungsproblem ist eine unmittelbare Folge des Krieges und des aus demselben hervorgegangenen Friedensvertrages. Auf den Ausbruch des Krieges und die Gestaltung des Friedensvertrages hat der einzelne Staatsbürger keinen Einfluß gehabt, keinen solchen ausüben können. Die Frage, ob der Krieg hätte vermieden werden können, wenn dies und jenes geschehen oder unterlassen worden wäre, scheidet bei dieser Erörterung aus. Es ist die Staatsgewalt gewesen, die den Krieg begonnen und die nun auch die Folgen desselben zu vertreten hat, auch gegenüber den Staatsbürgern des eigenen Landes. Das ist auch keine Streitfrage. Es handelt sich lediglich darum, ob die zur Auswanderung gezwungenen — wohlgemerkt gezwungenen! — Staatsbürger ebenso als Opfer des Krieges anzusehen sind, wie etwa die Kriegsbeschädigten. Auch diese Frage ist ohne weiteres zu bejahen. Es dürfte ja wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß der zur Auswanderung Gezwungene ebenso eine wirtschaftliche Einbuße erleidet, wie der Verletzte, der nur einen Teil seiner Erwerbsfähigkeit gerettet hat. Unter Umständen verliert der Auswanderer seine ganze wirtschaftliche Existenz und geht in fremdem Lande elend zugrunde. Damit dürfte diese Frage zur Genüge beantwortet sein.

Zur zweiten Frage ist zunächst zu sagen, daß der Begriff der Auswandererfürsorge sich selbstverständlich nicht in dem erschöpfen kann, was heute auf diesem Gebiete in Deutschland vorhanden ist. Auskunfterteilung und Beratung gehören natürlich dazu, aber sie sind doch nur erst die bescheidensten Anfänge dessen, was man als Auswandererfürsorge bezeichnet. Bei den Auseinandersetzungen über die künftige Ausgestaltung des Reichswanderungsamtes hat man allerdings den Eindruck gewinnen können, als haben diejenigen, die eine Einschränkung des RWA. anstreben, nur an Auskunfterteilung und Beratung gedacht. Aber selbst wenn dem so wäre, so gehört auch diese Tätigkeit nicht in die Hände von Privaten. Auf die Gründe kommen wir noch.

Wenn man von der Auffassung ausgeht, daß eines Tages ein ökonomischer Zwang zur Massenauswanderung eintritt, dann würden die vorhandenen Privatinstitute zunächst nicht einmal der Arbeit der Auswandererfürsorge in ihrer bisherigen Art gewachsen sein. Aber dann kann sich die Fürsorge für die Auswanderer auch nicht auf das bisherige bescheidene Maß beschränken. Dann muß mehr, erheblich mehr geschehen. Es wird in erster Linie notwendig werden, daß das Reich mit den Auswanderungs- und Schifffahrtsgesellschaften Verträge zugunsten der Auswanderer abschließt oder sonstige sich bietende Reisegelegenheiten vermittelt. Es wird nach dem Beispiel der italienischen Regierung schon in der Zeit vor dem Kriege die Auswandererschiffe mit einem Stabe von ärztlichen und technischen Aufsichtsbeamten zu besetzen haben. Es wird darauf

zu halten haben, daß die Auswandererschiffe selbst so eingerichtet werden, daß das Reisen auf ihnen nicht wie bisher eine Qual und Schlimmeres ist. Auch hierfür bietet das italienische Beispiel Mustergültiges.

Weiter sind vom Reiche Verbindungen mit vertrauenswürdigen Ansiedlungsunternehmungen in den Einwanderungsländern herzustellen und mit deren Hilfe auch Stellennachweise für Industriearbeiter im Auslande zu errichten. Daneben ist es notwendig, Stellen im Heimatlande einzurichten, die unter Mitwirkung der Berufsorganisationen Anstellungsverträge für das Ausland zu begutachten haben. Den Auswanderern sind auf den heimischen Eisenbahnen für sich und ihre Habe Fahrpreisermäßigungen und bei längerer Eisenbahnfahrt freie Verpflegung zu gewähren. Die Verpflegung und Unterbringung in den Ausreisehäfen ist nach sozialen Gesichtspunkten zu organisieren und der Aufsicht behördlicher Organe zu unterstellen. Einrichtungen, wie sie in Bayern in einzelnen Orten schon bestehen sollen, die dem Auswanderer seine verkäufliche Habe zu angemessenem Preise abnehmen, damit er sie nicht zu verschleudern braucht, sind überall zu schaffen. Auch sind die Bestimmungen über die Steuerpflicht daraufhin zu prüfen, ob sie geeignet sind, dem zur Auswanderung Gezwungenen die Gründung einer Existenz in der neuen Heimat ungebührlich zu erschweren und nötigenfalls entsprechend zu ändern. Es ist, das sei nochmals betont, bei diesen Maßnahmen und Vorschlägen immer Voraussetzung, daß ein ökonomischer Zwang zur Auswanderung vorliegt. Ob das der Fall ist oder sein wird, wird sich ziemlich leicht feststellen lassen.

In vorstehendem sind erst diejenigen Fürsorgemaßnahmen umrissen, die im Inlande oder auf der Ausreise Platz greifen sollen. Nicht minder wichtig, ja in vieler Beziehung weitergehender sind die Maßnahmen zum Schutze der Auswanderer, die im Auslande oder doch zum mindesten den wichtigsten Zielländern anzustreben sind. Da ist zunächst erst noch die Fürsorge auf den Eisenbahnen in einzelnen Durchreiseländern und in den Auswandererhäfen, und zwar ähnlich so, wie das vorstehend für das Inland verlangt wurde. Dazu kommt Anstellung von Vertrauenspersonen zur Beratung der Auswanderer in den Ausreise- und den wichtigsten Ankunfthäfen, soweit dies nicht durch die Konsularbehörden geschehen kann. Diese Körperschaften haben zugleich die Aufgabe, die vom Reich mit den Regierungen oder den Ansiedlungsgesellschaften in den Zielländern abzuschließenden Verträge zu überwachen.

In diesen Verträgen ist vorzusehen: Freiheit bei der Wahl des Ansiedlungslozes; Unterstützung des Ansiedlers bis zur ersten eingebrachten Ernte mit Lebensmitteln, Arbeitsgeräten und Zuchtvieh gegen erschwingliche Abzahlung; Arbeitsverpflichtung nur auf der eigenen Ansiedlung; zollfreie Einfuhr von Saatgut, Ackergerät und sonstiger Habe des Zuwandernden, sowie ärztliche Behandlung und Heilmittel für den Einwanderer und seine Familie in den ersten zwei Jahren; bei Unfällen in den ersten zwei Jahren, die den Eingewanderten an der Fortführung seiner Ansiedlungstätigkeit dauernd behindern, Gewährung von Unfallrente nach den deutschen Bestimmungen und freie Heimbeförderung mit Familie. In den Ansiedlungsbezirken Errichtung von Magazinen, in denen die Ansiedler ihren Bedarf an Produkten und Geräten usw. zu angemessenen Preisen erwerben und ihre eigenen Produkte in gleicher Weise absetzen können; die Geschäftsleitung dieser Magazine ist den zuständigen Landesregierungen zu unterstellen — Gleichberechtigung der deutschen Ansiedler hinsichtlich Beitritt und Betätigung in den wirtschaftlichen Vereinigungen des Landes —, zinsfreie Abzahlung in den ersten sechs Jahren, — Errichtung von Schulen durch die Landes-

regierungen; in den Lehrplan ist neben den allgemein üblichen Unterrichtsfächern auch der deutschen Sprache ein angemessener Raum zu gewähren. —

Für Industriearbeiter wären u. a. noch die folgenden Maßnahmen zu fordern: Freies Koalitionsrecht — Versicherung gegen Unfall entweder durch staatliche Versicherung oder, falls solche nicht vorhanden, durch Haftpflichtvertrag der Unternehmer; bei schweren Unfällen neben der Unfallrente freie Heimförderung mit Familienangehörigen — Versicherung gegen Krankheit, Gewährung von Arzt, Heilmitteln und entsprechender Unterstützung — Durchführung der Beschlüsse der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz von Washington, insbesondere hinsichtlich des Achtstundentages und des Schutzes von Frauen und Kindern — Witwen- und Waisenunterstützung (gesetzlich oder unter Garantie des Staates) — staatliches Verbot des Trucksystems — Schutz der Arbeit hinsichtlich Einhaltung der vereinbarten Lohnzahlungsperioden (längstens 14 Tage) — Gewerbebehörden auf paritätischer Grundlage — Gewerbeinspektion unter Mitwirkung von freigewählten Vertretern der Arbeiterschaft — Gewährung derjenigen politischen Rechte, die der Angehörige des Einwanderungslandes in Deutschland genießt.

Unterzieht man die hier aufgestellten Forderungen und Vorschläge, die sich möglicherweise noch in mancher Hinsicht vervollständigen ließen, einer auch nur oberflächlichen Durchsicht nach der Richtung hin, wer die Durchführung derselben in die Hand zu nehmen hat, so kann ein Zweifel darüber, daß dazu nur allein der Staat berufen ist, gar nicht aufkommen. Daß es sich bei der aller Wahrscheinlichkeit nach zu erwartenden Massenauswanderung um ein soziales Problem handelt, darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit. Und wenn auch über den Gesamtumfang des Problems noch die Ansichten geteilt sind, so doch nicht darüber, daß es sich um ein Problem von umfassender und tiefgreifender Bedeutung handelt. Daraus allein ergibt sich schon, daß die Bewältigung desselben nur Aufgabe des Staates sein kann und darf. Kein Mensch denkt heute daran, die soziale Fürsorge auf dem Gebiete der Kranken-, Invaliditäts- und Altersfürsorge irgendwelchen privaten Organisationen zu überlassen, obwohl diese Zweige der sozialen Fürsorge ursprünglich ja auch in den Händen der charitativen oder privaten Wohlfahrtspflege gelegen haben. Bei der Unfallfürsorge, die allerdings zum Teile noch in privaten Händen ruht, hat sich der Staat gleichfalls ein weitgehendes Aufsichtsrecht gesichert — die Arbeiterschaft ist aber mit der Organisation dieser Einrichtung niemals einverstanden gewesen, sondern hat von jeher ein Mitbestimmungsrecht gefordert unter voller Übernahme auf den Staat.

Man könnte geltend machen — und zum Teil geschieht es ja auch —, daß der Staat sich in früheren Jahren nicht allzu viel um die Auswandererfürsorge bekümmert, sondern sie beinahe restlos privaten Organisationen überlassen habe. Die Tatsache stimmt. Aber es stimmt auch, daß der Staat hier eine ihm obliegende soziale Pflicht versäumt hat. Es hat das auch seine offen zutage liegenden Gründe. In der Zeit, als das deutsche Auswanderungsproblem schon einmal ein soziales Problem gewesen ist, also bis Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, befand sich die Auffassung vom sozialen Staat in Deutschland wie auch anderswo noch in ihren allerersten Anfängen. Es war das noch die Zeit der liberalen Staatsauffassung^{*)}, die in jeder sozialen Maßnahme des Staates einen

unzulässigen Eingriff in „geheiligte“ Privatrechte, in das „freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte“ erblickte und sich mit allen Mitteln, selbst denen der wissenschaftlichen Begründung, dagegen zur Wehr setzte. Es gab eine Zeit, wo gerade diejenigen Parteien im Reichstage über den Gedanken der Invaliditäts- und Altersfürsorge lachten, die sich später nicht genug darauf zugute tun konnten, daß sie es gewesen, die diese Gesetze zustande gebracht haben. Und wie hat man sich noch in den neunziger Jahren gegen die ersten sanitären Arbeiterschutzmaßnahmen gestäubt!

Wenn es weiter richtig ist, wie schon eingangs gesagt, daß der infolge des Krieges zur Auswanderung gezwungene Staatsbürger genau so auf die Fürsorge des Staates Anspruch hat wie derjenige, der durch den Krieg seine physische Arbeitsfähigkeit ganz oder teilweise eingebüßt hat; und wenn man sich dazu noch vergegenwärtigt, daß — wie gleichfalls schon dargetan — der Strom der zur Auswanderung Gezwungenen diesmal erheblich stärker sein wird, als er in früheren Jahrzehnten jemals gewesen ist: wenn man sich alle diese entscheidenden Tatsachen vor Augen hält, dann kann keine Rede davon sein, daß man die Fürsorge für diese Opfer des Krieges in andere Hände als die des Staates legen könnte.

Es gibt aber auch keine private Organisation in Deutschland, die in der Lage wäre, die für diese Fürsorge erforderlichen Mittel aus Eigenem aufbringen zu können. Aber angenommen selbst, es wäre der Fall, so müßten die Mittel dieser Institution so enorm hohe sein, daß daraus eine andere Gefahr erwüchse, nämlich die, daß ein großer Teil deutscher Volksgenossen in die finanzielle Abhängigkeit dieser privaten Einrichtungen geriete. Da es ausgeschlossen ist, daß so viel Geld, wie dazu erforderlich wäre, lediglich aus privaten Mitteln und aus völlig altruistischen Motiven aufgebracht wird, so müßten also auch diese Körperschaften staatliche Mittel in Anspruch nehmen, um ihre Aufgabe erfüllen zu können. Sollen nun diese privaten Körperschaften die ihnen zufließenden Staatsgelder lediglich nach ihrem Ermessen verwenden können? Das widerspricht dem heutigen ungemein verstärkten demokratischen Empfinden. Also ohne staatliche Kontrolle, oder richtiger: praktische Mitwirkung des Staates, ginge es nicht. Das führte womöglich zu allerlei Reibungen, ohne daß jedoch damit eine volle, umfassende demokratische Kontrolle gegeben wäre. Die staatlichen Organe, die zur Kontrolle berufen wären, könnten so für Mißstände verantwortlich gemacht werden, die sie nicht verschuldet haben. Es liegen ja gerade auf diesem Gebiete aus den letzten sechs Jahren hinreichend genügende Erfahrungen vor, so daß man wohl sagen darf: Die Spuren schrecken! Jedenfalls geht die heute herrschende demokratische Auffassung dahin, daß alle Aufwendungen des Staates für soziale Zwecke der unmittelbaren Kontrolle der gewählten Volksvertretung zu unterstellen sind; das wäre bei einem gemischten System, wie es im günstigsten Falle zustande kommen könnte, nicht möglich.

Es kommt noch ein weiteres in Betracht. Die deutsche Arbeiterschaft hat es sich lange genug gefallen lassen müssen, als Objekt der Gesetzgebung und Verwaltung behandelt zu werden. Sie will — durch ihre berufenen Vertretungen — auch an allen Fürsorgeeinrichtungen tätigen Anteil haben, die in ihrem Interesse zu wirken berufen sind. Diesem fundamentalen demokratischen Rechtsstandpunkte würde nicht entsprochen, wenn das wichtige Gebiet der Auswandererfürsorge dieser Kontrolle entzogen würde. Sie kann auch nicht dadurch ersetzt werden, daß man vielleicht den Gewerkschaften einen Platz oder ein paar Plätze in einem sogenannten Aufsichtsrat oder Ausschuß einräumt. Damit er-

^{*)} Wenn die Ausführungen des Abgeordneten Stücklen, meines Parteigenossen, zum Thema „Reichswanderungsamt“ in Nr. 8 des „Auslanddeutschen“ richtig wiedergegeben sind, dann muß ich schon sagen, daß diese Gedanken lange wenig sozialistisch, um so mehr aber liberal sind.

D. V.

langen sie kein wirkliches Mitbestimmungsrecht und vor allem keinen Einfluß auf die Gestaltung des Haushalts solcher Einrichtungen und die Verwendung der Mittel. Ist dagegen die Einrichtung eine staatliche, so sind die Möglichkeiten einer demokratischen Kontrolle ohne weiteres gegeben.

Aber auch die Art der Aufgaben, die der Auswandererfürsorge obliegen, erfordert, wie schon kurz angedeutet wurde, daß sie vom Staate in die Hand genommen werden.

Es ist nicht beabsichtigt, die privaten Körperschaften, die auf dem Gebiete der Auswandererberatung bewährt sind und als zuverlässig angesehen werden können, gänzlich auszuschalten. Als Hilfsorgane mögen sie sich auch weiterhin betätigen. Bei dem ganzen Komplex der hier aufgestellten Forderungen und Maßnahmen handelt es sich aber um Dinge, die — soweit es sich um Maßnahmen im Inlande handelt — nur vom Staate oder öffentlichrechtlichen Körperschaften erledigt werden können, und — soweit Maßnahmen im Auslande in Frage kommen — nur durch Staatsverträge zu regeln sind. Da ist selbstverständlich der Staat der einzig Berufene. Ebenso kann es auch nur seine Aufgabe sein, die Durchführung und Einhaltung solcher Verträge durch eigene Organe überwachen zu lassen.

Es könnte vielleicht geltend gemacht werden, daß alles das, was hier als Auswandererfürsorge beansprucht wird, in einer nahen Zukunft noch nicht zu erreichen ist, und daß einzelne der geforderten Maßnahmen möglicherweise leichter durch einflußreiche Privatkörperschaften erreicht werden könnten. Es fehlt ja nicht an Beispielen, daß Privatgesellschaften mit überseeischen Ländern Verträge abgeschlossen haben, die vielleicht auch Spuren sozialer Fürsorge enthalten. Dagegen ist folgendes zu sagen. Wir Deutsche haben im allgemeinen ja wohl keine Ursache, den Versailler Friedensvertrag als ein besonders erhabenes Werk zu preisen. Aber eine Einrichtung ist durch ihn doch geschaffen worden, die auch die deutschen Arbeiter begrüßt haben, in der ihnen zudem — im Gegensatz zu allen andern durch den Friedensvertrag geschaffenen Institutionen — die Gleichberechtigung zugestanden ist: das Internationale Arbeitsamt in Genf. Das verschafft der Vertretung der deutschen Arbeiterschaft die Möglichkeit, für die Durchsetzung ihrer fortschrittlichen sozialpolitischen Anschauungen praktisch zu wirken. Und die deutschen Arbeiter werden es verstehen, das IAA. in den Dienst ihrer Forderungen zu stellen. Es hieße diese verheißungsvolle Arbeit erschweren oder durchkreuzen, wollten die deutschen Arbeiter lediglich deshalb, weil augenblicklich die Schwierigkeiten noch groß sind, die Lösung derselben in einer ganz andern Richtung suchen, die doch nie zum Ziele führen kann, und das Kreisen überlassen, auf deren Zusammensetzung und Tätigkeit sie nicht entscheidend einwirken können.

Dahinzu kommt noch ein anderes. Wollten wirklich Privat-

gesellschaften den ernsthaften Versuch machen, die hier aufgestellten Aufgaben zu lösen, so wäre das auf charitativem Wege ganz unmöglich. Es müßten, um die notwendigen Mittel aufzubringen, diese Gesellschaften versuchen, die erforderlichen Gelder aus wirtschaftlichen Unternehmungen zu schöpfen oder doch mit irgendwelchen Unternehmungen solcher Art in nahen Beziehungen treten. Daraus ergäbe sich dann ohne weiteres die Gefahr, daß die Auswandererfürsorge dieser Gesellschaften vor ihren privatwirtschaftlichen Interessen stark beeinflusst würde. Der soziale Charakter der Fürsorge müßte darunter unbedingt leiden. Die Geschichte früherer Kolonisationsunternehmungen beweist das zur Genüge. Soll also die Auswandererfürsorge ihren sozialen Charakter bewahren, dann muß sie in die Hände des Staates bleiben. Die große Mehrheit der Arbeiter, soweit sie durch die Gewerkschaften geschult worden sind, würde es grundsätzlich ablehnen, sich in dieser bedeutsamen Frage in die Hände von Privatgesellschaften zu geben.

Nun zum letzten Argument, das gegen die staatliche Auswandererfürsorge geltend gemacht wird. Man sagt, daß die staatlichen Organe nicht in allen Fällen die volle Verantwortung für die dem Auswanderer notwendig zu erteilenden Auskünfte übernehmen könnte, weil daraus unter Umständen internationale Reibungen entstehen können. Bei diesem Einwand ist außer acht gelassen, daß die Welt nicht mehr auf dem Standpunkt von 1914 steht. Der demokratische Gedanke hat sich doch im Weltbürgerrecht erworben, und wenn er sich noch nicht überall mit gleicher Stärke durchgesetzt hat, so ist er doch in unauferhaltensamem Vormarsch begriffen. Und er wird auch in den Staaten sich durchsetzen, in denen er heute vielleicht noch ein Scheindasein führt. Der Gedanke, daß über die Schicksale der Völker nicht mehr hinter verschlossenen Türen von einigen wenigen „Berufenen“ entschieden werden darf, wird sich schließlich durchsetzen. Wie winzig klein erscheint dagegen die Lösung des Auswanderungsproblems, und wie wenig Vertrauen auf die künftige Entwicklung verrät es, wenn man befürchten wollte, daß künftighin sich noch Völker entzweien könnten, weil ihre staatlichen Organe ihren Bürgern etwas sagen könnten, was einem anderen Staate vielleicht nicht gern gehört werden möchte. Und auch hier wird es Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft sein, die vorhandenen zwischenstaatlichen Organe in den Dienst dieser Sache zu stellen. Also wie man das Problem auch anfaßt, immer wieder kommt man zu dem Schluß, daß es sich um eine soziale Aufgabe von ungeheurem Ausmaß handelt, die nur vom Staat und seinen Organen zu meistern ist. Soweit andere Körperschaften dabei helfen wollen und können und der Auswanderer ihre Mithilfe wünscht, soll das unbenommen bleiben, aber eben nur als Hilfsorgane. An erster Stelle steht der Staat mit seiner Pflicht, dem Auswanderer zu helfen.

Entgegnung

Von Dr. FRITZ WERTHEIMER, Stuttgart.

Die Ausführungen des Herrn Knoll haben ihre Grundlage in seiner sozialistischen Überzeugung vom Staate, in dem er nicht eine das Zusammenleben der Menschen in Familien, Selbstverwaltungskörperschaften und freiwilligen Zusammenschlüssen regulierende und ausgleichende Rechts-Einrichtung erblickt, sondern den er als eine mit Eigenleben erfüllte Persönlichkeit begreift, die durch Übernahme von allerhand Verpflichtungen gegen die Volksgenossen und Staatsangehörigen die Tätigkeit und Fürsorge niederer Organisationsformen, wie eben der Familie, der charitativen Körperschaften, der Kommunen usw. ausschließen soll. Auf diese grundlegenden begrifflichen Unter-

schiede soll indes hier nicht näher eingegangen werden, sie sind nur angedeutet, um den grundsätzlichen Unterschied der Auffassung deutlich zu machen.

Knoll sagt: Die Staatsgewalt, nicht der Einzelne, hat den Krieg begonnen, der Einzelne ist Opfer des staatlichen Willens, das Opfer hat Anrecht auf Schutz. Wird jemand als Folge des Krieges zur Auswanderung gezwungen, so steht er dem Kriegsschädigten gleich, hat also Anrecht auf Fürsorge. Hier liegt meines Erachtens ein erster gewaltiger Irrtum. Die Folgen der Knollschen Deduktion wären ja auch gar nicht auszudenken, wenn würden jeden Staat und seine Finanzwirtschaft über den Haufen

werfen. Knoll verwechselt Kriegsbeschädigte und Kriegsgeschädigte. Für die Kriegsbeschädigten ist der Staat nach allgemeiner Auffassung zur Ersatzleistung gezwungen: sie haben nicht etwa nur ihr Gut, sondern ihr Blut für den Staat geopfert, sie haben körperliche Schäden erlitten, die ihre künftige Erwerbsfähigkeit vermindern, der Staat ist verpflichtet, sie zu erhalten und ihnen ein Existenzminimum zu gewähren. Er ist nicht schlechtweg zum Ersatz des vollen Schadens verpflichtet. Er gibt einem Geigenkünstler, dem der rechte Arm zerschossen wurde, nicht vollen Ersatz seines vielleicht vor dem Kriege fürstlichen Einkommens, sondern er urteilt — in diesem Falle auch meiner Überzeugung nach sozial nicht ganz gerecht denkend — nach dem militärischen Grad und dem Dienstalter des Beschädigten und bemißt darnach den Schadensersatz. Der Staat entschädigt aber nicht etwa auch den Geschädigten, also den Studenten, der durch den Krieg um 10 Semester in seiner Laufbahn zurückgebracht wurde, den Rechtsanwalt, dem durch die Einziehung die Praxis verloren ging, den Handwerker, dessen Kundschaft sich verlor, den Arbeiter, der seinen Arbeitsplatz in einer eingegangenen Fabrik verlor, den Industriellen, dessen Betrieb infolge Rohstoffmangels und Absatzstockung einging. Wer sollte den Umfang solcher Kriegsschäden gerecht festsetzen? Wer aber soll in unserem besonderen Falle entscheiden, ob ein Auswanderer zur Auswanderung wirklich gezwungen ist? Hätte, vorausgesetzt, daß der Staat für die zur Auswanderung infolge des Krieges Gezwungenen entschädigungspflichtig wäre, der Staat nicht die Aufgabe zu untersuchen, ob wirklich ein Zwang zur Auswanderung besteht, ob nicht der Feinmechaniker auch als Grubenarbeiter noch ein Auskommen in Deutschland fände, ob nicht der auf feinste Präzisionsarbeit in Jahrzehnten Geschulte auch als Erdarbeiter noch weiter sein Leben fristen könnte, — man sieht, es würden dabei die schwierigsten Probleme des Berufswechsels aufgerollt! — hätte der Staat, der ja doch nur zur Erhaltung eines Existenzminimums verpflichtet sein kann, nicht die Aufgabe, weitestgehenden Zwang zur beruflichen Umgruppierung anzuwenden und würde seine Entschädigungspflicht nicht erst dann einsetzen, wenn der „zur Auswanderung Gezwungene“ den Befehl des Staates zur Arbeit — zu irgendwelcher Arbeit! — ablehnte? Die zur Auswanderung Gezwungenen haben wohl ein Anrecht auf Fürsorge, aber kein größeres Anrecht, als die übrigen Kriegsgeschädigten auch und zu den Kriegsgeschädigten gehören mit Ausnahme der dünnen Schicht der Schieber und Kriegsgewinnler wohl fast alle übrigen Volksteile! Wenn sich eine besondere Fürsorge in einzelnen Fällen bildet — wenn der Staat z. B. den geschädigten Handwerkern in Erkenntnis der großen Bedeutung des Wiederaufbaues des Handwerkes Kredite zur Verfügung stellt, Heeresgut billiger abgibt usw. — wenn sie teils staatlich, teils privat einsetzt, so begründet das noch kein allgemeines Anrecht und noch keinen Anspruch jedes Kriegsgeschädigten auf Fürsorge. Verneint man aber die erste Knollsche Frage im Gegensatz zu ihm, so werden von seinen nachfolgenden Ausführungen die meisten von selbst ihre Erledigung finden. Und wir verneinen diese seine erste Frage nicht nur aus weiter unten zu erörternden praktischen Gründen, sondern auch theoretisch, weil ihre Bejahung aus dem Staat eine Riesenversicherungsgesellschaft von sieben Achtel aller Staatsbürger machen müßte.

Was weist nun Knoll den Auswanderern für eine Fürsorge zu? Er sagt mit Recht, daß diese Fürsorge sich nicht in Auskunfterteilung und Beratung erschöpfen sollte. Die Aufgabe der hygienischen Fürsorge für die Auswanderer ist schon vor dem Kriege unbestritten eine Staatsaufgabe gewesen. Die

Gefahr, die Auswandererlager und Auswandererschiffe zu Seuchenherden werden zu lassen, ist eine Gefahr, die der Gesamtheit der Bewohner des Auswanderer- und des Einwandererstaates droht, die Gesamtheit, vertreten durch den Staat, wehrt sich also dagegen durch die ärztliche Fürsorge in Lagern und auf Schiffen. Bei den Bestrebungen, auf den Transportschiffen eine möglichst menschenwürdige Unterbringung der Auswanderer zu erreichen, deckt sich das soziale Interesse des Staates mit dem privaten Interesse der Schiffsgesellschaften, sich durch möglichst gute Beförderung die Zufriedenheit der Auswanderer, somit einen guten Ruf und fernerhin eine große Kundschaft zu schaffen. Wo eine Gesellschaft nur nach dem Grundsatz „Die Masse muß es bringen“ gehen wollte, die Transporte zusammenpferchte, zwar dadurch billige Fahrpreise, aber auch menschenunwürdige Unterbringung der Fahrgäste erzielte, ist es Pflicht des Staates, soziale Mindestforderungen aufzustellen. Die Aufgabe ist etwa analog derjenigen der Arbeiterschutzgesetzgebung. Weniger enig wird man mit Knoll schon in der Frage der staatlichen Stellennachweise für Industriearbeiter im Ausland sein brauchen, falls genügend gemeinnützige, sich staatlicher Aufsicht unterstellende Einrichtungen solcher Art vorhanden sind. Ebenso wenig, wie man im Inland die zahlreichen gemeinnützigen Stellenvermittlungseinrichtungen der Selbstverwaltungskörper ausschalten kann, ja nicht einmal diejenigen, die rein gewerblich aufgezogen sind, ebenso wenig kann es eine reine Aufgabe des Staates sein, die Stellenvermittlung nach dem Ausland zu organisieren. Den Auswanderern sollen auf den heimischen Eisenbahnen für sich, ihre Angehörigen und ihre Habe Fahrpreismäßigungen und bei längerer Eisenbahnfahrt freie Verpflegung gewährt werden? Das ist etwas, was sich in der Theorie gewaltig sozial anhört. Es wäre vielleicht noch zu erwägen, wenn unsere Eisenbahnen Überschüsse brächten und Gewinnunternehmungen wären. In Wirklichkeit aber trägt doch die deutsche Gesamtheit die Lasten der Eisenbahnen, zahlt der Steuerzahler das Defizit und würde, wenn die Eisenbahnen kein Defizit mehr erforderten, der Fahrgast die vollen Kosten des Betriebs im Fahrpreis bezahlen. Kann man, ganz sozial gesprochen, dem inländischen Steuerzahler und Staatsbürger dann eine besondere Belastung zugunsten der Auswanderer auferlegen? Kann der kriegsgeschädigte Handwerker, Kaufmann, Jurist, Arzt, Techniker gezwungen werden, für seinen kriegsgeschädigten Mitbürger, der auswandern will, während er im Lande zu bleiben gedenkt, besondere Lasten auf sich zu nehmen? Ist nicht eine Begünstigung des Auswanderers dann eine soziale Benachteiligung des im Staate Verbleibenden? Man kann wohl private Einrichtungen schaffen, die sich dem Ankauf und Verkauf der beweglichen Habe des Auswanderungslustigen in gemeinnütziger Weise annehmen. Ist das aber eine besondere Aufgabe des Staates? Hat nicht dann der Handwerker, der als Kriegsgeschädigter seinen Betrieb aufgeben will, um Industriearbeiter zu werden, gleiches Recht darauf, daß ihm der Staat seine Werkstatt, sein Handwerkszeug abkauft und ihn nicht dem privaten Vermittler überantwortet? Gewiß soll man dem aus Deutschland hinausstrebenden Auslandskaufmann oder Auswanderer nicht durch steuerliche Hemmungen die Ausreise erschweren. Wer aber soll den steuerlichen Ausfall bezahlen? Doch nur die zu Hause Bleibenden. Ist sich Knoll klar darüber, daß, wenn man 10 oder 20 Millionen Auswanderern steuerliche Erleichterungen gewährt, man 40 oder 50 Millionen Zurückbleibenden damit neue steuerliche Lasten auferlegt? Sozial sein heißt doch nicht nur für einen Teil der Bevölkerung, sondern für die Allgemeinheit sorgen.

Was Knoll an Auswanderer-Fürsorgemaßnahmen im Ausland verlangt, scheitert zumeist an den tatsächlichen Verhältnissen, selbst wenn es theoretisch richtig wäre. Es ist richtig, daß der Staat als solcher, ebenso, wie er die Aufgabe hat, seine deutschen Staatsangehörigen im Ausland durch seine Behörden zu schützen und ihr Recht zu wahren, auch für seine Auswanderer Vorteile erstreben kann. Das Mögliche zu erstreben, wäre Aufgabe einer Reichswanderungszentralstelle, sei sie nun selbständiges Amt, oder Ministerialabteilung des Auswärtigen Amtes, das ja in diesem Falle die rein diplomatischen Verhandlungen zur vertraglichen Durchführung solcher Bestrebungen doch zu führen hätte. Man soll sich aber nicht darüber täuschen, daß das, was Knoll hier an Forderungen aufstellt, reine Theorie ist. Es hieße in den Auswanderern nur ganz törichte Hoffnungen erwecken, wenn man ihnen derartige Forderungen vorgaukelte. Man schadet sogar direkt den Auswanderern, wenn man ihnen alle diese Forderungen so säuberlich zusammenstellt, weil sie doch immer glauben, daß sie dann auch durchzusetzen sind oder daß wenigstens ein Teilchen sich erfüllen müßte. Man nützt den Auswanderern aber in Wirklichkeit, wenn man ihnen alles in den tatsächlichen Farben ausmalt und wenn man ihnen sagt, daß von den schönen sozialen Einrichtungen Deutschlands nichts, aber auch gar nichts, in fremden Ländern vorhanden ist, selbst wenn es auf dem Papier steht. Es verrät einen bedenklichen Mangel an Auslandkunde, die zu vermitteln eine der wichtigsten Aufgaben der Beratungsstellen für Auswanderer ist, wenn man so schöne paplerne Forderungen aufstellt, ohne zu sagen, daß sie tatsächlich in Jahrzehnten nicht erfüllbar sind. Knoll mag antworten: das ist theoretisch ganz gleichgültig, es ändert nichts daran, daß es eben Forderungen sind, die man an eine staatliche Auswandererfürsorge zu richten hat. Auch das ist unrichtig. Die meisten dieser Aufgaben kann der Staat gar nicht erfüllen, jeder fremde Staat würde sie als eine unzulässige Einmischung in seine Staatshoheit glatt ablehnen.

Die allermeisten dieser Forderungen lassen sich aber vielleicht mit der Zeit durch private Organisationen schaffen — Warenhäuser zur Bedarfsdeckung und zur Absatzverwertung und andere rein genossenschaftliche Aufgaben — während der deutsche Staat sie im Ausland niemals in Angriff nehmen könnte. Es ist kein Zweifel, daß es sich um soziale Probleme handelt, aber es ist ein Irrtum, daß nur der Staat soziale Arbeit leisten könnte und es heißt die ganze soziale Arbeit privater Genossenschaften und gemeinnütziger Organisationen leugnen, will man diese Aufgabe nur dem Staate zuschieben. Herr Knoll möge doch ein-

mal die Geschichte seiner eigenen Gewerkschaften verfolgen, um zu erkennen, wie sozial sie mitgearbeitet haben, ohne daß sie staatlich gewesen wären, oder auch nur sein wollten. Es wird Sache des Herrn Stücklen selbst sein, sich mit seinem Parteifreund darüber auseinanderzusetzen, ob er sozialistische oder liberale, d. h. manchesterliche Auffassungen vertreten habe, wir unsererseits möchten nur betonen, daß unserer Ansicht nach Herr Stücklen das praktisch Mögliche, Herr Knoll aber das praktisch Unmögliche vertritt.

Eines ist unbedingt richtig an den Knollschen Ausführungen und hier können wir ihnen wieder beistimmen, daß es nämlich Aufgabe des Staates ist, die privaten Organisationen auf dem Gebiete des Auswanderungswesens scharf zu überwachen. Der Staat mag auch private gemeinnützige Organisationen, die sich der Auswandererberatung widmen, durch Hergabe von Mitteln unterstützen, wie er auch Berufsberatungsstellen, Stellennachweise, Arbeiterbildungsbestrebungen finanziell unterstützt, er muß als Vertreter der Allgemeinheit darüber wachen, daß hier keine private Ausnutzung des geldlich oder beruflich Schwachen durch den Stärkeren erfolgt. Diese Kontrolle ist eben die Aufgabe einer starken Reichswanderungszentralstelle, dafür kann und muß der Staat die Mittel haben, die er für die von Knoll geplanten Einrichtungen niemals auch nur in bescheidenem Maße aufbringen könnte. Er muß, will anders er von einer rein theoretischen Fürsorge zu praktischer Fürsorge gelangen, die gemeinnützigen, die privaten, ja sogar die geschäftlichen und die privatwirtschaftlichen Organisationen arbeiten und verdienen lassen, die Transportgesellschaften ebenso wie die Siedlungsgesellschaften, und er kann nur in sozialem Interesse nach Möglichkeit auf eine Begrenzung der privaten Gewinne, auf eine Überwachung der Geschäftsführung drängen.

Auf die Knollschen Ausführungen, soweit sie ins politische Gebiet führen, brauchen wir hier nicht einzugehen. Wir haben unseren Standpunkt, daß eine amtliche Auswandererberatung aus innerpolitischen und außenpolitischen Erwägungen heraus unzulässig ist, wiederholt dargelegt und können uns auf jene Ausführungen hier beziehen. Die Knollschen Ausführungen enthalten, wie wir gerne zugeben wollen, nicht des hohen idealen Schwungs — allein die harte Wirklichkeit hat nur zu oft den idealen Ansichten der deutschen Theoretiker einen schlimmen Streich gespielt. Wir sollten als deutsches Volk gelernt haben, nicht in den Wolken Luftschlösser zu bauen, sondern auf dem Boden der Tatsachen langsam Schritt um Schritt voranzukommen.

Die Flaggen des Deutschen Reiches

Von Ministerialrat Dr. KAISENBERG, Berlin.

Mit Rücksicht auf das große Interesse der Auslandsdeutschen an der Gestaltung der deutschen Flagge geben wir dies Ausführungen Raum, die den bestehenden Rechtszustand schildern:

„Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke.“ So bestimmt der Artikel 3 der Reichsverfassung.

Die Flaggenfrage war eine der am meisten umstrittenen Fragen bei der Schaffung der neuen Reichsverfassung. Während die einen von einem Flaggenwechsel, einem Herunterholen der alten Flagge, unter der die Reichseinheit geschaffen wurde, und die uns im Kriege in guten und bösen Tagen auf allen Kriegsschauplätzen treu begleitet hatte, nichts wissen wollten, knüpfte ein anderer Teil der Nationalversammlung an die Farben von 1848

als das Symbol der großdeutschen Einheitsbestrebungen an. Der Artikel 3 entspricht einem zwischen Zentrum und Mehrheit sozialdemokratie geschlossenen Kompromiß, nachdem auch so männliche Sachverständige mit Rücksicht auf die Wichtigkeit für Beibehaltung der bisherigen Farben für die Handelsflagge eingetreten waren.

Zur Ausführung des Artikels 3 der Reichsverfassung bedurfte es näherer Vorschriften, um die verschiedenen Flaggen festzusetzen, namentlich auch um die Anordnung der Reichsfarben der Kauffahrteiflagge zu regeln. Dies geschieht in der nunmehr

veröffentlichten Verordnung über die deutschen Flaggen. Nach eingehenden Verhandlungen mit den beteiligten Stellen bringt sie eine einheitliche und übersichtliche Regelung des gesamten Land- und Seeflaggenwesens. In einer besonderen Flaggentafel werden die Flaggen bildlich dargestellt. Durch die Mitarbeit des Reichskunstwarts wurde den Forderungen nach künstlerischer Gestaltung der Flaggen Rechnung getragen.

Die Verordnung gliedert sich in sechs Abschnitte. Sie bringt zunächst die Beschreibung der einzelnen Flaggen und enthält dann Vorschriften über die Führung der verschiedenen Flaggen, namentlich über die Führung und das Zeigen der Handelsflagge, über die Führung der Reichspostflagge und der Reichsdienstflagge und über die Beflaggung der Reichsdienstgebäude. Schließlich werden in der Verordnung alle durch die Neuordnung gegenstandslos gewordenen Erlasse und Verordnungen als außer Kraft gesetzt erklärt.

Zehn Flaggen werden in Zukunft geführt werden: die Nationalflagge, die Handelsflagge, die Handelsflagge mit dem Eisernen Kreuz, die Reichskriegsflagge, die Gösch, die Standarte des Reichspräsidenten, die Flagge des Reichswehrministers, die Reichspostflagge, die Dienstflagge der übrigen Reichsbehörden zu Lande und die Dienstflagge der übrigen Reichsbehörden zur See.

Hinsichtlich der Gestaltung der Flaggen ist zwischen den Land- und den Seeflaggen, den ausschließlich auf der See geführten Flaggen zu unterscheiden. Die Landflaggen gehen von der Nationalflagge aus, die die Nationalfarben in drei gleichbreiten Querstreifen, oben schwarz, in der Mitte rot und unten goldgelb zeigt. Die Standarte des Reichspräsidenten stellt ein gleichseitiges rotgerändertes goldgelbes Rechteck dar, darin der Reichsadler schwebend nach der Stange gewendet. Sie zeigt somit nicht nur die Reichsfarben, sondern zugleich auch das Reichswappen, in Gold den rotbewehrten schwarzen Adler.

Die Flagge des Reichswehrministers, die Reichspostflagge und die Dienstflagge der übrigen Reichsbehörden zu Lande haben die Querstreifen wie die Nationalflagge. Die Flagge des Reichswehrministers weist in der Mitte ein schwarzes weißgerändertes Kreuz von der Form des Eisernen Kreuzes auf, in den schwarzen und den goldgelben Querstreifen je bis zur Mitte übergreifend. Die Reichspostflagge zeigt in der Mitte des roten Querstreifens ein goldgelbes Posthorn mit goldgelber Schnur und zwei goldgelben Quasten. Um das Posthorn entsprechend zur Wirkung gelangen zu lassen, ist auf der Reichspostflagge der mittlere rote Querstreifen etwas verbreitert. Die Dienstflagge der übrigen Reichsbehörden zu Lande hat die gleichen Querstreifen wie die Nationalflagge, darauf ist der Reichsschild angebracht, der Adler nach der Stange gewendet.

Die Seeflaggen gehen aus von der verfassungsmäßig festgelegten Handelsflagge. Sie besteht aus drei gleichbreiten Querstreifen, oben schwarz, in der Mitte weiß, unten rot; in dem schwarzen Querstreifen an der Stange ein Obereck mit den Reichsfarben wie in der Nationalflagge, an der äußeren Kante von dem schwarzen Querstreifen durch einen senkrechten weißen Streifen abgeteilt.

Der Handelsflagge lehnen sich die Reichskriegsflagge, die Gösch und die Dienstflagge der übrigen Reichsbehörden zur See an. Nachdem für die Flagge der Kauffahrteischiffe schwarz-weiß-rot als Grundfarben beibehalten wurde, war es erforderlich, auch für die übrigen Seeflaggen diese Farben als Hauptfarben

vorzusehen. Die Reichskriegsflagge mußte der Kauffahrteiflagge folgen, denn nur so wird dem Ausland zum Bewußtsein gebracht, daß unsere Kauffahrteischiffe in Übersee unter dem Schutze des Deutschen Reiches stehen. Reichskriegsflagge, Gösch und Reichsdienstflagge zur See lehnen sich daher äußerlich an die Handelsflagge an, aus der sie organisch entstanden sind. Sie weisen wie diese als Grundfarben schwarz-weiß-rot auf. Die Reichskriegsflagge gleicht der Handelsflagge, zeigt aber zum Unterschied von dieser in der Mitte der Flagge ein schwarzes, weißgerändertes Kreuz von der Form des Eisernen Kreuzes, in den schwarzen und den roten Querstreifen je bis zu einem Drittel übergreifend. Die Dienstflagge der Reichsbehörden zur See hat die gleichen Querstreifen wie die Handelsflagge, darin der Reichsschild wie in der Dienstflagge der Reichsbehörden zu Lande.

Unter dem früheren Recht konnte den Führern deutscher Kauffahrteischiffe, die der Kriegsmarine als Offiziere angehören oder angehört hatten, das Recht zur Führung des Eisernen Kreuzes in der Handelsflagge verliehen werden. Die Eisernen Kreuzflagge genoß besonderes Ansehen. Der Tradition entsprechend, ist diese Flagge beibehalten worden mit Rücksicht auf den großen Kreis der zur Führung dieser Flagge Berechtigten, die während des Krieges unter schwierigen Verhältnissen treu dem Vaterland gedient haben. Führern deutscher Seehandelschiffe, die früher als Seeoffiziere der Marine angehört haben oder die Offiziere des Beurlaubtenstandes der Marine gewesen sind, kann durch den Reichswehrminister die Berechtigung zur Führung der Handelsflagge mit dem Eisernen Kreuz verliehen werden. Diese Flagge gleicht der Handelsflagge, das obere Eck mit den Reichsfarben ist jedoch belegt mit einem schwarzen weißgeränderten Kreuz von der Form des Eisernen Kreuzes.

Der Reichsadler in der Standarte des Reichspräsidenten und im Reichsschild der Reichsdienstflaggen ist nach dem Entwurf von Rudolf Koch in Offenbach gestaltet. Die Aufgabe war besonders schwierig. Denn äußere Mittel zur Stilisierung des Reichsadlers, wie sie früher zur Verfügung standen, nämlich Ordenskette, Krone, Zepter und Reichsapfel, fehlen. Der Formwille des Künstlers allein mußte also den Adler über eine zoologische Abbildung hinaus erheben und als heraldisches Wahrzeichen eines großen Volkes mit sinnbildlicher Kraft gestalten.

Dieses Problem der Verinnerlichung ist von Rudolf Koch außerordentlich glücklich gelöst. Er hat sich dabei bewußt an den Reichsadler von Schmidt-Rottluff angeschlossen. Die Abbildungen in der Flaggentafel bedeuten allerdings nur unzulängliche Verkleinerungen. Rudolf Koch hat seinen Adlerentwurf in der Gebrauchsgröße ausgeführt, dabei die Fernwirkung und den Umstand in Rechnung gestellt, daß eine Flagge im Winde sich bewegt, der Adler seine Wirkung daher auch gefaltet behalten muß. Diese bei der Gestaltung des Reichsadlers für die Flaggen beachteten Gesichtspunkte sind früher nicht berücksichtigt worden, indem man schematische Vergrößerungen rein graphisch gedachter Entwürfe auf Flaggen übertrug.

Die Flaggenverordnung tritt am 1. Juli 1921 in Kraft. Mit Rücksicht auf die Lage des Rohmaterialienmarktes sowie die im Ausland befindlichen deutschen Schiffe ist eine längere Übergangszeit erforderlich. Die alten Flaggen können daher noch bis zum 1. Januar 1922 geführt werden. Von diesem Zeitpunkt an werden die deutschen Handels- und Kriegsschiffe einheitlich unter der neuen Flagge fahren.



Zur Lage der Deutschen in Haiti

Von ALFRED SCHUSTER, Berlin-Neutempelhof.

In der Republik Haiti bestand vor Beginn des Krieges eine wenn auch nicht sehr zahlreiche, so doch wohlangesehene und einflußreiche deutsche Kolonie, die sich vorwiegend aus deutschen Kaufleuten zusammensetzte. In der Hauptstadt Port au Prince hatten rührige und kapitalkräftige deutsche Firmen ihren Sitz, die in den Hafenplätzen der Provinz zahlreiche Zweigstellen unterhielten und bestrebt waren, deutschen Erzeugnissen Eingang im Lande zu verschaffen. Auch waren sie an der Ausfuhr von Landeserzeugnissen, namentlich von Kaffee und Baumwolle, lebhaft beteiligt und gehörten zu den bevorzugten Häusern, bei denen die haitianischen Regierungen ihre Anleihen unterbrachten. Da Mischehen Deutscher mit Haitianerinnen aus den höheren Gesellschaftskreisen häufig waren und die Deutschen sich auch hier wie sonst im Ausland den Verhältnissen anzupassen verstanden, so ergaben sich vielfache Beziehungen zur haitianischen Gesellschaft, so daß die Interessen weiter haitianischer Kreise mit denen der Deutschen aufs engste verknüpft waren. Freilich war in Haiti mehr noch als in den übrigen mittel- und südamerikanischen Ländern der französische Einfluß namentlich in Mode und Geschmack und im gesamten Bildungswesen maßgebend; die französische Kultur gilt in Haiti als Kultur an sich, eine nicht verwunderliche Erscheinung in einem Lande, das ehemals französische Kolonie war, und wo die Sprache der gebildeten Kreise die französische ist. Es war zu erwarten, daß während des Krieges die Sympathien der Haitianer sich überwiegend Frankreich zuneigten; doch fand auch die deutsche Sprache eine Anzahl aufrichtiger Freunde, die die Leistungen der deutschen Wissenschaft, Technik und Organisation anerkannten und bewunderten.

Diese aufblühende deutsche Kolonie, die u. a. auch einen deutschen Klub und eine deutsche Schule unterhielt, hat nun der Krieg mit seinen unerfreulichen Begleiterscheinungen zersprengt und nahezu vernichtet. Gleichzeitig ist aber auch die Unabhängigkeit der Republik Haiti in die Brüche gegangen. Während ihrer mehr als hundertjährigen staatlichen Selbständigkeit seit der Befreiung von der französischen Herrschaft (1804) haben die Haitianer freilich untrügliche Beweise geliefert, daß sie sich selbst zu regieren nicht imstande sind. Sie zehrten von den Resten einer reichen Vergangenheit, trieben Raubbau, ließen Wege, Anlagen, Pflanzungen verfallen und lebten von der Hand in den Mund. Die Präsidenten der Republik lösten sich zuletzt in rasendem Tempo ab, gewaltsamer Tod oder Revolutionen machten ihrer Herrschaft ein vorzeitiges Ende, dabei wurden die Staatseinkünfte in der skrupellosesten Weise verschleudert, die finanzielle Lage des Landes wurde immer hoffnungsloser. Nun, da die europäischen Mächte in den Weltkrieg verwickelt waren, bot sich den Amerikanern die erwünschte Gelegenheit, die reiche und fruchtbare Insel am Eingang des Panamakanals in ihre Gewalt zu bekommen. Eine Revolution hatte 1915 den letzten unabhängigen Präsidenten gestürzt, und die wütende Volksmenge hatte ihn aus Rache für seine Blutaten aus seinem Verstecke hervorgezerrt und in Stücke gehauen. Die Zeit war reif für den Eingriff der Amerikaner. Sie zögerten denn auch keinen Augenblick, und in kurzer Zeit war das Land von den amerikanischen Marinetruppen militärisch besetzt. Ein den Haitianern aufgezwungener Vertrag, der den Amerikanern Zölle, Finanz- und Polizeiverwaltung auslieferte, machte der haitianischen Unabhängigkeit für immer ein Ende, die Rechte des Volkes wurden mit Füßen getreten, das Land

von den neuen Gewalthabern systematisch ausgesogen. Zwar durften sich die Haitianer noch einen Scheinpräsidenten wählen, aber als die Volksvertretung nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg sich erkühnte, trotz des amerikanischen Drucks die Kriegserklärung an Deutschland abzulehnen, wurde sie aufgelöst und ein Staatsrat eingesetzt, der als willenloses Werkzeug in den Händen der Amerikaner schließlich den Krieg an Deutschland erklärte.

Inzwischen gingen die Amerikaner gegen die sich immer wieder im Norden erhebenden sog. „Cacos“ auf das schonungsloseste vor und unterdrückten jede freiheitliche Regung, während sie gleichzeitig die Landbevölkerung zu den härtesten Fronarbeiten zwangen. So arg trieben es Offiziere und Soldaten der Besatzungstruppen, daß schließlich selbst Washington seine Augen nicht mehr verschließen konnte und im vergangenen Jahre eine Untersuchungskommission nach Port au Prince entsenden mußte, durch die dann die brutalen Übergriffe bei der Behandlung der Eingeborenen ans Licht kamen.

In zäher Ausdauer hatten die Amerikaner unterdessen ihr Ziel verfolgt, dem deutschen Handel in Haiti den Todesstoß zu versetzen. Unmittelbar nach der erzwungenen Kriegserklärung Haitis an Deutschland wurden einige zwanzig Deutsche, die den neuen Herren aus irgendeinem Grunde mißliebig oder unbequem waren, interniert, wozu natürlich die haitianische Regierung den Namen hergab, während die Amerikaner die Ausfuhrung des Heldenstückes sich angelegen sein ließen. Und nun setzte der Vernichtungsfeldzug gegen den deutschen Handel ein. Nachdem Klub und Schule bereits aufgelöst waren, wurden die deutschen Häuser nach bekanntem Muster sequestriert und liquidiert, Waren, Maschinen und Geschäftseinrichtungen meistbietend verkauft, wobei fette Prozente in die Taschen der Liquidatoren flossen, die ausnahmslos Ausländer waren, während die Haitianer auch hier das Nachsehen hatten. Die Deutschen, ohne jegliche Vertretung, waren vogelfrei, völlig schutz- und rechtlos. Als die Internierten nach Zeichnung des Friedensvertrages auf freien Fuß gesetzt wurden, zogen es alle jene, die nicht durch die Verhältnisse gezwungen waren, noch im Lande zu bleiben, vor, den Staub des ungastlich und feindselig gewordenen Landes von den Füßen zu schütteln, und die es nicht freiwillig taten, wurden bald danach ausgewiesen. Nur vereinzelt Ausnahmen wurden gemacht bei Deutschen, die im Handel Haitis keine bedeutende Rolle spielten und mit haitianischen Familien in allzu engen Beziehungen standen. Die Hoffnungen, die sich manche Deutschen bis zum letzten Augenblick gemacht hatten, wenigstens Bruchstücke aus dem allgemeinen Schiffbruch zu retten, erwiesen sich als eitel.

Der Friedensvertrag ist inzwischen von Haiti ratifiziert worden, aber im wesentlichen hat sich die Lage nicht zugunsten der Deutschen verändert. Zwar sind die wenigen noch in Haiti verbliebenen Deutschen infolge der Anwesenheit des deutschen Gesandten von Kuba, Dr. Zittelmann, in Port au Prince vom bis dahin noch bestehenden polizeilichen Meldungszwang befreit worden, zwar werden an Deutsche auch Lizenzen erteilt zur Eröffnung von Handelsgeschäften und werden unter gewissen Bedingungen Einreisebewilligungen gewährt, aber in der Hauptsache, nämlich bezüglich der Rückzahlung der aus der Liquidierung gelösten Gelder an ihre rechtmäßigen Eigentümer, ist trotz aller Bemühungen bisher noch kein Fortschritt erzielt worden. Die Entscheidung liegt letzten Endes in Washington

und ehe Klarheit in die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland gekommen ist, ist an eine endgültige Regelung nicht zu denken. Es ist fraglich, ob Hardings Regierungsantritt zu besondern Hoffnungen berechtigt, denn oft genug hat sich herausgestellt, daß ein amerikanischer Präsident nach seinem Amtsantritt ein ganz anderes Gesicht zeigt als vor der Wahl. Auch ist der Amerikaner viel zu sehr Geschäftsmann,

als daß er sich etwa durch Gründe einer vornehmen Menschlichkeit leiten ließe, die nur als Deckmantel für wirtschaftliche und politische Interessen zu dienen bestimmt sind. Die Deutschen aber, die nach Haiti zurückkehren, werden von Grund auf zu beginnen haben. Es wäre zu wünschen, daß ihre Arbeit von besserem Erfolg begleitet werde und daß es ihnen gelinge, die erlittenen Verluste wenigstens zum Teil wieder wettzumachen.

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

VI. Von der Westküste Afrikas nach Hamburg.

Von P. R.

(Schluß.)

Ich mag nur ganz kurze Zeit geschlafen haben, da hält der Dampfer. Es ist noch nicht einmal richtig Tag. Ich kleide mich schnell wieder an. An Bord herrscht schon reges Treiben. Nicht weit von uns fährt ein kleiner englischer Kreuzer, dessen erster Offizier mit dem Auftrage zu uns herübergekommen ist, die „Gelria“ seinem Hilfskreuzer „Goliath“ folgen zu lassen. Er ist für einen Engländer recht gesprächig, schimpft auf den Krieg, der ihn zwingt, tagelang Handelsdampfern neutraler Staaten wie ein Pirat aufzulauern und verspottet unverhohlen die Maßnahmen seiner Regierung. Der Refrain seiner Erzählung ist: „Das nennt die große Seemacht England im Jahre 1914 Beherrschung der Meere“. Wohin er uns bringt, sagte er nicht. Wir erfahren nur von unserm Kapitän, daß wir nach Westen zurückfahren. Nach mehrstündiger Fahrt laufen wir in den Hafen von Falmouth in Cornwall ein. Der Marineleutnant läßt sich wieder zur „Goliath“ zurückrudern. Er hat nichts mehr mit uns zu tun. Der Hafenkommandant kommt nach etlichen Stunden mit dem holländischen Konsul an Bord, sieht die Schiffs-papiere und Passagierliste durch und nimmt diese mit an Land. Der Deutschen hatte sich eine große Unruhe bemächtigt, auch die anderen Passagiere sind mehr oder weniger erregt, daß England einen neutralen Handelsdampfer in seinen Hafen schleppt und ihn dann rücksichtslos liegen läßt, so lange es ihm paßt. Der Kapitän ist selbst wütend, er hat keine Ahnung, wie lange man ihn festzuhalten gedenkt. Der ganze Tag vergeht, ohne daß sich jemand von den englischen Behörden sehen läßt. Es herrscht eine gedrückte und gereizte Stimmung an Bord. Ich halte der Portugiesin vor, was England unter Freiheit der Meere versteht und bin froh, meinem Herzen Luft machen zu können, ohne mich verdächtig zu machen. „Ich denke nicht daran, diesen Seeräubern einen Dienst zu erweisen. Sie sollen nur zusehen, wie sie allein mit ihrer Aufgabe fertig werden.“

Am nächsten Morgen kommen mehrere englische Offiziere, der holländische Konsul und 8 bis 10 Mann an Bord. Die Passagiere sämtlicher Klassen müssen auf das Promenadendeck der I. Klasse mit ihren Ausweispapieren kommen. Die Koffer müssen offen bleiben, die Türen der Kabinen dürfen nicht abgeschlossen werden. Alle Passagiere werden erst draußen aufgerufen, währenddessen die Soldaten gemeinsam mit den Stewards das Promenadendeck absperren und die Frachträume und Kabinen durchsuchen. Laß sie nur ruhig suchen, denke ich, meine Papiere finden sie doch nicht. Im Rauchsalon haben sich die Offiziere niedergelassen, und die Passagiere werden nun einzeln herein-gerufen. Anscheinend hat die Portugiesin die ihr deutsch scheinenden auf der Passagierliste mit einem Vermerk versehen, denn diese kommen zuerst heran. Man verfährt ganz einfach mit ihnen. Daß jeder englisch spricht, wird für ganz selbstverständlich angenommen. Nach kurzem Blick auf den Paß sagt der

älteste der englischen Offiziere dem ersten auf den Kopf zu, daß er sich diesen Paß auf unrechtmäßige Weise angeeignet hat, er ist Deutscher und soll es ruhig gestehen. Wenn er es aber leugne, nehme man ihn an Land, und wolle er dies dort auch noch behaupten, dann würde man ihm wegen Spionage den Prozeß machen. Hier an Bord sei er auf holländischem Boden, da mache er sich nicht strafbar, aber an Land habe die Sache ein ganz anderes Aussehen. Außerdem würde sich aus dem Kreuzverhör der anderen Passagiere seine Nationalität feststellen lassen. Da der erste gleich einer von denen ist, die aus ihrem Deutschtum niemandem gegenüber ein Hehl gemacht hatten, so sieht er seine Sache für verloren an und bekennt sich als Deutscher. Er wird sofort, so wie er dasteht, von Bord herunter auf den Leichter gebracht, der längsseits angelegt hat. Bis zum Lunch sind bereits 32 Deutsche entlarvt. Es dauert lange, bis ihnen ihre Koffer von den Stewards gepackt und heruntergebracht werden. Die jungen Leute erwecken das Mitleid sämtlicher Damen, da sie dem herunterrieselnden englischen Küstenregen schutzlos preisgegeben sind. Sie schicken Decken und Wein herunter, der zur Hebung der Stimmung wesentlich beiträgt. Wozu soll man auch noch den Engländern Gelegenheit geben, ihre Schadenfreude über das Geschick ihrer nunmehr Gefangenen zu vergrößern! Mein Freund und ich sind noch nicht aufgerufen. Ich habe Zeit genug, über das mir vielleicht bevorstehende Schicksal nachzudenken. Sollen meine Freunde, die mich schon in Afrika, auf den Kapverdischen Inseln und in Lissabon gewarnt haben, nun doch Recht behalten? Habe ich dazu alle diese Opfer gebracht, um in englischer Gefangenschaft tatenlos das Ende des Krieges abwarten zu müssen, ohne Gewißheit zu bekommen, wie es um Deutschland steht? Habe ich doch genug aus den portugiesischen Zeitungsberichten gelernt, um zu wissen, wie England seine Lügenberichte in die ganze Welt hinausposaunt!

Die Entscheidung muß in den nächsten Stunden fallen. Der Decksteward fordert zum Lunch auf. Es ist an gemeinsamer Tafel gedeckt, an deren Spitze unser Kapitän Platz nimmt, dann kommen die englischen Offiziere unter die Passagiere verteilt. Neben mir zur Rechten sitzt der mexikanische Minister, der seinem Ärger über die Fahrtverzögerung unverblümt Ausdruck gibt. Er spricht nur wenig englisch; ich komme bald in Gespräch mit einem der englischen Offiziere. Er interessiert sich sehr für meine Erfahrungen in Westafrika und erzählt, daß er auch lange dort gewesen sei. Er habe sich eine Waffensammlung mitgebracht und verspricht mir, sie zu zeigen. Er will mich morgen schon abholen. Auf Kosten des Holländischen Lloyds wird fleißig den Getränken zugesprochen. Man steht in guter Stimmung auf. Die Untersuchung geht weiter. Ich werde zuerst aufgerufen. „Where is your Passport? (wo ist Ihr Paß)“ fragt mich der Hauptmann. „I have not got one. And I do not know any Brazilian,

*) Siehe auch Nr. 10—18, 20, 22—24 im vorigen, Nr. 2—10 in diesem Jahrgang.

who goes on a voyage with a passport. My passport is my face and my language. (Ich habe keinen, und ich kenne keinen Brasilianer, der mit einem Paß auf Reisen geht. Mein Paß ist mein Gesicht und meine Sprache.)“ Alle lachen und der Hauptmann entläßt mich mit den Worten: It's alright, you can go off. (Es ist in Ordnung, Sie können gehen.) Nun werden alle zusammen hereingerufen. Die Herren haben keine Lust mehr zum Ausfragen. Es wird gefragt, ob noch ein Deutscher dabei ist. Da sich natürlich niemand meldet, sind die übrigen frei, darunter auch mein Freund Schwarz alias Sanchez. Am liebsten wäre ich in meiner Freude zu Schwarz hingelaufen, aber noch ist nicht alles gewonnen, und ein unbedachtes Wort kann viel verderben. Die schwerste Zeit steht mir nun noch bevor. Es wird bekanntgegeben, daß der Dampfer vorläufig in F. bleiben muß, da die englische Regierung von Holland Garantie verlangt, daß die Ladung, die hauptsächlich aus Kaffee und Kakao besteht, nicht nach Deutschland verkauft wird. Sonst müsse sie als Kriegs-Konterbande betrachtet werden. Den einwandfreien Angehörigen der neutralen Staaten und Alliierten wird erlaubt, an Land zu gehen, so oft sie wollen oder auf dem Landwege bis Dover zu fahren, falls sie schneller nach Hause kommen wollen. Da man nur mit einem oder zwei Tagen Aufenthalt rechnet, entschließen sich alle, mit der „Gelria“ weiterzufahren. Am nächsten Vormittag holte mich der englische Offizier ab, fährt mich in seinem kleinen Auto zu sich nach Hause, und ich verbringe einen recht anregenden Tag mit ihm. Wehe mir, wenn er wüßte, daß ich Deutscher bin. Aber die folgenden Tage werden mir zur Hölle. Allerdings komme ich nun ruhig mit Schwarz zusammen. Wir unterhalten uns offiziell nur spanisch. Wie oft geraten wir nun in eine peinliche Lage. So zum Beispiel beteiligten wir uns an einer Segelpartie, die die holländischen Seeoffiziere veranstalteten.

Dabei wird fast nur deutsch gesprochen. Die beiden jungen deutschen Damen aus der II. Klasse sind dabei, und wir müssen tun, als verständen wir kein Wort der Unterhaltung. Da muß man schon sehr auf der Hut sein, um sich nicht durch ein Lächeln bei einem Witz zu verraten. Die an Bord übrig gebliebene Gesellschaft ist nach einigen Tagen nicht mehr allzu groß. Eine belgische Familie ist abgefahren, der Rest blieb. Ich vertreibe mir die Zeit mit Schachspielen mit einem älteren Deutschen — die Deutschen über 45 Jahre hatte man durchgelassen — oder der mexikanische Minister erzählt mir von der Politik seines Landes oder die Portugiesin musiziert. Aber auf die Dauer wird das Leben an Bord unerträglich. Ich halte meine Rolle als Brasilianer, der kein Deutsch versteht, kaum mehr aus, denn es wird viel deutsch an Bord gesprochen. Einige Damen, Frauen von deutschen Beamten aus Deutsch-Südwest, waren auf der „Gertrud Woermann“ vom Krieg überrascht worden und fuhren mit dieser nach Rio de Janeiro. Von dort benutzten sie nun die „Gelria“ zur Heimfahrt. Aber diese sprechen nur deutsch. So ist der Kreis, mit dem ich mich unterhalten kann, ein eng be-

grenzter. Die Gesellschaft der Franzosen muß ich meiden, da sie mich unwissentlich zu leicht provozieren können. Es wird sogar verboten, Zeitungen an Bord zu bringen. Trotzdem wird andauernd über die Lage der Alliierten gesprochen. Durch irgend etwas muß ich wohl das Mißtrauen der Portugiesin erweckt haben, denn es kommt mir so vor, als traue sie mir nicht mehr ganz. So versuchte sie einmal, mich auf die Probe zu stellen, indem sie mich plötzlich, während wir uns mit einem Franzosen unterhalten, auf französisch fragt, wie dieser Vogel, der da fliegt, in unserer Muttersprache heiße, sie spreche jetzt so viele Sprachen durcheinander, daß sie noch ihre eigene verlöre. Es ist eine Möwe, und da ich die portugiesische Bezeichnung dafür weiß, gelingt's ihr natürlich nicht, mich auf diese Weise hineinzulegen.

Es vergeht ein Tag nach dem andern, und noch immer bekommt der Dampfer nicht die Erlaubnis zur Ausfahrt. Ich werde täglich nervöser. Endlich nach 12 Tagen ist alles erledigt, und der Dampfer lichtet die Anker. Nocheinmal wird er vor Ramsgate einige Stunden angehalten. Man erzählt sich, daß unser Kapitän ziemlich grob geworden sein soll. Am 1. Oktober fahren wir endlich im Kanal von Ymuiden ein. Als die Zollbeamten an Bord kommen, da erst wage ich, mein Pseudonym fallen zu lassen. Ist es zu verwundern, daß die Deutschen mir keinen Glauben schenken wollen, trotzdem ich ihnen nun meine Papiere zeige? Mein einwandfreies Deutsch kann sie nicht zur Überzeugung bringen, da ja meine Kenntnisse im Portugiesischen auch die Muttersprache bezeugt hatten. Nur die Bestätigung meines Freundes Schwarz, der nun wieder als blonder Germanentyp erscheint, belehrt sie eines Besseren. Nur in Gegenwart der Portugiesin bitte ich jedoch noch, die Rolle des Brasilianers weiter zu spielen, da sie mir erzählt hatte, daß sie nach Leipzig fahren will, um die portugiesischen Gegenstände der Buchdruckkunst-Ausstellung abzuholen. Dieses Vorhaben wird ihr aber nicht gelingen. In Amsterdam ging ich sofort zur deutschen Gesandtschaft, erzählte die Vorgänge an Bord und hoffe, daß dadurch die Festnahme der Portugiesin beim Überschreiten der Grenze in Bentheim veranlaßt worden ist.

Von Amsterdam fuhr ich direkt nach Hamburg. Groß war mein Erstaunen, in Hamburg äußerlich vom Kriege nichts zu merken. Wohl waren die ausländischen Bezeichnungen und Namen von den Schildern verschwunden, aber der lebhafte Verkehr auf den Straßen hatte an nichts eingebüßt. Das Straßenbild war durch die Uniformen nur bunter geworden. Ich hatte aus den englischen Zeitungen die Meinung bekommen, daß Hamburg wie auch alle anderen Städte fast ausgestorben wären. Um so freudiger war ich überrascht, mich vom Gegenteil überzeugen zu können. Den ersten Begriff von den Schrecken des Krieges hatte ich schon auf der Reise von Bentheim nach Hamburg im D-Zug bekommen, der von Verwundeten überfüllt war. Ich erledigte in einem Tage die notwendigsten geschäftlichen Angelegenheiten und trat am 4. Oktober im Infanterie-Regiment 76 als Kriegsfreiwilliger ein.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Österreich.

Die am 24. April im österreichischen Anteile Tirols abgehaltene Volksabstimmung über den Anschluß an das Deutsche Reich hat eine überwältigende Mehrheit für den Anschluß ergeben. Mehr als 98 % der wahlberechtigten Bevölkerung hat sich dafür ausgesprochen und wenn dies zunächst auch nur ein

Bekenntnis zu einem Wunsche ist, so hat es doch das volle Gewicht eines Plebiszites, dem nur leider die Möglichkeit fehlt, sich praktisch durchzusetzen. Das tiroler Volk aber hat unmißverständlich dargetan, daß es sich nicht mehr mit der Rolle des Auslanddeutschtums begnügen, sondern auch dem staatlichen Verbands der großen Mehrheit des deutschen Volkes angehören will. Die ungeheure Begeisterung, die das Ergebnis in ganz Deutschösterreich entfacht hat, muß man miterlebt haben

um die Bedeutung des Ereignisses richtig einschätzen zu können. Das rein akademische Verbot der Abstimmung, das die Bundesregierung in Wien — dem Zwang gehorchend, nicht dem eignen Triebe — hat ergehen lassen, hat in Tirol bekanntlich keinerlei Beachtung gefunden. Dies ist nach zwei Richtungen bedeutsam. Erstens zeigt es, daß die nationale Stimmung dort bereits eine Stärke erreicht hat, die mit bloßen formalen Verboten nicht mehr eingedämmt werden kann; zweitens läßt es erkennen, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen den einzelnen Teilen des jungen österreichischen Bundesstaates weit schwächer ist als dasjenige, das heute die Mehrheit der Einwohner nach dem Deutschen Reiche zieht. Das hinreißende Beispiel, das Tirol gegeben hat, wird im Mai in Salzburg Nachahmung finden und auch hier wird das gleichfalls erlassene Verbot der Bundesregierung ebensowenig Beachtung finden. Aber auch Oberösterreich hat bereits seinen Volksabstimmungsantrag im Landtage gehabt und auch dort hat er Annahme gefunden, nur ist noch keine Frist für seine Durchführung festgesetzt. Man wartet eben erst ab, wie die Sache in Salzburg verläuft — was übrigens nicht zweifelhaft sein kann —, um dann ebenfalls denselben Weg zu gehen. So vollzieht sich der Siegeszug des Anschlußgedankens von Westen nach Osten. Auch Niederösterreich, Steiermark und Kärnten werden schließlich ihre Volksabstimmung haben. Und wenn man auch damit rechnen muß, daß in Wien, wo noch allzu viele altösterreichische Überlieferungen und Interessen lebendig sind, die Mehrheit lange nicht so bedeutend sein wird, wie in den westlicheren Ländern, so kann man doch mit aller Bestimmtheit sagen, auch Wien wird seine volle Mehrheit aufbringen. Wie groß die Anschlußbewegung ist, konnte man kürzlich bei der Vortragsreihe sehen, die von reichsdeutschen führenden Politikern gehalten wurden, und deren Zweck es war, im Sinne der Anschlußidee aufklärend zu wirken. Neben dem Angehörigen der U. S. P., Breitscheid, sprach dabei der Zentrums- mann Pfeiffer, dessen Zuhörerschaft weit überwiegend aus Christsozialen bestand, die seine Ausführungen mit Jubel begrüßten. Man macht sich heute sicherlich keiner Übertreibung schuldig, wenn man sagt, daß die Zahl der Anschlußgegner in Österreich einflußlos und gering ist. Im Nationalrate wagen es die Anhänger dieser Richtung überhaupt nicht mehr, irgendwie schroff gegen den Anschluß aufzutreten. So ist der Gedanke der Heimkehr zum Deutschen Reiche heute Gemeingut aller überhaupt politisch Interessierten in Österreich, dessen gewaltsame Durchsetzung freilich unmöglich ist. Aber genau so wie sich der Einheitstraum der Italiener allen Widerständen zum Trotz glänzend erfüllt hat, ist auch unser natürliches und innerlich berechtigtes Streben unaufhaltsam. Das hat die Abstimmung in Tirol hinlänglich dargetan.

B. I.

Tirol.

Die Überzeugung, daß Österreich in der ihm durch den Vertrag von St. Germain gegebenen Form nicht lebensfähig ist, wird durch die kümmerliche Existenz, die das diplomatische Kunstprodukt führt, von Tag zu Tag fühlbarer bewiesen. Daß man innerhalb des Landes selbst am sehnlichsten nach Abhilfe suchte, kann nicht wundernehmen. Der größte Teil der Bevölkerung Österreichs erhofft sie vom Anschluß an das Deutsche Reich. Das gilt besonders von Tirol, das nach der Amputation seiner südlichen Gebiete nach Form und Grenzführung nur im Verband mit Bayern gesunden kann. Dieser Erkenntnis sollte die Volksabstimmung vom 24. April Ausdruck geben, die vom Tiroler Landtag am 25. Februar beschlossen, durch einen von der Landesregierung gezeichneten Erlaß mit den notwendigen Ausführungsbestimmungen bekanntgegeben und mit eindrucks-

vollen Kundgebungen überall im Lande vorbereitet worden war. Sie sollte das Verlangen nach dem Rechte der Selbstbestimmung den Unterdrückten deutlich zum Bewußtsein bringen, ihr Anschlußverbot moralisch ins Unrecht setzen. Das ist restlos gelungen. Nach dem amtlichen Ergebnis zählten von 134 318 in Nord- und Osttirol abgegebenen Stimmen 132 296 (= 98,5 %) für, 1722 gegen den Anschluß ans Reich (300 waren leer und ungültig).

Überall in Deutschösterreich, nicht zuletzt in Wien selbst, ist das Ergebnis begeistert gefeiert worden. Die Regierung in Wien wird von der Tiroler Landesregierung aufgefordert werden, es dem Völkerbunde zur Kenntnis zu bringen und die Erfüllung des Volkswillens durch Aufhebung des Anschlußverbotes zu beantragen. Was davon zu erwarten ist, muß die Zukunft lehren. Die französische Presse hat ihren ablehnenden Standpunkt oft genug schroff betont. Die vorliegende Tatsache suchte sie zunächst mit spöttischen Redensarten über „die Abstimmungskomödie in Tirol“ abzutun. England begnügt sich mit der Feststellung einer Selbstverständlichkeit: die Abstimmung verändere die Lage nicht, da die Unabhängigkeit Österreichs durch Art. 88 des Vertrags von St. Germain festgelegt sei und ohne Zustimmung des Völkerbundsrates nicht aufgehoben werden könne.

Der Volksabstimmung in Tirol hat in der Reichstags-sitzung vom 25. April Präsident Löbe einige herzliche Worte gewidmet, die zweifellos dem Gefühl des ganzen deutschen Volkes entsprechen. Er sagte:

„Meine Damen und Herren! In diesen trüben Tagen, wo die allerschwerste Sorge um unser Land uns bedrückt, hat ein deutscher Volksstamm weit im Süden ein überwältigendes Zeugnis von Zuversicht und Vertrauen für die deutsche Zukunft abgelegt. Wir danken den wackeren Tirolern für diese Kundgebung für die Zusammengehörigkeit, die in unseren Herzen einen Widerhall findet, und die in der Begeisterung und in dem Mut, mit dem sie unternommen worden ist, uns und sie in gleicher Weise stärkt und erhebt.

Meine Damen und Herren! Wie tief die Niederungen auch sein mögen, durch die das Schicksal unser Volk noch führt, Tage, wie der gestrige in Tirol, weisen wie ein Lichtschein aus dunklem Gewölke auf eine bessere Zukunft hin. Die Hoffnung auf diese bessere Zukunft bleibt uns, solange wir uns nicht selbst aufgeben; und in dieser Hoffnung senden wir unsern Gruß nach dem Lande Andreas Hofers, in dessen Kundgebung wir ein erstes leuchtendes Wahrzeichen für das freie Volksbegehren der Deutschen Österreichs erblicken. In die Hand, die uns das Alpenland entgegenstreckt, schlagen wir freudig ein.“

Ungarn.

Wie Wiener Blätter kürzlich zu melden wußten, ist die Ratifikation des Friedens von Trianon in der französischen Kammer auf den 15. Mai verschoben worden, weil man erst noch gewisse Erklärungen der französischen Regierung abwarten will. Es handelt sich dabei unter anderem auch darum, daß Sicherheiten dafür geschaffen werden, daß die territorialen Bestimmungen des Friedens nicht durch Sonderverhandlungen Ungarns mit seinen Nachbarn umgangen werden. Dies besagt nichts anderes, als daß Deutschwestungarn unter allen Umständen an Österreich abgetreten werden muß. Diese plötzliche Liebe zu Österreich, die bisher der französischen Politik recht ferne gelegen war, erklärt sich aus dem Fehlschlagen des bekannten Osterabenteuers des Exkaisers Karl, das die Nachfolgestaaten, die sich der besonderen Gunst Frankreichs erfreuen, einigermaßen kopfscheu gemacht hat. Um diese zu beruhigen, läßt man nicht

nur den früheren Herrscher Österreich-Ungarns fallen, sondern vernichtet auch die magyarischen Hoffnungen. Denn jenseits der Leitha lebte immer noch der Glaube, daß es gelingen werde, durch besondere Abmachungen mit Österreich um die im Frieden festgesetzte Abtretung Deutschwestungarns herumzukommen. Nun fordert aber die Tschechoslowakei ausdrücklich die Abtretung, natürlich nicht aus Vorliebe für Deutschösterreich, sondern, weil ihr an der Schwächung Ungarns gelegen ist. Daß dem so ist, geht schon daraus hervor, daß man in Prag und in Belgrad gleichzeitig auch die Einrichtung des famosen tschechisch-südslawischen Korridors verlangt, der mitten durch Westungarn hindurch geführt werden müßte. Weder für Österreich, noch für die westungarischen Deutschen ergeben sich also aus dieser Lage erfreuliche Aussichten. So wünschenswert der Anschluß Deutschwestungarns wäre und so sehr auch die Mehrheit des künftigen Burgenlandes selbst ihn ersehnt, so mißlich sind die Umstände, unter denen er sich nun vollziehen soll. In Ungarn haben die Absichten Frankreichs leidenschaftliche Erregung bewirkt und man geht daran, der etwaigen Durchführung des Friedens von Trianon, soweit dabel Westungarn in Mitleidenschaft gezogen wird, sogar mit Gewalt zu begegnen. So wurden die Verhandlungen mit Österreich abgebrochen und unter Patronanz der Budapester Regierung in Westungarn Einwohnerwehren errichtet, die den Zweck haben, der Einführung der österreichischen Regierung mit Waffengewalt entgegenzutreten. Dann soll Westungarn eine Art Autonomie erhalten und neuerlich dort durchgeführte Wahlen zur Nationalversammlung sollen den Willen der Bevölkerung, bei Ungarn zu bleiben, dartun. Damit ist die österreichische Regierung in die größte Verlegenheit versetzt, da sie natürlich nicht in der Lage ist, den Anschluß ihrerseits gewaltsam zu erzwingen. Freilich wird auch in Ungarn sehr bald die Einsicht dämmern, daß man die eigenen Kräfte überschätzt hat, wenn man meint, dem ernsthaften Willen der Entente Widerstand leisten zu können. Aber dies alles berührt mehr die große Politik. Weit beklagenswerter ist es, daß das westungarische Deutschtum nun in die Lage des hilflosen Opfers der hohen Politik gedrängt wird und nach keiner Seite imstande sein wird, seinen wahren Willen zu offenbaren. Der bereits in greifbare Nähe gerückte Anschluß Deutschwestungarns an Österreich ist wiederum ins Ungewisse verschoben und die deutschen Einwohner des strittigen Gebietes wissen weniger denn je, wohin sie eigentlich gehören, ja, sie stehen in Gefahr, daß ihr blühendes Land der Schauplatz ernsthafter und für sie selbst unter allen Umständen verhängnisvoller Kämpfe werden kann, denn bei anhaltender Widerspenstigkeit Ungarns muß mit einem Einmarsche tschechischer und südslawischer Truppen gerechnet werden. Was dies in nationaler Hinsicht für das westungarische Deutschtum zu bedeuten hätte, liegt auf der Hand. Da angesichts der Vorgänge in der französischen Kammer an ein Zurückweichen der Entente heute nicht mehr gedacht werden kann, wäre das Nachgeben Ungarns und die rascheste Übergabe Deutschwestungarns an Österreich der einzige Ausweg, der die Erhaltung des dort wohnenden Deutschtums ermöglichte. Daß in Ungarn die Einsicht zu dämmern beginnt, daß die bisherige Nationalitätenpolitik auf die Dauer unhaltbar ist, ergibt sich daraus, daß der eben aus dem Amte geschiedene Unterrichtsminister Haller bei seiner Abschiedsaudienz den Reichsverweser Horthy beschwor, die auf dem Papier längst fertigen neuen Bestimmungen über die Rechte der Muttersprache in Schule und Amt mit eiserner Strenge zur Durchführung zu bringen. Er tat dies freilich weniger aus sachlichen Gründen, wohl aber aus der Einsicht, daß gerade die Wünsche der Magyaren nach Wieder-

herstellung der Integrität des Stefansreiches es als unerläßlich erscheinen lassen, daß sich alle Bürger des Landes ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit innerhalb der ungarischen Grenzen zufrieden fühlen. Wird erst einmal dieser vernünftige Grundsatz anerkannt, so werden damit alle Klagen der nichtmagyarischen Einwohner von selbst verstummen. B. I.

Tschechoslowakei.

Eine heftige Fehde ist in der Tschechoslowakei ausgebrochen. Präsident Masaryk hatte auch die deutschen Abgeordneten zu einem Empfang geladen, der deutsche parlamentarische Verband beschloß die Einladung für seine Mitglieder abzulehnen. Darob ist man auch unter den Deutschen nun verschiedener Meinung, die einen erklären den Schritt für richtig und lehnen jede Verhandlung ab, die anderen meinen, man hätte das gerade dem Präsidenten aus Anlaß des Empfangs ja mündlich sagen und noch viel beweiskräftiger als nur durch Opposition und in der Presse vorbringen können. Aus der ganzen Debatte geht hervor, mit welcher Mutlosigkeit das Deutschtum in der Tschechoslowakei einer Verständigungsaktion gegenüber steht, nachdem unzählige Versuche, das Deutschtum zur Geltung zu bringen gescheitert sind. Man sieht eben nur in der allerschärfsten Opposition das Heil. In der ersten Nationalversammlung saß bekanntlich bei der terroristischen Politik der national-chauvinistischen Machthaber keine Deutschen und deren erste Forderung nach ihrem Eintritt in das legale Parlament, nämlich die sofortige Aufhebung aller von jener ersten Versammlung in Anwesenheit der Deutschen gegen die Deutschen verfaßten Gesetze und Verordnungen wurde abgelehnt. Daher rührt die wesentliche Verstimmung der Deutschen. In der Sache ist das Deutschtum geschlossen und einig, über die Taktik, ob man zu dem Präsidenten hätte gehen sollen, oder ob der gesellschaftliche Boykott das Richtige ist, ist man sich jedoch sehr uneinig.

Rumänien.

Im Senat kam die siebenbürgische Agrarreform zur Diskussion, über deren Grundlage unsere Leser durch unsere Ausführung auf Seite 269 dieser Blätter unterrichtet sind, am 19. April in deutscher Sprache. Zweifellos wird der Gesetzentwurf im Senat Annahmefinden. Die deutsche parlamentarische Gruppe hat mit Rücksicht darauf, daß hinter den Kulissen zwischen den Parteien Verhandlungen gepflogen werden, die noch manche Veränderungen und Verbesserung des Gesetzentwurfs erhoffen lassen, nur eine kurze Erklärung abgegeben. Senator Dr. Polony erklärte in ihrem Namen, die Deutschen Großrumäniens seien keine Gegner einer gesunden Bodenreform, verschlossen sich nicht der Notwendigkeit solcher Reform in Siebenbürgen und im Banat und wünschten rasche Regelung dieser Frage, um aller Agitation vorzubeugen. Dem vorliegenden Gesetzentwurf aber könnten sie nicht zustimmen, sie müßten vor allem Wahrung der Rechtskontinuität verlangen, Festsetzung des Ausmaßes der Enteignung in einem maßvollen und vernünftigen Umfang, Wahrung der Unverletzlichkeit des Privateigentums und volle Entschädigung für den enteigneten Grund und Boden, Belassung des nötigen Grundbesitzes für die Kultureinrichtungen und kulturellen Gestalten. Die Deutschen verlangten mit allem Nachdruck, daß keine Bestimmungen ins Gesetz kämen, die die Minderheiten schlechter stellten als die altrumänischen Gebiete, und daß die Durchführung des Gesetzes in gerechter Weise erfolge. Der Redner stellte fest, daß die Sachsen nur einige wenige Grundbesitzer über 500 Joch und nur 17 Besitzer über 200 Joch haben, daß der Durchschnittsbesitz 8 Joch, und wenn man die Landwirtschaft treibenden Grundbesitzer allein in Betracht zieht, 10½ Joch ausmache. Der Redner fand mit seinen maßvollen

aber doch starken und das Selbstbewußtsein der dem Staate treu dienenden Siebenbürger Sachsen glücklich währenden Ausführungen vielen Beifall.

Temesvar hat einen neuen Oberbürgermeister erhalten. Der frühere Herr war ein rumänisch-nationalistischer Chauvinist reinsten Wassers. Der Nachfolger hat einer Abordnung der Bürgerschaft gegenüber immerhin freiheitlichere Gedanken geäußert. Er werde sich nicht um Parteien und ihre Politik kümmern, werde sich nicht nur als Bürger, sondern auch als Arbeiter fühlen, werde im städtischen Leben den weitgehendsten Liberalismus hinsichtlich der Sprachenbenutzung üben. Er habe schon eine Verordnung erlassen, wonach jeder Bürger in jedem städtischen Amte in Wort und Schrift seine Muttersprache benutzen könne und möglichst auch die Antwort in dieser Sprache erhalten solle. Auch das von den Deutschen der Stadt sehnlichst erwartete deutsche Theater wird infolge der Vermittlung des neuen Bürgermeisters demnächst Wahrheit werden.

Eine merkwürdige Ministerialverordnung war seit dem 1. April in Siebenbürgen, diesem Teile Neumäniens, mit der deutschen Sprache der Siebenbürger Sachsen in Kraft getreten. Auf Grund einer geheimnisvollen Ministerial-Verordnung 3226/1919 erhob man vom Brutto-Reingewinn aller Veranstaltungen in „fremder Sprache“, also von Konzerten, Opern, Operetten, eine besondere Steuer von 12 Prozent. In seiner Kammerrede vom 11. April kam der deutsche Abgeordnete Dr. Roth auf diese Dinge zu sprechen und intervenierte dann noch persönlich beim Minister für Kultus und schöne Künste, der sich zur sofortigen Herausgabe einer neuen Ministerialverordnung bereit erklärte, die die „neue“ Verordnung vom 1. April wieder außer Kraft setzte.

Polen.

Wie die Bromberger „Deutsche Rundschau“ erfährt, haben sich die beiden in Polen bestehenden deutschen Organisationen, „Deutsche Vereinigung“ und „Deutsche Zentral-Arbeitsgemeinschaft“ verschmolzen. Die neue Einheitsorganisation soll die Bezeichnung „Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitsrechte“ führen. Vom 1. Juli ab wird die Vereinigung die Zeitschrift „Der Deutsche in Polen“ wöchentlich herausgeben. Ein Teil der Arbeitsgemeinschaft hat allerdings die Verschmelzung noch nicht mitgemacht, doch hofft man auch auf deren Anschluß.

Ein deutscher Kulturbund soll in Polen begründet werden, für den schon seit 2 Jahren die deutsche Zeitung, die „Lodzer Freie Presse“ eintritt. Anfangs Mai fand eine Besprechung statt, an der Vertreter der Lodzer deutschen Vereine und der Deutschen Gesellschaft, wie auch der Presse teilnahmen und die zu einer regen Aussprache führten. Es wurde angeregt, Schul- und Bildungsverein entsprechend umzugestalten, man will in der Generalversammlung dieses deutschen Vereins demnächst über die Frage weiter beraten.

Polen.

Unter der Überschrift Spionitis patriotica berichtet die „Lodzer Freie Presse“ von zwei Fällen, die in Polen und darüber hinaus Aufsehen erregt haben. Der Major Gräbe, Hauptgeschäftsführer der deutschen Vereinigung in Bromberg, ist, wie wir berichtet haben, aus der sechsmonatlichen Untersuchungshaft entlassen worden, und zwar auf Grund eines am 12. Februar 1921 geschlossenen Amnestie-Abkommens zwischen Deutschland und Polen, nach welchem die Bestrafung aller vor dem 1. Dezember 1920 begangenen Verbrechen in militärischer, politischer oder nationaler Beziehung gegenseitig unterbleiben soll. Immerhin ist das Abkommen beiderseits noch nicht ratifiziert, die Haftentlassung auf Grund des bereits als gültig angenommenen

Abkommens ist also merkwürdig genug. Zugleich aber meldet eine halbamtliche polnische Mitteilung, daß das Strafverfahren gegen Gräbe und Genossen weitergeführt werde, bis das Abkommen Rechtskraft erhalten werde, weil es im öffentlichen Interesse liege, daß die „verbrecherischen Handlungen“ der Angeklagten voll aufgeklärt würden. Merkwürdig, höchst merkwürdig! Gräbe hat Monate hindurch nicht aufgehört zu verlangen, daß er alsbald vor seinen ordentlichen Richter gestellt werde und jetzt wird er entlassen, obgleich man ihn weiterhin verbrecherischer Handlungen beschuldigt!! Das schönste an der Sache ist, daß in diesem Falle der Staatsanwalt selbst den Haftentlassungsantrag beim Untersuchungsrichter stellte! Ernster ist aber der zweite Fall. Ein angesehener Bürger in Pabianice, Eduard Hamann wurde im Jahre 1920 vom Gericht in Czenstochau zum Tode verurteilt, weil er zugunsten Deutschlands Spionage getrieben habe. Als Beweis dienten einige Karten, die man bei einem Dritten gefunden hatte und in denen Truppenzahlen, Stellungen usw. eingetragen waren. Hamann beschwor, die Karten stammten nicht von ihm, er habe sie nicht geschrieben, habe niemals Spionage getrieben, habe drei Söhne im polnischen Heere stehen. Auf Grund der Aussagen Czenstochauer Handschriftenkundiger wurde er verurteilt. Jetzt nach 1½ Jahren Gefängnis, die seine Gesundheit völlig zerrütteten, erklärten die Sachverständigen des Ministeriums für Volksaufklärung das Urteil ihrer Czenstochauer Kollegen für unrichtig und das Warschauer Berufungsgericht sprach den Unschuldigen frei. Die maßgebendsten Bürger der Stadt Pabianice, mit dem Bürgermeister an der Spitze, legten für den edlen und loyalen Charakter ihres Mitbürgers Hamann Zeugnis ab!

Litauen.

In der „Litauischen Rundschau“ erläßt der vorläufige Zentralausschuß der Deutschen Litauens einen Aufruf zu einer außerordentlichen Deutschenspende an die Deutschen Litauens. Der Aufruf tadelt zunächst in scharfen Worten die bisherige Passivität der Deutschen, die in ihrer Versammlung vom 11. April 1920 in Kowno sich in aufdämmender Erkenntnis von Wesen und Bedeutung der neuen Freiheit eine Volksorganisation geschaffen hätten. Trotzdem hätten die Deutschen in ihrer Gesamtheit weder Mitarbeiter zum großen Werke gestellt, noch sich mit Geldspenden beteiligt. Noch sei das Gebäude nicht einmal in seinen Grundmauern errichtet. Nur der Eckpfeiler Kowno mit Wilkowschki und Schaulen stehe fest und habe mit seinen 7555 Wahlstimmen bewiesen, daß er gut gegründet sei. Jedes Haus aber müsse vier Eckpfeiler haben. Hätten die andern Deutschen ihre Pflicht erfüllt, so besäße das Deutschum längst einen besonderen Beamtenvisitator im Kultministerium, der die Aufgabe hätte, für die deutschen Schulen zu sorgen. Dann würde es nicht vorgekommen sein, daß die Kinder in den Schulen nur Litauisch sprechen dürften, daß deutsche Kinder aus einem von ihren Eltern und den Gemeindemitgliedern gebauten Hause hätten vertrieben werden können, daß deutsche Kinder ihre deutsche Sprache verlernten. „Wenn diejenigen deutschen Väter und Mütter, die für ihre deutsche Muttersprache Achtung, Herz und Liebe haben, in diesen ihren heiligsten Gefühlen schmerzhaft verwundet werden, so seid ihr daran schuld, ihr faulen, gewissenlosen Deutschen, die ihr schlaft und verlangt, daß andere für euch arbeiten sollen, für euch bezahlen sollen! Ihr seid Verräter am Deutschum.“ Es wird nun eine außerordentliche Deutschenspende zum Himmelfahrtstage ausgeschrieben, jeder, der nicht bereits Mitglied des Vereins „Partei der Deutschen Litauens“ sei, solle eine namhafte Geldspende zahlen, die Namen der Spender und die Beträge würden öffentlich bekannt gemacht. Die 2 Millionen Litauer hätten für

ihr Landesverteidigungskomitee, als der Feind im Land stand, 2 Millionen Mark aufgebracht, die 66 000 Deutschen Litauens müßten auch jetzt mindestens 66 000 Mark aufbringen.

Die „Litauische Rundschau“ setzt die Veröffentlichung der Reden des litauisch-deutschen Abgeordneten von Büchler im litauischen Sejm fort. Am 3. März verlangte er bei der Beratung des Etats des Kultus-Ministeriums die Anstellung eines deutschen Schul-Visitators, der sich besonders der Aufgabe der Hebung des deutschen Schulwesens zuwenden sollte. Die Regierung ließ entgegen, es gebe nur einen Visitator für die jüdischen Schulen und zwei für alle andern. Der Visitator für die jüdische Schule sei aus technischen Gründen nötig. 67 jüdische Schulen mit 161 Lehrern bedürften eben einer jüdisch sprechenden Oberaufsichtsperson. Dagegen gebe es nur 25 deutsche Schulen, die zudem noch oft von litauischen Kindern besucht würden. Die Instruktionen des Kultusministeriums verstünden zudem die deutsche Sprache zumeist. Auch der litauische Visitator Kuodaitis verstehe die deutsche Sprache gut genug, um die deutschen Schulen besuchen zu können. Der Abgeordnete entgegnete, nicht die Tatsache, daß einige litauische Kinder, die evangelisch seien, in die deutsche Schule gingen, soll das Trennungsmoment sein, sondern in die deutsche Schule sollten nur deutsche Schüler, litauische Kinder sollten litauisch in ihrer Schule unterrichtet werden können. Die Deutschen verlangten den deutschen Visitator aus Gründen des Minderheitenrechts. Mit der Ernennung des Herrn Kuodaitis zum Visitator für die deutschen Schulen werde das Deutschtum durchaus zufrieden sein. Es liege vieles im Argen. Im Kreise Mariampol z. B. mit seinen 5—6000 deutschen Einwohnern, also mit annähernd 1000 deutschen Kindern, gebe es keine einzige deutsche Schule. Der Regierungsvertreter erwiderte, man könne doch auch nicht für die Polen, Weißrussen und Russen besondere Visitatoren anstellen. So viel Visitatoren, als es Volksminderheiten gebe, könne man nicht einführen. Der Antrag des deutschen Abgeordneten wurde jedoch mit 38 gegen 7 Stimmen angenommen.

Lettland.

Am 28. April behandelte die Verfassungskommission des lettländischen Parlaments die Frage der nationalen Autonomie der Minderheiten. Eine Unterkommission hatte den von dem jüdischen Vertreter eingereichten Entwurf angenommen, hatte ihn jedoch in zweiter Lesung, wie die „Rigaische Rundschau“ meldet, auf Betreiben des jüdischen Bundes, teils abgeschwächt, teils ergänzt. In der Besprechung wurde verlangt, genau zu umgrenzen, welche Nationen das Recht der nationalen Autonomie haben sollten. Der Abgeordnete Trassun wünschte Aufklärung über die Stellung der Minoritäten zum Staate und wandte sich gegen die Autonomie für die Juden, die gar keine Nation seien. Der deutsche Abgeordnete Dr. Schiemann betonte, die Deutschen gäben den lettischen Charakter des Staates durchaus zu, forderten aber in logischer Konsequenz, daß sie für die Pflege ihrer Kultur selbst herangezogen würden und dann auch entsprechend ihrer Steuerleistung an den Kulturausgaben teil hätten. Ein anderer Abgeordneter brachte die Frage der Polen in Lettgallen zur Sprache und betonte, die Juden seien in Kurland mehr deutsch, in Riga aber mehr russisch gerichtet. Der Vertreter des jüdischen Bundes entgegnete, die Juden hätten leider noch nicht genügend Geldmittel, um überall eigene Schulen zu gründen und müßten deshalb diejenigen fremden Schulen wählen, die zur Verfügung ständen. Der Vertreter des Bauernbundes hatte Bedenken gegen den vorgebrachten Vorschlag der Selbstbesteuerung der nationalen Minoritäten, die zum Austritt vieler Anhänger der Minoritäten aus finanziellen Gründen führen

werde. Die Vertreterin des lettgallischen Bauernbundes wandte sich überhaupt gegen den Gesetzentwurf über die Minoritäten. Dr. Schiemann charakterisierte den Widerstand fast aller lettischen Parteien gegen die Forderungen der Minoritäten. Eine Berufung auf die Verfassung des Westens sei unmöglich. Die Letten wollten doch selbst die Deutschen nicht wohl so behandeln, wie die Deutschen früher die Polen, oder die Russen die Deutschen und die Letten behandelt hatten. Sie würden sich dadurch gegen den Geist der Zeit versündigen, der den Letten selbst erst das Selbstbestimmungsrecht gegeben habe. Das Selbstbesteuerungsrecht sei nicht zu entbehren, ebensowenig aber eine gesetzliche Vertretung der deutschen Volksgemeinschaft, um z. B. die 2 Millionen Rubel aus der deutschen Schulsammlung zweckentsprechend zu verteilen. Die Deutschen erhielten entsprechend ihrer Volkszahl nur 3,8 Prozent aller Mittelschulausgaben für sich, damit reichten sie natürlich bei weitem nicht für ihre Schulen. Fortwährend das Defizit aus Kollekten zu decken, gehe doch nicht an. Also sei die Besteuerung dringlich. Eine eigene Hochschule erstrebten die Deutschen gar nicht, sie wollten aber endlich wissen, woran sie seien. Der Letzte Galit meinte, die Deutschen die so lange den lettischen Staat bekämpft hätten, sollten sich nicht wundern, wenn er ihnen nun nicht mit Windeseile entgegenkomme. Der christlich-nationale Purgal sprach versöhnliche und entkräftete die Befürchtungen wegen der Selbstbesteuerung. Der Sozialist Dr. Mender erklärte, daß von einer Feindseligkeit seiner Partei gegen die deutsche oder russische Kultur keine Rede sein könne. Er schlage vor, in der Verfassung den Minoritäten die nationale Autonomie mit ihren Hauptsätzen zu garantieren und in der Konstituante den Antrag zu stellen, eine neue, oder die bereits bestehende Kommission mit der Ausarbeitung eines ausführlichen Gesetzes über die nationale Autonomie der Minderheiten zu betrauen. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Minderheiten und des Abg. Purgal wurde darauf der Antrag Mender mit einer Stimme Mehrheit angenommen, während die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen sich der Abstimmung enthielten.

Estland.

In Hapsal mußten neue Stadtverordnetenwahlen stattfinden, da die Februarwahlen wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten kassiert worden waren. Es setzte eine sehr lebhaft Agitation gegen die Deutschen dabei ein. Doch ergaben die jetzt abgeschlossenen Wahlen statt 443 nunmehr 506 Stimmen, also sogar noch eine Steigerung, die den Deutschen gestattet, ihr 8 Mandate sicher zu halten. Sie bleiben damit die stärkste Fraktion auf dem Rathaus.

Schweden.

Der „Tägl. Korr.“ zufolge hat die schwedische oberste Schulbehörde ihre Entscheidung dahin getroffen, daß die fremdländischen Sprachen in der Reihenfolge deutsch – englisch – französisch zu lehren seien. Einflußreiche Kreise hatten versucht, die deutsche Sprache zu verdrängen, das Gutachten fällt aber aus, daß die Versuche mit andern Sprachen keineswegs günstig ausgefallen seien. Die deutsche Sprache überragt an Kulturwert die übrigen wesentlich.

Chile.

Für die Notleidenden in Deutschland wurden gelegentlich eines Vortrags des deutschen Generalkonsuls Dr. Dieckhoff im Verein „Germania“ in Iquique 81000 Mark gesammelt, die nach Deutschland überwiesen worden sind.

Kuba.

In der bisher dem Deutschtum wenig freundlich gesinnten Republik Kuba wurde eine Sammlung für die deutschen Kinder veranstaltet, die mehr als eine Million Mark ergab, von denen ein kleiner Teil auch für deutsch-österreichische Kinder Verwendung finden soll.

KLEINE NACHRICHTEN

Ein deutsch-amerikanischer Wohltäter. Herr Dr. Hugo Lieber, von dem unsere Leser wissen, daß er im vorigen Jahre in Deutschland weilte, um hier das Central Relief Committee zu vertreten und persönliche Eindrücke zu sammeln, ist jetzt von seinem Posten als Vorsitzender des „Hilfswerks“ aus Gesundheitsrücksichten und wegen seiner Überbürdung mit geschäftlichen Aufgaben zurückgetreten. Ihm, dem Begründer der vielen Mittelstandshilfsstellen in Deutschland, dem eifrigen Unterstützer der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft, galt ein ehrender Beschluß, den das Exekutiv-Komitee jenes Hilfswerks bei seinem Rücktritt faßte und in dem man dem verdienten Leiter, der mit dem Aufgebot seiner ganzen großen Energie am Werke war und Großes leistete, wärmsten Dank und Anerkennung „für die geleisteten treuen, unermüdlichen und erfolgreichen Dienste zur Förderung der Komitee-Arbeiten“ ausspricht. Auch in Deutschland werden sich viele Tausende dieser Ehrung und Würdigung gern anschließen.

Direktor Dr. Gaster, der bekannte frühere Direktor der Deutschen Schule in Antwerpen, ist zum Studiendirektor des Französischen Gymnasiums in Berlin berufen worden, also an die älteste staatliche Anstalt Berlins, die seinerzeit für die aus Frankreich vertriebenen Hugenotten vom Großen Kurfürsten begründet worden ist. Er ist gleichzeitig vom Reichsministerium des Innern in den aus 5 früheren höheren Beamten bestehenden Gutachterausschuß für das deutsche Auslandsschulwesen berufen worden. Sein Abschied von Cammin, wo er zwei Jahre lang in der Zwischenzeit Direktor war, wurde festlich begangen. Der Verein der früheren Schüler und Schülerinnen der deutschen Schule zu Antwerpen widmet seinem verehrten Direktor aus Anlaß seiner Versetzung herzliche Worte.

Kapitänleutnant a. D. Berg †. In Buenos Aires starb am 17. März ein deutscher Seeheld, Kapitänleutnant Hans Berg, im Alter von 40 Jahren. Berg gehörte zur Besatzung des Kaperschiffes „Möve“. Er wurde seinerzeit von dem Kapitän der „Möve“ mit ein paar Mann abkommandiert, um den englischen Passagierdampfer „Appam“ mit den an Bord der „Möve“ befindlichen Gefangenen, deren Zahl ungefähr 300 betrug, nach Newyork zu bringen. Seiner Energie war es zu danken, daß eine an Bord der „Appam“ drohende Meuterei unterdrückt wurde. Sein tapferes Verhalten gegenüber dem englischen Generalkonsul in Newyork, der die „Appam“ beschlagnahmen wollte, ist noch in aller Erinnerung. Die deutsche „La Plata-Zeitung“ vom 18. März schrieb über ihn: „Gestern früh 5.40 Uhr hat im Deutschen Hospital hier einer unserer Tapfersten im Weltkrieg, ein Mann von seltener Kühnheit und Entschlossenheit, dessen Name seinerzeit nur mit Bewunderung genannt wurde, der Kapitänleutnant Hans Berg, im besten Mannesalter sein Leben ausgehaucht.“ Nach dem Zusammenbruch Deutschlands war Berg einer der ersten, welcher die südamerikanischen Staaten, Argentinien und Paraguay bereiste und durch seine Berichte in den verschiedensten Zeitungen das Interesse der Deutschen auf diese wichtigen Auswanderungsgebiete hinlenkte. Er ist somit auch für das kommende Auslandsdeutschtum ein Bahnbrecher gewesen.

Gesandter von Scheller-Steinwartz †. Der Gesandte von Scheller-Steinwartz, auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amte als politischer Schriftsteller über auswärtige Politik weitesten Kreisen bekannt, ist in München, 55 Jahre alt, gestorben. Er kam ursprünglich aus dem Reichsamt des Innern und trat erst später in den diplomatischen Dienst, in dem er in London,

Bukarest und Washington beschäftigt war, ehe er dann Gesandter in Abessinien wurde. Er war auch ein bekannter Sportsfreund und führte im Kriege eine Zeitlang ein Flugzeug.

KIRCHE UND MISSION

Kristiania. Eine Vereinigung katholischer Deutscher in Kristiania wurde begründet, der sofort 20 Mitglieder beitraten und die sich die Pflege katholischen Geistes und der katholischen Religion angelegen sein lassen will.

Von den Franziskanern in Japan. Wir hatten an dieser Stelle berichtet, daß die Patres der Franziskaner-Mission in Sapporo (Hokkaido), als deren Vertreter jüngst Pater Schilling im D.A.I. einen Vortrag über die deutsch-katholische Missionsarbeit auf Hokkaido hielt, auch eine japanische Zeitung herausgeben, eine Wochenschrift Komyo, das Licht. Diese Zeitschrift ist nun aus Mangel an Geldmitteln in Schwierigkeiten gekommen. In den „Katholischen Missionen“ werden Geldspenden der deutschen Katholiken für diese Zeitschrift erbeten, die schon viel Gutes geschaffen habe. Die Missionsprokuratur der Franziskaner in Fulda, Kloster Frauenberg, Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 13347, nimmt Spenden entgegen.

Das Mutterhaus der 1886 von P. Andreas Amrhein O. S. B. gegründeten Benediktus-Missionskongregation in Tutzing am Starnberger See hat seit Beendigung des Weltkrieges wieder Schwestern in seine verschiedenen Wirkungsfelder abgestellt, so 15 Nonnen zu den Philippinen mit den beiden Mädchen-erziehungsinstituten in Manila und Albay, nach Brasilien (Surucaba, St. Paolo) 32, nach unserem früheren Südwestafrika (Gobabis bei Windhuk) 8 und nach Bulgarien (Endje bei Schumla) 7, 13 der in Ostafrika internierten Schwestern wirken im Swasiland in Südafrika. Die meisten der nunmehr wieder in der weiten Fremde auch zu Deutschlands Ansehen wirkenden Nonnen waren während des Krieges in Nordfrankreich und im Orient (Gleispitze und Mossul) im Dienste unserer verwundeten und kranken Soldaten tätig und hatten sich dabei volles Lob der Ärzteschaft erworben. Vielleicht wird sich in Bälde ein neues Wirkungsfeld auch in Nordamerika öffnen. Möge ihre neue Tätigkeit eine recht gesegnete sein!

Von der evangelischen Kirche in Polen. Die „Lodzer Freie Presse“ veröffentlicht zwei neue Entwürfe zu einer evangelisch-augsburgischen Kirchengesetzgebung“ von 10 resp. 25 Artikeln. Das Blatt sagt selbst von beiden Entwürfen, daß es sie „in hohem Grade übereilt, anmaßend und vom Standpunkt der protestantischen Tradition für ganz verfehlt“ erachte. Besonders gelte das von dem vom Warschauer Konsistorium ausgearbeiteten Entwurf, der natürlich entsprechend der Zusammensetzung dieses Konsistoriums bürokratisch und polnisierend ausgefallen ist und im ganzen nur eine Umarbeitung des bekannten dem Sejm vorgelegten Entwurfs des katholischen Abgeordneten Nader und seiner Anhänger darstellt. Der zweite Entwurf stammt von deutschfühlenden evangelischen Polen in Lodz und dem Teschener Schlesien. Die erwähnte Zeitung sagt, der Entwurf habe jetzt, nachdem man so lange gewartet habe, auch Zeit und dürfe keinesfalls vor dem Grundgesetz für die katholische Kirche erledigt werden. Besonders peinlich sei im Konsistorial-Entwurf, daß die protestantischen Geistlichen durch die Schule der katholischen Warschauer Universität gehen sollten und man den Zuzug aus Deutschland zu sperren suche, wo doch 40 Prozent der Pfarreien und Filialen aus Mangel an Seelsorgern seit Jahrzehnten unbesetzt seien. Auch dürfe ein Unterschied zwischen Laien und Geistlichen nicht mehr gemacht werden.

Rom. Zeitungsmeldungen zufolge hat der Ministerrat die Rückgabe der deutschen evangelischen Kirchen an die ursprünglichen Besitzer beschlossen.

Der Protestantismus in Polen vor der Konferenz in Upsala. Vom 3. bis 5. März fand in Upsala die von dem Erzbischof von Schweden, D. Söderblom, einberufene und geleitete Konferenz nordischer und östlicher Kirchen statt, die von Vertretern aus Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Estland, Polen und einigen Amerikanern besucht war. Die unierte Ev. Kirche in Polen war durch Generalsuperintendent D. Blau, Posen, und Konsistorialrat Nehring, die augsburgische durch Konsistorialpräsident Glaß und Generalsuperintendent Bursche, die reformierte durch Generalsuperintendent Semadni und die Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses in Galizien durch Dr. Zöckler vertreten. Auf dieser Konferenz wurden nachfolgende Sätze als die gemeinsame Auffassung der Ev. Kirche Polens festgesetzt:

I. Die Aufgabe der Kirche, durch das Evangelium die Seelen zu Gott zu führen, stellt sie prinzipiell über die nationalen Gegensätze.

II. Jede Nation hat das Recht, zu verlangen, daß ihren Angehörigen das Evangelium in ihrer Muttersprache verkündigt wird, auch in dem Falle, daß ihre Sprache die Landessprache nicht ist. Die Kirche muß, soweit als möglich, diesem Anspruch Rechnung tragen. In der seelsorgerischen Tätigkeit müssen daher die Diener der Kirche mit jedem Mitglied der Gemeinde möglichst in dessen Muttersprache verkehren. Im öffentlichen Gottesdienst wie auch im Unterricht muß diejenige Sprache zur Anwendung kommen, welche die Muttersprache der Majorität der Gemeinde ist.

Jedoch soll für den Gottesdienst wie auch für Unterricht in der Muttersprache der Minoritäten Sorge getragen werden.

III. Es ist erwünscht, daß die Diener der Kirche um des Evangeliums und seines Einflusses auf das Volksleben willen die notwendige Kenntnis der offiziellen Sprache des Landes, in welchem die ihnen anvertraute Gemeinde liegt, besitzen oder zu gewinnen suchen.

IV. In den Fällen, wo ein Gebiet von einem Staat in einen anderen mit einer anderen Sprache übergeht, soll in betreff der im Amt befindlichen Diener der Kirche von diesem Grundsatz Abstand genommen werden unter der Voraussetzung, daß die Kirche für die seelsorgerliche Bedienung der Minderheiten anderweitig sorgt.

In der Frage des Zusammenhangs der Unierten Ev. Kirche mit ihrer Mutterkirche in Preußen, deren Trennung von den Warschauern verlangt wurde, einigte man sich auf folgende Entschliebung: Im Blick auf die jetzt für die evangelisch-lutherische Kirche in Posen geschaffene Lage spricht sich die Konferenz dahin aus, daß sie es für selbstverständlich hält, daß

1. das Recht voller geistiger Verbindung mit der Mutterkirche in Deutschland uneingeschränkt beibehalten wird, auch in weitmöglichstem Maße, was den Nachwuchs (die Rekrutierung) der Pastorenschaft anlangt;

2. daß die finanziellen Rechte, die der Pastorenschaft und den Gemeinden an den Kassen und ähnlichen Institutionen der Mutterkirche zukommen, bestehen bleiben, bis hierin eine neue Ordnung der Dinge geschaffen werden kann, die den Grundsätzen von Recht und Billigkeit entspricht.

3. Die Konferenz kann nicht umhin, ihre Meinung dahin auszusprechen, daß die gesetzlich rechtliche administrative Abhängigkeit der unierten Kirche in Posen von der preußischen

unierten Landeskirche gegenwärtig nicht aufrecht erhalten werden kann und daß die Kirche in Posen unter Umbildung ihrer eigenen Synode zur höchsten synodalen Autorität ihre Kirchenverfassung auf eigenem Grunde aufbauen muß, um zu ermöglichen, daß die Verbindung zwischen allen evangelischen Kirchen in Polen befestigt und organisiert wird zu gegenseitiger Stärkung der Arbeit für evangelisches kirchliches Leben. Sie fordert daher alle evangelischen Christen in Polen auf, sorgfältig alles zu vermeiden und zu bekämpfen, was die geistlich Zusammengehörigen trennt, das gegenseitige Vertrauen oder die Loyalität derer, die äußerlich von ihrer Mutterkirche losgerissen sind, verdächtigen kann.

4. In diesem Zusammenhang betont die Konferenz das durch die Weltlage verstärkte Bedürfnis, daß alle evangelischen Kirchengemeinschaften der Christenheit ein Organ für gemeinsame Arbeit schaffen zum Schutz für religiöse Minoritäten.

Es trat in Upsala klar hervor, daß zwischen Generalsuperintendent Bursche auf der einen und den drei anderen evangelischen Kirchen auf der andern Seite grundsätzliche Verschiedenheiten in bezug auf das Verhältnis der Kirche zum Staat bestehen. Die Warschauer forderten starke Anlehnung der Kirche an den Staat unter Ablehnung weitgehender Rechte, während die übrigen evangelischen Kirchen in der Ablehnung des Staatskirchentums und der Förderung der Staatsfreiheit einig sind. Die Schweden zeigten wärmstes Interesse für die Lage der unierten evangelischen Kirche und tiefstes Verständnis für die Bedeutung des Mutterlandes der Reformation für die gesamte protestantische Welt.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Für das deutsche Schulwesen in Lettland sind Mitte März große Haussammlungen unter den Deutschen veranstaltet worden, um das gewaltige Defizit zu decken, das die deutschen Schulen, die ja größtenteils aus privaten Mitteln unterhalten werden müssen, im Jahre 1921 haben werden. Der Appell an das Deutschtum ist nicht vergebens gewesen. Annähernd zwei Millionen lettischer Rubel sind zusammengekommen. Die „Rigaische Rundschau“ teilt diesen gewaltigen Sieg des deutschen Gedankens mit stolzer Genugtuung mit. „Das bedeutet nicht nur einen großen materiellen Erfolg,“ sagt sie, „noch bedeutsamer ist der moralische Sieg. Wir baltischen Deutschen, die wir uns in schwerster wirtschaftlicher Not befinden, die wir an Gut und Blut gelitten haben, wie wohl kein zweiter Volksstamm in und nach dem Kriege, wir baltischen Deutschen haben uns durch die Tat zu unserm Volkstum bekannt, haben aller Welt bekundet, daß wir zur Wahrung unserer kulturellen Güter zu jedem Opfer bereit sind. Nun können wir dessen gewiß sein: Wir halten durch!“ Monatelange Vorarbeiten waren der Kollekte vorausgegangen, die Sammler und Sammlerinnen, die den gewaltigen Erfolg durch unermüdliche Arbeit schufen, haben sich wochenlang vorbereitet, ehe dann an dem einen großen Sammeltag das große Ergebnis erreicht wurde.

Libau. Ein deutsches Knaben-Gymnasium soll in Bälde hier eröffnet werden. Die Ortsgruppe Libau des Deutsch-baltischen Elternverbandes hat die Vorarbeiten aufgenommen. Die derzeit vorhandenen Lehranstalten mit deutscher Unterrichtssprache für Knaben und Mädchen sind überfüllt, oder genügen den berechtigten Ansprüchen nicht. Ein Teil der Knaben geht daher in Goldingen, in Riga oder in Deutschland zur Schule, was mit großen Kosten verknüpft ist. Für Schüler vom Lande ist eine Pension mit tüchtiger pädagogischer Leitung vorgesehen,

für ärmere Kinder wird Ermäßigung oder Erlaß des Schulgeldes geplant. Real-, Gymnasial- und Oberrealschulabteilungen sollen durchgeführt werden. Ein Schullokal ist bereits gesichert. Die oberen Klassen werden erst mit dem Aufrücken der Kinder aus den unteren Klassen errichtet werden.

Deutscher Lehrer-Kongreß in Beßarabien. Am 6. und 7. April fand in Sarata der von 85 Teilnehmern besuchte zweite deutsche Lehrer-Kongreß statt, an dem auch der Schulrevisor von Akkermann teilnahm. Die Herren Mauch und Heer wurden zu Vorsitzenden gewählt. Zur Frage der Gründung einer deutschen Filiale des allgemeinen rumänischen Lehrerverbandes wurde beschlossen, die Ausarbeitung von Satzungen den Sarataer Lehrern zu übertragen. Die Aufgabe des in Alt-Rumänien seit 25 Jahren bestehenden Verbandes ist die ökonomische, moralische und rechtliche Förderung der Interessen der rumänischen Lehrerschaft. Nationale Sonderorganisationen sind auch für die Bulgaren und die Moldauer Lehrer vorgesehen. Sodann wurde die Begründung eines eigenen pädagogischen Blattes mit großer Mehrheit beschlossen und das gegenüber dem Angebot der deutschen Tarutinoer Druckerei günstigere Druckangebot der Semstwo angenommen. Die Beteiligung an dem siebenbürgischen deutschen Schulblatt und ein Zusammengehen mit den deutschen Lehrern anderer rumänischer Gebiete wurde abgelehnt. Man sprach ferner, wie die „Deutsche Zeitung Bessarabiens“ berichtet, die Frage der Beschaffung von Lehr- und Lesebüchern, nahm mit Dank davon Kenntnis, daß die Herren Gassert und Rodaner aus Akkermann der deutschen Lehrerschaft in Budaki an Meeresufer ein großes Grundstück zur Gründung eines Lehrer-Erholungsheims geschenkt haben, das aus Mitteln der deutschen Lehrerschaft entsprechend ausgestaltet werden soll, beschloß die Begründung eines Volksmuseums des Deutschthums in den Räumen der Wernerschule in Sarata, die Begründung einer Lehrer-Bibliothek in Sarata, für die als Grundstock die Semstwo ihre deutschen Bücher zur Verfügung stellt und wählte schließlich für das neu zu begründende „Bessarabische deutsche Schulblatt“ Herrn Chr. Kalmbach-Tarutino zum Schriftleiter. Zu einem Schreiben des zeitweiligen deutschen Komitees in Tarutino, in dem die Lehrer aufgefordert werden, Vertreter in den Volksrat zu wählen, beschloß die Lehrerschaft, das abzulehnen, da der letzte Kongreß die Wahlen von Lehrern in diese Volksorganisation abgelehnt habe und nun erst sein Unrecht wieder gutmachen müsse. Auch ein Schreiben des Konsistoriums der ev.-luth. Landeskirche Bessarabiens, das die Lehrerschaft auffordert, ihren Vertreter in den von der Mode eingesetzten Ausschuß zur Ausarbeitung einer Schulordnung für die Kirchenschule zu wählen, wurde ablehnend beantwortet. Man wolle zuerst das Inkrafttreten der Synodalschlüsse abwarten. Endlich wurde gewünscht, die Zahl der Stunden für den Religionsunterricht von 2 auf 4 Stunden erhöht zu sehen. Drei Mitglieder wurden gewählt, die einen Lehrplan für Religion ausarbeiten sollen und das Konsistorium wurde ersucht, in diesen Ausschuß ein Mitglied von sich aus zu entsenden.

Freistellen für deutsche Schulen in Polen. Die Polen haben den ihnen zugesprochenen ehemals preußischen Gebietsteilen die öffentlichen höheren deutschen Schulen aufgehoben, worauf die Deutschen diese Schulen als private Schulen wieder ins Leben rufen mußten. Zur Unterstützung dieses privaten Schulwesens sind die deutschen Städte um die Übernahme von Patenschaften für Freistellen ersucht worden. Die Stadt Frankfurt a. M. hat beschlossen, für die Stadt zunächst die Kosten für eine Freistelle zu übernehmen und weitere drei Freistellen

in den nächsten Etat einzusetzen. Ferner soll versucht werden, durch den deutschen Städtetag eine wirksame Aktion zugunsten der deutschen Landsleute im Ausland in die Wege zu leiten.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Okahandja. Deutscher Schulverein. Die Verhandlungen zwischen dem deutschen Landesschulverband Südwest und dem neuen Administrator Sir Hofmeyr über seine 10 Punkte waren noch nicht abgeschlossen, als der deutsche Schulverein in Okahandja öffentlich zu der Frage Stellung nahm, was aus den deutschen Schulen werden solle, wenn es nicht zu einer Einigung mit dem Administrator komme. Der Verein, der eine der stärksten Klassen hat, da auf 42 Schüler nur ein Lehrer komme, hat beschlossen, wenn die Einigung nicht zustande komme, die deutsche Schule als Privatschule weiter zu führen, in diesem Falle aber den Verhältnissen Rechnung zu tragen und bei den oberen 4 Jahrgängen ab 1. Juli mit dem englischen Unterricht zu beginnen, eine weitere Hilfskraft für den Unterricht anzustellen und die entstehenden Mehrkosten durch ein erhöhtes Schulgeld für die oberen 4 Klassen zu decken. Im übrigen erklärten sich der Schulverein mit den 10 Leitsätzen des Herrn Administrators im ganzen einverstanden unter der Bedingung, daß der Lehrersatz unter allen Umständen aus Deutschland komme oder nur solche Lehrer angenommen würden, die eine deutsche Lehrerausbildung erhalten haben, daß ferner auch die Schulen vorderhand noch getrennt blieben.

Lüderitzbucht. Deutscher Schulverein. Der Tagung des Schulvereins sah man nach den Beschlüssen des Landesschulverbandes mit besonderem Interesse entgegen. Die Jahresversammlung, die von dem Vorsitzenden Herrn Dr. Lotz geleitet wurde, war denn auch stark besucht. Die Mitgliederzahl ist von 228 auf 347 gestiegen. Nicht weniger als 215 Mitglieder waren in der Versammlung anwesend. Die Verlegung des Vereinsgeschäftsjahres auf das Schul- und Kalenderjahr wurde beschlossen und es wurde ferner ein Beschluß angenommen, daß bei etwaiger Liquidation des Vereins das vorhandene Vermögen „zugunsten des deutschen Schulwesens oder einer anderen dem Deutschthum gewidmeten Sache in erster Linie im Schutzgebiet oder Übersee verwendet werden müsse“. Der Geschäftsbericht stellte mit Freuden fest, daß es gelang, eine weitere Lehrkraft zu gewinnen und dadurch den Unterricht in 5 Klassen und 8 Stufen mehr als bisher auszubauen. Auch die Beschaffung neuer Lehrmittel ist gelungen. Mit den von der Consolidated Diamond Mines of South-West Africa unterhaltenen Schulen in Kolmanskuppe, Pomona und Bogenfels wurden freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Der Schulleiter der deutschen Schule in Lüderitzbucht besuchte die Felderschulen und erstattete darüber Bericht. Ein Gleiches geschah mit der Schule in Charlottental. Auch mit der Schule in Aus wurde enge Fühlung unterhalten. Mit verschiedenen Vereinen und Verbänden, die das deutsche Schulwesen unterstützten, bestand fernerhin Arbeitsgemeinschaft. Die Bilanz schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 1643,13 Pfund Sterling ab, das Vermögen beträgt zurzeit 1526 Pfund Sterling. Es soll demnächst ein Hausbaufonds begründet werden. An rückständigen Beträgen stehen trotz der großen Mitgliederzahl nur 10 Pfund aus. Der Voranschlag für das neue Geschäftsjahr wurde mit 2600 Pfund Einnahmen und Ausgaben genehmigt. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Herr Dr. Lotz berichtete sodann über die Verhandlungen mit Herrn Hofmeyr und erkannte dabei an, daß er großes Interesse für die Schulsache habe und daß

man nicht den Wunsch habe, mit dem Herrn Administrator zu brechen. Der Antrag, die Haltung des Vorstandes bei den Windhuker Verhandlungen zu billigen, wurde einstimmig angenommen, ebenso wie ein Antrag, dem Landesverband für die schwächeren Schulvereine eine außerordentliche Unterstützung von 100 Pfund zu gewähren. Das Schulgebäude wird nur mietweise mit $\frac{1}{4}$ jährlicher Kündigung benützt und Herr Lotz führte aus, die Finanzen der südwestafrikanischen Verwaltung seien so ungünstig, daß die Verwaltung unter Umständen sich zu Schritten veranlaßt sehen könnte, die sie selbst nicht wünsche. Deshalb müsse ein Hausbaufonds angesammelt werden. Mit allen gegen eine Stimme wurde beschlossen, die bisherigen Schulgeldsätze, die nur ein Fünftel der Schulkosten decken, um 5 Schillinge auf 10 in der Unterstufe, 12,6 in der Mittelstufe und 15 in der Oberstufe zu erhöhen. Einstimmig wurde ferner der Plan gebilligt, ein Schulpensionat in Lüderitzbucht zu begründen, das für die Kinder von den Farmen und den Feldern unerläßlich sei. Dem Gesamtvorstand und namentlich Herrn Lotz wurde wärmster Dank für die treue und hingebende Arbeit ausgesprochen.

Lüderitzbucht. (Südwestafrika.) Die sämtlichen deutschen Vereine veranstalteten aus Anlaß des Abstimmungssieges in Oberschlesien am Ostermontag einen Frühlingschoppen, der durch das Lied „O Deutschland hoch in Ehren“ eingeleitet wurde und bei dem Herr Mylo in seiner Festrede den oberschlesischen Sieg charakterisierte und die Bedeutung Oberschlesiens, des ältesten deutschen Koloniallandes für das Reich feststellte. Sodann besuchte man den eben eingetroffenen Dampfer „Baltica“, auf dem ein britischer Südafrikaner, Herr Chambers, der den Krieg mitgemacht hat, einige Worte sagen zu dürfen. Er erzählte von seiner Reise nach Deutschland und berichtete, daß er seine Vorstellung über die Deutschen gründlich geändert habe. Er sang ein Loblied der deutschen Ware, die unentbehrlich sei auf der ganzen Welt.

Lodz. Der Deutsche Gymnasialverein nahm in seiner Hauptversammlung den Vorschlag für 1921/22 an. Darnach beträgt das Schulgeld in der Knabenabteilung jährlich durchschnittlich Mk. 14 000.—, in der Mädchenabteilung Mk. 13 000.—. Es bringt insgesamt in der Knabenschule Mk. 8 250 000.—, in der Mädchenschule Mk. 3 315 000.— ein. Mk. 30 000.— Einschreibengebühr und Mk. 52 000.— Mitgliedsbeiträge kommen dazu. Dagegen betragen die Lehrergehälter 12 Millionen Mark, die Gesamtausgaben 14 Millionen Mark, so daß ein Defizit von 1,4 Millionen Mark verbleibt. Man hofft, dieses Defizit, das 10% des gesamten Etats ausmacht, durch Spenden und Veranstaltungen decken zu können. Den Regierungsvorschlag, das Wort „Deutsches Knaben-Gymnasium“ und „Deutsches Mädchen-Gymnasium“ in „Deutsches Privat-Knaben-Gymnasium“ und „Deutsches Privat-Mädchen-Gymnasium“ zu ändern, lehnte man einstimmig ab, da es sich um eine gemeinnützige Anstalt und nicht um ein Privatunternehmen mit privatem Nutzen handle. Auch den Regierungsvorschlag, nur deutschstämmige Kinder in die Schule aufzunehmen, lehnte man einstimmig ab, um auch den Kindern der Juden, Tschechen, Engländer und Franzosen den Besuch der deutschen Schule zu ermöglichen.

Newyork. Das vom Franz Schubert-Männerchor zugunsten der hungernden und darbenenden Kinder Deutschlands und Österreichs veranstaltete Konzert war nicht nur in künstlerischer, sondern auch in finanzieller Hinsicht ein glänzender Erfolg. Unter der Leitung von Karl Hein kamen die Lieder form-schön heraus, bis der Pilgerchor aus „Tannhäuser“ den Kunstgenuß zum würdigen Abschluß brachte.

Guatemala. Der Deutsche Klub Quezaltenango ist laut Mitteilung des „Diario de Centro America“ vom 2. April auf Antrag seines Vorstandes von der zuständigen guatemalischen Verwaltungsbehörde als juristische Person anerkannt worden.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

An Stelle des zurückgetretenen Grafen Oberndorff wird Botschaftsrat von Schoen als deutscher Geschäftsträger nach Warschau gehen.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

Haag. Im Haag begann die Nationaloper mit einer Mai-Festvorstellung des „Rings der Nibelungen“, die begeisterten Beifall erweckte. Der Aachener General-Musikdirektor Peter Raabe dirigierte, die Hälfte des Personals bestand aus Holländern, die Hälfte aus Wiener, Berliner, Leipziger und Kölner Künstlern. Die Rheingold-Aufführung schon erfuhr glänzende Besprechungen.

Über das erste skandinavische Bachfest berichten die Zeitungen außerordentlich begeistert. Kristiania stand ganz unter dem Banne des deutschen Meisters und Professor Straubes, der so tapfer für ihn eintrat. Das 40jährige Bestehen des Cäcilien-Vereins war der Anlaß des Festes, der Chor war durch Professor Straube in wochenlanger Probarbeit derart geschult worden, daß das Fest ein künstlerisches Ereignis ersten Ranges wurde. Der Dirigent und die mitwirkende Elisabeth Rethberg (Dresden) wurden stürmisch gefeiert, ebenso Emmi Leisner (Berlin), Hans Lissmann und Dr. Rosenthal (Leipzig).

Helsingfors. Eine Tristanaufführung unter der Leitung von Kapellmeister Mikorey fand bei Mitwirkung hervorragender deutscher Kräfte begeisterte Aufnahme durch ein ganz internationales Publikum.

Prof. Einstein ist einer Timesmeldung zufolge jetzt zum auswärtigen Mitglied der Royal Society in London gewählt worden. Die Ernennung stand bekanntlich bereits einmal bevor, wurde aber damals von chauvinistischen englischen Gelehrten hintertrieben.

Den deutschen Professoren Albert Einstein und Ch. Weizmann wurde das Ehrenbürgerrecht der Stadt Newyork mit Stadtratsbeschluß vom 8. April verliehen. Mit 56 gegen die eine Stimme des Gemeinderats Falconer wurde dieser Beschluß gefaßt. Der Einwand des genannten Alderman, einem Deutschen dürfe das Bürgerrecht einer amerikanischen Stadt noch nicht verliehen werden, wurde der „Newyork. Staatsztg.“ zufolge auf „antisemitische Vorurteile“ zurückgeführt und scharf gezeißelt, bei welcher Gelegenheit Falconer ein „ignoranter Schuhputzer“ genannt wurde. In der Zeit vom 9. bis zum 13. Mai wird Professor Einstein an der Princeton-Universität im Staat New Jersey einer Einladung der dortigen Universitätsbehörde folgend, einen fünftägigen Vorlesungszyklus halten. Die berühmtesten Gelehrten in allen Teilen der Vereinigten Staaten und sonstige hervorragende Männer haben Einladungen zu den Vorlesungen erhalten.

Geheimrat Hilbert, der Professor der Mathematik an der Universität Göttingen, hat auf Einladung der dänischen Regierung an der Universität Kopenhagen 5 Vorlesungen über seine Forschungen gehalten und ist im Anschluß daran zum Ehrendoktor der Universität Kopenhagen ernannt worden.

Die Universität Christiania hat anläßlich der Reformationsfeier die deutschen Professoren Ernst Tröltzsch, Berlin, Otto Scheel, Tübingen, und Walter Köhler, Zürich, zu Ehrendoktoren ernannt.

Prof. Dr. Voßler, der Direktor des Hamburger Zoologischen Gartens, wurde von der Washington Paek Zoological Society in Milwaukee in Anerkennung seines wissenschaftlichen Interesses für diese Gesellschaft zu deren korrespondierendem Mitglied ernannt.

DAS DEUTSCHE BUCH IM AUSLAND

Der Börsenverein für die auslanddeutschen Buchhändler.

Die Hauptversammlung des Börsenvereins der deutschen Buchhändler am Sonntag Kantate, dem 24. April, gab nach dem Bericht im „Börsenblatt“ (Nr. 96, 1921) den Vertretern des österreichischen Buchhandels, des deutschen Buchhandels in Polen und der Buchhändler in den linksrheinischen Gebieten Gelegenheit, über die dortigen Verhältnisse und die besonderen Nöte und Wünsche der Kollegen in diesen schwer bedrängten Gebieten zu berichten. Der Leiter der Verhandlungen, Hofrat Dr. Artur Meiner, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Sympathien des Börsenvereins und aller Buchhändler im Deutschen Reiche mit ihren Kollegen in den bedrohten Gebieten nicht nur in Worten, sondern auch in Taten zum Ausdruck kommen möchten, selbst wenn die Unterstützung des deutschen Buchhandels in den bedrohten Gebieten gelegentlich von ihnen wirtschaftliche Opfer verlangt. Diese Versicherungen fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung.

Zur Verkaufsordnung.

In seinem Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1920/21, den der Vorstand der Vereinigung der Berliner Mitglieder des Börsenvereins der deutschen Buchhändler für seine ordentliche Hauptversammlung erstattet, heißt es nach dem „Börsenblatt“ (Nr. 92, 1921): „Zu der Absatzstockung im Inlande . . . kam die nach dem Auslande. Die ungünstigen Verhältnisse in der Schweiz, in Holland und Nordamerika machten sich empfindlich bemerkbar. Die Aufnahmefähigkeit Deutsch-Österreichs und der deutschen Teile Tschechoslowakiens blieb gering. Zu den Bestrebungen des Verlags, die Notstandsordnung fallen zu lassen, mußten daher notwendigerweise diejenigen treten, die den Valutaaufschlag auf ein für ausländische Bücherkäufer erträgliches Maß herabsetzen wollen.“ Und einige Zeilen weiter: „Hatte das Sortiment im Jahr 1919/20 . . . eine günstige Konjunktur erlebt und durch Auslandsgeschäfte die Verluste der ersten Kriegsjahre ausgleichen können, so machte sich im Berichtsjahr ein Rückgang der Stück-Umsätze bemerkbar. Nach Inkrafttreten der Valutaordnung, das mit einem erheblichen Anziehen der Inlandpreise zusammenfiel, hörten die großen Bezüge des Auslands fast ganz auf.“

Weiterer Abbau der Bücherausfuhr-Verordnung?

Aus Bern wird uns gemeldet: „Der Minister des Auswärtigen, Herr Dr. Simons, empfing, als er bei seinem Schweizerbesuch den deutschen Gesandten in Bern besuchte, auch eine Abordnung der Berner Reichsdeutschen, und zwar eine gemeinsame Abordnung des Verbandes der deutschen Kolonie in Bern (die einen Zusammenschluß der Berner reichsdeutschen Vereine darstellt) und der Ortsgruppe Bern des Verbandes der Deutschen in der Schweiz. Der Minister unterhielt sich mit der Abordnung eingehend über die Wünsche der Schweizer Auslandsdeutschen. Die Herren der Abordnung kamen dabei namentlich auch auf die deutsches Ansehen und den Einfluß der deutschen Kultur im Ausland immer mehr schädigende Ausfuhrverordnung gegen das deutsche Buch zu sprechen. Der Minister machte der Abordnung die sehr erfreuliche Mitteilung, daß im Ministerrat beschlossen worden sei, die Hemmnisse für die Bücherausfuhr zu beseitigen. Er habe sich im Ministerrat persönlich für die volle Beseitigung der die Bücherausfuhr einschränkenden Maßnahme eingesetzt. Die deutsche Abordnung war, wie sie uns mitteilt, von ihrem Besuche beim Reichsminister des Auswärtigen, der ein warmes Verständnis für die Bedürfnisse des Auslandsdeutschtums zeigte, hochbefriedigt.“

Das deutsche Buch in der Ostmark.

Über die wirtschaftliche Lage des Buchhandels in den abgetretenen Gebieten der deutschen Ostmark gibt der Vorsteher des Verbandes der Buchhändler in Polen, Herr Arnold Kriedte in Graudenz, im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ (Nr. 83, 1921) Aufklärungen, die für reichsdeutsche Kreise und namentlich für den reichsdeutschen Buchhandel anscheinend sehr notwendig waren. Herr Kriedte bedauert, daß viele Deutsche immer noch nicht wissen, welche Gebiete an Polen gefallen sind und daß sie daher ihre Sendungen falsch behandeln. Er legt dar, wie das polnische Valutagesetz, das die polnische Mark der deutschen gleichstellt, bei der Übergabe allen Kaufleuten, die ihre Waren aus Deutschland bezogen hatten und auch weiterhin beziehen müssen, schwere Verluste gebracht hat, wie überhaupt die Valuta- und Devisenverhältnisse mit Naturnotwendigkeit Zahlungsverzögerungen zur Folge haben, bei denen kein böser Wille auf Seiten des polnischen Buchhändlers vorliegt. Der Bericht erinnert ferner an die sehr großen Verkehrsschwierigkeiten und die riesigen polnischen Postgebühren. Da Pakete nicht zugelassen sind, kommen nur Frachtbullen auf der einen, Kreuzbänder bis zu 2 kg auf der andern Seite in Betracht. Außerdem wird auf gebundene Bücher und auf Noten Zoll erhoben; zu den Schwierigkeiten der Zollbehandlung kommen die der polnischen Zensur. Noch schwieriger als der Versand von Büchern von Deutschland nach Polen ist die Rücksendung nach Deutschland. Die deutschen Verleger und Kommissionäre werden daher von den polnischen Buchhändlern um Entgegenkommen gebeten, zumal die wirtschaftliche Lage des Buchhandels in Polen schon schwierig genug ist. Infolge der ungünstigen Valuta und der hohen Spesen sind die Preise für deutsche Bücher ganz außerordentlich gestiegen, so daß der Umsatz sehr zurückgegangen ist. Gerade die deutschen Buchhändler, die in den verlorenen Gebieten zurückgeblieben sind, wissen, daß sie ihre ganze Persönlichkeit einsetzen müssen, um ihren Kindern das bestehende Geistes- und Kulturleben zu erhalten. Wie ernst dieses Bestreben ist, geht auch schon daraus hervor, daß sich dem neugegründeten Verband der Buchhändler in Polen nach dem vorliegenden Bericht bereits gegen 100 Buchhändler, die deutsche Bücher vertreiben wollen, angeschlossen haben. Die deutschen Buchhändler in Polen wollen keine Unterstützung, sie bitten den reichsdeutschen Buchhandel nur um Verständnis für ihre unverschuldete schwierige Lage und um Anpassung an ihre veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse.

In Ergänzung unserer Notiz „Eine deutsche Wanderbücherei für die Provinz Posen“ auf S. 246 des zweiten Aprilhefts teilt uns Herr Dr. Biedermann mit, daß seit November 1919 unter seiner Leitung ein Ausschuß für Büchereiwesen in Polen tätig ist, um zunächst von einer Zentrale (Bromberg) aus überall in Polen, namentlich auf dem Lande, Ausgabestellen einer großen Wanderbücherei zu errichten und die vorhandenen Büchereien durch von Zeit zu Zeit wechselnden Zustrom von Büchern zu stärken.

Trotz aller Hemmungen, politischer, materieller und psychischer, die eine glatte Organisation unmöglich machen, ist es dem Ausschuß gelungen, etwa 5000 Bände in Umlauf zu bringen, 52 Ausgabestellen zu schaffen, die von Bromberg aus gespeist werden, 2 Nebenzentralen mit je 5 Ausgabestellen in Betrieb zu setzen und 2 Standortbibliotheken durch Bücher zu unterstützen bzw. durch eine bibliothekarische Kraft betriebsfähig zu machen.

Bei den Einfuhrschwierigkeiten ist der Ausschuß meist auf hiesige Buchhändler angewiesen, die ja Rabatt gewähren, auch

hin und wieder ihren Kommissionär zur Verfügung stellen, so daß billige Einkäufe und Schenkungen aus Deutschland möglich sind. Man rechne sich aus, wieviel Geld nötig ist, um einigermaßen den Anforderungen des großen Lesebedürfnisses gerecht zu werden, wenn zurzeit ein Bnch durchschnittlich auf 350 Mark poln. Währung kommt, und der Buchbinder für „Halbleinband“ 100 Mark verlangt, wobei man froh sein muß, daß er überhaupt noch bindet.

Vielleicht regt diese Notiz hilfreiche Freunde an, ihrerseits durch Sammlungen und Wohltätigkeitsveranstaltungen Mittel zu schaffen, daß die Bromberger Bestrebungen wenigstens die größten materiellen Hemmungen überwinden können. Herr Dr. Biedermann bittet gegebenenfalls, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Anschrift: Dr. P. Biedermann, Bromberg-Bydgoszcz, Königstr. 51.

Wie „Lateinamerika“ (Reihe C, Nr. 15) meldet, hat die Firma Simon y Cia in Valparaiso eine besondere Abteilung für den Verkauf französischer Bücher eingerichtet. Es sollen in derselben alle französischen Druckwerke zu demselben Preise zu haben sein wie in Paris. Eine ganz ungerechtfertigte Ausfuhrerschwerung und ein zu dem Preise der Bücher noch hinzukommender Auslandszuschlag in Deutschland hätten leider die deutschen Bücher so verteuert, daß es vielen, namentlich Wissenschaftlern, in Chile fast unmöglich geworden sei, sich deutsche Bücher anzuschaffen. Eine falsche Politik habe uns somit eines wichtigen Trägers und Verbreiters beraubt, was die Franzosen sich zunutze machten.

In der Sonntagsbeilage des „Brünner Tagesboten“, Nr. 131, regt Herr Privatdozent Dr. E. Grünfeld/Halle a. d. S., La Fontainestraße 21, an, die alte Sitte des Lesekränzchens wieder zum Leben zu erwecken. Er legt dar, wie besonders die Auslandsdeutschen infolge der ungeheuren Verteuerung der Bücher und der Erschwerung der Ausfuhr aus Deutschland vor der Gefahr stehen, von dem geistigen Zusammenhang mit der großen deutschen Kulturentwicklung abgeschnitten zu werden. Nur der Zusammenschluß, die geistige Gemeinschaft können ersetzen, was an materiellen Mitteln fehlt. Im neuen Lesezirkel soll nicht vorgelesen werden; er soll vielmehr ein Zusammenschluß Gleichgestellter und Gleichgesinnter sein, der seinen Mitgliedern erlaubt, eine größere Zahl guter Bücher und Zeitschriften zu lesen und zum Schluß zu erwerben, als dem einzelnen möglich wäre. Dr. Grünfeld gibt Muster von Bücherzusammenstellungen sowie praktische Ratschläge für die Verwaltung des Kränzchens und erklärt sich bereit, Wünschen wegen Auskunft über die Lesezirkel in Halle zu entsprechen.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLANDE

Die Bromberger Presse hat zum 1. April ihr Erscheinen eingestellt. Ihr Besitzer war der frühere freisinnige preußische Landtagsabgeordnete Aronsohn, der selbst nach Berlin verzogen ist, nachdem er seiner Ansicht nach für wenigstens fünf Jahre das Blatt sichergestellt hatte. Die „Deutsche Rundschau in Polen“ schreibt: „Er hat sich getäuscht oder hat sich täuschen lassen, was ihm in rein geschäftlichen Dingen wohl selten vorkam. Die unter seinem Einfluß stehende Zeitung konnte und wollte er jedenfalls nicht mehr durch weitere vier Kontraktjahre mit Verlust durchschleppen.“ Das Ende dieser einst angesehenen Tageszeitung ist tragisch. 45 Jahre hat sie bestanden, war einst nationalliberal, späterhin freisinnig und dann politisch farblos. Die Zahl der deutschen Zeitungen in Polen nimmt immer mehr ab. —

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Balten als deutsche Studenten.

Zurzeit studieren, den „Balt. Blättern“ zufolge, etwa 560 Deutsch-Balten an den deutschen Hochschulen. Der „Verband studierender Balten“ will an die Gründung eines Hauptverbandes herangehen, der alle Balten umfassen und sich an den Zentralverband Auslandsdeutscher Studierender anlehnen will.

Stuttgart. Eine „Akademische Verbindung Kolonia“ wurde am 7. März an der Technischen Hochschule gegründet. Sie bezweckt den Zusammenschluß aller Studierenden aus Rußland, die deutscher Abstammung sind und Deutsch als Muttersprache sprechen. Die Zahl der Mitglieder beträgt zunächst 9. Als Vorsitzender zeichnet der stud. arch. Artur Mantel.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Rückporto bei Anfragen an deutsche Auslandsvertretungen.

Dem Auswärtigen Amt gehen in letzter Zeit häufig Klagen der deutschen Auslandsvertretungen darüber zu, daß den zahlreich eingehenden Anträgen und Anfragen von Firmen und Privatpersonen nur in wenigen Fällen genügend Rückporto beigelegt wird. Da es nicht angängig ist, die in Wahrnehmung der Interessen einzelner entstehenden Unkosten auf die Reichskasse zu übernehmen, müssen die Beträge in jedem einzelnen Falle von dem Kostenschuldner eingezogen werden. Hierdurch entstehen unnötige Schreibarbeiten und unliebsame Weiterungen. Es liegt daher im eigensten Interesse der Absender, allen Anfragen an Auslandsbehörden einen ausreichenden Portokosten-Vorschuß, etwa im Betrage von 2 Mark, in deutschen Postwertzeichen oder unter Verwendung der internationalen Postantwortscheine beizufügen.

Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß neuerdings nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern eine wesentliche Erhöhung der Portokosten vorgenommen worden ist. So ist z. B. in Italien mit Wirkung vom 1. Februar 1921 ab das Porto für einfache Briefe nach dem Auslande von 0,25 Lire auf 0,60 Lire heraufgesetzt worden.

Bei Anfragen, durch deren Erledigung größere Unkosten und Gebühren voraussichtlich zu erwarten sind, wird es sich empfehlen, dem Antrage einen Scheck auf ein Bankhaus in dem betreffenden Lande beizufügen, damit durch die sonst notwendige Einforderung eines Vorschusses unnötiger Zeitverlust erspart bleibt.

Deutsches Eigentum in China.

Die Russo-Asiatische Bank in China hat, einer Mitteilung des holländischen Außenministeriums an unsere Gesandtschaft im Haag zufolge, erklärt, daß sie auf Antrag der dazu Berechtigten die bei ihr lagernden und deponierten Beträge, welche Deutschen gehörten, freigeben werde.

WIRTSCHAFTLICHES

Ständige Ausstellung deutscher Fabrikate in Buenos Aires.

(Exposición permanente de Productos Alemanes en Buenos Aires.)

Den fast 1½jährigen Bemühungen einer Reihe am deutsch-argentinischen Handel interessierter Persönlichkeiten, bei denen Herr Guillermo Schmidt-Klugkist die führende Rolle spielt, ist es jetzt gelungen, die „Ständige Ausstellung deutscher Fabrikate in Buenos Aires“ einzurichten. Bremer Speditionskreise und zahlreiche deutsche Fabrikanten sind für das Unternehmen gewonnen worden und haben sich verpflichtet, ihm in kleinen Posten bei festen Preisen erstklassige Waren.

von der Stecknadel bis zum Motorflug, für die auf dem argentinischen Markt ständige Nachfrage besteht, in Konsignation zum Verkauf zuzusenden. Durch vorteilhafte Abmachungen mit der „Banco Garantizador Argentino“, die ihren Sitz im Zentrum der Stadt, Calle Florida 39, hat, sind der „Ausstellung“ laut Mitteilung der „Deutschen La-Plata-Zeitung“, die im ersten Stockwerk der Bank befindlichen Räumlichkeiten für Aufstellung von Musterkollektionen zur Verfügung gestellt worden. Die Bank übernimmt außerdem alle mit der Ausstellung in Zusammenhang stehenden finanziellen Operationen. Die fortwährende Anmeldung von bekannten Fabrikaten, von denen — wie das gleiche Blatt berichtet — „leider viele abgewiesen werden müssen, da sie in schon vertretenen Artikeln arbeiten, ist ein schlagender Beweis, daß die Idee in Deutschland durchgedrungen ist, was zur logischen Folge haben wird, daß sich in absehbarer Zeit ein völliger Umschwung in den Handelsbeziehungen zwischen den beiden befreundeten Staaten vollziehen wird“.

Der Hauptzweck des Unternehmens liegt in der Bekämpfung der „Gelegenheits-Importeure“, die den argentinischen Markt seit Beendigung des Krieges nach nordamerikanischem System mit Schund- oder doch minderwertigen Erzeugnissen überschwemmt und durch nur allzu oft unsolide Lieferungsbedingungen das Vertrauen in die Zuverlässigkeit deutscher Industrie- und Exportkreise erschüttert haben.

Der neue Flußdampferdienst der Hamburg-Bremer-Afrika-Linie am La Plata.

Durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges gezwungen, für ihre zur Verwendung auf den westafrikanischen Strömen Niger und Benue gebauten Dampfer und Leichter einen neuen Wirkungskreis zu suchen, trat die Hamburg-Bremer-Afrika-Linie in Bremen durch Vermittlung des paraguayischen Generalkonsuls in Bern mit der paraguayischen Regierung in Unterhandlungen, um diesen modernen Schiffpark an sie oder an eine, unter Beteiligung der Handelskammer in Asuncion, zu gründende Aktiengesellschaft zu verkaufen. Die schwere Finanzkrisis, von der auch Paraguay heimgesucht ist, hat diesen Plan leider vereitelt. Um so mehr ist deshalb anzuerkennen, daß die Bremer Reederei den Versuch gewagt hat, auch ohne Subvention der paraguayischen oder deutschen Regierung, für eigene Rechnung und Gefahr den Flußdampferverkehr zwischen Buenos Aires und Asuncion mit dem am 10. März in Asuncion eingelaufenen Flußdampfer „Martha“ aufzunehmen. Dieser Entschluß ist um so kühner, als der nach 14monatiger Dauer beendete Streik der Schiffsbesatzungen der großen Mihanooich-Gesellschaft einen schweren Konkurrenzkampf mit letzterer voraussehen läßt, welche ihre seit fast 40 Jahren unbeschränkte Herrschaft auf dem Paraguay- und Parana-Strome mit größter Erbitterung und Rücksichtslosigkeit verteidigen wird. Die von der A.-G. Gebr. Sachsenberg, Roßlau, gebaute „Martha“ wurde im zerlegten Zustande nach Buenos Aires transportiert und hier von der Werft „Biberenna del Plata“ zusammengesetzt. Bei einer Ladefähigkeit von etwa 1000 Tonnen ist ihr Tiefgang und der der Schwesterschiffe so gering, daß sie auch bei niedrigstem Wasserstande ohne Umladung und Zeitverlust die Untiefen des Paraguay passieren kann, ein Vorzug, den kein einziger Dampfer der großen Mihanooich-Flotte besitzt. Die neue, deutsche Linie vermag hierdurch der Geschäftswelt billigere Frachtraten und pünktliche, regelmäßige Abfahrten zu bieten, und bei genügender Unterstützung durch jene die verhaßte Monopolstellung der englischen Mihanooich-Linie zu untergraben. Von der „Martha“ geschleppt, kamen mit ihr zwei neue Stahlleichter von je 570 und 450 Tonnen Tragfähigkeit an, zwei weitere Dampfer gleichen Typs und eine

größere Zahl von Leichtern werden demnächst folgen, falls die paraguayischen und argentinischen Handelskreise dem jungen Unternehmen die erforderliche Unterstützung zuteil werden lassen. Die paraguayische Regierung und Presse begrüßten die Ankunft dieses neuesten Zeugen deutschen Unternehmungsgeistes am La Plata mit aufrichtiger Sympathie und den besten Wünschen für eine gedeihliche Entwicklung. F. V.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Entwurf eines Gebührengesetzes für die Auslandsbehörden.

Das Reichsministerium des Auswärtigen legte nach Zustimmung des Reichsrats unter dem 30. April d. J. dem Reichstag den Entwurf eines Gebührengesetzes für die Auslandsbehörden nebst Begründung zur Beschlußfassung vor.

Nach § 1 des Entwurfes können durch den Reichsminister des Auswärtigen mit Zustimmung des Reichsrats für Amtsgeschäfte außerhalb Europas allgemeine Zuschläge bis zu 100 % zu den Gebühren und Auslagen nach dem diesem Gesetze angehängten Tarife erhoben werden. Ausgenommen von diesem Zuschlag bleiben Schiffsgebühren und die nach dem Werte abgestuften Gebühren. Nach § 2 müssen im Falle der Bedürftigkeit der Beteiligten die Gebühren für die im Tarife aufgeführten Amtshandlungen erlassen werden. Eine wichtige Neuerung besteht darin, daß die Gebühren in der Währung desjenigen Landes zu entrichten sind, in welchem die gebührenerhebende Behörde ihren Sitz hat. Die Gegenwerte für die Umrechnung werden durch den Reichsminister des Auswärtigen oder die von ihm bestätigte Stelle festgesetzt. Im übrigen dürfen sie nur aus besonderen, vom Reichsminister des Auswärtigen vorgesehenen Gründen erlassen werden. Außer den Schiffsgebühren und den nach dem Werte abgestuften Gebühren können alle Gebührensätze in Ausnahmefällen auf die Hälfte ermäßigt werden. Für die bloße Aufgabe und Annahme von Anträgen sind nach § 4 keine Gebühren zu erheben. Wird ein Gesuch vor Schluß der Verhandlungen zurückgezogen oder der Abschluß des Geschäfts von Seiten der Partei vereitelt, so wird die Hälfte der betreffenden Tarifsätze erhoben. Für Urkunden oder Verhandlungen in einer andern als der deutschen Sprache oder in verschiedenen Sprachen werden die Sätze um die Hälfte erhöht. Werden ganze Verhandlungen in zwei Sprachen aufgenommen, verdoppeln sich die Sätze. Bei Anwendung der türkischen oder einer nichteuropäischen Sprache erfolgt eine weitere Erhöhung um ein Drittel. Barauslagen sind nach § 6 besonders zu erstatten. Zur Deckung der Schreib- und Portokosten wird ein Pauschalsatz von 10 % der zum Ansatz kommenden Gebühren, jedoch mindestens M. 1.— und höchstens M. 100.— erhoben. Beschwerden über den Ansatz der Gebühren und Auslagen entscheidet laut § 8 der Reichsminister des Auswärtigen. Die wichtigsten der im anhängenden Tarif wiedergegebenen Gebühren seien hier genannt.

1. Abschriften für jede auch nur angefangene Seite, außer der Gebühr für eine etwaige Beglaubigung, M. 3.—.
4. Auskünfte aller Art, auch wenn sie durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes eingeholt werden, 1 % des Wertes oder Betrages, jedoch nicht über M. 100.—.
5. Beglaubigungen:
 - a) einer Übersetzung für die 1. Seite M. 10.—, für jede auch nur angefangene weitere Seite M. 5.—,
 - b) einer Abschrift M. 5.— bzw. M. 1.—,
 - c) der Unterschrift einer Privatperson M. 10.—.
8. Ausstellung einer Bescheinigung M. 10.—. (Bescheinigungen und Beglaubigungen zum Bezug von Renten und Pensionen aus öffentlichen Kassen sind gebührenfrei.)

11. Legalisation von Urkunden M. 10.—.

13. Matrikelschein M. 10.—.

17. Paßsachen:

- a) Ausstellung einer Bescheinigung für den kleinen Grenzverkehr M. 3.—,
- b) Ausstellung eines Reisepasses M. 10.—,
- c) Ausstellung eines Sichtvermerks 1. zur einmaligen Einreise oder Durchreise M. 10. 2. zur einmaligen Einreise und zurück oder zur einmaligen Durchreise und zurück M. 15.—. 3. Dauersichtvermerk zur mehrmaligen Einreise für die Dauer von 3 Monaten M. 25.—, 6 Monaten M. 40.—, 12 Monaten M. 60.—.

Für Personen, die zur Einreise nach Deutschland eines Sichtvermerks nicht bedürfen, ermäßigen sich die Gebührensätze für Durchreise-, Rückreise- und Dauersichtvermerke auf die Hälfte. Werden Paß und Sichtvermerk gleichzeitig ausgestellt, so ist nur die Gebühr für den Sichtvermerk zu zahlen. Von Ausländern, deren Heimatsstaat von deutschen Reisenden höhere Sichtvermerksgebühren erhebt als die vorstehenden, kann als Gegenseitigkeitsgebühr der höhere Satz eingezogen werden.

21. Standesamtliche Sachen:

- a) Eheliches Aufgebot M. 20.—,
- b) Eheschließung M. 20.—,
- c) Beurkundung von Geburten M. 20.—,
- d) Beurkundung von Sterbefällen M. 20.—.

23. Zusatzgebühren. Nimmt ein Geschäft die dienstliche Tätigkeit außerhalb der Amtsräume in Anspruch, so sind außer den entstehenden Gebühren Zusatzgebühren zu entrichten; und zwar für den Vorsteher der Behörde oder dessen Stellvertreter für die 1. auch nur angefangene Stunde M. 20.—, für jede folgende Stunde M. 10.—; für das übrige Personal M. 10.— bzw. M. 5.—.

In der Begründung wird ausgeführt, daß gegen die konsularischen Gebührensätze, die das Gesetz vom 17. Mai 1910 sowie das dazu ergangene Ergänzungsgesetz vom 1. April 1920 feststellte, sich alsbald von allen Seiten starker Widerspruch geltend machte, der sich hauptsächlich gegen die Paßgebühren und die für Handelsauskünfte richtete, zumal bei der Abstufung der Sätze den Konsulaten und Paßbehörden allzuweites eigenes Ermessen eingeräumt worden sei. Da sich herausstellte, daß diese Beschwerden zu einem nicht geringen Teile berechtigt waren, wurde eine Abänderung des Gesetzes ins Auge gefaßt. Was insbesondere die Handelsauskunftsgebühren anbetrifft, so empfahl es sich, die Gebühren ganz fallen zu lassen, da die daraus zu erwartenden Einnahmen in keinem Verhältnis zu der damit verbundenen Erschwerung der Anknüpfung neuer Handelsbeziehungen stehen. Statt dessen ist eine feste (allgemeine) Auskunftsgebühr in der Höhe von 1 % des Wertes (Position 4 des Tarifs) eingesetzt worden.

Die Paßgebühren (Position 17) sind den geäußerten Wünschen entsprechend nicht nur erheblich vermindert, sondern auch auf feste Sätze gebracht worden. Dabei wurde vor allem von der Erwägung ausgegangen, daß die Durchreise nicht zu hoch belastet werden dürfe, weil sonst der Verkehr von Deutschland abgelenkt werde. Die Sätze für die Dauersichtvermerke wurden vermindert, weil es sonst billiger sein würde, für jede Reise einen besonderen Sichtvermerk zu beantragen. Grundsätzlich sind die Paßgebühren für Deutsche die gleichen wie für Ausländer. In Anlehnung an eine Reihe ausländischer Tarife, z. B. an den französischen, den belgischen sowie denjenigen der ehemaligen

österreichisch-ungarischen Monarchie, der von den Teilstaaten übernommen worden ist, behielt sich das Gesetz jedoch vor, daß der Reichsminister des Auswärtigen höhere „Gegenseitigkeitsgebühren“ von Ausländern einzuziehen anordnen kann.

Statt der bisherigen Zerteilung des Tarifs in Gebührensätze für Europa und für Außereuropa ist ein einheitlicher Satz vorgesehen, zu dem jedoch der Reichsrat in Anpassung an die wechselnden Teuerungsverhältnisse über See Zuschläge bis zu 100 % erheben kann.

Die Bestimmung des § 2 des geplanten Gebührengesetzes soll eine gewisse Elastizität des Tarifs gewährleisten. Damit diese unter besonderen Verhältnissen zu gewährende Ermäßigung jedoch keinen zu großen Umfang annimmt, sollen die Auslandsbehörden angewiesen werden, sie jedesmal nur mit Genehmigung des Amtsvorstandes oder eines höheren Beamten eintreten zu lassen.

Der Zweck der Bestimmung des § 3 (Zahlung der Gebühren in der Währung der betreffenden Länder) ist es, diese Gebühren der Zahlungskraft der betreffenden Landeswährung besser anzupassen, als es möglich ist, wenn man ausnahmslos Zahlungen zum Goldkurse oder in deutschem Papiergeld vorschreibt, da hierbei die Gebühren bei Zahlung in Gold in Ländern mit entwerteter Valuta viel zu hoch, und bei Zahlung in Papier in Ländern mit vollwertiger Valuta zu niedrig ausfällt.

Vom deutschen Eigentum in Italien.

Wir hatten in den Nummern 5 und 9 des „Auslanddeutschen“ über die Freigabe des kleinen deutschen Eigentums berichten können. Nunmehr sind wir in der Lage, das Dekret vom 10. April d. J., welches die Konfiskation des deutschen und österreichischen Eigentums in Italien ausspricht (veröffentlicht in den „Gazzeta Ufficiale“ vom 22. April), zum Abdruck zu bringen. Leider sind auch zu diesem Dekret noch nicht die Ausführungsbestimmungen erschienen, so daß sich auch hier wiederum kein ganz klares Bild über Umfang und Wirkungen dieser Maßnahme ergibt. Als ein Wesentliches muß auch hier angesehen werden, daß die italienische Regierung sich nach keiner Seite hin endgültig festlegen will. So wird in Artikel 1 ganz allgemein die Konfiskation der gesamten aktiven Vermögensbestandteile deutscher und österreichischer Staatsangehöriger oder Gesellschaften ausgesprochen, während Artikel 4 bestimmt, daß unter besonderen Umständen durch ein künftiges königliches Dekret eine Rückgabe der konfiszierten Güter an die alten Eigentümer mit oder ohne Entgelt zugestanden werden kann. Es kann sich hier sowohl um einzelne Fälle als auch um Verfügungen allgemeinen Charakters handeln. Ob und wann ein solches Dekret veröffentlicht werden wird, läßt sich aus dem Text des Artikel 4 nicht herauslesen. Zu einer zusammenfassenden Würdigung der italienischen Maßnahmen in bezug auf die Konfiskation des deutschen Eigentums muß auf jeden Fall erst die Veröffentlichung der Ausführungsbestimmungen abgewartet werden. In einem Punkt aber läßt sich die Bedeutung des Dekrets auch schon heute werten. Mit Wirkung vom Tage dieser Dekrets geht das gesamte deutsche Eigentum an den italienischen Staat über und damit entsteht für die deutschen Interessenten der Rechtsanspruch auf Schadenersatz von seiten des Deutschen Reichs. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß das durch den Erlaß vom 7. Mai 1920 freigegebene kleine deutsche Eigentum durch diese Maßnahme nicht berührt wird.

Nachstehend lassen wir das Dekret im Wortlaut folgen.

Art. 1. Mit Wirkung vom Tage dieses Dekrets werden auf Grund der Rechte aus den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain die industriellen Anlagen, Geschäftshäuser, Mobilien

und Immobilien, Beteiligungen, Wertpapiere sowie alle anderen aktiven Vermögensbestandteile deutscher oder österreichischer Staatsangehöriger oder von Gesellschaften, in denen diese den größeren Einfluß haben oder die von solchen kontrolliert werden, soweit sie sich im Gebiete des italienischen Königreichs oder der Kolonien befinden, auch wenn sie nicht beschlagnahmt oder unter Zwangsverwaltung (Staatsaufsicht) gestellt sind, in das Eigentum des italienischen Staates übertragen. Die Werte dieses Besitzes werden in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages verwendet werden. Ausgenommen ist nur das unter den Erlaß vom 7. November 1920 Nr. 1840 fallende kleine deutsche Eigentum.

Art. 2. Alle zur Ausführung des vorhergehenden Artikels erforderlichen Maßnahmen werden dem Ministerium für Handel und Industrie übertragen, nötigenfalls nach Anhörung des Schatzministeriums. Sie werden ausgeführt nach Anhörung des Komitees für die Ausführung der wirtschaftlichen Bestimmungen der Friedensverträge. Eine besondere Maßnahme der Besitzergreifung ist nicht erforderlich bei den Besitztümern, die sich bereits unter Zwangsverwaltung (Staatsaufsicht) befinden.

Art. 3. Das gleiche Komitee hat auch über alle wegen der Ausführung der Bestimmungen dieses Erlasses entstehenden Streitigkeiten zu entscheiden. Zur Schlichtung dieser Streitigkeiten wird innerhalb des Komitees eine Kommission gebildet, die aus 3 Mitgliedern des Komitees selbst, außerdem aus Beauftragten vom Appellationsgericht in Rom, die vom Minister für Kultus und Justiz ernannt werden, besteht. Den Vorsitz in der Kommission führt derjenige, der den höchsten Dienstgrad hat. Die Entscheidungen der Kommission haben den Charakter einer rechtskräftigen Entscheidung und sind daher weder auf gerichtlichem noch auf administrativem Wege anfechtbar.

Art. 4. Wenn besondere Umstände zutreffen, kann durch Königl. Dekret, das vom Minister für Industrie veranlaßt wird, im Einvernehmen mit den Ministern für Auswärtige Angelegenheiten und des Schatzamtes, und das veröffentlicht wird nach vorherigem Gutachten des Komitees für die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen, die von den Friedensverträgen abhängen, nach Anhörung des Ministerrats, die Rückgabe mit oder ohne Entgelt, konfiszierter Güter zugunsten der alten Eigentümer zugestanden werden, auch durch Verfügung allgemeinen Charakters.

Auf jeden Fall behält sich die Königl. Regierung jede Maßnahme vor, die bestimmt ist, in anderer Form die Materie dieses Artikels zu regeln.

Art. 5. Durch einen weiteren Erlaß werden alle für die Durchführung der in den vorhergehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen sowie für die Durchführung der Enteignung und Liquidierung des eingezogenen Besitzes erforderlichen Verfügungen getroffen. Der gleiche Erlaß wird auch festlegen, in welchen Fällen beim Komitee Berufung eingelegt werden kann. Außerdem wird es Bestimmungen über das Verfahren in diesem Falle enthalten.

VERSCHIEDENES

Saarbewohner!

Wir haben an dieser Stelle verschiedentlich auf die Bemühungen der Franzosen aufmerksam gemacht, einen eigenen staatsrechtlichen Begriff für die Staatsbürgerschaft der im Saargebiet wohnenden Deutschen zu finden. Auch die „Frankfurter Zeitung“ macht jetzt auf diese Vorgänge aufmerksam. Im Friedensvertrag wird zwar gesagt, daß die gegenwärtige Staatsangehörigkeit der Einwohner des Saarbeckengebietes nicht

angetastet werden solle, so daß also alle Einwohner des Saarbeckengebietes die „gegenwärtigen“ Bewohner und ihre Nachkommen seien. Daß aber die französischen Bestrebungen sich kühn über diese Feststellungen hinwegsetzen, ist nicht weiter verwunderlich. Eine neue Fassung des Begriffs „Saarbewohner“ ist jetzt von der französisch beeinflussten Regierungskommission festgesetzt worden, zwar unter formaler Wahrung der bisherigen Staatsangehörigkeit, aber mit wesentlichen staatsbürgerlichen Rechten. Es wird gefolgert, daß die Begriffe „Saarbewohner“ und im „Saargebiet wohnhafter Deutscher“ nicht identisch seien, weil ja niemand daran gehindert werden dürfe, eine andere Staatsangehörigkeit zu erwerben. Also müsse auch jeder, der drei Jahre lang im Saargebiet wohne, ein „Saarbewohner“ werden können, ebenso auch jene, die 6 Monate lang ein Amt bekleidet hätten, oder einer Beschäftigung nachgingen, die den Aufenthalt im Saargebiet bedinge. Mit dieser neuen künstlichen Bestimmung bekommen die gesamten künstlich nach dem Saargebiet verpflanzten Franzosen in kurzer Zeit Heimatsrecht und die neue Staatsbürgerschaft der „Saarbewohner“, Wahlrecht zu den Kreis- und Gemeindeparlamenten vor allem, die die einzigen Vertretungskörper der Bevölkerung sind, der ja bekanntlich ein Parlament fehlt. Allein in Saarbrücken werden dadurch neue 15000 „Saarbewohner“ geschaffen. Das tollste ist, daß jeder, der nicht als „Saarbewohner“ anerkannt ist, also auch jeder Reichsdeutsche, im Saargebiet künftig als Ausländer gelten soll! Allerdings kann ja durch diese Kunststückchen, die echt französische Vorbereitungen für künftige politische Aspirationen sind, der Kreis der zur Abstimmung in 14 Jahren Berechtigten nicht erweitert werden, denn abstimmungsberechtigt sind nur diejenigen, die zurzeit der Vertragsunterzeichnung im Gebiet gewohnt haben. Aber die Einbürgerung der zahlreichen Franzosen soll ja vor allen Dingen dazu dienen, die Bevölkerung mit französischen Elementen zu durchsetzen. Die Verordnung, die den Kreis- und Bezirkstagen des Saargebiets und der Stadtverordnetenversammlung Saarbrücken zur Stellungnahme zugegangen ist, wird wohl lebhaften Widerspruch im Saargebiet auslösen und die Wachsamkeit in diesem bedrohtesten Gebiete des Deutschtums stärken!

Germanisches Institut Helsingfors.

Ein germanisches Institut ist in Helsingfors begründet worden. Seine Aufgabe besteht in der Veranstaltung allgemeinverständlicher Vorlesungen und Übungen vornehmlich aus dem Gebiete der geschichtlich sprachlichen Wissenschaften, von Lehrgängen und Förderungskursen in der deutschen Sprache und von Besprechung der Zeitfragen, gegebenenfalls unter Zuziehung auswärtiger Vortragender. Der regelmäßige Besuch kann, so heißt es in der Ankündigung, unter Umständen einen Aufenthalt in Deutschland zwecks Erlernung der Sprache ersetzen. Die Vorlesungen finden abends zwischen 6 und 9 Uhr in der deutschen Schule statt, monatlich findet ein geselliger Abend statt, jeder Hörer kann sich den Besuch im Vorlesungsbuch bescheinigen und auch außerdem besondere Zeugnisse ausstellen lassen. Die Bücherei der deutschen Schule steht den Hörern zur Benutzung frei. An Vorlesungsgeldern werden 50 finnische Mark für die einstündige Vorlesung erhoben. An Vorlesungen finden wir solche über Kunst und Erziehung, Goethes Faust, neue deutsche Lyrik und Balladen-Dichtung, Philosophie der Geschichte von Herder bis Spengler, Geschichte der deutschen Kunst, das Wesen der Zeitung, Fragen der neueren Ästhetik, Beziehungen zwischen finnischem und deutschem Geistesleben, germanische Urzeit, Biologie und Sprache, deutsche Romantik, politische und wirtschaftliche Geographie Deutschlands, deutsche Geschichte im

19. Jahrhundert. Die Geschäftsstelle wird durch Frl. Dr. Pingoud, Bernhardstraße 4, geleitet. An den Vorlesungen sind zu- meist die Lehrer der deutschen Schule, daneben aber auch andere Mitarbeiter, wie Pastor Israel und Redakteur C. von Kügelgen, beteiligt.

Institut für Auslandsrecht.

Das neue Institut für Auslandsrecht an der Universität Berlin veranstaltet im Sommersemester Vorlesungen und Kurse zur Einführung in das Wirtschaftsrecht des Auslandes. Es werden vornehmlich die Rechte Rußlands und seiner Randstaaten behandelt. Der frühere russische Rechtsanwalt Böhm spricht über Zivil- und Handelsrecht Rußlands und seiner Randstaaten, Privatdozent Zeitzeff von der Universität Kiew spricht über das russisch-polnische Strafrecht, Professor Dr. Kalischer von der Petersburger Universität behandelt die russische Gerichtsverfassung und den Prozeß. Über ungarisches Recht trägt der ungarische Konsul von Medgyefy vor, über islamisches Recht Professor Dr. Nord, über belgisches Zivilrecht Dr. Norden. Der Direktor des Instituts, Professor Dr. Heymann, hält eine allgemeine Einführung in den Rechtszustand Englands, der amerikanische Rechtsanwalt Higgins wird über den New Yorker Zivilprozeß und Konkurs vortragen.

Ein Holland-Institut.

In Frankfurt a. Main wurde das neugegründete Holland-Institut am 23. April feierlich eröffnet, wobei der niederländische Generalkonsul Marx die Taufrede hielt. Das Institut ist auf Anregung von Professor van der Meers gegründet. Der Niederländische Verband, wie auch der Verein Niederland in der Fremde haben je 500 Gulden dafür gestiftet und es sind noch eine ganze Reihe von Stiftungen für das Institut zusammengekommen. Professor Tietz bewillkommnete das neue Institut im Rahmen der Universität. Der frühere Kolonialminister Pleyte hielt einen Vortrag über die Geschichte der Kolonialpolitik der Niederlande. Der Vorsitzende des Vereins „Niederland in der Fremde“, Dr. de Hartogh, sprach über die Aufgaben des Instituts, den Austausch von Historikern, Philologen, Kolonialspezialisten und Studenten und die Aufrechterhaltung geistiger Beziehungen.

Ein Preisausschreiben über Auslandsdeutschtum.

Der Landesverband Nordwestdeutschland des Bundes der Auslandsdeutschen hat ein Preisausschreiben erlassen. Es sollen Arbeiten von höchstens 1000 Schreibmaschinenzellen über das Thema „Die Bedeutung des Auslandsdeutschums für den deutschen Außenhandel“ bis zum 31. Juli eingereicht werden. Als Preise sind 600 und 400 Mark ausgesetzt. Die Frage ist einwandfrei, möglichst statistisch zu behandeln.

Antideutsche Filmpropaganda in den Vereinigten Staaten.

Die „Issues of to-day“ vom 16. April warnen vor dem Film „Die vier apokalyptischen Reiter“, den Vincente Ibanez für die Metro Co. geschrieben hat. Der Film bringt in gehässigster Weise die alten Märchen über deutsche angebliche Greuelthaten während des Krieges. Ibanez gab in einem Interview mit dem Vertreter der Newyorker Times zu, daß er während des Krieges vom französischen Propagandadienst bezahlt worden sei. Man sieht daraus, in wessen Auftrag die antideutsche Hetze auch heute noch zum Teil in Amerika fabriziert wird.

Ein deutsches Krankenhaus in Riga.

Ein von führenden Persönlichkeiten des Deutschturns in der „Rigaischen Rundschau“ veröffentlichter Aufruf fordert zur Begründung eines deutschen Krankenhauses auf. Seit dem Eingehen des Diakonissenhauses habe man das deutsche Kranken-

haus schmerzlich vermißt, nicht nur aus nationalen Sentiments, die allerdings gerade auch in Zeiten der Krankheit eine besondere Rolle spielten, sondern aus Gründen der Erhaltung einer guten deutschen Ärzteschaft und Pflegerschaft, der Erhaltung der deutschen medizinischen Wissenschaft für das Volkstum. Jetzt seien die deutschen Ärzte fast völlig von jeder klinischen Tätigkeit entfernt, die Pflegerinnen und Schwestern würden planmäßig beseitigt. Damit entfalle die Möglichkeit der wissenschaftlichen Fortbildung. Ferner sei bei den ungünstigen sozialen Verhältnissen eine kostenlose klinische Behandlung für die Deutschen selten zu erreichen. Aus diesem Grunde sollte das deutsche Krankenhaus geschaffen werden, für das die nötigen Vorarbeiten geleistet sind. Eine Gesellschaft zur Unterhaltung dieses Krankenhauses wird sich bilden.

Bestrafung einer schamlosen „Deutschen“.

Vor dem Polizeigericht in Highgate (London) mußte sich Mitte April Ellen Bacher, eine Deutsche, verantworten, weil sie gegen die Meldebestimmungen für Ausländer verstoßen hatte. Zu ihrer Entschuldigung gab sie an, sie schäme sich, Deutsche zu sein und werde auch nie nach Deutschland zurückkehren.

Sie wollte sich Papiere zur Übersiedlung nach den Niederlanden verschaffen, hatte aber zu wenig mit der Psyche der Engländer gerechnet, dem alles andere eher imponiert als würde ein solches nationales Renegatentum. Trotz anscheinend erwiesener Wohltätigkeit der „Deutschen“ gegen englische Arme wurde sie zu 10 £ Geldstrafe und zur Deportation nach Deutschland verurteilt.

Das 25jährige Jubiläum des Kinderheims August Herman Francke und Dr. Bernhards in Woyen bei Kristiania wurde am 1. Mai unter großer Beteiligung feierlich begangen. Der Gründer und Leiter der Anstalt, Pfarrer Egede Nissen Severus, berichtete über die Entstehung des Heims und über seine Aufgaben. Der Präsident des Stortings, Gunnar Knudsen, hielt die Festrede, die einen herzlichen Dank an Pfarrer Egede Nissen-Severus enthielt und eine Mahnung an die versammelten 60 Zöglinge, tüchtige Menschen zu werden wie die Hunderter ihrer Vorgänger in diesen Räumen. Am Schluß überreichte dem Pfarrer des Königs goldene Verdienstmedaille mit einer besonderen Gruß und Dank des Königs für die aufopfernde Arbeit und Leistung. Von der deutschen evangelischen Gemeinde und der englischen Gemeinde in Kristiania, sowie von der Franckestiftung in Halle wurden durch Vertreter Grüße und Glückwünsche überreicht.

Zeitungsmeldungen zufolge ist der Kommunist Frieslander mit seinem wirklichen Namen Ernst Leuter heißt, in Berlin verhaftet worden. Er stellte sich nach seiner Gefangennahme in Rußland für politische Propaganda zur Verfügung und wurde später von Lenin und Trotzki nach dem Wolgagebiet gesandt, wo er unter den deutschen Bauern ein wahres Schreckensregiment geführt haben, Kontributionen in rücksichtslosester Weise eingetrieben, eingekerkert, Todesurteile gefällt und selbst vollstreckt haben soll. Es haben sich angeblich eine große Anzahl von Zeugen in Berlin gemeldet, die für seine Untaten im Wolgagebiet Zeugnis ablegen wollen. Der Verhaftete wurde jedoch späterhin wieder freigelassen, da eine juristische Möglichkeit der Aburteilung nicht besteht.

Ein Flug mit deutschem Flugzeug von Mexiko nach Guadalajara (Staat Jalisco, Mexiko) wurde in 3 Stunden und 40 Minuten ausgeführt, was einer Stundengeschwindigkeit von ungefähr 150 Kilometern entspricht. Es handelt sich, der Deutschen Zeitung für Mexiko zufolge, um das von der amerikanischen

Mercury Company auf dem Luftwege nach Mexiko gebrachte Flugzeug „Junkers“, das von den amerikanischen Piloten Thompson und Robinson gesteuert wurde. In der geräumigen, mit Klubsesseln ausgestatteten Passagierkabine hatten der mexikanische Kriegsminister General Estrada, der mexikanische Chef des Generalstabs General Garrido und andere Herren Platz genommen. Ein zweisitziges Flugzeug mexikanischer Konstruktion sollte den „Junkers“ begleiten, mußte aber nach ganz kurzer Zeit eine Notlandung vornehmen und zurückbleiben. Der mexikanische Kriegsminister sprach sich sehr befriedigt über die Leistung des deutschen Flugzeugs aus. Das Flugzeug stellt eine der letzten Errungenschaften der deutschen Technik dar und hat solche Anerkennung im Ausland gefunden, daß z. B. die

amerikanische Postverwaltung über ein Dutzend dieser Maschinen auf der Flugpostlinie Neuyork—San Franzisko in Dienst gestellt hat. Auf eine Anfrage im amerikanischen Senat, warum deutsche Flugzeuge im amerikanischen Staatsdienst verwendet würden, konnte der amerikanische Postminister nur antworten, daß die deutschen Verkehrsflugzeuge viel rationeller und dauerhafter seien, als alle in anderen Ländern konstruierten. Das Junkerflugzeug ist ein ganz aus Duraluminium konstruierter Eindecker mit vollkommen freitragenden Flügeln ohne Spannkabel. Ein 185 P.S. Motor der Bayrischen Motorenwerke verleiht dem Flugzeug eine Höchstgeschwindigkeit von 190 km in der Stunde bei voller Belastung, das heißt mit 2 Mann Bordbesatzung, 5 Passagieren und Betriebsstoff für 5 Stunden.

AUSWANDERUNGSWESEN

Einwanderung nach Amerika.

Ein energisches Durchsieben aller aus Mitteleuropa nach den Vereinigten Staaten kommenden Einwanderer ist, wie wir schon früher mitteilten, geplant. Die Internationale Mercantile Marine Co., welche die Red Star Line, die American und White Star Dampferlinien kontrolliert, hat Pläne bekanntgegeben, deren Durchführung gestatten soll, daß mit Krankheiten behaftete Einwanderer aus Mitteleuropa oder körperlich Untaugliche zurückgehalten werden. Ein System ärztlicher Untersuchung aller in Warschau oder in Wien sich meldender Einwanderer wird seitens der Red Star Line wieder eingerichtet werden. Die in Mitteleuropa zu treffenden Arrangements werden sich auch auf Passagiere für den Hamburger Dienst der American-Linie oder auf Passagiere, die Europa aus englischen Häfen zu verlassen gedenken, erstrecken. Später wird ein Untersuchungssystem auch in Prag eingerichtet werden. In Antwerpen wird für die Red Star Line eine große Sanitätsstation errichtet, in der jeder Einwanderer, ehe er von der Linie als Passagier aufgenommen wird, einer durchgreifenden Untersuchung unterzogen und, wie die „Neuyorker Staatsztg.“ sagt, „sanitätsgemäß gebadet“ werden soll.

Einwanderung und Kolonisation in Matto Grosso.

Zu unserer auf Seite 187 der Nr. 6 des „Auslanddeutschen“ gebrachten Notiz über Matto Grosso äußert sich die Firma Hacker, Sao Paulo, unter dem 14. April folgendermaßen:

„Das ‚Deutsche Volksblatt‘ in Porto Alegre kann in dieser Frage nicht als objektiver Beurteiler anerkannt werden. Die aus diesem Blatt entnommene Notiz, daß Beamte der Federationsregierung die Siedungsverhältnisse in Matto Grosso studiert haben sollen und daß deren Informationen dahin lauteten, daß von einer Hinsendung von Kolonisten einstweilen abzuraten sei, da der Staat Matto Grosso keine Kolonien habe, auch keine Privatkolonien unterstütze usw., ist direkt unwahr und unsinnig. Unser Kontrakt mit der Staatsregierung von Matto Grosso ist nicht nur dieser sehr gut bekannt, sondern auch der Bundesregierung. Der Berichterstatter des ‚Deutschen Volksblattes‘ bezieht sich auf eine Nachricht, welche durch ein Rioblatt gegeben wurde, ohne daß aufgeklärt werden konnte, aus welcher Quelle diese Nachricht stammt. Auch das Landwirtschaftsministerium versichert, daß es niemand beauftragt habe, diesbezügliche Informationen einzuziehen, schon deswegen, weil man an und für sich orientiert sei.

Der Berichterstatter dürfte einfach ‚Matto Grosso‘ als ‚dichter Wald‘ übersetzt haben und damit zu dem Schluß gekommen sein,

daß Matto Grosso nur undurchdringlicher Urwald wäre, während die von uns ausgesuchten Gebiete Wiesenland sind, das nur teilweise mit Holz bestanden ist. Da aber derartiges Land, sonst sehr fruchtbar, ähnlich wie bei Ländereien in Argentinien, besonders für Neueinwanderer in Frage kommt, erwählten wir diese Zone für unsere Zwecke. Schon aus rein geschäftlichen Gründen sind wir ja dazu gezwungen, mit der größten Vorsicht zu arbeiten und dahin zu streben, daß der Kolonist nicht nur gut unterkommt, sondern auch Aussicht hat, vorwärts zu kommen, da im gegenteiligen Falle für unsere Firma die größten Nachteile entstehen würden. Bezahlen die Kolonisten als Anzahlung uns doch noch lange nicht so viel, als unsere direkten Unkosten ausmachen, vom Landwirt gar nicht zu sprechen. Werden wir nun als Geschäftsleute dahin streben, Leute blindlings in Gegenden zu bringen, wenn nicht die Aussicht vorhanden ist, daß sie durch ihrer Hände Arbeit in die Lage kommen, uns das bezahlen zu können, was sie uns beim Abschluß des Geschäftes schuldig blieben? Sollten wir Gründe ideeller und moralischer Natur nicht kennen, so müßte schon die Geschäftstaktik uns zwingen, so zu handeln, daß der Kolonist zu seinem und unserem Vorteil arbeiten kann.“

Peru als Auswanderungsziel.

In letzter Zeit gingen wiederholt Nachrichten durch die Presse, worin namens der peruanischen Regierung alle Erleichterungen, darunter auch Rückerstattung der Überfahrt, denjenigen angeboten wurde, welche nach Peru auswandern wollen. Wegen unserer skeptischen Haltung zu diesem Angebot sind wir von der „Hamburger Allgemeinen Auswanderer-Zeitung“ heftig angegriffen worden. Wie berechtigt unsere Haltung war, bestätigt neuerdings das Schreiben eines Vertrauensmannes, welches dem D. A. I. am 3. April aus Lima zugeht und in welchem es folgendermaßen heißt: „Von den 20 englischen Familien (welche auf Grund der bekannten Notiz über die Förderung der englischen Einwanderung durch die peruanische Regierung ins Land kamen) sind jetzt die meisten in geeigneten Stellungen untergebracht, nachdem schon einige gerichtliche Klagen den peruanischen Konsul in England eingereicht haben und wohl auch diplomatischer Druck dahinter gesetzt wurde. Die 30 ungarischen Familien sind noch immer ohne Beschäftigung in einem Notquartier untergebracht. Das Fahrgeld, das sie drüben durch Verkauf ihrer Habseligkeiten aufbrachten, ist ihnen noch nicht, wie versprochen, ersetzt worden und wird voraussichtlich — wenn überhaupt — nur zu einem kleinen Teile in ihre Hände gelangen bei der Korruption der Beamten-schaft und dem Mangel an Staatsgeld. Es ist daher dringend

vor allen Angeboten der peruanischen Regierung zu warnen. Haben doch selbst die Offiziere seit 2—3 Monaten keinen Gehalt mehr bekommen, wieviel weniger die anderen Beamten und kleinen Empfänger von Staatsgeldern. ... Von landwirtschaftlicher Auswanderung hierher ist nach meinen bisherigen Erfahrungen unbedingt abzuraten. Dagegen mögen geschäftstüchtige Hand-

werker u. dgl., wenn sie sich einige Jahre als Angestellte in dem Lande vertraut gemacht haben, sehr wohl auch selbständig ihr Fortkommen finden.*

Diese Erfahrungen der englischen und ungarischen Auswandererfamilien mögen sich die deutschen Auswanderer rechtzeitig zur Warnung dienen lassen.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschtum und Auslandkunde.

Die in großer Anzahl einlaufenden Drucksachen deutscher Vereine im Auslande werden im allgemeinen hier nicht aufgeführt. Sie werden im Vereinsarchiv des D. A. I. gesammelt und verzeichnet.

Übersicht:

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D. A. I. Dr. MANNHART und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Nach allgemeinen Gesichtspunkten:

Auslanddeutschtum i. allg.: 13. 17. 91. 96. 97. 111. 123. 136.
Grenzlanddeutschtum: 4. 6. 7. 8. 13. 17. 20. 21—25. 28. 31. 32. 36. 39. 48—50. 54. 57. 58. 61. 64. 67. 69. 73—78. 80. 82. 83. 85—87. 89. 90. 92. 94. 95. 97. 99. 105. 106. 112. 115—118. 125. 126. 128. 131—135. 137—142. 145.
Auslandkunde i. allg.: 28. 41. 63. 72. 109.
Auswanderung und Kolonisation: 15. 30. 35. 38. 41. 42. 56. 103. 104. 110.
Kirche und Mission: 9—11. 56. 59. 100. 121. 129. 143.
Rechtsfragen: 32. 33. 44. 49. 77. 83. 134. 136.
Wirtschaftsfragen: 3. 5. 12. 16. 26. 31. 33. 60. 70. 81. 82. 105. 106. 108. 109. 128. 134. 142.
Schöne Literatur und Kunst: 8. 23—25. 27. 38—40. 45. 107. 122. 126. 127.
Deutschtum in der Darstellung des Auslandes: 4—6. 21. 25. 27. 29. 33. 40. 114. 120. 127.

Regionale Übersicht (soweit nicht Grenzlanddeutschtum):

Mitteleuropa: 39. 43.
Westeuropa: 4—6. 9. 27. 28. 45. 48. 93. 120. 122. *
Nord- und Osteuropa: 3. 10. 11. 18. 20. 26. 31. 33. 40. 46. 51. 53. 62. 63. 68. 69. 77. 79. 81. 88. 113.
Süd- und Südosteuropa: 34. 60. 65. 66. 84. 97. 98. 101. 102. 107. 119. 124. 127. 130.
Vorderasien: 71.
Ost- und Australasien: 16. 28. 30. 144.
Afrika: 14. 28. 37. 55. 114. 121.
Nordamerika: 1. 2. 19. 59. 108. 111.
Lateinamerika: 15. 35. 38. 41. 47. 70. 110. 123. 129. 143.

I. Einzelschriften.

1. *American newspaper annual and directory. A catalogue of American newspapers.* Philadelphia: Ayer [um 1921]. 8° Doll. 5.
2. *Amerika und Deutschland. Wie aufrechte Amerikaner über den Waffenstillstand, den Friedensvertrag von Versailles, den Schrecken am Rheine denken und sprechen.* Stenogr. Protokoll über d. Massen-Versamml. in New York am 28. Febr. 1921 in Madison Square Garden. Für die Übermittlung u. Übers.: Heinrich Freeden. Mannheim-Heidelberg: Pfalz-Zentrale 1921. 34 S. 8°.
 Die von Deutsch- und Angloamerikanern in der von Prof. Edmund von Mach geleiteten Protestversammlung gegen die schwarze Schmach gehaltenen Reden sind wortgetreu und ohne jeden Kommentar wiedergegeben.
3. *Ballod, Karl, Sowjet-Rußland.* (Berlin): Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ (1920). 59 S. 8° M 6.—.

Der frühere Berliner Nationalökonom und Kenner russischer Wirtschaft fragen hat vom 3. Mai bis 12. Juli 1920 als Sachverständiger bei der internationalen Friedensdelegation in Moskau Gelegenheit gehabt, persönliche Erkundigungen einzuziehen und die Literatur der Sowjets zu studieren. Er untersucht die Frage, warum die sozialistische Zentralisation der Wirtschaft geglückt, die Aufrechterhaltung (Steigerung) der Produktion indessen mißlungen ist.

4. *Barrès, Maurice, Le génie du Rhin.* Paris: Plon [um 1921]. 8° fr. 22.—.
5. *Clapham, (J. H.), The economic development of France and Germany, 1815—1914.* Cambridge: University Press o. J. 431 p. sh. 18.—.
6. *Curtius, Ernst Robert, Maurice Barrès u. die geistigen Grundlagen des französischen Nationalismus.* Bonn: Cohen 1921. VIII, 255 S. 8° M 30.—, geb. M 38.—.
7. *Diehl, F., Marienwerder. Geschichte der Stadt. Zur Erinnerung an die Volksabstimmung am 11. Juli 1920.* Neu hrsg. von E. Wernicke. Marienwerder: Kanter 1920. 55 S. 8°.
 Auf Anregung des Historischen Vereins für den Regierungsbezirk Marienwerder wurde die „Geschichte der Stadt Marienwerder“ von F. Diehl herausgegeben, den Heimatreuen zum Dank, die geholfen haben, die Stadt ihrer Väter beim Deutschen Reiche zu erhalten. Sie enthält nach der Gründungsgeschichte eine ausführliche Beschreibung des Domherrenschlosses in der Domkirche, der eigentlichen Stadt mit deren Ortsgeschichte bis zur Gegenwart, nebst 4 Abbildungen.
8. *Die Einrichtung und Verwaltung kleiner Gemeindebüchereien auf Grund der Arbeit Ernst Schmidts* hrsg. von Dr. Fr. Paudler und Ing. Karl Koberg. Leitmeritz: Verlag d. dt. Volksbüchereigenossenschaft 1921. 40 S. 8°.
 Die Anschaffung der kleinen, von großer Liebe zur Sache und eigener Erfahrung zeugenden Schrift ist allen den deutschen Gemeinden oder Vereinen im Auslande zu empfehlen, die eine eigene Bücherei begründen wollen. Nachdem der tschechische Staat durch Gesetz allen Gemeinden mit mindestens 400 Einwohnern die Einrichtung einer öffentlichen Bücherei zur Pflicht gemacht hat, ist es für die deutschen Gemeinden von größter Bedeutung, die neu zu schaffenden Büchereien aufgebaut und verwaltet werden.
9. **Geschichte der deutschen evangelischen Kirche zu Liverpool* i. Auftr. des Kirchenvorstandes hrsg. von Lic. A. Rosenkranz. Stuttgart: Ausland und Heimat 1921. VIII, 224 S. 8° M 12.—. (Schriften des Deutschen Ausland-Instituts. Reihe A. Bd. 3.)
10. *Hahn, Traugott [baltischer Märtyrer], Dient dem Herrn mit Freuden. 17 Predigten.* (Vorw.: Anny Hahn.) Gütersloh: Bertelsmann 1921. 95 S. 8°.
11. *Hahn, Traugott, Gottesliebe und Weltelend. 7 Vorträge.* Gütersloh: Bertelsmann 1921. 68 S. 8°.
12. *Hamburger, Ernst, Die Pariser Forderungen.* Berlin: Kulturliga (1921). 16 S. 8° M 2.—.

Die Darlegung schaltet bewußt alles Politische aus und bemüht sich, lediglich auf volkswirtschaftliche Gründe gestützt, die Undurchführbarkeit der von den alliierten Staatsmännern in Paris erhobenen Forderungen zu erweisen. Sie läßt die Frage der Berechtigung der Entschädigungsansprüche beiseite und hält sich streng sachlich an die vorliegende Tatsache der Pariser Beschlüsse.

13. *Hampe, K[arl], Der Zug nach dem Osten. Die kolonialisatorische Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter.* Leipzig u. Berlin: Teubner 1921. 108 S. 8° kart. M 2.80. 120 % T. (Aus Natur u. Geisteswelt. Bd. 731.)
 Der Heidelberger Historiker gibt ein lebensvolles, die wirtschaftlichen und sozialen Triebkräfte betonendes Gesamtbild der mittelalterlichen Kolonisation des deutschen Ostens. Es werden zunächst die Vorstufen der Bewegung im frühen Mittelalter, dann die große Bauernwanderung über die Elbe seit dem 12. Jahrhundert, das Entstehen und Wachsen der großen Städte im Ost, das Zusammenwirken dörflicher und städtischer Kolonisation geschildert. Die Deutsche Orden und die Hansa werden besonders eingehend behandelt, der weitreichende Einfluß auf Recht und Wirtschaft der heute slawischen, magyarischen Bevölkerung verfolgt. Die mit Namen- und ausführlichen Schriftenverzeichnis ausgestattete Darstellung ist zur ersten geschichtlichen Einführung in die brennende Gegenwartsfrage der Stellung des Deutschen in Osteuropa warm zu empfehlen.
14. *A Handbook of German East Africa.* London: Stationery Office [um 1921]. 8° sh. 7.6.

15. ***Heinrichs, Emilie**, Die Frau des Auswanderers. Erlebnisse einer Kolonistenfrau in Südbrasilien. Mit e. Geleitwort von Georg Timpe. Freiburg i. Br.: St. Raphaels-Verein 1921. 58 S. 8°.
16. **Helfferrich, E.**, Die Wirtschaft Niederländisch-Indiens im Weltkriege und heute. Mit 11 Fig. u. 1 Kt. auf 2 Taf. Vortrag. Hamburg: Friederichsen 1921. 31 S. 8° M 6.60. Aus: Mitt. der Geogr. Gesellsch. i. Hamburg. Bd. 28.
Der Direktor des Straits- und Sunda-Syndikats in Hamburg, E. Helfferrich-Batavia, behandelt in seinem im Druck erschienenen Vortrage die wirtschaftliche Entwicklung und Verfassung des Inselreichs in den letzten Jahren. Gegenüber der Verarmung Europas sind hier in der Kriegszeit wertvolle wirtschaftliche Gegenwerte entstanden. Niederländisch-Indien ist im wesentlichen ein Rohstoffexport-Land, das für Absatz und Bezug zu einem großen Teil auf Europa angewiesen ist, vor allen Dingen für den Absatz seiner stark gesteigerten und erheblich verteuerten Produktion. Der Verfasser legt in genauen Zahlen dar, wie gewaltig die Produktionskraft des geschilderten Gebiets gestiegen und wie es daher an der Wiederherstellung der Kaufkraft Europas und besonders Deutschlands als des Hinterlandes der Niederlande interessiert ist.
17. **Herzog, Karl**, Wesen und Ziele der Deutschbewegung. Versuch e. gedrängten Übersicht. Reichenberg: Sudetendeutscher Verlag i. Komm. 1921. 38 S. 8° M 3.40.
18. **Holtischer, Arthur**, Drei Monate in Sowjet-Rußland. (1. bis 15. Aufl.) Berlin: Fischer 1921. 255 S. 8° M 15.—, geb. M 21.—.
19. **Kaufmann, Georg**, Dem Andenken Wilhelm Kaufmanns, geb. 24. 9. 1847, gest. 18. 5. 1920, für d. Angehörigen und Freunde zsgest. u. hrsg. Stuttgart: Ausland und Heimat 1921. 16 S. 4°.
20. **Kötschke, Hermann**, Die deutsche Polenfreundschaft. Berlin: Neues Vaterland 1921. 80 S. 8° M 8.40.
Der Verfasser hat sich die heute zunächst seltsam anmutende Aufgabe gestellt, über die polenfreundlichen Strömungen, die es in Deutschland seit 1772 gegeben hat und die besonders zwischen 1815 und 1863 zeitweise nicht nur in der deutschen Bevölkerung, sondern auch in der preußischen Regierung Oberwasser gewannen, einen Überblick zu geben. Es war die Periode eines schönen politischen Altruismus, der Bismarck ein Ende machte, und die auch bei ihrer Erneuerung gegen Ende 1918 geringe Gegenliebe von polnischer Seite fand. Die Schrift will, ohne für die aus dem Aufbau des heutigen polnischen Staates sich ergebenden Gefahren blind zu sein, dazu anleiten, die Fehler der preußischen Polenpolitik und die polnischen Bestrebungen gerechter abzuwägen.
H. M.
21. **Kucharzewski, Jan**, Le dilemme de la Haute-Silésie. Paris: Bossard [um 1921]. 8° fr. 1.80.
22. **Lehmann, Emil**, Altvaterland. Zur deutschen Stammes-erziehung. Reichenberg: Sudetendeutscher Verlag 1921. 104 Seiten. 8° M 9.20. (Schriften z. Heimatbildung u. Volks-erziehung. Nr. 2.)
23. **Lehmann, Emil**, Landskroner Heimatbuch. 2. verm. u. verb. Aufl. Landskron: Czerny 1920. 207 S. 8° M 2.40. (Landskroner Heimatbücherei. Bd. 1.)
Der erste Band der Landskroner Heimatbücherei des um die Förderung der sudetendeutschen Volkskunde hochverdienten Mithrasausgebers der Zeitschrift „Heimatbildung“ (Reichenberg: Kraus) konnte bereits in der 2. Auflage erscheinen. Die Schrift ist ein Musterbeispiel dafür, wie sich die deutsche Volksbildungspflege in der Tschechoslowakei unter Mitwirkung breiter Schichten auf die Heimatliebe gründet. Das Buch führt in lebendiger, anschaulicher Darstellung in Natur, Geschichte und Wirtschaft des Landskroner Beckens ein. Kulturgeschichte und Volkskunde stehen im Vordergrund. 14 Abb. und ausführliche Quellenangaben erhöhen den Wert des Werkchens, dem es im Deutschen Reich noch an Gegenständen fehlt.
H. M.
24. **Lehmann, E[mil] und F. J. Jandl**, Vom Kronwald und vom Krottenpfuhl. Landskroner Sagenbuch. Mit 4 Feder- zeichn. von Franziska Jaksch. Landskron: Czerny 1921. 176 S. 8° M 3.25. (Landskroner Heimatbücherei. Bd. 5.)
Die Arbeit des bekannten Erforschers der deutschböhmisches Volkskunde ist ein erfreuliches Beispiel dafür, wie die in den letzten Jahrzehnten von den Sudetendeutschen gepflegte Heimatliebe auch literarische Früchte trägt. Das Bändchen baut weiter auf der verdienstvollen 1905 in Rudelsdorf erschienenen Sammlung Ferd. J. Jandls, Sagen aus den deutschen Teilen der Bezirke Landskron, Leitomischl und Politzka im östlichen Böhmen. Weit mehr haben Jandl und der Verfasser aus Aufzeichnungen, die bis 1920 reichen, neu beigezeichnet. Ein herrlicher Stoff für Wanderfahrten und ein prächtiges Mittel, das deutsche Volkstum im böhmischen Teil des Schönhengstgaus kennen zu lernen.
H. M.
25. **Markham, Violet R.**, A woman's watch on the Rhine. Sketches of the occupation. London: Hodder & Stoughton [um 1921]. 8° s. 15.—.
26. **Masurenko, Wassyl**, Die wirtschaftliche Selbständigkeit der Ukraine in Zahlen. Berlin-Wilmersdorf: Ukrainischer Pressedienst 1921. 19 S. 8°.
Der Aufsatz ist in der „Nowa Doba“, dem in Wien erscheinenden Organ der Auslandsgruppe der Ukrainischen Kommunistischen Partei, erschienen. Er vertritt entgegen der Theorie der großrussischen (bolschewistischen) Zentralisten den Satz, daß die Ukraine nicht nur einen eigenen Wirtschafts-

- körper darstellt, sondern daß sie auch unter allen Umständen ihre Selbständigkeit erkämpfen will. In dieser Frage bestehe in der Ukraine eine Einheitsfront von der äußersten Rechten bis zu den Kommunisten.
27. **Mélèse, Pierre, Henri Heine**. Paris: Renaiss. du livre [um 1921]. 8° fr. 4.—. (Les cent chefs d'œuvre étrangers).
28. **Meyrat, J.**, Dictionnaire national des communes de France, d'Alsace-Lorraine et d'Algérie, colonies françaises et pays de protectorat. Paris: Michel [um 1921]. 8° fr. 25.—.
29. **Milne, A. Berkeley**, The flight of the „Goeben“ and the „Breslau“. An episode in naval history. London: Nash [um 1921]. 8° s. 6.—.
Der Höchstkommandierende des britischen Mittelmeergeschwaders im August 1914 enthüllt in einer Polemik gegen das offizielle Seekriegs-Geschichtswerk von Sir Julian Corbett (Naval History of the War) die britischen Anordnungen, die den erfolgreichen Durchbruch der „Göben“ und „Breslau“ durch die Enge von Messina und die englische Sperre ermöglichten.
30. **Niederländisch-Indien**. Hrsg. im Auftr. des Reichswandlungsamtes. Berlin: Zentralverlag 1920. 23 S. 8°. (Aus-kunftshefte für deutsche Auswanderer. Übersichtl. Darstellungen d. Verhältnisse in den Auswanderungsländern. Nr. 9.)
31. **Osborne, Sidney**, The Upper Silesian question and Germany's coal problem. Part 1. 2. rev. ed. London: Allen & Unwin 1921. 285 S. 8°.
Die zweite Auflage weist, abgesehen von einem neuen Vorwort und dem Druckervermerk, keine wesentlichen Änderungen gegen die erste, in vielen deutschen Zeitungen und Zeitschriften besprochene Auflage dieses für eine sachliche, auf Zahlen beruhende Beurteilung der oberschlesischen Frage äußerst wertvollen Werks amerikanischer Herkunft auf.
H. M.
32. **Parteiorganisation d. deutschen national-sozialistischen Arbeiterpartei in der tschecho-slowak. Republik**. In ihren Grundzügen beschlossen am Gesamtparteitag in Dux am 15. Nov. 1919. Aussig: Nationalsozialistische Druck- und Verlags-Anstalt 1920. 16 S. 8°.
33. **Pedersen, Oscar**, Socialisering i Tyskland. Udarbejdet efter opdrag fra den av socialdepartementet nedsatte socialiseringskomite. Kristiania: Steen [um 1921]. 8° Kr. 10.—.
34. **Petrovitch, Woislav M.**, Serbische Konversations-Grammatik 2. Aufl. Bearb. von Dr. Siegfried Sieber-Auer. [Nebst] Schlüssel. Heidelberg: Groos 1921. 2 Bde. Grammatik M 25.—; Schlüssel M 6.—. (Methode Gaspey-Otto-Sauer.)
Nachdem der südslawische Staat nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und kulturell (s. die Bücher von Hermann Wendel) eine in Deutschland rasch wachsende Bedeutung erlangt hat, entsprach es einem Bedürfnis, die erste Sprachlehre Petrovitchs vom Jahre 1913 neu herauszugeben. Der neue Bearbeiter versah den grammatischen Text der Lektionen und das serbisch-deutsche Wörterverzeichnis mit Akzenten. Im übrigen entspricht das Lehrbuch mit seiner Gliederung des Stoffes in Grammatik, Übungen, Wortschatz und Lesestücken den bewährten Mustern der Methode Gaspey — Otto — Sauer.
35. ***Pillmann, Heinrich**, Was muß der Ansiedler in Südbrasilien notwendig wissen? Eine Schrift zur Aufklärung f. Einwanderer. Hrsg. von der Auskunftsstelle für deutsche Einwanderer in Porto Alegre. Porto Alegre 1921: Typographia do Centro. 32 S. 8°.
36. **Polnisch oder Deutsch? Ein ernstes Bilderbuch für erwachsene Oberschlesier**. Von Wojtek und Michel. Za Polska czy za Niemcami? [deutsch und polnisch]. o. O. u. o. J. 128 S. 8°.
Ein nach Anlage und Ausführung ausgezeichnetes volkstümliches Aufklärungsbuch über die kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Oberschlesien und Polen. Die einzelnen Faktoren der Landwirtschaft, des Verkehrs, der Industrie, Hygiene, des Schulwesens usw. sind durch zeichnerische Darstellung ihrer Symbole in der entsprechenden Größe veranschaulicht und werden durch knappe Verse (deutsch und polnisch) auf der gegenüberstehenden Seite erläutert. Galizien und das Baltenland sind z. T. zum Vergleich besonders herangezogen.
H. M.
37. **Rein, G. K.**, Abessinien. Eine Landeskunde nach Reisen und Studien in den Jahren 1907—1913. Bd. 3. Berlin: D. Reimer 1920. XXXII, 395 S. 4° M 60.—. 3. Geographie. Fauna u. Flora. Sitte. Sprache. Kunst. Anthropologie. Ethnographie.
38. ***Rhenius, W[ilhelm]**, (Bill Trotter), Michel auf Neuland. Abenteuerrliches aus Argentinien u. Paraguay. Stuttgart: Ausland u. Heimat (1921). IV, 230 S. 8° M 12.50.
39. **Rudolf, Franz**, Ausgewählte tschechische (slawische) Märchen und Sagen. Für den Schulgebrauch hrsg. Reichenberg: Gebr. Stiepel [um 1921]. 70 S. 8° Kē. 6.60. (Stiepels Schulausgaben tschechischer Autoren. Bdch. 1.)
Die für den Schulgebrauch zusammengestellten zum größten Teil tschechischen Sagen und Märchen sind der Sammlung von Jaromir Erben und den Volkszählungen der Božena Němcová entnommen. Der Text ist tschechisch, in den Anmerkungen sind seltener Wörter in der Grundform verdeutscht.

40. *Sandberg, Lars*, Från belgiska folkets olycks — och prøvdagar. Invasionen — ockupationen. Stockholm: Seelig [um 1921]. 8° Kr. 4.—.

41. **Sapper, Karl*, Auswanderung u. Tropenakklimatisation. Würzburg: Kabitzsch & Mönlich 1921. 83 S. 8°.

42. *Schäfer, Dietrich*, Kolonialgeschichte. Bd. 1. 2. Aufl. Berlin u. Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1921. 111 u. 148 S. 8° je M 4.20. (Sammlung Göschen. Bdch. 156, 843.)

Die vorliegende Auflage ist gegen die erste (1903) wesentlich erweitert: das neue zweite Bändchen wird von der Geschichte der kolonialen Entwicklung seit der napoleonischen Zeit beansprucht und vom Ausbau der angelsächsischen Weltreiche beherrscht. Die Darstellung schließt, von einer Schlußbemerkung abgesehen, mit dem Jahre 1913 ab. Register erhöhen den Wert der mit Literaturübersichten ausgestatteten Bändchen.

43. *Schäffer, Johann*, Hilferuf. Enthüllungen eines Zipser Deutschen. Berlin: Curtius [1921]. 15 S. 8° M 2.—.

Der mütterlicherseits von Zipser Deutschen abstammende slowakische Verfasser hat in Cleveland (Ohio) die Kunde von der Aufstellung der tschechischen Legion vernommen. Im Vertrauen auf die dem slowakischen Stamm im Vertrage von Pittsburgh (1918) zugesagte Autonomie eilte er in die Heimat, mußte sie indessen angesichts der gewaltsamen Tschechisierung als politischer Flüchtling verlassen. Seine leidenschaftlichen Anklagen gegen die tschechische Herrschaft verraten ein besonderes slowakisches National- und Stammesgefühl. H. M.

44. *Schätzel, Walter*, Der Wechsel der Staatsangehörigkeit infolge der deutschen Gebietsabtretungen. Erl. der den Staatsangehörigkeitswechsel regelnden Artikel d. Versailler Vertrages nebst Abdr. d. einschlägigen Vertrags- u. Gesetzesbestimmungen. Berlin: Stilke 1921. 189 S. 8° M 15.—.

45. **Semmig, Jeanne Berta*, Die Wege eines Deutschen. Ein Zeit- u. Lebensbild. Mit 2 Bildn. Friedr. Herm. Semmigs. München: Beck 1921. III, 197 S. 8° M 18.—.

46. *Souchy, Augustin*, Wie lebt der Arbeiter u. Bauer in Rußland u. in der Ukraine? Resultat einer Studienreise von April bis Oktober 1920. Berlin: „Der Syndikalist“, F. Kater [1921]. 144 S. mit 1 Fig. 8° M 5.—.

47. *Thelemann, Max*, Entwicklung u. Quellen der argentinischen Verfassung. Greifswald: Bamberg 1921. 95 S. 8° M 12.—. [Jurist. Diss.]

48. Aus Saarbrückens Vergangenheit. Eine Antwort an Prof. Dr. D. Wiese. Mit 5 Abb. (Berlin) 1920: Paß & Garleb. 31 S. 8°.

Der Verfasser, ein bekannter Historiker, widerlegt schlagend die in der französischen, unter dem fingierten deutschen Verfassernamen Prof. Dr. Wiese verbreiteten Propagandaschrift (s. S. 154, 1920, dieser Zeitschrift) enthaltenen Legenden von einer politischen und gefühlsmäßigen Zugehörigkeit des Saar-gebiets und der saardeutschen Bevölkerung zu Frankreich. Alle Kundgebungen der Saarbewohner von 1815 bis zu den großen Demonstrationen am 12. März 1920 sind ein einziges Bekenntnis zum Deutschtum. H. M.

49. Die Wahl-Ordnung für d. Abg.-Haus, den Senat u. das Gesetz über den Wahlgerichtshof. Mit Erl., Beispielen u. Anleitungen für d. Wahlausschüsse u. Vertrauensmänner versehen von Paul Hirmke, Prof. i. Pilsen. Volkstüml. Ausg. Prag: Selbstverlag der deutschpolit. Arbeitsstelle 1920. 72 S. 8° Kz. 4.80. (Veröffentlichung der deutschpolit. Arbeitsstelle. 4.)

50. Was wir verloren haben — Entrissenes, doch nie vergessenes deutsches Land. Zeichnungen von Wilhelm Thiele. Mit einem Geleitwort von Generalfeldmarschall von Hindenburg. Unter Mitarb. von Friedrich Lienhard, Artur Brausewetter, Paul Warncke u. a. 2. veränd. Aufl. Berlin: Zillesen 1921. 4° M 24.—.

Die Fehler der von uns auf S. 188, 1921, dieser Zeitschrift besprochenen 1. Auflage sind jetzt beseitigt. Statt der zu Unrecht aufgenommenen beim Deutschen Reich verbliebenen Landesteile sind nun Eupen—Malmédy, das Hultschiner Ländchen, Memelland, Südtirol, Untersteiermark und Deutschböhmen mit guten Schwarzweißzeichnungen und treffenden Einführungs-wörtern vertreten. In dieser Gestalt kann das Buch mit seinen 71 Abbildungen bei dem verhältnismäßig niedrigen Preise ohne Einschränkung empfohlen werden. H. M.

51. *Wingendorf, Rolf*, Die Vernichtung der deutschen Presse in Polen. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag 1921. 42 S. 8° (Die Brücke.)

II. Zeitschriften u. Forts.-Werke.

52. *Adreß-Buch* von Bozen-Gries. Nach amtl. Quellen verfaßt und neu bearb. von Josef Wildmann. Jg. 13, 1920. Bozen: Tyrolia 1920. 80, LX, 68 S. 8°.

53. *Almanach polonais* 1921, publié par l'Institut de l'économie sociale. Paris: Bossard (1921). 8° fr. 4.50.

54. *Tiroler Amts-Kalender*. [N. F.] 1921. Mit Benützung amtl. Quellen zsgest. und hrsg. von Ing. K[arl] Platzer. Innsbruck: Univ.-Buchdr. 1921. 98 S. 8°.

55. Protectorat français au Maroc. *Annuaire économique et financier* 1920/21. [Jg. 3]. Vol. 1. Casablanca: Mercier 1921. 500 p., 3 cartes et 9 plans. fr. 20.—.

56. *Die Auswanderin*. [Jg. 1.] 1921. Nr. 1 vom März 1921. Verantw. Frau Helene Hoffmann, Referentin f. Auswanderinnenfürsorge im St. Raphaelsverein, Freiburg. Beil. z. St. Raphaels-Blatt. (Jg. 32. 1921. Nr. 6.) Freiburg i. Br.: Caritas-Verlag. Jährl. vorl. 4 Nrn.

57. Saarbrücker *Bergmanns-Kalender*. 1921. (Saarbrücken: Schaal) 1921. 80, 74 S. 8° M 4.—.

Kein deutscher, sondern ein französischer Kalender in deutscher Sprache, vertrieben von dem französischen Interessen dienstbaren Verlag Schaal, der auch den berühmten Neuen Saar-Kurier liefert. Der Kalender enthält u. a. die Organisation der Regierungskommission des Saargebiets und der französischen Verwaltung der Saargruben nebst Bildern der leitenden Persönlichkeiten, einen Aufsatz über den Saarbergbau unter französischer Herrschaft 1793 bis 1815, einen anderen über die Kohle in Frankreich mit Abbildungen der während des Krieges zerstörten Anlagen. Die Tendenz ist durchsichtig. Es wird interessant sein zu verfolgen, wie der Kalendermann künftig seine im Vorwort ausgedrückte Aufgabe, „die Tatkraft und die Leistungen des vor unseren Toren liegenden Nachbarreiches (d. i. Frankreich) zu berücksichtigen“, anpacken wird. H. M.

58. **Warnsdorfer Bote*. Deutscher Kalender für Heimat und Volk 1921. Mit e. Anhang: Anschriftenbuch, Häuserverzeichnis u. Stadtplan von Warnsdorf. Warnsdorf: Strache 1920. 185 S. 8°.

59. **Gemeindeblatt-Kalender* auf das Jahr 1921. Hrsg. i. Auftr. der Allg. Ev.-Luther. Synode von Wisconsin u. a. Staaten. Milwaukee: Northwestern Publ. House 1921. 144 S. 8° 15 c.

60. **Hellas*. Organ der Deutsch-Griechischen Gesellschaft. Hrsg.: Demetrius Tsakas. Red.: Prof. Dr. Erich Ziebarth. Jg. 1. 1921. (Nr 1 v. 25. März. 16 S.) Hamburg: „Hellas“. Jährl. M 60.—.

61. Deutsche *Hochschul-Zeitung* für die Tschecho-Slowakei. Mit den Mitteilungen des Sudetendeutschen Korrespondenzbureaus f. ausländ. Hochschul- u. Studentenangelegenheiten. [Jg. 1.] 1921. (Nr 1 v. Ende März. 1 Bl.) Prag: „Deutsche Zeitung Bohemia“. Jährl. 12 H. (Beil. z. „Deutsche Zeitung Bohemia“.)

62. Kongelig dansk Hof- og Statskalender. Staatshaandbog for kongeriget Danmark for aaret 1921. Med et tillæg indeholdende oplysninger om kongeriget Island. Kopenhagen: Schultz (1921). 8° Kr. 24.—.

63. Deutsch-Nordisches *Jahrbuch* für Kulturaustausch u. Volkskunde. Im Auftr. des deutsch-nordischen Verbandes und unter Mitw. der deutsch-nord. Wirtschafts-Verbände hrsg. von Walter Georgi. [Jg. 2.] 1921. Jena: Diederichs 1921. IV, 153 S. 8 Taf. u. 2 Abb. 8° M 20.—.

Der neue Jahrgang nimmt die durch den Krieg unterbrochene verdienstvolle Arbeit des 1914 unter Mitarbeit skandinavischer und finnischer Schriftsteller herausgegebenen, literarisch und künstlerisch gleich anziehenden ersten Jahrbuchs wieder auf.

64. Verein deutscher Lehrer mit Hochschulbildung in Böhmen. *Jahrbuch* der mittleren Unterrichtsanstalten mit deutscher Unterrichtssprache in der Tschechoslowakei. Bearb. von Hugo Fuchs. Jg. 2. 1920/21. Reichenberg: Selbstverlag 1921. 156 S. 8° Kz. 11.—.

65. *Jugendbündelblatt*. Hrsg. vom Schäßburger literarischen Verein. Schriftl.: Dr. Heinz Brandsch. Jg. 1. 1921/22. (Nr 1 Osternr. 1 Bl. 2°.) Schäßburg: Buchdruckerei Horeth. Jährl. vorläufig 4 Nrn. L. 5.—.

66. **Kalender der Deutschen Großbromäniens*. Hrsg. von Adolf Meschendorfer. Für die Ausstattung verantw. Ernst Honigberger. 1921. Kronstadt: Benkö & Hanzhans 1921. 112 S. 8°.

67. **Kalender* für das Egerland. Jg. 11. 1921. Schriftl.: Siegfried Habermann. Eger: Habermann (1920). 142 S. 8°.

68. **Revalscher Kalender*. Jg. 119, 1921. Nebst Adreß-Verzeichnis der Güter, Pastorate u. Landstellen in Nord-Estland, der medizin. Institute u. Ärzte Revals usw. Reval: Gressel [1920]. 71 S. 8°.

69. *Der Kampf*. Monatsblatt der Wehrlogen in Polen. Hrsg. von einem Kreise Posener Wehrtempler, gel. von Marian Hepke. Jg. 1. 1921. (H. 1 v. Jan. 8 S.) Berlin: Nimtsch. Jährl. 12 H. M 12.—.
70. *Koebel*, W. H., Anglo-South-American handbook for 1921. London: Fisher Unwin (1921). 8° s. 25.—.
71. *The Persia Magazine*. Vol. 1, Nr 1. London: The Persia Soc. and East and West [1921]. 8°. 2 s. 6 d.
72. *Minerva*. Jahrbuch der gelehrten Welt. Begr. von K. Kukulka u. K. Trübner. Hrsg. von Gerhard Lüdtke. Jg. 25. 1921. Berlin u. Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1921. XVI, 1158 S. 8° M 75.—.
73. *Mitteilungen des Ministeriums für Volksverpflegung der Čechoslowak. Republik*. Deutsche Übersetzung des „Věstník ministerstva pro zásobování lidu“. Jg. 2, 1921. (Nr 2 v. 15. März. 16 S.) Prag III: Preßbureau d. Ministeriums f. Volksverpflegung. Jährl. 12 H. Kč. 20.—.
74. *Westdeutsche Nachrichten*. Kurze Übersicht über die Ereignisse u. Pressestimmen d. besetzten u. abgetrennten deutschen Gebiete im Westen. Schriftl.: Hanns Heinrich Bormann. [Jg. 1.] 1921/22. (Nr 1 v. 7. Apr. 8 S.) Berlin: Druck der Germania A.-G.
75. *Ober-Schlesien*. Ein Merkblatt für alle heimattreuen Oberschlesier. Offizielles Organ d. Landes-Verbandes heimat-treuer Oberschlesier f. Österreich, Ungarn und den S. H. S. Staat. Verantw. Schriftl.: Alfred Winzer. Jg. 3 der Bundes-nachrichten. [Jg. 1.] 1921. (Nr. 1 v. Febr. 8 S.) Wien: Landesverband.
76. *Ostland*. Zeitschrift für die deutschen Ostmärker in Heimat und Fremde. Bundesblatt des Deutschen Ostbundes, der amtl. anerkannten Interessenvertretung der ostmärkischen Flüchtlinge. Halbmonatsschrift zur wirtschaftl. u. kultur. Förderung der Deutschen in den Ostgebieten. Forts. der Zeitschriften „Die verlorene Ostmark“ und „Der Ostmark-Deutsche“. Jg. 2. 1921. Berlin: Deutscher Ostbund. Beg. Jan. Jährl. M 20.—.
77. *Sammlung lettländischer Gesetze u. Verordnungen*. (Nicht-amtliche Ausg., ohne zivilrechtliche Haftung. Folge 1. 1921. H. 1 18 S. 8°. [Riga: Ruetz & Co.]
78. *Aus dem Schönhengstgau*. Zwanglose Blätter von deutscher Not u. deutschem Ringen. Als Beil. der „Deutschen Grenz-wacht“ in Landskron. Hrsg.: Dr. Joseph Czerny. Jg. 1. 1920/21. (Folge 1 v. Nov. 1920, 20 S.) Landskron: Czerny. Ersch. zwanglos.
79. *Sveriges Statskalender för året 1921*. Uppsala: Almqvist & Wiksell (1921). 8° Kr 13.50 (Med bihang Kr 25.—).
80. *Deutsches Südländ*. Jg. 1, 1921/22. (H. 1 v. März 1921, 60 S. 4°.) Hrsg. Josef Friedrich Perkonig. Klagensfurt: „Deutsches Südländ“. Jährl. 12 H.
81. *Tirdsneezibas un Richneezibas Awise*. Handels- u. Industrie-Zeitung. Hrsg. u. Schriftl.: Dr. B. Siew. Jg. 1, 1920/21. (Nr 1, 18 S.) Riga. Jährl. 52 Nrn., Einzel-Nr M 2.50.
82. *Verkehrsblatt für Eisenbahnen u. Schifffahrt in der Tschecho-slowakei, in Deutschland, Österreich u. dem angrenzenden Ausland*. Hrsg.: Anton Stauda. [Jg. 1.] 1921. (Nr 1, 16 S.) Eger: Stauda. Jährl. 36 Nrn. M 90.—.
83. *Prager Juristische Zeitschrift*. Im Auftr. der deutschen Juristenfakultät u. des deutschen Juristenvereins in Prag hrsg. von Univ.-Prof. Dr. Robert Mayr-Harting, Dr. Ludwig Spiegel, Dr. Karl Fuchs u. Dr. Franz Wien-Claudi. Red.: Dr. Gustav Fuchs. Jg. 1. 1921/22. Nr 1 v. Apr. 1921, 47 S. 8°. Prag-Annahof: Haase. Jährl. 12 H. Kč 100.— f. Dtschld. M 85.—.
84. *Behm*, Hans Wolfgang, Aus Tagen im Wald-Jenseits-Land. Streiflichter über Land und Leute, über unsere Sachsen im heutigen rumänischen Siebenbürgen. in: *Das Echo*. Jg. 40. 1921. Nr 9, S. 1150. Berlin: Auslandverlag.
85. *Blohn*, Hilfe für die deutschen Schulen in Polen. in: *Deutsches Philologenblatt*. Jg. 29. 1921. H. 8. Leipzig: Quelle & Meyer.
86. *Cleinow*, Georg, Der Kampf um Posen und Westpreußen 1918—1920. in: *Deutsche Kultur in der Welt*. Jg. 6. 1920. H. 4, S. 10. Leipzig: K. F. Koehler.
87. *Dachler*, Anton, Kulturbilder aus Ödenburg. in: *Deutsches Vaterland*. Jg. 3. 1921. H. 1. 2. 3. Wien: Verlag Deutsches Vaterland.
88. *Dieckhoff*, Helene, Schattenrisse aus dem alten Narva. in: *Grenzland*. Jg. 2. 1921. Nr 4, S. 75. Allenstein: Grenzland-Verlag.
89. *Ehrhardt*, R., Die schwäbische Kolonie in Westpreußen. in: *Deutsche Dialektgeographie. Berichte und Studien über G. Wenkers Sprachatlas des Deutschen Reichs*. H. 6. Marburg: Elwert 1920. 8° M 22.—.
90. *Fischer*, Max, Deutschböhmen! in: *Deutsche Kultur in der Welt*. Jg. 6. 1920. H. 4, S. 25. Leipzig: K. F. Koehler.
91. *Flierl*, Friedrich, Die deutsche Schule in der Welt. in: *Leipziger Ill. Zeitung*. 1921. H. 4046. Leipzig: J. J. Weber.
92. *Die Südtiroler Frage*. Von besonderer tirolischer Seite. in: *Deutsches Südländ*. Jg. 1. 1921/22. H. 1. S. 7. Klagensfurt: „Deutsches Südländ“.
93. *Gade*, Heinrich, Die englische Welt- u. Lebensanschauung. Ihr Wesen u. Werden. in: *Preuß. Jahrbücher*. Bd. 183. 1921. H. 3. S. 370. Berlin: Stilke.
94. *Grappin*, Henri, Le plébiscite de Haute-Silésie. in: *Revue Bleue*. Année 59. 1921. No 8. S. 262. Paris: Revue Bleue.
Versucht mit allen Künsten der Dialektik zu beweisen, daß die deutsche Mehrheit bei der Abstimmung in Wirklichkeit eine Minderheit ist.
95. *Grenzlanddeutschum*. Eine Übersicht über die völkischen, wirtschaftl. u. geistigen Werte der Deutschstämmigen unserer Grenzlande. Sonderheft von: *Deutsche Kultur in der Welt*. Jg. 6. 1920. H. 4. Leipzig: K. F. Koehler. Vgl. Nr 131. 142.
96. *Groos*, W., Verstreutes und überseeisches Deutschum. in: *Leipziger Ill. Zeitung*. 1921. H. 4046. Leipzig: J. J. Weber.
97. *Grothe*, Hugo, Das Deutschum im Osten u. Südosten. in: *Leipziger Ill. Zeitung*. 1921. H. 4046. Leipzig: J. J. Weber.
98. *Hauff*, v., Das Deutschum in Spanien. in: *Der Griffel*. Jg. 2. 1921. H. 2. Leer: Wolff & Barfuß.
99. *Hoetzsch*, O[tto], Das Deutschum in Polen. in: *Leipziger Ill. Zeitung*. 1921. H. 4046. Leipzig: J. J. Weber.
100. *Huonder*, Anton, Gottfried Wilhelm von Leibniz (1646 bis 1716) und die Missionen. in: *Die kathol. Missionen*. Jg. 49. 1920/21. H. 7. 8. Freiburg i. Br.: Herder.
101. *Kaindl*, R[aimund] F[riedrich], Die Schwaben in Groß-Rumänien. in: *Der Schwäbische Bund*. Jg. 2. 1920. H. 4. Stuttgart: Strecker & Schröder.
102. *Kappus*, Franz Xaver, Im Spiegel. Selbstbiographische Skizze. in: *Ostland*. Jg. 3. 1921. Nr 12. S. 366. Hermannstadt: Krafft.
103. *Kellen*, Tony, 100 Jahre Auswanderung nach den Vereinigten Staaten. in: *Zeiten u. Völker*. Jg. 17. 1921. H. 7. S. 184. Stuttgart: Franckh.
104. *Kötzschke*, Rudolf, Die deutschen Marken im Sorbenland. in: *Festgabe Gerhard Seeliger z. 60. Geburtstag* dargebracht von Rudolf Beman [u. a.]. Leipzig: Dieterich 1920.
105. *Kranold*, Hermann, Oberschlesien, ein europäisches Problem. in: *Sozialist. Monatshefte*. Jg. 27. Bd. 56. 1921. H. 7. S. 288. Berlin: Sozialist. Monatshefte.
106. *Kriedte*, Arnold, Die wirtschaftliche Lage des Buchhandels in den abgetretenen Gebieten der Ostmark. in: *Börsenbl. f. d. dt. Buchhandel*. Jg. 88. 1921. Nr 83. S. 498. Leipzig: Börsenverein d. dt. Buchhändler.
107. *Krünes*, Erik, Serbokroatischer Brief. in: *Literar. Echo*. Jg. 23. 1921. H. 7. Sp. 410. Berlin: Fleischel & Co.
108. *Lohr*, Otto, Die deutschamerikanische Dichtung. in: *Der Landsmann*. Jg. 2. 1921. Nr 11. S. 194. New York: Landsmann-Verlag.
109. *Lütgens*, R., Spezielle Wirtschaftsgeographie auf landschaftskundlicher Grundlage. in: *Mitt. der Geogr. Gesellsch. in Hamburg*. Bd. 23. S. 131. Hamburg: Friederichsen 1921.

III. Zeitschriftenaufsätze.

84. *Behm*, Hans Wolfgang, Aus Tagen im Wald-Jenseits-Land. Streiflichter über Land und Leute, über unsere Sachsen im heutigen rumänischen Siebenbürgen. in: *Das Echo*. Jg. 40. 1921. Nr 9, S. 1150. Berlin: Auslandverlag.
85. *Blohn*, Hilfe für die deutschen Schulen in Polen. in: *Deutsches Philologenblatt*. Jg. 29. 1921. H. 8. Leipzig: Quelle & Meyer.

110. Lutz, Otto, Streifzüge durch neuweltliche Auswanderungsgebiete [Mittelamerika]. in: Velhagen & Klasing's Monatshefte. Jg. 35. 1921. H. 8. S. 191. Berlin-Bielefeld: Velhagen & Klasing.
111. Mach, Edmund von, Auslands-Deutsche. in: The American Monthly, Vol. 13. 1921. No 1. S. 12. New York: The Am. Monthly.
112. Marcks, Erich, Oberschlesiens geschichtliche Zugehörigkeit. in: Deutsches Südland. Jg. 1. 1921/22. H. 1. S. 25. Klagensfurt: „Deutsches Südland“.
113. Mitzka, W., Studien zum baltischen Deutsch. in: Sitzungsberichte der Preuß. Akademie d. Wissenschaften. Philos.-histor. Klasse. Nr 13. Berlin: G. Reimer i. Komm.
114. Otto, Karl Ludwig, Die Eingeborenen in Südwestafrika und die britische Verwaltung. in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. H. 14. S. 329. Berlin: Deutsche Verl.-Ges. für Politik und Geschichte.
115. Papesch, Joseph, Südmarkwege seit dem Umsturznovember. in: Deutsche Arbeit. Jg. 20. 1921. H. 7. S. 195. Berlin: Siemens.
116. Pehr, Franz, Wanderungen an der südlichen Sprachgrenze. in: Deutsches Südland. Jg. 1. 1921/22. H. 1. S. 18. Klagensfurt: „Deutsches Südland“.
117. Poschinger, v., Der alte Bergbau zu Bodenmais u. Lam im bayerisch-böhm. Grenzgebirge. in: Das Bayerland. Jg. 4. 1921. Nr 5. München: Eder.
118. Puttkammer, Albert von, Die deutsche Verwaltung im Reichsland. in: Eiserne Blätter. Jg. 2. 1920/21. Nr 42 bis 44. Berlin: Verlag d. „Eisernen Blätter“.
119. Reimesch, Heinz, Die Deutschen im jugoslawischen Staat. Beiträge zur Erweckung des Weltgewissens. in: Die Brücke. Jg. 3. 1921. S. 3. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag.
120. Reinach, Joseph, La France et l'Allemagne devant l'histoire. in: Revue Bleue. Année 59. 1921. Nr 1. 2. 4. 7. Paris: Revue Bleue.
121. Richter, Julius, Die Lage der deutschen Mission in Südafrika. in: Allg. Missions-Ztschr. Jg. 48. 1921. H. 3. 4. Berlin: Warneck.
122. Deutsch-baltische Romanliteratur. in: Blätter f. Volksbibliotheken u. Lesehallen. Jg. 1. 1920. H. 11. Leipzig: Harrassowitz.
123. Scheele-Willich, Cissy von, Die Auslandsdeutschen und die Heimat. Brief aus Argentinien. in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. H. 15. S. 355. Berlin: Dt. Verl.-Ges. f. Politik und Geschichte.
124. Scheiner, A., Hermannstädter Mundart; in: Ostland. Jg. 3. 1921. Nr 12. S. 358. Hermannstadt: Krafft.
125. Schirmacher, Käthe, Die deutschen Abgeordneten im polnischen Sejm. in: Die Brücke. Jg. 3. 1921. Nr 15. S. 2. Danzig: Brücken-Verlag.
126. Schlesien. Sonderheft von „Ostdeutsche Monatshefte“. Jg. 1. 1920/21. H. 12. Danzig: Verl. d. Ostdeutschen Monatshefte. Enthält u. a.: Volz, W., Das oberschlesische Land. Konwiarz, R., Über schlesische Baukunst. Pretscher, R., Schlesien als deutsches Land. Der schlesische Bund für Heimatschutz von R. H. Das oberschlesische Volksbüchereiwesen von Dr. Kn.
127. Schneider, Friedrich, Benedetto Croce's Goethe. in: Südland. [Jg. 1.] 1921. Aprilh. S. 51. Godesberg-Innsbruck: Südland-Verlag.
128. Schotte, Walther, Oberschlesien! in: Preuß. Jahrbücher. Bd. 183. 1921. H. 3. S. 417. Berlin: Stilke.
129. Deutsche Schwesternarbeit in Argentinien. in: Die Auswanderin. Beilage zu dem St. Raphaelsblatt. Jg. 32. 1921. Nr. 8. Freiburg: Caritas-Verlag.
130. Seifert, J. L., Das Königreich der Serben, Kroaten u. Slowenen. in: Hochland. Jg. 18. 1920/21. H. 5. Kempten: Kösel.
131. Sieger, Robert, Das neue Grenz- u. Auslandsdeutschtum in Kärnten u. Steiermark. in: Deutsche Kultur in der Welt. Jg. 6. 1920. H. 4. S. 17. Leipzig: K. F. Koehler.
132. Sieger, Robert, Die natürlichen Landschaften der Südmark. in: Deutsches Südland. Jg. 1. 1921/22. H. 1. S. 15. Klagensfurt: „Deutsches Südland“.
133. Deutsche Sprach- u. Kulturgemeinschaft. Sonder-Nummer der „Leipziger Ill. Zeitung“. 1921. H. 4046. Leipzig: J. J. Weber. M 5.50. Vgl. Nr 91. 96. 97. 99. 136.
134. Der tschechoslowakische Staat und die Deutschen. Sonderheft von „Österr. Rundschau“. Jg. 17. 1921. 1. Aprilheft. München: Drei-Masken-Verlag.
Inhalt: Ledebur-Wichel, Eugen: Die bisherige Außenpolitik in der tschechoslowakischen Republik. Jesser, Franz: Die Tendenz der tschechischen Politik. Medinger, Wilhelm: Zur inneren Politik des tschechoslowakischen Staates. Teltcher, Rudolf: Die tschechoslowakische Republik als Industriestaat. Drocic, Karl: Die Finanzpolitik in der tschechoslowakischen Republik. Sauer, August: Deutsche Wissenschaft und Bildung in der Tschechoslowakei. Schwaedler-Meyer, E., Die deutsche Kunst in Böhmen.
135. Stoewer, Rudolf, Kulturbilder aus der Geschichte pomerellischer Städte. 2. Schöneck. in: Deutscher Volksrat. Jg. 3. 1921. Nr. 14. S. 116. Danzig: Deutscher Volksrat.
136. Tiedje, Johannes, Das Minderheitenrecht. in: Leipziger Ill. Zeitung. 1921. H. 4046. Leipzig: J. J. Weber.
137. Treuherz, Walter, Die Zukunft Oberschlesiens. in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. H. 14. S. 322. Berlin: Dt. Verl.-Ges. f. Politik u. Geschichte.
138. Treut, R., Die Lage des deutschen höheren Schulwesens in Pomerellen-Posen. in: Dt. Philol.-Blatt. Jg. 29. 1921. H. 4. Leipzig: Quelle & Meyer.
139. Tschermak-Seysenegg, A., Zur Verlegung der deutschen Hochschulen aus Prag in das deutsche Siedlungsgebiet. in: Österr. Rundschau. Jg. 17. 1921. 2. Märzh. S. 295. München: Drei-Masken-Verlag.
140. Tschurtscherthal, G., Die Südtiroler Autonomie. in: Deutsche Arbeit. Jg. 20. 1921. H. 7. S. 193. Berlin: Siemens.
141. Volz, Wilhelm, Das oberschlesische Land und seine Entwicklung in ihrer geographischen Bedingtheit. in: Ostdeutsche Monatshefte. Jg. 1. 1920/21. H. 12. S. 498. Danzig: „Ostdeutsche Monatshefte“.
142. Volz, Wilhelm, Oberschlesien, das Land und seine wirtschaftlichen Kräfte in ihrer geographischen Entwicklung. in: Deutsche Kultur in der Welt. Jg. 6. 1920. H. 4. S. 2. Leipzig: K. F. Koehler.
143. Wand, Tiburtius, Ein Besuch in den alten Missionen Sonoras in Mexiko. in: Die kathol. Missionen. Jg. 49. 1920/21. H. 8. S. 181. Freiburg: Herder.
144. Winter (1915–19 Leiter der Kaiser-Wilhelm-Realschule in Tientsin), Die deutsche Schule Ostasiens im Kriege. in: Monatsschr. f. höhere Schulen. Jg. 20. 1921. H. 3/4. S. 102. Berlin: Weidmann.
145. Wutte, Martin, Die Verluste Kärntens im Frieden von Saint-Germain. in: Deutsches Südland. Jg. 1. 1921/22. H. 1. S. 13. Klagensfurt: „Deutsches Südland“.

IV. Karten.

Deutsches Reich, Gesamt und Kolonien.

146. Das mit Bildern usw. wirklich prächtig ausgestattete Deutsche Koloniallexikon (Leipzig: Quelle & Meyer, 1920), herausgegeben von Gouverneur Dr. H. Schnee, enthält eine Fülle von Kartenmaterialien zur Geschichte und Landeskunde unserer ehemaligen deutschen Kolonien, so daß auch an dieser Stelle ganz besonders auf dieses Werk aufmerksam gemacht werden muß. Wir können auf dieses Buch als Ergebnis deutscher Arbeit stolz sein und sollten dafür sorgen, daß es möglichst auch im Ausland bekannt wird; es wird dort zeigen können, was Deutschland in seinen Kolonien tatsächlich geleistet hat. — Es sei noch darauf hingewiesen, daß viele der in dem Werke enthaltenen Karten auch als Lichtbilder vorzügliche Dienste leisten können.
Vgl. Nr. 155–160.

Westdeutsche Grenzmarken.

147. Eine Schwarzdruckskizze (1:1 Mill.) bietet eine Übersicht des Eisenbahnnetzes von Niedersachsen, mit Trennung der von Schnellzügen befahrenen Linien und der sonstigen Strecken (Beilage zu der Zeitschrift „Wirtschaftsblatt Niedersachsen“, 16/21).
148. Drei kleine Übersichtsskizzen (Schwarzdrucke, 1:50000 bzw. 1:250000) stellen die Kreise Eupen, Malmédy und Monschau in ihren anthropogeographischen Verhältnissen

dar; sie zeigen vor allem die Sprach- und politischen Grenzen, die völkischen Verhältnisse nach den Gemeinden sowie endlich die Widersinnigkeit der neuen Grenzföhrung. Die Kärtchen eignen sich z. T. gut für Diapositivzwecke und sind für Aufklärungsvorträge zu empfehlen (Zeitschr. d. Ges. f. Erdkunde, Berlin, 1921, H. 1).

149. *Ravenstein*, Hans, Rheinprovinz nebst den angrenzenden Landesteilen mit Eindruck der Brückenkopf- u. Neutralen Zone; letztere jetzt ersetzt durch 50 km Zone. Neue Bearb. nach amtli. Karten. M. 1:300 000. Frankfurt a. M.: Ravenstein [1920]. 78:108 cm. (Ravensteins Volks-Ausgabe von Spezialkarten d. Deutschen Reiches. Nr. 13.)

Politisch-geographische Übersicht, Situation schwarz, aber mit farbiger Heraushebung der Grenzen und der sonstigen politisch-geographisch wichtigen Linien, wie z. B. der Besatzungsgrenzen usw. Obwohl sauber gezeichnet, ist die Karte infolge der gewählten Kolorierung doch nicht ganz übersichtlich. Die Grenzen des Saargebietes hätten, unbeschadet des deutschen Gesichtspunktes, aus praktischen Momenten etwas stärker angegeben werden können; sie treten z. B. gegenüber Birkenfeld zu sehr zurück. Man vermüßt ferner bei der Karte die genauere Bezeichnung des Gradnetzes. Im übrigen ist die Karte als Handkarte gut geeignet.

Ostdeutsche Grenzmarken.

150. Eine wertvolle Übersicht über die Verteilung der Deutschen und Litauer in Ostpreußen bietet P. *Langhans* in *Pet. Mitt.* 1921, Tafel 2. Die Hauptkarte (1:50 000, farbig) gibt eine Übersicht über die Verteilung der deutschen und litauischen Sprache, wobei nur 2 Stufen unterschieden sind. Die zweite Karte (1:200 000, gleichfalls farbig) gibt, ebenso auf Grundlage der Zählung vom 1. Dezember 1905, eine entsprechende Übersicht über die Sprachverhältnisse der einzelnen Gemeinden, diesmal mit Abstufungen von je 10 zu 10%. Die Eintragung der neuen Grenze nach dem Versailler Friedensvertrag in die Hauptkarte ermöglicht den Vergleich mit den völkischen Verhältnissen. Ein kurzer begleitender Text bietet die notwendigsten statistischen und politisch-geographischen Angaben, die recht erwünscht und brauchbar sind.

151. *Ravenstein*, Hans, Regierungsbezirk Oppeln. Neue Bearb. nach amtli. Karten. M. 1:300 000. Frankfurt a. M.: Ravenstein [1921]. 53:64 cm. (Ravensteins Volks-Ausgabe von Spezialkarten d. Deutschen Reiches. Nr. 41.)

In erster Linie politisch-geographische Übersicht mit farbiger Angabe der Regierungsbezirks- und Kreisgrenzen, sowie des Abstimmungsgebietes, sonst Schwarzdruck ohne nähere Bezeichnung des Geländes, im allgemeinen klar und übersichtlich, wenn auch infolge des Maßstabes nur für den Handgebrauch (Reise und Bureau) geeignet. Bei der raschen Veränderlichkeit derartiger politisch-geographischer Darstellungen sollte stets die Zeit der Herausgabe der Karte vermerkt werden.

Danzig.

152. *Ravenstein*, Hans, Freistaat Danzig. Neu bearb. nach amtli. Karten. M. 1:120 000. Frankfurt a. M.: Ravenstein [1921]. 69:82 cm. (Ravensteins Volks-Ausgabe von Spezialkarten d. Deutschen Reiches. Nr. 26.)

Politisch-geographische Übersicht, Schwarzdruck, mit farbiger Heraushebung des Gewässernetzes und der politischen Grenzen, unter Angabe der nachträglich vorgenommenen Berichtigungen. Am Südrand der Karte verläuft man jedoch die Bezeichnung der Grenze zwischen Deutschland und Polen. Leider fehlt jede Charakteristik des Geländes, obwohl der Maßstab gute Möglichkeiten dafür geboten hätte; die Höhenzahlen allein geben keine genügende Vorstellung. Man vermüßt auch die genauere Bezeichnung des Gradnetzes. Im übrigen ist die Karte übersichtlich und für den Hand- und Kontorgebrauch zu empfehlen. Die Karte dürfte namentlich auch für handschriftliche Eintragungen aller Art sehr gut benutzt werden können.

Österreich.

153. *Salfer*, Franz, Schulwandkarte von Ober-Österreich. M. 1:400 000. Wien: Freytag & Berndt o. J. 38:45 cm.

Farbige Höhenkarten mit besonderer Hervorhebung der politischen Grenzen. Für den Handgebrauch in der Schule gut geeignet.

Asien.

154. Eine farbige physio- und politisch-geographische Übersichtskarte des deutschen Schutzgebietes von Kiautschou (1:250 000) enthält das Deutsche Koloniallexikon (vgl. oben unter Nr. 146). Die Karte wird durch eine weitere, ebenfalls farbige Übersicht der weiteren Umgebung von Kiautschou (1:2 Mill.) und verschiedene kleine Schwarzdruckskizzen (Eisenbahnnetz, Post- und Telegraphenwesen, Wirtschaftsgebiete, Terrassengebiete und einen Stadtplan) ergänzt. Besonders machen wir noch auf eine Übersicht der evangelischen und katholischen Missionen im Maßstab 1:2 Mill. aufmerksam.

Afrika, Gesamt.

155. Eine politische Übersicht von Afrika (farbig, 1:35 Mill.), ferner eine Eisenbahnkarte in gleichem Maßstabe mit Angabe der fertigen und im Bau befindlichen sowie der geplanten Strecken, endlich eine Übersicht der Rassengebiete der Säugetiere enthält das Deutsche Koloniallexikon (s. oben Nr. 146).

Afrika, Einzelgebiete.

156. Eine politisch-geographische Übersicht von *Togo* im Maßstab 1:2,5 Mill. enthält das Koloniallexikon. Die Karte wird ergänzt durch verschiedene sehr instruktive farbige Nebenkärtchen, zumeist im Maßstab 1:7,5 Mill., die über Bevölkerungsdichte, wirtschaftliche Grundlagen usw. orientieren. Zu erwähnen ist noch eine besondere Übersichtskarte über die Verbreitung der Schlafkrankheit (1:2,5 Mill.) und eine Missionskarte in gleichem Maßstab.

157. Von *Kamerun* bietet das Deutsche Koloniallexikon je eine farbige physio- und eine entsprechende politisch-geograph. Übersicht, beide im Maßstab 1:5 Mill. Zu erwähnen sind ferner eine Karte mit Angabe der evangelischen und katholischen Missionen und eine Karte der Verbreitung der Schlafkrankheit, beide ebenfalls 1:5 Mill. Diese Hauptkarten werden ergänzt durch eine ganze Reihe kleiner farbiger Übersichtskärtchen, sämtlich in gleichem Maßstab (1:20 Mill.), die wertvolle physiogeographische u. anthropogeographische Übersichten von Kamerun bieten.

158. Von *Deutsch-Südwestafrika* enthält das Deutsche Koloniallexikon eine farbige Übersichtskarte (sowohl physio- wie politisch-geographisch, 1:5 Mill.), sowie eine Missionskarte in gleichem Maßstabe. Die Hauptkarte wird ergänzt durch verschiedene kleine, besonders wirtschaftsgeograph. Übersichten, sämtlich in gleichem Maßstabe (1:15 Mill.).

159. Von *Deutsch-Ostafrika* enthält das Koloniallexikon eine physio- und politisch-geograph. Übersicht, beide 1:5 Mill. Besonders zu erwähnen sind dann noch eine Völkertarte von Prof. *Weule*, sowie eine Karte der Verbreitung der Schlafkrankheit, beide ebenfalls 1:5 Mill. Die Hauptkarten werden auch hier wieder durch zahlreiche kleine Nebenkärtchen (farbig, sämtlich 1:15 Mill.) ergänzt, die sehr erwünschte landeskundliche Übersichten bieten.

Pazifik.

160. Eine farbige Übersicht der deutschen Besitzungen im Stillen Ozean (1:18 Mill.) sowie eine Karte der evangelischen und katholischen Missionen auf den deutschen Besitzungen (gleichfalls 1:18 Mill.) enthält das Deutsche Koloniallexikon. Die Darstellung wird durch verschiedene Schwarzdruckskizzen vervollständigt, die über die anthropogeographischen Verhältnisse nach den verschiedensten Richtungen hin weitere Übersichten bieten.

161. Drei kleine Textskizzen (Schwarzdrucke) geben eine Übersicht über die Verbreitung verschiedener wichtiger Kultur-elemente und kultur-geographischer Erscheinungen der Umgebung des Papua-Golfes, mit Einschluß von Teilen der früheren deutschen Kolonie Kaiser-Wilhelm-Land (Geogr. Teacher, Vol. XII, Part. 1 Nr. 59).

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Nummer 4046 der „Illustrierten Zeitung“ (Leipzig: J. J. Weber) erschien als Sondernummer „Deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft“. Einer deutschen Volksgemeinschaft in aller Welt spricht Staatssekretär a. D. von Lindequist in einem warmherzig empfundenen Artikel das Wort. Friedrich Flierl steuerte einen gut illustrierten Aufsatz über „Die deutsche Schule in der Welt“ bei, Johannes Tiedje schreibt über das „Minderheitenrecht“, Michel Schaffer über „Deutsche Kulturarbeit“, Erich Lilienthal über „Die wirtschaftliche Bedeutung des Auslandsdeutschtums“. „Das Anschlußrecht Deutsch-Österreichs“ wird von Dr. Groß, dem Obmann des Deutschen Schulvereins in Wien, das „Deutschtum in Polen“ von Prof. Dr. Hoetzsch, „Verstreutes und überseeisches Deutschum“

von Dr. W. Groos, Karlsruhe, behandelt. Prof. Dr. Richard Graf Du Moulin Eckart widmet der verstorbenen Kaiserin einen längeren Nachruf. Der Bildschmuck ist so gut, wie man ihn bei der Leipziger Illustrierten gewohnt ist. Hervorgehoben sei die Wiedergabe einer Radierung Anheißers, die das Straßburger Münster zeigt.

Der rührige Landesverband Nordwestdeutschland des Bundes der Auslandsdeutschen hat sich an eine Reihe führender Hamburger Persönlichkeiten gewandt, um ein Urteil über „Auslandsdeutschtum und Kriegsschäden-Gesetz“ von ihnen zu erhalten. Der „Hamburgische Korrespondent“ veröffentlicht eine

große Anzahl solcher Antworten, von denen wir diejenigen des Direktors der Vereinsbank, Klaus Bolten, des Geheimrats Cuno, des Generaldirektors der Hapag, des Herrn Alfred O'Swald als des Vorsitzenden des Verbandes des Hamburgischen Einfuhrhandels, des Herrn Senator Dr. Peterse der Senatoren Schramm und Dr. Stubmann, des Bürgermeisters Stolten, des Herrn Witthoeft und des Herrn Kurt Woermann hervorheben. Alle Hamburger Herren betonen den Wert der privaten Initiative der erfahrenen Auslandsdeutschen, denen allerdings eine ausreichende Entschädigung werden müsse, wenn sie ihrer Aufgabe mit Aussicht auf Erfolg nachgehen sollten.

VON UNSERER ARBEIT

Vorträge.

In der Vortragsreihe des D. A. I. in Stuttgart sprachen fernerhin die Mitglieder unseres Wissenschaftlichen Beirats, Herr Geheimrat Professor Dr. Mendelssohn-Bartholdy über „Drei Hauptfragen der auswärtigen Politik“, Bündnis- und Neutralitäts-Politik, National- und Welt-Politik, Real- und Ideal-Politik, und (zum Schluß der Vortragsreihe) am 27. April Herr Universitäts-Professor Dr. Aufhausen-München über „Auslandsdeutschtum und Missionsarbeit“.

General-Sekretär Dr. Wertheimer war von verschiedenen Organisationen in der Schweiz zu einer Reihe von Vorträgen eingeladen. Er sprach in der Vereinigung deutscher entlassener Wehrmänner in Basel, in der Deutschen Kolonie St. Gallen, sowie in den Ortsgruppen des Verbandes der Deutschen in der Schweiz in Zürich und Bern über „Lage und Zukunft des Auslandsdeutschtums“.

Die deutsche Lehrerschaft im Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart.

Der Deutsche Lehrerverein hielt in den Pfingsttagen seine Jahresversammlung in Stuttgart ab. Im Einvernehmen mit dem Vorstände und dem die Tagung vorbereitenden Orts-Ausschusse hatte das Deutsche Ausland-Institut die Lehrerschaft zu einer besonderen Veranstaltung geladen. Im großen Saal des Gustav-Siegle-Hauses sprach am Dienstag, den 17. Mai, in einer Nachmittagsveranstaltung das Mitglied unseres Wissenschaftlichen Beirates, Universitätsprofessor Stadtrat Dr. Ziehen, Frankfurt a. M., über „Deutsche Lehrerschaft und deutsche Auslandsschule“ vor etwa 700 bis 800 Lehrern. Universitätsprofessor Dr. von Blume, Tübingen, begrüßte im Auftrage des Vorstandes die deutsche Lehrerschaft und gab der besonderen Freude des Instituts Ausdruck, gerade die Lehrer, die wichtigen Pioniere für unsere Deutschtumsarbeit im In- und Auslande, begrüßen zu dürfen. Nach dem Vortrage begaben sich die Teilnehmer in das Institut, wo sie in einzelnen Gruppen von den Herren Abteilungsleitern durch die Räume geleitet und in die Arbeit des Instituts eingeführt wurden. Ein geselliges Zusammensein im Sitzungssaal des Instituts und im anschließenden Schloßgarten beendete die Veranstaltung. In der Ausstellung des Instituts hatte Professor Ziehen aus den reichen Beständen des Instituts eine kleine Sonderausstellung über die deutsche Auslandsschule zusammengestellt, die in Büchern, Bildern, Satzungen, Schulprospekten, Jahresberichten, Werbeaufrufen usw. einen Überblick über das deutsche Schulwesen im Ausland ermöglichte.

Bitte!

Die so ungeheuer stark wachsenden Kosten unseres Betriebes der Löhne und Gehälter, der Papierpreise und Materialpreise veranlassen das Deutsche Ausland-Institut zu einer Bitte. Der Vorstand hat zwar beschlossen, unter allen Umständen an dem gemeinnützigen Charakter des Instituts festzuhalten, der volle Ungewissheit aller von uns gegebenen Auskünfte für Auswanderer und Stellensuchende, in Steuer- und juristischen Fragen, wie überhaupt in allen Fragen des Auslandsdeutschtums und der Auslandskunde bedingt. Wohl aber wäre es uns willkommen, wenn Anfragen unsere Arbeiten auch dadurch unterstützten, daß sie uns das Porto für die Rückantwort beilegen. Das bedeutet für den einzelnen ein geringes Opfer, das er auch einem gemeinnützigen Institute nicht verübeln wird, und bedeutet für uns die Möglichkeit, viele Tausende von Mark an anderen Stellen des Instituts, wo sie dringend gebraucht werden, zu verwenden und zum weiteren Ausbau unserer Institutseinrichtungen zu benutzen. Jeder, der also dieser unserer Bitte entspricht, nützt damit einem kleinen und für ihn selbst kaum ins Gewicht fallenden Teile der Sache, der wir dienen.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrung und Kenntnisse verfügen, um Stellen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Versand des „Auslandsdeutschen“.

Unsere Zeitschrift wird durch Posteinweisung versandt. Sie wird in Stuttgart pünktlich am 1. und 15. jeden Monats per Post gegeben. Wer die Zeitschrift nicht ganz pünktlich erhält, muß zunächst bei seinem zuständigen Briefträger und Postamt reklamieren. Erst wenn diese Reklamation erfolglos bleibt, bitten wir, sich direkt an unsere Geschäftsstelle zu wenden. Da aber bei den jetzigen Papierpreisen nur so viele Exemplare gedruckt werden können, als wir unbedingt benötigen, haben nach mehreren Wochen oder Monaten erfolgende Reklamationen keinen Zweck. Nach so langer Zeit können wir nicht mehr nachliefern.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 20. Mai 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandsinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Institut mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 5.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV – Nr. 12

STUTTGART

Zweites Juniheft 1921

Praktisches Deutschtum *)

Der X-Verein feiert sein xtes Stiftungsfest. Große Festversammlung, Gesangsverein „Der Tag des Herrn“ mit der einen Stimme, die „auf weiter Flur alleine ist“. In schwungvoller Rede wird auf die Aufgaben des Deutschtums, Pflege der deutschen Sprache hingewiesen, dann Theaterstück, Ball, Near-Beer und Schimpfen auf die Prohibition. Und morgen? Die schönen Reden sind bald vergessen, man hat doch ein deutsches Fest gemütlich gefeiert, mehr kann man im fremden Land doch nicht tun. Man liest seine deutsche Zeitung, man schickt auch seine Kinder zum deutschen Sonntagsschulunterricht, und wenn Weihnachten und die großen Feste kommen, geht man auch zur deutschen Kirche. Aber, lieber Landsmann, kann man wirklich nicht mehr tun als alles dieses? Ja, man kann; praktisches Deutschtum muß die Parole sein, jetzt, wo wir Deutsche mehr wie je aufeinander angewiesen sind.

Wir müssen uns nicht damit begnügen, deutsche Kultur, wie wir es nennen, im fremden Lande zu hegen und zu pflegen. Viel wichtiger ist es, uns gegenseitig geschäftlich zu unterstützen, damit das Geld, welches wir für unseres Leibes Nahrung und Notdurft ausgeben, nicht in fremde Hände gelangt, sondern in die Taschen unserer Volksgenossen. In dieser Hinsicht wird hier aus Nachlässigkeit und Bequemlichkeit viel gesündigt. Man geht zu einem italienischen Schuster, obwohl man einige Straßenviertel entfernt einen deutschösterreichischen erlangen kann (richtige deutsche Schuhmacher sind ja nur noch selten zu finden). Da ist ein Bargain in der Zeitung angezeigt, von einem Warenhaus, das während des Krieges aus Furcht seine Anzeigen nicht mehr in der deutschen Presse hat erscheinen lassen, man geht aber dennoch hin und läßt den kleinen deutschamerikanischen Dry-goodshändler, entschuldigen Sie, Schnittwarenhändler, leer ausgehen. Das ist aber keine praktische Betonung seines Deutschtums. Wie manches Geschäft in Neuyork, welches im Weltkrieg dem deutschen Michel Fußtritte über Fußtritte versetzt hat, müßte heute bankrott sein, wenn das Deutschtum von Groß-Neuyork diese Geschäfte ein für allemal meiden würde. Natürlich gibt es auch Ladeninhaber, die ihre deutsche Kundschaft, meistens die eben eingewanderte, ausnutzen und betrügen; deren Inhaber aber sind meistens keine Deutsche, sondern kommen von der russisch-polnischen Grenze her, wo die „Bauernfängerei“ immer schon in Blüte gestanden hat. Es kann auch Fälle geben, daß man einen Geschäftsmann oder Handwerker einer anderen Nation aus wirklichem Wohlgefallen vorzieht, das

sind aber Ausnahmen, meistens ist man aber zu bequem und denkt gar nicht daran. Deswegen sollte die deutsche Presse in dieser Hinsicht viel mehr erzieherisch wirken, selbst wenn einer oder der andere denken sollte, es geschieht aus selbstsüchtigen Trieben. Wir Deutsche sind infolge der britischen Propaganda noch auf lange hin als „Hunnen“ gekennzeichnet, und man braucht nur Blätter wie die „N. Y. World“ oder „N. Y. Times“ lesen, um davon überzeugt zu werden, daß wir mehr wie je hiezulande eng uns aneinander schließen müssen. Die völkische Not zwingt dazu, daß wir uns gegenseitig auch wirtschaftlich unterstützen.

Damit geht Hand in Hand die Anstellung deutscher Arbeiter, Handwerker und Handelsangestellten seitens der deutschen Geschäftsinhaber oder Arbeitgeber zu fördern, wenn immer es möglich und angebracht ist. Nicht vergessen darf man die Propaganda — — o böses Wort, sagen wir Werbetätigkeit — — für deutsche Erzeugnisse des Handels und Gewerbes, aus völkischem Grunde nicht allein, sondern auch weil dieselben viel preiswerter und besser sind. Natürlich die guten einheimischen Artikel soll man nicht schlechten Importartikeln hintansetzen. Aber der Krieg und die Verhinderung des deutschen Importhandels haben auf dem hiesigen Markt eine solche Menge Schundwaren gebracht, daß es schon im amerikanischen Interesse liegt, wenn die guten deutschen Waren importiert und so die hiesigen Hersteller gezwungen werden, auch gute Waren zu erzeugen; der Menge kommt das zugute, und darauf kommt es in jedem Lande an, nicht auf den Vorteil einiger Bevorzugter, wie es heute leider der Fall ist.

Alles und jedes muß man benutzen, um den deutschen Namen wieder zu Ehren zu bringen. Da liest man in der Zeitung, daß ein neuer deutscher Film, der aber von der hiesigen Presse nicht als solcher bezeichnet wird, in den Kintöppen gezeigt wird. Sofort muß jeder deutsche Landsmann in seinem nachbarlichen Movie theater die Aufführung des Stückes fordern, und da es nur erstklassige Sachen sind, die hier zur Aufführung kommen, so hat noch kein Theaterbesitzer es bereut, diesem Wunsche nachgekommen zu sein. Die deutsche Oper und das deutsche Theater zu unterstützen ist ja eine tägliche Mahnung aller deutschen Zeitungen und Redner, heute soll auch einmal dem deutschen Film das Wort geredet werden. Im Bücher-, Bild- und Kunsthandel, in Mode- und Toilettesachen, darin wird am meisten unser deutsches Volkstum verleugnet. Seife, Gesichtspuder, Schminke, wenn sie keinen französischen Namen haben, werden

*) Wir entnehmen die nachfolgenden Ausführungen einer deutschen Wochenschrift in den Vereinigten Staaten: „Der Landsmann“ A German American Weekly with American Ideals. Heft No. 15—16.

als nicht gut angesehen. Kann man keine guten deutschen kosmetischen Sachen (worin Deutschland infolge seines hohen chemischen Entwicklungsstandes alle Länder überflügelt hat) erhalten, dann nehme man die hiesigen, die auch sehr preiswert sind, aber ein Talumpowder, Rouges mit französischem Namen sollte in keiner deutschen Familie zu finden sein. Mit Arzneien ist man ja schon aus Ängstlichkeit vorsichtiger, aber das äußere Rück- und Vorderteil unserer Lady läßt sich anscheinend besser an, wenn es „frenchy“ ist.

„Viele Wenig machen ein Viel.“ Wenn jeder gute Deutsch-amerikaner auch in wirtschaftlicher Hinsicht und nicht nur mit dem Schnabel „Deutsch spricht“, würde man uns bald nicht mehr verachten, sondern beachten, denn wenn es ans Pocketbook geht, ist jeder empfindlich, auch der amerikanische Geschäftsmann. Hierin sollten wir uns an unseren jüdischen Mitbürgern ein Beispiel nehmen, die es direkt als Sünde bezeichnen würden, wenn ein Gleichgesinnter christliche Geschäfte israelitischen vorziehen würde. „Probaturum est.“

Pastor Dr. Friedr. Harms und die deutsche Seemannsmission im Auslande

Von CLARA MÖLLER, Köln a. Rh.

Die heutige Zeit hat das Wort vom „Untergang des Abendlandes“ geprägt. Mehr denn jemals in der Geschichte unseres Volkes wird es uns daher zur Pflicht, unserer großen Männer zu gedenken, derer, die für den Gedanken des Vaterlandes ihr Leben eingesetzt haben, die eine nationale Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes geleistet haben. Ein deutscher Mann ist im November 1919 von uns geschieden, dessen ganzes Leben, obgleich er die größte Zeit desselben in England zugebracht hat, sein Deutschtum bekundet; vielleicht um so eindrucksvoller, gerade weil er außerhalb des so innig geliebten Vaterlandes wirkte.

Dem Andenken von Friedrich Harms, dem „Vater der deutschen Seemannsmission“, sollen diese Aufzeichnungen dienen. Diejenigen, die das Vorrecht hatten, ihn persönlich zu kennen, werden sich gern an ihn erinnern lassen, und die, denen sein Name fremd ist, werden einen deutschen Mann kennen lernen, an dem wir nicht vorübergehen sollten.

Ich möchte etwas von dem erzählen, was ich persönlich in den langen Jahren meiner Freundschaft mit Friedrich Harms erlebt habe. Es war im Jahre 1881, als ich als Erzieherin in dem vornehmen, kinderreichen Hause eines englischen Schiffs-Bauers und -Reeders nach Sunderland an der Wear kam, der Stadt der größten Schiffswerften in der Grafschaft Durham. Als ein großes Vorrecht begrüßte ich es, in Sunderland eine deutsche, evangelische Gemeinde vorzufinden, deren Seelsorger Friedrich Harms war, Mecklenburger wie ich. Er hatte die Gemeinde schon 1869 übernommen, doch war sie zu den sonntäglichen Gottesdiensten in englischen Kirchengemeinschaften zu Gaste. Durch fleißige Arbeit und restlose Hingabe, sowie durch die wertvolle Veranlagung, sich durch Takt und Liebenswürdigkeit unter den besitzenden Engländern Freunde zu erwerben, gelang es Friedrich Harms, schon im Jahre 1873 eine deutsche Kirche mit anschließendem Schulzimmer in Sunderland zu bauen. Von Anfang seiner Arbeit an besuchte Friedrich Harms die deutschen Schiffe im Hafen von Sunderland, das inmitten des Kohlengebietes liegt, welches sich an der Küste weiter südlich nach Seaham hinzieht. Er lud die Seeleute persönlich oder durch Helfer der Gemeinde zu den Gottesdiensten ein, nicht nur die von den deutschen Schiffen, sondern auch die auf englischen Schiffen fahrenden. Nach amtlichen Ziffern wurden 12000 deutsche Seeleute auf englischen Handelsschiffen beschäftigt, vornehmlich auf den Kohlen-schiffen. Das war der Anfang der „deutschen Seemannsmission in Großbritannien“, ja der deutschen Seemannsmission überhaupt, so daß Friedrich Harms mit Recht der „Vater der deutschen Seemannsmission“ genannt wird. Von England ausgehend, hat sich die deutsche Seemannsmission auch in Deutschland verbreitet. Es war aber ein langer, mühevoller Weg, bis sie im Jahre 1910 das 25jährige Bestehen feiern konnte.

Um das zu erlassen, muß man sich klarmachen, daß es zunächst galt, die Aufmerksamkeit auf diese so wichtige, vater-

ländische Arbeit zu lenken, und wenn die Teilnahme erregt war, Mittel flüssig zu machen, um das Werk ausführen zu können. Friedrich Harms begann damit, das Schulzimmer in Sunderland den Seeleuten abends als Lese- und Unterhaltungsraum freizugeben. Anfang der 70er Jahre wurde in Shields und Hartlepool, den Häfen an dem Tyne und am Tees, ein Lesezimmer für die Seeleute erworben und an jedem Ort ein Hafenmissionar angestellt. Die Mittel dazu erhielt Friedrich Harms meist durch persönliche Bitten bei deutschen und englischen Freunden. Durch unablässige Arbeit und das intensivste Interesse für das Wohl der Seeleute, dieser bisher so stiefmütterlich behandelten Klasse unserer Volksgenossen, gelang es Friedrich Harms, nach und nach in allen englischen Hafenstädten eine Station für deutsche Seeleute einzurichten, meist nur zunächst ein Lesezimmer.

Fast alljährlich unternahm Friedrich Harms eine Kollektorenreise nach Deutschland, auf der er durch Einzelgespräche oder öffentliche Vorträge oder Predigten auf die Notlage unserer Seeleute hinwies und Mittel flüssig machte, um ihnen helfen zu können. Während die Engländer, Skandinavien und Holländer schon seit Jahrzehnten Seemannsmission trieben, war diese Fürsorge in Deutschland fast gänzlich unterblieben, bis es Friedrich Harms durch jahrelange, unermüdlich treue Arbeit gelang, auch in der Heimat Herzen für dies so wichtige nationale Gebiet zu gewinnen. Er veranlaßte die einzelnen Stationen in Großbritannien, sich zusammenzuschließen und gründete nach einer Rundreise durch die großbritannischen Häfen am 25. Februar 1885 das „Generalkomitee für deutsche Seemannsmission in England und Wales“, dem sich 1889 das Generalkomitee für Schottland anschloß. Die beiden Zweige erwählten Friedrich Harms zu ihrem Präsidenten. Im Jahre 1885 wurde als erstes deutsche Seemannsheim überhaupt das in Sunderland eröffnet. Ein Hauptgedanke, den Friedrich Harms nie aus den Augen verlor und häufig in Wort und Schrift betonte, war der: daß die Stationen der Seemannsmission ihren Stützpunkt und Rückhalt in den Gemeinden haben müsse. Daher veranlaßte er, daß die in den Hafenstädten ansässigen Deutschen sich zu Gemeinden zusammenschlossen und die einzelnen Gemeinden wiederum zu einem Verbandsverbande. Dies gelang ihm nach vielen Vorarbeiten im Jahre 1904. Er wurde von dem Verband zum Vorsitzenden gewählt. In all diesen Jahren von 1881 bis 1909 hielt ich mich vorwiegend in Sunderland auf, und es wurde mir vergönnt, ein wenig in der großen Arbeit der Seemannsmission mitzuhelfen. In den ersten Jahren stand Friedrich Harms keine offizielle Hilfe zur Seite, weil es an Geld zur Besoldung fehlte. Da war es ihm lieb, wenn ich einige der schriftlichen Arbeiten, die naturgemäß mit der Ausdehnung des Werkes wuchsen, übernehmen konnte. Obgleich er behindert war er durch ein Augenleiden, das leider zur Erblindung des einen Auges führte. Seine Gattin war jahrelang ans Krankenlager gefesselt und konnte ihm keine Hilfe bei der

vielen schriftlichen Arbeiten gewähren. Es galt neben unzähligen Briefen, darunter viele an Seeleute, Jahresberichte zu schreiben über die Gemeinden sowohl wie über die Stationen der Seemannsmission, beides in deutscher und in englischer Sprache. Dann waren die Beitragslisten zusammenzustellen, auch in beiden Sprachen, Beiträge einzuziehen und um neue zu werben. Da wir im Laufe der Jahre 16 Stationen für Seemannsmission in Großbritannien hatten, meistens mit angeschlossenen Gemeinden, so gab es natürlich sehr viel Verwaltungsarbeit. Jede Gemeinde lieferte ihre Berichte ein, die geprüft werden mußten und eingegliedert in den Generalbericht.

Im Jahre 1906 erreichte Friedrich Harms die Angliederung an das Berliner Komitee für deutsche evangelische Seemannsmission, das sich zum großen Teil durch seine Anregung im Jahre 1901 gebildet hatte und dem er von Anfang an sehr nahestand. Er hatte diesen wichtigen Schritt seit Jahren angestrebt, getragen durch die Überzeugung, daß die deutsche Seemannsmission in Großbritannien bei der wachsenden englischen Gegnerschaft eines Rückhaltes in der Heimat dringend bedürfte. Er selber wurde Mitglied des Berliner Komitees, um die Interessen des Generalkomitees wirksamer vertreten zu können; und das Arbeitsfeld desselben wurde als Teilgebiet in das Berliner Komitee aufgenommen. Durch diesen bedeutsamen Schritt wurden Friedrich Harms die finanziellen Sorgen abgenommen, mit denen er die langen Jahre hindurch beständig und oft recht schwer zu kämpfen hatte, und die ihn mit zunehmendem Alter oft schmerzlich bedrückten. Er hat wiederholt seiner Freude über das Gelingen dieses Schrittes Ausdruck gegeben. Nur so schien ihm die Fortdauer der Arbeit gesichert, der er die beste Kraft seines Lebens gewidmet hatte.

Bei ihrer Hundertjahrfeier 1910 ernannte die Berliner Universität Friedrich Harms zum Ehrendoktor der Theologie: „Dem tapferen, selbstlosen Vorkämpfer des Evangeliums, der sich um die Befestigung und Förderung eines blühenden evangelischen Gemeindelebens wie eines geachteten Deutschtums große Verdienste erworben hat und insbesondere höchster Anerkennung wert ist, weil er die christliche Fürsorgetätigkeit für die Seefahrer unseres Volkes begründet und weiter verbreitet hat.“

Von seinen literarischen Arbeiten ist die bedeutendste die „Geschichte der deutschen Seemannsmission“, eine quellenmäßige Darstellung „auf Grund genauer persönlicher Kenntnis aller Zusammenhänge“. Auch die „Blätter für Seemannsmission“, das Organ der Arbeit, 1892 gegründet, verdanken ihm als fleißigem Mitarbeiter sehr viel. Seinem Einfluß und seinen unermüdlichen, beständig ertönenden Mahnrufen ist es zu verdanken, daß auch in Deutschland die Notwendigkeit anerkannt wurde, in umfassender Weise für die Seeleute aller Stände in den wichtigsten Häfen des In- und Auslandes zu sorgen. Seemannsheime wurden errichtet und Seemannspastoren und Missionare angestellt. Die nach England berufenen wurden von Friedrich Harms beraten und in ihr Amt eingeführt. Neben den 16 Stationen in Großbritannien wurden in Deutschland 13 gegründet; in Holland und Belgien die in Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen. Von den überseeischen sind die in Baltimore, Buenos-Aires, Durham, Hoboken, Hongkong, Kapstadt, Montevideo, Newyork, Philadelphia, Santos, Schanghai, Tsingtau und Valparaiso zu nennen. Auch in Genua und Livorno, Konstantinopel, Kopenhagen, Stockholm, Marseill, Riga und St. Petersburg wurden Einrichtungen zur Fürsorge für deutsche Seeleute getroffen.

Nach 43jähriger Amtstätigkeit sah sich Friedrich Harms am 1. April 1912 durch seine leidende Gesundheit genötigt, das Pfarr-

amt in Sunderland niederzulegen. Er zog mit seiner jüngsten Tochter nach Harrogate in der Grafschaft York. Auf diesem Ruheposten blieb er jedoch Präsident des Gemeindeverbandes und des Generalkomitees für deutsche Seemannsmission. In den beiden Jahren vor dem Kriege beschäftigte sein Organisator-Talent ihn vornehmlich mit der Lebensfrage der Seemannsmission: „Wie eine organische Einheit der gesamten deutschen Seemannsmission erzielt werden könne, um die Schäden zu beseitigen, die sich aus der Zersplitterung der Arbeit ergeben hatten.“ Er selber hatte die vorhandenen Schäden klar erkannt und oft darunter gelitten, daß es andauernd darauf ankam, Steine aus dem Wege zu räumen, anstatt an dem stetigen Aufbau arbeiten zu können. Von der Lösung dieser Frage, die er angeregt hat, wird die fernere Wirksamkeit der Arbeit in erster Linie abhängen.

Der Weltkrieg hat viel von der Lebensarbeit dieses Kämpfers für die Rechte der Seeleute vernichtet. Beim Ausbruch des Krieges verließ Friedrich Harms mit seiner Tochter das ruhige Heim in Harrogate, wo er nach mühevollen aber doch köstlichen Jahren unablässiger Arbeit sein Leben zu beschließen hoffte, und stellte sich in London zur Verfügung. Dort hat er sich durch sonntägliche Gottesdienste in der Christuskirche und im deutschen Hospital mit rührender Hingebung seiner Landsleute durch seelsorgerische Fürsorge angenommen. Dort ist er am 4. November 1919 gestorben.

Ihm wurde das schmerzliche Los, sein Lebenswerk zeitweilig vernichtet zu sehen. Das Berliner Komitee schreibt in seinem Jahresbericht 1919: „Das Komitee für deutsche evangelische Seemannsmission hat eine schmerzliche Trauerkunde zu melden. Als dumpfer Schlußakkord all der ergreifenden Klagetöne über die Vernichtung deutscher Seegeltung und die schweren Verluste unserer verheißungsvollen Arbeit, wird sie auch die Freunde unserer Seemannsmission um so tiefer bewegen. Pastor D. Harms, der Gründer der deutschen Seemannsmission in England und der bis zum Kriegsausbruch unermüdlich tätige Präsident des Generalkomitees für deutsche evangelische Seemannsmission in Großbritannien, ist am 4. November in London gestorben.“

In dem jüngsten deutschen Seemannsheim in Shields, jahrelang sein Sorgenkind, zu dessen Errichtung ihm das persönlich bekundete Interesse Kaiser Wilhelm II. die Wege ebnete, eröffnet im Jahre 1908, hängt ein Kupfer-Relief von Friedrich Harms mit der Unterschrift: „Wir sollen auch das Leben für die Brüder lassen“. Diese Worte bezeichnen die treibende Kraft seines Lebens. Er war getragen von dem „Geist, der einst der heil'gen Männer, Könige und Prophetenschar, der Apostel und Bekenner Trieb und Kraft und Zeugnis war“.

Pastor Thun schließt seinen Nachruf an Friedrich Harms in den „Blättern für Seemannsmission“: „Die Seemannsheime an der großbritannischen Küste, die ihr Entstehen alle unmittelbar oder mittelbar der Anregung und Arbeit D. Harms verdanken, haben ihre Pforten schließen und die deutsche Flagge niederholen müssen. Das Werk seines Lebens ist scheinbar vernichtet. Aber wenn er noch lebte, würde er nicht klagend die Hände in den Schoß legen, sondern unverzagt von neuem beginnen, wo immer sich eine Möglichkeit böte, und mit Gottes Hilfe würde frisches Leben aus den Ruinen emporblühen. — Er ruht von seiner Arbeit in Frieden. Andere Schultern müssen sie weiter tragen um der Brüder willen. So wollen wir Jüngeren denn sein Vermächtnis annehmen und handeln nach des großen Schotten Carlyle Wort, das Richtschnur seines Lebens war:

„Arbeiten und nicht verzweifeln.“

Das fünfzigjährige Jubelfest einer auslanddeutschen Zeitung

Von Dr. FRITZ WERTHEIMER, Stuttgart.

Die Geschichte des deutschen Zeitungswesens ist in den letzten Jahren durch Einzeluntersuchungen wie auch durch journalistische Seminare und Hochschulen, vor allen Dingen aber durch historische Werke die anlässlich der Jubelfeste reichsdeutscher Zeitungen selbst erschienen sind, mächtig gefördert worden. Wie wenig Kunde aber besitzen wir noch von dem Wesen und Wirken unserer auslanddeutschen Zeitungen, die, mögen sie auch noch so klein und unscheinbar sein, eine so unendlich wichtige Rolle im Leben der deutschen Diaspora im Auslande spielen! Es studieren jetzt eine große Zahl auslanddeutscher Studierender auf unseren Hochschulen. Sicherlich widmet sich ein Teil von ihnen auch dem Studium der Geschichte oder der Volkswirtschaft. Müssen es denn immer trockene und unwahrscheinlich fremde Doktorarbeiten sein, die sie sich stellen? Wollen sie nicht daran gehen, uns die Geschichte der Presse und der öffentlichen Meinung in ihren Geburtsländern oder auch Heimatbezirken mit einem liebevollen Versenken ins Kleine und Kleinste zu schreiben, die gerade von denen zu erwarten ist, die durch Familie und Bekanntenkreis mit dem öffentlichen Leben der betreffenden Gegend eng verbunden und unlösbar verknüpft sind? Eine Fülle ungehobener Schätze harret da der schürfenden Hand. Aus der Entwicklung der Zeitung werden wir über Wirtschaft und Kultur, über Sitte und Religion, über Kleines und Großes im Erleben der auslanddeutschen Kolonien vieles lernen, was dann in der Zusammensetzung der einzelnen Arbeiten ein großes kulturelles Ganzes werden kann und wird. Schon heute ist es für denjenigen, der rund 110 auslanddeutsche Zeitungen verfolgen und überprüfen kann, ein interessantes Bild, die Verschiedenartigkeit deutscher Art im Auslande zu studieren, die Anpassung der einzelnen deutschen Bezirke an Lebensform und sittliche Auffassung der betreffenden nationalen Umgebung zu erforschen, die einstige Abhängigkeit vom Mutterlande zu verfolgen, zu prüfen, wo die deutsche Sprache und Kultur, deren Abbild und Erzeugnis ja die auslanddeutsche Zeitung ist, Sache des Herzens und des Blutes oder wo sie nur noch Sache einer lieb gewordenen Gewohnheit aussterbender Generationen ist. Möge diese Anregung zu zahlreichen Doktorarbeiten auf fruchtbaren Boden fallen und möge dadurch ein Material vor dem Verlorengehen bewahrt bleiben, das sonst in vergilbten Bänden und Einzelnummern kleiner und kleinster, äußerlich unscheinbarer Blättchen verkommt und verkümmert!

Diese Gedanken sind niedergeschrieben beim Betrachten einer Festnummer des „Deutschen Volksblattes“ von Porto Alegre. Hier liegt ein Blatt des Auslanddeutschtums vor mir, das sich durch Not und trübe Zeiten zur Größe und Bedeutung aufgeschwungen hat, das ein mannhaftes und wehrhaftes Blatt des katholischen Auslanddeutschtums geworden ist und seiner Devise für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ stets furchtlos treu blieb. Als am 10. März 1871 das damals kleine Blättchen zum ersten Mal herauskam, den Adler mit scharfem Schnabel, kampfgespitzten Schwingen und hiebbereiten Fängen im Titelkopf, da mögen die beiden älteren Zeitungskollegen, die „Deutsche Zeitung“ und „Der Bote“ nicht entzückt gewesen sein. Aber doch hat sie der neue Kollege beide überflügelt und überlebt. Es war die Zeit des Kulturkampfes und sie spiegelte sich, so fern dem deutschen Mutterlande, im Kampf der drei deutschen Zeitungen von Porto Alegre nicht minder kräftig, derb und roh wieder, als das in der Heimat geschah. Der Pater Feldhaus, der das „Volksblatt“ ins Leben rief, blieb freilich seinen Kritikern

nichts schuldig. Auch der seminaristisch gebildete deutsche Lehrer Dillenburg, der auf seine Veranlassung hin seinen Lehrerberuf aufgab, eine kleine Druckerei gründete und zweimal in der Woche nun das „Deutsche Volksblatt“ herausgab, stellte seinen Mann. Das Geld gab Jorge Lemmert, der bis zum Jahre 1890 Verleger blieb, nachdem Dillenburg das Blatt an die Jesuitenpatres verkauft hatte. Aber Dillenburg war die Seele des Geschäftes, war Setzer, Redakteur, Korrektor, Drucker, Verleger, Expedient in einer Person, fand dann später Hilfe in einem Herrn Stabel und einem Herrn von Reisewitz, der, wenn Eile not tat, noch seine Tochter zur Hilfe heranholte, vor allem aber in seinem Neffen João Mayer, der in Sankt Leopold die schwarze Kunst ehrlich gelernt hatte und nun den Onkel in die Geheimnisse des Betriebs erst richtig einweihte. So wurden die 300 Nummern der Auflage auf einer uralten Presse, die man schon „alt“ gekauft hatte, mit viel Freude und noch mehr Mut gedruckt. Man kann sich denken, wie das ging, da auch die Schrift „alt“ gekauft war, und nur für zwei Seiten des Blättchens ausreichte. Wenn die beiden Außenseiten gedruckt waren, kamen eben langsam und bedächtig die Innenseiten dran. Aber trotz aller technischen Schwierigkeiten hielt man was man versprochen hatte: „Dieses Blatt erscheint von heute ab wöchentlich zweimal und macht es sich zur Aufgabe, dem zeitunglesenden Publikum die neuesten Nachrichten und Erscheinungen politischer, wissenschaftlicher und religiöser Natur wahrheitsgetreu und unparteiisch darzulegen.“

Als die deutschen und brasilianischen Katholiken in Rio Grande do Sul sich enger zusammenschlossen und eine stärkere Partei wurden, wurde das „Deutsche Volksblatt“ ihr Organ, bis die Riograndenser Zentrumspartei wieder von der Bildfläche verschwand. „Daß übrigens,“ so heißt es in dem Leitartikel, den der verdienstvolle Verleger Hugo Metzler der Festnummer mit auf den Weg gibt, „das Deutsche Volksblatt seinem deutschen Namen von allem Anfang an Ehre gemacht hat und dieser nicht bloßer Aushängeschild war, wie man ihm gleich bei seinem Erscheinen und auch oft noch viele Jahre später nachsagen wollte, läßt sich an der Hand der alten Jahrgänge beweisen. Besonders tragen die anfangs der siebziger Jahre im Deutschen Volksblatt erschienenen politischen Artikel einen gut deutsch-nationalen Charakter.“ Der tapfere Dillenburg starb im Alter von 78½ Jahren am 1. Dezember 1910. Seine Zeitung war inzwischen um die Mitte des Jahres 1875 an das 1870 begründete Kolleg der Jesuiten übergegangen. Die griffen in den religiösen Kampf mit der tüchtigen Feder des Pater Mathias Müsch ein, die viel beißende Ironie verspritzte, aber auch von köstlichem Humor ihres Herrn Zeugnis ablegte. Vom Jahre 1872 an brachte das Volksblatt seinen stolzen Adler nicht mehr im Titelkopf. Den übernahm nun sein Widersacher, der „Bote“, der von nun an das „Raubvogelblatt“ hieß. Im Kampf mit den liberalen Journalistengegnern Dr. Wilhelm Rotermund, Hans von Frankenberg und Karl von Koseritz, deren Namen ja im brasilianischen Deutschtum unserer Tage noch unvergessen sind, wurde viel Zeit, viel Kraft, viel Geist aufgewandt. Der rheinische Pater Müsch legte 1890 die Schriftleitung nieder. 1912 konnte er noch sein diamantenes Priesterjubiläum feiern, am 14. August 1915 starb er im Alter von 84 Jahren. Die Redakteure des „Volksblattes“ haben eben trotz aller Kämpfe ein höheres Alter erreicht als der Durchschnitt ihrer reichsdeutschen Kollegen. Unterdessen kam die Errichtung der brasilianischen Republik.

gegen deren Kirchenfeindlichkeit die Gegenwehr des brasilianischen Katholikentums erfolgte, die sich im „Volksblatt“ ihr Organ schuf. Clemens Wallau war sein neuer Redakteur, ein früherer preußischer Justizreferendar Nollen half ihm dabei, „ein Kerl wie Samt und Seide, nur schade daß er suff“. Als der jetzige Verleger Metzler 1891 als Geschäftsführer in das Blatt eintrat, war Nollen, ein gewaltiger Kampfhahn, noch auf dem Posten, den er aber bald verlassen mußte. Als 1893 Wallau starb, wurde der nur gelegentlich als Journalist sich bisher betätigende Geschäftsführer und seit 1892 verantwortliche Verleger auch Redakteur und Herausgeber. 900 zahlende Abonnenten hatte das „Volksblatt“ inzwischen erworben und bekam deren bald gegen 1200. Mit ein paar brasilianischen und einem italienischen Setzern, neben 4 deutschen Setzern wurde gearbeitet und eifriger Metteur war Albin Stumpf, der nur das Interesse der Leser im Auge hatte, wenn er tagtäglich sagte, man sollte noch einige Witze zum Absetzen schicken, „die Bauern auf der Kolonie lese das arch gern!“ Und da man sich das oft fehlende Geld stets und immer wieder zusammenpumpen konnte, ging alles ganz gut, bis eine aufgehetzte italienische Volksmenge eines Tages die Redaktion einmal stürmte und alles kurz und klein schlug. Die Aktiengesellschaft mußte sich auflösen, die Erben übernahmen die kläglichen Reste und den stolzen Bestand an Schulden. Aber gerade dadurch wurden die Leser des Blattes aufgerüttelt. Es erschien bald wieder, bekam 1600, dann 2400 Abonnenten, bis im Jahre 1896 die Zentrumsparthei auseinanderbarst und an innerem Hader zugrunde ging. João Mayer trat an Metzler seine Geschäftsanteile ab, der dadurch Teilhaber wurde und rastlos an der Förderung des Blattes arbeitete. Das Blatt kam von 1903 an täglich heraus und brachte daneben eine Wochenausgabe und Josef König wurde ihm ein gewandter Schriftleiter, der (die deutschen Kollegen mögen es hören und staunen!) nach dem Geständnis des leitartikelnden Verlegers sogar manchmal ein gar zu temperamentvolles Eingesandt seines Verlegers in den Papierkorb zu befördern wagte! (Es geschieht in Porto Alegre, fernab im Staate Rio Grande do Sul!) 1906 war der Abonnentenstand auf über 3000 gestiegen, 1917 als die deutschen Blätter wegen des Kriegszustandes ihr Erscheinen einstellen mußten, waren es deren 6200. Der Kriegersatz, die „Gazeta Popular“, erschien allerdings nur in 2500 Exemplaren, tat aber ihre Pflicht als deutsch gesinntes Blatt, so gut es die Zensur erlauben mochte. Vom Oktober 1919 ab erschien dann das alte „Volksblatt“ wieder, kam auf 7200 Abonnenten und verlor nur wieder 500 Leser als die Bezugspreise erhöht werden mußten.

Der Verleger sagt stolz von seiner Arbeit, daß katholisch sein

und gut deutsch sein sich voll vereinbaren ließe und daß sich das in dem „Deutschen Volksblatt“ in Wort und Tat erwiesen habe. Wenn sich der Verlag von den Kriegsstrapazen erholt hat, will er nun auch noch ein Sonntagsblatt der Auflage beifügen und will dann getreu seinem Wahlspruch: „Gut deutsch bis in die Knochen und treu katholisch bis in den Tod“ weiter seiner Arbeit dienen.

Wir haben hier an Hand des Artikels des Verlegers die Entwicklung und Geschichte des „Deutschen Volksblatts“, des Jubilars, verfolgt. Es bleibt noch übrig, über die Festnummer ein kurzes Wort zu sagen. Auch sie darf sich sehen lassen. Josef König schreibt über „50 Jahre „Deutsches Volksblatt“ und Deutschum in Rio Grande do Sul“ in gut unterrichtenden, historischen Ausführungen, der unseren Lesern wohlbekannte Pater Petrus Sinzig widmet dem Kämpfer den Glückwunsch „Geduld, Vertrauen, Treue“ in schwungvollen Worten. Auch dem 50jährigen Jubiläum des deutschen Reichs ist ein Erinnerungsartikel gewidmet. Die deutsch-brasilianische Dichterin, Maria Kähle, für die Pater Sinzig in Deutschland mit so großem Erfolg geworben hat, ist mit einem Gedicht „Mutter der Schmerzen“ vertreten, ein ungenannter Verfasser schreibt über den „Einfluß der deutschen Katholiken auf das religiöse Leben in Brasilien“, ein Glückwunsch des deutschen Konsuls Reinhardt schließt sich an: „Das „Deutsche Volksblatt“ in Porto Alegre hat es verstanden, unter bewährter Leitung seiner großen Aufgabe: die deutsche Sprache hoch zu halten und das deutsche Schrifttum zu pflegen, in vollem Maße gerecht zu werden.“ Wir finden auch eine Übersicht über die deutsch-brasilianische Presse, die jetzt ein rundes Dutzend Vertreter aufweist, und von der die „Kolonie-Zeitung“ in Joinville mit ihren 59 Jahrgängen die älteste, die „Zeit“ in Curitiba mit drei Jahrgängen die jüngste Kollegin ist. Eine Ehrentafel vereint die Namen derjenigen Leser, die von Anfang an das „Deutsche Volksblatt“ lasen und auch heute noch lesen, somit als Mitgründer gelten sollen. Es sind immerhin 23 Namen und die Schriftleitung vermutet, daß sie nicht alle diese Veteranen ausfindig gemacht hat. Die Entwicklung des deutschen Koloniegebietes in den letzten 50 Jahren veranschaulicht schließlich eine sehr gut ausgeführte Karte mit wichtigen Angaben und statistischen Darlegungen.

Inhaltlich und technisch ist diese Festnummer somit wirklich ein Ereignis im Leben der auslanddeutschen Presse, ein Ereignis, das es rechtfertigt, wenn auch hier seiner so ausführlich gedacht wurde. Der deutschen Presse im Ausland gilt unsere besondere Arbeit, dem „Deutschen Volksblatt“ als einem ihrer Veteranen unser herzlichster Glückwunsch zum 50. Geburtstage.

Der siebenbürgisch-sächsische Jugendbund

■ Von Seminarprofessor Dr. HEINZ BRANDSCH, Schässburg.

Auf Anregung St. L. Roths, unseres Volkshelden, der 1849 von magyarischer Seite hingerichtet wurde, und Theodor Fabianis, der im selben Jahre auf dem Schlachtfelde für sein sächsisches Volk den Heldentod starb, kam es zur Gründung eines siebenbürgisch-sächsischen Jugendbundes, der aber bald seine Tätigkeit, da die Führer gefallen, einstellte. Seither arbeiten wir aber immer wieder an der Verwirklichung dieses Gedankens. Je mehr unser Volk der Gefahr, erdrückt zu werden, ausgesetzt ist, desto enger muß der Zusammenschluß seiner Söhne und Töchter erfolgen, desto größere Bedeutung kommt deshalb auch jeder Art von Jugendfürsorge zu. In unsern „Bruder- und Schwesterschaften“ auf dem Lande, in unsern Jugendvereinigungen in den Städten haben wir wertvolle Organisationen, die

der sittlichen und völkischen Erziehung unserer Jugend dienen. Es fehlt uns aber noch jenes äußere Band, das alle diese Einzelvereine zusammenschließen könnte. Es ist jedenfalls aber notwendig, daß ich, damit wir das Ziel dieser Jugendbundarbeit möglichst klar vor Augen haben, hier kurz und übersichtlich zusammenstelle, was sich uns nach längen, eingehenden Beratungen als Aufgabe des Jugendbundes ergeben hat.

I. Was soll der Jugendbund leisten? „Der Jugendbund soll die heranwachsende Jugend in den ihrer wartenden Aufgabenkreis einführen.“

Die Mitglieder des Jugendbundes sollen, bevor sie am öffentlichen Leben teilnehmen, die politischen Treibkräfte im allgemeinen kennen lernen, also in Schule und Jugendbundarbeit

völkisch (staatsbürgerlich) erzogen und mit den Pflichten und Rechten jedes Sachsen vertraut gemacht werden.

Die schweren wirtschaftlichen Kämpfe, denen wir entgegensehen, machen es wünschenswert, daß die Jugend mit jenen Mitteln möglichst früh bekanntgemacht werde, die eine wirtschaftliche Stärkung unseres Volkes ermöglichen, und daß sie teilnehmen an der Arbeit am wirtschaftlichen Fortschritt. Der Umstand, daß wir uns in Zukunft mehr denn je nur durch Qualitätswaren im Konkurrenzkampf werden behaupten können, macht es der Jugend zur Pflicht, auch selbst für ihre allgemeine und fachliche Fortbildung bzw. Vorbereitung für den Beruf Sorge zu tragen. Unsere Geschichte aber lehrt uns, daß ein weiterer, nicht zu unterschätzender Erhaltungsfaktor unseres Volkes verloren ginge, wenn die Jugend nicht die kulturelle Eigenart unseres Volkes betonen und pflegen, und die Lebensgesetze und besonderen Aufgaben desselben nicht ergründen wollte, wenn sie sich nicht bemühte, das religiös-sittliche Erbe der Väter in lebenden Besitz zu übernehmen. Die Jugendbewegung des Jahres 1848 und die Erfahrungen der letzten Jahre aber legen uns auch die körperliche Stärkung der Jugend durch Wandern und Turnen, die Gesunderhaltung des Körpers durch Abwehr von Schädlingen, die Gemütsbildung durch Lesen und Singen nahe. Gerade wir Jüngern wollen den Kampf gegen Alkoholmißbrauch, Geschlechtskrankheiten, Tuberkulose und Engelmacherei usw. führen. Die Schwere der Zeit macht die Sammlung aller Volkskräfte, den engen Zusammenschluß von Stadt und Land, und das Zusammenarbeiten aller Berufsklassen notwendig.

II. Sind das die Ziele, die der Jugendbund sich stecken muß, so ergeben sich daraus die Mittel, die zum Ziele führen. Wir denken dabei an Vorträge, aber auch an praktische Arbeit und Lektüre innerhalb der Ortsgruppen, an gemeinsame Besprechungen und gegenseitige Belehrung (anläßlich der Vereinstage usw.), an die Herausgabe eines Jugendblattes, das die völkischen Aufgaben der Zeit zu beleuchten haben wird, das das erzieherische Moment betonen muß und solche Fragen und in der Art zu behandeln hat, daß Bauer, Kaufmann, Gewerbetreibender und Akademiker gleichzeitig berücksichtigt werden, an Belehrungsreisen, an denen einmal die zukünftigen Volksführer teilzunehmen hätten, um das Volk bei seiner Arbeit aufzusuchen und kennen zu lernen, an denen sich aber auch alle andern jungen Volksgenossen beteiligen müßten, um in gegenseitiger Berührung Interesse und Verständnis füreinander zu finden. In politisch-sozialen Kursen sollen bedeutende Fachmänner und Fachfrauen Gelegenheit haben, die Jugend in günstiger Richtung zu be-

einflussen. Daß der Volkshochschulgedanke sich im Rahmen des Jugendbundes verwirklichen ließe, sei nur andeutungsweise erwähnt. Unentbehrlich bei einer erfolgreichen Jugendbundarbeit sind Berufs- und Rechtsberatung. Endlich ist an die Errichtung einer Jugendbundwanderbücherei zu denken, die vor allem den geistigen Bedürfnissen der ländlichen und städtisch-gewerblichen Jugend Rechnung tragen soll.

III. Wer dem Jugendbunde angehören soll? Was diese Frage anbelangt, so ist klar, daß zum Jugendbund auch alle Jugendvereine gehören, die gewissen Standesinteressen oder Teilaufgaben — in Gesang, Turnen — dienen, das völkische Moment aber gar nicht oder zu wenig betonen. Ihre Selbständigkeit soll nicht angetastet, ihr Aufgabenkreis aber wertvoll bereichert werden. Bisher haben schon mehrere Vereine junger Kaufleute, junger Gewerbetreibender, von Hochschülern, dann Bruderschaften usw. ihren Beitritt zum allgemeinen sächsischen Jugendbund angemeldet. Inwiefern Mittelschüler und -schülerinnen, Seminaristen und Seminaristinnen der Jugendbundarbeit zugezogen werden könnten — daß ihre Mitarbeit wünschenswert ist, ist klar — wird demnächst Gegenstand von Beratungen und Verhandlungen sein müssen.

Um diesen Jugendbund vorzubereiten, gibt der literarische Verein in Schäßburg ein „Jugendbundblatt“ heraus — geleitet vom Schreiber dieser Zeilen —, das vorläufig in kleinem Umfang und nur viermal im Jahre erscheint, aber bestrebt ist, all den oben gezeichneten Gesichtspunkten gerecht zu werden.

Wir wünschen aber, möglichst mit der gesamten deutschen Jugend und allen Vereinen, die Jugendpflege treiben, in nähere Berührung zwecks gegenseitiger Anregung zu gelangen.

Zu diesem Zwecke bitten wir, uns alle Zeitschriften und Zeitungen, die ähnliche Ziele wie wir verfolgen, im Tausche gegen unser Jugendbundblatt zuzusenden zu wollen. Wir sind zwar überzeugt, daß unsere Gegengabe etwas dürftig ausfällt, wollen aber doch darauf hinweisen, daß unser Volk dadurch, daß es acht Jahrhunderte unter den schwersten Kämpfen deutsch geblieben ist, dem Deutschtum der ganzen Welt eine solch große Gabe dargebracht hat, daß wir jede materielle und geistige Unterstützung, ohne uns deren zu schämen, annehmen dürfen. Außerdem ist es ja aber das ureigenste Interesse des Deutschtums aller Länder, sich gegenseitig zu stützen und zu fördern, damit der deutsche Gedanke in der Welt nicht aussterbe. Wir bitten deshalb nicht um Geld und Geldeswert, wir bitten um gute, starke deutsche geistige Nahrung für unsere Jugend.

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

VII. Von Persien nach Deutschland.

Von L. S

Es war am 3. August 1914, vormittags gegen 11 Uhr, als mir durch meinen Dolmetscher die Nachricht wurde, daß zwischen Deutschland und Rußland Krieg sei. Der Dolmetscher hatte dies von den in Meshed garnisonierenden russischen Kosaken und durch eine beim russischen Konsulat angeschlagene amtliche Bekanntmachung erfahren. Nachdem ich schon seit einiger Zeit keine deutsche Zeitung mehr zugestellt bekam, war ich durch diese Mitteilung vollständig überrascht. Ich schrieb deshalb, um mich genau zu vergewissern, einen Brief an den englischen Generalkonsul und bat ihn, mir das Richtige mitzuteilen. Ich erhielt, nachdem der englische Generalkonsul auf dem Lande

Sommerwohnung genommen hatte, erst am 4. August, vormittags gegen 11 Uhr, Nachricht von ihm, die mir sagte, daß zwar Deutschland an Rußland ein Ultimatum gestellt habe, ihm aber bis jetzt nichts Weiteres bekannt sei; er halte den Krieg für unausbleiblich. Noch am gleichen Tage nachmittags gegen 4 Uhr erhielt ich einen weiteren Brief von ihm des Inhalts, daß der Krieg bereits ausgebrochen sei.

Um nun dem russischen Konsul keine Gelegenheit zu geben, mir auf meiner Reise von Meshed nach Teheran irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten, was den Herren Russen einem Deutschen gegenüber eine ganz besondere Freude ist, so reiste

*) Siehe auch Nr. 10—18, 20, 22—24 im vorigen, Nr. 2—11 in diesem Jahrgang.

ich noch in der Nacht vom 4./5. August von Meshed ab, um ohne Aufsehen die Stadt verlassen zu können. Ich reiste in einem Omnibus mit vier davorgespannten Pferden. In Zwischenräumen von 30–36 Kilometern wurden die Pferde immer gewechselt und so ging die Reise Tag und Nacht mit kleinen Unterbrechungen von 1–2 Stunden. Fünf Tage reiste ich ohne Unterbrechung und ungestört meines Weges, bis ich am fünften Tage abends an eine Station kam, die mit Regierungsreitern besetzt war, weil das nun kommende Gelände von Räubern unsicher gemacht war. Hier wurde mir Halt geboten und obwohl ich bat, weiterreisen zu dürfen, hielten mich die Reiter doch davon ab. Es war nun gerade ein günstiger Zufall, daß in derselben Nacht der Kommandant der Reiter in diese Station zu einer Revision seiner Untergebenen kam. Mein Dolmetscher begrüßte den Herrn und machte ihm bekannt, zu welchem Zwecke ich mich hier auf der Reise befinde. Der Kommandant gab ihm nun einen schriftlichen Befehl an die kommenden Reiterstationen mit, daß mir überall vier Reiter zum Schutze mitzugeben sind. Dies geschah auch überall pünktlich und nach einer Tagesreise hatte ich das gefährliche Gebiet hinter mir. Die letzte Station, eine große persische Wache, besetzt mit etwa siebzig Kavalleristen und fünfzig Fußsoldaten, erreichte ich am Abend, als es schon ganz dunkel war. Auch hier hielt man mich an und wollte mich in der Nacht nicht weiterfahren lassen. Mein Dolmetscher verlangte nun, daß ich dem Kommandanten der Wache vorgestellt werde, und diesen ersuchte ich, weiterfahren zu dürfen. Er lud mich zunächst ein, mit in seine Wohnung zu kommen und ein Glas Tee mit ihm zu trinken. Obwohl ich keine große Freude an dieser Einladung fand, ließ ich mich doch dazu bewegen, nachdem ich es vorzog, hier nur einen kleinen Aufenthalt zu haben und nicht die ganze Nacht am Platze bleiben zu müssen. In sehr freundlicher Weise wurde ich von ihm mit allerhand guten Sachen bewirtet. Nach etwa einer Stunde ging es weiter. Im Laufe des Gesprächs teilte mir der Kommandant mit, daß nun seit neun Jahren ich der erste sei, der diesen Weg des Nachts kam. In der wunderschönen Mondnacht ging die Fahrt rasch vonstatten und so rückte der Zielpunkt (Teheran) immer näher. Am 13. August nachmittags kam ich in Teheran an. Meine Ernährung unterwegs bestand aus Konserven, Brot, Käse und Weintrauben. Einmal konnte ich mir auch einen Lammbraten (am Spieß gebraten) und einen Gurkensalat herrichten.

Auf dem Wege von Meshed nach Teheran bekam ich keinerlei Nachrichten über den Krieg. Ich hatte nur die frohe Hoffnung, daß ich bei meiner Ankunft in Teheran recht günstige Nachrichten erhalten werde. Dem sollte aber nicht so sein. Meine erste Frage, die ich bei Ankunft in dem Hotel an den Direktor, einen Österreicher, richtete, war: Wie geht es in Deutschland? Anstatt daß ich erfuhr, wie es in Wirklichkeit um diese Zeit bei uns gestanden hat, hatte das Depeschensbureau Reuter einen derartigen Haufen Lügen dorthin berichtet, daß einem ganz angst wurde. Ganz Deutschland war nach diesen Nachrichten beinahe schon über den Haufen geworfen und überall waren die „Deutschen“ „brillant“ geschlagen.

Wegen einer kleinen Krankheit mußte ich in Teheran einen kurzen Aufenthalt nehmen, wozu mir die deutsche Gesandtschaft die Erlaubnis erteilt hat. In den wenigen Tagen, an denen ich noch in Teheran war, kamen allmählich doch einige wahre Nachrichten durch und die dort noch vorhandenen Belgier und Engländer wurden immer schweigsamer.

Von mir befreundeten Persern erfuhr ich, daß der deutsche Geschäftsträger in Teheran an das persische Auswärtige Amt die Mitteilung gegeben habe, daß, wenn ein belgischer Staats-

angehöriger in irgend einer Angelegenheit behördlichen Schutz brauche, so hat er diesen nicht bei seiner, also der belgischen, sondern bei der deutschen Gesandtschaft zu erbitten. Diese Nachricht erfreute mich ganz besonders.

Am 23. August erfolgte meine Weiterreise über Kermanschah nach Bagdad. Dieser Weg führte durch das Luren- und Kurdengebiet und hatte ich da manches durchzumachen und zu erleben, ehe ich Bagdad erreicht hatte. Während mir durch das Lurengebiet keinerlei Unannehmlichkeiten gemacht wurden, hatten es die Kurden in anderer Weise auf mich abgesehen. Am 31. August, nachmittags drei Uhr (ich habe mir diese Zeit genau gemerkt), wurde ich das erstemal von Räubern überfallen. Zwölf Mann, ausgerüstet mit guten und teilweise ganz neuen und modernen Waffen, erschienen plötzlich auf der Straße, fielen den Pferden in die Zügel und geboten: Halt! Der Häuptling von diesen Banditen trat nun zu mir heran, gab mir zu bedeuten, daß er zirka zwanzig Mann unter seiner Obhut habe, daß er kein Geld habe, diese Leute zu ernähren, er könne ihnen weder Tee noch Brot kaufen, ich sollte ihm etwas Geld geben. Ich hatte einen Geldsack bei mir, der noch etwa fünfundzwanzig Toman enthielt. (1 Toman ist etwa 3,70 Mark.) Ich gab ihm diesen Sack unter der Bedeutung, daß ich aber zu meiner Weiterreise nach Deutschland auch noch Geld brauche, und er müßte mir unbedingt wieder etwas von dieser Summe zurückgeben. Zuerst machte er Miene, als ob er, nachdem ich ihm keine große Summe Geldes geben konnte, mir die Bagage und die Kleider durchsuchen wollte, ließ aber doch wieder davon ab, nachdem ich ihn, so gut ich eben in persischer Sprache konnte, etwas beschwichtigte. Papiergeld, das ich noch in größerer Summe bei mir führte, nahmen diese Kerle, weil sie es nicht kannten, nicht an.

Ich fragte nun den Häuptling, ob ich unterwegs noch einmal von Räubern belästigt werde, worauf er mir einen Begleiter mitgab, der die noch kommenden Räuber abhalten sollte. Das war aber nur eine Sache, durch die mir Geld abgenommen werden sollte. Der Kerl fuhr eine Strecke mit mir und stieg dann ab. Das erste war nun, daß er die Hand aufhielt und Geld wollte. Ich gab ihm fünf Toman. Hiemit war er aber nicht zufrieden, sondern verlangte mehr. Ich gab ihm noch drei Toman und sagte dabei, es wird nun doch genug sein. Der Kerl gab mir hierauf die freche Antwort: „Sind Sie froh, daß wir Ihnen nicht alles abgenommen haben.“ Obwohl ich auch bewaffnet war, konnte ich dagegen nichts unternehmen. Nun ging es weiter. Es dauerte nicht lange und ein Dorf wurde sichtbar. Ich hatte ursprünglich eine Freude, als ich das Dorf sah, dachte ich doch, daß hier wieder Ruhe sein wird. Aber es sollte ganz anders kommen. In der Mitte des Dorfes, wo sich die Umspannstelle der Postpferde befand, kam ich an eine Teestube, in der nicht weniger als fünfzig Kerle herumlungerten, sich freuend, einen Europäer bei sich zu haben, den sie etwas ausrauben können. Es sollte aber doch nicht so schlimm werden. Unter diesem Haufen wilder Kerle befand sich einer, der ziemlich gut Englisch sprach. Dieser Kerl lud mich ein, ein Glas Tee mit ihm zu trinken. Ich folgte seiner Einladung, was für mich gut war. Er gab mir dann den Rat, von dem Häuptling ein paar Reiter zu erbitten, die mich auf dem Wege bis zur nächsten Station begleiten sollten. Meiner Bitte wurde entsprochen und bald ging es weiter, ohne daß diese Räuberbande mir ein Leid angetan hätte. Der Mann, der Englisch sprach, fuhr auch mit auf meine Bitte und bald hatten wir die nächste Ortschaft. Der Weg dorthin war fürchterlich. Steinig, bergig, beinahe unbenützbar. Und doch fahren diese Kutscher da drüben mit einer so vollkommenen Sicherheit, daß es eine Pracht ist. Die Station wurde glücklich erreicht.

Tief unten im Tale lag sie. Die Bewohner, natürlich auch alles Räuber vom Scheitel bis zur Fußsohle, fanden sich alle zusammen und nur dem Englisch sprechenden Mann hatte ich es zu verdanken, daß ich auch hier wieder glücklich weiter kam. Für seine gute Unterstützung belohnte ich ihn mit fünf Toman. Unter dem Schutze von fünf Reitern ging es wieder weiter. Diese begleiteten mich etwa fünf Kilometer, um hierauf wieder zu ihrer Station zurückzukehren. Kaum waren die Reiter weg, als etwa zwanzig berittene Kerle aus dem Hinterhalte kamen, meine Kutsche umzingelten, ihre Gewehre zum Schuß fertig machend. Nur dem Kutscher, der ein ordentlicher Bursche war, habe ich es zu verdanken, daß es auch hier wieder gut ging. Er sagte zu ihnen, es sollten mich fünf Mann begleiten, die dann bezahlt werden, und die übrigen könnten wieder nach Hause gehen. Die Burschen taten so. Die fünf Reiter begleiteten mich etwa fünf Kilometer weit und nun hieß es: Halt! Pull (Geld) wollen sie nun haben für ihre Mühen. Ich fragte wie viel sie wollten, und sie sagten: fünfzehn Toman. Ich hatte nur noch Papiergeld und dieses nahmen die Kerle nicht an. Ich hatte mich aber in Kermanschah auch mit türkischem Gold versehen. Ich bot ihnen zwei türkische Pfund (ein türkisches Pfund etwa achtzehn Mark). Dies genügte ihnen nicht, sie wollten noch ein Pfund. Ich hatte mein türkisches Geld — außer den zwei Pfund — in einem kleinen Ledertäschchen in meinem Stiefelschaft verborgen und konnte es, nachdem ich es doch unauffällig machen mußte, nicht schnell herausbringen. Solange ich dazu brauchte, versuchte ich die Kerle zu bewegen, doch mit den zwei Pfund zufrieden zu sein. Doch sie taten es nicht und verlangten unbedingt drei Pfund. Da endlich bekam ich mein Täschchen doch heraus und gab ihnen noch ein Goldstück, nachdem sie mir schon mit Erschießen gedroht hatten. Nun aber, als sie das dritte Pfund hatten, ließen sie mich weiterfahren. Es kam nun noch eine Station, wo man mir Geld abverlangte. Hier aber war die Sache nicht so aufregend. Beim Einfahren in die Ortschaft kam der Räuberhauptide mit einigen Kerlen und verlangte Geld. Ich gab ihm fünf Toman. Er war zufrieden. Er sagte nur, es sei noch ein Häuptling da, der auch etwas wolle.

Auch diesen fertigte ich mit fünf Toman ab. Ein Salem-Aleikum und ich konnte weiterfahren lassen. Die Pferdewechselstation war bald erreicht und ich wollte gleich wieder weiterfahren. Doch der Besitzer der Station bedeutete mir, es sei nicht ratsam, in der Nacht den kommenden Weg zu machen, da er durch Räuber unsicher gemacht sei. Die bis jetzt durchgemachten Aufregungen waren mir einstweilen genug und so folgte ich dem Rate dieses Mannes und blieb. Sobald jedoch die Sonne am nächsten Morgen da war, befahl ich dem Kutscher anzuspannen, denn ich sehnte mich, endlich aus diesem verfluchten Kurdengebiet hinauszukommen. Nach sechsstündiger Fahrt erreichte ich glücklich die türkische Grenze und bald darauf die Stadt Chanekin. Hier befand sich ein Gouverneur; natürlich war mein erster Weg zu diesem, um ihn zu bitten, mir für den kommenden Weg Gendarmeriebegleitung mitzugeben, denn die Araber sind auch nicht weniger schlecht als die Kurden. Nach nur kurzem Aufenthalt ging es weiter, immer näher und näher auf die Stadt Bagdad zu. Am 4. September, vormittags 10 Uhr, war diese erreicht.

Es sei noch erwähnt, daß die Stimmung in ganz Persien sehr für die Deutschen ist und daß die Perser schon gleich zu Beginn des Krieges, obwohl zu dieser Zeit noch keine wahren Nachrichten dorthin gelangten, in den Moscheen für die Deutschen gebetet haben. Die Perser sind zwar keine absoluten Feinde der Franzosen, aber der Russe ist ihnen ein Dorn im Auge. Der

Russe hat bis jetzt den Perser ausgesogen, wo er gekonnt hat. Seine nach Persien gebrachte Kultur ist nicht so viel, daß es der Rede wert sei.

In Bagdad freuten wir uns zunächst darüber, daß auf dem Konsulat Nachrichten über die deutschen Waffenerfolge vorhanden waren. Hier konnte ich auch die Beobachtung machen, daß die Mobilmachung in der Türkei energisch im Gange ist. Es ist mir erzählt worden, daß sich Tausende von Arabern freiwillig für den Krieg gemeldet hatten und viele von diesen Tausenden wollen keinerlei Löhnung haben, sondern sie sind sogar bereit, die Regierung mit Geld zu unterstützen.

Am 6. September nachmittags, nachdem uns der Konsul mit den nötigen Aufklärungen über die kommende Reise versehen hatte, ging es wieder weiter. Ich reiste von da ab mit noch fünf Herren, die aus Basra nach Bagdad heraufgekommen waren. Es waren Seeleute. Mit der deutschen Flagge am vordersten Wagen ging die Fahrt los, die bis Aleppo siebzehn Tage in Anspruch nahm. Wir fuhren täglich etwa 8—10 Stunden und die übrige Zeit lagen wir in der Station bei einer Prügelhitz. Die Fahrt ging vom 2.—16. Tag am Euphrat entlang; dessen Wasser stand uns zum Kochen und zum Trinken zur Verfügung. Unsere Ernährung bestand auf dieser Reise meistens aus Konserven, Brot, Reis und hie und da einmal aus einem Huhn. Ich persönlich hatte das Mißgeschick, auf dieser Tour krank zu werden. Ich hatte mich mit einer Fischkonserve vergiftet, bekam Fieber und hatte zehn Tage darunter zu leiden; drei Tage lang hatte ich über vierzig Grad Fieber. So kamen wir am 23. September in der Frühe gegen drei Uhr in Aleppo an. Ich war da gerade wieder so weit, daß ich auf den Beinen stehen konnte. Am 24. September, früh sieben Uhr, ging es weiter. Zunächst ging die Reise etwa 1½ Stunden mit der Bahn, dann mußten wir uns in einen Wagen zwängen und zwei Tage mit diesem reisen. Am zweiten Tage nachmittags erreichten wir die kleine Hafenstadt am Mittelmeer: Alexandrette. Nachdem wir uns hier beim deutschen Konsulat die für die Weiterreise nötigen Weisungen erhielt und von dem Herrn Konsulatsverweser lebenswichtigst mit allen möglichen Erfrischungen für die Reise versehen worden waren, ging die Fahrt zunächst mit der Eisenbahn etwa acht Stunden bis zur Station Tarsus. Von hier aus mußten wir mit Wagen über den Taurus fahren, weil der Eisenbahntunnel durch den Taurus noch nicht fertig ist. Nachdem wir bis jetzt unter ganz enormer Hitze zu leiden hatten, wurde es von hier ab etwas kühler. Auf der Fahrt durch den Taurus hörten wir nach langer Zeit einmal ein Gewitter. Der Taurus selbst ist ein sehr abwechslungsreiches Gebirge, mit Wald bewachsen, das für uns, nachdem wir bis jetzt zwar sehr viel, aber nur kahles Gebirge sahen, eine erfreuliche Abwechslung war. Die Fahrt dauerte einen Tag. Am 27. September, nachmittags gegen vier Uhr, hatten wir die Station Bozanti erreicht, von wo aus die Fahrt mit der Eisenbahn bis Haidar-Pascha ging. Auf dieser Reise hatten wir die Gesellschaft eines türkischen kommandierenden Generals, der vier Jahre in Deutschland militärische Studien machte und deshalb die deutsche Sprache fließend beherrschte. Dieser Herr unterstützte uns mit allem und war uns in sehr angenehmer Weise auf der Reise behilflich, da keiner von uns weder die arabische noch die türkische Sprache beherrschte. Nachdem am 29. September abends gegen zehn Uhr, die Station Haidar-Pascha erreicht war, schifften wir uns sogleich auf dem Dampfer zur Fahrt nach Konstantinopel (Pera) ein.

Nachdem wir uns hier bei dem Generalkonsul für die Reise verschiedene Anhaltspunkte erhielt hatten, fuhren wir am 1. Oktober

von Konstantinopel mit der Bahn über Adrianopel durch Bulgarien (in Bulgarien ist die Stimmung deutschfreundlich; Besonderes konnte ich nichts wahrnehmen) nach Rustschuk, der bulgarischen Grenzstadt an der Donau. Hier mußten wir wieder ungewollt Aufenthalt nehmen, da die Rumänen wegen des Krieges verboten hatten, daß während der Nacht Dampfer auf der Donau von der bulgarischen nach der rumänischen Grenze verkehren. So mußten wir uns hier einlogieren und konnten erst am nächsten Tage nachmittags zwei Uhr weiterreisen. Am 3. Oktober abends hatten wir Bukarest erreicht, wo wir wiederum bei dem Konsul uns vorstellen mußten. Für die Nacht fanden wir Aufnahme bei dem Verein der Reichsdeutschen, die hier ein großes Vereinshaus haben. Zufällig hatte der Verein Gesellschaftsabend, dem auch ein deutscher Offizier anwohnte, der sich zur Militärmission nach der Türkei begab. Wir waren hier sehr begeistert aufgenommen und der deutsche Offizier, der im Feldzug gegen die Franzosen bereits neunzehn Gefechte mitgemacht, eine französische Fahne erobert hatte und hierfür mit dem Eisernen Kreuze ausgezeichnet wurde, hielt einen sehr interessanten Vortrag über seine Kriegserlebnisse, die uns natürlich lebhaft interessierten. Auf der Reise durch Rumänien war uns Gelegenheit geboten, über die dort im Lande herrschende Stimmung einiges zu sagen. Ich muß sagen, wir als gute Deutsche waren über das Gehörte ganz und gar nicht erfreut. Die Stimmung ist dort meistens für Frankreich. Nur der Herrscher des Landes, S. M. König Karol (heute leider nicht mehr zu den Lebenden zählend), mit seiner ganzen Regierung stand auf unserer Seite. Vor nicht zu langer Zeit hatten die Rumänen die feste Absicht, gegen Österreich zu marschieren. Aber auch diese Absicht wurde durch das Landesoberhaupt vereitelt. So viel uns erzählt wurde, soll der König gesagt haben: „Wenn ihr mir nicht folgen wollt, so gehe ich fort von euch und ihr könnt euch einen König suchen, wo ihr wollt.“ Auf diese Aussage hin sollen die Bukarester, soviel mir erzählt wurde, an das Königsschloß ein Plakat gehängt haben mit der Aufschrift: „Zu vermieten!“ Den dort weilenden Deutschen ist es auch teilweise nicht zum Besten ergangen. Von einem Herrn hörte ich, daß er eines Tages auf der Trambahn fuhr und sich mit einem weiteren Deutschen in deutscher Sprache unterhielt. Nach kurzer Zeit trat ein Offizier hinzu und fragte ihn, ob er nicht wisse, daß er sich gegenwärtig in Rumänien befinde, er habe hier nicht Deutsch,

sondern Rumänisch zu sprechen. Von zwei anderen Herren habe ich gehört, daß sie zwei Tage inhaftiert wurden, weil man annahm, daß sie deutsche Spione seien. Einer von diesen Herren wurde von dem die Untersuchung leitenden Offizier erkannt und ihm vorgehalten, daß er doch vor zwei Jahren in Brüssel gewesen sei. Aus diesem Grunde wurde er einen Tag länger in Haft behalten und dann doch auch wieder freigelassen. Inwieweit die Geschichten wahr sind, entzieht sich meiner Kenntnis; ich habe sie auch nur erzählt bekommen. In Bukarest habe ich an den öffentlichen Anklebtafeln sehr viele Bilder gesehen, die die Haltung der Rumänen zu uns recht deutlich darstellten. Besonders waren die beiden Herrscher von Österreich-Ungarn und von Deutschland in der unschönsten Weise gekennzeichnet. Dem Bukarester Tageblatt, das deutschfreundlich schrieb, hat man die Fenster eingeworfen. Die anderen Blätter, die in Bukarest erscheinen, schrieben alle für Frankreich usw., und war da Deutschland mit seinem treuverbündeten Österreich selbstredend allerwärts unterlegen.

Die Reise aus Bukarest erfolgte am 4. Oktober nachmittags und ging zunächst bis an die österreichisch-ungarische Grenzstation Predeal. Hier war ein Polizeihauptmann stationiert, der uns Freibillette für die Reise durch Österreich-Ungarn ausstellte. Nach erfolgter Zollrevision fuhren wir ohne Aufenthalt über Budapest nach Wien weiter. Am 5. Oktober abends waren wir dort. Dort mußte ich mich von meinen übrigen acht Mitreisenden trennen, die sämtlich Norddeutsche waren und ihren weiteren Weg über Prag—Bodenbach nahmen. Ich aber reiste von Wien aus über Salzburg nach Rosenheim, dem ersten Bezirkskommando, wo ich mich zu melden hatte. Auf der Reise durch Österreich-Ungarn konnte ich schon viele Anzeichen des Krieges wahrnehmen. Überall Verwundete, Militärtransporte, Militärabteilungen, die ausgebildet wurden und vieles mehr. Für die Deutschen hatten die Österreicher nach ihren Gesprächen etwas ganz Besonderes übrig, denn an allen Orten wurden die Ruhmestaten des deutschen Heeres begeistert besprochen.

Volle zwei Monate habe ich gebraucht, bis ich wieder auf deutschen Boden kommen konnte. War auch die Reise sehr beschwerlich und mit Strapazen reich untermischt, so habe ich sie doch gern unternommen in dem frohen Bewußtsein, meine dem König und Vaterland schuldige Soldatenpflicht getan zu haben.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutsch-Österreich.

Nun hat auch das Salzburger Land trotz aller offiziellen Wiener Bedenken seine Abstimmung über den Anschluß ans Reich gehabt. Ein Beschluß des Salzburger Landtages vom 18. Mai besagt: „Da die Landesregierung als Bundesbehörde durch die Vorstellungen der Bundesregierung in der Durchführung der Volksbefragung am 29. Mai behindert ist, übernehmen laut der im Verfassungsausschusse abgegebenen Parteierklärungen die im Lande vertretenen Parteien selbst die weitere Durchführung dieser Volksbefragung und haben hierfür einen permanenten Sonderausschuß aus diesen Parteien bestellt, dessen Aufgabe ist, das Ergebnis der Volksbefragung den kompetenten Behörden zur verfassungsmäßigen Weiterleitung an den Völkerbund zur Kenntnis zu bringen.“

Die Durchführung der Anschlußabstimmung in der modifizierten Form wurde einstimmig beschlossen. Das Innsbrucker

„Alpenland“ schrieb dazu, daß dieser trotz der Drohungen der Entente und trotz der Einflußnahme der Regierung und des persönlichen Eingreifens des Kanzlers Mayr gefaßte Entschluß in Wien die größte Überraschung hervorgerufen habe. „Selbst die anschußfeindlichen Blätter können angesichts der Nachrichten aus Salzburg nicht genug ihrer Bewunderung über den Mut der Bevölkerung Ausdruck geben, die ungeachtet aller Einschüchterungsversuche von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen und unerschrocken auf der freien Willensäußerung durch die Abstimmung beharren will. Selbst diese Blätter müssen dem Mut und der Entschlossenheit der Salzburger ihre volle Achtung bezeugen. Wenn sie auch versuchen, die nationale Großtat des Entschlusses zum Festhalten an der Abstimmung dadurch zu schmälern, daß sie sie auf den Einfluß einiger Heißsporne zurückführen, müssen sie anerkennen, daß es auch im Auslande nicht ohne Eindruck bleiben könne, wenn sich die Länder über alle Gefahren hinweg für die völkische Sache erklären.“

In gleicher Einmütigkeit wie die Tiroler haben auch die Salzburger ihren Willen, zu Deutschland zu kommen, bekundet. Die Beteiligung überstieg alle bisherigen Wahlen. Nahezu 90 % der Stimmberechtigten gingen zur Urne. Die Bauern und Sennen haben die oft stundenlangen Wege nicht gescheut. Die Geistlichkeit des Landes stimmte geschlossen mit „Ja“, in vielen Gemeinden fand sich nicht eine einzige Stimme gegen den Anschluß. Von 104000 Stimmen lauteten über 99 % (103000) für den Anschluß. In Salzburg-Stadt war das Verhältnis 20135:225. Die Bekanntgabe des Gesamtergebnisses löste dort ungeheuren Jubel aus. Vier Kraftwagen, die plötzlich vorfuhr, brachten österreichisch-bayerische Grenzpfähle, die die Studenten umgelegt hatten, um sie symbolisch zu verbrennen. Sie wurden von der Menge, die das Deutschlandlied und die Wacht am Rhein anstimmte, mit stürmischen Heilrufen empfangen. Der Salzburger Bürgermeister Preis hielt eine Ansprache, in der er besonders der Jugend für ihre opferfreudige Mitarbeit dankte. Die Menge bildete dann einen Zug, der unter Absingen nationaler Lieder durch die Stadt zog.

Tschecho-Slowakei.

Das Präsidium des Prager Senates befaßte sich mit der Sprachenfrage, stellte aber fest, daß eine endgültige Entscheidung erst nach Rücksprache mit den einzelnen Parteien erfolgen solle. Im Senatsplenum sollen deutsche Berichte zugelassen und den Ausschüssen Dolmetscher beigegeben werden. Die deutsche Sprache soll im parlamentarischen Betrieb stärker berücksichtigt werden. Das Parlament amtierte bekanntlich bisher nur einsprachig tschechisch, zwar können deutsche Abgeordnete ihre Rede deutsch halten und ihre Anfragen deutsch stellen, doch werden diese tschechisch beantwortet und die deutsche Rede wird nicht tschechisch protokolliert. Auch die Berichte in den Unterausschüssen sind tschechisch zu halten, so daß also vom Amte der Berichterstatter die Deutschen von vornherein ausgeschlossen sind.

Von einer zum mindesten höchst seltsamen — um vom juristischen Standpunkt ganz zu schweigen — Verfügung der tschechischen Postbehörde berichtet die „Bohemia“ vom 24. Mai. Unter „streng vertraulich“ erging eine Verfügung des Ministeriums für Post- und Telegraphenwesen vom 25. April 1921 an alle Postämter, alle an das geographische Institut der Breslauer Universität gerichteten Drucksachen und Briefe anzuhalten, von der Postbeförderung auszuschließen und die zurückgehaltenen Sendungen eingeschrieben in besonderem Umschlag der Postdirektion einzusenden. Das gelte besonders für Sendungen der autonomen Behörden an das Institut. Auf Grund des Gesetzes können nur von der Beförderung solche Dinge ausgeschlossen werden, deren Versand die öffentliche Ordnung gefährden würde, Sprengmittel, Munition usw. Nicht einmal geistige Waffen dieser Art können an sich ausgeschlossen werden, sondern nur wirkliche Kampfmittel. Ausgeschlossen kann aber auch alles werden, was offensichtlich ehrenrührig, beschimpfend oder unsittlich ist. Was in verschlossenen Sendungen geht, ist nun zweifellos nicht „offensichtlich“ und Sendungen der bezeichneten Art wird das genannte Institut wohl nicht empfangen. Was aber will die tschechische Oberpostdirektion mit den von ihr widerrechtlich zurückgehaltenen Dingen anfangen? Man braucht sich über die Lösung dieses Rätsels den Kopf wohl kaum zu zerbrechen!

Ungarn.

Die Verhandlungen über Westungarn haben zwischen Budapest und Wien begonnen. Es ist bezeichnend, daß die

Entente in ihrem Kampf gegen die Anschlußabstimmungen in Österreich, die ihnen peinlich sind, weil sie einen so deutlichen Volkswillen in seiner Einmütigkeit aufzeigen, damit drohte, weitere Anschlußabstimmungen könnten in der westungarischen Frage gefährlich für Österreich werden, zu deutsch: Wenn die österreichische Regierung weitere Abstimmungen begünstige, oder zulasse, werde die Entente sich rächen und Westungarn bei Ungarn lassen. Fast ebenso moralisch ist ein Angebot, von dem die Blätter berichten, das Ungarn an Österreich gemacht habe, indem eine amtlich inspirierte Korrespondenz erklärt habe, wenn Österreich Westungarn bei Ungarn zu belassen bereit sei, werde man den auf eine halbe Million geschätzten Deutschen in Altungarn die ungehinderte nationale, sprachliche und kulturelle Existenz sichern. Im andern Falle also wohl nicht? Die Deutschen Altungarns werden sich die Rechte, die man ihnen hier nur hypothetisch zusichert, schon von selbst erobern und zu sichern wissen, selbst wenn Ungarn das Recht der Minoritäten nicht anerkennen wollte.

Rumänien.

Adam Müller-Guttenbrunn ist nicht nur ein Banater, ein schwäbischer, sondern ein deutscher Dichter und Schriftsteller. Das Fest, das Mitte Mai in seiner Heimatgemeinde Guttenbrunn stattfand, war deshalb auch ein echt deutsches Fest und hat Anspruch darauf, auch außerhalb der Banater Grenzen bekannt zu werden. Von weither waren Gäste gekommen, u. a. als Vertreter des deutsch-sächsischen Volksrats Stadtprediger August Schuster, als Vertreter des Obmanns der deutschen Volkspartei Professor Dr. Speck. Lehrerdirektor Reinert und Sektionsrat Dr. Michael Kausch begrüßten die Gäste, die in Wagen und mit der Bahn zahlreich eintrafen. Der Dorfnotar begrüßte den gewaltig angeschwollenen Zug der Gäste vor dem Gemeindeamte und kräftig erklang das „Gott grüße dich“ des Guttenbrunner Gesangvereins zum Willkomm. Parteisekretär Hans Beller erwiderte für die Gäste, die sich abends bei einem „Bekanntschaftsabend“ mit den Guttenbrunnern trafen und denen auch der Lugoscher Gesangverein Proben seines Könnens gab. Der Sachsenvertreter Schuster, Abgeordneter Dr. Muth, Dr. Kausch sprachen von dem Kulturfest, das man hier begehe und feierten in begeisterten Worten den sächsisch-schwäbischen Dualismus. Am Festessontag rasselten von überallher die Wagen, die die Gäste aus den Dörfern der Umgegend brachten. Abt Domherr Blaskovics hielt die Predigt, ein feierliches Hochamt fand statt. Dann zog man unter Klängen der Musik zum Geburtshaus Müller-Guttenbrunns. Auf 4000 bis 5000 Menschen schätzte man die versammelte Menge. Der Guttenbrunner Gesangverein stimmte das Lied an, in das die Tausende einfielen: „Ein Volk aus einem Guß! Ein Herz! Ein Haupt!“, eine Dame trug das vom Kulturverband preisgekrönte Gedicht von Franz Xaver Kappus vor, der Domherr des Prämonstratenser Chorherrnstiftes, Professor Gotthard Franz Sombach, hielt die Festrede auf den Dichter und sein Werk und erzählte das Leben des Dichters, dessen Begabung in jungen Jahren ein in Guttenbrunn wohnender Jude Jelinek zuerst erkannte. Der Redner schilderte den Entwicklungsgang des jungen Staatsbeamten, Direktors des Raimund- und Kaiser-Jubiläums-Stadttheaters zu Wien, den Erwecker des Volkstums seiner Heimat, den Dichter der „Glocken der Heimat“, die so tief in seinem Herzen klingen. Dann sank die Hülle von der Gedenktafel, die man am Hause des Dichters angebracht. Der Lugoscher Gewerbeliederkranz sang das Lied: „D's ist der Tag des Herrn“, der Vertreter der Gemeinde übernahm die Gedenktafel in den Schutz

der Gemeinde. Sektionsrat Dr. Kausch verlas dann für den Dichter, der infolge eines Herzleidens nicht anwesend sein konnte, sein Begrüßungsschreiben, das voll Stolz und Freude feststellt, daß sich jetzt das Volk zu seinem Dichter bekenne, der sich selbst so lange als ein Prediger in der Wüste vorkommen mußte. Nie habe ihm Haß die Feder geführt, sondern nur tiefste Liebe zu einem Volke, das auf Irrwegen ging. Der Schwabenstolz sei dem Volke verloren gegangen gewesen durch eine falsche Schulpolitik, die dem Volke seine eigene Geschichte verschwiege, die bewußt den Zusammenhang mit dem großen deutschen Muttervolk in den Schwabenherzen ertöte. „Diesen unnatürlichen, diesen unwürdigen und für ein Volk gefährlichen Zustand habe ich in lebenslänglicher Aufklärungsarbeit bekämpft. Das Banater Schwabentum sollte sich selbst wiederfinden und besonders die schon verirrtten Lämmer sollten sozusagen wieder heimfinden in den eigenen Stall.“ Auch andere Männer hätten so gefühlt, wie des Volkes Dichter, nur hätten sie in Ungarn schweigen müssen, während man den Dichter, der nicht in Ungarn lebte, nicht fassen konnte, ihm nicht die Flügel stützen konnte. Das Verbot seiner Bücher weckte nur die Sehnsucht des Volkes, sie zu lesen. Nie habe er den alten ungarischen Staat bekämpft, der tausend Jahre eine Heimat für so viele Völker gewesen sei, sondern nur den Gedanken eines nationalen magyarischen Staates, der alle heimatlos mache, die ihr Volkstum nicht aufgeben wollten. Nur Verblendung habe glauben können, aus der Verschmelzung aller Nationen ein einheitliches Staatsvolk machen zu wollen. Die Lässigsten in der Bekämpfung dieser Politik seien lange Zeit die Schwaben gewesen, bis das Banat selbst in dem Dichter sich den geistigen Führer und Erwecker geschenkt habe. Die Gedenktafel am Hause seines Großvaters, Jakob Müller, solle ein Merkzeichen und ein Wegweiser sein in die Zukunft. Ein verjüngtes neues Schwabentum trete in die kommende Zeit ein. Nicht nur staatsreu, sondern auch volkstreu wolle es sein. „Und als freie deutsche Bürger wollt Ihr in dem rumänischen Staat auf dem von Euren Vorfahren erarbeiteten Boden leben und sterben. Dies ist nur Heimerde. Ihr habt keine andere! Das Volk der Rumänen, das diesen neuen Staat bildet und dem ich seit 30 Jahren manches freundliche Kapitel in meinen Büchern gewidmet habe, wird Euch verstehen. Es hat sich aus der Not und dem Leid der Jahrhunderte wieder zu einem freien Volke erhoben und die Weisheit seiner Führer, die sich in den Karlsburger Beschlüssen über die Gleichberechtigung aller Mitvölker ein unvergängliches Denkmal gesetzt haben, mag Euch bestärken darin, daß Ihr Vertrauen haben dürft zu diesem jungen Staatsvolk.“

Brausender Beifall erscholl bei der Verlesung dieser Botschaft eines Propheten an sein Volk. Der an der Spitze der Kirchenväter erschienene rumänische Pfarrer der Gemeinde Kessinz gab als letzter Redner seiner Freude über die Ideale des schwäbischen Volkes Ausdruck und ließ den Schöpfer und Lobredner dieser Ideale, den Dichter, hochleben. Weihevoller Lieder beschlossen die Feier und umrahmten auch das Bankett, das mit einem Hoch auf den König eröffnet wurde. Wiederum war die Rede des Kessinzer rumänischen Pfarrers Chelnicianu von tiefeschürfender Wirkung. Er war Zögling des Mühlbacher sächsischen Gymnasiums und hat deutsche Erziehung genossen, die ihn den Wert des Deutschtums richtig einschätzen läßt. Als Nachbar freue er sich der Wiedergeburt des Banater Volkes. Das Wort Eigensinn dürfe aus dem Banater Wörterbuch nicht gestrichen werden. Der Schwabe solle auch in Rumänien ein guter Deutscher sein. Sektionsrat Dr. Kausch feierte abermals den Dichter, Hans Beller sprach den Dank der Gäste aus, stürmisch begrüßt wurde der während des Festes eingetroffene deutsche Staatssekretär

Lutz Korodi, der die deutsche Treue der Sachsen und Schwaben feierte.

Noch lange begeisterten gute Reden die Menge und den Abend beschlossen Musik- und Gesangsvorträge. Das Fest Adam Müller-Guttenbrunns war zu einem urdeutschen Fest von starker und lang andauernder Wirkung geworden.

Rußland.

In der „Prawda“ wird bei der Bekanntgabe des Wahlergebnisses erwähnt, daß eine deutsche und eine ungarische Kommando-Schule, die der Ausbildung von Kommandeuren für die rote Armee dienen, kommunistisch gewählt haben. Der Abstimmungszahl nach müssen diese Schulen je 100—500 Schüler zählen.

Polen.

Die Einigung des Deutschtums in Bromberg ist nun Tatsache geworden. Am 8. Mai fand die Gründungsversammlung des „Deutschtums-Bundes zur Wahrung der Minderheitsrechte“ statt, zu der sich die Deutsche Zentral-Arbeitsgemeinschaft (bestehend aus der Zentrums- und der Demokratischen Partei) mit der Vereinigung des deutschen Volksiums in Polen zusammenschmolzen. Nur die deutschen Sozialdemokraten haben sich bisher von der Vereinigung ausgeschlossen. Das Wesentliche an der neuen Organisation ist, wie die „Deutschen Nachrichten“ melden, die „national-wirtschaftliche und national-kulturelle Selbstbehauptung in der Heimat, oder in andern Worten, die Behauptung als Nation in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung“. Die Zentral-Arbeitsgemeinschaft war eine Arbeitsgemeinschaft der drei alten Reichstags-Mehrheits-Parteien, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, während die deutsche Vereinigung nicht die Partei, sondern den Deutschtums-Gedanken in den Vordergrund stellte. Die deutsche Vereinigung unterbreitete nun frühzeitig Einigungsvorschläge, die jedoch die Sozialdemokraten ablehnten. Darauf verließen Zentrum und Demokraten die alte Zentral-Arbeitsgemeinschaft, die damit gesprengt war. Zentrum und Demokraten beschlossen darauf ihre Auflösung und Überführung ihrer Mitglieder in die deutsche Vereinigung.

Die „Lodzer Freie Presse“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 19. Mai ein aufsehenerregendes Dokument, einen Erlaß des Kommandos der zweiten Armee, den der Stabschef unterzeichnet hat und der auf einen Befehl des polnischen Kriegsministeriums zurückgeht. Es soll „eine gewisse Anzahl von polnisch-evangelischen Eisenbahnern, Staats- und Finanzbeamten zwecks Vermehrung des polnisch-evangelischen Elements in Pommerellen dorthin versetzt werden“. Die Formationen sollten melden, welche Leute sie abzugeben hätten. „In den verlangten Listen sind nur jene Personen namhaft zu machen, deren Polentum keinem Zweifel unterliegt.“ Es ist klar, was dieser Erlaß will und gegen wen er sich richtet. Es liegt hier ein Versuch vor, gegen den die deutschen Sejm-Abgeordneten schärfsten Widerspruch werden erheben müssen.

Die polnische Telegraphen-Agentur verbreitete kürzlich die Nachricht, daß die polnische Post Briefe nach Polen mit deutscher Adressierung zurückweisen werde (mit Ausnahme von amtlichen Schreiben), da die Danziger Behörden auch Briefe mit polnischer Adressierung zurückwiesen. Diese Anordnung rief in der gesamten Geschäftswelt Posens lebhaftes Beunruhigung hervor, zumal ja auch schon die wiederingeführte Postzensur den Briefverkehr Polens mit Deutschland so unendlich erschwert. Zunächst handelt es sich, der eigenen Meldung der

polnischen Telegraphen-Agentur nach, ja um eine Repressalie gegen Danzig, die das Deutsche Reich treffen soll, dem Danzig ja bekanntlich gar nicht mehr angehört und das für Danzigs Entschließungen und Maßnahmen mithin gar nicht mehr verantwortlich ist. Nun schreiben aber dazu noch die „Danziger N. N.“, daß in Danzig von einer Zurückweisung polnisch adressierter Briefe nach Danzig gar nichts bekannt sei, obgleich sie sich an zuständiger Stelle erkundigt hätten. Im Gegenteil, besitze die Danziger Post eine eigene Stelle zur Entzifferung polnischer Aufschriften, die das nur deutsch sprechende Personal vielleicht nicht lesen könne. Es könne sich bei einer etwaigen Zurückweisung nur um einen einzelnen Fall handeln, wo man die polnische Adresse vielleicht nicht habe entziffern können. Es zeigt sich also, daß Polen die den deutsch-polnischen Verkehr schwer treffende Maßregel ergriffen hat, ohne auch nur den Versuch zu machen, sich mit den Danziger Behörden zu verständigen.

Memelgebiet.

Im Memellande hat eine interessante Abstimmung stattgefunden. Nach einer Verordnung des Gouverneurs und Zivil-Kommissars vom 15. März sollten bis zum 1. April in sämtlichen Landgemeinden des Memellandes die Eltern darüber gefragt werden und auf Formularen den Gemeindevorstehern Erklärungen darüber abgeben, ob sie die Teilnahme ihrer Kinder am litauischen Religions- bzw. Lese- und Schreibunterricht wünschten. Das Ergebnis der Abstimmung aus dem Heydekruger Kreise wird vom „Memeler Dampfboot“ mitgeteilt. Den litauischen Religionsunterricht wünschten darnach nur 5 Prozent aller Eltern, den litauischen Lese- und Schreibunterricht auf der Mittel- und Oberstufe nur 2,4 Prozent. Es wurden gezählt 2980 Schüler in der Unterstufe, 1751 in der Mittel- und 1479 in der Oberstufe, also zusammen 6210, von denen 3790 deutsche und 2711 litauische Familiensprache angaben. Litauischer Religionsunterricht wurde in der Unterstufe von 165, in der Mittelstufe von 80, in der Oberstufe von 67 gewünscht, litauischer Lese- und Schreibunterricht in der Mittelstufe von 46 und in der Oberstufe von 32 Schülern bzw. Eltern. Das Ergebnis dieser völlig freien Meinungsäußerung ist also, daß von 2411 Schülern mit litauischer Familiensprache nur 312 litauischen Religionsunterricht, 78 litauischen Lese- und Schreibunterricht wünschten. Es ist also rein unwahr, daß hier gegen den Willen der litauischen Bevölkerung die Schüler germanisiert würden. Die memelländische Bevölkerung weiß eben, daß die Verbreitung der litauischen Sprache gering ist und daß demnach die deutsche Sprache den Kindern weit mehr Bildungsmöglichkeiten sichert.

Die Ergebnisse aus dem Kreise Pogegen brachten 4634 Schüler mit deutscher, 1331 Schüler mit litauischer Familiensprache. Bei 22 Prozent Schülern mit litauischer Familiensprache wünschten aber doch bloß die Eltern von 2,7 Prozent sämtlicher Schüler, und von nur 12,2 Prozent der Schüler mit litauischer Familiensprache, den litauischen Religionsunterricht und nur die Eltern von 0,9 Prozent sämtlicher Schüler und 4,1 Prozent der Schüler mit litauischer Familiensprache den litauischen Lese- und Schreibunterricht. Es waren, um die Ziffern der Statistik vollständig wiederzugeben 2787 Schüler in der Unterstufe, 1781 Schüler in der Mittelstufe und 1397 in der Oberstufe, zusammen 5565 Schüler. Litauischen Religionsunterricht wünschten in den drei Stufen 85, 44, und 33, zusammen also 162 Schüler, litauischen Lese- und Schreibunterricht in der Mittel- und Oberstufe 39 und 16, zusammen 55 Schüler.

Zu dieser Abstimmung bemerkt das erwähnte Blatt: „Die Elternbefragung wird so mit mannigfachen Legenden über das

Memelland aufräumen, denen wir nicht zum geringen Teil unser heutiges Schicksal verdanken und die übrigens selbst im Reich allzu Gläubige fanden. Im Interesse des Memelgebiets selbst ist es daher sehr zu begrüßen, daß diese Befragung stattgefunden hat, und hier haben sich die Taryba-Leute, die sie ja herbeiführten, ein Verdienst erworben, das nach dem unerwarteten Resultat zwar in ihren Augen an Wert verlieren dürfte, das aber nun auch einmal gegen ihren Willen vorhanden ist. Die Befragung hat wiederum, was wir alle längst wußten, ergeben, daß die Kultur des Memelgebiets deutsch ist und daß die Einwohner, Litauer und Deutsche, ihrer Heimat diese Kultur erhalten wissen wollen.“

Litauen.

Die „Litauische Rundschau“ verweist auf die Wichtigkeit der bevorstehenden litauischen Gemeindevahlen für das Deutschum, wo doch in jedem Bezirk, in dem 300 Deutsche wohnten, schon die Möglichkeit der Entsendung eines Vertreters in die Bezirksvertretung gegeben sei. Von der Stärke dieser Gemeindevertretungen werde auch die Zahl der Deutschen in den Kultur und Schulausschüssen dieser lokalen Selbstverwaltungsbehörden abhängen. Besonders sei darauf zu achten, daß alle Deutschen in die Wählerlisten eingetragen seien, damit nicht wiederum Tausende von deutschen Stimmen verloren gingen. Bei den Sejmwahlen sei es nicht möglich gewesen, daß sich die Deutschen auch der evangelischen und reformierten Litauer, Letten, Mennoniten und Baptisten angenommen hätten. Das sei jetzt anders. Diese Kreise sollten veranlaßt werden, eigene Listen aufzustellen, die dann mit der deutschen Liste als verbunden erklärt werden müßten, um auf diese Weise eine stärkere Vertretung zu erzielen.

Lettland.

In Kurland und Livland wurden in den Jahren 1905 bis 1913 deutsche Kolonisten angesiedelt, also in den Jahren, die der ersten russischen Revolution folgten und in denen man von seiten der zaristischen Regierung den Deutschbalten, die sich bei der Niederschlagung der Revolution so glänzend in ihrer Staatstreue bewährt hatten, die Zügel etwas lockerer ließ. Es mögen rund 20000 Seelen gewesen sein, denen der Krieg natürlich schwer zu setzte. Den Letten sind diese fleißigen deutschen Siedler, die aus Wolhynien oder dem Schwarzmeergebiet stammen und harte Aufschleißungsarbeit gewöhnt sind, ein Dorn im Auge, weil sie durch zähe Energie vorankommen und zum Teil das durch Kinderarmut und Nachlässigkeit sich auszeichnende lettische Bauernelement überflügelten. Über einen Teil dieser deutschen Bauern-Kolonisten bringt nun die „Litauische Zeitung“ wenig günstige Nachrichten, namentlich was die geistige Versorgung der Kolonisten angeht. Daß der lettische Staat ausgerechnet die im ehemaligen Gutshaus von Puhnen untergebrachte deutsche Kolonistenschule beseitigen will, weil er aus dem Gutshaus, dessen Bodenbesitz aufgeteilt worden ist, ein Soldaten-Waisenhaus machen will, ist wenig erfreulich, daß man aber, um die Entbehrlichkeit der Schule zu beweisen, zunächst den Kolonisten ihre Stellen kündigte, die sie in Pacht hatten, ist geradezu eine Verhöhnung der deutschen Kolonisten. Auch in Post-Drogen liegen die Dinge ähnlich. Hier befindet sich im Gutshaus ein schlicht eingerichteter Betsaal zur Abhaltung der sonntäglichen Gottesdienste. Der Gutsbesitz ist längst aufgeteilt, aber für den neuen Gutsherrn mußte schleunigst das Gebäude wieder eingerichtet werden, so daß der Bet- und Schulsaal in Wegfall kommen muß. In Appriken endlich sind die Kolonisten Besitzer ihrer Stellen. Allerdings waren die Kontrakte bis jetzt nicht ganz formelsicher geschlossen, aber ein Vertreter der Ko-

onisten hatte in Riga die Zusicherung erhalten, daß die Kolonisten auf ihren Stellen bleiben könnten. Trotzdem aber rückten am Georgi-Tage die neuen lettischen Besitzer mit großen Wagenzügen an. Das Hausgerät der alten deutschen Kolonisten wurde einfach mit roher Gewalt auf die Straße gesetzt und die neuen Herren zogen ein. Das Ganze geschah unter Mithilfe der Polizeigewalt, eines Kreischeff-Gehilfen. Man erwartet in lettländischen deutschen Kreisen, daß die Zentralregierung in Riga diese Ungesetzlichkeit sofort abstellen wird.

In der Konstituanten-Sitzung vom 25. Mai ergriff der deutsche Abgeordnete Dr. Paul Schiemann das Wort zu einer längeren Rede über die Agrarreform als chauvinistisches Kampfmittel. Das Agrar-Gesetz habe die schlimmsten Befürchtungen in seiner Anwendung übertroffen. Man habe sich nicht auf die Vernichtung des Adels und seiner wirtschaftlichen Übermacht beschränkt, sondern ein kleiner Besitzer nach dem andern falle Launen und Vetterschafts-Motiven zum Opfer. Der letzte Reichtum des Landes, der Wald, werde verwüstet, es liege eine sträfliche Verletzung der wirtschaftlichen Interessen des Landes und des objektiven Rechtsgefühls vor. Der Redner sprach dann im besonderen über das Schicksal der deutschen Kolonisten, die vor zehn Jahren ins Land gerufen worden seien. Auf die politischen Motive dieser Berufung komme es jetzt nicht an. Man dürfe doch nicht Rache nehmen an Menschen, die nichts verschuldet haben. Unrecht könne niemals durch Unrecht wieder gut gemacht werden, selbst wenn es richtig sei, was einige Zwischenrufer behaupteten, daß durch die Berufung jener Kolonisten Letten landlos geworden und den Letten Unrecht geschehen sei. Die Kolonisten seien von einem Kolonisator, aber niemals von einer deutschen Kolonisations-Gesellschaft ins Land gerufen worden. Als der lettische Staat begründet wurde, hätten auch die Kolonisten sich für ihn erklärt, hätten sich zum Kriegsdienst für ihn gemeldet, hätten für ihn gedient. Da sei das berüchtigte Staatsbürger-Gesetz gekommen und nur mit Mühe sei es zu erreichen gewesen, daß die Kolonisten bis zur Entscheidung über ihre Staatsbürgerschaft als lettische Bürger behandelt werden sollten. Dadurch konnten diejenigen, die als Kleinpächter auf ihrem Besitze lebten, hoffen, auch darauf belassen zu werden. Was aber sei geschehen? Der Redner erinnerte an die von uns berichteten Beispiele von Gut Appricken, wo man die deutschen Kolonisten von ihrem Besitz vertrieb, die drei lettischen Kolonisten aber darauf beließ, obgleich sie auch nur in derselben Form, wie die Deutschen, ihr Land erworben hatten, das sie bezahlt hatten und das bei Kriegsausbruch nur noch nicht voll rechtsgültig eingetragen war. Mit einem Kulturstaat lasse sich ein derartiges Vorgehen nicht vereinigen. Die deutschen Abgeordneten seien damals in Appricken gewesen und hätten den deutschen Kolonisten gut zugesprochen, nicht im Vertrauen auf den Staat, der gar nicht die Kraft habe, dem Recht zum Recht zu verhelfen, weil er dazu zu schwach sei, sondern im Vertrauen auf das Gerechtigkeitsgefühl der Konstituante. Obgleich dann die Regierung verordnet habe, daß die Kolonisten einstweilen auf ihren Gütern belassen werden sollten, seien sie am Georgitage von den örtlichen Behörden, unbekümmert um alle Regierungsverordnungen, einfach vertrieben worden. Dieser grobe Rechtsbruch sei durch eine Kommission erfolgt, in der ein Abgeordneter sitze, der zugleich Glied des höchsten Gerichtshofes sei. Der Abgeordnete, Herr Samuel, sei mit dieser Bemerkung gemeint, bestätigte der Redner ausdrücklich auf erregte Zwischenrufe dieses Herrn. Dabei wage es noch das Mitglied des Hauses, Herr Lindin, den Kolonisten vollkommen unberechtigterweise Fäl-

schung vorzuwerfen. Der Redner ging sodann zur Frage der ländlichen Schulen über, von deren Schicksal wir auch an dieser Stelle berichtet haben. Der Staats-, der Rechts- und der Kulturgedanke seien die Träger der Minderheiten in Lettland. Wenn nun das Recht im chauvinistischen Kampfsinne durch die Willkür ersetzt werden sollte, so könnten die Minderheiten nur warnen und mahnen. Möchte die Erkenntnis nicht zu spät für Lettland kommen!

Späterhin sprach in der Debatte auch der deutsche Abgeordnete Baron Fircks über die Wirkungen des Agrar-Gesetzes, über die Vernichtung der Großbetriebe und über die nicht abreißende Kette der Vergewaltigung der Gutsbesitzer. Man wisse nur eines, daß die bisherige landwirtschaftliche Blüte vernichtet sei, nicht aber, was nun kommen und folgen werde. Der Abgeordnete kritisierte scharf das Taxierungsverfahren der Regierung und mahnte, die Regierung solle nicht mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes derart spielen, wie das bisher geschehen sei. Der Redner verwahrte sich entschieden dagegen, daß er die deutschen Kolonisten aufgehetzt habe. Er habe sie nur ermahnt, an ihr Recht zu glauben, das ihnen allerdings in Lettland jetzt nicht zugestanden werde.

Südslawischer Staat.

In Hatzfeld fand am 15. Mai ein Schillerfest des Lenauverbandes statt, das einen besonders erhebenden Verlauf nahm, und das zustande gebracht zu haben, ein Verdienst des Leiters des Lenauverbandes, des Direktors des deutschen Realgymnasiums, Professor Heinrich, ist. Er hielt selbst, nachdem der Männerchor des Realgymnasiums Naegelis „Rheinlied“ gesungen hatte, die Festrede und erklärte in großen Zügen das Trauerspiel „Kabale und Liebe“, das dann von Mitgliedern des Lenau-Verbandes in ausgezeichneter Wiedergabe gespielt wurde. Dieses Pfingstfest war ein Kulturfest im besten Sinne des Wortes.

Italien.

Bei den Wahlen zur italienischen Kammer haben in Südtirol die Deutschen im Verein mit den Ladinern einen überwältigenden Sieg davongetragen. Von den abgegebenen Stimmen entfielen in den politischen Bezirken Bozen, Brixen, Bruneck, Meran und Schlanders 36664 auf die Kandidaten des Deutschen Verbandes. Die Gegner mußten sich mit 3996 Stimmen begnügen. Infolgedessen wird Südtirol die Herren Dr. Reut-Nicolussi, Dr. Karl Tinzl, Dr. W. von Walther und Graf Toggenburg in das italienische Parlament entsenden, während die Wahlgegner überhaupt kein Mandat erringen konnten. Die Bedeutung dieser Tatsache wird von der gesamten Presse in freudigen Betrachtungen gewürdigt. So schreibt die Südtiroler Landeszeitung:

„Mit allen Mitteln der Lüge und der Verdrehung ist durch zwei Jahre hindurch in Italien die Behauptung verbreitet worden, daß die große Masse des Südtiroler Volkes politisch teilnahmslos, ja im Grunde mit der neuen Ordnung der Dinge durchaus einverstanden sei, und nur eine kleine Gruppe von ‚Alldutschen‘, genannt der Deutsche Bund, eine böswillige Hetze gegen den italienischen Staat betreibe. Die Ergebnisse der Pfingstwahl haben dieser Lüge für immer ein Ende bereitet. Sie haben bewiesen, daß der Deutsche Verband eins ist mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes von Südtirol, daß alle politischen Pläne auf Sand gebaut sind, die in Südtirol auf einen Gegensatz zwischen Führer und Volk rechnen. Den Zehntausenden deutscher Männer, die vorgestern von nah und ferne, von den entlegenen Berghöfen und den äußersten Talgründen herbeigeeilt sind, um vor aller Welt sich als Deutsche zu bekennen und ihren unerschütterlichen Willen zu bezeugen, unter ihren er-

probten Führern den Kampf um die Erhaltung ihrer heiligen nationalen Güter durchzufechten, gebührt der heiße Dank des Vaterlandes. Sie haben verstanden, was der Ernst der Stunde von ihnen verlangte und ihre Pflicht gegenüber ihrer Vergangenheit und ihrem Volke mit ruhiger Entschlossenheit erfüllt. Von nun an wird Italien damit rechnen müssen, daß die Politik des Deutschen Verbandes die des ganzen Südtiroler Volkes ist!

Noch mit einer zweiten, ebenso gefährlichen Legende, haben die Südtiroler am Pfingstsonntage aufgeräumt, mit der Legende von der Doppelsprachigkeit Südtirols. Die furchtbare Niederlage, die Herr Tolomei und seine Anhänger in diesem Wahlkampfe erlitten haben, wird ihre heilsamen Früchte tragen. Auch die Wahlenthaltung von seiten der in Südtirol lebenden Italiener war nicht imstande, die Tatsache zu verdecken, daß es in Südtirol eine irgendwie nennenswerte italienische Minderheit nicht gibt. Nicht einmal in jenem Gebiet, dem die Fälscherkünste Tolomeis die offizielle Bezeichnung als ‚zona mista‘ verschafft haben, im Unterland. Die politische Bedeutung dieser Volksabstimmung im Gebiete zwischen Bozen und Salurn kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Theorie vom ‚teritorio mistilingue‘, von der ‚italianita‘ des Unterlandes, liegt unter den deutschen Stimmzetteln der wackern Unterländer begraben, die sich in diesem entscheidenden Augenblicke wieder voll und ganz bewährt haben! Wir schulden ihnen, besonders den strammen Hütern der deutschen Sprachgrenze in Salurn, uneingeschränkten Dank für ihr tapferes Bekenntnis zum deutschen Volkstum. Sie dürfen darauf zählen, daß wir ihnen Treue mit Treue vergelten werden! Ihnen . . . und unsern tirolisch-ladinischen Landsleuten! Schutzlos den Verführungskünsten und Drohungen unserer Trientiner Nachbarn preisgegeben, haben die Ladinier in Gröden und Enneberg, in einer von deutscher Seite vollkommen unbeeinflussten Abstimmung mit überwältigender Mehrheit ihren Willen kundgegeben, die tausendjährige Gemeinschaft mit ihren südtirolischen Landsleuten aufrechtzuerhalten, Tiroler zu bleiben. Diese eindrucksvolle Willenskundgebung, unterstützt von den Abstimmungsergebnissen in Buchenstein und Ampezzo, Bezirken, in denen die trientnerische Agitation mit den allwirkungsvollsten Mitteln arbeiten konnte, wird es der italienischen Regierung unmöglich machen, die ungerechte provisorische Lösung, die bei der Wahlkreiseinteilung Trient zuliebe angewendet wurde, zu einer dauernden zu machen.

Die klare Entscheidung des ladinischen Volkes selbst wird von keiner Regierung mißachtet werden können.“

Der „Temps“ befaßt sich in vorsichtigen Ausführungen mit dem Ausfall der italienischen Wahlen in Tirol, aber immerhin in Ausführungen, die an die Adresse Italiens deutlich gerichtet sind. Er meint, der Wahlausfall in Tirol sei politisch bedeutsam, weil die Wahlen in einer strategisch bedeutsamen Gegend stattgefunden hätten, die die Italiener obere Etsch, die Deutschen Südtirol nannten. Unter den Gewählten befände sich der frühere österreichische Innenminister Graf Toggenburg! Der „Deutsche Verband“, dem die vier Gewählten angehörten, verlange die vollständige Autonomie Südtirols mit einer besonderen gesetzgebenden Versammlung in Bozen, keine Militärpflicht, sondern eine Volks-Miliz, Schulen, die unter Bozener Leitung ständen und in denen man Professoren unterrichten lassen könnte, die aus Österreich herangezogen würden. Die italienische Fahne würde abgeschafft werden und es würde nur die rot-weiße Fahne Südtirols anerkannt werden. Man könne gespannt sein, ob die

vier deutschen Vertreter den Mut hätten, dieses Programm in der italienischen Kammer zu vertreten.

Sicherlich werden die deutschen Vertreter ihr Programm, auf das sie ja gewählt sind, auch in der Kammer vertreten. Es war immer deutsche Art, zu sagen, was man will und denkt. Und die Italiener werden wohl in der Kammer zu hören bekommen, was die Deutschen Südtirols an sie für Forderungen haben, hoffentlich wird der „Temps“ nicht mehr allzu lange darauf zu warten brauchen.

Dänemark.

In Hadersleben legten die 8 deutschen Stadtverordneten in öffentlicher Sitzung ihre Mandate nieder. Der deutsche Abgeordnete Dr. Meyer erklärte in ihrem Namen, sie hätten bisher ein Zusammenarbeiten mit den Dänen ehrlich erstrebt, aber nach Kenntnisnahme der Haltung der Dänen in der Frage der Pensionen der verabschiedeten deutschen Beamten glaubten sie nicht mehr an die Möglichkeit einer solchen Zusammenarbeit. Die 8 Vertreter verließen darauf den Saal. Die deutschen Stadtverordneten haben bisher stets in der Sitzung Deutsch gesprochen, wie das auch in Tondern und Apenrade der Fall ist. Dagegen hatten die Dänen in letzter Zeit, obwohl es sich um ein verbrieftes Recht der Deutschen handelt, Protest eingelegt und Lärm gemacht, ja sogar war einem deutschen Redner das Wort abgeschnitten worden. Der Haderslebener Bürgermeister hat über 20 Jahre der Stadt treu gedient. Die Dänen wollten ihn nun mit 200000 M. einmaliger Abfindung abspesen, während der Bürgermeister das, einer Mitteilung der Hamb. Nachr. zufolge, abgelehnt hat und eine Weiteranstellung, oder eine den heutigen Geldverhältnissen entsprechende Abfindung verlangt. Zudem war nach einer andern Meldung das deutsche Kampfgenossen-Denkmal von 1848/50, das 1886 von alten Kampfgenossen errichtet worden war, auf Beschluß der dänischen Mehrheit des Magistrats ohne Befragung der städtischen Kollegien entfernt worden. Eine starke Erregung herrscht unter der deutschen Bevölkerung des ganzen Gebietes.

Der deutsche Abgeordnete Pastor Schmidt-Wodder war vom Justizminister im Folkething angegriffen worden, daß er Mißstimmung zwischen Dänen und Deutschen säe. Er erklärte, er sei an allen Verhetzungsversuchen unbeteiligt, ihm liege an einer Milderung der Konfliktsstimmung. Für die in einigen Zeitungen erschienenen Angriffe sei er nicht verantwortlich. Die Rede des Ministers habe ergeben, daß den meisten Berichten über Ausweisungen kein Tatbestand zugrunde liege. Daß aber deutsche Arbeitslose aus Nordschleswig ausgewiesen wurden, stehe fest. Dänische Arbeitgeber entließen ihre deutschen Arbeiter, die damit arbeitslos wurden und dann zur Ausweisung reif waren. Ein Mißtrauen der deutschen Bevölkerung gegen das dänische Regiment sei nicht zu leugnen. Eine Agitation dafür aber bestehe nicht.

Südwestafrika.

Die zur Prüfung der Frage der künftigen Regierungsform Deutsch-Südwestafrikas eingesetzte Kommission des Unions-Parlaments hat nun einen Schlußbericht erstattet, der vorschlägt, das jetzige Regierungssystem Südwests ohne allen Übergang durch die gegenwärtig in den 4 Unionsprovinzen bestehende Regierungsform zu ersetzen. Dadurch solle die Bevölkerung volle Vertretung in einem Provinzialrat und im Unionsparlament erhalten, das Schutzgebiet solle als fünfte Provinz

der Union mit einem Regierungssystem verwaltet werden, das den übrigen Teilen der Union im Prinzip gleich, jedoch immer den Bedingungen des Mandats unterworfen sein solle. Jedoch solle das ganze System erst eingeführt werden, wenn die Bevölkerung des Schutzgebietes mindestens 10000 erwachsene männliche britische Untertanen europäischer Abkunft in sich schließt, in diesem Moment aber sofort. Wichtig sei die Frage des Wahlrechts. Nur diejenigen Einwohner des Schutzgebietes sollten es erhalten, die, wenn sie in der Union lebten, britische Untertanen sein würden. Nur diese sollten also das Recht haben, Vertreter in den künftigen Provinzialrat und in das Unionsparlament zu wählen. Dem widerstrebten natürlich beträchtliche Teile der Bevölkerung, die sich weigerten, britische Untertanen werden zu wollen. Das sei eine Schwierigkeit. Eine weitere rechtliche Schwierigkeit liege darin, daß Personen, die im Schutzgebiet ansässig, aber keine britischen Untertanen sind, die britische Staatsangehörigkeit innerhalb der Union nicht auf dem gewöhnlichen Wege der Beantragung der Naturalisation erlangen könnten. Es müsse also äußersten Falles eine besondere Gesetzgebung herbeigeführt werden für die Erwerbung des Bürgerrechtes durch die deutschen Einwohner des Schutzgebietes, die in ihrer Wirkungsweise den früher feindlichen Untertanen, die das Land zu ihrer Heimat gemacht hätten und an seiner politischen Verwaltung teilnehmen wollten, die geringsten praktischen Schwierigkeiten in den Weg legen würde. Es könnten dabei zwei Methoden befolgt werden: entweder man verleihe das britische Bürgerrecht jeder Person einzeln, die am 1. April 1914 im Schutzgebiet wohnte und die innerhalb einer Frist von einem Jahr nach der Veröffentlichung des besonderen Gesetzes den Willen, britischer Unionsbürger zu werden, in bestimmter Form zum Ausdruck bringe, oder man erkläre alle erwachsenen männlichen Deutschen eo ipso durch gesetzliche Verordnung zu britischen Untertanen, die am Tage der Veröffentlichung des betr. Gesetzes im Schutzgebiet wohnten, falls sie nicht innerhalb Jahresfrist in gleicher Form den Wunsch aussprechen, nicht britische Untertanen werden zu wollen. Die Kommission empfiehlt die Einführung der zweiten Methode. Zwei Denkschriften zweier Mitglieder der Kommission, die mit den übrigen Kommissionsmitgliedern nicht durchweg einer Ansicht sind, sind dem Kommissionsbericht beigelegt.

An den Bericht knüpft das Deutschum in Südwest recht bittere Betrachtungen. Die Windhuker „Allgemeine Zeitung“ sagt rund heraus, daß man sich die Kosten der Kommission hätte sparen können, denn von den Wünschen der Bevölkerung sei auch nichts in dem Bericht zu spüren. Der Bericht sei rein politisch, überhaupt nicht wirtschaftlich gefaßt, lasse den Namen Mandat zwar bestehen, setze ihn aber tatsächlich dem Begriff der Annexion gleich! Die Kommission sei sich aber bewußt geworden, daß es sich um eine Annexion doch nicht handeln könne, denn sie verlange ja ausdrücklich ein neues Naturalisationsgesetz. Das alte Gesetz der Union besage nämlich, ein Ausländer könne um Naturalisation ansuchen, wenn er zwei Jahre lang in der Union oder in einer der Union angegliederten Kolonie oder einem solchen Gebiet ansässig sei. Südwest sei aber der Union nicht „angegliedert“. Die jetzige Regierungsform sei in den Augen der alten wie der neuen Bevölkerung der Landesentwicklung gleich hinderlich. Sie solle aber bestehen bleiben, bis die Zahl der männlichen erwachsenen Bevölkerung die Zahl 10000 erreicht habe. Wenn die Zahl der männlichen erwachsenen Bevölkerung hoch gerechnet 20 % der Landesbevölkerung ausmache, würde das eine Schutzgebietsbevölkerung von 50000 Weißen voraussetzen. Es könnten Jahre vergehen, ehe diese Zahl erreicht sein

werde, namentlich da unter der jetzigen Regierungsform, die ja den Steuerzahlern keinen Einfluß auf die Regierung gebe, kaum eine beträchtliche Einwanderung stattfinden werde. Auch diejenigen Deutschen, die mit diesem Gedanken bereits gespielt hätten, ließen es sich wohl auch jetzt nicht einfallen, britische Bürger zu werden, wo sie doch so lange keine Rechte haben würden, als die Zahl 10000 nicht erreicht sei. Was sollte auch die Bevölkerung Südwests mit einer Vertretung im Unionsparlament? Eine seiner Hauptaufgaben sei doch die Prüfung des Etats. Der Unionsetat aber gehe Südwest nichts an und der Südwestetat müsse ja nach der Mandatsbestimmung doch getrennt von der Union aufgestellt werden. Ein getrennter Etat aber bedinge eine eigene Mandatsvertretung. Eine Zusammenarbeit mit dem Unionsparlament sei dann wohl nötig, am besten aber in der Form von Delegationen zu erreichen. Bei dem System der Verleihung der britischen Staatsbürgerschaft für jeden, der sich nicht ausdrücklich weigere und sich zum Deutschum bekenne, müsse man wohl an das verheerende Beispiel von Eupen und Malmedy denken, wo jeder gleich auf die schwarze Liste kam, der sich für Deutschland erklärte. Nach internationalem Recht gehe es auch nicht an, einem Staate einfach durch ein Dekret Staatsbürger abspenstig zu machen und sie zu eigenen Staatsbürgern zu erklären.

Auch die „Landeszeitung“ in Windhuk nennt den Bericht den Versuch, ein kaudinisches Joch aufzurichten, wenn sie auch der bisherigen Arbeit des Landesbeirats ein Lob ausstellt. Die augenblickliche Form der Eidesleistung für die Landesbeiratsmitglieder zeigt aber aller Welt, daß es auch ohne Gewissenszwang gehe. Die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit Südwestafrikas und der Union lasse erkennen, daß auch die politische Einheit einmal kommen werde. Deshalb sei es durchaus unnötig, Zwang anzuwenden.

In Lüderitzbucht wurden anläßlich des schönen Abstimmungsergebnisses in Oberschlesien Festesfeiern abgehalten. Es war schwarz-weiß-rot geflaggt und es wurde eine Eingabe mit zahlreichen Unterschriften an den Reichskanzler abgesandt, in der sich das Deutschum Südwestafrikas zur alten stolzen Reichsflagge bekennt und um Wiedereinführung derselben bittet. Es heißt in der Eingabe: „Und die Gefühle der Auslandsdeutschen — die, wir wiederholen es, als einer der Hauptfaktoren für den Wiederaufstieg des deutschen Außenhandels zu gelten haben —, die Gefühle der Auslandsdeutschen sind eines jener Imponderabilien, von deren Bedeutung für das Leben und die Wohlfahrt eines Volkes Bismarck einst sprach.“

Der Tod der deutschen Kaiserin machte in Südwestafrika tiefen Eindruck. Die Windhuker „Allgemeine Zeitung“ erschien mit Trauerrand. In der Stadt war vielfach Halbmast geflaggt. Auch die nicht deutschen Einwohner hatten sich dem angeschlossen, so hatte unter anderem die Stadtverwaltung den Union-Jack Halbmast gesetzt. In den beiden deutschen Schulen wurden Gedächtnisfeiern abgehalten. In der höheren Töchterschule der katholischen Mission war das Bild der Kaiserin bei der Feier schwarz umflort. Die Kinder standen in Trauerkleidung mit schwarz-weiß-roten Haarbändern in dem schwarz-weiß-rot geschmückten Schulraum. Pater Borsutzki hielt eine ergreifende Trauerrede. In der Aula der Realschule bot sich das gleiche Bild. Oberlehrer Dr. Nierth hielt hier die warm empfundene Gedächtnisrede. Vorträge von Gedichten und Gesängen rahmten die Feiern ein.

Amerika.

Gegen das Deutschum in den Vereinigten Staaten wird seitens der „American Defense Society“ immer noch ein

heftiger Kampf geführt. Am 1. Mai fand in der Carnegie Hall zu Newyork eine Versammlung statt, die unter dem Vorsitz John R. Rathom's sich scharf gegen den „Hyphenismus in den Vereinigten Staaten“ wendete und vor allem gegen die amerikanischen Iren und die Deutsch-Amerikaner loszog. Man erklärte, in ihnen eine Gefahr für das Land zu sehen, da diese „Bindestrich-Amerikaner“ immer bestrebt seien, Amerika in einen Kampf mit fremden Nationen zu verwickeln, mit denen Amerika keinen Streit haben wolle. „Das große Verbrechen der Irisch-Amerikaner besteht darin,“ sagte der Vorsitzende Rathom, „daß sie in Mitarbeit mit jeder trügerischen und verräterischen deutschen Bewegung in den Vereinigten Staaten sind.“ Zum Schluß wurde die Ausmerzungen der fremdsprachigen Presse, der fremdsprachigen Schulen und jener Gerichte gefordert, in denen sich die Fremdgeborenen in ihrer eigenen Muttersprache verteidigen dürfen.

KLEINE NACHRICHTEN

Konsul Jacoby †. In Berlin starb Konsul Jacoby, allen Japan- und Ostasien-Freunden ein wohlbekannter und bei allen wohlbeliebter Herr, der sehr viel für die Kenntnis Ostasiens und namentlich Japans in Deutschland geleistet hat. Er hat jüngst in hochherziger Weise seine berühmte Sammlung von Schwert-Zierraten und Lackarbeiten dem ostasiatischen Museum in Berlin gestiftet.

Gustav Amberg †. Der deutsch-amerikanische Theaterdirektor Gustav Amberg ist in Newyork gestorben. Er gehörte einem Trust-Unternehmen an, das die deutsch-amerikanischen Theater-Unternehmen in Amerika umschloß. Er bereiste des öftern Deutschland, um hier die Neuigkeiten für seine Theater zu erwerben. Auch während des Krieges, als er schon über 70 Jahre alt war, setzte er diese Tätigkeit fort. Der Kriegsausbruch verhinderte ihn eine zeitlang an der Betätigung, und sein neuester Kauf, das „Dreimäderlhaus“, konnte zwei Jahre nicht aufgeführt werden. Doch war er alsbald nach dem Waffenstillstand wiederum tätig.

Paul Farkas †. In Budapest starb Paul Farkas, ein ungarischer Politiker und Schriftsteller, an einem Nierenleiden, das er sich im Kriege zugezogen hatte, im Alter von 42 Jahren. Er war 10 Jahre lang siebenbürgischer Reichstags-Abgeordneter und Parteigenosse des Grafen Tisza, dessen persönlicher Freund er war. Seine Dramen und Lustspiele wurden, wie wir der „Saarbrücker Zeitung“ entnehmen, vielfach aufgeführt, seine Romane, historischen und politischen Werke hatten großen Erfolg. Nach dem Kriege verfaßte er seine Werke in deutscher Sprache. Er schrieb u. a. einen Napoleon-Roman „Das Vermächtnis des Mithridates“ und einen Konstantinopeler Roman. Er hat den Orient mehrfach in politischen Missionen bereist.

Heimatgedenken.

Die Newyorker Firma Tom B. Owens & Co. hat durch ihre Bremer Vertretung 50 Ballen Texas-Baumwolle gestiftet, die jetzt in Bremen zugunsten der Kinderhilfe versteigert wurden. Der Ertrag belief sich auf 90 000 Mark.

Der Stadt Saarbrücken und ihren Armen hat der jetzt in Amerika weilende Sohn der Stadt, Dr. H. F. Eichacker, 400 Dollar, rund 25 000 Mark, übermittelt mit der Bitte, seinem alten Lehrer zur Ehrung einen Kranz aufs Grab zu legen.

KIRCHE UND MISSION

Deutsch-Evang. Missions-Chronik. Aussendung deutscher Missionare. Das Barmer Missionsblatt meldet das glückliche

Eintreffen der Missionare Ufer, Noll und Rabeneck an ihren Bestimmungsort Nias. Der Missionsarzt Dr. Hueck wird inzwischen in China eingetroffen sein. In dem Berichte heißt es weiter: „Wenn das Schiff in englischen Häfen einlief, bekamen unsere Reisenden freilich die ganze Schmach, die unsere Feinde auf das deutsche Volk gehäuft haben, zu fühlen. Kein Deutscher darf in einem englischen Hafenort das Land betreten. Das stolze britische Weltreich verbietet es ihnen. Warum eigentlich? Seit über 2 Jahren haben wir angeblich Frieden, immer wieder müssen wir die Frage aufwerfen: Haben denn die angelsächsischen Christenleute für die schmachvolle Behandlung Deutschlands gar kein Gefühl, die sich auch darin ausspricht?“

Aus Südwesafrika ist laut Barmer Missionsblatt, Mai 1921, die Einreiseerlaubnis für die ausgewiesenen Missionare Olpp, Vedder und Welsch eingetroffen. Sie dürfen also zurückkommen und ihre Verbannung ist aufgehoben. Das Blatt schreibt dazu: „Dafür danken wir aufrichtig der Unionsregierung, die dadurch im Gegensatz zu England eine anerkennenswerte Weitherzigkeit bekundet. Aber freilich, wann werden die Missionare von dieser Rückkehrerlaubnis Gebrauch machen können? Der Präses von Südwest bittet selbst, die Rückreise ja nicht zu beschleunigen. Es fehlt an Mitteln, die Missionsarbeiter im Lande zu unterhalten. Die Geldknappheit liegt lähmend auf dem ganzen wirtschaftlichen Leben.“

Auch Missionsinspektor D. Warneck, der sich von Sumatra nach Java begeben hat, muß leider bitten, mit Aussendung zurückzuhalten. Einsänkung sei geboten, so bitter sie angesichts der großen Missionsaufgaben und Missionsmöglichkeiten ist.

Die Schleswig-Holsteinische Mission (Brekum) hat ihre ersten beiden Missionare Oppermann und Röbing nach China abgeordnet. Beide Missionare standen früher in Indien. Die Breklumer Mission übernimmt das frühere Gebiet der sogenannten Kieler Mission in Pakhoi in der Kanton-Provinz. Die Mittel für ihre chinesische Arbeit werden Breklum zunächst von dem nordamerikanischen National-Lutheran-Council gewährt.

Das armenische Hilfskomitee zur Unterstützung ärztlicher Mission und Evangelisation. Das armenische Hilfskomitee zur Unterstützung ärztlicher Mission und Evangelisation hat sich zur Aufgabe gesetzt, in dem schwer heimgesuchten Land Armenien auf eine neue Weise Mission zu treiben, indem es nämlich fähige Armenier medizinisch und evangelistisch ausbilden lassen und, ausgerüstet mit Instrumenten und Medikamenten, in ihre Heimat schicken will, wo schon heute eine korrespondierende Arbeitsgemeinschaft besteht. Die Anregung zu dieser für die Zukunft aussichtsreichen Arbeitsmethode hat der Armenier Armenag Baronigian, cand. med., der eben sein medizinisches Examen in Leipzig ablegt, gegeben. Auf diese Weise soll das schwer heimgesuchte Armenien mit den Segnungen deutscher Wissenschaft und deutschen Helfersinnes bedacht werden. Dr. Baronigian, der zweite Vorsitzende des Werkes und künftiger Leiter desselben in seiner Heimat, wird, sobald die Verhältnisse es gestatten, nach Armenien gehen. Das Missionswerk hat mit dem armenischen Botschafter in Berlin, Dr. Greenfeld, Berlin, Kurfürstendamm 175, Fühlung genommen.

Der Deutsche Hilfsbund für christliches Liebeswerk im Orient (Sitz: Frankfurt a. M.) blickt auf eine 25jährige segensreiche Tätigkeit zurück. Die heimatliche Organisation des Hilfsbundes wurde durch einen Aufruf veranlaßt, den Pfarrer Ernst Lohmann im Februar 1896 zu dem Zweck erließ, den verfolgten armenischen Christen zu Hilfe zu eilen, um die vielen Witwen und Waisen vor dem Untergange zu retten. Die praktische Außenarbeit wurde dann 1896 von Gräfin von Gröben durch

den Ankauf eines großen Hauses in der Konstantinopeler Vorstadt Bebek am Bosphorus begonnen, in dem die in Skutari gesammelten Waisenmädchen untergebracht wurden. Nach Ankunft von Dr. Härle, Dr. Zimmer und Missionar Ehmann im Februar 1897 in Charpath wurde dort in der Neustadt Mesre am 1. Juni 1897 ein größeres Knaben- und Mädchenwaisenhaus mit zusammen 250 Kindern eröffnet; ein kleines Krankenhaus und kleinere Waisenhäuser auf Außenstationen von Mesre folgten. 1898 wurde die große Farm Atta-Bey bei Amasia als landwirtschaftliche Kolonie gekauft, in den Jahren 1898 und 1899 durch Schwester Anna Rubach und Bruder Spieker das Waisenwerk in Marasch, einige Jahre später das von Wan und Musch begonnen und zuletzt, im Jahre 1910 nach den Ereignissen von Adana, das Waisenhaus Harunije eröffnet.

Auch von Marasch und Mesre wurden junge Leute auf die landwirtschaftliche Kolonie geschickt, die sich zu einem „Klein-Deutschland“ entwickelte; aber die Durchführung der Sache scheiterte schließlich an dem ungesunden Klima. So sah sich der Hilfsbund später genötigt, die Farm zu verkaufen. Aus demselben Grunde mußte man auch Waisenhäuser auf Außenstationen Mesres eingehen lassen. Am allerschwersten war dem Hilfsbund gewiß der Entschluß, die blühende Anstalt in Bebek infolge der allzu hohen Lebensmittelpreise in Konstantinopel im Jahre 1906 aufgeben zu müssen, so daß nur die 5 Hauptstationen: Wan, Musch, Mesre, Marasch und Harunije blieben. Wenn auch augenblicklich die meisten europäischen Geschwister ausgewiesen sind, so geht auf den Stationen Marasch und Mesre die Arbeit trotzdem weiter.

Die deutsche Gemeinde in Kristiania meldet für das Jahr 1920 einen erfreulichen Fortschritt. Die schon im Herbst infolge eines starken Rückgangs der freiwilligen Beiträge leeren Kassen konnten durch ein Kirchenopfer aufgefüllt werden, so daß neben 6475 Kronen freiwilliger Jahresbeiträge 622 Kronen aus Kollekten, 615 Kronen aus dem freiwilligen Kirchenopfer am Totensonntag, zwei besondere Spenden von 100 Kronen, insgesamt 7856 Kronen, zur Verfügung standen. Die Ausgaben betrugen einschließlich des Gehalts des Pastors 7340 Kronen. Immerhin ist nach Ansicht des Kirchenvorstandes bei dem stark gewachsenen Deutschum Kristianas eine weit stärkere Beteiligung der Deutschen an den Kirchengemeinde-Beiträgen nötig, um die zu erwartenden steigenden Kosten des nächsten Jahres decken zu können. Ein „eiserne Fonds“ ist jetzt auf 6995 Kronen angewachsen, „wartet aber immer noch auf das große Legat von 50—100000 Kronen, das diesem Fonds sicherlich einmal zugedacht ist“. 47 Gottesdienste wurden abgehalten, davon einer in Bergen, an gewöhnlichen Sonntagen betrug die Durchschnittszahl der Gottesdienstbesucher 70, an Festtagen 109, an den Abendgottesdiensten 65. In Bergen nahmen 230 Personen am Gottesdienst teil, 5 Taufen, 10 Trauungen, 1 Beerdigung, 2 Konfirmationen fanden statt.

Die deutsche Kirche in Cannes, Südfrankreich, ist laut „Christlicher Welt“ vom 12. Mai von der französischen Regierung eingezogen und meistbietend versteigert worden.

Rückkehr der deutschen Missionare. Der Antisklavereikongreß in Rom hat, laut „Christliche Welt“ vom 12. Mai, eine Tagesordnung über die Frage der deutschen Missionare angenommen, in der es heißt: „Die italienischen Katholiken treten dafür ein, daß die deutschen Missionare wieder in ihre Mission eingesetzt werden und beschließen, daß diese Auffassung zur Kenntnis der italienischen Regierung und vor allem Englands und Frankreichs gebracht werde.“

Brasilien. Am 1. Juli 1921 wird laut „Deutsch-evang. Blätter für Brasilien“ Nr. 3 ein theologisches Proseminar für die Rio-

grandenser Synode errichtet, das für das Studium der Theologie in Deutschland, im besonderen für das landeskirchliche Diasporaseminar in Witten, vorbereiten soll, da ein deutsches Gymnasium fehlt und die alten Sprachen nur sparsam und nur von den staatlichen und katholischen Gymnasien mit portugiesischer Unterrichtssprache getrieben werden.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Von der deutschen Schule in Polen. In Birlitz (Teschener Schlesien) hat am 17. und 18. April eine Versammlung von Vertretern der deutschen Lehrerschaft in Polen stattgefunden, die sich mit der Frage der Auslegung der Artikel 108 bis 110 der polnischen Verfassung vom 17. März 1921 für die deutsch-kulturellen Ziele befaßte. Die Artikel stellen es den Deutschen frei, die nationale Eigenart zu pflegen und zu entwickeln, Schulen und Erziehungsanstalten zu gründen, zu beaufsichtigen und zu verwalten, in ihnen die deutsche Sprache frei zu gebrauchen, die religiösen Vorschriften zu befolgen usw., wobei der Staat im Bedarfsfalle die Finanzmittel derartiger Anstalten zu ergänzen hat. Die Lehrerschaftsvertreter stellten ein Schulprogramm auf, das den deutschen Sejm-Abgeordneten überreicht werden soll. In nächster Zeit soll eine Tagung der Direktoren aller deutschen Mittelschulen Polens Einzelheiten zur Ausführung des Programms besprechen. Die angenommenen Grundforderungen für das Programm lauten:

1. Der Staat hat dem deutschen Schulwesen dieselben Rechte zu gewähren wie dem polnischen Schulwesen. (Nationale Autonomie.)
2. Als Grundsatz für die Errichtung und den Bestand deutscher Volksschulen hat zu gelten, daß überall dort, wo sich im Umkreis von 5 Kilometer mindestens dreißig schulpflichtige Kinder befinden, eine Volksschule gegründet, beziehungsweise erhalten werden muß.
3. Kleinere Siedelungen, welche keinen Anspruch auf eigene Schulen haben, werden dem nächsten Schulsprengel angegliedert. Die Grenzen der Schulsprengel brauchen mit den Gemeindegrenzen nicht zusammenfallen.
4. Die Gehalte und sachlichen Bedürfnisse der Volksschulen hat der Staat nach Bevölkerungszahl und Steuerleistung prozentual zu decken.
5. Die Zahl der Mittelschulen, welche vom Staat gleich den Volksschulen zu erhalten sind, richtet sich nach der Bevölkerungszahl, Steuerleistung und den kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung.
6. Zur Schulaufsicht: 1. Ortsschulrat (Ortsvormundschafsrat). 2. Bezirksschulrat (Bezirksskollegium). 3. Provinzialschulen (Provinzial-Kollegium). 4. Landesschulrat (Reichsschulrat). 5. Deutsche Sektion im Unterrichtsministerium.
7. Den Deutschen soll die Gründung einer vollständigen Hochschule aus Staatsmitteln gewährleistet werden. Solange keine eigene Hochschule gegründet und durchgeführt ist, sind die an ausländischen deutschen Hochschulen erworbenen Zeugnisse zur Erlangung öffentlicher und privater Stellungen für absolvierte Zeugnisse zur Erlangung öffentlicher und privater Stellungen für absolvierte Akademiker den inländischen gleich zu halten.
8. Auf je 300 Schulklassen kommt eine Lehrerbildungsanstalt.
9. Das Recht der Errichtung und Erhaltung von Privatschulen bleibt den Deutschen unbenommen.
10. Die Anstellung der Lehrer nimmt auf Vorschlag des Ortsschulrates der Bezirksschulinspektor vor.

Lodz. Das deutsche Gymnasium erhält einen städtischen Zuschuß von 25000 M., was zwar beim Stande der polnischen Mark nicht sehr viel ist, aber trotzdem zu heftigen Debatten im Stadtparlamente führte. Die Finanzkommission hatte das Gesuch befürwortet, der Sprecher des nationalen Arbeiterverbandes aber nahm dagegen Stellung, da das Gymnasium von Kindern bemittelter Eltern besucht werde, die die nötigen Gelder schon bezahlen könnten. Zwei weitere Redner dieser Partei traten dem Antrag auf Streichung bei. Die Vertreter der deutschen Fraktion, des jüdischen Bundes und der polnischen sozialistischen Partei dagegen setzten sich für den Antrag der Finanzkommission ein, die Nichtanerkennung dieses kleinen Beitrags würde, so sagte die Sprecherin der polnischen sozialdemokratischen Partei, nur ein Zeugnis von Chauvinismus sein. Der Antrag wurde schließlich mit einem Zusatz angenommen, daß die Summe nur für die die Anstalt besuchenden Kinder von Arbeitern verwendet werden solle.

Santa Cruz (Brasilien). Deutsch-evangelische Realschule. Am 4. April fand im Beisein der Schüler und Schülerinnen, des gesamten Lehrerkollegiums, des Vorstandes und der Mitglieder des Ortsschulvereins sowie einer Anzahl sonstiger Freunde und Gönner die Einweihung des neuen Gebäudes statt. Zunächst wurde in feierlicher Weise vom alten Gebäude Abschied genommen. Bei dieser Gelegenheit gab Lehrer Düren einen historischen Überblick über die bisherige Entwicklung der noch zur Zeit Kaiser Dom Pedro II. gegründeten Schule, die sich trotz aller Hindernisse, besonders der Kriegsjahre, innerlich und äußerlich stets in aufsteigender Linie entwickelt hat. Die Zahl der Schüler beträgt jetzt 250, von denen 70 ihr als Pensionäre angehören. Die Leitung der Schule liegt in den Händen des Herrn Pfarrers Lechler. Nach der Feier in den bisherigen Räumen wurde in geordnetem Zuge der Umzug in die neue Schule vorgenommen. In dieser leitete ein Choral den Festaktus ein, bei dem Dr. Ortenburg seitens des Ortsschulvereins zunächst all denen dankte, die dazu beigetragen hatten, der Schule ein neues, ihrer Größe entsprechendes Heim zu geben. Daraufhin hielt Lehrer Klamann eine portugiesische Ansprache, die sich in der Hauptsache in mahnender Weise an die Schüler wandte. Die Schlußworte sprach Pfarrer Lechler. Er ließ sie ausklingen in ein Hoch auf Brasilien.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Das deutsche Vereinswesen in Litauen ist stärker entwickelt, als vielfach angenommen wird. Die „Litauische Rundschau“ zählt eine ganze Reihe von Organisationen auf. An der Spitze steht der Verein „Partei der Deutschen Litauens“ mit der Zentrale in Kowno und 11 Kreisausschüssen, die insgesamt 2500 Mitglieder umfassen. Der Verein „Deutsche Oberrealschulen von 1920“ hat seinen Sitz gleichfalls in Kowno, will aber das gesamte Schulwesen in Litauen bearbeiten. Der im Jahre 1919 begründete „Schul- und Unterstützungsverein“ in Tauroggen will in der Hauptsache für die Heranbildung von evangelischen Lehrkräften sorgen, betont dabei allerdings weniger die völkisch-deutsche als die religiös-evangelische Seite der Sache, so daß z. B. in den Unterrichtskursen Litauisch gesprochen wird. Es ist aber ein deutsches Unternehmen nach Ursprung, Mitgliedern und Kursteilnehmern. Dazu kommen eine Reihe kleinerer deutscher örtlicher Jugendvereine, z. B. in Mariampol, Wilkowischken, Kibarty, Jurbagras, ferner der „Deutsche Wohltätigkeitsverein“ in Kowno mit seiner Sonderabteilung „Deutscher Frauenbund“ und die „Freiwillige Feuerwehr“. Auch der „Verein der Reichsdeutschen“ ist hier zu erwähnen.

Kowno. Die reichsdeutsche Kolonie veranstaltete am 23. April einen Familienabend, dem 70 Personen beiwohnten. Die Satzungen des neugegründeten Vereins der Reichsdeutschen wurden durchgesprochen, der Verein soll nun ins Vereinsregister eingetragen werden. Der Verein, der den Zusammenschluß der in Litauen wohnenden Reichsdeutschen auf geselliger Basis fördern will, will den übrigen deutschen Vereinen keinerlei Konkurrenz machen, sondern die Zusammenarbeit unterstützen. Freunde des Deutschums sollen als außerordentliche Mitglieder aufgenommen werden können. Der Verein will sich bald ein eigenes Heim schaffen.

Vom deutschen Elternverband in Lettland. In Lettland gibt es 73 deutsche Grundschulen, 9 Mittelschulen, 3 Fachschulen, 1 Fortbildungsschule und ein Seminar, für die der deutsche Elternverband zu sorgen sich vorgenommen hat. Rund 11000 Schüler werden von rund 500 Lehrern unterrichtet. Nur 28 Grundschulen werden von der Selbstverwaltungs-Institution voll bezahlt, 35 werden von der deutschen Gesellschaft vollkommen unterhalten und 9 werden stark subventioniert. Von den 9 Mittelschulen werden 6 ausschließlich von der deutschen Gesellschaft unterhalten und auch die beiden staatlichen Mittelschulen bedürfen eines starken privaten Zuschusses. Die Fortbildungs- und Fachschulen wie der Hochschul-Kursus werden wiederum vollkommen von der deutschen Gesellschaft getragen. Diese Zahlen zeigen, wie groß die Aufgaben des Elternverbandes sind, der heute in 24 Ortsgruppen über ganz Lettland verbreitet ist. Der Verband sorgt für die Erfassung und Beschulung der deutschen Kinder, für die Ermäßigung der Schulgelder für arme Kinder, für Beschaffung guter und billiger Unterkunft für auswärtige Schüler, für Unterstützung mit Schulmaterial, Heften, Büchern, Lehrmitteln, viele Vortragszyklen und Vorträge wurden veranstaltet, eine deutsche Lesehalle wurde eröffnet, eine Schlittschuhbahn für die Kinder geschaffen, kleine Bibliotheken wurden gegründet. Auch die Mitarbeit der Schulleiter und Lehrer ist gesichert. Der gesamte Elternverband ist zu einer großen und mächtigen Organisation geworden, ohne die das Deutschum in Lettland heute gar nicht mehr denkbar ist. Er hielt am 21. und 22. Mai seine Delegiertenversammlung ab, die aus den zahlreichen Ortsgruppen von über 100 Vertretern besucht war. An ihr nahmen auch die Leiter des deutschen Bildungswesens und der deutschen Schulen selbst teil. Der Versammlungsleiter, Herr Rechtsanwalt von Samson, gedachte des verstorbenen Vizepräsidenten, Ingenieur Neumann, dessen Bild zum ehrenden Gedenken im Sitzungssaal aufgehängt werden soll und behandelte dann die Fragen der Schulgebäude, der Lesehalle, der Vorträge, der Errichtung eines Lehrer-Erholungsheims. Die Zahl der Ortsgruppen hat sich auf 25 vermehrt. Außer den für die Schulen in dem sogenannten „gepanzten Budget“ festgesetzten 700000 Rubel Unterstützungen sind noch 54000 Rubel an Unterstützungen ausgegeben worden, der Lesehalle sind 26000 zugeführt worden. Der bisherige Name des Verbandes wurde in „Deutscher Elternverband in Lettland“ umgeändert. Die Neuwahl des Verwaltungsrats ergab im wesentlichen die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Es wurde beschlossen, die Vermehrung der Fachschulen namentlich durch Errichtung landwirtschaftlicher Schulen zu fördern. Der Gustav-Adolf-Kasse zur Unterstützung wirtschaftlich schwacher deutsch-evangelischer Gemeinden Lettlands wurden 3000 Rubel überwiesen.

Christiania. Der Zentral-Ausschuß der Deutschen in Christiania hielt kürzlich seine Generalversammlung ab, die der Vorsitzende, Ingenieur Hoffmann, leitete. Der Zentral-Aus-

schuß hat neben Familienabenden auch Vortragsabende mit anschließenden Besprechungen abgehalten, deren Einführung sich gut bewährte; er hat einen Sommerausflug veranstaltet, hat verschiedentlich seinen Präsidenten als Repräsentanten der gesamten deutschen Kolonie zu Festlichkeiten gesandt, es dagegen abgelehnt, Versammlungen zum Zwecke politischer Stellungnahme und Kundgebung einzuberufen. Die Möglichkeit der Schaffung einer deutschen Schule ist eingehend geprüft worden, doch haben sich leider kaum deutsche Eltern gefunden, die sich bereit erklärt hätten, ihre Kinder in die deutsche Schule zu schicken.

Basel. Deutsche Kolonie. Vor und während des Krieges gab es in Basel ein bis zweimal jährlich Zusammenkünfte der gesamten deutschen Kolonie. Jetzt hat ein Arbeitsausschuß der „Deutschen Kolonie Basel“ von neuem seine Tätigkeit aufgenommen, um die alten Sitten wieder zu beleben. Kein Fest soll gefeiert werden, sondern die Deutschen sollen Gelegenheit erhalten, „sich als Kinder einer Mutter zu versammeln“. Die Kolonie soll durch gemeinsame belehrende Vorträge des Geistes-, Kultur- und Wirtschaftslebens neu belebt werden. Ein Familienabend soll die neue Tätigkeit eröffnen.

Basel. Im deutschen Hilfsverein konnte der Vorsitzende, Herr Hettinger, am 12. April die zur 60. Jahresversammlung Erschienenen begrüßen. Er gedachte in tief empfundenen Worten der Schützlinge des Vereins und der Vereinsarbeit. 98 % aller Bittsteller seien wirklich würdig gewesen, Gaben zu empfangen. Der Präsident des Vereins der Wehrmänner, Herr Däschler, sprach dem Vorstand für seine Tätigkeit Dank und Anerkennung aus, namentlich dem Vorsitzenden Herrn Hettinger, der für die Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen ein warmes Herz gehabt habe. Er stellte den Antrag, den Hilfsverein und den deutschen Kriegerhilfsbund zu verschmelzen, um dadurch die Verwaltung zu vereinfachen und zu verbilligen. Eine Kommission zur Prüfung der Vereinigungsfrage wurde gewählt.

Davos. Deutsche Heilstätte für minderbemittelte Lungenkranke. (Anstalten: Deutsche Heilstätte in Davos-Wolfgang, Graubünden, und Deutsches Haus in Agra, Collina d'Oro, Tessin.)

Der vorliegende Bericht des Vorstandes zeigt, daß es dem Verein „Deutsche Heilstätte in Davos“ gelang, trotz schwierigster äußerer Verhältnisse auch im Jahre 1920 seine in der Hauptsache deutschen Kranken zur Verfügung stehenden Anstalten offen zu halten und dadurch eine hervorragende Arbeit werktätiger Nächstenliebe zu leisten. Schweizerische, schwedische und niederländische gemeinnützige Gesellschaften haben in dankenswerter Weise geholfen. Nur dadurch, daß von ihnen so viele Gäste überwiesen wurden als notwendig waren, die Betriebe voll auszunützen, war deren weiteres Bestehen möglich. Namhafte Schenkungen an Geld und Naturalien seitens des In- und Auslandes erleichterten den Betrieb. Insgesamt wurden während des abgelaufenen Jahres an 84304 Verpflegungstagen in den beiden Anstalten Davos-Wolfgang und Agra 1131 Kranke gepflegt, von denen 860 Deutsche waren. Einen schweren Verlust erlitten die Heilstätten durch den Tod des Geh. San.-Rats Dr. med. Oswald Peters, der seine Kräfte seit mehr als 40 Jahren dem Kurorte Davos gewidmet hatte und seit mehr als 20 Jahren Mitglied der Aufnahmekommission der Deutschen Anstalten war. Bei der tatkräftigen Leitung der Deutschen Heilstätten, deren Vorstandskomitee von Konsul H. Burchard präsiert wird, ist mit Sicherheit zu hoffen, daß das schöne deutsche Liebeswerk in der Schweiz auch in künftigen Jahren trotz aller bestehenden Schwierigkeiten zum Segen vieler Hunderter weiter bestehen wird.

Mexiko. Deutscher Ruder-Verein. Nach mehrjähriger Pause hat am 17. April der Deutsche Verein die Kolonie nach Xochimilco bei Mexiko geladen, um vor ihr Proben seiner sportlichen Tätigkeit abzulegen. Die Teilnehmerschaft war überaus zahlreich und der von der Leitung des Vereins bereitgestellte Extrazug hatte gerade Raum genug für sämtliche Gäste. Das Ableben der deutschen Kaiserin veranlaßte allerdings eine Einschränkung des ursprünglich geplanten Programms, aus dem alle Lustbarkeiten ausgeschaltet und in dem nur die sportlichen Darbietungen belassen wurden. Eine Verschiebung der Regatta war nicht mehr möglich, da die Vorbereitungen schon zu weit gediehen waren. Die Boote zeigten den in Mexiko gewohnten üppigen Blumenschmuck. Die zu durchmessende Strecke war 7 Kilometer lang. Es wurden schöne Fahrzeiten errungen und am Nachmittag des gleichen Tages die Preise an die Sieger verteilt. Eine Wasserpantomime schloß das Fest.

Paraguay. Deutscher Turn- und Sportverein. Am 3. April fand die jährliche Hauptversammlung statt, bei der festgestellt wurde, daß sich die Hoffnung, eine gesunde Entwicklung von Turnen und Sport werde die Folge der Vereinigung der „Deutschen Turngesellschaft“ und des „Sportvereins“ sein, nicht erfüllt habe. Das Turnen konnte nur mit großer Mühe durchgeführt werden. Besonders ist zu bedauern, daß der Sportplatz verloren ging, weil sich innerhalb der deutschen Kolonie niemand zum Ankauf dieses Platzes entschließen wollte. Ebenso mußte das Fußballspiel aufgegeben werden. Die anfängliche Begeisterung für das Geräteturnen hat sich als Strohhalm erwiesen. Unter der deutschen Jugend des Landes ist für Turnen und Sport absolut kein Interesse vorhanden.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Der Amtssitz des deutschen Generalkonsulats in Südafrika ist von Kapstadt nach Pretoria verlegt worden. — In Chile wurden zum Konsul des Deutschen Reiches in Talca Kaufmann Gottfried Wiegering, zum Vizekonsul in Temuco der Landwirt Conrad Malmus, zum Vizekonsul in Arica der Kaufmann Carlos Girke ernannt.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Madrid. Eine niederländische Woche in Madrid hat Dirigenten-Darbietungen Mengelsbergs gebracht, der ein Konzert mit zumeist deutscher Musik gab und Weber, Wagner, Beethoven und Strauß spielte. Der Hof, die Diplomatie, die Gesellschaften waren anwesend.

Fritz Kreisler hat in London das erste deutsche Künstlerkonzert seit Kriegsausbruch gegeben! Die Polizei hatte Unruhen befürchtet, da einige Kriegsteilnehmer wütende Reden geführt hatten. Jedoch kam es nur zu einer begeisterten Aufnahme des deutschen Künstlers, von dem ja zudem bekannt ist, daß er von Amerika aus eine große Wohltätigkeitsaktion aus seinen Einnahmen für deutsche Musikkinder veranstaltet hat. Kreisler erntete stürmischen Beifall und dankte in einer gerührten Ansprache. Londoner Musiker überreichten ihm einen Lorbeerkranz.

Haag. Der Dresdner Kreuz-Chor ist auf seiner Konzertreise durch Holland von großen Erfolgen begleitet gewesen. Die Presse hat überall die hervorragenden Leistungen des Chors warm anerkannt, auch der finanzielle Ertrag der Reise ist bedeutsam. Die Knaben des Chors sind herzlich aufgenommen worden, einer der Alumnus des Chors hat von seinem Gastgeber

im Haag eine Summe Geldes empfangen, mit der er seine Gymnasialstudien zu Ende führen kann.

Nikisch in Kristiania. Die Beethoven-Konzerte Nikischs schlossen mit einer Aufführung der 9. Symphonie glanzvoll und unter rauschendem Beifall ab. Die Spitzen der Gesellschaft und die diplomatischen Korps wohnten dem Konzert bei. Nikisch wurde stürmisch gefeiert und es wurde ihm ein Lorbeerkranz überreicht.

DAS DEUTSCHE BUCH IM AUSLAND

Zum Abbau der Verkaufsordnung für Auslandslieferungen.

Der von der Hauptversammlung des Börsenvereins der deutschen Buchhändler am 13. Februar eingesetzte Ausschuß hat seine Arbeiten abgeschlossen und den ersten Teil seiner Aufgabe, eine Vereinfachung der Verkaufsordnung vorzubereiten, zweifellos gelöst. Die Vorschläge des Ausschusses wurden vom Börsenverein angenommen, am 12. April veröffentlicht und am 18. April in Kraft gesetzt. Die neue Verkaufsordnung bedeutet einen ganz wesentlichen Fortschritt. Die wichtigsten Änderungen weist § 4 auf. Das System der für verschiedene Bestimmungsländer verschieden hoch festgesetzten Zuschläge ist verlassen worden und an seine Stelle ein nur zweifach gestaffelter Zuschlag getreten, der im höchsten Falle 100 % beträgt. Der § 4 hat mit der für die Durchführung entscheidenden Anmerkung nunmehr den folgenden Wortlaut:

„Auf die Laden- und Nettopreise einschließlich der in Deutschland gültigen Verleger-Teuerungszuschläge ist bei der Lieferung in das Ausland ein Zuschlag zu erheben.

Dieser beträgt bei Lieferungen an das Publikum des hochvalutigen Auslands (s. Anm. Gruppe 1) 100 % auf die Ladenpreise, an die Wiederverkäufer des Auslands 90 % auf die Nettopreise und bei Lieferungen an das mittelvalutige Ausland (siehe Anm. Gruppe 2) 60 % auf die Ladenpreise, bzw. 50 % auf die Nettopreise.“

Anmerkung.

Gruppe 1: Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Niederlande, Vereinigte Staaten und die Kolonien dieser Länder; Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Ägypten, China, Haiti, Japan, Mexiko, Persien, Siam.

Gruppe 2: Italien, Portugal, Spanien und die Kolonien dieser Länder. Griechenland, Arabien, Liberia, ferner Argentinien, Brasilien, Chile und alle anderen südlich von Mexiko liegenden Staaten, sowie alle ehemaligen deutschen Kolonien.

Eine weitere Milderung bringt die neue Fassung des § 8: Danach sind einzelne Gegenstände des deutschen Buchhandels (bei mehrbändigen Werken der Einzelband) von Zuschlägen befreit, wenn der Wert M. 300.— übersteigt.

Das Recht, für ihre Verlagszeugnisse nicht höhere Zuschläge als mindestens 100 % und bei Werken mit der Jahreszahl 1921 nicht mehr als 50 % festzusetzen, hatten die Verleger bei Einhaltung bestimmter Bekanntmachungsvorschriften bereits durch die Abänderung der Verkaufsordnung vom 18. Dezember 1920 erhalten.

Wir hatten bereits auf S. 245 dieser Zeitschrift darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Lage des wissenschaftlichen Verlages und seine kulturpolitische Stellung gegenüber dem Auslande eine völlig andere ist als die des schöngestigen und populären

Verlages. Die Interessen des wissenschaftlichen Verlages, der gegen den weiteren Abbau der Verkaufsordnung Einspruch erhoben hatte, sind durch den neuen § 7 geschützt. Er lautet:

„Höhere Zuschläge als die in § 4 vorgeschriebenen, sowie höhere Preise als diejenigen, die durch die vorgeschriebenen Zuschläge entstehen, oder Preise in ausländischer Währung können von dem Verleger festgesetzt werden und werden von der Außenhandelsniederstelle für das Buchgewerbe geschützt. Derartige Verkaufsbedingungen müssen im Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel veröffentlicht werden.

Sonderabmachungen, die von ausländischen Buchhändlervereinen für ihr Vereinsgebiet auf begrenzte Zeit beantragt und vom Vorstand des Börsenvereins genehmigt und bekanntgegeben werden, gelten als Bestandteil dieser Ordnung.“

Dieser Paragraph gestattet dem wissenschaftlichen Verlage, die Veröffentlichung von Werken und Zeitschriften, deren Herstellung kostspielig und deren inländischer Abnehmerkreis klein ist, mit Hilfe der ausländischen Bezieher im Interesse der internationalen wissenschaftlichen Arbeit fortzusetzen, was zu Inlandpreisen vielfach ausgeschlossen wäre.

Wie die Verkaufsordnung auf den Absatz des deutschen Buches im Auslande wirken wird und ob mit ihrer neuen Fassung die von der Hauptversammlung gewünschte Beseitigung der bisher vorhandenen Mängel erreicht ist, kann erst die Erfahrung eines längeren Zeitraums lehren.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Eine deutsche Tageszeitung für Polen wollen die deutschen Abgeordneten im Sejm sich schaffen. Sie benötigen dafür 10—15 Millionen Mark. Eine bestimmte Verzinsung werde zwar nicht garantiert werden können, sei aber zu erwarten. Da die meisten größeren Zeitungen in letzter Zeit ihre Besitzer gewechselt hätten, so bestehe die zwingende Notwendigkeit, die Erhaltung wenigstens einer lebensfähigen Zeitung, die die deutschen Interessen vertrete, zu sichern. Es wird die Beteiligung an einer G. m. b. H. geplant. In der Anzeige, die wir in der „Deutschen Rundschau in Polen“ finden, haben nur die 6 in Pommerellen gewählten deutschen Abgeordneten unterschrieben, das Fehlen der beiden Lodzer Abgeordneten, die ja in der „Lodzer Freien Presse“ ihr ausgezeichnetes Organ haben, läßt darauf schließen, daß das neue Organ auch nur für Pommerellen gedacht ist.

Eine neue „deutsche“ Zeitung. Das tschechische Beispiel macht Schule. Auch die Polen gehen nun dazu über, zur Propagierung ihrer Politik sich einer „deutschen“ Zeitung zu bedienen. Zunächst fangen sie in sehr geschickter Weise nicht im eigentlichen Polen, sondern in Danzig an. Dort ist Ende April an die Arbeiter eine neue Zeitung verteilt worden: „Die Arbeit, Zeitung für Aufklärung und Verständigung“. Sie ist aber nur in deutschen Lettern gedruckt, der Geist ist polnisch. Es ist keine Verständigung im sozialen, sondern eine im politisch-polnischen Sinne gemeint. Verantwortlich zeichnet Herr Meger in Oliva. Wie wir der Danziger Zeitschrift „Deutscher Volksrat“ entnehmen, sucht zunächst ein „Kritikus“ sich nennender Mitarbeiter die Danziger Politik schlecht zu machen, um die polnische desto mehr herauszustreichen. Der Aufgabe, das Polentum zu loben und die schönen Dinge, die von Polen kommen könnten, in den Vordergrund zu stellen, unterziehen sich mit mehr Eifer als Geschick auch noch einige andere Mitarbeiter. Allerdings muß man sagen, daß das tschechische „deutsche“ Blatt erheblich besser und kostspieliger ausgestattet ist.

„Prager Presse“.

Unsere Ausführungen auf Seite 308, Nr. 10 des „Auslanddeutschen“ können wir heute durch zwei Abbildungen ergänzen. Sie geben die Textseite und die linke Hälfte der Anschriftseite einer Werbepostkarte wieder, die anscheinend in großen Massen von dem Verlag der „Prager Presse“ nach Deutschland versandt wird. Da die „Prager Presse“ vom tschechischen Propaganda-

Wer gibt mir
verlässliche Information über
POLITIK, HANDEL u. INDUSTRIE
in der Tschechoslowakei
u. über Mittel- u. Osteuropa
NUR DIE
TAGESZEITUNG



Was verhilft mir
zur erfolgreichen Verbindung
mit der Tschechoslowakei?
EIN INSERT
in der
TAGESZEITUNG



Adresse: Prag - III., Tschechoslowakische Republik.

Textseite.

Anschriftseite. Linke Hälfte.

dienst verschwenderisch in Deutschland verbreitet wird und nach unseren Beobachtungen bereits in deutschen Hotels usw. zu finden ist, können wir nur unsere Warnung an alle deutschen Kreise wiederholen, in diesem in deutscher Sprache abgefaßten tschechischen Regierungsorgan etwa eine deutsche Zeitung zu sehen. Die „Prager Presse“ verrät sich, ganz abgesehen von ihrer außenpolitischen Haltung, schon durch ihren Anzeigenteil als ein rein tschechisches Propaganda-Unternehmen.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

„Bund der Auslandsdeutschen.“

Von den Landesverbänden.

Dem Landesverband Danzig ist vom Wiederaufbau-Ministerium bestätigt worden, daß die Vorentscheidungs-Anträge der Danziger Auslandsdeutschen mit besonderer Beschleunigung behandelt würden. In jedem einzelnen Falle muß allerdings der Danziger Staatskommissar zunächst gehört werden, doch ist die Gewährung von Vorentscheidungen an die Danziger Auslandsdeutschen, welche Angehörige des Freistaates Danzig geworden sind, von der Ausübung der Option für Deutschland nicht abhängig.

Von den Deutschstämmigen aus Rußland.

Der „Ausschuß der deutschen Gruppen Alt-Rußlands“ hielt, wie die „Deutsche Post aus dem Osten“ meldet, am 26. April seine 100. Sitzung ab. Der Ausschuß ist am 10. April 1919 begründet worden. Herr Lizentiat Bernhard Unruh aus Halbstadt hielt ein Referat über die bisherige Tätigkeit der Mennoniten-Delegation in Amerika. In der gleichen Nummer wird ein Aufsatz von Friesen veröffentlicht, der Alt-Mexiko als Siedlungsgebiet für die Mennoniten auf Grund der Studienreise einer Delegation ablehnt und wird berichtet, daß in Mecklenburg die mennonitische Flüchtlingsfürsorge in Verbindung mit Regierungslandmesser Wiebe eine Ansiedlung von vorläufig fünf Mennonitenfamilien begründet habe. Die nötige Summe von 250 000 Mark sei durch Anteilscheine von je 500 Mark aufgebracht worden. Die Ansiedler erhielten das Geld als rückzahlbares Darlehen.

Eine neue Gründung der Wolga-Kolonisten ist zu verzeichnen, das „Hilfswerk der Wolgadeutschen“, Berlin SW. 11, Königsgräzterstraße 47, dessen Vorsitzender der durch seine Reise nach Südamerika und seine dortigen genossenschaftlichen Bestrebungen bekannt gewordene Kolonist Stieglitz ist. Das Hilfswerk ist ein gemeinnütziger Verein, der späterhin seinen Sitz nach Rußland verlegen will. Es erstrebt kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau der Kolonien an der Wolga und Unterstützung aller Wolgadeutschen, wo immer sie auch nur leben mögen. Die Mittel sollen durch genossenschaftliche Unternehmungen, freiwillige Gaben und Mitgliedsbeiträge gewonnen werden. Eine Pressestelle zur Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit über die Wolga-Kolonien und der Wolga-Kolonien über Deutschland ist geplant, Vereinsmitteilungen, Bücher und Schriften sollen herausgegeben werden, eine Beratung bei der Auswanderung nach Rußland und der Rückwanderung nach Deutschland ist vorgesehen, die Ausbildung deutscher Lehrer, Landwirte, Techniker, Handwerker und Ingenieure sowie Ärzte für die Kolonien ist in Aussicht genommen. In den Statuten heißt es bei den Paragraphen, die die Mitgliedschaft betreffen: „Schieber, Kriegsgewinnler und Wucherer können in das Hilfswerk der Wolgadeutschen nicht aufgenommen werden.“ Die Organe des Vereins sind der Vorstand, das Hilfskomitee, die Mitgliederversammlung und die Revisions-Kommission. Das Hilfskomitee selbst soll aus drei hilfsbedürftigen Mitgliedern bestehen, die zusammen mit dem aus drei Personen bestehenden Vorstand die Verteilung der Unterstützungen bestimmen. Das Hilfswerk wendet sich zunächst mit einem Aufruf an die Hunderttausende von Wolgadeutschen in Südamerika, um sie zu Spenden für die notleidenden Kolonien aufzufordern.

Ein „katholisches Hilfswerk der Schwarzmeer-Kolonisten“ wurde in Berlin begründet, um die Fürsorge-Angelegenheiten

dieser Kolonisten in die Hand zu nehmen und eine Zentrale für den Empfang von Spenden der Landsleute aus Amerika zu bilden. Vertrauensrat Edmund Schmid wurde als Vorsitzender gewählt. Es handelt sich hier offensichtlich um eine Gegengründung gegen den jüngst begründeten „Verein der Schwarzmeer-Kolonisten“, der Herrn Schmid als Vertrauensrat ablehnte und mit ihm in Zerwürfnisse geriet. Daß dieses Doppel- und Gegeneinander-Arbeiten die Sache der Schwarzmeer-Kolonisten fördern kann, ist kaum zu erwarten.

Verband Studierender Schwarzmeer-Deutschen.

Es sind schon 2½ Jahre verflossen, seit die ersten Studenten aus dem Schwarzmeergebiet in Deutschland eintrafen, um hier deutsches Wissen und deutschen Geist aufzunehmen. Mit welchem Mut und welcher froher Hoffnung betraten wir die Hochschulen, um wieder ruhig studieren zu können. Den Ersten folgten wohl noch einige nach; jedoch wegen der schwierigen Verhältnisse erhielten wir erst im letzten Jahre wieder einen größeren Zustrom an Studenten. Wer kann heute, wo sie auf allen Hochschulen zerstreut sind, sagen, wieviel es ihrer sind?

Der Gedanke eines Zusammenschlusses aller deutschen Studierenden aus dem ehemaligen Rußland ist nicht neu. Über das Wie gingen die Meinungen auseinander. Wie dem auch sei, das eine ist uns allen klar, daß der Zusammenschluß angestrebt werden muß und auch erfreulicherweise im Gange ist.

Es ist ein unmöglicher Zustand, daß wir in ganz Deutschland zerstreut sind und nichts voneinander wissen; daß wir nicht, sei es durch die Presse oder semesterliche Zusammenkünfte, uns gemeinsam darüber beraten, wie wir unserem Kolonistentum später am besten dienen können. Es ist unerträglich, daß einer nach dem andern aus der Reihe der Studierenden scheidet, weil ihm nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen. Es gehört viel Mut und innere Triebkraft dazu, unter den jetzigen Verhältnissen ohne Mittel das Studium fortzusetzen. Wenn die Mehrzahl trotzdem den Mut nicht sinken läßt, so ist das wahrlich ein Zeichen dafür, daß wir Studenten gewillt sind, als ganze Männer am Wiederaufbau unserer Kolonien mitzuarbeiten.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus wurde das Verlangen nach einem Zusammenschluß in letzter Zeit immer größer. Am 5. Mai 1921 fand in Tübingen eine Vertreterversammlung der studierenden Schwarzmeer-Deutschen aus Tübingen, Stuttgart und Hohenheim statt. Alle Vertreter waren von dem Wunsche beseelt, den langegeplanten Zusammenschluß in Wirklichkeit umzusetzen. Das Ergebnis dieser Tagung war die Gründung eines „Verbandes Studierender Schwarzmeer-Deutschen“.

Zweck und Ziel des Verbandes ist die geistige und materielle Unterstützung studierender Schwarzmeer-Deutschen. Als ordentliche Mitglieder können alle an den Hochschulen studierende Schwarzmeer-Deutschen aufgenommen werden, als außerordentliche Mitglieder alle zum Studium berechtigten Schwarzmeer-Deutschen sowie sämtliche schwarzmeer-deutschen Akademiker.

An alle studierenden Schwarzmeer-Deutschen ergeht hiermit die Aufforderung, sich dem Verbands anzuschließen. Wir hoffen, daß jeder die Notwendigkeit des Zusammenschlusses einsieht und sich unverzüglich dem Verbands anschließt. Keiner darf beiseite stehn!

Die Aufnahme erfolgt durch den Vorstand des Verbandes. Der Vorstand ersucht hiermit die studierenden Schwarzmeer-Deutschen der einzelnen Hochschulen, sich einen Vertrauensmann zu wählen, an den sich der Vorstand wenden kann und durch den sich die einzelnen Studierenden mit dem Vorstand in Verbindung setzen können. Es wird gebeten, die Anmeldung

baldmöglichst zu machen, damit unsere Arbeit nicht gehemmt wird. Für Angabe von Aufenthaltsorten einzelner Studierender, die auf keiner Hochschule sind, wäre der Vorstand sehr dankbar.

Tübingen, Nauklerstr. 19,
den 11. Mai 1921.

I. A.:
K. Stumpf, Vorsitzender.

In Berlin soll ein Verein der Moskau-Deutschen gegründet werden, der auf den Grundlagen aufbauen soll, die ein Verein ehemaliger Petri-Paul-Schüler in Moskau hatte. Am 28. April tagte man im Gemeindehause der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche erstmals unter unerwartet großem Besuch. Ein Anschluß an die bestehende Flüchtlingschule wurde befürwortet. Auch Angehörige aller anderen Kirchenschulen in Moskau, der Michaelis- und der reformierten Schule sollen in den Kreis des Vereins einbezogen werden. Ein Organisationskomitee wurde gewählt.

Vom Hilfsbund der Elsaß-Lothringer.

Am 9. und 10. April tagte der Bundesvorstand unter der Leitung des 2. Vorsitzenden, Kaufmanns Böhle, und in Anwesenheit fast sämtlicher Vertreter der Landesverbände in Berlin. Er zählt jetzt 14 Landesgruppen mit 196 Ortsgruppen und 20000 Mitglieder, beklagt jedoch noch immer, daß sehr viele Flüchtlinge sich von ihm fernhalten, die die Vorteile der Hilfsbundarbeit genießen, jedoch keine Opfer bringen wollen. Geschäftsführer Gilg betonte, keine Ortsgruppe dürfe einem Vertriebenen mehr Hilfe gewähren, wenn er nicht Mitglied sei. Jeder, der Interesse habe, solle als Mitglied aufgenommen werden. Es soll mit aller Schärfe darauf gedrungen werden, daß der Bund sich selbst erhält. Der nächste Bundestag wird in Weimar abgehalten werden. Über das Entschädigungsgesetz, das Entschädigungsverfahren und die Feststellungsausschüsse berichtete Dr. Purper, über Beamtenfragen Redakteur Gadomski. Sodann erklärte man sich mit der käuflichen Übernahme der Verlagsrechte der Elsaß-Lothringischen Mitteilungen, des Elsaß-Lothringischen Adreßbuches und des Vertriebenenkalenders einverstanden. Der Direktor der gemeinnützigen Siedlungs-Gesellschaft „Neue Heimat“, Nußbaum, hielt einen Vortrag über die Fürsorge und die vom Hilfsbund betriebenen Siedlungsunternehmungen. Ministerialrat Donnevert berichtete, daß 6000 Möbeltransporte durchgeführt und noch 3000 zu erwarten gewesen seien, daß jetzt aber bei den Neuausweisungen auch keine Transporte kämen, so daß diese Arbeit nicht in diesem Jahre beendet werden könne. Er berichtet auch vom Wissenschaftlichen Institut, daß die Universität Frankfurt es übernommen habe, die nötigen Räume zur Verfügung zu stellen. Finanziell entwickle sich das Unternehmen gut, ein Jahrbuch mit wissenschaftlichen Arbeiten und auch eine Elsaß-Lothringische Hausbibliothek, von der in diesem Jahre noch 6 Bände erscheinen können, sollten herausgebracht werden. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Verbesserungen am Verdrängungsschadengesetz anerkennt, aber weitere Verbesserungsvorschläge macht.

Die Darlehenskasse der Elsaß-Lothringer hat bis jetzt 8085 Darlehen bewilligt, davon 146 in den Monaten Februar und März. 7258 Darlehen mit 9,87 Millionen gingen bis zu M. 2000.—, 450 mit 1,85 Millionen bis zu M. 5000.—, 377 mit 6,4 Millionen über M. 5000.—. Insgesamt wurden 18,16 Millionen Mark als Darlehen gewährt. 2,93 Millionen wurden davon bereits wieder zurückbezahlt, so daß die ausstehenden Forderungen der Darlehenskasse ohne Zinsen sich jetzt am 31. März 1921 auf 15 228 200 Mark belaufen.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

In einer kleinen Anfrage Nr. 774 wird die Reichsregierung befragt, ob es richtig sei, daß von den anläßlich des Kriegsausbruches zur Disposition gestellten Auslandsbeamten diejenigen, die ihrem Vaterlande mit der Waffe dienten, in ihrem Dienstalter hinter denjenigen, die während dieser Zeit vom Auswärtigen Amt beschäftigt wurden, zurückstehen und was die Reichsregierung in diesem Falle zu tun gedenke, um die offensichtliche Ungerechtigkeit zu beseitigen.

Auf eine kleine Anfrage des Herrn Grafen Westarp (Nr. 757) antwortet das Auswärtige Amt: Ein Verbot des Bezugs deutscher Zeitungen bestehe in Kongreß-Polen nicht. Dagegen sei in den abgetretenen, früher preußischen Gebietsteilen der Bezug deutscher Zeitungen bis November 1920 verboten gewesen. Nach der Beendigung des bolschewistischen Feldzuges wurde der Bezug der „Welt am Montag“, des „Vorwärts“, der Vossischen Zeitung“ und des „Berliner Tageblattes“ wieder zugelassen, während für die übrigen Zeitungen das Verbot fortbesteht. Das Auswärtige Amt habe dem deutschen Konsulat in Posen Weisung gegeben, beim Ministerium für die Wojewodschaften Posen und Pommerellen den Antrag auf Zulassung aller deutschen Zeitungen und Zeitschriften zu stellen, eine Antwort des genannten Ministeriums sei noch nicht erfolgt. Eine Nützlichkeit der angeregten Maßregel, den Versand polnischer Zeitungen nach Deutschland zu verbieten, könne nicht eingesehen werden, da die polnischen Zeitungen zu wenig verbreitet seien, während die Deutschen in Polen durch ein etwaiges allgemeines Verbot deutscher Zeitungen in Polen hart betroffen würden.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Ausländische Studenten auf deutschen Hochschulen. Es studieren, einem Bericht in der „Zeitschrift deutscher Ingenieure“ zufolge, im ganzen 1660 Ausländer an deutschen Technischen Hochschulen im Winterhalbjahr 1920/21, von ihnen mehr als ein Drittel in Berlin. Während an allen andern Hochschulen die Ausländer nur 1–10% ausmachen, beträgt der Prozentsatz an der Berliner Technischen Hochschule volle 26%. Breslau hat 4%, Stuttgart 2, Karlsruhe 10, München 3, Darmstadt 2,5, Hannover und Braunschweig je 3%.

Ein Verband niederländischer Vereine. Unter dem Vorsitz des holländischen Gesandten trat in Berlin ein Ausschuß zur Förderung des holländischen Stammesbewußtseins ins Leben, der die bestehenden 70 holländischen Vereine in Deutschland zu einem Verband niederländischer Vereine in Deutschland vereinigen will. Vom 1. Mai ab sollte eine gemeinsame Zeitschrift, „De Post van Holland“, erscheinen, die namentlich den zahlreichen in Deutschland tätigen und in deutscher Währung entlohnenden, also unter der Valutaverschlechterung leidenden Holländern Nachrichten aus Holland vermitteln sollte, damit sie nicht auf den Bezug teurer holländischer Zeitungen angewiesen seien.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Spruchkommissionen für die Kolonialdeutschen.

Der Reichsanzeiger Nr. 116 vom 21. Mai 1921 veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichsministers für Wiederaufbau betreffs Sitz- und Geschäftsbereich der Spruchkommissionen der Kolonialzentralverwaltung, welche in Abänderung früherer Bekanntmachungen bestimmt, daß auf Grund

des § 21 der Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden in den deutschen Schutzgebieten aus Anlaß des Kriegs zur Entscheidung über die Anträge auf diese Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen die nachstehenden Spruchkommissionen zuständig sind:

1. 2 Kommissionen für das Schutzgebiet Kiautschou mit dem Sitz in Berlin;

2. 18 Kommissionen für die übrigen Schutzgebiete, und zwar je nach dem Wohnort des Antragstellers:

a) drei in Hamburg für das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg und die Städte Altona, Wandsbeck und Harburg,

b) 1 in Bremen für das Gebiet der Freien und Hansestadt Bremen, die Provinzen Hannover und Westfalen und die Länder Oldenburg, Lippe, Schaumburg-Lippe und Waldeck,

c) 1 in Stuttgart für die Länder Bayern, Baden, Hessen, Württemberg und die Hohenzollernschen Lande,

d) 1 in Dresden für die Länder Sachsen und Thüringen,

e) 12 in Berlin für alle sonstigen Gebiete.

3. Der gegenseitige Geschäftsbereich innerhalb der Kommissionen zu 2 a und 2 e grenzt sich wie folgt ab:

Hamburg: 1 Kommission für Kamerun, 1 Kommission für Ostafrika, 1 Kommission für Südwestafrika, Togo, Neu-Guinea und Samoa,

Berlin: 2 Kommissionen für Ostafrika Pflanzern und Pflanzungsbetriebe, 3 Kommissionen für Ostafrika sonstige Personen und Betriebe, 2 Kommissionen für Kamerun, 4 Kommissionen für Südwestafrika (Norden, Mitte, Süden, Küste), 1 Kommission für Togo, Neu-Guinea und Samoa.

4. Soweit für den gleichen Geschäftsbereich mehrere Kommissionen aufgestellt sind, wird ihre Zuständigkeit durch den Leiter der Entschädigungsstelle der Kolonialzentralverwaltung abgegrenzt.

5. In denjenigen Fällen der Nr. 2, in denen der Geschädigte keinen Wohnsitz im Inlande hat, sind die in Berlin errichteten Spruchkommissionen zuständig.

6. Für Schäden, die auf der Beförderung von oder nach einem Schutzgebiet entstanden sind, ist, sofern gemäß Nr. 1, 2 oder 5 die Zuständigkeit einer Spruchkommission begründet ist, deren Geschäftsbereich sich nach Schutzgebieten abgrenzt, die Spruchkommission für dasjenige Schutzgebiet zuständig, aus oder nach dem die beschädigten oder eingebüßten Sachen versandt worden sind.

Der Leiter der Entschädigungsstelle kann mit Zustimmung des Reichsverbandes der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressenten aus Gründen der Zweckmäßigkeit ausnahmsweise einen Antrag an eine andere als die nach den vorstehenden Bestimmungen zuständige Kommission zur Behandlung überweisen.

Für Chinadeutsche!

Wir erhalten folgende Zuschrift: „In einer beim Auswärtigen Amt eingegangenen Aufstellung über die nach Abfahrt des Transportdampfers „Nankai Maru“ im früheren Deutschen Generalkonsulat in Schanghai lagernden Privateffekten sind folgende Namen aufgeführt: Biester, H. von Broen, Brandeis (Wien), Benkert, Kapitän Bendixen, Butsch, P. Kohlschmidt, Oriental Automobil Co., E. Bock, Eilts, G. Engler, Föhse, Guido Hansen, Felix Hach, Albert Heil, Fräulein von Hagedorn, A. Jahrand, Kapitän Jacobsen, P. Klimanek, Konnowski, M. Krebs, K. Kastmann, Kind & Bonus, R. Lehmann, Leo Mey, Luise Kolb, P. Metzner, Matzen, C. Myer (C. M. D.), E. de Marteau, F. O. Preis, Fred Pu- vogel, Rosenhauer, W. Schwarm, Th. Scholz, Kriegsgefangener in Japan Schulze, O. Struckmeyer, R. Stutzke, Siebert, Robert Simon,

G. Siemer, K. Tidemann, J. Wacker, Wilkens, R. Wendt, Mertens, Pieck, v. Foerster, Hünecker, Bernasconi, Baist, Schönherr.

Den Eigentümern ist zu empfehlen, alsbald über die eingelagerten Koffer und Kisten zu verfügen und sich zu diesem Zwecke mit dem Niederländischen Generalkonsulat in Schanghai unmittelbar in Verbindung zu setzen."

VERSCHIEDENES

Eine Heimarbeits-Ausstellung

wurde in Reval am 18. März eröffnet, die zahlreiche Arbeiten zeigte und beim Publikum reichen Beifall fand. Die hübschen und zweckmäßigen Gegenstände fanden raschen Absatz. Aus Privaträumen ist die Heimarbeitsausstellung nunmehr in eigene Geschäftslokale umgezogen und ist ein rein kaufmännischer Betrieb geworden. Weit über 100 Personen erwarten aus diesem Betriebe Arbeitsmöglichkeit, über 50000 Mark konnten bereits an Arbeitslose ausbezahlt werden. Das Werk deutscher gegen-

seitiger Hilfeleistung ist ein Zeichen dafür, daß die deutsche Gesellschaft auf dem Posten ist.

Hilfe für die deutschen Studenten.

Im Ausland sind zugunsten deutscher Studenten verschiedentlich Sammlungen veranstaltet worden. So haben englische Schüler und Studenten rund 500 000, Pariser Studentinnen 10 000, italienische Freunde 13 000 und indische Studenten 37 000 Mark aufgebracht.

Japanische Hilfe für deutsche Kinder.

Der „Tag“ läßt sich aus Tokio ein kleines und erfreuliches Geschichtchen berichten. Ein japanischer Bauer aus der Provinz, der sich die Landeshauptstadt besah, erschien beim deutschen Botschafter, der ihn auch empfing und dem er 10 Yen — immerhin rund 300 Mark — übergab, die er bat, zugunsten der deutschen hungernden Kinder zu verbrauchen. Der Botschafter schilderte ihm in seiner Antwort das deutsche Kinderelend, der Bauer überreichte darauf nochmals 70 Yen und betonte, er werde in seiner Heimat weitere Mittel zu dem guten Zwecke sammeln.

AUSWANDERUNGSWESEN

Die deutsche überseeische Auswanderung im Jahre 1920.

Das Märzheft der Monatsschrift „Wirtschaft und Statistik“ des Statistischen Reichsamts bringt eine kurze Übersicht über die deutsche überseeische Auswanderung im Jahre 1920. Danach haben im Jahre 1920 8458 Deutsche das Reichsgebiet nach überseeischen Ländern verlassen. Davon waren 4434 männlichen und 2527 weiblichen Geschlechts, für 1497 Personen lag eine gleichartige Angabe nicht vor.

Von den 8458 deutschen Auswanderern gingen über Hamburg 763, über Bremen 106, über die niederländischen Häfen Amsterdam und Rotterdam 6454 bzw. 1135.

Für die weitaus größte Zahl der Auswanderer, nämlich 6078, war das Auswanderungsziel „Südamerika“. Von den übrigen Auswanderern gingen nach Argentinien 588, nach dem brasilianischen Staate Parana 131, nach den Vereinigten Staaten von Amerika 1429 und nach den mittelamerikanischen Staaten Mexiko, New Orleans sowie Kuba insgesamt 231.

Von den über Hamburg beförderten 763 Personen wanderten 582 im Dezember aus, die übrigen verteilen sich auf die Monate April, Juni, Juli und August. Über Bremen gingen im September 26, im Oktober 28 und im Dezember 52 Auswanderer. Bei Amsterdam entfällt die größte Zahl auf September. Über diesen Hafen wurden in den Monaten Februar und März keine Auswanderer befördert, was vermutlich mit dem damaligen Hafenstreik im Zusammenhang steht. Bei Rotterdam entfiel mehr als die Hälfte der Gesamtzahl der Auswanderer auf Januar.

Auch 1975 Angehörige fremder Staaten wählten bei der Auswanderung den Weg über deutsche Häfen, und zwar über Bremen 1966, über Hamburg 9. Das Reiseziel dieser 1975 fremden Auswanderer waren die Vereinigten Staaten von Amerika. Unter diesen Auswanderern waren 1127 Polen und 715 Angehörige der Tschechoslowakei. In den genannten Zahlen ist die voraussichtlich wesentlich umfangreichere Überlandauswanderung nicht einbegriffen.

Auswanderung aus der Schweiz.

Wie in Deutschland, so zeigt sich auch eine starke Auswanderungsneigung in der Schweiz, welche durch die gedrückte Gemütsstimmung, Teuerung und Mangel an passender Arbeitsgelegenheit verursacht wird. Sie wird, wie bei uns, durch direkte Offerten zweifelhafter Art, durch Bücher und Druckschriften gesteigert.

Das Eidgenössische Auswanderungsamt in Bern hatte im Berichtsjahre 1920 im ganzen 6058 Auskünfte zu erteilen, während es im Jahre 1919 nur 4928 waren. Von diesen 6058 Auskünften bezogen sich 3773 auf überseeische, die anderen auf europäische Länder.

Die statistisch erfaßte Auswanderung betrug im Berichtsjahre 9276 (höchste Zahl seit 1884: 9608) Personen aus der Schweiz nach außereuropäischen Ländern. Davon waren 7988 Schweizer und 1288 vor der Abreise in der Schweiz niedergelassene Ausländer. Durchschnittlich wanderten in den letzten 20 Jahren aus der Schweiz jährlich 4362 Personen nach überseeischen Ländern aus, in den letzten 6 Jahren aber nur 2789. Am stärksten beteiligt sind die Kantone Zürich (mit 1893), Bern (1629), St. Gallen (908) und Tessin (863) Auswanderern.

In französischen Häfen schifften sich 6694, in belgischen 1339 und in italienischen 903 Auswanderer ein, die übrigen in englischen, niederländischen, kanadischen, portugiesischen und deutschen Hafenplätzen.

Als Reiseziel wählten die Vereinigten Staaten 7053, Argentinien 558 und Brasilien 533. Die übrigen verteilten sich auf Afrika (408), Asien (320), Kanada (195), Mittelamerika (63) und das übrige Südamerika (107).

Die meisten Auswanderer waren Angehörige der Landwirtschaft (2771), dann folgten Industriearbeiter (2424), kaufmännische Angestellte (1540), Dienstboten (517), Hotelangestellte (454), Erzieherinnen und Lehrer (207) usw.

In der Schweiz befaßten sich 32 Agenturen und 2 Passagegeschäfte mit der Beförderung der Auswanderer und Passagiere. Bezüglich von Kolonisationsunternehmen und Anwerbungen stellt sich das Eidgenössische Auswanderungsamt auf den Standpunkt, daß Auswanderervereine nicht in großen Gruppen auf gut Glück hin auswandern sollten, sondern durch einige hierzu ausersehene Männer im fremden Lande an Ort und Stelle prüfen sollten, ob die Möglichkeit zur Gründung einer Kolonie vorhanden sei, und zwar nicht gleich nach ihrer Ankunft, sondern erst nachdem sie einige Zeit auf bereits bestehenden Kolonien gearbeitet und die Sprache, die Arbeitsweise und Gesetze des Einwanderungslandes kennen gelernt haben. „Die Erfahrung hat gelehrt, daß dieser Weg zwar langsam ist, aber am sichersten zum Ziele führt.“

Auswanderung polnischer Intelligenz nach Amerika.

Zurzeit findet eine starke Auswanderung polnischer Intelligenz nach Amerika statt, — kein gutes Zeichen für das geistige und wirtschaftliche Leben des Staates, der doch zu den Siegerstaaten gehört und dem die zahlreichen neuen Gebiete, die er gewonnen hat, bedeutende Aufgaben stellen. Das polnische Emigrationsbüro in Warschau warnt nun abermals vor einer Auswanderung nach Amerika, namentlich solche Kreise der Intelligenz, die weder Land und Leute, noch die Landessprache kennen. Es teilt mit, daß der Attaché für Auswanderungsangelegenheiten beim polnischen Generalkonsul in Neuyork (einen solchen Posten gibt es bezeichnenderweise!) vor der Auswanderung ernstlich warne, da die amerikanische Geschäftskrise das Land für derartige Personenkreise als nicht aufnahmefähig erscheinen läßt.

Ausländer und Grundbesitz in Mexiko.

Der Präsident der mexikanischen Republik hat das Ministerium des Innern angewiesen, durch Rundschreiben alle Gouverneure auf Absatz 1 des § 27 der Verfassung hinzuweisen. Diese Bestimmung sieht vor, daß Ausländern das Besitzrecht über Grundeigentum, Wasserläufe etc. zugebilligt werden kann, wenn sie vorher auf dem Ministerium des Äußern eine Erklärung abgeben, daß sie in allen den Grundbesitz betreffenden Fragen auf ihre fremde Nationalität Verzicht leisten und sich des diplomatischen Schutzes des Vertreters ihres Vaterlandes entäußern. Die Gouverneure sollen ihrerseits die öffentlichen Notare und Tribunale auf diese Bestimmung aufmerksam machen, um die Überschreibung von Besitztiteln an Ausländer, die die betreffende Erklärung nicht abgegeben haben, zu verhindern. Die Vergünstigung des Landerwerbs für Ausländer bezieht sich außerdem nur auf Gelände, die 100 km von der Landesgrenze und 50 km von der Meeresküste entfernt gelegen sind.

Wo bleiben die Auswanderer der Poconé?

Die auf vorschußfreie Überfahrt mit der Poconé beförderten Auswanderer (über 1100) sind zunächst auf der Blumeninsel ausgeschifft worden, wo sie der deutschen Gesandtschaft in Rio beigegebene Auswanderungssachverständige, Herr Dr. Seelheim, besucht hat. Die „Deutsche Zeitung von Sao Paulo“ vom 11. April meldet, daß 20 von ihnen am Morgen in Sao Paulo eingetroffen seien. Weitere 300 Mann mit 500 Frachtstücken würden an Bord der Dampfer „Syrio“ und „Iris“ nach Parana weiterbefördert, wo sie auf der Kolonie „Cruz Machado“ untergebracht werden sollten. Nach Santa Catharina und Rio Grande do Sul reisten 132 Mann mit 200 Frachtstücken. Diese Zahlen lassen

vermuten, daß die brasilianische Regierung den Einwanderern keine Schwierigkeiten bereitet hat, das vorgesteckte Ziel zu erreichen.

Unterstützung der Einwanderung durch brasilianische Regierungen.

Seit unserer, unter der gleichen Überschrift im „Ausland-deutschen“ Nr. 9 Seite 281 gebrachten Notiz haben sich weitere brasilianische Staatsregierungen auf die Rundfrage des Landwirtschaftsministers geäußert.

Die Staatsregierungen von Minas Geraes und Matto Grosso haben sich bereit erklärt, einen Teil der Beihilfe zu tragen. Die Regierungen dieser beiden Staaten bemühen sich, vor allem auch deutsche Kolonisten ins Land zu ziehen. Minas Geraes hat mehrere große Besitzungen käuflich erworben, um sie parzelliert an deutsche Landwirte billig abzugeben.

Der Staatspräsident von Bahia hat geantwortet, daß eine beschränkte deutsche Einwanderung in Bahia erwünscht wäre; Bahia meint 1000 Einwanderer als Landarbeiter und Kolonisten unterbringen zu können.

Die Regierung des Staates Sao Paulo antwortet, sie subventioniere bereits selbst die Einwanderung und habe bezügliche Kontrakte geschlossen. Es sollen nicht weniger als 100 000 Einwanderer eingeführt werden, für die 17 Pfund Sterling per Kopf kontrahiert sind. Die Ausführung des Kontraktes erheischt eine Ausgabe von rund 50 000 Contos, gleich 50 Millionen Milreis. Gegenüber diesem enormen Betrag, den die Staatsregierung für Einwanderer zu bewilligen gedenkt, sind die von der Bundesregierung für den gleichen Zweck bewilligten 3000 Contos, gleich 3 Millionen Milreis, eine Bagatelle.

Der Staat Sergipe hat geantwortet, er könne wegen Mangels an guten Verkehrswegen keine Einwanderer aufnehmen.

Die Regierung von Ceara verfügt nicht über die erforderlichen Mittel, um die Einwanderung fördern zu können.

Bei etwaigen an sie herantretenden Auswanderungsangeboten müssen deutsche Auswanderer stets berücksichtigen, daß deutsche Kolonisten im allgemeinen nur südlich der Linie Santos—Curumba vorwärts gekommen sind, allenfalls noch im Hochland des Staates Espirito Santo, das aber zurzeit abgewirtschaftet ist und von den deutschen Siedlern verlassen wird.

Es kommen somit für deutsche Siedlung heute in Frage nur die südlichen Teile der Staaten Matto Grosso, Sao Paulo, Parana, Santa Catharina und Rio Grande do Sul. Was nördlich dieser Linie liegt, ist für die Deutschen aus klimatischen Gründen weniger geeignet.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

Deutsche Volkskalender im Auslande.

II. Amerika.

Nachdem der „Auslanddeutsche“ Nr. 10, Seite 315, die deutschen Volkskalender des Ostdeutschums behandelt hat, folgen nun die deutschen Volks- und konfessionellen Kalender des westlichen Kontinents. Je weiter die Gruppen des deutschen Volkstums, welche derartige Kalender herausgeben, von der Heimat entfernt sind, desto mehr werden diese Kalender zu Brücken vom Ausland zur Heimat hinüber. Fast ausnahmslos geben sie nicht nur Einblick in die wirtschaftliche, politische und religiöse Lage des deutschen Volkstums in den überseeischen Ländern, sondern sie nehmen zugleich regen Anteil an den Vorgängen in der Heimat, an der sie durch geeignete Artikel das Interesse wachzuhalten suchen. Besonders interessieren muß uns naturgemäß ihre Stellungnahme gegenüber der Knebelungspolitik der Entente. Sind sie doch in erster Linie dazu berufen, im Ausland die Gewissen zu wecken und für wirkliche Menschlichkeit im Interesse der Gesamtheit einzutreten. Möchten auch diese Kalender immer mehr dazu beitragen, daß nach all der Unruhe und Gegensätzlichkeit unserer Zeit bald wieder Friede einkehre, der der gesamten Menschheit zum Segen werden wird.

A. Nordamerikanische Volkskalender.

1. Milwaukee Amerika Kalender. Jg. 41. 1921. Milwaukee: Brumder 1921, 294 S. 8°. 2. Der Hausfreund. Illustr. Familien-Kalender für das Jahr 1921.

Buffalo: Buffalo Volksfreund 1921. 146 S. 8°. 3. Der Hausfreund. Illustr. Familien-Kalender für das Jahr 1921. Portland: Kern & Co. 1921. 146 S. 8°. (Umschlagt.) Illustr. Washington Staatszeitung-Kalender 1921. 4. Der Wanderer-Kalender. Jg. 20. 1921. St. Paul: Wanderer Printing Co. 1921. 95,

XLVIII S. 40. 5. **Erie Tageblatt-Kalender**. Illustr. des ach-amerikanischen Familienbuch für 1921. Erie: Erie Tageblatt Publishing Co. 1921. 64 S. 80. 6. **Plonier**. Illustr. Volks-Kalender. Jg. 40. 1921. New York: New Yorker Volkszeitung 1921. 112 S. 40. 7. „**Vorbote**“. Illustr. Volks-Kalender 1921. Den Interessen des arbeitenden Volkes gewidmet. Chicago: Chicagoer Arbeiterzeitung Publ. Co. 1921. 80 S. 40.

Der **Milwaukee Amerika Kalender 1921** (1) erscheint gebunden mit der Freiheitsstatue auf dem Titelbild. Die Weltumschau widmet Deutschland den breitesten Raum und befaßt sich besonders mit den Abstimmungsgebieten, von denen Übersichtskarten gebracht werden. Die politischen Vorgänge als Folgen des Kapp-Putsches werden eingehend besprochen. Wir finden ein sympathisches Bild von Wilhelm von Hohenzollern, wie er im Exil von Amerongen durch Blumen wandelt. Auch sein neues Heim Schloß Doorn bei Utrecht erscheint im Bilde. Der Revolution in der Naturwissenschaft, d. h. Einsteins Relativitätstheorie, wird ein besonderer Artikel gewidmet, dem ein gutes Bild Einsteins beigegeben ist. Aus diesem Kalender sind auch die gesetzlichen Feiertage in den Vereinigten Staaten von Amerika, sowie die Festtage des 20. Jahrhunderts zu ersehen. „Den Frauen“, „Der Jugend“ und „Den lieben Kleinen“ sind besondere Abschnitte gewidmet.

Ein rechtes Familienbuch, welches deutsche gemütvolle Art zu pflegen versteht, ist der „**Hausfreund 1921**“ (2). Er erhält das Interesse am deutschen Rhein wach und bringt eine wertvolle Tabelle der Entfernung zwischen den verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten. Eine Karte von Deutschland und Österreich, mit den durch die Pariser Friedensschlüsse festgesetzten Grenzen, veranschaulicht dem Deutsch-Amerikaner die aus dem Leibe Deutschlands durch die Entente herausgerissenen Fetzen. Führende Staatsmänner wie Fehrenbach, Hoover, Millerand, Palmer, Deschanel, Obregon und Harding und andere erscheinen mit ihren Familien auf dem Bilde, auch General Haller als Kommandeur der polnisch-amerikanischen Truppen.

Der „**Hausfreund 1921**“, illustrierter Familienkalender der „Washingtoner Staatszeitung“ (3), ähnelt in Form und Inhalt dem gleichnamigen Bruder, der im Verlag des „Buffaloer Volksfreundes“ erschienen ist. Auch ihn zielt als Eingangsbild „Der größte Amerikaner und seine Flagge“.

Wenn der „**Wanderer**“ (4) und der „**Erie Tageblatt-Kalender**“ (5) auch einen interkonfessionellen Titel tragen, so kennzeichnen sie ihre Bilder und Artikel doch als mehr oder weniger katholische konfessionelle Kalender. Der Schmerz um den Untergang und die Zerrissenheit des deutschen Vaterlandes tritt in der jeweiligen Jahresrundschau deutlich zutage, wenn auch andererseits die Haltung Amerikas nur vorsichtig reserviert beurteilt wird. Die verfehlte Politik der Entente wird aber offen gegeißelt.

Der „**Erie Tageblatt-Kalender**“ (5) für 1920 bringt eine interessante Novelle von Emil Franzos „Deutsche in der Fremde“, mit dem bekannten Heine'schen Motto: „Deutsche Treu und deutsches Hemde, das verschleißt sich in der Fremde“. Es fällt auf, daß derselbe Kalender im Jahr 1921 in weniger stattlichem Format und auf sehr viel schlechterem Papier gedruckt ist als 1920. Er bringt zum Ausdruck, wie wenig es die Deutsch-Amerikaner verstehen, daß der neue deutsche Staat nichts Eiligeres zu tun hatte, als seine schmutzige Wäsche vor dem schadenfrohen Ausland zu waschen.

Im Unterschied von den beiden vorgenannten Kalendern trägt der „**Plonier**“ (6) ausgesprochen sozialistisches Gepräge. Auf dem Titelbild sucht ein stämmiger Arbeiter den Erdball von den krallenartigen Wurzeln der Kapitalismuseiche zu befreien. Der Leitartikel ist Karl Liebknecht gewidmet mit einigen recht sympathischen Bildern dieses sozialistischen Führers. Das „Zuchthaushied“ von Paul Schöler besingt den Sträflingskittel als Ehrenkleid. Josef Joos verkündet eine neue „Weltkatastrophe und Weltende“ als im Anmarsch begriffen. Sie wird uns eine Neuordnung der menschlichen Gesellschaft bringen, die aller Ausbeutung und allem Elend ein Ende macht. Zahlreiche kommunistische Größen erscheinen im Bilde. Speziell Deutsches suchen wir in diesem Kalender vergeblich.

In großem Format und vornehmer Aufmachung sieht der „**Vorbote 1921**“ (7) es darauf ab, das Proletariat und die Kommune zu verherrlichen. Dabei wird das, was anderen heilig ist, nach Möglichkeit herabgezogen. Besonders schlecht kommen die Pfarrer weg. Die „Rote Fahne im Wandel der Zeit“ und

„Die Doppelnatur der Sozialisierung“ wird besungen. Den drei sozialistischen Philosophen Karl Marx, Friedrich Engels und Jos. Dietzgen ist ein besonderer illustrierter Artikel gewidmet. Das Titelbild des hinter dem ochenbespannten Pfluge wandernden Landmannes ist außerordentlich wirkungsvoll. Auch ein gesunder Humor kommt in diesem Kalender zu seinem Recht.

B. Konfessionelle nordamerikanische Kalender.

8. **Lutheran Church-Year-Book for 1921**. Issued under the auspices of the United Lutheran Church in America. Comp. and ed. by Rev. M. Kopenhagen. Philadelphia: United Lutheran Publ. House 1921. 128 S. 80. 9. **Der lutherische Kalender auf das Jahr unseres Heilandes 1921**. Hrsg. von R. Neumann. Philadelphia: United Lutheran Publ. House 1921. 192 S. 80. 10. **Warburg-Kalender der Evang.-Luther. Synode von Iowa und anderen Staaten für 1921**. Schröflig. A. Pilger. Chicago: Warburg Publ. House 1921. 208 S. 80. 11. **Evangelisch-Lutherischer Kalender 1921**. Hrsg. von der Publikations-Behörde der Allg. Evan.-Luth. Synode von Ohio und anderen Staaten. Red.: Pastor Paul Hansen. Columbus: Luth. Verlagshandlung 1921. 96 S. 80. 12. **Amerikanisch-Kalender für deutsche Lutheraner auf das Jahr 1921**. Literar. Red.: Pastor H. Weseloh. St. Louis: Concordia Publ. House 1921. 106 S. 80. 13. **Evangelischer Kalender auf das Jahr unseres Herrn 1921**. Hrsg. von der Evang. Synode von Nordamerika. St. Louis: Eden Publ. House 1921. 143 S. 80. 14. **Gemeindeblatt-Kalender auf das Jahr 1921**. Hrsg. im Auftrag der Allg. Evang.-Luth. Synode von Wisconsin u. anderen Staaten. Milwaukee: Northwestern Publishing House 1921. 144 S. 80. 15. **Kalender der Reformierten Kirche in den Vereinigten Staaten 1921**. Cleveland: Central Publ. House 1921. 80 S. 80. 16. **Kalender der Reformierten Kirche in Amerika 1921**. Cleveland: Central Publ. House 1921. 80 S. 80. 17. **Kalender der Presbyterianischen Gemeinden des Ostens 1921**. Cleveland: Central Publ. House 1921. 63 S. 80.

Nr. 8—12 sind ausgesprochen lutherische Kalender, Nr. 8 und 9 von derselben Stelle herausgegeben, nämlich vom United Lutheran Publication House in Philadelphia, Pa., der eine in deutscher, der andere in englischer Sprache, ohne sich inhaltlich zu decken. Sie atmen gerade in ihrer Verschiedenheit den Geist der Nationen, in deren Sprache sie erscheinen. Die Vereinigte Lutherische Kirche in Amerika besteht erst seit November 1918. In ihr haben sich drei große lutherische Kirchenkörper zusammengeschlossen, die Generalsynode, das Generalkonzil und die Vereinigte Synode des Südens. Diese drei Kirchenkörper umfassen wieder eine große Zahl von Einzelsynoden. Zweck der Vereinigung ist: Gemeinsame Einrichtungen, Komitees und Gesellschaften zum Kampf gegen den wachsenden Materialismus zu bilden, ohne die Selbständigkeit der einzelnen Synoden zu beeinträchtigen. Die gemeinsamen Aufgaben bewegen sich auf dem Gebiet der Evangelisation, der Erziehung und der dienenden Liebe. Erst auf dem 2. Konvent im Oktober 1920 wurden in Washington die Einzelheiten der Organisation festgelegt. Das Jahrbuch gibt in seinen einzelnen Abteilungen diese Einzelheiten wieder. Es berichtet ausführlich über 42 verschiedene Synoden, von denen das Ministerium von Pennsylvania als das älteste 1748, die Michigan-, Illinois- und Indiana-Synode erst 1920 gegründet worden sind. Besonders wertvoll erscheint die statistische Übersicht der konfessionellen Denominationen Amerikas. (S. 52.) Das Register der Geistlichen ist zunächst nach Namen, sodann geographisch geordnet und läßt die Zugehörigkeit zu den einzelnen Synoden deutlich erkennen. Auch sämtliche englisch und deutsch erscheinenden Veröffentlichungen der Vereinigten Lutherischen Kirche Nordamerikas sind aufgeführt. Das Jahrbuch hat an Umfang gegenüber den früheren Auflagen wesentlich verloren, ohne an Wert und Handlichkeit einzubüßen.

9. Während das **Lutheran Church-Year-Book Deutschland** mit keinem Wort erwähnt, beschäftigt sich der „**Lutherische Kalender auf das Jahr unseres Heilandes 1921**“ eingehend mit den Verhältnissen „Drüben“. Pastor E. F. Bachmann berichtet von seinen Eindrücken aus Deutschland. „Nichts hat so viel beigetragen zu der versöhnlichen Stimmung, die ich überall in Deutschland wie in Österreich fand, als die selbstlose Liebestätigkeit der amerikanischen Quäker, obwohl die Deutschen offiziell sagen: „Wir hätten den Krieg gewonnen, wenn Amerika nicht dazu gekommen wäre.“ „Gott hat noch Großes vor mit dem deutschen Volk; als erste Militärmacht ist es dahin, aber auf geistigem und religiösem Gebiet wird es wieder wie einst die führende Macht werden.“ Die Rundschau „Aus Welt und Zeit“ nimmt noch vorsichtshalber Rücksicht auf den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland. „Darum können wir hierorts auch heuer nicht sprechen wie wir wohl möchten.“ „Die Wogen des Deutschenhasses gehen nicht mehr so hoch, aber es wird immer noch gehetzt und an der Schaffung nativistischer Gesetze gearbeitet; aber schließlich müssen die etwas Vernünftigeren doch zur Einsicht kom-

men, daß mit den Quertreibereien dem Umsturz in die Hände gearbeitet wird.“ Im übrigen ist der statistische Teil dieses Kalenders kurz gehalten, aber ähnlich angelegt wie der des vorigen, weniger übersichtlich, aber in deutscher Sprache.

10.—12. Besondere Kalender liegen ferner vor von der „Evangelisch-Lutherischen Synode von Iowa und andern Staaten“, der „Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Synode von Ohio und andern Staaten“ und der „Evangelisch-Lutherischen Synodalkonferenz von Nordamerika“. Der erste nennt sich „Wartburgkalender“ und trägt in diesem Jahr ein in zarten Farben gehaltenes Titelbild vom sinkenden Petrus. Die Iowa-Synode zählt gegenwärtig 614 Pastoren, 23 Professoren und 207 226 Seelen. Die Ohio-Synode steht ihr in der Zahl der Geistlichen kaum nach, übertrifft sie an Seelenzahl. Ihr Kalender nennt sich „Evangelisch-Lutherischer Kalender“. Die Synodalkonferenz (Missourisynode) mit ihren 2660 Pastoren und Professoren und 3338 Gemeinden und Predigtplätzen und 1 006 065 Gesamtseelenzahl ist der bei weitem stärkste lutherische Kirchenkörper Nordamerikas. Die Missouri-Synode nennt ihren Kalender „Amerikanischer Kalender für deutsche Lutheraner“; er tritt ein für den Wert der deutschen Sprache, obgleich der Kalender im Entscheidungsjahr 1917 eine entschieden antideutsche Stellung einnahm. Damals wurde aus dem bisherigen Namen „Deutsch-Evangelisch-Lutherische Synode von Missouri, Ohio und andern Staaten“ das Deutsch gestrichen.

Professor Gräbners „Pamphlet Testimony and Proof“ ist in Deutschland nicht unbeachtet geblieben.

Die eigenartigen Dogmen sind aus dem Kalender der Missouri-Synode schwer zu erkennen, während der „Evangelisch-Lutherische Kalender“ der Ohio-Synode sich in einem Gespräch zwischen Fritz und Wilhelm über die Taufe und das Abendmahl mit Baptismus und reformierten Dogmen auseinandersetzt. Der Wartburgkalender der Iowa-Synode bringt eine wertvolle Statistik über das Wachstum der lutherischen Kirche in Amerika; die statistische Übersicht führt zugleich die Namen der Geistlichen der „Evangelisch-Lutherischen Vereinigten Synode von Wisconsin, Michigan und andern Staaten“, der „Slowakischen Evangelisch-Lutherischen Synode“ und der „Norwegischen Synode“ sowie der „Evangelisch-Lutherischen Freikirchen in Europa und Australien“ an.

Sämtliche bisher genannten evangelisch-lutherischen Synoden außer der Wisconsin-Synode sind bewußt ins antideutsche, englische Lager gegangen und haben den Krieg gegen Deutschland gebilligt und propagiert. Die Zahl der Geistlichen der Missouri-Synode betrug im Vorjahr noch 2918, ist also im vergangenen Jahr um 248 zurückgegangen.

13. Der „Evangelische Kalender auf das Jahr 1921“ ist von der auf uniertem Boden stehenden Evangelischen Synode von Nordamerika herausgegeben. Die Synode steht im Zeichen der Vorwärtsbewegung. Mit ihren 1078 Geistlichen, im Vorjahr 988, und 339 853 Seelen übertrifft sie die Ohio- und Iowa-Synode an Stärke. Der Kalender berichtet vom goldenen Jubiläum des Proseminars in Elmhurst und bringt im vaterländischen Teil einen interessanten Artikel über den Namensursprung der einzelnen Staaten Nordamerikas.

Sämtliche bisher genannten Kalender gedenken natürlich mit einem Artikel der 400jährigen Wiederkehr des Reichstags von Worms.

Weit über die Hälfte des „Gemeindeblattkalenders“ (14) (S. 53 bis 132) ist einem Verzeichnis der Anstalten, Missionen, Zeitschriften, Pastoren, Professoren und Schullehrer der Evang.-Lutherisch. Synodalkonferenz Nordamerikas gewidmet. Die innere Verwandtschaft der Wisconsin- und Missouri-Synode wird durch das Verzeichnis dokumentiert. Auch die Pastoren und Lehrer im Ausland fehlen nicht. Der erste Teil wird durch eine Erzählung von A. Vollmar: „Zwei Kinder, die den Himmel suchen“, wie durch kleinere Erzählungen wie „Das Totenhemd“, „Opfer des Scientismus“, „Ein Wunder der Barmherzigkeit Gottes“, „Eine seltsame Trauung“ ausgefüllt.

15.—17. Etwas größer im Format, aber sonst ganz ähnlich angelegt, ist der „Kalender der Reformierten Kirche in den Vereinigten Staaten 1921“, der in zwei Ausgaben erscheint, die nur wenig voneinander abweichen, inhaltlich zum größten Teil gleich lautend. Im selben Format mit gleichem Titelbild erscheint der „Kalender der Presbyterianischen Gemeinde

des Ostens 1921“. Der Artikel über die Versenkung der „Lusitania“, welcher in allen dreien wiederkehrt (S. 15), zitiert Bernstorffs Schrift: „Drei Jahre in Amerika“ und legt etwa so wie der Artikel „An dem Elend“ (S. 32) den Finger auf Deutschlands Schuld am Weltkriege. Über Wilsons zweifelhafte Haltung im Kriege wird in dem Artikel „Aus dem Leben der Präsidenten der Vereinigten Staaten“ vorsichtigerweise nicht ein Wort verloren. Sämtliche Kalender sind in diesem Punkte sehr viel weniger offen als im Vorjahr und lassen auf eine strenge amerikanische Pressezensur schließen. Die reformierte Kirche in Amerika zählt gegenwärtig 1267 Pastoren und 330 000 Kommunikanten. Sie setzt sich vorwiegend zusammen aus Deutschen, Holländern und Schweizern. Die Presbyterianer stammen vorwiegend aus der schottischen Kirche, haben aber auch unter den Deutschen zahlreiche Anhänger gefunden.

Sämtliche hier genannten Synoden beteiligen sich eifrig an dem Liebeswerk für Deutschland und Österreich. Ob dieses Liebeswerk völlig selbstlos getan wird, wird erst die Zukunft lehren. Schon erscheinen in den deutschen Tageszeitungen Anforderungen zum Lesen amerikanischer kirchlicher Zeitschriften. Die Missionierung Deutschlands durch Amerika hat mit den Liebesabensendungen ihren Anfang genommen.

C. Südamerikanische Volkskalender.

18. **Bundes-Kalender für das Jahr 1921.** Hrsg. vom Deutsch-Chilen. Bund. Valparaiso 1921: Impr. Victoria. 97. 38 S. 8°. (Umschlagt.) Deutsch-Chilenischer Bund-Kalender 1921. 19. **Uhle's Kalender.** Jg. 14. 1920. Herausgeber A. Otto Uhle. Curityba 1920: Impressora Paranaense. 152 S. 4°.

Im Eingang des **Bundeskalender für das Jahr 1921** (18) grüßt Felix Dahn mit seinem Gedicht „Den Deutschen im Auslande“. Ein starker religiös-nationaler Ton geht durch den ganzen Kalender. K. Drühl zeichnet in einem „Rückblick“ den Wechsel von Einigkeit und Zwietracht im deutschen Volk. Auch über die Pflege der Obstbäume weiß er zu unterrichten. Ein Artikel: „Aus dem Leben des großen Königs“ versetzt uns in Preußens große Zeit. Die deutsch-chilenische Geschichte kommt in einem Artikel von W. Stange, „Aus Puerto Montts Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, einem Artikel von Bernhard Gottschlich über „Die deutsche Einwanderung in Chile und ihre Vorkämpfer“ sowie in einem Artikel über „Das Kinderheim in Frutillar“ zu ihrem Recht. Auch die „Wirtschaftliche Vereinigung im Deutschen Volksbund für Argentinien“ und „Die Auslandskunde in Deutschland“ werden behandelt. Im übrigen finden wir Gedichte und lustige Geschichten, Nachrufe und dergl.

Uhles Kalender (19), der Kalender der Deutschen Paraná, ähnelt in seiner ganzen Aufmachung den anderen deutsch-südamerikanischen Kalendern. Das Titelbild zielt eine einen reichen Früchtekorb tragende weibliche germanische Gestalt, welche von einem Balkon hinausschaut auf brasilianisches Ackerland, über das der deutsche Bauer seine Furchen zieht. Unter den „deutschen Poesien“ ragen das Gedicht von Maria Kahle und „An die deutschen Frauen“ hervor. Josef Winiger gibt eine Lebensbeschreibung des Generals Sutter unter dem Titel „Eine Auswanderertragödie“. Derartige Lebensbeschreibungen einzelner Auswanderer sind sehr zu begrüßen. Die zeitgeschichtlichen Betrachtungen treten warm für das Deutschtum ein. Der Kalendermann selbst beschreibt einen Besuch auf der Blumeninsel bei Rio bei den deutschen Seeluten, welche dort während des Krieges interniert waren. Ihre glänzenden turnerischen Leistungen sind im Bilde festgehalten. Ein Verzeichnis der brasilianischen Inserenten nach Staaten alphabetisch geordnet macht diesen Band für jede Stellenvermittlung äußerst wertvoll.

D. Konfessionelle südamerikanische Kalender.

20. **Der Familienfreund.** Kathol. Hauskalender u. Wegweiser. Jg. 9. 1921. Hrsg. vom Volkverein für die deutschen Katholiken in Rio Grande do Sul. Porto Alegre: H. Meizler 1921. 129 S. 8°. 21. **Kalender für die Deutschen in Brasilien.** Jg. 40. 1921. São Leopoldo und Cruz Alta: Rotermund & Co. 1921. 336 S. 8°.

„Der Familienfreund 1921“ (20) erfreut besonders durch seine außerordentlich populäre Art, in der er geschrieben ist, sowie durch zahlreiche ausgezeichnete Bilder von der Wassersnot vom 22. November 1919 bei Sinimbu und aus den neuen Kolonien in Rio Grande do Sul. Neben einem alphabetischen Heiligenkalender, dem die Fast- und Abstinenztage für Brasilien angefügt sind, enthält „Der Familienfreund“ einen Adreß-Kalender deutscher Firmen, sowie öffentlicher Anstalten und Ämter in Porto Alegre. Auch die deutschen Schulen, Kirchen und Vereine

fehlen nicht. Ein Artikel über die katholische Kirche in Brasilien gibt eine wertvolle Übersicht über sämtliche deutschen katholischen Bistümer und Pfarrer in Brasilien (Seite 102–103). Auch die Konsulate in Porto Alegre werden auf Seite 106 aufgezählt. Der „Weltüberblicker“ übt beißende Kritik an der verblendeten Politik der Entente. Die Benutzung der zahlreichen Anzeigen wird durch ein Anzeigeverzeichnis sehr erleichtert.

Als ein mannigfaltig ausgestalteter Band von 336 Seiten bringt der **Kalender für die Deutschen in Brasilien 1921** (21) unter anderem einen lesenswerten Aufsatz über das „Brasilianische Deutschtum nach dem Kriege“, welcher zum endlichen Zusammenschluß des Bundes der Deutsch-Brasilier und zu seiner praktischen Betätigung aufruft. Wir werden ferner über die politische und wirtschaftliche Lage der wichtigsten Länder Europas und Amerikas unterrichtet. Ein kleines Gedicht: „Auslanddeutsche“ stellt den ein reines Deutsch Sprechenden, aber Falschheiten im Innersten Tragenden den ehrlichen Deutschen gegenüber, die schon in fremden Lauten sprechen, aber ihr innerliches Deutschtum besser wahren als jene ändern.

Strothmann widmet der noch kurzen Geschichte des Deutsch-Evangelischen Lehrerseminars für Rio Grande do Sul eine Seite. Kleine Anekdoten geben Einblicke in das deutsch-brasilianische Schulleben.

Manfred Grisebach.

BUCHBESPRECHUNGEN.

Dove, Karl, Prof. Dr., Allgemeine politische Geographie. Berlin und Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1920. 94 S. 8° M. 4.20. (Sammlung Götschen-Bdch. 800.)

Götschenbändchen und deren Verwandte pflegen gedrängte Zusammenfassungen der einzelnen Wissensgebiete zu bringen. Anders der neue Dove. Es ist eine originelle Arbeit, die manches, was wir erwarten, nicht oder ganz kurz behandelt, dafür aber neue Anschauungen und Probleme, die der Weltkrieg gezeitigt hat, in die politische Geographie einführt. So erscheint in Kapitel III: pol. Bedeutung der Binnenwasserstraßen, als Ergänzung der Freiheit der Meere — die Freiheit und Internationalisierung aller wichtigen Binnenwasserstraßen (Beispiel: die Donau); dabei werden die Aufgaben des Geographen bei Regelung dieser Frage umschrieben. In Kapitel IV: Kolonialländer, vertritt Dove die Anschauung, die Besitzer wichtiger kolonialer Rohstoffgebiete (Afrika) internationalen Satzungen zu unterwerfen, durch die die Entwicklung der Produktion und des Verkehrs und eine den Bedürfnissen der Kulturstaten entsprechende Rohstoffverteilung gewährleistet wird. Kapitel VII zeigt, wie bei Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker vor allem die Stimme des Geographen zu hören ist. Auch in den Abschnitten, die Bekanntes bringen, weiß der Verfasser interessante neue Gesichtspunkte hervorzuheben. Wer sich mit den politischen Problemen der Gegenwart beschäftigt, nicht bloß der politische Geograph, sollte an der Doveschen Arbeit nicht vorbeigehen.

Prof. Bausenhardt.

Waibel, Leo, Urwald-Veld-Wüste. Breslau: Hirt 1921. 208 S. 8°. M. 25.—.

Im einförmig gebauten Afrika bilden anders als bei uns nicht die Landformen, sondern die Vegetationsformen den bestimmenden Zug in der Physiognomie der Landschaft. Urwald, Grasland und Wüste herrschen in großzügiger Einfachheit über weite geschlossene Ländergebiete hin. Diese Landschaftstypen bringt der Verfasser in wissenschaftlich präziser und dabei gemeinverständlich und künstlerisch schöner Form zur Darstellung. Nacheinander ziehen jeweils Boden und Pflanzenkleid, Tiere und Menschen, die Eingeborenen und die weißen Kolonisten in stimmungsvollen, geschlossenen Bildern an uns vorüber. Mit der Beschreibung ist die Erklärung und Deutung der Erscheinungen und ihres Zusammenhangs verwoben. Das Beste und Eigenste ist der Abschnitt über das südafrikanische Veld. In besonderen Kapiteln wird hier das Farmerleben mit seinen Anforderungen, seinen Leiden und Freuden, Enttäuschungen und Erfolgen, dann das eigenartige, ungebundene Reisen „auf Pad“, der Orlog, der Krieg des weißen Mannes gegen die wilde Natur und ihre Eingeborenen behandelt. Alles ist frisch und lebensvoll, denn der Verfasser hat, was er schreibt, selbst gesehen und erlebt; es gibt dem Buch eine besondere Note, daß alles Geschaute dem

Bereich unserer deutschen Kolonien entstammt. Eine Vegetationskarte und trefflich gewählte Bilder unterstützen das Wort. Wer über die hier behandelten Dinge Aufschluß sucht, überhaupt wer an erdkundlichen Dingen Interesse hat, wird am Waibelschen Buch seine Freude haben; ganz besonders möchte ich es unsere Schulbüchereien empfehlen, für die Hand des Geographielehrers wie für die reiferen Schüler.

Prof. Bausenhardt.

Arning, Wilhelm, Vier Jahre Weltkrieg in Deutsch-Ostafrika. Hannover: Jänecke [1919]. 324 S. 8°. M. 20.—.

Angenehm berührt in dem Buche die unparteiische, objektive Schilderung der Kämpfe der Schutztruppe, sei es, daß die Führung in den Händen eines Offiziers oder, wie so oft nur in denen eines Unteroffiziers lag. Auch die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten der Truppe werden gebührend berücksichtigt, und geschickt wird der Leser in die eigenartige und einzigartige Kriegsführung von Anfang an eingeführt. Über die letzten Kapitel, in welchen das Ende der letzten deutschen Kolonie und das letzte Jahr der Schutztruppe beschrieben wird, liegt eine gewaltige Tragik, wie wir sie in den verzweifeltsten Kämpfen, in den Leiden sehen, die Weiße und Schwarze Schicksal an Schulter gemeinsam bis zum bitteren Ende trugen.

Typische, gut ausgeführte Abbildungen schmücken das Werk. Dem Buche, das sorgfältig aus mühevoll ausgesuchtem Material zusammengestellt ist, ist weitgehendste Verbreitung zu wünschen.

W. H.

Detzner, Hermann, Vier Jahre unter Kannibalen in Neu-Guinea. Berlin: Scherl 1920. 338 S. 8°. M. 40.—.

Beim Lesen des fesselnd geschriebenen Buches drängt sich unwillkürlich der Wunsch auf, es möchte in den breitesten Schichten unseres Volkes Verbreitung finden und ein wahres Volksbuch werden. Leider wird der hohe Preis nur wenigen die Anschaffung ermöglichen. Der Verfasser ist nicht nur seinen Pflichten vom Kriegsanfang bis zum Waffenstillstand in vier langen, bangen Jahren, abgeschlossen von der Heimat und aller Kultur, als Soldat nachgekommen, sondern hat auch der wissenschaftlichen Forschung, in erster Linie der Völkerkunde und Geographie, wertvolle Dienste geleistet. Hier haben wir einen schlagenden Beweis deutscher Kolonialtätigkeit, entgegen allen feindlichen Herabsetzungen und Verleumdungen. Das Äußere des Buches könnte durch sorgfältigere Ausführung des Buchschmucks noch gewinnen; auch würde die Beigabe einer Karte mit den Streifzügen Detzners im Innern Neuguineas das Verständnis des Textes fördern.

W. H.

Küas, Richard, Ums Deutschtum. Roman. Leipzig: Oldenburg [1918]. 276 S. 8°.

Das Schicksal unserer Kolonien war noch unentschieden, als der vorliegende Roman entstand. Er zeigt die rege Tätigkeit unserer Reeder, Kaufleute und Pflanzler in unseren westafrikanischen Besitzungen und das friedliche Leben der Schutztruppe, in das der von langer Hand von Engländern und Franzosen auf afrikanischem Boden vorbereitete Eroberungskrieg wie ein Blitz fuhr. Die heldenmütige Verteidigung Kameruns gegen eine vielfache Übermacht und der Rückzug auf spanisches Gebiet werden in ihren Höhenpunkten geschildert. Eine an die kühnen Fahrten von „Möve“ und „Seeadler“ erinnernde freierfundene Seegeschichte beschließt die Erzählung, die unseren Afrikanern und ihren treuen eingeborenen Mitkämpfern ein Denkmal setzen will.

Dr. H. M.

Abessinien. Hrsggeg. im Auftrage des Reichswanderungsamtes. Berlin: Zentralverlag G.m.b.H. Oktober 1920. 15 S. 8°. M. 3.— (Auskunftshefte für deutsche Auswanderer. H. 8.)

Auf 14 Druckseiten eine gedrängte Übersicht über Land und Leute in Abessinien, Klima, Gesundheits-, wirtschaftliche, kulturelle und politisch-rechtliche Verhältnisse, welche im wesentlichen den Büchern von Rein: Abessinien, und Alfred Kostlan: Die Landwirtschaft in Abessinien, entnommen sind. Auch die Einwanderungsbedingungen und eine Übersichtskarte über das Land sind der Schrift angefügt.

Gr.

Ernst, Adolf Fritzwillm: Mexiko. Hannover: Engelhard & Co. (1920). 93 S. M. 12.—. (Land und Leute in Mexiko, Argentinien, Frankreich, Luxemburg und Bulgarien. Bd. 1.)

Ein recht oberflächliches Buch über „Mexiko“ hat Adolf Fritzwillm Ernst auf Grund jahrzehntelanger Erfahrungen

geschrieben. Mexiko gehört heute zweifellos zu den interessantesten Ländern für die auswandernden Deutschen. Aus dem Werk dieses Verfassers aber wird der auswanderungslustige Deutsche wohl kaum viel lernen, das ihm in der neuen Heimat von Nutzen sein könnte. Der Verfasser rückt seine eigene Person etwas allzusehr in den Vordergrund: wie es ihm in Mexiko erging, von wem er dort eingeladen wurde, was er tat und sprach. Lauter Dinge, die uns herzlich wenig interessieren. Für ein ernstes wissenschaftliches Werk zu novellenhaft, für eine Novelle zu langweilig: ein Buch, das kaum empfohlen werden kann. H. Ltz.

Hirschfeld, Günther v., Das Problem der deutschen Handels- und Wirtschaftsinteressen in Südamerika. Berlin: Simion 1920. 23 S. m. e. Kt. 8°. M. 3.—. (Volkswirtschaftl. Zeitfragen, Nr. 314, Jahrg. 41, H. 4.)

Die kleine Broschüre bespricht in plastischer und doch auch sachlicher Weise die Aussichten, die unsere deutschen Auswanderer in Südamerika haben. Der Leitgedanke dieser Ausführungen ist: „Die Stimmung in Südamerika ist heute viel weniger deutschfeindlich, als sie während des Krieges bei einem unglücklichen Abschluß für Deutschland zu erwarten war.“ Interessant ist die Warnung vor der Einrichtung von Kautschuk-Plantagen, an deren Stelle die Baumwollzucht angeraten wird. In einen scharfen Gegensatz zu Brasilien stellt der Verfasser Argentinien, das er, was die Ausbeutungsmöglichkeit anbelangt, überaus einseitig ausgestattet nennt. Im allgemeinen steht der Verfasser der deutschen Auswanderung nach dem lateinischen Amerika grundsätzlich recht optimistisch gegenüber. Ltz.

Südamerikanische Literatur. Bd. I—25. 8°. Je geh. Rs. 800.—. São Leopoldo und Cruz Alta (Rio Grande do Sul): Verlag Rotermund & Co.

Bd. 6. Brandenburger, Clemens, Pernambuco und die Entwicklung Brasiliens zur Selbständigkeit. Studien zur brasilianischen Geschichte. Teil 1. 133 S.

„8. Ges. Schriften von Dr. Wilhelm Rotermund. Bd. 1: Die beiden Nachbarn. Bilder aus der Kolonie (Rio Grande do Sul). 124 S.

„18. Deutsche Charakterbilder aus der brasilianischen Geschichte. Vermehrt und neu bearbeitet von Friedrich Sommer (F. Harmuth). Teil 1. 100 S.

Die seit 1917 erscheinende Büchersammlung hat den alle Förderung verdienenden Zweck, das dauernd Wertvolle des deutschbrasilianischen Schrifttums aller Gattungen der Nachwelt zu erhalten zur Pflege des deutschen Volkstums wie zum tieferen geschichtlichen Verständnis der neuen Heimat. Nach den uns vorliegenden Bänden muß man der Sammlung vollen Erfolg wünschen. Das 6. Bändchen bringt eine auf gründlichem Studium der portugiesischen Quellen aufgebaute Studie des Professors an der Universität Rio de Janeiro, Dr. Brandenburger, über eine für die politische Entwicklung Brasiliens grundlegende Periode, die Kämpfe der Portugiesen, Spanier und Holländer um Pernambuco. Band 8 führt in Gestalt einer Erzählung in das Leben und Treiben einer deutschen Siedlung im Urwalde von Rio Grande do Sul ein. Das 18. Bändchen entrollt den Anteil, den Deutsche an der Geschichte Brasiliens genommen haben, sei es als Soldaten wie Hans Staden und J. H. Böhm, als Staatsmänner wie Oeynhausen, als Entdecker wie Ulrich Schmiedel oder als Ingenieure und Gelehrte wie Daniel Pedro Müller und die beiden Varnhagen. Auch ein gekröntes Haupt, die unglückliche Kaiserin Leopoldina, Erzherzogin von Österreich, befindet sich unter der stattlichen Reihe. Dr. H. M.

Plottho, Siegfried Frhr. v., Wer kann nach Argentinien auswandern? Aufzeichnungen eines soeben von dort zurückgekehrten Deutschen. Berlin: Süsserott 1919. 14 S. 8°. M. 1.40. (Koloniale Abhandlg. H. 75/76.)

Der Kaufmann wird von dem Verfasser, der über 4 Jahre als Ackerbauer und 2 Jahre als kaufmännischer Angestellter in Argentinien tätig war, vor der Auswanderung nach Argentinien dringend gewarnt, die Anfangsentbehrungen der Landwirte und Viehzüchter werden eingehend geschildert. „Der Volontär zahlt gewöhnlich der Estancia 100 Pesos monatlich, wobei aber verlangt wird, daß er alle Arbeit versieht, die ein Peon leistet.

Dieser erhält außer der Kost etwa 40—50 Pesos.“ Die Kosten für eine Estancia in entlegeneren Gegenden schätzt der Verfasser auf etwa 100000 Pesos an Grund und Boden, 40000 Pesos an Drahtzaun, für Mühle mit Tank und Tränke 1000 Pesos, an Gebäuden auch etwa 1000 Pesos. Mit dem landwirtschaftlichen Sachverständigen beim deutschen Generalkonsulat in Buenos Aires, Herrn Dr. Pfannenschmidt, ist sich Plottho darin einig, daß zu der Zone, innerhalb welcher in Argentinien mit einiger Sicherheit auf Erfolg Ackerbau getrieben werden kann, nur folgende Länderstrecken gehören: die Provinz Entre Rios, die südliche Hälfte von Corrientes, die Provinz Santa Fé, die östliche Hälfte von Cordoba und die Provinz Buenos Aires etwa bis zur Linie Tres Arroyos — Nordfuss der Sierra Ventana. Es ist dies diejenige Gegend, wo während des ganzen Jahres die zur Bestellung nötige Bodenfeuchtigkeit meist vorhanden ist und es während der Vegetationsperiode der verschiedenen Feldfrüchte meist genügend regnet. Die Nöte des Pächters und Kolonisten werden gut beleuchtet. „Besser teures Land in guter Gegend kaufen, als dort, wo man billig kauft und nur alle 5 Jahre eine Ernte hat, einen großen Besitz erwerben.“

Von der Gründung eines großen deutschen Kolonisationsunternehmens in Argentinien mit Musterchakras und dergl. ist Plottho durch das ablehnende Verhalten der deutschen Kapitalisten drüben wieder abgekommen. Überhaupt hält er das nähere Rußland für ein geeigneteres Auswanderungsziel für den deutschen Bauer als Argentinien. M. Grisebach.

Brachvogel, Heinz Udo, Die Silberrepublik. Ein Buch über Argentinien, Nr. 27 der Zellenbücherel. Leipzig 1920: Dürr & Weber m. b. H. 73 S. 8°.

„Lebhaft und farbenfroh wie der Einband, schwungvoll wie das Titelblatt des Lasso werfenden Peonen, wirklich fesselnd sind diese Schilderungen des Wunderlandes Argentinien!“ Argentinien ist für den Verfasser zunächst das einzig in Frage kommende Ziel des deutschen Auswanderers, besonders des tüchtigen deutschen Handwerkers. Für Argentinien beginnt jetzt die Zeit der deutschen Arbeitsweise. Es birgt „von jedem das Beste“ in seinem Schoße. Man kann nicht sagen, daß der Verfasser übertreibt. Als Ganzes wirkt diese Schrift gewiß auch nicht anreizend zur Auswanderung. Die gewaltigen Schwierigkeiten, welche der Auswanderer zu überwinden hat, werden nicht unerwähnt gelassen. Das Spezifische des argentinischen Lebens und seiner führenden Kreise ist fein beobachtet und mit feinem Takt und Verständnis geschildert. Die Schrift kann als eine recht glückliche Ergänzung zur reichen Argentinien-Literatur bezeichnet werden. M. Grisebach.

Martin, C. Dr., und Prof. Dr. Hauthal, Die deutsche Auswanderung nach Argentinien. Berlin: Süsserott 1920. 44 S. 8°. (Schriften des Instituts für Auslandkunde und Auslandsdeutschum, H. 9/10.)

Im ersten Teil behandelt der frühere Geschäftsführer des Deutsch-Argentinischen Zentralverbandes Argentinien als Ziel deutscher Auswanderung, nach vorwiegend praktischen Gesichtspunkten, wobei die verschiedenen Berufe berücksichtigt werden. Im zweiten Teil beschreibt Professor Hauthal, Hildesheim, Land, Leute und Kultur Argentinien. Beide Teile geben Vorträge wieder, ohne dabei wesentlich Neues zu bieten. Gr.

Preuß-Sperber, O., Wegweiser für Argentinien. Ein Leitfaden für Auswanderer und Kapitalisten. Hannover: J. C. König & Ebhardt 1920. 96 S. 8°.

Das im Jahre 1898 zum ersten Male erschienene Handbuch für den deutsch sprechenden Einwanderer in Argentinien erscheint hier in IV. Auflage, ergänzt durch die neuesten Paß- und Einreisebestimmungen, sowie unter Berücksichtigung der zahlreichen neueren Veröffentlichungen über Argentinien, wie des Buches von Stichel, von Schmidt-Grotewolt (II. Auflage) und der Merkblätter des Reichswanderungsamtes. Die Schrift kann als recht praktischer Wegweiser angesprochen werden, wenngleich wir bedauern, daß die noch in der II. Auflage vorhandene gute Karte des nördlichen Argentinien in Wegfall gekommen ist. Die flüchtige Kartenskizze auf Seite 24 ersetzt sie doch nur unvollkommen. Die Schrift ist besonders auf Landwirte zugeschnitten und bringt im II. Teil einen wertvollen Wirtschaftskalender. Daß die Deutschen heute „immer deutsche Hotels für die erste Zeit wählen“, stimmt wohl nicht ganz mehr; das von den Einwanderern im allgemeinen recht gerühmte Einwanderer-

Hotel hätte eine etwas ausführlichere Besprechung verdient. Auch die Vergünstigungen, welche der „Immigrante“ seitens der argentinischen Regierung erwarten darf, dürften in einer neuen Auflage wohl nicht fehlen. Unter den Auskunftsstellen in Deutschland erscheint das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart leider noch mit seinem veralteten Namen (Deutsches Ausland-Museum).

Gr.

Rhenius, W. (Bill Trotter), Michel auf Neuland. Abenteuerliches aus Argentinien und Paraguay. Stuttgart: Ausland und Heimatverlag 1921. 229 S. 8°. M. 12.50.

Man kann recht verschiedene Arten der Auswandererberatung unterscheiden: Der eine beschränkt sich darauf, die vom Auswanderer gestellten Fragen zu beantworten und ist froh, wenn diese Fragen sein Wissen nicht übersteigen. Auswandererberater mit reicherer Erfahrung werden es verstehen, dem Auswanderer, der als ein lebendiges, aber oft schweigsames Fragezeichen bezeichnet werden kann, seine Fragen herauszulocken und darauf Antwort zu geben. Er wird vor allem den Auswanderer anregen müssen, selbständig weiter zu fragen und zu forschen, um das reichlich vorhandene Material in jeder Beziehung zu nutzen. In dem oben bezeichneten Buche von Bill Trotter, wie sich Rhenius selbst bezeichnet, liegt eine dritte noch vollkommene Art der Auswandererberatung vor. Die Auswanderungsliteratur leidet bisher daran, daß sie nur von solchen gelesen wird, die tatsächlich ans Auswandern denken. Hier wird den weitesten Kreisen, daheimbleibenden und auswandernden, in unvergleichlichem Humor eine reizvoll ausgestattete Schrift geboten, welche unbedingt ein herzliches Lachen abzwängt und alles weitere Fragen unnötig macht. Sie erscheint trefflich geeignet, dem deutschen Michel und Greenhorn für seine Reise ins Ausland von vornherein die nötige Lebenserfahrung anzugeben, damit er draußen in fremden Ländern die deutsche Nation nicht ferner blamiere, wie dies leider durch so viele Auswanderer geschieht. Die Schrift eignet sich zum Vorlesen im Familienkreise, besonders auch in Auswanderergruppen und zum Zeitvertreib während der Überfahrt.

Grisebach.

Bürger, Otto, Prof. Dr., Chile als Land der Verheißung und Erfüllung für deutsche Auswanderer. Leipzig: Dietrichsche Verlagsbuchhandlung 1920. VIII, 272 S. 8°.

„Das vorliegende Buch versucht als kurzgefaßte Landes- und Wirtschaftskunde unter eingehender Berücksichtigung der Kolonisation den Auswandererlustigen Lehrer und Berater zu sein.“ Verfasser war selbst 8 Jahre in Chile und schöpft außerdem aus dem reichhaltigen Material der chilenischen Gesandtschaft in Berlin. Auch Martins Landeskunde von Chile wird u. a. benutzt. Der mehr kritisch orientierte Verfasser der 8 Lehr- und Wanderjahre scheint sich selbst nach dem Vorwort in diesem Buche nicht recht wieder zu erkennen, da die Einwanderungsaussichten und Bedingungen für Deutsche reichlich günstig dargestellt sind. Derartige auf die Auswanderer eingestellte Bücher sollten ruhig, auch wenn die Gesandtschaft des beschriebenen Landes hinter ihnen steht, etwas mehr Rücksicht nehmen auf den meist allzu großen Optimismus des Auswanderers, für den die Verhältnisse nicht kritisch genug beleuchtet werden können. Die gewaltigen Schwierigkeiten, welche die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts eingewanderten Deutschen zu überwinden hatten, ehe sie als Kolonisten vorwärts kamen, hätten unserer Ansicht nach schärfer beleuchtet werden können. Jedenfalls nimmt der Deutsch-Chilenische Bund in seinem Berater für Einwanderer eine sehr viel vorsichtigere Haltung ein. Die zur Verfügung stehenden Urwald-Territorien werden für den Auswanderer jetzt kaum noch in Frage kommen. Die Tatsache, daß die chilenische Regierung den Einwanderern mit keinerlei Unterstützung beisteht, hätte schärfer betont werden müssen. Die genannten Mängel hindern aber nicht, daß es sich hier um eine recht wertvolle Arbeit handelt, die dem Auswanderer viel Wissenwertes in leichtflüssiger Form bietet.

Grisebach.

Lucke, Maximilian, Herr Lock-Sholmes, der Amateur-Detektiv. Plauderei aus der Oregon Deutsche Zeitung. Bd. 1—4. Portland, Oregon: German Publishing Co. 1917—1920.

Diese 4 Bändchen erzählen in ansprechender Form von einem Kampfe eines guten Deutsch-Amerikaners, dem der Begriff Deutschum mehr als nur ein schmuckloses Beiwort gewesen ist. Der Abschluß des 4. Bändchens gibt einen humorvollen Bericht, wie dieser Kampf geendet hat. Es heißt da: „Nachtrag. Auf

Wunsch des Justizdepartements in Washington D. C. hat Herr Lock-Sholmes sein Amt niedergelegt. ** November 1917. Herr Lock-Sholmes hat soeben die freundliche Einladung des Justizdepartements, bis zum Ende des Krieges auf Kosten Onkel Sams in Ft. Douglas, Utah, zu wohnen, angenommen. Wie er uns mitteilt, wird er dort eingehende Studien machen und uns später seine Erfahrungen und Erlebnisse ausführlich schildern. Die Redaktion.“ Man kann sich wohl kaum humorvoller in eine Situation schicken. Dieser Herr Lock-Sholmes war freilich ein höchst unbequemer Kritiker. Es ist köstlich, zu lesen, welche famoson Waffen des Geistes und des Humors ihm zur Verfügung stehen. Vom zarten humorvollen Streicheln bis zum satirisch-ironisch-sarkastischen Peitschenhieb sind hier alle Schattierungen vertreten. Dieser Mann saß in seiner deutschen Zeitung zu einer Zeit, als man vom Bindestrich-Amerikaner wenig merkte und sah, als sich der größte Teil derjenigen, die „den Hyphen (sprich: Heif'n) nicht mehr lobten“, verkroch oder in Loyalitätsbezeugungen gegenüber der Entente und dem kriegsrischen Amerika erging. Aber dieser Mann bewahrte sich seinen kühlen Blick gegenüber der ententisch-amerikanischen Lügenpropaganda; er besaß ein unbeugsames Rückgrat und duckte sich nicht, und er besaß als Waffe ein ausgesprochenes humoristisch-satirisches Talent, das in seiner Zeitung sich frei entfaltete — bis die genannte Einladung zur freien Wohnung in einem Internierungslager kam. Aber bis zu jener Zeit mag Herr Lucke ein unangenehmer Gegner gewesen sein. Er kritisierte Kleines und Großes, Ernstes und Heiteres, nirgendwo war diese Kritik unpatriotisch oder „feindlich“, nirgendwo verletzend oder beschimpfend. Wer aber über das Deutschamerikanertum und über die Propaganda in Amerika mehr lernen will, als nur in offiziellen Dokumenten und Berichten steht, wer die Stimmung des Landes und seiner Deutschgeborenen erkunden will, der findet hier in diesen Zeilen und zwischen den Zeilen eine solche Fülle Material, daß es erstaunlich ist. Es war ein einsamer Kampf auf verlorenem Posten, und manchmal spürt man hinter diesem Witz und diesem Humor auch die Wut des aufrechten Mannes über so viel Lüge und Verleumdung, jene zitternde Erregung, die aus einer ehrlichen Herzen kommt und die sich eben nur in dieser Form des Schreibens äußern dürfte. Alles in allem: ein tapferes Werk eines Journalisten, der nicht „kann schreiben rechts und kann schreiben links“, ein Dokument einer für das Deutschamerikanertum nicht immer erfreulichen Zeit, das uns beweist, daß es aber doch Männer von echtem deutschem Schrot und Korn in Amerika gegeben hat.

Dr. F. W.

Dem deutschen Vorkämpfer in Amerika, Herrn Louis Viereck, zu seinem 70. Geburtstag gewidmet von seinen Freunden. Neuyork: The Fatherland Corporation, Frühlingsanfang 1921. 61 S. 8°.

Wir haben kürzlich des 70. Geburtstages von Louis Viereck gedacht, der als ein tapferer „Wanderer zwischen zwei Welten“, in Deutschland und Amerika einen nicht alltäglichen Weg ging, deutscher Referendar, Schriftsteller, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und politischer Strafgefangener, dann Schriftsteller und Zeitungsvertreter in Amerika, Begründer von treudeutschen Zeitschriften und Verfasser guter Bücher — davon eines über die deutsche Einwanderung nach Amerika — war, später nach Deutschland zurückkehrte und jetzt seinen Lebensabend bei seinem Sohn, dem Leiter des vom Vater einst in seinen Anfängen geschaffenen American Monthly, verbringt, wo die Feder des 70jährigen noch immer tapfer neben der der jungen streitet. Diesem Vater gilt ein vornehm ausgestattetes Heftchen von 72 Seiten, das der Sohn zum Geburtstag da bringt und das mit vielen guten Bildern der Autoren der einzelnen Beiträge geschmückt ist. Des Jubilars Bild von Ring ist der Ganzen vorangestellt. Georg Silvester, der Sohn, schreibt selbst den Einleitungsartikel dem „Frühlingskind von 70 Jahren“. Dr. Ludwig Fulda leitet die Zuschriften aller der vielen Freunde ein, die dem Jubilar ihre Glückwünsche darbringen. Michael Georg Conrad ist unter ihnen, Henry F. Urban, Eugen Zabe, Max Bäckler, Freiherr von Zobeltitz, Emanuel Reicher, Theodor Sutro — um nur ein paar Namen zu nennen. Louis Viereck selbst ist mit einigen Bemerkungen aus seinen noch unveröffentlichten autobiographischen Notizen vertreten. Dem Begründer des Verbandes der deutschen Schriftsteller in Amerika und des deutschen Theatervereins, der jetzt auch die Restauflage seines Buches „Zwei Jahrhunderte deutschen Unterrichts in den Vereinigten Staaten“ dem Schriftstellerverband schenkte, damit da

Reinerlös notleidenden deutschen Schriftstellern zugute käme, wird in dem Büchlein viel Gutes und Schönes nachgesagt. Auch das D. A. I. erneuert hier diese seine dem Jubilar schon unmittelbar übersandten Glückwünsche, indem es dem stets aufrechten und tapferen Auslandsdeutschen einen schönen Lebensabend wünscht.
Dr. Fritz Wertheimer.

Dem Andenken Wilhelm Kaufmanns, für die Angehörigen und Freunde zusammengestellt und herausgegeben von seinem Sohne **Georg Kaufmann**, Dresden 1921. Stuttgart: Ausland und Heimat-Verlag 1921. 16 S. 4^o geh. M. 6.—, kart. M. 7.—.

Der „Auslandsdeutsche“ hat vor Monaten ein Lebensbild dieses deutschen Kulturpioniers in Amerika bringen können, der einer der wackersten Streiter für deutsche Art und deutsche Arbeit in Amerika war und dem das Deutsch-Amerikanertum nebenbei auch eine ausgezeichnete Geschichte der Deutschen im amerikanischen Bürgerkriege verdankt. Auch seine ausgezeichnete Festrede zur Einweihung der Germania-Halle in Cleveland am 15. Januar 1888, die einen knappen Abriss der Geschichte der deutschen Einwanderung und der Bedeutung des deutschen Elementes in Amerika gibt, ist in diesen Blättern zum erstenmal abgedruckt worden. (Heft Nr. 3.) Beides, Biographie und Festrede, hat der Sohn noch durch autobiographische Notizen, die der Vater, schon hochbetagt, in Kopenhagen mitten in schwerster Krankheit zu Papier brachte, ergänzt und übergibt sie nun Freunden und Verwandten dieses temperamentvollen, klugen, warmherzigen Mannes, der aus eigener Kraft sich emporgearbeitet hat und der in einem arbeitsreichen Leben voll unermüdlicher, rastloser Tätigkeit eigene Tatkraft, Zielsicherheit des Urteils, unerschrockenes Eintreten für das als Recht Erkannte so unendlich oft bewies, aber leider am Deutschtum in seiner zweiten Heimat auch so oft vermissen mußte. Dieser tapfere Streiter verdient wirklich das schöne Denkmal, das ihm der Sohn hier setzte. Das Heftchen, von dem der Verlag nur eine kleine beschränkte Zahl von Exemplaren in Verkauf bringt, ist mit ausgezeichneten Bildern Kaufmanns, seiner Ahnen und auch seiner Gattin geschmückt und bringt auch im Bild das Haus in Dresden, Palaisstraße 5, das ein Mittelpunkt schönsten deutschen Familienlebens und regster geistiger Unterhaltung gewesen ist und allen Freunden der Familie in so trauter Erinnerung steht.
Wertheimer.

Catalogue. By Anton B. C. Kalkhorst, Managing Editor of the daily „Erie Tageblatt“ and the weekly „National-Zeitung“, of Erie, Pa., U. S. A. **Exhibition of masterly Copies of famed oil paintings in European galleries**. Erie 1921: The Erie Tageblatt Publishing Co. (18 S.) 8^o.

Der sehr ansprechend ausgestattete Katalog geleitet durch die Januar ds. Js. in Erie zugunsten deutsch-amerikanischer Künstler veranstaltete Ausstellung meisterhafter Kopien der berühmtesten Gemälde der venetianischen, römischen, niederländischen und flämischen Schule, sowie zweier deutscher Bilder des frühen 19. Jahrhunderts. Die Originale befinden sich meist in deutschen Museen. Die Ausstellung ist ein Werk das auch durch die Veranstaltung des Geselligen Abends und des Erie-Tageblatt-Abends (im April und November 1920) um das nord-amerikanische Deutschtum verdienten Herausgebers der führenden deutschen Zeitung in Pennsylvania.
Dr. H. M.

Wolzogen, Ernst v., Engländer. Leipzig-Gaschwitz: Dürr & Weber 1920. 86 S. 8^o M. 5.50. (Zellenbücherei. Nr. 7.)

Der Verfasser sagt es in der Vorrede selbst, daß er trotz enger Blutsbande von seinem Gegenstand nicht ohne Leidenschaft schreiben kann. Wenn diese Leidenschaft, das Politische in den Vordergrund stellend, zeitweise zur Ungerechtigkeit wird, so kann das niemand dem Schriftsteller von Temperament und Charakter übelnehmen. Aber darum ist sein Büchlein nur demjenigen zu empfehlen, der es durch eigene Landeskenntnis oder gute Belesenheit berichtigen kann. So sehr Wolzogen alles Bodenständige im Engländerum anerkennt, die Volksgesundheit als Quelle aller gesunden Rassen- und nationalen Instinkte, die in seinen Leistungen begründete Vormachtstellung des Adels und das natürliche Herrenmentum der Nation, so befangen ist er gegenüber dem Geistigen. Bei seiner Skizze des Puritaners scheint ihm nur Shakespeares Malvolio vorgeschwebt zu haben! Ähnlich die Einstellung zur englischen Sprache, Kunst und Wissenschaft. Darin liegt die Gefahr einer Unterschätzung, die zu vermeiden wir mehr denn je Anlaß haben.
Dr. H. M.

The Yearbook of the universities of the Empire 1918—1920. Edited by W. H. Dawson and published for the Universities Bureau of the British Empire. London: G. Bell 1920. 503 S. 8^o geb. s. 15.—.

Die vierte Ausgabe des 1914 zum erstenmal erschienenen Jahrbuchs läßt erkennen, wie stark Lehrkörper und geschulter Nachwuchs aus der britischen Universitäten einerseits durch den Krieg geschwächt worden sind, wie diese andererseits genau wie in Deutschland dem erhöhten Zustrom und der unregelmäßigen Vorbildung der Kriegsstudenten Rechnung zu tragen haben. In der Anordnung folgt auf das Vereinigte Königreich Kanada, Australien-Neuseeland, Südafrika, Indien, Malta und Hongkong. Die einzelnen Lehrfächer werden schlagwortartig in alphabetischer Reihenfolge mit ihren Vertretern aufgeführt. Ein Abschnitt „General information“ bringt nach jeder Universität die wichtigsten Angaben über ihre Geschichte, Einrichtungen, Vorschriften, Prüfungen, Besucherzahl. Da die alten britischen Universitäten noch mehr als die des Festlandes ein Stück überlebende Geschichte darstellen, entsprechen diese Anmerkungen einem Bedürfnis. Der Kontinentale würde noch einen Wegweiser durch die akademischen Abkürzungen wünschen, die ihm eine Geheimwissenschaft sind. Ein Anhang würdigt die Kriegseinstellungen der Universitäten an der Front wie in der Heimat; Namenregister der Institute und der Dozenten beschließen das nützliche Nachschlagewerk.
Dr. H. M.

Geschichte der deutschen evang. Kirche zu Liverpool, i. Auftr. d. Kirchenvorstandes hrsg. von Lic. A. Rosenkranz. Stuttgart: Ausland und Heimat 1921. VIII, 224 S. M. 12.—. (Schriften d. Deutschen Auslands-Instituts. Reihe A. Bd. 3.)

In einer Zeit, da auch in Deutschland Kirche und Staat sich voneinander trennen und das deutsch-evangelische Kirchenwesen auch im Ausland infolge der ungünstigen Valutaverhältnisse mehr und mehr auf eigene Füße gestellt wird, gewährt es einen besonderen Reiz, in das Werden und Wachsen deutscher Kirchengemeinden im Ausland einen Einblick zu gewinnen. Es gibt bisher noch wenige derartige ausführliche Darstellungen der Geschichte einzelner ev. Gemeinden, welche über die Zusammenstellung trockener Jahresberichte hinausgingen. Dadurch gewinnt die Schrift von Rosenkranz ihren besonderen Wert, da sie nicht nur ein wertvolles und handliches Dokument für die heute in der Welt weit verstreuten Glieder der Gemeinde zu Liverpool ist, sondern zugleich deutsche Geistliche im Ausland anregen wird, auch ihrerseits eine Gemeindegeschichte zu schreiben. Die Schrift möchte aber auch zu allen denen kommen, die sich gerne mit dem Schicksal unserer Auslandsiedlungen beschäftigen. Erhält doch jede Auslandsiedlung erst ihren festen Halt und Kern in der deutschen Kirchen- und Schulgemeinde. Auch die heimische Kirche wird von den einzelnen evang. Kirchengemeinden im Ausland, die mühsam Jahrzehnte hindurch sich ihre Selbständigkeit erringen mußten und als kostbares Kleinod bewahrten, mancherlei lernen können. Hängt doch der Zweck des deutschen Kirchenwesens in der Heimat wie im Ausland davon ab, ob wir namentlich in den Großstädten lebendige Einzelgemeinden zustande zu bringen vermögen, die ausschließlich auf der freiwilligen Mitarbeit aller ihrer Glieder beruhen, wie man das bei Liverpool beobachten kann. Die Schrift ist mit wissenschaftlicher Gründlichkeit bearbeitet und doch lebendig und fesselnd geschrieben. Eine Skizze der deutschen evang. Kirche in Liverpool (Seite 72), ein Bild von dem Innern der Kirche im Schmuck des Erntedankfestes und ein Sach- und Namensregister erhöhen den Wert des Buches.

Die wirtschaftliche Zukunft des Ostens. Hrsg. von der Genossenschaft Wegweiser für wirtschaftliche Interessenten des Ostens, e. G. m. b. H. Leipzig: Koehler 1920. VIII, 309 S. 8^o.

Das Buch behandelt in 20 Aufsätzen verschiedener Verfasser das große Problem des nahen Ostens. Eine ausgezeichnete Studie von Max Hildebert Böhm über das Wesen und die Gegensätze abendländischer und russischer Kultur leitet die Folge dieser Aufsätze ein und bildet gleichsam den geistigen Hintergrund für die weiteren Betrachtungen.

Das Werk reiht sich ein in den großen Zug der Vorarbeiten, die im Abendlande und insbesondere in Deutschland zur wirtschaftlichen Wiedergewinnung Osteuropas unternommen werden. Daß diese Eroberung von Westen aus stattfinden wird auf dem Wege über die von Kernrußland abgesplitterten Randstaaten, ist außer allem Zweifel. So sind denn auch 11 von den 20 Auf-

sätzen den Randstaaten und ihrer Wirtschaft gewidmet, nüchterne, sachliche Arbeiten von Landes- und Wirtschaftskennern, die das Material für eine Durchdringung der schwierigen Probleme in mühsamer Weise zusammengetragen haben.

Daß von den Verhältnissen in Sowjet-Rußland weniger die Rede ist, liegt natürlich an der hermetischen Abschließung der Bolschewiken-Republik gegen das Abendland und der dadurch bedingten Spärlichkeit der zur Verfügung stehenden Quellen. Immerhin suchen die Aufsätze von Heinz Fenner über die Rechts- und Wirtschaftslage Sowjet-Rußlands im Verein mit den geographischen Studien von Riese diese Schwierigkeiten zu überwinden und einen Einblick in die Struktur des heutigen Russischen Reiches zu geben.

Durch das ganze Werk zieht sich als gemeinsame Überzeugung aller Mitarbeiter der Glaube an die großen geistigen und wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands beim Wiederaufbau des Ostens. Dieser Glaube besetzt das nüchterne, wirtschaftliche, statistische Material und verleiht ihm erst seinen eigentlichen Wert.

Dr. Scho.

Strobl, Karl Hans, *Die Vaclavbude*. Leipzig: Staackmann 1917. 266 S. 8°. M. 4.50.

Der Roman entwirft ein Bild vom Leben der deutschen Studentenverbindungen und ihren leidenschaftlichen Anteil an den Nationalitätenkonflikten in der alten böhmischen Hauptstadt. Die schwüle, ungesunde Atmosphäre des Prager Lebens ist mit krauser Phantasie geschildert.

Scho.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Die Bromberger „Deutsche Rundschau“ richtet eine ernste Mahnung an alle im neupolnischen Gebiete wohnenden Deutschen, nicht dem „Zuge nach Westen“ Folge zu geben, sondern in der Heimat zu verharren, die eine Heimat bleibe, auch wenn das alte Vaterland verloren gegangen sei. Der Abwanderungsschritt solle reiflich überlegt werden und keine Unbesonnenheit soll erfolgen. Die Ausgewanderten beklagten sich in Briefen oft bitter über die alte Heimat, in der sie als Fremdlinge, oft sogar als Eindringlinge behandelt würden. In den letzten Weihnachtstagen hätten über 50 Prozent Polen den „Zug nach dem Westen“, den Auswandererzug, benutzt, die Aufgabe aber liege nicht im alten Vaterland, sondern in der alten Heimat.

Die „Rottenburger Zeitung und Neckarbote“ hat eine Amerika-Nummer herausgegeben, die am 7. Mai erschien und sich an die ausgewanderten Deutschen wendet. Sie bringt Nachrichten über die ersten Auswanderer aus dem Bezirk Rottenburg, über die aus dem Jahre 1818 die ersten Mitteilungen vorliegen. Die ersten Auswanderungszüge gingen nach Ungarn und Rußland. Erst 1820 tritt Amerika mehr in den Vordergrund. Der Hauptstrom der Auswanderer ging über Le Havre und Mannheim-Antwerpen. Ein interessanter Artikel beleuchtet die Tagesverdienste in Amerika um das Jahr 1860. Wir finden ferner den Abdruck einer Reihe von Briefen heimattreuer Schwaben aus Amerika und auch Dankbriefe aus dem Rottenburger Bezirk nach Amerika.

Anfang Juni fand die heurige Jahresversammlung des schwäbisch-deutschen Kulturbundes in Karlsdorf im Banat statt. Das „Deutsche Volksblatt“ in Novisad-Neusatz widmete der Tagung schon im Voraus eine Art Rückblick auf das verflossene erste Jahr dieses Bundes, der mit so großen Hoffnungen ins Leben trat. „Das deutsche Gewissen ist mächtig erwacht, wie es noch vor kurzem kein Kenner unserer Verhältnisse für möglich gehalten hätte. Unser Volk hat endlich eingesehen, daß nur fester Zusammenschluß und treues Ausharren auf dem einmal beschrittenen Wege zum Heile führen kann und alle Erfahrungen sprechen dafür, daß der Kulturbund-Gedanke bereits derart fest in den Herzen aller wahrhaft Deutschen verankert ist, daß er durch keine Gegnerschaften, durch keine Quertreibereien, aber auch durch keine Gewalt mehr auszurotten ist.“ Freilich, ein Tropfen Wermut fällt in den Freudenbecher das Verhalten der Staatsbehörden habe nicht gehalten, was man erwartet habe. Man habe nicht mit den Optimisten auf eine direkte Förderung des Kulturbundes zu rechnen brauchen, aber die Behörden hätten den Kulturbund nicht einmal überall ruhig gewähren lassen. Hundert Verwaltungskünste hätten eingesetzt, um ihn zu hemmen und seine Ortsgruppen lahmzulegen. Kleinliche Schikanen vom Machtkoller befallener Repräsentanten der Staatsgewalt hätten eingesetzt. Selbst scharf geschossen worden sei auf Vertreter des Kulturbundes von einem Gendarmen, der Hochverrat gewittert habe. Schlimmer noch sei das Verbot der Sprach- und Winterkurse für Analphabeten. Die Mißhandlung der deutschen Schule aber sei das allerschlimmste. Das Deutschtum sei grimmig enttäuscht, aber nicht entmutigt: „Im Gegenteil, wir geloben zu werden wie der Stahl, mit jedem Schlage härter und widerstandsfähiger, unerschütterlich in unserm Gottvertrauen und in dem Glauben an unsere gerechte deutsche Sache!“

Als Organ der Deutsch-Griechischen Gesellschaft in Hamburg erscheint in deutscher und neugriechischer Sprache die neue Zeitschrift „Hellas“. Herausgeber ist Demetrius Tsakas, Schriftleiter Professor Dr. Erich Ziebarth. Die neue Zeitschrift knüpft sehr glücklich an die Blütezeit des Philhellenismus an, die vor 100 Jahren den Grund zu der deutsch-griechischen Freundschaft legte. Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf hat ein Geleitwort für das erste Heft geschrieben, Professor Dr. Heisenberg schildert das Echo der griechischen Freiheitsbewegung in Europa. Der Direktor des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen Professor Dr. Karo, schreibt über „Wiederkehr der Geschichte“ Herr Pantazopoulos über die deutsch-griechischen Beziehungen. Neben der Pflege des Kulturaustauschs wird die Zeitschrift zugleich aber auch den Interessen des Wirtschaftsverkehrs dienen. Abbildungen in Kupfertiefdruck nach alten Gemälden illustrieren den Freiheitskampf der Griechen.

VON UNSERER ARBEIT

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Auslands-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns

in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können. — Wir verzeichnen heute folgendes Angebot

Deutscher, mit südslavischen Verhältnissen vertraut und mit vorzüglichen Beziehungen, reist Anfang Juli dorthin und ist bereit, jedwede geschäftlichen und privaten Angelegenheiten (be größeren evtl. gegen Reisezuschuß) zu übernehmen.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 7. Juni 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Auslands-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart Postcheckkonto Stuttgart Nr 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart

Drahtanschrift: Auslandsinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 5.— Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV — Nr. 13

STUTTGART

Erstes Juliheft 1921

Das Adam-Müller-Guttenbrunn-Fest in Guttenbrunn *)

Von Dr. HEINRICH MÜLLER, Temesvar.

„Von deutscher Erde sind wir abgeglitten,
Auf diese Insel weit im Völkermeer,
Doch wo des Schwaben Pflug das Land durchschnitten,
Wird deutsch die Erde, und er weicht nicht mehr.“

Das Banater schwäbische Volk beging am 15. Mai in der Gemeinde Guttenbrunn ein hehres Fest. Die Geburtsstätte seines großen, berühmten Nationaldichters Adam Müller-Guttenbrunn wurde mit einer Gedenktafel geschmückt. Das schwäbische Volk bewies hiemit, daß es die Bedeutung seines Heimatdichters vollkommen verstand. Die Anfachung des schwäbischen Nationalbewußtseins, die Bekanntmachung unseres Daseins mit allen Welten ist seine unvergängliche Arbeit.

Schon am Pfingstsamstage herrschte auf dem Temeschwar-Josefstädter Bahnhofe hohe Festesstimmung. Von unserer Stadt pilgerten 180—200 Teilnehmer mit dem Lipper Nachmittagszuge nach unserem nun zur nationalen Wallfahrtsstätte gewordenen Guttenbrunn. Ein die Gemüter erhebendes, schönes, überwältigendes Bild bot sich dem auf die Station Guttenbrunn einrollenden Zuge: am Dorfe Tausende von Menschen, auf dem Bahnhofe wieder eine nach Abertausenden zählende Menschenmenge in dem malerischsten Festgewande. Bei der Einfahrt des Zuges setzte die Musikkapelle ein, donnernde Heilrufe erschollen, sodann eine kurze, begeisterte Begrüßung durch Herrn Volksschuldirektor Johann Reinert, auf welche Sektionsrat Dr. Michael Kausch erwiderte, daß wir wallfahrten gekommen seien zur Stärkung unseres schwäbischen Volksbewußtseins. Sodann ging es unter dem buntfarbigen Spalier der Guttenbrunner Schuljugend mit klingendem Spiele dem Dorfe zu, an dessen Ende — bei der Cholerakapelle — die Frauen und Männer des Dorfes den aus Tausenden von Köpfen bestehenden Festzug mit einem weit schallenden Willkommengruß empfangen. Der Festzug schlängelte sich weiter durch den künstlerisch mit Blumen und Bildern geschmückten Triumphbogen und auf der mit Grün bestreuten Hauptstraße zum Gemeindegasthaus, wo die Gäste durch den Gemeindevorstand Josef Geiß mit geisterhebenden Worten willkommen geheißen wurden, worauf Hans Beller erwiderte. Nach Absingen des Begrüßungsliedes durch den Guttenbrunner Gesangsverein erfolgte die Einteilung der Gäste zu ihren Gastgebern. Am Abend

kamen Gäste und Einwohner zum Bekannntschaftsabend in das dichtgefüllte Gemeindegasthaus, wo sich schon alles in hoher Festesstimmung befand, bis zu späten Nachtstunden. Hier wurden zur Voranschickung für den nächsten Tag schon die schönsten Tischreden vom Stapel gelassen: Der evangelische Stadtprediger August Schuster aus Hermannstadt übermittelte die Grüße der Siebenbürger Sachsen, und Kaspar Muth betonte in herzergreifenden Worten die so dringend notwendige Einigkeit im geschlossenen Vorgehen zur Erkämpfung unserer politischen und kulturellen Rechte. Michael Kausch wies darauf hin, daß das Banater Schwabentum diesmal nach dem 100jährigen Geburtsjubiläumsfeste unseres hehren Heimatdichters Nikolaus Lenau das zweite Mal ein Kulturfest begehe zur Ehrung seiner großen Söhne: das Adam Müllers-Guttenbrunns, welcher so großen Anteil hat an der Bekämpfung der Fehlgriffe der Vergangenheit in der Schulpolitik. Weiter betonte er die Notwendigkeit einer nationalen Heranbildung der jetzigen Schuljugend. Hans Beller sprach in erhebenden Worten über die zukünftige Aufgabe der jetzigen Schul- und Universitätsjugend.

Pfingstsonntag. Ganz Guttenbrunn im Festgewande, die Gassen rein gefegt, die Häuser überall frisch und neu getüncht, auf den Gesichtern und in den Augen aller eine begeisterte Festesstimmung. Durch die an allen vier Enden des Dorfes errichteten Blumentriumphbögen und mit Blumen bestreuten Straßen strömen Wagenkolonnen herbei aus den benachbarten Gemeinden, und alle erhalten von den strammen, gastfreundlichen Guttenbrunnern einen liebenswürdigen Willkommengruß. Jedes Haus hat Gäste und überall die herzliche Guttenbrunnische Aufnahme. Was die Guttenbrunner an diesem Tage leisteten, darüber sollen bloß Zahlen entscheiden; daß sie 4000 Gäste freundlichst bewirteten und gut hielten, spricht über alles Lob. Das feierliche Hochamt, welches von Abt domherrn Franz Blaskovik und noch drei Priestern zelebriert wurde, war von fast sämtlichen Festesteilnehmern besucht, die von Abt dom-

*) Wir brachten bereits in der vorigen Nummer unseres Blattes auf Seite 362 einen Bericht über das Fest zu Ehren des Dichters Adam Müller-Guttenbrunn zu Guttenbrunn. Bei der Bedeutung des Dichters, dessen Ruf weit über die Grenzen seiner engeren Heimat hinausgeht, scheint es uns jedoch wünschenswert, auch noch den vorstehenden, uns neuerdings zugegangenen, ausführlichen Bericht aus der Feder seines Landsmannes, Dr. Heinrich Müller, über jene erhebenden Maientage in Guttenbrunn zum Abdruck zu bringen. Wir knüpfen daran die herzlichsten Wünsche für das fernere Wohlergehen und die Gesundheit des Dichters, und grüßen ihn und seine wackeren Landsleute, die das Wort vom „Propheten, der nichts in seinem Vaterland gilt“, in so erfreulicher Weise widerlegten. Die Schriftleitung.

sätzen den Randstaaten und ihrer Wirtschaft gewidmet, nüchterne, sachliche Arbeiten von Landes- und Wirtschaftskennern, die das Material für eine Durchdringung der schwierigen Probleme in mühsamer Weise zusammengetragen haben.

Daß von den Verhältnissen in Sowjet-Rußland weniger die Rede ist, liegt natürlich an der hermetischen Abschließung der Bolschewiken-Republik gegen das Abendland und der dadurch bedingten Spärlichkeit der zur Verfügung stehenden Quellen. Immerhin suchen die Aufsätze von Heinz Fenner über die Rechts- und Wirtschaftslage Sowjet-Rußlands im Verein mit den geographischen Studien von Riese diese Schwierigkeiten zu überwinden und einen Einblick in die Struktur des heutigen Russischen Reiches zu geben.

Durch das ganze Werk zieht sich als gemeinsame Überzeugung aller Mitarbeiter der Glaube an die großen geistigen und wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands beim Wiederaufbau des Ostens. Dieser Glaube beseelt das nüchterne, wirtschaftliche, statistische Material und verleiht ihm erst seinen eigentlichen Wert.

Dr. Scho.

Strobl, Karl Hans, *Die Vaclavbude*. Leipzig: Staackmann 1917. 266 S. 8°. M. 4.50.

Der Roman entwirft ein Bild vom Leben der deutschen Studentenverbindungen und ihren leidenschaftlichen Anteil an den Nationalitätenkonflikten in der alten böhmischen Hauptstadt. Die schwüle, ungesunde Atmosphäre des Prager Lebens ist mit krauser Phantasie geschildert.

Scho.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Die Bromberger „Deutsche Rundschau“ richtet eine ernste Mahnung an alle im neupolnischen Gebiete wohnenden Deutschen, nicht dem „Zuge nach Westen“ Folge zu geben, sondern in der Heimat zu verharren, die eine Heimat bleibe, auch wenn das alte Vaterland verloren gegangen sei. Der Abwanderungsschritt solle reiflich überlegt werden und keine Unbesonnenheit soll erfolgen. Die Ausgewanderten beklagen sich in Briefen oft bitter über die alte Heimat, in der sie als Fremdlinge, oft sogar als Eindringlinge behandelt würden. In den letzten Weihnachtstagen hätten über 50 Prozent Polen den „Zug nach dem Westen“, den Auswandererzug, benutzt, die Aufgabe aber liege nicht im alten Vaterland, sondern in der alten Heimat.

Die „Rottenburger Zeitung und Neckarbote“ hat eine Amerika-Nummer herausgegeben, die am 7. Mai erschien und sich an die ausgewanderten Deutschen wendet. Sie bringt Nachrichten über die ersten Auswanderer aus dem Bezirk Rottenburg, über die aus dem Jahre 1818 die ersten Mitteilungen vorliegen. Die ersten Auswanderungszüge gingen nach Ungarn und Rußland. Erst 1820 tritt Amerika mehr in den Vordergrund. Der Hauptstrom der Auswanderer ging über Le Havre und Mannheim-Anwerpen. Ein interessanter Artikel beleuchtet die Tagesverdienste in Amerika um das Jahr 1860. Wir finden ferner den Abdruck einer Reihe von Briefen heimatreuer Schwaben aus Amerika und auch Dankbriefe aus dem Rottenburger Bezirk nach Amerika.

Anfang Juni fand die heurige Jahresversammlung des schwäbisch-deutschen Kulturbundes in Karlsdorf im Banat statt. Das „Deutsche Volksblatt“ in Novisad-Neusatz widmete der Tagung schon im Voraus eine Art Rückblick auf das verflossene erste Jahr dieses Bundes, der mit so großen Hoffnungen ins Leben trat. „Das deutsche Gewissen ist mächtig erwacht, wie es noch vor kurzem kein Kenner unserer Verhältnisse für möglich gehalten hätte. Unser Volk hat endlich eingesehen, daß nur fester Zusammenschluß und treues Ausharren auf dem einmal beschrittenen Wege zum Heile führen kann und alle Erfahrungen sprechen dafür, daß der Kulturbund-Gedanke bereits derart fest in den Herzen aller wahrhaft Deutschen verankert ist, daß er durch keine Gegnerschaften, durch keine Quertreibereien, aber auch durch keine Gewalt mehr auszurotten ist.“ Freilich, ein Tropfen Wermut fällt in den Freudenbecher: das Verhalten der Staatsbehörden habe nicht gehalten, was man erwartet habe. Man habe nicht mit den Optimisten auf eine direkte Förderung des Kulturbundes zu rechnen brauchen, aber die Behörden hätten den Kulturbund nicht einmal überall ruhig gewähren lassen. Hundert Verwaltungskünste hätten eingesetzt, um ihn zu hemmen und seine Ortsgruppen lahmzulegen. Kleinliche Schikanen vom Machtkoller befallener Repräsentanten der Staatsgewalt hätten eingesetzt. Selbst scharf geschossen worden sei auf Vertreter des Kulturbundes von einem Gendarmen, der Hochverrat gewittert habe. Schlimmer noch sei das Verbot der Sprach- und Winterkurse für Analphabeten. Die Mißhandlung der deutschen Schule aber sei das allerschlimmste. Das Deutschtum sei grimmig enttäuscht, aber nicht entmutigt: „Im Gegenteil, wir geloben zu werden wie der Stahl, mit jedem Schlage härter und widerstandsfähiger, unerschütterlich in unserm Gottvertrauen und in dem Glauben an unsere gerechte deutsche Sache!“

Als Organ der Deutsch-Griechischen Gesellschaft in Hamburg erscheint in deutscher und neugriechischer Sprache die neue Zeitschrift „Hellas“. Herausgeber ist Demetrius Tsakas, Schriftleiter Professor Dr. Erich Ziebarth. Die neue Zeitschrift knüpft sehr glücklich an die Blütezeit des Philhellenismus an, die vor 100 Jahren den Grund zu der deutsch-griechischen Freundschaft legte. Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf hat ein Geleitwort für das erste Heft geschrieben, Professor Dr. Heisenberg schildert das Echo der griechischen Freiheitsbewegung in Europa. Der Direktor des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen, Professor Dr. Karo, schreibt über „Wiederkehr der Geschichte“, Herr Pantazopoulos über die deutsch-griechischen Beziehungen. Neben der Pflege des Kulturaustauschs wird die Zeitschrift zugleich aber auch den Interessen des Wirtschaftsverkehrs dienen. Abbildungen in Kupfertiefdruck nach alten Gemälden illustrieren den Freiheitskampf der Griechen.

VON UNSERER ARBEIT

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns

in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können. — Wir verzeichnen heute folgendes Angebot:

Deutscher, mit südslavischen Verhältnissen vertraut und mit vorzüglichen Beziehungen, reist Anfang Juli dorthin und ist bereit, jedwede geschäftlichen und privaten Angelegenheiten (bei größeren evtl. gegen Reisezuschuß) zu übernehmen.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand. Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 7. Juni 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank. Stuttgart Postcheckkonto Stuttgart Nr 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer. Stuttgart

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITY OF ILLINOIS
LIBRARY

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 9.— Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV — Nr. 13

STUTTGART

Erstes Juliheft 1921

Das Adam-Müller-Guttenbrunn-Fest in Guttenbrunn*)

Von Dr. HEINRICH MÜLLER, Temesvar.

„Von deutscher Erde sind wir abgeglitten,
Auf diese Insel weit im Völkermeer,
Doch wo des Schwaben Pflug das Land durchschnitten,
Wird deutsch die Erde, und er weicht nicht mehr.“

Das Banater schwäbische Volk beging am 15. Mai in der Gemeinde Guttenbrunn ein hehres Fest. Die Geburtsstätte seines großen, berühmten Nationaldichters Adam Müller-Guttenbrunn wurde mit einer Gedenktafel geschmückt. Das schwäbische Volk bewies hiemit, daß es die Bedeutung seines Heimatdichters vollkommen verstand. Die Anfachung des schwäbischen Nationalbewußtseins, die Bekanntmachung unseres Daseins mit allen Welten ist seine unvergängliche Arbeit.

Schon am Pfingstsonntag herrschte auf dem Temeschwar-Josefstädter Bahnhofe hohe Festesstimmung. Von unserer Stadt pilgerten 180—200 Teilnehmer mit dem Lippaer Nachmittagszuge nach unserem nun zur nationalen Wallfahrtsstätte gewordenen Guttenbrunn. Ein die Gemüter erhebendes, schönes, überwältigendes Bild bot sich dem auf die Station Guttenbrunn einrollenden Zuge: am Dorfende Tausende von Menschen, auf dem Bahnhofe wieder eine nach Abertausenden zählende Menschenmenge in dem malerischsten Festgewande. Bei der Einfahrt des Zuges setzte die Musikkapelle ein, donnernde Heilrufe erschollen, sodann eine kurze, begeisterte Begrüßung durch Herrn Volksschuldirektor Johann Reinert, auf welche Sektionsrat Dr. Michael Kausch erwiderte, daß wir wallfahrten gekommen seien zur Stärkung unseres schwäbischen Volksbewußtseins. Sodann ging es unter dem buntpfarbigen Spalier der Guttenbrunner Schuljugend mit klingendem Spiele dem Dorfe zu, an dessen Ende — bei der Cholerakapelle — die Frauen und Männer des Dorfes den aus Tausenden von Köpfen bestehenden Festzug mit einem weit schallenden Willkommengruß empfingen. Der Festzug schlängelte sich weiter durch den künstlerisch mit Blumen und Bildern geschmückten Triumphbogen und auf der mit Grün bestreuten Hauptstraße zum Gemeindehause, wo die Gäste durch den Gemeindevorstand Josef Geiß mit geisterhebenden Worten willkommen geheißen wurden, worauf Hans Beller erwiderte. Nach Absingen des Begrüßungsliedes durch den Guttenbrunner Gesangsverein erfolgte die Einteilung der Gäste zu ihren Gastgebern. Am Abend

kamen Gäste und Einwohner zum Bekanntschaftsabend in das dichtgefüllte Gemeindegasthaus, wo sich schon alles in hoher Festesstimmung befand, bis zu späten Nachtstunden. Hier wurden zur Voranschickung für den nächsten Tag schon die schönsten Tischreden vom Stapel gelassen: Der evangelische Stadtprediger August Schuster aus Hermannstadt übermittelte die Grüße der Siebenbürger Sachsen, und Kaspar Muth betonte in herzergreifenden Worten die so dringend notwendige Einigkeit im geschlossenen Vorgehen zur Er kämpfung unserer politischen und kulturellen Rechte. Michael Kausch wies darauf hin, daß das Banater Schwabentum diesmal nach dem 100jährigen Geburtsjubiläumsfeste unseres hehren Heimatdichters Nikolaus Lenau das zweite Mal ein Kulturfest begehe zur Ehrung seiner großen Söhne: das Adam Müllers-Guttenbrunns, welcher so großen Anteil hat an der Bekämpfung der Fehlgriffe der Vergangenheit in der Schulpolitik. Weiter betonte er die Notwendigkeit einer nationalen Heranbildung der jetzigen Schuljugend. Hans Beller sprach in erhebenden Worten über die zukünftige Aufgabe der jetzigen Schul- und Universitätsjugend.

Pfingstsonntag. Ganz Guttenbrunn im Festgewande, die Gassen rein gefegt, die Häuser überall frisch und neu getüncht, auf den Gesichtern und in den Augen aller eine begeisterte Festesstimmung. Durch die an allen vier Enden des Dorfes errichteten Blumentriumphbögen und mit Blumen bestreuten Straßen strömen Wagenkolonnen herbei aus den benachbarten Gemeinden, und alle erhalten von den strammen, gastfreundschaftlichen Guttenbrunnern einen lebenswürdigen Willkommengruß. Jedes Haus hat Gäste und überall die herzliche Guttenbrunnsche Aufnahme. Was die Guttenbrunner an diesem Tage leisteten, darüber sollen bloß Zahlen entscheiden; daß sie 4000 Gäste freundlichst bewirteten und gut hielten, spricht über alles Lob. Das feierliche Hochamt, welches von Abt domherrn Franz Blaskovik und noch drei Priestern zelebriert wurde, war von fast sämtlichen Festesteilnehmern besucht, die von Abt dom-

*) Wir brachten bereits in der vorigen Nummer unseres Blattes auf Seite 362 einen Bericht über das Fest zu Ehren des Dichters Adam Müller-Guttenbrunn in Guttenbrunn. Bei der Bedeutung des Dichters, dessen Ruf weit über die Grenzen seiner engeren Heimat hinausgeht, scheint es uns jedoch wünschenswert, auch noch einen vorstehenden, uns neuerdings zugegangenen, ausführlichen Bericht aus der Feder seines Landsmannes, Dr. Heinrich Müller, über jene erhebenden Maientage in Guttenbrunn zum Abdruck zu bringen. Wir knüpfen daran die herzlichsten Wünsche für das fernere Wohlergehen und die Gesundheit des Dichters, und grüßen ihn und seine wackeren Landsleute, die das Wort vom „Propheten, der nichts in seinem Vaterland gilt“, in so erfreulicher Weise widerlegten. Die Schriftleitung.

herrn Blaskovik gehaltene Predigt mußte vor der Kirche unter freiem Himmel gehalten werden, um der Zuhörerschaft das Pfingstevangelium verkünden zu können. Während der Messe sang Hofopernsänger Anton Arnold.

Sodann versammelte sich alles vor der Kirche, von wo es im Festzuge mit Musik in die in „Neuguttenbrunn“ gelegene Herengasse zur Enthüllungsstätte ging. Schon die aus 5—6000 Köpfen bestehende Menge bot in ihrer bunt-farbigten Erscheinung ein erhebendes und gemütergreifendes Bild, wie auch weiterhin der Verlauf des Festprogrammes. Nach Absingen unserer Hymne „Heil dir mein Heimatland“ wurde von der in malerischer Guttenbrunner Volkstracht gekleideten Kathel Backin die von Fr. X. Kappus verfaßte und preisgekrönte Gelegenheitsode „Der Schwaben Siegeslied“ deklamiert. Gemeindevorstand Josef Geiß hielt eine sinnreiche, wohlaufgebaute Begrüßungsrede. Bald konnten wir uns erfreuen an dem schönen Lied „Der Tag des Herrn“, vorgetragen durch den gutgeschulten Luposcher Gewerbeliederkranz. Es ergriff das Wort der Festredner Prof. Franz Lombach, canonicus premonstrensis, im schneeweißen Ordensornat. (Wegen Raummangel können wir die reichhaltige und großzüge Festrede nur auszugsweise bringen.): Adam Müller-Guttenbrunn, der in diesem Hause am 22. Oktober 1852 geboren wurde, hatte einen sehr unglücklichen, mit Dornen durchwirkten Lebenspfad zu beschreiten, ging, um besseres Verständnis zu finden, nach Österreich, wo er anfangs in Linz Postbeamter, später Theaterdirektor des Wiener Raimundtheaters wurde. Nach seinen ersten literarischen Erfolgen auf dramatischem Gebiete entbrannte die unauslöschliche Liebe mit aller Wucht zu seiner banater Heimat und schwäbischen Volke. Mit herbem Schmerze sah er das nationale Siechtum seines schwäbischen Volkes unter dem Drucke des ungarischen Chauvinismus, bitter empfand er das bedingungslose Mitwirken der seinem Volke entstammenden schwäbischen Intelligenz an dieser Arbeit, mit Verzweiflung empfand er das fieberhafte Haschen nach allen wirtschaftlichen Vorteilen seines Volkes und die Apathie gegen kulturelle Bestrebungen. Diesem Seelenzustande entsprangen seine Werke „Die Götzendämmerung“ und „Die Glocken der Heimat“. In ersterem werden die chauvinistischen Bestrebungen der ehemaligen ungarischen Koalitionsregierung mit wuchtigen Hieben gepeitscht, in letzterem werden die Mißstände zwischen dem einen Volke fremden behördlichen Organen und dem Volke selbst in krassen Farben und Bildern geschildert; es vollzieht sich in diesem Buche der Untergang der deutschen Schule und der Beginn des verruchten ungarischen Schulunterrichtes. Diese Bücher wurden zwar vom Staate geächtet, ihm wurde das Heimatrecht genommen, aber sein Heimatgefühl konnte ihm nicht entzogen werden; der Samen seiner Ideen wurde trotz der Staatsgewalt in seiner Heimat gepflanzt und es wurde bald als Folge eine „Ungarländische deutsche Volkspartei“ gegründet.

Um sein Volk bekannt zu machen mit der Geschichte der Ansiedlung und seiner Abstammung, schrieb er seine Bücher „Der große Schwabenzug“, „Barmherziger Kaiser“ und „Josef, der Deutsche“. Wir gehen in diesen Werken mit unseren Ahnen aus Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Rheinpfalz, Hessen usw. auf dem Donaufusse bis in unsere vom deutschen Heere von dem Türkenjoch befreite jetzige Banater Heimat, wir leiden in den unzähligen Bekämpfungen der Sümpfe und Waldungen, der Pest und Cholera mit unseren Ahnen, wir freuen uns an dem Gedeihen ihrer ersprießlichen Arbeit. Wir empfinden die väterliche Fürsorge des Kaisers Josef, des Prinzen Eugen und des ersten Gouverneurs des Banates, Grafen Florimund von Mercy. Malerisch erzählt er uns im Rahmen seiner Geburtsgemeinde

und der ersten Ansiedler die aus dem deutschen Mutterlande mitgebrachten Sitten und Gebräuche, und erschließt uns die Poesie, das Ewigschöne unserer sonst so schwerfälligen schwäbischen Volksseele. Aus seiner Dichtung sprüht überhaupt die nie erloschene, unversiechliche Liebe zur Heimat und eine durch und durch deutsche Weltanschauung, in welcher sich die Ideengeschichte, der nationale Charakter und das innerste Wesen eines Volkes uns am unmittelbarsten erschließt.

Mit enthusiastischen Worten riß der Redner die Hülle von der Gedenktafel. Es erscholl ein brausendes Heilrufen, als er sprach: „Übernehmet und verwahrt die Gedenktafel für die kommenden Generationen. Nichts ist noch unser als diese Scholle, auf welcher die Gedenktafel sich erhebt, wie das Sinnbild unseres deutschen Zukunftsstolzes, an welchen uns Bande deutschen Gemütes und deutscher Sitte binden, und nichts soll uns losreißen von der Heimat, von deutschen Fleißes stolzer Blüte, von den Zeugen mancher herben Väternot, wir segnen sie, auf daß sie Gott behüte und stehen treu zu ihr in Not und Tod.“

Sodann erfolgte die Übernahme der Tafel von seiten der Gemeinde durch Notar J. Geiß und Ortsrichter J. Lannert. Dr. Michael Kausch, leitender Obmann des Kulturverbandes, verlas den Brief Adam Müller-Guttenbrunns, welchen er aus seiner Meidlinger Heimat bei Wien an seine Guttenbrunner Landsleute richtete. Wegen eines Herzfehlers liegt er jetzt krank darnieder und seine Ärzte verbieten ihm jede selbst freudige Aufregung. Der Dichter sagt in seinem Briefe, daß seine Guttenbrunner Landsleute mit Errichtung dieser Gedenktafel nicht ihn, sondern sich und das schwäbische Volk ehren, dessen kulturellem und geistigem Emporblühen er sein ganzes Leben gewidmet hätte und es diene ihm zur Genugtuung, daß seine verfolgten Ideen endlich in seinem Heimatsorte auf diese Weise gerechtfertigt würden. Ferner verlas Dr. Kausch noch die Grüße und Glückwünsche vieler deutscher Vereinigungen und hervorragender deutscher Männer zum Feste. Es wurde dann eine Begrüßungsdepesche an Adam Müller-Guttenbrunn gesandt.

Der rumänische Pfarrer Vasilie Mosin aus Chesnitz sprach in rumänischer Sprache über die Bedeutung Adam Müller-Guttenbrunns. Sodann hörten wir das schöne Lied „Am Ort, wo meine Wiege stand“, von dem Guttenbrunner Gesangsverein unter Leitung des tüchtigen Kantorlehrers Venza Marschall. Ferner sangen dann noch der Blumenthaler und Neudorfer Gesangsverein.

Es folgte nun das Festessen im geräumigen Bauernhofe des Mathias Lannert unter einem zu diesem Zwecke aufgestellten Riesenzelte. Beim Vorbereiten dieses Zeltes sah man schwäbisches Zusammengreifen in jeder Hinsicht, um das Fest ja erhaben zu gestalten, und besonders muß hier ein Lob den Guttenbrunner Frauen und Mädchen gewidmet werden. Wie in der in „Meister Jakob und seine Kinder“ von ihrem Heimatdichter beschriebenen Hochzeit der Weidmannskathl wird Geschirr, Eßzeug, Flaschen, Gläser, Arbeit, guter Wille und Frohsinn zusammengetragen zu einigen Stunden Fröhlichkeit. 400 Personen faßte dieses große Zelt und die Guttenbrunner bewiesen, daß sie auch hier Meister waren. Während des Festessens erklangen siebzehn Tischreden, ein Zeichen, wie sich die Gemüter in Festesstimmung bewegten und befanden.

Dr. Ernst Heim brachte nach einer Rede und mit ihm die ganze Festversammlung ein Hoch auf Seine Majestät.

Dr. Michael Kausch sprach über die nationale Bedeutung der Dichtungen Adam Müller-Guttenbrunns, ließ Bilder aus den „Die Glocken der Heimat“ vorführen und brachte mit allen Teilnehmern ein dreifaches Hoch auf den gefeierten Heimat-

dichter. Gemeindefor Joseph Geiß sagte, daß aus dem dicken deutschen Wörterbuch einige Wörter, wie schwäbischer Eigensinn, Entvölkerung, Entartung und politisches Blindkuhspielen gestrichen werden sollten, damit wir Deutschen endlich ins richtige Geleis kämen. Er erhob sein Glas auf die Guttenbrunner „Heckeschwowe“. Schuldirektor Hans Reinert erklärt, daß wir am heutigen Tage die Wiederfindung unserer deutschen Muttersprache feiern. Er erhebt sein Glas auf diese Wiederfindung und auf die anwesenden Oberstuhlrichterorgane.

Obmann der Ortsgruppe Guttenbrunn des Kulturverbandes, Peter Luckhaup, spricht in schlichten, rührenden Worten über die Führeraufgaben unserer Intelligenz, deren enges Zusammenarbeiten mit dem Bauernstande eine schönere Zukunft erblicken läßt und die Gewähr hiezu bietet ihm das heutige zahlreiche Erscheinen der Intelligenz und Bauernschaft zur Ehrung unseres völkischen Erwachens. Darauf leerte er sein Glas.

Der Evangelische Stadtprediger aus Hermannstadt August Schuster bespricht die Schönheiten des heutigen Tages und überbringt die Grüße der sächsischen deutschen Brüder und bringt ein Hoch auf das ersprießliche Gedeihen des Zusammenarbeitens der Schwaben und Sachsen.

Abtdomherr Franz Blaskovitsch dankt für die schönen Worte des Peter Luckhaups und sagt, daß der Bauernstand der gesunde Stammbaum des Volkes ist, hingegen der Kulturgrad ist seine Intelligenz. Er betont die Wichtigkeit des Zusammenfassens seiner sämtlichen Kräfte und das soll in der Volksorganisation geschehen, Entfaltung unseres Volkes für uns und den Staat. Einheit, Liebe und Friede so in dem Familienleben wie beim Volke sollen die Leitsterne sein. Wenn die ägyptischen Sklavenvölker in der Zeit von Jahrhunderten ihren Tyrannen noch heute stehende und bewunderungswürdige Pyramiden erbauen konnten, was könnten wir Schwaben, die Deutschen als freie Männer in einem freien Staate im Laufe der Jahrhunderte für bewunderungswürdige Bauten zum Wohle der Menschheit errichten, wenn wir alle unsere völkische Kraft zusammenfassen könnten. Er leert sein Glas auf die ersprießliche Zusammenarbeit der Intelligenz und des Bauernstandes. Es sprach sodann der rumänische Pfarrer Jean Calniceau aus Chesnitz in deutscher Sprache, auf ein entwickeltes liberales Denken hinweisende schöne Worte über das *Suum cuique* der im Banate lebenden verschiedenen Nationen und ließ Adam Müller-Guttenbrunn hochleben, der für diese Idee als Deutscher kämpfte.

Eine liebe Erscheinung war, als die kleinen Schwaben, Hans Luckhaup mit dem Gedichte „Die Scholle“ und Adam Wicher mit „Das Schwabenkind“ allgemeinen Beifall erzielten.

Adam Jost aus Temesvar spricht über die treue Bewahrung der Muttersprache, Adalbert Cobes aus Luposch über die Opferwilligkeit für die Schule. Hans Beller spricht über die Gastfreundschaft der Schwaben, betont auch die Wichtigkeit des engen Zusammenarbeitens unseres Volkes mit dem rumänischen Volke und leerte sein Glas, auf daß es so werde. In all dieser gehobenen Stimmung erschien erst nachmittags um 4 Uhr infolge eines Autodefektes Staatssekretär Lutz Korodi aus Bucuresti unter stürmischen Hochrufen. Der Neudorfer Gesangsverein stimmte das Mozartsche Bundeslied an, welches großen Beifall genoß.

Dann ergriff das Wort die aus Großaabnikolaus zu diesem völkischen Feste gepilgerte Bürgerschullehrerin Magdalena Gilde und gelobte in begeisternden, schönen Worten über die gute deutsche Erziehung unserer Kinder mit der Liebe und Gewissenhaftigkeit der deutschen Frau zu wachen. Auf diese hehre Aufgabe leerte sie ihr Glas.

Nun erhob sich der soeben erschienene Staatssekretär Lutz Korodi und feierte das Gedenken Adam Müller-Guttenbrunns, dessen Person und deutsche Arbeit ihn bewogen habe, zu unserem Feste zu erscheinen, nicht die Mission der Regierung. Seine Werke durchzitterte alle der Gedanke, welcher in seiner Flugschrift „gegen den Strom“ zum Ausdruck komme, gegen alles naturwiderliche und gekünstelte anzukämpfen. Er verlor nie den Glauben an sein Volk und daß es so ward, bezeugt das heutige Fest. Gegen Ende seiner Rede erklärt er, daß Seine Majestät sehr wohl wisse, daß die Sachsen und Schwaben gute Staatsbürger seien und dem Staate und ihrem Volke Treue bewahren würden.

Dr. Kaspar Muth beginnt seine Rede mit der schönen naturwissenschaftlichen Hypothese, daß die Meeraugen auf dem Gebirge sich bewegen, wenn das große Meer ins Wogen kommt. Auch Deutschland wagt jetzt und wir, die Meeraugen vom deutschen Volksmeer, sind auch durch dieses Wogen bewegt worden. Wir sind völkisch erwacht und fühlen daher auch den Schmerz der jetzigen deutschen Kreuzigung. Er bringt ein Bibelbeispiel: Als der Apostel Petrus an seiner Mission schon bald verzweifeln wollte und ihm Jesus erschien und Petrus fragte: Quo vadis? und Jesus antwortete, ich gehe mich wieder kreuzigen lassen, daß du an mich glaubst. Es scheint, daß das deutsche Volk gekreuzigt werden muß, um an dieses zu glauben und dadurch neue Kraft zu erhalten. Er knüpfte an die Worte des Pfarrers J. Calniceau an und bat ihn, diesen Geist weiterzupflanzen, daß er überall durchdringe und auch dem schwäbischen Volke recht getan werde. Schließlich spricht Dr. Muth über die kampfeslustige Jugend und heißt diese das Unterpfand unserer völkischen Zukunft, in dem sie die großen Männer ihres Volkes so ehrt, wie es heute eben geschieht. Daß dem so werde, darauf erhebt er sein Glas.

Philipp Jahn spricht über die Lehren der Werke des Adam Müller-Guttenbrunn und zollt dem leitenden Obmann des Kulturverbandes Dr. Michael Kausch Dank.

Zu guter Letzt sprach noch ein Guttenbrunner Vorbehalter Johann Schilling, ein bäuerlicher Philosoph, ein Schulbankkamerad Adam Müller-Guttenbrunns über die Kinderjahre des Dichters und über das Schicksal der großen Männer. Dann richtet er ergreifende Worte an sein Volk, daß es zur Religion zurückkehren möge, nur dort sei Genesung.

Bevor die Tischgesellschaft sich löste, meldete sich noch die schwäbische Dichterin Frau Christine Köster aus Bad Rigosch mit ihrem Gelegenheitsgedichte „Der schwäbische Bund“, wofür sie großen Beifall erntete.

Nachmittags um 5 Uhr begann die Bundestagung des Kulturverbandes im Gemeindegasthause.

Obmann der Ortsgruppe Guttenbrunn, Peter Luckhaup, begrüßt die Gäste.

Leitender Obmann der Bundesleitung, Dr. Michael Kausch, eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß der K.-V. eine Adam-Müller-Guttenbrunn-Stiftung zu gründen plant.

Schriftführer Dr. Ernst Heim verliest den vorjährigen Bericht.

Sodann erfolgte ein schöner historischer Vortrag des Prof. Andreas Friedrich aus Temesvar mit Heranziehung der Werke Adam Müller-Guttenbrunns über das schwäbische Banat, dessen Worte darin ausklangen, daß das schwäbische Volk auf den Mann mit Sehnsucht wartet, der seine Geschichte schreiben wird, denn die Geschichte erweckt Volksbewußtsein.

Dr. Michael Kausch zollt Dank dafür.

P. Amoendos aus Lugosch stellt den Antrag, daß der Banater Sängerbund gelegentlich des 40jährigen Jubiläums des Lugoscher Gewerbeliederkränzes gegründet werden soll, was angenommen wurde. Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

Im Schulhause wurde aber zur gleichen Zeit eine Versammlung des „Schwäbischen Landwirtschaftsvereins“ mit dem Vor- sitze des Vereinsobmannes Abt. domherr Franz Blaskovitsch abgehalten. Es wurde hier die Neuorientierung unseres Wirtschaftslebens im neuen Staate besprochen, welche Frage eine lebhaft e Besprechung zur Folge hatte.

Dann zerstreuten sich die Gäste zu ihren Gastgebern, um eine kleine Weile, auszurasen für die am Abend stattfindende Dilettantenvorstellung.

Bei dichtgefülltem Saale im Gemeindegasthause begann das

reichhaltige Programm, welches erst spät um Mitternacht abgewickelt war; an dessen Gelingen hatte außer den Mitwirkenden besonders die unermüdliche Arbeit des Kantorlehrers Wenzel Marschall den Löwenanteil.

Nachher war Tanz und fröhliches Beisammensein unter Liederklang bis zur Abfahrt des Eisenbahnzuges. Die biedereren Guttenbrunner ließen mit ihrer Gastfreundschaft nicht locker, die Musikan- und viele Volksgenossen gaben das Geleite zum Bahnhofe und wichen nicht eher, als bis der Zug abfuhr.

Möge dieses schöne völkische Pfingstfest einmal die Seele eines jeden Schwaben mit der völkischen Liebe des Geistes unseres Heimatdichters durchdringen und kräftigen, daß wir uns endlich in uns kehren und mit voller Eintracht unsere völkischen Zukunft entgegensteuern können.

Die gegenwärtige Lage der Deutschen in Espirito Santo*)

Von M. GRIEBACH, Stuttgart.

Auf die jüngste Umfrage der brasilienschen Bundesregierung hat unter anderem auch die Staatsregierung von Espirito Santo sich bereit erklärt, 1000 deutsche Landwirtschaftsfamilien in ihrem Staate anzusiedeln. Dadurch wird aufs neue die Aufmerksamkeit auf das bereits in diesem Staate befindliche Deutsch- tum gelenkt, das eine physische und geistige Auffrischung aus der Heimat sehr wohl brauchen kann.

Vom Ende der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bis in die achtziger Jahre hinein sind durch die brasilianischen Kaiser nach dem südamerikanischen Küstenstaate Espirito Santo, der etwa die Größe der Provinz Hannover oder Schlesien hat, zirka 2500 deutsche Tagelöhner und Bauern aus Hinterpommern und dem Hunsrück an den Ufern des Rio Jucu und in den Berg- tälern von Leopoldina am Santa Maria angesiedelt worden. Seit- dem sind sie fast gänzlich ohne Nachschub geblieben. Ihre starke Vermehrung bis auf den heutigen Tag spricht am besten dafür, daß sie in klimatischer und wirtschaftlicher Beziehung kein schlechtes Los gezogen haben. Nach den ziemlich genauen Fest- stellungen der deutschen Pfarrämter beträgt ihre Zahl heute mindestens 25000. Die Geburten verhalten sich jährlich zu den Todesfällen durchschnittlich wie 6 zu 1 stellenweise sogar wie 9 zu 1. Diese Zahlen besagen viel, wenn man bedenkt, daß die dortigen deutschen Kolonistenfrauen häufig keine sachverständige Hilfe bei der Niederkunft haben, daß zahlreiche junge Frauen bei der Geburt ihr Leben lassen müssen und andere wieder dabei eine Krankheit fürs Leben davon tragen.

Was diese deutschen Siedlungen auszeichnet, ist eine einzig- artige Abgeschlossenheit und ein zähes Festhalten an deutscher kirchlicher Zucht und Sitte. Jahrzehntlang ist das einzige Band, welches sie mit der alten Heimat verbunden hat, nur die kleine Schar der aus der Heimat entsandten Geistlichen gewesen. Außer den Kirchengemeinden haben sich unter diesen Deutschen Vereine noch kaum bilden können.

Es herrscht ein starker bäuerlicher Aberglaube, der besonders in Besprechungsformeln bei Krankheiten sich äußert. Was die Leute seinerzeit aus der Heimat getrieben hat, sind, wie sie selber sagen, die Launen ihres Gutsinspektors gewesen. Was sie ihre Sehnsucht nach der alten Heimat überwinden ließ, ist ein stark ausgeprägtes Freiheitsgefühl. Stolz genießen sie ihre Freiheit als deutsche Bauern in einem Land, das noch eine reiche Ent- wicklung vor sich hat. Espirito Santo entwickelt sich mehr und mehr als Durchgangsland zu dem mächtig emporstrebenden

Staate Minas Geraes. Dabei scheint die Mehrheit dieser Deut- schen geistig noch auf jenem Tagelöhnerstandpunkt der Mitte des vorigen Jahrhunderts zu stehen. Was die Eltern an geistiger Wissen und Können aus der heimatlichen Dorfschule mitgebracht haben, ist nur zu einem erschreckend geringen Teil den Kindern vererbt. Die Kolonistenlehrer müssen große Geduld und Mühe aufwenden, um in dürftigen zwei bis drei Schuljahren mit nur zwei bis dreitägigem Unterricht in der Woche den Kindern das Allernotwendigste beizubringen. Wenn nicht die Geistlichen mit aller Strenge als Bedingung der Einsegnung den vollen Lehr- gang der Schule forderten — viele Eltern würden auch ohne Schule ihre Kinder aufwachsen lassen.

Die Mehrzahl ist vor der Gründung des Deutschen Reiches aus- gewandert. Eine Folgeerscheinung davon ist, wie so häufig in Ausland, daß zwischen den beiden deutschen Stämmen die Pommern und Hunsrücker, die hier vertreten sind, eine tiefe Kluft sich zeigt als bei uns heute in Deutschland. Der geistig- regsamere Hunsrücker läßt sich von dem schwerfälligen, dick- köpfigen Pommern nur wenig sagen und auch letzterer wird in seinem Bauernstolz nur schwer zu einem engeren Zusammen- gehen mit dem beweglicheren Rheinländer zu bringen sein.

Heute ist dieses Deutschtum von Espirito Santo in ein wich- tiges Stadium seiner Entwicklung eingetreten. Zwei Ersche- nungen verdienen besondere Aufmerksamkeit: einmal die neue- dings einsetzende Abwanderung der tüchtigsten Elemente auf den Bergen in das fruchtbarere Tiefland und sodann der nicht weniger bedeutungsvolle Einbruch brasilianischer Kultur in die deutsche Abgeschlossenheit.

Die Abwanderung der tüchtigsten Elemente wird ver- ursacht durch das primitive System des Raubbaus. Der außer- ordentlich humusreiche Urwaldboden ist nun schon manches Jahr- zehnt hindurch nur extensiv bewirtschaftet. Der Haupteerwerb- zweig ist der Kaffeebau. Die alten Kaffeepflanzungen geben nach- siebzig bis achtzig Jahren nur noch geringe Erträge. Die ab- geholzten Hänge werden durch die Sonne ausgedörrt. Üppig- wucherndes Farnkraut zeigt stets abgewirtschaftetes Land an. Für Mais oder Wurzelfrüchte, wie Manioca oder Aipim, ist es immerhin noch zu gebrauchen, doch kann das dem auch nur einigermaßen strebsamen Kolonisten nicht genügen. Anderer- seits erscheint ihm eine in dieser Hinsicht intensive Bewirt- schaftung zu mühsam und zu kostspielig. Der Dünger muß in einzelnen Säcken auf dem Rücken des Maultiers die steile

*) Herr Pastor Fischer, Oberdorla-Thüringen, früher Leopoldina II, Espirito Santo, hatte die Freundlichkeit, diesen Artikel durchzusehen und in einigen Punkten zu ergänzen.

Berge hinaufgetragen werden. Breitere Verkehrswege und Wagen gibt es nur wenige. Selbst der Schubkarren war 1914 ein meist unbekanntes Möbel. Das deutsche Kali-Syndikat hatte vor dem Kriege einige Düngungsversuche gemacht. Die Resultate waren, was den Kaffee betrifft, wenig ermutigend. Die Erträge zeigten auf gedüngten und ungedüngten Pflanzungen noch keine großen Unterschiede. Bessere Ergebnisse sind allerdings bei dem Mais erzielt worden. Ich erlebte, wie ein Kolonist nach der Kirche dem evangelischen Pfarrer von Jequetiba seine Resultate mitteilte. Er hatte 52 kg von ungedüngtem, 124 kg vom gedüngten Hektar geerntet. Nach den Mißerfolgen bei der Düngung des Kaffees muß man es verstehen, wenn der tüchtige Kolonist, der vorwärts strebt, das sterilere Hochland mit dem fruchtbareren Tiefland vertauscht.

Es gibt kaum ein größeres Tal, in dem einen nicht die hohlen Fenster einer verlassenen Kolonie anstarren. Oft sind diese Häuser von Farrenkräutern derartig überwuchert, daß man sie nur mühsam entdecken kann. Es ist tragisch, daß gerade die tüchtigsten Elemente abwandern. Doch diese Erscheinung liegt in der Natur der Sache. Es sind die Mutigen, die Unternehmungslustigen, die Vorwärtstrebenden, die sich besseres Land für sich und ihre Kinder aufsuchen. Hat ein Kolonist mehrere Söhne — bis 12 Kinder kommen öfters vor, 5—7 sind der Durchschnitt —, so sucht er für jeden von ihnen eine eigene Kolonie zu erwerben. Dort unten im Tiefland, nach dem Rio Doce zu, wird zwar heute nicht mehr, wie noch vor wenigen Jahren, das Land mit freigebigen Händen verteilt; immerhin zahlen die Kolonisten gern den stetig wachsenden Kaufpreis. Wer im Lande aufgewachsen ist und die harten schwierigen Hände des Ackerbauers zeigt, wird gern versorgt, zumal wenn er gleich persönlich seine Kolonie bezieht.

Und unten im Tiefland geht es mit deutscher Art rasch bergab. Der deutsche Kolonist kommt in ein heißeres Klima, in ungesündere Verhältnisse, unter Brasilianer, Polen und Italiener. Seit 1907 liegt ja System in der Durcheinanderwürfelung der verschiedenen Nationen in der brasilianischen Kolonisationspolitik. Da die Kirche dem Deutschen nicht so schnell folgen kann, tritt schnell eine geistliche und geistige Verwahrlosung ein. Wird die Pflege der Religion schon in den alten Kolonien oft als etwas Äußerliches angesehen, so noch weit mehr im neuen Land. In gesundheitlicher Beziehung kommen die Leute zurück. Sta. Joanna Lage und der Rio Doce sind Brutstätten für Malaria, Typhus und gelbes Fieber. Auch in sittlicher Beziehung tritt eine Verwahrlosung ein. Beschränkt sich im Hochland die Trunksucht auf die Männer, so fallen ihr im Tiefland auch die Frauen anheim. „Porce allemão“ ist ein viel gebrauchtes Schimpfwort; Fälle der Unzucht und Mischehen mit Schwarzen werden häufiger. Es ist bezeichnend, daß diese trüben Erscheinungen sich um so deutlicher zeigen, je weiter die deutschen Kolonisten sich von ihren alten Siedlungsstätten entfernt haben. Der Name Rio Perdido ist nicht nur bezeichnend für die örtliche Abgelegenheit einer dieser Kolonien, sondern auch im übertragenen Sinne; ein sittlich und geistig verlorener Posten, das Tiefland von Espirito Santo!

Einst zogen auch hierher die Tüchtigsten der Tüchtigen, und auch heute sind sie noch prächtige Gestalten, die alten Kirchenväter. Aber die Jungen sind schon weiter gezogen, tiefer hinein, und was geblieben — — perdido — verloren. Sie allein besuchen im Tropenland das Kirchlein nur einige Male im Jahre, vom Pfarrer aus Leopoldina bedient; der alte Stammeshäuptling, Vater Ost, hält alle 3 Wochen Lesegottesdienst, sonst unterrichtet er schlecht und recht die Kleinen. Vater Strutz leitet die kleine Herde als stellvertretender Vorsitzender. Albert

Hempel, der einstige Artilleriezahlmeister, jetziger Vendist, besorgt die geschäftlichen Angelegenheiten; sonst alles verloren. Und was von dieser Stelle, der ersten im Tiefland von Espirito Santo gilt, gilt in steigendem Maße von dem tieferen Inneren.

Nicht weniger bedeutungsvoll für die Entwicklung des Deutsch-tums in Espirito Santo ist der Eingang brasilianischer Kultur in die deutsche Abgeschlossenheit geworden. Er zeigt sich erst in den ersten Anfängen. Der Präsident des Staates Espirito Santo hat im Jahre 1913 das Eingangstor für die deutschen Siedlungen, das außerordentlich günstig und gesund gelegene Campinho sich als Erholungsort gewählt. Zum Wohnort hat er sich das deutsch-evangelische Pfarrhaus erkoren. Er hat großes Interesse für die deutschen Siedlungen bekundet und wiederholt seine Hochschätzung deutscher Kolonistenarbeit bezeugt. Wer wird es ihm verdenken können, daß er die Deutschen zu möglichst nützlichen brasilianischen Staatsbürgern zu erziehen sucht? Auf seine Veranlassung ist zunächst ein verhältnismäßig tüchtiger portugiesischer Lehrer, der zugleich deutsch versteht, nach Campinho berufen worden. Der Unterricht sollte in deutscher und portugiesischer Sprache gegeben werden. Schulgeld ist in der brasilianischen Schule nicht zu entrichten, während die bisherige deutsche Pfarrschule natürlich Schulgeld erheben mußte.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland im Frühling 1917 bot dann gewissen deutschfeindlichen und leider auch deutschbrasilianischen Elementen Gelegenheit, ihre „Loyalität“ zu zeigen. Schon 1914 war der deutsche Lehrer, der erst kurz zuvor angekommen war, in überschäumendem Patriotismus wieder der Heimat zugeeilt, doch nur, um abgefangen zu werden. Der Ortspfarrer übernahm die Schule. Aber Schritt für Schritt ging man gegen sie und ihn vor. 1916 wurde sie unter dem Vorwand, daß nicht genügend portugiesischer Unterricht erteilt werde, geschlossen. Endlich wurde der Pastor sogar in der Zeitung verleumdet, seines Lebens bedroht und schließlich verwiesen. Feste Schritte zu tun, erlaubte der inzwischen eingetretene Kriegszustand nicht.

1918 wurde die Pfarrstelle wieder vorläufig besetzt und soll jetzt nach längeren Verhandlungen mit dem Evang. Oberkirchenrat einen dauernden Pfarrer erhalten.

Campinho liegt eine Reitstunde von der Bahnstation Maréchal Floriano entfernt und ebenso nicht weit von Domingo Martins, einst „Germania“; in zweistündiger Bahnfahrt ist von hier Victoria, die Hauptstadt von Espirito Santo, zu erreichen. Eine elektrische Bahn soll Campinho der Hafenstadt Victoria näher rücken. Ein in der trockenen Jahreszeit benutzbarer Fahrweg mit einem Automobil und einer Kutsche, die an Luthers Reisegefährt erinnert, bildet den Anfang. Der Verkehr würde sich für das kleine Campinho mit seinen etwa 30 Häusern bald wesentlich heben. Ein führender Deutsch-Brasilianer, der aber in der oben erwähnten Loyalitätskundgebung eine unruhliche Rolle gespielt hat, baute bereits eine Sommerwohnung für den Präsidenten. Mehrere andere Brasilianer nutzten die schlechten Zeiten, um bei billigen Löhnen sich in Campinho Häuser zu bauen. Auch ein großes Sanatorium sollte demnächst in Campinho gebaut werden.

Für Campinho, Kalifornien und die angrenzenden Täler sind bereits bessere Absatzmöglichkeiten geschaffen. Die bisherige Abgeschlossenheit hat aufgehört und die portugiesische Sprache hat mehr und mehr ihren Einzug auch in diese deutschen Kolonien gehalten.

Das Deutschtum in Espirito Santo befindet sich also zurzeit in einer doppelten Not: in einer wirtschaftlichen und in einer nationalen. Beide hängen wieder eng mit-

einander zusammen. Die wirtschaftliche Not wird nur von den Tüchtigsten empfunden. Sie äußert sich in der Abwanderung. Durch die Abwanderung muß der Kolonist wieder von vorne anfangen. Das ersparte Geld geht bei der Anlage neuer Pflanzungen drauf. Das neue Land ist zwar an sich besser, aber die Absatzverhältnisse sind im nördlicheren Tieflande noch schlechter als im Hochlande, so daß selbst bei dreifachen Kaffeebeträgen die Einnahmen nicht größer sind, da zugleich der Preis für den Kaffee um ein Drittel sinkt. Die Abwanderung beseitigt also die wirtschaftliche Not keineswegs, bringt aber andererseits eine stärkere nationale Not mit (mangelhafte geistige Versorgung, beschleunigte Verbrasilianisierung usw.).

Die eindringende brasilianische Kultur andererseits kann wieder infolge der verbesserten Verkehrswege die wirtschaftliche Not im Hochland verringern. Sie wird sicher eine wirtschaftliche Hebung der deutschen Kolonien zur Folge haben; das bedeutet aber zugleich wieder eine nationale Gefahr, da der die nationale Not nicht erkennende deutsche Bauer das Deutschtum bei seinen Kindern in Zukunft nur schwer wird erhalten können. Es wird nicht lange dauern, so wachsen auch hier in den Bergen von Espirito Santo jene Zwittergestalten heran, welche nicht Fisch, nicht Fleisch, nicht Deutsche und nicht Brasilianer zu nennen sind.

Die Frage ist nun, ob dieser natürliche Prozeß in irgendeiner Weise so beeinflußt werden kann, daß die deutschen Gemeinden als solche erhalten bleiben.

Der frühere evangelische Geistliche von Jequetiba, Pastor Grimm, jetzt Hammonia bei Blumenau, hat wiederholt die Gründung eines landwirtschaftlichen Instituts vorgeschlagen, in welchem die deutschen Kolonisten und ihre Söhne zur intensiveren Bewirtschaftung ihrer Pflanzungen angeleitet werden. Mit diesem Institut sollte zugleich eine Musterpflanzung verbunden sein. Dieser Vorschlag hat, aus der Ferne besehen, zunächst etwas Bestrickendes. Bei näherer Prüfung verliert er leider an Überzeugungskraft. Die Gründung eines solchen Instituts würde vorläufig völlig zwecklos sein, aus dem einfachen Grunde, weil der deutsche Kolonist keinen Gebrauch davon machen würde. Er steht gegenwärtig noch keineswegs auf der geistigen Höhe, daß er seine Lage als eine Not erkennte. Der geringe erzieherische Einfluß der Eltern auf die Kinder und das ausgesprochene Freiheits- und Herrengefühl der Kolonistenkinder zeitigt eine große Freizügigkeit. Der Kolonistensohn und die Kolonistentochter sehen es als eine Gnade an, wenn sie ihren Eltern bei der Arbeit helfen. Für patriarchalische Verhältnisse scheint der Boden von Espirito nicht günstig zu sein. Es hält schon schwer, die Kinder zum regelmäßigen Schulbesuch zu erziehen. In Jequetiba hat der dortige frühere Pastor Zylmann, jetzt in Petropolis bei Rio de Janeiro, mit schwerer Mühe eine kleine Schar in einer Fortbildungsschule gesammelt. Vielleicht wird es ein Anfang werden können für eine spätere praktische Unterweisung. Für ein landwirtschaftliches Institut mit Musterpflanzung sind die deutschen Kolonisten in Espirito Santo noch nicht reif.

In der Tat hat auch das aus den oberkirchenrätlichen Geistlichen bestehende „wirtschaftliche Komitee zur kulturellen Hebung der Deutschen in Espirito Santo“ diesen Plan schon fallen lassen. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß die in der Nähe der Hauptstadt des Staates, in Victoria nach nord-amerikanischem Muster vor Jahren eingerichtete Musterpflanzung völlig darniederliegt, weil einfach von dieser Einrichtung von den Bürgern des Staates kein Gebrauch gemacht wurde. Nicht anders würde es einem landwirtschaftlichen Institut in

den Bergen von Leopoldina ergehen. Die Eifersucht zwischen Hunsrückern und Pommern und die weiten Entfernungen würden hemmend wirken; auch müßte wahrscheinlich für die Unterkunft der Lernenden gesorgt werden. Die Kolonien liegen ja einzeln in den Tälern verstreut, und zusammenhängende Ortschaften sind kaum vorhanden.

Vorläufig fehlt unter den Kolonisten überhaupt noch der Sinn für große gemeinsame Aufgaben. Den meisten ging es wirtschaftlich bisher zu gut, zumal die Kaffeepreise während des Krieges infolge der Nachfrage der Alliierten gewaltig in die Höhe schnellten. Die Viehzucht liegt freilich darnieder, weil man sich nicht entschließen kann, zwecks planmäßiger Aufzuchtung sich gemeinsam einen Zuchtstier kommen zu lassen. Dazu kommt noch, daß Seuchen in der letzten Zeit furchtbar unter dem Bestand aufgeräumt haben. Jeder baut Mais und Gemüse nur für den eigenen Bedarf. Große Bedürfnisse sind nicht vorhanden. Nur dem Schnaps wird gern gehuldigt.

Was Geldwirtschaft bedeutet, davon hat der deutsche Kolonist von Espirito Santo noch keine Ahnung. Jeder hat seine ersparten Milreisscheine im Kasten liegen. Die brasilianische Beamtenwirtschaft ermutigt ihn nicht, sie aus der Hand zu geben. Banken und Sparkassen sind noch nicht vorhanden. Nur hier und da spielt der Vendist, der Koloniekäufer, den Bankier und weiß dabei sein Schäflein ins Trockene zu bringen. In der letzten Zeit fangen freilich einige an, ihre Ersparnisse auf der Staatssparkasse (Caixa economica) und infolge der Aufklärungsarbeit der Pastoren auf der Deutsch-Südamerikanischen Bank anzulegen.

Erst die öffentliche Not wird die deutschen Kolonisten zu engerem Zusammenschluß treiben. Ob diese schon gekommen ist, erscheint fraglich. Wie hat es doch ein deutscher Kolonist in Espirito Santo gut im Vergleich zum Farmer in Südwest? Jeder Kolonist hat seinen eigenen kleinen Gebirgsbach mit herrlichem Trinkwasser, mit dem er seinen Kaffee stampft und seine Mühle treiben kann. Holz zum Hausbau und zur Anfertigung sämtlicher Geräte ist in Fülle vorhanden. — Dreimal wird im Jahr geerntet. Das Vieh läuft Tag und Nacht herum und bedarf keiner Ställe. An Gras und Futter fehlt nicht. Was fehlt ihm, sorglos sein Leben zu fristen, sich und die Seinen zu ernähren? Werden die zahlreich verlassenen Kolonien den Kolonisten seine Notlage erkennen lassen? Ist möglich, wenn zugleich planmäßige Aufklärungsarbeit dieser Richtung geleistet wird! — Ansätze dazu sind vorhanden.

Das genannte wirtschaftliche Komitee ist in einem Gemeindeverband von Espirito Santo aufgegangen. Damit ist die Sache auf eine breitere Grundlage gestellt und dem Verständnis der Leute zugänglicher gemacht. Laut Satzungen sitzt Vorstand auch ein „wirtschaftlicher Beirat“, der Versuche zustellen und in jeder Weise Fühlung mit allen Neuerscheinungen in der Umwelt einerseits und mit den Kolonisten andererseits zu nehmen hat. Leider ist in der Entwicklung dieses Verbandes zu den schönsten Hoffnungen berechnete, infolge des Krieges und des mit ihm im Zusammenhang stehenden Pastorenwechsels eine gewisse Müdigkeit und Stockung eingetreten. Doch ist immer noch fleißig bei der Arbeit in Predigt und Unterricht der Fortbildungsschule und in besonderen Gemeindeabenden diese wirtschaftliche und nationale Frage zu besprechen. Vom Evangelischen Oberkirchenrat übersandter Lichtbildapparat wird zur Klärung gute Dienste leisten können. Lichtbildserien von Gegenden, wo Deutsche sich unter harten Mühen im Schweiß ihres Angesichts ihr Brot verdienen müssen, über landwirtschaftliche Erfolge und planmäßige Kleinsiedlung

arbeit, Bilder aus der weiten Welt, welche den Horizont des deutschen Kolonisten erweitern, werden hier gute Dienste leisten können, weiß doch der einzelne Kolonistensohn kaum, wie die Hauptstadt von Deutschland oder der deutsche Kaiser heißt. Die einzelnen Sippen sollten sich unter Führung der Pfarrer und Lehrer zu Raiffeisen-Vereinen zusammenschließen zur Hebung der Viehzucht, des Gemüsebaus und des Pflanzungsbetriebs, tüchtige deutsche Lehrer und die Pfarrer gehen mit gutem Beispiele voran. Doch ist ihre Zeit durch die Berufsarbeit zu sehr in Anspruch genommen, als daß sie mustergültige Erfolge erzielen könnten. Ein landwirtschaftlicher Sachverständiger aus Deutschland sollte die wirtschaftliche Seite der Frage sachgemäß untersuchen. Die Düngungsversuche müssen in größerem Stil fortgesetzt werden, bis auch für den Kaffee günstige Resultate erzielt sind. Vielleicht findet mal ein tüchtiger Kaffeepflanzer aus dem Kilimandjaro-Gebiet von der Heimat aus nach Espirito Santo seinen Weg, damit er seine dortigen Erfahrungen in den Dienst des Deutschums von Espirito Santo stellt, falls nicht ein Páulistaner Kaffeepflanzer hierfür in Frage kommen sollte. Welch eine gewaltige Bedeutung könnte die planmäßige wirtschaftliche Hebung der 25 000 Deutschen von Espirito Santo, die sich in 20 Jahren mehr als verdoppelt haben werden, für die deutsche Heimat haben! Was für kräftige Abnehmer deutscher Industrieerzeugnisse sind heute die Deutschen in Rio Grande do Sul und Santa Catharina! Warum sollten sich die deutschen Pommern und Hunsrücker nicht in ähnlicher Weise heben lassen. Wann erst die wirtschaftliche Gesamtlage Brasiliens sich wieder gehoben hat, wird auch für eine deutsche Bank in den Bergen von Leopoldina ein lohnender Boden sein. Wanderlehrer müßten in wirtschaftlichen und Geldfragen aufklärend wirken, festbesoldete Lehrer, die von den Kolonisten kein Geld für ihre Arbeit fordern müßten. Die führenden Deutschen müßten ihren politischen Einfluß dahin geltend machen, daß möglichst bald gute Straßen angelegt werden und daß der deutsche Nachschub, welcher noch hie und da ins Land kommt, planmäßig verteilt wird, damit die Neulinge bei den erfahrenen Landsleuten zunächst die wichtigsten Anleitungen erhalten.

Daß da Gruppen von deutschen Einwanderern, meist Industriearbeiter aus den Städten, in größeren Gruppen im Tiefland angesiedelt werden, mitten unter Italienern, Polen und Brasilianern, ist natürlich zwecklos. Kein Wunder, daß sie in kurzer Zeit von der Staatskolonie Affonso Penna in Espirito Santo wieder mißmutig von dannen gezogen sind und sich nun als bettelndes Proletariat in den Städten herumtreiben. Deutscher Nachschub aus der Heimat wird von Jahr zu Jahr mehr ein dringendes Bedürfnis. Die Abgeschlossenheit dieser deutschen Siedlungen hat eine verhängnisvolle Inzucht gezeltigt. Die Ehen von Neueingewanderten mit Kolonistentöchtern zeigen auffallend begabtere Kinder als die der im Lande geborenen Kolonistensöhne und Töchter.

Über die Frage des Nachschubs aus der alten Heimat wäre noch viel zu sagen. Als der Weltkrieg die Hoffnung erwecken konnte, daß wir neues Siedlungsgebiet in Mesopotamien oder den deutschen Kolonien erwerben könnten, hatte der Verbandsvorstand die Absicht, die tüchtigsten Elemente dorthin zu leiten. Er ist davon abgekommen und hat die Serra, das innere Hochland von Rio Grande do Sul ins Auge gefaßt. Infolge des Ausganges des Krieges und der dadurch bedingten notwendigen Auswanderung aus der deutschen Heimat tritt die Frage des Nachschubs für Espirito Santo in den Vordergrund. Meine Ausführungen sollten nur die Hauptfragen kurz beleuchten.

Jedenfalls verdient die tüchtige Arbeit des Gemeindeverbandes von Espirito Santo alle Unterstützung und Förderung aus der Heimat. Es ist erfreulich, daß nach langen Jahren der Kämpfe und Zwigigkeiten endlich ein einheitliches Zusammenarbeiten der deutsch-evangelischen Geistlichen, soweit sie dem evangelischen Oberkirchenrat unterstehen, eingeleitet ist. Hoffentlich wird ihre Arbeit bald durch die eines wirtschaftlichen Sachverständigen unterstützt, damit etwas Positives geschehen kann, um die Deutschen in Espirito Santo wirtschaftlich zu heben und im Kampf um ihre nationale Selbsterhaltung zu unterstützen. Aus eigener Kraft können sie sich nicht halten. Die Heimat muß ihnen helfen. Möchte ihnen bald der geeignete wirtschaftliche Führer geschenkt werden, auf den sie warten!

Die völkischen Aufgaben der deutschen Schule

Von B. STUDE, Helsingfors*).

Den einen betäubt und bricht das Schicksal mit seinen Schlägen, den andern weckt es zu einem bewußten höheren Leben. Dem deutschen Volke hat die Schicksalsstunde, die dem Untergange weht, noch nicht geschlagen. Nach einer vorübergehenden Erschlaffung, einer Folge des Übermaßes von Anstrengungen, Entbehrungen und Leiden in den Kriegsjahren, ist es an den Wiederaufbau seines Lebens getreten. — Wird es diesem neuen Leben die wertvollsten Züge seines Wesens einprägen? Das ernste deutsche Pflichtgefühl, „den hohen deutschen Traumsinn, der den Deutschen nicht nur nach sonnigen Fernen spähen läßt, sondern ihn auch im Schauen der Ideale über alle Wirklichkeit hinaushebt, den Tatsinn, der ihn treibt, unermüdet an der Welt zu arbeiten, um an ihr und mit ihr zu wachsen“ (Ruin, „Pro Germania“). Wird es seine ganze Kraft einsetzen, um den Aufstieg zu seiner früheren wirtschaftlichen Höhe zu erzwingen, wird es auch ein höheres geistiges Dasein erstreben? Welches Leitbild wird dem völkischen Emporringen voranleuchten?

Die Aufgaben, vor die sich das deutsche Volk durch die Gegenwart gestellt sieht, der Wiederaufbau seines völkischen Seins sowie die Erfüllung der weltgeschichtlichen Sendung des deutschen Geistes, an die es glauben muß, wenn es nicht klein werden will, kann ein Geschlecht nicht lösen. Die heranwachsenden Geschlechter müssen dazu gerüstet, mobilisiert werden. Die Erhebung des deutschen Volkes aus seiner gegenwärtigen Not und Schmach ist nicht zuletzt eine Erziehungsfrage. Hieraus erwachsen der deutschen Schule ihre größten und heiligsten Pflichten. Sie arbeitet an der und für die Zukunft Deutschlands, sie ist in die geistige Aufwärtsbewegung ihres Volkes, mitwirkend und mitverantwortlich, eingestellt. Das Leben umbrantet sie, sie ist herausgerissen aus der stillen Arbeit des Alltags, der beschaulichen Versenkung in die Wissenschaft. Gaudig schreibt: „Seitdem ich mein pädagogisches Gewissen darauf eingestellt habe, die Schule und meine eigne Tätigkeit, so gering sie sein mag, im Zusammenhang der nationalen Kultur zu sehen, sind meine Tage, fast sagte ich: meine Nächte, unruhiger geworden,

*) Wir entnehmen diesen Aufsatz mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers der Zeitschrift „Deutsch-Evangelisch in Finnland“ vom 7. Mai 1921.

als sie vordem waren.“ — Aus dem hochgespannten Ringen ihres Volkes, aus Sterben und Werden schöpft die deutsche Schule die zu völkischen Zielen drängende Schaffenskraft.

Und das Leitbild? Was zu den Toren der deutschen Schule hinauszieht in den jungen aufsteigenden Tag, soll gesundes Mark in sich tragen und ein frommes deutsches Herz, das Gute und Rechte lieben und die Lüge verabscheuen. Jedes Ränzel braucht nicht mit gelehrtem Wissen vollgestopft zu sein, aber gediegenes Werkzeug soll jedes mit sich führen nach seiner Art und Kunst. Das Auge soll lebensfroh über Hütten und Wälder schweifen und Gottes Wunder schauen, der Schritt, voll Selbstvertrauen und Selbstbeherrschung, zur Höhe gerichtet sein. Lebensstärkeres noch soll sie entlassen: nicht nur Wanderer, die zu Lebenshöhen streben, nein, auch junge frische Streiter, deren Heldengeister in der Brust geweckt sind, eine Schutzwehr der heiligen Güter und Rechte ihres Volkes und Landes, die zu Kelle und Schwert abwechselnd, wie es die Not heischt, greifen, die für Wohl und Ehre ihres Volkes und Heimatlandes leben und sterben können.

So denke ich mir die Erziehungsziele einer deutschen Schule, die an der Zukunft ihres Volkes mitarbeiten will. — Kann denn die Schule so schöpferisch junge Seelen bilden? Die Lebenskräfte dazu, ein völkisches Geisteserbe, ruh'n in der deutschen Jugend selbst, die Schule Sorge nur als weiser Wächter und Pfleger, daß sie erwachen und in Eigenkraft ungeschädigt sich entwickeln.

Weniger einheitlich, schwieriger sind die Aufgaben, vor die sich die deutschen Auslandsschulen gestellt sehen; ich denke im einzelnen an unsere deutsche Schule zu Helsingfors. Schon wirtschaftlich wird es meist ein schweres Durchkommen sein ohne den sicheren Rückhalt einer ausreichenden Beihilfe. Schlimmer ist es, daß die Sorge und Arbeit für den eignen Unterhalt die Kraft und den Schwung der nationalen Bestrebungen notwendigerweise mindert. — Ferner: sie mag noch so sehr von dem Bewußtsein durchdrungen sein, daß jedes deutsche Kind ein Stück deutschen Kapitals darstellt, etwas von der wirtschaftlichen und geistigen Volkskraft in sich trägt, das unserer Nation zu erhalten, die Aufgabe der deutschen Auslandsschule ist: — sie erreicht nicht jedes deutsche Kind in dem oft so weiten Umkreis der zerstreuten Kolonie. Wie auch der Umstand, daß die Lebenszusammenhänge zwischen dem persönlichen Wohl und Schicksal und demjenigen des eignen Volkes weniger stark und fest geknüpft sind als in dem Mutterlande und darum auch leichter sich lösen können, ihre Arbeit ungünstiger gestaltet. — Volkstum und Heimat werden zwei getrennte Welten für die Kinder der Kolonie, wo diese nicht als geschlossene Einheit, als Kolonistenansiedlung, auftritt. Das

Volkstum wurzelt mit tausend Fasern im heimatlichen Boden, in Heimatsgeschichte; die Auslandsschule kann nur Wort und Bild als Ersatz dafür bieten, ihr fehlt die Bodenständigkeit, das unmittelbare eines völkischen Erlebens. Um so treuer soll sie es darum festhalten, wenn sie einmal Zeuge sein darf so wunderbarer Erlebnisse, wie die Deutschen Finnlands 1918 sie gehabt haben, und die große Erinnerung als kostbares Erbe in den aufwachsenden Geschlechtern der Kolonie fortleben lassen. Wenn die deutschen Krieger wüßten, welche Dienste sie der deutschen Schule geleistet! Wenn unsere Schule am Schluß ihres 40. Arbeitsjahres ein lebenskräftiges Wachstum zeigt, wie es sich vor einem Jahre kaum einer gedacht hat, sie dankt es nicht zuletzt den feldgrauen Helden jener großen Tage.

Ein Stück deutscher Geschichte haben unsere Kinder erlebt: wenn wir sie doch ein Stück deutscher Heimat erleben lassen könnten! Viele deutsche Kinder Finnlands haben ihrer Eltern, ihres Volkes Heimat nie gesehen. Wenn es sich doch ermöglichen ließe, jährlich auf einer kleinen Ferienreise einen kleinen Teil von ihnen für ein paar Wochen in deutsches Land zu führen, daß das Ohr die deutsche Sprachmelodie auffinge, das Auge deutschen Wald und deutsche Burgen, deutsche Städte und deutsche Arbeit schaute! Gib't's Wege, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen? Es brächte uns der Erfüllung unserer Aufgabe als deutsche Schule näher.

Neben der völkischen Aufgabe an den Kindern des eignen Volkes, die sie mit den Heimatschulen teilt, nur daß sie in mancher Hinsicht unter ungünstigeren Bedingungen arbeiten muß, hat die deutsche Auslandsschule noch ihre besonderen Aufgaben. Sie dient als ein Bindeglied zwischen zwei Völkern, zwei Ländern, sie hat einerseits deutschen Kindern die Sprache und das Leben ihrer zweiten Heimat vertraut zu machen, andererseits den nicht-deutschen Kindern, die ihr zugeführt werden, Vermittlerin deutscher Bildung, deutschen Geisteslebens zu sein. Daß mit diesen zusammengesetzten Aufgaben ganz besondere erzieherische und unterrichtliche Schwierigkeiten verknüpft sind, weiß jeder Einsichtige. Darauf kann hier nicht eingegangen werden. — Das Los der deutschen Schule zu Helsingfors ist aber in dieser Hinsicht unter einen Glückstern gestellt, steht sie doch im Dienste zweier Völker, die sich gegenseitig achten, als Brüder in Schicksalsstunden nebeneinander gestanden sind und brüderlich nebeneinander als Opfer einer heiligen Sache ihre Söhne in die Erde gebettet haben. Sie hilft mit, das Freundschaftsband in den heranwachsenden Geschlechtern beider Völker stets neu zu knüpfen. Und ist es keine weltgeschichtliche Sendung des deutschen Geistes, die sie hat, so tut sie doch Kärnerdienste, damit die unserer Zeit so nötigen Könige deutschen Geistes bauen könnten.

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

VIII. Von Tsingtau nach Stuttgart.

Von J. H. U....

Der Verfasser des Berichts war in Schanghai angestellt, eilte bei Kriegsausbruch sofort zur Fahne und nahm an den Kämpfen in Tsingtau gegen die Japaner teil, bis die Besatzung, der Übermacht weichend, sich ergeben mußte und in japanische Gefangenschaft geriet. Über sein Schicksal in der Gefangenschaft und auf der Flucht erzählt der Verfasser nun folgendes:

In Schatzeku wurden wir auf einen Truppentransportdampfer mit japanischen Truppen, die nach der Heimat gingen, verladen.

Unser Häuflein, ungefähr siebzig Mann, darunter einige Offiziere, wurde ganz vorne im Bug des Schiffes verstaut und wir konnten uns auf den harten Schiffsboden legen oder stellen, ganz wie wir wollten. Decken oder sonstige Unterlagen gab es nicht und besonders nachts war die Sache höchst kalt und unbequem. Anfangs Dezember ist es nämlich da oben schon recht kalt. Als Nahrung wurde uns der billigste Kulireis zur Verfügung gestellt, der aber derart stank, daß ihn niemand essen konnte. Auch als

*) Siehe auch Nr. 10—18, 20, 22—24 im vorigen, Nr. 2—12 in diesem Jahrgang.

am dritten Tage einige ganz Hungerige sich daranwagten, mußten sie die öde Speise sofort wieder erbrechen. Wie gesagt, war der Dampfer voll von japanischen Mannschaften, die froh und fröhlich nach Hause zogen und daher mehr oder weniger betrunken waren. Am ersten Tag kam z. B. zu uns ein Japaner in Hemdärmeln herunter, der zornige Reden auf japanisch hielt, die natürlich niemand verstand, auf einmal sogar handgreiflich wurde, was ihm aber schlecht bekam; er wurde von unsern Leuten etwas kräftig angefaßt. Wir fuhren an der Insel Tsushima vorbei durch die Enge von Moji in die Japanische See. Diese Fahrt war landschaftlich großartig. Einer meiner Leidensgenossen, den ich im Lazarett kennen gelernt hatte, hatte gerade im Jahr vorher dieselbe Fahrt auf einem unserer schönen Lloydampfer gemacht und erinnerte sich bei jedem schönen Punkt, an dem wir vorbeifuhren, des Frühstücks oder des Essens, das er damals zu sich genommen hatte. Ihm tat der Kontrast gegen die jetzige Fahrt und mir seine verführerischen Erzählungen doppelt weh. Nun, auch diese Dampferfahrt nahm ein Ende. Am 11. Dezember kamen wir nach Hiroshima. Dort wurden wir in der Morgenfrühe zum erstenmal entlaust. Nach der Entlausung gab's eine Tasse Tee, hierauf wurden wir mit Leuchtern auf die andere Seite übergesetzt und kamen in eine Verpflegungsstation, wo jeder ein Stückchen Weißbrot und eine gesottene kalte — Kartoffel bekam. Das war unser ganzes Essen seit drei Tagen. Hierauf ging's mit der Bahn weiter. In Kobe, glaube ich, kam eine Abordnung des japanischen Roten Kreuzes an die Bahn und jeder wurde mit einer kleinen Orange erfreut. Natürlich hatte niemand viel Geld, aber das wenige wurde zusammengelegt und wir kauften auf den verschiedenen Stationen um teures Geld, was eben zu kaufen war. Unsere Offiziere und ein Teil der Mannschaften hatten den Zug in Osaka verlassen müssen, wir, ungefähr sechzig Mannschaften und Unteroffiziere, setzten die Reise fort bis Shizuoka. Auf der ganzen Bahnfahrt, die zum Teil landschaftlich wieder großartig war, war auf jedem Bahnhof, auch von dem kleinsten Nest, eine Unmasse Menschen, besonders Kinder, anwesend, alles mit einem kleinen japanischen Fähnchen bewaffnet, die uns mit lauten „Banzai“ empfingen. Feindselige Gesichter vermochten wir nicht zu entdecken; nur war überall große Freude zu sehen, daß schon wieder ein Zug deutscher Kriegsgefangener durchkam. Heilfroh waren wir, als wir endlich in Shizuoka ankamen. Dort wurden wir wieder zu vierten aufgestellt und marschierten auf großen Umwegen, wie ich später feststellte, durch die Stadt nach unserem Lager. Alle Straßen waren gesteckt voll mit Zuschauern. Polizei und Militär war zur Absperrung da und es wurde wieder viel „Banzai“ gebrüllt. Nun, wir ließen dies eben mit unserer alten Ruhe über uns ergehen.

Im Lager waren schon zwei Tage vorher ungefähr vierzig Mann angekommen, die die Reise auf einem Pferdetransporter gemacht hatten, denen es noch schlechter ergangen war als uns, denn einige Pferde waren krepirt und unter ihren Liegeplatz geworfen worden. Auch soll die Luft auf diesen Dampfern nicht sehr schön gewesen sein.

In den deutschen Zeitungen standen in den Jahren 1915 und 1916 öfters Berichte über die Kriegsgefangenschaft in Japan, wonach man annehmen konnte, daß die Gefangenen dort ein wahres Schlemmerleben führen. Nun, es ist gar nicht meine Absicht, große Grausamkeiten zu erzählen, die ich nicht erlebt habe oder solche zu erfinden. Zweitens wurden unsere Kameraden, die vielleicht den Franzosen, Engländern oder Russen in die Hände gefallen waren, viel schlechter behandelt, besonders die nach Sibirien oder in die Murman kamen. Jedoch es sei

hier gesagt, daß das Los eines Kriegsgefangenen, auch wenn er genug zu essen hat, ein schreckliches ist. Dieses ewige Sitzen hinter dem Balkenzaun, das Zusammensein mit den alten bekannten Gesichtern und zur absoluten Untätigkeit verdammt sein, kann nur der verstehen, der wirklich ähnliches mitgemacht hat.

Die Japaner haben uns, nachdem sie uns schon in Tsingtau gefangen hatten, in Japan nochmals „gefangen“ und fangen haben wir uns lassen wie die dümmsten Bauern.

Ausgehungert, wie wir nach unserer großen Reise waren, wurden wir im Hof des Lagers aufgestellt, der japanische Oberstleutnant Hasumi hielt eine durch den japanischen Dolmetscher übersetzte Ansprache, in der er ausführte, daß er großes Mitleid mit uns habe, gut für uns sorgen werde usw. und wir uns den angenehmen japanischen Sitten und Gebräuchen fügen mußten. Darnach kamen wir in die Ebräume. Da war schon gedeckt; für jeden Mann in einer Eßschale zwei gekochte Eier; nachher gebratenen Fisch, dazu Tee und Weißbrot. Die Liebe geht ja beim Deutschen durch den Magen und wir waren schon wieder sehr zufrieden. Hierauf gab es Liebesgaben von der japanischen Kaufmannschaft in Shizuoka, für jeden Mann ein Paar Sandalen (sie waren allerdings nach vierzehn Tagen schon wieder kaput), ferner Tinte, Federn, Federhalter, Schreibpapier in Hülle und Fülle mit dem Bemerkung, daß wir Briefe schreiben können soviel wir Lust haben. Jeder Mann hatte seinen Strohsack und sechs Decken. Die waren allerdings sehr dünn, da sie ausgerangte Pferdedecken waren. Daß die Strohsäcke auf dem Boden lagen und wir auf dem Boden schlafen mußten, störte uns nicht weiter, da dies eben japanische Sitte war.

Es wurde bekanntgemacht, daß wir auch regelmäßig ausgeführt werden würden, später frei umhergehen dürften; vorläufig ginge dies nicht, weil das Regiment, das in Shizuoka in Garnison liegt, vor Tsingtau schwere Verluste gehabt habe und deshalb die Einwohnerschaft über uns erobert sei. Daß gerade dieses Regiment, von dem zwei Bataillone tatsächlich an den Kämpfen teilgenommen hatten, mächtig vertrimmt worden war, stimmte schon, wie wir noch Ostern 1915 an dem vollbelegten Lazarett sehen konnten. In den nächsten Tagen schrieben wir natürlich Briefe über Briefe nach Hause, nach China, kurz, überall hin, wo wir Verwandte oder Bekannte hatten. Und jeder gab seiner Zufriedenheit und Freude über die lieben Japaner rückhaltlos Ausdruck. Ausgeführt waren wir auch einmal worden, schon am 15. Dezember, allerdings unter kleiner militärischer Begleitung. Dieses schöne Leben währte zwei bis drei Wochen; auf alle Fälle genügend lange, bis jeder seine zufriedenen Briefe nach Hause losgelassen hatte. Dann wurden uns zuerst die Strohsäcke weggenommen, ohne ersichtlichen Grund, denn es wurde Mitte Dezember empfindlich kalt. Das Briefeschreiben wurde eingeschränkt auf zwei Briefe und zwei Karten pro Mann und Monat. Das Essen wurde weniger und weniger, da der japanische Koch sagte, er müsse bei dieser Kost Geld zusetzen. Schließlich wurde die Verpflegung derart mangelhaft, daß sich die Leute vor lauter Hunger in die Decken wickelten, aber schlafen konnten sie vor Hunger und Kälte doch nicht. Natürlich schrieben wir nach Haus über die veränderten Verhältnisse, aber die Briefe kamen niemals zu Hause an.

Die einzig gute japanische Einrichtung, die wir auch immer eifrig benutzten, war das tägliche japanische heiße Bad. Da setzte man sich — allein würde die Baderei zu lange dauern — zu sechs bis acht in einen großen mit Wasser gefüllten Holzbottich, der ständig geheizt wurde und saß so lange darin, bis man toll schwitzte. Hierauf spülte man sich mit ein paar Kübeln kaltem Wasser ab, später gingen wir noch weiter und stellten

uns auch im Winter direkt unter die Pumpe. Darüber war immer bei den japanischen Soldaten großes Verwundern und Gerede.

Das Lager in Shizuoka ist mit seinen 107 Offizieren und Mannschaften das kleinste. Anfangs hatten die Japaner an vierzehn verschiedenen Plätzen Kriegsgefangenenlager eingerichtet, heute sind es, soviel ich mich entsinne, nachdem verschiedene in dem größten Lager Bando zusammengelegt worden sind, noch elf. Das alles bei einem Gefangenestand von — Zivilgefangene mit eingerechnet — ungefähr 4600 Leuten. Gemacht ist dies worden, ebenso wie die große Reise und die lange Wanderung nach unserer Ankunft in Shizuoka zu Reklamezwecken, um eben das japanische Volk über die geringe Zahl Gefangene zu täuschen. Wir in Shizuoka waren in zwei verschiedenen Plätzen untergebracht. Die Offiziere und Deckoffiziere sowie einige Mannschaften, alles zusammen ungefähr vierzig Leute, bewohnten ein zum Teil zweistöckiges kleineres Gebäude, in dessen Nähe ein Schulsportplatz und auch das Gebäude war, in dem der japanische Oberstleutnant und das Bureau für die Gefangenen war. Wir, 67 Unteroffiziere und Mannschaften, wohnten ungefähr fünf Minuten davon entfernt in einer früheren japanischen Mädchenschule. Die Schule war auf drei Seiten von großen Reissümpfen umgeben, mit einem Bretterzaun versehen, an der vierten Seite lief die Straße vorbei, wo das Wachlokal und das Tor war. Die Räume waren äußerst beschränkt, der uns zur Verfügung stehende Hof ist sechsundsechzig Schritte lang und fünf Schritte breit. Auf diesem großen Platz konnten wir uns austoben oder Kopfstecken, wenn wir nicht rüber nach Aufnahmestelle I auf den Sportplatz gehen durften, was an regnerischen Tagen oder wenn es zu regnen drohte, höchst oft der Fall war. Die Schlafräume waren sehr beschränkt, man schlief beinahe auf einander mit nur zwanzig Zentimeter Zwischenraum zwischen den einzelnen Körpern. Nun, das war eben japanische Sitte, denn auch das japanische niedere Volk schläft und wohnt beinahe so zusammengepfercht wie die deutschen Kriegsgefangenen. Aber daß wir ungefähr auf dem nackten, dünnen Bretterboden nur auf Tatamis, den japanischen Bastmatten, schliefen, war schon mehr als japanische Sitte, denn auch der ärmste Kuli rollt sich zum Schlafengehen seinen Futon auf, eine mit Watte gefüllte Decke. Außerdem hat er natürlich noch seine Decken zum Zudecken. Besonders im heißen Sommer, wenn alles schwitzte — und der Sommer in Shizuoka ist mit seiner feuchten Hitze sehr anstrengend — und dann wieder im Winter, wenn wegen der von See kommenden Stürme alle Türen fest zugeschoben werden müssen, war es fürchterlich. Trotzdem alles fest verriegelt, war im Winter die Kälte des Nachts sehr empfindlich, da die Häuser eben japanisch gebaut sind, d. h. nur aus Holz, Lehm und Papier bestehen. Unsere Aufenthaltsräume für den Tag waren des Winters auch sehr unangenehm. Geheizt wurde durch die Hibatschis, kleine, innen mit Eisenblech ausgeschlagene und halb mit Asche gefüllte Kisten, in denen Holzkohle verbrannt wurde. Dieses Feuer kann natürlich in zugigen Räumen keine große Heizkraft entfalten; außerdem waren uns die Holzkohlen sehr knapp zugemessen.

Wie schon erwähnt, waren die Verpflegungsverhältnisse immer trauriger geworden und wir setzten schließlich bei den Japanern durch, daß wir selbst kochen durften. Es wurden ein Küchenunteroffizier und Mannschaften zum Kochen bestimmt; die Rohmaterialien wurden jede Woche bzw. jeden Monat vom Bureau rübergeschafft und von da an hatte man genügend zu essen. Allerdings war unser Speisezettel nicht sehr abwechslungsreich. Die außerhalb Japans verbreitete Annahme, daß wir fast nur Reis

essen, ist übrigens falsch. Soviel ich später, als ich wieder in China war, gehört habe, soll es aber mit dem Essen schlechter geworden sein.

Die sanitären Verhältnisse waren höchst primitiv. Gleich neben unserem Tagesraum waren die Aborte, ganz nach japanischer Art gebaut, von einer Bretterhütte überdachte Gruben, darüber ein paar Planken, die mittelste fehlte und durch diesen Zwischenraum mußte man mit viel Geschicklichkeit seinen Gefühlen freien Lauf lassen. Dazu war alles sehr eng gebaut; für die kleinen japanischen Schülerinnen dieses früheren Mädcheninternats mag es wohl genügt haben, aber wir Tsingtau Brüder waren doch etwas anders veranlagt. Nun, Übung machte auch hierin den Meister. Die Abortgruben wurden alle drei Tage von japanischen Kuli geleert. Ungefähr fünf Meter von diesen befand sich der Brunnen, ein Pumpbrunnen, und das Wasser roch besonders an regnerischen Tagen direkt scheußlich. Auch abgekocht verschwand der üble Geschmack fast nicht. Zwei Meter vom Brunnen entfernt stand die Küche, worin der nahe Abortgruben wegen die Fliegen im Sommer immer ein lustiges Leben führten.

Jeden Monat war große ärztliche Untersuchung, die darin bestand, daß jedem der Puls gefühlt wurde und daß jeder sich nackt auf die Waage stellen mußte. Die resultierenden Gewichte wurden dann vom Stabsarzt der kaiserlichen Armee höchst eigenhändig notiert. Das war die ganze ärztliche Untersuchung. Übrigens hat er bei seiner Gewichtsnotiererei systematisch gemogelt, wie wir im Laufe der Zeit herausfanden. Im Sommer ließ er alle Leute abnehmen und im Winter wieder zunehmen, was wir bei einigen, hierzu besonders geeigneten Kameraden durch Nachwiegen einwandfrei feststellten: Unseres Stabsarztes Heilmittel bestanden in Jodtinktur und Karlsbader Salz. Hatte einer Halsschmerzen: Jodtinktur, Bauchweh: Jodtinktur. Ja, von einem, der einen Bandwurm hatte, wird sogar behauptet, daß ihm diejenige Stelle mit Jodtinktur angestrichen wurde, an der man auf den Heraustritt des Bandwurmes hoffte. Nun, all dies wurde mit viel Fröhlichkeit ertragen. Allein, es kamen auch ernstere Fälle vor. Zum Beispiel litt der Seesoldat Hiller an epileptischen Anfällen, denen unser Arzt völlig machtlos gegenüberstand. Eine Zeitlang hatte er sogar die Sprache verloren, dieselbe aber nach einigen Wochen von selbst wieder erlangt. Matrosen-Artillerist Chudziki war in Tsingtau am Blinddarm und nachher an einem Bruchleiden operiert worden und hatte während der ganzen Kämpfe im Lazarett gelegen. Aber auch er mußte wie die andern mit nach Japan, denn sonst wäre ja das Häuflein Kriegsgefangener noch kleiner gewesen. Sein Bruchleiden machte ihm bald wieder zu schaffen, aber er hatte eine nur zu berechtigte Angst vor den japanischen Ärzten, schließlich ging er doch hinüber ins Lazarett und sollte operiert werden. Vorher sollte er in Narkose versetzt werden. Ob es nun an dem betreffenden Narkotikum oder an den japanischen Ärzten liegt, wissen wir nicht, jedenfalls wurde von einigen unserer damals im Lazarett liegenden Kameraden festgestellt, daß Ch. von genügend Sanitätssoldaten an Armen und Beinen festgehalten wurde und eben bei Bewußtsein eine volle Stunde lang operiert wurde. Die Folge ist, daß Ch., der ein großer kräftiger Mensch war, heute gebückt daher kommt wie ein alter Mann. Matrosen-Artillerist Matheis war durch eine Schrapnellkugel an der Stirne verwundet worden. In Japan klagte er bald über andauernde Kopfschmerzen, die der Arzt mit Jodtinktur bekämpfte. Er verlor auch nach und nach seinen Appetit und war kaum mehr aus seiner Lagerstatt herauszubringen. Trotzdem mußte er jeden Tag mit herüber ins Revier, um sein Quantum Jodtinktur zu bekommen. Schließlich bekam er hohes Fieber

und konnte überhaupt nicht mehr aufstehen. Unsere Offiziere und auch ich sagten dem Stabsarzt verschiedene Male, daß M. jedenfalls eine Entzündung der Stirnhaut habe. Als er nun völlig zusammengebrochen war, bekam es der Stabsarzt mit der Angst, ließ ihn sofort ins Lazarett schaffen, wo M. nach fünf Tagen ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, starb. Der Stabsarzt meinte, er verstehe von der Sache nichts, er sei kein Chirurg und damit war der Fall erledigt.

Unser Kamerade M. wurde in der französischen Missionskapelle aufgebahrt. Bei der wirklich feierlich verlaufenden Totenmesse waren alle anwesend, dagegen durften wir nicht auf den Friedhof mit, mit Ausnahme von sechs seiner Kameraden, die den Sarg trugen, und recht gerne hätten wir alle M., der uns ein lieber Kamerad gewesen war, das letzte Geleite gegeben. Weshalb uns dieses die Japaner nicht gestatteten, ist uns unverständlich. Wenn sie uns schon zur Totenmesse ließen, weshalb dann nicht auf den Friedhof?

Unsere Zeit im Lager war streng eingeteilt. Morgens 6 Uhr bzw. im Winter $\frac{1}{2}$ Uhr Aufstehen, $\frac{1}{2}$ Stunde darauf Antreten zur Zählung, 12 Uhr Mittagessen, 2 Uhr Revierdienst und je nach der Witterung Antreten zum Spiel, 4 Uhr Postausgabe — das war immer der einzig wichtige Augenblick im ganzen Tag — 7 Uhr Abendessen, 9 Uhr wieder Zählung, $\frac{1}{2}$ 10 Uhr Licht aus und schlafen. Jeden Samstag war großes Reinemachen, bei dem Wohn- und Schlafräume jedesmal gründlich gesäubert wurden. Allerdings der Flöhe und Ratten konnten wir nie ganz Herr werden, trotzdem wir gerade für die letzteren mit der Zeit wahre Meisterwerke an Fallen erfunden hatten. In den ersten Wochen der Gefangenschaft hatten unsere Offiziere eine Art

Stundenplan aufgestellt, wonach 2—3 Mal die Woche irgend-einer der Herren einen Vortrag über ein ihm liegendes Thema hielt, wieder andere Herren Sprachunterricht erteilten, ferner jeden Morgen eine halbe Stunde lang Freiübungen und Müllerei betrieben wurden, woran sich alles mit viel Eifer beteiligte. Diese Sachen wurden aber alle von den Japanern nach recht kurzer Zeit verboten, weshalb ist uns unbekannt. Darnach waren wir auf uns selbst angewiesen; viele beschäftigten sich mit dem Erlernen von fremden Sprachen, wieder andere schnitzten oder bauten Mandolinen. Ich glaube, es kamen schließlich auf jeden Mann zwei Mandolinen und jeden Abend, besonders in den ersten Monaten der Gefangenschaft, setzte man sich zusammen, im Winter um unsere Hibatschis herum und erzählte sich große Geschichten und Erlebnisse oder sang schöne und unschöne Lieder, daß die Wände wackelten. Überhaupt das Erzählen! Ich glaube, in vielen Ehen wissen die Eheleute ihr gegenseitiges Vorleben bei weitem nicht so genau wie wir unsere tiefsten Geheimnisse voneinander wußten.

Mit den Geldverhältnissen sah es besonders anfangs im Lager sehr düster aus. Später jedoch bekam beinahe jeder von den Reservisten, die aus ihren kaufmännischen Stellungen in China und Japan nach Tsingtau gegangen waren, von ihrer früheren Firma einen kleinen Zuschuß von 25—30 Yen monatlich — leider machte meine Firma und eine große Import- und Exportfirma eine sehr unrühmliche Ausnahme; jedenfalls war auf diese Art immer etwas Geld im Lager und die Geldverhältnisse auch unter der Mannschaft nie so unendlich traurig, wie sie bei den in Rußland und Sibirien Gefangenen gewesen sind. (Fortsetzung folgt.)

VOM DEUTSCHTUM IN DEN ABGETRENNTEN GEBIETEN

Memelgebiet.

Das „Memeler Dampfboot“ veröffentlicht nun auch das Resultat der Elternabstimmung im Kreise Memel-Land. Bei einer Gesamtschülerzahl von 4695 betrug die Zahl der Schüler mit deutscher Muttersprache 1788, mit litauischer Familiensprache 2907. Litauischer Religions-Unterricht wurde für 1418 Schüler gewünscht, das sind 30,2 Prozent der Gesamt-Schülerzahl, litauischer Lese- und Schreibunterricht für 232 Schüler, das sind 4,9 Prozent. Im einzelnen wünschten in der Unterstufe 810, in der Mittelstufe 352 und in der Oberstufe 256 Schüler litauischen Religionsunterricht, in der Mittelstufe 144 und in der Oberstufe 88 Schüler litauischen Lese- und Schreibunterricht.

Zieht man das Gesamtergebnis unter Einschluß der Befragung in dem städtischen Schulbezirk Schmelz IV, der zu Memel gehört, so ergibt sich, daß von 16910 Volksschülern der ländlichen Schulen 10222 deutsche Familiensprache und 6679 litauische Familiensprache haben, also 60,4 und 39,6 Prozent. Von den 6679 litauischen Schülern wurde durch die Eltern nur für 1894, also für 28,4 Prozent litauischer Religionsunterricht gewünscht, das sind knapp über 11 Prozent sämtlicher ländlichen Volksschüler des Memellandes. Von den 6679 litauischen Schülern wurde durch die Eltern für 365 Schüler der Mittel- und Oberstufe litauischer Lese- und Schreibunterricht verlangt, also für 5,5 Prozent aller litauischen und für 2,2 Prozent sämtlicher ländlichen Schüler des Memellandes. Nicht mitgerechnet sind hier die städtischen Schulen der Stadt Memel, Volksschulen, mittlere Schulen und höhere Schulen. Auch nicht die höhere Schule von Heydekrug, die rund insgesamt 5500 Schüler haben,

die Memeler Volksschulen 3428. Werden rund 500 Schüler über 14 Jahre abgezogen und die ganz wenigen Schüler dieser Schule mit litauischer Familiensprache dazu, sowie auch die wenigen Ausländer, so verbleiben 5000 städtische Schüler unter 14 Jahren, die den 10 222 deutschen Schülern der ländlichen Schulen zuzurechnen wären. Die Zahl der deutschsprachigen Schüler unter 14 Jahren beträgt also rund 15200, die der Schüler mit litauischer Familiensprache rund 6800. Der Prozentsatz stellt sich also auf 69,1 zu 30,9 Prozent. Von den rund 22000 Schülern unter 14 Jahren im ganzen Memelgebiet wird für 365 ländliche Schüler in der Ober- und Mittelstufe litauischer Lese- und Schreibunterricht gewünscht, deren Zahl sich unter Zurechnung der wenigen städtischen Schüler mit litauischer Familiensprache auf höchstens 400 steigen dürfte. Das sind noch nicht einmal 2 Prozent der sämtlichen Schüler.

Die Verzweiflung der Deutschen in Neupolen.

Der Staatspräsident der polnischen Republik weilte in Bromberg und empfing dort am 6. Juni die Vertreter der deutschen Organisationen im ehemals preuß. Teilgebiet, und zwar die Vertreter des Deutschumsbundes, der Landesvereinigung deutscher Schulvereine, der Kreisvereinigung Bromberg-Stadt, der evangelischen Geistlichkeit, des Arbeitgeberverbandes deutscher Kaufleute und Industrieller, des Verbandes deutscher Handwerker, des Zentralverbandes deutscher Landwirte, des Kreisbauernvereins, der Treuhand in Polen, der deutschen Presse und der freien Berufe. Landrat a. D. Naumann, der Führer des Deutschumsbundes, hielt eine Ansprache und dankte für den Empfang,

der beweise, daß der Staatspräsident die Deutschen als gleichberechtigte Staatsbürger anerkennen wolle. Vor 1½ Jahren sei bereits eine Abordnung des Posener Deutschbundes bei dem Staatspräsidenten in Warschau gewesen, der Worte sprach, die erhoffen ließen, daß es besser für die Deutschen in Polen werden könne. Diese Hoffnung habe man jetzt zu Grabe tragen müssen, es sei nicht besser, sondern schlimmer geworden. Es sollten nicht Einzelheiten vorgebracht werden, die Klage richte sich auch nicht gegen einzelne Beamte, sondern gegen das ganze System und gegen die Auffassung, daß die Deutschen Fremde und Feinde seien, was zur traurigen Folge gehabt habe, daß mehr als 300 000 fleißige und treue Deutsche, die Polen so gut hätte gebrauchen können, das Land verlassen hätten. Die zweifelfreiesten Bestimmungen des Friedensvertrags und Minoritätenrechts würden in ihr Gegenteil verkehrt. Die Arbeiter, die Ansiedler, die Pächter würden ihrer Rechte beraubt, der Kaufherr, der Handwerker, alle hätten Schweres zu leiden. Alle Rechtssicherheit sei verschwunden. Die deutschen Genossenschaften würden unter Zwangsverwaltung gestellt, ehe die Entscheidung über die Liquidierbarkeit des Unternehmens gefallen sei, werde der Zwangsverwalter beauftragt, die Genossenschaft zu polnisieren und wenn genügend Polen aufgenommen seien, werde die Zwangsverwaltung aufgehoben, so daß mit einem Schlage das deutsche Vermögen in polnische Hand hinübergespielt sei. Ebenso ergehe es den Schützengilden, die privilegierte Rechte von alten polnischen Königen auf ihre deutsche Sprache besäßen und die man durch Hineinkommendierung von Polen einfach polnisiere. Den deutsch-evangelischen Gemeinden würden ihre Schulen entzogen, die dort, wo es keine katholisch-polnischen Kinder gebe, an Ortsfremde vermietet werden müßten, nur um sie den verhaßten Deutschen zu entziehen. Die Eintragung deutscher Schulvereine, die wenigstens private Schulen erhalten könnten, ins Vereinsregister werde verweigert, gottesdienstliche Gebäude würden profaniert. „Als Grund für dieses Verhalten wird immer wieder angeführt, daß die Deutschen im Lande beabsichtigen, die Träger einer Irredenta zu werden. Im Namen aller Deutschen aus dem ehemals preußischen Teilgebiete lege ich feierliche Verwahrung ein gegen eine solche Unterstellung. Wir Deutschen sehen unsern Stolz, finden aber auch unser Genüge darin, daß wir durch unser Blut und durch unsere Kultur Angehörige der gesamten deutschen Volksgemeinschaft sind, ganz gleichgültig, in welches Land uns das Geschick gestellt hat. Das Recht auf die Pflege dieser Gemeinschaft darf uns niemand nehmen. Ganz unabhängig davon ist unsere staatsbürgerliche Zugehörigkeit. Die Geschichte hat es hundertfältig erwiesen, daß der Deutsche in jedem Staate, dem er angehört, gewillt und befähigt ist, seine Pflicht gegen den Staat rückhaltlos zu erfüllen.“ Die Abstimmung der pommereller deutschen Abgeordneten für den Senat habe dafür selbst in Polen jüngst ein Beispiel gegeben: obgleich das eigene deutsche Interesse geboten hätte, gegen den Senat zu stimmen, hätten die deutschen Abgeordneten aus Staatsinteresse für ihn gestimmt. Man dürfe unbedenklich sagen, daß die deutsche Mitarbeit gar nicht entbehrt werden könne. Der Redner bat schließlich den Staatspräsidenten, er möge seinen besten Mitarbeiter nach dem ehemals preußischen Teilgebiet entsenden, damit er diese Klagen der Deutschen mit ihnen durchsprechen könne. Dann möge er entscheiden und helfen.

Der Staatspräsident antwortete in polnischer Sprache, der mitanwesende Wojwode von Posen dolmetschte, es sei seine aufrichtige Absicht, Gerechtigkeit walten zu lassen. Er freue sich, von Mund zu Mund über die Klagen der Deutschen unterrichtet

worden zu sein und er werde gerne alles tun, um den Klagen Geltung zu verschaffen. Die Macht dazu sei ja nicht in seiner Hand vereinigt, der Sejm habe die Innenpolitik maßgebend zu beeinflussen. Er wolle aber gerne einen Vertreter mit der Prüfung aller Klagen beauftragen und das Ergebnis dieser Prüfung an die zuständigen Stellen weiterleiten.

Deutsche Kunst in Neupolen.

Über deutsche Kunst in Pommerellen berichtet das „Nachrichtenblatt über Ostfragen“, daß, als beim Einzug der Polen in Bromberg von den 50 000 Deutschen nahezu 30 000 freiwillig abzogen, die Polen sich auch des schönen deutschen Stadttheaters bemächtigten. Nicht einmal dem Verlangen der Deutschen, ihnen wenigstens einmal wöchentlich das Theater zu überlassen, gab man statt. Der Oberlehrer Dr. Hans Titze bildete aber mit zäher Energie aus wenigen Berufsschauspielern im Damen und Herren der Gesellschaft eine vorzügliche Truppe, die durch eifriges Proben und starken Idealismus bald zu einer geschlossenen Ganzen sich verbog. Das frühere Sommertheater wurde angekauft und umgebaut, am 1. November 1920 mit Schillers „Räubern“ eröffnet und sah in der Spielzeit 1920/21 schon 80 Vorstellungen, Klassikervorstellungen, neuere Dramatiker, auch Singspiele, zu denen ein kleines Orchester gebildet wurde. Allmählich wurde das deutsche Theater der Sammelpunkt des Deutschtums in Bromberg. Mit Graudenz und Thorn sind bereits Verbindungen über Gastspiele angeknüpft, mit Posen wird es schwer halten, doch soll dort eine eigene Theatergruppe ins Leben gerufen werden. Man erhofft, daß die deutsche Regierung mit der polnischen sich ins Benehmen setzen wird, um durch diplomatische Verhandlungen für das deutsche Theaterwesen in Polen etwas zu erreichen.

Graudenz. Eine deutsche Bühne wurde am 17. Mai hier eröffnet: „Der Herr Senator“ wurde im evangelischen Gemeindehaus gegeben. Nach der Abtrennung des Gebietes vom alten Vaterland verschwanden in der künstlerisch regsamen Stadt die deutschen Bühnen, oder wurden zu polnischen Bühnen umgestaltet, doch schloffen die Bestrebungen, den deutschen Bewohnern wieder eine künstlerische und vom politischen Tagelaben ablenkende Unterhaltung zu gewähren, nicht ein. Deutsche Berufsschauspieler aus dem alten Vaterland heranzuziehen verbot die Valuta. So schuf man die deutsche Bühne aus Letztantenneisen. In Buchhändler Kriedte gewann man kaufmännische Kraft, in der Fröbellehrerin Lena Philipp die Kraft für die künstlerische Leitung. Das große Konzertpodium im evangelischen Gemeindehaus wurde als Bühne eingerichtet und viel technische Arbeit war zu leisten, um wenigstens etwas einigermaßen Befriedigendes zustande zu bringen. Über 1000 Personen wohnten der Eröffnungsfeier bei. Ein Theaterorchester unter Musikdirektor Elisats Leitung eröffnete am Abend, der einen sich bis zum Jubel steigenden Beifall der jungen Künstlerschar brachte. Bei einer kleinen Nachfeier sprach der Leiter der Bromberger deutschen Bühne, Dr. Titze, die Grüße und Wünsche dem Schwesterunternehmen aus.

Bromberg. „Der Verband deutscher Industrieller und Kaufleute in Polen“, der im April 1920 begründet worden ist, zählte Juni bereits 350 und im Oktober 1000 Mitglieder, was im Oktober von der polnischen Behörde geschlossen, obgleich nichts Belastendes gegen den Verband vorlag und ward nach Wiederaufnahme seiner Tätigkeit empfindlich behindert. Die Abwanderung hat große Lücken in die Reihen der Mitglieder gerissen, die durch schriftliche Werbungen noch nicht w

zufüllen waren. Der Verband verfolgt rein wirtschaftliche Ziele und unterhält Verbindungen mit den polnischen und außerpolnischen Handelskammern und Wirtschaftsverbänden. Er besitzt eine Auskunftsstelle zur Anknüpfung von Beziehungen und zum Nachweis von Bezugsquellen und Vertretern. Auch der polnische Magistrat ließ sich bei der Tagung vertreten und sein Sprecher meinte, die Zustände in Polen würden hoffentlich bald besser werden. Der Sejm-Abgeordnete Lüddecke hielt einen Vortrag über die gegenwärtigen Absatzstockungen und über die Wiedereinführung des freien Handels in Polen.

Deutschumhetze in Ostrowo. Vor Wochen machte der deutsche Konsul in Posen das polnische Ministerium der ehemals preußischen Teilgebiete darauf aufmerksam, daß sich nach seinen Beobachtungen an einzelnen Orten im Posenschen eine Bewegung gegen das Deutschtum vorbereite. Die Polen gaben beruhigende Erklärungen ab. Trotzdem ereigneten sich am 2. Juni in Ostrowo starke Ausschreitungen, die zu Stürmen gegen deutsche Geschäfte, zum Einschlagen von Schaufenstern und zu Plünderungen und Prügeleien ausarteten. Erst am Abend griff polnisches Militär ein und zerstreute die Banden. Der Konsul erhob sofort wieder Vorstellungen, der Vizeminister bedauerte die Vorfälle und versicherte, alles tun zu wollen, um sie künftighin sich nicht wiederholen zu lassen. Er versuchte zwar, die Ausschreitungen damit zu erklären, daß die Ausweisungen polnischer Arbeiter aus Westfalen und der Niederlausitz zu Gärungen im ganzen Abtretungsgebiet gegen die Deutschen geführt habe, doch verurteilte er immerhin den Charakter der Unruhen.

VOM AUSLAND DEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Tschechoslowakei.

Wie die Olmützer Deutsche Zeitung aus Iglaue berichtet, ging es den dortigen Deutschen, bei den letzten Wahlen zur Stadtvertretung die Mehrheit zu erringen, da 23 gewählten Deutschen nur 19 Tschechen gegenüberstanden. Die an den Ausgang der Wahl geknüpften Erwartungen scheinen aber leider wegen des Verhaltens der deutschen Sozialdemokraten nicht in Erfüllung gehen zu sollen. Auf Grund der Wahlergebnisse hätten von 14 zu wählenden Stadträten die Deutschen 8 Mandate, wonach 4 auf die Sozialdemokraten entfielen, die Tschechen 6 erhalten sollen. Die deutschen Sozialdemokraten haben jedoch keine irgendwelche Gegenleistung zugunsten der tschechischen Sozialdemokraten auf ihr 4. Mandat verzichtet, so daß die deutsche Mehrheit im Stadtrat verloren ging. In den deutschen öffentlichen Kreisen herrscht große Erregung über den Vorfall.

Ungarn.

Die Verhandlungen über Westungarn werden in Wien für den ungarischen Staat durch den früheren Außenminister, den Baron von Siebenbürger Dr. Gratz, und den Grafen Csaky geführt. Der frühere deutsche Minister für die nationalen Minderheiten, Dr. Jakob Bleyer, hat sich der „Pester Zeitung“ gegenüber dahin geäußert, der Vorschlag der ungarischen Regierung, Westungarn eine Autonomie geben und den Deutschen im alten Ungarn alle kulturellen Freiheiten einräumen, die zu dem völkischen Gedeihen notwendig seien, sei von großer Bedeutung, jeder Deutsche in Ungarn und außerhalb Ungarns müsse ihn mit Freude begrüßen, nicht nur, weil er für das ungarische Deutschtum von großem Vorteil sei, sondern weil er den wirklichen Frieden zwischen den Nachbarstaaten schaffen werde. Davon, daß dieser Vorschlag eigentlich etwas unmoralisch sei, indem er etwas verspricht, was zu geben auch ohne das Vorhandensein einer westungarischen Frage eine unbedingte Pflicht des ungarischen Staates sein müßte, spricht Dr. Bleyer nicht, sondern schiebt die ganze Verantwortung im gegenwärtigen Moment auf die österreichische Regierung zu, der er freilich im gleichen Augenblick nachsagt, sie mache den Eindruck der äußersten Unfähigkeit und sei dem Intrigenspiel der Parteien ausgeliefert. Auch die Verantwortung der ungarischen Regierung sei schwer. Die Vertreter des ungarischen Deutschtums hätten schon vor Jahren die jetzigen Versprechungen gefordert, die die Regierung leider aber erst mache, wo es jetzt scheinen müsse, daß sie in einer Zwangslage handle. In Wien verhandle man ohne westungarische Deutschen, denen nun nur das Recht und die Pflicht der Kritik bleibe.

In der Nationalversammlung hielt der frühere Nationalitätenminister, der deutsche Abgeordnete Prof. Dr. Jakob Bleyer eine Rede über die Außenpolitik Ungarns, in der er die Aufteilung des Landes eine französische Brutalität nannte; nur die Sprengung der Ketten Deutschlands werde das traurige Bild Mitteleuropas wieder ändern können. In den von Ungarn losgetrennten Gebieten seien nicht nur die Ungarn, sondern auch die Slowaken und die Deutschen unterdrückt. Es sei ungarische Pflicht, für den Minderheitenschutz zu sorgen. Auch die kleinste Nachlässigkeit könne hier tragische Folgen haben. Die Nationalitätenpolitik der letzten Jahrzehnte müsse einer gründlichen Revision unterzogen werden. Der beste Irredentismus sei eine gerechte Nationalitätenpolitik. „Die Nationen nichtungarischer Zunge Ungarns sind während des Weltkrieges — und das müssen wir hier alle zur Kenntnis nehmen — zu ihrem Selbstbewußtsein erwacht. Auch die Deutschen Ungarns.“ Das Schwabentum stehe heute mit beiden Füßen auf der völkischen Plattform und sei gewillt, sich auf ihr um jeden Preis zu behaupten. Der Schwabe in den losgetrennten Gebieten könne nicht sagen: Ich bin ein Ungar, meine Sprache ist die ungarische. Er sei gezwungen, sich zu seinem Deutschtum zu bekennen und seine deutschen Rechte zu fordern. Der Redner zitierte Worte von Apponyi und Andrássy, die sich für eine andere und gerechtere Politik eingesetzt hätten. Eine der dringlichsten Aufgaben sei die Schaffung dieses Nationalitäten-Gesetzes. Vor einundneunzig Jahren habe er eine grundlegende Denkschrift dem Ministerrat eingereicht, Graf Teleki, der gewesene Minister-Präsident, habe sich zu den Grundlagen dieser Denkschrift bekannt. Nichts sei jedoch geschehen. Außer den 30–40000 Rumänen in Westungarn gebe es aber auch, abgesehen von Westungarn, „um dessen Verbleiben bei Ungarn wir mit ganzer Seele ringen“, rund eine halbe Million Deutsche. „Das noch verbliebene Deutschtum ist äußerst bescheiden. Es wünscht nur das Recht seiner Muttersprache in der Schule, ferner, daß die Beamten in der Rechtspflege und in der Verwaltung, die mit dem deutschen Volke in Berührung kommen, seine Sprache verstehen. Leider haben auch diese Verfügungen der Regierung, wie auch auf andern Gebieten, bei den unteren Behörden auf den heftigsten Widerstand gestoßen, ja, an manchen Orten hat man gegen dieselben offen gehetzt!“ Durch die Verwaltung sei die Nationalitätenfrage vergiftet worden. Der Redner erinnerte an ein Wort des Grafen Stefan Tisza vom 25. Juni 1917: „Bitte einmal nachzusehen, welche riesige Erbitterung bei der sichersten Stütze der politischen ungarischen Nation, bei unsern Schwaben, durch den Umstand erwacht ist, daß ihre Kinder aufwachsen und nicht mehr deutsch lesen und schreiben können. Bitte zu sehen,

welche Erbitterung es erweckt, daß der eingerückte Sohn, der aus dem Kreise dieses begabtesten und gründlichsten Volksstamms, dem Vater einen Brief schreibt und der Vater bedarf eines Dolmetschen, um den Brief des Sohnes zu verstehen, weil dieser nur ungarisch schreiben kann. Seien Sie versichert, daß ich mich nicht leichtsinnig zu dieser Äußerung entschlossen habe.“ Der Redner erklärte schließlich unter lebhaftem Beifall des Hauses, für das Budget stimmen zu wollen, in der Hoffnung auf eine positive christliche Politik und ein Handeln der Regierung in der Nationalitäten-Politik.

Im Verlauf der Debatte über die Außenpolitik nahm auch der Minister-Präsident Graf Bethlen das Wort und äußerte sich sofort zur Nationalitätenfrage. Er erkannte die Grundlagen der Reden des Herrn Professors Bleyer als richtig an und versprach dem deutschen Volke die Erfüllung seiner Wünsche. Vor allen Dingen, betonte der Graf, sei die Nationalitätenfrage durch den Schutz der Minderheiten eine internationale Frage geworden. Der Schwerpunkt der Frage liege auf kulturellem Gebiet. Es müsse dafür gesorgt werden, daß jeder Bürger des Landes, der der ungarischen Sprache nicht mächtig sei, in seiner Muttersprache bis hinauf zur Hochschule unterrichtet werde. Die Vergangenheit habe in dieser Beziehung Fehler gemacht. Auch müsse die Sprache der nichtungarischen Einwohner in Gebieten, wo sie in größerer Anzahl beisammen wohnten, auch in der Verwaltung entsprechend zur Geltung kommen und die Nichtungarn müßten in ihr genügend vertreten sein. Die Nationalitätenfrage müsse so gelöst werden, wie es bei den Siebenbürger Sachsen war, daß sie ihre Schulen hatten und in der Verwaltung wie vor Gericht ihre eigene Sprache benutzten. Dazu bemerkt der Abg. Dr. Huber in der „Pester Zeitung“, daß die Deutschen es mit tausendfachen Zinsen zurückzahlen würden, falls sie diese Zusagen erhalten würden. Taten sollten den Worten bald folgen.

Rumänien.

Am 27. April empfing der neu ernannte Minister für die Bukowina eine Abordnung des deutschen Volksrats, die von Dr. Kohlruß geführt wurde und die ihm die Wünsche der deutschen Minderheit vortrug; von der Verlässlichkeit und Treue der Deutschen könne er überzeugt sein. Der Minister antwortete sehr freundlich, er kenne als geborener Buchenländer die kulturelle Bedeutung der Deutschen im Lande, ihren Fleiß und ihre Arbeitskraft. Er gönne und wünsche ihnen die Erhaltung und Hebung ihrer Kultur, der er im Interesse des Staats eine glückliche Entwicklung wünsche. Die völkische Schule sei Voraussetzung für die Erhaltung der Kultur. Auch hier werde er gerechte Grundsätze vertreten. Es sei möglich, mit den Deutschen des Staats ein Einvernehmen zur Führung einer gerechten Politik zu erzielen.

Bessarabien.

Der Fürstbischof der rumänisch-orthodoxen Kirche, Miron Cristea, fuhr Mitte Mai mit dem rumänischen Kultusminister zur Amtseinführung des bessarabischen Erzbischofs Gurie. Er äußerte sich bei dieser Gelegenheit dem bessarabisch-deutschen Abgeordneten Widmer gegenüber, daß er nicht die Möglichkeit habe, auch die deutschen Kolonien zu besichtigen, von deren Kulturarbeit er so viel gehört habe. Er wünsche, daß die Deutschen unter der jetzigen Regierung sich wohlfühlten und ihre segensreiche Arbeit fortsetzten, wie auch die umwohnende moldauische Bevölkerung mit ihrer Kultur beeinflussen. Er bitte den Abgeordneten, seine deutschen Glaubensgenossen zu grüßen und ihnen des Fürstbischofs Segen zu übermitteln.

Polen.

Von der polnischen Gerechtigkeitsliebe berichten recht anschaulich die Blätter. Polen erwarb durch das Versailler Diktat

in Posen und Westpreußen auch etwa 250 preußische Domänen. Die Pächter dieser Domänen, die allerhand polnische Wünsche fürchteten, fragten bereits im Frühjahr 1919 an, ob der polnische Staat die Pachtverträge als bindend anerkennen werde, obgleich für das Gegenteil der Friedensvertrag keine Handhabe geboten hätte. Der Oberste polnische Volksrat in Posen gab in feierlicher Proklamation vom 30. Juni die gewünschte Erklärung ab. Trotzdem beschloß der polnische Sejm am 14. Juli 1920 in einem Gesetze, das die grundbuchliche Umschreibung des preußischen Fiskalbesitzes auf den polnischen Staat regelte, daß der polnische Staat die sofortige Entfernung aller Personen fordern könne, die sich auf Grund preußischer Verträge auf den betr. Grundstücken befänden. Die Domänenpächter erhoben sofort Einspruch, da Polen nicht nur der Besitz, sondern auch der Rechtsnachfolger Preußens und demzufolge an die Vertragseinhaltung gebunden sei. Der Teilgebiets-Minister in Posen und der Minister in Warschau erklärten den Vertretern der Pächter wiederholt und vor Zeugen, die polnische Regierung denke nicht daran, die Pachtverträge vor ihrem Ablauf zu annullieren. Trotzdem erhielten alle Pächter zum 31. Dezember 1920 ihre Kündigung auf den 1. Juli 1921. Der Posener Wojewode erklärte ihnen, er handle auf Weisung von oben, die Warschauer Regierung verteidigte sich, der Wojewode habe eigenmächtig gehandelt. Betont wurde, es handle sich nur um eine formale Kündigung, um Gelegenheit zu bekommen, den in polnische Mark-Valuta viel zu niedrigen Pachtzins entsprechend zu erhöhen. Seitdem wurde verhandelt, als in den letzten Tagen vor Pfingsten abermals die Kündigung zum 1. Juli ausgesprochen wurde. Der größte Teil der Domänen wurde zur neuen Verpachtung ausgeschrieben und die Termine begannen teilweise schon am 24. Mai. Die Regierung beruft sich jetzt plötzlich auf das obengenannte Gesetz und erklärt sogar, das Mitbieten deutscher Pächter bei der Neuverpachtung der Domänen sei zwecklos, da den Zuschlägen nur Polen bekommen könnten. Zugleich aber wird gesagt, neuen Pächter würden zur Aufbringung des Kaufpreises für das Inventar kaum imstande sein, das Inventar werde also besonders taxiert werden und zwar im Durchschnitt auf das 25fache des Friedenspreises. Der wirkliche Wert des Inventars in polnischer Mark beträgt jedoch mindestens das 200fache des Friedenspreises. Die vertriebenen deutschen Pächter sollen also gezwungen werden, etwa sieben Achtel ihres Vermögens ihren polnischen Nachfolgern zu schenken! Zugleich hat man zwar auch den Domänenpächtern polnischer Nationalität gekündigt, mit ihnen jedoch sofort die Verhandlungen fortgesetzt und sie ohne Ausnahme in ihren Pachtungen belassen. Die deutschen Pächter, die noch die polnische Ernte gesichert haben, werden jetzt an die Luft gesetzt. Das Ganze heißt „Sicherung der Minoritätsrechte“! Ein Kapitel für den Völkerbund oder für moralische Betrachtungen des Obersten Rates! Aber auch ein Kapitel für deutsche Maßnahmen!

Im Sejm hat am 7. Juni der Nationale Volksverband eine Interpellation eingebracht, die als Gegenschlag gegen die von den deutschen Abgeordneten eingebrachte Interpellation über die Vertreibung der deutschen Pächter in Pommerellen gedacht ist. Es wird eine Liquidierung des deutschen Besitzes in kurzer Frist gefordert, ferner ein Verbot, an Fremde Güter zu verkaufen und wo solcher Verkauf bereits stattgefunden habe, Verweigerung der Auflassung, endlich der Übergang der ehemals deutschen Domänen an polnische Pächter zum 1. Juli 1921. In der Begründung des Antrags, der dem Finanz- und Haushalts-Ausschuß überwiesen wurde, beklagte ein Abgeordneter Hertz, daß die Deutschen so viele Rechte noch in Polen hätten, daß sie es wa-

könnten, sich an den Völkerbund mit einer Beschwerde zu wenden und daß deutsche Sejm-Adgeordnete einen Antrag gegen die Polnisierung der Domänen einbringen könnten!

Gegen die Vergewaltigung der deutschen Domänenpächter, von der wir oben berichteten, haben nun auch die deutschen Abgeordneten des Sejm Stellung genommen. Sie haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, es möge beschlossen werden, den Ministerrat zu veranlassen, daß den Pächtern ihr ungestörtes Pachtrecht gegen angemessene Erhöhung der Pacht bis zur Entscheidung des Rechtsstreits, spätestens aber bis 1. Juli 1922 gewährt werde. Der Antrag nennt das Vorgehen der Wojewodschaft widerrechtlich und unmenschlich, berichtet, daß eine Intervention der deutschen Abgeordneten beim Ministerrat und Minister Kucharski ohne Erfolg geblieben sei und daß der Ministerpräsident der Erörterung der Frage geflissentlich ausweiche. Die Vertreibung der Pächter würde rund 1000 polnische Staatsbürger mit einem Schläge brotlos machen. Den Antrag der deutschen Abgeordneten haben 44 Abgeordnete verschiedener Parteirichtungen unterschrieben, unter ihnen allerdings nur ein einziger polnischer Abgeordneter des preußischen Teilgebiets.

Lettland.

Über die Frage der deutschen Kolonisten (siehe A. D. Nr. 12, S. 365) sprach in der Konstituante-Sitzung vom 27. Mai fernerhin der deutsche Abgeordnete E. Magnus in einer Rede, zu der ihn die Antwort des lettischen Abg. Samuel auf die Reden der Herren Dr. Schiemann und Baron Fireks nötigten. Er erklärte, die Kolonisten hätten vor 10 Jahren vom Gutsbesitzer Mannerheim Land erworben, Anzahlungen geleistet, später weitere Zahlungen gegeben und Handgeld-Quittungen erhalten, in denen alle vom Gesetz für das Zustandekommen eines Kaufvertrags geforderten Bedingungen enthalten waren. Es sei nicht zweifelhaft, daß ein gültiger Kaufvertrag zustande gekommen sei, da besondere Formen für den Abschluß solcher Kaufverträge nicht vorgesehen seien. Vom privatrechtlichen Standpunkt aus seien die Kolonisten zweifellos als Käufer und Eigentümer der erworbenen Landparzellen anzusprechen. Sie hätten auch im Laufe von 10 Jahren vollkommen als Eigentümer gehandelt, ihr Land urbar gemacht und bebaut, Gebäude aufgeführt, Steuern bezahlt usw. Früher hätten die Letten und auch die Gemeindeverwaltung sie auch unbestritten als Eigentümer anerkannt. Versäumt sei nur worden, was in Lettland häufig vorgekommen sei, formelle Kaufverträge aufzusetzen. Das Agrar-Gesetz verfüge, daß in solchen Fällen dem Justiz-Ministerium die entsprechenden Unterlagen einzusenden seien, das dann prüfe, ob die formelle Genehmigung zu geben oder abzulehnen sei. Sämtliche Kolonisten hätten innerhalb der vorgesehenen Frist solche Gesuche ans Justiz-Ministerium eingereicht. Das Agrar-Zentral-Komitee habe daraufhin den Kolonisten Bescheinigungen ausgestellt, daß sie bis zur Entscheidung ihrer Angelegenheit als lettische Bürger anzusehen seien und von ihren Besitzungen nicht exmittiert werden dürften. Daß unter Ignorierung dieser unumstößlich feststehenden Tatsache die Kolonisten doch exmittiert worden seien, sei ein schwerer Rechtsbruch. Erst als die lokalen Behörden die Kolonisten bereits exmittiert hatten, ohne sich um die Entscheidung des Zentral-Komitees zu kümmern, habe dieses dann seinen eigenen Beschluß umgestoßen und nachträglich verfügt, daß die Kolonisten doch zu exmittieren seien. Das sei ein frivoles Spiel mit Menschenleben. Nun sei aber nach Rückfragen des Justiz-Ministeriums zweifellos eine positive Entscheidung der Gesuche der 9 Kolonisten durch das Justiz-Ministerium zu erwarten. Durch die kraß ungerechte Stellungnahme des Oberprokureurs des Senats sei zwar die Hoffnung und das Vertrauen

der Kolonisten erschüttert, sie wagten es aber doch noch, auf Gerechtigkeit beim lettischen Staat zu hoffen. Das Zentral-Komitee habe sich jedenfalls durch die Umstoßung seines eigenen Beschlusses eine grobe Gesetzesverletzung und Kompetenzüberschreitung zuschulden kommen lassen. Auf einen Zwischenruf antwortete der Redner schließlich mit Betonung, die Deutschstämmigen Lettlands hätten den Tag der Befreiung Rigas und ihre toten Helden gefeiert und auch den deutschen Major Fletcher, dem ja an diesem Befreiungstage die allerdings in viel zu geringer Zahl mitkämpfenden Letten auch unterstellt gewesen seien.

Georgien.

Gerade vier Wochen vor der Eroberung Georgiens durch die Sowjettruppen, bei der es besonders in Tiflis zu schweren Plünderungen und sonstigen Ausschreitungen kam, feierte die bedauernswerte Stadt die Anerkennung der Unabhängigkeit Georgiens seitens der europäischen Großmächte. Bei dieser Gelegenheit kam es zu außerordentlich warmherzigen Sympathiebekundungen für Deutschland, das bereits einige Zeit vorher jene Anerkennung ausgesprochen und durch Entsendung eines eigenen Gesandten noch unterstrichen hatte. Anlässlich einer Feier in der Oper stand ein georgischer Patriot auf und hielt eine Ansprache, in der er betonte, daß Deutschland die erste Macht gewesen sei, die Georgiens Unabhängigkeit anerkannt habe. Er verlange deshalb, daß das Orchester zunächst einmal die deutsche Hymne spiele. Alle Anwesenden erhoben sich auf diese Aufforderung von ihren Sitzen und unter patriotischen Zurufen wurde „Heil dir im Siegerkranz“ gespielt. Man liest mit einigem Vergnügen, daß die bei der Kundgebung anwesenden diplomatischen Vertreter Frankreichs, Englands usw. sich ebenfalls der Höflichkeitsbezeugung nicht entziehen konnten, die deutsche Hymne stehenden Fußes anzuhören. Es wird ihnen nur geringe Genugtuung bereitet haben, daß die Nationalweisen der von ihnen vertretenen Völker hinter der deutschen angestimmt wurden. Am Tage nach der Feier in der Oper zog eine große Menschenmenge zur deutschen Gesandtschaft, von der aus der deutsche Gesandte, Ulrich Rauscher, eine Rede hielt, die ins Georgische übersetzt wurde.

Südwestafrika.

Wir haben von dem Urteil hier berichtet, das die Parlaments-Kommission des Unions-Parlaments über ihre Reise nach Südwest und über die dortigen politischen Verhältnisse und einzuführenden Reformen abgab. Es war darin erwähnt, daß zwei Mitglieder der Kommission Vorbehalte gemacht hatten. Der eine Vorbehalt des Herrn General Byron bezieht sich nun, wie wir südwestafrikanischen Blättern entnehmen, darauf, daß er sich dem Vorschlag nicht anschließt, alle Deutschen zu britischen Untertanen zu machen, insofern sie sich nicht ausdrücklich dagegen verwahrten. Man müsse jedem klar und deutlich die Möglichkeit geben, britischer Untertan zu werden, es dürfe das nicht einer Aufzwingung der Nationalität gleichkommen. Der Vertreter der Nationalisten, Wilcocks, unterzeichnete den Parlamentsbericht überhaupt nicht, sondern vertritt die Ansicht, daß sofort eine Volksvertretung in örtlichen Einrichtungen gegeben werden müsse (Landesräte, Stadträte), die durch Wahl und nicht durch Ernennung zu bestimmen seien. Eine Vertretung Südwests im Unions-Parlament könne erst in Frage kommen, wenn das Mandats-Schicksal des Landes geklärt sei. Bei einer klugen und vernünftigen Politik sei das Schicksal des Landes unschwer vorauszusehen, es werde dann aus freiem Willen eine Provinz der Union werden, die sich Liebe und Vertrauen der gesamten, auch der deutschen, Bevölkerung erringen werde. Die „Allgemeine Zeitung“ in Windhuk sagt dazu, sie stimme dieser

Ansicht zu. Wollte man den Deutschen nicht ihr Volkstum nehmen, lasse man ihnen Sprache und Schule, suche man sie nicht durch Gesetze zu vernichten, die zwar loyal schienen, aber das Ende des deutschen Volkes nur herbeiführen wollten, räume man den Deutschen volle Gleichberechtigung ein, dann wäre es möglich, daß eines Tags, wenn die Entente den Versklavungs- und Vernichtungs-Feldzug gegen das deutsche Vaterland aufbehalte, ein Teil der Bevölkerung sich freiwillig der Union anschließen werde. Andernfalls aber werde niemals Vertrauen entstehen.

Mexiko.

In einem Spezialzug hat eine von San Antonio, Texas, kommende Besuchsgesellschaft, die sich aus Deutsch-Amerikanern zusammensetzt, einem Bericht der „Deutschen Zeitung“ von Mexiko zufolge, am 28. April die mexikanische Grenze überschritten, um der Republik einen zehntägigen Besuch abzustatten. Es handelt sich um über 300 Deutsch-Amerikaner, die die wichtigsten Plätze Mexikos besichtigen wollen, um einen Eindruck von dem Lande zu gewinnen, in dem sie sich binnen kurzem ansiedeln wollen. Die Gesellschaft rechnet damit, vom Präsidenten der mexikanischen Republik empfangen zu werden. Diese Deutsch-Amerikaner haben, erbittert über die ihnen während der Kriegsjahre in Texas zu teil gewordene Behandlung, den Plan gefaßt, nach Mexiko zu übersiedeln und sich dort auf einer großen Hazienda, wegen deren sie schon in Unterhandlung stehen, niederzulassen. Sei der erste deutsch-amerikanische Kolonisationsversuch einmal geglückt, so solle alsbald ein Einwandererstrom von Deutsch-Amerikanern in Mexiko einsetzen, die sich in den Vereinigten Staaten nicht mehr wohlfühlten und von Mexiko eine bessere Behandlung erwarteten. Eine Hoffnung, in der sie sich, wie die „Deutsche Zeitung“ in Mexiko meint, kaum täuschen dürften.

Brasilien.

Der Sturm seitens der Italiener und Deutschen gegen das neue Schulgesetz vom Staat Sao Paulo hat einen Erfolg zu verzeichnen. Das Gesetz, welches so klar von dem Verbot der fremden Sprachen vor dem erlangten zehnten Jahre sprach, wird nach dem „Correio Paulistano“ jetzt halboffiziell so ausgelegt, daß sich dasselbe natürlich nur auf die brasilianischen Schulen beziehe. Italienische Schulen oder auch deutsche sollen von dem Gesetz gar nicht betroffen werden. Der Artikel selbst nennt eine solche Tatsache, ein solches Beginnen eine Brutalität, denn das wäre ein Vergewaltigen einer Nation, die sich zufällig im Ausland befindet. Die Anfrage des italienischen Abgeordneten in Rom scheint danach einen guten Einfluß auf die Erklärung des Gesetzes ausgeübt zu haben. Nach der „Serrapost“ vom 4. März hat allerdings das Gesetz auch nach dieser Auslegung noch immer für die Ausländer einen Haken. Es fragt sich vor allen Dingen, ob die Kinder der Ausländer, die in Brasilien geboren wurden, als Brasilianer zu betrachten und als solche verpflichtet sind, die brasilianischen Schulen zu besuchen, in welchen vor dem zehnten Jahre keine anderen Sprachen gelehrt werden als die Landessprache. Auf diese Frage wird die Regierung noch mit einer klaren Antwort herausrücken müssen, soll die Unruhe schwinden, die durch das Gesetz von seiner Auslegung und auch noch nach der allerneuesten Interpretation hervorgerufen wurde.

Uruguay.

Mehr noch als im Inland beschäftigen sich die Deutschen im Ausland, denen Schwarz-weiß-rot das Symbol für den Aufstieg unseres Reiches war und ist, mit der Flaggenfrage. Der Kampf gegen schwarz-rot-gelb wird fast überall, wo Deutsche jenseits der Meere leben, mit beharrlichem Eifer geführt. Zu den vielen

Protesten kommt nunmehr auch eine einstimmig beschlossene Eingabe des „Verbandes der deutschen Vereine Montevideos“ an die Reichsregierung. Die Eingabe sagt unter anderem, der Beschluß der National-Versammlung in Weimar habe tiefes Bedauern ausgelöst. Den Gründen ständen die Auslandsdeutschen im allgemeinen verständnislos gegenüber, man habe sich in Deutschland wohl kaum Rechenschaft über den Eindruck abgelegt, den ein solcher Flaggenwechsel auf das Ausland und ganz besonders auf die nicht unbeträchtliche Zahl von Deutschfreunden machen mußte, sonst wäre er vielleicht unterblieben. Das Aufgeben der alten Reichsflagge bedeute einen Abschluß der mächtigen, glorreichen Entwicklung, die das Deutsche Reich seit seiner Gründung genommen hat und könne daher nicht als glücklich bezeichnet werden. Eine neue Flagge kennzeichne uns schon nach außen hin als eine neue Nation, die hinter anderen zunächst zurückstehen müsse.

„Wir sind fest überzeugt, daß die Liebe zu den alten Farben bei einem großen Teil unserer Landsleute in der Heimat tiefgewurzelt ist, ganz besonders aber bei der überwiegenden Mehrzahl der Auslandsdeutschen, die in ihnen das Symbol der Einigung der deutschen Stämme erblicken, das Zeichen unter dem sie Schutz gefunden haben, das Deutschlands Ruhm über alle Meere getragen und unter dem sich der deutsche Handel zu nie geahnter Blüte entwickelt hat.“

Auch in der deutschen Kolonie Montevideo sei ein Zwiespalt entstanden. Wenn auch der historische Wert der schwarz-rot-goldenen Flagge nicht verkannt werde, so habe man sich doch nicht entschließen können, sie zu hissen. Andererseits wollte man die alte Fahne nicht ziehen, um nicht in Gegensatz zu dem Beschluß der National-Versammlung und später zu dem bevollmächtigten Vertreter des Deutschen Reiches zu treten, und so seien seitens der deutschen Kolonie die deutschen Farben seit 1919 nicht mehr gezeigt worden.

Mit den verschiedenen Stellen des südamerikanischen Kontinents trete auch Montevideo an die deutsche Regierung mit der Bitte heran, sie wolle eine Revision des Beschlusses der National-Versammlung über die Flaggenfrage beantragen, um zu veranlassen, daß die alte schwarz-weiß-rote Flagge als Reichsflagge wieder eingesetzt werde oder wenigstens, daß ein Zusatz zu den bestehenden Bestimmungen gemacht werde, dahingehend, daß diese oder die heutige Handelsflagge als Fahne der Deutschen im Ausland zu gelten habe.

„Stolz blicken wir auf die alte Flagge, die trotz allem, was unser Vaterland erlitten hat, an ihrem Ansehen im Auslande nichts eingebüßt hat und an dem Tage, an dem es den Auslandsdeutschen vergönnt sein wird, sie wieder zu hissen, wird ungetrübter Jubel herrschen.“

Chile.

In Anlehnung an eine aus Paraguay kommende Anregung, die die deutsche schwarz-weiß-rote Handelsflagge auch als Auslandsflagge bestimmt haben wollte, hat der Deutsch-Chilenische Bund eine Umfrage in allen Teilen Chiles zirkulieren lassen, in der er Reichsdeutsche, Deutsch-Chilenen und Deutschfreunde, Damen und Herren, ersuchte, sich in eine Liste einzutragen, um ihre Wünsche in der Flaggenfrage kundzugeben. Der Bund selbst enthielt sich dabei jeder Stellungnahme. Es standen zur Entscheidung die Form I, schwarz-weiß-rot, die Form II, schwarz-rot-gold und die Form III, schwarz-weiß-rot mit schwarz-rot-goldener Gösch in der oberen inneren Ecke. Ende April konnte das Ergebnis der Umfrage festgestellt und dem deutschen Reichskanzler übermittelt werden. Die Zählung ergab für Form I 3211 Männer- und 813 Frauen-, zusammen 4024 Stimmen, für Form II 10 Männerstimmen, für Form III 16 Männer-

und 3 Frauenstimmen, zusammen also 29 Stimmen. Die Zeichnungslisten selbst verbleiben im Bundesarchiv des Bundes in Concepcion. Der deutsche Bund bittet um Berücksichtigung dieser durch freie und unbeeinflusste Abstimmung zustandekommenen Stellungnahme.

Über die Flaggenfrage hinaus ist diese Abstimmung als ein Versuch einer Abstimmung unter dem Auslandsdeutschtum interessant und lehrreich. Leider fehlen dem Dokument Belege darüber, welche Prozentzahl abgestimmt hat und wie sich die Stimmen auf Reichsdeutsche, Deutsch-Chilenen und Deutschenfreunde verteilen. Im allgemeinen muß jedoch die Beteiligung an der Abstimmung als sehr gering bezeichnet werden, wenn man bedenkt, daß in Chile rund 30000 Deutsche und Deutsch-Chilenen ihren Wohnsitz haben.

KLEINE NACHRICHTEN

Adolf von Nast-Kolb †. In Bad Tölz starb im Alter von 82 Jahren Adolf von Nast-Kolb, der in italienischen Bankkreisen und bei allen Romreisenden weithin bekannt war. Der in jungen Jahren nach Rom gekommene Württemberger hatte dort das Bankhaus Schmitt-Nast & Co. gegründet, nach dessen Auflösung er mit dem österreichischen Konsul zusammen das Bankhaus Nast-Kolb & Schumacher ins Leben rief, das bei Kriegsausbruch in italienische Hände überging. Der Verstorbene ist der Gründer der deutschen Schule in Rom und stand bei allen wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten der Deutschen Italiens stets an der Spitze.

Theodor Ender †. Als einer der ersten Pioniere der Lodzer Industrie galt stets der jetzt verstorbene Kommerzienrat Theodor Ender, der als Sohn deutscher Eltern in Pabianice geboren war, dort und auf reichsdeutschen Schulen erzogen wurde, weite Reisen unternahm, dann die große Baumwollspinnerei, Weberei und Dampfziegelei Moszczenica und die Pabianicer Baumwollspinnerei Krusche & Ender gründete, die er beide zur höchsten Blüte brachte.

Georg Meyer †. In Hermannstadt starb ein Reichsdeutscher, der sich besonderer Achtung unter den Siebenbürger Sachsen erfreute, Georg Meyer, der, 1838 geboren, als ehemaliger preußischer Hauptmann seit 1867 den Abschied genommen hatte, in Hermannstadt lebte und Besitzer einer geachteten Buchhandlung wurde, die er 1903 seinem Sohne übergab, um sich dann ganz den Aufgaben der Leitung des von ihm 1895 gegründeten Vereins Angehöriger des Deutschen Reichs zu widmen und dort eine verdienstvolle Tätigkeit zu entfalten. Seit 1909 war er Ehrenmitglied dieses Vereins. Gradheit und Aufrichtigkeit seines Wesens, Lauterkeit des Charakters und unbedingte Zuverlässigkeit werden ihm von der „Hermannstadter Tagespost“ in einem warmen Nachruf nachgerühmt.

Carl Ley †. In der Schweiz verstarb plötzlich und unerwartet Herr Carl Ley, für den die Germaniaschule in Buenos Aires eine würdige Trauerfeier veranstaltete. Direktor Dr. Ruge nannte den Verblichenen dabei einen wahrhaft königlichen Kaufmann, der jahrelang verdienstvoller Vorsitzender des Schulvorstandes gewesen sei und gerade weil er aus einfachen Verhältnissen hervorgegangen war, die Bedürfnisse der deutschen Schule aufs verständnisvollste würdigte. Die Germaniaschule sei ihm übers Grab hinaus zu Dank verpflichtet. Der Schule in Iserlohn, die ihn einst ausgebildet habe, habe er im Jahre 1915 den Betrag von 100 000 Mark überwiesen. Das blumengeschmückte Bild des Verstorbenen war während der Trauerfeier in der Aula ausgestellt.

Heimatgedenken.

In Schleswig ist ein größeres Landhaus mit Parkanlagen angekauft und eingerichtet worden, das am 1. Juli als Schleswig-Holsteiner Kinderheim eröffnet werden soll. Die Schleswig-Holsteiner Vereine in Chicago haben zu diesem Zweck 500 000 M. aufgebracht. Das Kinderheim soll das ganze Jahr hindurch zur Aufnahme bedürftiger Kinder zur Verfügung stehen.

Die Stadt Sindelfingen hat von Frau Minna Schmidt-Moscherosch in Chicago zu einem Wöchnerinnen- und Säuglingsheim-Fonds die Summe von 13 000 M. gestiftet bekommen.

Wie die „Köln. Volkszeitung“ aus Rom sich melden läßt, weilt dort der Generalvikar Chikagos, Monsignore Rempe, der im Auftrage von amerikanischen Bischöfen die Summe von 500 000 Dollar an die deutschen und österreichischen Episkopate zu übergeben hat, die für hilfsbedürftige Kinder verwendet werden sollen. Von diesen Geldern sollen 335 000 Dollar nach Deutschland, der Rest nach Österreich gehen. Der Delegierte berichtete dem Papst persönlich über die Hilfsaktion.

In Venezuela sind in einzelnen Städten bis jetzt 260 000 M. für deutsche Kinder gestiftet worden. Die Anregung dazu ging von einem Artikel des Herrn von Treutler im „Tag“ aus. Die ersten 60 000 M. sind bereits überwiesen worden und ein Sechstel davon wurde dem Artikelschreiber zur Verfügung und Verteilung übermitteln.

KIRCHE UND MISSION

Die deutsche Probst-Synode in Estland tagte am 24. Mai in Reval. Der Probst gab den Bericht über das Jahr 1920 und schilderte in ergreifenden Worten die Wirkungen des Kriegs und der Nachkriegszeit auf das Gemeinde- und Kirchenleben. Mit Entrüstung wurde ein Schreiben des Revaler estnischen Stadtprobstes aufgenommen, die Revaler Stadt-Synode habe beschlossen, sich an den Kirchentag zu wenden mit dem Vorschlage, die alte deutsche Sankt Olai-Kirche der estnischen Paulus-Gemeinde zuzusprechen, sie zugleich zur Bischofs-Kirche zu erklären und der Sankt-Olai-Gemeinde das weitere Mitbenutzungsrecht an der Kirche einzuräumen. Die Stellungnahme der estnischen Kirche wird als ein Bruch des brüderlichen Übereinkommens betrachtet. Pastor Undritz brachte umfangreiches statistisches Material über den Zugang und Abgang in den deutschen Gemeinden vor.

Grootfontein (Südwestafrika). Am 10. April wurde ein Kirchsaal für die evangelische Gemeinde eingeweiht, die bisher nur auf der Veranda des Missionshauses Gottesdienste abhalten konnte. Der Bau einer bescheidenen Pfarrwohnung wurde durch Ausgabe einer Anleihe und durch die Schenkung des Baugrundes ermöglicht und im Anschluß daran wurde ein Kirchsaal errichtet. An der alten Gottesdienststätte hielt Pfarrer Wilke eine Abschiedsandacht, worauf sich die Anwesenden im festlichen Zuge zum neuen Kirchenraum begaben, wo der Bauleiter dem Ortspfarrer den Schlüssel übergab. Darauf wurde mit einem Harmoniumspiel der Gottesdienst eröffnet. Die Predigt hielt Pfarrer Heyse, der vor 10 Jahren die Gemeinde gegründet hatte. An den Gottesdienst schloß sich die Jahresversammlung der Gemeinde, die jetzt 361 Evangelische, 206 Erwachsene und 55 Kinder, umfaßt und der sich Otjivaranga und Bezirk mit 62 Erwachsenen und 53 Kindern, sowie Tsumeb mit 178 Erwachsenen und 108 Kindern anschließen.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Wien. Ein reichsdeutscher Männergesangverein wurde am 25. Mai begründet, zu dessen geschäftsführenden Vorsitzenden Herr Haag gewählt wurde und dem in kurzer Zeit eine stattliche Anzahl von Mitgliedern sich angliedern konnten.

Der Bund der Reichsdeutschen in Österreich hielt am 3. April in Linz a. D. seine dritte Bundesversammlung ab, der als Vertreter der deutschen Gesandtschaft Konsul Dr. Müller beiwohnte. Bundespräsident Weege legte in einer großzügigen Ansprache die nationalen und wirtschaftlichen, von Politik und Konfession freien Ziele des Bundes dar. Die Deutschen im Ausland wünschten, daß das Deutsche Reich als Haus nach außen hin stattlich sich zeige, über den Innenausbau wollten sie nicht mitstreiten. Der Vorsitzende begrüßte als neue Mitglieder des Bundes den Vertreter der Gruppe Vorarlberg, des Vereins Germania zu Innsbruck und die Kameradschaftliche Interessengemeinschaft Oberösterreich. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß der Bund rund 4000 neue Mitglieder gewonnen hat und ungefähr 9000 Mitglieder zählt, sowie aus 28 Gruppen besteht. Der Vorsitzende dankte für die großzügige Organisationsarbeit namentlich dem Mitglied des Bundesvorstandes Hardung. Zwar schließt die Kasse mit einem Verlust von 11500 Kronen ab, doch ist der Besitz des Bundes tatsächlich sehr niedrig zu Buch gestellt, so daß auch Herr Schanda u. a., der Kassenwart, kein eigentlich ungünstiges Bild von den finanziellen Verhältnissen des Bundes zu entrollen brauchte. Sind doch dem Bunde rund 190 000 Kronen im Jahre 1920 an Spenden zugeflossen. Die Obmänner des Fürsorge-Ausschusses und der Jugendfürsorge erstatteten sodann ihre Berichte. Der Mitgliedsbeitrag wurde für Wien auf 120 Kronen, für Ober- und Niederösterreich, Steiermark und Salzburg auf 100 Kronen, für Kärnten, Tirol und Vorarlberg auf 80 Kronen festgesetzt. Beschlossen wurde ferner, in Zukunft auch nichtreichsdeutsche Staatsbürger als Gastmitglieder einzuführen. Herr Max Roestel, der altverdiente Präsident, wurde zum ersten Ehrenmitglied des Bundes einstimmig ernannt. In der Bundesleitungs-Sitzung wurde der erste Präsident Weege im Amte bestätigt.

Bezirksverband Slowakei I des Deutschen Kulturverbandes. Vom herrlichsten Wetter begünstigt, fand am Sonntag, den 29. Mai l. J., in Limbach bei Bösing, einem herrlich gelegenen rein deutschen Orte in den kleinen Karpathen, die erste ordentliche Jahresversammlung des Bezirksverbandes Slowakei I des Deutschen Kulturverbandes statt. Zur Tagung des Bezirksverbandes, der 14 Ortsgruppen im Bereiche der Preßburger Sprachinsel mit nunmehr schon 4000 Mitgliedern umfaßt, hatten sich mehr als 200 Vertreter aller Ortsgruppen eingefunden, welche in der evang. Schule zu Limbach, woselbst die Tagung infolge des Entgegenkommens der evang. Kirchengemeinde stattfinden konnte, kaum Platz fanden. Der Obmann des Bezirksverbandes, Dr. S. Frühwirth-Preßburg, eröffnete die Tagung mit herzlichen Begrüßungsworten, worauf der Ortsrichter namens der Gemeindevertretung, Pfarrer Mohner namens der Kulturverbandsortgruppe Limbach die erschienenen Vertreter begrüßte. Die Hauptleitung, Senator Dr. C. E. Schmidt u. a. hatten herzliche Begrüßungsschreiben gesendet. Schriftführer Q. Erben-Preßburg berichtete über die bisherige Tätigkeit des Vorstandes. Dr. Frühwirth erstattete einen sehr ausführlichen Bericht über die Hauptversammlung des Deutschen Kulturverbandes in Troppau. Freudige Erregung riefen die Mitteilungen des Berichterstatters über die innige und aufrichtige Anteilnahme, welche sich bei der Hauptversammlung für die Deutschen der Slowakei wiederholt gezeigt hat, hervor. Die Bezirks-

verbandstagung beschloß, der Hauptleitung für das rege Interesse und die bereits zur Verfügung gestellten Spenden für die deutschen Schulen in der Slowakei ganz besonderen Dank zu sagen. Bei der Neuwahl der Bezirksverbandsleitung wurde der bisherige Vorstand mit Dr. Frühwirth an der Spitze einhellig wiedergewählt. Es wurde ferner die Absendung eines Memorandums über die versuchte Drosselung des deutschen Schulwesens an die Hauptleitung und die Gründung einer „Heimatschollen“-Gemeinschaft zur Erhaltung des deutschen Realbesitzes beschlossen. In begeisternder Rede mahnte schließlich der Vorsitzende zu Ausdauer und entschlossener zielbewußter Arbeit.

Anläßlich der Bezirksverbandstagung hatte die Ortsgruppe Limbach des Deutschen Kulturverbandes ein großes Volksfest, wohl das erste deutsche Volksfest seit Jahrhunderten, veranstaltet, das einen äußerst gelungenen Verlauf nahm. Um das Gelingen desselben haben sich außer der Ortsgruppe Limbach der Deutsche bürgerliche Gesangverein und der gemischte Chor von Bösing unter Leitung ihres Chormeisters Lehrer Mühl, sowie der Ratzersdorfer Männerchor besonders verdient gemacht. Die Festrede hielt Sekretär Erben-Preßburg. Weit über 1600 Personen nahmen an dem Feste, das besonders auch der Jugend Spiele und Vergnügungen bot, teil.

Der Schwäbisch-deutsche Kulturbund hielt anläßlich der Adam Müller-Guttenbrunn-Feier in Guttenbrunn seine zweite Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende, Sektionsrat Dr. Michael Kausch, konnte die Mitteilung machen, daß eine Stiftung im Gange sei, deren Reinertrag für studierende Kinder der Gemeinde Guttenbrunn Verwendung finden solle. Der Bundeschriftwart erstattete sodann den Jahresbericht, der im ganzen eine erfreuliche Entwicklung des Bundes verzeichnet und über die national-politischen Verhältnisse, Ortsgruppengründungen, Volksversammlungen, nationale Hilfeleistung, Schulverhältnisse, Schulstiftung, Abendschulen, Jungmannschaften, Stellenvermittlung, Aufklärungstätigkeit, Theaterfragen, Gesangverein, Volksmuseum, Bücherei, Festlichkeiten, wissenschaftliche Betätigung und Wohltätigkeitsveranstaltungen Aufschluß gibt. Prof. Andreas Friedrich hielt einen Vortrag über Adam Müller-Guttenbruns Leben und Wirken. Es fand sodann ein Antrag Annahme, die beiden entstandenen Vereinigungen der deutschen Gesangvereine im Banat anläßlich des 40jährig. Jubiläums des Gewerbeliederkränzes in Lugosch möglichst zu einem Verbandsverbande zu verschmelzen.

Mexiko. „Theosophische Gesellschaft.“ Am 16. April wurde im Gebäude der Sociedad Teosofica in der Stadt Mexiko eine deutsche Zweigloge unter dem Namen „Loge Dr. Franz Hartmann“ gegründet. In einer von einem Deutschen der dortigen Kolonie gehaltenen Ansprache wurde das „Wesen der Theosophie innerhalb der geistigen Entwicklung der Menschheit“ beleuchtet. Der Redner sagte zum Schlusse: „Es ist unsere Pflicht, unseren Brüdern, die aus Deutschland nach Mexiko kommen, einen geistigen Halt zu bieten, denn nur so können sie sich hier, dem Wesen und der Sprache der Eingeborenen fremd, wohl und heimisch fühlen.“

Argentinien. **Eröffnung des Deutschen Vereinshauses.** Am 18. April hatte der Deutsche wissenschaftliche Verein zur Eröffnung des neuen Heimes der deutschen Vereine in der Calle Moreno 1059 eingeladen. Prof. Dr. Merzbacher hielt die Eröffnungsrede, in der er als eine Art Entschuldigung für die Initiative, die gerade der Deutsche wissenschaftliche Verein ergriff, als es galt, der deutschen Kolonie einen Mittelpunkt zu schaffen, die Tatsache unterstrich, daß dieser Verein nicht weltabgewandt der Theorie allein, sondern höchst praktisch der Pflege des deutschen Gedankens in Argentinien sich widme. In diesem Sinne sollte auch das neue Vereinshaus, in dem 24 deutsche

Vereine, darunter 8 mit eigenen Geschäftszimmern ihr Heim aufgeschlagen haben, hauptsächlich sein: „ein Denkmal deutsch-völkischen Schaffens und Denkens, ein Sammelplatz deutschen Fühlens und Hoffens, eine Kulturstätte heimatlicher Erinnerungen, ein gastfreundliches Heim für die Müden und Enttäuschten, die von drüben kommen und wieder von vorne anfangen müssen“. Am Schluß seiner Rede hieß Prof. Merzbacher den diplomatischen Vertreter des Deutschen Reiches, Minister Dr. Pauli, innerhalb der deutschen Kolonie von Buenos Aires herzlich willkommen. Dr. Pauli antwortete mit einer kurzen Würdigung der Bedeutung des deutschen Vereinshauses und brachte ein begeistert aufgenommenes Hoch auf das Deutschtum aus. Als 3. Redner des Abends stellte Oberlehrer Wilfert, der Schriftführer des Wissenschaftlichen Vereins und Hauswart des neuen deutschen Heimes, die Entwicklungsgeschichte dieses Heimes dar. Wir entnehmen seinen Ausführungen, daß der Deutsche wissenschaftliche Verein, nachdem er sich bis dahin mit kleinen, irgendwo gemieteten Vereinszimmern beholfen hatte, Anfang April 1914 sein erstes eigenes Heim in der Charcas 1650 bezog, das zunächst nur für seine eigenen Zwecke — Büro, Bibliothek und Gesellschaftszimmer — gebraucht wurde. Als dann der Ausbruch des Krieges einen innigeren Zusammenschluß aller deutschen Kreise in Buenos Aires verlangte und Kriegsspende, Aufklärungstätigkeit und andere Kriegsarbeiten geleistet werden mußten, als sich daraus auch eine engere lokale Verbindung der einzelnen deutschen Organisationen nötig machte und im Dezember 1914 der Deutsche Flottenverein als erster Untermieter das Heim des D. W. V. bezog, wurden die Räume des Hauses in der Charcas bald zu eng. Es mußte auf Abhilfe gesonnen werden. So entschloß sich der D. W. V. gegen Ende 1916 das große Stockwerk des Hauses in der San Martin 439 zu mieten, das am 28. Dezember dann auch feierlich als Deutsches Vereinshaus eingeweiht wurde. Bis Ende 1917 hatten dort bereits 16 Vereine ihre Herberge aufgeschlagen, Ende 1918 waren es 19, Ende 1919 21, Ende 1920 23 Vereine. Dieses schnelle Wachstum machte eine weitere Ausdehnung räumlicher Art nötig. Dank der Opferfreudigkeit aller Angehörigen des D. W. V. und der übrigen deutschen Kolonie konnte nunmehr das eigene Haus den Zwecken der deutschen Kolonie am La Plata übergeben werden. Zum Schluß seiner Darlegungen erklärte Lehrer Wilfert auf einem Lichtbild die Einteilung des Gebäudes, woran sich ein Rundgang durch die einzelnen Räume schloß. Noch lange blieben dann die Anwesenden zwanglos gesellig beisammen.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Professor Einstein hat auf seiner Reise nach Amerika viele Einladungen und Ehrungen in Empfang nehmen können. In der National-Academy of Sciences in Washington, deren Gast er war, plädierte er, wie die „Frankf. Ztg.“ sich melden läßt, als Antwort auf die Empfangsrede des Präsidenten für eine rasche Beseitigung der Scheidewand, die der Krieg zwischen den Gelehrten aller Nationen errichtet habe, und für ein gemeinsames Arbeiten der gesamten Mitglieder der großen Gelehrten-Republik. Einstein hat überall starken Eindruck gemacht. Sogar die deutschfeindliche „Tribune“ nimmt den deutschen Gelehrten gegen die Angriffe eines wenig bekannten Professors in Schutz, der seine Bedeutung für die Wissenschaft bestritt, und nennt die Tatsache, daß er vom einzigen Lande, das noch mit Deutschland in Kriegszustand lebe, so gefeiert werde, immerhin bedeutsam. Von der Princeton Universität wurde Einstein zum Ehrendoktor ernannt. Viele Gelehrte amerikanischer Hochschulen waren bei der feierlichen Handlung zugegen, der

auch die Präsidenten von 6 Universitäten beiwohnten. Der Universitäts-Präsident Hibben begrüßte den Gast mit einer deutschen Ansprache und rühmte „den neuen Pythagoräer“, der sich auf den Tafeln der Wissenschaft in die mit Pythagoras beginnende Reihe der Maxwell, Newton und Galilei gestellt habe.

Ein zweiter Lehrstuhl für die deutsche Sprache wurde, wie „Latein-Amerika“ mitteilt, am Pädagogischen Institut in Santiago bewilligt. Dr. Reisenegger, ein Sohn des Direktors des technisch-chemischen Instituts an der Technischen Hochschule in Charlottenburg, wurde seitens der chilenischen Regierung als Referent der Chemie bei der Regierung in Santiago verpflichtet und gleichzeitig zum Professor an der Handwerker- und Gewerbeschule ernannt. Die besondere Aufgabe Dr. Reiseneggers soll darin bestehen, die Verbindung zwischen der Schule und der Industrie des Landes, also zwischen Theorie und Praxis herzustellen.

Professor Nicolai, der bekannte Pazifist, um dessen Person in Deutschland ein heftiger Streit tobte und dessen Konflikt mit dem Berliner Universitätssenat viel Staub aufwirbelte, hat jetzt einen Ruf als Ordinarius für Philologie und Leiter des philologischen Instituts an die argentinische Universität Cordoba erhalten.

Dr. Hans Wehberg, der bekannte deutsche Völkerrechtler, ist vom Institut für Internationales Recht, das jetzt in Paris unter dem Vorsitz von Sir Thomas Barkley eine außerordentliche Sitzung abhielt, als neues Mitglied gewählt worden (Associé). Die bisherigen Associés, Kammergerichtsrat Felix Meyer und Professor Walter Schücking, wurden zu ordentlichen Mitgliedern ernannt.

Beuroner Mönchsmaler werden jetzt die Kirche in Sao Bento ausschmücken, die Benediktinerpatres Frischau und Gresnich, die seinerzeit auch an der Ausschmückung der Unterkirche von Monte Cassino mit Altbeuronen Kunst mitgewirkt hatten.

Der Keramiker August Herborth, früher an der Kunstgewerbeschule in Straßburg, hat einen Ruf zur Begründung einer keramischen Industrie in Brasilien von der brasilianischen Regierung erhalten und angenommen. Herborth ist durch seine Förderung der elsässischen keramischen Industrie, durch neue Farbenrezepte und technische Verbesserungen bekannt geworden.

Prag. Das Deutsche Landestheater bleibt ein Raub der tschechischen Behörde und des Straßenpöbels, der seinerzeit in den Unruhetagen sich in den Besitz des Theaters setzte. Die Klage auf Rückgabe ist vom Prager Landesgericht rechtskräftig zurückgewiesen worden, weil die Rückgabe unmöglich geworden sei, da inzwischen der Landesverwaltungsausschuß vom Theater Besitz ergriffen habe, die „Insurgenten“ ihren Raub also nicht mehr zurückgeben könnten. Der Vorderrichter hatte den Raub damit sanktioniert, daß ein moralisches Recht der tschechischen Nation auf das Theater bestehe. Etwas anderes war von der tschechischen Justiz nicht zu erwarten, als das, was geschehen ist.

London. Das Schauspiel des Stuttgarter Dramaturgen Wilhelm von Scholz „Der Wettlauf mit dem Schatten“ hatte bei seiner Aufführung in einer englischen Übertragung von Rawson Erfolg.

Die **Metropolitan-Oper** in Neuyork bringt zum ersten Male seit dem Kriege in ihrem Spielplan wieder deutsche Opern und zwar die Aufführung der Walküre in deutscher Sprache, und neben sonstigen Wagner- und Straußwerken auch die Aufführung der neuen Korngoldschen Oper „Die tote Stadt“. In der vergangenen Spielzeit stand Wagner mit 17 Aufführungen hinter

Verdi, der auf 26 Aufführungen kam und Puccini, der es auf 25 Vorstellungen brachte. Auch die Farrar ist wieder angestellt worden und zwar mit 1800 Dollar Honorar für den Abend, obgleich eine systematische Hetze wegen ihrer „Deutschfreundlichkeit“ gegen sie eingeleitet war.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Verhaftung deutscher Presse-Vertreter in Polen. Zum drittenmal ist in kurzen Zwischenräumen ein Vertreter der deutschen Presse in Warschau verhaftet, allerdings nach kurzer Untersuchung wieder freigelassen worden. In diesem Falle war es der Vertreter der Frankfurter Zeitung. Die sämtlichen Presse-Vertreter überreichten darauf am 8. Juni dem Minister-Präsidenten Witos einen schriftlichen Protest gegen die Behandlung, die ihnen seit Monaten von amtlicher und Presseseite zuteil werde. Der Protest zählt alle Fälle der Gefährdung der persönlichen Sicherheit und beruflichen Ehre der deutschen Pressevertreter in Warschau auf und bittet um Schutz der Regierung.

In **Bukarest** ist eine deutsche Telegraphen-Agentur gegründet worden, die unter dem Namen „Telegraphen-Agentur Lux“ ihre Tätigkeit aufgenommen hat und die die deutschen Zeitungen Groß-Rumäniens mit Nachrichten versorgt.

Das „**Banater Tageblatt**“, das tapfere Organ der deutsch-schwäbischen Volkspartei in Temesvar, teilt mit, daß es zunächst gezwungen sei, das Organ nur noch als Wochenblatt herauszugeben und die tägliche Erscheinungsweise aufzugeben. Bis Anfang September sollte eine große Reorganisation des Betriebs durchgeführt werden und dann soll die Wochenausgabe wieder zum Tageblatt umgestaltet werden. Da der größere Teil der Leser dem bauerlichen Stande angehört, der ohnehin in der Sommerzeit durch Erntearbeiten stark in Anspruch genommen sei, hofft das Blatt mit Recht, daß ihm die Leser die Treue halten werden.

Die „**Arader Zeitung**“, die bisher als Wochenblatt erschien, kündigt an, daß sie sich in ein Tageblatt umwandelt. Zu diesem Zwecke wurde eine deutsche Zentraldruckerei, Zeitungs- und Verlags-Buchhandlungs-A.-G. gegründet. Die „Arader Zeitung“ hat bisher schon „unparteiisch die Interessen der deutsch-schwäbischen Bevölkerung vertreten und für deutsche Kultur und deutsche Sache gekämpft“. Sie wird für die ärmere Bevölkerung jeden Sonntag auch noch ein Wochenblatt weiterhin herausbringen, um allen Bedürfnissen genügen zu können. Da 49 schwäbische Gemeinden in der unmittelbaren Umgebung liegen, rechnet man auch mit einem geschäftlichen Gewinn. Das Stammkapital der neuen Gesellschaft soll 150000 Lei sein, in welches die „Arader Zeitung“ mit 50000 Lei Wert eingegeben wird. Es werden 1500 Aktien zu 100 Lei ausgegeben, die in drei Raten einzuzahlen sind. Die Gründungsversammlung findet am 15. Juli statt.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

„Bund der Auslandsdeutschen.“

Von den Landesverbänden.

Der **Landesverband Sachsen-Thüringen** des Bundes der Auslandsdeutschen entsendet in diesem Jahre zum erstenmal 120 Kinder von Auslandsdeutschen zu einem vierwöchigen Ferienaufenthalt in die Gegend von Saalfeld. Die Kosten werden von der „Vereinigten Fürsorge für die Auslandsdeutschen“ getragen, zu der sich die großen Auslandsdeutschtumsverbände zusammengeschlossen haben.

Von den Ortsgruppen.

Die **Ortsgruppe Karlsruhe** feierte kürzlich ihr Stiftungsfest. Ihr Gründer, der Geschäftsführer der badischen Landeshilfsstelle, Georg Heitmann, begrüßte die zahlreich Erschienenen, ihm selbst wurde durch Herrn Weber besonderer Dank für seine selbstlose und erfolgreiche Organisationsarbeit ausgesprochen und ein Ehren-Bundesabzeichen in Gold überreicht. Ein Unterhaltungsteil mit Tänzen und Darbietungen schloß sich an.

Ein **baltischer Jugendtag** fand am 17. Mai in Misdroy statt, der durch die Gastfreundschaft der dort wohnenden Balten, namentlich der Baltenschule, begünstigt wurde. Beim gemütlichen Zusammensein im Misdroyer Hof hielten Direktor Hunnius, Direktor Arnold und Pastor Glass Ansprachen. In der Kirche leitete ein Orgelkonzert von Girgensohn den Tag ein, ein Ausflug schloß sich an. Es wurde beschlossen, die Einrichtung des Jugendtages als einer jährlichen Versammlung der baltischen Jugend beizubehalten.

Ein **baltischer Jugendverband** wurde in Berlin am 20. Mai begründet, der sich die Aufrechterhaltung der baltischen Ideale unter der Jugend zur Aufgabe macht. Etwa 40 Balten und Baltinnen meldeten sich zum Eintritt.

Ein **Hauptverband studierender Balten in Deutschland** ist in Berlin einstimmig von den Vertretern bei einer Tagung vom 20. bis 22. Mai begründet worden. Die Studentenschaften von Königsberg, Danzig, Berlin, Eberswalde, Dresden, Freiburg in Sachsen, Cöthen, Tharandt, Greifswald, Rostock, Kiel, Hamburg, Hannover, Göttingen, Marburg, Gießen, Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen, Würzburg, Erlangen, München haben sich angeschlossen. Eckert-Berlin wurde zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied gewählt.

Stuttgart. Der **Verein der Schwarzmeer-Kolonisten in Deutschland** hatte zum 21. u. 22. Mai eine Vertreterversammlung nach Stuttgart einberufen. Der Vorsitzende Rogler verlas den Tätigkeitsbericht. Der Verein besteht aus 8 Ortsgruppen mit 242 Mitgliedern, ferner aus 19 Einzelmitgliedern und 12 Industriellen als außerordentlichen Mitgliedern. Spenden der Industrie dienen dazu, der größten Not unter den Kolonisten zu steuern. Eine Delegation soll baldigst nach Amerika ausreisen. Der Vorsitz geht nunmehr von Stuttgart nach Tübingen, und zwar an Herrn A. Stuhlberg über; zweiter Vorsitzender bleibt Herr Rogler-Stuttgart. Als Organ des Vereins wurden die „Heimkehr“ und die „Deutsche Post aus dem Osten“ bestimmt.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

Deutsche Kriegsgefangene im Ausland.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Mumm teilt das Auswärtige Amt mit, daß sich in ganz Rußland zurzeit noch etwa 3600 bis 4000 Kriegsgefangene befinden. Diese Kriegsgefangenen verteilen sich auf die verschiedensten Gebiete des ehemaligen Rußlands. Etwa 200 leben noch in Sibirien, der größte Teil von diesen hat auf Heimschaffung verzichtet, einige dieser in Sibirien lebenden Gefangenen befanden sich zurzeit der allgemeinen Heimbeförderung so weit von der Eisenbahn entfernt, daß die Heimschaffung nicht möglich war. Die deutsche Fürsorgestelle in Moskau hat aber die nötigen Schritte unternommen, um ihre Heimschaffung noch im Laufe dieses Sommers zu ermöglichen. Weitere Kriegsgefangene befinden sich in Ziskaukasien, etwa 1800 bis 2000. Ihre Heimschaffung erfolgt unter dem Schutze des internationalen Roten Kreuzes auf Dampfern, die vom Völkerbunde zur Verfügung gestellt worden sind. Es besteht die Hoffnung, daß diese Gefangenen bis zum Herbst abtransportiert

sein werden. Eine 3. Gruppe von Kriegsgefangenen befindet sich in der Ukraine und auch für diese Kriegsgefangenen ist jetzt die Möglichkeit geschaffen worden, in absehbarer Zeit heimzukehren. Die Fürsorgestelle Moskau richtet 2 Unterstellen in Charkow und Odessa ein. Von Odessa aus sollen die Kriegsgefangenen zusammen mit aus Ziskaukasien kommenden heimbefördert werden. Weiterhin macht das Auswärtige Amt die Mitteilung, daß in Avignon in Frankreich auf Grund des Artikel 219 des Vertrages von Versailles noch 130 deutsche Kriegsgefangene zurückgehalten werden. Ungeachtet aller Anstrengungen der deutschen Regierung haben die französischen Machthaber sich bisher nur dazu bereit gefunden, 14 bayerische Staatsangehörige unter den Gefangenen zu entlassen. Trotzdem der deutschen Reichsregierung keinerlei Mittel zur Verfügung stehen, die französische Regierung zum Verlassen des von ihr bisher eingenommenen Standpunktes zu bewegen, gibt sie die Hoffnung nicht auf, daß die Frage im Sinne der unverzüglichen Heim-schaffung der Gefangenen schließlich doch noch gelöst werden wird.

Ein deutsch-polnischer Vertrag.

Im Oktober 1919 ist zwischen der deutschen und der polnischen Regierung ein Vertrag über „die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit“ (Deutsch-polnischer Amnestievertrag) geschlossen worden. Dieser Vertrag hat sich in der Folge als zu eng gefaßt erwiesen und die beteiligten Regierungen haben sich genötigt gesehen — ohne den alten Vertrag aufzuheben — im Februar ds. Js. einen Ergänzungsvertrag abzuschließen, der sowohl zeitlich als sachlich die Bestimmungen des alten Vertrages erweitert. Wie schon aus der Benennung hervorgeht, gliedert sich der Vertrag inhaltlich in 2 Hauptteile. Der erste Teil (Artikel 1—5) handelt von der Entlassung der noch nicht auf freien Fuß gesetzten Personen, die aus Anlaß der früheren polnischen Bewegung im ober-schlesischen Grenzgebiet (polnischer Augustaufstand in Oberschlesien) oder aus Anlaß des Vorstoßes der sowjetrussischen Truppen auf polnisches Gebiet interniert oder als Geiseln oder Schutzhäftlinge festgenommen worden sind. In gleicher Weise sind in Polen diejenigen deutschen Reichsangehörigen, die wider ihren Willen im polnischen Heere festgehalten werden, zu entlassen, nicht dagegen die zur Option für Deutschland berechtigten polnischen Staatsangehörigen, auch wenn sie gegen ihren Willen im polnischen Heere festgehalten werden. Ausgenommen von der Entlassung bleiben Personen, die sich in Untersuchungs- oder Strafhäft befinden und nicht unter die später zu erörternden Bestimmungen über die Gewährung von Straffreiheit fallen. Ganz allgemein bleiben von den Bestimmungen dieses Vertrages solche Personen ausgenommen, die mit der Waffe in der Hand an den Kämpfen der Bolschewiken gegen Polen teilgenommen haben und solche, die freiwillig als Verwaltungsorgane in der bolschewistischen Verwaltung des von der Roten Armee besetzten Gebietes tätig gewesen sind. Personen, die staatliche oder kommunale Ämter, die bereits vor dem Einrücken der Roten Armee in Polen bestanden, zwecks Aufrechterhaltung einer geordneten Verwaltung nach Abrücken der polnischen Truppen und Verwaltungsorgane fortgeführt haben, fallen nicht unter diese Ausnahme. Weiterhin werden im einzelnen die sofortige Aussetzung der Vollziehung disziplinarisch verhängter Strafen gegen die zu entlassenden Personen und die Fragen des Abtransportes und der Heim-schaffung geregelt. Den entlassenen Personen ist die Mitnahme der in ihrem Besitz befindlichen, sowie der ihnen abgenommenen Gegenstände gestattet.

Der zweite Teil (Artikel 6—9) behandelt die Amnestiefrage und gewährt volle Straffreiheit für alle vor dem 1. Dezember 1920

namentlich auch während der polnischen Bewegung in den Abstimmungsgebieten oder aus Anlaß des bolschewistischen Vorstoßes begangenen strafbaren Handlungen, die auf militärische, politische oder nationale Tätigkeit zugunsten Polens, Deutschlands oder irgendeiner anderen Macht (z. B. Spionage zugunsten Frankreichs) zurückzuführen sind, ebenso wie für die Tätigkeit zugunsten der Zuteilung von Gebieten, über deren Staatsangehörigkeit die Kommission zur Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze zu entscheiden hat.

Ausgenommen von der Amnestie bleiben strafbare Handlungen, die geeignet oder bestimmt sind, die Abstimmung in Oberschlesien durch Einwirkung auf die einzelnen Stimmberechtigten oder durch Einwirkung auf das Gesamtergebnis zu beeinflussen. In den folgenden Paragraphen werden gewissermaßen die Ausführungsbestimmungen zu diesen Vorschriften gegeben, die Fragen der Rückkehr an den bisherigen Wohnsitz behandelt, dabei verpflichten sich Deutschland und Polen, ein jeder Teil soweit seine eigene Staatsangehörigen in Betracht kommen, die Rückkehr an den bisherigen Wohnsitz denjenigen Personen zu gestatten, die

- a) wegen einer der im Artikel 6 aufgeführten Straftaten das Gebiet eines der beiden Staaten haben verlassen müssen;
- b) aus Anlaß der polnisch-sowjetrussischen Kriegswirren oder deutschfeindlicher beziehungsweise polenfeindlicher Bewegung aus dem Gebiete eines der beiden Staaten geflüchtet sind;
- c) auf Grund des Artikels 7 auf freien Fuß gesetzt werden.

Die letzten Artikel des Vertrages geben Anweisungen über die Bildung gemischter Kommissionen, die befugt sein sollen, Zweifel über die rechtliche Auslegung des Vertrages zu beheben. Diese Kommissionen sollen auch das Recht haben, im Gebiete beider vertragschließenden Teile Gefängnisse und Gefangenenlager zu besuchen und Einsicht in die für die Entlassung erheblichen Akten und Urkunden zu verlangen. Im Bedarfsfalle soll diesen Kommissionen ein neutraler Schiedsrichter beigegeben werden, um dessen Ernennung der schweizerische Bundespräsident ersucht werden soll.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß von den Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt werden

- a) das im Protokoll vom 13. Oktober 1920 in Allenstein getroffene deutsch-polnische Übereinkommen über die Regelung der Rückkehr der aus Anlaß der Kriegswirren aus dem Bezirke Soldau nach Deutschland geflüchteten Personen;
- b) das im rechtskräftigen Protokoll vom 23. November 1920 niedergelegte deutsch-polnische Abkommen über den Gefangenen austausch;
- c) das im Protokoll vom 13. Dezember 1920 in Marienwerder getroffene deutsch-polnische Übereinkommen über die Regelung der Rückkehr der aus Anlaß der Kriegswirren aus dem Kreise Straßburg nach Deutschland geflüchteten Personen.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Deutsche Kurse für Ausländer werden im laufenden Semester an der Universität Jena abgehalten und zwar vom 3.—16. August. Auch an der Universität Greifswald werden von Mitte Juli bis Mitte August Kurse des ordischen Instituts für junge Skandinavier vier veranstaltet.

Von der russischen Flüchtlingsfürsorge.

In Deutschland leben etwa 200000 russische Flüchtlinge, fast ausschließlich natürlich Angehörige der besitzenden Klasse und grimmige Feinde des Bolschewismus. Sie haben sich in Berlin, in den Zelten, eine Vertretung geschaffen, die zeitweilig auch politisch aufzutreten schien, sich dann aber mehr und mehr auf die rein charitative Fürsorge und auf die Wahrung der Interessen der in Deutschland lebenden Flüchtlinge verlegte.

Die Delegation bleibt auch als solche bestehen, obgleich das deutsch-russische Abkommen vom 6. Mai die Berliner Vertretung der Sowjet-Republik als einzige Vertretung anerkennt. Denn damit ist nur die politische Vertretung gemeint und als politische Vertretung war die Delegation in den Zelten, obgleich sie die Koltschak-, Denikin- und Wrangel-Interessen vertrat, nie anerkannt worden.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Die Entschädigung der Deutsch-Ausländer.

Nach Mitteilungen, die die „Deutsche Post aus dem Osten“ erhalten hat, habe sich die deutsche Regierung nunmehr auf den Standpunkt gestellt, daß (siehe die „Richtlinien“ vom November 1919, §§ 6 und 11) nur solche deutsche Auswanderer entschädigt werden sollten, die Reichsdeutsche geworden seien. Unserer Ansicht nach läßt sich diese Entscheidung mit dem Inhalt der betr. Paragraphen nicht ganz vereinbaren, denn dort ist davon gesprochen und ist gemeint, daß jene Deutsch-Ausländer, die sich um die deutsche Sache besonders verdient gemacht hätten, entschädigt werden sollten. Dazu braucht aber ein Deutsch-Ausländer noch nicht die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, die ihm sogar bei der Wiedererlangung seines früheren Besitzes unter Umständen hinderlich sein kann. Es ist deshalb zu hoffen, daß jene Entschädigung noch nicht als definitiv angesehen wird. Die erwähnte Quelle berichtet denn auch, daß zu hoffen sei, es würden Einrichtungen getroffen und neue Vorarbeiten dazu eingeleitet, auch Deutsch-Ausländer zu entschädigen, die „moralisch berechtigte Ansprüche“ hätten.

WIRTSCHAFTLICHES

Studienreise deutscher Industrie- und Handelskreise nach Budapest.

Die Deutsch-Ungarische Handelskammer in Budapest hatte durch den Deutschen Industrie- und Handelstag die deutschen Handelskammern eingeladen, Delegierte zu einer Studienreise nach Budapest zu entsenden, um auf Grund eigener Anschauungen Eindrücke zu gewinnen und sich davon zu überzeugen, daß die von einem gewissen Teil der deutschen Presse über Ungarn gebrachten Schauermärchen vollkommen haltlos und erfunden sind.

Zur Teilnahme hatten sich ungefähr 40 deutsche Handelskammer-Mitglieder gemeldet, welche sich am 23. Mai in Wien trafen und von dort am 24. Mai per Eilschiff unter Führung des Präsidenten der Deutsch-Ungarischen Handelskammer, Generaldirektor Paul Kühnemann, und des Kammeranwaltes Dr. Anton Ritter von Ullmann, die Reise nach Budapest antraten. Die Fremdenverkehrs-Sektion der Hauptstadt Budapest hatte in liebenswürdigster Weise für alle Teilnehmer im Hotel Astoria Zimmer reserviert und die ungarischen Behörden hatten in zuvorkommendster Weise dafür Sorge getragen, daß die Paß- und Zollrevisionen sich glatt und ohne Belästigung abwickelten. Beim Eintreffen wurden die deutschen Gäste seitens der ungarischen Behörden auf das herzlichste willkommen geheißen. Das Programm der Studienreise war folgendes:

Dienstag, den 24. Mai: Begrüßung der ankommenden Gäste, gemeinsames Abendessen im Hotel Astoria.

Mittwoch, den 25. Mai: Vormittags Besuch der Orientmesse, gemeinsames Mittagmahl im Tiergartenrestaurant Gundel, nachmittags Besuch der Margareteninsel, abends Empfang im Pester Lloydgebäude und gemeinsames Abendessen, danach Einladung durch die Pester Lloydgesellschaft zu Kaffee und Erfrischungen.

Donnerstag, den 26. Mai: Vormittags Besuch des Landwirtschaftlichen Museums, anschließend Besuch des Museums der schönen Künste, mittags Essen im Verein der Reichsdeutschen als Gäste des Vereins, anschließend Besuch der hauptstädtischen Kühlhäuser, abends Besuch der Kgl. ungarischen Oper und anschließend Empfang der deutschen Teilnehmer durch den Bürgermeister der Hauptstadt und Einladung zu einem Weinabend im hauptstädtischen St. Gellert-Hotel.

Freitag, den 27. Mai: Vormittags Besuch der Manfred Weißschen Industrierwerke auf der Csepelinsel, Mittagessen im Hotel Fiume, nachmittags Ausflug auf den Schwabenberg und gemeinsames Abendessen im Restaurant Fasan im Auwinkel.

Samstag, den 28. Mai: Vormittags Vollversammlung der „Deutsch-ungarischen Handelskammer“ im großen Saal der Budapester Handels- und Gewerbekammer, anschließend Abschiedessen in der Ungarischen Kaufmannshalle.

Die Teilnehmer waren entzückt über die warme und freundliche Aufnahme und die echt ungarische Gastfreundschaft, die ihnen geboten wurde. An den offiziellen Veranstaltungen nahmen unter anderen Teil Staatssekretär Dr. Tibor v. Scitovszky im Auftrage des Kgl. ung. Handelsministeriums, Gesandter Béla v. Wodianer im Auftrage des Ministeriums des Äußeren, Staatssekretär Béla v. Schober in Vertretung des Kgl. ung. Finanzministeriums, Geheimer Rat Baron Wilhelm Lers, der Präsident der Budapester Handels- und Gewerbekammer Artur v. Belatiny, die Ministerialräte Dr. Adolf Dittrich, Dr. Julius v. Kovács, Sektionsrat Dr. J. Ferenczi, die Vizepräsidenten der Ungarischen Kaufmannshalle Siegmund Rotter und Hermann Bartos, Oberökonomierat Zoltan v. Szilassy, der Direktor des Kaufmännischen Landesverbandes Dr. v. Balkanyi, der Vizedirektor des Kgl. ung. Handelsmuseums Armin v. Sasvari, ferner eine große Anzahl von Bankdirektoren und Repräsentanten des Handels und der Industrie. Bei dem Empfang durch den Bürgermeister der Hauptstadt war Handelsminister v. Hegyeshalmi anwesend, bei dem Festessen in der Ungarischen Kaufmannshalle erschien Finanzminister Roland v. Hegedüs, der herzliche Begrüßungsworte an die Gäste aus Deutschland richtete. Außerdem ließ Ministerpräsident Graf Bethlen die deutschen Herren zu sich bitten und unterhielt sich längere Zeit mit ihnen.

Die sämtlichen Teilnehmer waren voll des Lobes über die Schönheiten der ungarischen Hauptstadt, über die herrlichen Museen, die geschmackvolle Orientmesse mit den Erzeugnissen erstklassigen ungarischen Gewerbefleißes, die musterhafte Ordnung und Sicherheit auf allen Gebieten, die Zuversicht, mit der das ungarische Volk an den Wiederaufbau rüstig herangetreten ist und über die außerordentlich liebenswürdige und herzliche Aufnahme und Gastfreundschaft, die ihnen an allen Stellen bewiesen wurde. Bei allen offiziellen Reden seitens der ungarischen Herren wurde immer wieder betont, wie sehr man in Ungarn deutschen Fleiß, deutsche Tüchtigkeit und deutsche Wissenschaft schätzt und daß die Freundschaft zwischen beiden Ländern unauslöschlich sei.

Durch eigene Anschauung konnten sich die Teilnehmer überzeugen, daß in den besichtigten Betrieben fast nur deutsche Maschinen zu finden waren, daß deutsche Ingenieure und Kaufleute in angesehenen leitenden Stellen sich befinden und das Deutschtum in Ungarn hochgeschätzt und keinesfalls unterdrückt wird, was am besten der große reichsdeutsche Verein in Budapest beweist, der in seinen herrlichen Räumen über 400 Mitglieder aufweisen kann, die den Gästen aus der deutschen Heimat auf Grund eigener Anschauung und langjähriger Erfahrung überall versicherten, daß die offiziellen ungarischen Behörden und das

ungarische Volk die Deutschen achten und schätzen und alle anderweitigen Gerüchte Erfindungen seien. Die reichsdeutschen Gäste verließen die gastliche ungarische Hauptstadt mit reichen Eindrücken und dem Versprechen, in der deutschen Heimat wahrheitsgetreu über die wirklichen Verhältnisse in Ungarn berichten zu wollen.

H. H.

Der erste deutsche Postdampfer nach Südamerika. Der Dampfer der Stinnes-Aktiengesellschaft für Seeschifffahrt und Überseehandel, Ludendorff, hat am 25. Mai Hamburg verlassen. Er wurde am 8. August 1920 auf Kiel gelegt und trat nun seine erste Reise nach Südamerika mit voller Ladung und 30 Fahrgästen an, die er beherbergen kann.

Erfolge des deutschen Handels in Südamerika.

Laut Revista del Comercio vom 1. April 1921, dem Organ der Handelsbörse in Asuncion, bewertet sich der paraguayische Import deutscher Waren im Jahr 1920 auf 3 554 100 Goldpesos (je 4 Goldmark) gegen 3 129 556 Pesos für Güter aus den Vereinigten Staaten und 2 605 816 Pesos für solche aus Großbritannien.

Deutschland hat hiermit wiederum die erste Stelle im paraguayischen Einfuhrhandel erreicht, welche es, abgesehen von Argentinien, bis zum Ausbruch des Weltkrieges behauptete. Dieser glänzende Erfolg deutschen Unternehmungsgeistes könnte ein noch größerer sein, wenn sich der paraguayische Importeur dazu verstehen würde, von der alten Gewohnheit des billigen, aber verteuerten Einkaufes in Buenos Aires oder Montevideo abzugehen und seinen Bedarf an deutschen Waren direkt aus dem Ursprungslande zu beziehen.

F. V.

VERSCHIEDENES

Die Katholiken und das Auslanddeutschtum.

Das St. Raphaelsblatt berichtet in seiner Nummer 9 aus Köln folgendes über neuerdings stattgefundene Beratungen in der erzbischöflichen Residenzstadt:

„Das Novemberheft hatte von einer Beratung berichtet, die am 12. Oktober 1920 auf Wunsch und unter dem Vorsitz des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs von Köln im erzbischöflichen Hause statthabte. Zu dieser waren die Leiter der einzelnen katholischen Vereine zusammengekommen, die sich mit der Fürsorge für die katholischen Deutschen im Ausland befassen. In dieser Aussprache waren die Ziele dieser Vereine klargestellt und bestimmte Grundlinien gezogen worden.

Am 28. April hatte Seine Eminenz der Herr Erzbischof Dr. Schulte diese Vereine zu einer erneuten Aussprache zu sich gebeten. Die Vertreter gaben kurze Jahresberichte über die Vereinstätigkeit des letzten Jahres und einigten sich alle in der Auffassung, daß bei der Bedeutung des Auslanddeutschtums mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden müsse. Eine besondere Stärkung des „Reichsverbandes für die katholischen Auslandsdeutschen“ in wissenschaftlicher Beziehung sei als nächste Aufgabe anzusehen.“

Ein deutsches Frühlingsfest bei Helsingfors.

Dicht bei Helsingfors — in fünf Minuten Dampferfahrt zu erreichen — liegt unter vielen Schwestern eine entzückend bewaldete kleine Felseninsel Högholmen. Hier spielte sich am 18. Mai an einem unnatürlich warmen Abend dieses außerordentlichen Frühjahres ein deutsches Volksfest auf einer waldumsäumten Wiese ab. Der Verein der Finnlandkämpfer war der Veranstalter, ein paar hundert Menschen saßen an blumengeschmückten Tafeln und tranken Kaffee. Der deutsche Männergesangsverein sang deutsche Lieder, dann erschien

unter den Bäumen ein bunter Zug singender Jugend, Burschen, Dirnen und Kinder in Nationaltracht. Ein Strohwisch wurde als Verkörperung des Winters, des Krieges und der Zwietracht im Brunnen versenkt, es wurde getanzt, gejuchzt, Zither- und Harmonika-Spieler wechselten mit Gesang und allerlei Kurzweil erheiterte die Gäste. Dazu sangen rings die Finken in den Bäumen und die finnische Natur, die im ersten Frühlingsgrün am innigsten und lieblichsten ist, erstrahlte im Licht der spät untergehenden Sonne.

Viele der Anwesenden waren zum Fest gerades Wegs vom Dampfer gekommen, der den deutsch-baltischen Gesangsverein die „Revaler Liedertafel“ nach kurzem Besuch und stattgehabtem Konzert nach Reval bringen sollte. Hierbei übertrafen finnische und baltische Sänger einander in deutschen Liedern, und es wurden freundliche Reden gewechselt, bei denen der Leiter der Revalenser, Herr Törnpu, ein Este von Geburt, auch als Redner seinen Mann stellte. — — Frühlingsahnen deutscher Lebenskraft.

Auslandschweizer-Tag.

Anläßlich der Schweizer Mustermesse fand Ende April in Basel eine Tagung der Auslandschweizer statt, an der etwa 150 Gäste, darunter 9 schweizerische Konsularvertreter im Ausland teilnahmen. Messedirektor E. Meile eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Begrüßungsansprache, in der er als Zweck der Veranstaltung die engere Fühlungnahme der Ausland- und Inlandschweizer untereinander in geistiger und wirtschaftlicher Beziehung bezeichnete. Im Anschluß daran berichtete Herr Fr. Benzinger, der Chef des Konsulardienstes in Bern, über „Konsularreform und Auswanderung.“ Er legte die Grundzüge des von den Bundesbehörden ausgearbeiteten neuen Konsularreglements, das gegenüber der bisherigen Praxis erfreuliche Fortschritte aufweise, dar. U. a. soll künftig ein „Konsularbulletin“ erscheinen, das hauptsächlich der Information der Auslandschweizer zu dienen berufen sei. Die Zahl der Honorarkonsulate werde gegenüber den Berufskonsulaten vermehrt werden.

Als zweiter Referent sprach der Leiter des Auslandschweizer-Sekretariats der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Genf, Herr Robert de Traz, über „Les devoirs de la Suisse envers ses colonies“. Er bezeichnete die Schweizerkolonien als Förderer des Exports und als Vertreter schweizerischer Ideen im Ausland und betonte die Notwendigkeit, die Auslandschweizer mehr als bisher an die Heimat zu fesseln. Leider habe die Schweiz in dieser Hinsicht ihre Pflicht in den vergangenen Jahren nur unvollständig erfüllt, vor allem habe die Bundesversammlung selbst wenig Interesse für das gezeigt, was außerhalb der Landesgrenzen vorging. Gegenüber den Schweizerschulen im Ausland sei sie direkt gleichgültig gewesen. Das müsse künftig anders werden. Den Schweizern im Ausland sei bei Besetzung und Neueinrichtung von Gesandtschaften und Konsulaten stärkere Beteiligung einzuräumen. Außerdem müsse die Fühlung mit der Presse enger werden. Die größeren Zeitungen der Schweiz hätten die Pflicht, ihre Leser über Leistungen der Schweizer im Ausland auf dem laufenden zu halten und auf diese Weise das Zusammengehörigkeitsgefühl der Ausland- und Inlandschweizer zu stärken.

An die beiden interessanten Referate schloß sich eine lebhafte Besprechung, in der eine ganze Reihe von Auslandschweizern ihre Wünsche und Beschwerden vorbrachte. Wie der Berner Bund berichtet, warf Redakteur Hänggi aus Kolmar verschiedene Fragen auf betreffend Gegenseitigkeitsverträge, Regelung der Kriegsschäden von Schweizern, Eintreibung der Militärsteuern usw. Herr Albert Küng, Direktor der Maschinenbau A.-G. in

Zürich, erinnerte an die Hunderte von Schweizern im Auslande, die während des Krieges ungerechtfertigterweise ausgewiesen oder ins Gefängnis geworfen worden sind und die immer noch ihrer Rehabilitation harren. Herr Bruhbacher aus Köln gab Aufschluß über verschiedene Nachteile, denen gegenwärtig die Schweizer in Deutschland ausgesetzt seien, so über die Arbeiter-Legitimationskarten, die eine eigentliche Sonderbesteuerung darstellen. Die Schweiz sollte Gegenmaßregeln ergreifen. Herr Dr. Jurnitschek aus Chur, Rechtskonsulent der geschädigten Auslandschweizer, legte dar, daß für die Ausrichtung von Entschädigungen durch den Bund an die geschädigten Auslandsschweizer noch die gesetzliche Grundlage fehle. Eine solche sollte geschaffen werden.

Zum Schluß der Tagung dankte Herr Mury-Dietschy, der Vizepräsident des Verwaltungsrats der Mustermesse, für alle gegebenen Anregungen. Messedirektor Meile schlug schließlich noch vor, an die maßgebenden Stellen Berichte über die gepflogenen Verhandlungen einzureichen.

Jubiläum eines Deutschen in Chile.

Das fünfzigjährige Jubiläum seiner Landung in Chile feierte am 22. März der Deutsche Bernhard Timmermann im Deutschen Verein zu Santiago de Chile. Timmermann ist eines der eifrigsten Mitglieder der deutschen Kolonie in der chilenischen Hauptstadt. Anläßlich des Festes wurde eine Sammlung für die deutsche Schule in Santiago veranstaltet, die etwa 8000 Pesos, davon 5000 vom Jubilar selbst gezeichnet, ergab.

AUSWANDERUNGSWESEN

Arbeiter in Brasilien.

Einem uns aus Rio Negro in Brasilien zugegangenen Privatbrief entnehmen wir einige beherzigenswerte Winke für nach Brasilien auswandernde Arbeiter: „Ich möchte nochmals darauf aufmerksam machen, daß die Verhältnisse in Brasilien für Arbeiter ganz anders sind, als wie in Deutschland. Unsere deutschen Arbeiter von drüben können sich schwer in die brasilianischen Verhältnisse fügen. Sie sind die achtstündige Arbeitszeit gewöhnt. Hier fängt man jedoch um 6 Uhr morgens an und hört um 6 Uhr abends auf. Davon gehen Mittagspausen je nachdem 1½ Stunden oder 1 Stunde ab, Kaffee ¼ bis ½ Stunde. Wenn der Meister notwendige Arbeit hat, ist man verpflichtet, auch noch länger zu arbeiten, wird dafür aber bezahlt. Unsere Lohnverhältnisse sind den Leistungen eines jeden Arbeiters angepaßt. Also nicht wie drüben, daß der Tischler einen bestimmten Stundenpreis erhält, ob derselbe nun gut oder schlecht arbeitet. In Brasilien zahlt ein jeder Meister nach der geleisteten Arbeit. Ein Fauler wird bei uns nicht durchgeschleppt.

Wir nehmen gerne deutsche Arbeiter auf, wenn sie fix und flott nach dem amerikanischen Grundsatz 'Zeit ist Geld' arbeiten. Allerdings möchten wir wünschen, uns keine Bolschewiken oder Anarchisten herüber zu schicken. Wir mögen Arbeiter, die sich der Politik widmen, überhaupt nicht, und es entspricht uns nicht, wenn Leute drüben erklären, sie seien Sozialdemokraten.

Unsere alten Deutsch-Brasilianer wollen von dem allem nichts wissen und ich erwähne dies nebenbei, damit Sie es den Leuten mitteilen können, um sie vor Unannehmlichkeiten zu bewahren und zu verhindern, daß sie wegen politischer Betätigung entlassen werden.

Wichtig ist es, alle auswandernden Arbeiter auf die eigenartige Kost in Brasilien aufmerksam zu machen. Die Hauptnahrung, das sind schwarze Bohnen mit Reis, getrocknetes Fleisch, Rindfleisch, Schweinefleisch, Nudeln. Wenn die Gemüsezeit ist, gibt es auch Gemüse, wie Kohl, Rüben, Salat, Gurken, Steckrüben usw.

Die Arbeiter essen mit dem Herrn an einem Tisch und müssen sich mit dem begnügen, was der Herr selbst ißt. Satt zu essen hat ein jeder. Aber Delikatessen kann man in der gegenwärtigen Zeit nicht verlangen. Verwöhnte Leute sollen drüben bleiben.“

Eine Bauernansiedlung in Brasilien.

Der frühere Leiter der Zweigstelle München des Reichswanderungsamtes, Major Thewaldt, und der in Auswanderungsfragen hervorgetretene Monsignor Gasteiger aus München bereisen gegenwärtig im Auftrage einer bayerischen Gesellschaft

Brasilien, um dort die Möglichkeit der Ansiedlung bayerischer katholischer Auswanderer zu studieren. Sie sind vom Präsidenten der Republik, wie die Südd. Auswandererztg. berichtet, empfangen worden und haben ihm eine Denkschrift vorgelegt, in der die Ansiedlung von 2000 bayrischen Bauernfamilien angeboten wird, wenn der Staat Rio angemessene Vergünstigungen gewähren wolle. Der Präsident versprach, die Denkschrift eingehend würdigen zu wollen.

Deutsche Einwanderung in Paraguay.

Das Statistische Amt in Asuncion gibt die Zahl der daselbst im vierten Quartal 1920 eingewanderten Deutschen mit 75 an. Erheblich mehr sind im ersten Quartal dieses Jahres angekommen. Zu ihnen zählen auch 71 Deutsche aus Ostafrika, welche Anfang Februar mit 40000 kg Gepäck, landwirtschaftlichen Geräten, Handwerkszeug und sonstigen Arbeitsutensilien eintrafen und sich mit der tatkräftigsten Unterstützung der paraguayischen Regierung als sehr willkommene Siedler in der neuen Kolonie Independencia niedergelassen haben.

F. V.

Zur Lage auf den neueren Kolonien in Paraguay und am Alto Parana.

In der „Deutschen Zeitung für Paraguay“ vom 1. April 1921, berichtet Pastor Schüler, Asuncion, über seine Reiseeindrücke aus dem Siedlungsgebiete Paraguays:

In Mubevo sind bereits viele Einwanderer und viele Werte vorhanden. Jetzt schon sind mindestens 60 Besitzer von Landlosen dort und es wird fleißig und mutig gearbeitet, große Waldschläge, wohlbestellte Äcker zeugen davon. Die Häuser sind meist noch kümmerlich, aber das sei in dem dortigen Klima Nebensache, wenn nur das Feld gut bearbeitet werde. Ermutigend ist es, daß dies Jahr ein fruchtbringendes ist und die Ernte reiche Erträge an allerlei Feldfrüchten verspricht. So wird auch den Neuankömmlingen der Anfang erleichtert.

Am Alto Parana gärt und kriselt es. Die Geburtswehen einer neuen Zeit, einer kräftig einsetzenden Bewegung der Besiedelung machen sich bemerkbar. Encarnacion ist eigenartig schön und großartig angelegt, aber Posadas in Misiones drängt es überall in den Hintergrund, nimmt Handel und Entwicklung weg, weil auf paraguayischer Seite nichts für eine zielbewußte Entwicklung geschieht oder nur Verkehrtes.

Die Costa Paraguaya ist zum größten Teil „verbotenes Gebiet“. Da hat keine Regierung, kein Departement, keine Kolonie ihr Recht, da herrscht nur der König Barthe. Und was gilt dem die Entwicklung von Paraguay? Was schert es den, ob tausend tüchtige Arme für Paraguay gewonnen werden oder

nicht? Darum geht die große, die Zukunft bedingende Kolonisation auf das schlechtere argentinische und brasilianische Ufer und Paraguay bleibt das Aschenbrödel.

Auch Hohenau bedeutet leider nur wenig. Eine hübsche Kolonie, fleißige, tüchtige Ansiedler, aber es fehlt der Platz; zirka 150 Familien einschließlich Obligado, und Hohenau hat keinen Platz mehr. Obligado, Bellavista nur wenig, von Mayntzhäusern nicht zu reden. Ja, wenn jede der 4 Kolonien den 10- oder 20fachen Raum zur Verfügung hätte, dann würden wir in Paraguay blühende, große Ansiedlungen von Tausenden erwerben, staatsdienlicher Familien haben.

Menschen wären da, fehlt aber an Land. Und das gibt jetzt Argentinien und Brasilien. Darum haben sie auch die Menschen, fleißige, zielbewußte, arbeitende und strebsame Menschen, Deutschbrasilianer, Urwaldgewohnte, vor Entbehrungen, Einsamkeit und Ungeziefer nicht zurückschreckende. Das weiß vor allem die große Siedlungsgesellschaft in Puerto Rico, San Alberto und Montecarlo unter Leitung von Culmey und Cia, dahinter steht die Introdutora mit gewaltigen Kapitalien.

Die Kolonie Puerto Rico, zirka 200 km oberhalb von Posadas auf argentinischer Seite, steht noch ganz im Anfangsstadium des Wegebau und der Vermessung.

Weiter entwickelt ist schon San Alberto, etwas weiter oberhalb, wo schon mehr als 50 Familien ihre neue Heimat gefunden haben. Wie San Alberto nur für katholische Ansiedler bestimmt ist, so Montecarlo, zirka 40 km weiter oberhalb, nur für Protestanten. Es ist das von Rio Grande übernommene System, zur Vermeidung von konfessionellen Streitigkeiten Katholiken und Protestanten getrennt anzusiedeln. Ob es auf die Dauer durchzuführen ist, bleibt eine offene Frage. Direktor der Kolonie Montecarlo, z. Zt. etwa 30 Familien, ist Herr Pastor Bühler. Er sowohl wie der Leiter des Ganzen, Herr Culmey, sind Menschenkenner und im Kolonisationswesen alterfahrene Praktiker.

Schräg gegenüber von Montecarlo liegt San Lorenzo, die berühmte Barthe-Kolonie, durch eigene Zwickigkeit und Barthesche Verständnislosigkeit ruiniert. Von zirka 30 Familien blieben nur vier und das in dem Augenblick, wo sie alle Produkte bis zum letzten Mandiokastengel mit Gewinn an die neuen Kolonien der gegenüberliegenden Seite verkaufen könnten.

Weiter flußaufwärts beabsichtigt noch Herr Schwelm auf argentinischer Seite seine Kolonie Eldorado in Gang zu bringen.

Zwischen Iguassu und Alto Parana (brasilianisches Gebiet), an die Stadt J. sich anlehnend, soll in gewaltigem Umfange die Kolonie von Matte, Einhöft & Cia, die von der Regierung des Staates Parana dazu die Konzession hat, aufleben. Es besteht schon ein Stamm von zirka 25 bis 30 alteingesessenen deutschen Familien aus der Zeit, da J. noch Militärkolonie war.

Noch zirka 10 Dampferstunden weiter nördlich geht die Maiensonne auf, „Sol de Mayo“ leuchtet, weithin sichtbar, dem landsuchenden Kolonisten entgegen, Heimat und gutes Fortkommen ihm versprechend. Im großen Maßstabe wird auch hier an Wegen und Vermessungen gearbeitet. Ansiedler sind noch wenig da.

Wie sehr der Alto Parana lockt, das beweist der Versuch, den die Firma Hacker & Cia. noch weiter über dem Salto Guaira hinaus am Paranapanuca mit der Anlage einer großartigen Kolonie machte, allerdings vollkommen ergebnislos, denn dort herrschen noch Fieber, Sumpf und Ungeziefer unbesiegt.

Siedlung im Chaco-Territorium, Argentinien.

Nach neueren Berichten der Chaco-Ortsgruppe des Deutschen Volksbundes für Argentinien an das Deutsche Ausland-Institut vom März 1921 schreitet die Siedlungsarbeit

im Chaco rüstig vorwärts. Die argentinische Regierung gibt bereits Land im Chaco an Kolonisten ab, 50—100 ha zu je 6—10 Pesos, je nach der Entfernung von der Eisenbahn, in 10 Jahresraten, die erste Rate 2 Jahre nach der Vermessung, zahlbar. 5 Meilen auf jeder Seite der Eisenbahn ist für Ackerbau bestimmt, das übrige zu Quadratmeilen vermessen für Viehzucht.

Das Land ist zum Teil offener Camp, zum Teil Urwald. Sümpfe gibt es dort nicht, infolgedessen auch keine Moskitenplage. Niederschläge fallen genügend im Sommer. Der Winter ist gewöhnlich sehr trocken. Die Ländereien zählen zu den höchst gelegenen des südlichen Chaco. Sie bestehen wie im übrigen Chaco aus lehmsandigem humosem Boden von mittlerer Tiefe. Die Bodengestaltung ist durchaus eben. Ausgedehnte mit harten und sauren Gräsern bestandene Weideflächen wechseln mit größeren Waldgruppen ab, wodurch das landschaftlich anziehende Bild der Parklandschaft entsteht. Temperaturen und Niederschlagsmengen ermöglichen eine erfolgreiche Bewirtschaftung. Immerhin ist mit gelegentlichen trockenen Jahren zu rechnen, die für Ackerbau und Viehzucht verhängnisvoll werden können.

Wie der Einwanderer im Chaco zu Land kommt, berichtet ein Vertrauensmann des D. A. I. unter dem 21. März aus Rogue Saenz Penha im Chaco:

Das Land hier ist Regierungsland. Der Einwanderer bedarf nur einer beglaubigten Bescheinigung der Oficina de Tierras Colonias in Buenos Aires um ein Los zu 50 oder 100 ha oder 1—3 Leguas (1 Legua = 2500 ha) zu erhalten. Diese Bescheinigung wird nur ausgestellt, wenn man das Land bezeichnet und auch gesehen hat. Wenn auf dem gewünschten Land nicht schon jemand sitzt, so wird es immer sofort erlaubt, sich da niederzulassen, denn die Regierung will, daß das Land bebaut werden soll.

Der beste Flecken, wo jetzt noch Land zu erlangen ist, sind die Stationen „Charata“, „Campo Largo“, „Piñedo“. Dort herrscht wenig Ungeziefer wie Moskitos, Erdflöhe usw. Es sind da auch schon Deutsche und die zahlreichen Europäer fühlen sich sehr wohl, da das Klima günstig ist. Die gestempelte Bescheinigung kostet 10 Pesos Stempelkosten. Außer diesen 10 Pesos erwachsen zunächst keine Unkosten. Wenn die Regierung mal das Geld für das Land anfordert, so soll ein Hektar 10 Pesos kosten, so steht in dem provisorischen Titel. Bedingung ist aber, daß das Land bestellt wird und ein Haus von gebrannten Steinen darauf gebaut wird; es muß einen Brunnen haben und der Bittsteller muß selbst darauf wohnen. Nur dann erhält man den Titel. Wann die Regierung das Geld anfordert, das weiß man nicht. Es sind schon 10 Jahre Bauern, Geschäftsleute und Viehzüchter dort; viele haben nur einen Hektar Platz, andere haben 50 und 100 Hektar, andere wieder 1—3 Leguas Land; niemand hat etwas bezahlt außer seinen 10 Pesos. Zu dieser Frage schreibt das Reichswanderungsamt im „Nachrichtenblatt“ Nr. 7:

Neben allen Vorzügen von Charata muß aber auf gewisse nicht unerhebliche Schwierigkeiten hingewiesen werden, die die rechtliche Frage der Ansiedelung auf Regierungsland bereitet. Bei der Anlage der Kolonie erfolgte nur eine Vermessung in Leguas, jedoch noch nicht die übliche Vermessung in kleine Lose. Da kein Vertreter des Landamts noch sonst eine Behörde vorhanden war, erfolgte seitens der nach Charata gekommenen Ansiedler die sogenannte wilde Ansiedlung, bei der sich jeder nach eigenem Gutdünken ein Grundstück aussucht in der Hoffnung, daß er später nicht von dem Lande vertrieben werde und es zu eigen erhalte. Deutsche Ansiedler, die so verfahren, laufen Gefahr,

daß, wenn die Vermessung erfolgt, die Grenzen der einzelnen Grundstücke anders ausfallen, als die der eigenmächtig gesteckten und zwar derart, daß die amtliche Grenze ein Grundstück verstümmelt und zum Beispiel den Brunnen vom Hause abschneidet. Bekannt ist ferner, daß die Erlangung von Besitztiteln auch auf amtlich vermessenem Lande oftmals Schwierigkeiten bereitet. Auswanderer, die sich in Charata ansiedeln wollen, tun deswegen gut, sich an die amtliche deutsche Vertretung in Buenos Aires oder an den deutschen Volksbund und den Verein zum Schutze germanischer Einwanderer dort zu wenden, nicht aber an andere, vielfach zweifelhafte Persönlichkeiten.

Die wichtigsten Kulturen. Angebaut werden hauptsächlich Baumwolle und Mais. Für Weizen ist das Klima zu heiß; dagegen gedeiht Lein vorzüglich. Auch Rizinus, Erdnüsse, Hirse und andere Produkte gedeihen. Für die Obstkultur bieten sich, wie Versuche zeigen, gute Aussichten. Die Gemüsekultur stößt auf Hindernisse, ist jedoch nicht unmöglich. An Schädlingen sind Heuschrecken, Ameisen und Orungas besonders zu nennen. Sie bedrohen die Kulturen in ungefähr dem gleichen Maße wie in den übrigen Teilen Argentiniens. Zur Baumwoll-

ernte finden sich bereits neue Einwanderer ein, die sich im allgemeinen ausdauernd und arbeitswillig zeigen. Die Absatzmöglichkeit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist besonders infolge der guten Bahnverbindungen günstig zu nennen. Die Aussichten für den Baumwollbau sind augenblicklich als ausgezeichnet zu bezeichnen.

Das Deutschum in Charata ist gut vertreten. Es ist in der jungen Ansiedlung mit 20 Familien schon stärker als in irgend einem anderen Orte des Chaco. Außer den deutschen Ansiedlern gibt es einige Deutschschweizer, Finnländer und Deutschamerikaner. Eine Ortsgruppe des deutschen Volksbundes ist im August 1920 dort gegründet worden.

Der oben genannte Vertrauensmann schreibt zu den Wasserverhältnissen:

Das Wasser ist meistens gut zu nennen; doch gibt es auch Stellen mit Salzwasser in 4–10 m Tiefe, meistens 5–6 m. Das Land ist schwarzer Boden, stellenweise auch sandig. Es ist gutes fruchtbares Land. Es wachsen Kartoffeln, Süßkartoffeln (Batäten), Mandjioca, Klee, Mais, Baumwolle, Lein, Tartaco, Rizinus, Mani, Kohl, Zwiebeln und alles Gemüse. Weizen soll auch gut gedeihen, doch ist noch keiner angebaut.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschum und Auslandkunde.

Die in großer Anzahl einlaufenden Drucksachen deutscher Vereine im Auslande werden im allgemeinen hier nicht aufgeführt. Sie werden im Vereinsarchiv des D. A. I. gesammelt und verzeichnet.

Übersicht:

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D. A. I. Dr. MANNHART
und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Nach allgemeinen Gesichtspunkten:

Auslanddeutschum i. allg.: 9. 15. 50. 57. 83. 126. 128. 129. 133. 135. 139. 141. 151. 154.

Grenzlanddeutschum: 1. 4. 6. 7. 15. 17. 18. 22. 32. 35. 36. 40. 45. 49–51. 53. 54. 58. 59. 61. 63. 69. 72. 73. 83. 84. 86. 93. 94. 96. 101. 105. 107. 108. 113. 115. 116. 118. 121. 122. 130. 132–134. 137. 145. 148. 151. 152. 155.

Auslandkunde i. allg.: 14. 16. 24. 48. 52. 56. 62. 67. 74. 77. 89. 99. 102. 142. 144. 153.

Auswanderung und Kolonisation: 2. 20. 23. 30. 60. 66. 71. 80–82. 90. 119. 131. 138. 143.

Kirche und Mission: 15. 25. 26. 32. 51. 81. 92. 114. 117. 122. 124. 140. 149. 150. 152.

Rechtsfragen: 6. 7. 9. 34. 36. 40. 44. 54. 58. 63. 70. 77. 78. 105. 113. 126. 135. 139.

Wirtschaftsfragen: 8. 10. 11. 16. 33. 34. 36. 37. 43. 46. 49. 59. 64. 68. 69. 71. 79. 85. 88. 91. 105. 106. 109. 112. 121. 123. 126. 128. 142.

Schöne Literatur und Künste: 5. 13. 22. 27. 28. 38. 47. 55. 75. 97. 98. 111. 123. 136.

Deutschum in der Darstellung des Auslandes: 1. 13. 19. 21. 27. 42. 65. 132. 153.

Regionale Übersicht (soweit nicht Grenzlanddeutschum):

Mitteleuropa: 7. 18. 72. 100. 120. 136. 141. 146.

Westeuropa: 10. 12. 13. 17. 19. 27. 62. 65. 70. 123. 125. 153.

Nord- und Osteuropa: 1. 5. 6. 8. 10. 20. 25. 26. 33. 37. 40. 45. 55. 59. 62. 73. 76. 78. 80. 86. 87. 92. 103. 105. 108. 112. 115. 116. 118. 127. 130. 147. 148.

Süd- und Südosteuropa: 24. 28. 29. 47. 49. 77. 88. 89. 98. 107. 120. 125. 134. 136. 146.

Vorderasien: 42.

Zentralasien: 41.

Ost- und Australasien: 3. 31. 104. 150.

Afrika: 12. 43. 70. 79. 85. 91. 124.

Nordamerika: 30. 34. 39. 67. 74. 95. 99. 106. 109. 117. 144. 149.

Lateinamerika: 11. 23. 38. 46. 60. 66. 68. 71. 90. 97. 110. 111. 114. 119. 131. 138. 140.

I. Einzelschriften.

1. *Askenazy, Simon, Dantzig and Poland* [Dantzig et la Pologne, engl.]. Tr. by William J. Rose. London: Allen & Unwin [1921]. 132 S. 8°. Übersetzung des 1919 in Paris bei Alcan erschienenen Werkes polnischer Herkunft.

2. *Bernhard, Hans, Die Stellung der Innenkolonisation u. Auswanderungsfrage.* Hrsg. von der Geschäftsstelle d. schweizerischen Vereinigung f. Innenkolonisation u. industrielle Landwirtschaft i. Zürich. Zürich: Rascher & Co. 1920. 31 S. 8° fr. 1.30. (Schriften der Schweiz. Vereinigung f. Innenkolonisation u. industrielle Landwirtschaft. Nr. 10.)

3. *Bland, J. O. P., China, Japan u. Korea.* London: Heinemann [um 1921]. 8° s. 21.—.

4. *Blau, Josef, Landes- u. Volkskunde der tschechoslowak. Republik.* (Mit 2 Kt. im Text.) Reichenberg: Sollar. (1921.) 102 S. 8° M 12.50.

5. *Blaumann, R[udolf], Die Indrans. Drama aus dem lettischen Volksleben.* Übers. aus dem Lettischen vom Autor. Riga: Gulbis (1921). 137 S. 8° M 12.50. (Lettische Literatur. Bd. 3.)

6. *Bode, K., Verfassung und Verwaltung der Stadt Danzig unter polnischer Herrschaft 1454–1793.* Greifswald, Jur. Diss. 1920. 18 S.

7. *Die Bodengesetze des tschecho-slowak. Staates.* 2. gänzl. umgearb. Aufl. Reichenberg: Stiepel. M 21.—. (Stiepels Gesetzsammlung d. tschecho-slowak. Staates. Nr. 7.)

8. *Bornwetsch, Arnold, Der Handel mit landwirtschaftlichen Maschinen u. Geräten in Rußland vor dem Kriege* unter bes. Berücksichtigung der Beteiligung Deutschlands. Mit einem Ausbl. auf die künftige Entwicklung d. Handels mit Rußland. Berlin: Ebering 1921. VIII, 142 S. 8° M 20.—. (Betriebs- u. finanzwirtschaftl. Forschungen. H. 9.)

9. *Bordihn*, Franz, Das positive Recht der nationalen Minderheit. Eine Samml. der wichtigsten Gesetze u. Entwürfe. Berlin: H. B. Engelmann 1921. IV, 104 S. 8° M 14.—. (Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Eine Schriftenfolge des Ausschusses f. Minderheitenrecht. H. 2.)
10. *Brailsford*, Henry Noel, The Russian worker's republic. A study of Russia under the Soviet system. New York: Harper [um 1921]. 8° Doll. 2.50.
11. *Brola*, Arturo, La conferencia de Londres. Reconstrucción o Caos? 2a ed. Buenos Aires: „Germania“ 1921. 30 S. 8°.
Eine scharfe, hauptsächlich auf J. M. Keynes gegründete Kritik der Londoner Beschlüsse der Alliierten und ihrer Rückwirkung auf die politische und wirtschaftliche Stellung der neutralen Staaten.
12. *Busson*, Henri, Joseph Fèvre et H. Hauser, La France d'aujourd'hui et ses colonies. Paris: Alcan [um 1921]. 8° fr. 14.—.
13. *Carré*, Jean-Marie, Bibliographie de Goethe en Angleterre. Thèse. Lyon: Impr. des Deux-Collines 1920. 188 S. 8°.
14. *Deutschland*, Europa und der Weltkrieg betrachtet durch die Brille eines alten Afrikaners. Leipzig u. Berlin: Weicher 1921. 90 S. 8° M 6.—.
Eine politische, mit ostafrikanischen Erfahrungen durchsetzte Plauderei über H. St. Chamberlains Rassen-theorie, die Engländer als Kolonialvölk, Franzosen, Italiener und Deutsche im Weltkriege, Marxismus, Negerwirtschaft und den Wert der deutschen Kolonien für das Mutterland.
15. *Diellus*, Otto, Staatsgrenzen und Kirchengrenzen. Eine Studie zur gegenwärtigen Lage des Protestantismus. Berlin: H. R. Engelmann 1921. 73 S. 8° M 8.—. (Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Eine Schriftenfolge des Ausschusses für Minderheitenrecht. H. 4.)
16. **Dove*, K[arl], Allgemeine Wirtschaftsgeographie. Berlin u. Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1921. 86 S. 8° M 4.20. (Sammlung Göschen. Bdch. 835.)
17. *Edwards*, G. W., Alsace-Lorraine. London: Skeffington [um 1920]. 4°.
18. *Eisenmann*, Louis, La Tchéco-Slovaquie. Paris: Rieder [um 1921]. 8° fr. 5.—. (Les Etats contemporains.)
19. *Engel*, Otto, Der Einfluß Hegels auf die Bildung der Gedankenwelt Hippolyte Taines. Stuttgart: Frommann 1920. VIII, 144 S. 8° M 15.—.
20. *Fährlich*, Paul, Kolomna. Erlebnisse von 76 Rückwanderern d. Interessen-Gemeinschaft d. Auswandererorganisationen nach Sowjet-Rußland. (Berlin) 1921: (Germania). 30 S. 8° M —.90.
Das Berliner Gegenstück und die beste Ergänzung und Bestätigung der Leipziger Berichte von B. Grimm (s. Nr. 80). Noch empörender als das Schicksal der Auswanderer in Sowjetrußland war die Behandlung der Zurückgekehrten durch ihre deutschen Parteigenossen und deren Presse.
21. *Got*, Ambroise, L'affaire Miß Cavell d'après les documents inédits de la justice allemande. Paris: Plon [um 1921]. 8° fr. 5.—.
22. *Gottschall*, Margarete von, Auf heiß umstrittener Erde. [Ein Ostmarkenroman.] Leipzig u. Wien: Bibliograph. Institut (1920). 206 S. 8° M 21.60.
23. **Grube*, Karl, Bei deutschen Brüdern im Urwald Brasiliens. Eine Kundfahrt u. Winke f. Auswanderer. 2. völlig umgearb. u. erg. Aufl. mit 1 Kt. von Südbrasilien. Leipzig-Berlin: Weicher 1921. 97 S. 8° M 10.—, geb. M 14.—.
24. *Haas*, Albert, Die spanische Welt im Geistesleben u. Unterrichtswesen Deutschlands. Berlin: Mittler & Sohn 1921. 8 S. 8° aus: Pädagogisches Zentralblatt. Jg. 2. H. 3.
25. *Hahn*, T(raugott) [baltischer Märtyrer], Jesu Gebetsschule mit seinen Jüngern. 8 Evangelisationsreden. 2. durchges. Aufl. Gütersloh: Bertelsmann 1921. 106 S. 8° M 7.50.
26. *Hahn*, Traugott, Die Letztzeit und die Vollendung der Gemeinde unseres Herrn Jesus Christus. 7 Vorträge. 4. Aufl. Gütersloh: Bertelsmann 1921. 94 S. 8° M 7.50.
27. *Hayens*, Kenneth, Theodor Fontane, a critical study. London: Collins (1920). VIII, 342 S. 8°.
28. *Jározy*, Desider, Liederkranz. Volksweisen für Volk u. Schule ausgewählt. Bd. 1. Timisoara 1921: Gutenberg-Buchdruckerei. 24 S. 8°.
29. *Joliderc*, Eugène, L'Espagne vivante. Paris: Roger & Cie. [um 1921]. 8° fr. 8.—. (Les pays modernes.)
30. *Kellor*, Frances Alice, Immigration and the future. New York: Doran Co. [um 1920]. 15, 276 p. 8° Doll. 2.50.
31. **Klemann*, Friedrich, Japan, wie es ist. Leipzig: Voigtländer 1921. 140 S. 8° M 12.—.
32. Die evangelische Kirche Oberschlesiens. Buchausstattung von Hannes M. Avenarius. (Breslau): Evangelischer Preßverband f. Schlesien 1920. 64 S. 4° M 3.30.
33. **Labry*, Raoul, Autour du Bolchévisme. La Roche-sur-Yon: Selbstverlag; Cahors 1921: Impr. Typogr. Coueslant. 270 S. 8° fr. 7.—.
34. *Lafferty*, A. W., Soll Amerika deutsches Privateigentum zurückgeben? Berlin: Verlag des Deutsch-Amerikan. Wirtschaftsverb. 34 S. 8°. (Veröffentlichungen des Deutsch-Amerikan. Wirtschaftsverbandes. H. 2.)
35. **Laun*, Rudolf, Deutschland u. Deutschösterreich. Nach einem Vortrag. Berlin: H. R. Engelmann 1921. 25 S. 8° M 4.—. (Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Eine Schriftenfolge für Minderheitenrecht. H. 5.)
36. *Laun*, Rudolf, Deutschösterreich im Friedensvertrag von Versailles. (Art. 80 des Friedensvertrages.) Kommentar nebst einschlägigen Noten. Berlin: Vahlen 1921. XIV, 65 S. 8° M 14.—. (Veröffentlichung aus dem Kommentar z. Friedensverträge.)
37. *Lehrfreund*, Ludwig, Die Entwicklung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen. Mit einem Vorwort von M[elchior] Busemann. Leipzig: Carnegie-Verlag 1921. 105 S. 8° M 12.—.
38. *Lenz*, R. [deutschchilen. Forscher], Un grupo de Consejas Chilenas. Estudio de Novelistica comparada, precedido de una introduccion referente al origen i la propagacion de los cuentos populares. Santiago de Chile: Imprenta Cervantes. 152 S. aus: Revista de Folklore Chileno. Anno III.
39. *Lieber*, Hugo, Report of conditions in Germany and Austria, as disclosed to him during his sojourn there from Sept. 7th to Dec. 5th, 1920. New York: Central Committee for the Relief of Distress in Germany and Austria 1920. 8 S. 4°.
40. *Loening*, Otto, Danzig. Sein Verhältnis zu Polen u. seine Verfassung. Mit Anhang: Der Danzig-polnische Vertrag vom 9. Nov. 1920. Berlin: H. R. Engelmann 1921. 50 S. 8° M 8.—. (Das Selbstbestimmungsrecht d. Deutschen. H. 3.)
41. *Manual* on the Turanians and Pan Turanians. London: Stationary Office [um 1921]. 8° sh. 7/6.
42. [Marčenko, M.] M. Martchenko, Un voyage en Perse pendant la révolution russe. Les agissements allemands. Préf. de A. Le Chatelier. Nancy, Paris, Strasbourg: Berger-Levrault 1920. XIV, 99 S. 8°.
43. *Maugham*, R. C. F., The Republic of Liberia being a general description of the negro republic, with its history, commerce, agriculture, flora, fauna and present methods of administration. With map and ill. London: Allen & Unwin (1920). 299 S. 8°.
44. *Meyer*, E. H., Gesetzgebung über Steuer- und Kapitalflucht. 2. erg. Aufl. Berlin u. Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1921. 129 S. 8° M 10.—. (Guttag'sche Sammlung Deutscher Reichsgesetze. Nr. 145.)
45. *Missalek*, E., Geschichte Polens. Neue Bearb. von Prof. W. Komischke. 3. Aufl. Breslau-Oppeln: Priebatsch (1919). 250 S. 8° M 14.40.
46. Deutsche Handelskammer in Uruguay. Kurze wirtschaftliche Mitteilungen aus Uruguay 1920/21. Montevideo 1921. 23 S. 8°.
47. **Moldovan*, Sim(on) Sam(uel); Der Mensch im Traum, im Eheleben, im Schach. (Oravita, Banat.) Selbstverlag (1920). 77 S. 8°.
48. *Mowrer*, Paul Scott, Balkanized Europe; a study in political analysis and reconstruction. New York: Dutton [um 1921]. 8° Doll. 5.—.
49. *Müller*, Bruno, Wirtschafts-Geologie der tschechoslowakisch. Republik. Mit 1 geol. Übersichtskt. u. 2 Detailkt. in Farbendruck. Reichenberg: Sollor 1921. 8° M 32.—.

50. *Nabert, H.*, Das deutsche Volk, sein Sprachgebiet in Europa u. seine Sprache. 3. Aufl. Zeitz: Sis-Verlag 1921. 254 S. 8° M 40.—.
51. *Nieborowski, Paul*, Oberschlesien u. Polen in Hinsicht auf Kultur u. Katholizismus. 3. Aufl. Beuthen: Verlag Oberschlesien 1921. 144 S. 8° M 6.—.
52. Die *Not* der wissenschaftlichen Forschung in Deutschland. 4 Referate, geh. am 8. Okt. 1920 in d. Universität Frankfurt/M. gelegentl. der während der Herbstmesse veranstalteten Sonder-Ausstellung „Das Deutsche Buch“. Frankfurt/M.: Hauser & Co. 46 S. 8° M 2.—. (Schriften des Frankfurter Meßamts. H. 2.)
Inhalt:
1. Die Notlage der großen öffentl. Bibliotheken u. d. Forschungsinstitute. Ref.: Prof. Dr. Georg Minde-Pouet. Korref.: Dr. Christian Berghoeffer.
2. Die Beschaffung ausländischer Literatur für die deutschen Bibliotheken. Ref.: Dr. Christoph Weber. Korref.: Prof. Dr. Ernst Marckwald.
53. *Note* über die Volksabstimmung in Oberschlesien. Nebst Anlagen. 1. (Karte d. Abstimmungsergebnisses in Oberschlesien.) 3. (Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oberschlesien u. Deutschland.) 4. (Die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens.) 5. (Karte des ober-schlesischen Steinkohlen-Reviers u. die angrenzenden Steinkohlenbezirke Polens und der Tschechoslowakei). Anlage 2. [Bd. 1.] 2. Wahlbeeinflussungen. [Nebst] Nachtrag: Polnische Wahlbeeinflussungen in Oberschlesien. Berlin 1921: Reichsdruckerei. 3 Bde. 4°.
54. *Oberschall, Albin*, Das Volkszählungsgesetz vom 8. 4. 1920 nebst der Durchführungsverordnung vom 30. 10. 1920. Reichenberg: Stiepel. M 5.—. (Stiepels Gesetzsammlung d. tschecho-slowak. Staates. Nr. 21.)
55. *Oksnevad, Reidar*, Tysk livsvisdom. En antologi. Kristiania: Steenske Forlag [um 1921]. 8° Kr. 6.50.
56. *Ost, Gotthard*, Der unpolitische Deutsche. Leipzig-Berlin: Weicher 1921. 66 S. 8° M 6.—.
Die dem General Ludendorff gewidmete Schrift untersucht das deutsche Nationalbewußtsein und stellt den Mangel an volkischem Empfinden, an Gemeinschaftsgefühl und politischem Instinkt fest. Die Gründe sieht der Verf. in der geographischen Lage und dem angeborenen Charakter der Deutschen. Obgleich er den Volkscharakter als im ganzen unveränderlich ansieht, kommt er zu dem Schlusse, daß die Errichtung einer sozialen, militärisch starken Volksmonarchie die politische Schwäche im deutschen Wesen nach außen ausgleichen könne. H. M.
57. **Peschke, Rudolf*, Auslandsdeutschtum u. deutsches Schicksal. Eine Zukunftsfrage für das deutsche Volk. Berlin: Vereinigte Fürsorge für d. Auslandsdeutschtum [1921]. 23 S. 8°.
58. *Priou, Jean*, L'organisation politique et économique du territoire de la Sarre. Paris: Libr. de la Soc. du Recueil Sirey [um 1921]. 8° fr. 20.—.
59. The *Problem of Upper Silesia*. With five maps. Ed. by Sidney Osborne, Contents: Osborne, S.: Discussion of the accompanying maps. The Upper Silesian question. Harley, J. H.: The case for Poland. Schotte, W.: The future of the Upper Silesian industry. Sacharczewski, V.: Autonomy for Upper Silesia. London: Allen & Unwin (1921). X, 180 S. 8°.
60. *Prospekt* der „Progreso-Siedlungsgesellschaft“. (Tampico 1921.) 51 S. 8°.
61. *Prudentior*, Im Lande Plebiszit. Die Nordmark vor u. nach der Abstimmung. Flensburg: Soltau 1920. 35 S. 8°.
62. *Rauscher, Ulrich*, Paris—Moskau in Deutschlands Außenpolitik. Berlin: Verlag f. Politik u. Wirtschaft 1920. 61 S. 8° (Die europäische Bücherei. 1.)
63. *Rechtsarchiv* des Burgenlandes. Hrsg. von Robert Davy. Bd. 1—4. Wien: Staatsdruckerei. M 40.—.
64. *Richtlinien* zur Erlangung von Ausfuhrbewilligungen für buchhändlerische Erzeugnisse. (Leipzig: Außenhandels-nebenstelle für das Buchgewerbe) [1921]. 29 S. 8°.
65. *Salter, F. R.*, Karl Marx and modern socialism. London: Macmillan [um 1921]. 8° s. 6.—.
66. **Sapper, Karl*, Mittel-Amerika. Mit 1 [farb.] Übersichtskt. Hamburg: Friederichsen & Co. 1921. 124 S. 8° M 22.—. (Auslandswegweiser. Bd. 5.)
67. *Schmidt, Annaliese*, Der amerikanische Mensch. Vom Wesen Amerikas u. des Amerikaners. Berlin: Dtsche Verl.-Anst. f. Pol. u. Gesch. 1920.
68. *Schmidt, E. W.*, Das Verkehrswesen Argentinien. Jena: Fischer 1920. 54 S. 8° Kiel, Volkswirtschaftl. Diss.
69. *Schotte, Walther*, Die Zukunft der ober-schlesischen Wirtschaft, eine Kritik der polnischen Propaganda. Berlin: Stilke 1921. 72 S., 2 farb. Kt. 8° M 12.—. (Schriftenreihe der Preußischen Jahrbücher. Nr 3.) Vgl. Nr 59.
70. *Schrader, R.*, Die Zwangsarbeit in Ostafrika nach deutschem u. brit. Kolonialrecht. Kiel, Jur. Diss. 1920. 37 S. 8°.
71. **Schueler, Karl*, Brasilien, seine Bedeutung für Auswanderer, Exporteure u. Kapitalisten. 30jähr. bis zur Gegenwart reichende Erfahrungen. Berlin-Schöneberg: Barthol 1921. 101 S. 8° M 13.—.
72. *Schürch, Ernst*, Aus einer jungen Republik. Eindrücke von einer Reise in die Tschechoslowakei. Bern: Verl. „Der Bund“. fr. 1.40.
73. *Schütze, Hermann*, Die Posener Seen. Stuttgart: Engelhorn 1920. 185 S. mit 4 Fig. u. 1 Kt. 8° M 25.—. Aus: Forschungen z. deutschen Landes- u. Volkskunde. Bd. 22. H. 2.
74. *Severance, Henry Ormal*, A guide to the current periodicals and serials of the United States and Canada 1920. Ann Arbor: Wahr (1920). Doll. 6.—.
75. *Sonnenschein, Hugo*, Slowakische Heimat. Prag: Borovy [um 1921]. 54 S. 8°.
76. **Talwik, Siegfried*, Die Lepra im Kreise Oesel. Eine epidemiologische Untersuchung nebst histor. Einl. Tartu [Dorpat] 1920. [Umschlag] 1921: Eesti Kirjastus-Ühisuse „Postimehe“. 209 S. 8°. Tartu [Dorpat], Med. Diss.
77. *Traité de paix avec la Hongrie*. Publ. par le Ministère Hongrois des Affaires Étrangères. Budapest 1920: Hornyanszky.
78. *Amtliche Urkunden* z. Konvention zwischen Danzig u. Polen vom 15. Nov. 1920. Zsgest. u. mit Begleitber. vers. von der nach Paris entsandten Delegation der Freien Stadt Danzig. Danzig 1920: Schroth. 142 S. 8°.
79. *Wallis, H. R.*, The handbook of Uganda. 2. ed. London: Crown Agents for the colonies 1920. XXI, 316 S. 8°.
80. *Weber, E.*, Rußlandfahrt 1920 nach den Berichten B. Grimms. (Berlin) 1921: Liga z. Schutze der deutschen Kultur. 24 S. 8° M —.80.
Einer der im Juli 1920 im Gefolge der Leipziger Vereinigung „Ansiedlung Ost“ nach Sowjetrußland ausgewanderten begeisterten Sozialisten schildert seine bitteren Erfahrungen in Rußland und nach der Rückkehr in Deutschland. Sie sind eine vernichtende Widerlegung der Schönfärbereien der „Rätezeitung“, der „Russischen Korrespondenz“ und des berüchtigten, auf S. 698, H. 22, 1920 des „Auslandsdeutschen“ besprochenen Goldschmidt'schen „Buches „Moskau 1920“. Vgl. Nr 20.
81. *Wiesen, W.*, Prälat Dr. L. Werthmann. Kurze Erinnerungsblätter über seine Krankheit u. seinen Tod. Freiburg i. Br.: Caritas-Verlag 1921. 24 S. 8°.
82. **Wohlfahrt, Otto*, Der Landwirt der Tropen und Halbtropen. Berlin-Wilmersdorf: Paetel 1921. 131 S. 8° M 10.—. (Am Scheidewege. Berufsbilder. Bd. 76.)
83. *Wolzendorff, Kurt*, Grundgedanken des Rechts der nationalen Minderheiten. (Naturrecht des Minderheitenschutzes) mit einem Exkurs über Nationalkataster. Berlin: H. R. Engelmann 1921. X, 46 S. 8° M 8.—. (Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. H. 1.)

II. Zeitschriften u. Forts.-Werke.

84. *Amtsblatt* des Memelgebiets, Publikationsorgan für sämtl. Behörden d. Memelgebiets. Klaipėdos Krassto Waldzioš Zinio. Skelbimo Organas visoms Klaipėdos Krassto Istaigoms. [Jg.] 1921. Memel: Landesdirektorium. Ersch. wöchentl. 3 mal oder nach Bedarf. Jahrl. M 40.—.
85. *Annuaire économique et financier* 1920/21. (Gouvernement Chérifin. Protectorat français au Maroc.) Casablanca 1921: Mercier. 501 S. 3 Kt.
86. Die *Arbeit*. Zeitung für Aufklärung u. Verständigung. Jg. 1. 1921. (Nr. 1 vom 29. Apr. 4 S.) Verantw. für d. Red.: J. Meger. Oliva: Meger.

Polnisches, auf die deutsche Arbeiterschaft Danzigs zugeschnittenes Propagandablatt. Vgl. S. 372, H. 12, 1921, des „Auslanddeutschen“.

87. Statistisk Årsbok för Sverige 1921. Utg. av Kungl. Statistiska Generalbyrån. Stockholm: Norstedt & Söner (1921). XII, 331 S. 8°.
88. Bachi, Riccardo, L'Italia economica nel 1919. Annuario della vita commerciale, industr., bancaria, finanz. e della polit. comm. Anno 11. Milano: Soc. ed. Dante [um 1921]. 8° I. 20.—.
89. Bolletino bibliografico delle pubblicazioni ital. mensile. Anno I, No. 1. 2. Roma: Biblion [um 1921]. 8° jährl. I. 10.—.
90. Argentinische Garten-Zeitung. Hrsg. vom Verein deutschsprechender Gärtner u. Gartenfreunde in Buenos Aires. Jg. 3. 1921. (Nr 1 vom Apr. 8 S.) Schriftl.: F. Maack. Buenos Aires. Jährl. 12 Nrn. Doll. 6.—.
91. Guida annuario della Tripolitania e Cirenaica. Guida annuario del commercio o dell' industria storico-geografico amministrativo 1920. Genova: La Libica 1920. XVI, 861 S.
92. Hausfreund. Evangelisch-lutherischer Volks-Kalender für d. J. 1921. Lodz: Manitius 1921. 120 S. 8°.
93. Heim ins Reich. Zeitschrift für den Anschluß Deutsch-österreichs u. das Selbstbestimmungsrecht der anderen angrenzenden deutschen Gebiete des ehem. Österreich-Ungarn. Hrsg. vom Reichsbund der Deutschen aus dem früheren Österreich-Ungarn e. V. Sitz: Essen. Für die Mitt. d. Geschäftsstelle verantw.: Franz Schmiedl, für den übrigen Inhalt: Ludwig Petzold. Jg. 1. 1921. (Folge I vom 1. Mai. 8 S.) Essen: Geschäftsstelle d. Bundes. Jährl. vorläufig 24 Nrn.
94. Deutschmährische Heimat. Blätter f. ländl. Wohlfahrtspflege u. Heimatschutz. Zeitschrift des Vereines „Deutschmährische Heimat“ in Brünn. Jg. 7. 1921. Brünn: Zentral-Verband der deutschen landwirtschaftl. Genossenschaften. Beg. Jan. Ersch. jährl. mindestens 6 mal. Kr. 10.—.
95. Das Hilfswerk. Zur Förderung der Liebestätigkeit f. hungernde u. darbedende Menschen in Deutschland u. Deutsch-Österreich. Offizielles monatl. Organ des Central Relief Committee. Jg. 1. 1921. (Nr 1 vom Febr. 8 S.) New York.
96. Verein deutscher Lehrer mit Hochschulbildung i. Böhmen. Jahrbuch der mittleren Unterrichtsanstalten mit deutscher Unterrichtssprache in der Tschechoslowakei. Reichenberg: Verein deutscher Lehrer mit Hochschulbildung i. Böhmen. [1921]? Kr. 11.—.
97. Deutscher Kalender für Paraguay (Jg. 2). 1921. Hrsg. von Fritz Leo Tiemann u. E. Kraus. Asuncion 1921: Kraus. 106 S. 8° Doll. 10.—.
98. Kulturbund-Kalender für das Gemeinjahr 1921. Jg. 1. Hrsg. vom schwäbisch-deutschen Kulturbund Veliki Besc-kerek: Verlag des schwäbisch-deutschen Kulturbundes 1921. 96 S. 4° Kr. 18.—.
99. American newspaper annual and directory; a catalogue of American newspapers etc. Philadelphia: Ayer & Son 1921. 1336 S. Doll. 15.—.
100. Prager Presse. Jg. [1]. 1921. Verantw. Red.: Wilhelm Neffzern. Prag: „Orbis“. Ersch. tägl. 2 mal, Sonntags mit illustr. Beilage; monatl. Kē. 19.—, fürs Ausland Kē. 30.—.
Tschechisches Propagandablatt in deutscher Sprache; vgl. S. 308, H. 10, und S. 373, H. 12, 1921, des „Auslanddeutschen“.
101. Die Saat. Halbmonatsschrift für Unterhaltung u. Wissen. Verantw. Red.: E[mil] K[arl] Berndt. Jg. 1. 1921/22. (Nr 1 vom Apr. 28 S.) Reichenberg: Runge. Jährl. Kē. 48.—.
102. Otto Hübners geographisch-statist. Tabellen aller Länder der Erde. Fortgeführt u. ausgestaltet von Dr. Franz von Juraschek. Jg. 66, neubearb. u. abgesehl. im Dezember 1920 von J. von Juraschek u. Prof. Dr. Hermann R. von Schulern. Wien: Seidel 1921. XV, 158 S. 8°.
103. Socialistický Vestník. Organ zagraničnoj delegacii R. S. — D. R. P. Organ d. Auslandsvertretung d. Soz. Dem. Arbeiterpartei Rußlands. Jg. 1. 1921. (Nr 1 vom 1. Febr. 16 S.) Berlin: „Der sozialistische Bote“. Jährl. 24 Nrn. Einzelnr. M 1.50.
104. The official Year-Book of New South Wales 1919 by H. A. Smith. Sidney: Gullick. 8° 2 s., 6 d.
105. Das Agrargesetz Lettlands. Angenommen von der Plenarversammlung d. lettland. Konstituante am 16. Sept. 1920. in: Sammlung Lettlandischer Gesetze u. Verordnungen. Folge 1. 1921. H. 5. S. 1. Riga: Ruetz.
106. Blanck, Karl, Das deutsche Buch in Nordamerika. [Die Pläne der Atlantic Book and Art Corporation]. in: Dt. Verlegerzeitung. Jg. 2. 1921. Nr 9. S. 195. Leipzig: Dt. Verlegerverein.
107. Brügglegg, Hanns von, Italienische Politik in Deutsch-Süd-tirol. in: Deutsches Südland. Jg. 1. 1921. H. 2. S. 71. Klagenfurt: „Deutsches Südland“.
108. Büchler, O. v., Das Deutschtum in Litauen. in: Die deutsche Nation. Jg. 3. 1921. H. 5. S. 380. Berlin: Dt. Verlagsges. f. Politik u. Geschichte.
109. Crohn-Wolfgang, H. J., Die baltischen Randstaaten u. ihre handelspolit. Bedeutung. in: Schmollers Jahrbuch f. Gesetzgebung usw. Jg. 45. 1921. H. 1. München u. Leipzig: Duncker & Humblot.
110. Aus dem chilenischen Deutschtum. in: Lateinamerika (C). 1921. Nr 16. S. 304. Berlin: Deutscher Überseedienst.
111. Aus dem mexikanischen Deutschtum. Schulwesen. Kunstpflege. Geschäftliches u. Persönliches. Das Haus Melchers Suc. in Mazatlan. in: Lateinamerika (D). 1921. Nr 15. S. 399. Berlin: Deutscher Überseedienst.
112. Eckardt, Hans von, Das deutsch-russische Handelsabkommen. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 6. 1921. Nr 19. S. 242. Hamburg: Meißner i. Komm.
113. Fragen der Entschädigung. Referat Dr. Purper in der Sitzung des Bundesvorstandes am 9. April. — Bemerkungen eines aus Elsaß-Lothringen Verdrängten zur Entschädigungsfrage. in: Elsaß-Lothr. Mitt. Jg. 3. 1921. Nr 19. S. 273. Freiburg i. B.: Bär & Bartosch.
114. Gedanken zur Verfassung einer deutschen evangelischen Kirche in Brasilien. in: Deutsche evangelische Blätter für Brasilien. Jg. 3. 1921. H. 4. S. 55. São Leopoldo: Roter-mund & Co.
115. Grames, Karl, Deutsches Sprachgut im Polnischen [1—3] in: Deutsche Nachrichten. Jg. 3. 1921. Nr 18—20. Bromberg: Landesvereinigung d. Deutschtumsbundes z. Wahrung d. Minderheitsrechte i. Polen.
116. Gutsche, Die Neuordnung der Schulverwaltung in Polen. in: Deutsche Schulzeitung in Polen. Jg. 1. 1921. Nr 13. 14. Bromberg: Großkurth.
117. Hansen, H., Vorarbeit u. Anfang der luther. Kirche in Amerika. in: Die Abendschule. Jg. 67. 1921. H. 19. S. 596. St. Louis: L. Lange Publ. Co.
118. Hartmann, Georg Heinrich, Aus den Erinnerungen eines Freiwilligen der baltischen Landeswehr. in: Deutsche Revue. Jg. 46. 1921. H. 1—5. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
119. Hauff, v., Alte und neue deutsche Ansiedler in Argentinien. 1. 2. in: Der Griffel. Jg. 2. 1921. Nr 3. 4. Leer: Deutscher Bund f. Volkstum u. Kunst.
120. Hefty, G. A., Die Lage des Zipser Deutschtums. in: Heimatbildung. Jg. 2. 1921. H. 9. S. 188. Reichenberg: Sudeten-deutscher Verlag.
121. Hennig, R., Die Stellung des Elsaß im europäischen Verkehr unter deutscher und französischer Herrschaft. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 6. 1921. Nr 22. S. 285. Hamburg: Meißner i. Komm.
122. Hickmann, Gerhard, Die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche in der tschechoslowakischen Republik. in: Die evang. Diaspora. Jg. 2. 1920/21. H. 11/12. S. 203. Leipzig: Hinrichs.
123. Huebner, F. M., [Französische] Werbearbeit in Holland. in: Die Glocke. Jg. 7. 1921. Nr 8. S. 211. Berlin: Verlag f. Sozialwissenschaft.
124. Kilger, Laurenz, Die ersten Jesuiten am Kongo und in Angola (1547—1575). in: Zeitschr. für Missionswiss. Jg. 11. 1921. H. 1. 2. Münster i. W.: Aschendorff.

125. Klein, Marie, Aus den Briefen eines sächsischen Studenten an seine Braut. 1820—1825. in: Ostland. Jg. 3. 1920/21. Nr 13—17. Hermannstadt: Krafft.
126. Klinger, Hans, Die Entschädigung der infolge des Krieges im Ausland geschädigten Deutschen. in: Deutsche Wirtschafts-Zeitung. Jg. 17. 1921. Nr 3. Leipzig: Quelle & Meyer.
127. Liljedahl, Ernst, Norström und Eucken. Ein schwedisch-deutscher Freundschaftsbund. in: Deutsch-schwed. Blätter. Jg. 1. 1921. H. 3. 4. Berlin: Mittler.
128. Lillenthal, Erich, Die wirtschaftliche Betrachtung des Auslands-Deutschtums. in: Leipziger Ill. Zeitung. 1921. H. 4046. Leipzig: J. J. Weber.
129. Lukas, Georg A., Geographie u. Volkstum. in: Kartogr. u. schulgeogr. Zeitschrift. Jg. 9. 1921. H. 3/4. S. 47. Wien: Freytag & Berndt.
130. Massow, W. v., Das Deutschum in den an Polen abgetretenen Gebieten. in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. H. 20. S. 468. Berlin: Dt. Verlagsges. f. Politik u. Geschichte.
131. Merz, John, Mexiko und die deutsche Auswanderung. in: Europ. Staats- u. Wirtschafts-Zeitung. Jg. 6. Nr 8. S. 183 bis 188. Berlin: Verl. f. Staats- u. Wirtschaftslit.
132. Morley, Felix, The new Alsace-Lorraine. in: The Nation. Vol. 29. 1921. Nr 6. 8. London.
133. Müller-Guttenbrunn, Adam, Österreich — ein großdeutsches Problem. in: Der schwäbische Bund. Jg. 2. 1921. H. 7. S. 1. Stuttgart: Strecker & Schröder.
134. Nitsch, Mathes, Der ungarische Standpunkt in der deutsch-ungarischen Frage. in: Deutsches Südländ. Jg. 1. 1921. H. 2. S. 81. Klagenfurt: „Deutsches Südländ“.
135. Reichs- u. Staatsangehörigkeit. Mitget. von der Auskunftsstelle des Vereins für das Deutschum i. Ausland f. Staatsangehörigkeit u. Wehrpflicht. in: Der Friedensvertrag. Jg. 1. 1921. H. 7. 8. Berlin: Sack.
136. Révay, Maurus Johannes, Deutsche Buchhändler in Ungarn. [Ausz. aus: „Schriftsteller, Bücher, Verleger“. Budapest: Gebr. Révai.] in: Börsenblatt f. den deutschen Buchhandel. Jg. 88. 1921. Nr 107. S. 670. Leipzig: Börsenverein der Deutschen Buchhändler.
137. Rudtke, Georg, Die Privatschulen im abgetretenen Gebiet [genaue zahlenmäßige Übersicht]. in: Deutsche Schulzeitung in Polen. Jg. 1. 1921. Nr 16. S. 131. Bromberg: Großkurth.
138. Sapper, Karl, Mexikos Klima und die Auswanderungsfrage. in: Deutsch-Mexikan. Rundschau. Nr 9. März 1921. S. 1. München: Dtsch.-Mexikan. Gesell.
139. Schaetzel, [Walter], Option u. Wiedereinbürgerung ehemaliger Deutscher. in: Grenzboten. Jg. 80. 1921. S. 146. Berlin: K. F. Koehler.
140. Scheringer, Die deutsche evangelische La Plata-Synode. in: Die evang. Diaspora. Jg. 3. 1921/22. H. 1/2. S. 17. Leipzig: Hinrichs.
141. Schilling, Alexander, Deutsche Weltpolitik u. Minderheitsdeutschum. in: Die Brücke. Jg. 3. 1921. Nr 23. S. 4. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag.
142. Schöffner, Carl, Auslandsbücher. in: Deutsche Verlegerzeitung. Jg. 2. 1921. Nr 9. S. 193. Leipzig: Dt. Verlegerverein.
143. Schöffner, Carl, Bücher für Auswanderer. in: Deutsche Verlegerzeitung. Jg. 2. 1921. Nr 11. S. 223. Leipzig: Dt. Verlegerverein.
144. Schönmann, F., Amerikakunde. Eine zeitgemäße Forderung. in: Grenzboten. Jg. 80. Nr 20/21. S. 189. Berlin: K. F. Koehler.
145. Sedelmayr, Georg, Der Kampf um die Muttersprache in Lothringen. in: Unsere Heimat. 1921. Nr 5. S. 19. Beil. zu „Elsaß-Lothr. Mitt.“ Freiburg i. B.: Bar & Bartosch.
146. Striegl, Josef, Die Satmarer Schwaben. in: Ostland. Jg. 3. 1921. Nr 15. S. 441. Hermannstadt: Krafft.
147. Stude, B., [Helsingfors], Die völkischen Aufgaben der deutschen Schule. in: Deutsch-Evangelisch in Finnland. Jg. 7. 1921. Folge 8/9. S. 4. Helsingfors.
148. Norwegische Studenten und das Verwunschungsfest der Straßburger Universität, von H. G. in: Der Türmer. Jg. 23. 1921. H. 8. S. 134. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer.
149. Deutsche evangelische Synode von Nordamerika. in: Deutsche evang. Blätter f. Brasilien. Jg. 3. 1921. H. 2. S. 26. São Leopoldo: Rotermond.
150. Voskamp, Vom Wiederaufbau unserer Arbeit in und um Tsingtau. Aus dem Jahresbericht über 1920. in: Berliner Missionsberichte. 1921. Nr 5. S. 58. Berlin: Berliner Missionsgesellschaft.
151. Wagner, Max, Sind unsere Schutzvereine volkstümlich? in: Südmark. Jg. 2. 1921. H. 3. 4. Graz: „Südmark“.
152. Waitkat, Über die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche in Böhmen. in: Christliche Freiheit. Jg. 37. 1921. Nr 17. Bonn: Georgi.
153. Wechssler, Eduard, Unsere Kriegsliteratur in französischer Vorstellung und in der deutschen Wirklichkeit. in: Internat. Monatsschrift. Jg. 15. 1921. H. 5. 6. Leipzig: Teubner.
154. Würzburger, Statistisches über das Auslandsdeutschum. in: Volk u. Heimat. Jg. 2. 1921. Nr 6. S. 63. Leipzig: Reclam.
155. Wutte, Martin, Die Ergebnisse der Kärntner Volksabstimmung. in: Kartograph. u. schulgeograph. Zeitschrift. Jg. 9. 1921. H. 3/4. S. 43. Wien: Freytag & Berndt.

IV. Karten.

Erde — Gesamt.

156. Andrees Allgemeiner Handatlas in 222 Haupt- u. 192 Nebenkarten. Mit vollst. alphabet. Namenverz. in bes. Bde. 7. neubearb. u. verm. Aufl. Hrsg. v. Dr. Ernst Ambrosius. Bielefeld & Leipzig: Velhagen & Klasing 1921. 2 Bde.
Neuaufgabe des bekannten Atlases, um so mehr zu begrüßen, als es der erste unserer großen deutschen Atlanten ist, der nach dem Kriege schon wieder vorliegt. Die neuen politisch-geographischen Verhältnisse sind überall berücksichtigt; sehr dankenswert ist, daß zum Vergleich jeweils die alten Grenzen angegeben sind. Wir heben von unserem Gesichtspunkt aus besonders die reichhaltige Beigabe von Völker-, Wirtschafts- und Verkehrskarten hervor, die auch das Deutschum gebührend berücksichtigen. Wir begrüßen ferner, daß die Beschriftung der Karten im allgemeinen sorgfältig ausgeführt ist, ohne indes näher auf Einzelheiten eingehen zu können.
157. G. Freytag's Welt-Atlas. 211 Karten auf 124 S. u. Namensverzeichnis. Wien: Freytag & Berndt 1921. 2 Bde. 8°.
Der kleine handliche Atlas berücksichtigt in seiner Neuaufgabe zumeist die politisch-geographischen Veränderungen, verzeichnet jedoch vergleichsweise auch die früheren Grenzen. Besonders hervorzuheben ist auch diesmal wieder die Beigabe zahlreicher Umgebungskarten von Städten und Sonderkarten wichtiger Gebiete, die den praktischen Bedürfnissen dienen wollen. Ein umfangreiches Namensverzeichnis schließt den reichen Inhalt näher auf. Der trotz des kleinen Formates im allgemeinen sauber und übersichtlich ausgeführte Atlas kommt vor allem für die rasche Orientierung weiterer Kreise in Frage.
158. Zwei instruktive kleine Übersichtsskizzen (Schwarzdrucke) von L. Carrière zeigen die Verbreitung der Deutschen um 1910 über die Erde, ferner die Gebiete, die den Deutschen im Jahre 1920 verschlossen bzw. mehr oder weniger offen waren (Deutsche Allg. Ztg. Nr 224 v. 15. VI. 21).
Wir begrüßen diese beiden Kartchen, die trotz ihres kleinen Maßstabes eine gute Übersicht bieten, sehr, und freuen uns vor allem, daß sie Eingang in die deutsche Tagespresse gefunden haben.
159. Eine Übersichtsskizze der Strecken eines Weltluftverkehrs enthält die Deutsche Export-Revue (Beilage zu „Das Echo“, Nr 1974, 40. Jahrg.).

Nordeuropa- und Finnland.

160. Die französische Ausgabe des bereits erwähnten Werkes „Die Republik Finnland“ (ds. Ztschr. 1921, H. 9, S. 287, unter Nr 54) ist etwas später als die deutsche Ausgabe erschienen. Deshalb enthält die politisch-geographische Übersichtskarte dieser Ausgabe bereits die neuen Grenzen Finnlands nach dem Frieden von Dorpat.

Westeuropa und Elsaß-Lothringen.

161. Istra. Plan et guide de Strasbourg. Strasbourg [1920]: Imprimerie Strasbourgeoise. 32 S. Text. 4° 1 Pl. 25:45 cm.
Übersichtlicher französisch beschrifteter Stadtplan, ohne Wiedergabe des Geländes. Das begleitende Straßenregister sowie die Zusammenstellung der Sehenswürdigkeiten usw. sind zweisprachig. Bemerkenswert sind die ganz von französischem Geiste getragenen Angaben über die neuere Geschichte der Stadt.

Mitteleuropa und Schweiz.

162. *Karte des Kantons Zug mit Grenzgebieten.* M. 1:75000. Hrsg. vom kantonalen Verkehrsverband Zug. Zürich: Orell Füßli [1921]. 58:65 cm. fr. 4.—.

Außerordentlich ansprechende farbige Karte mit prächtiger Reliefwirkung, die mit eingehender Geländedarstellung auch die entsprechende Wiedergabe der Siedlungen und des Verkehrsnetzes glücklich verbindet.

Deutsches Reich
und seine Grenzmarken im allgemeinen.

163. Eine kleine Übersichtsskizze (Schwarzdruck) verzeichnet die Braunkohlenbezirke Deutschlands (Beilage zur Sammelmappe „Deutschland und die weltwirtschaftl. Lage“ des Auswärtigen Amts, Abt. X [Außenhandel]). Die Karte ist namentlich auch für die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer ost- und westdeutschen Grenzmarken und der abgetretenen Gebiete wichtig.

Nordwestdeutsche Grenzmarken.

164. Die auf Grund des Friedensvertrages durch die Grenzkommission festgesetzten neuen Grenzen zwischen Deutschland und Dänemark sind in die amtlichen Kartenwerke der Preußischen Landesaufnahme übernommen worden. Es handelt sich um die Meßtischblätter (1:25000) Nr 93/95 und 125/129, die Karte des Deutschen Reiches 1:100000, Bl. 21/23, und die Topographische Übersichtskarte 1:200000, Bl. 3, 8/10. Die Blätter sind für die Kartographie der deutsch-dänischen Grenzmark grundlegend.
165. Drei kleine Schwarzdruckskizzen im „Wirtschaftsblatt Niedersachsen“ (1921, Nr 22) zeigen die Volksdichte Niedersachsens 1907 und 1919 sowie die Verteilung der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung im Wirtschaftsgebiet Niedersachsen im Jahre 1907. Namentlich der Vergleich der beiden statistischen Kartogramme der Volksdichte ist für die Entwicklung des Gebietes sehr interessant.
- Vgl. Nr 163.

Südwestdeutsche Grenzmarken.

166. *Bayern, Württemberg und Baden (Physikalische Darstellung).* M. 1:650000. 2. Aufl. Berlin: Flemming & Wiskott [1921]. 71:88 cm. (Flemmings Generalkarten. Nr 6B.)
- Farbige Höhenschichtenkarte, ganz Süd- und Südwestdeutschland von Koblenz bis Basel und Passau umfassend, einschließlich der angrenzenden außerdeutschen Gebiete. Die Karte ist nach der Kolorierung zu schließen offenbar auf Fernwirkung berechnet, aber dafür doch zu stark mit Namen überlastet. Vor allem ist die Kolorierung nicht glücklich gewählt, die einzelnen Landschaften heben sich nicht genügend voneinander ab; die Karte spricht als Ganzes nicht restlos an. Bei einer Neuauflage wird eine erneute Durcharbeit die genannten Mängel unschwer beseitigen und die Verwendung der Karte dadurch noch weiter steigern können.
167. *Bayern, Württemberg und Baden (Politische Darstellung).* M. 1:650000. 2. Aufl. Berlin: Flemming & Wiskott [1921]. 71:88 cm. (Flemmings Generalkarten. Nr 6A.)
- Politisch-geographische Ergänzung zur vorigen Karte mit farbigem Grenz-kolorit der einzelnen Staaten und farbiger Heraushebung der Bahnen. Auch hier hätte die Kolorierung noch feiner gehalten werden können, ohne daß die Karte an Übersichtlichkeit eingebüßt hätte. Sie wird im übrigen dank ihres vielseitigen Inhalts (Angabe der Hauptfunkstationen, der Flugstationen!) als Bürokarte geeignete Verwendung finden.

Ostdeutsche Grenzmarken.

168. Die auf Grund des Friedensvertrages durch die Grenzkommissionen festgelegten neuen Grenzen zwischen Deutschland — ausschließlich Ostpreußen — und Polen sind in die amtlichen Kartenwerke der Preuß. Landesaufnahme übernommen worden. Es handelt sich um die Meßtischblätter 1:25000, die Karte des Deutschen Reichs 1:100000, die Topographische Übersichtskarte 1:200000 und die Übersichtskarte von Mitteleuropa 1:300000.
169. *Karte des Abstimmungsergebnisses in Oberschlesien vom 20. März 1921.* M. 1:200000. Hrsg. von d. Kartogr. Abt. d. Preuß. Landesaufnahme. Berlin: [Eisenschmidt] 1921. 81:94 cm. M 6.—.

Die mehrfarbige Karte setzt die von der Landesaufnahme begonnene Reihe der Abstimmungskarten erfolgreich fort. Jeder Ort ist auf der vorliegenden Karte durch einen besonderen Kreis bezeichnet, dessen Flächeninhalt der Einwohnerzahl entspricht. Der Prozentanteil der deutschen bzw. polnischen Stimmen ist durch entsprechende farbige Kreisausschnitte (blau=deutsch, rot=polnisch) bezeichnet. Man erhält so ein ausgezeichnetes Bild der Ab-

stimmungsergebnisse im einzelnen. Wünschenswert wäre gewesen, auf einer Nebenkarte die Ergebnisse für die Kreise zusammenzufassen, schon um die Nachteile dieser sonst allgemein üblichen Art statistischer Darstellung zu zeigen.

170. *Abstimmungsgebiet Oberschlesien.* Akte polnischer Wahlbeeinflussung. Hrsg. v. Pressedienst für Oberschlesien, Berlin. M. 1:250000. Berlin: Gea Verlag, 1921. 65:71 cm. M 1.—.

Die mehrfarbige Karte bietet eine ausgezeichnete Ergänzung zu der amtlichen Karte der Abstimmungsergebnisse. Hier sind sämtliche Akte polnischer Wahlbeeinflussung eingetragen, die urkundlich festgelegt sind; das gesamte Quellenmaterial ist in der bekannten Denkschrift des Auswärtigen Amts über polnische Wahlbeeinflussung in Oberschlesien (Berlin: Reichsdruckerei, 1921) niedergelegt. Die Karte gibt ein plastisches Bild von dem rücksichtslosen polnischen Terror, der bei der Abstimmung in einzelnen Gebieten geherrscht hat. Die Karte verdient in Schulen, öffentlichen Büros usw. weiteste Verbreitung.

171. Eine Karte der Abstimmungsergebnisse in Oberschlesien nach der Bevölkerungsdichte, die die Deutsche Allg. Ztg. (Nr 216 vom 11. V. 21) veröffentlicht, gibt wohl die wissenschaftlich beste Übersicht der Abstimmungsergebnisse. Hier sind jeweils 5000 deutsche bzw. polnische Stimmen zusammengefaßt und durch kleine Kreise wiedergegeben, die so verteilt sind, daß sie die tatsächliche Verbreitung der Bevölkerung wiedergeben. Ähnlich ist auch mit den Städten verfahren.

Ebenda auch die Wiedergabe eines Ausschnitts der bekannten Karte von Spett über die Ostmarken, und zwar nach dem französischen Abdruck. Die lügenhafte Darstellung dieser Karte muß immer wieder zurückgewiesen werden, weil sie seitens der Entente gar zu gern als Grundlage für ihre Zwecke benutzt wird.

172. Eine Übersichtsskizze (Schwarzdruck) verzeichnet das von den Insurgenten in Oberschlesien besetzte und das den Polen zugeordnete oberschlesische Gebiet (Dt. Allg. Ztg. Nr 258 v. 5. VI. 21).
- Vgl. Nr 163.

Österreich.

173. *Rothaug, J. G., Karte der Republik Österreich.* M. 1:1,5 Mill. Wien: Freytag & Berndt [1921]. 36:45 cm.

Übersichtliche farbige Höhenschichtenkarte mit Angabe der neuen Grenzen, besonders für den Schulgebrauch.

Jugoslawien und Balkan.

174. Eine farbige Übersichtskarte (1:2 Mill.) der abbauwürdigen Fundstellen nutzbarer Bodenschätze in Jugoslawien enthält die Sammelmappe „Deutschland und die weltwirtschaftliche Lage“ des Auswärtigen Amts, Abteilung X (Außenhandel).
175. *Balkanhalbinsel.* M. 1:1,5 Mill. 19. Aufl. Berlin: Flemming & Wiskott [1921]. 71:88 cm. (Flemmings Generalkarten. Nr 5.)

Politisch-geographische Übersichtskarte mit farbigem Grenzkolorit, aber zugleich eingehender Charakteristik des Geländes, nordwärts bis zur Linie Belgrad—Bukarest reichend und im Osten die Küste von Kleinasien gerade noch mit einschließend. Die neuen Grenzen sind überall eingetragen, 3 Nebenkarten gestatten vergleichsweise die Entwicklung der Balkanstaaten an der Hand der Jahre 1876, 1912 und 1914 zu übersehen. Hervorgehoben sind noch besonders die Eisenbahnen, die Flugpostlinien und die Hauptfunkstationen. Die Karte kann auch für Demonstrationen verwendet werden.

Asien.

176. Eine Übersichtskarte (Schwarzdruck, 1:7 Mill.) der Eisenbahnen in Japan, Korea und der Mandschurei enthält die Sammelmappe „Deutschland und die weltwirtschaftliche Lage“ des Auswärtigen Amts, Abteil X (Außenhandel).
- Ebenda eine Übersicht (Schwarzdruck, 1:30 Mill.) der Stationen für drahtlose Telegraphie in China.

Südamerika.

178. *Pittier, H., Mapa ecologico de Venezuela, que demuestra las zonas naturales, los cultivos, las vias de comunicacion y los principales centros mineros etc.* Dibj. por K. Kazetti. Caracas 1920. Litografia del comercio. 71:86 cm.

Farbige wirtschaftsgeographische Übersicht mit Angabe der pflanzen-geographischen Gliederung des Landes, der Verbreitung der Kulturen, der Fundstellen bzw. Abbaustellen nutzbarer Mineralien, sowie der Verkehrswege. Die Karte ist nicht nur geographisch-landeskundlich von hohem Interesse, sondern wird auch praktisch für die Zwecke der Auswandererberatung gut benutzt werden können.

179. *Mapa general de la Republica Argentina y sus paises limitrofes Chile, Uruguay y Paraguay. M. 1:4 Mill. Buenos Aires: „Ludwig“, 1921. 74:110 cm.*

Übersichtliche, farbige Eisenbahnkarte von Argentinien, Chile, Uruguay und Paraguay, mit Angabe der Spurweiten und der Besitzverhältnisse, der Kilometerentfernungen und der hauptsächlichsten Stationen. Sehr zu begrüßen ist die Aufschlüsselung des reichen Namensinhaltes der Karte durch ein besonderes alphabetisches Stationenverzeichnis. Eine Anzahl kleiner Nebenkarten bietet noch besondere Darstellungen wichtiger Bezirke.

180. *Mapa general de la Republica Argentina y sus paises limitrofes Chile, Uruguay y Paraguay. M. 1:4 Mill. Buenos Aires: „Ludwig“, 1921. 74:110 cm.*

Politisch-geographische Übersicht mit Grenzkolorit, zugleich mit dem Versuch, die physisch-geographischen Verhältnisse zu charakterisieren. Die Verkehrswege sind ebenfalls angegeben. Die Fülle der Namen erschwert jedoch die Verwendung der Karte; die Beigabe eines Ortsverzeichnisses wäre für viele praktische Zwecke, namentlich auch die Auswandererberatung, dringend erwünscht. Die Karte kommt als Hand- und Bürokarte in Frage.

VON UNSERER ARBEIT

Deutsche Dichterspende.

Bücherstiftung Adam Müller-Guttenbrunn. Der vom Deutschen Ausland-Institut Stuttgart ins Leben gerufenen Deutschen Dichterspende hat der deutsch-banater Dichter Müller-Guttenbrunn, dem zu Ehren kürzlich unter lebhafter Teilnahme der schwäbischen Siedler ein Gedenkstein in seinem Geburtsort Guttenbrunn enthüllt wurde (siehe Seite 385 dieses Heftes) eine wertvolle Stiftung überwiesen. Es waren je 75 Bände seiner beiden deutsch-banater Heimatromane „Die Glocken der Heimat“ und „Der große Schwabenzug“, beide im Verlag von Staackmann in Leipzig erschienen, die die große im 18. Jahrhundert von Württemberg und Baden ausgehende Auswanderungsbewegung nach dem Banat und die hohen Kulturleistungen dieser deutschen Siedler anschaulich schildern. Der Dichter hatte an die Stiftung die Bedingung geknüpft, daß die beiden Bücher deutschen Volksbibliotheken im Reich überwiesen würden, damit auch im Reich der Gedanke der Volksgemeinschaft zwischen dem Mutterlande und seinen ausgewanderten Kindern immer kräftiger Wurzel schlagen möge. Die Spende wurde von allen Büchereien mit freudigem Dank entgegengenommen; viele von ihnen bis weit hinauf nach Norddeutschland versicherten, wie großer Beliebtheit sich die Werke des deutsch-banater Dichters, besonders die große, ebenfalls bei Staackmann erschienene Trilogie „Von Eugenius bis Josephus“, schon jetzt bei ihren Lesern erfreuten.

Eine Heidelberger Förderin unseres Instituts, die unsere Bücherspende mit einer schönen Auswahl klassischer deutscher Literatur unterstützt hatte, erhielt kürzlich aus einem Dorf in Kongreßpolen folgenden Brief:

„Hochgeehrte Frau! Vom Deutschen Ausland-Institut Stuttgart sind mir auf meine Bitte um geistige Nahrung 11 Bücher zugesandt worden. Der größte Teil, 6 Exemplare, sind Ihr Geschenk. Sie haben mir damit eine Freude bereitet, welche ich nicht mit Worten auszudrücken vermag. Die mir gütigst geschenkten Bücher habe ich mit großem Interesse und vielem Nutzen gelesen. Es war ein Hochgenuß für unsereinen, wieder einmal Bücher von solch hohem Inhalt zu lesen wie Ihr Geschenk.

Sie haben mir, einem deutschen Dorflehrer hierzulande, dessen einziger geistiger Genuß Bücher sind, viele erhabene Stunden bereitet, denn ähnliche Bücher in der Muttersprache lesen zu können, ist heute eine Seltenheit, sie bei den gegenwärtigen Verhältnissen zu kaufen, ist für mich eine Sache vollkommener Unmöglichkeit. Um so kostbarer und wertvoller ist mir deshalb Ihre hochherzige Spende. Vielen, vielen Dank! Genehmigen Sie usw. ...“

Spenden für unsere Bücherei.

Von Herrn Monsignore Antonio Alcover, Kanonikus der Kathedrale in Palma auf Mallorca wurde unserer Bibliothek ein Exemplar seines Dietari überwiesen, eines in katalanischer Sprache abgefaßten Tagebuches, das in fesselnder Form die Eindrücke des Verfassers auf seiner Studienreise durch Deutschland im Jahre 1907 wiedergibt. Das Tagebuch erschien als Ergänzungsband zum Bolletti del Diccionari de la Llengua catalana, in dem Monsignore Alcover den Wortschatz der katalanischen Literatursprache und ihrer Mundarten seit 1901 gemeinsam mit vielen freiwilligen Mitarbeitern sammelt. Monsignore Alcover, der auch in Halle studiert hat, steht seit Jahrzehnten in engem Verkehr mit deutschen romanistischen Kreisen und hat sich um die Förderung der deutsch-spanischen Kulturbeziehungen hochverdient gemacht.

Ferner gingen uns zu: Von der Gesellschaft für Erdkunde zu Leipzig deren Festschrift zum XX. Deutschen Geographentag in Leipzig 1921: Wilhelm Reiß, Reisebriefe aus Südamerika, 1868–1876. Aus dem Nachlasse herausgegeben und bearbeitet von Herrn Heinrich Dietzel, München-Leipzig: Duncker & Humblot 1921; von Herrn Professor Raoul Labry, Inspecteur de l'Académie La Roche-sur-Yon (Vendée), seine Schrift Autour du bolchévisme (Selbstverlag Cahors 1921); von Herrn Professor Clemens Brandenburger in Rio de Janeiro seine Arbeit Neuere brasilianische wissenschaftliche Literatur (Stuttgart 1920: Deutsche Verlagsanstalt. Aus: Mitteilungen des Deutsch-Südamerikan. und Iberischen Instituts VII, 1920); von Herrn Dr. Siegfried Talwik in Dorpat seine Dissertation „Die Lepra im Kreise Ösel. Eine epidemiologische Untersuchung nebst historisch. Einleitung.“ Tartu (Dorpat) 1920.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 23. Juni 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

Frühgemüse, Frühkartoffeln, Mais, waggonweise Zuchtvieh und Schlachtvieh

jeder Art und Menge erhältlich beim

Schwäbischen Landwirtschaftsverein in Timisoara, Piata Unirei, Domplatz 9.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITÄT
STUTTGART

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 3.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV – Nr. 14

STUTTGART

Zweites Jülheft 1921

Der Stand der Auslandkunde in Deutschland

Dem Deutschen Ausland-Institut sind von seiten seiner Freunde im Auslande mannigfache Anregungen zugegangen, den Auslandsdeutschen ein Zurechtfinden in der Vielfältigkeit der heimatlichen Bestrebungen auf Förderung des Auslandsdeutschtums und der Auslandkunde zu ermöglichen. Auch der wissenschaftliche Beirat des Deutschen Ausland-Instituts hat bei seiner diesjährigen Tagung dahin zielende Anregungen gegeben und Wünsche ausgesprochen, eine Zusammenstellung aller derjenigen Einrichtungen und Bestrebungen zu veranlassen, die sich mit Auslandsdeutschtum und Auslandkunde befassen.

Die folgende Darstellung soll diese Wünsche erfüllen. Sie bedeutet zunächst nur einen Versuch, dessen Gelingen einen Maßstab für weitere Schritte in dieser Richtung schaffen soll. Ansätze in dieser Richtung bestehen schon aus früherer Zeit. So hat Dr. Paul von Salvisberg im Jahre 1918 einen ersten Halbjahresbericht über das Auslandsstudienwesen auf deutschen Hochschulen und praktische Auslandsarbeit herausgebracht, der jedoch keine Fortsetzungen fand. Andere Veröffentlichungen, wie der Hamburgische Auslandskalender, ein Taschenbuch für Auslandsdeutsche, bieten keine systematische Übersicht über den Stand der Auslandkunde in Deutschland, sondern stellen mehr praktische Hand- und Auskunftsbücher für in die Heimat zurückgekehrte deutsche Landsleute aus dem Ausland dar.

An erster Stelle soll nun eine Zusammenstellung aller an den deutschen Hochschulen und anderen Bildungsinstituten im Sommersemester d. J. abgehaltenen auslandkundlichen Vorlesungen, Übungen und Kurse gegeben werden; jedoch konnte bei diesem ersten Versuch auf eine Vollständigkeit angesichts der großen Schwierigkeiten bei der Heranschaffung des notwendigen Materials (Vorlesungsverzeichnisse usw.) von vornherein nicht gerechnet werden. Doch hoffen wir mit der Zeit eine derartige Vollständigkeit zu erreichen.

Der ersten Veröffentlichung soll ein Verzeichnis aller derjenigen Institute, Vereine, Körperschaften usw. folgen, die sich der Pflege des Auslandsdeutschtums, der Auslandkunde und der deutsch-ausländischen Beziehungen widmen, und zwar nicht nur ein Verzeichnis der Namen, sondern auch eine kurze, möglichst von den betr. Organisationen selbst geschriebene Charakteristik der einzelnen Anstalten und Vereine und ihrer Arbeit.

Hoffentlich trägt diese Arbeit, die in ihrer Fortführung ständig ausgebaut und verbessert werden soll, zur Förderung der Wissenschaft und der Praxis im Inland sowie zu gemeinsamer Arbeit auf diesem interessanten und wichtigen Gebiete bei und gibt auch den Auslandsdeutschen das Gefühl, daß in der Heimat in der mannigfachsten Weise für das Verständnis des Auslands und für die Förderung unserer Landsleute im Ausland gesorgt wird.



I. Tabelle der auslandkundlichen Vorlesungen

(V) = Vorlesung, (Ü) = Übung. (Die eingeklammerten Ziffern bezeichnen die Zahl der Wochenstunden).

I. f. A.-R. = Institut für Auslandsrecht, Berlin.

S. f. o. G. = Seminar für osteuropäische Geschichte und Landeskunde, Berlin.

O.-I. = Osteuropa-Institut, Breslau.

im Sommer-

Zusammengestellt von

A. Universitäten	Länder-, Völker- und Staatenkunde	Volkswirtschaft	Geschichte (auch Kolonialgeschichte)
I. Berlin	1. Allg. Völkerkunde I (V) (2). 2. Ethnographische Parallelen u. Vergleiche (V) (1). 3. Ethnologische Übungen im Museum für Völkerkunde (Ü) (1). 4. Der Seeverkehr (V) (2). 5. Wirtschaftsgeographie v. Europa (V) (2). 6. Länderkunde von Frankreich und Großbritannien (V) (2). 7. Landeskunde des europ. Rußland v. 1914 (V) (2). 8. Der Atlantische Ozean und seine Nebenmeere (V) (2). 9. Chinesisch-Turkestan einst und jetzt (3 Vorlesungen mit Lichtbildern). 10. Kulturgeschichte und Volkskunde Chinas (V) (2). 11. Die Länder und Völker Indiens (V) (1). 12. Geschichtliche Orts- und Völkerkunde des iran. Kulturkreises (V) (2).	1. Grenz- u. Auslandsdeutschum in ihrer geschichtl. Bedeutung für die wirtsch. u. polit. Entwicklung des Deutschen Reiches (V) (2). 2. Übungen über Grenzlandsdeutschum (Ü) (2). 3. Wirtschaftspolitische Beziehungen zw. Deutschland und Belgien (V) (1). 4. Weltwirtschaft (Internat. Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln) (V) (1). 5. Zur Geschichte der Volkswirtschaft u. der Sozialpolitik in westl. Ländern (Frankreich, Belgien, Amerika) (V) (2). 6. Geschichte der sozialen Bewegung u. des Sozialismus in Frankreich von der großen Revolution bis zur Gegenwart (V) (2). 7. Soziale Versicherung: Vergleich. Darstellung der Einrichtungen und Gesetze der verschiedenen Völker (V) (2). 8. Tropische Landwirtschaft (V) (2).	1. Weltpolitik seit den Napoleonischen Kriegen (V) (2). 2. Geschichte der engl. Kolonien (V) (2). 3. Russische Geschichte im Kijewer und Moskauer Zeitalter (bis 1689) (V) (2). 4. Geschichte des Balkan (V) (2). 5. Südosteuropäische Wirtschaftsprobleme in ihrer Beziehung z. Deutschland (V) (1). 6. Geschichte des Sudan (V) (1). 7. Histor. Staatenkunde von Europa (geograph. u. völk. Entwicklung der europ. Staaten) (V) (3). 8. Allg. Verfassungsgeschichte der abendländ. Staatenwelt (V) (3). 9. Übungen zur russ. Geschichte (Ü) (2) (S. f. o. G.). 10. Übungen (über osteuropäische Gesch.) (Ü) (2) (S. f. o. G.). 11. Übungen zur Landeskunde Rußlands (Ü) (2) (S. f. o. G.). 12. Übungen über vergleich. Verfassungsgesch. (England u. Preußen) (Ü) (2). 13. Über span. Vorgeschichte (Kurs). 14. English history of the 19th Century (V) (1).
II. Bonn	13. Ost- und Südosteuropa (V) (4). 14. Allg. Wirtschaftsgeographie (V) (2). 15. Chamisso's Reise um die Welt als Einführung in die Völkerkunde (V) (1). 16. Kulturgeschichtl. Übungen über Sprachformen, ihre Beziehungen zueinander und zu den Kulturtypen (Ü) (2). 17. Auslandskundl. Übungen zur islam. Kultur der Gegenwart: Allg. Einführung in die kulturwiss. Betrachtung des islam. Orients an Hand arab. Quellen (Ü) (1).		
III. Breslau	18. Westeuropa (V) (4). 19. Geographie von Australien und Ozeanien (V) (2). 20. Das Wirtschaftsgebiet der Ostsee (6st. Kurs i. O.-I.). 21. Organisation et administration de la France (V) (1).	9. Wirtschaftsgeographie des brit. Weltreichs (V) (2). 10. Weltwirtschaftl. Beziehungen seit Beginn der Neuzeit in histor. Beleuchtung (V) (1). 11. Wirtschafts- und Sozialgeschichte Westeuropas im 18. u. 19. Jahrh. (V) (2). 12. Neuester Stand der bolschewist. Wirtschaft (3st. Kurs) i. O.-I. 13. Die russ. Agrarfrage (4st. Kurs) i. O.-I.	15. Russ. Geschichte v. Alexander I. bis zur Gegenwart (V) (2) i. O.-I. 16. Übungen zur russ. Geschichte (Ü) (2) i. O.-I. 17. England during the first half of the 19th Century (V) (1). 18. Rußland seit der 1. Revolution (1905) (3stünd. Kurs) i. O.-I.
	14. Die russ. Kreditbank (2st. Kurs) i. O.-I. 15. Übungen zur russischen Volkswirtschaft (Ü) (?) i. O.-I. 16. Die Erdölindustrie Osteuropas (6stünd. Kurs) i. O.-I.	17. Die bisher. Arbeitsbedingungen und die zukünft. Betätigungsmöglichkeiten des deutschen Ingenieurs i. Rußland (2stünd. Kurs) i. O.-I.	
IV. Erlangen			

Übungen und Kurse an den deutschen Hochschulen

Semester 1921

Dr. F. Schottlaender, D. A. I. Stuttgart

N. I. = Nordisches Institut, Greifswald.
I. f. W. u. S. = Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr, Kiel.
S.-O. I. = Südosteuropa- und Islam-Institut, Leipzig.
I. f. A. = Institut für Auslandsdeutschtum, Marburg.

Recht	Theologie und Missionswesen	Philologie und Sprachkurse	Sonstige Vorlesungen
1. Einführung in den Rechtszustand Englands (V) (1) (im I. f. A.-R.). 2. Das moderne Recht des Islam unter bes. Berücks. des in den Ländern der bisher. Türkei geltenden Rechts (V) (1½) (im I. f. A.-R.). 3. Einführung in den Rechtszustand Ungarns (6stünd. Kurs) (im I. f. A.-R.). 4. Einführung in das französ. Zivilrecht mit Berücksichtigung des belgischen Rechts (V) (1) (im I. f. A.-R.). 5. Einführung in das russische Zivilrecht und Handelsrecht mit Berücksichtigung der Randstaaten (V) (2) (im I. f. A.-R.). 6. Russisches Strafrecht mit bes. Berücks. des poln. Rechts (V) (1) (im I. f. A.-R.). 7. Russ. Gerichtsverfassungs-, Zivilprozeß- u. Strafprozeßrecht (V) (1) (I. f. A.-R.). 8. Einführung in das finnische Recht (V) (2) (im I. f. A.-R.). 9. Zivilprozeß- u. Konkursrecht der Verein. Staaten, insbes. Newyork (V) (2) (im I. f. A.-R.).	1. Evangel. Missionsgeschichte II. (Afrika, Australien u. Amerika) (V) (2). 2. Missionsübungen (Ü) (2). 3. Taoismus (V) (1). 4. Die Religionen der Erde (V) (2). 5. Die Bildungsgeschichte der Kirchen und die großen Nationen von den Anfängen bis zur Gegenwart (V) (2). 6. Die Religionen Ostasiens (V) (2). 7. Religionsgeschichte des Islam (V) (2).	1. Gescheedenis van het Nederlandsch. in verband met de ontwikkeling van de Nederlandsche Beschaving (V) (1). 2. Strindbergs Dramen (V) (1). 3. Engl. Drama bis zu Shakespeare (V) (4). 4. Geschichte der französ. Literatur im 16. u. 17. Jahrh. (V) (2). 5. Übungen zur französischen Sprache und Literatur des 19. Jahrh. (Ü) (2). 6. Rabelais (Ü) (2). 7. Dante und Petrarca (Ü) (1½). 8. Les régions de la France et leurs écritains (Ü) (?). 9. Etudes sur le roman français contemporain (Ü) (1). 10. La chanson française (Ü) (1). 11. Geschichte der poln. Literatur (V) (2). 12. Das Zeitalter der Romantik in Ungarn (V) (2). Sprachkurse in: Niederländisch, Dänisch, Norwegisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Rumänisch, Spanisch, Polnisch, Russisch, Bulgarisch, Ungarisch, Türkisch, Arabisch, Syrisch, Armenisch, Chinesisch, Mandschurisch. 13. De nederlandse Letterkunde van 1800 tot 1880 (V) (2). 14. Englische Literaturgeschichte im Zeitalter der Renaissance (V) (4). 15. Englische Historiker und Essayisten des 19. Jahrh. (V) (2). 16. Church, school and university in Great Britain (V) (2). 17. Chapitres choisis de l'histoire de la littérature française au 17e siècle (V) (2). 18. Humoristes français contemporains (V) (2). 19. Histoire abrégée du roman français II (V) (1). 20. Französische Literatur und geistige Erneuerung nach 1870/71 (V) (2). 21. Hippolyte Taines Leben, seine Werke, sein Einfluß (V) (1). 22. La Vita Nuova di Dante Alighieri (V) (2). 23. Das span. Celestinendrama (V) (2). 24. Serbische Volksdichtung II (V) (2). Sprachkurse in: Niederländisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Syrisch, Äthiopisch, Neupersisch.	1. Hygiene im Ausland, die Krankheiten desselben (mit Lichtbildern und Demonstrationen) (V) (1).
10. Der Panslavismus (V) (1). 11. Einführung in das französ. Zivilrecht mit besond. Berücksichtig. des poln. (V) (1). 12. Grundzüge des russ. Zivilprozesses II. (V) (1). 13. Einführung in das russische Handelsrecht (6stünd. Kurs) (im O.-I.).	8. Neuere Kirchengesch. Polens (V) (2) (im O.-I.). 9. Byzantinische u. russ. Kunst (V) (1) (im O.-I.). 10. Der Kirchenstaat im 19. Jahrh. und die röm. Frage von 1870 bis z. Gegenwart (V) (1) (im O.-I.). 11. Die Lage der evang. Kirche in den baltischen Provinzen (2st. Vortr.) (im O.-I.). 12. Die evang. Kirche in Polen (2st. Kurs) (im O.-I.). 13. Russische Lektüre religionswiss. Texte (Tolstoi: Wovon die Leute leben) (Ü) (?) (im O.-I.).	25. Les Poètes du Parnasse et du Symbolisme (V) (1). 26. Geschichte der engl. Literatur von Chaucer bis Shakespeare (V) (2). 27. Engl. Literaturgeschichte v. W. Scott bis Galworthy (Ü) (2). 28. Die russ. Literatur d. 19. Jahrh. (V) (2). 29. Die Slawenwelt (2st. Kurs) (im O.-I.). 30. Die Albaner (1stünd. Vortr.) (im O.-I.). 31. Die Reformbewegung in der Türkei (2stünd. Kurs) (im O.-I.). 32. Die Magyaren (1stünd. Vortr.) (i. O.-I.). 33. Die Weißrussen (2stünd. Kurs) (i. O.-I.). 34. Die französische Literatur im Mittelalter (V) (4). 35. L'œuvre d'Honoré de Balzac (V) (2). Sprachkurse in: Französisch, Englisch, Osmanisch-Türkisch, Arabisch.	(Zu Philologie und Sprachkurse) Sprachkurse in: Schwedisch, Spanisch, Französisch, Englisch, Polnisch, Russisch, Osmanisch-Türkisch, Neuarabisch, Syrisch.

A. Universitäten	Länder-, Völker- und Staatenkunde	Volkswirtschaft	Geschichte (auch Kolonialgeschichte)
V. Frankfurt	22. Völkerpsychologie und Ethnologie II (Die Kulturvölker) (V) (2). 23. Wirtschaftsgeographie und polit. Geographie des Staatensystems der Erde (V) (5). 24. Südamerika als Auswanderungsl. (Geologie, Klima, Wirtschaft u. Staat) (V) (1). 25. Die primitiven amerik. Kulturen (V) (1). 26. Völkerkundl. Übungen im Städt. Völker-museum (Ü) (1½). 27. La province française, caractère et mœurs des habitants, coutumes locales, folklore (V) (1). 28. Das alte und das neue Rußland (V) (1). 29. Kulturprobleme der neueren Türkei (in türk. Sprache) (V) (1).	18. Die niederländische Volkswirtschaft (V) (1). 19. Staat und Gesellschaft Frankreichs im 18. Jahrh. (V) (2). 20. Politische und Wirtschaftsgeographie Deutschlands sowie der Nachfolge-staaten Österreich-Ungarns (V) (2).	19. Geschichte der Verein. Staaten v. Nordamerika (V) (2).
VI. Freiburg	30. Südeuropa (V) (2).	21. La France, ces institutions, son commercer, son industrie (V) (1).	20. Geschichte Amerikas von der Entdeck. bis zur Gegenwart (V) (1). 21. Geschichte der engl. Kultur und Kunst (V) (2).
VII. Gießen	31. Völkerkunde, mit Demonstrationen im Museum für Völkerkunde (V) (2).	22. Auslandskunde: Das brit. Imperium (V) (1).	22. Geschichte Frankreichs v. Ludwig XIV. bis Napoleon I. (V) (4).
VIII. Göttingen	32. Die Völker der Erde (V) (2). 33. Wirtschaftsgeographie (V) (3).		23. Ursprung und Wesen einer regierenden Klasse in den Verein. Staaten von Nordamerika (V) (1).
IX. Greifswald	34. Geographische Staatenkunde der nord. Länder (V) (4) i. N.-I.	23. Skandinavische Wirtschaftsverhältnisse (V) (1) i. N.-I.	
X. Halle	35. Allg. Völkerpsychologie (V) (1). 36. Geistige Strömungen im Völkerleben (V) (1). 37. Völkerpsychologie und Politik (V) (1). 38. Völkerkundl. und völkerpsychologisches Colloquium (Ü) (1). 39. Ausgewählte Kapitel der vergleichenden Volkskunde (spez. Indien) (Ü) (1). 40. Frankreich, Volk und Staat I (V) (1).	24. Grundzüge der Verkehrsgeographie (V) (2).	24. Allg. Wirtschafts- und Kolonialgesch. im 19. Jahrh. (V) (2). 25. Geschichte der deutschen Kolonialpolitik (V) (2). 26. Geschichte der Weltwirtschaft und des Welthandels (V) (1). 27. Geschichte der orientalischen Frage im 19. Jahrh. (1798—1820) (V) (1). 28. Französische Malerei von Poussin bis Cézanne (V) (2).

Recht	Theologie und Missionswesen	Philologie und Sprachkurse	Sonstige Vorlesungen
Grundzüge des engl. und nordamerikan. Privatrechts (V) (1).	14. Die indischen Religionen (V) (1).	36. English literature of the Renaissance (V) (2). 37. Social Ideals in Carlyle, Kingsley and William Morris (V) (1). 38. Geschichte der französ. Literatur im 19. Jahrh. (V) (3). Sprachkurse in: Niederländisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Russisch, Arabisch, Türk. 39. Ibsen und Strindberg (V) (1). 40. Engl. Romantik (1760—1830) (V) (4). 41. Geschichte der altenglischen Literatur (V) (2). Sprachkurse in: Englisch, Französisch, Spanisch, Italien., Russisch, Persisch, Syrisch, Arabisch und Türkisch. 42. Henrik Ibsen, sein Werk und seine Weltanschauung (V) (1).	2. Tropenhygiene (V) (1).
Die Kapitulationen und das Fremdenrecht in der Türkei (V) (1).			
5. Verfassungsgeschichte der wichtigsten Staaten des 19. u. 20. Jahrh. (V) (2).		43. Französ., engl. u. deutsche literarische Strömungen und ihr Einfluß auf die niederl. Literatur d. 18. Jahrh. (V) (1). 44. Rabelais (V) (1). 45. Maupassant und die französische Erzählungskunst seiner Zeit (V) (1). 46. Robert Burns (V) (2).	47. Social Ideals in Carlyle, Kingsley, and Morris (V) (1). Sprachkurse in: Niederländisch, Französ., Engl., Russisch, Syrisch, Arabisch, Türkisch.
		48. Die engl. Literatur seit Shakespeare bis zum Tode Trybens (V) (2). 49. Die literar. Beziehungen zwischen England u. Deutschland seit dem 16. Jahrh. (V) (1).	
		50. Percy Bysshe Shelley, his life and his works (V) (2). 51. Französische Literaturgeschichte des 16. Jahrh. (V) (2). 52. Das französische 18. Jahrh. (V) (2). 53. Italien, Leben und Streben seit 1861 (V) (1).	54. Celebri scrittori della Nuova Italia (V) (1). 55. Russische Schriftsteller und ihre Werke im 19. Jahrh. (V) (1). Sprachkurse in: Englisch, Französisch, Italienisch, Russ., Syrisch, Afghänisch.
17. Einführung in das Recht der nordischen Staaten (V) (1).	15. Der Ultramontanismus (V) (1). 16. Palästinische Arbeit und Sitte mit bibl. Parallelen (V) (1) (im Pal.-Inst.). 17. Hauptprobleme des Buddhismus (V) (1).	56. Geschichte der französischen Literatur des 18. Jahrh. (V) (4). 57. Svenska övningar (V) (1½). 58. Schwed. Literatur (V) (1). Sprachkurse in: Schwedisch, Dänisch u. Norwegisch, Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch, Russisch, Syrisch.	
	18. Missionswiss. Seminar (Ü) (2). 19. Religion und Kultur Chinas (V) (1).	59. Gesch. der neueren engl. Literatur II: Das Zeitalter Miltons (V) (2). 60. The english novel in the 19th Century (V) (2). 61. Victor Hugo (V) (2). 62. Histoire littéraire: Le théâtre français contemporain (V) (1). 63. Introduction à l'étude de la littérature française d'aujourd'hui (Ü) (2). Sprachkurse in: Engl., Französ., Italien., Span., Russ.	3. Tropenhygiene (V) (1). 4. Demonstration kolonialer Nutztiere (Ü) (?). 5. Demonstration kolonialer Nutzpflanzen (Ü) (?).

A. Universitäten	Länder-, Völker- und Staatenkunde	Volkswirtschaft	Geschichte (auch Kolonialgeschichte)
XI. Hamburg	41. Allg. Völkerkunde II (geistige Kultur) (V) (2). 42. Die Rassen und Völker in ihrer geograph. Verbreitung und ihren geograph. Bedingungen (V) (1). 43. Völkerkundliche Übungen (Unter- und Oberstufe) (Ü) (je 2). 44. Länderkunde des Orients (V) (2). 45. Erdgeschichtliche Entwicklung v. Afrika (V) (1).	25. Afrika in der Weltpolitik seit 1870 (V) (1).	29. Kolonialgeschichte I v. Zeitalter d. Entdeckungen bis zur Befreiung Americas (V) (2). 30. Benjamin Disraeli, Lord Beaconsfield (V) (1). 31. Neuere Geschichte der Verein. Staaten von Amerika (V) (2). 32. Geschichte d. ostdeutschen Kolonisation (V) (1).
XII. Heidelberg	46. Landes- u. Volkskunde Ostasiens (mod. u. histor. Geographie, Regierung u. Verwaltung, Rechtsverh. u. Familienwesen, häusl. Leben u. Sitte, Wirtschaft, Produktion, Technik, Handel u. Verkehr) (V) (2).	26. Eigentum und Handel bei primitiven Völkern (5stünd. Kurs). 27. Ägyptisch-arabische Sitten u. Gebräuche (V) (1).	
XIII. Jena	47. Länderkunde von Südamerika (V) (5).		
XIV. Kiel	48. Erdgeschichte der Ostsee und ihrer Küstenländer (Ü) (2). 49. Die Völker der Erde (V) (2). 50. Die Mittelmeerländer (V) (2). 51. Rußland, Land und Leute (V) (2).	28. Volkswirtschaft der skandinav. Länder: Dänemark und Finnland (V) (1). 29. Aus der Praxis des Welthandels (V) (1). 30. Skandinaviens weltwirtschaftl. Stellung i. I. f. W. u. S. (Ü) (2). 31. Das moderne Wirtschaftsleben Nordamerikas i. I. f. W. u. S. (Ü) (2). 32. Weltwirtschaftl. Nachrichtenwesen im I. f. W. u. S. (Ü) (2). 33. Probleme der französischen Außenpolitik i. I. f. W. u. S. (Ü) (2). 34. Übungen zur Verkehrsgeographie der Meeres- u. Binnengewässer i. I. f. W. u. S. (Ü) (2). 35. Psychologie und Wirtschaftsleben i. I. f. W. u. S. (Ü) (2).	33. Die orientalische Frage (V) (1). 34. Übungen zur engl. Außenpolitik in neuerer Zeit (Ü) (2).
	36. Nutzpflanzen der Weltwirtschaft i. I. f. W. u. S. (Ü) (2). 37. Nutztiere der Weltwirtschaft i. I. f. W. u. S. (Ü) (2).	38. Lektüre eines Textes, die russ. Volkswirtschaft betreffend (Ü) (2). 39. Colloquium über Volkswirtschaft der Türkei (Ü) (2).	

Recht	Theologie und Missionswesen	Philologie und Sprachkurse	Sonstige Vorlesungen
Engl. Praktikum: Rechtsvergleich. Besprechung engl. Gerichtsentscheidungen (Ü) (1).	20. Niederländ.-Indien als Missionsfeld (V) (2). 21. Mission und Kultur (V) (1). 22. Missionswiss. Übungen (Ü) (2).	64. Enzyklopädie der roman. Philologie (V) (4). 65. Geschichte der englischen Literatur im 18. Jahrh. II (V) (2). 66. Einführung in die engl. Unterrichtspraxis (V) (2). 67. Der psycholog. Roman in Frankreich (1880—1900) (V) (1). 68. Referate über das moderne Spanien (Ü) (2). 69. Praktikum zur spanischen Auslandskunde (Ü) (?). 70. Praktikum zur span.-amerikan. Auslandskunde (Ü) (?). 71. Praktikum zur brasil.-portug. Auslandskunde (Ü) (?). 72. Übungen aus dem Gebiet der italien. Literatur des 19. Jahrh. (Ü) (2). 73. Voltaire et son temps (V) (2). 74. La lirica española contemporánea (V) (1). 75. La literatura catalana moderna (V) (1). 76. Artigos e trechos de autores portugueses e brasileiros sobre assuntos varios (V) (1).	6. Der Pflanzenbau in Tropen und Subtropen (V) (1½). 7. Exotische Krankheiten (Ü) (1½).
	23. Religiöse Volkskunde (V) (2). 24. Die Religion Chinas und Japans (V) (1).	77. Türkische Volksliteratur (V) (2). 78. Rabindranath Tagore (V) (1). 79. Einführung in die altjapan. Literatur (V) (2). 80. Manyoshu Studien II (Ü) (2). Sprachkurse in: Dänisch, Schwed., Niederländ., Englisch, Italien., Span., Rumän., Portugies., Russ., Bulgar., Poln., Syrisch, Arabisch, Türkisch, Vogulisch, Finnisch, Iranisch, Persisch, Japanisch, Chinesisch, Siamesisch, Bantu, Suaheli, Jande, Hexero, Ewe, Somall, Gala, Hausa, Amharisch, Tigrña, Äthiopisch, Malajisch, Samoanisch, Javanisch. 81. Tolstoi und Dostojewski (V) (1). 82. Engl. Sittenleben im 18. Jahrh. (V) (1). 83. Geschichte der französischen Literatur im Mittelalter (V) (3). 84. Französische Literatur des 17. Jahrh. I: Die Prosa (V) (2). Sprachkurse in: Englisch, Französisch, Russisch, Syrisch, Neupersisch, Osman.-Türkisch, Chinesisch oder Japanisch, Iranisch. 85. Vorlesungen über neuere schwedische Dichtung (V) (1). 86. Viktorianische Dichtung II (in engl. Sprache) (V) (1). 87. Die engl. Sprache in ihren geschichtl. und kulturellen Beziehungen (V) (1). 88. Übungen über die französische Literatur vom 16.—19. Jahrh. (Ü) (2). 89. Der Klassizismus in der französischen Literaturgeschichte (V) (3). 90. Französ. Literaturgesch. d. 19. Jh. I. (V) (2). Sprachkurse in: Schwedisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Syrisch, Arabisch. 91. Victor Hugos Gedichte (Ü) (2). 92. Madame de Staël (V) (1). 93. Verner v. Heidenstam, Leben u. Werke (V) (1). 94. Schwed. Dichter der letzten Jahrzehnte (V) (1). 95. Modern English Dramatists (Ü) (2). Sprachkurse in: Engl., Französ., Schwed., Russ., Litauisch, Türkisch, Syrisch, Arabisch, Persisch, Span.	8. Der Orient und die antike Kunst (V) (1).

A. Universitäten	Länder-, Völker- und Staatenkunde	Volkswirtschaft	Geschichte (auch Kolonialgeschichte)
XV. Köln	52. Landes- und Wirtschaftskunde v. Nordamerika (V) (2).	40. Weltwirtschaftl. Probleme der neueren Zeit (V) (1).	35. Internationale Politik seit 1908 (V) (2). 36. Das Deutsche Reich und England 1898 bis 1905 (Ü) (2). 37. Kulturgeschichtl. Übungen hauptsächlich auf dem Gebiet der Völkerkunde (im Rautenstrauch-Joest-Museum) (Ü) (?).
XVI. Königsberg	53. Geologischer Aufbau Europas mit Demonstrationen (V) (2). 54. Geologie von Amerika mit Demonstration (V) (2). 55. Das europäische Rußland mit Lichtb., (Auslandsstudien) (V) (1). 56. Wirtschaftsgeographie von Südamerika, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Interessen (V) (2). 57. Geograph. Colloquium für Fortgeschr. z. Länderkunde von Nordeuropa (Ü) (2).	41. Einführung in das Geistesleben Rußlands (V) (2) i. l. f. R. 42. Arbeiten im Institut für Rußlandkunde (Ü) (?). 43. Bedeutung der Auslandsdeutschen für die Heimat (V) (1).	38. Englische Geschichte (V) (1).
XVII. Leipzig	58. Geographie von Frankreich, Natur und Wirtschaftsleben (mit Demonstr.) (V) (2). 59. Die gr. Kolonialreiche der Gegenwart, I.: Das brit. Weltreich (V) (2). 60. Die verlorenen deutschen Kolonien und die Notwendigkeit erneuten deutschen Kolonialbesitzes (V) (1). 61. Japan (V) (2). 62. Wirtschaftsgeographie von Europa II.: Süd- und Osteuropa (V) (3). 63. Allg. Völkerkunde, Anfänge u. Frühformen der Wirtschaft und der Gesellschaft, Sitte und Brauch (V) (2). 64. Einführung in das Verständnis primitiver Kulturen (V) (1). 65. Völkerkunde Amerikas II.: Die Naturvölker Südamerikas (V) (1). 66. Ethnographie Australiens u. Ozeaniens mit besonderer Berücksichtigung der bisherigen deutschen Schutzgebiete (V) (1). 67. Ethnographie und Kulturgeschichte der Rumänen (V) (2) i. S.-O. I. 68. Repetitorium aus d. Länderkunde außereuropäischer Erdteile (Ü) (1). 69. Übungen zur Kolonialgeographie (Ü) (1). 70. Prakt. Einführung in die Kulturforschg. auf völkerkundl.-volkskundl. Grundlage mit Exkurs (Ü) (1). 71. Entdeckungsgesch., Gesch. u. Völkerkunde Süd- u. Zentralafrikas (Ü) (?) in der Afr. Abt. des Völkermuseums. 72. Jugoslawien, sein Wesen, seine Entwicklung und Kultur (V) (1) i. S.-O. I.	44. Konversatorium zur polit. Auslandskunde: Verein. Staaten u. amerik. Kontinente (Ü) (1½). 45. Probleme der Weltwirtschaft (V) (2). 46. Weltwirtschaftl. Übungen (Ü) (2). 47. Koloniallandwirtschaftl. Praktikum im Laboratorium u. Versuchsfeld (Ü) (2). 48. Besprechung kolonial- und geographisch-landwirtschaftl. Arbeiten und Fragen (Ü) (1).	39. Übungen zur altchines. Siedlungsgesch. (Ü) (1). 40. Englische Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart (V) (3). 41. Geschichte des Osmanischen Reichs im Überblick (V) (1). 42. Lektüre und Besprechung v. Parlamentsreden aus der Blütezeit des engl. Parlamentarismus (Ü) (1½). 43. Übungen zur engl. Geschichte (Ü) (1½).
XVIII. Marburg	73. Wirtschaftsgeographie (mit bes. Berücksichtigung der Länder des deutschen Außenhandels) (V) (2). 74. Die geograph. Grundlagen der deutschen Siedlungen in Polen und Rußland (V) (1) (l. f. A.). 75. Grundlinien der Völkerkunde (V) (2).	49. Arbeitsgemeinschaft über dt. Auslandsbetätigung u. Auslandsdeutschtum (Ü) (2) (l. f. A.).	44. Geschichte Polens und des Deutschtums in Polen und Rußland (V) (1) (l. f. A.). 45. Das Deutschtum in Polen und Rußland (V) (1½) (2wöch. Kurs).
XIX. München	76. Völkerkunde Indiens I (V) (2). 77. Geograph. Grundlagen der ostasiatischen Kultur (V) (2). 78. Führungen durch die asiat. Abt. des Museums für Völkerkunde (Ü) (1). 79. England, Land und Leute (V) (2).	50. Geschichte der Presse im In- und Ausland (V) (4).	

Digitized by Google

A. Universitäten	Länder-, Völker- und Staatenkunde	Volkswirtschaft	Geschichte (auch Kolonialgeschichte)
XX. Münster	80. Allg. Wirtschaftsgeographie (V) (2). 81. Europa (V) (4). 82. Staat und Staatsauffassung in Ostasien (V) (1). 83. Rassen- und Völkerkunde (V) (2).	51. Der wirtschaftl. Nachrichtendienst und der Auslandsmarkt (V) (2). 52. Weltmarkt und Weltkonjunktur (V) (2). 53. Polit. und wirtschaftl. Entwicklung Südamerikas (V) (2). 54. Wirtschaftszustände und allg. Entwicklung der Verein. Staaten mit Lichtb. (V) (1½). Vorträge zur Einführung in die polit. Probleme des Vorderen Orients: 55. Der Friedensvertrag von Sévres (1st.). 56. Das Türkentum in Kleinasien (1).	46. Das Griechentum in Anatolien, sein Untergang durch die Türken und sein heutiger Wiederaufstieg (V) (2). 47. Ausgewählte Abschnitte aus der Geschichte der deutschen und ausländ. Presse (V) (1). 57. Das Griechentum in Kleinasien (1). 58. Die Armenierfrage (2). 59. Die arabische Frage (1). 60. Das Judentum in Palästina (1). 61. Die politische Lage Persiens (1). 62. Die politische Lage Vorderindiens (2).
XXI. Rostock	84. Der englische Nationalcharakter (V) (1).		
XXII. Tübingen	85. Länderkunde von Europa (V) (4). 86. Die Welt nach dem Gewaltfrieden. Eine politisch-wirtschaftsgeograph. Übersicht (V) (1). 87. Allgemeine Völkerkunde (V) (1). 88. Die Völker der Erde (V) (1).		48. Frankreich, England und der Orient im Mittelalter (V) (3).
XXIII. Würzburg	89. Wirtschaftsgeographie der außertropisch. Länder (V) (4). 90. Völker und Staaten Europas (V) (2). 91. Wirtschaftsgeograph. Übungen (Ü) (2).	63. Die wirtschaftl. Bedeutung Südamerikas (V) (2).	

B. Technische Hochschulen	Erd- und Völkerkunde und Volkswirtschaft	Philologie u. Geschichte	B. Technische Hochschulen	Erd- und Völkerkunde und Volkswirtschaft	Philologie u. Geschichte
I. Aachen	1. Länderkunde d. außereurop. Erdteile m. bes. Berücks. d. wirtschaftl. u. handelspolit. Verhältnisse (V) (2). 2. Allg. Wirtschafts- und Verkehrsgeographie (V) (2). 3. Rußland, Land und Leute (V) (1). 4. Großbritannien, Land und Leute (V) (1). 5. Frankreich, Land und Leute (V) (1). 8 Vorträge über Lateinamerika: 6. Deutsche Kulturarbeit in Mittelamerika (2). 7. Panamerikanismus (2). 8. Über Mexiko (2). 9. Zur Landeskde. Chiles (2). 10. Die deutsche Auswanderung nach Lateinamerika (2). 11. Brasiliens wirtschaftl. Entwicklung von der Kolonialzeit bis zur Gegenwart (2). 12. Chile in polit., kultur. u. sozialer Hinsicht (2). 13. Die argentin. Anden (2).	1. Neuere engl. Literaturgeschichte (V) (1). 2. Neuere französ. Literaturgesch. (V) (1). Sprachkurse in: Englisch, Franz., Span., Russisch.	II. Berlin-Charlottenburg	14. Wirtschaftsgeographie von Europa (V) (1). 15. Wirtschaftsgeographie der Verein. Staaten (V) (1). 16. Mittel und Wege des Seeverkehrs (V) (1). 17. Die weltpolit. Entwicklung seit 1870 (V) (1).	Sprachkurse in: Englisch, Französ., Italienisch, Russisch.
			III. Braunschweig		3. Byzantinische u. russ. Kulturgesch. (V) (1). Sprachkurse in: Englisch, Französ., Italienisch, Spanisch, Russ.
			IV. Breslau	18. Übungen z. Wirtschaftsgeographie des brit. Weltreichs (Ü) (2). 19. Wirtschaftsgeograph. Tagesfragen (V) (1). 20. Die Hauptwege des Weltverkehrs (V) (1).	4. Entwicklung der russ. Literatur (V) (1). Sprachkurse in: Russisch.
			V. Danzig	21. Großbrit. und seine wirtschaftl. Entwicklung (V) (1). 22. Wirtschaft u. Handel in Chines. u. Japan. Asien (V) (1). 23. Der Große Ozean in Vergangenheit u. Gegenwart (V) (1). 24. Wirtschaftsgeographie von Osteuropa (V) (1).	5. Neuere Gesch. Englands seit Elisabeth (V) (2). 6. Weltgesch. und Weltpolitik (V) (2). Sprachkurse in: Englisch, Franz., Russ.

Recht	Theologie und Missionswesen	Philologie und Sprachkurse	Sonstige Vorlesungen
	32. Katholische Missionskunde (V) (2).	119. Geschichte der engl. Literatur im Zeitalter der Renaissance (V) (3). 120. Chretien von Troyes Leben und Werke (V) (3). Sprachkurse in: Englisch, Französisch, Niederländ., Span., Russisch, Arabisch, Hindustani. 121. Bertran de Born (V) (1). 122. Moderne engl. Literatur I. (V) (3). 123. Lyriker der italien. Renaissance (V) (1).	11. Die deutschen Ausgrabungen in Kleinasien (V) (1).
124. Geschichte der neueren schwed. Literatur (V) (1).	125. Littérature française: Quelques grands prosateurs français (V) (2). 126. English novelists of to-day (V) (1).	Sprachkurse in: Niederländisch, Dänisch, Schwed., Franz., Englisch, Arabisch, Syrisch.	
	33. Geschichte und gegenwärtiger Stand der gesamten evangel. Mission in China (V) (2). 34. Chines. Volkskunde mit besond. Berücksichtigung der deutschen Missionsgebiete in Südchina (V) (1).	127. Christian socialism in the mirror of English literature (V) (1). 128. Übersicht über die französische Literatur des Mittelalters (V) (3). 129. Histoire de la littérature française au 18e siècle (V) (2).	12. Exotische Krankheiten und Auslandshygiene (V) (1).
35. Missionswissenschaftl. Übungen (Ü) (1—2).	36. Die Religionen der orientalischen Völker (V) (2).		Sprachkurse in: Englisch, Französisch.
		130. Geschichte der engl. Literatur von Pope bis Wordsworth (V) (4).	
131. Frankreich von 1848—1870 (Kultur- und Literaturgeschichte) (V) (2).	132. La société française et le théâtre au 18e siècle et sous la grande révolution (V) (2).	Sprachkurse in: Englisch, Französisch, Italienisch, Span., Neugriechisch, Syrisch und Neupersisch.	

A. Technische Hochschulen	Erd- und Völkerkunde und Volkswirtschaft	Philologie u. Geschichte	B. Technische Hochschulen	Erd- und Völkerkunde und Volkswirtschaft	Philologie u. Geschichte
I. Darmstadt .	25. Die Vereinigt. Staaten als Weltmacht (V) (1).	Sprachkurse in: Englisch, Franz., Italien.	IX. Karlsruhe . .		Sprachkurse in: Englisch u. Französisch.
II. Dresden . . [unvollst. Vorlesungen im Auslandsseminar]	26. Pflanzengeographie u. Kulturpflanzen v. Rußland (V) (1). 27. Tropische Vegetation u. ihre Kolonialprodukte mit Demonstr. (V) (1). 28. Volkswirtschaftliche Übungen, insbes. über Rußland (Ü) (2). 29. Klima u. Hydrographie von Rußland (V) (1). 30. Osteuropa (Rußland), geographisch u. wirtschaftlich (V) (2). 31. Geologie und Bodenschätze von Rußland (V) (1). 32. Geschichte, Kultur u. Staatsverfassg. d. Republik Georgien (V) (6).	7. Shakespeares Leben u. Werke (V) (3). 8. Engl. Malerei (V) (1). 9. Russ. Gesch. v. 1815 bis zum Ausbruch des Weltkriegs (V) (1). 10. Geschichte d. deutsch. Kolonien (V) (1). 11. Altfranzös. Literaturgeschichte (V) (2). Sprachkurse in: Englisch, Italien., Franz.	X. München . . .	33. Länderkunde v. Afrika u. Australien mit bes. Berücksichtig. d. wirtschaftl. Verhältn. u. d. deutschen Kolonien (V) (4).	Sprachkurse in: Englisch, Franz., Italien.
III. Hannover		12. Engl. Sprache u. Literatur (V) (2) (1 Unter- und 1 Oberkurs). 13. Franz. Sprache u. Literatur (V) (2) (1 Unter- und 1 Oberkurs). 14. August Strindberg: Einführung in seine Geisteswelt (V) (1). Sprachkurse in: Franz., Engl., Türk.	XI. Stuttgart . . .	34. Deutschland und die andern Großmächte (V) (2). 35. Länderkunde v. Nordamerika unter bes. Berücksichtig. der Wirtschaftsgeographie (V) (2). Übungen dazu (Ü) (2).	15. Shakespeares comedies (V) (2). 16. Hist. du théâtre français dans la seconde moitié du 19e siècle (V) (2). 17. Philipp II. v. Spanien (V) (1). 18. Drama Ibsens (V) (1). 19. Sören Kierkegaard (V) (2). Sprachkurse in: Englisch, Französ., Italienisch und Spanisch.

II. Regionale Übersicht

A. Universitäten

Land	Länder-, Völker- und Staaten- kunde	Volkswirtschaft	Geschichte (auch Kolonial- geschichte)	Recht	Theologie und Missionswesen	Philologie und Sprachkurse	Sonstige Vorlesungen
Allgemeines	1, 2, 3, 14, 15, 16, 22, 23, 26, 31, 32, 33, 35, 36, 37, 38, 41, 42, 43, 46, 63, 64, 68, 69, 70, 73, 75, 80, 83, 86, 87, 88, 89, 91.	4, 7, 8, 10, 24, 26, 29, 32, 35, 36, 37, 40, 45, 46, 47, 48, 50, 51, 52.	1, 24, 26, 35, 37 47.	16.	2, 4, 5, 15, 18, 21, 22, 23, 27, 28, 32, 35.		1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 9.
Auslanddeutschum .	74.	1, 2, 43, 49.	32, 44, 45.	.	11, 12.		
Europa	18, 53, 81, 85, 90.	11.	7, 8.				
Deutsche Kolonien .	60, 66.		25.				
Österreichische Nach- folgestaaten	72.		20.	3.		12, 29, 32, 118.	
Frankreich u. Belgien	6, 21, 27, 40, 58.	3, 5, 6, 19, 21, 33.	22, 28, 48.	4, 11, 21.		4, 5, 6, 8, 9, 10, 17, 18, 19, 20, 21, 25, 34, 35, 38, 43, 44, 45, 51, 52, 56, 61, 62, 63, 64, 67, 73, 83, 84, 88, 89, 90, 91, 92, 97, 98, 106, 107, 113, 117, 120, 121, 125, 128, 129, 131, 132.	
Niederlande		18.				1, 13, 43, 100.	
England und dessen Kolonien	6, 59, 79, 84.	9, 23.	2, 12, 14, 17, 21, 30, 34, 36, 38, 40, 42, 43, 48.	1, 14, 18.		3, 14, 15, 16, 23, 27, 36, 37, 40, 41, 43, 46, 47, 48, 49, 50, 59, 60, 65, 66, 82, 86, 87, 95, 96, 102, 103, 104, 105, 111, 112, 114, 119, 122, 126, 127, 130.	
Spanien und Portugal	30, 50.		13.			23, 64, 68, 69, 70, 74, 75, 76.	
Italien	30, 90.				10.	7, 22, 53, 54, 64, 72, 108, 116, 123.	10.
Balkanländer	13, 30, 50, 62, 67.		4, 5, 27, 41.	2, 20.		24, 29, 30.	
Osteuropa	7, 13, 28, 51, 55, 62.	12, 13, 14, 15, 16, 17, 38, 41, 42.	3, 9, 10, 11, 15, 16, 18, 44.	5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 19.	8, 9, 13, 25.	11, 28, 29, 33, 55, 81, 99, 109, 110.	
Skandinavien	34, 57.	23, 28, 30.		17.		2, 39, 42, 57, 58, 85, 93, 94, 115, 124.	
Naher Orient	12, 17, 29, 44, 50.	27, 39, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62.	27, 33, 41, 46, 48.	2, 15, 20.	7, 16, 26, 29, 30, 36.	31, 77, 101.	8, 10, 11.
Indien	11, 39, 76, 78.				14, 17, 26, 29, 31, 30.	73.	
Ostasien	9, 10, 46, 61, 77, 78, 82.		39.		3, 6, 19, 20, 24, 33, 34.	79, 80.	
Angloamerika	52, 54.	5, 31, 44, 54.	19, 20, 23, 29, 31.	9, 14.	1.		
Lateinamerika	24, 25, 47, 56, 65.	53, 63.	20, 29.		1.	70, 71, 76.	
Afrika	45, 71.	25.	6.		1.		
Australien	19, 66.				1.		
Meere	4, 8, 20, 48.	34.					

B. Technische Hochschulen

Land	Länderkunde	Philologie und Geschichte	Land	Länderkunde	Philologie und Geschichte
Allgemeines	1, 2, 17, 20, 27, 34.	6.	Osteuropa	3, 24, 26, 28, 29, 30, 31, 32.	3, 4, 9.
Deutsche Kolonien		10.	Ferner Orient	22.	
Europa	14.		Angloamerika	15, 25, 35.	
Frankreich	5.	2, 11, 13, 16.	Lateinamerika	6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13.	
England und seine Kolonien ..	4, 18, 21.	1, 5, 7, 8, 12, 15.	Afrika und Australien	33.	
Spanien		17.	Meere	16, 20, 23.	
Skandinavien		14, 18, 19.			

III. Verzeichnis der Dozenten

Abkürzungen: oP = ordentl. Professoren. oHP = ordentl. Honorarprofessoren. aP = außerordentl. Professoren. PD = Privatdozenten. L = Lektoren.

A. Universitäten.

Länder-, Völker- und Staatenkunde.

1. Max Schmidt (PD)
2. v. Luschan (oP)
3. Max Schmidt (PD)
4. Rühl (aP)
5. Rühl (aP)
6. Kretschmer (aP)
7. Pohle (PD)
8. Merz (oHP)
9. v. Lecoq
10. de Groot (oP)
11. v. Glasenapp (PD)
12. Marquart (oP)
13. Philippson (oP)
14. Quelle (oP)
15. Graebner (PD)
16. Graebner (PD)
17. Horten
18. Volz (oP)
19. E. Obst (aP)
20. Dietrich (aP)
21. Klapper (L)
22. Henning (PD)
23. Maull (PD)
24. v. Born (PD), Georgii (PD), Maull (PD)
25. Vatter (beauftragt. L.)
26. Vatter (L)
27. Vernay (L)
28. Fritzler (L)
29. Rühl (L)
30. Neumann (oHP)
31. Sievers (oP)
32. Klute (PD)
33. Meinardus (oP)
34. Braun (oP)
35. Thurnwald (PD)
36. Thurnwald (PD)
37. Thurnwald (PD)
38. Thurnwald (PD)
39. Thurnwald (PD)
40. Voretzsch (oP)
41. Thilenius (oP)
42. A. Schultz (PD)

43. Thilenius (oP) u. Reche (PD)
44. A. Schultz (PD)
45. Gürich (oP)
46. Krause (PD)
47. v. Zahn (oP)
48. Wüst (oP)
49. N. N.
50. N. N.
51. Keller (L)
52. Tuckermann (PD)
53. Andrée (oP)
54. Kraus (PD)
55. Friederichsen (oP)
56. Mayer (PD)
57. Friederichsen (oP)
58. Scheu (PD)
59. Hans Meyer (oHP)
60. Hans Meyer (oHP)
61. P. Lehmann (PD)
62. E. Friedrich (aP)
63. Weule (oP)
64. Krause (PD)
65. Krause (PD)
66. Weule (oP)
67. Weigand (aP)
68. Hans Meyer (oHP)
69. N. N.
70. Krause (PD)
71. Krause (PD)
72. Karl H. Meyer (PD)
73. Schultze Jena (oP)
74. Hagen (PD)
75. Schultze Jena (oP)
76. Schermann (oP)
77. Schermann (oP)
78. Schermann (oP)
79. Wells, B. A. (L)
80. Mecking (oP)
81. Mecking (oP)
82. Teschemader (PD)
83. Kurz (PD)
84. Imelmann (aP)
85. Uhlig (oP)
86. Uhlig (oP)
87. Krämer (aP)
88. Krämer (aP)

89. Sapper (oP)
90. Sapper (oP)
91. Sapper (oP)

Volkswirtschaft.

1. Hoeniger (oHP)
2. Ludw. Bernhard (oP)
3. Ver Hees (aoP)
4. Dade (aoP)
5. Ver Hees (aoP)
6. Gust. Mayer (PD)
7. Ver Hees (aoP)
8. Otto Warburg (PD)
9. Dietrich (PD)
10. Andreae (aP)
11. Koebner (aP)
12. Kaplun-Kogan (L)
13. Kaplun-Kogan (L)
14. Lewin (PD)
15. Kaplun-Kogan (L)
16. Bergrat Dr. Flegel (PD)
17. Ing. Rohwedder (L)
18. Metz (L)
19. Hengesbach (L)
20. Kraus (aP)
21. Paufler (L)
22. Bruck (aP)
23. Kähler (oP)
24. Schlüter (oP)
25. Rathgen (oP)
26. Koch-Grünberg (oHP)
27. Herrmann (L)
28. Bosse (oHP)
29. Gehrke (PD)
30. Bosse (oHP)
31. Bühler
32. Gehrke (PD)
33. O. Brandt (PD)
34. N. N.
35. Wittmann (PD)
36. Schroeder (aP)
37. Reibisch (aP)
38. Keller (L)
39. Falk Bey (L)
40. Eckert (oP)
41. Preyer (oP)

42. Preyer (oP)
43. Foethke (Stud. R.)
44. Rich. Schmidt (oP)
45. Ernst Schultze (PD)
46. Ernst Schultze (PD)
47. Golf (aP)
48. Golf (aP)
49. Mannhardt (PD)
50. Hausmann (PD)
51. Hoyer
52. Kemény
53. Daenell (oP)
54. Plenge (oP)
55. Meister (oP)
56. Grimme (oP)
57. Karge (oP)
58. Karge (oP)
59. Grimme (oP)
60. Sachse (PD)
61. Daenell (oP)
62. R. Schmidt (oP)
63. Hammel (L)

Geschichte (auch Kolonialgeschichte).

1. Schäfer (oP)
2. Struck (PD)
3. Hoetzsch (oP)
4. Stählin (oP)
5. Hoetzsch (oP)
6. Becker (oHP)
7. Vogel (oP)
8. Brinkmann (PD)
9. Stählin (oP)
10. Hoetzsch (oP)
11. Pohle (PD)
12. Brinkmann (PD)
13. Pf. Bosch-Gimpera (aus Barcelona)
14. Bröker (L)
15. Andreae (aP)
16. Andreae (aP)
17. Albers (L)
18. Andreae (aP)
19. Schüssler (PD)

20. Michael (aP)
21. Michael (aP)
22. Roloff (oP)
23. Hall (aP)
24. Sommerlad (oHP)
25. v. Ruville (PD)
26. Sommerlad (oHP)
27. Hasenclever (PD)
28. Gerstenberg (PD)
29. Keutgen (oP)
30. Wolff (oP)
31. Rein (PD)
32. Salomon (oP)
33. Prinz (oP)
34. A. O. Meyer (oP)
35. Hashagen (oP)
36. Spahn (oP)
37. Foy (aP)
38. Krauske (oP)
39. Conrady (aP)
40. Salomon (aP)
41. R. Hartmann (aP)
42. Salomon (aP)
43. Schöffler (PD)
44. Brackmann (oP)
45. Brackmann (oP)
46. Karge (oP)
47. d'Ester (PD)
48. Haller (oP)

Recht.

1. E. Heymann (oP)
2. Nord (L.-R. i. Ausw. Amt)
3. v. Medgyesy (ung. Konsul)
4. Fritz Norden (Brüssel)
5. Rechtsanw. Böhme
6. Zaitzeff (PD)
7. Kulischer (PD)
8. N. N.
9. Higgins
10. v. Freytagh-Loringhoven (oHP)
11. derselbe (oHP)
12. derselbe (oHP)
13. Schöndorf (PD)

14. Justizrat L. Wertheimer (L)
15. Hamid (L)
16. Gmelin (oP)
17. Coenders (oP)
18. Mendelssohn-Bartholdy (oP)
19. Manigk (oP)
20. Muhieddin (L)
21. Neumeyer (aP)

Theologie und Missionswissenschaft.

1. Jul. Richter (oP)
2. Jul. Richter (oP)
3. Erich Schmitt (PD)
4. Jul. Richter (oP)
5. v. Harnack (oP)
6. Andres (PD)
7. C. Clemen (oP)
8. Haase (aP)
9. derselbe
10. Altaner (PD)
11. Gen.-Sup. D. Bernewitz
12. D. Hoffmann (oHP)
13. Haase (aP)
14. Printz (PD)
15. D. Schultze (oP)
16. D. Dalman (oP)
17. Zimmer (PD)
18. Haußleiter (oP)
19. Merkel (PD)
20. Schlunk (L)
21. Schlunk (L)
22. Schlunk (L)
23. Glaue (aP)
24. Glaue (aP)
25. D. Uckeley (oP)
26. v. Arseniew (L)

27. Paul (oHP)
28. Paul (oHP)
29. Aufhauser (aP)
30. Aufhauser (aP)
31. Wilh. Geiger (oP)
32. Kaller (oP)
33. Oehler (PD)
34. derselbe (PD)
35. derselbe (PD)
36. v. Garbe (oP)

Philologie und Sprachkurse.

1. van de Kerckhove (L)
2. Marcus (PD)
3. Brandl (oP)
4. Lommatzsch (aP)
5. Lommatzsch (aP)
6. Wechßler (oP)
7. Lommatzsch (aP)
8. Milléquant (L)
9. derselbe (L)
10. derselbe (L)
11. Al. Brückner (oP)
12. Gragger (oP)
13. van Dam (L)
14. Dibelius (oP)
15. Schmittbetz (L)
16. Sturt (L)
17. Gaufinez (aoP)
18. Gaufinez (aoP)
19. Menzeratz
20. Stud. R. Dr. Platz
21. Stud. R. Dr. Platz
22. Amoretto (L)
23. Dr. Spitzer (PD)
24. Goetz (oP)
25. Palgen (L)
26. Schücking (oP)
27. Stoy (L)

28. Diels (oP)
29. derselbe (oP)
30. Nikel (oP)
31. Giese (oHP)
32. Winkler (aP)
33. Abicht (aP)
34. Pirson (oP)
35. Pirson (oP)
36. Curtius (oP)
37. Stephens (L)
38. Friedwagner (oP)
39. Witkop (aP)
40. Brie (oP)
41. derselbe (oP)
42. Collin (aP)
43. van der Meer (aP)
44. Franz (L)
45. Franz (L)
46. Horn (oP)
47. Stephens (L)
48. Morsbach (oP)
49. Morsbach (oP)
50. Beifus (L)
51. Stimming (oP)
52. Juillard (L)
53. Wihlfahrt (L)
54. Wihlfahrt (L)
55. Grimm (L)
56. Hilka (oP)
57. N. N.
58. N. N.
59. Ritter (PD)
60. Pugh (L)
61. Mulertt (PD)
62. Lavoipière (L)
63. derselbe (L)
64. Schädel (oP)
65. Wolff (oP)
66. Wendt (L)
67. Urtel (PD)
68. Arnalot (L)

69. Krüger (PD)
70. Großmann (L)
71. Urtel (PD)
- Bieler (L)
72. N. N.
73. Dr. Brulez (L)
74. Montesinos (L)
75. Arnalot (L)
76. Frl. Ey (L)
77. Ritter (oP)
78. Meyer-Bentley (PD)
79. Florenz (oP)
80. Florenz (oP)
81. v. Bubnoff (PD)
82. Hoops (oP)
83. Neumann (oP)
84. Oltschki (aP)
85. Lundahl (L)
86. Kirchner (L)
87. Kirchner (L)
88. Schultz-Gora (oP)
89. Olivier (L)
90. Gelzer
91. Prof. Ebeling (oP)
92. Gallay (L)
93. Frhr. v. Lagerfelt (L)
94. derselbe (L)
95. Koelbing (L)
96. Weimeich-Williams (L)
97. Lorck (oP)
98. Odenbach (L)
99. Rost (aP)
100. Jolles (aP)
101. K. Hartmann (aP)
102. Förster (oP)
103. Schöffler (PD)
104. Wildhagen (aP)
105. Peters (L)
106. Friedmann (PD)
107. Friedmann (PD)
108. Ph. A. Becker (oP)

109. Karl H. Meyer (PD)
110. Friedmann (PD)
111. Deutschbein (oP)
112. Freund (L)
113. Curtius (oP)
114. Schick (oP)
115. Woerner (oHP)
116. Gottfr. Hartmann (oP)
117. Jules Simon (L)
118. Gesemann (PD)
119. Kaller (oP)
120. Wiese (oP)
121. Zenker (oP)
122. Imelmann (aP)
123. Zenker (oP)
124. Björkmann (L)
125. Spehr (L)
126. von Siebold (L)
127. Eoll (L)
128. Haas (oP)
129. Pfau (aP)
130. Jiriczek (oP)
131. Kuchler (oP)
132. Vernay (L)

Sonstige Vorlesungen.

1. Ziermann
2. Braun (PD)
3. P. Schmidt (oP)
4. Frölich (oP)
5. Karsten (oP)
6. Voigt (oP)
7. Nocht (oP)
8. Koch (aP)
9. Golf (aP)
10. Hamann (oP)
11. Pagenstecher (oP)
12. Olpp (aP)

B. Technische Hochschulen.

Länder-, Völker- und Staatenkunde und Volkswirtschaft.

1. Eckert (PD)
2. Eckert (PD)
3. Brussow (L)
4. Scharff (L)
5. Scherff (L)
6. Lutz (Leipzig)
7. Daenell (Münster)
8. Sapper (Würzburg)
9. Obstl.v. Kiesling (München)

10. Langhans (Gotha)
11. Wätjen (Karlsruhe)
12. Konsul Mann (Bielefeld)
13. Penck (Leipzig)
14. Rühl (oP)
15. Rühl (oP)
16. Rühl (oP)
17. Bergsträsser (PD)
18. Dietrich (PD)
19. Dietrich (PD)
20. Dietrich (PD)
21. v. Bocklmann (PD)
22. derselbe

23. derselbe
24. derselbe
25. Schüller (PD)
26. Drude (oP)
27. derselbe
28. Gehrig (oP)
29. Gravelius (oP)
30. Hassert (oP)
31. Rimann (oP)
32. Holldack (oP)
33. Greim (oP)
34. Egelhaat (oP)
35. Wunderlich (PD)

Philologie und Geschichte.

1. N. N.
2. Scherff (L)
3. Schäfer (PD)
4. Grünenthal (L)
5. Luckwaldt (oP)
6. Luckwaldt (oP)
7. Brotanek (oP)
8. Bruck (oP)
9. Geß (oP)
10. Hecher (PD)

11. Klemperer (oP)
12. Kasten (oP)
13. N. N.
14. Lessing (PD)
15. Dierlamm (PD)
16. Ött (aP)
17. Marx (PD)
18. Meyer (oP)
19. Schrempp (PD)

Das Deutschtum in der Slowakei

Die Bedeutung des Auslandsdeutschtums wird heute im Deutschen Reiche weit besser gewürdigt als dies vor dem Kriege der Fall war. Die Erkenntnis, daß das Grenz- und Auslandsdeutschtum beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft überaus wichtige Aufgaben zu erfüllen hat, ließ das Interesse für die nicht im Reiche geeinten Volksgenossen neu aufleben. Dies gilt besonders auch für das Deutschtum in der Tschechoslowakei.

Noch vor kurzem dachten im deutschen Volke nur wenige daran, daß einst wagemutige Auswanderer große Teile Ungarns besiedelt hatten, daß im Waagtal, in der Tatra und im oberungarischen Berglande deutsche Siedlungen, deutsche Bergstädte entstanden waren, die vom Mutterland völlig losgelöst,

ohne kulturellen Zusammenhang mit dem Stammvolk ver kümmerten, von Pest, Krieg und Seuchen geschwächt, durch eine kurzsichtige Magyarisierungs-Politik bedrängt, langsam dem sie umgebenden Slowakenvolke versanken. Nur so ist erklärlich, daß auf dem zum Teil uralten deutschen Siedlungsboden der Slowakei nach der Volkszählung von 1910 nurmehr 261 000 Deutsche gezählt wurden neben 1 703 000 Slowaken, 1 071 000 Magyaren, 431 000 Ukrainern, 17 000 Rumänen und 66 000 Angehörigen anderer Völker, zumeist Polen. Nach tschechischen Angaben der jüngsten Zeit beträgt die Gesamtzahl der Deutschen in der Slowakei gar nur 199 291, das sind 6,8 % der Gesamtbevölkerung. Die statistischen Angaben aus tschechisch-

zw. slowakischer Quelle über den deutschen Bevölkerungsanteil weichen überhaupt recht wesentlich voneinander ab und sind offensichtlich von der Tendenz durchdrungen, das Deutschtum in der Slowakei auf einen möglichst niedrigen Prozentsatz herabzudrücken um es sprachlich, kulturell und wirtschaftlich völlig zu unterdrücken und schließlich ganz verschwinden zu machen.

So war man bei den letzten Volkszählungsversuchen ängstlich bemüht, auf alle Juden, welche in der Slowakei an 200 000 Seelen zählen, einen Druck auszuüben, damit sie sich nicht zum Deutschtum bekennen, dessen Kulturkreise sie fast zur Hälfte angehören, sondern als eigene Nation bekennen.

Trotzdem kommt den Deutschen in der Slowakei als den Vertretern einer höheren Kultur, in welcher Eigenschaft sie seit dem 12. Jahrhundert im Lande wirken, und ihrer wirtschaftlichen Kraft eine besondere Bedeutung zu. Sie waren hier wie in dem übrigen Ungarn und Böhmen die Städtegründer, besiedelten aber auch das walddreiche oberungarische Bergland, zum Teil als Bergleute oder aber auch als Holzfäller und Waldarbeiter. Kulturell und wirtschaftlich besonders wichtig sind vom Deutschtum in der Slowakei jenes im Preßburger Gebiete und in der Zips.

Preßburg, die ehemalige Haupt- und Krönungsstadt Ungarns und einstige Feste der Quaden, dann der Heruler, und die deutsche Umgebung der Stadt schließen an das Deutschtum Österreichs und Westungarns an, mit dem die Bevölkerung auch art- und wesensverwandt ist. Das Gebiet umfaßt außer der jetzt fast hunderttausend Einwohner zählenden Stadt Preßburg noch neun fast rein deutsche Orte, ferner starke deutsche Minderheiten in den nächst gelegenen Siedlungen der Bahnlinie Preßburg-Sillein, die ursprünglich zumeist rein deutsche Städte und Orte waren, und erst seit der gewaltsamen Magyarisierungspolitik — slowakisiert wurden. In Preßburg und Umgebung leben gegen 60 000 Deutsche, davon mehr als die Hälfte in Preßburg, das entgegen den verschiedenen Volkszählungsergebnissen des letzten Jahrzehnts noch immer überwiegend deutsch ist. Nur das mangelnde Nationalgefühl ließ eine Vertuschung dieser Tatsache bisher zu. Nach der ungarischen Volkszählung von 1910 zählte Preßburg-Stadt 78 231 Einwohner, darunter 31 786 Deutsche, 30 310 Magyaren (davon zumindest die Hälfte deutscher Abstammung) und 9816 Slowaken; die Gespanschaft Preßburg (ohne die Stadt) 311 527 Einwohner, davon 131 662 Magyaren, 21 032 Deutsche, 154 344 Slowaken, der Rest Anderssprachige. Preßburg, das trotz seiner günstigen geographischen Lage von jeder ungarischen Regierung zugunsten von Budapest wirtschaftlich vollständig vernachlässigt wurde, dürfte als größter und bester Donauhafen der tschechoslowakischen Repu-

blik besondere wirtschaftliche Bedeutung erlangen. Der Umschlag im Hafen belief sich vor dem Kriege auf etwa 60 000 Tonnen jährlich, soll aber in absehbarer Zeit auf eine Million Tonnen gebracht werden; er beträgt derzeit monatlich etwas über 20 000 Tonnen. Am Ausbau des Hafens wird intensiv gearbeitet.

Ebenfalls sehr bedeutend ist die deutsche Sprachinsel im Bereiche der Hochkarpathen, des wildromantischen Tatra-gebirges, das bis zu 2600 Meter Höhe emporsteigt, die Zips.

Sie umfaßte ursprünglich 44 Ansiedelungen mit derzeit etwa 40 000 Deutschen, wovon gegen 10 000 im Gölnitztale leben. Die Zipser Sachsen stellten einst einen Bund von 24 Städten dar. Ihre Macht sank jedoch immer mehr, besonders seitdem die Hälfte der Zips an Polen gekommen war. Die Zips wird gegenwärtig von den Slowaken schwer bedrängt. Durch eine neue Gaueinteilung soll dieses wirtschaftlich einheitliche Gebiet, das auch politisch seit Jahrhunderten eine Verwaltungseinheit bildete, zerrissen werden, um die Deutschen dortselbst zur Bedeutungslosigkeit herabdrücken zu können.

Die übrigen Deutschen in der Slowakei leben in kleinen verstreuten Sprachinseln um Kremnitz, Deutschproben, Hochwiesen, Munkacz usw. Sie sind von der ungarischen Regierung kulturell vielfach sehr vernachlässigt worden und bieten häufig ein ergreifendes Bild der Versunkenheit. Charakteristisch für sie ist die Schilderung, welche der Mundartenforscher K. Schröer über eine derartige Gemeinde gibt. Obwohl der Ort mit 1700 Einwohnern dem Studienfond gehört, „haben sich die Armen doch zu beklagen, daß sie seit 80 Jahren ihre Kinder in die slawische Volksschule des benachbarten Ortes schicken müssen, wo der Lehrer kein Wort Deutsch zu ihnen spricht. Der Unterricht geht für sie dadurch fast ganz verloren, denn sie lernen ihre Muttersprache weder lesen noch schreiben. Was sie lernen, ist die slawische Beichtformel und slawische Gebete, die sie nicht verstehen; selbst der Pfarrer ihres Ortes verkehrt mit ihnen nur slawisch, betet und predigt slawisch.“ Nach dem Umsturze erhielten einige dieser Gemeinden deutsche Schulen, deren Slowakisierung aber jetzt wieder ganz nach ungarischem Muster und ungarischen Gesetzen vorbereitet wird.

Erfreulicherweise bricht sich das völkische Bewußtsein unter den Deutschen in der Slowakei immer mehr Bahn. Wohl hat der Deutsche Kulturverband für die tschechoslowakische Republik erst im letzten Halbjahr die Deutschen im Preßburger Gebiete organisiert und zusammengeschlossen, doch ist die Hinneigung und werktätige Förderung des deutschen Volkstums unverkennbar. Zweifellos wird es in kurzer Zeit gelingen, auch das gesamte Deutschtum in der Slowakei ebenso erfolgreich zusammenzufassen.

A. L. E.

Baron Samuel von Brukenenthal

Zur 200. Wiederkehr seines Geburtstages von Dr. RICHARD CSAKI, Hermannstadt.

Am 21. Juli dieses Jahres feiern die Siebenbürger Sachsen den 200. Geburtstag ihres größten Volksmannes, des Freiherrn Samuel von Brukenenthal.

Die großen politischen Verdienste, die sich dieser hervorragende Staatsmann in der Zeit der Theresianischen Rekatholisierungsbemühungen um sein Volk erworben hat, mögen hier nur gestreift werden. Getreu seinem Wahlspruche „Fidem Zensque servabo“, hat er, von der Kaiserin mit hohen Ämtern, zuletzt mit dem eines Gouverneurs von Siebenbürgen betraut, die Interessen seiner Nation gegen die Bedrückungen des ungarischen Adels und gegen den mit brutalen Zwangsmitteln auf-tretenden katholischen Klerus mannhaft und erfolgreich verteidigt.

Aber diese Tatsache bedeutet unter der Perspektive der sächsischen Gesamtentwicklung eine reine Selbstverständlichkeit. Selbstverständlich ist von jeher für den sächsischen Volkscharakter das Eintreten jedes einzelnen für Volkstum und völkische Kirche gewesen. Also nicht die Tatsache, sondern der außergewöhnliche Erfolg seiner nationalen Arbeit, den seine geniale Persönlichkeit erfocht, sichern ihm einen dauernden Ehrenplatz in der sächsischen Volksgeschichte.

Größer noch und weniger selbstverständlich gerade für die Geistesrichtung des sächsischen Nationalcharakters ist die Kulturarbeit, die Brukenenthal für sein Volk geleistet hat. In einer Zeit, wo in Siebenbürgen wissenschaftliche und künst-

lerische Interessen kaum noch im Keime vorhanden waren, hat es Brukenthal zuwege gebracht, ohne alle Vorarbeiten das bedeutendste Kulturinstitut zu errichten und auszubauen, das in auslanddeutschen Gebieten wohl überhaupt zu finden ist. Er hat dies Institut samt seinem prachtvollen Palais und zur Erhaltung dienenden Stiftungsgütern und -Geldern dem Hermannstädter evangelischen Gymnasium vermacht und dadurch dem sächsischen Volk für alle Zeit einen Mittelpunkt seiner höheren geistigen Güter geschaffen. Das Institut besteht bis auf den heutigen Tag fort als Baron Brukenthalsches Museum in Hermannstadt.

Brukenthal hat den Grundstock zu seinen Sammlungen durch die Erwerbung zahlreicher, namentlich niederländischer Gemälde gelegt, die er mit einem noch heute Bewunderung erregenden Kunstsinn auswählte. Zur Bildergalerie, die heute rund 1500 Gemälde, darunter Bilder von Jan van Eyk, Memling, Teniers, Tizian u. a., zählt, gesellte sich eine reiche Kupferstichsammlung, eine heute über 100000 Werke zählende Bibliothek, eine numismatische, archäologische, ethnographische Sammlung und eine das sächsische Kunstgewerbe in seiner Vollendung darstellende Schmucksammlung.

Gegenwärtig besteht der Plan, diese großartigen Sammlungen im schöpferischen Sinn des stets um den Weiterbau besorgten Brukenthal zu einem sächsischen Nationalmuseum und schließlich auch zu einem wissenschaftlichen und künstlerischen Zentralinstitut der Deutschen in Groß-Rumänien auszubauen. Leider fehlen hiezu vorläufig alle Mittel. Das Museum steht ärmer und leistungsfähiger da als je, trotzdem es bei Aufbringung des nötigen Geldes so sehr entwicklungsfähig wäre. Die Stiftungsgelder reichen bei der erfolgten Geldentwertung kaum mehr aus, das Notwendigste an Gehältern, Reparaturen usw. zu decken, für Neuanschaffungen langt es längst nicht mehr. So droht das Museum einer katastrophalen Stagnation zu verfallen und seiner Bestimmung, eine lebendige Quelle des deutschen wissenschaftlichen und künstlerischen Lebens an der Grenze des Orients zu sein, ungetreu zu werden. Hoffentlich gelingt es bei dem zur Brukenthalfeier am 21. Juli für die Schöpfung des großen Mannes allgemein neu erweckten Interesse auch den materiellen Grund neu zu legen für den Ausbau, den das heutige Geschlecht ihm schuldet, wenn auch für die Sachsen von heute das Wort Geltung behalten soll: *Fidem genusque servabo!*

Muttersprache und Volksabstimmung im Banat

Von Dr. HEINRICH MÜLLER, Temesvar, Rumänien.

Ein Temesvarer ungarisches Blatt, „Temesvau Hirlap“, sagt unter anderem: „Wir möchten gerne die Daten einer solchen Volkszählung (in Temesvar) sehen, bei welcher jeder sich zu diesem Volke bekennen kann, zu dem er sich bekennen will, und bei welcher die Verhältniszahl der Deutschen nicht dadurch steigen würde, daß auch nichtdeutschsprechende Leute wegen ihres deutschen Namens zu den Deutschen gezählt werden.“ Dieses Blatt scheint den Weltkrieg und die Revolution 1918 verschlafen zu haben, daß es die entnationalisierten Deutschen noch immer zum Ungarntum rechnet.

Das „Muttersprachenprinzip“ der gewesenen irrwegigen ungarischen Statistikpolitik ist schon längst als falsch bewiesen worden. Um die Unhaltbarkeit und die handgreifliche Tendenz dieser Politik richtig zu veranschaulichen, zitiere ich eine Verordnung, welche sämtliche Schulen vor der Volkszählung 1910 erhielten. Sie lautet: „Der Schüler gibt wahrheitsgetreu seine Sprache an, die er sein eigen nennt, die er am besten beherrscht und die er am liebsten spricht. Dementsprechend ist zu beachten, daß am häufigsten zwar die Muttersprache identisch ist mit jener Sprache, die er in seiner Jugend, gewöhnlich von seiner Mutter, erlernte, mit dieser aber nicht immer zusammenfällt, denn die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß die Muttersprache des Schülers eine andere ist wie die seiner Mutter, besonders wenn er sich in der Schule oder durch anderen Verkehr eine andere, von der seiner Mutter verschiedene, angeeignet hat.“ „Kgl. ung. Zentralstatistisches Amt.“ Das hat soviel geheißen, daß ein Schwabenkind, das eine ungarische Schule in Keeshemit besuchte und nur ungarischen Umgang hatte, alles ungarisch lernte, daher es diese Sprache am besten beherrschte, die ungarische Sprache als seine Muttersprache „nannte“ und zum Ungar gestempelt wurde. Hingegen blieb der Bruder desselben Schwaben, der in seinem Dorfe Bauer blieb und nur deutschen Umgang hatte, ein Schwabe. Nach diesem krankhaften Grundsatz also gebar die deutsche Mutter dieser zwei einen Ungarn und einen Deutschen! Oder ist z. B. ein englisches Kind, das durch das Schicksal sagen wir unter Japaner verschlagen wurde und dort nur japanisch lernte, zu einem Japaner geworden, weil keine Möglichkeit vorhanden war, englisch zu lernen;

seine englische Abstammung ist aber merkwürdigerweise nach seinem zufällig gebliebenen englischen Namen oder nach seiner Rassephysiognomie gänzlich nachweisbar, es wird wieder durch Zufall von irgendeinem Stammesgenossen aufgefunden und der führt das Kind seiner Abstammung gemäß zurück. Dieses Kind kann gegen das japanische Volk Sympathien oder Antipathien hegen, aber es ist doch englisch geblieben, wenn es eine englische Mutter gebar. Das ist doch so einfach, so natürlich, darüber sollte jemand mit gesundem Menschenverstand gar nicht debattieren, und es gehört doch zu den Selbstverständlichkeiten für jedes Volk, daß es seine verlorengegangenen Stammesangehörigen zu seiner Volksfamilie zurückleitet. Und wir Schwaben machen von diesem Menschenrecht nur Gebrauch, wenn die nicht deutsch sprechenden aber den von ihren deutschen Vätern ererbten Namen noch besitzenden Einwohner des Banates zu den Deutschen gerechnet werden und ihrem deutschen Blute entsprechend der deutschen Gesinnung und Mutter zurückgeleitet werden; denn daß diese höher steht als die genossene Bildung, die doch auch nur der deutschen entstammte, ist doch unstreitbar.

Haben denn die vorkriegszeitlichen ungarischen Politiker und Gelehrten nicht Anstrengungen gemacht, die in der Moldau lebenden Ungarn vor einer Romanisierung zu retten, die nach Amerika ausgewanderten Ungarn ihrem Volkstume zu erhalten? Erschollen nicht Jeremiaden über die Entnationalisierung der Sekler-Ungarn in Siebenbürgen und der Paloez-Ungarn in der Slowakei, von welcher ersteren viele im Rumänentum und von den letzteren viele im Slowakentum aufgingen? Demgegenüber wurden aber Versuche gemacht, die Schwaben zu madjarisieren und zu diesem Werke waren die besten Handlanger die ihrem Volke entführten Renegaten. Und all dies vollzog sich noch im früheren Ungarn.

Der in der ungarischen Geschichte als der „größte Ungar“ bezeichnete Graf Stephan Széchenyi schrieb seine Werke in der Zeit um 1830 beim Erwachen des ungarischen Volksbewußtseins in seinem dreißigsten Lebensjahre noch deutsch. Wer er sich aber, durch den Zeitgeist dazu erwaht, als Ungar fühlte, lernte er seine Muttersprache erst im reifen Männeralter. Un-

das war richtig für ihn, denn die Muttersprache soll naturgemäß diejenige des Volkes sein, welchem man der Abstammung nach angehört, welches diese Sprache spricht und seine Kultur vertritt. Und wenn das nicht so ist, so ist es entweder ein Sprachenirrtum, besser gesagt ein Erziehungsirrtum, oder es geschah durch Gewalt, List oder Schicksalsverschlüge; aber die Volkseigenschaften verbleiben in der Tiefe des Geistes und im Erscheinen des Äußeren. (Es soll hier nur auf die in alle

Welt verschlagenen Juden, Zigeuner usw. hingewiesen sein.) Und wenn noch weiterhin im Fahrwasser des vergangenen Chauvinismus gerudert wird, so verstehen die Ungarn eben nicht den Ideengang der Zeit, und es muß festgestellt werden, daß sie „nichts gelernt und vergessen haben“. Sie werden dann weiter als „Märtyrer ihres Hochmutes“ gelten (die Worte Gr. Schickings) und noch immer nicht das „Suum cuique“ eines jeden Volkes begreifen.

VOM DEUTSCHTUM IN DEN ABGETRENNTEN GEBIETEN

Schleswig.

Den Angestellten der Kleinbahn in Hadersleben ist verboten worden, im Verkehr mit dem Publikum die deutsche Sprache zu benutzen. Man beruft sich dabei auf ein ähnliches Verbot, das schon einmal vor 20 Jahren von deutscher Seite erlassen worden sei und das die dänische Sprache verboten habe. Die Tatsache des Verbots ist richtig, nur ist das Verbot damals alsbald wieder aufgehoben worden. Hoffentlich hat auch das neue Verbot ein gleiches Schicksal.

Memelgebiet.

Der deutsch-litauische Heimatbund hielt hier am 17. Mai eine Tagung ab, bei der der erste Bundesvorsitzende, Oberlyzealdirektor Dr. Orlowski, eine Ansprache über die Bedeutung und die Arbeit des Bundes hielt. Der Heimatbund solle keine politische, sondern eine kulturelle Vereinigung sein. Er kenne keine Parteien, keine Stände, keinen Unterschied zwischen Deutschen und Litauern im Memelgebiet. Er wolle nur die memelländische Kultur erhalten. Diese heimische Kultur habe ein eigenes Gepräge. Auch der größte Deutschhasser werde nicht leugnen wollen, daß dieses Gepräge deutsch sei. Sie wurzele mit allen Fasern im Boden des früheren Vaterlandes und müßte verdorren, wenn man ihr diesen Nährboden abschnitt. Es sei eine bewußte Lüge zu sagen, daß der Heimatbund etwas gegen die litauische Sprache habe. Die Litauer hätten sich in Deutschland sehr wohl gefühlt. Bei der Abstimmung im Kreise Heydekrug hätten sich die Eltern von nur 5 Prozent aller Schüler für litauischen Religionsunterricht und von 2,4 Prozent für litauischen Lese- und Schreibunterricht ausgesprochen; im Kreise Pogezen von 2,7 und von 0,9 Prozent, im Landkreis Memel von 30,2 und von 4,9 Prozent. Die städtischen Schulen sind nicht befragt worden. Daraus gehe klar hervor, wie wenig sich die Litauer nach der Kultur des Staates Litauen sehnten. Mit dem Herzen könne man wohl zum alten Vaterlande zurückkehren wollen, der Verstand müsse sagen, daß es jetzt unmöglich sei. Man dürfe keine aussichtslose Politik, der Kundgebungen jetzt betreiben und keine Anschlußpolitik irgendwelcher Art verfolgen.

Der am 7. Juni vom Landesdirektorium dem memelländischen Staatsrat zum ersten Male vorgelegte Etat beweist, daß das Memelgebiet zu den wenigen glücklichen Ländern gehört, die sich selbst erhalten können. Der Haushalt verrechnet an Einnahmen und Ausgaben über 100 Millionen Mark bei 150 000 Einwohnern. Für Volkswohlfahrt und Volksbildung werden 20 Millionen Mark ausgegeben. Für Hafen, Wasserbau und Fischereiwesen 13½ Millionen Mark, für das Landesbauwesen 5 Millionen, für Landwirtschaft, Landeskulturpflege und Sport 1,37 Millionen. Die Verwaltungskosten sind infolge der Besetzung sehr hoch. Nach Abzug der eigenen Einnahmen aus Steuern bleiben 65 Millionen Mark zu decken, von denen die Ein- und Ausfuhrzölle, Verbrauchs- und Verkehrsabgaben 36½ Millionen, die Forsten und

Moore 10 Millionen und selbst die Postverwaltung über 40 000 Mark tragen. Im benachbarten Litauen, das ja nach dem Memellande stets seine begehrlche Hand ausstreckt, werden 22 Millionen Mark, also 11 Mark pro Kopf für Bildungsaufgaben aufgegeben, 58 Prozent aller Ausgaben für Militärzwecke. Im Memelland entfallen bei 100 000 Einwohnern 150 Mark Bildungsausgaben auf den Kopf der Bevölkerung. Auch diese Tatsache erklärt die jüngsten Abstimmungen, von denen wir berichtet haben. Der Etat wurde vom Staatsrat gegen drei groß-litauische Stimmen angenommen.

Posen.

Beim Verbandstag der deutschen Genossenschaften in der Provinz Posen (Raiffeisen) wurde festgestellt, daß der Verband heute 353 Genossenschaften umfaßt, und zwar 237 Spar- und Darlehenskassen-Vereine, 22 Ein- und Verkaufsvereine, 37 Molkereien, 30 Brennereien, 5 Dreschereien, 8 Viehverwertungsgenossenschaften und 14 Genossenschaften verschiedener Art. Im April wurde die Posensche Landgenossenschaftsbank unter staatliche Zwangsaufsicht gestellt, obwohl sie von polnischen Staatsbürgern unterhalten und geleitet wird. Die Aufsicht ist noch nicht aufgehoben. 48 Räume des Genossenschaftshauses waren vom Militär beschlagnahmt worden, so daß die Zentrale genötigt war, infolge Platzmangels einen Teil ihres Betriebes nach Bromberg zu verlegen, wo im August eine Geschäftsstelle eröffnet wurde. 28 Genossenschaften haben sich aufgelöst, 4 verblieben bei Deutschland, 362 mit einer Gesamthaftsumme von über 21 Millionen Mark waren in der Posenschen Landesgenossenschaftsbank vereinigt, deren eigenes Vermögen über 25 Millionen Mark beträgt. Ohne Angabe eines Grundes wurde unter Zwangsverwaltung gestellt die deutsche Kartoffeltrocknungs-Genossenschaft in Janowitz, die deutsche Wohnungsbaugenossenschaft des Kreises Schrimm in Moschin, die deutsche Kleinsiedlungsgenossenschaft in Ostrowo, die deutsche Heimstättengenossenschaft Schwersenz, der Deutsche Spar- und Darlehenskassenverein Deutschrode. Stellvertretender Verbandsdirektor Dr. Swart berichtete am Schlusse der Tagung über das neue polnische Genossenschaftsgesetz.

Deutscher Landverlust im Osten.

Die „Königsb. Hart. Ztg.“ läßt sich aus dem abgetrennten Gebiete schreiben, daß in letzter Zeit über 3000 Hektar Land an die Polen verloren gegangen sind. Als erster habe der Gutsbesitzer Lorenz das Gut Modlingshagen im Kreise Gnesen an einen Polen verkauft, im Februar habe der Prinz Heinrich Schönburg-Waldenburg seine Herrschaft Szelejowo im Kreise Koschmin für 60 Millionen polnische Mark an einen Kongreß-Polen abgegeben, wobei der Morgen mit 1000 deutschen Mark, also weit unter dem Werte, bezahlt worden sei. Es handle sich um eine glänzende Herrschaft. Die Polen ließen aber nunmehr das Kaufgeld nicht aus Polen heraus und es sei durch die Valutaentwertung seit Kaufabschluß noch beträchtlich im Wert vermindert worden. Der Rittergutsbesitzer Friderici in Czer-

lejne, Kreis Schroda, und der Prinz Stolberg-Wernigerode in Pogorzella, Kreis Koschmin, hätten gleichfalls verkauft, wobei letzterer sich ausbedungen habe, daß er wenigstens seine übrigen Güter in Neupolen behalten dürfe. Leider munkte man auch, daß Prinz Reuß auf Baschkow und die Gebrüder von Kunkel an Veräußerungen an Polen dächten. Wenn die Reichsleitung die Deutschen in den abgetretenen Gebieten nicht besser vor polnischer Willkür schütze, werde diese Entwicklung

noch weitergehen. Die Polen handelten dauernd, die Reichsleitung aber verhandle und das Ergebnis sei betrüblich. Die Interessen des Deutschtums geböten, daß die Deutschen an Ort und Stelle ausharrten. Die 300000 ausgewanderten Deutschen seien in erster Linie Beamte und boykottierte Gewerbetreibende gewesen, die bäuerliche Bevölkerung harre noch aus, da sie infolge der polnischen Geldentwertung sich in Deutschland ja nicht wieder ankaufen könne. Aber Hilfe sei dringlich.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Österreich.

Die Anschlußabstimmung in Salzburg ist so ausgefallen, wie man hatte erwarten dürfen; die überwältigende Mehrheit der stimmberechtigten Einwohner des Landes hat sich für den Anschluß an das Deutsche Reich ausgesprochen. Der Gedanke dieses Zusammenschlusses ist heute nicht mehr zu unterdrücken. Das Beispiel Tirols hat eben erst begeisterte Nachahmung in Salzburg gefunden und schon meldet sich die Steiermark, die auch ihre für Anfang Juli festgesetzte Volksabstimmung haben will. Nun ist es eigentlich sonderbar, daß die österreichische Regierung Angst vor dem Umsichgreifen des Abstimmungsgedankens hat, ja, daß sogar das Ministerium Mayr aus diesem Gefühle den Entschluß faßte, zurückzutreten und nun nur mehr einstweilig die Geschäfte weiterführt. Die Furcht der Regierung gründet sich auf die Drohungen der Ententestaaten, die in Aussicht gestellten Kredite nicht zu gewähren, auf die Einsprache der deutschfeindlichen Nachbarn, namentlich der Tschechoslowakei und Jugoslawiens, endlich wohl auch auf die persönlichen Anschauungen einzelner Kabinettsmitglieder. Die Entente und die Einsprachen der Nachfolgestaaten berufen sich auf die Bestimmungen der Friedensschlüsse von Versailles und von Saint Germain. Der angezogene Artikel 88 des Friedens von Saint Germain spricht aber nur davon, daß Österreich nichts unternehmen, namentlich sich nicht an Angelegenheiten einer anderen Macht beteiligen dürfe, wodurch seine Unabhängigkeit beeinträchtigt werden könnte. Ausdrücklich aber heißt es im Versailler Verträge, das Deutsche Reich anerkennt die festgesetzten Grenzen und verpflichtet sich, diese zu achten und anerkennt, daß die Unabhängigkeit Österreichs unabänderlich ist, es sei denn, daß der Völkerbund einer Änderung zustimmt. Daraus ergibt sich aber unzweifelhaft, daß es Österreich nicht verboten ist, sich über die Stimmung seiner Einwohner im Hinblick auf den Anschluß zu unterrichten, und mehr beabsichtigen die Volksabstimmungen der Länder ja auch gar nicht. Da nun aber die Möglichkeit vorliegt, daß Österreich sich an den Völkerbund um Gewährung des Anschlusses wenden könnte, ist es doch sogar unerlässlich, daß es über die Stimmung der Bevölkerung Auskunft zu geben vermag. Die Abstimmungen stehen also mit den Friedensbestimmungen in keinerlei Widerspruch. Letzten Endes ist entscheidend, daß es sich hier um eine wirkliche elementare Volksbewegung handelt, die weder mit großen, noch mit kleinen Mitteln auf die Dauer unterdrückt werden kann. B. I.

Polen.

Die deutschen Sejm-Abgeordneten haben in Ergänzung ihres Dringlichkeits-Antrags eine neue Interpellation eingebracht, was die Regierung zu tun gedenke, um der Vergewaltigung ihrer eigenen Bürger entgegenzutreten, die darin bestehe, daß auf den Domänen stationierte polnische Soldaten die Domänenpächter brutal körperlich mißhandelten und zum Teil arretiert hätten.

Estland.

Der Erzbischof von Schweden, Söderblom, besuchte Anfang Juni Reval, um den dortigen Bischof der evang.-luth. Kirche, Eestis, in sein Amt einzuführen. Bei der Landung des Dampfers begrüßten ihn die versammelten Kirchenvertreter Revals, der estnische Bischof und die Mitglieder des Konsistoriums, sowie die Stadtprobste. Der Unterrichtsminister begrüßte den hohen Gast in estnischer Sprache, die dann ins Schwedische übersetzt wurde. Der schwedische Gast aber antwortete in — deutscher Sprache, die nicht übersetzt werden brauchte, weil alle Teilnehmer sie verstanden! Er sprach seinen aufrichtigen und herzlichen Wunsch nach einer Zusammenarbeit der beiden Länder aus.

Rumänien.

Der Volksrat der Deutschen in Besarabien hat Anfang April getagt und über die Organisation des Verbandes der deutschen Kooperative, über die Semstwofrage, über die Gründung eines Kurorts Basyrjamka und anderes beraten. Nach einer längeren Aussprache über die Zusammenwirkung der Konsum-Genossenschaften mit der völkischen Organisation wählten die Vertreter der Konsumvereine ihre eigene Verwaltung und gründeten einen Verband, dem gegenwärtig 20 Vereine angehören. Über die Semstwo-Frage referierte Kammerabgeordneter Widmer und erklärte die neuen Gesetzes-Projekte über die Vereinheitlichung der rumänischen Verwaltung, durch die die Semstwo vollkommen ausgeschaltet werden. Mit allen gegen 3 Stimmen wurde die Frage verneint, ob die Semstwo zu erhalten seien. Die Gründung des Kurorts wurde beschlossen und soll so beschleunigt werden, daß er schon im kommenden Sommer Kranke und Gäste aufnehmen kann. Der Kosten-voranschlag des Verbandes sieht eine Gesamtausgabe von rund 90000 Lei vor. Zum Präsidenten wurde einstimmig Herr Gymnasiallehrer Chr. Kalmbach gewählt, zum Vizepräsidenten der Jurist Samuel Heier, als Sekretär Herr Chr. Erdmann.

Einem ausführlichen Bericht in der deutschen Zeitung Besarabiens entnehmen wir noch, daß es nicht ganz leicht war und erheblicher Kämpfe bedurfte, den Volksrat in seiner jetzigen Form zustande zu bringen. Der Rechenschaftsbericht des Sekretärs Erdmann gedachte besonders der völkischen Arbeit der bessarabisch-deutschen Schulen und erinnerte an die Pflichten der deutschen Allgemeinheit, dieses Schulwesen zu erhalten und auszubauen. Stets sei ein bedenklicher Mangel an Männern mit Hochschulbildung in Besarabien fühlbar gewesen, keine eigenen Richter, keine Apotheker, keine höheren Beamten, keine Agronomen, keine Ärzte seien zur Verfügung gestanden. Auf Nachschub aus Odessa und Dorpat könne man wohl nicht rechnen. Es bleibe also nur die Einfuhr von außen, die nur ein Zeichen innerer Armut sei. Es müsse höchste Aufgabe sein, durch Erhaltung der einzigen höheren Bildungsstätte in Tarutino den Nachschub aus dem eigenen Volke und Lande wieder zu erzielen. Die neu begründete Wirtschafts-Organisation solle dazu helfen, die Mittel zur Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben zu schaffen.

Südslawischer Staat.

In der verfassungsgebenden Versammlung sprach der slowenische sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Korun auch über Autonomie, Demokratie und Freiheit und kam dabei auf die Behandlung der deutschen Minderheit zu sprechen. Das sozialistische Hauptorgan Naprej berichtet über diese Rede, die habe vor allem betont, daß im Verfassungsentwurf vergessen worden sei, der nationalen Minderheiten zu gedenken. Er könne ruhig behaupten, daß alle Klagen über Unterdrückungen der Slowenen ebenso gut auf die Deutschen in Slowenien angewandt werden könnten. Die Deutschen in Slowenien seien einfach rechtlos. An dieser Stelle der Rede rief ein Abgeordneter dem Redner zu, die Deutschen erhielten Reisepässe ohne das Recht, zurückzukehren. Der Redner fuhr fort, mit Gewalttätigkeiten könne man die nationalen Minderheiten niemals in Jugoslawien verwandeln. Die nationalen Minderheiten müßten als solche rationale Rechte in Schule und Amt erhalten. Es müßten jedem Andersnationalen dieselben Rechte und Bürgschaften für seine persönliche Freiheit gewährt werden, welche die Jugoslawen nach Geburt und Abstammung genießen sollten, wenn sie sie faktisch leider auch nicht genössen.

Bei der zweiten Lesung der Verfassung im Parlament ist der für die Minderheiten ausschlaggebende Artikel 16 in einer gegenüber der jetzt geltenden Verfassung veränderten Form angenommen worden, der für die deutsche Minderheit gewaltige Gefahren bringt. Er lautet jetzt: „Den Minderheiten einer andern Rasse und Sprache wird der Elementar-Unterricht in ihrer Muttersprache unter Bedingungen gewährt, die das Gesetz vorschreibt.“ Allerdings bestanden lange Zeit wesentliche Unklarheiten. Die „Cillier Zeitung“ berichtet, der Sitzungsbericht der „Ljubljanaer Jugoslavija“ vom 25. Mai bringe den ursprünglichen und den abgeänderten Wortlaut des Artikels 16 nebeneinander und melde, daß die Regierungsmehrheit die Artikel 4 bis 21 angenommen habe. Das Tageblatt „Justro“ vom 29. Mai dagegen bringe eine Zusammenstellung der bisher angenommenen Verfassungspunkte und darin den Artikel 16 in einer Stilisierung, welche mit dem ursprünglichen, für die nationalen Minderheiten günstigeren Wortlaut übereinstimmt und nur eine ganz unwesentliche stilistische Abänderung bringe gegenüber dem Wortlaut, in dem das Blatt die Verfassung am 17. April mitgeteilt hatte. Es sei also nicht ganz ausgeschlossen, daß die verfassungsberatende Versammlung sich bei der Abstimmung für die nationale Minderheitsschule ausgesprochen habe. Nach andern Blättermeldungen hatte einer der Delegierten des südslawischen Staates bei den Friedensverhandlungen in Versailles, Dr. Trumbitsch, in der Debatte ausgesprochen, Jugoslawien sei durch internationale Verträge verpflichtet, den Mitbürgern nichtslawischer Nationalität Schulen in ihrer Sprache zu gewähren. Auf diese Rede hin und auf Antrag des Referenten sei der Artikel 16 neuerdings zur Modifizierung an den Verfassungsausschuß zurückgeleitet worden.

In ihrem Leitartikel vom 2. Juni geht die „Cillier Zeitung“, durch vielfache Erfahrungen zum Pessimismus geneigt, davon aus, daß der Artikel 16 tatsächlich in einer für die deutschen Minderheiten nachteiligen Form in zweiter Lesung angenommen worden sei. Sie will die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß in der dritten Lesung vielleicht noch einiges zugunsten der Minderheiten geändert werden könnte, gibt jedoch zu, daß diese Hoffnung nur schwach sei. Ein Raureif sei auf die Hoffnungen gefallen, die die nichtslawischen Bevölkerungsteile des dreinamigen Königreichs auf die neue Verfassung gesetzt hätten, dessen demokratischer und liberaler Charakter durch den neuen Artikel 16 einen bedenklichen Stoß erlitten habe. Das Schulwesen sei

der Verdorrung und Verkümmern preisgegeben, denn die Bestimmung, daß nur der Elementar-Unterricht den nichtslawischen Staatsangehörigen in ihrer Muttersprache zu geben sei, werde den Minderheitsschulen ein Ende bereiten und als Ersatz den nichtslawischen Kindern nur eine recht notdürftige Unterweisung in ihrer Muttersprache bieten. Einer gründlichen Erlernung der Staatssprache widersetze sich niemand, am allerwenigsten die Deutschen, die am Aufbau des Staates recht kräftig mitarbeiten wollten. Aber mit Gewalt sei da nichts zu wollen, sondern nur durch Praxis und Entgegenkommen. Das Beispiel der Polen in Preußen, die selbst durch alle Verwaltungsmaßnahmen nicht hätten germanisiert werden können, beweise, daß die jetzigen Wege der südslawischen Regierung falsch seien. Durch Vergewaltigung der nationalen Schule werde nur Widerstand erzeugt. Zwei oder drei Sprachen könnten in der Volksschule gar nicht gelehrt werden, ohne den Erfolg der ganzen Erziehung in Frage zu stellen. Allerdings seien ja in der verfassungsgebenden Versammlung die Minderheiten überhaupt nicht vertreten, sodaß ihre Stimme überhaupt nicht gehört werde.

Wie gerechtfertigt ein solcher Pessimismus war, ergibt sich aus späteren Mitteilungen, daß der letzte Absatz des Artikels 16 tatsächlich in der für die Minderheiten ungünstigen Form zur Annahme gelangt ist. Die verfassungsgebende Versammlung hörte zwar die Rede des Herrn Dr. Trumbitsch ruhig an, gab auch seinem Antrag auf Rückverweisung ihre Zustimmung, nahm jedoch, nachdem der inzwischen wieder tagende Verfassungsausschuß über die Bedenken des Antragstellers zur Tagesordnung abgegangen war und den Wortlaut in der von uns oben mitgeteilten Fassung empfohlen hatte, den obengenannten Wortlaut des Artikels an. Die ganzen Hoffnungen werden nun auf ein zu erwartendes Spezialgesetz über die Schulen der nationalen Minderheiten zu setzen sein, wenn auch die Tatsache, daß der ursprüngliche Wortlaut: „Es werden Schulen in der Muttersprache gewährt“, umgeändert wurde in den Satz: „Es wird der Elementar-Unterricht in der Muttersprache gewährt“, wenig hoffnungsfreudig stimmen mag. Es verdient erwähnt zu werden, daß in dem am 10. September 1919 mit der Entente in St. Germain abgeschlossenen Minderheitenschutzvertrag der Artikel IX lautet: „In betreff des öffentlichen Unterrichts wird die S. H. S.-Regierung in Städten und Bezirken, wo ein beträchtlicher Prozentsatz von S. H. S.-Untertanen einer andern Zunge als der serbisch-kroatisch-slowenischen sitze, angemessene Erleichterungen bewilligen und gewährleisten, daß der Unterricht den Kindern dieser S. H. S.-Untertanen in ihrer Sprache erteilt wird.“ Und fernerhin lautet der Artikel VIII: „Die S. H. S.-Untertanen, welche zu den völkischen Minderheiten der Religion oder der Sprache nach gehören, werden ... ein gleiches Recht haben, auf ihre Kosten der Wohlfahrt dienende religiöse oder soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu leiten und zu beaufsichtigen mit dem Rechte, in denselben frei von ihrer Sprache Gebrauch zu machen und frei ihre Religion auszuüben.“

In einer späteren Sitzung der Konstituante erwiderte übrigens der früher national-soziale Abgeordnete Brandner, der jetzt der Partei des Dr. Trumbitsch angehört, auf die Anklagen des Abgeordneten Korun, sie entsprächen der Wahrheit nicht, die Deutschen in Slowenien hätten ihre eigenen Schulen und seien in verschiedenen Unternehmungen beschäftigt, dürften auch deutsch sprechen, sie genössen alle Rechte und Freiheiten. Selbst in Belgrad könne man in den Kaffeehäusern deutsch reden hören, denn die Serben seien eine Kulturation und liebten die Deutschen in Ruhe. Er, der Redner, werde für den Schutz der

nationalen Minderheiten stimmen, weil er anerkenne, daß die echten Deutschen, aber nicht die Renegaten, das Recht hätten, zu verlangen, daß sie im Staate geschützt würden.

Italien.

Aus Bozen wird gemeldet, der Pressedienst des Generalkommissars Credaro teile mit, die italienische Regierung werde in nächster Zeit die Erteilung von Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen an Ausländer von der vorherigen Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung des Visum-Bewerbers abhängig machen, daß er nicht Mitglied des Andreas Hofer-Bundes oder eines Vereins gleicher Richtung sei. Die Nachricht klingt merkwürdig. Um die Wiederkehr der Faschisten-Unruhen abzuwehren, hatte der Generalkommissar eine Erschwerung der Einreise von Süden her angekündigt. Der Erfolg seiner Bemühungen sollte nun eine Erschwerung sein, die nur aus Deutschland kommende Reisende belästigen könnte? Waren die Faschisten etwa auch verkappte Deutsche?

Der Berichterstatter der „Voss. Ztg.“ in Bozen hat die deutschen Abgeordneten Südtirols, die ins italienische Parlament gewählt wurden und in öffentlicher Kundgebung an die Bevölkerung als ihr Ziel die Autonomie Südtirols bezeichneten, besucht und um ihre Meinung befragt. Dr. Eduard Reut-Nikolussi erklärte, daß, wenn der Faschistenführer Giunta seine Drohung wahr machen wolle und den Grafen Toggenburg am Betreten der Kammer verhindern werde, die 4 Tiroler Abgeordneten sich solidarisch erklären und an den Beratungen im italienischen Parlament überhaupt nicht teilnehmen würden. Die 4 Tiroler Abgeordneten würden die Rednertribüne des Parlaments nicht als Bühne für Schauspiel und rhetorische Übungen ansehen, sondern in erster Linie an der Überleitung des Landes in ein normales Verwaltungssystem mitwirken. Sie würden es begrüßen, wenn die Bestimmungen der italienischen Verfassung über den Gebrauch der französischen Sprache für die Vertreter des Aostatales auf den Gebrauch der deutschen und südslawischen Sprache für die Abgeordneten der annektierten Gebiete ausgedehnt würden. Er selbst sei ein Abkömmling der alten deutschen Siebengemeinden, aus Lusern, der Sprachinsel auf dem Plateau von Lafraun und habe als Vertreter der Südtiroler in der Nationalversammlung in Wien im September 1919 nach der Unterzeichnung des Friedens von St. Germain die Abschiedsrede für Südtirol gehalten. Abg. Friedrich Graf Toggenburg erhoffte manches für die Frage der Autonomie für Südtirol, weil die autonomistische Bewegung in Italien selbst sehr erstarke. Der Faschisten-Überfall in Bozen habe die vorher schon ganz gut gewordene Stimmung wieder über den Haufen geworfen, er hoffe aber auf eine wiedereintretende Besserung. Abg. Dr. von Walther betonte, es gelte zunächst die unrichtige Auffassung der Italiener über Südtirol zu korrigieren und die falschen Auffassungen von der Autonomie zu zerstreuen. Die Abgeordneten würden durch ihre Aufklärungsarbeit die Einsicht verbreiten müssen, daß die autonomen Einrichtungen der Gemeinde- und Provinzialverwaltung für Italien nur dann ein Vorteil sind, wenn eine reinliche Scheidung zwischen Bozen und Trient, Südtirol und Trentino erfolge. Die beiden Landesteile seien in ihrem ökonomischen Aufbau, in Sitte, Sprache und Abstammung der Bewohner so grundsätzlich verschieden, daß sie nur getrennt arbeiten könnten. Das Beispiel Österreich-Ungarns beweiße, daß die Zusammenfassung zweier verschiedener Nationen in ein autonomes staatsrechtliches Gebilde nicht gut ausgehen könne. Die italienische Öffentlichkeit werde sich bei ihrer impulsiven Feinfühligkeit sehr bald davon überzeugen, daß sowohl das deutsch-südtiroler Volk, als auch seine deutschen Abgeordneten

von den friedlichsten Absichten beseelt seien und zum Nutzen des Landes und des Gesamtstaates arbeiten wollten.

Bei der Adreß-Debatte in der italienischen Kammer sprach als Vertreter der 4 deutschen Abgeordneten Südtirols der Abgeordnete von Walther in ruhiger und von der Kammer in allgemeinen ohne Unterbrechung und mit Ruhe angehörte Rede in italienischer Sprache. Er betonte, die vier deutschen Abgeordneten könnten der Antwortadresse der Regierungsparteien auf die Thronrede nicht zustimmen, da diese keine Rücksicht auf die besondere Lage Südtirols nehme, nur betone, daß die Bevölkerung der neu erworbenen Gebiete glücklich sei, wieder mit der Mutter Italien vereinigt zu sein und somit die Gefühle der Südtiroler Bevölkerung durchaus nicht wiedergebe. Tirol erblicke in dem Anschluß Südtirols an Italien eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts, eine Unterdrückung, gegen die seine Vertreter Verwahrung einlegen müßten. Diese Vertreter müßten sich zur Verteidigung der nationalen Freiheit Tirols auch an das italienische Volk wenden, bei dem nationale Freiheit stets oberstes moralisches Gesetz gewesen sei. Die deutschen Abgeordneten müßten das Recht haben, in der Kammer ihre deutsche Sprache zu sprechen. Sie wollten keine Irredentatreiben, sondern praktisch mitarbeiten. Tirol habe stets seine Unteilbarkeit betont und gefordert. Italien habe zur Gewinnung Südtirols nur militärische und geographische Gründe angeführt, keine völkischen. Seine strategischen Interessen hätte es aber auch anders wahren können als durch Eroberung und Annexion.

Holland.

Die holländische Königin empfing eine Abordnung von 9 deutschen und deutsch-österreichischen Kindern, die in den von Haager Einwohnern gestellten Kraftwagen unter Leitung des Herrn Brand ins Schloß fuhren, einen Strauß roter Rosen überreichten und dabei ein Gedichtchen in niederländischer Sprache vortrugen. Die Kinder sangen ein von Herrn Brand gedichtetes und vertontes Liedchen unter Klavierbegleitung des Verfassers der Königin und ihrem Töchterchen vor. Die Königin dankte den Kindern erfreut und versprach ihr weiteres Interesse für die Unterbringung deutscher Kinder in Holland.

Palästina.

Über die Zukunft des Syrischen Waisenhauses berichtet die Evangelische Vierteljahrsschrift aus Jerusalem, „Der Bote aus Zion“, daß vor Weihnachten eine Anfrage der englischen Regierung kam, ob der Verein bereit sein werde, das Syrische Waisenhaus in Jerusalem vom 1. Juli 1921 an fortzuführen mit 450 Waisen ohne Unterschied der Religion und mit einem Durchschnittskostensatz von 25 Pfund Sterling für Kopf und Jahr nach den Vorschriften der Regierung. Die Regierung werde einen Zuschuß leisten und das Waisenhaus werde die Pachtsumme des Landgutes Bir Salem erhalten. Wenn nicht, so werde die Amerikanische Gesellschaft Near East Relief wie bisher das Waisenhaus noch 3 Jahre fortführen. Der Kölner Vorstand entschloß sich sofort, alles zu tun, um eine Fortsetzung der Arbeit zu ermöglichen. Freilich kannte er zunächst die Bedingungen nicht und die Geldfrage war höchst unklar. Früher brauchte man für Kost, Kleidung, Werkstätten, Baulichkeiten, Gehalt bei 300 Jerusalemer Zöglingen jährlich 80000 M., jetzt sollten für 450 Zöglinge nahezu 3 Millionen M. aufgebracht werden. Es schien daher Pflicht, es aufrichtig auszusprechen, daß man die Zahl der Zöglinge zunächst von der Höhe der Einnahmen abhängig machen müsse, und so wurde telegraphiert, daß sich der Vorstand in Übereinstimmung mit den amerikanischen Mi-

gliedern bereit erkläre, das Landgut Bir Salem wieder zu übernehmen und daß er nach vorheriger Kenntnisnahme der Vorschriften der Regierung das Waisenhaus in Jerusalem nach Maßgabe seiner Einnahmen wieder bestreiten wolle. Mitte Februar kam ein Telegramm der englischen Palästinaregierung zurück, es werde Bürgschaft verlangt, daß 450 Waisen für je 25 Pfund unterhalten würden unter Inspektion und Aufsicht der Regierung. Das Landgut Bir Salem sei einem Pächter in Pacht gegeben, um dessen Entwertung zu verhüten, die Einnahmen ständen aber dem Waisenhaus zur Verfügung. Die Vertreterin des Waisenhauses in Jerusalem, Schwester Theodore Barkhausen, unterhandelte inzwischen mit der Regierung, die erklarte, Freiheit in religiöser Beziehung würde gegeben werden. Die Vorschriften der Regierung in ärztlicher Hinsicht und auch des Erziehungsinspektors müßten befolgt werden. Im März trat der Vorstand zu einer neuen Sitzung zusammen, in der beschlossen wurde: festzuhalten an dem Missionscharakter des Syrischen Waisenhauses unter voller Freiheit der religiösen Arbeit und in der eine Antwort an die Regierung in Jerusalem gegeben wurde, der Vorstand sei bereit, das Waisenhaus als freies Missionseigentum weiter zu führen. Die Bedingung, trotz der Verarmung des Vereins mehr als das Zehnfache von früher auszugeben, sei jedoch jetzt unerfüllbar. Wenn die Bedingungen unwiderruflich seien, werde der Vorschlag, die Frage für 2 Jahre zu verschieben, angenommen. Im April richtete darauf nicht mehr die englische Regierung, sondern die genannte amerikanische Gesellschaft durch ihren Hauptvertreter im Orient den Antrag an den Verein, die Verwaltung des Syrischen Waisenhauses unter ihrer Oberleitung wieder in die Hände des Direktors D. Theodor Schneller zu legen. Der bisherige amerikanische Direktor Bash war genötigt, in seine Heimat zurückzukehren und es war anscheinend niemand vorhanden, um die Leitung der Anstalten zu übernehmen. Die Gesellschaft machte annehmbare Bedingungen. Sie wolle für den Fall der Rückkehr des Direktors Schneller ihr Oberaufsichtsrecht nur hinsichtlich der äußeren Verwaltung in sehr loser Weise ausüben, ihm dagegen, was Unterricht und Religion anlange, völlig freie Hand lassen. Sie solle einen namhaften Teil der Kosten aus ihren Mitteln bezahlen und außer den allgemeinen reichsgesetzlichen Bestimmungen würde niemand in die innere Verwaltung hineinzureden haben. Der Vorstand beschloß darauf einstimmig, Direktor Theodor Schneller und den Vorsitzenden des Vorstandes, D. Ludwig Schneller, zu Verhandlungen nach Palästina zu entsenden.

Südwestafrika.

Nach hier vorliegenden Nachrichten hat die am 25. Mai in Swakopmund tagende außerordentliche Generalversammlung der Deutschen Kolonial-Gesellschaft für Südwestafrika beschlossen, die Gesellschaft zu liquidieren. Gleichzeitig wurde bestimmt, 140 Pfund in bar und 115 Shares der Consolidated Diamond Mines Ltd. pro Anteil auszuschütten. Die bisherigen Direktoren W. Bredow und Dr. H. Lotz wurden zu Liquidatoren ernannt.

„Der Todesstoß für Südwest“, so betitelt die „Windhuker Allgemeine Zeitung“ einen Artikel über die Schließung der Diamant-Minen von Lüderitzbucht. Der Administrator Sir Hofmeyer war jetzt in Kapstadt, konnte aber nur eine Besserung der Lage für die Zukunft in Aussicht stellen, an der beschlossenen Schließung der Minen nichts mehr ändern. Die Lüderitzbucht-Minenbetriebe der Consolidated bleiben also geschlossen, die Bevölkerung Südwests geht schweren Tagen entgegen. Das Aufheben der deutschen Diamanten-Regie durch die neue Verwaltung erweist sich als schwerer Fehler; während

ihre Aufrechterhaltung eine vernünftige Wirtschaft ermöglicht hätte, müssen jetzt neun Zehntel aller Angestellten entlassen werden, was den Ruin zahlreicher Kaufleute mit sich bringen wird. Das Schutzgebietsdefizit der Verwaltung, deren Einnahmen auf die Minenbetriebe größtenteils sich stützten, wird gewaltig wachsen, für Kulturaufgaben werden noch weniger Geldmittel zur Verfügung stehen als bisher. Das Deutschum wird wohl viele Kräfte verlieren, da die Angestellten der Diamantminen bei der herrschenden Wirtschafts-Depression im Lande kein Unterkommen finden und in die Heimat zurückkehren werden. Statt Bevölkerungsvermehrung also eine künstliche Verminderung, die von den schlimmsten Folgen für den auf den Inlandsabsatz angewiesenen Farmer begleitet sein wird. Nach der noch gültigen Bergverordnung konnten ja die Minen bei drohender Strafe des Verlusts ihres Eigentums zum Arbeiten gezwungen werden. Die jetzige Krise ist dadurch entstanden, daß die Konferenz-Minen, zu denen die Consolidated gehört, den Preis der Rohsteine so hoch festsetzten, daß die Händler dazu übergingen, aus den valutaarmen Ländern fertigen Schmuck mit Fassung aufzukaufen, so daß die geschliffenen Steine mit Fassung billiger wurden als die Rohsteine. Die kaufkräftigen Staaten sind mit fertig geschliffenen Steinen und mit gefäßigem Schmuck überschwemmt. Die Überfülle der Diamanten zu absorbieren wird schwer sein, doch rechnet man in Südwest damit, daß es den Consolidated mines, wenn sie gezwungen würden, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten und wenn sie sich dann von den Konferenzminen losmachen, gelingen würde, ihre viel schöneren Steine, als es die südwestafrikanischen der Kimberley-Minen sind, doch zu annehmbarem Preise loszuwerden, während das Syndikat sie nicht verkaufen kann und will, ohne dabei auch seine Kimberley-Steine mit zu verkaufen. Die Angelegenheit zieht in Südwest weite Kreise und erregt das dortige Deutschum gewaltig, da das gesamte wirtschaftliche und kulturelle Leben Südwests von ihrer Erledigung abhängt.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Die „Amerikanische Turner-Vereinigung, westlicher Neuyork-Distrikt“ hat einen Brief veröffentlicht, in dem die Turnvereine aufgefordert werden, die deutsche Sprache auszuscheiden. Darauf hat der Neuyorker Turnverein geantwortet, daß er „das Ansinnen, die deutsche Sprache durch die englische innerhalb der Vereinstätigkeit zu ersetzen, auf das entschiedenste zurückweise und seinen ganzen Einfluß bei anderen Bundesvereinen in diesem Sinne aufbieten werde. Denn die Turnerei sei deutschen Ursprungs, deutsch im Denken und Fühlen ihrer Gründer und „wie im Jahre 1848, so sind wir auch heute fest entschlossen, jeder Zwangsherrschaft entschieden entgegenzutreten. Unsere Kinder und Kindeskinde werden es uns ein Dank wissen, daß wir ihnen Gelegenheit geben, neben der Landessprache noch eine zweite zu verstehen. Gerade weil die deutsche Einwanderung vielleicht auf Jahre hinaus beschränkt wird, ist es um so mehr geboten, deutsche Sprache und Gesittung zum mindesten in den Turnvereinen zu pflegen und zu erhalten. Wir bedauern aufs tiefste die Abtrünnigkeit des westlichen Distrikts von unseren traditionellen Grundsätzen als einen Verrat derselben und als einen Schlag gegen die persönliche Freiheit.“

KLEINE NACHRICHTEN

Dr. Heinrich Keldel †. Das Deutschum in Orizaba hat mit dem Tode des Direktors der deutschen Schule, Dr. Keldel, der am 10. Mai an den Folgen der Entbehrungen, die er in der Internierung in den Vereinigten Staaten während des Krieges zu

erdulden hatte, starb, einen schweren Verlust zu beklagen. Er war als Pädagoge wie als Mensch gleichermaßen geschätzt und seine ganze Arbeit galt der Vertiefung des deutschen Gedankens.

Karl Härting †. Mit Karl Härting starb am 11. Mai in Chicago einer der bekanntesten deutsch-amerikanischen Zeitungsleute der alten Garde. Er war der Sohn eines Hannoveraner Theater-Direktors, der sich auch künstlerisch in den Vereinigten Staaten betätigte und selbst mit vorzüglicher Schulbildung in den siebziger Jahren nach den Vereinigten Staaten kam, wo er im Zeitungsfach als langjähriger Redakteur der „Chicagoer Freien Presse“ und der „Illinois Staatszeitung“ eine bedeutsame Rolle spielte.

Natalie von Schenck †. Am 19. Mai verschied im Alter von 81 Jahren Fräulein Natalie von Schenck in der Hacienda de los Arcos, Staat Mexiko, eine geborene Westfalin. Sie kam schon in früher Jugend nach Mexiko und widmete sich hauptsächlich dem Sprachunterricht: viele Mexikaner beiderlei Geschlechts verdanken ihre deutschen Sprachkenntnisse dieser Deutschen. In erster Linie aber arbeitete sie für die Blinden. Sie korrespondierte mit den größten Blindenanstalten der Welt und gab selbst Artikel in Blindenschrift heraus. In der mexikanischen Blindenanstalt erteilte sie noch bis kurz vor ihrem Tode Unterricht.

Generalgouverneur Paul Unterberger †. Einer jener Deutsch-Balten ist als Flüchtling in Deutschland gestorben und am 7. Juni zur letzten Ruhe in Dorpat geleitet worden, die vom Baltikum auszogen, um Rußland ihre treuen Beamtendienste zu leihen, Paul Unterberger, der als Sohn eines Dorpater Professors in Dorpat seine ganze Erziehung und Ausbildung genoß, dann die Offiziersschule absolvierte und die Akademie der Militär-Ingenieure durchmachte, 1863 in das damals fast gänzlich unbekannte Ostsibirien zog und es dort rasch zu Amt und Würden brachte. Er wurde Militärgouverneur des Küstengebietes mit dem Sitz in Wladiwostok, später 9 Jahre lang Gouverneur in Nischninowgorod und dann Generalgouverneur in Ostsibirien. Trotz aller Petersburger Intrigen wurde er in den Reichsrat berufen, gleichzeitig allerdings auch in den Ruhestand versetzt. Im Reichsrat hatte er noch oft Gelegenheit, dem russischen Reiche seine guten Dienste zur Verfügung zu stellen, bis er 1917 durch die russische Revolution nach Finnland und später nach Deutschland vertrieben wurde, wo er schließlich in einem Altersheim für Balten auf Schloß Remplin in Mecklenburg starb. Trotz deutscher Art und Gewissenhaftigkeit war er sein Leben lang russischer Beamter, dem russischen Staat war er mit Leib und Seele verbunden.

Paul Klein †. In Hall starb im 78. Lebensjahre ein gebürtiger Stuttgarter, der Architekt Paul Klein, ein bewährter, viel erfahrener und erfolgreicher Auslandsdeutscher. Nach Vollendung seiner Studien wanderte er nach Odessa aus, das seine zweite Heimat wurde und wo er 40 Jahre als Privatarchitekt tätig war. In der deutschen Kolonie der Stadt war er eine führende und gern gesehene Persönlichkeit. Seine schwäbische Gemütlichkeit eroberte ihm rasch die Herzen der Odessaer. Seine Zugehörigkeit zum Deutschen Flottenverein verschaffte ihm alsbald nach Kriegsausbruch Bekanntschaft mit den Gefängnissen. Man machte ihm den Prozeß wegen Geheimbündelei und in diese schweren Tage fiel dann sein 70. Geburtstag. Nach Einstellung des Verfahrens kehrte Klein in die Heimat zurück, wo seine Söhne im Felde standen und der eine von ihnen den Tod fürs Vaterland starb. Die Odessaer deutsche Kolonie wird das Andenken dieses eines ihrer Besten stets in Ehren halten. L.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Kristiania. Der deutsche Kindergarten muß leider eingehen, da zurzeit weder für einen Kindergarten noch für eine deutsche Schule Kinder genügend vorhanden sind. Die Untersuchungen des Komitees haben das klar erwiesen, so daß man daraus jetzt die Folgerungen zieht. Die vorhandenen Mittel von 4500 Kronen und 11500 Mark werden einem Ausschuß übergeben, der die Gelder verwalten und später prüfen soll, ob die Absichten des Kindergartens in einem späteren Zeitpunkt zu verwirklichen sein werden. Ein Teil der Mittel kann in der Zwischenzeit für kulturelle Veranstaltungen für deutsche Kinder, Märchenabende, Sprachübungen, Liederabende usw. verwendet werden.

Deutsche Volkshochschule in Galizien.

Am 1. März dieses Jahres wurde in Dornfeld bei Lemberg eine Volkshochschule mit Heimcharakter gegründet. Den ersten Kursus besuchen 10 deutsche junge Mädchen im Alter von zirka 20 Jahren. Infolge Raummangels ist eine größere Zahl vorläufig nicht unterzubringen.

Die Volkshochschule will durch Gemeinschaftsleben all die inwendigen und versteckten Keime der Seele zu geistigem Leben wecken. Die großen Männer und Frauen des eigenen Volkstums wie auch der gesamten Volksgeschichte, die herrlichen Gestalten der deutschen wie auch der allgemeinen Literaturgeschichte, Eindringen in die Geheimnisse der Natur und Anschauen reiner und wahrer Kunst sollen neben dem Gemeinschaftsleben, das auf bewußt christlicher Grundlage ruht, seelischer Kultur zum Leben verhelfen. Eine Zeitschrift, „Der Flamberg“, soll als Monatsblatt für die Freunde der deutschen Volkshochschule in Galizien ein Band um die gegenwärtigen Besucher schlingen, das begonnene Gemeinschafts- und Freundschaftsleben ausbauen und festigen und andererseits Freunde für die Sache werben.

Bei der überaus schwachen Valuta unseres Landes ist uns die Durchführung dieser für die deutsche Jugend in Galizien so überaus wertvollen Sache aus hiesigen inländischen Mitteln völlig unmöglich. Deshalb wendet sich ein Aufruf, unterzeichnet von den Führern des galizischen Deutschtums, Herrn Superintendenten Dr. Fritsche, Pfarrer Dr. Zöckler und vielen anderen, mit der herzlichen Bitte an alle, die Interesse an dieser Sache zu gewinnen vermögen, durch Hilfsmittel den über den Fortbestand der Volkshochschule entscheidenden Raummangel durch Ermöglichung eines Neubaus zu beseitigen. Eventuelle Hilfen aus dem Ausland möge vor Absendung dem Leiter der Volkshochschule, Herrn Pfarrer Dr. Fritz Seefeldt, Post Szeszerze, Bezirk Lwow (Lemberg) mitgeteilt werden, damit die Überweisung am bestmöglichen erfolge. Auch Auskunft sowie Bestellungen der Zeitschrift mögen an die obige Adresse gesandt werden. Die Zeitschrift kostet jährlich 20 d. M.

Die Feier des 40jährigen Jubiläums der deutschen Schule in Helsingfors. Zum Schluß des ersten Schuljahres der höheren deutschen Schule in Helsingfors fand am 30. Mai unter reger Beteiligung weiter Kreise ein Schulfest zur Feier des vierzigjährigen Jubiläums der deutschen Schule statt. Der Rektor Bruno Stude, entwarf einen Rückblick über die Geschichte dieser Schule, die im Jahre 1881 als Armenklasse mit 9 Schülern begann, und dann bis zum verwüstenden Weltkriege als Elementarschule unter Fräulein Auguste Schulz und ihrer Schwester bestanden hat. Als dieser ausbrach, besuchten sie 88 Kinder, und den daran angeschlossenen Kindergarten etwa 50 Kinder. Einen Aufschwung des Deutschtums beweist, daß die im Herbst 1920 eröffnete erweiterte Schule mit 3 Vorklassen und den 3 untersten Klassen der 8klassig geplanten höheren

Schule von 138 Kindern besucht wird, von denen 64 Deutsch, 58 Finnisch und Schwedisch, und 20 andere Sprachen als Muttersprache sprechen. Die Schule erfreut sich der wohlwollenden Förderung der finnischen Schulbehörden wie des Deutschen Reichs.

Der deutsche Geschäftsführer, Dr. Wallroth, wandte sich in patriotisch warmer Rede an die Anwesenden. Das deutsche Wappenschild scheint nur zerbrochen. In Wirklichkeit aber sei wohl, wie schon früher in der deutschen Geschichte, das deutsche Schwert vor der Übermacht gesunken. Die Faust des Arbeiters aber und der Griffel des Geistes beweisen die Lebenskraft des deutschen Volkes und sein Recht auf eine glückliche Zukunft. Generalkonsul Golddeck-Löwe brachte Grüße aus Deutschland: vom Grafen von der Goltz und vom Feldmarschall Hindenburg. Der Gesang von „Deutschland, Deutschland über alles“ leitete zum zweiten Teil des Abends, den reichhaltigen Aufführungen über. Chorgesang, Deklamationen, Turnen und Tanz und schließlich einige Auftritte aus Minna von Barnhelm und die mit großer Lebendigkeit und dramatischem Talent aufgeführten Rätselszenen aus Schillers Turandot. Die Lieder, Deklamationen und Aufführungen bewiesen geistigen Hochstand und reges deutsches Leben der jungen Schule. Dazwischen wurden die Kinder mit Kaffee bewirtet. Tief in der Nacht trennte sich alles mit dem Gefühl, ein deutsches Schulfest gefeiert zu haben, wie es Helsingfors früher kaum erlebt haben mag. C. v. K.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Ein Verein der Deutschen im Norden Bessarabiens hat sich gebildet, der dem Auflösungsprozeß der deutschen Gemeinden in Nord-Bessarabien steuern will. Eine Kolonie, Neu-Scholtoi, hat sich bereits aufgelöst, eine andere, Naslawtscha, ist in Auflösung begriffen. Nun hat der deutsche Volksrat Bessarabiens eingegriffen und hat für die Neuherstellung des deutschen Schulgebäudes in Neustrimba 10 000 Lei und für die Erhaltung der deutschen Schule Ryschkanowka 3000 Lei bewilligt. Die Gemeinden sollen nun alle Kräfte daran setzen, ihre Schulen wieder in Ordnung zu bringen. Der Vizepräsident des Konsistoriums, D. Haase, und der Präsident des zeitweiligen Komitees, D. Erdmann, haben die Verhältnisse an Ort und Stelle untersucht und haben daraufhin eine besondere Kollekte für diese notleidenden deutschen Gemeinden angeordnet, die von der Regierung genehmigt worden ist. Wir erhalten in dieser Angelegenheit den nachfolgenden Aufruf:

Im Norden Bessarabiens, in den Kreisen Bjelzy und Soroki, befinden sich 5 deutsche Kolonien: Neu-Strimba, Rischkanow, Alt- und Neu-Scholtoi und Naslawtscha. Obwohl etliche von ihnen schon über 100 Jahre zählen, sind sie den Deutschen aus den anderen Gebieten meistens ganz unbekannt. Das ist sehr traurig, um so mehr da dies Häuflein Deutscher — über 1000 Seelen — in der völligen Isolierung und Hilflosigkeit allmählich sein deutsches Gepräge verliert und sich der Umgebung — Russen und Moldauern — assimiliert.

Diese Deutschen haben folgende geschichtliche Vergangenheit: Im Jahre 1815 wurde von den aus Deutschland und Österreich kommenden Kolonisten eine Gruppe in Kischinew, der Hauptstadt Bessarabiens, aufgehalten und von einem russischen Edelmann — Krupensky — überredet, sich auf einem seiner Güter im Norden Bessarabiens anzusiedeln, woselbst sie aber nur zwei Jahre blieben. Im Jahre 1817 übersiedelten diese Kolonisten auf ein Gut desselben Edelmanns in einem anderen Kreise Bessarabiens. Hier hatten sie mit ihrem Gutsherrn einen sogenannten ewigen Kontrakt abgeschlossen und dachten nun,

hier für immer zu bleiben. Es kam aber anders. Ende der vierziger Jahre wurde das Gut an einen Juden verkauft, welcher den Kolonisten ihre Rechte streitig machte. Nach einem langwierigen Prozeß wurde der Kontrakt für ungültig erklärt. Darauf schraubte der Jude den Pachtpreis so hoch, daß es ihnen schwer wurde, denselben aufzutreiben. Anfangs der fünfziger Jahre zog dann der größte Teil von ihnen in den Kreis Bjelzy, wo sie in der Nähe von Neu-Sarata eine neue Kolonie gründeten. In ihrer ersten Kolonie — Naslawtscha — blieben nur noch wenige. In Neu-Sarata wurden, nach Ablauf eines zehnjährigen Pachttermins, vom Gutsherrn so hohe Forderungen gestellt, daß sie auch hier nicht bleiben konnten. Sie fanden dann endlich wieder einen Platz auf den Gütern des Edelmannes Sturdsa, 18 Kilometer nördlich von der Kreisstadt Bjelzy. Hier gründeten sie im Jahre 1865 die Kolonie Neu-Strimba, welches die größte Kolonie im Norden Bessarabiens ist und bei 100 Familien zählt. Man erkennt die deutschen Kolonien am planmäßigen Bau und an der überall herrschenden pünktlichen Reinlichkeit. Die Häuser sind klein, aus Lehm gebaut und mit Stroh oder Rohr gedeckt. In diesen Häusern wohnen meistens zwei Familien. Die Lette sind sehr arm. Die Eigentümer haben durchschnittlich 1 bis 2 Hektar Land. Ein guter Wirt hat 1—2 Pferde und 1—2 Kühe. Schweinezucht wird mangelhaft getrieben; Schafzucht gar nicht. Den meisten von ihnen mangelt es sehr an wirtschaftlichen Geräten. Vor dem Kriege standen sie besser als die benachbarten Russen und Moldauern, nun müssen sie ihnen unterliegen. Dazu hat der Umstand beigetragen, daß der größte Teil dieser Deutschen während des Krieges von der russischen Behörde nach Sibirien verschickt waren und die Leute so um ihr ganzes Vermögen kamen; der übrige Teil wurde auf alle mögliche Art ausgebeutet und mißhandelt. Vor ca. 3 Jahren kamen die Ausgewiesenen nackt und bloß in ihre leeren Heimatnester zurück. Niemand hat ihnen Hilfe angeboten. Sie mußten sich selbst wieder ihre primitive Wirtschaft anlegen. Viele haben noch jetzt weder Pferde noch Kühe.

Besonders traurig, ja erschütternd steht die Schulfrage. Die alten, halbzerfallenen Bet- und Schulhäuser können nicht aufgerichtet werden, weil es den Leuten hier an Mitteln fehlt.

Da die ganze Zukunft dieses Häuflein Deutscher in ihrer Schule liegt, so hat sich hier ein Verein der Deutschen im Norden Bessarabiens gegründet, dessen Pflicht es ist, Mittel zu suchen, um in der Zentral-Kolonie, in Neu-Strimba, eine deutsche evangelisch-lutherische Schule aufzubauen.

Die Not ist hier dermaßen groß, daß sich infolgedessen sogar eine Kolonie (Neu-Scholtoi) aufgelöst hat und die andere (Naslawtscha) im Auflösungsprozesse begriffen ist. Die ganze deutsche Kultur liegt hier in ihren letzten Zügen. Nur eine gute Schule kann dem Deutschtum hier eine kräftige Stütze geben. Es gilt für uns jetzt hier: Sein oder Nichtsein.

Etwa dem Verein oder den Schulen zugedachte Spenden überemittelt das D. A. I. gerne.

Bei der Tagung des deutschen Volksrats Bessarabiens in Tarutino wurde beschlossen, das Volksprogramm abzuändern. Der Vollzugausschuß wurde mit der Ausarbeitung beauftragt, der nächste Volksrat soll die Entscheidung haben. Der Kassenbericht ergab 145683 Lei Einnahmen bei 140856 Lei Ausgaben. In dieser Summe ist ein Darlehen einbegriffen, das der deutschen Zeitung Bessarabiens gegeben wurde. Die Zeitung wird von den Lehrern des Knaben-Gymnasiums in Tarutino herausgegeben und fällt nach Bezahlung aller darauf ruhenden Schulden derjenigen deutschen Organisation zu, der das Gymnasium einstmals gehören wird. Der Voranschlag wurde ein-

gehend durchberaten. Die Deßjätine Land soll darnach mit einem Lei, Weingartenbesitzer, Ärzte und freie Berufe mit $\frac{1}{4}$ Prozent und Handel, Industrie und Handwerk mit einem $\frac{1}{2}$ Prozent der Einnahmen besteuert werden. Diese Steuern sollen aber nur als Rückstand für das Jahr 1920 und als Ausgleich mit der bisherigen Rubelsteuer erhoben werden. Bei der nächsten Tagung des Volksrats soll der Vollzugs-Ausschuß ein Projekt einer Vermögenssteuer vorschlagen. An Gehältern wurden 2000 Lei für den Sekretär, 1000 Lei für den Präsidenten und 500 Lei für einen Vizepräsidenten bestimmt. 7000 Lei sollen einmalig zum Ankauf von Möbeln ausgegeben werden. Für Notleidende und für arme Gemeinden sollen 25000 Lei durch Kollekten aufgebracht werden. Besonders sollen deutsche Flüchtlinge unterstützt werden. Als solche werden ausdrücklich auch die in Deutschland studierenden ukrainischen Kolonistensöhne bezeichnet, die von ihrer Heimat gänzlich abgeschnitten sind. Die studierenden Ukrainer sollen diese Summen als Darlehen aufpassen und späterhin zurückzahlen. Zu Extraspenden für diesen Zweck wurde aufgefordert. Zum Unterhalt der pädagogischen Klassen an der Sarataer Zentralschule wurden 25000 Lei bestimmt. Die Sarataer Zentralschule und das Tarutinoer Knabengymnasium sollen, ohne Einführung von neuen Steuern, aus den Mitteln, die die rückständigen Steuern ergeben, nach Möglichkeit unterstützt werden.

Riga. Der deutsche Elternverband in Lettland konnte auf seiner Tagung mitteilen, daß die Schulsammlung im März insgesamt einschließlich der nachträglich eingelaufenen Beiträge die Summe von 2 Millionen Rubel ergeben habe. Lettlands deutsche Bevölkerung besteht nach der Zählung vom 15. Juni 1920 aus 58 103 Köpfen (davon in Riga 28 571). Das Ertragnis der Sammlung bedeutet also eine freiwillige Selbstbesteuerung von 34 Rubel pro Kopf, wenn man die Minderjährigen einschließt. Da inzwischen die Valutaverhältnisse in Lettland sich wiederum verschlechtert haben und die Bedürfnisse der Schulen wachsen, wird auch die neue Spende sehr behutsam verwaltet werden müssen, wenn sie die Erfordernisse der Schulen decken soll.

Amsterdam. Der Deutsche Männergesangsverein „Liederkrantz“ gab in dem Amsterdamer Volksviertel „der Jordaan“ ein Sonntagmorgen-Freiluftkonzert, dessen Ertragnis zum Bau einer Kinderspielfalle verwendet werden soll. Die Einladung ging von einem holländischen Verein aus und die deutschen Chöre, zwischen die ein Tenorsolo und ein Duett für Klavier und Flöte eingeflochten war, hatten einen vollen Erfolg, dem der Vorsitzende der Vereinigung „Noorderspeeltuin“, ein einfacher Arbeiter, in seiner Dankrede unter dem Beifall der vielhundertköpfigen Menge bedröhten Ausdruck gab.

Bern. Verein Germania. Die Deutsche Heimstätte in Pieterlen, die vor 8 Jahren als ein Werk echter warmer Nächstenliebe und Humanität, gegründet wurde, die fortlaufend ca. 100 Personen, meist armen deutschen Ferienkindern, und alten, nicht mehr erwerbsfähigen Leuten, Obdach und Verpflegung gewährt, ist infolge der schlechten Valutaverhältnisse in finanzielle Notlage geraten. Das Werk müßte eingehen, wenn ihm nicht geholfen würde.

Nun hatte es der deutsche Verein Germania in Bern, mit Unterstützung aller deutschen Vereine in Bern, auf sich genommen, diesem edlen Werke durch Veranstaltung eines Wohltätigkeitsfestes zu Hilfe zu kommen. Zahlreiche Spenden, im Werte von einigen 1000 Franken für Bazar und Tombola sind dazu gestiftet worden.

Künstler vom Stadttheater, der Berner Stadttturnverein, der Verein Circolo Mandolinistico und andere hervorragende Kräfte hatten ihre Mitwirkung zugesichert.

Das Fest fand Sonntag, den 3. Juli, in allen Räumen und Garten des Bierhübels statt.

Batavia. Der deutsche Turnverein veranstaltete am 2. April einen Abschiedsabend für seinen langjährigen Vorsitzenden Theodor Helfferich, der nach der Heimat abfuhr. 13 Jahre hindurch, seit seiner Ankunft auf Java, war er Mitglied des Vereins, dessen Sprecher er 9 Jahre gewesen ist. Generalkonsul Dr. Lettenbaur hielt die Abschiedsrede und wies darauf hin, was Herr Helfferich für das Deutschtum geleistet habe, namentlich auch für den deutschen Bund, dessen Präsident er in Vertretung seines Bruders gewesen sei. Der Senior des Turnvereins, Herr Anheisser, verkündete die Ernennung Helfferichs zum Ehrenmitglied und überreichte ihm vom Verein drei Ölgemälde mit javanischen Landschaften. Auch Herr Heitmann, der mit Herrn Helfferich auf Heimaturlaub fuhr, nachdem er mit ihm seinerzeit nach Java gekommen war, wurde entsprechend geehrt, und noch bei der Abfahrt des Schiffes hatten sich von der deutschen Kolonie zahlreiche Freunde versammelt, um ihnen das Geleit zu geben.

Deutsches Haus für Neuyork. Das Projekt eines „Deutschen Hauses“ für die deutschen Vereine in Neuyork oder doch für eine Gruppe von Vereinen, das seit dem Waffenstillstand und dem tatsächlichen Kriegsende Gegenstand ernstlicher Beratungen in maßgebenden deutschen Kreisen Neuyorks war, ist nun zur Reife gekommen. Die Deutsche Medizinische Gesellschaft hat die Initiative ergriffen. Die Aufbringung der nötigen Gelder für ein Gebäude soll keine Schwierigkeiten bieten.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

In Prag ist an Stelle des nach Berlin zur Leitung der Ausbildung der jungen Anwärter des diplomatischen Dienstes berufenen früheren Gesandten Saenger, der frühere sächsische Minister des Innern und spätere Vertreter der sächs. Regierung in Berlin, Dr. Koch, zum deutschen Gesandten ernannt worden.

Dr. Stübel, der frühere deutsche Gesandte in Chile und Kristiania ist in Dresden gestorben. Er war geborener Dresdner, trat in das auswärtige Amt ein und schlug die Konsulats-Laufbahn ein, wurde später Gesandter in Santiago und dann im Jahre 1901 Direktor der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes, wo ihn später Erbprinz Ernst zu Hohenlohe-Langenburg ablöste. Stübel war darnach noch einige Monate Gesandter in Kristiania und wurde dann in den Ruhestand versetzt.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Über Professor Einsteins Aufenthalt in Amerika wird den Zeitungen noch berichtet, daß er sehr zur Stärkung des deutschen Gedankens beigetragen habe. Zwar hätten einige Blätter ihn gewissermaßen entschuldigend als Schweizer Professor bezeichnet, doch habe er selbst sich stets zu seinem Deutschtum bekannt, sei mit einem klaren und deutlichen Brief Ehrenmitglied des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins in Amerika geworden und habe auch im deutschen Liederkrantz eine sehr offene Rede gehalten. Auch die Wiedereröffnung des Germanischen Museums in Harvard, die Wiederaufnahme des deutschen Studiums an den amerikanischen Schulen, die Wiederankündigung deutscher Opern für den Winter, die Wiedereröffnung des nationalen deutsch-amerikanischen Lehrerseminars in Milwaukee seien An-

zeichen einer Besserung des Verhältnisses zu Deutschland, wozu Professor Einstein nicht wenig beigetragen habe. Seinem Vortrag wohnten in Neuyork am 20. Mai im Klubhaus des „Liederkrantz“ mehr als 1000 Männer und Frauen bei, dessen Ertrag zur Hälfte der „Deutschen Notgemeinschaft“ überwiesen wird. „Hilfe ist notwendig“, sagte Prof. Einstein, „damit die Räder der deutschen Wissenschaft nicht einrosten. Was Sie über die Not der deutschen Wissenschaft lesen, ist keineswegs übertrieben.“

Von Amerika kehrte Einstein über England zurück. Sein Vortrag in der Universität Manchester wurde zu einer großen Huldigung für ihn. Der große Hörsaal war von ungefähr 1000 Personen besetzt, die ihm bei seinem Erscheinen einen herzlichen Empfang bereiteten. Der Chemiker Professor Dixon begrüßte den deutschen Gelehrten und hob seine Verdienste um die Wissenschaft hervor, er habe mehr für den Fortschritt der Welt geleistet, als Staatsmänner und Eroberer. Der Vizekanzler der Universität gab Einsteins Ernennung zum Ehrendoktor bekannt und betonte, daß die Wissenschaft von der Blutfehde zwischen den Völkern unabhängig sei. Einstein hielt seinen Vortrag in deutscher Sprache. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß seine Ehrung die Beziehungen zwischen den Völkern bessern werde.

In London wurde Einstein am 13. Juni bei einem zu seinen Ehren veranstalteten Essen von Ernest Barker vom King College begrüßt. Der deutsche große Gelehrte helfe die zersplitterten Fäden der internationalen Wissenschaft wieder zusammenzufügen, die wiederaufgenommenen Beziehungen sollten auf der Linie des Rechts und der Gerechtigkeit laufen, die Linie des englischen und deutschen Gedankens sollte die beiden Nationen miteinander und mit den andern Nationen der Welt zusammenbringen. Professor Barker sprach deutsch und Einstein erwiderte ihm, er sei erfreut darüber, daß sein Besuch eine gute Wirkung auf die internationalen Beziehungen auszuüben verspreche.

Professor Dr. Martini in Columbien. Der „Trans-Ozean“, das in der Hauptstadt Columbiens, Bogota, erscheinende deutschfreundliche Blatt bringt in seiner Nummer vom 12. Mai eine ausführliche Biographie des bekannten deutschen Lepraforschers, Prof. Martini, der augenblicklich in Columbien weilt und begrüßt den Gelehrten in warmempfindenen Worten. Professor Dr. Erich Martini wurde von der columbianischen Regierung eingeladen, um die Gründe der Ausbreitung dieser schrecklichen Krankheit zu studieren und nach Übertritt in den columbianischen Staatsdienst die modernen Bekämpfungsarten dieser Krankheit im Lande einzuführen.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Auch die **Kronstädter Zeitung** hat nunmehr vom 1. Juni an eine Wochenzeitung neben der Tagesausgabe eingerichtet, die gesondert bezogen werden kann und eine wertvolle Bereicherung des rumänisch-deutschen Zeitungswesens darstellt.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

„Bund der Auslandsdeutschen.“

Vom Bund.

Der Stand der Vorentscheidung war nach den offiziellen Angaben in der „Auslandswarte“ von Mitte Juni am 30. April 1921: Gesamtengang an Anmeldungen 70 866, davon geprüft und an die Spruchkommission weitergegeben 47 023, den Banken zur Zahlung überwiesen 25 278.

Die **Universität Tübingen** zählt unter ihren 3253 immatrikulierten Studenten des Sommersemesters 1921 im ganzen 118 Aus-

länder, zumeist deutscher Abstammung. Von ihnen stammen 38 aus Rumänien, 17 aus der Ukraine, 9 aus Lettland, 7 aus Danzig, 6 aus Ungarn, je 5 aus Bulgarien, Österreich, Rußland und der Türkei, je 3 aus Südslawien und Lothringen, 2 aus Estland und je einer aus Brasilien, Dänemark, England, Finnland, Japan, Italien, Polen, Schweden und Nordamerika.

In **Hohenheim** sind an der Landwirtschaftlichen Hochschule im Sommersemester 740 Studierende eingeschrieben, unter ihnen 42 deutschstämmige Ausländer, 10 Deutsch-Österreicher und 18 Ausländer.

Der „**Verband der Kolonisten und andern Deutschen Nordrußlands**“ teilt uns mit, daß seine Vertreter aus dem Ausschuß der deutschen Gruppen Altrußlands zurückgerufen worden seien und somit die Deutschstämmigen Nordrußlands im genannten Ausschuß nicht mehr vertreten seien. Auch sei seit dem 1. Juni 1921 die „**Deutsche Post aus dem Osten**“ nicht mehr Mitteilungs-Organ des Verbandes, dessen Sitz jetzt Berlin W. 30, Motzstr. 22, ist.

Der **Sachsen-Bischof Dr. Teutsch** weilte als Gast einige Tage in Leipzig, wo er in einer ihm verwandten Familie eine Taufe vollzog. Er war bei dieser Gelegenheit Gegenstand begeisterter Huldigungen und es offenbarte sich in rührender Weise die Liebe und Anhänglichkeit namentlich der zahlreichen deutschen Kinder, die aus Leipzig vor Jahren nach Siebenbürgen fahren durften, um sich dort körperlich und geistig zu erholen. 620 Kinder waren im Jahre 1917 in Siebenbürgen und die hier ausgestreute Saat ist, wie sich jetzt zeigte, köstlich aufgegangen. Zu Ehren des Bischofs wurde im alten Gewandhaussaal ein Konzert veranstaltet, um das sich Herr Siegfried Moltke verdient gemacht hat und das mit seiner Huldigung für den Bischof einen prächtigen Verlauf nahm. Der Gruß an den Bischof „**Siebenbürgen Land des Segens**“ und der „**Sachsenschwur**“: Wir wollen bleiben, was wir sind! machten starken Eindruck.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

Die Staatenlosen.

Während des Krieges und zum Teil auch nach dem Friedensschluß haben die ehemaligen Feindstaaten nicht nur das Vermögen der deutschen Staatsangehörigen unter Sequester gestellt und liquidiert, sondern fast ausnahmslos die „**Maßnahmen**“ auch auf die Staatenlosen, soweit sie früher einmal die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben, ausgedehnt.

Von deutscher Seite ist den ehemaligen Feindstaaten dieses Recht immer bestritten worden; denn nach dem eindeutigen Wortlaut und Sinn der Bestimmungen des Friedensvertrags darf nur das Vermögen deutscher Staatsangehöriger beschlagnahmt bzw. liquidiert werden.

Es hat lang gedauert, bis diese einfache logische Schlußfolgerung in den ehemaligen Feindstaaten angefangen hat, sich durchzusetzen.

Uns liegt jetzt ein Bericht aus London über eine dortige Gerichtsverhandlung vor, dem wir eine interessante Entscheidung des obersten Gerichtshofes entnehmen.

Ein Deutscher, der durch Entlassung die deutsche Reichsangehörigkeit verloren hatte, war nach England übersiedelt, hatte aber die englische Staatsangehörigkeit nicht erworben — war also staatenlos geworden. Während des Krieges wurde er interniert und sein Vermögen beschlagnahmt. Daraufhin hatte er eine Klage gegen den öffentlichen Treuhänder anhängig gemacht mit der Begründung, daß er staatenlos, also nicht feindlicher Staatsangehöriger sei. Die Angelegenheit kam im April dieses Jahres zur Verhandlung, und die Frage, die zur Ent-

scheidung stand, war die, ob ein Deutscher, der seine Staatsangehörigkeit verloren hatte, ohne irgendeine andere Staatsangehörigkeit erworben zu haben, gegenüber den Bestimmungen des Friedensvertrags, trotzdem Deutscher sei, und gleichzeitig, ob das englische Recht den Zustand der Staatenlosigkeit anerkenne.

Der Gerichtshof entschied: Der Kläger sei nicht Deutscher im Sinne des Friedensvertrags. Die Entscheidung darüber, ob jemand Angehöriger eines Staates sei, müßte nach dem Recht dieses Staates betrachtet und behandelt werden. Wer nach deutschem Recht nicht deutscher Staatsangehöriger sei, könne nicht durch englisches Recht dazu gemacht werden. Der Zustand der Staatenlosigkeit sei dem englischen Recht nicht unbekannt.

Zu dieser Frage äußert sich auch der Rechtsanwalt und Notar Dr. Bruno Weil im B. T. in einem längeren Artikel. Auch Weil betont, daß nach deutscher Auffassung die Staatenlosen weder sequestriert noch liquidiert werden könnten, sie seien nicht mehr Deutsche, und über die Frage, wer als Deutscher zu betrachten sei und wer nicht, könne nur die deutsche Gesetzgebung befinden. Nach Weil haben als erste belgische Gerichte anerkannt, daß die Liquidierung des Eigentums der Staatenlosen aufzuheben sei. Aber erst am 21. Juni dieses Jahres habe auch das höchste belgische Gericht, der Kassationshof, sich dieser Anschauung der Untergerichte angeschlossen und erklärt, daß die Sequestrierung aufgehoben werden müsse. England habe erst im April dieses Jahres durch die von uns erwähnte gerichtliche Entscheidung gleicher Art einen Präzedenzfall geschaffen. Frankreich mache auch hier eine Ausnahme und beurteile die ganze Frage weniger von einem rechtlichen als von einem rein politischen Zweckmäßigkeitsstandpunkt aus. Zum Schluß wirft Weil noch die Frage auf, ob die deutsche Regierung verpflichtet sei, den Staatenlosen für den Fall, daß die Erträge ihres Vermögens auf Reparationskonto für Deutschland gutgeschrieben werden, Ersatz zu leisten oder nicht. Diese umstrittene Frage sei in der bisherigen Gesetzgebung verschieden beantwortet und werde eine endgültige Lösung nur durch die Verhandlung mit den davon betroffenen ehemaligen feindlichen Mächten finden.

Auch die amerikanische Rechtssprechung ist der Praxis der belgischen und englischen Gerichte gefolgt.

Entwurf eines Gesetzes betreffend die Überleitung von Rechtsangelegenheiten der Konsulargerichtsbarkeit.

Durch den Friedensvertrag ist dem Deutschen Reich in verschiedenen Ländern die Konsulargerichtsbarkeit entzogen worden. Dieser Umstand hat für viele die unangenehmsten Folgen gehabt, denn durch den Fortfall dieser 1. konsulargerichtlichen Instanz ist nicht nur die Beendigung eines dort noch schwebenden Verfahrens ausgeschlossen, sondern es besteht auch keine Möglichkeit, die Rechtskraft eines schon ergangenen Urteils herbeizuführen oder ein beim Reichsgericht als der Berufungsinstanz anhängiges Verfahren zu Ende zu führen. Diese Unzuträglichkeiten beziehen sich sowohl auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten — Zwangsvollstreckung, Konkursverfahren —, als auch auf die Strafrechtspflege. Um hier eine Änderung herbeizuführen, hat das Reichsjustizministerium dem Reichstage einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der es ermöglichen soll, die bei einer deutschen Konsularbehörde anhängig gewesenen gerichtlichen Verfahren auf ein inländisches Gericht überzuleiten, wobei bürgerliche Rechtsstreitigkeiten auf Antrag einer Partei nach den Vorschriften des inländischen Verfahrens von einem deutschen Gerichte fortzuführen sind, das zuständig sein würde, wenn die Klage zurzeit der Antragstellung erhoben worden wäre. Falls ein solches Gericht nicht vorhanden ist, soll auf Antrag einer Partei das

Reichsgericht das Gericht, bei dem der Rechtsstreit fortgeführt werden kann, bestimmen. Eine Überleitung kann nur stattfinden, wenn beide Parteien zu den in § 2 Absatz 1 Nr. 1 und Abs. 2 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April 1900 bezeichneten Personen oder Personengesamtheiten gehören, d. h. Deutsche oder deutsch Schutzgenossen sind. Den Deutschen werden unter bestimmten Voraussetzungen gleich errichtet Handelsgesellschaften, eingetragene Gesellschaften, juristische Personen usw. Auch Strafsachen, in denen ein Urteil noch nicht ergangen ist, können in der Lage, in der sie sich befinden, von einem inländischen Gericht fortgeführt werden. Die Entscheidung, ob das Verfahren fortgeführt werden soll, trifft die Staatsanwaltschaft, in Privatklagsachen das Gericht auf Antrag des Privatklägers nach freiem Ermessen. Die Einbringung dieses Gesetzesentwurfes ist, besonders im Interesse unserer Auslandsdeutschen aufs lebhafteste zu begrüßen und die Annahme dieses Gesetzes würde eine längst schmerzlich empfundene Lücke ausfüllen.

Zur Flaggenfrage.

Die gesamten bürgerlichen Fraktionen haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, der Reichstag wolle beschließen, „unter Würdigung des einmütigen, von der deutschen Reederei, den Seemanns-Berufsverbänden, den Vertretungen des Überseehandels und der Auslandsdeutschen dem Reichstag vorgetragenen Wunsches, die Regierung zu ersuchen, die Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921 insoweit, als sie sich auf die Handelsflagge bezieht, bis auf weiteres außer Kraft zu setzen, weil durch eine Änderung der alten Handelsflagge der Wiederaufbau der deutschen Seeschifffahrt, die Wiederanknüpfung überseeischer Handelsverbindungen und die Gemeinschaft der Auslandsdeutschen mit ihrer alten Heimat gefährdet würde“.

Der Antrag wurde in der Sitzung vom 27. Juni behandelt, aber mit 121 gegen 120 Stimmen in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Dagegen stimmten die gesamten linken Parteien, viele Mitglieder des Zentrums mit dem Reichskanzler an der Spitze, einzelne Demokraten. Wir werden auf die Verhandlungen zurückkommen.

Eine Anfrage über Neupolen.

Im Reichstag haben Abgeordnete der deutschnationalen Fraktion eine Anfrage eingebracht, in der sie auf die Kündigung der Domänenpächter in den abgetretenen Provinzen Posen und Westpreußen und auf die Verschleuderung des Gutsinventars Bezug nehmen, die Verletzung des Friedensvertrages und des Minderheitenschutzvertrages durch die polnische Regierung einen schreienden Rechtsbruch und einen Raub von Privateigentum nennen und die deutsche Regierung fragen, was sie getan habe, um diese unerhörte Vergewaltigung von Deutschen zu verhindern und was sie tun wolle, insbesondere ob sie nicht gegenüber den in Deutschland lebenden Polen Vergeltungsmaßnahmen ähnlicher Art treffen wolle.

Der Antrag wurde in der Sitzung vom 17. Juni vom Abgeordneten Negenborn vertreten, dem ein Regierungsvertreter der Domänenverwaltung zustimmte, indem er das Verhalten der polnischen Regierung einen unerhörten Rechtsbruch und eine ungeheuerliche Vergewaltigung nannte. Der Kommunist Dr. Meyer bekämpfte den Antrag als „nationalistisch“. Der Unabhängige Rabold ebenso, weil er nur die Domänenpächter, nicht aber die aus Polen vertriebenen Arbeiter berücksichtige. Der Sozialdemokrat Krüger empfahl dagegen den Antrag, der auch im Interesse der Arbeiter liege. Der Antrag wurde darauf mit den Stimmen der Mehrheit gegen diejenigen der Unabhängigen und der Kommunisten angenommen.

Deutsch-Chinesischer Vertrag.

Am 20. Mai d. J. sind zwischen Deutschland und China Vereinbarungen über die Wiederherstellung des Friedenszustandes getroffen und von den beiderseitigen Bevollmächtigten (von deutscher Seite Generalkonsul von Borch, von chinesischer Seite der frühere chinesische Gesandte in Berlin Dr. W. W. Yen) unterzeichnet worden. Im Reichstage ist der Gesetzentwurf sofort in allen drei Lesungen angenommen worden. Der Inhalt der Vereinbarungen läßt sich in 2 Teile gliedern. Der eine Teil behandelt die Frage der Liquidation des Kriegszustandes, der andere die grundlegenden Bestimmungen für die Neuregelung der deutsch-chinesischen Beziehungen.

Zunächst interessiert die Frage der Freigabe des deutschen Eigentums. Die chinesische Regierung stellt mit der Vertragsunterzeichnung die weitere Liquidation des Eigentums von Deutschen ein — bisher war Eigentum im Werte von 1200000 Tael (der Tael nach heutigem Kurs etwa 38—45 Mark) liquidiert — und gibt nach Ratifizierung die Liquidationserlöse sowie alles noch vorhandene einbehaltene Eigentum (im Werte von schätzungsweise rund 12 Millionen Tael) gegen eine Schadenersatzsumme in der Höhe des halben Wertes des beschlagnahmten deutschen Eigentums als Teilzahlung auf die chinesischen Kriegsschadenersatzforderung den Eigentümern zurück. Über das in den Händen der chinesischen Regierung befindliche Eigentum der Deutsch-Asiatischen Bank und der Ching-Hsing-Minen wird mit den Interessenten besonders verhandelt werden. Dagegen werden die noch nicht liquidierten Immobilien der Deutsch-Asiatischen Bank in Peking und Hankau der Eigentümerin zurückgegeben. Die Bestimmungen über den Handel mit dem Feinde werden mit dem Tage der Ratifizierung des Übereinkommens von selbst hinfällig. Die früher beim Seezollamt eingetragenen deutschen Handelsmarken werden nach der Ratifizierung durch Wiedereintragung durch den ursprünglichen Eigentümer beim Seezollamt wieder in Kraft gesetzt.

Dem in Artikel 296 des Versailler Friedensvertrages vorgesehenen allgemeinen Ausgleichsverfahren wird China nicht beitreten. Die chinesische Regierung garantiert den Deutschen in China vollen Schutz in der friedlichen Ausübung ihres Berufes und verspricht, deren Vermögen nicht nochmals zu beschlagnahmen außer in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts oder den Bestimmungen des chinesischen Rechts, unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit.

Im 2. Teil der Vereinbarungen werden zuerst einige allgemeine Bestimmungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen getroffen. Deutschland verzichtet auf eigene Konsulargerichtsbarkeit in China und somit auf die Exterritorialität. Die Deutschen unterstehen von jetzt ab hinsichtlich ihrer Person sowie ihres Vermögens der chinesischen Gerichtsbarkeit und den Gesetzen Chinas, wobei deutsche Rechtsfälle von den neu einzurichtenden Gerichten mit dem Rechte der Berufung und nach neuen Gesetzen erledigt werden sollen und ein ordnungsmäßiges Prozeßverfahren dabei angewandt werden soll. Deutsche Rechtsanwälte und Dolmetscher dürfen als Rechtsbeistände fungieren. Bezüglich der Prozesse vor der gemischten Gerichten, von denen einige für Zivil- und Straffälle in Shanghai und für Straffälle auch an einigen andern Plätzen bestehen, bei denen Deutsche aktiv oder passiv beteiligt sind, verspricht China für die Zukunft eine Lösung zu suchen, die allen Teilen gerecht wird. Deutsche dürfen künftig wieder in dem Gebiete Chinas reisen, sich niederlassen, Handel und Industrie betreiben an allen Orten, wo dies für Angehörige einer andern Nation gestattet ist,

wobei zugesagt wird, daß keine höheren Steuern, Abgaben und Kontributionen erhoben werden, als die Inländer zahlen.

Was die Zollfrage anbelangt, so wird in Artikel 4 die chinesische Autonomie im Zollwesen unumwunden anerkannt. Es sollen keine höheren Zölle als die von Landesangehörigen entrichteten erhoben werden. Bis jedoch die sog. Vertragsmächte gleichfalls von ihren China zwangsweise auferlegten niedrigeren Zöllen ablassen und diese Zollautonomie ihrerseits anerkennen, werden deutsche Einfuhrwaren Zölle nach den allgemeinen Zollbestimmungen bezahlen. Für den hoffentlich in Bälde abzuschließenden deutsch-chinesischen Handelsvertrag ist schon jetzt Meistbegünstigung verabredet.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

In Jena begann der diesjährige schwedische Ferienkurs, zu dem aus Schweden 150 Teilnehmer im Extrazuge eintrafen. Professor Dr. Eucken hielt bei der Eröffnungsfeier in der Universitätsaula die Begrüßungsrede, an die sich Begrüßungen der Universitäts- und Stadtbehörden anschlossen. Auch der Studentenausschuß und die deutsch-schwedische Vereinigung entboten den Gästen Willkommensgrüße. Professor Dr. Walter-Lund sprach als Vertreter des deutsch-schwedischen akademischen Verbandes, der Leiter des Kurses, Lehrer Flygare-Stockholm, dankte für die Begrüßungen. Ihm schloß sich der schwedische Gesandte in Berlin, von Essen, an, der der Stadt Jena dankte. Gesangsvorträge umrahmten die Feier.

Der schwedische Studentenorchester der Universität Lund konzertierte zweimal in Berlin unter großem Beifall. Die 30 Sänger erwiesen sich als wohlgeschult und leisteten der Berliner Kritik zufolge, unter Leitung ihres Dirigenten Dr. h. c. Alfred Berg, vorzügliches.

Rabindranath Tagore hat jetzt eine Rundreise durch Deutschland vollendet und ist in verschiedenen Universitätsstädten als Redner gefeiert worden und Gegenstand besonderer Ovationen gewesen, ist dabei allerdings nicht immer und überall als der feinsinnige Dichter und Gelehrte, sondern stellenweise auch in ziemlich wenig würdiger Weise als eine Art sensationeller Attraktion von seinen deutschen Gastgebern behandelt worden. Deutsche Schriftsteller und Künstler haben ihm auf einen Aufruf Konrad Haußmanns hin eine wertvolle Sammlung ihrer Bücher für seine Universität zum Geschenk gemacht. Für diese seine Universität Shanti Niketan (Friedenshain) in Bolpur hat Tagore einen deutschen Gelehrten aufgefordert, den bekannten Indologen Geh. Rat Jacobi-Bonn, der dort neben seinem russischen Kollegen Schterbatzki zwei Jahre Vorlesungen halten soll.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Frettransport deutscher Möbel aus dem Elsaß. Eine „Bekanntmachung an Deutsche, die das Land verlassen wollen“, befindet sich in dem in Mülhausen erscheinenden „Expreß“ vom 4. Juni, sie lautet: „Deutsche, die in Elsaß und Lothringen wohnhaft sind und die Absicht haben, nach Deutschland auszuwandern und ihr Mobiliar mitzunehmen, haben Anspruch auf freien Transport desselben, wenn sie vor dem 1. Aug. 1921 ihr Gesuch bei der „Gemischten Kommission für Abtransport deutschen Mobiliars“ in Kehl (Hotel Salmen) einreichen. Die Mobiliartransportkosten gehen jedoch zu Lasten des Mobiliareigentümers, wenn durch dessen Schuld der Abtransport nicht binnen 3 Monaten nach Empfang der Abtransporterlaubnis vollzogen wurde.“

Bis zu weiterer Verfügung werden auch die nach dem 1. August der Kommission eingereichten Gesuche von Deutschen gleichermaßen behandelt werden. Für diese kann aber keinerlei Anspruch auf Unentgeltlichkeit des Transports erhoben werden. Die Kommission wird sich in jenen Fällen darauf beschränken, den Gesuchstellern die Abtransporterlaubnis zu erwirken.“

Die Reichsdeutschen in der Tschechoslowakei.

Noch immer laufen Anfragen aus der Tschechoslowakei bei uns ein, in denen sich die dort lebenden Reichsdeutschen erkundigen, welche Maßnahmen seitens der Reichsregierung getroffen worden sind, um die Rechte der dort lebenden Reichsdeutschen, die österreichische Kriegsanleihe gezeichnet hatten, sicher zu stellen. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung langwierige Verhandlungen mit der Tschechoslowakei geführt, um diese Rechte sicher zu stellen. Die Tschechoslowakei hat aber im letzten Augenblick die Ratifizierung verweigert, so daß die Verhandlungen zu keinem Erfolg geführt hatten. Die Reichsregierung hat nunmehr die Angelegenheit wieder aufgenommen. Ob diese Verhandlungen Erfolg haben, steht noch dahin. Es wäre jedenfalls dringend zu wünschen, daß die Reichsregierung sich mit äußerster Energie der Sache annehmen möchte, da die Lage der in der Tschechoslowakei lebenden Reichsdeutschen tatsächlich außerordentlich mißlich ist.

WIRTSCHAFTLICHES

Vom Genossenschaftswesen der Siebenbürger Sachsen.

Eine der stärksten Stützen des wirtschaftlichen und völkischen Lebens in den Landgemeinden der Siebenbürger Sachsen ist in ihrem Fortbestande schwer bedroht. Es handelt sich um den Verband Raiffeisenscher Genossenschaften, der seinen Sitz in Hermannstadt, dem Hauptort der Sachsen, hat und mit seinen 276 Genossenschaften, die zusammen 24 450 Mitglieder zählen, fast das ganze sächsische Siedelgebiet umfaßt. Im Jahre 1885, noch bei Lebzeiten Raiffeisens, wurden ganz im Sinne seiner Grundsätze die ersten Spar- und Vorschußvereine in einigen Landgemeinden gegründet. Sie faßten Wurzel und zogen weitere Vereinsgründungen nach sich, da die markgenössisch angelegten Sachsensiedlungen einen fruchtbaren Boden für genossenschaftliche Vereinigungen bilden. Sie schlossen sich bald zu einem selbständigen Revisionsverbande zusammen und gewannen dadurch innere Festigkeit und eine werbende Kraft, die von Ort zu Ort weiterwirkte und ein neues festes Band um die Sachsen-gemeinden schlang. Zu den Spar- und Vorschußvereinen sind auch Warenbezugsgenossenschaften (Konsumvereine) und Absatzgenossenschaften (Kellervereine und Mühlen) hinzugekommen, die zwar eigene Zentralen gebildet haben, aber mit diesen auch dem Verband Raiffeisenscher Genossenschaften beigetreten sind. Diese Genossenschaften haben in den 3½ Jahrzehnten ihres Bestehens viel Gutes in den Sachsengemeinden gewirkt. Sie haben in den Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs den schwer ringenden Bauern (fast ausschließlich Kleinbauern) einen festen Rückhalt geboten, manch Stück gefährdeten Grundbesitzes gerettet, jungen Anfängern unter die Arme gegriffen, den Spar-sinn gefördert, den Wucher mit Geld und Waren niedergehalten, neuzeitlichen Wirtschaftsgeist geweckt, Bildung verbreitet, den Gemeinsinn gestärkt. Auch während des Krieges haben sie sich trefflich bewährt und nach dem Kriege die Landleute vor Schädigung durch Preistreiberei und durch die Manipulationen der Geldspekulanten bewahrt.

Das alles war möglich, weil sich der Verband und seine Genossenschaften auf dem Boden des freiheitlichen ungarischen

Handelsgesetzes selbsttätig bilden und selbständig entwickeln konnten. Denn das Raiffeisensche Genossenschaftswesen verlangt zu seinem Gedeihen die Möglichkeit freier Entfaltung aus sich selbst heraus, nach seinem eigenen Lebensgesetz.

Und das soll nun anders werden. In Altrumänien hat man — wohl mit Rücksicht auf die wirtschaftliche und geistige Unselbständigkeit seiner Landbewohner oder aus dem angeborenen Zentralisierungstrieb der romanischen Volksart — das Genossenschaftswesen unter die Leitung einer staatlichen Zentralanstalt gestellt, die den Genossenschaften die Statuten vorschreibt, die Geschäftsführung bis ins einzelne regelt und überwacht, die Kreditbeschaffung in die Hand und das Vermögen in ihre Obhut nimmt, kurz sie in einer Weise gängelt, daß sie keinen Schritt von sich aus tun können. Dabei werden nicht die feineren Triebkräfte in den Genossenschaften, Hilfsbereitschaft und Gemeinsinn, geweckt, sondern die selbstischen Geschäftsinstitute durch hohe Mitgliedsanteile bei geringer Haftpflicht und durch Superdividenden gereizt.

Und diese Art altrumänischer Genossenschaftsbildung will man nun von Bukarest aus nach Siebenbürgen übertragen und das dort eingewurzelte Genossenschaftswesen verdrängen. Es ist eine neue Zentralkasse an der Seite des Ackerbauministeriums geschaffen worden, die mit dem Recht ausgerüstet wurde, Genossenschaften nach altrumänischem Muster zu gründen und alle ohne ihre Vermittlung gegründeten Genossenschaften zu verhalten, ihre Statuten anzunehmen und ihrem Verbands beizutreten. Dies wird dadurch erreicht, daß keine Genossenschaft protokolliert werden darf, die von dieser Zentralkasse keine Ermächtigung vorweisen kann. Die Ermächtigung erteilt sie aber nur unter obigen Bedingungen. Genossenschaften, die sich diesem Zwang nicht fügen, können nicht protokolliert werden, demnach auch ihre Geschäftstätigkeit nicht beginnen; sie müssen sich wieder auflösen. Das Recht der Zentralkasse aber geht noch weiter; auch schon protokollierte Vereine, die seit dem 1. Dezember 1918 (Tag des Anschlusses Siebenbürgens an Rumänien) entstanden sind, müssen nachträglich die Ermächtigung einholen, und wenn sie sie nicht erhalten, werden sie aus dem Firmenregister gelöscht. Ja, auch alle älteren Genossenschaften der freien Verbände und die Verbände selbst kann sie ihrer Kontrolle unterziehen und eine Angleichung ihrer Organisation an die altrumänische verlangen.

Damit ist der weitere Ausbau des Raiffeisenverbandes unterbunden, eine Reihe schon beigetretenen Genossenschaften steht vor der behördlichen Auflösung, aber auch die älteren Genossenschaften und der Verband selbst sehen einer ungewissen Zukunft entgegen.

Mit der Erschütterung dieser Organisation wird dem sächsischen Bauer sein geldwirtschaftlicher Rückhalt in schwerster Zeit-lage zerstört, ein Quell deutscher Gesittung geschlossen und ein Band der Gemeinschaft zerrissen.

Noch hofft der Verband, durch die Verwendung des internationalen Genossenschaftsbundes vor dem Schlimmsten bewahrt zu werden. Die Hoffnung aber ist nicht groß.

Ein Verband der deutschen Genossenschaften in Bessarabien wurde am 8. Mai in Tarutino begründet. Der Gedanke wurde vor Jahresfrist angeregt und im Komitee des Volksrats der Deutschen Bessarabiens durchgesprochen. Der Kongreß vom Juni 1920 nahm sich der Sache an und setzte eine Kommission zur Ausarbeitung von Satzungen ein, die dann auch am 2. Dezember 1920 die behördliche Genehmigung fanden. 20 Genossenschaften waren nun am 8. Mai vertreten, der Kammer-Abgeordnete und Kongreß-Präsident Johannes Gerstenberger führte

den Vorsitz. Die Wahlen wurden vollzogen, als Sitz des Verbandes wurde Tarutino bestimmt. Drei besoldete und zwei unbesoldete Mitglieder wurden in den Verwaltungsrat gewählt und vier Ersatzleute für sie bestimmt. Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern, zu denen späterhin noch drei zugewählt werden können. Warenlager, Getreidespeicher und Filialen sollen in der Nähe von Bahnstationen und Schiffsanlagestellen und an größeren Zentren errichtet werden.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Zur Entschädigungsfrage.

Man schreibt uns:

Dem Reichstage liegt ein Gesetzentwurf vor, wonach die Entschädigungsfrage der aus den besetzten Gebieten vertriebenen Deutschen, der Kolonialdeutschen und der Auslandsdeutschen im allgemeinen geregelt werden soll. Wenn man nun unvoreingenommen diesen für die Entschädigung in Betracht genommenen Gruppen näher tritt, um die Frage der Zweckmäßigkeit der Entschädigung aus dem Gesichtswinkel der Reichsbehörden nachzuprüfen, so ergibt sich die Anschauung der Regierung, zunächst der ersten Gruppe, d. h. den aus den besetzten Gebieten Verjagten resp. geflüchteten Deutschen zu helfen. Diese Anschauung hat sehr viel für sich, hauptsächlich entspricht sie aber dem engen Gesichtskreis der Regierung. Bei näherer Betrachtung muß aber doch festgestellt werden, daß den aus Posen oder Elsaß-Lothringen zurückgekehrten Deutschen eine Entschädigung zum Wiederaufbau im Inlande gegeben werden wird, denn die Deutschen aus den besetzten Gebieten können doch nur im Inlande an den Wiederaufbau denken, da eine anderweitige Betätigung nicht in Betracht kommt. Es entsteht somit eine Vermehrung der Produktion, resp. des Handels im Inlande, welche Stärkung momentan, als in ihrem Nutzen, fraglich erscheinen kann. Es liegt dem Schreiber fern, hierdurch die Berechtigung der Entschädigung anzutasten, es handelt sich lediglich um die Frage der Klärung der Zweckmäßigkeit für das Reich, und im Speziellen für das Finanz-Ministerium. Die Kategorie der Kolonialdeutschen, deren Ansprüche ebenfalls vollkommen berechtigt, könnten in Hinsicht der Zweckmäßigkeit sofortiger Entschädigung in 2 Gruppen geschieden werden und zwar: 1. die Farmer, 2. die Kaufleute. Die letzteren würden in Hinsicht der Zweckmäßigkeit entschieden bevorzugt werden müssen, da sie das Material bilden, welches zum Aufbau des Welthandels für Übersee nötig wird. Wir kommen jetzt zum Aufbau unseres Welthandels im allgemeinen und da für Deutschland, für jedenfalls mehr wie ein Dezennium eine größere Anzahl von Staaten außer Bereich der Betätigung deutschen Handels stehen werden, so richtet sich der Blick unwillkürlich nach Osten und zwar in erster Linie nach Rußland. Um diesen Handel im Osten in seine Hände zu bekommen und Deutschland auch dort keinen Platz zu lassen, werden bereits seit mehr als Jahresfrist gewaltige Anstrengungen seitens England, Amerika, Japan, Holland, Schweden, Dänemark usw. gemacht (die verschiedenen Ablehnungen seitens des offiziellen Amerikas sind nicht ernst zu nehmen), um mit ihren Waren Eingang im Osten zu finden, resp. sich jetzt schon möglichst große Konzessionen zu sichern. Es ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Deutschen in Rußland die größte Kulturarbeit vollbracht haben und der deutsche Handel mit seinen sich anpassenden Usancen wohl kein Land so stark durchdrungen hat, wie es Rußland ist. Wer dort gelebt hat, wird begreifen, daß sämtliche Konkurrenten der Entente vor dem Kriege auf deutsche Angestellte und Vertreter angewiesen waren, weil der deutsche Angestellte den ganzen

russischen Handel, die Verkehrsverhältnisse, die Landwirtschaft, die Einwohner, die Sprache usw. durch ein Jahrhundert lang kennt und das Vertrauen sämtlicher Volksschichten genoß und noch heute genießt. Auch war das statistische Verhältnis der Vertreter der verschiedenen Völker so, daß auf hundert Deutsche — 1 Franzose — 2 Engländer — 1 Amerikaner kam und schon aus diesem Grunde der Deutsche der gegebene Aushelfer und Vertreter war.

Es ist nun anzunehmen, daß in der Vorkriegszeit hier in Deutschland wirklich ein Defekt vorgelegen hat, daß die derzeitige Einwirkung des deutschen Handels in Rußland im allgemeinen hier so wenig bei Inlandsdeutschen bekannt war, resp. ist; dies mag auch der Grund sein, daß die Regierungskreise, obwohl sie einsehen, daß der Außenhandel schnellstens und wirksamst gehoben und unterstützt werden muß, dies nicht auf die aus Rußland vertriebenen Auslandsdeutschen anwenden, sondern im Gegenteil ihnen Hemmnisse in den Weg legen, indem die Entschädigungsfrage nicht nur ungenügend, sondern geradezu jammervoll behandelt und durch das jetzt in Beratung befindliche Gesetz noch mehr verschlechtert wird. Schreiber ist der Ansicht, daß das Reich, selbst bei seinen Finanznöten, dennoch in erster Linie eine Welthandelspolitik treiben muß und sollte dazu die von allen Weltgegenden zurückgekommenen Auslandsdeutschen derartig entschädigen, daß sie imstande wären, schnellstens und intensiv Deutschland nach außen hin wieder zu vertreten. Für die Farmer könnten langfristige Werte (Schatzscheine usw. usw.) gegeben werden, die denselben den Wiederaufbau hier in Deutschland ermöglichten. Für den Welthandel kommt in erster Linie jedoch nur der Kaufmann und Ingenieur in Betracht, die dann, sobald sie festen Fuß gefaßt haben, schon die Handwerker usw. nach sich ziehen. Es wird wohl zu wenig daran gedacht, daß ein Nachwuchs der Auslandsdeutschen nicht vorhanden ist, und daß der Krieg und die Nachkriegszeit die Reihen der fähigen Männer bedeutend dezimiert hat. Aber wir können ganz ruhig sagen, daß, sobald nur der Handel mit dem Osten richtig in Gang kommt, wir Deutschen als die einzig Befähigten für den Osten von allen Nationen gesucht werden werden. Die Anzeichen dafür, daß die kommunistische Wirtschaftspolitik in Rußland schon geneigt ist, ausländisches Kapital und damit verbunden Freihandel zuzulassen, mehrten sich und da wäre es zu wünschen, daß die in Deutschland lebenden Auslandsdeutschen statt für die Entente, von denen England schon jetzt zu werben beginnt, für das Vaterland voll und ganz beschäftigt würden, dies kann aber nur geschehen, wenn die Reichsregierung endlich die Auslandsdeutschen genügend und schnellstens entschädigt und sie befähigt, wieder ihre Arbeit im Auslande aufzunehmen.

Wann wird das offizielle Deutschland endlich einmal so weit sein, gesunde reale Wirtschaftspolitik zu treiben? A. Sö.

VERSCHIEDENES

Aufruf an deutsche Eltern in Amerika.

Die „Neuyorker Staatszeitung“ veröffentlicht einen Aufruf des Vorstands des Gemischten Chors Jung-Amerika an die deutschen Eltern in den Vereinigten Staaten: Die Eltern-Vereinigung des Gemischten Chors Jung-Amerika weist mit Stolz darauf hin, daß sie auch während all der harten Kriegsjahre den deutsch-amerikanischen Kinderchor aufrecht erhalten konnte. Sie fühlt es daher als eine Pflicht, ja als ein Recht, sich an das deutschsprechende Publikum mit dem Aufruf zu wenden, den Gemischten Chor Jung-Amerika zu neuem Erstarken zu bringen. Es ergeht an die deutsch-amerikanischen Eltern das herzliche Ersuchen, ihre Kinder zu den wöchent-

lichen Singstunden zu schicken, wo sie kostenlos und unter guter Aufsicht im Singen unterrichtet werden. Und alle deutsch-amerikanischen Vereine und Gesellschaften werden aufgerufen, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um das Institut des deutsch-amerikanischen Kinderchors zum Gemeingut des Deutschums der Stadt Neuyork zu machen. Gleichzeitig wurde vom Gemischten Chor Jung-Amerika eine neue Hilfsaktion „Jung-Amerika für Jung-Deutschland“ eingeleitet.

Ein deutsch-ukrainischer Volksliederchor.

Vom Deutsch-Ukrainischen Chor in Charlottenburg wird uns geschrieben: „Der österreichisch-ukrainische Chor-dirigent Prof. Eugen Turula, der mit den Konzerten seines Chores ‚Kiew-Berlin‘ in Berlin und Potsdam große Erfolge errang, ist von einem soeben gegründeten ‚Ausschuß zur Förderung der Wechselbeziehungen zwischen deutschem und ukrainischem Chorgesang‘, dem erste Berliner Musikautoritäten wie Professor Wilhelm Döger, Prof. Dr. Max Friedländer, Dr. H. Mersmann usw. angehören, mit der Aufgabe betraut, einen deutschen Chor zu bilden, um seinen Plan: das deutsche Volkslied (insbesondere die alten handschriftlichen Lieder) in der gesang-technischen Gestaltung des ukrainischen Chorwesens zu pflegen. Professor Turula strebt hiermit eine enge kulturelle Verbindung mit dem Deutschum an, die bereits die weiteste Sympathie und Anerkennung findet. Anmeldungen zu dem Chor (dem auch eine deutsch-ukrainische Chorschule angegliedert sein wird) sind aus

den Kreisen der ehemaligen deutschen Kolonisten aller Teile Rußlands besonders gern gesehen; und werden täglich von 5—7 Uhr, Charlottenburg, Sybelstraße 35, entgegengenommen.

Gebrauch der deutschen Sprache in Dänemark.

Uns wird geschrieben: „In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen deutsche Geschäftsleute Drucksachen in fremden Sprachen, namentlich in Englisch und Französisch, nach Dänemark versenden. In Dänemark verstehen fast alle Geschäftsleute Deutsch; jedenfalls ist Deutsch diejenige fremde Sprache, die dort am meisten verbreitet ist, auch mehr als Englisch, und es liegt nicht im deutschen Interesse, diesen Zustand durch Versendung anderssprachiger Drucksachen zugunsten anderer Sprachen zu verändern.“

Deutsches Kino in Mexiko.

Die Einweihung des neuen Ufa-Lichtspielhauses „Gran Cine Cinco de Mayo“ fand am 27. Mai bei vollständig ausverkauftem Haus unter starker Beteiligung der deutschen Kolonie Mexikos statt. Das Theater zeichnet sich durch Größe, einfache Formen und diskrete Farben aus. Der Unternehmer wurde zu dem Wagnis, ein deutsches Kino in Mexiko zu eröffnen, dadurch bewogen, daß den deutschen Filmstücken in den bisher vorhandenen Kinos Widerstand entgegengesetzt wurde. Sie wurden gewöhnlich nur für solche Tage angenommen, an denen auf nur geringen Besuch zu rechnen war.

AUSWANDERUNGSWESEN

Reichswanderungsamt und Unterstützungen an private Organisationen.

Im Reichstag hatte seinerzeit der Abgeordnete Stücklen die vom Reichsministerium des Innern einberufene Konferenz glossiert und gesagt, auch Herr von Lindequist habe dort eine Lanze gebrochen, der an der Spitze einer Organisation stehe, die vom RWA. eine Subvention von 10000 Mark bekomme. Wir hatten in unserer Nummer 8 vom 15. April auf Seite 227/29 daran sofort die Bemerkung geknüpft, ob damit die Vereinigung für Siedlung und Wanderung gemeint sei, entziehe sich unserer Kenntnis, wir wüßten nur, daß die Arbeitsgemeinschaft für das gesamte nichtamtliche Flüchtlingswesen vom RWA. mit einem seiner Höhe nach uns unbekannten Beitrag unterstützt werde. Es sei aber wünschenswert, daß das RWA. überhaupt einmal mitteile, welche Organisationen es 1919 und 1920 unterstützt habe und welche Beträge die einzelnen Organisationen erhalten hätten. Das Deutsche Ausland-Institut habe im Jahre 1919 im ganzen 20 Mark, im Jahre 1920 dann 1000 Mark bekommen, habe aber einen erheblich höheren Betrag selbst für Lieferung von Zeitschriften an das RWA. ausgeben müssen.

Die Vereinigung für Siedlung und Wanderung als Vorortvereinigung der Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen, in deren letzter Sitzung diese Dinge auch zur Sprache kamen, teilt uns nun mit, daß sie selbst niemals einen Pfennig vom RWA. erhalten habe, daß die genannte Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen, der ja 80 verschiedene Vereinigungen (unter ihnen auch das Deutsche Ausland-Institut) angehören, vom RWA. einmal eine Beihilfe von 5000 Mark erhalten habe, die Vereinigung für das gesamte nichtamtliche Flüchtlingswesen dagegen (auch ihr gehört das Deutsche Ausland-Institut an), an deren Spitze seinerzeit Herr von Lindequist als Vorsitzender der „Rückwandererhilfe“ stand, im Jahre 1920 den erwähnten Zuschuß von 10000 Mark

Diese Aufklärung ist dankenswert. Unser Wunsch nach einer allgemeinen Aufklärung über die Verwendung der dem RWA. für

allgemeine Unterstützung zur Verfügung stehenden 120000 Mark, sowie des Titels von 180000 Mark für Hilfeleistungen an nicht beamtete Personen ist damit allerdings noch nicht erfüllt.

Für Brasilienwanderer.

Uns aus Brasilien zugegangenen Briefen entnehmen wir, daß trotz der in Deutschland durchgeführten Auswandererberatung viele Leute nach Brasilien kommen, ohne sich über die Verhältnisse dort ein zutreffendes Bild gemacht zu haben. Bezüglich der vom Staate Sao Paulo gewährten Freifahrt schreibt man uns, daß diese durchaus nicht allgemein sei, sondern nur in besonderen Fällen genehmigt werde und zwar nur dann, wenn die Eingabe von im Staate Sao Paulo ansässigen Landwirten aus geschieht und wenn es sich bei der Einreise nicht um Leute handelt, welche sich selbständig ansiedeln wollen, sondern welche bereit sind, als Landarbeiter auf Gütern, Kaffee-Fazenden usw. Dienste zu nehmen. Die Freifahrtsgenehmigung erfolgt auf Eingabe des in Brasilien wohnenden Landwirts (Arbeitgebers), welcher demnächst die Vorkarten für die von ihm nachgesuchten Personen von der Paulistaner-Regierung erhält und sie dann an die Interessenten in Europa schickt. Auf diesen Vorkarten steht die Anweisung des Ortes, bzw. der brasilianischen Auslandsbehörde, an die sich die Auswanderer zu wenden haben, um die wirklichen Schiffskarten zu bekommen und bei gleichzeitiger Angabe des Hafens, des Schiffes und des Tages der Abfahrt.

Die angeworbenen Arbeiter erhalten ein Haus einfacher Konstruktion (landesüblich) und so viel Land, daß sie für ihren eigenen Bedarf Pflanzen- und Schweine-, sowie Viehzucht treiben können. Letzteres geschieht aber nur unter der Voraussetzung, daß sie das ihnen vom Gutsbesitzer angewiesene Land vorschriftsmäßig und gegen vertragliche Bezahlung instand halten.

In den Briefen kommt außerdem zum Ausdruck, daß man bei Vertragsabschluß in bezug auf die Auswahl der Fazenden eine gewisse Vorsicht walten lassen müsse, da natürlich Behandlung, Bezahlung und wirtschaftliche Aussichten nicht überall gleich sind.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Programmentwurf für die deutschen Grund- und Mittelschulen Lettlands. Zugestellt von der rigaschen deutschen Lehrerschaft. Hrsg. von der Verwaltung des deutschen Bildungswesens. Riga: Walther & Rappa 1920. 463 S. 8°.

Ein Denkmal deutsch-baltischen Geisteslebens, kein Denkmal alter Zeit, sondern ein Werk, das im Jahre 1920 das Licht der Welt in Riga erblickt hat! Es ist der Programmentwurf für die deutschen Grund- und Mittelschulen Lettlands, zusammengestellt von der Rigaschen deutschen Lehrerschaft, herausgegeben von der Verwaltung des deutschen Bildungswesens. Es ist dies der zweite Teil, der bloß die Mittelschule behandelt. Der Grundschule war ein erster schon erschienener Band gewidmet. Nachdem ein lettändisches Gesetz über das Schulwesen der Minoritäten am 18. Dezember 1919 Deutschen eine selbständige Schulverwaltung gewährt hatte, erhielt die baltische Lehrerschaft zum ersten Male die Möglichkeit, energisch am Aufbau der Schule mitarbeiten zu können. Sie hat das in einer hingebenden Arbeit getan, die jedem Schulmann Hochachtung wird abzwängen müssen. Leitender Grundsatz war, von der Vielwisserei und Oberflächlichkeit der bisherigen Programme sich loszumachen und nach Kerschensteiners Rat in der Arbeit auf einem großen geschlossenen Gebiete den Weg wirklicher Bildung für den Schüler zu suchen.

Eine Grenze fand dieses Streben in der notgezwungenen Vielsprachigkeit des zwischen Rußland und Deutschland eingesprenkten lettischen Staates. Neben starker Betonung des Deutschen ist nicht nur das Lettische, sondern auch das Russische im Hinblick auf die Zukunft notwendig, wozu der Wunsch nach Erlernung des Französischen oder Englischen hinzutritt. Die Aufgabe, sinngemäß geschlossene Schulpläne zu entwerfen, ist in Lettland, wie in den anderen kleinen nationalen Staaten, besonders schwierig.

Und unter welchen äußeren Umständen ist diese Arbeit geleistet worden! Vom Januar bis Ende Mai 1919 herrschten in Riga die Bolschewiki, hatten 4 von den 6 Mittelschulleitern ins Gefängnis geworfen, 4 Lehrer des Mitsauschen Gymnasiums erschossen, und das gesamte Schulwesen in ein unentwirrbares Chaos verwandelt. Mit Übergangsprogrammen setzte im Herbst im Jahre 1919 der Unterricht ein. Im Oktober machte sich die Rigasche Lehrerschaft an die Ausarbeitung der neuen Programme, die zu Ostern 1920 fertig sein sollten. In dieser Zeit stand Riga einen Monat lang unter dem Feuer der Bermondtschen Artillerie, während der Programmsitzungen fielen Geschosse in die benachbarten Häuser. „Und als die Kanonen schwiegen,“ heißt es in der Einführung, „setzte eine neue Teuerungswelle ein. . . . Schwerste Existenzsorgen lasteten auf der Lehrerschaft. Ein Möbelstück nach dem anderen, ein Wäschestück nach dem anderen wanderte zum Händler. Das amtliche Gehalt reichte bei weitem nicht aus. Besorgniserregend unterernährt, mit Nebenbeschäftigungen überlastet, arbeitete die Rigasche deutsche Lehrerschaft freiwillig und ehrenamtlich, von aller Welt abgeschnitten, ohne Anregung, Hilfe und Vorbilder an dem Programm. 19 Fachsektionen haben vom Oktober 1919 bis zum Mai 1920 zur Aufstellung der Programme 103 Sitzungen abgehalten.“

Das Resultat ist ein überaus kunstvoller einheitlicher Aufbau für die Mittelschule in ihren verschiedenen Abteilungen der streng-altklassischen, der neusprachlich-historischen und der naturwissenschaftlich-mathematischen Abteilung, der Frauenschule und der pädagogischen Abteilung. Aus der ganzen überaus gründlichen Arbeit weht ein Geist von Idealismus entgegen, der die wahren Werte in persönlicher Bildung über praktische Gesichtspunkte stellt. Die Programme enthalten nicht nur für alle Fächer und Klassen — auch das Turnen — genaueste Angaben über Stoffverteilung, sondern auch anregende methodische Vorbemerkungen.

Mag das Baltentum an Zahl stark zusammengeschmolzen, materiell aufs schwerste geschädigt sein, dem Untergange ist es nicht geweiht. Eine nationale Gruppe, die zu so idealistischer aufopfernder Arbeit fähig ist, beweist eine hervorragende Lebenskraft.

C. von Kügelgen, Helsingfors.

Bericht über die Tätigkeit des Evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung in den Jahren 1918—1919. Leipzig: Selbstverlag des Gustav Adolf-Vereins 1920.

Wer sich einen Überblick über das segensreiche Wirken des Gustav-Adolf-Vereins verschaffen will, greife zu diesem Bericht. Er erzählt von alter und neuer Arbeit, zu welcher letzterer seine umfassende „Exulantenhilfe“, die Begründung seiner neuen Zeitschrift, die „Monatshefte“ und die Übernahme des Vorsizes der Vereinigung „Deutsch-Evangelisch im Ausland“ gehört. Der Verein hat 1918 in Preußen 658 Gemeinden mit 440 649 Mark, im übrigen Deutschland 1134 Gemeinden mit 703 910 Mark, in Österreich-Ungarn 660 mit 471 915 Mark, im übrigen Ausland 60 Gemeinden mit 198 967 Mark unterstützt. Die Gesamtsumme seiner bisherigen Unterstützungen ist damit auf 6629 Gemeinden mit 67 865 917 Mark gestiegen. Über seine Arbeitsfelder draußen wird an Hand der bisher in den „Monatsheften“ erschienenen Artikel auf 6 Seiten kurz berichtet.

M. Grisebach.

Der Missionar als Forscher. Anleitung für Missionare zum Beobachten und zum Sammeln von Material auf dem Gebiete der Missions- und Völkerkunde und deren Grenzgebieten. Aachen: Verlag des Haverius-Vereins, 1920. VI, 183 S. 8°. M. 33.—.

Ein guter Wurf! Es ist eine Freude, diese praktischen Anregungen eines praktischen Missionars zu lesen. Nach einer allgemeinen Einleitung geht Verfasser alle Gebiete durch, die der Missionar erforschen kann, stellt Frage um Frage und legt gleich ein Blatt unbeschriebenes Papier dazu, damit die Antwort nicht ausbleibt. Geographie, Meteorologie, Flora und Fauna, Ethnographie und Ethnologie, Volkswirtschaft und geistige Bildung, Sitten und Religion, Mythologie und Sagen, Sprache und Schrift, alles hat der Missionar aufzunehmen und für die Wissenschaft zu verwerten. Letzten Endes sind das keine Ablenkungen der Missionstätigkeit, sondern die notwendige Voraussetzung für eine ersprießliche Missionsarbeit. Der Missionar wird in vielen Fällen sogar der einzige sein, der diese Aufgabe lösen kann, weil er „an der Front“ dient, d. h. in unmittelbarem Verkehr mit den Eingeborenen tritt. Auch Kauflente, Plantagenbesitzer, Kolonialbeamte usw. können den Leitfaden mit großem Nutzen gebrauchen. Leider fällt sein Erscheinen gerade in die Zeit, da der deutsche Missionar und Kaufmann von der Koloniarbeit ausgeschlossen ist. Sein Wert ist darum nicht geringer. Die Zeit wird dem Werke sicher Anerkennung verschaffen.

Dr. Straubinger.

Holland. Von Paul Cronheim — Franz Dülberg — Marcellus Emants — Maximilian von Hagen — C. Hofstede de Groot — N. Japikse — Karl Östreich. Mit 23 Bildertafeln. Leipzig: E. A. Seemann 1919. 157 S. 8°. M. 10,80. (Die Nachbarn. Bücher offenerziger Aussprache; herausgeg. v. Franz Dülberg. Bd. 1: Holland.)

Der Gedanke dieser Bücherreihe, die der Band Holland eröffnet, ist aufs wärmste zu begrüßen. Es ist nur zu wahr, daß wir die Nachbarländer, die uns nicht gerade als Großmächte unmittelbar auf den Leib rückten, vor dem Kriege und noch länger politisch und kulturell als quantitate négligeable betrachtet haben. Oder wir hatten eine vorgefaßte Meinung über sie und sahen etwa Holland als ein großes Bildermuseum an. Solcher Einseitigkeit könnte der vorliegende Band abhelfen. Es ist ein Vergnügen, sich von Professor Östreich in die natürliche Geographie, von Emants in die Sprache, von Japikse in die politische Entwicklung, von M. von Hagen in die heutige politische Presse der Niederlande einführen zu lassen. Politische Erscheinungen, die wir oft nicht betrachten, wie die holländische Einstellung zum Völkerrecht, zum Ubootskrieg oder zur französischen Kultur, werden uns dann klar. De Groot und P. Cronheim führen uns auf das vertraute Gebiet der künstlerischen Wechselbeziehungen, die Groot in der Malerei des 17. Jahrhunderts, Cronheim in der neuesten Literatur und der Musikpflege (Mengelberg, Mahler). Der Herausgeber sorgt in dem einleitenden Aufsatz „Holländische und deutsche Sinnesart“ für die richtige psychologische Einstellung des Lebens. Die Bildertafeln sind wie die ganze Ausstattung des Gegenstandes würdig.

Dr. H. M.

VON UNSERER ARBEIT

In Frankfurt a. M. starb infolge eines Schlaganfalles der ordentliche Professor an der Gießener Universität Geh. Hofrat Professor Dr. Wilhelm von Sievers, ein geborener Hamburger und Schüler Richthofens. Er war seit Begründung des Deutschen Ausland-Instituts Vertreter der hessischen Regierung in unserem Verwaltungsrat und hat stets ein sehr lebhaftes Interesse am Wachstum des Instituts bekundet. Das Deutsche Ausland-Institut wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Eine wertvolle Kartenschenkung.

Dem Kartenarchiv des Deutschen Ausland-Instituts ist durch die Kartographische Anstalt Freytag & Berndt, G. m. b. H. in Wien, eine umfangreiche Sammlung von Kriegskarten geschenkt worden. Die Spende umfaßt besonders Karten der südöstlichen Kriegsschauplätze und ergänzt die im Karten-

archiv bereits vorhandenen Bestände über diese Gebiete außer beste.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrung und Kenntnisse verfügen, um Stellen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können. — Wir verzeichnen heute folgendes Angebot:

Engländerin (Frau eines Auslandsdeutschen), mit langjähriger kaufmännischer Erfahrung, kehrt im Juli d. J. nach London zurück. Aufträge irgendwelcher Art werden unter vertraulicher Behandlung gewissenhaft ausgeführt.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 7. Juli 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DRESDNER BANK

Aktiva.

Bilanz per 31. Dezember 1920.

Passiva.

	„	§	„	§		„	§	„	§
Kasse, fremde Geldsorten, Zins- scheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken			665 017 849	60	Aktienkapital-Konto			280 000 000	
Wechsel u. unverzinsliche Schatz- anweisungen			6 767 932 223	95	Rücklage A			51 000 000	
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen			894 573 333	85	Rücklage B			29 000 000	
Reports u. Lombards gegen börsen- gängige Wertpapiere			255 061 336	85	Talonsteuer-Rücklagekonto . . .			1 444 536	
Vorschüsse auf Waren und Waren- verschiffungen			456 789 660	05	Gläubiger			11 582 010 332	
Verzinsl. Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten . .			53 789 477	65	a) Nostroverpflichtungen . . .	22 674 180	30		
			9 073 163 881	95	b) Seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite ein- schließlich der für Reich und Reichsbank übernommenen . .	140 702 686	70		
Eigene Wertpapiere			121 205 391	80	c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	640 044 966	—		
a) Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten	11 918 267	05			d) Einlagen auf provisions- freier Rechnung:				
b) Sonstige bei der Reichsbank u. anderen Zentral-Notenbanken beliehbare Wertpapiere	9 450 343	20			1. Innerhalb 7 Tagen fällig . .	1 467 041 085	75		
c) Sonstige börsengängige Wert- papiere	93 500 785	70			2. Darüber hinaus bis zu 3 Mo- naten fällig	542 737 322	25		
d) Sonstige Wertpapiere	6 335 995	85			3. Nach 3 Monaten fällig . . .	431 343 648	60		
Konsortialbeteiligungen			71 577 149	30	e) Sonstige Gläubiger:				
Dauernde Beteiligungen bei an- deren Banken und Bankfirmen . .			77 211 035	85	1. Innerhalb 7 Tagen fällig . .	6 973 081 349	15		
Schuldner in laufender Rechnung Außerdem Aval- und Bürgschafts- schuldner . . M 1847 187 090.—			2 741 231 530	70	2. Darüber hinaus bis zu 3 Mo- naten fällig	971 747 215	30		
Hierunter Avalforderungen an Reich und Reichsbank M 257 721 450.—					3. Nach 3 Monaten fällig . . .	392 687 888	90		
Bankgebäude			61 585 415	95	Akzepte			108 928 250	
Sonstige Immobilien			4 192 324	95					
Mobilien-Konto			11 140 475	35	Außerdem:				
Pensionsfonds-Effektenkonto . . .			9 220 473	25	Aval- und Bürgschaftsverpflich- tungen (einschl. der für Reich und Reichsbank übernommenen) M 1847 187 090.—				
Effektenkonto d. König-Friedrich- August-Stiftung			95 205	—	Dividenden-Konto			1 292 988	
Effektenkonto der Georg-Arna- staedt-Stiftung			122 250	—	Pensionsfonds-Konto			9 747 841	
Saldo der Zentrale und auswärtigen Abteilungen mit unserer Nieder- lassung in London			20 030 784	60	König-Friedrich-August-Stiftung .			107 294	
			12 190 775 918	70	Georg-Arnstaedt-Stiftung			153 362	
					Eugen-Gutmann-Fonds			2 065 377	
					Übergangsposten der Zentrale und Filialen untereinander			789 730	
					Reingewinn			144 336 195	
								12 190 775 918	

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 3.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV – Nr. 15

STUTTGART

Erstes Augustheft 1921

Völkische Autonomie

Von Senator MÖLLER, Temesvar.

Die deutschen Minderheiten im neuen Rumänien (350000 Schwaben, 230000 Sachsen, 80000 Bukowinadeutsche, fast 100000 deutsche Bessarabier und etwa 35000 Deutsche im Altreich) streben die nationale Autonomie an. Seit Jahr und Tag. Die Schwaben als draufgängerisches Volk (Banat) haben sogar eine ihrer beiden Parteien „Schwäbische Autonomiepartei“ genannt, nebenbeigesagt eine Tat, die in Regierungskreisen Unbehagen auslöste, da man dort territoriale Autonomiebestrebungen glaubte wittern zu müssen, Tendenzen, gegen die man namentlich im Regat (Alt-rumänien) um so mißtrauischer ist, als auch in den neuangeschlossenen Provinzen zahlreiche Rumänen leben, die zum Beispiel das Motto: Siebenbürgen den Siebenbürgern oder Bessarabien den Bessarabiern auf ihre Fahnen geschrieben haben. In Wahrheit geht es den Deutschen zunächst um keine territoriale, sondern um die völkische Selbstverwaltung, um die Fleischwerdung also des Begriffes „Deutsche Nation in Großrumänien“, da die Erfahrung von Tag zu Tag in erhöhterem Maße lehrt, daß ausschließlich die Autonomie imstande ist, die vom Unverstand, der Unorientiertheit und dem Übelwollen geschaffenen Reibungsflächen auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Heute gibt es nämlich fast jeden Tag irgend einen Zwischenfall, der in deutschen Kreisen böses Blut macht und die übrigen nationalen Minderheiten natürlich auch nicht unbewegt läßt, da doch für alle Minoritäten das Wort gilt: Gleiche Brüder gleiche Kappen und umgekehrt. Das eine Mal ist es die Verwaltung, wo die Geister aneinander prallen, wie etwa unlängst im sächsischen Orte Zeiden oder früher schon in der schwäbischen Gemeinde Neu-Beschenowa, ein andermal entrüsteten sich deutsche Volksgenossen über die Mißachtung, welche ihre Muttersprache selbst in deutschbesiedelten Gegenden beim Gerichte oder bei den Sicherheitsbehörden erfährt, ein drittesmal gibt das Schulwesen (und die Versuche, dasselbe rumänisch zu durchsetzen) das Schlachtfeld ab, ein viertesmal sieht man in der Versetzung oder geringeren Bewertung der deutschstämmigen Beamten und im Streben, Minderheitler von leitenden Stellen fernzuhalten, eine Durchlöcherung der Minoritätenrechte, ein fünftesmal machten die den Katholiken und Lutheranern aufgedrängten rumänisch-orthodoxen Feiertage das Volk wild. Und so fort. Jedesmal aber wird das bittere Wort ins Land geworfen: Wozu gibt es die Karlsburger Beschlüsse??

Diese Karlsburger Beschlüsse, ein von der siebenbürgisch-rumänischen Nationalversammlung im Winter 1918 als eine Art Staatsgrundgesetz geschaffenes und legislatorisch bestätigtes Manifest, zu dem sich auch der König verpflichtet hat, enthalten nämlich alle Grundelemente der völkischen Selbstverwaltung, indem sie festlegen: jedes Volk hat das Recht, sich von seinen eigenen Söhnen in seiner eigenen Sprache richten, unterrichten und verwalten zu lassen, jedem Volke steht ein seiner Zahl entsprechender Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung zu, und jede Minderheit hat Anspruch auf volle Kirchenautonomie. Es ist klar, daß so lautende Bestimmungen, unparteiisch durchgeführt, die nationale Selbstverwaltung bedeuten würden, da der Satz: „Unterricht durch eigene Söhne in der eigenen Sprache“ die völkische Schulautonomie bedingen, der Satz: „Richterspruch durch eigene Söhne in der eigenen Sprache“ deutsche Senate bei den Gerichten fordern, und der Satz: „Verwaltung durch eigene Söhne in der eigenen Sprache“ die Schaffung deutscher Komitate, deutscher Bezirke, aber auch einer deutschen Zentralstelle verlangen würde. Die anderen Bestimmungen hätten den nationalen Wahlkaster und die freie Nationalkirche zur Folge. Von all dem sind heute erst Ansätze zu merken, und so kommt es, daß die oben angedeuteten Reibungen auf der Tagesordnung sind, wo es doch leicht und für den Staat völlig ungefährlich wäre, die Karlsburger Beschlüsse restlos durchzuführen.

Nebenbei gesagt, schlugen die Friedensbestimmungen den Ton der Karlsburger Beschlüsse an und sollten der zweite Antrieb für weitsichtige, gerechte und um den politischen Kredit des Vaterlandes bemühte Staatsmänner sein, alles zur wohlwollenden Verwirklichung der Papier gebliebenen Verheißungen dranzusetzen. Ein dritter Grund dafür dünkt uns schließlich der Umstand, daß es für keine Regierung ratsam erscheinen sollte, gegen die vier Millionen Minderheiten, die sich Rumänien einverleibt hat, und die binnen kurzem sich zu gemeinsamer Politik zusammenschließen werden, zu regieren. Seit kurzer Zeit hat der Staat im neuen Minister für Siebenbürgen Peter Groß übrigens einen Mann, dessen bisherige Tätigkeit den Eindruck hervorruft, als ob er sich der Bedeutung des Minderheitenproblems bewußt wäre und die Fähigkeiten hätte, eine befriedigende Lösung anzubahnen.

Der Stand der Auslandkunde in Deutschland: IV. Tabelle der auslandkundlichen

(V) = Vorlesung. (Ü) = Übung.
(Die eingeklammerten Ziffern bezeichnen
die Zahl der Wochenstunden.)

im Sommer
Zusammengestellt von

C. Fach-Hochschulen	Länder-, Völker-, Staatenkunde und Volkswirtschaft	Geschichte, Philologie und sonstige Vorlesungen	C. Fach-Hochschulen	Länder-, Völker-, Staatenkunde und Volkswirtschaft	Geschichte, Philologie und sonstige Vorlesungen
I. Seminar für oriental. Sprachen, Berlin	Verfassung u. Verwaltung Chinas (V) (2), Schüler (oP). Aus Verwaltung und Verfassung Chinas II (V) (1), Krebs (Leg.-R.). Länder und Völker Indiens (V) (1), v. Glasenapp (oP). Georgien u. d. Kaukasus (V) (1), Meckelein. Geograph. Übersicht der Türkei, Land u. Leute, Sitten und Gebräuche (V) (2), Bolland. Syrien (V) (2), Kampffmeyer (oP). Ägypten (V) (2), Kampffmeyer (oP). Marokko (V) (2), Kampffmeyer (oP). Abessinien (V) (1), Mitwoch (oP). Die Hamiten Nordafrikas (V) (2), Westermann (oP). Kolloquium über Afrikanistik (Üe) (2), Westermann (oP).	Geschichte Japans I (V) (2), Scharschmidt. Verwaltungsgesch. Ägypt. seit d. engl. Okkupation (V) (1), Prüfer (Leg.-R.). Neuere Geschichte Neugriechenlands (V) (1), Kalitsunakis. History of the english constitution (V) (1), Hamilton. Religion u. Sitte Chinas (V) (2), Forke (oP). Religion d. Perser (V) (2), Vacha. Sprachkurse in: Englisch, Franz., Span., Russisch, Poln., Neugriechisch, Bulgarisch, Türkisch, Persisch, Georgisch, Gucerati, Hindustani, Tatarisch, Arabisch, Abessinisch, Haussa, Ful, Chinesisch, Japanisch.	III. Handelshochschulen a) Berlin	Entwicklung u. Aufbau d. Weltwirtschaft (V) (2), Wiedenfeld (oP). Übungen dazu (Üe) (2), Wiedenfeld (oP). Idee d. internat. Organisation (V) (1), Schuecking (oP). Vorgeschichte des Weltkriegs (V) (1), Valentin (oP). Entwicklungslinien d. Weltpolitik (V) (1), Köbner (oHP). Geographie d. wichtigsten Nährpflanzen (V) (1), Wegener (oP). Geographie des Goldes (V) (1), Wegener (oP). Allg. Verkehrsgeographie (V) (3), Wegener (oP). Kunst d. Naturvölker und d. alten Orients (V) (1), v. Luschan (oP).	English social life, as depicted in John Galsworthy's „The Island Pharisees“ (V) (1), Freund (L). Bernard Shaw, his life, his works (V) (1), Hamilton (L). Sprachkurse und Handelskorrespondenz in: Englisch, Französ., Span., Italien., Russ., Polnisch. Grundfragen der politisch. Geographie (V) (1), Tiessen (oP). Das europäische Rußland (V) (1), Tiessen (oP). Die politische Entwicklung Rußlands (V) (2), Palme (L). Die Probleme Südosteuropas in ihren Bezieh. zu Deutschland (V) (1), Hoetzsch (oP).
II. Hochschule f. Politik, Berlin	Frankreich, Land u. Leute (Üe) (2), Françillon. Über Auswanderung und -gebiete (V) (2), Gerstmeyer (Geh. Oberreg.-R.). Tropische Landwirtschaft m. Demonstr. (V) (2), Warburg (oP). Technologie d. Produkte d. Welthandels (V) (2), M. Krause.	Wirtschaftsgeographie Rußlands (V) (1), Palme. Übungen hierzu (Üe) (1), Palme. Das Zeitungswesen in Deutschland und i. Auslande III (V) (2), Jöhlinger (Min.-R.).	b) Königsberg .	Wirtschaftsgeographie von Afrika (V) (2), Friederichsen (oP). Belgien und die Niederlande, Frankreich u. s. Kolonien, Großbrit. u. d. brit. Weltreich (V) (2), Lullies (St. R.).	Littérature moderne (V) (1), Servais (L). Sprachkurse und Handelskorrespondenz in: Französisch, Engl., Span., Russisch, Polnisch.
	Nation und Staat (V) (1), W. Heile.	e) Deutschböhmen. Ullmann. f) Südmark. F. Kraus. g) Ungarn, Balkan. Breckner. h) Rußland. A. Schmidt i) Amerika. Bertling. k) Deutsche Kolonien. Frh. v. Rechenberg. l) Ostasien. Schüler (oP). Die Finanzpolitik d. Großmächte in und nach dem Kriege (V) (2), Respondek. Die Propaganda als polit. Instrument (V) (1), Stern-Rubarth. Staat, Kirche und Schule im modernen Frankreich (V) (1), Rühlmann (oP).	c) Leipzig	Allg. Wirtschafts- u. Verkehrsgeographie (V) (2), Endres (oP). Wirtschaftsgeographie von Europa m. Übungen (Üe) (2), Sommer. Wirtschaftsgeographie der Tropen (V) (1), Schwöbel.	Sprachkurse und Handelskorrespondenz in: Franz., Englisch, Span., Italien., Russisch.
	Verfassung u. Verwaltung d. modern. Demokratien (V) (1), Grabowsky. Organisation d. brit. Weltreichs (V) (1), Bonn (oP). Die Nachfolgestaaten des Habsburgischen Reichs (V) (1), Hoetzsch (oP). Der Versailler Völkerbund (V) (1), v. Bülow. Grenz- u. Auslandsdeutschum (V) (2): a) Das Problem d. Auslandsdeutschums. Goetz (oP). b) Westmark. Greewen. c) Ostmark. Cleinow (Geh. R.). d) Nordmark. Tiedje.		d) Mannheim . .		Sprachkurse und Handelskorrespondenz in: Englisch, Französ., Span., Italienisch.
			e) München	Mittelamerika (V) (2), Carnier (Pf). Engl. Landeskunde (V) (1), Wells (L). Land und Leute in Spanien auf Grund von Zeitungslektüre (V) (1), de Olea (Pf) (L).	
			f) Nürnberg . . .	Wirtschaftsgeographie der außereuropäisch. Länder (V) (2), v. Ebert.	Sprachkurse und Handelskorrespondenz in: Englisch, Französ., Span.

Vorlesungen, Übungen und Kurse an den deutschen Fachhochschulen

Sommer 1921 *)

F. Schottlaender, D. A. L. Stuttgart

Abkürzungen:

oP = ordentl. Professoren. aP = außerordentl. Professoren.

oHP = ordentl. Honorarprofessoren. PD = Privatdozenten. L = Lektoren

C. Fach-Hochschulen	Länder-, Völker-, Staatenkunde und Volkswirtschaft	Geschichte, Philologie und sonstige Vorlesungen	C. Fach-Hochschulen	Länder-, Völker-, Staatenkunde und Volkswirtschaft	Geschichte, Philologie und sonstige Vorlesungen
I. Landwirtschaftl. Hochschulen			IX. Hochschule f. Hotel- u. Verkehrswesen Düsseldorf	Allg. Verkehrsgeographie (V) (2), Hennig (oP). Der Rheinverkehr einst u. jetzt u. s. Bedeug. f. d. Weltw.-Leben (V) (1), Hennig (oP). Weltverkehrspolitik (V) (1), Hennig (oP). Weltseeschifffahrt (V) (2), Hennig (oP).	Sprachkurse und Handelskorrespondenz in: Französ., Englisch, Italien.
a) Berlin		Maschinen der kolonialen Landwirtschaft (V) (1), Fischer (oP).			
b) Bonn	Pflanzenwelt d. Tropen u. Subtropen (V) (2), Koernicke (oP). Tropische u. subtropische Landwirtschaft (V) (2), N. N.		X. Deutsche Hochschule für In- und Auslandsiedelung Wittenhausen a. W.	Kolonial- und Siedlungspolitik der europäischen Kulturvölker. Agrar-, Handels- und Kolonialpolitik.	Tropenkrankheiten I. Tropenkrankheiten der Haustiere. Botanik der tropischen und subtropischen Wälder. Sprachkurse in: Englisch, Spanisch, Holl., Französ., Russisch, Suaheli, Hausa, Berber.
c) Hohenheim ..				(Sämtliche landwirtschaftlichen und technischen Vorlesungen der Kolonialschule werden unter dem Gesichtspunkt der Ausland- und Kolonialkunde gehalten.)	
Kunstakademien			XI. Verwaltungshochschulen		Sprachkurse in: Engl. und Span.
a) Berlin		Tropenkrankheiten (V) (2), Knuth (oP). Übungen dazu (Ue) (2), Knuth (oP).	a) Detmold		
b) Dresden			b) Düsseldorf ..		
c) München		Umriss d. Weltgeschichte 1905—14 (V) (1), Haecker (oP). Engl. Malerei (V) (1), Bruck (oP).	XII. Katholische Hochschulen		Sprachkurs in: Arabisch
d) Stuttgart			a) Philosoph.-theolog. Akademie Paderborn		
Tierärztliche Hochschulen			b) Lyzeum Regensburg ..	Religion der Naturvölker (V) (1) Heidingsfelder (oP)	
a) Berlin			c) Lyzeum Passau		Sprachkurse in: Arabisch und Türkisch
b) Dresden		Engl. Kunst im 18. u. 19. Jahrh. (V) (1), Zinke (oP). Engl. Übungen (Ue) (1), Zinke (oP). Arabische Schriftsprache (V) (2), Küchenmeister.	d) Lyzeum Dillingen		
c) Hannover			e) Lyzeum Freising		
Bergakademien			f) Lyzeum Eichstätt ..		
a) Clausthal			g) Lyzeum Bamberg ...		
b) Freiberg					
Forstakademien					
a) Eberswalde-Mündens					
b) Tharandt ...					

Bei Abschluß dieser Tabelle waren die Vorlesungsverzeichnisse der Hochschulen Clausthal, Düsseldorf, Passau, Eichstätt und Bamberg noch nicht eingetroffen.

Das Burgenland

Von Professor Dr. OSKAR KENDE, Wien.

1. Grundlagen.

In einem gewaltigen, an die 1300 km langen Bogen umgürten die Karpathen, das Gesicht gegen Westen gerichtet, ein rund 250000 qkm bedeckendes Flachland. Mit einem starken, durch Einbrüche zerstückten Arm, greifen sie im mährischen Steinitzer Wald und Marsgebirge weit nach Westen aus und berühren zwischen den Hainburger Bergen hart an Preßburg und dem Rohrwald unfern von Wien die Donau. Hier treffen sie auf die Alpen. Vom niedrigen Gipfel des Rohrwaldes (408 m) schaut man sie an schönen Tagen in unmittelbarer Nähe: hinter der sanften Rundung der Stromebene des Tullner Feldes in ruhigem Atemzuge die bewaldeten Rücken des Wiener Waldes, im verschwimmenden Hintergrunde überragt von den nackten Kalkspitzen von Schneeberg und Schneelpe. Und von der Höhe der Hainburger Kuppen (476 m) grüßt ein ähnliches Bild gegen Süden. Von einheitlichem Charakter trotz ihrer großen Längenerstreckung sind auch die Landschaften, in die die Alpen gegen Osten ausstrahlen.

Aus sanft geschwungenem Halbmond verebbt die Grazer Bucht als oststeirisches Hügelland in die ungarische Ebene, dreieckförmig schiebt sich zwischen den alpinen Thermenrand (Baden, Vöslau) und Leitha- wie Rosallengebirge, die zum Wechselmassiv hinüberleiten, das Wiener Becken ein. Vom Rohrwaldgipfel fällt aber der Blick auch auf Gelände, das die Erdgeschichte weit abgesetzt hat von den Schwestergebilden Alpen-Karpathen. Westwärts treten die weinbeschwerten Granitformen des Manhartsgebirges aus der Ebene hervor; es ist ein kleiner Teil des Randes, längs dem das Böhmisches Massiv von St. Pölten über Znaim und Brünn hinaus abbricht. Ein längst vergreistes Stück Erdrinde, ehem ruhig gegenüber dem noch jugendlichen Faltenland im Süden und Osten.

Uralte Verkehrswege durchkreuzen diesen Boden östlich von Wien, gegen den hin drei große natürliche Einheiten: Böhmisches Massiv, Ostalpen- und Karpathenland, sich fast ineinander verschränkend, geöffnet sind. Das eine Straßenbündel führt zwischen Sudeten und Karpathen durch die Mährische Pforte (bei Mährisch-Weißkirchen) hindurch, deren Bedeutung H. Hassinger in einer umfassenden Monographie erschloß, und findet links und rechts der March und längs der Alpenränder seine Fortsetzungen gegen Süden. Das andere zieht im Alpenvorland etwa der Donau-richtung entlang ostwärts in die ungarische Ebene. Die Stellung, die dieses Gebiet dadurch, unbeschadet seiner historischen Auswertung, geopolitisch erhielt, ist bislang noch nicht gebührend behandelt worden; in unserem Zusammenhang genügt der bloße Hinweis darauf.

2. Die historische Entwicklung.

Das historische Problem Deutschwestungarns, d. i. des Burgenlandes, bildet gar nicht die Beantwortung der Frage: welche Momente erklären, welche unterstützen die Vereinigung Westungarns mit Österreich. Weit eher ist die umgekehrte Fragestellung berechtigt: wie hat es kommen und durch Jahrhunderte bestehen können, daß hier eine politische Grenze erster Ordnung von Preßburg bis an den Oberlauf der Raab einen Teil des deutschen Volkstums vom zusammenhängenden alpenländischen Siedlungsboden ausschloß? Die Lösung erscheint schwierig und unsicher; ist doch in Niederösterreich auf große Strecken ein wenig bedeutender Fluß, die Leitha, historische Grenze gewesen, in der Steiermark zog sie, im einzelnen sonderbar genug ver-

laufend, quer übers Hügelland. Eines mag gewiß sein: der Gesichtspunkt, der heute den Anschluß Westungarns mehr als genügend rechtfertigt, ja ihn gebieterisch fordert, die Vereinigung mit den Volksgenossen, er galt in früheren Zeiten nur wenig; bloß einem schwachen Ungarn gegenüber aber hätte er auch Aussicht auf Erfüllung gehabt. Welches waren also die Ursachen der Grenzbildung? Lebte die römische Provinzialeinteilung wieder auf?

Nein, denn seit dem Ende des ersten nachchristlichen Jahrhunderts hatte ja alles Land östlich von Tulln, Wiener Wald und Mur-Mittellauf zur Provinz Pannonien, also zum Osten gehört. Und auch die Völkerwanderung wird Verwaltungsgrenzen gewiß nicht beachtet, noch weniger sie geschaffen haben. Da bedeutete schon die karolingische Kolonisation zweifellos ein Hinausrücken ostwärts über die Grenzen Norikums. Wenn schon nicht die römische, so war es doch möglicherweise die frühmittelalterliche Organisation, welche die Grenzen vorzeichnete. Osw. Redlich¹⁾ sieht das Problem für die Steiermark²⁾, wenn es bei ihm heißt: „In einer Reihe nach Südosten und Osten gerichteter und weit sich öffnender Täler ziehen die steirischen Flüsse der ungarischen Tiefebene zu, ohne daß irgendwo auf längere Strecken eine kräftige, natürliche Schranke das Land abschließen würde.“ Aber wenn er meint, daß es an Stelle von Bergen und Strömen hier „die Kraft der Markverfassung“ war, „welche die Grenzen des Territoriums durch Jahrhunderte hindurch geschützt und fast unverrückt bewahrt“ hat, so glaube ich, verschiebt sich die Frage nur und lautet jetzt: warum aber umfaßte die Markverfassung gerade nur diese Teile, warum machte die staatliche Organisation der Kärntner Mark, nach der Mitte des 10. Jahrhunderts erfolgt³⁾ und nicht vor dem Ende des 12. Jahrhunderts die heutige Grenze erreichend⁴⁾, gerade hier halt, was hat die Grenzen der Mark bestimmt?

Man könnte da auch an Besitzgrenzen geistlicher oder weltlicher Herrschaften denken. Aber schon nachdem das Awaren- „reich“, das bis an die Enns über das fast menschenleere Land sein Machtgebiet vorgetragen hatte, endgültig zerbrochen war, bereits seit der Mitte des 9. Jahrhunderts, wo die ersten Nachrichten über Westungarn auftreten⁵⁾, finden wir hüben und drüben der späteren Grenze dieselben Namen. Passau, Mattsee, vor allem Salzburg sind hier bis zur Linie Ödenburg—Steinamanger reich begütert, Salzburg auch in der nordöstl. Steiermark, also doppelt daran interessiert, Westungarn politisch den Alpenländern anzugliedern. Damals, als sonst Slawen das westliche Ungarn bewohnen, ist zum erstenmal das Land zwischen Leithagebirge, Raab und Donau, vielleicht für ein Jahrhundert, mit dem Westen politisch verbunden; es gehört zur Ostmark Karls des Großen⁶⁾. Bayrische Kolonisten waren längs der Donau bis in den Wiener Wald gezogen, andere vom Süden aus Karantanien her scheinen bis nordöstlich des Semmerings die Linie Ödenburg—Steinamanger erreicht zu haben⁷⁾. Vielleicht aber haben Tallandschaften die Grenzbildung beeinflußt, wie das

¹⁾ Rudolf von Habsburg (Innsbruck 1903), S. 336.

²⁾ Während es die jüngste Geschichte dieses Landes von H. Pirchegger kaum berührt.

³⁾ Huber, Geschichte Österreichs (Ootha 1895 ff.) I., S. 214.

⁴⁾ Krebs, Länderkunde der österreichischen Alpen (Stuttgart 1913), S. 388.

⁵⁾ Strakosch Graßmann, Geschichte der Deutschen in Österreich-Ungarn (Wien 1895) I., S. 442 ff.

⁶⁾ O. Lehmann „Zur historisch-politischen Geographie von Österreich-Ungarn“ in den Mitt d. Geogr. Gesellsch. Wien, 1919, S. 163.

⁷⁾ A. Huber, a. a. O., I., S. 90; A. Grund, die Veränderungen der Topographie im Wiener Walde und Wiener Becken, S. 58 ff.

in den Alpen wohl nachweislich ist; für die Mittelsteiermark n wir dies einer Untersuchung R. Siegers⁸⁾ eigentlich nicht entnehmen vermocht. Auch sonst scheint das Relief, also haupt das geographische Moment, kein Hauptwort gehen zu haben; wirkliche Gebirgsrand- oder Kammgrenzen n doch kaum vor; auf dem Kärtchen von N. Krebs⁹⁾ ver- die Gebirgsgrenze viel weiter westlich als die politische. Auch Vermutung, die politische Grenze trenne zwei natürliche raphische Einheiten, erweist sich, selbst für die niederöster- ische Grenze, mindestens etwas gewagt; O. Lehmann rechnet r das westlich des Wiener Beckens liegende Tullner Feld n „Groß-Pannonien“ zu, dessen geographische Einheit so- überdies die politische Kernlandschaft Österreichs ansaugend, falls dessen bekannte politische Grenze vom Osten her stark greifen würde. Gilt für Lehmann doch¹⁰⁾ das Wiener Becken als ein aus dem Leibe Großpannoniens herausgeschnittener licher Flachlandsteil, der daher naturgemäß (aber nicht das mit ihm staatlich verbundene Alpenstück) gegen dieses erschlossen sein müßte.

Varum also erstarrte die Grenze gerade an diesem, durch Jahr- lerte auch unter Kämpfen festgehaltenem Verlaufe? Einen n Hinweis erblicken wir in der Zeit, in der dieser Zustand nt: um das erste Viertel des 11. Jahrhunderts herum, als arns Staatsbildung sich vollzieht. Die tiefsten Wurzeln aber , wie uns dünkt, ganz wo anders zu suchen: das seit der feldschlacht 955 mühsam in sein Ausgangsbett der Donau- ß-Ebenen zurückgedämmte Magyarenvolk schob bei seiner tlichen Einrichtung zielbewußt von Anfang an seine West- ze so weit vor und hat von ihr das scharf über ein Jahr- dert lang andringende Deutschtum politisch, nicht auch nisatorisch abgewehrt, als es die Behauptung jener wichtigen ehrsader erforderte, die es nordwestlich mit den Sudeten- ern (Mitteleuropa) und der Mährischen Pforte, südwestlich den Adrialändern verband. Links der March lief von Preßburg Straße bis zur Thayamündung, um sich hier gegen Brünn und n die Mährische Pforte zu gabeln, von Carnuntum aus gegen der Marchmündung war über Ödenburg und Steinamanger i Pettau bereits eine römische Hauptstraße gezogen. Der tz dieses Straßenzuges kann nun wohl recht gut als eine ensfrage für ein nach Westen orientiertes oder doch mit ihm ühlung bleiben wollendes Ungarn bezeichnet werden; nicht ers, als mit dem Verlust der Straße rechts der March und ihrer tsetzung durch das Wiener Becken ein staatliches Festhalten lem (auch von der Kärntner Mark abgeriegelten) Lande öst- des Wiener Waldes aussichtslos erscheinen mußte. Und das en die beiden Staaten diesseits und jenseits der Leitha so- ch nach ihrer Konsolidierung deutlich gefühlt; warum sonst en wohl alle Unternehmungen des einen Teiles, in den Straßen n des anderen erobend einzugreifen, in Zeiten staatlicher htfüll: stets sofort die heftigsten Gegenbestrebungen hervor- ren? Im einzelnen mag die Grenze gerade in der Steiermark ch fränkische Siedler auch später noch tastend im Hügelland getragen worden sein, vielleicht bis zu den gut zu verteidigen- Flußengen. Für die Scheidung der beiden politischen Groß- als Ganzes aber war unseres Erachtens nur die Behauptung s genügenden Streifens beiderseits des Straßenzuges maß- end. Bereits gelegentlich eines Konfliktes noch unter König ohan I. von Ungarn, da die deutsche (bayrisch-fränkische) onisation gegen March und Leitha vorgeschritten war¹¹⁾, wird

darum gerungen. Ein deutscher Vorstoß 1030 unter König Konrad II. bis an die Raab wird von Stephan I. so glücklich abgewiesen, daß das ungarische Heer den zurückweichenden Deutschen bis nach Wien, das erobert wird, folgen kann. Aber die Bestimmungen des Friedens (1031), nach denen ein gutes Stück westlich von March und Leitha an Ungarn fiel, Bestim- mungen, die ein Feldzug Abas von Ungarn 1042, der alles ver- heerend tief ins Tullner Feld vordringt, wohl noch zu Ungarns Gunsten (im Sinne Großpannoniens) verschieben wollte, sind doch auf die Dauer nicht haltbar; die drei Feldzüge Kaiser Heinrich III. 1042—1044 stellen sofort die Leithagrenze wieder her (fränkische Siedler folgen unter sichtbarer Einwirkung des fränkischen Königtums in planvoll geleiteter Landnahme in die neu- gewonnenen Gebiete bis zur Leitha). Aber auch vorübergehend erfolgreichen Gegenstößen des Deutschen Reiches ist kein länger währender Erfolg beschieden; die 1044 westlich von Leitha und March als Operationsbasis eingerichtete „Neue“ Mark geht in der Ostmark auf, 1050 wird mit der Anlage der Hainburg als Grenzfestung die Grenze von der Leithamündung ein gutes Stück rückverlegt¹²⁾, und was um 1074 unter Heinrich IV., als in Ungarn König Salomon freiwillig einer Zurücknahme seiner Grenze zuzu- stimmen schien, zwischen Wieselburg und Neusiedlersee an großen Strecken zum Deutschen Reich gehörte¹³⁾, ist kurz darauf wieder verloren; Wieselburg ließ sich als Kastell nicht halten. Nicht besser gingen andere Unternehmungen aus; weder die Versuche 1108 und 1146, sich in den Besitz Preßburgs zu setzen¹⁴⁾, noch die heftigen Grenzfehden¹⁵⁾ haben eine Grenzverschiebung er- reichen können.

In diese Zeit seit der Mitte des 11. Jahrhunderts, als die Ost- mark nicht leicht mehr Siedler aufnehmen zu können schien, fällt die neue deutsche Besiedlung Westungarns, hauptsächlich durch Oberpfälzer Franken, gekennzeichnet durch Haus- und Dorfanlage¹⁶⁾, welche die früher vorhandenen Slawen im Gebirgs- rand allmählich aufsaugen. Diese Franken haben dann später „im Laufe der achteinhalf Jahrhunderte, in denen es ihnen ver- gönnt war, diesen Boden zu behaupten — denn nun trat ja keine Unterbrechung der deutschen Besiedlung mehr ein bis zum heutigen Tage — ihre Eigenheiten, ihre Sitten und Gebräuche, ihre Tracht weiter ausgebildet, so daß wir den größten Teil dieser Bewohner als bestimmte Individualität erfassen können, die wir unter dem Namen Heanzzen oder Heinzen begreifen¹⁷⁾“.

Bedeutete die Gewinnung der oft genannten österreichisch- ungarischen Grenze durch die Straßenfrage in letztem Sinne die ungestörte Verbindung Kernungarns mit Mitteleuropa (und dem Meere), so war es eine Selbstverständlichkeit für ein starkes Ungarn, alle Kräfte dafür einzusetzen, diese Grenze auch gegen- über jedem Versuche, die Einbeziehung des deutschen Siedlungs- gebietes Westungarns in den politischen Verband des Nachbar- staates zu erzwingen, mindestens zu behaupten — die geo- graphische Begünstigung war dabei mehr auf Seiten Ungarns, während Österreich über die größeren Machtmittel verfügte¹⁸⁾. In der Zeit der Mongolennot hatte sich der Babenberger Frie- drich II. 1241 von König Bela IV. gegen die Zusicherung aus- reichenden Beistandes die Grenzkomitate Eisenburg, Wieselburg und Ödenburg (auch Preßburg?) verpfänden lassen; er mag dabei (neben der Überlegung von hier aus den Mongolen besseren Widerstand leisten zu können) an die Erwerbung weiteren, Öster-

¹²⁾ O. Kaemmel, Besiedlung d. deutsch. Südostens (Progr. Leipzig 1909), S. 38.

¹³⁾ Huber, I, S. 205.

¹⁴⁾ Grund, S. 72 f., Juritsch, Geschichte der Babenberger (Innsbruck 1894), S. 124 u. 179.

¹⁵⁾ Für 1118 Huber, I, S. 239 f., Juritsch S. 131 f.

¹⁶⁾ Proben in „Das Bauernhaus in Österreich-Ungarn“ (Dresden 1906).

¹⁷⁾ M. Vancza im Mai-Juniheft 1920 der Zeitschrift „Deutsches Vaterland“.

¹⁸⁾ Lehmann, S. 179.

⁸⁾ In der Zeitschr. d. histor. Vereins für Steiermark, 1916.

⁹⁾ A. a. O., S. 383.

¹⁰⁾ A. a. O., S. 169 f.

¹¹⁾ Huber, I, S. 180.

reich auch politisch unterstehenden Kolonisationsbodens gedacht haben. Aber sogleich nach dem plötzlichen Abzug der Mongolen, noch 1242, setzt Bela in harten Kämpfen durch, daß er diese Gebiete zurückerhielt; die Wiederherstellung mancher vorher bereits verfallener Burgen Westungarns zu neuer Wehrhaftigkeit¹⁹⁾, hatte dem Babenberger nichts geholfen. Die Grenze, hinter der ein kampfbereites Ungarn auf dem Posten stand, hatte sich als eiserne gezeigt. Es ist doch außerordentlich lehrreich, daß die Habsburger, die seit 1282 Österreichs Landesfürsten werden, die Expansion ihres ursprünglich aus Niederösterreich und Steiermark beschränkten Territoriums durch über ein Jahrhundert hinaus fast nur gegen Westen und Südwesten hin betreiben haben, gegen Kärnten, Tirol, Friaul hin bis nach Triest. Vom nationalen Standpunkt aus (er wäre auch kaum als politische Triebkraft sonderlich in Frage gekommen) lag freilich auch lange kein Anlaß vor, der deutschen Grenzlandschaften in Ungarn sich anzunehmen; die Absicht Geisa II. um die Mitte des 12. Jahrhunderts, die Deutschen ob ihrer Anziehungskraft auf den österreichischen Nachbarn von der Grenze weg ins Innere abzulenken, blieb ohne Wirkung und Nachfolge, im übrigen aber waren zahlreiche Arpaden (auch Geisa II. und Bela IV., dann Andreas III.) und von späteren Herrschern besonders Ludwig I., Förderer deutscher Kolonisation und dem Deutschtum günstig gesinnt; Ungarns Städtewesen ist durchaus deutschen Ursprungs. Erst seit dem 15. Jahrhundert spielte der Osten in der habsburgischen Politik (nach einem vergeblichen Versuche, bei dem Aussterben der Arpaden 1301 die ungarische Königskrone zu erlangen) wieder eine größere, zuletzt, seit 1526, da Ungarns König Ludwig II. kinderlos stirbt, eine entscheidende Rolle. Erbverträge, in denen man sich im Falle des Aussterbens der Geschlechter gegenseitig den Erwerb des Ganzen zusichert, und Heiraten sollen den Boden vorbereiten: und tatsächlich ist schon Albrecht V. von Österreich 1438/39 im Besitze Ungarns. Durchkreuzt werden diese österreichischen Expansionsbestrebungen der Habsburger durch den für kurze Zeit verwirklichten Gegenstoß Königs Matthias Corvinus im Sinne Großpannoniens; seit 1485 sind der größte Teil Niederösterreichs und Wien, wo Matthias residiert, ungarisch; in Wien ist Matthias auch 1490 gestorben. Die Sonderfrage der westungarischen Grenzgebiete ist im 15. Jahrhundert zweimal in den Vordergrund getreten: die Beendigung des Kampfes, den Kaiser Friedrich III., der als Habsburger Innerösterreich besaß, mit König Matthias von Ungarn um die Krone dieses Landes ausfocht, brachte im Wiener-Neustädter Verträge von 1463 wichtige Burgen und Städte Westungarns (so Eisenstadt, Güns, Rechnitz, Pernstein u. a.) in die Hände Friedrichs und 1490, bald nach dem Tode Königs Matthias dringt Maximilian I. nach Rückeroberung Niederösterreichs mit dem Anspruch auf den ungarischen Thron tief nach Westungarn ein; gegenüber dem von der Mehrheit zum Könige gewählten Jagellonen Wladislaw vermag er sich freilich nicht zu behaupten, der Preßburger Frieden von 1491 sicherte ihm aber die bereits 1463 seinem Vater zugesprochenen westungarischen Gebiete, die fortan für lange der niederösterreichischen Regierung und Kammer unterstehen. Daß dies Ungarn ohne langwierige Kämpfe geschehen ließ, war in seinem staatlichen Niederbruch durch den Türkeneinfall, in seiner politischen und militärischen Bedeutungslosigkeit während des 16. und 17. Jahrhunderts begründet. Den österreichischen Habsburgern gaben sie für fast zwei Jahrhunderte nicht nur die Herrschaft über die deutschen Volksgenossen Westungarns, sondern über das gesamte Gebiet, dessen Verkehrswege nach Mitteleuropa hineinwiesen. Spricht es nicht deutlich genug, daß der Stütz-

punkt der Habsburger, die vergeblich 1526 nach des letzten ungarischen Jagellonen Tode in der Schlacht bei Mohács ganz Ungarn zu erwerben trachteten, für ihre weiteren Unternehmungen Preßburg, wo mit der nordsüdlichen die westöstliche Hauptstraße sich vereinigt, wurde und blieb? Freilich, das Türkenreich, das sich von 1541 bis 1683 tief nach Ungarn hineinschob, verriegelte auch für die habsburgischen Machtmittel²⁰⁾ den unmittelbaren Zugang zu dem um Siebenbürgen gelagerten Restteile Ungarns. Und nach der Vertreibung der Türken vom ungarischen Boden im ausgehenden 17. Jahrhundert wird zwar ganz Ungarn habsburgisch, aber in steigendem Maße wird auch nach einzelnen Rückschlägen das staatlich sich immer straffer zusammenfassende Ungarn politisch der führende Teil; seit der Mitte des 19. Jahrhunderts vollendet sich diese Entwicklung²¹⁾. Auch Westungarn wird diesem historischen Gange eingegliedert, langsam bröckeln die von Maximilian I. gewonnenen westungarischen Herrschaften in den ungarischen Besitzstand ab, das was der Türkennot befreite Ungarn nennt sie bereits sein eigen und keine spätere Geltendmachung juristischer Ansprüche der niederösterreichischen Stände auf diese Grenzgebiete vermag dies zu ändern. Inzwischen ist seit dem 16. Jahrhundert hier auch eine gewisse Neuschichtung der Bevölkerung erfolgt. Die Türkenstürme hatten unter den fränkischen Siedlern manchen Schaden getan, wenngleich es sich da noch verhältnismäßig viel besser als anderswo verhielt. Immerhin kann zur natürlichen Vermehrung auch neuer Zustrom aufgenommen werden; und nachdem wenigstens Westungarn schon seit der Mitte des 16. Jahrhunderts als besser vor den Türken geschützt gelten darf, lassen sich im Wieselburger Gebiet östlich vom Neusiedlersee — auf der Parndorfer Heide und im Seewinkel — die aus Württemberg kommenden „Haidbauern“ nieder, freilich hier und in den Nachbarstrecken in zahlreichen kleinen Sprachinseln kroatische Bauern, die sich aus Slawonien vor den Türken gerettet haben.

Ungarns, allerdings durch die geographischen Umstände die förderte Gwalttherrschaft über die nichtmagyarischen Völker wurde durch den Kriegsausgang zertrümmert und Österreich schickt sich an, wenigstens jenen Teil reichster deutscher Kulturarbeit auf bisher staatsfremdem Boden für das gemeinsame Volkstum vor der Vernichtung zu retten, welche die in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege mit immer schärferen Mitteln unternommenen Magyarisierungsbestrebungen über kurz oder lang doch erzwungen hätten, der, ihm benachbart und in der Nähe länger staatsrechtlich angehörend, auch von den Siegern ausgesprochen wurde. Die Wiege manches Deutschen, der über die enge Grenze seiner Heimat bekannt wurde, ist hier gestanden und schon früher liefen wirtschaftliche Fäden namentlich zur Hauptstadt Wien. Was der Machtstaat Ungarn scheiden konnte um dem zahlenmäßig nicht über die Hälfte hinausgehenden herrschenden Magyarenvolke die Verbindung nach Nordwest und Südwesten innerhalb der eigenen Staatsgrenze zu sich, den Zusammenhang seiner westdeutschen mit den österreichischen Brüdern, — die befreiten Völker legen diese Schranken nieder und richten sich im Zeichen des Gedankens ein, der Pflege und Zusammenarbeit des Volkstums im eigenen Staat als der Güter höchstes schätzt²²⁾. (Schluß folgt)

¹⁹⁾ Lehmann, S. 173.

²⁰⁾ Das Buch von J. Szekefi „Der Staat Ungarn“ (Stuttgart 1918) ist ein einziges großes Beispiel dafür.

²¹⁾ Leider ist dem Verfasser die schöne Arbeit von R. Sieger, „Die Österreichs“ (im „Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich“, Folge, Bd. 1 [1902] S. 169 ff.) erst nach der Niederschrift seines Aufsatzes bekannt geworden; eine nachträgliche Auseinandersetzung würde zu weit beanspruchen, deshalb sei auf die auch grundsätzlich eingestellten, anregenden Ausführungen hier bloß hingewiesen.

¹⁹⁾ Juritsch S. 613.

Die Kriegsschädengesetze

**Zur Verabschiedung des Auslandschaden-, Kolonialschaden- und Verdrängungsschädengesetzes im Reichstag
von Rechtsanwalt G. GEIST, Leiter der Rechtsabteilung des D. A.-L.**

Kurz vor dem Beginn der Reichstagsferien ist es gelungen, die sogenannten Kriegsschädengesetze, welche seit längerer Zeit im 24ten Ausschuß durchberaten wurden, dem Reichstagsplenum vorzulegen und sie dann außerordentlich schnell in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Form zu verabschieden. Dabei gab im Namen aller Parteien (ausgenommen die beiden linksradikalen) der Abg. Riedmüller namens der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumsparlei, der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschhann. Partei und des Bayerischen Bauernbundes im Reichstag folgende Erklärung ab:

Die Entwürfe des „Verdrängungs-“, des „Kolonial-“ und des „Auslandschaden“-Gesetzes sind ein Teil der Liquidation des Krieges. Wir betreten mit Ihnen gesetzliches Neuland. In politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung bieten sie eine Fülle äußerst schwieriger Fragen. Diese Fragen lassen sich nur auf einer mittleren Linie lösen, die einerseits den Ansprüchen der Geschädigten tunlichst gerecht wird und andererseits der ungeheuren Not der deutschen Volksgemeinschaft Rechnung trägt. In 45 ausgedehnten Sitzungen hat der vom Reichstag eingesetzte Ausschuß diese mittlere Linie zu finden gesucht. Alle Parteien haben an der Lösung mitgearbeitet. Eine Aufrollung der schwierigen Fragen, die zu lösen sind, ist wegen der Geschäftslage in diesem hohen Hause nicht mehr möglich. Ein solches Vorgehen würde das Zustandekommen der Gesetze in diesem Tagungsabschnitt gefährden, auf das die Geschädigten seit langer Zeit mit begreiflicher Ungeduld warten.

In voller Anerkennung der Tatsache, daß die Finanzlage des Reiches es verbietet, allen an sich berechtigten Ansprüchen gerecht zu werden, ist der Ausschuß doch in mehrfacher Beziehung über die Regierungsvorlagen hinausgegangen. Er hat seinen Beschlußfassungen zwei leitende Gedanken zugrunde gelegt. Der erste ist der des Wiederaufbaues, der verlangt, daß die Geschädigten wieder wirtschaftlich wertvolle Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft werden. Er ist von besonderer Bedeutung, bei den Kolonial- und den Auslandsdeutschen. Der zweite Gedanke ist der soziale, der den wirtschaftlich schwächer gestellten, die sich aus eigener Kraft nicht wieder aufrichten können, besondere Berücksichtigung zuteil werden läßt.

Bei den Beratungen des Ausschusses ist besonders auch das verdienstvolle Wirken unserer Kolonial- und Auslandsdeutschen für unser Volkstum und die deutsche Wirtschaft gewürdigt worden sowie die Notwendigkeit, das Auslandsdeutschtum im Interesse des Wiederaufbaues zu erhalten und fest mit der alten Heimat zu verbinden.

Die Finanzierung der für die Durchführung der Entschädigungsgesetze notwendigen Aufwendungen hat noch zu erfolgen. Sie bildet eine der schwierigsten Aufgaben bei der Lösung des Gesamtproblems der Reichsfinanznot. Ein Ausschuß des Reichstags von 15 Mitgliedern soll dabei mitwirken.

Die vorliegenden drei Gesetze würden in der Luft schweben ohne das vierte Gesetz, die Entschädigungsordnung. Dies ist notwendig, um die Gesetze ohne Verzug praktisch wirksam werden zu lassen. Die genannten Parteien sehen von weiterer Erörterung in dem hohen Hause ab und bitten Sie, allen vier Gesetzen Ihre einmütige Zustimmung zu geben. Sie geben dabei

der Hoffnung Ausdruck, daß mit diesen Gesetzen nicht nur unseren schwer geprüften Verdrängten aus Ost- und West, nicht nur den um ihr Dasein kämpfenden Kolonial- und Auslandsdeutschen die unbedingt nötige Hilfe gewährt wird, sondern daß die Gesetze in ihrer Auswirkung wesentlich zur Stärkung und Förderung unserer gesamten Volkswirtschaft beitragen werden.

Damit ist nun endlich der so lang und heiß ersehnte Rechtszustand geschaffen worden, der es den Auslandsdeutschen, den Kolonialdeutschen und den aus den abgetretenen Gebieten Verdrängten ermöglicht, klar zu übersehen, was sie vom Reich zu fordern haben. Nicht alle Wünsche und Hoffnungen, die sich an diese Gesetzentwürfe geknüpft haben, sind erfüllt worden, denn die überaus schwere Finanzlage des Reiches hat ein weiteres Entgegenkommen nicht ermöglicht. Immerhin hat man den ehrlichen Versuch gemacht, den Schadenersatz so zu gestalten, daß den einzelnen Geschädigten die Möglichkeit eines Wiederaufbaus ihrer zerstörten Existenz gegeben würde. Am wenigsten erfreulich ist die Regelung des Schadenersatzes für die in Rußland Geschädigten. Wir kommen im einzelnen noch darauf zu sprechen. Begrüßenswert ist es, daß man den Versuch gemacht hat, alle drei Entschädigungsgesetze inhaltlich einander näher zu bringen, um der Teilung in drei verschiedene Kategorien: der Verdrängten, der Kolonialgeschädigten und der Auslandsgeschädigten, ihre unnütze Schärfe zu nehmen.

Gegenüber dem Regierungsentwurf hat der Ausschuß eine Reihe von Verbesserungen vorgenommen. Zu § 2 sind die Schadenursachen weiter gefaßt worden. Nach dem Entwurf sollten den Reichsangehörigen die durch den Krieg im Ausland verursachten Schäden an beweglichen und unbeweglichen Sachen, die als unmittelbare Folge von kriegesischen Unternehmungen, Kriegsleistungen an feindliche Streitkräfte, von Brand, Diebstahl, Plünderung, Wegnahme oder Wegschleppung von Sachen, von Flucht, Abschiebung, Gefangenschaft, militärische Nötigung und Verschleuderung des Eigentums entstanden sind, ersetzt werden. Neu beschlossen wurde der Ersatz von Schäden, die unter den oben genannten Voraussetzungen durch Erpressung und durch Internierung entstanden sind. Ersetzt wird der Wert, welchen die Sache am 25. Juli 1914 hatte (Friedenswert) oder im Falle der Beschädigung die Wertminderung. Bei Verschleuderung wird Ersatz in der Höhe des Betrages geleistet, in dem der erzielte Erlös hinter dem Friedenswerte der Sache zurückbleibt. Bei Erwerbungen, die nach dem 25. Juli 1914 stattgefunden haben, ist der Anschaffungspreis zu berücksichtigen, und zwar so, daß bei ausgesprochenen Luxusgegenständen der Ersatz den Friedenswert nicht übersteigen darf. Ist der Wert der Sache, oder bei der Verschleuderung der Erlös in ausländischer Währung bestimmt, so ist er in deutsche Währung umzurechnen, und zwar der Sachwert nach dem Kurse vom 25. Juli 1914, der Erlös nach dem Kurse vom Tage der Verschleuderung. Bei Wertpapieren und ausländischen Zahlungsmitteln (z. B. Rubelnoten) wird von der Bestimmung, daß der Wert einer Sache zum Kurse vom 25. Juli 1914 in deutsche Währung umzurechnen sei, eine Ausnahme gemacht und der Kurs zurzeit der Entscheidung über den Entschädigungsantrag als maßgebend betrachtet, wenn er niedriger ist als der Kurs vom 25. Juli 1914. Besonders hart ist diese Bestimmung für die Besitzer von russischen Werten, da durch das Fallen

ihres Kurses die Entschädigung naturgemäß unvergleichlich geringer ausfällt als sie ausfallen würden, wenn auch hier der Kurs vom 25. Juli 1914 angenommen werden würde.

Von außerordentlicher Bedeutung ist die Neuformulierung des § 4. Nach ihm sind zu dem Friedenswerte Zuschläge zu bewilligen in einer Höhe, daß die gesamte Entschädigung den Betrag erreicht, der zur Ersatzbeschaffung oder Wiederherstellung erforderlich war oder ist, und zwar für Hausrat und Kleidungsstücke wie für Gebrauchsgegenstände, die zur Berufsausübung notwendig sind. Der § 4 des Entwurfes hatte einen Zuschlag aus Billigkeitsgründen vorgesehen, während der neue § 4 diesen Kannzuschlag in einen Mußzuschlag verwandelt. Eine Einschränkung ist wiederum dadurch gegeben, daß bei Verlust oder Beschädigung von Hausrat und Kleidungsstücken die Kosten der Wiederbeschaffung oder Wiederherstellung die Summe von M. 100000.— im Einzelfalle nicht übersteigen darf. Für die Wiederbeschaffung von Gegenständen, die zur Berufsausübung notwendig sind, ist solch eine Höchstgrenze nicht festgesetzt. Hier ist nur die Bedingung gestellt, daß ein entsprechender Beruf wieder aufgenommen werden muß. Solchen Geschädigten, an deren wirtschaftlicher Tätigkeit im Ausland ein erhebliches Interesse des Reichs besteht, können aus einem jährlich zur Verfügung gestellten Betrage außerordentliche Beihilfen gewährt werden, die über den Schadenersatz und den Mußzuschlag noch hinausgehen. Die Höhe dieser zu gewährenden Beihilfen bestimmt der Reichsminister für Wiederaufbau nach Anhörung eines Beirats von Sachverständigen.

Von dem Grundsatz, daß den Geschädigten nur der Sachschaden ersetzt werden soll, macht der § 7 eine Ausnahme, indem er bestimmt, daß den in ehemals feindlichen Ländern ansässig gewesenen Reichsangehörigen auch diejenigen Mehrauslagen ersetzt werden sollen, welche ihnen entstanden sind aus rechtswidriger Verurteilung oder rechtswidriger Belastung, durch öffentliche Abgaben an eine fremde Macht, durch rechtswidrige Verhaftung, durch Internierung (Internierungsschaden) oder sonstige Freiheitsentziehung (außer Kriegsgefangenschaft), ebenso die durch erzwungenen Aufenthalt in neutralen Ländern entstandenen notwendigen Unterhaltungskosten mit der Maßgabe, daß der Ersatz dieser Mehrausgaben für das volle Jahr 15000 Mark nicht übersteigen darf. In den Fällen der Flucht, Abschiebung, Verschleppung oder sonstiger Verdrängung sollen die dadurch verursachten Kosten von notwendigen Reisen und Beförderung persönlicher Habe bis zum Orte des ersten ständigen Aufenthalts außerhalb des bisherigen Wohnsitzes ersetzt werden, ebenso die entstandenen Lagerungskosten. Lagerungs- und Beförderungskosten werden nur soweit ersetzt, als deren Höhe in keinem Mißverhältnis zu dem Werte der Habe steht. Internierungsaufwand, Reise-, Transport- und Lagerungskosten werden nur ersetzt, wenn und soweit ohne diese Entschädigung nach Lage der Familien- und Vermögensverhältnisse des Geschädigten dessen Fortkommen in unbilliger Weise erschwert würde. Auch diese Bestimmungen sind zu Mußvorschriften gegenüber den Kannvorschriften des alten § 7 geworden. Hinzuzufügen wäre hier noch, daß für Sachschäden, die durch Reise, Beförderung oder Lagerung der persönlichen Habe im Reichsgebiet entstanden sind, gleichfalls Ersatz geleistet wird.

§ 10 bestimmt positiv, daß der Anspruch auf Entschädigung auch auf die Erben des Geschädigten übergeht, soweit sie die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen. Durch diese Bestimmung wird eine Lücke ausgefüllt, die sich im alten Entwurf unangenehm bemerkbar gemacht hatte. Eine weitere Veränderung

bringt der § 12 in bezug auf die Fristen, innerhalb welcher der Schadenersatz beantragt werden muß. Der Regierungsentwurf hatte den 30. September 1921 als letzte Frist angenommen. Der neue Paragraph dehnt diese bis zum 31. Dezember 1921 aus. Geschädigte, die an der rechtzeitigen Anmeldung durch höhere Gewalt oder durch andere Mißstände verhindert worden waren, können diesen Antrag binnen 3 Monaten nach Wegfall des Hindernisses nachholen. Nach Ablauf von 5 Jahren seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ist die Geltendmachung jedes Ersatzanspruches ausgeschlossen.

Von einschneidendster Bedeutung ist die neue Fassung des § 13. Der Regierungsentwurf bestimmte, daß die Zahlungen der festgesetzten oder bewilligten Entschädigungen nach Maßgabe der durch den Reichshaushalt jeweils bereitgestellten Mittel zu erfolgen hätten, während die neue Fassung bestimmt, daß die Entschädigungen, soweit sie Schäden der in § 4 oder 7 bezeichneten Art zum Gegenstande haben, bis zum Gesamtbetrag von Mark 60000.— unverzüglich in bar zu zahlen sind, während für alle übrigen Beträge Schuldurkunden des Reiches auszustellen sind. Die Entschädigungen sind vom 1. Januar 1920 ab bis zum Ende des Kalendermonats, der der Entscheidung über eine Entschädigung im ersten Rechtszug unmittelbar vorausging, mit 5 vom Hundert zu verzinzen. (Der Entwurf hatte 4 vom Hundert vorgesehen.)

In § 16 werden die Gründe aufgezählt, aus welchen die Gewährung einer Entschädigung zu versagen ist. Diese Gründe sind dem Entwurf gegenüber stark erweitert. In erster Linie kommen in Betracht grobfahrlässige falsche Angaben über die Entstehung oder Umfang des Schadens, Beeinflussung, Bestechung oder Bestechungsversuche gegenüber einem Zeugen, einem Sachverständigen, einem Mitglied, Angestellten oder Beamten der mit der Schadenssache befaßten Prüfungsstelle oder Festsetzungsbehörde.

Neu hinzugekommen ist der Paragraph, der sich mit den Russenschäden befaßt, doch hat die Frage der sogenannten „Russenschäden“ eine vollkommen ungenügende Regelung erfahren. Die Bestimmungen über den Ersatz hinsichtlich der Schäden sind in einem besonderen Paragraphen (20) zusammengefaßt worden. Die Erörterung über diese Schäden hat in den Verhandlungen des Ausschusses einen breiten Raum eingenommen. Es war die Frage entstanden, ob diese Schäden in einem besonderen Gesetz berücksichtigt, oder ob auf das Liquidationsschadengesetz verwiesen werden sollte. Bekanntlich hat, abgesehen von einzelnen Fällen, eine eigentliche Liquidation des feindlichen Eigentums in Russland nicht stattgefunden, sondern das von der zarischen Regierung beschlagnahmte Eigentum ist in den meisten Fällen erst infolge der Dekrete der Sowjetsregierung, die das persönliche Eigentum im wesentlichen aufhob, verloren gegangen. Die Regierungsvorschläge lehnten in ihrer Begründung eine Entschädigung solcher Schäden ab, unter dem Hinweis, daß dies keine Maßnahme sei, welche auf das Deutschtum des Betroffenen zurückzuführen sei, sondern sich gegen das Eigentum als solches richte unabhängig von der Staatszugehörigkeit des Besitzers. Die Schwierigkeiten der Entschädigung dieser sogenannten gemischten Bolschewistenschäden sei sowohl nach der rechtlichen als nach der tatsächlichen Seite ungeheuer groß, insbesondere da es sich in den wenigsten Fällen feststellen ließe, wo der „Zaristenschaden“ aufhöre und wo der „Bolschewistenschaden“ anfangen. Im Ausschuss wurde darauf hingewiesen, daß ein Ersatz auch dieser Schäden außerordentlich wichtig sei, da die Wiederaufbaumöglichkeiten für unsere Wirtschaft in erster Linie im Osten liegen und daß

man die in Rußland Geschädigten nicht schlechter behandeln dürfe, als die in den andern feindlichen Ländern Geschädigten. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß im Zusatzvertrag zum Bräster Friedensvertrag die Reichsregierung den Besitz der in Rußland geschädigten Reichsangehörigen gegen bestimmte Zahlung der Sowjetsregierung ausgeliefert und auch einen Teil der Zahlungen empfangen habe. Es liege also auch infolgedessen mindestens eine moralische Entschädigungspflicht des Reiches vor. Das Resultat dieser Aussprache ist der § 20, welcher als einziger des Auslandschädengesetzes Bestimmungen über den Ersatz von Liquidations- oder liquidationsähnlichen Schäden enthält.

In der Form von Beihilfen, die bei Verlust einer Sache oder eines andern Gegenstandes die Hälfte des Wertes, bei Wertminderung die Hälfte dieser Wertminderung betragen sollen, wird nach diesem Paragraphen der Ersatz geleistet. Die Berechnung des Wertes der geschädigten Sache erfolgt nach den für das Auslandschädengesetz allgemein gültigen Bestimmungen. Der Paragraph unterscheidet 2 verschiedene Tatbestände die zum Verlust einer Sache geführt haben:

1. Entziehung und Beeinträchtigung von Gegenständen durch Kriegsmaßnahmen russischer Behörden, welche auf das Deutschtum des Betroffenen zurückzuführen sind,
2. Verlust und Beeinträchtigung von Gegenständen auf Grund von Maßnahmen russischer Behörden, wenn die Kriegsmaßnahmen selbst nicht zur entgeltlichen Liquidation oder Einbehaltung geführt haben (sogenannte gemischte Bolschewistenschäden).

Von geradezu katastrophaler Bedeutung ist die Regelung des Schadenersatzes für Inhaber russischer Wertpapiere und Zahlungsmittel, da bei dem Verlust dieser nicht der Friedenswert für die Berechnung des Ersatzes maßgebend ist, sondern der Kurswert, den das Wertobjekt zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Entschädigung hat. Ist dieser niedriger als der am 25. Juli 1914, so wird die Entschädigung nach diesem Kurse bestimmt. Da der Kurswert der russischen Wertpapiere und Zahlungsmittel bekanntlich auf ein Minimum gesunken ist, so kann dementsprechend auch die Entschädigung nur eine minimale sein. Noch trüber wird das Bild, wenn wir im Auge behalten, daß die auf Grund der Richtlinien vom 15. November 1919 bewilligten Vorschüsse auf die Endentschädigung anzurechnen sind, was in den meisten Fällen dazu führen wird, daß der Geschädigte noch einen gewissen Betrag zurückzahlen müssen.

Der Regierungsentwurf des Kolonialschädengesetzes schloß sich in seinem ganzen Aufbau eng an das Auslandschädengesetz an, da die Verhältnisse, welche durch das Gesetz geregelt werden sollten, ganz ähnlich sind. So sind denn dieselben Veränderungen, Erweiterungen und Verbesserungen, die das Auslandschädengesetz im Ausschuß erfahren hat, im wesentlichen auch dem Kolonialschädengesetz zugute gekommen. Ersetzt wird der Sachschaden, der im Zusammenhang mit dem Krieg und durch den Übergang in fremde Verwaltung in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten entstanden ist.

Außer dem Ersatz der reinen Sachschäden müssen auch hier den aus den Kolonien verdrängten Reichsangehörigen nach § 7 die durch rechtswidrige Verurteilung usw. entstandenen Mehrausgaben ersetzt werden. Der Internierungsaufwand wird gleichfalls ersetzt. Neu hinzugekommen ist die Bestimmung, daß auch solche Personen, welche bis zum Ausbruch des Krieges in einem deutschen Schutzgebiet gewohnt haben, dieses Gebiet vor dem Krieg oder während desselben vorübergehend verlassen haben

und durch ihn an der Rückkehr verhindert worden sind, als aus den Schutzgebieten verdrängt gelten und Anspruch auf Ersatz der ihnen durch die Verdrängung entstandenen Kosten haben.

Die Fristen für die Beantragung des Schadenersatzes sind wie im Auslandschädengesetz festgesetzt, ebenso die Gründe, unter welchen die Gewährung einer Entschädigung zu versagen ist.

Das Verdrängungsschädengesetz hat gegenüber seinem ersten Entwurf keine so einschneidenden Änderungen erfahren wie das Auslands- und Kolonialschädengesetz. Schon der Entwurf kam im Verhältnis zu den beiden übrigen Entwürfen dem von den Betroffenen erstrebten Ziel weit näher und die Verdrängten waren in den Augen der Auslanddeutschen und der Kolonialdeutschen bevorzugt. Auch in seiner endgültigen Fassung marschiert das Verdrängungsschädengesetz noch immer an der Spitze, und die Verdrängten werden am reichlichsten entschädigt; aber der Unterschied ist nicht mehr so stark wie in den Entwürfen, da das Auslandschädengesetz und das Kolonialschädengesetz, soweit dies unter den anders gearteten Umständen möglich war, dem Verdrängungsschädengesetz angenähert worden sind. Der Vorzug des Verdrängungsschädengesetzes gegenüber den andern beiden Entschädigungsgesetzen besteht im wesentlichen in der Gewährung des Ersatzes für Erwerbsverlust.

Die §§ 4 und 5 sind die Kernparagraphen dieses Gesetzes. § 4 sieht für den durch rechtswidrige Verhaftung, Verurteilung, Internierung oder Verschleppung hervorgerufenen Erwerbsverlust Ersatz vor, und zwar für die Dauer der Freiheitsentziehung oder Verschleppung, sowie für die Zeit nach der Heimkehr, mit der Einschränkung, daß die Ersatzleistung 15000 Mark für das volle Jahr nicht übersteigen darf. Der Berechnung des Verlustes wird das feste Vorkriegseinkommen des Geschädigten zugrunde gelegt, falls er ein solches bezogen hat, im anderen Falle das durchschnittliche, der Besteuerung zugrunde gelegte Einkommen der letzten zwei Geschäftsjahre vor dem Kriege.

Für die Zeit nach dem 1. Juli 1918 wird der doppelte Betrag des berechneten Einkommens gewährt, aber gleichfalls mit der Einschränkung, daß die Jahresersatzleistung 15000 Mark nicht übersteigen darf. § 5 bestimmt, daß bei einem durch die Verdrängung verursachten Verlust an Einkommen aus Berufstätigkeit Ersatz dieses Verlustes geleistet werden soll. Die Berechnung des Einkommens erfolgt wie in § 4. Gewährt wird:

1. für die Zeit von der Verdrängung bis zum 31. Dezemb. 1919 der zweifache Betrag des Einkommens, aber nicht über 15000 Jahresmark,
2. für das Jahr 1920 der vierfache Betrag, aber nicht über 20000 Jahresmark für Unverheiratete und nicht über 24000 Jahresmark für Verheiratete,
3. für das Jahr 1921 der dreifache Betrag, jedoch nicht über 15000 Jahresmark für Unverheiratete und 18000 Jahresmark für Verheiratete,
4. für das Jahr 1922 der doppelte Betrag, aber nicht über 9000 Jahresmark für Unverheiratete und 12000 Jahresmark für Verheiratete.

Die Auszahlung ist in der Weise geregelt, daß der Geschädigte für die Zeit von der Festsetzung des Anspruchs im ersten Rechtszug ab bis zum 31. Dezember 1922 eine Pauschvergütung für Erwerbsverlust in der Höhe der Hälfte des nach den oben gezeigten Bestimmungen berechneten Betrages erhält.

Hat der Geschädigte im abgetretenen Gebiet durch langjährige Tätigkeit im selben Beruf ein sicheres Einkommen gehabt, so kann ihm, falls er durch Alter und Gebrechlichkeit an der Begründung einer neuen Erwerbsstelle verhindert ist, der ganze Betrag ausbezahlt werden. Der Erwerbsverlust wird jedoch nur

dann vergütet, wenn ohne diese Vergütung das wirtschaftliche Fortkommen des Geschädigten und seiner Angehörigen nicht gesichert erscheint. Einkommen aus einer neuen Berufstätigkeit ist auf die Entschädigung anzurechnen. Beide zusammen dürfen den Betrag der zulässigen Höchstentschädigung nicht übersteigen.

Im Zusammenhang mit dem Ersatz des Erwerbsverlustes sei hier noch eine wichtige Bestimmung des § 5 erwähnt, die ganz dazu angetan ist, dem Geschädigten nach Möglichkeit schnell wieder zu einem selbständigen und lohnenden Beruf zu verhelfen. Es handelt sich hier um den Ersatz für Verlust der Grund-

lage eines Erwerbs, insoweit diese ein einen Vermögenswert darstellendes Gut ist. Diese Entschädigung soll Gewerbetreibenden und Angehörigen freier Berufe zugute kommen, die vor dem 10. Januar 1921 verdrängt worden sind. Die Höhe der Entschädigung stellt den vier- bis sechsfachen Betrag des durchschnittlichen Reinertrags der Geschäftsjahre 1913/14 dar bis zur Höchstgrenze von 50000 Mark. Außerdem wird ein Zuschlag von je 5 vom Hundert zur Grundentschädigung für jedes Jahr der tatsächlichen Ausübung des Gewerbes oder freien Berufes gewährt, jedoch insgesamt nicht über 100 vom Hundert.

VOM DEUTSCHTUM IN DEN ABGETRENNTEN GEBIETEN

§ Eupen und Malmedy.

Wie die „D. Tagesztg.“ meldet, ist auf Grund einer amtlichen Verordnung für die Gebiete Eupen und Malmedy der Verkauf von Grundstücken an Deutsche verboten worden. Freiwerdende Grundstücke von Deutschen können nicht mehr an Deutsche weiterverkauft oder verpachtet werden.

Polendebatte im Deutschen Reichstag.

Hat man sich zwar zu einer Interpellation über die polnischen Ausschreitungen gegen die „Auslanddeutschen“ in den ehemals preußischen jetzt polnischen Gebieten nicht aufschwingen können, so hat doch die deutsche Volkspartei eine kleine Anfrage eingebracht, was die Regierung zu den Ausschreitungen in Ostrowo zu sagen habe. Damals lagen die weiteren Nachrichten über Ausschreitungen in Bromberg und Thorn, wie auch Posen und anderen Städten noch nicht vor. Regierungsrat von Maltzahn erwiderte, daß bereits Ende Mai die Anzeichen einer planmäßigen Bewegung im abgetrennten Gebiet erkennbar waren. Am 2. Juni seien in Ostrowo gegen 50 deutsche und jüdische Familien geschädigt worden, die Demonstranten hätten Greise und Frauen mißhandelt, der Sachschaden sei erheblich. Der Sachschaden regle sich nach der preußischen Verordnung vom 11. März 1850. Eine private Hilfsaktion sei eingeleitet. Die polnischen Zivil- und Militärbehörden, denen die Vorbereitungen nicht hätten verborgen bleiben können, hätten nichts getan, um die Sache zu verhindern, die deutsche Regierung habe sofort in Warschau und Posen protestiert und gefordert, daß eine Wiederholung solcher Vorfälle verhindert werde — mit welchem Erfolg, hat sich ja gezeigt! — und daß der Minderheitenschutz garantiert werde. Eine gleiche Forderung sei an die Botschafter-Konferenz und an die Regierungen in Paris, London und Rom gerichtet worden. Die Posener Regierung habe ihr Bedauern ausgesprochen und erklärt, daß sie in der Lage sei, weitere Ausschreitungen zu verhindern und sich für den Schutz der Deutschen zu verbürgen — mit welchem Erfolg hat sich auch hier gezeigt! Die Hetze gegen die Deutschstämmigen dauere jedoch fort und habe bereits in Bromberg und Hohensalza zu weiteren Ausschreitungen geführt. Die von den Polen angeführten Gründe seien nicht stichhaltig. Allerdings seien in der Niederlausitz und in Westfalen durch die Betriebsräte Entlassungen polnischer Arbeiter angeordnet worden, jedoch nur in der Erregung über die polnischen Untaten in Oberschlesien. Es sei Vorsorge getroffen, die Einstellung dieser Maßnahmen der Betriebsräte zu erwirken. Ausweisungen polnischer Arbeiter in größerem Maßstabe hätten nicht stattgefunden. Von der polnischen Regierung müsse vor aller Welt Achtung der kulturellen und religiösen Rechte der Minderheiten gefordert werden. Die 600000 in Deutschland lebenden Polen genössen einen Schutz, wie ihn die Deutschen in Polen ebensogut verlangen müßten.

Wie man „beruhigt“.

Die Wirren in Neu-Polen nahmen ihren Fortgang, nur daß die späteren Ausschreitungen, nachdem erst der aufgehetzte Mob an den Plünderungen der deutschen Geschäfte sein Vergnügen gefunden hatte, sich bald auch gegen die Juden, späterhin auch gegen die Polen wandten. Die Bewegung nahm immer sichtbarer einen durchaus bolschewistischen Charakter an. Der Posener Wojwode fühlte sich genötigt, etwas zu beruhigen. Er tat es durch eine Warnung in Bromberg, in der er zum Schlusse alle Bürger behaglich aufforderte, die Rechts- und Ordnungsvorschriften zu beobachten. Den Beginn aber machte eine Behauptung, die polnische Bevölkerung sei durch die Massenbeschimpfungen der Polen in Deutschland beunruhigt und sei angesichts der vielen obdachlosen Rückwanderer zu Zwangsmaßnahmen der Wiedervergeltung gezwungen. Diese Behauptungen sind mehr als unbeweisbar. In Deutschland sind „Massenbeschimpfungen“ der Polen nicht vorgekommen, ebenso wenig wie angebliche Massenausweisungen der Polen aus dem westfälischen Revier. Um aber völlige Ruhe zu schaffen, wurde am 7. Juni „zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ das Erscheinen der „Deutschen Rundschau“ in Polen einfach bis auf weiteres verboten. Das ist die bequemste Methode, unangenehme Wahrheitsager mundtot zu machen. Keine deutschen Zeitungen, nicht einmal Danziger, werden in das Land gelassen.

Die Ausschreitungen in Bromberg.

Von den deutschfeindlichen Ausschreitungen in Bromberg gibt die „Lodzer Freie Presse“ einen anschaulichen Bericht ihrer Vertreter in Bromberg wieder. Deutsche Schilder wurden demoliert, in den Cafés und Restaurants wurde die Entfernung deutscher Zeitungen verlangt und durchgesetzt. Die Redaktion der sozialdemokratischen Zeitung „Volksstimme“ wurde vollkommen demoliert, Bücher und Geschäftspapiere, Zeitung und Korrespondenzen, alles wurde auf die Straße geworfen und zerfetzt. Die Polizei kam natürlich zu spät und war dann auch gegenüber den Massen machtlos. Der „Deutschen Rundschau“ erging es nicht viel besser. Alle Setzkästen wurden umgeworfen, die Zertrümmerung der Setzmaschinen konnte wenigstens im letzten Augenblick verhindert werden. Dann wurde eine bekannte Weinhandlung geplündert, die Zigarrengeschäfte wurden ausgeraubt. Und alles — — — nachdem wenige Tage zuvor Staatschef Pilsudski Berücksichtigung und Studien der berechtigten Beschwerden der Deutschen zugesagt hatte.

Und später berichtet dieselbe Zeitung weiter über die Unruhen, die einen immer bolschewistischeren Zug annahmen: Am 20. Juni bewegte sich ein Zug von 8—1000 Menschen zur Wohnung des Stadtpräsidenten, um ihn zu veranlassen, alle deutschen Angestellten und Arbeiter zu ent-

lassen und zwar aus allen kommunalen und privaten Betrieben, eine Sache, die der arme Stadtpräsident sicherlich beim besten Willen nicht gekonnt hätte. Der Deutschumsbund, der Verband der deutschen Handwerker und der Verband der deutschen Kaufleute erließen eine Bekanntmachung, eine Nachprüfung der polnischen Gerüchte über die angeblichen Ausweisungen und ungesetzlichen Handlungen gegen Polen im rheinischen Industrie-Revier sei nicht möglich. Sollten unberechtigte Ausweisungen vorgekommen sein, so mißbillige man sie entschieden. Man wolle die Genehmigung zur Nachprüfung der Gerüchte nachsuchen. Aber auch dieser Anschlag beruhigte nicht. Die Menge forderte alsbald keine Maßregeln gegen die Deutschen, sondern Kartoffeln und Brot. Angeblich seien die Deutschen an der schlechten Ernährung schuld. Gegen 10 Uhr holte man den Stadtpräsidenten aus dem Magistratsgebäude und schlug

und mißhandelte ihn auf das gröbste, bis ihn die Polizei und das Militär befreiten. Daß er bald darauf zurücktrat, war begreiflich. Den Versuch, Gefangene aus den Gefängnissen zu befreien, verhinderte die Infanterie durch scharfe Schüsse, die zahlreiche Tote und Verwundete verursachten, dann aber doch endlich Ruhe schafften.

Die „Bromberger Zeitung“ durfte am 23. Juni wieder erscheinen und tat das, obgleich ihr Geschäftslokal vollkommen zertrümmert worden war. Sie verhalf sofort, wenigstens dem Angebot der deutschen Regierung zu einiger Publizität, polnische Sachverständige möchten doch einmal alle Gegenden Deutschlands bereisen, wo angeblich den Polen auch nur ein Härchen gekrümmt worden sei und möchten die Fälle untersuchen, dann werde sich schon herausstellen, daß alle Gerüchte unbegründet seien.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Tschechoslowakei.

Die Besprechungen über die Taktik des deutschen parlamentarischen Verbandes gegenüber der Republik und ihrem Präsidenten gehen in politischen Zirkeln, in der Presse und in der Öffentlichkeit weiter. Jetzt hat der nationalsozialistische Klub Richtlinien veröffentlicht, die vom parlamentarischen Klub der Deutschen Nationalpartei ausführlich beantwortet werden, so daß man einen klaren Einblick in die Haltung und Stellung der beiden großen deutschen Fraktionen bekommt. Die Antwort fließt aus der Feder des Führers Dr. Lodgmann. Über das Endziel sind sich die Deutschen einig, über die Frage der Taktik herrscht verschiedene Anschauung.

Die nationalsozialistische Partei stellt als erste These auf, im deutschen parlamentarischen Verband sei nicht nur die Einheit des Zieles, sondern auch die Einheit des Weges anzustreben. Das eigentliche Ziel sei die Errichtung einer territorialen Autonomie der deutschen Gebiete der Tschechoslowakei als Etappe zur Er kämpfung des Rechts der Deutschen auf nationale Selbstbestimmung. Darauf antwortet die Nationalpartei, ihr Ziel sei keineswegs die Erringung der Autonomie im tschechischen Staat, sondern die Erringung des Selbstbestimmungsrechts. Das sei ein absoluter Begriff und bedeute die Möglichkeit für die deutschen Siedlungsgebiete, sich nach freier Wahl diesem oder jenem Staate anzuschließen, oder aber ein selbständiges Staatsgebiet zu bilden. Ein Zugeständnis der Autonomie durch die Tschechen hätte zur Voraussetzung den Verzicht auf diese Form der von der Nationalpartei verstandenen Selbstbestimmung, denn als Etappe zur Er kämpfung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung würden die Tschechen doch die Autonomie niemals zugestehen. Werde aber die Autonomie gegen den Willen der Tschechen er kämpft, so werde sie als Etappe deshalb hinfällig werden, weil sich dann der Staat in einem Zustand befände, in welchem er nicht mehr fähig sei, das volle Selbstbestimmungsrecht der deutschen Siedlungsgebiete aufzuhalten. Würde sich dann das deutsche Volk trotzdem für ein Verbleiben beim tschechischen Staate entscheiden, so täte es das in freier Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts und nach Erreichung seines Zieles. Die deutsche Nationalpartei erblicke daher in der These ihrer nationalsozialistischen Bruder-Partei eine „gefährliche Täuschung und eine verhängnisvolle Einschränkung des

Begriffs des Selbstbestimmungsrechts“, sie beharre in ihrer Auslegung und ihrem Ziele.

Als zweite These stellt die nationalsozialistische Partei auf, es herrschten verschiedene Meinungen über den einzuschlagenden Weg. Die einen wollten von Fall zu Fall mit der Regierung verhandeln, um durch Konzessionen an den Staat Konzessionen der Regierung zu erhalten. Diese „aktivistische“ Taktik halte die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei für ungeeignet. Hierin findet sie volle Zustimmung der deutschen Nationalpartei.

Die dritte These stellt als einzige Möglichkeit des Erfolges auf: die verschärfte Kampfansage an die jetzige Regierung und an das bisherige System. Sie schlägt dafür planmäßig organisierte und einheitlich geführte Obstruktion von Fall zu Fall im Parlament vor, planmäßige Abhaltung nicht von einzelnen Parteien, sondern vom ganzen deutschen Verband einzuberufender Volksversammlungen zur Fühlungnahme der Abgeordneten mit dem Volke und zur Unterstützung der parlamentarischen deutschen Aktion durch die breitesten Volksmassen, Organisation der deutschen Volksmassen und im schlimmsten Falle des Scheiterns dieser Maßnahmen planmäßiges Hinarbeiten auf die Zertrümmerung des Scheinparlaments, um die tschechoslowakische Scheindemokratie nicht weiterhin mit dem deutschen Namen und den deutschen Mandaten zu decken. Auf diese These gibt die deutsche Nationalpartei die ausführlichste Antwort. Über eine Obstruktion von Fall zu Fall könne man nicht von vornherein entscheiden, sie könne nur nach der augenblicklichen Lage und nach dem voraussichtlichen Erfolg beurteilt werden. An planmäßigen Volksversammlungen sei die Partei bereit mitzuwirken, doch sei dieses Mittel weniger Erfolg versprechend, weil Volksversammlungen nichts an der Gesetzgebung und Lage ändern könnten. Die tschechoslowakische Scheindemokratie habe kein deutscher Abgeordneter bisher mit seinem Mandat oder Namen gedeckt. Auch ein schärfstes Mittel, das eventuelle Fernbleiben vom Parlament könne nur nach der augenblicklichen Lage späterhin beurteilt werden. Eine Zertrümmerung des tschechischen Parlaments werde man auch durch Fernbleiben nur unter ganz besonders günstigen Umständen erreichen können, wozu ein Zusammenwirken aller deutschen Abgeordneten mit den übrigen Minderheitsvertretern nötig wäre. Die deutsche Nationalpartei stellt fest, daß das tschechische Parlament keine Möglichkeit biete, eine Änderung der Verhältnisse und der parlamentarischen Lage zu erzwingen und daß das Schwergewicht des parlamentarischen Abwehrkampfes nicht in den parlamentarischen

Verhandlungen, sondern im Bewußtsein der Masse verankert werden müsse. Die Lage der Deutschen der Tschechoslowakei sei unzertrennlich mit der politischen Lage Europas verbunden, die noch im Flusse sei. Wer die Friedensdiktate als richtig und unabänderlich ansehe, der müsse aktivistische Politik treiben, wer an Veränderungen der Weltlage, insbesondere an den Wiedereintritt Rußlands in die Weltpolitik glaube, der müsse auch die Tschechoslowakei darnach beurteilen, ob sie ihren Völkern das Recht auf Selbstbestimmung gewährt. Die Nationalpartei habe sich für Letzteres entschieden. Sie lehne jede Einschränkung des Begriffs der Selbstbestimmung grundsätzlich ab, werde aber auch alles vermeiden, was geeignet erscheine, in der Bevölkerung unberechtigte Hoffnungen zu erwecken, die nachträglich nicht in Erfüllung gingen.

In Karlsbad hielt Ende Mai die Deutsche Nationalpartei ihre Tagung ab, bei der auch der Deutsch-nationale Frauenbund seine Mitglieder versammelte. Im Senat befinden sich unter den drei weiblichen Mitgliedern je eine Vertreterin der deutschen Sozialdemokratie und der Deutschen Nationalpartei, im Abgeordnetenhaus unter 13 Volksvertretern drei deutsche Frauen. Die deutsch-nationale Vertreterin, Frau Dr. Herzig, berichtet über ihre Tätigkeit, daß sie drei Anträge gestellt habe, einen zur Errichtung eines Ausschusses für öffentliche Gesundheitspflege und körperliche Erziehung, einen zur Errichtung einer deutschen Hebammenschule in einer deutschen Stadt Böhmens und den dritten auf Aufhebung des Gesetzes über die Mehl- und Brotsteuer. Die deutsche Vertreterin hielt vier Reden im Senat und brachte dort eine Reihe von Interpellationen ein.

Polen.

Die deutschen Abgeordneten im Sejm haben abermals eine Interpellation eingebracht, die sich mit einer Verletzung der Minderheitsrechte befaßt. Das Pfarrhaus der Evangelischen Gemeinde in Kolo ist wiederholt von den polnischen Behörden beschlagnahmt worden. Alle Bitten des Gemeindegremiums und des Konsistoriums blieben bisher erfolglos, obgleich ein Gesetz besteht, wonach Pfarrhäuser nicht beschlagnahmt werden dürfen. Die gewählten Pastoren können daher in Kolo und auch in Zadorow, wo die Verhältnisse ähnlich liegen, ihr Amt schon im dritten Jahre nicht versehen. Man kann begierig sein, was der Kulturminister, der Postminister und der Minister für Gesundheit, an die sich die Interpellanten wenden, antworten werden.

Die deutsche Vereinigung im Sejm hat jetzt über die Deutschenhetze im ehemals preußischen Teilgebiet eine Interpellation eingebracht, der noch einige nähere Einzelheiten über die Vorfälle zu entnehmen sind. Darnach wurden noch lange nach Schluß der Hauptunruhen grobe Ausschreitungen gegen Deutsche in allen Teilen des Gebietes begangen. In Bromberg wurde die Staatspolizei am 16. Juni mittags durch einen Stadtrat genau darüber informiert, daß abends die Unruhen beginnen sollten. Daß sie dennoch stattfanden, ist nur Schuld der Untätigkeit der Behörden, denen wiederum bekannt war, daß die Unruhen am nächsten Abend fortgesetzt werden sollten, ohne daß sie irgend etwas dagegen unternahmen. Die Interpellanten betonen, daß die Hetze weitergehe, und fragen, ob die Regierung bereit sei, die Agitatoren unschädlich zu machen, die hetzerische Presse zur Zurückhaltung zu veranlassen, das Leben und Eigentum polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität in ausreichender Weise zu schützen und so die Bewegung, die sich im Grund gegen den Staat selbst richte, im Keime zu ersticken.

Litauen.

In Litauen haben Stadtverordnetenwahlen stattgefunden, bei denen die Deutschen in Tauraggen-Stadt 4, im Landkreis 9, in Neustadt 2 und in Kowno 3 Sitze erhielten.

Lettland.

Auf ein Interview mit dem neuen Innenminister, in dem dieser aussprach, die neue Regierung werde nicht mehr so abhängig von den Minoritäten wie die alte sein, der gegenüber die Minoritäten geeint aufgetreten seien und große Opfer verlangt hätten, antwortet Paul Schiemann, als Sprecher der deutschen Minderheitsfraktion in der „Rigaischen Rundschau“, man habe bisher den Innenminister Kweesis als einen zu anständigen Mann kennen gelernt, als daß man nicht an der Richtigkeit der Wiedergabe seiner Äußerungen zweifeln möchte. Worin beständen denn die den Minderheiten gebrachten Opfer? Darin, daß man die im Ausland lebenden Lettländer nicht lettischer Nationalität widerrechtlich nicht in ihre Heimat zurücklasse? Darin, daß man die nicht lettischen Landesbewohner am Erwerb der lettischen Staatsangehörigkeit hindere? Darin, daß man die deutsche Sprache mit Gewalt und auf dem Verordnungswege im gesamten öffentlichen Verkehr ausschalte, wie es zur schlimmsten zaristischen Zeit nicht geschehen sei? Darin, daß man die Kirchen, Schulen und Theatergebäude den Deutschen wegnehme? Darin, daß man das Eigentum der nicht lettischen Bürger für vogelfrei erkläre, oder endlich darin, daß man eine unverhüllt gegen die Fremdstämmigen gerichtete Valutaverordnung erlassen habe?

Nach dem Sturz der Regierung hat sich nach langen Verhandlungen das neue Kabinett mit dem früheren Außenminister Meijerowicz vom Bauernbund an der Spitze gebildet. Auch der Innenminister gehört zu dieser Partei, während sein Gehilfe der lettgallischen Bauernpartei entnommen ist und den wichtigsten Posten des Landwirtschaftsministers Herr Samuel von der Volkspartei erhielt, derselbe, der sich jüngst in der Angelegenheit der deutschen Kolonisten und der Mißachtung ihrer Rechte so scharf gegen das baltische Deutschtum wandte. Die Sozialisten haben sich in zwei Parteien gespalten, von denen der rechte Flügel (mit 17 Abgeordneten) in die Regierung eintrat und in ihr gleich drei Minister stellt, den Justizminister, Arbeitsminister und Staatskontrollleur. In der Sitzung vom 17. Juni nahmen die Konstituante zum Programm der neuen Regierung Stellung. Im Auftrage der baltischen Fraktionen sprach dabei Dr. Paul Schiemann. Das neue Kabinett sei unter dem Motto: „Los von den Minoritäten“ gebildet worden, nachdem man dem alten Kabinett besonders verübelt habe, daß in ihm auch ein Vertreter dieser Minderheiten gesessen habe. Der Redner betonte, daß auch die Deutschbalten ein historisches Recht auf ihre Heimat hätten, und zur staatlichen Mitarbeit sich ebenso berufen fühlten wie jeder Lette. Bei der Abstimmung würden sich die Deutschen der Stimme enthalten, um die Taten des Kabinetts erst abzuwarten, ehe sie urteilen. Auch die jüdische Fraktion ließ eine ähnliche Erklärung abgeben und ebenso sprach sich der Vertreter der parteilosen russischen Fraktion aus. Schärfer äußerte sich noch der Vertreter der russisch-nationaldemokratischen Fraktion. Besonders lebhaft wandte sich gegen die Minoritäten der Agrarvertreter Liebtal, der die Wirtschaft Lettlands nationalisiert haben möchte und gegen die „Parasiten des Wirtschaftslebens“ sprach. Die einfache Übergangsform zur Tagesordnung wurde sodann mit allen abgegebenen 120 Stimmen angenommen.

Gegen den Abgeordneten Schiemann waren zwei Anklagen wegen Beleidigung der Staatsgewalt angestrengt, da jedoch d

Parlamentskommission nach ihrer Prüfung nicht anerkannte, daß der Tatbestand von Verbrechen vorliege, wurde seitens des Parlaments die Auslieferung des Abgeordneten abgelehnt.

Ungarn.

Zu der von uns bereits gekennzeichneten erfreulich energischen Rede des früheren Nationalitätenministers Dr. Bleyer schreibt uns noch unser Korrespondent:

Eine Rede von erfreulich kräftigem Tone hat der frühere Minister für nationale Minderheiten, Universitätsprofessor Dr. Jakob Bleyer kürzlich in der ungarischen Nationalversammlung gehalten. Freilich ist man, da weder die amtliche Parlamentsberichterstattung noch die magyarische Presse von Bleyers Ausführungen Kenntnis nimmt, lediglich auf ihre Wiedergabe in der „Pester Zeitung“ angewiesen. Der Mann, der, so lange er Minister war, von vielen deutsch Gesinnten der nationalen Laune bezichtigt wurde, andererseits aber auch von magyarischer Seite den heftigsten Angriffen nicht entgangen war, scheint nun, da er der amtlichen Stellung enthoben ist, mehr aus sich herauszutreten zu wollen und hat ohne Zweifel mit seinem in Rede stehenden offenen politischen Bekenntnisse der deutschen Sache in Ungarn einen guten Dienst erwiesen. Bleyer trat zugleich für die Integrität Ungarns ein, die ja das letzte Ziel aller magyarischen Wünsche ist. Ausgehend von der Behauptung, daß die Teilnahme Ungarns am Weltkriege an der Seite des Deutschen Reiches eine geschichtliche Notwendigkeit war, weil kein anderes Volk Europas an dem Bestande eines ungarischen Staates im mittleren Donaubecken ein Interesse habe, führte der Redner aus, daß es ein Irrwahn sei, daran zu glauben, Frankreich werde Ungarn Hilfe bringen, da es alle Ursache habe, seine tschechischen, rumänischen und südslawischen Verbündeten vor jeder Schwächung zu bewahren. Ungarn habe nur einen Freund, und der sei eben das Deutsche Reich, dessen Wiedererhebung eine Lebensbedingung für Ungarn sei. Damit aber zwischen beiden Staaten wieder ein freundschaftliches Verhältnis erstehe, sei es unerlässlich, die seit den Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts eingehaltene Magyarisierungspolitik restlos aufzugeben. Die ungarischen Deutschen seien gleich den anderen Nichtmagyaren im früheren Ungarn zu nationaler Mündigkeit und zu Selbstbewußtsein erwacht und forderten nun ihre nationalen Rechte. Mag auch den mannhaften Worten Bleyers zunächst noch keine wesentliche Wirkung auf die Regierungspolitik beschieden sein, jedenfalls haben sie in allen deutschen Kreisen des Landes Widerhall gefunden und werden dazu beitragen, die Stellung der Deutschen zu kräftigen. Inzwischen ist der Vertrag von Trianon auch von der französischen Kammer mit großer Mehrheit ratifiziert worden und damit die so lange verzögerte Lösung der westungarischen Frage akut geworden. Dies beginnt man auch in Ungarn einzusehen und sucht nun durch Überredung und Drohung Österreich dafür zu gewinnen, auf das ihm zugesprochene winzige Gebiet zu verzichten. In einem offenen Briefe tritt zunächst Graf Albert Apponyi in der Wiener „Neuen Freien Presse“ auf den Plan. Zunächst wendet er sich an das Ehrgefühl Österreichs und erklärt, es sei doch wohl unmöglich, daß der frühere Bundes- und Kampfgenosse Österreich nun die Schwäche Ungarns benütze, um aus der Hand des Feindes einen Fetzen ungarischen Landes zu empfangen. Dann kommen die üblichen, schon hundertmal gehörten Argumente, bei denen nur ein Gesichtspunkt neu ist. Apponyi stellt nämlich das Verhalten Österreichs in Gegensatz zu dem der Nachfolgestaaten, die keine sittliche Schuld an sich geladen hätten, indem sie ungarisches Gebiet an sich rissen, denn sie seien auf Seiten des siegreichen Feindes gestanden. Da aber die Tschechoslowakei sowohl wie

auch die ehemals österreichischen Teile des nunmehrigen Jugoslawiens ebensogut Verbündete und Kampfgenossen Ungarns waren wie Österreichs, nur daß sie rechtzeitig zum Feinde übergingen, erscheint diese Unterscheidung denn doch etwas willkürlich. Die Behauptung ferner, daß ein freundnachbarliches Verhältnis zu diesen Staaten eher denkbar sei als zu Österreich, berührt sonderbar, wenn man weiß, daß die von ihnen Ungarn abgenommenen Gebiete ein Vielfaches dessen ausmachen, was Österreich besten Falles erhalten soll. Die Entscheidung muß jeden Tag fallen und zwar nicht in Wien und nicht in Budapest, sondern in Paris.

B. I.

Rumänen.

Der bisherige siebenbürgisch-sächsische Staatssekretär Lutz Korodi ist aus dem Unterrichtsressort in Klausenburg ausgeschieden und in das Ministerium in Bukarest übernommen worden, wo er zunächst dem neu eingerichteten Unterstaatssekretariat zugeteilt wurde. Er soll den Wünschen der Sachsen entsprechend als schultechnischer Referent für die einschlägigen Fragen im Unterrichts- und Kultusministerium in Bukarest Verwendung finden, wie es die Sachsen schriftlich und mündlich der Regierung und auch dem Könige vorgetragen haben. Doch sind die dahin zielenden Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Dem neuen Unterstaatssekretariat im Innenministerium, bei dem Korodi jetzt arbeitet, sind auch die Komitate Kronstadt, Fozarostsch, Hermannstadt und Arad in ihrer Verwaltung unmittelbar unterstellt.

Der neue Minister für Siebenbürgen, Dr. Peter Groza, hat jetzt Siebenbürgen bereist und dabei einen ausgezeichneten Eindruck auch bei der sächsischen Bevölkerung hinterlassen. Er hat überall in den Städten Abordnungen der Körperschaften empfangen und dabei ganz treffende Worte über Minderheitenschutz und kulturellen Wert der deutschstämmigen Bevölkerung für das Gedeihen des rumänischen Gesamtstaates gesprochen. Die „Deutsche Tagespost“ schreibt dann auch: „Wir haben aus dem Munde eines aktiven Ministers seit dem Beginn des parlamentarischen Regimes noch nie eine so einheitliche Darstellung unserer besonderen politischen Interessen in Siebenbürgen gehört.“ Groza trat, nachdem Großrumänien äußerlich konsolidiert sei, für rascheste Wiederherstellung der Gesetzlichkeit ein. Es habe sich als eine Unmöglichkeit erwiesen, Siebenbürgen ganz oder stückweise dem alten Reiche Rumänien einzugliedern. Die Vereinheitlichungsfrage sei noch nicht spruchreif. Der Minister sprach außerordentlich kräftige und gute Worte über einen neuen Tarif, über Zoll-, Verkehrs- und Transportpolitik, betonte die Aufgabe der Toleranz gegenüber den nationalen Minderheiten, die, wie die Sachsen, zum Teil kulturell höher ständen wie die Rumänen. Deshalb müßten die Rumänen die Sachsen in ihrer Entwicklung unterstützen, denn ihre Kultur komme auch ihnen zu gute. Eine Beschränkung im Gebrauch der Muttersprache sei unzulässig, wie auch ein Verbot des Tragens nationaler Fahnen und Abzeichen. Lieber sie frei und offen tragen, als heimlich versteckt im Herzen! Auch im Amtsverkehr müsse die deutsche Sprache im schriftlichen Verkehr erlaubt sein, wie denn auch Duldsamkeit gegenüber den Beamten am Platze sei, die die rumänische Sprache noch nicht beherrschten. Ihnen dürfe man keinen Termin stellen. Man solle sie lieber für kurze Zeit in rein rumänische Gegenden versetzen, um ihnen praktisch Gelegenheit zum Erlernen der Sprache zu geben.

England.¹

Irene Triesch schreibt der „Frankf. Ztg.“, daß Studenten der Oxford University einen „Deutsch-Literarischen Klub“

begründet hätten, nachdem der alte German Club seit Kriegsausbruch aufgelöst worden sei. Der langjährige Germanist der Universität, Professor Fiedler, stets ein Förderer deutscher Kunst und Wissenschaft in England, sei zum Ehrenpräsidenten ernannt worden. An sie selbst sei der beglückende Ruf ergangen, am Gründungstage deutsche Dichtungen vorzutragen. Sie habe unter dem Jubel der Studentenschaft aus Goethe, Schiller und Heine vorgelesen.

Palästina.

Aus Palästina schreibt unser Vertreter:

„Ist auch ein Wiederaufbau deutscher Werke in Palästina wie vor dem Kriege nicht möglich, so hat deutsche Schaffensfreude und Gottvertrauen dennoch wiederum manches erreicht und wird gewiß noch mehr erreichen, wofür im Lande wie in der Heimat Ruhe bleibt. Vor allem haben die Deutschen der verschiedenen Templerkolonien sich wieder zur Not einrichten können und es erscheint wieder als Monatsblatt das frühere Wochenblatt 'Die Warte des Tempels', die jetzt schon ihren 77. Jahrgang zählt. Professor Dr. G. Dalman, der Leiter des früheren evangelischen Instituts für Altertumswissenschaft, hat in Haifa als Pfarrer der evangelischen Gemeinde H. von Örtzen eingeführt. Auch Pastor L. Schneller ist mit seinem Bruder anfangs Juni in Palästina eingetroffen zur Übernahme des früheren großen syrischen Waisenhauses, das bisher unter amerikanischer Verwaltung stand. Letztere hat sich verpflichtet, noch für 2 Jahre für die erwachsenden Kosten aufzukommen. Handel und Schiffsverkehr mit Deutschland nimmt langsam aber stetig zu. Verschiedene Geschäfte und Fabriken sind wieder in voller Tätigkeit und der alte Ruf deutscher Pünktlichkeit und Gründlichkeit führt manchen Deutschen auch solche zu, die bisher politisch und sozial ihre Gegner waren.

Zu bedauern ist, daß Wohltätigkeitsanstalten, die mit Politik nichts zu tun haben, noch immer nicht eröffnet werden konnten. So z. B. das Hospital der Borromäerinnen in Haifa, dessen Übergabe schon vor einem Jahre fest versprochen war, das aber noch immer nicht von den Behörden geräumt wurde.“

Japan.

Die Professoren der medizinischen Fakultät an der Universität Tokio haben 300 000 Yen, die heute den Wert von einer Million Mark darstellen, zusammengebracht und sie dem deutschen Botschafter Dr. Solf übergeben, damit aus diesem Betrage deutschen und österreichischen Professoren der 24 deutschen und österreichischen Universitäten, in denen die japanischen Herren einst studierten, der Lebensunterhalt erleichtert werde.

Südwestafrika.

Der dem unionistischen Volksrat in Kapstadt vorgelegte Etat für 1921/22 weist 839 779 Pfd. St. ordentliche und 446 750 Pfd. St. außerordentliche Ausgaben auf, während die Einnahmen mit 891 000 Pfd. St. geschätzt sind. Von den 16 Etatskapiteln weisen nur das über die Landesverteidigung und jenes über das öffentliche Gesundheitswesen Verringerungen auf. 5000 Pfd. St. sind als erste Rate für den Bahnbau nach Gobabis eingesetzt, 5000 Pfd. St. als Darlehen an Siedler, 57 000 Pfd. St. für den Bau von Schulen und Lazaretten und andere öffentliche Gebäude. Der Etat von 1920/21 schloß mit einem Fehlbetrag von einer halben Million Pfd. St. ab:

Der Administrator, Sir Hofmeyr, ist vor kurzem von seiner Dienstreise nach der Union wieder ins Mandatsgebiet zurückgekehrt und hat eine Abordnung der Handelskammer in Windhuk empfangen, mit der er eine Reihe geschäftlicher und wirtschaftlicher Angelegenheiten eingehend besprach. Dann erfolgte ein

Empfang des Haus- und Grundbesitzervereins, dem gegenüber der Administrator auch über die Schulfrage sprach. Er führte aus, die Deutschen könnten sich immer noch nicht in die Lage schicken, sie verstünden noch nicht, was der Administrator für sie getan habe. Sie hingen noch an dem Traum, daß das Land wieder deutsch werden könne, er könne aber versichern, daß das niemals der Fall sein werde, es sei denn, daß Deutschland Besitz von der Union ergriffe. Der Sprecher Dr. Zersch antwortete, die meisten Deutschen hätten diesen Traum aufgegeben, im übrigen würde die Frage in Europa und Amerika entschieden, nicht in Südwest und niemand, auch der Administrator nicht, könne in die Zukunft sehen. Der Administrator entgegnete, er sei in der Schulfrage weiter gegangen als seine Freunde es wünschten, weit über das Unionsgesetz hinaus. Die Deutschen sollten keine separaten Schulen, keine deutschen Schulen neben der Unionsschule haben wollen. Dr. Zersch betonte, die deutschen Schulen seien weit besser gewesen als die Unionsschulen. Niemand vertausche gerne ein gutes Pferd gegen ein weniger gutes, wenn er nicht gezwungen werde. Separatistische Bestrebungen verfolgten die Deutschen nicht, sie wollten aber Einfluß auf das Schulwesen haben; der Administrator verlange immer Entgegenkommen von den Deutschen, er selbst habe aber von den 16 Punkten der Deutschen nur 2 nebensächliche angenommen, die übrigen jedoch abgelehnt. Hofmeyr antwortete, die Deutschen trieben zu viel Gefühlspolitik und ließen die kühle Überlegung nicht genug sprechen. Dr. Zersch betonte, das Deutschtum sähe wohl ein, daß eine Umstellung nötig sei. Eine gemeinsame Arbeit werde nicht abgelehnt, aber in der Schulfrage drücke sich die feste Anhänglichkeit an das deutsche Schulsystem, an die deutsche Literatur, an die deutsche Heimat aus und die könne und wolle das Deutschtum nicht aufgeben. Der Administrator schloß das Gespräch, er habe die Verhandlungstüre noch nicht zugemacht, ein Jahr lang solle alles beim alten bleiben, dann wolle man weiter sehen. Die Regierung übernehme große Lasten dadurch, daß sie sich bereit erklärt habe, die gesamten deutschen Lehrer auf ihren Etat zu übernehmen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der Oberste Gerichtshof von Ohio entschied am 7. Juni, daß das Ake-Gesetz, daß das Lehren der deutschen Sprache vor Schülern, die den 7. Grad noch nicht vollendet haben, zum Verbrechen stempelt, verfassungsgemäß sei. Zwei Lehrer wurden wegen Verstoßes gegen dieses Gesetz zu je 25 Dollar Geldstrafe und den Gerichtskosten verurteilt.

KLEINE NACHRICHTEN

W. Pelzaeus, früher einer der angesehensten und erfolgreichsten Kaulleute in Kairo, hat noch vor dem Kriege seinen gesamten reichen Besitz in ägyptischen Kunstwerken und Altartümern seiner Vaterstadt Hildesheim vermacht, wo diesen Schätzen ein nach dem Namen des Stifters benanntes Museum gewidmet wurde, das gleichzeitig ein Institut für Forschung und Volksbelehrung darstellt. Der Stifter ist nun von der Universität in Göttingen zum philosophischen Ehrendoktor ernannt worden.

Julius Henning †. In Berlin starb am Herzschlag Julius Henning, Kaufmann und Mitglied des Börsen-Komitees in Omsk, der als Vertreter der deutschen Kolonisten Sibiriens nach Moskau und Petersburg ging, als die Kerenski-Revolution die Nationalitäten zu gesteigerter Tätigkeit anregte, später als Vertreter des sibirischen Deutschtums nach Berlin reiste und dort seither unermüdlich im Interesse seiner Auftraggeber tätig war.

Er gehörte dem Ausschuß der deutschen Gruppe Altrußlands an und war einer der Mitgründer der Kolonisten-Handelsgenossenschaft Dekorn.

Marie Anna Herold, die älteste Elsässerin Amerikas, starb, 95 Jahre alt, am 8. Juni im Bronx (Neuyork). Sie hatte zu zahlreichen amerikanischen Staatsmännern freundschaftliche Beziehungen gepflegt. Geboren war sie in dem elsässischen Orte Merzweiler, als Vierjährige kam sie nach den Vereinigten Staaten. An ihrem Sterbelager versammelten sich 49 Enkel und Urenkel.

KIRCHE UND MISSION

Batavia. In der protestantischen Wilhelmskirche fand am Karfreitag zum erstenmal ein Gottesdienst in deutscher Sprache statt. In Zukunft sollen derartige deutsche Gottesdienste von Zeit zu Zeit wiederholt werden.

Pretoria. Ein Trauergottesdienst für die verstorbene Kaiserin fand in der deutschen Kirche statt. Missionar Schloemann sprach in ergreifenden Worten von der Pflichterfüllung der Kaiserin, die den höchsten Tugenden der deutschen Hausfrau gerecht geworden sei, wenn sie gesagt habe, daß sie nur Kinder, Kirche und Küche kenne. Der Gottesdienst endete mit einem Gebet für den Kaiser und die Königin von Holland, die ihm in ihrem Lande eine sichere Zuflucht gewähre. Ein Beileidstelegramm der Deutschen Pretorias wurde nach Haus Doorn geschickt.

Deutscher römisch-katholischer Staatsverband in Utica (Ver. Staaten). Der 24. Jahreskonvent dieses Verbandes wurde in Utica, Staat Neuyork, feierlich eingeleitet. Nach dem Hochamt begann die Sitzung, bei der auf die Tätigkeit des Verbandes am großen Hilfswerk für Mitteleuropa hingewiesen wurde. Es wurden schließlich verschiedene Beschlüsse gefaßt, die sich auf die Treue zum päpstlichen Stuhl, die soziale Frage, die christliche Erziehung, die schwarze Schande, die katholischen Missionen und anderes bezogen.

Deutscher Katholikentag in Portland (Oregon). Zum ersten Male seit den Kriegstagen wurde in Portland wieder eine öffentliche Generalversammlung, die sechste, des deutsch-römisch-katholischen Staatsverbandes von Oregon veranstaltet. Unter brausendem Beifall wurden die folgenden Beschlüsse gefaßt: Der Staatsverband von Oregon verlangt von Präsident Harding sofortigen Frieden mit den Zentralmächten und auch die Anerkennung eines unabhängigen Irlands. Ferner energische Bekämpfung einer vollständig unamerikanischen Körperschaft, die sich eine Autorität anmaßt, die der Sicherheit des Landes gefährlich zu werden droht (gemeint ist die Amerikanische Legion).

Die australische Regierung hat einer Times-Meldung zufolge beschlossen, den deutschen Missionaren zu gestatten, in den unter australischer Verwaltung stehenden Gebieten ihre Tätigkeit fortzusetzen.

Die deutschen Missionare auf Neuguinea mußten leider ihr seitheriges Wirkungsfeld trotz aller Proteste, auch von seiten der kirchlichen Kreise und Missionen Australiens und Englands, verlassen. Ihre Arbeit soll durch Missionare aus den Vereinigten Staaten übernommen und fortgesetzt werden.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

An der **Danziger Technischen Hochschule** studieren im laufenden Sommersemester zum ersten Male 1000 Studierende, während

es im Kriege nur 700 gewesen waren. Der Zuzug aus dem Reiche hat erfreulicherweise angehalten. Nur 8 Prozent der Studierenden des vergangenen Semesters waren nicht deutschstämmig, unter ihnen waren nur 31 Polen, deren Zahl im laufenden Semester auf 70 stieg.

Die **Prager deutsche Universität** wählte zu ihrem Rektor den Senator und Vertreter der christlich-sozialen Partei in der gesetzgebenden Versammlung Professor Dr. Robert von Meyer-Herting, der den Lehrstuhl des römischen Rechts inne hat.

Weißenstein (Estland). Das **deutsche Realgymnasium** feierte ein Frühlingsfest zugunsten des deutschen Schulwesens am Orte, das einen Reinertrag von über 31000 Mark ergab.

Goldingen. Die **deutsche Mittelschule** feierte die Entlassung der 8 Abiturientinnen ihrer neusprachlich-historischen Abteilung. Direktor Hollmann hielt eine Ansprache, worauf die Schülerinnen in deutsch, lettisch, englisch und französisch antworteten. In einer Generalversammlung der Ortsgruppe des Elternverbandes, die von 95 auf 267 Mitglieder gewachsen ist, wurde mitgeteilt, daß die Mitgliedsbeiträge und Spenden über 20000 Rubel einbrachten, eine Veranstaltung im Schillersaal über 30000 Rubel. Es wurde die Zusammenziehung verschiedener, bisher getrennt arbeitender Schulabteilungen besprochen, wodurch eine Betriebsverbilligung erzielt und anstatt 600000 Rubel nurmehr 465000 erforderlich sein würden, um das deutsche Schulwesen fortzuführen. Doch wären auch Umbauten der Schule dafür notwendig, für die erst die nötigen Mittel zusammengebracht werden sollten. Eine Kommission wurde eingesetzt, die die einstweilige getrennte Fortführung der Abteilungen aus allgemeinen und pädagogischen Gründen beschloß, weil die Abschiebung der Vorklassen an die schon überfüllte Grundschule zu viel Schwierigkeiten machen würde.

Der deutsche Lehrernachwuchs im südslowakischen Banat. Der schwäbisch-deutsche Kulturbund wendet sich an die Bevölkerung, sie möge für einen Nachwuchs von Lehrern sorgen, von denen die Zukunft der deutschen Volksschule abhängt. Der Bundesausschuß habe Schritte unternommen, damit dem ers'en Jahrgang der Lehre-Bildungsanstalten in Werschetz und Sombor, sowie der Lehrerinnen-Bildungsanstalt in Neusatz deutsche Parallelklassen angegliedert würden. Doch sei das nur möglich, wenn sich eine genügende Zahl von Kursteilnehmern melde. Dazu sei es nötig, die Bevölkerung aufzuklären, damit sie wisse, was von der eiligen Meldung der jungen Leute für das Volkstum abhängt.

Amsterdam. Der **deutsche Schulverein zu Amsterdam**, der die Kaiser Wilhelm-Schule mit 3 Vorschul- und 6 Realklassen unterhält, weist in seinem 22. Jahresbericht darauf hin, daß die Arbeit des abgelaufenen Jahres fast ganz im Zeichen des neuen holländischen Unterrichtsgesetzes für Volks- und Mittelschulen stand, das am 1. Januar d. J. in Kraft getreten ist. Nach diesem bestand die große Gefahr, daß die Schule geradezu ihre Daseinsberechtigung verloren hätte, da der Entwurf vorsah, daß Deutsch, wie jede andere Fremdsprache, bis zum 7. Schuljahre nicht mehr gelehrt werden dürfe. Durch einen besonderen Artikel im endgültigen Gesetz wurde diese Bestimmung jedoch glücklicherweise hinfällig. Dieser sagt nämlich, daß an Schulen, die für Kinder nichtholländischer Nationalität eingerichtet sind, auch fernerhin eine Fremdsprache unterrichtet werden darf. — Im übrigen hat sich die Schule auch im vergangenen Jahre ihrer alten Beliebtheit erfreut. Einem Abgang von 186 Schülern -- darunter die 4 Kandidaten, denen das Reife-

zeugnis ausgehändigt werden konnte — standen 192 Zugänge gegenüber. Die Finanzierung der Schule war durch Beiträge der 180 Vereinsmitglieder, einen Zuschuß des Deutschen Reichs in Höhe von fl. 2000 und denjenigen der Niederländischen Regierung, der mehr als fl. 36300 betrug, sichergestellt.

Windhuk. Der deutsche Schulverein hörte den Bericht über die Verhandlungen mit dem Administrator hinsichtlich der Übernahme des deutschen Schulwesens auf die Mandatsverwaltung und faßte nach längerer Aussprache einstimmig eine Resolution: „Da die Verhandlungen mit dem Administrator zu keinem annehmbaren Ergebnis geführt haben, wird die Weiterführung der Windhuker Schule als Privatschule beschlossen.“

Windhuk. Die deutsche Schule konnte auf einem Bazarfest eine Einnahme von über 20000 Schilling erzielen, wodurch ihr Bedarf für lange Zeit sichergestellt ist. Auch der Administrator Sir Hofmeyr besuchte mit seiner Frau das Fest, auf dem neben dem Vorsitzenden des Windhuker Schulvereins auch die Vorsitzenden der Farmervereinigung, des Angestelltenverbandes und des Arbeiterverbandes Reden hielten, aus denen der feste Wille der gesamten Schutzgebietbevölkerung, sich ihr deutsches Schulwesen rein und ungeschmälert zu erhalten, klar hervorging.

Mexiko. Deutsche Schule. Franz Boeker, von der Eisenwarenfirma Roberto Boeker y Cia., einer der größten deutschen Firmen Mexikos, hat der dortigen deutschen Schule anschließend an den Schulhof ein Terrain von 13000 Quadratmetern geschenkt, das einen Wert von etwa 9000 Dollar hat. Andere deutsche Herren, die Herren Beick, Lenz und Vermehren haben auf diesem Grund einen Neubau für die deutsche Schule im Wert von etwa 15000 Dollar aufführen lassen.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Graz. Eine Vereinigung auslanddeutscher Studierender wurde hier gegründet, die sich dem Leipziger Zentralverband anschließen wird. Student der Medizin Theil aus Hermannstadt wurde zum Vorsitzenden gewählt. Professor Kaindl begrüßte die Erschienenen. Auch der Verein Siebenbürger Sachsen hatte einen Vertreter entsandt.

Deutsch-schwäbischer Kulturbund. Eine Fülle von Gästen und Mitgliedern war am 5. Juni in Karlsdorf zusammengeströmt, um bei der Hauptversammlung des Kulturbundes zugegen zu sein. Mit Riesen-Wagenkolonnen, voran ihre Musikkapellen, zogen die Dörfler der Nachbarschaft auf. Eine Menge von Gesangsvereinen war namentlich erschienen und von allen Seiten her klangen Musik und Gesang durch die Dorfgassen. Studenten und Lehrer, Professoren und Bauern vereinigten sich mit den Frauen und Mädchen der Volksgenossen zu einer bunten Menge. Evangelischer und katholischer Gottesdienst leitete den Festtag ein. Etwa 4000 Menschen waren wohl versammelt, als darnach im Dorfpark in der Dorfmitte die vereinigten Gesangsvereine das klagende trotziges Schwabenlied Adam Müller-Guttenbrunn anstimmten, in das die Menge einfiel. An Stelle des durch Krankheit verhinderten Bundesobmannes Menrath übernahm Sparkassendirektor Koch den Vorsitz. Der Bundessekretär erstattete den Jahresbericht, Lehrer Florian Krämer bezeichnete die Aufgaben der deutschen Schule und der Lehrer, mit hinreißender Begeisterung trug der junge Schwabendichter Peter Jung sein Festgedicht „Der Schwabenweihetag“ vor, unter stürmischer Begeisterung wurde darauf Adam Müller-Guttenbrunn zum ersten Ehrenmitglied des Bundes ernannt, ferner wurde ein Antrag angenommen, den Religions-Unterricht in den

deutschen Schulen in den bewährten Händen der Geistlichkeit zu belassen. Der nächste Bundestag wird in India oder Apatin stattfinden. Ein wohlgelungenes Volksfest beschloß den Tag, Musik- und Gesangsvorträge brachten Abwechslung. Eine Ausstellung von Wein-Produzenten und eine Maschinen- und Geräte-Ausstellung der Firma Öhler, Blattmann & Co. fanden starken Besuch. Mit Gesang und Tanz endete in allen Wirtschaften des Dorfes der festesfrohe und arbeitsreiche Tag.

Auf der Versammlung erstattete der Bundessekretär Dr. Grassl den Jahresbericht, den das „Deutsche Volksblatt“ ausführlich wiedergibt. Er beginnt mit einem starken und treuen Gelöbnis, am deutschen Volkstum festzuhalten und mit einem ehrlichen Bekenntnis zu den Aufgaben, die das Deutschtum von seinen Angehörigen erfordert. Er fügt das Bekenntnis unbedingter Staatstreue hinzu. Die Deutschen hätten nichts zu verheimlichen, denn sie seien keine Verschwörer und keine Intriganten. Nur wenige Gemeinden der Wojwodina ständen noch abseits, wo es technische Schwierigkeiten gegeben habe. Mit besonderer Freude wird das Wachstum des Kulturbundgedankens in Slowenien festgestellt. Gegen die Bedrückung des deutschen Volkstums in Slowenien wurde energische Verwahrung eingelegt. In Syrmien wie in der Baranja wird ein lebhaftes Interesse für den Kulturbund berichtet, ebenso wie in Bosnien der Bund in nächster Zeit festen Fuß fassen soll. Nur in Slowenien ist noch alles dunkel und düster und die Entrechtung des Deutschtums dort ist die schlimmste, die es gibt. „Hail ihnen, die im Leid gestählt sind. Wir geloben ihnen Treue zu halten für und für.“ Der Kulturbund nimmt für die Zukunft eine Gliederung seiner Ortsgruppen in Gauverbände in Aussicht und wird „Bundes-Mitteilungen“ ausgeben, die den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedern stärken sollen. Eine der ersten Sorgen des Kulturbundes war die Überreichung eines deutschen Schulprogramms an die Regierung, die allerdings darauf überhaupt keine Antwort erteilte. Der Bericht gibt den schwersten Besorgnissen der Deutschen über die Zukunft ihres Schulwesens breiten Ausdruck, da doch die Deutschen nicht einmal eine Vertretung in den öffentlichen Körperschaften hätten und eine Vertretung im Kulturbund nur angenehm und nützlich sein könne, von ihm aber anscheinend weder gewünscht, noch geachtet werde. Der Zustand der Unsicherheit und der Gereiztheit der Deutschen könne nur aufhören, wenn der Kulturbund und die deutsche Arbeit anerkannt würden. Die Deutschen wollten keine Almosen, sondern nur ihr gutes Recht. Ein dankenswerter Anfang sei in den drei Mittelschulen in Hatzfeld, Neu-Werba und Werschetz gemacht, ein erster Jahrgang in Weißkirche schließt sich jetzt an. Zur Durchführung deutscher Parallel-Klassen, überall wo die nötige deutsche Schülerzahl vorhanden sei, seien Schritte eingeleitet. Auch den staatlichen Lehrerbildungs-Anstalten in Sombor und Werschetz müßten deutsch Parallel-Klassen angegliedert werden, sonst müsse das deutsche Schulwesen verkümmern. Der Bericht konstatiert mit aller wünschenswerten Offenheit, daß auf dem Gebiete des Bürgerschulwesens zwar ein verheißungsvoller Anfang gemacht sei, daß jedoch auf dem Gebiete des Volksschulwesens die Dinge noch sehr im argen lägen. Die Lehrer ständen zumeist den deutschen Gedanken völlig verständnislos gegenüber und zwar mit wenigen rühmlichen Ausnahmen. „Der Analphabetismus aus früheren Jahrzehnten uns nur zu gut bekannt, blüht in anderer Form weiter, von einer deutschen erzieherischen Arbeit von einer Bildung des Herzens, des Gemeinsinnes und der Sitte kann vollends keine Rede sein. In dieser Hinsicht wird es erst besser werden, wenn die Lehrer wieder lernen, sich als Glied

des Volkes zu fühlen, dem sie entsprossen sind und darum verlangen wir, daß den Lehrern der Beitritt zum Kulturbund und die Mitarbeit an den Bundesbestrebungen nicht, wie dies vielfach geschehen ist, noch in jüngster Zeit geschehen ist, erschwert oder gar zum Vorwurf gemacht wird, sondern daß ihnen gestattet wird, in der großen Volksgemeinschaft, die der Kulturbund darstellt, sich frei zu betätigen, je mehr und je intensiver, desto besser.“ Der Bericht erzählt sodann vom Mangel an Lehrbüchern und Schulbüchern, worin der Bundesausschuß nur schwer habe Abhilfe schaffen können. Ein hervorragender Fachmann werde jetzt neue Schulbücher bearbeiten, die auch den berechtigten Forderungen des südslawischen Staates auf Aufnahme vaterländischen Lesestoffes Rechnung tragen sollten. Die Entwürfe sollten demnächst vorgelegt werden und würden hoffentlich nicht auf kleinliche Schikanen der Regierung stoßen. Wenn allerdings in überstürzter Hast von dem deutschen Lehrer bei Strafe der Entlassung Beherrschung der serbo-kroatischen Staatssprache bis zum 1. Januar 1922 gefordert werden sollte, wie es verlautete, so sei mit der Schließung der allermeisten Schulen zu rechnen. Der deutsche Kulturbund sei durchaus für die Erlernung dieser Staatssprache, doch müsse dem deutschen Volke und auch seinen Lehrern Zeit gelassen werden. Der Bund habe dahinzielende Vorschläge gemacht, von denen er hoffe, daß sie Annahme fänden.

Ganz absonderlich sei die erzwungene Einstellung der Alphabeten- und Fortbildungskurse gewesen, die tiefgehende Verbitterung erzeugt habe, da es eine von der Zentralstelle gewollte bewußte Behinderung des kulturellen Aufstiegs der Deutschen bedeute. Jedoch seien die Kurse, Vorlesungen und Vorträge des Kulturbundes der nächsten Winterperiode bereits jetzt genehmigt und die Ortsgruppen sollten schleunigst an die Arbeit gehen, sie richtig durchzuführen. Auch solle energisch an die Aufstellung von Büchereien und Lesehallen gegangen werden. Die Bücherbestände seien durch wertvolle Schenkungen vermehrt worden, sodaß sie reiche Belehrung bieten könnten. Entwürfe für Jünglings-Abteilungen und Sängerköre seien allen Ortsgruppen zugegangen, damit das deutsche Lied seine Wiederauferstehung feiere. Auch stehe eine wirtschaftliche Ausgestaltung der Ortsgruppen bevor, die neu zu begründenden Gauverbände sollten Fachleute sich angliedern, die hier mit Rat und Tat zur Verfügung ständen. Mit Ruhe, Zielstrebigkeit und Tapferkeit müsse der Kulturbund sich durchsetzen. Volle Wahrhaftigkeit des Handelns sei deutsche Art, Vermeidung jeder Schein- und Halbkultur sei das Streben des Bundes.

Im südslawischen Banat besitzt der Kulturbund jetzt 97 Ortsgruppen, von denen 83 satzungsgemäß ihren Mitgliederstand angemeldet haben. Diese 83 Ortsgruppen haben an Mitgliedern 5 Stifter, 6 Gründer, 21 Förderer, 280 Helfer, zusammen 310, ferner 4160 ordentliche und 12164 unterstützende Mitglieder, zusammen 16324. Die Mitgliederzahlen von 14 Ortsgruppen sind der Zentrale noch nicht bekannt. Das Gesamtvermögen des Bundes beträgt 941000 Kronen, von denen an Mitgliedsbeiträgen noch 200000 ausstehen. Der Bund hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre Verwaltungsausgaben von 87000 Kronen für Gehälter und 16000 Kronen für Porto, insgesamt mit allen andern Ausgaben 198000 Kronen. An Einnahmen standen ihm aus dem Kalender 320000 Kronen, aus Ansichtskartenverkäufen 5000, Einnahmen von der Rundfahrt der Banatia 8000, Zinsen 5000 Kronen zur Verfügung. Der Rest der Ausgaben wurde aus den Mitgliedsbeiträgen gedeckt. Buchmäßig betrugen die Einnahmen des Bundes 1586000 Kronen, die Ausgaben 1560000, sodaß am 31. März 1921 ein Barbestand von rund 20000 Kronen dem Bunde zur Verfügung stand. Der

Voranschlag sieht für die Bundeskanzlei eine Ausgabe von 250000 Kronen, für Wander-Lehrer, Turnlehrer und Chormeister 50000 Kronen, für Reiseauslagen 20000, für den Bundeskalender 400000 und verschiedene Ausgaben von 100000 Kronen, zusammen also 820000 Kronen vor. Ihnen gegenüber stehen Spenden und Mitgliedsbeiträge im Schätzungswert von 400000, Einnahmen aus dem Bundeskalender von 450000 Kronen, verschiedene Einnahmen von 100000 Kronen, zusammen 950000 Kronen, sodaß schätzungsweise ein Überschuß von 130000 Kronen dem Bunde verbleiben soll.

Riga. Zu einem **Klub der Reichsdeutschen** haben sich die in Riga lebenden Reichsdeutschen zusammengeschlossen. Die Satzungen sind von den zuständigen lettischen Behörden bereits genehmigt worden. Klubabende finden jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat in den Räumen des Kaufmännischen Vereins statt.

Haarlem. Hier wurde ein **deutscher Verein** begründet, dessen Vorsitzender Ingenieur Stein ist und der in kurzer Zeit über 100 Mitglieder gewann. Die Mitglieder treffen sich jeden ersten und dritten Sonnabend im Restaurant Brinkmann am Markt.

Windhuk. Zu einem „Südwestafrikanischen deutschen Frauenbund“ haben sich die früheren Abteilungen des Frauenvereins für Krankenpflege über See und des Frauenbundes der deutschen Kolonialgesellschaft vereinigt. Die deutschen Schulen, Kirchen, Missionen und Bibliotheken sowie das Elisabethen-Krankenhaus sollen gestützt und erhalten werden, namentlich aber soll ein Zusammenschluß aller deutschen Frauen des Landes herbeigeführt werden, auch alle Farmerfrauen werden zum Beitritt eingeladen.

Cleveland (Ohio). **Einweihung der Banater Halle.** Die Banater Schwaben Clevelands haben sich nunmehr ein eigenes schönes Heim geschaffen. Am 15. Mai weihten sie an der Weststraße 120 und Loraine Ave. unter zahlreicher Beteiligung der ortsansässigen Deutschungarn und in Anwesenheit einer besonderen Abordnung des Detroitter Karpathia-Männerchors auf eigenem Grundstück eine große Halle in Holzkonstruktion ein. Durch die ganze Breite des Erdgeschosses zieht sich der Tanzsaal. Um ihn herum gruppieren sich schöne Klubräume. Die Eröffnungsfestlichkeiten wurden durch Vorträge der Sänger des Deutsch-ungarischen Gesang- und Lesevereins sowie von Mitgliedern des Deutschen Theaters in Detroit und des dortigen Symphonie-Orchesters verschönt. An den nötigen Reden fehlte es selbstverständlich auch nicht. Besonders zu erwähnen ist eine Ansprache des Herrn K. Krück, der als Toastmeister die Banater Schwaben aufforderte, „an den guten Sitten und Gebräuchen, die sie mit über das Weltmeer brachten, ebenso festzuhalten, wie an der Pflege ihrer deutschen Muttersprache, des deutschen Liedes und der köstlichen Schätze der deutschen Literatur.“

Die Vereinshalle, für die unter den Gesetzen des Staates Ohio ein Kapital von 50000 Dollar aufgebracht worden war, verdankt ihre Entstehung der Initiative der Banater Hallen-Korporation, die vor 4 Monaten von den Mitgliedern des vormaligen Heim-Fonds, sowie dem Deutsch-ungarischen Unterstützungverein und dem Deutsch-ungarischen Gesang- und Leseverein ins Leben gerufen wurde.

Buenos Aires. Die **deutsche Kolonie** hatte das Vergnügen, den deutschen General Litzmann vor seinem Abschied zu einem Vortragsabend bei sich zu sehen. Der General sprach im deutschen Klub über die Erstürmung der Festung Kowno, die ja zu seinen schönsten Waffentaten gehört. Ausgezeichnete

Lichtbilder und Karten erläuterten auch den militärisch Ungebildeten den Waffengang, der zu den prächtigsten Erfolgen der 10. Armee des unvergeßlichen Generalobersten Eichhorn gehört. Nach dem Vortrag, der den großen Saal bis zum letzten Platz füllte, fand ein geselliges Beisammensein statt. Der General war Gegenstand begeisterter Huldigungen.

Valparaiso. Die Deutsche Handelskammer, deren Leitung Herr Dr. Drascher aus Hamburg übernommen hat, verlegte ihre Geschäftsräume nach der Calle Esmaralda Subida Concepcion 4.

Chile. „Unser Deutschland“ nennt sich eine Gesellschaft von Freunden der Farbe „Schwarz-weiß-rot“, die sich soeben in Chile zusammengeschlossen haben.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Die deutsche Vertretung in Warschau.

Es ist tatsächlich kaum glaublich, bis zu welcher Kühnheit im diplomatischen Verkehr die Polen es kommen lassen und was sich Deutschland alles gefallen läßt: Die deutsche Gesandtschaft in Warschau hat vor längerer Zeit ein Haus gekauft. Sie sitzt selbst im einen Stockwerk, das zweite, für das deutsche Konsulat und die deutsche Paßstelle vorgesehene Stockwerk wird aber noch von einer polnischen Familie bewohnt und von den Polen gegen alle Versprechungen nicht freigegeben. Von dieser Wohnung aus finden nachgewiesenermaßen, wie die deutschen Vertreter ihren Zeitungen melden, systematische Bespitzelungen der deutschen Gesandtschaft statt, was die deutsche Regierung der polnischen auch beschwerdeführend mitteilte. Vor 6 Wochen mußte nun die deutsche Paßstelle, die bis dahin im Notquartier untergebracht war, ausziehen und hat bis jetzt kein Unterkommen gefunden, da ihre eigenen Räume nach wie vor als Spitzelzentrale dienen. Auch die österreichische Paßstelle ist aus ähnlichen Gründen obdachlos und arbeitet nicht!

Reval. Der neue deutsche Gesandte Dr. Hentig hat seinen Posten jetzt übernommen. Für den scheidenden deutschen Geschäftsträger, Herrn Henckel, fand ein Abendessen statt, bei dem zwischen ihm und dem Direktor der politischen Abteilung des estnischen Auswärtigen Amts, Herrn Hellat, herzliche Trinksprüche gewechselt wurden.

Legationsrat Dr. Toepke, der während des Krieges als deutscher Beamter die Botschaft in Rom verwaltete und das Archiv bewahrte, ist jetzt zum deutschen Konsul in Triest ernannt worden.

In Venedig ist zum deutschen Konsul Herr Max Rohrer, der früher Konsul in Ancona war, in Florenz zum Konsul Legations-Attaché Stiller, in Catania zum Vize-Konsul Herr Kurt Haeni ernannt worden.

Amsterdam. Zu Ehren des scheidenden Generalkonsuls, des wirkl. Geh. Legationsrats Kiliani, fand eine Abschiedsfeier statt, der Vertreter der deutschen Gesandtschaft und des Generalkonsulats, sowie eine große Anzahl von hervorragenden Vertretern der deutschen Kolonie, sowie der holländischen Kaufmannschaft und Industriellen beiwohnten. Im Namen der Deutschen Gemeinde sprach Pfarrer Karl Bähr dem Scheidenden den Dank und die Anerkennung aus. Im Namen der niederländischen Handelskammer sprach Rechtsanwalt van Saher gleichfalls in deutscher Sprache, der namentlich das glänzende Werk des Generalkonsuls „Die Großbankentwicklung in Holland und die Mittel-Europäische Wirtschaft“ außerordentlich lobte und dafür den Dank der niederländischen

Handelswelt aussprach. Generalkonsul Kiliani selbst dankte für die ihm zuteil gewordene Ehrung und für die Unterstützung der Großkaufleute bei seinen wirtschaftlichen Arbeiten.

Am 1. Juli hat die Leitung des Deutschen Generalkonsulats in Amsterdam Generalkonsul Hermann Prinz von Hatzfeldt-Drachenberg übernommen, der ursprünglich aktiver Offizier war, dann ins Auswärtige Amt übertrat, als Gesandtschafts-Attaché unter Marschall von Bieberstein zwei Jahre in Konstantinopel tätig war, dann ins Auswärtige Amt zurückkehrte, um späterhin als Gesandtschaftssekretär in Washington, Wien, Buenos Aires, Brüssel, sowie Paris tätig zu sein.

In Liverpool ist ein deutsches Berufs-Konsulat errichtet worden, dessen Büroräume sich Liverpool 8 Alexandra Terrace Princes Road befinden.

Der deutsche Vertreter in Peking, Generalkonsul Gesandtschaftsrat Dr. von Borch, ist nach der Ratifizierung des vorläufigen Vertrags mit der chinesischen Regierung zum Geschäftsträger ernannt worden.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Leo Slezak, selbst ein geborener Tscheche, aber ein in Deutschland wohnhafter und geschätzter Tenor, den niemand in Deutschland je ob seiner tschechischen Herkunft etwa geringer geschätzt hätte, sang in Prag in einem Konzert deutsche, italienische und französische Lieder. Es gab einen richtigen Konzertsandal, als ein tschechischer Hörer den Sänger während des Konzerts aufforderte, auch tschechische Lieder zu singen und der Sänger darauf antwortete, er sei darauf nicht vorbereitet, im übrigen sei er kein Politiker, sondern ein Künstler. Mehrere tschechische Zuhörer verließen lärmend während der Vorträge das Konzert, in dem die überwiegend aus Deutschen bestehenden Hörer dem Künstler begeisterte Ovationen brachten.

Frau Gitta Lenart sang, wie aus Rom berichtet wird, in deutscher Sprache mit großem Erfolg deutsche Lieder. Ein Beethoven gewidmetes Konzert in der Universitäts-Aula mußte wiederholt werden. Die Sängerin sang die großen Liederklassiker, aber auch moderne Komponisten und fand beim italienischen Publikum stets großes Verständnis. Auch Konzerte in Florenz fanden großen Zulauf.

Reval. Die Libauer Truppe des deutschen Theater-Vereins berichtet über ihre Tätigkeit. Sie hat es verstanden, aus den Resten der ehemaligen dramatischen Gesellschaft unter Hinzunahme neuer Dilettanten eine Gesellschaft zu bilden, die im deutschen Theatergebäude mit einer gewissen Regelmäßigkeit Aufführungen veranstalten konnte. Der Besuch in der Saison 1919/20 bewies, daß sie damit einem Bedürfnis entgegenkam. Im Sommer 1920 erfolgte dann der Anschluß an den Dorpater Theater-Verein. Zu dem rein kulturellen Anfangsziele kam später auch noch das wirtschaftliche: notleidende deutsche Institutionen und Personen nach Kräften zu unterstützen. In der Spielzeit 1919/20 wurde in Reval 11mal, in Hapal 1mal gespielt, zusammen 8 Werke in 12 Aufführungen, 2 Dramen, 4 Lustspiele, 2 Schwänke, darunter Max Halbes „Strom“, Schönherrns „Glaube und Heimat“, Kotzebues „Kleinstädter“. In der Spielzeit 1920/21 wurde in Reval 21mal, in Dorpat 2mal gespielt, darunter waren 11 Aufführungen unter Mitwirkung von Berufsschauspielern. 3 Dramen wurden in 5 Aufführungen, 6 Schauspiele in 9 Aufführungen, 3 Lustspiele in 5 Aufführungen gegeben, zusammen waren es 20 Werke in 23 Aufführungen. Darunter waren Halbes „Jugend“, Molières „Der Teufel“, Sudermanns „Johanni-Feuer“. An deutsche Schulen in Reval wurden bisher 227000 Mark, an

deutsche Verbände und Asyle 111000 Mark, an bedürftige Personen 48000 Mark, für kirchliche Armeipflege 18000 Mark, zusammen gegen 504000 Mark, abgeführt. Man darf die deutschen Theaterleute in Reval zu ihrem künstlerischen und ihrem wirtschaftlichen Erfolg beglückwünschen.

Deutsche Musik in Kuba. In einem Reisebrief aus Habana, den sie den „Hamburger Nachr.“ schickt, berichtet Else Döring-Landmann über deutsche Opern-Aufführungen in Habana. Der ehemalige Kölner Kapellmeister Ernst Knoch gab im Teatro National den „Parsifal“. Ein aus den verschiedensten Rassen, aber aus erstklassigen Künstlern zusammengesetztes Orchester (die Geige spielte eine Mulattin, die Flöte meisterhaft ein Hindu) unterstützte den Dirigenten, der in mehreren Lohengrin-Aufführungen zunächst sein Ensemble geschult hatte. Die Spitzen der Gesellschaft waren bei den Aufführungen anwesend. Der Förderung des deutschen Gesandten Dr. Zitelmann war das Gelingen des Werkes in erster Linie zu danken. Die Presse lobte begeistert den Dirigenten und brachte Festartikel zu Ehren Wagners.

Deutscher Künstler oder Valutagewinnler. Bei der Behandlung des Themas „Deutsche Kunst im Ausland“ muß man sich leider des öftern fragen, ob es sich nur um die Ausübung der Kunst seitens eines deutschen Künstlers zu Valutagewinnzwecken handelt, oder ob sich der betr. Künstler dabei auch als ein deutscher Künstler fühlt. Ein neuer „Fall“ dieser Art wird über den berühmten Berliner Sänger Josef Schwarz berichtet. Die deutsch-amerikanische Presse hat ihn beschuldigt, er habe es verschmäht, in Neuyork Lieder in deutscher Sprache zu singen und habe sich sehr wenig dankbar einem Lande gegenüber gezeigt, dem er alles verdanke. Er habe schon bei seiner Ankunft einem Ausfrager gesagt, er freue sich und würde etwas darum geben, amerikanischer Bürger werden zu können. Der Vertreter von Schwarz erklärt, die Angaben stimmten nicht, Schwarz habe in Amerika mehr als ein deutsches Lied gesungen und seine Deutschfreundlichkeit sei über allen Zweifel erhaben. Der Streit ist zurzeit noch nicht geklärt.

Geheimrat Universitäts-Professor Dr. Penck, der Berliner Geograph, sprach in Holland auf Einladung holländisch-wissenschaftlicher Kreise in verschiedenen Vorträgen vor Studenten und Wissenschaftlern, und zwar in Wageningen, Utrecht und Delft unter starker Beteiligung und mit großem Beifall.

Professor Dessauer aus Frankfurt am Main war bei seinem Besuche in Spanien Gegenstand großer Ehrungen. Bei einem Bankett zu seinen Ehren, das die medizinische Fakultät gab, wurde die deutsche Wissenschaft begeistert gefeiert, während der Gelehrte selbst in warmen Worten Spaniens gedachte. Auch der König und die Königin empfingen den Gelehrten in Audienz.

Professor Friedrich in Freiburg ist von der Universität Granada zu Vorlesungen über die Grundlagen der Strahlentherapie eingeladen worden.

Prof. Dr. M. Winternitz, der Ordinarius für Sanskrit und Indologie an der deutschen Universität in Prag, hat eine Einladung erhalten und angenommen, im Herbst Vorlesungen an der indischen Universität in Kalkutta zu halten.

Professor Dr. med. Wilhelm Schüffner, der seit 1897 als Arzt auf einer großen holländischen Pflanzung lebt, ist auf dem letzten Ärzte-Kongreß in Batavia zum Ehrenpräsidenten ernannt worden. Pflanzler von Sumatra stifteten dem verdienten

Gelehrten einen Flügel als Ehrengabe. Auf Betreiben des Gelehrten wurde eine Kinderhilfsaktion von Deutschen und Holländern Sumatras eingeleitet.

DAS DEUTSCHE BUCH IM AUSLAND

Deutsche Buchausstellung.

Laut Börsenblatt (Nr. 141, 1921) findet vom 16. bis 18. Juli dieses Jahres im deutsch-böhmischen Eger ein Katholikentag statt, mit dem eine Ausstellung katholischer Literatur und Kunst sowie kirchlicher Musik verbunden sein wird. Die Buchhandlung Theodor Hanika in Marienbad hat, wie sie im Börsenblatt Nr. 139 mitteilt, die Vorführung der Buchausstellung übernommen.

Aufhebung der Einfuhrgebühr auf Bücher in Südslawien.

Das Finanzministerium hat, wie das Börsenblatt für den deutschen Buchhandel (Nr. 141, 1921) mitteilt, die Einfuhr von Büchern aus Deutschland ohne Zahlung der 50prozentigen Einfuhrgebühr bewilligt. Damit ist nicht nur den lebhaften Wünschen des bücherkaufenden Publikums entsprochen worden, sondern insbesondere auch denen des Buchhandels in Südslawien, der unter den sogenannten Sanktionen empfindlich zu leiden hatte.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Die „*Revista del Pacifico*“, die vom Leiter der Deutschen Zeitung für Chile, Dr. Paul Östreich, 1913 gegründet worden war, um die chilenische Presse in spanischer Sprache über Deutschland zu orientieren, 1916 aber ihr Erscheinen zugunsten des „*Tiempo Nuevo*“ einstellte, wird künftig wieder herauskommen. Sie erblickt ihre Aufgabe darin, das Verständnis deutscher Anschauungen über politische und soziale Probleme zu fördern und Chile mit allen Neuerungen des deutschen Volkes auf wissenschaftlichem, technischem, industriellem, landwirtschaftlichem und kommerziellem Gebiete bekannt zu machen.

Die „*Deutsche La Plata-Zeitung*“, Buenos Aires, gab zugleich mit ihrer Nr. 121 vom 25. Mai eine 123 Seiten starke Festnummer zur Erinnerung an die 1810 an diesem Tage erfolgte Unabhängigkeitserklärung Argentiniens heraus. Die Zeitungsausgabe ist auf der Titelseite mit dem Bilde des Präsidenten Jrigoyen geschmückt, dessen auch der Entente gegenüber nüchtern unabhängiger Politik das Land und das Deutsche Reich die strikte Neutralität während des Weltkrieges verdanken. Die Festnummer bringt eine Fülle interessanter Materials, als Einleitung einen Artikel von Hermann G. Tjarks über „Die internationale Politik des Präsidenten Jrigoyen“. Von den übrigen Beiträgen seien erwähnt: „Geschichte der deutschen Kolonien am La Plata“ (Dr. Chr. Grotewold), „Alt Buenos Aires“ (Joh. Franze), „Die Eignung Argentiniens für die deutsche Einwanderung“ (Grotewold), „Deutschlands Stellung im argentinischen Wirtschaftsleben“ (Fr. L. Brigl), „Die deutsch-argentinischen Geistesbeziehungen“ (Grotewold), „Das deutsche Vereinsleben am La Plata“ (M. Wilfert), „Die deutsche Schulfrage in Argentinien“ (H. Döring), „Die deutsche Musik und die deutsche Propaganda“ (J. Franze) und eine Abhandlung von R. Rubens: „Wie erwirbt man das argentinische Bürgerrecht?“ Der argentinische Nationaldichter Carlos Obligado ist mit seinem ins Deutsche übertragenen „Sang an den Parara“ vertreten. Eine große Zahl meist ganzseitiger Anzeigen deutscher Firmen liefern praktischen Beweis für die wirtschaftliche Bedeutung des Deutschtums in Argentinien.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

„Bund der Auslandsdeutschen.“

Vom Bund.

In der letzten Vertreter-Sitzung vom 27. Mai führte der Vorsitzende Schallert der „Auslandswarte“ zufolge den neuen Direktor der Entschädigungs-Abteilung im Bunde, Herrn Geheimrat Grosse, ein, der bisher Referent für die Auslandsschäden beim Reichskommissar in Zehlendorf gewesen ist, also als kompetent in allen Fragen gelten darf. Dem zurücktretenden und wieder ins Auswärtige Amt übernommenen bisherigen Direktor beim Bunde, Geheimrat Dr. Breiter, widmete der Vorsitzende warme Worte der Anerkennung. Nachdem Geheimrat Grosse seine Ansichten und Pläne entwickelt hatte, referierte Herr Dr. Bach über den Stand der Entschädigungsfrage. Herr Lotze berichtete über eine Sitzung im Wiederaufbau-Ministerium, in der sich der Bund gegen die von der Regierung geplante Erhöhung des Unkostenbeitrags von 1½ % verwahrt habe. Der Posten eines Bundes-Direktors, der jedoch die Entschädigungsarbeiten nicht mit bearbeiten soll, soll zur Besetzung ausgeschrieben werden. Sodann berichtete Herr Spiecker über die „Vereinigte Fürsorge für das Auslandsdeutschtum“ (früher „Rückwandererhilfe“) und die Stellung des Bundes zu ihr.

Eine auslanddeutsche Siedlung auf dem Lechfeld. Der einstige Truppenübungsplatz Lechfeld soll zu einer Siedlung für deutsch-russische Bauernfamilien aus der Ukraine und aus Sibirien umgestaltet werden. 130 Personen sind, Zeitungsmeldungen zufolge, bereits dort eingetroffen und weitere 170 werden folgen. Die Kolonisten haben die Aufgabe, den Übungsplatz zu kultivieren und erhalten dafür freie Wohnung im ehemaligen Lazarett, Verpflegung und Barlohn. Später soll ihnen der bearbeitete Boden pachtweise überlassen werden. Auf dem größten Teil des Terrains soll Schafzucht nach ostfriesischer Art getrieben werden. Die Siedler sollen größtenteils Mennoniten sein. Landwirtschaftliche Geräte und Kleintiere sollen ihnen gleichfalls geliefert werden. Außer diesen Siedlern sollen etwa 700 aus den abgetrennten Gebieten geflüchtete Deutsche auf dem Lager produktiver Arbeit zugeführt werden.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

Zur Flaggenfrage.

Wie wir bereits in unserer vorigen Nummer mitteilen konnten, wurde der Antrag der bürgerlichen Parteien betreffend die Außerkraftsetzung der Verordnung über die Flaggen vom 11. April d. J. abgelehnt. Die namentliche Abstimmung ergab 119 Ja- und 120 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Der Antrag, der auf Anregung der an der Flaggenfrage in erster Linie interessierten Schiffahrtskreise von Mitgliedern aller bürgerlichen Parteien eingebracht und mit sachlichen und praktischen Erwägungen begründet war, wurde leider zum Anlaß einer großen politischen Aussprache. Verschiedene, den Kern der Flaggenfrage nicht berührende Auseinandersetzungen nahmen einen ungehörlich breiten Raum ein, und führten vom eigentlichen Thema immer mehr ab. Den bürgerlichen Parteien wurde vorgeworfen, daß der ganze Antrag nur ein Vorwand sei, um die verfassungsmäßige Reichsflagge auf diesem Wege zu beseitigen und sie durch die alte schwarz-weiß-rote Flagge zu ersetzen. Die Verteidigung der neuen Reichsflagge als eines Symbols der neuen deutschen Republik durch geschichtliche Begründungen, die Erörterung über die verfassungsmäßige Zulässigkeit einer

Abstimmung über den Antrag sowie persönliche Angriffe und Verteidigungen ließen kaum Zeit übrig, die ganze Angelegenheit vom Zweckmäßigkeitsstandpunkt und vom Standpunkt des Auslandsdeutschtums und der damit zusammenhängenden Wiederrückknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland aus zu prüfen. Als erster Redner begründete Dr. Gildemeister (D. V.) den Antrag und führte aus, daß alle in Frage kommenden Interessentenkreise: die Reedereien, die organisierte Seemannschaft, die Kaufmannschaft und die Auslandsdeutschen den einmütigen Wunsch für die Erhaltung der schwarz-weiß-roten Handelsflagge ausgesprochen hätten. Ganz abgesehen von rein flaggentechnischen Fragen dürfte auch das ideale Moment nicht unterschätzt werden. Unter der alten Handelsflagge sei der deutsche Überseehandel groß geworden und es sei klug und zweckmäßig, den Wiederaufbau unter denselben Farben zu beginnen. Die Wiederrückknüpfung der überseeischen Beziehungen sei aber gefährdet, wenn die Auslandsdeutschen als wichtigste Träger dieser Beziehungen die neue Handelsflagge ablehnten. Wie stark der Widerstand der Auslandsdeutschen gegen die neue Flagge sei, zeige eine Abstimmung aus Chile, die sich mit 95 % für die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Flagge ausgesprochen habe. In Argentinien hätten die Auslandsdeutschen beschlossen, die neue Handelsflagge auf ihren Häusern nicht mehr zu hissen. Es bestehe also die Gefahr, daß die deutsche Handelsflagge über See überhaupt verschwinde. Diese ablehnende Stimmung sei, soweit die Seeschifffahrt in Frage käme, überall vollständig einmütig und unabhängig von der politischen Überzeugung des einzelnen. Dr. David (S.) erwiderte dem Vorredner und betonte, daß der Wiederaufbau der wirtschaftlichen Beziehungen nicht nur unter der schwarz-weiß-roten Handelsflagge, die man jetzt als Handelsmarke benutzen wollte, möglich sei; nicht auf die Marke käme es an, sondern darauf, daß die Ware gut sei. Das Verhalten gewisser auslanddeutscher Kreise gebe Anlaß zur Kritik, denn sie sprächen in einer Weise über die Fahne der Republik, die den deutschen Namen schändete. Es gäbe aber auch solche Auslandsdeutsche, die da wünschten, daß die Flagge der neuen deutschen Republik dauernd in der Welt erscheine. Besonders bedauere er, daß die Rechtsparteien sich auch auf einzelne Mitglieder der Arbeiterdemokratie und insbesondere auch auf Paul Müller, den Leiter der freigewerkschaftlichen Seeleute, berufen könnten. Er suchte diese Berufung zu entkräften, indem er darauf hinwies, daß diese Stellungnahme ohne Auftrag und Willen des zuständigen Verbandsvorstandes geschehen sei. 100000 politisch organisierte Arbeiter, die auf der Bezirksversammlung der sozialdemokratischen Parteien im Gebietes Hamburg, Bremen und Nordwest vertreten seien, und bei der sich auch eine Menge Seeleute befänden, hätten den einmütigen Beschluß gefaßt, aufs schärfste den Vorstoß zu urteilen, der gegen das Zeichen der Republik in der Handelsflagge unternommen werde.

Ihm antwortete Dr. Oberfohren (D. Vp.) und stellte fest, daß die gesamte seemännische Bevölkerung für die Beibehaltung der alten Handelsflagge sei; der beste Beweis sei eben die Haltung des Aktionsausschusses der seemännischen Berufsverbände in der Seeleute aller Parteischattierungen vertreten seien. Der Aktionsausschuß habe sich mit aller Energie an der Flaggedemonstration beteiligt und habe sich geschlossen hinter seinen Leiter, den Sozialdemokraten Paul Müller, gestellt, als die von der sozialdemokratischen Presse angegriffen wurde. Er wies noch einmal darauf hin, daß die Seeleute unter der Handelsflagge fahren wollten, unter welcher der deutsche Überseehandel zu Welthandel geworden sei.

Nachdem Dr. Breitscheid (U. S.) seine Anschauung zum Ausdruck gebracht hatte, der Antrag erstrebe eine Verfassungsänderung, ergriff Abg. Dauch (D. Vp.) als einziger Auslandsdeutscher im Reichstag das Wort und stellt fest, daß die Auslandsdeutschen einmütig die Beibehaltung der alten Handelsflagge orderten, die für sie, unabhängig von jeder Parteizugehörigkeit, stets das Symbol des großen deutschen Vaterlandes gewesen sei. Er betonte, daß das gesamte Ausland die Notwendigkeit eines Flaggenwechsels nicht verstehen würde; er könne nur noch einmal den dringenden Wunsch aussprechen, die ganze Frage möge mehr von einem außerpolitischen Standpunkt aus betrachtet werden, und es möchte den Wünschen der Auslandsdeutschen mehr Rechnung getragen werden. Die Ausführungen der letzten Redner gingen auf die Fragen des Auslandsdeutstums nicht ein.

Die Neuregelung der Konsulargebühren.

Im Hauptausschuß des Reichstags wurde das neue Konsulargebühren-Gesetz beraten. Der Berichterstatter, der deutsch-nationale Abgeordnete Dr. Hoetzsch, begrüßte den Entwurf als einen ersten Versuch zum Abbau der Paßgebühren, von dem er hoffe, daß auch andere Staaten ihn bald nachahmen würden. Alle Grenzschikanen müßten auf ein Mindestmaß zurückgeschraubt werden. Einer Anregung, die Paßgebühren für den Verkehr zwischen Deutschland und Österreich zu beseitigen, entsprach der Vertreter des Auswärtigen Amtes nachzugehen. Der Entwurf selbst wurde mit ganz geringfügigen Änderungen angenommen.

Wie wir in Heft 13 berichteten, ist im Februar d. J. zwischen der deutschen und polnischen Regierung ein Ergänzungsvertrag um deutsch-polnischen Amnestievertrag abgeschlossen worden. Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 21. Juni diesen Vertrag ratifiziert.

In einer kleinen Anfrage (Nummer 890) erkundigt sich der Abgeordnete Dr. Köster, ob dem Herrn Reichsminister bekannt sei, daß eine Anzahl von erkrankten Deutschen, die während des Krieges zum Teil schon im Jahr 1914 von England auf der Insel Malta interniert wurden, noch jetzt nicht zurückgekehrt sind, und fragt an, welche Schritte die Reichsregierung getan hat oder zu tun gedenkt, um die Rückkehr dieser Deutschen zu beschleunigen.

Der Abgeordnete von Kemnitz erkundigt sich in einer Anfrage (Nr. 865) nach dem Schicksal einer früheren Anfrage Nr. 400, die er zusammen mit einigen Fraktionsgenossen am 19. Oktober vorigen Jahres an die Reichsregierung gerichtet hatte, und auf welche bis jetzt eine Antwort noch immer nicht erfolgt ist.

In der erwähnten kleinen Anfrage (Auslandsdeutscher Jahrg. III, Seite 723) hatten verschiedene Mitglieder der deutsch-nationalen Fraktion bei der Reichsregierung angefragt, welche Schritte sie gegen den Zuzug volkstümlicher Elemente über die Ostgrenze des Reichs und die Störungen, die dadurch dem Ernährungs-, Wohnungs- und Erwerbswesen der Reichsangehörigen zugefügt würden, unternommen hätte.

Französische Ritterlichkeit.

Der Abgeordnete Dr. Most richtete eine Anfrage an die Regierung, die sich mit den von der französischen Regierung zurückgehaltenen Ausstellungsgegenständen zur Internationalen Städtebauausstellung in Lyon vom Jahr 1914 befaßt. Die französische Regierung wolle diese Güter jetzt zurückgeben, falls die durch Aufbewahrung beim Spediteur entstandenen Unkosten ersetzt würden. Ziehe man

die Valuta in Rücksicht, so werde die entsprechende Summe von deutschen Städten natürlich kaum getragen werden können. Mit der vielgerühmten französischen Gastlichkeit und Ritterlichkeit lasse sich der Standpunkt der französischen Regierung wohl kaum vereinbaren. Es befinden sich unter den Ausstellungsgütern auch die wertvollen Dinge vom Goethe-Archiv in Frankfurt am Main. Der Abgeordnete fragt die Regierung, was sie zu tun gedenke, um den deutschen Ausstellern zu ihrem Rechte zu verhelfen.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Die Leipziger Universitätswoche hat neben 1000 deutschen Hörern etwa 300 Ausländer angelockt, zu denen neben Gästen aus den befreundeten Ländern auch solche aus Italien, Japan und den Vereinigten Staaten kommen. Auch Vertreter der Universitäten Madrid und Sofia konnte der Rektor begrüßen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand neben dem reichhaltigen Programm der wissenschaftlichen Vorträge ein geselliger Abend, bei dem der Rektor, Professor Dr. Richard Schmidt, die Teilnehmer begrüßte. Alle ausländischen Redner sprachen Deutsch, für die Holländer Professor Sleeswijk-Delft, für die Bulgaren der Rektor der Universität Sofia, Popov, der auf die Verehrung hinwies, der sich die deutsche Wissenschaft in Bulgarien erfreue, für die Flamen van Looveren, für die zahlreichen Schweden Professor Ehler-Stockholm, für die Japaner Professor Yupiyamio-Yokohama.

Aus Anlaß der Leipziger Universitätswoche veranstaltete der schwedische Studenten-Chor von Lund ein Konzert, das glänzend verlief und den Sängern stürmischen Beifall eintrug. Ein im Anschluß an das Konzert von der Deutsch-Schwedischen Vereinigung veranstalteter Kammers der schwedischen Studenten Leipzigs war auch von etwa 100 Holländern besucht. In sämtlichen Reden des Abends wurde die deutsch-schwedische Geistes- und Blutsverwandtschaft erwähnt. Ein deutsches Hoch auf Schweden des Leipziger Universitäts-Professors Rendtorff fand begeisterten Widerhall.

Eine Studienreise schwedischer Studenten aus Göteborg weilte unter Führung von Professor Helander, dem Professor der Nationalökonomie an der Universität Göteborg, in Kiel, wo namentlich die Besichtigung des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr ihr Ziel war. Die Studienreise der Göttinger Studenten ist die erste nach dem Kriege und führte nach Berlin, Hamburg und Kiel. In allen Städten wurden die Schweden freundlichst aufgenommen.

Ein Italienisches Institut soll in Berlin errichtet werden, ähnlich den deutschen wissenschaftlichen Instituten in Rom, um Verständnis für das zeitgenössische Italien zu wecken. Da die italienische Regierung den deutschen Instituten in Rom die Wiederaufnahme ihrer Arbeit ermöglicht hat, wird auch das Italienische Institut in Berlin von der deutschen Regierung nach Kräften unterstützt. Es hat in der Wilhelmstraße 89 Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt bekommen, in denen ein Lesesaal mit Bibliothek eingerichtet wird, Vortragsreihen veranstaltet werden sollen und dergleichen mehr. Der italienische Generalkonsul in Berlin und Commendatore Trabalza von der Generaldirektion für Auslandsschulen in Rom, wie auch Geheimrat Kehr vom deutschen archäologischen Institut in Rom haben sich um das Gelingen des Planes verdient gemacht. Es wird auch gleichzeitig eine italienische Volksschule in Berlin ins Leben ge-

rufen, die zunächst privaten Charakter haben, später aber verstaatlicht und zu einer Realschule ausgestaltet werden soll. Die Schülerzahl soll gleich zu Anfang etwa 100 Schüler betragen. Die Schule wird im Norden Berlins, nahe der Gerichtsstraße, eröffnet.

Japanische und deutsche Ärzte kamen im Hotel Adlon in Berlin auf Einladung der „Berliner Vereinigung japanischer Mediziner“ zusammen. Von deutscher Seite waren 25 Herren erschienen, ausnahmslos Träger erster Namen. Die Versammlung wurde von Professor Dr. Konn, dem pathologischen Anatomen der Universität Tokio, geleitet. Er versicherte, daß die japanischen Wissenschaftler mit ihren deutschen Kollegen stets treu zusammenarbeiten wollten. Professor Neuberg erwiderte, die deutschen Gelehrten wollten diese Zusammenarbeit mit Japan fördern, einem Lande, in dem während des Krieges drei neue Zeitschriften wissenschaftlicher Art in deutscher Sprache gegründet worden seien.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Dr. Rathenau an die Auslanddeutschen.

Auf einen Brief des Landesverbandes Nordwestdeutschland des Bundes der Auslanddeutschen hat der Wiederaufbauminister Dr. Rathenau geantwortet:

„Ich bringe sowohl den schweren Schäden, die der Krieg weiten Kreisen unserer Volksgenossen im Ausland verursacht hat, als auch der Bedeutung, die der Mitwirkung der Auslanddeutschen bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Reiches zukommt, volles Verständnis entgegen. Soll das deutsche Reich die Verpflichtungen, die ihm durch den Friedensschluß von Versailles und die Durchführung des Londoner Ultimatums auferlegt sind, erfüllen, so bedarf es einer gedeihlichen Entwicklung seines Ausfuhrhandels. Hierbei erfolgreich mitzuwirken, sind diejenigen unserer Volksgenossen, die vor dem Kriege im Auslande wirtschaftlich tätig waren, dank ihren dort gesammelten Erfahrungen und gewonnenen Beziehungen in hervorragender Weise berufen. Es ist daher nicht nur eine auf der Schicksalsgemeinschaft unseres Volkes beruhende Ehrenpflicht des Reiches, sondern entspricht auch dessen eigensten Interessen, den durch den Krieg im Ausland geschädigten Volksgenossen auf dem Wege einer angemessenen Entschädigung die Möglichkeit zum wirtschaftlichen Wiederaufbau zu bieten. Dieser Entschädigung sind jedoch leider durch die Finanznot des Reiches Schranken gesetzt, an deren Innehaltung die Geschädigten selbst ein Interesse aus dem Grunde haben müssen, weil nur dadurch die Finanzlast des Reiches auf ein für dieses erträgliches Maß zurückgeführt und ein wirtschaftlicher Zusammenbruch vermieden werden kann, der jede Entschädigungsmöglichkeit ausschließen würde. Darauf hinzuwirken, daß innerhalb dieser Grenzen bei der Regelung des Ersatzes von Kriegsschäden im Ausland berechtigten Wünschen der Geschädigten tunlichst entsprochen werde und daß die zu erlassenden Vorschriften getragen seien von dem Grundsatz der Gerechtigkeit, wird eine der wichtigsten Aufgaben des mir übertragenen Amtes sein.“

Zu der Frage des frachtfreien Transportes von Umzugsgut der Auslanddeutschen wird uns mitgeteilt, daß die Frachtkosten zurzeit nicht vergütet werden. Die Darlehenskassen stehen aber in Unterhandlungen, um die endgültige Rückführung des Mobiliars und Gepäcks der Vertriebenen planmäßig durchzuführen. Wie wir hören, soll mit England begonnen werden.

Tagung des elsäß-lothringischen Beirats im Reichsministerium des Innern in Nürnberg.

Im Mittelpunkt einer Tagung des elsäß-lothringischen Beirats im Reichsministerium des Innern vom 11.—13. Juni stand die Frage der Entschädigungsgesetze, und insbesondere die Behandlung des Verdrängungsschädengesetzes im 24. Ausschuß des Reichstages. Der Beirat tritt mit aller Energie dafür ein, daß das Verdrängungsschädengesetz so bald als möglich dem Reichstag überwiesen werde, damit es noch in dieser Tagung verabschiedet werden könne.

Scharf kritisiert wurde anfangs die steuerfreie Abfindung der elsäß-lothringischen Großindustriellen durch Auszahlung von etwa 2 Milliarden Mark. Der rechtliche Anspruch der Großindustrie auf eine Entschädigung in dieser Höhe wurde an sich nicht bezweifelt, sondern es wurde nur die Bevorzugung dieser Stände im Gegensatz zur systematischen Verschleppung des eigentlichen Entschädigungsverfahrens bemängelt. Doch begründete Ministerialdirektor Götz diese Abfindung und wies darauf hin, daß dadurch für das Reich ganz erhebliche Ersparnisse erzielt worden seien, da der Großindustrie nur das ein- und halbache des vom Feststellungsausschusse festgesetzten Friedenswertes vergütet worden sei, während ja doch bei Abänderung der Liquidationsrichtlinien der doppelte Friedenswert zugrunde gelegt werden soll. Die Großindustrie hat außerdem auf sofortige Auszahlung verzichtet. Sie erhält 25 % der Abfindung in Schatzwechseln, fällig in 3 Monaten und 45 % in solchen mit Laufzeit bis zum 1. Januar 1923—27. Der Rest von 30 % soll in Schuldurkunden des Reiches seinerzeit bezahlt werden. Auch für die übrigen Vertriebenen sei dieser Abfindungsmodus vorgesehen, wobei auch für sie Steuerfreiheit eintreten würde.

Der Beirat sprach aus, die Flüchtlinge könnten nicht erkennen, daß die Not des Vaterlandes eine jahrelange Verzögerung der dringendsten Gesetze und offenbare Verletzung klarer Rechtsansprüche rechtfertige, könnten nicht zugeben, daß ihnen von der Reichsregierung formell und sachlich die Rolle des Bettlers zugewiesen werde, während sie für ihr ganzes Recht und ihre nackte Existenz kämpften. Wenn es möglich sei, Reedern und Großindustriellen in kurzen Fristen Milliarden Entschädigungen zu bewilligen und zu bezahlen, müsse es auch möglich sein, schnelle Entschlüsse zugunsten des ungleich mehr bedrängten Mittelstandes und der Arbeiterschaft zu fassen.

Bei der Besprechung des Entwurfs zur Entschädigungsordnung wurde die Frage: Soll die Interessenvertretung die Vorprüfung übernehmen oder nicht und soll diese Vorprüfung eine obligatorische oder fakultative sein? Auch die Frage der Kostendeckung des ganzen Verfahrens wird besonders behandelt. Es wurden erhebliche Bedenken gegen die Einführung eines Vorprüfungsverfahrens vorgebracht, der Beirat verlangte Tragung der Kosten des Vorprüfungsverfahrens durch das Reich, da das Vorprüfungsverfahren einen Teil des gesamten Entschädigungsverfahrens bilde, ferner das Reich die Vorprüfung wünsche und den Geschädigten nicht zugemutet werden könne, neben ihrer unzureichenden Entschädigung auch noch einen Teil der Kosten des Verfahrens zu tragen. Unter keinen Umständen aber könnten den Interessenvertretungen ein Teil der Kosten des Verfahrens auferlegt werden; jedenfalls dürfe eine Abwälzung der Kosten äußerstenfalls nur in der Weise erfolgen, daß ein geringer Prozentsatz, dessen durchschnittliche Höhe einhalb Prozent der Durchschnittssumme und ein Viertel der Gesamtkosten nicht übersteigen dürfe, von den auszuzahlenden Entschädigungen allen Geschädigten im Einvernehmen mit den Interessenvertretungen abgezogen werde. Ferner wurde ein obligatorischer

Vorprüfungsverfahren, eine ausreichende Anzahl von Vorprüfungsstellen und Vorprüfern zur Beschleunigung des Entschädigungsverfahrens sowie ausreichende Besoldung der Vorprüfer und ihre Auswahl durch die Interessenvertretungen verlangt.

Nach einem Bericht über Steuerfragen wurde gefordert, daß die vertriebenen Deutschen steuerlich in keiner Beziehung ungünstiger gestellt werden dürften, als die seßhaften Deutschen.

Allgemein wurde die Forderung aufgestellt, daß bei der geplanten Neuregelung der Liquidationsentschädigung keine wesentliche Verschlechterung durch eine schwerere Besteuerung vorgenommen werden dürfe, unter allen Umständen müsse den Liquidationsgeschädigten für liquidierten Hausrat und die zur Berufsausübung dienenden Gegenstände Zuschläge bewilligt werden, die eine Wiederanschaffung ermöglichen.

Das deutsche Eigentum in Tsingtau.

Der deutsche Botschafter in Tokio teilt mit, daß Auskünften aus Tsingtau zufolge die dortige japanische Behörde nurmehr mit der Freigabe von 10000 Yen aus den dort beschlagnahmten deutschen Vermögen begonnen habe. (Bekanntlich hat Japan die Freigabe von 10000 Yen zugesichert und von dem diesen Betrag übersteigenden Wert der Vermögen die Hälfte freizugeben in Aussicht gestellt. Die Schriftleitung.) Die Freigabe erfolgt so, daß der Vermögensinhaber seine Hypotheken an Chinesen-Grundstücken mit allen Rechten kostenfrei zurückerhält und daß der 10000 Yen nicht erreichende Betrag dann in bar vergütet wird. Unterstützungen, die die japanischen Behörden den Eigentümern früher gewährt haben, werden von der jetzt freigegebenen 10000 Yen-Summe abgezogen.

Deutsches Eigentum in Japan.

Wie wir erfahren, hat die japanische Regierung dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß sie keine Beschlagnahme des deutschen Eigentums auf Grund von § 18 Anlage 2 Teil VIII des Friedensvertrages vornehmen werde, selbst wenn Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag grundsätzlich nicht nachkomme. Dieser Verzicht bezieht sich auf alle deutschen Güter in Japan, einschließlich Bankkonten, sowie Waren, die sich auf japanischen Schiffen befinden.

WIRTSCHAFTLICHES

Studienreise deutscher Industrie- und Handelskreise nach Budapest.

Professor Robert Sieger in Graz schreibt uns:

Im ersten Juliheft des „Auslanddeutschen“, S. 406, steht ein Bericht über eine wirtschaftliche „Studienreise“ nach Budapest, der so sehr geeignet ist, falsche Vorstellungen über die Lage des Deutschtums in Ungarn zu erwecken, daß nur zu hoffen ist, ein Reiseteilnehmer selbst werde ihn richtigstellen. Er spiegelt aber auch eine Gesinnung, die man in der heutigen Notzeit eines Volks, das vor allem seine völkische Würde wahren muß, wenn es sich wieder erheben soll, nicht wünschen kann. Jene enge „wirtschaftliche“ Betrachtungsweise, die über guten Geschäftsgelegenheiten, über gastfreundlicher Aufnahme und Freundschaftsbeteuerungen, die immer nur dem Reichsdeutschen gelten, Aug und Ohr den Leiden des Auslanddeutschtums verschloß, hat nicht wenig zu den unheilvollen Ereignissen der letzten Jahre beigetragen. Ich habe kürzlich im Reich sehen müssen, daß eine ihrer bezeichnendsten Erscheinungsformen noch immer nicht überwunden ist. Wie man früher deutschböhmisches, baltisches, banatisches Mitteilungen gern als Übertreibung hinstellte und mit dem Rat erwiderte, man solle sich doch mit den lebenswürdigen Fremdvölkern vertragen, die ihre Hochachtung des Deutschen

so lebhaft bekunden, so hält man es heute sogar den Schilderungen gegenüber, die Rheinländer der besetzten Gebiete von ihrer Not geben. Die Magyaren, die nach den Erfahrungen der Kriegszeit und der folgenden Jahre im Reich auf mehr Kritik gestoßen waren als vorher, bemühen sich gerade in der letzten Zeit, diese Kritik durch Bewirtungen und Freundschaftsversicherungen zum Schweigen zu bringen, und die Tschechen bemühen sich (wie der Empfang reichsdeutscher Turner in Böhmen beweist) um denselben Erfolg. Das hat ganz bestimmte, in ihrem Endziel Deutschland gar nicht freundliche, politische Zwecke, auf die hier nicht eingegangen werden soll.

Wie es heute mit den Deutschen in Ungarn steht, kann man in den sachlichen Berichten desselben Heftes, S. 397, nachlesen, nach denen sich der durch und durch „ungarisch-loyale“ ehemalige Minister Bleyer über die Nichterfüllung der den Deutschen gemachten bescheidenen Versprechungen lebhaft beklagte, oder etwa in den Mitteilungen Walheims über das Burgenland im „Deutschen Südländ“ 1921, Heft 3 und 4, wonach dort der Gebrauch des Wortes „Magyaren“ straffällig ist. Was können die Teilnehmer der „Studienreise“, dem an „Beobachtungen“ entgegenstellen? Sie sollen erkannt haben, „daß die von einem gewissen Teil der deutschen Presse über Ungarn gebrachten Schauermärchen vollkommen haltlos und erfunden sind“. Wo konnten sie diese Erkenntnis gewinnen? Außer Mahlzeiten und Empfängen sahen sie die Orientmesse, die Margaretheninsel, das Lloydgebäude, einige Museen, die Kühlhäuser, die Oper, das Rathaus, die Weißbischen Werke, den Schwabenberg, die deutsch-ungarische Handelskammer (die kein Organ der Deutschen Ungarns, sondern eine Vermittlerin reichsdeutschen Handels mit Ungarn ist) und — worauf besonders Gewicht gelegt wird — den Verein der Reichsdeutschen, alles unter gastfreundlicher magyarischer Führung, also unter guter Aufsicht. Vom Leben des ungarischen Deutschtums konnten sie da wohl wenig sehen, mit seinen Vertretern kamen sie nicht in Berührung; dazu wäre nicht Zeit gewesen. Sie konnten ein Bild ungarischer wirtschaftlicher Einrichtungen und Bestrebungen gewinnen und aus offiziellen Reden viel Honig saugen. Von den diesen Freundschaftsbeteuerungen zugrundeliegenden Tatsachen konnten sie sich aber nicht überzeugen, soweit sie das bodenständige Deutschtum und das Verhalten der Magyaren zu ihm betreffen. Daß in den besichtigten Betrieben fast nur deutsche Maschinen zu finden waren, daß deutsche Ingenieure und Kaufleute in angesehenen leitenden Stellungen sich befinden, ist gewiß ein erfreuliches Zeichen für gute wirtschaftliche Beziehungen zum Deutschen Reich, wenn auch vielleicht noch mehr für die Leistungsfähigkeit der Deutschen und die Unentbehrlichkeit ihrer Arbeit. Aber daraus kann man nicht folgern, daß das Deutschtum in Ungarn „keinesfalls unterdrückt wird“. Die Frage nach deutschen Schulen und Kultureinrichtungen (Theater usw.) darf da nicht aufgeworfen werden. Der Berichterstatter fühlt dies selbst und beruft sich deshalb auf das Zeugnis der Mitglieder des reichsdeutschen Vereins, die „auf Grund eigener Anschauung und langjähriger Erfahrung überall versicherten, daß die offiziellen ungarischen Behörden und das ungarische Volk die Deutschen achten und schätzen“. Das besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß der Reichsdeutsche in Ungarn, der Geschäfte macht und sich um die rechtliche und politische Stellung seiner bodenständigen Volksgenossen nicht bekümmert, sich dort sehr behaglich fühlen kann. Daß er dadurch die innerliche Hochachtung des Magyarenvolks gewonnen hat, das durch und durch national ist, ja den „Chauvinismus“ ausdrücklich als Bürgerpflicht bezeichnet, das ist mir — und ich glaube jedem, der mit Magyaren

ernstlich über nationale Fragen gesprochen hat — ebenso zweifelhaft wie die freundliche Gesinnung der Volksmassen, denen das Lied „Der Deutsche ist ein Hundsott“ noch immer geläufig ist. Jedenfalls sind die Teilnehmer der Exkursion auf Grund der angeführten Beobachtungen nicht in der Lage, „wahrheitsgetreu über die wirklichen Verhältnisse in Ungarn zu berichten“ und — worauf es den Magyaren bei der überschwenglichen Bekundung ihrer Gastfreundschaft ankommt — die sehr bestimmten und eingehend begründeten Klagen unserer Volksgenossen im Stefansreich als „Gerüchte und Erfindungen“ zu erweisen. Sie können höchstens zu schädlichen Selbsttäuschungen gelangen.

Wir haben diesen Ausführungen unseres geschätzten Mitarbeiters gerne Raum gegeben. Die Zuschrift, auf die sie sich bezieht, war uns von Budapest zugegangen, und zwar von einem Reichsdeutschen, an dessen guter deutscher Gesinnung wir keinen Zweifel zu hegen brauchen. Wir haben an dieser Zuschrift auch nichts geändert und weggestrichen, weil wir ohne weiteres überzeugt sein dürfen, daß unsere Leser die Lage des Deutschtums in Ungarn, des Reichsdeutschtums sowohl wie des bodenständigen Deutschtums, aus unseren dauernden Übersichten in den „Rundschau“ sehr wohl kennen. Wir bemühen uns auch dort ein objektives Bild zu geben und gerade in der westungarischen Frage — über die ein Artikel von Professor Kende gerade in dieser Nummer wieder sich zu unterrichten bemüht — unsern Lesern jeglichen Standpunkt mit seiner Begründung zu übermitteln, so undurchsichtig das Bild der wahren Stimmung in Westungarn zurzeit auch sein mag. Daß 40 deutsche Vergnügungsreisende keine tiefen Kenntnisse von Land und Leuten sich erwerben können, ist klar. Worauf die Herren ihr Urteil stützen konnten, haben wir durch die Wiedergabe des genauen Besichtigungsprogramms auch ausdrücklich und nicht ohne Absicht in jenem Artikel dargelegt. Und Herr Professor Dr. Sieger verweist selbst mit vollem Recht auf den Artikel in der Rundschau der gleichen Nummer, in der jener Reisebericht stand, der gleichfalls nicht ohne Absicht gerade in derselben Nummer

zum Abdruck kam, um zu zeigen, wie das bodenständige Deutschtum über die Dinge denkt. Es sollte auch unsererseits durch eine Fußnote unter den Reisebericht auf jene Rundschau ausdrücklich verwiesen werden, um auch unaufmerksame Leser auf diesen gewissen Gegensatz hinzuweisen, das ist durch ein Versehen leider unterblieben.

Die Schriftleitung

DEUTSCHER SPORT IM AUSLANDE

Deutscher Sieg in Italien. Bei dem großen sizilianischen Rennen um den Florio-Schild hat sich erwiesen, daß der deutsche Mercedes-Wagen der bei weitem schnellste Wagen im Rennen war. Es war kein eigens gebauter Rennwagen, sondern ein sogenannter Serienwagen. Zwar wurde der italienische Fiat Rennwagen ohne jeden Reifenschaden mit 2 Minuten und 11 Sekunden erster im Rennen, doch hatte der deutsche Teilnehmer, Ingenieur Sailer, bei Reifenwechsel 18 Minuten verloren, so daß also in Wirklichkeit sein Wagen viel schneller war. Am Rennen nahmen 34 Wagen teil. In der ersten Rundeschon schlug der deutsche Serienwagen mit 1 Stunde 47 Minuten 6 Sekunden den italienischen Rennwagen und späteren Fiat-Sieger, der 19 Sekunden mehr gebrauchte. Der deutsche Serienwagen schlug also den italienischen Rennwagen!! Leider schied der zweite, von einem Italiener gesteuerte, deutsche Wagen bei der ersten Runde durch einen Unfall aus. Von den drei nach Italien gefahrenen deutschen Wagen wurden zwei an Ort und Stelle verkauft. Mit dem dritten fuhr der siegreiche Ingenieur über den Gotthard und die Schweiz nach Deutschland zurück.

VERSCHIEDENES

Caritaslehrgänge in Freiburg. Bei den diesjährigen Caritaslehrgängen in Freiburg, die vom 17. bis 20. August währen, wird unter anderem der Generalsekretär des Raphaels-Vereins P. Timpe, über „Auswanderer Fürsorge“ und über die „Fürsorge für die deutschen Katholiken im Auslande“ sprechen. Beide Vorträge finden am 25. August statt.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschtum und Auslandkunde.

Die in großer Anzahl einlaufenden Drucksachen deutscher Vereine im Auslande werden im allgemeinen hier nicht aufgeführt. Sie werden im Vereinsarchiv des D. A. I. gesammelt und verzeichnet.

Übersicht:

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D. A. I. Dr. MANNHART und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Nach allgemeinen Gesichtspunkten:

Auslanddeutschtum i. allg.: 31. 37. 57. 68. 74. 87. 93. 94. 101. 108. 113. 115. 118. 133. 144.

Grenzlanddeutschtum: 3. 7. 8—10. 13. 16. 17. 20. 24. 28. 30. 34. 35. 37. 40. 47. 49. 52. 58—63. 65—67. 69. 71. 72. 76. 80—86. 91. 92. 94. 95. 102. 103. 106—108. 111. 122. 126. 129. 130. 132. 133. 135. 137—139. 143.

Auslandkunde i. allg.: 7. 14. 15. 18. 21. 29. 51. 56. 66.

Auswanderung und Kolonisation: 42. 44. 46. 79. 127.

Kirche und Mission: 11. 40. 59. 79. 85. 87. 95. 97. 109. 112. 120. 137. 145.

Schul- und Bildungsfragen: 4. 8—10. 12. 14. 37. 43. 53. 54. 61—63. 81. 87—89. 93. 102. 106. 107. 119. 121. 122. 124. 125. 141. 144.

Rechtsfragen: 13. 20. 25. 45. 49. 66. 80. 90. 114. 130. 140.

Wirtschaftsfragen: 18. 20. 25. 32. 45. 48. 58. 60. 65—67. 70. 90. 96. 114. 117. 134.

Schöne Literatur und Künste: 6. 12. 23. 31. 35. 38. 47. 52. 53. 64.

Deutschtum in der Darstellung des Auslandes: 2. 7. 26. 36. 39. 54. 72. 100. 117.

Regionale Übersicht (soweit nicht Grenzlanddeutschtum)

Mitteleuropa: 1. 5. 7. 15. 51. 76.

Westeuropa: 2. 15. 25. 36. 39. 51. 55. 56. 72. 83. 107.

Nord- und Osteuropa: 12. 13. 15. 20. 23. 26. 32. 33. 43. 49. 53. 67. 75. 82. 85. 93. 97. 116. 119. 126. 128. 137. 142.

Süd- und Südosteuropa: 4. 6. 15. 19. 22. 27. 45. 51. 78. 104. 110. 131.

Vorderasien: 11. 41. 50. 70. 98.

Südasiën: 77.

Ost- und Australasien: 38. 100. 117.

Afrika: 46. 141.

Nordamerika: 29. 42. 44. 54. 64. 99. 117.

Latinamerika: 44. 79. 88. 89. 105. 112. 121. 123—125. 136. 145.

I. Einzelschriften.

1. ***Altrichter**, Anton, Heimatbuch der Iglauer Sprachinsel. Geschichte des Bodens und der Bevölkerung. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde der Iglauer Sprachinsel. Iglau: Rippl 1921. 148 S. 8°.
2. **Audler**, Charles, Nietzsche, sa vie et sa pensée. t. 2: La jeunesse de Nietzsche jusqu'à la rupture avec Bayreuth. Paris: Bossard [um 1921]. fr. 18.—.
3. Der dritte *Aufstand* in Oberschlesien, Mai/Juni 1921. [Berlin (1921): Reichsdruckerei.]
4. **Balan**, Teodor, Geschichte der Rumänen. Lehrbuch für die oberste Klasse d. Mittelschulen. 2. verb. Aufl. Suceava: „Scoala Română“; [aufgest.] Czernowitz: Schally 1920. 253 S. 1 Kt. 8° M 20.—.
5. **Bayer**, G. O., Kleiner Führer durch Prag. Ein prakt. Hilfsbüchlein f. Fremde. Prag: Calve 1921. 57 S. 1 farb. Kt. 8° Kř. 12.—.
6. **Benedek**, Elek, Édes anyaföldem! Egy nép és egy ember története. Meine liebe Heimat Erde! (Siebenbürgen.) Geschichte eines Volkes und eines Menschen. Bd 1.2. Budapest: Pantheon 1920. 8° Kr. 200.—.
7. **Bertolst**, Ch., Les nouvelles frontières d'Allemagne et la nouvelle carte d'Europe. 2. Aufl. [Mit Übersichtskt.] Paris: Plon-Nourrit 1920. 184 S. 8° fr. 5.—.
8. **Berndt**, Emil Karl, Volksbildung. Fragen u. Wege. Im Anhang Volksbildungsmaßnahmen in der Tschechoslowakei, Gemeindebücherei-Gesetz und Durchführungsvorschrift. Reichenberg: Sollor [um 1921]. 80 S. 8° M 6.90.
9. **Blau**, Josef, Heimatkunde. Leipzig-Prag-Wien: Haase 1921. 56 S. 8° M 5.—. [Umschlagt.] (Schaffende Arbeit und Kunst in der Schule. Beihefte. Nr 95.)
10. **Blau**, Josef, Der Lehrer als Heimatforscher. 2. umgearb. und bedeutend erw. Aufl. Prag-Wien-Leipzig: Haase 1920. (Schriften für Lehrerfortbildung. Nr 6.)
11. **Brunau**, Max, Eine Diasporafahrt nach dem Orient. Leipzig: Strauch 1921. 24 S. mit Abb. 8° M 1.20. (Volksschriften des Gustav Adolf-Vereins. H. 7.)
12. Epische und lyrische *Dichtungen*. Toimetanud H. Bauer. Tallinn [Dorpat]: Kirjastuse Ühisus Kool o. J. [um 1920]. 104 S. 8° (Unemad Saksa kirjanikud Eesti koolidele. Nr 3.)
Die sehr glückliche Auswahl führt von Goethe und Schiller bis zu Dehmel und Lilienron. Die epischen Stücke tragen dem Bedürfnis der Jugend nach fesselnder Handlung Rechnung. Bei der Lyrik sind die Naturdichtung und die menschlich gemütvollen Werte betont. Der Anhang bringt zu jedem Gedicht ein deutsch-estnisches Wörterverzeichnis. Vergl. Nr 53.
13. *Entwurf* eines Gesetzes betr. das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und der Freien Stadt Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland. Berlin: Heymann (1921). 110 S. 4° M 10.—. (Denkschriften des Deutschen Reichstages 1921. Nr 5.)
14. *Erläuterungen* zu 938 ausgewählten Lichtbildern zur Länderkunde. Unter Mitw. hrsg. von G. Bader, Chr. Kittler und C. Uhlig. Bd 1: Die außereuropäischen Länder. Stuttgart: Benzinger 1921. XXII, 139 S. 21 Taf. 8°. (Erläuterungen zu Benz. Lichtbildern für den geograph. Unterricht.)
Das Buch, an dem eine Reihe hervorragender Geographen mitgearbeitet hat, enthält 362 Abbildungen von Lichtbildern aus außereuropäischen Ländern mit erklärendem Text, die so ausgewählt sind, daß sie ein möglichst geschlossenes Bild der einzelnen Länder geben. Es soll dem Lehrer zur Hand gehen und ihm die Auffassung der aus fremden Gebieten stammenden Bilder erleichtern. — In Text und Anlage jedenfalls einzigartige auslandkundliche Zusammenstellung.
Dr. E. W.
15. **Fallex** und **Mairey**, L'Europe nouvelle (moins la France). Paris: Delagrave 1920. 346 S. 8°.
16. **Faungruber**, H., Neue Ausseer Geschichten. Erzählungen und Schwänke aus dem Volksleben. Sammlung 4. Wien: Wiener literarische Anstalt. M 27.—.
17. Handelskammer Breslau. Die oberschlesische *Frage* und der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Breslau [dat.] Juni 1921: (Schatzky). 26 S. 8° [Umschlagt.]
Die Schrift umschreibt in knappen Zügen Oberschlesiens wirtschaftliche Bedeutung, seine Abhängigkeit von Deutschland und seinen Wert für den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft Gesamt Europas. Sie legt dar, daß das Abstimmungsergebnis angesichts der für Deutschland ungünstigen Wahlordnung und des ungeheuren polnischen Terrors nur als ein unzweifelhaftes Bekenntnis der Bevölkerung zu Deutschland ausgelegt werden kann. Die unlautere Propaganda der großpolnischen Agitation und die blutige Herrschaft der Korfantyschen Banden werden mit Beispielen belegt, die Stellungnahme der Besatzungstruppen beleuchtet. Schließlich wird auf die Gefahr einer bolschewistischen Bewegung als Folge des Aufstandes hingewiesen. Für die Entscheidung über Oberschlesiens Zukunft appelliert die Handelskammer Breslau an das sachverständige, von den Erfordernissen der Weltwirtschaft bestimmte Urteil aller kaufmännischen und industriellen Kreise der Welt, die sich, abgesehen von Polen und Frankreich, bereits im Interesse der Gesundheit Europas für das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland ausgesprochen haben. Die auch zur Aufklärung des Auslandes hervorragend geeignete Schrift ist in mehreren Sprachen erschienen und von der Handelskammer Breslau zu beziehen.
18. Der *Friedensvertrag* und Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft, mit einer Übersichtskarte. Berlin: Springer 1921. 224 S. (Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft.)
19. **Ganivet**, Angel, Spaniens Weltanschauung und Weltstellung. (Einzig berecht. Übers. von Albert Haas. Geleitw.: August L. Mayer.) München: Müller 1921. 201 S. 8° M 20.—.
20. Genossenschaftsgesetz vom 29. Okt. 1920. (Ustawa z dnia 29, października 1920 r. o. spółdzielniach.) Übers. u. hrsg. vom Verband deutscher Genossenschaften in Polen, Poznań. (Bydgoszcz: Dittmann. [Berlin: Posener Genossenschaftskasse 1921].) 64 S. 8° M 10.—.
21. **Graf**, G[eorg] Engelbert, Europa und der nächste Krieg. Berlin-Fichtenau: Verlag Gesellschaft und Erziehung 1921. 30 S. 8°.
Der Verf., dessen Schrift „Die Landkarte Europas gestern und morgen“ auf S. 317, 1920, des „Auslanddeutschen“ besprochen wurde, ergeht sich unter Benützung Kjellenscher Begriffe in politischen Konstruktionen und Spekulationen. Von der materialistischen Geschichtsauffassung des Partei-socialismus ausgehend, überschätzt er die wirtschaftlichen Faktoren, was ihn z. B. veranlaßt, das Gemeinschaftsgefühl der angelsächsischen Völker (trotz wirtschaftlicher Gegensätze) zu überschätzen. Interessant ist der Versuch, die imperialistischen Vorstöße der Weltmächte auf einer Kartenskizze (Seite 16—17) anzudeuten.
22. **Gragger**, Robert, Deutsche Handschriften in ungarischen Bibliotheken. Berlin u. Leipzig: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1921. III, 56 S. 1 Taf. 4° M 8.—. (Ungarische Bibliothek. Reihe 1, H. 2.)
23. **Hubatius(-Kottnow)**, I(ngeborg) ([Mädchenname:] v. Samson-Himmelstjerna), Von alter deutscher Treue. Balten-gesänge. Hamburg: Trümpler i. Komm. [1921]. 35 S. 8° M 2.50.
Die in Livland geborene Verfasserin hat an allen Hoffnungen und Enttäuschungen des baltischen Deutschtums seit Ausbruch des Weltkrieges teilgenommen, hat die russische Gefangenschaft unter der Herrschaft des Zaren und der Sowjets ausgekostet und ihren Vater durch bolschewistische Mordhand verloren. Ihre Lieder sind ein Zeugnis des tragischen Schicksals der deutschen Balten und ihrer unerschütterlichen Liebe zum alten deutschen Vaterlande.
24. **Jahne**, Ludwig, Wegweiser durch die Umgebung von Klagenfurt. Klagenfurt: Heyn 1921. 76, XII S. m. Abb. 8° M 5.—.
25. **Janniot**, Abel, Les valeurs mobilières étrangères et les trois taxes. Paris: Dunod [um 1921]. 8° fr. 18.—.
26. **Jürgens**, Adolf, Skandinavien u. Deutschland in Vergangenheit u. Gegenwart. Lübeck 1921: (Schmidt). 97 S. 8° M 6.—, für Mitgl. M 4.—. (Pfingstblätter des hansischen Geschichtsvereins. Bl. 12.)
27. **Kalitsunakis**, Johannes E., Ein Jahrhundert Neugriechenland. Vortrag geh. in Berlin. Berlin: Haller & Schmidt [i. Komm.] 1921. 34 S. 8° M 5.—.
28. **Karll**, Alfr., Französische Regierung u. Rheinländer vor 100 Jahren. Leipzig: K. F. Koehler. M 60.—. (Frankfurter historische Forschungen. N. F. H. 4.)
Die sehr wertvolle Arbeit rückt die Beziehungen der Rheinländer zur französischen Okkupationsverwaltung 1795—1815, die von der französischen Propaganda zu politischen Zwecken besonders seit zwei Jahren kräftig umgefärbt werden, auf Grund umfassender Quellenstudien in rheinischen Archiven und in der Presse der Zeit in das Licht der geschichtlichen Wahrheit.
29. **Kelly**, John Alexander, England and the Englishmen in German literature of the 18th century. New York: Lembecke & Büchner [um 1921]. 8° \$ 1.25. (Columbia Univ. Germanic Studies.)

30. *Polnische Kulturtaten* in Oberschlesien. [Berlin 1921: Reichsdruckerei.] 22 S. 4°.

Photographische Aufnahmen der Leichen der in Bogutschütz, Mathesdorf, Josefstal und anderen Orten Oberschlesiens in bestialischer Weise ermordeten Deutschen, sowie einiger von Polen zerstörter Ortschaften: eine grauenvolle Urkundensammlung aus der polnischen Schreckensherrschaft in Oberschlesien. Auch in englischer, italienischer und spanischer Übersetzung erschienen.

31. *Langen, Erich*, Auslandsdeutsche. 3 Augenblicksaufnahmen. Stuttgart: Ausland u. Heimat 1921. 99 S. 8° M 10.—.
32. *Larin, J. u. L. Kritzmann*, Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjet-Rußland 1917—1920. Einzige autor. Übers. von Spectator. Berlin: Seehof 1921. 177 S. 8° M 30.—. (Internationale Arbeiter-Bibliothek. Bd. 2.)
33. *Lautenbach, [Jakob]*, Kleine lettische Sprachlehre. Zum Selbstunterricht nebst Glossar. Riga: Gulbis [1921]. 107 S. 8°.
34. *Lehmann, Emil*, Altvaterland. Reichenberg: Sudeten-deutscher Verlag 1921. Kf. 12.—.
35. *List, Max von*, Völkerhaß und Menschenliebe. Ein Danziger Sitten-Roman. [Neue Titelausg. von: „Nebel fallen“ 1919.] Breslau: Ostdeutscher Verlag 1921. 242 S. 8° M 8.—.
36. *Loiseau, Hippolyte*, Le pangermanisme, ce qu'il fut, ce qu'il est. Paris: Payot [um 1921]. 8° fr. 4.—. (Collection Payot. Nr 12.)
37. *Mollberg, A[ilbert]*, Muttersprache u. Heimatscholle im Dienste des Deutschtums. Leipzig-Prag-Wien: Haase 1921. 37 S. 8° M 4.50. [Umschlagt.] (Schaffende Arbeit und Kunst in der Schule. Beihefte Nr 99.)
38. *Mutius, Gerhard von*, Ostasiatische Pilgerfahrt. Aus dem Tagebuch einer Reise nach China und Japan 1908/09. Berlin: Stilke 1921. 75 S. 8° M 10.—. (Schriftenreihe der Preuß. Jahrbücher. Nr 2.)
39. *Palat, Général (Pierre Lehaucourt)*, La philosophie de la guerre d'après Clausewitz. Paris: Lavauzelle [um 1921]. 8° fr. 12.—.
40. *Reinhard, Walter*, Des Heilands Schwesterchen. Eine Geschichte, die das Leben dem Pfarrer Walther Reinhard in Deutsch-Horschowitz in Böhmen erzählte. Chemnitz: Koezle o. J. [1921]. 102 S. 8° geb. M 4.20.
- Der Vorsitzende des Evangelischen Ausschusses für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Deutsch-Horschowitz gibt in Gestalt einer Erzählung ein Bild von der Not verwaister und verwahrloster Jugendlichen, die besonders groß dann ist, wenn der Unterstützungswohnsitz der Pflegebedürftigen in einem fremden Staat liegt. In Deutsch-Horschowitz hat Pfarrer Reinhard ein Heim für solche Heimatlose geschaffen, wo manches junge Leben vor leiblichem und seelischem Verderben bewahrt oder gerettet worden ist.
41. *Roth, Karl*, Sozial- und Kulturgeschichte des Byzantinischen Reiches. Berlin: Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1919. 112 S. 8° M 2.30. (Sammlung Göschen. Bdch. 787.)
- Die knapp gefaßte Einführung will den Vorurteilen begegnen, die sich im allgemeinen dem Studium des Byzantinischen Reiches entgegenstellen. Sie betont darum besonders den hervorragenden Einfluß von Byzanz auf die west-europäische Geschichte, den für die Kunst die grundlegenden Arbeiten von Strzykowski nachgewiesen haben, sowie den tieferen Zusammenhang vieler der Balkan und den vorderen Orient betreffender Fragen von heute mit dem alten Oströmischen Kaiserreich, das bis zum Beginn des 13. Jahrh. politisch und kulturell eine europäische Großmacht war. Der soziale Aufbau und die innere Organisation des Byzantinischen Staates ist ausführlich behandelt. H. M.
42. **Sartorius von Waltershausen, A.*, Die Vereinigten Staaten als heutiges und künftiges Einwanderungsland. Stuttgart: Enke 1921. 70 S. 8° M 10.20. (Finanz- und volkswirtschaftliche Zeitfragen. H. 75.)
43. *Schultheiß, W.*, Leitfaden der polnischen Sprache zum Schulgebrauch und Selbstunterricht. T. 1. 4. verb. Auflage. Poznan [Posen]: Ostdeutsche [jetzt: Posener] Buchdruckerei und Verlagsanstalt 1920. 80 S. 8° M 5.—.
44. *Struwe, Hans*, Sollen wir auswandern? Argentinien, Chile, Brasilien, Nordamerika. Schilderungen und Erlebnisse eines deutschen Proletariers. Hamm: Wegehaupt [1921]. 39 S. 8° M 3.85.

Ein Mann aus dem Volke erzählt hier von seinen Erfahrungen in den genannten Ländern. Alles ist volkstümlich beobachtet. Wir erfahren, wie deutsche Gastwirte und Mädchenhändler die armen Einwanderer ausnützen, aber auch wie Einwanderer sich unter großen Entbehrungen und Strapazen durchschlagen können. Das Alkoholverbot der Ver. Staaten erfährt eine interessante Beleuchtung. Grisebach.

45. *Šuman, Janko*, Das gewerbliche Eigentumsrecht in Jugoslawien nach der kgl. Verordnung vom 15. Nov. 1920 und den ergangenen Durchführungsbestimmungen. Wien: Manz 1921. 167 S. 8°.

46. *Supf, Wilhelm*, Das Ende deutscher Kolonialwirtschaft? Gedenkschrift zu Ehren der 25jährigen Arbeit des Kolonialwirtschaftl. Komitees. Berlin: Kolonial-Wirtschaftl. Komitee 1921. 19 S. 8°.

Die Schrift gibt in knappen Zahlen und Daten einen Überblick über die deutschen Leistungen auf kolonialem Gebiete, z. T. gestützt auf englische anerkennende Urteile. Sie legt dar, daß Deutschland nach Punkt 5 des Wilsonschen Friedensprogrammes einen unverjährbaren Anspruch auf seine Kolonien hat und befürwortet den Ausbau des Kolonialwirtschaftlichen Komitees, dem nach dem vorläufigen Verlust der Kolonien neue Aufgaben aus der Lage der deutschen Rohstoffversorgung erwachsen, bis das Komitee seine ursprüngliche, verdienstvolle Tätigkeit wieder aufnehmen kann.

47. *Tille, Václav*, Verzeichnis der böhmischen [soll heißen tschechischen] Märchen. Übers. aus dem Böhmisches [gemeint ist: Tschechischen]. 1. Helsinki: Suomal. Tiedekat. 1921. (F. F. Communications: 34.)

48. „Und was der Feind uns angetan ...“ Das Buch vom Raubfrieden. Hrsg. von H. C. von Zobeltitz. Berlin: Zillesse 1921. 128 S. 4° M 24.—.

Gut gewählte bildliche Gegenüberstellungen zeigen, was Deutschland aus dem Höhepunkt seiner Macht war und was der Friedensvertrag von Versailles aus ihm gemacht hat. Deutschlands größte Kriegshelden haben Beiträge zu den Abschnitten Heer, Flotte, Festungen, Helgoland, Luftgeltung und Kolonien beige-steuert, berufene Federn schildern die Wirkung des Gewaltsfriedens auf Handel und Wirtschaft, Industrie, Volksernährung und die besetzten Gebiete. Das gut ausgestattete Werk kann vor allem den Deutschen im Auslande einen Begriff davon geben, wie schwer Deutschland von der Versailler Frieden nicht nur territorial, sondern auch in seinem ganzen materiellen Aufbau und den Lebensbedingungen seiner Bevölkerung getroffen ist.

49. *Die Verfassung der polnischen Republik* vom 17. März 1921 (hs. geändert: 1921). Hrsg. von der Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen und dem Deutschtumsbund Posen E. V. (Bydgoszcz [Bromberg]: Verlag der Deutschen Nachrichten; Poznań: Verlag der Polnischen Gesetze und Verordnungen in deutscher Übersetzung; aufgest.) Posen: Jolowicz [1921]. 20 S. 8° M 4.—.

50. **Wissenschaftliche Veröffentlichungen des deutsch-türkischen Denkmalschutz-Kommandos*. Hrsg. von Theodor Wiegand H. 1—3. Berlin und Leipzig: Vereinigung wissenschaftlicher Verleger 1920—21. 4°.

1. *Wiegand, Th.*: Sinai. Mit Beitr. von Frhr. Kreß v. Kressenstein, W. Schubart, C. Watzinger, E. Werth und K. Vulzinger. 1920. M 100.—.

2. *All, A.*, Die griechischen Inschriften der Palästina Territorien westlich der Araba. 1921. M 50.—.

3. *Bachmann, W.*, C. Watzinger und Th. Wiegand, Petrus. 1921.

51. *Vogel, Walther*, Das neue Europa und seine histor.-geographischen Grundlagen. Mit 1 farb. Kt. u. 13 Kt.-Skizzen. Bd 1. 2. Bonn u. Leipzig: Schröder 1921.

52. *Watzlik, Hans*, Böhmerwald-Sagen. Budweis: „Moldavi“ 1921. 96 S. 8° Kf. 4.50. (Böhmerwälder Dorfbuch H. 5.)

53. *Wildenbruch, E[rnst]*, Das Orakel. Toimetanud H. Bau Tallinnas [Dorpat]: Kirjastuse Ühisus Kool o. J. [um 1921] 27 S. 8°. (Unemad Saksa kirjaniku Eesti koolidele. Nr 1.)

Wildenbruchs kleine Erzählung aus der Knabenzeit ist mit Freigabe „O lieb, solange du lieben kannst!“ und Vogls „Das Erkennen“ für den Deutschunterricht der estnischen Volksschule zusammengestellt und mit einem deutsch-estnischen Wörterverzeichnis versehen worden.

Vgl. Nr 12.

54. *Woody, Thomas*, Fürstenschulen in Germany after the I formation. Menasha, Wisc.: Banta Publ. Co. [um 1921] 8° S 1.—.

II. Zeitschriften u. Forts.-Werke.

55. *Annuaire des lettres et des arts*. 50000 renseignements les auteurs, artistes, éditeurs, associations, journaux, cours etc. Carcassonne: Admin [um 1921]. 8° fr. 22.—.

56. *Annuaire de la presse française et étrangère* 1921. (An 39.) Paris: Admin. 8° fr. 25.—.

57. *Der Deutsche im Ausland*. Beil. der Zeitung „Der Deutsche“ [Jg. 1.] 1921 22. Nr 5 vom 30. Apr. 2 Bl. Berlin: „Der Deutsche“, Stolberg [Nr 1—4 u. d. T.:] Der Ausländer deutsche. Beg. April. Jährl. 52 Nrn.

58. *Deutsche Drogisten-Zeitung*. Fachzeitschrift und Ankündigungsblatt für den gesamten Drogenhandel und die chemische Industrie in der tschechoslowak. Republik. Offizielles Organ des Gremiums der Drogisten für die nördl. Gerichtsbezirke des Sprengels der Handels- und Gewerbekammer i. Reichenberg u. ... für den Handelskammerbezirk Eger. (Verantw. Johann Künstler.) Jg. 1. 1921. (Nr 1 vom 1. Apr. 8, IV S.) B.-Leipa: Künstler. Jährl. 24 Nrn Kz. 40.—.
59. *Evangelisches Gemeindeblatt* für den Kirchenkreis Posen. Im Auftr. d. Evang. Landes-Preßverbandes f. Polen hrsg. von Pastor Lic. Schneider-Poznan. Jg. 2. 1921. Poznan. Beg. Jan. Jährl. 52 Nrn Viertelj. M 20.—.
60. *Danziger Handels-Adreßbuch* 1920/21. Jg. 1. Danzig: Verlag „Der Osten“ [1921]. 264 S. 8° M 10.—. Nachträge und Berichtigungen. 8 S. 8°.

Das Adreßbuch will besonders dem ausländischen Kaufmann bei der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit und über Danzig behilflich sein. Es enthält neben sehr reichlichen Anzeigen und einigen (teilweise ins Polnische übersetzten) Aufsätzen über Danzigs Handel und Industrie ein alphabetisches Firmen-, sowie ein mit deutschen, polnischen und englischen Überschriften versehenes Branchenverzeichnis für Danzig. Der Nachtrag enthält u. a. ein Verzeichnis der ausländischen Konsulate in D.

61. *Heimat-Freude*. Blätter für die Schuljugend des „Neuhaus- und Neubistritzer Berglandes“ ([Jg.] 1.) 1921. (Folge 1. Maienzeit. 12 S.) Iglau: Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde im Bistritzer Berglande. Pro H. 60 h.
62. *Heimat-Freude*. Blätter für die Schuljugend des „Zlabinger Grenzlandes“. ([Jg.] 1.) 1921. (Folge 1: Maienzeit. 8 S.) Iglau: Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde. Pro H. 60 h.
63. *Deutsche Hochschulewarte*. Zeitschrift der deutschen freisinn. Akademiker in den Sudetenländern. (Hrsg.: Paul Zentner. Schriftl.: Otto Stegmann.) Jg. 1. 1921. (H. 1. Juni. 8 S.) Prag: Verwaltung. Jährl. 12 H. Kz. 30.—.
64. *Deutsch-Amerikanische Geschichtsblätter. Jahrbuch der Deutsch-Amerikan. Historischen Gesellschaft von Illinois*. Hrsg. von Dr. Julius Goebel. Jg. 1918/19. (Vol. XVIII bis XIX.) Im Auftr. der Deutsch-Amerikan. Histor. Gesellschaft von Illinois. Chicago: The University of Chicago Press 1920. 388 S. 8°.

Inhalt: Faust, A. B.: Unpublished documents on emigration from the archives of Switzerland. Goebel, J.: Christian Wolff and the declaration of independence. Rattermann, H. A.: Aus H. A. Rattermanns Leben. Goebel, J.: Hoffmann von Fallersleben, „Texanische Lieder“. Herriott, F. J.: Aneglected factor in the Anti-Slavery triumph in Iowa in 1854. Goebel, J.: Paul Carus. Biographisches. Jahresbericht. Beamten.

65. *Jahrbuch der Reichenberger Messe*. [Jg. 1.] 1921. Reichenberg i. B.: Messeamt. 45 Bl. 4°.
 66. *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*. Hrsg. vom Statist. Reichsamt. Jg. 41. 1920. Berlin: Puttkammer & Mühlbrecht 1920. Geogr. Pag. 8° M 7.20.
- Vom Gesichtspunkt der Erforschung des Grenz- und Auslandsdeutschtums ist neben dem alten Hauptabschnitt I (Gebietsenteilung und Bevölkerung), der zum erstenmal im Jahrbuch erscheinende Abschnitt IA: Die Abtretungs-, Abstimmungs- und die besetzten Gebiete Deutschlands ganz besonders beachtenswert. Von den 7 Unterabschnitten behandelt 1 die Fläche, Bevölkerung nach Geschlecht und Muttersprache und Staatszugehörigkeit, 4 die Bevölkerung nach der Muttersprache, 6 die gewerblichen, 7 die landwirtschaftlichen Betriebe in den Abtretungs- und Abstimmungsgebieten. — Für die Auslandskunde sind die Internationalen Übersichten des Anhangs zu beachten. H. M.
67. *Landwirtschaftlicher Kalender für Polen*. Hrsg. vom Verband Deutscher Genossenschaften in Polen. Jg. 2. 1921. 3. Aufl. Poznan: Landwirtschaftl. Zentralwochenblatt für Polen 1921. 92 S. mit Abb. 4° M 6.—.
 68. *Verein für das D[eu]tschum im A[us]land. Mitteilungen für die Landesverbände u. Ortsgruppen*. [Jg.] 1921. (Nr 1 vom Jan. 8 S.) Berlin: Geschäftsstelle des V. D. A. Jährl. 12 Nrn M 6.—, für Mitgl. kostenlos.
 69. *Mitteilungen des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen*. Jg. 59. 1921. Hrsg. von Dr. Ottokar Weber. Prag: Selbstverlag des Vereines.
 70. *Nachrichtenblatt der deutschen Orient-Gesellschaft*. Hrsg. von Dr. Bruno Güterbock. Jg. 1. 1920. (Nr. 1 vom 2. Okt. 1 Bl.) Berlin-Grünwald: Zettka-Verlagsgesellschaft m. b. H.
 71. *Nachrichtenblatt des Deutschen Volksrates Posen*. Hrsg. vom Presse-Ausschuß des Deutschen Volksrates Posen. [Jg. 1.] 1920. Posen: Deutscher Volksrat. Beg. Januar. Jährl. 24 Nrn M 5.—. [Ersch. eingest.]

72. *Revue juridique d'Alsace et de Lorraine*. Dir.: Emile Schaffhauser. Année 1. Nr 1. Paris 1920.
73. *Revue d'optique*. Ed. internationale. Deutsche optische Wochenschrift. Hrsg.: Dr. R. Greff, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Adolf Marcuse. [Jg. 1.] 1921/22. (Nr 1 vom Mai. 98 S.) Berlin: Ehrlich. [Auch unter engl. u. span. Titel.]
74. *Deutsche Nachrichten für das Ausland. „Ruf in die Welt.“ Eine Chronik des deutschen Kampfes um geistigen u. wirtschaftlichen Wiederaufbau. Mit der Beil. „Illustrierte Industrieschau“*. Hrsg. von Dr. jur. et phil. Hugo Grothe. [Jg. 1.] 1921. (Nr 1. 10 S.) Leipzig: Deutsche Kulturpolitische Gesellschaft. [In deutscher u. span. Sprache.]
75. *Unterhaltungs-Blatt der „Litauischen Rundschau“*. Jg. 1. 1921. (Nr 1 von Ostern. 2 Bl.) Kowno: Litauische Rundschau. Ersch. nach Bedarf.
76. *Verkehrsblatt für Eisenbahnen u. Schifffahrt in der Tschechoslowakei, in Deutschland, Österreich und dem angrenzenden Ausland*. Hrsg.: Anton Stauda. [Jg. 1.] 1921. (Nr 1 vom 10. Jan. 16 S.) Eger: Stauda. Jährl. 36 Nrn M 90.—.
77. *The Indian Yearbook* 1921. A statistical and historical annual ed. by Stanley Reed. 8th year of issue. Bombay u. Calcutta: Bennett, Coleman & Co. 884 S. 1 Kt.

III. Zeitschriftenaufsätze.

78. *Ackermann*, Brief aus dem Banat. [Eine Richtigstellung des Aufsatzes von Prof. Dr. Benno Immendorfer in Jg. 2. Nr 39.] in: *Eiserne Blätter*. Jg. 3. 1921/22. Nr. 1. S. 6. Berlin: „Eiserne Blätter“.
 79. *Aldinger*, Kirchlich-kolonisatorisches Merkblatt für deutsche evang. Einwanderer u. Ansiedler in Santa Catharina, Parana und Mittelbrasilien. in: *Der Deutsche Auswanderer*. Jg. 19. 1921. Nr 6. S. 37. Witzzenhausen: Evang. Hauptverein.
 80. *Amelunxen*, Julius von, Zur Valorisation deutscher u. neutraler Forderungen in Elsaß-Lothringen. in: *Elsaß-Lothringische Mitteilungen*. Jg. 3. 1921. Nr 23. S. 331. Freiburg i. Br.: Bär & Bartosch.
 81. *Brock*, Emil, Das tschechische Schulgesetz in seiner Bedeutung für die sudetendeutsche Schule. in: *Der Aufbau*. Jg. 3. 1921. Nr 22. S. 209. Hamburg: Roloff.
 82. *Bruningk*, Hermann von, Zur Erhaltung des deutschen Sprachgutes im Baltikum. Ein Wörterbuch der deutsch-baltischen Mundart. in: *Die Brücke*. Jg. 3. 1921. Nr 24. S. 3. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag.
 83. *Colbeck*, Archibald, France, England and the Rhineland. in: *The Fortnightly Review*. Apr. 1921. London.
 84. *Credo*, Der Tschechenstaat im Urteil des Westlandes. in: *Volk und Gemeinde*. Jg. 2. 1920. H. 9. S. 13. Dux: Buchdruckerei „Gutenberg“.
 85. *Die Denkschrift der Tagung evangelischer Polen in Krakau an den Sejm*. in: *Evangelisches Gemeindeblatt*. Jg. 18. 1921. Nr 6. S. 69. Stanislaw.
 86. *Deutschböhmen und die großdeutsche Bewegung*. in: *Volk und Gemeinde*. Jg. 3. 1921. H. 1. S. 15. Dux: Buchdr. „Gutenberg“.
 87. *Die Deutschen im Ausland. — Kirchl. Leben — Schulwesen Vereinsleben — Verschiedenes*. in: *Raphaels-Blatt*. Jg. 32. 1921. Nr. 9. 10. Freiburg i. Br.: Raphaels-Verein.
 88. *Aus dem mexikanischen Deutschum. Deutsches Schulwesen — Vereinsleben — Sport. Deutsch-amerikan. Besuch in Mexiko*. in: *Lateinamerika (D)*. 1921. Nr 17. S. 463. Berlin: Dt. Wirtsch.-Verb. f. Süd- u. Mittelamerika.
 89. *Dobritz*, Ernst, Im Auslandsschuldienst. in: *Der Aufbau*. Jg. 3. 1921. Nr 18. Hamburg: Roloff.
- Der Verfasser, früher Lehrer an der deutschen Schule zu Puerto Montt in Chile, berichtet über seine eigenen Erfahrungen und meint, daß ein tüchtiger Lehrer auch in Südamerika Gelegenheit zu einer befriedigenden Tätigkeit hatte. Geistige Anregungen würde er auch dort finden, allerdings nicht in dem Maße wie in Deutschland. H. P.
90. *Einhorn*, Das Auslandsschädengesetz. Seine Abgrenzung u. seine Bedeutung für den Wiederaufbau. in: *Auslandswarte*. 1921. Nr 18. S. 173. Berlin: Hobbing.

91. Ernst, Robert, Deutschland und Elsaß-Lothringen. in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. H. 27. S. 642. Berlin: Dt. Verl.-Ges. f. Politik u. Geschichte.
92. Fischer-Portuzin, F. A. von, Deutsch-Südtirol. in: Deutsche Arbeit. Jg. 20. 1921. H. 9. S. 268. Berlin: G. Siemens.
93. Fittbogen, Gottfried, Das Auslandsdeutschtum in der Schule. in: Monatsschr. f. höh. Schulen. Jg. 20. 1921. H. 5/6. S. 129. Berlin: Weidmann.
94. Flierl, Friedrich, Selbstbestimmungsrecht u. Volksabstimmungen. in: Deutsche Arbeit. Jg. 20. 1921. H. 8. S. 251. Berlin: G. Siemens.
95. Die nationale Frage in den evangelischen Gemeinden Kleinpolens. Ein Brief an einen evang.-poln. Freund. in: Evang. Gemeindeblatt. Jg. 18. 1921. Nr 5. S. 54. Stanislaw.
96. Grohmann, Will, Die Aussichten für den Absatz des deutschen Buches in Rußland. in: Der Qualitätsmarkt. Messe u. Qualität. Jg. 3. 1921. 28. Febr. S. 106. Leipzig: Schick.
97. Das neue Grundgesetz für die evangelische Kirche Galiziens. in: Evang. Gemeindeblatt. Jg. 18. 1921. Nr 6. S. 71. Stanislaw.
98. Hamburger, Ernst, Nationale Bewegung, Deutsch-Österreich: Anschlußbewegung — Armenier — Totenliste — Chronik. in: Sozialist. Monatshefte. Jg. 27. 1921. H. 12/13. S. 361. Berlin: Sozialist. Monatsh.
99. Harten-Hoenecke, T., Die Deutsch-Amerikaner und wir. in: Der Türmer. Jg. 23. 1921. H. 8. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer.
100. Haushofer, Karl, Ostasiens Haltung gegenüber der Mitteleuropäischen Umwälzung. in: Deutsche Rundschau. Jg. 47. 1921. H. 10. S. 1. Berlin: Gebr. Paetel.
101. Jaeger, Karl, Zur Geschichte der Presse des Deutschtums im Ausland. in: Das Echo. Jg. 40. 1921. Nr 16. S. 1979. Berlin: Auslandsverlag.
102. Ille, Das deutsche Grenzschulwesen in der Tschechoslowakei. in: Deutsche Arbeit. Jg. 20. 1921. H. 8. S. 240. Berlin: G. Siemens.
103. Kaufmann [Erich], Die Entwicklung Danzigs seit 1920. in: Die Ostmark. Jg. 26. Nr 4. April 1921. S. 33—35. Berlin: Dt. Ostmarken-Verein.
104. Klein, Paul, Deutsche Siedlungen am Schwarzen Meere. in: Stimmen der Zeit. Jg. 51. 1921. H. 8. S. 138. Freiburg i. B.: Herder.
105. Kornerup, Ebbe, Peru. (Berechtigte Übers. von Else von Hollander.) in: Deutsche Rundschau. Jg. 47. 1921. H. 10. S. 77. Berlin: Gebr. Paetel.
106. Lehmann, Emil, Die deutsche Volksbildung in der Tschechoslowakei. in: Deutsche Arbeit. Jg. 20. 1921. H. 8. S. 232. Berlin: G. Siemens.
107. Lörcher, Ulrich, Die Universität Straßburg und die Franzosen. in: Das neue Deutschland. Jg. 9. 1920/21. H. 15/16. S. 233. Gotha: F. A. Perthes.
108. Loesch, Karl C. von, Der Schutzbundgedanke. in: Deutsche Arbeit. Jg. 20. 1921. H. 8. S. 221. Berlin: G. Siemens.
109. Eine bedeutsame deutsche Missionstagung. in: Missionsblatt Barmen. Jg. 96. 1921. Mai-Nr. S. 33. Barmen: Westdeutsche Druckerei.
110. Münch, Otto, Jugoslawien. in: Deutsche Revue. Jg. 46. 1921. H. 7. S. 55. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
111. Die französische Pressepropaganda im Saargebiet. in: Saar-Freund. Jg. 2. 1921. Nr 12. 13. Berlin: Saar-Verein.
112. Eine deutsche Primizfeier in Argentinien. in: Raphaels-Blatt. Jg. 32. 1921. Nr 10. S. 80. Freiburg i. Br.: Raphaels-Verein.
113. Pritsch, R., Auslandsdeutschtum. 1. Fremdstaatliches und reichseigenes Deutschtum im Ausland — vor und nach dem Zusammenbruch. 2. Nationalgefühl und Erhaltung der Reichsangehörigkeit. 3. Aufgaben. in: Konservative Monatsschrift. Jg. 78. 1921. [H. 11.] S. 470.
114. Reichschädigungskommission und Reichskommissar für Auslandschäden. in: Der Friedensvertrag. Jg. 1. 1921. H. 12. S. 275. Berlin: Sack.
115. Reimesch, Fritz Heinz, Die Tagung der Außendeutschen in Klagenfurt. in: Die Brücke. Jg. 3. Nr 22. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag.
116. Eine deutsche Republik in Sowjetrußland. in: Die Umschau. Jg. 2. 1921. Nr 15. S. 194. Frankfurt a. M.: Bechhold.
117. Samoa. Die wirtschaftlichen Folgen der Entdeutschung in amerikanischem Urteil. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 6. 1921. Nr 23. S. 302. Hamburg: Meißner i. Komm.
118. Schilling, Alexander, Die Bedeutung des Auslandsdeutschtums. in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. H. 24. S. 563. Berlin: Dt. Verlagsges. f. Politik u. Geschichte.
119. Schleuning, Johannes, Die deutsche Schule im Osten. in: Deutsche Arbeit. Jg. 20. 1921. H. 8. S. 236. Berlin: G. Siemens.
120. Schlunk, Die Lage der deutschen Mission auf dem Missionsfelde und daheim. in: Allg. Missions-Zeitschr. Jg. 48. 1921. H. 6/7. S. 151. Berlin: Warneck.
121. Schmidt, Ludwig, Deutscher Schultag in Buenos Aires. in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. S. 568. Berlin: Dt. Verlagsges. f. Politik u. Geschichte.
122. Schmidt-Wodder, J., Deutscher Kampf und deutsche Arbeit im abgetretenen Nordschleswig. [Aus.] aus einer Denkschrift über das abgetretene Nordschleswig. in: Deutsche Arbeit. Jg. 20. 1921. H. 8. S. 256. Berlin: G. Siemens.
123. Schüler, Heinrich, Die geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung Brasiliens. (Vortrag.) in: Lateinamerika (B) 1921. Nr 18/19. S. 205. Berlin: Dt. Wirtsch.-Verb. f. Süd- u. Mittelamerika.
124. Die deutsche Schule in Argentinien. in: Raphaels-Blatt. Jg. 32. 1921. Nr 10. S. 79. Freiburg i. Br.: Raphaels-Verein.
125. Deutsche Schulen in Brasilien. in: Allgem. Lehrer-Zeitung f. Rio Grande do Sul. Jg. 18. 1921. Nr 4. 5. Porto Alegre: Dt. Evang. Lehrerverein.
126. Schwitz, Die Organisation des Deutschtums in Polen. in: Ostland. Beil.: Ostland-Kultur. Jg. 2. 1921. Nr 2. S. 5. Berlin: Deutscher Ostbund.
127. Sperber, O., Auswanderung und Landhunger. in: Export. Jg. 43. 1921. Juni-Nr. S. 112. Berlin: Zentralverein f. Handelsgeographie.
128. Strümpell, Adolf, Carl Dehio [geb. in Reval am 9. Juni 1851, früher Direktor der Medizinischen Klinik der Universität Dorpat] zum 70. Geburtstag. in: Dt. Medizin. Wochenschrift. Jg. 47. 1921. Nr 23. S. 659. Leipzig: Thieme.
129. Strzemcha, Paul, Deutschmährische Dichter, Denker und Künstler. Christian d'Elvert. in: Deutschmähr. Heimat. Jg. 7. 1921. Nr 4. S. 1. Brünn: Central-Verb. d. dt. landwirtsch. Genossensch.
130. Die 6. Tagung des elsass-lothringischen Beirats im Reichsministerium des Innern in Nürnberg. in: Elsaß-Lothr. Mitt. Jg. 3. 1921. Nr 25. Freiburg i. Br.: Bär & Bartosch.
131. Transilvanus, Zustände in Neu-Rumänien. in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. H. 23. S. 541. Berlin: Dt. Verlagsges. f. Politik u. Geschichte.
132. Ullmann, Hermann, Die Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei. in: Die Neue Zeit. Jg. 3. 1921. Nr 21. S. 5. Chicago.
133. Ullmann, Hermann, Volksgemeinschaft u. Grenzdeutschtum. in: Deutsche Arbeit. Jg. 20. 1921. H. 8. S. 227. Berlin: G. Siemens.
134. Uruguay. Aus dem Jahresbericht der Deutschen Handelskammer. 1. 2. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 6. 1921. Nr 24. 25. Hamburg: Meißner i. Komm.
135. Velsen, Dorothea, Frauenarbeit für das Grenzdeutschtum. in: Deutsche Arbeit. Jg. 20. 1921. H. 8. S. 254. Berlin: G. Siemens.
136. Das neue deutsche Vereinshaus in der Morena 1059. in: Der Bund. Jg. 4. 1921. Nr 5. S. 66. Buenos Aires: Dt. Volksbund f. Argentinien.
137. Die Versammlung der evang. Polen Kleinpolens in Krakau. in: Evang. Gemeindebl. Jg. 18. 1921. Nr 5. S. 52. Stanislaw.

138. *Weigel, Stefan*, Sitten, Gebräuche u. Volkseigentümlichkeiten der Kuhländer, welche schon vor der Besitznahme des Ländchens beim Volke im Gebrauch gewesen sind. in: *Deutschmähr. Heimat*. Jg. 7. 1921. Nr. 4. S. 10. Brünn: Central-Verb. d. dt. landw. Genossensch.
139. *Wer, Wolfgang*, Die „Pressefreiheit“ im besetzten rheinischen Gebiet. in: *Die deutsche Nation*. Jg. 3. 1921. H. 6. S. 427. Berlin: Dt. Verlagsges. f. Politik u. Geschichte.
140. *Wertheimer, Fritz*, Das neue deutsche Gebührengesetz für die Auslandsbehörden. in: *Deutsche Warte*. Jg. 6. 1921. Nr. 24. S. 10. Barcelona.
141. *Wertheimer, Fritz*, Der Kampf der Deutschen in Südwestafrika um ihre Schule. in: *Deutsche Politik*. Jg. 6. H. 25. S. 595. Berlin: Dt. Verlagsges. f. Politik u. Geschichte.
142. *Wetter, Kurt von*, Das baltische Deutschtum und die Ostpolitik. in: *Grenzboten*. Jg. 80. 1921. Nr. 25/26. S. 315 bis 316. Leipzig u. Berlin: K. F. Koehler.
143. *Winkler, Wilhelm*, Statistik des Grenzlanddeutschtums. in: *Deutsche Arbeit*. Jg. 20. 1921. H. 8. S. 245. Berlin: G. Siemens.
144. *Zastrow, M. von*, Erziehung auslanddeutscher Kinder in Deutschland. in: *Dt. Kolonialztg.* Jg. 38. 1921. Nr. 5. S. 56–57. Berlin: Dt. Kolonialges.
145. *Zietzschmann, F.*, Kirchlicher Jahresbericht der deutsch-evang. Kirchengemeinde in Valdivia (Chile) vom Jahre 1920. in: *Deutsch-Evangelisch in Chile*. Jg. 15. 1921. März-Nr. S. 3. Valparaiso: Impr. Victoria.

IV. Karten.

Erde — Gesamt.

146. *Debes, E.*, Großer Schulatlas in 72 Kartenseiten. 66. Aufl. des Schulatlas f. die oberen Klassen höherer Lehranstalten von Debes, Kirchhoff u. Kropatscheck. Neu bearb. in Verb. mit Prof. Dr. Paul Schlee. Leipzig: Wagner & Debes 1921. 4° M. 24.—.
- Debes, E.*, Mittlerer Schulatlas in 48 Kartenseiten. 103. Aufl. des Schulatlas für die mittl. Unterrichtsstufen. Neu bearb. i. Verbind. m. Prof. Dr. Paul Schlee. Leipzig: Wagner & Debes 1921. M. 12.75. 4°.
- Debes, E.*, Kleiner Schulatlas in 24 Kartenseiten. 25. Aufl. des Schulatlas für die Unterstufen. Neubearb. in Verb. m. Prof. Dr. Paul Schlee. Leipzig: Wagner & Debes 1921. 4° M. 9.—.
- Der bereits in vielfacher Auflage vorliegende bewährte Atlas berücksichtigt alle Teile Deutschlands gleichmäßig und bietet inhaltlich außerordentlich viel. In der vorliegenden neuen Ausgabe, die für die verschiedenen Stufen gegliedert ist, sind die Ergebnisse des Weltkrieges bereits zur Darstellung gebracht, jeweils unter vergleichsweise Angabe der früheren Grenzen. Auf Einzelheiten kann an dieser Stelle natürlich nicht eingegangen werden. Wir möchten nur anregen, bei einer Neuaufgabe die Darstellung der Höhenschichten zu ändern. Das Bild von Nordamerika z. B. leidet dadurch, daß alle Höhen über 5000 m gleichmäßig mit Weiß bezeichnet sind; die Gefahr einer Verwechslung mit Vergletscherungserscheinungen ist zu groß. Ebenso möchten wir anregen, die Schreibung der Ortsnamen hier und da neu durchzuarbeiten und zur Abrundung noch einige wirtschafts- und verkehrsgeographische Darstellungen einzufügen.
147. Eine Übersichtsskizze (Schwarzdruck), die auch für Diapositivzwecke geeignet ist, stellt die Steinkohlenproduktion der Welt im Jahre 1920 dar (Beilage zu „Wirtschaft und Statistik“, Jg. 1, Nr. 6).

Europa — Gesamt.

148. Dem Aufsatz von *Sten De Geer* „Europas statsgränser och statsomraden efter världskriget“ (Ymer 1920, H. 4), ist eine Schwarzdruckskizze von Europa (1:20 Mill.) beigegeben, die die neuen und alten Staatsgrenzen sowie die Sprachgrenzen enthält. Die Darstellung ist jedoch nicht einwandfrei, z. B. erscheinen Westpreußen und Danzig als polnische Sprachgebiete, obwohl ersteres überwiegend, letzteres sogar rein deutsch ist! Ähnliche Fehler finden sich auch an andern Stellen der Karte, z. B. im Gebiet des ehemaligen Österreich-Ungarn.
149. Eine auch für Diapositivzwecke geeignete politisch-geographische Übersichtsskizze (Schwarzdruck) des neuen Europa bietet „Wirtschaft u. Statistik“, Jg. 1, H. 5.

150. Eine gute Übersicht des europäischen Luftverkehrsnetzes (Schwarzdruck) bietet die Auslandsausgabe der Voss-Ztg. 1921, Nr. 19, nach der „Verkehrstechnik“. Die Skizze ist auch für Diapositivzwecke besonders geeignet, weil sie die z. Zt. wirklich befahrenen Strecken von den nur projektierten Linien getrennt wiedergibt.

Nord Europa.

151. 9 treffliche physio- und wirtschaftsgeographische Kärtchen bzw. Kartogramme (sämtl. Schwarzdrucke, versch. Maßst.), die sich auch für Diapositivzwecke eignen, sind einem Aufsatz von H. W. *Ahlmann*, „Economical Geography of Norrland“ beigegeben (*Geografiska Annaler*, 1921, H. 1/2). H.

West Europa.

152. Die Kohlen- u. Eisengebiete Nordostfrankreichs u. Westdeutschlands zeigt schematisch eine Schwarzdruckskizze (1:5 Mill.) in *The Geogr. Rev.* XI, 1921. Nr. 2, S. 299.

Deutsches Reich und seine Grenzmarken i. allg.

153. Von der Karte des Deutschen Reiches 1:100000 ist Bl. 73 Heiligenbeil in neuer Bearbeitung erschienen, von der topographischen Übersichtskarte 1:200000 die Neuausgabe der Blätter 18 Königsberg i. P. u. 56 Bremen mit eingehenden Berichtigungen, endlich von den Meßtischblättern Bl. 3340 Habelschwerdt, mit der Darstellung der Grenze gegen die Tschecho-Slowakei.
154. Eine Übersicht (Schwarzdruck) der deutschen Wasserstraßen und der zur Zeit vorliegenden Ausbauentwürfe ist namentlich für die wirtschaftsgeographischen Verhältnisse der ost- und westdeutschen Grenzmarken von Interesse (Beil. zu „Wirtschaft u. Statistik“, Jg. 1, H. 1).

Westdeutsche Grenzmarken.

155. Neueste Karte von Südwest-Deutschland mit Angabe der besetzten Gebiete, der neutralen und der 50 km-Zone, der Volksabstimmungsgebiete (Eupen, Malmédy und Saar-gebiet) und der Räumungszonen. M. 1:750000. Köln: Gleumes & Co [1921]. 71:88 cm. M. 7.20.

Politisch- und verkehrsgeographische Darstellung für das Gebiet von Lüttich — Besançon bis Halle — Regensburg, sowie zwischen Zürich und Hannover. Die besetzten Gebiete, die neutrale Zone und die Volksabstimmungsgebiete haben Flächenkolorit, das allerdings nicht ganz ansprechend ausgefallen ist, im übrigen ist die gesamte Darstellung schwarz, nur das Eisenbahnnetz ist besonders farbig bezeichnet. Für verschiedene französische Orte sind ausschließlich deutsche Bezeichnungen angegeben worden. So sehr wir die Beibehaltung und Pflege deutscher Ortsnamen begrüßen, so ist doch aus praktischen Gründen zu fordern, daß die französische Bezeichnung wenigstens in Klammern beigezeichnet wird. — Die Karte kommt in erster Linie als Hand- und Bürokarte in Frage.

156. *Umgebungskarte* von Friedrichshafen. Hrsg. u. bearb. v. Württemb. Topogr. Büro Stuttgart. Zsgest. aus d. Blättern Nr. 646, 647, 659, 660 d. Kt. des Deutschen Reiches. M. 1:100000. Stuttgart: Württemberg. Topogr. Büro 1921. 69:80 cm.

Dreifarbige Karte. Dankenswerte Zusammenstellung aus verschiedenen Blättern der Karte 1:100000, mit einzelnen Nachträgen von 1921. Man hätte für manche Zwecke gewünscht, die Abgrenzung der Originalblätter verzeichnet zu finden. Ebenso wäre die Erklärung der farbigen Signaturen für weitere Kreise notwendig, denen mit dieser Karte eine gute Übersicht für dieses wichtige Grenzgebiet geboten wird.

157. Eine kleine Übersichtsskizze (Schwarzdruck) verzeichnet die Hauptindustrien im deutschen Saargebiet („Wirtschaft u. Statistik“, Jg. 1, H. 4). Die Skizze ist auch für Diapositivzwecke geeignet. Vgl. Nr. 154.

Ostdeutsche Grenzmarken.

158. *Gerke*, Kartographische Darstellung der Abstimmungs-Ergebnisse von Oberschlesien. Bl. 1–6. M. 1:100000. Im Auftr. des Ausw. Amts bearb. in der Plankammer des Preuß.-Statist. Landesamtes. Berlin: Preuß. Statist. Landesaufnahme 1921: Berliner Lithogr. Inst. J. Moser. Je 62:80 cm.

Wertvolle Übersicht, die die in der vorigen Bibliographie (Jg. 4, H. 13, S. 415) genannten Abstimmungskarten auszeichnet ergänzt. Für jede einzelne Gemeinde ist hier die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen angegeben, und zwar durch verschiedene farbige Zahlen (deutsch blau, polnisch rot). Ergänzt wird dieses Kartogramm durch eine bildliche Darstellung nach der von Penck und Heyde angewendeten Methode, indem je 10, 50 und 100 deutsche bzw. polnische Stimmen durch farbige Signaturen wiedergegeben sind, wodurch bei dem Maßstab der Karte ein außerordentlich plastisches Bild des Abstimmungsergebnisses erzielt ist. Grundlegende Darstellung.

159. *Michael, R.*, Der polnische Anteil am Steinkohlenbecken. (M. 1:200000.) Berlin: Müncheberg 1921. 69:72 cm.

Die Karte (Schwarzdruck) verzeichnet den Anteil der Tschecho-Slowakei, Preußens und Polens an dem oberschlesischen Steinkohlenbecken, auf Grund neuer Untersuchungen österreichischer und polnischer Geologen. Danach beträgt der Anteil der Tschecho-Slowakei rd. 15 %, Preußens rd. 33 % und Polens rd. 52 %.

160. *Michael, R.*, Die Kohlengruben u. Besitzverhältnisse im Hauptindustriebezirk. (M. 1:50000.) Berlin: Müncheberg 1921. 70:87,5 cm.

Wirtschaftsgeographisch wertvolle Übersicht (Schwarzdruck). Zeigt die Verteilung des Kohlenfelderbesitzes im Hauptindustriebezirk Oberschlesiens auf 22 verschiedene Besitzer und die Unmöglichkeit, bei den außerordentlich komplizierten Besitzverhältnissen irgendwelche räumliche Abtrennungen ohne schwere Schädigungen vorzunehmen.

161. *Michael, R.*, Die Kohlengruben im oberschlesischen Steinkohlenbecken. (M. 1:100000.) Berlin: Müncheberg 1921. 75:85 cm.

Äußerst wertvolle Übersicht (Schwarzdruck). Verzeichnet die Kohlenproduktion der einzelnen oberschlesischen Kreise für das Jahr 1913 und gibt als Ergänzung dazu die Steinkohlenmengen an, die im Untergrund bis 1000 m Tiefe noch abbaubar vorhanden sind. Es zeigt sich, daß die nördlichen Kreise ihrer allmählichen Erschöpfung entgegengehen; die Zukunft Oberschlesiens beruht auf den kaum in Angriff genommenen Kohlenschätzen der Kreise Pleß und Rybnik. Die Karte verdient in Deutschland weiteste Verbreitung und ist namentlich auch für Diapositivzwecke sehr zu empfehlen. Bei einer Neuauflage ließen sich unschwer noch kartographische Verbesserungen anbringen, die den Wert der Darstellung noch erhöhen würden.

162. Oberschlesische *Eisenindustrie*. Berlin [1921]: Lithogr. Institut. 42,5:50 cm.

Farbige Übersichtskarte mit Angabe der Förderungsstellen und Eisenwerke innerhalb der einzelnen Kreise. Zeigt die engen wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Kreisen.

163. Die *Schmalspurbahnen* im oberschlesischen Industriebezirk. M. 1:90000. Berlin [1921]: Lithogr. Institut. 48:52,5 cm.

Farbige Übersicht der einzelnen Kreise mit schwarzem Eindruck sämtlicher Schmalspurbahnen in den Kreisen Tarnowitz, Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg, Königshütte und Kattowitz; die Bahnen bilden ein zusammenhängendes schwer trennbares Ganze.

164. *Eisenbahnen* u. Straßenbahnen im oberschlesischen Industriebezirk. M. 1:100000. Berlin [1921]: Lithogr. Institut. 43:52,5 cm.

Farbige Übersicht der einzelnen Kreise mit z. T. farbigem Eindruck der Eisenbahnen und Straßenbahnen Oberschlesiens. Zeigt ebenfalls die engen wirtschaftlichen und verkehrsgeographischen Zusammenhänge zwischen den einzelnen Kreisen.

Vgl. auch Nr 153, 154 und 167.

Österreich.

165. *Trunk, Hans*, Schulwandkarte von Steiermark. M. 1:600000. Wien: Freytag & Berndt [1921]. 41:46 cm.

Farbige Höhenschichtenkarte besonders für Schulzwecke mit Angabe der neuen Grenzen.

Osteuropa mit Polen.

166. Die neue polnisch-russische Grenze nach dem Frieden von Riga (18. III. 21) zeigt eine Kartenskizze (Schwarzdruck) in La Géographie, XXXV/21, Nr 5, S. 566.

Ebenda die durch Schiedsspruch in Riga (31. III. 21) festgesetzte Grenze zwischen Lettland und Litauen.

H.

167. 9 wirtschafts- u. verkehrsgeographisch beachtenswerte Kartenskizzen (Schwarzdrucke, verschied. Maßst.) sind einem Aufsatz von *Arctowski*, „Agriculture and Landownership in Poland“, beigegeben (Geogr. Rev. XI/1921, Nr 2, S. 161). Besonders lehrreich ist die Zusammenstellung über die Bodenfrüchte und den Ertragsreichtum, der die gewaltigen Gegensätze zwischen dem westl. und östl. Polen klar hervortreten läßt und damit einen guten Beweis für die überragende deutsche Kulturarbeit in den ehemaligen deutschen Ostmarken liefert.

H.

Vgl. auch Nr 159.

Südosteuropa und Tschecho-Slowakei.

168. 1 Schwarzdruckskizze „Highroads of Southern Albania“ (1:1,7 Mill.), ist dem Aufsatz von *Scriven*, „Some Highways of Albania and a Forgotten Riviera“ (Geogr. Rev. XI/1921, Nr 2, S. 198 ff.) beigegeben.

H.

169. 1 Schwarzdruckskizze von Saloniki u. Umgebung (1:100000), eine Übersicht der Siedlungen Mittel- u. Südmazedoniens und eine morphologisch-geologische Karte (zweifarbige 1:600000) des gleichen Gebietes bietet A. G. *Ogilvie* in seinem Aufsatz „Physiography and Settlements in Southern Macedonia“ (The Geogr. Rev. XI/1921, Nr 2, S. 172 ff.). Vgl. auch Nr 153 und 159.

H.

Asien.

170. Die Grenzen von Französisch-Syrien gemäß der französisch-britischen Konvention von London (23. XII. 20) und der französisch-türkischen Vereinbarung von London (9. III. 21), zeigt eine Kartenskizze (Schwarzdruck) in La Géographie, XXXV/1921, Nr 5, S. 567.

H.

171. Durch 6, auch für Diapositivzwecke geeignete Kartenskizzen (Schwarzdrucke, versch. Maßst.), ist ein Aufsatz von *Huntington*, „The Relation of Health to Racial Capacity: the Example of Mexico“ erläutert. Die Skizzen zeigen die Abhängigkeit der wichtigsten Krankheiten von dem mexikanischen Klima (The Geogr. Rev. XI/1921, Nr 2, S. 243).

H.

172. 2 kleine Übersichtsskizzen über die Verteilung der ländlichen Bevölkerung und über Gruppenbildung der städtischen Siedlungen in Mexiko sind dem Aufsatz von W. *Cushing*, „The distribution of Population in Mexico“ (Geogr. Rev. XI/1921, Nr 2, S. 227 ff.) beigegeben.

H.

173. 5 wertvolle Kartenskizzen, besonders physiogeographische Übersichten von Mexiko bietet der Aufsatz von *Sanders*, „The National Regions of Mexico“ (The Geogr. Rev. XI/1921, Nr 2, S. 212).

H.

Südamerika.

174. Die Grenze zwischen Columbía und Ecuador stellt ein Übersichtskärtchen (Schwarzdruck, 1:4 Mill.) dar (Geogr. Rev. XI/1921, Nr 2, S. 295).

H.

175. *Mapa ferrocarrilero de la region agricola*. M. ca. 1:1,1 Mill. [Buenos Aires: Ludwig]. 82:118 cm.

Umfaßt das nördliche Argentinien und südliche Brasilien. Farbige Grenz- und Geländekolorit der einzelnen Staaten, Provinzen usw., aber ohne alle Angabe des Geländes, übrigens auch ohne Gradnetz. Der Reichtum der Karte an Namen hätte, besonders auch in Hinsicht auf die praktischen Bedürfnisse der Auswandererberatung, zweckmäßig durch ein Namensverzeichnis aufgeschlossen werden müssen.

176. *Municipio de Buenos Aires y parte del Partido de Avellaneda*. 8. ed. Buenos Aires: Ludwig. 64:68 cm.

Übersichtlicher farbiger Stadtplan, nur mit spanischer Beschriftung.

177. *Gasperi, Federico E. de*, Atlas general de la republica del Paraguay. Buenos Aires: de Gasperi 1920. 15 S. Text und 15 Bl. Kt. 4°.

Bietet auf 15 Blättern eine Darstellung sämtlicher Einzelgebiete (Departements) von Paraguay, die bei dem Mangel geeigneter Karten dieses Landes nur dankbar begrüßt werden kann, obwohl die Ausführung der Blätter noch viel zu wünschen läßt. Es handelt sich vorwiegend um eine politische und verkehrsgeographische Darstellung; das Gelände ist nur angedeutet, zum Teil mit sehr primitiven Methoden. Immerhin erhält man eine erste Vorstellung von den einzelnen Gebieten. Besonders dankenswert ist die eingehende Darstellung des Verkehrsnetzes und die Beigabe einer kurzen statistisch-geographischen Übersicht der einzelnen Departements.

Berichtigung.

In der letzten Bibliographie (Jg. IV, Nr 13, S. 416) ist unter Nr 179 versehentlich ein falscher Titel genannt. Es muß richtig heißen: Mapa de la Republica Argentina, Chile, Uruguay y Paraguay. M. 1:2,5 Mill. [Buenos Aires: „Ludwig“ o. J.] 81,5:118 cm.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 25. Juli 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart

Druckanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDSDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDSDEUTSCHTUM UND AUSLANDSKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden. Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 3.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV – Nr. 16

STUTTGART

Zweites Augustheft 1921

Auslandsdeutschtum und Qualitätsarbeit

Von Dr. THEODOR HEUSS, Berlin.

Die Erkenntnis der innerdeutschen Probleme ist für den Landsmann in der Ferne dadurch so erswert, daß seine Aufmerksamkeit und seine Empfindung überwiegend auf die rein politischen Fragestellungen hingelenkt werden; diese, handle es sich um Staatsform oder Parteienkampf, werden mit der lautesten Regie betrieben, und es ist ganz selbstverständlich, daß gerade sie, in wechselnder Art, das stärkste Echo finden. Aber Deutschlands Gesicht wird nicht bloß vom politischen Machtsstreit geprägt, und es dreht sich bei seinem Schicksal auch nicht bloß um Wirtschaftsdinge, Exportziffern und Arbeiterlöhne, sondern der Weg der Kultur, des Geistes wird zwischen diesen Streiten des Tages und des Marktes bestimmt.

Hier ist nun die Bindung zwischen Heimat und Fremde überall leicht gegeben, wo es sich um die Schöpfungen der Sprache und der Musik handelt; was in der Wissenschaft, in der Dichtung an neuen Werken des deutschen Geistes ersteht, kann sich seinen Weg graben, kann gefunden werden von dem, der nach ihm sucht. Anders steht es mit den Werken der bildenden Kunst und mit all dem, was man „angewandte Kunst“ zu nennen sich gewöhnte, Architektur, Schmuckplastik, weite Gebiete des Kunstgewerbes (etwa Möbel). Wohl mögen da und dort illustrierte Zeitschriften eine Vorstellung vermittelt haben von den neuen Wegen, die in Deutschland seit zwanzig Jahren von den Pionieren eines jungen Willens begangen werden; aber die Abbildung ist ein sehr unvollkommener Mittler, wo es sich um den Eindruck von Raum und Farbe, Material und Technik handelt, und die Frage mag offen bleiben, ob dort, wo man sich eine Vorstellung von der jungen Kunstbewegung formen konnte und wollte, diese immer gerade günstig gewesen ist.

Das Problem zeichnet sich nun so ab: wie ist es möglich, dem Auslandsdeutschen ein zutreffendes Bild der Bestrebungen zu geben, die Kunst, Handwerk und Industrie zu inniger Durchdringung bringen wollen, und ihm ein Gefühl davon zu vermitteln, welche Möglichkeiten, welche Verantwortungen gerade heute und gerade in seine Hand gegeben sind. Vielleicht berührt das seine Seele am unmittelbarsten, wenn man den Beginn jener Bemühungen, nach einem „neuen Stil“ zu suchen, als einen Akt nationaler Selbstbesinnung kennzeichnet. Ein Stil läßt sich nun nicht erfinden oder beschließen, er wächst aus dem geschlossenen Geist einer Zeit; in solchem Betracht hat jede Zeit ihren Stil, auch wenn er so schlecht ist, wie der, aus dem wir uns herausarbeiten wollen. Aber es war schon ein Gewinn, daß eine Gruppe von

Menschen dies peinlich empfand, daß die Deutschen, zur nationalen Einheit gekommen, aus den Kunsttraditionen aller Länder und Zeiten ihre Formen und Muster zusammensuchten, statt sich auf das zu besinnen, was ihrer Art, ihrer Gegenwart gemäß sei. Künstler und Literaten fingen an, es wurde experimentiert, es gab verlorene Schlachten, aber schließlich siegte doch die neue Gesinnung, die in die gewerbliche Arbeit den Geist künstlerischer und verantwortlicher Formung einfügen wollte.

Und bald genug erwies sich, daß es sich bei einer Verjüngung unseres „Kunstgewerbes“ um ganz andere Dinge drehte als um ästhetische Oberflächenprobleme, Wechsel des Dekors oder ähnliches. Wo man nicht mehr sah und wollte, krankte der Versuch, verfiel dem Wesen der bloßen Mode, verdarb. Grundfragen der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung taten sich auf: die Stellung des Arbeitenden im Produktionsprozeß, die Wendung der deutschen gewerblichen Erzeugung zur Industrie.

Die sozialwirtschaftliche Betrachtung der Stellung des modernen Industriearbeiters beschäftigt sich vorzugsweise mit der Tatsache, daß ihm das Eigentum an Werkzeug und Rohstoff verloren gegangen und nur das Aktivum seiner „Ware Arbeit“ geblieben; man muß hinzufügen, daß er auch in den meisten Fällen nicht mehr, wenn man so sagen darf, das „geistige Eigentum“ an seiner Arbeit besitzt. Die ungeheure Intensität der Produktionssteigerung im Industriekapitalismus beruht nicht so sehr bloß auf der Einfügung der Maschine als der Durchbildung der Arbeitsteilung; indem der Arbeiter nur mehr Stückarbeit macht, in die zwangsläufig der Charakter des Mechanisierten tritt, entseelt sich seine Arbeit, flieht der schöpferische Geist. Es ist Romantik, das Rad der Entwicklung rückwärtsdrehen zu wollen; denkt man an die spezifisch technischen Gewerbe, so weiß man, daß die Rationalisierung des Arbeitsprozesses schlechthin der Motor ihrer Entfaltung bleibt. Aber man muß auch anerkennen, welche Gefahr für jene Arbeit sich hier zeigt, bei der der gestaltende Formwille, die Freude an der vollkommenen Leistung, den wesentlichen Charakter ausmacht. Der alte Handwerker kannte seine Arbeit von Anfang bis zu Ende, wählte das Material, gab die Form; der Industriearbeiter weiß nichts vom Entwurf, weiß nichts vom Weg des Werkes, er macht immer nur Teilarbeit. Hier liegen die seelischen Untergründe der inneren Entwurzelung des modernen Proletariats, die man mit Lohnpolitik nur unvollkommen kurieren kann; es war ein Versäumnis des Marxismus, daß er, in der Kritik des kapitalistischen

Systems, an dieser Frage: Verhältnis des Arbeitenden zu seinem Werk, vorbei sah.

Diese Erscheinung ist aufs innigste verflochten mit der wirtschaftlichen Struktur, die Deutschland erhielt: es wurde in den Epochen des jungen Kapitalismus das Gebiet der billigen Massenproduktion. Sein Vorstoß auf den Weltmarkt vollzog sich unter dieser Devise, daß die deutsche Ware billig war, und erst im Laufe der letzten Jahrzehnte, vor allem mit der Durchbildung des technischen Vermögens, sicherte sie sich ihre Stellung draußen dadurch, daß sie gut war, ja, daß sie in so und so vielen Gewerben schlechthin die beste war. Aber daneben blieben noch die Erinnerungen des Anfangs: gerade in den Gebieten, wo nicht die wissenschaftliche Präzision den Charakter bestimmte, sondern die geschmackliche oder geschmacklose Anpassung, blieb der Typus einer Massenware ohne feste Physiognomie beherrschend: Spielwaren, Schmuck, Textil, Keramik usw.

Die Einsicht, daß diese Wendung des industriellen Kapitalismus einer inneren Reform bedürftig sei, steht nun sehr frühe schon nahe bei den Überlegungen über die künstlerische Formung der deutschen Ware. Es ist besonders der gedanklichen Arbeit von Friedrich Naumann zu danken gewesen, der, selber ein Mensch mit starker künstlerischer Empfindung, den Künstlern predigte, daß sie ihre schöpferische Phantasie mit den technischen, sachlichen Forderungen der Gewerbe vermählen müßten, um diese so zu befruchten und zu verjüngen, der den Industriellen vorrechnete, daß es nationalwirtschaftlich eine Verschwendung ist, wenn das Arbeitskönnen der Deutschen, hinter dem Tradition und Volksschulbildung steht, dazu verwandt wird, die Welt mit formal und material gleichgültiger, billiger Ware zu versorgen; der die innere Not des Arbeitenden begriff, dem die eigentliche Werk- und Arbeitsfreude versagt bleibt.

Und sicher sind diese Bemühungen, um die sich ein Kreis von Künstlern und Volkswirtschaftlern, von Industriellen und Handwerkern sammelte, nicht ohne nachhaltigen Einfluß geblieben. Sie wirkten noch nicht in die Breite, aber sie halfen beispielhaften Leistungen zur Wirkung. Ein außerordentlich lebendiges Suchen nach neuer Form charakterisierte die Jahrzehnte vor dem Krieg; da lief Sensationslust mit unter, aber es zeichneten sich auch neue Linien ab. Innerhalb der Industrie wuchs das Verständnis, was gute, ausdrucksvolle Arbeit bedeute; das Handwerk wurde seiner alten Bindung an schöpferisches Vermögen wieder inne; die Schulen öffneten sich einer Gesinnung, die Phantasie mit anständiger technischer Ausbildung zu vereinigen trachtete; durch eine reiche Publizistik wurde beim genießenden, beim kaufenden Publikum um Verständnis, Liebe, Unterstützung geworben. Diese ganze Entwicklung knüpft sich an den Namen des „Deutschen Werkbundes“, der, im Jahre 1908 begründet, die Sammelstelle aller geistigen Energien wurde, die aus mancher Richtung kommend, das nämliche Ziel suchten. Auch das Ausland, vorab unter dem Eindruck deutscher Ausstellungen, merkte den neuen Geist in Deutschland, spürte, wie in dem Ausfuhrbestand auch der mit Geschmacksfragen verbundenen Waren eine Wandlung einsetzte; die französischen Journalisten spotteten wohl über diesen neuen Stil, aber als sie während des Krieges die verderbliche Sündhaftigkeit der Deutschen zu addieren hatten, klagten sie auch über diese germanische Anmaßung, die gallische Souveränität des Geschmacks angreifen zu wollen, und klagten sie zugleich über die Versäumnisse des amtlichen und privaten Frankreichs. Deutschland wurde in einem geschmäht und gelobt. In England aber, das vor sechzig Jahren die vergeblichen Versuche von John Ruskin gesehen hatte, gründete man nach Kriegsausbruch einen Verein, der im

Wesentlichen — die Statuten des Deutschen Werkbundes abschrieb!

Als kürzlich der Reichskanzler Dr. Wirth seine große programmatische Rede hielt, sprach er davon, daß der „Werkbundgedanke“ Deutschland beim wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau helfen müsse. Und in der Tat, die Fragen, die vor zehn Jahren noch von einer nicht eben sehr großen Zahl von Männern und Frauen begriffen und gestellt waren, sind heute an ganz Deutschland gestellt: die Herausarbeitung des Qualitätsgedankens in allen Gewerben ist eine der Voraussetzungen, daß wir uns zum einen vor kultureller Überfremdung schützen und zum andern in der Weltwirtschaft unseren angesehenen Platz zurückerobern. Das Gefühl der nationalen Würde muß uns helfen, in dem Ausdruck unseres Lebens nicht zum Opfer der „Siegerstaaten“ zu werden — die Zeit der Armut nach dem Dreißigjährigen Krieg muß uns als Warnung dienen; wirtschaftliche Einsicht aber soll uns zwingen, nicht in dem bequemeren Nachgeben an die aktuellen Valutaverhältnisse, nur in der Massenproduktion und Massenausfuhr unsere Aufgabe zu erkennen, sondern daran festzuhalten, daß auf jedem Stück, das in die Welt geht, ein Maximum an formenden Gedanken, an technischem Können liegt.

Hier zeigt sich nun eine besondere und wichtige Aufgabe für die Deutschen im Ausland. Es genügt nicht, ihnen zu sagen, daß sie die Heimat bei diesem Bemühen unterstützen müssen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß vielen von ihnen die Entwicklung, die Deutschland hier genommen hat, nicht durch eigenes Miterleben vertraut ist; sie kennen vielfach nicht, daß in Deutschland heute anders, daß besser gebaut wird als vor zwanzig und dreißig Jahren, daß die Läden anders aussehen und bessere Waren haben, sie haben die Atmosphäre der künstlerischen Aussprache, dieses Ringen zum Selbst, zur Befreiung vom sammelnden Historizismus, nicht unmittelbar empfunden. Aber es ist wichtig, daß sie sich mit dieser geistigen Bewegung irgendwie vertraut machen und dann ihre Überlegungen vom ästhetischen Urteil zu den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Folgerungen hinlenken lassen. Ihre Heimat, ihre geistige, soll nicht das Deutschland des ausgehenden 19. Jahrhunderts mit seinem Chaos des kulturellen Ausdrucks bleiben, sondern das junge Deutschland sein; mögen sie gegen seine staatlichen und politischen Formen streiten, so sollen sie ihre Sinnen aufmachen und offen halten für das, was in geistiger und künstlerischer Auseinandersetzung des Volkstums zu seiner Form kommen wird, denn nur dann kann ihre Teilnahme und Hilfe echt sein; sie muß auf einer innerlichen Freude beruhen, auf einem Stolz, was deutsche Kunst und Arbeit in ihrer Verbindung schaffen, auf einem Gefühl, das zwischen französischer, englischer, amerikanischer Ware das besondere Deutsche herausspürt und ihm sich verbunden weiß.

Der Deutsche im Ausland soll unter solchem Betracht selber als Käufer überwachend. Das, was man der Heimat predigt, sich von dem gedanken- und gestaltlosen Schund der Massenherzeugung zu befreien und nur zum besten an Material, an technischer Güte, an künstlerischer Formung zu greifen, gilt von ihm in erhöhtem Maße. Nicht nur dient er damit der Heimat wirtschaftlich, er sichert sich selber den lebendigen und fruchtbaren Geist der Heimat und er wird, ohne lautes Getöse, zum stillen und wirksamen Pionier deutschen Wesens. Dies ist Schmuck aus Deutschland und er ist schön! Dies ist eine Töpferei der Heimat und sie ist gefällig! Dies sind Holzschnitte, Möbel, Lederwaren, Bücher, Bilder, Gefäße, Gläser, die aus Deutschland kamen, und sie erzählen von pfleglichem Nachdenken, von

guter Arbeit, von frischer, wagender Kunst. Keine Stücke, gelegentlich im Bazar mitgenommen, bei denen es schließlich gleichgültig ist, wie lange sie vorhalten, sondern Gut, das man gerne den Kindern weitergibt, das dauern will, weil es Charakter hat. Es wäre wünschenswert, daß den Deutschen im Ausland, wenn da und dort versucht wird, die Verbindung, die durch den Krieg lockerer geworden, wieder fester zu knüpfen, daß ihnen auch von diesen Fragen kulturellen Bemühens erzählt wird, daß Schriften und Bilder hinausgehen, solange die Ausstellung ein zu schwieriges Unternehmen ist. Freilich, auch dieser Weg muß versucht werden, wo immer er gangbar ist, und hier liegt es auch an den Deutschen im Auslande, vor allem an denen, die selber im kommerziellen Leben stehen, Initiative und Wagemut zu zeigen. Von Deutschland aus sind heute noch die Verhältnisse

draußen nicht sicher genug zu übersehen. In den Vereinigten Staaten wird, getragen von der Initiative dortiger Werkbundfreunde, eine kleine erlesene Ausstellung in einigen Städten gezeigt werden und auch mit Südamerika sind schon verheißungsvolle Beziehungen angeknüpft; sie können nur gedeihen, wenn das Auslandsdeutschum sich ihrer annimmt. Zu einer phrasenhaften „Kulturpropaganda“ im französischen Stil hat Deutschland weder Zeit noch Geld, hat auch wenig Geschick dazu; es muß seine „moralischen Eroberungen“ in der Welt durch Leistungen machen. Durch den Nachweis, daß die wirtschaftliche Not und die politische Schwäche, in die es von einer furchtbaren Übermacht an Menschen und Material gezwungen werden konnte, den erfinderischen Geist, die künstlerische Kraft, die Güte des technischen Könnens nicht verdorben haben.

Die traurige Wirklichkeit

Streiflichter auf die kirchlichen Verhältnisse in Kongreßpolen von ADOLF EICHLER, Lodz (zurzeit Allenstein).

Am 3. Juni d. J. wurde auf dem Wege zur Knebelung der deutsch-lutherischen Gemeinden in Kongreßpolen ein weiterer Markstein erreicht. An diesem Tage fand in Lodz eine Besprechung der Mitglieder der zur Beratung des Gesetzesentwurfes über das künftige Verhältnis der evangelisch-lutherischen Kirche zum Staate einberufenen Kommission statt. Merkwürdigerweise hat die Kommission sich zu „erwähnenswerten Änderungen“ des berichtigten Naderschen Gesetzesentwurfes nicht entschließen können, obwohl in ihr auch Mitglieder der um ihre volkische Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit ringenden deutschen Gemeinden vorhanden waren.

In einer kurzen Notiz der „Lodzer Freien Presse“ vom 4. Juni heißt es: „Die Kommission hat sich einstimmig für nicht zuständig erklärt, den Entwurf endgültig anzunehmen. Das Konsistorium erklärte dagegen, daß es die Verantwortung für den Gesetzesentwurf übernehme und ihn reif finde, ohne ihn vorher einer allgemeinen landeskirchlichen Synode zur Begutachtung zu unterbreiten, sofort in den Sejm zur Beschlußfassung einzureichen.“ Somit haben die Mitglieder der Kommission sich des Rechtes, mitzubestimmen und mitzuhandeln, entäußert. In einem mir aus Lodz zugegangenen Privatbriefe, der die Ansichten vieler über das Verhalten der deutschen Kommissionsmitglieder wiedergibt, heißt es: „Vorher wurde sehr viel gesprochen, was sie tun und sagen werden. Dann aber kam es wieder anders. So auch diesmal bei den Beratungen über den berichtigten Gesetzesentwurf. Man wollte es lieber zum Bruch kommen lassen, als nachgeben. Dann fand sich auch nicht einer, der den Mut hatte, offen aufzutreten und seine Meinung zu sagen. Man freut sich sogar, daß es zu einer ‚Einigung‘ gekommen ist und vergißt dabei, wie schmachvoll diese Einigung ist. . . Der ‚verbesserte‘ Nader ist derselbe geblieben, die kleinen Änderungen sind bedeutungslos, niemand hat den Mut, offen aufzutreten. Wagt es dennoch einmal einer, wie Pastor K. aus N., der gegen Generalsuperintendent Bursche offen auftrat, dann wird er von den anderen getadelt. Natürlich wird er es in Zukunft nicht mehr tun, denn anstatt ihm beizuspringen, hat man geschwiegen und sein Benehmen nachher noch als ‚ungeschickt‘ hingestellt. Was man damit sagen will, weiß ich nicht, doch ist das eine wahr, daß man seine Freunde hier oft im Stiche läßt.“

Das herbe Urteil im Briefe wird ungewollt bestätigt durch eine Erklärung des deutschen Kommissionsmitgliedes Wolff in Nr. 25 des in Lodz erscheinenden „Volksfreundes“ vom 19. Juni. Der polnisch gesinnte Pastor Rondthaler hatte in seiner pol-

nischen Zeitschrift „Ewangelik“ den deutschen Mitgliedern kräftigeres Wollen und Handeln zugeschrieben, als sie tatsächlich besitzen. Wolff verwahrt sich sehr entschieden gegen die Annahme, daß die deutschen Kommissionsmitglieder von der Fessel des Konsistoriums befreite „unabhängige Gemeinden“ (gemeint ist der jetzt in Polen propagierte Freikirchengedanke) erstreben und weder zum Generalsuperintendenten Bursche noch zum Konsistorium Vertrauen hätten. Wolff äußert sich wörtlich: „Von einem Mißtrauen gegen den Generalsuperintendenten oder das Konsistorium hat kein Kommissionsmitglied auch nur ein Wort gesagt. Nur ein Pastor vom Lande, der nicht zur Kommission gehört (vom Verfasser unterstrichen) (gemeint ist der im vorher zitierten Briefe erwähnte Pastor K.), hat den anwesenden Vertretern des Konsistoriums offen mitgeteilt, daß bei vielen Gemeindeführern ein solches Mißtrauen tatsächlich bestehe.“ Diese Erklärung deckt vollinhaltlich die Mitteilungen des Briefschreibers.

Fehlende Initiative und Befähigung wurden den deutschen Vertretern innerhalb und außerhalb der Kommission wiederholt vorgeworfen. Die Berechtigung dieser Kritik trat am schärfsten anläßlich einer Versammlung hervor, die am 21. Februar d. J. in Lodz abgehalten wurde und in der Generalsuperintendent Bursche einen Bericht über die kirchliche Lage geben und seinen Anhängern und Gegnern Rede und Antwort stehen wollte. Den deutschen Beschwerdeführern stand ein umfangreiches, die kirchliche und politische Tätigkeit des Generalsuperintendenten Bursche schwer belastendes Material zur Seite. Um sich gegen Entgleisungen zu sichern, brachte man es vorher in Form von Fragen zu Papier, die in der Versammlung verlesen werden sollten. Es wurde darin beanstandet, daß Generalsuperintendent Bursche bei wiederholten Gelegenheiten ohne Auftrag im Namen der evangelischen Kirche Polens sprach und schwerwiegende und die Kirche schädigende Erklärungen abgab, wie bei den Friedensverhandlungen in Paris. Gerügt wurde seine politische Tätigkeit, die das Ansehen der lutherischen Kirche Kongreßpolens nicht erhöht habe. Sehr unbequem mußte ihm die Frage nach seiner Mitarbeit an dem Naderschen Gesetzesentwurf berühren, mit dem eine Vergewaltigung der Gemeinden und der Gesamtkirche beabsichtigt war. Nicht weniger peinliche Augenblicke mußte ihm die Frage nach der trotz wiederholter Zusagen noch nicht einberufenen Generalsynode bereiten. Es folgten Vorwürfe, weil er eigenmächtig in Warschau eine polnisch-evangelische Fakultät ins Leben rief, einzelne als Polonisatoren bekannte Pastoren zur Erlangung

akademischer Grade auf Schweizer reformierte Universitäten entsandte und die Militärseelsorge in fahrlässiger Weise vernachlässigte, indem er zur Zeit des Bolschewisteneinfalles, als in den Lazaretten Tausende von evangelischen Verwundeten lagen, einen der beiden evangelischen Militärpfarrer zur Unterstützung der zwecklosen polnischen Abstimmungspropaganda nach Masuren gehen hieß, während der andere in Warschau sich mit dem Schreiben von Berichten befassen mußte. Dazu kamen die schon öfters vorgebrachten Klagen über seine und des Konsistoriums Gleichgültigkeit gegenüber den behördlichen Willkür-taten gegen evangelische Schulen usw.

Wohl noch nie sind gegen das Oberhaupt einer evangelischen Kirche so schwere Anklagen über grobe Pflichtverletzungen, Amtsüberschreitungen und Nachlässigkeiten vorgebracht worden. Wer das von den beiden Sejmabgeordneten Spickermann und Friese unterzeichnete Schriftstück zu lesen bekam, mußte sich sagen, daß es Bursche nicht gelingen werde, seine unhaltbar gewordene Stellung zu retten. Und nun die Wirklichkeit: Bursche ging nur indirekt auf die Anklage ein und befaßte sich in seiner Antwort in der Hauptsache mit der angeblichen Unzulänglichkeit der beiden Sejmabgeordneten... Bursche errang mit dieser Methode und mit seinem Gegenangriff einen schnellen Erfolg, die Mehrzahl der Versammelten spendete ihm lauten Beifall, selbst verschiedene deutsch gesinnte Teilnehmer. Die Freunde der Sejmabgeordneten aber, darunter auch die deutsch gesinnten Pastoren, wagten nicht, ihnen beizustimmen. Sie spielten die Rolle stummer Statisten und bewahrheiteten durch ihr Verhalten wieder einmal das Sprichwort: Jeder für sich, Gott für alle!

In Lodz und in den deutschen Gemeinden des Landes hatte man vom 21. Februar einen Wendepunkt in der kirchlichen Entwicklung erhofft. Diese Hoffnungen haben sich als Illusionen erwiesen; fester denn je sitzt Generalsuperintendent Bursche im Sattel und triumphiert über seine Gegner, die er der Lächerlichkeit preisgeben konnte. Selbst die „Lodzzer Freie Presse“, die den beiden Sejmabgeordneten nahesteht, muß in ihrem Bericht vom 23. Februar zugeben: „Die Gegner waren aus dem Felde geschlagen, und frohlockend überblickte der Herr Generalsuperintendent die Versammlung, die größtenteils aus von ihm geladenen Gästen bestand. Er hatte gesiegt!“...

Es war nicht Zufall, daß bald darauf die kleine polnische Minderheit der evangelischen Kirche in Galizien sich meldete. Im Gegensatz zu der deutschen Mehrheit der Protestanten in Galizien trat sie gegen die Verselbständigung der galizischen evangelischen Kirche auf und suchte engsten Anschluß an das Konsistorium in Warschau. Es lag im Plane des Konsistoriums, daß der große Erfolg, den Bursche in Lodz errungen hatte, nicht zur Fesselung der deutschen Mehrheit in Kongreßpolen, sondern auch zur Angliederung der galizischen Kirche dienen sollte. Der sogenannte „Kongreß der evangelischen Polen“ in Krakau stellte nach dem Posener „Kurjer Poznanski“ (Nr. 83 vom 12. April d. J.) nicht nur eine Anzahl Forderungen hinsichtlich der Polonisierung aller kirchlichen Einrichtungen und Schulen, sondern denunzierte auch in nichtswürdiger Weise die deutschsprechenden Glaubensgenossen, von denen er behauptete, daß sie „die Kirche als Vorposten der streitenden alldeutschen Politik betrachten“. Generalsuperintendent Bursche, den man zum Ehrenvorsitzenden des Kongresses wählte, konnte triumphierend von der Niederkämpfung der deutschen Regungen in Lodz berichten. Sein in der nach Paris ge-

gangenen Denkschrift geäußelter Wunsch: „Wir wollen eine evangelisch-polnische Kirche schaffen, die frei sein soll von deutschen Einflüssen“, schien der Erfüllung nahe zu sein.

Wenn deutschgesinnte Kreise sich gegen die vom Konsistorium ausgehende Polonisierung der Kirche sträuben, so steht ihnen als abschreckendes Beispiel der Niedergang der einst reich deutschen Warschauer evangelischen Gemeinde vor Augen. In einem Aufsatz in der „Lodzzer Freien Presse“ (Nr. 131 vom 15. Mai d. J.) entrollt Otto Somschor von den Verhältnissen in Warschau ein erschütterndes Bild: „Es gibt Gemeinden, in denen Mischehen, Austritt aus der Kirche und religiöse Gleichgültigkeit bedenkliche Formen angenommen haben. So werden in der Gemeinde Warschau über 60 % aller Ehen als Mischehen geschlossen und die Zahl derer, die aus der Kirche austreten oder sich ihr fernhalten, bezieht man auf viele Hunderte jährlich. Das kirchliche Gemeinwesen liegt total darnieder. Die evangelischen Gemeindeschulen sind aufgehoben und die evangelischen Kinder müssen katholische Schulen besuchen. Das Greisenheim und das Waisenhaus müssen demnächst geschlossen werden, und das weit über die Grenzen der Hauptstadt hinaus bekannte evangelische Krankenhaus wurde aus Mangel an Existenzmitteln der Militärbehörde überlassen. Ein Grundstück nach dem andern muß veräußert werden, und die verzweifelten Notrufe der Pastoren, die allsonntäglich an die Opferwilligkeit der Gemeindeglieder gerichtet sind, klingen wie dumpfe Donnerschläge eines über die ganze evangelische Kirche Polens hereinbrechenden Gewitters.“

Im Vorstehenden sind die Fragen erörtert, um deren Beantwortung man sich in allen deutsch-lutherischen Kreisen Kongreßpolens abmüht. Alle Ernstdenkenden sind sich darüber klar, daß der fröhliche Optimismus, der trotz allem und allem auch heute noch von manchen Männern zur Schau getragen wird, zu weiteren Katastrophen führen muß. Gerade Tatsachen wie die Versammlung vom 21. Februar reden eine so gewaltige Sprache, daß nur Trägheit und Bequemlichkeit behaupten können, es würde sich noch alles zum besten wenden. Seit Generalsuperintendent Bursche Ende November 1918 seine Kundgebung erließ, in der er sagte: „Mit dem Augenblick, wo die Okkupationsbehörden das Land verlassen haben, ist die alte Kirchenordnung vom Jahre 1849 abermals in Kraft getreten“, bis zum heutigen Tage ist er allein der Handelnde gewesen, der die Gemeinde immer wieder vor vollendete Tatsachen stellte. Mit erschreckender Deutlichkeit zeigte es der 21. Februar und der 3. Juni, wohin sein Kurs geht und welches das Ende der deutsch-lutherischen Gemeinden in Polen sein wird.

Soll es dahin kommen, daß die deutschen Lutheraner aus der positiven kirchlichen Arbeit in die negativ wirkende Opposition gedrängt werden, die stets sich zu wehren hat gegen Übergriffe und Entrechtung? Sollen sie in den künftigen Synoden mangels zielbewußter, geschickter und opferbereiter Führer ihrer Mehrheit überstimmt werden und zur Bedeutungslosigkeit herabsinken?

Ein Weg zur Rettung ist da; er führt über die Freikirche zur Selbstbehauptung. Nach den bisherigen Erfahrungen mit dem „System Bursche“ wäre es unverantwortlich, wenn man auf deutscher Seite aus Tatenscheu der Wirklichkeit des Freikirchengedankens auswich. Mit ihm meldet sich die neue Zeit in den deutsch-lutherischen Gemeinden Kongreßpolens an, hoffentlich ist man hellhörig genug, ihr Nadeln zu vernehmen.

Der Stand der Auslandkunde in Deutschland*)

V. Verzeichnis der auslandkundlichen Institute und Vereine Deutschlands (nach Städten geordnet).

Sämtlichen hier aufgeführten Instituten und Vereinen wurde ein Fragebogen mit der Bitte um Übermittlung des Berichts über ihre Organisation zugesandt. Mit der Veröffentlichung der Berichte wird im nächsten Heft (17) es „Auslanddeutschen“ begonnen werden. Da ein Teil der Organisationen sich nicht geäußert hat, so ist es möglich, daß einige der verzeichneten Institute und Vereine inzwischen eingegangen sind. Eine unbedingte Vollständigkeit des Verzeichnisses war bei dem ständigen Wechsel und Mangel geeigneter Vorarbeiten nicht zu erreichen. Um so dankbarer sind wir für Ergänzungen und Nachträge.

A. Universitäts- und akademische Institute:

Amerika-Institut Berlin.
Institut für Auslandsrecht an d. Universität Berlin.
Institut für ausländisches Recht beim Reichsverband deutscher Industrieller, Berlin.
Institut für Meereskunde, Berlin.
Ungarisches Institut, Berlin.
Romanisches Ausland-Institut, Bonn.
Osteuropa-Institut, Breslau.
Wissenschaftliches Institut für die Kultur und Wirtschaft des modernen Orients, Frankfurt a. M.

9. Holland-Institut, Frankfurt a. M.
10. Nordisches Institut, Greifswald.
11. Palästina-Institut, Greifswald.
12. Missionswissenschaftliches Seminar, Halle a. S.
13. Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv, Hamburg.
14. Ibero-Amerikanisches Institut, Hamburg.
15. Institut für Schiffs- u. Tropenkrankheiten, Hambg.
16. Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr, Kiel.
17. Deutsch-Südamerikanisches und Iberisches Institut, Köln.

18. Institut für ostdeutsche Wirtschaft, Königsberg i. Pr.
19. Südosteuropa- und Islaminstitut, Leipzig.
20. Abteilung für vergleichende und koloniale Landwirtschaftslehre am Landwirtschaftlichen Institut der Universität Leipzig.
21. Deutsche Burse zu Marburg (Institut für Grenz- und Auslandsdeutschum an der Universität), Marburg.
22. Deutsches Institut für ärztl. Mission, Tübingen.

B. Geographische Gesellschaften:

Gesellschaft für Erdkunde, Berlin.
Geographische Gesellschaft, Bremen.
Verein für Erdkunde, Dresden.*
Verein für Geographie u. Statistik, Frankfurt a. M.

5. Geographische Gesellschaft, Greifswald.
6. Geographische Gesellschaft, Hamburg.
7. Geographische Gesellschaft, Hannover.
8. Geographische Gesellschaft, Königsberg i. Pr.

9. Gesellschaft für Erdkunde, Leipzig.
10. Geographische Gesellschaft, München.
11. Gesellschaft für Völker- und Erdkunde, Stettin.

C. Vereine und Verbände:

Mit vorwiegend wissenschaftlichen Zielen:
Deutsche Gesellschaft für Islamkunde, Berlin.
Vereinigung der Islanfreunde, Eisenach.
Institut für Auslandkunde u. Auslandsdeutschum, Leipzig-Gohlis.
Deutsche morgenländische Gesellschaft, Leipzig.
Forschungsinstitut für Kulturmorphologie, München.

b) Mit vorwiegend praktischen Zielen:
1. Deutsches Auslandssekretariat, Berlin.
2. Bund der Auslandsdeutschen, Berlin.
3. Deutsche Kolonialgesellschaft, Berlin.
4. Kolonialwirtschaftliches Komitee, Berlin.
5. Deutscher Überseedienst, Berlin.
6. Verein für das Deutschtum im Ausland, Berlin.
7. Zentralverein für Handelsgeographie u. Förderung deutscher Interessen im Auslande, Berlin.

8. Raphaelsverein, Freiburg.
9. Ostasiatischer Verein, Hamburg.
10. Deutsche Vorderasiengesellschaft, Leipzig.
11. Deutsch-Nordisches Institut, Lübeck.
12. Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart.
13. Württ. Verein für Handelsgeographie u. Förderung deutscher Interessen im Ausland, Stuttgart.
14. Evang. Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer, Wittenhausen.

D. Zwischenstaatliche Vereine:

Deutsch-amerikan. Wirtschaftsverband, Berlin.
Deutsch-argentinischer Zentralverband zur Förderung wirtschaftl. Interessen, Berlin.
Deutsch-armenische Gesellschaft, Berlin.
Deutsch-brasilianischer Handelsverband, Berlin.
Deutsch-bulgarische Gesellschaft, Berlin.
Deutsch-dänischer Wirtschaftsverband, Berlin.
Deutscher Balkanverein, Berlin.
Deutscher Wirtschaftsverband für Süd- u. Mittelamerika, Berlin.
Deutsch-französischer Verein, Berlin.
Deutsch-französischer Wirtschaftsverein, Berlin.
Deutsch-georgische Gesellschaft, Berlin.
Deutsch-irische Gesellschaft, Berlin.
Deutsch-italienische Vereinigung, Berlin.
Deutsch-litauische Gesellschaft, Berlin.
Deutsch-norwegisch. Wirtschaftsverband, Berlin.
Deutsch-österreich.-ungar. Wirtschaftsverb., Berlin.
Deutsch-persische Gesellschaft, Berlin.
Deutsch-polnische Gesellschaft, Berlin.

19. Deutsch-portugiesische koloniale Studiengesellschaft, Berlin.
20. Deutsch-rumänischer Wirtschaftsverband, Berlin.
21. Deutsch-russisch. Verein zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, Berlin.
22. Deutsch-schwedische Vereinigung, Berlin.
23. Deutsch-schwedisch. Wirtschaftsverband, Berlin.
24. Deutsch-südamerikanische Gesellschaft, Berlin.
25. Deutsch-ungarische Vereinigung, Berlin.
26. Deutsch-vlämische Gesellschaft, Berlin.
27. Dubwid, Donau-, Balkan- u. Schwarzmeerländerverband, Berlin.
28. Institut für den Wirtschaftsverkehr mit Bulgarien, Berlin.
29. Mitteleuropäischer Wirtschaftsverein in Deutschland, Berlin.
30. Russisch-deutsche Gesellschaft, Berlin.
31. Verband für den fernen Osten, Berlin.
32. Deutscher Wirtschaftsverband für den Balkan und den Orient, Dresden-A. 1.

33. Deutsch-französische Vereinigung, Dresden.
34. Deutsch-südrussischer Verband, Dresden.
35. Deutsch-spanische Gesellschaft, Frankfurt a. M.
36. Deutsch-südslavische Gesellschaft, Frankfurt a. M.
37. Deutsch-bulgarische Vereinigung, Görlitz.
38. Deutsch-griechische Gesellschaft, Hamburg.
39. Deutsch-mexikanische Vereinigung, Hamburg.
40. Deutsch-nordischer Verkehrsverband, Hamburg.
41. Deutsch-portugiesische Vereinigung, Hamburg.
42. Verband deutsch-span. Vereinigungen, Hamburg.
43. Deutsch-finnische Vereinigung, Lübeck.
44. Bayerische Landesvereinigung des Verbandes Deutschland-Spanien, Arbeitsbezirk München.
45. Deutsch-amerikanische Gesellschaft, München.
46. Deutsch-mexikanische Gesellschaft, München.
47. Deutsch-ukrainischer Wirtschaftsverband, Hauptsitz München.
48. Deutsch-finnischer Verein zur Pflege u. Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, Stettin.
49. Deutsch-spanische Vereinigung, Stuttgart.

Das Burgenland

Von Professor Dr. OSKAR KENDE, Wien **).

(Schluß.)

3. Landeskundliche Skizze.

Im ganzen ist die Landschaft des Burgenlandes trotz aller Mannigfaltigkeit der Kleinformen von großer Einheitlichkeit. In den Alpen ist das Senkungsfeld des Oberungarischen Beckens, südlich von Güns buchtartig, abgeglitten, Thermen und Sauerbrunnen umsäumen das Bruchgebiet, in das das jungtertiäre Miozän-

meer eindrang und an dessen Spalten basaltische Laven emporquollen. Schwefelthermen finden sich bei Wolfs am Neusiedlersee (südöstlich von Ödenburg) und bei Bad Brodersdorf an der Leitha, Sauerbrunnen in Sauerbrunn östlich von Wiener-Neustadt, Krosbach am und Deutsch Kreutz südwestlich vom Neusiedlersee, eine andere Reihe in der Umgebung von Pinkafeld (z. B. bei

*) Siehe auch Nr. 14, Seite 418, und Nr. 15, Seite 450.

**) Siehe auch Nr. 15, Seite 452.

Tatzmannsdorf); die Basaltdurchbrüche der Landseer Berge und bei Pullendorf (südöstlich davon) harren noch ihrer ausgiebigen Verwendung im Straßenbau. An der Gebirgsfußküste des Miozänmeeres schlossen sich Seen ab oder entstanden Sümpfe; hier bildeten sich wertvolle Braunkohlenlager, die sich von Niederösterreich (bei Gloggnitz, Zillingsdorf und Sollenau) einerseits durch die Lücke zwischen Leitha- und Rosaliengebirge (Pforte von Ödenburg) nach Neufeld (Lajtha Ujfalú), anderseits nach Brennbach bei Ödenburg ziehen, dessen Flöz eine reine Kohlenmächtigkeit von durchschnittlich 9 m besitzt. Dem Miozänmeere sind auch die ungemein häufig auftretenden Ziegele Tone und die sog. Leithakalke zu verdanken, die, das kristallinische Grundgebirge überlagernd, vielfach gebrochen werden und einen für zahlreiche berühmte Wiener Monumentalbauten verwendeten Baustein liefern (Steinbrüche bei Kroisbach und St. Margareten in den Bergen westlich des Neusiedlersees, bei Müllendorf und Eisenstadt „am Berg“ im Leithagebirge). Der Südwesten des Burgenlandes, die nur teilweise auf seinem Boden gelegenen Rosalien- und Leithagebirge gehören den Alpen selbst in Ausläufern ihrer Urgesteinszone an. Bis gegen Güns schieben sich die klobigeren Berggestalten alpiner kristallinischer Schiefer (z. Teil paläozoischen Alters) vor und gipfeln dort bei Rechnitz im Geschriebenstein (883 m); das Rechnitzer Gebirge enthält manch nutzbares Gestein, z. B. Antimonerze bei Schleining und Schwefelkies an mehreren Stellen. Bei Güssing, dann nordwestlich von Güns, auch südlich von Ödenburg und westlich des mittleren Neusiedlersees (Rußter Berge zwischen Ruß und Kroisbach) ragen die alpinen Schiefer mitten aus sanft gerundeten, gegen Osten sich abdachenden Hügellandschaften auf, die Verwitterung und rinnendes Wasser aus den Ablagerungen des Miozänmeeres herausbildeten. Denn stark ist die Zertalung des Geländes, kurze und steile Querrinnen wechseln mit reizvollen Längstälerh, an denen die Flüsse kleine Ebenheiten aufgeschüttet haben. Die an den Abhängen des steirischen Hochlantsch wurzelnde Raab wird der südliche Grenzfluß des österreichischen Burgenlandes werden, ihr gehen zur Linken zu die Lafnitz, die bisher im größten Teile ihres Laufes Steiermarks Grenze gegen Ungarn war, die von der steirischen Seite des Wechsels abströmende Pinka (mit dem Strembach) und die unweit von ihr ent quellende Güns. Die aus der Bucklichten Welt im südöstlichen Winkel Niederösterreichs kommende Rabnitz kann den Weg zum Hauptflusse (Raab) die längste Zeit nicht finden und erreicht ihn erst kurz vor seiner Mündung in den südlichen Donauarm bei der Stadt Raab. In den Neusiedlersee verliert sich im Nordwesten als sein größter Zufluß die Vuka. Fast ganz entbehrt fließendes Wasser das Gebiet östlich des Neusiedlersees, das zugleich die einzige größere Ebene des österreichischen Burgenlandes darstellt; daß diese „einer Tenne gleichende harte Tonoberfläche“ durch die Schottermassen von Donau und Raab in ihrer normalen Entwässerung behindert wurde, hat hier in dem so gut wie abflußlosen Gebiete wahrscheinlich im Postdiluvium den von dichtem Röhricht umstandenen Neusiedlersee und ostwärts von ihm (im sogenannten Seewinkel) zahlreiche Sümpfe und Wassertümpel entstehen lassen. Der See ist von schwankender Größe und Tiefe; seine flache Mulde wird „weder durch einen nennenswerten Beitrag von Grundwasser noch von Sickerwasser der benachbarten Flüsse gespeist“, Niederschläge und offener Zufluß bestimmen seinen gewöhnlichen Wasserstand. Meist ist er nach allen Richtungen hin zu durchwaten (unter 1 m Tiefe) und gelegentlich trocknet er ganz aus und ein von gewaltigen Sprüngen zerrissener Boden raubt Fischen und zahlreichem Wassergeflügel die Heimstätte. (Zwei kurze Monographien über

den Neusiedlersee durch Swarowsky und Stepan im Sammelheft „Burgenland“ der Zeitschrift „Deutsches Vaterland“, Wien 1920.)

Das Klima des Burgenlandes ist von dem seiner Nachbargebiete nicht sonderlich verschieden; Ödenburg (in 140 m Meereshöhe) und Wien-Land (in 200 m) haben ungefähr die gleichen mittleren Temperaturen (Jänner — 1,5° und — 1,7°, Juli 20,0° und 19,6°, Jahr 9,7° und 9,2°); erst weiter gegen Osten tritt die größere Kontinentalität schärfer hervor. Mit den Niederschlägen ist es ähnlich bestellt, auch sind sie ziemlich gleichmäßig verteilt; die größten Niederschlagsmengen besitzen die höheren Punkte (Geschriebenstein über 90 cm), die trockensten Gegenden (unter 60 cm) liegen am Ostufer des Neusiedlersees. Ein Kärtchen der Isohyeten (Linien, welche die Orte gleicher Regenmenge verbinden) spiegelt auch ziemlich genau die pflanzengeographischen Verhältnisse wider. Der Süden des Burgenlandes bis etwa zur Rabnitz mit Niederschlägen von 80 cm und darüber gehört der sogenannten baltischen Flora an, die auch den größten Teil Deutschlands und Österreichs erfüllt, der Norden, dessen Niederschlagsmengen unter 80 cm bleiben und oft 70 nicht erreichen, bedecken die Vertreter der pontischen (im besonderen pannonischen) Flora, die von den südrussischen Steppen auch hieher ihre Ausläufer sendet. Die pontische Flora kennzeichnen Wälder verschiedener Eichenarten (Zerr-, Stiel- und Steineiche) und baumlose Federgrasfluren (hauptsächlich mit Frauenhaar); berühmt ist ob einiger pflanzenlicher Seltenheiten das Leithagebirge. Der besonders trockene Boden östlich vom Neusiedlersee nährt nur typische Salzpflanzen (Salzkraut, Dornengras). Das südliche Gebiet der baltischen Flora zeigt das dem Mitteleuropäer vertraute Bild; Fichten-, Kiefern- und Buchenwälder geben in der Hügelregion durch den Ton an. Obsthaine, zwischen denen die sauberen Städte bescheiden hervorlugen, sind durch das ganze Land hin verstreut; man schätzt die Zahl der Obstbäume, die besonders vortreffliche Äpfel- und Birnensorten liefern, auf rund 5 Millionen Stück. Rebkulturen, die an die 2 v. H. der Gesamtfläche des Burgenlandes überkleiden, gedeihen zumal im Günser und Rechnitzer Gelände und werden in besonderer Güte am Neusiedlersee (Ruß und Ödenburg) gepflegt¹⁾.

Für den engeren Verkehr zwischen Österreich und dem Burgenlande wird nach dessen Vereinigung mit ihm noch viel zu tun bleiben. Die wichtige Nordsüdlinie, die in unserer Untersuchung bereits eine gewisse Rolle spielte, ist nicht zur Gänze dem Österreich zugewiesenen Teil einverleibt worden; sie hat nunmehr auch einiges von ihrem einstigen Werte eingebüßt. In ihrer Richtung zieht nur der Zweig, der südlich vom tschechisch-slowakischen Preßburg beginnt und sich unfern Neusiedl am See in zwei Arme spaltet, die in die Linie (Raab—Ödenburg—Ebenfurth (der eine freilich außerhalb der Landesgrenze) münden. Desto bedeutsamer werden die wenigen bestehenden und mehr noch die neu anzulegenden Querverbindungen werden, an denen Ungarn begreiflicherweise nicht interessiert war. Vorläufig gibt es bloß zwei durchlaufende Westoststränge; der eine zieht von Wien über Bruck a. d. Leitha gegen das ungarische Raab hin, der andere führt von da über Ödenburg einerseits nach Wien-Neustadt anderseits nach Ebenfurth. Auszubauen werden allem zwei vom magyarischen Güns ausgehende Linien, die eine über St. Martin (bis hierher schon vorhanden) nach Wiener-Neustadt, die andere bei Edlitz in die Aspangbahn mündet; sodann die Strecke (ungar.) Steinamanger—Pinka

¹⁾ Kurzer Überblick über die Pflanzen- und Tierwelt durch K. Böcher, Werner in dem vorerwähnten Sammelbande „Deutsches Vaterland“.

der bisher der Anschluß nach Friedberg fehlte, und die Bahn Güssing—Hartberg.

An alten Verkehrslinien, was meist auch für die Schutzburgen an der Grenze gilt, sind auch die größeren und kleineren Siedlungen des Burgenlandes erwachsen. Wir wollen hier nur einige auf gut Glück nennen. Der größte Ort ist Ödenburg (36000 Einwohner), als typischer Verkehrsknotenpunkt eine der ältesten Städte des Landes. Es schützt das Tor zwischen Rosalien- und Leithagebirge am entgegengesetzten Ende von Wiener-Neustadt, es sammelt die Wege ins Wiener Becken, nach Norden längs des Neusiedlersees, nach Osten gegen Raab (südlich des Hanságsumpfes) und nach Süden gegen Güns und Steinamanger an besonders günstiger Stelle; reiche prähistorische Funde beweisen die Wichtigkeit der Lage, die auch die Römer nützten (Scarabantia) und kurz nach der Völkerwanderung erstet der Ort wahrscheinlich wieder, 845 erscheint sein Name in einer Urkunde Ludwigs des Deutschen. Sein früher schon lebhafter Wein- und Getreidehandel nach Österreich wird jetzt wohl eine neue Blüte erfahren; die (von den bereits erwähnten nahen Kohlenlagern geförderte) Industrie ist namhafter Ausgestaltung fähig. An der Linie Ödenburg—Preßburg liegen zwei gleichfalls alte Siedlungen: das kleine Neusiedl am See und das wichtigere Eisenstadt; an Stelle der im 14. Jahrhundert erbauten Grenzburg ein prächtiges Schloß des Fürsten Esterházy. Nordwestlich von Eisenstadt die Ruinen einer anderen, spätestens im 13. Jahrhundert erbauten Feste: Hornstein. Wo die Linie Ödenburg—Wiener-Neustadt von einer Straße über das Rosaliengebirge gekreuzt wird, liegt Mattersdorf; als Ersatz für die wohl 1287 zerstörte Burg scheint vom Geschlechte derer von Mattersdorf Forchtenstein auf schroffem, von drei Seiten fast unzugänglichen Felsen, weit ins Land hinauslugend, zur Bewachung der Straße über das Gebirge erbaut worden zu sein; heute das schönste (bewohnte) Schloß des Burgenlandes. Die Straße von Kirchschlag und Edlitz einst deckend, überragen die Ruinen der Burg Landsee das gleichnamige Städtchen; auch Burg Landsee geht mindestens bis ins 13. Jahrhundert zurück und hat eine bewegte Vergangenheit. An der Straße Friedberg—Steinamanger, neben der her heute bis auf ein kleines Verbindungsstück bei Friedberg eine Eisenbahnlinie läuft, liegen Großpetersdorf, Oberwarth und (am wichtigsten) Pinkafeld; nördlich von Oberwarth thront über dem Orte gleichen Namens die in der Mitte des 15. Jahrhunderts errichtete Burg Schleining, noch weiter im Norden zieht eine weitere Burgenreihe im Gebiet der Aspang-Günser Verkehrswege. Trutzig lehnt Bernstein an einem über 600 m hohen Felsen, seiner Rolle in den Kämpfen des letzten Babenbergers Friedrich II. gegen Bela IV. bewußt, nördlich des Geschriebensteins ragt Lockenhaus, bereits um die Mitte des 13. Jahrhunderts genannt, über dem Tal der Güns aus waldreichem Gelände empor. Auch das Stremtal zwischen Pinka im Norden und Lafnitz im Süden hat seinen Verkehrsknoten; es ist das kleine Güssing, ebenfalls im schützenden Schatten einer einst wichtigen Burg gelegen.

Die vorstehende landeskundliche Skizze wäre mit einer ausführlichen Darstellung des im geschichtlichen Teile nur seiner Stammeszugehörigkeit nach charakterisierten deutschen Volkes selbst zu schließen; dieses Volk aber in seinem Wesen, seinen Gebräuchen, Gewohnheiten und Liedern auch nur ein wenig bildhaft vorzuführen, würde den Rahmen dieses Aufsatzes weit sprengen. Wir möchten nur auf eine ganze Anzahl einschlägiger Schilderungen in dem Sammelbande des „Deutschen Vaterlandes“ verweisen²⁾ und auf die hübsche Würdigung der „Heenzen“

im sogenannten Kronprinzenwerk³⁾. Die Gesamtzahl der an Österreich kommenden Bevölkerung des Burgenlandes wird mit 345000 (von anderen mit 380000) angegeben; erstere Berechnung weist davon 246000 dem Deutschtum, 44200 den Magyaren, 49400 den Kroaten zu.

4. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse und ihre Bedeutung für Österreich.

Westungarn hat eine fleißige Bevölkerung, die ihren Boden liebt und, so gut sie's versteht, auch pflegt; er dankt es ihr mit auskömmlichen Erträgen. Das Burgenland ist ein reines Agrargebiet, d. h. neben Ackerbau, Viehzucht und Forstwirtschaft spielen Bergbau und Industrie so gut wie gar keine Rolle. Weithin, über rund die Hälfte des Bodens, breiten sich Äcker und Gärten aus und 97 % von ihnen sind auch wirklich in Kultur genommen. Weizen und Roggen stehen auf etwa 47 v. H. der Felder, Gerste, Mais und Hafer auf weiteren 25 v. H., der Rest verteilt sich auf Hack- und Hülsenfrüchte (20 v. H.) und andere Nutzpflanzen. Der Nordosten besitzt den besten Boden, im Westen schränkt auf dem hügeligen Gelände der Wald (im ganzen 26 v. H. des Landes, aber wirklich gepflegt nur vom Großgrundbesitz) die angebauten Flächen ein. Ödland (Neusiedlersee, Sümpfe!) sind rund 9,5 v. H. Freilich steht der Betrieb nur selten auf voller Höhe; die bekannten, oft vorgeschlagenen Mittel zur Hebung der Produktion (Belehrung der Bevölkerung, Zusammenlegungen von Grundstücken, stärkere Heranziehung von Kunstdünger usw.) wären auch hier reichlich anzuwenden. Wenig günstig einer zweckmäßigen Bewirtschaftung ist auch die große Zersplitterung des Besitzes; 54—62 % von der Gesamtzahl aller Wirtschaften (an die 73½ Tausend) entfallen auf Zwergbesitz (unter 2,2 Hektar), 0,5—3 % auf Großbesitz (über 86,3 Hektar). Der jährliche Ertrag an Weizen und Roggen mag durchschnittlich mit 2,4 Millionen, an Gerste, Mais und Hafer (Futtergetreide) mit rund 1 Million Doppelzentner angenommen werden; wird von letzteren kaum etwas für Österreich abfallen, so mag doch beim Brotgetreide über den Eigenbedarf von rund 155 Kilogramm auf den Kopf der heimischen Bevölkerung hinaus ein jährlicher Überschuß von rund ¼ Million Doppelzentner Mehl sich ergeben; was allerdings die gewaltige, für Österreich notwendige Auslandseinfuhr an Mehl nur um 3½ Kilogramm jährlich auf den Kopf der Bevölkerung erleichtern würde. Dagegen würde sich die bisherige Mehreinfuhr nach Österreich aus dem Zollausslande in Gemüse, Obst und Wein nach der endgültigen Einverleibung des Burgenlandes wohl merklich vermindern. Der Viehstand ist verhältnismäßig reichlich; in Österreich entfallen rund 354 Rinder auf 1000 Einwohner (in Deutschland 320), im Burgenland aber 418, nach anderen Schätzungen sogar 520. Für Schweine ist das Verhältnis 296 (189) und 355, für Schafe über 56 (115) und 86, für Ziegen 42 (über 81) und 8. Man wird die Fleischproduktion (Rinder, Schweine) für Westungarn auf 6,5 Millionen Kilogramm schätzen dürfen, den Eigenverbrauch auf 3,3 Millionen Kilogramm; ist letzteres nicht zu niedrig angesetzt, dann würden etwa 3,2 Millionen Kilogramm jährlich für die Fleischversorgung Österreichs, d. h. Wiens, das stets viel von dort bezogen hat, erübrigen; viel macht das in⁴⁾ Anbetracht des Wiener Bedarfes ja nicht aus. Wichtiger wird möglicherweise die Unterstützung durch Milch und Molkereiprodukte (Butter, Käse) sein können und die hierfür nötigen Einrichtungen wären baldigst zu schaffen. Auch mit Geflügel, dessen Bestand 2 Millionen Stück ausmachen dürfte, Eiern und Honig könnte der Wiener Markt durch den Überschuß des Burgenlandes billiger

²⁾ Besonders auf den Abschnitt „Aus dem Volksleben“ von A. Dachler.

³⁾ Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild, Ungarn, Bd. 4, Wien 1896.

versorgt werden. Der Viehzucht stehen Wiesen und Hutweiden (etwa 16 v. H. der Landesfläche) zur Verfügung; das Rauhfutter (Wiesen, Klee und Grüngetreide) im jährlichen Durchschnittsertrage von ungefähr 3 Millionen Doppelzentner wird durch Rüben und Futtermais (über 5,8 Millionen Doppelzentner), Gerste, Mais und Klee (1,2 Millionen Doppelzentner), Kartoffeln, Ölkuchen u. a. ergänzt. Trotz aller Schwierigkeiten der Berechnungen wird man doch behaupten können, daß das Burgenland an Österreich (Wien) besonders Rauhfutter wird abgeben können.

Der geringen industriellen Bedeutung des Burgenlandes gedenken wir schon; nur die Zuckererzeugung besitzt (zumal für das da fühlbar leidende Österreich) Wichtigkeit. Die westungarische Rübenzuckerernte würde die österreichische (3,56 Millionen Doppelzentner im Durchschnitt der Vorkriegsjahre) um 2,5 Millionen Doppelzentner vergrößern; die Zuckergewinnung

daraus wurde von fachmännischer Seite mit etwa 720000 Doppelzentner angenommen. Da 1920 nach Österreich rund 600000 Doppelzentner Zucker aus dem Zollausslande eingeführt wurden, würde die burgenländische Produktion Österreich in Zucker vom Auslande unabhängig machen.

Im Burgenlande stecken noch große Möglichkeiten wirtschaftlicher Weiterentwicklung, auch hinsichtlich seiner Ergänzung und Verstärkung der wirtschaftlichen Eigenart Österreichs; gewiß liegt darin ein wichtiges Moment, das für den Anschluß an Österreich spricht. Aber nicht vergessen wollen wir, daß jenseits aller geographischen und politischen Erwägungen der beherrschende Gedanke stand: daß während so viele Teile vom deutschen Siedlungsboden 1918 gewaltsam losgerissen wurden, mit dem Burgenlande ein anderer, wenn auch kleiner Teil von Allddeutschland nach langer, allzulanger Trennung hoffentlich für immer „heimgefunden“ hat.

Der Deutsche Volksrat für die Bukowina

Von einer am 19. März 1921 zusammenberufenen Vertrauensmännerversammlung wurde das „Grundgesetz des Deutschen Volksrates für die Bukowina“ genehmigt. Der Volksrat ist nach diesem die oberste Stelle zur Wahrnehmung und Vertretung aller völkischen Interessen des buchenländischen Deutschums, ist Träger der Rechte und Pflichten des deutschen Volkes in der Bukowina (§ 1). Im engeren Sinne ist unter ihm die Vollversammlung der Volksratsmitglieder zu verstehen. Zur Geschäftsführung wählt sie den Großen Ausschuß, der seinerseits den Vollzugausschuß und besondere Fachausschüsse bestellt. Als untere Instanzen fungieren Nachbarschaften, Vertrauensmänner, Ortsräte und Kreisausschüsse (§ 2). Zur Beilegung von Streitigkeiten werden von Fall zu Fall Schiedsgerichte eingesetzt, in die die streitenden Teile je 2 Vertreter aus der Zahl der Mitglieder des Volksrats entsenden, die dann ein 5. Mitglied desselben als Vorsitzenden wählen. Die Entscheidungen dieser Gerichte sind endgültig (§ 18). Aus besonderen Anlässen kann ferner ein Volkstag einberufen werden.

Der Volksrat, der ebenso wie alle nachgeordneten Instanzen auf je 3 Jahre gewählt wird, besteht aus gewählten und beamteten Mitgliedern. Erstere werden als Vertreter der Kreisausschüsse delegiert. Dabei kommen auf je 1000 Deutsche 2 ordentliche Mitglieder und 1 Ersatzmann, für Reste von unter 1000 die gleiche Zahl, wenn jene mehr als 500 betragen. Für weniger als 500, aber mehr als 250 Deutsche wird ein Mitglied ohne Ersatzmann in den Volksrat geschickt. Von Amts wegen gehören ihm sämtliche deutschen Deputierten und Senatoren der Bukowina für die Dauer ihres Mandates und darüber hinaus bis zur erfolgten Neuwahl an (§ 3).

Jährlich einmal tritt der Volksrat zu einer ordentlichen Sitzung zusammen; der Vorsitzende ist jedoch befugt, ihn auch außerordentlich einzuberufen. Verpflichtet ist er dazu, sobald der Große Ausschuß, der Vollzugausschuß, mindestens 3 Kreisausschüsse oder ein Drittel der Volksratsmitglieder es verlangen (§ 5).

Nach § 6 des Grundgesetzes hat der Volksrat folgende Obliegenheiten: 1. Stellungnahme zu allen bedeutenden politischen und anderen Volksfragen und Entscheidung darüber; 2. Endgültige Beschlußfassung über die Aufstellung von Kandidaten für die parlamentarischen Körperschaften; 3. Wahl seiner Amtswalter und der Mitglieder des Großen Ausschusses; 4. Beschlußfassung über die Beschaffung und Verwendung der zur Führung der Geschäfte des Volksrates notwendigen Geldmittel; 5. Über-

prüfung der Geldgebarung; 6. Festsetzung der Geschäftsordnung und der Wahlordnung; 7. Ausschreibung von Neuwahlen.

Der Volksrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, zwei Stellvertreter, zwei Schriftführer und zwei Zahlmeister (§ 7).

Der Große Ausschuß, der aus 50 möglichst von allen Kreisausschüssen gewählten Mitgliedern (von denen jedoch mindestens 24 ihren ständigen Wohnsitz in Czernowitz haben müssen), und aus den in § 7 genannten Beamten sowie den deutschen Deputierten und Senatoren der Bukowina besteht, führt die Geschäfte des Volksrats, dessen Beschlüsse von ihm durchzuführen sind. Der Vollzugausschuß sowie die nötigen Fachausschüsse werden von ihm ernannt. Der Vorsitzende des Volksrates bzw. einer seiner Stellvertreter ist gleichzeitig Verhandlungsleiter des Großen Ausschusses. Mindestens einmal monatlich an einem ein für allemal bestimmten Tage tritt der Große Ausschuß zusammen. Auf Antrag ist der Vorsitzende jedoch verpflichtet, nötigenfalls auch außerordentliche Sitzungen einzuberufen. Zu feierlichen Kundgebungen des gesamten Volks willens kann vom Großen Ausschuß der Volkstag einberufen werden, an dem alle großjährigen Deutschen teilzunehmen berechtigt sind (§ 8).

Der Vollzugausschuß überwacht die laufenden Angelegenheiten. Er besteht aus dem Vorsitzenden und seinen Stellvertretern, dem 1. Zahlmeister sowie 5 vom Großen Ausschuß zu wählenden Mitgliedern. Ihm obliegt insbesondere die Aufnahme und Entlassung der Angestellten des Volksrats sowie die Ausführung der Beschlüsse des Großen Ausschusses. In dringenden Fällen ist er berechtigt, unter dessen nachträglicher Genehmigung, nötigenfalls unter Heranziehung der betreffenden Fachausschüsse, bindende Beschlüsse zu fassen (§ 9).

Die Aufgabe der Fachausschüsse besteht in der Ausarbeitung und Vorbereitung der Beratungsgegenstände des Großen Ausschusses und in der Bildung der ihnen von jenem oder vom Vollzugausschuß zugewiesenen besonderen Arbeiten. Ihn obliegt es ferner, alle in ihr Fach gehörigen Fragen aufmerksam zu verfolgen, im Plenum des Großen Ausschusses zur Sprache zu bringen oder im Falle der Dringlichkeit den Vollzugausschuß in Kenntnis zu setzen. Der Obmann des Fachausschusses ist gleichzeitig Berichterstatter im Großen Ausschusse. Die Fachausschüsse müssen in der Weise zusammengesetzt sein, daß die Mehrzahl ihrer Mitglieder in Czernowitz wohnhaft ist. Zu den Beratungen der Fachausschüsse können auch fachkundige Volksgenossen außerhalb des Volksrates herangezogen werden (§ 10).

Die Kreisausschüsse werden durch Wahl von je 4 Vertretern auf je 1000 Deutsche gebildet. Alle deutschen Männer, die das 21. Lebensjahr überschritten haben, im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte stehen und in die Volksliste eingetragen sind, besitzen das aktive und passive Wahlrecht. Sitz der Kreisausschüsse sind die Kreishauptorte.

Als Grundlage für die im Volksrat verkörperte einheitliche Zusammenfassung aller Deutschen des Landes wurden nachstehende Kreise festgesetzt (§ 11), die laut „Anhang zur Wahlordnung für den deutschen Volksrat für die Bukowina“ zugleich auch die 12 Wahlkreise bilden: I. Czernowitz Stadt, die Gerichtsbezirke Czernowitz Land, Sadagora, Bojan, Kotzman und Zastawna; II. Vorstädte Rosch, Manasteriska, Klokuczka, Kaliczanka, Horecza; III. Die Gerichtsbezirke Gurahumora und Stulpikani; IV. Gerichtsbezirk Solka; V. Gerichtsbezirk Dorna-Watra; VI. Gerichtsbezirk Kimpolung; VII. Radautz-Stadt, Alt- und Neufuratautz, Deutsch- und Rum.-Satulmare, D. Badeutz, Andreasfalva, Bilka, Burla, Galanesti, Voitinell, Wolowetz, Unter- und Ober-Horodnik, Ober-Milleschoutz, Rum.-Altfratautz; VIII. Karlsberg, Fürstenthal, Putna, Straza, Suczawitz, Schipot, Seletin, Mardzina, Ober-Wikow, Falkeu, Brodina, Hardegghal; IX. Gerichtsbezirk Sereth; X. Gerichtsbezirk Storozynetz; XI. Gerichtsbezirk Suczawa; XII. Die Gerichtsbezirke Wiznitz, Storonetz-Putilla und Waschkoutz. (Die Kreishauptorte sind in vorstehender Übersicht gesperrt.)

Den Kreisausschüssen obliegt die Führung der Volksliste, die Einhebung der Volksbeiträge, die Entsendung von Vertretern in den Volksrat sowie die Ausarbeitung von Vorschlägen in allen Belangen des betreffenden Kreises an den Volksrat bzw. den Großen Ausschuß. Jeder Kreisausschuß wählt aus seiner Mitte einen Obmann nebst Stellvertreter, einen Schriftführer und einen Zahlmeister. Diese Amtswalter sollen alle möglichst im Kreishauptorte wohnen (§ 12).

Zur Wahrnehmung der örtlichen deutschen Interessen hat jeder Ort in der Bukowina, in dem eine größere Anzahl Deutscher siedelt, einen Ortsrat zu wählen, dessen Mitgliederzahl sich nach der Bevölkerungszahl sowie nach den besonderen lokalen Bedürfnissen des betreffenden Orts regelt. Orte mit geringer deutscher Bevölkerung ernennen aus ihrer Mitte lediglich einen Vertrauensmann, der die Führung mit dem zuständigen Kreisausschuß aufrecht erhält. Wo es der Ortsrat für zweckmäßig erachtet, kann als kleinstes Glied der Volksgemeinschaft die Nachbarschaft eingerichtet werden, die die deutschen Bewohner eines Teiles der Gemeinde, z. B. einer Gasse, umfaßt und einen Nachbarschaftsobmann bzw. dessen Stellvertreter an ihre Spitze stellt. Sie ist Hilfsorgan des Ortsrats, dem sie die Führung der Geschäfte zu erleichtern hat (§ 13).

In die Volksliste wird jeder Deutsche, der sich zur Volksgemeinschaft bekennt, mit seinem gesamten Familienstande eingetragen. Die Führung dieser Liste obliegt den Kreisausschüssen, denen die Ortsräte und Vertrauensmänner das nötige Material zur Verfügung stellen müssen. Die Richtigstellung der Liste hat jährlich bei den Kreisausschüssen zu erfolgen (§ 14).

Zur Bestreitung der Ausgaben des Volksrats werden von diesem die jährlichen Gelderfordernisse festgestellt, deren Aufbringung den Kreisausschüssen im Verhältnis zur Stärke der durch sie vertretenen Bevölkerungszahl übertragen wird. Jeder Deutsche ist verpflichtet, zur Aufbringung dieser Mittel einen Beitrag zu leisten, dessen Höhe vom Kreisausschuß festgesetzt wird. Die eingehobenen Beträge werden von den Kreisausschüssen nach Abzug von 20 %, die der Bestreitung eigener Auslagen dienen, an den Volksrat abgeführt (§ 15).

Die Kanzleiführung des Volksrats besorgt das unter der Leitung eines der Vorsitzenden stehende Amt in Czernowitz (§ 16).

Nach außen wird der Volksrat durch den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter, nötigenfalls unter Heranziehung von Mitgliedern des Vollzugsausschusses, vertreten. Die Fertigung von Schriftstücken und Urkunden geschieht durch den Vorsitzenden oder einen seiner Stellvertreter, einen Schriftführer oder bei deren Verhinderung durch ein anderes Mitglied des Vollzugsausschusses. Weniger wichtige Erledigungen zeichnet der Leiter des Amtes (§ 17.)

Für die Wahlen zu den Räten und Ausschüssen ist eine ausführliche, 43 Paragraphen enthaltende Wahlordnung ausgearbeitet und gleichfalls am 19. 3. 21 von der Vertrauensmännerversammlung genehmigt worden.

Grundsätzlich werden die Mitglieder zu den Ortsräten und Kreisausschüssen an der Hand von Wählerlisten durch persönliche Abgabe von Stimmzetteln mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Für Czernowitz und eine Reihe anderer Orte und Wahlkreissectionen ist jedoch Verhältniswahl mit gebundener Liste vorgeschrieben (§§ 1 und 3 der Wahlordnung). Die Vorbereitung der Wahlen zu den Kreisausschüssen müssen von den Ortsräten binnen 8 Tagen nach deren Konstituierung getroffen werden (W.O. § 21). Die Kreisausschüsse wiederum haben sofort nach erfolgter Aufstellung zur Wahl ihrer Vertreter im Volksrat zu schreiten (W.O. § 35). Diese Abstimmung erfolgt durch Stimmzettel, deren jeder soviel Namen zu enthalten hat, als Kreisausschußmitglieder und Ersatzmänner, die als solche auf den Stimmzetteln ausdrücklich zu bezeichnen sind, gewählt werden müssen (W.O. § 36). Zur Gültigkeit der Wahl ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte aller Kreisausschußmitglieder und die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich. Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet das Los (W.O. § 37).

Bei Vorbereitung und Durchführung der nach dieser Wahlordnung vorzunehmenden ersten Wahlen der Ortsräte und Kreisausschußmitglieder haben die derzeit noch bestehenden Ortsräte, beziehungsweise in Orten, wo keine Ortsräte bestehen, die derzeitigen Vertrauensmänner, an welche die Agenden der Ortsräte für diese erste Wahl übergehen, zu fungieren. Die Funktionen der Kreisausschüsse werden, da solche noch nicht bestehen, für die erste Wahl von einer vom Volksrate für jeden Kreis im Kreishauptorte eingesetzten, aus einem Vorsitzenden und vier Mitgliedern bestehenden Wahlkommission besorgt. Es hat daher der Volksrat gleichzeitig mit der Ausschreibung der ersten Wahl für jeden Kreis ein solches Wahlkomitee einzusetzen. A. M.

Wer ist zur Auswandererfürsorge berufen?

Von K. M. THOENNES, Dortmund, Gewerkschaftssekretär und Leiter einer gemeinnützigen Nebenstelle des RWA. und des Bundes der Auslandsdeutschen.

Mehr denn je zuvor beschäftigt sich heute die Allgemeinheit und erfreulicherweise auch der Staat mit dem Problem der Auswanderung weiter Schichten unserer Volksgenossen. Die Frage der zweckmäßigen Fürsorge, ob staatlicher oder privater Fürsorge, tritt damit in den Vordergrund des allgemeinen Interesses.

Bei der Prüfung der Streitfrage, welche Art der Fürsorge die beste ist, ob die staatliche oder die private Fürsorge, ist es notwendig, seinen Gesichtskreis nicht auf Deutschland allein zu beschränken, auch nicht auf die derzeitigen Entstehungsgründe der Auswanderung, sondern auf die kulturellen Entwicklungs-

möglichkeiten, die politische Stellung der in Betracht kommenden Einwanderungsländer, dem Auswanderer wie dem deutschen Staate gegenüber und nicht zu allerletzt auf die Frage: Wie kann man dem zukünftigen Auswanderer wirtschaftlich und sozial am besten nützen. Unter Berücksichtigung der oben angeführten Punkte wird man bei kritischer Prüfung zu der Feststellung gelangen, daß der staatlichen Fürsorge enge Grenzen gezogen sind, die es ihr nicht gestatten, sich nach jeder Richtung frei zu bewegen und besonders in Fragen von untergeordneter Bedeutung sich mit dem Auswanderer so intensiv zu beschäftigen, als bereits bestehende Privatorganisationen dies tun.

Von den Aufgaben, die Herr A. Knoll der staatlichen Fürsorge stellt, ist es notwendig, daß sie überhaupt einmal formuliert werden, bei der Durchführbarkeit derselben muß ich dagegen Herrn Dr. Wertheimer recht geben, wenn er sehr richtig sagt: „Jeder fremde Staat würde sie als eine unzulässige Einmischung in seine Staatshoheit glatt ablehnen.“

Das beste Beispiel haben wir bei dem Versuch der Vereinigten Staaten von Amerika, die Untersuchung, wem die Einwanderung nach den Staaten gestattet sein soll, durch die zuständigen Stellen der amerikanischen Einwanderungsbehörde in den europäischen Abgangshäfen festzustellen. Bisher haben sich sämtliche europäischen Staaten gesträubt, den Vereinigten Staaten dieses Kontrollrecht in ihrem Lande einzuräumen, obgleich dabei Tausenden von Auswanderern Unkosten und Enttäuschungen, besonders der Deportation oder eines längeren nicht angenehmen Aufenthalts auf Ellis Island, der Einwandererinsel, erspart werden würden.

Meines Erachtens stellen die von Herrn A. Knoll angeführten Aufgaben ein Programm dar, mit dem sich das internationale Arbeitsamt in Genf befassen könnte. Es darf auch nicht übersehen werden, daß bei der Beseitigung gewisser Schwierigkeiten in den Zielländern der Auswanderer im neuen Lande sich nicht zwei staatlichen Autoritäten auf einmal unterstellen will. Wenn es auch möglich ist, auf gesetzlichem Wege durch internationale Vereinbarungen die Rechte des Auswanderers im Ziellande sicherzustellen oder zumindest zu schützen, so bleiben doch noch viele andere Aufgaben zu erledigen, die in das tägliche Leben des einzelnen eingreifen, bei denen der entfernt lebende Heimatstaat nicht so mitwirken kann, als eine an Ort und Stelle bestehende Privatfürsorge.

Schulen, Vereine und Genossenschaften sind die gegebenen Interessenvertreter der Auswanderer im Ziellande, wohl kann der Heimatstaat sie in ihren verschiedenen Bestrebungen unterstützen, ersetzen kann er sie aber nie.

Die Träger dieser drei Organisationen sollten dann im Heimatlande ihre eigenen Pfeiler haben und über beide Pfeiler gemeinsam ist die zukünftige Auswandererfürsorge auszubauen.

Damit komme ich zur kritischen Beleuchtung der Auswandererfürsorge in Deutschland, und hier, möchte ich sagen, ist die Auswanderungsfrage heute eine Art Berufsfrage. Viele haben die Absicht, in der neuen Heimat sich der Landwirtschaft zu widmen, andere sind bereit, oder müssen doch damit vertraut gemacht werden, gegebenenfalls irgend etwas zu ergreifen, womit sie ihr Brot verdienen können. Und da muß ich es stark bezweifeln, ob eine staatliche Stelle dieser Aufgabe der Beratung gewachsen ist, denn wenn sie von Erfolg sein will, so muß sie auch gewisse Garantien bieten können, z. B. Land zum Siedeln, Arbeitslosenunterstützung und, wenn alle Stricke reißen, die Möglichkeit einer freien Rückreise. Bis jetzt ist von seiten des Staates in dieser Richtung nichts geschehen noch bestehen irgendwelche Anzeichen, daß etwas hier geschehen soll.

Das einzige, was dem Auswanderer hier helfend zur Seite steht, ist die Solidarität der Volksgenossen, mit denen er zusammen in der neuen Heimat sich niederläßt; hinzukommt, daß die heutige und zukünftige Auswanderung sich aus allen Volksschichten zusammensetzt, auch hier ist es zu bezweifeln, ob eine staatliche Stelle bzw. deren Angestellte das nötige Ausmaß an Erfahrung besitzen, um sich in den Ideenkreis der einzelnen Schichten hereinzusetzen und deren Vertrauen zu erwerben.

Aus meiner praktischen Erfahrung auf dem Gebiete der Auswanderung habe ich den Eindruck bekommen, als ob die staatliche Stelle, in diesem Fall das RWA., sich mehr abratend als beratend betätigt, dieses soll an und für sich kein Vorwurf gegen das RWA. bedeuten, andererseits wird aber der künftige Auswanderer, der um jeden Preis auswandern will, ungewollt den Eindruck erhalten, man versuche von staatlicher Seite die Auswanderung zu verhindern, oder wie man mir vielfach entgegenhält, „der Staat braucht Steuerzahler, darum versucht er die Auswanderung möglichst schwarz hinzustellen“. Ein Sprichwort sagt: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es doch nicht dasselbe, d. h. in diesem Fall: es kommt darauf an, von wem die Warnung ausgeht.

Wenn ich damit den Standpunkt der Privatfürsorge vertrete, so mit der bestimmten Einschränkung, daß dieselbe einer staatlichen Kontrolle zu unterstehen hat. Damit soll auch noch nicht gesagt sein, daß irgend eine Vereinigung unter dem faden-scheinigen Mantel „Fürsorge“ eine Existenzberechtigung hat. Die Frage, welche Privatorganisationen hier zuständig sind, müßte scharf geprüft werden.

Die beiden religiösen Vereinigungen, der Ev. Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer in Witzenhausen und der Raphaelsverein für kath. Auswanderer in Freiburg, haben auf dem Gebiete der Auswandererfürsorge bisher Ersprießliches geleistet.

Auch die Gewerkschaften haben sich schon mehrfach mit dem Auswanderer-Problem beschäftigt. Außer den religiösen Vereinigungen und den Gewerkschaften ist dann der Verein für das Deutschtum im Auslande und das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart auf diesem Gebiete tätig.

Bei einem harmonischen Zusammenarbeiten dieser Organisationen mit dem RWA. in einer Art Arbeitsgemeinschaft ist der Anfang einer wirklich umfangreichen Fürsorge, deren Netz sich über das ganze Reich verbreitet, gegeben. Auf Grund dieser Arbeitsgemeinschaften wäre es möglich, ein gediegenes Programm für großzügige Auswandererfürsorge zu schaffen. Bei einer etwa eintretenden Massenauswanderung wäre die nötige Erfahrung gesammelt und an Hand dieser Erfahrungen könnten weitere Schritte vorbereitet und, wenn notwendig, von seiten des Staates die nötigen Mittel bereit gestellt werden.

Bei der Lösung der von Herrn A. Knoll gestellten Aufgaben für die staatliche Fürsorge glaube ich nicht, daß die Schwierigkeiten zur Lösung derselben so groß sind, als Herr Dr. Wertheimer sie hinstellt. Schon allein der bessere Verkauf der beweglichen Habe, anstatt der sonst eintretenden Verschleuderung ist unter den heutigen Verhältnissen sehr leicht möglich, zur Verbilligung des Transportes, wenn Freifahrten auf deutschen Eisenbahnen nicht möglich sind, könnte auch mancherlei geschehen. So könnte doch die Möglichkeit gegeben werden, durch Benutzung von Schnellzügen (extra Wagen) die Fahrt zu beschleunigen und damit zu verbilligen, auch die Beförderung des Gepäcks könnte unter einem Vorzugstarif, wie dieselben bereits bestehen, zur Verbilligung der Reise beitragen.

Eine besondere Aufgabe des Staates ist, für genügende und gute Unterkunftsräume im Abgangs- und Ankunftslande zu sorgen.

sorgen; jedoch würde der Staat schon bei diesem Punkte auf die besondere Mitarbeit der Privatorganisationen angewiesen sein. Von besonders großer Wichtigkeit ist eine staatliche Schiffskontrolle und hier muß ich Herrn Dr. Wertheimer widersprechen, wenn er sagt, daß die privaten Interessen der Schiffsgesellschaften sich mit den sozialen Interessen des Staates decken, wohl will ich zugeben, daß in den letzten Jahren vor dem Kriege verschiedene Verbesserungen zum Wohle der Auswanderer getroffen worden sind, aber unter den jetzigen Verhältnissen stehen diese Verbesserungen noch nicht einmal auf dem Papier und der Grundsatz: „Die Masse muß es bringen“ steht wieder an erster Stelle. Aufgabe des Staates ist, dafür zu sorgen, daß auf den Auswandererschiffen genügend Räumlichkeiten zum Schlafen und Aufenthalt und anständige Hospitalräume vorhanden sind, sowie auch gutes und geprüftes Pflegepersonal, desgl. hinreichendes Bedienungspersonal. Das ganze persönliche Wohlergehen der Auswanderer sollte auch während der Schiffsreise unter staatlicher Kontrolle stehen.

Für die großen Konsumgenossenschaften wäre hier ebenfalls die Möglichkeit gegeben, ihr Tätigkeitsfeld bedeutend zu erweitern. Sie könnten den Auswanderer mit all dem versorgen, was er zur Auswanderung benötigt. Z. B. könnte ein Auswanderer in einer Zweigstelle der Konsumgenossenschaften irgendwo im Reiche seine nötigen Bestellungen machen, die Bestellung wird von der Zweigstelle nach der Zentrale weiter gegeben und in Hamburg oder Bremen erhält er alles schön verpackt zugestellt. Weitere Möglichkeiten gibt es dann noch für die Konsumgenossenschaften, in Verbindung mit den entstehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften der Auswanderer neue, wenn auch für den Anfang bescheidene Handelsbeziehungen anzuknüpfen.

Aus diesen kurzen Ausführungen möge aber hervorgehen, wie notwendig die beiden Arten der Fürsorge für den Auswanderer sind. Die eine kann die andere nicht ersetzen, während beide gemeinsam in der bereits angedeuteten Arbeitsgemeinschaft der Privatorganisationen mit dem RWA. eine wirklich großzügige Fürsorge für die Auswanderer darstellen.

Erlebnisse Auslanddeutscher im Weltkrieg*)

VIII. Von Tsingtau nach Stuttgart.

Von J. H. U....

(Fortsetzung.)

Anfänglich bekam jeder Soldat auch bis zu 2,50 Yen im Monat Liebesgaben. Das wurde aber weniger und weniger, bis man schon Mitte 1915 65 Sen (etwa 1,30 M) im Monat zu verbrauchen hatte.

Durch die anfänglich wirklich gute Behandlung ermutigt und in der Hoffnung, es später wieder ebensogut zu bekommen, taten wir unser Bestes, den Japanern keinen Anlaß zu Beschwerden zu geben und ich glaube, nie ist eine Mannschaft derart ruhig, friedlich und folgsam gewesen wie wir in den ersten Monaten unserer Gefangenschaft. Jedenfalls war ich in meinem Leben nie so kreuzbrav gewesen wie damals.

Aber wir mußten schließlich sehen, daß die Japaner gar nicht daran dachten, unsere Lage zu bessern durch Ausgänge, größere Postfreiheit und dergl., im Gegenteil, es wurde damit, ohne daß wir schuld daran gehabt hätten, immer schlechter. Ausgeführt worden sind wir bis Frühjahr 1916 vier ganze Male und die Briefschreiberei ist bis auf 1 Postkarte und 1 kleinen Brief pro Mann und Monat eingeschränkt worden. Dabei hatte doch der Zensor mit 107 Offizieren und Mannschaften fast keine Arbeit! Die Kameradschaft im Lager und auch das Verhältnis mit den Offizieren besonders von seiten der Reservisten war sehr gut; ihr habe ich es auch in erster Linie zu danken, daß meine Flucht überhaupt ermöglicht wurde. Wie oben erwähnt, konnte jeder tun und lassen was er wollte. Ich fing auch an, Sprachen zu lernen, zuerst Spanisch, dann Chinesisch, warf aber alle Bücher bald wieder an die Wand und beschäftigte mich eifrigst mit Fluchtplänen. Wir hatten durch unsere Geheimpost von den verschiedenen Lagern von Fluchtversuchen gehört, die bis auf einen bei Mikados Geburtstag 1915 fehlgeschlagen waren. Die Ursachen des Mißlingens und die begangenen Fehler waren uns auch bekannt und ich habe daran viel gelernt. Leider erfahren wir auch immer von den furchtbar harten Strafen, die die Japaner auf Fluchtversuche legten. Hatten sie einen erwischt, so zählten sie ihm eine Menge Verbrechen auf, die er begangen hatte und ihm unbekannte Vorschriften, gegen die er verstoßen hatte, als da ist: unerlaubte Entfernung vom Lager, unerlaubte Benützung eines Eisenbahnzugs, Benützung oder

Anfertigung falscher Papiere, so daß bald Zuchthausstrafen von ein bis drei Jahren, manchmal sogar Zuchthausstrafen während der Dauer der Gefangenschaft sich herausstellten. Wer es überhaupt wagte, über den Zaun zu hupfen, nur um die kleinen Mädchen zu besuchen und dabei abgefaßt wurde, flog zum mindesten dreißig Tage in Dunkelarrest. Diesen Sport haben wir bald sein lassen, denn der japanische Dunkelarrest ist beinahe noch schlimmer als das Zuchthaus. Man sitzt da in einem vollständig kahlen Raum, der nur durch ein oben an der Wand befindliches, vielleicht vierzig im Quadrat großes Luftloch Licht erhält, bekommt zwei Tage lang nur etwas Reis zum Essen und warmes Wasser zum Trinken, keine Decken zum Schlafen, sondern erhält diese nur jeden dritten Tag zusammen mit dem üblichen Kriegsgefangenenessen. Die Abortgelegenheit ist im selben Raum in der Ecke; eine offene, nicht mal mit einem Brett zugedeckte Grube, aus der des Nachts in großen Scharen dicke Ratten hervorkrochen. Waschen oder sonst reinigen durfte sich der Bestrafte während der ganzen dreißig Tage nicht. Die Tür ist eine Falлтüre, die hochgeschoben wird, unter der man auf allen vieren hereinkriechen muß, genau eine Vorrichtung wie bei den Transportwagen der Menagerien. Im japanischen Zuchthaus bekommt der deutsche Sträfling ein japanisches orange-farbiges Sträflingsgewand, darf den ganzen Tag Briefumschläge kleben und wird morgens und nachmittags je eine halbe Stunde im Hofe zusammen mit den andern Gefangenen im Kreise herumgeführt.

All dies war uns bekannt, aber mein wohldurchdachter Plan zur Flucht lag fest. Wenn in einem Staate „Militarismus“ herrscht, so herrscht er in Japan, wo die Armee alles zu sagen und der Rest des Volkes zu schweigen hat. Folglich beförderte ich mich selbst zum kanadischen Hauptmann, der sich auf Urlaubsreisen befindet. Einen Zivilanzug hatte ich mir mit Hilfe eines treuen Kameraden aus Litewken während sieben langen Monaten zusammengearbeitet, meinen Paß hatte ich mir auch zusammengestellt und somit war alles für die Flucht fertig. Einen Mantel wollte ich mir auch noch bauen, aber am 11. März kam eine amerikanische Untersuchungskommission, welche das Lager be-

*) Siehe auch Nr. 10—18, 20, 22—24 im vorigen, Nr. 2—12 in diesem Jahrgang.

suchte und in meiner Eigenschaft als „Rebellenführer“, wie mich meine Kameraden nannten, hatte ich die betreffenden Amerikaner auf all die Übelstände in unserem Lager hingewiesen und mich noch dazu verleiten lassen, mächtig, besonders auf unsern Stabsarzt, zu schimpfen. Alles war damals von dem japanischen Dolmetscher eifrigst notiert worden; ich fürchtete für allerhand große Strafen und daher war mir der Aufenthalt im Lager noch unerwünschter geworden.

Am 13. März 1916, 9.15 Uhr abends, kletterte ich über den Zaun; meine Kameraden waren im Bilde, inszenierten im Schlafsaal eine kleine Rauferei, durch die die Wache abgelenkt wurde. Ich marschierte über die Reisfelder weg, Koffer in der linken, Spazierstock in der rechten Hand und die Schuhe in den Zähnen auf die Straße. Dort zog ich meine Schuhe an und wanderte, bis ich die erste Riksha fand. Dem sagte ich nur ein Wort und fröhlich grinsend zog er mich nach der Straße, wo die Freuden blühen. Dort frug ich den ersten Herbergsvater, der gleich an die Türe kam, nach meinem Freunde, der mit mir am Morgen von Kobe gekommen, etwas kräftig gezecht habe und den ich nun suche. Natürlich war der Freund nicht zu finden, ebenso ging es in zwei oder drei andern Häusern und schließlich ließ ich mich nötigen, in eines derselben einzutreten. Ich sagte dem Mann, daß ich noch mit dem Nachtexpress nach Tokio müsse, mußte meinen Paß vorzeigen und mich in das Fremdenbuch eintragen und bat den Vater, mir ja rechtzeitig eine Riksha zu besorgen, damit ich meinen Zug nicht verfehle. Dies tat er auch und nach 12 Uhr fuhr ich zum Bahnhof. Dort stellte sich auch sofort heraus, daß ich richtig gerechnet hatte, denn mein Kuli wurde gleich von einem Japaner gefragt, woher ich komme. Ich kümmerte mich natürlich nicht um die Sache, sondern stapfte in die Bahnhofshalle. Natürlich vermutete der Japaner hinter einem Europäer, welcher aus der Gegend kam, keinen flüchtigen Kriegsgefangenen. Am Schalter löste ich mir eine Karte erster Klasse rauf nach Tokio, wo ich morgens 7 Uhr ankam. Ich setzte mich nun in die Bahnhofswirtschaft, frühstückte nochmals und gleich kam auch ein japanischer Bahnbeamter zu mir, der mich anscheinend ausfragen wollte. Nun, ich kam ihm zuvor, erzählte ihm vorneweg, daß ich britischer Offizier sei, ziemlich mitgemacht und erlebt habe und zur Erholung meiner Nerven auf einer längeren Urlaubsreise sei. Vorläufig gedenke ich nach den Schlachtfeldern des russisch-japanischen Krieges zu gehen. Der Japaner frug mich, ob ich schon meine Fahrkarten habe. Dies verneinte ich und er erbot sich sofort, dieselben für mich zu kaufen. Ich bat ihn, Karten mit Schlafkarten bis Tschangsun zu lösen und gab ihm zu diesem Zweck 100 Yen. Er kam gleich darauf wieder zurück und sagte ganz erstaunt, ich hätte doch schon Karten gekauft, denn ein Mr. Underwood sei für Schlafplatz Nr. 24 vorgemerkt. Das konnte nun eine Falle sein, jedenfalls erklärte ich ihm fröhlich lächelnd, daß ich, der Kapitän Underwood, noch keinerlei Karten habe, und daß der andere Underwood womöglich ein Verwandter von mir sein könne. Weiter gab es nun keinen Anstand; ich bekam meine Billette, die ungefähr 79 Yen ausmachten, Trinkgeld nahm der Mann keines an, sondern nur nach viel Nötigen einen schwarzen Kaffee. 8.30 Uhr saß ich in meinem Wagen I. Klasse und gerade um die Mittagszeit, als ich beim Essen war und meinen Weißwein becherte, fuhr ich an unserem alten Platz Shizuoka vorbei. Da habe ich hoch mein Glas erhoben und habe an meine lieben Kameraden gedacht. Mein Zug war der japanische Luxuszug und großartig ausgestattet. Der letzte Wagen war der Panoramawagen mit schönen blauen Plüschmöbeln und einer Plattform, auf der Korbstühle standen. In diesen Wagen verfügte ich mich

nach dem Mittagessen. Dort saßen einige Japaner, denen ich mich gleich vorstellte und die ich eifrig ins Gespräch zog. Ich erzählte ihnen großartige Geschichten von der Schlacht bei Ypern und dem ersten Gasangriff der Deutschen, unter dem besonders wir armen Kanadier schwer zu leiden hatten. Meine Verwundung und die große Narbe auf meinem Arm spielten bei diesen Erzählungen eine bedeutende Rolle und wurde kräftig von den Japanern angestaunt. Dabei habe ich die Herren mächtig eingeseift nach alter Schanghaihitte, immer Bier und Brandy und Brandy und Bier, und vier von meinen Gesellschaftern nahmen sich auch nach einer halben Stunde besonders in Betracht der schönen Möbel höchst unanständig. Sie waren ruhmlos gefallen! Ich aber und der fünfte Japaner, wir hielten aus. Wir wurden ganz gute Freunde. Ich erzählte ihm, daß ich zwar nun britischer Offizier sei, aber eine deutsche Mutter habe, so lange ich denken könne in Deutschland gewesen sei. In Heidelberg studiert habe und erst kurz vor Kriegsausbruch wieder nach Kanada zurückgekommen sei. Ich habe viele Freunde unter den Deutschen, gegen die ich jetzt kämpfen müsse, und halte den ganzen Krieg für ein großes Unglück und einen großen Jammer. Dem stimmte der Japaner vollkommen bei; er sagte, er habe unten in Schimonoseki eine Fabrik, habe bis jetzt noch nie einen Yen am Kriege verdient, aber jetzt wolle er auch Kriegslieferant werden. Schließlich schimpften wir beide auf die Engländer; die Stimmung gegen England war gerade damals sehr aufgebracht, weil der englische Hilfskreuzer „Laurel“ in der Yangtsemündung verschiedene japanische Dampfer teilweise recht schroff angehalten hatte auf der Suche nach indischen Verschwörern. Gleich nach dem Abendessen wankten wir bei voll Zufriedenheit in unsere Schlafräume. Mit dem Geld und besonders mit den Trinkgeldern sparte ich nicht und durfte auch nicht sparen, denn ich war besonders für einen kanadischen Hauptmann in Zivil recht schäbig gekleidet und mußte den Leuten den Eindruck beibringen, daß meine Nerven wirklich herunter, ich zum mindesten etwas verrückt sei. So mußten sich die Leute eben sagen, am Geld kann es nicht liegen, daß der Herr so dürrig gekleidet ist, denn ausgehen tut er's ja mit vollen Händen.

Am andern Morgens 9 Uhr kamen wir in Schimonoseki an. Beim Verlassen des Zugs kam ein Japaner in Zivil auf mich zu, lüftete seinen Hut und stellte sich als Mitglied der Polizei vor, der die Papiere sehen müsse. Na, dachte ich im Stillen, jetzt wird die Reise bald zu Ende sein, behielt aber kein Blut und meine Pfeife im Mund und fischte nach meiner Brieftasche. Da kam der Japaner zurück, mit dem ich am Abend vorher so gewaltig gezecht hatte, sagte dem Detektiv etwas, was ich natürlich nicht verstand und da hätten sie meine Papiere sehen sollen. Er zog nochmals seinen Hut bis zur Erde und dann „I beg your pardon, Sir; of course, if you are a British army officer, I don't need to see any papers.“ Ich klopfte ihm wohlwollend auf die Schulter, meinte, „That's all right, you are only doing your duty“, bat ihn noch um Geld für meine Pfeife, die in der Hitze des Gefechts ausgegangen war. Er entschuldigte sich nochmals, lüftete wieder seinen Hut und ich wanderte fröhlich von dannen. Unten war schon das Dampfboot bereit, das uns nach Fusan bringen sollte, die „Tsusima Maru“. Dort mußte ich mich in die Schiffsliste eintragen, mir meine Kabine anweisen und mein Gepäck wegstellen. Ich trank mal auf all den Schrecken einen kräftigen Whisky. Um 9.30 Uhr fuhr das Boot ab und ich war, abgesehen von etw. Kopfschmerz, sehr vergnügt. 12 Uhr war Essen im Speisesaal.

(Schluß folgt)

VOM DEUTSCHTUM IN DEN ABGETRENNTEN GEBIETEN

Eupen und Malmedy.

In Eupen-Malmedy fürchten die Belgier das deutsche Wesen. Sogar das Tragen des Eisernen Kreuzes ist dort verboten worden, weil man Angst vor den Trägern dieser Auszeichnung hat. Für andere deutsche Ehrenzeichen ist zum Tragen eine besondere Erlaubnis des belgischen hohen Kommissars notwendig. So verkündet es die erste Nummer des Amtsblattes, das in französischer und gnädigst auch in deutscher Sprache erscheint, weil die erstere ja zwar eine Amtssprache ist, aber von niemand gelesen werden kann!

Ruhe in Neu-Polen?

Nach den Deutschen-Verfolgungen in den verschiedensten Städten ist zunächst etwas Ruhe eingetreten. Die „Deutsche Rundschau in Polen“, die in Bromberg erscheint, kann jetzt einen Erlaß mitteilen, den der polnische Minister für das ehemals polnische Teilgebiet am 20. Juni an die Staatsanwälte bei den Appellations- und Bezirks-Gerichten herausgehen ließ und den alle Richter zur Kenntnis erhielten. Es heißt darin, daß die Hetzen gegen die jüdische und deutsche Bevölkerung nur ein patriotisches Mäntelchen gewesen seien: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß sowohl die wirtschaftlichen als auch die patriotischen Schlagworte, deren sich die Hetzer bei ihren verbrecherischen Betrieben bedienen, nur ein Deckmantel für ihre verborgenen weitergehenden Ziele sind. Die Übergriffe der hiesigen Bevölkerung gegen Gut und Leben der Bürger mosaischen Glaubens und ebenso gegen die Bevölkerung deutscher Nationalität sind um so mehr zu verurteilen und strafbar, als doch der hiesigen jüdischen und deutschen Bevölkerung die gleichen bürgerlichen Rechte zugesichert sind, wie der übrigen Bevölkerung, die nicht mosaischen Bekenntnisses und nicht deutscher Nationalität ist.“ Es wird dann auf den rein anarchistischen Charakter der Unruhen deutlich verwiesen.

Die Erkenntnis kommt reichlich spät. Wäre dieser Erlaß schon zu Beginn der Unruhen, von deren Kommen man genau unterrichtet war, öffentlich angeschlagen worden und wäre sofort Militär gegen die bolschewistischen Pöbelmassen aufgeboten worden, so wäre viel Geld gespart und viel Blut nicht vergossen worden. Freilich ist das nur ein Schreiben eines Ministers, die unteren Behörden tun doch was sie wollen. Der Wojwode für Posen hat kühnlich behauptet, die Unruhen seien entstanden, weil in Westfalen und im Rheinland die Deutschen sich Übergriffe gegen die polnische Bevölkerung hätte zuschulden kommen lassen. Eine aus Polen und Deutschen bestehende Posener Kommission von je 3 Nationalitäts-Vertretern hat jetzt das Ruhrrevier bereist und eine Erklärung abgegeben, nach ihren genauen Feststellungen seien die Polen im Ruhrrevier wegen ihrer Stammeszugehörigkeit keiner Ausnahmebehandlung unterworfen worden. „Abgesehen von wenigen Ausnahmefällen fanden keine Entlassungen statt, geschweige denn Ausweisungen.“ Alle Instanzen seien bestrebt, das friedliche Zusammenarbeiten der Nationalitäten zu fördern, Verfehlungen einzelner Personen würden geahndet, auch wenn diese Personen eine amtliche Stellung bekleideten. Ob man in Polen dieses unparteiische Urteil verbreiten wird?

Die deutschen Domänenpächter in Neu-Polen, denen zum 1. Juli gekündigt wurde, sollen nach den Meldungen polnischer Zeitungen noch nicht von ihren Besitzungen vertrieben werden, weil die entsprechenden Gerichtsurteile noch nicht erlassen seien. Die Abgabe an die neuen Pächter werde daher bis zur Fällung der Urteile verschoben. Da die deutschen Domänenpächter ja

klagbar geworden sind, wird man mit Interesse dem Ende des Rechtsstreits entgegensetzen. Freilich meldet das „Posener Tageblatt“ vom 3. Juli, daß tatsächlich trotzdem mit der zwangsweisen Räumung begonnen worden sei, daß beim Domänenpächter Scholz in Skrzytew der Distriktskommissar mit 2 Gendarmen erschienen sei, den neuen Domänenpächter zwangsweise auf dem Gute eingeführt habe und Anschläge habe anbringen lassen, in denen die Gutsknechte zum Gehorsam gegen die Anordnungen des neuen Pächters aufgefordert, dagegen gewarnt wurden, dem alten Pächter weiterhin zu folgen. Auch dem Domänenpächter Bieneck in Chlewo sei die bevorstehende Übernahme seines Gutes zum 3. Juli amtlich mitgeteilt worden. Da scheinen also die telegraphischen Instruktionen der polnischen Regierung ihr Ziel nicht überall erreicht zu haben, wenn anders man nicht annehmen will, daß die Macht der polnischen Regierung nicht bis zu ihren Unterbehörden heranreicht.

Der preußische Landwirtschaftsminister hat an die Ämterstellen im Osten ein Rundschreiben gerichtet, bei Auslegung und Vergebung von Restgütern die vertriebenen deutschen Domänenpächter aus Neu-Polen, soweit sie sich ins Reich flüchteten, vorzugsweise zu berücksichtigen.

Die Domänenpächterfrage.

Die deutsche Vereinigung im polnischen Sejm hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem sie darauf hinweist, daß der erste Akt des Dramas sich bereits am 1. Juli vielfach abgespielt habe, indem Domänenpächter, ohne daß man die gerichtliche Urteilsfällung abgewartet hätte, von Haus und Hof vertrieben wurden. Auch der zweite Akt sei schon vielfach durchgeführt. Den von Haus und Hof Vertriebenen werde ihr Vermögen so „eingeschätzt“, daß diese Abnahme tatsächlich einem Raub gleichkomme. Die neuen Taxen stellen kaum ein Fünftel und zwanzigstel des bisherigen Wertes als jetzigen Wert fest. Die Regierung erkläre einfach, das lebende Inventar und das Staatsinventar gehöre zur Domäne, während es die Domänenpächter mit Zustimmung der Regierung als eigenes Inventar angeschafft hätten, namentlich indem sie bei Antritt der Pacht das Staatsinventar in bar bezahlten, es also zu Eigentum erwarben. Die Interpellanten fragen, ob die Regierung bereit sei, diesem Recht und Gerechtigkeit widersprechenden Treiben Einhalt zu tun.

Der deutsche Botschafter in Paris übermittelte am 30. Juni der Botschafterkonferenz ein weiteres Schreiben in der Frage der Domänenpächter, wie es schon am 4. Juni in einem vorangegangenen Schreiben geschehen war und bat um eine Untersuchung dieser Angelegenheit durch die Botschafterkonferenz und um eine Intervention. Unter dem 4. Juli erhielt er darauf vom Generalsekretariat der Botschafterkonferenz eine Mitteilung, daß der mit der Berichterstattung über diese Frage seitens der Botschafterkonferenz beauftragte Herr Alphand aus eigener Initiative bei der polnischen Delegation interveniert habe, worauf diese sofort die polnische Regierung aufgefordert habe, die in Aussicht gestellten Vertreibungen einzustellen. Der von Herrn Mayer ausgesprochene Wunsch sei also erfüllt worden „unter Vorbehalt der Entscheidung, die die Konferenz selbst auf Grund der verlangten Informationen in dieser Frage treffen wird“.

Inzwischen ist die deutsch-polnische Kommission aus Posen auch im Niederlausitzer Braunkohlenrevier gewesen und hat festgestellt, daß seitens der Behörden oder Arbeitgeber keinerlei Zwang zur Erzielung der Abwanderung der Polen aus-

geübt worden sei. Soweit polnische Arbeiter unter dem Zwang wirtschaftlicher oder nationaler Spannung zur Auswanderung veranlaßt worden seien, hätten sie diese mit Hab und Gut ungehindert durchführen können. Ergebnis ist also: die ganze Hetze gegen das Deutschtum in Neu-Polen geht auf unbeweisbare und verlogene Behauptungen über die Lage der polnischen Staatsbürger in Deutschland zurück. Mit der Widerlegung dieser Lügen wird um so klarer — was festzustellen die polnische Regierung schon am ersten Tage der Unruhen Gelegenheit hätte haben können und nehmen sollen! —, daß die Unruhen gegen die Deutschen in Neu-Polen tatsächlich nur ein widerrechtliches, auf keinerlei Berechtigung sich stützendes Vorgehen gegen die Minoritäten gewesen sind.

Die polnischen Gerichte haben in erster Instanz die alten Pachtverträge der deutschen Domänenpächter als nicht zu Recht bestehend erklärt, haben ihnen dagegen die freie Verfügung über das Inventar zuerkannt. Gegen diese Entscheidung ist Berufung eingelegt worden.

Deutsche Schulnot in Neupolen.

Der bekannte Lehrerführer Gutsche in Posen veröffentlicht einen Aufruf an seine Amtsgenossen. Nur noch wenige Monate trennten von der Option und es sei zu befürchten, daß viele der deutschen Lehrer für Deutschland optieren wollten. Zwar sei infolge eifriger Werbearbeit die Zahl der unbeschulten deutschen Kinder vom November 1920 bis zum Januar und April 1921 von 15000 auf 8000 und jetzt 5400 zurückgegangen, doch sei die schwere Sorge um die Erhaltung eines ausreichenden Lehrstammes noch nicht behoben. Sie drohe im nächsten Januar bereits wieder katastrophale Folgen anzunehmen. Dem gelte es jetzt schon vorzubeugen. Mehr noch als früher müsse auf die Lehrer-Organisation gesehen werden, damit die Kinder nicht zu Geistes-Proletariern herabsänken. Es sollten überall in den Vereinen Bildungs-Zirkel begründet werden, Fortbildungskurse eingerichtet werden, es müsse gearbeitet werden. „Lehrernot ist Volksnot, bedeutet Abstieg von der geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Höhe unserer Volkskultur!“

Deutsches Theater in Posen.

Der Deutsche Theaterverein Posen gibt am Schlusse der Spielzeit 1920/21 einen kurzen Abriss seiner bisherigen Tätigkeit heraus, aus dem ersichtlich ist, daß bald nach Schließung des deutschen Stadttheaters mit allen Mitteln daran gearbeitet wurde, deutsche Theateraufführungen zu ermöglichen. Selbst der Mangel an einer eigenen Bühne, das gänzliche Fehlen von Kulissen, Requisiten, Möbeln hat nicht verhindern können, daß ein treuer Stamm ideal gesinnter, theaterfreudiger Deutscher

alles darein setzte, dem Posener deutschen Publikum Theateraufführungen zu bieten. Vor mehreren Monaten hat sich in dem Deutschen Theaterverein Posen alles vereinigt, was Interesse an der Weiterausbildung eines deutschen Theaters in Posen hatte. Durchschnittlich allwöchentlich einmal wurden so Theateraufführungen ermöglicht und das unter Umständen, die vom Verein eine immense Arbeit erforderten. So wurde das Goethesche Proserpina-Monöddrama aus dem „Triumph der Empfindsamkeit“ und „Die Geschwister“, Sudermanns „Ehre“ und „Johannistfeuer“, Schau- und Lustspiele von Björnson, Ibsen, Fuld und vielen andern aufgeführt. Daneben verlangte das Publikum auch Stücke wie „Im weißen Rössl“ und „Kaiserplatz 3, eine Treppe“. Die musikalische Abteilung des Vereins brachte nach verschiedenen Singspielabenden eine konzertmäßige Aufführung von Mozarts „Zauberflöte“, die auch über Posen hinaus Beachtung verdient hätte. Ferner hat der Verein mit Rücksicht auf viele Bitten auch in Städten der engeren und weiteren Umgebung Theateraufführungen ermöglicht. So spielte die Wandertuppe des Vereins in Mogilno, Tremessen, Pleschen, Neutomschel, Wollstein und Dirschau an einem oder mehreren Abenden. Darüber hinaus gelang es dem Verein, kulturelle Verbindungen in Kongreßpolen aufzunehmen durch 2 Vorstellungen in Pabianice bei Lodz, die dem dortigen deutschen Privatgymnasium einen hübschen Reingewinn zustellten, und durch 8 wohl-gelungene Aufführungen in Lodz selbst. Auch in der Folgezeit sieht es der Verein als seine oberste Aufgabe an, dem geringen Häuflein deutschen Publikums das zu bieten, was er zu bieten in der Lage ist. Für die kommende Winterspielzeit sind verschiedene Schillerdramen neben Werken neuerer Dichter in Vorbereitung. Hoffen wir in der Folgezeit auf ein weiteres glückliches Gedeihen des Vereins.

Graudenz.

In zwei großen Fabriken in Graudenz wurde am 20. Mai ein Anschlag in polnischer und deutscher Sprache angebracht, wonach sämtliche Optanten am 28. Mai nicht mehr zur Arbeit erscheinen dürften. Als die Arbeiter trotzdem erschienen, wurde erklärt, daß die Optanten sowie auch das Komitee vorläufig beurlaubt wären. Es handelt sich um eine bedeutende Zahl von Arbeitnehmern. Doch mußte die Betriebsleitung das entlassene Komitee auf energisches Betreiben des Stadtpräsidenten wieder einstellen, während die Optanten nach wie vor an der Arbeit verhindert wurden. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft wurde verhöhnt und beschimpft. Die deutsche Vereinigung in polnischen Sejm hat deshalb eine Interpellation eingebracht, ob der Regierung diese Vorfälle bekannt seien und welche Schritte sie zu unternehmen gedenke, um sie in Zukunft zu verhüten.

VOM AUSLAND DEUTSCHTUM RUNDSCHAU

Deutschösterreich.

Die ländersweisen Abstimmungen über den Anschluß an das Deutsche Reich sind einstweilen eingestellt. Ohne auf die tieferen politischen Gründe dieses Vorganges einzugehen, muß dennoch festgestellt werden, daß man fehlginge, wollte man in dem augenblicklichen Verzicht auf die Bekundung des Anschlußwillens den Verzicht auf die Idee des Anschlusses überhaupt sehen. Nach wie vor lebt, allen gegenteiligen Gerüchten zum Trotz, wie ja auch die beiden durchgeführten Volksabstimmungen, in

Tirol und in Salzburg mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit gezeigt haben, im deutschösterreichischen Volke der Gedanke fort, daß nur die staatliche Vereinigung mit den Stammesbrüdern eine lebenswerte Zukunft ergeben kann. Daß im Augenblick an eine tatsächliche Durchführung des Anschlusses nicht zu denken ist, wird von niemand bestritten, wann sie möglich wird, wissen wir nicht, daß sie aber natürlich und darum ausbleiblich ist, wird sich das österreichische Deutschtum nicht nehmen lassen. Wie machtlos der österreichische Staat seinen nunmehrigen Nachbarn gegenübersteht, ergibt sich aus der Behandlung, der die Deutschen dort ausgesetzt sind, so allem in Jugoslawien, für welchen Staat die Bestimmungen

die nationalen Minderheiten, deren Einhaltung so strenge von Österreich gefordert werden, nicht zu bestehen scheinen. Nun hat der österreichische Nationalrat sogar Gelegenheit gehabt, sich mit der Frage der Deutschen im dreieinigem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen zu beschäftigen. In einer der letzten Sitzungen des österreichischen Parlamentes vor seiner Vertagung stellten die Nationalräte Kraft, Dr. Hampel und Genossen einen Antrag, der sich auf die Behandlung österreichischer Staatsangehöriger im südslawischen Staate bezieht. In dem Antrage wird die Regierung aufgefordert, alle nötigen Schritte zu tun, um dem Rechte österreichischer Staatsbürger in Jugoslawien Geltung zu verschaffen. Der Antrag stellt fest, daß im Gegensatz zu den Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint Germain in dem genannten Staate sowohl Deutschösterreicher wie südslawische Staatsangehörige deutschen Stammes vollständig rechtlos sind. Die Deutschen haben nicht einmal das aktive Wahlrecht und hatten keine Gelegenheit, in der verfassunggebenden südslawischen Nationalversammlung ihre Meinung zu vertreten. Sämtliche öffentlichen deutschen Volksschulen mit Ausnahme der Gottschee wurden von Amts wegen gesperrt. Selbst in Städten und Ortschaften mit so starken deutschen Minderheiten, die noch vor wenigen Jahren Mehrheiten waren, wie Marburg, Cilli und Pettau, dann auch in Laibach gibt es nur noch deutsche Parallelklassen, in den aber slowenische Lehrer unterrichten und mit deren Schließung täglich den Deutschen gedroht wird. Alle deutschen Vereine, selbst ganz harmlose Geselligkeits- und Musikvereine wurden aufgelöst. Viele deutsche Pensionisten aus der Vorkriegszeit erhalten keinen Heller mehr; wirtschaftlich werden die Deutschen überall bedrückt. All das Gesagte gilt freilich in vollem Umfange nur für die slowenischen Gebiete, während in den kroatischen und serbischen die Lage der dortigen Deutschen weit besser ist. Angesichts der geschilderten Zustände stellten die genannten Abgeordneten des österreichischen Nationalrates den Antrag: „Die Regierung wird aufgefordert, alle Schritte zu tun, unter Umständen Vergeltungsmaßregeln zu ergreifen, um dem Rechte österreichischer Staatsbürger in Südslawien entsprechende Geltung zu verschaffen, betreffs der Behandlung der deutschen Stammesangehörigen jedoch die Hilfe des Völkerbundes anzurufen.“ Der Antrag ist sicherlich gut gemeint und sachlich vollständig berechtigt, ob er freilich irgendwelche praktischen Ergebnisse bringen wird, bleibt abzuwarten. Daß der Boden den Deutschen Sloweniens nachgerade zu heiß wird und daß sie fast unerträglichen Bedrückungen ausgesetzt sind, dafür spricht auch neben anderem die anwachsende Auswanderung Deutscher. Selbst in der Gottschee, deren uralte deutsche Bewohnerchaft mit der Heimat so innig verwachsen ist, macht sich eine bedenkliche Auswandererbewegung bemerkbar. Frägt man die Leute, warum sie das Land verlassen, so erhält man stets zur Antwort, daß sie die derzeitige Behandlung nicht länger ertragen könnten. Während so in den sog. Nachfolgestaaten die bodenständigen Deutschen vergewaltigt werden, erfreuen sich die zugewanderten Tschechen und sonstigen slawischen Einwohner Wiens weitestgehender Freiheit, von der sie auch ausgiebigen Gebrauch machen.

B. I.

Tschechoslowakei.

In einem neuen Organ Sluzba, „Der Dienst“, dem Präsident Masaryk das schöne Motto gegeben hat „Diene der Republik, diene ihrem Volke, diene der Menschheit“ veröffentlicht der Herausgeber Dr. Emil Sobota, einen Artikel über die Stellung der Deutschen zum tschechischen Staate. Er knüpft an die Weigerung des deutschen parlamentarischen Verbandes an, zum

Empfang und zu Besprechungen zum Präsidenten Masaryk zu gehen, nennt es merkwürdig, daß die tägliche Mitarbeit der Deutschen in Schulen, Märkten, Bureaus, Fabriken mit den Tschechen nicht ihren Niederschlag auch in parlamentarischer Mitarbeit finde und daß die Parlaments-Politik der Deutschen von der realsten Realpolitik isoliert bliebe. Die Frage sei unabhängig vom Verhältnis der Deutschen zum gegebenen Regime. Falls sich die Deutschen zur aktiven Mitarbeit entschlossen, würde ja ein Teil von ihnen in scharfe Opposition treten. Es wäre aber dann wenigstens die Möglichkeit positiver Kritik und der Maßstab ihres Zusammenlebens mit dem Staate vorhanden.

In den Kreisen der tschechischen Politiker lehne man die Mitarbeit der Deutschen nicht ohne weiteres ab, wünsche sie sogar zum Teil. Manche zweifelten zwar an dem gesunden Sinn der Deutschen für die Mitarbeit, manche wünschten zuerst eine Art politischer Reifeprüfung für die Deutschen, ehe sie sie zur Mitarbeit zulassen wollten, grundsätzlicher Widerstand gegen ihre Mitarbeit bestehe aber nicht. Es herrsche aber auch in tschechischen Kreisen leider keine Einigkeit, daß aktiv darauf hingearbeitet werden müsse, die Deutschen zur Mitarbeit zu bewegen. Das sei ein Beweis von Mangel an Staatssinn bei gewissen tschechischen Elementen, die glaubten, es sei eine Sache des nationalen Prestiges, die deutsche Mitarbeit zwar zu wünschen, aber zu warten, bis sie sich von selbst einstelle. Die Frage laute also nicht ob, sondern wie. Solange die Deutschen glauben wollten, daß die heutige Staatsgestaltung nur vorübergehender Natur sei, bleibe nur übrig, ihnen zu beweisen, daß sie tatsächlich eine dauernde Realität sei. Dieser Beweis sei wohl mit einer gewissen Selbstverleugnung für die tschechischen Parteien verknüpft, indem er diese zwingt, den Großteil ihrer politischen Aktivität auf die Beschaffung der staatlichen Notwendigkeiten aufzuwenden. Aber möglich sei das. Ein Regierungssystem könne allerdings nicht von Fall zu Fall durch Kompromisse festgelegt werden, sondern es müsse ein wirtschaftlich-kulturelles Programm haben, müsse eine programmäßige Vergeistigung darstellen. Bei völliger Hoffnungslosigkeit jeder gegenstaatlichen Aktion würden die Deutschen bald erkennen, daß auch das wirtschaftliche und staatliche Leben ihrer eigenen deutschen Mitbürger eine Mitarbeit erfordere. Zwischen Tschechen und Deutschen werde es immer nationale Konflikte geben, doch sollten sie nicht grundsätzlicher Art sein, sondern stets konkrete Fälle betreffen. Eine Atmosphäre des Vertrauens müsse geschaffen werden, in der man sicher sei, daß mögliche Forderungen nicht einen Tag unerfüllt und unmögliche nicht einen Tag aufrecht erhalten würden. Gelingen es, diese Atmosphäre zu schaffen, so werde bald die Tatsache eintreten, daß der deutsche Kapitalist und der deutsche Sozialist sich weniger als Angehörige einer Nation, denn als Angehörige eines Standes fühlten, der deutsche Fortschrittler und der deutsche Konservative würden größere Neigung verspüren, mit den tschechischen Gesinnungsgenossen ihrer Weltanschauung zusammenzugehen. Der Majoritäts-Nation falle aber die Aufgabe zu, hier aktiv fördernd vorzugehen. Erst dann werde eine tschechoslowakisch-deutsche Koalition möglich sein. Bei der Überlegung, wie diese Koalition aussehen werde, finde man eine Auflösung der fortschrittlichen Elemente beider Nationalitäten in Desorganisation, eine Zersplitterung der sozialistischen Elemente in Unmöglichkeiten, dagegen eine Konsolidierung der konservativen Elemente, namentlich in der klerikalen Partei, so daß zu erwarten sei, daß das erste tschechisch-deutsche Zusammengehen eine stark nach rechts gerichtete Regierung bringen werde. Für einen fortschrittlich gesinnten Menschen sei es zwar keine rosige Aussicht, eine Konsolidierung

des tschechischen Parlamentarismus nur unter konservativer Flagge erhoffen zu sollen, aber diese Gefühle dürften keine Rolle spielen, wenn nur eine endgültige Konsolidierung herauspringe. Auch die loyale Opposition des fortschrittlichen tschechoslowakischen Menschen werde positiv und mitarbeitend sein können.

Der Artikel ist auch für die Deutschen zweifellos interessant in seinen Gedankengängen und seinen Schlußfolgerungen. Er vergißt aber, daß die stark oppositionelle Stellung der Deutschen durch eine schlimme Vergewaltigung dieser deutschen Staatsbürger hervorgerufen worden ist, deren Vertreter man — obgleich die Deutschen ein Drittel der gesamten Staatsbevölkerung ausmachen — nicht in die erste verfassungsgebende Nationalversammlung herein ließ. Diese Versammlung aber schuf jene deutschfeindlichen Gesetze, auf deren Grundlage das jetzige Regime weiterarbeiten soll. Die Forderung der Deutschen nach völliger Beseitigung all dieser ohne ihre Mitwirkung geschaffenen Gesetze ist wohl begreiflich, wenn man die Mißachtung der Minderheitsrechte, die Schließung der deutschen Schulen, der Vereine, der Anstalten ins Auge faßt, die durch solche Gesetze und durch eine darauf sich stützende Verwaltung ermöglicht wurden. Die Mitarbeit der Deutschen würde schließlich voraussetzen, daß die Tschechen einsehen, daß die Tschechoslowakei kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat ist, der nur mit gerechtem Ausgleich und nicht mit reinem Chauvinismus regiert werden kann. An der positiven Mitarbeit der Deutschen auch im parlamentarischen Leben ist nicht zu zweifeln, wenn man auf tschechischer Seite aufhört, alles deutsche, wo es sich in Schule oder in Straßenschildern, in Lädenüberschriften oder Vereinsbetätigungen zeigt, mit Haß und Vernichtung zu verfolgen.

Im Parlament kam eine Interpellation über die Denkschriften zur Sprache, die die tschechoslowakische Regierung seinerzeit der Friedens-Konferenz überreicht hatte und die von den Deutschen als durchaus falsch, irreführend und mit falschen Tatsachen und Statistiken arbeitend zurückgewiesen wurde. Der Außenminister betonte, um eigentliche Regierungs-Denkschriften habe es sich nicht gehandelt. Das Material der Denkschriften sei überdies zuvor schon größtenteils in Broschüren veröffentlicht worden, es sei also nicht geheim gewesen, die verschiedenen Länder hätten zudem Gelegenheit gehabt, sich in den Staaten selbst um die Verhältnisse zu kümmern und hätten ja auch zahlreiche Delegationen z. B. nach der Tschechoslowakei gesandt, die auch mit den Deutschen in Verbindung getreten wären. Die Tatsache selbst, daß die tschechische Regierung der Friedens-Konferenz Denkschriften vorlegte, die mit falschem Material arbeiteten, konnte der Minister nicht bestreiten. Einen Versuch, auf den Inhalt der Denkschriften einzugehen, machte der Minister nicht. Wenn in den Denkschriften angeblich bestimmte Versprechungen gemacht würden, so liege deren Erfüllung an der Verständigung zwischen den einzelnen parlamentarischen Gruppen. Ein Wort sei übrigens der Friedens-Konferenz nicht gegeben worden, es könne also auch nicht von einem Wortbruch gesprochen werden. Verbindlich sei für die Tschechoslowakei nur der Minoritätenvertrag vom 10. September 1919, den die Regierung auch einhalten werde. In innerpolitische Fragen habe sich auch die Friedens-Konferenz nicht einzumischen gehabt.

Auf die von uns in Nr. 15, Seite 459 erwähnte Antwort der deutschen Nationalpartei und ihres Führers Dr. Lodgmann antworten nun die deutschen Nationalsozialisten wiederum, indem sie ein aktives Eingreifen unbeschadet des höheren Ziels als nächstliegende Aufgabe bezeichnen. Die Machtmittel reichten zurzeit nicht hin, das allen Deutschen ohne Unter-

schied der Partei gleiche Ziel, „das gemeinsame nationalpolitische Höchstziel“, zu erreichen, doch könnten die 3½ Millionen Deutschen die Politik der 6½ Millionen Tschechen beeinflussen, wenn sie entschlossen ihre wirtschaftlichen und politischen Kräfte zusammenfaßten. „Die nationale Selbstverwaltung ist der Sammelbegriff für dieses unser taktisches Ziel.“ Die Befürchtung, daß durch die Vertretung ihrer Grundsätze falsche Hoffnungen erweckt werden könnten, teilen die Nationalsozialisten nicht. Jedenfalls sei es nicht taktisch verfehlt bei allem Festhalten am Endziel, den Versuch zu machen, das Los des deutschen Volkes aus eigener Kraft für die Übergangszeit zu erleichtern. Die nationale Selbstverwaltung sei ein Programm, auf dessen Boden alle deutschen Parteien zu einer schlagkräftigen Einheit zusammengefaßt werden könnten. „Dieses Programm der praktischen Tagespolitik ist ferner allein geeignet, jene nationalen, kulturellen, finanziellen und sozial-freiwilligen Volksorganisationen, die wir bisher sehr entbehren, zu schaffen.“

Anläßlich des 70. Geburtstages des Präsidenten Masaryk ist ein Fonds zur Verfügung des Präsidenten gesammelt worden, zu dessen Verteilung er nun seine Zustimmung gegeben hat. Es bekommen daraus unter anderem: Die deutsche Hochschul-Studentenschaft 2 Millionen Kronen (die tschechische 13 Millionen), die Studentenschaft der deutschen Technik in Brünn 1 Million, das deutsche Theater in Mährisch-Ostau 250000 Kronen, der deutsche Theaterverein in Brünn 100000 Kronen, der Pensionsfonds des Ensembles und das Orchester des deutschen Landtheaters in Prag 50000 Kronen, der Verband deutscher Journalisten 200000 Kronen, das sind für rein deutsche Einrichtungen rund 3600000 Kronen. Insgesamt standen dem Präsidenten zur Verfügung etwa 48 Millionen Kronen, die an die verschiedensten Institute und Vereine zur Verteilung kamen.

In der Kammer ereignete sich ein Vorfall, der für die Spannung zwischen Deutschen und Tschechen bezeichnend ist. Im Budget-Ausschuß teilte der tschechische Vorsitzende mit, daß eine bestimmte Verhandlung über die Umsatzsteuer nicht weitergeführt werden könne, sondern vertagt werden solle, weil der Referent zu seiner schwer kranken Tochter habe abreisen müssen. Gegen eine Abänderung der Tagesordnung und eine Behandlung anderer Fragen wandten sich aber die deutschen Vertreter, weil sie nur für die Beratung der Umsatzsteuer vorbereitet seien. Als ihr Antrag auf Fortsetzung der Besprechung abgelehnt wurde, verließen sie den Saal. Der Abgeordnete Baeran soll beim Abzug gerufen haben: „Mit dieser Gesellschaft wollen wir nichts zu tun haben“, worauf ein nationaldemokratischer Abgeordneter ihm auf den Gang nachlief und ihm zwei Ohrfeigen gab. Das Dazwischentreten von andern Abgeordneten verhinderte weitere Tätlichkeiten. In der Kammer gab späterhin Präsident Tomašek die Erklärung ab, die Geschäftsordnung gebe ihm kein Mittel, gegen den Vorfall einzuschreiten, gegen den er in der allerschärfsten Form eingeschritten wäre, wenn er im Plenum sich ereignet hätte. Gegen eine derartige Injurie, wie sie geschehen sei, könne seiner Ansicht nach nur strafrechtlicher Schutz erbeten werden.

Ungarn.

Während es von der Durchführung der immer wieder geforderten nationalen Gleichberechtigung recht still geworden ist, nimmt dagegen die Erörterung der Frage des Anschlusses Westungarns an Österreich noch immer kein Ende. Es geht nun bereits ins dritte Jahr und noch ist kein Ergebnis abzusehen. Die österreichische Regierung hat eine Langmut bewiesen, die sich nur aus ihrer, bzw. aus des österreichischen

Staates Schwäche erklären läßt. Sie verhandelt mit nimmer ermüdender Geduld mit der Budapester Regierung, ohne eigentlich um einen Schritt weiter zu kommen. In Ungarn steht man auf dem Standpunkte, wenn schon nicht das ganze durch die Friedensschlüsse von Saint Germain und Trianon Österreich zugesprochene Gebiet, so doch einen guten Teil davon retten zu wollen. In Österreich möchte man aber begreiflicherweise von dem an sich sehr bescheidenen Gebietszuwachs nicht auch noch etwas verlieren, so läßt sich eine Brücke recht schwer finden. Ungarn stellt für die unter seiner Herrschaft verbleibenden Deutschen weitgehende nationale Autonomie in Aussicht, aber man bringt diesen Zusagen nicht allzuviel Vertrauen entgegen. Das Nationalitätengesetz vom Jahre 1868 böte ja die Handhabe für eine solche Autonomie, nicht nur für Westungarn, aber es ist bekanntlich seit seiner Entstehung noch niemals in Wirksamkeit getreten. Auch die wirtschaftlichen Zugeständnisse, die Ungarn machen will, bilden schon deshalb keinen Ersatz für die Österreich in Aussicht gestellte Gebietserweiterung, weil es sich dabei immer nur um zeitlich begrenzte Abmachungen handeln kann. Einstweilen hat die Regierungskrise in Österreich, die zum Rücktritt des Kabinettes Mayr geführt hat, auch eine Unterbrechung der Verhandlungen mit Ungarn bewirkt. Der gewesene ungarische Minister des Äußern, Dr. Gratz, nach Namen und Abstammung selbst Deutscher, erklärte kürzlich einem Pressevertreter, die letzte österreichische Note in Sachen Westungarns enthielte vieles, was noch einer entsprechenden Interpretation bedürfe, aber er vertraue darauf, daß sich eine Auslegung werde finden lassen, die zu einer auch für Ungarn annehmbaren Vereinbarung führen könne. Daran, daß die Tschechoslowakei daran denke, wegen des Stockens der westungarischen Frage sich einzumischen, glaube er nicht. Demgegenüber wirkt aber das Vorgehen der Pariser Botschafterkonferenz sehr überraschend. Denn, während man sich in Wien und Budapest bemüht, durch gegenseitige Aussprache zu einer endlichen Einigung zu gelangen, wird von der Botschafterkonferenz gemeldet, daß sie am 31. Mai an Ungarn eine Note gerichtet habe, worin dieses aufgefordert wird, die fraglichen Gebietsteile Westungarns im Wege der interalliierten Delegation an Österreich zu übergeben, ja, die ungarische Regierung erhält sogar den Auftrag, etwaigen Widerstand der dortigen Bevölkerung gegen die Übergabe, wenn nötig, gewaltsam zu unterdrücken. Wer nur einigermaßen mit der Sinnesart des magyarischen Volkes vertraut ist, wird aber wissen, daß dies der ungeeignetste Weg ist, die fragliche Angelegenheit rasch und reibungslos zu erledigen. Man mag noch so unbedingt für den Anschluß Westungarns an Österreich eintreten, wie es Schreiber dieser Zeilen jederzeit getan hat, man wird aber einsehen müssen, daß die Forderung der Entente bei Ungarn nicht durchgesetzt werden kann, wenn man nicht selbst gegen Ungarn Gewalt anwenden will. Dabei aber käme gerade die deutsche Bevölkerung Westungarns sehr schlecht weg, denn sie hätte alle Folgen des gekränkten magyarischen Selbstgefühles zu tragen. Allerdings wäre es nachgerade die höchste Zeit, daß diese ganze Frage, die es dauernd verhindert, daß zwischen Österreich und Ungarn ein vernünftiges Verhältnis hergestellt wird, endlich aus der Welt geschafft würde. Vorstellungen wäre man in Budapest vielleicht nicht unzugänglich, Drohungen verfehlen bestimmt ihren Zweck, es sei denn, daß sie unmittelbar von entsprechendem Machtaufgebote begleitet wären. Dazu kommt, daß der ganze Schritt der Botschafterkonferenz offensichtlich nicht dem Rechtsgefühl, sondern lediglich dem Bedürfnisse entspringt, Österreich durch Zuweisung Westungarns dazu zu bewegen, auf den Anschluß an das Deutsche Reich zu verzichten. So werden zwei an sich

voneinander ganz unabhängige Fragen miteinander verquickt und man kann nur befürchten, daß schließlich Österreich nach beiden Seiten der Leidtragende, die westungarischen Deutschen aber die Mitleidenden sein werden. Bei gutem Willen auf beiden Seiten aber wäre vielleicht gerade unter dem Eindrucke der Drohung der Botschafterkonferenz eine rasche Einigung der beiden Nachbarn möglich. B. I.

In der „Pester Zeitung“ ruft der verantwortliche Schriftleiter, der Abgeordnete Dr. Johannes Huber, zum Schutze seiner westungarischen Heimat auf. Er versteht darunter die Erhaltung bei Ungarn und die Warnung vor Österreich, dessen Hauptstadt der Sammelpunkt des verworfensten „sozialistisch-kommunistischen Gesindels“ der Welt sei, dessen Heer eine „sozialdemokratische Gewerkschaft“ darstelle, die „die in Wien zusammengeströmten Verbrecher der ganzen Welt“ schütze. Das deutsche Volk Westungarns habe jetzt zwar ein schweres Leben, es müsse sich doch aber immerhin glücklich schätzen in Ungarn, selbst als Erntearbeiter sich das Brot fürs ganze Jahr verdienen zu können, während nach dem Anschluß an Österreich die Grenzen abgesperrt würden und Not in weite Gebiete einziehen werde. Er, Huber, wisse genau, daß Westungarn alsbald nach dem Anschluß von sozialistischen und kommunistischen Agitatoren überschwemmt werde. Dagegen ruft der Abgeordnete seine Landsleute auf. Er will Geistliche und Handwerker, Bürger und Bauern in der christlich-sozialen Partei Westungarns organisieren und sie zum Widerstand gegen die Abtretung Westungarns mobil machen. Da die Ungarn ein starkes Regiment führen und die für den Anschluß an Österreich eintretenden Bürger Westungarns sich scheuen, jetzt noch laut ihre Stimme zu erheben, bleibt es unklar, wie sich in Wirklichkeit die Stimmung für oder gegen den Anschluß in Westungarn in letzter Zeit entwickelt hat. Zweifellos haben die Gegner Österreichs eine sehr rührige und lebhafte Agitation entfaltet, der Österreich wenig oder nichts entgegengesetzt hat.

Die westungarische Frage schien durch die Ratifikation des Friedensvertrages von Trianon seitens Frankreichs nun endgültig entschieden. Inzwischen aber sind viele Wochen ins Land gegangen und noch immer harret die tatsächliche Lösung ihrer Durchführung. Die einander widersprechenden Meldungen über die Verfügungen der Entente werden nun wohl endlich verstummen, da tatsächlich eine Oberste Grenzregulierungskommission in Paris eingesetzt wurde, der vier andere Grenzkommisionen unterstellt wurden, die an Ort und Stelle die Verhältnisse zu untersuchen haben werden. Dabei handelt es sich freilich nicht nur um Deutsch-Westungarn, sondern überhaupt um die derzeitigen Grenzen Ungarns. Nirgends aber werden so sehr deutsche Interessen berührt werden, wie eben im Westen, wo es sich darum handelt, die künftigen Grenzen zwischen Ungarn und Österreich festzulegen. In seinem kürzlich über die auswärtigen Verhältnisse gegebenen Exposé im österreichischen Nationalrat hat der neue österreichische Bundeskanzler, Dr. Schober, erklärt, die österreichischen Vertreter bei der Grenzregulierungskommission hätten den Auftrag erhalten, in Fragen von örtlicher Bedeutung den ungarischen Wünschen so weit als irgend möglich entgegenzukommen und er zweifle nicht daran, daß es gelingen werde, mit Ungarn nicht nur zu einem nachbarlichen, sondern auch zu einem freundschaftlichen Verhältnisse zu gelangen. Nun müssen endlich die nächsten Wochen die Entscheidung bringen. Einstweilen ist nicht bekannt, wie sich die ungarische Regierung amtlich zu der Grenzfrage stellen wird. An gutem Willen fehlt es auf österreichischer Seite, wie die hoch-offizielle Äußerung Schobers erkennen läßt, gewiß nicht. Natur-

lich kann aber dieser gute Wille nicht so weit gehen, daß Österreich einfach auf die Gebiete, die ihm der Friedensvertrag zuspricht, verzichtet. Wohl aber kann über die schließliche Führung der Grenzlinie verhandelt werden. Jedenfalls wäre es für beide nächstbeteiligten Staaten von höchster Wichtigkeit, wenn hier einmal reiner Tisch geschaffen wäre, damit zwischen ihnen wieder normale Beziehungen Platz greifen können. Dies ist schon von rein nationalem Standpunkte aus dringend zu wünschen, denn gerade das bisherige ungarische Grenzdeutschum, aber auch die an Ungarn derzeit angrenzenden Gebiete Österreichs haben ein lebhaftes Interesse daran, wieder zu vernünftigen wirtschaftlichen Verkehrsverhältnissen zu gelangen. — Aber auch die Regulierung der übrigen Grenzen Ungarns: gegen die Tschechoslowakei, gegen Rumänien und gegen den jugoslawischen Staat ist vom deutschen Standpunkte aus nicht belanglos. Hier kommen überall deutsche Siedlungen in Betracht und eine an sich geringe Verschiebung der dermaligen, mehr tatsächlichen als rechtlichen, Grenzen kann darüber entscheiden, ob diese oder jene deutsche Gemeinde (oder Gemeinden) bei einem der genannten Nachfolgestaaten zu verbleiben hat oder zu Ungarn zurückkehrt. Da nun, zunächst wenigstens, die Deutschen vielfach in den neuen Staaten national besser gestellt sind als im alten Ungarn und sich bei ihnen mitunter ein sehr merkliches Erstarken des Nationalgefühls geltend gemacht hat, wird es für Ungarn sehr entscheidend sein, ob es gewillt ist, etwa zurückgewonnenen deutschen Gemeinden mindestens dieselben nationalen Rechte zu geben, die sie derzeit genießen. So z. B. sind in der ehemals zu Ungarn gehörigen Slowakei (Oberungarn) eine „Deutsche Nationalpartei“ und eine „Deutsch-demokratische Freiheitspartei“ entstanden, die sich zur „deutschen Arbeitsgemeinschaft der deutschen Parteien in der Slowakei“ zusammengeschlossen haben, dazu kommt noch die „Zipser deutsche Partei“, die in Kesmark ihren Hauptsitz hat. Es wird nun aber nicht angehen, daß Deutsche, die ein selbständiges politisches Leben führen gelernt haben, durch etwaige Wiederzuweisung zu Ungarn auf dieses verzichten müssen. Wie denn auch die letzten Äußerungen des ungarischen Ministerpräsidenten erkennen lassen, ist man dort bereit, den Nichtmagyaren weitgehend entgegenzukommen.

Polen.

P. I.

Die deutschen Sejm-Abgeordneten hatten zum 27. Juni eine Elternversammlung in das Lodzer Konzerthaus einberufen, in der der Abg. Spickermann die Haltung der Regierung, die auf die verschiedenen Anfragen der Abgeordneten einfach keine Antwort gebe, einer scharfen Kritik unterzog. Viele deutsche Schulen seien zum Aussterben verurteilt, denn es gebe keine ersten Klassen mehr in ihnen. Das Ministerium habe den deutschen Schulen kein Programm und keine Unterrichtsstunden-Verteilung übersandt, die Lehrer und Inspektoren hätten volle Freiheit, die sie nach freier Wahl mißbrauchen könnten. Abermals sei der Unfug mit den neu abzugebenden Deklarationen verübt worden, wonach jeder Vater aufs neue erklären müsse, daß er sein Kind in eine deutsche Schule schicken wolle, widrigenfalls das Kind in eine polnische Schule eingeschrieben werde. In den letzten 3 Jahren seien 8 deutsche Schulen geschlossen worden. Die Deutschen in Polen dürften nicht dulden, daß man ihren Kindern die Sprache ihrer Ahnen raube. Eher sollten sie ihre Kinder durch Gendarmen abholen lassen, als daß sie sie freiwillig in polnische Schulen schickten. In der an der Pabianice-Chaussee gelegenen Schule sei ungesetzlicherweise die polnische Unterrichtssprache eingeführt worden nach einem Gesuch, das zu unterzeichnen die Eltern durch falsche Vorspiegelungen überredet worden seien und das möglicherweise

auch noch gefälschte Unterschriften trage. Trotz der 80 Prozent protestantischer Kinder sei ein des Deutschen nicht mächtiger katholischer Leiter angestellt worden. Die deutsche Schule werde allgemein nicht nur polonisiert, sondern auch katholisiert. Die Deklarationsverordnung sei nur in polnischer Sprache und nur durch Maueranschläge verbreitet worden, Mütter habe man bei der Abgabe der Deklarationen zurückgewiesen und verlangt, daß ihre Männer ihre Arbeitszeit versäumten, um die Deklarationen abzugeben. Gegen alle diese Schikanen wurde lebhaft protestiert. Der deutschen Presse und den Abgeordneten wurde durch Annahme einer entsprechenden Resolution volles Vertrauen ausgesprochen. Abgeordneter Friese sprach darüber, daß historisch Polen und Deutsche gar keine Feindschaft trenne, im Gegenteil, es habe eine wahre Verbrüderung früher zwischen deutschem und polnischem Geiste geherrscht, wie aus alten Zeitungen hervorgehe. Deutsche Dichter hätten polnische Heldentaten in schönster Weise verherrlicht. Die polnische Regierung wünsche den Haß nicht, der seinen Ursprung im kleinen Klerus habe. Solange die Deutschen in Polen nicht ein Ganzes bildeten, sei ihre Widerstandskraft gering. Ein „Bund der Deutschen“ müsse geschaffen werden, der das Deutschum vertreten müsse. Ein Ausschuß von 10 Personen wurde gebildet, der die Vorbereitungen zur Gründung eines solchen „Bundes der Deutschen in Polen“ in die Hand nehmen soll.

Estland.

Am 9. Juli hat der deutsche Geschäftsträger dem lettischen Außenminister die Anerkennung Estlands als selbständigen Staat mitgeteilt. In der Sitzung des Riigikogu vom 19. Juli teilte der Außenminister das mit und fügte hinzu, es sei Veranlassung zu großer Freude, da damit der Beweis gegeben sei, daß Deutschland seine bisherige Politik, unter der Estland zu leiden gehabt, jetzt aufgebe. Man wisse die ungeheure Bedeutung dieser Tatsache einzuschätzen und hoffe, daß der vom deutschen Geschäftsträger geäußerte Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen zur Tatsache werde und daß politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Staaten stets freundschaftlich blieben. Der herzliche Empfang estnischer Journalisten in Berlin habe jetzt schon einen starken Eindruck in Estland gemacht. Anlässlich der Anerkennung spricht auch der „Revaler Bote“ die Freude der Deutschbalten aus. Den Deutschbalten falle bei der Pflege und Entwicklung der deutsch-estnischen Beziehungen eine nicht zu unterschätzende Rolle zu. Wenn diese Aufgabe richtig verstanden und gelöst werde, würde sie auch dazu beitragen, einen Weg zur inneren Verständigung zu finden.

Finnland.

Wann immer in Helsingfors irgendeine von herzlicher Freundschaft getragene Zusammenkunft zwischen Deutschen und Finnländern stattfand, war in der Presse der Name des Staatsrates Hjelt zu lesen. Es hat kaum einen treueren Bewunderer und Freund Deutschlands gegeben. Mit aufrichtiger Teilnahme wird vor allem die deutsche Gemeinde in Helsingfors die Nachricht gelesen haben, daß Staatsrat Hjelt am 2. Juli 1921 in Mergentheim in Württemberg an den Folgen einer Operation gestorben ist, der er sich wegen einer Bauchfellentzündung unterziehen mußte. Hjelt war am 28. Juli 1855 geboren, hatte einen Teil seiner Studien in Deutschland (Würzburg und Straßburg) erledigt und war mit dem deutschen geistigen Leben zu dieser Zeit ununterbrochen in engster Berührung geblieben.

Rußland.

Im Zusammenhang mit den Nachrichten über die große Hungersnot im Wolgagebiet ist der Bericht einer Sowje

kommission über die Lage der deutschen Kolonisten von großem Interesse. Die Kommission teilt mit, daß die Mißernte von 1920 schon schweres Elend und große Not zur Folge hatte, daß der Viehbestand sich um 50 % verringert und daß das Saatkorn für das Frühjahr 1921 gefehlt hatte. Sie sieht sich genötigt zuzugeben, daß infolge falscher Informationen der Zentral-Sowjet-Behörden in diesem Gebiete besonders starke Requisitionen von Getreide ebenso wie Russifizierungsversuche seitens der bolschewistischen Machthaber stattgefunden hätten. Die Mißstände in den Kolonien seien so schlimm, daß die Kommission sich genötigt gesehen habe, eine Reihe von Veränderungen in dem persönlichen Bestand der örtlichen Sowjetbehörde vorzunehmen und Vorschläge zur Hebung der wirtschaftlichen Lage in den deutschen Wolgakolonien zu machen. Infolge dieser Zustände mache sich eine starke Abwanderung der Kolonisten nach dem Kaukasus und nach Südrußland bemerkbar.

Rumänien.

Die Abgeordnetenkommission hat die siebenbürgische Agrarreform erledigt und die Art dieser Erledigung wird zweifellos zu einer Verschärfung des politischen Verhältnisses zwischen Rumänen und Deutschen führen. Der deutsche Antrag der Festsetzung der Enteignungsgrenze, wie sie der Senat beschlossen hatte, wurde abgelehnt, ebenso ein deutscher Antrag, die untere Minimalgrenze der Enteignung auf 100 Joch festzusetzen. Dagegen wurde ein deutscher Antrag der Nichtenteignung der für Industriezwecke benötigten Wälder angenommen. Auch ein anderer deutscher Verbesserungsantrag fand Annahme, der das Waldbedürfnis der Gemeinden erhöht und je nach der Lage der Gemeinden mit 3, 5 und 7 Joch pro Gemeindefamilie festsetzt. Dagegen wurde der Antrag, die Gemeindefamilien von der Enteignung zu befreien, abgelehnt. Eine lebhaft debattierte entspann sich über die Preisfrage. Die Deutschen beantragten, daß der Verkaufspreis aus diesem Jahre als höchste Grenze für den Enteignungspreis festgesetzt werden sollte. Das wurde angenommen und ebenso auch dieser selbst Preis zwecks Schaffung von Gemeindegutweiden für enteignete Wiesen.

Bei der Beratung des Agrargesetzes für Siebenbürgen erklärte der Abgeordnete Rudolf Brandsch in der Kammer Sitzung vom 16. Juli, daß nach einer genauen Statistik es noch keine 300 sächsische Grundbesitzer gebe, die über 50 Joch Grundbesitz hätten. Der Besitz der sächsischen Bauern erreiche im Durchschnitt nicht einmal 11 Joch. Die Siebenbürger Sachsen könnten also der Agrarreform mit Gelassenheit entgegensetzen. Wenn ihre Vertreter trotzdem die Gesetzesvorlage ablehnten, so bestimmten sie ganz andere Gründe. In erster Linie müsse bedacht werden, ob die landwirtschaftliche Produktion durch die Agrarreform gefördert oder gestört werde, in zweiter Linie müsse darauf gesehen werden, einen guten Mittelbesitz für die Entwicklung einer rationellen Landwirtschaft zu erhalten. Anstatt diese Gesichtspunkte zu berücksichtigen, schaffe man ein mechanisches und geistloses Aufteilen von Grundstücken. Auch in sozialer Hinsicht sei die Agrarreform eine ungeheure Gefahr. Der Kleinbauer von 5 bis 10 Joch könne nur existieren, wenn er hochwertige Produkte und Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Industrie verarbeite. Gerade die Träger der landwirtschaftlichen Industrie aber beseitige man durch die Agrarreform. Das Gesetz schaffe nur eine Proletarisierung der Kleinbauern. Das Gesetz leide außerdem an ungeheuren Unklarheiten.

Bei der Beratung der Agrarreform für die Bukowina hielt der Abgeordnete Dr. Kohlruß eine Rede, in der er Schutz

des ehrlich erworbenen oder ererbten Besitzes in einem gewissen Umfang verlangte. Die Agrarreform dürfe nicht Staatsbürger und Bauern erster und zweiter Klasse schaffen und müsse gerecht sein. In der deutschen Gemeinde Katharinendorf hätten die deutschen Bauern einen großen Grundkomplex seit mehr als 60 Jahren in Pacht, weil sie keinen eigenen Grundbesitz erwerben konnten, der vollständig in den Händen der Großgrundbesitzer war. Hier müsse die Agrarreform nun diesen Bauern die Möglichkeit schaffen, eigenen Besitz erwerben zu können, während die Agrarkommission den Bauern, die ihren Boden in 60jähriger fleißiger Arbeit kultiviert haben, den Pachtbesitz kurzerhand abnahm und ihn den Bauern einer Nachbargemeinde übergab. In ähnlicher Weise wurde auch in Eisenau vorgegangen. Nur ein tüchtiger, arbeitsfreudiger Bauernstand könne zum Wohle Rumäniens arbeiten.

Bei der Budgetdebatte gab der Abgeordnete Dr. Brandsch namens der Deutschen eine Erklärung ab, sie könnten angesichts der überhasteten Art der Debatte im Parlament an ihrer ursprünglichen Absicht, sich an den Verhandlungen zu beteiligen, leider nicht festhalten. Die Regierung habe ihre Versprechungen auf eine günstige Lösung der Minderheitsfrage nicht erfüllt. Die Deutschen aber könnten sich mit bloßen Versprechungen nicht weiterhin zufrieden geben. „Bis diese Frage allerersten Ranges im Geiste der Karlsburger Beschlüsse geordnet sind, sind wir entschlossen, auch in der Budgetfrage eine passive Haltung einzunehmen, bis die Regierung beginnen wird, von den Versprechungen zur Tat überzugehen.“ Der Abgeordnete protestierte dagegen, daß ihm unter Verletzung der Geschäftsordnung das Wort in einer vorhergehenden Sitzung verweigert worden sei. Die Art und Weise, wie das Budget beraten worden sei, sei unwürdig und sei eine Farce. Wegen dieses Ausdrucks wurde Brandsch darauf zur Ordnung gerufen. Die deutschen Abgeordneten verließen vor der Abstimmung den Saal und das Budget wurde mit 121 gegen 9 Stimmen angenommen.

Südslawischer Staat.

Das „Deutsche Volksblatt“ in Novisad-Neusatz veröffentlicht am 19. Juli einen Brief, den ihm ein Herr Martin Ackermann aus Budapest zugesandt hat und der wiederum beweist, wie zäh und geschickt, vorausschauend und gefährlich die französische Propaganda arbeitet. Der Brief verdient es, hier im Wortlaut wiedergegeben zu werden: „Gelegentlich der Ratifizierung des ungarischen Friedensvertrages hat im Auftrage der 24 elsass-lothringischen Abgeordneten Abbé Wetterlé eine großangelegte Rede im Interesse der im Banate und der Batschka wohnenden Nachkommen der Elsaß-Lothringer, Luxemburger und Pfälzer gehalten und darauf hingewiesen, daß die neuen Machthaber die im Friedensvertrage von St. Germain übernommenen Minderheiten nicht erfüllen. Er forderte für uns die Autonomie in Kirche und Schule, die Rückgabe der den Kirchen und Schulen genommenen Felder usw.“

Gleichzeitig erlaube ich mir, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die über 4 Fakultäten verfügende Straßburger Universität gerne bereit ist, unsere Hochschüler aufzunehmen. Die Vorlesungen erfolgen in Parallelklassen, in deutscher und französischer Sprache. Unsere Jugend könnte auf diese Art unsere Urheimat kennen lernen und hätte überdies Gelegenheit, die französische Sprache zu erlernen, was vom Standpunkt des Berufes und der internationalen Verbindungen von Wichtigkeit ist. Rektor-Abbé Dr. Müller, eine Zierde der deutsch-französischen Gelehrtenwelt, der auch den Straßburger Wahlbezirk im Parlamente vertritt, wird sich unserer Hochschüler auf das wärmste

annehmen. Die Kosten des Unterhaltes sind nicht größer, als in einer anderen Universitätsstadt, dabei hat Straßburg den Vorzug, daß es schön gelegen ist, ausgezeichnetes Klima hat und über moderne hygienische Einrichtungen verfügt. Die Bevölkerung spricht fast den nämlichen Dialekt, wie das obere Torontal und Temes.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Redakteur, diese vertrauliche Mitteilung in Ihrem gesch. Blatte entsprechend einrücken zu wollen.

Es empfiehlt sich Ihnen mit schwäbisch-deutschem Grusse
Budapest, den 6. Juli 1921.

Ihr hochachtungsvoll ergebener Ackermann."

Der Fischzug wird dem klugen Abbé Wetterlé diesmal nicht glücken. Man weiß im Banat zu genau, daß die Teilung des Banats in einen rumänischen und einen südslawischen Teil nur den französischen Absichten entsprang, auch die kleinste geschlossene Siedelung Deutscher als Gefahrenmoment auszuscheiden. Die Banater Schwaben wissen zur Genüge, wie die Ungarn ihre Intelligenz entnationalisierten, sie brauchen keine neue französische Wiederholung dieses unseligen Beispiels. Aber der Brief zeigt, wie sehr das Deutschtum allüberall in der Welt auf der Hut zu sein hat, und zeigt auch, welche Aufgaben dem Reichsdeutschtum gesteckt sind. Nur müssen sie anders gelöst werden als durch Preisaufschläge auf das deutsche Buch, als durch hohe Paßgebühren und schikanöse Grenzkontrolle, als durch Bestrafung junger Studenten mit 20 M. Geldstrafe in einer Stadt, wo sie keine Einreiseerlaubnis mitbrachten und was derlei Methoden deutscher Propaganda noch mehr sind. Der Kulturberrat des Auswärtigen Amtes, den Reichstagsabgeordneter Dr. Schreiber jüngst gefordert hat und zugesagt bekam, wird da eine gewaltige Arbeit leisten können.

Zu der Anbiederung Wetterlés an die Banater Schwaben ergreift ein „Schwabe“ auch in der ungarischen christlich-sozialen „Pester Zeitung“ das Wort. Er teilt mit, daß vor etlichen Monaten eine schwäbische Abordnung in Paris gewesen sei, um den Franzosen klar zu machen, daß es nicht nur eine Ungerechtigkeit sei, die Schwaben Südungarns an Italien, Rumänien und Jugoslawien anzugliedern, sondern auch ein Hohn und ein Spott auf die Kultur, da die Schwaben in kultureller Beziehung die Rumänen und Serben gewaltig überragten. Diese Abordnung habe auch Wetterlé besucht und ihn orientiert. „Inwieweit die Aufklärungsarbeit der Abordnung von Erfolg gekrönt war, möge dahingestellt bleiben.“ Der Abbé Wetterlé sprach in der Sitzung der französischen Deputiertenkammer vom 7. Juni über die Banater Schwaben, die hauptsächlich aus Elsaß und Luxemburg und aus der Gegend von Trier stammten. Er habe sich im elsässischen Dialekt mit den Abgesandten unterhalten können, und die Schwaben wollten ihre jungen Studenten nach Straßburg und Paris schicken, um ihnen eine rein französische Bildung zu geben. Wetterlé bezog sich also direkt auf die Abordnung der südungarischen Schwaben, deren Gesinnung er allerdings auch nach der Ansicht des Artikelschreibers in der Pester Zeitung absolut fasch wiedergibt. Der Verfasser dieses Artikels dankt zwar der Kommission für ihre Bemühungen, hält aber ihre Taktik für falsch. Wohl könne man vom Standpunkt der Augenblicks- und Konjunkturpolitik eine solche Theorie verfolgen, wer aber in die Zukunft schaue, richte sich nach anderen Prinzipien und anderen Normen. Der Zweck dürfe die Mittel nicht heiligen.

Die Kulturbundestagung in Karlsdorf gibt auch der serbischen Presse Veranlassung zu ausführlichen Artikeln über die Rolle der Deutschen im Staate. Der Ministerialsekretär im

Kultministerium Dr. Iskruljev, der im Auftrag seines Ministers der Tagung beiwohnte, hat an den Gemeindevorstand von Karlsdorf, bei dem er zu Gast war, ein Dankschreiben gerichtet, in dem er mitteilt, sein für die Deutschen günstiger und wohlwollender Bericht sei an den Minister abgegangen. Die Matica Srpska, der alte, zielbewußte und erfolgreiche serbisch national-kulturelle Verband in Novisad-Neusatz telegraphierte zur Tagung, er wünsche aufrichtig, „daß die Tätigkeit Ihrer Jahresversammlung der Kultur Ihrer Mitglieder und damit auch die Kultur unseres geliebten Vaterlands fördern möge“. Das serbisch-demokratische Wochenblatt „Pancevac“ in Patschowa schrieb sehr günstig über die Erfolge des Kulturbundes im ersten Jahr seines Bestehens, wie sie sich bei der Versammlung deutlich gezeigt hätten. Der Berichterstatte lobt die Versammlungsdisziplin der Teilnehmer, die Reden, die Sängerköre, die Ausstellungen, überhaupt die Leistung eines so kleinen Orts wie Karlsdorf, eine solche Fülle von Gästen zu beherbergen. Es müsse mit Genugtuung erfüllen zu sehen, wie der bessere Teil der Deutschen von wahrer Liebe zum Staate durchdrungen sei. Der Wahrspruch „staatsstreu und volkstreu“ sei ein schönes Arbeitsschild. Die Verfechter der demokratischen Ideen begrüßten mit Freuden jenen kulturellen Erfolg der Deutschen.

Italien.

Aus Bozen wird berichtet, daß der Bürgermeister von Salurn, von Gelmini, vom Generalkommissar Credaro seines Amtes enthoben worden sei, weil er die Bezeichnung „Tirol“ und „Südtirol“ an Stelle der vorgeschriebenen „Venezia Tridentina“ in amtlichen Korrespondenzen gebraucht und erklärt habe, sich den amtlichen Weisungen hierüber nicht fügen zu wollen. Die Gemeinde muß nun eine Neuwahl vornehmen.

England.

Es sieht fast so aus, als ob es langsam wieder Frieden werde. Wir haben an dieser Stelle des öftern von den Schikanen englischer Polizeivorschriften gegen deutsche Seeleute gesprochen. Nun meldet die „Tägliche Rundschau“, daß auf Grund neuerer Regierungsverordnungen deutsche Seeleute bei längerer Liegezeit ihrer Schiffe in englischen Häfen wieder Landungserlaubnis bekämen. Kürzlich hätten z. B. die Leute des in London gedockten Dampfers Jessica täglich von 10—5 Uhr, der Kapitän sogar bis 8 Uhr abends Ausgang und Landungserlaubnis bekommen. Ein neues Überwachungs-System für die Leute sei in Vorbereitung, nach welchem ehemalige Feinde die gleiche Behandlung erfahren sollten wie englische Seeleute!

Georgien.

Von den deutschen Kolonien in Georgien hatten wir seit den Bolschewisteneinfällen nur sehr spärliche Mitteilungen, nach denen es zunächst schien, als ob das dortige Deutschtum, unter dem das schwäbische Element besonders stark vertreten ist, alles verloren habe. Dieses düstere Bild wird durch neuere Briefe, die dem Stuttgartener „Schwäbischen Merkur“ zur Verfügung gestellt wurden, wenigstens etwas aufgehellt. So erzählt ein Brief aus Tiflis, der dort am 23. Februar, also gerade zur Zeit der Kämpfe, abgegangen ist, folgendes:

Heute ist es etwas ruhiger geworden. Die Bolschewiki wollten mit Gewalt in die Stadt eindringen. Die tüchtigen und tapferen Grusinier verhinderten es. Katharinenfeld, Elisabethfeld und Marienfeld, gerade die Hauptkolonien Grusiens, sind von den Bolschewiki eingenommen. Marienfeld ist schon zurückerobert und heute wollen die Georgier auch Elisabethfeld befreien. Katharinenfeld bleibt einstweilen in den Händen der Bolschewiki. Da Elisabethfeld Widerstand leistete, wurde es von den Bolschewiki

tüchtig beschossen. Daß Grusien so zusammenhält, hätte vorher niemand gedacht. Alle Dienstfähigen meldeten sich freiwillig, sogar unsere sämtlichen Tataren, die man noch in keinem Krieg zu Rußlands oder Georgiens Zeiten zum Soldatendienst zwingen konnte. Alle Gymnasien von der fünften Klasse an, Knaben und Mädchen (Mädchen zum Roten Kreuz), sind als Freiwillige gegangen, auch das deutsche Gymnasium.

Ein Brief aus Katharinenfeld selber erzählt 2 Monate später, unter dem 18. April, die Ereignisse wie folgt:

Tagelang zuvor hörte man von den Plänkeleien und Gefechten auf der Grenze zwischen Armenien und der neutralen Zone, welche die Georgier besetzt hatten. Es hieß, die Georgier weichen zurück; uns wunderte nur, daß man ihnen von Tiflis aus keine Verstärkung schickte. Bald hieß es, die Armenier seien schon in Woronzowka (Molokanendorf, an der georgisch-armenischen Grenze), was der Stab, der sich in Katharinenfeld befand, jedoch nicht zugab. Da, an einem Sonntag, ich glaube, den 18. Februar, schreckte uns das Schellen des Büttels auf, der rief: „S soll gleich jeder da Waga einspannen und uf da Bazar (Dorfplatz) brenga!“ „Aha“, sagte ich, „das riecht nach Flucht!“ Richtig, als ich auf den Kirchenplatz kam, fuhren schon die Wagen vor und wurden schleunigst beladen. Auch die Landschaftsbeamten fingen an zu evakuieren. Bis zum Abend war kein Georgier mehr im Dorf und die Männer der Kolonie mußten zu den Gewehren greifen, um das Dorf vor etwaigen Überfällen, die man befürchtete, zu beschützen.

Am andern Morgen standen wir auf der Straße vor unserer Wohnung, da sahen wir, wie die „Roten“ eben zum Dorf hereinritten, ganz gewöhnliche leibhaftige Russen, und zwar Kosaken. Sie versammelten sich vor dem Gemeindehaus und ihr Kommandeur befahl dem Schulzen, den Leuten zu sagen, daß das Leben ganz in alter Weise fortgesetzt werden sollte. Nach den Russen kam auch armenisches Militär. Schon durch die Russen war ein Kriegskommissar und ein bolschewistisches Revolutionskomitee eingesetzt worden. So ging die Front über uns hinweg; aber die rund 150 Wagen des Dorfes samt ihren Pferden waren jenseits derselben — mit den Georgiern. Von den Wagen sind einzelne wiedergekehrt, alle andern sind verloren. Acht, vierzehn Tage darauf wurde nach schweren Kämpfen auch Tiflis eingenommen und jetzt ist ganz Georgien bolschewistisch. Wir haben seither statt der früheren Regierung ein bolschewistisches Zentral-„Reokom“ (Revolutionskomitee), ein Kreisreokom und statt des Schulzenamtes ein „Dorfreokom“. Mit unseren „neuen Männern“ im „Dorfreokom“ ist man zufrieden. Nur im „Kreisreokom“, das ja seinen Sitz leider auch in Katharinenfeld hat, ist ganz ungeschicktes Pack. Ihnen ist es nur darum zu tun, auf einem warmen Plätzchen zu sitzen, wo man die Macht hat, ungestraft zu requirieren, auf gut deutsch: zu rauben, was einem gefällt. Es ist der Auswurf von allen Völkern. Wir müssen jeden Augenblick gewärtig sein, aus unserer Wohnung herausgeworfen zu werden, denn schon ist im „Schenskom“ (Frauenkomitee) der Gedanke ausgesprochen worden, das ganze Haus für eine internationale Kleinkinderschule mit Pension zu requirieren. Immer wollen sie uns das aufdringen, was wir Deutsche schon längst und viel besser haben, als solche Pfuscher es jemals fertig bringen werden. So haben sie die beiden blühenden Vereine des Dorfes aufgehoben um eines sehr fraglichen „Jugendbundes“ willen, in den nur junge Leute vom 14. bis 23. Jahre eintreten dürfen, und zwar wiederum aus allen Nationen. In einem solchen Verein können sich nur ganz gemütslose Menschen wohl fühlen, weshalb er auch von der deutschen Jugend fast durchweg gemieden wird. Sonst geht es uns noch erträglich.

Zum Schluß noch zusammenfassende Rückblicke aus Katharinenfeld vom 8. Mai:

Ihr habt wahrscheinlich sehr schwarze Vorstellungen von der hiesigen Lage. Daher möchte ich euch ganz kurz unterrichten. Erstens wurde Katharinenfeld von den Roten ruhig am 12. Februar eingenommen, da die Georgier ihre Truppen auf die Tifliser Stellungen zurückgezogen hatten. Tiflis wurde nach sehr hartnäckigen Kämpfen am 25. besetzt, ist aber auch nicht geplündert worden. Im allgemeinen führen die Russen in Georgien eine sehr nachgiebige Politik, aus Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse. Den Bauern darf laut Dekret nichts gewaltsam abgenommen werden. Der Privathandel und auch der Weinhandel (außer Kognak und Schnaps) ist wieder erlaubt. Uns ist auch die Apotheke, die bereits abgenommen war, wieder zurückgegeben. Die Reokoms (Revolutionskomitees) sind sich aber ihrer neuen Aufgabe noch nicht bewußt und setzen ihre Ausbeutungswirtschaft fort. Darunter hat besonders Katharinenfeld viel zu leiden, weil sich hier schrecklich viel Angestellte der Kreisverwaltung einquartiert haben. Unser Dorfreokom ist sehr energisch und verteidigt die Interessen der Kolonie gut.

Aus einem gleichzeitigen Brief ist zu entnehmen, daß die deutschen Schulen in alter Weise weiter arbeiten. So konnte z. B. das Tifliser Realgymnasium sogar wieder seine Osterferienfahrt machen (nach Katharinenfeld). Katharinenfeld hat durch den Umsturz fast seinen Pastor verloren. Er wurde nämlich aus dem Pastorat verdrängt von den Behörden und wollte daraufhin die Stelle aufgeben. Es gelang, ihn durch Einreden zum Bleiben zu bewegen. Dem Umstand mißt man große Bedeutung bei, besonders auch, weil es also in dieser Beziehung den Bolschewiken nicht gelang, in der deutschen Kolonie ihr religionsloses Programm durchzusetzen.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Die „Neuyorker Staatszeitung“ vom 9. Juni meldet, daß von amerikanischen Gerichten in den letzten Wochen des Mai und ersten Tagen des Juni mehrmals deutsche und deutsch-österreichische Applikanten um das Bürgerrecht der Vereinigten Staaten zurückgewiesen wurden, weil sie sich, als sie schon im Besitz des sogenannten „ersten Papiers“ waren, weigerten, in den amerikanischen Heeresdienst einzutreten. Die Zeitung ist der Ansicht, daß mit dem ersten Bürgerpapier keinerlei Rechte also auch keinerlei Pflichten eines amerikanischen Bürgers verbunden seien. Mit dem ersten Papier wird nur die Absicht ausgesprochen, amerikanischer Bürger zu werden. Das Detroitter Gericht vertritt übrigens diesen Standpunkt ebenfalls, denn es erklärte: Deutsche und Österreicher, die sich während des Krieges weigerten, für die Vereinigten Staaten die Waffen zu ergreifen, obwohl sie bereits im Besitz des „ersten Papiers“ waren und ihre Absicht kundgegeben hatten, einmal amerikanische Bürger zu werden, haben damit durchaus loyal gehandelt. Diejenigen aber, die aus Ländern stammten, die mit den Vereinigten Staaten im Weltkrieg verbündet waren, und die dennoch die Ausnahmestellung von Fremden beanspruchten, waren illoyal der Nation und den Gesetzen gegenüber.

KLEINE NACHRICHTEN

Dr. Wettstein †. Aus dem Kreis der jugendlichen Pfadfinder, denen er als Führer des badischen Verbandes frohe Ferientage bereiten wollte, wurde der als Kolonialschriftsteller und Vortragsredner bekannte und geschätzte Bürgermeister der Stadt Weinheim a. B., Major a. D. Dr. K. A. Wettstein, infolge eines Hirnschlags schnell hinweggerafft. Er starb am 25. Juli in Baden-Baden im Alter von noch nicht 50 Jahren.

Wilhelm Finkbeiner †. In Reval verstarb der Zahnarzt Wilhelm Finkbeiner, der nicht nur beruflich eine große Rolle spielte, sondern dank seiner gesellschaftlichen Talente im Schwarzhäupterklub wie im Revaler Verein für Männergesang und anderen Vereinen geschätzt und beliebt war. Die Feier für den Toten gestaltete sich zu einer großen Kundgebung der deutschen Vereine.

Pastor Hermann Hesse †. Die Sankt Olai-Gemeinde in Reval beklagt den Tod ihres Pastors Hermann Hesse, der im Alter von noch nicht 37 Jahren an schwerer Nierenkrankheit starb. Schon als Student und Landsmann der Estonia war der auf einem deutschen Pastorat in Estland Geborene ein Führer und anregender, vorwärtstrebender Mann. Für die innere Mission, für die er auf Pastor Bodelschwings Anstalten in Bethel-Bielefeld sich besonders vorbereitete, hatte er ein starkes Interesse. In der Armenfürsorge und in allen charitativen Unternehmungen des Deutschtums in Estland spielte er eine bedeutende Rolle. Zuletzt war er noch in das Probstkaptel der deutschen Probstsynode gewählt worden. Er war ein glänzender Redner von hinreißendem Schwung.

Konrad Rust †. In Windhuk starb der den Südwestafrikanern wohlbekannte Herr Konrad Rust, der im Jahre 1855 in Kassel geboren war, als Zwanzigjähriger schon nach Südafrika und später nach Südwest kam, wo er die Farm Monte-Christo besaß. Er schrieb mit amtlichem Material sein weithin bekannt gewordenes Buch: „Krieg und Frieden im Hererolande“ und war viele Jahre lang Schriftleiter der „Windhuker Nachrichten“. Vom Jahre 1911 an leitete er auch 2 Jahre lang das Organ der Farmer-Vereinigung „Der Südwestbote“. Er war ein eifriges Mitglied des Farmervereins und gehörte dem nach dem Herero-Aufstand gebildeten ersten Gouvernements-Beirat an.

Guillermo Schmidt-Klugkist †. Die deutsche Kolonie in Buenos Aires hat durch den Tod von Guillermo Schmidt-Klugkist, der am 8. Juni erfolgte, einen schweren Verlust erlitten. Er war Bremenser, der schon in jungen Jahren am La Plata eine zweite Heimat fand, wo er in den verschiedensten Landesteilen in der Zucker-Industrie, in Bergbauunternehmungen wie in verschiedenen anderen Berufsarten tätig war. Seit dem Jahre 1898 war er mit der Tochter eines Nationaldeputierten aus Parana verheiratet. Als er vom Krieg in Bremen, wo seine Kinder zur Ausbildung weilten, überrascht wurde, stellte er seine Dienste der Vaterstadt zur Verfügung. Nach seiner Rückkehr im Jahre 1919 arbeitete er fieberhaft an der Wiederherstellung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland. An einem hervorragenden Werke über Argentinien, das im Jahre 1912 dem damaligen Minister des Innern Dr. Gomez gewidmet wurde, hatte der Verstorbene reichen Anteil. Er wird als ein treuer Freund und hilfsbereiter Landsmann von allen geschildert und gelobt, die mit ihm zu tun hatten.

Oberst Stahl †. Ein bekannter Deutsch-Amerikaner, Oberst Stahl, starb in Trenton, New-Jersey (Ver. Staaten), im Alter von 77 Jahren am 24. Juni. Als junger Mann war er von Breslau nach Amerika gekommen, hatte dann am amerikanischen Bürgerkrieg teilgenommen und war später der Herausgeber einer deutschen Zeitung in Trenton. Als der Deutsch-Amerikanische Nationalbund gegründet wurde, wurde er zum Vizepräsidenten dieses Bundes für den Staat New-Jersey gewählt. An allen deutsch-amerikanischen Bestrebungen hat Oberst Stahl immer den regsten Anteil genommen.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Vom deutschen Schulwesen in Rumänien.

Im Banat, am 28. Juni 1921.

Vor einem Jahre haben einige um die deutsche Zukunft ihres Banater Schwabenvolkes besorgte Männer der schwäbischen Autonomiepartei in Temesvar die deutsche katholische Lehrerbildungsanstalt in Temesvar geschaffen, deren Aufgabe es ist, deutschbewußte, begeisterte Volkserzieher heranzubilden. In der rumänischen Staatspräparandie gab es seit 1919 allerdings auch eine deutsche Gruppe, völkische Sicherheiten bot aber das dort von volksfremden Lehrern geübte Erziehungsverfahren keineswegs, im Gegenteil: unverkennbare Anzeichen sprachen dafür, daß hier die Axt an die Wurzel des deutschen Schulwesens, an die Lehrerschaft, gelegt werden sollte, und — die Schüler selbst empörten sich dagegen und baten und drängten, die Errichtung der vom Staate unabhängigen Anstalt zu betreiben. Unabhängigkeit, relative wenigstens, verhiieß einzig allein die Einschachtelung des Institutes in die römisch-katholische Kirchengemeinschaft, wobei sich die Gründer aber weitgehendste Geltung des zivilen Einflusses ausbedungen und den die Schule beaufsichtigenden Direktionsrat demgemäß zusammenstellten: neben den drei nationalschwäbischen Parlamentariern Senator Möller, Abg. Dr. Muth und Dr. Kräuter gehörten dem Rate Lehrer, Rechtsanwälte, Landwirte, Stadt und Land, an. Die Herren des Direktionsrates garantierten die materielle Lebensfähigkeit der Anstalt, indem sie sich für das Zusammenkommen der Mittel verbürgten und mit Schwung an die Propagierung von nationalen Opfern seitens des schwäbischen Volkes herantraten. Und das Volk opferte mit einer unter den sehr sparsamen Schwaben einzigen Bereitwilligkeit: Geld und Naturalien. Die Dörfer wetteiferten, nicht zuletzt aus dem Bewußtsein heraus, den einzig sicheren Grundstein des deutschen Volkstums zu legen. Und nun ist die Anstalt zum ersten Male in der Lage, dem Volke und ihren Gründern ihren Dank abzustatten, indem sie dem Banater Deutschtum zwölf junge Lehrer schenkt, die durchgeistigt sind von nationaler Erzeugung und christlicher Lebensanschauung. Am 26. Juni fand die Schlußfeier statt. Der schwäbische Bischof Dr. von Glattfelder hielt die Festrede und verteilte die Diplome, und ein gemeinsames Mittagessen schloß daran an, aus dessen Festsprüchen heiliger deutscher Geist aufloste. Die Reden galten nicht bloß der Schule und den jungen Lehrern, sondern auch und nicht zuletzt dem Direktor des Institutes, Dr. Kräuter, der dem Staate diese Anstalt buchstäblich abgerungen und sie mit völkischem Geiste erfüllt hatte. In fast rührender Begeisterung redete der nationale Sinn aus der stürmischen, lohenden Art, wie zum Beispiel einer der jungen Volksapostel, Lehrer Weresch, die Dichtung des Senators Möller „Der deutsche Quell“, die schon seit Jahr und Tag im Banat als Weck- und Mahnruf herumgereicht wird, vortrug und wie sie von der Versammlung aufgenommen wurde. Der nationale Zug in dieser Anstalt berührt doppelt erfreulich, als zur selben Zeit im staatlichen deutsch-ungarischen Realgymnasium schon der Holzwurm der systematischen Entnationalisierung zu nagen scheint. Bezeichnend dafür ist, daß die deutschen Schüler dieser Anstalt heuer — rumänisch ausgefertigte Zeugnisse erhielten, ein Vorgang, der im krassen Widerspruch zu den Verheißungen und Sicherheiten der Gesetz gewordenen Karlsburger Beschlüsse steht und einen Streich gegen die Menschenrechte der völkischen Minderheiten bedeutet.

Vom deutschen Schulwesen im rumänischen Banat. Vor kurzem weilte der rumänische Unterrichtsminister in Temesvár, wo er verschiedene Deputationen der Schulgemeinden empfing. Für die schwäbische Volksorganisation sprach dabei Senator von Möller. Das Deutschtum habe von jeher dem Schul- und Bildungswesen seine Aufmerksamkeit gewidmet. Ein nicht geringer Teil der Banater Kultur sei der deutschen Schule entsprossen. Zur Pflege der deutschen Schule, die die Volksorganisation dem Minister ans Herz lege, gehöre aber vor allem die materielle und soziale Sicherstellung der deutschen Lehrerschaft. Der unverfälschte deutschvölkische Charakter der Schule müsse ein *conditio sine qua non* sein. Auch der deutsch-konfessionellen und der deutsch-gemeindlichen Schulen möge der Minister sich annehmen, die wertvollsten Bildungsanstalten darstellten. Minderheitsschulen bedürften der besonderen Pflege des Staates, der ihre Sprache sorgfältig und liebevoll schätzen müsse. Später empfing dann der Minister noch eine Lehrer-Abordnung unter Führung des Abgeordneten und Direktors Dr. Kräuter. Der Direktor sprach für die alten und ergrauten Lehrer, die nun pensioniert werden sollten, ohne daß sie zuvor auch in ihrem Gehalt so gestellt seien, daß sie davon auch nur bescheiden leben könnten. Für diese 12—15 im Dienste der Schule ergrauten Lehrer müsse der Staat doch noch die nötigen Mittel aufbringen.

Temesvár. Ein schwäbisches Töchterheim wurde im „Banater Tagblatt“ jüngst verlangt, um die Erziehung der schwäbischen jungen Mädchen in deutschem Geiste zu gewährleisten. Ein Aufsatz in der jüngsten Nummer des Blattes vom 23. Juli befaßt sich abermals mit dieser Frage, stellt jedoch in den Vordergrund die Forderung, daß die Mädchenbürgerschulen verdeutscht würden, da es eine Schmach sei, daß die Schwabentöchter noch immer in fremder Sprache und fremdem Geist unterrichtet würden. Es gäbe nur wenige Eltern, die ihre Kinder in Deutschland unterrichten lassen könnten. Es wäre verfehlt, an ein einziges Pensionat zu denken, in dem alle schwäbischen Töchter erzogen werden könnten, sondern es sei nötig, verschiedene Pensionate zu errichten, um die deutsche Erziehung der jungen Schwabentöchter sicherzustellen.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Verband deutscher Lehrer und Lehrerinnen im Ausland.

Das Deutsche Ausland-Schul-Sekretariat erläßt den folgenden Aufruf:

Die deutsche Lehrerschaft hat eine Dankespflicht abzutragen gegenüber denen, die unter Einsetzung ihrer Person und Gaben den kraftvollen Zusammenschluß der Lehrkräfte im Auslande herbeigeführt haben. Der verstorbene Dr. Amrhein war es, der weitschauend und als Bahnbrecher, unterstützt von Männern wie Dr. Gaster, Temming, Dr. Lohmeyer, Michel u. a. m., mit seiner Zeitschrift „Deutsche Schule im Auslande“ die Anregung und den Grund zu einer Organisation schuf, die alle Lehrer und Lehrerinnen (ohne Unterschied der Vorbildung) im Auslande umfaßte. Der Weltkrieg vernichtete beide Werke. Die Gegenwart aber verlangt gebieterisch, daß die Pioniere des Deutschtums im Auslande, zu denen die Lehrerschaft mit an erster Stelle gehört, in sich geschlossen dastehen und in der Heimat, für die sie wirken und kämpfen, Rat und Tat finden. In Verbindung und mit Unterstützung der altbewährten Führer der ganzen Bewegung ist das Deutsche Auslandsschul-Sekretariat bemüht, einen „Verband deutscher Lehrer und Lehrerinnen im Auslande“ ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung zu schaffen. Die Organisation ist soweit gediehen, daß bereits An-

meldungen erfolgen können. Auch frühere Auslandskräfte finden Aufnahme. Die Zeitschrift, das Fundament der Bewegung, mit der sie steht und fällt, wird zu Weihnachten erscheinen. Behördliche Unterstützung ist gesichert. Das Werk soll keine lose Vereinigung, sondern ein kraftvoller Verband, systematisch ausgebaut und lebensfähig werden. Sämtliche Schulen im Auslande werden demnächst Rundschreiben erhalten. Das erwähnte Sekretariat besitzt das Amrheinsche Archiv und ist bereit, jede Zuschrift sofort zu beantworten und Beratung und Hilfe nach Vermögen kostenlos zu bieten. Im eigenen Interesse sollten daher alle Amtsgenossen draußen (und die in Frage kommenden in der Heimat) diesem Verband sofort beitreten; denn „Einigkeit allein macht stark“. Die benannten Führer der Bewegung stehen hinter diesem Werke. Zuschriften, Schulberichte, Anfragen und vor allem Anmeldungen nimmt entgegen das „Deutsche Ausland-Schul-Sekretariat“ in Leer i. Ostfriesl., das die Vorarbeiten zur Tagung des Verbandes in Berlin erledigt.

Wien. Der Verein der Siebenbürger Sachsen feierte am 19. Juni sein 50jähriges Stiftungsfest. Beim Festkommers hielt Dr. Otto Herzog die Festansprache über die Arbeit des Vereins, namentlich über die Lebensmittelhilfsaktion und über das Kinderhilfswerk. Das Siebenbürgerlied „Siebenbürgen, Land des Segens“ wurde mit Begeisterung gesungen. Der Verein der Banater Schwaben in Wien beglückwünschte den Bruderverein, beim Festgottesdienst hielt Pfarrer Antonius die Festpredigt, zunächst in sächsischer, später in hochdeutscher Sprache. Ein Gartenfest schloß die Veranstaltung ab.

Rumänien. Deutscher Volksrat für die Bukowina. Am 14. Juli fand die erste Sitzung des großen Ausschusses statt. Man bildete einen Schulausschuß, einen Festbesoldetenausschuß, einen Handels- und Gewerbeausschuß, einen landwirtschaftlichen, einen Fürsorge- und einen Arbeitsausschuß als Fachausschüsse. Vorbereitungsmaßnahmen für die in Czernowitz stattfindende Herbsttagung der Hauptleitung am 17. und 18. September wurden besprochen. Zur Vorbereitung wurde ein 13gliedriger Ausschuß, der sich durch Vertreter aller völkischen Vereine und Organisationen ergänzen soll, eingesetzt.

Temesvár. Der deutsch-schwäbische Kulturverband hielt am 12. Juli eine Ausschuß-Sitzung ab, bei der der Obmann Dr. Michael Kausch die Genehmigung der Satzungen durch die Regierung bekanntgeben konnte. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung wurde die Begründung einer Wirtschaftsorganisation besprochen. Der Antrag, der Kulturverband möge fortan auch wirtschaftliche Tätigkeit entfalten, wurde einstimmig angenommen. Die Bundesleitung wurde ermächtigt, sich mit 5000 Lei an einer genossenschaftlichen Gründung zu beteiligen.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Deutsche Kunst im rumänischen Banat.

Vor 23 Jahren ist das deutsche Theater in der Schwabenstadt Temesvár, dem Mittelpunkt der deutschen Kulturschöpfung, die man Banat nennt, geschlossen worden. An seine Stelle trat die ungarische Bühne, die anfangs so gut wie kein Publikum hatte, dann aber im gleichen Maße, wie die Kenntnis der ungarischen Sprache in der Stadt wuchs, an Bedeutung zunahm, um schließlich ein nicht unbedeutendes Niveau zu erklimmen. Im vorigen Jahre ist das ungarische Theater wieder totgeschlagen worden. Eine Verordnung der neuen rumänischen Behörden verfügte nämlich, daß von nun an auf die rumänische, deutsche und ungarische

Bühne nur je drei bis vier Monate Spielzeit zu fallen haben, Unter diesen Bedingungen glaubte die ungarische Direktion nicht bestehen zu können und verlegte das Theater nach Budapest. In Temesvar aber setzte nicht etwa die deutsche Kunst als der geistige Besitz der germanischen Mehrheit der Stadt ein, sondern das Rumänentum nützte seine Vormacht dazu aus, die beste Saison, nämlich die Herbstperiode, einem Bukarester rumänischen Operettenensemble zuzusprechen. Dann sollte das ungarische Arader Theater spielen, und erst zum Schlusse, mitten im fast tropischen Hochsommer des Banats eine deutsche Gesellschaft. In Temesvarer Bürgerkreisen glaubte man darin nicht etwa eine Bevorzugung des Ungartums zu sehen — gegen das sich im Grunde doch alle rumänischen Haare sträuben —, sondern den Versuch des chauvinistischen Oberbürgermeisters der Stadt, Stan Vidrighin, das deutsche Theater, das ihm und seinesgleichen ungleich gefährlicher schien, durch die Einkellung in die übelste Spielzeit ad absurdum zu führen und als todegeborenes Kind in die Erscheinung treten zu lassen. Die Dinge entwickelten sich aber so: Das rumänische Operettentheater wurde, obschon es durch Wiener Operetten (in rumänischer Übersetzung) zu locken suchte, vom zahlenden Publikum kaum aufgesucht, und zwar auch dann nicht, als das eigentliche Theaterhaus infolge allerlei Leichtsinnigkeiten abbrannte, und sich die Bühne auf einen wesentlich plätzeärmeren Saal beschränkt sah. Das folgende ungarische Theater litt unter der Interesselosigkeit des Volkes schwer und schließlich erzielte das zu Tode verurteilte deutsche Ensemble inmitten der südlichen Glut, wenn schon keine vollen Häuser, so doch immerhin die stärkste Teilnahme unter allen dreien. Und das nicht eben mit starken künstlerischen Mitteln. Denn die Gesellschaft war aus allen Winden in fliegender Eile zusammengeblasen worden, und harmonische Ausgleichlichkeit war nicht ihre Stärke und ist es trotz der persönlich recht namhaften Schauspielerleistungen der Direktorin Frau Ida Günther auch heute noch nicht. Das deutsche Theater spielt seit 22. Mai bei uns. Es führte sich mit Maria Stuart ein, und suchte neben der Operettenware möglichst viel Deutsch-Klassisches zu pflegen: gewiß ein schöner Entschluß, angesichts dessen man bloß bedauern muß, daß er im Publikum nicht den Widerhall gefunden hat, den die Direktion von einem derart ins Deutschnationale übergegangenen Volke erwartet hatte. Bald zeigte es sich nämlich, daß die Herren von Goethe, Grillparzer und so weiter bloß halbe, das „Dreimäderlhaus“ aber und die Groteske der Herren Davis und Lippschütz „Gretchen“ volle Häuser zu erzielen vermögen. Das hatte zur Folge, daß die gegenwärtige Temesvarer deutsche Theatergesellschaft, die kein zureichendes Betriebskapital besitzt, das zu machen genötigt ist, was auch hauptstädtische Bühnen unter ähnlichen Umständen zu machen pflegen: es läßt seine Mädchen Operettentänze tanzen und sieht darauf, daß die Damen dabei nicht zu dicht verschleiert sind. Ja, wenn das deutsche Theater die Subventionen bekommen hätte, deren das rumänische von Staat und Stadt gewürdigt worden sein soll! Dann hätte die erste Spielzeit des Temesvarer Theaters schon ein anderes, nobleres Gesicht zeigen können. Dann wäre eben die Notwendigkeit, um jeden Preis Geld zu verdienen — zu verdienen mit allen Mitteln und Kniffen — erspart worden. Aber bei einer solchen Gleichbewertung der Völkerschäften im neuen Reiche sind wir noch lange nicht angelangt und wohl auch noch nicht bei der sicheren Erkenntnis, daß selbst das zahme Temesvar nicht mehr geneigt ist, seine Haut zu wechseln. Ist auch der Sinn der Temeschburger für Goethe und Grillparzer sehr schwach entwickelt, so ist doch ihr Beharrungsvermögen bei ihrer Rasse, wenn nicht alles täuscht, um so stärker, und es kann nicht fehlen, daß auch

die nationale Kunst davon ihren Vorteil ziehen wird. Der Idealzustand wäre freilich der, daß Staat und Stadt die Einseitigkeit zugunsten der gleichmäßigen Förderung aller drei Nationen aufgeben würde, was wohl zur Folge hätte, daß sich die eine Nation nicht mehr in dem Maße wie heute der Kunstübung der anderen verschlösse. Senator Möller-Temesvar.

Professor Dr. M. Friedländer befindet sich gegenwärtig in London, wo er auf Einladung der Burlington-Gesellschaft weilte, der größten Kunsthistorikergesellschaft Englands, die ihren deutschen Mitgliedern, darunter ihm und W. v. Bode, mitgeteilt hat, sie habe die im Kriege verhängten Suspendierungen wieder aufgehoben und werde sich freuen, wenn die guten alten Beziehungen wieder aufgenommen würden.

DEUTSCHER SPORT IM AUSLANDE

Zur Arbeiter-Olympiade in Prag trafen am 25. Juni 400 deutsche Turner und Sportsleute zusammen mit 100 belgischen Wettkämpfern ein. Sie wurden am Bahnhof vom deutschen Gesandten Dr. Sänger im Auftrag des deutschen Reichspräsidenten begrüßt, ihm hatten sich die Führer der tschechischen Arbeiterschaft angeschlossen. Mit den Belgiern zusammen zogen die deutschen Teilnehmer, einer Meldung des B. T. zufolge, von der Menge lebhaft begrüßt, in Prag ein und sangen, eine in Prag seltene Erscheinung, ihre deutschen Lieder. Am Bahnhof waren zum Empfang auch die englischen Arbeiterführer erschienen, die die Deutschen mit besonderer Wärme begrüßten. Den Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei vertrat Hermann Müller, später wurde Scheidemann erwartet.

Die Stuttgarter Kickers vertraten den deutschen Sport zum ersten Male nach dem Kriege wieder in Kopenhagen. Ihr Empfang während des achttägigen Aufenthalts war herzlich und gastfreundlich. In Kopenhagen schloß das erste Spiel mit 1:1, in Helsingborg mit 1:6, das dritte in Hilleröd auf dänischem Boden mit 0:0.

Bei dem Wettbewerb für Leicht-Athletik in Amsterdam konnten sich alle deutschen Vertreter gute Plätze sichern. Den Marathonlauf gewann der Berliner Ruppert vor zwei anderen deutschen Vertretern, den 5000 Meterlauf Vietz Berlin, den Stabhochsprung Jeschke-Neukölln, das 3000 Metergehen Schwab-Neukölln. Die 4mal 100 Meterstaffel gewann eine Krefelder Mannschaft.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

„Bund der Auslandsdeutschen.“ Von den Landesverbänden.

Der Bund der Auslandsdeutschen Landesverband Sachsen Thüringen legt Wert darauf, zu betonen, daß er nicht 120 Kinder nach seinem Ferienheim in Garndorf bei Saalfeld a. S., sondern die doppelte Zahl entsandt habe und daß die Geldmittel dazu aus seiner eigenen „Volksspende für die vertriebenen Auslandsdeutschen“ in Sachsen herrührten, nicht etwa aus den Mitteln der früheren „Rückwandererhilfe“ oder ihrer Nachfolgerin, der „Volksspende für die vertriebenen Auslandsdeutschen“, die jetzt wiederum in die „Vereinigte Fürsorge für das Auslandsdeutschtum“ umgestaltet worden ist. Sachsen sei der Reichssammlung nicht angeschlossen, sondern sammle selbständig und habe eine eigene geschlossene Fürsorge. Das Grundstück für das Ferienheim habe er mit Vorkaufsrecht gepachtet, um nach Beendigung seiner Kinder-Ferienkolonie den

selbst Umbauten für ein Altersheim vornehmen zu lassen. Die Baugenehmigung ist bereits erteilt. Die Eröffnung soll noch in diesem Jahre, voraussichtlich Mitte November, erfolgen. Die Kosten werden von der Fürsorgeabteilung des Landesverbandes aufgebracht werden.

Von den Ortsgruppen.

Die Ortsgruppe München des B. D. A. war schon seit langer Zeit Gegenstand lebhaften Streites zwischen einer Mehrheit und einer Minderheit um die Führung und Leitung. Es wurde in diesem Streite sogar mit mächtigen Plakaten gearbeitet, die in ihrer grellen gelben Farbe und Größe selbst für München etwas außerordentliches darstellten. Nachdem eine Maiversammlung bereits einmal gesprengt worden war, ging die Agitation gegen den bisherigen Vorsitzenden des Landesverbandes des Bundes in sehr starker Weise weiter, wurde sogar aufs politische Gebiet hinüberspielt. Für die Sitzung war vorgeschrieben, daß nur Mitglieder auf Grund der Mitgliedskarte von 1921 Zutritt und Stimmrecht haben sollten. Es fanden aber trotzdem auch andere Mitglieder mit Karten von 1920 Zutritt. Kurz nach 8 Uhr begann die Wahl mit Stimmzetteln unter sorgfältiger Kontrolle der Mitglieder-Kartothek, vor ½ 12 Uhr wurde unter lebhafter Spannung das Resultat verkündet. Der Kandidat der Opposition, Dr. Hailer, bekam 220, der bisherige Vorsitzende, Major Schlagintweit, 182 Stimmen. Die Mehrheit spendete riesigen Beifall, die Minderheit focht sofort die Wahl an. Es entstand wegen vielfach fallender Beschimpfungen Unruhe. Nach der Wahl verließ mehr als die Hälfte der Versammlungsteilnehmer das Lokal. Als zweite Vorsitzende wurden mit 175 Stimmen von der Heydt und Brocksieper mit gleichen Rechten gewählt.

Berlin. Die Vereinigung der Deutschen aus dem Kaukasus hielt ihre Generalversammlung ab, in der Herr Jeschor den Bericht erstattete. Eine Anzahl der Mitglieder ist in den Kaukasus zurückgereist, andere sind dafür von dort neu ins Reich zurückgekommen. Herr Pastor Schleuning wurde zum ersten Vorsitzenden, Herr Kässer zu seinem Stellvertreter und Herr Jeschor zum Geschäftsführer einstimmig wiedergewählt. Herr Th. Hummel erstattete sodann einen Bericht über die gegenwärtige Lage der Kaukasus-Kolonien. Eine Sammlung für einen bedürftigen Studenten aus den Kaukasus-Kolonien ergab 300 Mk.

Zusammenschluß der Kolonisten und andern Deutschstämmigen aus Rußland. Nachdem der Versuch im „Ausschuß der deutschen Gruppen aus den Ländern Altrußlands“ die sämtlichen in Rußland früher tätigen Deutschstämmigen zu einigen, gescheitert ist, wurde Anfang März das **Zentralkomitee der Vereine aus den Kolonisten-Gebieten Rußlands** begründet, in dem die Vereine der Wolgadeutschen, der deutschen Wolhynier, der Schwarzmeer-Kolonisten, der Deutschen aus dem Kaukasus und der Verein der Kolonisten und andern Deutschen Nord-Rußlands vereinigt sind. Das Zentralkomitee will für die Interessen der deutschstämmigen Kolonisten Rußlands, sowie der Flüchtlinge, Rückwanderer und Auswanderer aus den Kolonistengebieten Rußlands eintreten und den kirchlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau dieser Kolonien betreiben. Presse-Organ ist die „Heimkehr“ des Fürsorgevereins für deutsche Rückwanderer. Das Zentralkomitee hat seinen Sitz Berlin W 30, Motzstraße 22, Zimmer 422.

Mannheim. Der Rat der Auslandsdeutschen (e. V.) hielt unter Vorsitz von Herrn Pfarrer Wettstein am 29. Juni 1921 seine satzungsgemäße Jahresversammlung. Ein Tätigkeitsbericht des Vorstands über die Arbeit des letzten Jahres, sowie ein Bericht

der Kassenverwaltung und der Bericht der Revisoren wurden vorgelegt und angenommen. — In bezug auf die Verwaltung des am 18. März 1921 vom Rat der Auslandsdeutschen ausgeworfenen Unterstützungsfonds nahm die Versammlung den Antrag des Vertrauensrats an, das Ministerium zu bitten, diesen Fonds dem Städtischen Fürsorgeamt zum Besten unterstützungsbedürftiger Auslandsdeutscher übergeben zu dürfen, um unberechtigten Ansprüchen von anderer Seite ein für allemal ein Ende zu machen. — Bei der Vorstandswahl wurde an Stelle des mit Auflösung der amtlichen Zweigstelle des Reichswanderungsamts von Mannheim verziehenden 1. Vorsitzenden der bisherige 2. Vorsitzende Herr Friedrich Schmitt zum 1. Vorsitzenden gewählt. 2. Vorsitzender wurde Herr Ingenieur Kohrt und Schriftführer Herr Kaufmann Marterer. Herr Schmitt widmete seinem Vorgänger freundliche Dankesworte für dessen den vertriebenen Auslandsdeutschen in den letzten Jahren gewidmeten Bemühungen.

Verband der Schutzgebietsbeamten und Schutztruppenangehörigen E. V. Der vorliegende 5. Verbandsbericht (abgeschlossen Mitte März 1921) läßt erkennen, daß der Verband entsprechend dem im vergangenen Verbandsbericht zum Ausdruck gekommenen Wünsche, sich auch weiterhin die Sorge um das Los der Kolonialbeamten, insbesondere um ihre gerechte Eingruppierung in die neue Besoldungsordnung angelegen sein ließ. In der Versammlung vom 4. März 1921 wurde der Vorstand neu gebildet. Er setzt sich zusammen aus: Vorsitzender: Geh. Regierungsrat v. Zastrow, stellv. Vorsitzender Obersekretär Schako, Schriftwart: Bezirksleiter Neugebauer, Kassenwart: Buchhalter Werner. Von allgemeinem Interesse ist die Mitteilung des Verbandsberichtes, daß gemäß Erlaß des Reichsministers für Wiederaufbau die Zeit, während der sich ein Beamter der früheren deutschen Schutzgebiete Afrikas und der Südsee infolge Kriegsgefangenschaft, Internierung oder aus einem sonstigen, durch den Krieg verursachten und von dem Beamten nicht verschuldeten Grunde in: Britisch Ostafrika, Britisch-Südafrika, Britisch-Zentralafrika, Portugiesisch-Ostafrika, Portugiesisch Angola, Uganda, Belgisch-Kongo, Nordafrika, einschließlich Ägypten, Westafrika, Spanisch-Muni, Indien, Brasilien, Argentinien, Newport-News (Chesapeake Bay), Fort Georgien (Mittelamerika) oder auf den Kanarischen Inseln, Fernando Poo, den Hawaii-Inseln, Fidschi-Inseln oder auf Neuseeland aufgehalten hat, dem Aufenthalt in dem Schutzgebiet, welchem er angehört hat, gleich zu erachten ist. Ist der Aufenthalt durch eigenes Verschulden des Beamten verlängert worden, so bleibt die Zeit der Verlängerung außer Betracht.

Stuttgart. Die Vereinigung der auslandsdeutschen Studierenden hatte in ihrer Außenarbeit im Sommersemester durch die Ereignisse in Oberschlesien zu leiden. Auch viele Auslandsdeutsche waren zur Verteidigung der deutschen Heimat in Oberschlesien tätig. Ein geselliger Abend vereinigte die Mitglieder mit denen der Vereinigung auslandsdeutscher Studierender in Hohenheim. Die Mitgliederversammlungen und geselligen Abende waren regelmäßig gut besucht, die Vereinigung zählte 36 Mitglieder, davon 16 rumänischer Staatsangehörigkeit und 7 Staatenlose. 9 Mitglieder waren Balten, 8 Banater Schwaben, 7 Ukrainer, 5 Siebenbürger Sachsen, 3 Bessarabier, 2 Deutsch-Böhmen. Als Vorstand für das Winter-Semester wurde gewählt: Hans Palmhert aus Siebenbürgen, als Vorsitzender Mathias Zipfl aus dem Banat als sein Stellvertreter.

Die Vereinigung der in Tübingen studierenden Auslandsdeutschen schließt das Sommersemester 1921 mit 70 aktiven und 3 Ehrenmitgliedern ab. Auf Heimatgebiete verteilt gehörten ihr an: aus dem Baltikum 11, aus dem Banat (ein-

schließlich der Batschka) 14, aus Beßarabien 18, aus Siebenbürgen 8, aus Südrußland (einschließlich Kaukasus) 18 und aus Dänisch Nord-Schleswig 1. Auf die Studienfächer verteilten sich die Mitglieder der Vereinigung folgendermaßen: med. 38, med. dent. 1, rer. pol. 8, phil. 12, theol. 5, rer. nat. 3, math. 1, chem. 2. Die Vereinigung veranstaltete selbst verschiedene gesellige Abende, an anderen beteiligten sie sich. Außerdem berichteten verschiedene ihrer Angehörigen in kurzen Vorträgen über die Verhältnisse in ihren Heimatgebieten.

An der Universität Tübingen studieren im Sommersemester 3253 Studierende und 133 Hospitanten, zusammen also 3386 Damen und Herren. Von ihnen stammen 11 aus den abgetrennten deutschen Gebieten, 5 aus Deutsch-Österreich, 82 aus verschiedenen Gebieten des Auslands, in denen deutsche Siedlungen sich befinden, darunter 37 aus Siebenbürgen, Beßarabien und dem Banat, 17 aus der Ukraine, ferner studieren 18 Schweizer und 18 sonstige Ausländer.

An der Universität Jena studierten im Sommersemester 1921 im ganzen 2672 Studierende, unter ihnen 66 „Reichsausländer deutscher Abstammung und Muttersprache“. Es waren 11 Dänziger, 40 Deutsch-Balten, 8 Deutsch-Österreicher und 7 Siebenbürger. Ihnen standen 53 Ausländer gegenüber, darunter 13 Bulgaren, 9 Schweden, 6 Chinesen usw.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

Eine Zentrumsanfrage über die kulturellen Aufgaben des Auswärtigen Amts.

Der Abgeordnete des Zentrums Professor Dr. Schreiber hat im Reichstag eine Anfrage an die Regierung gestellt, es sei in den letzten Verhandlungen des Reichstags-Ausschusses für den Haushalt des Ministeriums des Äußern der Antrag gestellt worden, nach Muster des Beirats der Außenhandelsstelle einen kulturellen Beirat zu schaffen, der eine verstärkte kulturelle Einwirkung auf das Ausland ins Auge fassen solle, ferner einen kleinen Ausschuß zu schaffen, der den Auslandsschulen seine Aufmerksamkeit zuwenden sollte und sich aus pädagogisch geschulten, aber auch sonst an diesen Fragen interessierten Persönlichkeiten zusammensetze. Bislang sei nichts geschehen, um diese Anregungen in die Wirklichkeit zu überführen, obgleich der Minister selbst die Anregungen dankbar begrüßt und die Einsetzung eines kulturellen Beirats ausdrücklich zugesagt habe und obwohl es immer dringlicher werde, unsere kulturellen Beziehungen zum Ausland nachzuprüfen und neu zu beleben. Das Ministerium habe kürzlich aus Anlaß eines Spezialfalles einen Gutachter-Ausschuß für Auslandsschulen einberufen, dessen Zusammensetzung allerdings nicht in allem als entsprechend bezeichnet werden könne. Was gedenke die Regierung zu tun, um die Anregungen organisatorisch zu verwirklichen?

Die Anfrage wurde in der Sitzung vom 7. Juli vom Kommissar der Reichsregierung Generalkonsul Dr. Morath dahin beantwortet, daß das Auswärtige Amt nach wie vor beabsichtige, einen kulturellen Beirat ins Leben zu rufen, dessen Aufgabe darin bestehen würde, der Leitung der zuständigen Arbeitseinheiten bei ihren Maßnahmen in bezug auf die kulturpolitischen Beziehungen Deutschlands zum Ausland mit seinem Rat zur Seite zu stehen. Es sei beabsichtigt, die Zahl der Beiratsmitglieder nach Möglichkeit zu beschränken und nur solche Personen zu berufen, die infolge ihrer Berufsstellung oder ihrer Lebenserfahrung in hervorragendem Maße geeignet erscheinen, in Fragen der Kulturpolitik mitzuspreehen. Dagegen sei es nicht vorgesehen, den Beirat aus Delegierten der auf dem Gebiete der

Kulturpolitik arbeitenden Verbände und Organisationen zusammenzusetzen. Was den sogenannten kleinen Ausschuß, der den Auslandsschulen seine Aufmerksamkeit zuwenden soll, anbelange, so sei er bereits in der Bildung begriffen. Auf die weitere Frage des Abgeordneten Dr. Schreiber, zu welchem Termin ungefähr der kulturelle Beirat zum ersten Mal zusammenzutreten würde, antwortet Generalkonsul Morath, daß ein Termin für die erste Zusammenberufung noch nicht angegeben werden könne, daß aber dem Abgeordneten Dr. Schreiber und anderen Abgeordneten seinerzeit eine entsprechende Notiz zugehen würde.

Französische Propaganda.

Das Saargebiet ist Reichsgebiet, gehört also nicht unter „Auslandsdeutschum“. Wenn wir uns auch hier mit ihm befassen, so nur deshalb, um zu zeigen, mit welchen Mitteln und Methoden hier an der planmäßigen Entdeutschung gearbeitet wird. Ein weiteres Beispiel liegt vor: In einer kleinen Anfrage beschäftigen sich die Abgeordneten van den Kerckhoff und Laverenz mit den Zuständen im Saargebiet, aus dem Klagen kommen, daß bei den Fahrkarten-Ausgaben kein deutsches Geld angenommen wird. Diese Schikane geht offenbar auf ein entsprechendes Verbot der französischen Militärbehörde zurück und mache sich besonders an den Sonntagen überall bemerkbar, wenn die Wechselstuben geschlossen sind; die Empörung sei allgemein. Die Abgeordneten erkundigen sich bei der Reichsregierung, was sie zu tun gedenke.

Der Antwort des Außenministers entnehmen wir folgendes: Die Zurückweisung des deutschen Geldes geht auf eine Verordnung der Regierungskommission des Saargebiets vom 16. Juli d. J. durch welche vom 1. Mai ab im Eisenbahn- und Postverkehr die Erhebung aller Gebühren in Franken vorgeschrieben ist, zurück. Die Reichsregierung sieht in dieser Verordnung eine Verletzung des Versailler Vertrages, nach welchem die deutsche Mark das einzige gesetzliche Währungsgeld, der Frank aber nur gesetzlich geduldetes Umlaufgeld ist. Bereits am 18. April hat die Reichsregierung gegen diese Vertragsverletzung mit einer Note sowohl gegenüber der Regierungskommission des Saargebiets, wie gegenüber dem Völkerbund Einspruch erhoben und die Aufhebung der erwähnten Verordnung verlangt. Die Regierungskommission hat diese Note überhaupt nicht beantwortet und der Rat des Völkerbundes hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Maßnahmen der Regierungskommission keinen Anlaß zu Bemerkungen gäben. Eine amtliche Nachricht über den Beschluß des Völkerbundsrats ist der Reichsregierung noch nicht zugegangen.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

An der Universität Greifswald hält der Dozent der isländischen Universität Reykjavik, Dr. Johanesson, eine Vorlesung über die literarischen Beziehungen zwischen Deutschland u. Island.

Ein Goethetag der schwedischen Ferienkurstisten. Der von Professor Flygare-Stockholm in Jena geleitete Ferienkurs der 300 schwedischen Studenten machte auch einen Ausflug nach Weimar und Tiefurt. Dann wanderte man nach Zwätzen, wo das alte Komturhaus des deutschen Ritterordens steht. An einem Theaterabend in Kunitz brachte am Saalefluß auf prächtigen Naturtheater Franz Peschel-Eisenach in meisterhafter Inszenierung Goethes „Fischerin“ zur Aufführung. Das städtische Orchester unter Universitätsmusikdirektor Volkmann, sowie hervorragende Künstler hatten sich in den Dienst der Sache gestellt. Überall auf den Höhen flammten Leuchtf Feuer auf, der Fluß war von Kähnen belebt, es war ein zauberhaftes Bild, das die schwedischen Gäste nicht so leicht vergessen werden.

Spanischer Besuch in Deutschland. Die verschiedenen Einladungen und Besuche deutscher Gelehrter in Spanien werden bald eine Erwidierung finden: mehrere spanische Professoren halten an deutschen Universitäten Gastvorlesungen, so z. B. wird der Barcelonaer Professor für Geschichte, Herr Petro Bosch Gimpera, an der Universität Halle über die vorrömischen Völker der Iberischen Halbinsel sprechen.

Deutsch-Spanischer Ärzteverein. Dr. Susviela Guarch, der Gesandte der Republik Uruguay in Berlin (Berlin, Hotel Esplanade), hat die Initiative zur Gründung eines Deutsch-Spanischen Ärztevereins ergriffen. Dieser soll alle aus Spanien und Latein-Amerika zu Studienzwecken nach Deutschland kommenden Ärzte in wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehung beraten und in gleicher Weise den nach Spanien und Südamerika gehenden deutschen Ärzten ratend und helfend zur Seite stehen. Dr. Susviela Guarch hat seinerzeit selbst in Berlin promoviert und gehört zu den Schriftleitern der „Revista medica de Hamburgo“.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Vom deutschen Eigentum in Tsingtau.

Die japanische Regierung hat sich, wie wir bereits mitgeteilt haben, bereit erklärt, nun auch vom deutschen Eigentum in Tsingtau einen Betrag von je 10000 Yen den Berechtigten auszahlend, wenn auch verschiedene Beschränkungen an diese Auszahlung geknüpft sind. Über die Freigabe von 50 Prozent der den Betrag von 10000 Yen übersteigenden Ansprüche ist eine Endentscheidung noch nicht getroffen. In allen Fällen, da die Empfangsberechtigten in Tsingtau selber nicht anwesend und nicht vertreten sind, gelangt die Berechtigungssumme an die deutsche Botschaft in Tokio zur Auszahlung.

WIRTSCHAFTLICHES

Die Weine des Banats.

Anläßlich der Kulturbundtagung in Karlsdorf fand auch eine Ausstellung Südbanater Weine statt, die aus den Weingebieten von Wrschatz, Kudritz und Weißkirchen gut beschenkt war und in jeder Beziehung glänzend ausfiel. Mit der Ausstellung war eine Weinprobe verbunden, die reichen Zuspruch fand. Fachleute, Gastwirte und Händler aus Slowenien, der Batschka und dem Banat nahmen daran teil. Auffiel namentlich, daß Wrschatz so vorzügliche Gebirgsweine aufwies und viele Sorten Weine bester Qualität vorführte. Auch über die Güte der Kognaks, des Branntweins und der Medizinalweine war man entzückt. Die Weinbausektion des deutschen volkswirtschaftlichen Vereins hatte die Ausstellung glänzend vorbereitet, so daß ihr materieller Erfolg groß war.

Deutsche Filme in Mexiko.

Zugunsten der Deutschen Schule in Mexiko fand, laut Berichten der Deutschen Zeitung von Mexiko, am 19. Juni im Ufa-Cinema eine Vorführung deutscher Lehrfilme statt. Die deutsche Filmkunst ist in Mexiko schon sehr bekannt und besonders die deutschen Lehrfilme genießen dort den Ruf, die besten der Welt zu sein.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Auf der Anklagebank!

Ähnliche Zuschriften, wie die hier nachfolgende, sind uns wiederholt zugegangen. Wir identifizieren uns nicht mit ihnen, auch nicht mit der hier folgenden, wir wollen nur über die wahre Stimmung der Auslanddeutschen aufklären und zeigen, wie

wenig viel schöne Reden nutzen und wie gefährlich die Stimmung und Verstimmung der Auslanddeutschen dem Reichsgedanken werden kann:

„Wie mir, wird es Hunderten ergangen sein, die vor der Spruchkommission erschienen sind. Seit Jahren wartet man auf die sogenannte Vorentscheidung, die einen in den Stand setzen soll, wieder eine Existenz zu gründen. Ich glaube, es würde einem Bedürfnis entsprechen, wenn man eine Bitte an alle Auslanddeutschen erließe, ungefähr des Inhaltes, daß alle die, die nicht enttäuscht sein wollen, die gegen ihre Heimat nicht Groll ansammeln wollen, davon abstecken mögen, ihre Forderungen an den Staat zu stellen. All die schönen Worte, woher sie auch gekommen sein mögen, sind eitel Betrug. Die Zusammensetzung des waltenden Gerichtes ist so unglücklich, daß aus den Beisitzern, die den Kommissionen zugeteilt sind, fast ein Verhängnis für die Auslanddeutschen geworden ist. Der Herr Vorsitzende fragt und dirigiert die Verhandlung, die Herren Beisitzer horchen und schweigen. Hat man den Mut, als Angeklagter eine Auskunft zu erbitten, so wird die Frage umgangen. Ich war noch nie vor Gericht, aber alle meine Erkundigungen, die ich an besten Stellen einziehen konnte, lassen mich erkennen, daß ein Vorsitzender dem Angeklagten Auskunft zu geben hat und Belehrung schuldet. Jedenfalls wird nicht zuviel behauptet, wenn man sagt, ein gewandter Vorsitzender, wie der, der mich abgeurteilt hat, wäre vielleicht ein wesentlich besserer Richter, wenn er allein wäre, ohne die Beisitzer, da dieselben doch kaum zu Wort kommen. Alle die Auslanddeutschen, die diese Zeilen lesen, mögen bedenken, daß Richtlinien keine Hilfe, sondern nur Enttäuschung, bittere Enttäuschung denselben bringen. Meine Entschädigung reicht gerade für eine Hose und eine Weste, den Kittel muß ich mir dazu denken. Der Zweck dieser Linien soll hauptsächlich der sein, das Prinzip zu verurteilen, nach dem die Bedrängten und Verarmten verurteilt werden.“

Oskar Koßmann.

VERSCHIEDENES

Deutsche Kolonial-Gesellschaft und Auslanddeutschtum.

Bei der Tagung der Deutschen Kolonial-Gesellschaft die am 20. Mai in Nürnberg stattfand, betonte der Präsident in seiner Eröffnungsansprache, die Gesellschaft werde sich der Erhaltung des Deutschtums in den Kolonien mit aller Kraft annehmen. Praktisch werde das im wesentlichen auf eine Stärkung des Deutschtums in Südwestafrika hinauslaufen, wo das Deutschtum eben den festen Willen bekundet habe, die deutschen Schulen voll zu erhalten.

Die deutsche Kolonial-Gesellschaft werde eine Vermittlungsstelle für Lehrer einrichten, die vom südwestafrikanischen Landesschulverband eingestellt würden, um die Ausreise- und Überfahrtskosten zu tragen. Sie habe auch Bücher, Chemikalien und Apparate den Schulen geliefert und werde auch weiterhin bemüht sein, andere Schulwünsche der Deutschen zu erfüllen. Es gelte, die nächsten 5 Jahre zu überdauern, dann werde das deutsche Schulwesen in Südwest sich von selbst erhalten. In der Besprechung wurde ein Antrag der Abteilung der Unterweserstädte angenommen, der Ausschuß solle alles tun, um in Gemeinschaft mit Jugend-Organisationen das Verständnis für koloniale und überseeische Interessen, für die Bedeutung des Auslanddeutschtums und für die Fragen der Weltwirtschaft zu wecken und zu fördern. Ferner fand Annahme eine Entschliebung, die Bestrebungen des Frauenvereins vom Roten Kreuz für Deutsche über See in bezug auf die Erhaltung des deutschen Erholungsheims in Swakopmund voll zu unterstützen.

Geheimrat Kastl vom Wiederaufbau-Ministerium referierte über das deutsche Schulwesen Südwestafrikas in seiner Entwicklung während und nach der Kriegszeit. Es wurde beschlossen, die Patenschaft für den Landesverband der deutschen Schulvereine in Südwest zu übernehmen, die Patenschaft über die einzelnen Schulvereine soll vom Präsidenten der Deutschen Kolonial-Gesellschaft an einzelne Abteilungen der Kolonial-Gesellschaft vergeben werden. Die Patenschaft verpflichtet zu kostenloser Lieferung der Lehrmittel und Schulbücher je nach Anforderung der Schulvereine, zur Einrichtung von Schulbüchereien und zur periodischen Absendung von Jugendzeitschriften, wie zur Bildung von Werkbussen für die Unterstützung ärmerer Schüler.

Deutsch-ungarischer Studentenaustausch.

Wir haben bereits vor einiger Zeit über einen deutsch-ungarischen Studentenaustausch auf rein konfessionell-katholischer

Grundlage berichtet. Nun wird aus Halle gemeldet, daß die dortige Universität einen ähnlichen Austausch anscheinend allgemeiner Art plant. Die dortige Studentenschaft hat mit der ungarischen Studentenschaft verhandelt und ein befriedigendes Ergebnis erzielt. Eine Anzahl deutscher Studenten sollen in den Ferien in national-ungarischen Kreisen und umgekehrt ungarische Studenten in deutschen Kreisen untergebracht werden. Der Austausch wird von Mitte August bis Anfang Oktober währen.

Hellerau-Bauernhochschulkurse.

Die Beispiellehrgänge der Deutschen Bauernhochschule zu Hellerau bei Dresden, auf welchen u. a. Direktor Lehmann, Hellerau, über „Deutsches Leben in der Südsee“ sprechen wird, mußten bis September verschoben werden. Anmeldungen nimmt noch bis dahin das Arbeitsamt der Deutschen Bauernhochschule, Dresden-Hellerau, entgegen.

AUSWANDERUNGSWESEN

Spanische Auswanderung.

Dem Nachrichtenblatt des RWA. zufolge sind aus Spanien im Jahre 1920 im ganzen 147 918 Personen ausgewandert gegen 69 472 im Jahre 1919. Von den Auswanderern des Jahres 1920 gingen 90 025 nach Kuba. An zweiter und dritter Stelle der Einwanderungsländer stehen Argentinien und die Vereinigten Staaten.

Zur Abwanderung der Mennoniten aus Kanada.

Nach dem „Nordwesten“ vom 29. Juni 1921 scheint die Kanadische Regierung in den Auswanderungsplänen der Mennoniten, welche nach dem Hochland Mexikos oder Südamerika streben, einen Haken gefunden zu haben, da ungeheure Werte dadurch für immer für Kanada verloren gehen würden. Die riesige Kriegsschuldenlast, welche Kanada sich aufgebürdet hat, will man auch die mehr oder weniger reich gewordenen Mennoniten mittragen lassen. Als Gegner jeder Waffenführung zeigen aber die Mennoniten wenig Lust dazu. Die genannte Zeitung fordert von beiden Seiten ein wenig Entgegenkommen, den Mennoniten ruft sie zu: „Man weiß wohl, was man hat, aber nicht, was man bekommt. Bisher ist es ihnen in Kanada gut gegangen, Gott hat Segen gegeben zu ihrer rührigen Arbeit, ihr Vermögensstand hat sich wunderbar gehoben, und dann: sie haben sich an das kanadische Klima und die hiesige Arbeitsweise gewöhnt; sollten sie nun nicht selbst etwas unsicher sein, in bezug auf die Zukunft in einem Lande wie Mexiko, das so ganz andere wirtschaftliche Bedingungen zeigt, das ein viel entnervenderes heißeres Klima hat, und das auch nicht eine so geordnete, gesicherte Regierung besitzt wie Kanada? Sollte hier nicht auch ein Entgegenkommen seitens der Mennoniten am Platze sein, wenn die Regierung die versöhnende Hand reicht?“

Die Auswanderung nach Nordamerika.

Der am 2. Juli 1921 wieder hergestellte Frieden zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland hat eine starke Steigerung der Nachfragen Auswanderungslustiger wegen Einreisemöglichkeit nach Nordamerika zur Folge gehabt. Die gleichzeitig erfolgte Milderung der Einreisevorschriften der Vereinigten Staaten von Amerika, wonach auch ehemalige Kriegsteilnehmer nicht mehr ausgeschlossen und Verwandtschaften nicht mehr unbedingt nachzuweisen sind, erwirkt bei vielen die Hoffnung, bald nach Nordamerika übersiedeln zu können.

Dem gegenüber ist interessant, was der „Einwanderers-Freund“ (das Organ der Hafenmission der Evang. Reformierten

Kirche in den Vereinigten Staaten von Nordamerika) in seiner Julinummer (XXXI, 7.) schreibt: Wie zu erwarten stand, hat das neue Einwanderungsgesetz allerhand schlimme Wirkungen erzielt. Die Schifffahrtsgesellschaften brachten auch, nachdem das neue Gesetz, welches die Zulassung von 3 % jeder in den Vereinigten Staaten vertretenen Völkerschaft zuläßt, in Kraft getreten war, noch Tausende von armen Einwanderern nach Neuyork, die dann alle auf Ellis Island ausgeschlossen wurden. Da diese Leute völlig unschuldig waren, verfügten die Behörden in Washington ihre Zulassung, soweit sie irgend zulässig waren, aber sie wurden sämtlich à Conto des Juli verrechnet. Infolgedessen dürfen nun im Juli fast gar keine Einwanderer hier landen. Das Endresultat ist, daß jetzt schon, also Mitte Juni 3000 Einwanderer in Antwerpen gestrandet sind, die sich keinen Rat wissen, da man sie nicht auf die Dampfer läßt, ihnen aber auch sonst keine Unterkunftstätte anbietet. In Cherbourg bauen die Dampferlinien in aller Geschwindigkeit gemeinsam ein großes Auswandererhaus, um den armen dort hängenbleibenden Leuten wenigstens einen Unterschlupf zu gewähren, denn es mag noch eine ganze Weile dauern, bis die Kenntnis des neuen Beschränkungsgesetzes in die inneren Landesteile Europas dringt.

Das neue Gesetz ist am 3. Juni in Kraft getreten. Das Blatt macht darauf aufmerksam, daß es sich in einer Beziehung glücklich trifft, daß die Beschränkung gerade jetzt eingetreten ist, wo in den Vereinigten Staaten sowieso schon etliche Millionen von arbeitslosen Leuten herumlaufen. Bei einer unbeschränkten Einwanderung könnte sich da sehr schlimme Folgen zeigen. Der „Kommunist“ vom 6. Juli berechnet die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten im Staate Neuyork mit 864 000, in Chicago auf mehr als 100 000, in Pennsylvanien auf 300 000, in Indiana 250 000, in Michigau 200 000, in Ohio 210 000, in West Virginia 50 000, in Wisconsin 140 000. In Georgia sollen nach dieser Zeitung die Frauen und Kinder von 40 000 Bergarbeitern vor dem Hungertode stehen.

Winke für nach Brasilien auswandernde deutsche Lehrer.

Von einer deutschen Lehrervereinigung in Brasilien wird dem Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart geschrieben:

„Es kommen sehr häufig Anfragen an uns, hauptsächlich von Lehrern, die auswandern möchten. Es dürfte wohl auch Ihnen bekannt sein, daß die hiesige Regierung sehr streng Verfügungen erlassen hat, den Unterricht betreffend. Ich möchte

Sie bitten, falls Anfragen an Sie gestellt werden, den Leuten zu empfehlen, möglichst viel Portugiesisch zu lernen. Ohne diese Bedingung hat niemand Aussicht, hier anzukommen. Auf diese Weise wird Zeit und Geld gespart und die betreffenden Lehrer können sofort anfangen, zu studieren."

Zur Frage der vorschußfreien Überfahrt nach Brasilien. Die Pressenachrichten über die Äußerungen brasilianischer Staaten auf die Anfrage der Bundesregierung, wie weit sie bereit sein würden, einwandernde Landwirtschaftsfamilien zu subventionieren, sind vielfach dahin mißverstanden worden, als handle es sich dabei um eine neue Aktion der brasilianischen Regierung. Infolgedessen mehren sich in letzter Zeit wieder die Anfragen nach Mitteln und Wegen zur Erlangung dieser vorschußfreien Überfahrt. Es muß daher ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Anfrage des brasilianischen Ackerbauministers lediglich den

Zweck hatte, die seit längerer Zeit vorgemerkten 3000 deutschen Landwirtschaftsfamilien so schnell wie möglich unterzubringen. Der Rest dieser 3000 Auswanderer, die den Vorzug der vorschußfreien Überfahrt genießen können, wird voraussichtlich in den nächsten Wochen abbefördert werden und zwar sind dies nur solche Auswanderer, deren Pässe bereits seit dem 1. April 1920 visiert sind, und die sich in besonderer Notlage befinden. Da die brasilianische Bundesregierung das ganze Angebot seit April 1920 zurückgezogen hat, kommen weitere Vormerkungen für diesen Zweck nicht mehr in Frage. Etwaige derartige Angebote sind daher stets mit Vorsicht aufzunehmen. Es liegt im Interesse der Auswanderer selbst, sie den öffentlichen Beratungsstellen für Auswanderer, wie dem Reichswanderungsamt, Berlin, dem Deutschen Ausland-Institut, Stuttgart usw., zur Prüfung vorzulegen, bevor man darauf eingeht.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Siemer, Heinrich und Karl Martin, Die Zukunft der Deutschen im Auslande. Ein Ratgeber für Auswanderungswillige aller Berufe, Politiker und Kaufleute. Hamburg: Weltbund-Verlag 1921. 66 S. 8°. M. 5.50.

Ein kleines Nachschlagebuch, das in knapper Form die vom Reichs-Wanderungs-Amt herausgegebenen offiziellen Nachrichten zusammenstellt. Eine Übersicht über private Organisationen, die mit dem R.W.A. in Arbeitsgemeinschaft stehen, ein Literatur-nachweis und ein Verzeichnis der Adressen ausländischer Vertretungen und Konsularbehörden ergänzen das brauchbare Werkchen.

Bertram, Ernst, Straßburg. Ein Kreis. Leipzig: Inselverlag 1920. 76 S. 8°.

In diesen gedankenschweren, in übermoderne Form gegossenen Gedichten liegt die ganze Geschichte des Elsasses von Julians Alemannenschlacht bis zur zweiten Losreißung von Deutschland und damit seine Tragik umschlossen. Erwins herrliches Münster steht als gewaltiger Schatten am einen, Meisters Hildebrands Vater Rhein als Symbol am andern Ende der Reihe. Dazwischen bewegen sich, genährt oder begeistert von elsässischem Volkstum, elsässischer Landschaft die großen deutschen Geister von romanischer Frühzeit bis zur Begegnung Goethes mit Herder: Otfried von Weidenburg, Reinmar von Hagenau, Tauler, Grünewald, Schongauer — wer nennt die Namen alle? Verhalten, doch um so inniger erklingt die Liebe eines Elsässers zu seinem Land, bis zum Zorn gegen die Bedrücker, die seinem Stamm das Heiligste, Volkstum und Muttersprache, rauben wollen.

Derselbe, Gedichte. 2. verm. Aufl. Ebenda 1920. 109 S. 8°.

Eine durchaus musikalische, an klassischen Mustern geschulte Verskunst erfüllt klassische Gegenstände mit dem intensiven, indessen ganz gebändigten Lebensgefühl, der Farben- und Sinnenfreude unserer Tage. Die Sprache ist weniger eigenwillig und darum leichter verständlich als die der Gedichte um Straßburg.

Dr. H. M.

Zimka, Kornel, Die Wahrheit über den Tschechenstaat. Eine kulturhistorische Skizze. Wien und Leipzig: Barth 1920. 128 S. 8°.

Diese Art Propaganda gegen den tschechischen Staat und das tschechische Volk dürfte kaum förderlich sein. Man kann es natürlich verstehen, daß sehr schätzenswerte Menschen die zertrümmerte Vergangenheit Mitteleuropas hochhalten, dürfen aber nicht übersehen, daß diese endgültig begraben ist. Das Buch Zimkas wird man aber trotzdem aufmerksam lesen müssen — und es wäre gut, wenn dies insbesondere Verantwortung führende Tschechen täten —, um abzuschätzen, welche Perspektiven Realität bekommen können, wenn das tschechisch-imperialistisch-militaristische Regime den betretenen Weg fortsetzt. Gefährlich wäre es aber, wollte man den tschechischen Imperialis-

mus durch einen anderen ablösen. Die Welt muß insbesondere wissen, daß das deutsche Volk das tschechische nicht vergewaltigen will. Wir Deutschen wünschen den Tschechen eine gesegnete staatliche Entwicklung, fordern aber den Volksentscheid, ob die Deutschen mittun wollen oder nicht. Und hierbei versagt Zimka. Es genügt nicht, die Vergangenheit zu bewundern, die Gegenwart umstoßen zu wollen und die Zukunft wiederum den „erhabenen Herrschern“ zu überlassen. Der Neuaufbau Europas muß durch die besten Köpfe eingeleitet und durchgeführt werden. Ungerügt lasse ich schließlich einige Unrichtigkeiten, die bei sorgfältiger Umarbeit zu beseitigen wären.

W. Qu.

Der Tschechoslowakische Staat und die Deutschen. Sonderheft der „Österreichischen Rundschau“. Jg. 17. 1921. 1. Aprilheft. München: Drei Masken-Verlag.

Einige führende Männer berichten über wichtige Teilgebiete des öffentlichen Lebens in der Tschechoslowakei: Äußere und innere Politik, Industrie, Agrarpolitik, Nationalpolitik, Staatsfinanzen, Wissenschaft und Kunst. Man erhält Einblick in die im Deutschen Reich meist so vernachlässigten Verhältnisse des neuen Nachbarstaates mit seinen 3½ Millionen Deutschen. Ihre Lage interessiert uns besonders. Sie haben es sehr schwer, aber ihre Zurückdrängung in die Opposition, nachdem sie früher die Verantwortung für Österreich als Staatsvolk trugen, hat ihnen neue Möglichkeiten gebracht, ebenso die demokratische Staats- und Lebensverfassung des neuen Staates, der freilich ihnen gegenüber noch keinerlei Gerechtigkeit gelten läßt. Wenn sie nur wollen, können sie sich immer noch behaupten. Dazu ist freilich nötig, daß sie sich nicht nach der Vergangenheit, sondern der Zukunft orientieren und vor allem Bevölkerungspolitik machen, d. h. gesunde Kinder zeugen und sie aufziehen zu Menschen, die den Boden festhalten. Kleiner Grundbesitz und Arbeiterschaft, geistige Regsamkeit und politische Bildung, sowie Beherrschung der tschechischen Sprache für alle Gebildeten sind die Stützen, die ihre Stellung unangreifbar machen könnten. Aus den Aufsätzen der Zeitschrift, die vielleicht dem Kreis des konservativen Bürgertums zugerechnet werden darf, spricht viel neues Kraftbewußtsein. Leider fehlt ein Hauch demokratischen Geistes, ohne den das Deutschtum dem tschechischen Bauern- und Arbeiterheer unterlegen bleibt. Die dankenswerte Veröffentlichung ruft das Bedürfnis nach einem populären Handbuch über die tschechoslowakischen Verhältnisse für Reichsdeutsche hervor, das wegen der Neuheit aller Einrichtungen und der umfangreichen tschechischen Auslandspropaganda doppelt erwünscht wäre. Priv.-Doz. Dr. E. Grünfeld (Halle a. S.).

Die Entstehung und Rechtsstellung der deutschen Universität in Prag. Herausg. vom Akademischen Senat. Prag: Selbstverlag der deutschen Universität 1919. 24 S. 8°.

Von berufener Seite wird die Geschichte der deutschen Universität in Prag als der unbestrittenen Rechtsnachfolgerin der alten Prager Karl-Ferdinands-Universität umrissen, der schwierige Teilungsprozeß der achtziger Jahre erläutert und die selbständige Entwicklung der deutschen und der tschechischen Universität seit 1882 sowohl im Unterrichtsbetrieb wie in den

Einrichtungen und Anstalten dargelegt. Nachdem einmal die nationale Teilung der alten Prager Universität vollzogen ist, stellt die deutsche Universität einen Besitzstand des deutschen Volkes in Böhmen dar, der nicht mehr preisgegeben werden darf. Da das tschechische Universitätsgesetz die Rechtsstellung der deutschen Universität heute aufs schwerste bedroht, ist es besonders wichtig, den geschichtlichen Rechtstitel der Deutschen kennen zu lernen.

Dr. H. M.

„Osteuropa und Wir“. Das Problem Rußland, erörtert von Dr. Eberhard Sauer, Dr. Eugen Rosenstock, Prof. Dr. Hans Ehrenberg. Schlüchtern: Neuwerk-Verl. 1921. 99 S. 8°. M. 10.— (Neuwerk-Bücherei. Bd. 2).

Das russisch-deutsche Problem ist von entscheidendem Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Zukunft. Es nimmt einen großen Raum in den politischen und philosophischen Erörterungen der Gegenwart ein. In dem uns vorliegenden Büchlein wird das Problem einer durchaus neuen Beurteilung unterzogen. Drei Aufsätze enthalten das Werkchen: „Das rote Sibirien“ von Sauer, „Ostblock oder Sibirien“ von Eugen Rosenstock, „Wir und Rußland“ von Ehrenberg. Sauer hat als Kriegsgefangener in Irkutsk die ganze sibirische Nachkriegszeit erlebt. An ihm ist der Hexensabbat des Koltschakabenteuers und der sibirischen Räte Herrschaft vorübergebraut, zeitweise bildete er selbst ein Rädchen an dem Organismus, der in der Stadt Irkutsk die militärische und politische Herrschaft an sich riß. In objektiver Weise gibt er ein gut beobachtetes Bild der Verhältnisse. Dieser Aufsatz ist wohl der beste von allen. Es ist eine vollendete Schilderung der politischen Ereignisse in jenem dem russischen Zentrum so fern gelegenen Land, gesehen von einem Augenzeugen, der nicht nur objektiv erzählt, sondern auch mit der kritischen Sonde das Wesentliche erkennen konnte.

Der zweite Aufsatz befaßt sich mit dem weltpolitischen Problem, weist auf die Lage Deutschlands nicht nur zwischen Polen und Frankreich, sondern, in Erdteilen gesprochen, zwischen Asien und Amerika hin und stellt den russischen Kräftepol nicht in Moskau, sondern in Sibirien fest. Er kommt zur Schlussfolgerung, daß die engste Verbindung mit Sibirien für uns wesentlicher sei, als der politische Zusammenschluß zwischen Mitteleuropa und dem europäischen Rußland zum Ostblock und sieht in jenem ungeheuren Gebiete, das durch die Kriegsgefangenschaft vielen Deutschen bekannt geworden ist und dessen Grenzen zwischen Ural und dem Stillen Ozean liegen, den Raum, der den Menschenstrom aufnehmen muß, der infolge der Übervölkerung die deutschen Grenzen nach allen Seiten hin überflutet.

Im dritten Aufsatz erkennt Prof. Ehrenberg schließlich das religiöse Problem als das rein geistige und damit entscheidende. Ihm ist Rußland gegenüber dem heidnisch beeinflussten westlichen Christentum der Hüter des alten christlichen Gedankens. Der Bolschewismus ist für ihn nicht eine asiatische Erscheinung, sondern ein furchtbarer Krankheitsprozeß, in dem das Gift, das aus Westeuropa in Rußland eingedrungen ist, sich in einer schwärenden Krankheit auswirkt. Aus dem Einfluß des russischen Christentums, ausgeübt durch die beiden größten Söhne Rußlands, Tolstoi und Dostojewski, auf die westlichen Kirchen soll die Einigung der ganzen christlich empfindenden Menschheit hervorgehen, als Resultat der endlich geschaffenen geistigen Verbindung zwischen Ost und West. Von dem klugen Verständnis des römischen Papstes werde es abhängen, ob diese geistige Internationalität sich bilden wird. Diese Einigung der Christenheit auf der Basis des von Rußland über zwei Jahrtausende hindurch rein erhaltenen urchristlichen Gedankens ist das Ziel, das die mitteleuropäisch-russische Gemeinschaft sich stecken muß.

Man kann in manchen Dingen gegenüber den Ausführungen der drei Aufsätze sehr verschiedener Meinung sein. Man kann manches für auf sehr schlechtem Tatsachengrund aufgebaute subjektive Schlüsse halten — aber stets ist die Auffassung, die in den drei Aufsätzen zum Ausdruck kommt, originell und bedeutend.

W. K.

Litten, Wilhelm, *Wer hat die persische Neutralität verletzt?* 14 Punkte zur Frage der persischen Neutralität und zur persischen schwarzen Liste. Nebst 320 wortgetreuen amtlichen diplomatischen Schriftstücken zur Aufklärung über die Kriegführung an der östlichen Front. Berlin und Leipzig: Vereinigung wissenschaftlicher Verleger 1920. 8°.

Der Verfasser, der als einer der besten Kenner des modernen Persien gelten kann — sein großes Werk „Persien. Von der

pénétration pacifique zum Protektorat“ wurde in H. 16, 1920, S. 509, dieser Zeitschrift besprochen —, untersucht die Frage der persischen Neutralität in 14 knappen und prägnant gehaltenen Kapiteln an Hand der Dokumente des persischen Blaubuches und verbürgter Tatsachen und gelangt zu schweren Anklagen gegen Rußland und England. Im Hinblick darauf, daß die auf Englands Betreiben aufgestellte schwarze Liste die Grundlage für Entschädigungsansprüche Persiens an Deutschland bilden soll, sind die Untersuchungen und Ergebnisse des Buches für jeden wirtschaftlich am Orientverkehr interessierten Deutschen von erheblichem Interesse, abgesehen von dem besonderen Wert, den das Buch als historische Urkundensammlung für den Politiker und Geschichtsforscher besitzt.

Wl.

Kleibömer, Georg, *Das Konstantinopel von heute, seine Zukunft und seine Beziehungen zum Abendlande*. Eisleben: Iso-Verlag 1919. 257 S. 8°. M. 9.—.

In sechs Kapiteln behandelt der Verfasser seine recht vielseitig angefaßte Aufgabe. Im ersten zeigt er die herrliche Stadt am Bosphorus in ihrer unvergleichlichen Lage von außen, vom Bosphorus und vom Marmarameer her. Dann führt er den Leser mit künstlerisch geschultem, kritischem Blick durch die Hauptstraßen Stambuls, seine Moscheen, seine Arbeitsviertel und seine stillen Winkel. Er versucht namentlich die Frage zu lösen: Wie soll das Stambul der Zukunft aussehen, wenn es Zeugnis ablegen soll von dem Umschwung in der Kultur der heutigen Herren der Stadt? Die Türken haben in der in ihnen mit großer Gewalt entfachten nationalen Begeisterung das Bestreben, den türkischen Charakter ihrer aus so vielen verschiedenen Elementen zusammengesetzten Hauptstadt zu betonen. Wie das geschehen kann, sucht der Verfasser mannigfach zu begründen. Am wichtigsten sind ihm aber wohl die zwei letzten Kapitel, worin von Pera-Galata, der Frankenstadt und vom Deutschtum und deutscher Arbeit in Konstantinopel berichtet wird. Hier will er vor allem erklären, wie es kam, daß die Engländer und Franzosen nach dem militärischen Zusammenbruch in Konstantinopel freudig begrüßt wurden. Er sieht darin eine scharfe Kritik an der deutschen Arbeit, die während des Krieges dort von uns geleistet wurde. Gewiß war manches von uns verfehlt, aber mir scheint der wichtigste Grund für den Zusammenbruch der Kulturarbeit der Deutschen die militärische Niederlage. Unsere ganze Arbeit war auf den Gedanken des schließlichen Sieges aufgebaut. Auch erfahren wir heute schon, daß man am Bosphorus wieder mit Sehnsucht auf uns wartet und durchaus nicht mehr für die Entente schwärmt. Sehr empfehlen möchte ich dagegen, nachzulesen, welche wichtige Rolle Kleibömer den Auslandskolonien zuschreibt, indem er sie in jeder Hinsicht und auf allen Gebieten der Kultur als die gegebenen Vermittler zwischen der Heimat und dem fremden Lande ansieht. Auch wer dem Verfasser des gewandt geschriebenen Buches, das leider außer einigen Druckfehlern manche Flüchtigkeiten und gar zu subjektive Urteile aufweist, nicht in allem beistimmt, wird seine Arbeit begrüßen und sie gerne denen empfehlen, die einst in die Türkei ziehen oder mit ihr geschäftlich in Verbindung treten wollen.

Prof. Dr. W. Endriß.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen des deutsch-türkischen Denkmalschutzkommandos. Herausgegeben von Theodor Wiegand. Heft 1. 2. 3. Berlin und Leipzig: Vereinigung wissenschaftlicher Verleger. 1920/21. 4°.

H. 1. Wiegand, Theodor, *Sinal*. Mit Beitr. von Fhr. Krieb v. Kressenstein, W. Schubart, C. Watzinger (u. a.). Mit 8 Taf. u. 142 Abb. i. Text. 1921. 145 S. M. 100.—.

H. 2. Alt, A., *Die griechischen Inschriften d. Palaestina Tertii aevi d. Araba*. Mit 10 Abb. i. Text. 1921. 62 S. M. 50.—.

H. 3. Bachmann, W., C. Watzinger, Th. Wiegand, *Petra*. Mit 1 Beitr. von K. Wulzinger. Mit 2 Beil. u. 79 Abb. i. Text. 1921. X, 78 S.

Auf Veranlassung Djemal Paschas, des Oberkommandierenden in Syrien und Arabien, arbeitete ein aus deutschen Gelehrten zusammengesetztes Denkmalschutzkommando während des Krieges in Palästina und Syrien mit dem Auftrage, archaische Forschungen zu veranstalten und die überall im Lande verstreuten alten Kulturdenkmale vor Beschädigung und Zerstörung zu schützen. Das Kommando stand unter Leitung von Theodor Wiegand und hat während eines 4jährigen Aufenthalts in dem vom Kriege berührten Gebieten der Türkei Vorbildliches

wissenschaftlicher Arbeit geleistet. Das erste Resultat liegt in den oben angeführten drei Heften vor, in denen Wiegand selbst, außerdem W. Schubart, C. Watzinger, E. Weith, K. Wulzinger, A. Alt und W. Bachmann das Wort nehmen. Eröffnet wird das Werk im ersten Heft durch einen wertvollen Aufsatz des Obersten Fritz Freiherrn Kreß von Kressenstein, der in ansprechender Form ein übersichtliches Bild über die kriegsrischen Ereignisse auf der Sinaiinsel bietet. Diese Veröffentlichungen enthalten reiches Material zur Geschichte der Sinaihalbinsel und ihrer Kulturstücken und dürften der Wissenschaft neue Fingerzeige geben. Sie liefern den Beweis, daß deutsche Gelehrte auch während des Krieges wertvolle kulturelle Arbeit geleistet haben. K.

Nawratzki, Dr. Kurt, Das neue jüdische Palästina. Berlin: Jüdischer Verlag 1919. 232 S. 8°.

Das Buch gibt in kurzer Fassung einen Überblick über die Geschichte der jüdischen Kolonien in Palästina und eine gute übersichtliche Beschreibung der wirtschaftlichen Möglichkeiten in diesen durch den Weltkrieg auch einer großen deutschen Allgemeinheit zugänglich gewordenen Gebieten. Selbstverständlich geht der Verfasser von der Anschauung aus, daß das Judentum eine historische Berechtigung habe, jenes Land für sich in Anspruch zu nehmen, und daß es dazu geeignet sei, ihm eine nationale Heimstätte zu bieten. Vielleicht übersieht er in dem für einen Juden begreiflichen Bestreben, das jüdische Volk auf eigenem Territorium politisch zusammenzufassen, die großen Schwierigkeiten, die im Klima des Landes, seiner bereits vorhandenen arabischen Bevölkerung und der Ungeeignetheit des Juden zu harter landwirtschaftlicher Arbeit begründet sind. Wer während des Krieges wie ich lange Jahre in Palästina zugebracht hat, wird erkannt haben, daß die jüdische Kolonisation dort nur eine ganz geringe Bedeutung hat und mit Ausnahme des großen Weingutes Rischon le Zion nirgends grundlegende Erfolge aufweisen kann, wie sie andererseits die deutschen Templerkolonien in Jaffa und Haifa für sich buchen dürfen. Man kann nicht übersehen, daß die große Mehrzahl der in Jerusalem ansässigen Juden (etwa 90 000) keine Arbeiter im wirklichen Sinne des Wortes sind, sondern nur Pensionäre der großen jüdischen Wohlfahrtsgesellschaften bzw. Stifter.

Die Einleitung des Buches bringt Ausführungen über die Gründe des Zionismus und die im Judentum zu nationalem und politischem Zusammenschluß treibenden Kräfte. Im ganzen ein gutes Nachschlagebuch für denjenigen, der sich über das Verhältnis der Juden zur Auswanderung überhaupt und zur Auswanderung nach Palästina im besonderen unterrichten will. v. Kiesling.

Väth, Alfons, S. J., Die deutschen Jesuiten in Indien, Geschichte der Mission von Bombay-Puna (1854—1920). Mit 47 Bildern und 5 Kartenskizzen. Regensburg: Kösel & Pustet 1920. VIII und 260 S. 8°. M. 42.—.

Dem Andenken der deutschen Missionäre, die in indischer Erde ihre letzte Ruhestätte gefunden; den Verbannten, die ein hartes Geschick dem Lande ihrer Sehnsucht entrissen; den Freunden und Wohltätern der Mission in der deutschen Heimat widmet der Verfasser, selbst ein vom indischen Missionsfeld Verbannter, sein Buch. Es ist eine glänzende Geschichte der größten und ältesten Mission unter den Heiden, die besonders auf dem Gebiete der Schule Vorbildliches geschaffen hat. Der Missionshistoriker sowohl als auch der Auslandsbeflissene finden in dem Buch wertvolle Angaben und bedeutsame Ergebnisse. Die Abschnitte sind: 1. Das Missionsfeld, 2. Aus der Vorgeschichte der Mission, 3. Die Schulfrage und die Übergabe der Mission an die Gesellschaft Jesu, 4. Die Anfänge der Jesuitenmission, 5. Die Zeit der Gründungen, 6. Die Entfaltung der Mission, 7. Lebensbilder von Jesuitenmissionären der älteren Zeit, 8. Das Konkordat von 1886 und die Errichtung der kirchlichen Hierarchie, 9. Die letzten fünf und zwanzig Jahre vor dem Weltkrieg, 10. Die Mission im Weltkriege.

Dr. Straubinger.

Schüler, Karl, Brasilien, seine Bedeutung für Auswanderer, Exporteure und Kapitalisten, 30jährige bis zur Gegenwart reichende Erfahrung. Berlin: Barthol & Cie. 1921. 101 S. 8°. M. 13.—.

Der Verfasser ist sich der Verantwortung gegenüber den zahlreichen Auswanderungswilligen voll auf bewußt. Dabei leitet ihn

aber naturgemäß das Bestreben, etwas bleibend Wertvolles zu schaffen; und seine allgemeinen Ratschläge, die er in den Kapiteln: „Ausreise nach und Ankunft in Brasilien“, „Gesundheitliches“, „Wichtige Rechtsbelehrung“, „Die rechtliche Stellung des Ausländers“ usw. gibt, sind gewiß wertvoll und nützlich. Der Hauptteil des Buches ist aber Deutschlands Handelsbeziehungen zu Brasilien und den Aussichten der einzelnen Berufe gewidmet. Dieser Teil trägt der gegenwärtigen schlechten Wirtschaftslage nur wenig Rechnung und die allgemein gehaltenen Ausführungen stellen dadurch die Verhältnisse weit rosiger dar, als sie wirklich sind. Auch die Stelle über die guten Heiratsaussichten junger Mädchen in Brasilien halten wir in der heutigen Zeit doch für recht bedenklich, da sie leicht eine Massenauswanderung von heiratslustigen jungen Mädchen nach Brasilien zur Folge haben kann. Die sechs Beispiele aus dem Leben über den Werdegang des Deutschländers in Brasilien vermögen diese Wirkung vielleicht etwas auszugleichen.

Die allerdings „außergewöhnliche“ Ankündigung eines Fragebogens, der jedem Käufer des Buches in Aussicht gestellt wird, erweckt den Eindruck, als ob dem Verfasser sehr daran liege, mit jedem einzelnen Brasilieninteressenten persönlich in Fühlung zu kommen. Grisebach.

Stutzer, Gustav, Lebenserinnerungen in Deutschland und Brasilien. 6., neu bearb. Aufl. Braunschweig: Wollermann 1918. VIII, 466 S. 8°.

Nachdem am 18. März der 82jährige Gustav Stutzer heimgegangen ist, dürfen die kürzlich in 6. bis 8. Auflage erschienenen Lebenserinnerungen dieses weitgereisten Mannes mit seinem reichen Erleben besonderes Interesse beanspruchen. Hier gibt uns ein Auswanderer und Auslandsdeutscher sein Vermächtnis, das zunächst nur für Kinder und Nachkommen bestimmt war. Er nennt sein Leben selbst „unruhig und köstlich, das heißt voll Mühe und Arbeit, durchaus nicht frei von Schuld, aber auch erfüllt von Liebe und Glück, oft dunkel, um den Abend licht“. Stutzer war ein Mann von unruhigem Schaffensdrang, aber zugleich ein feiner Beobachter, der vor allem außerordentlich lebendig und anschaulich zu schildern verstand. Uns interessiert besonders der zweite Teil, welcher aus den Jahren 1885—1909 von seinen brasilianischen Erlebnissen erzählt. Besonders interessant sind seine Erfahrungen auf dem Gute seines Schwiegersohnes „Pires“ im Staate Sao Paulo, wo Stutzer als Industrieller und Viehzüchter und Landwirt allerlei wertvolle Beobachtungen machen konnte. Die Lebensbeschreibung ist durch zahlreiche Briefe seiner als Schriftstellerin ebenfalls bekanntgewordenen Frau Therese häufig unterbrochen und dadurch recht lebendig. Stutzers gute und trübe Erfahrungen werden manchem Auswanderer und Auslandsdeutschen, dem auch seine innere Entwicklung nicht gleichgültig ist, mancherlei geben. Grisebach.

Schmidt-Klugkist, Guillermo, Deutsch-argentinisches Kolonisationsunternehmen. Nr. 1. Kolonie Florencia (Provinz Nord-Santa-Fé), Argentinien. Bremen: Großdruckerei H. M. Hauschild 1920. 36 S. 8°.

Eine illustrierte Beschreibung dieser an der Grenze der Provinz Santa-Fé und des argentinischen Chaco gelegenen, 95 Hektar umfassenden Kolonie, auf welcher Lose im Mindestmaß von 50 Hektar abgegeben werden. Die Kolonie ist Eigentum der deutsch-freundlichen argentinischen Großgrundbesitzerfirma Lui, Urdaniz & Cia. 40 000 Hektar sind ausschließlich der Viehzucht und der Holzschlägerei gewidmet, die restlichen 56 000 Hektar hochgelegener Kämpfe sind für den Ackerbau bestimmt. Der außerordentlich hohe Preis von 130 Pesos pro Hektar (1 Peso heute gleich zirka M. 20.—) lassen diese Kolonie für den Durchschnittsauswanderer kaum in Frage kommen. Die Schrift empfiehlt daher für weniger bemittelte Einwanderer das sogenannte „medianero“ (Halbpachtsystem), ohne dabei das gerade in Argentinien vorherrschende Pächterelend der deutschen Kolonisten zu erwähnen. Auch die sorgfältig aufgestellten Ertragsberechnungen werden über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen können. Gr.

Sohnrey, Heinrich, Herzen der Heimat. Geschichten aus Groß-Berlin und kleinen Dörfern. Berlin: Deutsche Landbuchhandlung 1919. 349 S. 8°.

Das Büchlein ist allen Volksgenossen gewidmet, die durch den Krieg ihre deutsche Heimat verloren haben. Es soll ihnen

zeigen, daß keine gewaltsam gezogene Staatsgrenze die geistigen Fäden durchschneiden kann, die uns im Reich mit den Brüdern draußen verbinden. Die vorliegenden Erzählungen entstanden fast alle während der Zeit des Weltkrieges. Es trieb den Verfasser, dem gewaltigen und verhängnisvollen Kriegsleben gegenüber das rein Menschliche darzustellen, wie sich's in Herz und Handeln der Daheimgebliebenen auswirkte. So ist die Geschichte der tüchtigen deutschen Bauersfrau aus dem Posenschen, die mit Mühe und Not ihre Wirtschaft mit einem widerspenstigen Kriegsgefangenen weiterführt, besonders typisch für die Not der Kriegsjahre auf dem Lande. Schlichte Geschichten und Schilderungen charakteristischer Zeitvorgänge sind in bunter Reihe vereinigt. Sie werden dazu beitragen, dem Aufbau der neuen deutschen Volksgemeinschaft innerhalb und außerhalb der Grenzen des alten Reichs zu dienen.

Dr. H. M.

Sellin, A. W., Erinnerungen aus dem Berufs- und Seelenleben eines alten Mannes. Konstanz: Wöfling-Verlag 1920. 170 S. 8°. M. 16.—.

Siedlungswesen und Okkultismus, was haben beide miteinander zu tun? So möchte man zunächst fragen, wenn man das Vorwort dieses Buches liest, und doch muß wohl eine innere Verwandtschaft zwischen beiden Gebieten bestehen; schon Hübbe-Schleiden und Stutzer bürgen dafür. Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, selbst Urwaldsiedlungen besuchen und in das Seelenleben weltabgeschiedener Kolonisten hineinblicken durfte, der weiß, daß die Urwaldeinsamkeit fruchtbarer Boden für geheimnisvolle Seelen-Erlebnisse und -Vorgänge ist. Wir dürfen dem erfahrenen Koloniedirektor und Siedlungspolitiker von Herzen dankbar sein für diese reife Herbstfrucht seines so reichen äußeren und inneren Lebens. „Wenn wir alles, was in diesem prächtigen Buche steht, auf eine kurze Formel bringen sollten, so müßte sie lauten: „Arbeit vor Gottes Augen!“ Darin liegt das Höchste beschlossen, was einem Erdgeborenen beschieden ist. Geseget das Leben dessen, der mit solchem Bewußtsein sein Konto schließen darf!“ so schreibt der Historiker Dr. Hermann Popp, München, nach der Lektüre dieses Buches an den Verfasser. Er sagt nicht zu viel. Das Kind und der Jüngling, der liebevolle Gatte und Vater, der Kolonialpolitiker und Dichter, der Siedlungsfachmann und Großarchivar der „groß-national — Mutterloge — zu den 3 Weltkugeln“, der Telepath und Okkultist, wie der heilkräftige Wundarzt, der seine besondere Veranlagung stets nur in selbstloser Hingabe und in Ausnahmefällen anwandte — hier tritt er einem als geschlossenes Ganzes auf knappstem Raum entgegen, und dieser ganze Mensch beugt sich in Demut vor dem Höchsten, von dem selbst das vielseitigste Menschenleben nur ein schwacher Abglanz ist.

Grisebach.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

In der ausgezeichnet geleiteten Danziger „Brücke“ bespricht Senator von Möller-Temesvar die Teilung des Banats unter dem Titel „Das zerfleischte Banat“. Daß dieses Land, das wie ein anderes ein einheitliches Wirtschaftsgebiet darstelle, durch eine künstliche Grenze zwischen Rumänien und Jugoslawien geteilt worden sei, sei eine Ungeheuerlichkeit. Im jetzt serbischen Banat wohnten neben 200000 Serben 180000 Deutsche, 80000 Rumänen und eine nicht unbeträchtliche Zahl Ungarn. Umgekehrt gebe es auch im rumänischen Banat natürlich Serben wie Ungarn, wenn auch nicht in solchen Zahlenmengen. Namentlich der schwäbischen Volkswirtschaft des Banats seien wertvolle Lebensadern zersägt worden. In den schwäbischen Dörfern und Städten raune man sich zu, die unweisen Salomone, die das Land zerhieben, seien dabei von der Gier ausgegangen, das blühende Stück Deutschtum, das sich da im Donau-Knie angesiedelt hatte, zu erdrosseln, ausbluten zu lassen, verderben zu machen. Man habe sich aber im zählen Schwabenvolke getäuscht, das immer noch der Hoffnung lebe, eines Tags wieder vereint zu sein. Auf der einen, rumänischen, Seite liege z. B. ein Dorf, dessen Felder drüben im serbischen lägen. Die Serben aber gestatteten wohl, daß die „rumänischen“ Bauern ihr Feld bestellten, es aber nicht abernteten. Die Zustände seien auf die Dauer unhaltbar. Das Volk habe man nicht befragt. Was gehe auch das Volk seine Zukunft an?!

Neue Zeitungen.

Seit Ende des Monats Juli erscheint in Leipzig eine neue Monatszeitschrift unter dem Titel: „Student und Ausland“, welche von Herrn Dr. Julius Ernst Lips-Leipzig herausgegeben wird. Diese Zeitschrift soll die deutschen Studenten von den Bestrebungen der ausländischen Studentenschaften unterrichten und die Ausländer mit den Geisteströmungen unter den deutschen Studenten bekannt machen und soll der Sammelpunkt sein für alle Bestrebungen, die auf das Ziel, durch Austausch kultureller Güter uns gegenseitig kennen zu lernen und ein geistiges Band über die Grenzen hinweg zu knüpfen, hinarbeiten. Bestellungen und Zuschriften an den Herausgeber: Dr. J. E. Lips, Leipzig-Plagwitz, Weißenfellerstraße 11.

VON UNSERER ARBEIT

In Berlin starb plötzlich an einem Herzschlage Herr Kommerzienrat Dr. h. c. Friedrichs, der früher als Vorsitzender des Bundes der Industriellen, später als Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie Mitglied unseres Verwaltungsrats war und den Arbeiten und Aufgaben des Deutschen Ausland-Instituts stets ein eifriger Förderer gewesen ist. Das Deutsche Ausland-Institut wird ihm ein treues Andenken bewahren.

Vorträge.

Trotz der sommerlichen Zeit und Hitze hat die Vortragstätigkeit des D. A. I. nicht ausgesetzt. Es haben eine ganze Reihe von gut besuchten Vorträgen stattgefunden. Im Reiter-Regiment 18 in Cannstatt sprach Herr Oberstleutnant von Kiesling-München vor Mannschaften und Offizieren über seinen Aufenthalt in Chile und über Land und Leute dort. Als das Regiment zu Übungen ins Lager Münsingen übersiedelte, sprachen dort die Abteilungsleiter Rechtsanwalt Geist

über Rußland und Hans Lambertz über Japan in gut besuchten Lichtbildervorträgen. An der Universität Tübingen sprach in einem Vortrage in der Universitäts-Aula unser Bibliothekar Studienrat Dr. Mannhart über Student und Auslandskunde, an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim Generalsekretär Dr. Wertheimer über allgemeine Probleme des Auslandsdeutschtums und Pfarrer Grisebach über Landwirtschaft und Auswanderung.

Berichtigung.

Leider haben sich in unserem Aufsatz „Muttersprache und Volksabstammung im Banat“ (Heft 14, Seite 43) einige unliebsame Druckfehler eingeschlichen. So muß es in der Überschrift „Volksabstammung“ statt Volksabstimmung heißen. Fernerhin muß für „die Worte Gr. Schickings“ in der vorletzten Zeile „die Worte Gr. Szécsenyi's“ stehen.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 9. August 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Oreiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



LIBRARY
UNIVERSITY OF TORONTO
TORONTO

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 3.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV – Nr. 17

STUTTGART

Erstes Septemberheft 1921

Der deutsche Bruder.

Von LUDWIG FINCKH, Gaichenhofen.

Wenn wir das rohe Eisenerz unseres Volkes im Feuer zu Stahl gehärtet wissen wollen, so müssen wir es ins Ausland schicken. Die Fremde ist die große Hammerschmiede der tausend Nöte und Gefahren. Nur im Ausland streift der weltfremde deutsche Michel seine Zipfelkappe ab.

Vor kurzem fuhr ich im Eisenbahnwagen mit einem solchen Schwaben, der in der Welt herumgekommen war. Der stellte den Satz auf: Von ihm aus sollte keiner in Deutschland Zeitungen schreiben dürfen, ehe er nicht 12 Jahre im Ausland gelebt hätte. Und ich fügte hinzu: Und niemand sollte sich politischer Führer heißen dürfen, ehe er nicht 1 Jahr im besetzten Gebiet oder im Feindesland gelebt hätte.

Wir haben ein solches zweites deutsches Volk, das schon zu Stahl geschmiedet ist, und das eine Auslese darstellt. Es ist bei uns noch fast unbekannt, denn wir dünken uns allein weise und fähig, die wir noch nicht über unseren Kirchturm und unsere vier Wände hinausgekommen sind. Dieses zweite deutsche Volk sind unsere Kolonisten. Draußen im fremden Erdteil, im Nachbarland, in Süd- und Nordamerika, in Rußland, in Ungarn, in Rumänien, — dort lebt der Deutsche, der die Zipfelmütze abgelegt hat, und uns zu Hause führen und beraten könnte in allen Angelegenheiten des Landes, in dem er wohnt. Dieser Deutsche hat Herz und Blut für uns, er fühlt sich noch mit uns verbunden, als unseren Abkömmling. Er hat sich in Geschlechterreihen entwickelt, oft in anderer Richtung als wir, oft über uns hinaus. Solange ich lebe, werde ich daran arbeiten, ihn endlich an die Stelle zu setzen, die ihm bei uns gebührt, ihn zu erhalten, und dem inwendigen deutschen Volk ans Herz zu legen. Wenn er in Not ist, sind wir in Not; wenn er lebt, leben wir; wenn wir ihn ehren, ehren wir uns.

Banater Seminarabsolventen in Stuttgart

Unter Führung ihres Direktors, des Abgeordneten im rumänischen Parlament, Dr. Franz Kräuter und Professor Dr. Joseph Nischbach unternahmen im Juli und August die Absolventen der katholischen deutschen Lehrerbildungsanstalt in Temesvar im rumänischen Banat eine vom Berliner „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht“ gut vorbereitete Studienreise durch Deutschland. Die Fahrt führte sie über Bukarest und Prag zuerst nach Dresden. Weiter ging es nach Berlin, wo sie vier Tage weilen und besonders im Stadion

den deutschen Sport eingehend kennen lernen durften. In Hamburg machten sie eine Hafenrundfahrt bei herrlichem Wetter. Weimar mit seinen Dichterstätten und Erfurt wurden besucht, in Fulda lernten sie moderne Schulgestaltung und neuzeitlichen Schulbetrieb kennen, und Nürnberg brachte ihnen als „Schatzkästlein Deutschlands“ neben seinen Bauwerken und Kunstschätzen aus dem Mittelalter die Besichtigung einiger weltbekannter Fabrikanlagen — der Faberschen Bleistiftfabrik und der Siemens-Schuckert-Werke.

Um an einem Beispiel zu zeigen, wie viel die Gäste zu sehen bekamen, fügen wir hier das Berliner und das Stuttgarter Programm ein. In Berlin waren vorgesehen:

Donnerstag, den 28. Juli 1921.

Abends 9⁴² Uhr: Ankunft in Berlin (Anhalter Bahnhof).

Freitag, den 29. Juli 1921.

Vormittags 10—11 Uhr: Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, W. 35, Potsdamerstraße 120.

Nachmittags: Rundgänge durch Berlin;

12⁵ Uhr: Besichtigung des Hauses und der Bibliothek des Berliner Lehrervereins, C. 25, Alexanderstraße 41 (am Alexanderplatz).

6 Uhr: Urania, Taubenstraße 48/49, Besichtigung der Ausstellungssäle und Abendvorstellung.

Sonnabend, den 30. Juli 1921.

Vormittags: Stadion (Hochschule für Leibesübungen); Abfahrt Friedrichstraße 8³⁰ morgens, Zoologischer Garten 8⁵¹ morgens, Charlottenburg 8⁵⁹ morgens, an Rennbahn 9⁰⁰ morgens; Führer Herr Dr. Altrock.

Auf Einladung des D. A. I., das zusammen mit dem V. D. A. die Aufenthaltskosten deckte, soweit die Gäste nicht anderweitig eingeladen waren, war in Stuttgart ein besonderer Ortsausschuß zusammengetreten, um das Programm für den Besuch festzustellen. Er setzte sich folgendermaßen zusammen:

1. Geh. Rat Prof. Dr. Aereboe, als Vertreter der landw. Hochschule Hohenheim.
2. Oskar Dreher, als Vertreter des Kath. Bezirkslehrervereins Württemberg.
3. stud. electr. Elling, als Vertreter der Banater Studierenden Stuttgart.
4. Studiendirektor von Kapff, als Vertreter des D. A. I.
5. Bürgermeister Dr. Klein, als Vertreter der Stadtgemeinde Stuttgart.
6. Mittelschullehrer Loechner, M. d. L., als Vertreter des Württembergischen Lehrervereins.
7. Alfred Meyer, als Vertreter des Katholischen Lehrervereins Württemberg.
8. stud. Jacob Roos, als Vertreter der Banater Studierenden Hohenheim.
9. stud. Hans Sengl, als Vertreter der Banater Studierenden Tübingen.
10. Präsident Dr. Spitznagel, Vertreter des Katholischen Oberschulrats.
11. Präses Pfarrer Spohn, als Vertreter des Kath. Gesellenvereins.
12. Caritassekretär Pfarrer Dr. Straubinger, als Vertreter des Caritasverbandes.
13. Exz. von Teichmann, als Vertreter des Vereins für deutsches Deutschtum im Ausland, Landesverband Württemberg.
14. Konsul Dr. Wanner, als Vertreter des D. A. I.

Für den Aufenthalt in Stuttgart war das Programm folgendermaßen aufgestellt:

Mittwoch, den 10. August.

Abends 11⁴⁰ Uhr: Ankunft in Stuttgart. Empfang der Gäste am Hauptbahnhof, Führung in das Quartier (Einladung des Gesellenhauses des Katholischen Gesellenvereins, Immenhoferstr. 6).

Donnerstag, den 11. August.

Führung: Abteilungsleiter am D. A. I. Rechtsanwalt Geist und Schriftleiter Ankenbrand.

Morgens 8^{1/2} Uhr: Besichtigung der Stadt, des Naturalienkabinetts.

Nachmittags: Rundgänge durch Berlin.

Abends: Zoologischer Garten und Aquarium.

Sonntag, den 31. Juli 1921.

Nach Belieben.

Montag, den 1. August 1921.

Ausflug nach Potsdam, Führer Lehrer Spiegel. Hinfahrt Eisenbahn bis Wannsee, von dort Dampfer. Rückfahrt Eisenbahn.

Dienstag, den 2. August 1921.

Vormittags 10 Uhr: Märkisches Museum der Stadt Berlin Wallstraße 52/54, am Märkischen Platz (unweit Untergrundbahn, Inselstraße), dann andere Museen und Sammlungen.

Nachmittags 5 Uhr: Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (Vorführung von Lehrfilmen).

Abends: Abschiedsbierabend im Saale des Katholischen Gesellenvereins (Königgrätzerstraße 106).

Abends: 11⁵⁵ Abfahrt nach Hamburg (Lehrer Bahnhof).

8. stud. Jacob Roos, als Vertreter der Banater Studierenden Hohenheim.

9. stud. Hans Sengl, als Vertreter der Banater Studierenden Tübingen.

10. Präsident Dr. Spitznagel, Vertreter des Katholischen Oberschulrats.

11. Präses Pfarrer Spohn, als Vertreter des Kath. Gesellenvereins.

12. Caritassekretär Pfarrer Dr. Straubinger, als Vertreter des Caritasverbandes.

13. Exz. von Teichmann, als Vertreter des Vereins für deutsches Deutschtum im Ausland, Landesverband Württemberg.

14. Konsul Dr. Wanner, als Vertreter des D. A. I.

Vormittags 11 Uhr: Besichtigung der Falkerschulen, Falkstraße 27 (unter Leitung des Herrn Oberschulrats I. Mosapp).

Mittags 12 Uhr: Standkonzert auf dem Schloßplatz.

Mittags 1 Uhr: Mittagessen in der Studentenküche (Einladung der Stadt Stuttgart).

Führung: Abteilungsleiter am D. A. I. Dr. Schottländer und Hpt. Morgner.

Nachmittags 2^{1/2} Uhr: Spaziergang durch den Park nach Cannstatt, Besichtigung der Wilhelma.

Nachmittags 4½ Uhr: Besichtigung der Weltkriegsbücherei im Schloß Rosenstein (unter Leitung des Herrn Direktor Friedrich Felger).

Abends ½7 Uhr: Abendessen in der Studentenküche (Einladung der Stadt Stuttgart).

Abends ½8 Uhr: Gemütliches Zusammensein im Stadtgarten (Konzert), Kanzleistraße 50.

Freitag, den 12. August.

Morgens 9½ Uhr: Besichtigung des Deutschen Ausland-Instituts.

Mittags 1 Uhr: Mittagessen in der Studentenküche (Einladung der Stadt Stuttgart).

Führung: Abteilungsleiter am D. A. I. Dr. Maiwald.

Nachmittags 3 Uhr: Besichtigung des Schloßmuseums und des Schulmuseums im Neuen Schloß.

Nachmittags 5½ Uhr: Einladung des Deutschen Ausland-Instituts nach Schloß Solitude. Abfahrt in Autos pünktlich vom Portal des Instituts aus. Besichtigung des Schlosses Solitude. Abendessen. Rückfahrt etwa 9 Uhr. Hin- und Rückfahrt dauern je etwa ¾ Stunden.

Samstag, den 13. August.

Führung: Abteilungsleiter am D. A. I. Hans Lambertz und Dr. Wyldck.

Morgens 6 Uhr: Abfahrt im Personenzug nach Gmünd (ab Schorndorf Schnellzug).

Morgens 7^u Uhr: Ankunft in Gmünd. Besichtigung des Lehrerseminars. Dann Fußmarsch auf den Rechberg und nach Hohenstaufen.

Mittags 1 Uhr: Mittagessen in Hohenstaufen. Dann Fußmarsch nach Göppingen.

Nachmittags 5 Uhr: Empfang durch die Stadt Göppingen, Besichtigung der Stadt, Abendessen (Einladung der Stadtverwaltung Göppingen).

Sonntag, den 14. August.

Führung: Abteilungsleiter am D. A. I. Rechtsanwalt Geist und Pfarrer Grisebach.

Das Programm wickelte sich dann im einzelnen folgendermaßen ab:

Am Mittwoch, den 10. August, um Mitternacht trafen die Banater schwäbischen Gäste in Stuttgart ein und wurden vom Deutschen Ausland-Institut empfangen und in das Gesellenhaus des katholischen Gesellenvereins begleitet, das ihr Quartier für die nächsten Tage bilden sollte.

Der Donnerstag brachte ihnen eine Führung durch die innere Stadt: Markthalle, altes Schloß und Naturalienkabinett — wo Mammut, Altelefant und die in Stuttgarts Umgegend ausgegrabenen mächtigen Saurier ganz besonderes Interesse erregten — wie die erst 1914 erbaute Falkertschule wurden einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Nachdem man das Standkonzert auf dem Schloßplatz angehört hatte, wurde auf Einladung der Stadt Stuttgart das Mittagessen in der Studentenküche eingenommen, wobei der Vorstand der Hausverwaltung des Bürgerhospitals, Verwaltungsdirektor Müller, eine herzliche Willkommrede hielt. Nachmittags wurde ein bei der Hitze doppelt erfrischendes Bad im Berger Mineralbad genommen und dann unter Leitung des Herrn Direktor Friedrich Felger der Weltkriegsbücherei auf dem Rosenstein ein Besuch abgestattet. Namentlich die gewaltigen Schätze dieses Instituts an rumänischer und ungarischer Kriegsliteratur wurden besichtigt. Der

Morgens 4^u Uhr: Abfahrt am Hauptbahnhof nach Reutlingen. Morgens 7^u Uhr: Ankunft in Reutlingen, dort Gelegenheit zum Kirchgang.

Morgens 9 Uhr: Fußmarsch über die Berge zum Lichtenstein.

Nachmittags 2 Uhr: Mittagessen auf dem Lichtenstein.

Nachmittags 5^u Uhr: Abfahrt von Honau.

Nachmittags 5^u Uhr: Ankunft Reutlingen. Besichtigung der Stadt. Abendessen im Garten des Museums. (Auf Einladung Reutlinger Freunde.)

Abends 8^u Uhr: Abfahrt Reutlingen.

Abends 10^u Uhr: Ankunft Stuttgart.

Montag, den 15. August.

Führung: Abteilungsleiter am D. A. I. Pfarrer Grisebach und Dr. Maiwald.

Morgens 8 Uhr: Fahrt nach Degerloch und Spaziergang nach Hohenheim über Degerloch.

Morgens 9½ Uhr: Kirchenbesuch in Hohenheim.

Morgens 10 Uhr: Ankunft in Hohenheim, Besichtigung der Anlagen der Landwirtschaftlichen Hochschule unter Leitung von Herrn Landesökonomierat Ries und des Herrn Assistenten H. Zörner.

Nachmittags 1 Uhr: Mittagessen in der Speisemeisterei in Hohenheim.

Nachmittags 3 Uhr: Fortsetzung der Besichtigung.

Abends 5 Uhr: Spaziergang nach Gut Klein-Hohenheim, Besichtigung des Gutes, dort Abendessen (Einladung der Stadt Stuttgart).

Abends 8 Uhr: Spaziergang nach Degerloch und zurück durch den Wald zum „Sünder“. Dort gemütl. Zusammensein.

Dienstag, den 16. August.

Führung: Abteilungsleiter am D. A. I. Hpt. Morgner und Hans Lambertz.

Morgens 9½ Uhr: Besichtigung des Lindenmuseums.

Morgens 11 Uhr: Abschiedsschoppen im Gesellenvereinshaus.

Mittags 12^u Uhr: Abfahrt der Gäste nach München.

erste Tag schloß mit einem gemütlichen Zusammensein im Stadtgarten, wo bei den Klängen der Musik die Gäste rasch heimisch wurden und mit ihren Stuttgarter Freunden Meinungen austauschten.

Der Freitag Vormittag galt einer eingehenden Besichtigung des Deutschen Ausland-Instituts — die Vorträge der Abteilungsleiter in den einzelnen Abteilungen wurden mit großem Interesse entgegengenommen und die geleistete Arbeit fand verständnisvollste Aufnahme. Auch an diesem Tage waren die Banater Gäste der Stadt Stuttgart in der Studentenküche. An diesem Tage begrüßte sie im Namen der Stadt deren Bürgermeister Dr. Klein, der sich des Besuchs mit besonderer Liebenswürdigkeit annahm. Ihm stattete Direktor Dr. Kräuter den herzlichsten Dank der Gäste ab. An das Mittagessen schloß sich eine Besichtigung des Altersheims. Zum Abend hatte das Deutsche Ausland-Institut die Gäste zu einem besonders hübschen Ausflug eingeladen. In zwei großen Verkehrsautos der Kraftwagenengesellschaft fuhren die Temesvarer Gäste mit den Angehörigen des Ortsausschusses und sonstigen Freunden des Instituts, zusammen über 40 Personen, durch die schönen Wälder nach dem kleinen Lustschlößchen Solitude. Allerdings

war der Horizont bewölkt und der sonst so herrliche Ausblick nach dem in tiefem Frieden ruhenden Schwabenland war den Gästen nicht vergönnt. Um so aufmerksamer lauschten sie den Erläuterungen, die in liebenswürdiger Weise Herr Präsident im Kultministerium, Dr. von Bälz, über die Entstehungsgeschichte und die künstlerische Anlage des Schloßchens Solitude gab. Bei einem einfachen Abendbrot wurden zahlreiche Reden gehalten, die die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen Heimat, namentlich württembergischer Heimat, und dem Auslandsdeutschtum darlegten. Zu Beginn hatte der elsässische Bauerndichter Hans Karl Abel, der jetzt in Stuttgart lebt, eine Erzählung aus den Erlebnissen eines elsässischen Schulmeisters vorgetragen, dann bewillkommnete der Vorsitzende des Vorstandes des Deutschen Auslands-Instituts, Konsul Dr. Wanner, die Gäste in herzlichen Worten. Er begrüßte den ersten Austausch junger, zur künftigen Führung des Volkes berufener Auslandsdeutscher mit der Heimat und gerade mit dem Schwabenland, das in alle Teile der Welt seine Söhne und seine Töchter zu tüchtiger Arbeit entsandt hat. Er legte dar, wie die Deutschen im Ausland überall loyale und treue Söhne der neuen Länder, denen sie angehören, geworden sind, wie aber nur in kultureller und wirtschaftlicher Freiheit deutsches Wesen und Wirken sich entfalten könne und wie deshalb derjenige Staat am besten fahren müsse, der seinen Deutschen volle Entwicklungsfreiheit lasse. Er sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß auch die jungen Banater Schwaben wie ihre Väter sich künftig bestreben, dem deutschen Namen Ehre zu machen und daß sie in Rumänien eine freie Heimat finden möchten, die ihnen gestatte, das zu bewahren, was für den Deutschen das Höchste ist, die Sprache, die Kultur und die deutsche Sitte. Mit einem Hoch auf das Banater Deutschtum schloß die Ansprache, auf die der Direktor der Temesvarer Lehrerbildungsanstalt, Abgeordneter Dr. Kräuter in ebenso herzlichen, wie tief empfundenen Worten entgegnete, indem er auf die Geschichte des Deutschtums im Banat einging, auf die Abstammung der Schwaben, auf ihre wirtschaftlichen wie ihre kulturellen Leistungen und Hoffnungen, und indem er versicherte, diese Reise solle nicht die letzte sein, sondern solle nur den Anfang eines lebendigen Austausches zwischen den Auslandsdeutschen und ihrer deutschen Urheimat bilden. Tiefen Eindruck machten die Worte, die dann Präsident von Bälz an die jungen Lehrer richtete und in denen er für deutsche Art und deutsches Wesen herzliche und tieferschürfende Worte fand. Für die Stadt Stuttgart war als Vertreter Rechtsrat Dr. Hirzel erschienen, der der Freude der Hauptstadt des Schwabenlandes Ausdruck gab, die Banater Schwaben zum erstenmal begrüßen zu dürfen und der seine Worte in die Einladung ausklingen ließ, daß dieser Besuch noch viele Fortsetzungen finden möchte. Das Deutschlandlied und die Gesänge der schwäbischen Gäste verschönten den Abend, an dem auch noch Abteilungsleiter Dr. Wydeck in besonderen Worten der Banater deutschen Frauen und ihrer Vertreterin, der Gattin des Direktors Kräuter, gedachte. Mit besonderer Bewegung hörten die Teilnehmer ein von Professor Schmitthenner zum Vortrag gebrachtes Gedicht Hans Karl Abels über das Straßburger Münster, das Wahrzeichen des Deutschtums im Westen, das in symbolischer Darstellung den Wunsch der Elsässer verkörpert, an deutscher Kultur und Sitte festzuhalten. Spät am Abend brachten die Autos die Gäste wieder zurück.

Am Samstag beförderte der Zug die Herren nach Gmünd, wo Professor Diehm nach einem kurzen Frühstück im Lehrseminar die Führung durch das Städtchen übernommen hatte. Der Regen konnte der frohen Laune keinen Abbruch tun und

ein tüchtiger Marsch brachte uns an der neuen katholischen Kirche von Straßberg vorüber auf den Rechberg und nach Hohenstaufen, wo das Mittagessen eingenommen wurde. Abends wurde unter der kundigen Führung von Exz. Teichmann Göppingen besichtigt, wo Gemeinderat Illig die Gäste im Namen der Stadtverwaltung begrüßte und zu einem von dieser gestifteten Abendessen einlud. Exz. Teichmann brachte für das D. A. I., den V. D. A. sowie für den Ortsausschuß den herzlichsten Dank für den so überaus freundlichen Empfang in markigen Worten zum Ausdruck.

Der Sonntag vereinigte trotz des schlechten Wetters alle Banater und einige Herren des Deutschen Auslands-Instituts mit ihren Familienangehörigen zu einem Ausflug nach dem Lichtenstein. Hin und wieder hellte sich der Himmel etwas auf, und dann boten sich sofort prächtige Blicke auf die Alb und ins Tal. Der Nachmittag brachte zu unserer Wanderung nach Honau freundlichen Sonnenschein und nach Besichtigung der Olghöhle fand man sich im Museum zu Reutlingen zu einem von den Reutlinger Freunden veranstalteten Abendessen zusammen. Der Empfang war herzlich, der Tisch prangte im freudigsten Blumenschmuck und die Mahlzeit wurde durch die Reden des Herrn Chefredakteur Freytag und Oberlehrer Weith trefflich gewürzt. Nach Überreichung einiger ausgewählter Bücherspenden dankte Professor Nischbach in bewegten Worten für die freundlichen Gaben und betonte den Wert deutscher Bücher für die deutschen Gemeinden des Banats. —

Am Montag folgte ein Ausflug nach Hohenheim über Degerloch. Nach einem Besuch des Kirchleins — die Gäste wohnten dort, am katholischen Feiertage, dem Gottesdienst bei — wurden unter Leitung des Herrn Landesökonomierats Ries und des Herrn Assistenten H. Zörner die Anlagen der landwirtschaftlichen Hochschule eingehend besichtigt und um 1 Uhr in der Speisemeisterei das Mittagssmahl eingenommen. Prof. Nischbach erzählte allerlei interessante Züge aus dem Volksleben seiner Banater Heimat, über Kirchweihen, Volks- und Familienfeiern mannigfacher Art. Gegen Abend fand man sich auf Gut Klein-Hohenheim ein, wo die Stadt Stuttgart nochmals ein echt schwäbisches Abendessen gerichtet hatte. Herr Bürgermeister Dr. Klein ermöglichte bei dieser Gelegenheit den Gästen einen eingehenden Überblick über die Land- und Pachtgüter der Stadt, ihre Bewirtschaftung, Rentabilität usw., gab einen Einblick in die Ernährungsverhältnisse Stuttgarts, zeichnete in großen Zügen an Hand der hiesigen Verhältnisse die Nöte und Hoffnungen des Vaterlandes, wie die Aussichten der Landwirtschaft, und sprach schließlich die Erwartung aus, daß unsere Banater Freunde aus dem heute Gesehenen und durch die soeben näher ausgeführten Verhältnisse lernen möchten. Ein Spaziergang durch den Wald brachte uns nach dem „Schweizerhaus“, wo noch einige Stunden in angeregtem Gespräch verrannen. —

Nur zu schnell war die für Stuttgart und seine Umgebung vorgesehene Woche entflohen und als wir uns nach der Besichtigung des Lindenmuseums und einem kleinen Frühstück im Gesellenvereinshaus, wo Präses Spohn ein stets liebenswürdiger und väterlicher Hausherr war, um 3/4 1 Uhr am Bahnhof zum Abschied eingefunden hatten, war uns allen, wie wenn wir von lieben, alten Freunden schieden. Daß auch den Banatern Stuttgart besonders an das Herz gewachsen war, war unverkennbar. Mit dem Lied „Lieb Heimatland, ade...“ auf den Lippen und mit dem Ruf „Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen!“ verließen sie das schwäbische Stammland und fuhren ihrer fernen schwäbischen Heimat zu, die sie über München, Passau und Wien gegen Ende des Monats erreichen wollten.

Kaukasusschwaben

Von Dr. W. GROSS, Karlsruhe.

In weitere Kreise wohl als durch das Buch eines Grafen Schweinitz ist durch „Die Reise nach Tripstrill“ unseres Ludwig Finckh Kunde von den Kaukasusschwaben und deren Hauptmittelpunkt Helenendorf getragen worden. Mit letzterer Gemeinde, „fast lauter Reutlinger und Albleute“, hatte er schon vor Jahren angeknüpft, ihr Bücher der „deutschen Dichtergedächtnisstiftung“ geschickt. — Die Namen Votteler und Hummel der Weingroßhandlung dort gemahnten ihn, den Reutlinger, an die gemeinsame Heimat, und nun haben ihn die Bolschewistengreuel deren Träger persönlich zugeführt. — Schade, daß Finckh selbst nicht hingekommen ist! Dann hätte auch sein Held dem Donaulauf bis ans Schwarze Meer gefolgt zum Besuch seiner fernen Landsleute, und seine Reise wäre keine nach „Tripstrill“ gewesen. Die Wanderlust war dem Wirtssohn von der Alb durch einen tiefgebräunten, großen Mann mit gewaltigem Bart geweckt worden:

„Ich komme aus dem Kaukasus“, hub der Fremde an, „nicht weit von der persischen Grenze, aus Asien, doch noch von Rußland. Aber ich stamme von Holzelfingen und heiße Christian Rockenstiel; ich bin herausgekommen, um einen Sohn auf die Ackerbauschule zu bringen, und habe da meine Verwandtschaft besucht.“ . . . „Vor bald 90 Jahren“, erzählte der Fremde, „sei ein sonderbar frommer Geist im Lande umgestiegen, der die Seelen beflügelte und eine Sehnsucht nach dem tausendjährigen Reich in den Gemütern aufrührte. Man beschloß, zugleich unter dem Druck politischer Ungunst und einer Hungersnot, in Scharen auszuwandern und das Heil zu suchen, und da der Kaiser Alexander von Rußland, des Königs Schwager, und eine fromme Russin, die Frau von Krüdener, im Volke mächtig war, schienen Richtung und Wegweiser gegeben. Die russische Regierung, die gesundblütige Bauern brauchte, auch wenn sie einen Sparren hatten, bot Land an mit vielen Privilegien als Köder, und nach kurzem Besinnen bissen Heere von schwäbischen Bauern an und zogen mit Kind und Kegel nach Osten; an die 6000 Mann, wohlgeordnet, in 10 Kolonnen geteilt, rückten sie aus. Grusien, Tiflis, Odessa waren das gelobte Land. — Unterwegs wurden die Geister ernüchtert; die Vögel pfliffen anders als sie geglaubt, und von Milch und Honig war nichts zu schmecken. Wie aber der Schwabe nie auf halbem Wege stehen bleibt, wenn er sich etwas in den Kopf gesetzt hat, so schleppten die Landleute, nachdem sie ihren Traum in Not und Fieber hatten stecken lassen, ihren Karren weiter bis ans Ziel. Im Kaukasus verstreuten sie sich auf 4, 5 Punkte, wo sie Dörfer gründeten und mit Hab und Gut die Heimat vom Wagen herunter holten. Ein Schwarm, fast lauter Reutlinger und Albleute, hatte sich in einem Tal bei Elisabethpol angesiedelt und ihre Gemeinschaft Helenendorf genannt. Die Reutlinger, die zu Hause am Georgenberg und an der Achalm saure Trauben gezogen hatten, fanden ein Klima vor, von dessen Sonne sie gern ein Paar Strahlen zur Aufmunterung heimgesandt hätten. . . . Die einheimische wilde Rebe wurde veredelt, künstliche Berieselung verwandelte die Steppe in Gartenland. — Die Äbler hatten ihre Planwagen geflickt und hergerichtet; sie mochten im Gebirgsboden ähnliche Verhältnisse getroffen haben wie auf der Rauhen Alb. Mit geringen Veränderungen bauten sie neue Wagen und verkauften sie an Lesgier und Armenier, die hoch bezahlten; noch heute sind die schwäbischen Wagen bis nach Persien hinein begehrt. — In dieser schweren Mühsal mauserten sich die Schwaben . . . und wurden nichts als Männer, die sich ihr Stück Erde erobern; die Köpfe waren geputzt, ihre Augen

geweitet, die Fäuste nervig; sie vermehrten sich wie die Kielhasen, denn ein Stamm, der sich bewährt hat, hat das Bedürfnis, vorzusorgen und sich nicht so leicht wieder vom Fleck bringen zu lassen; Landwirtschaft und Handwerk brachte Wohlstand, sie mußten ihre Grenzen weiter stecken, und nun, da die eingewanderten Väter in der Grube lagen, kam einer heraus in die alte Heimat und brachte seinen Sohn auf die landwirtschaftliche Schule nach Hohenheim. — Das ist unsere Geschichte, Herr Wirt“, schloß der Kaukasier seinen Bericht.

So weit der Dichter, und es ist nicht nur Dichtung: 1816, 17 und 20 sind sie aus dem Schwabenland ausgewandert und konnten so 1919 ihre Jahrhundertfeier begehen. Sie haben zu den ursprünglichen 9 Schwabengemeinden Helenendorf, Annenfeld, Marienfeld, Petersdorf, Alexandershilf, Alexandersdorf, Elisabethtal, Katharinenfeld und Neutiflis, von denen Neutiflis durch Einverleibung in die Stadtgemeinde Tiflis ausschied, durch Abschiebung junger landloser Mitglieder Töchtergemeinden gebildet: Georgsfeld, Eigenfeld, Traubenfeld, Alexejewka, Grünfeld, Freudental, Georgstal, Traubenberg, Jakobli und Ormaschen, die allesamt nach Überwindung der ersten Mühen und Nöten zu gedeihlichem Wohlstand sich entwickelten, bis die Bedrückungen im Weltkrieg und die Bolschewistengreuel die Blüte brachen; so Gott will, nicht für immer. — Noch 1918 hatten sie eine „Deutsch-Kaukasische Bank“ in Tiflis mit einem Kapital von 6 Millionen Rubel, von dem die Kolonisten selbst 4 Millionen aufbrachten, gegründet als Rückhalt ihrer Gemeindeleihkassen und mit dem Zweck, die kaukasischen Bodenschätze und Rohstoffe für Deutschlands Industrie zu gewinnen und im Kaukasus ein Absatzgebiet für die deutsche Industrie zu schaffen. — Geradezu erstaunlich ist, was allein Helenendorf 1914 mit seinen 2½ tausend Seelen erzeugt hatte: 6500 Zentner Getreide, 2000 Zentner Kartoffeln, 12 000 000 Liter Wein, 360 000 Liter gereinigten und 120 000 Liter ungereinigten Weinsprit, 240 000 Liter Kognak, 42 000 Liter Bier. Dabei hatte Helenendorf ungefähr 680 Stück Rindvieh und 400 Pferde, 37 Stellmacherwerkstätten, 14 Schmieden, 5 Böttchereien, 8 Tischlereien, 12 Ziegeleien, 10 Mühlen und 2 Elektrizitätswerke; eine Gemeindeapotheke und eine Normalschule mit dem Programm eines deutschen Realgymnasiums, an der 1920 16 Lehrer tätig waren. — Ein Ortskundiger (Th. Hummel) schreibt das auch dem alten Kolonistengesetze zu, das sich in seinen Grundzügen mit den Zielen der jetzigen deutschen Bodenreformer deckte. Alles Land, welches den Kolonisten einst angewiesen worden, war darnach Eigentum nicht der Einzelnen, sondern der Gemeinde, wurde, von einem Bruchteil abgesehen, zu gleichen Teilen verteilt und ging in der Erbfolge auf den jüngsten Sohn über. Aus dem von der Gemeinde vorbehaltenen Land aber erhielt später, wer keine Hofstelle erbte, unentgeltlich einen Bauplatz. Spekulation mit Baustellen war daher ausgeschlossen. Die Beschränkung, daß ohne Einwilligung der Gemeinde nichts veräußert oder belastet werden durfte, ist später auch auf das zugekaufte Land ausgedehnt worden.

Unsere Landsleute im fernen Osten werden, wenn nur einigermaßen geordnete Zustände wiederkehren, der an sich ja begreiflichen Versuchung, auszuwandern, widerstehen: ihre Vorgänger haben ja ähnlich Schweres erdulden müssen und durch zähen Bauernfleiß sich immer wieder emporgearbeitet; und sie hängen mit ganzer Seele am Boden ihrer neuen Heimat, werden ihn — ohne zwingende Not — nicht preisgeben.

Zur Fünfzigjahrfeier der Bereisung Südamerikas durch Reiß und Stübel

Von K. H. DIETZEL, Leipzig.

In diesem Jahre rüstet man sich in Südamerika, das Andenken zweier deutscher Gelehrter zu feiern, deren Expedition, in ihren Zielen wie in ihren Resultaten umfassend wie selten eine, noch heute in zahlreichen Fragen Ausgangspunkt und Abschluß der wissenschaftlichen Erforschung der von ihnen bereisten Gebiete bildet. Die größte wissenschaftliche Zeitschrift Ecuadors, der Boletín de la Academia Nacional de Historia, wie sie sich seit Mitte vorigen Jahres nennt, beabsichtigt, ihnen einen stattlichen Festband zu widmen, ein Beweis für die Schätzung einer deutschen Lebensarbeit, der durch die politischen Schwierigkeiten, die der Ehrung deutscher Leistungen im Auslande jetzt entgegenstehen, doppelt an Wert gewinnt. Die Verdienste von Reiß und Stübel auf ihren Sondergebieten, der Geologie, speziell der Vulkanologie, der Geographie und der Ethnographie sind bereits oft und eingehend gewürdigt worden, über die allgemeineren Folgerungen, die sie aus ihren lokalen Forschungen zogen und in denen sie selbst schon weit auseinandergingen, ist sehr bald ein langer und teilweise heftiger Streit zwischen ihnen selbst und ihren zahlreichen Anhängern und Gegnern entbrannt, sie brauchen also hier nur insofern berührt zu werden, als auf dieser Basis die Bedeutung der Forscher für Südamerika und die Stellung ihres Deutschtums dort begründet ist. Zudem gehören solche Fragen ja auch nicht zum Arbeitsfelde dieser Zeitschrift.

Als Reiß und Stübel am 27. Januar 1868 in Santa Marta zum ersten Male südamerikanischen Boden betraten, als Reiseziel ein Land vor Augen, das sie niemals erreichen sollten, denn Hawai zu untersuchen, hatten sie sich als eigentliche Aufgabe gestellt, waren sie, obwohl beide noch jung — Reiß war 30, Stübel 23 Jahre alt —, doch durchaus keine Neulinge in bezug auf wissenschaftliche Expeditionen mehr. Eine reiche Forschungspraxis, ein langer Aufenthalt im europäischen und außereuropäischen Ausland lag hinter ihnen, an wissenschaftlichen Arbeiten im portugiesisch-spanischen atlantischen Inselreich und im Mittelmeer, auf Studienfahrten in Italien, Frankreich, Holland, Portugal und in den Nilländern, die sie teils gemeinsam, teils jeder selbständig ausgeführt hatten, waren ihre Kräfte erprobt, ihre Erfahrungen in der Organisation wissenschaftlicher Reisen, in der Beurteilung fremder Länder und im Verkehr mit Nichtdeutschen jeder Kulturstufe bereichert worden. Auch die Aufgabe, die sie sich für Südamerika gestellt hatten, entsprang folgerichtig ihrer bisherigen wissenschaftlichen Entwicklung. Von der Bergwissenschaft, wie Reiß, von der Mineralogie, wie Stübel, über die Geologie schließlich zur Vulkanologie als „der Grundlage aller geogenetischen Forschung“ gekommen, hatten sie beide unabhängig von einander schon sehr früh aus den Erfahrungen der praktischen Forschungsarbeit heraus die methodische und sachliche Unhaltbarkeit der damals dominierenden vulkanologischen Lehre, der von L. v. Buch begründeten, von Humboldt ausgebauten und in weiteste Kreise getragenen Theorie der Erhebungskrater erkannt, erkannt vor allem ihre mangelhafte Fundierung auf einem mangelhaften Beobachtungsmaterial, das die auf ihm errichteten, weitgreifenden Theorien nicht zu tragen vermochte. Es galt, von vorn zu beginnen, das bereits Beobachtete nachzuprüfen und durch neue Beobachtungen eine breitere Basis zu schaffen. Dem diente die Arbeit der Forscher auf dem Beobachtungsfeld L. v. Buchs, auf den Kanaren, dem sollte die Arbeit auf den Beobachtungsfeldern Humboldts, in

den Anden, dienen. Auf den Kanaren war ihnen als wesentlichste Erfahrung diese geworden: eine ausreichende Erklärung vulkanischer Phänomene war nicht zu geben vom rein geologischen Standpunkte aus, es bedurfte dazu vielmehr eines genauen Studiums des Formenschatzes vulkanischer Erscheinungen und der sie umgebenden Landschaft, einer genauen Landeskenntnis überhaupt, wie sie ihren Ausdruck in einer zuverlässigen Karte entsprechenden Maßstabs findet. Ohne sie „entbehren geognostische Beobachtungen jeden wissenschaftlichen Wertes“. Abbildung und Kartierung der Landschaft in möglichst präziser, alle Einzelheiten scharf erfassender Form als Voraussetzung jedes geologisch-vulkanologischen Studiums überhaupt war also das weiter gesteckte Ziel, das sie in Südamerika zunächst zu erreichen sich vornahmen. Mit ungeheurer Energie haben beide diese selbst gestellte Aufgabe, Stübel in den zahlreichen, von ihm gezeichneten und jetzt im Leipziger Museum für Länderkunde vereinigten Panoramen, Reiß in zahllosen, trigonometrischen und astronomischen Bestimmungen, deren Auswertung er freilich zum größten Teile anderen überlassen mußte, durchgeführt, eine Leistung, deren Bedeutung weit über die Geologie hinausreicht und die dieser Expedition einen allgemeineren Wert als den der, wenn auch vielfach entscheidenden Bereicherung einer einzelnen wissenschaftlichen Disziplin verleiht. Und wenn wir heute über Colombia und insbesondere über Ecuador in vieler Beziehung besser orientiert sind als über einen großen Teil der übrigen südamerikanischen Republiken, so danken wir das in erster Linie der selbstlosen, unermüdlichen und aufopfernden Arbeit von Reiß und Stübel und ihrer Mitarbeiter.

Es war von vornherein anzunehmen, daß für die Lösung solcher Aufgaben lange Zeit gebraucht werden würde und daß dazu eine flüchtige Durchreise des Landes, wie sie ursprünglich geplant war — man wollte Colombia und Ecuador anfänglich zusammen nur neun Monate widmen —, nicht genügen konnte, aber daß aus neun Monaten für Reiß acht Jahre, für Stübel noch mehr werden sollten, hat keiner der beiden Forscher je vorausgesehen, wenn auch der Plan, noch Hawai zu untersuchen, relativ bald aufgegeben und dafür eine Studienreise durch Peru und Brasilien — Stübel allein dehnte sie noch auf den Südteil des Kontinents und auf Nordamerika aus — in das Programm aufgenommen wurde.

Eine eigentliche Reiseroute ist von Reiß und Stübel nur am Anfang und am Schluß der Expedition, in Colombia und in Peru und Brasilien, innegehalten worden. Von Santa Marta aus fuhren sie durch den Mangrovengürtel der Lagunen des Magdalena deltas nach Barranquilla, machten, am Wege die durch Humboldt berühmt gewordenen Schlammvulkane von Turbaco und Galera Zamba untersuchend, einen Abstecher nach Cartagena und verfolgten dann den Rio Magdalena aufwärts bis Honda. Die noch erhaltenen Tagebücher und Briefe dieser ersten Reise-wochen, die für ihre eigentlichen vulkanologischen Interessen wenig boten, sind voll von den verschiedensten Eindrücken über Land und Leute, über Wirtschaft und Kolonisation des damaligen Spanisch-Amerika, von denen zu Lebzeiten der Forscher außer einigen kurzen, gleichzeitigen Auszügen aus Stübels in die Heimat gesandten Briefen, die im Globus erschienen, fast nichts in die Öffentlichkeit gelangt ist, die aber zeigen, daß das Land von Anfang an mit dem ganzen Umfang seiner Lebensäußerungen

ihr Interesse gefangen nahm. Auch die Ausflüge von Honda aus zeigen in ihrer Anlage dieses Streben nach Erlangung umfassender Landeskenntnis. Man besucht die Silberminen von Santana, steigt nach Bogotá hinauf und durchstreift mehrere Monate das Hochgebiet der dort ganz unvulkanischen Ostkordillere, ja Stübel dringt sogar nach Osten hinab in die Llanos de San Martin an den äußersten Zuflüssen des Orinoco. Erst mit der Rückkehr ins Magdalenatal und mit dem Aufstieg zur Zentralkordillere — Stübel überquert sie in der Gegend des Huila, Reiß weiter nördlich an der Sierra Nevada de Hervé — beginnt die eigentliche vulkanologische Tätigkeit, die von nun an bis zum Verlassen Ecuadors fast immer die Wahl der Reisewege bestimmt. Reiß durchzieht das Caucatal bis Popayan und trifft dort wieder mit Stübel zusammen. Und nun folgt eine lange Reihe nicht nur wissenschaftlich, sondern auch hochtouristisch bedeutsamer Vulkanbesteigungen, die die Namen der beiden Reisenden noch während der Dauer der Expedition durch ganz Südamerika trugen und ihnen bei der abergläubischen Bevölkerung einen fast sagenhaften Klang verliehen. In Colombia wurden so bezwungen der Puracé, der Sotará, die noch nie besuchten Vulkane von La Cruz im Einzugsgebiet des Rio Patía, die kaum beachteten Vulkanriesen im Süden des Landes, der Azufra de Túquerres, der Cumbal, der Chiles und der Cerro Negro de Mayasquer, vor allem aber der tätigste von ihnen, der Vulkan von Pasto, der damals gerade mitten in einer großartigen Ausbruchsperiode sich befand und von dem eine mustergültige Karte im Maßstab 1 : 100 000 hergestellt wurde. Im Anfang des Jahres 1870 überschritt man dann endlich die ecuatorianische Grenze. Aus einer auf 3 Monate veranschlagten Studienfahrt war eine 2jährige Forschungsreise geworden, und Ecuador sollte sie gar 4 Jahre in Anspruch nehmen.

Hatte man in Colombia noch stets das ferne Ziel Hawai vor Augen, immerhin eine bestimmte Reiseroute eingehalten, so wurde dieser Gedanke jetzt endgültig aufgegeben. Von vornherein stellte man sich die Aufgabe, möglichst das gesamte andine Hochgebiet Ecuadors kennen zu lernen. An Stelle einer fortschreitenden Reise treten deshalb nunmehr längere oder kürzere Expeditionen, die von den städtischen Zentren des Landes, von Quito, Latacunga und Riobamba aus, ausgehen und auf denen systematisch die ganze Ost- und Westkordillere und die dazwischen liegenden interandinen Becken bildlich durch Stübel, trigonometrisch durch Reiß, geologisch durch beide zugleich aufgenommen werden. Wie schon vorher streckenweise, so arbeitet jetzt stets jeder der beiden Forscher für sich allein, und die erlangten Resultate werden von Zeit zu Zeit ausgetauscht und aneinander ergänzt. Fast alle Teile der Kordillere, alle wichtigeren Vulkane sind so von ihnen betreten, untersucht, aufgenommen und beschrieben worden, einzelne überragende Leistungen, so die Besteigungen des Cotopaxi durch Reiß und wenige Monate darauf durch Stübel, sind damals in der ganzen Welt bewundert worden. Es kann nicht Aufgabe dieses Aufsatzes sein, hier auf Einzelheiten einzugehen, nur auf die Schwierigkeiten, die beide überwinden mußten, sei hingewiesen. Kartographische Vorarbeiten von einigem Wert standen kaum zur Verfügung, überall mußte Neuland erobert werden, dessen Natur jeden Erfolg zu verhindern schien. Wochen-, ja monatelangem Ausharren im Zelt auf unwirtlichen Páramos in Höhen von über 4000 m, meistens bei scheußlichem Wetter, das oft tagelang jedes Arbeiten vereitelte, so daß der Kräfteaufwand in keinem Verhältnis zum Erreichten stand, folgten mühsame Marsche auf jeder Beschreibung spottenden Wegen, durch versumpfte Täler oder über stauberfüllte, trostlos graubraune Hochsteppen, im glühenden Sonnen-

brand oder im eisigen Schauer mit Schnee gemischter, vom Sturme gepeitschter Hochgebirgsregen. Aufreibender Kampf mit der Widerspenstigkeit des eingeborenen Begleitpersonals füllte täglich Stunden aus und raubte kostbare Zeit. Auch einzelne Landesbehörden, die in den Anforderungen, die an sie gestellt werden mußten, eine unerwünschte Zugabe zu ihren dienstlichen Obliegenheiten sahen, lähmten jede einzelne Unternehmung, und vor allem erlahmte die Spannkraft des eigenen Körpers unter den immer neuen, unvorhergesehenen Anstrengungen. Es bedurfte unter solchen Umständen einer ungeheuren physischen und auch seelischen Energie, hier nicht zu verzagen und vor den täglich neu auftauchenden, unvermuteten, inneren und äußeren Widerständen zu kapitulieren. Oft waren beide nahe daran, und es bedurfte dann wochenlang, meist durch Unwohlsein erzwungener Ruhepausen in Quito oder in einer anderen Stadt, ehe sie sich selbst wiederfanden. Die Briefe dieser Zeit sind voll von Klagen und Verzweiflungsausbrüchen; Menschenscheu, Mißtrauen in andere bemächtigte sich beider und hat sie ganz nie wieder verlassen.

Um so erstaunlicher bleibt unter diesen Lebens- und Arbeitsbedingungen die sich stets gleichbleibende Vielseitigkeit ihrer Interessen. Über ihre geologisch-geographischen Arbeiten hinaus nehmen sie je länger je mehr regen Anteil an den politischen und sozialen Verhältnissen des Landes und pflegen darüber untereinander und mit Freunden einen regen Gedankenaustausch. Ein immer innigeres Verwachsen mit dem Boden, dem ihre Arbeit gilt, ist im Laufe der Jahre deutlich fühlbar. Aus den führenden Schichten der Republik schart sich trotz ihrer Reserviertheit ein weiter Kreis von Bekannten um sie, der ihren Rat bald auch in anderen als rein wissenschaftlichen Fragen einholt. Der allmächtige Präsident, García Moreno, schätzt ihre Leistungen und sucht sie auf jede Weise zu fördern. Unter den ansässigen Deutschen schließlich gewinnen sie auch einige Freunde, vor allem ihren späteren, langjährigen, treuen Mitarbeiter Dr. Theodor Wolf. Von dieser mehr gesellschaftlichen Basis aus gewinnen sie Verständnis für die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes. Mancher praktische Vorschlag, insbesondere zur Besserung der Verkehrsverhältnisse des Landes, den sie machten, blieb freilich unausgeführt, aber die wirtschaftliche Bedrückung der unterworfenen Indianerbevolkerung ist doch an manchen Stellen infolge ihres energischen Protestes vielfach gemildert worden. Das Interesse für diese ihrer eigenen Kultur entrissene Rasse mit ihrer ruhmreichen, in großartigen Denkmälern erhaltenen Vergangenheit wuchs bei beiden überhaupt im Laufe der Reise mehr und mehr. Eingaben an die Regierung mit der Bitte, noch erhaltene Reste alter Inkakultur zu schützen, werden von ihnen öfters gemacht, und ihr großer Einfluß sichert solchen Schreiben Berücksichtigung. Zu eingehenderen Studien in dieser Hinsicht lassen ihnen freilich vorläufig ihre anderen Ziele noch keine Zeit, aber der Plan, auch noch Peru zu bereisen und dadurch das Zentrum der Inkakultur kennen zu lernen, findet vielleicht auch in solchen Erwägungen eine seiner letzten Wurzeln.

Ihre größte ethnographische Leistung allerdings, die Ausgrabung der Totenfelder von Ancon in Peru, ist mehr zufällig bedingt. Als sie im Oktober 1874 endlich in Guayaquil Ecuador Lebewohl sagen konnten und nach Lima abreisten, war es ihre Absicht, möglichst schnell die Anden im Norden Perus zu queren. Die gerade infolge der Ermordung des Präsidenten Balta dort ausgebrochene Revolution und eine Erkrankung Stübels hinderte sie daran und zwang sie, in dem stillen Seebade Ancon die Beilegung der inneren Wirren und die Genesung Stübels abzuwarten. Aus dem geplanten kurzen Erholungsaufenthalt wurden freilich

abermals Wochen angestrengtester Arbeit, wurde die bisher resultatreichste Ausgrabung im Bereich der südamerikanischen Indianerkulturen. Es war der Abschluß ihrer gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeit in Südamerika, denn was nun folgte, ist, für Reiß wenigstens, nur Studienfahrt geblieben. Man stieg von Pacasmayo am Stillen Ozean nach Cajamarca hinauf, überquerte das Marañontal und zog am Utcubamba, am Wege abermals Reste alter indianischer Festungen untersuchend, abwärts nach Chachapoyas, überschritt dann die östlichste Kordillerenkette und gelangte hinab nach Moyobamba im westlichsten Teil der Amazonasebene. Von Tarapoto aus fuhr man dann zunächst den Rio Huallaga, schließlich den Amazonas hinab bis nach Pará. Eine Verletzung, die sich Reiß durch einen unvorsichtigen Schuß zuzog, zwang dazu, diese Fahrt sehr zu beschleunigen. Aus der Höllenglut Pará's flüchteten beide bald nach Rio de Janeiro, wo sie Ende 1875 eintrafen. Hier trennten sie sich endgültig: Reiß, durch achtjährige Anstrengungen körperlich und seelisch zermürbt, kehrte nach Europa zurück, Stübel dagegen schickte sich zu einer letzten Fahrt durch Südamerika an. Von Buenos Aires aus durchquerte er den Norden Argentiniens, überschritt nochmals die Anden, erreichte Santiago in Chile und wendete sich dann wieder nach Norden, nach Bolivien. Abermals forschte er der alten Indianerkultur nach und grub am Südende des Titicacasees das Ruinenfeld von Tiahuanaco aus. Dann aber wendete auch er sich heimwärts, wenn auch auf Umwegen. An der pacifischen Küste Amerikas fuhr er entlang bis nach San Francisco und durchstreifte den Norden der Vereinigten Staaten bis zum Atlantischen Ozean. Erst Mitte 1877 trat er dann die Heimreise nach Europa an.

Überblickt man die wissenschaftlichen Resultate dieser Reise, so ist, wenn auch im einzelnen vieles unausgeführt bleiben mußte und noch viel mehr des gesammelten Materials nicht verarbeitet werden konnte, der Hauptzweck im wesentlichen doch erreicht worden. Geplant war, wie schon ausgeführt wurde, eine Widerlegung der Buch-Humboldtschen Vulkantheorie und eine Neugründung der Vulkanologie auf einer neuen Basis. Als diese Basis sollte dienen eine genaue kartographische und bildliche Aufnahme eines der größten Vulkangebiete der Erde. Sie ist in Ecuador in den großen Kartenwerken, die auf den Messungen und Entwürfen von Reiß und Stübel beruhen, und in den Stübelschen Panoramen vollständig geschaffen worden, in Colombia wenigstens für dessen wichtigste Teile. Im zweiten Teil ihrer Aufgabe, in der Schaffung einer neuen Vulkanologie, sind freilich die Ansichten beider Forscher später diametral auseinandergegangen. Stübel schuf auf Grund seines Materials rein deduktiv eine neue Vulkantheorie, die sich im Gedanken der Monogenese sogar der alten Buch-Humboldtschen vielfach näherte, Reiß blieb bei seiner Ablehnung jeden deduktiven Vorgehens. Sein Weg zur Erklärung vulkanischer Phänomene war der einer induktiven Morphologie, den er selbständig und noch vor der Entwicklung einer eigentlichen morphologischen Wissenschaft in Deutschland beschritten hat. Ein solcher Gedankengang schloß die Annahme jedes katastrophalen Ereignisses aus und verwies auf den Lyellschen Grundsatz eines allmählichen Werdens. Näher darauf einzugehen ist hier nicht der Ort.

Die Reiß-Stübelsche Expedition hat aber noch indirekte Wirkungen gehabt, die hier wichtiger sind. Der achtjährige Aufenthalt zweier so imponierender Forscherpersönlichkeiten, wie es Reiß und Stübel waren, in Colombia und Ecuador hat nicht wenig dazu beigetragen, die Stellung des Deutschtums dort so zu festigen, daß auch die Ereignisse der Gegenwart sie zwar zu erschüttern, aber nicht zu beseitigen vermochten. Die spanischen

Andenrepubliken sind, mit Ausnahme vielleicht von Chile, seit Bouguers und La Condamines berühmter Gradmessung in der Mitte des 18. Jahrhunderts in ihrem geistigen Leben, dem das spanische Mutterland keine Anregung zu geben vermochte, immer stark von Frankreich abhängig gewesen. Französische innere und äußere Kultur fand, wenigstens in den gebildeteren Schichten der Republiken, ihren Nährboden in verwandten Zügen des romanischen Volkscharakters. Humboldts andiner Siegeszug vermochte nur wenig daran zu ändern, wenn er auch tiefe Wirkungen hinterließ. Hing doch im Salon der Familie Aguirre in Quito, in dem Reiß und Stübel verkehrten, das Ölbild des großen Gelehrten, der gleichfalls dort Gastfreundschaft genossen hatte. Aber die nach ihm kommenden deutschen Gelehrten — bedeutender war unter ihnen nur Moriz Wagner — hinterließen wenig Eindruck im Lande. Erst mit Reiß und Stübel brach eine neue Periode an. Zum ersten Male traten wieder deutsche Forscher mit großen Mitteln und imponierenden Leistungen bewußt als Deutsche auf und blieben lange genug, um diesen Eindruck zu vertiefen. Ein äußerlicher Umstand kam ihnen dabei freilich zu statten: Bismarcks auch in Südamerika als überlegen anerkannte Staatskunst und die gerade um diese Zeit erfolgende Gründung des Deutschen Reiches lenkten die Blicke der Südamerikaner auf das ihnen bisher kaum mehr als dem Namen nach bekannte Deutschland. Reiß und Stübel aber kamen mit Bismarcks Empfehlungen und wurden so zum Typus des Deutschtums nicht nur bei der gebildeten, sondern auch bei der einfachen Bevölkerung. In Bogotá empfingen sie der Minister und das diplomatische Korps, in Quito mußte sich der Präsident um ihr Vertrauen. Überall öffneten sich ihnen und ihrem Deutschtum bereitwillig alle Türen. Ihr Einfluß ist besonders in Quito in einzelnen Fragen sehr groß gewesen. Die Stellung der deutschen Wissenschaft in Ecuador ist wesentlich durch sie begründet worden. Theodor Wolfs langjährige, großzügige Leitung der kartographischen und geologischen Landesaufnahme der Republik, die Herstellung seiner Karte und seines literarischen Hauptwerkes in einem deutschen, statt, wie sonst in Südamerika üblich, in einem französischen Verlag, wäre ohne ihr Wirken nicht möglich gewesen. Eine geradezu abergläubische Verehrung aber genossen sie bei der einfachen Bevölkerung. Die Einwohnerschaft von Pasto bittet sie, ihren Vulkan „auszulöschen“, und das zufällige Nachlassen der Eruptionen zur Zeit ihrer Ankunft steigert diese Verehrung fast zur Furcht. Sie fanden auch trotz der hohen Anforderungen, die sie an die körperliche Leistungsfähigkeit des einzelnen stellten, rasch einige eingeborene, willige Helfer. Und diese Wirkungen haben, wenn auch ihr Name bei der großen Masse naturgemäß rasch in Vergessenheit geriet, im wesentlichen angehalten. Der französische Versuch, zu Beginn dieses Jahrhunderts durch eine neue Gradmessung die verlorene Position zurückzugewinnen, hat die Deutschen zwar zurückzudrängen, aber nicht zu verdrängen vermocht. Deutsche Gelehrte, wie Max Uhle, haben bis heute, auch während des Krieges, in der Hauptsache unbehelligt zu wirken vermocht. Und dazu kommt die praktische landeskundliche Arbeit, die durch Reiß und Stübel geleistet oder eingeleitet worden ist. Colombia und Ecuador sind heute, wenn auch in sehr beschränktem Maße, Einwanderungsgebiete für uns von Wert. Wenn heute die Deutschen, die dort hinziehen wollen, schon in der Heimat ausreichend Belehrung finden können und im Lande selbst in bezug auf die Volksstimmung ihnen gegenüber einen relativ besser bereiteter Boden finden als anderswo, so danken sie das hauptsächlich Reiß und Stübel. Es ist jetzt, wo sich der Beginn dieser Gründerarbeit zum 50. Male jährt, an der Zeit, daß dieser Dank ausgesprochen wird.

Die Deutschen in Südwest und die südafrikanische Union

Von C. A.

Wilson, der Vater des Mandatsgedankens, ist heute ein toter Mann und so ist die Lobpreisung, die ihm General Smuts in seinem Artikel „Woodrow Wilsons Platz in der Geschichte“ in der „Neuyork Evening Post“ zuteil werden läßt, nur eine Art Ehrensalue über das Grab. Was Smuts hierzu Veranlassung gab, ist nicht recht erfindlich. Denn dieser faßt den Begriff des Mandats gar nicht in dem ursprünglichen Sinne seines angeblichen Idols Wilson auf. Mag Smuts auch kühnlich behaupten, die südafrikanische Union sei keine britische Besitzung, so muß er sich doch wohl oder übel der Auffassung von London und des Rats der großen Vier anbequemen, was diese unter Mandat verstehen wollen, — und vielleicht wird ihm das nicht allzu schwer. Der Wechselbalg von Mandat, wie er aus der Hexenküche des großen Rats, Unterabteilung Völkerbundsrat hervorging, ist nun aber klipp und klar die Annexion mit einem dünnen, durchsichtigen Zuckerguß über der Annexionstorte. Hier liegt der Kern der Meinungsverschiedenheit zwischen den Deutschen in Südwest und den Machthabern in Pretoria: die Deutschen wünschen, daß Südwest als Mandatsgebiet, d. h. als selbständiges politisches Gebilde von der Union nur verwaltet wird und glauben damit auf dem Rechtsboden des Versailler Vertrages zu stehen, in Pretoria will man Südwest einfach als Unionsprovinz verschlucken und damit tun und lassen, was man beliebt. Wohin die Fahrt für das Deutschtum in Südwest bei einem solchen Kurse geht, dafür liegen jetzt sichere Anzeichen vor.

Bei der Mehrzahl der Buren hat der Engländer mit dem Rezept „mit Zuckerbrot und Peitsche“ gute Erfahrungen gemacht. Das haben die letzten Parlamentswahlen in der Union von neuem bewiesen. Scheinbar will man es bei den Deutschen in Südwest auch einmal damit versuchen. Die Ernennung eines Administrators deutscher Abkunft und andere kleinere Lockmittel deuten darauf hin. Andererseits wird den bösen Buben mit der Rute gedroht, wenn sie sich wie z. B. in der Schulfrage nicht gleich gefügig zeigen. Nun ersehnt aber — abgesehen von einigen wenigen Judasnaturen und leider etwas zahlreicheren pfaffenweichen Opportunisten — kein Deutscher in Südwest das Schicksal der Buren. Wir Deutschen wünschen außerhalb des Parteigetriebes der Union zu bleiben und legen keinen Wert auf Erlangung des Bürgerrechts in derselben, schon aus dem Grunde, weil die Bürger der Union englische Untertanen sind und es heutzutage wohl kein Deutscher, der auf sich hält, es über sich bringen wird, den englischen Untertaneneid zu schwören.

Innerhalb des Mandatsgebiets von Südwestafrika, in dem die deutsche Bevölkerung unter den Weißen jetzt noch die Mehrzahl bildet, beanspruchen wir aber Gleichberechtigung in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung. Diesen nach Ansicht der Deutschen nur ganz berechtigten Forderungen gegenüber stoßen sie aber bald hier, bald da auf offenen oder versteckten Widerstand der Unionsbehörden. So wurde die Zulassung des Deutschen als Amtssprache als „indiskutabel“ abgelehnt. In der Frage der Selbstverwaltung scheint die Regierung entgegenkommender. Zunächst ist diese allerdings auf die städtischen Verwaltungen beschränkt, denen man auch die Flügel sehr beschnitten hat. Beließ man ihnen doch — ein Kuriosum — als einzige eigene Einnahmequelle: „die Hundesteuer“. Der sogenannte Landesrat, der aus sechs von Pretoria aus ernannten Mitgliedern, darunter drei Deutschen besteht, kann nur als ein Torso angesehen werden; überdies hat dieser

Landesrat weder entscheidende Stimme, noch auch das Recht, Initiativanträge einzubringen.

In der für uns Deutsche so überaus wichtigen Schulfrage, von der die Erhaltung unserer völkischen Kulturwerte in der Zukunft abhängt, kam man uns auch nur scheinbar entgegen. Nach gewissenhafter Prüfung der Vorschläge der Regierung, die letzten Endes darauf hinausliefen, die deutsche Schule vollkommen in der Unionsschule aufgehen zu lassen, mußte das Anerbieten der Regierung zur Übernahme der deutschen Schulen von den berufenen Vertretern der deutschen Schulvereine des ganzen Landes abgelehnt werden. So schwere Opfer dieser Entschluß den Deutschen auch auferlegt, — es blieb kein anderer Ausweg. Nunmehr sollen die deutschen Schulen ohne jeden Zuschuß der Regierung als Privatschulen mit deutschen Lehrkräften weitergeführt werden. Hoffen wir, daß es dem Deutschtum in Südwest gelingen möge, den Kampf um die kostbarsten Güter seines Volkstums erfolgreich zu bestehen.

Daß dieses Ringen gerade in eine Zeit fällt, wo eine Einschrumpfung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nicht abzuleugnen ist, macht es für die Deutschen besonders schwierig.

Das wirtschaftliche Rückgrat des Landes, die Farmwirtschaft, befindet sich in einer äußerst prekären Lage. Die Betriebskosten sind infolge der Steigerung der Eingeborenenlöhne um das Doppelte und Dreifache und der fast unerschwinglichen Preise für Ernährung und Kleidung der Eingeborenen gegen früher um das Drei- bis Vierfache gestiegen. Demgegenüber haben die Einnahmen des Farmers gegen die Vorkriegszeit kaum zugenommen. Augenblicklich stockt der Absatz der Farmerzeugnisse fast vollkommen: Pferde, Wolle, Felle sind überhaupt nicht abzusetzen und das Schlachtvieh hat einen so niedrigen Preis, daß er für den Farmer ruinös wirkt.

Was tut nun die Regierung zur Besserung dieser Lage?

Sie läßt die hohen Eisenbahntarife bestehen, die den Abtransport von Schlachtvieh nach der Union, wo es gebraucht wird, erschweren, sie belastet diese Ausfuhr mit hohen Ausfuhrzöllen und Quarantäneabgaben. Die Beförderung des Schlachtviehs auf der Bahn ist so schleppend, die Versorgung der Tiere während der langen Fahrt von Südwest nach der Union so mangelhaft, daß sie in völlig entwertetem Zustand in Johannesburg oder Kapstadt anlangen.

Südwest wurde zur Zeit der Invasion durch die Unionstruppen 1915 als ein seuchenfreies Land gerühmt. Jetzt erleidet die Farmwirtschaft seit Jahren empfindliche Seuchenverluste. Die landeserfahrenen deutschen Tierärzte hat man bis auf drei zwangsweise abgeschoben; Ersatz aus der Union ist nicht möglich, da dort großer Mangel an Tierärzten herrscht. Statt dessen hat man das Land mit sogenannten Schafinspektoren beglückt, die angeblich die Räudebekämpfung leiten sollen. In Wirklichkeit stellen sie nur eine Spielart des zahlreichen Beamtenheeres dar, die gut bezahlte Stellen in der Unions-Sinekure Südwest inne haben.

Auch die deutsche Kaufmannschaft hat einen schweren Stand. In erster Linie leidet sie unter dem tiefen Stand der deutschen Valuta, der ihre Papierguthaben bei den Banken für den Einkauf von Waren nahezu ganz wertlos machte. Erst in jüngster Zeit, seit Wiedereröffnung direkten Schiffsverkehrs mit Deutschland, mag darin eine Erleichterung eintreten können. Die schlechte Lage der Farmwirtschaft, die der Hauptabnehmer der deutschen Kaufleute ist, behindert den Umsatz, verzögert

den Eingang der Ausstände und schafft obendrein einen ungesunden Gegensatz zwischen Farmer und Kaufmann, da jener sich über die hohen Preise beklagt, die der Kaufmann anzusetzen gezwungen ist und die der Farmer bei seiner Lage nicht erschwigen kann. Abgesehen von den immer noch beschränkten Einkaufsmöglichkeiten für den deutschen Kaufmann wird er durch die hohen Einfuhrzölle, die die Union auf fast alle Waren legt, belastet, er muß höhere Schiffs- und Eisenbahnfrachten zahlen als früher, hat vielfache Plackereien bei der zollamtlichen Abfertigung und mit der Eisenbahn, die oft nur durch einen nachdrücklichen Bakschisch einigermaßen behoben werden können. Naturgemäß wird die englische Konkurrenz amtlich in jeder Hinsicht begünstigt, wenn dies offiziell auch abgeleugnet werden mag.

Der Bergbau des Landes, der vor dem Kriege die südwestafrikanische Wirtschaftsbilanz aktiv machte, befindet sich zurzeit auch sicher nicht in aufsteigender Linie. Der Kupferbergbau hatte lange unter schlechten Erzpreisen zu leiden; die Beförderung derselben zur Küste ist auch heute noch erheblich höheren Tarifen unterworfen als zur deutschen Zeit. Die milchende Kuh des südwestafrikanischen Staatshaushalts, die Diamantenfelder, haben in ihrem Wert für die Allgemeinheit durch Bildung des großen anglo-amerikanischen Konzerns nicht gewonnen. Das Diamantenabbaugebiet selbst mit seinem Zentrum Lüderitzbucht befindet sich in einem Zustand der Einschrumpfung. Erwog doch der Leiter des großen Diamantenkonzerns, Hull, erst ganz kürzlich, ob es nicht vorteilhafter wäre, den Diamantenabbau für einige Zeit ganz einzustellen. Vorläufig wurden 200 Weiße und gegen 3000 Eingeborene der Diamantenbetriebe entlassen und größtenteils auf die Straße gesetzt. Mag diese Maßnahme durch die „Geschäftslage“ bei der allgemeinen Diamantenflaute geboten gewesen sein, so läßt sich doch sonst auch in der Leitung des allmächtigen Diamantentrusts eine Rücksichtslosigkeit gegen alles, was nicht Dividende bringt, erkennen, die vordem nicht in dem Maße herrschte. Hingegen nicht das Wohl und Wehe des südwestafrikanischen Staatshaushalts von der Diamantausbeute und den dieser entsprechenden Diamantsteuern ab, so würde heutzutage wohl die Allgemeinheit in Südwest wenig Anteil an dem Ergehen des internationalen Jobberklüngels nehmen, der jetzt Lüderitzbucht beherrscht und auch dank seiner Interessengemeinschaft mit Kimberley eine gewichtige Stimme bei den Regierenden in Pretoria hat. Es muß hier anerkannt werden, daß die deutschen Diamantmagnaten, soweit man sie in dem neuen Konzern duldet, für die Interessen des bedrängten Deutschums in Südwest auch mit klingender Münze eintraten und daß es z. B. schwer halten würde, die deutsche Schule ohne ihre Unterstützung zu halten. Damit die deutschen Diamanteigner aber ja nicht zu groß werden, vorenthält ihnen die Unionsregierung noch heute den größten Teil der Diamanterlöse aus den Jahren 1915–1919.

Bei den deutschen Banken des Landes vollzieht sich — zunächst nicht sichtbar unter der Oberfläche — ein Aufsaugungsprozeß durch englische Bankkonzerne. Die deutsche Landwirtschaftsbank wird unter dem Vorgeben, daß sie bankerott sei, was den Tatsachen widerspricht, amtlich liquidiert.

Doch nicht nur die Privatwirtschaft, auch die Erschließung des Landes durch die Regierung hat seit sechs Jahren keine Fortschritte zu verzeichnen. Da eben Südwest von Pretoria aus als Unionsprovinz angesehen wird, soll auch der Nervus rerum, die Einnahmen des Landes, in den großen Topf der Unionsfinanzen fließen. Um das Gesicht zu wahren — wie der Chinese sagt — ist jetzt eine Finanzverfügung erlassen, nach der ein

S. W. Revenue Fond zu Händen des Generalgouverneurs der Union gebildet wird, in den alle Einkünfte von Südwest gehen, mit dem Zusatz, daß etwaige Überschüsse an den Administrator von Südwest zur Verwendung für das Land zurückgelangen. Das Defizit, das der frühere Administrator Gorges für Südwest herausgewirtschaftet hat, betrug 1920/21 10,3 Millionen Schilling für das kommende Finanzjahr 1921/22 soll der Unterschuß nur 8 Millionen Schilling betragen: für eine weiße Gesamtbevölkerung von 10000 Seelen eine achtbare Leistung!! In der Union steht es nicht besser. Der Haushalt für 1921/22 zeigt ein Loch von rund 7 Millionen Sterling; das sind 140 Millionen Schilling auf etwa 1,4 Mill. weiße Einwohner. Also in Südwest, wie in der Union, auf jede weiße Seele 1000 Schilling pro Jahr Etatsschulden.

Unter diesen Umständen ist kaum zu hoffen, daß die unter deutscher Herrschaft geplanten, zum Teil schon in Angriff genommenen Erschließungsanlagen von den jetzigen Machthabern werden durchgeführt werden können. Man ist zunächst einmal darauf bedacht, die Etatslöcher in der Union und in Südwest zu stopfen. Dies ist bereits im Gange, indem alle irgendwie ergreifbaren Verbrauchsgegenstände mit indirekten Steuern neu belegt oder die bestehenden erhöht werden. Da dies nicht ausreicht, hat der Administrator eine „milde“ Einkommensteuer in Aussicht gestellt — für einen großen Teil der Bevölkerung wie die Farmer, von den vier Fünftel augenblicklich vom Kapital leben, eine nette Aussicht. Die aus deutscher Zeit stammenden Steuern wie Grund-, Bezirks- oder Gemeindesteuern bleiben daneben natürlich bestehen.

Trotzdem mit den Staatsgeldern nicht gespart wird, sieht man vieler Orten im Lande Verfall des vor dem Kriege Geschaffenen. Für den Wegebau des Landes ist seit sechs Jahren überhaupt nichts geschehen, die vorhandenen Wege werden nicht einmal instand gehalten. Viele der schönen deutschen Regierungstruppengärten sind eingegangen, öffentliche, die im Krieg unbrauchbar gemacht wurden, sind zum Teil auch heute noch nicht instand gesetzt, obwohl dies mit leichter Mühe geschehen könnte. Wo Bauten ausgeführt oder Ausbesserungen gemacht werden, geschieht dies meist in unwirtschaftlicher Weise. Als Beispiel mag dienen, daß in Bethanien ein Giebel der bei Kriegsbeginn nahezu im Rohbau fertigen deutschen Schule heruntergerissen wurde, um — als Steinbruch für einen Viehkrall zu dienen, der als Pfandkrall für einen englischen Unterthanen malaiischer Abkunft dienen sollte.

Für alle möglichen Dienstzweige sausen vielerlei Kommissionen im Auto durch das Land. Das Ergebnis ihrer bisherigen Tätigkeit scheint sich bisher auf Auszahlung hoher Tagelöhner an die Kommissionsmitglieder zu beschränken. Die jüngste der Kommissionen ist die zum Studium der Viehverwertung, an sich ein sehr lobenswertes Unternehmen. Man will eine Fabrik schaffen, in der das Fleisch für die überseeische Ausfuhr gefroren oder gekühlt wird. Sehr schön. Solche Anlage kosten sich viel Geld, es bedarf dazu aber vor allem eines Hafens mit guter Landungsgelegenheit. Wer gibt nun das Geld? Die Diamantleute sagen, wir haben kein bar Geld flüssig, da man uns unsere Diamanterlöse vorenthält, der Farmer hat gewohnheitsmäßig kein bares Geld. Nun soll er mit Vieh bezahlen. Das Vieh kann er ja nun aber zu keinem irgendwie annehmbaren Preise los werden. Gegen diesen Mißstand soll ja gerade die Fabrik helfen. Wer streckt das Geld vor? Die Regierung will sich erst beteiligen, wenn genügend Garantizeichner vorhanden sind und dann nur mit einem mäßigen Anteil gegen große Sicherheit. Wird daher auch diese Kommission ihre Aufgabe zu lösen vermögen oder wie so manche andere unverrichtete

Sache auf ihren Lorbeeren und hohen Tagegeldern ausruhen? — Trotz eines großen, hoch bezahlten Beamtenapparats ist der Gang der Regierungsgeschäfte schleppend und unzuverlässig. Der Geist der Pflichttreue und Arbeitsfreudigkeit, den ein Friedrich Wilhelm I. dem preußischen Beamtentum einzuprägen verstand, findet in den Amtsstuben von Südwest heute keinen Verherr. Auf dem Gerichtswesen, das auf dem holländisch-römischen Recht fußt, liegt ehrwürdiger Perückenstaub vergangener Jahrhunderte.

Die Polizei ist gegen früher auf eine geringere Zahl von Stationen und Posten verteilt. Die Folge davon ist, daß sie auf dem Lande dort, wo sie gebraucht wird, nicht rechtzeitig zur Stelle ist, obwohl Pferdefleisch nicht gespart wird. Zudem besteht die Polizei in der Mehrzahl aus sehr jungen Buren, die für die verantwortungsvollen Aufgaben, die an sie herantreten, nicht die erforderliche Reife und Vorbildung besitzen. Kämpfen sie doch oft noch mit den Problemen des ABC und der Regeldehri. Dies kann man jetzt allerdings in einzelnen Fällen sogar bei Magistraten (Distriktschefs) erleben.

Die Staatsbehörde, die gegen die frühere Zeit noch am wenigsten abfällt, ist die Post. Ihr Chef im Lande scheint ernstlich bemüht, Ordnung und Gewissenhaftigkeit in seinem Ressort zu halten. Daß ihm dies oft nicht gelang — wie er selbst freimütig zugegeben hat — liegt an dem Mangel einer genügenden Zahl gut vorgebildeter und zuverlässiger Beamten. Wenn einem Deutschen ein Telegramm oder Paket verloren ging oder ein kostspieliges Kabel unterschlagen wurde — was wiederholt geschah — wird er mit einem Stoßseufzer die Manen Stephans angerufen haben. Viel weniger erfreulich als bei der Post steht es mit der Eisenbahn. Der äußere Anschein ist gegen früher glänzend: gut gefederte, elegant eingerichtete Salonwagen mit Schlafgelegenheit, Speisewagen auf den großen Linien — aber das auf Kosten eines Defizits von 1 Million Sterling bei den Linien innerhalb des Schutzgebiets. Wenn die Bevölkerung für dieses minus nun zwar nicht direkt aufkommen braucht, so merkt sie die schlechte Wirtschaft doch an den gegen die deutsche Zeit durchweg höheren Tarifen, namentlich im Güterverkehr. Dieser ist überdies viel unzuverlässiger als früher. Schließlich fahren auf mehreren Linien z. B. denen nach der Küste nur halb so viel Züge als zur deutschen Zeit. Damals balanzierte aber das Eisenbahnbudget.

Dem Drängen landhungriger Buren folgend hat die Regierung eine große Zahl neu aufgeteilter Farmen zu mäßigen Preisen zum Verkauf gestellt. Auch seitens der Regierung scheint die Ansiedlung mit Unionsbürgern gradezu in einer gewissen Hast gefördert zu werden. Man will eben möglichst bald dem südafrikanischen Element im Schutzgebiet gegenüber den Deutschen das Übergewicht — wenigstens der Zahl nach — geben, damit man für alle kommenden Fälle auf eine Stimmenmehrheit zugunsten der Union rechnen kann. Die auf Kosten der früheren deutschen Landwirtschaftsbank auch hier im Lande errichtete Landbank der Union versteht die sich hier neu ansiedelnden Südafrikaner freigebig mit Mitteln. Trotzdem scheint bei vielen Buren die Begeisterung für Südwest schnell zu verfliegen. Manch einer hat das Land schon wieder verlassen und seine Farm erneut zum Verkauf gestellt. Südwest ist eben ein Land harter Arbeit und das liegt den meisten Buren nicht so recht. Wenn nun das Bestreben der Regierung, das Land dichter zu besiedeln, durchaus Anerkennung verdient, so ist das Hinhalten vieler landeserfahrener Deutscher, die sich um Farmen bewerben, seitens der Regierung ein sehr zu verurteilender Mißgriff, der nur so zu erklären ist, daß man rücksichtslos das oben bezeichnete Ziel

verfolgt, eine Mehrheit bodenständiger Unionsangehöriger in Südwest zu schaffen. Einen weit schwereren Mißgriff in der Besiedelungsfrage würde es bedeuten, wenn der kürzlich im Unionsparlament angeschnittene Plan, Bastards aus dem Kaplande neben den Rehobother Bastards in Südwest anzusiedeln, zur Ausführung gelangte. Dann könnte man lieber gleich in diesem wertvollen Teile des Landes eine Tafel anbringen mit der Aufschrift: „Hier kann Schutt abgeladen werden“

Bei der Farmausschreibung durch die Regierung mag erwähnt werden, daß diese den guten Geschmack besaß, neue Farmen mit Namen wie Versailles und ähnlichen zu benennen. Daß dies zur Versöhnung des deutschen und südafrikanischen Elements, auf die die Regierung hinzuarbeiten angibt, beiträgt, mag füglich bezweifelt werden.

Harmloser ist es, wenn man offiziell den Buren zuliebe aus Windhuk wieder Windhok gemacht hat, da es etymologisch berechtigt ist. Als Verballhornisierung muß man es aber bezeichnen, Lüderitzbucht in Luderitz, Keetmanshoop in Keetmans und Johann Albrechtshöhe in Albrechts umzutauhen. Die Lüderitzbuchter besaßen Humor genug anzufragen, ob die Bewohner von Luderitz nun auch kurzweg als die Luders zu benennen wären. Vom englischen Standpunkt aus hätten sie vielleicht ein Anrecht auf diese Bezeichnung, denn sie halten zäh an ihrem Deutschtum fest, trotzdem sie gerade durch die neuen Verhältnisse am meisten gelitten haben und noch leiden. Auch über die Benennung des Schutzgebiets hat man sich in Pretoria den Kopf zerbrochen. Zuerst war Bothaland in Gunst, dann sollte ein unaussprechlicher Name gewählt werden, der den drei Eingeborenensstämmen Ovambo, Herero, Hottentotten Rechnung trug, schließlich ist man auf South West Africa verfallen, kürzer und treffender wäre Sinecwia gewesen.

Wirkliche Kulturtaten sind auf dem Konto der heutigen Regierung seit sechs Jahren auch nicht eine zu verzeichnen. Die anfänglich menschlich — allzu — menschliche Behandlungsweise der Eingeborenen hat unter burischem Einfluß und unter dem Zwang der Verhältnisse strafferen Methoden Platz gemacht. Soweit es sich dabei früher nicht nur um eine gefährliche Spielerei handelte, war es nackte Heuchelei. Pecksnivismus würde es wohl Charles Dickens in seinem Martin Chuzzlewit nennen — und Dickens kannte doch seine englischen Landsleute. Die Eingeborenen empfinden diese Zickzack-Politik sehr wohl, auch von den ständigen hohen Geldstrafen, mit denen sie belegt werden, sind sie sehr wenig erbaut. Die heutige Regierung dürfte es kaum wagen, unter den Eingeborenen eine Abstimmung zu veranstalten, ob sie lieber unter englischer oder deutscher Herrschaft stehen möchten.

Als dunkler Fleck bleibt auf den Machthabern der Union in kultureller Beziehung auch die Ausweisung von deutschen Pfarrern und Missionaren haften. Wenn diese Maßnahme unter dem Druck der öffentlichen Meinung in Südafrika und anderwärts auch teilweise wieder rückgängig gemacht werden mußte, so werden die Deutschen diese niedrige, gehässige Tat doch denen nicht vergessen, die für sie verantwortlich sind und das sind Botha, Smuts und ihre Helfershelfer.

Die Aufhebung des Kriegsrechts, die am 1. Januar 1921 — 2¼ Jahr nach Beendigung des Kriegszustandes — erfolgte, hat außer Wegfall des Paßzwanges bei Reisen und Aufhebung der Brief- und Zeitungszensur keine sichtbaren Vorteile für die deutsche Bevölkerung gebracht. Die gepriesene, bei Aufhebung des Kriegsrechts in Aussicht gestellte englische Selbstverwaltung steht bis jetzt nur auf dem Papier. Es nimmt bis heute noch kein von der Bevölkerung gewählter Vertreter an der Verwaltung

teil. Dagegen sind durch die Proklamation, die das Kriegerrecht aufhob, mit einem Federstrich ein großer Teil der unter Kriegerrecht getroffenen Maßnahmen gutgeheißen und damit verworfen. Dahin gehört nicht nur die Einziehung alles deutschen fiskalischen Eigentums, sondern auch Gebäude, Anlagen und Werte, die die Stadtgemeinden, Bezirksverbände oder Gesellschaften besaßen. Die Besitzrechte der im Lande ansässigen größeren Gesellschaften sind zwar auch durch eine der famosen Kommissionen geprüft; jetzt, Monate nach Beendigung ihrer sogenannten Arbeiten liegen sich die Mitglieder dieser Kommission noch derart in den Haaren, daß ein Parlamentsbericht der Union neulich meldete, das Ergebnis der Feststellungen dieser Kommission wäre ein unentwirrbarer Knäuel. Auch betr. der Ausweisungen Deutscher aus Südwest hat man bei Aufhebung des Kriegerrechts eine jesuitisch anmutende reservatio mentalis gemacht.

Nach alledem darf man zu behaupten wagen, daß bei dem

Kurs, den die jetzige Regierung bisher eingeschlagen hat, die Deutschen, mit der Vorkriegszeit verglichen, vom Pferd auf den Esel oder drastisch südafrikanisch verdolmetscht auf den „bockie“ gekommen sind. Daran wird der jetzige Administrator, der persönlich auch den Deutschen gegenüber anscheinend durchaus wohlmeinend ist, trotz aller seiner schönen Reden, die ihm den Beinamen Mynheer moy praatjes — was Homer mit *εὐφημος* übersetzen würde — eingetragen haben, von sich selbst aus nichts ändern können. Er wird den Regierungswagen, der augenblicklich, wie der Bur sagt, bly staan d. h. festgefahren ist, nicht vorwärts bekommen, wenn die vielen Klippen des Anstoßes, die auf der Pad liegen, nicht beiseite geschafft werden. Dazu müßte man aber sich vorerst in Pretoria entschließen, die Dinge in Südwest von einer anderen Seite anzufassen. Ob diesen gegenwärtigen Machthabern möglich sein wird, mag dahingestellt bleiben.

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

VIII. Von Tsingtau nach Stuttgart.

Von J. H. U....

(Fortsetzung.)

Ich war der einzige Weiße bei Tisch, die beiden andern Mitreisenden, zwei englische Missionarinnen, waren bereits seekrank und blieben in ihren Kabinen. Ob das nun der Kater war, der sich bei mir jetzt erst einstellte oder eine Art Seekrankheit, weiß ich nicht; jedenfalls zum großen Entsetzen der Japaner explodierte ich direkt. Die Japaner machten so entsetzte Gesichter, so daß ich nur dastehen und lachen konnte. Rasch drückte ich jedem der beiden Stewards einen Yen in die Hand, sie brachten mich in die Badekabine. Beim Auskleiden ging noch mein Klemmer kaput; meine Kleider wurden gereinigt und kamen in die Dampfheizung. Mein einziger Schlip und passender Kragen waren durch die Katastrophe gänzlich ruiniert worden und Kapitän Underwood trug auf dem ferneren Teil der Reise eine Brille und einen Sweater. 10.50 Uhr am gleichen Abend kamen wir in Fusan an; der Zug stand schon bereit, nur hatte ich für diesen — koreanischen — Zug keine Schlafwagenkarte. Die ließ ich mir sofort durch den japanischen Zugführer kaufen. Ich hatte wieder großen Hunger und aß im Speisewagen nochmals zu Nacht. Dort waren schon drei japanische Offiziere vom Generalstab, die an die Ostfront fahren wollten. Der eine, ein Hauptmann, saß allein an einem Tischchen. Ich setzte mich zu ihm, stellte mich vor und wir waren bald in fröhlicher Unterhaltung. Mit den Japanern habe ich es aber leider am andern Morgen in Seoul, wo wir gegen 7 Uhr, ankamen, verdorben. Ich hatte die Gewohnheit, auf jeder Station, wo der Zug länger Zeit hielt, eifrig auf und ab zu spazieren und sprang beim Absteigen einem der japanischen Offiziere auf die Zehen. Leider entschuldigte ich mich nicht genügend, sagte nur von oben herab „Sorry“ und von da ab schnitten mich die Herren Kameraden von der japanischen Armee. Der Zugführer besuchte mich längere Zeit in meinem Abteil und wollte mich anscheinend auch wieder ausfragen. Ich erledigte ihn nach nunmehr altbekanntem Rezept. Nachmittags passierten wir die Zollkontrolle in Antung. Der kontrollierende Seezollbeamte fragte, als ich meinen Namen nannte, ob ich in offizieller Eigenschaft reise. „Lieber Mann“, sagte ich ihm, „sehen Sie mal meinen Anzug an, sieht der offiziell oder inoffiziell aus?“ „Nun, offiziell nicht.“ „Gut“, sagte ich, „notieren Sie höchst inoffiziell.“ Der Beamte grüßte und verschwand. Meinen Zugführer traf ich auch nochmals und sagte ihm, daß wir wohl nun die längste Zeit zusammen-

gefahren seien. „Nein“, meinte er, „Sie kommen erst am andern Morgen gegen 11 Uhr nach Changchun.“ „Das kann nicht stimmen, denn nach meinen Notizen muß ich in Mukden umsteigen.“ Darüber großes Staunen beim Japaner! „Aber Sie wollen doch nach Changchun!“ „Ja“, gab ich zur Antwort, „das hat auch noch einen andern Namen. Das ist überhaupt eine verflixte Geschichte hierzulande, wo jede Stadt zwei bis drei Namen hat. Mukden heißt z. B. Fengtien, Dalni heißt auch Dairen und für Changchun habe ich auch schon Tetsin oder Titsin erwähnen hören.“ „O, Sie wollen dann nach Tientsin, da müssen Sie allerdings umsteigen.“ „Sehen Sie, das kommt von der verfluchten Art, für jede Stadt zwei Namen zu haben!“ Ich zankte laut und kräftig und stieg dann um 10 Uhr abends in Mukden aus, begab mich gleich ins Yamatohotel und löste mir eine Karte 2. Klasse nach Tientsin. Zur ersten Klasse reichte das Geld nicht mehr. Hierauf wanderte ich ins Bahnhofrestaurant und meine Nerven waren nun in ziemlicher Anspannung. Dies war nämlich der vierte Tag meiner Reise; vier Tage hatte ich die Kameraden gebeten, nach meinem Plan meine Abwesenheit nach allen Kräften zu verheimlichen und Mukden ist, wenn auch dem Namen nach chinesisch, doch unter absolutem japanischem Einfluß. Außerdem war mein Geld knapp geworden und ich saß so ziemlich betrübt in meiner Ecke und trank meinen schwarzen Kaffee mit Cognak. Da kamen drei junge Engländer herein mit einer Dame, die, wie ich ihrer ziemlich laut geführten Unterhaltung entnahm, auf einer Wildschweinjagd gewesen waren. Die Leuten waren schon in ziemlich vorgerückter Stimmung und sie mußten mir dann als Nervenberuhigungsmittel dienen. Ich ging zu ihrem Tisch, stellte mich vor und hielt ihnen nun eine dröhnende Rede darüber, daß sie als junge kräftige Menschen sich hier in China herumdrücken, während ihre Kameraden in Flandern kämpfen und sterben. Ich glaube, ich habe wirklich nicht schlecht gesprochen, denn die armen Kerle wurden beinahe nüchtern vor Schreck. Schließlich vertrugen wir uns wieder und zechten fröhlich bis zum Abgang des Zuges. Ich war heilfroh, wie wir $\frac{1}{4}$ Stunde in Fahrt waren, nun war ich wohl aus japanischem Einfluß heraus. Als Captain konnte ich nun natürlich nicht mehr fahren, sondern nur als ganz bescheidener Reisender, denn meine Kasse war auf 75 Cents zusammengeschmolzen. Dafür aß ich dann auf Anraten des Zug-

*) Siehe auch Nr. 10—18, 20, 22—24 im vorigen, Nr. 2—13 und 16 in diesem Jahrgang.

führers am andern Morgen im Speisewagen die Frühstückskarte runter und wieder rauf und wieder runter, legte mich wieder in mein Abteil und versuchte zu schlafen bis nach Tientsin. In Tientsin kam ich am 17. März gegen 5 Uhr abends an, nahm eine Rikscha und fuhr weiter zur deutschen Niederlassung. Dort wurde ich von lieben Bekannten und Landsleuten sehr nett aufgenommen. Einzelheiten kann ich heute leider darüber nicht schreiben, denn es ist ja immer noch Krieg und meine Kameraden sind immer noch in Japan bzw. in China..

Aber eine kleine Episode mag hier noch erwähnt sein. Ich hatte mit meinem Freunde W. in Shizuoka verabredet, daß ich sofort telegraphieren würde, wenn ich in Sicherheit sei. Er sagte mir: „Mein Freund Rees hat sich nun vor bald einem Jahr verheiratet, da könnte schon etwas Kleines da sein und Sie telegraphieren einfach: „Strammer Junge angekommen!“ Wie ich nun spät abends Rees besuche, sprach ich mit ihnen von dem Telegramm. Beim Wortlaut desselben lächelten beide, Herr und Frau Rees, etwas sonderbar. Ich entschuldigte mich natürlich, daß ich derartig in ihre Privatverhältnisse eingreife. „Nein,“ sagte Frau Rees, „das ist es nicht, aber bei uns ist tatsächlich vor 4 Tagen ein Junge angekommen“, und so wurde das Telegramm, das eine doppelt gute Bedeutung hatte, abgesandt.

Am andern Morgen nahm ich einen großen Pump auf und fuhr weiter nach Nanking. Im Speisewagen fiel mir ein Japaner auf, der fortgesetzt Anschluß an mich suchte. Ich wußte ja nicht, ob und wie weit meine Flucht bereits bekannt geworden war, jedenfalls hielt ich Vorsicht für angemessen und erledigte den Mann unter Beihilfe eines mitreisenden Landsmannes nach meinem alten Rezept und mit viel Bier und Kognak. Ich mußte nämlich Tsinanfu passieren, wo eine starke japanische Bahnwache liegt. Jedenfalls, wenn der Japaner Auftrag hatte, mich aus dem Zug rauszuholen, konnte er dies nicht mehr tun. Auf dem Bahnsteig in Tsinanfu ist er lang hingefallen und gleich eingeschlafen. Am andern Morgen kam ich in Nanking an und richtete Kapitänleutnant Brunner vom Torpedoboot S 90 Grüße von Kapitänleutnant Seuffert, Mathias und den andern Herren unseres Lagers aus. Ich blieb noch einen Tag in Nanking und besuchte das deutsche Lager, in dem die Besatzung von S 90 interniert ist. Die Chinesen behandeln unsere Landsleute dort sehr gut, die Offiziere dürfen auf die Jagd gehen, nach Schanghai fahren, soviel sie wollen, sich Ponys halten; die Mannschaften haben den ganzen Tag freien Ausgang, bekommen 5 Dollar Löhnung im Monat und alles kommt, da Nanking ziemlich fieberversucht ist, jedes Jahr einmal nach dem Seebad Peitaho, letzteres zum großen Ärger der mitbadenden Engländer. Am 21. März traf ich wohlbehalten in meinem alten Schanghai ein und feierte dort natürlich den gelungenen Durchbruch gehörig, wohl an die 14 Tage lang.

Dank unserer gut eingerichteten Geheimpost hatte ich bald wieder Verbindung mit Shizuoka und erfuhr, daß es meinen Kameraden tatsächlich gelungen war, meine Flucht 4 Tage lang zu verheimlichen. Wie gesagt, wäre ohne dies ein Gelingen der Flucht von vornherein ausgeschlossen gewesen und ich kann meinen Kameraden für ihr treues Zusammenhalten nicht dankbar genug sein. Anscheinend waren die Japaner ganz aus dem Häuschen gewesen, als sie meine Abwesenheit merkten. Sie suchten den ganzen Morgen in der näheren Umgebung und fanden schließlich im Reissumpf beim Lager einen einsamen Schlappen von mir. Auch wollten sie eine Photographie von mir haben und nach langem Überlegen gaben ihnen meine Kameraden die Gruppenaufnahme unserer Stube. Da auf dieser Aufnahme nun meine Brille besonders gut getroffen ist, konnten sie auch damit nicht viel machen. Außerdem war es ja viel zu spät geworden.

Ich bin in Schanghai verschiedentlich der Ansicht begegnet, als ob ich durch meine Flucht das Los meiner früheren Mitgefangenen verschlechtert hätte. Es sei hier festgestellt, daß ich mit dem vollen Einverständnis meiner Kameraden und der Offiziere des Shizuokalagers ausgerückt bin. Wir sagten uns immer vorher, als wir die eventuellen Folgen eines Fluchtversuchs besprachen, schlechter als wir es nun haben, kann es nicht kommen; vielleicht piesacken sie uns etwas mit der Post und zu essen müssen sie uns geben! Alle Hoffnung auf mehr Bewegungsfreiheit, öfters ausgeführt werden usw., hatten wir schon längst aufgegeben, und so ist es dann auch gekommen, wie ich aus den Berichten meiner Freunde entnommen habe. Die Japaner machten großen Radau, als sie merkten, wie gut die ganze Sache vorbereitet und von meinen Kameraden durchgeführt worden war; besonders meinen lieben Freund Krüger haben sie anscheinend hart bedrängt, aber K. verweigerte alle Aussagen mit dem Hinweis, daß er als deutscher Soldat seinen Kameraden nicht verraten könne und dürfe.

Wenn ich nun so über meine Gefangenheit zurückdenke, so komme ich zu dem Schluß, daß wir es wohl manchmal hätten besser haben können wenn wir es verstanden hätten, vor den Japanern zu „kriechen“. Wie schon erwähnt, waren wir während der ersten Zeit ungefähr 3 bis 4 Monate äußerst brav und sitzsa. Als aber die versprochene Erleichterung nicht kam, benahm sich jeder so, wie er es gewohnt war und infolgedessen hatten wir mit den Japanern öfters kleinere Streitigkeiten. Dazu kam, daß wir uns, trotzdem wir Tsingtau verloren hatten, nie als die Besiegten, sondern im Gegenteil als die Sieger fühlten und dies auch die Japaner immer merken ließen. Es war dies vielleicht nicht sehr diplomatisch von uns gehandelt, aber wer draußen im Osten einige Zeit gelebt und die Verhältnisse einigermaßen kennengelernt hat und weiß, daß der Weiße, besonders in China, absolut wie ein höheres Wesen behandelt wird oder besser gesagt, sich behandeln läßt, wird dies alles verstehen.

Die deutsche Apotheke, bei der ich seit 1911 in Stellung gewesen, nahm mich wieder auf, trotzdem sie mich und die beiden anderen Herren, die nach Tsingtau gegangen waren, prompt entlassen hatte. So hatte ich wenigstens wieder ein Unterkommen und verdiente etwas Geld, das ich für meine ferneren Pläne höchst notwendig brauchte; denn ich wollte doch nicht in China bleiben, sondern unbedingt nach Hause fahren, um so mehr, als ich erfahren hatte, daß es zwei meiner Brüder, die bei Kriegsausbruch in Buenos Aires (Argentinien) geschäftlich tätig waren, gelungen sei, die Heimat wieder zu erreichen.

Die Verhältnisse in Schanghai hatten sich von Grund aus geändert. In geschäftlicher Beziehung sah es bei den Deutschen sehr traurig aus. Einige Firmen hatten wohl bei Kriegsausbruch sehr gute Geschäfte, besonders in Anilinfarben, gemacht, aber nun, nach bald zweijähriger Kriegsdauer, waren alle Vorräte verkauft. Die Kontore der großen Import- und Exportfirmen waren wohl offen, aber nichts darin zu tun. Der einzige Trost dabei war, daß es dem Engländer nicht viel besser ging. In seinen Kontoren sah es ganz ähnlich aus, besonders als der verschärfte Unterseebootkrieg einsetzte, kam nur noch vielleicht alle zwei Monate ein Dampfer heraus mit ganz verschleppter Ladung. Außerdem waren die Schiffsfrachten, die im Frieden für die teuersten Artikel 45 sh. pro Tonne betragen hatten, damals schon auf 35 Lire und noch mehr pro Tonne gestiegen, also auch aus diesem Grunde war ein Geschäft auch für die Engländer unmöglich. Die großen Vorräte an Exportartikeln, die in China liegen, wie Häute, Felle, Erdnüsse, Sojabohnen und Öl, ferner Tee, Borsten, Strohborten usw. können nicht abtransportiert werden. (Fortsetzung folgt.)

VOM DEUTSCHTUM IN DEN ABGETRENNTEN GEBIETEN

Die Rechte der Minoritäten.

In Posen hatten die Boten des Posener Magistrats, soweit sie deutscher Nationalität sind, ihre Kündigung erhalten mit der Mitteilung, daß sie sich mit Ende des Monats Juli als entlassen hätten ansehen sollen. Es handelt sich um Boten, die schon 25 Jahre im Dienste der Stadt stehen und an deren Stelle nun Kriegsinvaliden treten sollen. Auch die deutschen Arbeiter aus der Posener Gasanstalt sind entlassen worden, ebenso wie es in anderen Städten der ehemals preußischen Gebiete geschah. Auch ein Beitrag zu der Art, wie die Polen mitten während der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ihre eigenen Staatsbürger deutscher Nationalität zu behandeln wagen.

Neu- und Altpolen.

Es war bekanntgegeben worden, daß das Ministerium der ehemals preußischen Teilgebiete aufgelöst werden sollte und daß die Unifizierung von Alt- mit Neupolen schon zum Herbst durchgeführt werden sollte. Dagegen hatte sich ein kräftiger Widerstand, namentlich von Seiten der Polen erhoben. Ganz überraschend und plötzlich wurde das Ministerium der ehemals preußischen Teilgebiete nun doch neu besetzt und dem Sejmagbeordneten Tzeczinski übertragen, merkwürdigerweise demselben, der erst kürzlich im Sejm einen Antrag auf Auflösung gestellt hatte. Die Besetzung soll den Mitgliedern des Kabinetts überraschend gekommen sein.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM RUNDschau

Deutsch-Österreich.

Die großdeutschen Abgeordneten Kraft, Dr. Hampel und Genossen stellten im Nationalrat einen Antrag auf Vergeltungsmaßnahmen gegenüber Südslawien wegen der Behandlung deutsch-österreichischer und deutscher Staatsangehöriger und wegen der völligen Rechtlosigkeit deutscher Stammesangehöriger in Slowenien, wo die Deutschen kein Wahlrecht besäßen, wo man ihre Schulen gesperrt habe, wo ihre Pensionisten keine Ruhegehälter bezögen und wo das Eigentum der Deutsch-Österreicher noch unter Sequester stehe.

Tschecho-Slowakei.

Die „Mitteilungen aus dem höheren Schulwesen“, Zeitschrift für die deutschen Mittelschullehrer in der tschechoslowakischen Republik, berichten, daß die Lesebücher von Bernt, Lehmann und Weps, Bände 4, 7 und 8 für Gymnasien und 7 für Realschulen, noch nicht erscheinen konnten, weil sie das Ministerium wegen einiger beanstandeter Stellen nicht genehmigte. Es ist interessant, was man beanstandete: Arndts „Der Gott der Eisen wachsen ließ“, Körners „Frisch auf mein Volk, die Flammenzeichen rauchen“, „Du Schwert an meiner Linken“, Schenkendorffs „Wenn alle untreu werden“, Rückerts „Ihr Deutschen von dem Flutenbett des Rheins“, Freiligraths „Die Trompete von Vionville“, Hoffmann von Fallerslebens „Deutsche Worte hör' ich wieder“, „Auf der Bierbank“, „Deutschland, Deutschland über alles“, Gilms „Die Freiheit ist kein Wetterschlag“, Frenssens „Die Begegnung vor'm Skagerrak“, Watzliks „Einem deutschen Bauernknecht“. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre!

Polen.

Die Arbeiterentlassungen in Neu-Polen haben die deutschen Abgeordneten im Sejm zu einer neuen Interpellation veranlaßt. Sie weisen auf diese Entlassungen deutscher Arbeiter in staatlichen, kommunalen und privaten Betrieben des ehemals preußischen Gebietes hin, die in Verbindung mit den vorangegangenen Ereignissen ein System darstellten, das zur Verdrängung aller Deutschen in diesen ehemals preußischen Gebieten führen sollte. Die Abgeordneten fragen die Regierung, ob ihr diese Vorgänge bekannt seien, was sie zu tun gedenke, um den willkürlichen Entlassungen Einhalt zu gebieten, sowie ob sie mit der systematischen Verdrängung der Deutschen aller Stände aus dem Teilgebiet einverstanden sei.

Die Stanislawer deutschen evangelischen Anstalten begehen im Herbst dieses Jahres das 25. Stiftungsfest ihres Bestehens. Sie wurden im Jahre 1896 von Pfarrer Dr. Theodor Zöckler und seiner Ehegattin Lillie, geb. Bredenkamp, als kleines Waisenhaus für arme evangelische Kinder aus der Zerstreuung der evangelischen Gemeinden Galiziens gegründet. Da weit und breit in den östlichen Karpathenländern eine derartige Anstalt nicht bestand, war der Andrang armer Kinder, nachdem einmal das neue Werk bekanntgeworden war, ein ganz außerordentliches. Mit Hilfe evangelischer und deutscher Vereine war das Werk von Jahr zu Jahr mehr ausgestaltet und umfaßt jetzt in 13 Häusern ein Diakonissenhaus mit gegen 50 Schwestern, 11 Kinderheimabteilungen für Knaben und Mädchen in allen Lebensaltern, mit im ganzen 250 Kindern, ein Altenheim, eine Krippe und verschiedene andere Anstalten mit einer Gesamtbevölkerung von zirka 400 Personen. Zu der elfklassigen Volks- und Bürgerschule mit über 600 Kindern, kam Anfang des Jahres 1919 ein deutsches Gymnasium, das jetzt bereits fünf Klassen umfaßt und 220 Schüler hat.

Daß diese großen Anstalten nicht allein von der verhältnismäßig kleinen evangelischen Gemeinde Stanislaw erhalten werden können, besonders in einer Zeit wie der jetzigen, ist klar. Um so erfreulicher ist es, daß sich immer wieder bis in die neueste Zeit opferwillige Hände gefunden haben, die die beträchtlichen Mittel zur Erhaltung dieses großen Liebeswerkes aufgebracht haben. Rühmend verdient hervorgehoben zu werden, daß die deutschen evangelischen Gemeinden Galiziens selbst außerordentlich viel für die Erhaltung der Stanislawer evangelischen Anstalten aufbringen. Zu der Hilfe, die die Anstalten aus Deutschland und Deutschösterreich erhalten, ist in den letzten Jahren auch reichliche Hilfe aus der Schweiz und Amerika und neuerdings auch von Schweden getreten. Zu dem für Oktober in Aussicht genommenen Jahresfest ist eine größere Feier geplant, zu welcher Vertreter aller evangelischen Gemeinden Galiziens und auch anderer deutscher evangelischen Gemeinden Polens eingeladen werden sollen. Mit der Feier soll eine Konferenz für evangelische Liebestätigkeiten verbunden werden.

Lettland.

Das Schuldepartement hat eine Rundfrage über das Lernen fremdlicher Sprachen in den Grundschulen veranstaltet. Von 945 Schulkonferenzen, an denen auch Elternvertreter teilnahmen, wurde die Frage bejahend beantwortet, und zwar wünschten 99,68 Prozent der Befragten, wie die „Rig. Rdsch.“ meldet, den Unterricht obligatorisch zu sehen. Nur 3 Kon-

ferenzen waren gegen jeden fremdsprachlichen Unterricht in der Grundschule. In Riga selbst, im Riga'schen, Mitau'schen, Windau'schen und Bauske'schen Kreise war die Mehrheit für den Gebrauch der deutschen Sprache. Im ganzen Lande erklärten sich 29,48 Prozent dafür. Die russische Sprache wird von 57,32 Prozent gewünscht, in Lettgallen waren es 88,74 Prozent, die für die russische Sprache stimmten. Das wird mit der wirtschaftlichen und geographischen Lage und damit begründet, daß die Kinder ja schon zum guten Teil die russische Sprache könnten.

Estland.

Im estnischen Bildungsrat entstand eine scharfe Debatte über die fremden Sprachen, die in die Schulen eingeführt werden sollten, das Deutsche oder das Englische. Der „Revaler Bote“ berichtet, daß für die deutsche Sprache der Bildungsminister, der Universitätsrichter von Dorpat und andere eingetreten seien. Die Verteidiger der englischen Sprache hätten schließlich Zugeständnisse gemacht und ihre Forderung des sofortigen Beginnes des englischen Unterrichts in der Volksschule zurückgezogen. Bei der Abstimmung kamen auf die deutsche Sprache 24, auf die englische 22 Stimmen. Schließlich wurde ein Kompromißvorschlag angenommen, in den Elementarschulen das Deutsche und in den Mittelschulen das Englische zu lehren, sowie den fremdsprachlichen Unterricht erst im 5. Schuljahr beginnen zu lassen. Die dritte Fremdsprache wurde noch nicht festgesetzt.

Rumänien.

Die Deutschen Rumäniens nehmen jetzt, nachdem sie von verschiedenen Lagern und Reichen her unter die Krone Rumäniens vereinigt wurden, mehr Gefühl miteinander. So besuchte jetzt eine Abordnung der Bukowina-Deutschen unter Führung des Abg. Dr. Kohlruß die beßarabischen Deutschen, die sie durch ihren Abgeordneten Widmer in Tarutino freundlichst empfingen. Es fand eine mehrstündige Sitzung und Aussprache statt, in der völkische und wirtschaftliche gemeinsame Fragen erörtert wurden.

Anlaßlich der Landverteilung zweier großer Güter von insgesamt 8000 Dessjätinen an etwa 1000 Familien war der Minister Niza als Gast des deutschen Dorfes Mannsburg erschienen. Dort begrüßte ihn Herr Mutschler im festlich geschmückten Schulhof mit einer die Nöte und Wünsche der Deutschen Beßarabiens recht aufrichtig und mannhaft schildernden Rede. Er sprach vom erwachten Selbstbewußtsein der Deutschen, von ihrem Vertrauen auf den rumänischen Staat, von der Wirtschaftskrise und der Notwendigkeit, das gesamte verbrauchte Inventar der bäuerlichen Höfe und Dörfer zu erneuern, wozu die eben begründete Wirtschaftsorganisation helfen solle. Er bemängelte aber auch, daß die russischen Liquidationsgesetze zwar theoretisch aufgehoben seien, praktisch aber die Kasse Noastra als Rechtsnachfolgerin der Bauernbank immer noch nicht sich von den Gütern zugunsten der einstigen Besitzer losgesagt habe. Entweder es müßte ein neues Dekret erscheinen, oder der Herr Minister müßte durch ein Machtwort in einer Verordnung die widerstrebenden Beamten zur Ordnung rufen. Der Bauernstand brauche, um arbeiten zu können, Freiheit und Ordnung, Befreiung auch von den Fesseln des Verbots des Landverkaufs und Ankaufs, wie es durch die russische Regierung eingeführt und von dem bessarabischen Landgesetz bestätigt worden sei. Hier solle der Minister kräftig Ordnung schaffen. Der Minister antwortete, er liebe und achte die Deutschen, sie seien ein sehr nützliches Element im Staate. Er wünschte aufrichtig, es möchte überall so gut sein, wie bei den Deutschen hier in Beßarabien. Er hoffe, daß er die Wünsche der Bauernschaft bald erfüllen könne.

Bei der Beratung der Agrarreform für die Bukowina stellte der Abgeordnete Dr. Kohlruß einen Antrag, wonach der ländliche Grund und Boden, den die Ortsbewohner seit mindestens zehn Jahren ununterbrochen in Pacht haben, zugunsten der Pächter expropriert wird, falls diese darauf Häuser, Wirtschaftsgebäude, Pflanzungen, Obstkulturen und Weingärten errichtet oder angelegt haben. Dieser Antrag wurde angenommen und wird zu Gunsten einer großen Anzahl deutscher Kolonisten seine gute Wirksamkeit haben.

Jüngst war der päpstliche Nuntius in Temesvar, um der dortigen katholischen Bevölkerung den päpstlichen Segen zu überbringen. Bei dieser Gelegenheit begrüßte ein rumänischer Pfarrer den Nuntius im Namen der griechisch-katholischen Kirche auf rumänisch. Domherr Blaskovics, sowie Bischof Dr. Glattfelder begrüßten ihn als Vertreter der katholisch-deutschen Bevölkerung auf lateinisch, eine Vertreterin der katholischen Frauen begrüßte ihn auf französisch, auch eine italienische Rede wurde gehalten, und beim Bankett unterhielt man sich ungarisch. Deutsch wurde — — — nicht gesprochen. Der Nuntius besuchte allerdings auch die katholisch-deutsche Lehrerbildungsanstalt, wo er von dem früheren Abgeordneten Dr. Gabriel mit einer deutschen Ansprache begrüßt wurde. Bei einer Schlußfeier zu Ehren des hohen Gastes auf dem Domplatz hielt der Nuntius eine lateinische Rede, die der Bischof Dr. Glattfelder ins Ungarische und hinterher der Domherr Blaskovics ins Deutsche übersetzte.

Italien.

Beim Verlassen der Kammer wurde der Deutsch-Südtiroler Abgeordnete Reuth-Nikolussi, gegen den die Faschisten besonders stark gehetzt hatten und den sie am Betreten der Kammer oder am Reden hindern wollten, seitens einer unbekannten Person tödlich angegriffen. Der Kammerpräsident ließ daraufhin der deutschen Fraktion sein Bedauern darüber aussprechen, ebenso, wie dies der Ministerpräsident Bonomi tat, der versicherte, daß die Polizei Maßnahmen zum Schutze der Vertreter aller Parteien ergriffen habe.

Schweiz.

Die Frage der „Überfremdung“ hat in den Besprechungen der Schweiz in den letzten Jahren eine gewaltige Rolle gespielt. Die eidgenössische Volkszählung vom 1. Dezember 1920 gibt nun Anlaß, mit diesem Schlagwort aufzuräumen. 1910 zählte die Schweiz 3,75 Millionen Einwohner, am 1. Dezember 1920 dagegen 3,86 Millionen. Vor 10 Jahren lebten in der Schweiz 552000 Ausländer, mithin 14,7 Prozent der Bevölkerungszahl, 1920 aber nurmehr 411000, mithin nur wenig mehr als 10 Prozent. Das ist der Erfolg der zahlreichen Ausweisungen infolge der schweizerischen Arbeitslosigkeit (z. Zt. gibt es 150000 Arbeitslose in der Schweiz). Die Ausweisungen sind noch nicht zu Ende, denn die meisten Wehrleute können nur „befristete“ Aufenthaltserlaubnis bekommen und können jederzeit daraufhin wieder ausgewiesen werden. Die Wiederholung der auf 3 Monate befristeten Aufenthaltserlaubnis ist zudem noch von ziemlich hohen Gebühren abhängig gemacht, unter denen namentlich auch das deutsche Dienstmädchenpersonal schwer leidet. In der „Frankf. Ztg.“ wird darauf aufmerksam gemacht, daß etwas mehr Menschenfreundlichkeit der Schweizer Behörden nicht so verbitternd auf die Ausländer gewirkt haben würde, als es tatsächlich der Fall war. Der Berichterstatter weist auch darauf hin, daß die Ausweisung immer mehr zu einer ziemlich unehrlichen Waffe gegen eine unangenehme Handelskonkurrenz geworden sei und daß hier viel klägliche Denunziation eine Rolle

spiele. Die Deutschen in der Schweiz hätten vielfach das Gefühl, daß sich die ^{fürsinnlich} deutschfeindlichen Maßnahmen der Schweiz eigentlich nur gegen die Deutschen richteten. Zwar werden aus Zürich, dem Kanton, um den es sich hier meist handelt, mehr Italiener im Prozentsatz ausgewiesen als Deutsche, aber die Zahl der ausgewiesenen Deutschen ist natürlich hoch. Doch ist die Hochflut der national-chauvinistischen Bewegung anscheinend in der Schweiz jetzt erledigt und man beginnt auch schon nach einer Beseitigung der Fremdenpolizei zu rufen.

England.

Nach der „Morning Post“ vom 6. August wurden im Laufe des Monats Juli in Großbritannien 87 Gesuche um Einbürgerung bewilligt. Unter den Gesuchstellern befanden sich 6 Deutsche. Da es sich in 12 Fällen um britisch geborene Witwen handelte, ist anzunehmen, daß die meisten der Deutschen, die die Einbürgerung erhielten, Frauen im Kriege gefallener deutscher Staatsangehöriger sind.

An der Universität Oxford bestand vor dem Kriege die „Oxford University German Literary Society“, die sich zur Aufgabe gemacht hatte, unter den dortigen Studenten die Kenntnis deutscher Sprache und Literatur durch Besprechungen, Vorträge und Theatervorstellungen in deutscher Sprache zu fördern. Die Aufgaben dieser infolge des Krieges eingegangenen Gesellschaft sind nunmehr von einer neuen „Oxforder Deutschen Literarischen Gesellschaft“ übernommen worden, die der Vertreter der deutschen Literatur an der Oxforder Universität, Prof. H. G. Fiedler, ins Leben gerufen hat. Die Gesellschaft hatte zunächst nur 30 Mitglieder, zählt deren aber jetzt schon über 100, die ihre Veranstaltungen regelmäßig besuchen. Im kommenden Winter sollen wöchentlich Sitzungen abgehalten werden, für die Vorträge über Goethes „Faust“ und über Gerhard Hauptmann vorgesehen sind.

Die englische Regierung will nach Möglichkeit die Einfuhr deutscher Waren nach England verhindern und trifft dabei auch deutsche Bücher. Aus einer Veröffentlichung der Leiter und Vizekanzler der englischen Universitäten erfährt man, daß sie das mit solcher Meisterschaft tut, daß tatsächlich kaum ein deutsches wissenschaftliches Buch die englischen Universitäten erreicht. Diese protestieren dagegen in einem öffentlichen Brief an die Times und nennen es eine Unmöglichkeit.

Schweden.

Dem Eingreifen des schwedischen Reichsbibliothekars Dr. Collijn verdankt die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft eine große Sendung schwedischer Literatur. Die schwedischen Verleger haben auf seine Veranlassung ihre wissenschaftlichen Werke der letzten Jahre, zumeist in mehreren Exemplaren, überwiesen. Weitere Sendungen sollen folgen. Auch die Zeitschriften, deren Weiterbezug infolge des Valutasturzes nicht mehr möglich war, sollen den deutschen wissenschaftlichen Anstalten weiterhin geliefert werden.

Um die schwedisch-akademischen Kreise über die deutsche Kultur zu unterrichten und zu erklären, was Schweden in ihren Ferien in Deutschland lernen können, wird der bekannte Professor Dr. Walther in Lund, der Leiter der schwedisch-deutschen akademischen Vereinigung, gegen Ende jeden Frühjahrs-Semesters in Lund einen öffentlichen Vortrag über das Thema: „Was bietet uns Deutschland im kommenden Sommer?“ halten.

Japan.

Die „Köln. Ztg.“ bringt eine dem „Japan Weekly Chronicle“ entnommene Nachricht, wonach in Tschosen (der japanische Name für Korea) der Versuch gemacht wird, ehemalige deutsche

Kriegsgefangene sich landwirtschaftlich betätigen zu lassen. Es handelt sich um sechs Landwirte, die ehemals der Tsingtauer Garnison angehörten. Durch Vermittlung japanischer Kaufleute erhielten diese Deutschen vom japanischen Generalgouvernement in Korea zur Urbarmachung und Bebauung etwa 1200 Hektar Land 30 Meilen südlich von Gensan. Ein japanisches Syndikat liefert das nötige Geld. Die Farm soll Koreanern und Japanern als Muster dienen und sie mit den landwirtschaftlichen Gepflogenheiten der Deutschen vertraut machen. Das Unternehmen hat sich gleich im ersten Jahr trotz großer Schwierigkeiten in einer Weise bezahlt gemacht, die alle Erwartungen überstieg.

China.

Auch die Deutschen in China protestieren in heftiger Weise gegen den Flaggenwechsel. Sie haben durch Vermittlung des Ostasiatischen Vereins in Hamburg an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, sie beständen auf der schwarz-weiß-roten Flagge für das Ausland. Die Aufgabe der alten Flagge würde den Verlust unersetzlicher Werte für das Ansehen von Deutschlands Schifffahrt und Handel im Ausland bedeuten.

Der deutsche Professor an der Peking Universität, Dr. Walde-mar Oehlke, hat einen Deutsch-Chinesischen Kulturverband ins Leben gerufen, der unter Ausschluß jeglicher Politik eine Zentrale für den Austausch deutscher und chinesischer Kulturinteressen werden soll. Mitglieder des Verbandes können diejenigen werden, von denen mit einiger Sicherheit in erster Linie eine Förderung des Verbandsziels zu erwarten ist, akademisch gebildete Deutsche und Chinesen, alle in Deutschland lebenden Chinesen und in China lebenden Deutschen für die Dauer ihres Aufenthalts. An der Spitze des Vorstandes sollen jeweils ein deutscher und ein chinesischer Akademiker stehen.

Südafrika.

Einem „Volkstem“-Bericht zufolge wurde am 11. Juni in Pretoria zu Ehren des neuen deutschen Generalkonsuls Dr. Haug und der drei andern deutschen Konsuln Dr. Bräuer, Renner und Rüter ein Begrüßungsabend abgehalten, bei dem der Saal der Freimaurer kaum die Zahl der erschienenen Gäste fassen konnte. Nach musikalischer und gesanglicher Einleitung begrüßte Herr Höpner die Gäste, namentlich Herrn Dr. Haug, der nach 6jähriger Abwesenheit wieder zurückkehrte. Das deutsche Volk könne auf seine Kriegleistungen und Männer wie Zeppelin und Hindenburg stolz sein. Die Deutschen draußen brauchten namentlich deutsche Schulen und eine deutsche Zeitung. Die deutsche Zeitung für die Union werde demnächst erscheinen. Der gemeinsame Gesang des Deutschland-Liedes beendete die Rede. Konsul Dr. Haug dankte und sagte seine und seiner Mitarbeiter volle Unterstützung beim Wiederaufbau des deutschen Vereins- und Kulturlebens in der Union zu. Das Vaterland habe schweres erduldet, aber Ausland-deutsche und Heimat müßten zum Wiederaufbau zusammenstehen.

Südwestafrika.

Der Administrator, Sir Hofmeyr, berief nach seiner Rückkehr nach Windhuk eine Versammlung ein, die von 800 Personen besucht war. Er hielt eine Rede in englischer Sprache, deren Schlußteil ins Holländische übersetzt und dann auf Wunsch auch ins Deutsche übertragen wurde. Die Versammlung dauerte bis Mitternacht, ohne daß eine Besprechung stattfand. Der Administrator sprach über alle wirtschaftlichen Fragen, lobte den Landesbeirat, dem er Vertrauen schenke und sprach zuletzt auch über die Schulfrage. Er bezog sich auf die Worte Smuts, daß in Wirklichkeit das Mandat eine Annexion sei. Die Ehe zwischen Südwest und Union sei zwar eine Zwangsheirat, was aber nicht ausschließe, daß beide Teile Vertrauen zueinander

fänden. Es habe aber keinen Zweck, einer jungen Dame die Hand zu drücken, wenn sie nicht darauf reagiere. Es sei angesichts der Entwicklung des Landes nicht möglich, die deutsche Sprache zur Landessprache zu erklären, praktisch aber habe die Sprache gleiche Rechte. Man könne an die Verwaltung deutsch schreiben und bekomme deutsche Antworten. Die deutschen Schulen seien nicht geschlossen und deutschen Lehrern sei die Einwanderung nicht verboten worden. Bei der Vergebung von Farmen seien auch Anträge der früheren deutschen Regierung berücksichtigt worden. Die neuerrichtete Landbank habe den größten Teil ihrer Gelder an Deutsche gegeben. Im Landesbeirat seien von 6 Mitgliedern 3 Deutsche. Das alles spreche doch für sein Entgegenkommen. Der Administrator ging sodann auf die Schulfrage und ihre Entwicklung ein. Sein erstes Angebot hätten die Deutschen annehmen können, ohne sich und ihrer Ehre etwas zu vergeben. Der Redner zitierte seine 10 Punkte des letzten Vorschlags. Die Nichtannahme dieser Vorschläge verstoße gegen die Interessen der Deutschen und gegen diejenigen des Landes, das müsse er feststellen. Er wünsche, daß der Plan nochmals genauestens geprüft werde. Die Türe bleibe seinerseits offen. Sein Vorschlag sei ehrlich und anständig gemeint gewesen, er habe keinerlei Unterdrückung geplant. Er wolle die deutschen Kinder nicht verholländern oder verengländern, sondern sie zu guten Afrikanern machen. Die weiße Rasse solle sich nicht trennen, das wäre in nationaler und in wirtschaftlicher Beziehung Selbstmord. Gingen die Deutschen ihre eigenen Wege, so werde der Staat nichts für sie bezahlen, bezahle er aber für die Deutschen, so wolle er nicht zwei verschiedene Erziehungs-Systeme sehen. Die Deutschen hätten heute noch die jetzt der Union gehörigen Schulgebäude. Er, der Administrator, habe den Schulverband darauf aufmerksam gemacht und gewarnt. Die Union brauche die alten Schulgebäude für die Südwestkinder und könne nicht neue Gebäude errichten, um den Deutschen ihre alten für deren Schulen zu überlassen. Das könne er nicht verantworten. Was die Deutschen wünschten, bedeute Völkerentfremdung, bedeute Trennung der Kinder Südwests. Er, Hofmeyr, habe in der Union den Vorwurf hören müssen, daß er in der Schulfrage zu weit gegangen sei. Er wolle aber auf seinem Standpunkt bleiben. Er sei selbst Bur und wolle von den Deutschen lernen. Aber die Buren hätten auch einsehen müssen, daß die englischen Vorschläge für sie gut gewesen seien und seien deshalb heute an der Regierung der Union ausschlaggebend beteiligt.

Der Administrator sprach in versöhnlichen und persönlich entgegenkommenden Worten. Niemand wird bestreiten, daß er sich die größte Mühe gegeben hat, die Deutschen zu überzeugen und daß er es persönlich ehrlich meint. Aber es scheint ebenso sicher, daß die Deutschen ihre im Schulverband einstimmig eingenommene Haltung kaum aufgeben werden und daß sie darauf bestehen werden, lieber ihr eigenes Schulwesen zu bezahlen, als ihre Schule zugunsten der schlechteren Unions-Schule aufzugeben.

In der Schulfrage erfahren die Deutschen eine starke Unterstützung durch die Haltung des größten holländisch geschriebenen Blattes „Volkstem“, das in einem Artikel vom 9. Juni zur „Schulfrage in Südwest“ feststellt, der Standpunkt der Deutschen sei auch der Standpunkt der Buren nach ihrer Unterwerfung gewesen. Erst nachdem die Buren ihre Schulen so lange aufrecht erhalten hätten, als bis sie sahen, daß ihre Kinder nicht entnationalisiert würden, hätten sie ihr eigenes Schulwesen aufgegeben. „Wir haben das getan und die Schule so lange unterhalten, bis wir sicher waren, daß die Staatsschule in einem Geiste

geleitet wurde, der unserer eigenen Geschichte, Sprache, Tradition und unserm Gottesdienst nicht hinderlich war.“ Das holländische Blatt erklärt offen, daß vom Vorgänger Sir Hofmeyers in diesem Punkte des Verständnisses für Volksfragen und Volksehre nicht viel zu erwarten war. Aber auch Sir Hofmeyer scheine noch nicht genügend gelernt zu haben. Das Blatt würdigt ausführlich den Standpunkt der Deutschen und namentlich die Rede des Vorsitzenden des Windhuker Schulvereins anlässlich des Bazar und erklärt, fast jedes Wort unterschreiben zu können. Die Windhuker „Landeszeitung für Südwestafrika“ betont, daß der Administrator in seiner Rede vom 8. Juni schon wieder einen Schritt entgegengekommen sei und daß man das zu würdigen verstehe. Einmal wolle er die einzige höhere Schule im Lande, die Windhuker Realschule, von der Übernahme durch den Staat nicht, wie das ursprünglich beabsichtigt war, ausschließen. Dann habe er erklärt, er beabsichtige nicht, die Schüler in den größeren Orten in eine Schule zusammenzuwerfen. Damit sei durch gegenseitiges Nachgeben ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Einigung erzielt worden. Die Hauptpunkte, in denen eine Verständigung noch ausstehe, seien die Fragen des Lehrer-Ersatzes und die der gesetzlichen Verankerung des zu schließenden Kompromisses. Die deutsche Bevölkerung verlange ein weitgehendes Recht der Mitbestimmung beim Lehrer-Ersatz und zwar auch bei Lehrern, die aus Deutschland kommen. Namentlich wird die gesetzliche Festlegung auch für die Bestimmung verlangt, daß die von den Eltern gewählte eine Unionssprache bis zum sogenannten Standard VI täglich nicht länger als eine Stunde gelehrt werde, damit der Charakter der deutschen Schule nicht verloren gehe.

Sir Hofmeyr hatte in seiner Rede vom 8. Juni in Windhuk versucht, den Deutschen die Unrichtigkeit ihrer Schulpolitik klar zu machen. Er hatte sie gewarnt „vor den schlechten Beratern“, die seine Vorschläge zurückgewiesen hätten, und festgestellt, „daß dieses ihr Verhalten gegen die Interessen des Landes und gegen ihre eigenen verstoße“. Da ist es nun mehr als interessant, zu sehen, wie der vorn erwähnte „Volkstem“, das Burenblatt, das als Leibblatt von Smuts gilt, sich in scharfen Gegensatz zu diesen Worten des Administrators stellt, der immer von sich behauptet hatte, er ginge seinen südafrikanischen Freunden viel zu weit in seinem Entgegenkommen gegenüber den Deutschen, er werde Mühe haben, sich in der Union durchzusetzen usw. Und nun kommt das größte Burenblatt — — — und stellt sich rückhaltlos auf die Seite der Deutschen, wenn es sagt, jeden rechtlich denkenden Afrikaner müsse es verdrießen, daß die Schulfrage noch immer nicht gelöst sei. Das Regime Milner sei bei den Buren unvergessen, sie wünschten selbst den Deutschen nicht, daß sie ein Gleiches durchzumachen haben sollten. Das Blatt sagt weiter: „Wir können nicht erwarten, daß die Deutschen mit weniger zufrieden sein werden, als womit wir selbst zufrieden waren. Wenn sie ihren Kindern eine einseitige Erziehung geben wollen, indem sie ihnen eine ordentliche Kenntnis des Afrikanischen und des Englischen in Südafrika vorenthalten, dann werden sie selbst der leidende Teil sein, aber sie sind viel zu verständlich, um etwas derartiges zu verlangen, und sie haben nichts dagegen einzuwenden, daß die erwähnten Sprachen als Sprachen gelehrt werden. Warum sollen sie aber gezwungen werden müssen, daß ihre Kinder schon von der untersten Stufe ab mit einer fremden Unterrichtssprache gequält werden? Warum sollen sie zulassen müssen, daß ihren Kindern durch Fremde ein Geschichtsunterricht erteilt wird, der für ihren eigenen Volkstamm und für ihr Herkunftsland beschämend ist. Wahrlich, wenn die Deutschen Südwests sich dazu hätten bereithalten

lassen, dann würde das sie in der Achtung jedes rechtlich denkenden Mannes und sicherlich in der Achtung eines jeden von uns haben sinken lassen, die wir von 1902 bis 1907 unseren eigenen Kampf bis zu einer uns befriedigenden Lösung ausgefochten haben. Aber das ändert nichts daran, daß die Deutschen, wenn sie etwa durch unverständige Maßnahmen genötigt werden sollten, neben und über die Lasten hinaus, die sie genau so gut bezahlen wie jeder andere, in ihrer drückenden Lage sich noch Geld für die Unterhaltung von Privatschulen abzusparen, einen berechtigten Widerwillen gegen unsere Verwaltung haben werden. Und wenn sie dies nur genau so lang durchhalten müssen, wie wir das mußten, könnte dieser Widerwillen sich zu einem Groll auswachsen, einem Groll, an dem wir selbst die Ursache sein würden.“

Nach dem „Volkstem“ erhebt dann auch ein zweites Burenblatt, der „Burger“, seine warnende Stimme zugunsten der Deutschen und ihrer nationalen Minderheitsrechte. Er bezeichnet es als zum mindesten zweifelhaft, ob die Politik des Administrators zum Erfolg führen werde. Nichts habe die Buren mehr verbittert, als das Gefühl, im eigenen Lande mehr als Bürger zweiter Klasse betrachtet worden zu sein. Ein wirkliches Zusammenarbeiten sei nur auf dem Boden unbedingter Gleichheit möglich, mit Gewalt entnationalisieren zu wollen sei immer ein Fehler gewesen. Nun wolle man die Kinder der Deutschen durch die fremde Schule zu Nichtdeutschen umformen. Was denke sich der Administrator dabei? Nichts könne ein selbstbewußtes Volk heftiger treffen; das sei eine Ohrfeige, die ihm versetzt werde, bedeute eine Mißachtung. Zur Einheit sei Wohlwollen nötig. Es gebe genug andere Methoden, aus einem jeden, der sich in Afrika niederlasse, einen wirklich guten Afrikaner zu machen. Wolle man die Deutschen zu guten Unionsbürgern machen, so müßten sie zunächst fühlen, daß sie willkommen seien, daß sie gleichwertig seien und darnach behandelt würden. Was komme es auf die „Beschwerlichkeit“ dreier Schulsysteme an, wenn die Deutschen nun einmal ihr eigenes System wünschten? Könne jeder nach seinem Gusto leben, so komme die nationale Einheit von selbst. Die größte Sünde gegen die nationale Einheit begingen die, die den Prozeß durch kleine Mittel beschleunigen wollten.

Daß die beiden Hauptorgane der südwestafrikanischen Partei und der Nationalistenpartei sich so hinter die Forderungen der Deutschen Südwests stellen, ist hoch erfreulich. Der Administrator könnte nun wissen, daß, wenn er eine ehrliche Politik den Deutschen gegenüber befolgte, er genügend Wähler- und Abgeordnetenstimmen in der Union hinter sich hat. Das aber hatte er bisher bestritten. Man wird sehen, welche Folgerungen er aus den Tatsachen zieht.

Am 17. Juni fand im Volksrat in Kapstadt eine längere Debatte über die Rechtsstellung Südwestafrikas statt. Auf eine Anfrage wurde zunächst erwidert, daß die Mandats-Urkunde über Südwestafrika bereits eingetroffen sei und demnächst dem Volksrat übermittelt werde. van Hees forderte eine jährliche Besprechung des Mandats im Volksrat und wurde darin von Hertzog und Wilcocks unterstützt, die betonten, das Mandats-Gesetz sei nur auf ein Jahr genehmigt und 1920 auf ein Jahr verlängert worden, müsse also jährlich dem Volksrat vorgelegt werden. Dem widersprach der Finanzminister, der Premier habe die Verwaltung Südwestafrikas unter sich und bei seinem Etat hätte man über das Mandat sprechen müssen. Allerdings sei der Volksrat für den Etat Südwests verantwortlich und müsse für einen eventuellen Fehlbetrag eintreten. Verschiedene Abgeordnete stellten dem gegenüber fest, daß ein solcher Fehlbetrag bereits eingetreten sei, bereits 2¼ Millionen

Pfund seien an Fehlbeträgen bezahlt, das könne man doch nur, wenn das Land auch der Union gehöre, während es heute doch nur ein Mandat sei. Hertzog bestritt energisch, daß Südwest ein Teil und ein Stück der Union sei, Mandat bedeute keine Annexion. Wäre das so, so gäbe es in der Geschichte keinen größeren internationalen Betrug als diesen, gegen den Amerika wie auch Deutschland bereits protestiert hätten. Jetzt wolle man einen Treueid im Mandatsbesitz einführen. Wer ihn nicht leiste, werde also wohl ausgewiesen werden? Das wäre ein ungeheurer Skandal. Dem ganzen Bericht der de Wet'schen Kommission liege der Annexionsgedanke zugrunde. Nach dem Friedensvertrag sei jedoch der Deutsche der Besitzer des Landes, allerdings sei er ein Kind, das durch den Mandatar, die Union, erst zur Selbständigkeit erzogen werden müsse, aber das Land gehöre ihm. Hertzog bestritt weiter energisch das Recht der Union zur Annexion. Der stellvertretende Premier-Minister Malan entgegnete ihm, die Union habe auf Grund des Mandatsvolle Regierungs- und Gesetzgebungsgewalt und auch das Recht der Ausweisung der Deutschen. Diese Deutschen seien jetzt keine deutschen Untertanen mehr, weil sie ihr Reichs-Bürgerrecht aufgegeben hätten (!!), als sie freiwillig im Lande blieben. Sie seien jetzt Bürger keines Landes auf der ganzen Welt. Es bestehe aber nicht die Absicht, sie zum Erwerb des Unions-Bürgerrechts zu zwingen. Südwest könne als C-Mandat niemals „mündig“ werden. Der Unterschied zwischen Annexion und Mandat sei, so führte der Minister auf eine Zwischenfrage Hertzogs aus, daß Leute, die annektiert werden, ipso facto Bürger des annektierenden Staats würden, während den Einwohnern Südwests die Wahl freigestellt werde.

Mexiko.

Die mexikanische Regierung hat die deutschen Universitäten eingeladen, zu der Hundertjahrfeier in Mexiko und zu einem bei dieser Gelegenheit zu veranstaltenden internationalen Studenten-Kongreß je einen Delegierten zu entsenden, der vom Betreten mexikanischen Bodens an freie Unterkunft und Fahrt zur Hauptstadt haben soll.

KLEINE NACHRICHTEN

Otto Memler †. In Villa Rica (Paraguay) starb am 26. Juni im Alter von 56 Jahren einer der rühmlichsten Vertreter des Deutsch-tums in Paraguay. Memler, der seine Laufbahn in Deutschland als Handwerker begonnen hatte, interessierte sich, nachdem er es zum Wohlstand gebracht, hauptsächlich für das Fortkommen deutscher Einwanderer in seiner neuen südamerikanischen Heimat. Erst in letzter Zeit hat er sich in verdienstvoller Weise der eingewanderten Afrikaner angenommen, die schließlich mit seiner Hilfe in der Kolonie Independencia angesiedelt worden sind. Der Verstorbene war lange Zeit Vorsitzender des Deutschen Schulvereins und bis zuletzt der Ortsgruppe Villa Rica des Deutschen Volksbundes für Paraguay.

Dr. Nikolaus Hochsträsser aus Groß-Becskerek ist in Budapest am 1. Juli plötzlich und spurlos verschwunden. Seine Frau begleitete ihn an die Haltestelle der elektrischen Straßenbahn, von wo aus er sich in sein Amt begeben wollte. Er kam jedoch dort nicht an, und alle Nachforschungen nach ihm sind seitdem ergebnislos geblieben. Man vermutet, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, denn es verschwinden jetzt in Budapest tagtäglich „unliebsame“ Persönlichkeiten auf unaufgeklärte Weise. Dr. Nikolaus Hochsträsser war ein entschlossener und in ganz Ungarn bekannter Führer des Deutsch-tums. Er stellte sich im Jahre 1918 nach dem Umsturz entschlossen an die Spitze der deutschen Bewegung im Banat, ging dann nach

Budapest, um bei der Regierung zu wirken, und war zuletzt im ungarischen Nationalitätenministerium, wo er eine Gauverfassung für das Banater Deutschtum bearbeitete.

Ehrung einer Auslandsdeutschen. Ein seltenes Fest wurde Anfang August in der Familie des Fabrikanten Hobbahn in Stuttgart gefeiert. Berta Traub, eine geborene Stuttgarterin, konnte auf eine ununterbrochene 25jährige Dienstzeit im Hause zurückblicken, von denen sie 20 Jahre in Alexandrien in Ägypten, dem früheren Wohnsitz der Familie, tätig war. Die Jubilarin wurde durch Geschenke reich geehrt.

Ehrung eines Auslandsdeutschen. Herrn A. Woern, Mexiko, wurde von der preußischen Staatsregierung das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

KIRCHE UND MISSION

Evangelische Kirche und Presse in der Tschechoslowakei. Um die Zeitungen mit Nachrichten aus dem Leben der deutschen evangelischen Kirche in der Tschechoslowakei zu versorgen, hat die Kirchenverwaltung, wie „Die christliche Welt“ vom 28. Juli mitteilt, die Wahl von Presseanwältin in den Einzelgemeinden angeordnet.

Ein gewaltiges deutsches Kirchenfest in Lodz. In Lodz fand am Sonntag, den 31. Juli, ein Kirchenfest statt, das nahezu 20000 Personen im festlich geschmückten Helenenhof vereinigte und die bedeutsamste Kundgebung des evangelischen Deutschtums Kongreß-Polens seit langer Zeit darstellt. Die Lose zur Lotterie waren bereits am Tage vor dem Fest vergriffen. Die Kassen des Festparks waren schon von den ersten Morgenstunden des Sonntags an von zahlreichen Menschenmassen umlagert. Die Feier begann nachmittags mit dem Choral „Lobe den Herren den mächtigen König der Ehren“, den der Scheibler'sche Musikchor spielte. Mit dieser Kapelle wechselte dann das Lodzer Polizei-Orchester in Darbietungen ab, die polnische Nationalhymne wurde stehend angehört. Es folgten die Übungen der vereinigten Turnvereine auf dem Sportplatz, denen sich um 6 Uhr abends die Vorführungen der Massenchöre anschloss. Ihre deutschen Lieder fanden rauschenden Beifall. Im Mittelpunkt des Festes stand eine religiöse Feier, die der Choral „Eine feste Burg ist unser Gott“ einleitete. Die Menge stimmte in den Choral mit ein und es war ein gewaltig erhebender feierlicher Moment, als die vielen Tausenden das alte Kirchenlied sangen. Auch die zahlreich anwesenden Polen lauschten ergriffen der hehren Weise. Der Ehrenvorsitzende des Festausschusses, Pastor Dietrich, hielt sodann zuerst deutsch, dann polnisch die Festrede. Kirche, Schule und Haus mußten in diesen ersten Zeiten fest zusammenhalten. Der Massengesang „Eine feste Burg ist unser Gott“ beschloß diesen religiösen Teil nebst dem Vortrag des großen Halleluja aus dem Messias von Händel durch die vereinigten Chöre. Dann bildete sich der Kinderfestzug, abends gab es ein Feuerwerk und Musikkonzert. Um 11 Uhr abends beschloß das „Nun danket alle Gott“ den schönen Festtag. Der Erfolg des Festes in moralischer wie finanzieller Hinsicht ist überraschend groß. Dem beliebten Pastor, dessen Geburtstag der 31. Juli war, hatte man eine gewaltige Feier bereitet.

Von der deutsch-evangelischen Kirche in Lettland. Der Kirchenbericht des deutschen Probstbezirkes für das Jahr 1920 wird jetzt im „Deutschen Kirchenblatt“ veröffentlicht. Er schildert das allgemeine Leben, den Friedensschluß in Sowjet-Rußland, die böse Flecktyphus-Epidemie, den allgemeinen Zusammenschluß der deutschen Gemeinden Revals, Dorpats, Pernaus und Narwas zum deutschen Probstbezirk. Zum Probstsprengel gehören 7 steinerne Kirchen, die in gutem baulichem Zustande sind. Zur

Wiederherstellung der durch die Beschießung schwer geschädigten St. Johanneskirche in Narwa, die 300 000 estnische Mark kostete, hat die amerikanisch-lutherische Kirche 50 000 E. M. beige-steuert. Zum Probstbezirk gehören 13 Pastoren, darunter 2 Oberpastoren, 5 Küster, 6 Organisten, die Gesamtzahl der Gemeindeglieder betrug 15 000, die Zahl der Geborenen 154, der Konfirmanden 421, der Kommunikanten 9259, der getrauten Paare 147, der Gestorbenen 407. Die Selbstbesteuerung ist in allen Gemeinden geregelt und durchgeführt. Da aber die Steuer allein nicht ausreicht, müssen Spenden und Kollekten herangezogen werden, um die Ausgaben zu decken. Am schwierigsten ist die Lage in Narwa, wo die kleine Gemeinde von 542 Seelen das alte Pastorat für 150 000 Mk verkaufen mußte und dazu noch Schulden machte. Dadurch, daß man den deutschen Kirchengemeinden die Güter genommen hat, die ihnen gehörten und aus deren Einnahmen sie einen Teil der Ausgaben bestritten, ist die Lage besonders schwierig geworden. Die Kirche ist der Bevölkerung erhalten, nun gilt es, so heißt es in dem Bericht, die deutsche Bevölkerung der Kirche zu erhalten. Das innere Leben der Kirchengemeinden ist reg, die Besuche der Gottesdienste waren gut oder befriedigend. Das Abendmahl besuchten durchschnittlich 57 % der Gemeindeglieder (in Schaumburg-Lippe 59, in Württemberg 39, in Preußen 28 %). Kindergottesdienste sind eingerichtet. Die kirchliche Liebestätigkeit ist besonders reg und auch das sittlich-religiöse Leben wird als reg und eifrig bezeichnet.

Am Rigaischen Strande ist eine Deutsch-Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde begründet worden, die Kaufmann Zehder zum Vorsitzenden wählte und von Probst Roseneck inzwischen bestätigt wurde. Der Kirchenrat soll aus 30 Mitgliedern bestehen.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Danzig. Zwischen der Stadt Danzig und dem polnischen Staate ist ein Abkommen über die Technische Hochschule getroffen worden, das auch weiteste Kreise interessieren wird, da die Technische Hochschule der wichtigste Hort des Deutschtums in Danzig sein wird. Der Senat der freien Stadt Danzig verpflichtet sich, ein Lektorat für polnische Sprache und Literatur einzurichten. Der Lektor soll einen Lehrauftrag zur Abhaltung polnischer Unterrichtskurse erhalten. Seine Berufung erfolgt gemäß der Verfassung der Technischen Hochschule, seine Betätigung durch den Senat nach vorher hergestelltem Einvernehmen mit der polnischen Regierung. Der Senat stellt ferner in Aussicht, an der Technischen Hochschule eine Vorlesung über Wirtschafts-Geographie Polens einzurichten und verpflichtet sich, für die Bedürfnisse der polnischen Staatsangehörigen die erforderlichen Bücher und Lehrmittel zu beschaffen, wofür ihm die Regierung Polen Vorschläge machen wird. Die paritätische Behandlung der Studierenden polnischer Staatsangehörigkeit bei der Aufnahme wird gewährleistet, auch für den Fall der Einführung eines numerus clausus.

Es studieren zurzeit 1096 Studierende an der Danziger Hochschule, zu 76 Prozent Danziger und Reichsdeutsche, zu 24 Prozent Ausländer, unter ihnen 80 Polen, 25 Russen und zahlreiche Skandinavier. Ein deutscher Student kann gegenwärtig mit einem Monatswechsel von rund 750 Mark bei bescheidenem Leben auskommen, ein polnischer Student braucht entsprechend 19000 Polenmark. Das erklärt den geringen Prozentsatz der polnischen Studierenden zur Genüge.

Czernowitz. In Czernowitz fand am 29. und 30. Juli eine Konferenz über die staatlichen Minderheitsschulen statt, an der Vertreter der Minoritäten (von deutscher Seite der

Abgeordnete Dr. Kohlruß und der Präsident des Volksrats, Schnirch) teilnahmen. Generalsekretär Tamajaga vertrat die Schulbehörde. Die deutschen und polnischen Vertreter erklärten sich mit den Schulerlassen der Regierung einverstanden, wonach die Unterrichtssprache dieser Minoritäten in den Schulen deren Nationalsprache sein solle, Rumänisch als Unterrichtsgegenstand behandelt werde und vaterländische Geschichte und Geographie auf Rumänisch unterrichtet würden. Verschiedene Wünsche auf Schaffung neuer Schulen wurden vorgebracht und von der Regierung wohlwollend entgegengenommen. Deutsche und Polen erklärten sich für befriedigt, doch konnte mit Ruthenen und Juden keine Einigung erzielt werden, da nach den vorläufigen Bestimmungen Rumänisch die Unterrichtssprache an den jüdischen Volks- und Mittelschulen ist, Hebräisch und Jargon-jüdisch dagegen nur obligatorische Lehrgegenstände sind.

Pretoria. Die Deutsche Schule legte ihren Bericht über das am 10. Dezember 1920 abgeschlossene Schuljahr vor. Da die Schule am 12. Dezember 1919 auf ein 20jähriges Bestehen zurückzuschauen konnte, erlangte sie nach südafrikanisch-englischen Anschauungen am 4. Dezember 1920 die Volljährigkeit und erhielt bei dieser Gelegenheit durch den Minister of Lands das Land, auf dem die jetzigen Gebäude stehen, zum freien Eigentum übermacht. Daran wurde die Bedingung geknüpft, daß im Falle eines Verkaufs der Erlös dafür wiederum für Schulzwecke verwendet werde. Nach dem Bericht der Inspektoren ist die derzeitige Lage der Anstalt, da viel zu nah an der Eisenbahn, dem Unterricht ungünstig. So beschloß der Schulvorstand, die Verlegung sofort in die Wege zu leiten. Zu diesem Zwecke kaufte er ein 2½ Erven großes Stück Land an der Du Toit-Straße für 2000 Pfund Sterling an. Von diesen sollen nach dem aufgestellten Bebauungsplan etwa 1½ Erven für Schulzwecke gebraucht werden, während auf dem übrigen Erv mit Unterstützung der deutschen Vereine Pretorias eine große Halle errichtet werden soll, die für Turnzwecke, patriotische und andere Feierlichkeiten, kurz als Sammelplatz des Deutschtums dienen und auch anderweitig zu Festlichkeiten vermietet werden kann.

Der Unterricht in der Schule ist während des Jahres 1920 ohne Störung und in durchaus zufriedenstellender Weise abgehalten worden. Behindert wurde er lediglich durch den Mangel an deutschen Fibeln und Lesebüchern, die erst gegen Schluß des Schuljahres eintrafen. Die Kosten der Anschaffung wurden aus dem M 5000.— betragenden Reichszuschuß bestritten. Die Leitung der Schule liegt nach wie vor in Händen von Fräulein Elizabeth Perry. Die Zahl der Schüler betrug 64, von denen 58 deutscher oder wenigstens von einer Elternseite deutscher Abstammung waren. Besondere Festlichkeiten wurden im Laufe des Schuljahres mit Ausnahme eines Bazzars nicht veranstaltet. Diesen arrangierte die Schule gemeinsam mit dem Kirchenvorstand. Er brachte als Reinertrag 180 Pfund Sterling, die dem Schulvermögen zugute kamen.

Lima (Peru). Über die deutsche Schule berichteten wir auf Seite 304 unseres 2. Maiheftes, daß dieses Jahr zum erstenmal Schüler entlassen wurden, die nach Durchlaufen aller 11 Jahrgänge die gesetzlich vorgeschriebene peruanische Abschlußprüfung bestanden haben. In Ergänzung dazu können wir heute mitteilen, daß Abiturienten mit vollständiger deutscher Gymnasialbildung schon 1916 das erste Mal zur Entlassung kamen, in gewisser Hinsicht also schon damals die Schule in ihren Ausbildungsmöglichkeiten abgeschlossen war. Der zweite Coetus wurde 1917, der dritte 1918 entlassen. Dann aber setzte ein peruanisches Gesetz die Dauer der Schulzeit auf 10 anstatt der seitherigen 9 Jahre fest. (In den von uns angegebenen 11 Schul-

jahren ist eine Vorklasse einbezogen, die zur Erleichterung des Deutschlernens für Peruaner geschaffen wurde.) Durch diese Änderung der Schulzeit konnten die nächsten Abiturienten erst wieder 1920 zur Entlassung kommen. Nunmehr entspricht die Schule allen Anforderungen, die seitens der peruanischen Regierung an die Abschlußprüflinge gestellt werden.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Der Bund der Deutschen in Polen.

Ein „Bund der Deutschen Polens“ ist am Sonntag, den 24. Juli, in Lodz unter ungeheurer Teilnahme der gesamten Bevölkerung gegründet worden. Etwa 3000 Männer und Frauen aus Lodz, jeglichen Berufes und jeglichen Alters waren vertreten, und der große Saal des Männergesangsvereins in der Petrikauerstraße war lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Seminaroberlehrer Wolff leitete die Versammlung ein. Er selbst wurde zum Vorsitzenden der Versammlung berufen, neben ihm die Herren Verlagsdirektor Dr. von Behrens und Chefredakteur Drewing. Der letztere hielt zunächst eine Ansprache über Zweck und Ziel des Bundes, alsdann wurden die von dem vorbereitenden Ausschuß ausgearbeiteten Satzungen verlesen. Es wurde beschlossen, den Anker als Symbol des Bundes zu wählen und ein Preisausschreiben zu erlassen, um für eine künstlerische Ausgestaltung eines Bundeszeichens der Deutschen in Polen zu sorgen. Herr Ewald konnte bekanntgeben, daß sich bisher bei der Geschäftsstelle der deutschen Abgeordneten für den Bund 1400 Mitglieder mit 29482 M. Spenden, bei der „Lodzer Freien Presse“ 640 Mitglieder mit 44170 M. Spenden und bei der „Neuen Lodzer Zeitung“ 100 Mitglieder mit 3000 M. Spenden eingeschrieben hatten. Während der Versammlung ließen sich noch 475 Personen mit 17700 M. Spenden eintragen. Der Bund umfaßt also schon bei seiner Gründung 2600 Mitglieder mit 90000 M. Spenden. In den Vorstand wurden 10 Herren berufen, in ein Ehren- und Schiedsgericht 5 Mitglieder. Abgeordneter Spickermann dankte den Versammelten für ihre Arbeit und ermahnte sie, hinaus zu gehen ins Land, Werbearbeit zu leisten und Ortsgruppen zu gründen, um endlich eine Organisation der Deutschen in Polen in großem Maßstab zu schaffen. In den Satzungen des Bundes heißt es, daß er eine Organisation der deutsch-völkischen Minderheit in Polen sein will und den Zweck hat, das Stammesbewußtsein, das geistige und wirtschaftliche Wohl der deutschen Bevölkerung polnischer Staatsangehörigkeit, ohne Rücksicht auf Unterschiede der Parteien, des Berufs und der Konfession, zu fördern, seinen Mitgliedern ihre deutsche Sitte und Sprache zu wahren und zu pflegen und ihre kulturelle Eigenart und ihre Rechte verteidigen zu helfen. Wenn mehr als 10 Mitglieder vorhanden sind, soll eine Ortsgruppe des Bundes begründet werden. Der Bund besitzt als Verwaltungsorgane einen Vorstand, einen Bundesrat, ein Schieds- und Ehrengericht und die Bundesvollversammlung. Der Vorstand besteht aus 7 ständigen Mitgliedern, die aus ihrer Mitte den ersten und zweiten Vorsitzenden wählen und von denen 5 in Lodz, dem Sitz des Bundes, ihren Wohnsitz haben müssen. Die Bundesvollversammlung muß die Wahl der beiden Obmänner des Vorstandes mit Stimmenmehrheit von $\frac{3}{4}$ der anwesenden Stimmen genehmigen. Der Bundesrat, der am ersten Sonntag jedes Vierteljahrs tagen soll, besteht aus allen Bundesrichtern, Vertretern des Bundes und ihren Stellvertretern, dem bevollmächtigten Vertreter aller Ortsgruppen des Bundes, den Ehrenmitgliedern, sowie je einem bevollmächtigten Vertreter aller größeren Organisationen, die vom Vorstand als wichtig anerkannt und dem Bunde als Mitglieder beigetreten sind. Der Bundesrat erteilt dem Vorstand Weisung und kontrolliert ihn.

Tätigkeit. Dem Ehren- und Schiedsgericht unterliegen alle Mitglieder. Einer von den 5 Richtern kann ohne Angabe von Gründen abgelehnt und an seiner Stelle die Einsetzung eines für den besonderen Fall zuzuziehenden Bundesmitglieds durch den zur Verantwortung Gezogenen verlangt werden.

Kurz nach der Gründung richteten verschiedene Arbeiter einen Brief an den Vorstand, daß von 80 Arbeitern nur ein Arbeiter gewählt wurde, dagegen 16 Kaufleute und Kapitalisten. Der Bund solle den Prozentsatz der Mitglieder berücksichtigen und in seine Verwaltung nach Prozentzahlen wählen, es sollten auch Frauen in die Verwaltung entsandt werden. Demgegenüber weist die „Lodzer Freie Presse“ darauf hin, daß der Bund eine deutsche Vertretung und keine Klassenvertretung sein solle. Die Deutschen Polens beständen nach den offiziellen statistischen Angaben Rußlands von 1913, Preußens von 1914 und Österreichs von 1910 zu 73 % aus Landwirten, 10 % aus Arbeitern, 8 % aus Kaufleuten, Händlern und anderen Berufen, zu 4 % aus Handwerksmeistern, zu 2 % aus Beamten und Kontorangestellten, zu $\frac{1}{4}$ % aus Fabrik- und Hausbesitzern sowie Kapitalisten. In den zehngliedrigen Vorstand hätten also nach Prozentzahlen 8 Kolonisten, 1 Arbeiter und 1 Kaufmann gewählt werden müssen, wenn man die Klassenzugehörigkeit berücksichtigt hätte. Daß man es aber nicht getan habe, sondern nur Deutsche als Deutsche gewählt habe, sei ein großer Vorteil und in jeder Hinsicht für den Bund begrüßenswert.

Am 2. August wählte der Bund in seiner ersten Vorstandssitzung einstimmig den Verlagsdirektor der Lodzer Freien Presse, Herrn Dr. von Behrens, zu seinem Vorsitzenden. Über die Persönlichkeit des neuen Vorsitzenden teilt das erwähnte Blatt mit, daß er im Jahre 1877 im Kreise Warschau als Sohn des damaligen Superintendents geboren ist, in Petersburg die deutsche Kirchenschule besuchte, dann die Petersburger Universität bezog, in den kaiserlich russischen Dienst trat, die diplomatische Laufbahn einschlug und 10 Jahre lang im Konsulardienst in Asien tätig war. Seine Artikel in Petersburger Zeitungen und in archäologischen Fachblättern fanden vielseitige Beachtung. Die Tomsker Universität verlieh ihm den Titel eines Ehrendoktors der Geschichte, das Archäologische Institut in Petersburg ernannte ihn zum Ehrenmitglied. Während der Kerenskizeit war Behrens Vize-Präsident der Petersburger Beamtenschaft, nach seiner Flucht aus dem bolschewistischen Rußland ging er wieder nach Polen und war zunächst in der evangelischen Abteilung im Ministerium für Kultus und Volksaufklärung tätig, wo er enge Verbindungen mit dem Deutschtum unterhielt, bis er plötzlich auf Anstiftung von Spionen verhaftet und 5 Monate in Posen in Einzelhaft als Hochverräter gehalten wurde. Dann folgte er dem Rufe seines Onkels, des bekannten Vorkämpfers des Deutschtums, Oberlehrer Ludwig Wolff, nach Lodz, wo er seither an der Lodzer Freien Presse tätig ist. Zum zweiten Vorsitzenden des Bundes wurde ein Arbeiter, Robert Gottlieb Dickow, gewählt, der in Ozorkow geboren ist, während der Revolution vor den russischen Behörden ins Ausland fliehen mußte, in Dänemark und Schweden war, 1907 aber wieder zurückkehrte und seit 1913 Vorstand der Hauptverwaltung der Christlichen Gewerkschaften gewesen ist. Mit der Geschäftsführung des Bundes der Deutschen in Polen wurde Herr Lehrer Karl Weigelt betraut, ein geborener Lodzer, der namentlich durch seine Gründung von Erbschulen bekannt ist und im deutschen Vereinsleben in Lodz auch bisher schon eine bedeutsame Rolle spielte.

Reval. Der deutsche Lehrerverein nahm in seiner Generalversammlung vom 5. Juni Abschied von seinem bisherigen Vorsitzenden Behrsing, dessen Verdienste um die deutsche Gesell-

schaft und um den deutschen Lehrerverein in 14 Jahren außerordentlich gerühmt wurden. Es sei aufs schmerzlichste zu bedauern, daß er der Stadt Reval nicht habe erhalten werden können. Herr Behrsing betonte in seinem Abschiedswort die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller deutschen Lehrer zur Verwirklichung der kulturellen Autonomie und für den Ausbau der deutschen Schule. Die deutsche Lehrerschaft Estlands müsse eine geschlossene Einheit bilden, um ihre Wünsche durchsetzen zu können.

Goldingen. Die Ortsgruppe des deutschen Elternverbandes veranstaltete im deutschen Vereinshause eine Theater-Aufführung mit Tanz und Bazar, die 30000 Rubel Reineinnahme zugunsten des deutschen Schulwesens erbrachte. Ein Schwanke und eine kleine Operette wurde in einer Weise zur Aufführung gebracht, die weit Besseres als nur Dilettantenkunst gab. Das Fest war von Mitgliedern aller Stände und aller Nationalitäten besucht.

Amsterdam. Deutscher Turnverein. Am 6. Mai versammelte sich die freie „Vereinigung für deutsche Turnabende in Amsterdam“ und beschloß nach Erledigung einiger Nebensache der Geschäftsordnung einstimmig, an Stelle des bisherigen losen Verbandes zur Pflege deutschen Turnens einen Verein zu gründen. Dieser soll korporativ der deutschen Turnerschaft und dem „Niederländischen Gymnastiek Verbond“ beitreten. In den Vorstand wurden die Herren Geerds und Halbach sowie einige weitere Mitglieder gewählt. Der Verein umfaßt zurzeit 20 Turnfreunde, 45 Turner, 12 Turnerinnen und 45 Mitglieder der Jugend-Abteilungen. Zur Pflege der Geselligkeit sicherte er sich für jeden Freitag abend geeignete Räume im Hotel Metropole, Rembrandplein 22. — Erfreulich ist der einstimmig angenommene Antrag, für den Deutschen Schulverein in Amsterdam einen Jahresbeitrag von fl. 25.— auszuwerfen.

China. Bund der Auslandsdeutschen. Nach der Mitteilung Nr. 9 der Ortsgruppe Schanghai des Bundes der Auslandsdeutschen bestehen weitere Ortsgruppen zurzeit in Hankau, Tientsin und Peking. Die Bildung von Ortsgruppen in Kanton, Tschangscha und Tsinanfu war zurzeit der Herausgabe des Mitteilungsblattes in Bearbeitung. In Tsingtau haben sich die Deutschen zu einer deutschen Vereinigung zusammengeschlossen.

Tsumeb (Südwestafrika). Der deutsche Schulverein hielt seine Generalversammlung ab, die wie auch die Versammlungen der übrigen Schulvereine des Landes, die Entschließungen der Vertreter in Windhuk einmütig billigte, sich einstimmig für die Erhaltung des deutschen Schulwesens aussprach und 50 Pfund Sterling von dem Vermögen des Vereins für ärmere Schulvereine bewilligte. Man beschloß nötigenfalls auch noch erhöhte Opfer für die deutsche Schulsache zu bringen.

St. Paul (Minnesota, U. St. A.). Die Concordia, die seit 46 Jahren besteht, hatte mit dem deutschen Volkslied bei dem diesjährigen Frühlingskonzert einen riesigen Erfolg. Die Beteiligung an dem Fest war überaus groß. Das Hauptereignis des Abends war die Durchführung des in 12 Szenen gebotenen Liederspiels von Fritz Lorenz „Das deutsche Volkslied“.

Porto Alegre. Der Germanische Bund für Südamerika erließ im „Deutschen Volksblatt“ von Porto Alegre einen Aufruf, durch den er die Ortsgruppen bat, sich bis 1. August darüber zu äußern, ob sie gewillt seien, dem Bunde weiterhin anzugehören und in welcher Stärke sie überhaupt noch bestünden. Das Wiederaufleben des Bundes wird offenbar mit sehr gemischten Gefühlen begrüßt. In einer Zuschrift an die „Neue Deutsche Zeitung“ (Porto Alegre), die keine 14 Tage nach dem „Aufruf“ erschien, wird jedenfalls dem Germanischen Bunde nachgesagt, daß seine Gründung Haß und Streit in die Reihen guter

Deutscher und Freunde getragen habe. Auch heute würden sich mit Recht viele weigern, sich vereinsbrüderlich mit Engländern an einen Tisch zu setzen, was der Bund den Mitgliedern prinzipiell durch seine Satzungen zumute.

Concepcion. Anlässlich des 3. Bundesturnfestes der Deutschen Turnvereine fand am Ostersonntag die Einweihung des Bismarckturms statt, der auf dem Caracolberge ein weithin sichtbares Andenken an die 33 im Weltkriege gefallenen Deutsch-Chilenen und die 22 Reichsdeutschen aus Chile bildet. Die Namen dieser Opfer des Weltkrieges sind auf Erinnerungstafeln im Gewölbe des Turmes verewigt worden. Dort, wo bisher ein einfacher hölzerner Turm stand, ragt jetzt 220 m über dem Meer ein 11 m hoher wuchtiger Halbbobelisk empor, von dem aus man bis zu den Kuppeln der Anden und hinaus aufs Meer bis zur Stätte der Seeschlacht von Coronel blicken kann. Die feierliche Einweihung des Turmes bot ein schönes Bild deutsch-chilenischen Einverständnisses. Sämtliche, vor allem aber die militärischen Kreise Concepcions, bekundeten ihre freundschaftlichste Teilnahme. Der Divisionskommandeur und der Alcalde von Concepcion wohnten mit großem Gefolge persönlich der Feier bei. Das Regiment Chacabuco hatte seine Kapelle zur Verfügung gestellt, von der deutschen Schule Concepcion rückte das Trommler- und Pfeiferkorps aus, der Männergesangsverein sorgte für guten Vortrag deutscher Lieder. Die Einweihungsrede des Bundesturnwarts Karl Röschmann gipfelte in dem Gelöbniß, daß die Deutschen Chiles stets treu zu ihrem Deutschtum halten und es auch frei bekennen würden. Sie fand allenthalben begeisterten Beifall. Aus aller Munde erklang das alte Lied „Deutschland, Deutschland über alles“. Nach der Begrüßung des Alcalden von Concepcion, die in spanischer Sprache erfolgte, wurde ein begeistert aufgenommenes Hoch auf Chile ausgebracht, auf das der dadurch Gehehrte mit einem immer wiederholten „Viva Alemania“ antwortete.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

In Peking ist zum Gesandten des Deutschen Reiches Herr Staatssekretär Boyé ernannt worden, der bereits früher einmal im deutschen konsularischen Dienst in Schanghai gewesen ist und zuletzt als Staatssekretär die wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes leitete.

Zwei neue Konsuln sind in Mexiko ernannt worden, und zwar in Merida Herr Hermann Struck und in Villa Hermosa Herr Friedrich Schweickhardt. Das frühere Konsulat in Laguna de Terminos ist aufgehoben worden.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Professor Warburg, der Herausgeber der vom deutschen Kolonialwirtschaftlichen Komitee finanzierten bedeutsamen kolonialen Zeitschrift „Der Tropenpflanzer“, wird sich, der „Voss. Ztg.“ zufolge, in nächster Zeit nach Palästina begeben, um dort die Leitung der landwirtschaftlichen Versuchsstation zu übernehmen. Der Botaniker war früher Präsident der zionistischen Weltorganisation.

Professor Dr. Ernst Herzfeld, der Berliner Universitätsprofessor für orientalische Archäologie, hat sich, dem „B. T.“ zufolge, auf Anregung englischer Fachgelehrter nach London begeben, wohin die Ergebnisse seiner in deutschem Auftrag in Samarra in Mesopotamien geleiteten Grabungen infolge des Krieges gebracht worden sind. Professor Herzfeld soll seine Materialien in London nun selbst sichten können.

In Barcelona soll auf dem Kongreß der Vereinigung der katholischen Ärzte eine Ehrung und Huldigung für die wissen-

schaftliche Arbeit Paul Ehrlichs veranstaltet werden. Sein Nachfolger, Professor Kolle, wurde zum Ehrenvorsitzenden einer Abteilung des Kongresses gewählt.

Emil von Behrings Besitztum auf Capri soll einem Antrag des Abg. Maffi an den italienischen Unterrichtsminister zufolge in Anbetracht der Verdienste des deutschen Gelehrten um die Menschheit, der Witwe des Forschers zur Nutznießung überlassen und von der Beschlagnahme befreit werden, damit es späterhin wissenschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht werden könnte.

Zur Theaterfrage in Preßburg. Die „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Parteien“, welche sich bereits wiederholt mit der Angelegenheit der deutschen Spielzeit am hiesigen Stadttheater befassen mußte, hat sich in ihrer letzten Sitzung neuerlich mit dem gegenwärtigen Stand der Theaterfrage beschäftigt, wobei unter anderem festgestellt wurde: Direktor Beer hat entgegen seiner Versprechungen eine zweimonatliche Schauspiel- und eine einmonatliche Opernspielzeit durchzuführen, nunmehr die Opernspielzeit für den Monat Juli fallen lassen und das Theater für diese Zeit außer Betrieb gesetzt. Der Theaterausschuß der Stadtrepräsentanz hat diesen Absichten Direktor Beers zugestimmt und damit das vertragsbrüchige Vorgehen des Direktors Beer sanktioniert. Es muß festgestellt werden, daß Direktor Beer sich verpflichtet hatte, eine einmonatliche Schauspielzeit, eine zweimonatliche Operetten- und eine einmonatliche Opernspielzeit einzuhalten. Es ist Direktor Beer bekannt, daß das Stadttheater vom slowakischen Nationaltheater angefordert wird, so daß es seine Pflicht gewesen wäre, den Ruf unseres Theaters als einer deutschen Kulturstätte anzunehmen und zu bewahren. Dies hat Direktor Beer völlig außer acht gelassen, ja er hat durch seine Aufführungen das Preßburger Stadttheater schwer geschädigt und den Ansprüchen der Tschechen und Slowaken geradezu Vorschub geleistet. Hat doch das slowakische Nationaltheater mit einem Ensemble von 140 Personen gearbeitet, während Direktor Beer mit 7 Schauspielern „seiner deutschen Kunst“ gedient hat. Wie sehr er der Stellung der deutschen Kultur in unserer Stadt damit geschadet hat, haben die tschechischen und slowakischen Pressestimmen über unser Theater vor aller Welt erwiesen.

Völlig grundlos hat nun Direktor Beer die deutsche Spielzeit auch noch unterbrochen und damit eigenmächtig noch mehr verkürzt, als dies durch die Regierung ohnehin schon geschehen ist. Die von Direktor Beer angeführten Gründe für sein Vorgehen sind durchaus nicht stichhaltig, denn seine Bemühungen um einen guten Theaterbesuch waren völlig unzulänglich und wohl nur darauf berechnet, seine nun offenkundig gewordenen Absichten zu beschönigen. Sein Vorgehen ist um so verwerflicher, als er auch eine Anzahl tüchtiger Musiker um den gesicherten Erwerb brachte und sich auch diesbezüglich seiner Verpflichtungen zu entziehen trachtete. Tief bedauerlich ist es aber, daß Magistrat und Theaterausschuß der Stadt Preßburg allen diesen Manipulationen zugestimmt haben und nicht den Energie aufbrachten, dem Verlangen Direktor Beers entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen, sondern deutsche Kulturinteressen rücksichtslos den materiellen Interessen des Theaterpächters opferte.

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Parteien beschloß deshalb, gegen das Vorgehen Direktor Beers schärfstens Verwarnung einzulegen, dem Magistrat und Theaterausschuß aber seine tiefste Mißbilligung für ihre Haltung in dieser Angelegenheit auszusprechen. Die Arbeitsgemeinschaft erwartet, daß die Stadtrepräsentanz allen diesen Machinationen ein Ende bereiten wird.

Die Arbeitsgemeinschaft wird außerdem eine ausführliche Darlegung über das Vorgehen Direktor Beers den Verbänden der deutschen Theaterdirektoren in der Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland mitteilen und, die besondere Aufmerksamkeit des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in der tschechoslowakischen Republik auf die schwere völkische Schädigung unseres Theaters durch Direktor Beer lenken.

DEUTSCHER SPORT IM AUSLANDE

Auf der **dänischen Insel Fanö** fanden am 2. und 3. Juli internationale Rennen statt, bei denen die deutschen Wagen eine starke Überlegenheit aufwiesen. In den beiden Hauptrennen gewannen die zwei deutschen Wagen der Firma Opel in Rüsselsheim, im **Schlußkampf** zwischen den beiden schnellsten Wagen des Rennens, dem Opelwagen Jörns und dem Fiat-Wagen des englischen Majors Duff, siegte der deutsche Wagen mit 100 Meter Vorsprung vor dem italienischen.

Auf dem Radrennen im **Haag** starteten die deutschen Radrennfahrer **Saldow**, **Nettelbeck** und **Krupkat**. Im ersten und dritten Lauf siegte **Saldow**, im zweiten Lauf ein Holländer, das **Gesamtergebnis** war, daß **Saldow** sich an erster Stelle platzierte, den zweiten und dritten Platz Holländer einnahmen und den vierten und fünften wiederum die Deutschen.

Siegreicher deutscher Tennisspieler. Der deutsche Meister **Froitzheim** siegte beim internationalen Tennisturnier in Zürich gegen den Deutschen **Kleinschroth** mit 6:1, 6:2, 0:4. Die teilnehmenden Deutschen waren auch sonst durchweg siegreich. Im Doppelspiel siegten die beiden erwähnten Deutschen gegen ein schweizerisches Paar mit 6:3, 9:7, 6:0. Im Damenspiel siegte die Deutsche **Fräulein Uhl** über ihre Schweizer Gegnerin mit 6:4, 6:4. Nur im gemischten Doppelspiel blieben die Schweizer siegreich.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Kowno. Die im zweiten Jahrgang erscheinende **Litauische Rundschau**, die einzige deutsche Tageszeitung in Litauen und das Organ der Partei der Deutschen in Litauen stellt mit ihrer Nummer 147 vom 23. Juli vorläufig ihr Erscheinen ein. Am Mittwoch, den 20. Juli waren von der Revisionskommission die Mitglieder des Zentralaussschusses der Partei telegraphisch zu einer Besprechung über die Lage der Zeitung nach Kowno beufen worden. Die Revisionskommission wurde bevollmächtigt, die Revision über den Geschäftsbetrieb sofort zu Ende zu führen, um im Laufe des nächsten Monates einem Delegiertentag der Zeitung zu berichten. In einer Mitteilung der letzten Nummer heißt es, daß der Geschäftsbetrieb der bisherigen Redaktion eine so schwierige Lage geschaffen habe, daß die Revisionskommission beschlossen habe, sofort das Weitererscheinen der Zeitung einzustellen. Ob die Zeitung späterhin weitererscheint, wird von dem Beschluß des Delegiertentags abhängen. Es wäre zu hoffen, daß dem Deutschtum in Litauen dieses sein Organ erhalten bleibt.

Banater Bote. Unter diesem Titel wird vom 1. August ab in **Pantschowa** ein eigenes deutsches Blatt des dortigen deutschen Volkstums herausgegeben.

Barcelona. Die **Deutsche Zeitung für Spanien** hat einen schweren Verlust erlitten. Ihr Mitinhaber, **Alfred Dirks**, ist am 25. Juli an den Brandwunden gestorben, die er beim Brand eines Filmdepots erlitten hatte. Zu den Verwundungen war eine schwere Gasvergiftung gekommen. **Dirks** war das siebente Opfer der Katastrophe; er ist nur 40 Jahre alt geworden. Seiner Tätigkeit verdankt die Zeitung überhaupt ihr Entstehen, er war ihr Leiter und Führer.

Rio de Janeiro. Eine neue deutsche Zeitung. Wie wir dem „Urwaldboten“ entnehmen, ist in Rio am 1. Juni eine neue deutsche Zeitung, die „**Deutsche Rio-Zeitung**“ erschienen. Herausgeber sind die Herren **Wendt & Co.**, Schriftleiter ist Herr **Franz Staudacher**, der früher die „Nachrichten“ in Petropolis geleitet und als Mitarbeiter verschiedener deutscher Zeitungen des In- und Auslandes eine ebenso rege wie nutzbringende journalistische Tätigkeit entfaltet hat. Die „Deutsche Rio-Zeitung“ soll zu einem Organ ausgestaltet werden, das nicht nur für die deutsche Kolonie in Rio, sondern auch für das Deutschtum in ganz Brasilien von Bedeutung wird. Das neue Blatt, das sich durch eine gute Ausstattung auszeichnet, erscheint zunächst dreimal in der Woche, doch soll es so bald wie möglich zu einem Tageblatt ausgebaut werden.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Leipzig. Ein **Verein Schwarzmeerdeutscher Studierender** zu Leipzig ist am 16. Juni 1921 begründet worden. Er will alle Studierenden aus dem Schwarzmeergebiet vereinigen zur Pflege der Freundschaft unter den Landsleuten und Förderung deutscher kolonistischer Bestrebungen. Namentlich will er den neu eintreffenden Studierenden beistehen. Vorsitzender ist **Georg Leibbrandt**, stud. theol., Bayrischestraße 25/II.

Hamburg. An der Universität studierten im Sommersemester 1921 26 Auslandsdeutsche.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

Gewerbliche Schutzrechte.

Am 1. März d. J. ist in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ein Gesetz zustande gekommen, betreffend die Verlängerung von Fristen für die Einreichung von Patentanmeldungen und für die Vornahme von darauf bezüglichen Handlungen sowie die Wiederaufnahme dieser Verfahren. Dieses Gesetz, welches als **Nolan Bill** bekannt geworden ist, bestimmt, daß für Angehörige eines fremden Staates alle in die Zeit vom 1. August 1914 fallenden Prioritätsfristen um 6 Monate (bis zum 31. Dezember 1921) verlängert werden, unter der Voraussetzung, daß den Angehörigen der Vereinigten Staaten in den fremden Staaten die gleichen Vergünstigungen zuteil werden. Unter den gleichen Voraussetzungen sind alle für das Patentanmeldeverfahren vorgesehenen Fristen, innerhalb deren eine Zahlung zu leisten oder eine Handlung vorzunehmen ist, bis zum 3. März 1922 verlängert worden.

Um den deutschen Reichsangehörigen diese Vergünstigung zugute kommen zu lassen, hat der Reichstag im Juli d. J. ein Gesetz verabschiedet, welches die Reichsregierung ermächtigt, den Angehörigen eines ausländischen Staates unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit zur Begründung, Erhaltung oder Wiederherstellung gewerblicher Schutzrechte entsprechende Vergünstigungen zu gewähren. Das Gesetz ist nicht nur auf die amerikanische **Nolan Bill** zugeschnitten, sondern so allgemein gehalten, daß die Reichsregierung jederzeit in der Lage ist, ohne den schwerfälligen Gesetzapparat in Bewegung zu setzen, von sich aus Bestimmungen zu erlassen, welche auch in Bezug auf andere Staaten die gewerblichen Schutzrechte für Reichsdeutsche sicherstellen können.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ mitteilen, hat die japanische Regierung beschlossen, von den unter ihrer Kontrolle befindlichen deutschen Urheberrechten einen Teil freizugeben und den Erlös für die übrigen Rechte an die Berechtigten auszubezahlen.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Reichsnotopfer und Auslandsdeutsche.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Novelle zum Reichsnotopfergesetz, in welcher einige Bestimmungen enthalten sind, die sich besonders auf die Auslandsdeutschen beziehen.

1. In § 2 Ziffer 1 des Gesetzes über das Reichsnotopfer war bestimmt, daß Auslandsdeutsche nur dann von der Abgabepflicht zum Reichsnotopfer befreit sind, wenn sie bereits vor dem 31. Juli 1914 sich mindestens 2 Jahre ununterbrochen des Erwerbs wegen oder aus andern zwingenden Gründen im Ausland aufgehalten haben, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben und entweder am 31. Dezember 1919 noch im Auslande wohnen oder innerhalb eines Jahres nach Friedensschluß des Erwerbs wegen im Ausland wieder ihren Wohnsitz nehmen.

Die Novelle hat diese Frist für die Abgabefreiheit bis zum 31. Dezember 1922 verlängert.

2. Die Bestimmung des § 60, daß das Vermögen in der Höhe des Wertes der infolge des Kriegs verloren gegangenen Kleidungsstücke und Haushaltsgegenstände bis zum Höchstbetrage von Mk. 50000.— abgabefrei bleibt, ist dahin geändert worden, daß die Höchstgrenze bis auf Mk. 100000.— hinaufgerückt worden ist.

Die Entschädigungsanträge der China-Deutschen.

Eine Anzahl der China-Deutschen hatte früher, ehe der Krieg Chinas an Deutschland erklärt wurde und als das deutsche General-Konsulat in Schanghai noch bestand, dort Kriegsschäden angemeldet. Diese Anträge sind nunmehr, einer amtlichen Mitteilung zufolge, von der deutschen Vertretung in Peking nach Deutschland übermittelt und dem Bund der Auslandsdeutschen in Berlin, Klosterstraße 75, zur Bearbeitung als der zuständigen Interessen-Organisation überwiesen worden.

WIRTSCHAFTLICHES

Heimatscholle-Genossenschaft für die Slowakei.

In keinem der vielen neu entstandenen Staaten Mitteleuropas hat die deutsche Minorität einen so schweren Kampf um ihre völkische und wirtschaftliche Existenz zu führen als in der Tschechoslowakei. Nicht nur politisch und kulturell, sondern vor allem auch wirtschaftlich werden die Minderheiten geschädigt. In den Sudetenländern tobt dieser Kampf schon seit langem. Die Deutschen dort setzten sich aber wirksam zur Wehr und die Heimatschollenbewegung ist das Mittel geworden, dem wirtschaftlichen Ansturm der Gegner zu widerstehen. Fast in jedem Gerichtsbezirke ist eine Heimatschollen-Genossenschaft entstanden, welche Geschäftsunternehmungen wie jedes genossenschaftliche Bank- oder Kreditinstitut darstellen. Nur hat sie folgende Sonderaufgaben zu erfüllen: Erwerb, Erhaltung und Vermehrung des beweglichen und unbeweglichen Besitzstandes (Haus- und Grundbesitz) der Mitglieder durch Kauf- und Verkaufsvermittlung von Haus- und Grundbesitz. Bestandweise Übernahme und Vergebung (Miete, Pacht) von Haus- und Grundbesitz, sowie entgeltliche Übernahme von Häuserverwaltungen. Eigene Produktion und Verwertung eigener Erzeugnisse, billige Kreditvermittlung für Mitglieder, An- und Verkauf beweglicher und unbeweglicher Werte zur tunlichsten Hintanhaltung des ungesunden Zwischen- und Kettenhandels usw.

Auch in der Slowakei ist Ende Juni von den führenden deutschen Männern eine gleichartige Organisation ins Leben gerufen worden. Kämpft doch das Deutschtum der Slowakei, die vor Jahrhunderten einmal fast überwiegend deutsch besiedelt

war, einen besonders harten Kampf. Nach der schweren völkischen und kulturellen Schädigung im alten Ungarn, durch welche die Slawisierung zahlreicher deutscher Orte gefördert wurde, sind die Verhältnisse nicht besser, sondern noch schlechter geworden. Nur auf dem Gebiete des Schulwesens ist es etwas besser, aber die seinerzeitigen Magyarisierungsmaßnahmen wirken noch fort und entnationalisieren noch immer die deutsche Jugend. Dazu kommt noch, daß Slowaken und Tschechen, angeblich um die Ansiedlung unzuverlässiger Elemente zu verhindern und ihren Bodenhunger zu befriedigen, ungesetzliche, gegen die Friedensverträge verstoßende Ausnahmebestimmungen im Verordnungswege erlassen haben, um desto wirksamer eigene Bodenpolitik treiben zu können. Allerdings haben sie selbst dadurch keine besonderen Erfolge erzielt. Die Deutschen behaupten sich doch infolge ihres Fleißes, ihrer Ausdauer und Arbeitsfreudigkeit und werden den von ihnen urbar gemachten Boden unter keinen Umständen preisgeben. Sie dabei zu unterstützen, ist Aufgabe der Heimatschollen-Genossenschaft für die Slowakei (Anfragen zunächst an die Deutschpolitische Arbeitsstelle, Zweig Slowakei, Preßburg-Bratislava, Nonnenbahn 25), die aus allen deutschen Gauen werktätigst unterstützt und gefördert werden sollte.

Ein neues Verlagsunternehmen in Arad (Rumänien). Am 15. Juli fand unter dem Vorsitz von Professor Lindner in den Räumen der „Arader Zeitung“ die Generalversammlung der „Deutschen Zentraldruckerei und Zeitungsverlagsbuchhandlungs-A.-G.“ statt, bei der das Stammkapital von 150000 Lei schon gezeichnet war. Da aber nur der zehnte Teil der ausgesandten Zeichnungsbogen bis jetzt zurückgekommen war, wurde beschlossen, das Kapital bis zur nächsten Jahresversammlung auf eine halbe Million Lei zu erhöhen. Zum Präsidenten der Direktion wurde Abg. Dr. Rudolf Brandsch gewählt, als leitender Direktor Syndikus Bitto. Die anwesenden 30 Aktionäre vertraten etwa Zweidrittel des gesamten bisher gezeichneten Kapitals.

VERSCHIEDENES

„Deutsche Wacht, Verband zum Wiederaufbau und zur Förderung deutscher Interessen im Ausland (E. V.).“ — Wie unseren Lesern erinnerlich sein wird, wurde unter den Schweizer Wehrleuten in Singen, als sie noch dort auf die Einreise nach der Schweiz warteten, ein Verband dieses Namens gegründet, der unter den Wehrleuten ziemlichen Anhang fand und zunächst eine recht kräftige Werbearbeit, auch in Deutschland, unternahm, um Geldmittel zu bekommen. Der Verband siedelte späterhin nach Frankfurt über, der Gründer und die treibende Kraft bei allen Angelegenheiten des Verbandes war dessen Generalsekretär August Christ, der auch der Obmann und lange Zeit der Führer der Schweizer Wehrleute in Singen war, bis sich dort lebhafter Widerstand gegen ihn erhob. Aus einer Rundschreiben, das die „Deutsche Wacht“ unter dem 31. Juli versendet, geht nun hervor, daß zwischen der Deutschen Wacht und ihrem Generalsekretär lebhafteste Meinungsverschiedenheiten entstanden sind. Die Deutsche Wacht teilt mit, daß gegen Herrn Christ augenblicklich ein Strafvermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft Schwebe wegen Unterschlagung und Betrug, begangen innerhalb des Verlags der „Deutschen Wacht“, der zur Herausgabe der Verbandszeitschrift verpflichtet war, ob und inwieweit Christ sich auch gegenüber dem Verband bei strafbaren Handlungen zuschulden kommen lassen, bedürfe noch eingehender Untersuchung. Herr Christ habe das Vertrauen des Verbandsvorstandes, wie auch der Gründerversammlung, aufs Schwerste mißbraucht dadurch, daß er verschwiegen habe

daß er bereits im Jahre 1915 unter gleichem Namen einen Verband begründete, vor dem der Polizeipräsident zu Frankfurt als vor einem Schwindelunternehmen gewarnt habe. (Diese letztere Tatsache war übrigens seit Jahren den zuständigen Stellen wohl bekannt, nur anscheinend nicht dem Vorstand der jetzigen Deutschen Wacht. Die Schriftleitung.) Auf Grund dieser Tatsache, sowie anderer, deren Erwähnung zunächst unterbleiben müsse, habe der Vorstand die Verbindung mit Herrn Christ gelöst, habe ihn einstimmig aus dem Vorstand ausgeschlossen und warne vor jeder Verbindung mit ihm.

Unter dem gleichen Datum des 30. Juli, an dem er einstimmig aus dem Verband ausgeschlossen wurde, teilt allerdings Herr Christ unter dem etwas hochtönenden Namen „Außenhandelsinstitut der Deutschen Wacht, Verband zum Wiederaufbau und zur Förderung deutscher Interessen im Ausland“ mit, daß die Zeitschrift „Deutsche Wacht“ ihren Namen in „Export-Echo“ umgeändert habe. Diese Mitteilung ist mit dem Stempel der Deutschen Wacht und mit dem Titel des Herrn Christ als Generalsekretär unterzeichnet!!

Das D. A. I. hatte seinerzeit das Entstehen der Deutschen Wacht als eines Vereins der Wehrmänner im Singener Lager begrüßt, hat aber alsbald seine Mitwirkung an der Arbeit des Verbandes zurückgezogen, als klar wurde, daß der Verband nicht nur keine Organisation der Wehrleute war, sondern daß die Wehrleute selbst „ihren“ Organisator, Herrn Christ, ganz entschieden und energisch ablehnten und daß die Bewegung sich auch einziger Mittel bediente, die weder anständig, noch erlaubt sind. Wenn z. B. in der Zeitschrift eine lange Liste von Stellenangeboten nach dem Ausland und auch Lieferungsmöglichkeiten für Mitglieder nach dem Ausland genannt wurden und wenn dort gesagt wurde, daß Mitglieder der Deutschen Wacht im Ausland die oder jene Waren zu kaufen wünschten, so war das ein aufgelegter Schwindel, denn Herr Christ schrieb einfach den Annoncenteil der „Frankfurter Zeitung“ nach Stellenangeboten und Warengesuchen aus und setzte nur die falsche Behauptung dazu, daß alle diese Firmen Mitglied seines Verbandes seien. Das D. A. I. hat bereits vor längerer Zeit vor der Deutschen Wacht ganz energisch gewarnt.

AUSWANDERUNGSWESEN

Zur Auswanderung nach Brasilien.

Von einem Freunde unseres Instituts erhalten wir folgendes Schreiben aus Porto Alegre übermittelt: „Die Verhältnisse liegen heute ganz anders als früher, als die Regierung mit großem Nachdruck und kolossaler Propaganda Auswanderungslustige anwarb, hier selbst bei der Durchreise für die Unterkunft sorgte und später den Leuten Land gratis zur Verfügung stellte, Gerätschaften, Werkzeuge usw. lieferte und womöglich noch für die Verpflegung im ersten Jahre sorgte. Unser Staatspräsident hat aber heute energisch jede Neu-Einwanderung abgelehnt, und der Föderal-Regierung aufs bestimmteste erklärt, daß er sich um die Einwanderer in keiner Weise kümmern würde. Es ist nun ein überaus trauriges Bild, wenn man hier, wie es in der letzten Zeit häufiger vorgekommen ist, die Deutschländer ankommen sieht, die beinahe wie das Vieh hier am Trapiçio der Dampfer-Gesellschaft mit Sack und Pack ausgeladen werden, der Landessprache vollkommen unkundig, und dann auf die Mildtätigkeit der hiesigen Kreise angewiesen sind. Der hiesige deutsche Hilfsverein sowohl wie auch die Zentralstelle für deutsche Einwanderung sind gewiß bemüht gewesen, den Ankömmlingen nach Möglichkeit zu helfen, doch hat die Zahl der Einwanderer eine solche Höhe eingenommen, daß die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, um auch nur den Leuten notdürftigst zu helfen. Die meisten sind mittellos, bringen dafür aber eine

solche Unzahl von Gepäckstücken mit, die im Gewicht manchmal bis zu 2000 Kilo ausmachen, und es ist schon vorgekommen, daß der Hilfsverein für die Beförderung der Gepäcksachen einer Familie allein 100 Milreis Transportspesen für eine Reise bezahlen mußte; so können Sie sich vorstellen, wenn hier 100 und mehr Personen auf einmal ankommen und jeder Gepäck mitbringt, für ungefähr eine Woche verpflegt werden sollen, welche enorme Ausgaben dem Hilfsverein dadurch erwachsen.

Es ist daher in einer Versammlung, die gemeinsam vom Hilfsverein und der Einwanderungs-Zentralstelle abgehalten wurde, beschlossen worden, den Einwanderern nicht mehr zur Verfügung zu stehen, da die Kosten unsere Kräfte überschreiten. Wir möchten Sie daher bitten, falls Sie Anfragen bezüglich Ausreise nach unserem Staate erhalten, allen mittellosen Leuten entschieden abzuraten, unter Klarlegung des ablehnenden Verhaltens von Seiten der Regierung und der Unmöglichkeit seitens des hiesigen Deutschtums, zu helfen.“

Über Rio Grande do Sul erfahren wir aus der gleichen Quelle, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse vollständig darniederliegen, so daß „sogar tüchtige Handwerker, die früher kaum einen Tag arbeitslos waren, heute schon mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, um überhaupt Arbeit zu finden. Die Lage der Landwirte ist ähnlich und wir möchten daher empfehlen, vorläufig eine Auswanderung nach hier nicht zu befürworten.“

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschum und Auslandkunde.

Die in großer Anzahl einlaufenden Drucksachen deutscher Vereine im Auslande werden im allgemeinen hier nicht aufgeführt. Sie werden im Vereinsarchiv des D. A. I. gesammelt und verzeichnet.

Übersicht:

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D. A. I. Dr. MANNHART und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH. *)

Nach allgemeinen Gesichtspunkten:

Auslanddeutschum i. allg.: 28. 37. 63. 68. 79. 84. 87. 96. 97. 105.

Grenzlanddeutschum: 2. 6. 8. 13. 22. 24. 28. 31. 34—37. 40. 42. 44. 48—53. 56—58. 61. 62. 65. 66. 72. 76. 77. 80. 82. 86. 89. 90. 100. 103. 106. 108. 109. 111. 113—117. 120—122. 125—128.

Auslandkunde i. allg.: 32. 92.

Auswanderung und Kolonisation: 1. 5. 25. 43. 70. 88. 93. 110.

Kirche und Mission: 30. 51. 54. 55. 60. 64. 72. 77. 104. 112.

Schul- und Bildungsfragen: 26. 49. 54. 69. 74. 83. 99. 118.

Rechtsfragen: 10. 13—19. 37. 40. 71. 101. 111.

Wirtschaftsfragen: 5. 10. 11. 13—19. 31. 37. 47. 71. 78. 84. 101.

Schöne Literatur und Künste: 34. 39. 91.

Deutschum in der Darstellung des Auslands: 2. 12. 41. 42. 48. 73. 80. 85. 91. 115.

*) Die Übersicht der neuerschienenen Karten mußte diesmal fortfallen. Wir bringen sie zusammen mit der nächsten Bücherübersicht.

Regionale Übersicht (soweit nicht Grenzlanddeutschum):**Mitteleuropa:** 36. 103. 109.**Westeuropa:** 6. 32. 67. 73. 76. 78. 128.**Nord- und Osteuropa:** 1. 3. 13. 20. 29. 40. 46. 56. 71. 72. 77. 86. 100. 102. 126.**Süd- und Südosteuropa:** 4. 11. 23. 30. 33. 38. 39. 41. 45. 54. 59. 70. 75. 81. 91. 94. 95. 98. 107. 117. 123.**Vorderasien:** 32.**Ost- und Australasien:** 18. 32. 104. 124.**Afrika:** 32. 101. 112.**Nordamerika:** 12. 21. 32. 47. 67. 87.**Lateinamerika:** 5. 7. 9. 25. 27. 43. 60. 64. 69. 74. 78. 83. 87. 88. 93. 99. 110. 118. 119.**I. Einzelschriften.**

1. **Ackermann, Wilhelm**, 100 Jahre auf schwäbischer Scholle in den Steppen Rußlands. (Ulm: Hochlehnert 1919.) 45 S. 8° M 2.50.
2. **Boggiano, Pico Eugenio**, L'alta Silesia e la giustizia internazionale, con prefazione di C. Treves. Roma: Maglione & Strini 1921. 8° I. 2.—.
3. ***Briefe deutscher Ferienkinder aus Skandinavien**. Hrsg. von Walter Georgi. Jena: Diederichs 1921. 161 S. 8°.
4. **Bruckner, Viktor**, Késmárker Führer. Verf. u. Hrsg.: Viktor Bruckner, Karl Bruckner. Késmárk: Emil Schmidt o. J. 123 S. 8°.
5. **Burchard, W. A.**, Reiseeindrücke über wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Südamerika. Hamburg: Friederichsen 1921. 23 S. 8°.
6. **Delahache, Georges**, Les débuts de l'administration française en Alsace et en Lorraine. Documents recueillis et publ. avec un avant-propos. Paris: Hachette 1921. 8° fr. 12.50. (Bibliothèque d'études contemp.)
7. **Denis, Pierre**, La République Argentine. Paris: Armand Colin 1920. 299 p. fr. 14.—.
8. **Deutsch-Österreich**. Mit Beiträgen von Gustav Stolper, Max Sokal [u. a.]. München u. Leipzig: Duncker & Humblot 1921. VII, 207 S. 8° 22.—. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd 162.)
9. **Domville-Fife, C.**, The States of South America. London: Bell 1920. s. 15.—.
10. **Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten deutscher Reichsangehöriger im Ausland**. Berlin: Carl Heymann 1921. 8 S. 4° M —.65. (Entwürfe d. Deut. Reichstags. 1921. Nr 36.)
11. **Fechner, Otto**, Grundzüge der bulgarischen Wirtschafts- und Handelspolitik. Leipzig und Berlin: B. G. Teubner 1921. IV, 18 S. 8° M 4.50. (Osteuropa-Institut, Breslau. Vorträge u. Aufsätze. Abt. 1. H. 3.)
12. **Flower, Jessie Graham**, Grace Harlowe with the American Army on the Rhine. Philadelphia: Altemus 1921. 8° Doll. 1.—.
13. **Das neue polnische Genossenschaftsgesetz vom 29. Oktober 1920**, übers. u. mit Anm. vers. von Roman Pretzel. Berlin: L. Simion Nf. 1921. 46 S. 8° M 10.—.
14. **Gesetz über den Ersatz von Kriegsschäden im Ausland**. (Auslandsschädengesetz. Nach d. Beschlüssen d. Reichstags in 3. Beratung.) (Berlin: Carl Heymann 1921.) 8 S. 4° M —.65.
15. **Gesetz über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstand. Schäden**. (Verdrängungsschädengesetz. Nach den Beschlüssen d. Reichstags in 3. Beratung.) (Berlin: Carl Heymann 1921.) 11 S. 4° M 1.30.
16. **Gesetz über den Ersatz von Kriegsschäden in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten**. (Kolonialschädengesetz. Nach d. Beschlüssen d. Reichstags in 3. Beratung.) (Berlin: C. Heymann 1921.) 7 S. 4° M —.65.
17. **Gesetz über die Festsetzung von Entschädigungen und Vergütungen für Schäden aus Anlaß des Krieges und des Friedensschlusses**. (Entschädigungsordnung. Nach d. Be-

- schlüssen d. Reichstags in 3. Beratung.) (Berlin: C. Heymann 1921.) 21 S. 4° M 1.95.
18. **Die Japanischen Gesetze über Patente, Gebrauchsmuster, Muster- und Warenzeichen in der Fassung der Gesetze vom 29. April 1921**. Übers. von Karl Vogt. Yokohama: Selbstverlag d. Verf. 1921. 77 S. 8°.
19. **Gidel, Gilbert et U. E. Barrauld**, Le traité de paix avec l'Allemagne du 28. juin 1919 et les intérêts privés. Paris: Libr. gén. de droit 1921. 8° fr. 40.—.
20. **Haase, Felix**, Die religiöse Psyche des russischen Volkes. Leipzig und Berlin: B. G. Teubner 1921. VI, 250 S. 8° M 24.—. (Osteuropa-Institut in Breslau. Quellen u. Studien. Abt. 5. H. 2.)
21. ***Hamilton, Louis**, Canada. Gotha: Fr. A. Perthes 1921. XI, 256 S. 1 Kt. 8° M 24.—. (Perthes' Kleine Völker- und Länderkunde. Bd 8.)
22. **Hoenig, Anton**, Deutscher Städtebau in Böhmen. Die mittelalterl. Stadtgrundrisse Böhmens mit bes. Berücks. d. Hauptstadt Prag. Mit 13 Abb., 24 [z. T. eingetr.] Taf. u. 1 [farb.] Faltp. Berlin: W. Ernst 1921. III, 113 S. 4° M 33.—.
23. **Hofmann, Albert von**, Das Land Italien und seine Geschichte. Eine hist.-topograph. Darst. Mit 14 Kt.-Skizzen. Stuttgart u. Berlin: Deutsche Verlagsanstalt 1921. 458 S. 8° M 54.—.
24. **Janovsky, Karl, Ad**, „La situation économique et financière de la République tchécoslovaque vers la fin de l'année 1920“. Par Jan Koloušek. Stellungnahme deutscher Parlamentarier der Tschechoslowakei. Hrsg. über Auftr. d. Deut. Parlamentar. Verbandes von der „Deutschpolitischen Arbeitsstelle“ in Prag. Prag: Deutschpolit. Arbeitsstelle [Reichenberg: Sudetendeut. Verl.] 1921. 18 S. 4° Kr. 4.—. (Veröff. d. Deutschpolit. Arbeitsstelle. 11.)
25. ***Kelletat, Hugo**, Die Auswanderung nach der Republik Argentinien. Cassel: Oncken (1921). 16 S. 8° M 3.—.
26. **Kern, Reinold**, Deutsches Lesebuch f. Ausländer. Berlin: Weidmannsche Buchh. 1921. 93 S. 8° M 5.—.
27. **Keßler, Harry Graf**, Notizen über Mexiko. 2. Aufl. Leipzig: Insel-Verlag 1921. VIII, 143 S. 8° M 18.—.
28. **Kletzl, Otto**, Student und Volk. Eger: Böhmerland-Verlag 1921. 15 S. 8° Kē. 1.—. (Böhmerland-Flugschrift f. Volk und Heimat. 17.)
29. **Kunz, Günther Hans**, Als Handwerksbursch durch Sowjetrußland. Erlebnisse und Beobachtungen. Berlin: Gebhardt. [Verl. d. Kulturliga] 1921. 23 S. 8° M —.80.
30. ***Die Lage der evang. Kirche in Siebenbürgen**. Von einem Siebenbürger Sachsen. Leipzig: J. C. Hinrichs 1921. 20 S. m. 1 eingedr. Kt. 8° M 2.—. (Die evang. Diaspora. Beihefte. Nr 2.)
31. **Lawin, Gerhard**, Abstimmungszeit in Stadt und Land Marienburg, Wpr., nebst Beil.: Die wirtschaftl. Bedeutung und Zukunft des Kreises Marienburg, Wpr., von Bernhard Pawelick. Marienburg, Wpr.: F. Großnick 1921. 52 S. 8° M 4.—.
32. ***Lebensfragen des Britischen Weltreiches**. Auf Veranlassung d. Beirats f. d. Auslandstudien an d. Univ. Berlin behandelt von [Carl] H. Becker, Friedrich Brie [u. a.]. Mit e. Geleitw. v. Erich Marcks. Berlin: E. S. Mittler & Sohn 1921. VII, 219 S. 8° M 30.—.
33. **Loczy, Louis**, A geographical, economic and social survey of Hungary. (Publ. of the Hungarian Geogr. Soc.) Budapest: „Patria“ Press 1919. 121 p. 8° Kr. 6.—.
34. **Milleker, Felix**, Adam Müller-Guttenbrunn. Sein Leben und sein Dichten. Großbetschkerek: „Neue Zeit“ 1921. 28 S. 8° 1 Dinar.
35. **Muhl, John**, Verzeichnis der Ortschaften im Gebiet der Freien Stadt Danzig, nach amtl. Auskünften der Behörden. Danzig: Danz. Verl.-Gesellsch. 1921. 31 S. 8° M 6.—.
36. **Netopil, Franz**, Brünn und seine Vororte. Ein Heimatsbüchlein f. den Brünn u. ein Führer f. den Fremden. Brünn: Karafiat 1921. 41 S. 8° Kē. 2.—.
37. **Purper, Carl**, Das Verdrängungsschädengesetz. (Gesetz über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden.) Berlin: Verl. f. Politik u. Wirt-

- schaft [1921]. 80 S. 8° M 12.—. (Das Recht d. deutschen Grenzgebiete. Bd I.)
38. *Rosler, Friedrich, Agnetheln in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Kulturhistorische Bilder. Agnetheln: Schmidt 1920. 274 S. 8°.
39. *Rosler, Friedrich, Entthronung des Prinzen Karneval. Fastnachtspiel in 1 Aufzug. Agnetheln: Schmidt 1921. 11 S. 8°.
40. Rukser, U[do], Die Rechtsstellung der Deutschen in Polen. Berlin und Leipzig: Vereinig. wiss. Verleger 1921. 256 S. 8° M 36.—.
41. Ibrozzi, Rosa Paolina de, Il pensiero egemonico tedesco nei discorsi alla nazione tedesca di J. G. Fichte. Como: V. Omarrini 1921. 8° I. 6.—.
42. Ein Welt-Problem. Schwarze am Rhein. Französisch-deutsche Schrift u. Gegenschrift. Auf Grund amtli. Materials hrsg. von d. Pfälzzentrale Heidelberg. Verantw.: Prof. Dr. Ritter von Eberlein. Heidelberg: Schröder 1921. 148 S. 8° M 5.—.
43. *Sievers, Wilhelm, Venezuela. Mit 1 [farb.] Übersichtskarte. Hamburg: L. Friederichsen & Co. 1921. 54 S. 8° M 12.—. (Auslandswegweiser. Bd 6.)
44. Sontag, Ernst, Die Franzosenherrschaft in Oberschlesien. Eine Anklageschrift. Berlin: Spaeth & Linde 1921. 61 S. 8° M 2.80.
45. Sotropa, Calistrat, Dictionar român-german si german-römân al limbii române oficiale pentru juristi si functionari de bancă, cai ferate, posta si silvicultură. Rumänisch-deutsch. und deutsch-rumänisches Wörterbuch der rumänischen Amtssprache für Justiz-, Bank-, Post- und Forstbeamte. (Cernăuți: Stabilimentul bucovinean de arte grafice 1921.) Radautz: Libr. internat. E. Schledt [1921]. IV, 208 S. 8° L. 30.—.
46. Stankevic, V[ladimir Benediktovič], Sud' by narodov Rossii, Bělorussija, Ukraina, Litva, Latvija, Estonija, Armenija, Gruzija, Azerbejdžan, Finljandija, Pol' ša. Berlin: J. Ladyschnikow 1921. 374 S. 8° M 25.—. [Schicksale der Völker Rußlands, Weißrußland, Ukraine, Litauen, Lettland usw.]
47. Die Tagung des Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbandes am 28. September 1920 zu Berlin, zugleich Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im Geschäftsjahre 1919 bis 1920. Berlin: Deutsch-Amerikan. Wirtschaftsverband [1921]. 27 S. 8° (Veröff. d. Deutsch-Amerik. Wirtschaftsverbandes. H. 1.)
48. Tersannes, J., Le problème autrichien et la menace du rattachement à l'Allemagne. Paris: Bossard 1921. 8° fr. 4.80.
49. Treixler, Gustav, Leitfaden der Geschichte, Geographie und Bürgerkunde des Tschecho-slowakischen Staates f. d. oberen Klassen der deutschen Mittelschulen. Reichenberg: Gebr. Stiepel 1921. 355 S. 8° Kē. 24.—.
50. Aus Oberschlesiens Vergangenheit. Beiträge zur schles. Geschichte, hrsg. vom Verein für Geschichte Schlesiens. Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien 1921. 94 S. 8° M 3.50.
51. Wahrmond, Ludwig, Trennung von Staat und Kirche. Der Gesetzentwurf Dr. Bartošek mit Begutachtung und Neuredaktion. (Prag:) Selbstverlag; [Prag-Weinberge: Freidenker-Bund f. d. čecho-slowak. Republik It. Mitteilung 1921]. 63 S. 8° Kr. 8.—.
52. Weill, Jules, L'Alsace et les Alsaciens pendant la guerre d'après des dossiers et des documents inédits T. 1. Expulsion politique et Schutzhaft. Strasbourg: E. Finck 1921. 8° fr. 6.—.
53. Wernicke, Erich, Kletz. Eine Heimatgeschichte aus dem westpreußischen Weichsellande. Marienwerder: Weichselverlag 1921. 120 S.
54. Wiegand, A., 25 Jahre Liebesarbeit im Karpathenlande. Festschrift zum 25jährigen Stiftungsfest d. deutschen evgl. Anstalten in Stanislaw. Leipzig: A. Strauch in Komm. 1921. 24 S. m. Abb. 8° M 1.25.
55. Wiegand, Friedrich, Siebenhundert Jahre baltischer Kirchengeschichte. Gütersloh: C. Bertelsmann 1921. 67 S. 8° M 8.—. (Beiträge z. Förderung christl. Theologie. Bd 26. H. 2.)
56. Winnig, August, Am Ausgang der deutschen Ostpolitik. Persönliche Erlebnisse und Erinnerungen. Berlin: Staatspolitischer Verlag 1921. 125 S. 8° geb. M 17.50.
57. Worgitzki, Max, Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen. Der Kampf um Ermland u. Masuren. Mit e. Vorw. von Adolf Eichler und e. Schlußw. von Wilhelm v. Gaye. Leipzig: K. F. Koehler 1921. 160 S. 8° geb. M 25.—.

II. Zeitschriften u. Forts.-Werke.

58. Adreßbuch f. Danzig und Vororte. Jg. 25. 1921. Danzig: A. W. Kafemann 1921. 4° M 50.—.
59. Cadaval, Adolfo, Guia oficial de España 1921. Madrid: Rivadeneira Suc. 1921. 8°.
60. Dennoch. Psalm 73. Deutsche christl. Halbmonatsschrift auf entschiedener biblischer Grundlage. Hrsg. von Martin Ribbeck. Jg. 6. 1921. Quillem, Llaima (Chile) Temuco: Juan A. Horlacher & Cia. Jährl. 24 Nrn. Beg. Jan.
61. Erzgebirgs-Zeitung. Monatsschrift f. Volkstum und Heimatkunde Nordwestböhmens. Hrsg. vom Nordwestböh. Gebirgsvereins-Verband. Gel. von Dr. Rudolf Wenisch. Jg. 42. 1921. Teplitz-Schönau. Beg. Januar. Jährl. 12 Hefte. Kē. 10.—.
62. Gesetzblatt f. die Freie Stadt Danzig. Schriftl.: Büro des Senats der Freien Stadt Danzig. [Jg. 1921.] Dr.: A. Schroth, Danzig. Beg. Jan. Zwanglos.
63. Die Hochwacht. Monatsschrift zur Pflege deutscher Art daheim und draußen. Hrsg. von Karl Brunner. Jg. 11. 1921. Heidenau: Nord. Hochwacht-Verl. Beg. Juli. Jährl. 12 Nrn. M 40.—.
64. Evangelisch-Lutherisches Kirchenblatt für Süd-Amerika. Hrsg. von der „Evangelisch-Lutherischen Pastoral-Konferenz“ im Staate Rio Grande do Sul. Jg. 16. 1921. Porto Alegre: Ev.-Luth. Pastoral-Konferenz. Beg. Jan. Jährl. 24 Nrn.
65. Mitteilungen d. Verbandes d. deutschen Selbstverwaltungskörper in der tschecho-slowakischen Republik. Jg. 1. 1921. (Nr 1 vom 15. Juli 1921. 8 S.) Teplitz-Schönau. Jährl. 24 Nrn. Kē. 40.—.
66. Staatsanzeiger f. Danzig. [Nebst] Sonderausg. zum Staatsanzeiger f. Danzig. Anlage: Öffentl. Anzeiger. Schriftl.: Büro des Senats der Freien Stadt Danzig. Dr.: A. Schroth, Danzig. [Jg. 1921.] Beg. Januar. Zwanglos.
67. The Anglo-American year book and international directory etc. 1921, ed. by B. M. Gardner. London: Int. Development Co. 1921. 8° s. 15.—.
68. Die deutsche Zeitung und Zeitschrift. 1. Heft der Werbefeste f. deutsche Wirtschaft und Kultur. Hrsg. vom deutschen Auslandverl. W. Bangert, Hamburg.

III. Zeitschriftenaufsätze.

69. Aldinger, Die Schulfrage in Santa Catharina. in: Deutsche Evang. Blätter für Brasilien. Jg. 3. 1921. H. 1—5. São Leopoldo: Rotermund.
70. Die italienische Auswanderung. in: Weltwirtschaftl. Nachrichten. Jg. 1921 Nr 303. 15. Juni 1921. S. 2445. Kiel: Institut f. Weltwirtschaft u. Seeverkehr.
71. Bach, Fritz, „Deutsch-russischer Handelsvertrag“ und Entschädigung für Rußlandsschäden. in: Auslandswarte. 1921. Nr 21. S. 205—206. Berlin: Hobbing.
72. Baltzer, P., Ein schwedischer Bericht über die Notlage der evangelisch-unierten Kirche in Polen. in: Die Christl. Welt, Jg. 35 Nr 20. Sp. 363—365. Marburg i. H.: Verl. d. Chr. Welt.
73. Barclay, Thomas, Bethmann-Hollweg: Personal recollections of the man and his policy. in: The Fortnightly Review. Febr. 1921.
74. Beierle, C. M., Deutscher Schultag (Sitzungsbericht) am 24. bis 26. März 1921. in: Schule und Haus. 1921. Nr 7/8. S. 121. Buenos Aires: Dt. Lehrerverein.

75. *Bergsträßer*, [Ludwig], Südslavisches. in: Das demokrat. Deutschland. Jg. 3. 1921. Nr 28. S. 594. Berlin-Zehlendorf: Demokrat. Verlag.
76. *Blaedel*, Nicolaus, Frankreich und der oberschlesische Aufstand. in: Das neue Deutschland. Jg. 9. H. 17/18. Juni 1921. S. 253—257. Gotha: F. A. Perthes.
77. *Bredt*, Der neue Verfassungsentwurf für die evangelische Kirche in Polen. in: Die evangel. Diaspora. Jg. 2. 1920/21. H. 11/12. S. 193. Leipzig: Hinrichs.
78. Der argentinische *Blüchermarkt* [und die französ. Buchpropaganda]. in: Lateinamerika (A). 1921. Nr 16/17. S. 476. Berlin: Wirtschaftsverband f. Süd- u. Mittelamerika.
79. *Carrière*, Ludwig, Die Deutschen in der Welt. in: Auslands-warte. 1921. Nr 21. S. 206—208. Berlin: Hobbing.
80. *Daninger*, Emil, C. E. Maurice und die Deutschen in der Tschechei. in: Die Brücke. Jg. 3. 1921. Nr 16. S. 2. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag.
81. *Dessauer*, Friedrich, Briefe aus Spanien. in: Das Wochenblatt d. Frankf. Zeitung. Jg. 47. Nr 30. 27. Juli 1921. Frankfurt a. M.: Frankf. Societäts-Druckerei.
82. *Deutschland* und der tschechische Imperialismus. Von Aka. in: Zeitschrift des Hilfsvereins f. Deutschböhmen und die Sudetenländer. Jg. 2. F. 6. Juni 1921. S. 1—4. Wien.
83. *Dörsing*, Hugo, Dienstverhältnisse der deutschen Auslands-lehrer am La Plata. in: Schule u. Haus. 1921. Nr 7/8. S. 143. Buenos Aires: Dt. Lehrerverein.
84. *Ebstein*, Otto, Der Bund der Auslandsdeutschen. in: Der Hilfsbund. Jg. 6. Nr 4. S. 59—61. Zürich: Hilfsbd. f. Deutsch. Kriegerfürs. i. d. Schweiz.
85. *Ehrung* der deutschen Rechtswissenschaft im Ausland. in: Deutsche Juristen-Zeitung. Jg. 26. H. 15—16. 1. Aug. 1921. Sp. 540—542. Berlin: Otto Liebmann.
86. *Engelhardt*, Alexis Frhr. von, Das baltische Deutschtum. in: Bayer. Hochschulzeitung. Jg. 2. Nr 26. Juli 1921. S. 246—248. München: Verein Studentenhaus E. V.
87. *Fittbogen*, Gottfried, Das Auslandsdeutschtum in Übersee. (Nebst einem Nachwort über Zeitschriften- und Schund-literatur.) in: Deutsches Volkstum. Jg. 3. 1921. H. 7. S. 216. Hamburg: Hanseat. Verlagsanstalt.
88. Zur *Frage* der deutschen Einwanderung nach Brasilien. (Eigener Bericht des Deutsch-Brasilian. Handelsverbandes.) 1. 2. in: Lateinamerika (B). 1921. Nr 15—19. Berlin: Deutscher Wirtschaftsverband für Süd- u. Mittelamerika.
89. *Geisler*, W., Das deutsche Weichselland. in: Geogr. Anzeiger. Jg. 22. 1921. H. 3. Gotha: J. Perthes.
90. *Giese*, Friedrich, Kann Oberschlesien geteilt werden? [Nebst] Nachwort d. Hrsg. (Adolf Grabowsky): Nationalität und Nationalitätenkampf in Oberschlesien. in: Das neue Deutschland. Jg. 9. 1921. H. 13/14. S. 188. Gotha: F. A. Perthes.
91. *Gorm*, Ludwig, Italienischer Brief [mit Besprechungen italienischer Arbeiten über Grillparzer, Lenau, G. Keller und des in Nürnberg spielenden Kinderbuches „Il natale di Benno Claus“ von Tirésah]. in: Literär. Echo. Jg. 23. 1920/21. H. 15. Sp. 942.
92. *Grabowsky*, Adolf, Die Krisis der deutschen Diplomatie. in: Das neue Deutschland. Jg. 9. 1921. H. 13/14. S. 179. Gotha: Perthes.
93. *Haas*, Albert, Argentinien. Das Land und seine Bewohner. Mit 18 Abb. im Text. in: Velhagen & Klasings Monatshefte. Jg. 65. 1921. H. 11. S. 473. Braunschweig: Westermann.
94. *Hermann*, Karl, Deutsches aus Jugoslawien. in: Deutsche Rundschau. Jg. 47. H. 11. August 1921. S. 143—161. Berlin: Paetel.
95. *Hugelmann*, Karl Gottfried, Der Weg des deutschen Volkes nach dem Osten und der Anschluß Deutsch-Österreichs. in: Die Grenzboten. Jg. 80. Nr 19. Mai 1921. S. 137—141. Leipzig u. Berlin: K. F. Koehler.
96. *Jaeger*, Karl, Zur Geschichte der Presse des Deutschtums im Ausland. in: Zeitschrift des Deut. Vereins f. Buchwesen u. Schrifttum. Jg. 4. Nr 1/2. 1921. Zeitungsgeschichtl. Mitt. Nr 1/2. S. 5—6. Leipzig: Deut. Verein f. Buchwesen und Schrifttum.
97. 1881—1921. 40 Jahre Verein für das Deutschtum im Aus-land. in: Volk und Heimat. Jg. 2. 1921. Nr 7/8. S. 73. Leipzig: Reclam.
98. *Kalmbach*, Ch., Deutsche Bauweise in Beßarabien. in: Ostland. Jg. 3. Nr 18. Juni 1921. S. 513—516. Hermanns-stadt: W. Krafft.
99. *Keiper*, W., Der Unterhalt der deutschen Schulen in Argen-tinien. in: Schule und Haus. 1921. Nr 7/8. S. 156. Buenos Aires: Dt. Lehrerverein.
100. *Klein*, Albert, Im Kampf um die Nordmark. in: Nationale Erziehung. Jg. 2. H. 7. Juli 1921. S. 123—130. Leipzig und Berlin: Theod. Weicher.
101. Das *Kolonialschädengesetz*. in: Der Kolonialdeutsche. Jg. 1. Nr 8. Aug. 1921. S. 113—117. Berlin: Kolonialknege-dank.
102. *Kryljuk*, M., Die Ukraine und Deutschland. in: Die Ukraine. Jg. 3. März 1921. H. 3. S. 53—56. Berlin-Friedenau: Dtsch.-Ukrain. Gesellschaft.
103. Die politische *Lage* des Deutschtums in der Tschech-Slowakei. (2 Referate von Dr. Rudolf Lodgmann und Dr. Medinger auf dem 2. Reichsparteitage der Deutschen Nationalpartei in Karlsbad.) in: Deutsches Vaterland. Jg. 3. 1921. H. 7. S. 112. Wien: „Deutsches Vaterland“.
104. *Lehmacher*, Gustav, Sumatra. in: Die katholischen Mis-sionen. Jg. 49. 1920/21. H. 9. S. 209. Freiburg: Herder.
105. *Lessner*, E. G., Die Auslandsdeutschen u. d. deutsche Sprache. in: Deutsche Warte. Atalaya Alemana. Jg. 1. 1921. Nr 22. S. 5. Barcelona.
106. *Linksrhein*, Vom neuen Kulturkampf am Rhein. in: Grenzboten. Jg. 80. 1921. Nr 25/26. S. 292. Berlin: K. F. Koehler.
107. *Loening*, Otto, Die deutsche Minderheit in Slovenien. in: Die Brücke. Jg. 3. Nr 30. 23. Juli 1921. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verl.
108. *Lukas*, [Georg A.], Die Steiermark als Heimat. in: Geograph. Anzeiger. Jg. 22. 1921. H. 3. Gotha: J. Perthes.
109. *Maiz*, Johannes, Fünfzehn Monate unter tschechischer Herrschaft. in: Der Reichswart. Jg. 2. 1921. Nr 9. S. 9—12. Berlin-Charlottenburg: „Der Reichswart“.
110. *Martin*, K., Argentinien als Ziel deutscher Auswanderung. in: Reclams Universum. Jg. 37. 1921. H. 38. S. 35. Leipzig: Reclam.
111. v. *Normann*, Recht u. Rechtsgang im polnischen Abtretungs-gebiet. A. Gerichtsverfassung u. Verfahren. B. Änderung d. Zivilprozeßordnung; von *Koffka*. (Recht u. Rechtsgang in den abgetretenen u. besetzten Gebieten. VII.) in: Deutsche Juristen-Zeitung. Jg. 26. 1921. H. 9/10. 13. Berlin: Liebmann.
112. *Oetli*, W., Aus afrikanischen Missionskirchen. 1. 2. Evangelisches Missionsmagazin. N. F. Jg. 65. 1921. H. 5. 6. Basel: Basler Missionsbuchhandlung.
113. *Papesch*, [Joseph], Die Südmark. in: Der Wächter. Jg. 4. 1921. H. 4. München: Parcus.
114. *Penck*, Albrecht, Geographische Skizze des Saarbrück. Gebiets. in: Saar-Freund. Jg. 2. Nr 14. 15. Juli 1921. S. 191—193. Berlin: Saar-Verein.
115. *Petersens*, Ludvig af, Tschechoslowakische Verhältnisse 1921. in: Deutsche Rundschau. Jg. 47. H. 11. August 1921. S. 133—143. Berlin: Paetel.
116. *Pirchegger*, H., Das untersteirische Deutschtum. in: Wächter. Jg. 4. 1921. H. 4. München: Parcus.
117. *Reimesch*, Fritz Heinz, Die Zukunft des Deutschtums in Restungarn. in: Die Brücke. Jg. 3. Nr 30. 23. Juli 1921. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag.
118. *Ruge*, W., Aufbau der deutschen Auslandsschule in S. amerika und ihre Beziehungen zum argentinischen und chilenischen Schulwesen. Vortrag. in: Schule u. Haus. 1921. Nr 7/8. S. 137. Buenos Aires: Dt. Lehrerverein.
119. *Runkel*, Fritz, Die Lage des Deutschtums in Lateinamerika. in: Das Echo. Jg. 40. 1921. Nr 12. S. 1498. Berlin: Auslandsverlag.

20. *Schiller*, Zur Volksabstimmung in Oberschlesien. in: Die ev. Diaspora. Jg. 3. 1921/22. H. 1/2. S. 1. Leipzig: Hinrichs.
21. *Schirmacher*, Käte, Die Not der geraubten Ostmark. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 5. 1921. H. 7. S. 422. München: Lehmann.
22. *Schmidt*, Alfred, Die Unteilbarkeit Oberschlesiens. I. II. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 6. 1921. Nr 28 u. 30. Hamburg: Welt-Wirtschafts-Archiv.
23. *Schötle*, Jakob, Das Deutschtum in Beßarabien. in: Der Volksfreund. Jg. 3. 1921. Nr 28. S. 1. Lodz; f. Deutschland: Königsberg: Göpfert.
24. *Schüler*, W., Chinas Lage u. Zukunft. in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. H. 20. S. 473. Berlin: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik u. Geschichte.
125. *Stahlberg*, Walter, Das Kartenspiel um Oberschlesien. in: Grenzboten. Jg. 80. 1921. Nr 27/28. S. 6. Berlin: K. F. Koehler.
126. *Ulrich*, Hans, Die militär-politische Lage in Polen. in: Grenzboten. Jg. 80. 1921. Nr 25/26. S. 308. Berlin: K. F. Koehler.
127. *Walheim*, Alfred, Der burgenländische Standpunkt in der deutsch-westungarischen Frage. in: Deutsch. Südländ. Jg. 1. 1921. H. 3/4. S. 121—124. Klagenfurt: Dt. Südländ.
128. *Walthari*, Hermann, Der wahre Genius des Rheins! Eine Gegenrechnung an Maurice Barrès. [Le génie du Rhin.] in: Gegenrechnung. Jg. 1. H. 5/6. Mai/Juni 1921. S. 311—319. München: Deutsche Eiche.

Deutsche Volkskalender im Auslande.

Wir haben bereits (in Nr. 10, Seite 315, sowie in Nr. 12, Seite 377) den deutschen Volkskalendern des Ostdeutschtums und Amerikas eingehende Besprechungen gewidmet. Heute soll nun die Reihe mit den elsäß-lothringischen Kalendern fortgesetzt werden. Das Deutschtum in Elsaß-Lothringen, dessen Ergehen uns besonders am Herzen liegt, gibt in diesen schlichten, klaren Jahrbüchern einen besonders eindrucksvollen Beweis seiner Anhänglichkeit an die deutsche Kulturheimat, von der durch den Vertrag von Versailles getrennt worden ist. Die französische Politik verbietet es, daß in diesen Kalendern die Meinung und die Gedanken der Schreiber unverhüllt zum Ausdruck kommen; aber zwischen den Zeilen ist manches zu fühlen, was uns ein Zeichen der Treue Elsaß-Lothringens sein kann.

III. Kalender für Elsaß-Lothringen.

1. **Weihnachts-Familienkalender.** Herausgegeben von der neuesten Straßburger Wochenzeitung „La République“ für das Jahr 1921. Straßburg: Imprimerie française Ch. Schuler & L. Mink [1920]. 88 S. 4°. Fr. 1.—. **Illustrierter Weihnachts-Kalender der Straßburger Neuesten Nachrichten 1921.** [Straßburg: Neueste Nachr. 1920]. 128 S. 8°. Fr. 1.25. 3. **Vogesen-Kalender für das Jahr 1921, früher „Der lustige Land- u. Bergbote“.** Jg. 47. [Paris: „Société Alsacienne d'Édition“ [1920]. 100 S. 4°. Fr. 1.80. 4. **Le nouveau Calendrier d'Alsace (Neuer Els. Kalender) 1921.** Jg. 10. Mulhouse: Imprimerie Société d'Édition de la Haute-Alsace, 1920. 132 S. 4°. Fr. 2.50. 5. **Kalender der „Action Française“ für Elsaß und Lothringen 1921.** Paris: Imprimerie Charles Bahy [1920]. 100 S. 4°. Fr. 2.—. 6. **Benziger'schen-Kalender.** Jg. 28. 1921. Einsiedeln, Straßburg: Benziger & Cie. [1920]. S. 4°. Fr. 1.50. 7. **Vertriebenen-Kalender für das Jahr 1921.** Hrsg. v. R. Bartosch, Freiburg i. Br. Freiburg i. Br.: „Els.-Lothr. Mitteilungen“ [1920]. 95 S. 8°.

Bezeichnende Tatsache: Alle diese Kalender, auch der aus Paris nach dem Elsaß kam, sind deutsch geschrieben, ein paar sind im Elsässer Dialekt; nur vereinzelt finden sich ein paar Stellen französisch. Wer an das elsäß-lothringische Volk in seiner trübenden Mehrheit herankommen will, muß deutsch reden und schreiben. Dabei sind sie alle, mehr oder weniger temperamentvoll, mehr oder weniger geschmackvoll auf französische (sinnung*) eingestellt. Das zeigt sich zum mindesten in der literarischen Rundschau, die sie in irgendeiner Form alle bieten.

Der **Weihnachts-Familien-Kalender der République**, der in der **Bürger-Zeitung** (1), ist dabei in seiner Tonart am geübtesten. In einem Überblick über „das letzte Jahr des Weltkrieges“, der im großen ganzen möglichst objektiv gehalten und sich von Gehässigkeit fernhält, steht der Satz: „Mit der furchtbaren Schuld beladen, den entsetzlichen Weltkrieg aufgeschworen und wenigstens nicht verhindert zu haben (wir unterstreichen!), flüchtete der große Spieler von der Bühne der Weltgeschichte.“ Das Beste, was geboten wird, ist die Erzählung im Elsässer Dialekt „Em Margrite sini Kindtauf“ von M. H., d. h. Marie Hart, der elsässischen Schriftstellerin, die im Jahr und Tag diesseits des Rheins, im Schwabenland, lebt; die köstliche Geschichte ist aus einem Bändchen der Dichterin gedruckt ohne Hinweis auf die Quelle.

Im ganzen Durchschnitt erheblich tiefer steht der **Illustrierte Weihnachts-Kalender der Straßburger Neuesten Nachrichten** (2). Im Beleg ein paar Stellen aus dem „Allerlei aus dem zweiten Jahre unter der Tricolore!“ „Eine unbefriedigende Lösung fand die Frage über die Auslösung (soll wohl heißen: Auslieferung) der Unpatrioten, der Kriegsschuldigen. Durch die unsagbar grausame Gefährdung, durch die Lust am Zerstören von allem, was dem Feind gehörte, durch seine unbändige Eroberungssucht mußte Deutschland die Achtung jedes Menschen verlieren, der gerecht

denken kann und ein Herz für menschliches Leid hat. Die tiefsten Gefühle der menschlichen Seele wurden zu schmerzlich getroffen, als daß man nicht gewünscht hätte, daß zu mindestens einige der Häuptlinge dieses grausigen Werkes so bestraft worden wären, daß die Furcht vor Sühne und Strafe durch die gefolterte Menschheit die Leiter der Völker stets vor Größenwahn bewahren würde. Mörder und Geisteskranke macht man doch auch im gewöhnlichen Leben unschädlich“ (wir unterstreichen). Schwer zu schaffen macht dem Artikelschreiber die gärende Unzufriedenheit im eigenen Land; dagegen sagt er u. a.: „Übrigens, vor lauter Kritizieren vergessen heute viele, auch einmal zu loben, und zu loben gibt es doch sicherlich auch manches; oder gehört es vielleicht nicht zu dem Lobenswerten, sich täglich satt essen zu können? Oft höre ich Leuten kritisieren, die in der seligen Preußenzeit und unter der Waffe auf Befehl eines ‚vorgesetzten‘ Unteroffiziers Spuckknäpfe ausgetrunken oder auch fein säuberlich mit der Zahnbürste die Bude ‚geschrubbt‘ hätten. Ist das Gedächtnis dieser Leute wirklich so schwach, wie ihr Gerechtigkeitsgefühl? Reißt irgend jemand den Mund recht weit auf, schimpft über die höchsten Stellen, so ist es sicher in neun von zehn Fällen eines jener charaktervollen Subjekte, die während des Krieges beim Anblick des Hohenzollernsprößlings Joachim oder der Pickelhaube eines Schutzmannes vor Ehrfurcht erstarben, usw.“

Auch die kurze Jahres-Rundschau des **Vogesen-Kalenders** (3) muß sich gegen die innere Unzufriedenheit wenden; da heißt es, nicht ganz ehrlich: „Im engern Heimatland, unsern lieben Elsaß, liegt eine rückhaltlos dem französischen Mutterlande ergebene Volksseele in bedauerlichem Kampfe mit den Machen (soll wohl heißen: Machenschaften) eingewanderter religionsfeindlicher Elemente. Die bisherige schwierige Übergangszeit hat dem Elsaß manche Enttäuschung gebracht (wir unterstreichen), die bei klugem und feinfühligem Vorgehen derjenigen, denen unser Land anvertraut wurde, gut vermieden bleiben konnten.“ Gegen „religionsfeindliches“ Wesen wird in gut katholischem Sinn auch sonst Front gemacht. Vereinzelt kleine geschichtliche Artikel sind nicht wertlos. Die Deserteur-Geschichte „Wie Gundolph durch die Latten ging“, in der natürlich ein Elsässer den „Helden“ spielt, vertritt eine sehr niedere Stufe der Literatur, trotz des Vermerks „Nachdruck verboten“. Im Kalendarium sind die Bilder der „elsäß-lothringischen Députés und Sénateurs“ untergebracht, neben Landschaftsbildern.

Streng katholisch orientiert ist der **Neue Elsässische Kalender für das katholische Volk** (4). Zwar befindet sich unter den Erzählungen eine, die „dem Leben nacherzählt“ sein will, „Anselm Edels Kriegsjahre“, darin die Erlebnisse eines katholischen Vikars

*. Abgesehen vom „Vertriebenen-Kalender“.

als preußischer Soldat wenig anziehend geschildert werden; auch wird im Kalendarium eine „Liste der im Kriege verdächtigten oder von den deutschen Behörden verbannten Priester“ untergebracht, die ein halbes Hundert Namen bringt; auch findet sich in der Jahresrundschau der Satz: „Deutschland kommt seinen Verpflichtungen der Wiedergutmachung zum Teil aus eigener Not, zum Teil aus Böswilligkeit nur ungenügend nach oder sucht sich denselben zu entziehen. Dabei wird gerade der Haß gegen Frankreich geschürt und der Revanchegedanke schon in der Schule den Kindern eingeprägt“; aber dieselbe Rundschau: „Der letztjährige Berichterstatter konnte noch mitteilen, daß Bischof Adolf Fritzen im Sommer 1919 sich entschlossen hat, sein schweres Amt niederzulegen. Nur wenige Wochen überlebte er diese Verzichtleistung. Er entschlief sanft im Herrn im Allerheiligenkloster zu Straßburg am 7. September. Die große Zahl andächtiger Beter, die sich am Begräbnistage im Münster um seine Bahre drängte, bewies, daß er sich in den 28 Jahren seiner bischöflichen Verwaltung die Achtung und Liebe aller Volksschichten erworben hatte.“ So finden sich auch Bild und ausführlicher Lebensgang dieses deutschen Bischofs in einem Artikel „Ehre unsern Elsässer Priestern“, der von 41 Toten wenigstens kurz berichtet. In den Rubriken „Elsässischer Sagenschatz“, „Unseres Landes Art und Brauch“, „Elsässische Lebensbilder“, „Elsässische Heimatgeschichte“ findet sich manches Interessante. Die Bildergalerie der elsäß-lothringischen Députés und Sénateurs schmückt auch diesen Kalender.

Wenn man von diesen vier elsäß-lothringischen Kalendern zum **Kalender der Action Française für Elsaß und Lothringen** (5) kommt, so spürt man sofort die andere Temperatur, die echt französische Art, die einem in manchen Artikeln, auch in deutscher Übertragung entgegenweht. In rücksichtsloser Konzentration, in teilweise grandioser Oberflächlichkeit, in stoßsicherer Einseitigkeit wird vor allem für die Action française, diese nationalistische Strömung und Organisation mit ihrem Royalismus und Antisemitismus geworben. Der Heilige dieses Kalenders ist Philipp, Herzog von Orleans, von dem ein gutes Bild geboten wird mit der erklärenden Bemerkung: „Urenkel Hugo Capets, Ludwigs dem Heiligen und Heinrichs IV. Rechtmäßiger Erbe der 40 Könige von Frankreich, die in 1000 Jahren Frankreich geschaffen und Elsaß und Lothringen mit ihm vereinigt haben“. Ein Artikel über diesen „Duc d'Orléans“ schließt mit den Worten: „So ist wohl der Duc d'Orléans der vom Schicksal bezeichnete Mann, um Frankreich aus dem demokratischen Schlendrian und Schlamm herauszureißen, damit es imstande ist, seine historische Rolle zu erfüllen und seinen Rang unter den Nationen wieder einzunehmen.“ Von diesem Standpunkt aus werden auch die „elsässischen und lothringischen Probleme“ behandelt. Abgesehen von dem Anekdotenhaften wird in 4 Artikeln speziell Elsässisches behandelt, offenbar von Leuten aus dem Land. Ein Fachmann

äußert sich „Zur Sozialversicherung in Elsaß und Lothringen“, die Vorzüge des Überkommenen rückhaltlos anerkennend. „Der Rheinschiffahrt und der Straßburger Rheinhafen“ werden als übernommene Größen gewertet, mit der Versicherung, „daß in wirtschaftlicher Beziehung Straßburg seinen Charakter als Großstadt für Handel und Industrie durch seinen Anschluß an Frankreich nicht verlieren wird. Im Gegenteil: Straßburg wird seine frühere Stellung als Handelsstadt bei weitem übertreffen.“ Dem neubegründeten Naturtheater Dambach und seinem kaum 20jährigen Begründer, dem Dialektdichter Eugène Guba, wird eine gute Zukunft gewünscht und gewissagt; hier „wird darum gerungen, das deutsche Theater, das nun einmal im Elsaß keine Existenzberechtigung mehr haben darf, durch das elsässische zu ersetzen“. Ein Machwerk allerniederster Sorte sind „Zwei Bräute von Fräulein Pimpinella Schwuppdich-Straßburg an Fräulein Bamfilia Schnirps in Neubarkoschin a. d. Fietze bei Großtrampken (Ost-Preußen)“; der Verfasser, mit dem Pseudonym „Haniel“, ist im Elsaß seit langem durch derartige Leistungen bekannt. Die Ausstattung dieses Kalenders zeigt, daß an Geld kein Mangel ist. Das Decken-Bild von René Allenbach, einem jungen Straßburger Künstler, zeigt einen Sechsspänner, in dem Ludwig XIV. in die elsässische Landschaft hineinfährt mit dem Ruf: Quel beau jardin! —

Völlig unpolitisch, rein katholisch orientiert ist **Benignes Marien-Kalender** (6). Die Hälfte des Inhalts nimmt auf Elsaß-Lothringen Bezug: „Der Hopfenbau im Elsaß“, „Die industriellen Verhältnisse in Lothringen“, „Andlau und die heilige Richardis“, „Der Straßburger Mechaniker Alois Quintenz und seine Erfindung der Dezimalwage vor hundert Jahren“, „Kirchliches aus Elsaß und Lothringen“; dazu auch hier die Bildnisse der Deputierten von Elsaß-Lothringen in der französischen Kammer.

Daß der **Vertriebenen-Kalender 1921** (7) es auch mit Elsaß-Lothringen zu tun hat, zeigt das Bild des Münsters, das der Titelblatt zielt. Der Verlag der Elsaß-Lothringischen Mitteilungen und der Herausgeber Alexander Bartosch in Freiburg i. B. haben sich mit dieser Veröffentlichung ein Verdienst erworben. Wer spüren will, mit welchen Gefühlen und Überzeugungen und Erwartungen elsäß-lothringische Exulanten an die verlorene Heimat denken, hat hier eine gute Fundgrube. Von bekannten elsässischen Schriftstellern kommen Marie Hart (mit einer Dialekterzählung) und Hans Karl Abel (mit einem Kapitel aus einem noch nicht veröffentlichten Buch) zum Wort. Ein kostbares Zeugnis ist die Abschiedspredigt, die Pfarrer Nitzsch im Juli 1919 in seiner Metzger Gemeinde hielt und die bei einem Wettbewerb, in dem das Thema von der verlorenen Heimat, das Los der Entwurzelten gestaltet werden sollte, den ersten Preis erhielt. Hoffentlich wird dieser Kalender weiter geführt und ausgebaut.

Pfarrer, Ernst-Stuttgart.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

In der von Dr. Ullmann ausgezeichnet geleiteten Monatschrift „**Deutsche Arbeit**“ schreibt in einem Sonderheft zur zweiten Tagung des deutschen Schutzbundes dessen Generalsekretär Dr. von Loesch Grundlegendes über den **Schutzbund-Gedanken** und befaßt sich dabei mit schwierigen Definitionen und Unterscheidungen. Er geht davon aus, daß sich fast niemals in der deutschen Geschichte die Grenzen von Volk und Staat gedeckt haben. Er geht weiter aus von der Tatsache, daß im Jahre 1866 die kleindeutsche, über die großdeutsche Lösung siegte und der nationale auf Kosten des völkischen Gedankens gestärkt wurde, so daß heute der Staatsgedanke in allen Köpfen fest sitzt, während der Gedanke von der Einheit des deutschen Volkes keinen Boden hat. Der Frieden von Versailles schied das Deutschtum in 12 Staaten, wobei die Schweiz und Luxemburg außer Betracht bleiben, „die teilweise deutsche Staaten sind, deren Deutschen aber der Gedanke eines politischen Anschlusses an das Reich fehlt und die somit aus dem Betrachtungskreise ausscheiden“. Mit dem Zusammenbrechen des Deutschen Reiches

als eines Machtstaates wurde der Mangel des Gefühls der Volkseinheit lebensgefährlich für den Weiterbestand des Volkes. „solchen. Die Volksdeutschen draußen empfanden, so urteilt der Verfasser weiter, den Wunsch nach Zusammenschluß, die Binnendeutschen nicht, der Mangel an Wärme sitze dabei in allen Klassen gleichmäßig. Nicht der Staat als solcher könne etwas tun, sondern nur das Volk! Die Grenz- und Auslandsdeutschen äußerten den Gedanken der kulturellen und wirtschaftlichen Volkseinheit ganz besonders oft. Die slawischen Völker hätten uns gezeigt, was man selbst unter fremder Macht leiden kann, der „Kolonistengeist, der nicht vom Staate Förderung, ja Aufpäppelung (Ostmarkenzulage) erwartet, scheint unerbittlich“. Solle die Einheit des deutschen Volkes die Stunde unserer Zeit überstehen, so müsse sie auf den Solidaritätsgedanken aufgebaut werden. Die organisatorische Auswirkung dieses Gedankens könne nicht staatlich sein, deshalb sei der Deutsche Schutzbund gegründet worden als eine Zentrale der freier Selbsttätigkeit beruhender Körperschaften zur Pflege des Gemeinschaftsgefühls unter allen Deutschen ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen und Staatszugehörigkeit und zum Schutze gefährdeter Volksgenossen, ohne Unterschied der Religion, der

Partei und der Klassen. Eine Grenze zwischen Grenz- und Aus- landdeutschen sei dabei nicht gezogen gewesen. Für den Schutz- bund hätte sich aber bald eine klare Trennung ergeben: „Es ist der politische, der Staatsgedanke, der die Grenzdeutschen von den Auslandsdeutschen trennt. Grenzdeutscher in diesem Sinne ist der Deutsche des geschlossenen Sprachgebietes, der den Wunsch hat, zum Reiche zu gehören, oder bei drohender Gefahr von diesem nicht abgetrennt zu werden. Die früheren oder die derzeitigen Reichsgrenzen spielen also nur eine untergeordnete Rolle. Die Reichsdeutschen an der Südgrenze Bayerns, die an deutsche Länder wie Vorarlberg und Tirol stoßen, sind im Sinne der Volkseinheit keine Grenzdeutschen.“ Diese Unterscheidung Dr. von Loesch's legt also für die Grenzdeutschen einen politischen Willen zugrunde, zumal er noch einmal ausdrücklich darauf hin- weist, daß die Deutschen der Schweiz und Luxemburgs „in ihren eigenen Staaten Genüge finden, also nicht Grenzdeutsche in irgend einem staatsrechtlichen Sinne, sondern nur Rasse- und Kulturdeutsche sind“. Die eigentlichen Grenzdeutschen teilt er in solche, die im Reich wohnen, aber gefährdet sind (Ober- schlesien), in solche, die in unabhängigen Staaten wohnen (Dan- zig, Deutsch-Österreich) und endlich in solche, die in nicht- deutschen Staaten sich befinden (Beispiel Dänemark, Süd- slawischer Staat). Die Grenzdeutschen sind durch politische, wirtschaftliche und kulturelle Bande ans Reich gefesselt, alle übrigen Deutschen sind Auslandsdeutsche, „d. h. solche, deren Ziel es niemals sein kann, die Erde, die sie beackern, und die Städte, die sie bewohnen, unter die Herrschaft eines deutschen Staates zu bringen. Sie sind vielmehr Bürger fremder Staaten und denken nicht daran, diesen Zustand jemals ändern zu wollen“. Auch hier unterscheidet Loesch wiederum zwischen den ge- schlossenen Siedlungsgebieten Baltikum, Siebenbürgen, wie den deutschen Bauernkolonien Rußlands und Ungarns und der Zerstreuung, welch letztere den Kulturdingen für fremde Staaten abgab. Die Auslandsdeutschen scheidet Loesch völlig aus seiner Betrachtung aus. Unserer Meinung nach bedingt die Trennung, die gerade Dr. von Loesch macht, eine scharfe Schei- dung zwischen der politischen Arbeit für das Grenzdeutschtum und der rein kulturell-wirtschaftlichen Arbeit für das Auslands- deutschtum. Dr. von Loesch stellt für die Arbeit des Schutz- bundes das Ziel: Gegensätze zurückstellen und nach Möglichkeit ausschalten. Der Deutsche Schutzbund müsse sich von der inneren wie von der äußeren Politik fernhalten, er dürfe keine Gambetta-Politik treiben, solle nur den Volkswillen zum Aus- druck bringen, große Politik sei Sache der Leitung des Deutschen Reichs, „Irredenta im Sinne einer gewaltsamen Lösung der bis- herigen Staatsverbände“ sei abzulehnen, auch eine Einmischung in die innere Politik fremder Staaten komme nicht in Frage, auch die Deutschstämmigen in fremden Ländern dürften zu keiner Politik im Sinne des Deutschen Reichs veranlaßt werden. Von den Weltbundsplänen, wie sie Schmied-Kowarzik und neuer- dings Siemer-Hamburg aufstellen, rückt der Schutzbund ab, der nichts anderes sein wolle als ein Bureau, „getragen von einem Kartell aller im weitesten Sinne für das Deutschtum in den Grenzländern und im Ausland tätigen Körperschaften, deren Selbständigkeit und Einzelarbeit durch den Deutschen Schutz- bund unberührt bleiben soll.“ Vereine und Körperschaften sollen gegen geringen Mitgliedsbeitrag zwangslos aufgenommen werden und ebenso leicht wieder ausscheiden können. Nach dem Grund- satz, daß es erste Pflicht sei, nicht zu schaden, nehme der Schutz- bund Vereine in fremden Staaten, die durch Teilnahme an einem Zentralverband unter Umständen politisch gefährdet werden könnten, nicht auf, räume ihnen aber auf Wunsch gleiche Rechte ein wie seinen Mitgliedern. Dr. von Loesch faßt den Schutzbund

als eine Art Gesandtschaft oder Generalagentur auf für die- jenigen Vereine, die an der Zentrale und im Reich keine eigene Vertretung haben können. Als Sitz wurde Berlin gewählt, die größte deutsche Stadt und der Sitz der Zentralbehörden, dessen Name aber so abstoßend wirkte, daß seinetwegen viele Hinder- nisse zu überwinden waren. „Kennzeichnend für die Sachlage ist, daß die Abneigung gegen den Zentralismus als solchen in Österreich zu einer Ablehnung Wiens geführt hat mit dem Er- gebnis, daß es relativ leichter war mit den entsprechenden Körperschaften Österreichs von Berlin aus zu verkehren, als mit manchen Reichsdeutschen.“

In der „Deutschen Arbeit“ (Heft 8) gibt Wilhelm Wink- ler eine **Statistik des Grenzlanddeutschtums**. Er schildert zu- nächst, wie der Vertrag von Versailles neben dem Auslands- deutschtum ein Grenzlanddeutschtum geschaffen habe, „Deutschtum, das als Teil des geschlossenen deutschen Sprach- gebiets, oder doch als Teilnehmer an einer jahrhundertealten geschichtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung ein besonderes Anrecht auf Freundschaft, Teilnahme und Bei- stand hat“. Einen zweiten Teil des Grenzlanddeutschtums bildeten die durch den Vertrag von St. Germain „freigegebenen“ Teile des geschlossenen deutschen Sprachgebiets, ferner die andern der Botmäßigkeit fremder Staaten unterworfenen Teile, die dem „geschlossen siedelnden deutschen Block der Donau- monarchie und dadurch mittelbar auch dem Deutschen Reich geschichtlich und geistig verbunden waren“. Deshalb sei von der äußerlich-politisch-zufälligen Unterscheidung des Grenzland- deutschums abzusehen, weil dieser zweite Teil des Grenzland- deutschums durchaus nicht etwa weniger hochwertig sei. Wink- ler gibt zunächst eine statistische Übersicht über das europäische Auslandsdeutschtum im Sinne der Vorkriegszeit. Für Österreich, Ungarn, Bosnien und Herzegowina, Schweiz, Belgien, Rußland (einschließlich Polen, ausschließlich Finnland), Finnland, Serbien und Bulgarien errechnet er nach den verschiedenen letzten Zählungen von 1897 (Rußland), 1900 (Serbien) und zumeist 1910 im ganzen 16438307 Deutsche, so daß er unter Hinzunahme der hier nicht genannten Länder auf ein Deutschtum von 17 Millionen Menschen kommt, mit den 60 Millionen Deutschen im Innenreich also 77 Millionen Deutsche in Europa, eine Zahl, die er auch heute noch annimmt, da Kriegsverluste und Zuwachs sich wohl die Wage hielten.

Im Grenzlanddeutschtum unterscheidet nun Winkler 3 Gruppen: einmal „diejenigen vom deutschen Mutterland ab- geschnittenen und ausgeschlossenen Deutschen, die zum ge- schlossenen deutschen Sprachblock in Mitteleuropa gehören“, weiter „deutsche Siedlungen, meist Sprachinseln, die durch ihre Lage, die Zahl ihrer Bewohner und ihre wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung das zwischen ihnen und dem geschlossenen deutschen Sprachgebiet liegende fremde Sprachland so sehr überwiegen, daß sie in einer Darstellung, die sich von der for- malen geographisch-flächenmäßigen Richtigkeit lösen und zur inneren Wahrheit des tatsächlichen Gewichts der Siedlungen emporschwingen könnte, als beinahe zusammenhängend er- scheinen müßten“. (Beispiel die Marburger Sprachinsel.) Und endlich drittens „jene deutschen Sprachinseln und Sprachminder- heiten, die zwar etwas ferner ab vom geschlossenen deutschen Sprachgebiete liegen, die aber durch die langjährige Einheit des Deutschen Reiches oder der österreichisch-ungarischen Monarchie in eine besonders nahe geistige Gemeinschaft mit ihren geschlossen siedelnden Stammesbrüdern getreten sind“. Zwischen der zweiten und dritten Gruppe vollziehe sich der Übergang allmählich. Winkler sagt, er wolle die Unterschiede gar nicht suchen, „weil

wir jene unglücklichen Bestandteile des Deutschtums alle mit der gleichen brüderlichen Liebe umfassen“. Der wichtigste Unterschied liege auch nur in den Möglichkeiten der praktischen Politik, die aber nicht durch akademische Unterscheidungen, sondern nur durch die gegebenen Kräfteverhältnisse bestimmt würden. Winkler gibt dann nach deutschen Zahlen des preuß. statistischen Landesamts eine Statistik, wonach vom Deutschen Reich an Litauen, Danzig, Polen, Tschechoslowakei, Frankreich, Belgien, Dänemark 3217616 Deutsche abgetreten wurden, davon 2655828 die zum geschlossenen Siedlungsgebiet gehörten. Von Österreich-Ungarn wurden an Deutschösterreich, Tschechoslowakei, Italien, Ungarn, Südslawien, Rumänien, Polen und Freistaat Fiume 12010921 Deutsche abgetreten, davon 9419064 im geschlossenen Siedlungsgebiet. Im ganzen sind also 15228537 Grenzlanddeutsche vorhanden, von ihnen 12074892 im geschlossenen Siedlungsgebiet. Der geschlossene deutsche Sprachblock in Mitteleuropa umfaßt also 57 Mill. Reichsdeutsche, 12 Milli. Grenzlanddeutsche, 2,6 Mill. Schweizer- u. Liechtensteindeutsche, 0,25 Millionen Luxemburgdeutsche, zusammen 72 Millionen, die auf 15 Staaten aufgeteilt sind, darunter auf 11 zwangsweise unter Verweigerung des zugesagten Selbstbestimmungsrechts.

Winkler geht auf die Zahlen im einzelnen ein. Das Deutsche

Reich hat auf 65000 qm Fläche unter 5,5 Millionen Bevölkerung 3,2 Millionen Deutsche verloren. Winkler weist aber auch mit Recht darauf hin, was man in Zukunft von Zählungen in den neuen Herrschaftsgebieten zu erwarten habe, denen die Deutschen ausgeliefert sind und bei denen die Deutschen (siehe den ersten Versuch in der Tschechoslowakei) nicht der statistischen Wissenschaft, sondern der unter das chauvinistische Joch gebeugten statistischen „Kunst“ ausgeliefert sind. Er nennt diese Methode ein genial gemischtes Gift, einen brillant geschliffenen Dolch, ein gesetz-technisches Meisterwerk, geschaffen, um Hunderttausende von Deutschen spurlos verschwinden zu lassen. Er stellt als deutsche Aufgabe dem gegenüber, eine Statistik der Wahrheit zu schaffen, das „gesamtdutsche statistische Handbuch“, wie es die deutsche statistische Gesellschaft auf ihrer Erfurter Tagung im Oktober 1920 gefordert habe, indem sie Herrn Geheimrat Würzburger und Herrn Winkler selbst mit den Vorbereitungen betraute. Correnti habe vor dem Kriege ein solches Werk für das zusammenhängende italienische Sprachgebiet zustande gebracht, das wesentlichen Anteil an der endgültigen Vereinigung der italienischen Gebiete Österreichs mit Italien gehabt hätte. Die deutsche Statistik solle zur Abwehr und zum Aufbau ein gleiches Werk schaffen.

VON UNSERER ARBEIT

Das Deutsche Ausland-Institut besitzt zurzeit außerhalb der Stuttgarter Zentrale Geschäftsstellen in

Berlin: Unter den Linden 78, Telefon Amt Zentrum 2785. Leiter: Major a. D. von Zitzewitz.

München: München-Dachau, Münchenerstr. 20, Tel. Dachau 91. Leiter: Oberstlt. a. D. von Kiesling.

Hamburg: Sierichstr. 58, Tel. Amt Nordsee 6428. Ehrenamtlicher Leiter: Dr. Hannes Kaufmann.

Königsberg: Schleusenstr. 3 d, Tel. 6652. Ehrenamtlicher Leiter: Direktor Otto Gelderblom.

Leipzig: Nonnenmühlengasse 6 II. Ehrenamtl. Leiter: Dr. Otto Lutz.

Die Archivsammlung.

Die Archive des Deutschen Ausland-Instituts sind, wie auch alle übrigen Abteilungen, in erfreulich raschem Ausbau begriffen. Dies gilt besonders vom Vereinsarchiv, das sich zur Aufgabe gesetzt hat, alle Drucksachen deutscher Vereine im Ausland

und solcher Vereine, die im Inland entweder Zusammenschlüsse Auslanddeutscher darstellen, oder sich mit Fragen des Auslandsdeutschtums und der Auslandkunde befassen, systematisch sammeln. Naturgemäß sind noch viele Lücken vorhanden; was doch die Arbeit erst während des Krieges begonnen, als wir von Übersee nahezu völlig abgeschnitten waren und auch innerhalb Europas nur sehr bedingte Verbindungsmöglichkeiten bestanden. Es muß infolgedessen mancherlei nachgeholt werden. Zweifelslos können dabei viele Auslandsdeutsche, aber auch Inlandsdeutsche mit Beziehungen zum Ausland, erfolgreich mithelfen. Das wäre dankbar, wenn ihm von diesen Seiten alles überlassen wäre, was an neuen und alten Drucksachen aller Art, wie Satzungen, Jahresberichten, Mitgliederverzeichnissen, periodischen Veröffentlichungen, aber auch gelegentlichen Vergnügungsprogrammen, Bildern und Ähnlichem, vorhanden und entbehrlich ist. Solche scheinbare Kleinigkeiten können im Rahmen der ganzen Sammlung Wert gewinnen, weshalb auch der bescheidenste Beitrag mit Dank entgegengenommen wird.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 25. August 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

Diebstahl ausgeschlossen

Verlangen Sie sofort Prospekte!

E. F. GLEICHMAR, Stuttgart, Rosenbergplatz 1

durch Verwendung
mehrfach pat.
Geldschutts

SIN

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



VERLAG VON E. LINDNER
URBANA

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Institut mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 5.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV – Nr. 18

STUTTGART

Zweites Septemberheft 1921

Die Lage der deutschen Kolonisten in Rußland

Von Dr. RUDOLF PESCHKE-Berlin, Schriftleiter der „Helmkehr“.

Selbst die Entente ist aufmerksam geworden auf die ganz ungewöhnliche Not in den Gebieten der deutschen Kolonisten in Rußland. So berichtet eine englische Zeitung von den furchtbaren Zuständen in den ehemaligen deutschen „Musterfarmen“ an der Wolga. Kein Wunder, daß sich die deutsche Öffentlichkeit mit den Stammesbrüdern im Osten beschäftigt, zumal auch die bolschewistische Presse-Propaganda in Deutschland keinen Grund hat, die Leiden der Deutschen besonders zu verheimlichen. Hofft man doch gerade, dadurch die Hilfreudigkeit in Deutschland für ganz Rußland zu erhöhen!

Mit Erschütterung hören wir vor allem die Kunde vom Wolgastrand. Während des Krieges hatte die dortige älteste Kolonistengruppe im Zarenreiche verhältnismäßig am wenigsten zu leiden, und die Liquidation, die fast über allen anderen Deutschen dauernd als Schreckgespenst schwebte und auch im Westen und Süden schon so große Lücken in den Besitzstand der Kolonisten gerissen hatte, war an den Wolgakolonien fast vollständig vorbeigegangen. Als Kanonen bereit standen, um auch hier ein panslawistisch-nationalistisches Wahnsinnsspiel aufzuführen, da brach die erste Revolution aus, von den Kolonisten als Erlösung und mit völkisch-nationaler Erhebung begrüßt. Die Wolgakolonisten frohlackten zu früh. Es folgten die Zeiten der Tschechoslowaken, der Kolttschakkämpfe und, allerdings nur im Süden, des Denikins-Feldzuges. Ununterbrochen forderte dabei der rote Terror seine Opfer, obwohl der Bolschewismus zu Anfang einen besseren Boden in den Wolgakolonien fand als in den übrigen Kolonien Rußlands. Die wechselvolle und blutige Geschichte der verschiedenen Aufstände wird vielleicht niemals vollständig geschrieben werden können, da die Hauptzeugen unter dem Rasen liegen. Nach kurzer Zeit hatte die Masse der Kolonisten im bolschewistischen System, obwohl es ihnen in nationaler Hinsicht nicht feindlich entgegentrat, den Todfeind ihres Bestehens erkannt. Die wirtschaftliche Mißwirtschaft der Bolschewisten hat die Kolonien an den Rand des Unterganges gebracht. Was nützt ihnen die prinzipielle Selbständigkeit, die „nem komuna“ (Arbeitskommune des deutschen Wolgagebietes), wenn sie der Früchte ihrer Arbeit auf die rücksichtsloseste Art beraubt werden und nicht einmal Saatkorn zurückbehalten können, was nützt die deutsche Sprache in den Schulen, wenn weder Bücher noch Papier, Tinte noch Feder für den Schulbedarf aufzutreiben sind? Der wirtschaftliche und geistige Ruin steht schon seit Jahren vor ihren Augen, die diesjährige Hungerkatastrophe war im Wolgagebiet schon von Januar/Februar an vorauszusehen.

In einem letzten verzweiflungsvollen Aufstand, dessen Hauptlast die deutschen katholischen Kolonien auf dem linken Wolga-ufer zu tragen hatten, suchten die Kolonisten im Verein mit russischen Bauern das nahende Unheil abzuwenden, natürlich vergeblich. Hunderte fielen im Kampfe, über Tausende soll das nachfolgende Blutgericht abgehalten worden sein. Es scheint, daß heute die Bolschewisten ihre Fehler, die sie im deutschen Wolgagebiet gemacht haben, selbst erkennen; wenigstens schreibt die „Prawda“ vom 23. Juli über die Ursachen der dortigen Hungersnot folgendes: „Dieses Getreidegebiet hat stets große Massen Getreides ausgeführt und seine Bevölkerung wäre auch der gegenwärtigen Mißernte Herr geworden, doch eine Reihe schwerer Umstände, die in den letzten zwei Jahren mit zerstörender Wucht auf die Wirtschaft des Gebietes einwirkten, haben die Mißernte zu einem schlimmen Unheil gemacht. Die falsche Informierung der Zentralbehörden über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in den Jahren 1919/20 führte dazu, daß hier außer der normalen Umlage noch zwei Ergänzungsumlagen, die fast doppelt so hoch waren, eingetrieben wurden. Die Eintreibung durch die Verpflegungsorgane, die mit den Sitten und der Stimmung der Bevölkerung nicht genügend rechneten, riefen eine Demoralisation hervor, die sich vor allem in der Einschränkung der Anbaufläche äußerte. Die Ernte von 1920 war sehr schlecht, für 1920/21 blieben fast gar keine alten Vorräte übrig. Dann wurde unter größten Anstrengungen die Aussaat auf der eingeschränkten Anbaufläche vorgenommen, doch die neue noch schrecklichere Mißernte begrub alle Hoffnungen... Die Ernte dieses Jahres ist bereits eingebracht und zumeist verzehrt... Besonders notwendig ist die Beschaffung von Saaten für die Wintersaat. Nur eine vollkommene Aussaat kann die wirtschaftliche Kraft des Gebietes retten.“

Was nützt die späte Erkenntnis? Die Gegenwart ist so furchtbar, daß Pastor Schleuning mit Recht die deutsche Presse auf den Untergang der Wolgakolonien hinweist. Übereinstimmend enthält jeder Brief von drüben als Leitmotiv den Hunger. Der Viehbestand ist verschleudert worden, um nur einige Pud Gerste oder Hirse zu ergattern; von dünner „Gasche“, einem kraftlosen Brei, einmal am Tage genossen, ernähren sich die Menschen; und sie schwellen an zu bleichen, grünlichen leichenähnlichen Wesen, mit aufgetriebenen Bäuchen, bis sie der Tod vom Hungertyphus und Wahnsinn erlöst. Ratten und Mäuse sind ershntes Jagdwild, ganze Dörfer machen sich auf und brennen zum Teil die verlassen Gebäude hinter sich ab. Man

muß sich wundern, daß unter diesen Verhältnissen die Post einigermaßen geht, wahrscheinlich aber nur ins Ausland zur doppelten Propaganda: Einmal die Menschheit zur Hilfeleistung anzuspornen und andererseits, um zu zeigen, daß der Sowjetstaat seine Aufgaben doch erfüllt.

Es ist anzunehmen, daß nicht das ganze Wolgagebiet in gleicher Weise vom Hunger heimgesucht wird. Aber völlig verschont dürfte keine Kolonie sein. Wieviel direkt betroffen werden, läßt sich nicht sagen. In einem Rigaer Aufruf zur Hilfeleistung wird von 300000 betroffenen Kolonisten gesprochen, während man die Wolgadeutschen vor und im Kriege, wo ihre Zahl eher noch gewachsen ist, auf über 700000 angab. Sicher hat in den letzten Jahren und besonders Monaten ihre Zahl rapide abgenommen, und es ist jetzt ein Schicksal über sie hereingebrochen, wie über die wolhynischen Deutschen im Jahre 1915, als die Familien auf Jahre oder auf Nimmerwiedersehen auseinandergerissen wurden. Von zurückgelassenen, sogar von verkauften Kindern wird berichtet. Eine leise Hoffnung besteht aber, gerade im Hinblick auf die Leiden der Wolhynier, daß die Urkraft dieser Menschen wenigstens einen lebensfähigen Stamm der deutschen Wolgakolonisten erhalten wird.

Nach allen Himmelsrichtungen, besonders aber nach Osten und Süden, ziehen die Hungerkarawanen von der Wolga. Überall treffen die Deutschen auf Landsleute. So wird von den deutschen Kolonisten des Ural- und Terekgebietes über das Eintreffen von Wolgakolonisten berichtet, ebenso aus dem Dongebiet, Jekaterinoslaw und Taurien. Desgleichen werden die westsibirischen und Turkestaner Bauern von Flüchtenden aufgesucht. Die Lage der deutschen Kolonisten im Süden ist aber jedenfalls nicht so, daß sie im großen beträchtliche Hilfe leisten könnten.

Zunächst sind auch die südrussischen Deutschen, von Odessa bis Noworossisk, von den fortwährenden Kämpfen der letzten Jahre, an denen sie tatkräftig teilnahmen, stark mitgenommen. Der kolonistische Selbstschutz lieferte den Räuberbanden Machnos Schlachten, die jungen Kolonistensöhne stellten ganze Bataillone in Denikins- und Wrangels Armee. Noch schärfer als die Wolgadeutschen und von Anbeginn an wehrten sich die dortigen Kolonisten, besonders die Mennoniten, gegen das bolschewistische System. Dafür mußten sie bitter büßen. Weder im Chersonschen, noch in den anderen Gouvernements des Südens gibt es Kolonien, in denen nicht die Roten mordeten und hinrichteten. Wie vielen noch um die Wende des letzten Jahres ihre Teilnahme am Wrangelfeldzuge zum Verhängnis wurde, entzieht sich unserer Kenntnis, aber es müssen allein auf der Krim wohl tausend gewesen sein. Krankheiten jeder Art — Typhus, Cholera, Pest, Pocken — haben ein übriges getan, daß man in jedem Brief nur noch „vom großen Sterben“ spricht und an die Freunde, die sich nach Deutschland gerettet haben, seitenslang über Todesfälle in den Kolonien berichtet. Wie wenig Menschenleben gelten und wie es mit den sanitären Verhältnissen bestellt ist, beweist es, daß Rotzranke, deren Zahl neuerdings zunimmt, kurzerhand erschossen werden. Der wirtschaftliche Niedergang ist grenzenlos. Wo früher 100 Deßjatinen beackert wurden, begnügt man sich heute mit 2 oder 3, von 12 Pferden ist eines erhalten; in Dörfern, die früher über weithin sichtbare Herden verfügten, befinden sich 2 oder 3 Tiere. Die Kleidung besteht in den alten Lumpen und in Säcken. Die Russendörfer in der Molotschna, im Taurischen, stehen heute noch besser da, als die dortigen ehemals so reichen Mennonitenkolonien. Deshalb verhält sich der Räuber Machno, dessen Rolle noch immer nicht ausgespielt ist, jetzt den Deutschen gegenüber freundlich und sucht sie für sich zu gewinnen, freilich ohne Erfolg. Zu dem

allen kommen die besonderen Mißgeschicke dieses Jahres; längs des Dnjester, bis zum Bug, ist kaum ein Halm aufgegangen, die Bäume sind bis in die Wurzeln verdorrt. Ähnliche Mißernte wird aus Teilen der Krim und nördlich davon gemeldet. Im Dongebiet und im Stawropoler Gouvernement erwartet man immerhin noch eine mittlere Ernte, aber dafür haben dort streckenweise die Heuschrecken jeden Wuchs vernichtet. Nur in einzelnen Bezirken wird man sich einer wirklichen Ernte zu freuen haben. Da aber so wenig angebaut ist, dürfte das kaum für den eigenen Haushalt ausreichen; es sollen davon aber noch Leute aus den Hungergebieten ihre Nahrung erhalten, und die Regierung muß wieder requirieren!

Furchtbar wie die wirtschaftliche Verkümmern ist auch die geistige. Im grellen Gegensatz zu allen möglichen sowjetistischen Klubgründungen für Volksbildung und Theater steht der absolute Mangel an Lehrmitteln. 20—30 Kinder müssen sich mit einem zerfledderten Buch behelfen. So schläft die Schule allmählich ein und die Pläne, die Kolonistenschulen nach Kerschensteiner, von dessen Schriften sich einige Exemplare unten befinden sollen, zu reformieren, können nicht zur Ausführung gelangen.

Dieselben Verhältnisse haben im großen und ganzen in den cis- und transkaukasischen deutschen Kolonien Platz gegriffen, wenn auch noch nicht in diesem Umfange. Nachdem aus Helenendorf vor einigen Monaten ein Klageruf über die unsinnigen Requisitionen der Roten erscholl, scheinen sich die deutschen Kolonisten wieder aufgerafft zu haben, und suchen durch Zusammenschluß in einem Weinbauernverband die Not der Zeit zu überwinden.

Allein in Westrußland, in Sowjet-Wolhynien und im Minsker Gouvernement beginnen die deutschen Kolonisten etwas aufzuatmen und sich zu erholen. Sie bauen stellenweise bereits niedergebrannte Heimstätten wieder auf, die Lebensmittelpreise sind in Zarenrubel umgerechnet sogar niedriger als in Polen, wo die deutschen Kolonisten, wenigstens in Wolhynien und Cholim augenblicklich in wirtschaftlich erträglichen Verhältnissen leben. Die Minsker Kolonisten fühlten sich im Frühjahr sehr sicher und forderten ihre Verwandten in Deutschland ausdrücklich zur Rückkehr auf, während die Kolonisten in Sowjet-Wolhynien sich immer noch vorsichtiger ausdrückten. Steht der Westen Rußlands im ganzen noch weit besser da als die vom Hunger betroffenen Zentral- und Ostgebiete, so drohen doch auch hier besonders auch den wieder aufbauenden deutschen Kolonisten schwere Gefahren. Schon wird von Ansiedlungs- und Requisitionsplänen der russischen Regierung in den Zeitungen gemeldet, und zweifellos werden so auch diese Gouvernements von der Hungerkatastrophe nicht unberührt bleiben.

Fügen wir noch hinzu, daß die mit tausend Fäden mit dem alten Rußland verknüpften beßarabischen Deutschen sich nach Möglichkeit der Flüchtlinge, besonders von der Krim-Armee annehmen, aber selbst in schweren politischen und teilweise auch durch Mißernte in bedrohten wirtschaftlichen Verhältnissen sich befinden, so wird man verstehen, daß eine Hilfe im großen Maß die Hungergebiete der deutschen Kolonisten weder von Westrußland noch aus Beßarabien kommen kann.

Dürfen die Kolonisten in ihrer Gesamtheit jetzt Hilfe von Deutschland erhoffen? Die Frage ist schon durch beantwortet, wie sich Deutschland zu der Hilfeleistung für Rußland überhaupt stellt. Medikamente und Ärzte können gesandt werden, auch, wenn sich die Gelegenheit bietet, Bücher und Mittel zur Linderung der geistigen Not. Aber Brot in ausreichender Menge, Kleider, Stiefel usw. vermag Deutschland nicht aufzubringen und vor allem nicht hinzuschaffen. Es kann

auch nicht großen Massen der Kolonisten bei sich Aufnahme gewähren, sollte aber den Kühnen, die sich bis zur Grenze durchgeschlagen haben, und die hier meist schon Verwandte besitzen, leichter und schneller Eingang verschaffen. Deutschland kann auch an den hier befindlichen Flüchtlingen, an den Studenten und an der sonstigen kolonistischen Intelligenz, die sich mit Not und Mühe bis Deutschland durchgeschlagen hat und hier kümmerlich lebt, im Hinblick auf die Zukunft Gutes tun, das einst Segen bringen wird. Denn so starke Tendenzen bei der furchtbaren Not auch zu einer Auswanderung für immer vom russischen Boden drängen — in gleicher Weise bei den Kolonisten in Sibirien, im Kaukasus, wie am Schwarzen Meer und an der Wolga —, so klar sehen die Überlegteren die Notwendigkeit ein, daß ein deutscher Kolonistenstamm in Rußland bleiben muß. Es ist ein Zeichen für die Zukunft, daß keine russische Regierung, am wenigsten aber die jetzige bolschewistische, die Kolonisten in Wahrheit ziehen lassen will. Man hat ihnen jetzt sowohl im Süden, im Halbstädter Gebiet, wie im nördlichen Kaukasus, bedeutende Zugeständnisse gemacht und ihnen eine Selbständigkeit wie im Wolgagebiet in Aussicht gestellt, um sie nur zu halten.

Über so viele Trümmer der Blick auch bei einer Übersicht über die Lage der Kolonisten gleitet, so erkennt man doch einzelne

schwache Lichtpunkte, die auf eine bessere Zukunft deuten. Die deutschen Kolonisten in Rußland sind mitten hineingestellt in die größten weltgeschichtlichen Fragen, die sich mit der Notwendigkeit des Schicksals entwickeln. Deshalb kann wahre Hilfe auch nur im größten Zusammenhang durch Europas und Amerikas vereinigte Hilfsmittel gebracht werden. Für die Kolonisten wird man im großen und ganzen etwa sagen können, daß Deutschland sich besonders am kulturellen Wiederaufbau, Amerika aber am materiellen beteiligen müsse. Auch die Hilfeleistung im kleinen aber muß heute wohl durchdacht und vorbereitet sein, wenn es auch bitter ist, daß schon in der Zeit der Vorbereitung Tausende zugrunde gehen. Die Hilfeleistung darf aber schließlich sich nicht auf eine Gruppe beschränken, sondern sie muß die Kolonisten in ihrer Gesamtheit erfassen. In diesem Sinne darf ich einer gemeinsamen Hilfeleistung der im Zentralkomitee der Deutschen Vereine aus den Kolonistengebieten Rußlands vereinigten Kolonistenverbände die beste Voraussage geben, da schon seit Monaten das gemeinsame Zusammengehen mit den kolonistischen Landsleuten in Amerika vorbereitet wird. Die innere Einheit des Kolonistenstammes in den Gebieten des ehemaligen Rußland, in den Kriegsnöten erwachsen, ist eine Tatsache geworden, die wir auch zu einem Fortschritt für die deutsche Sache rechnen müssen.

Bundestagung des Deutschen Volksbundes für Argentinien

Das nachstehende Referat ist den sehr ins einzelne gehenden Berichten entnommen, die im „Argentinischen Tageblatt“ vom 9. und 12. Juli erschienen. Wir haben es ausführlicher gehalten, als sonst hier üblich und möglich, da die Bundestagung eine ungewöhnliche Fülle wertvoller Aufschlüsse über wichtige Fragen des Deutschtums in Argentinien brachte.

Am 8. Juli, vormittags 9 Uhr, begann in Buenos Aires die 5. Bundestagung des Deutschen Volksbundes für Argentinien. Vertreten waren die Ortsgruppen Buenos Aires, Bahia Blanca, Bompland, Concordia, Contrealmirante, Cordero, La Plata, Mandisovi, Mendoza, Quilmes und Winifreda. Als Gäste trafen außerdem eine große Anzahl Einzelmitglieder ein. An Stelle des 1. Bundesvorsitzenden, Herrn E. Hayn, der sich unterwegs nach Europa befand und ein herzliches Begrüßungstelegramm schickte, eröffnete Dr. L. Merzbacher als 2. Bundesvorsitzender die Verhandlungen. Er wies einleitend darauf hin, daß infolge der Durchführung des Organisationsplanes im abgelaufenen Jahre rege positive Arbeit geleistet worden sei. Da die verschiedenen Arbeitsausschüsse nach dem vorliegenden Dezentralisationsplan selbständig arbeiten konnten, hatte die Bundesleitung lediglich die nötigen Entscheidungen zu treffen. Nach diesen allgemeinen Feststellungen begrüßte Dr. Merzbacher die Vertreter der Gesandtschaft, die Herren Dr. Olshausen und Dr. Stichel, sowie Herrn Pastor Schüler, der den Deutschen Volksbund für Paraguay vertrat. Herr Geheimrat Dr. Olshausen erklärte, er sei vom Herrn Gesandten beauftragt, die Tagung zu begrüßen und sich zum Dolmetsch des warmen Interesses zu machen, das der Gesandte persönlich, wie die Gesandtschaft als Ganzes, den Bestrebungen des Deutschen Volksbundes entgegenbrächten.

Zunächst erstattete Herr M. Wilfert den Tätigkeitsbericht. Er wies darauf hin, daß neuerdings, dem Wunsche mehrerer Ortsgruppen entsprechend, die Arbeitsberichte des Bundes im Vereinsorgan „Der Bund“ veröffentlicht würden. Erfreulicherweise hätten die Zusammenschlußbestrebungen im letzten Jahr zwar weiteren Boden gewonnen, leider umfasse aber der Bund immer noch lange nicht das gesamte argentinische Deutschtum. Er bestehe zurzeit aus 49 Ortsgruppen, zu denen jedoch diejenigen nicht gezählt seien, die im Berichtsjahre keinerlei Tätigkeit entfaltet hätten und somit nur nominell bestünden. Als bemerkenswerter Organisationsfortschritt sei zu verzeichnen, daß die Rechtsauskunftsstelle des Bundes die Mitarbeit eines

Buenos Aireser Notars gewonnen habe. Außerdem beschäftige man sich jetzt lebhaft mit dem Rabattsystem und anderen wirtschaftlichen Problemen.

Sodann erstattete Dr. Schäffer als Leiter der Beratungsstelle eingehenden Bericht über die Fürsorge des Volksbundes für Einwanderer. Dazu äußerte sich dann der Reichskommissar für das Auswanderungswesen, Herr Dr. Stichel, in längerer Rede. Er beglückwünschte den Bund zu der segensreichen Tätigkeit, die er in seiner Beratungsstelle schon geleistet habe. Wenn auch bisher in Argentinien das Gespenst der Arbeitslosigkeit noch nicht aufgetaucht sei, und infolgedessen die Unterbringung von Einwanderern leichter als in vielen andern Ländern vor sich ging, müsse doch festgestellt werden, daß ein Anschwellen dieser Einwanderung unerwünscht sei, da die zunächst zur Einstellung deutscher Arbeitskräfte bereiten deutschen Betriebe allmählich ihren Bedarf gedeckt hätten. Dr. Stichel gab einen interessanten Auszug aus der amtlichen argentinischen Statistik, nach der monatlich als Einwanderer in Buenos Aires die folgenden Anzahlen von Deutschen eintrafen: 1919 Dezember: 451; 1920 Januar: 275; Februar: 270; März: 253; April: 117; Mai: 508; Juni: 397; Juli: 500; August: 686; September: 616; Oktober: 444; November: 1023; Dezember: 452; 1921 Januar: 390; Februar: 787; März: 443; April: 599. Insgesamt sind also in der Zeit von Dezember 1919 bis April 1921 statistisch nachgewiesen: 8211 deutsche Einwanderer. Sie alle haben, nicht zuletzt dank der Bemühungen der Beratungsstelle des Volksbundes, der sich mit dem Verein zum Schutze germanischer Einwanderer in die Aufgabe der Stellenvermittlung teilt, Arbeits- und Lebensmöglichkeit erhalten. Manche von ihnen allerdings, vor allem Angehörige gebildeter Kreise, wie Chemiker, Veterinäre, Ärzte, Lehrer, Maler, Journalisten, ferner Offiziere, Beamte, Kaufleute, die nicht auf den ihnen in der Heimat erteilten Rat haben hören wollen oder können, und alle die, die in Argentinien mit weniger Anstrengung als in der alten Welt vorwärts kommen zu können hofften, haben Ent-

täuschungen erlebt. — Arbeitsfreudige, energische und vor allem mit praktischen Kenntnissen ausgestattete Elemente hätten jedoch fast stets festen Fuß gefaßt.

Dr. Stichel bezeichnete als dringende Aufgabe der Beratungsstelle, mit Hilfe der Ortsgruppen alle überhaupt vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen. Besonders wichtig sei, daß die Einwandernden — was eigentlich, wie in den in Japan gegründeten Auswandererschulen, schon in der Heimat einsetzen sollte — Unterricht in der Landessprache genössen. Hier will denn auch der Volksbund, ähnlich wie es der Verein „Vorwärts“ bereits getan hat, durch Einrichtung unentgeltlicher Sprachkurse nachhelfen. Dr. Stichel ging in seinen Ausführungen noch auf die verschiedenen Ansiedlungsmöglichkeiten ein. Was die Ansiedlungsmöglichkeiten auf Staatsland betrafen, hätte man gehofft, daß sie in ein günstigeres Stadium als das bisherige treten würden, als bekannt wurde, daß der Exekutivgewalt ein Dekret vorliegt, das die Vermessung von über 10 Millionen ha Fiskalland in den Territorien Formosa, Chaco, Misiones, Chubut, Santa Cruz und Feuerland vorsieht, von dem größere Teile, besonders im Norden, an Schienenwegen gelegen und sehr wohl zur Ansiedlung geeignet sind. Bis jetzt sei das Dekret jedoch noch nicht unterzeichnet worden, so daß man heute das gewohnte Schauspiel erlebe, daß sich die Ansiedler aus eigener Machtvollkommenheit dort ansiedeln, wo es ihnen gefällt, und die Vermessung erst dann vorgenommen wird, wenn die Besiedlung schon geschehen ist, was sehr oft zu schwerwiegenden Nachteilen für den Siedler führe.

Immerhin versichere das Landesamt, daß die Arbeit des fleißigen Ansiedlers, der die Vorschriften des Landgesetzes befolge, auch auf unvermessenem, zur Vermessung vorgesehenem Lande geachtet werden würde. Den Gedanken der Beratungsstelle, wegen günstiger Siedlungsmöglichkeiten auch an die Provinzialregierungen heranzutreten, begrüßte Dr. Stichel. Allerdings dürfe man dabei nicht außer acht lassen, daß heutzutage nur noch sehr wenig Provinzen in der Lage seien, Staatsland zu ähnlichen Bedingungen wie die Nationalregierung abzugeben. Bezüglich der Art der Siedlung empfahl der Redner, den gesunden Gedanken der Gruppensiedlung, der durchführbar sei, fortzuführen und auch weiterhin bei der Ansiedlung auf Staatsland mitzuhelfen. Wie das geschehen könne, habe der Deutsche Volksbund für Paraguay in der Staatskolonie Independencia gezeigt.

Pastor Schüler sprach über „Paraguay und die deutsche Einwanderung“. Er legte dar, daß der dortige Volksbund dringend der Mitarbeit des argentinischen Bruderbundes bedürfe, zumal die Einwanderung der Deutschen in Paraguay oft auf große Schwierigkeiten stoße. Die meisten Ankömmlinge paßten nicht für das Land, sie wären oft völlig mittellos, und wenn sie nur einigermaßen vorwärts kommen wollten, müßten sie zum mindesten über 500 Dollar Gold verfügen können. Auch habe man verschiedentlich schlimme Erfahrungen mit den Einwanderern gemacht. Die erwähnte Kolonie Independencia könne allerdings als eine Musterkolonie gelten. Es seien etwa 300 Lose bis jetzt vergeben, und es wären auch noch weitere vorhanden, doch nur unter zwei Bedingungen: die Kolonisten müßten Berufslandwirte sein und über genügende Mittel verfügen.

Weiterhin wurden verschiedene Anträge diskutiert. Der erste verlangte, daß auch Einzelmitgliedern eine Vertretung bei der Bundestagung zugestanden werden solle. Die Meinungen darüber waren sehr geteilt, so daß die Beschlußfassung vorläufig verschoben wurde. Die Ortsgruppe Mendoza hatte um Entsendung eines Wanderredners gebeten. Grundsätzlich wurde

zugegeben, daß lebhaft propagandistische Art im Interesse der Bundesleitung läge, es sei nur schwierig, passende Persönlichkeiten zu finden, die über Eignung und genügende Zeit zugleich verfügten. Vor allem aber spiele das Geld eine große Rolle. Zunächst sei einmal ein Kinoapparat mit Films beschafft worden, der nächstens einträfe.

In der Nachmittagssitzung wurde die Frage der Lebensmittelsendungen nach Deutschland besprochen. Da Botsendungen, wie Konsul Hügel darlegte, dem Schieberwesen in Deutschland Vorteil bringen, während jede Büchse Milch oder Konserven ihm entgegenwirke, beantragte man, es bei der jetzigen Art der Lebensmittelsendungen zu belassen.

In der Angelegenheit des Versicherungsprojektes, das vorsieht, ähnlich wie es bei dem Schweizerischen Bund in Nordamerika der Fall ist, wo alle Mitglieder durch ihre Zugehörigkeit zum Bunde automatisch mit 100 Dollar Sterbegeld versichert seien, auch die Mitglieder des Deutschen Volksbundes für Argentinien mit je 100 Pesos bei Todesfall und 1000 Pesos bei Unfall zu versichern und die dafür nötige Prämie durch einen Aufschlag auf die Mitgliedsbeiträge zu decken, konnte keine Einigung erreicht werden.

Herr Wilfert berichtete noch kurz über das vom Bunde eingeführte, seinen Mitgliedern zugute kommende Rabattsystem, das auf Vereinbarung mit einer großen Anzahl von Firmen beruht. Pastor Schüler fragte an, ob die daraus entstehenden Vorteile nicht auch den Mitgliedern des Deutschen Volksbundes für Paraguay zuteil werden könnten. Dies wurde bejaht.

Über den Versuch einer Statistik machte Prof. Dr. Keiper interessante Mitteilungen. Er wies darauf hin, daß es von großem Wert sei, eine Statistik der im Lande befindlichen Deutschen zu haben. Um sie zu erhalten, seien Fragebogen an Vereine und andere Stellen in Buenos Aires und im Innern geschickt worden. In Buenos Aires habe man nicht einmal von allen Stellen eine Antwort bekommen, doch sei da die Statistik nicht so wichtig, weil die Deutschen immer leicht zu erreichen seien. Aber auch im Innern habe man wenig Erfolg gehabt. Die Umfrage sei hauptsächlich unternommen worden, um sich über die Möglichkeit, neue Schulen und Ortsgruppen zu gründen, zu orientieren. Es ergab sich, daß das Aufstellen einer auch nur annähernd genauen Statistik ein Ding der Unmöglichkeit war. Wo überhaupt Schätzungen einliefen, waren sie ungenau oder einander widersprechend. Trotz der Wertlosigkeit der erzielten Statistik habe man aber doch verschiedene wichtige Fingerzeige erhalten. So habe man feststellen können, daß in den Provinzen Buenos Aires, Santa Fé und Entre Rios sowie in der Pampa ungefähr 1400 deutsche Kinder ohne deutschen Unterricht seien. Es gebe eine Reihe von Orten, wo so viele Deutsche wohnen, daß sich die Gründung von Ortsgruppen lohnen würde. Nach der einen, wie nach der anderen Seite müsse gearbeitet werden. Schulen und Ortsgruppen müßten sich gegenseitig unterstützen.

Im Anschluß an diese Darlegungen warf Prof. Dr. Keiper einen Rückblick auf die Entwicklung des Bundes während der verfloßenen 5 Jahre. Im allgemeinen ließe sich ein erfreulicher Aufstieg erkennen, der äußerlich durch die jetzt bereits über 4000 betragende Mitgliederzahl dokumentiert werde.

Den 1. Arbeitstag beschloß ein gemeinsames Abendessen im Vereins Hause. Der deutsche Gesandte, Dr. Pauli, brachte das Hoch auf Argentinien und seinen Präsidenten aus. Dr. Menzbacher ermahnte dazu, brüderlich vereint deutscher Arbeit der Welt wieder eine Bresche zu schlagen. Die Festrede hielt Prof. Dr. Keiper. Sie gipfelte in der Darstellung der beiden Hauptaufgaben des Bundes: den jungen Nachwuchs, auch die

Mädchen, heranzuziehen und engere Verbindung mit der deutsch-argentinischen Mittelschicht zu suchen. Prof. Dr. Keiper schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Volksbund. Musikalische Darbietungen des Flötenvirtuosen Walter Schulz und des Kammersängers Overlack beschlossen die eindrucksvolle Feier.

Der 2. Sitzungstag, Sonnabend, 9. Juli, wurde mit einer Debatte über das Genossenschaftswesen eröffnet. Dabei wurde der Vorschlag gemacht, eine Art Einkaufskommission zu bilden, für die das Personal der Lebensmittelversandabteilung, die doch in absehbarer Zeit ihre Tätigkeit einstellen werde, verwandt werden könne. Die Kommission soll gegen kleine Vergütung arbeiten und allenfallsige Überschüsse einem Fond für die geplante Konsumvereinigung zuführen. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß in der ganzen Frage, die für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Deutschums in Argentinien von großer Bedeutung werden könne, im Innern des Landes noch sehr geringes Interesse bestehe und die Kolonien sich nahezu vollständig gleichgültig verhielten. Sie erwarteten offenbar, daß ihnen von Buenos Aires alles mundgerecht auf den Tisch gelegt würde. Herr Konsul Hügel nahm die Kolonisten gegen diese Darstellung in Schutz und vertrat den Standpunkt, daß diese auf die Initiative von Buenos Aires, wo das Hauptgeld sitze, einfach angewiesen seien. Die bisher gepflogenen Verhandlungen mit Buenos Aires Importgeschäften, von denen der Plan einer Konsumvereinigung ausgegangen sei, befänden sich auf gutem Wege. Ein Statutenentwurf sei ausgearbeitet, so daß man hoffen könne, binnen weniger Wochen zu einem greifbaren Resultat zu gelangen.

Zur Frage der Landvermittlung gab noch Dr. Schäffer, der Leiter der Beratungsstelle für Einwanderung, bekannt, daß die Versuche, Ländereien für Besiedlungszwecke zu beschaffen, bisher leider fehlgeschlagen seien, da dem Bund für direkte Kolonisation nicht die nötigen Mittel zur Verfügung stünden. Man wolle jetzt mehr noch als bisher die Besiedlung von staatlichen Ländern betreiben. Zunächst müsse sich die Beratungsstelle in der Hauptsache darauf beschränken, vor übereilter Ansiedlung und vor wenig vertrauenswürdigen Unternehmen

zu warnen und den Kolonisten mit Ratschlägen zur Seite zu stehen. Pastor Schüler bemerkte, daß auch in Paraguay noch Land zur Verfügung stünde und ein paar Dutzend Familien vom dortigen Bunde leicht untergebracht werden könnten. Die Ortsgruppe La Plata stellte im weiteren Verlauf der Tagung den Antrag auf Gründung einer deutschen Schule. Die Schwierigkeiten, die in der Hauptsache in der geringen Zahl der Deutschen lägen, wurden von den Antragstellern anerkannt. Vielleicht könnte man aber immerhin zunächst einmal einen Kindergarten ins Leben rufen. Der Antrag wurde jedoch ziemlich einstimmig abgelehnt, da die deutschen Kinder von La Plata ohne Schwierigkeiten die sechsklassige Schule von Quilmes besuchen könnten.

Schließlich wurden noch Neuwahlen vorgenommen, da satzungsgemäß diesmal der Bundesvorsitzende sowie einige weitere Herren des Vorstandes auszuscheiden hatten. Herr E. Hayn wurde unter Beifallskundgebungen einstimmig wiedergewählt. Die Stelle des 2. stellvertretenden Vorsitzenden wurde durch Zurufe ebenfalls einstimmig Herrn C. Schmitz übertragen. Als Ort der nächsten Bundestagung wurde wiederum Buenos Aires festgesetzt. Mit der Verlesung des Sitzungsberichts schlossen die offiziellen Verhandlungen des diesjährigen Bundestags.

Am Abend vereinigten sich die Teilnehmer noch zu einer Abschiedsfeier, bei der das neue Vereinshaus den Beweis erbrachte, daß es sich für derartige Veranstaltungen ausgezeichnet eignet. Der Deutsche Männergesangsverein in Buenos Aires hatte den Hauptteil des Programms auf sich genommen. Verschiedene Solisten aus der Gesellschaft wirkten mit, auch die Kapelle der Freundschaftsloge stellte ihre Kunst in den Dienst der Veranstaltung. An den programmäßigen Teil schloß sich noch ein Tanz an, der die Teilnehmer bis in die Morgenstunden zusammenhielt.

Das „Argentinische Tageblatt“ sieht in einer Schlußbetrachtung den größten Wert der diesjährigen Tagung darin, daß der Volksbund auf ihr den Beweis erbracht habe, schon jetzt ein unentbehrlicher Faktor der deutschen Kolonie zu sein. Es gälte, auf dem beschrittenen Weg weiterzuarbeiten, bis schließlich der Deutsche Volksbund der wichtigste Exponent des Deutschums in Argentinien geworden sei.

A. M.

Der Stand der Auslandkunde in Deutschland*)

VI. Berichte der auslandkundlichen Institute und Vereine Deutschlands.

Nachdem im Heft 16 des „Auslanddeutschen“ ein Verzeichnis der auslandkundlichen Institute und Vereine Deutschlands veröffentlicht worden ist, folgen nachstehend die von den einzelnen Organisationen eingesandten Berichte über ihren Aufbau und ihre Tätigkeit. Es wurde von vornherein der Schwierigkeit der Abgrenzung des Begriffs „Auslandkunde“ entsprechend Wert darauf gelegt, in möglichstster Vollständigkeit alle diejenigen Vereinigungen zu umfassen, die ihrem Wesen nach entweder wissenschaftlich oder praktisch zum Ausland in Beziehung stehen. Sämtlichen Organisationen wurde als Anhaltspunkt für den einzusendenden Bericht ein Fragebogen übersandt, der die folgenden Punkte enthielt:

1. Name des Instituts (Vereins usw.).
2. Sitz (Ort, Straße, Gebäude).
3. Unterbringung (ob in eigenem Gebäude, in staatlichem Gebäude, in gemieteten Räumen?).
4. Rechtliche Stellung (selbständiges Unternehmen, Universitäts- oder sonstige akademische Einrichtung? Anstalt des öffentlichen Rechts? Verein? Zahl der Mitglieder?).
5. Leitung (Körperschaften und Einzelpersonen, Vorstand, Verwaltungsrat, Beiräte usw.).
6. Geschichte (Gründung, Entwicklung, hervorragende Persönlichkeiten und Ereignisse).
7. Aufgabenkreis des Instituts:
 - a) wissenschaftliche Aufgaben: Forschung, Lehre, Vortragskurse, Veröffentlichungen (einmalige und ständige Zeitschriften, Bücherserien?).
 - b) Aufgaben der Praxis: Zugänglichkeit (nur für Akademiker oder für weitere Kreise?). Auskunfterteilung (gemeinnützig oder gegen Entgelt?). Vermittlungen geschäftlicher Art, Ausstellungen.
8. Innerer Aufbau (Art und Benennung der einzelnen Abteilungen, Zweigstellen, Vertreter und Vertrauensleute im In- und Ausland).
9. Nähere Angaben über Sammlungen und Hilfsmittel des Instituts:
 - a) Bibliothek (Zahl der Bände).
 - b) Archive (Zahl der Zeitungsausschnitte).
 - c) Karten und Bildsammlungen (Zahl und Art der Karten und Bilder).
10. Arbeitsgemeinschaft mit anderen Organisationen und Instituten (welchen?).
11. Finanzverhältnisse (Geldbeschaffung, Etat, Vermögen).
12. Existieren gedruckte Institutsberichte oder sonstige Drucksachen des Instituts?
13. Sonstige Bemerkungen.

Es blieb jedoch den Instituten und Vereinen selbst überlassen, ob und in welcher Form sie die einzelnen Fragen beantworten wollten.

*) Siehe auch Nr. 14, S. 418, Nr. 15, S. 450 und Nr. 16, S. 483.

Für die in dieser Nummer zunächst zum Abdruck gelangenden Berichte der Universitäts- und akademischen Institute muß berücksichtigt werden, daß nur diejenigen eine Aufnahme in der Veröffentlichung finden konnten, die den Charakter selbständiger Institute tragen, während die an allen Universitäten bestehenden Seminare, obgleich sie vielfach sehr wertvolle Arbeit auslandkundlicher Art leisten, nicht mit aufgeführt sind, da sonst unsere Veröffentlichung einen allzu großen Umfang angenommen haben würde.

Wie schon zu Eingang des in voriger Nummer veröffentlichten Verzeichnisses hervorgehoben wurde, kann eine Vollständigkeit bei dem Mangel geeigneter Vorarbeiten nicht verbürgt werden. Die Berichte derjenigen Institute, die nicht rechtzeitig eingetroffen sind, werden in den folgenden Nummern nachträglich Aufnahme finden.

Amerika-Institut, Berlin.

Staatsbibliothek, NW 7, Universitätsstraße 8.

Das seit dem 1. Januar 1911 eröffnete Amerika-Institut untersteht dem Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und übernahm als seine Hauptaufgabe die kostenfreie Vermittlung des amtlichen und wissenschaftlichen Druckschriften-Austausches zwischen Deutschland und Amerika. In Deutschland bedienen sich zwischen 30 und 35000 individuelle Stellen, staatliche und städtische Ämter und Behörden, Universitäten, gelehrte Gesellschaften, Institute usw. der im Amerika-Institut eingerichteten Vermittlungsstelle.

Während amerikanischerseits das allergrößte Interesse an der Übermittlung amtlicher Dokumente der deutschen Regierung und der verschiedenen Staaten der deutschen Republik aus dem Zeitraum von 1914 bis zum heutigen Datum für die Kongressbibliothek in Washington besteht, und auch ein lebendiges Interesse amerikanischer Universitäten und wissenschaftlicher Institute geflissentlich betont wird, decken sich diese amerikanischerseits geäußerten Interessen mit dem bisherigen Arbeitsprogramm insofern, als das Amerika-Institut bereits im Frieden bestrebt war, jede nützliche Art von Wissen über Deutschland in Amerika zu verbreiten, bzw. bei der ersten Einführung in solches Studium mit allen verfügbaren Mitteln behilflich zu sein: mit dem gleichzeitig nie aus den Augen verlorenen Ziele, in Deutschland selbst gegen oberflächliche Schematisierung der landläufigen Begriffe von Amerika das Studium amerikanischer Verhältnisse und amerikanischer Wesensart durch Beibringung unverfälschter und kommentarloser Originale zu beleben und zu fördern.

Es kann nicht geleugnet werden, daß auf dieser Basis nicht nur wissenschaftliche, sondern auch sehr vielseitige behördliche Interessen wahrgenommen werden, daß es sich aber bei einer Wiederaufnahme des Tauschverkehrs vor allem nicht nur um eine Wiederherstellung lediglich des alten Zustandes handelt, sondern in Anbetracht des ungemein vermehrten Interesses an Amerika und der gänzlich veränderten Gesamtanlage, um eine durchgreifende Neugestaltung.

Die von Amerika hierher gelangten Austauschsendungen haben seit der Wiederaufnahme des Verkehrs mit 499 Kisten zu durchschnittlich zwei Zentnern Gewicht allerdings eine Arbeitslast der Registratur und des Versanddienstes geschaffen, die erheblich über das Arbeitsquantum der Vorkriegszeit hinausgeht.

In den Sendungen selbst sind vertreten als Absender: American Museum of Natural History mit 13360, Academy of Natural Science mit 1574, John Hopkins University mit 316, Smithsonian Institution, überwiegend für Government Printing Office, mit 629 Paketen, U. S. Geological Survey mit 162 Kisten zu insgesamt 1620 Kilo Gewicht, Carnegie Institution mit 10 Kisten. — Unter den außerdem hier eingetroffenen Sendungen sind besonders zu erwähnen große Mengen von diplomatischen Dokumenten zum Weltkriege aus der Sammlung des „Carnegie Endowment For International Peace“.

In engstem Zusammenhange mit dem routinemäßigen Austausch steht der individuelle Bestell-Dienst, insbesondere die Beschaffung der für deutsche amtliche Stellen unentbehrlichen Informations-Materie — beispielsweise Unterlagen für die Beurteilung der Fragen des beschlagnahmten Eigentums, des Urheberrechtes, des Patentrechts, der Tarifgesetzgebung usw. Dieser Bestelldienst hat allerdings gegen früher, besonders infolge der zwischen Behörden und Wissenschaftlern zurzeit fast ganz verloren gegangenen Fühlung, solche Dimensionen angenommen, daß das Amerika-Institut infolge seiner stark reduzierten Hilfskräfte nur den allerdinglichsten Anforderungen einigermaßen zu entsprechen imstande ist. Diese Dienstleistungen des Amerika-Institutes sind mit Rücksicht auf die voraussichtlich noch lange Zeit hin äußerst erschwerten direkten Verkehrsbeziehungen (Reisen, Teilnahme an Kongressen usw.) von einschneidender Bedeutung für die gemeinsame Orientierung zwischen beiden Ländern.

Sehr stark in Anspruch genommen wird das Amerika-Institut durch Anträge auf Vermittlung neuer Austauschverbindungen.

Die Einrichtung und Durchführung eines solchen glatt arbeitenden Reziprozitätsdienstes muß als eine Mindestleistung des Amerika-Instituts anerkannt werden, selbst wenn es hierbei nur die Rolle eines schlichten Vermittlers (Clearing House) durchführen will.

Über die zirka 13000 Bände enthaltende Bibliothek des Amerika-Instituts ist zunächst zu sagen, daß mit den gegenwärtigen Hilfsmitteln Neuanschaffungen seit 1914 kaum erfolgen konnten, und daß besonders die Auffüllung von Lücken sich bis heute nicht hat ermöglichen lassen, daß dagegen die Anforderungen, Anträgen und Benutzung der Bibliothek nicht nur in Berlin, sondern besonders auch von außerhalb sich gegen früher in einer Weise vervielfacht haben, daß unbedingt auch diesem Dienstzweige, falls die Bibliothek nicht obsolet werden soll, ernstlich Beachtung geschenkt werden muß. Dies um so mehr, als sich ganz allgemein das Inter-

esse in Deutschland an amerikanischen Dingen infolge der großen Enttäuschung und Ratlosigkeit sichtlich gesteigert hat. Sowohl Privatpersonen wie öffentliche Institute sind heute so gut wie ganz von direktem Quellenmaterial aus und über Amerika abgeschnitten. Ganz besonders fühlbar macht sich der Umstand, daß unsere studierende Jugend auf lange Zeit hin so gut wie keine Gelegenheit hat, durch Aufenthalt im Ausland ihren Gesichtskreis zu erweitern. Gerade die studierende Jugend ist daher besonders auf Sammlungen, wie die im Amerika-Institut vorhandenen, angewiesen. Gegen 120 amerikanische Studenten, welche gegenwärtig den Vorlesungsbetrieb eines dreijährigen Besuches der Oxford-Universität in England genießen (Ph.D. Scholars), ist es kaum einem einzigen deutschen Studierenden vergönnt, im englisch-amerikanischen Ausland Auslandsstudien zu betreiben. Unter diesen Verhältnissen bietet sich dem Amerika-Institut eine nicht von der Hand zu weisende Möglichkeit durch den Ausbau seiner Bibliothek — selbst in gewissen Grenzen — und durch anknüpfende Beratung, das sich neu bildende Urteil über Amerika gestalten zu helfen.

Einer Mitteilung des Herrn Geheimrat Brandt zufolge wendet sich das Interesse der Studenten im Englischen Seminar immer mehr den modern-englischen Geschichts- und Kulturstudien zu. Es wurde notwendig, ein eigenes Kolleg über englische Geschichte zu halten. Bei der Aufstellung bzw. Wahl der Seminar-Referate wurden deutlich Arbeiten auf diesem Gebiete bevorzugt — also statt philologischer Formstudien ist das Studium der englisch sprechenden Welt zum Gegenstand des Studiums geworden. Herr Geheimrat Brandt bemerkt in der erwähnten Mitteilung weiterhin: „Es ist dies eine Wirkung des Krieges, und da sie auf die Lebensprobleme von England und den Vereinigten Staaten geht, verdient sie wohl Förderung. Nun ist zwar das englische Seminar unter seinen 15000 Bänden viel Geschichtliches, aber eine noch viel reichere Büchersammlung speziell über amerikanische Geschichte und Kultur steht ganz in der Nähe: ich meine das Amerika-Institut. Diese Bücher haben überdies jetzt einen ungeheuren Wert und können bei den gegenwärtigen Valutaverhältnissen kaum mehr angeschafft werden.“

Seinem ursprünglichen Programm zufolge steht das Amerika-Institut ferner den Aufgaben von nicht zu unterschätzender Bedeutung aus Anlaß der in nächster Zeit zu erwartenden Wiederaufnahme des Urheberrechtes für das deutsche Buchwesen (Copyright). Es handelt sich hierbei nicht nur um die Interpretation der englischen geberischen Maßnahmen ab April 1917 und die Erwirkung deutscher Rechte für die Zeit von August 1914 bis April 1917, sondern auch um die Vorbereitung geeigneter deutscher Vorschläge für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der amerikanischen Anmeldestelle für Copyright.

Der im ursprünglichen Programm des Amerika-Institutes vorgesehene Arbeitskreis des Institutes umfaßt, laut Text in der „Minerva“: Auskunfterteilung. Während sich auch früher schon die an das Amerika-Institut gerichteten Anfragen aus deutschen Kreisen über amerikanische Verhältnisse, und umgekehrt aus amerikanischen Kreisen über deutsche Verhältnisse, selbst bei strikter Ausschließung von Interessen rein kommerziellen Charakters, über ein erstaunliches Gebiet des Wissenswerten in beiden Ländern erstreckten, ist auch hier aus den bereits angedeuteten Gründen nicht nur eine allgemeine Vertiefung des Interesses, sondern auch eine entsprechende Erschwerung in der Lösung der hieraus erwachsenden Aufgaben festzustellen. Insofern jedoch die Wiederanbahnung substantieller Beziehungen zwischen den intellektuellen beider Länder letzte Aufgabe des Amerika-Instituts ist, wird ein künstliches Beschneiden der auf Amerika gerichteten deutschen Interessen kaum möglich sein.

Das Amerika-Institut ist daher bestrebt, sich im Rahmen des Möglichen einen solchen Vollbetrieb zu sichern, daß es sich durch die Leistungsfähigkeit seines Austauschdienstes, seiner Bibliothek und seines Auskunftsdienstes denjenigen Magnetismus verschafft, welcher allein erst die Lösung der letzten Aufgaben jedes wissenschaftlichen und auf Verbreitung von Auslandkunde gerichteten wissenschaftlichen Unternehmens ermöglichen wird, d. h. denjenigen Magnetismus, welcher die lebendigen persönlichen Faktoren unter Deutschen sowohl wie unter Amerikanern auf der Basis nicht internationaler Sentimentalität, sondern unter dem Zwange von Sachwerten dazu veranlaßt, sich des Institutes und seiner Einrichtungen im Interesse allerseitiger Förderung des Wissens und Verstehens zwischen beiden Ländern zu bedienen.

Institut für Auslands- und Wirtschaftsrecht an der Universität Berlin.

Zweck des Instituts ist die Förderung der Kenntnis des praktischen Auslands- und Wirtschaftsrechts. Zur Erreichung dieses Zwecks werden Lehrkurse unter der Leitung des Direktors, von Assistenten des Instituts und von sonstigen geeigneten Persönlichkeiten abgehalten. Als Lehrkräfte für das Auslandsrecht sind insbesondere Auslandsdeutsche und Ausländer heranzuziehen.

Die Kurse des Instituts werden im Vorlesungsverzeichnis der juristischen Fakultät angekündigt und sind bei der Quästur zu belegen. Von den aufkommenden Honorareldern sind 10 % an die Kasse des Instituts zur Bestreitung der besonderen Ausgaben desselben abzuführen.

Die Bibliothek des juristischen Seminars dient vorläufig als Bibliothek des Instituts. Ihre Benutzung ist den Kursleitern unentgeltlich während des Semesters, in welchem der betreffende Kurs stattfindet, gestattet, den Hörern der Kurse gegen die üblichen Gebühren nach den bestehenden Vorschriften des juristischen Seminars.

Die zum Institut gehörigen Lehrmittel dürfen nur mit besonderer Genehmigung des Direktors und nur gegen Quittung aus den Räumen des Instituts entfernt werden. Die Genehmigung wird nur in besonderen Ausnahmefällen erteilt.

Der Direktor erläßt im Bedarfsfalle Ausführungsbestimmungen zu dieser Geschäftsordnung. (Abdruck der Satzungen.)

Institut für Meereskunde an der Universität Berlin.

NW 7, Georgenstraße 34/36.

Das in staatlichem Gebäude untergebrachte Universitätsinstitut ist im Jahre 1900 gegründet worden. Der erste Direktor war der Geograph Ferdinand Frhr. v. Richthofen; an seine Stelle trat 1906 der jetzige Leiter, Geheimrat Professor Albrecht Penck.

Das Institut ist gegründet worden, um das Verständnis für die mit der See und dem Seewesen zusammenhängenden Wissenszweige zu heben. Als Universitätsinstitut hat es wissenschaftlicher Lehre und Forschung zu dienen, daneben aber fällt ihm auch die Aufgabe zu, weiteren Kreisen die Kenntnis vom Meere zu vermitteln. Dem letzteren Zwecke dient das dem Institut angegliederte Museum, das alle mit dem Meer in Beziehung stehenden Erscheinungen zur Darstellung zu bringen sucht; außerdem werden volkstümliche Vorträge, die gleichfalls das gesamte Gebiet der Meereskunde umfassen, abgehalten.

Seinem Aufgabenkreise entsprechend, gibt das Institut zweierlei fortlaufend erscheinende Veröffentlichungen heraus: Die „Veröffentlichungen des Instituts für Meereskunde“ (seit 1902, bisher 27 Bände) enthalten die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung; die Sammlung „Meereskunde“ (seit 1907, bisher 156 Hefte) sucht in allgemeinverständlicher Form Sinn und Verständnis für die verschiedenen Zweige der Meereskunde zu wecken und zu pflegen.

Das Institut ist im allgemeinen nur Studierenden zugänglich. Auskunftserteilung findet in der Regel nicht statt, geschäftliche Vermittelung ist ausgeschlossen.

Das Institut zerfällt in zwei Abteilungen, eine ozeanographisch-biologische und eine volkswirtschaftlich-historische.

Die Bibliothek umfaßt 9500 Nummern mit etwa 10000 Bänden. Die Kartensammlung enthält etwa 10000 Blätter, in erster Linie Seekarten. Außerdem ist eine Bildersammlung mit Darstellungen aus dem Gesamtgebiet der Meereskunde und eine Diapositivsammlung von etwa 7000 Bildern vorhanden. Ein Archiv besteht nicht.

Das Institut wird aufrechterhalten durch staatliche Mittel, die im Staatshaushalt vorgesehen sind.

Institutsberichte wurden bis 1914 in der Chronik der Universität veröffentlicht.

Ungarisches Institut an der Universität Berlin.

Dorotheenstraße 6.

(Auszug aus dem Programm des Ungarischen Instituts.)

Das Ungarische Institut an der Universität Berlin ist ein Universitätsinstitut, welches im Dezember 1917 aus dem ungarischen Seminar hervorgegangen ist. Es untersteht der Leitung des Prof. Dr. Robert Gragger, welcher im August 1916 aus Budapest an die Universität Berlin berufen worden ist. Zu den ursprünglichen Aufgaben des ungarischen Seminars, dem in erster Linie die Pflege der ungarischen Sprache oblag, traten mit der Institutsgründung mannigfaltige andere Aufgaben hinzu: Geschichte, Länder- und Völkerkunde, Rechts- und Staatswissenschaft, Volkswirtschaft und Kunst, kurz die Behandlung und Pflege des gesamten Umkreises der ungarischen Kultur.

Der Arbeitsplan des Ungarischen Instituts gliedert sich folgendermaßen:

1. Als Forschungsanstalt hat das Ungarische Institut die wissenschaftliche Erforschung des ungarischen Kulturkreises nach allen Richtungen zu fördern.
2. Als Lehranstalt stellt sich das Institut die Aufgabe, die Studierenden durch Vorlesungen und seminaristische Übungen in das Studium der ungarischen und der ihr verwandten Sprachen sowie in die Kultur Ungarns einzuführen und zu wissenschaftlichen Spezialstudien anzuleiten.
3. Als Auskunfts- und Beratungsstelle bietet das Institut Wissenschaftlern und anderen Interessenten Quellen- und Nachrichtenmaterial.

Die Forschungstätigkeit auf dem Gebiete der Sprachwissenschaft und Literatur erstreckt sich auf das Studium der ungarischen und der finnisch-ungarischen Sprache, auf die Geschichte der ungarischen Literatur, auf geistesgeschichtliche Untersuchungen, insbesondere auf die Erforschung der Beziehungen zu den anderen Kulturkreisen, vor allem zu deutschem Geistesleben und deutscher Literatur.

Auf geschichtswissenschaftlichem Gebiet wird besonders die Kulturgeschichte, vor allem Sozial- und Wirtschaftsgeschichte gepflegt. Einzelstudien beschäftigen sich mit der Entstehung der heutigen Bewohnerschaft des Karpathenbeckens, mit

der Geschichte der Völkerwanderung, der Ansiedlung sowie der Kolonisation der einzelnen Volksstämme. Eine Analyse der orientalischen und der byzantinischen Geschichtsquellen wird gegenwärtig veröffentlicht.

Eine zusammenhängende archivalische Arbeit über die preußisch-ungarischen und die preußisch-siebenbürgischen Beziehungen, die seit dem 15. Jahrhundert auflebten, steht bevor.

Für die Rechtswissenschaft werden die ungarischen Rechtsquellen historisch behandelt und alle Probleme des heutigen ungarischen Rechtswesens untersucht. Die staatswissenschaftlichen Arbeiten berücksichtigen vor allem die staatswissenschaftliche Literatur Ungarns aus dem 18. Jahrhundert, in der schon fast alle sozialen Probleme unserer Zeit aufgerollt sind, daneben die gegenwärtigen staatswissenschaftlichen, wirtschaftlichen und soziologischen Probleme. Die landeskundlichen Arbeiten sollen vor allem vom Standpunkt der Kultur und Wirtschaftsgeographie ausgehen.

Die volkskundlichen Arbeiten machen sich zur Aufgabe, die Spuren des ursprünglichen Nomadenlebens, die Kriegskunst, das Siedlungswesen und die Bodengemeinschaft zu behandeln. Besondere Aufmerksamkeit wird dem sozialen Aufbau, dem Familienleben, Sippenwesen und der Stammesorganisation des ungarischen Volkes gewidmet. Ein Band ungarischer Volksballaden mit deutscher Übersetzung wird vorbereitet, eine Sammlung ungarischer Volkslieder, Sprichwörter und Sprüche soll folgen. Ein Band wird die Volksornamentik behandeln, ferner sind auf dem Gebiet der Volksmusik und Volksrhythmik zwei Arbeiten in Vorbereitung.

Archäologie und Kunstgeschichte werden auf vergleichender Grundlage behandelt.

Das ungarische Institut sorgt dafür, daß wertvolle ungarische Werke ins Deutsche übertragen und gegebenenfalls auch für den deutschen Leser umgearbeitet werden.

An periodischen Veröffentlichungen erscheinen

1. die „Ungarischen Jahrbücher“, Zeitschrift für die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen Ungarns und seiner Nachbarländer.

Bisher sind das erste und zweite Heft des ersten Bandes erschienen. Die Hefte enthalten Beiträge der bedeutendsten Vertreter des ungarischen Geisteslebens.

2. die „Ungarische Bibliothek“. Als erste Hefte der Ungarischen Bibliothek erschienen: „Die Herkunft der Ungarn, ihre Sprache und Urkultur“ von Josef Sziényei und „Deutsche Handschriften in ungarischen Bibliotheken“ von Robert Gragger. In Vorbereitung sind eine größere Anzahl von Aufsätzen über historische, soziologische, juristische, philologische und kulturvergleichende Themen.

Die Lehrtätigkeit erstreckt sich auf Universitätsvorlesungen und Übungen im Rahmen des Vorlesungsbetriebs der Universität Berlin. Über die behandelten Stoffe im Sommersemester 1921 vgl. die Tabelle der auslandkundlichen Vorlesungen im Auslandsdeutschen Heft 14, 1921.

Daneben dienen Einzelvorträge über Probleme aus dem Arbeitsgebiet des Instituts der Interessierung weiterer Kreise an den Fragen ungarischer Kultur.

Die Einrichtungen des Instituts umfassen zunächst die Bibliothek. Die Abteilung für Literatur besteht aus drei Hauptgruppen: aus literar-geschichtlichen Nachschlagewerken, aus Sammelwerken (ungarische Klassiker, Volksdichtung usw.) und aus einer belletristischen Gruppe. Die Abteilung für Geschichte enthält Werke der ungarischen Geschichtsschreibung, Quellenwerke und Monographien zu politischen, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte in historischer Reihenfolge geordnet. Die übrigen Abteilungen der Bibliothek sind den Arbeitsgebieten des Instituts entsprechend gegliedert. Eine besondere Zeitschriftabteilung enthält die vollständigen Jahrgänge der wichtigsten periodischen Veröffentlichungen, die Zeitungsabteilung etwa 200 Bände gebundener Jahrgänge der größeren ungarischen Blätter.

Neben der Bibliothek besteht ein Archiv, das Nachrichten aus deutschen und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften über Ungarn systematisch sammelt. Außer Ungarn werden auch die anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie behandelt. Eine wertvolle Broschürensammlung, Statistiken, Karten, Bilder und dergl. ergänzen dieses Material zur Zeitgeschichte.

Es wird an einer umfassenden deutsch-ungarischen Bibliographie gearbeitet, die gegenwärtig etwa 3000 Zettel umfaßt. Aus dem Privatbesitz des Direktors hat das Archiv eine ungarische Bibliographie über Deutschland erhalten.

Eine Auskunfts- und Beratungsstelle ist gleichzeitig mit den wissenschaftlichen Einrichtungen des Instituts erwachsen und dient der Vermittlung von Auskünften über die deutsch-ungarischen Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen. Die Auskunftserteilung erfolgt stets unentgeltlich; nur wo es sich um größere Abschriften und Übersetzungen handelt, wird Vergütung geleistet.

Zur Förderung des Ungarischen Instituts wurde im November 1917 unter dem Ehrenvorsitz des preußischen Kultusministers Dr. F. Schmidt-Ott, des ungarischen Kultusministers Dr. Graf Albert Apponyi und des österreichisch-ungarischen Botschafters, Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst eine Gesellschaft der Freunde des Ungarischen Instituts E. V. Berlin gegründet mit dem Zweck, durch Förderung des Ungarischen Instituts die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn zu pflegen. Eine Beteiligung auf politischem, privatwirtschaftlichem oder religiösem Gebiet ist ausgeschlossen. Die Mitgliedschaft der Gesellschaft kann von Einzelpersonen sowie von Korporationen aller Art erworben werden. Die Mitglieder setzen sich zusammen aus ordentlichen, aus fördernden Mitgliedern und aus Ehrenmitgliedern, die sich um den Ausbau und die Wirksamkeit des Instituts hervorragende Verdienste erworben haben.

Die Verwaltung ist dem Verwaltungsrat, dem Vorstand, dem Direktor des Instituts, dem wissenschaftlichen Beirat und der Mitgliederversammlung übertragen.

Romanisches Ausland-Institut Bonn.

Das Romanische Auslandinstitut an der Universität Bonn ist eine akademische Einrichtung. Der Vorlesungsausschuß hat 18 Mitglieder.

Das Präsidium des Vorlesungsausschusses bilden: Vorsitzender: Meyer-Lübbe (Prof. d. Romanistik), Stellvertreter: Landsberg (Jurist); Schriftführer: Dr. Leo Spitzer (Privatdozent d. Romanistik).

Die Gründung erfolgte nach der Berufung Meyer-Lübbes nach Bonn, der Stadt, wo Diez die romanische Philologie begründet hatte.

Aufgaben des Instituts: a) Vortragskurse, einzelne Vorträge und Semestralvorträge, Veröffentlichungen (Bücherreihen), moderne Bibliotheken (spanische, italienische, französische); b) Zugänglichkeit für das große Publikum. Abteilungen: a) Vorlesungsausschuß, b) Bibliotheken.

Gegenwärtig sind keine Zuschüsse von der Regierung zu erhalten gewesen.

Veröffentlichungen (4 Bücher) werden vorbereitet.

Die Ziele des Romanischen Auslandinstitutes sind vor allem die Verbreitung der Kenntnisse vom romanischen Ausland in weiten Kreisen, mit besonderer Betonung des modernen Geisteslebens, wie es sich in der Politik, Literatur, Volkswirtschaft und in den rechtlichen und sozialen Institutionen äußert, ohne Verleugnung der Errungenschaften der historischen Methoden. Als wesentliche Erfahrung kann mitgeteilt werden, daß diese Studien einen noch größeren Aufschwung nehmen könnten, wenn nennenswerte finanzielle Mittel zur Verfügung ständen.

Osteuropa-Institut in Breslau.

Im Jahre 1917, als der von unseren Feinden um Mittel-Europa gelegte eiserne Ring im Osten zerbrach, reifte die Erkenntnis, daß gerade Breslau wegen seiner geographischen Lage berufen sei, durch eine Forschungsanstalt zum Studium Osteuropas für die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen wertvolle Dienste zu leisten. Was uns an Lebensmitteln für die Volksernährung, an Rohstoffen für die Industrie fehlt, kann uns der Osten Europas bieten. Andererseits können wir den osteuropäischen Staaten beim Wiederaufbau wertvolle Dienste leisten, vor allem durch Maschinen zum Wiederaufbau der landwirtschaftlichen Industrie und zur Schaffung von Verkehrsmitteln, sowie durch geistige Kräfte, besonders durch Ingenieure und Facharbeiter.

So ergeben sich natürliche Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und den osteuropäischen Staaten, die zur Anknüpfung neuer Handels- und Wirtschaftsverträge führen müssen. Von der Tatsache ausgehend, daß die wirtschaftlichen Grundlagen Osteuropas noch wenig erforscht sind, daß vor allem ein gegenseitiges Verstehenlernen der Völker notwendig ist, wurde unter Führung der Professoren Adolf Weber und Richard Schott in Anlehnung an die Schlesische Friedrich-Wilhelms-Universität und die Technische Hochschule in Breslau das Osteuropa-Institut gegründet. Generalfeldmarschall von Woyrsch, der Schlesien vor feindlichem Einbruch bewahrt hatte, stellte sich an die Spitze einer Werbekommission, um die notwendigen Geldmittel für die Gewinnung des Instituts aufzubringen. Durch einen sehr günstigen Kauf gelang es ferner, ein ehemaliges Schloß zu erwerben. Infolge umfassender Renovationsarbeiten konnte die Einweihungsfeier des neuen Gebäudes, das in vorzüglicher Lage an der Oder liegt (Neue Sandstr. 18), erst am 20. Juni d. J. im Beisein zahlreicher Vertreter des Staates und öffentlicher Körperschaften stattfinden.

Die wissenschaftlichen Aufgaben des Instituts bestehen in der Sammlung von Material, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Forschungstätigkeit, Hochschulunterricht und Auskunftserteilung. Zur Ausübung dieser Arbeiten sind folgende Forschungsabteilungen gebildet worden:

1. Recht (mit besonderer Beratungsstelle),
2. Wirtschaft (mit besonderer Beratungsstelle),
3. Land- und Forstwirtschaft,
4. Bergbau- und Hüttenkunde,
5. Industrie.
6. Geographie und Landeskunde,
7. Religionswissenschaft,
8. Sprachwissenschaft und Literatur.

Um die Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, gibt das Osteuropa-Institut folgende periodische Veröffentlichungen heraus: I. „Quellen und Studien“, II. „Vorträge und Aufsätze“, III. „Osteuropäische Bibliographie“. Bis Juli 1921 sind im ganzen 20 Publikationen erschienen. Außerdem werden von den Referenten der Abteilungen in Zeitungen und Fachzeitschriften Aufsätze geschrieben, die das neueste Material des Archivs verwerten. Durch den Hochschulunterricht soll Interesse und Verständnis für die Völker und Länder Osteuropas geweckt werden. Privatpersonen und Beamte, die in das osteuropäische Ausland gehen wollen, sollen sprachlich, wirtschaftlich und wissenschaftlich vorgebildet werden. Zu diesem Zwecke dienen die in jedem Semester an der Universität Breslau stattfindenden Hochschulkurse für Kunde von Osteuropa, sowie praktische Sprachkurse.

Die Bibliothek des Instituts umfaßt zirka 8000 Bände, die Zahl der Zeitungsausschnitte im Archiv 61450, außerdem besitzt das Institut eine Anzahl Lichtbilder. In Arbeitsgemeinschaft steht das Institut mit sämtlichen Organisationen Deutschlands, welche dem Osteuropa-Institut verwandte Aufgaben verfolgen. Zur näheren Orientierung wird auf die im Jahre 1920 erschienene Denkschrift und die demnächst erscheinende Festschrift des Instituts anläßlich der Einweihungsfeier verwiesen.

An der Spitze des Verwaltungsrats steht Herr Berghauptmann Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. Schmeißer; erster stellvertretender Vorsitzender des Ver-

waltungsrats ist Verwaltungsdirektor Dr. Säger, zweiter stellvertretender Vorsitzender: Stadtrat Trescher. Der Vorstand setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Prof. Dr. Schott, Generaldirektor der Pr. Staatsbibliothek, Geh. Rat Dr. Müller-Berlin, Kommerzienrat Dr. Niede, Geh. Rat Prof. Dr. Hellfritz, Prof. Dr. Haase, Bankdirektor Dr. Theußner, Prof. Dr. Hesse. Dem Verwaltungsrat gehören ferner noch über 30 Herren aus der Wissenschaft und Praxis an. Wissenschaftliche Mitglieder zählt das Institut 206, ordentliche Mitglieder als Beitragszahler über 10. Die geschäftliche Leitung des Instituts wird von dem wissenschaftlichen Sekretär Prof. Dr. Haase und dem Geschäftsführer Theodor Scholl wahrgenommen.

Wissenschaftliches Institut für die Kultur und Wirtschaft des modernen Orients, Frankfurt a. M.

Universität, Mertonstraße 17.

Das Institut ist ein selbstständiger Verein und bezieht seine Mittel aus den Mitgliederbeiträgen. Die Zahl der Mitglieder beträgt 65. Die obere Leitung untersteht einem Vorstand, die geschäftliche Leitung dem Bibliothekar. Das Institut wurde im November 1917 gegründet und im September 1918 eröffnet, nachdem eine reiche Bibliothek erworben und die Einrichtungen fertiggestellt waren. Durch Stellung von einmaligen größeren Beiträgen konnte der Grundstock geschaffen werden. Der Aufgabenkreis des Instituts erstreckt sich auf die wissenschaftliche Erforschung der Kultur und Wirtschaft des modernen Orients, insbesondere des Balkans und islamischen Orients. Diese Aufträge versucht das Institut zu erfüllen durch eine Bibliothek, in welcher möglichst Vollständigkeit des gesamten Materials des Orients und Auslandes, auch privater Veröffentlichungen, Berichte, Briefe, Prospekte, Geschäftsberichte, Zeitungen, Zeitschriften, Ausschnitte usw. erstrebt wird. Dies ist streben ist leider durch das Sinken des Geldwertes, das keine Beitragszahler gegenübersteht, stark eingeschränkt worden. Ferner finden interne wissenschaftliche Sitzungen und öffentliche Vorträge statt. Veröffentlichungen konnten mangels genügender Mittel nicht vorgenommen werden, vielmehr werden die Sitzungsberichte durch Vervielfältigung unseren Mitgliedern zugestellt. Ein Kursus von namhaften Kennern des Orients über die Türkei hat im September 1918 stattgefunden, weitere Kurse sind in Aussicht genommen. Von Wichtigkeit ist eine großzügige angelegte Kartothek, welche alle Bücher umfaßt, die in benachbarten Bibliotheken und Instituten über den Orient vorhanden sind und den Institutsbenutzern besorgt werden können. Die Kartothek soll später auch alle größeren Zeitschriften-Artikel enthalten. Sie zerfällt in eine eingehende Sachabteilung und eine Autoren-Abteilung. Das Institut ist nur für Mitglieder zugänglich. Studierende der hiesigen Universität können die Einrichtungen gegen einen geringen Semesterbeitrag benutzen. Daß das den Dozenten und Studierenden das Institut zugänglich ist, hat die Universität einen geeigneten Raum nebst Mobiliar zur freien Verfügung gestellt. Auskünfte werden an Mitglieder, Dozenten und Studenten kostenlos erteilt, aber nicht gesetzlicher Natur. Außer der Bibliothek und den Zeitschriften und Zeitungsausschnitten ist eine große Lichtbildersammlung vorhanden. Die Zahl der vorhandenen Bücher beträgt 1600, die Zahl der Karten etwa 100, die der Lichtbilder etwa 1000. Mit einschlägigen Seminaren besteht insofern eine Beziehung, als diese die Benützer ihrer Bibliothek unseren Mitgliedern insoweit gestatten, als der Bibliothekar bestimmte Werke zur Benützung im Institut für kurze Zeit ausleihen kann. Eine Arbeitsgemeinschaft besteht mit dem Orientalischen Seminar der Universität, sowie auch mit dem indogermanischen und geographischen Seminar, sowie der Zentralbibliothek des Wirtschaftsinstituts.

Holland-Institut, Frankfurt a. M.

Universitäts-Institut für das Studium der Niederlande und ihrer Kolonien, E. V., im Gebäude der Universität, Mertonstr. 17/21, Zimmer 17.

Die rechtlichen Beziehungen zu der Universität sind vertraglich festgelegt.

Leitung: Der Vorstand setzt sich zusammen aus den Herren: Vizekonsul Dr. Horst, Präsident der Niederländischen Handelskammer für Süddeutschland, Ministerialdirektor Dr. Gerlach, stellvertr. Vorsitzender des Kuratoriums, Prof. van der Meer, niederl.-indischer Oberlehrer a. D. Prof. Pape, Vertreter der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität, Prof. Horst, Vertreter des Institutes für die Kultur und die Wissenschaft des modernen Orients, Stadtrat Prof. Dr. Ziehen, Vertreter der philosophischen Fakultät der Universität, Dr. Wolff, Vizepräsident der Niederländischen Handelskammer für Süddeutschland, Dr. Metz, Syndikus der Niederländischen Handelskammer für Süddeutschland, Dozent an den Universitäten Frankfurt a. M. und Gießen. Der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus den Herren: Exz. Dr. Schwander, Oberpräsident der Prov. Hessen-Nassau, Kassel, Kommissar der Regierung für die Universität, Bürgermeister Voigt, Vorsitzender des Kuratoriums der Universität, Geh. Rat Dr. A. von Weinberg, Mitglied des Kuratoriums der Universität, Konsul Dr. C. Kotzenberg, Präsident des Internationalen Wirtschaftskongresses, Präsident der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft, Stadtrat Dr. Lindemann, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Messe- und Ausstellungsges. m. b. H., Freiherr von Bethmann, Bankier, Andre Baum, Großkaufmann, Vizekonsul in Wiesbaden, Geh. Rat Prof. Dr. O. Behagel, Vertreter der Universität Gießen.

Die Leitung des Institutes liegt in den Händen der Herren Prof. van der Meer und Dr. Metz, die als Direktoren auftreten. Den Ehrenvorsitz führt der Niederländische Generalkonsul A. Marck.

Digitized by Google

In Erfüllung dieser Aufgaben liegt das Schwergewicht der Institutsarbeit einmal in dem Aufbau und ständigen Ausbau seines Weltwirtschaftsarchivs nebst ergänzender Bibliothek, zum andern in der Herausgabe seiner weltwirtschaftlichen Wochenschrift „Wirtschaftsdienst“.

Am 1. November 1908 wurde auf Grund eines Vertrages des Hamburgischen Staates mit dem Reichskolonialamt das Hamburgische Kolonialinstitut gegründet als eine Stätte wissenschaftlicher Forschung und Lehre und zugleich als eine Vorbereitungsanstalt für die theoretische und praktische Ausbildung der in koloniale Gebiete hinausgehenden Beamten, Kaufleute, Landwirte usw. Im Anschluß an diese koloniale Hochschule wurde gleichzeitig die

Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts geschaffen, um mit ihrer Hilfe eine dauernde Fühlung zwischen kolonialer Wissenschaft und Praxis sowie den Kolonialbehörden zu schaffen und lebendig zu erhalten. Die Zentralstelle war somit zunächst gleichsam als ein koloniales Zentralbüro unter Leitung eines Generalsekretärs gedacht — für welche Stellung der Geh. Regierungsrat Dr. F. Stuhlmann, früher 1. Referent beim Kaiserlichen Gouvernement und zuletzt Direktor des Biologischen-Landwirtschaftlichen Instituts Amani in Deutsch-Ostafrika, gewonnen wurde —, und hatte im besonderen zur Aufgabe, den Dozenten des Kolonialinstituts Informationen und Unterrichtsmaterial aus den Kolonien sowie anderen kolonialen Interessenten erwünschte Auskünfte von hiesigen Sachverständigen oder anderen Stellen zu beschaffen, und zugleich in Erfüllung dieser Aufgabe ein koloniales Zentralauskunftsbüro aufzubauen.

In der Folge zeigte sich sehr bald, daß das Schwergewicht der Arbeit auf den Ausbau der Informationssammlungen gelegt werden müsse. Des weiteren war aber auch offenbar, daß die Beschränkung auf die deutschen Kolonialgebiete dem praktischen Bedarf nicht genügen konnte. Gleichwie beim Kolonialinstitut der Aufgabenkreis von vornherein weit über die Grenzen unserer Kolonien hinausging und die ganze überseeische Welt zu umspannen bemüht war, sah sich auch die Zentralstelle genötigt, ihr Arbeitsgebiet geographisch auszudehnen, zunächst auf die den deutschen benachbarten Kolonien, in der Folge aber auch auf alle — im wirtschaftlichen Sinne gesprochen — kolonialen Länder und schließlich selbst auf die wirtschaftlichen Mutterländer, in denen anfangs nur die kolonialen Interessen, später wegen der unlöslichen Verwicklung mit anderen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen das Gesamtgebiet der Wirtschaft und Politik zum Objekt unserer archivarisches Tätigkeit gemacht wurde. Auf diese Weise hatten, einem inneren Entwicklungszwange folgend, schon im Jahre 1913 — also in fünfjährigem Werdegange — die Archive einen weltumspannenden Charakter angenommen; aus der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts war somit das

Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv

erwachsen, lange bevor im August 1919 nach außen hin die Konsequenz der entsprechenden Namensänderung und der Konstituierung als selbständige wissenschaftliche Anstalt im Anschluß an die Begründung der Hamburgischen Universität gezogen wurde.

Mit der geographischen Erweiterung war die Ausdehnung auch des sachlichen Aufgabenkreises unlösbar verbunden. Die kolonialen Interessen sind überall aufs engste mit den Fragen der äußeren und Handelspolitik und des gesamten Außenhandels verwickelt, und die Außenhandelsprobleme wiederum mit der inneren Wirtschaftsgestaltung, so daß in unausweichlicher Konsequenz die Gesamtheit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungstatsachen aller Länder zum Gegenstand unserer Beobachtung gemacht werden mußten. Selbstverständlich standen geographisch die für den deutschen Außenhandel wichtigsten Länder und sachlich die den Außenhandel nahe berührenden Wirtschaftsfragen im Vordergrund unserer Interessen, während die Gestaltung der Sozialpolitik und sozialen Zustände in den einzelnen Staaten nur in großen Zügen verfolgt werden konnte, da deren intensive Bearbeitung unsere Leistungsfähigkeit überstiegen haben würde.

Besonderer Wert wurde der Beobachtung der privatwirtschaftlichen Verflechtungen des internationalen Wirtschaftslebens gewidmet und demgemäß entsprechende Materialien im Privatwirtschafts-Archiv usw. in umfangreichen Sammlungen konzentriert, Unterlagen, die — wie überhaupt das ganze Archiv — durch zahlreiche Nachschlagewerke in der Bibliothek noch ein breiteres Fundament erhielten.

Weit schärfer als auf andere wissenschaftliche Institute mußte gerade auf das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv der Krieg einwirken. Alle die tausendfachen mühsam angebahnten Verbindungen nach dem Ausland (mit Ausnahme der benachbarten neutralen Länder) wurden durch den Kriegsausbruch mit einem Schlage zerrissen, die frühere Hochflut des aus aller Welt hereinströmenden Informationsmaterials ward durch tiefste Ebbe abgelöst und erst langsam konnte auf dem Umwege über die Neutralen wenigstens der Zustrom der feindlichen und überseeischen Presse wieder dem Welt-Wirtschafts-Archiv zugeleitet werden.

Aber gerade dadurch, daß der Krieg die Existenz der Anstalt in Frage zu stellen drohte, ward er zum Erwecker neuer Lebensenergien und Begründer neuer Aufgaben. Die Notwendigkeit weitgehender organisatorischer Einstellung der Archive auf den Gang des Krieges und seine immer tiefer einschneidenden wirtschaftlichen Folgen führte zum Aufbau eines gesonderten Kriegsarchivs, das allerdings — nach anfänglich außerordentlich weit gespanntem Rahmen — im weiteren Kriegsverlauf eingeschränkt wurde auf die eigentlichen Kriegereignisse und die typischen Kriegsercheinungen.

Anfangs war für die Nutzbarmachung der Sammlungen nur die freie

Einsicht an Ort und Stelle und die mündliche und schriftliche Auskunfterteilung vorgesehen. In beiden Formen der Nutzbarmachung konnte aber trotz aller Bemühungen kein dem Wachstum der Sammlung entsprechender Fortschritt erzielt werden. So drängte sich der Gedanke durch eigene Veröffentlichungen das Interesse an den Sammlungen zu heben und gleichzeitig wenigstens einen Extrakt aus der Fülle des Materials einer breiteren Öffentlichkeit nutzbar zu machen, wenn unabweislicher auf. Hier gab nun die Kriegskrise des Instituts den letzten Ausschlag. Es galt durch die Erfassung und Durchführung neuer Aufgaben wieder festen Boden zu gewinnen. Anfang 1916 wurden daher von dem Leiter der Anstalt, Geh. Reg. Rat Dr. Stuhlmann gemeinsam mit dem Direktor des Seminars für Nationalökonomie und Kolonialpolitik Prof. Dr. Karl Rathgen, die „Hamburgischen Forschungen“ (wirtschaftliche und politische Studien aus hanseatischem Interessengebiet, Verlag Georg Westermann, Braunschweig-Hamburg, bisher 8 Hefte) ins Leben gerufen.

In der Unterbindung der Auslandsbeziehungen und namentlich des Nachrichtenverkehrs mit dem Ausland durch den Krieg lag es begründet, daß sich die Aufmerksamkeit vor allem der amtlichen Stellen auf den in jahrelanger Arbeit aufgebauten, also an rückreichenden Beständen, Organisationserfahrung und Umfang allen anderen Organisationen überlegenen Hamburger Apparat richtete und der Wunsch nach Nutzbarmachung für die reichsamtlichen und militärischen Bedürfnisse auftauchte. Gleichzeitig verstärkte sich auch das Interesse der Praxis, die wiederholt mit der Anregung der publizistischen Auswertung des reichen Informationsstoffes an die Anstalt herantrat. Da sich diese Wünsche mit den eigenen Zielen deckten, so gab es nur die zweckmäßigste Art der Auswertung zu finden. Von vornherein ward die Form eines reinen Nachrichtendienstes zur Vermittlung von wirtschaftlichen Einzelinformationen über das Ausland als nicht in Frage kommend erachtet, trotzdem diese Form bei der Reichhaltigkeit unserer Sammlungen und bei den durch den Krieg verursachten Personalschwierigkeiten besonders verlockend und am leichtesten durchführbar war. Aber die Überfülle der gerade in dieser Zeit ins Leben gerufenen Nachrichtendienste gebot eine andere Lösung, um unnötige Doppelarbeit und konkurrenzmäßige Reibungen nach Möglichkeit zu vermeiden. So erhielt denn der 1. August 1916 begründete

„Wirtschaftsdienst“

die Aufgabe einer wirtschaftlichen Wochenschrift für das Ausland, statt lose aneinander gereihter Einzelnachrichten zusammenfassende Übersichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ausland vermitteln sollte. Allmählich ward dann der zeitschriftenmäßige Charakter immer klarer herausgearbeitet. Vor der zusammenfassenden Darstellung der wichtigsten wirtschaftlichen Vorgänge und der referierenden Vorführung des Entwicklungsbildes der verschiedenen Auslandsgebiete schritten die Länderberichte fort zur kritischen Beleuchtung unter starker Betonung der internationalen Zusammenhänge. Zugleich aber erwies es sich in der Zeit immer mehr als notwendig, der Zeitschrift einen universalen Charakter zu geben, also sie zu einer weltwirtschaftlichen Wochenschrift auszugestalten, die auch das deutsche Wirtschaftsleben in ihren Arbeitsbereich einbezog. Namentlich je näher das Kriegsende in den Bereich der Möglichkeit rückte, ward die Erweiterung des Aufgabenkreises notwendig, um die Zeitschrift instand zu setzen, auch im Auslande Boden zu finden und für die deutsche Arbeit Verständnis schaffen und werbend wirken zu können. Mit solchen Zielen vor Augen sucht der „Wirtschaftsdienst“ in seiner heutigen Form die dreifache Aufgabe zu erfüllen, einmal dem Inlande ein klares und objektives Bild der Auslandswirtschaft zu vermitteln, zum anderen das Ausland über deutsche Verhältnisse zu unterrichten und zum dritten beide auf die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und Abhängigkeiten hinzuweisen, um so durch sachliche Aufklärung den Geist der Verständigung und der Erkenntnis der internationalen Wirtschaftssolidarität zu fördern und zu bereiten, der allein die Menschheit zur Überwindung und Dienstbarmachung der Naturkräfte befähigen und so einer höheren kulturellen Entwicklung entgegenführen kann.

Der unglückliche Ausgang des Krieges und seine schweren wirtschaftlichen Folgen bewirkten, daß der Wunsch nach Auswanderung immer weitere Kreise faßte, und es entstand die Gefahr, daß zahllose deutsche Familien auf gut Glück ohne genügende Kenntnisse und Vorbereitungen nach überseeischen Gebieten emigrierten, um hernach dort in schwerster Not zu geraten. Hier fühlte sich wiederum das Welt-Wirtschaftsarchiv berufen, auf Grund seiner bewährten Hilfsmittel und unter Heranziehung der gerade in Hamburg überreich vertretenen Auslandsvertretungen in den Kreisen der Wissenschaft und Praxis helfend einzugreifen und in gemeinsamer Arbeit mit dem neugegründeten Reichswanderungsamt aufzuklären und zu wirken. Insbesondere wurde zu diesem Zwecke vom Welt-Wirtschafts-Archiv in Gemeinschaft mit dem hiesigen Ibero-amerikanischen Institut eine Veröffentlichungsserie unter dem Namen „Auslandswegweiser“ (Verlag L. Friedländer & Co., Hamburg) beschlossen.

Ähnlich wie im vorerwähnten Falle sind auch Verbindungen geschaffen zu verschiedenen Reichsämtern und ganz besonders zu der Außenhandelsstelle des auswärtigen Amtes, deren Aufgabenkreis sich mit den Zielen des Welt-Wirtschafts-Archivs so eng berührt, daß im Interesse einer zweckmäßigen Arbeitsteilung die Vermeidung entbehrlicher Doppelarbeit sowie zur wechselseitigen Förderung ein fester Vertrag geschlossen wurde.

In gleicher Weise wurden auch mit dem Institut für Weltwirtschaftlichen Seeverkehr in Kiel, dessen Arbeitsgebiet ebenfalls dem unsrigen nahe liegt, Abmachungen über Arbeitsbegrenzung und Arbeitsgemeinschaft getroffen. Der

Diese Abkommen zwischen den drei größten Organisationen zur Beobachtung und Förderung der deutschen weltwirtschaftlichen Interessen ist ein wichtiger Schritt getan auf dem Wege zur Zusammenfassung der gerade auf diesem Arbeitsgebiet herrschenden Kräftezersplitterung, und man darf hoffen, daß diese Vereinigung der Kräfte dazu beitragen wird, eine Lösung der großen gemeinsamen Aufgabe auch unter den außerordentlich erschwerten Zeitverhältnissen zu ermöglichen.

B. Materialsammlungen.

1. Weltwirtschaftsarchiv, unterteilt in das Allgemeine Länderarchiv, in dem das allgemeine Informationsmaterial Aufnahme findet, und eine Anzahl von Sonderarchiven. Der Inhalt der Archive wird in der Hauptsache durch Ausschnitte aus etwa 200 Zeitungen und Zeitschriften der verschiedensten Ländern gewonnen. Tageszuwachs etwa 900, Jahreszuwachs über 250000 Ausschnitte. Das Privatwirtschafts- und Marktberichtsarchiv nimmt daneben noch täglich eine große Anzahl von Privatdrucksachen usw. auf.

1. Allgemeines Länderarchiv. Nach politischen Länderbegriffen mit je rund 250 Sachunterabteilungen angeordnetes aktuelles Informationsmaterial über Wirtschaftsleben und Politik sämtlicher Länder der Erde, daneben aber auch, namentlich für wirtschaftlich unentwickelte Gebiete, Beiträge zur Landes- und Volkskunde, Gesetzgebung usw..

2. Privatwirtschaftsarchiv. Mehr als 14000 Einzelakten über Privatunternehmungen, wirtschaftliche Organisationen und Institute usw. aller Länder, ferner auch über wissenschaftliche, religiöse und politische Vereine usw. Inhalt der Einzelakten: Prospekte, Statuten, Jahresberichte, Presseauschnitte usw. — Anhangsammlung über Ausstellungen, Messen und Kongresse.

3. Marktberichtsarchiv. Hauptabteilungen: Warenmarkt, Geld- und Effektenmarkt, Frachtenmarkt, Grundstücksmarkt. Unterabteilungen nach Warengruppen und Waren bzw. Ländern und Markttorten. Die Einzelakten enthalten fortlaufend gesammelte Marktberichte von amtlichen Stellen bzw. privaten Organisationen und Firmen oder aus der Presse regelmäßig entnommene Berichte.

4. Produktenarchiv. Presseauschnitte usw. über Rohstoffe und Waren, alphabetisch in Einzelakten geordnet mit Unterabteilungen nach Ländern für Spezialmaterial über die lokalen Produktions-, Absatz- usw. Verhältnisse.

5. Personalarchiv. Presseauschnitte usw. über führende Persönlichkeiten in Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Presse in alphabetischer Ordnung.

6. Pressearchiv. Sammlung von Probenummern nebst angefügten Presseauschnitten über die einzelnen Organe.

7. Kriegsarchiv. Presseauschnitte über Kriegereignisse und spezielle Kriegsercheinungen.

II. Die Bibliothek umfaßt über 10000 Bände und rund 2500 Broschüren, hauptsächlich: Quellen- und Nachschlagewerke für alle Länder und Sachgebiete. Speziell amtliche Denkschriften, Budgets, Verwaltungs- und Konsultatsberichte, Parlamentsdrucksachen, statistische Jahrbücher, Handels- und Produktionsstatistiken, Gesetzssammlungen und Zolltarife; ferner grundlegende oder periodische Nachschlagewerke über einzelne Länder, Wirtschaftszweige und Waren, Firmenadreßbücher usw., schließlich Lexika und bibliographische Auskunftswerke aller Art. Außerdem Hunderte von jahrgangsweise gebundenen Zeitungen und Zeitschriften, namentlich Fachzeitschriften.

C. Auswertung der Sammlungen.

1. Freie Einsicht für jeden ersten Interessenten an Ort und Stelle, namentlich für die Studierenden der Hamburgischen Universität, sowie in begrenztem Maße mündlich und schriftlich kostenlose Auskunft.

II. Veröffentlichungen. 1. „Wirtschaftsdienst (Deutscher Volkswirt)“, herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv. Weltwirtschaftliche Wochenschrift; erscheint seit 1916. Allwöchentlich: Kritische Aufsätze, periodische Länderberichte, weltwirtschaftliche Übersichten. Jetzige Jahresbezugsgebühr für das Inland M. 72.—, für das Ausland M. 144.— zuzüglich Porto.

2. „Hamburgische Forschungen“, Wirtschaftliche und politische Studien aus hanseatischem Interessengebiet, herausgegeben vom Direktor des Seminars für Nationalökonomie und Kolonialpolitik Prof. Dr. Karl Rathgen und dem Generalsekretär des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Franz Stuhlmann, Verlag von Georg Westermann, Braunschweig-Hamburg. Gegr. 1916. Bisher erschienen 8 Hefte.

1. Stuhlmann, Franz: Der Kampf um Arabien. 1916.

2. Seligmann, O.: Die künftigen Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Skandinavien. 1917.

3. Deumer, Robert: Das hamburgische Hypotheken-Kreditwesen. 1917.

4. Dove, Karl: Afrikanische Wirtschaftsstudien. 1917.

5. Holländer, Alb.: Die Einwirkung des Krieges auf überseeische Abladegeschäfte. 1918.

6. Konow, St.: Über die Bedeutung Indiens für England. 1919.

7. Plaut, Th.: England auf dem Wege zum Industrieschutz. 1919.

8. Matthies, O.: Die ständigen Schiedsgerichte des Hamburger Großhandels. 1921.

3. „Auslandswegweiser“, herausgegeben von dem Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv und dem Ibero-amerikanischen Institut in Hamburg. Verlag von L. Friederichsen & Co., Hamburg 1. Gegründet 1919.

I. Band: „Argentinien“, von Dr. B. Stichel, Buenos Aires. 2. Auflage, 1920.

II. Band: „Gesundheitlicher Ratgeber für Auswanderer“. Zusammengestellt vom Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten zu Hamburg.

III. Band: „Natur- und Lebensbedingungen in tropischen und tropennahen Gebieten“, von Prof. Dr. Karl Sapper, Würzburg.

IV. Band: „Brasilien“, von A. Bieler, Hamburg.

V. Band: „Mittelamerika“, von Prof. K. Sapper, Würzburg.

VI. Band: „Venezuela“, von Geh. Rat Prof. Sievers, Gießen.

VII. Band: „Südafrika“, von Geh. Rat Dr. v. Blumhagen.

4. Sonderveröffentlichungen: „Verzeichnis der in Hamburgischen Bibliotheken am 1. Oktober 1913 gehaltenen periodischen Schriften“. I. Teil. Alphabetisches Verzeichnis. Hamburg 1913. Kommissionsverlag Otto Meißner.

„Weltübersicht der Maßeinheiten.“ Die gebräuchlichen Längen-, Flächen-, Raum-, Gewichts- und Wertmaße aller Länder. Aufgestellt von Hermann Bohnert. Verlag: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv. Hamburg 1919. (In Bearbeitung die Fortsetzung hierzu: „Die wichtigsten Handelsmaße und Usancen der Welt-handelswaren“.)

D. Leitung.

Direktor: Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Franz Stuhlmann.

Archive: Länder-, Personal- und Kriegsarchiv: Dr. Heinrich Waltz. Privatwirtschafts-, Marktberichts-, Produkten- und Pressearchiv: Dr. Walter Schweer.

Referate: 1. für ehemals deutsche Kolonien und Afrika: Regierungsrat Hans Zache; 2. für Rußland und Randstaaten: Dr. Hans v. Eckardt.

Wirtschaftsdienst: 1. Hauptschriftleitung: Dr. Paul Heile und Dr. Kurt Singer; 2. Geschäftsführer der Verlagsabteilung: Horst Weymann.

(Weitere Berichte folgen.)

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

VIII. Von Tsingtau nach Stuttgart.

Von J. H. U....

(Fortsetzung.)

Der Einzige, der draußen durch den Krieg Gewinn hatte und immer noch hat, ist der Japaner und der Amerikaner, vor allem jedoch der Japaner, der sich in China sehr stark festgesetzt hat. Ein Beispiel, das besonders für die Engländer sehr peinlich ist, mag genügen. Nach Einsetzung des verschärften Unterseebootkriegs mußten die englischen Küsten- und Flußfahrer runter nach Indien, weil die Indienfahrer zu Hause gebraucht wurden. Es handelte sich dabei um zirka 30 Dampfer von 1000—2000 Tonnen, die größtenteils den britischen Firmen Butterfield & Swire und Jardine, Matheson & Co. gehörten. Es dauerte kaum vier Wochen, so waren die Fluß- und Küstendienste von den Japanern im ganzen Betrieb aufgenommen. Der Dienst funktionierte großartig, die Dampfer laufen auf die Minute genau aus, die Ladung wird richtig behandelt und über den ganzen Dienst kann man beim besten

Willen nicht klagen. Es wird dem Engländer wohl nie mehr gelingen, die Japaner wieder zu verdrängen und er erleidet dadurch allein einen riesigen Schaden.

Die Engländer taten, was sie konnten, um uns in den Augen der Chinesen und der übrigen Welt so schlecht und gemein wie möglich zu machen. Jeder private Verkehr hatte aufgehört; auch der alte kameradschaftliche Ton im Freiwilligenkorps bestand nicht mehr. Es mag hier gesagt sein, daß bei Anfang des Kriegs eine ganze Reihe Briten aus dem Freiwilligenkorps ausgetreten sind, um zu Hause an der Front ihrem Vaterlande zu dienen; was in Schanghai geblieben war, bestand zum großen Teil aus Drückebergern, die ihren Patriotismus dadurch betätigten, daß sie den Deutschen das Leben so schwer wie möglich machten. So war das Freiwilligenkorps schließlich zum

*) Siehe auch Nr. 10—18, 20, 22—24 im vorigen, Nr. 2—13 und 16, 17 in diesem Jahrgang.

Deckmantel für derartige Drückeberger geworden. Man dichtete den Deutschen alle möglichen Schandtaten an, die sie im Schilde führten, sagte, sie wollen allerhand in die Luft sprengen, wie die Wasserwerke, Elektrizitätswerk usw., und meine Landsleute in Schanghai waren doch in jenen Tagen so friedlich! So wurden eben von englischer Seite große Berichte nach London gekabelt, wodurch das Bestehen des Freiwilligenkorps zum Schutz gegen die bösen Deutschen als absolut notwendig hingestellt wurde. Auch die deutschen Kompagnien boten nicht mehr den gewohnten frischen Anblick von früher. Die tätigsten Mitglieder waren nach Tsingtau gegangen, der Ersatz sah nicht sehr militärisch aus. Ich denke oft noch an den Ausspruch unseres vorhergehenden Führers, Hauptmann Schellhoss, zurück: „Bei der deutschen Freiwilligenkompagnie ist der Eintritt freiwillig und der Austritt freiwillig und was dazwischen ist, ist Dienst, meine Herrn“, und darnach wurde auch gehandelt.

Bei meinen Bemühungen, von Schanghai weiter zu kommen und Papiere usw. zu erhalten stieß ich auf recht große Schwierigkeiten. Einmal erfuhr ich, daß ich von Tientsin viel leichter als von Schanghai wegkommen könne, weshalb ich Pflingsten 1916 nach Tientsin fuhr, nur um zu finden, daß dies nicht stimmte. Meine Beziehungen zu den Leuten, die Pässe zu vergeben hatten, fast alles finstere Gesellen, wie ehemalige amerikanische Matrosen, Strandläufer, Tagediebe usw. mußte ich mir erst mühselig anknüpfen. Dies konnte natürlich nicht in meinem Kontor oder in meiner Wohnung geschehen, sondern ich mußte die Brüder in ihren Behausungen oder in den verschiedenen Hafenschenken aufsuchen, worüber bei den ehrsam Deutschen viel Kopfschütteln und Gerede entstand. Daß ich aus China nach Hause wollte, glaubten mir meine Landsleute zum größten Teil nicht, da ich wieder in meiner alten Stellung war und ein verhältnismäßig sorgenfreies Leben hatte, schlossen sie eben von sich auf andere, ich hielt in meinen Ansichten nie zurück und habe erreicht, nicht etwa, daß die Leute meiner Ansicht wurden, sondern daß sie mich für etwas verrückt hielten. Selbstverständlich war eine ganze Anzahl darunter, denen der Gedanke, in China zu sitzen, während Brüder und Verwandte an der Front stehen, unerträglich war und die sich ebenfalls schwere Sorgen wegen der Heimfahrt machten. Nur begehen die meisten den Fehler, über Amerika zu reisen und von meinem Freunde Oldenburg erfuhr ich als letzte Nachricht, daß er sich vor lauter Zorn über die Aussichtslosigkeit, weiterzukommen, nach Mexiko gewandt habe.

Februar 1917 brach China die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab. Soweit hatte es die Entente, vor allem natürlich die Engländer, glücklich gebracht. Nach ungefähr 6 Monaten erfolgte die Kriegserklärung, auch an Österreich, und ich ärgerte mich beinahe grün, daß ich immer noch nicht weggekommen war. Damals kam bei den Engländern der Plan auf, sämtliche Deutschen entweder von China internieren zu lassen oder noch besser, sie nach Australien zu bringen. Dies war nun ja keine erfreuliche Aussicht, besonders für die deutschen Frauen und Kinder, aber wir können auch jetzt noch im Kriege von den Engländern viel lernen. Sie haben sich für den fernen Osten zum Ziel gesetzt, die Deutschen und den deutschen Einfluß vollständig zu verdrängen und arbeiten daran mit allen Mitteln. Jedes Mittel, auch wenn es noch so gemein erscheint, ist ihnen recht, sofern es nur den Zweck erfüllt. Die Internierungsfrage wurde glücklich abgewendet, wenn wir auch gerade in Schanghai so gut wie interniert waren. In der internationalen Niederlassung bekam jeder Deutsche von der Polizei eine Aufenthaltskarte, mit der er sich jede Woche bei der zuständigen Polizeistation melden mußte. Außerdem mußte man sich beim chinesischen Kom-

missar für fremde Angelegenheiten eintragen lassen und sich dort zweimal monatlich melden. Das Verlassen Schanghais ohne besonderen Paß war nur im Umkreise von 30 Meilen gestattet. Auf den Eisenbahnen und besonders den Dampfern war dem Vernehmen nach eine verschärfte Paßkontrolle eingetreten, auch sonst hatten die Chinesen meterlange Vorschriften herausgegeben, die sie zum Glück größtenteils selbst nicht befolgten oder anwandten. Die Chinesen selbst waren den Deutschen fast durchweg noch gut gesinnt, soweit man überhaupt beim gewöhnlichen Chinesen, dem alles, was Politik heißt, fern liegt und furchtbar wurst ist, von freundlicher Gesinnung reden kann. Darüber wunderten sich jedoch die Chinesen immer, daß Deutschland der großen Übermacht noch nicht erlegen, sondern im Gegenteil, noch recht kräftig zu sein schien, besonders der Fall Rußlands machte zweifellos auf die Chinesen großen Eindruck. Und wenn es nun den Mittelmächten den Krieg erklärt hatte, so ist das eben auf die Wühlereien Englands und der übrigen Entente, welche die Minister bestochen hatte, zurückzuführen. Von Haß den Deutschen gegenüber war nichts zu spüren. Mitte Januar 1918 wurde die Verschickungsfrage nach Australien wieder sehr brennlich. Gleichzeitig war in den Zeitungen viel von einem Frieden mit Rußland die Rede und ich sah meine große Chance endlich wieder gekommen. Ich hoffte, wenn die Engländer nur warten, bis Chinesisch-Neujahr! Chinesisch-Neujahr ist der einzige große Feiertag für die Chinesen und ich dachte, daß dann Paßkontrolle, falls sie überhaupt existierte, nicht so streng durchgeführt würde.

Auf der andern Seite wieder waren durch den zu erwartenden Frieden mit Rußland die Engländer sehr rührig geworden. Sie dachten ganz mit Recht, daß es nun der eine oder andere Deutsche doch wieder versuchen würde, nach Deutschland zu reisen. Es war den Engländern wohl wenig daran gelegen, ob Deutschland ein oder zwei Dutzend Soldaten mehr bekommt, ihr Hauptgrund, die Ausreise aus China zu hindern liegt darin, zu verhindern, daß deutsche Kaufleute aus dem fernen Osten nach Deutschland kommen. Der Engländer sagt sich mit Recht, daß die Deutschen wohl alles versuchen werden, die ersten Verschiffungen von den ungeheuren Mengen Rohmaterialien, die in China aufgestapelt sind, in die Hand zu bekommen. Daher der große Eifer, der von seiten Englands entwickelt wird, jeden Deutschen abzufangen.

Mit meiner Firma hatte ich auch mal wieder großen Streit bekommen, in dessen Verlauf ich mir sogar von einem der Direktoren sagen lassen mußte, daß ich mich in Schanghai nie als Deutscher gefühlt und benommen hätte! Diesesmal wußte und ahnte niemand, daß ich nach Hause fahren wollte und ich wartete ruhig auf Chinesisch-Neujahr. Ich gedachte, nur mit dem einfachsten Gepäck zu reisen, schon der unsicheren Zustände in Rußland wegen. Meine übrigen Habseligkeiten hatte ich zusammengepackt wegen der, wie ich meinen Freunden erklärte, drohenden Internierung in Australien. Eine mir sehr gut befreundete spanische Familie war über meine Pläne im Bilde; sie versprachen mir, für meine Sachen Sorge zu tragen und rieten mir im übrigen dringend davon ab, nach Hause zu fahren. Mein Plan stand natürlich fest. Ich verzichtete diesmal auf alle Papiere und vertraute nur auf mein Äußeres, meine Kenntnisse der Verhältnisse im Osten und im übrigen ganz besonders auf mein Glück. Am ersten Neujahrstage, 11. Februar 1918, 7.55 Uhr fuhr der Expres nach Nanking los, in dem ich mich befand. Ich hatte meine Fahrkarte bis Tientsin gelöst und kam dort ohne jede Paßkontrolle usw. am 12. Februar 1/25 Uhr nachmittags an. Dort sagte ich meinen alten Freunden Lebewohl, löste eine Karte bis Tschangsun, und fuhr in der gleichen Nacht 12.30 Uhr

weiter. Im Zug hatte ich das Glück, einen guten Bekannten — einen Neutralen — zu treffen, dem ich meine Pläne mitteilte und der mir wertvolle Winke für die Weiterreise geben konnte. Vor allem riet er dringend davon ab, in Rußland ohne Papiere zu reisen. Er war gerade aus Rußland herausgekommen und kannte daher die Verhältnisse genau. Ich dachte, sowie ich auf russischen Boden komme, mich als Deutschen erkennen zu geben und daraufhin die Erlaubnis zur Weiterfahrt zu bekommen, da ja den Zeitungen draußen nach der Friede mit Deutschland so gut als geschlossen war. Ferner riet er mir,

von Harbin nicht direkt über Mandschuria nach Irkutsk zu fahren, da in Mandschuria der Kosakenführer Semionoff mit den Reisenden allerhand böse Sachen anstelle, sie ausraube und diejenigen, die keine ganz sicheren Papiere bei sich haben, recht schlecht behandle, wie Aufhängen und dergleichen Scherze. Ich wollte daher von Harbin runter nach Nikolsk-Ussurisk und über Habarowsk die Amurbahn benützen. In Habarowsk hatte er einen Bekannten, der mir sicher, wie er sagte, Papiere besorgen würde.

(Fortsetzung folgt.)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Tschechoslowakei.

Die Zipser-Deutschen haben jüngst eine Kundgebung der Zipser deutschen Partei erlassen, in der gesagt wird, daß die Bewohner dieses Landes, ohne befragt worden zu sein, in den Verband des Staats gezwungen wurden und daß sie auch für sich das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Anspruch nähmen. Alle Gesetze der revolutionären Nationalversammlung seien einer Prüfung zu unterziehen. Die deutschen Ortschaften der Zips sollten ein Ganzes bilden, wobei das Wahlrecht so geregelt werden müsse, daß die Zipser Deutschen einen Vertreter im Landtag bekämen. Die Slowakei müsse Selbstverwaltung mit selbständiger gesetzgebender und Vollzugsgewalt im Bereich der inneren Verwaltung, des Schulwesens, des Unterrichts, der sozialen Fürsorge, des Rechtswesens, des Handels, der Landwirtschaft, der öffentlichen Arbeiten, des Heeres- und des Steuerwesens erhalten. Die Sprache der Minderheiten solle bei allen Behörden gebraucht werden dürfen. In der Slowakei solle nicht das österreichische Privat- und Strafrecht, sondern das ungarische übernommen werden. Die alte Komitatsverfassung sei wieder herzustellen, bei allen Behörden müßten die Beamten unbedingt Deutsch können. Im freien Staat sollte eine freie Kirche bestehen. Die tschechischen Richter und Staatsbeamten sollten sofort durch ehemalige ungarische Beamte ersetzt werden, die die Sprache der Heimat und das Denken und Fühlen des Volkes kennen. Alle Ausnahmebestimmungen, die den freien Verkehr mit Ungarn hemmten, sollten beseitigt werden.

Bei den Vorfällen in Aussig am 3. August*) ist ein völlig unbeteiligter reichsdeutscher Fabrikant durch eine Kugel schwer verletzt worden und an der Verletzung gestorben. Die Beerdigung hat am 12. August stattgefunden. An ihr nahm auch als Vertreter der deutschen Gesandtschaft in Prag, Legationsrat Limmer, teil und hielt im Auftrag der deutschen Gesandtschaft eine bemerkenswerte Ansprache. Er überbrachte im Namen der deutschen Reichsregierung dem Toten die letzten Grüße. Für Deutsch-Böhmen zu sprechen habe er kein Recht, doch sei das Mitgefühl für die beiden anderen Toten, die die deutsche Sprache gesprochen haben, darum sicherlich nicht geringer. „Für den Toten aber, den wir heute begraben, habe ich das Recht zu sprechen, und kann nicht umhin, der Empörung Ausdruck zu geben, daß Reichsangehörige in einem Lande, mit dem wir in Frieden und guten Beziehungen leben, einem solchen Schicksal ausgesetzt wurden. Ich hege die bestimmte Erwartung, daß das Opfer dieses Toten nicht umsonst gebracht sein wird und daß nunmehr die Regierung dieses Landes alle erdenklichen Maßnahmen ergreifen wird, um die Wiederholung eines solchen Vor-

alles hintanzuhalten. Ein Zustand, bei dem deutsche Reichsangehörige, die hier einem friedlichen Erwerb nachgehen, der Gefahr ausgesetzt sind, getötet oder zumindest verkrüppelt zu werden, müßte auf die Dauer die guten Beziehungen auch zwischen den Staaten unmöglich machen. Darüber sollte sich Jeder in dieser ernsten Stunde klar sein. Den Angehörigen des Toten spreche ich mein tiefstes Beileid aus. Den hier versammelten Reichsangehörigen sage ich, daß die deutsche Gesandtschaft in Prag alles tun wird, was sie kann, um sie zu schützen und sie vor einer Wiederholung solcher Vorfälle zu bewahren. Dem toten Landsmann rufe ich nach: Dein Vaterland, dem dein Sterben vielleicht einen Dienst erwiesen hat, in dem dein Schicksal selbst Blinde sehend machen mußte, dein Vaterland wird dich nie vergessen. Ruhe in Frieden!“

Das in deutschen Lettern gedruckte tschechische Propagandablatt „Prager Presse“ bezeichnet diese Worte als ungewöhnlich und ungehörig und als im Widerspruch stehend zu allen Gebräuchen der Diplomatie und des internationalen Verkehrs, spricht von einer Veränderung der Tatsachen und Anhäufung tendenziöser Beschuldigungen, deren Manifestationen die Aussiger Vorfälle in erster Linie verschuldet hätten, bezeichnet die Rede als eine Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse usw. Den Deutschen in der Tschechoslowakei erscheint sie ein kräftiges Mahnwort gegen die Verhetzungen alles Deutschen in der Tschechoslowakei, man betont dort, daß es höchste Zeit war, daß einmal ein solches Wort von entscheidender Stelle gesagt wurde. Die deutsche Regierung hat eine Untersuchung eingeleitet und hat den Legationsrat bereits beurlaubt und abberufen!

Polen.

In Polen findet im Herbst eine Volkszählung statt, auf die die „Lodzer Freie Presse“ schon jetzt mahnend hinweist. Denn diese Volkszählung wird für manche Minoritätenfragen entscheidend sein und namentlich für die Schulfrage wird fast alles davon abhängen, ob die Frage nach dem Volkstum und nach der Muttersprache richtig und vollständig beantwortet wird. Der 30. September wird also für das Deutschtum ein entscheidender Tag allererster Ordnung werden. Das Gebot der Selbsterhaltung, so schreibt das erwähnte Blatt, gebietet es, sich bei dieser Gelegenheit zur großen Familie aller Deutschen offen und freimütig zu bekennen.

In Warschau tagte am 16. August eine Versammlung von Deutschen, die für die Entwicklung und die Geschichte des Deutschtums in Polen bedeutsam werden kann. Mit den deutschen Sejmabgeordneten kamen die Vertreter der deutschen Vereinigungen und Verbände zusammen, insgesamt 36 Herren aus allen Teilen Polens, die in regem Gedankenaustausch über die Organisation der Deutschen in Polen beratschlagten und beschlossen, eine Gesamtverwaltung der deutschen Verbände Groß-

*) Wir berichten in der nächsten Nummer ausführlicher über die Lage des Deutschtums in der Tschechoslowakei.

polens ins Leben zu rufen. In dieser Gesamtverwaltung sollen sowohl die Sejmagbeordneten, als auch die Verbände der Deutschen in Kongreßpolen, in Posen, in Pommern, im Netzdistrikt, in Nordpommern, in Galizien und in Biala vertreten sein. Die Beratungen waren vom Geiste herzlichen Einvernehmens getragen. Am 11. und 13. September soll in Lodz eine erste allgemeine Zusammenkunft der Vertreter polnischer Bürger deutscher Nationalität stattfinden. Am 17. August organisierte sich sogleich der „Hauptvorstand der Deutschtumsbünde Polens“, der aus 16 Verbandsvertretern, sowie aus den Sejmagbeordneten sich zusammensetzt, sich eine Geschäftsordnung festsetzte und Landrat a. D. Naumann in Bromberg zum ersten, sowie Oberlehrer Ludwig Wolff-Lodz zum zweiten Vorsitzenden wählte. Als ständiger Vorort des Hauptvorstandes wurde Bromberg gewählt.

Wir hatten hier von dem großen Gartenfest zum Wiederaufbau der St. Matthäi-Kirche in Lodz berichtet, das als eine Massenversammlung des evangelischen Deutschtums in Lodz rund 20000 Besucher in dem Lodzer Vergnügungsorte Helenhof vereinigte, die gewaltigste Veranstaltung, die dieser Ort seit seinem Bestehen gesehen hat. Die Veranstaltung hatte einen großen materiellen und ideellen Erfolg. Die deutschen Zeitungen berichten nun, daß bei etwa 600000 Mark Ausgaben rund 1800000 Mark eingegangen sind, so daß ein Reingewinn von 1 200 000 Mark für das ganze Fest verbleiben.

Für die ungeheure Verhetzung, die die Polen gegen alles Deutsche treiben, liefert eine Mordtat einen drastischen Beweis, der leider ein Deutscher zum Opfer fiel. Am 31. Juli stand der Färbermeister Abramczyk mit den Angehörigen des Turnvereins „Eiche“ vor seinem Hause und sprach mit ihnen deutsch, als einige Polen vorbei gingen und der Gesellschaft zuriefen: „Verdammte Schwaben geht nach Berlin“. Abramczyk erwiderte einige Worte, sofort aber stürzten die Burschen herbei, einer zog ein Messer und stieß es dem Deutschen in den Leib, so daß er am 3. August an der Wunde verschied. Der Messerheld ist verhaftet. Das Deutschtum in Lodz ist infolge dieses feigen Meuchelmords in großer Erregung. Abramczyk wurde unter mächtiger demonstrativer Beteiligung des ganzen Deutschtums von Lodz beerdigt. Der Turnverein „Eiche“ hatte zur Bestreitung der Kosten 24000 Mark bewilligt, der deutsch-katholische Kirchenverein sang am Grabe, auch der Bund der Deutschen Polens war vertreten. Der katholische Geistliche sagte in seiner Trauerrede nur, „er starb eines tragischen Todes“.

Ungarn.

Die westungarische Frage war in der ungarischen Kammer Gegenstand einer erneuten Verhandlung in der letzten Sitzung vor den Ferien. Der Abgeordnete Graf Kuno Klewelsberg nahm das Wort, um „für die Stadt Ödenburg und das gesamte westungarische Volk“ Protest gegen die Abtretung an Österreich einzulegen. Österreich fehle jede moralische Berechtigung, sich ungarische Gebiete anzueignen. Die 4 Jahrhunderte des Zusammenlebens hätten schon die Seele der Ungarn mit Erbitterung erfüllt, die jetzige „Beraubung“ Ungarns durch Österreich steigere dieses Gefühl ins Ungemessene. In des Redners Adern rolle auch österreichisches Blut, er müsse aber aussprechen, daß der nunmehr entstehende Riß unheilbar sei. In Ungarn gebe es keinen einzigen Mann, der seine Entrüstung nicht teile.

Nach dieser Rede ging das Haus zur Tagesordnung über und behandelte später eine Interpellation Haller über den Schutz der Minoritäten in den besetzten Gebieten, indem er die Aufmerksamkeit des Hauses „auf die von Ungarn geschiedenen Brüder“ lenkte. Die Befreier seien Tyrannen geworden. Der Redner be-

tonte, daß die Hoffnung auf Frankreich als den Schützer der Rechte der Minoritäten vollkommen versagt habe. Frankreich sehe nicht ein, daß seine Deutschenfurcht alle kleineren Staaten in die Arme Deutschlands treibe. Österreichs Politik sei eine Hyänen-Politik. Der Außenminister Graf Banffy erwiderte, die Regierung habe bereits Schritte getan, um den Brüdern in den losgetrennten Gebieten ihre Rechte zu sichern. Sodann brachte Abgeordneter Lingauer abermals die westungarische Frage zur Sprache. Der Außenminister entgegnete, daß mit der österreichischen Regierung Verhandlungen angeknüpft seien, der österreichische Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten habe aber keine Grundlage gefunden, auf der er mit Ungarn in der Frage in unmittelbare Verhandlungen eintreten wolle. Nur über die Liegenschaften des ungarischen Staates, die sich in Westungarn befänden, werde verhandelt. Die Äußerungen des Ministers riefen, nach einem Bericht der „Pester Zeitung“, im Hause allgemeine Bestürzung hervor. Sodann interpellierte der Abgeordnete Budavari über die Judenfrage, der Abgeordnete Szmrecsanxi über die Nationalitätenfrage in der tschechischen Republik. Er folgerte, daß die Regierung auf Schutz der Nationalitäten in den losgetrennten Gebieten hinarbeite.

Soweit aus dem Berichte ersichtlich ist, hat weder ein Abgeordneter noch die Regierung betont, daß erste Bedingung auf Forderung der Wahrung der Rechte der Minderheiten in andern Staaten die Gewährung dieser vollen Rechte an die Minoritäten im eigenen Lande wäre. Damit aber hat es in Ungarn dem Zeugnis des Abgeordneten und gewesenen Ministers Dr. Bleyer und des Abgeordneten Dr. Huber zufolge noch gute Weile.

Jugoslawien.

Die Schulpetition des Deutsch-schwäbischen Kulturbundes wurde von einer Abordnung des Kulturbundes unter Führung des Bundessekretärs Dr. Grassl dem Minister für Volksaufklärung am 16. August überreicht, wobei der Bundessekretär in längerer Rede den Standpunkt der deutschen Bevölkerung entwickelte. Der Minister erklärte, daß er für seine Person die Berechtigung deutscher Mittelschulen durchaus anerkenne. Bis zum Erlaß des Schulgesetzes, das der Nationalversammlung demnächst unterbreitet werde, habe der Ministerrat zu entscheiden, dem er die Angelegenheit befürwortend vortragen werde. Das Schulgesetz werde nach seiner, des Ministers, Überzeugung den Wünschen der deutschen Bevölkerung durchaus entgegenkommen.

Rumänien.

Nachdem die einzelnen Kreisausschüsse sich schon mit der Frage der siebenbürgischen Agrarreform befaßt haben und der Abgeordneten ihr außerordentliches Vertrauen und ihren Dank für die energische Vertretung der Interessen der Siebenbürger ausgesprochen hatten, hat nunmehr der deutsch-sächsisch-Volksrat am 19. August in seiner Vollversammlung in Hermannstadt eine Entschließung angenommen, in der man tief bedauerte, daß die rumänischen Abgeordneten bei der Agrarreform die Gesichtspunkte der nationalen Gerechtigkeit, sowie der Fürsorge für eine ruhige Entwicklung des Landes in sozialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht außer acht gelassen haben. Nationaler Impulse und der Wille nach einseitiger Bevorzugung des rumänischen Volkstums hätten in der Politik der Regierung den Ausschlag gegeben. Das werde bewiesen dadurch, daß in den verschiedenen Landesteilen Rumäniens je nach der völkischen Besitzverteilung die Bestimmungen der neuen Agrar-Gesetze völlig verschieden voneinander seien, was das Ausmaß der Enteignung und den Enteignungspreis anbetrifft. Dagegen lege das sächsisch-Volk feierliche Verwahrung ein. Es fordere die Revision aller Bestimmungen des Gesetzes, durch die dem sächsischen Volk

Gewalt angetan werde und durch die die Grundlagen der kulturellen Einrichtungen, die nationale Kraft und sogar der bäuerliche Besitz schwer gefährdet werden. Das sächsische Volk sehe mit schwerer Besorgnis den Gefahren entgegen und berufe sich auf die Bestimmungen des Friedensvertrags, die den Staaten die gleiche Behandlung aller ihrer Bürger zur Pflicht gemacht hätte. Das Volk aber rufen wir auf, mit aller Kraft und allen gesetzlichen Mitteln mitzuwirken an der Verteidigung seiner Rechte bei der Durchführung der Agrarreform, denn heilig muß uns der Boden sein, den unsere Väter erarbeitet und allen Gefahren zum Trotz sich erhalten haben.“

In Kronstadt und Klausenburg durfte diese Resolution mit Zustimmung der Zensurbehörden anstandslos in den Blättern erscheinen, in Hermannstadt dagegen wurde sie verboten und die Hermannstädter Tagespost z. B. erschien an dem Tage mit einigen großen weißen Spalten. Alle Versuche, die Hermannstädter Präfektur doch zu veranlassen, die Veröffentlichung zu gestatten, erwiesen sich als vergeblich. So hat der Volksrat nun an den Ministerpräsidenten und an den Minister des Innern eine telegraphische Beschwerde gerichtet und gebeten, die Veröffentlichungserlaubnis telegraphisch gewähren zu wollen. Es würde die Stimmung des siebenbürgischen Volkes aufs äußerste erregen und das verfassungsmäßige Prinzip der Pressefreiheit aufs schwerste verletzen, wenn das siebenbürgische Volk verhindert würde, die Stellungnahme seiner obersten politischen Vertretung zu erfahren. Die Folgen einer solchen Politik könnten nicht im Interesse des Staates liegen.

Die siebenbürgisch-sächsischen Blätter veröffentlichen einen Dank des Hermannstädter deutsch-sächsischen Kreisausschusses an die parlamentarischen Vertreter des deutschen Volks für die entschlossene Tatkraft und gediegene Fachkenntnis, mit der sie die Sache des siebenbürgischen Volkes in der Kammer bei der Agrarreform vertreten hätten. Wenn trotzdem die Agrarreform Gesetz geworden sei, so hätten eben nationale Impulse gegenüber dem sozialen Gerechtigkeitssinn die Oberhand behalten. Die parlamentarischen Vertreter dürften aber der Treue des ganzen Volkes gewiß sein. Auch die Hermannstädter Deutsche Tagespost bringt diese Danksagung, aber unmittelbar dahinter gähnt, wie schon gesagt, ein leerer Raum von über 2 Spalten. Die treuen Leser dürfen nicht einmal erfahren, worüber die Zeitung schreiben wollte. Daß immer noch in Rumänien der Stiff des Zensors an die Stelle der Rechte der völkischen Minderheiten tritt, ist ein trauriges Zeichen mangelnder Regierungskunst.

In Czernowitz tagte am 6. August der Große Volksrat. Die „Deutsche Volkszeitung“, das Organ des Volksrats, berichtet, daß in den vier Stunden der Beratungen Pressefragen den Hauptraum in Anspruch nahmen und gute Ergebnisse erzielt wurden. Vertreter beider Parteien, für die Katholisch-deutsche Partei Professor Günttler, für die Freiheitliche Partei Landgerichtsrat Strohmayer, gaben die Erklärung ab, daß innerpolitische Gegensätze unter den Deutschen in Zukunft fern von der Öffentlichkeit nur innerhalb des Großen Volksratsausschusses zur Besprechung kommen sollten. Die „Arbeit“ soll von nun an nicht mehr Organ der Katholisch-deutschen Partei, sondern nur noch ein konfessionell-kulturelles Blatt sein, während die „Deutsche Volkszeitung“ als über den Parteien stehendes Organ des Volksrates keinerlei polemische Artikel aufnehmen soll. An Stelle der heute nur wöchentlich erscheinenden und im Raum beschränkten „Deutschen Volkszeitung“ soll bald eine größere deutsche Zeitung treten, für die eine Zeitungsgenossenschaft mit Anteilscheinen zu je 100 Lei begründet werden soll. Es soll ein im nationalen Geiste geführ-

tes, vornehm gehaltenes, durch großen Nachrichtendienst gestütztes und für das Lesebedürfnis der Bauern und Gewerbetreibenden gedachtes Blatt ins Leben gerufen werden, das nur die Gesamtinteressen des deutschen Volkes und nicht die Interessen einer einzelnen Partei im Auge haben soll. Ein aus beiden Parteien zusammengesetztes achtgliedriges Komitee wird die Grundlagen für diese Zeitungsgründung ausarbeiten. Ferner genehmigte die Versammlung das Festprogramm für die Herbsttagung der Deutschen Großrumäniens, die Mitte September in Czernowitz stattfindet.

Czernowitz prangte im Flaggenschmuck, rumänische und alliierte Fahnen wehten von den Häusern und grüßten den ehemaligen Chef-Rabbiner von London, Dr. Moses Gaster. Eine Bekanntmachung des Stadtrats an den Anschlagssäulen lud zu einem feierlichen Empfang des Gastes im Rathaussaale ein. Der englische Rabbiner wurde in Czernowitz und in andern rumänischen Orten wie ein päpstlicher Legat oder wie ein regierender Fürst empfangen.

Es hat eine eigene Bewandnis um diesen Empfang. Dr. Moses Gaster hat vor 36 Jahren mit dem damaligen Chef der Liberalen Sturza eine kräftige Auseinandersetzung gehabt, dem er zurief, daß er, Gaster, besser die rumänische Geschichte kenne als der ruhmredige Premierminister. Er wurde darauf des Landes verwiesen und fand in England eine zweite Heimat, ist aber jetzt auf Einladung des rumänischen Kultusministers nach Rumänien zurückgekommen, um die Minoritätenfrage zu prüfen. Kaum ist er allerdings in Czernowitz eingetroffen, so wird er von der dortigen jüdischen Presse mit großem Mißtrauen und mit Zurückhaltung begrüßt. In der Czernowitzer Allgemeinen Zeitung wird sein Besuch eine Verlegenheit genannt, und zwar eine Verlegenheit für die Bevölkerung und eine Verlegenheit für diejenigen, die ihn eingeladen hätten. Dr. Gaster bekämpft überall scharf den in Rumänien sehr stark verwurzelten Zionismus und Nationalismus des jüdischen Volkes, er nannte aber auch den Minoritätenschutz und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen einen Mumpitz und stößt so auf starken Widerspruch bei den Juden selbst, die schließlich in Czernowitz eine ausschlaggebende Rolle spielen. In den Czernowitzer Zeitungen lesen wir, daß Herr Dr. Gaster die Synagoge besuchte, die sehr stark besucht war und in der der Tempelchor dem Gaste zu Ehren das zionistische Nationallied sang. 5 jüdische Verbindungen der Universität erklären in den Czernowitzer Zeitungen, daß sie es bedauerten, den Oberrabbiner bei seinem Empfange begrüßt zu haben und an weiteren Veranstaltungen zu seinen Ehren nicht teilnehmen würden, nachdem aus einem wörtlich wiedergegebenen Interview zu ersehen sei, daß Gaster das Bestehen einer jüdischen Nationalität leugne, nur in der Assimilation das Heil des Judentums sehe und somit seine eigene Vergangenheit verleugne. Gegenüber der heutigen Haltung Dr. Gasters führt im „Czernowitzer Morgenblatt“ Dr. Kaßner seine Haltung auf dem 8. Zionisten-Kongreß im Haag im Jahre 1907 an und weist darauf hin, daß derselbe Mann, der heute einen Minoritätenschutz nicht für notwendig halte und eine Minoritätenfrage nur vom kulturellen Gesichtspunkt aus gelten lasse, auf dem Kongresse im Haag vom Jahre 1907 ganz anders gesprochen habe. Der Zweck der rumänischen Regierung, durch Einladung des berühmten jüdischen Zeitgenossen, der während des Krieges eine lebhaft prorumänische Propaganda getrieben hat, die jüdische Minorität näher an den rumänischen Staat zu ketten, scheint jedenfalls kräftig mißlungen zu sein.

Da es sich bei der bedeutsamen Stellung Dr. Gasters in London und in den Kreisen der Entente um mehr als nur einen Höflichkeitsbesuch handelte, scheint dieser Besuch auch vom Stand-

punkt aller Minoritäten, nicht nur der jüdischen, recht bemerkenswert. Die deutschen Vertreter haben es abgelehnt, sich an den Empfangsfeierlichkeiten zu Ehren des Gastes zu beteiligen. Wohl erkennen sie an, daß sich Dr. Gaster um die rumänische Sprachwissenschaft und Literatur hochverdient gemacht habe. Sie sprechen aber dem Londoner Oberrabbiner jedes Recht ab, sich in die Angelegenheiten der Deutschen Groß-Rumäniens einzumischen und betonen, daß er es nicht verhindern werde, daß die Million dieser Deutschen sich als Nation betrachte, die innerhalb der Grenzen Rumäniens wohnend ihrem neuen Vaterlande treue und vollberechtigte Staatsbürger sein wollten, sich aber gegen jede Art der Entnationalisierung entschieden zur Wehr setzen würden. Daß die Deutschen auswandern müßten, wenn sie sich weiter als Deutsche betrachten wollten, sei, so sagt die „Deutsche Volkszeitung“, das Organ des deutschen Volksrats, eine so horrende Behauptung, daß Dr. Gaster hierfür eigentlich von Regierung wegen eine Zurechtweisung verdiente.

Zu Ehren des englischen Oberrabbiners fand in Czernowitz auch ein Bankett statt, bei dem Dr. Gaster die in der Stadt verbreiteten Gerüchte über ihn als unwahr erklärte. Er habe nicht über die Minoritäten gesprochen, sondern nur über die Juden. Die jüdische Frage sei geschlossen, sie existiere nicht mehr: „Wir kennen keine Minoritäten, sondern nur einen Teil der Majorität.“ Was die Deutschen Polens usw. anbelange, so wäre ihre Situation anders. „Wenn es ihnen schlecht geht, können sie in ihr Heimatland zurückgehen, für uns Juden ist das nicht möglich. Unser Ideal ist es, rumänische Staatsbürger zu sein. Das ist geschehen. Wir wollen nur eine kulturelle Autonomie. Ich setze Vertrauen in das rumänische Volk, daß es uns unser Recht gehen wird.“ Im scharfen Gegensatz zu diesen Worten betonte der jüdische Deputierte Dr. Straucher, daß die Juden mit Entschiedenheit an ihrer Nationalität festhielten. Eine Verschmelzung der Völker sei unmöglich. Das jüdische Volk wolle ein treues Element des Landes sein, während der jüdische Advokat Dr. Disch den Standpunkt Gasters vertrat.

Den Standpunkt der Deutschen präzisiert der Präsident des Deutschen Volksrates, Herr Schnirch, dahin, daß die Deutschen entrüstet seien über die These Dr. Gasters, daß sie entweder auf ihr Volkstum verzichten oder das Land verlassen möchten. Gegen ein solches Ansinnen müßten sie entschieden Verwahrung einlegen. Ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum ließen sich die Deutschen von niemand absprechen, auch nicht von Oberrabbiner Gaster aus London.

Besonders verschüttet hat es Herr Gaster mit den Czernowitzer Journalisten, die er Lügner und Dummköpfe nannte. Die Journalisten bestehen darauf, daß sie das Interview mit Dr. Gaster, das zu solchen Stürmen geführt hat, wörtlich genau wiedergegeben hätten und daß sich die Worte auch mit den Interviews deckten, welche die Bukarester Blätter veröffentlicht hätten. Das „Czernowitzer Morgenblatt“ betont, sein Redakteur, der das Interview gehabt habe, habe zum Schluß sich nicht enthalten können zu sagen: „Herr Oberrabbiner, bei allem Respekt vor Ihnen muß ich Ihnen sagen, daß Sie dem Leben ganz entfremdet zu sein scheinen.“ Herr Dr. Gaster habe versucht, dieses Erstaunen mit langen dialektischen und philosophischen Erörterungen zu übergehen.

Auf jeden Fall hat der Besuch des Herrn Dr. Gaster in Czernowitz zu einer tiefen Erregung bei den Deutschen, Juden und anderen Minoritäten geführt und seinen ursprünglichen Zweck der Annäherung der Minoritäten an die Rumänen gründlich verfehlt.

In Kischineff in Beßarabien fand am 10. und 11. Juli eine vom Generaldirektor des Schulwesens einberufene Verammlung

der Direktoren der mittleren und höheren Schulen statt, bei der die deutsche Schule durch Herrn Gymnasialdirektor Römmich und Direktor Mauch von der Wernerschule vertreten war. Bei Behandlung der Frage der Nationalisierung der höheren Schulen in Beßarabien kam auch die Frage der Minderheitsschulen zur Besprechung. Nach dem Plane verbleibt für die russische Minderheit nur das Privat-Knabengymnasium ohne staatliche Rechte von Direktor Schumacher in Kischineff, für die Deutschen besteht als Privatschule mit staatlichen Rechten das deutsche Gymnasium zu Tarutino und die verstaatlichte Wernerschule zu Sarata. Von beiden wurde festgestellt (durch Inspektionen und Prüfungsergebnisse), daß sie ihrem Zwecke entsprechen und ihre Aufgaben erfüllen. Die Juden haben ein verstaatlichtes Knabengymnasium in Kischineff, die Ukrainer ein verstaatlichtes Knaben- und Mädchengymnasium zu Chotin, die Bulgaren Parallel-Klassen des verstaatlichten Knabengymnasiums zu Bolgrad und die Parallel-Klassen des gleichfalls verstaatlichten Mädchen-Lyzeums dortselbst. Die Berichte über die übrigen Minderheitsschulen lauten trostlos. Sie haben weder Lehrer noch Bücher, die Kinder sind russifiziert und kennen die Muttersprache nur als Umgangssprache. Die bulgarischen Eltern (80000 Seelen) geben ihre Kinder in rumänische Klassen, so daß die bulgarischen Klassen durchschnittlich nur 8–12 Schüler haben, deshalb soll die Schule in Kamrat ganz romanisiert werden. In Bolgrad sollen die bulgarischen Klassen nur erhalten werden, wenn sich für das Untergymnasium mindestens 15, für das Obergymnasium mindestens 10 Schüler pro Klasse melden. Trostlos wurde auch über das jüdische Gymnasium in Kischineff berichtet, dessen Direktor ein russifizierter Bulgar ist. Die drei Unterklassen sind nationalisiert. Einige Fächer werden in althebräischer Sprache, die übrigen im jüdischen Jargon unterrichtet, so wird z. B. Latein in althebräischer, Französisch im Jargon-Sprache gelehrt. Die russische Sprache ist in den höheren Klassen Unterrichtssprache, wird aber nicht gelehrt. Gegen den Beschluß, Minderheitsschulen zu romanisieren, legte Direktor Römmich Protest ein, da diese Schulen auf Grund eines königlichen Dekrets beständen, das nur auf gesetzgeberischem Wege abgeändert werden könne. Daß die Minderheitsschulen zum Teil schlecht seien, sei kein Beweis dafür, daß die Minderheiten nicht gern ihre Kinder in die Minderheitsschule schicken würden, wenn sie besser wären! Direktor Römmich verlangte auch Zurücknahme der Rundverfügung, daß die Kanzleien und die Sitzungsprotokolle der Minderheitsschulen in rumänischer Sprache zu führen seien. Für die Minderheitsschulen dürfe das nicht gelten, die Kontrollorgane müßten eben deren Sprache auch wirklich beherrschen. Direktor Römmich wurde aber scharf angegriffen und sein Antrag wurde, der „Deutschen Zeitung Beßarabiens“ zufolge, abgelehnt. Auch der von Direktor Mauch unterstützte Antrag, den Minderheitsschulen die Führung der Kanzleien in zwei Sprachen zu gestatten, wurde abgelehnt. Die Rundverfügung wurde im Gegenteil auf alle, auch auf die Privatschulen ohne staatliche Rechte, ausgedehnt. Die nationale Schulkommission beim Direktorat soll wieder eingeführt werden, um die Sonderwünsche der Minderheiten vor der Schulbehörde zu vertreten und für den Ausbau der Minderheitsschulen Sorge zu tragen.

England.

Der „Manchester Guardian“ meldet, daß mit Erlaubnis der britischen Behörden Mitglieder der englischen Nationalschule eine Studienreise durch Deutschland machen wollten. Der Besuch soll nach Köln, Darmstadt, Frankfurt und Eisenach führen. Die Schüler sollten in deutschen Familien untergebracht werden. Zu diesem Besuch ist wohl auch die Erlaubnis der deutschen

Regierung notwendig, die doch fraglich erscheinen sollte, so lange man deutschen Seeleuten die Landung auf englischem Boden verbietet und Deutsche streng bestraft werden, wenn sie sich erkühnen, ihren Fuß auf englischen Kolonialboden zu setzen! Die Gebenden sollten in erster Linie in solchen Dingen die Engländer sein.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Einer aus unbekannter Quelle stammenden telegraphischen Meldung zufolge, ist der amerikanische Sequester des beschlagnahmten Eigentums, Miller, im Besitz von 418727971 Dollar. Davon sind 314179463 Dollar deutsches Eigentum, 39979015 österreichisches, 5147182 gehören Internierten ehemals feindlicher Länder, 29094164 Dollar sind Eigentum von Amerikanern, die nach der Kriegserklärung in Deutschland blieben, 30428045 gehören Untertanen anderer feindlicher Staaten.

Chile.

Das chilenische Deutschum tritt nahezu geschlossen für die alte Reichsfarbe schwarz-weiß-rot ein. Am 5. Juli fand auf Einladung des Deutschen Vereins in Valparaiso eine Sitzung der Vorsitzenden sämtlicher deutscher Vereine statt, die der Präsident des Deutschen Vereins G. L. Berckenmeyer leitete. Der Vorsitzende der deutschen Handelskammer, G. Ad. Wulff, begründete die Notwendigkeit der Beibehaltung der alten Reichsfarben in historischen Ausführungen, die auf die Handels- und Wirtschaftsentwicklung des Deutschen Reiches, der Auslandsdeutschen und des Außenhandels eingingen. Es gebe kein Beispiel für einen derartigen Flaggenwechsel bei den großen Weltstaaten, wie wir ihn vollzogen hätten. Nur Unkenntnis in überseeischen Verhältnissen habe den Beschluß von Weimar herbeiführen können. Bejammernswert sei, daß, als der Antrag der Hansestädte im Reichstag behandelt wurde, die alten Reichsfarben wenigstens über See zu führen, der Antrag dadurch niedergestimmt worden sei, daß die bürgerlichen Parteien größtenteils gefehlt hätten. Die Aussprache ergab völlige Einmütigkeit aller Anwesenden, zwischen den Deutschen Südamerikas nochmals eine Verständigung darüber herbeizuführen, an den Reichstag wiederholt mit dem Wunsche der Wiedereinführung der alten Reichsfarben heranzugehen. Mit den Deutschen Argentinien, Brasiliens und der andern Staaten soll zunächst Fühlung genommen werden.

KLEINE NACHRICHTEN

Louis Diering †. In Johannesburg (Südafrika) verstarb am 1. Juli, wie wir dem „Deutsch-Afrikaner“ entnehmen, Herr Louis Diering, ein Veteran von 1870/71, der späterhin nach Südafrika ging, deutscher Konsul und Bürgermeister in Kimberley war und in Johannesburg einer der Führer und Förderer des Deutschums wurde. Die deutsche Schule und die deutsche Kirche hat er mitbegründet. Im Kriege war er Vorsitzender des allgemeinen Unterstützungsvereins, er sicherte das Eigentum der Internierten und verwaltete in aufopfernder Weise deren Grundstücke. Wenige Tage vor seinem Tode empfing er noch eine Auszeichnung des deutschen Roten Kreuzes. Ein treues Andenken in Johannesburg ist ihm sicher.

Viktor Rideli †. In Mediasch starb am 7. August Bankdirektor Viktor Rideli, der als Sohn einer Pfarrersfamilie 1852 geboren war, Mathematik und Physik studierte, als Lehrer an die Mittelschule seiner Vaterstadt kam, wo er sein Fach Mathematik zu einem der beliebtesten Schulfächer zu gestalten verstand. Später folgte er nach 10jähriger Lehrtätigkeit einem Ruf als Seelsorger in die Gemeinde Arbegen, wie damals überhaupt ein Drang nach Übergang der Professoren zum Seel-

sorgeramt bestand. So wurde er Bezirks-Dechant und tat sich namentlich in der volkswirtschaftlichen Hebung seiner Gemeinde und in der Begründung von Raiffeisen-Organisationen hervor. Als nach der Erwählung Wilhelm Binders zum Abgeordneten im ungarischen Parlament die Stelle des leitenden Direktors im Spar- und Vorschuß-Verein in Mediasch frei wurde, wurde Rideli berufen. In vielen wirtschaftlichen Korporationen, Kirchen-Gesellschaften und gemeinnützigen Organisationen war er Lehrer und Berater. Der Umschwung der letzten Jahre bedrückte ihn schwer. Er legte bald seine Ämter nieder und überließ die Arbeit jüngeren Kräften.

Philipp Schmidt †. In Werschatz starb am 19. August Philipp Schmidt, einer der bekanntesten Führer des Deutschums daselbst, einer der ersten, der an dem Aufbau der deutschen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen mitarbeitete, der Mitbegründer der deutschen Volkspartei, der Raiffeisen-Genossenschaft und des deutschen Casinos, der Präses des landwirtschaftlichen Vereins und Mitglied zahlloser anderer deutscher Organisationen. Er war ein kerniger treuer deutscher Bauer, der allezeit das Vertrauen seiner Landsleute genoß. Der Parteiobmann der deutschen Volkspartei, Ingenieur Heegh, widmete ihm einen Nachruf, in dem es hieß, es werde lange dauern, bis das schwäbische Volk wieder einen so markanten und kräftigen Vertreter sein eigen nennen könne.

Dr. Ernst Imrich †. In Budapest starb, der „Pester Zeitung“ zufolge, Rechtsanwalt Dr. Ernst Imrich, ein Führer der Siebenbürger Sachsen-Kolonie in Budapest. Er erreichte ein Alter von nur 44 Jahren. Er war Obmann-Stellvertreter des Siebenbürgisch-sächsischen Vereins „Transsylvania“ in Budapest und hat die leider nur kurzlebige Zeitschrift „Deutsche Arbeit in Ungarn“ herausgegeben, die einen so viel versprechenden Anlauf genommen hatte, sich aber dann doch nicht halten konnte. An den deutschen Kulturabenden hat Imrich stets lebhaften Anteil genommen. In den letzten Monaten litt er an ernster Melancholie, an der der Verlust seiner heißgeliebten Heimat schuld hatte.

Heimatgedenken.

In Soerabaja, Niederländisch Indien, ist durch einen Ausschuß zugunsten deutscher und österreichischer unterernährter Kinder bis jetzt die Summe von 14250 Gulden gesammelt worden. Die Sammlung wird noch fortgesetzt. Die gesammelten Gelder werden durch einen zurückreisenden Herrn des Komitees nach bestimmten Schlüsseln in einzelnen Städten verteilt.

Die Südwestafrika-Deutschen für deutsche Kinder. Die Deutschen Südwestafrikas haben eine Spende für die deutschen Kinder ins Leben gerufen, die in Händen der Farmwirtschafts-Gesellschaft liegt. Bis jetzt sind als Geschenk 270 Kühe angemeldet worden, zu denen in der letzten Woche der Sammlung, bis zum 2. Juli, 58 weitere kamen. Ferner sind 295 Pfund Butterfett geschenkt worden und 1279 Schilling, von denen 520 gleichfalls zum Ankauf von Butterfett verwendet worden sind. In der letzten Berichtswoche sind abermals nahezu 2000 Schilling für die Sammlung gezeichnet worden. Gewiß ein glänzendes Zeichen, daß das Deutschum in Südwestafrika, dem es ja wirtschaftlich gar nicht sonderlich gut geht, sich seinen Pflichten gegenüber der Heimat in außerordentlicher Weise bewußt ist.

Die Spende hat dann weiterhin glänzende Ergebnisse zu erzielen gehabt. Zu den bereits gemeldeten 328 Kühen sind innerhalb von 14 Tagen weitere 5 Kühe und ein Jungochse gemeldet worden, dazu 100 Sack Mais frei Bord Kapstadt und weitere 2 Sack Mais und 2 Zentner Mais, 35 Pfund Butterfett zu den

bereits gemeldeten 560 Pfund, und zu den bereits veröffentlichten 4139 sh. deren weitere 600. Aus Deutschland wurde gekabelt, man möchte von der Verfrachtung von Vieh absehen und lieber Butterfett schicken. Sobald es geht, werden also die gestifteten Kühe zu annehmbaren Preisen versteigert werden und vom Erlös wird Butterfett gekauft werden.

Vom **Hilfswerk der Deutsch-Amerikaner** läßt sich die Frankf. Ztg. aus Neuyork melden, daß die Dollarsammlung für den deutschen Mittelstand jetzt abgeschlossen sei, womit eine große Reihe von Hilfsaktionen zu Ende gekommen sei. Das Ergebnis der allgemeinen Dollar-Sammlung mache rund 450000 Dollar aus, die Kleidungsammlung habe eine Million Pfund meist neuer Kleidungsstücke gebracht, daneben noch zahlreiche Kinderausstattungen und Tuche, Baumwolle im Stück, wie auch Schuhe. Auch der Mehlversand habe glänzende Erfolge erzielt. Am Hoover-Drive sei das Deutschtum erfolgreich beteiligt gewesen. Der „Neuyorker Ausschuß für die Linderung der Not in Deutschland und Österreich“ habe unter dem Vorsitz Dr. Emanuel Baruchs, eines in Amerika geborenen, aber für alle Deutschtumsbestrebungen hervorragend interessierten Mannes Glänzendes geleistet. Nächst Neuyork habe Milwaukee am meisten Opfer gebracht, wo in letzter Zeit ein Apfelblüten-Bazar 200000 Dollar Gewinn abwarf. Am meisten könne überhaupt für Kindersammlungen erreicht werden, während für die Not der Intellektuellen das Verständnis noch nicht so sehr entwickelt sei. Auch die Religions-Gemeinschaften seien sehr eifrig in Sammlungen für ihre Glaubensgenossen in Deutschland. Eine Bischofs-Sammlung habe jetzt 750000 Dollar erbracht. Für den Herbst seien schon wieder neue große Pläne zu Wohltätigkeits-Veranstaltungen vorbereitet.

Für seine Vaterstadt **Husum** hat der in Neuyork lebende Deutschamerikaner Nissen ein Grundstück von 10 000 qm gestiftet, auf dem er ein Museum errichten will, das seine 150 Werke enthaltende Gemäldegalerie, seine wertvolle Bronzesammlung und seine wissenschaftliche Bibliothek aufnehmen soll. Die Mittel für Unterhalt und Weiterausbau des Kunsthuses stellt der Stifter zur Verfügung, so daß keine Eintrittsgelder für die Benutzung erhoben zu werden brauchen.

Kirchheim u. T. Frau Helene Schmidt, geb. Schöllkopf, zuletzt in Buffalo-Nordamerika, hat der Stadt eine Stiftung von 100000 Mark gemacht. Der Ertrag von 50000 Mark soll für Freibetten im öffentlichen Krankenhaus, von 30000 Mark zugunsten erholungsbedürftiger Kinder verwendet werden.

Metzingen. Die Gemeinde Metzingen, die vier Glocken für Kriegszwecke abgegeben hat, hat von zwei württembergischen Söhnen, Julius und Karl Gänßlen in Milwaukee, eine Spende von 10000 und von Friedrich Gänßlen dort von 2500 M. bekommen, um ihr Geläute wieder beschaffen zu können.

Herr Karl A. Hoffmann in Fort Wayne, Indiana, hat auf Veranlassung des Schultheißenamts **Ditzingen** durch das „Schwäbische Wochenblatt“ in Neuyork eine Sammlung für eine zweite Kirchenglocke veranstaltet und hat selbst mit 25 Dollarzeichnung die Sammlung eingeleitet. 5380 Mark sind auf diese Weise zusammengebracht und der Gemeinde überwiesen worden.

Das **Goethehaus** in Frankfurt ist in Gefahr. Die Geldmittel fehlen, um diese ehrwürdige Kulturstätte weiterhin zu pflegen. Arthur Brisbane hat im Neuyorker American einen zündenden Aufruf zur Hilfeleistung erlassen, James Speyer hat sich zur Annahme von Geldern zu einer Sammlung bereit erklärt, die er selbst mit 50000 Mark und Brisbane mit 100000 Mark eröffnete. Bereits gegen 30000 Mark sonstige Gelder sind in Amerika eingegangen.

Kirchliche Liebestätigkeit in den U. S. A. Prälat Franz A. Rempe, Generalvikar von Chicago, der im Frühjahr mit der Aufgabe betraut wurde, die \$ 500000 zu verteilen, welche in den verschiedenen Diözesen Amerikas zugunsten hilfsbedürftiger und notleidender Kinder in Deutschland und Österreich gesammelt worden waren, hat seine Mission erfüllt und dem Papst, von dem er Mitte Mai in einer Privataudienz empfangen wurde, Bericht erstattet. Demgemäß wurde das Geld in folgender Weise an die verschiedenen Episkopate verteilt: Deutschland: Augsburg \$ 11256, Bamberg 5836, Breslau 42344, Köln 43148, Eichstätt 2412, Ermland 4288, Freiburg i. B. 16844, Fulda 2680, Hildesheim 2680, Limburg 5628, Mainz 5092, München-Freising 13936, Münster 21440, Osnabrück 3824, Paderborn 20904, Passau 4288; Regensburg 11256, Rothenburg 9380, Sachsen mit Oberlausitz 2918, Speyer 5628, Trier 18760, Würzburg 7504, Glatzer Generalvikariat 2144, Delegatur Tütz 1340, Kulm 268, Olmütz 1072; ferner in Paderborn deponiert behufs späterer Ausgleichung 67000; zusammen \$ 335000. Österreich: Wien 66000, St. Pölten 16500, Linz 16500, Salzburg 16500, Brixen (Innsbruck) 16500, Seckau (Graz) 16500, Gurk (Klagenfurt) 16500; zusammen \$ 165000.

Aus **Kuba** hat ein Komitee für die deutschen notleidenden Kinder bis zum 22. Juli schon 30000 Dollars an das deutsche Komitee abgeführt, von denen der badische Kinderaufenthaltort Heuberg, das frühere Truppenlager, 100000 Mark erhalten hat.

Der Ministerialsekretär Franz Debold in Karlsruhe erhielt durch Vermittlung seines Bruders **Adolf Debold** in La Paz einen dort gesammelten Betrag von über 100000 M. zugunsten der im Krieg arm und zu Waisen gewordenen Kinder der Stadt Karlsruhe.

Der Ausschuß für Heimatspende in Buenos Aires hat 10000 Mark an den bayerischen Beamten- und Lehrerbund gesandt, die durch die Vermittlung des Professors **Wilfert** übermittelt wurden, der selbst ehemaliger Angehöriger der Passauer Studentenschaft ist.

Brasilianische Liebestätigkeit. In ganz Brasilien wurden laut „Köln. Ztg.“ vom 8. Juli bis zum April 1917 1 Millionen Goldmark für Deutschland gesammelt und überwiesen. Die Gesamtsumme des in Rio de Janeiro aufgebrauchten Betrages beläuft sich nach deutsch-brasilianischen Zeitungsmeldungen auf 943000 Mark. Von diesen wurden laut Mitteilung des Hilfsvereins in Rio de Janeiro vom 15. August 1914 bis zum 15. August 1917 überwiesen:

an das Deutsche Rote Kreuz in Deutschland	385845560	Reis
an die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen	200892020	Reis
an die Kriegsblinden-Stiftung	4055350	Reis
an das Deutsche Kriegswaisenhaus Oberammergau	1249000	Reis
an den Reichsverband „Ostmarkenhilfe“ . .	1740000	Reis
für die deutschen Untersee-Boote	840000	Reis
an die Hindenburg-Spende	60000	Reis
an das Komitee für die Kriegsgefangenenfürsorge in Sibirien	48758410	Reis
an deutsche Kriegsbeschädigte	1037800	Reis
an die Kriegerunterstützungskasse des Vereins für das Deutschtum im Ausland	64500	Reis
für die Provinz Oberschlesien von F. J. Wilberg	7500000	Reis
an die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen	6520000	Reis
für Kriegsgefangene Deutsche in Rußland . .	12300600	Reis
Außerdem größere Unterstützungen und Ausgaben für deutsche		

und österreichische und bulgarische Hilfswerke. Unberücksichtigt sind bei der obigen Aufstellung die großen Beträge, die in diesen Jahren 1914–17 direkt nach Deutschland überwiesen wurden.

Die Kriegsfürsorgeleistung im ganzen Staat Sao Paulo beläuft sich für die ersten drei Kriegsjahre ohne Berücksichtigung der Sammlungen für die mit Deutschland verbündeten Mächte auf 1237760.

Der Staat Rio Grande do Sul hat in der gleichen Zeit 573792160 Reis aufgebracht, die zum größten Teil für die allgemeine Kriegsspende, in kleineren Summen sodann für die Kriegserblindeten, die Kriegsgefangenen in Rußland und für die Hinterbliebenen der in der Schlacht am Skagerrak Gefallenen verwendet wurde.

Santa Catharina hat im gleichen Zeitraum zirka 230000 Milreis gesammelt, davon der Bezirk Blumenau 9000, der Bezirk Joinville 8633 Milreis. Über die zweite Epoche der Sammeltätigkeit seit 1917 liegen abschließende Berichte noch nicht vor.

KIRCHE UND MISSION

Palästina.

Unter den vielen beschlagnahmten deutschen Missionsstationen und Missionsanstalten in der Welt hat als erste das Syrische Waisenhaus in Jerusalem sein Eigentum zurück-erhalten. Am 14. Juni 1921 fand die feierliche Rückgabe an seine deutschen Eigentümer statt, über welche in der Zeitschrift „Der Bote aus Zion“ berichtet wird. Auch Direktor Theodor Schneller ist wieder in Jerusalem eingetroffen und hat seine Arbeit übernommen. Nur unter dieser Bedingung haben die Amerikaner die Anstalt den Deutschen wieder übergeben. Der Bericht zollt warme Anerkennung den Amerikanern und besonders dem Obersten Leiter des ganzen „Near East Relief-Werkes in Nordsyrien“, Major Nicol. Die Amerikaner hatten nach den Kriegswirren wieder geordnete Zustände herbeigeführt. Sie haben ihr Werk zwar oft anders, als wir, aber mit Sorgfalt, Treue und Hingebung getan. Die genannte amerikanische Gesellschaft hat auch für die ersten Jahre einen namhaften Teil der Jahresgarantiesumme von 11000 Pfund (2750000 Papiermark) in Aussicht gestellt und will einen Teil des neu angeschafften Hausrats schenken. Die amerikanischen Herren, als die derzeitigen Inhaber des syrischen Waisenhauses, haben auch bei den Verhandlungen mit der englischen Regierung manch freies und kräftiges Wort mitgesprochen.

Der Vertrag, welchen die jetzigen deutschen Leiter unterzeichnen mußten, enthält folgende Bestimmung:

2. Die Sprache der Verwaltung und des Unterrichts muß eine der drei Landessprachen sein, englisch, arabisch oder hebräisch.
4. Lehrplan, Lehrmittel und gesundheitliche Einrichtungen sind in Übereinstimmung mit dem Unterrichts- und Gesundheitsamt der Regierung festzusetzen.
6. Direktor Schneller kann den Stab seiner Mitarbeiter frei bestimmen, diese können also auch Deutsche sein.
8. Direktor Schneller kann über jeden Teil des Eigentums des Syrischen Waisenhauses, der in Jerusalem liegt, frei verfügen. Die Regierung hat kein Recht, irgend etwas davon zu beschlagnahmen oder zu benützen.
9. Die Jahrespacht für das Gut Bir Salem, abzüglich 10 % für die Regierung, wird dem Direktor für den Unterhalt des Syrischen Waisenhauses bezahlt.
10. Falls dieser Vertrag von Direktor Schneller nicht eingehalten wird, hat die Regierung das Recht, das Syrische Waisenhaus einer anderen Gesellschaft zu übergeben.

11. Die Anstellung eines anderen Direktors bedarf der vorherigen Genehmigung der Regierung.

Dieser Vertrag enthält keine größeren Einschränkungen, als sie auch den anderen Schulen ausländischer Missionen auferlegt sind. Von den drei amtlich anerkannten Sprachen haben die deutschen Leiter die arabische Landessprache gewählt. Die verschiedenen Persönlichkeiten der Verwaltung rüsten schon zur Ausreise; aus Sparsamkeitsgründen wurde sofort fast die Hälfte des bezahlten Personals entlassen.

Die in dem Vertrag erwähnte Station Bir Salem in der Meeresebene des Philisterlandes liegt 10 Stunden westlich Jerusalem, 330 ha groß, ist seitens der englischen Landesregierung an den australischen Farmer Fulton, der während des Krieges Oberst im englischen Heere war, gegen eine sehr bescheidene Summe auf 4 Jahre verpachtet. Gegen den Verkauf dieser Station hat die Leitung des syrischen Waisenhauses Einspruch erhoben.

Die deutschen Missionare bleiben der internationalen Konferenz in Neuyork fern.

Die deutschen Missionsvertreter haben die Einladung zur großen internationalen Konferenz in Neuyork im Oktober abgelehnt, weil die deutsche Missionsgemeinde durch den Friedensvertrag von Versailles als ausgeschlossen gebrandmarkt ist, ihre Sache als minderen Rechts erklärt wird und weil an der internationalen Konferenz Männer in verantwortlicher Stellung teilnehmen, die in unverantwortlicher Weise die deutschen Missionare öffentlich geschmäht haben, ohne das bisher öffentlich zurückzunehmen. Das Barmer „Missionsblatt“ bemerkt zu diesem Beschluß: Möge das Leerbleiben des deutschen Stuhles unsere Sache wirksamer vertreten, als wenn er besetzt wäre.

Deutsche evangelische La Plata-Synode.

Die Synode ist am 11. und 12. Juli 1920 das erstmal nach dem Kriege zur Beratung ihrer Angelegenheiten in Buenos Aires wieder zusammengetreten.

Aus dem nun vorliegenden Bericht ist zu ersehen, daß die Ev. Kirchengemeinde in Argentinien und Paraguay die schwierige Lage während des Krieges im allgemeinen gut überstanden und wenigstens fast überall ihren Besitzstand gerettet hat. Pastor Dufft in Buenos Aires hat es verstanden, trotz des hemmenden Einflusses der Kriegszeit und der nachfolgenden schweren Jahre alle Schwierigkeiten zu überwinden. Gefährdet wurde nur die weit ins Innere des Kontinents nach Asuncion vorgeschobene Vorpostengemeinde, weil der zu ihrem Unterhalt aus der Heimat kommende Geldstrom völlig versiegt. Wie sich die Zukunft des deutsch-evangelischen Kirchenwesens in Paraguay weiter gestalten wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Eventuell wird das Pfarramt in Asuncion aufgelassen werden müssen.

Auch in Rosario ist die Lage eine denkbar trübe. Nach 16jähriger zäher und unermüdlicher Arbeit, die im Jahre 1913, kurz vor dem Kriege, zur Einweihung eines eigenen Kirchleins geführt hat, ist die Schuldenlast der Gemeinde auf 30000 Pesos gewachsen und es wird der Anstrengung aller am deutschen Kirchen- und Schulwesen in Rosario interessierten Personen bedürfen, um die Wiedererstarkung der Kirchengemeinde zu ermöglichen.

Die schwierige Lage in Montevideo wurde durch das feste Zusammenhalten der Gemeinde und durch die Opferwilligkeit der Gesamtheit und der Einzelnen überwunden, so daß mit einer Erhöhung des Pfarrgehalts vorgegangen und ein Teil der Kirchenschulden abgetragen werden konnte.

Daß die beiden Reisepredigerämter, die Argentinien Nord und Süd versorgen, der Synodalbehörde große Schwierigkeiten

machten, läßt sich bei den gewaltigen Kosten, die für sie anlaufen, begreifen. Trotzdem gelang es der Synode, unterstützt durch den Opfersinn der Deutschen in Buenos Aires, die Summe, die zugesetzt werden mußte (mehr als 40000 M.), aufzubringen. In den übrigen Pfarrgemeinden aber gelang es, nicht nur den Besitzstand zu erhalten, sondern sie zeigen durchgehend eine günstige, aufwärtsführende Entwicklung. In Buenos Aires wurden sogar die Gelder für die Erweiterung der Kirche aufgebracht, zunächst aber mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse zinstragend angelegt. Da bereits 75000 Pesos für diesen Zweck vorhanden sind, wird die Wiederaufnahme des Plans nur eine Frage kurzer Zeit sein. Außerdem gelang es, in Buenos Aires einen eigenen deutschen Friedhof zu schaffen. Die endgültige Trennung der Germaniaschule von der Kirche beendet eine langandauernde Entwicklung und schafft eine durchaus als Fortschritt anzusehende klare Lage.

Sehr erfolgreich haben auch die Wohltätigkeitsanstalten gearbeitet. Das Frauenheim und das Seemannsheim in Buenos Aires, das Konfirmandenheim in Ramirez, die Schwesternstationen in Buenos Aires und Nueva Helvetia und das Knabenwaisenhaus in Baradero stellten sich während des Krieges zum Teil in den Dienst der notleidenden, stellungslosen Deutschen und haben die schwere Zeit erfolgreich überstanden.

Das Evangelische Gemeindeblatt für die La Plata-Staaten hat sich als ein wertvolles Bindeglied unter den einzelnen Gemeinden erwiesen.

Im allgemeinen ist der Bericht ein Beweis für den tapferen Mut, mit dem die Evangelischen Gemeinden des La Plata-Gebiets, geleitet von ihrer Synode, die harten Zeiten durchgehalten haben und wie ihre treue Arbeit dazu geführt hat, daß sie auch heute nach dem Kriege auf gute geleistete Arbeit und eine tüchtige Basis für die Weiterentwicklung blicken können.

Kirche und Kolonisation. Von rühriger Arbeit der deutsch-evangelischen Synode von Rio Grande do Sul berichten die „Hamb. Nachr.“ vom 23. Juli: „Zur Ausbildung eines einheimischen theologischen Nachwuchses hat die Synode beschlossen ein Proseminar zu errichten. Laut Rio Grandenser Sonntagsblatt hat die deutsch-evangelische Synode von Nordamerika für diese Arbeit ihre Mithilfe angeboten, indem sie eine Lehrkraft entsenden will. Die Zöglinge sollen drüben so weit vorgebildet werden, daß sie das Diaspora-Seminar in Witten an der Ruhr besuchen können.“

Über die Ziele der kirchlichen Siedlungsarbeit berichtet Pfarrer Mumelthey, der seit Oktober 1920 neu ernannte Siedlungspfarrer, daß die innere Abwanderung kirchlich organisiert und den Abwandernden gemeinsame Niederlassungsmöglichkeiten gezeigt werden sollen. Durch die planmäßige Sammlung der Abwanderungslustigen auf geschlossenes Siedlungsland sollen Glaube und Volkstum erhalten werden. Für eine großzügige Kolonisation durch Einwanderung hat die Synode beschlossen, Pfarrer Gottschald als amtlichen Vertreter nach Deutschland zu entsenden, um dort für eine Einwanderung und Siedlung in deutsch-evangelischem Sinne tätig zu sein. Er wird einer eigens zu diesem Zweck ernannten Kommission verantwortlich sein, in welche die Pastoren Th. Dietschi, Bartsch, Direktor Faulhaber und Direktor Strothmann gewählt wurden.

Neues aus Australien und Neu-Guinea.

Die Deutsch-Australischen Lutheraner waren bisher noch keine organische Einheit, sondern zergliederten sich in mehr oder weniger voneinander unabhängige einzelne Synoden und Kirchenkörper. Diese haben sich nun kürzlich zur „Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Australien“ zu-

sammengeschlossen unter hervorragender Mitwirkung der Deutsch-Amerikanischen Jowa Synode und ihres Präses D. Richter. Diese neue Kirche hat dann sofort eine Missionsgesellschaft gegründet, deren Vorsitzender Direktor Pastor Theile (Bethania, Südastralien) wurde. Diese Missionsgesellschaft beschloß bald darauf die Gründung eines Seminars zur Ausbildung von Pastoren und Missionaren.

Nach den Berichten der Rheinischen Missionsgesellschaft (Nr. 8/21) hat das Heiden-Missionskomitee der „Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Australien“ am 13. Mai die Kontrolle der deutschen Mission, der Rheinischen und Neuendettelsauer Missionsgesellschaften übernommen, welche bald darauf von der Australischen Regierung genehmigt wurde. — Das genannte Blatt findet warme Worte des Dankes und der Anerkennung für alles, was die deutschen Lutheraner Australiens bisher für ihre Nationalität deutscher Glaubensgenossen und deren Arbeit in Neu-Guinea getan haben. Während des Krieges haben die Rheinischen und Neuendettelsauer Missionare ungehindert weiterarbeiten können, auch nachdem Kaiser-Wilhelms-Land von den Australiern besetzt war und es dann nach dem Friedensschluß als Mandat des Völkerbundes Australien zugesprochen wurde. Die Pastoren der australischen Lutheraner sind zum großen Teil aus dem Neuendettelsauer Missions-Seminar hervorgegangen. Der Beschluß der australischen Regierung gestattet deutschen Missionaren, „die gegenwärtig in der Arbeit stehen, soweit sie bereit sind, den Loyalitätseid zu leisten, im Lande zu bleiben“ für eine Periode von 4 Jahren (anfangs wurden nur 2 zugestanden, Pastor Theile hatte um 10 Jahre Frist gebeten), alsdann sollen sie ersetzt werden durch Missionare, die in Australien oder Amerika geboren sind; während dieser Zeit dürfen Kinder deutscher Missionare in geeignete (proper) Schulen in Australien geschickt werden und zum Zweck eines Erholungsurlaubes dürfen Missionare nach Australien kommen. Auch den Bräuten von den Missionaren, die von ihnen bezeichnet werden, soll gestattet sein, von Deutschland nach Neu-Guinea zu kommen. Diese Konzessionen gelten bedingungsweise unter sicherer Bürgschaft der Loyalität gegen die Verwaltung und der Enthaltung jedes Amtes oder Berufes, das der Regierung schaden könnte.

Von den übrigen deutschen evangelischen Anstalten Jerusalems ist das „Aussätzigen-Asyl“ der Brüdergemeinde auch während des Krieges den Deutschen als einziger Zufluchtsort gelassen worden, weil niemand von den Engländern hineinziehen wollte. Das kleine Johanniter-Hospiz ist seit etwa einem Jahre dem Deutschen Johanniterorden übergeben worden. Die Erlöser-Kirche ist während des ganzen Krieges in den Händen der Deutschen verblieben, wird aber auch für englischen Gottesdienst mit benutzt. Alle anderen deutschen Anstalten, wie das Kaiserswerther Mädchen-Waisenhaus Talitha Kumi, das Kaiserswerther-Krankenhaus, die Kaiserin-Viktoria-Stiftung auf dem Ölberg, die als Regierungspalast dient, die höhere deutsche Schule, das Hospiz für deutsche Theologen neben der Erlöserkirche, die arabische Volksschule des Berliner Jerusalemvereins und das Waisenhaus in Bethlehem sind noch von den Engländern beschlagnahmt, ob und wann sie zurückgegeben werden sollen, ist noch unbekannt. Grisebach.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Lodz. Die deutsche Schule in Polen steht, wie bekannt, unter dem Drucke des Deklarationswesens; bei jedem neuen Schuljahre wird von allen Eltern die Vorlage einer neuen Erklärung gefordert, daß ihre Kinder in deutsche Schulen gehen sollten. Diese Erklärung haben verschiedene Eltern abzugeben unterlassen, so daß

dem Deutschum 4 Schulen in Lodz für das neue Schuljahr verloren gegangen sind. Jetzt, nachdem es zu spät ist, kommen die Eltern, deren Kinder einen Gestellungsbefehl für die polnischen Schulen bekommen haben, jammernd zum Büro der deutschen Reichstags-Abgeordneten und flehen um Hilfe. Ob sie ihnen mit Erfolg gewährt werden kann, ist zweifelhaft. Die Polen haben mit großer Eile die 4 Schulen, deren erste Klasse nicht zustande kam, ganz geschlossen und die betreffenden Schulklassen in benachbarte Schulen für den Nachmittag untergebracht. Darunter ist eine Schule, die für 6 Klassen genügend Schüler hatte und seit mehr als 20 Jahren besteht. Deutsche Unterrichtssprache haben nach den Feststellungen der „Lodzer Freien Presse“ 20 Schulen in Lodz. Vier von diesen Schulen haben Lehrerinnen zu Leitern, die übrigen 18 werden von Lehrern geleitet.

Lemberg. Das „Evangelische private Gymnasium“, mit deutscher Unterrichtssprache hat seinen ersten Jahresbericht über das 3. Schuljahr 1920/21 vorgelegt. Das Heft bringt neben einem Aufsatz von Dr. Stefan Baley über „Vorbemerkungen zur Intelligenzprüfung von Schülern des evangelischen Gymnasiums in Lemberg“ eine kurzgefaßte Schulgeschichte, die nachstehend im Auszug wiedergegeben werden soll:

„Das Gymnasium wurde im Juni 1918 gegründet und im September desselben Jahres mit einer Knaben- und einer Mädchenabteilung eröffnet. Im Schuljahr 1918/19 wurde die 1. Knaben- und 1. Mädchenklasse errichtet. Es traten zu Beginn des Schuljahres 65 Schüler und 50 Schülerinnen ein. Der Unterricht litt schwer durch die Kriegereignisse. Mitte Oktober wurde die Schule wegen der herrschenden Grippe gesperrt. Dann kam der Umsturz und der polnisch-ukrainische Krieg mit Straßenkämpfen, Belagerung und Beschießung der Stadt. Vor Weihnachten konnte der Unterricht wieder aufgenommen werden. Viele Schüler und Schülerinnen von auswärts waren jedoch von Lemberg abgeschnitten, erschienen aber allmählich am Schlusse des Schuljahres wieder und legten nach den Ferien eine Ergänzungs- oder Aufnahmeprüfung in die 2. Klasse ab.

Im Schuljahr 1919/20 wurde die 2. Knaben- und 2. Mädchenklasse errichtet. Gesamtzahl der beiden Abteilungen: 181. Das Schuljahr nahm einen geregelten Verlauf. Mit Erlaß des Ministeriums für Kultus und öffentlichen Unterricht vom 19. Juli 1920 wurde der Anstalt das Öffentlichkeitsrecht für die ordentlichen Schüler und Schülerinnen der 1. und 2. Klasse des Schuljahres 1919/20 verliehen.

Im Schuljahr 1920/21 wurde die 3. Knaben- und 3. Mädchenklasse errichtet. Gesamtzahl der Knaben und Mädchen: 232. Das Schuljahr nahm einen ungestörten Verlauf.

Herr Dr. Konstanty Wojciechowski, Direktor des III. Gymnasiums in Lemberg, besichtigte als Visitator die Anstalt vom 10.—22. Januar und hielt am 28. Januar mit dem Lehrkörper die Visitationskonferenz ab. Er fand die Disziplin gebührend, den Lehrerfolg auf der Mittelstufe, den Fleiß der Schüler im allgemeinen recht befriedigend. Das Schuljahr schloß am 28. Juni.

Angesichts der Verteuerung der Schulbücher und der Bezugsschwierigkeiten kaufte die Schulleitung gelegentlich eine größere Anzahl Schulbücher an und verlieh an ihre Schüler 252 Stück. Die Schulleitung war auch sonst bestrebt, sichtlicher Not unter der Schuljugend zu steuern und vermittelte einer Anzahl armer Schüler und Schülerinnen einen Mittagstisch bei der amerikanischen Mission der Methodisten. Der evang. Frauenverein bescherte zu Weihnachten die Bedürftigsten mit Kleidung und Wäsche, und Pfarrer Dr. R. Kesselring verteilte mehrere Geldzuwendungen von einem ungenannten Spender. Zur Weckung des Gemeinsinnes wurden wöchentliche

Sammlungen für wohltätige Zwecke eingeführt. Es wurden abgeführt: an das evang. Waisenhaus in Stanislaw 5350 *h*, an den jüdischen Rettungsausschuß in Lemberg 4300 *h*, für Kriegsverletzte des polnischen Heeres 3461 *h*, fürs Towarzystwo ochrony modziezy in Lemberg 515 *h*, fürs polnische Rote Kreuz (gelegentliche Sammlung) 40,50 *h*. Für die evangelische Jugend wurden vom Religionslehrer, Pfarrer Dr. Kesselring, besondere Schulgottesdienste abgehalten.

Grundlage des Lehrplanes der Anstalt ist der Lehrplan für galizische Gymnasien laut Verordnung des Landesschulrates vom 2. August 1909, jedoch 1. mit möglichst weitgehender Berücksichtigung der Neuerungen, die das Ministerium für öffentlichen Unterricht im Programm für den dreijährigen Unterbau vorsieht, 2. mit Berücksichtigung der besonderen Bedingungen, die an die deutsche Unterrichtssprache geknüpft sind.“

Das neue Schuljahr 1921/22 begann am 2. September 1921.

Von den deutschen Schulen in Beßarabien. Am 11. und 12. August fand in Sarata unter dem Vorsitz des Direktors der Werner-Schule, Mauch, des Vorsitzenden des Deutschen Lehrervereins eine Versammlung der deutschen Lehrer Beßarabiens statt. Die vorbereiteten Satzungen wurden einstimmig angenommen und genehmigt. Darnach hat der Verband der deutschen Lehrer in Beßarabien seinen Sitz in Sarata und ist ein selbständig nationaler Verein, der sich als Einheit jedem größeren Verband anschließen kann. Der Versammlung wurde mitgeteilt, daß das Kreislandschaftsamt den deutschen Lehrern des Kreises Cetatea-Alba zur Anschaffung von Schulbüchern für arme Kinder 15 000 Lei zur Verfügung gestellt hat. Die nötigen Lehrbücher für den Schuldienst stehen jetzt wieder zur Verfügung. Der Lehrerverband beschloß, den Deutschen Volksrat in Beßarabien mit 10 Vertretern zu beschicken und bei der nächsten Volksratsversammlung den Antrag zu stellen, daß in den Vollzugsausschuß zwei Vertreter der organisierten Lehrerschaft gewählt würden. Es zeigte sich in der Versammlung, daß die Lehrerschaft in Beßarabien in ihrer überwältigenden Mehrzahl wünscht, daß die durch ein königliches Dekret verstaatlichte deutsch-nationale Volksschule als deutsch-nationale Staatsschule auch weiterhin bestehen möge und daß ihr der deutsch-nationale Charakter durch eine rechtskräftige Bestätigung seitens der Reichskammern dauernd erhalten bleibe. Jede Schule soll im Laufe des Schuljahres 100 Lei durch Schülerfeste aufbringen, damit am Meeresufer bei Badaki ein Lehrer- und Schülererholungsheim errichtet werden könnte. Mit den Vorarbeiten zum Bau der Anstalt ist begonnen worden. Zur Erweiterung der Lehrerbücherei soll jeder Lehrer 20 Lei besondere Steuer bezahlen.

Okahandja (Südwestafrika). Die deutsche Schule ist durch ein glänzendes Schulfest vorläufig in ihrem Bestande gesichert. Der Schulbazar vom 11. Juli war ein ungeahnter riesiger Erfolg. Es gingen über 9500 sh. ein, von denen nach Abzug aller Unkosten Immerhin noch über 8200 sh. als Reinertrag verblieben. Über 1000 sh. davon waren gespendete Barbeiträge. Es war ein echt deutsches fröhliches Fest, das mit seinen Gesangsvorträgen und humoristischen Darbietungen die Gäste lange beisammen hielt und es ihnen, den Berichten zufolge, „geradezu leicht machte, sich von ihrem Mammon zu trennen“!

Milwaukee. Das deutsch-amerikanische Lehrer-Seminar wird in diesem Sommersemester seine Arbeit wieder aufnehmen. Es ist eine Gründung des deutsch-amerikanischen Lehrerbundes und des Neuyorker Seminar-Vereins und mußte im Kriege seine Tätigkeit einstellen. Unter der Leitung des Direktors Max Griebisch soll jetzt ein Kurs für Lehrer moderner Sprachen

eröffnet werden und zwar für deutsch-, französisch-, russisch und spanisch. Vor allen Dingen sollen Musterlehrkurse stattfinden.

Fort Wayne (Ind.). Lehrer Edward Gerberding zu Ehren wurde am 12. Juni 1921 in der evang.-luth. St. Pauluskirche zu Fort Wayne ein besonderer Gottesdienst abgehalten. Die Feier galt dem Abschluß 60jähriger segensreicher Lehrtätigkeit des Herrn Gerberding, der von dieser langen Zeit volle 38 Jahre an der St. Paulusschule fungiert hat. Gerberding wurde am 30. August 1841 in Deutschland geboren und war zunächst in Witten und Bochum als Lehrer tätig, bis er 1883 in die Vereinigten Staaten auswanderte, wo er in Fort Wayne nach der „Freien Presse-Staatszeitung“ mindestens 3000 Kinder unterrichtete.

Mexiko. Die deutsche Schule. Der uns vorliegende 27. Jahresbericht über das Schuljahr 1920 zeigt, daß die Schule durch die Opferwilligkeit der deutschen Kolonie große Erweiterungen erfahren konnte. Insbesondere hat sich der deutsche Gesandte, Graf von Montgelas durch sein reges tätiges Interesse um sie verdient gemacht. In einer Oberrealschule mit Vorschule, einer höheren Mädchenschule, einer Handelsabteilung und einer deutsch-mexikanischen Mittelschule werden zurzeit 904 Schüler von 42 Lehrern und Lehrerinnen, die teils Deutsche, teils Mexikaner sind, unterrichtet. Außerdem ist ein Kindergarten angeschlossen. Die Bücherei der Schule ist während des vergangenen Jahres mit über 700 Bänden bedacht worden. Mit der Bevölkerung der Hauptstadt wurden in jeder Richtung rege Beziehungen unterhalten. Ein Kursus von Vortragsabenden, die volkshochschulmäßig betrieben wurden, sorgte besonders dafür, daß die Schule auch in weiteren Kreisen sich wachsender Beliebtheit erfreut. Andere Veranstaltungen hielten den Zusammenhang mit der alten Heimat aufrecht. So wurde am 28. August ein Goethefest veranstaltet, an das sich ein dramatischer Abend im Deutschen Hause anschloß. Bei dieser Gelegenheit wurden der „Bürgergeneral“, „Die Geschwister“ und „Die Laune des Verliebten“ aufgeführt. Der 19. Dezember brachte eine Weihnachtsfeier, bei der „Das Weihnachtsspiel“ von Otto Falckenberg mit der Musik von Bernhard Stavenhagen aufgeführt wurde. Auch die mexikanischen Tageszeitungen waren voll des Lobes über diese Veranstaltung. Das mexikanische Nationalfest wurde selbstverständlich ebenfalls gebührend gefeiert.

Buenos Aires. Ein neues deutsches Schulgebäude. Die deutsche Schule Dock Sud, die ganz in der Nähe der großen Fabrikanlagen der Deutschen Transatlantischen Elektrizitätsgesellschaft steht, reichte für die erfreulich wachsende Schülerzahl nicht mehr aus, so daß, wenn nicht noch mehr Eltern der zahlreich in Dock Sud beschäftigten deutschen Arbeiter- und Beamtenkreise ihre Kinder in die entfernte Barracas-Schule zum Unterricht senden sollten, der Schulverein Dock Sud sich dazu entschließen mußte, ein neues Heim zu errichten. Das neue Heim der deutschen Schule ist, auf Zuwachs berechnet, ein großer stattlicher Bau mit rotem Ziegeldach, dessen geschmackvolle Fassade aus einem freundlichen Garten herausgrüßt. Es ist eine Zierde der sonst sehr nüchternen Gegend um Dock Sud. Zurzeit wird die Schule, die 1912 als gemischte konfessionslose durch die Mitgliederbeiträge und gelegentliche einmalige Schenkungen der Deutschen Kolonie unterhaltene Lehranstalt gegründet wurde, von 69 Schülern (40 Knaben und 29 Mädchen) besucht. Von diesen sind 53 Deutsch-Argentinier, 7 Österreicher, 6 Reichsdeutsche, 2 Brasilianer und 1 Uruguayer. Die drei Klassen werden von einem deutschen Lehrer, einer deutschen und einer argentinischen Lehrerin geleitet. Das Schulgeld beträgt monatlich 3 Pesos. Unbemittelten sind 5 Freistellen vorbehalten.

Die Einweihung des neuen Schulgebäudes fand am 19. Juli statt. Der deutsche Gesandte Dr. Pauli, Vertreter der deutschen Schulvereine, der Presse und Andere hatten sich eingefunden. Das „Arg. Tagbl.“ schreibt dazu, die Festteilnehmer hätten das Bewußtsein mit sich genommen, daß deutscher Tatkraft und deutscher Hingabe hier wieder ein hoch einzuschätzendes Werk gelungen ist. Möge die heute noch kleine deutsche Schule im Süddock der Hauptstadt wachsen und segensreich weiterwirken!

Deutscher Schultag in Buenos Aires.

Ende März fand in den Räumen des neuen deutschen Vereinshauses in Buenos Aires die seit längerem sorgfältig vorbereitete Versammlung deutscher Schulmänner statt. Seit 7 Jahren kam damit zum ersten Male wieder ein allgemeiner Schultag zu stande. Die gesamte deutsche Lehrerschaft in Buenos Aires war unter den Anwesenden vertreten, außerdem sah man Delegierte der deutschen Schulen Cordoba, Rosario, Bahia Blanca, Mendoza, Santa Fe, Parana und Baradero.

Der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, Herr Wilfert, konnte am 24. März den 1. Verhandlungstag mit einem Überblick über die Arbeit des Lehrervereins innerhalb der vergangenen 7 Jahre eröffnen. Auf seine Anregung wurde unter allseitiger Zustimmung beschlossen, dem deutschen Reichskanzler folgendes Telegramm zu schicken: „Deutscher Schultag Buenos Aires bekundet Treue zur alten Heimat. Lehrerverein“. Sodann referierte der Vorsitzende als 1. Berichterstatter über die vorgeschlagene und erwogene Neugestaltung des Deutschen Lehrervereins am La Plata. Die aufgestellten Leitsätze fanden im allgemeinen Zustimmung und Annahme. Aus den Verhandlungspunkten des 1. Tages seien hervorgehoben die Fragen, die eine „Ruhegehaltskasse des deutschen Lehrervereins“, ferner die „Beziehungen zu den Berufsvereinen in den Nachbarstaaten und der Heimat“ sowie „Dienstverhältnisse der deutschen Auslandslehrer am La Plata“ behandelten.

Der 1. Tag wurde einer Einladung des Deutschen Gesandten Herrn Dr. Pauli, entsprechend, im Deutschen Klub beschlossen. In verschiedenen bemerkenswerten Reden kam zum Ausdruck, daß die ernste Lage des Vaterlandes niemals ein Hindernis sein könne, der hohen Kulturaufgabe der deutschen Schule im Ausland volles Verständnis und weitgehende Unterstützung angedeihen zu lassen, da gerade, wie der Gesandte betonte, die Schule eine Isolierung von der deutschen geistigen Heimat entgegenzuwirken berufen sei und in erster Linie den Gedanken der Einheit des gesamten deutschen Volkstums zu pflegen vermöge. Der Erhaltung des deutschen Charakters der Auslandsschule sei deshalb das Hauptbestreben aller an ihr Interessierten zu widmen. Dessen müsse jeder Lehrer sich bewußt bleiben, zumal in einer Zeit, da Italiener, Franzosen und andere Nationen die lebhaftesten Anstrengungen machen, ihre Schule und Kulturideale ins Ausland zu tragen. Der klaren Erkenntnis der Notwendigkeit, die Zusammengehörigkeit zu der alten Heimat zu betonen, so sagte Herr Wilfert, das an den Reichskanzler gesandte Telegramm entsprungen.

Der 2. Verhandlungstag, der öffentlich war, brachte sehr starken Besuch. Als 1. Punkt stand auf der Tagesordnung der Bericht über die Zeitschrift „Schule und Haus“ des D. L. V., in dem Herr Siewers die Schwierigkeiten besonders finanzieller Art darlegte, mit denen das Blatt zu kämpfen habe. Die Versammlung war sich trotzdem darüber einig, daß in Anbetracht des hohen Wertes, den die Zeitschrift für die deutsche Schulerziehung in den La Plata Staaten habe, ihre Fortführung mit allen Mitteln erzwungen werden müsse. Als 2. Berichterstatter sprach Herr Dörsing über die Lehrbücher des D. L. V.

Er gab der Meinung Ausdruck, daß diese den argentinischen Verhältnissen angepaßt sein müßten. Dementsprechend wurde beschlossen, die bisher eingeführten Lehrbücher des D. L. V. beizubehalten, da die Bücher der Heimat zu sehr auf einzelne Landesteile derselben zugeschnitten seien. Bemerkenswert war wegen seiner grundsätzlichen Ergebnisse der Vortrag Dr. Ruge's über den „Aufbau der deutschen Schule in Südamerika und ihre Stellung zum argentinischen und heimatischen Schulwesen“. Der Vortrag begründete, wie das „Arg. Tagbl.“ mitteilt, die Notwendigkeit, in den Schulen beiden Teilen, sowohl der alten, wie der neuen Heimat, gerecht zu werden. Die deutsch-argentinische Jugend müsse aus den deutschen und argentinischen Lehrplänen alles schöpfen, was für das praktische Leben ihr nützen könne, und zu gleicher Liebe für beide Länder erzogen werden. Aus diesen Gründen sei die rein deutsche Schule abzulehnen, ebenso die argentinische Schule, die sich lediglich deutscher Art anpasse. In allen deutschen Auslandsschulen müsse die allgemeine Unterrichtssprache deutsch sein. Nur in den nationalen Fächern (im vorliegenden Fall Spanisch, argentinische Geschichte und Landeskunde sowie argentinische Bürgerkunde) müsse es, den Landesvorschriften entsprechend, die Landessprache sein. Die Zahl der nicht deutschen Schüler solle ein Drittel der gesamten Schülerzahl nicht überschreiten. Der Schulleiter müsse ein Deutscher im deutschvölkischen Sinne sein. Die Ausführungen des Vortragenden fanden allgemeine Zustimmung. Nach einer lebhaften Debatte kam die Versammlung zu folgendem Beschlusse: „Der Deutsche Schultag hält es für wünschenswert, den Aufbau der deutschen Schulen dahin fortzuführen, daß sie in der Lage sind, die Berechtigungen für deutsche und argentinische Schulen zu erteilen. Eine Kommission arbeitet den Plan aus und bringt ihn in ‚Schule und Haus‘ zum Abdruck.“

In der Nachmittagssitzung wurde über die Dienstverhältnisse und die wirtschaftliche Lage des deutschen Auslandslehrerstandes in Südamerika beraten. Man war sich darüber einig, daß die derzeitigen Besoldungsverhältnisse der Kaufkraft des Peso nicht mehr entsprechen und den Vorständen der Schulen deshalb baldmöglichst Vorschläge für die Einführung neuer Gehaltsstufen zu unterbreiten seien. Außerdem wolle man sich dafür einsetzen, daß den Lehrern im Abstände von 6 Jahren ein zeitlich günstig gelegener, gehaltsabzugsfreier Urlaub in die Heimat bewilligt werde, damit die Lehrerschaft in lebendiger geistiger Fühlung mit dem Mutterlande bleiben könne.

Der letzte Verhandlungstag, der 26. März, stand im Zeichen des Vortrags Prof. Dr. Keiper's über „Die Frage des Unterhalts der deutschen Schulen“, über den das „Arg. Tagbl.“ ausführlich berichtet: Die deutschen Schulen in Argentinien sind, wie der Redner ausführte, als einheitliches Ganzes zu betrachten. Ihr Unterhalt liegt demnach der Gesamtheit der Deutschen in Argentinien ob. Solange dieser nicht durch einen allgemeinen Schulverband geregelt sei, müsse jede Schule sich aus eigenen Mitteln, d. h. durch Schulgelder und Mitgliedsbeiträge, erhalten. Nebenher bestehe aber schon jetzt die unabweisbare Notwendigkeit, zur Unterstützung besonders bedürftiger Schulen, zur Gründung neuer, zur Erhaltung arbeitsunfähiger Lehrer und für andere Aufgaben, denen einzelne Schulen nicht aus eigener Kraft nachzukommen vermöchten, einen allgemeinen Schulschatz zu schaffen. In Buenos Aires bestehen 8 deutsche Schulen mit einer Gesamtschülerzahl von 1900 Köpfen. Die 14 übrigen deutschen Schulen mit insgesamt 800 Kindern befinden sich in Kleinstadt und Kamp. Auf einen Lehrer kommen ungefähr 20 Schüler. Ein Viertel sämtlicher Schüler verfügt über Frei-

stellen, welche stark ins Gewicht fallen, wenn man in Betracht zieht, daß fast überall das Gehalt für die Lehrer nicht aus dem Ertrag vom Schulgeld und Mitgliederbeiträgen, sondern aus Sammlungen, Spenden, Bazar und dergleichen aufgebracht werden muß. Erfreulicherweise ist der Zulauf zu den Schulen in Buenos Aires jetzt wieder reger geworden, während von den Inlandsschulen leider das Gegenteil behauptet werden muß. Im letztangeführten Falle trägt einzig und allein der Geldmangel die Schuld, der es nicht ermöglicht, einen Lehrer zu halten, ein Haus zu Schulzwecken verfügbar zu machen, die nötigsten Lehrmittel herbeizuschaffen und was da mehr zu nennen ist. Die argentinische Schule wird daher im Inland von zahlreichen deutschen Kindern besucht, zumal der Schulbesuch unentgeltlich ist. Oder, was gar nicht selten ist: die Kinder wachsen mit dem Vieh auf, d. h. sie bleiben Analphabeten. Somit ist festgestellt, daß nur ein Drittel deutscher Landjugend deutschen Unterricht genießt!

Die Ausführungen und Vorschläge des Referenten fanden großen Widerhall. Die Thesen wurden einstimmig angenommen und dahin formuliert, daß eine Kommission, bestehend aus je einem Vertreter der Schulvereine, der Lehrerschaft, der Handelswelt und des deutschen Volksbundes unter dem Ehrenvorsitz des Herrn Gesandten sich bilden möge, welche die Vorschläge im Sinne der angegebenen Thesen zu bearbeiten habe.

Zu dem letzten Punkt der Tagung: „Gedanken zur Gründung eines allgemeinen Schulverbandes am La Plata“, wurde folgende Entschließung gefaßt: „Der Schultag wünscht, daß der zu ernennende Schatzausschuß der Frage eines allgemeinen Schulverbandes näher treten möge“.

Die reiche Fülle der während dieser 3 kurzen Tage geleisteten positiven Arbeit läßt zuversichtlich hoffen, daß dieser Schultag nicht ohne dauernden Nutzen für das gesamte Deutschum in Argentinien und darüber hinaus in ganz Südamerika bleibt. am.

DEUTSCHE VEREINE IM AUSLAND

Tschechoslowakei. Zentralverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Böhmens. Die 25jährige Bestandfeier des Zentralverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Böhmens wurde am 9. Juli in Teplitz-Schönau eröffnet. Zu ihr waren zahlreiche Vertreter der einzelnen Genossenschaften und Mitglieder derselben aus ganz Deutschböhmen sowie Vertreter verwandter Organisationen aus dem Reich erschienen. Nach dem „Teplitz-Schönauer Anzeiger“ eröffnete der Verbandspräsident, Herr J. Matzner, den Verbandstag mit einer kurzen Begrüßungsansprache, in der er einen Rückblick auf das vergangene Jahr warf. Es habe sich wiederum gezeigt, von welcher Wichtigkeit das Genossenschaftswesen sei. Die Notwendigkeit der straffen Organisation sei besonders in diesem Jahre in Erscheinung getreten.

Der im Drucke vorliegende Tätigkeitsbericht und Rechnungsabschluß gibt ein klares, übersichtliches Bild genossenschaftlicher Arbeit. Der Bestand des Verbandes war am Schlusse des Jahres 1920: 695 Spar- und Darlehenskassenvereine, 36 Lagerhaus- und Betriebsgenossenschaften, 14 Erwerbs- und Wirtschafts- bzw. Mahlmühlengenossenschaften, 25 Molkereigenossenschaften, 19 Weidegenossenschaften, 7 Flachsbaugenossenschaften, 61 sonstige Genossenschaften und 2 Vereinsverbände, zusammen 859 Genossenschaften. Der Rechnungsabschluß weist an Einnahmen 4381016 K. und an Ausgaben 3759318 K. aus. Der Kassabestand mit 31. Dezember 1920 beträgt 104795 K. Herr Abg. Mayer erstattete den Bericht des Aufsichtsrates über seine Tätigkeit und über die vorgenommene Überprüfung der Jahresrechnung

und Vermögensaufstellung sowie über die Vorlage der Jahresrechnung und Vermögensaufstellung von 1920. — Verbandsdirektor Herr Saudny berichtete über die Beschlüsse der Verbandsleitung usw. u. a., daß der Ausschuß ermächtigt werde, eine Vereinigung sämtlicher genossenschaftlichen Verbände des tschechoslowakischen Staates zu suchen und, wenn in diese Vereinigung nach den Statuten und insbesondere hinsichtlich der Sprachenfrage des deutschen Verbandes der Beitritt ermöglicht wird, den Beitritt zu vollziehen. Dann fanden die Wahlen in den Verbandsausschuß statt.

Zu der besonders interessierenden Kriegsanleihefrage sagte der Verbandsanwalt: „Wenn wir schließlich den Werdegang der Kriegsanleihefrage bis zum heutigen Tage betrachten, müssen wir zur Überzeugung kommen, daß die Zeit für uns gearbeitet hat und daß auch die Zeit weiter für uns arbeiten wird. Rasch stand bekanntlich auf dem Standpunkt, daß er von der Einlösung der Kriegsanleihe nichts wissen wollte. Später haben wir ein Nachgeben von Stufe zu Stufe feststellen können. Wie die Situation heute stehe, so kann man von einem Erfolge sprechen. Das Nichteinhalten des seinerzeit festgesetzten Termines und die Erstreckung der Termine durch die Regierung ist auf den entschiedenen Widerstand der Deutschen zurückzuführen und beweist, daß die Regierung selbst davon überzeugt ist, daß in der Kriegsanleihefrage noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Ich hoffe, daß die tschechischen Kreise sich nunmehr dem Gedanken der Einlösung der Kriegsanleihe nähern. Tatsache ist, daß die Tschechen selbst, besonders in Mähren und in der Slowakei, mit der Kriegsanleihe verknüpft sind.“ Redner verwies schließlich darauf, daß Finanzminister Englisch erklärt habe, daß der Einlösung der Kriegsanleihe vom finanziellen Standpunkte aus keine Schwierigkeiten erwachsen.

Hermannstadt. Der Verein für siebenbürgische Landeskunde hielt am 13. August anlässlich des Ferienhochschulkurses seine 63. Generalversammlung ab, die unter dem Vorsitz des Bischofs Dr. Teutsch einen erhebenden Verlauf nahm. Der Bischof ging in seiner Eröffnungsansprache in großen historischen Umrissen auf die Geschichte des Deutschtums und des Siebenbürger Sachsentums im besonderen ein und beleuchtete dabei die Aufgaben des siebenbürgischen Vereins für Landeskunde in der Gegenwart und in der Zukunft. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten sprach Seminarleiter Müller-Schäßburg über die Frage der Kolonisation. Professor R. Csaki-Hermannstadt verbreitete sich über die Kunde des Auslanddeutschtums als Lehrgegenstand an deutschen Hochschulen und regte eine Verwertung der deutschen Einrichtungen durch das Siebenbürger Sachsentum an. Dr. Otto Fritz Jickeli behandelte die Weiterführung der Ergebnisse seiner Studienreise der Siebenbürger Sachsen in seiner geschichtlichen Entwicklung, insbesondere die Zukunftsmöglichkeiten für den Handel nach Alt-Rumänien und für den Balkan.

Hermannstadt. Ein Freier Sächsischer Frauenbund ist anlässlich der Hochschulkurse in Hermannstadt am 13. August begründet worden. Fräulein Arz von Strausenberg führte den Vorsitz, Fräulein Zay betonte, daß es Aufgabe des Bundes sei, die Frauen in Stadt und Land zusammenzuführen, um sie neben den Männern in den Dienst des ganzen Volkes zu stellen. Der Bund soll seinen Sitz abwechselnd in einer der sächsischen Städte haben und Jahrestagung veranstalten, zu denen jede Vereinigung eine Vertreterin entsenden soll. Für die nächsten drei Jahre wird der Vorsitz des Bundes in Kronstadt liegen.

Chur. Der Deutsche Hilfsverein feierte am 23. Juli das Fest seines 50jährigen Bestehens. Mehr als 7000 Mitglieder konnte

der Verein im Laufe dieser Zeit zu den Seinen zählen, die gewaltige Summe von 1 Million Franken Unterstützung ging in dieser Zeit durch seine Kassen, fürwahr Zahlen, die eine beredte Sprache sprechen. Aus allen Teilen der Schweiz waren zur Jubelfeier die Gäste herbeigeeilt, um den Verein und seinen noch lebenden Mitbegründer, Herrn Ernst Hornauer, zu feiern, der des Vereins dritter und derzeitiger Präsident ist. Aus 31jähriger tätiger Mitarbeit heraus konnte dieser alte Kämpfer die Geschichte des Vereins in persönlichen Erinnerungen darstellen, der Vororts-Präsident, Professor Meyer, der Ehrenvorsitzende des Deutschen Hilfsvereins Chur, Konsul Burchard-Davos, der Kriegerhilfsbund und viele deutsche Organisationen waren bei der Feier zugegen. Eine große Anzahl alter Mitarbeiter konnte geehrt werden. Gehören doch 27 Mitglieder dem Verein über 25 Jahre an. Die Festteilnehmer reisten nach beendeter Feier größtenteils nach Davos, um dort das Krieger-Kurhaus und die deutschen Heilstätten zu besichtigen.

Zürich. Der Hilfsbund für deutsche Kriegerfürsorge in der Schweiz ist, wie die Hauptstelle Zürich in dem Organ der „Hilfsbund“ mitteilt, von einem ungetreuen Beamten schwer geschädigt worden: der Buchhalter Schabon ist nach großen Veruntreuungen flüchtig geworden. Er hat diese Veruntreuungen im Gesamtwert von 36000 Franken nach Abschluß der Revision Ende April bis Anfang Juni durchgeführt und in den Büchern durch Radierungen und Streichungen seine Unterschlagungen vertuscht. In der Hauptversammlung vom 23. Juli berichtete der Vorsitzende, Langensiepen, über diese Dinge. Es wurde eine dreigliedrige Kommission eingesetzt, die vollkommen selbständig und unabhängig alle Rechnungen und Abschlüsse durchprüfen soll und die einen Kredit von 10000 Franken zu diesem Zwecke eingeräumt erhielt. Professor Dr. Debes-St. Gallen und Jores-Kilchberg wurde in die Kommission gewählt, deren drittes Mitglied der Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen stellen soll.

Eingehend wurde sodann über das Weiterbestehen des Hilfsbunds verhandelt, der nach Wünschen mancher in eine Stiftung umgewandelt und als Verein aufgelöst werden sollte, für dessen völlige Erhaltung jedoch andere Stimmen sich kräftig einsetzten, wenn auch nach Wegfall einzelner bisheriger Arbeitsgebiete der Arbeitsumfang und damit der Verwaltungsapparat wesentlich verkleinert werden soll. Der Vorsitzende führte aus, daß eine Stiftungsform die billigste Verwaltung ermögliche, da damit kaum mehr als 15 bis 20000 Franken Jnkosten entstünden und die Geschäftsstelle der Stiftung mit der Geschäftsstelle derjenigen des Vororts der deutschen Hilfsvereine vereinigt werden könnte. Der Vorsitzende verwies darauf, daß die Mitgliederbeiträge erschreckend zurückgingen, die Stiftung könne dagegen durch Sammlungen und Spenden kräftig vermehrt werden. Die Stiftungsform gewährleiste auch die Weiterführung der dringendsten Arbeiten. Die Frage soll weiter behandelt und später entschieden werden. Der wegen Krankheit zurücktretende, um die deutsche Sache so unendlich verdiente Vorsitzende Max Langensiepen wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt, Professor Dr. Meyer übernimmt einstweilen den Vorsitz. Die außerordentliche Hauptversammlung soll demnächst in Zürich stattfinden.

Chikago (U. S. Amerika). Nordamerikanisches Bundesturnfest. In der Zeit vom 29. Juni bis 3. Juli fand das 32. nordamerikanische Bundesturnfest statt, das vollkommen in jahnschem Geiste geleitet und auch von Tausenden deutscher Turner aus allen Staaten besucht wurde. Selbst Kalifornien war reichlich vertreten. Bemerkenswert ist die außerordentlich rege Beteiligung, die die ganze Stadt an der Veranstaltung nahm. Sämt-

tliche Straßen, durch die die großen Turnerumzüge führten, waren auf das festlichste mit dem Sternenbanner geschmückt. Präsident Harding hatte ein längeres Begrüßungstelegramm gesandt. Nach dem Verlauf der Wettkämpfe trugen die Sängervereinigungen von Chicago bei der Preisverteilung deutsche Massenchöre vor („Das ist der Tag des Herrn“; „Horch, die alten Eichen rauschen“ und „Heimatsehnen“).

Bei den verschiedenen festlichen Zusammenkünften wurden bemerkenswerte Reden gehalten; u. a. wies Dr. Michael Singer darauf hin, daß der amerikanische Turnbund berufen und verpflichtet sei, die geistige Führung des Deutschtums in den Vereinigten Staaten zu übernehmen. Es ist sehr erfreulich, daß, wie die verschiedensten Nachrichten erkennen lassen, bei diesem Feste von dem Geiste des Hasses, der auch die Vereinigten Staaten gegen alles Deutsche in hohem Maße ergriffen hatte, nichts mehr zu spüren war.

Buenos Aires. Der „Verein zum Schutze germanischer Einwanderer“ blickt auf das 38. Jahr seiner segensreichen Tätigkeit zurück. Die Hauptversammlung des Vereins fand am 30. April statt.

Der vorliegende Jahresbericht weist in seiner Einleitung darauf hin, daß das Berichtsjahr das zweite nach Beendigung des Weltkrieges und daß in diesem Jahr die hauptsächlichste Erscheinung der Wiederbeginn und die Vermehrung der Einwanderung nach Buenos Aires ist. Der Prozentsatz an deutschen Einwanderern war ziemlich groß, wenn seine Ziffer auch nicht die Höhe erreichte, die man ursprünglich erwartete. Dem Verein war es möglich, die sämtlichen Neuankommenden in Stellen unterzubringen. Die Berufsarten unter den Auswanderern waren überaus verschieden, Angebot und Nachfrage wechselnd. Die größte Ziffer stellen Industriearbeiter mit 1751; auch Mechanikern, Schmieden, Gärtnern, Tischlern und Zimmerleuten wurden in reichlichem Maße Stellen nachgewiesen. 172 Einwanderer wurden als Diener, 167 Ehepaare wurden untergebracht.

Während der Europareise des Kassiers des Vereins, Herrn Dehle, wurde die Fühlung mit dem Reichswanderungsamt in Berlin und besonders auch mit dem Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart aufgenommen, so daß sich ein fruchtbares Zusammenarbeiten mit der offiziellen Auswanderungsbehörde und „mit der bedeutendsten privaten Vereinigung für Auswanderungswesen, als welche sich das Deutsche Ausland-Institut darstellt“, ergab.

Der Kassenbericht schließt mit einer Summe von 12 724 Doll. in Ausgabe und Einnahme. Die Mitgliederzahl des Vereins beträgt heute 122 ordentliche und 1 Ehrenmitglied. Die Summe an Mitgliedsbeiträgen hat sich von 5468 Doll. im Jahre 1919 auf 6058 Doll. im Jahre 1920 erhöht.

Im Bericht kommt zum Ausdruck, wie notwendig es wäre, daß im Sinne der humanitären Aufgaben des Vereins alle in Buenos Aires wohnenden Deutschen demselben angehörten, was leider bis jetzt noch lange nicht der Fall ist. Der Bericht schließt mit der Ermahnung an alle heute noch Säumenden, dem Verein beizutreten und durch finanzielle Unterstützung das ihre zur Linderung der Not und des Elendes zu tun, das die Ursache der zunehmenden deutschen Einwanderung nach Argentinien ist.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

In **Saloniki** ist ein neues **Berufs-Konsulat** eröffnet worden. Zum Konsul ist Herr Fabricius ernannt worden, der bisher im Auswärtigen Amt tätig war und dort in der Abteilung IX die Auswanderungsfragen bearbeitete.

In **Kobe** ist ein deutsches Generalkonsulat begründet worden. Zu seinem Leiter wurde der früher in der Presse-Abteilung der

Reichsregierung beschäftigte Wirkl. Geh. Legationsrat Dr. Trautmann ernannt.

Dem nach der Rückkehr des deutschen Gesandten in **Chile**, Herrn von Erckert, demnächst aus Chile scheidenden Vertreter und Geschäftsträger, Generalkonsul **Dr. Gumprecht**, gaben in Santiago seine chilenischen Freunde ein Abschiedessen im Aristokraten-Klub La Union, auf welchem General Boonen Rivera die Verdienste des Scheidenden feierte. Der Generalkonsul selbst wies auf die gegenwärtige Unterdrückung Deutschlands hin und dankte für die Neutralität Chiles, kein Deutscher werde die würdige Haltung Chiles während des Krieges vergessen, die Deutschland mit Dank für das befreundete südamerikanische Land erfülle.

Valparaiso. Der deutsche Generalkonsul Dr. Dieckhoff hat Valparaiso verlassen, um nach Erledigung eines besonderen Auftrags seinen neuen Posten als Gesandtschaftsrat an der Gesandtschaft in Buenos Aires zu übernehmen. Der Weggang des Generalkonsuls von Valparaiso wurde in den Kreisen des Deutschtums lebhaft bedauert und namentlich die deutsche Handelskammer Valparaiso widmet Herrn Dr. Dieckhoff sehr warme Worte der Anerkennung und des Dankes. Sie bezeichnet ihn als einen Reichsvertreter, wie er sein solle, der mit den deutschen Handelskreisen in engster Fühlung gearbeitet hätte, der jederzeit zur Mitarbeit und Information zur Verfügung stand und sehr oft an den Sitzungen der Handelskammer teilnahm.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Richard Wagner darf nun auch wieder im belgischen **Gent** gespielt werden. Bekanntlich sind andere Städte und Staaten, die sich vor der „Volksmeinung“ fürchteten, mit dem guten Beispiel von Abstimmungen vorgegangen, um ganz sicher sein zu können. Eine solche Abstimmung hat nun in Gent stattgefunden und hat durch fast einstimmige Annahme einer Entscheidung für Wagner den Beweis erbracht, daß auch hier das Volk nicht so dumm ist, wie es seine Führer gerne machen möchten. Die Kunstabstimmungen sind ein ganz guter Gradmesser für diejenige Volksmeinung, die politisch nicht aufkommen zu lassen die Gegner sich heldenhaft anstrengen.

Ein deutscher Stadtbaurat für Tokio. Die japanische Hauptstadt Tokio sucht einen deutschen Stadtbaurat, der die Ausgestaltung des Stadtbildes und die Stadterweiterung bearbeiten soll. Der Oberbürgermeister von Tokio, Baron Goto, der als Schüler Pettenkofers bekannt ist, hat die Auswahl dem deutschen Botschafter in Tokio und dem japanischen Botschafter in Berlin überlassen.

Buenos Aires. Deutsche Kunstgewerbe-Ausstellung. Am 17. Juni wurde in der Calle Suipacha 585 der „Metropolbazar“ eröffnet, in dem Herr F. Staropolski Erzeugnisse deutschen Kunstgewerbes ausstellen und dem Verständnis der Bevölkerung der argentinischen Hauptstadt näher bringen will. Das „Argentinische Tageblatt“ schreibt dazu, daß gerade jetzt, wo im deutschen Volke die Verarmung der kulturtragenden Schichten den größten Teil seiner bisherigen Kunstabnehmer zu rauben drohe und eine neue Schicht von Reichen jäh aus der Tiefe empordringe, die Forderungen an das Kunstgewerbe stellten, die weitab von den eben erst zur allgemeinen Geltung gelangten Richtlinien der Sachlichkeit, Wahrhaftigkeit und Gedeihenheit lägen, die Eröffnung dieses Bazars eine verdienstvolle Tat sei. Der Ausstellungsraum ist ein Zweckbau von echter Schönheit und Sachdienlichkeit zugleich. In der ganzen Aufmachung falle die vornehme Zurückhaltung auf, die streng alles protzenhafte Prunken und Sichaufdrängen vermeidet. Hauptausstellungsgegenstände sind zunächst Erzeugnisse der staatlichen Porzellan-

manufakturen Berlin und Meißen sowie der Fabriken Hutschenreuther und Tettau. Auch die Liebhaber von modernen Stickefeien, echter Bronzen, echter Japan- und Chinawarenen, moderner Lederwaren und die Sammler von altem Zinn und alten Porzellanmarken fanden im „Metropol-Bazar“ manches, das sie interessierte.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Deutschgeschriebenes Tschechenblatt. Wir haben hier in unserer Nr. 12 (2. Juniheft) auf Seite 372/73 von der in deutschem Gewande erscheinenden tschechischen Propagandazeitung „Prager Presse“ berichtet. Heute können wir dem hinzufügen, daß auch in Troppau sich die „Troppauer Zeitung am Morgen“ trotz ihrer deutschen Aufmachung vollkommen der Vertretung ausgesprochen tschechischer Interessen zur Verfügung gestellt hat.

Der **Lodzer „Volksfreund“** hat seinen Verlag gewechselt und ist nun in den Verlag der „Lodzer Freien Presse“ übergegangen. Ludwig Wolff bleibt weiterhin Schriftleiter. Der Bezugspreis ist auf 100 polnische Mark vierteljährlich und auf 20 Reichsmark für Deutschland festgesetzt.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

„Bund der Auslandsdeutschen.“

Auslanddeutschen-Tagung in Königsberg. Auch in Königsberg fand anläßlich der Messe eine Tagung der Auslandsdeutschen statt, die von der dortigen Ortsgruppe des Bundes der Auslandsdeutschen vorbereitet und durchgeführt wurde. In der Aula der Hindenburgschule versammelten sich die zahlreichen Gäste, denen der Vorsitzende Begrüßungs-Telegramme des Reichspräsidenten und Reichskanzlers verlesen konnte. Geheimrat Preuß überbrachte die Grüße des Wiederaufbau-Ministeriums, Präsident Jung diejenigen des Reichswanderungsamts. Für das Oberpräsidium sprach Oberpräsident Siehr die Sympathie für die Sache des Auslandsdeutschtums aus, man werde im Reich und auch in Ostpreußen nie vergessen, was die Auslandsdeutschen für die Ehre des Reichs und des deutschen Volkstums getan hätten. Sodann sprach der Rektor der Universität, Professor Matthes, für den Magistrat Stadtschulrat Dr. Stettiner, für die Handelshochschule Professor Dr. Lecoutre, für die Presse Redakteur Dyk. Dr. jur. Bach sprach über den russisch-deutschen Handelsvertrag und die Aussichten eines deutschen Handels mit Sowjet-Rußland, den Rußlandhandel mit besonderer Betonung der Aufgaben der Ostmesse behandelte auch Professor Lecoutre. Ein dritter Vortrag von Studienrat Dr. Foethke über die allgemeine Bedeutung des Auslandsdeutschtums mußte wegen der vorgerückten Zeit ausfallen. Dr. Bach, der Vorsitzende der Abteilung „Rußland“ des Bundes, sprach in einer geschlossenen Mitgliederversammlung dann noch über das Entschädigungsgesetz und über die Russenschäden im einzelnen.

Auslanddeutschen-Tagung in Hamburg. In Hamburg, wo schon im vorigen Jahre eine große Tagung der Auslandsdeutschen stattgefunden hatte, veranstaltete der rührige Nordwestdeutsche Landesverband des Bundes der Auslandsdeutschen im Rahmen der „Hamburger Kultur- und Sportswoche“ eine zweite derartige gut besuchte Tagung, die dem von Hamburg aus immer noch verfolgten Gedanken eines „Weltbundes der Auslandsdeutschen“ vorarbeiten soll. Es sprachen im Curiohaus der Kieler Universitätsprofessor Dr. Schönmann über die deutsche Kultur im Ausland, der Hamburg-Altonaer Hygieniker Professor Dr. Külz über die deutsche Medizin im Ausland, der Hamburger Universitätsprofessor Ge-

heimrat Dr. Mendelssohn-Bartholdy über die Kolonialpolitik der Zukunft, der Bremer Generalkonsul Roselius über die Reform des Auswärtigen Amts und seiner Wirtschaftsabteilung resp. Außenhandelsstelle. Ein geselliges Beisammensein der Teilnehmer schloß sich an die Tagung an.

Plauen. Die Ortsgruppe veranstaltete ein gemütliches Beisammensein mit Konzert. Die 180 Mitglieder stammen zumeist aus England, Frankreich, Rußland und Belgien, sehr viele Mitglieder konnten in guten heimischen Stellen untergebracht werden.

Die Deutschausländer und die Entschädigung.

Die neuen Kriegsschädengesetze berücksichtigen, wie an dieser Stelle ausgeführt worden ist, nur die Reichsdeutschen im Ausland, die Deutschausländer, d. h. die Deutschen fremder Staatsangehörigkeit sind vollständig außer acht gelassen. Die „Deutsche Post aus dem Osten“ berichtet nun, daß alles versucht worden sei, um auf Grund des § 11 der Richtlinien über die Vorentscheidung auch für die deutschen Kolonisten aus Rußland eine Entschädigung zu erwirken. Es sei dabei von vornherein vollständig klar gewesen, daß für die Schäden, die die Kolonisten durch die zarische Regierung und die Revolutionsregierungen erlitten hätten, die deutsche Regierung nicht aufkommen könne, denn diese Millionenschäden wurden von russischen Staatsangehörigen erlitten, denen gegenüber die deutsche Regierung nicht verantwortlich und ersatzpflichtig sei. Eine Reihe von Kolonisten hätten aber Schäden erlitten, für die Deutschland nicht verantwortlich und rechtlich ersatzpflichtig, wohl aber bis zu einem gewissen Grade moralisch ersatzpflichtig sei. Dadurch, daß sich während der deutschen Besetzung der Ukraine viele deutsche Kolonisten in den Dienst des Heeres und der deutschen Verwaltung gestellt hätten, habe sich der Haß beim Zusammenbruch gegen sie gerichtet und sie hätten an ihrem Besitz gewaltigen Schaden erlitten. Die Anstrengung der Kolonisten hätte sich nun auf eine Ersatzleistung an diese Deutschstämmigen beschränkt, „die in deutschen Diensten wegen dieser Dienste Schaden erleiden mußten“. Die Verhandlungen über eine deutsche Anerkennung einer solchen Entschädigungspflicht hätten über ein Jahr gedauert. Auf die erste Bedingung, daß die Kolonisten nicht selbständig vorgehen sollten, sondern ihre Ansprüche innerhalb des „Bundes der Auslandsdeutschen“ vertreten sollten, seien sie ohne weiteres eingegangen. Hier habe man ihnen aber in lange dauernden Verhandlungen allmählich jede irgendwie selbständige Vertretung ihrer Ansprüche abgesprochen. Sie hätten bis zum äußersten nachgegeben, um die Sache der Geschädigten zu retten. Als sie sich endlich am Ziel glaubten, hätte die entscheidende Stelle plötzlich auf ihre Position zurückgegriffen, daß die Kolonisten überhaupt keinen Anspruch hätten und daß in § 11 der Richtlinien nur Staatenlose gemeint seien, die die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, ohne die russische erworben zu haben. Der Umstand, daß die Kolonisten von Anfang an auf die Vertretung ihrer Ansprüche innerhalb des Bundes der Auslandsdeutschen verwiesen worden seien, habe es ihnen unmöglich gemacht, ihre Ansprüche selbständig im Reichstag zu vertreten. Auf diese Weise seien sie nicht in das Gesetz hineingekommen. Als ihnen das klar geworden sei, hätten sie sofort Schritte eingeleitet, um vollständig selbständig an die deutsche Regierung mit ihren Wünschen heranzugehen. Sie hofften immer noch, daß ihre bescheidenen Forderungen Beachtung fänden.

Berlin. Eine neue Organisation der deutschen Kolonisten aus Rußland ist begründet worden, das „Vereinigte Hilfswerk für die deutschen Kolonisten in Rußland“ (Berlin, SW. 11, Königsgrätzer-

straße 47), die einzelne Hilfswerke innerhalb des Ausschusses der deutschen Gruppen Alt-Rußlands zusammenfassen will und Spenden für notleidende deutsche Kolonisten in Rußland vermittelt. Auch diese Neugründung wird nicht dazu beitragen, die Klarheit in Deutschland über die Arbeit der Kolonisten zu vermehren. Es wäre wirklich an der Zeit, daß unter Ausschaltung aller persönlichen Momente eine Vereinigung der deutsch-russischen Kolonisten-Interessen erfolgen würde.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Bei den Ferienkursen in Jena, die die Universität veranstaltete, waren unter 759 Teilnehmern allein über 200 Ausländer, die zum größten Teil aus der Schweiz, aus Holland und aus Skandinavien stammten. Der Wert der deutschen Wissenschaft wird also in immer stärkerem Maße anerkannt. Der Leiter der Kurse, Professor Rein und Universitätsrektor Professor Meinel, begrüßten diese Tatsache in besonderen Ausführungen.

Eine italienische Studentenreise nach Deutschland findet gegenwärtig statt. 30 Herren sind unter Führung ihrer Professoren nach Deutschland gekommen, um zunächst München zu besuchen. Italien hat in gleicher Weise einer Reisegesellschaft von deutschen Studenten die Bewilligung zu einer Studienreise durch Italien zugesagt.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Ausfuhrvergünstigungen für rückwandernde Auslandsdeutsche.

Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung hat eine Verfügung (Rundverfügung Nr. 125 vom R. W. A. vom 2. August) erlassen, die für rückwandernde Auslandsdeutsche von außerordentlicher Bedeutung ist. Nach dieser Verfügung wird Auslandsdeutschen zur Erleichterung des Wiederaufbaus ihrer Existenz im Ausland bei der Ausfuhr von hierzu bestimmten Gütern bis zum Höchstwerte von 200 000 Mark die Ausfuhrabgabe mit rückwirkender Kraft erlassen. Die Ausfuhrabgabe kann auch erlassen werden, wenn die Sendungen zu verschiedenen Zeitpunkten erfolgen, aber ihr Gesamtwert die Summe von 200 000 Mark nicht übersteigt. Die Ausfuhr der zum Wiederaufbau der Existenz bestimmten Güter kann von nun an auch ohne Lieferwerksbescheinigung ausgeführt werden, so daß den Auslandsdeutschen der Ankauf der mitzunehmenden Waren zu Inlandspreisen ermöglicht ist. Die Verfügung macht aber darauf aufmerksam, daß die Art der auszuführenden Waren in einen gewissen Zusammenhang mit dem Berufe des Rückwanderers gebracht werden müssen. So kann z. B. ein rückwandernder Schuster die Ausfuhrvergünstigung wohl für Schuhmacherwerkzeuge und Ledervorräte ausnutzen, nicht aber z. B. für Chemikalien und dergleichen Dinge. Unter Umständen kann auch ein Abgabeerlaß für Güter von mehr als 200 000 Mark bewilligt werden, doch bleibt diese Bewilligung der Entscheidung des Reichswirtschaftsministers im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen vorbehalten.

Für Kolumbien-Reisende.

Es ist die Beobachtung gemacht worden, daß Deutsche, die nach Kolumbien reisen, dadurch in die größte Schwierigkeit geraten, daß sie ihr Gepäck aus irgend einem Grunde nicht in dem Dampfer, mit dem sie die Überfahrt antreten, befördern, sondern mit einem anderen. Diese Gepäckstücke geraten dann bei der Ankunft in Barranquilla unter das übrige Zollgut. Bei der großen Anhäufung und Überfüllung der dortigen Zollager ist es dann nicht mehr möglich, die Sachen in normaler Zeit abgefertigt zu bekommen. Es liegen Fälle vor, wo Deutsche

nach Jahresfrist und trotz wiederholter und energischster Reklamationen noch nicht im Besitz ihres Gepäcks waren. Es ist daher dringend anzuraten, sich nicht vom Gepäck zu trennen.

WIRTSCHAFTLICHES

Eine jugoslawisch-deutsche Gründung. Eine Holzstoff-, Zellulose- und Papierfabrik soll in Agram begründet werden. Die Verhandlungen des Generalsekretärs des Deutschen Wirtschaftsverbandes für den Balkan mit jugoslawischen Kreisen sind zum Abschluß gekommen. Deutsche Fachleute werden die bestehende Möbel- und Holzindustrie in Krapina übernehmen und ausgestatten. Die Centralna Banka hat die Führung der jugoslawischen Gruppe, die Eisengießereien und Maschinenfabriken Bautzen diejenige der deutschen Gruppe. Das Aktienkapital beträgt 100 Millionen Jugo-Kronen, von denen 65 Millionen emittiert werden. Mit dem Bau der Anlage wird sofort begonnen.

Entente-Schikanen gegen deutsche Waren in der Türkei. Dieselben Feindmächte, die von Deutschland eine Entschädigung verlangen, verhindern mit aller Macht, daß Deutschland eine Entschädigung bezahlen kann. Sie wissen ganz genau, daß Deutschland nur mit Arbeit, nur durch Warenausfuhr bezahlen kann, haben aber soeben durch ihre Oberkommissare in Konstantinopel (Frankreich, England und Italien zusammen) der die deutschen Interessen in Konstantinopel vertretenden schwedischen Gesandtschaft mitteilen lassen, daß die Einfuhr deutscher Waren weiterhin grundsätzlich untersagt bleibe. Sie werde jedoch geduldet, wenn diese deutschen Waren von einem neutralen oder alliierten Hafen aus verschifft würden. Also zu deutsch: Man braucht die deutschen Waren, man läßt aber nur den Ententehändler und die Ententeschiffahrt den Zwischen Gewinn machen, nicht die Deutschen selbst.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Entgegnung

auf den offenen Brief des Herrn O. Koßmann (N. 16, S. 505).

Herr Koßmann greift in dem in Nr. 16 dieser Zeitschrift veröffentlichten offenen Brief die Beisitzer des Bundes der Auslandsdeutschen bei den Spruchkommissionen für Auslandschäden in einer Weise an, daß sich die unterzeichneten, in den Verhandlungen der Schadenssache des Herrn Koßmann beteiligten Beisitzer zur Stellungnahme veranlaßt fühlen.

Die den Beisitzern obliegende Schweigepflicht verbietet es, auf die verhandelte Schadenssache des Herrn Koßmann näher einzugehen, sonst wäre es möglich, nicht nur den Beweis zu führen, daß Herr Koßmann auf Grund der bestehenden Richtlinien für das Vorentscheidungsverfahren diejenige Vorentscheidung erhalten hat, die er mit Fug und Recht beanspruchen konnte, sondern auch darzutun, daß seine Angaben bezüglich der Höhe der ihm zugesprochenen Summe nicht den Tatsachen entsprechen. Herr Koßmann hätte gut getan, auf nähere Einzelheiten seiner Schadenssache einzugehen und dabei anzuführen, inwieweit den Beisitzern, die durch Handschlag an Eidesstatt zu treuer und gewissenhafter Amtsführung verpflichtet sind, es möglich gewesen wäre, seine Ansprüche als gerechtfertigt und vorentscheidungsfähig zu verteidigen. Das hat er aber wohlweislich unterlassen und ergeht sich statt dessen in allgemeinen Ausdrücken der Verurteilung der Institution der Beisitzer, die auf das entschiedenste als unbegründet und vollkommen unberechtigt zurückgewiesen werden. O. Bezold. Prof. Eberhard Ege. V. Sandberger. Dr. Schmidt.

Stuttgart, den 23. August 1921.

VERSCHIEDENES

Zur Behandlung der Auslandsdeutschen im Reiche.

Wiederholt ist an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht worden, wie notwendig es ist, die Auslandsdeutschen, die nach jahrzehntelangem Aufenthalt im Ausland ins Reich zurückkehren, liebevoll und verständnisvoll zu behandeln, darauf Rücksicht zu nehmen, daß sie in ihrer fremden Umgebung heimischen Verhältnissen entwöhnt wurden und daß sie sich dort ein Idealbild der Heimat zurechtgemacht haben, das von der Wirklichkeit nicht immer erreicht wird. Ein barsches Wort, eine Bureaucratie am unrechten Platze, eine unfreundliche Geste kann hier mehr an geistigen Werten der Beziehungen zwischen Heimat und Auslandsdeutschtum vernichten, als hundert schöne Artikel und alle schönen Reden wieder gutmachen können. Ein solcher Fall wird uns neuerdings wieder aus Niederländisch-Indien berichtet. Im August 1920 wollte ein Auslandsdeutscher nach der Heimat zurückkehren, um sich nach 27jährigem Aufenthalt in den Tropen von schwerer Krankheit endlich einmal einige Monate erholen zu können. Das Generalkonsulat erteilte ihm einen Paß, da aber nicht nachzuweisen war, daß er am 1. Januar 1914 in die Staatsangehörigkeitsliste eingetragen war, wurde auf dem Paß nur vermerkt, daß die deutsche Staatsangehörigkeit glaubhaft gemacht, nicht aber erwiesen sei. Im Dezember, so wird uns zuverlässig berichtet, verweigerte die Polizeidirektion München trotz der dringenden Bitte des Auslandsdeutschen und trotz des Hinweises auf die notwendige spezialärztliche Untersuchung und Behandlung einen längeren Aufenthalt in dieser Stadt und schrieb dem betreffenden Herrn vor, sich vor seiner Abreise aus München telegraphisch im nächsten Aufenthaltsort anzumelden. Die Folge war, daß der betreffende Auslandsdeutsche es vorzog, „der freien deutschen Republik“ schleunigst den Rücken zu kehren und ungeheilt mit einem früheren Dampfer, als er es ursprünglich vorhatte, nach Indien zurückzureisen. Auch über die Behandlung an der deutschen Zollgrenze äußert er sich, ganz im Gegensatz zu der holländischen Behandlung, recht wenig erfreut. Es mag wohl sein, daß in diesem besonderen Falle der betreffende Auslandsdeutsche infolge seiner Krankheit besonders reizbar war, oder daß der eine oder andere Unterbeamte ihn wenig höflich behandelt hat. Im ganzen aber möchten wir gerade auch diesen Fall wieder benutzen, um unsere Leser und Freunde stets darauf hinzuweisen, wie notwendig es ist, Auslandsdeutschen gegenüber ein wenig Rücksicht zu üben und ihnen in jeder Weise entgegenzukommen.

Liebesgabensendungen von Auslandsdeutschen nach der Heimat.

Mitte Juni übersandte der deutsche Generalkonsul in Pretoria den südwestafrikanischen deutschen Zeitungen eine Nachricht, daß vom 1. Juli ab die zoll- und steuerfreie Einfuhr von Liebesgabensendungen von Tabakerzeugnissen, Wein und Spirituosen wie Schaumwein aufhören werde. Die „Lüderitzbucht-Zeitung“ beklagt dieses Verbot, das an Irrsinn grenze, da es sich doch um Liebesgaben handle, die man befreundeten Leuten sende, und zwar gerade nicht etwa den begüterten, und da sicherlich mit solchen Liebesgaben den ganzen Bestimmungen nach kein Handel oder Schwindel getrieben werde. Zudem aber bedeute das Verfahren, am 15. Juni etwas mitzuteilen, was schon am 1. Juli in der Heimat in Kraft trete, eine Rücksichtslosigkeit gegenüber den Auslandsdeutschen, denn eine Unmenge Liebesgaben-Pakete seien nun im Laufen und gar nicht mehr aufzuhalten, bei welchen diejenigen, die sie nach dem 1. Juli erst empfangen, den hohen Zoll gar nicht bezahlen könnten. Es werde Ende Juni werden, bis die Bekanntmachung des Generalkonsulats auf den entlegenen deutschen Farmen bekannt werde und dann seien hunderte von Liebesgaben-Paketen unterwegs, die man nicht mehr aufhalten könne. Der deutsche Generalkonsul solle schleunigst nach Hause telegraphieren, daß die vor dem 1. Juli draußen aufgegebenen Liebesgabensendungen auch nach dem alten Rechte der Steuer- und Zollfreiheit für die erwähnten Gegenstände behandelt würden. Nebenbei bemerkt, ist das Mitteilungsschreiben des Generalkonsuls von Pretoria an die deutsche Zeitung in Lüderitzbucht vom 3. bis 17. Juni unterwegs gewesen.

Der rumänische Kronprinz bei den deutschen Ferienhochschulkursen in Hermannstadt. Gegenwärtig finden in Hermannstadt außerordentlich zahlreiche besuchte deutsche Ferienhochschulkurse statt, die von Professor Dr. R. Csaki geleitet werden. An der Vorlesung des Berliner Universitäts-Professors Dr. Petersen über Goethes „Faust“ nahm auch der rumänische Kronprinz teil, dem Professor Csaki die herausgegebene Festschrift überreichte. Der Kronprinz hörte sodann die Vorlesung von Anfang bis zu Ende an. Er hatte zuvor an einem Festessen teilgenommen, das das Komitat und die Stadt Hermannstadt ihm zu Ehren veranstalteten und dem auch der deutsche Bischof, sowie die deutschen Abgeordneten beiwohnten. In seiner Tischrede betonte der Kronprinz, daß er in Hermannstadt eine Hochburg der Kultur vorgefunden habe, die zu bewahren sein ernstes Bestreben sein werde.

AUSWANDERUNGSWESEN

Einwanderung und Kolonisation in Argentinien und Paraguay.

Wir verweisen auf den Seite 545 ff. erscheinenden Artikel „5. Bundestagung des Deutschen Volksbundes für Argentinien“, der zahlreiche interessante Mitteilungen über die Möglichkeit, in Argentinien und Paraguay als Einwanderer unterzukommen und Land zu erwerben, enthält.

Zur Einwanderung in Nordamerika.

Des „Einwanderers - Freund“, das Organ der Hafen-Mission der Evangelisch-Reformierten Kirche in den Vereinigten Staaten von Amerika, macht in Nr. 8 darauf aufmerksam, daß neuerdings nicht nur die Zwischendecker und Passagiere 3. Klasse einer strengen Landungskontrolle unterworfen werden, sondern auch die Fahrgäste 1. Kajüte, auch wenn sie auf dem feinsten

Dampfer der nobelsten Linie ankommen. Sie werden alle auf dem Dampfer festgehalten, bis die Einwanderungsbeamten ausgefüllt haben, ob die Quote der betreffenden Nationalität für den laufenden Monat schon voll ist. So mußten kürzlich sämtliche Passagiere der stolzen „Mauretania“ stundenlang Spießruten laufen, ehe ausgerechnet war, wie viel von ihnen landen dürften und wie viele nicht. Die Passagiere des polnischen Dampfers „Gdansk“ wurden samt und sonders ausgeschlossen.

Im Monat Juni soll übrigens nicht einmal die volle Anzahl der zur Landung berechtigten Fremdlinge eingetroffen sein. Von den 27000, welche hätten landen dürfen, sind nur 22420 in Neuyork angekommen. In dem mit Juni zu Ende gegangenen Fiskaljahre betrug die Zahl der Einwanderer in den Vereinigten Staaten 673000, denen etwa 300000 Auswanderer gegenüberstehen. Nach Meinung des „Einwandererfreundes“ wäre die letztjährige

Einwanderungsziffer weit höher ausgefallen, wenn man den Deutschen und Österreichern gegenüber etwas liberaler aufgetreten wäre. Einstweilen können auch nur diejenigen sich die Ausreise nach den Vereinigten Staaten leisten, welche von amerikanischen Verwandten

unterstützt werden. Die großartige Rückwanderung der südöstlichen Völker sowie die verhältnismäßig geringe Einwanderung des letzten Jahres wird von dem genannten Blatt zum großen Teil auf das Alkoholverbot zurückgeführt.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

Deutsche Volkskalender im Auslande. IV.

Nachdem wir in Nummer 10, Seite 315, in Nummer 12, Seite 377 und Nummer 17, Seite 539, den deutschen Volkskalendern des Ostdeutschums, Amerikas und Elsaß-Lothringens eingehende Besprechungen gewidmet haben, setzen wir nun die Reihe mit den Kalendern der Sudetendeutschen fort, der deutschen Bewohner der Tschechoslowakei, die den schweren Kampf um die Selbstbestimmung in ihren ureigensten Angelegenheiten, in Schule, Kirche, Presse und Gemeindeverwaltung gegen die Politik des neuen tschechischen Staates führen müssen. Den sudetendeutschen Kalendern haben wir einige Kalender aus Deutschösterreich angefügt, die zwar im geschlossenen deutschen Sprachgebiet erschienen sind, aber vielfältige Berührungen mit den deutschen Volksgenossen jenseits der neuen Staatsgrenze Deutschösterreichs haben.

1. **Bundeskalendar.** Der Volks- und Heimatspiegel für die Deutschen in Böhmen, Mähren, Schlesien und in der Slowakei. Jg. 25. 1921. Hrsg. i. A. des Bundes der Deutschen in Böhmen von Ernst Leibl. Warnsdorf [1920] Strache. 8°. 172 S.
2. **Böhmerland-Jahrbuch für Volk und Heimat 1921.** Hrsg. i. A. des „Böhmerland“-Verlags Eger in Gemeinschaft mit vielen Mitarb. von Otto Kletzl. Eger: „Böhmerland“-Verlag 1921. 130 S. 8°. 3. **Trostbärnla.** Heimatliches Jahrbuch für die Deutschen Ostböhmens, Nordmährens und Schlesiens 1921. Hrsg. von Julius Hauswang. Mährisch-Rothwasser und Mittelwalde: Walzel 1921. 116 S. Kr. 7.50.
4. **Kalender für das Egerland.** Jg. 11. 1921. Schriftl.: Siegfried Habermann. Eger: Habermann 1921. 142 S. 8°. 5. **Warnsdorfer Bote.** Deutscher Kalender für Heimat und Volk 1921. Mit einem Anhang: Anschriftenbuch, Häuserverzeichnis und Stadtplan von Warnsdorf. Warnsdorf: Strache 1920. 185 S. 8°. 6. **Deutscher Volkskalender für die Iglauer Sprachinsel.** Hrsg. und verlegt vom Deutschen Vereine für Iglau und Umgebung. Jg. 35. 1921. Iglau [1920]. Rippl & Sohn. 152 S. 8°. Kr. 10.—
7. **Südmark-Kalender.** [Bd. 24]. 1921. Ein Jahrbuch für Stadt und Land, geleitet von Karl Gawalowsky. Graz [1920]: Deutsche Vereinsdruckerei und Verlags-Gesellschaft. 140 S. 8°. 8. **Kärntner Südmark-Kalender und Kärntner Jahrbuch.** Jg. 48. (1. Jg. neue Folge mit Jahrbuch) 1921. Hrsg. von der Männer-Ortsgruppe des Vereins Südmark. Klagenfurt: Gutenberghaus [1920]. 208 S. 8°. 9. **St. Maria- und St. Josef-Kalender zur Förderung christlichen Lebens.** Jg. 33. 1921. Hrsg. von der St. Josef-Bücherbruderschaft. Schriftl.: Franz Zahn. Klagenfurt: St. Josef-Bücherbruderschaft [1920]. 64 S. 8°.

Alle Kalender der Sudetendeutschen, d. h. der zwangsweise dem tschechischen Staat einverleibten deutschen Bewohner des Sudetenlandes, haben ein durchaus eigenes, bodenständiges Gepräge. Schon äußerlich ist die Ausstattung nach Druck, Bildschmuck und Singweisen kennzeichnend für den künstlerisch hochbegabten deutschen Stamm. Allen gemeinsam ist ferner die tiefe Natur- und Heimatliebe. Es ist, als wenn unsere Volksgenossen am Rande des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes, einem ihnen feindlichen Staatswesen ausgeliefert, sich um so fester an die Heimat Erde, an Muttersprache, Sitte und Sage ihrer Vorfahren klammerten. Stark ist die Volksgemeinschaft betont, die alle Glieder mit gleicher Liebe umfassen muß, wenn nicht der Gegner, der in nationalen Fragen eine eherne Front zeigt, über die zersplitterten Deutschen triumphieren soll. Daher auch das erzieherische Streben dieser Kalender, die das Volk an Leib und Seele gesund erhalten und auch dem Geringsten die Wege zu Bildung und reiner Freude weisen wollen.

An die Spitze stellen wir den **Bundeskalendar** (1). Er ist der am weitesten verbreitete deutsche Kalender in Böhmen und kann in diesem Jahre sein 25jähriges Jubiläum feiern. Ernst Leibl hat ihn im Auftrag des größten deutschböhmisches Verbandes, des Bundes der Deutschen in Böhmen, herausgegeben. •Eduard Strache ihn sehr ansprechend zweifarbig gedruckt. Unter den Mitarbeitern begegnen uns u. a. die Meister der Volkskunde Josef Blau und Emil Lehmann, der Geschichtsforscher Gierach, die Dichter Leutelt und Watzlik. Den prachtvoll kernigen Buchschmuck hat zum größten Teil der Egerländer T. Schönecker geschaffen. So ist ein rechter Volkskalender entstanden: nach dem reichverzierten, mit Bauernregeln und Sprüchen deutscher Meister versehenen Jahresweiser ein Abschnitt Heimat und Volk, Proben heimischer Dichtung und Erzählungskunst, Winke für Volksbildung und rechte Heimatpflege, Rat für Haus und Hof, dann der „Arbeitspiegel“, der den Aufbau des Bundes und seine ausgedehnte Arbeit fürs Volksganze zeigt, weiter die Abteilung „Rat und Lehre“. Auch wir im Reich könnten uns das „Deutsche Sündenböcklein“ läuten lassen, bei dessen schrillen Klang Sünden gegen das eigne Volkstum an den Pranger gestellt werden. Dann „Das junge Böhmerland“, ein Abriß des Wichtigsten was man über das Deutschtum in Böhmen und die Wege, es zu

erhalten, wissen muß. Schließlich für Feierstunden ein Abschnitt „Am Gottesbrünnlein“: ein Stück aus Selma Lagerlöfs Christuslegenden, das wunderbar innige geistige Volkslied aus dem Schönhengstgau „Maria ging übers Gebirg“, „Deutsche Weihnacht“ von Karl Franz Leppa und die Legende „Die Rechtfertigung Gottes“ von Erwin Kolbenheyer. Der ganze Kalender ist wie aus einem Guß, voll Ernst und freudiger Verantwortlichkeit. Wir wünschen ihm auch im Deutschen Reich eine wachsende Gemeinde.

Das **Böhmerlandjahrbuch für Volk und Heimat** (2) legt noch stärker Bekenntnis ab, „Bekenntnis vor dem großen deutschen Muttervolk und vor der rechtlich denkenden Welt, daß wir keine ohnmächtige Minderheit sind, sondern ein Volk, welches auf Grund seiner Leistungen auf allen inneren und äußeren Lebensgebieten das Recht zu fordern hat, sein Schicksal selbst zu bestimmen.“ Dem deutschböhmisches Führer und seinen Stammesgenossen im Reich liefert das Jahrbuch das Rüstzeug, jenes Recht zu verteidigen. Der zweite, wiederum von Otto Kletzl herausgegebene Jahrgang ist straffer gegliedert als sein auf S. 250, Nr 8, 1920 des „Auslanddeutschen“ besprochener Vorgänger. Aus den „Böhmerländischen Gedenktagen“ des Jahresweisers ersieht der Reichsdeutsche mit Staunen, wieviel geistige Kraft die sudetendeutschen Lande dem ganzen Vaterlande zugeführt haben. Der Abschnitt „Unsere Heimat“ mit trefflichen Aufsätzen zur Natur- und Kulturgeschichte Deutschböhmens bildet auch hier die Grundlage aller Schutzarbeit. Der „Böhmerlandbote“ als Abschnitt 2 bringt das wichtigste Handwerkszeug für den in der Schutzarbeit Tätigen, u. a. einen Überblick über die deutschen politischen Parteien und ihre Presse, ein Verzeichnis der wichtigsten deutschen Zeitungen und Zeitschriften, der größten deutschen Verbände und ihrer Einrichtungen, sowie eine Übersicht über das Schrifttum aus und über Deutschböhmen 1919/20. Die „Heerschau über unsere Arbeit“ zeigt, wie die Führer der böhmerländischen Bewegung ihre Aufgabe erkannt und in den ersten Jahren alle Kraft an die dem Volksganzen dienende Gründungsarbeit von unter her gesetzt haben. Nur wenn die Sudetendeutschen den Klassenhaß überwinden, werden sie sich gegen die zur Selbstvergötterung erzogenen, im Nationalismus geinteten Tschechen behaupten! Der „Beobachter“ enthält kurze Berichte und Zahlen, die schlaglichtartig die Lage der Deutschen in dem seltsamen Nationalitätenstaat beleuchten. Das Ganze ist ein Muster ernster Arbeit am Volkstumsbewußtsein.

Das zum ersten Male erscheinende Jahrbuch „**Trostbärnla**“ (3) will die Deutschen Ostböhmens, Nordmährens und Schlesiens, je heftiger sie von politischen Stürmen umbraust werden, desto fester in der Heimat Wurzel fassen lassen. Es pflegt in dieser Absicht, wie schon sein Name andeutet, besonders die Mundart- und Heimatdichtung, sowie ländliche Volkskunde in Scherz und Ernst. Der Bilderschmuck zeigt Landschaften und Trachten; beim Jahresweiser ist jedem Monat ein Städtebild in einfachem Schwarzdruck gegenübergestellt. Wenn das Jahrbuch sich anscheinend bewußt nur der Pflege der Muttersprache im engeren Sinn widmet, so möchte man ihm doch wünschen, daß es im zweiten Jahrgang seinen Kreis weiter ziehe und den Anschluß an die große sudetendeutsche Volksbildungsbewegung finde.

Der **Kalender für das Egerland 1921** (4) gibt ein gutes Bild dieses an das stammverwandte Bayern angrenzenden Teils Deutschböhmens, wo man das Gemeinschaftsgefühl mit dem großen deutschen Vaterlande von jeher besonders lebhaft empfunden und ihm in Festen und Feiern farbenprächtigen Ausdruck gegeben hat. Die mit schönen Trachtenbildern versehenen Aufsätze „26. Bundesversammlung und Bundesfest in Eger“ und „Die Gedenkfeier der Egerländer Bauernschaft am 12. Sept. 1920“ liefern dafür viele Beispiele. Heimische Dichter und Erzähler wie Haas, Ohorn, Sommert, Uhl, Wolf, Rüstler, haben Gedichte, Sprüche und Geschichten beigesteuert, in denen fast immer das gesunde Selbstbewußtsein und der Humor ihres bairischen Stammes zum Durchbruch kommen. Auch dieser Kalender schenkt der Volkskunde, besonders durch die Lebensbilder des Schriftstellers Alois John und Bürgerschuldirektors Josef Hofmann, seine Aufmerksamkeit. Dementsprechend sind auch mundartliche Beiträge eingeflochten. Nachrufe auf hervorragende Egerländer, eine Jahresübersicht und manches nützliche Beiwerk runden den eigentlichen Kalender ab.

Der **Warnsdorfer Bote** (5) bringt nach dem geschmückten Jahresweiser einige längere Erzählungen und beschränkt sich dann auf den engeren Bezirk der nordböhmisches, der sächsischen Grenze nahegelegenen gewerblustigen Stadt. Hervorzuheben ist der Aufsatz von Karl Brachtel „Über die Schönheit alter Häuser“, den sehr feine Bleistiftzeichnungen prächtiger Warnsdorfer Bürgerhäuser und ihrer meist barocken Türen begleiten. In den Bemerkungen zur Zeitgeschichte und den heimatkundlichen Beiträgen fehlt auch hier weder das kraftvolle Deutschbewußtsein noch die Heimatliebe, die jenem Bewußtsein Tiefe und den Gegenstand zur Betätigung gibt. Als besonderen, starken Anhang enthält der Kalender das Warnsdorfer Stadtbuch, ein sehr eingehendes Verzeichnis aller öffentlichen Einrichtungen und privaten Adressen nebst einem Plan der Stadt.

Mit dem vom Deutschen Verein für Iglau herausgegebenen **Deutschen Volkskalender für die Iglauer Sprachinsel** (6) verlassen wir die deutschen Randgebiete der Tschechoslowakei, die sowohl in sich selbst dank ihrer Ausdehnung, wie an den benachbarten deutschen Reichsteilen eine feste Stütze ihres Volkstums haben und begeben uns in eine der gefährdetsten Sprachinseln auf der Grenze Böhmens und Mährens, zugleich eine der ehrwürdigsten Stätten deutscher Kultur, mit der Bergstadt Iglau als dem Herzen und geschichtlichen Rückgrat dieser auf die Zeit Ottokar I. zurückgehenden deutschen Siedlung. Leicht war es, aus der reichen Stadtgeschichte ansprechende Beiträge zu gewinnen. Dr. Waschiczek erzählt von den uralten Stadtmauern, der bekannte Heimatforscher Emil Lehmann berichtet vom historischen Berghäuerzug, der 1920 im letzten Augenblick abgesagt wurde, weil die zur gewaltsamen Tschechisierung der Gemeindevertretung abkommandierten Legionäre die Stadt an ihrem deutschen Feiertag, dem Johannistag, zum blutigen Schauplatz ihrer Bajonett Herrschaft erkoren. Vom Volks- und Aberglauben in der Iglauer Sprachinsel handelt Leonh. Ring, von Iglauer Gast- und Einkehrhäusern Franz Wurzig. Wie die Volksbildungsarbeit auf die Heimatkunde zu gründen ist, zeigen Anton Kružek's gediegener Bericht über die Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde der Iglauer Sprachinsel und Hans Kreals Ratschläge für das Amt des Buchwirts auf dem Dorfe. In die Neuzeit führt ein Bruchstück aus Karl Hans Strobls, des Iglauer Kindes, Erinnerungsbuch „Verlorene Heimat“ (Stuttgart: R. Lutz). Unentbehrlich für alle Einzelarbeit über und für die Sprachinsel ist schließlich der Auskunftskalender mit den denkbar vollständigsten Angaben über Verwaltung und Bevölkerung der politischen Bezirke Iglau und Umgebung. Hier findet man genaue Zahlen über jede einzelne Landgemeinde und einen lückenlosen Überblick über das deutsche Vereins- und Bildungswesen.

In den alpenländischen Kalendern tritt die Heimatkunde im engeren Sinne zurück; Tirol, Steiermark und Kärnten sind anders als Deutschböhmen so festgeschlossene geschichtliche und politische Persönlichkeiten, daß in ihrer Bevölkerung ein starkes landsmannschaftliches Gefühl mit Naturnotwendigkeit emporenwachsen mußte. Außerlich müssen sich die deutsch-österreichischen Kalender unter dem Druck der wirtschaftlichen Not schlinger geben als die Deutschböhmen. Den nationalen Bedränger ihrer Volksgenossen müssen die deutschen Alpenbewohner nach der Losreißung Südtirols und der Südsteiermark jenseits der Staatsgrenze erwarten.

Der einleitende Aufsatz des **Grazer Südmark-Kalenders** (7) „Ein Blick in die Werkstätte der Südmark“ von Prof. Patterer spricht es klar aus, daß nur ein körperlich und sittlich gefestigtes nationalbewußtes deutsches Hinterland den Rückhalt für die gefährdeten Brüder am Rande des deutschen Sprachgebietes abgeben kann. Was die Südmarkdeutschen seit zwei Jahren von den Slovenen haben erdulden müssen, lassen die Berichte von Dr. G. Lukas, „Das steirische Unterland seit dem Umsturze“ und von Dr. J. Binder, „Das deutsche Leid in Krain“, ahnen. Was hier geschehen, hat wohl nur im Schicksal der Deutschen in Polen seinesgleichen. Von den weiteren Beiträgen sind die meisten der Pflege und Schärfung des Stammesbewußtseins gewidmet, so besonders „Die Südmark und die Jugend“ von Dr. R. Janeschitz-Kriegl, „Bedeutung und Ziele des deutschen Sprachvereins“ von Dr. Khull-Kholwald, „Die Grazer Südmark-Büchereien“ von Dr. G. Lukas, „Deutsch-Südtirol“ von Dr. R. Mark-Innsbruck und die umsichtige Jahresrückschau von Dr. P. Hofmann-Wellenhof. Daß wertvolle literarische Beiträge (Ida Maria Deschmann, Alfred Maderno u. a.) nicht fehlen, versteht sich bei den reichbegabten Bewohnern der weiß-grünen Steiermark von selbst.

Dem Südmark-Kalender geistig nah verwandt, erscheint zum erstenmal selbständig das aus dem Kärntner Südmark-Kalender hervorgegangene **Kärntner Jahrbuch** (8). Es will nach dem weitläufigen Programm ein Sammelwerk werden des geistigen Lebens Kärntens, das auf kleinem Raum viele Schriftsteller und Gelehrte von Ruf sein eigen nennt. Man kann dem ersten Jahrgang, auch wenn er infolge der Ungunst der Zeiten eilig vorbereitet werden mußte, Glück wünschen. Der literarische Teil ist von bodenständigen Talenten gespeist, so besonders von Josef Friedrich Perkonig, dem Verfasser der „Stillen Königreiche“, Ernst Rauscher, v. Priberig u. a. Die nationalpolitische Seite behandeln Dr. Martin Wutte („Das bodenständige Deutschtum in Südkärnten“) und Ludwig Jahne („Südmunkarbeit in Kärnten“) und „Die Volksabstimmung in Kärnten“ mit Kartenskizze und genauen Zahlen), die Volkskunde Mag. Bellschan („Über Zaubermedizin“), die Vorgeschichte Dr. G. Graber („Spuren altneolithischen Lebens in Kärnten“), Wirtschaftsfragen Direktor Ratmeßnig und Leg.-Rat A. Rotter, die Erschließung der Karawanken (mit schönen Landschaftsbildern) L. Jahne, die Tier- und Pflanzenwelt der Seen Kärntens Dr. R. Puschnig. Das Verzeichnis der Kärntner Ortsgruppen der „Südmark“ und ihrer Leiter ist wichtig für jeden in der Schutzarbeit Tätigen. Der Anhang „Kärntner Amtskalender“ enthält ein vollständiges Verzeichnis sämtlicher Behörden und öffentlichen Einrichtungen, wirtschaftlichen Verbände und einzelnen Gewerbetreibenden. Besonders hervorzuheben ist die in dieser Ausführlichkeit noch nicht gebotene Übersicht über die deutschen Vereine. Eine Chronik der Landesereignisse und alphabetische Nachweise erhöhen den Wert des gediegen gearbeiteten Jahrbuchs.

Der **St. Maria- und St. Josef-Kalender** (9) will der katholischen Familie nach den Grundsätzen der St. Josef-Bücherbruderschaft gesunden Lesestoff zu niedrigem Preise bieten. So bringt er religiöse und weltliche, auf ländliche Verhältnisse zugeschnittene Erzählungen und Gedichte. Dem Politischen bleibt der Kalender fern, doch würdigt er in Abbildungen und Beschreibungen die Natur- und Kunstdenkmäler Kärntens, wobei Klagenfurt und die Wallfahrtsstätten Maria-Wörth, Maria-Rain, Maria-Saal und der Dom von Gurk hervorgehoben werden. Dr. H. Richter preist Kärnten als Land der Lieder und großartigen Naturschönheiten; er gedenkt der bewegten Geschichte des Landes und seiner in den Abwehrkämpfen im Jahre 1919 gegen die slowakische Ländergier gefallenen Helden der jüngsten Zeit.

Dr. H. Mannhart.

BUCHBESPRECHUNGEN

1. Osborne, Sidney, **The Upper Silesian question and Germany's coal problem**. In two parts. London: Allen & Unwin 1920. 285 S. 8°.
2. Osborne, Sidney, **Die oberschlesische Frage und das deutsche Kohlenproblem**. Berechtigte Übersetzung von F. von Holtzendorff. 2. Auflage. Berlin: Stilke 1921. 303 S. 8° geb. M. 22.50.

3. **The problem of Upper Silesia.** With five maps. Edited by Sidney Osborne. London: Allen & Unwin (1921). 180 S. 8°.

1) Sidney Osborne, ein Amerikaner, der die oberschlesische Frage an Ort und Stelle und nach den besten internationalen Quellen studiert hat, stellt die Kernfrage: Welchen Einfluß hat Polen in den letzten 7 Jahrhunderten auf die Gesamtentwicklung Oberschlesiens ausgeübt? Osborne gelangt zu dem Schlusse, daß Oberschlesien seit seiner Besiedlung dem deutschen Kulturkreis angehört hat, für den es seine geographische Lage und sein wirtschaftlicher Aufbau bestimmen. Er verfolgt die deutsche und die polnische Geschichte nach französischen und englischen Quellen bis zurück ins Mittelalter und kommt zu einer glatten Verneinung der polnischen Ansprüche. Von moralischen Ansprüchen Polens kann im Hinblick auf die Kulturblüte, die deutsche Arbeit in Oberschlesien heraufgeführt hat, schon gar nicht die Rede sein. Wirtschaftlich ist Oberschlesien einer der Grundpfeiler der mitteleuropäischen Wirtschaft, insbesondere der Kohlenversorgung. Osborne führt den zahlenmäßigen Nachweis, daß die deutsche Kohlenversorgung zusammenbrechen und die Weltwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen muß, wenn man Oberschlesien aus dem organisch gewachsenen Verbande herausreißt und einer Macht überantwortet, die erst den Nachweis zu erbringen hat, daß sie ein modernes Staatswesen geordnet zu verwalten imstande ist. Osborne enthält sich aller Polemik; statt dessen enthält sein Buch ein umfangreiches Zahlenmaterial, das ihm über den Augenblick hinaus den Wert eines Nachschlagewerkes verleiht.

2) Osbornes Buch, das im Dezember 1920 erschien, fand in den angelsächsischen Ländern, vor allem in England, die Zustimmung aller Parteien. Es erlebte bald eine (unveränderte) zweite Auflage, nach der die deutsche Übersetzung hergestellt wurde. Die Übersetzung ist gut; zu bedauern ist nur, daß das Register weglieb und der Mangel einer wirtschaftsgeographischen Karte, die Osbornes Beweisführung aufs wirksamste unterstützt und die zu beschaffen in Deutschland keinerlei Mühe gekostet hätte, nicht gutgemacht wurde.

3) In dem neuesten Werk hat Osborne als Herausgeber die Stimmen verschiedener Parteien vereinigt: den Engländer Harley mit einem Aufsatz aus der Contemporary Review als Anwalt Großpolens, den Herausgeber der Preußischen Jahrbücher Dr. Schotte als Verteidiger der deutschen Sache, den oberschlesischen Rechtsanwalt Sacharczewski als Vorkämpfer der Unabhängigkeit Oberschlesiens; er selbst beteiligte sich mit einem Aufsatz (ebenfalls aus der Contemporary Review und vor der Abstimmung geschrieben), in dem er im wesentlichen den Inhalt seines ersten Buches zusammenfaßt, und mit einer Wertung des Abstimmungsergebnisses. Harleys vor der Abstimmung erschienener Aufsatz ist reine Propaganda, sein Hauptargument, daß Deutschland um des lieben Friedens willen das oberschlesische „Arsenal“ nicht behalten dürfe, französischer Herkunft und angesichts des waffenstarken Polen wenig einleuchtend. Seine wirtschaftliche Beweisführung ist von dem Wunsch eingegeben, die Abhängigkeit Oberschlesiens von Polen nachzuweisen; sie wird von Dr. Schotte mit einer Fülle exakter Zahlen über die Ein- und Ausfuhr Oberschlesiens widerlegt. Die Hauptvoraussetzung von Harleys Artikel, die angenommene einheitliche Neigung der Bevölkerung zu Polen, ist durch die Abstimmung erledigt. Mit der wertvollste Teil des Sammelwerkes sind die Karten, die Osborne besonders erläutert. Sie zeigen das engmaschige Netz der Gruben und Hütten, der Wasser-, elektrischen Energie- und Verkehrsmittelverteilung und sind der beste Beweis für die Unteilbarkeit des oberschlesischen Industriegebiets. Daß Oberschlesien, wenn es gedeihen soll, nur ungeteilt bei Deutschland bleiben kann, darauf läuft auch der Aufsatz von Sacharczewski hinaus, da die völlige Unabhängigkeit ja praktisch unmöglich und überdies durch die Autonomie innerhalb Preußens ersetzt ist.

Dr. H. M.

Ein Engländer über Oberschlesien von F. A. V. Berliner Vertreter des Manchester Guardian. Berlin SW 68: Verlag für Sozialwissenschaft 1921. 30 S. 8°.

Den Berichten des Korrespondenten des englischen Manchester Guardian kommt ein besonderer Wert zu, da sie von einem Engländer stammen, der sich bereits vor dem III. polnischen Aufstand längere Zeit in Oberschlesien aufgehalten hat. Als die Berichte zuerst in der englischen Zeitung erschienen, erregten sie im gesamten Auslande großes Aufsehen und verdienen darum auch in deutscher Übersetzung bekannt zu werden. Die unsäglichen Leiden der oberschlesischen Bevölkerung sind geschildert, wie der Verfasser sie gesehen hat. Der Terror der polnischen Insurgenten ist keine deutsche Erfindung, was ja auch durch die unten besprochenen amtlichen Urkunden bestätigt wird. Mit einer seltenen Unerschrockenheit und Offenheit wird die Rolle dargestellt, die französische Politik und französische Militärs in diesem vorläufig traurigsten Kapitel der oberschlesischen Geschichte gespielt haben. Die Berichte sind in deutscher Übersetzung unverändert so wiedergegeben, wie sie im Manchester Guardian seinerzeit veröffentlicht worden sind. Das Heft eignet sich darum besonders zur Versendung ins Ausland.

P. Sz.

1. **Der III. Aufstand in Oberschlesien Mai-Juni 1921.** [Berlin 1921: Reichsdruckerei.] 56 S. 4°.

2. **Das Martyrium der Deutschen in Oberschlesien.** Gewaltakte und Greuelthaten der Polen während des Aufstandes in Oberschlesien im Mai und Juni 1921. [Berlin 1921: Reichsdruckerei.] 104 S. 8°.

3. **Amtliche Schriftstücke zum Korfanty-Aufstand in Oberschlesien.** Mai 1921. [Berlin 1921: Reichsdruckerei.] 26 S. 4°.

4. **Polnische Kulturtaten in Oberschlesien.** [Berlin 1921: Reichsdruckerei.] 22 S. 4°. Sämtlich herausgegeben vom Auswärtigen Amt Berlin.

In den vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Druckschriften ist ein ungeheures Material über die von Polen an deutschgesinnten Oberschlesiern begangenen Gewaltakte und Greuelthaten zusammengetragen. Sämtliche Aussagen sind beglaubigte Schriftstücke und werden von Photographien begleitet, die zum Teil durch englische und italienische Mitglieder der Interalliierten Kommission bestätigt sind. Die beigegebenen Abbildungen stellen den Inbegriff des Grauenhaften dar; indessen gibt es kein anderes Mittel, um der Öffentlichkeit zu zeigen, welcher Bestialität der polnische Machthunger in Oberschlesien fähig ist. Die Aktenstücke beweisen, was die deutschgesinnte Bevölkerung Oberschlesiens unter polnischer Herrschaft zu erwarten hat; sie erwecken bei uns das tiefste Mitgefühl, daß diese deutschen Volksgenossen immer noch der Entscheidung entgegenharren müssen und rufen die bestimmte Erwartung hervor, daß diese Entscheidung der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit entsprechend ganz Oberschlesien mit Deutschland wieder vereinigen möge.

P. Sz.

Trott, Magda, Die Helmat ruft. Roman aus dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet. Breslau 10: Rekord-Verlag 1920. 235 S. 8°.

Eine fesselnde Darstellung der Zustände im oberschlesischen Abstimmungsgebiet zwischen dem zweiten und dritten Aufstand. Was hier in Romangestalt an polnischen Gewalttaten und Leiden der deutschgesinnten Bevölkerung geschildert wird, hat nicht nur in den amtlichen deutschen Denkschriften („Polnische Kulturtaten“, „Das Martyrium der Deutschen in Oberschlesien“, „Der dritte Aufstand in Oberschlesien Mai-Juni 1921“ und „Amtliche Schriftstücke zum Korfanty-Aufstand in Oberschlesien“), sondern auch in neutralen Berichten, z. B. denen des Berichterstatters des Manchester Guardian, seine vollbeglaubigte Bestätigung erhalten (vgl. „Ein Engländer über Oberschlesien“, Berlin SW 68: Verlag für Sozialwissenschaft). Angesichts dieser Urkundensammlungen muß man sagen, daß der vorliegende Roman in der Schilderung der polnischen Gewaltherrschaft noch hinter der Wirklichkeit zurückbleibt.

P. Sz.

VON UNSERER ARBEIT

Eine Ostasienausstellung.

Auf Anregung des Herrn Erwin Toku Bälz und des Herrn Pfarrer Dr. Wilhelm arbeitete das Deutsche Ausland-Institut seit einigen Wochen daran, eine Ausstellung ostasiatischer Kunst

zu veranstalten aus Gegenständen, die in württembergischem Staats- und Privatbesitz sich befinden.

Die Ostasienabteilung des Deutschen Ausland-Instituts fand bei diesem Wunsch verständnisvollste Unterstützung durch die

Stuttgarter Kunstvereine, und zwar durch den Verein Württembergischer Kunstfreunde, den Württembergischen Kunstverein und den Stuttgarter Galerieverein, die sich an der Aufbringung der Garantiesumme beteiligten. Der Plan fand auch große Unterstützung im Württembergischen Kult- und Finanzministerium, so daß die für die Ausstellung ausgezeichnet geeigneten Katharinenzimmer des Neuen Schlosses dafür zur Verfügung gestellt werden konnten. An den Vorbereitungen zu der Ausstellung beteiligten sich namentlich Herr Dr. Fischer, der bekannte Verfasser des Buches über die chinesische Malerei, der seit einiger Zeit die Stuttgarter Galerie leitet, Herr Pfarrer Dr. Wilhelm, Herr Erwin Toku Bälz, Herr Professor Dr. Fuchs-Tübingen, der seine hervorragende Sammlung chinesischer und japanischer Malereien zur Verfügung stellte, Herr Sprösser-Stuttgart, dessen chinesische Bronzen und Porzellane ebenfalls in der Ausstellung zu sehen sind. Die Ausstellung wurde am Sonntag, den 4. September, in Gegenwart zahlreicher geladener Gäste, unter denen der Staatspräsident Dr. von Hieber, Finanzminister Liesching, Oberbürgermeister Lautenschlager, sowie zahlreiche Freunde und Vertreter württembergischer und Stuttgarter Kunstkreise waren, eröffnet. Kommerzienrat Konsul Dr. Wanner dankte im Namen der veranstaltenden Vereine allen denen, die ihren Besitz der Ausstellung zur Verfügung stellten, sowie den Mitarbeitenden und betonte, daß, wenn wir zu den Völkern Ostasiens wirtschaftliche und gute politische Beziehungen gewinnen wollten, ein Einleben und Einfühlen in ihre Geistesarbeit und ihre Kunst in höherem Maße notwendig sei, gab auch der Freude darüber Ausdruck, daß gerade in Württemberg ein Überblick über ostasiatische Kunst um so leichter zu gewinnen sei, als von Württemberg zahlreiche Deutsche in hervorragenden Stellungen in Japan und China tätig waren und sich dort als eifrige Kunstsammler bewährten. Sodann sprach Pfarrer Dr. Richard Wilhelm (Tsingtau) über den geistigen Gehalt der ostasiatischen Kunst und Direktor Dr. Fischer leitete mit einigen allgemeinen Worten über die ostasiatische Kunst eine Führung ein, die eine eingehende Erläuterung aller der ausgestellten Kunstwerke brachte. Die Ausstellung war gleich am allerersten Tage außerordentlich stark besucht.

Eine Auswanderungs-Ausstellung.

Das Deutsche Ausland-Institut bereitet gegenwärtig eine Ausstellung über die Auswanderungsfrage vor, die am 15. Oktober in Stuttgart eröffnet werden soll und nach mehrwöchigem Aufenthalt in Stuttgart als Wanderausstellung in verschiedene große deutsche Städte gehen wird. Die Ausstellung wird in allgemein verständlicher Weise über die Auswanderungslust weiter deutscher Kreise, über die Gründe, die dazu führen, über die Aussichten und Möglichkeiten einer Auswanderung unterrichten, sie wird den Stand der Auswandererfürsorge und der Auswanderer-Literatur in Deutschland darstellen, wird auch über Einrichtungen und Maßnahmen fremder Länder Material bringen und namentlich das Auswandererschicksal und die Chancen in verschiedenen Ländern behandeln. Ein umfangreiches Bildmaterial, wie auch reichhaltiges Karten- und Buchmaterial stehen zur Verfügung, auch werden besondere tabellarische und statistische Übersichten im Ausstellungsbureau des D. A. I. auf Grund der dort vorliegenden und von den ver-

schiedensten Seiten des In- und Auslandes zur Verfügung gestellten Materials angefertigt. In einer besonderen Abteilung wird die Geschichte der Auswanderung und auch die Entwicklung der Auswandererbeförderung dargestellt werden. Für die Abteilung haben die großen Schiffsahrts-Gesellschaften ihre Mitwirkung zugesagt und eine Reihe schöner Modelle in Aussicht gestellt. Eine große Anzahl von Modellen werden gegenwärtig im Deutschen Ausland-Institut selbst hergestellt, die über die Siedlungen des Deutschtums in den verschiedensten Teilen der Welt und über die Anfänge und die Entwicklungsmöglichkeiten einer Ländersiedlung aufklären werden. Auch werden Proben der Produktion in den fremden Siedlungsgebieten geboten werden, wie auch über Bank- und Geldwesen, über Vereine und sonstige Vertretungen deutscher Kreise im Ausland ein Überblick gegeben werden soll. Eine besondere Abteilung wird die Auswanderung und Auswandererfürsorge fremder Staaten darstellen. Die Ausstellung verspricht dank auch dem von verwandten Organisationen und von inlandsdeutschen und ausländischen Freunden des Instituts gestifteten Material eine reichhaltige Darstellung der gesamten Auswanderungsfrage zu bieten.

Vorträge.

Unser Bibliothekar, Studienrat Dr. Mannhart, sprach am 14. März auf Einladung des Werbebundes in Stuttgart über „Kultur-Propaganda des Auslands“ unter Vorführung von Beispielen und Druckschriften aus dem Besitz des D. A. I. und am 2. Juli vor der Oberstufe des Reform-Real-Gymnasiums in Stuttgart über das Thema: „Was können unsere Schulen für die Auslandsdeutschen tun“. Im Laufe des Monats August fanden vor den Truppen der 5. Division auf dem Truppenübungsplatz Münsingen drei Vorträge statt, und zwar sprach der Leiter der Ostasien-Abteilung, Hans Lambert, über Japan, der Leiter der Rechtsabteilung, Rechtsanwalt Geist, über Russland, und der Leiter der Auswanderer-Beratung, Pfarrer Grisebach, über Südamerika.

Führungen durch das D. A. I.

In rasch zunehmendem Maße erfreut sich das Deutsche Ausland-Institut des Interesses der In- und Auslandsdeutschen, die bei ihrem Aufenthalt in der alten Heimat zum Teil von weiter her reisen, um sich die Arbeiten und Einrichtungen des Instituts anzusehen und ausnahmslos erfreut sind über die Pflege der Beziehungen der alten Heimat zu den deutschen Volksteilen im Ausland und über das reichhaltige Material, das sie im D. A. I. vorfinden. Für die Stuttgarter Bevölkerung sind in den letzten Monaten alle 14 Tage am Sonnabend nachmittag öffentliche Führungen veranstaltet worden, bei denen in mehreren Gruppen die Besucher durch alle Abteilungen des Instituts geführt wurden und dort nicht nur ausführliche Erläuterungen unserer Arbeit hörten, sondern auch Gelegenheit hatten, selbst zu fragen und sich über alles Wissenswerte zu erkundigen. Die Führungen waren von je 120 bis 200 Personen besucht und fanden großen Anklang. Sie werden bis in den Herbst hinein fortgesetzt werden.

Druckfehler-Berichtigung.

Auf Seite 466, Nr. 15, muß es unter Reval („Kunst und Wissenschaft im Ausland“) statt „Libauer Truppe des deutschen Theater-Vereins ...“ „Liebhabertruppe des ...“ lauten.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 10. September 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7090. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDSDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDSDEUTSCHTUM UND AUSLANDSKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITÄT OF ILLINOIS
URBANA

Der „Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 3.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV – Nr. 19

STUTTGART

Erstes Oktoberheft 1921

Bücher

Von LUDWIG FINCKH, Gaienhofen.

„Ja, Bücher“, sagte mein Vetter, und schenkte sich ein neues Glas Wein ein, „Bücher kann man heute gar keine mehr kaufen, so teuer sind sie geworden.“ — „Holla,“ sagte ich, „Bücher sind heute das Billigste, das es noch gibt.“ — „Ha no!“ sagte der Vetter, und zündete sich eine neue Zigarre an. Behaglich blies er die Rauchringe in die Luft. — „Was kostet deine Zigarre?“ frug ich. — „2 Mark.“ — „Hm. Und deine Butter?“ — „20 Mark.“ — „Und was haben sie im Frieden gekostet?“ — „Ja so um 10 Pfennig und 1 Mark herum.“

„Also das 20fache heute? — Und Baumaterialien? Ich hätte notwendig bauen sollen, denn ich habe 5 Zimmer zu wenig. Aber es kostet 120000 Mark statt 7000 Mark im Frieden; und ich muß es — bleiben lassen. — Ich will bescheiden sein und sagen, im Durchschnitt koste alles heute nur das 10fache von früher. Deine Bücher haben einmal gebunden 3.50 Mark gekostet; sie müßten heute um 35 Mark zu haben sein; sie kosten aber nur 17 Mark. Bloß 5mal soviel! — Und so steht es fast mit allen Büchern. Das Leben kostet uns aber deswegen doch das 10fache.“

Mein Vetter sperrte die Augen auf. „Bloß das 5fache? Da müßte man ja eigentlich nichts wie Bücher kaufen!“

„Müßte man auch. Bücher sind bei uns heute das Allerbilligste. — Aber weißt du, was eine gewöhnliche deutsche Fibel in Argentinien kostet?“ — „Ein Schullesebuch?“

„78 Mark. Das kann sich der kleine Handwerker, der Farmer draußen nicht mehr leisten. Ja, das Deutsche Reich hat Weitblick. — Und weißt du, was eine französische Fibel dort kostet? Nichts. Der französische Staat schenkt seine Fibern.“ „Donnerwetter, das sollten wir auch machen. Da bleiben wir ja elend zurück hinter den andern.“

„Ja, und man kauft sich draußen nur noch ausländische Bücher. Ein schwedischer Arzt hat den deutschen Gesandten in Stockholm gefragt, ob dieses Jahr in Deutschland keine medizinischen Bücher mehr gedruckt worden seien. Es sei nicht eine einzige Buchanzeige in die Buchhandlungen geschickt worden. Die schwedischen Ärzte hätten sich nur französische Werke besorgen können.“

„Aber, aber!“ sagte mein Vetter und schüttelte den Kopf. „Wo fehlt's denn da wieder?“

„Man redet immer soviel von der deutschen Organisation. — Pfeifendeckel. Im besetzten Gebiet muß jeder Buchhändler jedem Käufer zu seinem Kaufe hin eine Schrift vom Fürsten Lichnowsky, von Mühlen und anderen einhändigen. Unentgeltlich. Von Frankreich aus. Wenn er's nicht tut, setzt's Strafen. Es sind Überwacher da. — Das ist Organisation. Und was geschieht bei uns? — Eben bekomme ich einen Brief. Eine alte Frau in Stuttgart schreibt mir, sie möchte nun, da Friede mit Amerika sei, ihren getreuen Verwandten dort deutsche Bücher zuschicken, und frage um Rat. Gestern seien wieder 3000 Mark gekommen, um 10 alte Mütterchen zu beschenken. Die Verwandten hätten schon soviel getan, aber sie wüßten nichts Rechtes von uns. Was für Schriften und Bücher soll ich ihnen schicken? Ich habe selbst den Krieg im Ausland miterlebt und weiß nur zu gut, was Frankreich und England getan haben, um uns in den Schmutz zu ziehen. In der Schweiz war ein französischer Offizier, der eine Million von seinem eigenen Vermögen opferte, um Bücher — die Greueltaten der Deutschen — drucken zu lassen, und die sollen die Schulbücher für die Schulkinder sein. Ich selbst habe von diesen Büchern 6 Stück zugesandt erhalten, — man konnte ja nicht Worte der Entrüstung genug finden, wenn man einen Einblick tat. Möge es gelingen, unsere Ehre wieder herzustellen, — wenn alles hilft, wer noch deutschen Sinn und ein Herz für Volk und Vaterland hat. Denn wer die meiste Zeit seines Lebens im fremden Lande zugebracht, der weiß die Heimat zu schätzen, und wenn sie auch arm ist. Aber schon das Gefühl: heimatlicher Boden und Heimatluft und liebe, traute Menschen — man darf doch wieder ohne Schrecken seine Sprache reden — ist Reichtum genug für denjenigen, der es anders erlebt hat.“

Mein Vetter hatte seine Zigarre ausgeraucht. „Du,“ sagte er, „da müssen wir auch etwas tun. Da müßten wir ja alle Hundsfothe sein. Lieber will ich keine Zigarren mehr rauchen und keinen Wein mehr trinken. Ich lasse mich von keiner alten Frau beschämen.“ — „Und von keinem Franzosen, denke ich.“

Und er gab mir einen Teil von der ersten Million, um Amerika mit deutschen Büchern und Nachrichten zu versorgen.

Zu der Deutschenverfolgung in der Tschechoslowakei.

Von H. U.

Die tschechoslowakische Republik kann mit allen Mitteln einer aus deutschen Steuergeldern bezahlten, von Frankreich unterstützten Propaganda nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie wirtschaftlich und politisch in eine Sackgasse geraten und an ein Ende gelangt ist. Der Siegerstaat hat leere Steuerkassen. Nicht ungestraft läßt man auf den Kopf der 13½ Millionen betragenden Gesamtbevölkerung 175,25 K Lasten für Militärzwecke entfallen (16 % der Gesamtausgaben), für Unterricht und Volksbildung 44,75 K, für Pensionen und Versorgungsgebühren 23,56 K (s. Janovsky, Wissenschaft und Außenministerium, „Deutsche Arbeit“, 20. Jahrg. Heft 6). Nicht ungestraft treibt man eine nur nach politischen, nicht nach sachlichen Richtlinien geleitete Wirtschaft, bedrückt die wichtigste Steuerquelle des Staates, die deutsche Industrie, aufs rücksichtsloseste und sperrt sich von den Hauptausfuhrländern Deutschland und Deutschösterreich (sechs Zehntel des Außenhandels gehen dahin) durch Nichtratifizierung fertiger Handelsverträge ab. Die zum größeren Teile deutsche Industrie der Tschechoslowakei ist im Versiegen, die rosigen Schilderungen des Außenministers Benesch wurden durch eine Umfrage des deutschen Hauptverbandes der Industrie als glatte Lüge bloßgestellt: höchstens 3–4 % alter Unternehmungen arbeiten unreduziert. Die Industrie wie die Steuerkraft der Bevölkerung überhaupt ist außerdem durch den Raub der Kriegsanleihe stark getroffen, der Kredit des Staates, der innere wie der äußere, durch diese nicht nur ungerechte, sondern auch törichte Maßnahme aufs schwerste erschüttert. Die letzte Staatsanleihe ist kläglich zusammengebrochen; man hat längst zu schlecht verhüllten Zwangsanleihen, sog. „Investitionsanleihen“ gegriffen.

Kein Wunder, daß die Unzufriedenheit in allen Bevölkerungsschichten auch bei den Tschechen selbst aufs höchste gestiegen ist. Man muß dabei bedenken, daß die Westslawen in der ehemaligen Monarchie durch fünfzig bis hundert Jahre hindurch planmäßig von ihren Führern zu einer in allen diesen Jahrzehnten vorteilhaften Verneinung des Staates, zu seiner Sabotierung erzogen worden sind. Diese seelisch-geistige Haltung verlernen die breiten Schichten nicht rasch, der tschechische Bauer hinterzieht „seinem“ Staate genau so das Getreide wie dem österreichischen und der deutsche „Staatsfeind“ ist genau so wie früher der gewissenhaftere. Die Korruption ist in Prag nicht etwa geringer geworden, seit man dem „eigenen“ Staate das Geld stiehlt, statt dem verhaßten „Wien“.

Man braucht nirgendwo den Chauvinismus der Massen notwendiger als dort, wo die herrschenden Parteien und Schichten ein schlechtes Gewissen haben und die allgemeine Unzufriedenheit fürchten müssen. In der Tschechoslowakei (wie in Polen, in Slowenien, wie beim großen französischen Gönner) ist der Staat nur aufrecht zu erhalten, indem man den Haß gegen das deutsche Volk und die Hoffnung auf sein Geld wach hält. Die tschechischen Legionäre sind keine internationale Zierde des Staates, schon bekommen es die Prager Machthaber zu fühlen, daß ihrem moralischen Kredit in England, Amerika, selbst in Frankreich die sibirischen Helden nicht nützlich sind. Aber — man braucht sie nach innen. Man braucht sie zur Aufmunterung der breiten Massen, zumal der tschechischen Minderheiten im reindeutschen Gebiet. (Das „verdeutschte“ nennt man es und hofft es, nach Masaryks Ausspruch, mit dem er seine ganze Vergangenheit zur Phrase machte, zu „entgermanisieren“.) Die Sozialdemokraten, die von ihrem linken Flügel arg in die Opposition gegen die

chauvinistische, französischen Wünschen trabantenhaft gefügte Bankerottpolitik getrieben werden, müssen auf der anderen Seite durch den Massenrausch, den die chauvinistischen Derwische verbreiten, gebunden werden. Der linksradikale Reichenberger „Vorwärts“ stellte es nach den Außiger Totschlägen sogleich übereinstimmend mit den tschechischen Kommunistenblättern fest: bei der Deutschenhetze sollte es beginnen, mit dem weißen Terror der Kramarschleute, der ehemaligen Jungtschechen und jetzigen Nationaldemokraten, der Prager Hausbesitzer, Advokaten und Hauptinteressenten an der „Entgermanisierung“ der „verdeutschten“ Gebiete sollte es enden. Kramarsch bereitet sich auf die Erbschaft nach dem längst einflußlosen Masaryk vor. Es handelt sich bei den Postelberger und Außiger „Vorfällen“, welche die Berliner „Freiheit“ mit Eisenbahnunfällen und Häuser einstürzen verglich, um planmäßige Unternehmungen zu denen der Staat 75 % Fahrpreismäßigung gewährte.

Bei den Außiger „Vorfällen“ wurde ein reichsdeutscher Fabrikdirektor auf dem Wege in sein Bureau bestialisch ermordet. Deutsche, die ihm zu Hilfe kommen wollten, wurden von Legionären so lange mit Todesdrohung ferngehalten, bis jener todegeprügelt war. Wegen dieses „Unfalls“ (man hat nicht die Geringste von einer Bestrafung der Verbrecher bisher gehört) hat sich (über das Verhalten der deutschen Regierung haben wir auf Seite 555, Nr. 18 des A. D. bereits berichtet) Benesch allerdings (sehr nachträglich) entschuldigt. Aber die Sudetendeutschen bekommen wieder einmal einen Faustschlag ins Gesicht. Und das Ansehen des Reiches hat bei den Tschechen nicht gewonnen.

Es hilft nichts, wenn man sich in Deutschland so stellt, als hätte man nichts von den Bemühungen Benesch's, die ober-schlesische Frage die Wünsche Frankreichs zu fördern (weil dann Leobschütz an die Tschechoslowakei fällt), von den Auslassungen der ganzen tschechischen Presse: „Oberschlesien müsse an Polen kommen, da Polen der kleinere Feind sei.“ Und es ist schließlich, trotz aller künstlichen Scheidungen zwischen außen- und innenpolitischen Fragen für das Reich nicht gleichgültig, ob an der Grenze bodenständige Deutsche wohnen oder tschechische Legionäre, die die tschechische Regierung als „enteignetem“ Grundbesitz ansiedeln will. Allgemein gesagt, es kann, selbst für die künstlichsten diplomatischen Begriffe, nicht gleichgültig sein, was mit den Deutschen in der Tschechoslowakei geschieht.

Die tatsächliche Lage, aus der sich von selbst die richtige Einstellung Deutschlands zur Tschechoslowakei ergibt, wird sehr gut beleuchtet durch einen Aufsatz von dem Senator Franz Jesser, der nach den Außiger Vorfällen durch die Zeitungen ging. Jesser zitiert zunächst ein tschechisches Zeugnis, das der tschechischen Nationalen „Narodni Politika“. Sie teilte mit, daß alle Versuche der tschechischen Regierung, Anleihen in Frankreich und England zu erhalten, gescheitert seien. Die „einzige Kreditquelle, die wir schon zwei Jahre — freilich völlig geheim — benutzen, ist Deutschland“. Sogar das „armselige“ Österreich sei als Stütze des tschechischen Geldmarktes von hervorragender Bedeutung. Das Blatt teilt auch mit, daß große deutsch-österreichische Vermögenswerte in tschechischen Banken ruhen. „Wenn Wien seine Beträge plötzlich abberufen würde, so gerieten wir in eine Geldkrise.“ Jesser schreibt dazu: „So viel Worte, so viel versteckter Hohn und die schwerfälligen Deutschen, die ihre wirtschaftliche Macht nicht nur nicht auszunützen wissen, sondern sie teils aus Egoistischen Augenblicksvorteilen, teils aus Angst vor dem tschechischen

chischen wilden Mann sogar in den Dienst der tschechischen deutschfeindlichen Wirtschafts- und Nationalpolitik stellen. Daß ein Volk sein Vermögen einer Regierung bedingungslos anvertraut, die dieses Vermögen zur Organisation gegen die Grundlage der wirtschaftlichen Existenz desselben Volkes benützt, ist ein Beweis für die Behauptung, daß die Deutschen zwar gute Geschäftsleute, aber keine Politiker sind. Wenn das tschechische Blatt die Wahrheit sagt — und daran ist wohl nicht zu zweifeln — dann besteht eine weitgehende Abhängigkeit des tschechischen Finanz- und Wirtschaftslebens, ja des staatlichen Lebens von der deutschen Umgebung; dazu tritt noch die gewaltige wirtschaftliche Macht, welche die Deutschen in diesem Staat besitzen. Man denke sich an die Stelle der Deutschen: Engländer oder Franzosen! Wie würden Presse, Regierungen, Banken und Unternehmer diese Abhängigkeit politisch und wirtschaftlich ausnützen! Die Deutschen aber bringen nicht einmal den Mut auf, von einer geldbedürftigen tschechischen Regierung die Einstellung des Vernichtungsfeldzuges gegen die Deutschen des Staates zu verlangen. Sie liefern ohne Gewissensbisse den Todfeinden des Deutschtums überhaupt, den Gendarmen Frankreichs, die Waffen, die diese zunächst gegen die Sudetendeutschen, dann gegen die Donau- und zuletzt auch gegen Deutschland wenden. Herr Benesch bemüht sich, den Polen Oberschlesien zuzuschansen, Deutschland also seiner wichtigsten Kohlen- und Erzquellen neben der westfälischen zu berauben — die deutschen

Banken aber liefern demselben Benesch das Geld, um eine Armee zur Unterstützung der Polen bereit zu stellen! Die Prager Regierung arbeitet mit allen Mitteln an der Entnationalisierung der sudetendeutschen Großwirtschaft, sucht durch die kleine Entente Deutschland aus dem Süden und Osten zu verdrängen — die deutschen und deutschösterreichischen Banken leihen ihm dazu ihr gutes Geld. Sie sollen Geld borgen! Aber sie sollen von dem Gläubiger verlangen, daß dieses Geld nicht zur Schwächung des Deutschtums verwendet werde. Das ist keine Einmischung in innere Verhältnisse, sondern wohlberechtigter Selbstschutz. Für uns Sudetendeutsche haben die Reichsdeutschen kein Geld — wir müssen das gute deutsche Geld auf den Umwegen über tschechische Banken ausleihen und uns dadurch in Abhängigkeit begeben. Die Tschechen haben recht, wenn sie uns in ihren Zeitungen als Dummköpfe schildern und sich über unser vergebliches Liebeswerben um Deutschlands Teilnahme lustig machen. Nichts gelernt und alles vergessen! Das ist das Ergebnis des Weltkrieges und des Vernichtungswerkes von Versailles. Was nützen uns die Sympathien der reichsdeutschen Intellektuellen, wenn die Kapitalisten unseren Feinden die Munition liefern, die gegen uns abgeschossen wird.“

Man wird gut tun, in Deutschland solche sudetendeutschen Stimmen nicht ganz zu überhören. Gewiß können die mitteleuropäischen Fragen nicht von Reichenberg aus gelöst werden. Aber vom Berliner Kontor aus allein ebensowenig.

Von einer schwäbischen Ausstellung im rumänischen Banat

Von Senator K. MÖLLER, Temesvar.

Am 28. August strömten Zehntausende deutsche Männer und Frauen in die Banater Schwabengemeinde Lovrin unweit Temesvar; es gab dort eine Ausstellung, eine landwirtschaftliche Ausstellung, eine Schau über all die Dinge, welche der Fleiß des deutschen Bauers dem Banater Boden, der vor 150 Jahren noch ein berüchtigter Erdenfleck gewesen ist und heute in seliger Blüte prangt, zu entlocken versteht: Pferde edlen Blutes, prachtvolles hochgezogenes Rindvieh, sorgsam gepflegte Schweine, Feldfrüchte aller Art, Erzeugnisse der hochentwickelten Gartenkultur und den süffigen Banater Wein, der heuer vielfach eine besonders gute Gabe verspricht. Alle diese schönen Dinge, die seit den Hungerjahren des großen Krieges in der menschlichen Schätzung so sehr gestiegen sind, waren unter alten schönen Bäumen im Parke des Baron Lipihay untergebracht und dazwischen flutete es: Bauern in Schwarz, Bauern in anderen Farben, Bäuerinnen in weiten Röcken, denen man die Entstehung in der mariatheresianischen Zeit von weitem ansieht, in Spensern und mit der eigenartig gedrehten uralten schwäbischen Haartracht auf den Blondköpfen, Kinder auch wie Milch und Blut, fast weißhaarig manche, Germanenblut durch und durch. Und Germanenblut spricht auch aus den Zügen einiger Wiener Kinder, von denen heute etwa 1500 die deutsche Gastfreundschaft des gemütvollen Banater Volkes genießen. Ernste Gespräche, fachmännische und völkische, vermischen sich mit dem Jauchzen der Kinder, denen man einen Maibaum aufgerichtet und einen Sportplatz aufgeschlagen hatte. Selbst Wettrennen, Pferdewettrennen und Wagenrennen, gab es. Und namentlich die schwäbischen Wagen, leichte schöne Fahrzeuge hinter oft herrlichen, schäumenden Pferden, brauchten sich ihres Auftretens nicht zu schämen.

Veranstalter dieser nicht zuletzt auch vom völkischen Standpunkt bedeutungsvollen Ausstellung war der Schwäbische Landwirtschaftsverein in Temesvar, dessen zahlreiche

Ortsgruppen das rumänische Banat mit einem dichten Netze überziehen: er ist heute wohl die größte wirtschaftliche Vereinigung weit und breit, sichtlich dazu berufen, das schwäbische Wirtschaftsleben reich zu befruchten. Und mehr sogar: Überhaupt kulturfördernd zu wirken, jene Kultur fördernd, die im nahen Orte so unverkennbar deutsch aus der kleinsten Kleinigkeit spricht: aus den peinlich sauberen, nicht selten fast luxuriösen Häusern, aus den Blumengärten, die kein Schwabe, der etwas auf sich hält, neben den Küchengärten zu stellen vergißt, aus den glänzend weißen Vorhängen hinter den spiegelnden Fensterscheiben, aus der wunderbaren Ordnung in den Haushöfen, aus dem wohligen Dasein des Viehs bis herab zu den Schweindeln, die hier keine Schweindel mehr sind, aus den Kleidern und aus hunderterlei, worauf die Lovriner, die 4000 Seelen zählen, sonst Wert legen. Übrigens ist Lovrin nicht bloß durch seinen deutschen Ordnungssinn bekannt. Weit und breit bis tief ins Ungarische hinein, bis nach Österreich, bis über die böhmische Gemarkung lieferte zur Friedenszeit Lovrin seine unvergleichlichen Gemüse und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse. Lovrin, Tschatad (jetzt Lenauheim), Neuarad, Marienfeld und so mancher sonstige schwäbische Ort waren draußen besser gekannt als etwa Belgrad, Kragujewaz oder sonst eine schmutzige Perle des großen Peter von Serbien.

Die Lovriner Ausstellung wird nicht wenig dazu beitragen, den Ruf des Ortes und den Ruf der schwäbischen Tüchtigkeit wieder in die Welt zu tragen, die uns viele Kriegsjahre hindurch mit allerlei Brettern vernagelt war. Diesmal freilich vornehmlich nach dem Osten, in das Altreich Rumäniens, von wo sich auch eine Anzahl Besucher eingefunden hatte, darunter allerlei Regierungsvertreter, die es nicht an schönen Worten und Versprechungen fehlen ließen. Schwäbischerseits wieder legten die Redner Wert darauf, die arbeitssame Friedlichkeit des Schwabenvolkes zu betonen, und daß man behördlicherseits gut täte, ihm

die gebührende Bewegungsfreiheit zu geben, die man ihm heute noch unter der Marke „Grenzzone“ vielfach versagt, nicht eben im Interesse des Staates, der alle Ursache hätte, dieses wertvolle Arbeits- und Grenzvolk für sich zu gewinnen, aber noch keineswegs alle Methoden gefunden hat, die zu einer Liebeshehe führen können. Geredet wurde übrigens wie stets im Banat bei solchen Gelegenheiten sehr viel und mit schwungvollem Temperament. Denn der Banater Schwabe hört für sein Leben gerne schön reden, womit aber keinesfalls gesagt werden soll, daß er alles glaubt, was man ihm vorsetzt. Insbesondere der Lovriner ist sehr kritisch veranlagt. Nebenbei gesagt: Auch diesmal fand der völkische Ton den lebhaftesten Widerhall. Was man bei uns „lebhaft“ nennt: Tosendes Beifallsgebrüll kennt der Schwabe

nicht, und spräche ein schwäbischer Demosthenes zu ihm. Sein Beifall liegt nicht so sehr auf der Zunge als in der Zustimmung, die er im Innern verschließt, oder höchstens dem Nachbarn gegenüber an der Pfeife vorbei zubrummt.

Die Lovriner Ausstellung wird übrigens eine Fortsetzung haben: der verdiente Leiter des Schwäbischen Landwirtschaftsvereins Abt. domherr Franz Blaskovics ist im Begriffe, die landwirtschaftlichen Zeugen des deutschen Fleißes auch gelegentlich der bevorstehenden Bukarester großen Landesausstellung im Banater Pavillon zur Schau zu stellen. Gewiß keine wertlose Art das, den europäischen Südosten, der früher oder später doch in enge wirtschaftliche Verbindungen mit Deutschland treten wird müssen, über den Wert des deutschen Wesens aufzuklären.

Der Stand der deutschen ärztlichen Mission im Ausland

Von Prof. Dr. OLPP-Tübingen.

Der Weltkrieg hat der deutschen ärztlichen Mission im Ausland einen Schlag versetzt, der sie vernichtet haben würde, wenn sie sich vor dem Kriege, wie kurzsichtige Missionspolitiker dies anrieten, auf die deutschen Schutzgebiete beschränkt hätte. Aber die deutsche Mission bestand schon sechzig Jahre, bevor es deutsche Kolonien gab. So ist die ärztliche Mission ihr auf historischen Pfaden gefolgt und hat sich den Horizont nicht beschneiden lassen. Diesem Umstand hat sie es zu verdanken, daß sie jetzt noch weiter besteht.

Im Jahre 1914 zählten wir 21 aktive deutsche Missionsärzte, die in Deutsch-Ostafrika, im Sudan, auf der Goldküste, in Kleinasien, Britisch-Indien, China, Tibet und auf der Insel Sumatra tätig waren. Aus den ersten 5 dieser Gebiete sind sie von den Feindmächten vertrieben. Gefallen oder Kriegsstrapazen erlegen sind sechs deutsche Missionsärzte, von denen 2 in Deutsch-Ostafrika und einer in Tsingtau tätig, 2 für Indien bestimmt waren und 1 die Schiffsfahrkarte für Deutsch-Südwestafrika schon in der Tasche hatte. Kurz vor dem Kriege fielen drei Missionsärzte in Indien und China dem Flecktyphus, der Cholera und der Blinddarmentzündung zum Opfer; einer ertrank im Ostfluß in Südchina. Bis auf fünf Ärzte, die während des Krieges in China, Sumatra und Tibet durchhielten, sind alle übrigen „repatriiert“ worden. So wurde Dr. Huppenbauer widerrechtlich im Operationsaal seines Krankenhauses in Aburi auf der Goldküste verhaftet und mußte seine Station binnen einer halben Stunde verlassen und damit auch seine frisch operierten Patienten, ohne ihnen einen Ersatz geben zu können. Aber Albion kämpfte ja für „Gerechtigkeit und Menschlichkeit“! Ein anderer Missionsarzt wurde gezwungen, seine blühende Arbeit in Assuan zu verlassen, obwohl er Deutsch-Schweizer, d. h. Neutral war. Ein Missionsarzt aus dem Elsaß wurde wegen seiner deutschen Gesinnung von seiner Station am Kongo in die Heimat ausgewiesen und durfte auf der heißen Seereise seine Kabine nicht verlassen. Nur mit Mühe gelang es ihm, durchzusetzen, daß wenigstens seine Frau eine Stunde am Tag an Deck gehen und frische Luft schöpfen durfte. Ein Beispiel von der Ritterlichkeit der Belgier und Franzosen gegen unschuldige Ärzte. Was sagt das Rote Kreuz dazu?

Im letzten Jahr hat die deutsche ärztliche Mission wieder einen neuen Aufschwung genommen. Zehn Ärzte sind jetzt im Ausland tätig, und zwar in der Canton-, der Hunan- und der Kiangsu-Provinz Chinas, auf Sumatra, Tibet und Indien. Vier gedenken in den nächsten Monaten auszureisen nach Java, Borneo und China.

Die drei größten Hospitalstationen der deutschen ärztlichen Mission in Tungkun, Kayintschu (beide in China) und Pea-Radja (Niederländisch-Indien) sind in alter Blüte erhalten geblieben.

Sie gehören der Rheinischen und der Baseler Mission. Vernichtet oder eingestellt ist die ärztliche Tätigkeit der Leipziger und Berliner in Ostafrika, der Sudan-Pioniermission in Assuan, des Hilfsbundes für christliches Liebeswerk im Orient in Marasch und Mesereh der Baseler Mission in Westafrika (Goldküste und Kamerun).

Der rheinische Missionsarzt Dr. Eich hat im Jahre 1920 in Tungkun am Ostfluß 7235 Kranke mit 17523 Konsultationen in der Sprechstunde behandelt und im Krankenhaus 815 Patienten verpflegt. Er ist jetzt nach 15jähriger Tätigkeit zur Erholung in der Heimat eingetroffen. Der chirurgisch vorzüglich vorgebildete Dr. Hueck hat seinen Posten übernommen und die ersten Star- und Blasensteinoperationen, Amputationen, Unterkiefernaht mit Silberdraht, Knochennekrosen usw. mit gutem Erfolg ausgeführt. Zwei chinesische Assistenzärzte, die von seinem Vorgänger ausgebildet waren, und eine chinesische Assistenzärztin stehen ihm zur Seite. Er hat jetzt noch eine deutsche Ärztin, zwei Krankenschwestern und einen Diakon beantragt.

In Kayintschu arbeiten die beiden Baseler Missionsärzte Dr. Bay und Dr. Sikemeier. Die Zahl der Poliklinik-Patienten betrug im letzten Jahr 6298. Im Krankenhaus wurden 604 Personen mit 14272 Pflagetagen aufgenommen. Dr. Bay behandelt als chinesischer Schularzt 360 Schüler der städtischen Mittelschule, bildete 4 Medizinschüler in 4jährigem Kurs aus und leitete ein Lungenanatorium für Chinesen und eine Erholungsstation für europäische Missionsarbeiter auf dem Tschin (Yunnan-Berg). Zwei deutsche Kranken- und Hebammenschwestern unterstützen die dortigen Missionsärzte. Ein dritter, Dr. Inhelder, gedenkt mit seiner Frau im Januar nach Kayintschu auszureisen, da Dr. Bay auf Urlaub heimkehrt.

Auf der von Dr. Schreiber im Jahre 1900 angelegten großen Rheinischen Hospitalstation Pea-Radja auf Sumatra wurden von Dr. Winkler im letzten Jahre 6395 Kranke mit 34574 Beratungen und 905 Aufnahmen im Krankenhaus behandelt. Drei deutsche Krankenschwestern, die auch als Hebammen ausgebildet sind, stehen unter ihm. Seit 15 Jahren wird eine Hebammenschule für Batakfrauen auf der Station geleitet. 12 Hilfskrankenhäuser auf Sumatra und 1 auf der Insel Nias sind von den beiden deutschen Missionsärzten errichtet und mit ausgebildeten eingeborenen Heilgehilfen versehen. Dr. Winkler ist jetzt nach 20jähriger ununterbrochener Tätigkeit zur Erholung nach Deutschland zurückgekehrt und hat vorher noch einen kurzen Fortbildungskurs für die batakischen Heilgehilfen gehalten, an dem 34 teilnahmen. Um diese Zweigspitäler häufiger und gründlicher beaufsichtigen zu können, hat die holländische Kolonialregierung, die in wohlverstandem eigenen Interesse mit Subsidien für die ärztliche

Mission nicht kargt, seinem Nachfolger Dr. Wagner ein Automobil zur Verfügung gestellt.

Der Berliner Verein für ärztliche Mission hat, nachdem ihm sein ostafrikanisches Arbeitsfeld geraubt ist, im April dieses Jahres seinen ersten Missionsarzt Dr. Rummel, dessen Frau approbierte Ärztin ist, nach Südchina ausgesandt. Sie werden mit einer deutschen Krankenschwester ihre Tätigkeit voraussichtlich in Namyung am Nordfluß beginnen. Die dortigen Chinesen haben schon einen Grundstock für ein Krankenhaus gesammelt. Einen amerikanischen Missionsarzt, der sich ihnen anbot, lehnten die Chinesen ab. Sie wollen einen Deutschen haben.

Die Liebenzeller Mission hat seit 10 Jahren ihren Missionsarzt Dr. Witt in Hungkiang in der Hunanprovinz stationiert, wo er im letzten Jahre 3278 Chinesen, darunter 1670 Frauen, mit 10564 Konsultationen behandelte. In seinem Krankenhaus nahm er 314 Patienten auf. Von der Provinzialregierung wurde er zur Bekämpfung einer unerkannten Seuche in eine 3 Tagesreisen entfernte Kreisstadt gerufen. Er stellte sofort mikroskopisch Cholera fest und traf die nötigen Maßnahmen.

Eine neue Arbeit beginnt der chirurgisch, augen- und frauenärztlich vorzüglich ausgebildete Missionsarzt Dr. Neuffer in Hinghwa, nordwestlich von Schanghai, wo sein Freund, Missionar Ruck, schon seit 10 Jahren durch eine Poliklinik vorgearbeitet hat.

Der Missionsarzt der Brüdergemeine, Dr. Hieber, arbeitet in Leh, Tibet, während der frühere Baseler Missionsarzt Dr. Stokes, der 25 Jahre in Calicut in Indien tätig war, jetzt im Dienst des schweizerischen Hilfskomitees für die kanaresische Mission die Leitung der verwaisten Hospitalstation Bettigeri übernommen hat, die 1897 von Dr. Zerweck angelegt und bis 1912 bedient wurde.

Nach Honyen am Ostfluß reist im Dezember dieses Jahres Dr. Boeckh mit Frau, die ebenfalls approbierte Ärztin ist, im Dienst der Baseler Mission aus. Das dortige Missionskrankenhaus wurde 1906 von Dr. Vortisch erbaut, ist aber seit 8 Jahren ohne Arzt und wurde von deutschen Krankenschwestern weitergeführt.

An das Missionsspital Blora auf Java, das bisher von der Neukirchener Mission betrieben wurde, gedenkt die Bethel-Mission ihren früher für Ostafrika bestimmten Missionsarzt Dr. Sickinger im kommenden Frühjahr auszusenden. Einstweilen bereitet er sich in Holland noch auf seine Aufgabe weiter vor.

Für die Eröffnung eines Missionskrankenhauses in Süd-Borneo ist von der Baseler Mission Dr. Th. Müller berufen, der 4 Jahre auf der Goldküste tätig war und auf der Heimreise vom Kriegausbruch überrascht, in Amerika Zuflucht suchte, von wo er demnächst zuerst nach Deutschland zurückkehren wird.

Wenn man bedenkt, welche Kosten bei der heutigen Valuta die Aussendung eines Missionsarztes verursacht, wird man die finanzielle Leistung der deutschen ärztlichen Mission im Ausland beurteilen können. So wurden für die ärztliche Ausrüstung und Aussendung von Dr. Rummel und Frau 167000 M. verausgabt. Dabei ist noch kein Pfennig für Wohnhaus, Krankenhausbau und dessen Einrichtung eingerechnet. Die idealen und missionarischen Erfolge für die Ausbreitung des Christentums lassen sich nicht in Zahlen fassen, auch die Nebenwirkungen in nationaler und humanitärer Hinsicht nicht abschätzen. Tatsache ist, daß die ärztliche Mission keinen geringen Anteil an diesen Erfolgen hat. Und da gibt es noch wissenschaftliche Kreise, die sie bekämpfen und noch 1910 behaupten: „Der Arzt hat absolut nichts mit der Mission zu tun“. Die Beliebtheit des deutschen Missionsarztes im Ausland, besonders in China, steht in diametralem Gegensatz zu diesem auf Unkenntnis beruhenden Urteil, das in Berliner Kreisen gefällt wurde. Auf Berliner Boden ist allerdings die edle, den Menschen freundliche Blüte der ärztlichen Mission

nicht gewachsen. Dazu war schon die Provinz nötig, und es wird immer ein Ruhmesblatt der medizinischen Fakultät in Tübingen bleiben, die Bedeutung dieser lebenskräftigen Bewegung rechtzeitig erkannt und ihre Bestrebungen tatkräftig gefördert zu haben.

Viel weiter noch als der Wirkungskreis deutscher Missionsärzte im Ausland reicht der der ausgebildeten deutschen Missionskrankenschwester und Hebamme, des Diakonen und zum Samariter ausgebildeten Missionars. Man ist versucht, ein hohes Lied auf die Diakonie anzustimmen und kann getrost behaupten, die macht uns kein Volk der Erde so leicht nach. Auch durch das deutsche Institut für ärztliche Mission sind von den Tübinger Kliniken, besonders in der Frauenklinik, bisher 179 Missionskrankenschwestern ausgebildet worden, die ihre Tätigkeit in China, Indien, Brasilien, Chile, Paraguay, Java, Sumatra, Nias, Palästina, Ägypten, Kleinasien, Neuguinea und Afrika gefunden haben. An ihrer Aussendung beteiligten sich besonders die Rheinische, Baseler, Berliner, Leipziger, Betheler, Hermannsbürger, Liebenzeller, Neukirchener und Neuendettelsauer Mission, der Hilfsbund für christliches Liebeswerk im Orient und die Diakonissenmutterhäuser Kaiserswerth, Michowitz, Frauenhilfe fürs Ausland (Wittenberg) und der deutsche Frauenmissionsbund (Sitz Eberswalde). Tüchtige deutsche Krankenschwestern haben jahrelang in Abwesenheit des Arztes das Missionskrankenhaus weitergeführt, so Schwester Emma Lempp in Bettigeri, Schwester Christiane Gutekunst in Duala-Kamerun, Schwester Else Herwigh in Honyen-China. Letztere hat 1920 in den Revolutionswirren Tausende von chinesischen Flüchtlingen auf der Hospitalstation verpflegt. In Blaueburg, Transvaal, hat die Berliner Missionsfrau Franz, frühere Diakonissin, eine Kranken-Station angelegt, die von der burischen Regierung subventioniert wird. In einem Jahre wurden von ihr 778 Fälle von tertiärer und hereditärer Lues in 28692 Pflagetagen, 1049 Malariaerkrankungen, 497 Fälle von Trachom und Augenentzündung, 484 von Influenza, 395 Verletzte und viele andere Hunderte von Kranken behandelt.

Vier deutsche Diakone sind zurzeit noch im Ausland tätig, und zwar in Urfa in Mesopotamien, auf Sumatra am Aussätzigen-Asyl Huta Salem, in Usambara und Ruanda, Deutsch-Ostafrika. Es ist merkwürdig, daß die englische Kolonialregierung zwar für Menschlichkeit schwärmt und sie stets im Munde führt; wenn es sich aber um die Frage handelt, eingeborene Aussätzige, Geistesranke oder blinde Mädchen zu pflegen, glaubt sie, sich Reserve auferlegen zu müssen und hat kein geeignetes europäisches Personal zur Verfügung. So wurde Diakon Bokermann von dem englischen Regierungsarzt gebeten, die Irrenanstalt Lutindi auf dem Usambara-Gebirge weiterzuführen. Die Blindenschwester Agathe von Selhorst in Canton wurde gebeten, blinde Mädchen der englischen Kolonie Hongkong aufzunehmen. Geld stellt der Engländer für diese Arbeit zur Verfügung, aber keine Menschen. Auch im Aussätzigen-Asyl „Jesushilfe“ bei Jerusalem hat man die Kaiserswerther Schwestern zurückbehalten, während alle anderen Diakonissen Palästina verlassen mußten. Die letzte, Schwester Theodora Barkhausen, Leiterin der Kaiserin-Augusta-Viktoria-Stiftung auf dem Ölberg, dieses aus freiwilligen Gaben von ganz Deutschland erstandenen Liebeswerkes, mußte im Juni dieses Jahres nach Deutschland zurückkehren. Gegen diesen Raub deutschen Missionseigentums, der an vielen Orten der Welt in Szene gesetzt ist, protestieren wir, bis er den rechtmäßigen Besitzern wieder zurückgegeben wird.

In Deutschland ist es bei der Überfülle von Ärzten leicht, über die Gefahren des Kurpfuschertums zu reden. In vielen Gebieten des Auslands liegen die Verhältnisse jedoch ganz anders als bei uns. Von den rheinischen Missionarsfrauen starben 5 auf Hundert im

Wochenbett, während die gleichen Zahlen in Deutschland 1 : 1000 lauten. Die Krankheitsnot der Eingeborenen wetteifert mit dem Ärztemangel. Um dieser Not entgegenzuarbeiten, hat das deutsche Institut für ärztliche Mission vor 12 Jahren beschlossen, Missionare medizinisch auszubilden und hat 5 Jahreskurse abgehalten. Der Unterricht wurde von 22 Professoren und Dozenten der Medizinischen Fakultät Tübingens, zum Teil unentgeltlich an 27 Missionare erteilt. Die Ergebnisse waren sehr gut. So urteilt Medizinalrat Prof. Dr. Külz, der sich zu Forschungszwecken wochenlang auf der Station eines in Tübingen medizinisch ausgebildeten und jetzt noch in Neuguinea tätigen Missionars aufhielt: „Hier war der offenkundige Beweis erbracht nicht nur für die Berechtigung dieser Einrichtung (Missionare), sondern es war dem Fachmann darüber hinaus erwiesen, bis zu welch hohem Grade von Leistungsfähigkeit sie gebracht werden könnte. Sachlich entscheidend für mein Urteil war der Umstand, daß sie an Zweckmäßigkeit ihrer Anlage, an Frequenz ihres Besuchs von Patienten und vor allem in Sorgfalt und Zweckmäßigkeit bei der Behandlung sämtliche Heilgehilfenposten der Regierung weit übertraf.“ Dieser Neuendettelsauer Missionar, Stöbel heißt er, führt auch einen aussichtsreichen Kampf gegen die Kindersterblichkeit der Papuas. Unter 382 Kindern, die von 100 verheirateten Frauen geboren waren, zählte er beim Beginn seiner Untersuchungen 183 Todesfälle. — Erwähnt sei hier noch die in 970 m Höhe von den Neuendettelsauern angelegte Gesundheitsstation Sattelberg bei Finschhafen, auf der schon mancher deutsche Beamte, auch Gouverneur, sich erholt hat. Bayerische Kühe versorgen die Station mit frischer Milch, ein seltener Genuß in den Tropen.

Außerordentliche Leistungen hat der Tübinger Schüler, Missionar Schoppe, in Paoching, Hunanprovinz, während des Weltkrieges aufzuweisen. In den 4 Jahre dauernden Revolutionskämpfen zwischen Nord- und Südtruppen wurde seine Stadt nicht weniger als 8 Mal erobert und zurückerobert. Schoppe wurde als einziger, sachverständiger Europäer gebeten, das Rote Kreuz zu organisieren. Er hat 5 chinesische Tempel zu Hospitälern eingerichtet mit eigenen Stationen für Leicht- und Schwerverwundete, Augen- und Ohrenkranke, Innere Krankheiten, Haut- und Geschlechtskrankheiten, hat 150 Krankenwärter, 8 Heilgehilfen und 2 Obergehilfen ausgebildet und 2000 Verwundete gepflegt und behandelt. Im Jahre 1920 wurden von ihm 7510 Männer und 150 Frauen mit 12700 Konsultationen versorgt.

In Nikaragua sind drei medizinisch ausgebildete Missionare der Brüdergemeine, drei ausgebildete Krankenschwestern und eine Hebamme tätig, in Brasilien ein früherer Baseler Kamerun-Missionar, der nach seiner Ausweisung und Rückkehr dorthin als Pfarrer ausgewandert ist. Er hat den einjährigen Medizinkurs in Tübingen absolviert.

So wirkt jetzt die deutsche ärztliche Mission, nachdem sie aus den Kolonien um ihres deutschen Namens willen vertrieben worden ist, weiter in Asien, Amerika, Afrika und der Inselwelt. Möge es ihr vergönnt sein, fernerhin Eingeborenen und Europäern, wenn die Zeit gekommen ist, vielleicht auch wieder in deutschen Schutzgebieten zu dienen mit der Waffe der ärztlichen Kunst im Sinne christlicher Liebe. Denn ohne Christentum gibt es keine ärztliche Mission; mit ihm ist sie ein Licht, das verdient auf den Leuchter gestellt zu werden.

Der Stand der Auslandkunde in Deutschland*)

VI. Berichte der auslandkundlichen Institute und Vereine Deutschlands.

(Fortsetzung)

Das Hamburger Tropeninstitut.

Das „Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten“ zu Hamburg, besser und besonders im Ausland unter dem Namen „Tropeninstitut“ bekannt, wurde auf Beschluß der Hamburger Gesetzgebenden Körperschaften im Jahre 1899 gegründet und steht seitdem unter der Leitung von Obermedizinalrat Prof. Dr. Bernhard Nocht.

Schon im Jahre 1906 mußte das Institut wesentlich erweitert werden. Aber bald war auch das vergrößerte Institut zu klein geworden. Daher wurde im Jahre 1911 ein großer Neubau beschlossen, der — nach den Plänen des Hochbaudirektors Prof. Schumacher entworfen — im Mai 1914 vollendet wurde.

Das neue Institut, ein gewaltiger, weithin über die Elbe sichtbarer Bau aus dunklen Ziegeln, mit hohen dunklen Dächern und turmartigem Eckbau, besteht aus drei Teilen: dem in der Mitte liegenden Hauptgebäude, dem an den östlichen Flügel des Hauptgebäudes sich anschließenden und mit ihm durch einen gedeckten Gang verbundenen Krankenhaus und dem Tierhaus am westlichen Flügel. Die Hauptfront des Instituts zeigt nach der Elbseite hin. Das eigentliche Institutsgebäude enthält im Erdgeschoß die Räume für die Verwaltung und für den hafenärztlichen Dienst, der — im Jahre 1893 von Prof. Nocht eingerichtet — zwar völlig selbständig, doch mit dem Institut nach wie vor in engster Verbindung geblieben ist. Der Umfang dieses wichtigen Dienstzweiges nahm von Jahr zu Jahr zu. Die Zahl der erforderlichen Schiffsbesichtigungen und Untersuchungen hatte sich schon im Jahre 1905 infolge des zunehmenden Verkehrs verdoppelt und betrug kurz vor dem Kriege beinahe das dreifache der Anfangszahl (allein fast 13000 Besichtigungen ankommener Seeschiffe im Jahre). Im weiteren Ausbau des hafenärztlichen Dienstes traten neue Obliegenheiten hinzu: die gesundheitliche Untersuchung der aus verseuchten Häfen kommenden Schiffe in Cuxhaven, die Überwachung der Ausrüstung der Schiffe mit Arzneien und Hilfsmitteln zur Krankenpflege, dann die Beaufsichtigung des Auswandererverkehrs und die Hafenhygiene, endlich Beratung der Reedereien bei Neubauten, in Quarantänasachen usw. Zurzeit wird der Dienst in Hamburg vom Hafenarzt, 3 Assistenten, 6 Gesundheitskommissaren und 8 weiteren Beamten ausgeführt; die letzteren haben sich in der Hauptsache mit der Abwehr der Einschleppung der Pest durch Schiffsratten zu beschäftigen.

Außer den für die Verwaltung des Instituts und den hafenärztlichen Dienst erforderlichen zahlreichen Räumen enthält das Erdgeschoß einen großen Saal für das schiffs- und tropenhygienische Museum; letzteres ist auch für Laien bestimmt.

Im ersten und zweiten Stockwerk befinden sich die Kurs- und Arbeitsräume der acht Abteilungen des Instituts, und zwar im ersten Stock: 1. die Direktorialabteilung

(Prof. Dr. Nocht), 2. die allgemein-tropenmedizinische Abteilung (Prof. Dr. F. Füllborn), 3. die Laboratorien der klinischen Abteilung (Prof. Dr. P. Mühlens), 4. die bakteriologische Abteilung (Prof. Dr. M. Mayer).

Außerdem liegt im ersten Stock der große Kursaal mit 17 hellen, großen Fenstern und etwa 50 Arbeitsplätzen. Im Kursaal ist auch eine sehr reichhaltige Lehr- und Demonstrationssammlung in 17 Glasschränken übersichtlich aufgestellt. Ferner ist die Bucherei im ersten Stock gelegen; sie stellt die vollständigste tropenmedizinische Bibliothek Deutschlands dar. Ihr Gesamtbestand an Bänden und Sonderabdrücken beträgt rund 20000 Stück. Im großen Lesesaal befinden sich auch einer jederzeit zugänglichen Handbibliothek die in Betracht kommenden laufenden Zeitschriften aller Länder; sie umfassen nicht nur die rein tropenmedizinische Wissenschaft, sondern auch alle Grenzgebiete.

Im zweiten Stock folgen: 5. die chemische Abteilung (Prof. G. Giemsa), 6. die Abteilung für Protozoenforschung (Dr. E. Reichenow), 7. die Abteilung für gewandte Entomologie (Dr. E. Martini), 8. die Abteilung für pathologische Anatomie (Prof. Dr. H. da Rocha-Lima).

Jede Abteilung hat Arbeitsplätze für Praktikanten und selbständige wissenschaftliche Arbeiter, für solche auch besondere kleine Laboratorien. Einzelne Ausbildung, auch von Ausländern, ist möglich.

Über dem Kursaal befindet sich im 2. Stock der Hörsaal mit allen modernen Einrichtungen für Projektionen und wissenschaftliche Kinematographie ausgestattet. Er faßt über 200 Hörer.

Das dritte Stockwerk enthält, außer einem großen photographischen Atelier mit gut ausgestatteten Nebenräumen und einigen dauernd auf tropischer Temperatur gehaltenen Mücken- und Schlängenzimmern, noch Dienstwohnungen für Ärzte und Institutsangestellte. — Ein Zeichensaal ist der allgemein-tropenmedizinischen Abteilung angegliedert.

Besondere Vorrichtungen für Mikrophotographie und Mikrokinoatmosphäre beherbergt das Kellergeschoß, in anderen Räumen des Erdgeschosses sind außerdem große Zentrifugen eingebaut, ferner ein Kühlraum, eine Druckluftmaschine u. a. m. Auch eine Fischerei und eine feinmechanische Werkstätte sind hier untergebracht.

Die Krankenabteilung des Instituts mit 70 Betten ist mit dem Hauptgebäude im Erd- und Kellergeschoß durch gedeckte Gänge verbunden. Seit Wiederaufnahme des Seeverkehrs nach dem Kriege hat der Krankenbestand fast die frühere Höhe erreicht, so daß an interessanten Schiffs- und Tropenkrankheiten kein Mangel ist. Die Kranken rekrutieren sich zurzeit aus Seeleuten aller Länder, ferner aus

*) Siehe auch Nr. 14, S. 418, Nr. 15, S. 450, Nr. 16, S. 483 und Nr. 18, S. 547.

gekehrten Auslandsdeutschen sowie Ausländern aus tropischen und subtropischen Gegenden, die in dauernd zunehmender Zahl im Hamburger Institut Heilung von tropischen Leiden suchen.

Das Krankenhaus ist mit allen modernen Einrichtungen für die Behandlung ausgestattet. Die Kranken sind in drei Verpflegungsklassen untergebracht.

Die Gesamtzahl der bis Juli 1921 seit dem Jahre 1914 im neuen Krankenhaus verpflegten Kranken beträgt 6175. Seit der Gründung des Instituts im Jahre 1901 sind im ganzen 14479 Kranke behandelt worden.

Auch das große, hygienisch eingerichtete Tierhaus gilt als eine Sehenswürdigkeit.

Die einzigartige Demonstrations- und Lehrmittelsammlung des Instituts gliedert sich in das wissenschaftliche Arbeitsmaterial und die eigentlichen Lehrsammlungen, bestehend in makro- und mikroskopischen Präparaten und Abbildungen (Photogramme, Diapositive und große Wandtafeln aller in Betracht kommenden Krankheiten, ihrer Erreger, Überträger, ihrer Pathologie und Bekämpfung). Auch tropenmedizinische Lehrfilme sind zur Erläuterung des Unterrichts vorhanden.

Das unter dem Kursusaal gelegene „Museum für Schiffs- und Tropenhygiene“ ist im Gegensatz zu unseren anderen Sammlungen nicht nur für Ärzte, sondern auch für Laien bestimmt und so volkstümlich gehalten, daß auch der auswandernde Bauer und der einfache Matrose einen kurzen Überblick über die in den Tropen gesundheitlich drohenden Gefahren und deren Vermeidung erhält. Zahlreiches Material hierfür (zum Teil Geschenke von deutschen Firmen) ist bereits vorhanden und war auch schon im Jahre 1911 auf der Dresdener Hygiene-Ausstellung in der Tropenabteilung ausgestellt.

Zu Lehr-, Studien- und chemotherapeutischen Zwecken verfügt das Institut stets über eine größere Zahl von in Tieren in Kulturen am Leben erhaltenen Krankheitserregern sowie der Überträger derselben.

Seit Bestehen des Instituts wurden in den zweimal alljährlich stattfindenden Kursen über 800 Ärzte für die Tropen ausgebildet, darunter auch viele Ausländer. Auch für Schiffsärzte fanden Spezialkurse statt. Ferner sind für Schwestern und Laborantinnen, Missionare und Lazarettgehilfen Kurse über Krankenpflege bei tropischen Krankheiten und zur Unterstützung des Arztes im Laboratorium und bei der praktischen Sanierung abgehalten worden. Die Hörer am früheren Hamburger Kolonialinstitut (Kolonialbeamte, Kaufleute usw.) wurden in den Winter- und Sommersemestern vor dem Kriege durch besondere Vorlesungen in die Grundzüge der Tropenhygiene eingeführt. Auch jetzt finden im Rahmen des Vorlesungswesens der Hochschulbehörde sowie der Volkshochschule noch populäre, für jedermann zugängliche tropenhygienische Vorlesungen statt.

Seit Gründung der Hamburger Universität sind die meisten Institutsmitglieder auch als Universitätsdozenten tätig.

Die Zahl der aus dem Institut veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten beträgt weit über 600. So hat das Hamburger Institut zu der gewaltigen Entwicklung der Tropenmedizin in den letzten 20 Jahren auch seinen Teil beigetragen.

Auch haben sich die Institutsmitglieder vor und im Kriege in zahlreichen Tropenländern und auf den südlichen Kriegsschauplätzen, auf vielen wissenschaftlichen Expeditionen und bei der Lösung hygienischer Aufgaben praktisch betätigen können. Während der Niederschrift dieses Aufsatzes ist ein Mitglied des Hamburger Instituts zum Leiter der russischen hygienischen Hilfsexpedition des Deutschen Roten Kreuzes berufen worden, an der mit ihm noch zwei Mitglieder des Instituts und ein Laboratoriumsaufseher teilnehmen.

Wie in allen deutschen Forschungs- und Universitätsinstituten, so hatten auch am Hamburger Institut nach dem Kriege die wissenschaftlichen Arbeiten sehr unter den knappen Ersatzmitteln zu leiden. An eigene Auslandsforschungs- und Vortragsreisen, wie sie vor dem Kriege alljährlich stattfanden, war natürlich erst recht nicht zu denken.

In richtiger Erkenntnis der Bedeutung des Tropeninstituts für die Aufrechterhaltung des Überseegedankens und unserer Überseebeziehungen hat sich in den letzten Wochen eine „Vereinigung der Freunde des Hamburgischen Tropeninstituts“, (Hamburg 4, Bernhardstraße 74) gebildet, um dem Institut zunächst über die nächsten 5 Jahre hinwegzuhelfen. Es sollen Mittel zur Erhöhung des Etats für die wissenschaftlich-experimentellen Forschungen im Institut selbst, für Beschaffung der wichtigsten ausländischen Literatur sowie für wissenschaftliche Auslandsforschungs- und Vortragsreisen gesammelt werden.

Der Aufruf schließt mit den Worten:

„Wir müssen es uns versagen, für die nächste Zeit neue weitausschauende Pläne zu verfolgen; aber Pflicht der jetzigen Generation ist es, mit allen Kräften das über diese schwere Zeit hinweg zu retten, was uns überkommen ist, und daher ist es unsere Aufgabe, über die jetzige kritische Zeit u. a. auch das Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten unter allen Umständen zu erhalten.“

Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität zu Kiel.

Das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel ist eine wirtschaftswissenschaftliche Forschungs- und Lehranstalt und als solche ein Universitätsinstitut. Es besitzt bereits seit 1914 ein eigenes Gebäude. Die jetzt vom Institut bewohnten Gebäude: Düsternrookerweg 112/118 sind im April/Mai vorigen Jahres bezogen worden, nachdem durch erhebliche Umbauten die Gebäude den neuen Zwecken angepaßt waren. Im Studienhaus sind die Bibliothek, der große

Arbeitsaal, die Verwaltungsräume, die einzelnen Abteilungen, das Archiv, die Räume der Leitung und Dozenten sowie auch einige Seminarräume untergebracht. Im Kollegienhaus befinden sich der große Saal, Seminarräume, die Warensammlung und die Räume des Wissenschaftlichen Klubs. Die Leitung des Instituts liegt in den Händen des Direktors und stellvertretenden Direktors.

Das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr ist entstanden aus einer Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft des früheren Staatswissenschaftlichen Seminars an der Universität, die 1911 gebildet wurde. Gründer dieser Abteilung war der jetzige Direktor des Instituts Geh. Regierungsrat Professor Dr. Bernhard Harms. Dadurch, daß sich eine Reihe von hervorragenden Vertretern des praktischen Wirtschaftslebens zu einer „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr“ unter Führung von Dr. h. c. H. Diederichsen zusammenschloß, war es möglich geworden, im Jahre 1913 die Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft des Seminars in ein „Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr“ umzuwandeln, dem ein eigenes Gebäude aus den Mitteln der Gesellschaft beschafft wurde. Während des Krieges war das Institut mit gewissen kriegswirtschaftlichen Aufgaben betraut worden, die den Ausbau der inneren Organisation und die Errichtung einer Reihe selbständiger Abteilungen, die unten genannt werden, erforderte. Diese Aufgabenerweiterung zwang zu einer räumlichen Ausdehnung, die zunächst provisorisch durch Mietung von Etagen in Nachbarhäusern gelöst wurde. Nach dem Kriege mußte der Plan eines Neubaus aufgegeben werden, es gelang, das ehemalige Kruppsche Anwesen „Seebadeanstalt“ zu kaufen, welche Gebäude im vorigen Jahre bezogen wurden.

Die Aufgaben des Instituts sind in der Grundsatzung wie folgt umschrieben:

- A. Als Forschungsinstitut hat es die wissenschaftliche Erforschung der weltwirtschaftlichen Beziehungen in ihrem gesamten Umfange zu pflegen und zu fördern. Hierbei hat es sich in enger Fühlung mit der weltwirtschaftlichen Praxis zu halten, um sowohl für seine eigene Tätigkeit die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, als auch auf die Praxis befruchtend einzuwirken.
- B. Als Lehranstalt hat es die Aufgabe, die Studierenden und Hörer der Universität Kiel durch seminaristische Übungen in das Studium der Weltwirtschaftslehre einzuführen und sie gegebenenfalls für die weltwirtschaftliche Praxis vorzubereiten, sowie zu wissenschaftlichen Spezialstudien anzuleiten.

Die wissenschaftlichen Forschungen des Instituts, deren Gebiet im wesentlichen die weltwirtschaftlichen Beziehungen sind, werden veröffentlicht in der vom Institut herausgegebenen Zeitschrift: „Weltwirtschaftliches Archiv“, deren 18. Band vorliegt, sowie in den „Problemen der Weltwirtschaft“, von denen 34 Bände erschienen sind. Bei besonderen Veranlassungen gibt das Institut auch außerhalb dieser Publikationsreihen Schriften heraus.

Auf dem übersichtlich geordneten Apparat, dessen Einzelheiten unten noch genannt werden, zu dem vor allem die Bibliothek und das umfangreiche Wirtschaftsarchiv zu rechnen sind, baut der Lehrbetrieb des Instituts sich auf. Vom Anfang seines Bestehens an ist die Institutsleitung sich jedoch bewußt gewesen, daß das Ziel einer gründlichen wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung nicht schon durch die Bereitstellung eines großen Apparates und die Abhaltung von Vorlesungen erreicht wird. Dieser passiven Hinnahme des Stoffes wird in immer wachsendem Maße die stetige und kontrollierbare Anleitung zu aktivem, selbständigem Arbeiten in der Form der Kolloquien und Übungen zur Seite gestellt. Durch weitgehende Differenzierung des Stoffes, die in der großen Zahl der Übungen ihren Ausdruck findet, ist es möglich, die einzelnen Gebiete intensiv bearbeiten zu können. Der in der Erweiterung des Übungswesens für die Studierenden liegende Gefahr der Zersplitterung ist in verschiedener Weise vorgebeugt worden. Zunächst ist die Möglichkeit der Studienberatung gegeben, dann aber sind die Übungen nach Stufen für Anfänger, Fortgeschrittene, in abschließende und ergänzende Übungen eingeteilt und die Zulassung geregelt. Nicht zuletzt erklärt sich aber die große Zahl der Übungen aus dem im Institut streng durchgeführten Grundsatz der Beschränkung der Zahl der Teilnehmer an einer Übung auf 20—25 Studierende. Diese Beschränkung ist Voraussetzung einer intensiven Lehrtätigkeit und der Ausgestaltung der Übung zur Arbeitsgemeinschaft. Bemerkenswert ist noch die Einrichtung von in jedem Semester stattfindenden Übungen zur Einführung in die Methode und Quellen des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums, wobei die Studierenden eingehend mit den Einrichtungen und Hilfsmitteln des Instituts vertraut gemacht werden.

Die Reformwünsche des staatswissenschaftlichen Unterrichts sind im Institut schon vor ihrem Auftreten weitgehend durchgeführt gewesen, und besonderes Gewicht ist darauf gelegt worden, den Studierenden Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die sie mehr als bisher für die wirtschaftliche Praxis geeignet machen. Schon die strenge Form, in der die Übungen abgehalten werden, geht dahin; die Führung von Protokollen, die Kunst der freien Rede, die Fähigkeit, sich in der Diskussion leicht und verständlich ausdrücken zu können, sind Dinge, auf die in jeder Übung des Instituts Wert gelegt wird. Jede Übung entspricht erst ihrem Wesen, wenn der Studierende der aktive Teil ist. Dies bedarf einer systematischen Erziehung und wird nur durch sorgfältige Stufung der Übungen erreicht. Das Referat eines Übungsmitgliedes steht als Diskussionsgrundlage im Mittelpunkt der Übung; in den Anfängerübungen handelt es sich um Berichterstattung über Einzelprobleme aus der Literatur oder konkrete Einzeltatsachen des wirtschaftlichen Lebens, an die sich eine systematische Interpretation anschließt; von Stufe zu Stufe werden die Referate selbständiger, so daß in den abschließenden Übungen eine schriftliche, wissenschaftlichen Anforderungen entsprechende Untersuchung zur Erörterung steht, über die der Autor kurz referiert und die Hörer unter Leitung und Teilnahme de

Dozenten ausführlich debattieren. Der speziellen wirtschaftlich-praktischen Ausbildung dienen Übungen über Buchführungswesen, Praxis des Welthandels u. a., ferner auf die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens eingestellte Sprachübungen in Russisch, Französisch, Englisch, Schwedisch, Italienisch, Dänisch usw. Um den Studierenden Anschauung vom konkreten wirtschaftlichen Leben zu geben, werden besondere wirtschaftskundliche Übungen abgehalten, die mit Besichtigungen gewerblicher Betriebe verbunden sind, wie auch technologische Vorlesungen und Übungen.

Weiterhin ist dafür Sorge getragen, daß die Studierenden von berufenen Praktikern aus allen Zweigen des Wirtschaftslebens vertiefte Kenntnisse der wichtigsten Gebiete durch Vortragsreihen und Einzelvorträge erhalten: neben wichtigen wissenschaftlichen Streitfragen werden auch bedeutende Probleme der aktuellen Wirtschaftspolitik Gegenstand der einmal wöchentlich im „Wissenschaftlichen Klub“ des Instituts stattfindenden Vortragsabende, wo die Dozenten und Studierenden sich zur Diskussion zusammenfinden. Die Benutzung des Lese- und Arbeitsraumes des Instituts ist den Studierenden der Universität gegen die übliche Institutsgebühr gestattet, allen übrigen Personen nach Anmeldung bei der Leitung bzw. Kanzlei. Das gleiche gilt für das Archiv und die übrigen Materialsammlungen des Instituts.

Für die Praxis gibt das Institut ein wöchentlich erscheinendes Nachrichtenblatt heraus: die „Weltwirtschaftlichen Nachrichten aus dem Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel“, die zusammenfassende Artikel, Einzelnachrichten in geographischer und systematischer Gliederung, Statistische Berichte sowie einen Vermittlungsteil bringen. Die Nachrichten-Abteilung des Instituts erteilt außerdem Auskünfte an die Mitglieder der „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr“ und an alle privaten Personen und öffentlichen Behörden, die sich an das Institut wenden. Die Auskünfte werden gegen Erstattung der Unkosten erteilt. Es sind rein wirtschaftliche Auskünfte, ohne irgendwelche wirtschaftspolitische Zielsetzung oder wirtschaftspolitische Raterteilung.

Der organisatorische Aufbau wie auch der Apparat des Instituts kommt in folgender Gliederung zum Ausdruck: Die Leitung, d. h. der Direktor, der stellvertretende Direktor, der Direktorialassistent und Verwaltungsdezernent, das Archiv, die Nachrichten-Abteilung, die Statistische Abteilung, die Redaktion des „Weltwirtschaftlichen Archivs“, die Verlagsabteilung, die Bibliotheksverwaltung, die Außenstelle. Die Bibliothek des Instituts ist geteilt in eine Präsenzbibliothek, die im Arbeitsaal aufgestellt ist und in eine Magazinbibliothek. Sie umfaßt zirka 40 000 Bände, hauptsächlich wirtschaftswissenschaftlicher Literatur. Als besonderes Merkmal mag hervorgehoben werden, daß sie in der Sammlung der wichtigsten internationalen Zeitungen und Fachzeitschriften, Nachschlagewerke, statistischen Quellenwerke aller Länder usw. ein Material benutzt, das der Wissenschaft und Praxis gleich wertvoll ist. Das Archiv des Instituts sammelt Vereinsdrucksachen, Geschäftsberichte usw.; die Zahl der Zeitungsausschnitte beläuft sich gegenwärtig auf zirka 1½ Million.

Zur finanziellen Unterstützung des Instituts ist eine „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr“ gebildet worden, die gegenwärtig zirka 6000 Mitglieder umfaßt. Über die Tätigkeit des Instituts wird regelmäßig berichtet in der Chronik der Universität Kiel und den „Weltwirtschaftlichen Nachrichten“.

Das Deutsch-Südamerikanische und Iberische Institut in Köln, E. V.

Am 29. Dezember 1912 fand in Bonn die Gründungsversammlung des Deutsch-Südamerikanischen Institutes statt. Hier in Bonn war zunächst auch der Vereinsitz, während die Geschäftsstelle des Instituts und die Schriftleitung der Veröffentlichungen nach Aachen verlegt wurde, wo in der Technischen Hochschule auch geeignete Räumlichkeiten für das Bureau, die Bibliothek und die übrigen Einrichtungen zur Verfügung standen. Es war ein glückliches Zusammentreffen, daß das Institut in dem dortigen Professor der Geodäsie, Herrn Prof. Dr. P. Gast, der über eine genaue Kenntnis von Land und Leuten in Argentinien verfügte, den ersten Vorsitzenden des Institutes und zugleich den Schriftleiter der Veröffentlichungen fand, der sofort daran ging, mit den Behörden, wissenschaftlichen Instituten und Vereinen sowie einer großen Zahl von führenden Männern in Süd- und Mittelamerika die freundschaftlichsten Beziehungen aufzunehmen und einen systematischen Tauschverkehr mit Süd- und Mittelamerika ins Leben zu rufen. Auch wurden alle Vorbereitungen getroffen, daß das Institut im Einvernehmen mit dem preußischen Kultusministerium die Austauschvermittlung wissenschaftlicher Veröffentlichungen der preußischen Universitäten mit denen süd- und mittelamerikanischer Hochschulen, Vereine usw. übernahm.

Nur 1½ Jahre hat das Institut ungestört arbeiten und sich erfreulich entwickeln können, als der Krieg ausbrach, der allen Arbeiten ein Ende machte, da ja jede Verbindung mit drüben aufhörte.

Mit der zunehmenden Einberufung der Angestellten des Institutes, mit der beständigen Erschwerung der Herausgabe wissenschaftlicher Veröffentlichungen wurde die Tätigkeit des Institutes, dessen Lage an der Peripherie Deutschlands ja sowieso nicht recht glücklich war, immer mehr lahmgelegt. Daher war es mit Freude zu begrüßen, daß 1917 das Institut nach Köln verlegt wurde, wo die Stadt Köln ihm in der damaligen Handelshochschule, der heutigen Universität, größere Räume zur Verfügung stellte. Bald nach Kriegsende beschloß der Vorstand des Institutes unter dem Zwange der neuen Verhältnisse die Erweiterung und Namensänderung des Institutes, das nunmehr als „Deutsch-Südamerikanisches und Iberisches Institut in Köln, E. V.“ in das Vereins-Register eingetragen wurde. Das Institut ist untergebracht im Erdgeschoß der Universität Köln, Claudiusstraße 1, wo ihm 7 Räume

zur Verfügung stehen, von denen der eine als Buchbinderei voll eingerichtet ist. Die Stadt Köln hat sich verpflichtet, dem Institut ein eigenes Haus zur Verfügung zu stellen, sobald die Verhältnisse es gestatten.

Dem Institut steht vor der Vorstand, dem Vertreter der 3 rheinischen Hochschulen angehören, sowie ein Beirat von 15 Mitgliedern, zu denen Vertreter der Praxis und Wissenschaft aus allen Teilen Deutschlands gehören.

Die Leitung des Instituts liegt in den Händen von Dr. J. Fentens-Köln und Prof. Dr. O. Quelle-Bonn. Beide Leiter haben ihr eigenes Arbeitsgebiet, entsprechend den zweifachen Aufgaben, die das Institut zu erfüllen hat:

1. Leitung des Instituts, Geschäftsführung, Auskunfts- und Beratungsstelle. J. Fentens. Ausgedehnte Reisen in Argentinien und Brasilien machten Dr. Fentens während des Krieges in das Institut eintrat, besonders geeignet, diesen Aufgabenkreis des Instituts zu übernehmen. Er hat die Vertretung des Instituts nach außen, ihm unterstehen die Angestellten des Instituts, er leitet die Auskunfts- und Beratungsstelle. Gerade diese letztere praktische Tätigkeit des Institutes hat in den letzten Jahren einen ganz außerordentlichen Umfang angenommen. Die zahlreichen Adressbücher, Statistiken und sonstigen Nachschlagewerke ermöglichten es dem Institut, sehr umfangreicher Weise Einzelpersonen, Firmen, Behörden usw. Auskünfte wirtschaftlicher Art über Spanien, Portugal und Süd- und Mittelamerika zu geben; die Auskünfte sind bisher stets unentgeltlich erteilt worden. Die Beratungsstätigkeit des Institutes setzte in großem Umfang ein, als Anfang 1919 immer mehr Deutsche aller Berufsgruppen nach Süd- und Mittelamerika auswandern wollten. Seit Anfang 1919 bis etwa zum Mai 1921 hat das Institut Tausende von Deutschen, vor allem aus dem westlichen Deutschland mit seiner dichten Industriebevölkerung in zuverlässigster Weise mündlich beraten können. Neben der ausgedehnten persönlichen Erfahrung Dr. Fentens standen diesem alle einschlägigen Auswanderungs-Zeitschriften, Broschüren, amtliche Berichte der süd- und mittelamerikanischen Behörden und in besonderen Fällen der Rat der in Köln ansässigen Konsuln der süd- und mittelamerikanischen Staaten zur Seite, denen ihre stete Bereitwilligkeit herzlicher Dank gebührt.

Zu dieser sich immer umfangreicher gestaltenden praktischen Tätigkeit gesellt sich aber noch eine andere. Die außerordentlichen Sprachkenntnisse Dr. Fentens sind für das Institut noch dadurch besonders wertvoll geworden, daß er als Lektor der spanischen Sprache sowohl an der Universität Köln wie der Nachbaruniversität Bonn tätig ist, und hier seit Kriegsende Hunderte von Studierenden beider Hochschulen in der spanischen Sprache ausgebildet hat. Dadurch hat er dem Institut außer zahlreichen neuen Mitgliedern vor allem auch eine Reihe von Studierenden zugeführt, die nun auch in der Lage sind, das reiche wissenschaftliche Material wirklich zu arbeiten zu können.

2. Herausgabe der wissenschaftlichen Veröffentlichungen, Leitung der Bibliothek und der Archive: Prof. Dr. O. Quelle. Die zweite Hauptaufgabe des Institutes ist, wie das von vornherein vorgesehen war, eine wissenschaftliche. Zu diesem Zwecke gibt das Institut seit 1913 eine eigene Zeitschrift heraus, die „Mitteilungen des Deutsch-Südamerikanischen und Iberischen Instituts“. Die „Mitteilungen“ sind eine Vierteljahreszeitschrift, deren Herausgabe in 4 Jahresheften seit 1918 wegen enorm gesteigerten Kosten unmöglich war. Die „Mitteilungen“ sollen außer Originalaufsatzen, kleineren Mitteilungen aller Art auch Referate über Neuerscheinungen sowie eine Zusammenstellung der wichtigsten Literatur enthalten. Es besteht die Absicht, in Zukunft in den Mitteilungen ganz besonders die Gebiete zu pflegen, für das Institut am wichtigsten sind: die geographisch-naturwissenschaftlichen Fachgebiete des Gesamtgebietes der „Wirtschaftswissenschaften“ und alle Fragen, die sich auf wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Spanien, Portugal und Süd- und mittelamerikanischen Ländern beziehen. Arbeiten, die zu umfangreich sein sollen in Zukunft nicht in den „Mitteilungen“, sondern in den zwanglos erscheinenden „Veröffentlichungen“ des Institutes als Sonderhefte erscheinen. — Die „Mitteilungen“ geben dem Institut die Möglichkeit, durch Austausch für die Bibliothek die notwendigen Zeitschriften zu beschaffen. Zur Zeit steht das Institut in Spanien und Portugal mit etwa 40, in Süd- und Mittelamerika mit etwa 110 Stellen in Tauschverbindung. Eine Reihe von Behörden und Instituten senden außerdem ihre Anzeigenblätter und Zeitschriften gratis. In steigendem Umfang gehen auch für die Bibliothek Bücher ein, die als Besprechungsexemplare eingefordert werden. Die Bücher- und Zeitschrifteneingänge größeren Umfanges werden die „Mitteilungen“ von jetzt an regelmäßig berichten. Durch Ankauf konnten seit Kriegsende vor allem noch eine große Anzahl von Werken über das Deutschtum in Südamerika erworben werden.

Die Kartensammlung enthält eine größere Sammlung älterer und neuer Spezial- und Übersichtskarten: für Spanien und Portugal stellt der wissenschaftliche Leiter des Institutes gern seine reiche Privatsammlung zur Verfügung. Weiter besitzt das Institut ein reichhaltiges Archiv von Zeitungsausschnitten, die inhaltlich Sonderkarten einzeln verzettelt wurden, so daß jederzeit alle gewünschten Ausschnitte in kürzester Zeit herausgeholt werden können. Außerdem sind im Institut vorhanden noch eine umfangreiche Karteothek, auf der alle wissenschaftlichen Institute, wissenschaftlichen Zeitschriften und Bibliographien der iberoamerikanischen Länder zu zeichnen werden; ferner eine große Sammlung von Probenummern von Zeitungen und Zeitschriften. Die Anschaffung von Lichtbildern für Vortragszwecke erbrachte bisher, da in Köln und Bonn dem Institut für solche Zwecke jederzeit von der Privatseite solche zur Verfügung gestellt werden konnten. — Besondere Vortragstätigkeit über die iberoamerikanischen Länder hat das Institut bisher wegen dringender anderer

Arbeiten noch nicht veranstalten können; dagegen haben die beiden Abteilungsleiter wiederholt Einzelvorträge über Auswanderungsfragen und Einzelfragen wirtschaftlicher Art gehalten. Vom kommenden Winter an sollen monatlich einmal öffentliche Vorträge über wissenschaftliche und wirtschaftliche Fragen gehalten werden. — Die Benutzung der wissenschaftlichen Einrichtungen des Instituts ist zurzeit für alle Dozenten und Studierenden der drei Hochschulen Aachen, Bonn, Köln frei; ein Ausleihen von Büchern nach auswärts erfolgt nur auf Kosten des Bestellers.

Die Bibliothek zählt zurzeit rund 3000 Inventarnummern; Zeitschriftenserien — z. B. die 43 Bände der „Documentos do Archivo do Estao do S. Paulo“ — stehen nur unter einer Inventarnummer.

Außer den „Mittellungen“ hat das Institut bisher veröffentlicht:

1. die illustrierte Monatsschrift „El Mensajero de Ultramar“ (Bd. 1—4, 1914—1917), die in portugiesischer Sprache als „O Transatlantico“ erschien. Beide Zeitschriften haben den Zweck, die Süd- und Mittelamerikaner über deutsche Kultur und deutsches Wirtschaftsleben aufzuklären. Ihre Fortsetzung muß vorläufig wegen der hohen Kosten unterbleiben.

2. „Veröffentlichungen des Deutsch-Südamerikanischen und Iberischen Instituts.“ Bisher erschienen 6 Veröffentlichungen mit 31 Heften. In den folgenden Heften, die zwanglos erscheinen werden, sollen Einzelfragen aus allen Gebieten der Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften oder des Wirtschaftslebens behandelt werden, die von allgemeinem Interesse sind.

Was die Frage der Arbeitsgemeinschaft mit anderen Instituten betrifft, so ist ein positives Ergebnis aus jüngster Zeit hier zu erwähnen: Die rheinisch-westfälische Landesvereinigung des Verbandes „Deutschland—Spanien“ mit dem Sitz in Köln hat zum 1. Juli 1921 ihren Anschluß an das Institut durchgeführt. Im übrigen unterhält das Institut freundschaftliche Beziehungen zu einer Reihe anderer Verbände; wegen einer Abgrenzung der Arbeitsgebiete oder wegen engeren Zusammenarbeitens auf gleichem Gebiete ist bisher keine Stelle an das Institut herangetreten.

Wie sich die zukünftige Entwicklung der Arbeiten des Institutes gestalten wird, darüber läßt sich bestimmtes noch nicht sagen. Mit ganz wenigen Ausnahmen haben sich jedoch die Beziehungen, die seit Kriegsende in den iberoamerikanischen Ländern angeknüpft wurden, sehr erfreulich entwickelt. Serien wertvoller Zeitschriften, eine Fülle von Einzelwerken sind dem Institut als Geschenke zugegangen und selbst aus den Staaten, die erst jetzt wieder mit uns Frieden geschlossen haben, kommen seit Jahresfrist Bücher und Zeitschriften im Austausch. An wissenschaftlichem Material für Veröffentlichungen fehlt es für absehbare Zeit nicht, und die vorhandenen Hilfsmittel bieten reichlich Gelegenheit für zahlreiche weitere wissenschaftliche Arbeiten aller Art. Nur die finanziellen Verhältnisse bilden einen Hemmschuh. Die hohen Druckkosten selbst für 1 Heft, die hohen Löhne und Gehälter der Angestellten verschlingen den größten Teil der Einnahmen, die sich aus den Beiträgen der Mitglieder, den Beiträgen von Stiftern, sowie einem hohen Jahresbeitrag der Stadt Köln zusammensetzen. Nicht dankbar genug erkennt es das Institut schließlich auch an, daß seine mit Zentralheizung und elektrischem Licht ausgestatteten Räume unentgeltlich von der Universität Köln zur Verfügung gestellt sind.

Obgleich das Institut wohl von allen Auslandsinstituten mit dem geringsten Personalbestand arbeitet — außer den beiden Leitern sind nur vorhanden eine seit 1915 im Bureau tätige Dame und eine seit 1915 angestellte Bibliothekarin sowie ein gelernter Buchbinder —, so kann gleichwohl mit Befriedigung erfüllen, was das Institut in der kurzen Zeit seines Bestehens geleistet hat. Denn über manchen Zweig seiner Tätigkeit darf das Institut heute noch nichts bekannt geben. Die kleine Schar derer aber, die darin tätig ist unter zum Teil erschwerten äußeren Umständen, erfüllt freudig ihre Aufgabe: Mitzuarbeiten an dem geistigen und wirtschaftlichen Aufbau des neuen Deutschland und der Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und allen Ländern spanisch-portugiesischer Zunge zum Wohle unseres Vaterlandes.

Das Institut für ostdeutsche Wirtschaft, Königsberg, Pr. Schönstraße 18b.

Das Institut für ostdeutsche Wirtschaft ist im März 1916 begründet worden und der Albertus-Universität angegliedert. Nach der Satzung hat das Institut folgende Aufgaben:

- a) Studium der Grundlagen und der Entwicklungsbedingungen des Wirtschaftslebens der östlichen Provinzen.
- b) Verfolgung der wirtschaftlichen Beziehungen zu dem benachbarten Ausland.
- c) Nutzbarmachung der gewonnenen Ergebnisse für den akademischen Nachwuchs, für die Verwaltung und wirtschaftliche Praxis.

Daneben wirkt das Institut als Lehranstalt, indem es

- a) seminaristische Übungen und Sondervorlesungen für fortgeschrittene Studierende veranstaltet,
- b) diesen die Bibliothek und das Archiv für staatswissenschaftliche Arbeiten zur Verfügung stellt.

Um eine einheitliche wissenschaftliche Arbeit zu gewährleisten, sind von Anfang an besondere wissenschaftliche Abteilungen gebildet, und zwar für Agrarpolitik, für Handel, Gewerbe und Verkehr, für Landwirtschaft, für Privatwirtschaft und für Wirtschaftsgeschichte. Jede Abteilung untersteht einem Abteilungsleiter, der Professor an der Universität bzw. Handelshochschule ist und seine Tätigkeit ehrenamtlich ausübt. Außerdem sind dauernd Assistenten mit der Anfertigung wissenschaftlicher Arbeiten beschäftigt.

Die Haupttätigkeit des Instituts richtete sich in der ersten Zeit auf die Erforschung des ostdeutschen Wirtschaftslebens. Das Ergebnis liegt in sechs Bänden „Grundlagen des Wirtschaftslebens von Ostpreußen“ vor, einer Denkschrift zum Wiederaufbau der Provinz. Daneben wurden eingehende Studien gemacht über die benachbarten besetzten russischen Gebiete, die zum Teil in den einzelnen Heften der „Schriften des Instituts für ostdeutsche Wirtschaft“ veröffentlicht sind. Außerdem wurde es durch die Unterstützung der deutschen Militärbehörde ermöglicht, einen Teil der wertvollen russischen Archive in dem besetzten Gebiet durchzuarbeiten und eine Bibliographie der für östliche Wirtschaftsverhältnisse wichtigen Werke anzulegen.

Das unglückliche Ende des Krieges hat zwar manche Ausblicke, die sich bei der Gründung des Instituts eröffneten, verschlossen, doch haben die Forschungsaufgaben infolge der neuen Ordnung der staatlichen Verhältnisse durch den Frieden, vor allem infolge der Abschneidung Ostpreußens vom Reich, an Bedeutung gewonnen.

Die bisherigen Veröffentlichungen des Instituts:

- A. Grundlagen des Wirtschaftslebens von Ostpreußen. Denkschrift zum Wiederaufbau der Provinz Ostpreußen. Jena, Verlag von Gustav Fischer.
Erster Teil: Der Grundbesitz in Ostpreußen. Von Prof. Dr. A. Hesse.
Zweiter Teil: Die Landwirtschaft in Ostpreußen. Von Geh. Reg.-Rat Professor Dr. J. Hansen.

Dritter Teil: Die Bevölkerung von Ostpreußen. Mit Unterstützung von Dr. H. Goedel von Professor Dr. A. Hesse.

Vierter Teil: Der Handel und die Kreditbanken in Ostpreußen. Mit Unterstützung von Ernst Hülse von Professor Dr. F. Werner.

Fünfter Teil: Wohlstandsverhältnisse in Ostpreußen. Von Dr. H. Goedel.

Sechster Teil: Das Gewerbe in Ostpreußen. Von Dr. G. Metz.

- B. Schriften des Instituts für ostdeutsche Wirtschaft in Königsberg. Jena, Verlag von Gustav Fischer.

Erstes Heft: Das Retablisement Ost- und Westpreußens unter der Mitwirkung und Leitung Theodors von Schön. Von Dr. Eduard Wilhelm Mayer.

Zweites Heft: Holzhandel und Holzindustrie Ostpreußens. Von Professor B. Pfeifer.

Drittes Heft: Die Landwirtschaft in den litauischen Gouvernements. Von Professor Dr. B. Skalweit.

Viertes Heft: Statistisches Handbuch für Kurland und Litauen mit Übersichten über Livland und Estland. Von Dr. E. F. Müller.

Fünftes Heft: Die Umwandlung der Agrarverfassung Ostpreußens durch die Reform des neunzehnten Jahrhunderts. Von Dr. Stein.

Sechstes Heft: Die Entwicklung des Rigaer Handels und Verkehrs im Laufe der letzten 50 Jahre bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Von Bruno von Gernet.

Siebentes Heft: Wohnungsnot und Wohnungsbau in Ostpreußen. Von Dr. Martin Pohle.

Achtes Heft: Der Salzheringshandel Königsbergs und Danzigs. Von Dr. Bruno Siltmann.

Neuntes Heft: Ostpreußen und der polnische Korridor. Von Dr. Wilhelm Deuticke. Neben der reinen Forschungstätigkeit dient das Institut als Lehranstalt zur Heranbildung und Weiterbildung von Nationalökonomern.

Die Bücherei des Instituts umfaßt zurzeit 3900 bibliographische Bände, die teils in den verschiedenen Lese- und Sitzungszimmern, teils in der eigentlichen Bibliothek untergebracht sind. Es ist bei der Auswahl der Bücher stets darauf Bedacht genommen, einerseits die für den Lehrbetrieb notwendige allgemeine Literatur, andererseits die das ostdeutsche Arbeitsgebiet besonders behandelnden Werke nach Möglichkeit vollständig zu sammeln. Ein umfassendes Kartenmaterial kann als Unterlage für die verschiedensten wissenschaftlichen Untersuchungen herangezogen werden. Genaue Karten der einzelnen Kreise der Ostprovinzen wie der Randstaaten, außerdem kartographische Darstellungen der Bevölkerungs- und Grundbesitzverteilung sind vorhanden.

Vielseitige Anregungen bieten weiterhin die im Zeitschriftenzimmer ausliegenden 80 periodischen Veröffentlichungen. Es ist bei der Auswahl von dem Gesichtspunkt ausgegangen, einmal die in Betracht kommenden großen wissenschaftlichen Zeitschriften sämtlich zugänglich zu machen, dann durch fortlaufende wirtschaftliche Nachrichtenblätter und Korrespondenzen die Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung zu ermöglichen. Schließlich wird eine Reihe besonderer, den Osten betreffender Blätter gehalten. Als abgeschlossenes Ganzes kann eine Sammlung von 65 Zeitungen in verschiedenen Sprachen aus dem Gebiete der Verwaltung des Oberbefehlshabers Ost angesehen werden, die von ihrem Erscheinen bis zur Zeit der Auflösung der ostpreussischen Verwaltung gehalten worden sind.

Besonderes Gewicht ist darauf gelegt worden, den Studierenden nicht nur wissenschaftliche Darstellungen der wirtschaftlichen Verhältnisse zugänglich zu machen, sondern ihnen ein möglichst vollständiges und lebendiges Bild der Volkswirtschaft zu bieten und sie vor allem zur fortlaufenden eigenen Beobachtung des Wirtschaftslebens, zur Verfolgung der Konjunktur auf den verschiedenen Gebieten anzuhalten. Hierzu dient eine Reihe von Archiven. Durch zahlreiche Rundschreiben ist es gelungen, ein Privatwirtschaftsarchiv von 3100 Stücken zusammenzubringen, das über Ostpreußen hinaus die Bilanzen und Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften Ost- und Westpreußens, Posens und Schlesiens und zum Teil auch Pommerns, soweit als möglich zurückreichend enthält. Auch die Tätigkeitsberichte der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, wie die Verwaltungsberichte der Provinzialbehörden und Land- und Stadtkreise der genannten Gebiete bilden eine be-

sondere Sammlung. In der Entstehung begriffen ist ein Sozialarchiv, das Tarifverträge, Berichte der Berufsorganisationen und anderes hierher gehörendes Material zusammenfassen soll. Das Geschäftsberichtsarchiv lindet eine Ergänzung in der Sammlung graphischer Darstellungen, welche die Valuta und Preisverhältnisse in den letzten Jahren veranschaulichen. Seit Juli 1918 ist der Plan eines Zeitungsarchivs verwirklicht worden. Es hat die Aufgabe, alle wichtigen wirtschaftlichen Angaben und Aufsätze der Tagespresse zu verfolgen und die Ausschnitte systematisch zu ordnen. Das Archiv besteht aus zahlreichen neben- und übereinanderstellbaren Schränken, die eine Erweiterung leicht zulassen, mit 300 Kästen, in denen die Mappen zur Aufnahme des laufenden Ausschnittmaterials dienen. Es sind jetzt etwa 1400 Mappen in Gebrauch. Um die Übersicht und Gebrauchsfähigkeit zu erhöhen, sind zahlreiche Ablegekästen aufgestellt, in denen das ältere Ausschnittmaterial, nach denselben Gesichtspunkten geordnet, untergebracht wird. Seit dem Fortfall der Zeitungen aus den Randstaaten hat sich die Zahl der täglich zu bearbeitenden Zeitungen von 30 auf 20 vermindert. Weiterhin ist ein Bilderarchiv vorhanden, das etwa 7000 verschiedene Photographien aus den ehemaligen russischen Randstaaten umfaßt.

Für das Institut ist bereits ein eigenes Haus erworben in unmittelbarer Nähe der Universität und der Staatsbibliothek, das aber bei den augenblicklichen Wohnungsschwierigkeiten noch nicht bezogen werden kann.

Mit dem Institut für ostdeutsche Wirtschaft wird räumlich das Institut für Rußlandkunde verbunden, das auf Mitteln einer Stiftung beruht. Durch Hand-in-Hand-Arbeiten beider Anstalten wird es möglich werden, über das Gebiet der angrenzenden Nachbarstaaten hinüberzugreifen.

Für die Finanzierung des Instituts ist eine Vereinigung für ostdeutsche Wirtschaft gegründet worden. Neben den Zinsen eines eigenen durch Stiftungen beschafften Kapitals von etwa 700000 Mark, dienen die Beiträge der Mitglieder der Vereinigung zur Bestreitung der laufenden Ausgaben. Der größte Teil der Mitgliederbeiträge wird von öffentlichen Körperschaften und Berufsvertretungen der Provinz aufgebracht, nur ein kleiner Teil von Einzelmitgliedern, die sich aus allen Berufskreisen zusammensetzen. Institut und Vereinigung sind aber streng getrennt und jeder Einfluß der Vereinigung auf die Tätigkeit des Instituts nicht nur durch die Satzung, sondern durch die ganze Organisation ausgeschlossen worden. Der Etat des Instituts belanziert für 1921 mit 80000 Mark.

Über die Einzelheiten unterrichten die Jahresberichte des Instituts, die alle für dessen Beurteilung nötigen weiteren Angaben enthalten.

Südosteuropa- und Islam-Institut der Universität Leipzig.

Universitätsstraße 15.

Das Institut umfaßt unter seinem Namen eine Reihe von Instituten, die, jedes für sich, vollständig unabhängig voneinander fungieren. Was die einzelnen Institute vereint, ist die im Semester ein- oder zweimal stattfindende Konferenz der Direktoren der Einzelinstitute und die Verteilung von 3000 Mark Staatsunterstützung unter diese Institute. Im Vorlesungsverzeichnis werden die auf Südosteuropa und Islamkunde bezüglichen Vorlesungen zusammengestellt. Die ganze wissenschaftliche Tätigkeit vollzieht sich in den folgenden Instituten:

1. Seminar für slavische Sprachen (Vasmer).
2. Seminar für Rumänisch (Weigand).
3. Seminar für semitische Sprachen und Türkisch (Direktoren Aug. Fischer und Richard Hartmann).
4. Seminar für Nationalökonomie (Direktor Stieda).
5. Historisches Seminar (Dir. Prof. Brandenburg).

Die Abteilung für vergleichende und koloniale Landwirtschaftslehre am Landwirtschaftlichen Institut der Universität Leipzig.

(Vorstand: Professor Dr. A. Golt.)

Die Abteilung besteht seit dem Jahre 1912, sie wurde unter dem Eindrucke des machtvollen Emporblühens der deutschen Kolonialwirtschaft gegründet. Die einst von Ferdinand Wohltmann, dem Begründer der koloniallandwirtschaftlichen Forschung in Deutschland, aufgestellte Forderung nach Errichtung besonderer Lehrstühle für koloniale und ausländische Landwirtschaft hatte an der Universität Leipzig ihre erste Erfüllung gefunden; ja im Jahre 1914 bewilligte der Sächsische Landtag die Mittel zum Bau eines besonders koloniallandwirtschaftlichen Instituts mit Laboratorien, Glashäusern, ausgedehnter Frühbeetanlage und Versuchsfeld. Der Krieg und sein unheilvoller Ausgang vereitelten den Bau. Die Abteilung hat jetzt im Hauptgebäude des Landwirtschaftlichen Instituts, Johannisallee 21, fünf Räume inne, die als Übungs-, Seminar- und Projektionssaal, chemisches Laboratorium, Arbeitszimmer für Abteilungsvorstand und Assistenten sowie zur Aufstellung einer Handbibliothek und einer Sammlung überseeischer Erzeugnisse dienen. Ferner besitzt die Abteilung ein 1 Hektar großes Versuchsfeld, das Lehr- und Versuchszwecken dient.

Die Abteilung ist ein Glied der Universität und ihres Landwirtschaftlichen Gesamtinstituts. Den Studierenden sind daher alle Vorlesungen und dem Unterrichte dienenden Einrichtungen der Universität Leipzig zugänglich; besonders seien hier genannt das Museum für Völkerkunde, die Sammlungen der Naturwissenschaftlichen

Institute, Versuchswirtschaft, Rassestall und Sammlungen des Landwirtschaftlichen Instituts, ferner das Kolonialgeographische Seminar und das Osteuropa- und Islam-Institut. An Bibliotheken werden von der Abteilung und ihren Studierenden außer der eignen und der Institutsbücherei auch die Universitätsbibliothek, die Deutsche Bücherei sowie die Bibliotheken des Instituts für Auslandkunde und Auslandsdeutschtum, der Gesellschaft für Erdkunde und der Leipziger Handelskammer beständig benutzt.

Die Abteilung führt jetzt statt der bisherigen Bezeichnung „Kolonial- und Auslandsabteilung“ den Namen „Abteilung für vergleichende und koloniale Landwirtschaftslehre“. Durch diesen erweiterten Begriff wird erstens dem Umstande Rechnung getragen, daß die Abteilung schon seit ihrem Bestehen ihre Arbeit nicht auf Übersee beschränkt hat, sondern sich auch mit Problemen des deutschen Landwirtschaftsbetriebes und mit Fragen allgemein-landwirtschaftlicher Art beschäftigt. Sodann aber wird dadurch klar zum Ausdruck gebracht, daß ein Hauptarbeitsfeld der Abteilung die Vergleichende Landwirtschaftslehre, die Agrargeographie, ist.

Die Einführung der Agrargeographie als Lehrfach an den Hochschulen war ein dringendes Erfordernis der Zeit und ist auch von den Studierenden selbst als solches erkannt. Das Studium der Landwirtschaft fremder Länder, zumal in vergleichender Darstellung mit der deutschen Betriebsweise, aber auch eine „Landwirtschaftsgeographie von Deutschland“ vermögen unstreitig zu einer wesentlichen Vertiefung des landwirtschaftlichen Denkens und Verstehens beizutragen. Auch die noch immer an den meisten Hochschulen vernachlässigte „Landwirtschaftliche Klimalehre“ kommt hier zu ihrem Recht. Ferner muß eine „Vergleichende Tierzuchtlehre“, welche nicht bloß die Rassen und die Haltungsweise beschreibt, sondern vor allem auch die Züchtungsmaßnahmen und -grundsätze, die Zuchtziele und -erfolge verschiedener hervorragender Zuchtgebiete und -länder, z. B. England-Deutschland, Ostfriesland-Ostpreußen, vergleichend-kritisch beleuchtet, für den neuzeitlichen Viehzüchter als wichtige und notwendige Ergänzung zum Studium der Allgemeinen und Speziellen Tierzuchtlehre angesehen werden.

Im Anschluß hieran erstreckt sich eine Gruppe von Unterrichtsmaßnahmen und wissenschaftlichen Arbeiten der Abteilung, dem besonderen Arbeitsgebiete des Abteilungsvorstandes entsprechend, auf verschiedene Zweige der Tierzuchtlehre: überhaupt, wobei Schafzucht und Wollkunde zurzeit im Vordergrund stehen.

Den zweiten Aufgabenkreis der Abteilung in Lehre und Forschung bildet die Koloniale Landwirtschaftslehre, also die Technik und der Betrieb der Landwirtschaft in Übersee. Die wichtigsten Teilgebiete sind hier die Einrichtung und Bewirtschaftung von Farmen und Pflanzungen, der Acker- und Pflanzenbau in den Tropen und Subtropen, die überseeische Tierzucht. Dieser Aufgabenkreis dient vornehmlich dem unmittelbaren praktischen Bedürfnis derjenigen Studierenden, denen die Heimat bei der heutigen schwierigen wirtschaftlichen Lage kein befriedigendes Betätigungsfeld bietet, und die sich deshalb in kolonialen Ländern einen Wirkungskreis schaffen wollen. Es kommt nicht nur den Betreffenden selbst zunutzen, sondern liegt auch im Interesse Deutschlands, wenn ihnen die Möglichkeit einer gründlichen Ausbildung gegeben wird. Denn um so leichter werden sie sich im fremden Lande durchsetzen, und um so eher auch werden sie fähig und gewillt sein, sich ihr Deutschtum zu bewahren.

Von der Abteilung wird ferner eine ausgedehnte Vortrags- und gemeinnützige Beratungstätigkeit ausgeübt. Sie erstreckt sich besonders auf landwirtschaftliche Vereine und züchterische Organisationen der Heimat, auf Siedlungsvereinigungen für Übersee, auf Farmer und Pflanzler. Die Abteilung steht in enger Arbeitsgemeinschaft mit der Farmwirtschafts-Gesellschaft für Südwestafrika in Windhuk und führt für deren Gau Deutschland die Geschäfte. Die F.-W.-G. ist eine Körperschaft, die sich nach dem Vorbilde der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft die technische Förderung der Farmwirtschaft zur Aufgabe gemacht hat, und die bestrebt ist, die bisherigen engen Beziehungen zur Wissenschaft, Landwirtschaft und Geschäftswelt der alten Heimat auch unter den veränderten Verhältnissen aufrecht zu erhalten.

Endlich sei erwähnt, daß im Rahmen der Universität Leipzig eine Vereinigung für Auslands- und Kolonialkunde besteht. In ihr haben sich einige deutsche Dozenten der Universität zur Pflege der Kolonial- und Auslandswissenschaften zusammengeschlossen. (Vgl. oben den Bericht über die Kolonialakademie zu Halle a.S.)

Institut für Grenz- und Auslandsdeutschtum an der Universität Marburg.

Das Institut für Grenz- und Auslandsdeutschtum an der Universität Marburg ist eine der Universität angegliederte, von ihr betreute, vom Staate unterstützte, im übrigen aber selbständige Anstalt. Leiter des Instituts ist Prof. Dr. L. Schultz-Jena, dem Dr. Joh. W. Mannhardt zur Seite steht. Prof. Schultz-Jena ist zugleich Vorsitzender des Verwaltungsrats, der satzungsgemäß außer aus dem Leiter des Instituts aus je einem Angehörigen der theologischen, juristischen und medizinischen und aus fünf Mitgliedern der philosophischen Fakultät besteht. Zurzeit gehören ihm folgende Mitglieder an: Geheimrat André, Geheimrat Busch, Professor Hermann Link, Professor Jacobsohn, Professor Köppe, Professor Schultz-Jena, Geheimrat Tuczek, Geheimrat Vogt und Professor Wrede.

Das Marburger Institut gehört zu der Reihe von Auslandsinstituten, die auf Grund der bekannten Denkschrift des Preuß. Kultusministeriums in den letzten

Kriegsjahren gegründet wurden, um dem deutschen Akademiker das Ausland näher zu bringen. In Marburg wählte man sich nicht ein bestimmtes geographisch abgegrenztes Gebiet, sondern man beschloß, das besonders stark vernachlässigte Auslandsdeutschtum in das akademische Arbeitsgebiet einzubeziehen. Man folgte damit einer bereits bestehenden Tradition. Schon lange bestanden engere Beziehungen zwischen der Universität Marburg und den Auslandsdeutschen, namentlich in den östlichen Staaten. In der Vorkriegszeit waren sie von dem Geographen Theobald Fischer besonders eng geknüpft worden, der sich der auslandsdeutschen Studenten in Marburg auch wirtschaftlich hilfreich annahm. Der unglückliche Ausgang des Krieges schuf das Grenzdeutschtum als einen unter besonderen Verhältnissen stehenden Teil des gesamten deutschen Volkstums, dem sich auch die deutsche Universität mit ihren Mitteln anzunehmen hatte. Unmittelbar nach dem Kriege trat das Marburger Institut ins Leben. Forschung, Lehre und Erziehung sollen in ihm zu unlösbarer Dreieinheit zusammengeschlossen sein.

1. Die Erforschung des Grenz- und Auslandsdeutschums strebt in erster Linie eine Sammlung, Sichtung und übersichtliche Darstellung alles dessen an, was über deutsche Kultur in den Grenzländern und dem Ausland, zerstreut in Dokumenten aller Art, in Druckschriften verschiedensten Wertes und weit lebendiger, aber verborgen im Wissen und Wünschen der geistigen Führer des Auslandsdeutschums einstweilen noch chaotisch durcheinander wogt. Ein einzelner kann hier nicht durchkommen. Deshalb legt unser Institut seine wissenschaftliche Arbeit auf die Schultern einer Gruppe von Forschern, die allen Fakultäten angehören. Die neuen Aufgaben fordern oft tiefgreifende Umstellung der bisherigen Forschungsrichtung und gewinnen daher nur langsam Boden.

2. Die Lehre vom Grenz- und Auslandsdeutschtum als einem akademischen Fache wurde mit Vorlesungen, Übungen und mit Vorträgen führender Auslandsdeutscher, die zum Zwecke persönlicher Fühlungnahme nach Marburg zu Gästen kamen, eingeleitet. Die am Institut gehaltenen Vorlesungen und Vorträge werden jetzt vorwiegend von der Marburger Dozentenschaft abgehalten; in einem Turnus von sechs Semestern soll, nach Erdteilen geordnet, das Deutschum in allen Ländern nach Geschichte, Wirtschaft, Recht, Kirche und Abhängigkeit von der Umwelt behandelt werden. Im übrigen spielt sich die gemeinsame Arbeit in kleineren Zirkeln (Arbeitsgemeinschaften) ab. Gegenwärtig werden derer zwei abgehalten. In einer wird, durch das Semester fortlaufend, ein bestimmtes Gebiet oder ein bestimmter Fragenkomplex des Grenz- und Auslandsdeutschums nach festem Plan in schriftlichen Arbeiten der Studenten behandelt. Für die andere Arbeitsgemeinschaft ist das Gesamtgebiet in einzelne Referate eingeteilt. Jeder Teilnehmer hat das seine. Er hat alle Veröffentlichungen darüber durchzusehen und in bestimmten Zeiträumen über sein Gebiet Bericht zu erstatten. Die Berichte geben die Grundlage für das Archiv.

3. Zu der üblichen Doppelaufgabe eines wissenschaftlichen Universitätsinstituts, zur Forschung und zur Lehre, ist eine dritte, neue Aufgabe hinzugekommen: die in häuslicher Gemeinschaft einsetzende Erziehung einer zunächst kleineren, im weiteren Ausbau zu vergrößernden Anzahl von Studenten zu Trägern des Gedankens der deutschen Kultureinheit. Das wissenschaftliche Institut ist zu diesem Zwecke mit der „Deutschen Burse zu Marburg“ in einem Hause (Rotenberg 21) vereinigt. Hier sollen in unmittelbarem persönlichem Gedankenaustausch und freundschaftlichem Verstehen Binnen-, Grenz- und Auslandsdeutsche einander nahe kommen und über die politische Zwiespältigkeit des Mutterlandes hinweg, in Zurückstellung aller Gegensätze, die in sozialen und wirtschaftlichen Unterschieden und in der räumlichen Zersplitterung der Deutschen über die Erde gegeben sind, über die allen gemeinsamen Ziele ihrer derzeitigen Führerschaft sich klären.

Das Institut dient dem Volke durch seine Akademiker. Wo jedoch gangbare Wege sich zeigen, trägt es seine Bildungsmöglichkeit unmittelbar in weitere Kreise. Dabei bedient es sich ähnlicher Mittel wie diejenigen Volkshochschulen, die wirkliche Bildungsanstalten sind. Mit seinem Räte steht das Institut jedem Auskunftsuchenden zur Verfügung.

Als Hilfsmittel für seine Arbeiten bedient sich das Institut einer Handbücherei und einer Hand-Kartensammlung. Das Institut bezieht einen großen Teil der im Inlande erscheinenden Zeitschriften über deutsches Volkstum, Grenz- und Auslandsdeutschum sowie deutsche auswärtige Politik und der draußen herausgegebenen deutschen Zeitungen und Zeitschriften.

Das Institut steht durch seine Leitung in persönlichen, sich immer weiter ausbreitenden Verbindungen mit den wirksamsten Führern auf seinem Gebiete. Diese Beziehungen werden sich erweitern und vertiefen, je mehr Studenten durch seine Schule und durch die Burse hindurchgegangen sind.

Vorläufig wird nur ein Jahresbericht herausgegeben.

Zu jeder Auskunft über das Institut und die Deutsche Burse zu Marburg steht die Leitung denen, die seine Wege und Ziele näher kennen lernen wollen, zur Verfügung.

Deutsches Institut für ärztliche Mission Tübingen.

Der Verein „Deutsches Institut für ärztliche Mission“ hat den Zweck, der von den deutschen und schweizerischen evangelischen Missionsgesellschaften betriebenen ärztlichen Mission zu dienen, vor allem durch die Ausbildung voll ausgebildeter, auch in der Tropenmedizin bewanderten Missionsärzte, durch die medizinische Schulung von Krankenschwestern, Hebammen und Missionaren im Anschluß an die Universität, durch die Behandlung Tropenkranker, Erforschung tropischer Krankheiten und die

Vermittlung der Kenntnisse über Tropenheilkunde an Laienkreise der Mission oder sonstige Interessenten. Der Sitz des ins Amtsregister eingetragenen Vereins ist Tübingen. Vier Gebäude bilden den äußeren Rahmen für seine Wirksamkeit, das Hauptgebäude mit dem Studentenheim, das Schwesternheim, das Tropengenesungsheim und eine Oberarztwohnung.

Diese Tübinger Anstalten sind als halbamtliches Institut mit gemeinnützigem Charakter zu bezeichnen. Die Leitung liegt in den Händen des unterzeichneten Vorstands, der an der Universität das Fach der Tropenheilkunde vertritt. Er ist der Tübinger Ortskommission (5 Herren aus Universitätskreisen), dem Ausschuß (7 Herren aus Württemberg) und dem über ganz Deutschland und die Schweiz verstreuten Verwaltungsrat von 70 Personen verantwortlich. Der Gründer des ganzen Werkes, Dr. med. h. c. Paul Lechler in Stuttgart, leitet als Vorsitzender den Verwaltungsrat. Schriftführer ist der rührige Oberlehrer Kammerer ebendort, Rechner der Hofbankdirektor M. Hartenstein in Cannstatt. Drei Mitglieder der medizinischen Fakultät Tübingens sind dauernd in der Ortskommission und im Verwaltungsrat vertreten.

Für klinische Semester und Ärzte wird in dem Hörsaal des Instituts eine zweistündige Jahresvorlesung über Tropenkrankheiten und Tropenhygiene abgehalten. Im Sommer 1921 wurde außerdem für Hörer aller Fakultäten ein Kolleg über „Exotische Krankheiten und Auslandshygiene“ gelesen. Im August jeden Jahres findet ein Kurs der Tropenmedizin statt, der in diesem Jahre von 36 Teilnehmern aus Missions- und andern Laienkreisen besucht wurde. Eine reichhaltige tropenhygienische Lehrmittelsammlung mit 60 Moulagen, bunten Wandkarten, makro- und mikroskopischen Präparaten, eine Bücherei mit 1000 Bänden und 55 fortlaufenden Zeitschriften, ein Epidiaskop mit 400 Lichtbildern, Kinematograph mit 16 tropenmedizinischen Films und die protozoologischen Laboratorien des Tropengenesungsheims stehen für die Kurse zur Verfügung. Durch die Universität fließt dem Institut ein jährlicher Staatsbeitrag von 1000 M. für Lehr- und Forschungsmittel zu, der die hierfür aufgewandte Summe nur zu einem kleinen Bruchteil deckt. Die meteorologische Station 1. Ordnung Tübingens ist mit 19 Apparaten im Tropengenesungsheim untergebracht und wird von Oberarzt Dr. Huppenbauer bedient. Ihre Ergebnisse werden monatlich im Tübinger Amtsblatt veröffentlicht. Aus dem missionsärztlichen Institut sind bisher 8 Doktorarbeiten und 75 sonstige Veröffentlichungen hervorgegangen.

Als Institutsgeistlicher und Hausvater des Schwesternheims ist Missionsdozent Dr. Öhler aus China tätig. Er las im Sommersemester 1921 an der Universität: 1. Chinesische Volkskunde mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Missionsgebiete in Süd-China; 2. Geschichte und gegenwärtiger Stand der evangelischen Mission in China; 3. Missionswissenschaftliche Übungen.

Eröffnet wurde das Institut im Jahre 1909, das Schwesternheim im folgenden Jahre. Mitten in den Stürmen des Weltkrieges erstand das Tropengenesungsheim. Bis zum Kriege wurden 98 Studierende in das Studentenheim aufgenommen. Zurzeit sind 14 deutsche Missionsärzte in China, Tibet und Niederländisch-Indien tätig oder auf der Ausreise begriffen. 179 Missionschwestern sind an den Tübinger Kliniken ausgebildet, namentlich an der Frauenklinik, wo sie in einem einjährigen Kurs so weit in der Hebammenkunst gefördert werden, daß sie jeder pathologischen Geburt auch ohne ärztliche Hilfe gerecht werden können. Sie machen am Schluß ein Examen, dessen Zeugnis von dem Württ. Ministerium für Kirchen- und Schulanlegenheiten gegengezeichnet wird und für die Missions- und Kolonialgebiete, nicht für Deutschland, Gültigkeit hat. Sie arbeiten außer in den oben genannten Ländern noch in Brasilien, Kleinasien, Palästina und Paraguay. 27 Missionare wurden von 22 Dozenten der Medizinischen Fakultät in einem einjährigen medizinischen Kurs gründlich ausgebildet. Prof. Kütz urteilt über einen jetzt noch in Neu-Guinea tätigen missionarischen Kursteilnehmer, daß er an Tüchtigkeit sämtliche Heilgehilfen der Regierung weit übertrifft. Ein anderer Tübinger Schüler hat während des Weltkrieges und der vierjährigen Revolutionskämpfe zwischen den chinesischen Nord- und Südtruppen in Paoching, Mittelchina, das Rote Kreuz organisiert, 5 chinesische Tempel zu Krankenhäusern umgewandelt und über 2000 Schwer- und Leichtverwundete behandelt und gepflegt. Zurzeit finden wegen Geldmangel und zu geringer Beteiligung keine medizinischen Kurse für Missionare in Tübingen statt.

Das Tropengenesungsheim wurde 1916 eröffnet und hat seitdem über 2000 Tropenranke aus mehr als 30 Ländern der Welt aufgenommen und behandelt. Auf Tropentauglichkeit ließen sich über 500 Personen untersuchen. Außer Missionsangehörigen, denen zu dienen unsere besondere Aufgabe ist, haben viele Beamte, Offiziere, Kaufleute, Farmer, Militärpersonen, Rote-Kreuz-Schwesterinnen und Angestellte aus tropischen Gegenden, Pflege und Heilung gefunden. In Nr. 6 des vergangenen Jahrgangs dieser Zeitschrift ist über den „Wert des Tropengenesungsheims für Auslandsdeutsche“ eingehender berichtet.

Das Deutsche Institut für ärztliche Mission steht in Verbindung mit allen deutschen Missionsgesellschaften evangelischer Konfession, den deutschen Missionsärzten und Missionskrankenschwestern, den 14 Vereinen für ärztliche Mission, die zu einem Verbandsrat unter dem Vorsitz von Professor Dr. Haußleiter-Halle zusammengeschlossen sind und 1914 ihr erstes Jahrbuch der ärztlichen Mission herausgegeben haben (bei C. Bertelsmann in Gütersloh). Die Jahresversammlung des Instituts findet gewöhnlich im Oktober statt.

Medizinstudierende und Missionsschwestern, die in das Institut aufgenommen werden wollen, haben für das Pensionsgeld selbst aufzukommen, oder es ist durch ihre Mission bzw. durch einen Verein zu gewährleisten. Das Kolleg über Tropen-

krankheiten hören die Studierenden des Hauses unentgeltlich. Für Missionsschwester stehen uns 5 Freistellen an der Frauenklinik zur Verfügung. Tropenkrank Missionsschwester angehörige werden zum halben Selbstkostenpreis oder, soweit die Mittel reichen, in Freistellen aufgenommen. Sonstige Tropenkrankheiten haben pro Tag 30—40 M. für Zimmer, 5 Mahlzeiten, ärztliche Behandlung, Pflege, Heizung, Beleuchtung und Trinkgeldablösung zu entrichten, d. h. etwa die Hälfte des in den Sanatorien Württembergs üblichen Tagespreises. Bäder, Arzneien und Verbandstoffe werden besonders berechnet.

Die Ausgaben des Hauptgebäudes und Schwesternheims beliefen sich 1920 auf

rund 216 200 M., die des Tropengenesungsheims auf 300 000 M. Ein Drittel dieser Summen mußte durch freiwillige Liebesgaben aus Europa und Amerika aufgebracht werden.

Das Institut gibt die vierteljährlich bei Chr. Belsers Verlag in Stuttgart erscheinende, illustrierte Zeitschrift: „Die ärztliche Mission“ heraus, die neben Originalartikeln von Missionsärzten und Missionaren geordnete Übersichten über die Tätigkeit der Vereine, den Fortgang des Instituts, die Schwesternarbeit, Verschiedenes, neueste Nachrichten und eine Bücherschau bringt. Jede weitere Auskunft erteilt die Direktion. Von ihr können auch Prospekte und Jahresberichte kostenlos bezogen werden.

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

VIII. Von Tsingtau nach Stuttgart.

Von J. H. U. . . .

(Fortsetzung.)

In Tschangsun kam ich, ohne von den Chinesen oder später den Japanern belästigt worden zu sein, am 14. Februar morgens 10 Uhr an. In Tschangsun hört der japanische Zug auf und man fährt dort bis Harbin mit dem russischen Zug. Im russischen Zug ist bis zur nächsten Station Kuan Chen Tze Paßkontrolle. Ich erkundigte mich, wie die zu vermeiden sei, und fuhr im Wagen bis Kuan Chen Tze, wo ich meine Karte bis Harbin ohne Anstand bekam und ohne Anstand weiterfahren konnte. Nach Harbin kam ich am gleichen Tage 11 Uhr abends und fuhr am 16. Februar 2 Uhr nachts weiter. Die Paßkontrolle bei meiner Ankunft in Harbin war ziemlich oberflächlich, ich mogelte mich eben so durch, dagegen war die Geschichte, als ich schon im Zug saß und wegfahren wollte, sehr brenzlich. Der Zug hatte schon angezogen, als alle Türen geschlossen wurden und er wieder stehen blieb: Paßkontrolle von englischen Beamten des chinesischen Seezolls, und ich saß ohne jede Papiere in meiner Ecke. Nun, ich rauchte ruhig meine Pfeife weiter und der Beamte war höchst erstaunt, von mir zu hören, daß ich gar keine Papiere habe. Auf seine Frage, wieso, meinte ich: „Ich bin doch britischer Untertan und kann daher in China herumfahren so viel ich will.“ „Nein, das geht nicht, wir haben extra in die Zeitungen gesetzt, daß beim Passieren Harbins Papiere mitgebracht werden müssen.“ „Well, Sie können ja in die Harbinger Zeitungen setzen, was Sie wollen, wir unten in Schanghai lesen das jedenfalls nicht.“ Er frug dann nach meinem Beruf. Ich erklärte kraft meiner Augengläser, daß ich Lehrer fürs Englische an einer chinesischen Schule in Schanghai sei. Er frug dann, ob ich überhaupt gar keine Papiere, keine Briefe oder sonst irgendeinen Ausweis bei mir habe. Außer meiner Visitenkarte, die ich ihm übergab, hatte ich leider nichts und der Mann sagte, er müsse mich aus dem Zug rausnehmen. Ich erklärte ihm, das könne er natürlich tun, aber er bereite mir dadurch sehr große Ungelegenheiten, weil ich ein wichtiges Treffen mit einem Freunde verabredet habe. Nun, wir redeten noch hin und her; schließlich wollte er mein Reiseziel wissen und als ich es ihm nannte, bat er mich direkt, doch nicht ohne Papiere weiter zu fahren, denn ich werde in Pograntschnaja oder wie das Nest heißt, also beim Wiedereintritt in russisches Gebiet, sicher die größten Schwierigkeiten mit der Roten Garde haben. „Well,“ meinte ich, „let me take a chance“; schließlich warnte er mich noch, wenn ich wieder nach Harbin komme, meine Papiere bei mir zu haben, was ich ihm auch hoch und heilig versprach, denn bei meiner nächsten Durchreise durch Harbin werde ich meine Papiere sicher bei mir haben.

Im Zug fuhren viele tschechische Offiziere mit, die nach Wladiwostock gingen. Nach Pograntschnaja kamen wir am 17. Februar morgens; der die Pässe kontrollierende rote Gardist war ebenfalls höchst erstaunt, daß ich keine Papiere hatte. Die Unterhaltung was sehr primitiv, denn er sprach nur russisch, ich nur englisch. Schließlich rief er noch ein paar Towarischi und fünf solche Gestalten redeten heftig auf mich ein. So etwas war

den Leuten anscheinend noch nicht vorgekommen. Sie verlangten meine Fahrkarte zu sehen und als sie mein Ziel Habarowsk lasen, ließen sie mich laufen. Anscheinend hielten sie mich für ganz verrückt, ohne Papiere in der Welt herumzufahren und dachten die Leute in Habarowsk sollten eben sehen, wie sie mit dem Kerl fertig werden. In Rußland kann man nämlich alles machen, nur muß man eine Bumaga, ein Papier bei sich haben.

Am 18. Februar 10 Uhr abends kam ich in Habarowsk an. Dort war es, wenigstens für mein Empfinden, das auf das Schanghai-Klima eingestellt war, noch mächtig kalt und ich fror trotz meiner zwei Paar dicker Unterwäsche, meines Sweaters, Anzugs und dicken Mantels und meiner Pelzstiefel mächtig. Ich fuhr mit einem Schlitten ins Hotel Esplanade, ein Diener mit der Geschäftskappe war am Bahnhof gewesen. Im Hotelzimmer hatte ich mich gerade friedlich niedergelassen und meine Pfeife gestopft, als ich wegen meines gänzlichen Papiermangels schon wieder an die frische Luft gesetzt wurde. Mit Mühe und Not konnte ich noch von den Leuten die Adresse des von meinem Tientsiner Bekannten empfohlenen Herrn erfahren. Ich trommelte ihn noch in der gleichen Nacht heraus und erzählte ihm all meinen Kummer und meine Beschwerden. Da passierte mir das große Mißgeschick, daß mich der betreffende Herr für einen Spion hielt. Ich konnte irgendeine Unterhaltung beginnen, natürlich auf Deutsch, die aber der Betreffende sofort auf Englisch weiterführte und da er anscheinend auf Englisch großen Wert legte, tat ich ihm den Gefallen und sprach auch nur Englisch. Nach 2 Tagen gedachte es der Herr ganz schlaue zu machen und sagte mir, es ist hier in Habarowsk ein großes Gefangenlager für kriegsgefangene deutsche Offiziere, das beste ist, ich schmuggle Sie dort ein und nach ein paar Tagen haben Sie Ihre Papiere. Ich sah, daß ich vorher von dem Herrn keine Papiere bekommen könnte und machte mich am 21. Februar nachts mit dem mir mitgegebenen Begleiter auf den Weg zum Lager. So sehr schlaue war aber der betreffende Herr meiner Ansicht nach doch nicht gewesen, denn hätte er es in mir wirklich mit einem Spion zu tun gehabt, so wäre es für mich auf dem Weg zum Lager ein leichtes gewesen, mich meines Begleiters zu entledigen. Oben im Lager war natürlich diese Spionengeschichte bald aufgeklärt und ich wartete auf meine Papiere. Leider mußte ich auch da wieder die Erfahrung machen, daß „Seesoldat“ kein hoher militärischer Rang ist, denn meine Papiere kamen nie. Als nun die Japanergefahr immer dringender wurde — es hieß nämlich die Japaner kommen — und es lag durchaus nicht in meiner Absicht, wieder in Japan als Gefangener zu landen, baute ich mir wieder einen sehr schönen, diesmal mexikanischen Paß mit viel Stempeln, Photographie usw., den ich aber nicht mehr brauchte. Ich wollte gleich nach Fertigstellung meines Passes weiter fahren, aber die Sache war zu gewagt, denn gerade wegen der Japanergefahr rissen unsere Offiziere in Scharen aus, beinahe bis zu zwanzig jeden Tag. Sie wurden bis auf die, welche in

*) Siehe auch Nr. 10—18, 20, 22—24 im vorigen, Nr. 2—13 und 16 18 in diesem Jahrgang.

den ersten Tagen losgegangen waren, alle wieder gefangen. Dies hatten wir nur den Tschechen zu verdanken, die auf der Bahn hin und her fuhren, um ausgerissene Kriegsgefangene wieder einzubringen. Bei einer derartig großen Ausreißkonkurrenz erschien mir aber mein Unternehmen zu gewagt. Ich kann wohl sagen, daß ich selbst ziemlich unternehmend bin, mich aber nie an eine Sache mache, die mir von vornherein keine Aussicht auf Erfolg gibt. Außerdem waren immer Gerüchte im Umlauf, daß das ganze Küstengebiet und ferner das ganze Gebiet bis herauf zum Baikalsee von Kriegsgefangenen geräumt werden müßte, zum Abtransport nach der Heimat, wie es damals hieß. Wir deutschen Gefangenen in Habarowsk wurden noch bis zum letzten Tage streng bewacht, was seine Ursache wohl in den von den Engländern in die Welt gesetzten Gerüchten hatte, nämlich, daß die deutschen Kriegsgefangenen bewaffnet und wieder unter dem Befehl ihrer Offiziere seien und gegen die bestehende Regierung kämpfen wollten. Das war natürlich alles Unsinn, was gingen uns die Russen an, wir wollten nach Hause! Wegen der vielen Fluchtversuche wollten die Russen wissen, wieviele Gefangene eigentlich noch da seien, sie hielten deshalb eine große Zählung ab, bei der fünf Leute — zuviel da waren. Natürlich großes Staunen. Dies erklärte sich dadurch, daß vier österreichische Herren, die Bekannte in unserem Lager hatten, zu uns herübergekommen waren und bei uns wohnten und der fünfte war ich. Nun, sagten die Russen, sie wollen diese fünf nicht strafen, aber jeder müsse dahin zurück, wo er hergekommen sei. Mir besonders lag daran natürlich nichts, und in Gemeinschaft mit unseren Offizieren machte ich eine große Erzählung auf, wonach ich verschleppter Ostpreuße sei, von Irkutsk über Wladiwostock habe nach Amerika fahren wollen. Dies sei mir aber nicht geglückt und hierauf sei ich ins Lager nach Habarowsk gegangen. Der russische Kommissar glaubte mir zwar bei der Vernehmung nicht, er meinte, „was, so ein kräftiger Mensch soll nicht Soldat gewesen sein!“ aber schließlich sagte er „Moschno“ und ich wurde als Zivilgefangener in den Listen geführt.

Am 8. April kam endlich der sehnlichst erwartete Abtransport und unser ganzes Lager, zirka 625 Offiziere, Mannschaften von der „Magdeburg“ und andere deutsche Mannschaften, alles zusammen ungefähr 1000 Personen, fuhren 5 Uhr nachmittags in einem großen Güterzug los. Die Fahrt war wohl etwas beschwerlich, aber es ging ja der Heimat zu! In einem Transportlager bei Irkutsk, wo wir am 17. April abends 10 Uhr anlangten, hatten wir einen Tag Aufenthalt, dabei kam es noch mit der Roten Garde zu einem ziemlich häßlichen Auftritt. Die Kerle hatten behauptet, einer unserer Offiziere sei beobachtet worden, wie er im Dorfe einen Revolver gekauft habe und diesen Revolver müssen sie haben. Anscheinend hatten sie Angst, daß wir mit dem Revolver eine große Revolution machen würden. Alles Gepäck mußte aus den Wagen herausgeschafft werden, aber wie es nun mal in Rußland ist, die Untersuchung ging bis zum siebten Wagen, als die Nacht eingebrochen war, und damit die Brüder doch etwas getan hatten, mußten alle Offiziere ihre Achselstücke herunterschneiden. Zu machen war gegen diese Sache nichts, denn wir waren absolut in der Hand der Roten Garde, die übrigens zu diesem Zweck Mannschaften gestellt hatte, die hauptsächlich aus Tschechen und leider auch aus einigen Reichsdeutschen gebildet war. Am 18. April ging es dann glücklich weiter und am 21. April 4 Uhr nachmittags kam unser Transport nach Kansk im Gouvernement Jenissei. Dort sollten wir einige Tage liegen bleiben, um uns zu erholen, allein an den Vorbereitungen, die für unsere Unterbringung gemacht wurden, sah ich bald, daß dies zum mindesten einen längeren Aufenthalt geben würde. Da

ich in den Habarowsker Listen als Zivilgefangener geführt war, verschaffte ich mir einen Ausweis als deutscher Zivilgefangener und wollte mir dazu noch die Fahrterlaubnis des Kansker Sowjets holen. Ich ging daher mit einem gut russisch sprechenden deutschen Offizier am 30. April zum Kommissar, ein etwas deutsch sprechender Tscheche, der sagte mir, daß ich vorläufig nicht fahren könne, erst soll ich die Listen beibringen, auf Grund deren mein Ausweis geschrieben worden sei und ferner den Herrn, der den Ausweis unterschrieben habe, dann werde er sagen, „ob ja oder nein“ und zwar sollte ich am 2. Mai kommen, da am 1. Mai großer Feiertag sei. Ich holte natürlich gleich meine Siebensachen zusammen und fuhr runter zum Bahnhof. Der Postzug, der um 9 Uhr abends fahren sollte, ging erst am andern Morgen, 4 Uhr morgens, so daß ich also am 1. Mai allein weiterfuhr. Ich fuhr zuerst rauf nach Tomsk, um dort die Familie eines sehr guten Freundes von mir, eines Deutsch-Russen, zu besuchen, der Anfang 1916 sich aus Tomsk nach China durchgeschlagen hatte, erstens, um nicht gegen Deutschland kämpfen zu müssen und zweitens, weil er von der russischen Polizei dringend gewünscht wurde, da er zwei deutschen Offizieren zur Flucht verholfen hatte. In Tomsk holte ich mir den schwedischen Schutzbrief, leider bekam ich nie eine Fahrkarte direkt nach Petersburg, sondern immer nur nach der nächsten größeren Station. So fuhr ich am 3. Mai von Tomsk nach Omsk, wo ich am 5. Mai ½6 Uhr abends anlangte. Unterwegs war mir mein neugekaufter Teetopf abhanden gekommen. Da dies auf den russischen Eisenbahnen ein sehr wichtiges Ausrüstungsstück ist, mußte ich notwendig einen neuen haben und wollte mir in Omsk einen kaufen. Bei meinen Verhandlungen mit einem österreichischen Kriegsgefangenen hörte ein kleiner Österreicher zu. Wir kamen bald ins Gespräch und der meinte, ja, Sie haben es gut, Sie können nach Hause fahren, ich bin schon seit September 1914 gefangen, Ganzinvalide und sitze wegen meines großen Geldmangels fest. Nun, sagte ich, wenn Sie Lust haben, ich habe noch genug Geld, fahren Sie mit. Zuerst wollte er's gar nicht glauben, aber am andern Morgen war er doch mit seinem ganzen Gepäck, das aber nur aus einem Teetopf bestand, zur Stelle. In Omsk mußte ich mich lange auf dem Bahnhof aufhalten; dabei hatte ich noch eine sehr interessante Begegnung mit einem Leutnant des tschechisch-slowakischen Korps. Ich saß und trank meinen Tee in der Bahnhofswirtschaft. Der Offizier saß mir gegenüber und frug mich zuerst auf russisch, ob ich Franzose sei. Natürlich verneinte ich dies sofort und da ich wegen meiner mangelhaften russischen Kenntnisse englisch sprach, hielt er mich für einen Amerikaner. Ich klärte auch diesen Irrtum auf und sagte ihm, daß ich deutscher Zivilgefangener sei, aber trotzdem hatte ich mit dem Mann eine sehr interessante, auf französisch geführte Unterhaltung. Er sagte mir, daß er auf dem Weg nach Wladiwostock sei, um an der Westfront für die Entente weiter zu kämpfen. Ich gab ihm meine rein persönliche Ansicht zum besten, wonach er und seine Landsleute eben von den Engländern als Kanonenfutter verwendet würden und sich um ihn, nachdem er etwa zum Krüppel geschossen sei, niemand kümmern würde. Für die Engländer besonders schwärmte er kolossal und ließ sich seine großen Rosinen absolut nicht austreiben. Er war als Student bei Kriegsausbruch in die österreichische Armee eingetreten, gab auch ohne weiteres zu, daß seine Überlauferei zu den Russen nicht sehr schön war, machte mir aber begreiflich, daß er dies nicht etwa getan habe, um aus dem Kriege heraus zu sein, also sein Leben zu schonen, sondern nur aus seinem tschechischen Nationalbewußtsein heraus.

(Fortsetzung folgt.)

VOM DEUTSCHTUM IN DEN ABGETRENNTEN GEBIETEN

Die Domänenpächterfrage.

Der Botschafterrat in Paris hat die polnische Regierung aufgefordert, die endgültige Anwendung der geplanten Maßnahmen gegen die deutschen Domänenpächter, besonders was den Verkauf von Material und Vieh angeht, einstweilen zu vertagen. Auf Grund des Gesetzes über die Übernahme der ehemals preußischen staatlichen und königlichen Güter hatte Polen Zwangsverwaltungen eingesetzt und sich um die Anrufung der Gerichte durch die Domänenpächter nicht gekümmert. Die zwangsweise Entfernung der Pächter von ihren Domänen wurde zwar von Warschau aus zuletzt inhibiert, doch kehrten sich die Unterorgane kaum an die Verfügung. Hoffentlich hilft ihnen nun wenigstens die Haltung der Botschafter-Konferenz. Dem Verbands staatlicher Domänenpächter gehören zurzeit 170 Mitglieder an, das ist mit wenigen Ausnahmen die Gesamtheit der Domänenpächter deutscher Nationalität in Westpreußen und Posen. In 37 Fällen ist bereits vor dem 1. Juli 1921 Zwangsverwaltung angeordnet worden, in 53 Fällen ist ein Verbot des Inventarverkaufs und Überwachung durch Soldaten eingetreten, in 13 Fällen wurden Zwangstaxen festgesetzt. Nach dem 1. Juli 1917 ist in einem Falle ein Domänenpächter ohne Gerichtsurteil exmittiert worden, in 3 Fällen wurde ein Verbot des Inventarverkaufs erlassen, in 7 Fällen wurden Zwangstaxen festgesetzt, in 2 Fällen wurden neue Pächter eingeführt, in 4 Fällen wurde das Wohnhaus geräumt, in einem Falle erging ein Jagdverbot, in 2 Fällen wurde Inventar zwangsweise entfernt. Nach dem 1. Juli 1921 sind in 32 Fällen Gerichtsurteile auf Räumung gegen Domänenpächter erlassen worden, in 31 Fällen ist hinsichtlich des Inventars dem Pächter freie Verfügung zugesprochen worden, in 9 Fällen ist diese freie Verfügung dem Pächter versagt worden. In 11 Fällen sind gegen Domänenpächter nach dem 1. Juli gerichtliche Exmissionen durchgeführt worden, und zwar nach Gerichtsurteilen durch Gerichtsvollzieher trotz wirkungsloser Zustellung. In Fällen der Weigerung wurden die Möbel aus den Wohnungen entfernt. Die Zwangstaxen, die nach amtlichen Richtlinien hergestellt wurden, betragen dabei durchschnittlich nur $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ des wirklichen Wertes. Sie sind von ganz unsachverständigen Leuten angesetzt worden. Die Anordnung der Warschauer Zen-

tralregierung, vor gerichtlicher Entscheidung keine Zwangsmaßnahmen gegen die Pächter durchzuführen, ist von den Behörden des Abtretungsgebiets nicht befolgt worden. Das sind sehr nüchterne und einfachklare Feststellungen, die die „Deutsche Rundschau“ in Polen macht, ohne einen weiteren Kommentar daran zu knüpfen.

In Thorn haben der deutsche Schulverein, der Verein katholischer Deutscher, der Deutsch-Katholische Frauenbund, die deutschen Mitglieder des Bundes der freien Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Angestellter, sowie die Vereinigung des deutschen Volkstums Kreis-Verein Thorn einen gemeinsamen Schritt beim Schulkuratorium unternommen, um die Angliederung der deutschen Schule an die polnische Schule zu verhindern. Es handelt sich um 100 deutschsprachige Kinder und um die bisher deutsch-katholische Volksschule, die ihren Rektor verloren hat. Die Eltern wünschen dringend eine Verbindung der bisher katholischen Schule mit den Thorner evangelischen Schulen zu einer gemischt-konfessionellen Schule. Aus offiziellen Schulkreisen wird aber dazu mitgeteilt, daß die Bestrebungen der amtlichen Stellen im Einverständnis mit den überwiegenden Volkskreisen dahin gingen, konfessionelle und nicht simultane Schulen zu betreiben. Die Forderung der Deutschen verstoße somit gegen einen angenommenen Grundsatz, für den sich auch stets die deutsche Zentrumsparterie eingesetzt habe. Es sei daher nicht anzunehmen, daß die Forderung der Deutschen Erfolg habe!

Die deutsche Sprache wird in Lothringen verboten!

Die Präfektur des Departements Moselle hat am 25. Juli einen Erlaß herausgegeben, wonach die Aufführung von Theaterstücken, wie der Vortrag von Deklamationen und Liedern in deutscher Sprache verboten wird, und zwar in ganz Lothringen. Elsässer und Schweizer Dialekte dürfen angewendet werden in öffentlichen Konzerten und Theaterveranstaltungen. Das Deutschtum wird man mit solchen Mitteln doch nicht unterdrücken.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Polen.

Ein neuer Zwischenfall erregt die Gemüter in Polen. In Rogasen wurde in letzter Zeit auf einem Gute besonders viel gestohlen. Der Besitzer des Gutes beschloß daher, mit seinem Verwalter in der Abenddämmerung die Diebe abzufangen und begab sich aufs Feld, wobei der Verwalter zu seiner eigenen Sicherheit mit einer Flinte bewaffnet war. Auf dem Felde sahen sie einen Busch abgerissenen Kartoffelkrauts liegen, und als sie untersuchten, ob jemand darunter versteckt sei, löste sich, wie der Verwalter angibt, zufällig der Schuß und traf einen hinter dem Busch versteckten 11jährigen Knaben, der an der Verwundung starb. In der Stadt verbreitete sich das Gerücht, der Verwalter hätte den Knaben absichtlich getötet. Etwa 100 Arbeiter rotteten sich zusammen, gingen aufs Gut, fanden die Türen verschlossen, stiegen mit Leitern durch Fenster des ersten

Stockwerks ein, demolierten einen großen Teil der Einrichtung, banden den Besitzer des Gutes und schleppten ihn nach Rogasen, wo man ihn zuerst vor die Leiche des getöteten Knaben, dann vor den Magistrat und schließlich mit Gewalt ins Gefängnis führte. Die Arbeiter drohten, sie würden die ganze Familie des Besitzers umbringen und den Hof niederbrennen, wenn der Besitzer freigelassen würde. Erst aus Posen herangezogenen Polizeimannschaften gelang es, Ordnung zu schaffen. Inzwischen forderten die Arbeiter auf dem Gute die Abgabe eines Ochsen und eines Schweines für das Trauermahl nach der Beerdigung des erschossenen Knaben.

Ungarn.

Über die westungarische Frage ist eine ernste Krise ausgebrochen, deren Erledigung einen internationalen Apparat erfordern wird. Ungarn hat das westungarische Gebiet geräumt, österreichische Gendarmerie versuchte einzurücken, doch sind

ihr ungarische Banden angeblich irregulärer Art entgegengetreten. Die österreichische Polizei hatte schwere Verluste und mußte sich schließlich, da österreichische Reichwehrtruppen auf das Verbot der Entente hin zum Schutze der Gendarmerie nicht eingreifen durften, in die alte österreichische Grenze zurückziehen. Aus Österreich kommen ganz bestimmte Nachrichten, daß unter den irregulären Banden auch reguläre ungarische Truppen beobachtet worden seien. Ungarn hat aber aus dem zu räumenden Gebiet eine Zone im Osten ausgenommen, die es erst räumen zu wollen angibt, wenn Österreich eine Entschädigung von einigen Millionen Kronen für das übernommene ungarische Staatsgut in Westungarn bezahlt habe. Das ist natürlich unstatthaft, und die Entente hat sofort befohlen, daß Ungarn auch dieses Gebiet zu räumen habe. Ungarn aber widersetze sich dem Befehl, dem die Entente nun durch eine Beauftragung Italiens und der Tschechoslowakei mit militärischem Auftrag Nachdruck zu verleihen versucht. Die Gefahr eines slawischen Korridors, der Österreich und Ungarn trennen wird, rückt dadurch allerdings näher.

Zum gleichen Thema schreibt uns unser Korrespondent:

Nun wäre beinahe Ereignis geworden, was seit mehr als Jahr und Tag erwartet, längst durch die Friedensschlüsse von Saint Germain und Trianon festgesetzt, nur noch der tatsächlichen Durchführung bedurfte: der Anschluß Deutschwestungarns oder des Burgenlandes an Österreich. Am 28. und 29. August hätte die Übergabe des strittigen Gebietes in aller Form erfolgen sollen, aber in Budapest verstand man es, noch in zwölfter Stunde einen abermaligen Aufschub zu erlangen unter dem Vorwande, daß zuerst die Räumung Fünfkirchens und der Baranya durch die Jugoslawen erfolgt sein müsse. Nachdem diesem Verlangen, das keinerlei Begründung in den Friedensbestimmungen findet, erfüllt worden war, erklärte plötzlich die ungarische Regierung, daß sie nur die erste Zone des Burgenlandes räumen könne, die zweite innere Zone aber erst dann, wenn Österreich gewisse, nicht näher bezeichnete wirtschaftliche Bedingungen erfüllt haben werde. Auch dieses Vorgehen war vollständig willkürlich und hat mit den Friedensbestimmungen nicht das geringste zu tun. Diese kennen keine erste und keine zweite Zone, sondern nur schlechtweg das Burgenland in dem ausdrücklich festgesetzten Umfange. Aber auch mit diesen Winkelzügen fand man in Ungarn noch nicht sein Genügen. Als endlich die an der Grenze zusammengezogene furchtbare österreichische Heeresmacht von ganzen 600 Gendarmen daran ging, allmählich das Österreich zustehende Gebiet zu besetzen, fand sie bewaffneten Widerstand oder, richtiger gesagt, wurde sie das Opfer eines heimtückischen, mit weit überlegenen und besser ausgerüsteten Kräften unternommenen Überfalles. In bekannter Objektivität bestimmten die als Schiedsrichter angerufenen Ententeoffiziere, daß sich die Österreicher einstweilen wieder an die Grenze zurückziehen hätten. Dies hinderte allerdings die ungarischen Komitatschis und Truppen nicht, ihrerseits die Grenze zu überschreiten und einen Einfall in Österreich zu machen, wo sie das Örtchen Kirschschlag besetzten. Die ungarische Regierung aber verkündigte in einem Funkspruche aller Welt, österreichische Kommunisten hätten einen Raubzug nach Ungarn unternommen!! Nun hätten sich aber doch österreichische bewaffnete Kommunistenbanden hier sichtbarlich zeigen müssen, es hat sie aber kein Mensch gesehen und in Österreich hat niemand etwas von einer derartigen Bewegung wahrgenommen, einfach, weil sie gar nicht besteht. Jedenfalls haben einige brave Gendarmen bei diesen sonderbaren Grenzkämpfen ihr Leben verloren oder Verwundungen erlitten. Bezeichnend ist es, daß

ein von den Ungarn gefangener österreichischer Wehrmann, wie ein französischer Offizier bezeugte, nach seiner Gefangennahme sofort aufgeknüpft wurde. Gendarmen, die, von überlegenen Streitkräften umzingelt, sich schließlich ergeben mußten, wurden vollständig ausgeraubt und dann freigegeben. Interessant ist es, daß nach übereinstimmender Aussage aller österreichischen Beteiligten, so auch des einige Zeit von den Ungarn gefangen gehaltenen niederösterreichischen Landtagsabgeordneten Pechall, eines unbedingt verlässlichen Mannes, die gesamte deutsche Bevölkerung Westungarns die Österreicher mit Jubel begrüßte und nun natürlich den ärgsten Mißhandlungen ausgesetzt ist. So hat sich denn hier ein zweites Oberschlesien im kleinen entwickelt. Die Ähnlichkeit der Lage wird noch durch das sonderbare Verhalten der Ententekommissäre gesteigert, die zwar erklärten, Ungarn sei im Unrechte, aber keinen Finger rührten, dies den Budapester Machthabern zu Gemüte zu führen. Inzwischen hat die österreichische Regierung sich wiederholt an den Obersten Rat gewendet und es ist auch eine, angesichts des ungarischen Vorgehens allerdings sehr zahme Note an die ungarische Regierung ergangen, die aber einstweilen noch ohne andere Wirkung geblieben ist, als daß man in Budapest erklärte, man stehe amtlich den Vorgängen in Westungarn fern, es handle sich nur um die Ausschreitungen einzelner Fanatiker. Merkwürdigerweise werden diese Fanatiker von ungarischen Offizieren geführt, tragen größtenteils ungarische Uniformen und sind mit allem Heeresbedarf, über den nur der Staat verfügt, ausgerüstet. — In schärfstem Gegensatz zu diesem Vorgehen Ungarns steht die völlig klaglos und loyal durchgeführte Räumung der Stadt Fünfkirchen (magy. Pécs) und des Komitates Baranya durch die Jugoslawen. Damit sind viele Tausende Deutscher unter ungarische Staatshoheit zurückgekehrt, und Sache der ungarischen Regierung wird es sein, dafür zu sorgen, daß diese keine Ursache haben, diesen Wandel der Dinge zu bedauern. Jedenfalls werden die Ereignisse im Burgenlande nicht eben begeisternd auf sie wirken. Soll hier nicht eine schwärende Wunde an dem ohnehin schon genugsam geschundenen Körper Mitteleuropas entstehen, so wird die Entente, die allein die Macht hierzu besitzt, entsprechend durchgreifen müssen. B. I.

Die deutschen Austausch-Studenten sind in Ungarn mit der bekannten herzlichen Gastlichkeit aufgenommen worden, sie wohnen zum größten Teil bei Privattamilien, zum kleineren Teil auch in einer Stiftungsanstalt für Studenten. Die drei ersten Tage ihrer Anwesenheit waren der Besichtigung der Stadt Budapest und ihrer Umgebung gewidmet. Auch der „Verein der Reichsdeutschen“ in Budapest gab ihnen einen Empfangsabend, auf dem auch die deutsche Gesandtschaft vertreten war. Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Fr. Schulz, hieß die Gäste willkommen, Dozent Dr. Huzley sprach mit Begeisterung von dem Zusammengehen der deutschen und ungarischen Jugend und der beiden Völker. Die Wacht am Rhein und die ungarische Hymne wurden von allen Anwesenden stehend gesungen.

Rumänien.

Die Absolventen des vorjährigen letzten Jahrganges der deutsch-katholischen Lehrerbildungsanstalt, welche im August das Deutsche Reich kreuz und quer durchfahren hatten, sind heimgekommen. Ihre Augen strahlen, kommt die Sprache auf die große deutsche Mutter. Unvergeßlicher Eindrücke voll, treten sie in ihr heiliges Berufsleben als Lehrer eines deutschen Volksstammes fern vom Reich. Reiche Eindrücke sammelten übrigens auch die anderen drei Jahrgänge der jungen Anstalt. Sie waren nämlich von Temesvar über die Landeshaupt-

stadt Bukarest, Galatz, Braila, Constantza, Jassy ins siebenbürgische Sachsenland gefahren, dort von deutscher zu deutscher Kulturstätte reisend, überall begrüßt von der Liebe ihrer sächsischen Bluts- und Kampfbrüder. In Hermannstadt gab es eine Überraschung: die jungen Schwaben sahen sich von der dortigen schwäbischen Kolonie zu Gast geladen und erkannten an den Mitgliedern dieser Kolonie, wie zahlreich gerade das schwäbische Element in Rumänien sei. Aus der Bukowina gab es da Vertreter, aus Beßarabien, aus der Dobrudscha, aus der Satmarer Gegend und natürlich auch aus dem Banat. Die Zahl der sich zum Schwabentum in Großrumänien Bekennenden beträgt denn auch über eine halbe Million Seelen. In der Mitte eines der schwäbischen Siedlungsgebiete, nämlich in der Bukowina, dem Buchenlande, wird übrigens sich Mitte dieses Monats die heurige Tagung der Deutschen Nation in Großrumänien abspielen, deren Zweck die Festlegung gemeinsamer Richtlinien für die Belange des Deutschtums im Reiche Ferdinands von Hohenzollern ist. Die Stadt Czernowitz wird die Abordnungen der rumänischen Deutschen in ihren Mauern aufnehmen, selbst eine aus deutscher Kultur gewordene Stadt, die noch bis vor kurzem eine deutsche Universität besaß, die dann einer rumänischen Hochschule das Feld räumen mußte. Weil wir gerade beim Schulwesen sind: die deutschen Schulen im Banat haben gelegentlich des Beginnes des neuen Schuljahres einen neuen Ruck nach vor- und aufwärts gemacht. Die Zahl der deutschen Schüler und Schülerinnen namentlich der Mittelschulen hat sich nämlich nicht unwesentlich vermehrt. So zum Beispiel gab es am deutschen Staatsgymnasium in Temesvar einen solchen Andrang, daß man in der ersten Klasse dreißig Aufnahmewerber ungeachtet guter Zeugnisse abweisen mußte. Dabei waren alle Mädchen aus dieser Schule entfernt worden, da die Regierung die Koedukation im Gegensatz zum Vorjahre untersagte. Diese Mädchen und viele neue dazu fanden dann Unterkunft in der vierklassigen Bürgerschule des Klosters der Schulschwestern in Temesvar, die den Lehrplan der Schule jenem des Gymnasiums angleichen und so die Bürgerschule in ein Lyzeum umwandeln wollen, das allmählich auf acht Klassen gebracht werden soll, eine Tatsache, die in der Bevölkerung freudigen Widerhall fand, da man dort die Tätigkeit der frommen Frauen zu schätzen gelernt hatte. Derzeit trägt man sich mit dem Gedanken, die nicht ins Gymnasium aufgenommenen Buben in einer städtischen Bürgerschule zu vereinigen, so daß also auch eine Knabenbürgerschule in Temesvar zustande käme, was der, der die Verhältnisse in dieser Stadt kennt, als wesentlichen Fortschritt werten müßte.

Senator Möller-Temesvar.

Anläßlich des Siebenbürgener Besuchs des päpstlichen Nuntius waren in siebenbürgischen Zeitungen Gerüchte verbreitet worden, der Nuntius hätte geäußert, er freue sich aus ganzem Herzen und danke Gott, daß er im letzten Krieg den Sieg den lateinischen Nationen gegeben habe. Die Äußerung ist selbstverständlich niemals gefallen. Der Bischof von Siebenbürgen, Majlath, ist in der Lage, einen Brief des päpstlichen Nuntius in Bukarest, Marmaggi, zu veröffentlichen, in dem der Nuntius noch einmal ausdrücklich feststellt, daß er diese oder ähnliche Worte niemals gesagt habe, auch als Gesandter Seiner Heiligkeit des Papstes, des Vaters aller Gläubigen, niemals habe sagen können. Er habe jede Anspielung auf den Krieg sorgfältig vermieden und wolle nur an der Versöhnung der Völker arbeiten.

Brasilien.

Fast 1000 deutsche Männer und Frauen aus Rio de Janeiro, Petropolis und Nova Friburgo sandten am 12. Juli eine Eingabe

an den deutschen Reichstag, in der sie für die Wiedereinführung der alten deutschen Reichsfarben „Schwarz-weiß-rot“ Stellung nehmen. Ähnliche Eingaben werden von den Deutschen in Porto Alegre, Blumenau, Bahia, Pernambuco, Sao Paulo und Joinville geplant.

Nach der „Deutschen Zeitung“ (Sao Paulo) betont die Eingabe, daß es für die Deutschen in Brasilien nicht nur Herzenssache sei, den alten Farben, die in glücklichen Tagen über ihnen geweht hätten, auch in den Tagen des Unglücks treu zu bleiben, sondern daß auch rein praktisch die neuen Farben nur mit größtem Bedenken aufgenommen werden könnten. Das gesamte Ausland würde den Farbenwechsel niemals verstehen und ihn stets als beschämendes und unbegründetes Eingeständnis von Schmach und Schuld auffassen. Die Nationen, unter denen die Auslandsdeutschen lebten, kennen auch heute noch keine andere Farbe für Deutschland, als das alte Schwarz-weiß-rot.

Die Eingabe fügt in ihrer Stellungnahme für die alten Reichsfarben noch den Vorschlag hinzu, den Tag, an dem sie wieder eingeführt würden, im In- und Auslande unter den Deutschen als „Flaggentag“ feiern zu lassen, ohne Reden, ohne Feste, nur als stumme, aber dennoch würdige Mahnung, unserer stolzen Vergangenheit eingedenk zu sein und nicht zu verzagen.

KLEINE NACHRICHTEN

Konrad Nies †. Konrad Nies ist nicht mehr. Nach längerer Krankheit wurde der Dichter am 10. August in seinem „Wald-nest“ bei San Francisco vom Tode abgerufen.

Ein selten begabter, feinsinniger Mensch und Sänger ist mit Nies dem Deutschtum Amerikas verloren gegangen; in der Liste der Namen, die mit dem deutschen Lied in Amerika verknüpft sind, steht er in der allerersten Reihe. Sein Gedicht „Rache der Wälder“ wird in seiner klassischen, formvollendeten Sprache, in der Tiefe des Empfindens, stets einen Ehrenplatz in der deutschen Dichtung behaupten. Man hört die alten Baumriesen des Urwalds ordentlich rauschen und klagen ob der blinden Zerstörungswut der Menschen, den Sturmwind pfeifen und über das von Wäldern entblößte Land brausen und hinwegfegen, was Menschenhand geschaffen. Das großartige Gedicht ist nach dem Tornado entstanden, der einen Teil der Stadt St. Louis zerstörte, wo Nies längere Jahre lebte.

Vieles andere Schöne ist Nies aus dem Innersten emporgequollen und in Worte von ihm gefaßt worden, welche weiterleben werden. Seine Sturm- und Drang-Periode fiel in die Zeit der Macht und Größe des amerikanischen Deutschtums, in die Mitte und Ende der 80er Jahre; damals lieferte Nies viele Beiträge für das Sonntagsblatt der Westlichen Post in St. Louis, dessen Besitzer und Chefredakteur Dr. Emil Preetorius, ein näherer Landsmann des Dichters, war.

Konrad Nies war am 17. Oktober 1862 in Alzey, im sonnigen, rebenbegrenzten Rheinhessen, geboren, der alten Kreishauptstadt, die schon im Nibelungenlied durch Hagens Freund und Blutgenossen, den Geigenspieler und Sänger Volker-Alzey, verewigt ist.

Nach Absolvierung des Gymnasiums besuchte Nies eine Theaterschule, nachdem er sich für den Schauspielerberuf entschieden hatte. In Chemnitz und Aachen, später in Cincinnati und Milwaukee trat er auf der Bühne auf. Später sattelte er um, bestand ein Lehrerexamen und wirkte als Lehrer an der Hochschule in Newark, Ohio, von wo er nach St. Louis übersiedelte, um an die Spitze des Victoria-Instituts zu treten.

Sein Name wurde in weiten Kreisen durch seine poetische

Gabe bekannt und größere Vortragsreisen, die Nies bald darauf durch die Vereinigten Staaten unternahm, trugen ihr weiteres bei, den Ruf des Dichters zu verbreiten. Er ging dann nach Deutschland und unternahm Reisen nach Italien und dem Süden. Später war er in Colorado am „Denver Demokrat“ als Redakteur tätig; damals während des Krieges verfaßte Nies eine Reihe gedankenvoller Zeitgedichte, Spiegelbilder seines Innern und der schweren Kriegsnot, die seinem über alles geliebten Deutschland beschieden war.

Nies war seit vielen Jahren körperlich leidend und häufig ans Bett gefesselt, aber seine Laute verstummte nie und aus seinem „Waldnest“ flatterten die Kinder seiner Muse häufig durch das Land.

Von seinen Werken seien hier kurz genannt die im Jahre 1891 erschienene Gedichtsammlung „Funken“, die im Jahre 1901 eine zweite Auflage erlebte, „Deutsche Gaben“ (1898), „Rosen im Schnee“, ein Weihnachtsspiel (1900), „Im Zeichen der Freiheit“ (1904), „Die herrlichen Drei“, ein Festspiel (1904), „Aus westlichen Weiten“ (1905).

Sein letztes Werk „Welt und Wildnis“ ist vor kurzem in Deutschland in Druck erschienen und traf in den Vereinigten Staaten ein, als er bereits auf dem Sterbebett lag.

Im deutschen Dichterwald wird Konrad Nies seine Stätte behalten; das Deutschtum hat viel mit ihm verloren und viel mehr noch diejenigen, welche ihn persönlich kannten und liebten.

Das „NeuYorker Schwäbische Wochenblatt“ schreibt in einem kurzen Nachruf:

„Es ist jammerschade, daß es ihm nicht vergönnt gewesen ist, sich voll und ganz den Musen zu widmen. Er hat mit heiligem Ernst und darum mit Erfolg um ihre Gunst gerungen. Die Trauerkunde vom Ableben des Dichters wird überall die schmerzlichste Überraschung hervorrufen, wir hatten ihn alle lieb, den sonnigen Dichter des Westens.“ Karl H. Schmidt, New-York.

KIRCHE UND MISSION

Rückwanderungserlaubnis der deutschen Missionare. Unter der Überschrift: „Das englische Kolonialamt und die deutschen Missionare“ bringt nach den „Afrika-Nachrichten“ (Jahrg. 2, Nr. 16) die englische Zeitschrift „Ostafrika“ vom 30. Juli 1921 die interessante Meldung, daß deutsche Missionare unter besonderen Bedingungen in die ehemals deutschen — und englischen Kolonien zurückkehren können. Der Erlaß ist eine Antwort auf die vom „Rat des Weltbundes zur Förderung internationaler Freundschaft durch die Kirchen“ an das Englische Kolonialamt gerichtete Bitte, den deutschen Missionaren zu gestatten, daß sie ihre Arbeit in den britischen und den von der englischen Regierung „kontrollierten“ Gebieten wieder aufnehmen dürften. In dieser Antwort behauptet Churchill, daß das Verhalten „früher feindlicher Missionare“ nach den Erfahrungen während des Krieges nicht so gewesen sei, daß darunter nicht die Sicherheit ihres Arbeitsgebietes gelitten hätte. An eine Rückkehr deutscher Missionare wäre daher nur zu denken, wenn Bürgschaft dafür geleistet werde, „daß sie sich auf ihren eigentlichen Beruf beschränkten und sich jeder Tätigkeit enthielten, die darauf zielen könnte, sich in die friedlichen Beziehungen zwischen den Eingeborenen und den britischen Behörden einzumischen“. Wenn diese Bürgschaft gegeben werde, erkläre sich die englische Regierung bereit, Gesuche „einzelner deutscher Missionare von tadelreicher Vergangenheit“ um Erlaubnis der Rückkehr in die englischen Kolonien zu erwägen, unter der Voraussetzung, daß ihre Existenz gesichert sei, daß sie sich in dieser Beziehung unter die Kontrolle eines Genossen der Entente in der Kolonie stellten und daß für sie Bürgschaft in

dieser Beziehung von einer britischen geistlichen Behörde übernommen werde. Für „Mandatgebiete“ werde außerdem „eine gewisse Aufsicht“ über die Missionare für erforderlich gehalten, die in anderen Kolonien nicht für nötig erachtet werde.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Das Schulwesen in der Tschecho-Slowakei. Die „Prager Presse“, das bekannte in deutscher Sprache geschriebene tschechische Propagandablatt, bringt einige statistische Angaben, die ihrer Mitteilung gemäß von besonders berufener, man darf also wohl annehmen, von amtlicher Seite, stammen. Man wird diese Zahlen und Angaben mit der gebührenden Vorsicht und mit Mißtrauen aufzunehmen haben, es ist aber immerhin interessant, sie zu lesen.

Darnach gab es zu Beginn des Schuljahres 1920/21 in Böhmen, Mähren und Schlesien zusammen 9623 Volksschulen, von denen 64,8 Prozent tschechische, 34,3 Prozent deutsche, 4 Prozent deutsche und tschechische, 1 Prozent französische und 0,9 Prozent polnische Unterrichtssprache hatten. In Böhmen war das Verhältnis der tschechischen zu den deutschen Schulen 61,9 zu 38,1, in Mähren 75,6 zu 24,3, in Schlesien 40,4 zu 44,3. Von den insgesamt 30573 Klassen in den Schulen der drei Länder waren 66,4 tschechisch und 32,4 deutsch. Von den 1506996 Kindern besuchten 68,1 Prozent tschechische und 30,6 Prozent (461426) deutsche Schulen. Die Nationalitätzzahlen weisen nur wenig Verschiebungen gegenüber diesen Prozentsätzen auf. Ihrer Nationalität nach waren von den Kindern 67,9 tschechisch und 30,4 deutsch, 1,4 polnisch. An den Schulen mit tschechischer Unterrichtssprache waren 99,4 Prozent der Kinder tschechisch, 0,4 deutsch, 0,2 jüdisch. An den Schulen mit deutscher Unterrichtssprache waren 98,4 Prozent der Kinder deutscher Nationalität, 0,8 Prozent tschechischer Nationalität und je 0,4 polnisch und jüdisch. In Groß-Prag gab es 176 Schulen mit 1211 Klassen und 55000 Schülern mit tschechischer Unterrichtssprache, 13 Schulen mit 65 Klassen und 1743 Schülern mit deutscher Unterrichtssprache. Auf eine tschechische Klasse entfielen also 45, auf eine deutsche 27 Schüler.

An **Bürgerschulen** gab es 1411, davon 69,3 Prozent mit tschechischer, 28 Prozent mit deutscher, 1,4 Prozent mit magyarischer und 0,2 Prozent mit polnischer Unterrichtssprache. An ihnen gab es 5385 Klassen (69,7 zu 27,1 Prozent tschechisch und deutsch) mit 254000 Kindern (72 Prozent zu 24,9 tschechisch und deutsch). Der Nationalität nach waren 71 Prozent der Kinder tschechisch und 25 Prozent deutsch. In Böhmen gab es 845 Bürgerschulen (69,5 zu 30,5), in Mähren 377 (73,2 zu 26,8), in Schlesien 77 (79,4 zu 46,7).

Man darf nicht unterlassen, zu betonen, daß das amtliche tschechische Zahlen sind und daß die amtliche tschechische Statistik sich nicht allzu großen Ansehens erfreuen kann. Prompt glaubt die „Prager Presse“, dieses „deutsche Blatt“, bestätigen zu müssen, daß die Schulverhältnisse in der Republik für die deutsche Nationalität günstiger seien als für die übrigen Nationalitäten, die tschecho-slowakischen nicht ausgenommen. Diese Tatsache werde selbst von deutscher Seite nicht bestritten und rechtfertige das Bestreben der zuständigen Behörden, dieses Mißverhältnis nach Möglichkeit zu beseitigen. Der Weg, der von deutscher Seite empfohlen worden sei, die deutschen Schulen beizubehalten und entsprechend viel neue tschecho-slowakische zu errichten, sei allerdings nicht gangbar. Es sei nicht möglich, so viele deutsche Schulen bestehen zu lassen, wie zurzeit des Staatenbundes bestanden hätten. Dadurch würden zu große Kosten entstehen (man muß dabei allerdings wissen, daß die

Tschecho-Slowakei mehr als dreimal so viel pro Kopf der Bevölkerung für ihr Militärwesen ausgibt als für ihr Schulwesen! Die Schriftleitung) und zudem gebe es nicht mehr so viele deutsche Kinder. Die „Prager Presse“ führt dafür einige Beispiele an, aber alles Beispiele, von denen man weiß, daß die Tschecho-Slowakei dort mit Kunst und Tücke die deutschen Kinder statistisch einfach aus der Welt schafft, indem sie sie zu irgendeiner anderen Nationalität zwang. Auch die ganze oben angeführte Statistik ist nur geschickt aufgemacht, um zu verdecken, was wirklich geschieht: Nämlich, daß die deutschen Schulen rücksichtslos beseitigt werden, um die Tschecho-Slowakei in die Möglichkeit zu versetzen, in die Schulgebäude einfach und ohne Aufwand von Geist und von Mitteln ihre eigenen Schulen zu setzen, daß dabei schonungslos und kulturlos vorgegangen wird und daß demgemäß auch die Leistungen der Schulen entsprechend abgenommen haben.

Die erwähnte tschechische Quelle, die man als solche stets im Auge behalten muß, errechnet in einem zweiten Artikel für die gesamte Tschechoslowakei 158 Gymnasien, von denen 91 tschechisch, 56 deutsch und 11 polnisch waren. Gegenüber dem Zustand vor dem Kriege hätten die Tschechen 25 Gymnasien gewonnen, während die Deutschen 5 neue Anstalten bekommen hätten. An 779 tschechischen Klassen gab es 32 Schüler pro Klasse, 385 pro Anstalt, während bei 443 deutschen Klassen der Klassendurchschnitt 23, der Anstaltsdurchschnitt 213 ausmacht. Die Deutschen hätten es also viel bequemer zu unterrichten. Von 74 Realschulen seien 48 tschechisch und 26 deutsch. Auf 563 tschechische Klassen entfielen 38 Schüler pro Klasse, 446 pro Anstalt. Bei 239 deutschen Klassen gab es 33 Schüler pro Klasse und 304 Schüler pro Anstalt. 18 tschechische Mädchenmittelschulen standen 13 deutsche gegenüber (Tschechen: 154 Klassen, Klassendurchschnitt 35, Anstaltsdurchschnitt 305, deutsch: 82 Klassen, Klassendurchschnitt 26, Anstaltsdurchschnitt 168), bei 33 tschechischen gab es 17 deutsche Lehrerbildungsanstalten (die Schülerzahl ist beschränkt maximal mit 40 pro Jahrgang, der tschechische Durchschnitt ist 36, der deutsche 29 pro Jahrgang). Die tschechische Statistik versucht, nachzuweisen, daß zwar die Deutschen hier und da einige Schultypen verloren hätten, rechnet aber fest aus, daß das nahezu überall einem Gewinn gleichkomme, denn es gibt tausend Entschuldigungen für solche Verluste. Der positive Verlust gegen 1913/14 beträgt aber selbst nach der tschechischen Statistik 11 Realschulen, 3 Mädchenmittelschulen und 8 Lehrerbildungsanstalten. Anstatt neue tschechische Anstalten zu begründen, das deutsche Bildungswesen aber nicht zu schwächen, haben es sich die Tschechen eben bequem gemacht und haben einfach die deutschen Anstalten geschlossen, um für sich in den Gebäuden 25 Gymnasien, 5 Realschulen, 3 Mädchenmittelschulen und 5 Lehrerbildungsanstalten neu gründen zu können. Und das alles nach der tschechischen Statistik!

Gegenüber den Ausführungen der „Prager Presse“ wird in der „Deutsch-österreichischen Tageszeitung“ in Wien einfach festgestellt, daß die Anzahl der Volksschulen in Böhmen von 1913/14 bis 1920/21 um 288 zunahm, während die Deutschen 71 Volksschulen einbüßten, ungerechnet der zahlreichen Volksschulen, die „gedrosselt“ wurden, d. h. die um eine oder mehrere Klassen vermindert oder mit anderen Schulen vereinigt wurden. Dagegen seien bis zum 1. Januar 1921 in Böhmen allein 406 Landes-Minoritäts-Volksschulen vom Schulministerium übernommen worden, von denen nur 8 deutsche Unterrichtssprache haben. 1398 tschechische Minoritätsschulen sind aber ausschließlich in rein deutschen Bezirken errichtet worden, wo früher überhaupt kein Bedürfnis nach einer tschechischen Bildungsstätte vorhanden war, wo

man die nötige Kinderzahl erst schaffen mußte dadurch, daß man tschechische Offiziere und Beamte in solche Gegenden versetzte. Die Zahl der Bürgerschulen nahm um 193 zu, wobei die Deutschen 4 einbüßten. Minoritäts-Bürgerschulen wurden 41 eröffnet. Noch schlimmer stehen die Dinge in Mähren, wo die Zahl der Volksschulen um 95 zunahm, die Deutschen aber 9 verloren, so daß die Tschechen 186 neu gewannen. An Bürgerschulen gab es 95 mehr, und zwar betrug der tschechische Zuwachs 98, so daß also 3 Minoritätsschulen, darunter eine deutsche, eingingen. Rund ein Fünftel aller deutschen Schulen in Mähren sind der Tschechisierung zum Opfer gefallen. In Schlesien sind eine Bürgerschule und 14 Volksschulen aufgelöst worden neben zahlreichen Privatschulen und Kindergärten. So sieht also in Wirklichkeit die große Fürsorge der Tschechen für das Minderheitsschulwesen aus!

Preßburg. Das sozialdemokratische Organ „Volksrecht“ veröffentlicht eine Zusammenstellung über das Ergebnis der jüngst vorgenommenen Einschreibung der Schulkinder von 6–12 Jahren in Preßburg. Insgesamt wurden 8149 Schulkinder eingeschrieben, davon 3541 deutsche, 2669 ungarische, 1258 slowakische, 464 tschechische, 197 jüdische und 20 verschiedene. Das sind also 43 und 33, zusammen 76 Prozent deutsche und ungarische Kinder, denen 15 Prozent slowakische und tschechische und 9 Prozent jüdische gegenüberstehen. Das deutsche sozialdemokratische Blatt sagt dazu: „Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache über die Nationalitätenzusammensetzung unserer Stadt.“ Den Rest hat der Zensor gestrichen. Man kann sich aber sehr wohl denken, was in diesen 5 Zeilen weiterhin noch stehen sollte!

Lodz. Im deutschen Lehrerseminar fand die Schuljahrs-Schlußfeier in feierlicher Weise statt. Mit dem Gesang „Nun danket alle Gott“ wurde sie eingeleitet, Pastor Dietrich hielt die Festansprache. Aus einer Reihe von guten Reden hörte man manches über das Schicksal der Anstalt. Als das Vaterland in Gefahr war, eilten die Zöglinge freiwillig zur polnischen Fahne. Die Seminarräume waren während des Krieges requiriert, trotzdem sind die Lehrerfolge gut: 17 Abiturienten und 3 Damen, die ihr Examen ablegten, können die Anstalt verlassen, doch ist der Lehrermangel groß, über 100 deutsche Lehrer und Lehrerinnen könnten sofort Anstellung in Polen finden. Die Schülerzahl betrug in 5 Kursen 29, 35, 29, 18 und 22, zusammen 133. Im Laufe des Schuljahrs schieden davon 21 Schüler aus. In der Küche für unbemittelte Schüler wurden täglich 75 Mittagessen verabfolgt. Für die Errichtung eines Internats spendete der Rektor Schmidt die bisherigen Einnahmen aus Aufführungen seines Bühnenwerkes: „Treu der Heimatscholle“ (100000 Mark) als Grundstock. Das Evangelisch-Augsburgische Konsistorium hat gleichfalls 100000 Mark gespendet. Im Namen des Kuratoriums sprach Redakteur Miller dem Direktor Michejda und dem Lehrer-Personal wärmsten Dank aus. Die zur Unterstützung unbemittelter Schüler bestehende „Schülerlade“ hatte 160000 Mark Einnahmen und 70000 Mark Ausgaben. Abiturienten sprachen sodann in deutscher und polnischer Sprache ihren Dank aus. Der Seminaristen-Chor und Solovorträge der Schule verschönten die Feier, dem auch das gut besetzte Seminaristen-Orchester zur schönen Wirkung verhalf.

Vom deutschen Ferienhochschulkurs in Hermannstadt. Die Siebenbürger Sachsen haben mit ihrem zweiten Ferienhochschulkurs in Hermannstadt einen großen Erfolg erzielt und sich um die Kulturpflege des Deutschtums in Siebenbürgen und im ganzen großrumänischen Deutschtum ein bleibendes Verdienst erworben. Der zweite Ferienhochschulkurs vom 10. bis 24. August war im ganzen von 635 Hörern besucht, wobei noch 2735

Einzelkarten verkauft wurden, so daß rund 850 Besucher auf jeden Vortrag kamen. Es waren 454 Teilnehmer aus Siebenbürgen, 50 aus dem Banat, 50 aus dem Deutschen Reiche, 25 aus der Bukowina, 20 aus Altrumänien, 14 aus Beßarabien, 13 aus Deutschösterreich. Der Berufsstatistik nach nahmen 116 männliche und 75 weibliche Professoren und Lehrer an den Kursen teil. 116 männliche und 24 weibliche Hoch- und Mittelschüler, 22 Pfarrer und 286 sonstige Personen. Die Kurse haben in der gesamten deutschen Presse Rumäniens vollen Anklang gefunden.

Dornfeld (Galizien). Der erste deutsche Volkshochschulkurs ist unter Leitung von Pfarrer Dr. Seefeld zu Ende gegangen. Anlässlich der Schlußfeier im Pfarrhause erörterte Pfarrer Seefeld die Ziele und die Notwendigkeit der Volkshochschulen. Gesangsvorträge und dramatische Vorführungen vereinten die Volkshochschülerinnen mit den Dornfelder Gästen. Am 26. Oktober soll ein zweiter Volkshochschul-Winterkurs für Burschen beginnen. Der Kurs wird 4 Monate dauern und wird hoffentlich denselben großen Erfolg haben, den auch der erste Kurs hatte.

DEUTSCHE VEREINE IM AUSLAND

Die Vernichtung des deutschen Vereinswesens in Slowenien. Aus Graz läßt sich die „Deutsch-österreichische Tageszeitung“ melden, in wie brutaler Weise die Regierung gegen die deutschen Vereine vorgeht, seien sie kultureller, politischer oder wirtschaftlicher Natur. Die politischen Vereine wurden zuerst als nicht im Staatsinteresse liegend einfach verboten. Nach diesem schönen Prinzip werden nun auch die humanitären und kulturellen Organisationen langsam beseitigt, nur die Marburger Feuerwehr und Rettungsgesellschaft hat man noch bestehen lassen, weil man sie nicht entbehren kann. So ist jetzt auch der Marburger Gewerbeverein, einer der ältesten und angesehensten wirtschaftlichen Vereine, aufgelöst worden und auch die bekannte philharmonische Gesellschaft wurde zunächst unter Staatsaufsicht gestellt, bekam einen fanatischen Altsorben als Staatsaufseher, der alsbald die Musikschule sperrte, die Lehrer entließ und den ganzen Vereinsbesitz, die wertvollen Notenmaterialien, die Instrumente, das Material und vor allen Dingen den Barbestand an sich nahm. Er berief alsdann 200 Slowenen ein, machte sie zu Mitgliedern des einst rein deutschen Vereins, ließ sich darauf zum Obmann wählen und der neue Verein war fertig. Zwar erhoben die alten Mitglieder Protest, dieser wurde aber von der slowenischen Landesregierung jetzt abgewiesen! Material für den Völkerbund zur schönen Phrase vom Schutz der Minderheiten und ihrer kulturellen Interessen!!

Czernowitz. Der Verein der Christlichen Deutschen in der Bukowina hielt am 3. April 1921 seine diesjährige ordentliche Vollversammlung ab, über die ein ausführlicher Bericht vorgelegt wird. Eine große Anzahl von Ortsgruppen beteiligte sich. Außerdem hatten auch andere deutsche Organisationen Vertreter entsandt. In einem interessanten Referat betonte der Obmann des Vereins, daß im Sinne der Weckung und Stärkung des Stammesbewußtseins und des Zusammengehörigkeitsgefühls unter den buchenländischen Deutschen erfolgreich weitergearbeitet worden sei, wenn auch leider die aktive Beteiligung der verschiedenen Ortsgruppen teilweise noch sehr zu wünschen übrig gelassen hätte. Den Zwecken des Vereins dienten im verflossenen Jahre verschiedene Veranstaltungen, unter denen die Dr. Kohlruß-Feier vom 27. Juni 1921, die mit der Ehrung eines der hervorragendsten Vereinsmitglieder eine würdige Kundgebung der Einmütigkeit des buchenländischen Deutschtums verband und auch der armen Schuljugend gedachte, besonders zu erwähnen ist. Bei dieser Gelegenheit wurden zugunsten des deutschen Schüler-

heimes in Czernowitz nahezu 3400 Lei gesammelt. Gemeinsam mit den beiden deutschen Waisenhausvereinen und dem deutschen Lehrerklub veranstaltete der Czernowitzer Hauptverein am 28. November 1920 einen Geselligkeitsabend, bei dem insbesondere der Opfersinn der deutschen Frauen sich bewährte. Gegen 16 500 Lei konnten für die beiden Waisenhäuser und für arme Schulkinder aufgebracht werden. Entsprechend der Bedeutung, die die Arbeit der Frau für das völkische Vereinsleben gewonnen hat, faßte der Vorstand den Beschluß, vorderhand 2 Vorstandsmandate an Frauen zu übertragen.

Zur Förderung des völkischen Gedankens wird ein Kalender herausgegeben, für den Professor Csato die Redaktion übernommen hat. Außer diesem Kalender dienen der Pflege des geistigen Wohles die deutschen volkstümlichen Volksbildungsvorträge in Czernowitz, die dank der Mitwirkung deutscher Universitätsprofessoren schon jetzt zu einem Bildungsmittel ersten Ranges geworden sind. Der bisherige Erfolg hat den Ausschuß bewogen, auch in den übrigen größeren Gemeinden künftig Vorträge zu veranstalten. Auch die Bücherei des Vereins hat einen erfreulichen Aufschwung genommen; sie besitzt gegenwärtig schon 3500 Bände.

Auf dem Gebiete des Schulwesens konnte der Verein sich durch Sammlung von 6000 Lei für den Schulbau in Korlata, sowie durch Eröffnung eines Kindergartens verdient machen.

Tatkräftige Hilfe leistete er auch im vergangenen Jahr durch Stellenvermittlung und durch bare Unterstützungen. 50 Personen konnten geeignete Beschäftigung nachgewiesen bekommen. In 11 Fällen wurde der bittersten Not durch Geld abgeholfen. Leider reichen die Mittel nicht aus, um hier alle Aufgaben zu erfüllen, die der Verein sich gesteckt hatte. So konnte der Gedanke einer Ferienkolonie im Buchenlande für arme unterernährte Kinder Wiens noch nicht durchgeführt werden. Ebenso wenig ließ es sich ermöglichen, eine eigene Zeitschrift zu gründen. Der Verein ist deshalb nach wie vor auf das einzige gegenwärtig bestehende völkische Blatt in der Bukowina, die „Deutsche Volkszeitung“, angewiesen.

Sehr erfreulich ist das Wachsen der Mitgliederzahl. Diese vermehrte sich im Jahre 1920 um 1024 gegen 8 im Jahre 1919, so daß der Verein zurzeit nahezu 6500 Mitglieder zählt. Dem entsprechend wuchsen die Gesamteinnahmen von 19 312 Lei im Jahre 1919 auf 81 315 im Jahre 1921. Diesen standen 65 642 Lei Gesamtausgaben gegen 7519 Lei im Jahre 1919 gegenüber.

Mit Bedauern berichtet der Vorsitzende vom Ausscheiden der Herren Hofrat Dr. Wolf, Professor Hudeczek und Finanzsekretär Brucker, die in jahrelanger treuer Arbeit der deutschen Sache gedient hatten.

Obmann des Vereins ist auch weiterhin Professor Dr. Butz. **Jugendbundtagung in Schäßburg.** Am 9. August wurde in Schäßburg ein allgemeiner sächsischer Jugendbund begründet. Professor Brandsch-Schäßburg begrüßte die zahlreich erscheinenden Gäste, er wurde selbst zum Leiter der Verhandlungen gewählt. An den Sachsenbischof Teutsch in Hermannstadt, sowie an den deutsch-sächsischen Volksrat wurden Begrüßungstelegramme abgesandt. Pfarrer Städel sprach über die allgemeinen Gesichtspunkte für die Jugendbundarbeit und wies darauf hin, daß in Mediasch vor 73 Jahren zum ersten Male ein sächsischer Jugendbund begründet worden sei. Das Ideal des Jugendbundes müsse Deutschtum und Menschentum sein. Über die Bruder- und Schwesternschaften innerhalb des Jugendbundes sprach Pfarrer Hermann, über die „Mittelschüler im Rahmen des Jugendbundes“ Professor Ihl, der betonte, daß die in Selbstbildungsvereinen und Coeten organisierten Mittelschüler der Jugendbundbewegung nicht fern bleiben dürften. Das gleiche

Tschecho-Slowakei mehr als dreimal so viel pro Kopf der Bevölkerung für ihr Militärwesen ausgibt als für ihr Schulwesen! Die Schriftleitung) und zudem gebe es nicht mehr so viele deutsche Kinder. Die „Prager Presse“ führt dafür einige Beispiele an, aber alles Beispiele, von denen man weiß, daß die Tschecho-Slowakei dort mit Kunst und Tücke die deutschen Kinder statistisch einfach aus der Welt schaffte, indem sie sie zu irgendeiner anderen Nationalität zwang. Auch die ganze oben angeführte Statistik ist nur geschickt aufgemacht, um zu verdecken, was wirklich geschieht: Nämlich, daß die deutschen Schulen rücksichtslos beseitigt werden, um die Tschecho-Slowakei in die Möglichkeit zu versetzen, in die Schulgebäude einfach und ohne Aufwand von Geist und von Mitteln ihre eigenen Schulen zu setzen, daß dabei schonungslos und kulturlos vorgegangen wird und daß demgemäß auch die Leistungen der Schulen entsprechend abgenommen haben.

Die erwähnte tschechische Quelle, die man als solche stets im Auge behalten muß, errechnet in einem zweiten Artikel für die gesamte Tschechoslowakei 158 Gymnasien, von denen 91 tschechisch, 56 deutsch und 11 polnisch waren. Gegenüber dem Zustand vor dem Kriege hätten die Tschechen 25 Gymnasien gewonnen, während die Deutschen 5 neue Anstalten bekommen hätten. An 779 tschechischen Klassen gab es 32 Schüler pro Klasse, 385 pro Anstalt, während bei 443 deutschen Klassen der Klassendurchschnitt 23, der Anstaltsdurchschnitt 213 ausmacht. Die Deutschen hätten es also viel bequemer zu unterrichten. Von 74 Realschulen seien 48 tschechisch und 26 deutsch. Auf 563 tschechische Klassen entfielen 38 Schüler pro Klasse, 446 pro Anstalt. Bei 239 deutschen Klassen gab es 33 Schüler pro Klasse und 304 Schüler pro Anstalt. 18 tschechische Mädchenmittelschulen standen 13 deutsche gegenüber (Tschechen: 154 Klassen, Klassendurchschnitt 35, Anstaltsdurchschnitt 305, deutsch: 82 Klassen, Klassendurchschnitt 26, Anstaltsdurchschnitt 168), bei 33 tschechischen gab es 17 deutsche Lehrerbildungsanstalten (die Schülerzahl ist beschränkt maximal mit 40 pro Jahrgang, der tschechische Durchschnitt ist 36, der deutsche 29 pro Jahrgang). Die tschechische Statistik versucht, nachzuweisen, daß zwar die Deutschen hie und da einige Schultypen verloren hätten, rechnet aber fest aus, daß das nahezu überall einem Gewinn gleichkomme, denn es gibt tausend Entschuldigungen für solche Verluste. Der positive Verlust gegen 1913/14 beträgt aber selbst nach der tschechischen Statistik 11 Realschulen, 3 Mädchenmittelschulen und 8 Lehrerbildungsanstalten. Anstatt neue tschechische Anstalten zu begründen, das deutsche Bildungswesen aber nicht zu schwächen, haben es sich die Tschechen eben bequem gemacht und haben einfach die deutschen Anstalten geschlossen, um für sich in den Gebäuden 25 Gymnasien, 5 Realschulen, 3 Mädchenmittelschulen und 5 Lehrerbildungsanstalten neu gründen zu können. Und das alles nach der tschechischen Statistik!

Gegenüber den Ausführungen der „Prager Presse“ wird in der „Deutsch-österreichischen Tageszeitung“ in Wien einfach festgestellt, daß die Anzahl der Volksschulen in Böhmen von 1913/14 bis 1920/21 um 288 zunahm, während die Deutschen 71 Volksschulen einbüßten, ungerechnet der zahlreichen Volksschulen, die „gedrosselt“ wurden, d. h. die um eine oder mehrere Klassen vermindert oder mit anderen Schulen vereinigt wurden. Dagegen seien bis zum 1. Januar 1921 in Böhmen allein 406 Landes-Minoritäts-Volksschulen vom Schulministerium übernommen worden, von denen nur 8 deutsche Unterrichtssprache haben. 1398 tschechische Minoritätsschulen sind aber ausschließlich in rein deutschen Bezirken errichtet worden, wo früher überhaupt kein Bedürfnis nach einer tschechischen Bildungsstätte vorhanden war, wo

man die nötige Kinderzahl erst schaffen mußte dadurch, daß man tschechische Offiziere und Beamte in solche Gegenden versetzte. Die Zahl der Bürgerschulen nahm um 193 zu, wobei die Deutschen 4 einbüßten. Minoritäts-Bürgerschulen wurden 41 eröffnet. Noch schlimmer stehen die Dinge in Mähren, wo die Zahl der Volksschulen um 95 zunahm, die Deutschen aber 9 verloren, so daß die Tschechen 186 neu gewannen. An Bürgerschulen gab es 95 mehr, und zwar betrug der tschechische Zuwachs 98, so daß also 3 Minoritätsschulen, darunter eine deutsche, eingingen. Rund ein Fünftel aller deutschen Schulen in Mähren sind der Tschechisierung zum Opfer gefallen. In Schlesien sind eine Bürgerschule und 14 Volksschulen aufgelöst worden neben zahlreichen Privatschulen und Kindergärten. So sieht also in Wirklichkeit die große Fürsorge der Tschechen für das Minderheitsschulwesen aus!

Preßburg. Das sozialdemokratische Organ „Volksrecht“ veröffentlichte eine Zusammenstellung über das Ergebnis der jüngst vorgenommenen Einschreibung der Schulkinder von 6–12 Jahren in Preßburg. Insgesamt wurden 8149 Schulkinder eingeschrieben, davon 3541 deutsche, 2669 ungarische, 1258 slowakische, 464 tschechische, 197 jüdische und 20 verschiedene. Das sind also 43 und 33, zusammen 76 Prozent deutsche und ungarische Kinder, denen 15 Prozent slowakische und tschechische und 9 Prozent jüdische gegenüberstehen. Das deutsche sozialdemokratische Blatt sagt dazu: „Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache über die Nationalitätenzusammensetzung unserer Stadt.“ Den Rest hat der Zensor gestrichen. Man kann sich aber sehr wohl denken, was in diesen 5 Zeilen weiterhin noch stehen sollte!

Lodz. Im deutschen Lehrerseminar fand die Schuljahrsschlußfeier in feierlicher Weise statt. Mit dem Gesang „Nun danket alle Gott“ wurde sie eingeleitet, Pastor Dietrich hielt die Festansprache. Aus einer Reihe von guten Reden hörte man manches über das Schicksal der Anstalt. Als das Vaterland in Gefahr war, eilten die Zöglinge freiwillig zur polnischen Fahne. Die Seminarräume waren während des Krieges requiriert, trotzdem sind die Lehrerfolge gut: 17 Abiturienten und 3 Damen, die ihr Examen ablegten, können die Anstalt verlassen, doch ist der Lehrermangel groß, über 100 deutsche Lehrer und Lehrerinnen könnten sofort Anstellung in Polen finden. Die Schülerzahl betrug in 5 Kursen 29, 35, 29, 18 und 22, zusammen 133. Im Laufe des Schuljahrs schieden davon 21 Schüler aus. In der Küche für unbemittelte Schüler wurden täglich 75 Mittagessen verabfolgt. Für die Errichtung eines Internats spendete der Rektor Schmidt die bisherigen Einnahmen aus Aufführungen seines Bühnenwerkes: „Treu der Heimatscholle“ (100000 Mark) als Grundstock. Das Evangelisch-Augsburgische Konsistorium hat gleichfalls 100000 Mark gespendet. Im Namen des Kuratoriums sprach Redakteur Miller dem Direktor Michejda und dem Lehrer-Personal wärmsten Dank aus. Die zur Unterstützung unbemittelter Schüler bestehende „Schülerlade“ hatte 160000 Mark Einnahmen und 70000 Mark Ausgaben. Abiturienten sprachen sodann in deutscher und polnischer Sprache ihren Dank aus. Der Seminaristen-Chor und Solovorträge der Schüler verschönten die Feier, dem auch das gut besetzte Seminaristen-Orchester zur schönen Wirkung verhalf.

Vom deutschen Ferienhochschulkurs in Hermannstadt. Die Siebenbürger Sachsen haben mit ihrem zweiten Ferienhochschulkurs in Hermannstadt einen großen Erfolg erzielt und sich um die Kulturpflege des Deutschtums in Siebenbürgen und im ganzen großrumänischen Deutschtum ein bleibendes Verdienst erworben. Der zweite Ferienhochschulkurs vom 10. bis 24. August war im ganzen von 635 Hörern besucht, wobei noch 2755

Einzelkarten verkauft wurden, so daß rund 850 Besucher auf den Vortrag kamen. Es waren 454 Teilnehmer aus Siebenbürgen, 10 aus dem Banat, 50 aus dem Deutschen Reiche, 25 aus der Bukowina, 20 aus Altrumänien, 14 aus Beßarabien, 13 aus Deutschösterreich. Der Berufsstatistik nach nahmen 116 männliche und 75 weibliche Professoren und Lehrer an den Kursen teil, 116 männliche und 24 weibliche Hoch- und Mittelschüler, 2 Pfarrer und 286 sonstige Personen. Die Kurse haben in der gesamten deutschen Presse Rumäniens vollen Anklang gefunden. **Dornfeld** (Galizien). Der **erste deutsche Volkshochschulkurs** unter Leitung von Pfarrer Dr. Seefeld zu Ende gegangen. Anläßlich der Schlußfeier im Pfarrhause erörterte Pfarrer Seefeld die Ziele und die Notwendigkeit der Volkshochschulen. Gesangsvorträge und dramatische Vorführungen vereinten die Volkshochschülerinnen mit den Dornfelder Gästen. Am 26. Oktober soll ein zweiter Volkshochschul-Winterkurs für Burschen beginnen. Der Kurs wird 4 Monate dauern und wird hoffentlich denselben großen Erfolg haben, den auch der erste Kurs hatte.

DEUTSCHE VEREINE IM AUSLAND

Die **Vernichtung des deutschen Vereinswesens in Slowenien**. Aus Graz läßt sich die „Deutsch-österreichische Tageszeitung“ melden, in wie brutaler Weise die Regierung gegen die deutschen Vereine vorgeht, seien sie kultureller, politischer oder wirtschaftlicher Natur. Die politischen Vereine wurden zuerst als nicht im Staatsinteresse liegend einfach verboten. Nach diesem schönen Prinzip werden nun auch die humanitären und kulturellen Organisationen langsam beseitigt, nur die Marburger Feuerwehr und Rettungsgesellschaft hat man noch bestehen lassen, weil man sie nicht entbehren kann. So ist jetzt auch der Marburger Gewerbeverein, einer der ältesten und angesehensten wirtschaftlichen Vereine, aufgelöst worden und auch die bekannte philharmonische Gesellschaft wurde zunächst unter Staatsaufsicht gestellt, bekam einen fanatischen Altorden als Staatsaufseher, der alsbald die Musikschule sperrte, die Lehrer entließ und den ganzen Vereinsbesitz, die wertvollen Notenmaterialien, die Instrumente, das Material und vor allen Dingen den Barbestand an sich nahm. Er berief alsdann 200 Slowenen ein, machte sie zu Mitgliedern des einst rein deutschen Vereins, ließ sich darauf zum Obmann wählen und der neue Verein war fertig. Zwar erhoben die alten Mitglieder Protest, dieser wurde aber von der slowenischen Landesregierung jetzt angewiesen! Material für den Völkerbund zur schönen Phrase vom Schutz der Minderheiten und ihrer kulturellen Interessen!!

Czernowitz. Der Verein der Christlichen Deutschen in der Bukowina hielt am 3. April 1921 seine diesjährige ordentliche Vollversammlung ab, über die ein ausführlicher Bericht vorgelegt wird. Eine große Anzahl von Ortsgruppen beteiligte sich. Außerdem hatten auch andere deutsche Organisationen Vertreter entsandt. In einem interessanten Referat betonte der Obmann des Vereins, daß im Sinne der Weckung und Stärkung des Stammesbewußtseins und des Zusammengehörigkeitsgefühls unter den buchenländischen Deutschen erfolgreich weitergearbeitet worden sei, wenn auch leider die aktive Beteiligung der verschiedenen Ortsgruppen teilweise noch sehr zu wünschen übrig gelassen bliebe. Den Zwecken des Vereins dienten im verflossenen Jahre verschiedene Veranstaltungen, unter denen die Dr. Kohlrauß-Feier vom 27. Juni 1921, die mit der Ehrung eines der hervorragendsten Vereinsmitglieder eine würdige Kundgebung der Einigkeit des buchenländischen Deutschtums verband und auch der armen Schuljugend gedachte, besonders zu erwähnen ist. Bei dieser Gelegenheit wurden zugunsten des deutschen Schüler-

heimes in Czernowitz nahezu 3400 Lei gesammelt. Gemeinsam mit den beiden deutschen Waisenhausvereinen und dem deutschen Lehrerkreis veranstaltete der Czernowitzer Hauptverein am 28. November 1920 einen Geselligkeitsabend, bei dem insbesondere der Opfersinn der deutschen Frauen sich bewährte. Gegen 16 500 Lei konnten für die beiden Waisenhäuser und für arme Schulkinder aufgebracht werden. Entsprechend der Bedeutung, die die Arbeit der Frau für das völkische Vereinsleben gewonnen hat, faßte der Vorstand den Beschluß, vorderhand 2 Vorstandsmandate an Frauen zu übertragen.

Zur Förderung des völkischen Gedankens wird ein Kalender herausgegeben, für den Professor Csato die Redaktion übernommen hat. Außer diesem Kalender dienen der Pflege des geistigen Wohles die deutschen volkstümlichen Volksbildungsvorträge in Czernowitz, die dank der Mitwirkung deutscher Universitätsprofessoren schon jetzt zu einem Bildungsmittel ersten Ranges geworden sind. Der bisherige Erfolg hat den Ausschuß bewogen, auch in den übrigen größeren Gemeinden künftig Vorträge zu veranstalten. Auch die Bücherei des Vereins hat einen erfreulichen Aufschwung genommen; sie besitzt gegenwärtig schon 3500 Bände.

Auf dem Gebiete des Schulwesens konnte der Verein sich durch Sammlung von 6000 Lei für den Schulbau in Korlata, sowie durch Eröffnung eines Kindergartens verdient machen.

Tatkräftige Hilfe leistete er auch im vergangenen Jahr durch Stellenvermittlung und durch bare Unterstützungen. 50 Personen konnten geeignete Beschäftigung nachgewiesen bekommen. In 11 Fällen wurde der bittersten Not durch Geld abgeholfen. Leider reichen die Mittel nicht aus, um hier alle Aufgaben zu erfüllen, die der Verein sich gesteckt hatte. So konnte der Gedanke einer Ferienkolonie im Buchenlande für arme unterernährte Kinder Wiens noch nicht durchgeführt werden. Ebenso wenig ließ es sich ermöglichen, eine eigene Zeitschrift zu gründen. Der Verein ist deshalb nach wie vor auf das einzige gegenwärtig bestehende völkische Blatt in der Bukowina, die „Deutsche Volkszeitung“, angewiesen.

Sehr erfreulich ist das Wachsen der Mitgliederzahl. Diese vermehrte sich im Jahre 1920 um 1024 gegen 8 im Jahre 1919, so daß der Verein zurzeit nahezu 6500 Mitglieder zählt. Dem entsprechend wuchsen die Gesamteinnahmen von 19 312 Lei im Jahre 1919 auf 81 315 im Jahre 1921. Diesen standen 65 642 Lei Gesamtausgaben gegen 7519 Lei im Jahre 1919 gegenüber.

Mit Bedauern berichtet der Vorsitzende vom Ausscheiden der Herren Hofrat Dr. Wolf, Professor Hudeczek und Finanzsekretär Brucker, die in jahrelanger treuer Arbeit der deutschen Sache gedient hatten.

Obmann des Vereins ist auch weiterhin Professor Dr. Butz.

Jugendbundtagung in Schäßburg. Am 9. August wurde in Schäßburg ein allgemeiner sächsischer Jugendbund begründet. Professor Brandsch-Schäßburg begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste, er wurde selbst zum Leiter der Verhandlungen gewählt. An den Sachsenbischof Deutsch in Hermannstadt, sowie an den deutsch-sächsischen Volksrat wurden Begrüßungstelegramme abgesandt. Pfarrer Städel sprach über die allgemeinen Gesichtspunkte für die Jugendbundarbeit und wies darauf hin, daß in Mediasch vor 73 Jahren zum ersten Male ein sächsischer Jugendbund begründet worden sei. Das Ideal des Jugendbundes müsse Deutschtum und Menschentum sein. Über die Bruder- und Schwesternschaften innerhalb des Jugendbundes sprach Pfarrer Hermann, über die „Mittelschüler im Rahmen des Jugendbundes“ Professor Ihl, der betonte, daß die in Selbstbildungsvereinen und Coeten organisierten Mittelschüler der Jugendbundbewegung nicht fern bleiben dürften. Das gleiche

Tschecho-Slowakei mehr als dreimal so viel pro Kopf der Bevölkerung für ihr Militärwesen ausgibt als für ihr Schulwesen! Die Schriftleitung) und zudem gebe es nicht mehr so viele deutsche Kinder. Die „Prager Presse“ führt dafür einige Beispiele an, aber alles Beispiele, von denen man weiß, daß die Tschecho-Slowakei dort mit Kunst und Tücke die deutschen Kinder statistisch einfach aus der Welt schaffte, indem sie sie zu irgendeiner anderen Nationalität zwang. Auch die ganze oben angeführte Statistik ist nur geschickt aufgemacht, um zu verdecken, was wirklich geschieht: Nämlich, daß die deutschen Schulen rücksichtslos beseitigt werden, um die Tschecho-Slowakei in die Möglichkeit zu versetzen, in die Schulgebäude einfach und ohne Aufwand von Geist und von Mitteln ihre eigenen Schulen zu setzen, daß dabei schonungslos und kulturlos vorgegangen wird und daß demgemäß auch die Leistungen der Schulen entsprechend abgenommen haben.

Die erwähnte tschechische Quelle, die man als solche stets im Auge behalten muß, errechnet in einem zweiten Artikel für die gesamte Tschechoslowakei 158 Gymnasien, von denen 91 tschechisch, 56 deutsch und 11 polnisch waren. Gegenüber dem Zustand vor dem Kriege hätten die Tschechen 25 Gymnasien gewonnen, während die Deutschen 5 neue Anstalten bekommen hätten. An 779 tschechischen Klassen gab es 32 Schüler pro Klasse, 385 pro Anstalt, während bei 443 deutschen Klassen der Klassendurchschnitt 23, der Anstaltsdurchschnitt 213 ausmacht. Die Deutschen hätten es also viel bequemer zu unterrichten. Von 74 Realschulen seien 48 tschechisch und 26 deutsch. Auf 563 tschechische Klassen entfielen 38 Schüler pro Klasse, 446 pro Anstalt. Bei 239 deutschen Klassen gab es 33 Schüler pro Klasse und 304 Schüler pro Anstalt. 18 tschechische Mädchenmittelschulen standen 13 deutsche gegenüber (Tschechen: 154 Klassen, Klassendurchschnitt 35, Anstaltsdurchschnitt 305, deutsch: 82 Klassen, Klassendurchschnitt 26, Anstaltsdurchschnitt 168), bei 33 tschechischen gab es 17 deutsche Lehrerbildungsanstalten (die Schülerzahl ist beschränkt maximal mit 40 pro Jahrgang, der tschechische Durchschnitt ist 36, der deutsche 29 pro Jahrgang). Die tschechische Statistik versucht, nachzuweisen, daß zwar die Deutschen hie und da einige Schultypen verloren hätten, rechnet aber fest aus, daß das nahezu überall einem Gewinn gleichkomme, denn es gibt tausend Entschuldigungen für solche Verluste. Der positive Verlust gegen 1913/14 beträgt aber selbst nach der tschechischen Statistik 11 Realschulen, 3 Mädchenmittelschulen und 8 Lehrerbildungsanstalten. Anstatt neue tschechische Anstalten zu begründen, das deutsche Bildungswesen aber nicht zu schwächen, haben es sich die Tschechen eben bequem gemacht und haben einfach die deutschen Anstalten geschlossen, um für sich in den Gebäuden 25 Gymnasien, 5 Realschulen, 3 Mädchenmittelschulen und 5 Lehrerbildungsanstalten neu gründen zu können. Und das alles nach der tschechischen Statistik!

Gegenüber den Ausführungen der „Prager Presse“ wird in der „Deutsch-österreichischen Tageszeitung“ in Wien einfach festgestellt, daß die Anzahl der Volksschulen in Böhmen von 1913/14 bis 1920/21 um 288 zunahm, während die Deutschen 71 Volksschulen einbüßten, ungerechnet der zahlreichen Volksschulen, die „gedrosselt“ wurden, d. h. die um eine oder mehrere Klassen vermindert oder mit anderen Schulen vereinigt wurden. Dagegen seien bis zum 1. Januar 1921 in Böhmen allein 406 Landes-Minoritäts-Volksschulen vom Schulministerium übernommen worden, von denen nur 8 deutsche Unterrichtssprache haben. 1398 tschechische Minoritätsschulen sind aber ausschließlich in rein deutschen Bezirken errichtet worden, wo früher überhaupt kein Bedürfnis nach einer tschechischen Bildungsstätte vorhanden war, wo

man die nötige Kinderzahl erst schaffen mußte dadurch, daß man tschechische Offiziere und Beamte in solche Gegenden versetzte. Die Zahl der Bürgerschulen nahm um 193 zu, wobei die Deutschen 4 einbüßten. Minoritäts-Bürgerschulen wurden 41 eröffnet. Noch schlimmer stehen die Dinge in Mähren, wo die Zahl der Volksschulen um 95 zunahm, die Deutschen aber 91 verloren, so daß die Tschechen 186 neu gewannen. An Bürgerschulen gab es 95 mehr, und zwar betrug der tschechische Zuwachs 98, so daß also 3 Minoritätsschulen, darunter eine deutsche, eingingen. Rund ein Fünftel aller deutschen Schulen in Mähren sind der Tschechisierung zum Opfer gefallen. In Schlesien sind eine Bürgerschule und 14 Volksschulen aufgelöst worden neben zahlreichen Privatschulen und Kindergärten. So sieht also in Wirklichkeit die große Fürsorge der Tschechen für das Minderheitsschulwesen aus!

Preßburg. Das sozialdemokratische Organ „Volksrecht“ veröffentlicht eine Zusammenstellung über das Ergebnis der jüngst vorgenommenen Einschreibung der Schulkinder von 6–12 Jahren in Preßburg. Insgesamt wurden 8149 Schulkinder eingeschrieben, davon 3541 deutsche, 2669 ungarische, 1258 slowakische, 464 tschechische, 197 jüdische und 20 verschiedene. Das sind also 43 und 33, zusammen 76 Prozent deutsche und ungarische Kinder, denen 15 Prozent slowakische und tschechische und 9 Prozent jüdische gegenüberstehen. Das deutsche sozialdemokratische Blatt sagt dazu: „Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache über die Nationalitätenzusammensetzung unserer Stadt.“ Den Rest hat der Zensor gestrichen. Man kann sich aber sehr wohl denken, was in diesen 5 Zeilen weiterhin noch stehen sollte!

Lodz. Im deutschen Lehrerseminar fand die Schuljahr-Schlußfeier in feierlicher Weise statt. Mit dem Gesang „Nun danket alle Gott“ wurde sie eingeleitet, Pastor Dietrich hielt die Festansprache. Aus einer Reihe von guten Reden hörte man manches über das Schicksal der Anstalt. Als das Vaterland in Gefahr war, eilten die Zöglinge freiwillig zur polnischen Fahne. Die Seminarräume waren während des Krieges requiriert, trotzdem sind die Lehrerfolge gut: 17 Abiturienten und 3 Damen, die ihr Examen ablegten, können die Anstalt verlassen, doch ist der Lehrermangel groß, über 100 deutsche Lehrer und Lehrerinnen könnten sofort Anstellung in Polen finden. Die Schülerzahl betrug in 5 Kursen 29, 35, 29, 18 und 22, zusammen 133. Im Laufe des Schuljahrs schieden davon 21 Schüler aus. In der Küche für unbemittelte Schüler wurden täglich 75 Mittagessen verabfolgt. Für die Errichtung eines Internats spendete der Rektor Schmidt die bisherigen Einnahmen aus Aufführungen seines Bühnenwerkes: „Treu der Heimatscholle“ (100000 Mark) als Grundstock. Das Evangelisch-Augsburgische Konsistorium hat gleichfalls 100000 Mark gespendet. Im Namen des Kuratoriums sprach Redakteur Miller dem Direktor Michejda und dem Lehrer-Personal wärmsten Dank aus. Die zur Unterstützung unbemittelter Schüler bestehende „Schülerlade“ hatte 160000 Mark Einnahmen und 70000 Mark Ausgaben. Abiturienten sprachen sodann in deutscher und polnischer Sprache ihren Dank aus. Der Seminaristen-Chor und Solovorträge der Schüler verschönten die Feier, dem auch das gut besetzte Seminaristen-Orchester zur schönen Wirkung verhalf.

Vom deutschen Ferienhochschulkurs in Hermannstadt. Die Siebenbürger Sachsen haben mit ihrem zweiten Ferienhochschulkurs in Hermannstadt einen großen Erfolg erzielt und sich um die Kulturpflege des Deutschtums in Siebenbürgen und im ganzen großrumänischen Deutschtum ein bleibendes Verdienst erworben. Der zweite Ferienhochschulkurs vom 10. bis 24. August war im ganzen von 635 Hörern besucht, wobei noch 2755

Einzelkarten verkauft wurden, so daß rund 850 Besucher auf den Vortrag kamen. Es waren 454 Teilnehmer aus Siebenbürgen, 10 aus dem Banat, 50 aus dem Deutschen Reiche, 25 aus der Bukowina, 20 aus Altrumänien, 14 aus Beßarabien, 13 aus Deutschösterreich. Der Berufsstatistik nach nahmen 116 männliche und 75 weibliche Professoren und Lehrer an den Kursen teil. 116 männliche und 24 weibliche Hoch- und Mittelschüler, 2 Pfarrer und 286 sonstige Personen. Die Kurse haben in der gesamten deutschen Presse Rumäniens vollen Anklang gefunden.

Dornfeld (Galizien). Der **erste deutsche Volkshochschulkurs** unter Leitung von Pfarrer Dr. Seefeld zu Ende gegangen. In der abschließenden Schlußfeier im Pfarrhause erörterte Pfarrer Seefeld die Ziele und die Notwendigkeit der Volkshochschulen. Gesangsvorträge und dramatische Vorführungen vereinten die Volkshochschülerinnen mit den Dornfelder Gästen. Am 26. Oktober begann ein zweiter Volkshochschul-Winterkurs für Burschen beginnen. Der Kurs wird 4 Monate dauern und wird hoffentlich denselben großen Erfolg haben, den auch der erste Kurs hatte.

DEUTSCHE VEREINE IM AUSLAND

Die **Vernichtung des deutschen Vereinswesens in Slowenien**. Aus Graz läßt sich die „Deutsch-österreichische Tageszeitung“ melden, in wie brutaler Weise die Regierung gegen die deutschen Vereine vorgeht, seien sie kultureller, politischer oder wirtschaftlicher Natur. Die politischen Vereine wurden zuerst als nicht im Staatsinteresse liegend einfach verboten. Nach diesem schönen Prinzip werden nun auch die humanitären und kulturellen Organisationen langsam beseitigt, nur die Marburger Feuerwehr und Rettungsgesellschaft hat man noch bestehen lassen, weil man sie nicht entbehren kann. So ist jetzt auch der Marburger Gewerbeverein, einer der ältesten und angesehensten wirtschaftlichen Vereine, aufgelöst worden und auch die bekannte philharmonische Gesellschaft wurde zunächst unter Staatsaufsicht gestellt, bekam einen fanatischen Altorden als Staatsaufseher, der alsbald die Musikschule sperrte, die Lehrer entließ und den ganzen Vereinsbesitz, die wertvollen Notenmaterialien, die Instrumente, das Material und vor allen Dingen den Barbestand an sich nahm. Er berief alsdann 200 Personen ein, machte sie zu Mitgliedern des einst rein deutschen Vereins, ließ sich darauf zum Obmann wählen und der neue Verein war fertig. Zwar erhoben die alten Mitglieder Protest, dieser wurde aber von der slowenischen Landesregierung jetzt angewiesen! Material für den Völkerbund zur schönen Phrase vom Schutz der Minderheiten und ihrer kulturellen Interessen!

Czernowitz. Der Verein der Christlichen Deutschen in der Bukowina hielt am 3. April 1921 seine diesjährige ordentliche Vollversammlung ab, über die ein ausführlicher Bericht vorliegt wird. Eine große Anzahl von Ortsgruppen beteiligte sich. Außerdem hatten auch andere deutsche Organisationen Vertreter entsandt. In einem interessanten Referat betonte der Obmann des Vereins, daß im Sinne der Weckung und Stärkung des Stammbewußtseins und des Zusammengehörigkeitsgefühls unter den buchenländischen Deutschen erfolgreich weitergearbeitet worden sei, wenn auch leider die aktive Beteiligung der verschiedenen Ortsgruppen teilweise noch sehr zu wünschen übrig gelassen bliebe. Den Zwecken des Vereins dienten im verflossenen Jahre verschiedene Veranstaltungen, unter denen die Dr. Kohlrausch-Feier vom 27. Juni 1921, die mit der Ehrung eines der hervorragendsten Vereinsmitglieder eine würdige Kundgebung der Einigkeit des buchenländischen Deutschtums verband und auch der armen Schuljugend gedachte, besonders zu erwähnen ist. Bei dieser Gelegenheit wurden zugunsten des deutschen Schüler-

heimes in Czernowitz nahezu 3400 Lei gesammelt. Gemeinsam mit den beiden deutschen Waisenhausvereinen und dem deutschen Lehrerklub veranstaltete der Czernowitzer Hauptverein am 28. November 1920 einen Geselligkeitsabend, bei dem insbesondere der Opfersinn der deutschen Frauen sich bewährte. Gegen 16 500 Lei konnten für die beiden Waisenhäuser und für arme Schulkinder aufgebracht werden. Entsprechend der Bedeutung, die die Arbeit der Frau für das völkische Vereinsleben gewonnen hat, faßte der Vorstand den Beschluß, vorderhand 2 Vorstandsmandate an Frauen zu übertragen.

Zur Förderung des völkischen Gedankens wird ein Kalender herausgegeben, für den Professor Csato die Redaktion übernommen hat. Außer diesem Kalender dienen der Pflege des geistigen Wohles die deutschen volkstümlichen Volksbildungsvorträge in Czernowitz, die dank der Mitwirkung deutscher Universitätsprofessoren schon jetzt zu einem Bildungsmittel ersten Ranges geworden sind. Der bisherige Erfolg hat den Ausschuß bewogen, auch in den übrigen größeren Gemeinden künftig Vorträge zu veranstalten. Auch die Bücherei des Vereins hat einen erfreulichen Aufschwung genommen; sie besitzt gegenwärtig schon 3500 Bände.

Auf dem Gebiete des Schulwesens konnte der Verein sich durch Sammlung von 6000 Lei für den Schulbau in Korlata, sowie durch Eröffnung eines Kindergartens verdient machen.

Tatkräftige Hilfe leistete er auch im vergangenen Jahr durch Stellenvermittlung und durch bare Unterstützungen. 50 Personen konnten geeignete Beschäftigung nachgewiesen bekommen. In 11 Fällen wurde der bittersten Not durch Geld abgeholfen. Leider reichen die Mittel nicht aus, um hier alle Aufgaben zu erfüllen, die der Verein sich gesteckt hatte. So konnte der Gedanke einer Ferienkolonie im Buchenlande für arme unterernährte Kinder Wiens noch nicht durchgeführt werden. Ebenso wenig ließ es sich ermöglichen, eine eigene Zeitschrift zu gründen. Der Verein ist deshalb nach wie vor auf das einzige gegenwärtig bestehende völkische Blatt in der Bukowina, die „Deutsche Volkszeitung“, angewiesen.

Sehr erfreulich ist das Wachsen der Mitgliederzahl. Diese vermehrte sich im Jahre 1920 um 1024 gegen 8 im Jahre 1919, so daß der Verein zurzeit nahezu 6500 Mitglieder zählt. Dem entsprechend wuchsen die Gesamteinnahmen von 19 312 Lei im Jahre 1919 auf 81 315 im Jahre 1921. Diesen standen 65 642 Lei Gesamtausgaben gegen 7519 Lei im Jahre 1919 gegenüber.

Mit Bedauern berichtet der Vorsitzende vom Ausscheiden der Herren Hofrat Dr. Wolf, Professor Hudeczek und Finanzsekretär Brucker, die in jahrelanger treuer Arbeit der deutschen Sache gedient hatten.

Obmann des Vereins ist auch weiterhin Professor Dr. Butz.

Jugendbundtagung in Schäßburg. Am 9. August wurde in Schäßburg ein allgemeiner sächsischer Jugendbund begründet. Professor Brandsch-Schäßburg begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste, er wurde selbst zum Leiter der Verhandlungen gewählt. An den Sachsenbischof Teutsch in Hermannstadt, sowie an den deutsch-sächsischen Volksrat wurden Begrüßungstelegramme abgesandt. Pfarrer Stödel sprach über die allgemeinen Gesichtspunkte für die Jugendbundarbeit und wies darauf hin, daß in Mediasch vor 73 Jahren zum ersten Male ein sächsischer Jugendbund begründet worden sei. Das Ideal des Jugendbundes müsse Deutschtum und Menschentum sein. Über die Bruder- und Schwesternschaften innerhalb des Jugendbundes sprach Pfarrer Hermann, über die „Mittelschüler im Rahmen des Jugendbundes“ Professor Ihl, der betonte, daß die in Selbstbildungsvereinen und Coeten organisierten Mittelschüler der Jugendbundbewegung nicht fern bleiben dürften. Das gleiche

Tschecho-Slowakei mehr als dreimal so viel pro Kopf der Bevölkerung für ihr Militärwesen ausgibt als für ihr Schulwesen! Die Schriftleitung) und zudem gebe es nicht mehr so viele deutsche Kinder. Die „Prager Presse“ führt dafür eintige Beispiele an, aber alles Beispiele, von denen man weiß, daß die Tschecho-Slowakei dort mit Kunst und Tücke die deutschen Kinder statistisch einfach aus der Welt schaffte, indem sie sie zu irgendeiner anderen Nationalität zwang. Auch die ganze oben angeführte Statistik ist nur geschickt aufgemacht, um zu verdecken, was wirklich geschieht: Nämlich, daß die deutschen Schulen rücksichtslos beseitigt werden, um die Tschecho-Slowakei in die Möglichkeit zu versetzen, in die Schulgebäude einfach und ohne Aufwand von Geist und von Mitteln ihre eigenen Schulen zu setzen, daß dabei schonungslos und kulturlos vorgegangen wird und daß demgemäß auch die Leistungen der Schulen entsprechend abgenommen haben.

Die erwähnte tschechische Quelle, die man als solche stets im Auge behalten muß, errechnet in einem zweiten Artikel für die gesamte Tschechoslowakei 158 Gymnasien, von denen 91 tschechisch, 56 deutsch und 11 polnisch waren. Gegenüber dem Zustand vor dem Kriege hätten die Tschechen 25 Gymnasien gewonnen, während die Deutschen 5 neue Anstalten bekommen hätten. An 779 tschechischen Klassen gab es 32 Schüler pro Klasse, 385 pro Anstalt, während bei 443 deutschen Klassen der Klassendurchschnitt 23, der Anstaltsdurchschnitt 213 ausmacht. Die Deutschen hätten es also viel bequemer zu unterrichten. Von 74 Realschulen seien 48 tschechisch und 26 deutsch. Auf 563 tschechische Klassen entfielen 38 Schüler pro Klasse, 446 pro Anstalt. Bei 239 deutschen Klassen gab es 33 Schüler pro Klasse und 304 Schüler pro Anstalt. 18 tschechische Mädchenmittelschulen standen 13 deutsche gegenüber (Tschechen: 154 Klassen, Klassendurchschnitt 35, Anstaltsdurchschnitt 305, deutsch: 82 Klassen, Klassendurchschnitt 26, Anstaltsdurchschnitt 168), bei 33 tschechischen gab es 17 deutsche Lehrerbildungsanstalten (die Schülerzahl ist beschränkt maximal mit 40 pro Jahrgang, der tschechische Durchschnitt ist 36, der deutsche 29 pro Jahrgang). Die tschechische Statistik versucht, nachzuweisen, daß zwar die Deutschen hier und da einige Schultypen verloren hätten, rechnet aber fest aus, daß das nahezu überall einem Gewinn gleichkomme, denn es gibt tausend Entschuldigungen für solche Verluste. Der positive Verlust gegen 1913/14 beträgt aber selbst nach der tschechischen Statistik 11 Realschulen, 3 Mädchenmittelschulen und 8 Lehrerbildungsanstalten. Anstatt neue tschechische Anstalten zu begründen, das deutsche Bildungswesen aber nicht zu schwächen, haben es sich die Tschechen eben bequem gemacht und haben einfach die deutschen Anstalten geschlossen, um für sich in den Gebäuden 25 Gymnasien, 5 Realschulen, 3 Mädchenmittelschulen und 5 Lehrerbildungsanstalten neu gründen zu können. Und das alles nach der tschechischen Statistik!

Gegenüber den Ausführungen der „Prager Presse“ wird in der „Deutsch-österreichischen Tageszeitung“ in Wien einfach festgestellt, daß die Anzahl der Volksschulen in Böhmen von 1913/14 bis 1920/21 um 288 zunahm, während die Deutschen 71 Volksschulen einbüßten, ungerechnet der zahlreichen Volksschulen, die „gedrosselt“ wurden, d. h. die um eine oder mehrere Klassen vermindert oder mit anderen Schulen vereinigt wurden. Dagegen seien bis zum 1. Januar 1921 in Böhmen allein 406 Landes-Minoritäts-Volksschulen vom Schulministerium übernommen worden, von denen nur 8 deutsche Unterrichtssprache haben. 1398 tschechische Minoritätsschulen sind aber ausschließlich in rein deutschen Bezirken errichtet worden, wo früher überhaupt kein Bedürfnis nach einer tschechischen Bildungsstätte vorhanden war, wo

man die nötige Kinderzahl erst schaffen mußte dadurch, daß man tschechische Offiziere und Beamte in solche Gegenden versetzte. Die Zahl der Bürgerschulen nahm um 193 zu, wobei die Deutschen 4 einbüßten. Minoritäts-Bürgerschulen wurden 41 eröffnet. Noch schlimmer stehen die Dinge in Mähren, wo die Zahl der Volksschulen um 95 zunahm, die Deutschen aber 9 verloren, so daß die Tschechen 186 neu gewannen. An Bürgerschulen gab es 95 mehr, und zwar betrug der tschechische Zuwachs 98, so daß also 3 Minoritätsschulen, darunter eine deutsche, eingingen. Rund ein Fünftel aller deutschen Schulen in Mähren sind der Tschechisierung zum Opfer gefallen. In Schlesien sind eine Bürgerschule und 14 Volksschulen aufgelöst worden, neben zahlreichen Privatschulen und Kindergärten. So sieht also in Wirklichkeit die große Fürsorge der Tschechen für das Minderheitsschulwesen aus!

Preßburg. Das sozialdemokratische Organ „Volksrecht“ veröffentlicht eine Zusammenstellung über das Ergebnis der jüngst vorgenommenen Einschreibung der Schulkinder von 6–12 Jahren in Preßburg. Insgesamt wurden 8149 Schulkinder eingeschrieben, davon 3541 deutsche, 2669 ungarische, 1258 slowakische, 464 tschechische, 197 jüdische und 20 verschiedene. Das sind also 43 und 33, zusammen 76 Prozent deutsche und ungarische Kinder, denen 15 Prozent slowakische und tschechische und 9 Prozent jüdische gegenüberstehen. Das deutsche sozialdemokratische Blatt sagt dazu: „Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache über die Nationalitätenzusammensetzung unserer Stadt.“ Den Rest hat der Zensor gestrichen. Man kann sich aber sehr wohl denken, was in diesen 5 Zeilen weiterhin noch stehen sollte!

Lodz. Im deutschen Lehrerseminar fand die Schuljahr-Schlußfeier in feierlicher Weise statt. Mit dem Gesang „Nun danket alle Gott“ wurde sie eingeleitet, Pastor Dietrich hielt die Festansprache. Aus einer Reihe von guten Reden hörte man manches über das Schicksal der Anstalt. Als das Vaterland in Gefahr war, eilten die Zöglinge freiwillig zur polnischen Fahne. Die Seminarräume waren während des Krieges requiriert, trotzdem sind die Lehrerfolge gut: 17 Abiturienten und 3 Damen, die ihr Examen ablegten, können die Anstalt verlassen, doch ist der Lehrermangel groß, über 100 deutsche Lehrer und Lehrerinnen könnten sofort Anstellung in Polen finden. Die Schülerzahl betrug in 5 Kursen 29, 35, 29, 18 und 22, zusammen 133. Im Laufe des Schuljahrs schieden davon 21 Schüler aus. In der Küche für unbemittelte Schüler wurden täglich 75 Mittagessen verabfolgt. Für die Errichtung eines Internats spendete der Rektor Schmidt die bisherigen Einnahmen aus Aufführungen seines Bühnenwerkes: „Treu der Heimatscholle“ (100000 Mark) als Grundstock. Das Evangelisch-Augsburgische Konsistorium hat gleichfalls 100000 Mark gespendet. Im Namen des Kuratoriums sprach Redakteur Miller dem Direktor Michejda und dem Lehrer-Personal wärmsten Dank aus. Die zur Unterstützung unbemittelter Schüler bestehende „Schülerlade“ hatte 160000 Mark Einnahmen und 70000 Mark Ausgaben. Abiturienten sprachen sodann in deutscher und polnischer Sprache ihren Dank aus. Der Seminaristen-Chor und Solovorträge der Schüler verschönten die Feier, dem auch das gut besetzte Seminaristen-Orchester zur schönen Wirkung verhalf.

Vom deutschen Ferienhochschulkurs in Hermannstadt. Die Siebenbürger Sachsen haben mit ihrem zweiten Ferienhochschulkurs in Hermannstadt einen großen Erfolg erzielt und sich um die Kulturpflege des Deutschtums in Siebenbürgen und im ganzen großrumänischen Deutschtum ein bleibendes Verdienst erworben. Der zweite Ferienhochschulkurs vom 10. bis 24. August war im ganzen von 635 Hörern besucht, wobei noch 2755

Einzelkarten verkauft wurden, so daß rund 850 Besucher auf den Vortrag kamen. Es waren 454 Teilnehmer aus Siebenbürgen, 10 aus dem Banat, 50 aus dem Deutschen Reiche, 25 aus der Bukowina, 20 aus Altrumänien, 14 aus Bessarabien, 13 aus Österreich. Der Berufsstatistik nach nahmen 116 männliche und 75 weibliche Professoren und Lehrer an den Kursen teil, 116 männliche und 24 weibliche Hoch- und Mittelschüler, 2 Pfarrer und 286 sonstige Personen. Die Kurse haben in der gesamten deutschen Presse Rumäniens vollen Anklang gefunden.

Dornfeld (Galizien). Der erste deutsche Volkshochschulkurs unter Leitung von Pfarrer Dr. Seefeld zu Ende gegangen. Anlaßlich der Schlußfeier im Pfarrhause erörterte Pfarrer Seefeld die Ziele und die Notwendigkeit der Volkshochschulen. Gesangs- und dramatische Vorführungen vereinten die Volkshochschülerinnen mit den Dornfelder Gästen. Am 26. Oktober begann ein zweiter Volkshochschul-Winterkurs für Burschen beginnen. Der Kurs wird 4 Monate dauern und wird hoffentlich denselben großen Erfolg haben, den auch der erste Kurs hatte.

DEUTSCHE VEREINE IM AUSLAND

Die Vernichtung des deutschen Vereinswesens in Slowenien. Aus Graz läßt sich die „Deutsch-österreichische Tageszeitung“ melden, in wie brutaler Weise die Regierung gegen die deutschen Vereine vorgeht, seien sie kultureller, politischer oder wirtschaftlicher Natur. Die politischen Vereine wurden zuerst nicht im Staatsinteresse liegend einfach verboten. Nach diesem schönen Prinzip werden nun auch die humanitären und kulturellen Organisationen langsam beseitigt, nur die Marburger Feuerwehr und Rettungsgesellschaft hat man noch bestehen lassen, weil man sie nicht entbehren kann. So ist jetzt auch der Marburger Gewerbeverein, einer der ältesten und angesehensten wirtschaftlichen Vereine, aufgelöst worden und auch die bekannte philharmonische Gesellschaft wurde zunächst unter Staatsaufsicht gestellt, bekam einen fanatischen Altvorsitzenden als Staatsaufseher, der alsbald die Musikschule sperrte, die Lehrer entließ und den ganzen Vereinsbesitz, die wertvollen Notenmaterialien, die Instrumente, das Material und vor allen Dingen den Barbestand an sich nahm. Er berief alsdann 200 Slowenen ein, machte sie zu Mitgliedern des einst rein deutschen Vereins, ließ sich darauf zum Obmann wählen und der neue Verein war fertig. Zwar erhoben die alten Mitglieder Protest, dieser wurde aber von der slowenischen Landesregierung jetzt angewiesen! Material für den Völkerbund zur schönen Phrase im Schutz der Minderheiten und ihrer kulturellen Interessen!!

Czernowitz. Der Verein der Christlichen Deutschen in der Bukowina hielt am 3. April 1921 seine diesjährige ordentliche Vollversammlung ab, über die ein ausführlicher Bericht vorliegt wird. Eine große Anzahl von Ortsgruppen beteiligte sich. Außerdem hatten auch andere deutsche Organisationen Vertreter entsandt. In einem interessanten Referat betonte der Obmann des Vereins, daß im Sinne der Weckung und Stärkung des Stammbewußtseins und des Zusammengehörigkeitsgefühls unter den buchenländischen Deutschen erfolgreich weitergearbeitet worden sei, wenn auch leider die aktive Beteiligung der verschiedenen Ortsgruppen teilweise noch sehr zu wünschen übrig gelassen wurde. Den Zwecken des Vereins dienten im verflossenen Jahre verschiedene Veranstaltungen, unter denen die Dr. Kohlrausch-Feier vom 27. Juni 1921, die mit der Ehrung eines der hervorragendsten Vereinsmitglieder eine würdige Kundgebung der Einigkeit der buchenländischen Deutschthums verband und auch der armen Schuljugend gedachte, besonders zu erwähnen ist. Bei dieser Gelegenheit wurden zugunsten des deutschen Schüler-

heimes in Czernowitz nahezu 3400 Lei gesammelt. Gemeinsam mit den beiden deutschen Waisenhausvereinen und dem deutschen Lehrerklub veranstaltete der Czernowitzer Hauptverein am 28. November 1920 einen Geselligkeitsabend, bei dem insbesondere der Opfersinn der deutschen Frauen sich bewährte. Gegen 16 500 Lei konnten für die beiden Waisenhäuser und für arme Schulkinder aufgebracht werden. Entsprechend der Bedeutung, die die Arbeit der Frau für das völkische Vereinsleben gewonnen hat, faßte der Vorstand den Beschluß, vorderhand 2 Vorstandsmandate an Frauen zu übertragen.

Zur Förderung des völkischen Gedankens wird ein Kalender herausgegeben, für den Professor Csato die Redaktion übernommen hat. Außer diesem Kalender dienen der Pflege des geistigen Wohles die deutschen volkstümlichen Volksbildungsvorträge in Czernowitz, die dank der Mitwirkung deutscher Universitätsprofessoren schon jetzt zu einem Bildungsmittel ersten Ranges geworden sind. Der bisherige Erfolg hat den Ausschluß bewogen, auch in den übrigen größeren Gemeinden künftig Vorträge zu veranstalten. Auch die Bücherei des Vereins hat einen erfreulichen Aufschwung genommen; sie besitzt gegenwärtig schon 3500 Bände.

Auf dem Gebiete des Schulwesens konnte der Verein sich durch Sammlung von 6000 Lei für den Schulbau in Korlata, sowie durch Eröffnung eines Kindergartens verdient machen.

Tatkraftige Hilfe leistete er auch im vergangenen Jahr durch Stellenvermittlung und durch bare Unterstützungen. 50 Personen konnten geeignete Beschäftigung nachgewiesen bekommen. In 11 Fällen wurde der bittersten Not durch Geld abgeholfen. Leider reichen die Mittel nicht aus, um hier alle Aufgaben zu erfüllen, die der Verein sich gesteckt hatte. So konnte der Gedanke einer Ferienkolonie im Buchenlande für arme unterernährte Kinder Wiens noch nicht durchgeführt werden. Ebenso wenig ließ es sich ermöglichen, eine eigene Zeitschrift zu gründen. Der Verein ist deshalb nach wie vor auf das einzige gegenwärtig bestehende völkische Blatt in der Bukowina, die „Deutsche Volkszeitung“, angewiesen.

Sehr erfreulich ist das Wachsen der Mitgliederzahl. Diese vermehrte sich im Jahre 1920 um 1024 gegen 8 im Jahre 1919, so daß der Verein zurzeit nahezu 6500 Mitglieder zählt. Dementsprechend wuchsen die Gesamteinnahmen von 19 312 Lei im Jahre 1919 auf 81 315 im Jahre 1921. Diesen standen 65 642 Lei Gesamtausgaben gegen 7519 Lei im Jahre 1919 gegenüber.

Mit Bedauern berichtet der Vorsitzende vom Ausscheiden der Herren Hofrat Dr. Wolf, Professor Hudeczek und Finanzsekretär Brucker, die in jahrelanger treuer Arbeit der deutschen Sache gedient hatten.

Obmann des Vereins ist auch weiterhin Professor Dr. Butz.

Jugendbundtagung in Schäßburg. Am 9. August wurde in Schäßburg ein allgemeiner sächsischer Jugendbund begründet. Professor Brandsch-Schäßburg begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste, er wurde selbst zum Leiter der Verhandlungen gewählt. An den Sachsenbischof Deutsch in Hermannstadt, sowie an den deutsch-sächsischen Volksrat wurden Begrüßungstelegramme abgesandt. Pfarrer Stadel sprach über die allgemeinen Gesichtspunkte für die Jugendbundarbeit und wies darauf hin, daß in Mediasch vor 73 Jahren zum ersten Male ein sächsischer Jugendbund begründet worden sei. Das Ideal des Jugendbundes müsse Deutschthum und Menschthum sein. Über die Bruder- und Schwesternschaften innerhalb des Jugendbundes sprach Pfarrer Hermann, über die „Mittelschüler im Rahmen des Jugendbundes“ Professor Ihl, der betonte, daß die in Selbstbildungsvereinen und Coeten organisierten Mittelschüler der Jugendbewegung nicht fern bleiben dürften. Das gleiche

Tschecho-Slowakei mehr als dreimal so viel pro Kopf der Bevölkerung für ihr Militärwesen ausgibt als für ihr Schulwesen! Die Schriftleitung) und zudem gebe es nicht mehr so viele deutsche Kinder. Die „Prager Presse“ führt dafür einige Beispiele an, aber alles Beispiele, von denen man weiß, daß die Tschecho-Slowakei dort mit Kunst und Tücke die deutschen Kinder statistisch einfach aus der Welt schaffte, indem sie sie zu irgendeiner anderen Nationalität zwang. Auch die ganze oben angeführte Statistik ist nur geschickt aufgemacht, um zu verdecken, was wirklich geschieht: Nämlich, daß die deutschen Schulen rücksichtslos beseitigt werden, um die Tschecho-Slowakei in die Möglichkeit zu versetzen, in die Schulgebäude einfach und ohne Aufwand von Geist und von Mitteln ihre eigenen Schulen zu setzen, daß dabei schonungslos und kulturlos vorgegangen wird und daß demgemäß auch die Leistungen der Schulen entsprechend abgenommen haben.

Die erwähnte tschechische Quelle, die man als solche stets im Auge behalten muß, errechnet in einem zweiten Artikel für die gesamte Tschechoslowakei 158 Gymnasien, von denen 91 tschechisch, 56 deutsch und 11 polnisch waren. Gegenüber dem Zustand vor dem Kriege hätten die Tschechen 25 Gymnasien gewonnen, während die Deutschen 5 neue Anstalten bekommen hätten. An 779 tschechischen Klassen gab es 32 Schüler pro Klasse, 385 pro Anstalt, während bei 443 deutschen Klassen der Klassendurchschnitt 23, der Anstaltsdurchschnitt 213 ausmacht. Die Deutschen hätten es also viel bequemer zu unterrichten. Von 74 Realschulen seien 48 tschechisch und 26 deutsch. Auf 563 tschechische Klassen entfielen 38 Schüler pro Klasse, 446 pro Anstalt. Bei 239 deutschen Klassen gab es 33 Schüler pro Klasse und 304 Schüler pro Anstalt. 18 tschechische Mädchenmittelschulen standen 13 deutsche gegenüber (Tschechen: 154 Klassen, Klassendurchschnitt 35, Anstaltsdurchschnitt 305, deutsch: 82 Klassen, Klassendurchschnitt 26, Anstaltsdurchschnitt 168), bei 33 tschechischen gab es 17 deutsche Lehrerbildungsanstalten (die Schülerzahl ist beschränkt maximal mit 40 pro Jahrgang, der tschechische Durchschnitt ist 36, der deutsche 29 pro Jahrgang). Die tschechische Statistik versucht, nachzuweisen, daß zwar die Deutschen hie und da einige Schultypen verloren hätten, rechnet aber fest aus, daß das nahezu überall einem Gewinn gleichkomme, denn es gibt tausend Entschuldigungen für solche Verluste. Der positive Verlust gegen 1913/14 beträgt aber selbst nach der tschechischen Statistik 11 Realschulen, 3 Mädchenmittelschulen und 8 Lehrerbildungsanstalten. Anstatt neue tschechische Anstalten zu begründen, das deutsche Bildungswesen aber nicht zu schwächen, haben es sich die Tschechen eben bequem gemacht und haben einfach die deutschen Anstalten geschlossen, um für sich in den Gebäuden 25 Gymnasien, 5 Realschulen, 3 Mädchenmittelschulen und 5 Lehrerbildungsanstalten neu gründen zu können. Und das alles nach der tschechischen Statistik!

Gegenüber den Ausführungen der „Prager Presse“ wird in der „Deutsch-österreichischen Tageszeitung“ in Wien einfach festgestellt, daß die Anzahl der Volksschulen in Böhmen von 1913/14 bis 1920/21 um 288 zunahm, während die Deutschen 71 Volksschulen einbüßten, ungerechnet der zahlreichen Volksschulen, die „gedrosselt“ wurden, d. h. die um eine oder mehrere Klassen vermindert oder mit anderen Schulen vereinigt wurden. Dagegen seien bis zum 1. Januar 1921 in Böhmen allein 406 Landes-Minoritäts-Volksschulen vom Schulministerium übernommen worden, von denen nur 8 deutsche Unterrichtssprache haben. 1398 tschechische Minoritätsschulen sind aber ausschließlich in rein deutschen Bezirken errichtet worden, wo früher überhaupt kein Bedürfnis nach einer tschechischen Bildungsstätte vorhanden war, wo

man die nötige Kinderzahl erst schaffen mußte dadurch, daß man tschechische Offiziere und Beamte in solche Gegenden versetzte. Die Zahl der Bürgerschulen nahm um 193 zu, wobei die Deutschen 4 einbüßten. Minoritäts-Bürgerschulen wurden 41 eröffnet. Noch schlimmer stehen die Dinge in Mähren, wo die Zahl der Volksschulen um 95 zunahm, die Deutschen aber 91 verloren, so daß die Tschechen 186 neu gewannen. An Bürgerschulen gab es 95 mehr, und zwar betrug der tschechische Zuwachs 98, so daß also 3 Minoritätsschulen, darunter eine deutsche, eingingen. Rund ein Fünftel aller deutschen Schulen in Mähren sind der Tschechisierung zum Opfer gefallen. In Schlesien sind eine Bürgerschule und 14 Volksschulen aufgelöst worden neben zahlreichen Privatschulen und Kindergärten. So sieht also in Wirklichkeit die große Fürsorge der Tschechen für das Minderheitsschulwesen aus!

Preßburg. Das sozialdemokratische Organ „Volksrecht“ veröffentlicht eine Zusammenstellung über das Ergebnis der jüngst vorgenommenen Einschreibung der Schulkinder von 6–12 Jahren in Preßburg. Insgesamt wurden 8149 Schulkinder eingeschrieben, davon 3541 deutsche, 2669 ungarische, 1258 slowakische, 464 tschechische, 197 jüdische und 20 verschiedene. Das sind also 43 und 33, zusammen 76 Prozent deutsche und ungarische Kinder, denen 15 Prozent slowakische und tschechische und 9 Prozent jüdische gegenüberstehen. Das deutsche sozialdemokratische Blatt sagt dazu: „Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache über die Nationalitätenzusammensetzung unserer Stadt.“ Den Rest hat der Zensor gestrichen. Man kann sich aber sehr wohl denken, was in diesen 5 Zeilen weiter unten noch stehen sollte!

Lodz. Im deutschen Lehrerseminar fand die Schuljahres-Schlußfeier in feierlicher Weise statt. Mit dem Gesang „Nun danket alle Gott“ wurde sie eingeleitet, Pastor Dietrich hielt die Festansprache. Aus einer Reihe von guten Reden hörte man manches über das Schicksal der Anstalt. Als das Vaterland in Gefahr war, eilten die Zöglinge freiwillig zur polnischen Fahne. Die Seminarräume waren während des Krieges requiriert, trotzdem sind die Lehrerfolge gut: 17 Abiturienten und 3 Damen, die ihr Examen ablegten, können die Anstalt verlassen, doch ist der Lehrermangel groß, über 100 deutsche Lehrer und Lehrerinnen könnten sofort Anstellung in Polen finden. Die Schülerzahl betrug in 5 Kursen 29, 35, 29, 18 und 22, zusammen 133. Im Laufe des Schuljahrs schieden davon 21 Schüler aus. In der Küche für unbemittelte Schüler wurden täglich 75 Mittagessen verabfolgt. Für die Errichtung eines Internats spendete der Rektor Schmidt die bisherigen Einnahmen aus Aufführungen seines Bühnenwerkes: „Treu der Heimatscholle“ (100000 Mark) als Grundstock. Das Evangelisch-Augsburgische Konsistorium hat gleichfalls 100000 Mark gespendet. Im Namen des Kuratoriums sprach Redakteur Miller dem Direktor Michejda und dem Lehrer-Personal wärmsten Dank aus. Die zur Unterstützung unbemittelter Schüler bestehende „Schülerlade“ hatte 160000 Mark Einnahmen und 70000 Mark Ausgaben. Abiturienten sprachen sodann in deutscher und polnischer Sprache ihren Dank aus. Der Seminaristen-Chor und Solovorträge der Schüler verschönten die Feier, dem auch das gut besetzte Seminaristen-Orchester zur schönen Wirkung verhalf.

Vom deutschen Ferienhochschulkurs in Hermannstadt. Die Siebenbürger Sachsen haben mit ihrem zweiten Ferienhochschulkurs in Hermannstadt einen großen Erfolg erzielt und sich um die Kulturpflege des Deutschtums in Siebenbürgen und im ganzen großrumänischen Deutschtum ein bleibendes Verdienst erworben. Der zweite Ferienhochschulkurs vom 10. bis 24. August war im ganzen von 635 Hörern besucht, wobei noch 275

Einzelkarten verkauft wurden, so daß rund 850 Besucher auf den Vortrag kamen. Es waren 454 Teilnehmer aus Siebenbürgen, 10 aus dem Banat, 50 aus dem Deutschen Reiche, 25 aus der Bukowina, 20 aus Altrumänien, 14 aus Beßarabien, 13 aus Österreich. Der Berufsstatistik nach nahmen 116 männliche und 75 weibliche Professoren und Lehrer an den Kursen teil, 116 männliche und 24 weibliche Hoch- und Mittelschüler, 1 Pfarrer und 286 sonstige Personen. Die Kurse haben in der gesamten deutschen Presse Rumäniens vollen Anklang gefunden. **Dornfeld (Galizien).** Der erste deutsche Volkshochschulkurs unter Leitung von Pfarrer Dr. Seefeld zu Ende gegangen. Anläßlich der Schlußfeier im Pfarrhause erörterte Pfarrer Seefeld die Ziele und die Notwendigkeit der Volkshochschulen. Gesangs- und dramatische Vorführungen vereinten die Volkshochschülerinnen mit den Dornfelder Gästen. Am 26. Oktober begann ein zweiter Volkshochschul-Winterkurs für Burschen beginnen. Der Kurs wird 4 Monate dauern und wird hoffentlich denselben großen Erfolg haben, den auch der erste Kurs hatte.

DEUTSCHE VEREINE IM AUSLAND

Die Vernichtung des deutschen Vereinswesens in Slowenien. Aus Graz läßt sich die „Deutsch-österreichische Tageszeitung“ melden, in wie brutaler Weise die Regierung gegen die deutschen Vereine vorgeht, seien sie kultureller, politischer oder wirtschaftlicher Natur. Die politischen Vereine wurden zuerst nicht im Staatsinteresse liegend einfach verboten. Nach diesem schönen Prinzip werden nun auch die humanitären und kulturellen Organisationen langsam beseitigt, nur die Marburger Feuerwehr und Rettungsgesellschaft hat man noch bestehen lassen, weil man sie nicht entbehren kann. So ist jetzt auch der Marburger Gewerbeverein, einer der ältesten und angesehensten wirtschaftlichen Vereine, aufgelöst worden und auch die bekannte philharmonische Gesellschaft wurde zunächst unter Staatsaufsicht gestellt, bekam einen fanatischen Altvorsitzenden als Staatsaufseher, der alsbald die Musikschule sperrte, die Lehrer entließ und den ganzen Vereinsbesitz, die wertvollen Notenmaterialien, die Instrumente, das Material und vor allen Dingen den Barbestand an sich nahm. Er berief alsdann 200 Slowenen ein, machte sie zu Mitgliedern des einst rein deutschen Vereins, ließ sich darauf zum Obmann wählen und der neue Verein war fertig. Zwar erhoben die alten Mitglieder Protest, dieser wurde aber von der slowenischen Landesregierung jetzt angewiesen! Material für den Völkerbund zur schönen Phrase vom Schutz der Minderheiten und ihrer kulturellen Interessen!!

Czernowitz. Der Verein der Christlichen Deutschen in der Bukowina hielt am 3. April 1921 seine diesjährige ordentliche Vollversammlung ab, über die ein ausführlicher Bericht vorgelegt wird. Eine große Anzahl von Ortsgruppen beteiligte sich. Außerdem hatten auch andere deutsche Organisationen Vertreter entsandt. In einem interessanten Referat betonte der Obmann des Vereins, daß im Sinne der Weckung und Stärkung des Stammbewußtseins und des Zusammengehörigkeitsgefühls unter den buchenländischen Deutschen erfolgreich weitergearbeitet worden sei, wenn auch leider die aktive Beteiligung der verschiedenen Ortsgruppen teilweise noch sehr zu wünschen übrig gelassen wurde. Den Zwecken des Vereins dienten im verflossenen Jahre verschiedene Veranstaltungen, unter denen die Dr. Kohlrubersfeier vom 27. Juni 1921, die mit der Ehrung eines der hervorragendsten Vereinsmitglieder eine würdige Kundgebung der Einigkeit der buchenländischen Deutschheit verband und auch der armen Schuljugend gedachte, besonders zu erwähnen ist. Bei dieser Gelegenheit wurden zugunsten des deutschen Schüler-

heimes in Czernowitz nahezu 3400 Lei gesammelt. Gemeinsam mit den beiden deutschen Waisenhausvereinen und dem deutschen Lehrerklub veranstaltete der Czernowitzer Hauptverein am 28. November 1920 einen Geselligkeitsabend, bei dem insbesondere der Opfersinn der deutschen Frauen sich bewährte. Gegen 16 500 Lei konnten für die beiden Waisenhäuser und für arme Schulkinder aufgebracht werden. Entsprechend der Bedeutung, die die Arbeit der Frau für das völkische Vereinsleben gewonnen hat, faßte der Vorstand den Beschluß, vorderhand 2 Vorstandsmandate an Frauen zu übertragen.

Zur Förderung des völkischen Gedankens wird ein Kalender herausgegeben, für den Professor Csato die Redaktion übernommen hat. Außer diesem Kalender dienen der Pflege des geistigen Wohles die deutschen volkstümlichen Volksbildungsvorträge in Czernowitz, die dank der Mitwirkung deutscher Universitätsprofessoren schon jetzt zu einem Bildungsmittel ersten Ranges geworden sind. Der bisherige Erfolg hat den Ausschluß bewogen, auch in den übrigen größeren Gemeinden künftig Vorträge zu veranstalten. Auch die Bücherei des Vereins hat einen erfreulichen Aufschwung genommen; sie besitzt gegenwärtig schon 3500 Bände.

Auf dem Gebiete des Schulwesens konnte der Verein sich durch Sammlung von 6000 Lei für den Schulbau in Korlat, sowie durch Eröffnung eines Kindergartens verdient machen.

Tatkräftige Hilfe leistete er auch im vergangenen Jahr durch Stellenvermittlung und durch bare Unterstützungen. 50 Personen konnten geeignete Beschäftigung nachgewiesen bekommen. In 11 Fällen wurde der bittersten Not durch Geld abgeholfen. Leider reichen die Mittel nicht aus, um hier alle Aufgaben zu erfüllen, die der Verein sich gesteckt hatte. So konnte der Gedanke einer Ferienkolonie im Buchenlande für arme unterernährte Kinder Wiens noch nicht durchgeführt werden. Ebenso wenig ließ es sich ermöglichen, eine eigene Zeitschrift zu gründen. Der Verein ist deshalb nach wie vor auf das einzige gegenwärtig bestehende völkische Blatt in der Bukowina, die „Deutsche Volkszeitung“, angewiesen.

Sehr erfreulich ist das Wachsen der Mitgliederzahl. Diese vermehrte sich im Jahre 1920 um 1024 gegen 8 im Jahre 1919, so daß der Verein zurzeit nahezu 6500 Mitglieder zählt. Dem entsprechend wuchsen die Gesamteinnahmen von 19 312 Lei im Jahre 1919 auf 81 315 im Jahre 1921. Diesen standen 65 642 Lei Gesamtausgaben gegen 7519 Lei im Jahre 1919 gegenüber.

Mit Bedauern berichtet der Vorsitzende vom Ausscheiden der Herren Hofrat Dr. Wolf, Professor Hudeczek und Finanzsekretär Brucker, die in jahrelanger treuer Arbeit der deutschen Sache gedient hatten.

Obmann des Vereins ist auch weiterhin Professor Dr. Butz.

Jugendbundtagung in Schäßburg. Am 9. August wurde in Schäßburg ein allgemeiner sächsischer Jugendbund begründet. Professor Brandsch-Schäßburg begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste, er wurde selbst zum Leiter der Verhandlungen gewählt. An den Sachsenbischof Deutsch in Hermannstadt, sowie an den deutsch-sächsischen Volksrat wurden Begrüßungstelegramme abgesandt. Pfarrer Stadel sprach über die allgemeinen Gesichtspunkte für die Jugendbundarbeit und wies darauf hin, daß in Mediasch vor 73 Jahren zum ersten Male ein sächsischer Jugendbund begründet worden sei. Das Ideal des Jugendbundes müsse Deutschum und Menschum sein. Über die Bruder- und Schwesternschaften innerhalb des Jugendbundes sprach Pfarrer Hermann, über die „Mittelschüler im Rahmen des Jugendbundes“ Professor Ihl, der betonte, daß die in Selbstbildungsvereinen und Coeten organisierten Mittelschüler der Jugendbundbewegung nicht fern bleiben dürften. Das gleiche

betonte für die Hochschüler stud. phil. Schaser. Dr. Sigmund-Mediasch sprach über Volksmehrung und Jugendbund. Die Rolle der städtischen Mädchenvereine innerhalb des Bundes erläuterte Frau Luise Olah. Über die Zusammenhänge zwischen Jugendbund und Volkshochschule berichtete Pfarrer Brandsch, während Herr von Hochmeister sich über Einzelarbeit in Stadt und Land verbreitete. Das Jugendbundblatt soll 8mal jährlich erscheinen, ein besonderes Führerblatt 4mal.

Hermannstadt. Der Siebenbürgisch-sächsische Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung hielt seine Hauptversammlung unter dem Vorsitz des Bischofs Dr. Teutsch ab. Der Festpredigt des Pfarrers und Dechanten Josefi lag der Gedanke zugrunde: Fromm sein heißt deutsch sein, treu sein heißt deutsch sein und stark sein heißt deutsch sein. Der Bischof verwies in seiner Ansprache auf die 63 Jahre alte Arbeit des siebenbürgischen Hauptvereins und auf das gewaltige Arbeitsfeld, das in dieser Zeit beackert worden sei. Es wurde sodann der Unterstützungsplan besprochen. Professor Lebouton aus Czernowitz überbrachte die Anschlußerklärung des Bukowiner Zweigvereins an den Siebenbürgischen Hauptverein, ebenso Herr Pfarrer Petri den Anschluß des Bukarester Ortsvereins.

Riga. Eine deutsche Fürsorge-Zentrale ist hier geschaffen worden, in der sich die deutschen Organisationen eine gemeinsame Einrichtung setzten, um das deutsche Vereinsleben aufmerksam zu verfolgen, Parallel-Aktionen zu verhindern und über alle Unternehmungen und Veranstaltungen, die von deutscher Seite ausgehen, jederzeit Auskunft zu erteilen.

Christiania. Eine Vereinigung deutscher junger Mädchen (V. D. M.) wurde von den 28 Teilnehmern der letzten Zusammenkunft der deutschen Mädchen bei Frau Pfarrer Günther begründet. Alle jungen Mädchen aller Klassen und aller Konfessionen, die sich in Christiania und Umgebung in Stellung befinden, sollen sich darin zusammenschließen zur Wahrung ihrer Interessen und des guten Rufes der deutschen Mädchen im Ausland.

Buenos Aires. Der Deutsche Flottenverein am La Plata hielt am 27. Mai 1921 seine siebente ordentliche Hauptversammlung ab, auf der der Vorstand über das Geschäftsjahr 1920/21 berichtete. Vorsitzender, Direktor E. Hayn, wies darauf hin, daß in Argentinien der Idealismus noch nicht als unnötiger Ballast über Bord geworfen sei, daß infolgedessen auch der deutsche Flottenverein das vergangene Jahr noch immer mit einer Mitgliederzahl von 178 abschließen könne. Der alte Geist habe sich auch bei vaterländischen Veranstaltungen in ungeschwächter Form gezeigt und halte das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands hoch.

Am 9. Oktober v. J. feierte der Flottenverein unter außerordentlich reger Beteiligung und in Gemeinschaft mit dem Deutschen Männergesangsverein, dem Deutschen Kriegerverein, dem Gesangsverein Germania und der Turnabteilung des Deutschen Schulvereins Dock Sud den Geburtstag Hindenburgs. Weiterhin wurde die Ankunft des ersten Dampfers mit der geliebten schwarz-weiß-roten Flagge festlich begangen. Auch der 18. Januar wurde als Gedenktag der fünfzigjährigen Wiederkehr der Reichsgründung vaterländisch gefeiert. 7-8000 Teilnehmer konnten dabei gezählt werden. Bei dieser Gelegenheit kam auch General Litzmann zum Wort. Die Feier legte außerdem besonders erfreuliches Zeugnis ab von dem guten Einvernehmen zwischen der deutschen Kolonie und den argentinischen Behörden, die sich zum großen Teil hatten vertreten lassen.

Weiterhin nahm der Verein an der Feier der Grundsteinlegung des Denkmals teil, das der Deutsche Kriegerverein Buenos Aires zum Andenken an die im Kriege gefallenen Mitglieder auf

dem deutschen Friedhof errichtet; ferner veranstaltete er eine Feier des Geburtstags des deutschen Kaisers und schließlich einen Begrüßungsabend für die Offiziere und Mannschaften des deutschen Dampfers „Argentina“, der im Februar als erster deutscher Passagierdampfer nach dem Kriege in Buenos-Aires einlief.

Nach den vorschrittmäßigen Neuwahlen setzt sich der Vorstand künftig wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Herr Direktor E. Hayn; 2. Vorsitzender Herr F. Dilla; 1. Schriftführer Herr H. Reichhardt; 2. Schriftführer Herr V. Zündorff; 1. Kassenwart Herr P. Ranitzsch; 2. Kassenwart Herr A. Oehrtmann; Beisitzer die Herren L. Swart, F. Lenger, E. Dürselen, H. Otter.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLAND

Fritz von Kamptz, ein auslanddeutscher Maler. Gelegentlich der 750jährigen Jubelfeier der berühmten Klosterkirche Doberan in Mecklenburg veranstaltete die Stadtgemeinde Doberan im Laufe dieses Sommers eine Kunstausstellung. Da sehr stark besuchte Ausstellung brachte neben anderem eine große Anzahl von Bildern eines Künstlers, dessen Name in vielen Jahren sich eines außerordentlich guten Klanges als Porträtmaler erfreute, bald aber der Vergessenheit anheimzufallen drohte; denn Fritz von Kamptz lebte, nachdem er bei dem Altmeister Prof. Fritz v. Gebhardt in Düsseldorf seine künstlerische Ausbildung und Weihe empfangen hatte, seit 1848 in England. Hier schuf er, teils in London und Brighton, teils in Bristol, nicht nur Hervorragendes auf dem Gebiete des Porträts, sondern gar manches herrliche Bild der so typischen englischen Landschaft von Kent und Sussex. Sein frommer Sinn und seine Schülerschaft bei Professor Gebhardt führten ihn auch zu biblischen Darstellungen. In der Thomaskirche in Bristol hängen drei Altarbilder: Die Flucht nach Ägypten, die Bergpredigt und die Heimkehr des verlorenen Sohnes; jedes für sich ein prächtiges Meisterstück in Auffassung und Ausführung. Es ist sehr schade, daß diese Werke in Deutschland gänzlich unbekannt sind. Nach der Christuskopf aus der Bergpredigt hat infolge seiner ganz eigenartigen Verkörperung des Gottessohnes eine Massenverbreitung gefunden und so ist es möglich, daß dieses Bild auch manchem in Deutschland zu Gesicht gekommen ist. Bei Kriegsausbruch teilte er das Los so vieler in England ansässiger Deutschen: er wurde interniert und verbrachte drei harte Jahre in mehreren englischen Gefangenenlagern. Aber wo immer es war, ob im Lager von Stratford im Osten Londons oder in Harford b. Manchester oder auf der Isle of Man oder später in Alexandra-Palace im Norden Londons, überall haben Fritz v. Kamptz Staffelei, Palette und Leinwand begleitet und überdies hat er bald seine Kunst gepflegt, oftmals eine auserlesene Schaufreudigere Jünger um sich versammelt.

Im Frühjahr 1918 schlug auch für ihn die erhoffte Stunde der Rückkehr nach Deutschland. Mit seltener Zähigkeit versuchte nun der bereits fünfzigjährige Künstler in der alten Heimat wieder festen Fuß zu fassen. Zunächst wandte er sich nach Lüneburg, wo er im Hause seines Bruders gastliche Aufnahme und bald Aufträge für seinen Pinsel fand; dann führte ihn sein Weg nach Thüringen, wo er auf alten Gütern oder adeligen Stammsitzen ergraute Gutsherren oder deren schöne Frauen auf der Leinwand zauberte. Nach einigen unruhigen Wanderjahren heiratete er im April dieses Jahres eine märkische Pastorentochter und wählte sich das romantische mecklenburgische Städtchen Doberan als Wohnsitz.

Die in Doberan ausgestellten Werke Fritz v. Kamptz bringen seine vornehme, freie Kunst ganz trefflich zur Anschauung. Zunächst sind es die sechs Porträts, die besonders deswegen

gemeine Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße erregen, weil es dem Künstler gelungen, die Züge der dargestellten Persönlichkeiten nicht nur einfach zu kopieren, sondern ihre Eigenart lebendig zu erfassen und wiederzugeben.

Die drei ausgestellten Landschaften fesseln jede nach ihrer Art den Beschauer. „Fliederblüte auf der Bardowiker Mauer in Lüneburg“ zeigt lachenden sonnigen Frühling, während dem düsteren „Schloß Trips“ die spätherbstliche Stimmung, in der es wiedergegeben ist, entspricht und „Amesbury“ etwas von der Schönheit eines in leichte Nebel gehüllten Septembertages in England erzählt. Von besonderem Reiz ist weiter das „Innere der Kirche zu Wiehe“: Abendsonnenschein flutet durch die hohen Fenster neben dem Barockaltar über einfache Bankbänke, deren erhöhte Gestühle der Patronatsherrschaften schon in Dämmerung gehüllt zu werden beginnen.

Von der letzten trüben Zeit, die der Künstler in England verbringen mußte, berichten 21 farbige Skizzen aus den fünf Gefangenenlagern: Alexandra-Palace und Stratford im Osten Londons, Knockaloe und Douglas auf der Isle of Man und das Internmentlager Spalding, sowie von dem Schiff, das ihn und seine Mitgefangenen endlich heimwärts führte — eine Sammlung, die sie kaum ein zweites Mal irgendwo zu finden sein wird.

Die Doberaner Jubiläumsausstellung hat sich durch die Ausstellung der Werke von Fritz v. Kämpitz, eines Künstlers von außerordentlicher Begabung, ein Verdienst erworben, und wir Auslandsdeutschen dürfen stolz sein, einen Mann wie Fritz v. Kämpitz zu unseren Zählenden zu dürfen. Möge die alte Heimat recht fruchtend auf ihn einwirken, damit er uns noch manches Kunstwerk schenken kann.

Hanns Georg Wyldeck.

Rio de Janeiro (Brasilien). Berufung eines deutschen Gelehrten. Für das Manguinhos-Institut in Rio de Janeiro wurde der deutsche Gelehrte Dr. Wollflügel gewonnen. Derselbe soll die Malaria studieren, damit dem entsetzlichen Übel ein Halt gesetzt werden könne. Dr. Wollflügel war bisher am Institut für pathologische Anatomie und Parasitologie in Montevideo tätig.

DEUTSCHER SPORT IM AUSLANDE

Gegen die Ausschließung der Deutschen und der Mittelmächte an den olympischen Spielen protestieren jetzt die Italiener. Das dortige olympische Komitee hielt in Anwesenheit von Ministerialvertretern aller Sportsverbände eine Sitzung ab, die den italienischen Delegierten für die Sitzung von Lausanne Richtlinien gab. Es wurde festgestellt, daß die Schritte des Vorsitzenden der I. O. C. wegen der nächsten Olympiade nicht die Zustimmung Italiens finden. Die italienischen Delegierten wurden angewiesen dafür einzutreten, daß die Spiele dort stattfinden, bis jetzt noch keine Wettspiele stattgefunden haben und daß ihnen auch Sportsleute der Mittelmächte beteiligt würden. Dem Rechte, auch dem Komitee wieder beizutreten. Sollten diese Wünsche nicht günstig aufgenommen werden, so empfiehlt das Komitee den italienischen Delegierten, zu erklären, daß Italien seine Teilnahme an den nächsten olympischen Spielen verzichte.

Oskar Kreutzer, der deutsche Meisterspieler, errang im Tennis-Turnier in Noordwijk in der Schlußrunde gegen einen Holländer einen Sieg.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Kopenhagener Zeitung. Anfang Oktober wird die „Kopenhagener Zeitung“ wieder erscheinen. Dieselbe wurde Ende 1902 gegründet als die einzige deutsche Zeitung in Skandina-

vien und sie erwarb sich bald eine große Anzahl deutscher und dänischer Leser.

Im September 1913 ging sie durch Kauf an die eben gegründete deutsche Zeitung: „Skandinavische Presse“ über, die aber leider bei Beginn des Weltkrieges ihr Erscheinen einstellte, um dadurch ihre Neutralität zu beweisen.

Das Wiedererscheinen der K. Z. kommt einem Wunsche und Bedürfnis der hiesigen Deutschen entgegen. Die K. Z. wird genau denselben Grundsätzen folgen wie früher, nämlich die Deutschen über dänische und die Dänen über deutsche Verhältnisse aufzuklären. Selbstverständlich werden auch die hiesige deutsche Gemeinde, Vereine, überhaupt die deutsche Kolonie in Kopenhagen wieder ganz besonders berücksichtigt werden.

Es ist eine Freude zu sehen, wie jetzt schon alle Deutschen sich Mühe geben, durch Sammeln von Abonnenten und Annoncen den Herausgeber bei seinem unter den heutigen Verhältnissen so schwierigen Unternehmen zu unterstützen. Und es wäre nicht mehr als recht und billig, wenn dasselbe auch von den Deutschen in Deutschland geschähe.

Zuschriften an die Kopenhagener Zeitung sind zu richten an: Kopenhagener Zeitung, Studiestræde 35 I. Kopenhagen (Dänemark).

Ein geplagter Redakteur. Der Schriftleiter des „Banater Tageblattes“, der bekannte Schriftsteller Orendi-Hommenau, ist jetzt nach fünfjährigem Bangen und Sorgen von einer Anklage befreit worden, die viel Staub aufgewirbelt hat. Im August 1914 vermittelte er bei einem damaligen Heeresintendanten zugunsten eines ihm nachbarlich befreundeten Holzhändlers, der der Intendantur Kaffee und Zucker anbot, indem er (Orendi) darauf hinwies, daß er selbst von Geschäften nichts verstehe und das Gesuch natürlich nur für den Fall unterstützen wolle, daß das Offert tatsächlich brauchbar und die Lieferung einwandfrei sei. Das Angebot wurde damals abgelehnt. Späterhin kam Mackensen nach Temesvar und empfing u. a. auch Orendi-Hommenau, der ihn über die Lage des Deutschturns informierte und die schwere Bedrückung der Deutschen in Ungarn darlegte. Später erklärte der Feldmarschall zum Bürgermeister von Temesvar, einem Ungarn, der kriecherisch auf seine deutsche Herkunft hinwies, höchst ironisch: „Aber der Deutsche ist doch ein Hundsott, nicht wahr?“ Die Ungarn verdächtigten sofort den Redakteur der Beeinflussung des Feldmarschalls und wollten ihm den Hochverrats-Prozeß machen. Ministerpräsident Graf Tisza winkte damals entschieden ab, man dürfe keine Märtyrer schaffen. Ende 1915 wurde aber der Schriftsteller vor die Staatsanwaltschaft geladen und des Bestechungsversuchs an Beamten angeklagt. Die fünf Richter, mit einer einzigen Ausnahme Vollblut-Magyaren, sprachen im März 1916 den Angeklagten einstimmig frei, die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein. Die ungarische Kurie in Budapest verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Kerker, 2000 Kronen Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für drei Jahre. Seine Freunde erwirkten für den Entflohenen einen Strafaufschub bis 1. Oktober 1918, der weiterhin verlängert wurde, dann kam die Revolution und mit ihr kamen die Serben. Orendi-Hommenau beantragte sofort die neue Aufrollung seines Prozesses, der am 2. Juli verhandelt wurde und mit einer völligen Freisprechung des seinerzeit nur aus politischen Gründen verurteilten Schriftstellers endete. Es gelang ihm der völlige Wahrheitsbeweis, daß er niemals einen Bestechungsversuch begangen habe. Das Gericht sprach zudem aus, daß ihm nach seiner ganzen Vergangenheit und als Idealisten reinsten Wassers eine derartige Tat auch gar nicht zuzutrauen sei.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Bund der Auslandsdeutschen.

Der Stand der Vorentscheidung ist nach einer Mitteilung der Auslandswarte Nr. 23 so, daß von einem Gesamteingang von 75143 Anmeldungen 54593 geprüft und an die Spruchkommissionen weitergegeben waren. Eine Angabe, wieviele davon an Banken zur Zahlung überwiesen waren, soll noch nachfolgen.

Das wissenschaftliche Institut der Elsaß-Lothringer im Reich.

Das im Juni 1920 anlässlich der Casseler Tagung der vertriebenen Elsaß-Lothringer begründete Institut hat im ersten Jahre seines Bestehens einen erfreulichen Aufschwung genommen und wird immer mehr zum kulturellen Mittelpunkt der aus der Heimat vertriebenen Elsaß-Lothringer. Die Zahl der Mitglieder hat bereits 800 überschritten und vergrößert sich auch in Kreisen des Auslandsdeutschtums. Mitglieder-Anmeldungen sind aus der Schweiz, Holland, Skandinavien und aus den verschiedensten Staaten Amerikas eingelaufen. Durch einen Vertrag mit dem Verlage der Veröffentlichungen der früheren „Gesellschaft für elsässische Literatur“ übernimmt das Institut die Fortsetzung der Herausgabe der Werke von Thomas Murner, Joh. Fischart u. a. Dieser Tage erscheint als Einführung in die Fischartwerke der erste Band des Werkes von Professor Dr. Adolf Hauffen in Prag „Joh. Fischart, ein Lebensbild aus der Zeit der Gegenreformation“. In einigen Monaten folgt, von Dr. Bebermeyer in Tübingen herausgegeben, Murners „Mühle von Schwindsheim“. Im nächsten Jahre soll der zweite Band von Fischarts Lebensgeschichte und ein zweites Werk von Murner erscheinen. Der Plan für die Veröffentlichungen des Instituts ist vom Vorstand wesentlich erweitert worden. Außer dem wissenschaftlich-literarischen Jahrbuch wird eine Schriftenreihe herausgegeben, die unter dem Titel „Elsaß-Lothringische Hausbücherei“ Städtebeschreibungen, Städtegeschichten, Sagen, Volkslieder, Novellen und Gedichte aus alter und neuer Zeit enthalten wird. Neben den Veröffentlichungen sind Ausstellungen geplant, die dazu dienen sollen, nicht nur den Vertriebenen, sondern auch weiten Kreisen der Heimat Landschaft und Baukunst Elsaß-Lothringens in anschaulicher Weise nahezubringen.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Das deutsche Eigentum in Italien.

Bei der Mustermesse in Bergamo sprach der italienische Handelsminister über die Handelspolitik nach dem Kriege. Ein Mittel zur Beförderung des italienischen Handels sehe er in der beschleunigten Regelung der Frage des feindlichen Eigentums in Italien, die möglich sei, ohne daß dadurch Italiens Interessen verletzt würden. Die letzte Entscheidung werde jedoch das Parlament haben.

Ein Deutscher aus Italien schreibt der Auslandswarte, daß seine Erfahrungen mit der Rückgabe des kleinen Eigentums in Italien sehr günstig gewesen seien. Bei persönlicher Anwesenheit am Sitze einer italienischen Präfektur, also in einer Hauptstadt der 69 Provinzen sowie der annektierten Landesteile lasse sich die Sache sehr schnell und fast kostenlos erledigen. Es bedürfe nur der persönlichen Übergabe des auf einen Stempelbogen zu 2 Lire geschriebenen Gesuchs mit der daran angeschlossenen eidlichen Erklärung. Wenn man darauf bestehe, vom Präfekten oder seinem Kabinettssekretär persönlich empfangen zu werden, dauere es eine knappe Stunde, vereidigt, protokollarisch genommen und abgefertigt zu werden.

Aufruf an Kriesnoteninhaber.

Die „Interessenvertretung der geschädigten Auslandsdeutschen, E. V.“, Berlin W. 9, Schellingstr. 1, bittet um bekanntzugeben, daß sie die Ansprüche der Kriesnoteninhaber aus dem ehemaligen Generalgouvernement Warschau nur dann gegenüber den Ministerien und der Reichstagskommission mit dem gewünschten Nachdruck geltend machen kann, wenn sämtliche Kriesnoteninhaber oder wenigstens der größere Teil derselben sich hinter diese Aktion stellen. Bisher haben sich trotz Aufrufs in verschiedenen Zeitungen nur 20 Kriesnoteninhaber gemeldet. Die Vertretung bittet, ihr baldmöglichst Adressen der Kriesnoteninhaber und Höhe der Ansprüche mitzuteilen.

WIRTSCHAFTLICHES

Ostdeutsche Druckerei und Verlags-Aktiengesellschaft in Hermannstadt.

Die Vollversammlung, die in Hermannstadt im städtischen Rathaussaal stattfand, konnte einen nicht unbedeutenden Reingewinn des verflossenen Jahres verbuchen. Der geschäftsführende Direktor Ludwig Jekeli bemaß den Reingewinn auf über 38000 Lei nach Abzug der Abschreibungen und unter höchst bescheidenem Einsatz der Druckerei-Einrichtungen und sonstigen Vermögensgegenstände. Es werden 5 Prozent Dividende verteilt und der Rest wird dem Verwaltungsrat zur Verwendung übergeben. Abgeordneter Rudolf Brandsch betonte in einer Ansprache den völkischen Wert des Unternehmens. Es handle sich jetzt in nächster Zeit um die Schaffung einer Druckerei und die Herausgabe eines deutschen Tageblattes in Bukarest um die Vereinigung der Gesellschaft mit andern leistungsfähigen Betrieben. Vorverhandlungen seien schon begonnen und so weitergeführt, daß sie vor günstigem Abschluß ständen. Auf seinen Antrag wurde dem Verwaltungsrat Vollmacht erteilt, die Verhandlungen weiterzuführen. Um angesichts dieser neuen Fusionen Verhandlungen das Vermögen der Gesellschaft neu zu bewerten, damit es wenigstens einigermaßen dem Wert von heute entsprechen sollen statt der alten Aktien auf Kronen neue Anteilscheine in Lei ausgegeben werden. Der Direktor betonte, daß die Ausgestaltung des Unternehmens eine Erhöhung des Aktienkapitals notwendig machen werde, dem Verwaltungsrat wurde Vollmacht erteilt, die Erhöhung des Aktienkapitals bis zu 5 Millionen Lei zu genehmigen. Der Name der Gesellschaft wurde in „Allgemeine Druckerei und Verlags-Aktiengesellschaft“ umgeändert.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Antwort.

Der Verfasser der Einsendung in Nr. 16 bittet uns, die nachfolgende Antwort aufzunehmen:

Ich nehme vorweg, daß mein Artikel „Auf der Anklagebank“ keineswegs so abgefaßt war, daß er als persönlicher Angriff auf die Herren Beisitzer in meiner Angelegenheit gelten konnte. Ich habe das Prinzip, nicht die Personen, verurteilt, und weitergerügt, daß mir vor der Kommission nicht genügend Auskunft erteilt worden ist. Zudem habe ich nicht mehr gesagt, als kurz zuvor im Stuttgarter „Bürgermuseum“ in einer Versammlung behauptet und erkannt worden ist, nur auf eine andere Art, da es mir nicht möglich ist, den dortigen Versammlungen anzuzuwohnen, ansonst ich dort offen meine Ansicht sagen würde. Über die Schweigepflicht helfe ich der Spruchkommission recht gerne hinweg und stelle fest, daß ich durch die Bank für Handel und Industrie 138.19 Frs. erhalten habe und daß hier ein Anzug 330 Frs. kostet. Es wird nun leicht zu errechnen sein, ob meine Behauptungen den Tatsachen entsprechen. Es stimmt, daß ich

Einzelheiten in meinem Artikel vermieden habe, da ich dies nicht anders tun konnte, da meine Ausführungen sich auf Material stützen, das mir von Auslandsdeutschen zugeht in reichem Maße, und ich, wie bereits gesagt, mich gegen das Prinzip wende, ob-

wohl ich glaube, daß es nicht unedel wäre, wenn die Herren Beisitzer den Angeklagten Auskünfte oder Aufklärungen erteilen würden, um so Mißverständnissen von vornherein zu begegnen.
O. K.

BRIEFE AUS DEM AUSLAND

Die Tschechisierung eines Industriegebietes.

Man schreibt uns:

Von dem Mittelpunkt Prag aus treiben die Tschechen Entnationalisierungswelle gegen das deutsche Randgebiet vor. Sie unterscheiden für sie wichtiges und weniger wichtiges Gebiet. Besonders lüstern sind sie nach Industriegebieten, wo Kohle gefördert und Eisen verarbeitet wird. Stürzten sie sich zuerst auf Skoda in Pilsen, so richten sie heute ihre Bestrebungen vor allem auf das Ostrauer Industriegebiet, von Stauding angefangen bis nach Teschen und Friedland. Hier liegen die weltberühmten Kohlenflöze, hier befindet sich das Eisenwerk Witkowitz, hier das Drahtwerk Oderberg, hier das Eisenwerk Trzynietz, hier die Waggonfabrik von Nesselsdorf und Stauding. Deutsches Kapital hat dieses Gebiet erschlossen, deutsche Ingenieure und deutsche Organisatoren haben es zur heutigen Blüte gebracht. Nur die Massen der Arbeiter setzen sich zusammen aus Tschechen und Polen und nur ein Bruchteil von ihnen ist deutsch. Dieses Gebiet, in dem drei Völkerstämme zusammenstoßen, wo drei Staaten sich berühren, in dem die wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte liegen, bedeutet für die Tschechen einen wirtschaftspolitischen Faktor, den sie sich zur Gänze aneignen wollen. Sie stützen sich dabei auf die breite Masse der Handarbeiter, deren Haß gegen das deutsche Kapital und gegen die deutsche Intelligenz sie planmäßig schüren. Hier soll die deutsche Industrie, das deutsche Kapital vernichtend getroffen werden. Gelingt es aber, die deutsche Industrie in tschechische Hände zu bekommen, dann hat auch für den deutschen Arbeitnehmer die letzte Stunde geschlagen. Jeder deutsche Betrieb, der an die tschechischen Kapitalisten verloren ging, sperrte sich alsbald hermetisch gegen deutsche Arbeitsuchende ab. Der Tscheche verdrängte den Deutschen von seinem Arbeitsplatz. Nachdem hier auch reichsdeutsches und deutsch-österreichisches Kapital investiert ist, gewinnt der Kampf um das M.-Ostrauer Industriegebiet eine Bedeutung, die weit über die Grenzen dieses Staates hinausgeht.

Dieser Kampf konzentriert sich vor allem in dem Kampfe um das Zentrum dieses Gebietes, um den wichtigen Handelsumschlagplatz M.-Ostrau. Einige Tatsachen und Ziffern sollen dies erhärten:

Im M.-Ostrauer Bezirke wurden 35 % der deutschen Schulklassen gesperrt, in Friedek das deutsche Gymnasium geschlossen, in Ostrau die deutsche Handelsschule auf die Straße geworfen. Die deutschen Ortsschulräte in M.-Ostrau und Oderfurt wurden in gemeinsame umgewandelt, gegen den noch bestehenden in Witkowitz laufen die Tschechen Sturm. In M.-Ostrau wurden 198 Kinder, in Witkowitz 123, in Oderfurt 30 Kinder aus gemischten und rein deutschen Ehen aus den deutschen Schulen ausgeschult, mit Gendarmerie aus den Klassen geholt und in tschechische Schulen gepreßt. Da die Kinder die tschechische Sprache nicht oder nur schlecht beherrschen, können sie dem Unterrichte nicht folgen. Es mußten eigene Kurse errichtet werden, in welchen die ausgeschulten Kinder erst tschechisch lernen. Falls die Eltern sich nicht fügen, werden sie mit Strafen bedroht und im Bezirke Ostrau können ihre Kinder, auch wenn

sie Privatunterricht nehmen, nicht geprüft werden. Der Bezirkshauptmann des Bezirkes Ostrau hat die lex perek, die bestimmt, daß ein Kind nur dann in die nationale Schule aufgenommen werden kann, wenn es die betreffende Unterrichtssprache beherrscht, in das gerade Gegenteil verkehrt. Bemerkenswert sind einige Aussprüche dieses sonderbaren Staatsbeamten: Kinder, die in die deutsche Schule gehen, könnten zu Barbaren werden. Auf Einwendungen der Eltern erklärte er: Ich werde die Kinder in die Schule schicken, in die es mir beliebt. Und den Polen gegenüber erklärte er: Polen, die ein Jahr in Ostrau sind, werden dadurch automatisch zu Tschechen. Die Schule im 3. Bezirke wurde den Deutschen von den Tschechen gewaltsam entrissen, die Kinder mitten aus dem Schulunterrichte fortgetrieben und von dem Straßenmob behelligt und angespien. Nach der Eroberung der Schulen stürzten sich die Tschechen auf das deutsche Stadttheater, das vornehmlich aus deutschen Steuergeldern erbaut worden ist. Ein zwischen den tschechischen und deutschen Mitgliedern der Verwaltungskommission resp. zwischen dem deutschen Theaterverein und der Stadtgemeinde abgeschlossener Vertrag bestimmt, daß die Deutschen $\frac{3}{7}$ des Jahres das Stadttheater zur Mitbenützung hätten. Trotzdem anfänglich noch der tschechisch-sozialdemokratische Abgeordnete und Vorsitzende der Verwaltungskommission, Prokeš erklärt hatte, Vertrag müsse Vertrag bleiben, haben die Tschechen diesen Vertrag einfach ignoriert und hinderten die Deutschen an dem Einzuge in das Theater. Sie leisteten einfach in allen Fragen des deutschen Theaters passive Resistenz und selbst vor Gericht konnten die Deutschen bisher ihr Recht nicht finden. Auch hier eine ausgesprochene Verschleppungstaktik. Der materielle Schaden, den die Deutschen dadurch erleiden, beträgt rund eine Million Kronen. Der kulturelle Schaden läßt sich in Ziffern überhaupt nicht feststellen. Die deutschen Vorstellungen im Stadttheater bildeten den Mittelpunkt im geistigen Leben der Deutschen. Während in dem übrigen Gebiete der Tschechoslowakei die Gemeindewahlen längst durchgeführt sind, stehen in diesem Gebiete noch immer die Verwaltungskommissionen, das sind willkürlich eingesetzte Körperschaften, aus ernannten Mitgliedern bestehend, nach dem Gesetze ist ihre Tätigkeitsdauer auf 4 Wochen angesetzt, in Wirklichkeit sind sie nun seit Dezember 1918 in Amt und Würden. Die Deutschen, die in diesen Körperschaften eine Minderheit darstellen, werden bei den Abstimmungen glatt an die Wand gedrückt, so daß sie sich manchenorts aus den Verwaltungskommissionen überhaupt zurückzogen. Trotz der dadurch eingetretenen Beschlußunfähigkeit, tagen aber diese Körperschaften weiter, die sich weder um Recht und Gesetz, noch um einen Vertrag oder eine Geschäftsordnung kümmern. Dabei werden die weitestgehenden Beschlüsse gefaßt und die Gemeinden für eine ferne Zukunft mit Schulden überlastet. Das ungedeckte Erfordernis von M.-Ostrau beträgt 8 Millionen, von Oderfurt $2\frac{1}{2}$ Millionen Kronen. Den Beamten zahlt man ihre ihnen durch das Gesetz zustehenden Zulagen nicht aus, vermehrt aber den Beamtenstand um das zwei- und dreifache, um tschechischen Protektionskindern Posten zu verschaffen. Erinnern schon diese Zustände stark an Verhältnisse wie man sie sonst im äußersten Osten gewohnt war, so wird der Eindruck noch durch die

sanitären Verhältnisse bestärkt. Während noch unter der deutschen Verwaltung es zwei Bäder und ein Freibad gab, hat heute die Industriestadt M.-Ostrau und die Eisenbahnstadt Oderfurt nicht ein einziges Bad.

Um das Gebiet rascher zu tschechisieren, haben die Tschechen zwei Mittel ersonnen: Erstens die Schaffung von Groß-Ostrau, es sollen trotz der schlechten Erfahrungen mit Groß-Olmütz 7 mährische und 8 schlesische Gemeinden, zum Großteil ausgesprochene Dorfgemeinden zu einer Großstadt zusammengeschweißt werden; um so die Deutschen die in den Städten 35 bis 47 % der Bevölkerung ausmachen, unter 20 % herabdrücken. Damit würden die Deutschen alle Minoritätsrechte verlieren, das Gebiet wäre zu einem rein tschechischen mit tschechischer Einsprachigkeit geworden. Schon heute kennen die Bahnhöfe, Postgebäude vielfach nur einsprachige Aufschriften, heute allerdings unter offener Umgehung des Gesetzes. Zweitens durch einen groß angelegten Wahlschwindel. Hatte man schon bei der Volkszählung alle Mittel der Einschüchterung gebraucht, so benützte man nun das Ergebnis der Volkszählung als Grundlage zur Anlegung der neuen Wählerlisten. Gegen die Bestimmungen des Gesetzes ließ man die ständige Wählerliste einfach verschwinden, während in den neuen Wählerlisten 5000 Minoritätenwähler fehlen, vor allem Deutsche, wogegen Tschechen, die bei der Volkszählung nur zufällig in Ostrau waren, eingetragen wurden. Gegen diesen Wahlschwindel wurden von den Minoritäten nicht weniger als 11000 Reklamationen eingebracht.

Auch die Arbeitsstätten in der Industrie sollen, wie bereits hervorgehoben, gänzlich den Tschechen vorbehalten werden. So intervenierte ein Ministerialrat aus Prag zusammen mit dem

Bezirkshauptmann Zilka höchst persönlich bei den einzelnen Unternehmungen und verlangte unter anderem, daß keine neuen deutschen Beamten und Arbeiter eingestellt werden dürfen, die alten Beamten, sofern sie nicht die tschechische Sprache vollkommen beherrschten, entlassen werden sollten, obwohl der überwiegende Teil der deutschen Beamenschaft und Inspektoren im Reviere bodenständig ist. Einführung der tschechischen Dienstsprache und Anstellung der Beamenschaft nach dem nationalen Schlüssel, wobei aber die Arbeiterschaft nicht zu zählen ist. Die tschechische Presse erklärt ganz offen und ohne jede Scheu, daß es sich den Tschechen darum handle, dieses wichtige, im Falle auswärtiger Konflikte wichtige Industriegebiet zur Gänze in die Hände der Tschechen zu bringen. Die deutsche Minderheit in diesem Gebiete geht daher in einen verzweifelten und aussichtslosen Kampfe, wenn sie nicht die Hilfe der deutschen Brüder des geschlossenen Sprachgebietes und die in Deutschland und Deutschösterreich teilhaftig wird. Die deutsche Minderheit dieses Gebietes braucht dringend sowohl geistige als auch materielle Unterstützung, sollten wir imstande sein, den deutschen Besitzstand halbwegs ungeschmälert zu erhalten. Es besteht aber auch kein Zweifel, daß die Methoden, die die Tschechen in Ostrau praktizieren, systematisch sind und für die Entnationalisierungsmethoden der Tschechen schlechthin. Was sich in Ostrau bewährt hat, wird auch anderen deutschen Minderheiten gegenüber, ja auch im geschlossenen deutschen Sprachgebiete angewendet werden und ist auch bereits zum Teile abgewandt worden. Daher kommt dem tschechischen Entnationalisierungssystem im Gebiete von M.-Ostrau eine über dieses Gebiet hinausreichende Bedeutung zu.

VERSCHIEDENES

Tagung des Frauenbundes der deutschen Kolonialgesellschaft in Stettin. Der Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft hielt vom 9.—11. September in Stettin seine Hauptversammlung ab. Am 9. fand eine Vorstandssitzung mit anschließendem geselligem Beisammensein und Vortrag von Geh. Rat Dr. Kempner über „Die Deutschen als Kolonialvolk“ statt. Er schilderte die kolonialen Bestrebungen Deutschlands und sprach die Hoffnung aus, daß uns die Geschichte wieder zu unserem Recht verhelfen werde, wenn wir innerlich stark bleiben. Durch Arbeit sollen wir uns zu neuen Aufgaben würdig machen. Auf der Hauptversammlung im Rathaussaal am 10. September erstattete Frau Elsa Frobenius den Geschäftsbericht. Frau Helga Boysen-Hamburg berichtete über Betreuung der Auswanderer. Hieran schloß Präsident Jung vom Reichswanderungsamt die Anregung, der deutschen Frauen in der Fremde zu gedenken, in ihrer Beratung nicht nachzulassen und den Zusammenhang mit ihnen und der Heimat zu wahren. Frau Wiederhold berichtete über die Arbeit des Rheinbundes, Frau Schlenther über die Ostpreußen im Frauenbunde, Frau Scheitzker-Berlin über seine Familienpflege, Frau von Ebersteins-Berlin über seine Büchereiarbeit. Herr Weckwarth überbrachte die „Neuesten Nachrichten aus Südwest“, an die sich eine lebhaft Aussprache schloß. Der Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft umfaßt zurzeit etwa 16000 Mitglieder in 112 Zweigvereinen. Seine Aufgaben bestehen hauptsächlich in der Fürsorge für Kolonialdeutsche. In Südwestafrika unterhält der Bund ein Jugendheim in Lüderitzbucht und hat im Frühjahr zahlreiche Orte des Landes mit Büchereien versorgt. Er sieht seine dritte große Aufgabe in der kolonialen Propaganda unter Deutschlands Frauen.

Nachahmenswert!

Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler veröffentlicht zur Nachahmung und Beherzigung im „Börsenblatt“ Nr. 119 die Schlußbemerkung aus einem Briefwechsel der Helwingschen Verlagsbuchhandlung in Hannover mit einer Buchhandlung im besetzten Gebiet:

„Den deutschen Buchhandlungen der zurzeit vom Feinde besetzten und der abgetrennten Gebiete gewähren wir, über die heutigen Vereinbarungen hinaus, von Fall zu Fall gern besondere Vergünstigungen. Es gilt unter Zurücksetzung eigenen Vorteils die Stärkung und Erhaltung des Deutschtums durch das deutsche Buch.“

Deutsch-italienischer Studentenaustausch.

Der Studentenaustausch mit Italien, von dem wir berichtet haben, findet, näheren Nachrichten zufolge, wie früher der ungarische, auf katholischer Basis statt. Die Leitung liegt in der Hand der katholischen Studentenschaft und ihres ausgezeichneten Organisators Dr. Sonnenschein-Berlin, dessen Sekretariat sozialer Studentenarbeit die Anregung gab und die Arbeiten einleitete. Unter den 50 Reichsdeutschen, die nach Italien gehen, sind 15 Süddeutsche. Die deutschen Studenten bezahlen nur die Reise, die Pässe werden kostenlos vermittelt und auch die Aufnahme in Italien ist unentgeltlich. Die 28 italienischen Studenten, die unter Führung von 2 Geistlichen nach Deutschland kamen, bezahlen umgekehrt ihre Reise selbst. In München besuchten sie den Kultusminister Dr. Matt, an den sich einer der Studenten in deutscher Sprache wandte, um vorzutragen, daß sie hofften, die Reise werde dem Geiste der Völkerversöhnung und Verständigung dienen. Die italienischen Gäste reisen von München über Würzburg, Frankfurt, Fulda, Weimar nach Berlin.

und von da über Hannover, Essen, Köln, Mainz, Heidelberg, Freiburg zurück.

Aus Bessarabien.

Von der Katastrophe eines deutschen Dorfes berichtet die „Deutsche Zeitung Bessarabiens“: „Es mochte gegen 6 Uhr nachmittags gewesen sein, als vom Nachbardorfe Mansburg einige Reiter ankamen und uns meldeten, daß ein großes Wasser von oben her in der Alkalia komme. Wir erschreckten darüber nicht und begnügten uns mit der Durchgrabung des Dammes vor dem Dorfe, um dem Wasser freien Lauf zu geben. Damit war aber nicht geholfen, denn das Wasser kam mit solcher Geschwindigkeit in solch breitem Strome an, daß der Damm in einem Augenblick verschwunden war. Das Wasser trat aus den Ufern und überflutete eine Häuserreihe des Dorfes. In wenigen Minuten war es so hoch gestiegen, daß man in die Wohnungen nicht mehr hinein konnte. Dies alles geschah so schnell, daß man bloß noch an die eigene Rettung denken konnte. Die Hennen waren zu der Zeit schon im Stalle, weshalb auch nur wenige am Leben blieben. Der Hirt dagegen war mit dem Vieh noch auf der Weide, welchem Umstände wir nun auch die Rettung unseres Viehes zu verdanken haben. Aber noch bevor die Dunkelheit hereinbrach, fielen unsere Häuser eins nach dem andern ein. Mit der Dunkelheit breitete sich zugleich auch ein dichter Nebel über unser Dörflein aus, so daß wir die Nacht hindurch nichts davon sehen konnten. Am nächsten Morgen jedoch, als sich der Nebel aufhob, bot sich unseren Blicken ein trauriges Bild dar. Mehr als das halbe Dorf war ein Schutthaufen geworden, denn die Gebäude waren größtenteils eingestürzt und haben alles, was darinnen war, unter sich begraben. Heu, Stroh, Spreu, Brunnenkasten, Brunnenröge und dergleichen mehr — alles war entweder nicht mehr an seiner Stelle oder gänzlich fortgeschwemmt. Unsere Ersparnisse waren mit einem Schlage dahin und damit auch so manche Hoffnung. Im Laufe des Tages mußten wir zu allem Elende noch feststellen, daß wir

auch ohne Brot und andere Nahrungsmittel geblieben sind. Kurz, wir waren auf einmal Bettler.“

Die Schulverwaltung in Yokohama übersandte der Münchener Stadtverwaltung eine Anzahl von bunten Zeichnungen, die von japanischen Schülern hergestellt waren und ersuchte dafür um Übersendung von Münchener Schularbeiten. Das japanische Erziehungs-Departement wolle eine Ausstellung aller führenden Städte im Schulwesen veranstalten und zum Schlusse die Zeichnungen als Anschauungsmaterial für Lehrer und Schüler aufbewahren. Stadt-Schulrat Baier gab sein Gutachten der Schulverwaltung in München dahin ab, daß das Münchener Schulwesen während des Krieges sehr gelitten habe, sodaß München nicht in der Lage sei, dem Verlangen zu entsprechen. Bürgermeister Schmid beantragte jedoch als Referent, erst mit dem Städtetag in Verbindung zu treten, um über die Zweckmäßigkeit eines solchen Lehrmittelaustausches zu beraten. Ein bishen Nationalgefühl müsse man sich doch bewahren. Ein gewisser Groll bleibe gegen Japan wegen seiner Stellungnahme im letzten Kriege, die Liebe zu ausländischer Kunst und ausländischer Schule müsse zurückgestellt werden, um das Deutschtum in unsern Schulen großzuziehen! Aus dem Material aus Japan sei nach dem Gutachten der Münchener Schulverwaltung nicht viel zu lernen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der U. S. P. angenommen.

Der neue rumänische Zolltarif.

Von dem neuen rumänischen Zolltarif, der für die deutsche Industrie von besonderer Wichtigkeit ist, ist soeben eine deutsche Übersetzung auf Grund des amtlichen rumänischen Textes in dem siebenbürgischen Verlag von G. A. Reissenberger in Mediasch, Rumänien, erschienen. Die Übersetzung ist zum Preise von Lei 25.— direkt vom Verlag oder von der Kommissionsbuchhandlung Moritz Perles in Wien I, Seilergasse 4, zu beziehen.

AUSWANDERUNGSWESEN

Argentinische und paraguayische Kolonisationspläne.

Die oft wiederholte Mahnung der deutschen Presse in Buenos Aires, die erfolgreiche Kolonisationspolitik Paraguays und Brasiliens nachzuahmen und namentlich deutsche Auswanderer durch Aufteilung und Überlassung von Regierungsland heranzuziehen, ist endlich beherzigt worden.

Durch Dekret vom 12. Juli 1921 hat die argentinische Regierung die Gründung von Ackerbau- Viehzucht- und Yerba, Mate- (Paraguaytee-) Kolonien auf acht Millionen Hektar Fiskalland angeordnet, und zwar in den Nationalterritorien Chaco, Formosa, Misiones, Chubut, Santa Cruz und Feuerland. Allerdings werden die einzelnen Landlose nicht wie in Paraguay unentgeltlich abgetreten, obwohl dies von dem noch immer nicht zur Ausführung gelangten argentinischen Heimstättengesetz vorgesehen ist. Aber die Regierung hat von vornherein dafür Sorge getragen, daß die Preise niedrige sind und nicht von Landpekulanten in die Höhe getrieben werden können.

Gerüchtweise verlautet, daß Argentinien außerdem beabsichtigt, Freifahrten für auswandernde Landwirte, wie dies seitens Brasiliens kürzlich geschehen ist, zu gewähren und die Regierungsdampfer hierfür zur Verfügung zu stellen. Es erscheint dies aber um so weniger glaubhaft, als die argentinische Regierung in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die denkbar schlechtesten Erfahrungen mit solchen Freifahrern gemacht hat;

anstatt Landwirten kam meist arbeitsscheues Großstadtesindel ins Land!

Sehr wahrscheinlich ist dagegen, daß das plötzliche Entgegenkommen Argentinien auf den Mißerfolg, die Kanada verlassenden Mennoniten für sich zu gewinnen, zurückzuführen ist. Bevor sich ihre Delegierten zum Erwerbe von 1 Million Hektar Land im paraguayischen Chaco entschlossen, hatten sie sich mit der Bitte um Landkonzessionen an Argentinien und Mexiko gewandt, aber sich schließlich doch für Paraguay entschieden, nachdem ihnen letzteres die gemäß ihrer Religion verlangte Befreiung vom Heeresdienst gesetzlich zugesichert hatte. Ende des 18. Jahrhunderts aus Deutschland nach Rußland und 1877 von dort nach Kanada und Nordamerika ausgewandert, sehen sie sich wegen schlechter Behandlung in Kanada und aus Furcht vor künftigem Kriegsdienst wiederum zur Aufgabe ihrer Heimat und zur Übersiedlung nach Paraguay gezwungen. Es handelt sich diesmal geradezu um eine moderne Völkerwanderung von angeblich 40000 Familien, in ihrer großen Mehrzahl erfahrene, fleißige und vermögende Landwirte, welche wohl geeignet sind, auf dem bisher nur von wilden Indianerstämmen bewohnten Chaco blühende Kulturen ins Leben zu rufen. Daß es sich hierbei um ein durchaus ernstes und gut organisiertes Unternehmen handelt, beweist seine Finanzierung durch die National City Bank in Neuyork, deren ehemaliger Präsident, General Mac Grover, der Finanzdelegierte der Mennoniten ist. Das deutschfreund-

liche Paraguay ist daher wegen seiner weitblickenden Kolonisationspolitik aufrichtig zu beglückwünschen. F. V.

Zum Riesen-Siedlungsprojekt der argentinischen Regierung.

Die argentinische Regierung scheint ernst machen zu wollen mit der Durchführung des Heimstättengesetzes, welches bisher nur auf dem Papier stand. Die südamerikanischen Zeitungen und Zeitschriften wissen sogar zu berichten, daß durch ein Siedlungsdekret der argentinischen Regierung acht Millionen Hektar in verschiedenen Territorien zur Kolonisation bereitgestellt werden, und daß bereits Mitte September eine größere Anzahl deutscher Kolonisten zu ermäßigten Preisen (2–3000 M.) nach Argentinien befördert werden soll.

Bei dem starken Auswanderungsdrang besteht Gefahr, daß sich hierbei die Vorgänge wiederholen, welche wir bereits bei dem Angebot auf vorschußfreie Überfahrt seitens der brasilianischen Regierung erlebt haben. Schon spitzen zahlreiche Agenten die Feder, um die Siedlungsprojekte der argentinischen Regierung sich zunutze zu machen. Es scheint daher beachtenswert, was das Argentinische Tageblatt vom 4. 8. 21 zu diesen Plänen der Argentinischen Regierung schreibt: In dem neuen Siedlungsdekret der Nationalregierung wird eingangs gesagt, daß die Regierung erst jetzt die gesamten Fiskalländereien erforscht und ein Kataster darüber aufgenommen habe. Auf Grund dieser Feststellungen hat die Regierung nunmehr bestimmte Zonen der Staatsländereien als Kolonisationszonen ausgewählt, bei denen ihrer Lage nach die Absatzfrage bis zu einem „gewissen Grade gelöst sein soll“. Freie Abgabe von Ländereien, wie es im Heimstättengesetz vorgesehen war, ist nicht geplant. Das argentinische Tageblatt stellt fest, daß es Jahre dauern kann, bis jene von der Regierung vorläufig nur in ihren Umrissen festgelegten Siedlungsgebiete in Löss vermessen sind. Die meisten dieser Siedlungsgebiete liegen noch in der als Wildnis anzusprechenden Waldzone oder in den vom Verkehrsnetz beinahe völlig isolierten Südterritorien. „Für absehbare Zeit ist kaum damit zu rechnen, daß Bahnbauprojekte zur Erschließung der entlegenen, zukunftsreicheren Siedlungsgebiete Argentinens zur Wirklichkeit werden; für kostspielige Unternehmungen dieser

Art werden voraussichtlich für längere Zeit weder der Staat noch ausländische Gesellschaften Mittel aufbringen können oder wollen.“ Der Ausbau des Bahnnetzes wird sich nur sehr langsam vollziehen.

In den Südterritorien, wo beinahe ausschließlich Viehzucht-kolonien ins Leben gerufen werden sollen, wird das Regierungsland nach den Bestimmungen des Dekretes nur verpachtet. „Wer es also auf eine eigene Scholle abgesehen hat, und das ist wohl der Wunsch der meisten Einwanderer, wie auch die einzig gesunde Basis für die Besiedlung, der ist im allgemeinen auf die Waldzone der Nordterritorien Misiones, Chaco und Formosa angewiesen.“

Es ist nun ganz besonders wichtig, daß eben diese Anfangsschwierigkeiten, die den angehenden Urwaldkolonisten erwarten, nicht von denen unterschätzt werden, die auf dem großen Siedlungsprojekt ihre Zukunftshoffnung aufbauen.

Was die nördlichen Siedlungsgebiete vor den südlichen voraus haben, ist die Ergiebigkeit des Urwaldbodens und die Existenz-erleichterungen, die der Wald dem Kolonisten in Gestalt von Baumaterial usw. bietet. Über die Bodenbeschaffenheit der in den Südterritorien als Siedlungsgebiete von der Regierung ausgesuchten Zonen, kann man wohl kaum in allen Fällen sehr günstig urteilen, da es sich zum Teil um sterile, regenarme Gebiete handelt; jedoch kommen auch hier und zwar im Territorium Chubut einige Zonen in Frage, wo die natürlichen Bedingungen günstig genannt werden und deren Klima auch der nordeuropäischen Einwanderung angemessener ist, als das der halbtropischen Nordterritorien.

Deutsche Einwanderung nach Argentinien.

Nach einer kurzen Meldung der „Deutschen La Plata-Zeitung vom 3. August äußerte sich anlässlich einer besonderen Sitzung des Zentralverbandes der Liga Patriotica der Präsident Dr. Manuel Carles dahin, daß unter dem neuen Einwanderungselement, das nach dem Kriege nach Argentinien kam, am begehrtesten das deutsche sei. Er begründete diese Meinung damit, daß unter den eingewanderten Deutschen der größte Prozentsatz Intellektueller sich befände.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschtum und Auslandkunde.

Die in großer Anzahl einlaufenden Drucksachen deutscher Vereine im Auslande werden im allgemeinen hier nicht aufgeführt. Sie werden im Vereinsarchiv des D. A. I. gesammelt und verzeichnet.

Übersicht:

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D. A. I. Dr. MANNHART und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Bei dem Mangel an neuer, ausländischer Literatur in Deutschland erscheint es nützlich, wenigstens einen Besitzer des Buches oder der Zeitschrift anzugeben. In Anlehnung an das Verzeichnis ausländischer Zeitschriften, Berlin 1921, bedeuten die fettgedruckten Abkürzungen: 1 = Berlin, Preuß. Staats-Bibl. 2 = Breslau, Univ.-Bibl. 7 = Göttingen, Univ.-Bibl. 10 = Königsberg, Univ.-Bibl. 24 = Stuttgart, Landesbibl. 101 = Leipzig, Deutsche Bücherei. H 3 Hamburg, Welt-Wirtsch.-Archiv. Stgt 1 = Stuttgart, Ausland-Inst., Stgt 2 = Stuttgart, Weltkriegsbücherei.

Nach allgemeinen Gesichtspunkten:

Auslanddeutschtum i. allg.: 1. 61. 62. 66. 121. 125. 127.
Grenzlanddeutschum: 3. 4. 7. 10. 12. 13. 15. 23. 29. 32. 35. 38. 39. 42–44. 50. 71. 72. 74. 76. 90. 96. 97. 100. 101. 103. 104. 111. 112. 116. 123. 124. 126. 132. 133. 136. 140. 144. 145. 148. 151.

Auslandkunde i. allg.: 26. 33. 85. 109. 143. 151.
Auswanderung und Kolonisation: 2. 6. 120. 131. 135. 139. 153.
Kirche und Mission: 40. 46. 55. 59. 63. 75. 80. 97. 101. 102. 115. 117. 130. 146.
Schul- und Bildungsfragen: 31. 59. 84. 96. 100. 107. 109. 121. 124. 125. 131. 143. 147.
Rechtsfragen: 14. 15. 36. 53. 99. 104. 129. 148.
Wirtschaftsfragen: 14. 15. 21. 32. 34. 36. 37. 49. 52. 56. 74. 77. 86. 89. 90. 92–94. 98. 99. 108. 111. 112. 129. 141.
Schöne Literatur und Künste: 5. 25. 28. 38. 39. 47. 48. 51. 54. 73. 87. 98. 103. 105. 115. 118. 123. 133. 152.
Deutsche wissenschaftl. Arbeit im Auslande: 16. 17. 41. 43. 45. 64. 70. 78. 110. 142. 152.
Deutschtum in der Darstellung des Auslandes: 7. 8. 20. 21. 22. 56. 132. 145.

Regionale Übersicht (soweit nicht Grenzlanddeutschum).

Mitteleuropa: 28. 32. 51. 77. 87. 99.
Westeuropa: 7. 22. 26. 32. 53. 58. 60. 85. 90. 103. 116. 126. 145.
Nord- und Osteuropa: 2. 10. 11. 13. 23. 24. 30. 34. 42. 54. 55. 57. 64. 67. 68. 75. 92. 94. 100. 106. 114. 115. 117. 119. 144. 147–149.
Süd- und Südosteuropa: 9. 16. 17. 19. 25. 27. 30. 40. 44–47. 51. 66. 71. 73. 77. 79. 80. 89. 93. 95. 102. 105. 110. 118. 122. 128. 131. 134. 138. 141. 142. 150. 152.
Vorderasien: 58. 81. 88. 108. 130.

Ost- und Australasien: 48. 70. 113. 146. /
 Afrika: 6. 21. 41. 56. 59. 62. 78. 83. 86. 91.
 Nordamerika: 2. 8. 19. 61. 65. 69. 107. 120.
 Lateinamerika: 18. 31. 33. 52. 57. 61. 82. 84. 98. 135. 137. 153.

I. Einzelschriften.

1. *Afstemningen i Sønderjylland (I og 2 Zone)* 10. Febr. og 14. Marts 1920. Med 1 Kt. København: Tryde 1920. 30 S. 8° 1.
2. *Althausen, Ernst*, Reisebeschreibung aus Wolhynien und Canada. Tagebuchblätter, Winnipeg: Deutsche Buchhandlung 1921. 40 S. 8° Stg 1.
 Die Tagebuchblätter dieses Geistlichen, welcher im Auftrage des Fürsorgevereins für Deutsche Rückwanderer im Winter 1920/21 die deutsch-wolhynischen Gemeinden in Canada bereiste, tragen eine stark religiöse Note. Jedes Erlebnis wird religiös gedeutet. Zugleich bekommen wir einen trefflichen Einblick in die Schwierigkeiten, mit denen ein Pastor in Nordamerika zu kämpfen hat.
3. *Osteuropa-Institut in Breslau. Beiträge zur oberschlesischen Frage.* Denkschrift der Forschungsabteilung für Bergbau und Hüttenkunde des Osteuropa-Instituts bei der Universität u. Techn. Hochschule z. Breslau. Breslau 1921. 26 S. 4°
 1. Oberschlesien u. die Umgestaltung d. europ. Schwerindustrie durch den Versailler Vertrag.
 2. Die wirtschaftliche Zugehörigkeit d. Kreise Pleß u. Rybnik z. oberschles. Montanindustrie.
 4. *Bemerkungen des Plebiszit-Kommissariats für Deutschland z. Abstimmungsergebnis.* Nr 1—5. Kattowitz (1921): Böhm. (3: J. Herlitz, 5: o. Dr.) 4° 2.
 5. *Deutsche Bilder.* Reihe 1. München: Gerber [1921]. 95 S. 8° M 15.—
 Für diesen Bilderband sind Perlen deutscher Baukunst, Malerei und Plastik der älteren Zeit ausgewählt und in vollendeter Weise durch Netzzätzungsverfahren der Firma F. Bruckmann in Doppeltonfarbendruck wiedergegeben worden. Auswahl und photographische Aufnahme verraten einen hohen Geschmack und gediegene kunstgeschichtliche Schulung. Der Band wird dazu beitragen, den deutschen Landschaften mit ihren Kunstschätzen Freunde unter den Ausländern zu gewinnen und dem Auslandsdeutschen die Heimat von einer ihrer liebenswürdigsten Seiten zu zeigen. Es ist warm zu begrüßen, daß ein Teil der Auflage in englischer Sprache hergestellt wurde. Vgl. Nr 37. H. M.
6. **Blumhagen, H[ugo], Südafrika.* (Unter Einschluss von Südwestafrika.) Mit 1 Übersichtskt. Hamburg: Friedrichsen & Co. 1921. 148 S. 8° M 22.—. (Auslandswegweiser, Bd 7.)
7. *Bouchard, P., En Alsace avec l'armée Gouraud.* Paris: Beauchesne 1919. Stg 2.
8. *Bouton, S. Miles, And the Kaiser abdicates. The story of the death of the German Empire and the birth of the republic told by an eyewitness.* New Haven: Yale Univ. Pr. [usw.] 1920. 271 S. 8° 1.
9. *[Brandsch, Rudolf], Zur Erinnerung an die Goldene Hochzeit unserer Eltern z. Bekokten, am 18. Mai 1920.* (Hermannstadt 1920: Ostdeutsche Druckerei.) 8 S. 8° Stg 1.
 Der parlamentarische Führer der Siebenbürger Sachsen und des Verbandes der Deutschen in Großrumänien gibt eine liebevolle Schilderung der Goldenen Hochzeitsfeier seiner Eltern am 15. Mai 1921 mit der Trauansprache von Pfarrer Scheiner, dem Glückwunsch des Bischofsheuses und den in alter, treu gepflegter Stammesitte dargebrachten Ehrungen durch die Bevölkerung Bekokten und seiner Umgebung, ein Bild echt deutschen, gemütvollen Familienlebens. Vgl. Nr 95.
10. *Braun, Fritz, Die östlichen Grenzländer Norddeutschlands.* Eine Landeskunde d. Weichsellandes (Kongreßpolens). Bonn u. Leipzig: Schröder 1921. VIII, 123 S. 8° M 12.—, geb. M 18.—. (Bücherei d. Kultur u. Geschichte. Bd. 19.)
11. *Buchholtz, Arend, Geschichte der Rigaschen Familie Schwartz.* i. A. von Frau Alice Schwartz geb. Kempe verf. (Gedr. als Hs.) Berlin 1921: H. S. Hermann. IX, 744 S. 4° 1.
12. *Denkschrift der deutschen Parteien u. Gewerkschaften Oberschlesiens über den polnischen Aufstand, umfassend den Zeitraum vom 1. Mai 1921 bis 12. Juni 1921.* o. O. 1921. 28 S. 4°.
13. **Eichler, Adolf, Das Deutschtum in Kongreßpolen.* Stuttgart: Ausland u. Heimat 1921. 157 S. 8° M 16.— (Schriften des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart. Reihe A, Bd 4. Zugleich Veröffentl. d. ehemaligen Landeskundl. Kommission beim Generalgouvernement Warschau. Reihe B, Bd 9.) Vgl. Nr 150.
14. *Die Entschädigungsgesetze.* Auslandsschädengesetz, Kolonialschädengesetz, Verdrängungsschädengesetz vom 28. Juli 1921 nebst der Entschädigungsordnung vom 30. Juli 1921. Textausg. Berlin: Heymann 1921. 75 S. M 6.—.
- Die soeben erschienene Textausgabe enthält alle wichtigen, bisher erlassenen Entschädigungsgesetze: Auslandsschädengesetz, Kolonialschädengesetz, Verdrängungsschädengesetz vom 28. Juli 1921 und die Entschädigungsordnung vom 30. Juli 1921. Die zahlreichen Reichsangehörigen des Auslandes, der ehemaligen Kolonien und der abgetretenen Gebiete finden darin alle gesetzlichen Maßnahmen vereinigt, die zur Schadloshaltung und Geltendmachung ihrer Rechte erlassen sind.
15. **Ernst, Robert, Die Eingliederung der vertriebenen Elsaß-Lothringer in das dt. Wirtschaftsleben im Augenblick seines Tiefstandes.* Tatsachen u. Politik. Berlin u. Leipzig: Vereinigung wissensch. Verleger 1921. VIII, 189 S. 8° M 20.—.
16. *Deutscher Ferienhochschulkurs in Hermannstadt.* 2. Jahr 10.—24. August 1921. [Programm.] (Hermannstadt 1921: Krafft.) 16 S. 4°. (Moderne Bücherei Hermannstadt.) 1. 101 Stg 1.
 Das Programm umfaßt die wissenschaftlichen Vorlesungskurse und Vorträge, Ausstellungen, Führungen und Versammlungen, ferner die anlässlich des Hochschulkurses veranstalteten großen dramatischen musikalischen und sportlichen Darbietungen, unter denen die Uraufführung des geschichtlichen Schauspiels „Michael Weiß, Stadtrichter von Kronstadt“ von Adolf Meschendörfer besonders hervorzuheben ist.
17. *Festschrift zu dem 2. deutschen Ferienhochschulkurs.* 10.—24. Aug. 1921 in Hermannstadt. Hermannstadt: Sonderausschuß f. Ferienhochschulkurse d. modernen Bücherei 1921. 84 S. 8° 1. 101. Stg 1.
 Die vorliegende „Festschrift“ war ursprünglich als ein etwas erweitertes erstes und zweites Heft der seit einiger Zeit geplanten „Mitteilungen zur Volks- und Landeskunde der Deutschen in Großrumänien“ gedacht, deren Erscheinen leider im letzten Augenblick unmöglich wurde. Vgl. die einzelnen Beiträge unter Nr 105. 128. 131. 133. 143. 153.
18. *Der deutsche Gesang-Verein Frohsinn 1885 zu Santiago* seinen Mitgliedern für das Jahr 1921. Stg 1.
19. **Ganivet, Angel, Spaniens Weltanschauung u. Weltstellung.* München: Müller 1921. VIII, 155 S. 8° M 18.— M 24.—.
20. *Gill, C. C., What happened at Jutland. The tactics of the battle.* With 26 diagrams. New York: Doran (1921). XIII, 187 S. 8° Stg 2.
21. *Goode, Wilson, Report on the conditions and prospects of trade in the Protectorate of South-West-Africa.* 1920. (Cmd. 842.) London: Stat. Off. 1920. (Department of Overseas Trade.) H 3.
22. *Got, Ambroise, L'Allemagne à l'oeuvre.* Strasbourg-Paris: Impr. Strasbourgeoise (1920). XIV, 296 S. 8° Stg 2.
23. *Die nordöstlichen Grenzkreise der Provinz Ostpreußen gegen den Anschluß an Russisch-Litauen.* Jena 1921: Neuenhahn. 23 S. 8° 10.
24. *Haase, Felix, Die religiöse Psyche des russischen Volkes.* Leipzig u. Berlin: Teubner 1921. VI, 250 S. 8° M 24.—, geb. M 30.—. (Osteuropa-Institut, Breslau. Quellen und Studien. Abt. 5: Religionswissenschaft. H. 2.)
25. *Hannenheim, Wilhelm V., Kristian u. die Sterne.* Hermannstadt: Frühling-Verlag (1920). 95 S. 8° Stg 1.
26. *Hansen, Ferdinand, The unrepentant Northcliffe. A reply to the London „Times“ of Oct. 19, 1920 by the „Unrepentant Hun“ F. Hansen Together with a correspondence with Sir Arthur Conan Doyle.* Hamburg: Overseas Publishing Co [1921]. 47 S. 8°.
 In glänzender Form und mit der Deutlichkeit, die dem Gegenstand gegenüber nötig ist, setzt sich der Deutschamerikaner Hansen mit Lord Northcliffe und den Helfershelfern seiner Lügenpropaganda auseinander, insbesondere mit der Kritik, die die „Times“ an des Verfassers „Open letter to an English officer“, einer klaren und ehrlichen Darstellung von Deutschlands Lage vom amerikanischen Standpunkt aus, übte. Die Schrift ist bereits in hohen Auflagen verbreitet und sollte zusammen mit Hansens „Pillory and witness-box“ und Hermann George Scheffauers beiseitender Satire „The German prison house“ in Massen nach allen englisch-sprechenden Ländern versandt werden. H. M.
27. *Herfurth, Franz, Frei u. stark! 2 Reden.* Kronstadt: Zeidner i. Komm. 1921. 32 S., 2 Taf. 8°.
28. **Hoznig, Anton, Deutscher Städtebau in Böhmen.* Die mittelalterlichen Stadtgrundrisse Böhmens mit besonderer Berücksichtigung der Hauptstadt Prag. Mit 13 Abb., 24 Taf. u. 1 Faltp. Berlin: Ernst 1921. 107 S. 8° M 33.—, geb. M 37.—.
29. *Hofmann, Albert v., Die bayerische Pfalz u. Elsaß-Lothringen.* Stuttgart u. Berlin: Dt. Verlags-Anstalt [1921]. VIII, 190 S. 8°. (Hofmann: Histor. Reisebegleiter f. Deutschland. 3.)
30. *Jaentsch, Irmgard, Mit deutschen Ferienkindern im Ausland.* (Tessin — Norwegen — Graubünden.) Breslau und Oppeln: Priebatsch [1921]. 91 S. 8°.
31. *10 Jahre deutschen Turnens am Rio de la Plata.* 1911—1921. Hrsg.: Neuer Deutscher Turnverein. Buenos Aires 1921: Druck v. J. Riecke. Stg 1.

32. *Janovsky, Karl, Prag—Paris? Kritische Betrachtungen zum tschechisch-französischen Handelsvertrage. Prag: Deutschpolitische Arbeitsstelle (1921). 13 S. 4°. (Deutschpolitische Arbeitsstelle. 12. Veröff.) Aus: „Die Wirtschaft.“ 101. Stg.
33. La *Influencia* de la prensa. Las actividades de Lord Northcliffe antes de la guerra y después. Buenos Aires: „Germania“ 1921. 40 S. 8°. (El problema de la culpa. Nr 2.) Eine Untersuchung über Entwicklung, Aufbau und Tätigkeit der Northcliffeschen Heftpresse seit 1900 und ihrer Kriegspropaganda unter Benützung von Northcliffes Hauptmitarbeiter Sir Campbell Stuarts Buch „The secrets of Crewe House“, London 1920.
34. Esimene Tallinna *Kaubandus-Adreßraamat*. The first commercial Directory of Reval. Verf. u. Hrsg. Rudolf Zero und Walter Juhkental. Tallinn (Reval): Murawei; Leipzig: Bibliogr. Institut i. Komm. 1921. Getr. Pag. 8° M 100.—.
35. Keyser, Erich, Danzigs Geschichte. Mit 1 zweifarb. Kt. d. Gebietes d. Stadt Danzig. Danzig: Kafemann 1921. 235 S. 8° M 20.—.
36. Koeppel, Wilhelm, Die Geltung d. deutsch. Reichs-Steuer-gesetze für Nichtdeutsche u. Auslandsdeutsche. Zugl. eine Anleitung für d. Behandlung d. Auslandskonten dt. Banken und Sparkassen. Berlin: Spaeth & Linde 1921. 288 S. 8° M 32.—.
37. Krauß, Maximilian, Die zukünftigen Aufgaben der deutschen Verkehrswerbung im In- und Auslande. Berlin 1921: Brandenburger Buch- u. Kunstdruck-Gesellschaft. 19 S. 8°. (Fachschriften der Reichszentrale für dt. Verkehrswerbung. 1.) Die Schrift entwickelt mit feinem psychologischen Verständnis die Grundsätze für eine deutsche Verkehrswerbung, ein Gebiet, das im Gegensatz zur Schweiz, Italien, Frankreich und Skandinavien bisher in Deutschland leider vernachlässigt wurde, obgleich es volkswirtschaftlich und kulturpolitisch von größter Bedeutung ist. Daß sich nach den Grundsätzen des Verfassers künstlerisch und inhaltlich außerordentlich anziehende Schriften von hohem werbenden Wert schaffen lassen, beweist die unter Nr. 5 angezeigte Reihe 1 der „Deutschen Bilder“. Dr. H. M.
38. Kronthal, Artur, Werke der Posener bildenden Kunst. Beiträge zur Heimatkunde über die Deckenbilder des Rathauses in Posen ... Mit 13 Abb. u. ein. Anhang. Darin u. a.: „Minutolis Amtl. Berichte u. d. Aufstand von 1846“ von Manfred Laubert-Breslau. Berlin u. Leipzig: Vereinigung wiss. Verleger 1921. 80° S. 4° 1.
39. Kubitschek, Rudolf, Böhmerwälder Bäuerenschwänke. Ein kurzweilig Lesen von Bauern u. Rindvieh, Liebesleut u. Lumpen ... Wien, Prag, Leipzig: Strache 1920. 86 S. 8° 1.
40. *Die Lage der evangelischen Kirche in Siebenbürgen. Von einem Siebenbürger Sachsen. Leipzig: Hinrichs 1921. 20 S. 8° M 2.—. (Beihefte d. Zeitschrift „Die evangelische Diaspora.“ Nr 2.)
41. Lang, Heinrich F., Schambala-Wörterbuch. Hamburg: Friederichsen 1921. 502 S. 4°. (Abhandlungen d. Hamburg. Kolonialinstituts. Bd 43.) (Reihe B, Bd 23.) H 3.
42. Lauridsen, P[eter], Da Sønderjylland vaagne. En Skildring af Nordslesvigerne Nationalitetskamp fra 1830 til 1848. (Halvbd 1. 2.) København: Haase 19(19)—20. 510 S. 8° 1.
43. Lenel, Otto, Die Universität Straßburg 1621—1921. Gedankenkrede. Freiburg i. Br.: J. Boltze 1921. 30 S. 8° M 3.—.
44. Il *Martirio* del Trentino di Gino Marzini usw. Ed. della Comm. dell' Emigrazione Trentina in Milano e della Sezione Trentina dell' Associazione Politica degli Italiani Redenti in Roma. 3. ed. riveduta e aumentata. Trenta 1921. 256 S. 8° Stg 2.
45. *Milleker, Felix, Kurze Geschichte des Banats. Nach glaubwürdigen Quellen geschildert. 2. Aufl. Wrschatz: Kirchner 1921. 47 S. 8° D. 3.—. Stg 1.
46. *Milleker, Felix, Geschichte der Wrschatzer H. Kreuz-Berg-Kapelle 1720—1920. Auf Grund archivalischer Quellen. 3. Aufl. Wrschatz: Kirchner 1921. 24 S. 8° D. 3.—. (Banater Bücherei. 2.) Stg 1.
47. Milleker, Felix, Adam Müller-Guttenbrunn. Sein Leben und sein Dichten. Hrsg. anlässlich der Müller-Feier in Guttenbrunn am 15. Mai 1921 vom Großbetschkerek dt. Tagblatt „Neue Zeit“. Großbetschkerek 1921. 28 S. 8° D. 1.—. Der um die Erforschung der Besiedelungsgeschichte des schwäbischen Banats hochverdiente Kustos des Städtischen Museums in Wrschatz hat anlässlich der Müller-Feier in Guttenbrunn im Banat am 15. Mai 1921 einen Abriss des Lebens des großen deutschbanater Dichters mit knappen Inhaltsangaben und Aufzählung seiner Hauptwerke gegeben.
48. *Morgenthaler, Hans, Matahari. Stimmungsbilder aus den malayisch-siamesischen Tropen. Mit 24 Federzeichn. nach Motiven aus siamesischen Buddhatemplein, vom Verfasser. Zürich: Orell Föbli (1921). 303 S. 8° fr. 10.— Stg 1.
49. The Needs of Europe. Its economic reconstruction. A report of the international economic conference called by the Fight the Famine Council, and held at Caxton Hall, Westminster, on the 11 th, and 13 th of Oct., 1920. Southampton: The Fight the Famine Council 1921. 132 S. 8° Stg 1.
50. Die Not der Deutschen in Oberschlesien. Folge 1. Berlin: H. R. Engelmann 1921. 67 S. 8° M 2.50. (Die Vergewaltigung d. Menschenrechte. H. 1.)
51. Oberleitner, Adalbert u. Josef Matzura, Südmährische Sagen aus den Pollauer Bergen. Gesammelt. Mit 1 Bilde von Josef Flassak. Nikolsburg (Süden): Bartosch 1921. 178 S. 8° M 15.—. (Zu einer Heimatkunde d. Nikolsburger Gaus. T. 1.) 101.
52. Pittier, H[enry], Mapa ecológico de Venezuela que demuestra las zonas naturales, los cultivos, las vias de comunicación y los principales centros mineros, etc. [Nebst] Complemento explicativo. Caracas 1920: Litogr. del Comercio. 44 S. 1 Kt. 4° u. 2° compl. expl. [n. d. T.]: Pittier: Esbozo de las formaciones vegetales de Venezuela con una breve reseña de los productos naturales y agrícolas. 10.
53. Pfaffmann, Clemens, Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich 1914—1920. Beiträge z. Handhabung u. zum Ausbau d. internat. Kriegsgefangenenrechtes. Berlin: Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener 1921. 109 S. 8° Stg 2.
54. Recke, Elise von der, Herzensgeschichten einer baltischen Edelfrau. Erinnerungen u. Briefe v. Elisa von der Recke. (Vorr.: Heinrich Conrad.) Stuttgart: Lutz 1921. 367 S. 8° (Memoiren-Bibliothek 5, 14.)
55. Rendtorff, Franz, Gustav Adolf, Schweden u. der Gustav-Adolf-Verein. Leipzig: Hinrichs 1921. 16 S. 8° M 1.—. (Beihefte d. Zeitschr. „Die evangelische Diaspora“. Nr 1.)
56. East-Africa-Protectorate. Report for 1918—1919. London: Stat. Off. 1921. 25 S. (Colonial Reports-Annual Nr 1073.) H 3.
57. La Responsabilidad del zarismo. Una contribución británica a la solución del problema: Quién es el culpable de la guerra? Halba E. D. Morell. Buenos Aires: „Germania“ 1921. 53 S. 8°. (El problema de la culpa. Nr 1.) Spanische Übersetzung der Schrift „Tsardoms part in the War“, in der der englische Kriegsgegner und Vorkämpfer für wirkliche Demokratie E. V. Morel im J. 1917 die Legende von der deutschen Alleinschuld am Kriege angriff und dargetun er von der britischen Regierung seiner Freiheit beraubt wurde.
58. Rohrer, C., Die Tempelgesellschaft oder ein neuzeitlicher Versuch zur Verwirklichung der Verkündigung Jesu von Nazareth. Stuttgart 1920: Greiner & Pfeiffer. 19 S. 8°. Der Vorsteher der Tempelgesellschaft hat diese Schrift im Oefangenenlager von Keluan bei Kairo geschrieben, wo er mit vielen anderen Palästina-Deutschen von den Engländern interniert und wider alles Recht weit über Kriegsende hinaus festgehalten wurde. Sie legt in kurzen Zügen die theoretische Stellung der Tempel zur jüdischen und herkömmlich christlichen Bibelauslegung dar, sowie die Geschichte der Tempelgesellschaft von der Gründung in Württemberg bis zur schwersten Gefährdung der Kolonien in Palästina im Herbst 1919. H. M.
59. Roloff, Ernst M., In zwei Welten. Aus d. Erinnerungen eines deutschen Schulmannes u. Lexikographen. Berlin-Bonn: Dümmler 1920. 313 S. 8°. Der Verfasser war mehrere Jahre Lehrer an der deutschen Schule in Kairo und Leiter eines College in Irland. Sein Buch enthält u. a. aus S. 110, 113 und 186 beachtenswerte Bemerkungen über deutsches Auslandswesen.
60. Sarrazin, J[osef], u. R[ichard] Mahrenholtz, Frankreich. Seine Geschichte, Verfassung u. staatlichen Einrichtungen. 2. Aufl. gänzl. neu bearb. von Prof. Dr. Ernst Hofmann. Leipzig: Reissland 1921. VI, 332 S. 8°.
61. Schmidt, C. L., Die Zukunft des Deutschtums in Amerika. in: Deutschlands Wiederaufbau im Lichte parteilos gesinnter Zeitgenossen. Berlin W 50: Futuria. M 4.50. (Futuria-Bücherei f. Geisteskultur u. Ethik. Bd 2.)
62. Schnee, Heinrich, Braucht Deutschland Kolonien? Ein Vortrag. Leipzig: Quelle & Meyer 1921. 56 S. 8° M 4.—.
63. Schomerus, Christoph, 1890—1920. Drei Jahrzehnte Hermannsbürger Missionsgeschichte. 2. erw. Aufl. der im Jahre 1915 erschienenen Festschrift z. 25jähr. Amtsjubiläum d. Missionsdirektors Pastor D. theol. Georg Haccius. Hermannsburg: Missionshandlung 1921. 100 S., 7 Taf. 3 Kt. 8° M 6.—.

64. **Schroeder**, Leopold v., Lebenserinnerungen. Hrsg. von Dr. jur. et phil. Felix v. Schroeder. Leipzig: Haessel 1921. 285 S. 8° geb. M 38.— Stg 1.
65. **Scott**, James Brown, The United States of America: A study in international organization. New York 1920. 24.
66. **Steinmetz**, S[e]bald] R[udolf], De nationaliteiten in Europa. Eene sociograph. en polit. studie. Zuid-en Oost-Europa. Amsterdam: var Looy 1920. 514 S. 7.
67. **Storost**, Georg, Litauische Geschichte. (Von den ältesten Zeiten bis z. Gegenwart.) Tilsit: Pawlowski 1921. X, 152 S. 8° 1.
68. **Taube**, Helene Freifrau von, Am russischen Hof in den Jahren d. dt. Reichsgründung. Tagebuch eines Hoffräuleins. Hrsg. von Otto Freiherr v. Taube. Berlin: Kentaur-Verlag [1921]. 360 S. 8° 24.
69. *Thoughts on reconciliation invited and compiled by the Social and Scientific Society of New York in commemoration of the fiftieth anniversary of its foundation. 1870—1920.* New York 1920. 47 S. qu. 8°. Stg 1.
In dem zur 50jährigen Jubelfeier des Gesellig-Wissenschaftlichen Vereins von Newyork herausgegebenen Album sind die Antworten auf die Umfrage des Vereins an hervorragende Persönlichkeiten vereinigt. Die Umfrage lautete: „Was und wie können die Intellektuellen aller Länder zur Versöhnung der am Weltkrieg beteiligten Völker beitragen und dadurch die Welt zu dauernder Menschheitsverbrüderung führen?“ Die deutschen und die wenigen französischen Antworten sind meist ins Englische übersetzt.
70. **Thurnwald**, Richard, Die Gemeinde d. Bánaro. Ehe, Verwandtschaft u. Gesellschaftsbau e. Stammes im Innern von Neu-Guinea. Aus d. Ergebn. e. Forschungsreise 1913—15. Stuttgart: Enke 1921. IV, 274 S. 8°. (Aus: Zeitschr. f. vergleichende Rechtswiss. 38, 3. 39, 1. 2.) 1.
71. **Tolomei**, Ettore, Un libro di scienza? Da Grabmayr a Credaro. Trento: Disertori 1921. 38 S. 8° 1.
72. Die Vergewaltigung der Menschenrechte. In Dokumenten vorgelegt vom Ausschuß für Minderheitenrecht. H. 1: Die Not der Deutschen in Oberschlesien. 1. Folge. Berlin: H. R. Engelmann 1921.
73. Deutsche Volkslieder. Werschatz: Ortsgr. des Schwäbisch-Dt. Kulturbundes [1921]. 32 S. 8°.
Die Texte von 33 der bekanntesten deutschen Volks- und Studentenlieder sind abgedruckt. Das im Banat noch lebendige schwäbische Lied ist nur schwach vertreten, auch möchte man einen engeren Anschluß an die besten Quellen wünschen. Als erster Anfang verdient das Heftchen mit Freude begrüßt zu werden.
74. **Volz**, Wilhelm, Die wirtschaftsgeographischen Grundlagen der oberschlesischen Frage. Berlin: Stilke 1921. 91 S. 5 Kt. u. Taf. 8° M 10.— [Auch in engl. u. ital. Übersetzung bei Stilke erschienen.]
75. **Warns**, Johannes, Rußland u. das Evangelium. Bilder aus der evang. Bewegung des sogenannten Stundismus. 2. Aufl. Cassel: [Verlagshaus d. Deutschen Baptisten] Oncken [1921]. IV, 222 S., Taf. 8° M 10.—
76. Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund „Saar-Verein“ wissen muß. Ein Merkblatt mit Bildern und Karte des Saargebietes. Berlin SW 11: Geschäftsstelle „Saar-Verein“ o. J. [1921]. 14 S. 8° Vgl. Nr 90. 116. 146.
Eine knappe, sehr brauchbare Zusammenfassung über das Saargebiet und seine Leiden unter französischer Zwangsherrschaft. Die wirtschaftliche Bedeutung des Gebietes wird besonders mit Zahlen belegt. — Die Auffassung auf S. 3. daß das Saargebiet auch gegen den Willen der Bevölkerung an Frankreich fallen müsse, wenn Deutschland dann nicht innerhalb 6 Monaten die Kohlenbergwerke nach ihrem Wert in Goldmark zurückkaufe, findet im Friedensvertrag keine Begründung. Über den Ausfall der Abstimmung für Deutschland sind alle Zweifel ausgeschlossen. H. M.
77. Industrieller u. kommerzieller Wegweiser. Erster vollst. auf berufsgenossenschaftl. Grundlage u. amtl. Daten beruhender Geschäftskataster d. tschechoslowak. Republik. Zsgest. von E. Phohl. Bd 1: Slowakei (sämtl. Industrien). Prag: Koppe-Bellmann 1920. 240 S. H 3.
78. **Westermann**, Diedrich, Die Gola-Sprache in Liberia. Grammatik, Texte u. Wörterbuch. Hamburg: Friederichsen 1921. VII, 178 S. 4°. (Hamburg. Universität. Abhandl. aus dem Gebiet d. Auslandskunde. Bd 6.) (Reihe B. Bd 4.) H 3.
79. **Wettel**, Helmut, Der Buziaser Bezirk. Landschaften mit historischen Streiflichtern. Temesvar 1919: Südungar. Buchdruckerei. IV, 216 S. 8° Stg 1.
80. ***Wiegand**, A., 25 Jahre Liebesarbeit im Karpathenlande. Festschrift zum 25jähr. Stiftungsfest der deutschen evangelischen Anstalten in Stanislau. Plau i. Meckl.: Selbstverlag d. Ev. Hilfsbundes f. Innere Mission in d. Diaspora 1921. 24 S. M 1.50.
81. **Woytinsky**, Wladimir, La démocratie géorgienne. Préf. de

E[mile] Vandervelde. Paris: Alcan Lévy 1921. VII, 304 S. (Bibliothèque d'histoire contemporaine.) 1.

II. Zeitschriften u. Forts.-Werke.

82. **Adreßbuch** Deutschsprechender in den La Plata-Staaten. Guía Germana del Río de La Plata. 1921/22. Tomo 1: Ciudad de Buenos Aires y Alrededores. Buenos Aires: Klengel. Stg 1.
83. Südwestafrikanisches **Adreßbuch**. Directory of South West Africa 1919/20. Swakopmund: Schulze 1920. 8° Stg 1.
84. Republica Oriental del Uruguay. **Anales de Instrucción Primaria**. T. 17. 1920. Montevideo. 24.
85. **Annuaire** de la presse française et étrangère et du monde politique. Ed. de 1921. Dir. M. Roux-Bluyssen. Paris: Administration et Rédaction 1921. H 3.
86. Annual **Statement** of the trade and shipping of the Union of South Africa, Southern and Northern Rhodesia and South West Africa. 1920. Cape Town: Hortors Ltd. 1921. H 3.
87. Die Zeitschrift **Avalun**. (Hrsg. u. verantw. Red.: Friedrich Schierl.) Jg. 1. 1921. Prag: Ehrlichs Buchhandlg. Jährl. 12 H. 4 H. K 10.— 101.
88. Azad-i-sarg. „Freiheit des Ostens.“ („La Liberté d'Orient.“) Polit. wirtschaftl. u. soziale Zeitschr. Red.: Scheich Abdurrahman Seif ('Abdar-Rahman Saif). Sal 1, [Nr 1]. Berlin-Charlottenburg 1921. 2° 1. Stg 1. [Pers. u. Ant.]
89. **The Balkan-Economist**. A fortnightly review concerning the economic life of the Balkan States. Vol. 1. 1920/21. Budapest. 24.
90. **Bulletin officiel**. Offizieller Bericht. Chambre de Commerce Franco-Sarroise. Sarrebruck: Chambre de Commerce [Jg. 1. Nr 1] [dat.]. Déc. 1920. Stg 1.
Organ der politischen und wirtschaftlichen Propaganda der Franzosen im Saargebiet. Vgl. Nr 76. 90. 116. 146.
91. Der **Deutsch-Afrikaner**. Deutsche Zeitschrift für Südafrika. Verantw. Schriftl.: Lothar Kunze. Jg. 1. 1921/22. (Nr 1 vom 14. Juli. 22 S.) Pretoria: Geschäftsstelle d. Zeitschr. Jährl. 52 Nrn £ 1.— Stg 1.
92. Finlands **Exportregister** 1921. Finlands Exportverzeichnis hrsg. von Finlands Exportvereinigung. Abo 1921. CIV, 249, 282 S. H 3.
93. Südtiroler **Gastgewerbe-Zeitung**. Offizielles Organ d. Verb. der Gastwirte-Genossenschaften d. Handelskammerbezirk Bozen. (Verantw. Red.: Leonhard Gaiser.) Jg. 1. 1921/22. (Nr 1 vom 1. Juni. 6 S.) Bozen: Pötzberger. Jährl. 24 Nrn L. 10.— 101.
94. Finnischer **Handels-Kurier**. Saksalais-snomalainen kauppa-kuriiri. Tysk-finsk handelskurier. Zentralorgan z. Förderung d. Handels-Beziehungen z. Finnland. . . (Offizielles Organ d. Wirtschaftszentrale finnland. Industrieller u. Kaufleute, „Finnischer Handelsdienst e. V.“) Jg 2. 1921. Berlin: Deutsch-Finnischer Verlag. Beg. Jan. Monatl. 3 Nrn. Jährl. M 50.— [Anf. u. d. T.:] Deutsch-finnischer Handelskurier. 101.
95. Deutsche politische **Hefte** aus Großrumänien. Hrsg. Rudolf Brandsch. Jg. 1. 1921/22. (H. 1 v. Aug. 1921. 16 S.) Hermannstadt: Östdt. Druckerei- u. Verlags-A.-G. Jährl. 12 H. Lei 72.— Vgl. Nr 9. Stg 1.
96. Deutsche **Hochschulwarte**. Zeitschrift der dt.-freisinnigen Akademiker in den Sudetenländern. Hrsg.: Paul Zentner. Schriftl.: Otto Stegmann. Jg. 1. 1921/22. (H. 1 vom Juni. 8 S.) Prag: Verwaltung. Jährl. 12 H. K 30.— 101.
97. Kirchliches **Jahrbuch** für d. evang. Landeskirchen Deutschlands 1921. Ein Hilfsbuch z. Kirchenkunde d. Gegenwart. In Verb. mit . . . hrsg. von Pfarrer D. J. Schneider. Jg. 48. Gütersloh: Bertelsmann 1921. VIII, 512 S. 8° M 50.—
Das Handbuch enthält in dem Kapitel V. Die deutsche evangelische Heidenmission, von Pfr. Paul Richter, Werleshausen, einen Überblick über die allgemeine Missionslage und die Missionsgesellschaften und ihre Arbeitsfelder, in Kap. IX. Die Lage der deutschen Protestanten in den abgetrennten Gebieten Deutschlands, von Pfr. D. Dr. Schubert, eine Übersicht, in der Polen ausführlich, Danzig, Memelgebiet, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmédy und Nordschleswig knapp behandelt werden.
98. **Industria del Arte en Alemania**. Periodico para la industria artistica: ebenisteria, cesteria, ceramica. Artículos de iluminación y de lujo. [Jg. 1.] 1921. Weimar: Dreika. Jährl. 32 Nrn M 200.—
In hervorragender Innenausstattung dient diese neue Zeitschrift ihrer Aufgabe, die hohen Leistungen des deutschen Kunstgewerbes in den Ländern spanischer Sprache bekannt zu machen.

99. *Ingenieur-Zeitschrift*. Das Blatt der dt. Techniker in der tschechoslow. Republik. Ersch. an Stelle d. „Techn. Blätter“. Hauptschriftl.: Prof. Dipl.-Ing. Dr. Alfred Birk. [Nebst Beilage:] Prager *Patentblatt*. Zeitschr. f. gewerbli. Rechtsschutz. Hrsg. vom Verbands d. Tschechoslowak. Patentanwälte i. Prag. *Ingenieur-Zeitschrift*: Jg. 1. 1921. (H. 1/2 vom Aug. VIII, 14 S., *Patentblatt*: Jg. 2. (Nr. 7. 6 S.) Teplitz-Schönau: Verl. der Techn. Zeitschr.; [i. Komm.: Dominicus Nachf.]. Jährl. 26 H. halbj. M 60.—. 101.
100. *Der Kinderfreund*. Zeitschrift für unsere liebe Jugend. Schriftl.: Pastor J. Dietrich. Hrsg.: Pastor A. Gerhardt. Jg. 1. 1921/22. (Nr. 1 vom 10. April 4 S.) Lodz: Druck der „Lodz. Freien Presse“. Jährl. 24 Nrn. monatl. M 10.— Stg 1.
101. *Evangelischer Kirchenkalender*. Annuaire des Eglises protestantes d'Alsace et de Lorraine 1921. 1922. Réd. par Louis Huck, pasteur-président, au nom de la Conférence pastorale de Strasbourg. Strasbourg: Librairie de la Société Evangelique (1921). 47 S. 8° fr. 3.60. 101.
102. *Neues Leben*. Evangelisches Monatsblatt für Jugoslawien. Hrsg.: die Arbeitsausschüsse d. evang. Kirche, Schriftl.: Pfarrer Lic. Dr. Erwin Schneider. Verantw.: Hermann Brandt. Jg. 1. 1921. (Nr. 4 vom April. 9 S.) Ljubljana [Laibach] (Slowenien): Evang. Pfarramt. 101.
103. *La Littérature populaire (L'élan)*. Le mouvement d'art et de littérature en Alsace et Lorraine. Littérature, Kunst u. Theater in Elsaß u. Lothringen. (Organe de la „Société des Auteurs Alsaciens et Lorrains“). Jg. 2. 1921. Strasbourg: Finck. Jährl. 24 Nrn fr. 24.—. 101.
104. *Malmzdy-Eupen*. Journal officiel. Amtsblatt. Jg. 1. 1921/22. (Nr. 1 vom 2. Juli. 8 S.) [Aachen: Verlag d. Echo d. Gegenwart.]. Jährl. fr. 30.—.
105. *W. Kraffts Mitteilungen für Theater, Musik u. Literatur*. Jg. 1. 1921/22. (H. 1 vom 10. Aug. 23 S.) (Hermannstadt: Krafft.) Ersch. in zwangloser Folge. Stg 1.
Das erste Heft der neuen Zeitschrift gibt eine sehr glückliche Einführung in die künstlerischen Festveranstaltungen aus Anlaß der Ferienhochschulkurse. Vgl. Nr. 16.
106. *Mitteilungen aus der livländischen Geschichte*. Hrsg. von der Gesellsch. für Geschichte u. Altertumskunde z. Riga. Bd 21. 1921. Riga: Kymmell. 101.
107. *Monatshefte für deutsche Sprache u. Pädagogik*. (Früher: Pädagogische Monatshefte.) A Monthly devoted to the study of German and pedagogy. Organ des Nationalen deutschamerikan. Lehrerbundes. Schriftleitung: Max Gribsch. Leiter d. Abt. für das höhere Schulwesen: Prof. Dr. E. C. Roedder. Jahrbuch 1920. Milwaukee: National Teachers' Seminary 1921. 72 S. \$ 1.— Stg 1.
108. *Ministère de l'agriculture, du commerce et des travaux publics. Revue agricole et commerciale*. Teheran. Jährl. 12 Nrn. H 3.
109. *Student u. Ausland*. Monatsschrift z. Förderung der internat. Zusammenarbeit der Studenten. Mit den Mitteilungen des Deutschen Korrespondenzbureaus f. ausländ. Universitäts- u. Studenten-Angelegenheiten, Leipzig. Hrsg. von Dr. Julius Ernst-Lips unter ständiger Mitw. des Deutschen Roten Kreuzes. Jg. 1. 1921. (H. 1 vom Juli. 31 S.) Leipzig: Verlag „Student u. Ausland“. Ersch. monatl. M 24.—.
110. *Verhandlungen u. Mitteilungen des siebenbürgischen Vereins für Naturwissenschaften zu Hermannstadt*. Jg. 1918/19. Bd 68/69. Hermannstadt 1920: Drotleff. 101. Stg 1.
111. *Danziger Wirtschafts-Zeitung*, zugl. Mitteilungen der Handelskammer z. Danzig. Hrsg. von Dr. Bruno Heinemann. Schriftl.: Dr. Ernst Krentz. Jg. 1. 1921. (Nr. 1 vom 5. Febr. 24 S.) Danzig: Handelskammer. Jährl. 24 Nrn. M 40.—. 101.
112. *Landwirtschaftliche Zeitung des Memellandes*. Amtsblatt d. Landwirtschaftskammer in Memel. Lakininkystes Laisskas Nemuno Szalies. Uredisskas Laisskas Laukininkystes kamoros klapedojė. Verantw. f. d. Schriftl.: Dr. Linter. Jg. 1. 1921. (Nr. 1 vom 8. Jan. 12 S.) Memel: Landwirtschaftskammer. Jährl. 24 Nrn. M 15.—. 101.
113. *Aufhauser*, Die wichtigsten Kulturaufgaben der Mission in Ostasien. in: Deutsche Revue. Jg. 46. 1921. Aug.-H. S. 170. Stuttg.: Dt. Verlagsanstalt.
114. *Berendts*, Eduard, Die Verfolgung d. dt. Kolonisten in Rußland u. d. russ. Senat. in: Die Brücke. Jg. 3. 1921. Nr. 33. S. 3. Danzig-Langfuhr: Brücken-Verlag.
115. *Bernewitz*, Elsa, Der Abschied des Fräulein von Guhr [von Kurland]. in: Deutschslds Erneuerung. Jg. 5. 1921. H. 8. S. 501. München: Lehmann.
116. Ein wichtiges *Beweisdokument* f. d. französ. Annexionspolitik im Saargebiet. Das franz. Gutachten üb. d. Plan zur Schaffung eines Bergamtes f. d. Saargruben. in: Saar-Freund. Jg. 2. 1921. Nr. 16. S. 217. Berlin: Saar-Verein.
117. *Bruhns*, O., Die Lage der deutsch-evangelischen Kirche u. d. Deutschtums in Estland. in: D. evang. Diaspora. Jg. 3. 1921/22. H. 5/6. S. 83. Leipzig: Hinrichs.
118. *Büttner*, M., Deutsche Einflüsse in der Literatur Bulgariens. in: Börsenbl. f. dt. Buchh. Jg. 88. 1921. Nr. 197. S. 1263. Leipzig: Börsenverein.
119. *Federau*, Wolfgang, Das Baltikum wie es war. 1—4. in: Dt. Volksrat. Jg. 3. 1921. Nr. 14—16. Danzig: Dt. Volksrat.
120. *Fehlinger*, H[ans], D. deutsche Anteil an d. Besiedlung d. Ver. Staaten Amerikas. in: Zeitschr. f. Sozialwiss. Jg. 12. 1921. H. 5/6. Leipzig: Deichert.
121. *Feuder*, Josef, Deutsche Schulen im Ausland. in: Das Echo. Jg. 40. 1921. Nr. 21. S. 2508. Berlin: Ausland-verlag.
122. *Fischer*, Emil, Die Deutschen in Beßarabien u. in d. Dobrogea. in: Ostland. Jg. 3. 1921. Nr. 18. S. 518. Hermannstadt: Krafft.
123. *Fittbogen*, Gottfried, E. deutscher Dichter aus Westungarn [Josef Reichl]. in: Volk u. Heimat. Jg. 2. 1921. Nr. 6. S. 70. Leipzig: Reclam.
124. *Fittbogen*, Gottfried, Heimatbildung in Deutsch-Böhmen. in: Grenzboten. Jg. 80. 1921. Nr. 32. S. 143. Berlin: K. F. Koehler.
125. *Fittbogen*, Gottfried, [Literatur über] Das Auslandsdeutschtum in Übersee. (Nebst einem Nachwort über Zeitschr.- u. Schulliteratur.) in: Deutsches Volkstum. Jg. 3. 1921. H. 7. S. 216. Hamburg: Hans. Verlagsanstalt.
126. Die elsässische *Frage* als Kulturproblem. in: Grenzboten. Jg. 80. 1921. Nr. 34. S. 201. Berlin: K. F. Koehler.
127. *Groos*, W[ilhelm], Familiengeschichte u. Auslandsdeutschtum in: Familiengeschichtl. Blätter. Jg. 19. 1921. H. 7. Sp. 195. Leipzig: Degener.
128. *Hermann*, Schwester Hermine F., Die Geburtenzahl in der evang. Landeskirche A. B. in Siebenbürgen. E. Beitrag z. Kenntnis der sächs. Volksbewegung. in: Festschr. zu d. 2. dt. Ferienhochschulkurs 10.—24. Aug. 1921 in Hermannst.
129. *Holländer*, Albert, D. Gesetz üb. d. Ersatz von Kriegsschäden im Ausland. 1. 2. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 6. 1921. Nr. 34. 35. Hambg.: Meißner i. Komm.
130. *Hoppe*, Fr., D. deutsch-kathol. Verein vom Heiligen Lande im u. nach dem Kriege. in: Neueste Nachr. Aus d. Morgenlande. Jg. 65. 1921. Nr. 1. S. 19. Berlin: Jerusalems-Verein.
131. *Kalmbach*, Christian, Deutsche Siedlungsweise in Beßarabien. in: Festschr. zu d. 2. deutsch. Ferienhochschulkurs 10.—24. Aug. 1921 in Hermannst.
132. *Jente*, Richard, Der gegenwärt. Stand des deutschen Unterrichts. in: Monatsh. f. deutsche Sprache u. Unterricht. Jahrbuch 1920. S. 18. Milwaukee: National Teachers' Seminary.
133. *Mannhart*, Hans, Um Oberschlesiens Einheit. E. neues Werk des Amerikaners Sidney Osborne. in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. H. 32. S. 757. Berlin: Dt. Verlagsges. f. Politik u. Geschichte.
134. *Memel*. Sonderh. von „Ostdeutsche Monatshefte f. Kunst u. Geistesleben“. Jg. 2. 1921. H. 4. Danzig-Langfuhr.
135. *Mutschall* W., Die beßarabischen deutschen Kolonien in ihrem Werden u. Wachsen. in: Festschr. zu d. 2. deutschen Ferienhochschulkurs 10.—24. Aug. 1921 in Hermannst.
136. *Quelle*, Otto, Mexiko im Hinblick auf d. Ansiedlungsfrage. in: Lateinamerika. (D.) 1921. Nr. 18/19. S. 473. Berlin: Dt. Wirtschaftsverb. f. Süd- u. Mittelam.
137. *Riehl*, Heinrich, E. Reise durch d. Elsaß. in: Die Hilfe. Jg. 1921. Nr. 22. 23. Berlin: Verl. d. „Hilfe“.
138. *Runkel*, Fritz, D. kulturelle Stellung des Deutschtums in Lateinamerika. in: Das Echo. Jg. 40. 1921. Nr. 19. S. 2297. Berlin: Auslandsverlag.
139. *Sachsen* u. Rumänen. I. II. Von R. Br. in: Landwirtschaftl. Blätter f. Siebenbürgen. Jg. 49. 1921. Nr. 31. 32. Hermannstadt: Krafft.

III. Zeitschriftenaufsätze.

140. Schilling, Claus, Die Frage der wechselseit. Anerkennung d. Approbation zwischen Deutschland u. and. Ländern. in: Dt. med. Wochenschr. Jg. 47. 1921. Nr. 33. S. 965. Leipzig: Thieme.
141. Schilling, Alexander, D. deutsche Politik in d. Tschechoslowakei. in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. H. 33. 36. Berlin: Dt. Verlagsges. f. Politik u. Geschichte.
142. Schmidt, Axel, Die Aufgaben des deutschen Buchhandels [in d. Ukraine]. in: Ukraine. Jg. 3. 1921. H. 4. S. 92. Berlin: Dt.-Ukrain. Gesellschaft.
143. Silbernagel, Emil von, Die Sesiidae Glasflügler Siebenbürgens u. ihre Entwicklungsgeschichte. in: Festschr. zu d. 2. dt. Ferienhochschulkurs 10.—24. Aug. 1921 in Hermannstadt.
144. Stier-Somlo, Fritz, Student u. Auslandskultur. in: Student u. Ausland. Jg. 1. 1921. H. 1. S. 3. Leipzig: Verlag d. Zeitschr.
145. Thörn, E., Der Kampf zwischen Deutschtum u. Dänentum in Nordschleswig nach d. 14. März 1920. in: Die Heimat. Jg. 31. 1921. Nr. 7. Kiel: Meyer.
146. Victor [d. i. Pierrotet], E. Echo aus d. saarländ. Vergangenheit. in: Bulletin officiel. Chambre de Commerce Franco-Sarroise. Décembre 1920. S. 19. Sarrebruck: Chambre de Commerce.
Typischer französischer Propaganda-Aufsatz. Hinter dem Pseudonym verbirgt sich, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung [Nr. 381 v. 16. August 1921] in ihrem beachtenswerten Aufsatz „Die französische Propaganda im Saargebiet“ aufgedeckt hat, der stellvertretende Generalsekretär der Völkerbündnisregierung, N. Pierrotet. Vgl. Nr. 76. 90. 116. 146.
147. 1. Übergang d. deutschen Mission in Neuguinea (Barmen u. Neuendettelsau) an d. austral. Lutheraner. 2. Aus d. schönen u. hoffnungsvollen Arbeit unserer Missionare in Neuguinea. in: Berichte d. Rhein. Missions-Ges. Jg. 78. 1921. Nr. 8.
148. Wasmer, Max, Die Universität Dorpat unt. estnischer Verwaltung. in: Die Brücke. Jg. 3. 1921. Nr. 35. S. 4. Danzig-Langfuhr: Brücke.
149. Wer ist polnischer Staatsbürger? Gesetz vom 20. Jan. 1920 über d. Staatsangehörigkeit in Polen [nebst] Ausführungsbestimmungen. in: Deutsche Nachrichten. Jg. 3. 1921. Nr. 34. 35. 37. Bromberg: „Deutsche Nachrichten“.
150. Wertheimer, Fritz, D. Deutschtum in Kongreßpolen. [Besprechung von Eichler: D. Deutschtum in Kongreßpolen. Stuttgart. 1921.] in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. Nr. 36. S. 857. Berlin: Dt. Verlagsges. f. Politik u. Geschichte.
151. Wittstock, Oskar, E. rechter Auslandsdeutscher. Gedenkblatt z. Erinnerung an Samuel Frhrn. von Brukenthal, Gubernator Siebenbürgens (1721—1803). in: D. evangel. Diaspora. Jg. 3. 1921/22. H. 5/6. S. 70. Leipzig: Hinrichs.
152. Wyldeck, Hanns Georg, D. französ. Kulturpolitik in d. besetzten Rheingebieten. in: D. Hochwacht. Jg. 11. 1921. H. 2. S. 98. Heidenau-Nord: Hochwacht-Verlag.
153. Zauner, Josef, Kinderlieder u. -reime aus Engelsbrunn (Barnat). in: Festschr. zu d. 2. dt. Ferienhochschulkurs 10.—24. Aug. 1921 in Hermannstadt.
154. Zum 1. August 1921. [Sonder-Nr. d. „Argentin. Wochenblattes“. Jg. 45. 1921. Buenos Aires: Alemann.]
Sondernummer zum 630. Jahrestag der Gründung des Schweizerbundes mit vielen Aufsätzen über die schweizerische Auswanderungsfrage, die Auslandschweizer, Tätigkeit der Neuen Helvetischen Gesellschaft, Schweizer-Vereine in den La Plata-Staaten usw.

IV. Karten.

Erde — Gesamt.

155. Hummels Schul-Atlas zum Unterricht in d. Erdkunde. Neubearb. u. hrsg. v. H. Nesch. 12. Aufl. 22 Hauptkarten m. 35 Nebenkarten. Stuttgart u. Biberach: Dornsche Buchhandl. [1921.] 26 S. qu. 4°.
Der bereits in 12. Auflage vorliegende Atlas berücksichtigt die Ergebnisse des Weltkrieges unter vergleichsweiser Angabe der früheren Grenzen. Im Vordergrund der Darstellung stehen mit Recht Europa und die europäischen Einzelstaaten; insbesondere Deutschland, die deutschen Grenzmarken und die früheren deutschen Kolonien sind ihrer Bedeutung für die deutsche Schule entsprechend eingehend dargestellt. Von den übrigen Kontinenten sind im allgemeinen nur Übersichtskarten gegeben. Wir begrüßen besonders die reiche Beigabe wirtschaftsgeographischer Nebenkärtchen.
156. Weltkarte in Merkators Projektion. Äquatorialm. 1: 28 Mill. Bl. 1. 2. 2. erg. Aufl. Zeichnung, Stich u. Druck d. geogr.-lithogr. Anstalt v. J. Koehler, Hamburg. Hamburg: Friedrichsen & Co. [1921]. Je 71 : 86 cm. M 40.—.
Die vorliegende zweite Auflage besitzt wiederum die großen Vorzüge der bereits besprochenen ersten Auflage (vgl. ds. Ztschr., Jg. 111, Nr. 13,

*S. 413). Die inzwischen eingetretenen politischen Veränderungen sind nachgetragen, so daß die Karte ein genaues Bild der gegenwärtigen politischen Gestaltung der Erde gewährt. Die Karte ist zurzeit eine der besten Erdkarten, die für den Hand- und Kontorgebrauch empfohlen werden können.

157. Eine, auch für Diapositive geeignete Übersichtsskizze (Schwarz-Weiß-Druck) der Weizen- und Roggenproduktion der Welt im Jahre 1920 enthält „Wirtschaft und Statistik“ Jg. 1, Nr. 7.

West-Europa.

158. Ein sehr gut auch als Diapositiv geeignetes Übersichtskärtchen (Schwarz-Weiß-Druck) stellt die Abnahme der Bevölkerung in den verschiedenen Departements Frankreichs von 1911—1921 dar („Wirtschaft und Statistik“, Jg. 1, H. 7).

Mittel-Europa und Österreich.

159. Eine kleine Textskizze (Schwarz-Weiß-Druck) gibt das Programm für die Elektrisierung der österreichischen Bahnen wieder („Der Weltverkehr“, Beilage z. Dt. Allg. Ztg., Nr. 33 v. 4. IX. 21).
160. Karte der Hohen Wand. Wegmarkierung nach Ang. d. Section Wr. Neustadt d. österr. Touristenklubs. M. 1 : 25000. Wien: Militärgeogr. Institut [1921]. 69 : 57 cm. Kr. 100.—.
Ansprechende Karte, in erster Linie für Touristen. Zu der Karte gehört noch eine Panoramaaufnahme der Hohen Wand, die eine gute bis ins kleinste Detail gehende Darstellung bietet.

Deutsches Reich und seine Grenzmarken i. allgemeinen.

161. Eine besonders auch für die deutschen Grenzmarken wichtige Übersichtskarte (Schwarz-Weiß-Druck) der Steinkohlen- und Braunkohlenvorkommen im Deutschen Reich mit Angabe der im Jahre 1920 geförderten Mengen enthält „Wirtschaft und Statistik“ (Jg. 1, Heft 7). Das Kärtchen kann auch für Diapositivzwecke benutzt werden.

Westdeutsche Grenzmarken.

162. Ein auch für Diapositive geeignetes wirtschaftsgeographisches Übersichtskärtchen (Schwarz-Weiß-Druck, 1 : 300000) über das Saargebiet mit Angabe der verschiedenen Kohlengruben, Eisen- und Glashütten, ist dem Merkblatt „Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Saarverein wissen muß“, beigegeben (Berlin: Geschäftsstelle des Saarvereins).
163. Einige wirtschaftsgeographische Übersichtsskizzen über das Saargebiet (Schwarz-Weiß-Drucke, versch. Maßst.), die auch für Diapositive Verwendung finden können, sind der Sondernummer der französischen Zeitschrift „Illustration“ über das Saargebiet beigegeben.
164. Von der Topographischen Karte von Württemberg im Maßstab 1 : 25000 sind von der Topographischen Abteilung des Statistischen Landesamts die Blätter 166 Aitrach, 171 Leutkirch und 178 Herrazhofen neu herausgegeben. Damit liegt nunmehr das ganze oberschwäbische Gebiet abgeschlossen vor.

Ostdeutsche Grenzmarken.

165. Die Hauptwasserleitungen im oberschlesischen Industriebezirk. M. 1 : 100000. Berlin: Lithogr. Institut [1921]. 22½ : 35 cm.
Farbige Übersicht der einzelnen oberschlesischen Kreise mit Eindruck der Hauptwasserleitungen der einzelnen Oruben, die die enge Zusammengehörigkeit der Anlagen zeigen.
166. Die Starkstromleitungen d. oberschlesischen Elektrizitätswerke. M. 1 : 100000. Berlin: Lithogr. Institut [1921]. 22½ : 41 ½ cm.
Farbige Darstellung der Starkstromleitungen in den einzelnen oberschlesischen Industriekreisen, die auch in dieser Hinsicht ein zusammenhängendes Ganzes bilden.
167. Staatlicher Bergwerks- u. Hüttenbesitz [in Oberschlesien]. Berlin: Lithogr. Institut [1921]. 41 : 51 cm.
Innerhalb der farbige dargestellten oberschlesischen Industriekreise ist der staatliche Bergwerks- und Hüttenbesitz übersichtlich angegeben.
168. Im Berliner Lithographischen Institut ist eine Reihe kleiner farbiger wirtschaftsgeographischer Kärtchen hergestellt, auf denen die Verteilung der den verschiedenen großen Gesellschaften gehörenden Kohlengruben, Eisen- und Zinkerzgruben, ferner der Eisenhütten, Kraft- und Schmelzwerke innerhalb der einzelnen oberschlesischen Kreise dargestellt ist. Die Karten zeigen die außerordentlich engen wirtschaftsgeographischen Zusammenhänge der verschiedenen Kreise.
169. Eine Serie kleiner farbiger Übersichtskarten (1 : 100000 bzw. 1 : 200000), die im Berliner Lithographischen Institut

gedruckt ist, verzeichnet die Hauptindustrieanlagen der einzelnen oberschlesischen Kreise und bringt besonders ihre Beziehungen zu den übrigen oberschlesischen Kreisen zur Darstellung. Die Karten sind für die engen wirtschaftlichen Beziehungen, die zwischen den einzelnen Kreisen bestehen, sehr instruktiv und bieten zugleich ein gutes Lehrmaterial.

170. Dem Werke von S. Osborne „The Problem of Upper Silesia“ (London: G. Allen & Unwin, Ltd.) sind 5 instruktive farbige Übersichtskarten beigegeben, die die bevölkerungs- und wirtschaftsgeographischen Verhältnisse zumeist nach deutschen Quellen darstellen. Besonders zu erwähnen ist die farbige wirtschaftsgeographische Übersichtskarte (1:50000), die die Verteilung der Gruben, die Eisenbahnen, die Elektrizitätsanlagen und die Wasserleitungen zusammenfassend darstellt.

Danzig.

171. Karte des Gebiets d. Freien Stadt Danzig. M. 1:100 000. Nach amtl. Unterlagen hrsg. v. d. Preuß. Landesaufnahme. Berlin: Verlag d. Landesaufnahme 1921. 88:68 cm.

Zusammendruck verschiedener Blätter der Karte des Deutschen Reiches 1:100 000 mit Angabe der neuen Grenzen und der Staatenbezeichnung. Infolge der vorzüglichen Unterlage bietet die Karte eine ausgezeichnete Darstellung des Freistaates, die als Hand- und Kontorkarte, aber auch für Lehrzwecke nur empfohlen werden kann. Bei späteren Auflagen sollten ergänzungsweise für den polnischen Teil der Karte auch die neu eingeführten polnischen Ortsbezeichnungen wenigstens in Klammern angegeben werden.

Osteuropa.

172. Eine sehr bemerkenswerte Karte (Schwarz-Weiß-Druck) über den Ausfall der diesjährigen Ernte in Rußland bringt die Frankfurter Zeitung Nr. 622 vom 23. VIII. 1921. Die Darstellung ging in ähnlicher Form auch durch andere Zeitungen und geht anscheinend auf amtliche Quellen zurück. Die Karten, die die ganze gegenwärtige Notlage Rußlands gut erkennen läßt, ist für die Auswanderungsberatung wichtig.
173. Eine wirtschaftsgeographisch ebenfalls sehr bemerkenswerte Karte über Rußland enthält die Sammelmappe des Auswärtigen Amts „Deutschland und die weltwirtschaftliche Lage“. Die Karte zeigt den Verfall der Eisenbahnen im europäischen Rußland bis zum 1. Mai 1921.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

„Student und Ausland“. Monatsschrift zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit der Studenten. Herausgegeben v. Dr. Julius Ernst Lips. Leipzig: Verlag „Student und Ausland“. Jahrg. 1. 1921/22. Heft 1. Juli.

Die neue Zeitschrift, deren erstes Heft im Juli 1921 erschien, setzte sich zum Ziel, nicht nur die Zusammenarbeit der Studenten aller Kulturländer an den gemeinsamen Aufgaben der Wissenschaft zu fördern, sondern vor allem dem deutschen Studenten einen tieferen Einblick in das akademische Leben des Auslands zu geben. Nicht nur für den Studenten allein, sondern für jeden Akademiker ist die neue Zeitschrift bedeutsam. Unter den Beiträgen des ersten Heftes findet sich ein Aufsatz von Professor Dr. Fritz Stier-Somlo über „Student und Auslandskultur“, der die Notwendigkeit hervorhebt, das Auslandsstudium in Deutschland noch vielseitiger und eindringender zu gestalten. Ein Beitrag von Geheimrat Walter Goetz über die „Internationalität des deutschen Geisteslebens“ geht auf die Grundlagen des deutschen Bildungswesens zurück und weist auf die Zusammenhänge hin, die von der humanistischen Bewegung der Renaissancezeit über den deutschen Klassizismus zu den geistigen Bestrebungen der Gegenwart führen. Professor Mendelssohn-Bartholdy bespricht die jüngste Oxford Tagung der alten Cecil Rhodes-Scholar und gedenkt des Anteils, den die deutschen Studenten an der Stiftung zu nehmen haben. Aufsätze ausländischer Akademiker behandeln das studentische Leben in Norwegen, in

Holland, in der Tschechoslowakei, in Bulgarien, China, Deutschland, Österreich. Schon die erste Nummer der neuen Zeitschrift ist so reichhaltig und ihrem Inhalt nach so neuartig und interessant, daß ihr die weiteste Verbreitung in allen akademisch gebildeten Kreisen gewünscht werden muß.

Eine neue deutsche Zeitschrift erscheint in Groß-Rumänien. Im August ist das erste Heft der „**Deutschen politischen Hefte aus Groß-Rumänien**“ erschienen, das in der Ost-deutschen Druckerei und Verlagsgesellschaft in Hermannstadt hergestellt wird, und den Führer der deutschen Siebenbürger Sachsen wie auch der vereinigten deutschen Fraktionen in der rumänischen Kammer, Dr. Rudolf Brandsch-Hermannstadt, zum Herausgeber hat. 12 Einzelhefte oder 6 Doppelhefte sollen zum Bezugspreis von 72 Lei im Jahre erscheinen. Für Deutschland beträgt der Bezugspreis 80 M. Der Herausgeber selbst schreibt in dem Heft ein Geleitwort und erklärt das Erscheinen der neuen Zeitschrift aus dem Bewußtsein heraus, daß nie im Laufe der Geschichte für einen, der die Ehre habe ein Deutscher zu sein, die Zugehörigkeit zum deutschen Volke mit einem größeren Maße von Verantwortlichkeit verbunden gewesen sei, als gerade heute. Das deutsche Volk stehe an politischer Erfahrung und politischer Arbeit anderen Völkern im Durchschnitt nach. Im Kriege aber habe die politische Überzeugung den Sieg davongetragen und deshalb solle die neue Zeitschrift Samenkörnern zusammentragen, die das gesamte Volk zur Aussaat verwenden könne. Der Hauptteil der Arbeit solle dem rumänischen Deutschtum gelten, in dem die Deutschen Mittler und Träger deutscher Kultur und deutschen Geistes, aber auch Glieder einer Gesamtheit seien, loyale Bürger des rumänischen Staates, dem sie mit aller Kraft und Fähigkeiten dienen wollten. Ohne Anpassung und Besserwisserei sollten die Angelegenheiten der Deutschen, wie diejenigen des rumänischen Staatslebens behandelt werden, damit die zerrissenen Fäden zwischen Deutschtum und rumänischem Volk wieder geknüpft würden. Nebenbei sei es auch eine Aufgabe, alle bedeutenden Akten zur Zeitgeschichte zu sammeln und dazu quellenmäßige Beiträge zur Geschichte der deutschen Bewegung im ehemaligen Ungarn zu liefern, um jeder entstehenden Legendenbildung durch Feststellung geschichtlicher Tatsachen zu begegnen. Brandsch selbst steuert zu dem Heft noch einen instruktiven Aufsatz über „Drei Jahre großrumänischer Entwicklung“ bei, in der er die große politische Frage des Landes schildert. Edmund Steinacker schreibt über seine Beziehungen zum Thronfolger Franz Ferdinand und veröffentlicht ein Manifest, das der Thronfolger Franz Ferdinand zu seinem Regierungsantritt an alle Völker der heiligen Stefanskronen erlassen wollte und das Steinacker verfaßt hat. Der Vorgang spielt sich im Frühjahr 1914 ab, als der alte Kaiser an einer Erkältung erkrankt war und man mit seinem Ableben rechnete. Das Manifest fand die Billigung des Thronfolgers und bedeutet einen vernichtenden Schlag für die Habsburgische Oligarchie, indem es politische Befreiung aller nicht magyarischen Völker Ungarns in Aussicht stellte. Die neue Zeitschrift verspricht ein großzügiges politisches Organ zu werden und kann auch in der gesamten deutschen politischen Literatur nur aus freudigster Begrüßung werden. Die Persönlichkeit des Herausgebers bietet die Gewähr dafür, daß das Blatt eine gute Rolle in der politisch periodischen Literatur spielen wird.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 23. September 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Drahtschrift: Auslandsinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 60 Mark unentgeltlich; bei Verwendung unter Kreuzband wird ein Portoszuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 3.— Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV — Nr. 20

STUTTGART

Zweites Oktoberheft 1921

König Wilhelm II. von Württemberg zum Gedächtnis

KÖNIG WILHELM II. ist in Bebenhausen, dem Sitze, den er sich als „Herzog von Württemberg“ nach der Umwälzung auserkoren hatte, am 2. Oktober sanft verschieden. Mit der Gesamtheit aller Württemberger ohne Unterschied des politischen Bekenntnisses und des Glaubens trauert an der Bahre dieses edlen und vortrefflichen Mannes und Fürsten in herzlichem Gedenken, in Treue und in Liebe auch das Deutsche Ausland-Institut, dessen Schirmherr der Verstorbene bis zu seiner Thronentsagung gewesen ist und dem seine Anhänglichkeit und seine immerwährende Teilnahme zu bewahren er auch nach der Thronentsagung in dem Schreiben zusicherte, in dem er bat, als Herzog von Württemberg auf die Schirmherrschaft verzichten zu dürfen.

Das Deutsche Ausland-Institut erfreute sich von Anbeginn an der Zuneigung und Förderung des Fürsten, der für seine Württemberger und Schwaben in der weiten Welt stets ein offenes und sicheres Verständnis hatte und der von ihnen allezeit zahllose Beweise der Verehrung und der herzlichsten Liebe erfahren durfte.

Als er in der Gründungsversammlung des Deutschen Ausland-Instituts am. 10. Januar 1917 die Reden gehört hatte, mit denen die Vertreter der Reichsregierung, der bayerischen und der sächsischen Regierung die Gründung begrüßten, erhob sich König Wilhelm selbst zu einer — nicht vorbereiteten und gerade deshalb ihre tiefe Wirkung nicht verfehlenden — Ansprache: „Es ist mir ein Bedürfnis, wenige Worte an Sie zu richten. Ihnen allen, die Sie als Vertreter der anderen deutschen Staatsregierungen hierher gekommen sind und die Sie auch ein persönliches Interesse bekundet haben, wärmsten Dank! Voll und ganz kann ich mich allen Worten und Anschauungen anschließen, die soeben aus beredterem Munde zu uns gesprochen worden sind. Ich glaube, es ist eine große Tat, daß wir inmitten des Weltkrieges, wo die tapferen Söhne unseres Landes ihr Blut und Leben in die Schanze schlagen, zu diesem Werk des Friedens hier schreiten können, welchem, so Gott will, eine blühende und große Zukunft gebührt. Mögen alle Hoffnungen und Erwartungen, welche die Gründer des Werkes ausgesprochen haben, in vollem Maß in Erfüllung gehen! Meiner wärmsten Unterstützung und meines lebhaften Interesses können Sie versichert sein! Und ich glaube, daß wir in diesem neuen Jahre, das uns, so Gott will, den Frieden bringen wird, stolz und erhobenen Hauptes in die Zukunft blicken können, und daß wir von diesem Museum reichen, ersprießlichen Segen und ein großes Werk des Friedens erleben dürfen. Es wird viel Geduld und Fleiß erfordern, bis nach dem Friedensschluß alle die zum Teil zerstörten Verbindungen wiederaufleben und neue sich anknüpfen lassen. Daß es gelingen wird, verbürgt unser deutscher Name. Und ohne Überhebung wiederhole ich die Worte eines Vordrers: Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein, und wir alle sind es!“

Der Staatsminister Dr. von Habermas dankte dem Könige, der als erster die große Wichtigkeit des Gedankens eines Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart erkannt und dessen Eintreten mah es ganz wesentlich zu danken habe, daß es möglich geworden sei, an die Begründung des Museums zu gehen. Und daß er ein wirklich tiefes Verständnis und ein über die Repräsentationspflicht der Gründungsversammlung hinausgehendes Interesse an der Sache besaß, das bewies der König, indem er auch späterhin allen Arbeitssitzungen des Verwaltungsrates beiwohnte und ihnen selbst präsiidierte.

König Wilhelm II. hat sich nach seiner Thronentsagung von allen Einrichtungen des öffentlichen Lebens zurückgezogen, auch hier der erste und treueste Diener seines Staates und seines Volkes, das er aus tiefster Seele liebte und das ihn dafür verehrte. Aber wir wissen, daß seine Teilnahme darob nicht geringer wurde. Sein Heimgang wird weit über die Grenzen des Schwabenlandes hinaus überall dort, wo Württemberger und Schwaben wohnen, Trauer und Teilnahme wecken. In der Geschichte des Deutschen Ausland-Instituts und der Pflege aller Bestrebungen zur Förderung des Auslandsdeutschtums und der Beziehungen zwischen Ausland und Heimat bleibt sein Name und sein Wirken unvergessen.

Über die Lage der evangelisch-lutherischen Kirche und der deutschen Schule in Wolhynien

Von Pastor RINK, Berlin

Die größten und reichsten deutschen Gemeinden Shitomir, Heimthal und Nowograd-Wolynsk, sowie Radomysl im angrenzenden Kiewschen Gouvernement sind eben unter bolschewistischer Herrschaft. Die Seelenzahl beläuft sich wohl auf mindestens 120000. Der Briefverkehr mit diesem Gebiet ist noch immer nicht geregelt: die Briefe sind 10 Tage bis 2 Monate alt und kurz gehalten. Wertvoller sind die Nachrichten, die wir von Augenzeugen, die vor kurzem nach Deutschland gekommen sind, erhalten. Die wirtschaftliche Lage der Kolonien ist infolge der guten Ernten in den letzten Jahren die in Sowjet-Rußland denkbar beste. Es lastet aber auf den Gemütern der schwere Druck der bolschewistischen Tyrannei. Auf polnischem Gebiet rotten sich antibolschewistische Banden zusammen und machen Einfälle in Sowjet-Wolhynien. Die Sowjet-Regierung versucht, sich gegen diese Aufständischen zu schützen, indem sie einflußreiche und angesehene Persönlichkeiten, gerade auch aus den deutschen Kolonien, die sonst in keinerlei Verbindung mit den Ausländern stehen, als Geiseln in Kerkerhaft hält. So sind schon seit Monaten fünf Männer aus der Mutterkolonie Annette bei Nowograd-Wolynsk in Haft, um nötigenfalls mit ihrem Leben für ermordete Bolschewisten zu büßen.

Die drei erstgenannten Kirchspiele sind besetzt. Pastor Junger konnte in Kiew nicht mehr bleiben und kam nach Heimthal. Unterwegs wurde er vollständig ausgeplündert. Die Gemeinde hat jedoch aufs beste für ihn und seine Familie gesorgt. Pastor Paetsch in Shitomir soll bisher von seiten der Bolschewisten ganz unbehelligt geblieben sein. Seine Lage ist insofern erträglich, als er für keine Familie zu sorgen hat. Pastor Deringer in Nowograd-Wolynsk ist wiederholt beraubt worden und hat, da das Pfarrhaus innerhalb der Grenzzone liegt, dauernd militärische Einquartierung. Die Leute sind meistens, wenn auch gutmütige, so doch gänzlich verwilderte Russen oder Asiaten. Sie stehlen die Kartoffeln aus der Erde und das unreife Obst aus dem Garten. Pastor Deringer kann seine Familie nur auf die Weise gegen Hunger schützen, daß er im Hause keinerlei Vorräte hält, sondern sich direkt von den Kolonien mit Lebensmitteln versorgen läßt.

Die Gemeinden tun alles, um ihre Seelsorger nicht auch zu verlieren, wie es in andern Gebieten Rußlands leider vielfach vorgekommen ist. Die Arbeit ist in den übermäßig großen Kirchspielen sehr schwer. Wolhynien ist aber mit seinen drei Geistlichen noch in einer verhältnismäßig günstigen Lage. Über kurz oder lang steht zu befürchten, daß zwei, resp. alle drei Pastoren wieder auf ihre früheren Pfarrstellen zurückkehren oder auswandern. Für Ersatz müßte jetzt schon vorgesorgt werden. Das kirchliche Leben scheint schon wieder ganz in den alten Bahnen zu gehen. Der Baptismus, der, als Wolhynien vorübergehend bloß von einem lutherischen Geistlichen versorgt wurde, große Propaganda entfaltete, hat jetzt wohl an Boden verloren. Die Gottesdienste verlaufen in der Regel ohne Störung. Es ist allerdings vorgekommen, daß Kirchen während des Gottesdienstes von der Roten Armee umzingelt und die jungen Leute gewaltsam in die Armee eingereiht und nach Tiefrußland geschickt wurden. Dieser Fall hat sich noch unlängst in der Kolonie Dermanka, Kreis Saslaw, zugetragen.

Sehr empfindlich ist der Mangel an Bibeln und Erbauungsliteratur. Wir hoffen, daß es jedoch möglich sein wird, Bücher

hinüberzuschaffen. Ähnlich wie die evangelische Bewegung in Petersburg von Deutschland aus mit Bibeln versorgt wird, müßte auch für unsere Gemeinden gesorgt werden. Die Bücher müßten bereit liegen und bei der ersten sich bietenden Gelegenheit abgesandt werden.

Noch schwieriger ist die Lage der Schule. Im jetzigen Sowjet-Wolhynien bestanden vor dem Kriege wohl 50–200 deutsche Gemeindeschulen mit ebensoviel Lehrern. Leider ist ein großer Teil unserer besten Lehrer aus der Verbannung nicht zurückgekehrt. Nach meiner Erfahrung im Sommer 1918 und neueren Nachrichten sind höchstens 100 Schulen mit ausgebildeten Lehrern besetzt. In den andern Gemeinden wird von einem Gemeindeglied nur Religionsunterricht und sehr unzureichender Unterricht in einigen andern Fächern erteilt. Die Unterrichtssprache ist die Muttersprache, in unsern Gemeinden also deutsch. Russisch und Ukrainisch werden als Fremdsprachen gelernt.

Seit Oktober 1920 besteht in Heimthal, Kreis Shitomir, im Gebäude des früheren Küsterlehrerseminars eine siebenklassige Normalschule mit deutscher Unterrichtssprache. Leiter der Schule ist der aus Annette stammende Absolvent des deutschen Seminars zu Warschau Oberlehrer Rudolf Paul. Auch das Lehrerseminar soll wieder eröffnet werden. Die Lehrkräfte sind z. T. einheimische Landsleute mit Seminar- oder Gymnasialbildung, z. T. zurückgebliebene Kriegsgefangene. Dieses Lehrpersonal ist trotz allem Eifer, von dem es beseelt zu sein scheint, doch der großen Aufgabe nicht ganz gewachsen. Es fehlen tüchtige Fachleute, die, aus Wolhynien stammend, in Deutschland studiert haben. Wir gehen eben daran, einem jungen Landsmann das Studium der Germanistik zu ermöglichen. Auch andern Landsleuten, die ich persönlich kenne, müßte die Möglichkeit geboten werden, in Deutschland zu studieren. An allen Anstalten, den Gemeinde- und Höheren Schulen, mangelt es naturgemäß an deutschen Büchern und sonstigen Lehrmitteln. Es ist geradezu unbegreiflich, wie die Lehrer sich zu behelfen wissen. Es müßte versucht werden, ebenso wie Bibeln auch Schulbücher hinüberzuschaffen. Vielleicht wird es jetzt durch die deutsche Vertretung in Moskau möglich. 5–7000 deutsche Kinder in Sowjet-Wolhynien genießen z. T. sehr mangelhaften, z. T. überhaupt keinen Unterricht. Die deutsche Unterrichtssprache ist unsern Kolonien zugestanden. Dieser unschätzbare Vorteil bleibt aber illusorisch, so lange nicht ausreichend für tüchtige Lehrkräfte und Lehrmittel gesorgt wird.

Zu Polen gehören gegenwärtig die wirtschaftlich schwächeren und dazu im Kriege stark mitgenommenen Gemeinden Wolhyniens. Wladimir-Wolynsk wird immer noch von Polen aus bedient und zwar von Pastor Bergmann in Cholm. In Luck weilt eben bei seinen Eltern der aus Samara zurückgekehrte Pastor Kleindienst. Ich vermute aber, daß er nach Beßarabien auswandern wird. In Roziszce ist Pastor Kersten, Absolvent des Seminars zu Kropp in Holstein, der mehrere Jahre in Kanada tätig war, von Generalsuperintendent Bursche eingesetzt. Tuczyn und Rowno werden von dem aus Teschen stammenden Pastor Rusnock bedient. Der einzige einheimische Pastor Torinus hat seine Stelle aufgegeben, weil seine Gesundheit vollständig ruiniert war. So ist die Angliederung der Kirche Wolhyniens an das Warschauer Konsistorium ganz stillschweigend

or sich gegangen. Dieser Stand ist als ein vorläufiger und vorübergehender anzusehen. Die politische und kirchliche Vereinigung sämtlicher Gemeinden Wolhyniens steht außer Frage. Nach Besetzung Wolhyniens durch Polen waren sämtliche Schulen geschlossen. Die deutschen Gemeinden kehrten sich aber wenig an diese Maßregel und arbeiteten weiter. In diesem Sommer sollten alle Lehrer verpflichtet werden, einen polnischen Sprachkursus durchzumachen. Die deutschen Lehrer kamen dieser Anordnung aber nicht nach, weil unsere Schulen ja doch Gemeinde- und Kirchenschulen sind. Die polnische Schulinspektion hat aus demselben Grunde die deutschen Schulen bisher auch noch nicht inspiziert. Wenn die polnische Herrschaft in Wolhynien noch längere Zeit bestehen sollte, wird wohl nicht umgehen sein, daß auch die deutschen Lehrer die polnische Sprache erlernen. Lehrer und Gemeinden wollen jedoch sich die deutsche Schule nicht nehmen lassen. Die polnische Regierung hat guten Grund, in Anbetracht der verschwindenden Minderheit, des polnischen Elements* in Wolhynien (0–8%), niedliche Elemente wie unsere Kolonisten vorsichtig zu behandeln. Die 85% Russen, resp. Ukrainer, sind nicht leicht zu behandeln. Die Polen haben bisher nur in solchen gemischten Siedlungen, in denen die Polen das Übergewicht hatten, deutsche Schulen polonisiert, wie etwa in Lubomirka und Fürstendorf. Diese Siedlungen sind auf Pachtland eines polnischen Magnaten gelegen. Eigentümer-Dörfer werden mehr respektiert. Der Mangel an Lehrern ist hier noch größer als in Sowjet-Wolhynien. Im Kirchspiel Tuczyn-Rowno gab es beispielsweise vor dem Kriege 46 Schulen. Von diesen sind gegenwärtig nur 24 im Betrieb, aber nur 2 von Berufslehrern besetzt. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch in den andern Kolonien. Auch hier ist der Mangel an Lehrbüchern sehr groß. In der deutschen Buchhandlung in Warschau sind bestenfalls nur Bücher aus eigenem Ver-

lag für den Religionsunterricht zu erhalten. Ich weiß nicht, ob nicht etwa die Möglichkeit besteht, aus Posen Bücher zu beziehen. Vielleicht könnte in diesem Sinne etwas veranlaßt werden.

Ich versuche, die wenigen Lehrer in polnisch Wolhynien dazu anzuregen, daß sie sich in Verbindung mit den ausgesprochen deutschgesinnten Geistlichen in einem Lehrerverein organisieren. Dieser Verein würde uns in die Lage setzen, zur Erhaltung und Hebung des Deutschtums und der deutschen Schule in Wolhynien etwas zu tun. Der Briefverkehr ist vollständig geregelt.

Die deutschen Kolonien in polnisch Wolhynien sind wirtschaftlich in einer außerordentlich schwierigen Lage. Viele Gehöfte und ganze Dörfer sind im Kriege zerstört. Nur die Hälfte der etwa 100000 Seelen ist zurückgekehrt. Der Rest befindet sich eben noch in Deutschland. Vereinzelt wandern immer noch Familien zurück. Aber so lange das Land unter polnischer Herrschaft steht, wird der größte Teil der Geflüchteten nicht auf seine Scholle heimkehren können. Die Polen haben schon längst auf allem verfügbaren Land polnische Frontkämpfer angesiedelt und machen den deutschen Heimkehrern hier und in der Heimat große Schwierigkeiten. Es ist wahrscheinlich, daß unsere Leute zunächst nach Rußland (russisch Wolhynien) auswandern und später einmal wieder von Osten nach Westen vordringen.

Die Lage der deutschen Kolonisten sowohl in Sowjet-Wolhynien wie auch in polnisch Wolhynien ist außerordentlich schwer. Sie hängen aber mit aller Kraft an der eigenen Scholle, und eine Rückwanderung nach Deutschland ist trotz der verzweifelte Verhältnisse nicht zu beobachten. Die Flüchtlinge in Deutschland und in Sibirien scheuen keine Mühsal, um wieder in die alte Heimat zu gelangen. Kolonisten, die in so unendlich schweren Jahren auf der Scholle geblieben sind, werden noch mehr als bisher mit dem Heimatboden verwachsen. Unsere größte Sorge soll sein, daß das Deutschtum ihnen erhalten bleibt.

Die Schulvernichtungen im Lande Mähren*)

Das deutsche Schulwesen in Mähren macht seit dem 28. Oktober 1918, an welchem das ruhmreiche Zeitalter tschechischer Regesherrlichkeit für dessen Schrittmacher mit tollem Größenwahn und rohen Ausschreitungen gegen alles, was deutsch war, begann, ein Martyrium durch, von welchem leider nur wenige Volksgetreue etwas Rechtes und Geäues wissen.

Und doch entscheidet sich auf dem Boden deiner Volkskultur und Gesittung, also vor allem auf dem Grund und Boden der deutschen Schule dein Schicksal, mein heißgeliebtes, in aller Not und Nacht doppelt geliebtes deutsches Volk! Wahre darum deine Schule! Laß sie nicht verfälschen, nicht verderben durch tschechische und Tschechenterror! Setze alle deine Kraft ein für die Rettung dieser deiner letzten allgemeinen Zufluchtsstätte, deiner freien, deutschen Schule! Was du an ihr hast, du erweistest es an deinem geistigen Aufblühen, an deiner sittlichen und wirtschaftlichen Erstarkung! Was du mit ihr unwiederbringlich verlierst, das könntest du erst ganz erfassen, wenn der Tag deines gänzlichen Unterganges dich in den Abgrund der Verzweiflung stürzt. Darum, mein deutsches Volk, steh' in Not und Gefahr zu deiner deutschen Schule! Laß kein Opfer für diese dir zu schwer sein!

Es ist nicht leicht, sich durch den Wust von Nachrichten und oft nicht völlig gleichgestimmten Berichten hindurchzubeißen zur Klarheit, wenn man von den Drangsalen und Nöten deutscher Schulen in der Tschechoslowakei liest. — Darum begrüßen wir es lebhaft, daß uns von berufener Seite Ziffern-

material zur Verfügung gestellt wird, dessen Wucht und Wahrheit beweiskräftig genug sein dürfte, selbst dem stumpfsinnigsten deutschen Staatsbürger der Tschechei zu zeigen, vor welcher ungeheuren Gefahr wir stehen, wenn wir uns nicht schleunigst aufraffen und in schärfster Entschlossenheit Ordnung machen im eigenen Land mit vereinten Kräften aller Teile unseres Volkes.

Mit Entsetzen entnehmen wir dem uns vorliegenden Materiale, daß Mährens deutsches Schulwesen in eine Katastrophe hineingerissen worden ist, von welcher wir alle — Gott sei es geklagt!! — käum Einzelheiten genau wußten, nie aber den ungeheuren Umfang ahnten. Nun werden wir belehrt, daß in Mähren nicht weniger als 19 Bürgerschulen (eine davon Privatschule), nicht weniger als 117 Volksschulen (davon 96 öffentliche und 21 Private) mit insgesamt 563 (!) Klassen den Würgerarmen des Terrors zum Opfer gefallen sind. Mit der Zahl der Klassen ins Verhältnis gesetzt, die wir überhaupt in Mähren haben, bedeutet das: jede 5. deutsche Klasse ist bereits zerstört!

Im deutschen Kindergartenwesen, das durch viele Jahre Deutschmährens Stolz war, ist seit dem Umsturz ein Verlust von 70 Kindergärten (38%) oder von 96 Abteilungen (42%) zu verzeichnen, nicht immer nur durch tschechischen Ansturm, leider des öfteren auch durch deutsche Pflichtvergessenheit oder feiles Überläufertum.

Mit welchen Mitteln gegen deutsche Schulen bei uns gearbeitet wurde, eine Schandsäule von gigantischer Höhe müßte

Der „Deutschen Zeitung“, Olmütz, ist dieser Artikel beschlagnahmt worden.

Der Zensor glaubte wohl, es werde seiner Regierung peinlich sein.

dies der Nachwelt künden, auf welcher Kulturstufe die tschechischen Machthaber waren, als sie ihren Siegesrausch austobten, als sie ihre Republik ohne Schwertstreich, aber mit weit wirksameren anderen Mitteln erkämpft hatten. — Auf dieser Schandsäule würden die Namen: Littau, Markt-Türnau, Gewitsch, Schwanenberg, Holleschau, Kumrowitz, Wischau, Chrostau, Mähr.-Kromau, Pohrlitz, Leipnik, Neretein, Göding, Eibenschitz und viele andere in unvergänglichen schwarzen Lettern prangen. Doch wer wird dieses Ehrenmal solchen Helden errichten?

Doch vielleicht gibt sich ein allzu vorsichtiger und bescheidener Volksgenosse mit diesem fürchterlichen Verlust zufrieden, indem er sich tröstet: „Nun haben sie uns genommen, was sie konnten und sind gesättigt!“ — Nein, sie sind es leider noch lange nicht, du blinder, törichter Deutscher! Sie begehren noch weit mehr von deinem mit heißem Schweiß und tüchtiger Arbeit erworbenen Kulturgut! Und sie werden dir auch das alles und mehr noch rauben, wenn du zu allem resigniert Ja und Amen sagst, wie diesesmal!

Schon hat sich einer ihrer sauberen Garköche etwas verraten. Er hat vor der Zeit ausgeplaudert, daß diesem neuen Herren-

volke nach der Vernichtung von nur noch etwa 360 weiteren deutschen Klassen gelüftet. Schon versenden gewisse Bezirkspaschas hinter dem Rücken des Landesschulrates Aufträge an die deutschen Schulleitungen, ihnen die genauen Schülerzahlen im geschlossenen Sprachgebiet und an gewissen den Tschechisierungsvereinen besonders unangenehmen Grenzzonen sofort mitzuteilen. Wozu das alles geschieht, steht ganz außer Frage. Neue Schuldrosselungen werden vorbereitet, dafür braucht man Handhaben; und diese holt man sich einfach auf kurzem Weg von den Schulleitungen. Auch sonst geht allerhand Geheimnisvolles hinter den Kulissen vor. — Schulminister Dr. Susta ist den politischen Hetzern von Prag ein allzu objektiver Mann. Er soll also schleunigst durch Dr. Srdinko, dem Busenfreund des tschechischen Schulwürgers Metelka, ersetzt werden, von dem Objektivität nicht befürchtet werden braucht. So geht es im Zeichen der höheren Zivilisation, unter den geschändeten Schlagworten der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit unaufhaltsam der Abgründe zu. Wehe uns, wenn wir das noch immer nicht erkennen und nicht die Willensstärke aufbringen, uns dem Schicksal entgegenzustemmen, das man uns bereiten will! Deutsches Volk! Besinne dich, solange es noch Zeit ist! Rette deine deutsche Schule!

Vom deutschen Tag in Czernowitz

(Von unserem Berichterstatter)

Czernowitz, am 20. Sept. 1921.

Die provisorische Hauptleitung der „Deutschen Nation in Rumänien“ hatte die diesjährige Hauptversammlung nach Czernowitz, ins Buchenland (Bukowina), verlegt und damit einen guten Griff getan. Denn, was dieses ehemals österreichische Ländchen heute ist, verdankt es deutschem Wesen, verdankt es seinen „Schwabern“ und der deutschösterreichischen Beamtenerschaft, welche letztere auch heute in deutschvölkischen Dingen eine ganz wesentliche Rolle spielt. Ist doch z. B. der einzige deutsche Abgeordnete des Buchenlandes, Dr. Kohlruß, Oberlandesgerichtsrat und sind doch unter den anderen Führern des Volkes Beamte wie etwa der Universitätsprofessor Lebouton, der Regierungsrat Soniewitzky, der Oberpostrat Kunz, der Stadtschulinspektor Lang und andere.

Der Zweck der diesjährigen Hauptversammlung des ganzen auf nationaler Basis organisierten Deutschtums in Rumänien war, aus dem Provisorium seiner Existenz ein Definitivum zu machen und die letzten Quadern in den Bau einzugliedern. Hiezu war trotz der schwierigen und teuren Reiseverhältnisse und der weiten Entfernungen, welche die deutschen Siedlungsgebiete voneinander trennen, eine verhältnismäßig stattliche Anzahl Delegierter aller Stämme herbeigeeilt. Neben zahlreichen Sachsen (Brandsch, Roth, Polony usw.) und Buchenländern sah man altrumänische Deutsche, knorrige Beßarabier (Abg. Widmer usw.) und die Vertretung des Banater Schwabenvolkes, darunter den Senator Möller und den Abgeordneten Muth. Die Delegierten waren Mandatare von etwa 800000 deutschen Seelen, von denen etwa 250000 auf das hochkultivierte Siebenbürger Sachsenvolk entfallen, indes die übrigen 550000 im Begriffe „Schwabern“ eingerahmt zu werden pflegen, weil sie zumeist aus dem deutschen Süden und annähernd zur gleichen Zeit, also mit gleichen Eigenheiten ausgestattet, in den Osten gewandert sind und größtenteils eine Mundart sprechen, die dem Schwäbischen im Reiche ähnelt.

Der Empfang durch das auf 23000 Seelen zu schätzende Czernowitzer Deutschtum war ein überwältigend herzlicher. Schon am Bahnhofe sahen sich die Gäste liebevollst begrüßt,

blumengeschmückte Wagen führten sie in die Stadt, vor das prächtige „Deutsche Haus“ (in Czernowitz gibt es auch ein „Polnisches“ und ein „Jüdisches Haus“), und weißgekleidete Germanenmädchen streuten, eingerahmt von den deutschen Burschenschaften der Arminia und Teutonia und der deutschkatholischen Verbindung Franconia, unter jubelnden Heilrufen Blumen. Ganz besonders hoch her ging es aber am „Begrüßungsabend“ im Deutschen Hause; der große, freskengeschmückte, hohe Saal war überfüllt, Mann und Weib war gekommen, selbst die Logen und Galerien trugen dichte Klumpen freudig erregter Festteilnehmer. Der Vorsitzende des Deutschen Volksrates, der Bukowiner Großindustrielle Schnirch, eine typisch österreichische Persönlichkeit, eröffnete den Abend und dann ging's los mit Rednern und Rednern. Dazwischen nationale Lieder und prachtvolle Darbietungen des Czernowitzer Männergesangsvereines. Die Reden gingen übrigens weit über das hinaus, was sonst bei festlichen Veranstaltungen gesprochen zu werden pflegt. Sie spiegeln die Sehnsucht des deutschen Volkes in Rumänien nach freier Entwicklung in verschiedenen Abstufungen wider. Alle aber betonten das Gemeinsame in Leid und Freud sämtlicher Deutschen auf rumänischer Erde. Sie traten alle auf, die alten Führer der germanischen Siedlungsgebiete: Abg. Kohlruß für das Buchenland, der alte Politiker und praktische Redner Rudolf Brandsch als Vorsitzender des Bundes für deutsche Gesamtheit, Hans Otto Roth als unermüdlicher Bundes-Hauptanwalt — ein Mann übrigens, der noch zu großer Rolle im deutschen Leben Rumäniens berufen scheint und dessen tiefsehnende Auseinandersetzungen über die Eigenart des Buchenlandbrausenden Beifall auslöste —, Professor Jikely für das Siebenbürger Sachsenvolk, Großhändler Schlager für das über 500000 Seelen zählende deutsche Katholikentum der Bukowina und der Senator Möller für das Banater Schwabenvolk, dessen nahe Verwandtschaft mit den Schwaben der Bukowina er hervorhob. In beifallumtosten, schlagkräftigen, plastisch hingestellten lehrhaftlichen Sätzen wies er den Versuch gewisser Kreise, das deutsche Volk in Rumänien als „Fremde“ zu bezeichnen, zurück. Minutenlang umbraute ihn am Schlusse rauschender Beifall.

den Höhepunkt der Reden unterstreichend. Schließlich entboten auch die Czernowitzer deutschkatholischen „Franconen“ durch Regierungsrat Soniewitzky und die Czernowitzer Burschenschaft der „Arminia“ und „Teutonia“ den Gästen ihr herzliches Willkommen. Schriftleiter Hans Roller beschloß die Serie der Redner mit einem Hinweis auf das deutsche Banat.

Tags darauf gab es unter Leitung des Abg. Brandsch feste Arbeit der Hauptversammlung. Brandsch, Roth, Schmitz, Köller, Polony und andere sprachen in abgeklärter Weise zur Sache. Als Schlußpunkt schlug der Schwabenführer Abg. Muth das Temeschwar in temperamentvoller Rede folgenden Beschluß-Entwurf vor:

„Die am 18. September 1921 in Czernowitz abgehaltene Tagung aller Deutschen Großrumäniens spricht die dringende Erwartung aus, daß die Frage der Festlegung der Rechte der völkischen Minderheiten unverzüglich ihre gesetzliche Regelung erfahre: das allgemeine Staatsinteresse fordert gebieterisch, daß die Frage der völkischen Minderheiten durch die weitere

Aufrechterhaltung der heutigen ungeklärten und teilweise noch rechtlosen Zustände nicht auch in Zukunft unnötigerweise erschwert werde. Ohne die Schaffung klarer Rechtsverhältnisse wird diese bedeutsame staatspolitische Frage nie zu dem in unser aller Interesse liegenden Ausgleich gelangen.“

Stürmischer Beifall bewies, daß Rede wie Resolution den richtigen Ton getroffen hatten.

Am Mittag des 19. September vereinigte dann ein schönes Festmahl Gäste und Gastgeber. Deutsche Mädchen der besten Familien in duftiger Festtracht bedienten. Abends gab es Festvorstellung im Theater, wo die deutsche Theatergesellschaft des Direktor Popp unter anderem die völkisch aufrauschende Rütli-szene aus dem „Wilhelm Tell“ meisterhaft auf die Bühne stellte, nachdem man nachmittags noch das Schwabendorf Rosch auf Wagen besucht hatte. Am 20. schloß die Tagung mit Hauptleitungsversammlung und Frühschoppen. Nachmittags zerstreuten sich die Gäste, voll der tiefsten Eindrücke und neugestärkt für den Kampf um die freie Entwicklung des Deutschtums in Rumänien.

Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg*)

VIII. Von Tsingtau nach Stuttgart.

Von J. H. U....

(Schluß.)

Wie gesagt, war mir diese Unterhaltung mit dem geduldeten, absolut nicht arroganten Menschen sehr interessant und wir wünschten uns noch zum Abschied viel Glück auf unserem beiderseitigen Wege. Der Postzug nach Petersburg war uns vor der Nase weggefahren, so daß wir erst 3.50 Uhr nachmittags nach Perm mit einem Bummelzug weiter fahren konnten. Am 10. Mai 2 Uhr nachmittags fuhren wir von Perm weiter, nachdem wir in Jekaterinburg 13 Stunden Aufenthalt hatten. Dort besah ich mir die Stadt und auch das Schloß, ohne allerdings damals eine Ahnung zu haben, daß darunter der Zar in Gefangenschaft saß. Unserem Zug waren einige Wagen österreichische Invaliden angehängt. Auf den verschiedenen Stationen sah ich, daß die Reisenden ohne besonderen Erlaubnisschein der Bahnhofskommandantur keine Fahrkarten bekamen. Trotzdem bekam ich auf meinen Schutzbrief hin ohne weiteres in Perm eine Karte bis Wologda. Dagegen konnte ich keine für meinen kleinen Österreicher, der die Freude und Dankbarkeit selbst war, erwischen. Nun, wir machten aus, daß er, sowie die Billettkontrolle kam, zu seinen österreichischen Landsleuten verschwand und dann nachher wieder mir in meinen Wagen komme, um dort zu essen und zu schlafen. Ich hatte vorher schon, als ich die Schwierigkeiten, eine Karte zu erhalten, bei dem Führer eines Invalidenzuges gefragt, ob ich eventuell bei ihm unterkommen könnte. Das war auch ein ziemlich sonderbarer Herr. Er erzählte mir, daß er unterwegs schon zehn Herren mitgenommen habe, also (!) für mich absolut kein Platz mehr da sei. Nun dachte mir meine Sache, fuhr aber unbesorgt weiter, da in meine Fahrkarte bis Wologda hatte. Am 11. Mai morgens 9 Uhr kamen wir nach Wjatka. Unser Bummelzug war ganz voll, es gab aber viel Platz, als uns in Wjatka der Postzug überholte und alles sich auf ihn stürzte, um schneller weiter zu kommen. Ich fand diese Eile für unnötig, freute mich im Gegenteil, daß ich mehr Platz bekommen hatte. Unser Zug sollte bald abfahren. Mein kleiner Österreicher war, nachdem

wir eben gefrühstückt hatten, rüber zu seinen Landsleuten gegangen, um die Billettkontrolle zu vermeiden. Diese kam auch und der Betreffende verlangte von jedem Reisenden die Papiere. Ich hatte mich gerade schön zu einem Schläfchen ausgestreckt und als ich meine Papiere abgab, lösten diese bei dem Roten Gardisten große Heiterkeit und großes Schimpfen aus. Er meinte, daß ich nicht weiterfahren dürfe und sofort raus müsse. Er bekräftigte seine Ansichten durch einen mutig herausgezogenen Revolver. Ich sah, daß ich da vorläufig nichts machen konnte und packte meine Sachen, kochte aber innerlich vor Wut, daß ich mich derart hatte fangen lassen. Hätte ich von der Sache nur eine Ahnung gehabt, so hätte ich es gemacht wie mein kleiner Österreicher und wäre rüber in den Invalidentransport gegangen! So fuhr mein Zug und der Österreicher stolz weiter nach Petersburg, während ich auf der Wache der Roten Gardisten saß. Anscheinend hatte sich der schwedische Vertreter in Wjatka mit den Roten Gardisten überworfen; jedenfalls schimpften sie mächtig auf ihn, sagten, er sei ein Spion und arbeite gegen Rußland und die freien Republiken usw. Ich frug einen der Leute was ich eigentlich nun tun solle. Der riet mir, erst zum Sowjet zu gehen, der mich sicher weiterfahren lasse. Ich ging erst runter zum Bahnhof, wo ungefähr 40 bis 50 richtige deutsche Zivilgefangene, die aus dem Postzug herausgeworfen worden waren, saßen. Die Leute waren alle schwer betrübt, denn sie hatten zum Teil Frau und Kinder bei sich. Mit noch zwei, die Unternehmungslust zeigten, ging ich schließlich zum Schweden und nachher zum Sowjet. Bei letzterem wurden wir natürlich im hohen Bogen wieder rausgeworfen, allein das störte mich weiter nicht. Abends gegen 5 Uhr kam ein großer Transport mit invaliden Kriegsgefangenen und galizischen und polnischen Verschleppten. Bei den Invaliden war leider kein Platz mehr, auch beim besten Willen nicht, zu bekommen. So kroch ich zu den Zivilgefangenen. Das war eine böse Sippschaft, die mich zuerst gar nicht annehmen wollte. „Es geht nicht, es geht nicht, Sie sind nicht von unsere Lait, Sie sind a Daitscher und wir sind Österreicher. Wir werden

*) Entnommen dem Werk „Erlebnisse Auslandsdeutscher im Weltkrieg“, im Auftrage des D. A. I. herausgegeben von Studien-direktor Dr. von Kapff, „Ausland und Heimat, Verlags-Aktiengesellschaft“, Stuttgart, Neues Schloß. Preis geb. M. 15.—, das soeben erschien und das außer den bisher im „Auslandsdeutschen“ veröffentlichten Erlebnissen noch zahlreiche weitere aus Rußland, Ostasien, Frankreich usw. enthält.

bekommen einen großen Streit mit den Russen.“ Ich bettelte ungefähr, daß sie mich mitfahren lassen sollten, schließlich wurde ich recht energisch und auch etwas grob und konnte dadurch und auch durch die Fürsprache eines deutschen Juden im Wagen bleiben. Dieser letzte Teil der Fahrt verlief anstandslos, aber meine Mitfahrenden waren zum Teil recht unangenehme Gesellen. Man sagt und auch mit Recht, daß der Russe schmutzig sei, aber diese galizischen und polnischen Flüchtlinge waren noch dreckiger als die schmutzigsten Russen, die ich unterwegs gesehen hatte. Auch ist mir auf meiner ganzen langen Reise nie eine Kopecke weggekommen, dagegen wurde mir in diesem Wagen aus meiner Briefftasche heraus bei Nacht 25 Rubel gestohlen. Es war noch mehr darin und ich war recht froh, daß der Betreffende nicht alles genommen hatte. Ich habe mich aber dafür gerächt: In Wologda hatten wir lange Aufenthalt. Ich rasierte mich dort; da kam gerade der Mann, den ich im Verdacht hatte und wollte auch rasiert sein, denn in der Stadt kostete das Rasieren 3 Rubel. Ich sagte ihm, ich könne ihn nicht rasieren, aber meinen Apparat usw. könne er haben. Er seifte sich fröhlich ein, ich stellte ihm meine Gilletteklänge ganz locker und wie er von großer Zuschauermenge umgeben, den Apparat ansetzte, hatte er auch schon einen tiefen Schnitt in seiner Backe. Natürlich war ich das Bedauern selbst, unbemerkt zog ich dann die Gilletteklänge stark an und nachdem der arme Kerl zu bluten aufgehört hatte, rasierte er sich schön zu Ende. Von Wologda fuhren wir $\frac{1}{2}$ 7 Uhr abends ab und kamen am 15. Mai 9 Uhr abends nach St. Petersburg. Das Essen war in den letzten Tagen recht knapp geworden, wegen der Osterfeiertage konnten wir auf den Stationen vor allem kein Brot kaufen. In Petersburg ging ich gleich auf die schwedische Gesandtschaft. Dort erkundigte ich mich, wie ich am schnellsten weiterkommen könne und fand, daß außer Offizieren kriegsgefangene Invaliden die besten Aussichten hatten. Nun, das war ich ja auch. Ich kam vor eine schwedisch-russische Ärztekommision, wurde wegen meines steifen Armes gleich invalid geschrieben und am 20. Mai 12 Uhr nachts ging die Reise im Transportzug weiter. Auf der Gesandtschaft wurde ich auf einmal angerufen. Zu meinem großen Staunen stürmte der kleine Lührß auf mich zu, ein alter Schanghaijunge und guter Bekannter von mir. Das Essen in Petersburg war sehr beschränkt, besonders wir in unserer Kaserne in Spalarnaja 41 waren sehr übel daran und ich war recht froh, als es weiter ging. Mit der Gepäckkontrolle hatte ich wieder Glück. Vorhergehenden Transporten war alles abgenommen worden, während wir nur oberflächlich untersucht wurden und es hieß, daß in Pskoff nochmals strenge russische Zollkontrolle sei, weshalb ich meine Seifen, die ich von Habarowsk mitgeschleppt hatte, höchst kunstvoll versteckte. Dies war unnötig. Am 21. Mai 6.30 Uhr kamen wir in Pskoff an und wurden mit Musik, Ansprache des dortigen Generals und vor allem mit vielem und warmem Essen herzlich empfangen. Am gleichen Abend ging es weiter, die Austauschstation Dünaburg erreichten wir am 22. Mai und am nächsten Tage 4 Uhr nachmittags ging der Transport weiter nach Warschau, das wir am 25. Mai 1 Uhr nachts erreichten. Am andern Morgen wurden wir dort entlaust,

gewaschen und eingekleidet. Das ging alles mit einer mich ins großes Staunen setzenden Fixigkeit, denn in einer halben Stunde waren wir schon wieder deutsche Soldaten.

Am gleichen Tage kamen wir in das bei Warschau liegende Quarantänelager Zegrze-Süd, wo ich der zweiten Krieger-Komp. angehörte. Im Lager war für allerhand Unterhaltung gesorgt, am meisten unterhielten wir uns durch die Erzählungen unserer gegenseitigen Erlebnisse. Dabei kam es mir so recht zum Bewußtsein, welches Glück ich eigentlich immer, auch bei meinen Fahrten gehabt habe. Denn unsere Kameraden, besonders die, welche in Nordrußland und Sibirien in Gefangenschaft gewesen waren, hatten sowohl in seelischer wie in körperlicher Beziehung zum Teil Furchtbare durchgemacht. Hier möchte ich die ernste Mahnung an meine deutschen Landsleute richten, Bekannte oder Kameraden, die in Kriegsgefangenschaft sitzen, nicht zu vergessen. Die nächsten Angehörigen werden dies ja so wie so nicht tun, allein wer sie nicht selbst mitgemacht hat, ahnt nicht, wie sehr man in der Gefangenschaft nach einem Zeichen der Liebe des Gedenkens aus der Heimat dürstet. Und wenn es nur ein paar Worte sind, die auf der Postkarte stehen, es ist doch nie wieder ein Zeichen, daß man einen in Deutschland nicht vergessen hat. Das hat uns Gefangene oft schwer umgetrieben, der Gedanke, ob unser die Heimat noch gedenkt! Und glaubt es, es sind nicht die schlechtesten Soldaten, die in Gefangenschaft geraten.

Die drei endlos scheinenden Wochen der Quarantänezeit gingen auch vorüber und am 13. Juni konnte die Reise zum achtwöchentlichen Urlaub angetreten werden. Bis nach Berlin ging's im Ulauberzug. In B. hielt ich mich zwei Tage auf und besuchte verschiedene Chinabekannte, dann aber ging's mit Macht weiter, der Heimat zu. Sonderbar, so recht wollte die Freude, wieder in Deutschland zu sein, nicht hoch kommen. Es hatte doch beinahe zu lang gedauert, bis der heiße Wunsch in Erfüllung gehen konnte. Erst als der Zug das Neckartal rauffuhr — recht klein schien mir der liebe alte Neckar geworden — kam so recht die Wiedersehensfreude hoch und war vollends ganz da, als ich nach so langen Jahren auf dem altbekannten Stuttgarter Bahnhof meine Mutter wieder sah.

Ganz eingelebt habe ich mich in die völlig veränderten deutschen Verhältnisse noch nicht, all dieser Karten- und Bezugscheinbetrieb ist mir noch allzu neu. Aber ich bin ordentlich froh, daß die düsteren Schilderungen der englischen Presse in Ostasien nicht zutreffen, da standen böse Sachen zu lesen über Hungersstreiks, Straßenkämpfe und ähnliche Geschichten. Und stauna mußte ich vom ersten Tage an, als wir in Warschau so fix verändert waren, über unsere deutsche Organisation. Die, meine lieben Landsleute, und auch ihr, ihr Engländer, macht niemand nach und die wird uns den endlichen Sieg bringen. Nur durchhalten müssen wir, wenn es anscheinend auch schwer und schwerer fällt.

Die acht Wochen Urlaub sind vorüber, mit einer Hastigkeit, die jedenfalls bedeutend größer war als eine ebenso lange Gefangenzeit. Ich weiß noch nicht, wie sich meine Zukunft gestalten wird, hoffe aber sicher, auf die eine oder andere Art meinem Vaterlande nützen zu können. Ich werde dies tun nach dem Wahlspruch meines Königs: Furchtlos und treu!

Der Stand der Auslandkunde in Deutschland*)

VI. Berichte der auslandkundlichen Institute und Vereine Deutschlands.

(Fortsetzung)

Nachdem wir (in Nr. 18 und 19 dieser Zeitschrift) zunächst die Berichte der auslandkundlichen Institute an den deutschen Universitäten veröffentlicht haben, folgen heute die Berichte der selbständigen auslandkundlichen Vereine und zwar zunächst derjenigen mit vorwiegend wissenschaftlichen Zielen. Es sind dies in erster Linie die geographischen

*) Siehe auch Nr. 14, S. 418, Nr. 15, S. 450, Nr. 16, S. 483, Nr. 18, S. 547 und Nr. 19, S. 580.

Gesellschaften, von denen leider einige Berichte nicht rechtzeitig eingegangen sind, ferner die Berichte derjenigen wissenschaftlichen Gesellschaften, die besondere Ländergebiete bearbeiten. Schließlich gelangen in dieser Nummer die Darstellungen des Seminars für orientalische Sprachen, des Instituts für ausländisches Recht beim Reichsverband der deutschen Industrie und der deutschen Kolonialschule zu Witzhausen zum Abdruck, deren Hauptziel die Lehrtätigkeit ist. In den folgenden Nummern werden sich die Berichte der auslandkundlichen Vereine mit vorwiegend praktischen Zielen und diejenigen der zwischenstaatlichen Vereine und Verbände anschließen.

Geographische Gesellschaft zu Bremen

Die Geographische Gesellschaft zu Bremen ist im Jahre 1877 aus dem 1870 gestifteten Verein für die deutsche Nordpolarfahrt entstanden.

Sie verfolgt den Zweck, geographische Forschungen und Kenntnisse zu fördern und darauf gerichtete Bestrebungen zu unterstützen. Die Gesellschaft, welche die Rechte einer juristischen Person besitzt, sucht diesen Zweck in erster Linie durch die Anregung, die Unterstützung und die Leitung von Entdeckungs- und Forschungsreisen, sowie durch die Verwertung der Ergebnisse derselben zu erreichen. Sie veranstaltete bisher 6 wissenschaftliche Reisen: Nach Ostgrönland 1869/70, nach Westsibirien 1876, nach den Küstengebiet des Beringsees sowie nach Alaska 1881/82, nach Spitzbergen 1889, nach den Vereinigten Staaten von Amerika 1898 und nach Australien 1900/01. Die Ergebnisse der Reisen wurden in Berichten und einigen größeren Reise werken veröffentlicht. Die mitgebrachten Sammlungen einiger der größeren Reisen wurden an mehrere wissenschaftliche Anstalten des In- und Auslandes überwiesen.

Mehrfach veranstaltete die Gesellschaft auch geographische Ausstellungen: Eine westsibirische Ausstellung 1887, eine argentinische Ausstellung 1884 und zwei andere größere bei Gelegenheit der nordwestdeutschen Industrie-Ausstellung in Bremen 1890 und bei der Tagung des XI. Deutschen Geographentages in Bremen 1895.

Während des Winterhalbjahres werden im Hörsaal des Städtischen Museums 5-6 öffentliche Vortragsabende veranstaltet, außerdem findet eine Reihe geschlossener Sitzungen nur für Mitglieder statt.

Die Gesellschaft gibt eine Zeitschrift heraus, die „Deutschen Geographischen Blätter“, die von Dr. M. Lindemann begründet wurden und seit 1895 von Professor Dr. A. Oppel und Professor Dr. W. Volkenhauer fortgeführt werden. Infolge des Krieges erscheinen die Hefte der Zeitschrift nur in unregelmäßigen Abständen. Bisher sind 38 Bände der Zeitschrift erschienen, deren Ziel es ist, die geographischen Kenntnisse zu fördern und die Länder- und Völkerkunde unter besonderer Berücksichtigung des Wirtschaftslebens zu pflegen.

Die Bibliothek der Gesellschaft ist im Städtischen Museum untergebracht und den Mitgliedern an den Vortragsabenden zugänglich.

Die Leitung der Gesellschaft liegt in den Händen eines dreigliedrigen Vorstands, bestehend aus dem Vorsitzenden, Herrn Johann Lauk, dem Rechnungsführer, Herrn Karl Pauli und dem Schriftführer, Herrn Professor Dr. W. Volkenhauer.

Die Mitgliederzahl der Gesellschaft beträgt gegenwärtig etwa 200.

(Auszug aus den Satzungen usw.)

Verein für Geographie und Statistik, E. V., Frankfurt a. M.

Stadtbibliothek, Schöne Aussicht 2.

Der Verein zählt 620 Mitglieder und wird von einem zwölfgliedrigen Vorstand geleitet. Im Jahre 1835 als zweitälteste deutsche geographische Gesellschaft und viertälteste der Erde gegründet — nur Paris, Berlin und London sind älter — hat er sich zunächst bemüht, das Interesse für geographische Fragen in der gebildeten Bürgerschaft durch Vorträge zu erwecken. Der Förderung der Wissenschaft im engeren Sinne diente der Jahresbericht über die Veranstaltungen des Vereins, der von wissenschaftlichen Abhandlungen begleitet ist und daneben Auszüge aus den gehaltenen Vorträgen enthält. Außerdem wandte sich der Verein auf Veranlassung des hervorragenden Hygienikers Dr. Georg Varrentrapp seit 1854 auch statistischen Fragen zu und gab, da ein besonderes statistisches Amt der Stadt damals noch nicht bestand, die Beiträge zur Statistik der Stadt Frankfurt a. M. in 5 Bänden heraus (Frankfurt a. M. 1858—1890). Nach Gründung eines eigenen statistischen Amtes und seiner Übernahme durch den ausgezeichneten Statistiker Stadtrat Professor Dr. Heinrich Bleicher trat infolgedessen die Pflege dieser Aufgabe für den Verein wieder in den Hintergrund.

Das lebhafteste geographische Interesse der Stadt Frankfurt beruht auf ihrem Weltverkehr, wie denn auch die Rücksicht auf die Bedürfnisse des Handelsstandes ausdrücklich als eine weitere Aufgabe in den Satzungen des Vereins verlangt wurde. So war hier ein besonders günstiger Boden für den begeisterten jungen Geographen Karl Ritter, der eine längere Reihe von Jahren als Hauslehrer im Bethmannschen Hause, dann 1819/20 als Gymnasialprofessor der Geschichte in Frankfurt tätig war und später auch noch in seiner Berliner Zeit lebhaft Beziehungen zu Frankfurt pflegte. Aus dieser geistigen Anregung dürften die Männer geschöpft haben, die bei der Gründung des Vereins selber in dem Vordergrund standen, der Stadtkarver Dr. Krieger und der bekannte Kartograph Ravenstein. Mit ihnen wußten sich auch die folgenden Generationen, die dem Verein als Leiter ihre Kraft zur Verfügung stellten, außer dem genannten Dr. Varrentrapp der Arzt Dr. Wilhelm Stricker, der Sekretär der Handelskammer Heinrich Glogau und

Senator Dr. v. Oven, aus neuerer Zeit vor allem der Direktor der Stadtbibliothek Geheimrat Prof. Dr. Ebrard, unter dessen langjähriger Führung der Verein sich zu hoher Blüte entwickelte, Oberlehrer Prof. Dr. Franz Höfler und der Leiter des Völkermuseums Hofrat Prof. Dr. Bernhard Hagen, der jahrzehntlang als Arzt in Sumatra tätig gewesen war und mit seinen Sammlungen den Grundstock zu dem städtischen Völkermuseum legte.

Den hellsten Klang aber unter den Gründern und älteren Mitgliedern des Vereins besitzt der Name Eduard Rüppells. Aus seinen wiederholten afrikanischen Reisen hatte er reiche Sammlungen mit heimgebracht, die zur Belebung des geographischen und völkerkundlichen Interesses in unserer Stadt entscheidend beigetragen haben und auch heute noch eine Zierde ihrer wissenschaftlichen Institute bilden. Der Verein ehrte sein Andenken, indem er eine nach Eduard Rüppell benannte Medaille in Gold und Silber zur Verleihung für hervorragende Verdienste auf den Gebieten der Geographie und Statistik gestiftet hat. In Rüppells Geiste veranstaltete der Verein 1909—1911 zur würdigen Feier des 75jährigen Bestehens eine wissenschaftliche Expedition nach dem malayischen Archipel, auf den als ein dankbares Arbeitsfeld Hofrat Prof. Dr. Hagen die Aufmerksamkeit des Vereins gelenkt hatte. Die Expedition hatte die Aufgabe, die immer noch strittige Frage des einstigen Zusammenhangs der beiden Kontinente Asien und Australien einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Sie darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, diese Frage endgültig gelöst zu haben. Der Leiter der Expedition, Herr Dr. Johannes Elbert, hat ihre Ergebnisse in einem zweibändigen Werke niedergelegt, das unter dem Titel: „Die Sunda-Expedition des Vereins für Geographie und Statistik zu Frankfurt am Main. von Dr. Johannes Elbert. Festschrift zur Feier des 75jährigen Bestehens des Vereins, Bd. 1 und 2. Frankfurt a. M. 1911. 1912“ zur Veröffentlichung gelangte.

Der Verein gibt seine Bestände an Büchern und Zeitschriften vertragsmäßig an die Stadtbibliothek und die Senckenbergische Bibliothek ab, und zwar erhält die erstere die statistische, die letztere die rein geographische Literatur. Im ganzen dürften bisher an 25000 Bände den beiden Instituten vom Verein überwiesen worden sein.

Seit Jahrzehnten veranstaltet der Verein in jedem Winterhalbjahr allwöchentlich einen wissenschaftlichen Vortrag, zu dem er erfolgreich bemüht gewesen ist, die hervorragendsten Gelehrten und Forscher zu gewinnen, von denen ihm eine große Reihe als Ehren- und korrespondierende Mitglieder nahe verbunden ist. Eine besondere Aufmerksamkeit wird dabei den Fragen des Auslandsdeutschtums in Europa und Übersee gewidmet. Seit Gründung der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, der späteren Universität, sind enge Beziehungen zwischen Verein und Hochschule erwachsen, die sich äußerlich auch darin zeigten, daß sogleich die ersten Inhaber der geographischen und statistischen Lehrstühle dem Vorstand des Vereins angehörten. Derzeitiger Vorsitzender des Vereins ist Prof. Dr. Hermann Traut.

Geographische Gesellschaft Greifswald

(Greifswald, Domstr. 14.)

Die Geographische Gesellschaft Greifswald hat ihren Sitz in Greifswald, Domstraße 14, in demselben staatlichen Gebäude, in dem sich auch das Geographische Institut und das Nordische Institut an der Universität befinden. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 600. Außer an ihrem Hauptsitz in Greifswald hat die Gesellschaft auswärtige Mitglieder in allen Teilen des Reiches. Ortsgruppen bestehen in Anklam, Stralsund und Wolgast. Jede Ortsgruppe hat ihren eigenen Ortsgruppenvorsitzenden, der zum Gesamtvorstande gehört. Der Vorsitzende der Gesellschaft ist der ordentl. Professor der Geographie, Dr. Gustav Braun, ihm zur Seite stehen als 2. und 3. Vorsitzender die Vertreter der Nachbarwissenschaften, und zwar der ordentl. Professor der Geologie, Geheimrat Dr. O. Jaekel und der Professor der Geschichte, Dr. F. Curschmann. Schriftführer und Bibliothekar ist der Privatdozent der Geographie, Dr. Walter Geisler, Schatzmeister der Kaufmann Altermann E. Barwoltz.

Die Gesellschaft wurde am 7. März 1882 zu dem Zwecke gegründet, das Interesse für die Erdkunde bei ihren Mitgliedern zu beleben. Der Begründer und langjährige verdienstvolle Vorsitzende der Gesellschaft, der sich in allen Kreisen der größten Beliebtheit erfreute, war Geheimrat Professor Dr. Rudolf Credner, der erste Ordinarius für Geographie an der Universität Greifswald. Er war bis zu seinem Tode, 6. Juni 1908, rastlos tätig für die Gesellschaft. Sein Nachfolger war Professor Dr. M. Friederichsen, jetzt Ordinarius an der Universität Königsberg i. Pr.

Aus dem Aufgabenkreis der Gesellschaft seien diejenigen Veranstaltungen hervorgehoben, die für die Auslandskunde von Wert sind. Die Gesellschaft veranstaltet im Winter-Halbjahr Vorträge, die allgemeinverständlich abgefaßt sind, und zu denen die Mitglieder unentgeltlich Zutritt haben. Da Gäste eingeführt werden können, ist der Kreis der Zuhörer nicht beschränkt. Die Vorträge behandeln Themen geographischen Charakters, die gerade interessieren. Es wird stets darauf Bedacht

genommen, den Hörern eine lebendige und vorurteilsfreie Anschauung vom Auslande zu übermitteln; die Vortragenden sind stets gute Kenner, zumeist Bürger des betreffenden Landes. Für rein wissenschaftlich Interessierte sind Fachsitzungen eingeführt, in denen Probleme der modernen Geographie behandelt werden.

Eine sehr gute und praktische Unterstützung dieser Bestrebungen bilden die alljährlich ins Ostseegebiet unternommenen Exkursionen, an denen jeweils etwa 100 Personen teilnehmen. Die Exkursionen werden unter fachmännischer Leitung ausgeführt, und in den fremden Ländern übernehmen dort eingesessene Gelehrte und Praktiker die Führung und Erklärung, so daß den Mitgliedern jedes Jahr Gelegenheit geboten ist, die Nachbarländer aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Exkursionen führen nach Norwegen, nach Dänemark und Schweden, wie im Jahre 1919, während 1920 die Gesellschaft in Ostpreußen und im Memelgebiet und 1921 in Danzig war.

Durch den 1. Vorsitzenden, Professor Braun, hat die Gesellschaft einen Gelehrten, der das Ostseegebiet zum besonderen Forschungsbereich erwählt hat und auch seine Schüler in die Probleme des europäischen Nordens einführt. Als Publikationsorgan gibt die Gesellschaft Jahresberichte heraus, die neben Aufsätzen zur Erforschung der engeren Heimat vor allem solche über das Ostseegebiet enthalten. Durch Literaturberichte wird die Kenntnis wichtiger nordischer Literatur in Deutschland angestrebt.

Die Jahresberichte werden den Mitgliedern kostenlos zugestellt. Da jeder, Damen und Herren, Mitglied werden kann, so sind die Veranstaltungen, Vorträge, Exkursionen, Ausstellungen weitesten Kreisen zugänglich. Außerdem steht die umfangreiche Bibliothek zur Verfügung. Sie umfaßt etwa 10000 Bände und setzt sich zusammen aus den periodischen Schriften, die der Gesellschaft durch den Austauschverkehr zugehen. Einige Zeitschriften werden auch gehalten. Die Bibliothek besitzt Zeitschriften und Büchererien aus allen Teilen der Erde, besonders reichhaltig und nach geographisch-geologisch-statistischer Seite vollständig von den Nordischen Staaten. Außerdem steht der Apparat des Geographischen Instituts mit seinem großen Bestand an Karten zur Verfügung. Ein Teil der nordischen Literatur ist dem Nordischen Institute zur Verfügung gestellt, so daß eine Art Arbeitsgemeinschaft, die sich natürlich nicht auf alle Punkte erstreckt, zwischen der Geographischen Gesellschaft, dem Geographischen und dem Nordischen Institut besteht.

Die Geographische Gesellschaft hat ein aus Stiftungen und Zuschüssen entstandenes kleines Vermögen. Die laufenden Ausgaben müssen durch die Jahresbeiträge der Mitglieder gedeckt werden. Die Beiträge belaufen sich für Greifswalder Mitglieder auf 10 Mark, für alle übrigen auf 7,50 Mark.

Geographische Gesellschaft zu Hamburg

Geschäftsstelle: Hamburg 1, Bergstraße 23 (oder Verlagsbuchhandlung L. Friedrichsen & Co.).

Die Geographische Gesellschaft in Hamburg ist am 6. März 1873 gegründet worden. Die Zahl der Mitglieder, die seit dem Kriegsende wieder stetig steigt, beträgt jetzt reichlich 800. Erster Vorsitzender ist z. Zt. Dr. Siegfried Passarge, ord. Professor der Erdkunde an der Universität.

Unter den früheren Präsidenten der Gesellschaft ragen besonders die beiden bedeutenden Hamburger Bürgermeister Dr. Gustav Kirchenpauer und Dr. J. G. Mönckeberg hervor. Kirchenpauer führte den Vorsitz in den ersten 14 Jahren nach der Gründung der Gesellschaft, Mönckeberg von 1892 bis 1908. Einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung der Gesellschaft hatte auch der berühmte Ozeanograph und langjährige Direktor der Deutschen Seewarte in Hamburg, Dr. Georg von Neumayer. Kein Mann aber hat sich durch unermüdliche Fürsorge ein ähnlich großes Verdienst um die Geographische Gesellschaft erworben wie Dr. Ludwig Friederichsen, der von 1873 bis zu seinem Tode im Jahre 1915, also durch 42 Jahre hindurch, als 1. Sekretär die Geschäfte geführt hat. Ihm ist es in erster Linie zu danken, daß die Gesellschaft sich während der ganzen Zeit eines regen Lebens und großer Blüte erfreut hat und in ihren Statuten genannten Zwecken in vollem Maße gerecht geworden ist.

Nach Paragraph 2 der Statuten sucht die Gesellschaft ihren Zweck, „die geographische Wissenschaft zu fördern und das Interesse für sie zu beleben“, auf folgenden Wegen zu erreichen:

- a) durch regelmäßig wiederkehrende Versammlungen;
- b) durch Anknüpfung von Verbindungen mit überseeischen Plätzen, durch freundschaftliche Beziehungen und Schriftenaustausch mit geographischen Gesellschaften;
- c) durch Sammlung eines Vermögens zur Unterstützung oder selbständigen Ausrüstung wissenschaftlicher geographischer Expeditionen und zur Förderung wissenschaftlicher geographischer Arbeiten;
- d) durch zeitlich zwanglose Veröffentlichung geographischer Abhandlungen. Die „Mitteilungen“ der Gesellschaft sollen auch die Tätigkeitsberichte der Gesellschaft enthalten.

Ein kurzer Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft wird am besten im Anschluß an diese vier Sätze zu geben sein.

Die Gesellschaft hält in jedem Monat, mit Ausnahme der Monate Juli, August, September, eine ordentliche allgemeine Sitzung ab, und zwar mit sehr seltenen Ausnahmen am ersten Donnerstag des Monats. Nachdem kleinere Mitteilungen

gemacht und die geschäftlichen Vorlagen erledigt sind, folgt ein größerer Vortrag (gelegentlich auch zwei). Neben hiesigen und auswärtigen Gelehrten, die in der Mehrzahl über die Ergebnisse ihrer Forschungsreisen berichten, kommen des öfteren auch Männer aus anderen Kreisen Hamburgs zu Wort, die mit offenem Blick überseeische Länder bereist und insbesondere bei längerem Aufenthalt eine gute Kenntnis ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse gewonnen haben. Naturgemäß beschäftigen sich ja überhaupt in der großen Seehandelstadt Interesse und Arbeit mehr mit den überseeischen Ländern, als es im allgemeinen bei anderen geographischen Gesellschaften der Fall ist. Außer den allgemeinen Sitzungen hält die Gesellschaft in der Regel am dritten Donnerstag derselben Monate eine ordentliche Fachsitzung ab, in der geographische Gegenstände streng wissenschaftlich vorgetragen und abwechselnd damit auch Fragen des geographischen Unterrichts behandelt werden; auf eine eingehende Erörterung des Vortrages wird dabei besonderer Wert gelegt. Auch diese Fachsitzungen erfreuen sich eines regen Besuchs, wenn schon naturgemäß ein kleinerer Kreis der Mitglieder an ihnen teilnimmt. Ab und zu werden auch Besichtigungen und geographische Ausflüge veranstaltet.

Die Gesellschaft steht im Schriftenaustausch mit einer sehr großen Anzahl auswärtiger Gesellschaften und Institute in allen Teilen der Welt und besitzt eine umfangreiche, wertvolle Bibliothek. Durch die so gewonnene große Anzahl von Fachzeitschriften bildet sie eine sehr wünschenswerte Ergänzung zur Kommerzbibliothek der Hamburger Handelskammer. Sie ist gemäß dem Vertrag mit der Handelskammer in einem besonderen Zimmer der auf geographischem Gebiet ganz hervorragenden Kommerzbibliothek aufgestellt und kann unter denselben Bedingungen wie die Kommerzbibliothek von jedermann benutzt werden.

Was nun den dritten obengenannten Statuten-Absatz (Unterstützung wissenschaftlicher Unternehmungen) betrifft, so hat die Gesellschaft auch diesen Teil ihrer Aufgabe in befriedigender Weise lösen können. Die Mittel dazu stammen zum Teil aus den Mitgliederbeiträgen; zur Hauptsache aber werden sie aufgebracht durch eine seit 1889 gewährte jährliche Staatssubvention von 46 500.—, sowie durch größere Gaben, die von Mitgliedern für die bestimmte Unternehmung gestiftet werden. Es ist natürlich nicht möglich, auf diese Wirksamkeit der Gesellschaft im einzelnen einzugehen, und es mögen hier nur drei größere Reisen genannt werden, deren Kosten die Gesellschaft ganz oder größtenteils aufgebracht hat: Die 1882 bis 1883 von Dr. med. G. A. Fischer ausgeführte gefahrvolle Reise in Ostafrika auf der er als erster Europäer das Land der kriegerischen Masai durchquert hat; ferner die 1884–86 und 1892–93 von Prof. Dr. Wilhelm Sievers (vor einigen Monaten in Gießen verstorben) ausgeführten Forschungsreisen in Venezuela und schließlich die „Ost-Afrika-Expedition der Geographischen Gesellschaft in Hamburg“, die von Prof. Dr. Erich Obst 1910–1911 ausgeführt worden ist.

Berichte über diese drei Expeditionen, wie über manche andere Reise, befinden sich in den „Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg“. Unter diesem Titel gibt die Gesellschaft ohne zeitlichen Zwang bandweise ihre wissenschaftlichen Veröffentlichungen heraus. Bisher sind 33 Bände erschienen, in denen eine große Anzahl von wertvollen Original-Abhandlungen aus allen Gebieten der Erdkunde veröffentlicht ist.

Geographische Gesellschaft zu Hannover

Die Geographische Gesellschaft zu Hannover ist ein gemeinnütziger Verein der sich der Erhaltung und Belebung erdkundlicher Interessen in Hannover widmet. Die Gesellschaft gibt jährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit heraus und sucht die Ergebnisse ihrer Forschung weiteren Kreisen durch Abhaltung von Vorträgen zugänglich zu machen. Die Vorträge werden im Künstlerhause, Sophienstraße 2, abgehalten. Die Gesellschaft besitzt eine Bibliothek, welche der Städtischen Bibliothek im Kestner-Museum einverleibt ist, ferner eine Sammlung von Wandkarten. Sie steht mit den andern wissenschaftlichen Vereinen Hannovers in einer Arbeitsgemeinschaft und erhält sich durch Mitgliederbeiträge.

Der derzeitige Schriftführer ist Herr Dr. Lautensack.

Gesellschaft für Erdkunde zu Leipzig

Die Gesellschaft für Erdkunde zu Leipzig ist im Grassi-Museum in städtischen Räumen untergebracht. Sie ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Leitung in der Hand eines Vorstands und eines wissenschaftlichen Beirats liegt. Unter den Ehrenmitgliedern der Gesellschaft befinden sich die bedeutendsten Vertreter der geographischen Wissenschaft. Zweck der Gesellschaft ist die Hebung geographischer Kenntnisse im umfassendsten Sinne, nicht nur durch Unterstützung von Forschungsreisen, sondern vor allem durch Abhaltung wissenschaftlicher Vorträge während des Winterhalbjahrs. Die Erträge wissenschaftlicher Forschung der Gesellschaft werden in Mitteilungen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen niedergelegt.

Die Gesellschaft besitzt eine eigene Bücherei von etwa 35000 Bänden. Der Hauptwert liegt im Austausch mit ungefähr 300 Geographischen Gesellschaften des In- und Auslands.

Die Mitteilungen der Gesellschaft erschienen von 1861 bis 1914 jährlich. Im Jahre 1915 bis 1919 erschienen infolge des Krieges nur 2 Bände. Von den wissenschaftlichen Veröffentlichungen wurden bisher 11 Bände herausgegeben.

Der gegenwärtige Generalsekretär ist Herr Dr. Kurt Krause, Leipzig.

Gesellschaft für Völker- und Erdkunde Stettin

Geschäftsstelle: Friedrich-Karl-Straße 7.

Die Gesellschaft für Völker- und Erdkunde zu Stettin ist in der völkerkundlichen Abteilung des Städtischen Museums untergebracht. Sie ist ein eingetragener Verein, der gegenwärtig 212 Mitglieder zählt und von einem Vorstand und wissenschaftlichen Beirat geleitet wird. Die Gesellschaft wurde im Jahre 1897 begründet und sieht ihre Aufgabe darin, die völkerkundlichen und geographischen Kenntnisse zu heben. Sie erfüllt diese Aufgabe durch die regelmäßige Abhaltung von Vorträgen, sowie eine gemeinnützige Auskunftserteilung, die auch weiteren Kreisen zugute kommt. Die Gesellschaft hat das von ihr geschaffene Museum für Völkerkunde in Stettin 1914 der Stadt Stettin zum Geschenk gemacht.

Die Bibliothek der Gesellschaft ist im Städtischen Museum untergebracht. Bis zum Jahre 1914 erschienen regelmäßige Jahresberichte. Diese Veröffentlichungen sind aber seit Kriegsbeginn eingestellt.

Die Gesellschaft unterhält eine Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Kolonialgesellschaft und dem Verein für das Deutschtum im Ausland. Der erste Vorsitzende ist gegenwärtig Herr Dr. Buschäuf.

Deutsche Auslands-Bibliothek Berlin

Berlin-Dahlem, Werderstraße 10.

Die Deutsche Auslands-Bibliothek ist 1913 auf Anregung ihres Leiters, Professor Dr. G. Kampffmeyer, gegründet worden. Nach dem Gründungs-Plane sollte dem Leiter des Instituts ein größerer wissenschaftlicher Arbeits-Ausschuß zur Seite stehen, der indessen infolge des Krieges nicht zur Wirkung kam. Daher ist die eindringende Institutsarbeit, die hier von 1913 bis 1920 geleistet worden ist, das Werk des Leiters, der eine größere Zahl von Hilfskräften in den Dienst der Sache gestellt hat. Das Ziel der Arbeit war, die Methoden durchzuarbeiten und die Einrichtungen zu schaffen zur Erschließung der bibliographischen und archivalischen Quellen, die einem vertieften Auslandsstudium (nationenwissenschaftlichen Studium) dienen. Diese Arbeit, in der umfassende Nachweisungs-Kartotheken geschaffen sind, ist 1920 abgeschlossen worden. Die Deutsche Auslands-Bibliothek stand in Zusammenarbeit mit anderen Instituten. So unter anderem mit dem Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart. Hier hat mit den in der Deutschen Auslands-Bibliothek ausgebildeten Methoden der Leiter Prof. Kampffmeyer in zweijähriger Arbeit die Einrichtungen geschaffen, durch welche die Bibliothek des Deutschen Ausland-Instituts den Aufgaben dieses Instituts dient, er hat dabei ein eindringendes systematisches Schema ausgearbeitet, nach welchem sowohl die bibliographischen wie die archivalischen Materialien des Instituts übersichtlich geordnet werden, und hat endlich eine fruchtbringende Arbeitsgemeinschaft des Instituts mit anderen Bibliotheken, namentlich auch mit der Deutschen Bücherei in Leipzig, eingeleitet.

Von der Bücherei der Deutschen Auslands-Bibliothek (gegen 2000 Bände) sind zur Zeit Teile, in Verbindung mit der Bibliothek der Deutschen Gesellschaft für Islamkunde und den Sammlungen der Vereinigung von Freunden der türkischen Literatur, im Seminar für Orientalische Sprachen zu Berlin NW 7, Dorotheenstraße 7, dem Lehrbetrieb des Seminars und wissenschaftlicher Arbeit weiterer Kreise dienstbar gemacht. Andere wichtige Teile sowie die bibliographischen Kartotheken und methodischen Einrichtungen sind in Bereitschaft für den Augenblick, wo ein ernsthaftes nationenwissenschaftliches Studium begründet werden wird.

Deutsche Gesellschaft für Islamkunde E. V. Berlin

Geschäftsstelle: Berlin-Dahlem, Werderstraße 10 (Fernspr.: Steglitz 2882).

Die Deutsche Gesellschaft für Islamkunde ist am 21. Februar 1913 gegründet worden. Ihr Zweck ist die Förderung der Islamforschung, d. h. der Erforschung der ethnischen, kulturellen, religiösen und wirtschaftlichen Zustände der Islamwelt mit besonderer Rücksicht auf die Gegenwart. Die Verfolgung politischer oder religiöser Zwecke ist ausgeschlossen. Die Gesellschaft verfolgt satzungsgemäß ihre Zwecke a) durch Herausgabe einer Zeitschrift, b) durch Zusammenkünfte der Mitglieder, bei denen regelmäßige Berichterstattung über die Islamwelt gepflegt wird, c) durch Schaffung einer Spezialbibliothek. — Die Gesellschaft hat veröffentlicht: 1. ihre Zeitschrift „Die Welt des Islams“, herausgegeben von Professor Dr. G. Kampffmeyer, jährlich 4 Hefte, Bd. 1—7, Berlin 1913—1919; 2. Urkunden und Untersuchungen zur Geistesentwicklung des heutigen Orients, Heft 1—3, Berlin 1918—1919. Die Herausgabe der Zeitschrift wurde 1919 vorläufig eingestellt, statt dessen wurden den Mitgliedern der Gesellschaft die Zeitschrift „Der neue Orient“ geliefert (im Buchhandel jetzt M. 41.—, den Mitgliedern heute gegen den Beitrag von M. 20.— geliefert). Neue eigene Veröffentlichungen der Gesellschaft sind in Vorbereitung. — Die Gesellschaft hat vielfach Vorträge veranstaltet. In Vorbereitung ist eine umfassende Vortrags- und Bücherei-Gemeinschaft mit verwandten Gesellschaften. Im Winter 1921/1922 soll eine planmäßige Reihe von Vorträgen, Kursen usw. zur Einführung in die Geisteswelt und Kultur des Orients veranstaltet werden.

Nähere Angaben über die Tätigkeit und die Verhältnisse der Gesellschaft sind zu entnehmen den „Nachrichten über Angelegenheiten der D. G. I.“, welche jedem Bande der „Welt des Islams“ beigegeben sind.

Die Gesellschaft wird geleitet durch einen Vorstand, dem ein „Ausschuß“ zur Seite steht. Den geschäftsführenden Vorstand bilden der erste und zweite Vorsitzende, der Herausgeber der Zeitschrift, der Schriftführer und der Schatzmeister. Erster Vorsitzender war von der Gründung der Gesellschaft bis zu seinem Tod am 5. Dezember 1918 Prof. Dr. Martin Hartmann, darnach bis zum 17. Juni 1921 Staatsminister Prof. Dr. C. H. Becker. Jetziger erster Vorsitzender ist Prof. Dr. G. Kampffmeyer.

Die Geschäftsstelle, Bibliothek und Archiv der Gesellschaft befanden sich bis März 1921 in der Brandenburgstraße 37 in Berlin (S. 42), in Räumen, welche die Stadt Berlin zur Verfügung gestellt hatte. Seitdem ist die Geschäftsstelle in Berlin-Dahlem, Werderstraße 10, die Sammlungen aber befinden sich in dem staatlichen Gebäude des Seminars für Orientalische Sprachen, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 7. Hier ist die Bücherei vereinigt mit der bedeutenden Bibliothek der Vereinigung von Freunden der türkischen Literatur, sowie mit Beständen der Deutschen Auslands-Bibliothek, so daß die dadurch gebildete Büchersammlung (etwa 4000 Bände) von hohem Werte für die Einführung namentlich in die Geschichte und Kultur sowie die Literatur des vorderen Orients ist.

Die Mittel der Gesellschaft fließen aus den regelmäßigen und einmaligen Beiträgen von Mitgliedern (Mindestbeitrag jetzt M. 20.—). Die Zahl der Mitglieder betrug vor dem Kriege rund 500, durch den Krieg wurde sie auf 300 vermindert, ist jetzt aber wieder in aufsteigender Entwicklung.

Vereinigung der Islandfreunde, Eisenach

Die Vereinigung der Islandfreunde ist ein gemeinnütziger Verein, der im Jahre 1913 zu Dresden gegründet wurde. Sie verfolgt den Zweck, alle die Island betreffenden Interessen möglichst weiten Kreisen zugänglich zu machen. Diesem Zweck dient eine kleine Zeitschrift, die früher vierteljährlich, jetzt halbjährlich erscheint und die Mitglieder der Vereinigung über alles in Kenntnis setzen will, was über Sprache, Geschichte, Kultur, Wirtschaft, Landeskunde, Literatur und Kunst Islands und der Faröer Inseln aus alter und neuer Zeit zu berichten ist. Seit Eintritt der allgemeinen großen Notlage in Deutschland beteiligt sich Island selbst sehr eifrig an der Erhaltung der Vereinigung, nicht nur durch Aufbringung der Mittel, sondern auch durch einen regen Austausch von Zeitschriften und Büchern. Die Vereinigung besitzt eine kleine Bibliothek, die gegenwärtig über 300 Werke umfaßt. Die Bücher stehen den Mitgliedern leihweise zur Verfügung. Eine Sammlung von Bildern ist der Bücherei angeschlossen.

Die Leitung liegt in der Hand des Vorsitzenden, Herrn Professor Dr. Herrmann in Torgau, sowie des Herausgebers der Mitteilungen und Schriftführers, Herrn Professor Dr. W. Heydenreich, Eisenach, dem auch die Verwaltung der Bibliothek übertragen ist.

Deutsche Morgenländische Gesellschaft zu Leipzig

Die Deutsche Morgenländische Gesellschaft zu Leipzig ist ein eingetragener Verein, der sich aus ordentlichen und Ehrenmitgliedern zusammensetzt. Die Gesellschaft ist im Jahre 1845 gegründet worden und verfolgt den Zweck, die wissenschaftliche Erforschung des Morgenlandes zu pflegen, die daran beteiligten Gelehrten und die Freunde des Morgenlandes oder der morgenländischen Wissenschaft zu einheitlichem Wirken zusammenzufassen und zu fördern.

Den angegebenen Zweck sucht die Gesellschaft durch verschiedene Mittel zu erreichen: Vor allem durch Herausgabe von Zeitschriften und Abhandlungen, der Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft, der Zeitschrift für Semitistik, der Zeitschrift für Indologie und Iranistik, der Zeitschrift für Assyriologie, der Zeitschrift für ägyptische Sprache und Altertumskunde, der Zeitschrift „Der Islam“, der Ostasiatischen Zeitschrift, der Orientalistischen Literaturzeitung und schließlich der Abhandlungen für die Kunde des Morgenlandes. In enger Verbindung mit der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft stehen ferner die Orientalische Bibliographie und die Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen in Berlin.

Die Gesellschaft unterstützt wissenschaftliche Veröffentlichungen und Unternehmungen, die geeignet sind, die Kenntnisse des Morgenlandes zu fördern. Sie unterhält ferner eine orientalistische Fach-Bibliothek, die Deutsche Morgenländische Bibliothek, deren Sitz Leipzig ist. Jährliche Zusammenkünfte der Mitglieder dienen dem gegenseitigen Meinungsaustausch und der Anregung zu weiterer wissenschaftlicher Forschung. Ortsgruppen der Gesellschaft in den größeren Städten Deutschlands sind in Bildung begriffen. Die Erträge wissenschaftlicher Arbeit kommen der Öffentlichkeit nicht nur auf dem Wege durch die Zeitschriften und Abhandlungen zugute, sondern auch durch Erteilung von Auskünften, Gutachten und Ratschlägen in allen orientalistischen Angelegenheiten. Die jährliche wissenschaftliche Tagung, die in Verbindung mit der allgemeinen Versammlung der Gesellschaft stattfinden soll, ist durch Beschluß vom 7. Januar 1921 zu einem Deutschen Orientalistentag erweitert worden, um das 75jährige Bestehen der Gesellschaft besonders würdig zu begehen und um die neue Organisation immer fester und einheitlicher auszubauen.

Die Leitung der Gesellschaft liegt in der Hand eines Vorstandes, der aus dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, dem Geschäftsführer und dessen Stell-

vertreter, dem Schatzmeister und drei weiteren Beisitzern besteht. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft nach außen, während die eigentliche wissenschaftliche Arbeit von einem besonderen Arbeitsausschuß geleistet wird, der sich aus dem Geschäftsführer, je einem Herausgeber der Vereinszeitschriften, einer gleichen Anzahl von Gelehrten als Vertretern der in den Zeitschriften gepflegten Sondergebiete und einem von den Kommissionären und Verlegern der Zeitschrift der Gesellschaft gewählten Vertreter.

Eine Arbeitsgemeinschaft mit der Wiener Morgenländischen Zeitschrift ist beantragt.

Der Vorsitzende der Gesellschaft ist gegenwärtig der Minister des Äußern Friedrich Rosen, der Geschäftsführer Herr Dr. Gerhard Lüdtkke, Berlin W 10, Genthiner Straße 38. (Auszug aus den Statuten)

Forschungsinstitut für Kulturmorphologie in München

Aufgabe des Institutes ist es, durch planmäßige vergleichendmorphologische Untersuchungen die Gliederung und Entwicklung der menschlichen Kulturen zu bestimmen. Das Endziel ist einerseits eine Weltgeschichte, die alle primitiven und höheren Kulturorganismen gleichmäßig umfaßt, andererseits eine vollständige Morphologie der einzelnen Formgebilde (Religion, Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft, Staat Recht usw.) und ihrer wechselseitigen Beziehungen.

In den letzten Jahrzehnten sind die kulturpsychologischen Arbeiten vor allem auf den Gebieten der vergleichenden Religionswissenschaft, der Kunstgeschichte, der Völkerkunde immer zahlreicher und bedeutender geworden. Ein gemeinsames vom Endziel der Wissenschaft des 19. Jahrhunderts durchaus abweichendes Streben tritt darin deutlich hervor. Physiognomik ist an Stelle der Systematik getreten. Indessen leiden diese Forschungen an mehreren Mängeln. Wenige der Gelehrten, die sich mit einem der Gebiete: Religion, Kunst, Sprache, Sitte, Staat, Wirtschaft usw. beschäftigten, vermochten auch nur einige der anderen, geschweige denn alle im Auge zu behalten. Damit war ein Verständnis der verwandten Formen und der letzten Tiefen allen Kulturausdruckes ausgeschlossen. Andererseits zwang schon der Umfang moderner Wissenschaften dazu, sich auf einzelne geographische und historische Abschnitte zu beschränken, die leider willkürlich und oft durch veraltete Gewohnheiten abgegrenzt wurden, so die Erforschung orientalischer Religionen vielfach durch die antike Sprachgrenze, die primitive Kunst durch neue Landschaftsnamen, ganze primitive Kulturen durch heutige Rassegrenzen. Infolgedessen blieben wichtige Gebiete, wie Südarabien, Turkestan, Westafrika, von der Kunst-, Religions- und politischen Geschichte so gut wie völlig unbeachtet.

Hier soll die Tätigkeit des Institutes einsetzen. Kulturen sind Organismen, Wesen und tiefere Bedeutung einer Kultur lassen sich daher nur aus einer vergleichenden Beobachtung aller in ihrem Wachstumsbereich auftretenden Ausdrucksformen bestimmen (Religion, Kunst, Wissenschaft, Sprache, Sitte, Wirtschaft, Staat, Recht usw.). Infolgedessen ist dem Institut eine doppelte Reihe grundlegender Arbeiten als Aufgabe gegeben: 1. Arbeiten zur Morphologie der einzelnen Formgebiete in beständiger Vergleichung verwandter Formen (horizontale Gliederung); 2. Arbeiten zur Entwicklungsgeschichte organisch in sich geschlossener Kulturen (vertikale Gliederung). Dieser sehr weitgreifende Aufgabenkreis wurde zunächst angesetzt an den afrikanischen Kontinent. Einmal deswegen, weil für kulturmorphologische Untersuchungen gerade den primitiven Kulturen eine besondere Bedeutung zukommt und Afrika der in dieser Beziehung konservativste, von europäischer Zivilisation noch am wenigsten überschwemmte Erdteil ist; dann aber aus einem praktischen Grund, weil es gelang, das Afrika-Archiv von Leo Frobenius mit seinen sämtlichen sehr reichen Beständen und Vorarbeiten dem Institut anzugliedern. Innerhalb Afrikas bildet wiederum Westafrika den engeren Ausgangspunkt, an den die Untersuchungen des Instituts, strahlenförmig nach Norden, Osten und Süden sich verbreitend, anknüpfen. Westafrika ist, nachdem das Gebiet zwischen Mesopotamien, Indien und China steigende Beachtung bei Kunst- und Religionsforschern gefunden hat, das letzte, von den Historikern völlig übersehene. Gerade hier, wo große, fast unbekannte Kunstdenkmäler, Chroniken, Überlieferungen bis ins zweite Jahrtausend v. Chr. zurückreichen, lassen sich nicht nur entscheidende Aufschlüsse über Schichtung und Sinn primitiver Kulturen, sondern auch über Zusammenhänge mit der Höhlenkultur Frankreichs, der ägyptischen, vielleicht der peruanischen Kultur erwarten. Das Bild der Weltgeschichte, das nach dieser Seite noch heute durch die Grenze des Imperium Romanum beschränkt wird, kann endlich weitgehende Veränderung erfahren.

Neben dem Material des Afrika-Archives bedient sich das Institut der zumeist noch zu sammelnden und zu ordnenden zahllosen Einzelforschungen, die auf allen Gebieten verstreut vorliegen, soll es in Zukunft, sobald Mittel und Verhältnisse es gestatten, zur Ausfüllung von Lücken wieder Forschungsreisen und Ausgrabungen veranstalten.

Zur Bewältigung seiner Gesamtaufgabe wird das Institut sich in eine Reihe von Abteilungen gliedern. Heute besteht erst die Abteilung „Afrika-Archiv“ deren Tätigkeit im Anfang wesentlich auf Sichtung und Erschließung vorhandenen Materials gerichtet ist.

Organisation. Das Institut wurde am 23. September 1920 von Leo Frobenius, Dr. Oswald Spengler, Stadtrat und Oberbibliothekar der Stadt München Hans

Ludwig Held, Albrecht Martius, August Albers, Albert Talhoff, Professor Dr. Hans Wohlbold und Dr. Heinrich Beck in München gegründet und am 10. Januar 1921 in das Vereinsregister beim Amtsgericht München eingetragen. Für die Sammlungen und Arbeitsräume wird von der bayrischen Regierung ein Teil des Nymphenburger Schlosses zur Verfügung gestellt. Das Institut besteht aus ordentlichen (mitarbeitenden), außerordentlichen (unterstützenden) und korrespondierenden Mitgliedern. Die Leitung liegt in Händen des Vorstandes, dem ein Arbeitsausschuß zur Seite steht. Der Vorstand stellt in periodischen, ordentlichen Sitzungen Richtlinien für die wissenschaftliche Arbeit und die Verwaltung fest, deren Ausführung einem wissenschaftlich-leitenden und einem geschäftsführenden Vorstandsmitglied übertragen ist. Die Finanzierung des Instituts erfolgt durch Subventionen sowie Mitgliederbeiträge und wird vom geschäftsführenden Vorstandsmitglied unter Assistenz eines Finanzausschusses bearbeitet. Die Sammlungen des Instituts sind nur mit besonderer Erlaubnis der Leitung zugänglich.

Abteilung Afrika-Archiv.

Wissenschaftliche Leitung: Leo Frobenius. Mitarbeiter: Leo Frobenius, Hans Ludwig Held, Albrecht Martius, Oberstleutnant a. D. Ludwig Ritter von Wilm, Dr. Kurt v. Boeckmann, Kunstmaler Hubert Hagler, Charlotte Rau.

Bestände: A. Bibliothek: Über 3000 Werke, Separata und Schriften, darunter das Wesentliche der in- und ausländischen Afrikaliteratur.

B. Manuskripten-Archiv: Die Exzerptensammlung mit ungefähr 100000 Blatt; Fragebogen und Berichte von 350 afrikanischen Stationen; Vokabularien von ungefähr 700 afrikanischen Idiomen, 170 Manuskriptbände in Quart (Expeditionsberichte).

C. Bilder-Archiv: Über 12000 Originale in Öl, Aquarell, Blei und Tusche, sowie Photographien.

D. Karten-Archiv: Kartenmaterial für Expeditionszwecke und kartographische Abteilung für Anfertigung der Verbreitungskarten im Sinne der Kulturkreislehre von Leo Frobenius.

Die in- und ausländische Afrika-Literatur besteht fast durchweg aus Reiseberichten, die meist nur von einer bestimmten Route handeln. Die systematische Bearbeitung dieses Materials steht noch heute ganz in den Anfängen, so daß alle wissenschaftlichen Untersuchungen nach Stoffgebieten immer noch vor großen technischen Hindernissen stehen. Hier setzte die Tätigkeit des Afrika-Archives ein. Zunächst wurde die gesamte, über Afrika vorhandene Literatur nach einem ethnologischen Schema exzerpiert. Dadurch kam Übersicht in das Vorhandene, wurden aber auch die Lücken und Mängel der bisherigen Forschung sichtbar. Wo dies der Fall war, wurden Expeditionen ins Innere Afrikas angesetzt, die einen großen Teil der Lücken füllten. Wo Expeditionen durch die Anwesenheit für ethnographische Beobachtungen geeigneter Europäer (Beamte, Missionare, Farmer und Kaufleute) überflüssig waren, wurde ein detaillierter, in deutscher, französischer und englischer Sprache abgefaßter Fragebogen durch Vermittlung deutscher und ausländischer Kolonialbehörden versandt, der mit Hilfe bestimmter Kontrolleinrichtungen ausgezeichnete Resultate lieferte. Durch diese dreifache Aufklärungsarbeit wurde allmählich ein systematisch geordnetes, handliches und sehr umfangreiches Nachschlagewerk über afrikanische Kultur geschaffen, das die Grundlage für systematische Untersuchungen überhaupt erst legte.

Das Bilder-Archiv ist die illustrative Ergänzung der Exzerptensammlung, in seiner Anlage aber noch bestimmt durch die Erwägung, daß ein systematischer Aufbau der Ethnologie (im Gegensatz zur Ethnographie) erst dann möglich ist, wenn sämtliche für die Erkenntnis der ethnologischen Phänomene erforderlichen Typen, und zwar möglichst an einem Ort handlich und in systematischer Anordnung vereinigt sind, so daß sie einzeln, sowie in ihren Zusammenhängen jederzeit beobachtet und vor allem verglichen werden können, ferner, daß ein Museum heutigen Stiles, d. h. ein Gebäude zur Aufstellung von Gegenständen bei der ungeheuren Fülle des Materials hierzu schon aus Raumangel niemals in der Lage sein kann. Das Afrika-Archiv hat infolgedessen die von seinen Expeditionen heimgebrachten Sammlungstücke stets an Museen abgegeben und selbst nur genaue Abbildungen dieser Originale mit allen erforderlichen Angaben über Ort, Maße, Technik usw. behalten. Diese Abbildungen wurden stets schon an der Fund- oder Beobachtungsstelle selbst durch die Maler, Zeichner und Photographen der Expedition jeweils in dem dem Objekt am besten entsprechenden Verfahren hergestellt. Diese bisher im wesentlichen nur Abbildungen von selbstgesammelten oder selbstgezeichneten Gegenständen und Vorgängen enthaltende Sammlung soll mit Hilfe des in der Literatur und in den Museen vorhandenen Materials allmählich dergestalt ergänzt werden, daß schließlich eine systematische, ethnologische Typensammlung vorliegt, die nun als illustratives Quellenmaterial nicht nur der Ethnologie, sondern auch den zahlreichen an sie anknüpfenden Wissenschaften neue und erwünschte Grundlage sein wird.

Arbeitseinteilung. a) Archivalische Arbeiten: Ergänzung der Bibliothek; Exzerpierung der Neudrucke; Ergänzung des Bilder-Archives durch einen Zeichner; Bearbeitung der Kartensammlung und Anfertigung der Verbreitungskarten durch einen Kartographen.

b) Wissenschaftliche Arbeiten: Aufsätze und Monographien zur Morphologie einzelner Formtypen der ideellen und materiellen Kultur Afrikas; Herausgabe von Verbreitungskarten; Herausgabe von Mappenwerken.

c) Expeditionen: Gegenwärtig aus finanziellen Gründen noch nicht ausführbar. Bisherige Expeditionen: 1. 1904—06 Reise durch die Kongo-Kassai-Sankuruländer; 2. 1907—09 Reise durch Senegambien, Liberia nach Timbuktu und quer durch den Westsudan nach Togo; 3. 1910 Reise nach dem Aures und an den Nordrand der Sahara; 4. 1910—12 Reise durch Nigrieren, die Benue-Länder und nach Nordkamerun; 5. Reise durch Ägypten und Nubien nach Kordofan; 6. 1913—14 Reise nach Ost-Marokko, der Nord-Sahara, durch Algerien und Tunesien; 7. 1914—15 Reise über das Rote Meer nach Erythra; 1916—17 Arbeiten unter den afrikanischen Kriegsgefangenen zuerst in Deutschland, dann in Rumänien.

Bisherige Veröffentlichungen: (Seit Herbst 1920) „Paideuma“, Umriss einer Kultur- und Seelenlehre von Leo Frobenius, C. H. Beck, München 1920 (zugleich Einführung in die Ziele und Arbeitsweise des Institutes); „Atlantis“ Volksmärchen und Volksdichtungen Afrikas in 15 Bänden, bisher erschienen der 1. und 3. Band; Eugen Diederichs, Jena 1921.

Seminar für orientalische Sprachen an der Universität Leipzig

NW 7, Dorotheenstraße 7.

Das Orientalische Seminar wurde im Jahre 1887 auf Anregung des Fürsten Bismarck begründet, und zwar hauptsächlich zur Heranbildung von Anwärtern für den höheren auswärtigen Dienst in den verschiedenen Staaten des nahen und fernen Orients. Personen, welche die erste juristische Prüfung bestanden hätten und durch die Diplomprüfung in einer der am Seminar gelehrt Sprachen die Kenntnis der Sprache und der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Landes nachgewiesen hatten, wurden als Dolmetscher-Leuten in den auswärtigen Dienst übernommen und rückten darauf zu Dragomanen, Konsuln usw. vor. Bald nach Begründung des Seminars wurde auch die Vorbildung von Beamten für den Dienst in den Kolonien des Reichs durch Unterricht in den Eingeborenen-Sprachen und den Landes- und Verwaltungsverhältnissen in den Unterrichtsplan aufgenommen. Da die Dolmetscher-Leuten eine gewisse praktische Kenntnis des Englischen und Französischen nachweisen mußten, so wurde der Unterricht in diesen Sprachen als Hilfsfächern, jedoch zunächst nur praktisch-elementar und ohne Berücksichtigung der Landesverhältnisse Frankreichs und Englands eingeführt. Eine Diplomprüfung gibt es daher in diesen Sprachen am Seminar bis jetzt nicht. Seit den neunziger Jahren wurde das Russische, das Spanische und das Griechische in den Lehrplan des Seminars eingefügt, und zwar als Disziplinen, die mit der Diplomprüfung abschließen. Später kam noch ein vorwiegend sprachlicher Unterricht im Bulgarischen, Georgischen, Polnischen, Serbokroatischen hinzu. Der Unterricht im Russischen wurde seit der planmäßigen Besetzung des Russischen Lehrstuhls auf die volle wissenschaftliche Höhe gebracht, indem das praktische Sprachstudium in engste Verbindung mit dem wissenschaftlichen Studium der staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse Rußlands an der Hand der russischen Quellen gesetzt wurde. Die gleichen wissenschaftlichen Methoden wurden auch für den arabisch-islamischen Kulturkreis angewandt; jederzeit schon von Prof. Martin Hartmann, der Syrien vertrat, sodann für die Länder Ägypten und Marokko seit der planmäßigen Besetzung des betreffenden Lehrstuhls (1907). Die Deutsche Marokko-Bibliothek (begründet 1907, systematischer Katalog gedruckt 1910—1915) weist das Handwerkszeug auf, dessen man sich zu einem eindringenden nationenwissenschaftlichen Studium dieses Landes bedienen wollte. Die inneren Notwendigkeiten, die sich aus den gewiesenen Aufgaben ergaben, und die enge Zusammenarbeit des Lehrerkollegiums haben weiter dazu geführt, daß in allen Hauptfächern der ursprünglich rein praktische Sprachunterricht, der nur in sehr lockerer Verbindung mit einigen wenigen Vorlesungen über die „Realien“ der betreffenden Länder stand, ein sich in nationenwissenschaftliches, quellenmäßiges Studium der fremden Länder auf praktisch-sprachlicher Grundlage verwandelte. So ist das Seminar aus einem Sprachlehrinstitut zu einer Hochschule für das Studium einer großen Reihe von Gebieten des Auslandes geworden. Das Beispiel des Seminars hat in weitgehenden Ausstrahlungen anregend gewirkt und der Bewegung zur Reform des Studiums der lebenden Sprachen den stärksten Anstoß gegeben, indem es die Möglichkeit eines nationenwissenschaftlichen Sprachstudiums zeigte, d. h. eines Studiums, welches die praktische Sprachkenntnis erweitert und vertieft, nicht nach der historisch-philologischen Seite, wie es an den Universitäten üblich ist, sondern durch das quellenmäßige Studium der gegenwärtigen staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der Nation. Die Arbeit der Dozenten des Seminars trat außer dem Lehrbetrieb zutage in den „Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen“, in den „Lehrbüchern des Seminars“, in den wissenschaftlichen „Beiträgen“ zu den Mitteilungen, in den „Afrikanischen Studien“, in zahlreichen wissenschaftlichen Einzelwerken und anderen Veröffentlichungen. Von den früheren Dozenten des Seminars waren besonders durch ihre wissenschaftlichen Arbeiten bekannt der Arabist M. Hartmann †, der Turkologe K. Foy †, der Sinologe C. Arendt †, der Japanologe Lange, der Afrikanist C. Meinhof (jetzt in Hamburg). Am Seminar tätig waren die Minister Dr. Rosen und Dr. Solf.

Wenngleich das Seminar ursprünglich in erster Reihe zur Ausbildung von Dragomanen für den höheren Dienst des Auswärtigen Amtes in den Ländern des Orients begründet worden war, so beschränkte sich doch sein Hörerkreis sehr bald keineswegs auf die Anwärter des auswärtigen Dienstes und der Kolonialaufbahn. Zahlreiche Personen, die als Kaufleute, Industrielle, Techniker, Landwirte, Lehrer, Ärzte, Offiziere, Zollbeamte (in China), Missionäre usw. ins Ausland gingen, empfingen die Spezialausbildung für das Land ihrer Wahl im Seminar, sofern dieses Land in

seinem Unterrichtsplan vertreten war. So konnte das Seminar den auswärtigen Interessen des Deutschen Reiches sowohl hinsichtlich der Arbeit in fremden Ländern als auch hinsichtlich der Instruktion über diese Länder in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehung mannigfache Dienste leisten. Neben den wissenschaftlichen Hauptkursen wurden in besonderen Kursen Beamte der Post und der Eisenbahnen wie auch anderer Behörden für bestimmte Länder vorgebildet. In Volkskursen wurde weiteren Kreisen die Einführung in mehrere fremde Sprachen gegeben. Die Dozenten des Seminars waren es, die zuerst und als einzige derartige Veranstaltung in Deutschland in unentgeltlichen öffentlichen Vortragsreihen über fremde Länder das Interesse und Verständnis für Auslandsstudien bei uns zu wecken versucht haben. Ohne eine offizielle oder private Auskunftsstelle zu sein, haben die Dozenten des Seminars dem Deutschen Reich bei wichtigen Anlässen, wie bei dem Abschluß von Staatsverträgen, als Sachverständige für den fremdsprachlichen Text gedient, ebenso konnten sie der deutschen Industrie und dem Außenhandel wesentliche Dienste leisten.

Die Hörerzahl des Seminars beträgt etwa 600. Die meisten sind Abiturienten höherer Lehranstalten und zugleich Studierende anderer Berliner Hochschulen. Ein großer Teil der Hörer besitzt eine bereits abgeschlossene akademische Berufsausbildung. Im Entstehen begriffen ist eine Vereinigung der Freunde des Seminars, deren Ziel vor allem die Aufbringung der Mittel für die bevorstehenden Publikationen des Seminars ist.

Das Lehrerkollegium des Seminars hat eine Neuorganisation der Hochschule beantragt, deren Ziel einerseits die Veränderung ihres irreführenden Namens in den ihrem Wesen entsprechenden „Deutsche Auslandshochschule“ ist, andererseits die Übernahme in die ausschließliche Verwaltung des Reichs, statt der bisherigen schwerfälligen und komplizierten gemeinsamen Verwaltung durch das Reich und Preußen, und endlich eine der Arbeit des Seminars entsprechende hochschulmäßige Verfassung und die Verleihung des Promotionsrechtes auf dem Gebiet der Nationenwissenschaften. Das Preußische Unterrichts-Ministerium seinerseits hat seit langem eine Reform des Seminars geplant. Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Stellen über die Formen, in denen das Seminar weiter bestehen soll, sind im Gange.

Die in auslandkundlicher Hinsicht sehr wichtigen Vorlesungen sind aus dem alle Semester erscheinenden Vorlesungsverzeichnis zu ersehen. Weitere Auskünfte erteilt das Sekretariat. Zugelassen sind nicht nur Akademiker, sondern auch andere gebildete Hörer. Von den regelmäßigen Hörern wird zurzeit eine Höchstgebühr von M. 40.— im Semester erhoben, wofür sie eine oder mehrere orientalische Sprachen (mit den dazu gehörigen Realien), sowie mehrere europäische Sprachen belegen können. Wer sich nur für eine europäische Sprache einschreiben läßt, zahlt nur M. 20.— im Semester.

Institut für ausländisches Recht beim Reichsverband der deutschen Industrie Berlin

Berlin W 10, Königin Augusta-Straße 28.

(Vorübergehend bis zur Einrichtung im Gebäude des Reichsverbands der deutschen Industrie untergebracht im Hause Berlin W 35, Potsdamerstr. 40.)

Das Institut für ausländisches Recht wurde im Jahre 1909 vom Zentralverband deutscher Industrieller gegründet und ist eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit einem Vorstände sowie zeitigen und lebenslänglichen Mitgliedern. Ein aus der Zahl der lebenslänglichen Mitglieder gewählter, mit umfassenden Funktionen betrauter Senat versieht die Leitung des Instituts. Auskünfte werden an die ordentlichen Mitglieder ohne besondere Vergütung erteilt, Gutachten zu ermäßigten Preisen. Nichtmitglieder erhalten Auskünfte und Gutachten zu einem besonderen Satz.

Ein großer Stab besonders mit dem ausländischen Recht vertrauter Juristen, die teils aus dem Ausland selbst herangezogen sind, teils längere Zeit in fremden Ländern das dort geltende Recht studiert haben, steht dem Institut in Berlin zur Seite. In den verschiedenen fremden Staaten sind hervorragende Rechtskundige als Korrespondenten gewonnen und erste Autoritäten auf dem Gebiete des ausländischen und internationalen Rechts haben dem Institut ihre Dienste als wissenschaftlicher Beirat zur Verfügung gestellt. Alle Mitarbeiter haben sich zur Beantwortung der an sie gestellten Fragen binnen kürzester Frist verpflichtet. Endlich haben die zur Vertretung und Förderung deutscher Interessen im Ausland berufenen Behörden sowie auch fast alle ausländischen Missionen in Deutschland dem Institut ihre Unterstützung zugesagt. So ist das Institut in der Lage, Gutachten und Auskunft über fremdes Recht schnell, zuverlässig und mit verhältnismäßig geringen Kosten zu erteilen.

Selbstverständlich kann das Institut sich nicht nur auf Informationen über ausländisches Recht beschränken. Da es oft zweifelhaft ist, ob und welches fremde Recht anzuwenden ist, so muß es sich gelegentlich auch über Fragen des internationalen Privatrechts äußern. Ein weiteres Feld der Tätigkeit eröffnet sich dem Institut durch die Bearbeitung der aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Fragen des ausländischen und internationalen Rechts.

Aus den erteilten Gutachten und Auskünften, welche systematisch eingeordnet werden, ergibt sich mit der Zeit ein immer vollständigeres Bild des Geistes und der Handhabung des ausländischen Rechts. Ein sorgsam geführtes Archiv (zurzeit zirka 10000 Ausschnitte) ist zur Ergänzung der Sammlung bestimmt. Es ergibt sich daraus die Möglichkeit, für andere gleichartige Fälle sofort das nötige Material zur Verfügung zu halten und die Erstattung von Auskünften erheblich zu beschleunigen.

Wichtig ist die Mitwirkung des Instituts bei der Vorbereitung der Gesetze, da fast jeder legislative Schritt heute auf Rechtsvergleichung fußt. Auch hier kann das Institut mit seinen geschulten in- und ausländischen Kräften anregende Mitarbeit leisten und auf die Gesetzgebung Einfluß gewinnen. Die maßgebenden deutschen Behörden haben bereits zugesagt, sich der Mitarbeit des Instituts auf diesem Gebiete zu bedienen.

Getreu dem bekannten Grundsatz: „Durch Rechtsvergleichung zur Rechtsausgleichung“ will das Institut die besonders auf dem Gebiet des Verkehrsrechts so dringend erwünschte Rechtsannäherung fördern und ist demgemäß bestrebt, das Verständnis des ausländischen Rechts in weiten Kreisen zu erwecken. Es besteht die Absicht, fremde Gesetzeskodifikationen in das Deutsche zu übertragen und mit Erläuterungen versehen in Form von Handbüchern systematisch zu verarbeiten. Der Anfang zu dieser Arbeit ist bereits gemacht.

Eine bedeutsame Aufgabe fällt der Monatsschrift des Instituts zu, die unter dem Titel „Auslandsrecht“ erscheint und über die Gesetze und höchstgerichtlichen Entscheidungen sowie über aktuelle Fragen des ausländischen Rechts und der Friedensverträge unterrichtet, soweit dies für den deutschen Handel und die deutsche Industrie wichtig ist. Es besteht das Bestreben in der Zeitschrift, möglichst gleichmäßig alle Staaten der Erde zu berücksichtigen.

Da es im wohlverstandenen Interesse von Industrie und Handel liegt, daß die zur Anknüpfung oder Erhaltung von geschäftlichen Beziehungen ins Ausland gesandten Kräfte mit den Grundzügen des Rechts der betreffenden Staaten vertraut sind, werden vom Institut Vorlesungen über ausländisches Recht veranstaltet. Das Auswärtige Amt hat bereits die große Bedeutung eines derartigen rechtlichen Unterrichts für die Anwärter des diplomatischen und Konsulatsdienstes anerkannt und mit dem Institut eine Vereinbarung getroffen, nach welcher regelmäßige Vorlesungszyklen über die Rechtssysteme der wichtigsten modernen Kulturstaaten von hervorragenden Mitarbeitern des Instituts gehalten werden.

Die allmähliche Vergrößerung der Bibliothek des Instituts, die gegenwärtig zusammen mit der Bücherei der Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre etwa 3000 Bände umfaßt, füllt eine große Lücke im Bereich der deutschen Bibliotheken aus und fördert die Schnelligkeit und Zuverlässigkeit der Arbeiten des Instituts. Es ist beabsichtigt, ein Lesezimmer einzurichten, in welchem die wichtigsten juristischen Zeitschriften des Auslands vorliegen, um das einlaufende Material auch weiteren Kreisen unmittelbar zugänglich zu machen.

Zu ähnlich gerichteten Organisationen im In- und Auslande bestehen enge Beziehungen.

Der Leiter des Instituts ist gegenwärtig Geh. Justizrat Kammergerichtsrat a. D. Dr. Felix Meyer. (Auszug aus einem Sonderdruck der Zeitschrift „Auslandsrecht“, Jg. 4, H. 1.)

Deutsche Kolonialschule

(Hochschule für In- und Auslandsiedlung)
Witzenhausen an der Werra.

Die ersten Anregungen zur Gründung einer Deutschen Kolonialschule als einer wirtschaftlichen, technischen Bildungsanstalt auf nationaler, deutsch-christlicher Grundlage erwuchsen aus dem in kolonialen Kreisen allgemein empfundenen Mangel an Leuten, die (ohne Beamte und Offiziere zu sein) bereit sind, in vielseitiger Leistungsfähigkeit für die wirtschaftliche Ausnutzung der Kolonien zu arbeiten.

Die neuen Aufgaben, welche unserem Volke mit der Erwerbung eigener Kolonien gestellt wurden, forderten als erste Bedingung für tüchtige Arbeit und echten Erfolg, die nötigen Männer, die mit fester Hand, klarem Blick und wackerem Herzen treue, nachhaltige Kulturarbeit leisten. Echte Kolonisation kann aber nichts anderes als Siedlung sein, d. h. Verpflanzung guter heimischer Kräfte, lebensfähiger, edler Glieder des Volkes in das koloniale Land. Weder der juristische Verwaltungsbeamte, noch die Offiziere und Unteroffiziere sind auf die Dauer die richtigen Träger einer Kolonisierung. Auch nicht einmal der Vertreter eines großen Handelshauses an den Hauptplätzen des Ein- und Ausuhrhandels ist ihr bester Förderer, — sondern der Pflanze und Viehzüchter, der Landwirt im eigentlichen Sinne des Wortes, der dauernd seine Heimstätte draußen sucht. Der Verlust unserer Kolonien schien, äußerlich geurteilt, der Deutschen Kolonialschule den Boden unter den Füßen zu nehmen. Aber für das Deutschland ohne Kolonien ist die Deutsche Kolonialschule wichtiger als zuvor. Die Deutsche Kolonialschule war im Laufe der Jahre schon vor dem Kriege über ihr anfängliches Ziel hinausgewachsen. Vielen der jungen deutschen Männer, denen sie das Rüstzeug für das Leben über See gegeben hatte, war das deutsche Kolonialgebiet bereits zu eng; nach allen Weltteilen strebten sie und bildeten dort, was im außerdeutschen Gebiet besonders notwendig und wertvoll war, eine Stütze bewußt deutschen Wesens und Volkstums. Die Deutsche Kolonialschule, anfänglich die Vorbereitungsanstalt für deutsche Siedler im deutschen Kolonialgebiet, hatte sich schon vor dem großen Kriege ausgewachsen zur Hochschule für das Deutschtum im Auslande überhaupt.

Die Weltstellung Deutschlands, der geachtete Name der Deutschen in der Welt erleichterten der Schule und dem Auswandernden diese vaterländische Aufgabe. Heute stellt der Zusammenbruch des stolzen deutschen Baues an beide unvergleichlich höhere Anforderungen. Der Strom derer, die hinausstreben, um sich über See eine Existenz zu schaffen, die ihnen das eingeengte Vaterland nicht geben kann und die sie sich unter fremden Stämmen in fremden Kolonien suchen müssen, ist größer

als jemals. Im Kampfe mit fremder Konkurrenz werden nur die vorankommen, die im Wissen und Können gut vorbereitet sind. Es besteht unter solchen Verhältnissen die große Gefahr, daß viele der Hinausziehenden um des besseren Fortkommens willen, vielleicht auch nur aus Bequemlichkeit, ihr Vaterland vergessen. Die Deutsche Kolonialschule sieht ihre Hauptaufgabe darin, jene große Zahl von deutschen Kräften draußen in der Welt mit einem Stamm besonders gut vorbereiteter, in bewußt deutschem Geiste erzogener junger Männer zu durchsetzen, die draußen das Rückgrat sein sollen für das Deutschtum im Auslande.

Der Größe dieser Aufgabe entspricht die Arbeitsweise der Deutschen Kolonialschule. Auf möglichst breiter, mannigfaltiger Grundlage baute die Deutsche Kolonialschule von Anfang an ihren eigenartigen Bildungsweg auf, gegliedert nach drei großen Gesichtspunkten: Theoretisch-wissenschaftliche Erkenntnis, praktisch-wirtschaftliche Erfahrung, persönlich-charakterliche Tüchtigkeit. Der Lehrplan zeigt eine unendliche Vielseitigkeit des wissenschaftlichen Lehrbetriebs. Es gibt wohl keinen Zweig der an deutschen Hochschulen vermittelten Wissenschaften der hier nicht auch seine Stätte gefunden hätte. Die Fülle der Vorlesungen und Übungen, die sämtlich für jeden Studierenden verbindlich sind, kann den Eindruck erwecken, als ob das Ergebnis des wissenschaftlichen Unterrichts ein flacher Dilettantismus sei. Die Deutsche Kolonialschule hat den Mut nicht nur zum Dilettantismus, sondern den Mut, dies offen zugeben. Der Kulturpionier, der draußen auf sich selbst gestellt ist, muß zunächst einmal auf jedem Wissensgebiete selbständig sein, ehe er daran denken darf, das Fundament seiner Bildung nach der einen oder anderen Seite hin zu vertiefen. Die Erziehung zum ganzen Mann war das Ziel der Arbeit der Deutschen Kolonialschule schon früher, ehe der neue Humanismus mit seiner Forderung der humanistischen Fakultät auf den Plan trat. Daß die Deutsche Kolonialschule die Forderung des Humanismus bereits weiter als jede dieser neuen Bestrebungen verwirklicht hat, zeigt die organisch durchgeführte Verbindung der theoretisch-wissenschaftlichen Bildung mit steter praktischer Arbeitsübung nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in den hauptsächlichsten Handwerken. Ernste, ausdauernde Arbeit ist darin das Mittel, nicht interessantes Demonstrieren. Die mit den Diplomprüfungen verbundenen praktischen Prüfungen geben den Beweis dafür, daß man damit auf dem rechten Wege zum Ziele ist.

Und das dritte Stück humanistischer Bildung, besser gesagt, humanistische Erziehung, die Erziehung zu persönlich-charakterlicher Tüchtigkeit, glaubt die Deutsche Kolonialschule nur in einer engen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft, wie sie die Bursenordnung als neue Form einer altakademischen Lebensform darbietet, zu Ausgestaltung zu bringen.

Die Deutsche Kolonialschule ist in erster Linie den Bemühungen des Rheinischen Verbandes vom Evang. Afrika-Verein zu danken. Im Jahre 1898 wurde der Plan Wirklichkeit. Die Gebäude der Kgl. Domäne Witzenhausen, zusammen mit der Resten eines alten Wilhelmiterklosters, boten eine treffliche Heimstätte, die aber schon in den ersten Jahren, hauptsächlich aber im Jahre 1905/6 weiter ausgebaut und vor allem durch steten Zukauf von Ländereien ausgedehnt wurde. Heute umfaßt ihr Grundbesitz allein eine Fläche von zirka 300 Morgen, darunter über 100 Morgen Wald. Dem landwirtschaftlichen Betrieb, der den Mittelpunkt bildet, sind angegliedert Molkerei, eine Mühle, Gemüse- und Obstgärten, Obstanlagen und Baumschule (zirka 5000 Stämme), ein großes Gewächshaus für tropische Nutzpflanzen, Handwerkerlehrstätten (Schmiede, Stellmacherei, Tischlerei, Sattlerei, Maurerei).

Leiter des gesamten Betriebs, sowohl des Wirtschafts- als des Lehrbetriebs, ist der Gründer der Anstalt, Herr Prof. E. A. Fabarius. In der Leitung des wissenschaftlichen Betriebs steht ihm ein Studiendirektor zur Seite. Neben den hauptamtlichen Dozenten für Kulturwissenschaften (Kulturgeschichte und Kulturgeographie, Politik, Volkswirtschaft, Völkerkunde, Religionsgeschichte, Missionskunde), Naturwissenschaften (Chemie und Botanik, Zoologie und Tierzucht nebst Tierheilkunde), Landwirtschaft und Handelswissenschaft wirkt eine Reihe von nebenamtlichen Dozenten (Rechtswissenschaft, Tropenheilkunde, Baukunde, Maschinenbau, Gartenbau, Forstwirtschaft) und Lehrer für europäische und außereuropäische Sprachen.

Die Fülle des zu verarbeitenden Stoffes gegenüber der außerordentlich kurzen Studienzeit von nur 4 Semestern stellt außerordentliche Anforderungen an die Arbeitskraft von Lehrenden und Lernenden. Die Arbeit ist nur zu bewältigen durch peinliche Innehaltung einer Arbeits- und Zeiteinteilung, die im Laufe der Jahre bis ins einzelne ausgeprobt worden ist. Im allgemeinen dient der Vormittag der wissenschaftlichen Arbeit, der Nachmittag der Übung und praktischen Arbeit.

Um ihrer Aufgabe gerecht zu werden, muß die Deutsche Kolonialschule ein Mindestmaß der Vorbildung von ihren Studierenden verlangen. Entsprechend den Bestimmungen anderer landwirtschaftlichen Hochschulen ist Vorbedingung für die Aufnahme die Reife für Obersekunda einer höheren Lehranstalt, neben einer mindestens zweijährigen landwirtschaftlichen Lehre. Dem Uebelstand, daß die landwirtschaftliche Lehre sehr oft unvollkommen und einseitig ist, sucht die Deutsche Kolonialschule dadurch abzuhelfen, daß sie junge Leute ohne landwirtschaftliche Lehre oder mit unzureichender Praxis in einem rein praktischen Jahr (als sogenannte Praktikanten) so planmäßig und vielseitig wie nur irgend möglich auf das folgende eigentliche Studium vorbereitet. Diese Einrichtung hat viel Anklang gefunden.

Trägerin der Deutschen Kolonialschule ist die Deutsche Kolonialschule G. m. b. H. Der Aufsichtsrat (1. Vorsitzender Kommerzienrat E. A. Scheidt-Kettwig, 2. Vorsitzender Moritz Schanz-Chemnitz) versieht zugleich die Funktionen eines Kuratoriums. Es sind rein äußerliche Gründe, die zur Wahl der Gesellschaftsform einer G. m. b. H. geführt haben. Satzungsgemäß ist der Charakter der G. m. b. H.

ausschließlich gemeinnützig. Die bedeutenden Mittel, die zur Aufrechterhaltung des Betriebs notwendig sind, werden durch die Reinerträge einzelner Betriebs-Abteilungen, besonders der Landwirtschaft, und durch regelmäßige Beiträge von Freunden und Gönnern aufgebracht. Die jährlichen Beihilfen, die die deutsche Reichsregierung, unter Würdigung der Arbeit der Deutschen Kolonialschule, auch noch während des Kriegs gewährte, sind nach der Revolution fortgefallen, so daß die Anstalt vollkommen auf eigenen Füßen stehen muß. Ob es unter diesen Umständen noch möglich sein wird, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Lehr-

und Pensionspreise so niedrig zu erhalten, wie es bisher versucht worden ist, muß leider verneint werden, wenn nicht die Staatsregierung helfend eingreift.

Zur Information über ihre Ziele und Einrichtungen versendet die Deutsche Kolonialschule einen ausführlichen Prospekt, der auch das Verzeichnis der Vorlesungen und Übungen enthält (M. 1.50).

Im Verlage der Deutschen Kolonialschule erscheint ferner die Vierteljahrschrift „Der Deutsche Kulturpionier“ (Herausgeber Prof. E. A. Fabarius, Schriftleiter Major a. D. von Duisburg, jährlich M. 20.—). (Fortsetzung folgt.)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDschau

Tschechoslowakei

Präsident Masaryk wurde in Preßburg, als er im Rathaus Vertreter verschiedener Parteien und Gruppen empfing, auch — außerhalb des vorgesehenen Programms, wie die „Prager Presse“ hervorhebt — von einem katholischen Pfarrer Molinar aus Limbach begrüßt, der im Namen „der Deutschen aus der Umgebung Preßburgs“ als offener Mann einige Klagen der deutschen Minorität vorgebracht haben wollte. Was für Klagen das waren, verschweigt das Blatt. Es berichtet nur im Fettdruck, daß der Präsident auf diese Anklage mit einer improvisierten Rede geantwortet habe, er wolle auf die offenen Worte, die Eindruck auf ihn gemacht hätten, auch offen antworten. Eine radikal-ethnographische Grenze sei unmöglich. Die Deutschen in den böhmischen Ländern hätten ihre eigene Entwicklung durchgemacht und seien organisch in den Staat eingegliedert. Österreich sei ein horrendes Unikum eines Staats gewesen, in dem Deutsche und Magyaren andere Teile der Bevölkerung vergewaltigt hätten. Die Minderheit müsse einsehen, daß der tschechische Staat endgültig konstituiert sei. In dem Moment, wo die Minderheiten und auch die wenigen Nachbarstaaten, die eine unerhörte Agitation trieben, das einsehen wollten, könne es keine Rekriminationen mehr geben. Er, der Präsident, versprache und gebe sein Wort, darauf sehen zu wollen, daß Gerechtigkeit und Menschlichkeit zur Richtschnur des Handelns aller Behörden werde. Er sei auch für möglichste Rückzahlung der Kriegsanleihe, weil er eingesehen habe, daß das eine wirtschaftliche Notwendigkeit sei.

Wenn der Präsident wirklich nicht mehr gesagt hat, als diese Worte, dann scheint er auf die tatsächlichen Klagen der Minderheiten allerdings wenig eingegangen zu sein. Das, was er gab, sind vielleicht schöne Worte, das, was die Deutschen beklagen, sind aber harte und drückende Taten und Tatsachen.

Der Präsident der Republik, Masaryk, lernt sein Land auf Besuchsreisen kennen. So fuhr er auch nach Brünn. Vor ihm reiste sein Hausmarschall, um das Programm festzulegen. Da ein Besuch deutscher Einrichtungen nicht vorgesehen ward und das Deutschum in jeder Weise unberücksichtigt blieb, beschlossen die Deutschen, sich vom Empfang fernzuhalten. Die Antwort der Tschechen war, daß sich abends vor dem deutschen Theater etwa 2000 Menschen zusammenrotteten und stürmisch forderten, daß die deutsche Theatervorstellung nicht stattfinden dürfe. Polizei und Gendarmerie hinderten ein Eindringen der Menge in das Gebäude. Wachleute wurden verwundet, die Vorstellung mußte unterbrochen werden. Auch vor dem Eindringen in das „Deutsche Haus“ mußten Polizei und Truppen den Pöbel abhalten.

Der Präsident besuchte auch Preßburg, das jetzt Bratislava heißt. Dort begrüßte ihn der Bürgermeister in tschechischer, deutscher und ungarischer Sprache und auch der Präsident hielt seine Antwortrede teils tschechisch, teils deutsch, teils ungarisch,

dem Präsidenten wurde Salz und Brot gereicht und ein deutsches Mädchen überreichte in silbernem Pokal Wein.

Ungarn

Die Westungarische Frage beherrscht noch immer die gesamte politische Lage sowohl in Ungarn, wie in Österreich. Wochen sind ins Land gegangen, seitdem die magyarischen Machthaber mit offener Gewalt die Übergabe des Burgenlandes an Österreich verhindert haben und man ist um keinen Schritt weiter gekommen. Allerdings hat die Entente an die Budapester Regierung zu Ende September eine Note gerichtet, nach welcher das strittige Gebiet binnen zehn Tagen unbedingt zu räumen wäre, aber die Grenze ist nach wie vor mit ungarischen Truppen besetzt, die angeblich die Aufgabe haben, dem Bandenunwesen ein Ende zu machen. Sonderbarerweise konnte unter ihren Augen, vielleicht unter ihrem Schutze, ein Bandenangriff auf das österreichische Grenzstädtchen Bruck an der Leitha gemacht werden. Dies geschah am 24. September. Österreich vermag dem gegenüber nichts anderes zu tun, als durch das Korrespondenzbureau bewegliche Klagen an die Mächte Europas zu richten, die ungehört verhallen. Eine Zeitlang schien es, als ob die Tschechoslowakei entschlossen wäre, ihrerseits mit Waffengewalt einzugreifen, um Ungarn zur Einhaltung des Friedensvertrages von Trianon zu zwingen. Minister Benesch richtete eine scharfe Note an die Botschafterkonferenz, aber dabei ist es auch geblieben. Ganz abgesehen davon, daß es doch zweifelhaft erscheinen muß, ob ein Dazwischentreten der tschechoslowakischen Republik für Österreich, für das Burgenland und für dessen deutsche Bevölkerung wünschenswert sein kann, gewinnt man auch den Eindruck, daß man in Prag nicht eben kriegslustig ist. Angesichts der inneren Zustände des Staates ist dies auch sehr begreiflich. Dr. Benesch scheint denn auch nicht daran zu denken, die an der Grenze gegen Ungarn bereitgestellten Abteilungen ernstlich zu verwenden. Er hat sich vielmehr auf das Verhandeln gelegt und den sonderbaren Vorschlag gemacht, Ungarn solle das Burgenland an Österreich übergeben, dieses aber solle sofort die Stadt Ödenburg, deren Verlust den Magyaren besonders schmerzlich ist, an Ungarn zurückgeben, wofür dieses ein kleines Stückchen des Wieselburger Komitates mit rund 30000 deutschen Einwohnern an Österreich zu überlassen hätte. Auf den ersten Blick scheint dieser Vorschlag gar nicht so übel zu sein und auch von rein nationalem Standpunkte Vorteile zu bieten. Die Stadt Ödenburg zählt etwa 34000 Einwohner, von denen nach amtlicher ungarischer Angabe nur 17000 Deutsche sind. Aber selbst, wenn man annimmt, daß in Ödenburg mindestens 25000 Deutsche sind, ergäbe sich immer noch durch die Abtretung im Wieselburgischen ein Plus von rund 5000 Seelen. Dies wäre in der Tat ein annehmbarer Ausgleich, da es doch vor allem darauf ankommt, möglichst viele deutsche Menschen der magyarischen Herrschaft zu entziehen. Dazu kommt noch, daß das fragliche Stück der Wieselburger Gespanschaft allerbesten Ackerboden ist und wirtschaftlich eine wesentliche Stärkung Österreichs bedeutete. Man muß aber bedenken, daß mit der Überlassung der Stadt Öden-

burg an Ungarn das Burgenland der einzigen größeren Stadt überhaupt beraubt wird und es ein Rumpf ohne Kopf wird. Es wäre dann z. B. schon recht schwierig, für die burgenländische Landesregierung einen geeigneten Amtssitz zu finden. Daß das Burgenland aber nicht etwa mit Niederösterreich vereinigt werden darf, sondern ein selbständiges Bundesland werden müßte, ist unbestritten. Anderen Falles hätte man von vorneherein mit größter Mißstimmung der Bevölkerung zu rechnen. Weiter kommt in Betracht, daß die Stadt Ödenburg unmittelbar an die Grenze zu liegen käme und immer einen Stützpunkt der sicherlich unter keinen Umständen ausbleibenden magyarischen Irredenta bleiben müßte. Endlich aber hat eben wieder das Verhalten Ungarns in der ganzen burgenländischen Frage bewiesen, wie wenig man sich auf seine Vertragstreue verlassen kann. Man müßte also ernstlich damit rechnen, daß Österreich zwar die Stadt Ödenburg räumt, Ungarn aber die Übergabe des Wieselburgischen Kompensationsgebietes mindestens auf unabsehbare Zeiten hinauszuziehen bemüht sein wird. Der Vorschlag des tschechischen Ministers des Äußeren begegnet daher in Österreich mit Recht sehr großem Mißtrauen und vielfach schlanker Ablehnung. Allerdings ist damit noch nicht gesagt, daß die österreichische Regierung sich nicht doch noch überreden läßt, darüber zu verhandeln und sogar auf den Handel einzugehen. Vom Standpunkte des burgenländischen Deutschtums wäre dies zu beklagen, schon deshalb, weil dann ohne allen Zweifel magyarischerseits alles daran gesetzt werden wird, die Stadt Ödenburg so rasch als irgend möglich vollends zu magyarisieren. Wie die Dinge stehen, kann freilich jeder Tag eine neue Überraschung bringen.

B. I.

Polen

In Lodz hat die erste Tagung aller Deutschen der neuen Republik stattgefunden. Etwa 3000 Personen nahmen daran teil, darunter 7—800 Gäste von auswärts. Es war ein erstes imponierendes Auftreten der über 2 Millionen zählenden deutschen Republik, es herrschte eine Geschlossenheit, deren Auswirkung Gutes verspricht.

Der Vorsitzende des Deutschtumsbundes, Landrat a. D. Naumann, eröffnete die Haupttagung am Sonntag mit herzlichem Dank an das Deutschtum der gastgebenden Stadt und mit freudigem Stolz über die Einigung aller Deutschen und das Aufhören jeglicher Eigenbrödelei. Das Deutschtum habe sich auf seine Stammeswürde besonnen. Als Vertreter der Stadt Lodz sprach deren Vize-Bürgermeister Arndt, der mit Nachdruck die Notwendigkeit der Verwirklichung der den Deutschen als einer nationalen Minderheit zustehenden Rechte in Polen betonte. Dr. von Behrens überbrachte die Grüße des Deutschtumsbundes des ehemals russischen polnischen Gebietes. Daß die Feier in Lodz stattfinde, habe symbolische Bedeutung, denn Lodz sei so recht die Verkörperung deutschen Fleißes und deutscher Tugenden. Die Grüße der deutschen Bevölkerung des ehemals teschen-schlesischen Gebiets überbrachte Herr Matuschek aus Bielitz, das ehemals 98 Prozent Deutsche aufwies und keinen einzigen Polen. Jetzt bilden die Polen die Hälfte der Bevölkerung, weil die Bevölkerung unter polnischem Druck stark abwanderte. Für die Deutschen Galiziens sprach Ingenieur Strohal aus Lemberg, für die Deutschen aus dem ehemals preußischen Teilgebiet Rechtsanwalt Partikel aus Graudenz. Auch Sprecher der Deutschen Wolhyniens vertraten ihre Wünsche und überreichten eine Denkschrift mit einer genauen Aufzählung aller Beschwerden.

Darnach hielt als erster Sejm-Abgeordneter Hasbach einen Vortrag über die wirtschaftliche Rolle des Deutschtums, über

die Mißachtung der Deutschen bei der Anstellung als Beamte. Was der Zar befiehlt, ist Poesie, was der Gouverneur befiehlt, ist Prosa, habe es früher geheißen. Heute werde die Poesie von der Zentralregierung, die Prosa von den Lokalbehörden gegeben. Der Redner behandelte Fragen der Option und der Liquidation, der Domänenpächter, der Sequestrierungen. Es müsse verlangt werden, daß die Verfassung verwirklicht wird, daß die Sonderbestimmungen abgebaut werden, daß die Verwaltung sparsamer werde, daß die Gewissenhaftigkeit ins Staatswesen einziehe. Halte aus im Sturmgebräus, war das mit brausendem Beifall aufgenommene Schlußwort der mannhaften und zu Herzen gehenden Ansprache.

Nach Herrn Hasbach, der auch auf die Beziehungen Polens zu den Nachbarstaaten, zu Danzig und zum Deutschen Reiche eingegangen war, sprach Superintendent Bartschewski-Soldau über den Entwurf der neuen Wahlordnung, den er scharf angriff. Ein einziger Schrei der Entrüstung müsse durch das ganze Deutschtum dringen. Das Deutschtum müsse gegen den Internationalismus Front machen, man müsse es aber überall und stets einmütig finden. Dann verbreitete sich Schulrat Daschke über die unerquickliche Lage des deutschen Schulwesens in Polen. Deutsche Schulen müßten von deutschen Männern beaufsichtigt werden, das deutsche Minderheitsschulwesen in Polen verlange gebieterisch nach einer deutschen Hochschule. Das was der Vertreter Wolhyniens, der junge Pastor Kersten, der in Amerika seine geistliche Ausbildung erhalten hat, über die Hoffnung des wolhynischen Deutschtums auf die deutsche Schule erzählt habe, müsse eine Mahnung sein. Zum Schlusse unternahm es Abgeordneter Spickermann, die Versammlung über die Lage des Deutschtums zu unterrichten und tat es in oft von brausendem Beifall unterbrochenen Ausführungen über die Hetze gegen das Deutschtum, über dessen wahren Wert und seine Bedeutung. Dann nahm die Versammlung einmütig und unter lebhaften Zustimmungsrufen zwei Resolutionen an, die der Ausschuß vorbereitete hatte. Sie lauten:

Erste Resolution.

„Die heute hier versammelten 3000 Vertreter des Deutschtums aus allen Teilen Polens geben ihrer Empörung darüber Ausdruck, daß die Bürger deutschen Stammes seit Bestehen unseres Staates systematisch entrechtet und verdrängt werden. Die uns gegenüber befolgte Politik hat sich in Einzelhandlungen, Verordnungen und Gesetzen bewußter- und gewolltermaßen in schärfsten Gegensatz gestellt zu den fundamentalsten Grundsätzen und Garantien für den Minderheitenschutz, wie sie in den Minderheitenschutzverträgen in feierlichster und unzweideutigster Form festgelegt worden sind. Sie ist also ein offener Verstoß gegen die Verpflichtungen, die unsere Regierung mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages und des Minderheitenschutzvertrages übernommen hat.

Sie steht gleichermaßen in Widerspruch zu den uns in Form eines Staatsaktes feierlichst gegebenen Zusicherungen des obersten Organs der Staatsgewalt, verlaublich insbesondere in dem Auftrufe des Kommissariats des obersten polnischen Volksrats vom 30. Juni 1919.

Sie steht endlich im schroffsten Gegensatz zu den Bestimmungen unserer Staatsverfassung, die ihren Bürgern ohne Unterschied der Rasse und Sprache vollen Schutz des Lebens, der Freiheit und des Eigentums gewährleistet, und die darüber hinaus einen besonderen Minderheitenschutz garantiert.

Wir erwarten, daß die Leitung unserer völkischen Organisation in Wiederholung unserer früheren, unbeantwortet und un-

berücksichtigt gebliebenen Einzelvorstellungen unverzüglich die Aufmerksamkeit der Regierung und des hohen Völkerbundes auf die Unerträglichkeit unserer Lage lenkt und die Herstellung eines Zustandes fordert, der den geschriebenen und ungeschriebenen Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit Rechnung trägt. Wir erheben unsere Stimme nicht nur in Erfüllung eines elementaren Gebotes gegen uns selbst, unsere Vorfahren und Kinder, sondern ebenso sehr im wohlverstandenen Interesse unseres Staates und zur wirtschaftlichen und kulturellen Gesundung Europas.“

Zweite Resolution.

An unsere Mitbürger polnischer Nationalität!

„Die im Augenblick der schwersten wirtschaftlichen Notlage des polnischen Staates in Lodz zusammengetretenen Deutschen erklären hiermit einmütig, daß sie die zurückgetretene Regierung Witos wie alle früheren Regierungen für den katastrophalen Tiefstand des Wirtschaftslebens verantwortlich machen.

Anstatt ihr Hauptaugenmerk auf die Gesundung der Verhältnisse zu richten und alle tätigen Kräfte ausnahmslos für den Aufbau der Wirtschaft nutzbar zu machen, haben alle bisherigen Regierungen die wirtschaftlichen Gesichtspunkte gröblich vernachlässigt und lediglich eine chauvinistische Politik betrieben, mit dem von vornherein aussichtslosen Vorhaben, den aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzten Staat in einen polnischen Nationalstaat umzuwandeln. Um dies Ziel zu erreichen, haben sie rücksichtslos wirtschaftliche Werte vernichtet, wofür besonders das ehemalige preußische Teilgebiet als Beispiel gilt, wo die Teilgebietsregierung unter offener und stillschweigender Duldung des Warschauer Kabinetts selbst vor Rechtsbrüchen nicht zurückgeschreckt ist. Diese Politik verbunden mit einem grenzenlosen wirtschaftspolitischen Dilettantismus hat dem Staat das Vertrauen des Auslandes geraubt und ihn in die unmittelbare Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs geführt. Aus dieser äußersten Not kann den Staat nur eine Regierung retten, die sich grundsätzlich von dem uferlosen Chauvinismus der bisherigen Regierungen abwendet und sich lediglich der ernstesten wirtschaftlichen Wiederaufbauarbeit widmet, die allein das Vertrauen des Auslandes erwerben und den moralischen und finanziellen Kredit des Staates wieder herstellen kann.

Das Wohl und Wehe der gesamten Bevölkerung aller Nationalitäten hängt davon ab, daß sich jetzt eine Regierung bildet, die rücksichtslos mit der Vergangenheit bricht und den Staat lediglich nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten leitet.

Darum richten wir auch an unsere Mitbürger polnischer Zunge, die, wie wir wissen, zu einem sehr großen Teil unserer Ansicht sind, den dringenden Appell, ihren Einfluß für die Bildung einer Regierung einzusetzen, die die Einhaltung dieser Grundsätze gewährleistet.“

Landrat Naumann schloß die Versammlung sodann mit begeistert aufgenommenen Hochrufen auf die deutsche Bevölkerung von Lodz. Eine Sammlung am Saalausgang für die Evangelischen in Soldau, deren Anwesen durch einen Brand zerstört worden sind, ergab die Summe von 59000 Mark. Am Abend fand im Saal des Männergesangsvereins eine Aufführung von „Flachsmann als Erzieher“ statt, die von der Liebhabertruppe des Schul- und Bildungsvereins veranstaltet wurde und die einen guten Verlauf nahm. Am Vorabend kam man, nach der vorbereitenden Besprechung des Ausschusses, zu einem Festabend im Konzerthaus zusammen, an dem Konzertdarbietungen mancherlei Art es den Deutschen aus allen Teilen Polens erleichterten, in gemüthlicher Stimmung sich zueinander zu finden.

Die erste Tagung der Deutschen Polens hat einen erhebenden Verlauf genommen, nicht zuletzt dank der glänzenden Vorbereitungen, die man in Lodz getroffen hatte, dessen alte Gastlichkeit sich wieder einmal glänzend bewährte. Die feste und energische Sprache, die man auf der Tagung von allen Seiten zu sprechen verstand, verfehlt auch ihren Eindruck auf die polnische Presse nicht, die einsieht, daß sich die gewaltige Minderheit in diesem Nationalitätenstaat ihres Wertes und ihrer Stärke besinnt und sich nicht mehr unterdrücken läßt. •Es wurde nicht nur über deutsche Fragen gesprochen, sondern über Staats- und Wirtschaftsfragen des polnischen Staates und das beweist, daß sich das Deutschtum nicht isolieren lassen will, daß es im polnischen Staate mitarbeiten und mitstreiten will, um zu dessen Gesundung zu führen und daß es fest auf dem Standpunkt steht: Das Wohl der Deutschen im polnischen Staate bedeutet auch das Wohl und das Glück dieses polnischen Staates selbst, der sich nur selbst aufgibt, wenn er auf die Mitarbeit des Deutschtums verzichten zu können glaubt.

Polen

Die große Deutschtumstagung in Lodz wird begreiflicherweise wegen ihrer energischen und scharfen Sprache von der polnischen Presse lebhaft besprochen. Der Lodzer „Golos Polski“ hat eine gewisse Unlust zur polnischen Staatsbürgerschaft bei den Deutschen aus den nicht kongreßpolnischen Gebieten bemerken wollen. Andererseits könne man den Deutschen eine gewisse Berechtigung in den Fällen nicht absprechen, in denen sie sich über nationale Bedrückung beklagen. „Recht unangenehm berührte es uns, als wir eine ganze Litanei von Klagen hören mußten, daß ungewandte und unkluge Beamte unserer Verwaltung im Gegensatz zur Verfassung, den Grundsätzen der Toleranz und der Gleichberechtigung deutsche Staatsbürger anders behandelten als polnische, besonders in den Randgebieten.“ Das Blatt scheint nicht zu merken, daß es mit dem letzten Satze eben die Staatsunlust und das Gefühl, in einem Zwangsgefängnis zu sitzen, am allerbesten erklärt und begreiflich erscheinen läßt. Der „Kurjer Poznanski“ gibt zu, daß die Beratungen vom Geiste der Offenheit und Aufrichtigkeit erfüllt waren, was auf die starke Verbreitung der Ansichten der Versammlungsteilnehmer schließen lasse. Auch er will eine polenfeindliche Stimmung herausgehört haben. Aber auch dieses Blatt will nicht bestreiten, „daß polnischerseits einzelne Fälle vernunftwidrigen Verhaltens gegenüber den Deutschen vorgekommen sind“. Wenn dieses polnische Blatt schon „einzelne Fälle“ zugibt, dann kann man ruhig sagen und wissen, daß diese „Ausnahmen“ tatsächlich Regel sind. Der „Dziennik Poznanski“ meint, die Deutschen seien angesichts der Schwäche der Polen mutiger geworden, hofft aber, daß die übrigen Minderheiten sich nicht auf eine gemeinsame Sache mit den Deutschen einließen, die doch nur Wiedereroberungsabsichten hätten. Die Lodzer Tagung habe durchaus im Sinne der Kampffreudigen unter den Deutschen gelegen. Kämpfender Nationalismus aber reiße nur alte Wunden wieder auf, während doch der Weg der Verständigung vorzuziehen und anzubahnen sei. Andere polnische Blätter verlassen das Gebiet des Sachlichen und verlegen sich nur aufs Schimpfen, doch schwingt in allen Presseäußerungen der tiefe Eindruck nach, den die Lodzer Tagung tatsächlich gemacht hat.

Lettland

Es stehen Neuwahlen zum Landtag bevor, bei denen die Zahl der Abgeordneten gegenüber dem jetzigen Zustand verkleinert werden wird. Dr. Schiemann bespricht in der „Ri-

gaischen Rundschau“ die Aussichten der deutschen Beamten bei der Wahl und beklagt die Zerrissenheit des Deutschtums in 5 Parteigruppierungen. Es könne dem Deutschtum nur gelingen, einen achtungerweckenden Erfolg zu erzielen, wenn es in voller Geschlossenheit zur Wahl gehe. Die überwiegende Mehrheit aller Deutschen stehe dem vom Ausschuß der deutschen Parteien vertretenen Standpunkt der positiven Mitarbeit am lettischen Staatswesen zustimmend gegenüber. Die verschiedenen Meinungen nach rechts und links hin könnten also innerhalb dieser Gesamtmeinung sehr wohl und genügend durch zwei Parteien vertreten werden, eine rechts und eine links gerichtete. Es sollte deshalb im Hinblick auf die Wahlen doch noch versucht werden, ob nicht eine solche Verschmelzung der 5 deutschen Parteien möglich wäre. Vor allen Dingen aber müsse das Deutschtum bis zum letzten Mann und zur letzten Frau an die Wahlurne gehen. Fernhalten vom politischen Leben sei heute die schwerste Versündigung am Deutschtum. Restlose politische Organisation des ganzen Volkes sei also die Hauptaufgabe vor den Wahlen.

Rumänien.

In Czernowitz,*) im schönen Buchenlande, fanden sich vom 17. bis 19. September die Vertreter des großrumänischen Deutschtums zu einer bedeutsamen Tagung zusammen, die einen erhebenden Verlauf nahm und in ihrer machtvollen Geschlossenheit den Willen des Deutschtums zu positiver Mitarbeit im rumänischen Heimatstaate, aber auch zur Betonung ihrer völkischen Minoritätsrechte und ihrer kulturellen Eigenheiten und Selbständigkeiten klar zum Ausdruck brachte.

Über 100 Vertreter aus allen Teilen des großrumänischen Landes kamen teils im Auto, teils mit der Bahn bereits Sonnabend an. Vertreter des buchenländischen deutschen Volksrats und der Stadt Czernowitz begrüßten am Bahnhof die Gäste, für die der Anwalt der Verbandshauptleitung, Abg. Dr. Hans Otto Roth antwortete. Begleitet von den Vertretern der in Wichs erschienenen akademischen deutschen Verbindungen und der einzelnen Vereine fuhrten die Gäste in langer Wagen- und Autoreihe ins Deutsche Haus, wo Professor Dr. Lebouton die Begrüßungsansprache hielt und Dr. Rudolf Brandsch antwortete.

Im festlich geschmückten und erhellten großen Saale des Deutschen Hauses folgte dann abends der Begrüßungsakt. Oberbaurat Würfel begrüßte im Namen des Ortsausschusses die Gäste, der Volksrats-Vorsitzende Schnirch entbot namens der Volksorganisation die besten Wünsche, Abg. Dr. Kohlruß sprach auf das herzliche Einvernehmen aller deutschen Stämme des Ostens und Großrumäniens, Gymnasial-Professor Jekeli-Mediasch dankte für den deutsch-sächsischen Volksrat. Auch Vertreter der Christlichen Deutschen in der Bukowina (Professor Dr. Butz) und der Katholischen Deutschen (Schläger aus Neusatz), der Czernowitzer Burschenschaften und der Katholischen deutschen Studentenschaften gaben in festlichen Worten der Freude über die Zusammenkunft Ausdruck. Die Abgeordneten Brandsch und Roth und der Banater Senator Möller dankten und verkündeten den unbeugsamen Willen aller Deutschen, zusammenzuhalten und für die gute Sache geschlossen einzustehen. Der Czernowitzer Männergesangsverein verschönte mit seinen Liedern den gemüthlichen Abend.

Am Sonntag vereinte man sich zum Festgottesdienst, bei dem Pfarrer Glondys eine tief zu Herzen gehende Predigt hielt. Dann eröffnete im Deutschen Hause Abg. Brandsch die Tagung des Verbandes mit ernsten Worten über die schwere Aufgabe, die Deutschen, die bisher 4 verschiedenen Staaten angehört

haben, im neuen Heimatstaate zu einer geschlossenen Einheit zusammenzuführen. Ein Begrüßungstelegramm an den rumänischen König ward abgesandt. Die von der Delegiertenversammlung vorgeschlagene Liste der neuen Hauptleitung des Verbandes fand einstimmige Annahme. Darnach gehören alle Abgeordneten und Senatoren der Hauptleitung an, ferner zwei Vertreter der Bukowina, 7 Herren aus Siebenbürgen, zwei aus dem Banat, drei aus Beßarabien, einer aus Altrumänien. Zum Vorsitzenden wurde unter lebhaftem Beifall Abg. Dr. Brandsch, zum Hauptanwalt Abg. Dr. Roth, zum Schriftführer Hermann Plattner, zum Kassier Dr. Hans Korner gewählt.

Dr. Kaspar Muth besprach sodann die Minderheitsfrage, die so lange nicht gelöst sei, als jeder Präfekt seine eigenen Karlsburger Beschlüsse verfasse und als sich die Deutschen mit Kleinlichkeiten, wie Firmen- und Straßenschildern, mit Ortsnamen, aber auch mit ernsteren und größeren Dingen wie mit der Schulfrage und anderem befassen müßten. Pflicht der Deutschen sei es, nicht nur die materielle, sondern auch die moralische Valuta Rumäniens zu heben. Einstimmig wurde die auf Seite 547 in dem Aufsatz unseres eigenen Berichterstatters über die Tagung wörtlich angeführte Entschließung angenommen.

Dr. Hans Roth legte dann die Ziele des neu begründeten Verbandes dar: Aufbau der Organisation, Einleitung aktiver gemeinsamer Politik, Ausbau der kulturpolitischen Arbeiten, Durchsetzung der Anerkennung der einheitlichen Volksgemeinschaft, klarer Umschreibung der völkischen Rechte. Die Deutschen wollen sein wie sie sind, oder sie wollen nicht sein. Nach Besprechung von Einzelfragen fand eine Festtafel statt, die durch zahlreiche Reden gewürzt wurde und bei der auch ein Vertreter der reichsdeutschen Studentenschaft die Teilnehmer begrüßte.

Ein Ausflug nach Rosch und eine Besichtigung deutscher Musterwirtschaften schlossen sich nachmittags an, und abends vereinigte sich ein zahlreiches festlich gestimmtes Publikum im Theater, wo auch der Vertreter des Ministeriums, Generalsekretär für den Kultus, Dr. Gheorghiu, Stadtpräsident Sandru, Vertreter des Divisions-Kommandos, der österreichische, der englische und der polnische Konsul und zahlreiche Würdenträger der Festvorstellung beiwohnten. Die Egmont-Ouverture eröffnete den Abend, die Königshymne wurde stehend angehört, dann folgte die Rütli-Szene aus Wilhelm Tell, eine Brahms-Rhapsodie für Altstimme, Männerchor und Orchester, ein gemischter Chor von Beethoven und schließlich zum Abschluß der zweite Akt der „Fledermaus“.

Auch am zweiten Verhandlungstage wurde gute Arbeit geleistet. Einzelne Arbeitsausschüsse wurden eingesetzt und vor allen Dingen das Programm des Verbandes gründlich beraten. Ein Abschiedsfrühstücken vereinigte noch einmal die Gäste mit ihren Czernowitzer Freunden im Deutschen Hause, ehe der Bukarester Zug die meisten wieder in ihre Heimat brachte. Dem Abg. Brandsch verliehen die deutschen Burschenschaften bei einer Abendkneipe das Ehrenband.

Die Tagung der Deutschen Großrumäniens in Czernowitz ist von dem Klausenburger rumänischen Blatt „Vointa“ mit folgenden Worten begrüßt worden: „Die Deutschen in Großrumänien bilden insbesondere wegen ihrer ehrlichen Arbeit, ihrer Sparsamkeit und ihres Ordnungssinnes ein Eliteelement unter unsern Bürgern. Daher stehen wir ihrem Kongreß mit unserer ganzen Sympathie gegenüber. Wir wünschen ihnen mit aller Aufrichtigkeit, sie mögen sich mit der Überzeugung auf diesem Kongreß einfinden und entfernen, daß für uns keine Fremden

*) Siehe auch den Aufsatz unseres Berichterstatters, Seite 610.

in diesem Lande vorhanden sind, sondern nur Bürger Rumäniens, die arbeiten, um sowohl ihr Gedeihen, als auch das des gemeinsamen Vaterlands sicherzustellen.“ Das sind Worte, die man öfters aus der fremden Presse entnehmen möchte!

Italien

Über „Lebensfragen der Südtiroler“ berichtet Richard Huld-schiner in der „Voss. Ztg.“, und schreibt dabei über die zunehmenden Bestrebungen, das Deutschtum zu italienisieren. Das steht natürlich in einem gewissen Gegensatz zu den bisherigen Versprechungen in den Fragen der Schulen und der Rekrutierung. Der Generalkommissar, der bekanntlich an deutschen Hochschulen erzogene und in deutscher Wissenschaft erfahrene General Credaro, habe dem Vertreter des faschistischen „Progresso“ in Bologna eine Unterredung gewährt und dabei ein Gesetz verlangt, das italienische Eltern verpflichtet, ihre Kinder in italienische Schulen zu senden und das die Gemeinden verpflichtet, für solche Schulen Lokale beizustellen. Das käme natürlich darauf hinaus, daß jedes deutsche Dorf, in dem ein paar italienische Polizeibeamte wohnten, eine italienische Schule begründen und unterhalten und ein Lokal dazu beistellen müßte. Auch in der Militärfrage habe Credaro umgesattelt. Er sagte, die seinerzeit in Rom gegebenen Versicherungen der Befreiung der Südtiroler vom Militärdienst im italienischen Heere hätten nur mehr geschichtlichen Wert. Mit der genauen Anwendung des italienischen Rekrutierungs-Gesetzes werde die Frage des Militärdienstes auch in Südtirol gelöst sein. In Südtirol erkennt man auch die Gefahr genau. In Bozen fand eine Versammlung der Gemeindevertreter statt, zu der 189 Gemeinden von 207 ihre Vertreter entsandten. Hier wurde betont, die italienische Regierung habe zwar die Schaffung einer besonderen südtiroler Miliz nach alter Art abgelehnt, aber Befreiung vom Militärdienst für einige Jahre zugesagt. Heute wisse man nun, daß die Regierung die Rekrutierung und die Versendung der südtiroler Rekruten nach dem inneren Italiens wünsche, damit die südtiroler Soldaten mit der Größe Italiens vertraut würden. Es gebe also nur 2 Wege, der eine führe nach Norden in die Verbannung, der andere nach Süden ins Martyrium. Es sei undenkbar, daß die Südtiroler freiwillig für ein Land kämpfen würden, das im Kriege ihr Feind gewesen sei. Die Versammlung faßte eine Resolution, die Rekrutierung bedeute einen moralischen Zwang, es werde vollständige Militäreinheit verlangt.

Spanien

Nach Verständigung mit einer Reihe von Mitgliedern der deutschen Kolonie Barcelonas eröffnet der deutsche Generalkonsul von Spanien, von Hassell, durch einen Aufruf in der „Deutschen Zeitung für Spanien“ eine Sammlung der Deutschen Barcelonas zugunsten der Verwundeten und Hinterbliebenen des spanischen Heeres in Afrika, um dem spanischen Volke und seinen in Afrika kämpfenden Söhnen einen Beweis der Sympathie und Teilnahme an den Ereignissen der letzten Zeit zu liefern. Die eigene Not der Deutschen sei bitter und schwer und die Ansprüche, die an die Auslanddeutschen herantraten, seien nicht gering. Die Deutschen aber wollten sich doch nicht der Pflicht entziehen, dem Volke, dessen Gastfreundschaft sie müssen und das sich standhaft geweigert habe, im Weltkriege die Reihe der Gegner des Deutschtums zu treten, in schwerer Not beizustehen.

Georgien

Die „Kaukasische Post“ vom 30. Juli berichtet über einen Besuch des deutschen Gesandten Ulrich Rauscher in Katharinenfeld. Der Gesandte gab selbst die Anregung zu diesem Besuch, an dem sich drei Volkskommissare der georgischen Sowjet-Regierung, das italienische Konsulat und die

deutsche Gesandtschaft beteiligten. Der Besuch fand am 15. Mai statt. Im Lokal des Bildungsvereins in Katharinenfeld war ein Mittagessen vorbereitet, bei dem der Vorsitzende des „Rewkoms“, des Revolutions-Komitees, Ernst Kimmeler, die Gäste begrüßte und betonte, daß den Kolonisten die neue Heimat Georgien ebenso ans Herz gewachsen sei, wie die alte Heimat Württemberg, und daß sie loyale Söhne des deutschen Volkes und Bürger der georgischen Heimat sein wollten. Der deutsche Gesandte, selbst ein Württemberger, antwortete in einer, wie die „Kaukasische Post“ schreibt, ergreifenden Rede, die sich an die besten und energischsten Söhne der württembergischen Urheimat wandte. Er freue sich, wie die Kolonisten ihr gesundes Deutschtum bewahrt hätten, er glaube jede kulturelle und moralische Unterstützung der alten Heimat versprechen zu dürfen. Er hoffe, die Kolonisten würden sich bei ihm in der deutschen Gesandtschaft stets heimisch fühlen. Darauf sprach der Sowjet-Kommissar und betonte die innige Freundschaft zwischen dem georgischen und deutschen Volke, die tief im Herzen der beiden Völker wurzele. Würdige Vertreter des deutschen Volkes seien die georgischen Kolonisten, von deren Tätigkeit das georgische Volk viel für die Zukunft des Landes erhoffe. Auch der Volkskommissar des Kriegs und der Marine begrüßte die deutschen Kolonisten als die neuen Schöpfer und Aufbau einer besseren Zukunft. Die Kolonisten sollten keineswegs über Nacht nun zu Kommunisten gemacht werden, erst von den Kindern könne man wohl erwarten, daß sie Kommunisten würden, sondern sollten im alten schaffenden Tempo weiterarbeiten. Auch der italienische Konsul Franson gab seiner Freude Ausdruck, hier im Ausland so tüchtige deutsche Kolonisten zu finden und sprach die Hoffnung aus, daß diejenigen seiner Landsleute, die auswandern wollten, sich an diesen deutschen Kulturpionieren ein Beispiel nehmen möchten. Der Besuch der Kolonisten durch Regierungsvertreter von drei verschiedenen Staaten beweise, welche Rolle die deutschen Kolonisten, am Weltmaßstabe gemessen, spielten. Zwischen den einzelnen Ansprachen sang der Chor des Bildungsvereins deutsche Volkslieder.

Nachmittags wohnten die Gäste auf der „Grünen Platte“ einem vom Rewkoms veranstalteten Schulkinderfest bei. Wiederum hielt der deutsche Gesandte Ulrich Rauscher eine Begrüßungsansprache an die „würdigen Württemberger“ und versprach ihnen Hilfe und Unterstützung jederzeit. Der Kolonist Kromer dankte und versprach vermehrte Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen zur deutschen Heimat. Zum Schlusse wandte sich Kolonist Kimmeler gegen verschiedene dunkle Ehrenmänner, die versuchten, die Kolonisten bei den georgischen Behörden zu verdächtigen, als seien sie keine Kommunisten und Aufwiegler. Die Kolonisten seien zwar keine ideellen, aber praktische Kommunisten, was ihr Wirtschaftssystem beweise. Sie seien als arbeitendes Element dem Sowjetstaate nicht im geringsten gefährlich, sie fügten sich den Gesetzen ohne Zwang und seien als schaffendes Element dem Staate mehr wert, wie manche anderen Elemente. Nach vielen Liedern und Musikchören des Blasorchesters zog am Abend der ganze Zug der Kolonisten und der Gäste mit Musik nach Hause, nachdem man gemeinsam das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen hatte.

Niederländisch-Indien

Der „Deutsche Bund“ beschloß in seiner Generalversammlung vom 16. Juli einstimmig ein Referendum über die Flaggenfrage zu veranstalten. Es war ein Antrag gestellt, an den Reichstag ehrfurchtsvoll das dringende Ersuchen zu stellen, die Farben schwarz-weiß-rot als Reichsflagge einzuführen oder sie ohne Zusatz als Handelsflagge beizubehalten. Über diesen Antrag

wird eine schriftliche Abstimmung veranstaltet, die Zettel werden mit einem bloßen Ja oder Nein den Briefen der Absender entnommen und in eine Wahlurne gelegt, so daß die Abstimmung doch in einer Weise geheim wird. Der Schlußtermin für die Abgabe der Stimmzettel ist der 30. September.

Japan

In einem Aufsatz über „Deutsche Arbeit in Japan“ schildert der Berichterstatler der „Voss. Ztg.“ das Erwachen des deutschen Lebens. Zum ersten Male fand im deutschen Botschafter-Palais am 25. Juni wieder ein Gartenfest für die gesamte deutsche Kolonie statt. Es ist nicht gelungen, in der Frage des deutschen Eigentums über die bisherigen Zugeständnisse der Japaner hinaus etwas zu erreichen. Es bleibt also bei der Rückgabe von 10000 Yen und vom übersteigenden Betrag von 50 Prozent. Infolge der wirtschaftlichen Depression in Japan ist beim Verkauf deutschen Eigentums auch viel weniger erzielt worden, als bei rascher Abwicklung der Liquidationen hätte erreicht werden können. Die Entscheidung der Japaner über die deutschen Patente ist inzwischen gefallen. Der deutsche Standpunkt, daß nach § 306 Abschnitt 8 des Friedensvertrages nur die Liquidation und der Verkauf solcher Patente gestattet sei, die in Japan ansässigen Deutschen gehörten, ist nicht anerkannt worden. Von rund 1100 in Japan eingetragenen deutschen Patenten werden etwa 400 gänzlich einbehalten und verkauft, doch sind Einzelheiten noch nicht bekannt, so daß der Umfang des Schadens noch nicht übersehen werden kann. Die deutschen Kolonien in Yokohama und Kobe sind an Zahl etwas zurückgegangen, die deutsche Kolonie in Tokio dagegen ist durch das Engagement zahlreicher deutscher Ingenieure und Vorarbeiter größer als je. Auch die selbständigen Kaufleute kehren langsam zurück, machen zunächst zwar wenig Geschäfte, sehen aber guten Muts in die Zukunft. Die „deutschen Vereinigungen“ in Tokio und Yokohama geben japanischen Unterricht, haben Lesezimmer für Zeitungen und Zeitschriften eingerichtet und wollen auch eine deutsche Bibliothek für die Öffentlichkeit ins Leben rufen, zu der einstweilen nur die Geldmittel fehlen.

Südwestafrika

Der Administrator hat dem Vorsitzenden des Währungsschiedsgerichts mitgeteilt, daß er nicht die Absicht habe, seine Währungs-Proklamation über den 31. Dezember d. J. hinaus zu verlängern. Das wirkt auf das Deutschum in Südwest wie ein Blitz aus heiterm Himmel, so schreibt die Allgemeine Zeitung. Moratoriumsfälle sollen schon jetzt nicht mehr behandelt werden, sondern nur Fälle, bei denen es sich um die Art der Zahlung handelt. Die Währungsfrage ist eine Lebensfrage für das Deutschum Südwests. Eine Aufhebung der Proklamation bedeute ein Wiederaufleben der Unsicherheit und der Rechtsstreitigkeiten nach dem Aufhebungstermin. Das bedeute aber auch zugleich einen Ruin des Wirtschaftslebens. Das Währungsschiedsgericht hat bis jetzt 175 Fälle behandelt, 100 Fälle, die anhängig waren, sind anderweitig erledigt worden, so daß im Ganzen 275 Fälle durch die Hände des Gerichts gingen. Bis zum Jahresschluß werden es etwa 500 sein. Angemeldet aber sind 2500, unter ihnen allein 500 Bankfälle. Selbst wenn das Währungsgericht seine Arbeiten beschleunigen sollte, bleiben sicherlich 1000 Fälle unerledigt, wenn auch alle Vorkriegsfälle ausgeschieden würden. Die Berufsvereinigungen haben deshalb die Sache in die Hand genommen, haben einen viergliedrigen Ausschuß gebildet und werden sich direkt mit Vorstellungen an den Administrator wenden. Das Währungsschiedsgericht hat bei der Gewährung von Moratorien auf die Finanzlage beider Parteien stets Rücksicht genommen, wobei die beiden deutschen Beisitzer des

Schiedsgerichts in der Lage waren, einzugreifen. Das nach Wegfall des Schiedsgerichts eintretende Obergericht ist nur mit einem englischen Fachrichter besetzt und würde viel teurer arbeiten. Die „Währungsproklamation ist das segensreichste“, so schließt das erwähnte Blatt, „was uns die gegenwärtige Administration bisher beschert hat“. Wenn die Währungs-Proklamation von der Beendigung aller eingereichten Fälle aufgehoben wird, so hat sie ihren Zweck vollkommen verfehlt.

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Aus Newyork schreibt unser Vertreter:

Der 6. Oktober, der vor dem Krieg vielfach als „Deutscher Tag“ zur Erinnerung an die Landung der ersten deutschen Kolonisten in Amerika begangen wurde, ist als öffentlicher Beginn der Kampagne für die Aufbringung eines Fonds von drei Millionen Dollars zur Fortsetzung der Quäkerspeisung in Deutschland festgesetzt worden. Der Tag soll dieses Jahr als „Deutscher Kinder-Tag“ gefeiert werden und in mehreren Städten des Landes hat man hierzu seitens der Hilfsorganisationen große Vorbereitungen getroffen. Das Zentral-Komitee in Philadelphia hat den Einzelorganisationen gegenüber dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß in den Rahmen der gesanglichen und turnerischen Darbietungen eine Festrede eingefügt wird, in welcher auf die Bedeutung des 6. Oktobers, des „Deutschen Tages“, hingewiesen wird. Damals, am 6. Oktober 1683, landeten die ersten deutschen Einwanderer, im Ganzen dreizehn Familien und wurden von ihrem vorgereisten Führer, Franz Daniel Pastorius, in Empfang genommen. Am 25. Oktober des gleichen Jahres gründeten sie dann „Germantown“, die „Deutsche Stadt“, die ihren Namen als einer der wichtigsten Stadtteile von Philadelphia noch heute trägt. Im Vernon Park daselbst erhebt sich das von Alber Jäger geschaffene prachtvolle Pastorius-Denkmal, das am 10. November 1920 enthüllt wurde. Zu dem Denkmal hatte seinerzeit der Kongreß die Hälfte der Kosten, nämlich 25000 Dollars bewilligt. Das war natürlich vor dem Krieg im Jahre 1912 geschehen, als der deutsch-amerikanische Nationalbund in höchster Blüte stand und das Wort seines Präsidenten etwas im Kapitol in Washington galt. Bis zu seiner Enthüllung mußte das hervorragende Denkmal, das ein Schmuck der Stadt ist ein recht „stilles“ Leben führen.

Die herrliche Einwanderer-Gruppe ist übrigens vor Kurzem „dupliziert“ worden und nach St. Paul, Minn., gebracht worden, wo sie in dem dortigen „Deutschen Haus“ eine Stelle erhält.

Mexiko

Die Jahrhundertfeier der mexikanischen Unabhängigkeit dauerte den ganzen Monat September an. Da noch keine eigenen Berichte aus Mexiko eingetroffen sind, entnehmen wir einem ausführlichen Telegrammbericht des „Tag“, daß am Sonnabend, den 18. September auch ein deutscher Tag stattfand, bei dem die deutsche Kolonie dem mexikanischen Volke die Errichtung eines Beethoven-Denkmal in Aussicht stellte. Gleichzeitig wurde ein Werk über mexikanische Archäologie überreicht, das der Verfasser, Professor Beyer, dem Präsidenten Obregon gewidmet hat. Der Tag wurde mit einem Festakt im großen Theater eingeleitet, dem der deutsche Gesandte, Graf Montgelas, und der mexikanische Außenminister Pani beiwohnten. Viele mexikanische Staatsmänner und fremde Diplomaten wohnten der Feier bei, bei der Dr. Pagenstecher die Glückwünsche der deutschen Kolonie übermittelte und die tiefen Sympathien des deutschen Volkes für das edelmütige und neutrale gebliebene Mexiko aussprach. Daran reihten sich Aufführungen von Szenen aus Wilhelm Tell, dargestellt von Lehrern und Schülern

lern der deutschen Schule und musikalische wie dramatische Vorführungen des deutschen Gesangsvereins. Beim Volksfest, das nachmittags stattfand, sah man auch den Präsidenten Obregon. Bei der Festtafel hielt Ackerbauminister Villa Real eine Rede, in der er die Deutschen als die wünschenswertesten Kolonisten bezeichnete. Der frühere mexikanische Gesandte in Berlin, Fabela, erklärte, die Mexikaner nähmen die Deutschen mit offenem Herzen auf. Abermals folgten Darbietungen der deutschen Gesang- und Turnvereine, namentlich Vorführungen mexikanischer und deutscher Tänze. Ein Feuerwerk und eine glänzende Illumination der Stadt beendete den wohl gelungenen „deutschen Tag“.

Kolumbien

Ein unliebsames Vorkommnis wirbelt sehr viel Staub auf. Die „Tägliche Rundschau“ hat unter der Überschrift „Ein deutscher Skandal in Übersee“ die Sache zuerst veröffentlicht, das Wolffsche Bureau setzt ihr ein Dementi entgegen. Der deutsche Gesandte Dr. Rohland in Bogota habe danach an einem kolumbischen Nationalfeiertag die deutsche schwarz-rot-goldene Flagge gehißt und der Aufforderung mehrerer Mitglieder der Kolonie, sie durch eine schwarz-weiß-rote zu ersetzen, nicht Folge geleistet. Er habe — „ein Kapitel deutscher Jämmerlichkeit“ — die kolumbische Polizei um deren Schutz ersucht.

Das Dementi nennt einen Skandal allerdings nur das Vorgehen der deutschen Herren der Kolonie. Sie hätten gedroht, die schwarz-rot-goldene Fahne, deren Anblick sie nicht ertragen könnten und die jeden anständigen Deutschen beleidige, gewaltsam herunterzuholen und hätten schwere Ausschreitungen, die sich auch in der Öffentlichkeit nicht verheimlichen ließen, in Aussicht gestellt. Diese Drohungen seien durchaus ernsthaft gemeint gewesen und so habe der deutsche Gesandte für alle Fälle die Polizei gebeten, in unauffälliger Weise Hilfe bereitzustellen. Er habe also durchaus pflichtgemäß gehandelt.

KLEINE NACHRICHTEN

Pastor Masing †. Pastor Masing, der anfeuernde und begeisterte Führer der Moskau-Deutschen, die in Berlin leben, ist plötzlich gestorben. Er stand mitten in der Arbeit für die Errichtung einer deutschen Schule der Rußland-Deutschen in Berlin, nachdem er die evangelische Gemeinde der Rußland-Deutschen eben begründet hatte. Er erkrankte auf einer Reise nach Leipzig ganz plötzlich und das durch die Kriegsleidenzeit geschwächte Herz hielt nicht mehr stand.

Sir Ernest Cassel †. Ein „Auslanddeutscher“ ist gestorben, der die Anführungszeichen verdient. Sir Ernest Cassel war zwar in Köln geboren und verlebte auch hier seine Jugend, er anglierte sich aber in London späterhin sehr rasch und um so mehr, je stärker sein Einfluß in der Finanzwelt wuchs. 1902 wurde er in den Baronsstand erhoben, und er legte den Titel auch nicht nieder, als nach der Lusitania-Torpedierung von jingoistischer Seite gedrängt wurde, ihn und andere Finanziers deutscher Abstammung ihrer Titel zu entkleiden und aus dem Privy Council auszustoßen. Edgar Speyer legte daraufhin damals seine sämtlichen öffentlichen Ämter nieder. Sir Cassel aber veröffentlichte eine Erklärung, die sich gegen die „abscheulichen Methoden“ der öffentlichen Kriegsführung wandte, machte Stiftungen ans Rote Kreuz und betonte sein englisches Fühlen und Denken.

Enrique Kohn †. In Buenos Aires starb Enrique Kohn, der Herausgeber der deutschen „Buenos Aires-Handelszeitung“. Er war als Sohn eines protestantischen Pfarrers in Ulm geboren, wandte sich nach Vollendung seiner Studien dem

Journalismus zu, war einige Zeit in der volkswirtschaftlichen Abteilung der „Frankfurter Zeitung“ tätig und ging dann nach Argentinien, um von dort aus 30 Jahre dem deutschen Blatte als Vertreter zu dienen, für das er auch größere Reisen in Südamerika und Afrika unternahm. Die Begründung der Handelszeitung schaffte ihm eine angesehene Stellung unter dem Deutschtum seiner zweiten Heimat. Die „Frankfurter Zeitung“ widmet ihm warme Worte des Nachrufs.

Josef Sichel †. Die südwestafrikanischen Zeitungen melden den Tod eines der ältesten deutschen Kulturpioniere in Südwest, des Herrn Josef Sichel, der 1856 in Kassel geboren war, schon 1880 in die Kap-Kolonie und später nach Walfischbai ging, wo er 1884 die Firma Mertens & Sichel gründete, die später Niederlassungen in Windhuk und Swakopmund aufmachte und große Bedeutung erlangte. Sichel kehrte 1908 nach Deutschland zurück und war nur 1911 wieder in Südwest, wollte jetzt nach dem Kriege wieder zurückkommen und starb an einem Herzschlag beim Landen in der Walfischbucht. Man rühmt ihm nach, daß er ein tüchtiger Kaufmann und ein stets hilfsbereiter Mensch war, der sich großer Sympathien überall erfreute.

Ein Vorkämpfer für deutsch-evangelisches Leben in den Schutzgebieten †. Am 10. Februar 1921 starb laut „Mitteilungen“ des Vereins für deutsch-evangelisches Leben in den Schutzgebieten und im Ausland Superintendent Ludwig Guhr in Wernburg (Thüringen). Der Vorsitzende des Vereins, Generalsuperintendent D. Gennrich, sagt in dem Nachruf: „Ohne Guhr gäbe es den Verein für deutsch-evangelisches Leben in den Schutzgebieten und im Ausland nicht. Daß er ins Leben trat, daß er so schnell eine erfreuliche Entwicklung nahm und auch die schwere Kriegszeit verhältnismäßig gut überstanden hat, ist sein ganz persönliches Verdienst.“

Der Verein wurde am 22. Juni 1909 in Breslau von Guhr zunächst als „Verein zur Pflege des deutsch-evangelischen Lebens im Ausland“ gegründet und da er als solcher ähnliche Ziele verfolgte wie der Gustav Adolf-Verein und die „Evangelische Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Südamerika“, so konzentrierte er von 1910 ab seine Sammeltätigkeit auf eine solche für die Schutzgebiete, vor allem Südwestafrika. Die deutsch-evangelischen Kirchenbauten in Swakopmund, Lüderitzbucht und Keetmanshoop erfuhren durch seine rastlose Tätigkeit wesentliche Förderung. Nachfolger in der Geschäftsführung des Vereins wurde der frühere Pfarrer von Windhuk, Hammer, jetzt Bornstedt b. Dreileben, B.z. Magdeburg.

Japanische Spende für deutsche Universitäten. Die medizinischen Fakultäten der japanischen Universitäten spendeten zur Verteilung an die medizinischen Fakultäten deutscher und österreichischer Universitäten 450000 Mark.

SCHULWESEN IM AUSLANDE

Helsingfors. Die Deutsche Schule legt ihren Bericht über das Schuljahr 1920/21 vor. Sie steht jetzt im 40. Lebensjahr und zählt zurzeit 138 Schüler. Neben einem Kindergarten mit zwei Gruppen für 4—6jährige sind eine 3klassige Vorschule und die drei ersten Klassen einer 8klassig geplanten höheren Schule eingerichtet. Der Kindergarten wurde 1893, die Vorschule als „Deutsche Elementarschule“ bereits 1881 begründet, während die Höhere Schule erst im Herbst 1920 ihre Tätigkeit begann. Sie verdankt ihre Entstehung einer Anregung des Pastors Israel, der Vorsitzender des Schulvorstandes ist. Mit Hilfe des deutschen Wohltätigkeitsvereins und der dafür interessierten finnischen Kreise konnte die Schule Anfang 1920 eingerichtet werden. Im Juni des gleichen Jahres gab der finnische Staatsrat seine Ge-

nehmung zu ihrer Eröffnung; am 13. Januar 1921 erfolgte die Bestätigung der Schulverfassung („Reglemente“) und des vorgelegten allgemeinen Lehrplans durch die Oberschulbehörde. Die fünf ersten Klassen der Höheren Schule sollen eine abschließende Mittelschulbildung geben, die höheren Klassen (VI—VIII) zum Studium an Hochschulen vorbereiten. Mit Klasse II beginnt eine Teilung in eine klassische und in eine Reallinie. Ob der gewählte Schultypus der geeignetste für die deutsche Schule ist, kann — wie der Jahresbericht sagt — noch nicht festgestellt werden; vielleicht wird sie nach oben hin eine größere Gabelung bei gemeinsamem Stammunterricht anstreben müssen, um den verschiedenen Begabungen und Neigungen besser gerecht zu werden.

Der Körper- und Charaktererziehung der Schüler außerhalb des Unterrichts widmet sich ein Pfadfinderverein, dessen Führer ebenfalls Pastor Israel ist.

An staatlichen Unterstützungen erhält die Schule vom Deutschen Reich eine Beihilfe von Fmk 3000, die in Gestalt von Lehrmitteln erbeten worden ist. Das finnische Kultusministerium bewilligte der Vorschule für den Unterricht in den Landessprachen je Fmk 6000 für die Kalenderjahre 1921 und 1922.

Der Lehrkörper der Schule besteht aus 13 Herren und Damen, unter diesen für Religion und Turnen Pastor Israel, für deutschen Unterricht der Redakteur Carlo von Kügelgen. Die Kenntnis der deutschen Sprache ist in allen außer der ersten Vorschulklasse Aufnahmebedingung. Von den Schülern sprechen nach einer Statistik vom 2. Februar 1921 als Muttersprache 64 Deutsch, 36 Finnisch, 22 Schwedisch, 20 andere Sprachen. Nach Staatenangehörigkeit waren von ihnen 73 Finnländer, 33 Deutsche, 19 Russen, 8 Balten und 9 Angehörige anderer Staaten.

Deutsch-Tereblestic (Bukowina). Am 3. September fand die Einweihung des neuen Schulgebäudes statt, zu welcher sich zahlreiche Gäste aus der ganzen Bukowina, der deutsche Abgeordnete Dr. Kohlruß an der Spitze, eingefunden hatten. Nach der kirchlichen Feier gab es ein großes Festmahl, bei dem viele gute Reden über deutschen Geist und deutsche Schule gehalten wurden. Eine Sammlung zugunsten des Vereins der christlichen Deutschen in der Bukowina ergab 600 Lei.

Novisad-Neusatz. Der Schwäbisch-deutsche Kulturbund hat eine Eingabe an die Nationalversammlung in Belgrad gemacht, die von einer Deputation persönlich überreicht wurde und in der sich der Bund an die höchste Instanz wendet, um Abhilfe gegen Maßnahmen zu erbitten, welche den kulturellen Aufstieg des deutschen Volkes in der Wurzel bedrohen. Der Bund betont dabei sein Motto „Staatstreue und Volkstreue“, dem allerdings die Engherzigkeit untergeordneter Organe vielfach Hemmungen in den Weg stelle. Durch eine Verordnung vom 14. Juli 1921 habe das Ministerium für Volksaufklärung angeordnet, daß mit Beginn des nächsten Schuljahres die erste Klasse der deutschen Mittelschulen aufzulösen sei. Es liege auf der Hand, daß dies nur der Anfang zur gänzlichen Auflassung des deutschen Mittelschulunterrichts sein solle. Die deutsche Bevölkerung hatte sich nach dem Umsturz aus eigener Kraft zwei deutsche Mittelschulen geschaffen, Werschetz und Hatzfeld, die dann später verstaatlicht wurden, während das deutsche Gymnasium in Neuwerbaß in der Batschka dem Entgegenkommen der staatlichen Unterrichtsverwaltung zu danken war. Die drei deutschen Mittelschulen waren der deutschen Bevölkerung das Zeichen des Entgegenkommens und der Gerechtigkeit. Nun komme die Verfügung und lege die Axt an die Wurzel dieses Baues. Die Auslegung der Verfassung sei nach Überzeugung des deutschen

Volksbundes völlig unhaltbar. Das Recht der nationalen Minderheiten gewährleiste den Deutschen den Volksschulunterricht in der Muttersprache. Daraus aber zu folgern, daß ihnen der Unterricht in den Mittelschulen versagt bleiben müsse, sei ein verhängnisvoller Irrtum, das könne nicht Absicht des Gesetzgebers gewesen sein. Die Aufhebung bestehender deutscher Mittelschulen sei keine Forderung der Verfassung, sondern eine politische Maßnahme, die als solche völlig verfehlt sei. Die vom Kulturbund selbst geforderte Pflege der Staatssprache und der staatsbürgerlichen Erziehung sei durch staatliche Professoren, Direktoren und Inspektoren vollkommen gewährleistet. Welches Unheil aber die gewaltsame Entfremdung vom angestammten Volkstum mit sich bringe, das hätten gerade die serbischen Staatsgenossen in Wojwodina leidvoll genug erfahren. Die Deutschen seien stolz darauf, ein Element der Ruhe und der Ordnung zu sein, deshalb könnten sie aber verlangen, daß man ihre kulturellen Rechte achte und wahre, deshalb bitte der Kulturbund die Nationalversammlung, dafür zu sorgen, daß die Verfügung des Ministeriums für Volksaufklärung zurückgezogen werde, daß die Ausgestaltung der deutschen Mittel- und Fachschulen überall dort in Angriff genommen werde, wo die erforderliche Mindestzahl von deutschen Schülern vorhanden sei und daß der deutsche Charakter des Volksschulunterrichts für deutsche Kinder im Sinne der Verfassung nicht durch eine auch pädagogisch zu verwerfende Zweisprachigkeit gefährdet werde, d. h. daß die Unterstufe rein deutsch bleibe, während in der Oberstufe, 5. und 6. Jahrgang, also nach Festigung der Kinder in der Muttersprache, durch ausreichenden Unterricht für Erlernung der Staatssprache zu sorgen sei. Die Eingabe schließt mit einem Appell der gesamten deutschen Bevölkerung an das Rechtlichkeitsgefühl der Volksvertretung. Man kann nur hoffen, daß sie ihren Zweck nicht verfehlt.

Buenos Aires. Die Germaniaschule beging ein seltenes Fest: Der 36 Jahre an ihr als Lehrer wirkende Herr Martin Külling feierte seinen 70. Geburtstag. Ein Festakt vereinte Lehrer, Schulvorstand, Schüler und Eltern, sowie Freunde des Jubilars in der Schaula, wo Direktor Dr. Ruge dem Lehrersenioren warme Worte der Anerkennung spendete und eine goldene Uhr mit Widmung überreichte. Der Gefeierte dankte in bewegten Worten und gedachte seiner Schweizer deutschen Heimat. Gesänge des Schulchors verschönten die Feier.

DEUTSCHE VEREINE IM AUSLAND

Bromberg. Die deutschen Handwerker in Polen waren vom 17. bis 19. September zu einer gemeinsamen Tagung versammelt, eine Verbands-Ausschußsitzung und eine außerordentliche Generalversammlung der Ein- und Verkaufsgenossenschaft des Verbandes lockte zahlreiche Gäste an. Der Verbands-Vorsitzende, Kleinitz, leitete die Verhandlungen und gab einen Rückblick auf die Vereinstätigkeit. Der Verband zählt jetzt 54 Ortsgruppen (Stand vom April) und 18 neu begründete, insgesamt also 72 Ortsgruppen mit 2700 Mitgliedern, trotz aller Abwanderungs-panik, die zu verhindern der Verband alle Mittel ergreifen will. Eine Rechtsauskunftsstelle ist eingerichtet worden, um Rechtsschutz zu gewähren. Ein Antrag bei der Verwaltung Pommerns, Verfügungen zweisprachig herauszugeben, ist negativ beantwortet worden. Für rege Beanspruchung der Mitglieder ist eine Übersetzungsstelle geschaffen worden, auch die Lehrlingsvermittlungsstelle hat gut zu tun, ebenso die Berufsberatungsstelle. Da höhere handwerkliche Fachschulen im ehemals preußischen Gebiet nicht bestehen, hat sich der

Verband mit reichsdeutschen Städten, wo sie bestehen, in Verbindung gesetzt, um für deutsch-polnische Schüler Freistellen und Freilogis zu erhalten. Voraussetzung ist natürlich, daß diese Schüler später wieder nach Polen zurückkehren. Auch die Bemühungen des Verbandes, seine Mitglieder mit billigeren Textil- und anderen Waren zu versorgen, waren erfolgreich. Darlehen zu geringem Zinsfuß konnten für 1340000 Mark vermittelt werden. Der Kassenbericht ergab einen Barbestand der Kasse von nur 6000 Mark polnischer und 400 Mark deutscher Währung. Die Erhöhung des Mitgliedsbeitrags von 20 auf 100 Mark wurde deshalb beschlossen. Sejm-Abgeordneter Lüdike mahnte in seiner Ansprache zum Aushalten, Oberstleutnant a. D. Graebe mahnte, nicht außer Landes zu gehen, sondern zu optieren und sich alle Rechte polnischer Staatsbürger zu sichern, sie aber auch bei den Wahlen kräftig zu benutzen. Ein Antrag auf Begründung eines Arbeitsnachweises, der dem Deutschturnbund angeschlossen werden soll, wurde angenommen. In der außerordentlichen Generalversammlung der Ein- und Verkaufsgenossenschaft wurde eine Herabsetzung der Anteile von 500 auf 1000 Mark beschlossen.

Dorpat. Die Estonia, das bekannte deutsche Dorpater Korps, feierte am 7. September das Fest seines 100jährigen Bestehens, nachdem die Curonia schon im Jahre 1908 dieses Fest begangen hatte und die Livonia im nächsten Jahre folgen wird. Auf dem Bahnsteig des Bahnhofs empfingen die Burschen ihre Gäste mit den Fahnen und einem kräftigen „Gaudeamus Igitur“ und geleiteten sie zum Konvents-Quartier der Estonia, das zwar zurzeit einer nichtakademischen Gesellschaft zur Verfügung gestellt ist, die es aus dem gänzlich verwahrlosten Zustand der Kriegs- und Nachkriegszeit prächtig wieder hergestellt hat, das aber auf 14 Tage nunmehr wieder der Estonia überlassen worden war. Der Senior, stud. Thomson, gab einen Überblick über die Geschichte des Korps, Herr von Riesenkampff sprach für den Altherrnverband, A. v. Schmidt für die Dorpater Philister, Baron Maydell für die estländische Ritterschaft. Eine Frauendputation überreichte eine neue Fahne. Die akademischen und nichtakademischen estländisch-deutschen Verbände ließen durch die Ansprache ihrer Vertreter der hohen Wertschätzung Ausdruck verleihen, deren sich das Korps in ganz Estland erfreue. Nachmittags wurde der Friedhof besucht, wo 12 Estonen ruhen und wo Pastor zur Mühlen eine Ansprache hielt. Ein Festkommers und ein Tanz beschlossen den Abend.

Riga. Das 100. Jahrsjubiläum der Dorpater Estonia wurde am 7. September auch in Riga festlich gefeiert. Zahlreiche frühere Mitglieder des Dorpater Chargierten-Konvents hatten sich zu einem geselligen Beisammensein eingefunden, unter denen die Estonen-, Livonen- und Kurländerfarben am meisten vertreten waren. Der Kurländer Philister K. von Schilling hielt die Festrede über die Bedeutung der Korporation für das baltisch-deutsche Geistesleben. Für die Estonia sprach Ph. Kupffer. Es wurde mitgeteilt, daß die Kurländer demnächst nach Riga übersiedeln wird.

Chur. Der Verband deutscher Hilfsvereine in der Schweiz hielt in Chur in Zusammenhang mit der Jubelfeier seiner Ortsgruppe seine 57. Generalversammlung ab. Ein paar Zahlen illustrieren das gewaltige Werk seiner Liebestätigkeit: 28 Ortsgruppen bestehen jetzt, die Mitgliedsbeiträge sind von 42000 Franken im Jahre 1910 auf 55000 Franken im Jahre 1920 gestiegen, die Zahl der Mitglieder hat sich von 3534 auf 4141 gehoben, der Durchschnittsbeitrag eines Mitglieds ist also von 9 auf 13 Franken gestiegen. Im Jahre 1910 wurden 11188 Personen mit 43137 Franken, im Durchschnitt also mit 3,86 Franken unterstützt, im Jahre 1920 dagegen nurmehr 4854 mit 169134 Franken, im

Durchschnitt also mit 34,85 Franken. Hunderte von Mitgliedern haben ehrenamtlich und unentgeltlich in Tausenden von Sprechstunden wertvollste Unterstützungsarbeit geleistet. Der Vereinheitlichung des Hilfswerks des „Hilfsbundes“, sowie der „Hilfsvereine“ bringt man auch in diesen Kreisen großes Interesse entgegen. Eine Personal- und Lokalunion ist meistens schon an den einzelnen Orten durchgeführt. Zwar ist die Mitgliederzahl auch der Hilfsvereine im letzten Jahre um nahezu 700 gesunken — die Not der Zeit und der Wirtschaftskrise in der Schweiz spiegelt sich in diesen Zahlen wider —, doch geht die Werbetätigkeit rüstig voran, und wo Mitglieder ausscheiden, ist es meist nicht schlechter Wille, sondern einfach finanzielles Unvermögen, weitere Beiträge zu leisten. Die Einnahmen gingen um über 30000 Franken vom Vorjahre auf jetzt 56000 Franken im Jahre 1920 zurück, die Gesamteinnahmen gingen von 332740 Franken im Vorjahre auf 136305 zurück. Die Vereine haben aber, um trotzdem die Liebestätigkeit durchführen zu können, aus ihrem in besseren Zeiten aufgespeicherten Vermögen über 35000 Franken geopfert. Der Landsmannschaft nach sind die meisten Unterstützten Badener (1573), dann kommen die Preußen (1248), die Württemberger (864), die Bayern (513). Neben Barunterstützungen ging man mehr und mehr zum System der Natural-Unterstützung über.

67 Vertreter nahmen an der Hauptversammlung teil, die der Vorsitzende, Professor Meyer-Zürich, leitete. Einstimmig wurde beschlossen, jeder Verein solle beschließen, im Jahre einen Franken pro Mitglied an den Vorort abzuführen, damit der Vorort Unterstützungen in Grenzfällen und für schwächere Vereine damit durchführen kann. Für die deutsche Heimstätte Pieterlen, das deutsche Altersheim, wurden 1000 Franken bewilligt.

Los Angeles (Kalifornien). Der Turnverein Germania beging am 11. und 12. Juni 1921 die Feier seines 50jährigen Bestehens. Er zählt als ältester zu den einflußreichsten deutschen Vereinen Kaliforniens und weist rund 500 Mitglieder auf. Im Jahre 1871 wurde er durch Verschmelzung mit zwei anderen deutschen Vereinen ins Leben gerufen. Zwei seiner damaligen Gründer, Dr. Jos. Kurtz und Herr Jak. Kuhrtz, sind noch am Leben und wurden anlässlich der Gründungsfeier durch Überreichung von Bundesehrendiplomen ausgezeichnet. Das veranstaltete Festbankett und der anschließende Festball nahmen den gewünschten Verlauf. Zur Erinnerung an die Feier wurde eine künstlerisch ausgeführte, 68 Seiten starke Jubiläumsschrift herausgegeben und an sämtliche Festteilnehmer verteilt.

Buenos Aires. Der „Deutsche wissenschaftliche Verein“ hielt eine Festsetzung ab, der der deutsche Gesandte mit seinen Beamten und zahlreiche Führer des Deutschturns beiwohnten. Dr. Albert Haas hielt dabei einen Vortrag über Bartolome Mitre, dessen Jahrhundertfeier das argentinische Volk beging. Haas schilderte das 80jährige Dasein dieses als Offizier wie als Denker, Dichter und Forscher in Geschichte, Sprachkunde, Geographie, Geologie, Volkswirtschaft und Staatsrecht berühmten Mannes, der auch ein hervorragender Publizist, Redner und Diplomat war. Er verdiente, so führte der Redner aus, die Bewunderung der ganzen Welt. Er hat eine Anleitung für das artilleristische Schießen ebenso wie eine Übersetzung von Dantes Göttlicher Komödie geschrieben, er hat Horaz'sche Oden übersetzt, wie auch Sprach- und Geschichtsuntersuchungen geschrieben. Haas schilderte den Lebenslauf des Gefeierten, der auch zu Deutschland Beziehungen unterhielt. 1856 ernannte ihn die Geologische Sozietät von Berlin zum Ehrenmitglied. Über den alten deutschen Chronisten Ulrich Schmiedel, den ersten Geschichtsschreiber des Rio de la Plata, hat Mitre eine biographische Studie veröffentlicht.

licht. Der Deutsche wissenschaftliche Verein beschloß nach dem Vortrag, an den Ausschuß zur Jahrhundertfeier ein Schreiben zu richten, in dem er als Vertreter der geistigen Interessen der deutschen Kolonie der Bewunderung der Deutschen für den berühmten Landsmann der Argentinier Ausdruck verleihe.

Buenos Aires. Abschiedsfeier für den 1. Direktor des Banco Germanico de la America del Sud. Wie das „Argent. Tagebl.“ mitteilt, fand am 28. Juni in festlich geschmückten Räumen eine Abschiedsfeier der Angestellten des Banco Germanico de la America del Sud für ihren scheidenden 1. Direktor Hermann statt. Als erster der Redner sprach im Namen des Personals Herr Prokurist Egg und dankte für das Interesse, Wohlwollen und die Gerechtigkeit, die Herr Hermann stets den Angestellten entgegengebracht hätte. Im Namen der Beamten sprach in spanischer Sprache Herr Rödel, worauf Herr Direktor Hermann ebenfalls in Spanisch den Anwesenden für ihre Mitarbeit dankte und sie bat, seinem Nachfolger dasselbe Vertrauen entgegenzubringen, wie ihm selbst. Mit einem „Viva“ auf die Bank schloß er seine Ansprache. Herr Kolditz dankte Herrn Hermann im Namen des Direktoriums für die Verdienste, die er sich während seiner 10jährigen Tätigkeit erworben hatte und Herr Dr. Wernike sprach im Namen des Rechtsbeistandes der Bank, Herr Vater und Herr Stalman sprachen den Dank der Unterbeamten aus.

Córdoba (Argentinien). Die Ortsgruppe des Deutschen Volksbundes hat dem vorliegenden Jahresbericht zufolge trotz sehr zurückgegangener Mitgliederzahl des vergangenen Vereinsjahrs an Hilfstätigkeit zugunsten Deutschlands, besonders deutscher Frauen und Kinder, überaus viel geleistet. Es wurden insgesamt über ½ Million Mark nach Deutschland gebracht. Freiwillige Gaben, verschiedene Sondersammlungen sowie Erträge von Veranstaltungen brachten diese Summe zusammen. Den Damen Córdoba ist vor allem für weitgehende Unterstützung durch Wäsche und Kleidersendungen zu danken. Außer der einen breiten Raum einnehmenden Liebestätigkeit konnte die Ortsgruppe eine von gutem Erfolg gekrönte Lotterie zugunsten der deutschen Schule in Córdoba veranstalten. Die Stellenvermittlung und Arbeitslosenunterstützung erfuhren weiteren Ausbau; Vereinsbibliothek und Lesezimmer wurden vergrößert; verschiedene Vortragsabende sammelten die Mitglieder zu künstlerischen Veranstaltungen.

Batavia. Der Deutsche Bund berichtet über sein 6. Vereinsjahr. Er ist eine Kriegsgründung, die aber den Kriegsausgang kräftig und gesund überstand. Im Jahre 1918 zählte er als höchsten Bestand 1425 Mitglieder und Bezieher der Vereinszeitschrift „Deutsche Wacht“, im letzten Jahre noch 984, doch ist jetzt die Zahl 1000 schon wieder überschritten. In der Zentrale Batavia sind im letzten Jahre allein 118 Mitglieder ausgeschieden und 130 neu eingetreten, was auf den raschen Wechsel der deutschen Residenten in Niederländisch-Indien schließen läßt. Ende 1920 zählten die Abteilungen folgende Mitglieder: Batavia 391, Soerabaja 93, Makassar 26, Bandjermasin 19, Bandoeng 49, Medan 175. Präsident des Hauptvorstandes ist Herr Th. Helfferich, Vizepräsident Herr K. H. Lieb. Der Plan, das Bundesorgan statt monatlich wöchentlich erscheinen zu lassen, mußte aus finanziellen Gründen wieder fallen gelassen werden. Der Wohltätigkeitssinn der Mitglieder war äußerst rege. Für den schwerkranken Herrn Taenzer, der während des Kriegs furchtlos für das Deutschum eintrat, wurden 8188 Gulden gesammelt, für die deutsche Grenzspende kam eine Summe von über 25000 Mark zusammen. Für die aus Sibirien kommenden Heimkehrer-Transporte, die über Sabang kamen, wandte der Bund an 3000 Gulden für Liebesgaben auf. Vielen Landsleuten

war der Bund mittelbar und unmittelbar bei der Gewinnung von Stellungen behilflich, doch konnten lange nicht alle Bewerber untergebracht werden, namentlich nicht diejenigen, die in Deutschland waren und nicht das Geld zur Überfahrt aufbringen konnten. Aus der vom Norddeutschen Lloyd geschenkten Schiffsbibliothek des früheren Reichspostdampfers „Kleist“ wurde der Anfang zu einer Bücherei des „Deutschen Bundes“ gebildet, die durch weitere Schenkungen beträchtlich vergrößert werden konnte. In allen Häfen Niederländisch-Indiens wurde von den Deutschen das Wiedererscheinen des ersten deutschen Dampfers „Hamburg“ freudig gefeiert. Der Fehlbetrag in der Bundeskasse, der durch den Ausfall an Mitgliedern verschuldet ist, wurde von einigen Spendern, die ungenannt bleiben wollen, wiederum gedeckt. Der Bericht teilt schließlich mit, daß der Bund darauf verzichtet habe, eine eigene Vertretungsstelle in Deutschland zu errichten und daß er diese Vertretung dem Deutschen Ausland-Institut Stuttgart übertragen habe, das sich bereit erklärt habe, die Interessen des Bundes in Deutschland zu vertreten. Einige bemerkenswerte allgemeine Bemerkungen aus dem Bericht mögen hier einen Platz finden:

„Man hat in Deutschland heute den Wert des Auslandsdeutschen und die Chancen, die das Ausland bietet, besser erkannt als früher. Aber man übertreibt, man versteigt sich zu einem Kultus des Auslandsdeutschen, den wir nicht anerkennen können. Wir sind nicht besser und schlechter als unsere Brüder daheim. Wohl möchten wir, daß, was früher nicht der Fall war, unsere Stimme gehört wird, denn auch die Kenntnisse und Erfahrungen, die wir uns im Laufe der Jahre in der Welt erworben haben, sind von Wert für die Heimat. Auch den andern Versuch, den man mancherorts in Deutschland macht, um die Auslandsdeutschen als die einzig wahren Patrioten darzustellen und sie zu bestimmten politischen Parteien herüberzuziehen, weisen wir zurück. Der Wert der Deutschen im Ausland liegt gerade darin, daß sie — als einzige Deutsche vielleicht — außerhalb des Parteiladers stehen, daß sie die Verhältnisse in ihrem Vaterland vorurteilsfreier betrachten als jene, die der politische Wirbel nun schon jahrelang im Kreise dreht. Die gute Kraft des Auslandsdeutstums würde man vernichten, wenn man es politisch zersetzen würde. Wir müssen so stark bleiben, daß wir alles, was politisch vorgeht, sachlich betrachten und erörtern können, immer getragen vom treuen vaterländischen Geist. Zum Aufbau unseres Vaterlands können auch wir beitragen, wenn auch nur einen bescheidenen Teil. Der Teil besteht darin, daß wir nach Kräften ideell und materiell, für unser Vaterland arbeiten, daß wir Deutschland in der Welt würdig vertreten und daß wir in Deutschland selbst aufklärend über außerdeutsche Verhältnisse und Anschauungen wirken, diesen kleinen Teil wollen wir, die wir gering an Zahl sind, leisten, aber man mache uns nicht zu den Helden und Gewaltigen, die wir nicht sind und überschätze auch nicht den Einfluß, den wir in der Welt haben.“

Der Bericht verlangt endlich von den Deutschen Würde und Selbstachtung und legt ihnen die Pflicht auf, sich nicht schlechter behandeln zu lassen als andere Nationen. Nichtswürdig sei, wer nicht an seine Heimat glaube. Der deutschen Brüderlichkeit müsse eine Gasse gebrochen werden, aber auch dem Verständnis für das, was geschehen sei. „Dann nur, wenn das deutsche Volk sein Schicksal versteht, wird es sein Schicksal auch meistern können und sich durchringen zur Freiheit innen und außen.“

Das sind Worte, mannhaft und verständig im Inhalt, würdig im Ton. Möchten sie in der Heimat und in der Fremde allüberall verstanden werden.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Der deutsche Vertreter für **Moskau**, Ministerialdirektor **Dr. Wiedenfeld**, der unsern Lesern als bisheriger zweiter Vorsitzender unseres Verwaltungsrats und als Mitglied unseres Wissenschaftlichen Beirats bekannt ist, hat sich auf seinen Posten nach Moskau begeben. Ihn begleitet ein Stab von Mitarbeitern, an dessen Spitze Legationsrat Graap steht, der als Rußlandkenner bisher schon in der Abteilung Rußland des Auswärtigen Amts arbeitete.

In **Ägypten** wird wieder ein deutsches Konsulat eröffnet. Generalkonsul Schrötter hat, der „Voss. Ztg.“ zufolge, für Kairo das Exequatur erhalten und wird mit seinem Begleitpersonal dorthin abreisen.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Der Münchener Maler **Alfred Bachmann** ist jetzt von einer größeren Reise zurückgekehrt, die er zusammen mit 5 argentinischen und chilenischen Gelehrten unter der Leitung von Professor Dr. Reichert von der Universität Buenos Aires nach den Gletschergebieten des Südwestteils von Patagonien unternommen hatte. Er wird ein wissenschaftliches Werk über die geologischen, botanischen und zoologischen Beobachtungen bisher unerforschter Gletschergebiete illustrieren.

Dr. L. Koeppe, Privatdozent an der Universität Halle a. S., wurde von der medizinischen Fakultät der Universität Madrid zum Professor h. c. ernannt. Wie die „Deutsche Optische Wochenschrift“, Berlin, mitteilt, hielt Koeppe im Sommersemester Kurse der Mikroskopie des lebenden Auges an der Gullstrandschen Spaltlampe in Madrid, Barcelona, Saragossa und Sevilla ab.

Professor Dr. Gast, der bisherige Rektor der Technischen Hochschule in Aachen, hat einen längeren Urlaub erhalten, um in Argentinien auf Einladung der dortigen Regierung an der Landesvermessung sich zu beteiligen. Er hat zugleich den Auftrag vom Verband deutscher Hochschulen, an der Wiederaufrichtung und Verbesserung der Beziehungen der deutschen zu den argentinischen Hochschulen mitzuwirken.

Basel. In der Kunsthalle hat der Baseler Kunstverein eine große Ausstellung neuerer deutscher Kunst eröffnet, bei der die Auswahl und die Arbeit in der Hand von Dr. Thormählen lag, dem Assistenten von Geheimrat Justi. Mit je 5–7 Gemälden waren neuere deutsche Maler würdig und gut vertreten, im ganzen waren etwa 100 Werke ausgestellt. Die Ausstellung hat großen Beifall gefunden.

Das deutsche Theater in Reval hat in der Person des Herrn Dr. Pünther aus München, der über eine theatergeschichtliche Frage doktorierte, einen Regisseur und Schauspieler angestellt, der die Liebhabergruppe des Theaters leiten und einstudieren soll. Man hofft, in der kommenden Spielzeit alle 14 Tage eine Premiere herausbringen zu können. „Nathan der Weise“ ist als erste Aufführung der neuen Spielzeit in Aussicht genommen.

Buenos Aires. Wilhelm Backhaus-Konzerte. Wilhelm Backhaus hat in Buenos Aires eine geradezu enthusiastische Aufnahme gefunden und wurde von allen dortigen Zeitungen einstimmig als der größte lebende Pianist gefeiert.

DEUTSCHER SPORT IM AUSLANDE

Ein deutscher Sportserfolg in der Schweiz.

Ein Fußballwettkampf fand am 27. und 28. August schließlich der Jubiläumsfeier des Fußballklubs „Nordstern“ in Basel statt, an dem sich der Fußballklub 1889 Berlin, „Unione

Sportiva Pro Vercelli“, Vercelli (der italienische Meister für 1920/21), „Etvile“, La Chaux de Fonds, Westschweiz, und der gastgebende Verein selbst beteiligte. Der Berliner Fußballklub Viktoria wurde nach prächtigem Spiel Sieger. Der italienische Konsul in Basel, wie auch das deutsche Konsulat in Basel hatten Ehrenpreise gestiftet. Dem italienischen Klub fiel der Ehrenpreis des deutschen Konsulats zu — ein Pokal aus der württembergischen Metallwarenfabrik Geislingen.

Deutscher Automobil-Sieg in Italien. Die italienische Alpenfahrt der Coppi della Alpi ist von einem Mercedeswagen gewonnen worden, und zwar dem sechszylindrigen Tourenwagen 26/98 P. S., der auch die Targa Floria auf Sizilien und das Bäderrennen in Böhmen gewonnen hat. Ein Italiener war Besitzer des Wagens, der auch von einem Italiener gesteuert wurde.

DAS DEUTSCHE BUCH IM AUSLAND

Das deutsche Buch in England. In ihrer Nummer vom 11. Juli 1921 veröffentlicht die „Times“ den Protest der Vorstände der Universitäten Liverpool, Sheffield, Manchester, Newcastle und Birmingham gegen die Zollbehandlung der deutschen Bücher und Zeitschriften. Die 50%ige, auch auf die deutsche Buchereinfuhr ausgedehnte Abgabe hat mit der sehr umständlichen Berechnung der Gebühren zur Folge gehabt, daß die großen wissenschaftlichen Bibliotheken trotz aller Bemühungen selbst Bücher, die monatelang vor dem Inkrafttreten des Gesetzes bestellt wurden, nicht ohne große Verzögerung ausgeliefert erhalten. In dem Protest heißt es wörtlich: „Wir können indessen keinen Grund einsehen für die Ausdehnung einer ebenso vorbeugenden Politik (wie gegen deutsche Einfuhrsgüter, die der britischen Industrie Wettbewerb machen könnten) auf Gegenstände, die in Großbritannien nicht hergestellt werden können. Dazu gehören deutsche wissenschaftliche und Kunstzeitschriften und die dem wissenschaftlichen Fortschritt gewidmeten Veröffentlichungen, die deutsch gedruckt und von unseren Universitäten und anderen gelehrten Körperschaften bestellt worden sind. Man kann es nicht als patriotisch ansehen, unser Land so weit als möglich von aller laufenden Kenntnis des wissenschaftlichen Fortschritts in Deutschland abzuschneiden. Das Handelsamt muß einsehen, daß unser Land, sein Handel und endlich sein Wohlstand einen greifbaren Vorteil davon hat, wenn es jeden in Deutschland so gut wie in anderen Ländern sich vollziehenden Zuwachs an Erkenntnis unverzüglich erfährt.“ Der Protest schließt mit den Worten: „Aus den sehr zahlreichen Papieren, die wir jedesmal bei der Ankunft der Pakete vom Zollamt erhalten, geht klar hervor, daß die Kosten der Anwendung des neuen Gesetzes sehr hoch sein müssen und die eingehenden Beträge im ganzen außer Verhältnis zu der Summe von Verärgerung und Zeitverlust stehen.“

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Der Deutsch-Afrikaner.

Wir begrüßen mit herzlicher Freude einen neuen Kollegen im Ausland: Die erste deutsche Zeitung auf englischem Boden nach dem Krieg: „Der Deutsch-Afrikaner“ hat am Donnerstag, den 14. Juli, nach langen Vorbereitungen seine erste Nummer herausgeben können, ein stattliches Heft, das dieser neuen Wochenschrift alle Ehre macht. Das Titelblatt ist charakteristisch: Ein Eichbaum sproßt aus deutscher Erde auf und treibt seine Wurzeln auch auf afrikanischen Boden. Zur Linken ragt die Wartburg, zur Rechten, wo ein deutscher Landmann den Pflug in die afrikanische Erde senkt und wo ein Bienenkorb deutschen Fleiß und deutsche Emsigkeit verkörpert, ragt der Tafel-

berg, das Wahrzeichen Pretorias, der Heimatstadt des neuen Blattes. „Gedenke, daß du ein Deutscher bist“ heißt es zur Überschrift, und dieses Motto begrüßen wir mit ganz besonderer Freude. Der Zweck des Blattes ist die Pflege des nationalen Gedankens und der, die Deutschen innerhalb der Union geistig einander näher zu bringen und auch ein gesellschaftliches Band um sie zu schlingen. Ein paar kleine Notizen mögen interessant erscheinen: Pastor Boe ker gibt bekannt, daß in 10 Jahren, vom 1. Januar 1911 bis 1921 in den drei mit einander verbundenen Landgemeinden Berlin, Potsdam und Macleantown (Distrikte Kingswilliamstown und East London) zusammen 280 deutsche Kinder getauft worden sind, 122 Kinder konfirmiert wurden, 60 Paare sich trauen ließen und 68 Personen verstarben. Die getauften Kinder wuchsen durchweg in guten deutschen Häusern bei guter deutscher Erziehung auf, so daß gute Aussichten für die Zukunft beständen. Vom Deutschtum in Natal wird berichtet, daß in der jungen deutschen Gemeinde in Winterton ein neues Kirchlein eingeweiht wurde, das dem 1916 verstorbenen Hermannsburger Missionsdirektor Harms sein Entstehen verdankt. Ein Mitglied der holländischen Gemeinde schenkte den Bauplatz, so daß mit Eifer an den Bau gegangen werden konnte. Das Kirchlein ist 42 + 24 + 12 Fuß groß und hat einen schönen Turm. Am 19. Juni fand die Weihe statt, zu der auch viele Buren gekommen waren. Ein Bläserchor leitete die Feier ein, der Pastor dankte auch der holländischen Gemeinde für ihre bisherige Gastfreundschaft, dem Schenker des Bauplatzes wurde eine Dankadresse überreicht. Das Gotteshaus konnte mit seinen 150 Plätzen die Erschienenen längst nicht alle fassen, Choräle und Gesänge umgaben die Festpredigt.

Wir finden ferner in dem Blatte die Nachricht, daß in Hermannsburg die deutsche Schule, „Das Jugendheim“, neu gegründet wurde, die mit Unterstützung der Regierung nur aus freiwilligen Spenden und Sammlungen erhalten wird und sich herrlich entwickelt hat. Einem Nachruf für den verstorbenen Kapstadter Pastor Wagner, dessen wir auch an dieser Stelle gedacht haben, schließt sich ein Nachruf für den in Hamburg 1848 geborenen Herrn Malcomeß an, der als 19jähriger nach Südafrika kam und aus kleinsten Anfängen heraus eine Weltfirma schuf, das größte Importgeschäft Südafrikas. Ein englisch-afrikanisches Blatt, der „East London Daily Despatch“, sagt von ihm, daß er stets eine offene Hand für die Armen hatte und daß er der Stadt East London stets ein väterliches Interesse entgegenbrachte, daß er aber trotz seiner weit verzweigten Interessen sich niemals naturalisieren ließ, obgleich ihm das oft nahegelegt wurde, weil er sagte: „Ich würde unter falscher Flagge segeln, denn mein Herz und mein Empfinden bleiben deutsch“. In seinem Testamente schenkte dieser gute Deutsche der deutschen Kirchengemeinde seiner Stadt 1000 Pfund. Ein dritter Nachruf gilt Herrn Isaac Louis Dregé, der 1853 in der Kapkolonie als Sohn des bekannten Entomologen und Neffe des berühmten Botanikers geboren wurde, in Hamburg seine Ausbildung als Apotheker genoß, dann in Port Elizabeth eine Apotheke gründete, späterhin wieder in Deutschland weilte, um Medizin zu studieren, aber plötzlich zurückkehren mußte, um seine Apotheke zu übernehmen, deren Verwalter, sein Vetter, gestorben war. Seine Studien galten der Flora rings um die Stadt, und er hatte wertvolle Materialien gesammelt, die er veröffentlichen wollte, als dann die Kriegs-„Riots“ die Sammlungen und die Apotheke zerstörten. Er war Stadtverordneter von Port Elizabeth und gründete dort das Museum, für das er bis ans Lebensende arbeitete. Als geborener Südafrikaner empfand er die schmachvolle Kriegsbehandlung besonders heftig. Aber er sprach trotz aller Anfeindung stets sein liebes Deutsch und ant-

wortete — während des Krieges — auf die Frage, ob er denn an der abgebrannten Apotheke nicht genug habe: „Ich werde mir von den Lumpen von Brandstiftern doch nicht meine liebe Muttersprache nehmen lassen“. Nach langem Leiden starb dieser tapfere Vertreter des Deutschtums am 21. Januar 1921.

Eine weitere Nachricht im neuen Blatte besagt, daß am 29. Juni in Pretoria ein deutscher Frauenverein begründet wurde, und zwar ein Näh-Verein, dessen Mitglieder sich abwechselnd bei einer der 8 Vorstandsdamen versammeln, um für die deutschen Kinder in der Heimat zu arbeiten und ihre Not zu lindern. Aber auch die Deutschen in Südafrika selbst scheinen nicht ohne Not zu sein. Wir schließen das aus einer Mitteilung, eine deutsche Dame besitze zwei eigenhändige Unterschriften Kaiser Wilhelms und wolle die eine, um sich aus schwerer Lage zu retten, zu 5 Pfund verkaufen.

Die kleine Wochenschrift wird von Herrn Lothar Kunze frisch und flott in gutem Geist und in sehr anerkannter guter Aufmachung herausgegeben. Wir wünschen ihr ein langes Leben und eine erfolgreiche gute Arbeit.

Prag. „Der Sozialdemokrat“ betitelt sich ein neues deutsches Blatt in Prag, das als „Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei der tschechoslowakischen Republik“ erscheint. In seinem Leitartikel schreibt es, daß es nicht neuen Haß unter der Arbeiterschaft schüren wolle, sondern daß es Versöhnung und Zusammenarbeit im Klassenkampf bezwecke. Das Blatt stellt aber den nationalen Kampf doch an die Spitze, indem es schreibt, der Weg sei voll Arbeit und Kampf. Teilt den doch die Arbeiter das Schicksal des gesamten deutschen Volkes, das sich fast alle „Siegerstaaten“ der „Kulturwelt“ untertan gemacht hätten. Nicht demokratische Selbstbestimmung sei das Los von 3½ Millionen Deutschen im tschechischen Staate, sondern die Unterjochung unter die tschechische Bourgeoisie durch ihre Bureaukratie und alle jene Parteien und Machtorganisationen, die in ihrem Bann ständen. So hart und unbeirrt, wie die Sozialdemokratie einstmals für die Befreiung des tschechischen Volkes vom Feudalwesen der Habsburger Monarchie gekämpft habe, tue sie das heute für das Recht der Deutschen. „Die Befreiung der Nation von der drohenden nationalen Fremdherrschaft ist hier die herrschende Frage der unmittelbaren Gegenwart und diese muß zunächst entschieden werden, bevor das Proletariat dazu schreiten kann, die Demokratie zu erkämpfen und die Sozialisierung durchzusetzen.“ Diese Worte des unvergänglichen Sozialistenführers Seliger seien heute noch so machtvoll und überzeugend, wie zur Zeit der Begründung der tschechoslowakischen Bürgerrepublik.

Dorpat. Die **Dorpater Nachrichten** erscheinen in neuem Gewand und in einem neuen Verlage. Sie haben sich, seit sie vor einem halben Jahre wieder erschienen sind, unter der Leitung des Herrn Direktor Alfred Walter recht erfreulich entwickelt und sind jetzt in den Verlag von H. Laakmann übergegangen, während die Redaktion dieselbe bleibt. Sie verspricht bei dieser Gelegenheit auch fernerhin die Interessen des Deutschtums im Lande und in der Stadt zu wahren und hofft auf die immer reichere Unterstützung durch die gesamte deutsche Bevölkerung.

Eine neue deutsche Zeitschrift erschien in Warschau, das „**Evangelische Wochenblatt**“. Sein Schriftführer ist Kassenrevisor Goller. Der Schriftleitung gehören 2 Pastoren und zwei Lehrer polonisierender Richtung an. Das Blatt soll zugleich Organ der evangelischen Darlehenskassen sein.

Czernowitz. Am 11. September fand hier die Gründungsversammlung einer deutschen Zeitungs-Genossenschaft statt, zu der zahlreiche Deutsche erschienen waren. Professor Barleon leitete die Verhandlungen, Landgerichtsrat Strohmayer be-

richtete über die Absichten des Unternehmens, eine über den Parteien stehende deutsche Tageszeitung herauszubringen, die den Interessen der Deutschen zu dienen hätte. Die Anregung zur Gründung und das vorgelegte Statut wurden einstimmig gebilligt, ein Vorstand und ein Aufsichtsrat wurden gewählt, an deren Spitze Landgerichtsrät Strohmayr und Herr Brodkorb stehen.

Kaukasische Post. Nach langer Pause ist uns wieder eine Nummer der deutschen Wochenschrift in Tiflis zugegangen, die das Datum des 23. Juli trägt. Wir entnehmen ihr, daß die Zeitung vom 25. Februar bis zum 9. Juli nicht erscheinen konnte, daß auch die Nummer vom 16. Juli wegen Erkrankung des Setzers nicht herauskam, daß dagegen vom August ab die Zeitung wieder zweimal wöchentlich herauskommen sollte. Als Herausgeber zeichnet der Zentralvorstand des Verbandes der Transkaukasischen Deutschen, verantwortlich ist cand. jur. Alexander Fufajeff. Bezeichnend ist ein Bericht über das deutsche Realgymnasium in Tiflis. Am 19. Juni zogen Lehrer und Schüler der Anstalt nach Ssumbatowo, um im dortigen Walde für das Gymnasium und den kommenden Bedarf des Winters Holz zu fällen und es hernach auf der Station zu verladen. In Ssumbatowo wurden dem Personal und den Zöglingen der Anstalt zwei geräumige Landhäuser zur Verfügung gestellt. Dank der Energie des unermüdlichen Direktors Dipl.-Ing. Jäkel wurde die Aufgabe glänzend gelöst. Am 1. Juli kehrten die Teilnehmer an der Expedition nach Tiflis zurück.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Bund der Auslandsdeutschen.

Vom Bund

Dem ermordeten Reichsfinanzminister a. D. Mathias Erzberger widmet die „Auslandswarte“, das amtliche Organ des Bundes, einen Nachruf, in dem es heißt: „Wir Auslandsdeutschen haben Grund, des Mannes im Guten zu gedenken, der in seiner Stellung als Reichsfinanzminister offenen Blick für die Not unserer vertriebenen Volksgenossen und für die Aufgaben des gesamten Auslandsdeutschtums gezeigt hat. Wir verdanken Erzberger die Schaffung des Vorentscheidungs-Gesetzes und die Bereitstellung der ersten Mittel zur Befriedigung der notwendigsten Entschädigungsbedürfnisse. Nach Verabschiedung der Gesetze drahtete Erzberger dem Präsidium des Bundes, daß er zusage, in vollem Bewußtsein dessen, was die Auslandsdeutschen als zähe Pioniere deutscher Arbeit geleistet haben, die beiden von der Nationalversammlung soeben verabschiedeten Gesetze, welche Entschädigungsbestimmungen zugunsten der Auslandsdeutschen enthalten, in dem Geiste selbstverständlicher freudiger Dankbarkeit durchzuführen, welche die Heimat ihren treuen Söhnen in der Fremde schuldig ist. Erzberger sprach damals im Namen des Reichs und es ist zu wünschen, daß an der Stelle, an der heute sein Nachfolger steht, dieselbe Gesinnung walte.“

Von den Abteilungen.

Die Abteilung Rußland des Bundes hatte ins Lehrervereinshaus nach Berlin eine Protestversammlung einberufen, in der die Herren Dr. Bach und Bundespräsident Schallert Stellung zum Auslandschädengesetz nahmen und Protest gegen die Regelung der Rußlandsschäden erhoben. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt, die verzweifelte Notlage der Rußlandsdeutschen könne nur behoben werden, wenn die Regierung vom Härte-Paragraphen 11 des Gesetzes reichlichen und raschen Gebrauch mache. Es sei festzustellen, daß die willkürliche Behandlung und Nichtachtung im Vorentscheidungsverfahren — auch von Seiten des Reichswirtschafts-

gerichts — ergangener rechtskräftiger Urteile durch einseitige Verfügungsverfügungen, wie die Sperrung der Auszahlung an die in Rußland Geschädigten, ein Hohn auf unser ganzes Rechtssystem sei und das Rechtsbewußtsein der Auslandsdeutschen (muß wohl heißen das Vertrauen der Auslandsdeutschen in unsere Rechtspflege) zum Wanken bringen könne.

Verordnung,

betreffend Abänderung der Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher im Ausland aus Anlaß des Krieges vom 15. November 1919. Vom 17. August 1921. (Nr. 8280.) Reichs-Gesetzblatt Nr. 88; 26. VIII. 21.

Artikel 1.

Die Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher im Ausland aus Anlaß des Krieges vom 15. November 1919 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 267) werden abgeändert wie folgt:

I. Der § 1 Abs. 2 wird gestrichen.

II. Hinter dem § 6 werden als § 6 a folgende Bestimmungen eingefügt:

§ 6 a.

Außer den Fällen des § 6 können Reichsangehörigen für die durch Kriegsmaßnahmen russischer Behörden auf dem Gebiete des früheren russischen Kaiserreichs bewirkte Entziehung oder Beeinträchtigung von Sachen Beihilfen gewährt werden, wenn die Maßnahmen auf das Deutschtum der Betroffenen zurückzuführen sind.

Haben die in Abs. 1 bezeichneten Kriegsmaßnahmen nicht zur endgültigen Liquidation oder Einbehaltung der Sachen geführt, so kann dem Geschädigten, wenn aus Anlaß der Maßnahmen der Verlust oder eine neue Beeinträchtigung der Sachen eingetreten ist, auch für diese Schäden eine Beihilfe gewährt werden.

In den Fällen der Abs. 1 und 2 kann den aus dem Gebiete des ehemaligen russischen Kaiserreichs verdrängten Reichsangehörigen außer für Sachschäden auch für den Verlust oder die Beeinträchtigung von anderen Gegenständen eine Beihilfe gewährt werden, wenn und soweit ihnen ohne diese nach Lage ihrer Familien-, Vermögens- und Erwerbsverhältnisse ihr Fortkommen in unbilliger Weise erschwert würde.

III. Im § 10 Abs. 2 ist an die Stelle von „§ 1 und 6“ zu setzen „§ 1, 6 und 6 a“.

IV. In der Überschrift des Abschnittes II werden zwischen den Worten „Bemessung“ und „der“ die Worte „und Zahlung“ eingefügt.

V. Der § 14 erhält folgende Fassung:

„Die Vorschüsse und Beihilfen können in den Fällen der §§ 1 und 6 bis zur Hälfte, in den Fällen des § 6 a bis zu 30 vom Hundert des Schadens gewährt werden.“

Auch in den Fällen des § 6 a ist die Gewährung einer Beihilfe bis zur Hälfte des Schadens zulässig

1. bei Verlust oder Beschädigung von Hausrat und Kleidungsstücken, mit Ausnahme von ausgesprochenen Luxusgegenständen, mit der Maßgabe, daß die Beihilfe für diese Schäden den Betrag von 50000 M. nicht übersteigen darf;

2. bei Verlust oder Beschädigung von zur Berufsausübung notwendigen Gebrauchsgegenständen, wenn ein entsprechender Beruf wieder aufgenommen wird.

Der Berechnung des Schadens ist der Wert zugrunde zu legen, den der eingebüßte oder beeinträchtigte Gegenstand

am 25. Juli 1914 gehabt hat (Friedenswert). Bei Erwerbungen, die nach dem 25. Juli 1914 stattgefunden haben, ist, soweit es sich nicht um ausgesprochene Luxusgegenstände handelt, der Anschaffungspreis in angemessener Weise zu berücksichtigen. War zwischen dem 25. Juli 1914 oder dem Zeitpunkt der späteren Anschaffung und dem schädigenden Ereignis infolge einer Veränderung des Zustandes der Sache eine Veränderung ihres Wertes eingetreten, so ist der veränderte Wert maßgebend.

Erfolgt die Feststellung des Wertes in ausländischer Währung, so ist der Betrag in deutsche Währung nach dem Kurse vom 25. Juli 1914 umzurechnen.

Bei Wertpapieren und ausländischen Zahlungsmitteln ist für die Berechnung des Schadens der Kurswert maßgebend, den sie am 25. Juli 1914 in deutscher Währung gehabt haben. Ist der Kurswert zur Zeit der im ersten Rechtszug zu erlassenden Entscheidung über den Antrag auf Gewährung des Vorschusses oder der Beihilfe niedriger als am 25. Juli 1914 oder dem Tage der später erfolgten Anschaffung, so ist er für die Berechnung des Schadens maßgebend. Als Kurs hat der für den maßgebenden Tag an der Berliner Börse vermerkte Durchschnittskurs zu gelten. Soweit ein solcher Kurs sich nicht ermitteln läßt, hat die entscheidende Behörde die Reichsbank zu ersuchen, ihn unter Berücksichtigung der Weltmarktlage an dem maßgebenden Tage festzusetzen. Die Festsetzung ist für die entscheidenden Behörden bindend. Entgangener Gewinn wird nicht berücksichtigt.“

VI. In den § 16 wird als Abs. 2 folgende Vorschrift eingefügt:

Die Bestimmung des Abs. 1 findet auf die Fälle des § 6 a keine Anwendung, es sei denn, daß die Beihilfe für Schäden der im § 14 Abs. 2 bezeichneten Art gewährt wird; in diesen Fällen darf jedoch die Beihilfe für den Verlust oder die Beschädigung von Hausrat und Kleidungsstücken den Betrag von 75000 M. nicht übersteigen.

VII. Hinter dem § 16 wird als § 16 a folgende Bestimmung eingefügt:

§ 16 a.

Ist ein Schaden im Sinne der §§ 2, 7 oder 20 des Auslandschädengesetzes einwandfrei festgestellt und übersteigt der nach den Vorschriften dieses Gesetzes berechnete Entschädigungsanspruch nicht die Summe von 15000 M., so kann, wenn im übrigen die Voraussetzungen des genannten Gesetzes für die Gewährung einer Entschädigung gegeben sind, mit Zustimmung des Reichskommissars für Auslandschäden oder einer anderen von dem Reichsminister für Wiederaufbau bezeichneten Stelle eine Beihilfe in Höhe jenes Anspruchs gewährt werden, sofern der Geschädigte die Erklärung abgibt, daß er durch den Empfang der Beihilfe bezüglich sämtlicher ihm auf Grund des genannten Gesetzes zustehenden Ansprüche abgefunden sei.

VIII. Hinter dem § 17 werden als § 18 und § 19 folgende Bestimmungen eingefügt:

§ 18.

Die Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen sind bis zum Gesamtbetrage von 60000 M. unverzüglich nach der rechtskräftigen Bewilligung in bar zu zahlen. Für den Restbetrag werden Schuldurkunden des Reichs ausgestellt, und zwar:

- a) Schatzwechsel des Reichs, die zu 4 vom Hundert verzinslich sind und mit je ein Fünftel innerhalb der nächsten 5 Jahre eingelöst werden, für den Betrag von
 1. über 60000 bis 200000 M. für den vollen Betrag,

2. über 200000 bis 600000 M. in Höhe von 60 vom Hundert des Betrags,
3. über 600000 bis 1000000 M. in Höhe von 40 vom Hundert des Betrags,
4. über 1000000 bis 2000000 M. in Höhe von 20 vom Hundert des Betrags;

- b) unverzinsliche, jährlich mit 3 vom Hundert zu tilgende Schuldverschreibungen des Reichs für den nach den vorstehenden Bestimmungen nicht durch Barzahlung oder Schatzwechsel des Reichs gedeckten Teil der Vorentscheidung.

Die näheren Vorschriften hierüber trifft der Reichsminister der Finanzen.

§ 19.

Die Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen sind vom 1. Januar 1920 ab bis zum Ende des Kalendermonats, der der Entscheidung über den Vorentscheidungsantrag im ersten Rechtszug unmittelbar vorausging, mit 5 vom Hundert zu verzinsen. Ist der Schaden nach dem 1. Januar 1920 eingetreten, so beginnt der Zinsenlauf mit dem Kalendermonate, der dem Eintritt des Schadens unmittelbar folgt.

Artikel 2.

Die im § 12 der Bekanntmachung vom 5. November 1919 (Reichs Gesetzblatt S. 1891) enthaltenen Vorschriften über die Auszahlung und die Verzinsung der Vorentscheidung treten außer Kraft.

Artikel 3.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 17. August 1921.

Die Reichsregierung.

Dr. Wirth.

Zur Vorentscheidung.

Die Veröffentlichung über die Abänderung der Vorentscheidungsbekanntmachung (Reichsgesetzblatt Nr. 88, siehe oben) hat die Bundesleitung zum Anlaß genommen, den Landesverbänden zu schreiben, er habe eine große gemeinsame Protestaktion der Arbeitsgemeinschaft gegen die geradezu unglaubliche Bestimmung der Verordnung über den Zahlungsmodus eingeleitet. Der für große Beträge vorgeschriebene Tilgungsplan bedeute faktisch eine teilweise Entziehung der Vorentscheidung. Nach Artikel 2 der Verordnung sei das Verfahren seiner rechtlichen Grundlage nach dem Bunde entzogen worden. Im vollkommenen Bruch der oft gegebenen Zusicherung, daß die Interessenvertretungen vor Erlaß derartiger Bestimmungen gehört werden sollten, habe die Regierung den Bund mit der Herausgabe überrascht. Der Bund habe noch kurz zuvor um Zuziehung zu einer Besprechung der Angelegenheit gebeten. Die anderen Interessenvertretungen teilten die Entrüstung des Bundes.

POLITISCH-PARLAMMENTARISCHES

Die Auslandsdeutschen und die Reichsflagge. Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Cuno, hat dem Reichspräsidenten Ebert eine Anzahl von Kundgebungen deutscher Kreise und Vereine Amerikas übermittelt, die sich für die Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Farbe einsetzen und deren Verlangen er unterstützt, indem er befürwortet, die Flaggenfrage von politischen Bestrebungen von rechts und links her loszulösen und sie nur aus Zweckmäßigkeitsgründen zu entscheiden. Die Kundgebungen bestehen aus einem Telegramm der 15 deutschen Vereine Valparaisos, dem sich 4 Vereine in Santiago, 2 in Valdivia,

3 in Antofagasta und je 2 in Iquique, Temuco, Osorno, Puerto Varas, Taltal und einer in Puerto-Montt anschließen, ferner die deutschen Kolonien in Ecuador und Paraguay, Pernambuco und Asuncion, die deutsche Zentrale in Rio, der Verband deutsch-brasilianischer Firmen in Sao Paulo, die deutsche Kolonie Santos und Carracas, der Verband der deutschen Vereine in Montevideo und die deutsche Kolonie in La Paz. Der Verband der Deutschen in Mexiko veranstaltete eine Abstimmung, deren Ergebnis er drahtete: 1807 Stimmen waren für schwarz-weiß-rot, 3 Stimmen für schwarz-rot-gold.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Englische Studienreisende in Deutschland. Die englischen Adult Schools, die Volksbildungsvereinigungen, haben vor dem Kriege schon Arbeiteraustauschbesuche zwischen Deutschland und England veranstaltet. Eine Abordnung dieser Vereinigungen war jetzt wiederum in Deutschland — wir haben bereits in der letzten Nummer daran die Bemerkung geknüpft, daß es uns richtig erschiene, zunächst einmal derartige englische Studienbesuche mit Zurückhaltung aufzunehmen, solange Deutschen das Betreten englischen Bodens versagt bleibt und deutsche Reisende selbst bei größeren Schiffsreisen nicht einmal vorübergehend ihren Fuß auf englisch regierten Boden setzen dürfen — und ist in Frankfurt a. M. sehr freundlich aufgenommen worden. Die Gäste haben an dem Kriegsdenkmal den „Opfern“ einen Kranz für die Toten des Weltkriegs niedergelegt, wobei Professor John Harvey von der Birmingham Universität betonte, daß Trauer einige, und Dr. Epstein vom Frankfurter Volksbildungsbund der Kriegswohltaten der Gäste und der Quäker gedachte. Im Römer begrüßte Bürgermeister Gräf die Engländer im Auftrag des Magistrats, der Bürgermeister von Louth antwortete ihm. Dann waren die Gäste im Hörsaal der Universität inmitten der Hörschaft der Volkshochschule Teilnehmer an einer Veranstaltung, bei der der Sekretär der Engländer, Peveritt, anerkannte, daß Deutschland in der Wissenschaft führe. Ein Gauleiter des englischen Metallarbeiterverbandes, Strang, gab seiner Freude Ausdruck, wieder unter deutschen Freunden weilen zu dürfen. Er betonte, dem fleißigen Deutschland werde die Zukunft gehören. Universitätsprofessor Dr. Ziehen antwortete und dankte für die Wärme dieser Worte.

Es war ein Abend, dem die herzliche Wärme nicht fehlte. Hoffentlich werden nun die Gäste in England an der Beseitigung der Vorurteile arbeiten und es wird möglich sein, daß auch deutsche Studienreisende mit derselben Herzlichkeit in England aufgenommen werden, mit der die „Besiegten“ die „Sieger“ aufgenommen haben.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Baden und die Schweizer Wehrleute

Das badische Ministerium hatte am 30. Mai einen Erlaß über die Ermäßigung der Taxen bei der Erteilung von Heimatscheinen für die Schweizer Wehrleute herausgegeben. Es sollte in der Regel nur 10 M. für einen solchen Heimatschein verlangt werden. Nun hat das Innenministerium in dankenswerter Weise an den Verband der deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in der Schweiz ein Schreiben vom 10. September gerichtet und den Erlaß dahin erweitert, daß im Bedürftigkeitsfalle die Bezirksämter von der Erhebung einer Taxe auch ganz absehen können, wenn ein entsprechendes Gesuch mit eingereicht wird. Für Kriegshinterbliebene war in dem erwähnten Erlaß eine Ermäßigung auf die Mindesttaxe von 10 M.

noch nicht vorgesehen. In dem neuen Schreiben ist nunmehr angeordnet, daß die Wehrmännern gewährten Vergünstigungen künftighin auch auf Kriegshinterbliebene angewandt werden können. Dieses Entgegenkommen des badischen Ministeriums ist höchst dankenswert und sollte von möglichst allen deutschen Landesregierungen nachgeahmt werden.

Für Deutsch-Belgier

Wie die „Frankf. Ztg.“ hört, sind die lange Zeit unterbrochenen Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien über die Übernahme der 6 Milliarden deutscher Banknoten, die während des Kriegs und nach seinem Ende in Belgien sich angesammelt haben, wieder aufgenommen worden. Schon Reichsfinanzminister Erzberger hatte darüber ein Abkommen abgeschlossen, das aber späterhin nicht ratifiziert werden konnte, weil die Belgier seine Bestimmungen durchbrachen, noch ehe es in Geltung war. Nun sollen Verhandlungen auf der Basis geführt werden, daß Deutschland 4 Milliarden Banknoten zum Kurse von 1,25 Francs übernehme, welchen Betrag es in 30 Jahreszahlungen mit 2 Prozent Verzinsung abnehmen soll. Die restlichen 2 Milliarden sollen dann späterhin zum Kurse von 25 Centimes für die Mark übernommen werden. Belgien verzichtet dafür auf die Liquidation des sequestrierten deutschen Eigentums.

Deutsches Eigentum in Britisch Indien.

Wie die in Batavia erscheinende „Deutsche Wacht“ aus privater Quelle hört, sollen deutsche Privateffekten mit Ausnahme von Juwelen, also Kleidungsstücke, Gebrauchs- und Haushaltsgegenstände und Möbel, zur Verschiffung freigegeben werden und die Custodians, die Gelder aus dem Verkauf solcher Effekten in Händen haben, sollen bereit sein, solche Gelder an die Eigentümer zurückzugeben. Die Kosten des Rücktransports müßten allerdings die Eigentümer selbst tragen.

Vom deutschen Eigentum in China

Demnächst soll mit der Rückgabe des deutschen Eigentums in China begonnen werden, wie das nach dem deutsch-chinesischen Friedensvertrag ausbedungen ist. Ein großer Teil der Eigentümer und Besitzer befindet sich natürlich zurzeit in Deutschland oder Europa und hat keine Vertreter in China bestellt. Es ergte also die Aufforderung an alle diese Personen, schleunigst einen bevollmächtigten Vertreter in China zu ernennen, der das Eigentum in Empfang nehmen und entweder verwahren oder verwerten kann. Die deutschen Konsulatsdienststellen in Schanghai, Tientsin und Hankau sollten direkt über die Ernennung und die Persönlichkeit solcher bevollmächtigten Vertreter unterrichtet werden. Im Zweifelsfalle können derartige Mitteilungen auch direkt nach Peking an die Gesandtschaft gerichtet werden. Bei eintretender Verzögerung werden die deutschen Konsularbehörden die Bestellung eines Vertreters für Rechnung und Gefahr des Eigentümers selbst vornehmen.

WIRTSCHAFTLICHES

Eine schwäbische Ausstellung*). In Lovrin wurde eine Ausstellung des schwäb.-deutschen Landwirtschaftsvereins der Banater Schwaben eröffnet, die einen ausgezeichneten Überblick über die hervorragenden wirtschaftlichen Leistungen des Schwabentums bietet. Bei der Eröffnung sagte Abt domherr Blaskovics, der energische und weitsichtige Wirtschaftsführer der Schwaben, daß das Ziel nicht wenige gut bewirtschaftete Musterbetriebe seien, sondern eine große Anzahl intensiv bearbeiteter Bauern- und Kleinbesitzungen. Nur brauche die Landwirtschaft

*) Siehe Seite 577 des Auslanddeutschen.

völlige Freiheit der Bewegung, der Lehre und des Vereinswesens. Das deutsche Volk sei ruhig und musterhaft ordentlich und gesetzliebend. Es könne endlich Vertrauen fordern. Dr. Kaspar Muth sprach in derselben Richtung. Das Volk brauche, um sich stets weiter ausbilden zu können, eine gute Schule und die Landwirtschaft brauche eine erstklassige deutsche landwirtschaftliche Schule. Dafür müsse das Ministerium Verständnis haben. Es wurde ein Begrüßungstelegramm an die Regierung abgesandt, in dem die Bitte um die Erlaubnis zur Eröffnung einer landwirtschaftlichen Schule ausgesprochen wird. Auch nach der Eröffnung, bei den Reden anlässlich des Festessens, erklangen die gleichen Töne. Dabei feierte der rumänische Direktor des Veterinärwesens in rumänischer Sprache den schwäbischen Landwirtschaftsverein und seinen verdienten Führer Blascovics. Senator Möller sprach auf die deutsche Gemeinde Lovrin und auf die alte deutsche Treue und Tüchtigkeit, der Ministerialrat für Landwirtschaftswesen im Komitat Timis-Torontal besprach in deutscher Rede Landwirtschaftsfragen, Sekretär Luffert pries die Zusammenarbeit der Deutschen mit den anderssprachigen Landwirtschaftsvereinen des Landes. Diesem Gedankengang schloß sich auch Herr Roth als Vertreter des sächsischen Landwirtschaftsvereins an.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Der kleine Grenzverkehr mit der Schweiz.

Man schreibt uns aus der Schweiz: Der kleine Grenzverkehr ist nun wieder eröffnet und das badische Ministerium gibt nun wieder Dauer-Paßscheine aus, mit welchen den Inhabern gestattet ist, entweder täglich, oder doch einige Tage in der Woche die Grenze zu passieren. Doch ist von dieser Wohltat ein etwas überreichlicher Gebrauch gemacht worden. Das Bezirksamt in Lörrach und die schweizerische Grenz-Polizei in Basel sind in der Handhabung der Ausstellung der Scheine etwas zu entgegenkommend gewesen und so kommt es, namentlich da das Badener Lörracher Bezirksamt alle Scheine unbesehen ausstellte, um die die Schweizer baten, daß rund 40000 derartiger Scheine ausgestellt sein sollen, von denen allerdings nur der kleinere Teil in den Händen von Reichsdeutschen oder Badenern, der größere Teil aber in Händen von Schweizer Bürgern sich befindet, die nun die gute Gelegenheit und die gute Valuta ausnützen und sich am Wochenende ein paar gute Tage auf badischem Gebiete verschaffen. Das geschieht in so großem Umfang, daß es zu einer Gefahr für die Ernährungslage der badischen Bevölkerung des Grenzgebiets geworden ist. Die badische Regierung hat, den Vorstellungen ihrer Bevölkerung nachgebend, daher den gesamten kleinen Grenzverkehr an Sonnabenden und Sonntagen, also auch den Verkehr der Reichsdeutschen nach der Heimat, vollständig untersagt. Das ist natürlich besonders eine Härte für die zahlreichen Badener, die in der Schweiz und in Basel sitzen und denen nun die Möglichkeit genommen ist, an den Sonntagen ihre Verwandten zu besuchen. Zu welchen Härten diese Verfügung führt, beweist der Fall eines Dienstmädchens, das am Samstag, den 4. September, ein Telegramm von zuhause erhielt: „Mutter schwer erkrankt, sofort kommen“. Das Mädchen war im Besitz einer gültigen Durchlaßkarte und konnte auch schweizerseits die Grenze ohne weiteres passieren, wohingegen ihr der Grenzübertritt von der badischen Grenzbehörde nicht gestattet wurde, obgleich das Mädchen das Telegramm als Beweisstück vorzeigen konnte. Es wäre doch wünschenswert, daß die badische Regierung und das Bezirksamt in Lörrach für solche dringenden Fälle die Grenze auch an Samstagen und Sonntagen öffnete,

wenn es nicht überhaupt möglich sein sollte, für Reichsdeutsche die Sperrverfügung überhaupt wieder aufzuheben*). D.

VERSCHIEDENES

Auslandkundliche Vorträge in Frankfurt am Main

Die neugegründete südslawische Gesellschaft in Frankfurt a. M. wird im Winterhalbjahr 1921/22 eine Anzahl von Vorträgen und Darbietungen veranstalten, um weitere Kreise für den südslawischen Staat und seine kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland zu interessieren. Geplant sind im Oktober ein südslawischer Dichterabend, im November 3 Vorträge und zwar von Dr. Alfons Paquet über Slawentum und Deutschum, von Professor Dr. Lommel über die Bedeutung des slawischen Sprachstudiums und von Herrn Iwan Popoff aus Rustschuk über das bulgarische Wirtschaftsleben. Im Dezember soll ein südslawischer Musikabend veranstaltet werden in Verbindung mit einem Vortrag von Pfarrer Dr. Schwarzlose über das Thema „Was müssen wir zum Verständnis Südslawiens wissen?“ In den ersten Monaten des folgenden Jahres sollen weitere Vorträge folgen, im Januar ein Vortrag von Dr. Gesemann über das südslawische Volkslied und seine Bedeutung für die Wissenschaft, im Februar ein Lichtbildervortrag von Hermann Wendel: Kreuz und quer durch den slawischen Süden. Im März wird Professor Dr. Žižek über Slowenien, Land und Leute sprechen, im April Hermann Wendel über die soziale Frage in Südslawien und Dr. Gesemann über die Deutschen Südslawiens.

Außerdem wird eine Ausstellung von Skulpturen des südslawischen Bildhauers Ivan Mestrovic erwogen.

Der **Raphaels-Verein** ist am 1. September nach Hamburg übersiedelt, wo er Besenbinderhof 28 sich ein „Wertmannhaus“ gekauft hat. Das „Raphaelsblatt bringt aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Raphaels-Vereins (13. September) zu dem auch unsererseits dem verdienten und bewährten Vereine wärmster Glückwunsch dargebracht sei, eine Würdigung des Lebens und der Verdienste von Cahensly und eine Darstellung der Entwicklung des Vereins, veröffentlicht auch einen vom bischöflichen Generalvikariat in Trier unter dem 5. März 1921 herausgegebenen Erlaß über die „Auswandererseele“, in dem der Raphaelsverein wärmstens empfohlen und gestattet wird, daß das Raphaelsblatt auf Kosten der Kirchenkassen für alle Pfarrbibliotheken gehalten werden soll und empfohlen wird, auf allen Dekanats-Konferenzen der Auswandererfrage zu gedenken. Die Pfarrer sollen im allgemeinen von der Auswanderung abraten und über alle Ausgewanderten genaue Listen führen. Diese Listenführung steht sicherlich in engem Zusammenhang mit sehr eifrigen und regen Bestrebungen zur stärkeren und strafferen Organisation des katholischen Auslandsdeutschtums, wie sie in der an anderer Stelle besprochenen Begründung des katholischen Auslandssekretariats auch zur Geltung kommen soll. In der gleichen Nummer des Raphaelsblattes wird auch über die zweite Haupttagung des „Reichsverbandes für die katholischen Auslandsdeutschen“ in Würzburg (6. Juli) berichtet, zu der Vertreter aller Vereine und zwei Missions-Bischöfe erschienen waren. Der Vorsitzende, Fürst Alois zu Löwenstein, leitete die Verhandlungen, Charitar-Direktor Kreutz erstattete den Jahresbericht. Dann wurde die Gründung des erwähnten Auslandssekretariats besprochen und beschlossen, die Arbeit dem Raphaelsverein zu übertragen. P. Sonnenschein wurde an Stelle des zurücktretenden und in den Beirat übernommenen Direktor Kreutz zum Geschäftsführer gewählt.

*) Inzwischen hat die badische Regierung in diesem Sinne entschieden und für dringende Fälle die Grenze auch über Sonntage geöffnet.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Reinhard, R[udolf], Die Welt nach dem Friedensschluß. Ein geographisch-wirtschaftspolitischer Überblick. 2. neubearbeitete Auflage. Breslau: Hirt 1920. 48 S. M. 2.— und Teuerungszuschlag.

Mehrfach ergänzte und verbesserte Neuauflage der bereits früher (ds. Ztschr. Jg. III, 1920, S. 447) besprochenen und empfohlenen Schrift. Verschiedene statistische Angaben sind in dieser neuen Ausgabe nachgetragen und ergänzt. Wir möchten für weitere Auflagen anregen, die nicht ganz einwandfreien Textkärtchen gemäß schon früher gemachten Ausständen zu verbessern, und weiter vorschlagen, für die einzelnen Länder in Form von Anmerkungen Zusammenstellungen der wichtigsten neuveröffentlichten politisch- und wirtschaftsgeographischen Übersichtskarten zu geben, für die allseitige Interesse besteht; eine derartige Zusammenstellung würde die praktische Verwendung des Buches nur erhöhen. Dr. E. W.

Reinhard, R[udolf], Weltwirtschaftliche und politische Erdkunde. In ausgewählten Kapiteln. Mit 50 Kt., Skizzen und graph. Darstellungen. 2. durchges. Aufl. Breslau: Hirt 1921. M. 4.50 und Teuerungszuschlag.

Wenig veränderter Abdruck der 1. Auflage, die an dieser Stelle bereits besprochen und empfohlen wurde (ds. Ztschr. Jg. III, 1920, S. 507). Soweit inzwischen neueres statistisches Material beigebracht werden konnte, z. B. in den Abschnitten über Verkehr usw., sind in der vorliegenden Neuauflage die entsprechenden Nachträge erfolgt. Dr. E. W.

Hamburgischer Auslandskalender. Ein Taschenbuch für Auslandsdeutsche. (Jg. 2.) 1921/22. Herausgegeben v. W. Herkenroth. Hamburg: Walter Bangert 1921. 354 S. 8° M. 13.—

Vor kurzem erschien der 2. Jahrgang des Hamburgischen Auslandskalenders, der in der handlichen Form des Taschenbuchs wichtiges Material für alle am Ausland interessierten deutschen Kreise bringt. Es werden die neuesten gesetzlichen Bestimmungen über Ausgleichsverfahren, Wiederaufbau usw. behandelt, ferner die diplomatischen Vertretungen, die Einwanderungsbestimmungen der einzelnen Länder und die für die Einwanderer wichtigen Einrichtungen und Vereine des In- und Auslandes dargestellt. Wenn auch die Form des Jahrbuchs erlaubt, die Bedeutung der schwierigen Materie immer wieder von neuem den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen, Ergänzungen, Berichtigungen und Nachträge anzubringen, so scheint es uns doch gefährlich, etwa die Einreisebestimmungen, die Aus- und Einfuhrbestimmungen und andere für den Auswanderer geltende Gesetze buchmäßig festzuhalten, da fast alle diese Dinge einem von Monat zu Monat, ja von Woche zu Woche eintretenden Wechsel unterworfen sind. Es ist daher unvermeidlich, daß manches in dem Kalender schon nach 2—3 Monaten veraltet ist. Wertvoll ist eine Literaturzusammenstellung über Zeitschriften, Nachschlagebücher und allgemein einführende Werke zur Länder- und Völkerkunde des Auslandes. Drei Originalabhandlungen über „Hamburgs Seeschifffahrt“ von Dr. Hasselmann, über „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Einwanderung für Deutschland“ von Hauptmann Morgner, ferner über „Die Auswandererfrage und das deutsche Kartenwesen“ von Dr. E. Wunderlich bieten interessantes und gutes Material über diese Fragen. Dem 3. Jahrgang wäre zu wünschen, daß die Materie noch etwas systematischer und einheitlicher gegliedert würde.

Schäfer, Dietrich, Die Grenzen deutschen Volkstums. Berlin: Carl Curtius 1921. 40 S.

Der Berliner Historiker umschreibt in großen Strichen in meisterhafter Weise die Grenzen des deutschen Volkstums mit den nötigen, auf gründlicher Quellenkenntnis fußenden historischen Begründungen, aber im wesentlichen unter Hervorhebung des bestehenden Zustandes. Das Auslandsdeutschtum im eigentlichen Sinne wird dabei nicht berührt, die Untersuchung erstreckt sich nur auf das Deutschtum des geschlossenen deutschen Blocks in Mitteleuropa. Zur raschen Unterrichtung über Grenzlandsfragen jedenfalls ein ausgezeichnete Führer! W.

Schmied-Kowarzik, Dr. Walter, Die Gesamtwissenschaft vom Deutschtum und ihre Organisation, ein Sehnsuchtsruf dreier Jahrhunderte! Hamburg und Leipzig: Deutschnationale Ver-

lags-Anstalt A.-G. 1918. 84 S. 8° (Bücher der Fichte-Gesellschaft, herausg. vom Arbeitsamt der Fichte-Gesellschaft von 1914. [Bd 1.])

Der Verfasser, zurzeit Dozent der Germanistik an der estnischen Universität Dorpat, bekannt als Herausgeber von Leibniz' Deutschen Schriften, verfolgt die dreihundertjährige Geschichte der deutschwissenschaftlichen Gesellschaften von der fruchtbringenden Gesellschaft von 1617 über Leibniz, Göttsched, Klopstock, Herder, die Zeit der Freiheitskriege und die deutsche Romantik bis zur Gegenwart. Seine Geschichtsbetrachtung klingt in die Forderung einer Gesellschaft der Deutschwissenschaft aus, für die er die Grundlinien einer zeitgemäßen Organisation entwirft. Die Schrift ist ein schätzenswerter Beitrag zur Geschichte der Entstehung des deutschen Nationalbewußtseins.

-ken.

Bonhard, Otto, Geschichte des Alldeutschen Verbandes. Leipzig-Berlin: Theodor Weicher 1920. VIII, 291 S. 8°.

Wenn man dieses politische Buch, das es ist und das es sein will, durchblättert, kommt einem so recht zum Bewußtsein, in wie viel Dingen diese viel geschmähten und viel verlästerten „Alldeutschen“ Anreger und Bahnbrecher gewesen sind, gedanklich, parlamentarisch, politisch und gesetzgeberisch und auch in praktischer Aufklärung des Volkes. Es ist hier nicht der Ort, um ein politisches Werturteil über die Bewegung als solche zu fällen und die politische Haltung zu glossieren und zu kritisieren. In dieser Zeitschrift aber, die dem Auslandsdeutschtum gewidmet ist, darf ausgesprochen werden, daß gerade die Fragen des Auslandsdeutschtums in der Geschichte des Alldeutschen Verbandes eine große und oft ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Der Staatsgedanke war ihm stets weniger bedeutend als der Volksgedanke, den er auf seine Weise innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen zu stärken suchte. In der Reform des deutschen Staatsbürgerrechtes und — was in unseren Tagen besonders bedeutsam ist — der Auswanderergesetzgebung ist der Alldeutsche Verband Führer gewesen. Die Tätigkeit eines Professor Hasse ist in dieser Beziehung unvergessen. Wenn gerade im Ausland das Wort „alldeutsch“ zu einem antideutschen Schlagwort geworden ist, so darf doch betont werden, wie stark sich der Verband in einer Zeit für Gedanken des Auslandsdeutschtums einsetzte, als das noch kein Modebegriff war. Damals wurde der Verband angegriffen, weil er Gedanken vertrat, die heute zum Gemeingut eines ganzen Volksempfindens geworden sind. Für die Geschichte des Auslandsdeutschtums und seiner Beziehungen zur Heimat sind denn auch die Blätter dieser Geschichte des Alldeutschen Verbandes eine reiche Fundgrube. F. W.

Philipp, Eduard, Die deutsche Auslandsschule in der Gegenwart. Leer (Ostfriesland): Wolff & Barfuß 1920. 19 S. 8° M. 1.75. (Kleine pädagogische Bücherei. H. 1.)

Das Schriftchen, dessen Verfasser Geschäftsführer des deutschen Ausland-Schulsekretariats ist, will auf Grund persönlicher Mitteilungen und Konsulatsberichte einen Überblick über den heutigen Stand des deutschen Schulwesens im Auslande bieten und den Lehrern, die ihre Tätigkeit im Auslande aufnehmen wollen, ein möglichst zuverlässiger Ratgeber sein. Auf einige allgemeine Bemerkungen folgen eine Übersicht über die einzelnen Länder und praktische Winke für den auswanderungslustigen Lehrer. Da seit Erscheinen der Schrift einige Zeit verflossen ist, kann heute bereits gesagt werden, daß der Verfasser im allgemeinen zu schwarz gesehen hat und das deutsche Auslandsschulwesen, wie die Rundschau unserer Zeitschrift zeigt, rascher wieder erstanden, zum Teil sogar völlig neu erstanden ist, als man nach dem Zusammenbruch hoffen durfte. Es ist der beste Beweis, wie nötig es ist, die von Amrhein begründete „Deutsche Schule im Auslande“, die 1914 ihr Erscheinen einstellen mußte, so bald als möglich wieder zum Leben zu erwecken.

Dr. H. M.

Hammann, Otto, Der neue Kurs. [Bd 1. 2.] Berlin: R. Hobbing 1918. 1919. [Bd 2 u. d. T.:] Zur Vorgeschichte des Weltkrieges.

Unter den Memoirenwerken unserer Tage, die neben Wertvollem so manches Wertlose bringen, sind die des alten Journalisten aus der Wilhelmstraße mit die interessantesten, weil er nicht nur viel erlebt hat, sondern auch schreiben kann. Aber er

schreibt am besten über das, was er auch kannte und verstand: die innere Politik mit all ihren kleinen und feinen, großen und groben Intrigen, mit ihrem Gegeneinanderspielen und gegeneinander Ausspielen, mit dem ganzen Drum und Dran, das in der Wilhelmstraße, wo man doch auswärtige Politik hätte machen sollen, so ausschlaggebend war. Es ist bezeichnend, wie wenig in den beiden Büchern von Auslandsdeutschen und ihrer wirtschaftlichen oder politischen Rolle die Rede ist. Wenn ich richtig gelesen habe, überhaupt nicht. Daß Hammann, der kaum aus Deutschlands Grenzen herausgekommen ist und das Ausland nur vom Hörensagen kannte, auch die Auswärtige Politik mehr von innen heraus betrachtete, wundert nicht weiter. Aber von den Politikern der Wilhelmstraße war er auf Jahrzehnte noch der klügste und gewandteste, der wenigstens das Instrument der Presse kannte und auf ihm auch meisterhaft zu spielen verstand. Für die Geschichte der letzten 30 Jahre sind seine beiden Bücher eine wundervolle Fundgrube, namentlich zur Charakteristik der leitenden und leidenden Persönlichkeiten. W.

Keyserling, Graf Hermann, Deutschlands wahre politische Mission. Darmstadt: Otto Reichl 1919. 59 S. 8°.

Das Büchlein ist unmittelbar nach den Revolutionswirren geschrieben. Das entschuldigt manche Sätze und Wendungen, die sonst bei einem so abgeklärten Philosophen unentschuldigbar wären. Richtiges ist mit maßlos Übertriebenem gemischt („das ziellose seines Kriegerturns hat den Deutschen, da Ursachen immerhin Wirkungen auslösen, zum Zerstörer par excellence der europäischen Geschichte gemacht“ — gibt es eine schönere Phrase zum Gebrauch der Entente?), der Philosoph Keyserling glaubt, daß wir in eine Geschichtsperiode mündeten, deren wesentlicher Charakterzug sei, daß das Politische unaufhaltsam an Bedeutung verliere. Denn Politik sei stets realistische Machtpolitik und sei zu überwinden. Das neue Völkerpostulat sei: Politik müsse überwunden werden. Eben deshalb sei „das unpolitische deutsche Volk das Volk der letzten Sehnsucht, der vorweggenommenen Menschheitssehnsucht von ewiger Bedeutung in der Welt“. W.

Oesterreich, T(raugott) K(onstantin), Vom Machtideal zum Kulturideal. Worte deutscher Selbstbesinnung. Charlottenburg: Deutsche Verlags-Gesellschaft für Politik und Geschichte 1919. 86 S. 8°.

Der Verfasser schildert in großen Umrissen die innerdeutsche Entwicklung, Bismarck dabei als den „Begründer des Reichs und einen Unsegen zugleich für uns“, weil auf dem Schlachtfeld von Königgrätz der politische Geist der Nation auf ein halbes Jahrhundert begraben worden sei. Aus der Passivität der Nation riß die Revolution von 1918, in der der Verfasser die gradlinige Fortsetzung der Revolution von 1848 erblickt. Der Ausgang des Krieges habe den Willen zur Selbstregierung gebracht. Männer fehlten uns, weil wir bisher keine Demokratie gehabt hätten. Oesterreich schreibt sodann über Staats- und Kulturidealismus und freut sich um der Kultur willen, daß die slawischen Völker in Zukunft freie Nationalstaaten würden. Es sei unwürdig, vom „deutschen Kulturdünger“ der Auswanderung zu reden, denn es sei eine große Kulturleistung der deutschen Nation gewesen, daß sie so viel tüchtige Leute in fremde Länder entsandt habe, ohne in ihrem Kulturleben ärmer zu werden. Oesterreich schildert die deutschen Kulturleistungen neuerer Zeit, die er trotz des von ihm befürworteten Militarismus nicht zurückgegangen findet, in einem knappen aber ausgezeichneten Kapitel, zeichnet die Aufgabe der deutschen Republik in einem Bekenntnis zur Demokratie, die faktisch zur Rettung durch die Berufenen, also zur Aristokratie werden müsse, schildert die Sozialisierung als ein bloßes Mittel zur Erreichung eines menschenwürdigen Daseins für jeden Einzelnen, fordert eine Reform des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens und der Bildung und spricht dann von der Gesinnung in der auswärtigen Politik, für die er mehr Sittlichkeit fordert. W.

The Swarthmore International Handbooks. (1. 3. 5.) Ed. by G. Lowes Dickinson. London: The Swarthmore Press Ltd. 1920. 8°.

1. Dickinson, G. Lowes: Causes of international war. 1920. sh. 2/6.
3. Gooch, G. P.: Nationalism. 1920. sh. 2/6.
5. Woolf, L. S.: Economic imperialism. 1920. sh. 2/6.

Die den englischen Arbeiterkreisen nahestehende Swarthmore-Presse bringt zurzeit eine beachtenswerte Sammlung kleiner

billiger Bändchen heraus, welche brennende politische Gegenwartsfragen behandeln. Ohne den Tatsachen Gewalt anzutun, sollen dieselben darin zur Darstellung kommen, nicht wie sie sich vom nationalistischen, sondern vom internationalen Standpunkt gesehen ausnehmen. Das Ziel des Unternehmens ist, dem Frieden der Welt und der Erweckung eines internationalen Geistes zu dienen.

Wohlthuend wirkt der Versuch, die Tatsachen ohne nationalistische Vorurteile und Voreingenommenheit darzustellen und zu deuten, die Ursachen der Ereignisse und Zustände nicht in der Veruchtheit einzelner Menschen und Völker, etwa des deutschen, sondern in der menschlichen Natur überhaupt und in der geistigen und wirtschaftlichen Struktur der Völker zu suchen, wobei freilich der internationalistische Standpunkt der Verfasser auch zu mancher Einseitigkeit führt. Anfechtbar bleibt jedenfalls die Tendenz, die auf dem Glauben ruht, daß durch Erziehung und Belehrung ein fundamental neuer Geist in der Menschheit zu schaffen sei, der den Egoismus des einzelnen und der Völker ausschalten und durch Internationalismus und Völkerbund das goldene Zeitalter des ewigen Friedens bringen werde.

Das Bändchen **Nationalism** verfolgt das Erwachen des Nationalismus und seine Auswirkungen in der äußeren und inneren Politik der Völker seit der französischen Revolution.

Economical Imperialism. Der Verfasser behandelt den Imperialismus, den schrankenlosen Ausdehnungsdrang der Großmächte während der letzten 100 Jahre, welcher ganz Afrika und Asien außer Japan unter europäische Herrschaft und Führung brachte. Die Motive waren so gut wie ausschließlich wirtschaftliche. Infolge der Industrialisierung und der starken Bevölkerungszunahme der europäischen Staaten entstand das Bedürfnis, sich in jenen unentwickelten Ländern Lieferanten für Rohstoffe und Nahrungsmittel und Abnehmer für Industrieprodukte zu sichern. Als Ziel der Eroberung wird die kapitalistische Ausbeutung bezeichnet unter Hintansetzung der Interessen der Unterworfenen. Das Ergebnis sei ein unglückliches nicht bloß für die ausgebeuteten und versklavten Unterworfenen, sondern auch für die Herrenvölker, die große Ausgaben, kostspielige Kolonialkriege und die dauernde Gefahr europäischer Verwicklungen in Kauf nehmen, wobei der wirtschaftliche Nutzen vielfach keineswegs dem Aufwand entspreche. Diese Erkenntnis soll zur Überwindung der kapitalistischen und imperialistischen Ideen führen. Die Europäer sollen die fremdrassigen Völker nicht mehr ausbeuten, sondern ihnen helfen, geistig, wirtschaftlich und politisch mündig und selbständig zu werden. Das Instrument dazu soll der Völkerbund werden.

Causes of international war. Dieses Bändchen ist am meisten Tendenzschrift und daher auch am meisten anfechtbar. So treffend im einzelnen die Ausführungen über die Ursachen des Krieges, speziell auch des Weltkrieges sind, so sieht der Verfasser doch das Kernproblem einseitig von seinem nationalistischen und internationalistischen Standpunkt aus. Als Voraussetzung der Möglichkeit des Krieges wird bezeichnet der Gesellschaftstrieb und die Spaltung der Menschheit in zahlreiche Gruppen, von welchen die Staaten die geschlossensten und machtvollsten sind. Daß diese Gruppen zum Krieg kamen, beruht auf dem Egoismus und Machthunger des einzelnen und der Staaten. Verstärkt wird die Macht dieser Motive durch das Aufkommen eines besonders Kriegerstandes, welcher ein Lebensinteresse am Bestehen des Krieges hat und in kriegerischer Tätigkeit und Tüchtigkeit etwas besonders Vornehmeres und Rühmliches sieht; er sucht auch das ganze Volk mit diesem kriegerischen Geist zu erfüllen, wobei ihm die primitiven Instinkte im Menschen zu Hilfe kommen, die im Krieg freien Spielraum erhalten. Aus der Erkenntnis der Ursachen des Krieges ergeben sich die Heilmittel gegen den Krieg. Auf die regierenden Klassen ist dabei wenig zu rechnen; sie haben ein Interesse am Krieg und sind zu sehr von den kriegerischen Traditionen erfüllt; um so mehr ist auf die Massen, vor allem die Arbeiter, zu rechnen, die vom Krieg am meisten leiden, am wenigsten Nutzen haben. Sie sind durch Belehrung und Erziehung dahin zu bringen, daß sie sich aus Vernunftgründen nicht nur von jenen kriegerischen Traditionen, sondern auch von den egoistischen Trieben und Leidenschaften, die zum Kriege führen, lossagen. Der Völkerbund soll friedlich die internationalen Beziehungen dieser neuen Menschheit regeln. Zu entscheiden, ob eine solche Entwicklung möglich ist, heißt die Frage nach der Natur des Menschen entscheiden. Bausenhart.

Speckmann, Dietrich, Neu-Lohe. Berlin: Warneck 1920. 80. 340 S. M. 20.—.

Diesen neuen Speckmann werden auch die Auslanddeutschen wieder freudig begrüßen. Als Fortsetzung von „Heidehof Lohe“ sehen wir ihn schon in mancher deutschen Auslandszeitung abgedruckt. In der Tat spiegelt er recht anschaulich die tiefgreifenden Probleme unserer jetzigen Übergangszeit in einigen wenigen niederdeutschen Charaktergestalten wieder. Wir erleben es mit, wie wahrhaft soziales Denken und Empfinden auch auf dem rückständigen Lande immer mehr Wurzel schlagen. Der Band wird zum tieferen Verständnis des gegenwärtigen Heimatdeutstums unter dem Auslanddeutstum beitragen können.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Auf eine recht bezeichnende Erscheinung macht in einem Nachruf für den argentinischen Rechtsgelehrten Dr. Luis Maria Drago die „Deutsche La Plata-Zeitung“ aufmerksam. Er spielte als Außenminister seines Landes in internationalen Rechtsstreitigkeiten und Fragen eine große Rolle. Er war ein Schüler von Thomas Carlyle, welchen er gerne und oft zitierte und dessen Werke er ins Spanische übertrug. Daß aber Carlyle selbst auf den Ergebnissen deutschen Geisteslebens fußte, war Drago nicht gegenwärtig. Die deutsche Auslandszeitung führt dieses eine Beispiel für so viele andere an. So hat der bedeutende argentinische Soziologe, der wegen seiner praktischen Politik heute noch stark umstrittene Juan Bautista Alberdi, sich stets ausdrücklich als Schüler des deutschen Rechtslehrers Savigny bezeichnet, aber er zollt seinen Dank an dessen — französischen Übersetzer und knüpft daran die Bemerkung, daß jeder Südamerikaner gründlich Französisch lernen müsse, weil alle wichtigen Werke der Weltliteratur ins Französische übersetzt würden. Auch ein anderer noch lebender argentinischer Gelehrter, dessen Namen die Zeitung absichtlich nicht nennen will, zitiert Savigny stets nach der französischen Übersetzung. Die Schuld an diesen Dingen liege nicht nur bei denen, die sich auf Umwegen über deutsche Wissenschaft unterrichteten, sondern auch bei denen, die es versäumt hätten, den deutschen Gedanken im Ausland unmittelbar zu verbreiten.

Das Augustheft der Monatsschrift „Auslandsrecht“, Organ des „Instituts für ausländisches Recht beim Reichsverband der Deutschen Industrie“, bringt einen sehr interessanten Bericht über die ersten Entscheidungen des französisch-deutschen gemischten Schiedsgerichtshofes, die von allgemeiner Bedeutung sind. Ferner enthält die Augustnummer den Text des finn-

ländischen Scheckgesetzes, die litauischen Gesetze über die Regulierung früherer Schulden, wichtige Gesetzesbestimmungen über die Ausübung eines Gewerbes durch Ausländer in Schweden und eine eingehende Übersicht über Steuer und Gebührenrecht, Währungsfragen, Staatsschuldenwesen sowie die Sozialgesetzgebung in der Tschechoslowakei. Der gewerbliche Rechtsschutz und das Urheberrecht in Österreich und in Jugoslawien werden ausführlich besprochen. Die Einführung des italienischen Rechts in Neu-Italien behandelt ein längerer Aufsatz, und aus der französischen Rechtsprechung werden interessante Entscheidungen wiedergegeben.

Die an deutsche Auslandszeitungen gerichtete Bitte des Deutschen Ausland-Instituts, für die Auswanderungs-Wander-Ausstellung des Instituts Material bereit zu stellen, hat ein erfreuliches und über die Bedeutung der Ausstellungsarbeit hinaus wirkendes Ergebnis gehabt. Die „Deutsche Zeitung für Paraguay“ hat ihre Nummer 126 des 3. Jahrgangs zu einer besonderen Auswanderungsnummer ausgestaltet und läßt sie in dem doppelten Umfang der gewöhnlichen Erscheinungsform herauskommen. W. Horstmann schreibt über „Unbrauchbare Einwanderung“, über „Paraguay als Einwanderungsziel“ und über die „Ankunft in Asuncion“. Er vertritt den Standpunkt, daß Paraguay als Auswanderungsziel für Landwirte sehr wohl in Betracht kommt, während es für alle anderen Berufsarten erst in zweiter Linie oder in noch beschränkterem Maße ein Zukunftsland darstellt. Zwei Originalbriefe von Kolonisten, die zwei Jahre im Lande sind, stellen ausgezeichnete Beiträge zu der Frage der Eignung Paraguays als Kolonistengebiet dar. Es wird darin aus der Kolonie Nueva Germania und aus Horqueta berichtet und es wird darin schließlich scharf gegen den üblichen Koloniekitsch gewertet, der recht üble Form angenommen habe und die Landsleute auseinander treibe, anstatt sie in Einigkeit zusammenzuhalten. Ein besonderer Artikel berichtet über die Entwicklungsaussichten für Paraguay. Einer Mitteilung des Blattes ist ferner zu entnehmen, daß am 7. August ein Wohltätigkeitsfest für die deutsche Schule stattfand, das den stattlichen Betrag von 13027 Dollar erbrachte und dessen Gelingen im wesentlichen dem deutschen Frauenverein zu verdanken ist. Alles in allem stellt die Wanderungsnummer der „Deutschen Zeitung für Paraguay“ eine stattliche Leistung dar, zu der man die Zeitung und das Deutschtum in Paraguay beglückwünschen darf. (Die Nummer kann auf Wunsch von der Geschäftsstelle des D. A. I. bezogen werden.)

VON UNSERER ARBEIT

Anläßlich des Hinscheidens des früheren Schirmherrn des Deutschen Ausland-Instituts, Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs Wilhelm von Württemberg, begab sich eine Abordnung des D. A. I., bestehend aus dem Vorsitzenden des Vorstands, Herrn Konsul Dr. Wanner, dem Vorstandsmitglied Professor Dr. Uhlig-Tübingen und dem Generalsekretär Dr. Werthelmer, am Montag, den 3. Oktober, nach Bebenhausen, wo sie im Schlafzimmer am Sterbebette des Herzogs einen Lorbeerkranz mit weißer Schleife und der Inschrift „In Treue und Dankbarkeit, das Deutsche Ausland-Institut“ niederlegten und Gelegenheit nahmen, den Vertretern der Familie, dem Fürsten Wied, sowie dem Herzog Albrecht von Württemberg, die Teilnahme des Instituts auszusprechen. In der am 4. Oktober stattfindenden Vorstandssitzung, sowie anläßlich des ersten Wintervortrags am 5. Oktober widmete der Vorsitzende des Vorstands, Konsul Dr. Wanner, dem Verewigten warme Worte des herzlichen Gedenkens und treuer

Dankbarkeit des Instituts für alle Förderung, die das Institut von seiner Gründung an durch Herzog Wilhelm erfahren durfte. Die Anwesenden hörten die Worte stehend an. Am Beerdigungstage war das Institut wie auch die staatlichen Kanzleien Stuttgarts zum Zeichen der Trauer von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geschlossen.

Vorträge.

Am Mittwoch, den 5. Oktober, begann die Reihe unserer Wintervorträge mit einem Vortrag des Herrn Studiendirektor Dr. Gaster-Berlin über „Die deutsche Auslandschule, ein Aktivposten in der deutschen Weltwirtschaft“. Der Vorsitzende des Vorstandes leitete den Vortrag mit einer kurzen Ansprache ein, aus der wir die folgenden Sätze wiedergeben:

„Wir beginnen heute die Reihe unserer Wintervorträge, die wir dank dem Entgegenkommen des Handelsgeographischen

Vereins abermals in seinem schönen Raum abhalten dürfen. Abermals soll eine große Anzahl hervorragender Fachleute uns vom Ausland und vom Auslandsdeutschum berichten. Wir lassen hier alle Meinungen und jeden Standpunkt zur Geltung kommen, auch wenn es nicht der unsrige ist und wenn wir ihm nicht zustimmen können. Denn wir sind nicht dazu da, eine bestimmte Lehrmeinung zu vertreten, sondern wir wollen jeder Art von Aufklärung die Wege öffnen. Daß sich das Deutsche Ausland-Institut hierbei nur der geistigen und wirtschaftlichen Fragen annimmt und daß es das für seine Arbeit gefährliche Gebiet der hohen Politik als politisch und konfessionell neutrales Institut völlig beiseite läßt, hat es in den Jahren seiner Tätigkeit bewiesen. So soll es auch weiter, und namentlich in unsern Vortragskursen, gehalten werden. Wir ersuchen alle unsere Redner und Mitarbeiter gerade in Zeiten innerer politischer Spannung bei der Behandlung der uns am Herzen liegenden völkischen Fragen die Politik auszuschalten und das Einigende, nicht das Trennende, zu betonen. Denn auch unser Auslandsdeutschum sollte aus dieser Politik ferngehalten werden. Unsere Volksgenossen draußen haben ihre eigenen Sorgen und Nöte; wo sie Deutschausländer sind, haben sie unter sich ihre Streitigkeiten und Parteilungen — sie wären ja keine Deutschen, wenn sie dieses unser Erbteil nicht mit in die Wiege gelegt bekommen hätten! — und wo sie Reichsdeutsche im Ausland sind, da ergreift auch sie der leidenschaftliche Kampf, den wir im Innern toben sehen. Aber wir wollen eben doch, daß unsere Auslandsdeutschen auf höherer Warte stehen, daß sie sich den Blick fürs große Ganze bewahren und sich nicht in Kleinigkeiten verzetteln. Dieses große Ganze ist unser Volkstum, dem wir zu dienen glauben, wenn wir die Politik draußen lassen und jeden als unsern Mitarbeiter begrüßen, der sich für unsere Arbeit interessiert.

Es möge ein gutes Zeichen sein, meine Damen und Herren, daß wir auch diesen Vortragszyklus mit einem Vortrag über Schulwesen eröffnen. Im vorigen Jahre war es ein hervorragender Führer auf dem Gebiete des Auslandsdeutschums, unser verehrter Mitarbeiter, Herr Professor Stadtrat Dr. Ziehen, der uns Grundlegendes über diese Fragen berichtete. In diesem Jahre haben wir die Freude, einen nicht weniger erfahrenen und berühmten Redner bei uns begrüßen zu dürfen, Herrn Studiendirektor Dr. Gaster, der ja schon einmal uns besuchte, als unser Deutsches Ausland-Institut noch in den ersten Anfängen seiner Tätigkeit steckte. Daß er heute wieder gekommen ist und trotz vielfacher Beanspruchung zwischen zwei wichtigen Sitzungen unserer Aufforderung Folge leistete, ist uns eine besondere Freude. Herr Dr. Gaster ist nicht nur der Theoretiker, der im Reichsausschuß für das Auslandschulwesen seine Erfahrungen verwerten kann, er ist vor allem der Praktiker, der die bekannte deutsche Schule in Antwerpen zu höchstem Blühen und Gedeihen brachte und dem — immer ein gutes Zeichen für Lehrer und Schüler — seine ehemaligen Schüler eine so treue Anhänglichkeit und Liebe bewahren, daß wir ihn als den Vater einer wichtigen Gemeinde der alten Antwerpener ansprechen dürfen.“

Die Ostasienausstellung.

Die Ostasien-Ausstellung, die die Ostasien-Abteilung des D. A. I. in Verbindung mit 3 Stuttgarter Kunstvereinen veranstaltete, war ein voller Erfolg. Die Ausstellung war von etwa

7000 Personen besucht und konnte so durch ihre eigenen Einnahmen die aufgewandten Kosten vollständig decken, so daß eine Inanspruchnahme des für die Ausstellung gezeichneten Garantiefonds fast nicht nötig wurde. Für eine größere Anzahl von Schulen und Vereinen, sowie die Angestellten des Instituts fanden besondere Führungen statt. Der Leiter der Ostasien-Abteilung, Herr Lambertz, hielt außerdem täglich ein oder zwei Führungen zur Erklärung der ausgestellten Kunstwerke ab, die eine große Anziehungskraft ausübten. Die Zahl der Führungen belief sich auf nahezu 40.

Deutsche Dichterspende

Welche Freude ein gutes deutsches Buch bei den Auslandsdeutschen hervorruft, läßt ein Brief erkennen, den eine deutsche Kolonie in Mexiko kürzlich an das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart richtete. Das Institut hatte die in der Entstehung begriffene deutsche Vereinsbücherei mit einer kleinen Auswahl bester deutscher Erzähler aus seiner Deutschen Dichterspende gefördert und erhielt nun folgende Antwort:

„Beinahe hätte ich unterlassen, Ihnen ganz besonders für die hochherzige Unterstützung zu danken — im Namen der ganzen Kolonie — die Sie bewog, uns mit einigen Werken für unsere Bücherei zu unterstützen! Das deutsche Buch — ernst oder heiter, wissenschaftlich oder schöngest — ist ja für uns hier der Ersatz des geliebten Vaterlandes.“

Über Fincks Bücher freue ich mich besonders; seinen „Bodenseher“ kenne ich vom Felde her, wo es auch galt, Heimweh zu stillen; und solche Heimatgrüße tun das immer. Und für einen Schwaben gibt es in der ganzen Welt nichts Schöneres als seine Heimat und Grübe aus dieser so herrlichen Heimat.“

Schenkung finnländischer Karten

Eine sehr wertvolle Kartenschenkung erhielt unsere Kartensammlung vom Landesvermessungsamt in Finnland. Überwiesen wurde neben verschiedenen Druckschriften über die Entwicklung des Vermessungswesens in Finnland eine große Zahl von Kartenpublikationen, namentlich sämtliche bisher erschienenen Blätter der topographischen Kartenwerke 1:100000 und 1:50000.

Die Schenkung dieser Karten, die ein gutes Zeugnis von der Entwicklung der Kartographie in Finnland geben, ist um so mehr zu begrüßen, als es nur ganz wenige Stellen in Deutschland gibt, wo die finnischen Kartenwerke komplett vorhanden und weiteren Kreisen zugänglich sind.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgendes Angebot:

Auslandsdeutscher in Paris lebend, sucht für einen Pariser Möbelhändler deutsche Möbelfabrikanten, die Muster in Consignation geben würden. Zuschriften befördert das D. A. I.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 8. Oktober 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA



„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 5.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV – Nr. 21

STUTTGART

Erstes Novemberheft 1921

Die Eröffnung unserer Auswanderungs-Ausstellung

Unsere seit mehreren Monaten vorbereitete Ausstellung über das Auswanderungswesen ist am 21. Oktober im Handelshof in Stuttgart feierlich eröffnet worden. In den letzten Wochen wurde sehr eifrig an der Fertigstellung des Materials gearbeitet, zahlreiche Modelle wurden angefertigt, ein großer Stab von Zeichnern arbeitete an der Beschriftung der Bilder und an der Ausarbeitung von Tabellen und Karten. Fast alle Abteilungen des Instituts waren mit der Belieferung für die Ausstellung neben ihren sonstigen Arbeiten voll beschäftigt. Als dann in den letzten Wochen und Tagen die zahlreichen Möbelwagen, Kisten, Pakete von auswärts ankamen und sich das Material häufte, schien es fast, als ob es nicht möglich sein könnte, die Ausstellung zu einem so frühen Termin zu eröffnen, bis es der Ausstellungsleitung doch schließlich in angestrengter Tag- und Nachtarbeit gelang, zum vorgesezten Termin die Ausstellung fertigzustellen.

Es war dem Deutschen Ausland-Institut eine besondere Freude, daß Reichspräsident Ebert zugesagt hatte, die Ausstellung selbst eröffnen zu wollen. Leider wurde durch die politische Lage diese Absicht verhindert. Die gerade zur Stunde seiner geplanten Abfahrt vorgesehene Überreichung der Oberschlesiennote hielt den Herrn Reichspräsidenten in Berlin fest, so daß er dem Deutschen Ausland-Institut wie folgt telegraphierte:

„Zu meinem Bedauern durch die politische Lage am persönlichen Erscheinen verhindert, übermittle ich Ihnen meine besten Wünsche für Gelingen und Erfolg der Auswanderungsausstellung. Möge diese dazu beitragen, die Auswandererfürsorge zu fördern und den lebendigen Zusammenhang zwischen Auslandsdeutschen, Auswanderern und Heimat zu stärken.
Reichspräsident Ebert.“

Am Freitag morgen fand zunächst für die Presse eine besondere Führung und Erläuterung der Ausstellung und ihrer Absichten statt. Mittags vereinten sich die Mitglieder des württemb. Staatsministeriums mit dem Vorstand des Deutschen Ausland-Instituts zu einem einfachen Mittagbrot, bei dem der Vorsitzende des Verwaltungsrats, Staatssekretär a. D. Exzellenz v. Hintze, und der württemb. Staatspräsident, Dr. v. Hieber, Worte herzlicher Begrüßung wechselten. Nachmittags um 4 Uhr hatte sich ein zahlreiches geladenes Publikum im Handelshof vereinigt, wo Staatssekretär a. D. v. Hintze die Versammelten begrüßte und die Ausstellung mit folgenden Worten eröffnete:

„Ubi bene ibi patria“ ist ein übelberühmtes Sprüchlein. Und doch, wenn wir in eine Analyse eintreten, so finden wir ein Körnchen Berechtigung an ihm. Aristoteles hat gesagt: Der Staat ist nötig, damit das Zusammenleben der Menschen möglich ist. Wir können für den modernen Staat die Rechtfertigung verbreitern und sagen: der Staat ist da, um die Staatsangehörigen möglichst alle glücklich zu machen. Wenn wir vom Vaterland sprechen, so denken wir zumeist gewohnheitsmäßig, zunächst an etwas Gefühlsmäßiges: das Vaterland ist die gemeinsame ruhm- und dornenvolle Tradition, unsere großen Toten, unsere Helden der Vergangenheit, es ist uns die harte und bittere Not der Gegenwart und es ist uns die feste Zuversicht auf eine bessere Zukunft durch gemeinsame Arbeit. Wenn ich das Sprüchlein ändern könnte, so würde ich es umdrehen und sagen: ubi patria, ibi bene!

Wie wird unser neues Deutschland, unser neues Vaterland diesem Sprüchlein gerecht? Die Handarbeiter haben vermöge einer vorbildlichen vieljährigen Organisation verbunden mit einer eisernen Disziplin es zu Wege gebracht, daß ihnen weit über ihre Zahl hinaus ein großer Anteil an der Geschäftsführung des Gemeinwesens verbürgt ist. Ihre materielle Lebenshaltung ist wesentlich gebessert und ich bin sehr wohl zufrieden mit den Erfolgen dieser Organisation und dieser Disziplin, denn sie macht unter obigem Motto einen beträchtlichen Teil des Deutschen Volkes glücklich. Daneben ist eine kleinere Reihe von Besitzern der Produktionsmittel aus dem Zusammenbruch noch halbwegs herausgekommen, Landwirtschaft und Industrie. Endlich haben wir, was wir gemeinhin den Mittelstand zu nennen pflegen, und diejenigen Schichten des deutschen Volkes, welche durch unseren Zusammenbruch aus ihren Berufen ausgeschleudert und auf

ein Nebengeleise geschoben worden sind, der Mittelstand, der zum großen Teil während der Prüfung des Krieges seinen Patriotismus, seine Vaterlandsliebe opferwillig betätigt hat, wie alle andere, im Felde, oder auf dem Altar, auf dem sie opfern konnten in der Heimat, der Mittelstand, der jetzt durch seine Opfer in der Heimat zum großen Teil mit Kriegsanleihe ruiniert ist. So haben wir im neuen Deutschland eine Menge von Existenzen, die, obgleich sie arbeiten wollen, nicht arbeiten können, und die dennoch nicht als Schmarotzer am deutschen Volke leben wollen, sondern sich nach Arbeit sehnen, nach Arbeit drängen. Was bleibt nun für diese? Unsere Heimat kann ihnen nicht das Brot geben und kann ihnen nicht die Arbeit geben, mit der sie das Brot verdienen. Also sie wissen, es bleibt ihnen nun die Fremde, die Auswanderung. Wir haben ferner in unserem neuen Deutschland eine Menge von Auslandsdeutschen, die vor dem großen Kriege im Ausland lebten und ihr Brot verdienten. Die Fremde hat sie zurückgejagt, sie ihres Eigentums beraubt und nun sind sie bei uns und drängen nach einer Gelegenheit, wieder hinauszukommen. Ihres Besitzes, ihres Kapitals sind sie zum größten Teil beraubt. Die Feinde verweisen sie zur Entschädigung an das Deutsche Reich und das Deutsche Reich hat seine Hände bereits aufgetan. Aber was kann das Deutsche Reich all seinen Söhnen auf ihre Forderungen geben? Die Aufgaben des Deutschen Reiches sind so unendlich vervielfältigt worden gegenüber denen, die vor dem Kriege bestanden haben. Diese Auslandsdeutschen wollen mit dem Pfennig, den ihnen das Deutsche Reich als Entschädigung geben kann, wieder hinaus. Außer ihrem Kapital, das ihnen zu einem Teil mitgegeben wird, nehmen sie ein weit stärkeres und größeres und bedeutenderes Kapital wieder hinaus, die Kenntnis des Auslandes, die Kenntnis der Psyche der fremden Völker, die Kenntnis des Geschäftes, der Gewohnheiten und der Sitten des Auslandes. Das ist eine Mitgift, die mit dem Besitz an Geld und Gut nicht in Vergleich gezogen werden kann, weil sie viel wertvoller, viel bedeutender ist. Dazu diejenigen, die aus der Heimat heraus wollen zum ersten Mal. Clemenceau, der Tiger, der den Adler zerfleischt hat, wie er sich in einem Monument darstellen ließ, hat es ausgesprochen: Diesseits des Rheins gibt es 20 Millionen Deutsche zuviel und diese 20 Millionen Deutsche wünscht er hinaus. Ich weiß nicht, ob das der Staatsmann Clemenceau gesprochen hat. Wenn wir den Fall setzen, daß 20 Millionen Deutsche im Augenblick ins Ausland gehen könnten, dort auftreten könnten mit den deutschen Tugenden, Arbeitsamkeit, Ausdauer und Bescheidenheit, so wäre das doch eine Klärung der Atmosphäre, die jetzt durch die feindliche Propaganda ganz zu Ungunsten Deutschlands zusammengeballt ist. Nicht leichten Herzens läßt das deutsche Volk seine Söhne in die Fremde ziehen. Es ist ein Opfer, das das deutsche Vaterland bringt, wenn es seine Söhne hinausgehen läßt, doch erwarten wir von diesem Opfer einen großen moralischen Gewinn. Wir wollen nicht, wie es früher zeitweise geschehen, daß unsere Auswanderer, seien es Auswanderer, die aus der Fremde zu uns zurückgekehrt sind, seien es neue Auswanderer, ihr Deutschtum preisgeben zu Gunsten eines fremden Volkstums. Ein Freund von mir, ein Staatsmann von Ruf, Stolypin, der große russische Ministerpräsident der Jahre 1910/11, hat mir einmal gesagt: Ihr Deutschen seid ja gar nicht bestimmt, einen einheitlichen Staat, eine einheitliche Nation zu bilden. Ihr seid bestimmt, über die Welt zu gehen und euer Wissen und Können unter die anderen Völker zu verbreiten. Kulturdünger. — Ein Volk, das sich 4½ Jahre gegen ¼ der Welt mit einem unvergleichlichen Ruhm gewehrt hat bis zur letzten Stunde, ein solches Volk verschmäht es, Kulturdünger zu sein. Wir weisen eine solche Zu-

mutung weit von uns. Wir gehen an die Auswanderung heran, notgedrungen, der Notwendigkeit gehorchend, von der die Griechen gesagt haben, daß sie die Herrin der Götter und der Menschen ist. Daß unsere Auswanderer, seien es die, die aus der Fremde zu uns zurückkehrten und nun wieder hinaus wollen, oder die neuen Auswanderer, diesem unserem Wunsche, Deutsche auch draußen zu bleiben, entsprechen, dazu bemüht sich das Deutsche Ausland-Institut nach seinem Kreise, nach seinem Wirkungsbereich zu arbeiten. Das Deutsche Ausland-Institut ist zuweilen verdächtigt worden, das Institut reize ja zur Auswanderung an. Mit nichten, sondern nur einer Notwendigkeit folgend ist das Deutsche Ausland-Institut bereit, den Auswanderern zu Hilfe zu kommen bei ihrer Ausreise, bei ihrer Unterbringung in der Fremde, bei ihrem Verhalten in der Fremde, und in ihrer Beziehung zur Heimat. Das Deutsche Ausland-Institut ist bemüht, diese Deutschen draußen auch Deutsche sein zu lassen. Dazu hat das Deutsche Ausland-Institut neben seinen materiellen Hilfeleistungen, die intimen innerlichen Beziehungen, die Familienbeziehungen zwischen Auslandsdeutschen und Inlandsdeutschen zur besonderen Pflege sich erkoren. Ich, der ich viele Jahre im Auslande zugebracht, der ich ungefähr, ich sage nicht alle, aber vielleicht $\frac{2}{3}$ sämtlicher Kolonien im Auslande gesehen habe, kann versichern, daß ein großer Teil der inneren Abkehr vom Deutschtum darauf zurückzuführen gewesen ist, daß die Gefühlsbande zwischen dem Auslandsdeutschtum und dem Inlandsdeutschtum allmählich immer gespannter wurden und teilweise auch zerrissen. Wir geben ja unseren Auswanderern, die heute hinausgehen, unendlich viel mit. Ein großer Teil der Fremde verschleißt sich noch diesen Auswanderern, aber ich habe die Zuversicht, daß dies nicht auf immer anhalten wird. Ich glaube, daß mit der Zeit die Welt wiederum unsere Arbeit, unsere Mitarbeit brauchen wird. Die Katastrophe, unter der wir uns quälen, ist, wenn dies ein Trost ist, ja nicht allein die unsrige, die gesamte sogenannte zivilisierte Welt leidet unter den Folgen der übermäßigen Anspannung des Weltkrieges. Unter allem dem, was an Auswüchsen wir beschneiden möchten und doch nicht recht können, weil die Entwicklung noch nicht richtig fortgeschritten ist, darunter leiden auch die ersten Nationen der Welt, England, Frankreich und die Vereinigten Staaten. Wir, eine Nation von 100 Millionen Deutschen, die wir über den ganzen Erdball zerstreut sind, brauchen selbst nicht nach einer so überwältigenden Katastrophe, wie die, welche über uns hereingebrochen ist, unsere Zuversicht in unsere Bestimmung aufzugeben. Die Welt wird einst, vielleicht bald, erkennen, daß auch sie wiederum den Deutschen braucht. Daß dieser Deutsche am allgemeinen Wiederaufbau zum Wohle der Menschheit mitarbeiten kann, dahin will das Deutsche Ausland-Institut mit seinen bescheidenen Kräften mitwirken. Es hat hohe Protektoren. Es ist eine Ehrenpflicht für das Deutsche Ausland-Institut, auch an dieser Stelle und heute den aus Blumen und Zweiglein geflochtenen Kranz der Dankbarkeit an dem Grabe des verbliebenen Königs niederzulegen.

Wir haben die Pflicht, und eine angenehme Pflicht, anzuerkennen, daß die württembergische Staatsregierung die Tradition voll und ganz übernommen hat. Wir wissen, daß das Deutsche Ausland-Institut mit seinem Wirken und Wollen von der württembergischen Staatsregierung anerkannt und erkannt wird. Wir hoffen und haben darin vom Herrn Staatspräsidenten schon die Versicherung erhalten, daß nicht nur die württembergische Regierung sich in Zukunft des Deutschen Ausland-Instituts annehmen wird, sondern auch das Reich, daß das Deutsche Reich auch anerkennen wird, daß das, was hier in Stuttgart von Schwar-

bens Männern — Ehre sei ihnen — geschaffen worden ist, daß das eine gemeinnützige Organisation für das gesamte deutsche Volk ist und sein wird. Wir erwarten, daß das Deutsche Ausland-Institut mit seinen gewaltig vermehrten Aufgaben, die jetzt an es herantreten, auch von Seiten des Deutschen Volkes, von Seiten des Deutschen Reiches die gebührende Unterstützung findet. Zur Unterstützung in weiten Kreisen gehört Verständnis und um dieses Verständnis in weiten Kreisen zu wecken, dazu dient die heute hier zusammengetragene Ausstellung des Auswanderungswesens. Sie soll ein Bild geben von dem, was das

Der württemb. Staatspräsident Dr. v. Hieber antwortete auf die Eröffnungsansprache wie folgt:
Euer Exzellenz!

Hochverehrte Versammlung!

Namens der württembergischen Staatsregierung gebe ich mir die Ehre, der einleitenden Eröffnungsansprache des ersten Vorsitzenden des Verwaltungsrats des Deutschen Ausland-Instituts, Seiner Exzellenz Herrn Staatssekretär von Hintze, ein kurzes Wort des Dankes und der Begrüßung beizufügen. Der Herr Reichspräsident hat mich ersucht, seinem aufrichtigen Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß die dringenden politischen Ereignisse dieser Tage, die wir leider alle kennen, es ihm unmöglich gemacht haben, seinen bestimmten Wunsch und seine bestimmte Absicht zur Ausführung zu bringen, persönlich an der Eröffnung dieser Ausstellung teilzunehmen und das Interesse des deutschen Reiches und Volkes an dieser Ausstellung zum Ausdruck zu bringen. Wir können auch unsererseits nur lebhaft bedauern, daß wir den Herrn Reichspräsidenten heute nicht in unserer Mitte sehen dürfen. Die Anwesenheit des ersten Repräsentanten des Reiches hätte dazu gedient, und wäre deswegen von der schwäbischen Landeshauptstadt und vom schwäbischen Volke mit besonderem Dank und besonderer Freude aufgenommen worden, sie hätte dazu gedient, es unzweideutig vor aller Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen, daß es bei den Arbeiten des Deutschen Ausland-Instituts und bei dieser Ausstellung, der Sonderausstellung über das Auswanderungswesen, es sich nicht um Sonderbestrebungen irgend welcher Art handelt, sondern um ein gemeinsames deutsches Interesse, um eine große deutsche Sache, an der alle deutschen Länder und Stämme gleichmäßig beteiligt sind. Ich möchte meiner besonderen Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß es möglich gewesen ist, diese zweite Sonderausstellung des Deutschen Ausland-Instituts hier in schwäbischem Lande und in der schwäbischen Landeshauptstadt

Man trat sodann unter der Führung des Herrn Oberstleutnant a. D. v. Kiesling, des Münchener Vertreters des Deutschen Ausland-Instituts und Leiters der Ausstellungsvorbereitungen, einen Rundgang durch die Ausstellung an, die in den zwei großen und weiträumigen Stockwerken des Handelshofs untergebracht ist.

Über die Ausstellung selbst werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Deutsche Ausland-Institut dem Auswanderer mitgeben kann und was es unentgeltlich, liebenswürdig, freundlich, stets bereit ist, ihm zur Verfügung zu stellen. Sie soll auch dem Deutschen Volke zeigen, welche Gefahren es in der Fremde erwarten. Sie will es ja nicht anreizen zur Auswanderung, sondern beraten und auf der anderen Seite warnen. Die Auswanderungsausstellung spricht für sich selbst. Ich brauche kein Kommentar mehr dazu zu geben.

Herr Staatspräsident! Mit Ihrer gütigen Genehmigung erkläre ich hiermit namens des Deutschen Ausland-Instituts die Auswanderungsausstellung für eröffnet.

ihren Anfangs- und Ausgangspunkt nehmen zu lassen. Der Herr Vorsitzende hat sachkundiger- und beredterweise über die Bedeutung und den Zweck dieser Ausstellung sich ausgesprochen, so daß es hier fast unbescheiden erscheinen mag, noch weiteres beizufügen. Mag unsere Zukunft sich gestalten wie sie will, wir werden jedenfalls im Laufe der Zeit in gewissem Umfang mit einer Auswanderungsnotwendigkeit, mit einem aus der Not der Zeit und der Verhältnisse geborenen Auswanderungsdrang weiter Volkskreise zu rechnen haben. Was in diesen Räumen nun von sachkundiger Hand in sorgfältiger Weise zusammengestellt worden ist und gezeigt wird, das soll, wie uns schon gesagt worden ist, nicht etwa zur Auswanderung anreizen, sondern es soll denen, welche mit Auswanderungsgedanken sich tragen, die erforderliche Aufklärung geben über die geographischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Länder, welche für diese Auswanderungslustigen in Betracht kommen, über die Beförderungsarten und Beförderungsmöglichkeiten dorthin, über die Ansiedlungsmöglichkeiten, Aufklärung insbesondere auch über die verschiedenen Arten von Rat und Hilfe, die ihnen in der Heimat durch die und die Organisation gegeben werden kann und gegeben werden soll. Kurz, was hier gezeigt wird, das soll Handlangerdienste leisten, soll das erforderliche Rüstzeug den Auswanderungslustigen an die Hand geben, damit sie ihre Vorarbeiten und Arbeiten in der etwaigen neuen Heimat mit Erfolg in Angriff nehmen können. Allen denen, welche in sorgfältiger und gewissenhafter Arbeit mit kundiger Hand die Vorarbeiten und Arbeiten zu dieser Ausstellung geleistet haben, sei heute schon auch namens der Regierung der wärmste Dank ausgesprochen. Möge ein zahlreicher Besuch hier und anderwärts all diese Mühe lohnen und mögen alle Deutschen, welche jetzt und künftighin in andere Länder auswandern, dem deutschen Namen und der deutschen Arbeit Ehre machen.

Der Stand der Auslandkunde in Deutschland*)

VI. Berichte der auslandkundlichen Institute und Vereine Deutschlands.

(Fortsetzung.)

Zur frdl. Beachtung: Leider ist uns in der letzten Nummer ein Druckfehler entgangen, den wir zu berücksichtigen bitten. Seite 617 muß es beim „Seminar für orientalische Sprachen an der Universität...“ statt Leipzig selbstverständlich **Berlin** heißen!

Deutsches Auslands-Sekretariat, E. V., Berlin

Berlin W 30, Motzstr. 22.

Das Deutsche Auslands-Sekretariat ist ein eingetragener Verein und ist im eigenen Gebäude des Deutschen Schutzbundes untergebracht. Es wurde 1911 von dem jetzigen geschäftsführenden Direktor Erich Lilienthal in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt und unter Beteiligung führender Kreise der Industrie und Finanz gegründet. 1920 erfolgte die Umwandlung in einen gemeinnützigen Verein, der jetzt zum Konzern des Deutschen Schutzbundes für Grenz- und Auslandsdeutsche gehört.

Das Deutsche Auslands-Sekretariat ist ein Archiv des lebendigen deutschen

Wissens über das Ausland. Es enthält Angaben über die Art der Auslandskenntnisse des einzelnen Deutschen, ganz gleich, ob er sich im In- oder Auslande befindet. Das Archiv ist alphabetisch, geographisch und sachlich untergeteilt. Außerdem besitzt das Sekretariat ein Archiv derjenigen Organisationen und Verbände Deutschlands, die sich mit dem Auslande befassen, sowie ihrer leitenden Persönlichkeiten. Ferner verfügt es über Verbindungen mit einer großen Anzahl von deutschen Vereinen, Firmen, Zeitungen und Organisationen aller Art, die sich im Auslande befinden. Außer seinem eigenen Material stehen ihm noch die Sammlungen des Deutschen Schutzbundes zur Verfügung. Das eigene Material des Sekretariats umfaßt ungefähr 100000 Karten,

*) Siehe auch Nr. 14, S. 418, Nr. 15, S. 450, Nr. 16, S. 483, Nr. 18, S. 547 Nr. 19, S. 580 und Nr. 20, S. 612.

sämtliche neuesten Datums. Das Sekretariat ist keine Auskunft im gewöhnlichen Sinne, sondern nur eine Vermittlungsstelle für Auskünfte. Es weist Auslandsreferenten für alle Spezialgebiete nach. Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug im 1. Halbjahr 1921 zirka 6000 und ist im ständigen Wachsen.

Veröffentlichungen werden nicht herausgegeben.

Der Vorsitzende des Vorstandes ist zurzeit Dr. Karl Christian v. Loesch.

Bund der Auslandsdeutschen, E. V., Berlin

(Berlin C 2, Klosterstr. 75.)

Der Bund der Auslandsdeutschen E. V. ist im August 1918 als allumfassende Organisation der bis dahin im Reiche tätigen Flüchtlingsverbände, als eingetragener Verein in Berlin gegründet worden. Er hat seinen Sitz in Berlin C 2, Klosterstraße 75 (Fernsprecher Alexander 5020, 5052, 5053, 5054) in Räumlichkeiten, welche ihm vom preußischen Staate vermietet werden. (Anzahl der Angestellten zirka 500.)

Die Mitgliederzahl beträgt per 1. Juli 1921 zirka 80000 eingetragene Mitglieder. Die Leitung der Bundesuntersteht 1. dem Gesamtvorstand (28 Personen). Vorsitzende der Herren Otto Schallert sen. (Präsident), H. Gebhard (Stellvertreter), C. Spieker, H. Koch, Schriftführer, Hahn, Schatzmeister. 2. Dem aus geheimer Wahl hervorgegangenen Aufsichtsrat, bestehend aus: Gebhard (Vorsitzender), Schallert sen., Geheimrat Grosse, Dr. Lessing, Dr. Einhorn, Konsul R. Freudenberg, Nötzel, Lotze-Leipzig, Kühl-Hamburg.

Der Bund ist organisiert in Fremdländerabteilungen, wie: Frankreich, England, Rußland, Italien usw., in Landesverbände und Ortsgruppen im ganzen Reiche und in Landesverbände in Holland, Schweiz, Portugal, China und Südwestafrika. Neubildungen in allen Ländern der Welt sind in Vorbereitung.

Der Bund besitzt umfangreiche Archive und wertvolles wirtschaftspolitisches Material über das In- und Ausland. Der Bund unterhält Arbeitsgemeinschaften mit der Arbeitsgemeinschaft der vereinigten Fürsorge für das Auslandsdeutschtum, der Arbeitsgemeinschaft für das gesamte Flüchtlingswesen, der Arbeitsgemeinschaft der Interessenvertretungen und allen Organisationen im In- und Ausland, welche das Auslandsdeutschtum fördern. Gedruckte Berichte und viele Drucksachen liegen vor.

Geschichte.

Der Bund hat sich in der natürlichsten, durch die Verhältnisse selbst gebotenen Weise aus den in ganz Deutschland, während des Krieges entstandenen Vereinigungen flüchtiger Auslandsdeutscher entwickelt. Er ist organisiert, um sich durch Mitumfassung der in den vom Krieg nicht berührten Ländern sesshaften Auslandsdeutschen zu einer allgemeinen Organisation aller unbescholtenen deutschen Reichsangehörigen im In- und Ausland zu entwickeln, die sowohl das Ausland aus eigener Anschauung kennen und geistig und materiell mit ihm verflochten sind, wie auch den Willen haben, als Auslandsdeutsche zu gelten und an den gemeinsamen großen Aufgaben mitzuarbeiten.

Der Bund ist von der Regierung als Selbstverwaltungskörper und Interessenvertretung der Auslandsdeutschen anerkannt. (Siehe Reichsanzeiger vom 20. und 21. November 1919, Nr. 266/7.) Er vertritt durch die Bundesleitung die allgemeinen und besonderen Wünsche der Auslandsdeutschen bei den Heimatbehörden.

Die Ziele des Bundes sind:

1. Voller Ersatz der den Auslandsdeutschen durch feindliche Maßnahmen erwachsenen Schäden an Hab und Gut;
2. sofortige Unterstützung der durch den Krieg in Not geratenen Auslandsdeutschen und ehemaligen Zivilgefangenen; Entschädigung für die Internierung;
3. angemessene Berücksichtigung der auslandsdeutschen Interessen in den Steuer-gesetzen;
4. Hilfe beim Umzug nach und von den alten Wohnstätten; Gewähr für freie Rückkehr ins Ausland; Unterstützung in der Absicht, die zerrissenen Bande zu den gegnerischen Fremdländern neu zu knüpfen;
5. Wiederaufbau und Pflege der deutschen Schulen, Missionen, Hospitäler, Kirchen und wissenschaftlichen Institute im Ausland;
6. Heranziehung von Auslandsdeutschen zur Bearbeitung der sie berührenden Fragen;
7. Aktives und passives Reichstagswahlrecht für die Auslandsdeutschen.

Aus dieser Zusammenstellung der Bundesziele ergibt sich, daß der Bund der Auslandsdeutschen im wesentlichen praktische Ziele verfolgt und daß sein Hauptziel, welches er zunächst mit aller Energie verfolgen zu müssen glaubt, der Wiederaufbau der zerstörten Niederlassungen und Einrichtungen der vor dem Kriege im Ausland sesshaft gewesenen Reichsdeutschen ist.

In diesem Zusammenhang wird die finanzielle Entschädigung und Unterstützung der Auslandsdeutschen von dem Bunde zunächst als das wichtigste Mittel angesehen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Diese Frage darf daher nach der Ansicht des Bundes nicht nur innerhalb der engen Grenzen einer dem Deutschen Reich durch den Versailler Vertrag auferlegten Rechtspflicht betrachtet werden, sondern auch von einem allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt. Ohne Auslandsdeutschtum besteht keine Möglichkeit zur Wiederherstellung der deutschen Weltausfuhr, keine Möglichkeit zum Wiederaufbau einer deutschen Weltwirtschaft, die allein imstande ist, Deutschland die Mittel zur Erfüllung seiner Verpflichtungen und damit zur Wiedererlangung seiner wirtschaftlichen Stellung und seines geistigen Einflusses unter den Völkern zu gewähren.

Bereits am 10. Juni 1920 hat Dr. Walter Lessing (Abteilung Rußland) in einem auf der Vertreterversammlung des Bundes der Auslandsdeutschen gehaltenen Referat

darauf hingewiesen, daß die deutsche Ausfuhr ohne tatkräftige Mitarbeit der Auslandsdeutschen nicht bestehen kann; daß die Warenkenntnis, Marktkennntnis, Menschenkenntnis und Sprachkenntnis der Auslandsdeutschen unerläßliche Vorbedingung für die Ausfuhr sind. Bereits damals hatte sich ein „Wirtschaftspolitischer Verband von Männern, die früher als Kaufleute oder Fabrikanten in Rußland tätig waren zusammengeschlossen und sich zur Aufgabe gemacht, seine Kenntnis des russischen Marktes und der russischen Verhältnisse im Gesamtinteresse zur Geltung zu bringen. Der so eingeschlagene Weg wird weiter verfolgt; und zwar werden die wirtschaftspolitischen deutschen Interessen im Verhältnis zu den einzelnen Ländern durch verständige Ausschüsse (Referate) studiert und die Ergebnisse dieser Studien der Gesamtheit dienstbar gemacht.

Der Bund der Auslandsdeutschen hat sich durch Schaffung positiver Vorschläge an den gesetzgeberischen Arbeiten beteiligt, durch welche die Entschädigungs- und Steuerverhältnisse der Auslandsdeutschen geordnet worden sind. Es ist ihm gelang, in dieser Hinsicht Erfolge zum Vorteile aller Auslandsdeutschen zu erzielen. Hier kann namentlich auf die Tätigkeit hingewiesen werden, die der Bund bei der Schaffung des Vorentscheidungsverfahrens, des Kriegsschädengesetzes und des Liquidationsschädengesetzes entfaltet hat.

Um seine Ziele erreichen zu können, kann der Bund selbstverständlich der Unterstützung und Mitarbeit der Presse nicht entbehren. Er hat zu diesem Zweck nicht nur eine Presseabteilung organisiert, sondern gibt auch seit dem 15. September 1920 ein eigenes Vereinsorgan, die „Auslandswarte“, heraus. Bevor die Herausgabe dieses selbständigen Bundesblattes ermöglicht wurde, erfolgten die Veröffentlichungen durch das in Verbindung mit dem Deutschen Auslands-Institut in Stuttgart und seinem Organ „Der Auslandsdeutsche“ herausgegebene „Nachrichtenblatt“ des Bundes.

Die Schriftleitung der „Auslandswarte“ befindet sich in Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31 (Anruf Nollendorf Nr. 5980—88).

Deutsche Kolonialgesellschaft, Berlin

Berlin W 35, Am Karlsbad 10.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft (juristische Person) mit dem Sitz in Berlin W 35, Am Karlsbad 10, Afrikahaus, ist im Jahre 1887 durch Verschmelzung der Deutschen Kolonialvereins und der Gesellschaft für deutsche Kolonisation begründet worden. Sie bezweckt im Dienste des Vaterlandes die kolonialen und überseeischen Interessen des deutschen Volkes zu pflegen und will der Erkenntnis verschaffen, daß Deutschland eine seiner Bevölkerungszahl, seinen Bedürfnissen und seiner Leistungsfähigkeit entsprechende Betätigung nicht entbehren kann und Kolonien besitzen muß. Sie will ferner bei allen auf geistige und wirtschaftliche Förderung und Erhaltung des überseeischen Deutschtums gerichteten Bestrebungen tatkräftig mitarbeiten und sich insbesondere der überseeischen Auswanderung Rat und Tat annehmen. Wirtschaftspolitisch tritt sie für die Freiheit der Meere und den Grundsatz der offenen Tür ein. Unter Ablehnung jeder Parteipolitik will die Deutsche Kolonialgesellschaft das Verständnis für koloniale und überseeische Fragen zum Gemeingut des gesamten deutschen Volkes machen und für diese Bestrebungen einen Sammelpunkt bilden.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft gliedert sich in Abteilungen und Gauverbände. Die Organe der Gesellschaft sind: der Präsident, der Ausschuss, der Vorstand und die Hauptversammlung.

Die Tätigkeit der Gesellschaft ist einerseits eine werbende, andererseits eine praktische. Werbend wirkt die Deutsche Kolonialgesellschaft durch die von ihr herausgegebene „Deutsche Kolonialzeitung“, die den Mitgliedern kostenfrei zugestellt wird, einer Reihe von Lesehallen geliefert wird durch Übermittlung kolonialer Nachrichten an die Tagespresse bzw. einzelne Korrespondenzen, durch Veranstaltung von Vorträgen über koloniale und ähnliche Thematika in den Abteilungen, durch teilweise Überlassung von Lichtbildern mit verbindenden Texten zu Vortragsszwecken und einer Ausstellung, kolonialer Erzeugnisse, durch Versendung von Werbematerial, künftliche Abgabe kolonialer Postkarten und Unterhaltung einer umfangreichen Bücherei (gegen 15000 Bände, Broschüren und Karten), deren Benutzung den Mitgliedern freisteht. Alljährlich wird ein gedruckter Jahresbericht herausgegeben. Die Gesellschaft nimmt sich besonders auch der Verbreitung der Kenntnis über die Kolonien und die Notwendigkeit eigenen Kolonialbesitzes in der Jugend an und versorgt, soweit es ihr möglich ist, Jugendbüchereien mit kolonialen Lesestoffen. Praktisch ist die Deutsche Kolonialgesellschaft immer bemüht gewesen, jedes koloniale Gebiet liegende nationale Unternehmen tunlichst zu fördern, sie hat Expeditionen zur wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Erforschung der deutschen Schutzgebiete und seiner Hinterländer ausgerüstet, das Studium der Eingeborenen Sprachen angeregt und unterstützt, den Bau von Eisenbahnen in den Kolonien und wirtschaftlicher Erschließung aufs nachdrücklichste empfohlen, tropenhygienische Forschungen angeregt und finanziell unterstützt, Frauen, Bräute, Familienangehörige und Dienstmädchen auf ihre Kosten nach Südwestafrika geschickt, das Elisabethhaus (Wöchnerinnenheim) in Windhuk begründet und unterhalten sowie weitere wohltätige Einrichtungen in den Kolonien angeregt und durch Beihilfen unterstützt (Krankenhaus Tanga, Mecklenburgshaus im Lauschan, Seemannshaus Tsimbassu). Mit dem Verluste der Kolonien hat die praktische Arbeit der Deutschen Kolonialgesellschaft eine wesentliche Einschränkung erfahren müssen. Sie hat aber trotzdem schon an viele Ansiedler, die wieder in die Kolonien, besonders nach Südwestafrika gekehrt sind, Unterstützungen in Form von zinslosen Darlehen gegeben und ist jetzt Vermittlungsstelle für neu in Südwest anzustellende Lehrkräfte. Da die deutsche

Schulen dort nur weiter bestehen dürfen, wenn ihnen staatliche Beihilfen nicht zufließen; hat es die Deutsche Kolonialgesellschaft übernommen, die Kosten für die Freireisen der Lehrer zu tragen. Sie hat auch die südwestafrikanischen Schulen endlich erst mit neuen Lehrmitteln ausgestattet und versieht gemeinsam mit dem Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft das Land mit deutschen Büchern. Sie ist bestrebt, ein kräftiges Deutschum in Südwest zu erhalten und nimmt sich deshalb auch der Aufnahme von südwestafrikanischen deutschen Kindern, die in Deutschland die Schule besuchen sollen, in geeigneten Erziehungsanstalten an. Politisch fordert die Deutsche Kolonialgesellschaft die Rückgabe unserer geraubten Kolonien, zum mindesten das Mandat über diese. Sie ist nach Auflösung des Reichskolonialamts bei der Regierung vorstellig geworden, daß dem Auswärtigen Amt eine besondere Abteilung für koloniale Angelegenheiten angegliedert und diese amtliche Stelle mit Männern besetzt wird, die die rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse in unseren Kolonien aus eigener Praxis kennen. Während der Kriegs- und der ersten Nachkriegszeit hat der bei der Deutschen Kolonialgesellschaft eingesetzte Hilfsausschuß eine weitgehende Unterstützungstätigkeit ausgeübt. Nicht weniger als 51 Gesuche von Kolonialdeutschen sind erledigt worden. Um die Zersplitterung der Arbeit im kolonialen Interesse zu verhüten, hat die Deutsche Kolonialgesellschaft alle kolonialinteressierten Vereine und Verbände in Berlin zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Dies Bestreben hat sie schon immer gezeigt. Aus ihm heraus sind von ihr mit großem Erfolg im Reichstagsgebäude die Kolonialkongresse in den Jahren 1902, 1905 und 1910 veranstaltet worden.

Der erste Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft war Seine Durchlaucht Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg. Ihm folgte 1895 Seine Hoheit Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg. Nach dessen Tode 1920 wurde Seine Exzellenz Wirklicher Geheimer Rat, Gouverneur a. D. Dr. Seitz zum Präsidenten gewählt.

Kolonial-Wirtschaftliches Komitee, Berlin

Berlin W 35, Potsdamer Straße 123.

Das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee, der wirtschaftliche Ausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft, ist zu Berlin W 35, Potsdamer Straße 123 III, in gemieteten Räumen untergebracht.

Das Komitee ist ein eingetragener Verein, dessen Mitgliederzahl zurzeit etwa 1200 beträgt.

Die Leitung liegt in der Hand des Vorsitzenden, Geheimrat Fr. Lenz, Berlin, des stellvertretenden Vorsitzenden Graf Eckbrecht von Dürkheim-Montmartin, Hannover, und Direktor Paul Fuchs, Berlin, und eines Vorstands von rund 60 Mitgliedern, Finanz-Ausschuß.

Am 18. Juni 1896 von Karl Supf und einer Anzahl wagemutiger Männer zu dem Zweck gegründet, kolonialwirtschaftliche Interessen in gemeinnütziger Weise zu fördern, hat sich aus kleinen Anfängen eine Körperschaft herausgebildet, die unsere deutschen Fürsten, wissenschaftliche Institute, Handels-, Gewerbe-, Handels- und Landwirtschaftskammern, Städte, Banken, koloniale, kommerzielle und industrielle Körperschaften, Arbeitervereine und Missionen vereinigt. Für gemeinnützige wirtschaftliche Unternehmungen wurden von 1895 bis 1914 rund 4 Millionen Mark aufgebracht und verwendet. Bestimmte Arbeiten, wie die Baumwollkulturversuche des Komitees, haben anregend auch auf ältere Kolonialländer, wie England, Frankreich, Italien und Portugal gewirkt.

Seit 1897 wird vom Komitee die Zeitschrift „Tropenpflanzer“, Zeitschrift für tropische Landwirtschaft unter Geheimrat F. Wohltmann-Halle und Prof. O. Warburg-Berlin, herausgegeben.

Nachdem infolge des Verlustes der deutschen Kolonien das Komitee sein eigentliches Arbeitsfeld eingebüßt hat, hat es neuerdings in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsrat, dem Reichswirtschaftsministerium und der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes folgende Aufgaben übernommen:

1. Untersuchungen anzustellen über die Produktion der für Deutschland wichtigen tropischen und subtropischen Rohstoffe nach Produktionsgebieten und Leistungsfähigkeit.
2. Die Beschaffungsmöglichkeiten dieser Rohstoffe für die deutsche Industrie und Landwirtschaft zu prüfen.
3. Untersuchungen anzustellen über die jeweilige Weltmarktlage der wichtigsten Rohstoffe.
4. Die Möglichkeiten eines deutschen Einflusses auf die Rohstoffproduktion und den Handel mit Rohstoffen durch direkte und indirekte Förderung deutscher Unternehmungen in den Rohstoffgebieten zu untersuchen und gegebenenfalls auch praktisch auszuführen.
5. Alle deutschen Interessenten an der Rohstofffrage, und zwar sowohl was die Produktion als auch was den Handel und den Verbrauch anlangt, zu einem einheitlichen Vorgehen und einer einheitlichen Rohstoffpolitik zu beeinflussen.

Das Komitee gliedert sich in eine Baumwoll-Kommission, eine Kolonial-Technische Kommission, eine Kautschuk-Kommission, eine Ölhohstoff-Kommission und eine Wollschafzucht-Kommission.

Die Bücherei besteht aus rund 2000 Bänden. Das Archiv umfaßt sämtliche deutschen Kolonial-Unternehmungen. Hierzu tritt ein reichhaltiges Kartenmaterial, insbesondere Wirtschaftskarten der deutschen Kolonien und Weltrohstoffkarten.

Arbeitsgemeinschaft besteht mit der Deutschen Kolonialgesellschaft und sämtlichen übrigen kolonialen Vereinen und Verbänden.

Das Komitee erhält sich durch Mitgliederbeiträge und Beiträge von Reichsbehörden und direkten Interessenten für bestimmte Unternehmungen.

Von Veröffentlichungen sind zu nennen: Die Verhandlungen des Vorstandes des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, Verhandlungen der verschiedenen Kommissionen des Komitees und zahlreiche kolonial-wirtschaftliche Veröffentlichungen.

Der Deutsche Überseedienst, G. m. b. H., Berlin

Berlin SW 19, Krausenstr. 38/39.

Der Deutsche Überseedienst setzt es sich zur Aufgabe, die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und den Märkten der Welt zu fördern. Dies geschieht durch Ausgabe eines wirtschaftlichen Nachrichtendienstes aus dem Auslande und nach dem Auslande in folgenden Ausaben:

1. ein täglicher Schnelldienst bringt einige Mitteilungen über Warenbedarf, Preise und Lohnsätze sowie sonstige wichtige Meldungen aus dem Auslande;
2. der wöchentliche „Überseedienst“ veröffentlicht nach Wirtschaftsgruppen geordnete Kommentare aus der ausländischen Presse und fachmännisch bearbeiteter Artikel von Auslandskennern;
3. monatliche Länderdienste bringen umfangreiches Nachrichtenmaterial über einzelne Staaten und Wirtschaftsgebiete. Es erscheinen einmal monatlich die „Lateinamerika“-Ausgaben über Brasilien, die La Platastaaten, die Westküste Südamerikas und Mittelamerika, ferner zweimal monatlich die Ausgabe der „Ostasiatischen Rundschau“.

Für Verwendungen und Organisationen besteht eine Spezialberichterstattung, ferner ein telegraphischer Nachrichtendienst aus Süd- und Mittelamerika.

Für den Nachrichtendienst nach dem Ausland erscheint wöchentlich die Wirtschaftszeitschrift „Das Echo“ mit Beiblatt „Deutsche Export-Revue“. Die fremdsprachlichen Ausgaben dieser Zeitschrift (englisch, französisch, italienisch, spanisch, portugiesisch) erscheinen monatlich je ein Mal.

Den Interessen der Technik dient die Zeitschrift „Industrie und Technik“, die monatlich ein Mal in deutscher, englischer, spanischer und russischer Ausgabe erscheint.

Mit dem Deutschen Überseedienst und dem Auslandverlag ist eine Weltwirtschaftsauskunftei verbunden, die Auskünfte auf wirtschaftlichem Gebiet, insbesondere über Zölle, Einkaufs- und Absatzmöglichkeiten, über Ein- und Ausfuhrbestimmungen, über Markt- und Preisverhältnisse erteilt. Es werden ferner Auskünfte über ausländische Firmen vermittelt, ebenso die Anknüpfung von Geschäftsverbindungen durch Veröffentlichung von Anfragen und Angeboten, endlich die Besorgung von Vertretern im Auslande, über deren Eignung und Zuverlässigkeit Auskünfte erteilt werden.

Daneben besorgt die Weltwirtschaftsauskunftei Übertragungen in fremde Sprachen, sowie die Anfertigung von fremdsprachlichen Katalogen und Werbedruck-sachen für den Export. (Auszug aus dem Prospekt des Deutschen Überseedienstes.)

Verein für das Deutschum im Ausland (V. D. A.), Berlin

(Berlin W 62, Kurfürstenstr. 105.)

Wir halten die vom Deutschen Ausland-Institut vorbereitete Veröffentlichung über den Stand der Auslandkunde in Deutschland für ein verdienstvolles Werk. Wenn wir dennoch nicht in der Lage sind, an Hand des erhaltenen Fragebogens erschöpfende Angaben zu machen, so liegt das daran, daß die Tätigkeit des V. D. A. sich über Sachgebiete erstreckt, deren Aufzählung und eingehende Schilderung den notwendigerweise eng gezogenen Rahmen der Fragenstellung sprengen müßte. Der V. D. A. ist nicht ein Institut im üblichen Sinne des Wortes, sondern ein großer Mitgliederverein mit weitausgreifenden, auf die Erhaltung des Deutschums im gesamten Auslande gerichteten Zielen. Er wendet der Auslandkunde sein Augenmerk zu, soweit die Betreuung der auslanddeutschen Schulen und Kultureinrichtungen eine Erforschung und Kenntnis der Verhältnisse in den einzelnen Ländern nötig macht. Dank seines 40jährigen Bestehens und seiner jahrzehntealten Arbeitsverbindungen im Auslande, dann aber auch dank des starken Zustromes von Berichten, Denkschriften, Büchern, Broschüren und Zeitungen ist der V. D. A. im Besitze eines überaus wertvollen historischen Materials, das sowohl seiner eigenen, wie auch der wissenschaftlichen Arbeit zugute kommt. Um die Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit der Umfrage nicht zu stören, versuchen wir, die einzelnen Fragen kurz zu beantworten.

Der Verein für das Deutschum im Ausland (Deutscher Schulverein) ist ein eingetragener Verein, dessen Hauptgeschäftsstelle sich in Berlin befindet.

Die Leitung des Vereins liegt in den Händen eines Hauptvorstandes und eines Hauptausschusses.

Der Hauptvorstand setzt sich gegenwärtig aus folgenden Personen zusammen: von Dirksen, Wirkl. Geh. Rat und Gesandter, Exz., Vorsitzender. — Seebohm, Konteradmiral a. D., 1. stellvertr. Vorsitzender. — Groscurth, Prof. Dr., Hamburg, 2. stellvertr. Vorsitzender. — Gustav Schlieper, Geschäftsinhaber der Discontogesellschaft, Schatzmeister. — Frhr. von Willisen, Oberleutnant, Charlottenburg, stellvertr. Schatzmeister. — Groos, Geh. Oberreg.-Rat, Dr., Karlsruhe, Baden. — Ächter, Generalmajor a. D., München. — Paul, Dr., Dresden. — Rohmeder, Dr., Schulrat a. D., München. — Speier, Studienrat, Prof. Dr., Charlottenburg, Schriftführer. — Maria Straub, Frau, Frankfurt a. M. — Maria Rabi, Frau Geheimrat, Leipzig-Plagwitz. — Groß, Geheimrat, Exzellenz, Wien. — Barta, Direktor Dr., Wien. — Ludwig Bernhard, Professor, Berlin. — Kreutz, Direktor

des Reichsverbandes der kathol. Auslandsdeutschen, Berlin. — Else Kunckel, Frau, Berlin.

Der Hauptausschuß besteht aus 135 Mitgliedern.

Die Geschäfte des Vereins werden unter Leitung des Vorsitzenden von Dirksen vom ersten stellvertretenden Vorsitzenden Seehörm und vom Geschäftsführer Wittmann geführt. Der Verein besitzt Landesverbände mit eignen Geschäftsstellen in allen Teilen des Reichs.

Die Geschäfte für Deutschösterreich werden vom Deutschen Schulverein Wien, Floriargasse 39, wahrgenommen.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Organisation zum Schutze der deutschen Kultureinrichtungen, Schulen usw. im Sprachgrenzgebiet Österreich-Ungarns hatte 1880 zur Gründung des Deutschen Schulvereins in Wien geführt. Aus seinen reichsdeutschen Gruppen entstand 1881 im Reich der Allgemeine Deutsche Schulverein zur Förderung des Deutschtums im Auslande. Seine erste Hilfe galt den siebenbürgischen Deutschen, die damals unter magyarischem Druck standen. Zunächst galt es, das Verständnis für die Bedeutung des Deutschtums an den Sprachgrenzen und im Auslande in breiteren Volksschichten innerhalb des Reiches zu erwecken. Das geschah durch Vorträge, aufklärende Artikel und Mitteilungen in den Zeitungen. Bei der Arbeit im alten Österreich selbst fiel dem Verein die Aufgabe zu, die Hilfe des Muttervolkes zu vermitteln. Der Verein half Hunderte von deutschen Schulen, Kindergärten, Schülerheimen, Büchereien und anderen Einrichtungen zu erhalten bzw. neu zu schaffen. Die Summen, die der V. D. A. für die Schutzarbeit allein in diesen Gebieten ausgegeben hat, betrugen bis 1914 an zwei Millionen Friedens-Mark. Es gibt kaum eines der gefährdeten ältesten reichsdeutschen Gebiete, sei es Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien, Kärnten, Untersteiermark, das Küstenland oder Südtirol, in dem das um seine Erhaltung ringende Deutschtum nicht durch den Verein Förderung erfahren hätte.

Auch in den anderen europäischen Ländern stand der Verein dem hilfesuchenden Deutschtum bei. Eine hervorragende Stelle in seiner Unterstützungsarbeit nahm Rumänien ein; in Constanza, Galatz, Turn-Severin, Ploesti usw. wurden deutsche Schulen unterstützt. Aber auch die deutschen Kolonien in Lüttich, Antwerpen, Venedig, Helsingfors, Aleppo, Jerusalem u. a. nahmen den V. D. A. in Anspruch. Fast so alt wie der Verein selbst sind seine Beziehungen zu dem Deutschtum in Amerika. Bereits in den neunziger Jahren entfaltete der Verein in den Vereinigten Staaten erstmalig eine eigene Tätigkeit, seitdem unterhält er rege Beziehungen zu den deutsch-amerikanischen Kreisen. In den südamerikanischen Staaten arbeitete vor allem die Hamburger Ortsgruppe des Vereins. Schon ihr Jahresbericht vom Dezember 1904 sagt, daß 65 Schulen in Südamerika Unterstützungen durch den V. D. A. erhielten. Der letzte Friedensbericht vom Jahre 1913 weist das vierfache an Unterstützungen für südamerikanische Schulen auf. Außerordentliche Hilfe leistete der Verein der im Jahre 1909 durch ein schweres Brandunglück mitbetroffenen deutschen Schule in Valdivia in Chile und der 1911 durch eine Überschwemmungskatastrophe heimgesuchten deutschen Kolonie Blumenau in Brasilien.

Diese Tätigkeit des Vereins im überseeischen Ausland ist der Anstoß gewesen, daß der Allgemeine Deutsche Schulverein im Jahre 1908 seinen Namen änderte und sich Verein für das Deutschtum im Ausland (Allgemeiner Deutscher Schulverein) nannte. Der neue Name sollte dem erweiterten Aufgabenkreis Rechnung tragen. Es war nicht allein die deutsche Schule im Ausland, die eine Fürsorge erforderte, die deutschen Vereine, Büchereien, Zeitungen und andere Einrichtungen der Auslandsdeutschen verlangten ebenfalls die Betreuung. Das Vortrags- und Lichtbildwesen im Ausland wurde durch den Verein gefördert, er hat Lehrer und auch andere Kräfte vermittelt, die von draußen angefordert wurden. Er erteilte Auskunft auf Fragen über Staatsangehörigkeit, Möglichkeiten der Rückwanderung, Wiedereinbürgerung, den Verbleib von Angehörigen usw., auch nahmen ihn deutsche Wirtschaftskreise im Reiche und im Auslande in steigendem Maße als Vermittler in Anspruch. Noch ein wichtiges Tätigkeitsgebiet des Vereins muß hier kurz gestreift werden, das Stipendienwesen. Hier half der Verein, indem er jungen Auslandsdeutschen aus den verschiedensten Ländern den Besuch deutscher Hoch- und Fachschulen ermöglichte.

Der Ausbruch des Krieges zwang im Sommer 1914 den Verein, seine Kriegshilfe in erster Reihe den deutschen Volksgenossen zuzuwenden, die aus Feindesland vertrieben und aller Existenzmittel beraubt als Flüchtlinge in das Vaterland zurückfluteten. Aus dem Ergebnis einer Sammlung zugunsten der Vertriebenen wurde zusammen mit den Ausschüssen der Flüchtlinge aus Frankreich und England eine Darlehnskasse geschaffen, eine bereits bestehende Darlehenskasse der Deutschen aus Rußland wurde mit erheblichen Summen unterstützt. Aus einer andern zu Anfang des Krieges ins Leben gerufenen Volkssammlung wurden Liebesgaben an Soldaten und Gefangene vermittelt, fahrbare Feldbüchereien geschaffen usw., größere Summen wurden Stiftungen für Hinterbliebene und Gefangene überwiesen. Bis Ende 1919 sind durch den Verein nahezu einundneinhalb Million Mark für Kriegshilfe verwendet worden.

Die Arbeit im Auslande ging unterdessen weiter. Eine besondere Kriegshilfe machte sich in drei Gebieten notwendig: in Galizien, Südtirol und Siebenbürgen. Bedeutsame Aufgaben auf dem Gebiete der Schulunterstützung erwuchsen dem Verein nach dem Vordringen der deutschen Armee im Osten, besonders in Kurland und Polen. Auch den deutschen Bauernkolonien in der rumänischen Dobrußtscha,

die vom Kriege heimgesucht worden waren, gewährte der Verein Hilfe aus seiner Volkssammlung. Aus dem gleichen Grundstock wurden im Jahre 1917 auch die Templer Gemeinden in und um Jaffa unterstützt. In Jerusalem wurde aus laufenden Mitteln die deutsche Schule unterstützt. In Bulgarien erhielten die Schulen in Sofia, Rustschuk und Philippopol Zuwendungen, in Rumänien wurde die Schule in Braila gefördert.

Die Gesamtunterstützungen des Vereins betrugen bis Ende 1919 4973999 Goldmark. Zurzeit erreichen die Leistungen des Vereins im Jahre eine Höhe von weit über einer Million Mark, davon entfallen etwa ein Fünftel auf Stipendien und Büchereien, der Rest auf Schulunterstützungen. Durch den unglücklichen Kriegsausgang sind die Aufgaben des Vereins gewaltig gestiegen.

Daneben hat der V. D. A. die wissenschaftliche Arbeit über das Auslandsdeutschtum gefördert.

a) Durch Einrichtung einer Bücherei, die über alte und neue Bestände insgesamt über 4000 Bände verfügt. In der Bücherei befinden sich außerordentlich wertvolle, nicht mehr erlangbare Stücke. Im Oktober 1918 wurde ein gedrucktes Verzeichnis der in der Bücherei vorhandenen Bücher herausgegeben. Der Nachtrag wird handschriftlich fortgesetzt. Im Jahre 1919 wurde ein Wegweiser durch die Literatur des Auslandsdeutschtums der Jahre 1917/18 fertiggestellt, ein Jahr später folgte ein zweiter Wegweiser des Jahres 1919. Anfang dieses Jahres konnte die Bücherei einen großen Posten Bücher zur Versendung nach Südamerika bringen. Die vom Verein zusammengestellten Büchereien wurden an verschiedene Vertrauenspersonen geschickt, die die Verteilung an bedürftige Schulen und Vereine übernahmen. In allernächster Zeit wird eine Versendung von Büchereien in großem Stile beginnen, die sich außer auf Südamerika auf alle dem Postverkehr zugänglichen Länder erstrecken wird.

b) Durch ein Archiv, in dem Drucksachen und Zeitungsausschnitte über das Deutschtum im Ausland, seine Schulen, Vereine, Zeitungen usw. (regional gruppiert) gesammelt werden.

c) Der V. D. A. hat die Herausgabe des bekannten Handbuchs des Deutschtums im Auslande nebst Adreßbuch der deutschen Auslandsschulen, zwei Kartenbeilagen und fünf Kartenskizzen (Herausg. Allg. Deutscher Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande, Berlin: Dietrich Reimer, 1. Aufl. 1904, 2. Auflage 1907) gefördert, ebenso Arbeiten von Wissenschaftlern und Gelehrten über das Auslandsdeutschtum durch Bereitstellung seiner Sammlungen. Ferner steht die „Gesellschaft für Erforschung des Deutschtums im Auslande“, die im Jahre 1914 von einer großen Anzahl bedeutender in- und ausländischer deutscher Gelehrten gegründet wurde, in engsten Beziehungen zum V. D. A. Ihren Sitz hat sie ebenfalls in Berlin.

d) Bis Ende 1919 gab der Verein Vierteljahrshefte „Das Deutschtum im Ausland“ heraus, seit Anfang 1920 erscheint seine Halbmonatsschrift „Volk und Heimat“ im Verlag Philipp Reclam-Leipzig.

1919 brachte der Verein eine Broschürenreihe heraus, die folgende Hefen umfaßt:

Schritten zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen außerhalb des Reiches. Im Auftrage des Vereins für das Deutschtum im Ausland herausg. von Paul Trauer. Nr. 1—11. Berlin: Verein für das Deutschtum im Ausland 1919. 8°.

1. Rohmeder: Das Deutschtum in Südtirol.
2. Eichler: Das Deutschtum in Kongreßpolen.
3. Schmid: Die deutschen Kolonien im Schwarzmeergebiet Südrußlands.
4. Kaindl: Das Deutschtum in der Bukowina.
5. Weber: Die Zipser Deutschen.
6. Althausen: Die Deutschen in Wolhynien.
7. Schmid: Die deutschen Kolonien in Sibirien und Mittelasien.
8. Wilde: Deutschböhmen.
9. Schleuning: Die deutschen Kolonien im Wolgagebiet.
10. Imendörffer: Deutsch-Westungarn.
11. Fischer: Die Deutschen im Kaukasus, insbes. in Transkaukasien.

e) Der Verein hat durch seine Hauptleitung und die Ortsgruppen unzählbare Vorträge über das Auslandsdeutschtum veranstaltet.

f) Im Jahre 1918 veranstaltete er in Berlin in 10 Sälen der Akademie der Kunst eine Estland-Livland-Ausstellung.

g) Die Einrichtungen des Vereins sind allen Mitgliedern zugänglich.

Die Mittel des Vereins werden durch Mitgliederbeiträge und Spenden aufgebracht. Der Verein verwaltet eine Reihe von Stiftungen.

Gedruckte Jahresberichte sind regelmäßig erschienen, das Druckschriftenmaterial über den Verein (Hefte, Werbeblätter, Sonderausgaben von Zeitschriften usw.) ist sehr umfangreich.

Die Entwicklung des V. D. A. ist seit Kriegsende rasch aufwärts gegangen. Auf seiner letzten Hauptversammlung in Salzburg hat sich ihm der Deutsche Schulverein Wien, als Verband Österreich, angeschlossen. Der Verein hat rund 20000 Mitglieder in etwa 1500 Ortsgruppen.

Zentralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande, Berlin

Berlin S 11, Neukölln a. Wasser 10.

Der jetzige Vorsitzende des Vereins ist Konsul Emil Braß, Vorstandsmitglieder sind Dr. Paul Staudinger, Dr. Gustav Diercks, Alfred Loebell, Professor Dr. Leo

Wig Brühl, Dr. Schulte i. Hofe, Berlin, Dr. Lutz, Leipzig, Direktor Sellin, München, Winkl. Geh. Legationsrat Dr. Olshausen, Buenos Aires. Begründet wurde der Verein im April 1878 von Professor Dr. Jannasch, Emil Braß, Dr. Otto Kersten, Korvettenkapitän Darmer, Konsul Gärtner, Generalkonsul Schönlack und Dr. Henry Lange, Robert Gellert.

Der Verein veranlaßte zuerst die Beschickung der Weltausstellung in Sydney und Melbourne 1879—80 unter seiner Ägide, dann unter seiner Leitung 1881 die deutsche Ausstellung in Porto Alegre, später in Berlin die brasilianische, mexikanische, südamerikanische und portugiesische Ausstellung mit großem Erfolg. Ferner rief er den ersten Kolonialkongreß ins Leben und nahm an den folgenden Kolonialkongressen teil. Es entstanden zahlreiche Zweigvereine in Brasilien, ferner in Stuttgart, Leipzig, Thüringen und in Rheinland und Westfalen und anderen deutschen Plätzen, die sich aber nachher selbständig machten oder mit der Kolonialgesellschaft vereinigten. Der Zentralverein führte auch eine große Agitation zugunsten der Siebenbürger Sachsen durch, gründete aber dann, um den Vorstand zu entlasten, den Deutschen Schulverein (jetzt Verein für das Deutschtum im Auslande), zu dessen erstem Leiter das Vorstandsmitglied Stabsarzt Dr. Falkenstein delegiert wurde. Eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten waren Mitglied des Vereins geworden und nahmen an den Bestrebungen regen Anteil. Die Liste aufzuführen, würde zu weit führen, wir erwähnen nur Prof. Ad. Wagner, Prof. Maerker, Dr. Otto Arend, Prof. Handel usw. Die Aufgaben des Vereins sind die folgenden: Wissenschaftliche Förderung der Handelsgeographie, Förderung des deutschen Außenhandels, wobei große Resultate erzielt wurden, Verbreitung des kolonialen Gedankens in Deutschland und Förderung der Interessen für die Kolonien, Beratung der deutschen Auswanderer, Fühlungnahme und ständige Verbindung mit dem Auslandsdeutschtum. Zur Förderung dieser Bestrebungen wurden zuerst die „geographischen Mitteilungen für Volkswirtschaft und Welthandel“ herausgegeben, denen dann vom Jahre 1880 an die Wochenschrift „Export“ folgte. Es wurden regelmäßig Vorträge auf den einschlägigen Gebieten veranstaltet, zu denen erste Autoritäten herangezogen wurden. Ferner wurde eine ganze Reihe von Broschüren veröffentlicht, von denen wir nur nennen: Ratschläge für Auswanderer nach Südbrasilien, Wege und Entfernungen zur See, Geschichte des Deutschtums in Brasilien, Karte von Südbrasilien, Karte von Südamerika usw.

Mitglieder des Vereins richteten dann auch die Blumenau-Stiftung zur Unterstützung deutscher Schulen in Brasilien ein, auch wurde schon bereits 1881 ein Handelsgeographisches Museum errichtet, das dann später in den Besitz von Frankfurt a. M. überging. Ferner wurde unter Leitung von Professor Dr. Jannasch ein ständiges Musterlager von Maschinen usw. in Barcelona und in Lissabon veranstaltet, 1886 auch die Jannasch'sche Expedition nach Marokko. Die als Tochterinstitut eingerichtete Exportbank (die nach dem Tode von Professor Jannasch an den Deutschen Überseedienst überging) erhielt auch als erste eine eigene Dampferlinie zwischen Hamburg und Marokko. Eine Kartensammlung ist vorhanden, die Bibliothek ist aber vor dem Tode Jannasch an das Deutsche Ausland-Institut übergegangen. Finanziell ist der Zentralverein auf die Beiträge seiner Mitglieder, sowie auf Stiftungen angewiesen. (Stifter Generalkonsul Schönlack, Generalkonsul Schlesinger, Geheimrat Hansemann, Konsul Braß.) Der Verein hat zahlreiche Vertrauensleute im Auslande. Die Mitgliederzahl, die in den achtziger Jahren etwa 8000 betrug, ist allmählich auf 1200 zurückgegangen, ist aber wieder im Steigen begriffen. Die Leitung des Vereins war seit der Gründung bis April 1919 in Händen des Herrn Professor Jannasch, seit dessen Tode in Händen des Herrn Konsul Emil Braß, in dessen Bureau sich auch jetzt die Geschäftsstelle befindet, die früher mit der Exportbank zusammen sich in den gemieteten besonderen Räumen, Lutherstr. 5, befand.

St. Raphaelsverein zum Schutze katholischer deutscher Auswanderer, E. V., Freiburg i. B.

Es heißt eigentlich, daß ein Verein, der sich an erster Stelle die religiöse Fürsorge für die Auswanderer zum Ziele gesetzt hat, nicht von geistlicher Seite gegründet wurde, sondern einem jungen Kaufmann sein Entstehen verdankt. Der Hauptgrund mag wohl darin liegen, daß der Gründer Peter Paul Cahensly (geb. 28. Okt. 1838 zu Limburg a. d. Lahn) gerade als Kaufmann das Elend der deutschen Auswanderer täglich vor Augen hatte. In Le Havre, wo er sich zu Anfang der 60er Jahre zu seiner Ausbildung befand, wurde damals der Hauptstrom der deutschen Auswanderer nach Amerika hinübergeleitet. Wie es in jener Zeit in den Hafenspelunken und in den Segelschiffen aussah, davon können wir uns heute kaum noch ein Bild machen. Als Cahensly 1865 vor die Katholikenversammlungen in Trier hintrat und sie als 26jähriger zu helfender Bereitwilligkeit hinriß, hatte er schon den Anfang der Arbeit geleistet. Die Versammlung selbst wandte sich dann an die Regierungen in Paris, Brüssel und Hamburg, damit sie die himmelschreienden Übelstände beseitigten. Drei Jahre später gründete Cahensly ein Komitee zum Schutz der deutschen Auswanderer und auf dem Katholikentag in Mainz am 13. Sept. 1871 konnte er zur Gründung des jetzigen Raphaels-Vereins schreiten.

Seine nächste Arbeit war, nach amerikanischem Vorbild — hier war die kath. Auswandererfürsorge um dieselbe Zeit aufgenommen — in den Auswandererhäfen Vertrauensmänner zu bestellen. Diese sollten sich der Auswanderer schon von ihrer Ankunft an und dann bis zur Einschiffung annehmen und sie durch „Geleitkarten“ in die überseeischen Vertrauensleute weiter empfehlen. Sie sollten sie anständig unterbringen, ihnen beim Geldwechsel helfen und hauptsächlich für ihre religiöse

Betreuung sorgen. Cahensly ging von dem ganz richtigen Gedanken aus, daß die Religion allein diesen entwurzelten Menschen einen Halt geben könne. Dabei hatte er den Zusammenhang von Religion und Volkstum klar erfaßt. Sie in ihrem angestammten Glauben erhalten, hieß für ihn auch, sie deutsch zu erhalten, wie umgekehrt nur der Gottesdienst in der Muttersprache ihnen den Glauben bewahren konnte. Er betonte diese völkische Seite so stark, daß man ihn in den achtziger Jahren in den Vereinigten Staaten als deutschen Nationalisten bezichtigte und seine Bestrebungen als Cahenslyismus bekämpfte. Andererseits ist es wieder merkwürdig, daß derselbe Mann zu gleicher Zeit in seiner deutschen Heimat seine Ziele nicht voll durchkämpfen konnte, weil eine kurzsichtige „Bureaucratie“ ihm als „Auswanderungsagenten“ Schwierigkeiten in den Weg legte. Der kleine, kurz angebundene Mann ließ sich aber von keiner Seite beirren, sondern ging einfach seinen Weg weiter. Er wandte sich immer wieder an die deutschen Bischöfe, fand dort volles Verständnis und auf keinem Katholikentag fehlte seine Resolution über die Auswandererfürsorge. Sogar die Päpste gewannen er für seinen Verein, und seinem Einfluß ist es zuzuschreiben, wenn seit der Zeit höchste kirchliche Verordnungen über die Auswandererfürsorge herauskamen. Die letzte ist noch vom vorigen Jahr und an die Bischöfe Mitteleuropas gerichtet.

Der Erfolg war auf seiner Seite. Bis Ende 1913 hat der Verein in den europäischen Hafenstädten 2422863 kath. Auswanderer (ein großer Teil slawischer Herkunft) betreut. Seine Vertrauensleute haben in dieser Zeit einen Geldverkehr von 21218524 Mark überwacht und 156867 Briefe beantwortet. Dieser Segen wird besonders dadurch auffällig, daß die Arbeit geleistet wurde in einer Zeit, als sich der Staat seiner abwandernden Bürger überhaupt nicht annahm, ja sie nur als Losgelöste behandelte. Denn was er sich an Auswandererergötzen leistete oder seit Ende des vorigen Jahrhunderts für die Auswandernden tat, kann schwerlich als Auswandererfürsorge oder als Erhaltung des Deutschtums angesprochen werden.

Während des Weltkrieges konnte der Verein keine Arbeit leisten. Im Jahre 1919 legte Cahensly die Leitung des Vereins nieder. Herr Prälat Dr. Werthmann, der Vorsitzende des deutschen Caritasverbandes, trat nun an die Spitze. Seit Anfang der neunziger Jahre hatte er schon mit Cahensly in der Pflege des kath. Auslandsdeutschtums zusammen gearbeitet. Er übernahm die Hauptstelle des Vereins nach Freiburg und nahm die Fäden mit dem Ausland wieder auf. Bei Gründung des Reichswanderungsamtes ließ er ihm die Stelle als amtliche Zweigstelle anschließen und gliederte ihr später 35 öffentliche Auskunftsstellen, meistens in den Caritassekretariaten an.

Der Verein hat seine Auskunftsstelle und Fürsorge seit vorigem Jahr wieder aufgenommen. Er beantwortete in diesem Jahr 3856 Fragesteller und überwachte durch seine Vertrauensleute einen Geldverkehr von 686502 Mark. Die Zahl der Fragesteller vom 1. 1. bis 1. 7. des laufenden Jahres betrug 3292, der überwachte Geldverkehr erreichte die Höhe von 976904 Mark. Für die Beratung der Auswandererinnen schuf der Verein eine eigene Stelle. Ebenso hat er eigene Beratungsstellen für Lehrer und Lehrerinnen und in Verbindung mit den betr. Fachverbänden solche für Kaufleute und junge Handwerker. Als seine Wirtschaftsstelle, die besonders Ansiedlungsmöglichkeiten ins Auge fassen und Siedlungsarbeit leisten soll, gilt die „Deutsche Raphaelsgesellschaft G. m. b. H.“ in Berlin. Um seine Ziele unter die Menge zu bringen, gibt der Verein im 32. Jahrgang eine Monatschrift, das St. Raphaelsblatt, heraus, das zugleich für das kath. Auslandsdeutschtum fördernd eintreten soll. Für die Auswanderer selber hat er als Wegweiser die beiden Bücher „Sollen wir auswandern?“ und „Die Frau des Auswanderers“ herausgegeben. Auch sucht er durch Vorträge und Vereinsveranstaltungen (z. B. erste Auswanderersausstellung in Essen 5.—7. März) aufklärend zu wirken. Seine Auskünfte, die Dienste seiner Vertrauensleute und seine Stellenvermittlung sind kostenlos. Die Mittel werden durch Mitgliedsbeiträge aufgebracht, vornehmlich aber durch Kirchensammlungen. Im Juli dieses Jahres wurde ihm die Errichtung und Führung eines Katholischen Auslands-Sekretariats übertragen. Mit der Übersiedlung der Hauptstelle des Vereins von Freiburg nach Hamburg im September wird er diese Arbeit in Angriff nehmen. Sie wird eine Sammlung des Stoffs und der Zahlen bilden, die sich auf das kath. Auslandsdeutschtum beziehen und wird „Hefte zur Auslandsarbeit“ herausgeben.

Der Verein wurde 1901 ins Vereinsregister eingetragen. Die Leitung liegt beim Vorstand, der durch einen Generalsekretär (zurzeit Georg Timpe P. S. M.) die Geschäfte führen läßt. Nach dem Tode des Prälaten Dr. Werthmann (gest. 10. 4. 1921), leitete den Verein zurzeit der stellvertretende Vorsitzende Max Graf zu Droste Vischering auf Vischering. Der Verein ist als Fachverband dem deutschen Caritasverband in Freiburg angeschlossen und gehört zu den Gründungsmitgliedern des „Reichsverbandes für die kath. Auslandsdeutschen“, Berlin.

Ostasiatischer Verein, Hamburg

Geschäftsstelle: Börse, Zimmer 106, Dr. Schwencke.

Der Ostasiatische Verein ist ein eingetragener Verein und wurde 1900 gegründet. Er besitzt gegenwärtig etwa 300 Mitglieder, deren Beiträge den Verein erhalten. Die Leitung erfolgt durch den geschäftsführenden Ausschuß. Außerdem sind für die Bearbeitung besonderer Gebiete die Chinesische Kommission und die Japanische Kommission tätig, für die Bearbeitung allgemeiner Wirtschaftsfragen eine „Wirtschaftliche Abteilung“.

Die Ziele des Vereins sind die folgenden:

1. Bildung eines unabhängigen Mittelpunkts für die Vertretung deutscher Handels- und Industrieinteressen in Ostasien.

2. Ermittlung der Anschauungen der beteiligten Kaufleute und deren Geltendmachung, insbesondere auch in öffentlichen Blättern.

3. Vermittlung und Vertretung seiner Interessen bei den zuständigen Behörden und Erwirkung vorherigen Gehörs bei Regierungsmaßregeln, welche solche Interessen berühren.

4. Schaffung und Erleichterung des geselligen Verkehrs unter den Mitgliedern und Besprechung der deutschen Interessen in möglichst regelmäßigen Zusammenkünften.

5. Ausdehnung des Interesses für ostasiatische Angelegenheiten, namentlich durch Schaffung von Bibliotheken, öffentl. Besprechungen und Vorträge.

Der Verein hat sich mit der Zeit zu einem sachverständigen Organ für die ostasiatischen Verhältnisse entwickelt, das nicht nur bei den hiesigen Behörden, sondern auch bei der Reichsregierung als solches anerkannt ist.

Der Verein besitzt eine Bibliothek über Ostasien, die in der Bibliothek der Gesellschaft „Harmonie“ mituntergebracht ist.

Es besteht zwar keine feste Arbeitsgemeinschaft mit andern Verbänden, jedoch ein enges Verhältnis mit den deutschen Vereinen in Ostasien (Schanghai, Hongkong, Tientsin, Tsingtau, Yokohama), ferner mit dem Verband für den fernen Osten in Berlin, dessen Vorstand ein Mitglied des Ostasiatischen Vereins angehört.

Über die Tätigkeit des Vereins werden regelmäßige Jahresberichte ausgegeben. (Auszug aus den Satzungen.)

Württembergischer Verein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Ausland, Stuttgart

Stuttgart, Hegelplatz 1.

„Der württ. Verein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Ausland“ hat seinen Sitz in Stuttgart, Hegelplatz 1, in eigenem Gebäude. Es ist ein eingetragener Verein mit 1300 Mitgliedern. Seine Leitung hat der Vorstand und der Ausschuß. Ersterer besteht aus dem Vorsitzenden, zurzeit Seine Durchlaucht Herzog Wilhelm von Urach, dem stellvertretenden Vorsitzenden Geh. Kommerzienrat Zilling, dem Schatzmeister Konsul Dr. phil. h. c. Wanner und dem Schriftführer Studiendirektor Dr. von Kapff; der Ausschuß zählt 12 Mitglieder.

Der Verein wurde am 27. Februar 1882 gegründet. Unter den Gründern befand sich Geh. Kommerzienrat Zilling, der seither dem Verein seine bewährte Kraft in dankenswerter Weise widmet. Vom Jahre 1885–1911 war Graf von Linden, Dr. phil. h. c., kgl. Oberkammerherr, Exzellenz, Vorstand des Vereins. Er ist der eigentliche Schöpfer des Museums für Länder- und Völkerkunde und hat durch bedeutende persönliche Opfer den groß angelegten Museumsbau in die Wege geleitet, leider ohne dessen Vollendung noch zu erleben; ihm zu Ehren führt das Museum die Bezeichnung „Lindenmuseum“. Um die Durchführung und Finanzierung des Werkes, das einen Aufwand von rund 1 Million erforderte, sowie um die ganze Weiterentwicklung des Vereins hat sich der Schatzmeister Konsul Dr. phil. h. c. Wanner besondere Verdienste erworben. Ein denkwürdiger Tag in der Geschichte des Vereins ist der 28. Mai 1911, an dem das Museum feierlich eröffnet wurde.

Der Verein hat die Aufgabe, die Länder- und Völkerkunde zu pflegen unter spezieller Berücksichtigung der Handelsgeographie. Diesem Zweck dienen vor allem Vorträge, die während des Winterhalbjahrs einmal wöchentlich im Vortragssaal des Lindenmuseums stattfinden, zurzeit regelmäßig abwechselnd mit den Vorträgen des Deutschen Ausland-Instituts. Diese Vorträge erfreuen sich großer Beliebtheit und sind auch Nichtmitgliedern unentgeltlich zugänglich.

Neben der Veranstaltung von Vorträgen widmet der Verein seine besondere Aufmerksamkeit der weiteren Entwicklung des Lindenmuseums, das zu den bedeutendsten Museen für Völkerkunde in Deutschland gehört und über 100000 Nummern zählt. Der wissenschaftliche Leiter desselben ist Prof. Dr. Koch-Grünberg, bekannt durch mehrjährige Forschungsreisen in Südamerika und eine Reihe von Publikationen über die Ergebnisse seiner Reisen, speziell über die Kultur der dortigen Indianer. In der Leitung des Museums steht ihm Kustos H. Fischer zur Seite. Der Besuch des Museums ist ein sehr lebhafter, er betrug im letzten Jahre rund 24 500 Personen, wobei zirka 300 Schulklassen und 30 Vereine, welche die Sammlungen besichtigten, nicht gerechnet sind.

Die Bibliothek, geographische und ethnographische Werke umfassend, enthält zirka 5000 Bände, wozu noch zahlreiche Landkarten und Lichtbilder kommen.

An Publikationen bietet der Verein seine Jahresberichte mit wissenschaftlichen Abhandlungen, die bis zum Krieg regelmäßig alle 2 oder 3 Jahre erschienen; während desselben unterblieb die Herausgabe, jetzt ist wieder ein neuer Jahresbericht in Vorbereitung. Bis Ausbruch des Kriegs stand der Verein im Schriftenaustausch mit allen einschlägigen Instituten des In- und Auslandes. Auch hierin hat der Krieg mit rauher Hand eingegriffen. Neuerdings jedoch ist der Austausch wieder in ziemlichem Umfang aufgenommen, und es ist zu hoffen, daß er seine frühere Höhe wieder erreichen wird.

Der Verein besitzt außer dem Lindenmuseum die beiden benachbarten Anwesen Herdweg 5 und 7, nebst den dazu gehörenden Grundstücken, womit für eine etwaige Erweiterung des Museums der nötige Bauplatz vorhanden ist. Der ganze Besitz ist schuldenfrei. Die laufenden Ausgaben, die in den letzten Jahren eine bedeutende Steigerung erfahren haben, werden durch Mitgliederbeiträge, staatlichen und städtischen Zuschuß, sowie die Zinserträge des Vereinsvermögens bestritten.

Evangelischer Hauptverein für Deutsche Ansiedler und Auswanderer, Witzenhausen a. Werra. E. V.

Witzenhausen a. d. Werra, Steinstraße.

Die Leitung des Vereins liegt in der Hand:

1. der Mitgliederversammlung,
2. des Verwaltungsausschusses,
3. des Vorstandes.

Der Evangelische Hauptverein für Deutsche Ansiedler und Auswanderer gehört nicht zu den Vereinen, die sich ein scharf umgrenztes Gebiet als Arbeitseid wählten, sondern zu denen, die durch die geschichtlichen Ereignisse gezwungen, das ganze weite Feld der evang. Auslandsdiaspora von ihrer Gründung an ins Auge gefaßt haben.

Im Jahre 1896 wurde das bekannte von der Heydtsche Reskript aufgehoben, das seit 1859 die Einwanderung nach Brasilien untersagte. Bald darauf trat die Hanseatische Kolonisationsgesellschaft aufs neue hervor und glaubte den Auswandererstrom, der vorwiegend nach Nordamerika strebte, nutzbar machen zu können für das klimatisch so überaus günstige Siedlungsgebiet der Hansa im Staate Sta. Catharina im südlichen Brasilien. Zu diesem Zweck setzte sich die Gesellschaft mit dem Raphaelsverein zum Schutze katholischer deutscher Auswanderer in Verbindung.

Zu den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Hanseatischen Kolonisationsgesellschaft gehörte der durch seine Evangelische Bund- und Diaspora-Arbeit schon damals rühmlichst bekannte Großkaufmann G. A. Schlechtendahl, Barmen. Diesen bewegte naturgemäß die Frage, warum die Hanseatische Kolonisationsgesellschaft nicht mit einer dem Raphaelsverein entsprechenden evangelischen Organisation in Verbindung trete, zumal doch gerade in Sta. Catharina evangelische Deutsche wohnten, und es doch auch eine evang. Auswanderermission gebe.

Mit dieser Frage wandte er sich an den damaligen Geschäftsführer des Rheinischen Verbandes des evang. Afrika-Vereins, Divisionspfarrer Fabarius-Koblenz. Dieser gab zur Antwort: „Weil es keinen gleichen evang. Verein gibt.“ Es hatten wohl verschiedene Vereine die Fürsorge für deutsch-evang. Ansiedler in unseren Kolonien sich zur Aufgabe gesetzt, aber es fehlte noch eine feste, weitreichende und dementsprechend wirksame Organisation. Eine solche aber war der Raphaelsverein unter Leitung Cahenslys geworden. Gestützt auf die weitesten Kräfte des deutschen Katholizismus und auf die Mitwirkung der bischöflichen Behörden und Pfarrer aller Orten hatte er bereits einen außerordentlichen Einfluß auf die wirtschaftlichen, sozialen, nationalen und religiösen Verhältnisse des Auswandererwesens gewonnen, obgleich nur $\frac{1}{4}$ sämtlicher deutscher Auswanderer katholisch war. Hierzu kam noch, daß das neue Reichsgesetz für Auswanderer vom Jahre 1897 geradezu eine vermehrte Auswandererfürsorge forderte.

So trat dann am 9. August 1897 ein vorläufiger Ausschuß zusammen, bestehend aus den Herren: Pfarrer Beckmann-Barmen, Pastor Cremer-Berlin, Divisionspfarrer Fabarius-Koblenz, Pfarrer Kölle-Rio Claro (Südamerika), Pfarrer Meyer, Kaufmann Schlechtendahl, Missionsinspektor Dr. Schreiber und Dr. Wittenstein (sämtlich aus Barmen). Dieser Ausschuß setzte sich die Fürsorge für deutsch-evang. Auswanderer zum Ziel und wollte zu diesem Zweck alle verwandten Bestrebungen zusammenschließen. Am 30. November 1897 konstituierte sich der Verein unter dem Namen: Evangelischer Verein für deutsche Auswanderer. Gelegentlich der Festsetzung der Satzungen und Vorstandswahl wurde dieser Name in den eines „Evangelischen Hauptvereins für deutsche Auswanderer“ umgewandelt. Als Schirmherr ward Seine Durchlaucht der Fürst Wilhelm zu Wied gewonnen. Der Vorstand setzte sich zusammen aus den Herren: G. A. Schlechtendahl (Vorsitzender), Fabarius (Schriftführer), Paul Colman, Langenberg, Landrat Conze-Müllheim a. d. Ruhr, Pfarrer Cremer-Berlin, Professor Dr. Hasse-Leipzig, Oberhofmeister Freiherr von Mirbach, Konsistorialrat Reinhard-Koblenz, Missionsinspektor Dr. Schreiber-Barmen, Johannes Schröder-Bremen, Louis Simons-Elbertsdorf, O. Wanner-Stuttgart, Dr. Wittenstein-Barmen.

Eine Überstürzung konnte bei der Bildung des Vereins insofern vermieden werden, als gerade nach der großen Hochflut der Seer Jahre die Auswanderungsbewegung ganz bedeutend abgeebbt war.

Zunächst übernahm „Der deutsche Ansiedler“, das Organ der evang. Gesellschaft in Barmen, die Vertretung des Vereins. Der Vorsitzende dieser Gesellschaft, Dr. Schreiber, war ja auch bei der Gründung hervorstechend beteiligt. Erst 1900 forderte die wachsende Vereinsarbeit die Gründung eines eignen Vereinsorgans.

Nach Verlegung der Geschäftsstelle von Koblenz nach Witzenhausen erwies sich zunächst der vom Geschäftsführer als Direktor der deutschen Kolonialschule herausgegebene „Deutsche Kulturpionier“ als das gewiesene Organ zur Vertretung des Evang. Hauptvereins; neben Mitteilungen aus dem Kameradenkreis u. a. für künftige Ansiedler wertvollen Artikeln brachte dieses Blatt eine besondere Abteilung für den Verein.

Die Vorstandssitzungen in Düsseldorf 1898, Köln 1899 und Barmen 1900 gaben Kunde von dem begeisterten Echo, das die von dem Evang. Hauptverein vertretenen Ideen in weiten deutschen-evang. Kreisen gefunden hatten, wie auch von der großen Bereitwilligkeit bestehender evangelischer und nationaler Vereine, seine Arbeit. Da man als eine allen Vereinen gemeinsame Ausgabe erkannte, nach Kräften zu fördern. Da sich die Fürsorge des Vereins bei fortschreitender Arbeit nicht auf die verhältnismäßig geringe Zahl deutscher Auswanderer beschränkte, sondern die wandern-

deutschen aus Südosteuropa bald vornehmlich seine Kraft in Anspruch nahmen, wurde im Sommer 1900 dem bisherigen Namen noch die Bezeichnung „für deutsche Ansiedler“ hinzugefügt, so daß er seitdem den etwas laugen und umständlichen Namen „Evangelischer Hauptverein für Deutsche Ansiedler und Auswanderer“ führt.

1903 erst gab der Verein eine eigene Zeitschrift heraus: „Der Deutsche Auswanderer“, und zwar als Vierteljahrschrift. Seit Ende 1908 besitzt der Verein die Rechte einer juristischen Person. In seinen Veröffentlichungen bringt der Verein jährlich Berichte über seine Tätigkeit, die ein klares Bild seiner Entwicklung geben. Hier sei nur noch erwähnt, daß das Jahr 1919 insofern von besonderer Bedeutung ist, als 1. die Geschäftsstelle zur Zweigstelle des Reichswanderungsamtes ernannt wurde, ohne dabei irgendwie ihre selbständige Stellung aufzugeben, daß 2. der Vorsitzende und Geschäftsführer in den Sachverständigenbeirat des Reichswanderungsamtes berufen wurde und daß 3. endlich die Erweiterung der Arbeitsbasis durch Einrichtung von Zweigfürsorgestellen an vielen Orten im Reiche, deren zurzeit 35 bestehen, ermöglicht wurde. Diese Stellen haben den Zweck, die schriftliche Auswandererfürsorge durch mündliche wirksamer zu ergänzen.

Richtlinien und Aufgaben des Vereins sind:

1. den deutschen Auswanderern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen,
2. den Zusammenhang deutscher Ansiedler und Auswanderer mit dem Vaterland und der evang. Kirche zu pflegen,
3. jeder planlosen und unbesonnenen Auswanderung entgegenzutreten.

Dieses Ziel erreicht er auf Grund mehr als 20jähriger Erfahrung in der Auswandererfürsorge

1. durch sachgemäße Auskunft über die Auswanderungsziele, über die wirtschaftlichen, kirchlichen und Schulverhältnisse, über Sprache, Sitten, Gewohnheiten und Gesetze der verschiedenen Länder, über Fahrgelegenheiten, Zollvorschriften, Geldgelegenheiten, sowie über alle die Auswanderung und Siedlung betreffenden Fragen;
2. durch Geleitskarten und Empfehlungen, um den Strom deutsch-evang. Aus-

wanderung in deutsch-evang. Sinne zu leiten und möglichst durch ihn deutsche Auslandsgemeinden zu stärken;

3. durch die Mitarbeit zahlreicher Vertrauensmänner im In- und Ausland;
4. durch sachgemäße Prüfung jedes Unternehmens und jeder Aufforderung zur Auswanderung auf ihre Zuverlässigkeit;
5. durch Pflege deutschen Nationalbewußtseins und sittlich religiöser Gesinnung unter den Auswanderern, persönliches Aufsuchen der Auswanderer durch Vertrauensmänner, Förderung der Gottesdienste an Bord der Schiffe, Verteilung geeigneter Schriften;
6. durch seine Monatsschrift „Der Deutsche Auswanderer“, die im Sinne obiger Richtlinien wirkt;
7. durch Beratung deutscher Ansiedler im Auslande und Übermittlung ihrer berechtigten Wünsche und Klagen zur Warnung für andere;
8. durch Vorträge über Auswanderungs- und Ansiedlungsfragen;
9. durch persönliche Fühlung mit überseeischen Deutschen;
10. durch Gründung von Zweigstellen hin und her im Reiche, um so die schriftliche Auswandererfürsorge durch mündliche wirksamer zu ergänzen.

Der Verein arbeitet in engster Fühlung mit der Deutschen Kolonialschule in Wittenhausen, den evang. Aus- und Einwanderermissionen in den europäischen und überseeischen Hafenstädten und den für das evang. Deutschtum im Ausland eintretenden Vereinen und Verbänden. Er will keinerlei Anreizung zur Auswanderung geben.

Er erteilt Auskunft unentgeltlich.

Mitglied des Vereins kann jeder werden, der sich zu einem regelmäßigen, jährlichen Beitrag von 4 Mark verpflichtet. Der „Deutsche Auswanderer“ wird allen Mitgliedern, die einen Jahresbeitrag von 10 Mark an aufwärts zahlen, von der Geschäftsstelle aus regelmäßig zugesandt. Jahresbezugspreis für Nichtmitglieder 16 Mark.

(Fortsetzung folgt.)

Das Schulsanatorium Fridericianum zu Davos

Ein gefährdeter deutscher Posten im Ausland

„In einer Zeit, wo die Fragen der Jugendertüchtigung und des Auslandsdeutschtums mit tiefinnerstem Recht mehr denn je im Vordergrund allgemeiner Sorge stehen, bedarf ein Bericht über ein Institut, das wie nur wenige andere so ganz lebendiger Träger tätigen Deutschtums ist, keiner Rechtfertigung.“ So leitete vor Jahresfrist eine große deutsche Zeitung eine warmherzige Betrachtung über das Schul-Sanatorium Fridericianum zu Davos in der Schweiz ein. Ich glaube diese Worte auch heute an den Anfang einer Schilderung derselben Anstalt stellen zu sollen. Ist ihre Mission heute doch in nicht minderem Maße wichtig. Die Sorge um die Wiedererstarkung der durch Unterernährung und Mangel jeglicher Art während der Kriegszeit und des traurigen Nachkriegsjahrs geschwächten und erkrankten Jugend haben sich vielleicht nur vermehrt. Und auch die Überzeugung, daß es mehr denn je gilt, die Bande innerer Zusammengehörigkeit zwischen den Auslandsdeutschen im weitesten Sinne und dem Vaterland auf neuer verinnerlichter Grundlage zu festigen, hat sich in diesem Jahr in noch weiteren Kreisen Bahn gebrochen.

Von diesem Gesichtspunkt aus wird manchem der Kampf, den das Schulsanatorium Fridericianum, eine der wenigen noch bestehenden Deutschen Auslandsschulen und bis vor wenigen Monaten die letzte Ausland-Vollanstalt überhaupt mit der Ungunst der Verhältnisse zu bestehen hat, warme Anteilnahme erwecken.

Der Typus gerade dieses Auslandsinstitutes dürfte nicht nur dem Pädagogen im engeren Sinne, sondern jedem, dem Verständnis für Fragen des Volkswohls, der Erziehung und Wissensvermittlung eignet, dankbarer Gegenstand intensiver Betrachtung sein. Handelt es sich doch um ein nicht eben leicht zu lösendes Problem, die Vereinigung von Genesungsheim, Schule und Erziehungsstätte. Daß dasselbe in weitestem Maße gelöst wurde, hat die 43jährige Geschichte der Anstalt bewiesen und das Urteil berufenster Männer erhärtet. Als deutsche, staatlich anerkannte Auslandsschule nimmt das Fridericianum denn auch eine Sonderstellung unter allen sonstigen Auslandsschulen

ein. Es war und ist die einzige Anstalt dieser Art, die die Verwirklichung jenes dreifachen Zieles der körperlichen Erstarkung, geistigen Ausbildung und Erziehung auf ihre Fahnen schrieb und mit glücklichem Erfolg durchführte. Ein Verzeichnis der Nationalitäten besteht nicht. In den ersten 40 Jahren besuchten 463 Schweizer Schüler die Schule, gegenüber ca. 4000 Schülern überhaupt.

Über die Geschichte der Anstalt ist kurz das folgende zu sagen. Ihre Gründung, hoch droben in den himmelragenden Graubündner Bergen, die für Hunderttausende das Sinnbild erhabenster Naturschönheit sind, erfolgte durch den weit über Deutschlands Grenzen bekannten Schulmann Geheimrat Prof. Dr. Perthes im Jahre 1878 aus der Erkenntnis heraus, daß ein dem Gesundheitszustand entsprechendes Maß geistiger Betätigung unzweifelhaft mehr zur Genesung beiträgt, als die bei einem völligen Nichtstun oder einem in den Alltagsständeleien aufgehenden Leben unausbleibliche Langeweile und Verdrossenheit. Die Erfahrungen der Anstalt bestätigen es. Junge Leute, die im Sanatorium unter Erwachsenen nur ihrer Kur lebten und deren Tagesverlauf nicht aus dem Wechsel von Liegestuhl, Speisesaal und Kurpromenade herauskam, waren oft genug für das Leben und seine Forderungen verloren. So wurde das Fridericianum eine Stätte der Festigung im besten und weitesten Sinne für die Jugend, der Tausende heut zum größten Teil im tätigen Leben stehenden Männer Leben und Schaffensfreudigkeit verdanken. Auch von ärztlicher Seite ist die Bedeutung dieser vom Fridericianum seit 43 Jahren vertretenen Arbeitstherapie gerade für die heranwachsende, körperlich gehemmte Jugend voll anerkannt und gewürdigt. Eine dem gesundheitlichen Befinden angepaßte geistige Tätigkeit wird heute geradezu als ein Heilfaktor angesehen. Man wird ohne weiteres einem der wärmsten Verfechter des Wirkens der Anstalt zustimmen, wenn er aus eigener Erfahrung als ehemaliger Zögling schreibt: „Wer hätte die Wirkung eines selbst errungenen Erfolges, einer guten Tat, des Gefühls der treu erfüllten Pflicht nicht an sich selbst, an dem eigenen Wohlbefinden erprobt. Um wieviel mehr muß

diese Einwirkung sich nicht an erholungsbedürftigen, von seelischen Einflüssen noch mehr abhängigen jungen Menschen geltend machen!“

Mit Recht wurde daher der Anstalt die Aufgabe einer höheren deutschen Bildungsanstalt zugewiesen. Aber nur halb kann der Erfolg sein, wenn sie nicht zugleich mit ganzem Nachdruck die Bildung der Persönlichkeit verfolgte; denn gerade für junge Menschen mit geschwächtem Körper ist ein starker Charakter, der auch, auf sich selbst gestellt, sich von den Torheiten des Lebens freizuhalten weiß, ein nur zu wichtiges Erfordernis. So ergab sich die Dreifaltigkeit des Wirkens aus dem Zwang des gesteckten Zieles. Daß die Erfüllung einer so ins allgemein Geistige und Menschliche zielenden Mission nicht leicht war und große Selbstverleugnung aller an ihr Beteiligten erforderte, wird verständlich sein.

Als Schule umfaßt das Fridericianum heute die Vorschule für die Kleinen bis zum neunten Jahr, sodann die neunklassigen Mittelschulen eines Gymnasiums, Realgymnasiums und einer Oberrealschule für Knaben und Mädchen, und zwar auch für solche, die nicht dem Internat angehören. Es dient damit in glücklicher Weise auch den Schweizern, deren Einheitsaufbau, wie bei den Schulen der Vereinigten Staaten, Norwegens und anderer Staaten eine Trennung der einzelnen Schularten nicht kennt. Soll ein solches Institut wie das Fridericianum in edlem und praktischem Sinn Kulturvermittler und Bindeglied für das gegenseitige Verstehen zwischen den Angehörigen verschiedener Nationen sein, — zweifellos eine der wertvollsten Aufgaben einer Auslandsschule — so muß es auch dem ausländischen Schüler Gelegenheit geben, zu seinem eigenen Nutzen am Betrieb der Anstalt teilzunehmen. Dieser Forderung, unter Wahrung der deutschen Eigenart Genüge zu leisten, ist das Fridericianum seit Jahrzehnten erfolgreich besorgt gewesen. Es hat immer eine beträchtliche Zahl junger Schweizer wie Zugehöriger anderer Nationen zu den Fridericianern im Internat oder als Besucher der Schule gehört. Ein bedeutsames Urteil aus dem berufenen Munde eines schweizerischen Schulinspektors in einem für die Öffentlichkeit bestimmten Schreiben wird die Bedeutung dieses Zweiges des Wirkens am besten kennzeichnen. Es darf gerade hier nicht fehlen.

„Kinder schweizerischer Abkunft und deutsche Jungen sitzen einträchtig beieinander und empfangen mit sichtbarer Freude einen erweckenden und gefühlsbetonten Unterricht. So sind alle Möglichkeiten geboten, daß sich die Jugend im Heimatlichen geistig und seelisch verankert, und daß aus dem Heimatgefühl die Heimatliebe entspringt, die der Schüler auf unser ganzes Schweizer Vaterland überträgt. — Ein Hauptaugenmerk wird ferner auf die ethische Wertung der Arbeit gelegt, kurz das Fridericianum zu Davos geht mit unsern bessern einheimischen Bildungsanstalten gemeinsame Wege, die Jugend zu tüchtigen Bürgern und Bürgerinnen* heranzubilden und sie zu guten Menschen zu erziehen. Solche Anstalten verdienen bei unserm Volk und unsern Behörden uneingeschränkte Duldung, ja Hochachtung und dazu den Dank aller derer, die jemals als Schüler durch ihre Tore gegangen sind.“

Nicht für den ganzen Wirkungsbereich lassen sich die Erfolge zahlenmäßig wiedergeben, betrifft er doch zum nicht geringen Teil, wie bereits festgestellt wurde, das Gebiet der Charakter- und Gemütsbildung. Hier ist der Berichterstatter nur auf die vielen Dokumente, mit ihren aus innerstem Herzen kommenden Dankesworten angewiesen, die als Zeugnisse persönlicher Art zurücktreten sollen. Im übrigen besagen die Jahresberichte, daß fast 4000 Knaben und Jünglinge zu gesunden, lebens- und ar-

beitsfrohen Menschen gemacht wurden, von denen nicht wenige berufen waren, ihrem Vaterlande wertvolle Dienste zu leisten. Fürwahr eine Leistung, die für sich schon der vollen Anerkennung und innern Anteilnahme wert ist. Kennzeichnend für die Eigenart und besondere Wirkungsweise der Anstalt sind die offensichtlichen Erfolge auf wissenschaftlichem Gebiet, obwohl bei ihrer erholungsbedürftigen, in manchen Fällen sogar behinderten Jugend dem erfolgreichen Wirken mancherlei Hemmnisse entgegenstanden. Von den mehr als 300 Schülern der Oberklassen, die sich im Laufe der 43 Jahre der Reifeprüfung, und zwar bis zum Jahre 1917 an ihnen völlig fremden Schulen nach dem Abschluß ihrer Studien auf dem Fridericianum unterzogen, konnten nur drei den Anforderungen der Prüfung nicht genügen, und diese infolge zufällig eintretender gesundheitlicher Störungen. Dagegen bestanden weitaus die meisten ihre Prüfung mit Auszeichnung. Diese hervorragenden Leistungen wurden auch stets rückhaltlos von deutschen Unterrichtsministerien und schweizerischen Erziehungsdepartements gewürdigt. In Anerkennung seiner Verdienste wurde das Fridericianum vom Reich 1909 mit dem Recht der Ausstellung von Reifezeugnissen der Obersekunda ausgestattet und an seinem 40jährigen Jubiläum 1918 zur Auslandsvollanstalt erhoben mit dem weitergehenden Recht, unter dem Vorsitz eines von der Reichsregierung entsandten Reichskommissars Reifeprüfungen abzuhalten.

Ein hervorstechender Zug im Wirken der Anstalt war das stete Streben, sich in weitgehendstem Maße der Kinder minderbemittelter Familien anzunehmen und vielen kranken Knaben den Eintritt und damit die Aussicht auf Genesung durch Gewährung von Freistellen und Beihilfen zu ermöglichen. Die hierfür wie auch für die Ausbildung interner deutscher Soldaten durch Einrichtung von Fachschulen und mannigfaltigsten Kurse aufgewendeten und von der Anstalt getragenen Beträge stellen eine für den Haushalt einer Schule sehr große Summe dar.

Zur gegenwärtigen Stunde sehen die Freunde des Fridericianums leider nicht ohne Sorge in die nächste Zukunft. Die wirtschaftlichen Nöte Deutschlands und besonders der aus denselben sich ergebende schlechte Stand des deutschen Geldes haben, obwohl die traurigen Gesundheitsverhältnisse der Jugend in Deutschland für Tausende den Besuch des Hochgebirges bezweckender Anstalt wie das Fridericianum nötig machen, doch die Schülerzahl in letzter Zeit immer mehr abnehmen lassen. Und doch sind seine Freunde der festen Meinung, daß seine Mission, weit entfernt, schon beendet zu sein, gerade in dieser Zeit, wo die Folgen der Kriegsnöte und der Unterernährung an der deutschen Jugend erschreckend offenbar werden, erst recht vorhanden und wichtig ist. Es gilt nur, die jetzt sich zeigenden Hindernisse durch geeignete Maßnahmen zu überwinden. Auch das deutsche Ansehen, das schon so viele Einbußen erlitten, verlangt die Erhaltung der nun 43 Jahre so segensreich wirkenden Anstalt. Es wäre ein unersetzlicher Verlust, wenn der Jugend für die Zukunft diese einzigartige Stätte der Erholung und geistigen Ausbildung verloren ginge.

Um der Anstalt über die jetzige schwere Zeit hinwegzuhelfen, hat eine Reihe von Freunden in Deutschland und Amerika, die ihre jetzige Lage mit Sorge erfüllt, den Plan gefaßt, einen Fonds zu schaffen, der dazu dienen soll, Kindern aus den Kreisen des Mittelstandes für sechs Monate Aufenthalt im Hochgebirge und in der Anstalt zu gewähren, sei es in Form von Freistellen oder von Zuschüssen zu dem, was die Eltern von sich aus aufbringen können. Leider ist auch hier wieder der tiefe Stand des deutschen Geldes ein gewichtiges Hindernis, um aus Deutschland selbst genügend große Beträge zu erhalten, die das Hilfswerk

dessen Deckung in schweizerischer Währung erfolgen muß, in größerem Umfang durchzuführen. So richten sich denn wieder aller Augen nach den Freunden in Süd- und Nordamerika, ob ihr Werben in weiterem Freundeskreis Verständnis und Hilfsbereitschaft findet. Seiner alten Tradition, zu helfen, wo immer es möglich ist, getreu, hat das Fridericianum seine eigenen Verpflegungssätze auf die der deutschen Heilstätten für Minderbemittelte in Graubünden und im Tessin herabgesetzt, um möglichst vielen Kindern die Segnungen einer Kur im Hochgebirge zuteil werden zu lassen. Es stellt dem Liebeswerk seine Räume, seine Sanatoriumserfahrung, seine dem Unterricht und der sonstigen Betreuung dienenden Einrichtungen zur Verfügung. Auf diese Weise kann es der Allgemeinheit weiter wertvolle und notwendige Dienste leisten und durch dieses Hilfswerk an der Jugend zugleich sich über die nächste kritische Zeit hinwegbringen.

Von der deutschen Schule in Südwestafrika

Die Schulfrage in Südwestafrika ist in ein neues Stadium getreten. Am 25. August veröffentlichte der Sekretär für Südwestafrika, F. Herbst, ein Rundschreiben an alle Magistrate, es werde demnächst eine Verordnung herausgegeben werden, die sich mit dem öffentlichen Unterricht befaßt und die am 1. Januar 1922 in Kraft trete. Gemäß dem vom Administrator der deutschen Bevölkerung gegebenen Versprechen sei darin vorgesehen, daß der Unterricht in Deutsch erteilt werde, wenn die Eltern von mindestens 20 deutschen Kindern, welche die durch das deutsche Privatschulsystem erforderlichen hohen Kosten nicht tragen könnten, ihre Kinder bei den öffentlichen Schulen anzumelden wünschten. Vorausgesetzt, daß Unterkunft vorhanden sei, werde diesen Kindern auch die übliche Pensions-Gelegenheit gewährt. Das Unterrichts-Departement wünsche rechtzeitig in Kenntnis gesetzt zu werden, wieviel Eltern solchen Unterricht wünschten, um geeignete Lehrer aus Deutschland erhalten zu können, falls solche in Südafrika nicht erhältlich seien.

Man weiß, daß zwischen der letzten Ablehnung der Administrators-Vorschläge durch den Landesverband Besprechungen hin- und hergegangen sind, die bald günstiger, bald ungünstiger zu verlaufen schienen. Der deutsche Landesschulverband sah mit Recht davon ab, über die einzelnen Phasen solcher Verhandlungen zu berichten, um sie nicht zu stören. Das Deutschtum war darüber einig, alles zu versuchen, um das deutsche Schulwesen auf seiner bisherigen Höhe zu halten und seine Gleichberechtigung mit dem südwestafrikanischen durchzusetzen. Am 3. September jedoch trat der Landesverband mit einer langen Erklärung an die Öffentlichkeit, die geeignet war, größtes Aufsehen zu erregen. Es hieß nämlich da, daß man von hoher Seite es ernstlich darauf abgelegt zu haben schien, durch Gewaltmaßnahmen eine schnelle Entscheidung zu erzwingen. Eine Einigung über die vielen strittigen Punkte: Gegensatz zwischen dem Lehrplan der Union und Südwestafrika, Unterschied zwischen der deutschen Lehrer-Vorbildung und derjenigen in der Union, Rechte der Schulausschüsse, Frage der Besoldung, Beurlaubung und Pensionierung der Lehrer, Bewilligung von Beihilfen für die Erziehung auswärtiger Kinder usw., war noch nicht erzielt. Am 19. Juli hatte der Landesschulverband dem Herrn Administrator erklärt, er plane zwischen dem jetzigen Zustand rein privater Erziehung und dem späteren Zustand rein staatlicher Erziehung eine Übergangszeit einzuschieben, die der Vorbereitung des Staatssystems dienen solle und der staatlichen Überwachung verschiedene Rechte einräume, wogegen ein Teil der Kosten in dieser Zeit bereits vom Staat zu übernehmen wäre. Die genaue Ausarbeitung des auch mit dem südafrikanischen

Die Sammlung, für die eine Reihe bekannter Männer mit ihrem Namen eintritt, soll den Namen „Deutsche Jugendhilfe des Fridericianums zu Davos“ führen. Ihre Zahlstellen sind die „Deutsche Bank“, Berlin, und für Spenden in nichtdeutscher Währung die „Kantonalbank in Zürich“ unter dem Konto „Deutsche Jugendhilfe des Fridericianums“.

Mit dem Schlußwort jener zu Beginn erwähnten Betrachtung über das Fridericianum sei dieser Bericht geschlossen. „Man kann nur den herzlichen Wunsch hegen, daß die deutsche Auslandsschule in glücklicher Überwindung der gegenwärtigen äußeren Hemmungen nach wie vor eine der leuchtenden Zierden deutschen Schulwesens sein kann. Mehr denn je tut unserm Volkstum, seiner Gestaltung und Auswirkungsmöglichkeit solcher Wegbereiterdienst bitter not.“ Möchte dem Fridericianum in diesem Sinne reiche Hilfe verständnisvoller Freunde beschieden sein.

Schulfachmann Professor Brummer von der Universität Stellenbosch verabredeten Plans unterblieb jedoch wegen der Ferien und der späterhin auftretenden Grippe, die viele Erkrankungen hervorrief.

Nun empfing der Landesverband am 27. August einen Brief, daß die Landesschulverwaltung vom 1. Januar 1922 ab eine Miete für die von den Deutschen benutzten Schulen und Pensionatsgebäude beanspruchen werde, und zwar für Windhuk jährlich 1750 Pfund, für Swakopmund 413, für Lüderitzbucht 280 und für andere Schulen entsprechend, insgesamt 92000 Schilling jährlich. Am 29. August folgte die weitere Mitteilung, daß das Schulgebäude in Okahandja in absehbarer Zeit geräumt, bzw. gegen entsprechende Miete gegen das jetzige südwestafrikanische Schulgebäude eingetauscht werden sollte. Endlich wurde angeordnet, daß in Gobabis Schulgebäude und Pensionat bis zum 1. September geräumt werden sollten, ohne daß dazu zwingender Grund vorgelegen hätte.

Man spürte in Südwest den schärferen Wind, der aus der Tonart dieser Briefe wehte. Daß der Landesschulverband und seine Vereine über 90000 Schilling allein an Mieten aufbringen könnten, das war ausgeschlossen, und das wußte der Administrator. Seine Befehle besagten also kurz und knapp: Entweder Überlieferung des deutschen Schulwesens zum 1. Januar 1922 oder finanzieller Ruin des so prächtig aufgebauten deutschen Schulwesens.

Man weiß in Südwestafrika, daß beim Administrator und in der Union gegen das deutsche Element in verwerflicher Weise gehetzt wird. Man kennt auch die Männer, die gerne als Vertreter Südwests in das gemeinsame Unions-Parlament einziehen möchten. Man hat auch genaue Kunde von Äußerungen, die über den deutschen Schulkampf als einen im Grunde politischen Kampf dem Administrator gegenüber gefallen sind. Der Administrator blieb nicht unbeeinflusst von diesen Hetzereien. Schon in Karibib ließ er in einer Rede durchblicken, der Vorschlag des Landesverbandes vom 19. Juli sei nur der Ausfluß einer Verzögerungstaktik, der er sich nicht fügen werde.

Am 14. September fand nunmehr eine Versammlung des deutschen Schulvereins in Windhuk statt, des größten Vereins in Südwestafrika, und der Besuch durch fast 400 Mitglieder bewies, daß diese stärkste Versammlung, die der Verein jemals erlebt hat, sich bewußt war, um was es sich eigentlich handelt und welcher Sache der Kampf gilt. Man debattierte kurz und sachlich, fest und zielsicher. Es war eine Einheitlichkeit und Geschlossenheit in der Versammlung, die imponierend wirkte. Wo Bedenken laut wurden, da waren sie nur finanzieller Natur, bedeuteten aber nirgendwo Zweifel an der guten Sache. Der

Schriftführer, Herr Kasch, verlas ein Schreiben des Administrators, er habe von den finanziellen Schwierigkeiten der deutschen Schulvereine mit Bedauern gehört, er bedauere auch, daß es der deutschen Bevölkerung nicht mehr möglich erscheine, die von ihm in dieser Sache angebotene Unterstützung anzunehmen. Die Schulgebäude, die die Deutschen jetzt benützten, gehörten der Allgemeinheit und nicht nur den Deutschen. Hätten diese von vornherein Miete dafür bezahlen müssen, so hätte das eine beträchtliche Summe ausgemacht. Seit November 1920 seien fast 12000 Pfund Sterling ausgegeben worden, um dem Anwachsen der Regierungsschulen gerecht zu werden, welcher Betrag hätte gespart werden können, wenn die Deutschen ihre Schulgebäude hergegeben hätten. Während des Schwebens der Verhandlungen habe er, der Administrator, jedoch diese Forderung der Räumung nicht stellen wollen. Er sei jedoch bereit, den finanziellen Schwierigkeiten seiner „deutschen Freunde“ Rechnung zu tragen und die Zahlung der erhöhten Mieten bis zum 1. Januar 1923 zurückzustellen, wenn der Verband die Gebäude in gutem baulichem Zustande erhalte und sofort nötig werdende Reparaturen bezahle. Trotzdem müsse aber das Deutschum sich bereit halten, „nach den Erfordernissen der Zeit“ Schulgebäude oder Teile dieser Gebäude freizumachen, wenn es nötig werde, denn solange diese Regierungsgebäude zur Verfügung ständen, könne er natürlich keine neuen Gelder für die Errichtung neuer Gebäude ausgeben. Wenn er könne, wolle er in solchen Fällen gerne verfügbare Unterkunftsräume anbieten.

Immerhin gewinnt der Landesschulverband durch die Zurückstellung der Mietszahlung um 16 Monate Zeit zu neuen Verhandlungen. Im Namen des geschäftsführenden Vorstands erklärte Herr Kisker, die Deutschen seien nicht grundsätzliche Gegner des Übergangs der jetzigen deutschen Privatschulen an die Regierung, wollten jedoch den Schritt sorgsam prüfen und alle ihre Rechte und Erziehungsvorteile dabei wahren. Der Verband wolle dabei die Rechte und Ansichten aller ihm angeschlossenen Vereine gründlich wahren. Eine oder zwei deutsche Realschulen müßten zum Besten derjenigen Kinder, die ihre Erziehung späterhin in Deutschland abschließen wollten, doch stets als

Privatschulen aufrechterhalten werden. Die Vorbereitung einer derartigen Organisation in Windhuk erachte der Verband als notwendig, der Landesschulverband werde dazu einen Zuschuß zu leisten haben, da es sich dabei um eine Angelegenheit des ganzen Landes handle, wobei auch klargestellt sein müsse, daß dem Landesverband ein gewisser Einfluß auf die Führung dieser Schulen zugestanden werden müsse.

Der Vorsitzende des Windhuker Turnvereins, Herr Klaenfoth, stellte für den Notfall das gesamte Gebäude der Turnerschaft für Unterrichtszwecke zur Verfügung. Durch Einziehung von Wänden in die große Turnhalle ließen sich dort weitere Klassenräume schaffen, im Schützenhaus und im Elisabethhaus ständen für den Notfall weitere Räume zur Verfügung. Nach längerer Erörterung sprach schließlich die Versammlung einstimmig und unter Beifall dem Landesschulverband Dank und festes Vertrauen für die Zukunft aus.

Die einmütige Haltung des Schulvereins Windhuk — der bei seiner Stellungnahme die sämtlichen übrigen deutschen Landesschulvereine auf seiner Seite haben dürfte — hat das Ansehen des Landesschulverbandes aufs neue gestärkt. Daß der Administrator gegenüber solcher einmütigen Haltung der Deutschen seine Kampfansage zurückzog und die Mietszahlung vorläufig zurückstellte, ist ein Zeichen, wie sehr diese Einhelligkeit der Deutschen Eindruck auf ihn machte und wie sehr die Verwaltung auf der andern Seite sich auch scheut, den offenen Kampf mit den Deutschen auf dem Gebiete einer doch rein kulturellen Frage des Schulwesens aufzunehmen. Es ist zu hoffen, daß in den kommenden Monaten die Verhandlungen über die deutsche Schule und ihre Übernahme durch die Südwestregierung weitergehen und daß eine auch die Deutschen voll befriedigende Lösung zustande kommt. Die Vollmacht für den Schulverband, auf kein deutsches Minderheitsrecht dabei zu verzichten, ist erteilt. Der Administrator weiß, daß er Männer und keine Sklaven vor sich hat. Das klärt die Luft und schafft freie Bahn für Verhandlungen unter Gleichberechtigten. Dem Deutschum in Südwestafrika darf man das Zeugnis ausstellen, daß es sich würdig benommen hat und daß es geschickt und klug geführt ist. Möge der Erfolg nicht ausbleiben. Dr. F. W.

VOM DEUTSCHTUM IN DEN ABGETRENNTEN GEBIETEN

Dänische Schulen und Siedlungen in Nord-Schleswig

Wie sich die „Dtsch. Allg. Ztg.“ melden läßt, fanden in Tondern Verhandlungen über die Gründung einer für Augustenburg, Tondern oder Lügumkloster geplanten dänischen Universität statt. Da schon eine große Anzahl von Hochschulen und Abendschulen mit dänischer Unterrichtssprache besteht und man durch Einrichtung neuer Garnisonen, Einsetzung dänischer Beamter und großzügiger Siedlungsprojekte das dänische Element immer mehr in Nord-Schleswig heimisch machen will, so werden die Deutschen in den nächsten Jahren einen äußerst harten Stand gegenüber diesen Dänisierungsversuchen haben. Von deutscher Seite wird jedoch für die nächste Zeit geplant, demnächst die alte Landwirtschaftsschule in Tondern wieder zu eröffnen.

Verband der Buchhändler in Polen

Auf der ersten Hauptversammlung des neuen „Verbandes der Buchhändler in Polen“ in Bromberg wurde nach dem Bericht im Börsenblatt Nr. 188 der erfreuliche Beschluß gefaßt, den bisher auf die abgetretenen ehemals preußischen Gebiete beschränkten Verband den jetzigen politischen Verhältnissen anzupassen und auf ganz Polen auszudehnen. Als seine erste

Aufgabe bezeichnet der Verband der Buchhändler in Polen, der keinerlei politische, sondern nur wirtschaftliche Ziele verfolgt, den Zusammenschluß aller Buchhändler in Polen, die mit deutschen Büchern handeln. Es soll daher auch ein kollegiales Zusammenarbeiten mit dem polnischen Buchhändlerverband herbeigeführt werden, und den Mitgliedern, die polnische Bücher vertreiben, wurde empfohlen, auch diesem Verband beizutreten, denn beide Verbände hätten die gleiche große Aufgabe, dem Kulturfortschritt Polens zu dienen. Die deutschen Buchhändler sollten ehrlich und freudig an dieser großen Kulturarbeit mitarbeiten.

Der neue Verband ist als Organ des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler in Leipzig anerkannt worden und wird die Ausführung der Bestimmungen des Vereins für Polen überwachen. Bei den Verhandlungen in Leipzig konnten die Vertreter feststellen, daß sie nach und nach in den deutschen Buchhandelskreisen Verständnis für den schweren Existenzkampf der Kollegen im neuen Polen finden.

Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt, und zwar: Arnold Kriedte, Graudenz, 1. Vorsteher; Karl Großkurth, Bromberg, 2. Vorsteher und Leiter der Geschäftsstelle; Kurt

Deuser. Bromberg, Schriftführer; Kurt Schmidt, Bromberg, Kassierer; Kurt Boettger, Posen, Albert Jolowicz, Posen und Albert Fischer in Thorn, Beisitzer; neu gewählt wurde Paul Scholz, Wollstein, als Beisitzer.

Bromberg. Gegen die plötzliche Aufhebung der deutschen gehobenen Bürgerschule protestierten die deutschen Stadtverordneten. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten, in der man zum Unterschied gegen frühere Sitzungen wieder polnisch und deutsch verhandelte, erhoben die deutschen Vertreter Einspruch und forderten, daß die deutschen Schulen durch eine Subvention der Stadt und durch die Bereitstellung eines entsprechenden Gebäudes gefördert würden. Durch die überstürzte Wegnahme der deutschen Gebäude sei gegen Recht und Billigkeit verstoßen worden. Der Stadtpräsident erwiderte, die polnischen Schulen hätten sich in der letzten Zeit eines so starken Besuches zu erfreuen, daß man in erster Linie für die polnischen Kinder Raum schaffen müsse. Die Stadt werde bald mit den jetzt vorhandenen Gebäuden nicht mehr auskommen. Die Stadt werde gern bereit sein, den Deutschen eine Subvention für ihre Bürgerschule zu geben. Wenn das bis jetzt noch nicht geschehen sei, so sei schuld daran, daß die Deutschen trotz einer Einladung nicht zu der Kommissionssitzung gekommen seien. Der deutsche Vertreter stellte demgegenüber fest, daß niemand etwas von einer solchen angeblichen Einladung bekannt sei.

Die Polen haben von den Tschechen gelernt. Auch die

Tschechen machen es sich so einfach, Raum für die tschechischen Schüler zu schaffen, indem sie einfach deutsche Schulgebäude schließen, die prächtigen Einrichtungen an sich nehmen und dann den Deutschen sagen, nun baut euch doch eure Schulen selbst. Daß das bei der jetzigen Geldfrage ein blutiger Hohn ist, wissen sie natürlich. Aber um Ausflüchte sind die Unterdrücker deutschen Schulwesens nie verlegen gewesen.

Bromberg. Ein Verband deutscher Tierärzte wurde am 11. Sept. begründet. Tierarzt Schwarzkopf in Koston, der sich um die Gründung besondere Verdienste erworben hat, legte die wirtschaftlichen Ziele und Bestrebungen des neuen Verbandes auseinander, zu dessen Vorsitzendem Tierarzt Pasig-Nakel gewählt wurde.

Bromberg. Wie berichtet wird, haben die Polen die bisherige Goethestraße in Straße des 20. Januar 1920 (Tag der Besetzung Brombergs durch die Polen) und die bisherige Schillerstraße in Ignatz-Paderewski-Straße umbenannt.

Posen. Pfarrer Müller-Schönsee, der Vorsitzende des Evangelischen Pfarrvereins für Pommerellen und Hilfsarbeiter im evangelischen Konsistorium in Posen, ist als lästiger Ausländer ausgewiesen worden. Das Ersuchen um Angabe von Gründen ist abgelehnt worden, die Bezeichnung „lästiger Ausländer“ genüge. Eigentlicher Grund für die Ausweisung ist die deutsche Tätigkeit des Pfarrers Müller als Vorsitzender der deutschen Kreisvereinigung in Briesen.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM RUNDschau

Tschechoslowakei

In der Tschechoslowakei ist am 6. September eine Ausführungsverordnung zum Gesetz vom 14. April erschienen, die die Benennung der Städte, Gemeinden, Orte und Gassen, sowie die Nummerierung der Häuser regelt. Als Städte, Gemeinden und Ortschaften, die nach der letzten Volkszählung mindestens 20 Prozent Staatsbürger derselben, aber einer andern als der tschechoslowakischen Sprache haben, kann der Minister des Innern als amtliche Benennung auch jene bestimmen, die die Sprache der nationalen Minderheit ausgebildet hat. Dasselbe kann auch dort geschehen, wo die tschechoslowakische Sprache keine besondere Benennung besitzt. Der Minister des Innern kann das aber nur, „wenn eine solche ursprüngliche, historisch beglaubigte Benennung in der Sprache der nationalen Minderheit feststellbar ist und wenn administrative oder sonstige gewichtige Gründe dem nicht entgegenstehen“. Man sieht, daß hier Wege zur Genüge offen stehen, um das zu verhindern, was man im Grunde doch nicht haben will. Die Benennung der Straßen und öffentlichen Plätze ist Sache der Gemeindevertretungen. Auch wo beim Vorhandensein einer nichttschechischen Volksmehrheit die Benennung in derselben Sprache beschlossen wird, in Badeorten und solchen Orten, wo die tschechische Minderheit mindestens 20 Prozent ausmacht, ist der öffentliche Ort in der Staatssprache und zwar in dieser an erster Stelle zu benennen. Man wird abwarten müssen, wie die Praxis nach diesen schönen Bestimmungen sich gestalten wird.

Auf eine Begrüßung der Brüner deutschen Mittelschuldirektoren antwortete Präsident Masaryk in deutscher Sprache: „Für Ihre Begrüßung spreche ich Ihnen meinen herzlichen Dank aus. Seien Sie versichert, daß ich in gleicher Weise das materielle und das geistige Wohl aller Bürger

unserer Republik auf dem Herzen habe, und daß ich deshalb eifrig für die Entwicklung und das Aufblühen der deutschen Mittelschulen sorgen werde.“ Man kann nur hoffen, daß der Präsident auch die Macht hat, diese schönen Worte in die Praxis umzusetzen.

Eine Wiener Firma hatte bei den Leitmeritzer Gerichten einen Antrag in deutscher Sprache gestellt und war in allen Instanzen, zuletzt vom Justizministerium, abgewiesen worden. Das oberste Verwaltungsgericht entschied nun in einem für Ausländer günstigeren Sinne und hob die Entscheidung des Ministeriums als gesetzwidrig auf. Deutschösterreichische und reichsdeutsche Firmen können also in rein deutschen oder gemischt-sprachigen Gebieten der tschechoslowakischen Republik bei den Gerichten Anträge und Eingaben in deutscher Sprache einreichen.

Polen

Im polnischen Reichstag fand eine Aussprache über das Programm des neuen Ministeriums statt, in der der deutsche Abgeordnete Hasbach die Stellung seiner kleinen Fraktion zum Ausdruck brachte. Er bedauerte, daß der Ministerpräsident die Frage der nationalen Minderheiten nur mit wenigen Worten gestreift habe und trat der Forderung auf rasche Auflösung des jetzigen Reichstags bei. Das deutsche Element, das sich jetzt auch als Wortführer der Minderheiten betrachte, die nicht im Sejm vertreten seien, sei jetzt nicht in einer seiner zahlenmäßigen Stärke entsprechenden Abgeordnetenzahl vertreten. Im Namen der Deutschen, Litauer, Ukrainer, Russen und Ruthenen verlange er ein neues Wahlgesetz, das jede Stimme zur Geltung bringe. Beim Wahlgesetz habe die neue Regierung Gelegenheit, Fehler der alten wieder gut zu machen. Der Abgeordnete wandte sich sodann energisch gegen die Bestimmungen des Ministeriums für das ehemals preußische Gebiet, in denen den Deutschen das Stadtverordneten-Wahlrecht genommen wird, wenn sie nicht polnisch in Wort und Schrift beherrschen. Das sei eine flagrante

Verletzung des Minderheitsschutzes, der jedem Bürger gleiches Recht gewähre. Eine vernünftige Agrargesetzgebung forderten auch die Deutschen, doch dürfe sie nicht einseitig gegen die deutschen Besitzer durchgeführt werden, wie es im ehemals preußischen Gebiete jetzt geschehe. Den deutschen Domänenpächtern, den anerkannt besten Landwirten des Landes, habe man einfach ein in 170 Exemplaren verfaßtes Rundschreiben zugesandt, sie wirtschafteten schlecht und müßten deshalb einen Sequester bekommen. Das sei ein sehr durchsichtiges politisches Manöver. Der Herr Landwirtschaftsminister solle doch einmal prüfen, wie in dieser Zeit die Bewirtschaftung dieser Güter sich verschlechtert habe! Auch die polnischen Schikanen gegen die kleinen Landwirte gingen allmählich ins Ungemessene. Gefordert werde von den Deutschen eine gerechte Behandlung der Schulfrage. Die Fälle, in denen man deutschen Gemeinden in Posen, in Bromberg, ja auch in Kongreß-Polen Schulgebäude wegnehme, die sie zum Teil seit über hundert Jahren in Besitz hätten, seien keine Seltenheit. Eine Aufhebung der Deklarationen in Kongreß-Polen sei dringend zu verlangen, es müsse ein für allemal genügen, wenn die Eltern erklärten, ihre Kinder in deutsche Schulen schicken zu wollen. Der Premierminister habe nichts von den Beziehungen zu Deutschland gesagt, obgleich er über die auswärtigen Beziehungen Polens sehr ausführlich gesprochen habe. Wozu dieses Versteckspielen? Die Deutschen seien es müde geworden, sich zum Aufbau des Landes anzubieten, sie ständen zur Verfügung, wenn die Regierung sie rufe. Ihre Fähigkeiten ständen außer Zweifel.

In Lodz streiken seit dem 12. September die Setzer und Buchdrucker. Das in letzter Zeit in den Setzer- und Drucker-Verband aufgenommene Hilfspersonal hat die vernünftigen Elemente überstimmt. Die anfängliche Forderung von 40 Prozent sofortiger Lohnerhöhung und späterer automatische Erhöhung im Rahmen der von der statistischen Kommission jeweils festgestellten Teuerung hätte schon in der Woche vom 12. September bis 12. Oktober einen Wochenlohn von 9464 polnische Mark für die am Tage und von 12000 M. für die nächtlicherweise beschäftigten Zeitungsetzer bedeutet, mithin einen Monatslohn von weit über 50000 M., Wojwoden-Gehälter, die vom Oktober an zu Ministergehältern werden würden, wie ein Flugblatt des „Lodzer Volksfreunds“ es nennt. Das Blatt sagt, der Streik sei ein Verbrechen an der deutschen Sache, hinsichtlich der nahenden Volkszählung und der nahenden Sejmwahlen werde es verhindert, die deutsche Öffentlichkeit tatsächlich aufzurütteln und an ihre Pflicht zu erinnern. Unbewußt gäben sich die deutschen Schriftsetzer hier zum Werkzeug einer verborgen handelnden Hand her. Das Blatt hoffe, daß die deutschen intelligenten Setzer und Drucker sich das Treiben unverantwortlicher Elemente näher ansehen möchten und aus dem alten Verband austreten, um einen Verband der fachmännisch geschulten Buchdrucker-Angestellten zu gründen.

Lettland

In der lettländischen Konstituante wurden Gesetze besprochen, die die lettische Regierung auf das Gesetz vom 16. Juli hin während der Parlamentsferien im Verordnungswege erlassen hat. Der deutsche Abgeordnete Dr. Schiemann protestierte gegen eine so umfangreiche Anwendung des Verordnungsweges, der den demokratischen Grundlagen des Staatswesens widerspreche. Namentlich ein Gesetz wie der erste Zolltarif Lettlands sei eine so tief einschneidende wirtschaftliche Maßnahme, daß hierfür der Verordnungsweg geradezu unmöglich sei, denn das Parlament könne hier hinterher nicht ändern und

verbessern, ohne heillose Unordnung in das Wirtschaftsleben zu tragen. Auch die Sozialdemokraten und der lettländische christliche Bauernbund schlossen sich dieser Auffassung an. Minister Samuel betonte, die Gesetze seien nicht politischer, sondern rein wirtschaftlicher Natur und die Konstituante könne ja noch das Inkrafttreten der letzten Gesetze verhindern. Der deutsche Vertreter Baron Fircks aber betonte demgegenüber, daß noch vor 8 Tagen ein Gesetz über die Schließung des Kurländischen Kreditvereins und der Livländischen Güterkreditsozietät erlassen worden sei, das rein politische Bedeutung habe, da die genannten Institute nur deshalb geschlossen werden sollten, um den deutschen Besitz im Lande zu schmälern. Was die beiden Institute angeht, so verweist die „Rigaische Rundschau“ darauf, daß ein Erlaß zu ihrer Schließung nicht bestanden habe. Als nämlich auf das Valutagesetz vom 18. März 1920 die Pfandbriefschuldner der Hypothekenbanken von dem Recht, ihre Darlehen in lettländischen Rubeln zurückzuzahlen, in so umfangreichem Maße Gebrauch machten, daß in kurzer Zeit das ganze alte Pfandbriefgeschäft zur Liquidation kommen mußte, beschloß die Generalversammlung der Livländischen Güterkreditsozietät, den bäuerlichen Grundbesitzern, deren Besitz das Agrargesetz nicht berührt hatte, neue Pfandbriefdarlehen zu bewilligen, um den durch die Entwertung der alten Hypothekenschulden freigewordenen Realkredit zum landwirtschaftlichen Wiederaufbau wieder auszunutzen. Die bäuerlichen Grundbesitzer benutzten das in weitem Maße, das Justizministerium war einverstanden, das Finanzministerium aber verbot die Inkurssetzung der Pfandbriefe und forderte von der Direktion die Abänderung des § 2 der Satzungen, wonach nur Grundbesitzer Mitglied sein könnten. Das entspreche nicht mehr den heutigen Agrarverhältnissen. Die Direktion kam dem Verlangen nach, die Mitgliederversammlung nahm die Statutenänderung einstimmig an. Die Bodenkreditverwaltung versprach, den Entwurf zur Genehmigung einzureichen, arbeitete aber unterdessen ein Projekt zur Liquidation der privaten Agrarbanken aus, so daß die Regierung am 16. September, 4 Tage vor dem Zusammentreten der Konstituante, die Enteignung der beiden genannten Gesellschaften verfügen konnte. Das Gesetz stützt sich auf Artikel 13 des ersten Teils des Agrargesetzes. Doch handelt dieser nur von einem Übergang derjenigen Rechte und Pflichten auf den Staat, die auf dem enteigneten Lande ruhen. Die bisherigen Mitglieder der Sozietät bleiben aber Pfandbriefschuldner, weil alle ein Restgut erhielten, das nicht der Enteignung unterliegt und weil die Pfandbriefschulden nach dem Agrargesetz nicht auf den Staat übergehen. Der Kurländische Kreditverein zählt bereits jetzt 80 bäuerliche Mitglieder, weil jeder Mitglied werden kann, der ein Pfandbriefdarlehen von 10000 Rubeln kontrahiert. Dieser Zensus ist so gering, daß jeder Darlehensnehmer Mitglied werden könnte. In der bäuerlichen Bevölkerung wird daher das Vorgehen der Regierung absolut nicht verstanden.

Die Debatte über den ersten Teil der Verfassung wurde fortgeführt, und es wurde über den Staatspräsidenten verhandelt. Dabei nahm für die deutsche Fraktion der Abgeordnete Dr. Schiemann die Stellung ein, daß das aus den Parteien zusammengesetzte Parlament nur eine einseitige und keineswegs erschöpfende Verkörperung des Volkswillens darstelle. Er habe den Vorschlag gemacht, neben das Parteiparlament eine zweite Kammer zu setzen, die unter Benutzung der gesunden Elemente des Rätegedankens sich zu einem Berufsparlament entwickeln solle. Der Antrag sei damals abgelehnt worden. Er werde ihn nicht wieder einbringen, weil

durch die Schaffung des Amtes eines Staatspräsidenten einige Korrektur in dem von ihm geforderten Sinne gebracht werde. Der Staatspräsident erscheine als Träger des Volkswillens auf Grund des ihm von der Bevölkerung geschenkten Vertrauens. Die Despotie drohe nicht von dieser Seite, sondern eher von einem Kollegium, das als solches das rechte Verantwortungsgefühl im Einzelnen nicht aufkommen lasse und dessen Gewalt unbeschränkt bleibe, wie es die Hypertrophie des Parlamentarismus mit der Vereinigung der Legislative und der Exekutive in der Hand einer Majorität mit sich bringe.

Estland

Der „Revaler Bote“ entnimmt dem estnischen „Sozialdemokraten“ folgendes nette Geschichtchen, das man wohl kommentarlos wiedergeben kann: „Der Pächter des Gutes Isenhof Otto Stackelberg gab am vorigen Sonntag seinen Gutsangestellten und Arbeitern ein größeres Fest. Die Arbeiter des erwähnten Gutes sollen mit dem „gnädigen Herrn“ durchaus einverstanden und zufrieden sein. Das ist ja auch zum Teil verständlich, denn die unsere Agrarreform durchführenden Männer überlassen die Gutsarbeiter vollständig der Willkür des Schicksals. Wenn aber das Gut nicht aufgeteilt wird, dann ist Hoffnung vorhanden, sein tägliches Brot zu bekommen.“ —

Rußland

Ein Privatbrief vom 1. August aus Zarskoje Sselo weiß zu berichten, daß der greise Bischof Freifeldt in Petersburg den im Frühling gefaßten Entschluß, dem Rufe nach Estland zu folgen, doch wieder aufgegeben habe. Er sprach sich hierüber bei seiner in kleinem Kreise begangenen Silberhochzeit unserem Gewährsmann gegenüber folgendermaßen aus:

„Ich werde von dem mir in Estland erteilten Bürgerrecht wohl keinen Gebrauch machen, sondern hier auf meinem Posten bleiben. Man bittet mich von allen Seiten darum, meint, daß nur meine Autorität unsere neue junge Organisation aufrecht erhalten könne und daß insonderheit mit meinem Fortzuge die Letten, Esten und Finnen absplitteln könnten. Das kann sein, und die Verantwortung kann und will ich nicht auf mich nehmen. Sie versprechen mir, für Lebensmittel auch weiter sorgen zu wollen ...“

Ungarn

Das Königliche ungarische Konsulat in München versendet ein „Fliegendes Blatt aus Ödenburg Nr. 1. Inhalt: Trianon, Ödenburger Klagelied von Alfred von Schwarz“. Abgedruckt ist ein Gedicht, das den Niedergang Deutschlands, Österreichs wie Ungarns schildert, vor allem den inneren moralischen Niedergang bedauert, dann aber auf den „Raub“ Westungarns nicht durch einen Feind, sondern durch den „Kameraden in den tausend Todesschlachten, den Hüter von dem Nibelungenhort, an dessen Tor wir tausend Jahre wachten“ eingeht und den Österreichern rät, die jetzt hereinkämen, einen großen Leichenstein nicht zu vergessen, mit der Denkmalsinschrift: „Wir han die deutsche Treu erschlagen, im Burgenland liegt sie begraben.“ Wir erwähnen das Gedicht nur wegen des Absenders und als ein Zeichen der Zeit!

Südslawischer Staat

Das Ergebnis der Volkszählung vom 31. Januar 1921 für Bosnien stellt sich, wie man uns mitteilt, so, daß insgesamt 16111 Deutsche gezählt wurden, und zwar nach Kreisen: Sarajewo 3320, Tuzla 3556, Banjaluka 7530, Bihritsch 305, Mostar 284, Trawniki 1206. Die Gesamtbevölkerung des Reiches beträgt 1876000, Evangelische darunter 6420, und zwar wohl ausschließlich Deutsche. Die Verteilung der übrigen Fremdsprachigen ge-

staltet sich so, daß slowenisch 4115 sprechen, andere slawische Sprachen, meist russisch, 27453, rumänisch 1280, italienisch 1783, magyarisch 2793 und albanisch 567. Die Deutschen aus den Kreisen Banjaluka und Tuzla gehören im allgemeinen der bäuerlichen Bevölkerung an. Die Deutschen sind im übrigen sonst nahezu ausschließlich Stadtbewohner.

Italien

Die 4 deutschen Abgeordneten Südtirols waren bei den Empfängen anlässlich der Reise des Königs von Italien durch das für Italien neu gewonnene Gebiet nicht anwesend. Sie veröffentlichten eine Erklärung für diese ihre Haltung, die dahin geht, daß die Haltung der Regierung immer deutlicher erkennen lasse, wie wenig Gewicht sie auf die Stimme der Bevölkerung und ihrer Vertreter lege. Sie schicke sich an, dem Fasziistenruf zu folgen und das Deutschtum Südtirols mit eisernem Besen auszukehren. Auf dem Gebiete des Schulwesens werde entgegen den grundlegenden Bestimmungen des Schulgesetzes durch königlichen Beschluß die Freiheit der Eltern in der Wahl des Unterrichts außer Kraft gesetzt, deutsche Beamte und Angestellte würden täglich weiter verdrängt und durch italienische ersetzt, deutsche Gemeinden und Private erhielten von den Behörden nurmehr italienische Antworten, bei allen Angriffen der Fasziisten suche man die Schuldigen auf — deutscher Seite, eine Autonomie sei weder politisch noch wirtschaftlich eingeführt, die allgemeine Wehrpflicht aber werde auf Südtirol ausgedehnt, die deutschen Ortsnamen sollten beseitigt werden, auf der deutschen Presse laste schwerer behördlicher Druck. Die Deutschen müßten das Empfinden haben, in einem eroberten Lande zu wohnen und Feinden gegenüberzustehen.

England

Nach einer amtlichen englischen Mitteilung ist es nun endlich deutschen Seeleuten wieder erlaubt, in England an Land zu gehen, während ihre Schiffe im Hafen liegen. Die Aufhebung des Landungsverbots stelle jetzt die deutschen Seeleute mit denen der übrigen Nationen gleich. Wenn England nun noch raschestens auch das Landungsverbot für deutsche Reisende aufhebt, die auf deutschen oder fremden Schiffen in englischen Häfen landen, so wird es ein Beträchtliches zur Entgiftung der politischen Atmosphäre und zur Wiederherstellung wirklichen Völkerfriedens beigetragen haben. Die Aufhebung der Niederlassung und Reisebeschränkungen für Deutsche in England und in den englischen Kolonien überhaupt sollte dann mit gründlicher Beschleunigung durchgeführt werden.

Südwestafrika

Über deutsche Not in Südwestafrika berichtet Pfarrer Hasenkamp in Duisburg (früher in Swakopmund) in Heft 28 der „Mitteilungen“ des Vereins für deutsch-evangelisches Leben in den Schutzgebieten und im Ausland:

„Nachdem im Herbst 1920 der Administrator Georges, ein Stockengländer, die Kolonie verlassen hatte und ein Bur namens Hofmeyer Gouverneur geworden war, wurde die Haltung der Regierung gegen das Deutschtum etwas entgegenkommender. Ein Symptom des neuen Geistes, der im „Tintenpalast“ zu Windhuk weht, war der Beschluß der Regierung, den verbannten Männern der deutschen Mission und Kirche die Heimkehr nach Südwest zu gestatten. Sie hat also schließlich dem Drängen der holländisch-reformierten Kirche von Südafrika nachgegeben, die in so dankenswerter Weise für uns brüderlich eingetreten war. Leider konnte niemand von den vier Verbannten die Erlaubnis vorläufig benutzen.“

Weniger entgegenkommend war allerdings die neue Regierung in der Frage, die über Leben und Tod des deutschen Volkstums

entscheidet, in der Schulfrage, über welche wir in diesen Spalten wiederholt ausführlich berichtet haben.

Es ist im höchsten Maße bewundernswert, welche Opfer die kleinen Kreise unserer Landsleute für die Erhaltung ihres Volkstums und für die Erziehung ihrer Jugend bringen. Ebenso Großes leisten sie für die Erhaltung der Kirchengemeinden. Darüber wurden in der letzten Konferenz der fünf noch in Südwest tätigen Pfarrer während der ersten Märztag in Swakopmund erfreuliche Berichte gegeben. Dankbar hob sie die Hilfe der Heimatkirche hervor. Die Kolonie erhielt im Rechnungsjahr 1920/21 mehr als 50000 M. vom Evangelischen Oberkirchenrat und von dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß und 20000 M. vom Gustav-Adolf-Verein. Infolge der Entwertung der Mark kamen diese Summen nur als ein recht bescheidener Betrag an, obwohl das Geld durch freundliche Vermittlung einer Bremer Firma in Waren übersandt war, deren Verkauf drüben einen ziemlich günstigen Erlös erzielte. Die Gemeinde Lüderitzbucht wurde gesichert durch den hohen Zuschuß von 500 Pfund Sterling (gleich 10000 Goldmark), den die „Consolidated Diamand Mines“ zahlten. Windhuk und Swakopmund halfen sich durch große Bazare, die je 500 Pfund Sterling Reinertrag ergaben. Z. B. zahlte die verarmte Gemeinde Swakopmund, die weniger als 500 Seelen zählt, über 300 Pfund Sterling an Mitgliederbeiträgen. Auch die kleinen Gemeinden der Mitte und des Nordens steuerten in rühmlicher Weise zu den kirchlichen Lasten bei.

In getroster Zuversicht blickte daher die Konferenz in die Zukunft. Sie hatte sogar den Mut, für den weiteren Ausbau der kleinen Landeskirche zu wirken. Sie beriet über den längst geplanten Zusammenschluß aller Gemeinden zu einem Verbände. Ferner faßte sie den Plan, das „Ev. Gemeindeblatt für Südwestafrika“ neu herauszugeben. Die wohlhabendste Gemeinde, Lüderitzbucht, beabsichtigte, zwei Gemeindegewerkschaften für Krankenpflege und Kindergarten anzustellen.

Nun hat plötzlich ein zerschmetternder Schlag die Kolonie getroffen, und zwar gerade an der Stelle, die als die gesichertste galt und mit ihrem Glanz die Not des übrigen Landes überstrahlte — in Lüderitzbucht. Am 23. Mai sandte der Gemeindekirchenrat der Diamantenstadt dem Ev. Oberkirchenrat telegraphisch die erschütternde Nachricht: „Diamantminen geschlossen, dreiviertel Bevölkerung abwandert, Heimkehr Pfarrer Coopers beschlossen, erbitte Genehmigung.“ Die Genehmigung erteilte die Kirchenbehörde.

Dem allergrößten Teil der Beamten, Handwerker und Arbeiter wurde gekündigt. Die Lüderitzbuchter Geschäfte haben daraufhin dem größten Teil ihrer Angestellten auch gekündigt, so daß die Abwanderung für die Gemeinde einfach katastrophal wurde. Die Gemeinde wird in den nächsten Monaten höchstens noch 150—200 Deutsche zählen.

Ob in absehbarer Zeit die Diamantminen wieder geöffnet und daher die Rückkehr eines Pfarrers für die Gemeinde ermöglicht wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Vorläufig ist Lüderitzbucht eine sterbende Stadt, da sie in ihrem Bestand völlig von der Diamantenindustrie abhängig ist.

Zur Charakterisierung der Katastrophe sei nur noch erwähnt, daß die Eisenbahn Lüderitzbucht—Keetmanshoop ihren Betrieb seit 1. Juni um die Hälfte verringert hat und sogar in Erwägung zieht, ihn völlig einzustellen.

Das Johanniter-Krankenhaus in Keetmanshoop soll von den Johannitern aufgegeben werden, da die deutsche Geldentwertung eine Weiterführung des Betriebs nicht ermöglicht und der Orden den dringenderen Aufgaben in Deutschland nach-

zukommen hat. Die Schließung des Hauses würde aber für Keetmanshoop schwere Nachteile mit sich bringen. Es schweben also, wie die „Windhuker Allgemeine Zeitung“ hört, Verhandlungen mit der Regierung, den Betrieb in veränderter Form fortzuführen.

Vereinigte Staaten

Wie die „Detroitter Abendpost“ berichtet, herrscht in den amerikanischen Städten mit deutscher Einwohnerschaft überall der lebhafteste Wunsch, „Deutsche Häuser“ zu errichten. Überall hätten sich Vereinigungen gebildet, die diesen Zweck verfolgten, in Neuyork, in St. Paul, jetzt auch in St. Louis. Das Haus soll ein Zentralpunkt für die geistige und körperliche Erziehung der Jugend werden, ein trautes Heim für die deutsche Bevölkerung, mit Klub-, Lese- und Spielzimmern, Bibliothek, Tanzsälen und Versammlungshallen für die deutschen Vereine.

Das Deutschtum in Amerika hat auch nach beendetem Kriege und offiziellem Friedensschluß noch viel unter verbitterter Feindschaft zu leiden. In Portland in Oregon starb ein bekannter Deutscher, der Mühlenbesitzer John Henry Alberg, der während des Kriegs sein Deutschtum tapfer vertrat, auch unter Anklage gestellt wurde, aber nicht verurteilt werden konnte, obgleich das Justizamt alles daran setzte. Als der Tod des tapferen Mannes bekannt wurde, gab Herr Hanno, der Verwalter der Turnhalle, die ehemals „Deutsches Haus“ hieß, Befehl, die Fahne auf Halbmast zu hissen. Am nächsten Morgen drangen etwa 50 ehemalige Soldaten, darunter viele in Uniform, in die Turnhalle und wollten wissen, warum das Stern- und Streifenbanner auf Halbmast gehißt sei. Mit Revolvern und Knütteln erzwangen sie das Hochhissen der Fahne. Auch im Tode darf ein Deutscher nicht geehrt werden, obgleich 37 Mitglieder des Turnvereins während des Kriegs in der amerikanischen Flotte und im Heer dienten und mehrere den Heldentod starben!

Im Kunstmuseum im Golden Gate Park in San Francisco hingen seit längerer Zeit, wie die „Freie Presse-Staatszeitung“ in Forth Wayne mitteilt, Bilder, die angebliche deutsche Kriegsgreuel veranschaulichen sollten und die natürlich den zahlreichen deutschen Besuchern ein Dorn im Auge waren. Johann Hermann, der Präsident des Deutschen Hauses, übernahm es, Vorstellungen bei Herrn de Joung, Eigentümer des „Chronicle“ und Stifter des Kunstmuseums, zu erheben. Joung fuhr sofort in den Park, nahm die Bilder herab, fuhr sie in seinem Automobil nach Hause und stellte sie Herrn Hermann zur Verfügung, der sie auch prompt abholte. Man sieht, mit Energie ist auch in Amerika etwas zu wollen.

KLEINE NACHRICHTEN

Der deutsche Tag in den Vereinigten Staaten Nordamerikas. Angesichts der großen Not, besonders derjenigen der Kinder, in der alten Heimat, haben sich in diesem Jahre die deutschen Volksgenossen in den Vereinigten Staaten Nordamerikas wieder zusammengefunden und beschlossen, die Erinnerung an den 6. Oktober 1683 neu zu beleben. Dieser Beschluß fand besonders dadurch Ausdruck, daß die allgemeine Gedenkfeier gleichzeitig der Eröffnungstag des großen Liebeswerkes war, das als krönender Abschluß der Hilfstätigkeit der Deutschen in Nordamerika für die Heimat gedacht ist und ein neues Ruhmesblatt in ihrer Geschichte bedeutet.

Der deutsche Tag, der vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in die Reihe unserer vormaligen Kriegsgegner in zahlreichen deutsch-amerikanischen Städten regelmäßig gefeiert wurde, gilt bekanntlich der Erinnerung an die Landung der ersten deutschen Einwanderer in Philadelphia am 6. Oktober

1683, die von Franz Daniel Pastorius, dem Frankfurter Rechtsgelehrten und Beauftragten der Frankfurter Gesellschaft, in Empfang genommen wurden und am 25. Oktober Germantown, die „deutsche Stadt“, als erste Besiedelung in Amerika, gründeten.

Die Uranregung zur allgemeinen und dauernden Feier des 6. Oktober war von Dr. G. Kellner ausgegangen, einem Beteiligten an der Revolution im Jahre 1848, der nach seiner abenteuerlichen Flucht aus der Rastatter Festung nach den Vereinigten Staaten gekommen war und in Philadelphia Redakteur des „Demokrat“ wurde. Seiner eifrigen Werbung war die großartige Feier des „Deutschen Bi-Centennial“ zu verdanken, die in Philadelphia am 6. Oktober 1883 begann, mehrere Tage währte und in einem glänzenden historischen Umzug mit vielen Schauwagen, die die Errungenschaften der deutschen Einwanderung zur Darstellung brachten, ihren Höhepunkt erreichte. Diesen Tag, der als Beginn der deutschen Einwanderung in Amerika gilt, als einen regelmäßig wiederkehrenden Gedenktag am 6. Oktober durch eine Gedächtnisfeier zu verewigen, wurde von Dr. G. Kellner in Verbindung mit dem „Deutschen Bi-Centennial“ aufs eifrigste befürwortet und von seinem jugendlichen Freund und Verehrer Dr. J. C. Hexamer später verwirklicht.

Die Wahl des „Deutschen Tages“ für die Eröffnung der großen Kinderhilfe muß als ein überaus glücklicher Gedanke begrüßt werden, da er seiner geschichtlichen Bedeutung wegen den Deutschen in den Vereinigten Staaten erneut Gelegenheit gab, vor aller Öffentlichkeit zu bekunden, daß in den Männern und Frauen deutschen Stammes in Amerika der alte Geist lebt, daß sie in Einigkeit wieder zusammenstehen und nicht allein bereit sind, Opfer für das Land zu bringen, dem sie Treue gelobt, sondern besonders für die alte Heimat, in der ihre oder ihrer Vorfahren Wiege gestanden hat.

Hilfe der Auslandsdeutschen für Oppau

Der Verband deutsche Kolonie in Bern hat in Schweizer Zeitungen einen Aufruf an die Reichsdeutschen in der Schweiz veröffentlicht und sie zu Gaben und Spenden aufgefordert, die dazu dienen sollen, eine möglichst große Anzahl Oppauer Kinder für einige Zeit dem Elend zu entreißen und sie in der deutschen Heimstätte Pieterlen bei Bern unterzubringen. Dem Verbands deutsche Kolonie Bern hat sich auch der Verband der deutschen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen angeschlossen.

Zur Steuerung der Not in Oppau gingen dem Württembergischen Landesverein 162000 M. zu, die die Deutschen in Montevideo gesammelt haben.

Ernst Nadolny †. In Basel starb in hohem Alter Ernst Nadolny, mit dem das Deutschtum der Stadt einen seiner Patriarchen und ersten Förderer verliert. Er war der Inhaber eines geschätzten chemischen Laboratoriums und stand bei allen Angelegenheiten der deutschen Kolonie an der Spitze. Er war auch einer der Gründer der deutschen Handelskammer in der Schweiz.

Johann Jakob Halt †. In Marienfeld im Kaukasus starb der geistliche Lehrer Johann Jakob Halt, der über 25 Jahre lang zur vollen Zufriedenheit seiner Gemeinde dort Lehrer war und sich großer Beliebtheit erfreute. In der „Kaukasischen Post“ wird ihm ein warmer Nachruf der Dankbarkeit seiner Gemeinde gewidmet.

Kapitän Edgar Schramm †. Wie die „Neue Braunfelder Zeitung“ vom 25. August meldet, verstarb dort einer der Führer des Deutschtums von Texas, Kapitän Schramm. Er kam 1853 mit seinen Eltern als kleiner Knabe nach Texas als ein Abkömmling alter pommerscher Adelsfamilien. In jungen Jahren machte er den Bürgerkrieg als Captain der konföderierten Armee

mit, war unter Cleveland amerikanischer Generalkonsul in Montevideo, gab dann jahrelang die „Texas Staatszeitung“ in Santiago heraus und war jahrelang Vertreter seines Staats im Exekutiv-Komitee des alten deutsch-amerikanischen Nationalbundes. Er war ein alter Demokrat, aber abgesagter Feind Wilsons.

Ernst Gaßmann †. Am 27. September verstarb in Haifa, allgemein betrauert, besonders in der deutschen Kolonie, der einer alten württembergischen Familie entstammende Hotelbesitzer Ernst Gaßmann im Alter von 56 Jahren. Das Deutschtum verliert in dem Verstorbenen einen edlen, allgemein beliebten, unermüdlichen Vorkämpfer, einen Ehrenmann in des Wortes vollster Bedeutung. Schon seit 1887 in Beirut tätig in dem früheren deutschen Proßschen Hotel National, wurde er aus Teilhaber später Alleinbesitzer desselben und dadurch fast allen nach Syrien und Palästina Reisenden vorteilhaft bekannt. Denn Ernst Gaßmann war stets bereit, zu helfen, wo Hilfe nötig war, besonders unter seinen Landsleuten, und gerade die Ärmern waren seine Lieblinge. Während des Weltkrieges richtete er sein Beirut Hotel ein zu einem Genesungs- und Erholungsheim für Offiziere. Nach dem Waffenstillstand verkaufte er sein Hotel und zog sich nach Haifa zurück. Sein dortiges Haus war von der englischen Regierung als Klubhaus und Gasthaus für durchreisende Offiziere in Anspruch genommen worden, aber selbst unsere früheren Gegner fanden zur Verwaltung keinen vertrauenswürdigeren und tüchtigeren Mann als unseren Verstorbenen, der in kurzer Zeit allgemeine Zufriedenheit erwarb und das Anwesen stetig vergrößerte und verschönerte. Gottlob ist der älteste Sohn des Verstorbenen ausgebildeter Hotelfachmann und kann so die segensreiche Tätigkeit des Vaters fortsetzen.

P. Schmitz.

Einer der ältesten Deutschen im Ausland, wenigstens am La Plata, Herr Georg Behrens, feierte, dem „Arg. Tageblatt“ zufolge, am 15. August in Montevideo seinen 87. Geburtstag. Er ist geborener Lübecker, Sohn des Obristen und Stadtkommandanten, ging von Hamburg aus 1865 nach Südamerika und blieb dort mit kurzen Unterbrechungen. In der deutschen Kolonie war er ein stets beliebter froher Gesellschafter.

DEUTSCHE VEREINE IM AUSLAND

Auslandsabteilungen des Vereins deutscher Ingenieure

Der Verein deutscher Ingenieure hat zurzeit drei ausländische Verbände: den Argentinischen Verband, den Chinesischen Verband und den Österreichischen Verband. Der Englische Verband mußte aufgelöst werden und wird mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse zunächst nicht neu geschaffen werden können. Von den Mitgliedern des Chinesischen Verbandes sind eine Anzahl Herren bereits wieder in China. Der Verband wird neu organisiert.

Der Österreichische Verband hat im letzten Jahre einen starken Zuwachs an Mitgliedern gehabt. Auch die Betätigung auf den verschiedenen Arbeitsgebieten nahm einen erfreulichen Fortgang, verschiedene neue Arbeitsgemeinschaften sind gebildet worden. Das Vortragswesen leidet noch durch die sehr hohen Kosten.

Der Argentinische Verein hat seine Tätigkeit auch während des Krieges ununterbrochen weitergeführt. Das Vereinsleben hat sich kräftig entwickelt. Der Verein unterstützt die vom V. D. I. gemeinsam mit dem Verein deutscher Eisenhüttenleute und dem Verband deutscher Elektrotechniker herausgegebene Auslandszeitschrift dadurch, daß er seine Mitteilungen in einem besonders redigierten Teil „Paginas Técnicas“ in der spanischen Ausgabe „El Progreso de la Ingenieria“ erscheinen läßt. Der

Verein beteiligt sich weiter lebhaft an den technisch wissenschaftlichen Aufgaben des deutschen Gesamtvereines.

Es liegen Anregungen vor, auch in anderen Staaten ausländische Verbände zu bilden. Ob diesen Anregungen Folge gegeben werden kann, wird jeweils unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jedes Landes eingehend zu prüfen sein.

Lodz. Die Vereinigung deutsch singender Gesangsvereine in Polen hielt in Lodz eine Versammlung ab, auf der 14 Vereine vertreten waren, 8 Vereine unvertreten blieben. Zahnarzt L. Günther wurde zum Vorsitzenden gewählt. Der Gesangsverein „Harmonia“ Lodz wurde neu aufgenommen. Ein Liederabend mit Massenchören soll demnächst veranstaltet werden, an dem jeder angeschlossene Verein ein Lied zum Vortrag bringen soll.

Beschka (Syrmien). Hier wurde jüngst eine neue Ortsgruppe des Kulturbundes begründet. Die hundertste an Zahl. So war denn auch die Bundesleitung durch ihren Sekretär, Dr. Grasse, und durch Pfarrer Binder vertreten. Es gab festliche Reden, und es zeigte sich dabei, wie fest der Kulturbundsgedanke in der deutschen Bevölkerung Wurzel geschlagen hat.

Zürich. Der Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Hinterbliebener in der Schweiz hat eine Abstimmung in allen seinen Ortsgruppen veranstaltet über die Frage, die ja des öftern in der Schweiz viel Staub aufgewirbelt hat, ob nämlich die Deserteure in den Bund und die Ortsgruppen Aufnahme finden sollten oder nicht. Die Frage ist schließlich mit 228 gegen 81 Stimmen in negativem Sinne entschieden worden.

Barcelona. Der Sportverein Barcelona, ein Tennisklub, der als nichtstimmberechtigte Mitglieder auch Nicht-Deutsche aufnimmt, legte soeben seinen Bericht über das 19. Vereinsjahr vor. Augenblicklich gehören dem Vereine 8 Familien, 12 Ehepaare und 16 Einzelmitglieder an. Den Vorsitz führt schon seit der Gründung Herr Hugo Herberg. Aus der spanischen Asociación de Lawn-Tennis de Cataluña schied der „Sportverein Barcelona“ aus, da die Asociación „im Schlepptau der chauvinistischen Franzosen“ liegt.

Barcelona. Der Deutsche Turnverein (Sociedad Gimnástica Alemana), der am 15. Januar 1918 gegründet wurde, zählt zurzeit bereits 150 Mitglieder. Seit 1920 ist er auch der „Deutschen Turnerschaft“ angegliedert. Jeden Mittwochabend wird in der Turnhalle der Deutschen Schule, Calle Moya 4, geturnt. An den Sonntagvormittagen übt die Sport- und Spielabteilung. Den Vorsitz im Vorstand führt zurzeit Herr Paul Eilenberger, der auch sonst im deutschen Vereinsleben Barcelonas eine sehr rührige Rolle spielt.

Buenos Aires. Der Wissenschaftliche Verein veranstaltete eine Festsitzung zu Ehren der Jahrhundertfeier der Hochschule von Buenos Aires, die ungewöhnlich zahlreich besucht war. Der Saal war von Deutschen und Argentinern vollständig gefüllt, auch der deutsche Gesandte wohnte mit dem Personal der Gesandtschaft der Veranstaltung bei. Dr. Albert Haas leitete den Akt mit einer Darstellung der Entwicklung der Universität ein und schilderte dabei, mit welcher Zähigkeit und Energie sich die Argentinier ihrer jungen und aufstrebenden Anstalt annähmen, um sie zur vollen Höhe zu entwickeln. Dr. Alfredo Colmo dankte im Namen der Universität für diese Ehrung, die ein Ansporn zu weiterer wissenschaftlicher Leistung sei und die gerade vom deutschen Wissenschaftlichen Verein mit besonderer Freude entgegengenommen werde. Wenn die Kultur in einem einzigen Lande ihre Heimat hätte, was ja an sich ausgeschlossen sei, so müßte seiner Ansicht nach Deutschland dieses

Land, die Wiege der Kultur, sein. Darnach hielt Professor Dr. Gans die Festrede über die Einsteinsche Relativitätstheorie.

Sao Paulo. Der „Deutsche Verein für Wissenschaft und Kunst“ erließ ein Preisausschreiben zur Gewinnung einer Briefverschlusmarke, deren Reinertrag zur Linderung der Not der deutschen Wissenschaft verwendet werden solle. Die Marke soll 4 × 5 cm höchstens groß sein, auf litographischem Wege und in einfarbigem Druck, unter Umständen auf farbigem Papier, hergestellt werden können. Entwürfe in der Größe 8 × 10 cm wurden bis 31. Oktober 1921 erbeten. Briefumschläge mit den Entwürfen sollten mit einem Kennwort versehen sein, das auch auf einem zweiten Briefumschlag, der den Namen des Verfassers enthält, stehen mußte. Beide Umschläge waren in einem dritten an den Verein Rua Olinia 48 zu senden. Die Marke sollte erkennen lassen, daß sie als Notspende für die deutsche Wissenschaft gedacht sei und auf die Anregung des genannten Vereins zurückgehe. Den brauchbarsten Entwurf erwirbt der Verein für 300 Milreis und behält sich das Recht vor, auch andere Entwürfe anzukaufen.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Nach dem Haag wird als deutscher Gesandter der bisher im Auswärtigen Amt beschäftigte Freiherr Lucius v. Stödtten gehen.

Zum Gesandten in Helsinki ist der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. Göppert ernannt worden, während der bisherige Vertreter Herr Wallrot die Gesandtschaft in Riga übernimmt. Staatsminister a. D. Dr. Koch, der bisherige sächsische Gesandte in Berlin, übernahm Mitte Oktober die Leitung der deutschen Gesandtschaft in Prag.

Freiherr von Maltzahn, der zuletzt im Auswärtigen Amt Rußland bearbeitete, ist zum Deutschen Gesandten in Athen aus-ersehen. Er wurde zuerst bekannt als Gesandtschafts-Attache und Geschäftsträger in Peking, war dann während des Kriegs in heikler diplomatischer Mission der Obostverwaltung Litauen zugeteilt, wo er Konflikte mit der Militärverwaltung geschickt überwand, war dann in schwierigen diplomatischen Missionen im Osten tätig und war zuletzt im Auswärtigen Amt gegen sehr widerstrebende Strömungen derjenige, der den Vertragsabschluß mit Sowjet-Rußland und mit den Randstaaten durchsetzte. Sein Scheiden aus dem A. A. ist von der Presse wiederholt als ein Sieg des ihm „wenig freundlich gesinnten“ Ministerialdirektors Behrendt aufgefaßt worden, der seiner Richtung widerstrebte. Diese Behauptung ist amtlicherseits dementiert worden, doch spricht auch die lettische Presse ihr Bedauern über das Scheiden von Maltzahns aus und die „Rigaische Rundschau“, das Blatt der Deutsch-Balten, sagt zu der Bemerkung eines lettischen Blattes, Maltzahns Versetzung sei auf Lettlands feindliche Intrigen zurückzuführen, es halte diese Vermutung für nicht ganz unberechtigt. Alle diejenigen, denen an guten Beziehungen zwischen Lettland und Deutschland gelegen sei, empfänden die Versetzung schmerzlich.

Zum Gesandtschaftsrat in Tiflis ist Dr. jur. Max Hesse ernannt worden, der zuvor in Jerusalem, Teheran, Bagdad, Saloniki und Samsun konsularisch tätig gewesen ist und nach sechsmonatlicher Kriegsgefangenschaft in England im Auswärtigen Amt und späterhin in der Nansenhilfe tätig war. Der Kanzleivorsteher der Gesandtschaft in Tiflis, Theodor Muth, ist zum Vizekonsul ernannt worden.

Nach Washington geht einstweilen als deutscher Geschäftsträger Legationsrat Thermann. Der Botschafterposten soll erst besetzt werden, nachdem auch die Vereinigten Staaten ihre Ernennung für Berlin vollzogen haben.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Siegfried Wagner hat in Kristiania unter großem Beifall einige Konzerte dirigiert, bei denen die norwegischen Philharmoniker mitwirkten. Es handelte sich um Werke seines Vaters und um eigene Kompositionen.

Buenos Aires. Im Salon Müller wurde am 10. August eine deutsche Kunstausstellung eröffnet, die in deutschen wie argentinischen Kreisen stärksten Eindruck machte. Erste deutsche Maler, wie Lenbach (mit einem großen Bismarckbild), Leo Samberger, Albert von Keller, Schönleber, Rudolf Sieck, Leo Putz und viele andere sind ausgezeichnet vertreten.

Privatdozent Dr. Koeppe aus Halle ist von der medizinischen Fakultät der Universität Madrid zum Professor ehrenhalber ernannt worden. Er hat im April d. J. Kurse der Mikroskopie des lebenden Auges in Madrid abgehalten, die großen Anklang fanden.

Dr. Paul Rohrbach in Südamerika. Wie die „La Plata-Post“ im August mitteilt, hat sich Dr. Paul Rohrbach zur Fortsetzung seiner südamerikanischen Vortragsreise kürzlich nach längerem Aufenthalt in Brasilien nach Asuncion begeben und wird nach einer kurzen Durchquerung Paraguays nach Argentinien kommen, um in Verbindung mit dem Deutschen Wissenschaftlichen Verein eine Reihe von Vorträgen in der Hauptstadt und in den größeren Städten des Landes zu halten.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Lodz. Der Zeitungsstreik ist jetzt beendet, doch werden die Zeitungspreise der beiden deutschen Zeitungen von Lodz vom 1. Oktober ab eine Erhöhung erfahren, die uns, da es sich gleichfalls um Mark, wenn auch nur um „polnische“ handelt, phantastisch anmutet. Die Einzelnummer wird im Straßenverkauf 30, an Sonntagen 40 M. kosten, das Monatsabonnement 700, mit Hauszustellung 800 M., die acht gespaltene Nonpareillezeile kostet 40, die vier gespaltene im Reklameteil 200 M., eine ganze Seite 50000, eine halbe Seite 26000 M. usw. Auslandsabonnements 100 % Aufschlag!

Hermannstadt. In Hermannstadt herrscht ein harter und zäher Buchdruckerstreik. Die beiden deutschen Zeitungen „Deutsche Tagespost“ und „Siebenbürgisches Tageblatt“ haben sich nun zur Herausgabe eines gemeinsamen „Hermannstädter Nachrichtenblattes“ entschlossen, das täglich in kleinem Format erscheint und die Leser über die wichtigsten Dinge informieren soll. Verantwortlich zeichnet Dr. Gutt. Nachdem es infolge der Streikeinwirkung mit der Nummer 6 sein Erscheinen zunächst einstellen mußte, konnte es doch ermöglichen, weitere Tages-Nummern herauszubringen, die man in einer kleinen Druckerei nur mit den wichtigsten Nachrichten herstellt.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Bund der Auslandsdeutschen

Die „Auslandswarte“ veröffentlicht die neuesten Zahlen über den Stand der Vorentscheidung. Darnach waren am 31. Juli insgesamt 77266 Anmeldungen eingegangen, von denen 57453 geprüft und an die Spruchkommission weitergegeben, 36507 den Banken zur Zahlung angewiesen waren.

Ausländische Studenten in Deutschland. Im letzten Wintersemester studierten in Deutschland 6334 Ausländer. Davon trafen auf Preußen 3439, Bayern 848, Württemberg 242, Sachsen 965, auf Baden und Hessen 601 und auf Thüringen 106.

Marburg. Der Verband studierender Wolgadeutscher hielt vom 4. bis 6. August hier eine Verbandstagung ab, über die die „Heimkehr“ berichtet. Das Verbandslied „Drüben am Wolgastrand“ leitete die Verhandlungen ein. Für die Marburger Ortsgruppe begrüßte stud. Riffel die Gäste. Beinahe ein Drittel der Mitglieder studieren in Marburg. Mit Aufrufen nach Amerika, Geldmittel zum Studium der wolgadeutschen Studierenden bereitzustellen, wurde das gewünschte Ergebnis nicht erzielt. Stud. Rothermel berichtete über den Verein der Wolgadeutschen und seine Entwicklung, namentlich über die großzügige Hilfstätigkeit. Bis zum 1. August hatte der Verein über 80000 M. an Unterstützungen ausbezahlt. Der Redner wandte sich gegen Gründung der wolgadeutschen An- und Verkaufsgenossenschaft und gegen das neubegründete „Hilfswerk der Wolgadeutschen“, diese Gründungen hätten nur Verwirrung gestiftet und die Einmütigkeit der Wolgadeutschen zerstört. Die Aufforderung des Hilfswerks zur Mitarbeit wurde bei einer Stimmenenthaltung einmütig abgelehnt, da die neue Organisation nur dieselben Ziele verfolge wie die bereits bestehende und gut arbeitende. Das Hilfswerk soll dringend aufgefordert werden, alle separatistischen Bestrebungen um der großen Sache willen zu begraben. Die Zusammenarbeit mit dem „Verein der Wolgadeutschen“ wurde einmütig bekräftigt.

POLITISCH-PARLAMENTARISCHES

Kleine Anfragen

Die Abgeordneten Mumm, Dr. Barth und Genossen fragen die Reichsregierung (Anfrage Nr. 1044), was sie zu tun gedenke, um dem Ersuchen des Reichstages vom 2. Aug. 1920, betreffend die Verhinderung der Masseneinwanderung fremdstämmiger Elemente, insbesondere über die Ostgrenze und die Abschiebung ungeeigneter fremdstämmiger Elemente, zu entsprechen.

Die Abgeordneten machen darauf aufmerksam, daß bei den jüngsten Kurstreibereien an der Berliner Börse in vorderster Reihe russische, polnische und galizische Spekulanten beteiligt waren und weisen auf die Seuchengefahr und die ungemeine Zuspitzung der Wohnungsnot hin, welche durch diese fremdstämmigen Elemente noch vergrößert werde.

Der Abgeordnete Lambach macht in einer kleinen Anfrage (Nr. 1048) die Reichsregierung darauf aufmerksam, der zweite Deutsche Angestelltentag für die Tschechoslowakei habe am 14. August d. J. in Brünn in einer Entschließung festgestellt, daß durch die tschechoslowakische Presse die Nachricht verbreitet wird, tschechoslowakische Angestellten-Organisationen hätten bei den zuständigen Behörden die Ausweisung aller jener Handelsangestellten gefordert, die nicht Staatsbürger der tschechoslowakischen Republik sind. Da bei den besonderen Verhältnissen der Tschechoslowakei zu befürchten ist, daß diese Anträge Erfolg haben könnten, wird die Reichsregierung gefragt, was sie zu tun gedenke, um die reichs- und volksdeutschen Angestellten in der Tschechoslowakei vor einer derartigen Vergewaltigung zu schützen.

In einer kleinen Anfrage (Nr. 1058) machen die Abgeordneten Brünighaus, Laverrenz und Genossen die Reichsregierung darauf aufmerksam, es herrsche in den Kreisen der Verdrängten, der Kolonial- und Auslandsdeutschen große Unruhe darüber, daß die Ausführungsbestimmungen zu den Entschädigungsgesetzen noch nicht erlassen sind; sie fragen an, ob die Reichsregierung bereit sei, diese Bestimmungen unverzüglich dem durch die Gesetze vorgesehenen 15er Ausschuss des Reichstags vorzulegen.

In einer kleinen Anfrage (Nr. 1077) fragen die Abgeordneten Deermann und Dauer an, ob die Reichsregierung die Zusicherung

geben könne, daß das in Vorbereitung befindliche neue Auswanderungsgesetz bald dem Reichstag vorgelegt werde.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Finnische Studenten zur Kieler Herbstwoche. In Kiel fand kürzlich die Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft statt, an welcher über hundert finnische Studenten und Studentinnen teilnahmen. Die Begrüßung der Gäste, die mit dem Dampfer „Baltik“ eintrafen, fand in der Aula der Universität statt und war eine überaus herzliche.

Ungarische Studenten in Berlin. Die Studienfahrt der fünfzig ungarischen Studenten war in Berlin vom Korps Vandalia auf das in der Grunewaldkolonie gelegene Korpshaus eingeladen, wo auch Vertreter des Kultministeriums, ein norwegischer Abgeordneter des Studenten-Weltbundes, ein Vorstandsmitglied der deutschen Studentenschaft und der Berliner Studentenschaft sich eingefunden hatten. Auf die Begrüßungen antwortete namens der Ungarn Professor Dr. Gragger, der Leiter des Ungarischen Instituts der Universität Berlin, und sprach auf die deutsch-ungarische Freundschaft.

Ein bulgarisches Studentenheim in Berlin. Anfang Oktober wurde in Berlin ein bulgarisches Studentenheim eingeweiht, das „Rodina“ genannt werden soll und in der Charlottenburger Weimarer Straße liegt. Der russische Geistliche sprach ein Weihegebet, der Rektor der Berliner Universität, der Vertreter der Studentenschaft sprachen und Professor Kaßner zeigte in Lichtbildern bulgarische Landschaftsschönheiten.

Ehrung eines Auslandsdeutschen durch Ausländer. Der Frauenchor der Ancoats Institution in Manchester hatte auf der Durchreise nach Salzburg, wo die Damen am Sommerkurs der Internationalen Frauenliga teilnahmen, dem ehemaligen deutschen Konsul in Manchester, Major Schlagintweit, in Erinnerung an bessere Zeiten ein Ständchen gebracht. Auf der Rückreise durch München empfing nun der Vorsitzende des Landesverbandes des Bundes der Auslandsdeutschen die Damen und zeigte ihnen die Sehenswürdigkeiten der bayerischen Hauptstadt.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Die Außenhandelsstelle (Abt. X des A. A.) aufgehoben

„Zwingende Gründe der Sparsamkeit und der Vereinfachung der Organisation der obersten Reichsbehörden“ veranlassen, so heißt es in einer amtlichen Mitteilung, die Auflösung der Außenhandelsstelle, die erst 1919 begründet und mit großer Energie ausgebaut worden war. Ihre Aufgaben werden künftighin von den wirtschaftspolitischen Referaten der Länderabteilungen des A. A. übernommen. Damit ist ein Hauptstück der sogenannten Schülerschen Reform des A. A. verschwunden. Neben dem A. A. soll ein Auskunftsinstitut begründet werden, dessen Aufgaben einstweilen von der Eildienst G. m. b. H. in der Bunsenstraße 2 verwaltet werden. Die der Abt. X angegliederten Zweigstellen Bremen, Flensburg, Hamburg, Nürnberg, München und Stuttgart bleiben als „Zweigstellen des Auswärtigen Amts für Außenhandel“ bestehen. Wie Generalkonsul Roselius in einem Artikel in der Weserzeitung mitteilt, soll auch die neubegründete Abt. IX (Kulturreferat) als selbständige Abteilung wieder eingehen und der Rechtsabteilung unterstellt werden.

Für Frankreich-Deutsche

Aus Paris wird gemeldet, daß die Stelle für deutsche Güter, Rechte und Interessen vom 1. Oktober 1921 ab die Einziehung der für beschlagnahmtes und verkauftes deutsches Eigentum erzielten Beträge vorzunehmen hat. Da aber verschiedene Liquidatoren ihre Arbeit noch nicht beendet haben, hat ihnen

der französische Ministerpräsident eine Frist bis zum 1. Januar 1922 gegeben. Von diesem Termin an wird die genannte deutsche Stelle die Liquidationen des deutschen Eigentums und die Einziehung der dafür gelösten Beträge besorgen.

Deutsches Eigentum in Italien

Der frühere Finanzminister und Katholikenführer Meda veröffentlicht Mitteilungen über die Stellungnahme der Regierung zur Frage der Rückgabe des deutschen Eigentums. Vom Rückkauf ausgeschlossen sollen jedoch alle Besitzungen an der Landesgrenze, hauptsächlich am Gardasee sein, ferner die Monumentalvillen, die Kunstsammlungen, die großen Hotels, die bedeutendsten Industrieunternehmungen, die Patente und die Schiffe. Das ist allerdings ziemlich alles Wichtige, was über den Begriff des sogenannten kleinen Eigentums hinausgeht. Italien beansprucht ferner das Recht, den deutschen Besitz nicht nur im alten Italien, sondern auch in den neuen Provinzen einzuziehen. Diejenigen italienischen Bürger, die früher deutsches Eigentum kaufen wollten, möchten das sofort tun, dann erst könne die italienische Regierung über die Bezahlung an Deutschland sprechen.

Zum gleichen Thema wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben, daß von einer wohlwollenden Behandlung der Deutschen in Italien keine Rede sein könne. Die italienische Staatsaufsicht der deutschen Firmen hemme jede Bewegungsmöglichkeit, wobei die deutschen Firmen zudem noch die Aufsichtsbeamten zu bezahlen hätten. Das gesamte Eigentum sei noch beschlagnahmt, die Deutschen hätten nur die Erlaubnis, gegen Miete ihre Wohnungen und Einrichtungen zu benutzen und die Sequestrationen zu bezahlen.

Einstellung der Liquidationen in Rumänien

Die deutschen Zeitungen Großrumäniens lassen sich aus Bukarest telegraphieren, daß die Regierung in Erwartung eines baldigen befriedigenden Abkommens mit Deutschland über die Liquidierung der Vermögen Reichsdeutscher in Rumänien die Suspendierung der Liquidationen bis zum Ende der Verhandlungen angeordnet habe.

Rückgabe deutschen Eigentums in Portugiesisch-Ostafrika

Wie der Industrie- und Handelszeitung aus Lissabon berichtet wird, hat der Oberkommissar für die portugiesische Kolonie Mozambique die Freigabe aller von den früher dort internierten Deutschen zurückgelassenen Privateffekten, ferner die Freigabe der Archive und des Baumaterials der Deutsch-Ostafrika-Linie verfügt. Man erwartet, daß auch die Freigabe aller anderen Privateffekten und Einrichtungsgegenstände noch verfügt werden wird. Dagegen sind augenblicklich wegen Wohnungsknappheit in Lourenço Marques die Einrichtungen der Deutsch-Ostafrika-Linie und des deutschen Klubs kürzlich öffentlich versteigert worden.

Das deutsche Eigentum in Südafrika

Der Custodian of Enemy property in Südafrika hat sich bereit erklärt, auf Antrag Interessenten den Einblick in beschlagnahmte Geschäftsbücher und sonstige Dokumente zu gestatten. Gesuche sind zu richten an das Office of the Custodian of Enemy property Mark buildings, Parliament Str. Capetown. Damit ist die Möglichkeit gegeben, daß deutsche Firmen und Einzelpersonen in Zukunft durch Vertreter in Südafrika Informationen über ihr beschlagnahmtes Vermögen erhalten können.

WIRTSCHAFTLICHES

Die südamerikanischen deutschen Handelskammern

Die deutschen Handelskammern in Buenos Aires, Valparaiso, Montevideo und der Verband Deutsch-

Brasilianischer Firmen in Rio de Janeiro haben in Hamburg bei der Handelskammer sich eine gemeinsame Geschäftsstelle errichtet zur Vertretung ihrer Interessen den deutschen Behörden, Verbänden und Privaten gegenüber und zur Versorgung der Handelskammern mit Berichten und Anregungen aus Deutschland. Die Geschäftsstelle soll auch bei Streitigkeiten zwischen deutschen und südamerikanischen Firmen vermitteln und zu schiedsgerichtlicher Erledigung beitragen. Vorsitzender der Hamburger Geschäftsstelle und ihres Arbeitsausschusses ist Direktor Hübbe von der Dresdner Bank, Schriftführer Rechtsanwalt Dr. Burchard, Geschäftsführer der Handelskammer Syndikus Dr. Repenning. Neben dem Arbeitsausschuß wird noch ein Beirat von 20 Personen aus Geschäftsinhabern solcher Firmen, die mit Südamerika in Verbindung stehen, begründet.

Valparaiso (Chile). Deutsche Handelskammer. Der vorliegende Bericht über das Jahr 1920 gibt einleitend einen Überblick über das Weltwirtschaftsjahr 1920 und stellt fest, daß die allgemeinen Tendenzen in diesem (Preissteigerungen, Zahlungskrisen, Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern) sich auch in Chile in hohem Maße fühlbar machten. Die Deutsche Handelskammer Valparaiso, die während des Krieges als privater Zusammenschluß in Chile ortsansässiger deutscher Firmen, Banken und kommerzieller Unternehmungen geschaffen wurde, um die wirtschaftlichen Maßnahmen der Gegner, vor allem die schwarzen Listen bekämpfen und in der Presse aufklärend der deutschen Sache nützen zu können, sah sich dadurch oft vor schwierige Aufgaben gestellt. Sie hielt zum Zwecke der Unterstützung und Orientierung ihrer Mitglieder ständige Fühlung mit den deutschen Schwesterorganisationen sowie mit der Chilenischen Handelskammer und versorgt ihre etwa 90 Mitglieder laufend mit „Berliner Berichten“, die 14tägig in knapper Form einen Überblick über den Ablauf des Wirtschaftslebens in der Heimat geben, ferner mit „Rundschreiben“ und „Statistischen Mitteilungen“. In Concepcion arbeitet eine Zweigstelle. Vorsitzender der Handelskammer ist augenblicklich Herr G. A. Wulf; der deutsche Geschäftsträger in Santiago sowie der Generalkonsul in Valparaiso, Dr. Gumprecht, und Dr. Dieckhoff sind Ehrenmitglieder der Handelskammer, der sie stets verständnisvolle Förderung angedeihen ließen.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Wie man den Auslandsdeutschen entgegenkommt

Man schreibt uns: „Im Kriege wurde meine Farm durch Unionstruppen geplündert. Nach Deutschland (Zehlendorf) zurückgekehrt, suchte ich einige alte Möbel meiner Frau, die vor dem Kriege dort wohnhaft war, zusammen und kaufte einige alte Möbel dazu. Der Wert dieser gesamten Möbel beträgt zirka 4000 Mark. Ich fragte nun die Güterabfertigung in Zeugengegenwart an, was die Überführung nach Kiel kosten würde. 650 Mark wurde uns angegeben, wenn wir einen Waggon nehmen. 4000 Mark erlangt jetzt die Güterabfertigung in Kiel für den Transport, und zwar: 1100 Mark für den direkten Transport, also das

doppelte, den Rest von 2900 Mark dafür, daß mein Spediteur auf den Frachtbrief schrieb: „Möbel (Umzugsgut)“. Dies wäre falsche Deklaration, es wäre kein Umzugsgut, sondern einfach Möbel. Nachdem einen die Engländer ausgeplündert haben, zieht die Bahnverwaltung einem Deutschen, der 11 Jahre in Afrika (S. W.) war, auf diese Art das Geld, das man noch gerettet hat, aus der Tasche.

Gibt es keinen Weg in Deutschland, der zwischen den vielen schönen Worten und der Praxis vermittelt und der ein Teilchen dessen gewährt, was man immer wieder verspricht?“

VERSCHIEDENES

Französische Kulturpropaganda. Franzosenreise nach Rumänien und in die Bukowina. Czernowitz prangte wieder einmal im Flaggenschmuck. 155 französische Professoren und Studenten weilten dort zu kurzem Aufenthalt und es ist bezeichnend, wie aus diesem Anlaß das deutsch geschriebene Blatt, das allerdings unter starkem jüdischem Einfluß steht, die „Czernowitzer Allgemeine Zeitung“, begeistert von der Freundschaft Rumäniens zu Frankreich schreibt, von der Liebe, die sich zu Enthusiasmus gesteigert habe, nachdem Frankreichs Edelmüt Großrumänien erst habe entstehen lassen. Vertreter der rumänischen Militär- und Zivilbehörden, der Studentenvereinigungen usw. empfingen die Gäste am Bahnhof, wo eine Militärkapelle zu ihrem Empfang spielte, als die 4 Salonwagen eintrafen. Die Gäste zogen mit Militärmusik ins — „Deutsche Haus“, wo sie der Magistrat bewirtete. Das mag allerdings den Franzosen etwas merkwürdig in den Ohren geklungen haben, daß sie hier ausgerechnet in einem deutschen Hause begrüßt wurden. Es läßt sich nun einmal aber nicht ändern, daß es das schönste und größte in der buchenländischen Hauptstadt ist. Abends um 7 Uhr fand in der Universitätsaula ein feierlicher Empfang, abends um 10 Uhr im Deutschen Hause wiederum ein Bankett statt, bei dem der Universitätsrektor in französischer Sprache die Gäste begrüßte und der französische Universitäts-Professor und Finanzminister a. D. Klotz dankte, ein rumänischer bukowinaer Student in französischer Offiziersuniform an seine Zeit als französischer Legions-Offizier erinnerte und noch eine Fülle von Reden gehalten wurden.

Wir berichten auch an dieser Stelle von solchen Vorgängen, um zu zeigen, in wie großzügiger und vorzüglich berechneter Weise die Franzosen es verstehen, Kultur-Politik zu treiben.

Am Niederwald-Denkmal. Die demokratische Jugend des Rheingaus teilt mit, daß am Niederwald-Denkmal von deutsch-böhmischen Wanderern ein schlichter Eichenkranz mit breiter schwarz-rot-goldener Schleife niedergelegt wurde. Auf dem Bande steht in breiten Lettern: „Vergiß Deine Kinder nicht, Mutter Germania! Die unglücklichen Deutschböhmen!“

Deutsche Tüchtigkeit. Der Stadtrat von Johannesburg in Südwesafrika hat eine Preisverteilung für die am besten geleitete Molkerei der Stadt veranstaltet. Den ersten Preis hat ein Deutscher erhalten, ein „certificate of merit“ und zwar Herr A. Herder, der die sauberste Anstalt aufweisen konnte.

AUSWANDERUNGSWESEN

Das neue nordamerikanische Einwanderungsgesetz

Von von VIGNAU, Prokurist des Norddeutschen Lloyd, Bremen

Einige nützliche Aufschlüsse über die neuen Bestimmungen des neuen nordamerikanischen Einwanderungsgesetzes und deren Wirkungen werden willkommen sein, zumal bald die Ratifikation der Vereinbarungen mit den Vereinigten Staaten und somit Er-

leichterungen bei der Erteilung von amerikanischen Paßvisae an Deutsche erwartet werden können.

Das neue Gesetz, welches die Einwanderung von Ausländern in die Vereinigten Staaten von Amerika einschränken soll, wurde in Washington am 19. Mai 1921 angenommen. Es bestimmt, daß die Zahl der Ausländer aller Nationalitäten, welche als Ein-

wanderer in den Vereinigten Staaten von Amerika zugelassen werden, für das Fiskaljahr bis 30. Juni 1922 beschränkt wird auf 3 % der Zahl von Fremdgeborenen aller Nationalitäten, die im Jahre 1910 in den Vereinigten Staaten ansässig waren.

Die am 3. Juni 1921 von der Einwanderungsbehörde in Washington erlassenen Ausführungsbestimmungen wurden mit dem Gesetz sofort in Kraft gesetzt. Gleichzeitig sind die Höchstziffern der einzelnen Nationalitäten bekannt gegeben worden, welche in dem laufenden Fiskaljahre zugelassen werden.

Die uns vor allem interessierende Zahl, welche für die deutsche Einwanderung bis 30. 6. 22 festgelegt worden ist, stellt die höchste Ziffer aller Nationalitäten des europäischen Kontinents dar.

Die Zahl für	Deutsche	ist 68039
die nächsthöchste erhielt Italien		mit 42021
dann folgen Rußland		mit 34247
Polen	mit 20019	
Ostgalizien, von dem		
noch nicht feststeht, ob		
es Polen zufallen wird,	mit 5781	25800
Tschechoslowakei	mit 14269	
Österreich	mit 7444	
Frankreich	mit 5692	
während den Vereinigten Königreichen Groß-		
britanniens insgesamt		77206
zugestanden worden sind.		

Soweit man in heutiger Zeit die Entwicklung der Dinge voraussehen kann, dürfte die deutsche Wanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika in dem laufenden Fiskaljahr bis zum 30. Juni 1922 die zugelassene Ziffer nicht erreichen; und zwar wegen der durch den Tiefstand der Mark hervorgerufenen hohen Passagepreisen, als auch wegen der erst in nächster Zeit zu erwartenden Erleichterungen im Paßwesen. Von der für das ganze Jahr festgesetzten Zahl werden monatlich nicht mehr als 20 % zugelassen. Die demnach für Deutsche festgelegte monatliche Quote beträgt 13608.

Diese Tatsache wäre geeignet, beruhigend auf die an der deutschen Wanderung Interessierten zu wirken, wenn nicht die gesetzlichen Bestimmungen auch eine Auslegung für den Begriff „Nationalität“ aufwiesen. Die Gesetzgeber haben sich die Sache offenbar sehr bequem gemacht, dürften aber dabei übersehen haben, welche praktischen Folgen dadurch entstehen.

Nach den vorliegenden Bestimmungen ist nämlich die Staatsangehörigkeit nicht maßgebend, sondern für die Nationalität, auf deren Anteil der Einwanderer gebucht wird, der Geburtsort. Und zwar heißt es in der Übersetzung:

„Für die Zwecke dieses Aktes sollen die Fremden, die in Gebietsteilen der neuentstandenen Länder geboren sind, als in diesen Ländern geboren betrachtet werden, und die Fremden, die in abgetretenen Gebietsteilen geboren sind, sollen als in denjenigen Ländern geboren betrachtet werden, an die jene Gebietsteile abgetreten sind.“

Hierdurch werden deutsche Staatsangehörige schwer betroffen, welche z. B. in den an Polen abgetretenen Gebieten geboren sind, aber nicht gewillt waren, nach der Abtretung dort zu bleiben und vorläufig ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegt haben, um nun nach den Vereinigten Staaten auszuwandern. Diese Deutschen kann nämlich die amerikanische Einwanderungsbehörde auf polnischen Anteil buchen, und da die starke polnische Einwanderung die zugelassene Quote bereits überschritten hat, einfach von der Einwanderung ausschließen. Amerika kann verlangen, daß die so Zurückgewiesenen von den Schiffahrts-Gesellschaften zurücktransportiert werden, und nachdem diese

vor der Ausreise womöglich ihr Hab und Gut verkauft hatten, um den hohen Passagepreis zu zahlen, stehen sie nach Rückkehr mittellos in ihrer Heimat.

Man kann sich unzählige Beispiele ausdenken, welche die Schwächen dieser Gesetzgebung deutlich zeigen. Nehmen wir an, ein braver Deutscher, Herr Müller, der seit seiner frühesten Jugend in Berlin lebt, einen deutschen Paß besitzt mit allen vorgeschriebenen Visen versehen, tritt seine Reise nach den Vereinigten Staaten an. In seinem Paß ist als Geburtsort „Neustadt“ angegeben. Ahnungslos gibt er der prüfenden Einwanderungsbehörde in Neuyork genaue Auskunft und siehe da, es stellt sich heraus, daß der Ort Neustadt jetzt „Wejherowo“ heißt und in dem an Polen abgetretenen Gebiet liegt. Resultat: Herr Müller muß als Deutscher wieder nach Deutschland zurück, weil die polnische Quote überschritten ist.

Ein anderes Beispiel: Ein Deutscher hat vor dem Kriege in den Vereinigten Staaten gelebt, dort eine Amerikanerin geheiratet, die ihm drüben 2 Kinder schenkt, ist aber selbst gebürtig in Posen. Er hatte seine deutsche Nationalität behalten und befand sich bei Ausbruch des Krieges mit seiner Familie in Deutschland. Jetzt will er zurückreisen. Der Erfolg: seine Frau und seine Kinder können als in Amerika geboren nicht ausgeschlossen werden, dagegen aber der Familienvater, trotz seiner deutschen Staatsangehörigkeit, weil nämlich die polnische Quote überschritten ist.

Das Gesetz sieht natürlich auch Ausnahmen vor und findet keine Anwendung in gewissen Fällen, indem bei der Berechnung der prozentualen Höchstgrenze z. B. folgende Personen nicht eingeschlossen werden:

1. Regierungsbeamte, deren Familien, Begleiter, Diener und Angestellte;
2. direkt durchreisende Fremde;
3. Fremde, welche die Vereinigten Staaten als Touristen oder vorübergehend geschäfts- oder vergnügungshalber besuchen;
4. Fremde, welche unmittelbar vor ihrer Zulassung in die Vereinigten Staaten mindestens ein Jahr ununterbrochen in Kanada, Neufundland, Kuba, Mexiko, in den Ländern von Mittel- oder Südamerika oder zugehörigen Inseln gewohnt haben;
5. Fremde unter 18 Jahren, die Kinder von amerikanischen (U. S.) Bürgern sind.

Auch sollen bei der Zulassung Fremden gewisser Klassen Erleichterungen gewährt werden, selbst wenn die Höchstzahl der für den betreffenden Monat zulässigen Fremden der betreffenden Nationalität bereits erreicht ist, wie z. B. Fremden, welche von einem vorübergehenden Besuch von auswärts zurückkehren, berufsmäßigen Schauspielern, Künstlern, Krankenhäusern, Lehrern für Schulen oder Seminare, Fremden, die in irgend einem anerkannten gelernten Beruf gehören, oder häusliche Dienstboten angestellten Fremden. Bevorzugung bei der Zulassung kann auch gewährt werden Frauen, Eltern, Brüdern, Schwestern, Kindern unter 18 Jahren und Verlobten von

- a) Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika,
- b) Fremden, die in den Vereinigten Staaten ansässig sind und gesetzmäßig ihre Bürgerschaft beantragt haben.

Hiermit ist wohl das Wichtigste aus dem Gesetz erwähnt, was für die deutsche Wanderung von Interesse ist.

Große Schwierigkeiten verursacht das Gesetz in Ländern wie Polen, wo mit Ende des Kalenderjahres bereits die bis 30. Juni 1922 zulässige Quote erreicht sein dürfte. Schwierigkeiten entstehen auch deswegen, weil die amerikanische Regierung zurückweist, bei ihren konsularischen Vertretern Zentralstellen einzurichten, welche bereits in den Auswanderungsländern über

die Zulassung endgültig entscheiden. Die Leidtragenden sind die Auswanderer, welche, einmal von der Einwanderung ausgeschlossen, den nächsten Versuch erst wieder nach einem Jahre machen dürfen, und ferner die Schiffsahrts-Gesellschaften, welche die so brutal Zurückgewiesenen frei zurückbefördern müssen. Die Schiffsahrts-Gesellschaften sahen sich genötigt, in den Ländern, welche ihre Quote zu überschreiten drohen, Registrierstellen zu errichten, um die Kontrolle möglichst in der Hand zu behalten. Der Erfolg dieser Maßnahme hängt natürlich aber davon ab, daß sämtliche Schiffsahrts-Gesellschaften, welche aus den betreffenden Ländern Auswanderer nach den Vereinigten Staaten von Amerika bringen wollen, sich dieser Einrichtung unterwerfen, da sie sonst illusorisch ist.

Seemannische Auskunftsbureaus

Der deutsche Seefahrts-Ausschuß in Hamburg und die Deutsche Evangel. Seemannsmission warnen vor den sogenannten „Seemannischen Auskunftsbureaus“ und den „Schiffsjungen-Vermittlungsstellen“. Die Hilfe dieser Bureaus bestehe in der Regel nur in der Adressenvermittlung von Heuerbureaus, die für den Binnenländer bei der Überfüllung der Hafenstädte mit stellungsuchenden Seeleuten ziemlich wertlos seien. Wer Auskunft wünsche, solle sich an die deutschen Seemannsheime in Altona, Bremerhaven, Hamdurg oder Stettin wenden.

Ein neues Siedlungsunternehmen ist unter dem Namen „Kolonialland“ am 27. Juli als G. m. b. H. in Berlin gegründet worden. Es will Kolonialland zur Siedlung im Inlande und deutschfreundlichem Auslande erschließen, Vorbereitungen zur Ansiedlung deutscher Familien treffen, Erleichterung und Verbilligung der Reise dorthin, insbesondere nach Übersee, erwirken und Darlehen an Kolonial- und Auslandsdeutsche auf Grund ihrer Ansprüche an das Reich gewähren.

Der gleichzeitig mit den Satzungen verschickte Aufruf „Helft den Auswanderern“ macht keinen günstigen Eindruck. Er ist in allgemeinen Phrasen und unbegründeten Annahmen entweder ganz absichtlich auf die Leichtgläubigkeit urteilsschwacher Leser zugestutzt, oder aber von Leuten entworfen, die mehr Phantasie als Sachkenntnis besitzen.

Besonders auffallend ist, daß weder im Aufruf noch in den Satzungen dieses Unternehmens jemand mit Namen zeichnet, noch werden die in dem Begleitschreiben erwähnten „hervorragenden Sachkenner“ mit Namen genannt.

Bis auf weiteres dürfte es sehr angebracht sein, der Neugründung gegenüber um so mehr Reserve zu bewahren, als sie mit großen Anleiheplänen umgeht, denen irgendwelche realen Werte als Hintergrund völlig zu fehlen scheinen. Sie vertröstet mit viel Optimismus und wenig Überzeugungskraft auf Erfolge und Gewinne in der Zukunft.

Ein Warnungssignal für Nordamerika-Auswanderer

Die „Washington Staatszeitung“ vom 15. September 1921 berichtet aus Neuyork, daß es am 9., also noch in der ersten Hälfte des Monats September auf Ellis Island zu ergreifenden Szenen kam, als 160 Männer, Frauen und Kinder, die in die Vereinigten Staaten hatten einwandern wollen, zur Deportation auf die Schiffe der verschiedenen Gesellschaften verteilt wurden, mit deren Fahrzeugen sie gekommen waren. Viele der deportierten Familien hatten ihre Habe in der alten Heimat verkauft und den Erlös und die Ersparnisse, die sie besaßen, verbraucht und nun wurden sie abgeschoben, nicht etwa weil sie nach ihrem Status oder ihrem Gesundheitszustand nicht einwanderungsfähig waren, sondern nur, weil schon die höchste zur Einwanderung gesetzlich zugelassene Anzahl ihrer Landsleute in den Monaten

August und September eingewandert war. Diese Deportation fand statt, obgleich Verwandte der Unglücklichen sich eingefunden hatten, um sie abzuholen.

Jeder der abgeschobenen Einwanderer hatte gegen die Deportation appelliert, aber ihr Einspruch war abgewiesen worden. Es waren meistens Polen, Griechen und Türken, die deportiert wurden.

Die Zahl der Deutschen, die nach dem neuen Gesetz in die Vereinigten Staaten zugelassen werden können, beträgt 68039 und zwar monatlich nicht mehr als 3608. Nun sind aber nach der amtlichen Zusammenstellung des Einwanderungsbureaus in der Zeit vom 3. bis 30. Juni nur 316, im Monat Juli nur 697 und im August ungefähr 800 Deutsche eingewandert. Dies ergibt für drei Monate 1813 statt 10824.

Einwanderer-Erlebnisse in Nordamerika

Ein kürzlich nach den Vereinigten Staaten ausgereister Auswanderer schreibt uns unter dem 19. August aus Albany folgende originelle Zeilen:

„Ungefähr 2 Meilen vor Neuyork mußten wir halten und mußten die Doktors und Emigrantenoffiziere an Bord nehmen. Dann wurden wir sofort untersucht. I. und II. Klasse mußten nur beim Arzt vorbeigehen, während die Passengers III. Klasse ganz genau untersucht wurden. Dann durften wir in den Hafen fahren. Da kamen zuerst die Passengers, die amerikanische Bürger waren, an Land von allen 3 Klassen. Nachdem die weg waren, kamen I. Klasse, nachher II. Klasse Ausländer. III. Klasse kamen erst einen Tag später von Bord. Man kommt also nicht nach Ellis Island (Einwandererstation). Die Emigrantenoffiziere, die wir an Bord hatten, waren sehr freundlich. Sie kontrollierten die Pässe und fragten, wo man herkommt. Als sie mich fragten, wo ich herkomme, und sagte, von Württemberg, sagten sie, so? 'ein Schwäble', das ist gut. Es kommen nur die Schiffe in Quarantäne, auf die eine ansteckende Krankheit ausgebrochen ist. Aber das kommt selten vor. Wir wurden in Rotterdam von 3 holländischen und 3 Amerikaner Ärzten untersucht. Und die, die nur den kleinsten Ausschlag im Gesicht hatten, durften nicht mit. Dann wird man am Schiff geimpft, auch die, die sich 4 oder 6 Tage vorher zu Hause impfen ließen. Well, wenn jemand zu Ihnen kommt, sagen Sie es ihnen, sie sollen nicht unnötig Geld hinauswerfen, die Schiffskompanie macht's umsonst. I. Klasse wird nicht untersucht.“

„Die Ratschläge wegen des Impfens“ werden manchem unnötige Ausgaben ersparen können, während es nach den letzten Nachrichten des „Einwandererfreundes“ gewagt erscheint, sich als Passagier erster oder zweiter Klasse darauf zu verlassen, daß man einer sorgfältigen Untersuchung entgehen könnte.

Schweizerische Kolonisationsversuche in Amerika

Über verfehlte Siedlungsbestrebungen schreibt das „Argentinische Tageblatt“ vom 17. August:

Alle Versuche in der Schweiz, zukunftsreiche Siedlungsunternehmen in neuen Ländern ins Werk zu setzen, sind bis jetzt fehlgeschlagen, und zwar besonders auch die der neuesten Zeit. Nach dem Berner „Bund“ vom 11. Juli hat die „Auswanderervereinigung Zürich“ einen Kolonisationsversuch in Brasilien gemacht. Ungefähr 80 Personen, Angehörige aller Berufe, mit Weib und Kind, wanderten im Herbst 1920 und im Frühjahr 1921 aus, unter der Voraussetzung, Staatsland gratis erwerben zu können. Einige wenige nur dieser Auswanderer haben Kolonien, und zwar besonders auf Privatkolonien erworben. Andere mußten als Koloniarbeiter angestellt und eine größere Anzahl auf Kaffeeplantagen untergebracht werden, wo sie neben den Farbigen arbeiten.

Die Auswanderer-Vereinigung Winterthur entsandte am 28. April 1921 70 Auswanderer nach Paraguay. Freies Staatsland fanden sie aber nicht vor. Durch Bemühungen des Schweizer Konsuls wurden sie vorläufig auf der Kolonie Monte-Sociedad untergebracht. Ob sie sich dort niederlassen, ist noch unentschieden. Sie sandten ein dringendes Gesuch ein, niemand sollte nachkommen, bis Bericht eingetroffen sei. Trotz aller Warnung reiste im Mai 1921 eine zweite Gruppe nach Paraguay, die sich in der Umgebung von Hohenau niederließ.

Die Auswanderer-Vereinigung Arbon beabsichtigte eine großzügige Koloniegründung in Venezuela. Anfang April 1921 reisten 15 Mann aus; 12 fanden vorläufig Anstellung; 3 zogen mit einem Regierungsbeamten ins Innere, um ein Stück Land auszusuchen. Bald langte jedoch auch hier der Bericht ein, niemand solle nachkommen, bis es feststehe, ob die Koloniegründung überhaupt möglich sei, im Bejahungsfalle sollten dann nur kleinere Gruppen nachfolgen.

Aus diesen verschiedenen Kolonisationsversuchen geht deutlich hervor, daß ihr Gelingen nicht nur vom individuellen Werte der Auswanderer, sondern auch von der Konjunktur an Ort und Stelle abhängig ist.

Das Argentinische Tageblatt bemerkt dazu, die Schweiz und schweizerische Kolonisation könne sich nie die Begründung nationaler Siedlungen zum Ziele setzen, in dem Sinne, daß solche immerdar ihren schweizerischen Charakter bewahren können. Einverleibung in das Staatswesen, dessen Gebiet sie angehören, sei mit der Zeit unvermeidlich.

Nach einem deutsch-brasilianischen Blatt haben übrigens Schweizer Kapitalisten im Staate Sao Paulo größere Ländereien zur Kolonisation erworben. Die Ländereien liegen an den Quellen des Rio do Peixe im Nordwesten des Staates und sollen sehr fruchtbar sein. Dieselben sind offenbar zur Ansiedlung einer größeren Zahl von Schweizer Landwirten bestimmt, welche, angesichts der auch in der neutralen Schweiz recht ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, auswandern wollen.

Diese Unternehmungen werden nur dann Erfolg haben, wenn in der Schweiz selber eine mächtige Gesellschaft diesen Kolonisationsversuchen helfend und fördernd zur Seite stehen wird.

Warnung der Arbeiterpresse vor der Auswanderung nach Brasilien

Das „Komitee des Sozialistischen Arbeiter-Vereins“ in Porto Alegre, Rio Grande do Sul, Brasilien, versendet einen Aufruf an die Arbeiterpresse Deutschlands und Österreichs mit der Bitte um weiteste Verbreitung. Darin heißt es:

Es ist unwahr, wie von bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht wird (?), daß die Lebensverhältnisse in Brasilien die denkbar besten sind, denn die Löhne der Arbeiter stehen nicht im Verhältnis zu den notwendigen Ausgaben für den Lebensunterhalt. Außerdem fehlt den Arbeitern jede gesetzliche Garantie! In den Großstädten ist ein Überfluß an Arbeitskräften vorhanden. Arbeiterwohnungen existieren fast gar nicht.

Der Arbeit im Urwald ist ein deutscher Durchschnittsarbeiter nicht gewachsen. Die Entbehrungen spotten in den meisten Fällen fast jeder Beschreibung. Der Arbeiter im Urwald ist vollständig rechtlos. Verkehrs- und Transportmöglichkeiten fehlen in den meisten Kolonien überhaupt.

Durch ein in diesem Frühjahr im Bundesparlament angenommenes Gesetz ist es jedem Ausländer verboten, sich politisch oder gewerkschaftlich zu betätigen. In Rio de Janeiro, Santos, Pernambuco usw. sind unzählige ausländische Arbeiter, welche sich an Lohnbewegungen beteiligten, eingekerkert, abgeschoben bzw. ausgewiesen worden.

Zum Schluß warnt der Aufruf noch besonders vor den durch die brasilianischen Regierungen und die Kaffeebarone des Staates Sao Paulo ausgesandten Agenten.

Die Lage der deutschen Auswanderer in Brasilien

(Ein Auswandererbrief.)

Unter dem 5. August schreibt aus Rio de Janeiro ein bereits vor Jahren ausgewandertes Mitglied der Württembergischen Auswanderervereinigung an deren Vorstand:

„Nun bei aller Freundschaft und trotz des Wunsches, Dich mal wieder zu sehen, kann ich Dir, wie auch schon im letzten Briefe, nicht dazu raten, hierher zu kommen. Die Gründe habe ich schon angegeben. Der neue Kollege sagt auch, wenn er das gewußt hätte, wie es hier ist, so wäre er lieber in Deutschland geblieben, und dabei steht er noch günstig da, noch besser wie ich, da er noch 3 Milreis mehr Lohn pro Tag erhält.“

Die brasilianischen Setzer- und Druckerlöhne betragen 6–8 Milreis; wir müssen zufrieden sein, daß wir etwas höher im Werte stehen, besonders wo es manchmal recht flau mit der Arbeit ist und man tagelang nicht weiß, wie man die Zeit hinbringen soll. Da Du noch in Deutschland bist und Deine gute Stellung hast, so bleibe ruhig da, denn mehr hast Du hier als Städter und Buchdrucker ganz gewiß nicht vom Lebensgenuß zu erwarten. Im Gegenteil. Der einzige Grund auszuwandern, ließe sich damit rechtfertigen, wenn man sagt und denkt, daß man nicht in dem von den Feinden geknechteten und versklavten Deutschland leben will; aber besser leben könnt Ihr auch hier nicht, denn die ganze Erde, alle Länder sind durch den Krieg und noch mehr durch den Schandfrieden von Versailles ruiniert. Selbst in Nordamerika, das doch der eigentliche Sieger ist, ist das Arbeiterelend größer als sonst wo. Vor allem, in keinem Land der Welt hat der Arbeiter so viel Schutz und so viele Rechte als in Deutschland.“

Auf Landsuche in Brasilien.

Über die Menge von Landangeboten in Brasilien spricht C. H. Thewald (Rio de Janeiro) in den „Leipz. N. Nachr.“ vom 4. September 21 sein Erstaunen aus.

Verkäufer und Siedlungsgesellschaften wollen sich gegenwärtig gegenseitig unterbieten. Als Grund bezeichnet er die von verschiedenen Bundesstaaten erlassenen Gesetze, wodurch das beschliegende Land einer Steuer unterworfen wird. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sei auch in Brasilien Hypothekengeld ungemein teuer, wodurch eine günstige Konjunktur für Landankäufe in größerem Umfange durch kapitalkräftige Gesellschaften entstehe. Weniger der einzelne Auswanderer, als vielmehr ein großzügiges, sachverständig vorbereitetes und kapitalkräftiges Siedlungsunternehmen könne diese Konjunktur nutzen.

Auch der auswanderungs- und siedlungsfreudige Thewald bestätigt die Tatsache, daß die neudeutsche Einwanderung trotz der Unterstützung durch die brasilianische Bundesregierung infolge Unterschätzung der Schwierigkeiten bei der selbständigen Ansiedlung vielfach das Proletariat der Großstädte vermehre. Die brasilianische Regierung hat brasilianische und nicht deutsche Einwanderungspolitik zu treiben. Es ist weltfremd, anderes erwarten zu wollen. Dem Preissturz von Gummi und Kaffee suche die brasilianische Regierung durch allmähliche Umstellung der Produktion zu steuern, indem sie für geeignete Hochländer Landwirten, die sich auf europäischen Getreidebau verstehen, freies Saatgetreide an Roggen und Weizen gewähre, um sich so von der Einfuhr dieser unentbehrlichen Körnerfrüchte freizumachen. Neuerdings suche auch die brasilianische Bundesregierung im Unterschied von den meisten Staaten Südamerikas das Bahnnetz in unbebaute Gegenden hinein auszubauen, indem

sie damit rechne, daß sich längs der Bahn von selbst Kolonisten finden werden.

Thewald tritt sodann warm für eine großzügige Organisation ein, welche sich den Verhältnissen anzupassen verstehe und, mit genügendem Gesellschaftskapital ausgerüstet, unter sachkundiger Vorbereitung nicht sporadische Siedlung einzelner, sondern Wabensiedlung betreiben müsse. Der Erwerb jungfräulichen Urwaldes als erste Siedlung für deutsche Auswanderer könne nicht in Betracht kommen, „weil es ein Unding wäre, unsere unterernährten, durch sechs Jahre Krieg und Bedrückung in ihrer Körper- und Nervenkraft zurückgebrachten Leute sofort vom Schiffe weg der schweren Arbeit und den Entbehrungen im Urwalde aussetzen zu wollen. Weit eher noch könnte die Arbeit auf Kaffeeplantagen in Betracht kommen“, welche dem Einwanderer Gelegenheit gäbe, sich in die landesüblichen Arbeitsmethoden, die Erlernung der Sprache und Sitten des Landes einzugewöhnen und die unvermeidlichen ersten Fehlschläge auf Kosten eines anderen durchzumachen.

Einwandererberatung in Sao Paulo

Die Einwandererberatungsstelle des Vereins brasilianischer Firmen ist, laut „Deutsch. Ztg.“ von Sao Paulo Nr. 199 am 3. September 1921, vom deutschen Konsulat in Sao Paulo, Rua Boavista 4, übernommen worden.

Aussichten für Deutsche in Espirito Santo, Brasilien

Der Präsident des Staates Espirito Santo hat laut „Deutsches Volksblatt“ vom 26. August an den Direktor des brasilianischen Bevölkerungsdienstes gedrahtet, daß er für das laufende Geschäftsjahr hundert deutsche Landarbeiterfamilien annehme, denen er Unterkunft auf Plantagen im Süden und Zentrum des Staates bieten kann. Sie können bei der Kaffeeernte helfen und sollen das Recht haben, Getreide ohne jedwede Teilung zu pflanzen. Weitere hundert Familien der gleichen Nationalität nimmt er für den Norden des Staates an, wo jeder Familie ein Landlos im Urwald kostenlos und von bester Bodenbeschaffenheit angeboten werden kann, und zwar ganz in der Nähe einer schon aus einigen deutschen Familien bestehenden Kolonie. Im kommenden Jahr brauche er eine größere Anzahl deutscher Landarbeiterfamilien.

Zu dieser Nachricht dürfte es interessieren, was ein Vertrauensmann des Deutschen Ausland-Instituts aus Espirito Santo unterm 22. August schreibt:

„Hier in Espirito Santo halte ich die Kolonisation für total verfehlt, nicht für den Staat, wohl aber für den Kolonisten. Es geht mit dem Deutschtum rapid abwärts: der Boden ist ausgesogen, Pflügen und Düngen ist bei dem unendlich bergigen Gelände eine Unmöglichkeit; der bereits verlassenen Kolonien werden es immer mehr; jeder Kolonist muß mit dem Weiterwandern rechnen, wenn nicht mehr für sich, dann für seine Kinder, und diese Tatsache wirkt ungemein lähmend auf jede idealen Bestrebungen. Unsere deutschen Kolonisten sollten nicht auf Raubbau angewiesen sein müssen, sondern nur da sich ansiedeln, wo sie und ihre Kinder wohnen bleiben können. — Ich tue alles, um möglichst viele Kolonisten aus Espirito Santo zur Abwanderung nach dem Süden zu veranlassen; hier müssen sie verkommen in materieller und in geistiger Hinsicht.“

Es wird ja augenblicklich viel Propaganda für Abwanderung nach Brasilien gemacht. Auch für Ansiedlung am Rio Doce wird geworben. Ich mache jede Gegenpropaganda im Interesse der Kolonisten. Das Land ist gut! Aber das heiße Klima! Es ist nichts für unsere Deutschen aus Espirito Santo, geschweige denn für die von drüben Kommenden. Ich kenne das Tiefland Guandu-Taguaral-Crissiuma, das von Espirito-Santo-Kolonisten besiedelt ist, und trotzdem sie materiell sehr gut stehen, betrachte ich diese Siedlungen mit tiefer Wehmut. Auch hier hat das „große Sterben“ begonnen.“

Neue Siedlungskolonien im Staate Pernambuco, Brasilien?

Das „Argentinische Tageblatt“ vom 6. September berichtet, daß 2000 deutsche Einwanderer von der „Cuyaba“ in Recife, Pernambuco, gelandet und für Kolonien in diesem Staate bestimmt wurden. Pernambuco und Bahia verfügen über ein Hochland im Innern, dessen Klima für den Europäer eben noch erträglich, zur Arbeit im Freien aber schwerlich geeignet ist, da es nur 3–700 m hoch liegt, also weit unter den erforderlichen 1000 m bleibt. Es bleibt außerdem die Frage offen, ob diese Einwanderer auch wirklich in den klimatisch günstigen Teilen der Nordstaaten angesiedelt werden, oder ob man sie längs der Küste zu verwenden gedenkt, wo die klimatischen Verhältnisse dem europäischen Arbeiter und Kolonisten sicherlich nicht günstig sind.

Hoffentlich bestätigt sich die amtliche Auffassung dieser Nachricht, daß es sich hier um eine Zeitungssente handelt.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschtum und Auslandkunde.

Die in großer Anzahl einlaufenden Drucksachen deutscher Vereine im Auslande werden im allgemeinen hier nicht aufgeführt. Sie werden im Vereinsarchiv des D. A. I. gesammelt und verzeichnet.

Übersicht:

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D. A. I. Dr. MANNHART und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Bei dem Mangel an neuer, ausländischer Literatur in Deutschland erscheint es nützlich, wenigstens einen Besitzer des Buches oder der Zeitschrift anzugeben. In Anlehnung an das Verzeichnis ausländischer Zeitschriften, Berlin 1921, bedeuten die in eckige Klammern gesetzten fettgedruckten Abkürzungen: 1 = Berlin, Preuß. Staats-Bibl. 7 = Göttingen, Univ.-Bibl. 10 = München, Bayr. Staatsbibl. 15 = Leipzig, Univ.-Bibl. 101 = Leipzig, Deutsche Bucherei. H 3 = Hamburg, Welt-Wirtsch.-Archiv. K 3 = Kiel, Inst. f. Weltwirtsch. Stg 1 = Stuttgart, Ausland-Inst. Stg 2 = Stuttgart, Weltwirtsch.-Bücherei.

Nach allgemeinen Gesichtspunkten:

Auslanddeutschtum i. allg.: 17. 49. 107. 118. 127. 131. 140.

Grenzlanddeutschtum: 1. 4. 6. 7. 13. 19. 27. 28. 37. 50. 52. 54. 56. 67–70. 73. 74. 76–78. 80. 81. 83. 87–89. 101. 103. 112 bis 115. 117. 120–124. 128. 129. 137. 141.

Auslandkunde i. allg.: 15. 19. 31. 55. 71. 84. 92. 107. 115.

Auswanderung und Kolonisation: 26. 38. 39. 47. 51. 60. 95. 106.

Kirche und Mission: 2. 3. 8. 24. 47. 48. 67. 97. 102. 108. 125. 126. 132. 134. 142.

Schul- und Bildungsfragen: 7. 16. 18. 36. 42–46. 57. 105. 118. 120. 121. 127. 139.

Recht: 25. 49. 98. 104. 130. 141.

Wirtschaft: 9. 12–14. 20–23. 25. 41. 53. 59. 61. 62. 72. 75. 77. 79. 80. 82. 99. 121. 130. 141.

Schöne Literatur und Künste: 28–30. 38. 68. 69. 78. 81. 88. 136.

Deutsche wissenschaftl. Arbeit im Auslande: 33. 40. 70. 86. 93. 109. 116. 119. 131. 139.

Deutschtum in d. Darstellung des Auslandes: 98. 101. 116. 128. 143.

Regionale Übersicht (soweit nicht Grenzlanddeutschum):

Mitteleuropa: 5. 36. 42. 43. 57. 89.

Westeuropa: 35. 48. 52. 55. 61. 71. 84. 101. 112—115. 123. 128. 137. 143.

Nord- und Osteuropa: 2. 4. 21. 24. 25. 29. 31. 41. 53. 58. 59. 64. 66. 79. 85. 86. 95. 103. 117. 122. 136. 139.

Süd- und Südosteuropa: 10. 18. 20. 23. 44—46. 72. 82. 104. 105. 110. 111. 126. 129—131. 138.

Vorderasien: 65. 132.

Südasiën: 12.

Ost- und Australasien: 11. 16. 61. 108. 119. 125.

Afrika: 3. 22. 32. 35. 39. 91.

Angloamerika: 9. 34. 55. 90. 133—135.

Lateinamerika: 5. 14. 33. 40. 60. 62. 63. 75. 93. 96. 98. 100. 102. 106. 107. 109. 116. 131.

I. Einzelschriften

1. **Ankert**, Heinrich, Leitmeritz. Reichenberg: Sudetendt. Verlag F. Kraus [1921]. 16 S. 8° M 1.50. (Sudetendeutsche Heimatgaue. H. 8.) (Flugschriftenreihe d. „Heimatbildung“.)2. **Arbusow**, Leonid, Die Einführung d. Reformation in Liv-, Est- u. Kurland. I. A. d. Gesellschaft f. Geschichte u. Altertumskunde z. Riga bearb. Leipzig: Heinsius Nachf. 1921. XVI, 851 S. 4° M 77.—. (Quellen u. Forschungen z. Reformationsgeschichte. Bd. 3.)3. **Bender**, J. C., Der Weltkrieg und die christlichen Missionen in Kamerun. Mit Illustr. u. 1 Missionskt. von Kamerun. Cassel: Oncken 1921. VI, 211 S. 8° M 16.—.4. **Bonne**, Georg, Die Letten. Ein german. Bruderstamm. 2. (erw.) Aufl. Berlin: Würtz 1921. 58 S. 8° M 6.—. (Baltische Bücherei. Bd. 33.)5. **Braun**, Alfred, Der rote General Max Hölz. Eine Würdigung d. Tätigkeit von Max Hölz i. Dienste d. Proletariats u. d. Revolution. Prag (1921). 46 S. 8° [Stg 2.]6. **Der Bruch** der interalliierten Treuhänderschaft über Oberschlesien. Die Unterstützung der poln. Banden durch Frankreich. Berlin: H. R. Engelmann 1921. 36 S. 8° M 2.50. (Die Vergewaltigung d. Menschenrechte. H. 2.)7. **Bube**, Wilhelm, Die ländliche Volks-Bücherei. Ein krit. Wegweiser u. e. unter fachmänn. Mitwirkung bearb. Führer durch d. Heimatliteratur. 7. neubearb. u. erw. Aufl. Berlin: Trowitzsch & Sohn 1921. 376 S. 8°.

Der Abschnitt „Heimatbüchereien“ S. 175—342 des bewährten Führers berücksichtigt zwar die Ostmark und Österreich, läßt aber Elsaß-Lothringen und Deutschböhmen-Mähren-Schlesien schmerzlich vermissen. Da diese Landschaften eine reiche Volksliteratur hervorgebracht haben und im engsten Kulturzusammenhang mit dem Mutterlande stehen, bleibt ihre Einbeziehung bei der nächsten Auflage des Wegweisers dringend zu wünschen. Dann könnte vielleicht auch die volkstümliche Literatur des überseeischen Auslandsdeutschums in einem besonderen Abschnitt zusammengefaßt werden. H. M.

8. ***Bursche**, Edmund, Die Reformarbeiten des Basler Konzils. E. kirchengeschichtl. Untersuchung z. Erlangung d. Grades eines Lizentiaten d. Theologie... an d. Univ. z. Basel. Lodz 1921: Manitius. XII, 124 S. 8° [Stg 1.]9. **Chamberlain**, George Agnew, Is Mexico worth saving? Indianapolis: The Bobbs-Merrill Co 1921. 251 S. \$ 2.50. [Kl 3.]10. **Cloos**, Hans u. Ernst Meister, Bau u. Bodenschätze Osteuropas. E. Einführung. M. e. geolog. Strukturkarte v. Osteuropa von Dr. S. v. Bubnoff. Leipzig u. Berlin: Teubner 1921. VIII, 158 S. 8° (Osteuropa-Institut i. Breslau. Quellen u. Studien. Abt. 3. H. 2.)11. **Cordier**, Henri, Histoire générale de la Chine et ses relations avec les pays étrangers depuis les temps les plus anciens jusqu'à la chute de la dynastie mandchoue. 1—4. Paris: Gentner 1920 (—21). [1.]12. **Cotton**, C. W. E., Handbook of Commercial Information for India. Calcutta: Superintendent Government Printing 1919. VIII, 383 S. [Kl 3.]13. **Denkschrift** d. wirtschaftl. Körperschaften u. Verbände z. Selbständigkeit d. Memelgebiets. (Memel [1921]: Siebert.) 27 S. 8° M 3.—.

Die zuständigen Vertretungen aller schaffenden Erwerbsstände und der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung des Memelgebiets haben der Denkschriftkonferenz durch den französischen Oberkommissar Petrus die vorliegende Denkschrift eingereicht, in der sie die volle Selbständigkeit des Memelgebiets unter dem Schutze eines Ententestaates verlangen. Die Denkschrift lehnt die polnischen und litauischen Annexionsbestrebungen als mit dem Friedensvertrag unvereinbar ab, bringt den Nachweis, daß das Memelgebiet finanziell und wirtschaftlich durchaus lebensfähig ist und betont den deutschen Charakter seiner Bevölkerung.

14. **Le Développement agricole et économique du Brésil**. Rome: Institut International d'Agriculture 1921. 24 S. Fr. 1.—. aus: Bulletin mensuel des Institutions Economiques et Sociales. Année 12. No 1/2. [Kl 3. Stg 1.]15. ***Dix**, Arthur, Politische Geographie. Weltpolit. Handbuch. 1. Allg. Teil. M. 22 in d. Text gedr. Abb. München und Berlin: Oldenbourg 1921. IV, 196 S. 8°.16. **Du Bois-Reymond**, Claude, Deutschlands Interesse am Studium d. Ostasiaten an deutschen Hochschulen. Halle a. S.: Niemeyer 1921. 16 S. 8° (Hochschul-Hefte. Serie A. Nr. 5.)17. **Erlebnisse** Auslandsdeutscher im Weltkrieg. Im Auftrag des Deutschen Ausland-Instituts, Stuttgart, hrsg. von Dr. P[aul] von Kapff, Studiendirektor. Stuttgart: Ausland u. Heimat 1921. 112 S. 4° M 15.—.18. ***Fiechtner**, Fr., Rechenbuch für die deutschen Volksschulen in Großrumänien. J. 1. 2. Tarutino: Verl. d. Dt. Zeitung f. BeBarabien [um 1921]. 8°. [Stg 1.]19. **Freytag-Loringhoven**, [Hugo] Frhr. von, Die staatlichen Grenzen in Europa, geschichtlich u. militärisch betrachtet. Berlin: Dt. Verlagsgesell.-ch. f. Politik u. Gesch. 1921. 46 S. 8° M 8.—.20. **Friebel**, Otto, Der Handelshafen Odessa. Mit 14 Taf. Leipzig u. Berlin: Teubner 1921. 112 S. 8°. (Osteuropa-Institut i. Breslau. Quellen u. Studien. Abt. 7. H. 1.)21. **Gisevius**, P[aul], Die Ostländer als internationale Produktionsgemeinschaft in d. Bodenproduktion. Leipzig u. Berlin: Teubner 1921. 24 S. 8°. (Osteuropa-Institut i. Breslau. Vorträge u. Aufsätze. Abt. 2. H. 1.)22. **Goulven**, [Joseph], Le Maroc. Les ressources de ses régions. Sa mise en valeur. Préf. de Auguste Terrier. Avec 7 ct. dans le texte, 32 reprod. fotogr. et 1 ct. en couleurs. 2. ed. Paris: Larose 1920. XI, 282 S. [1.]23. **Grothe**, Hugo, Bulgarien. (Natur, Volkstum, Staat, Geistesleben, Wirtschaft.) E. Beitrag z. Landeskunde. Wien: L. W. Seidel 1921. VIII, 156 S. 8° M 24.—. (Angew. Geographie. Bd. 48.)24. **Hahn**, Traugott [balt. Theologe], Aus meiner Jugendzeit. Mit 8 Abb. 2. Aufl. Stuttgart: Belser 1921. IV, 336 S. 8° M 14.—.25. **Hahn**, [Walter] u. A. v. **Lilienfeld**, Regelung des Handels u. Verkehrs in Rußland. Gesetze u. Vertr. d. Sowjetregierung. Hrsg. vom Institut f. Weltwirtsch. u. Seeverkehr an d. Universität Kiel. Jena: Fischer 1921. VIII, 158 S. 8° M 32.25.26. **Handbuch** der Tropenkrankheiten. Unter Mitw. von A. v. Baelz [u. a.] hrsg. von Prof. Dr. Carl Mense. 2. Aufl. Bd. 6. Leipzig: Barth 1921. 6. Tropen-Krankheiten d. Haustiere von Prof. Dr. phil. P[aul] Knuth u. Dr. phil. et med. vet. P. J. du Toit. Mit 143 Abb. i. Text u. 4 farb. Taf. XVI, 889 S. M 240.—.27. **Herrmann**, Hugo, Das Brunauer Ländchen. Reichenberg: Sudetendeutscher Verl. F. Kraus [1921]. 20 S. 8° M 1.80. (Sudetendeutsche Heimatgaue. H. 9.) (Flugschriftenreihe d. „Heimatbildung“.)28. **Herwig**, Franz, Das Begräbnis des Hasses. Eine ostmärk. Erzählung. Freiburg i. Br.: Herder & Co. 1921. 158 S. 8° M 15.—, geb. M 20.—.

Die Erzählung behandelt Ereignisse in dem Teil der Ostmark, der durch den Friedensvertrag an Polen fiel, vom Kriege bis zur Besitznahme des Gebietes durch die Polen. Im Mittelpunkt steht eine deutsche Bauernfamilie, in der die verschiedenen Auffassungen der polnischen Frage ausgekämpft werden. Der Verf. sucht auch dem starken Nationalgefühl der Polen gerecht zu werden, läßt seinen Helden die Anschauung vertreten, daß die deutsche Art dem neuen polnischen Reich zum Gedeihen ebenso notwendig sei, wie es dem alten Staat war, und redet der friedlichen Zusammenarbeit beider Völker das Wort. Die bewegte Handlung wird besonders die heranwachsende Jugend fesseln.

29. **Hunnius**, Monika, Mein Onkel Hermann. Erinnerungen an Alt-Estland. M. Geleitw. v. Hermann Hesse. Heilbronn: Salzer 1921. 134 S. 8° M 11.—.

30. *Janiczek-Pokorny*, Olga, Hausmusik. 2. Aufl. Mit e. Anh.: Ratgeber z. Hausmusik von Dr. Julius Janiczek. Eger: Böhmerland-Verlag 1921. 48 S. 8° M 3.60. (Böhmerland-Flugschrift f. Volk u. Heimat. 7.)
31. [*Izvol'skij*, Alexander], The memoirs of Alexander Isvolsky formerly Russian Minister of Foreign Affairs, Ambassador to France. Ed. and transl. by Charles Louis Seeger. London: Hutchinson (1920). 288 S. 8°. [7.]
32. *Kann*, Réginald, Le protectorat marocain. Avec 8 cartes et croquis. Paris: Berger-Levrault 1921. XIV, 280 S. Fr. 15.—. [Kl 3.]
33. *Koch-Grünberg*, Th[eodor], 2 Jahre bei den Indianern Nord-west-Brasiliens. Stuttgart: Strecker & Schröder 1921. 416 S. mit 48 Abb. u. 12 Kupfertiefdrucktaf. 8° M 45.—, geb. M 55.—.
34. *Koht*, Halvdan, Amerikansk kultur det nittende Aarhundred. 2. Udg. (København:) Gyldendal 1920. 100 S. (Det nittende Aarhundrede. 6.) [1.]
35. *Lamszus*, Wilhelm, Der verlorene Sohn. E. Geschichte a. d. Fremdenlegion. 2. Aufl. Braunsch. u. Hambg.: Westermann 1921. 135 S. 8° M 15.—.
36. *Löschner*, Josef u. Karl *Thürmer*, Brück. Mit Bildschm. Im Auftr. d. Vereinigung f. Heimaterkundung i. Bezirke Brück hrsg. Reichenberg: Sudetendeutscher Verl. F. Kraus [1921]. 20 S. 8° M 2.—. (Sudetendeutsche Heimatgaue. H. 11.) (Flugschriftenreihe d. „Heimatsbildung“.)
37. *Die Lösung d. oberschlesischen Frage*. Bericht d. vom Internat. Gewerkschaftsbund nach Oberschlesien entsandten Delegation (Juni 1921). [Amsterdam: Müller] (1921). 25 S. 4° fl.—20.
38. **Meyer*, Otto, Hans Hansen. Lockendes Land über See. Hannover: Hans Hübner Verlag 1921. 274 S. 8° M 20.—, geb. M 25.—.
39. *Obst*, Erich, Die Vernichtung des deutschen Kolonialreichs in Afrika. Eine Untersuchung d. polit.-geogr. Struktur des schwarzen Erdteils nach dem Gewaltfrieden von Versailles. Mit 14 farb. Abb. auf 2 Taf. Berlin: Flemming & Wiskott 1921.
- Der Breslauer Universitätslehrer behandelt vom politisch-geographischen Gesichtspunkt aus die Aufteilung der durch den Versailler Vertrag Deutschland geraubten Kolonien unter die 3 Mächte Großbritannien, Frankreich und Belgien, eine Verteilung, die praktisch zur Zerteilung des afrikanischen Erdteils zwischen England und Frankreich führt. Der zweite, größere Abschnitt schildert die koloniale Ausbreitung der verschiedenen Mächte in Afrika vom 15. Jh. bis zur Gegenwart. Der Schlußabschnitt stellt fest, daß der jetzige Zustand keinerlei Dauer verspricht und stellt für die zukünftige Entwicklung drei Hypothesen auf. Eine Übersichtskarte u. 6 Diagramme veranschaulichen das Verhältnis der Anteile der Kolonialmächte an Fläche und Bevölkerung Afrikas nach dem Stande von 1902 und 1914. H. M.
40. *Penck*, Walter, Der Südrand der Puna de Atacama (NW-Argentinien). Ein Beitrag z. Kenntnis des andinen Gebirgstypus u. zu d. Frage d. Gebirgsbildung. Leipzig: Teubner 1920. 420 S. 8° M 30.—. (Abhandlungen d. Sächs. Akademie d. Wissenschaften, Mathem.-Physik. Klasse. Bd. 37.)
41. *Pesterschetsky*, D., Die Hungersnot in Sowjetrußland. Berlin: Verlag d. Kulturliga (1921). 27 S. 8° M 1.—. [Umschlagt.]
- Das Schriftchen errechnet nach amtlichen russischen Unterlagen, hauptsächlich nach *Ekonomitscheskaja Shishn*, den wirklichen Umfang der Mißernte und die Höhe des Bedarfs. Es macht die bolschewistische Wirtschaft für die schwere der Katastrophe verantwortlich und erklärt eine wirksame Hilfeleistung für unmöglich.
42. *Proschwitzer*, E[rhart], Merkheft für Geschichte. Für dt. Schulen in d. Tschechoslowakei. Prag-Annahof: Haase 1921. 32 S. 8° M 1.25. [101.]
43. *Proschwitzer* E[rhart], Merkheft f. Landes- u. Bürgerkunde d. Tschechoslowakischen Republik. Für dt. Schulen in d. Tschechoslowakei. Prag-Annahof: Haase 1921. 31 S. 8° M 1.25. [101.]
44. *Rabrenović*, Milan, Istorija Srba Chrvta i Slovenaca za dake IV, V i VI razr. osnovnih škola sa nemačkim nastavnim jezikom. Geschichte d. Serben, Kroaten u. Slovenen f. Schüler d. 4., 5. u. 6. Klasse d. Elementar-Schulen mit dt. Unterrichtssprache. Übers. v. Alexander Jorgowic. Beograd-Terazije: Rajković & Cuković (1921). 48 S. 8° [Stg 1.]
45. *Rabrenović*, Milan, Zemlopis Srbije i Vojvodine za dake III razreda osnovnih škola sa nemačkim nastavnim jezikom. Izradeno po nastavnom programu. Geographie von Serbien u. d. Wojwodina f. Schüler d. 3. Klasse d. Elementarschulen mit dt. Unterrichtssprache. Nach dem Lehrprogramm verf. Übers. von Alexander Jorgowic. Beograd-Terazije: Rajković & Cuković (1921). 48 S. 8°. [Stg 1.]
46. *Rabrenović*, Milan, Zemlopis Srbije i Vojvodine za dake IV razreda osnovnih škola sa nemačkim nastavnim jezikom. Izradeno po nastavnom programu. Geographie von Serbien u. d. Wojwodina f. Schüler d. 4. Klasse d. Elementarschulen mit dt. Unterrichtssprache. Nach dem Lehrprogramm verf. Übers. von Alexander Jorgowic. Beograd-Terazije: Rajković & Cuković (1921). 46 S. 8°. [Stg 1.]
47. **St. Raphaels-Handbuch*. Ein Hilfsbuch f. Priester in der Raphaelsarbeit hrsg. von Georg Timpe. Hamburg: St. Raphaelsverein 1921. 83 S. 8° M 4.—. (Hefte z. Auslandarbeit. H. 1.)
48. *Schäfer*, Wilhelm, Drei Briefe mit einem Nachwort an die Quäker. München: Müller 1921. 96 S. 8° M 6.—.
- Der Dichter Wilhelm Schäfer, betroffen von der Erfüllung des christlichen Gebots durch die Quäker während des Krieges und in der Zeit der großen wirtschaftlichen Not Mitteleuropas nach seinem Ausgang, hat sich am 11. Juli, 23. Okt. und 5./6. Dez. 1920 in drei großen Briefen in der „Frankfurter Zeitung“ mit seinem Erlebnis auseinandergesetzt. Vom Boden des natürlichen, tieferreligiösen Menschen aus, der von der Flut religiösen Geredes in Deutschland angewidert ist, sucht er den Urgrund des Tatchristentums der Quäker zu ergründen. Da er als Deutscher abstrakt denkt, wenn auch in anschaulichen Formen, bleibt ihm das Geheimnis der starken, der englischen Gesamteinstellung angemessenen geschichtlichen Bindung des Quäkertums verborgen. So sind seine von Bekennermut und tiefem Glauben getragenen Briefe, wie die Erwiderungen im Quäkerblatt „The Friend“ zeigen, zum größeren Teil in England nicht verstanden worden. Sie gehören mit den Aufsätzen von Paquet zum Feinsten, was in deutscher Sprache über das Problem geschrieben wurde. H. M.
49. **Schätzkel*, Walter, Die Rechtsbeziehungen d. Auslandsdeutschen z. Reich. Berlin: H. R. Engelmann 1921. 42 S. 8° M 6.—. (Das Selbstbestimmungsrecht d. Deutschen. H. 6.)
50. *Scheiter*, Karl, Elbogen. Reichenberg: Sudetendeutscher Verl. F. Kraus [1921]. 20 S. 8° M 1.80. (Sudetendeutsche Heimatgaue. H. 12.) (Flugschriftenreihe d. „Heimatsbildung“.)
51. **Schulz-Langerberg*, Auswanderung, Ausbeutung u. Schutz der deutschen Auswanderer. Nationaler Wiederaufbau. Ein Mahnruf an das deutsche Volk. Berlin: Es werde Licht 1921. VIII, 111 S. M 6.—.
52. *Sontag*, Ernst, Unserer Zeiten Schande. Das Verhalten der Franzosen in Oberschlesien während d. poln. Mai- u. Juniaufstandes 1921. Gotha: Perthes (1921). 36 S. 8° M 2.50.
53. *Spectator*, Sowjet-Rußland in Zahlen. 6. Wirtschaftsleben d. alten u. neuen Rußland in 75 statist. Tab. dargest. Berlin: Seehof 1921. 92 S. 8° M 25.—.
54. *Stahlberg*, Walter, Das Kartenspiel um Oberschlesien. Berlin: K. F. Koehler, Abt. Grenzboten 1921. 22 S. 8°. aus: Grenzboten. Jg. 80. H. 17/18.
55. **Stern-Rubarth*, Edgar, Die Propaganda als politisches Instrument. Berlin: Trowitzsch 1921. 116 S. 4° M 12.—.
56. *Stowitschek*, Franz, Das Römerstädter Ländchen. Reichenberg: Sudetend. Verlag F. Kraus [1921]. II, 20 S. m. 4 Abb. 8° Kē. 1.80. (Sudetend. Heimatgaue. H. 13.)
57. *Vrbka*, A., Die Heimatschule. Lehrplan und Lehrstoffbeispiele für d. Bez. Znaim, Stadt u. Land. Znaim: Borne-mann 1921. II, 48 S. 8° M 5.—. [Umschlagt.] [101.]
58. *Wagner*, Alfred, Meine Erlebnisse in Sowjetrußland als bolschewistischer Agitator. Berlin: Verlag d. Kulturliga [1921]. 24 S. 8° M 3.—.
- Ein 1916 in russische Gefangenschaft geratener Österreicher schildert seine Erlebnisse in den deutschen Kolonien Westsibiriens, in die er vom Gefangenenerlager Omsk aus flüchtete. Anfänglich Kommunist, wurde er durch die bolschewistische Praxis bald bekehrt. Seine Schilderungen werfen manches Streiflicht auf die Auswirkung der Sowjetwirtschaft unter ländlichen Verhältnissen und auf die dunkle Rolle deutscher Bolschewisten in Rußland.
59. *Zagorsky*, Simon, La république des Soviets. Bilan économique. Paris: Payot & Cie. 1921. 352 S. fr. 15.—. (Bibliothèque du Bureau Economique Russe.) [Kl 3.]

60. **Zimmermann, Emil, Meine Siedlungs-Konzession in Venezuela dargest. zu Gunsten der „Venezuela-Siedlung Monagas“* c. G. m. b. H. Berlin. Hrsg. von der „Venezuela-Siedlung Monagas“. Mit 6 Abb. u. 1 Kt. der Konzession Zimmermann. Berlin: Selbstverlag d. Genossenschaft 1921. 36 S. 8° M 30.—.

II. Zeitschriften u. Forts.-Werke

61. *Algemeen Adresboek van Nederland en Nederlandsch-Indië. Ten dienste van handel, nijverheid, landbouw en verkeer.* 16. Neubearb. Aufl. Rotterdam: Nijgh & van Ditmar 1920. CXL, 1680 S. [KI 3.]
62. *Anuario de la América Latina. (Baillly-Baillière-Riera.) Información general (señas) del comercio de importación y exportación industrial, agricultura, ganadería, minería y elemento oficial de las Américas. Tom. 1. 2. Año 3. Barcelona 1921.* [KI 3.]
63. *Republica de Colombia. Anuario estadístico 1916/17. Con el censo civil levantado el 44 de oct. de 1918 y otros datos de dicho año y de los de 1919 y 1920. Bogotá 1920. VII, 542 S.* [KI 3.]
64. *Archiv russkoj revoljucii* izd. J. B. Gessenom. 1. (Berlin: Slovo [1921].) [Russ.] [Archiv d. russ. Revolution.] [1.]
65. *Das neue Armenien. Mitt. des armen. Hilfskomitees z. Unterstützung ärztl. Mission u. Evangelisation. (Verantw. wortl.: Pastor [Paul] Fabianke u. Armenag S. Baronigian.) Nr 1. Löbnitzgrund b. Kötzschenbroda (1920).* [1.]
66. **Osteuropäische Bibliographie für d. Jahr 1920. Jg. 1. Leipzig u. Berlin: Teubner 1921. VII, 50 S. 8°.* (Osteuropa-Institut i. Breslau.)
67. *Der gute Bote. Le bon Messenger. 1922. Straßburg: Buchhandl. d. evang. Gesellsch. [1921.] 76 S. 8° fr. 1.25.* [Umschlagt.] [101.]
68. **Warnsdorfer Bote. Deutscher Kalender f. Heimat u. Volk 1922. Mit e. Anhang: Anschriftenbuch, Häuserverzeichnis u. Stadtpl. v. Warnsdorf. Warnsdorf: Strache 1921. 176 S. 8°.* [101. Stg 1.]
69. **Bundeskalender. Jg. 26. 1922. I. A. d. Bundes d. Deutschen i. Böhmen hrsg. von Ernst Leibl. Töplitz-Schönau: Verlag d. Bundes d. Deutschen i. Böhmen [1921]. 127 S. 8°.* [101. Stg 1.]
70. *Cahiers d'archéologie et d'histoire d'Alsace. Publiés par la Société pour la conversation des monuments historiques d'Alsace. Anzeiger f. elsäss. Altertumskunde. Organ d. Verbandes d. elsäss. Altertums- u. Geschichtsvereine. Jg. 12. 1921. Straßburg: (Verband d. elsäss. Altertums- u. Geschichtsvereine 1921.) Jährl. 4 Nrn. fr. 6.—.* [101.]
71. *The English Catalogue of Books for 1920. London: The Publ. Circular Ltd. 1921. 339 S.* [H. 3.]
72. *Fremden-Verkehrs-Zeitung für Südtirol. Ständige Beil.: „Sportnachrichten“. Offizielles Organ des Verb. d. Fremdenverkehrs-Interessenten Südtirols u. des Vereins d. Höhenhotels Südtirols. Jg. 1. 1921/22. (H. 1 vom 30. Juni. 8 S.) Meran: Pötzberger. [Auch unter franz., italien. u. engl. Titel.] Jährl. 52 Nrn. L. 28.—.* [101.]
73. *Gewerkschaft der Postler. Organ der Postbediensteten in der tschechoslowakischen Republik. Jg. 3. 1921. Reichenberg Monatl. Kf. 20.—.* [101. Stg 1.]
74. *Grenzland-Korrespondent. Nachrichten u. Informationen aus den besetzten, abgetr. u. bedrohten dt. Gebieten. Red.: R. Lotz. Jg. 1. 1921. (Nr 1 v. 1. Juli. 4 Bl.) Berlin: Nachrichtenbüro des Vereins dt. Zeitungs-Verleger. Ersch. wöchentl. 3 mal.*
75. *Anglo-South-American Handbook for 1921, incorporating Mexico and Central America. Ed. by W. H. Koebel. London: Federation of British Industries (1921). CXIV, 929 S.* [KI 3.]
76. *Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen. Bd. 17. Hrsg. vom Preuß. Stat. Landesamt. Berlin: Preuß. Stat. Landesamts 1921. 456 S. 8° M 12.—.*

Von den Neuerungen dieses Jahrganges sind hervorzuheben: im Abschnitt II (Bevölkerung) auf S. 9 eine Übersicht über den Freistaat Danzig

nach Fläche und ortsanwesender Bevölkerung sowie der Muttersprache zu Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1913. Daran schließen sich S. 10—12 drei neue Tabellen über die ortsanwesende Bevölkerung Preußens am 8. Okt. 1919 im Vergleich mit der Bevölkerung am 1. Dez. 1910 und 1. Aug. 1914. Für das Studium des neuen Grenz- und Auslandsdeutschtums sind a. Tabellen auf S. 14—15 über die Abtrichtungsgebiete besonders wichtig. H. M.

77. **Landwirtschaftlicher Kalender f. Polen. Jg. 2. 1921. Hrsg. vom Verb. dt. Genossenschaften i. Polen. Poznań: Landwirtschaftl. Zentralwochenbl. f. Polen 1920. 96 S. 4° M 40.—.* [101. Stg 1.]
78. **Reichenberger Kalender. Jg. 1. 1922. Mit 1 Kunstdr. Beil. in Vierfarbendr. „Schloß Friedland“ u. vielen Abb. Zsgest. von Karl Borda. Reichenberg: Stiepel [1921]. 192 S. 4° Kf. 12.—.* [101. Stg 1.]
- Der neue Kalender nimmt alte Reichenberger Überlieferungen wieder auf und führt das Werk des ersten „Kalenders aus Reichenberg“ von 1850, d. „Illustrierten Reichenberger Volkskalenders“ von 1873, des „Neuen Reichenberger Kalenders“ von 1890—1897 und des „Deutschen Familien-Kalenders“ bzw. „Neuen Reichenberger Kalenders“ von 1898—1901 in erneuerter Gestalt fort. S. den Aufsatz v. Karl Borda, Der Reichenberger Kalender u. seine Geschichte. in: Reichenberger Zeitung. Nr 211. S. 9. 1921.
79. *Esimene Tallinna Kaubandus-Adreßraamat. The first Commercial Directory of Reval. 1. Revaler Handels-Adreßbuch. Verf. u. Hrsg.: Rudolf Zero u. Walter Juhkental. Tallinn (Reval): „Murawai“; Leipzig: Bibliogr. Institut. Komm. 1921. 8° M 100.—.* [101.]
80. *Poznańska Książka Adresowa dla Handlu i Przemysłu. Posenen Handels-Adreßbuch. [Jg. 1] 1921/22. Posen: Posenener Neueste Nachrichten; [f. Dtl.: Berlin: R. Mosse] (1921). 168 S. 8° M 25.—.* [101.]
81. *Deutsches Land in Feindes Hand. Ein Gedenkkalender für d. Jahr 1922. Hrsg. von O. Becker u. E. v. Kahlden. Der dt. Jugend gewidmet. Leipzig: Eichblatt 1921. 2 S. 52 Bl. 8° M 12.—.*
82. *Der beBarabische Landwirt. Beiblatt z. „Dt. Zeitung BeBarabiens“. Jg. 1, 1921. (Nr 2 v. 14. Sept. 16 S.) Schriftl. W. v. Gromann. Hrsg.: K. Linbram, Tarutino: „Dt. Zeitung BeBarabiens“. Viertelj. Lei 5.—.* [Sgt 1.]
83. *Technische Mitteilungen d. Freien Stadt Danzig. Hrsg. Westpr. Bezirksverein dt. Ingenieure. [Jg.] 1921. (Nr 6 vom 14. 6. 3 Bl.) Danzig-Langfuhr: Westpr. Bezirksverein dt. Ingenieure. Ersch.: zwangl. [101.]*
84. *Le Monde nouveau. Revue mensuelle internationale. Année 3. 1921. Dir. Fondateur: E. van der Vlugt. Réd. en chef: Gustave-Louis Tautain. Paris: „Le Monde nouveau“. Jährl. 12 Nos fr. 40.—.* [Stg 1.]
85. [Russ.] *Vračebnoe Obozrenie. Jg. 1. 1921. (Nr 1 vom 15. Mai. 44, VIII S.) Berlin: Medizin. Verlag „Wratsch.“ [Ärztliche Rundschau.] Jährl. 12 Nrn. M 48.—.* [101.]
86. *Sitzungsberichte d. Gelehrten Estnischen Gesellschaft. [Jg.] 1912—1920. Leipzig: K. F. Koehler i. Komm. 1921. IV, 207 S. 8°.* [101. Stg 1.]
87. *Taschen-Jahrbuch der deutschen Nationalsozialisten... Hrsg. von der deutschen national-sozialistischen Arbeiterpartei, Aufg. [Jg. 3.] 1921. Dux VII: Deutsche Druck- u. Verlags-Anstalt 1921. 201 S. 8°.* [Anf. u. d. T.:] Deutsches Arbeiter-Jahrbuch... Deutsches Taschen-Jahrbuch... [101. Stg 1.]
88. **Die Truhe. Literarisches Jahrbuch für Schleswig-Holstein 1921. Hrsg. von Christian Tränckner, Hamburg: Hartung 1921, 212 S. 8° M 20.—.*
89. *Der Tschechenspiegel. Halbmonatsschrift d. unterdr. Völker i. Tschechenstaate. Hrsg. u. verantw. Red.: Kornel Zimka. Jg. 1. 1920/21. (Nr 1 v. 1. 12. 1920. 8 S.) Wien: Zimka. Einzelnr. Kr 1.90.* [101.]
90. *Who's who and why. Issue 15. 1921. Ed. by E. M. Greene. London: Canada Newspaper Co. 1921. 8°.* [15.]
91. *South and East African Year Book and Guide for 1921. With plans and diagrams. 27th ed. London: Sampson, Low, Marston & Co. 1921. LIII, 915 S. sh. 5.—.* [KI 3.]
92. *The Statesman's Year Book, Statistical and historical annual of the states of the world for the year 1921. Ed. by Sir John Scott Keltie and M. Epstein. 58th annual publ. London: Macmillan 1921. XLIV, 1544 S. 8°.* [12. 15. KI 3. Stg 1.]

93. *Zeitschrift* des Deutschen Vereins f. Wissenschaft u. Kunst in São Paulo. Jg. 2. 1921. H. 1/2. Schriftl.: Dr. Herbert Koch u. Dr. Rudolf Hermann. São Paulo: Typ. Henniers Irmãos. Jährl. 6 H. \$ 8.—. [101. Stg 1.]
- III. Zeitschriftenaufsätze**
95. Der *Auszug* Essener Bergleute nach Rußland. E. traurige Geschichte aus d. Anf. d. 60er Jahre. in: Heimatblätter. Jg. 3. 1921. Nr. 5. S. 124. Dortmund: Ruhfus.
96. *Bagel*, Felix, Ziele u. Arbeiten d. Dt. Volksbundes f. Argentinien. (Eigener Ber. d. Dt.-Argent. Centralverb.) in: Lateinamerika (A). 1920. Nr. 20. S. 581. Berlin: Dt. Wirtschaftsverb. f. Süd- u. Mittelam.
97. *Bibliographie* [d. Missionsliteratur] zsgest. von M. Schlunk, Hamburg. Abgeschl. am 30. Juni 1921. in: Evang. Missionsmagazin. N. F. Jg. 65. 1921. H. 9. Stuttgart: Evang. Missionsverl.
98. *Brasilien* u. die deutsche Rechtswissenschaft. in: Lateinamerika (B.) 1920. S. 257. Berlin: Dt. Wirtschaftsverb. f. Süd- u. Mittelam.
99. *Bredow*, Der Wiederaufbau d. deutschen Weltschnellnachrichtenverkehrs. in: Weltwirtschaft. Jg. 11. 1921. Nr. 7/8. S. 83. Berlin: Heymann.
100. 5. *Bundestagung* d. Deutschen Volksbundes für Argentinien am 8. u. 9. Juli 1921. in: Der Bund. Jg. 4. 1921. Nr. 8. S. 113. Buenos Aires: Dt. Volksbund f. Argentinien.
101. *Corpechot*, Lucien, Maurice Barrès et le Génie du Rhin. in: Le Monde nouveau. Année 3. 1921. No 9. p. 1194. Paris: Le Monde nouveau. [Stg 1.]
102. *Dedekind*, M., Jahresbericht d. Evang. Gesellschaft für d. protestant. Deutschen in Südamerika. 1920. Der Hauptversammlung in Langenberg am 6. Juli 1921 erstattet. in: Der deutsche Ansiedler. Jg. 59. 1921. Juli/Sept. S. 41. Barmen: Westdt. Druckerei.
103. Der *Lodzer Deutschentag*. in: Deutsche Nachrichten. Jg. 3. 1921. Nr. 45. S. 377. Bromberg: „Dt. Nachrichten“.
104. *Döring*, Jugoslawien. Bemerkungen z. Prozeßordnung d. dt.-jugoslaw. Schiedsgerichtshofs, unter bes. Berücksichtigung d. Klagen wegen Liquidation dt. Eigentums. in: Friedensvertrag. Jg. 1. 1921, H. 18. Sp. 409. Berlin: Sack.
105. *Sächsische Erziehung*. Ein Beitr. z. gut völkischer, gleichzeitig z. allgem. menschlicher Erziehung. Zur Preisbewerbung. in: Schule u. Leben. Jg. 3. 1921/22. Nr. 1, S. 2. Kronstadt: Zeidner i. Komm.
106. Zur *Frage* der dt. Einwanderung nach Brasilien. (Eigener Bericht des Deutsch-Brasilian. Handelsverb.) IV. in: Lateinamerika. (B). 1921. Nr. 20. S. 236. Berlin: Dt. Wirtschaftsverb. f. Süd- u. Mittelamerika.
107. *Gast* [Paul], Die Auslandsbeziehungen d. deutschen Hochschulen. in: Mitteilungen d. Verbandes d. dt. Hochschulen. Jg. 1. 1921. 2. Sonderh. S. 17. Halle: Knapp.
108. *Gieß*, H. u. G. *Ludwig*, Vom neuen China. in: Evangelisches Missionsmagazin. N. F. Jg. 65. 1921, H. 10, S. 264. Stuttgart: Evang. Missionsverlag.
109. *Haas*, F., Hermann von Ihering. Zu seinem 70. Geburtstage. in: Archiv für Molluskenkunde. Jg. 53. 1921, H. 1/2. S. 1. Frankfurt: Diesterweg i. Komm.
110. *Hermann*, Karl, Deutsches aus Südslawien. in: Deutsche Arbeit. Jg. 20. 1921. H. 11. 12. Berlin: Siemens.
111. *Kaindl*, R[aimund] F[riedrich], Gefährdung d. Deutschen im Südslawenstaat u. d. deutsch-südslaw. Beziehungen. in: Grenzboten. Jg. 80. 1921. Nr. 39. S. 358. Berlin: K. F. Koehler, Abt. Grenzboten.
112. Der *Kampf* um die Sprachgrenze. Aus d. Niederländ. d. L. J. C. van Gorkom-Herzogenbusch (de Toorts, 16. 7. 21). in: Der Reichswart. Jg. 2. 1921. Nr. 35. S. 11. Charlottenburg: „Der Reichswart“.
113. *Kapp*, Wilhelm, Ein elsässischer Politiker vor dem Kriege [Jacques Preiss]. Ein Beitr. z. els.-lothr. Landesgeschichte. in: Deutsche Rundschau. Jg. 48. 1921. H. 1. S. 17. Berlin: Gebr. Paetel.
114. *Knoerzer*, Guido, Das Elsaß u. Deutschland. in: Preuß. Jahrbücher. Bd. 185. 1921. H. 3. S. 408. Berlin: Stilke.
115. *Koreis*, Franz, Die „Confédération Internationale des Etudiants“ u. d. südetendeutsche Studentenschaft. in: Student u. Ausland. Jg. 1. 1921. H. 2/3. S. 47. Leipzig: „Student u. Ausland“.
116. *Krause*, Fedor, Mis impresiones de la Argentina y el Brasil. Berlin: Transatlant. Verl. 1921. 25 S. 8°. aus: Vox medica.
117. *Lange*, Karl, Heimatbewegung in den Grenzlanden. Der deutsch-litauische Heimatbund. in: Ostdeutsche Monatshefte. Jg. 2. 1921. H. 4. S. 179. Danzig: „Ostdt. Monatsh.“.
118. *Lesky*, Albin, Deutsche Burse in Marburg an der Lahn. in: Die Südmark. Jg. 1921. H. 9. S. 227. Graz: Dt. Vereinsdr.
119. *Linde*, Max, Die deutschen m. japanischen Mediziner. in: Ostasiat. Rundschau. Jg. 2. 1921. Nr. 15. S. 244. Berlin: Deutscher Überseesdienst.
120. *Lüdtkke*, Franz, Deutscher Aufbau in der Ostmark. in: Grenzboten. Jg. 80. 1921. Nr. 35. S. 235. Berlin: K. F. Koehler, Abt. Grenzboten.
121. *Marcus*, Theodor, Buchhandel u. kulturelle Propaganda f. Oberschlesien. in: Deutsche Verlegerzeitung. Jg. 2. 1921. Nr. 17. S. 314. Leipzig: Dt. Verl.-Verein.
122. *Mitzka*, W., Studien zum baltischen Deutsch. in: Sitzungsberichte d. Preuß. Akad. d. Wissensch. Philos.-histor. Klasse. Nr. 13. 1921.
123. Die französische *Rhein- u. Saarpolitik*. in: Saar-Freund. Jg. 2. 1921. Nr. 17. S. 233. Berlin: Saar-Verein.
124. *Noack*, Die Zukunft d. deutsch. Ansiedlungen in Westpreuß. u. Posen. in: Archiv f. inn. Kolonisation. Bd. 13. 1920/21. H. 8/9. S. 479. Berlin: Dt. Landbuchh.
125. *Oehler*, W., Mission u. Kultur in China. in: Allgem. Missionszeitschrift. Jg. 4. 1921. H. 8. S. 177. Berlin: Warneck.
126. *Olbricht*, F., In Portugal u. Spanien während des Krieges. in: Die evang. Diaspora. Jg. 3. 1921/22. H. 3/4. S. 52.
127. *Petersenn*, Arnold, Auslandsdeutschum u. dt. Hochschule. in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. H. 37. S. 883. Berlin: Dt. Verl.-Ges. f. Politik u. Geschichte.
128. *Poincaré*, Raymond (Rede anläßl. d. Gründung d. Confédération Internationale des Etudiants“ u. der Einweihung d. franz. Univ. Straßburg, geh. in Straßburg). in: Student u. Ausland. Jg. 1. 1921. H. 2/3. S. 58. Leipzig: „Student u. Ausland“.
129. *Praschinger*, Edmund Rudolf, Westungarn ein Teil der Ostmark. in: Deutsches Volkstum. 1921. H. 6. S. 171. Hamburg: Verl. d. Deut. Volkstums.
130. *Roth*, Hans Otto, Minderheitspolitik u. Bodenreform. [Mit einer Zensurlücke!] in: Ostland. Jg. 3. 1920/21. Nr. 2. S. 626. Hermannstadt: Krafft.
131. *Schädel*, B[ernhard], Die wissenschaftl. Beziehungen Deutschlands z. den iberö-amerikan. Ländern. in: Mitteilungen d. Verb. d. dt. Hochschulen. Jg. 1. 1921. 2. Sonderh. S. 27. Halle: Knapp.
132. *Schneller*, Ludwig, Das Syrische Waisenhaus wieder unser. in: Der Bote aus Zion. Jg. 37. 1921. Nr. 3. Köln: Schneller.
133. *Schönemann*, F., Das Deutsch-Amerikanertum. in: Grenzboten. Jg. 80. 1921. Nr. 40. S. 17. Berlin: K. F. Koehler, Abt. Grenzboten.
134. *Schreiner*, G., Die Geschichte d. dt. evang. Synode v. Nordamerika. in: Dt. Evang. Blätter f. Brasilien. Jg. 3. 1921. H. 8. S. 121. São Leopoldo: Rotermund.
135. *Severin*, G., Amerika-Brief eines Reichsdeutschen. in: Die Neue Zeit. Jg. 3. 1921. Nr. 29, S. 17. Chicago: The New Times.
136. *Tarnow*, Fanny, In Petersburg vor 100 Jahren. Aus einem Tagebuch. Hrsg. von Adolf Thimme. in: Deutsche Rundschau. Jg. 48. 1921. H. 1. S. 83. Berlin: Gebr. Paetel.
137. Le *Territoire* de la Sarre et le Grand-Duché de Luxembourg. Paris. (L'illustration économique et financière. Numéro spécial. 20 Août 1921.) [Stg 1.]

138. *Ullmann, Hermann*, Südslawien u. die Deutschen. in: *Volk u. Heimat*. Jg. 2. 1921. Nr 15/16. S. 145. Leipzig: Reclam.
139. *Vasmer, Max*, Die Universität Dorpat unter estn. Verwaltung. in: *Student u. Ausland*. Jg. 1. 1921. H. 2/3. Leipzig: „Student u. Ausland“.
140. Der alldeutsche *Verbandstag* in Goslar 1921. in: *Alldeutsche Blätter*. Jg. 31. 1921. Nr 19. S. 157. Berlin: Alldt. Verband.
141. Der 3. *Vertretertag* d. Hilfsbundes f. d. Elsaß-Lothringer im Reich. Referat Dr. Purper über d. Entschädigungsordnung u. d. Vorprüfungsverfahren. in: *Elsaß-Lothr. Mitteilungen*. Jg. 3. 1921. Nr 36. 37. Berlin: Hilfsbund-Verlag.
142. *Warum* die deutsche Mission nicht nach Neuyork geht. in: *Missionsblatt Barmen*. Jg. 96. 1921. Aug. S. 57. Barmen: Westdt. Druckerei.
143. *Wechßler, Eduard*, Das junge Frankreich u. d. junge Deutschland. in: *Preuß. Jahrbücher*. Bd. 185. 1921. H. 2. S. 186. Berlin: Stilke.

IV. Karten

Erde gesamt.

144. *Meyers Kleiner Handatlas* in 42 Haupt- u. 26 Nebenkarten. Leipzig u. Wien: Bibliogr. Institut, 1921. 42 Bl. 8°.

Die neue Auflage ist durch Fortfall verschiedener Karten und namentlich des Ortsverzeichnisses in ihrem Umfang wesentlich reduziert, berücksichtigt aber die durch den Weltkrieg geschaffenen politischen und verkehrsgeographischen Veränderungen und bietet bei im allgemeinen guter übersichtlicher Ausführung der einzelnen Blätter und zuverlässiger Darstellung wiederum ein recht geeignetes Nachschlagewerk. Doch ist bei einer Neuaufgabe dringend die Wiedereinführung des Ortsverzeichnisses zu wünschen; erst die Beigabe eines solchen Registers macht den Atlas für den Gebrauch weitester Kreise geeignet.

145. *Eckert, M.*, Neuer methodischer Schulatlas. 94 Haupt- u. Nebenkarten u. Darst. z. Himmelskunde. 70. Neubearb. Aufl. mit d. alten u. neuen Grenzen d. Deutschen Reiches. Halle a. S.: Schroedel, 1921. 32 S. 4°. M 12.50.

Der Atlas bietet bei im allgemeinen geückter Beschränkung auf das Wichtigste Übersichten der einzelnen Kontinente und Länder unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Weltkrieges und vergleichsweise Angabe der früheren Verhältnisse. Die Ausführung befriedigt meistens, nur bei der Staatenkarte von Europa tritt das frühere Staatenbild zu sehr in den Vordergrund, ferner läßt durchweg die Darstellung der Hochgebirge zu wünschen. Das Deutschum ist, was wir sehr begrüßen, durch eine eingehende Darstellung der früheren Kolonien und mehrere Karten der Veröberung der Deutschen in anerkennenswerter Weise berücksichtigt. Hier hätte jedoch das Jahr, auf das sich die statistischen Unterlagen der Karte beziehen, angegeben werden sollen.

Mitteleuropa und Schweiz.

146. *Winkler, Wilhelm*, Sprachenkarte von Mitteleuropa. (Deutsches Selbstbestimmungsrecht!) M. 1:1,5 Mill. Ausgef. v. Militärgeogr. Institut, Wien. Wien: Goldschmiedt, 1921. 80 : 110 cm.

Wichtige Neuerscheinung. Die Karte beruht auf den Sprachenzahlen der amtlichen Statistik von 1910, nur für das Mamelgebiet sind neuere statistische Unterlagen benutzt. Die einzelnen Gebiete sind jeweils demjenigen Volke bzw. richtiger derjenigen Sprache zugewiesen, die von mehr als 50 % der Bewohner gesprochen wird. Dieses grundsätzliche Verfahren sichert der Karte die einheitliche Durchführung. Nur in denjenigen Fällen, wo die relative Sprachmischung die absoluten Bevölkerungsverhältnisse verdunkelt hätte, ist von dem Grunprinzip abgewichen worden, um größere statistische Genauigkeit zu erzielen. Das Gesamtbild der farbig ausgeführten Karte — auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden — ist außerordentlich plastisch. Beinahe plakartig-eindrucksvoll hebt sich das deutsche Sprachgebiet in Mitteleuropa heraus und durch die übersichtlich angegebenen politischen Grenzen wird gleichzeitig gezeigt, daß von einem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes keine Rede sein kann; derartige „Rechte“ gibt es lediglich für die Gefolgschaft der Entente.

Der Karte ist weiteste Verbreitung in allen öffentlichen Bureaus usw. zu wünschen. Besonders in den Schulen sollte die Karte überall zum Aushang gebracht werden.

147. *Plan* [1.] der Stadt Winterthur und Umgebung. 3. Aufl. M. 1 : 9000. 36 : 51 cm. [2.] der Stadt St. Gallen. 6. Aufl. M. 1 : 6000. 36 : 52 cm. Mit Straßenverzeichnis. Zürich: Orell Füßli [1921], je M 1.80.

Übersichtliche, in der gewohnten außerordentlich ansprechenden Art des Verlages gedruckte farbige Stadtpläne. Zur Abrundung des Gesamtbildes wäre noch die Angabe der Höhenlinien erwünscht, um zugleich eine genaue Charakteristik des Stadtgebietes zu haben. Beiden Plänen ist ein Straßenverzeichnis beigegeben.

Vgl. auch Nr 148.

Das Deutsche Reich und seine Grenzmarken im allgemeinen.

148. *Pharus Verkehrs-Karte* von Deutschland nebst den Randstaaten mit Ortsverzeichnis u. Eisenbahnlinsen. M. 1 : 1 Mill. Berlin: Pharus-Verl. [1921]. 91:120 cm. Ortsverz. 31 S. 8°.

Umfaßt Mitteleuropa zwischen Rotterdam—Warschau und Kopenhagen—Wien. Die einzelnen Staaten sind mit auffallendem farbigem Flächenkolorat unterschieden und die Verkehrslinien — getrennt nach Haupt- und Nebenlinien — farbig und im allgemeinen richtig wiedergegeben; vereinzelt, während des Krieges gebaute Eisenbahnen wären bei einer Neuaufgabe nachzutragen. Ebenso wäre die Angabe des Gradnetzes und eine Durchsicht der Namensschreibung erwünscht. Nachahmenswert ist die Darstellung der abgetretenen und der Abstimmungsgebiete.

Westdeutsche Grenzmarken.

149. Eine Übersicht der nordwestdeutschen Kanalpläne (Schwarz-Weißdruck) enthält Nr 35/36 des „Weltmarkt“ (Jg. 9). Die Karte ist sehr gut auch als Diapositiv zu verwenden.
150. Von der Karte von Württemberg 1 : 50 000 ist Bl. 18 Gmünd in der sehr brauchbaren interimistischen farbigen Ausgabe neu herausgegeben.

Ostdeutsche Grenzmarken.

151. Für den ententistischen Plan der Teilung Oberschlesiens ist eine kleine Schwarzdruckskizze von Interesse, die die Voss. Ztg. in ihrer Nr 482 v. 13. X. veröffentlicht und die die neue Grenze, soweit sie bisher bekannt ist, wiedergibt. In etwas kleinerem Maßstab ist eine ähnliche Skizze im Stuttgarter Neuen Tagblatt Nr 474 v. 13. X. enthalten.

Zur Orientierung vergleiche man die sehr instruktive Karte (Schwarz-Weißdruck) über die verschiedenen älteren Teilungspläne der Entente (Sforzalinie usw.) in der Tagl. Rundschau v. 19. Juli 1921.

Osteuropa und Polen.

152. Eine Übersichtsskizze (Schwarz-Weißdruck) des polnischen Eisenbahnnetzes und besonders der neu projektierten Linien enthält die Beilage „Der Weltverkehr“ Nr 34 v. 7. Sept. 1921 zur Deutschen Allgemeinen Zeitung. Von besonderem Interesse ist die Linienführung der projektierten Bahnen, die ein bezeichnendes Licht auf die strategischen Pläne Polens werfen. Das Kärtchen kann sehr gut auch als Diapositiv Verwendung finden.

153. Eine brauchbare, auch für Diapositivzwecke zu benutzende Übersicht (Schwarz-Weißdruck, 1:672 000) der Wolgaskolonien hat die Freie Presse Printing Co. in Aberdeen (Süddakota, U. S. A.) veröffentlicht. Die Karte verzeichnet zugleich den konfessionellen Charakter der einzelnen Kolonien und bietet eine Übersicht über die verkehrsgeographischen Verhältnisse des ganzen Gebietes.

154. Eine bemerkenswerte Karte (Schwarz-Weißdruck) über die Organisation der bolschewistischen Propaganda in Europa veröffentl. die „Weser-Ztg.“ in ihrer Nr 685 v. 30. Sept. 1921.

Asien.

155. *Asien*. M. 1:15 Mill. 28. Aufl. Berlin: Flemming & Wiskott [1921]. 64,5:81 cm. M 10.—. (Flemmings Generalkarten. Nr 3.)

Farbige, vorwiegend politisch-geographische Darstellung, jedoch mit benutzender Charakterisierung des Geländes. Die Veränderungen durch den Weltkrieg sind in der neuen Auflage überall entsprechend berücksichtigt. Besonders hervorgehoben ist noch das Verkehrsnetz, das allerdings stellenweise kleine Lücken aufweist. Die Karte kommt in erster Linie als Hand- und Bureaunkarte in Frage.

156. Eine Übersicht der bestehenden und geplanten transasiatischen Bahnen (Schwarz-Weißdruck) enthält die Beilage „Der Weltverkehr“ Nr 36 zur Deutschen Allg. Ztg. v. 25. Sept. 1921. Die Karte ist auch für Diapositivzwecke sehr geeignet.

157. Eine Übersicht der Eisenbahnen, Trambahnen und Land-Autolinien auf Java und Sumatra enthält die Sammelmappe des Auswärtigen Amtes „Deutschland und die wirtschaftliche Lage“ Blatt Nr 144/III. Bemerkenswert ist eine kleine Nebenkarte mit Angabe der Gebiete, für die der Bau von Eisenbahnen und Trambahnen erwogen wird.

Afrika.

158. Die Verbreitung des Suaheli als Verkehrssprache im ehemaligen Deutsch-Ostafrika hat B. Struck auf einer Über-

sichtskarte (Dreifarbendruck, 1:5 Mill.) dargestellt (Beilage zur „Kolonialen Rundschau“, Jg. 1921, H. 4.).

Nordamerika.

159. *Map of North and South Dakota*. Aberdeen: Freie Presse Printing Co. (1921?). 40:55 cm. [Umschlagt.] [Fußt.]: Hammond's enlarged map of North and South Dakota. New York: Hammond & Co. 1912.

Vorwiegend politisch-geographische Übersichtskarten, in ziemlich roher Ausführung, lediglich zur ersten topographischen Orientierung über die Lage der einzelnen Gebiete und wichtigeren Orte.

Südamerika.

160. *Bodenbender*, Guillermo, Republica Argentina. Mapa geologico del Nevado de Famatina. Levantamiento topografico por W. Anz y N. Huneken. M. 1:150 000. Gotha: J. Perthes 1913. 57:73 cm. aus: Boletín de la Academia Nacional de Ciencias, Cordoba. Tomo 21.

Umfaßt das Gebiet zwischen Rio Bermejo und Rio Amarillo und stellt die Verbreitung der dort auftretenden einzelnen Formationen sowie deren Tektonik auf eingehender topographischer Grundlage dar.

161. Das Verbreitungsgebiet des Argentinischen Tageblattes und des Argentin. Wochenblattes in den einzelnen Staaten Argentiniens ist auf einer kleinen Übersichtsskizze (Schwarz-Weißdruck) wiedergegeben, die in der Sondernummer des Argentinischen Wochenblattes v. 1. Ausg. 1921 enthalten ist. Die außerargentinische Verbreitung ist auf dem Kärtchen nicht mehr dargestellt.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Über die „katholischen Auslandsdeutschen und das Reich“ schreibt Caritassekretär Dr. Straubinger-Stuttgart im „Deutschen Volksblatt“. Er schätzt unter Berechnung der Zahl der Auslandsdeutschen mit 25 Millionen die Zahl der katholischen Auslandsdeutschen auf 15 Millionen und sagt: „Wer das bedenkt, dem geht eine neue Welt auf, dem stürzt aber auch das ganze Gebäude deutscher Auslands politik, das auf deutsch-evangelischer Grundlage aufgebaut war, zusammen. Welcher katholische Auslandsdeutsche habe sie nicht erfahren, die unselige Politik, die zwar im Inland den Paritätsklagen der Katholiken manchmal entgegenkam, im Ausland aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, starr das protestantische Gesicht zu wahren suchte.“ Daraus habe die gegnerische Propaganda Kapital geschlagen. Die Isolierung Deutschlands, die Apathie gegen deutsches Wesen und die daraus sich ergebenden Stimmungswerte seien nicht ganz, aber doch teilweise eine Folge der einseitigen konfessionellen Einstellung der alten Auslands politik. An Zusammenbruch und Niederlage seien sie jedenfalls nicht unbeteiligt. Durch die bornierte Ordensgesetzgebung vor dem Krieg seien Tausende begabter deutscher Jünglinge zu Zwangsauslandsdeutschen gemacht worden, zum Studium ins Ausland getrieben worden, wo sie vielfach zur Auffüllung nichtdeutscher Genossenschaften verwendet wurden und für das Deutschtum leider oft verloren gingen. Was aber könnten die auslandsdeutschen Katholiken dem Reiche bieten! Wie könnten sie Brücken zur Heimat und zum Mutterlande sein. Es sei bekannt, daß die katholischen Auslandsdeutschen sich von Chauvinismus fernhielten und zum Lager der Alldeutschen nur ein verschwindendes Kontingent stellten. Sie hätten nicht das Schrofte, Rechtshaberische der Alldeutschen, seien versöhnlicher und entgegenkommender als diese und stießen daher im Ausland weniger an. Als Katholiken seien sie in die überstaatliche Völkerordnung eingegliedert und könnten mühelos in die Fäden greifen, die von Volk zu Volk führen. Es sei interessant, festzustellen, wie stark die internationalen katholischen Zusammenkünfte schon jetzt wieder deutsches Gepräge zeigten. Straubinger erwähnt die katholische Studententagung in Freiburg in der Schweiz, die Caritasbewegung, die katholische Wissenschaft, Kunst und

Literatur. Es sei an der Zeit, ausländische Vertreter mehr und mehr in das „katholische“ Deutschland einzuladen. Wer kenne im Ausland dieses katholische Deutschland, sein Vereinswesen und seine Presse, sein Geistesleben, seine Seelsorge-, Missions- und Caritasarbeit? Unsere Bescheidenheit grenze in dieser Beziehung an Einfalt. Deutschland könne auch mehr Vertreter in Rom erlangen, wenn es wolle, und die Dinge nicht dem Zufall überließe. Denn Rom wolle international sein und habe gegen eine Entromanisierung der Kurie gewiß nichts einzuwenden. Bessere Pflege auch des katholischen Deutschtums in Rom sei auch von Amts und Reichs wegen wünschenswert. Die Deutschen ohne Unterschied der Konfession hätten ein bedeutendes Interesse an dem Ausbau der deutschen Beziehungen zu Rom, weil wir ein unterjochtes und ausgesogenes Volk seien und nach menschlichem Ermessen nicht mehr mit den Waffen der Gewalt, sondern nur mit Hilfe von moralischen Mächten zur Freiheit und Selbstbestimmung kommen würden. Für uns sei ein gutes Verhältnis zu Rom, der einzigen Macht, die im Kriege wirklich neutral gewesen sei, geradezu Lebensfrage. In unseren Lesebüchern stehe aber so gut wie nichts vom katholischen Auslandsdeutschtum. „Das katholische Auslandsdeutschtum steht am Anfang einer großen Bewegung und will sich ein Auslandssekretariat schaffen. Wir haben in Stuttgart das Deutsche Auslands-Institut als Mittelstelle zwischen Deutschland und den Deutschen draußen, das unsere höchste Anerkennung verdient und dessen Leistungen wir in der kurzen Zeit seines Bestehens bewundern müssen. Wir brauchen ebenso sehr eine katholische Mittelstelle zur Pflege der katholisch-kulturellen Beziehungen des Mutterlandes und des Auslandes.“ Glaube und Muttersprache müßten zusammenhängen, ohne daß dabei politische Ziele verfolgt werden sollten und ohne daß eine Irredenta geschaffen werden solle.

Zu diesen Ausführungen dürfen wir bemerken, daß der Reichsverband der katholischen Auslandsdeutschen beschlossen hat, ein katholisches Auslandssekretariat zu schaffen, das, vorläufig wenigstens, in Verbindung mit dem Raphaelsverein arbeiten wird, der ja demnächst seine Zentrale von Freiburg i. Br. nach Hamburg verlegt, wo er sich ein eigenes Haus gekauft hat. Die Leitung des Auslandssekretariats übernimmt Herr Pater Größer, der bisher in der Schweiz tätig war und als Wissenschaftler und Bearbeiter auslandsdeutscher Fragen bekannt ist. Herr Pater Größer war kürzlich 8 Tage im Deutschen Auslands-Institut zu Gast, wo er sich in sämtlichen Abteilungen einarbeitete, um die Arbeiten und Anlagen des D. A. I. gründlichst kennen zu lernen. Es war selbstverständlich, daß er im D. A. I., das ja sowohl politisch, wie konfessionell vollkommen neutral ist und Mitarbeiter und Mitstreiter am großen Ziele aus allen Lagern begrüßt, freundlichste Aufnahme und vollständige Unterstützung fand. Die Schriftleitung.

Die „Woche“ hat ihre Nummer 35 zum Teil den „Auslandsdeutschen“ gewidmet. Einige Auslassungen des Reichskanzlers Dr. Wirth, des Außenministers Dr. Rosen und des Wiederaufbauministers Rathenau sind zu einem Artikel „Reichsregierung und Auslandsdeutsche“ zusammengestellt, der in eine kräftige Werbung für die „Vereinigte Fürsorge für das Auslandsdeutschtum“ ausmündet. Dr. Gustav Stresemann schreibt über „Auslandsdeutschtum und Wiederaufbau“. Er nennt die Auslandsdeutschen den Aktivposten in unserer Wirtschaftsbilanz und mahnt das Auslandsdeutschtum, ungebrochen an Selbstbewußtsein und Arbeitskraft wieder ans Werk zu gehen. „Möge es lernen, auch draußen das Große groß und das Kleine gering zu sehen, in jedem einzelnen Deutschen den

Landsmann zu achten, törichte gesellschaftliche Vorurteile über Bord zu werfen gegenüber der Achtung vor dem Charakter und der Persönlichkeit jedes Einzelnen.“

Ein **Bruckenthal-Festheft** bringt in seinem ersten und zweiten Septemberheft **Ostland**, die Zeitschrift für die Kultur der Ostdeutschen, die von der Modernen Bücherei in Hermannstadt herausgegeben wird. Der Direktor des Bruckenthal-Museums, M. Csaki, schreibt über die Geschichte der Familie des Stifters, über die Gemäldegalerie und einige andere Sammlungen des Museums, Dr. Spek berichtet über die Bibliothek, Dr. Schuller über die Handschriftensammlung, von Kimakovics über die archäologische Sammlung, Dr. Connert über die Münzsammlung. Man bekommt, namentlich auch durch einige gute Illustrationen, die beigegeben sind, ein vorzügliches Bild von einer der schönsten Kulturstätten des Deutschtums im Osten. Eine Stammtafel der Familie Bruckenthal gibt eine vorzügliche Ergänzung.

VON UNSERER ARBEIT

Vorträge

Anlässlich der Frankfurter Messe veranstaltete das Deutsche Ausland-Institut in Verbindung mit dem Frankfurter Messeamt drei Vorträge, in denen Dr. Otto Lutz-Leipzig über „Deutsche Wirtschafts-Interessen und die Entwicklung Mittelamerikas“, Oberstleutnant a. D. von Kiesling-München über „Deutsche Wirtschaftsinteressen in Südamerika“ und Herr Hermann Wendel-Frankfurt a. M. über „Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zum Balkan“ sprachen. Die Vorträge fanden in der Aula der Universität statt und waren die erste derartige kulturpolitische Veranstaltung der Frankfurter Messeleitung. Der erste Vortrag war leider nur schwach besucht, doch besserte sich dann der Besuch. Den ersten Vortrag eröffnete der Direktor der Frankfurter Messe, Herr Otto Ernst Sutter, mit einleitenden Worten der Begrüßung an das D. A. I., mit dem weiter auf diesem Gebiet zusammenzuarbeiten das Bestreben der Frankfurter Messeleitung bleiben werde. Auch auf der nächsten Messe soll eine derartige Veranstaltung weitergeführt werden. Als Vertreter des Vorstandes des D. A. I. antwortete Herr Professor Dr. Uhlig-Tübingen mit dem Hinweis auf die Arbeit des D. A. I. in ihrer Bedeutung für das praktische Wirtschaftsleben und für den Wiederaufbau unserer Binnen- und unserer Weltwirtschaft.

Der Leiter unserer Auswandererabteilung, Pfarrer Grisebach, sprach am 25. September in Vaihingen über „Schwabensiedlungen in aller Welt“, mit Lichtbildern.

Unser Presseleiter, Ludwig Ankenbrand, sprach am 10. Oktober in der Vereinigung christlicher Kaufleute von Stuttgart und Umgebung über „Ceylon, Land und Volk“ unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslandsdeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Die Nummer bringt auch einen Nachruf für den verstorbenen Mitarbeiter der Modernen Bücherei in Hermannstadt, Dr. Hermann Gräser, einen tüchtigen und nimmermüden Organisator, einen Sozialökonom von Ruf und Kenntnissen, einen treuen Freund und Förderer des Deutschtums, von dessen Tätigkeit noch viel zu erhoffen gewesen wäre.

Die „Deutsche Zeitung Beßarabiens“ druckt in ihrer Ausgabe vom 1. Oktober den Aufsatz ab, den Redakteur Dr. Peschke im zweiten Septemberheft des „Auslandsdeutschen“ über die Not der deutschen Kolonisten in Rußland schrieb und knüpft daran die erneute Bitte und Mahnung an die Deutschen Beßarabiens anlässlich des Erntedankfestes am 2. Oktober zu beweisen, daß sie ein offenes Herz für die Stammesgenossen jenseits des Dnjestr hätten. Eine große Sammlung der Deutschen Beßarabiens für die Ukrainedeutschen ist im Gange.

Wir verzeichnen heute folgendes Angebot:

Auslandsdeutscher, in Konstantinopel geboren, mit guten Sprach- und Platzkenntnissen, nimmt Vertretungen geschäftlicher Art für den Orient an. Anfragen durch das D. A. I.

Versand des „Auslandsdeutschen“.

Unsere Zeitschrift wird an alle Bezieher im unbesetzten deutschen Gebiete durch die Post versandt. Es mag vorkommen, daß einzelne Bezieher das Blatt nicht oder nicht pünktlich bekommen. Wir bitten unsere Mitglieder und Bezieher der Zeitschrift, in Zukunft in solchen Fällen stets zuerst beim zuständigen Briefträger und beim zuständigen Postamt zu reklamieren und erst an uns zu berichten, wenn diese Reklamation keinen Erfolg gehabt haben sollte. Adressenänderungen bitten wir uns stets sofort mitzuteilen. Wir sind auch gern bereit, denjenigen Mitgliedern und Beziehern, die den besonderen Wunsch äußern, des „Auslandsdeutschen“ wie bisher durch Kreuzband zu übermitteln, aber in diesem Falle nicht auch noch die Versandkosten tragen. Wir müssen deshalb für den Kreuzbandversand im Inland einen Zuschlag von 10 Mk., nach dem Ausland einen solchen von 20 Mk. erheben, um unsere eigenen Kosten zu decken.

Auswandererberatung.

Das Deutsche Ausland-Institut hat die kostenlose Auskunftserteilung an alle Auswanderungslustigen übernommen. Seine Auswandererberatungsstelle gibt unentgeltlich Auskunft in allen Auswanderungsfragen, über alle Auswanderungsländer der Erde, über deren amtliche Vertretungen im Reiche, Einreise- und Patbestimmungen, Schiffsfahrtswege und Valutaverhältnisse, sowie über die Aussichten für jeden einzelnen Beruf im Auslande. Vermittelt ihrer zahlreichen Vertrauensmänner im In- und Auslande vermag sie über Vorteile und Nachteile des Anschlusses an Auswanderer-Vereinigungen und Siedlungs-Gesellschaften zu raten. Ausgezeichnete Lichtbilder, Karten und eine Ausstellung der verschiedenen Landesprodukte stehen zur Besichtigung zur Verfügung. Alles was der Auswanderer vor der Ausreise wissen muß, kann er beim Deutschen Ausland-Institut erfahren. Vor Annahme fester Stellungen und Abschluß von Verträgen empfiehlt es sich für männliche wie für weibliche Auswanderer dringend, die Auskunftsstelle zu Rate zu ziehen.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 25. Oktober 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandinstitut Stuttgart. Telephone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 3.— Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV — Nr. 22

STUTTGART

Zweites Novemberheft 1921

Internationaler Auswandererschutz

Von ALEXANDER KNOLL, Sekretär im Vorstand des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin

Wir haben den Verfasser, der die deutsche Arbeiterschaft auf der internationalen Auswanderungs-Konferenz vertrat, gebeten, uns über seine Eindrücke zu berichten, da in der ausländischen Presse schon eine ganze Anzahl von mehr oder minder stark gefärbten Berichten erschienen ist, in Deutschland bisher aber nichts über die Resultate der Konferenz bekannt wurde. Der Artikel mußte leider um einige Nummern zurückgestellt werden. Er war aber schon in unseren Händen, als im „Vorwärts“ ein Aufsatz eines höheren Ministerialbeamten eines deutschen Bundesstaats erschien, der sich mit dem internationalen Arbeitsamt — nicht mit der Auswanderungsveranstaltung — befaßt und bezüglich dieses Amtes zu einem ähnlich günstigen Urteil gelangt, wie der Verfasser unseres Aufsatzes. Die Schriftleitung.

Von dem wenigen Guten, das der Versailler Friedensvertrag der Welt und insbesondere uns Deutschen gebracht hat, ist der Teil 13 desselben noch das Beste und Wertvollste. Im Gegensatz zu fast allen anderen Bestimmungen, die vielfach nur die Gewalt und das Recht des Siegers stabilisieren, sind im Teil 13 die Elemente festgelegt, die sich bisher schon als staatenaufbauend und erhaltend erwiesen haben und das auch in der Zukunft sein werden: soziales Recht und soziale Wohlfahrt der Völker. Und wenn diejenigen Recht behalten sollten, die in dem in Versailles geschaffenen „Völkerbunde“ nur ein höchst vergängliches und lebensunfähiges Gebilde erblicken, so behalten andererseits vielleicht diejenigen Recht, die in der einen Schöpfung des Völkerbundes, dem Internationalen Arbeitsamt, die Keimzelle des kommenden wirklichen Völkerbundes erblicken.

Ich weiß, daß man mir entgegenhalten kann, daß die Männer, die für das Gesamtwerk in Versailles verantwortlich sind, alles andere als Sozialpolitiker sind und daß ihnen auch bei der Schaffung des Internationalen Arbeitsamtes ganz andere Erwägungen vorgeschwebt haben. Aber auf das letztere kommt es nicht an. Es ist nicht das erstemal in der Weltgeschichte, daß die Zauberlehrlinge die Geister nicht loswerden, die sie gerufen haben. Ich weiß auch, daß die Zusammensetzung des Internationalen Arbeitsamtes noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, daß insbesondere die Zahl der wirklichen und bewußten Sozialpolitiker in ihm noch außerordentlich gering ist, ja daß man aus politischen Gründen solche absichtlich nicht hineingenommen hat und bis jetzt noch immer nicht hineinnehmen will — wie ganz anders müßte dann z. B. das deutsche Element in ihm vertreten sein — und dennoch! Der Geist der Sozialpolitik ist so stark, daß er auch hier sich so festgesetzt hat, daß er nicht mehr hinausgetrieben werden kann, und er wird sich als stark genug erweisen, daß das mit der Zeit auch äußerlich in die Erscheinung tritt. —

Von allen Teilgebieten des internationalen Arbeiterschutzes hat bisher der Auswandererschutz am ärgsten darnieder gelegen. Es ist daher als ein Verdienst des Internationalen Arbeitsamtes zu buchen, daß es dieses Arbeitsgebiet als eines seiner ersten aufgegriffen hat. Schon auf der Arbeiterschutzkonferenz 1919 in Washington wurde der nachstehende Beschluß gefaßt:

„Es wird beschlossen, daß der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes eine internationale Kommission einsetzt, welche, unter Wahrung der souveränen Rechte eines jeden Staates, Bericht zu erstatten hat über die zur Regelung der Wanderungen der Arbeiter außerhalb ihres Herkunftslandes und zum Schutze der Interessen der in einem andern als ihrem Heimatlande wohnenden Lohnarbeiter zu ergreifenden Maßnahmen.

Die Vertretung der europäischen Staaten in der Kommission soll auf die Hälfte der Gesamtzahl der Kommissionsmitglieder beschränkt sein.

Die erwähnte Kommission soll ihren Bericht der Sitzung des Jahres 1920 der Internationalen Konferenz vorlegen.“

Das I. A. A. hat diesem Beschlusse gemäß die Kommission berufen. Sie setzt sich wie folgt zusammen: 6 Arbeitnehmervertreter (Australien, Deutschland, Italien, Polen, Schweden und Vereinigte Staaten), 6 Arbeitgebervertreter (Argentinien, Griechenland, Schweiz, Spanien, Südafrika, Tschechoslowakei) und 6 Regierungsvertreter (Brasilien, Kanada, China, Frankreich, Indien und Japan).

Anfang August ist die Kommission in Genf zu ihren Beratungen zusammengetreten. Deutschland war in derselben durch den Verfasser dieses Berichtes vertreten. Außerdem hatten nur noch Italien und Schweden ihre Arbeitervertreter entsandt. Der polnische Vertreter war zwar angemeldet, jedoch nicht erschienen. Von Australien und Amerika lag weder eine Anmeldung noch ein Bericht vor. Es ist nach meiner Ansicht gar nicht ausgeschlossen, daß in diesen beiden Ländern Regierungen und Gewerkschaften sich dahin verständigt haben können, die Konferenz nicht zu beschicken, weil einerseits gesetzliche Einreiseverbote die Einwanderung von Deutschen und Deutschösterreichern ohnehin beschränken und auf der andern Seite die Gewerkschaften Gegner der Einwanderungsfreiheit schlechthin sind und man vielleicht befürchtete, im Falle einer Teilnahme an den Verhandlungen diesen Standpunkt nicht so glatt aufrecht erhalten zu können. Von den Arbeitgebervertretern fehlte der von Argentinien.

Das I. A. A. hatte durch Umfragen und Erhebungen bei den einzelnen Regierungen das Material zu seinen Vorlagen zu er-

langen gesucht. Die deutsche Reichsregierung (Reichsministerium des Innern) hatte einen Teil der gestellten Fragen leider nicht beantwortet. Es ist das eigentlich nicht recht zu verstehen, da die in diesem Teil angeregten Fragen unter Umständen gerade für deutsche Auswanderer noch eine erhebliche Bedeutung erlangen können. Neben einer Verständigung über mehr formale Fragen handelt es sich in diesem Teil um folgendes:

a) Durch Übereinkommen unter den Ländern der Aus-, Durch- und Einwanderung die beste Durchführung der Landesgesetze durch das Zusammenarbeiten zu sichern,

b) die in den verschiedenen Ländern in bezug auf die Zulassung und den Wegzug der Wandernden zu erfüllenden Formalitäten zu vereinfachen und zu vereinheitlichen, damit mit einem Mindestmaß von Unbequemlichkeiten für die Interessenten deren volle Wirksamkeit gesichert werde,

c) den Einwanderern wirksame Gerichte mit Einrichtungen zu ihrer Vertretung vor dem Gerichte, Hilfe usw. zu sichern,

d) den Einwanderern wirklichen Zugang zu Arbeitsnachweisen zu sichern; deren Aufgabe es wäre, sie den industriellen oder landwirtschaftlichen Arbeiten zuzuführen, für welche ausländische Arbeitskräfte notwendig sind,

e) die Bedingungen festzusetzen, unter denen die Ausweise aus einem Auswanderungslande ausgestellt und in dem Einwanderungslande zugelassen und nachgeprüft werden können und umgekehrt,

f) den der Prüfung durch die Auswanderungskommission von der Washingtoner Konferenz überwiesenen Anträgen ... zu genügen, nämlich: daß die Kommission nicht nur die Regelung der Auswanderung prüfen soll, sondern auch die zum Schutze der Aus- und Einwanderer gegen alle Arten von Ausbeutung nötigen Maßnahmen und zwar besonders:

1. Ausmerzung aller Vermittler, die daran Interesse haben, zur Auswanderung zu drängen, und ihr Ersatz durch öffentliche kompetente Beamte, die beauftragt sind, die zukünftigen Auswanderer genau zu unterrichten;

2. die Schaffung internationaler Netze von Arbeitsnachweisen und Auskunfts-bureaus in den Auswanderungs- und Einwanderungsländern;

3. Beseitigung des Systems der „Padroni“ (Zwischenmeister, Subunternehmer, Akkordanten. D. Verf.) und anderer Einrichtungen, welche die ausgewanderten Arbeiter ausbeuten;

4. den Schutz der durch Unkenntnis der Landessprache und der Arbeitsmethoden behinderten Ausgewanderten, wie auch Schutz der jungen Mädchen und Frauen gegen den Mädchenhandel und andere Ausbeutungsformen.

Ein weiterer Abschnitt, der gleichfalls von der deutschen Regierung nicht beantwortet wurde, behandelt die Frage der Gleichheit der Behandlung der ausländischen Arbeiter. Im Einzelnen waren hierzu folgende Fragen aufgestellt:

1. die Bedingungen, unter denen es möglich wäre, ein internationales Abkommen zu treffen in bezug auf die Leitmotive der auf die ausländischen Arbeiter auf dem Gebiete der Sozialversicherung (Unfall, Krankheit, Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit usw.) anzuwendenden Gesetzgebungen;

2. die Bedingungen, unter denen die Arbeiterschutzgesetze auf die ausländischen Arbeiter anzuwenden wären;

3. die Bedingung n, unter denen den gleichen Arbeitern das Koalitions- und Versammlungsrecht gesichert würde;

4. die Bedingungen, unter denen die ausländischen Arbeiter und ihre Familien der Erleichterungen teilhaftig werden könnten, welche für die Landesangehörigen in bezug auf den allgemeinen und beruflichen Unterricht bestehen;

5. die Bedingungen, unter denen die ausländischen Arbeiter die den Landesangehörigen gewährten Rechte genießen könnten;

6. in welchem Maße und zu welchen Bedingungen sie den Nutzen der Gesetze über das Unterstützungswesen genießen könnten;

7. die Bedingungen, unter denen sich die Aufbewahrung und die Übermittlung von Ersparnissen der eingewanderten Arbeiter ermöglichen ließe.

Die meisten der angefragten Regierungen haben diese und die sonstigen an sie gerichteten Fragen beantwortet. Es hat dann das Sekretariat des I. A. A. eine Anzahl umfangreiche Vorlagen aufgestellt, in denen zunächst an der Hand des eingegangenen Materials gewisse Schlußfolgerungen (Conclusions) gezogen wurden und weiter zur gesetzlichen (internationalen) Regelung für die meisten der vorliegenden Materien auch Vorentwürfe (avants-projets) aufgestellt waren.

Im Einzelnen standen in der Konferenz folgende Fragen zur Beratung:

1. Die staatliche Überwachung aller an der Auswandererwerbung interessierten Gesellschaften, ihre Agenten, Unter- und Geheimagenten. Die den Auswanderern zu erteilenden Auskünfte.

2. Die Massenwerbung von Arbeitern in einem Lande für andere Länder.

3. Verträge über Lohninbehaltung (Lohnabzüge) für die dem Einwanderer gewährten Vorschüsse.

4. Ärztliche und sonstige Kontrolle der Auswanderer vor der Abfahrt.

5. Der Gesundheitsschutz der Auswanderer an Bord der Schiffe und auf den Eisenbahnen.

6. Die Versicherung der Auswanderer auf der Reise.

7. Die Organisation der Arbeitsvermittlung in den Ländern. — Die Zulassung der Ein- und Auswanderer zu diesen Einrichtungen und ihre Überführung in solche Erwerbszweige, in denen Mangel an Arbeitskräften besteht.

8. Gleichheit der Behandlung fremder und einheimischer Arbeiter.

9. Die statistische Erfassung (Berichterstattung) über Ein- und Auswanderung (statistische Methoden).

10. Internationale Regelung bzw. Übereinstimmung betr. die Maßnahmen zur Regelung der Auswanderung und zum Schutze der Auswanderer.

Die Vorschläge, die das I. A. A. zur gesetzlichen Regelung dieser Fragen gemacht hatte, verdienen vom sozialpolitischen Standpunkte aus eine nahezu uneingeschränkte Anerkennung und volles Lob. Vom Standpunkt der Arbeiterschaft und damit des Auswanderers wäre gegen dieselben nichts einzuwenden gewesen. Allenfalls bedurften sie hier und da noch einer Ergänzung, was auch z. T. gelungen ist. Wie sehr die vorgeschlagenen Maßnahmen namentlich auch in die Gewinninteressen der Schifffahrtsgesellschaften einzugreifen geeignet sind, beweist am besten die Tatsache, daß am Tage der Eröffnung der Konferenz eine „zufällig“ in Genf anwesende Vertretung englischer Schifffahrts- und Eisenbahngesellschaften sich die Erlaubnis erbat und erhielt, ihren Standpunkt als „Sachverständige“ zu den vorgeschlagenen Maßnahmen darzulegen, wobei diese Sachverständigen, die von dem ihnen gewährten Gastrecht in einem an Un-erträglichkeit grenzenden Maße Gebrauch machten, sich sogar zu der nicht mißzuverstehenden Behauptung verstiegen, daß die Vorschläge des I. A. A. zum Teil gegen den Friedensvertrag verstießen. Im übrigen erklärten die Herren Sachverständigen, daß es einer gesetzlichen Regelung des Auswandererschutzes überhaupt nicht bedürfe, und man ihnen diese Materie gestrot

zur alleinigen Regelung überlassen könne. Begründend führten sie an, daß z. B. die Schifffahrtsgesellschaften den Auswanderern ein weit größeres Maß von Bequemlichkeiten einräumten, als das I. A. A. seinerseits vorschläge. Die Herren beanspruchten dann weiter, als Gäste auch an den Beratungen teilzunehmen und sie gingen nicht eher, als bis sie durch den zweiten Vorsitzenden, den in Auswanderungsangelegenheiten überaus erfahrenen Italiener Herrn de Micheles, dazu direkt aufgefordert worden waren. Einen recht unangenehmen Nachgeschmack erhielt dieser Sachverständigenbesuch durch die Tatsache, daß in den Beratungen am gleichen Tage (ich nehme an, daß es lediglich auf eine gewisse Unaufmerksamkeit der Teilnehmer zurückzuführen war) die wesentlichste und wertvollste Bestimmung der Vorlage, die sich mit der Haftpflicht der Schifffahrtsgesellschaften für die Sünden ihrer Agenten und Unteragenten befaßte, einfach fallen gelassen wurde und zwar fast ohne Debatte. Es ist dem Verfasser später, unter heftigem Widerstande namentlich der Vertreter aus den britischen Kolonien, gelungen, die Wiederherstellung der Vorlage durchzusetzen. Bemerkt sei, daß der erste Vorsitzende von der englischen Regierung, der zweite von der italienischen Regierung gestellt waren; Stimmrecht besaßen dieselben nicht.

Das Auftreten der englischen „Sachverständigen“ veranlaßte mich, die nachstehende Erklärung, die von den beiden andern Arbeitnehmervertretern unterstützt wurde, zu Protokoll zu geben: „Wenn die Schifffahrtsgesellschaften beanspruchen, daß der Schutz der Auswanderer an Bord ihre eigene Angelegenheit sein soll, so muß ein solcher Anspruch unbedingt zurückgewiesen werden. Es hieße das, den Bock zum Gärtner machen. Mit demselben Rechte könnten die Fabrikanten beanspruchen, daß der gesetzliche Arbeiterschutz ihre alleinige Sache sei. Wir haben solche Zustände gehabt. Was dabei herauskommt, lehren uns die Berichte der englischen und deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten und Fabrikinspektoren.

Wenn die Schifffahrtsgesellschaften erklären, daß sie den Auswanderern mehr Bequemlichkeiten gewähren, als ihnen nach den Vorlagen des I. A. A. gewährt werden sollen, so sind die Herren jedenfalls noch nicht in der dritten Kajüte über den Ozean gefahren.

Es muß den Schifffahrtsgesellschaften gesagt werden, daß die Auswanderer nicht für sie da sind, sondern daß sie für die Auswanderer da sind und — da das Auswandererproblem ein soziales Problem ist — auch sie nur als dienendes Glied bei der Lösung dieses Problems mitzuwirken berufen sind.“

Eine solche Erklärung war notwendig weniger in Hinsicht auf die Teilnehmer der Tagung, als in Berücksichtigung der Tatsache, daß die Gewerkschaften Amsterdamer Richtung gerade wegen ihrer Mitarbeit am Internationalen Arbeitsamt in der gehässigsten und tendenziösesten Weise von gewisser Seite angegriffen worden. Stillschweigen zu den Ausführungen der „Sachverständigen“ hätte böswilligen Kritikern Anlaß geboten, das als einen Beweis für die Berechtigung ihrer Angriffe hinzustellen. Die Erklärung fand aber auch besonders warmen Anklang bei den als Gästen anwesenden Vertreterinnen einer amerikanischen internationalen christlichen Frauenorganisation.

Es gelang ferner, einen Antrag zur Annahme zu bringen, wonach die Anwerbung von Streikbrechern für ein anderes Land unter den Begriff der unerlaubten Anwerbung fällt und sowohl das Transportunternehmen, dessen Agenten diese Anwerbung betreiben als auch das Unternehmen, zu dessen Gunsten die Werbung geschieht, haftbar gemacht werden für allen dem Auswanderer daraus erwachsenden Schaden. Es handelte sich hier-

bei zweifellos um eine recht heikle Sache. Das ergibt sich auch aus der Tatsache, daß der Antrag nur mit 5 gegen 4 Stimmen zur Annahme gelangte, während die andern Teilnehmer sich enthielten. Immerhin scheint die Annahme ein Beweis dafür zu sein, daß man heute doch auch schon in Regierungs- und Arbeitgeberkreisen mehr und mehr geneigt ist, anzuerkennen, daß der Streikbruch als ein durchaus unsoziales Moment anzusehen ist und man daher das Bestreben des anständigen Arbeiters, der sich aus Unkenntnis zum Streikbruch verleiten ließ, sich dagegen zu schützen, nicht mehr grundsätzlich abzulehnen wagt.

Gleichfalls angenommen wurden Anträge der Arbeitnehmervertreter, wonach die von der Kommission beschlossenen bzw. empfohlenen Maßnahmen nur als das Mindestmaß sozialen Auswandererschutzes angesehen und vorhandene weitergehende Bestimmungen dadurch nicht beeinträchtigt werden sollen. Des weiteren, daß ohne Rücksicht auf etwa entgegenstehende Landesgesetze die vorgeschlagenen Maßnahmen für Auswanderer beiderlei Geschlechts zu gelten haben. Ferner hat sich der Verfasser auch zum Dolmetsch eines Vorschlages der schon erwähnten amerikanischen Frauendelegation gemacht, wonach das I. A. A. seine besondere Aufmerksamkeit dem Frauen- und Mädchenhandel zuwenden und eine diesbezügliche Vorlage herausbringen soll. Eine Anregung des chinesischen Vertreters, daß die chinesischen Auswanderer überall auch in jeder andern Hinsicht, namentlich hinsichtlich der Entlohnung und Behandlung, als gleichberechtigt behandelt werden sollen, habe ich gerade im Interesse der europäischen Auswanderer befürwortet, was von dem chinesischen Vertreter dankbar anerkannt wurde. Er hätte sonst ganz allein mit seiner Anregung gestanden.

Zu den sonstigen Beschlüssen ist folgendes zu vermerken. Man hat sich auf die staatliche Überwachung der Transportunternehmen und ihrer Agenten verständigt. Ferner sollen die Regierungen ersucht werden, ihre Publikationen über das Auswanderungswesen und Auskünfte (soweit wie möglich kostenlos) zur Verfügung zu stellen. Jeder Staat soll nach Möglichkeit die unerlaubte Auswandererwerbung unterbinden und darüber mit den andern Staaten eine Vereinbarung herbeizuführen suchen. Hinsichtlich der Massenwerbungen (Frage 2) wird den Regierungen gleichfalls der Abschluß von internationalen Vereinbarungen empfohlen. Verträge über Lohnneinbehaltung (Lohnabzüge) auf Grund von Vorschüssen sollen, sofern sie nicht gänzlich für unzulässig erklärt werden, nur insoweit gültig sein, als die Bestimmungen derselben nicht über das allgemein in dem Beschäftigungslande anerkannte oder übliche Maß hinausgehen, aber auch nur dann, wenn der Vertrag vorher die Billigung der Auswanderungsbehörde des Heimatlandes des Auswanderers und der Einwanderungsbehörde des Ankunftslandes gefunden hat. Die Billigung soll ausgeschlossen sein, wenn die Lohnabzüge zum Nutzen von Unternehmern oder Auswanderer- oder Versicherungsagenten oder zum Nutzen des künftigen Arbeitgebers erfolgen sollen. Jeder Auswandererstaat soll in den Auswanderungshäfen ein System von Auswandererprüfungsämtern errichten, wenn nötig auch an den Hauptverkehrspunkten des Landes. Die Aufgaben dieser Ämter sollen später noch genauer umschrieben werden. In der Hauptsache handelt es sich um die gesundheitliche Kontrolle und die Prüfung der sonstigen erforderlichen Voraussetzungen zum Schutze der Auswanderer. Es wird ferner die möglichste Vereinheitlichung und Übereinstimmung der Maßnahmen und Bestimmungen über den Gesundheitsschutz der Auswanderer anempfohlen, bzw. die Einleitung der Vorarbeiten dazu. Die Zwangsversicherung der Auswanderer auf der Reise gegen Todesfall und Unfälle infolge von Schiffbruch, Brand,

Strandung oder sonstiger Ursachen ist anzustreben. Es wurde hiezu mitgeteilt, daß Spanien eine solche Zwangsversicherung für seine Landesangehörigen bereits hat. Jeder Auswanderer, ganz gleich welcher Schiffsklasse, ist mit 3000 Pesetas versichert. Die bestehenden Arbeitsvermittlungseinrichtungen sollen den Ein- und Auswanderern zur Verfügung stehen; die Regierungen sollen sich auf diese Einrichtungen einen gewissen Einfluß sichern, sofern sie nicht ohne weiteres der staatlichen Aufsicht unterstehen. Austausch der Bestimmungen und Erfahrungen wird empfohlen. Für Orte mit starkem Aus- und Einwanderungsverkehr sollen besondere Arbeitsnachweise eingerichtet werden, sofern solche, die die Auswanderer schon erfassen, nicht vorhanden sind. Zur Frage der Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den inländischen hinsichtlich der Vorteile der Sozialgesetzgebung hat das Sekretariat des I. A. A. noch nicht zu bestimmten Vorschlägen kommen können, weil auf diesen Gebieten die allerverschiedensten Verhältnisse bestehen. Bisher ist diese Materie durch Sonderverträge von Staat zu Staat geregelt worden, die aber außerordentlich verschiedenartig gestaltet sind. Eine allgemeine Verständigung und Regelung ist aber doch von verschiedenen Staaten als das Wünschenswerte bezeichnet worden. Einem Antrage des Vertreters der Tschechoslowakei, der die Einführung der wichtigsten Sozialgesetze in allen Ländern empfiehlt, haben die Arbeitervertreter selbstverständlich zugestimmt. Weitere Beschlüsse beabsichtigen die Herbeiführung einer regelmäßigen Berichterstattung an das I. A. A. über gesetzgeberische oder Verwaltungsmaßnahmen, Auswandererverkehr (Statistik), Lage des Arbeitsmarktes, Kolonisationspläne, Möglichkeiten der Einwanderung.

Es ist also ein recht reichhaltiges Arbeitsprogramm, das die Konferenz erledigt hat. Ob diese Arbeit schon in nächster Zeit Früchte tragen wird, steht dahin. Man darf seine Erwartungen in dieser Hinsicht sicher nicht zu hoch schrauben, namentlich wenn man weiß, wie stark schon in den Verhandlungen der Kommission sich allerlei Bedenken geltend gemacht haben. Die früheren Einwände gegen alle Sozialpolitik, daß die Sache zu viel kostet, daß die Staaten oder die einzelnen Interessentengruppen zu sehr belastet würden, sind freilich in diesen Verhandlungen nicht mehr geltend gemacht worden. Dagegen hat man sehr oft und sehr viel die „Souveränität der einzelnen Länder“ in den Vordergrund geschoben, die man nicht antasten dürfe. Und es ist möglich, daß man in einzelnen Ländern unter diesem Vorwand sich auch noch auf einige Jahre den vorgeschlagenen Maßnahmen wird erfolgreich zu entziehen suchen. Aber Sozialpolitik ist nun einmal nicht denkbar und noch weniger durchführbar ohne sehr tiefe Eingriffe in mancherlei „Souveränitäten“. Wie die einzelstaatliche Sozialpolitik das „Herr im Hause“-Recht des Einzelunternehmers beseitigt hat, so wird die internationale Sozialpolitik auch vor der Souveränität des einzelnen Landes nicht haltmachen, wenn diese sich als ein Hindernis für einen wirksamen Arbeiterschutz erweisen sollte. Die Geister, die man gerufen hat, man wird sie nicht wieder los. Und die Logik der Tatsachen, die den ganz und gar nicht arbeiterfreundlichen und sozialpolitisch eingestellten Völkerbundsrat gezwungen hat, der Arbeiterbewegung die Konzession des Internationalen Arbeitsamtes zu machen, wird sich auch als stark genug erweisen, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die sich der Ausbreitung des sozialen Gedankens in den Weg stellen. Dagegen gibt es keine Sanktionen!

Noch ein Wort zu den Verhandlungen selbst und dem Geiste, in dem sie gepflogen wurden. Mancher der gefaßten Beschlüsse ist erst nach hartem Ringen zustande gekommen. Und es bedurfte

vielfach des recht energischen Eintretens der Arbeitervertreter, daß sie überhaupt zustande kamen. Es ist auch schon gesagt, daß das Arbeiterelement am schwächsten vertreten war. Eine weitere Schwächung desselben lag noch in der Tatsache, daß die Arbeitervertreter von Schweden und Deutschland weder Französisch noch Englisch verstanden und somit vollkommen auf ihre Übersetzer angewiesen waren. Der italienische Vertreter verstand zwar, was französisch gesprochen wurde, hat sich selbst aber nicht an der Debatte beteiligt. Die beiden nichtdeutschen Arbeitervertreter überließen ihrem deutschen Kollegen durchaus die Führung und Initiative. Es herrschte unter den dreien jedoch ein vorzügliches Einverständnis. Aber die Folge war, daß der deutsche Arbeitervertreter zu fast allen Vorlagen und Anträgen von Bedeutung das Wort nehmen — und natürlich das, was er zu sagen hatte, in deutscher Sprache zum Vortrag bringen mußte. Da verdient es doch hervorgehoben zu werden, daß das geschehen konnte, ohne daß auch nur eine Andeutung des Mißfallens darüber laut oder sichtbar wurde. Die Verhandlungen waren also zum mindesten von dem Geiste der Konzilianz getragen. Was aber viel wichtiger ist: Es hat sich auch bei diesen wie schon bei früheren ähnlichen Verhandlungen gezeigt, daß man Sozialpolitik nicht machen kann ohne deutsche Mitarbeit! Und es war ganz gewiß kein Zufall, daß sehr viele der nichtdeutschen Teilnehmer, soweit sie überhaupt sozialpolitisch orientiert waren, Deutsch verstanden. Das ist sicher mit auf ein früheres Studium der deutschen Sozialpolitik zurückzuführen. Und endlich haben auch diese Verhandlungen den Beweis erbracht, daß man Deutschland nicht dauernd aus dem sozialen Weltmechanismus ausschalten kann. Sollen die in dieser Konferenz gefaßten Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden, dann geht es nicht ohne die freudige und überzeugte Mitarbeit Deutschlands — aber das setzt wiederum voraus, daß die Fesseln, die man ihm in verblendetem Siegerübermut glaubte anlegen zu können, gelockert und schließlich entfernt werden. Diese Tatsache verleiht den Verhandlungen in Genf eine Bedeutung, die noch weit über den Rahmen der geleisteten sozialpolitischen Arbeit hinausgeht. Es sind Vorarbeiten für eine höhere soziale Kultur, denn sie sind getragen vom Geiste der Gleichberechtigung aller Völker und aller Klassen.

* * *

Vielleicht ist es mir gestattet, mich bei dieser Gelegenheit gleich mit der Entgegnung des Herrn Dr. Wertheimer auf meinen Artikel in Nr. 11 auseinander zu setzen. Ich kann dabei sehr kurz sein. Gerade die Verhandlungen der Genfer Konferenz beweisen am deutlichsten, daß meine grundsätzliche Auffassung von der Auswandererfürsorge als Aufgabe des Staates die richtige ist. Die Leute, die in Genf beisammen waren, sind in ihrer großen Mehrheit keine Sozialisten. Aber darüber hat unter ihnen gar kein Zweifel bestanden, daß es sich hier um eine Aufgabe handelt, die nur mit den Mitteln des Staates bzw. der Staaten gelöst werden kann. Gewiß sind sie in ihren Vorschlägen und Beschlüssen nicht so weit gegangen, wie ich in meinen Forderungen. Aber daß sich diese Beschlüsse auf der Linie meiner Forderungen bewegen und bei konsequenter Durchführung glatt auf sie hinführen müssen, das kann ernstlich wohl kaum bestritten werden. Es ist also im Grunde gar nicht meine sozialistische Auffassung, die mich zu meinen Forderungen geführt hat, sondern meine Auffassung als Sozialpolitiker, allerdings als eines Sozialpolitikers, der sich nicht scheut, den Pelz, den er waschen will, auch naß zu machen.

Soll ich mich noch ernsthaft gegen das zweite Argument

verteidigen, daß in der „Entgegnung“ gegen mich angeführt wird: daß ich Kriegsbeschädigte und Kriegsgeschädigte auf gleiche Stufe stelle hinsichtlich ihrer Ansprüche an den Staat? Wenn ich mich nicht in einem ganz starken Irrtum befinde, dann ist es doch so, daß gerade der „Auslanddeutsche“ sich schon immer zum Dolmetscher derjenigen Auslanddeutschen gemacht hat, die infolge der feindlichen Beschlagnahme ihres Vermögens im Auslande einen Teil ihres Vermögens verloren haben. Wohlgemerkt: Nur einen Teil ihres Vermögens! Denn ein gewisser Teil muß ihnen ja auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages von der Reichsregierung erstattet werden und wird ihnen erstattet. Dabei behalten viele von diesen Kriegsgeschädigten noch immer so viel übrig, daß sie sich im In- oder Auslande eine neue, wenn auch bescheidene Existenz gründen können. Es ist daher wohl ein sehr bescheidenes und durchaus berechtigtes Verlangen, daß denjenigen, die infolge des Krieges gänzlich existenzlos werden, die also infolge eines notorischen ökonomischen Zwanges sich außerhalb Deutschlands eine neue Existenz suchen müssen, nach Möglichkeit gleichfalls aus staatlichen Mitteln geholfen wird.

Aber wie, so fragt Herr Dr. Wertheimer, will man feststellen, ob ein ökonomischer Zwang vorliegt? Herr Dr. Wertheimer, nicht darauf kommt es an, ob hier und da im deutschen Reiche noch ein Schlosser, oder ein Schmied, oder ein Kohlenarbeiter untergebracht werden kann, sondern darauf, daß statistisch festgestellt wird, daß das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage dauernd übersteigt! Seit anderthalb Jahren haben wir in Deutschland durchschnittlich eine Million Arbeitslose. Auch jetzt ist trotz der Besserung des Arbeitsmarktes in einzelnen Industrien die Zahl der Arbeitslosen und verkürzt Arbeitenden nicht viel geringer. Die amtlichen Zahlen geben uns kein vollständiges Bild von der Gesamtarbeitslosigkeit, weil sie nur die unterstützten Arbeitslosen erfassen. Es ist also, sofern in einigen Jahren noch keine Änderung dieses Zustandes eingetreten sein sollte, ein einfaches Finanzproblem; man wird sich dann fragen müssen: Was ist wirtschaftlich (und politisch!) richtiger — fortlaufend Milliarden für Erwerbslosenunterstützung zu zahlen, oder durch einen einmaligen Aufwand von etlichen Hundert Millionen und seien es selbst etlicher Milliarden, die Arbeitslosen, die die deutsche Wirtschaft nicht mehr unterbringen kann, dorthin zu schaffen, wo sie sich die Existenz neu schaffen können, die ihnen ihr Vaterland nicht mehr bieten kann.

Noch ist die Frage ja immer nicht entschieden, ob es dahin kommen wird — aber wenn es geschieht, dann harret hier des Reiches eine Aufgabe, die ihm keine private Organisation abnehmen kann und sicher auch keine abnehmen wird. Es steht hierbei mehr auf dem Spiele als bloße Auswandererberatung — hier handelt es sich um das wirtschaftliche Schicksal von Teilen des deutschen Volkes, die das Reich bis zur äußersten Möglichkeit zu schützen und zu betreuen die Pflicht hat.

Nachwort

Auch die letzten Ausführungen des geschätzten Herrn Verfassers vermögen nichts an meiner Stellungnahme zu ändern. Das, was jetzt behandelt wird, nämlich die internationale Regelung der Auswandererfürsorge durch internationale Verträge und Bestimmungen, war nicht Ausgangspunkt unserer Meinungsverschiedenheiten. Es ist selbstverständlich und ist nie von mir bestritten worden, daß derartige internationale Regelungen, an denen Herr Knoll in Genf in verdienstlicher Weise mitgewirkt hat, durchaus möglich und nötig sind. Ich schrieb auch auf Seite 326 dieser Blätter: „Das Mögliche zu erstreben wäre Aufgabe einer Reichswanderungszentralstelle, sei sie nun selbstständiges Amt oder Ministerialabteilung des Auswärtigen Amtes, das ja in diesem Falle die rein diplomatischen Verhandlungen zur vertraglichen Durchführung solcher Bestrebungen doch zu führen hätte.“ Wir sind aber nicht von internationalen, sondern von nationalen Dingen ausgegangen, ob es Aufgabe des Staates ist, diese Auswanderer zu beraten und zu betreuen, oder Aufgabe privater Organisationen. Darüber ist ja zur Genüge gesprochen worden. Herr Knoll irrt, wenn er glaubt, daß die Auslanddeutschen im Ausland nur einen Teil ihres Vermögens verloren haben. Zu 95 % haben sie draußen alles verloren. Es gibt nur sehr wenig Kapitalisten unter ihnen, die auch in der Heimat noch Vermögen besaßen oder besitzen. Diesen Auslanddeutschen und der Entschädigungspflicht des Reichs die Auswanderer gleichzustellen, für die das Reich zu sorgen habe, da sie aus ökonomischen Gründen auswandern müßten, ist im E. eine unhaltbare Forderung. Die Folgen des verlorenen Krieges und etwa kommenden zur Auswanderung treibenden Wirtschaftskrisen treffen das ganze Volk (auch die jetzt bei uns weilenden Auslanddeutschen), und es geht theoretisch und praktisch kaum an, diejenigen, die auswandern wollen, in der von Herrn Knoll gewünschten Weise zu begünstigen. Freilich, wenn Herr Knoll die Auswandererfürsorge so auffaßt, daß der Staat die Auswanderer frei zu befördern und zu verköstigen habe und daß er dafür etliche hundert Millionen oder auch etliche Milliarden aufwenden solle, dann wäre eine solche Auswandererfürsorge nur vom Staat zu lösen. Ich bezweifle aber, ob der Staat jemals eine derartige Aufgabe wird lösen können oder auch nur wollen, denn eine derartige Unterstützung der Auswanderer würde in doppelter Weise auf Kosten der Zurückbleibenden geschehen. Niemand soll verhindert werden auszuwandern, wenn er will, der Staat wird die Auswanderung zu überwachen haben, für Hygiene auf den Schiffen, für angemessene Beförderung, für Beratung durch die privaten Organisationen und so fort zu sorgen haben, aber niemand kann, auch wenn die Auswanderung wirklich ein Massenproblem wird, von dem dann materiell verarmten und in seinen Steuereinnahmen bei darniederliegender Industrie gewaltig geschwächten Staat eine finanzielle Unterstützung in seinen Auswanderungsabsichten erwarten.“

Dr. Fritz Wertheimer.

Deutschlands Hilfe für die hungernden Kolonisten

Wir möchten an dieser Stelle, die der Einigkeit aller Deutschen in völkischen Dingen gewidmet ist, keine Polemik führen. Wir verzichten, selbst darauf, der „Deutschen Post aus dem Osten“, deren Verdienste wir schätzen, zu antworten, glauben aber dem Verfasser des von ihr scharf angegriffenen Artikels die Aufnahme der nachfolgenden Zeilen nicht versagen zu dürfen. Die Schriftleitung.

Im 2. Septemberheft des „Auslanddeutschen“ habe ich die Lage der deutschen Kolonisten in Rußland, wie sie sich aus den lückenhaften und verworrenen Nachrichten etwa ergibt, in großen Zügen darzustellen versucht. Die Frage der Hilfeleistung wurde nur zum Schluß kurz erörtert, weil das erschütternde Gesamtbild dem denkenden Leser auch hierüber

schon genug sagt. Es ist jedoch notwendig geworden, noch einmal genauer den Standpunkt der Kreise, die der „Heimkehr“ nahe stehen, darzulegen.

Wie sich der Arzt, bewußt oder unbewußt, keiner Täuschung hingeben darf über den Stand der Krankheit, ebenso haben die Leiter von Hilfsaktionen auf den tatsächlichen Verhältnissen

aufzubauen und die politischen und wirtschaftlichen Zustände des Landes, in dem geholfen werden soll, unbedingt als die Grundlage für die Hilfeleistung zu betrachten. Alle Nachrichten, die heute über den wirklichen Zustand Rußlands durch die Presse des In- und Auslandes und durch private Mitteilungen von eben Geflüchteten zu uns gelangen, lassen eine direkte wirksame Hilfeleistung von Deutschland aus in die vom Hunger durchwühlten Gebiete für den Augenblick unmöglich erscheinen. Viele und nicht die schlechtesten Kenner der bolschewistischen Verhältnisse, darunter erst eben herübergekommene hochangesehene Männer, die in enger Fühlung mit den Kolonisten standen, halten jede direkte Hilfeleistung jetzt geradezu für schädlich, da sie nur die Herrschaft der Kommunisten zu stärken und das Elend zu verlängern geeignet ist. Ohne uns diesen Standpunkt zu eigen zu machen, müssen wir doch sagen, daß der bisherige Verlauf der internationalen Hilfe für das Hungergebiet noch nicht das Gegenteil bewiesen hat.

Hundert von Organisationen in der ganzen Welt mühen sich noch mit dem Problem ab, auf welche Weise Transporte in die Hungergebiete einigermaßen sicher vermittelt werden können. Wenn Zusagen und Garantien der bolschewistischen Regierung ernst genommen würden, so wären wir schon längst bei der Lösung der ganzen Frage. Auch wenn man die Versprechungen an sich ernst nehmen wollte, so sieht man doch darin keine Gewähr, daß bei der Lage der Dinge damit die Durchführbarkeit bestimmter Pläne gegeben ist.

Das offizielle Deutschland ist zudem noch mit besonderen politischen Ketten belastet, wenn es den leidenden Landsleuten in Rußland zu Hilfe kommen will. Aber auch von solchen Hemmungen freie Hilfsorganisationen von reichsdeutscher oder kolonistischer Seite müssen an Deutschlands eigene schwere Lage denken, die eine möglichste Verkleinerung des Risikos verlangt. Deshalb halten wir im Augenblick die Hilfe dort für notwendig und angebracht, wo sie greifbare Ergebnisse erzielen kann, nämlich bei den deutschstämmigen Flüchtlingen, die sich bis zu den Grenzen des Reiches durchgeschlagen haben. Die deutsche Regierung hat die unbedingte Pflicht, in jeder Weise dahin zu wirken, daß möglichst viele deutsche Landsleute sich ins alte Mutterland retten können. Das deutsche Volk aber kann an den Geretteten zunächst zeigen, daß es trotz eigener Nöte die Brüder in ihrer Todesnot nicht verlassen hat. Es handelt sich hierbei um keine Rückwanderung im gewöhnlichen Sinne, sondern mehr um die Anerkennung eines Asylrechtes, damit den geflüchteten Kolonisten eine gastliche Durchgangsstätte geboten wird, bis sich die Verhältnisse in Rußland etwas zum Besseren wenden.

Im Hintergrunde stehen auch hier der Gedanke und der feste Wille, in größtem Maßstabe zu helfen, sobald großzügig und sachkundig in Rußland eingegriffen werden kann. Wir glauben, daß erst dann wirksame Hilfe auch den deutschen Kolonisten zu verschaffen ist, wenn Amerikas Mittel im internationalen Rahmen dem Wiederaufbau zur Verfügung stehen. Das Eingreifen an Ort

und Stelle erfordert die Zusammenfassung aller Kräfte, es erfordert Erkundungsreisen und, für den Kolonisten, engste Zusammenarbeit mit Amerika. Wie die Verhältnisse in Rußland nicht von heute auf morgen entstanden sind und wieder verschwinden, so verlangt die wirkliche Hilfe umfassendste Vorbereitungen, und Vertreter des Zentralkomitees arbeiten in Amerika schon seit Jahr und Tag am Zusammenschluß der kolonistischen Hilfskräfte. Sich und die Öffentlichkeit mit über raschenden Hoffnungen über die Schwierigkeiten zu täuschen, halten wir im Interesse der erst noch kommenden Hilfsaktionen für verderblich, da eine falsch aufgerufene und enttäuschte Hilfsbereitschaft nur schwer wieder zu erwecken ist. Wir sind aber auch der Ansicht, daß die Beziehungen zu dem deutschen Bruderstamm in Rußland und den Deutschen im Reich für die Zukunft dadurch vergiftet werden, wenn man Zweifel an den Willen Deutschlands erregt, wo die Macht der Verhältnisse ein vorsichtiges Vorgehen verlangt. Daß dieser Wille vorhanden ist, beweist u. a. die Bereitwilligkeit, mit der sich auf den Antrag des Zentralkomitees der Vereine aus den Kolonistengebieten Rußlands sofort die Vereinigte Fürsorge für das Auslandsdeutschtum in Berlin zur Verfügung gestellt hat, um Sammlungen für die hungernden Kolonisten in Rußland einzuleiten.

Der Hinweis auf die tatsächlichen Verhältnisse im „Auslandsdeutschen“ und in der „Heimkehr“ hat die schärfste Mißbilligung des Herrn Edmund Schmid gefunden. Seit Monaten werden auf seine Anregung durch den Ausschuß der deutschen Gruppen aus den Ländern Altrußlands Hilfswerke auf Hilfswerke gegründet, die alle Schwierigkeiten beseitigt haben und sich ebenso in Deutschland, wo ihnen keine Sammelerlaubnis erteilt ist, wie in Rußland über alles Bestehende kühn hinwegsetzen. Amerikanische Zeitungen waren schon im September in der Lage, zu melden, daß eins der auf dem Papier der „Deutschen Post aus dem Osten“ gegründeten Hilfswerke Gaben nach Rußland gebracht habe, während nach der „Deutschen Post“ selbst erst am 15. Oktober der erste Transport — zwei Waggon — mit allen Garantien und Sicherheiten der bolschewistischen Kommissare „abgegangen“ ist. Bedauerlicherweise spornt Herrn Schmid die Tatsache, daß er diese Meldung herausgehen läßt, aufs Neue an, mit demagogischen Mitteln jeder Art gegen Leute vorzugehen, die dieselben Ziele verfolgen, aber über die einzuschlagende Wege anderer Meinung sind. Bedauerlicherweise scheint auch die Leitung dieser Hilfswerke sich unter Berufung auf den guten Willen von der Verantwortung frei zu fühlen, was durch leichtsinnige Versprechungen für die Beziehungen der Kolonisten zu Deutschland angerichtet wird. Da sich die Sache an sich so wenig wie irgend etwas zu großen Polemiken eignet, nehme ich davon Abstand, die Tonart der „Deutschen Post“ näher zu kennzeichnen. Nur eins möchte ich noch feststellen. Herr Schmid wirft mir u. a. vor, daß ich kein Kolonist sei. Vertreter der Kolonisten legen besonderen Wert darauf, daß bekannt gemacht wird, daß Herr Schmid selbst nicht zu den Kolonisten gehört. Dr. Rudolf Peschke, Berlin.

Dr. Karl Johannes Hexamer †

Wieder hat der Tod eine der besten Stützen des Deutschtums in den Vereinigten Staaten fortgerissen. Dr. K. J. Hexamer ist am 15. Oktober d. J. in Philadelphia gestorben. Erst kürzlich habe ich an dieser Stelle in einem Artikel über die Feier des „Deutschen Tages“ in den Vereinigten Staaten darauf hingewiesen, daß es neben Dr. Kellner besonders Dr. Hexamer war, der durch eine regelmäßige jährliche Feier dieses Tages die

unlösliche Zusammenschweißung des amerikanischen Deutschtums anstrebte und später in der Gründung des deutsch-amerikanischen Nationalbundes auch erreichte. Dieser Bund, der sich mit ungeahnter Schnelligkeit über fast alle Staaten der großen Republik ausbreitete, steht in der Tat als etwas ganz einzigartiges unter den Deutschen da. Der Mann aber, der mehr als irgend ein anderer dazu beigetragen hat, die Massen der Deut-

schen in diesem Bunde zu vereinigen, war der nunmehr heimgegangene Dr. Karl Johannes Hexamer, nach Karl Schurz der berufene Führer der Deutschen in den Vereinigten Staaten.

Hexamer war zwar in Amerika geboren, aber stolz auf seine deutsche Abstammung, erfüllt mit deutschem Idealismus, begabt mit hinreißender Beredsamkeit und ein aufrichtiger Bewunderer deutscher Kultur, die er als treuer Amerikaner, vor allem seinem Volke einzuimpfen versuchte. Bis zu seinem Tode ist er rastlos tätig gewesen, die Deutschamerikaner zu sammeln und zu gemeinsamem Handeln zu vereinen, unablässig war er bemüht, den Deutschen Tag zu einem nationalen Feiertag zu erheben, an dem die breiten Massen des amerikanischen Volkes erkennen sollten, was das Deutschtum in der Welt, vor allem aber in Nordamerika geschaffen hatte.

Alle, die diesem hochgesinnten Kämpfer für die deutsche Sache in den Vereinigten Staaten persönlich nahe standen, müssen nunmehr an seiner Bahre für ihn zeugen, daß er in seiner ganzen Persönlichkeit der treuesten und lautersten einer war, der neben seinen genialen Führeigenschaften besonders großes und reines Menschentum in sich verkörperte. Und weil er sein ganzes Leben einsetzte für die Erstarkung und Festigung eines geeinten Deutschtums in seinem Geburtslande, galt er besonders während der Kriegsjahre den fanatischen Nativisten als geschworener Feind ihrer dunklen Pläne. Unzähligen maßlosen Schmähungen und Verfolgungen war Hexamer während dieser Zeit wegen seiner Treue zum Deutschtum von diesen scheinpatriotischen Kreisen ausgesetzt, deren Folgen er nunmehr in langwierigem, schwerem Siechtum erlegen ist. Der Krieg mit seinen unzähligen Begleiterscheinungen ist auch für ihn der zerstörende Bruch in seinem tatenfrohen Leben gewesen.

Während seiner jüngeren Jahre verband ihn eine treue Freundschaft mit Männern wie Dr. G. Kellner, dem Schriftleiter des „Demokrat“ in Philadelphia und vor allem mit dem bedeutendsten deutsch-amerikanischen Geschichtsschreiber Dr. Oswald Seidensticker. In den Beziehungen zu diesen von ihm bewunderten Freunden sind sicher die Wurzeln seiner tiefen Anteilnahme an der deutsch-amerikanischen Geschichte zu suchen, die Hexamer in unzähligen beachtenswerten Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften, wie auch durch seine rege Mitarbeit in der Historischen Gesellschaft von Pennsylvania bekundete. Kellner und Seidensticker waren es wohl auch, die in dem Gedanken der Begründung eines umfassenden Bundes der Amerikaner deutscher Abstammung nahe legten, dessen Organisator und Leiter Dr. Hexamer bis zum Winter 1917 werden und bleiben sollte.

Karl Johannes Hexamer stammt aus einer angesehenen deutsch-amerikanischen Familie und wurde am 9. Mai 1862 in Philadelphia geboren. Sein Vater, ein „Achtundvierziger“, war ein Freund und Waffengefährte so mancher der Edlen, die mit

den Gemütsschätzen und dem alten Kulturbesitz des Deutschtums zugleich die dem vornehmen traditionellen Amerikanertum so nahestehenden freiheitlich-demokratischen Ideale ihrer Zeit als Mitgift übers Meer brachten.

Karl Johannes Hexamer studierte mit ausgezeichnetem Erfolge an der Universität von Pennsylvania Naturwissenschaften, besonders aber die Ingenieurwissenschaft. Neben dem philosophischen und juristischen Doktorgrad erwarb er sich auch das Ingenieurdiplom, und als Zivilingenieur ließ sich der mit deutscher Gründlichkeit vorgebildete Techniker und Gelehrte dann in seiner Vaterstadt nieder, wo zäher Fleiß und tüchtige Leistungen ihm bald einen großen Ruf erwarben, und ihm auch hohe wissenschaftliche Auszeichnungen und Anerkennungen einbrachten. Zahlreiche naturwissenschaftliche Schriften und Abhandlungen entstammen seiner trefflichen und gewandten Feder; namentlich leistete er auf dem Gebiete der Chemie sowie auf demjenigen fremder Sprachen, deren er nahezu ein Dutzend beherrschte, Hervorragendes. Auf weiten Reisen, die ihn bis ins Innere Syriens führten, vervollkommnete er seine Kenntnisse und Erfahrungen. Er war bis zu seinem Tode Mitglied der deutschen Chemiker-Gesellschaft und der Geographischen Gesellschaft in Berlin, Präsident der Deutschen Gesellschaft von Pennsylvania, sowie eifriges Mitglied der Historischen Gesellschaft von Pennsylvania. Seine wichtigste Lebensaufgabe aber suchte Dr. Hexamer darin, als Leiter des deutsch-amerikanischen Nationalbundes, seinen deutschen Stammesgenossen in Amerika das Bewußtsein ihres Volkstums und dessen Wertes zu vertiefen und zu stärken und so im Vertrauen auf die unermesslichen Geisteswerte, die in der bewußten Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum enthalten sind, den Deutschen Amerikas Dauer und Bestand im Sinne eines geistig-völkischen, wenn auch nicht politischen Zusammenhangs mit dem Stammvolk zu erringen.

Im Jahr 1891 führte Dr. Hexamer ein deutsches Mädchen aus Philadelphia, Anna Josefine Hauptner, als Gattin zum Altare, die ihm jedoch mehrere Jahre im Tode vorausging. Neben zahlreichen Freunden trauern an der Bahre des edlen Kämpfers seine Tochter, seine Schwester und seine hochbetagte Mutter.

Der Tod ihres großen Führers wird in den Herzen aller Deutsch-Amerikaner tief und schmerzlich empfunden werden. Wenn aber von seinem Grabe der Geist der Einigkeit, den Hexamer während seines ganzen kampfreichen Lebens seinen deutschen Landsleuten so beredt gepredigt und vorgelebt hat, sich neugestärkt erhebt und sich ausgießt über seine große Gemeinde, dann hat der Tote nicht umsonst gelebt und gelitten und die Deutschen Amerikas werden sich wieder mit Stolz als gleichberechtigtes Volks- und Kulturelement in der großen amerikanischen Völkerfamilie fühlen, aus der neidisch gewordene Kreise sie eine Zeitlang zu verdrängen suchten.

Dr. Hanns Georg Wylddeck-Stuttgart.

Der Stand der Auslandskunde in Deutschland*)

VI. Berichte der auslandkundlichen Institute und Vereine Deutschlands. (Schluß und Nachträge).

Deutsch-Amerikanischer Wirtschaftsverband, Berlin

Organisation zur Förderung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada.

Berlin NW 7, Neue Wilhelmstraße 12–14.

Der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband ist ein eingetragener Verein mit dem Sitz in Berlin, der satzungsgemäß den Zweck verfolgt, die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen der Industrie und dem Handel des Deutschen Reichs und dem gesamten Nord-Amerikanischen Wirtschaftsgebiet,

insbesondere dem der Vereinigten Staaten zu fördern. Ein auf Gewinn gerichteter Geschäftsbetrieb ist ebenso wie die Verfolgung politischer Zwecke ausgeschlossen.

Der Verband umfaßt die bedeutendsten deutschen Firmen aus den Kreisen der Industrie, des Handels, der Schifffahrt, der Bankwelt und des Versicherungswesens. Ferner gehören ihm zahlreiche Handelskammern und Fachverbände der Industrie an.

Der Verband erteilt durch seine Hauptgeschäftsstelle in Berlin allen seinen Mitgliedern kostenfreie Auskünfte in den Fragen der Deutsch-Amerikanischen Handelsbeziehungen, so insbesondere Auskünfte über die Verzollung deutscher Waren

*) Siehe auch Nr. 14, S. 418, Nr. 15, S. 450, Nr. 16, S. 483, Nr. 18, S. 547, Nr. 19, S. 580, Nr. 20, S. 612 und Nr. 21, S. 641.

in den Vereinigten Staaten und Kanada, über die Maßnahmen des amerikanischen Treuhänders für das feindliche Vermögen gegenüber dem deutschen Eigentum in den Vereinigten Staaten. Der Verband ist ferner in der Lage, beteiligten Firmen oder Personen besondere Ratschläge für die Wahrnehmung ihrer bedrohten oder geschädigten Interessen zu geben. Auch die Rechtsvertretung des Verbandes in Newyork kann von den Mitgliedern unter günstigen Bedingungen in Anspruch genommen werden.

Weiter erteilt der Verband Auskünfte über amerikanische Marktpreise, über die wirtschaftliche und soziale Lage bestimmter Industriezweige in den Vereinigten Staaten, sowie — gegen Erstattung der Selbstkosten — Auskünfte über amerikanische und kanadische Firmen.

Der Verband ist seinen Mitgliedern bei der Anbahnung von geschäftlichen Beziehungen zu amerikanischen und kanadischen Firmen behilflich und vermittelt Anfragen amerikanischer Firmen nach deutschen Waren und den Bezug amerikanischer Rohstoffe, Halbfabrikate usw.

Für die Mitglieder ist durch die Newyorker Vertretung eine ständige Ausstellung von Mustern und Katalogen deutscher Erzeugnisse in Newyork eingerichtet worden.

Zum Zweck der fortlaufenden Unterrichtung über die wirtschaftliche und kommerzielle Lage in den Vereinigten Staaten und Kanada gibt der Verband eine regelmäßige Zeitschrift, die „Mitteilungen des Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbands“, heraus, die monatlich erscheint und den Mitgliedern kostenlos zugeht.

Besondere Fragen werden behandelt in den „Veröffentlichungen des Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbandes“, von denen bisher erschienen:

1. „Die Tagung des Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbands am 28. September 1920, zugleich Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im Geschäftsjahr 1919/20 und die Wiederaufnahme deutsch-amerikanischer Handelsbeziehungen.“

2. „Soll Amerika deutsches Privateigentum zurückgeben?“

In den „Mitteilungen“ werden alle für den deutschen Handel mit Amerika wichtigen Punkte berührt.

Deutsch-Armenische Gesellschaft, E. V., Berlin

Berlin W 62, Wichmannstr. 21.

Die Deutsche Armenische Gesellschaft, E. V., mit dem Sitz in Berlin ist am 16. Juni 1914 begründet. Sie bezweckt 1. die Verbreitung einer gerechten, unvoreingenommenen Beurteilung des armenischen Volkes in Deutschland, 2. die Vermittlung einer eingehenden Kenntnis der Leistungen des armenischen Volkes für die Gesamtkultur und der Bestrebungen des deutschen Volkes für die Förderung der armenischen Kultur, 3. die Pflege der persönlichen Beziehungen zwischen Deutschen und Armeniern, besonders denen, die in Deutschland studieren.

Als Mittel zur Erreichung dieser Zwecke betreibt sie folgende Arbeiten: 1. die Herausgabe einer Zeitschrift in beiden Sprachen, die über die armenische Kultur unterrichten und der deutschen Kultur den Weg nach Armenien bahnen soll, 2. die Versorgung der deutschen Presse mit wahrheitsgetreuen Berichten über die Lage in Armenien, 3. die Übersetzung wertvoller armenischer Werke in das Deutsche und deutscher Werke in das Armenische, 4. die Begründung einer wissenschaftlichen armenischen Bibliothek in Deutschland zum Studium der armenischen Sprache, Kultur und Geschichte, 5. die Förderung des Unterrichts in der deutschen Sprache in den armenischen Schulen, 6. die Begründung einer Auskunftsstelle für die armenischen Studenten in Deutschland und ihre Einführung in deutsche Familien.

Die Gesellschaft wird geleitet von einem Vorstand, der sich paritätisch aus Deutschen und Armeniern zusammensetzt. Er zählt darunter die hervorragendsten Kenner Armeniens in Deutschland: Professor Dr. Dr. Lepsius, Lic. Dr. Paul Rohrbach, Universitätsprofessor Dr. Marquart, Universitätsprofessor D. Rade, Universitätsprofessor D. Guthe, Schriftsteller Armin T. Wegner, Studienrat Nießage, sowie hervorragende armenische Literaten, wie den bekanntesten modernen Dichter Aredik Issahakian, Liparit Nasariantz u. a. Die Gesellschaft unterhält enge Beziehungen zu der armenischen diplomatischen Vertretung in Berlin, dem armenischen Patriarchat in Konstantinopel, der Akademie und dem Katholikos in Etschmiadzin und den Mechitaristen in Wien und Venedig.

Ihre Tätigkeit ist durch den Krieg unterbrochen, während dessen sie eine umfangreiche Hilfsarbeit für die in Deutschland weilenden Armenier, Unterstützung der armenischen Kriegsgefangenen, Verbreitung der armenophilen Literatur u. a. betrieb und ständige Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches und dem Deutschen Reichstag, wie Unterstützung der beiden während des Krieges nach Deutschland gekommenen armenischen Delegationen unterhielt.

Die Gesellschaft hat begonnen, eine deutsch-armenische Zeitschrift „Mesrop“ herauszugeben, später ließ sie neben einer Reihe von Flugblättern eine „Deutsch-armenische Korrespondenz“ erscheinen. Von Broschüren hat sie herausgegeben: Das reich illustrierte Werk „Armenien“, von Paul Rohrbach, „Die Herkunft der Armenier“ von Dr. Marquart; ihr Vorsitzender Dr. Lepsius gab die grundlegenden Werke „Deutschland und Armenien“ und „Der Todesgang des armenischen Volkes“, beide Potsdam 1919, heraus.

Deutsch-Brasilianischer Handelsverband, E. V., Berlin

Berlin W 15, Kurfürstendamm 220.

Der Deutsch-Brasilianische Handelsverband hat seinen Sitz in Berlin, Kurfürstendamm 220, in gemieteten Räumen. Er ist eingetragener Verein und zählt über 400 Mitglieder. Die Gründung erfolgte im Jahre 1912, die Leitung liegt in

den Händen eines Vorstandes, dem ein Ausschuß zur Seite steht. Vorsitzender ist seit der Gründung Herr G. Maschke, Wannsee, Kleine Seestr. 31.

Der Zweck des Verbandes ist die Förderung der gegenseitigen, insbesondere der Handels- und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Brasilien.

Zur Erreichung dieses Zweckes bedient sich der Verband aller ihm geeignet erscheinenden Mittel, so:

1. Verfolgung der gegenseitigen Handels- und Wirtschaftsinteressen und deren Vertretung bei den zuständigen Behörden beider Länder; Austausch und Bekanntgabe an die Mitglieder aller den Handel, die Industrie und Finanz interessierenden Nachrichten; Untersuchung, Anregung und Unterstützung von Mitteln, die zur Wahrung der gegenseitigen Handels- und Wirtschaftsinteressen nützlich erscheinen.

2. Schaffung einer ständigen Ausstellung von Erzeugnissen Brasiliens in Deutschland, sowie einer Sammlung von Büchern, Karten, Statistiken, Katalogen.

3. Information der deutschen Mitglieder über Ausschreibungen und Lieferungen, Errichtung neuer Fabriken, neuer Absatzmöglichkeiten, Zoll-, Steuer- und Abgabengesetze, Hafen-, Schiffs- und Bahnverhältnisse und Tarife, Markeneintragungen, Gesetze, Verordnungen; Raterteilung bei Anlagen usw. durch Mitteilungen, die in der Regel nur den Mitgliedern zugänglich sind.

Information der brasilianischen Mitglieder über deutsche Zoll-, Steuer- und Abgabengesetze, Verkehrsverhältnisse usw.; Veranstaltung von Vorträgen über Wirtschafts- und Handelsverhältnisse Brasiliens.

Mitwirkung bei der Schlichtung von Streitfragen und Differenzen im Handelsverkehr beider Länder — unter Ausschluß aller politischen Fragen und einer eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit des Verbandes.

4. Schaffung und Bereitstellung von Räumlichkeiten, die den Mitgliedern eines Versammlungsort, den in Berlin anwesenden Brasilianern ein Heim und Gelegenheit zur Zusammenkunft mit Geschäftsfreunden bieten.

Der Verband zählt eine Anzahl von Vertrauensleuten in Brasilien, verfügt über eine reichhaltige Bibliothek, Ausschnitt-, Karten- und Bildersammlung. Mit dem Verband Deutsch-Brasilianischer Firmen in Rio, Sao Paulo, Porto Alegre unterhält er enge Verbindungen.

Deutsch-Bulgarische Gesellschaft, E. V., Berlin

Berlin W 15, Kurfürstendamm 216.

Die Deutsch-Bulgarische Gesellschaft ist ein eingetragener Verein, der gegenwärtig 400 Mitglieder zählt.

Der Präsident ist Geh. Rat von Dirksen, Exz., Berlin, sein Stellvertreter Dr. G. Stresemann, M. d. R., Berlin. Die Vorstandschaft liegt in der Hand des Präsidenten und des Schriftstellers Geh. Rat Paul Lindenberg, der die Geschäfte führt.

Die Gesellschaft wurde am 15. Februar 1916 gegründet. Ihre Aufgabe ist, wie aus den Satzungen hervorgeht, die Förderung der gesamten geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Bulgarien. Der Verein will alle auf Ausführung dieses Zwecks gerichteten Unternehmungen fördern und selbst Anstalten treffen, wodurch das beiderseitige Verständnis der Völker gehoben und der Fortentwicklung der beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen gedient wird. Eine auf Gewinn gerichtete Betätigung ist ausgeschlossen, ebenso eine solche auf politischem und religiösem Gebiet.

Aus der Tätigkeit der Gesellschaft ist hervorzuheben:

7. Mai 1916, Begrüßung der bulgarischen Sobranje,

15.—16. Januar 1917, Begrüßung der bulgarischen Schriftsteller,

Januar—Mai 1917, Bulgarische Kunstabende,

Juni 1917, Ministerpräsident Radoslawoff als Gast,

15. August 1917, Besuch bulgarischer Pressevertreter,

31. Oktober 1917, Fahrt der deutschen Pressevertreter nach Bulgarien,

31. Januar 1920, Presseempfang in der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft,

10. November 1920, Iwan Wasoff-Abend.

Die Gesellschaft unterhält eine Arbeitsgemeinschaft mit verschiedenen andern Vereinigungen und steht in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt, dem Preuß. Kultusministerium, der bulgarischen Gesandtschaft in Berlin und sonstigen Behörden.

Über die Tätigkeit der Gesellschaft werden regelmäßige Jahresberichte herausgegeben.

Deutsch-Dänischer Wirtschaftsverband, Berlin

Berlin SW 61, Lankwitzstr. 5.

Der Deutsch-Dänische Wirtschaftsverband zu Berlin zählt gegenwärtig 400 Mitglieder. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden A. Gontsmit jr., Kopenhagen, und aus dem Syndikus Dr. Kiefer, Berlin. Der Verband ist am 30. Juni 1923 gegründet worden mit dem Zweck, die angeschlossenen Mitglieder und Firmen in Deutschland und Dänemark in ihrer gesamten geschäftlichen Tätigkeit zu unterstützen.

Der Verband gibt die in fünf Sprachen erscheinende „Nordische Wirtschaftszeitung“ heraus, die seit Beginn des Jahres 1921 vierzehntägig erscheint.

Der Verband besitzt Geschäftsstellen in Deutschland und Dänemark und unterhält eine enge Arbeitsgemeinschaft mit den andern deutsch-nordischen Wirtschaftsverbänden.

Der Verband besitzt eine Bibliothek und ein Archiv und wird durch Mitgliedsbeiträge unterhalten.

Über die Tätigkeit des Verbands geben die Geschäftsberichte Aufschluß.

Deutsch-Finnischer Wirtschaftsverband, Berlin

Berlin SW 61, Lankwitzstr. 51

Der Deutsch-Finnische Wirtschaftsverband zu Berlin zählt gegenwärtig 350 Mitglieder, darunter allein 310 finnische Firmen. Der Vorstand ist in neuer Bildung begriffen, Syndikus ist zurzeit Dr. P. Kiefer, Berlin.

Der Verband ist am 10. September 1920 gegründet worden, mit dem Zweck, die angeschlossenen Mitglieder und Firmen in Deutschland und Finnland in ihrer geschäftlichen Tätigkeit zu unterstützen.

Der Verband gibt die in fünf Sprachen erscheinende „Nordische Wirtschaftszeitung“ heraus, die seit Beginn des Jahres 1921 vierzehntägig erscheint.

Der Verband unterhält Geschäftsstellen in Deutschland und Finnland und unterhält eine enge Arbeitsgemeinschaft mit den andern deutsch-nordischen Wirtschaftsverbänden. Der Verband besitzt eine Bibliothek und ein Archiv und wird durch Mitgliedsbeiträge unterhalten.

Über die Tätigkeit des Verbandes geben die Geschäftsberichte Ausfluß.

Deutsch-Französischer Wirtschaftsverein, Berlin

Berlin W 9, Köthenerstr. 28/29 I.

Der Deutsch-Französische Wirtschaftsverein ist eine private Vereinigung der am Geschäftsverkehr mit Frankreich besonders interessierten deutschen Industrie- und Handelsfirmen.

Der Vorsitzende ist zurzeit Kommerzienrat Dr. Guggenheimer (i. Fa. Maschinensfabrik Augsburg-Nürnberg), zurzeit Reichskommissar für den Wiederaufbau.

Der Verein besitzt Fachausschüsse für Zolltarif und Zollbehandlung, Eisenbahn und Schifffahrt, Post, Telegraph und Telefon, Gewerblichen Rechtsschutz, Rechtsverfolgung, Ausstellungen, Musterlager usw., Preßangelegenheiten, Studienreisen.

Die Gründung erfolgte am 29. März 1908 und war veranlaßt durch entsprechende Anregungen aus französischen Kreisen.

Zweck des Vereins ist die Pflege und Förderung der deutsch-französischen Beziehungen auf wirtschaftlichem und wirtschafts-politischem Gebiet.

Finanziell: beruht der Etat ausschließlich auf den Jahresbeiträgen der Mitglieder, welche auf Selbststeinschätzung und einer satzungsmäßigen Untergrenze von M. 50.— zu bemessen sind.

Der Verein hat eine Reihe von Broschüren, darunter auch mehrere Berichte über seine Generalversammlungen usw. herausgegeben und während des Krieges eine in zahlreichen unperiodischen Druckblättern erscheinende Veröffentlichung „Deutsch-Französischer Handelskrieg“ herausgegeben, welche seine Mitglieder regelmäßig unterrichteten

- a) über alle die deutsch-französischen Wirtschaftsverhältnisse betreffenden gesetzlichen und Verwaltungsbestimmungen oder sonstigen offiziellen Aktionen sowohl in Frankreich wie in Deutschland,
- b) über die in der französischen Tages- sowie Fachpresse erscheinenden wichtigeren Mitteilungen und Betrachtungen betr. den französischen Außenhandel, die französische Handelspolitik im allgemeinen sowie insbesondere gegenüber Deutschland.

In Frankreich selbst bestand vor dem Kriege ein Pariser Bureau unter dem Namen: Comité du Commerce Français avec l'Allemagne, dessen Vorsitz in den Händen der Handelssenatoren Louis Alexandre Baudet, M. René Millet und Maurice Ajam lag.

Vermutlich wird über kurz oder lang auch wieder eine solche Organisation in Frankreich entstehen.

Deutsch-Irische Gesellschaft, E. V., Berlin

Berlin W 62, Landgrafenstr. 6.

Die Deutsch-Irische Gesellschaft hat ihren Sitz in Berlin. Ihre Geschäfte werden von der Generalsekretärin, Frau Agatha M. Grabisch-Bullitt, Berlin W 15, Knesebeckstraße 48, geführt. Eigene Räume hat die Gesellschaft nicht. Die Gesellschaft ist ein eingetragener Verein, an dessen Spitze ein aus fünf Personen bestehender Vorstand steht. Vorsitzender des Vorstandes ist seit Frühjahr 1919 der Senatspräsident Dr. Flügge, Berlin W 62. Dem Vorstände gehören ferner an Landtagsabgeordneter Hauptmann a. D. Brunk, Berlin, Kommerzienrat Dr. Karl Goldschmidt, Essen, Professor Dr. Pokorny, Berlin, eine Stelle ist zurzeit unbesetzt. Dem Vorstände steht ein aus etwa 30 Personen bestehender Verwaltungsrat zur Seite.

Die Gesellschaft ist im Frühjahr 1917 gegründet. Der erste Vorsitzende war der Abgeordnete Matthias Erzberger. In einer Versammlung zu Berlin am 22. Januar 1918, die von 47 Mitgliedern der Gesellschaft besucht war, wurde einstimmig beschlossen, an Erzberger die dringende Aufforderung zu richten, sofort aus dem Vorstände der Gesellschaft auszuscheiden, da seine Verzichtsfriedenspolitik die Gesellschaft erheblich schädige. Erzberger entsprach dieser Aufforderung alsbald, und seinem Beispiel folgte der ebenfalls dem Vorstände angehörige Abgeordnete Freiherr v. Richthofen. Im November 1918 erfolgten infolge der Revolution neue Änderungen im Vorstände. Leider nahm auch der Tod aus dem Vorstände zwei Männer hinweg, die der Gesellschaft unschätzbare Dienste geleistet haben, das Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften Kuno Meyer und den Geheimen Regierungsrat Theodor Schiemann, beide ordentliche Professoren an der Universität Berlin. Der Verlust, den die Gesellschaft durch den Tod dieser beiden Männer erlitten hat, ist für die Gesellschaft unersetzlich.

Der Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der gesamten Beziehungen zwischen Deutschland und Irland. Alles, was diesem Zwecke dienen kann, fällt in den Kreis der Aufgaben der Gesellschaft. Nur auf Gewinn gerichtete Geschäfte sind, auch wenn sie diesem Zwecke dienen würden, ausgeschlossen. Besonders will die Gesellschaft die wirtschaftlichen und die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Irland pflegen. Auskünfte erfolgen unentgeltlich.

Die Gesellschaft hat bis Ende 1918 die „Irischen Blätter“, eine Monatsschrift von größerem Umfang herausgegeben. Seitdem haben die Umstände dazu genötigt, die Publikationen auf die „Irische Korrespondenz“ zu beschränken, eine ebenfalls monatlich, aber in viel kleinerem Umfang erscheinende Zeitschrift. Vorlesungen über irische und kymrische Sprache und über irische Geschichte hält an der Universität Berlin das Vorstandsmitglied Professor Pokorny. Vorträge über Irland, auch mit Lichtbildern zu vermitteln, ist die Gesellschaft in der Lage.

Ortsgruppen oder andere Zweigstellen besitzt die Gesellschaft nicht. Nur in Hamburg haben sich die Mitglieder zu einer Gruppe zusammengeschlossen, die selbständig arbeitet.

Vertrauensleute hat die Gesellschaft im In- und Auslande.

Bibliothek, Archiv und ähnliche Hilfsmittel befinden sich noch in den ersten Anfängen.

Ständige Arbeitsgemeinschaften mit anderen Organisationen bestehen nicht. Dagegen hat die Gesellschaft bei gegebenen Gelegenheiten mit anderen Vereinigungen zusammengearbeitet, vor allem mit der Vereinigung vergewaltigter Völker.

Die Finanzverhältnisse sind so, daß bis auf weiteres der Bestand der Gesellschaft gesichert erscheint.

Die Jahresberichte sind in den oben bezeichneten Zeitschriften der Gesellschaft inhaltlich bekannt gegeben.

Das Schicksal Irlands befindet sich im Augenblick in einem Wandel, dessen Verlauf zweifelhaft ist. Ob dem irischen Volke dasjenige Maß von Freiheit, das es unweigerlich verlangt, von England freiwillig zugestanden werden wird, ist unsicher. Mag der Ausgang sein, wie er will — mag er dem tapfern, frommen Volke der Iren die Freiheit geben, um die sie unzählige Male gekämpft und geblutet haben, mögen die Verhandlungen fruchtlos bleiben und neue Tyrannei die Smaragdinsel verheeren — die Gesellschaft wird in jedem Falle nicht aufhören, sich zu bemühen, die Beziehungen zwischen den Iren und uns enger zu knüpfen.

Deutsch-Italienische Vereinigung, E. V., Berlin

Berlin W 8, Charlottenstr. 50.

Aus dem „Flüchtlings-Komitee der Italien-Deutschen“, das im Juni 1915 zusammengetreten war, um die aus Italien geflüchteten Deutschen in der Heimat zu betreuen, bildete sich am 24. Juni 1918 die „Vereinigung der Deutschen aus Italien E. V.“, die die vom Komitee geleisteten Arbeiten in erweitertem Umfang fortsetzte und zum Mittelpunkt für die über ganz Deutschland zerstreuten Italien-Deutschen wurde.

Nach Abschluß des Waffenstillstandes gelang es dem Vorstände der Vereinigung, dank dem freundlichen Entgegenkommen der Königl. Italien. Militärmission, für eine größere Anzahl ihrer vor dem Kriege in Italien ansässig gewesen Mitglieder die Einreiseerlaubnis nach Italien zu erwirken. Gleichzeitig wurde der Wunsch rege, weitere Kreise, die an der Wiederherstellung der durch den Krieg zerrissenen vielfachen Beziehungen, die auf wissenschaftlichem, künstlerischem oder sonst auf geistigem Gebiet zwischen den beiden Völkern bestanden hatten, lebhaften Anteil nehmen, zur Mitarbeit heranzuziehen. Die Vereinigung beschloß demzufolge in ihrer ordentlichen Mitgliederversammlung am 28. Oktober 1919, ihr Arbeitsgebiet in der gedachten Richtung zu erweitern, die Beschränkung der Mitgliedschaft auf Italien-Deutsche aufzuheben und den Namen „Deutsch-Italienische Vereinigung E. V.“ anzunehmen.

Inzwischen war mit dem im gleichen Jahre gegründeten „Bund der Auslandsdeutschen“ ein Abkommen getroffen worden, auf Grund dessen die der D. I. V. angehörenden Mitglieder, soweit sie Italien-Deutsche waren, gegen Zahlung eines vereinbarten Beitrages gleichzeitig Mitglieder des „Bundes der Auslandsdeutschen“ wurden, während der Vorstand der D. I. V. die Funktion und Leitung der Abteilung Italien im „Bund der Auslandsdeutschen“ übernahm. Dieses Abkommen war für die Italien-Deutschen deshalb von besonderer Bedeutung, weil durch dasselbe ein einmütiges Zusammengehen mit dem B. d. A. in der wichtigen Frage der Vorentscheidung für die erlittenen Verluste gewährleistet wurde. — Nachdem vom Reich nun auch die Bearbeitung der Hauptentschädigung dem „Bunde der Auslandsdeutschen“ übertragen worden ist, wird die D. I. V. als Abteilung Italien des B. d. A. an der Lösung dieser für die Auslandsdeutschen hochbedeutsamen Aufgabe auch weiterhin tätigen Anteil nehmen.

Eine nicht unbedeutliche Erleichterung seiner Wirtschaftslage brachte manchem Mitgliede die Beteiligung der Vereinigung an der allgemeinen Darlehnskasse, deren wöchentlichen Sitzungen der Geschäftsführer regelmäßig beiwohnt und die Interessen der Italien-Deutschen vertritt.

In allen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien betreffenden Fragen wahrte die D. I. V. in Rücksicht auf den „Deutsch-Italienischen Wirtschaftsverband“, dessen Präsidium der Vorsitzende der D. I. V. angehörte, Zurückhaltung und überwies alle wirtschaftliche Fragen betreffenden Eingänge dem Wirtschaftsverbande zu weiterer Behandlung und Erledigung.

Am 2. Juli 1920 beschloß jedoch der Wirtschaftsverband aus inneren Gründen seine Auflösung und übergab sein Archiv sowie den Kassenbestand an die D. I. V., die nunmehr die Pflege wirtschaftlicher Aufgaben, wie solche sich nach erfolgtem Friedensschluß in wachsendem Umfang im Wechselverkehr beider Länder boten, mit Eifer aufnahm und mit großer Sorgfalt ausbaute. Der weitaus größte Teil der Firmen, die dem Wirtschaftsverbande angehört hatten, trat der D. I. V. als Mitglied bei; andere angesehene Firmen, deren Zahl sich stetig vergrößert (gegenwärtig 246) aus Industrie-, Bank- und Handelskreisen schlossen sich den ersteren an.

Die Bearbeitung mannigfacher Wirtschaftsfragen, des Transportwesens, der Zollverhältnisse, namentlich im Hinblick auf die bevorstehenden Unterhandlungen betr. Abschluß eines deutsch-italienischen Handelsvertrages, sowie die fortlaufende Berichterstattung über alle wichtigeren Vorgänge im italienischen Wirtschaftsleben bieten der wirtschaftlichen Abteilung der Vereinigung ein weites fruchtbares Feld der Tätigkeit. Neben der unmittelbaren Information durch die in allen wichtigeren Handelsplätzen Italiens ansässigen Mitglieder wird die Fachpresse mit Aufmerksamkeit verfolgt und stete Fühlung mit den deutschen Behörden in Berlin, Rom und Mailand wie auch mit der hiesigen italienischen Botschaft und der Handelsdelegation unterhalten.

Seit Mitte November 1919 veröffentlicht der Vorstand in den „Mitteilungen“, die zunächst in zwangloser Folge erschienen und allen Mitgliedern zugingen, alles Wissenswerte über den Stand der Vorentscheidung, über neue Verordnungen der italienischen Regierung, Paß- und Einreise-Fragen, die Freigabe des deutschen Eigentums, die Geschäftslage usw. Mit Beginn des Jahres 1921 gelangte ferner monatlich neben den „Mitteilungen“ eine „Handelskorrespondenz“ zur Ausgabe, die jedoch ausschließlich an die der Vereinigung angeschlossenen Firmenmitglieder versandt wird. — Diesem wirtschaftlichen Nachrichtendienst hat der Vorstand eine ganz besondere Aufmerksamkeit zugewandt und wird in Zukunft die „Handelskorrespondenz“ mindestens wöchentlich, bei Bedarf auch öfter, zum Versand bringen, um den Mitgliedern die Wirtschaftsnachrichten auf dem schnellsten Wege zuzuleiten.

Deutsch-Norwegischer Wirtschaftsverband, Berlin

Berlin SW 61, Lankwitzstr. 5.

Der Deutsch-Norwegische Wirtschaftsverband zu Berlin zählt gegenwärtig 500 Mitglieder. Der Vorstand besteht aus den Herren: H. Schmoller, Direktor der Norge-Salpeter-Verkaufsges. Berlin, Paul Sahle, Direktor der Vulkanwerke, Stettin, und aus dem Syndikus Dr. P. Kiefer, Berlin.

Der Verband ist am 15. Juli 1920 gegründet worden, mit dem Zweck, die angeschlossenen Mitglieder und Firmen in Deutschland und Norwegen in ihrer gesamten geschäftlichen Tätigkeit zu unterstützen.

Der Verband gibt die in fünf Sprachen erscheinende „Nordische Wirtschaftszeitung“ heraus, die seit Beginn des Jahres 1921 vierzehntägig erscheint.

Der Verband unterhält Geschäftsstellen in Deutschland und Norwegen und steht in enger Arbeitsgemeinschaft mit den andern deutsch-nordischen Wirtschaftsverbänden. Der Verband besitzt eine Bibliothek und ein Archiv und wird durch Mitgliedsbeiträge unterhalten.

Über die Tätigkeit des Verbandes geben die Geschäftsberichte Aufschluß.

Deutsch-Österreichisch-Ungarischer Wirtschaftsverband, Berlin

Berlin W 35, Am Karlsbad 16.

Der Deutsch-Österreichisch-Ungarische Wirtschaftsverband ist ein eingetragener Verein, der gegenwärtig rund 1800 Mitglieder umfaßt. Die Leitung liegt in der Hand eines Präsidiums, eines Gesamtvorstands, der aus mindestens 20 Mitgliedern besteht, und aus der Mitgliederversammlung.

Der Zweck des Verbandes ist, wie aus den Satzungen hervorgeht, die Pflege und Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich einerseits und Deutschland und Ungarn andererseits, unter Ausschuß jeder Erwerbstätigkeit des Vereins. Dieser Zweck wird erreicht:

1. durch Mitwirkung in der Vertretung dieser Interessen vor den maßgebenden Stellen der Gesetzgebung und Verwaltung,
2. durch Unterstützung der Mitglieder bei Abwicklung ihrer geschäftlichen Beziehungen, insbesondere durch Erteilung von Auskünften über Transport- und Verkehrsverhältnisse, sowie über Rechtsangelegenheiten, durch Übersetzung von Urkunden usw.,
3. durch Verbreitung von Schriftwerken und Abhaltung von Vorträgen über die Bedeutung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen.

Der Verein hat kaufmännische, technische und juristische Vertrauensleute in Deutschland sowohl wie in den Nachbarstaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie und unterhält Geschäftsstellen in Dresden, Wien, Prag, Brünn, Preßburg, Budapest, Agram und Laibach.

Der Verband gibt als regelmäßig erscheinendes Organ die „Weltwirtschaftszeitung“ heraus und veröffentlicht über seine Tätigkeit regelmäßige Jahresberichte.

Der Verband ist im Jahre 1913 gegründet worden und hat sich insbesondere während des Krieges einer außergewöhnlichen Entwicklung erfreut, zumal er durch seine Tätigkeit in enge Berührung mit den wirtschaftlichen Organisationen Deutschlands und Österreich-Ungarns kam und sich durch seine Tätigkeit bei diesen Stellen eines zunehmenden Ansehens erfreute. Nach der politischen Umwälzung infolge

der Revolution mußte der Verein eine grundlegende organisatorische Umstellung vornehmen, da das Gebiet der ehemals österreichisch-ungarischen Monarchie nunmehr in eine Reihe kleinerer Staatsgebilde zerfiel. Durch die Umstellung in einzelne Länderabteilungen und durch einen Ausbau seiner Organisation derart, daß für jedes dieser einzelnen Staatsgebilde eigene Geschäftsstellen innerhalb der einzelnen Staaten selbst geschaffen wurden, gelang es, im Laufe der Jahre in den neuen Staaten zunehmende Bedeutung zu erlangen und die alten Beziehungen wesentlich auszugestalten. Der Verein hat durch seine Arbeit nunmehr einen ausgedehnten Verbindungskreis mit den Behörden aller Nachfolgestaaten und wird auch bei den wirtschaftlichen Verhandlungen von den Regierungen des Deutschen Reichs und der einzelnen Staaten zur Mitarbeit herangezogen. Dadurch ist es gelungen, bei den zahlreichen wirtschaftlichen Verhandlungen eine Reihe wesentlicher Erleichterungen im Interesse der Reichsdeutschen durchzusetzen und den Tätigkeitskreis des Verbandes wesentlich zu erweitern.

Deutsch-Persische Gesellschaft, E. V., Berlin

Generalsekretariat bis auf weiteres: Konsul Waßmuß, Berlin-Grunewald, Kunz-Buntschuhstraße 4.

Die Deutsch-Persische Gesellschaft ist ein eingetragener Verein, der gegenwärtig etwa 500 Mitglieder umfaßt und zu Anfang des Jahres 1918 gegründet wurde mit dem Zweck, die Herstellung eines engen wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisses zwischen dem deutschen und persischen Reich zu fördern, die allgemeinen und persönlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und persischen Volk zu pflegen, sowie die Kenntnis der Eigenart des persischen Landes und Volkes in Deutschland zu vertiefen. Im Jahre 1921 wurde die Tätigkeit der Gesellschaft durch die Gründung einer Anzahl von Kommissionen erweitert.

Eine wissenschaftlich-literarische Kommission hat die Aufgabe, eine persönliche Fühlungnahme aller derjenigen deutschen und persischen Persönlichkeiten zu ermöglichen, die wissenschaftliche oder literarische Interessen an Persien haben und eventuell eine gemeinschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, insbesondere der persischen Literatur herbeizuführen. Auch soll die Kommission alle darauf bezüglichen Arbeiten, vor allem die Drucklegung von Werken wissenschaftlichen oder literarischen Charakters über Persien fördern.

Eine historisch-politische Kommission soll sich hauptsächlich mit der neueren Geschichte und Politik Persiens befassen.

Eine verkehrstechnische Kommission, die wie die beiden ersten die Zusammenführung von Interessenten beider Länder bezweckt, dient dem Studium der Verkehrsverhältnisse innerhalb Persiens und der Verkehrswege nach Persien. Aufstellungen und Prüfungen neuer Verkehrsprojekte werden jedenfalls ein Ziel dieser Kommission sein.

Eine Pressekommission soll dafür sorgen, daß Persien in größerem Umfang als bisher in der deutschen Presse behandelt wird, ebenso auch dafür, daß die persische und die sonstige Presse den Zwecken der Gesellschaft dienstbar gemacht wird.

Eine besondere Kommission ist der bereits bestehende Beirat für die Erziehung persischer Schüler in Deutschland, der in die Deutsch-Persische Gesellschaft eingetreten ist.

Die Leitung der Gesellschaft liegt in der Hand eines Vorstands, dessen erster Vorsitzender gegenwärtig Staatsminister v. Hentig ist. Sein Stellvertreter ist zurzeit Freiherr Hartmann von Richthofen, M. d. R., M. d. A.

Das Generalsekretariat bekleidet nach der kürzlich erfolgten Versetzung des bisherigen Generalsekretärs Vizekonsul Kapp, Konsul Waßmuß, Berlin.

Deutsch-Portugiesische Koloniale Studiengesellschaft, E. V., Berlin

Berlin-Charlottenburg 2, Grolmannstr. 36.

Die Deutsch-Portugiesische Koloniale Studiengesellschaft Berlin ist am 18. Juni 1921 als eingetragener Verein gegründet worden mit dem Zweck, die Siedlungsmöglichkeiten für deutsche Pflanzler in portugiesischen Kolonien zu erforschen, und zwar auf gemeinnütziger Grundlage. Einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb strebt der Verein nicht an. Der Bestand der Studiengesellschaft ist zeitlich beschränkt auf etwa 2 Jahre gedacht. Während dieser Zeit muß sie ihre Aufgabe erfüllt haben, die mit der Aussendung des Landesrats a. D. von Roeder, eines alten Afrikaners, nach Angola im Juni 1921 aufgenommen wurde. Dieser soll als landwirtschaftlicher und kolonialer Sachverständiger Angola bereisen und geeignetes Land für deutsche Ansiedler sichern, wenn die dortigen Verhältnisse den Erwartungen entsprechen.

Die Studiengesellschaft als solche ist ein gemeinnütziges, den deutschen Interessen dienendes nationales Unternehmen, das vorläufig nur ein Studium der Verhältnisse in Portugiesisch-Afrika bezweckt. Später ist eine Umwandlung in eine Siedlungsgesellschaft in Aussicht genommen für den Fall, daß sich die gehegten Erwartungen rechtfertigen.

Deutsch-Rumänischer Wirtschaftsverband, Berlin

(Verband zur Wahrung deutscher Interessen in Rumänien, E. V.)
Berlin C 2, Burgstr. 26.

Der Deutsch-Rumänische Wirtschaftsverband ist ein eingetragener Verein, der gegenwärtig etwa 1000 Mitglieder umfaßt und Ende 1916 gegründet wurde mit der Aufgabe, die ihm angehörenden Mitglieder sowohl in Deutschland als auch in Rumänien in allen ihren geschäftlichen Angelegenheiten im deutsch-rumänischen Wirtschaftsverkehr zu unterstützen.

Der Verein besitzt Geschäftsstellen in Bukarest und Jassy und gibt die „Rumänische Wirtschaftszeitung“ heraus, die monatlich erscheint und von Syndikus Dr. Kiefer geleitet wird, der gleichzeitig auch dem Vorstand des Verbands als Beirat angehört.

Der Vorsitzende des Vorstands ist zurzeit der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Behrendt, der stellvertr. Vorsitzende Direktor Dr. Fleischmann, Kommerz- und Privatbank A.-G.

Der Verband besitzt eine vollständige Kartothek der Firmen Großrumäniens. Er unterhält Arbeitsgemeinschaft mit den übrigen deutsch-ausländischen Wirtschaftsverbänden sowie mit dem Verband deutsch-ausländischer Wirtschaftsvereine.

Die Ausgaben werden im wesentlichen durch Mitgliedsbeiträge gedeckt.

Über die Tätigkeit des Verbands unterrichten Jahresberichte, sowie besondere Mitteilungen an die Mitglieder.

Deutsch-Russischer Verein zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, E. V., Berlin

Berlin SW 11, Hallesche Straße 1.

Der Deutsch-Russische Verein ist ein eingetragener Verein, dem über 1100 eingetragene Firmen, 49 Handelskammern und 46 freie Verbände und außerdem 320 Einzelpersonen, welche insbesondere als frühere Angestellte in Rußland an den wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland interessiert sind, als Mitglieder angehören.

Die Leitung liegt in der Hand des Gesamtvorstands, bestehend aus 28 Vertretern aus Firmen oder Verbänden, und eines aus 5 Herren bestehenden geschäftsführenden Vorstandes, dem der leitende Syndikus als geschäftsführendes Vorstandsmitglied angehört. Der Verein ist im Jahre 1899 gegründet, er hat sich in sehr erfreulichem Maße entwickelt.

1. Vorsitzender war bis zum Jahre 1914 Geheimer Kommerzienrat Hermann Wirth, gleichzeitig erster Vorsitzender des Bundes der Industriellen. Sein Nachfolger wurde Kommerzienrat Dr. h. c. H. Friedrichs, ebenfalls erster Vorsitzender des Bundes der Industriellen, später einer der beiden Präsidenten des Kriegsausschusses der Deutschen Industrie und Mitbegründer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Der Deutsch-Russische Verein hat an allen Maßnahmen betreffend die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Osteuropa als Berater sowohl der deutschen als auch der russischen Regierungen als Vertreter der Wünsche der Industrie und des Handels Deutschlands regsten Anteil genommen.

Der Aufgabenkreis des Vereines ist in der Satzung wie folgt festgelegt:

Der Verein bezweckt ausschließlich die Pflege und Förderung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland, indem er:

1. durch Schrift und Wort die Erkenntnis der wachsenden Bedeutung des deutsch-russischen Handelsverkehrs in beiden Ländern zu verbreiten sucht;
2. bei den maßgebenden Stellen der Gesetzgebung und der Verwaltung in beiden Ländern sich Gehör und Ansehen zu verschaffen und zu erhalten strebt, um bei der Vorbereitung von Verträgen zwischen beiden Ländern, betreffend den gegenseitigen Handels- und sonstigen Verkehr, den gegenseitigen Schutz des geistigen Eigentums auf künstlerischem und gewerblichem Gebiete usw., im Sinne seiner Ziele fördernd einzuwirken und bei etwaigen Streitigkeiten in dieser Hinsicht für eine rasche und befriedigende Beilegung derselben eintreten zu können;
3. den Mitgliedern bei ihrem geschäftlichen Verkehr mit dem andern Lande Dienste leistet, insbesondere:

- a) durch Auskunftserteilung auf Grund eigener Wissenschaft oder anzustellender Ermittlungen über die Absatzfähigkeit bestimmter Artikel in dem anderen Lande und Beschaffung gangbarer Muster;
- b) durch Bekanntgabe von Bezugsquellen für Rohwaren und Fabrikate, wobei in erster Linie Vereinsmitglieder zu berücksichtigen sind;
- c) durch Ermittlung und Kenntnissgabe der günstigsten Fracht- und Zollverhältnisse für bestimmte Relationen;
- d) durch Unterstützung bei Schwierigkeiten, welche den Mitgliedern aus ihrem geschäftlichen Verkehr mit Zoll-, Verkehrs- und sonstigen Verwaltungsbehörden des anderen Landes entstehen;
- e) durch Vermittelung in Streitigkeiten, welche den Mitgliedern aus ihrem geschäftlichen Verkehr mit Lieferanten oder Abnehmern im anderen Lande erwachsen;
- f) durch Nachweis und Überwachung geeigneter Rechtshilfe bei der Verfolgung von Rechtsansprüchen im anderen Lande;
- g) durch Übersetzung von Schriftstücken, welche im geschäftlichen Verkehr der Mitglieder des einen Landes mit dem anderen Lande nötig werden;
- h) durch Vermittelung von Stellen für kaufmännische und technische Angestellte in Rußland und Pflege des Zusammenhanges zwischen den deutschen Angestellten in Rußland und Deutschland und den Handels- und Industriekreisen in Deutschland.

Die Geschäftsführung ist berechtigt, die durch vorstehende Dienstleistungen entstandenen Unkosten den betreffenden Mitgliedern in Anrechnung zu bringen.

Der innere Aufbau ist zentralisiert in der Hauptgeschäftsstelle in Berlin. In Osteuropa sind, soweit es zweckmäßig ist, an den Hauptplätzen Vertreter und Vertrauensleute eingesetzt. Die Verbindung mit den Mitgliedern und den Mitarbeitern diesseits und jenseits der Grenze wird unterstützt durch das wöchentlich mit 16 Seiten Text herauskommende Vereinsorgan, die „Osteuropäische Wirtschaftszeitung“.

Die Bibliothek umfaßt über 3000 Bände. Ferner ist ein reiches in den 22 Jahren des Bestehens des Vereines angesammeltes Material aller Art vorhanden.

Eine Arbeitsgemeinschaft mit anderen Organisationen besteht insofern, als zu allen Osteuropa betreffenden Organisationen freundschaftliche Beziehungen unterhalten werden.

Die Finanzverhältnisse sind als günstig zu bezeichnen, auch ist ein Vermögen vorhanden.

Der Verein hat zahlreiche Drucksachen herausgegeben. Auch sind früher jährlich Jahresberichte erschienen. Zurzeit ist die wichtigste Drucksache das Vereinsorgan, die „Osteuropäische Wirtschaftszeitung“.

Deutsch-Schwedische Vereinigung, Berlin

Geschäftsstelle: Charlottenburg 4, Mommsenstr. 56 III.

Die Deutsch-Schwedische Vereinigung in Berlin, gegründet am 16. März 1920, hat ihre Geschäftsstelle in Berlin-Charlottenburg, Mommsenstr. 56, in gemieteten Räumen.

Sie ist ein nicht rechtsfähiger Verein mit zurzeit 1000 Mitgliedern.

Der Vorstand besteht aus 25 deutschen und schwedischen Damen und Herren; Vorsitzender ist Staatsminister Dr. von Sydow.

Die Vereinigung will die geistigen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Völkern fördern.

Zu diesem Zwecke haben während der Winter- und Frühjahrsmonate verschiedene Vorträge in der Universitätsaula stattgefunden; vom Herbst d. J. ab sollen Vortragsreisen und Einzelvorträge über Deutschland und Schweden eingerichtet werden. Sprachlehrgänge für Erwachsene und Kinder (von April bis Juni 1921 allein 11) fanden seit Gründung der Vereinigung in verschiedenen Stadtteilen Groß-Berlins statt. An ihnen nahmen bereits über 1000 Personen aller Stände teil.

Während der Wintermonate fanden 2 große Gesellschaftsabende mit erstklassigem künstlerischem Programm im Marmorsaal (Zoo) statt.

Die „Deutsch-Schwedischen Blätter“, Verlag E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW 68, die Zeitschrift der Vereinigung, liegt bereits in 4 Hefen vor.

Mitglieder können alle unbescholtenen deutschen und schwedischen Männer und Frauen werden, die sich verpflichten, die Vereinsaufgaben zu fördern und den Mitgliedsbeitrag von jährlich 20 M. (Studenten 10 M.) zu entrichten.

Auskünfte werden unentgeltlich auf der Geschäftsstelle an Jedermann erteilt. Mit Vermittlungen geschäftlicher Art befaßt sich die Vereinigung nicht.

Ausstellung deutscher und schwedischer Kunst werden vermittelt, Bücher über Schweden in Deutschland vertrieben, Wohnungs- und Stellungsgesuche in Deutschland lebender Schweden nach Möglichkeit vermittelt.

Eine Leihbibliothek von zirka 2000 Bänden nur in schwedischer Sprache soll im Herbst d. J. eingerichtet werden.

Gründung von Ortsgruppen mit je 80—100 Mitgliedern ist bereits in Jena, Leipzig, Weimar und Kiel, sowie Dresden erfolgt, eingeleitet in Breslau, Lübeck und Hamburg.

Mit der „Svensk-TyskaFöreningen“ in Stockholm steht die Vereinigung dauernd in Verbindung.

Deutsch-Schwedischer Wirtschaftsverband, Berlin

Berlin SW 61, Lankwitzstr. 5.

Der Deutsch-Schwedische Wirtschaftsverband zu Berlin zählt gegenwärtig rund 1000 Mitglieder. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden Geheimer Kommerzienrat Dr. Louis Ravené, dem stellvertr. Vorsitzenden Generaldirektor Bernhard Grau und aus dem Syndikus Dr. P. Kiefer, Berlin. Der Verband ist am 17. Dezember 1919 gegründet worden, mit dem Zweck, die angeschlossenen Mitglieder und Firmen in Deutschland und Schweden in ihrer gesamten geschäftlichen Tätigkeit zu unterstützen.

Der Verband gibt die in fünf Sprachen erscheinende „Nordische Wirtschaftszeitung“ heraus, die seit Beginn des Jahres 1921 vierzehntägig erscheint.

Der Verband unterhält Geschäftsstellen in Deutschland und Schweden und unterhält eine enge Arbeitsgemeinschaft mit den andern deutsch-nordischen Wirtschaftsverbänden. Der Verband besitzt eine Bibliothek und ein Archiv und wird durch Mitgliedsbeiträge unterhalten.

Über die Tätigkeit des Verbandes geben die Geschäftsberichte Aufschluß.

Deutsch-Türkische Vereinigung, Berlin

Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a.

Die Deutsch-Türkische Vereinigung ist in der Kriegszeit gegründet worden mit dem Zweck, ein engeres Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung herbeizuführen.

Wie aus dem Jahresbericht für das Jahr 1920 hervorgeht, hat die Gesellschaft gegen 5000 Mitglieder und besitzt zahlreiche Ortsgruppen in den verschiedensten Teilen des Deutschen Reichs.

Zur wichtigsten Aufgabe der Deutsch-Türkischen Vereinigung ist in den letzten zwei Jahren die Ausbildung junger Türken in Deutschland geworden. Gegenwärtig befinden sich rund 220 türkische Lehrlinge in Deutschland, die teils als Landwirtschaftslehrlinge, teils als Lehrlinge in Handwerks- und Bergwerksbetrieben unterrichtet worden sind. Ferner werden eine Anzahl junger Türken unter Vermittlung der Vereinigung als Schüler deutscher Mittelschulen für die Universitätslaufbahn vorbereitet.

Deutsch-Vlämische Gesellschaft, E. V., Berlin

Charlottenburg V, Königsweg 16.

Die „Deutsch-Vlämische Gesellschaft“ (E. V.) ist im Herbst 1917 durch Verschmelzung der seit dem Frühjahr bestehenden Berliner Gesellschaft gleichen Namens und der gleichzeitig mit ihr in Düsseldorf begründeten „Gesellschaft zur Pflege der deutsch-vlämischen Beziehungen“ entstanden. Die getrennten Geschäftsstellen sind beibehalten worden. Als Sitz der Gesellschaft gilt Berlin. Zweck der Gesellschaft ist die Verbreitung der Kenntnis und des Verständnisses des Vliementums unter den Deutschen und des Deutschums unter den Vliamen, sowie die Pflege der wechselseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und Flandern auf der Grundlage der Stammes- und Sprachverwandtschaft. Erster Vorsitzender ist Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Jostes zu Münster i. W. Dem Vorstand steht ein Beirat zur Seite. Ortsgruppen sind außer in Berlin in Bremen, Erfurt, auf dem Fläming, in Gießen, Göttingen, Hannover, Kassel, Marburg a. d. Lahn, München, Stettin und Würzburg gegründet worden.

Der Vorstand gibt ein Vereinsblatt „Vlamenland“ heraus.

Politische Betätigung ist ausgeschlossen.

Institut für den Wirtschaftsverkehr mit Bulgarien, E. V., Berlin

Berlin W 8, Charlottenstr. 56.

Das Institut für den Wirtschaftsverkehr mit Bulgarien zu Berlin ist ein eingetragener Verein, der gegenwärtig 266 Mitglieder umfaßt und im Frühjahr 1916 begründet wurde. Aus dem Arbeitsplan des Instituts geht hervor, daß das Institut in erster Linie bestrebt ist, durch Hebung der Kenntnisse über das bulgarische Wirtschaftsleben in Deutschland die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu beleben und dem Handelsverkehr zwischen Deutschland und Bulgarien die Wege zu ebnet. Die einzelnen Arbeitszweige des Instituts sind vielgestaltiger Art:

Förderung der Landwirtschaft.

Technische und fachliche Beratung zum Ausbau der Bulgarischen Industrie. Erteilung von Gutachten zwecks Aufschließung der Bodenschätze Bulgariens. Verbesserung der Verkehrsbeziehungen zwischen Bulgarien und Deutschland. Erleichterung der Einfuhr aus Bulgarien nach Deutschland und der Ausfuhr von Deutschland nach Bulgarien.

Ausbildung junger Bulgaren in Deutschland.

Propaganda für bulgarische Bäder. Hebung des Fremdenverkehrs.

Beratung in Unterrichts- und literarischen Angelegenheiten.

Genossenschaftswesen.

Fortlaufende Berichterstattung über alle interessanten Vorgänge in Bulgarien und Deutschland.

Wahrnehmung der Interessen der Mitglieder des Institutes durch die Berliner Zentrale und das Sofiaer Zweiginstitut.

Errichtung eines umfassenden bulgarisch-deutschen Archivs.

Statistik.

Das Institut steht unter Leitung eines Vorstands, der aus den Leitern der 3 großen Gruppen Deutschlands besteht. Dem Vorsitzenden des Zentralverbands deutscher Industrie, dem Vorsitzenden des Bunds der Industriellen und dem Vorsitzenden des Bunds der Landwirte. Neben dem Vorstand besteht ein Ausschuß, dem, abgesehen von den oben erwähnten Persönlichkeiten, noch mehrere führende Herren aus dem deutschen Wirtschaftsleben angehören.

Das Institut gliedert sich in eine Handelsabteilung und in ein Archiv, es besitzt ferner eine Bibliothek, die gegenwärtig rund 600 Werke umfaßt, einige 1000 Zeitungsausschnitte und einige Dutzend Karten und Bilder. Die Arbeit des Instituts wird durch die Mitgliedsbeiträge aufrechterhalten.

Abgesehen von einzelnen Flugblättern gibt das Institut Jahresberichte heraus, die über seine Tätigkeit unterrichten.

Russisch-deutsche Gesellschaft, E. V., Berlin

Berlin W 10, Königin-Augusta-Str. 24.

Die Russisch-Deutsche Gesellschaft ist ein eingetragener Verein, der gegenwärtig etwa 256 Mitglieder umfaßt und im Oktober 1919 begründet worden ist. Zweck der Gesellschaft ist, wie aus dem § 1 der Satzungen hervorgeht, die Wiederanknüpfung und Förderung der Beziehungen Rußlands zum Deutschen Reich auf den Gebieten von Wissenschaft, Kunst, Handel, Industrie mit dem Ziel der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung dauernder Freundschaft zwischen den beiden Ländern. Der Verein setzt sich insbesondere zur Aufgabe:

- a) Die Mitarbeit an der kulturellen und wirtschaftlichen Wiedererstarkung Rußlands.
- b) Die Veranstaltung von Vorträgen, Vorlesungen, Besprechungen und Lehrgängen.
- c) Die Errichtung von Schulen und Bildungsanstalten.
- d) Die Herausgabe von Büchern und Schriften aller Art,
- e) Die Gründung von Stipendien und Aussetzung von Preisen für wissenschaftliche und literarische Leistungen.
- f) Die Gewährung von Hilfe und Geldunterstützungen an russische Staatsangehörige und Anstalten.

g) Die Erleichterung und Förderung der Rückkehr russischer Staatsangehöriger in ihre Heimat.

h) Die Förderung aller auf die Wiederherstellung geordneter, gesetzlicher Zustände in Rußland gerichteten Bestrebungen.

i) Die Raterteilung an russische Staatsangehörige in rechtlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten.

k) Die Unterhaltung eines Vereinslokals und Lesesaals, Bücherei und Auskunftsbureaus.

Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb ist von der Tätigkeit des Vereins ausgeschlossen.

Alle Einkünfte der Gesellschaft sind ihrem gemeinnützigen Charakter entsprechend unentgeltlich und für weitere Kreise zugänglich. Ein besonderes Wohltätigkeitskomitee ist der Gesellschaft angegliedert.

Die Mittel für den Geschäftsbetrieb rühren aus Schenkungen, sowie aus dem Erlös aus Vorträgen und gesellschaftlichen Veranstaltungen her. Mitgliedsbeiträge werden nicht erhoben.

Gedruckte Berichte oder sonstige Veröffentlichungen gibt die Gesellschaft nicht heraus.

Verband für den Fernen Osten, E. V., Berlin

Berlin W 35, Potsdamerstr. 28 II.

Der Verband für den Fernen Osten ist ein eingetragener Verein, dessen gegenwärtige Mitgliederzahl 1250 beträgt.

Die Leitung liegt in der Hand der folgenden Herren: Dr. v. Koerner, Exzellenz, Wirklicher Geheimer Rat, Vorsitzender, Berlin; Martin March, i. Fa. Carlowitz & Co., Vorsitzender des Ostasiatischen Vereins, I. Stellvertreter des Vorsitzenden, Hamburg; C. v. Borsig, Geheimer Kommerzienrat, II. Stellvertreter des Vorsitzenden, Berlin-Tegel; v. Truppel, Exzellenz, Gouverneur a. D., Admiral z. D., Schriftführer, Berlin; Fr. Urbig, Geschäftsinhaber der Direktion der Disconto-Gesellschaft, Schatzmeister, Berlin; Dr. Friedrichs, Kommerzienrat, Potsdam; Max Niclassen, i. Fa. Arnheil, Karberg & Co., Berlin; Dr. A. Penck, Professor, Geheimer Regierungsrat, Direktor des Instituts für Meereskunde, Berlin; L. Raschdau, Exzellenz, Wirklicher Geheimer Rat, Berlin; Rötger, Landrat a. D., Berlin.

Außerdem besteht ein Hauptausschuß, ein wirtschaftlicher Ausschuß und ein Kultur-Ausschuß. Sämtlichen Ausschüssen gehören Vertreter des deutschen Wirtschaftslebens, der Regierung und der Wissenschaft an.

Der Geschäftsführer ist Dr. Max Linde.

Der Verband trat am 1. April 1914 unter dem Namen „Deutsch-Chinesischer Verband“ in Tätigkeit. Sein erster Vorsitzender war der frühere deutsche Gesandte in Peking, Herr Wirklicher Geheimer Rat Dr. Freiherr von Mumm, Exzellenz. Ende 1919 erfolgte die Verschmelzung des Verbandes mit der damaligen Deutsch-Asiatischen Gesellschaft, deren Kultur-Ausschuß die Deutsche Medizinschule in Schanghai unterstand. Auf Grund vertraglicher Vereinbarungen übernahm der Verband für den Fernen Osten im Jahre 1920 die von dem früheren Kultur-Ausschuß verwaltete Deutsche Medizinschule für Chinesen und die durch die „Vereinigung zur Errichtung deutscher technischer Schulen in China“ unterhaltenen technischen Lehranstalten in Schanghai und Hankau. Seit dem 1. Januar 1920 liegt der Vorsitz in Händen des Herrn Wirklichen Geheimen Rat Dr. von Koerner, Exzellenz, Berlin.

Der Verband für den Fernen Osten hat den Zweck, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Ostasien, insbesondere China, Japan und Siam, zu fördern. Diesem Zweck entsprechend betätigt sich der Verband auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete. An Veröffentlichungen wird gegenwärtig von ihm in Verbindung mit dem Deutschen Übersiedeldienst eine vierzehntägig erscheinende Zeitschrift „Ostasiatische Rundschau“ herausgegeben. Außerdem veröffentlicht der Verband eine Schriftenreihe, in der bisher 5 Bände erschienen sind.

Um die persönlichen Beziehungen zwischen den in Deutschland lebenden früheren Residenten aus Ostasien aufrecht zu erhalten, veranstaltet der Verband regelmäßig sogenannte Ostasien-Abende. In weitgehendem Umlange hat er sich auch der Unterstützungstätigkeit in Verbindung mit der Allgemeinen Darlehnskasse für aus Feindland vertriebene Reichsdeutsche angenommen. Ein besonderes Gebiet seiner Tätigkeit sieht der Verband in der Förderung der in Deutschland studierenden Chinesen und Japaner. Wiederholt hat der Verband Vorträge und Vortragszyklen veranstaltet, um weitere Kreise mit den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen Ostasiens bekannt zu machen. — Die Auskunfterteilung durch den Verband geschieht unentgeltlich.

Der Verband besitzt eine lediglich die Literatur über Ostasien umfassende Bibliothek von mehr als 3000 Bänden. Die Zahl der im Archiv des Verbandes gesammelten Zeitungsausschnitte beträgt gegenwärtig 250000. Außerdem besitzt der Verband eine Sammlung von Diapositiven, die augenblicklich aus rund 1000 Bildern besteht.

Der Verband steht in engster Verbindung mit dem Ostasiatischen Verein in Hamburg, dessen erster Vorsitzender zugleich Stellvertreter des Vorsitzenden des Verbandes ist.

Die Mittel des Verbandes werden aufgebracht durch Jahresbeiträge der Mitglieder und durch freiwillige Stiftungen von industriellen Unternehmungen, Banken usw. — Abgesehen von Aufwendungen für die Lehranstalten des Verbandes beträgt sein Etat gegenwärtig M. 250000. — p. a. — Durch Stiftungen steht dem Verbande ein größeres Vermögen zur Verfügung.

Seit dem Jahre 1914 hat der Verband alljährlich Jahresberichte über seine Tätigkeit herausgegeben. An sonstigen von ihm veröffentlichten Drucksachen existieren das „China-Archiv“ bzw. „Archiv für den Fernen Osten“ und die „Mitteilungen für China-Deutsche“. Diese Veröffentlichungen erscheinen seit dem 1. Februar 1920 nicht mehr. An ihre Stelle ist die oben genannte „Ostasiatische Rundschau“ getreten.

Deutsch-Südrussischer Verband, E. V., Dresden

[Dresden A., König-Johann-Str. 2.

Der Deutsch-Südrussische Verband ist ein eingetragener Verein, der erst kürzlich begründet worden und zurzeit im Aufbau begriffen ist. Über seine Bestrebungen unterrichten die Mitteilungen des Verbands, die bisher noch nicht regelmäßig erschienen sind.

Deutsch-Südslawische Gesellschaft, E. V., Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., Bornwiesenweg 2.

Die Deutsch-Südslawische Gesellschaft zu Frankfurt a. M. ist ein eingetragener Verein, der Anfang August 1921 begründet worden ist, zu dem Zweck, durch wissenschaftliche Vorträge, durch literarische und musikalische Abende, Ausstellungen, Veröffentlichungen, Herausgabe periodischer Mitteilungen, Anlage eines Archivs über deutsch-südslawische Beziehungen, persönliche Auskünfte und andere geeignete Mittel dem deutschen Volke die Kultur des südslawischen Nachbarvolks (Serben, Kroaten, Slowenen, Bulgaren) nahezubringen und so eine kulturelle Brücke zwischen beiden Völkern zu schlagen.

Die Gesellschaft erhält sich durch Mitgliedsbeiträge und wird von einem Vorstand geleitet, der jährlich von der Mitgliederversammlung gewählt wird.

Die Gesellschaft ist gemeinnütziger Art und verfolgt keinerlei politische Zwecke.

Für diesen Winter ist neben der Gründung eines periodisch erscheinenden Korrespondenzblatts kulturellen, wirtschaftlichen und allgemein interessierenden Inhalts, sowie eines deutsch-südslawischen Jahrbuchs die Verbreitung südslawischer Literatur in guten deutschen Übersetzungen beabsichtigt, ferner eine Anzahl von Darbietungen, über welche im „Auslanddeutschen“ an anderer Stelle berichtet wird. (Auszug aus dem Gründungsbericht.)

Deutsch-Griechische Gesellschaft, E. V., Hamburg

Hamburg, Welckerstr. 2.

Die Deutsch-Griechische Gesellschaft zu Hamburg ist ein eingetragener Verein der im Jahre 1914 gegründet wurde und sich seit 1919 nach Beendigung des Krieges weiter entwickelt hat.

Zweck der Gesellschaft ist Förderung des Interesses für die griechische Kultur und Wirtschaft und Belebung der Beziehungen zwischen Deutschland und Griechenland.

Die Gesellschaft umfaßt gegenwärtig über 600 Mitglieder und unterhält, abgesehen von der Geschäftsstelle zu Hamburg, Ortsgruppen in München, Berlin und Karlsruhe.

Neben den kulturellen Zielen hat die Gesellschaft auch eine Stellenvermittlung eingerichtet.

Die Gesellschaft wird durch Mitgliedsbeiträge erhalten und gibt eine Zeitschrift „Hellas“ heraus, die seit Ende April 1921 erscheint.

Der Vorsitzende der Gesellschaft ist zurzeit Professor Dr. E. Ziebarth, zugleich ordentlicher Professor der alten Geschichte an der Universität Hamburg.

Deutsch-Mexikanische Vereinigung, E. V., Hamburg

Hamburg 5, An der Alster 51.

Die Deutsch-Mexikanische Vereinigung zu Hamburg ist ein eingetragener Verein, der gegenwärtig 150 Mitglieder umfaßt mit dem Zweck, die Kenntnisse über Mexiko in Deutschland zu heben und sich derjenigen Deutschen anzunehmen, die früher in Mexiko ansässig waren. Der Verein veranstaltet Vorträge über Mexiko und wird durch Jahresbeiträge erhalten. Regelmäßige Zusammenkünfte der Mitglieder finden wöchentlich, bzw. monatlich statt.

Deutsch-Finnländische Vereinigung, Lübeck

Lübeck, Breitestr. 6.

Ehrenvorsitzender der Vereinigung ist Geh. Rat Prof. Dr. Eucken, Jena. Vorsitzende sind Senator C. Dimpker, Lübeck; R. H. v. Donner, Hamburg; Konsul C. Adolf Jacobi, Bremen. Die Geschäftsführung liegt in der Hand des Handelskammersyndikus Dr. Th. M. Cords, Lübeck.

Der Vorstand der Vereinigung besteht aus 12 bis 18 von der Hauptversammlung zu erwählenden Mitgliedern. Die drei Hansestädte müssen im Vorstand mindestens durch je drei Mitglieder vertreten sein.

Zweck der Deutsch-Finnländischen Vereinigung ist die Pflege und Förderung insbesondere der wirtschaftlichen, aber auch der geistigen Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und Finnland. Ordentliches Mitglied kann neben juristischen

Personen jede großjährige Person deutscher Reichsangehörigkeit werden, außerordentliches Mitglied jede Person finnländischer Staatsangehörigkeit, welche den Arbeiten oder Einrichtungen der Vereinigung Interesse entgegenbringt.

Die Vereinigung ist im Jahre 1918 nach Auflösung der alten gleichnamigen Berliner Hauptvereinigung entstanden aus der die drei Hansestädte umfassenden „Hansa-Gruppe der Deutsch-Finnländischen Vereinigung“.

Der Vereinigung gehört die Mehrheit aller am deutsch-finnländischen Handelsverkehr nennenswert beteiligten Firmen der drei Hansestädte und des inneren Deutschlands an.

Im Zusammenhang mit der Lübecker Hauptgeschäftsstelle bestehen zur wirksamen Vertretung der besonderen örtlichen Interessen in Hamburg und Bremen besondere Gruppenleitungen. In Berlin ist außerdem ein eigener Arbeitsausschuß mit besonderer Geschäftsstelle eingerichtet.

Laufende Berichterstattung über deutsch-finnische Wirtschaftsfragen (wirtschaftliche Lage, Handelspolitik, Zollfragen, Verkehr usw.) erfolgt durch zweimal monatlich erscheinende „Druckmitteilungen“, die den Mitgliedern kostenlos zugestellt werden, ferner durch Sonderveröffentlichungen wichtiger umfangreicher finnischer Außenhandelsverordnungen in deutscher Übersetzung.

Auskunftsverteilung und Beratung der Mitglieder.

Mitgliederversammlungen mit Vorträgen führender Persönlichkeiten des deutschen und finnischen Wirtschafts- und Geisteslebens.

Gedruckte Jahresberichte liegen vor für die Jahre 1918 bis 1920.

Jahresbeitrag bis auf weiteres mindestens M. 50.—.

Deutsch-Mexikanische Gesellschaft, E. V., München

München, Viktualienmarkt 12.

Die Deutsch-Mexikanische Gesellschaft ist ein eingetragener Verein, dessen Zweck, wie aus den Satzungen hervorgeht, die Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Mexiko ist. Die Gesellschaft hat ihren Zentralsitz in München und umfaßt eine Reihe von Landes- und Ortsverbänden in den größeren Städten Deutschlands. Die Gesellschaft umfaßt 359 Mitglieder, die sich auf die einzelnen Orte Deutschlands verteilen. Ein großer Teil der Mitglieder ist früher in Mexiko tätig gewesen und daher besonders berufen, das Interesse der Heimat für dieses Land zu fördern und zu beleben.

Die Gesellschaft gibt eine regelmäßig erscheinende Zeitschrift, die „Mexikanische Rundschau“ heraus, die sich mit dem wirtschaftlichen und kulturellen Leben Mexikos befaßt und daneben regelmäßige Beiträge über das Deutschtum in Mexiko enthält.

Die Gesellschaft wird durch Mitgliedsbeiträge erhalten. Die Leitung liegt in der Hand eines Arbeitsausschusses, dessen Vorsitzender Herr Dr. R. Escalas zu München ist, der auch die Geschäftsführung inne hat. (Auszug aus einem gedruckten Bericht.)

Deutsch-Ukrainischer Wirtschaftsverband mit dem Sitz in München, E. V.

München, Promenadeplatz 16 a I.

Der Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsverband ist ein eingetragener Verein. Die Zahl der Mitglieder beträgt zirka 500. Die Leitung wird von der Vorstandschaft ausgeübt, der folgende Herren angehören: 1. Vorsitzender: Geh. Kommerzienrat Josef Pschorr, München; 2. Vorsitzender: Kommerzienrat Leo Lustig, Berlin; 1. Schriftführer: Direktor Albert Friedel, München; 2. Schriftführer: Dr. jur. Karl Dingeldey, Berlin; Schatzmeister: Hofrat Dr. Josef Löhr, München; Beisitzer: Geheimrat Kommerzienrat Hermann Aust, München; Generaldirektor Heinrich Pöppelmann, Augsburg; Generaldirektor J. Schlickum, Hamburg; Geheimrat Dr. L. von Donle, Regensburg; Kommerzienrat Kornelius Kauffmann, Stuttgart.

Daneben besteht eine besondere Kommission: Beirat zur Vorstandschaft, der folgende Herren angehören: Direktor Max Brückner, München; Kommerzienrat Wilhelm Drösemeyer, München; Geh. Justizrat Dr. Julius Kahn, München; Konsul Wasil Orentschuk, München; Ingenieur Max Rast, München; Generalkonsul Emanuel Sahl, München. Geschäftsführer: Dr. Erwin Fink, München, Leopoldstr. 56 a, Telefon 33663.

Die Gründung des Verbandes erfolgte im Jahre 1918 durch die Handelskammer München.

Der Zweck des Verbandes ist die Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und den Schwarzmeerstaaten. Dieser Zweck soll zunächst erreicht werden:

- durch Mitwirkung in der Vertretung der Gesetzgebung und Verwaltung;
- durch Unterstützung der Mitglieder bei Abwicklung ihrer geschäftlichen Beziehungen durch Auskunftserteilung;
- durch Bekanntgabe von Bezugsquellen;
- durch Vermittlung in Streitigkeiten, welche den Mitgliedern aus ihrem geschäftlichen Verkehr sowohl im Zollverkehr und sonstigen Verwaltungsbehörden des anderen Landes als auch mit Lieferanten oder Abnehmern im anderen Lande erwachsen;
- durch Nachweis geeigneter Rechtshilfe bei der Verfolgung von Rechtsansprüchen im anderen Lande;

f) durch Übersetzung von Schriftstücken, Urkunden usw.

g) durch Beratung der Mitglieder und Organisationen in Fragen der Handels- und Wirtschaftspolitik, soweit sie die Ukraine, bzw. Rußland betreffen.

Der Verband gibt nach Bedarf erscheinende Mitteilungen heraus, die jedoch nur an Mitglieder und bestimmte Interessenten versandt werden.

Deutsch-Finnländischer Verein zu Stettin, E. V.

Stettin, Roßmarkt 9.

Der Deutsch-Finnländische Verein zu Stettin ist im Frühjahr 1918 ins Leben getreten. Das Bureau des Vereins befindet sich in Stettin, Roßmarkt 9, I. Der Verein zählt zurzeit 164 Mitglieder, darunter die größten Industrie- und Handelsunternehmungen Stettins; die Mehrzahl der Mitglieder sind Stettiner Firmen (124), die übrigen Mitglieder sind über ganz Deutschland verstreut, auch einige finnländische Firmen sind dem Verein beigetreten. Der Verein hat einen ständigen Vertreter in Helsingfors.

An der Spitze des Vereins steht ein Vorstand von 11 Gliedern, der auf 3 Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt wird. Der Vorstand wird durch einen Beirat von 17 Gliedern unterstützt, der zur Beratung besonders wichtiger Fragen einberufen wird. Die Mitgliederversammlung tritt mindestens einmal im Jahre zusammen.

Der Verein bezweckt die Pflege und Förderung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Finnland dadurch, daß er Aufklärung über die Bedeutung des deutsch-finnischen Handelsverkehrs in beiden Ländern verbreitet, daß er bei den maßgebenden Stellen der Gesetzgebung und der Verwaltung in beiden Ländern sich Gehör zu verschaffen sucht, um den Handelsverkehr zu unterstützen, daß er den Mitgliedern bei ihrem geschäftlichen Verkehr mit dem andern Lande Dienste leistet.

Jede wirtschaftliche und politische Tätigkeit des Vereins ist ausgeschlossen. Dagegen ist der Verein befugt, jede wirtschaftliche Organisation, die den Zweck verfolgt, Finnlands wirtschaftliche Quellen zu erschließen, durch seinen Rat zu fördern und zu unterstützen.

Es ist Sache des einzelnen Kaufmannes, das Handelsgeschäft abzuschließen, den Handelsweg sich zu erobern. Die wirtschaftlichen Vorteile des einzelnen kann der Verein direkt nicht fördern. Wohl aber ist der Zusammenschluß von Wert, um gemeinsame allgemeine volkswirtschaftliche Interessen zu vertreten und dadurch dem einzelnen freiere Bahn zu schaffen. Diese Ziele hat sich der Verein gesetzt und hofft, dadurch zum handelspolitischen Wohle beider Länder beizutragen. Er stützt sich auf die Kaufmannschaft und Industrie Stettins und wünscht der Ausgangspunkt für die Angliederung weiterer kaufmännischer Kreise zu werden, da die Gründer eine solche Vertiefung der Handelsbeziehungen beider Länder für förderlich erachten.

Auskünfte jeder Art werden unentgeltlich sowohl Mitgliedern, wie auch Nichtmitgliedern erteilt, doch wird erwartet, daß Personen und Firmen, die sich wiederholt an den Verein wenden, Mitglieder desselben werden, denn je größer der Kreis der Mitglieder wird, desto leichter kann der Verein die ihm gestellten Aufgaben erfüllen.

Um seinen Mitgliedern fortlaufend nützliche Kenntnisse über Finnland und die Bewegung des Handels mit Finnland zu vermitteln, gibt der Verein eine zweimal im Monate erscheinende Zeitschrift den „Nachrichtendienst“ heraus, der den Mitgliedern kostenlos zugeht. Seit dem 1. Januar 1921 ist diese Zeitschrift auch Nichtmitgliedern durch Abonnement (30 M. im Jahr) zugänglich gemacht worden. Anzeigen über die Schiffsverbindungen mit Finnland, über Speditionen- und Versicherungsfirmen dienen dazu, dem Handel die Wege zu ebnen; verantwortlicher Schriftleiter ist der Geschäftsführer des Vereins. Register der Export- und Importfirmen Finnlands, ständige Föhlungnahme mit der Zentralhandelskammer Finnlands in Helsingfors ermöglichen es dem Verein, stets zuverlässige Auskünfte zu erteilen. Der Verein ist bemüht, durch Vorträge Aufklärung zu verbreiten.

Eine Zusammenarbeit mit den deutsch-finnischen Vereinen in Lübeck und Berlin findet statt; es ist in Aussicht genommen worden, wichtigere Fragen durch Bildung eines gemeinsamen Ausschusses zu bearbeiten.

Der Verein ist Mitglied des Ost-Europa-Institutes in Breslau und steht in Beziehung zum „Nordischen Institut“ in Greifswald.

Im Austausch gegen den „Nachrichtendienst“ gehen dem Verein 25 Zeitschriften zu.

Die Mittel zum Unterhalte des Vereins werden durch einmalige Spenden und Jahresbeiträge der Mitglieder aufgebracht. Die Unkosten, die durch Herausgabe des „Nachrichtendienstes“ verursacht werden, werden im wesentlichen durch die Gebühren für die Anzeigen gedeckt.

Um die Beziehungen zu den leitenden Kreisen Finnlands lebhafter zu gestalten, ist im Sommer 1921 der Geschäftsführer nach Finnland entsandt worden und ist auch bereits ein Gegenbesuch des Syndikus der Zentralhandelskammer Finnlands erfolgt.

Deutsch-Spanische Vereinigung Württemberg, Stuttgart

Stuttgart I, Hospitalstr. 19.

Die Deutsch-Spanische Vereinigung Württembergs zu Stuttgart wurde im Jahre 1917 als erste deutsch-spanische Vereinigung in Deutschland gegründet und hat sich seitdem dem Verband deutsch-spanischer Vereinigungen angeschlossen. Aufgabe der Vereinigung ist, wie aus den Satzungen hervorgeht, die Förderung der gesamten geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Spanien. Eine Tätigkeit auf politischem und religiösem Gebiet ist ausgeschlossen.

Die Leitung der Vereinigung liegt in der Hand eines Vorstandes und eines Ausschusses.

Die Vereinigung besitzt eine kleinere Mitgliederbibliothek. Die bisherige Verbandszeitschrift „Spanien“ wird vom Ibero-Amerikanischen Institute zu Hamburg herausgegeben.

Nachträge

Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin

Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23.

Die Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin ist ein eingetragener Verein mit den Rechten einer Korporation, die ihr am 21. Mai 1839 verliehen worden sind. Sie besitzt in Berlin ein eigenes Haus.

An der Spitze der Gesellschaft steht ein Vorstand, zurzeit bestehend aus den Herren: Ehrenpräsident: Geheimrat Prof. Dr. G. Hellmann; Vorsitzender: Geheimrat Prof. Dr. A. Penck; Stellvertretender Vorsitzender: Geheimrat Prof. Dr. E. Kohlschütter, Direktor Dr. A. v. Gwinner; Generalsekretär: Dr. W. Behrmann; Schriftführer: Prof. O. Baschin, Studienrat Dr. R. Thom; Schatzmeister: Prof. O. Behre. Dem Vorstand steht ein Beirat zur Seite, der gegenwärtig aus 14 Herren besteht.

Die Gesellschaft für Erdkunde wurde am 20. April 1828 gegründet und hat seitdem ununterbrochen bestanden. Sie umfaßt heute 641 ansässige ordentliche und 420 auswärtige ordentliche Mitglieder. An hervorragenden Persönlichkeiten wirkten unter anderen H. Barth, A. Bastian, H. W. Dove, A. v. Humboldt, G. Nachtigal, W. Reiß, F. v. Richthofen, Karl Ritter, G. Schweinfurth usw. Die Aufzählung sämtlicher bedeutender Mitglieder würde zu weit führen, da fast ohne Ausnahme alle führenden Geographen Deutschlands Mitglieder der Gesellschaft für Erdkunde waren.

Von der Gesellschaft für Erdkunde wurden verschiedene eigene Expeditionen ausgerüstet oder durch Beihilfe aus der Karl Ritter-Stiftung unterstützt. Unter anderen seien genannt: Braun (Appennin), Drygalski (Grönland-Expedition), Ebeling (Jostedalglätscher), Theobald Fischer (Marokko), Leo Frobenius (Kassai), Gaget (La Palma), Janke (Vorderasien), Lauterbach, Kersting und Tappenbeck (Neuguinea), Quelle (Südost-Spanien), Dr. Siegert (Südspanien), Georg Wegener (Kiangsi, China).

In die Gesellschaft für Erdkunde ging die Afrikanische Gesellschaft in Berlin auf, die in den Anfangsjahren der Geschichte der Gesellschaft verschiedene Expeditionen nach Afrika aussandte und eine eigene Publikation herausgab.

Außerdem hat die Gesellschaft verschiedene größere literarische Arbeiten veröffentlicht. Unter anderem: Drygalski: Grönland-Expedition, Humboldt's Festschrift, Kretschmer: Entdeckung Amerikas, Drei Karten von Gerhard Mercator, Tafel: Reisen in Tibet.

Die Gesellschaft für Erdkunde hat als ihre Aufgabe die Erdkunde im weitesten Sinne des Wortes zu fördern. Sie tut es durch Allgemeine Sitzungen, die monatlich einmal stattfinden und in denen Vorträge über neueste Forschungsreisen gehalten werden; durch Fachsitzungen, durch Herausgabe einer Zeitschrift, durch Unterstützung wissenschaftlicher Forschungsreisen, besonders durch die Karl Ritter-Stiftung und die Ferdinand v. Richthofen-Stiftung, durch Unterstützung der Herausgabe wissenschaftlich-geographischer Werke, durch Verleihung von Medaillen (Humboldt-Medaille in Gold, Karl Ritter-Medaille in Gold und Silber, Nachtigal-Medaille in Gold und Silber), durch Unterhaltung einer großen Bücherei und Kartensammlung, durch Erteilung geographischer Auskünfte.

Die Gesellschaft hat folgende Zeitschriften herausgegeben: Monatsberichte 1839—53 (14 Bände), Zeitschrift für allgemeine Erdkunde 1853—65 (25 Bände), Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde seit 1866—1921 (56 Bände), Verhandlungen der Gesellschaft für Erdkunde 1873—1901 (23 Bände), Bibliotheca geographica seit 1891 (19 Bände).

Die Mitgliedschaft der Gesellschaft erwirbt man durch Vorschlag dreier Mitglieder. Die Gesellschaft erteilt Auskunft über geographische Fragen gegen Erstattung der Unkosten.

Die Gesellschaft setzt sich zusammen aus Ansässigen Ordentlichen Mitgliedern, die in Groß-Berlin wohnen, aus Auswärtigen Ordentlichen Mitgliedern, aus Korrespondierenden und Ehren-Mitgliedern.

Die Gesellschaft verfügt über eine Bibliothek von etwa 45000 Bänden und eine große Kartensammlung, die ihren Mitgliedern kostenlos zur Verfügung stehen. Nichtmitgliedern kann nur ausnahmsweise auf besonderen Antrag hin die Benutzung gestattet werden.

Die Gesellschaft für Erdkunde gehört zum Verband der deutschen und österreichischen geographischen Gesellschaften.

Die Gesellschaft verfügt über ein eigenes Vermögen und über die jährlichen Mitgliederbeiträge, die sich zurzeit auf 40 M. für Ansässige und 30 M. für Auswärtige Mitglieder belaufen.

Eine Geschichte der Gesellschaft für Erdkunde ist von W. Koner in der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde 1878 für die ersten 50 Jahre verfaßt. Seitdem wird alle 5 Jahre bei der Feier des Stiftungsfestes ein kurzer Abriß der Geschichte in der Zeitschrift veröffentlicht.

Geographische Gesellschaft zu München, E. V.

München, Kaufingerstr. 3.

Die Geographische Gesellschaft zu München ist ein eingetragener Verein, der gegenwärtig etwa 800 Mitglieder umfaßt. Die Leitung liegt in der Hand eines aus

6 Mitgliedern bestehenden Vorstands, welchem 9 Beisitzer zur Seite stehen. Erster Vorsitzender ist zurzeit Herr Professor Dr. v. Drygalski.

Die Gesellschaft ist im Jahre 1869 gegründet worden; an hervorragenden Gelehrten gehörten und gehören ihr u. a. an: Peschel, Penck, Oberhummer, S. Günther u. a.

Die Gesellschaft setzt es sich zur Aufgabe, den Stand der geographischen Kenntnisse in Deutschland zu heben. Dies geschieht durch Veröffentlichungen, die „Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft zu München“, die viermal jährlich erscheinen (gegenwärtig eingestellt), ferner durch regelmäßige geographische Vorträge.

Die Erträge der wissenschaftlichen Forschung der Gesellschaft werden in Form einer gemeinnützigen Auskunftsartikulation auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht.

Die Gesellschaft besitzt eine Bücherei, die etwa 5000 Bände umfaßt, ferner eine Sammlung von Landkarten und Bildern.

Ein Verband der deutschen Geographischen Gesellschaften, dem auch der Münchner Verein beizutreten gedenkt, ist geplant.

Die Gesellschaft erhält sich durch Mitgliedsbeiträge sowie durch einen Staatszuschuß von M. 3000.— jährlich. Außerdem besitzt sie ein kleines Stiftungsvermögen.

In den Mitteilungen der Gesellschaft wird ein Jahresbericht abgedruckt.

VOM AUSLAND DEUTSCHTUM RUNDSCHAU

Österreich

In den Tagen vom 13. bis 15. Oktober d. J. fand in Wien die erste Gesamtsitzung des Generalrates der Völkerbunds-Ligen statt. Unter den Teilnehmern waren Vertreter des Deutschen Reiches, der Schweiz, Belgiens, Englands, Frankreichs, Griechenlands, Italiens, Japans, der Niederlande, Polens, der Tschechoslowakei und Rußlands, selbstverständlich Österreichs. Den Vorsitz führte der Präsident des Genfer Roten Kreuzes und vormalige schweizerische Bundespräsident Ador, dem Vorstände gehörten an der belgische Senator Lafontaine, der französische Senator Baron d'Estournelles, Professor Aulard, Sir Dickinson (England), Dr. Oka (Japan), Prof. Dr. Josef Redlich (Österreich), natürlich kein Reichsdeutscher, da Deutschland noch nicht dem Völkerbunde beitreten durfte. Unter den Gegenständen der Verhandlungen, die sich meist im Bereiche des pazifistischen Gedankenkreises bewegten, bot die Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten von deutschem Standpunkte aus das meiste Interesse, weil kein anderes Volk der Erde heute so viele nationale Minderheiten zählt, wie eben das deutsche. Die Debatte über diesen Gegenstand gestaltete sich besonders anregend, als der Vertreter der erst in Gründung befindlichen deutschen Völkerbunds-Liga in der Tschechoslowakei, Senator Dr. Wilhelm von Medinger, in längeren, sehr maßvollen Ausführungen die Klagen der deutschen Minderheit in dem genannten Staate vorbrachte und zugleich positive Vorschläge für einen wirksamen Schutz der Minderheiten überhaupt stellte. Dr. von Medinger forderte, daß der Völkerbund die Aufgabe übernehme und erfülle, ein verlässlicher, d. h. unparteiischer Gerichtshof in allen Fragen des Minderheitsschutzes zu sein. Das Gerichtsverfahren sei genau zu umschreiben, die unveräußerlichen Rechte der nationalen Minderheiten seien eindeutig festzustellen, wobei immerhin die Verschiedenheit der Siedungsverhältnisse und sonstiger Umstände berücksichtigt werden könnten. Redner meinte schließlich, freilich etwas allzu optimistisch, alle Staaten werden genötigt sein, einen Teil ihrer Souveränität auf dem Altare der nationalen Gerechtigkeit opfern zu müssen, wie dies auch bei der Festlegung anderer internationaler Rechtsbestimmungen der Fall sei. Da dem Völkerbunde die Zwangsmittel eines eigentlichen Gerichtshofes noch fehlten, werde es darauf ankommen, je nach ihrem Verhalten den einzelnen Staaten einen guten oder einen schlechten Ruf zu bereiten. Ob sich dies als wirksam genug erweisen werde,

Kolonialgeographisches Seminar der Universität Leipzig

Grimmaische Straße 32/3, Mauricianum

(Direktor: Geh. Hofrat Prof. Dr. Hans Meyer)

Das Seminar, als Unterabteilung des Geographischen Seminars schon seit 1915 bestehend, erhielt Mitte 1919 schöne, eigene, insgesamt 225 qm große Räume im Mauricianum der Universität, eine eigene Verwaltung und wurde so ein vollkommen selbstständiges Universitätsinstitut. Der ihm im Rahmen des Hochschulunterrichts zugewiesene Aufgabenkreis umfaßt die geographische und politische Betrachtung aller außereuropäischen Kolonialländer der Vergangenheit und Gegenwart mit besonderer Rücksicht auf etwa vorhandenen und noch wirkenden deutschen Anteil an ihrer Entwicklung. Diesen Zielen dienen Vorlesungen, Übungen, eine Fachbibliothek, eine Karten-, Instrumenten- und Bildersammlung, sowie Arbeits- und Leserräume für Studierende. Bibliothek wie Sammlungen haben sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits außerordentlich vermehrt. Es sind jetzt etwa 4000 Bände, 1200 Broschüren, etwa 800 Wand- und Handkarten, rund 3700 Lichtbilder, Tafelwerke und Vorlagebilder, über 4000 geologische Handstücke und ein im wesentlichen vollständiges Instrumentarium vorhanden. Eine pflanzengeographische Sammlung ist im Entstehen. Das Seminar ist mit diesen sich immer mehr vervollkommnenden Einrichtungen schon jetzt das größte, speziell auf Auslandkunde eingestellte Universitätsinstitut Deutschlands.

sei allerdings fraglich, da aber jedem Staate daran gelegen sein müsse, welche Gesinnung ihm in der Welt entgegengebracht werde, würde sich jeder von ihnen scheuen, Anlaß zur Einbringung von Klagen zu geben. Wie wenig aber diese Anschauung den Tatsachen entspricht, ergab sich schon daraus, daß die Vertreter des Tschechentums sich nicht versagten, weltbekannten Tatsachen zum Trotz zu erklären, es könne in der Tschechoslowakei von einer Unterdrückung der Deutschen nicht die Rede sein. Wahrscheinlich hätten Vertreter Jugoslawiens, wenn sie anwesend gewesen wären, dasselbe behauptet, obgleich dort die Vergewaltigung aller nichtslawischen Völker täglich groteskere Formen annimmt. Der gewesene österreichisch-ungarische Botschafter Dumba wies mit Recht darauf hin, daß die derzeit lediglich auf dem Papiere stehenden Bestimmungen für den Schutz der nationalen Minderheiten an und für sich bloß das Mindestmaß dessen bedeuten, was zu fordern sei. In allen Staaten müsse vielmehr für alle Völker volle Autonomie rücksichtlich ihrer kulturellen Bedürfnisse, vor allem hinsichtlich der Sprache, des Unterrichtes, der Wissenschaften und der Künste festgesetzt werden. Von selten der Vertreter Frankreichs, Englands, Belgiens usw. wurden sehr viele schöne Reden gehalten, ohne daß man aber auf die sehr eindrucksvollen Beschwerden der Deutschen eingegangen wäre. Im ganzen konnte man den Eindruck gewinnen, daß auch hier wenig guter Wille besteht, unserem Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und daß der Völkerbund zunächst nur die Interessen der ehemaligen Feindesvölker zu wahren gewillt und imstande sein wird. Immerhin war es gut, daß auch deutsche Redner einmal zu Worte kommen konnten, unter denen auch der greise ehemalige Führer des österreichischen Deutschtums, Ernst von Plener, war, der der Versammlung zurief, daß so lange von einem wirklichen Frieden in Europa nicht gesprochen werden dürfe, solange man nicht greifbare Erfolge auf dem Gebiete der Ausgleichung der Gegensätze und der Anerkennung der Rechte der nationalen Minderheiten aufzuweisen habe.

B. I.

Tschechoslowakei

In der tschechischen Kammer gab der neue Ministerpräsident Dr. Benes seine Ministererklärung ab, zu der für den deutsch-parlamentarischen Verband der Vorsitzende, Abg. Dr. Kcepek vom Bund der Landwirte, sprach. Er nannte die Rede eine Aneinanderreihung belangloser Sätze. Er sagte zur Nationalitätenfrage, daß die Regierung sie niemals ernstlich in Angriff genommen habe. Der deutsche Verband habe die Überzeugung gewonnen, daß in diesem Staate die Deutschen immer nur mit

Worten vertröstet würden, hinter denen niemals der Wille zur Erfüllung stehe. Die nationalen Gegensätze verstärkten sich immer mehr und mehr, und der nationalen Verständigung stellten sich infolge der extrem-nationalistischen Haltung der tschechischen Parteien immer größere Hindernisse in den Weg. Die Regierung habe zu allen deutschen Beschwerden, Klagen und Forderungen vollkommen geschwiegen. Entweder verkenne sie die Grundlagen und Lebensbedingungen des tschechischen Staates vollkommen, oder sie scheue sich krankhaft, auch nur den Schein eines Entgegenkommens den Deutschen gegenüber zu erwecken. Diese Schwäche der allnationalen Koalition erfülle die Deutschen mit Besorgnis und Mißtrauen. Einziger positiver Programmpunkt der Regierung sei der Wunsch, die nicht tschechischen Nationalitäten zu beherrschen und zugunsten des tschechischen Herrenvolkes auszubeuten. Der deutsche parlamentarische Verband müsse somit seine Haltung gegenüber der früheren Regierung aufrechterhalten und mit allen ihm geeignet erscheinenden Mitteln die Interessen des deutschen Volkes wahren. Er stimme gegen die Regierungserklärung.

Am Sonnabend, den 8. Oktober, fand eine Sitzung des deutschen parlamentarischen Verbandes statt, in der zunächst dem satzungsgemäß abtretenden Vorsitzenden der Sommer-Saison, Abg. Dr. Logdmann, einmütiger Dank für seine Geschäftsführung zugesprochen wurde. Senator Zuleger erklärte zu seiner Rede auf dem Kreisparteitag in Leitmeritz, daß sie nicht gehalten worden sei, weil er bei den Parteien des Verbandes kein Verständnis gefunden habe, wie gerüchtweise behauptet worden sei; der Verhandlungswille auf deutscher Seite habe nicht und nie gefehlt. Es wurde sodann die politische Lage beraten, wobei die deutsche Nationalpartei beantragte, auszusprechen, es liege kein Grund zur Neuorientierung der parlamentarischen Taktik des Verbandes vor. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt und es wurde beschlossen, auch gegenüber der neuen Regierung an der seit Gründung des Verbandes folgerichtig vertretenen grundsätzlichen Politik festzuhalten und im übrigen die Stellungnahme und Maßnahmen von den Taten der Regierung abhängig zu machen. In taktischer Beziehung wurde beschlossen, vorläufig an den Sitzungen des Parlaments teilzunehmen. Es wurde ferner eine Aktion zugunsten der Aufnahme von in Rußland hungernden deutschen Kindern in die deutschen Bezirke der Tschechoslowakei und endlich, die Teilnahme an den Arbeiten der interparlamentarischen Union anzustreben beschlossen.

Der Entschluß der Teilnahme an den Parlamentsarbeiten, von denen sich die deutschen bürgerlichen Parteien seit Anfang August ferngehalten haben, wird in der deutschen wie tschechischen Presse lebhaft kommentiert.

In Graslitz kam es am 27. Oktober zu heftigen Zusammenstößen zwischen Deutschen und Tschechen. Die deutschen Militärpflichtigen weigerten sich, der anläßlich der Mobilmachung der Tschechoslowakei an sie ergangenen Einberufung Folge zu leisten und beantworteten die Aufforderung zudem mit dem Generalstreik. Das aus Eger herbeigerufene Militär feuerte auf die Menge, tötete 6 und verwundete über 20 Deutsche, während die Tschechen nur wenige Verwundete und einen Toten aufzuweisen haben. Nach „Wiederherstellung der Ordnung“ wurde über den Bezirk Graslitz das Standrecht verhängt.

Aus Anlaß des Besuchs des Präsidenten Masaryk in Brünn richtete der Brünner deutsche Abgeordnete Dr. Baeran an den Präsidenten einen scharfen „offenen Brief“, er halte es für selbstverständlich, daß die Deutschen sich an dem ganzen mit spa-

nischer Etikette drapierten Gepränge des Einzugs des „monarchischen“ Präsidenten nicht beteiligten. Das deutsche Brünn sei in der brutalsten Weise vergewaltigt worden. Schulen, Theater und sonstige Bildungstätten seien ihm genommen worden, uralte deutsche Familien seien aus ihren Wohnungen gegen Recht und Gesetz herausgeworfen, deutsche Beamte abgesetzt, ein unnatürliches Groß-Brünn sei geschaffen worden, nur zu Tschechisierungszwecken, so daß der erste tschechische Bürgermeister Vanek abgedankt habe mit der Begründung, daß „er es nicht über sich bringen könne, weiter mitanzusehen, wie die Deutschen im deutschen Brünn von tschechischen Überfanatikern gequält und vergewaltigt würden“. Den übrigen deutschen Städten Mährens ergehe es nicht besser. Die Zeitungen seien geknebelt, die Versammlungsfreiheit sei unterdrückt. „Veritas vincit“ sei des Präsidenten Wahlspruch. Jetzt reise er auch in die Slowakei, wo die Kerker mit politischen Verbrechern gefüllt seien, wo Verbrechen über Verbrechen an der Bevölkerung begangen, Greuel über Greuel verübt würden. Auch die Deutschen hofften auf die Kraft dieses Präsidentenwahlspruchs: „Die Wahrheit wird einst siegen“.

Die Stadtväter von Prag waren in schwerer Bedrängnis. Der deutsche Männergesangsverein wollte den Smetanasaal des Repräsentationshauses für eine Aufführung der missa solennis haben. Der Antrag wurde eingehend beraten und schließlich mit einer ganz geringfügigen Mehrheit angenommen, denn zwar dürfen grundsätzlich den Saal nur Vereine mit tschechischer Vereinssprache bekommen, aber, so entschied man mit salomonischer Weisheit, der Text des Musikwerkes sei ja lateinisch und die Programme, Plakate und Eintrittskarten würden in tschechischer Sprache abgefaßt. Schade, daß nicht auch Beethoven als Tscheche frisiert werden konnte!

Ungarn

Durch die Unterzeichnung des Ödenburger Protokolles hat zwar die ungarische Regierung der Form nach das strittige westungarische Gebiet der Ententekommission übergeben, allein von einer wirklichen Übernahme ist diese noch weit entfernt, denn die tatsächlichen Herren im Lande sind noch immer die madjarischen Freischaren, denen die Machthaber in Budapest angeblich machtlos gegenüberstehen. Nun hat auf Betreiben Italiens, das ein lebhaftes Interesse daran hat, die ganze Streitfrage möglichst bald aus der Welt zu schaffen, ohne dabei Ungarn allzusehr wehe zu tun, eine Zusammenkunft der Vertreter der beiden unmittelbar beteiligten Staaten unter persönlichem Vorsitz della Toretta in Venedig stattgefunden. Die Verhandlungen endeten, wie zu erwarten stand, mit der völligen Niederlage Österreichs. Der italienische Vorsitzende nahm unverhüllt Partei für die ungarischen Ansprüche, und dem österreichischen Staatskanzler Dr. Schober blieb schließlich nichts übrig, als das Schlußprotokoll zu unterzeichnen, in dem festgestellt wurde, daß über den Verbleib der Stadt Ödenburg eine Volksabstimmung zu entscheiden haben werde, die nicht früher als acht Tage nach der völligen Räumung des strittigen Gebietes durch die madjarischen Insurgenten stattfinden soll. Daß diese Bestimmung lediglich dazu dienen soll, der ungarischen Regierung einen Zeitgewinn zu ermöglichen, den sie auf ihre Weise zur „Vorbereitung“ der Abstimmung benutzen wird, liegt auf der Hand. Der Ausfall der Abstimmung kann denn auch auf keinen Fall zweifelhaft sein, obgleich sowohl die Stadt Ödenburg selbst als auch ihre in das Abstimmungsgebiet einbezogene nächste Umgebung weit überwiegend deutsche Bevölkerung hat. Das Zahlenverhältnis der verschiedenen Volksstämme, die hier in

Betracht kommen, stellt sich folgendermaßen: Die Gesamtbevölkerung des Abstimmungsgebietes beträgt 48191 Köpfe. Davon entfallen auf die Deutschen 27391, auf die Madjaren 17391, auf die Kroaten 2582, der Rest von 916 Seelen zerteilt sich auf „Verschiedene“. In den einzelnen Gemeinden ist das Verhältnis folgendes, wobei an erster Stelle immer die Deutschen, dann die Madjaren, dann die Kroaten und endlich die „Verschiedenen“ zu verstehen sind: Stadt Ödenburg mit Vorort Brennborg: 17318, 15022, 781, 811; Zinkendorf: 97, 1625, 7, 11; Holling: 490, 26, 2, —; Wolfs: 1161, 203, 4, 20; Kohlhof: 38, 44, 1773, —; Harkau: 1051, 26, 5, —; Wansorf: 2570, 205, 5, 9; Agendorf: 1830, 85, 2, 5; Kroisbach: 2766, 150, 4, 60. Nun ist aber zu beachten, daß die hier gegebenen Zahlen schon früher, und heute in noch weit höherem Maße unzuverlässig sind, denn sie beruhen auf den Kunststückchen der ungarischen Volkszählungstechnik, deren Hauptaufgabe es immer war, auf Kosten aller anderen Völker möglichst viele Madjaren auszuweisen. Insbesondere in der Stadt Ödenburg ist die Zahl der Deutschen sicherlich viel zu niedrig angegeben. Endlich kommt aber auch in Betracht, daß das in Westungarn ansässige Madjarentum, mit Ausnahme der sehr spärlichen madjarischen Bauern, durchaus nicht bodenständig ist, sondern zumeist aus öffentlichen Beamten verschiedenster Art besteht, die größtenteils aus anderen Landesteilen hierher versetzt wurden. Ihre anderwärtige Verwendung wäre daher bei entsprechender Durchführung der Bestimmungen von Trianon ohnehin geboten gewesen, denn der österreichische Staat wüßte schon deshalb kaum etwas mit ihnen anzufangen, weil sie des Deutschen nicht oder nicht in genügendem Maße mächtig sind. Allerdings will die Entente dafür sorgen, daß die Abstimmung ohne jede Beeinflussung vor sich geht. Wie wenig ernst dies gemeint ist, geht daraus hervor, daß die alliierten Mächte gestattet haben, daß die Abteilung Osztenburg, die sich in den Bandenkämpfen unrühmlich hervorgetan hat, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und der Ordnung eintreten soll. Das heißt natürlich den Bock zum Gärtner machen. Wenn daneben noch italienisches Militär verwendet werden soll, so bietet auch dieses, angesichts der ausgesprochen madjarenfreundlichen Haltung Italiens, keinerlei Gewähr für unparteiische Durchführung der Abstimmung. Man muß also mit einem unbedingt für Ungarn günstigen, aber ebenso unbedingt die wahre Volksstimmung verfälschenden Ergebnisse der Abstimmung rechnen, dies um so mehr, als neben den Deutschen auch die Kroaten, wie eine kroatische Abordnung erst kürzlich in Wien erklärt hat, den Anschluß an Österreich wünschen. Von der früher in Aussicht gestellten Kompensation für das verlorene Ödenburg durch kleine Teile des fast rein deutschen Komitates Wieselburg, das beinahe ganz bei Ungarn bleiben soll, war merkwürdigerweise in Venedig gar nicht mehr die Rede. Österreich wird daher gegenüber den Friedensbestimmungen besten Falles zwei Drittel des ihm dort zugesprochenen Gebietes erhalten. B. I.

Jugoslawien

Zu außerordentlich starker Verstimung unter dem Deutschum haben Schikanen beigetragen, die man neuerdings deutschen Studenten bereitet, die als jugoslawische Staatsbürger auf reichsdeutschen Hochschulen studieren wollen. Man enthält ihnen unter allerhand Ausflüchten die Pässe vor. Das Amtsblatt hat freilich eine dahinzielende Verordnung nicht erlassen, die Behörden selbst geben keine Auskunft, man munkelt, es handle sich um einen Schutz der Valuta, damit nicht so viel jugoslawisches Geld ins Ausland fließe. In Belgrad erklärt man, von nichts zu wissen, aber die Studenten erhalten trotzdem keine Pässe.

Lettland

In der Konstituante in Riga beantragte die Militärkommission, den 22. Juni, den Tag des Kampfes von Wenden, zum „Gedenktag der Helden des Freiheitskampfes“, mithin zum Nationalfeiertag zu erklären, da dort die junge Armee Lettlands die Landeswehr des Adels und die Kräfte des Generals von der Goltz zerschmettert hätte. Zwar wies der Bauernbündler Goldmann darauf hin, daß dieser Tag unglücklich gewählt sei, denn die Freiheit Lettlands sei nicht in einer Schlacht errungen worden, sondern auch in großen und ruhmreichen Kämpfen gegen die Bolschewisten und die Bermondisten. Es müsse ein Tag gewählt werden, der alle Bürger vereinige, nicht aber trenne, er beantrage als solchen den 11. August, den Tag des Friedensschlusses mit Rußland. Aber der linke Sozialist Zeelens stimmte für den 22. Juni, an dem der „ewige Erbfeind des lettischen Volkes“, der deutsche Adel, zerschmettert worden sei. Gegen ihn wandte sich der lettgallische Bauernpartei-Kindsal. Nach längerer und erregter Debatte wurde der Antrag für den 11. August abgelehnt und der Antrag für den 22. Juni mit allen gegen die 6 Stimmen der deutschen Fraktion angenommen, was von den Sozialdemokraten mit Hohnrufen begleitet wurde. Als Schulfesttage wurden u. a. das Reformationsfest, der 1. Mai und der Tag der de jure Anerkennung Lettlands bestimmt. In der „Rigaischen Rundschau“ nennt Abg. Dr. Schieman den 22. Juni einen „dies odii“. Die nationale Befehdung zwischen Deutschen und Letten habe ihren Sinn verloren, seitdem die Deutschen längst nicht mehr ein Monopol auf die soziale Oberschicht hätten. Mit einem Tage könne jahrelang geschürte Feindseligkeit nicht verschwinden, aber an der Löschung des Feuers müsse jeder Staatsmann arbeiten. Der Tag von Wenden sei, rein menschlich betrachtet, für jeden Balten ein Tag des Schmerzes, nicht etwa der politischen Folgen halber, sondern um des Irrtums willen, aus dem er entstand. Als Werkzeug einer ausländischen Politik habe er das kleine Häuflein der Landeswehr, das von den reichsdeutschen Truppen im Stich gelassen wurde, sich verbluten lassen, wobei es der Meinung gewesen sei, gegen den alten und legalen Bolschewistenfeind zu stehen. Deshalb sei dieser Tag ein tragischer Tag, der der „Kindermord von Wenden“ im Volksmund genannt werde. Es werde ein Gradmesser und ein sicheres Zeichen für die Möglichkeit einer Verständigung mit den lettischen Heimatgenossen bilden, ob dieser Tag gefeiert werde oder nicht.

Estland

Eine recht bemerkenswerte Stellung nimmt der „Revaler Bote“ in seiner Nummer 241 vom 24. Oktober zur Frage der Begründung baltischer Organisationen im Ausland ein. Er geht dabei von der — allerdings nach unsern Nachrichten falschen — Ansicht aus, daß die wie wir glauben annehmen zu sollen, zu rein charitativen Zwecken begründeten estländischen und livländisch-baltischen Adels-Organisationen in Deutschland die Politik der Balten in Deutschland bestimmen wollten und daß eine Verbindung mit den deutschen politischen Parteien in Estland und Lettland erstrebt worden sei. Der Revaler Bote sagt mit aller Schärfe dazu, die Politik der Deutsch-Balten könne nur in der Heimat gemacht werden. Wollten die Deutschen zur Verteidigung ihrer Minderheitsrechte sich an den Völkerbund wenden, so müßten sie es von der Heimat aus tun und nicht durch die Balten im Ausland. Die deutsch-baltische Partei in Estland habe in Berlin keine Vertretung errichtet, wohl aber werde sie sich bemühen, ihre Landsleute in Deutschland besser über die Lage in Estland zu unterrichten und sie zur Rückkehr zu bewegen bzw. ihnen die Rückkehr zu ermöglichen. Die baltischen Randstaaten böten Gewähr für ihre Fortdauer und die Deutschen

im Baltikum wünschten und wollten ihren Bestand, denn sie seien eine Notwendigkeit, eine historische Vorbedingung zur Erfüllung der baltischen Aufgaben.

Dänemark

Im dänischen Parlament sprach anlässlich der Etatsdebatte auch der deutsche Abgeordnete Schmidt-Wodder über das Verhalten des dänischen Staats zu den deutschen Beamten, die nicht in dänische Dienste treten wollten und die selbstverständlich vom dänischen Staat pensioniert werden müßten. Er müsse bezweifeln, daß es richtig sei, wenn man in Dänemark behaupte, die Übertragung Nordschleswigs an Dänemark beruhe auf dem freien Selbstbestimmungsrecht. Die Minderheit in Nordschleswig habe kein Selbstbestimmungsrecht in ihren Kirchen- und Schulangelegenheiten. Wenn die Grenzfrage wieder einmal akut werden sollte, so werde es wichtig sein, daß für beide Minderheiten auf beiden Seiten möglichst gute Bedingungen geschaffen würden. Was die Zusammenstöße zwischen der deutschen und dänischen Bevölkerung auf dem Heimatfest in Tondern angehe, so müsse das Recht der Minderheiten, nationale Feste zu begehen, unangetastet bleiben. Der dänische Konsul in Tondern habe in mehreren Fällen das Paßvisum verweigert, das dürfe nicht geschehen.

Belgien

Schreckliches ist geschehen, und der „Etoile Belge“ muß sich am 3. Oktober selbstverständlich dagegen wehren: Die Deutschen beginnen schon wieder, Belgien zu erobern. Deutsches Bier wird nämlich von einigen Cafés wieder angepriesen. Freilich konstatiert die belgische Faschistenseele mit Genugtuung, daß diese Cafés auch leer seien. Das belgische Volk sei sich bewußt, daß die vielen Millionen, die es vor dem Kriege für deutsches Bier ausgegeben habe, zur Vorbereitung des brutalsten usf. Angriffs gegen das unschuldige Belgien benutzt worden seien. Das belgische Volk wisse, daß jetzt belgisches Bier von gutem Geschmack hergestellt werde. Also seien die Tische in den bewußten Cafélökalen leer, und die wenigen Gäste, die sich hineinwagten, tranken nur belgisches Bier. Selbstverständlich. Die belgische Volksseele wäre rasch zum Kochen gebracht, wenn es anders wäre, und die Gäste, die es wagten, das feindliche Bier zu trinken, könnten rasch ihr Testament machen. Überschrift: Der Friede!!

Schweiz

Gegenüber den zahlreichen und überwiegenden Stimmen der Auslandsdeutschen zugunsten der schwarzweißroten Flagge verzeichnen wir heute auch eine Stimme aus dem Ausland, die sich für schwarzrotgold einsetzt. Im „Korrespondenzblatt“ der Vereinigung deutscher entlassener Wehrmänner und Kriegshinterbliebener in Basel tritt dessen Präsident, Alfred Däschler, für die schwarzrotgoldene Flagge, als für das Symbol der deutschen Demokratie und Freiheit ein. In der Tatsache, daß in Basel in zwei Jahren eine Organisation von Kriegsteilnehmern, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen von über 1100 Mitgliedern begründet worden sei, die sich auf den Boden der deutschen Republik stelle, liege doch ein deutlicher Beweis dafür, daß nicht alle Auslandsdeutschen für die schwarzweißrote Flagge eintreten wollten. Der Basler Verein z. B. habe als Vereinsabzeichen die schwarzrotgoldene Farbe gewählt und richte einen Appell an alle seine Mitglieder, dieses Vereinsabzeichen zum Zeichen des Stolzes auf die deutsche Republik jederzeit zu tragen.

Georgien

In der deutschen Gesandtschaft fand, einem Berichte der „Kaukasischen Post“ zufolge, am 15. September eine Abschiedsfeier für die 40 Damen und Herren statt, die zur Vollendung ihrer

Studien nach Deutschland reisen. Gesandter Ulrich Rauscher begrüßte die Gäste, indem er seine Räume als den Vorhof Deutschlands bezeichnete, in dem sich alle Deutschen wohl fühlen sollen. Wie Deutschland sich auch verändert haben möge, die Möglichkeit zum Lernen stehe dort immer noch in hohem Maße offen. Die Jugend möchte davon reichen Gebrauch machen, um sich bald auch im Innern des Tempels, den die deutsche Kunst und Wissenschaft darstelle, wohl zu fühlen. Das Hoch auf Deutschland wurde stürmisch aufgenommen. Für die Studierenden dankte Herr Walker, für die Lehrerschaft des deutschen Realgymnasiums und den deutschen Nationalrat Dipl.-Ing. Jaekel, der die deutschen Kolonien in Kaukasien feierte. Exz. von Hahn feierte schließlich die Jugend und insbesondere seine Landsleute, die Schwaben und die Schwäbinnen. Das Fest verlief harmonisch und gab Kunde von den guten Beziehungen, die sich zwischen Reichsvertretung und landeseingewachsenen Deutschen entwickelt haben.

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Zum erstenmal seit fünf Jahren ertönte am 25. September wieder das deutsche Lied im Brooklyner Prospect Park. Zum ersten Mal in der Geschichte Neuyorks war bei dieser Gelegenheit ein Stadtoberhaupt der Metropole anwesend: Bürgermeister Hylan dankte den deutschen Sängern für ihre Darbietungen und gratulierte zu dem Riesenerfolg des Festes. Etwa 30000 Menschen wohnten diesem Fest bei. Der Massenchor zählte 500 Sänger. Die Sänger wurden von der nach Zehntausenden zählenden Menschenmenge enthusiastisch begrüßt. Vorgetragen wurde vor allem Weinzierls „Heut ist heut“, als 2. Nummer Köllners „Ewiges Lied“, dann als Zugabe „Der Tag des Herrn“. Dirigent war Dr. Felix Jäger.

Das Ereignis der vergangenen Woche war für das Neuyorker Deutschtum die Ankunft des deutschen Dampfers „Bayern“, des ersten deutschen Passagierdampfers, der seit dem Krieg unter der deutschen Flagge hier eingetroffen ist. Zu Ehren des Kapitäns und der Mannschaft fanden eine Reihe von Festlichkeiten statt, die in dem früheren deutschen Musentempel am Irving Place ihren Abschluß fanden. Mit der Theater-Vorstellung war ein Redeaktus verbunden, welchen Pastor Brückner vom deutschen Seemannsheim eröffnete; er führte u. a. sehr richtig aus, daß es notwendig sei, das deutsche Theater in Zukunft tatkräftiger zu unterstützen, als es vor dem Kriege der Fall war, und feierte dann die deutschen Gäste, als deren Vertreter Kapitän Schwamberger seinen Dank aussprach. Gleichzeitig entledigte sich der Kapitän des ihm vom Bürgermeister in Anwesenheit in der Pfalz gewordenen Auftrags, Herrn Wm. Löwe von Neuyork die Ehrenbürger-Urkunde seiner Heimatstadt zu überreichen, in Anerkennung seiner Stiftungen.

In den Zwischenakten der Vorstellung — gegeben wurde der Dreiakter „Aschermittwoch“ von Hans Fischer und Joseph Jarno — konzertierte die Schiffskapelle der „Bayern“.

Fast hätten wir übersehen zu berichten, daß auch der Bürgermeister der Stadt Neuyork, Herr Hylan, die „Bayern“ bei ihrem Eintreffen offiziell bewillkommnete, indem er ein Komitee von Bürgern ernannte, das dem Dampfer entgegenfuhr und ihn auf der Fahrt nach seinem Pier begleitete. Am Tage darauf wurde dann der Kapitän mit zwei seiner Schiffsoffiziere von Bord abgeholt und nach der City Hall gebracht, wo der Bürgermeister die Gäste im Namen der Stadt Neuyork willkommen hieß und in ein paar kurzen Worten der Hoffnung Ausdruck gab, daß der Friede zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten für immer eingekehrt sei.

Nur möge man sich in Deutschland nicht durch diesen Empfang irreführen lassen und gar glauben, daß die Stimmung gegenüber Deutschland jetzt schon in Freundschaft umgeschlagen ist. An hämischen Bemerkungen über den Besuch der Deutschen in der City Hall hat es in der Presse nicht gefehlt. Kapitän Schwamberger selbst benahm sich in höchst würdiger Weise bei einem Empfang, den er nicht ablehnen konnte und durfte. Wenn wir nicht irren, war er früher Führer eines deutschen Dampfers zwischen Neuyork und Bermuda und er kennt die Verhältnisse.

Erwähnt sei aber noch, daß bei der Einfahrt der „Bayern“ in den Hafen von sämtlichen längs des Hudson gelegenen Dampferlinien und Piers, die Holland-Amerika-Linie die einzige war, welche den deutschen Dampfer durch Signale bewillkommnete. Auf sämtlichen andern Piers, englischen, französischen, italienischen, amerikanischen und sonstigen regte sich nichts und dies trotz der Tatsache, daß das städtische Polizeiboot, welches mit dem Empfangskomitee an Bord den Dampfer begleitete, durch lautes Tuten und schrilles Pfeifen sein Äußerstes tat, um die Aufmerksamkeit auf den Dampfer zu ziehen.

Brasilien

Dr. Paul Rohrbach bereist gegenwärtig Südamerika, um Vorträge zu halten. Die Reise entspringt, soweit wir wissen, einer privaten Einladung und wird von einem wissenschaftlichen Verein in Südamerika durchgeführt. Dr. Rohrbach ist schon vor seiner Ankunft Gegenstand von Zustimmung und Ablehnungen gewesen. Er sprach u. a. auch in Blumenau, wo dem Berichte der „Blumenauer Zeitung“ zufolge gegen 200 Personen trotz der kurzfristigen Ankündigung erschienen waren, die seine Ausführungen über die Kriegsschuldfrage mit Interesse anhörten. Eine interessante Debatte schloß sich an. Fünf Gegner hatten ihre Absicht, zu sprechen, schon zuvor kundgegeben. „Es war zweifellos ein vorüberlegter Angriff, aber eigentlich doch ohne Überlegung, denn man hätte sich bei nicht allzu großer Selbstüberhebung doch sagen sollen, daß der erfahrene Politiker über die gestellten Beine nicht stolpern und jedem Angriff gewachsen sein würde. Im übrigen können wir nur bedauern, daß einige dieser Herren die Notwendigkeit empfanden, eine öffentliche Versammlung, die zum weitaus größten Teil aus brasilianischen Staatsangehörigen bestand, zum Tummelplatz ihrer deutsch-national-politischen Leidenschaften zu machen. Das ist schlechte Arbeit für das Deutschum im Ausland und im übrigen nur geeignet, die Brasilianer deutscher Abkunft in eine schwierige Lage zu bringen.“ Die „Deutsche Zeitung“ in Sao Paulo nimmt scharf gegen die Bekämpfer Rohrbachs Stellung, der für keine Partei, sondern für Deutschland sprechen zu wollen erklärt habe, und dessen Ausführungen absolut einwandfrei gewesen seien.

Argentinien

Die „Weserzeitung“ berichtet aus einem Briefe über eine Ende August in Buenos-Aires veranstaltete Demonstration zugunsten der spanischen Marokkokrieger, an der sich auch die deutsche Kolonie mit ihren Vereinen beteiligt habe. Sechs Vereine seien mit ihren schwarzweißbroten Fahnen erschienen und schon beim Aufmarsch zum Sammelplatz mit stürmischem Jubel von der Bevölkerung begrüßt worden, der sich später beim Durchmarsch durch die Straßen in eine geradezu ungeheure Begeisterung gewandelt habe. Die argentinischen und deutschen Kapellen mußten immerfort deutsche Märsche spielen, die von dem „Viva Alemania“ der Menge übertönt wurden. Als der Zug vor einem französischen Geschäftshause ins Stocken ge-

kommen sei und die stürmischen Rufe der Menge auf Deutschland wiederum einsetzten, habe der Besitzer des französischen Hauses „Viva la Francia“ gerufen, worauf ein ungeheurer Tumult losgebrochen sei, der Franzose niedergeschrien wurde und sich raschestens verziehen mußte. Schließlich habe man „Deutschland Deutschland über alles“ spielen lassen, und die Argentinier hätten entblößten Hauptes die Hymne angehört. Die deutschen Kapellen hätten mit der spanischen und der argentinischen Hymne geantwortet. Am nächsten Tage habe sich das französische Hauptorgan, der „Courrière de la Plata“, über die Demonstration beklagt, die einem deutschen Triumphzuge geglichen habe. Aus Rache bringe er nun keinerlei Mitteilungen über die marokkanischen Ereignisse mehr.

KLEINE NACHRICHTEN

Der Brand des Ritterschafthauses in Riga. Das im Jahre 1863 vom Petersburger Architekten Pflug zusammen mit dem Ritterschafthaus-Architekten Sivers erbaute prächtige Ritterschafthaus in Riga, in dem zurzeit die lettländische Konstituante untergebracht ist, ist das Opfer einer schweren Brandkatastrophe geworden. Sein prächtiger Festsaal von 21 Meter Länge, 12½ Meter Breite und 10 Meter Höhe, in dem Festlichkeiten wie auch Landtagssitzungen stattfanden, ein prächtiger Saal im Stil der italienischen Spätrenaissance, ist schwer beschädigt worden. Die prachtvolle kassettierte Decke, zum Teil auch die wundervollen Wappen der livländischen Ritterschafthaus an den Wänden, sowie der bronzene Deckenkronleuchter scheinen zerstört zu sein. Damit ist ein Saal von historischer Bedeutung verschwunden, in dem einst der livländische Adel tagte, späterhin russische Offiziere nach dem Sturz der Zarenregierung sich versammelten, dann die deutschen Militärs der Okkupations-Armee sich aufhielten — deutsche Prinzen wohnten zum Teil in dem Gebäude — endlich in der Bolschewistenzeit schmierige Haufen das Gebäude verunreinigten, bis die lettische Regierung das Gebäude für sich requirierte und der Präsident des Landtags in ihm Wohnung nahm. Im Festsaal sollte abends ein parlamentarischer Rout stattfinden, und man vermutet, daß Handwerker, die Möbel vom Boden herabschafften, durch Unachtsamkeit das Feuer verschuldeten. Die Wassermassen haben auch den vom Feuer weniger mitgenommenen Teil des Gebäudes schwer beschädigt.

Riga. Dem Präses des Verbandes der deutschen evangelisch-lutherischen Gemeinden Lettlands und Präses des deutschen Synodalrates, Oberpastor zu St. Petri in Riga, P. H. Poelchau, ist von der theologischen Fakultät der Universität Leipzig in Anerkennung seiner Verdienste um das deutsche evangelische Kirchenwesen in Lettland der Dokortitel verliehen worden. Eine besondere Bedeutung gewinnt diese Ehrung noch dadurch, daß das Diplom auf der diesjährigen Tagung des Gustav-Adolf-Vereins vor einer tausendköpfigen Versammlung zur Verlesung kam.

Hilfe für deutsche Kinder aus Japan. Japandutsche und Japaner haben eine größere Sammlung, um die sich auch Dr. Solf, der deutsche Botschafter, verdient machte, veranstaltet. Das Ergebnis kam deutschen Kinderheimen, hauptsächlich auch der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit, dem Kaiserin Auguste-Viktoria-Haus, zugute.

Newyork. Konrad Nies Gedächtnisfeier. Zu Ehren des verstorbenen Dichters, dem wir in Nr. 19 des „Auslandeutschen“ (S. 590) einen uns aus dem Kreise seiner Freunde zur Verfügung gestellten Nachruf widmeten, veranstaltete der Verband Deut-

scher Schriftsteller in Amerika am 20. Oktober in der Liederkränzhalle in Neuyork eine stimmungsvolle Gedächtnisfeier. George Sylvester Viereck, der Chefredakteur des „American Monthly“, hielt die Weiherede. Von zahlreichen musikalischen Darbietungen sind vertonte Lieder des Verstorbenen zu erwähnen, die mit Rezitationen aus seinen Werken abwechselten. Der Trauermarsch von Mendelssohn beendete die „Gedächtnisfeier des Deutschtums der Stadt Neuyork“, wie das uns vorliegende Programm sie bezeichnet.

Pfarrer Gielen, Wittenberg, †. Im Alter von 47 Jahren starb am 12. Oktober der Geschäftsführer der Frauenhilfe fürs Ausland in Wittenberg, Pastor Gielen. In der Anzeile des Vorstandes und der Schwesternschaft heißt es: „Genau vier Jahre hat er seine Gaben und Kräfte in den Dienst der ihm so lieben Arbeit gestellt. Mit unermüdlicher Hingabe und Treue hat er sich in das weitverzweigte Gebiet der Frauenhilfe fürs Ausland hineingearbeitet. Sein Hinscheiden bedeutet für unser Werk einen schweren Verlust.“

Louis Bessels †. In Frankfurt a. M. verstarb plötzlich und unerwartet Herr Louis Bessels, der Ehrenvorsitzende der Ortsgruppe Frankfurt des Bundes der Auslandsdeutschen. Über dreißig Jahre lang war er in Paris im Vorstand und als Vizepräsident des deutschen Hilfsvereins tätig und hat stets für alle Angelegenheiten des Deutschtums und der deutschen Kolonie ein offenes Herz und eine offene Hand gehabt. Der Ortsgruppe Frankfurt des Bundes der Auslandsdeutschen war er von der Gründung an ein lebenswürdiger und hilfsbereiter Vorsitzender und Berater, dessen Geschicklichkeit und Freundlichkeit mancher Ausgleich gelang.

KIRCHE UND MISSION

Wiederaufbau des katholischen deutschen Missionswerkes

Von Univ.-Prof. D. Dr. AUFHAUSER, München

Vor Ausbruch des unseligen Weltkrieges wirkten 940 Priester, 819 Laienbrüder und Kleriker, sowie 1830 Schwestern von 20 verschiedenen Missionsorden und -gesellschaften deutscher Zunge in den katholischen Missionen, teils unserer deutschen Schutzgebiete, teils in den Kolonialstaaten der übrigen europäischen Länder in fremden Weltteilen. Ihre segensreiche Kulturarbeit*) lehrte nicht bloß die dortigen Eingeborenen auf primitiver Menschheitsstufe Gotteserkenntnis, sittliches Handeln und Arbeit, sie brachte auch unsern Auslandsdeutschen all die Segnungen der christlichen Caritas, sei es durch Unterricht elementarer und höherer Schulen, sei es durch Krankenpflege und die übrigen Schöpfungen werktätiger Fürsorgearbeit.

Der Moloch des Krieges hat all diese Werke christlicher Zivilisation teils zerstört, teils ihren Schöpfern und rechtmäßigen Besitzern mit unseren Kolonien oder durch Vertreibung aus den feindlichen Gebieten entrissen. Der Schmachtfrieden von Versailles hat dies Zerstörungswerk endgültig besiegelt. Wohl weihen die Ausgetriebenen nun der deutschen Heimat ihre Kräfte zum moralischen und religiösen Wiederaufbau unseres Volkes, von weitesten Kreisen dankbar begrüßt, da sich ja mehr und mehr die Überzeugung Bahn bricht, daß nur sittliche Kräfte die Wunden heilen können, die Materialismus und Gewalt- und Geldgier uns geschlagen haben.

Indes — das Herz eines wahren Missionärs, der diesen Namen nicht bloß trägt, sondern auch in die Tat umsetzen will, sehnt

*) J. Schmidlin, Die katholischen Missionen in den deutschen Schutzgebieten, Sr. Majestät dem deutschen Kaiser zum 25jährigen Regierungs-Jubiläum dargeboten vom Internationalen Institut für wissenschaftliche Forschung. Münster 1913.

sich nach Arbeit in der Heidenmission. Im Verein mit unseren neutralen Glaubensbrüdern, ja mit der ganzen christlichen Welt werden sie nicht müde, die Wiederezulassung zum heiligsten, gottgegebenen Berufe zu gewinnen. Das Oberhaupt der Christenheit in der Weltmissionszentrale sandte spezielle Legaten, die Prälaten Cervetti und Kelley, nach Paris und London, um eine Milderung der Bestimmungen von Versailles (Art. 118 f., 438) zu erwirken. Waren die Erfolge auch nicht allzu groß, einiges, das zu guten Hoffnungen berechtigt, wurde doch erreicht.

Wohl sind die deutschen Missionsgesellschaften, die bisher in Togo wirkten, die Gesellschaft des göttlichen Wortes in Steyl, ebenso die Pallotiner, die Priester vom Hl. Herzen Jesu und die Väter vom Hl. Geist aus Kamerun ausgewiesen und bleiben es auch. Das gleiche Schicksal lastet auf den katholischen Missionären unseres früheren Deutsch-Ostafrika, den St. Benediktusmissionären von St. Ottilien (im Vikariat Daressalam und in der Präfektur Lindi), den Vätern vom Hl. Geist (Vikariat Bagamojo—Kilimandscharo) und den Weißen Vätern (Vikariate Süd-Niansa, Kivu, Unjanjembe—Tanganjika). Nur die Mitglieder dieser Gesellschaften, welche in neutralen Ländern (z. B. der Schweiz) oder in den von Deutschland abgesprengten Gebieten (z. B. Elsaß-Lothringen, Südtirol, Polen usw.) geboren sind, können ihr Missionswerk an der ihnen liebgewordenen Stätte weiterführen. Zugleich mit den Missionären wurden auch die deutschen Schwestern verbannt, so die St. Benediktus-Missionsschwestern von Tutzing aus Ostafrika, die Schwestern der Genossenschaft von der göttlichen Vorsehung aus Kamerun (Adamaua), die Pallotinerinnen aus Kamerun usw. Die vertriebenen Missionäre wurden durch andere ersetzt, z. B. die Benediktiner in Uhehe durch das Turiner Seminar, in Mahenge durch Schweizer Kapuziner und Schwestern von Baldegg, die Steyler (Togo) durch die Gesellschaft der afrikanischen Mission in Lyon. Im übrigen scheint Deutsch-Ostafrika von den Engländern hermetisch abgeschlossen zu sein. Wie den Missionären, wird auch den früheren Kolonisten die Rückkehr in ihre Heimat verweigert.

In Südwestafrika hingegen ließen die neuen Herren des Landes, die Buren, das katholische Missionswerk und seine deutschen Glaubensboten, die Hünfelder Oblaten in Unter-Cimbebasien und die Wiener Oblaten in Großnamaland, unbehelligt, ja sie ließen auch wieder neue deutsche Missionäre der beiden genannten Gesellschaften ins Land einziehen; auch 8 Benediktus-Missionsschwestern fanden hier in Gobabis und Epikuro eine neue Stätte ihres Wirkens.

Die Buren öffneten auch sonst ihr Land den vertriebenen deutschen Missionären: 13 der letzten Benediktus-Missionsschwestern, die noch am 20. April 1920 aus Ostafrika ausgewiesen wurden, arbeiten nunmehr im Vikariate Natal. Hier, in Zululand, sollen jetzt auch die St. Benediktus-Missionäre ein neues Arbeitsfeld erhalten. In Transvaal und der Kapkolonie wirken bereits seit 1877 auch deutsche Dominikanerinnen aus Schlehdorf in Oberbayern mit viel Segen unter den Kolonisten und Schwarzen. Sie konnten bereits wieder neue Kräfte dorthin entsenden.

So ist der schwarze Erdteil nicht völlig aller deutschen Glaubensboten beraubt. Die Buren waren weitherzig und weise genug, um die reichen Erfahrungen der St. Benediktus-Missionäre nunmehr der Zivilisation ihres Landes zu sichern. All unsern deutschen Volksgenossen, die drüben in Südwest verblieben oder sich draußen in Südafrika eine alte Heimat wieder aufbauen oder eine neue gründen wollen, wird die edle Kulturarbeit unserer selbstlosen katholischen Missionäre auch fernerhin zum Segen reichen.

Aus Indien und der englischen Kronkolonie Ceylon wurden die dort seit langem erfolgreich auch für Englands Herrschaft

wirkenden deutschen Missionäre (Jesuiten seit 1854 in Bombay und Poona*), Salvatorianer seit 1890 in Assam, nordtiroler Kapuziner seit 1892 in Bettiah und vereinzelte deutsche Mitglieder anderer Orden) nach ihrer Gefangenhaltung in Ahmednagar ausgewiesen und durch andere Missionäre (spanische [Aragonen] bzw. belgische Jesuiten) ersetzt, soweit nicht ihre Heimat nunmehr in abgesprengten deutschen Provinzen liegt. Wie sehr England Indien, seinen Augapfel, zu behüten sucht, erhellt daraus, daß die ursprünglich zur Ablösung der deutschen Jesuiten in Bombay und Poona bestimmten amerikanischen Ordensmitglieder die Einreisebewilligung nicht erhielten. Auch die dort wirkenden deutschen Schwestern (Englische Fräulein aus Nymphenburg, seit 1853 in Allahabad tätig, Lehrschwestern vom Hl. Kreuz, Menzingen, Barmherzige Schwestern vom Hl. Kreuz, Ingenbohl, die Schwestern vom göttlichen Heiland aus Assam usw.) sind zum größten Teil ausgewiesen. Immerhin erreichten die Bemühungen Msgr. Dr. Kelleys, daß nunmehr keine neue Ausweisungen mehr erfolgen sollen.

Der Vorwurf eines illoyalen Verhaltens der deutschen Missionäre, der noch in der Denkschrift B über die Zukunft der Missionspolitik in Indien erhoben wurde, wurde von seiten der englischen Regierung n'e erwiesen. Nunmehr scheint man ihn allmählich fallen zu lassen. So berichtet die „America“ vom 9. April 1921, S. 608 von einem Interview eines amerikanischen Korrespondenten bei einem Beamten des britischen Indien-Amtes. Der Beamte soll sich dabei geäußert haben: „Es handelt sich um mehr als um eine Frage der Nationalität. Und ich kann Ihnen ganz offen sagen, daß wir keine Klagen gegen die katholischen Missionäre ehemals feindlicher Nationalität vernommen haben. Es ist ebenso eine Frage der Zivilisation, wie der Religion ... Der Weg ist jetzt offen für die Rückkehr von ehemals feindlichen Missionären nach Palästina. Ihre Rückkehr nach Indien wird gegenwärtig nicht gestattet. Aber das bedeutet nicht, daß sie für immer ausgeschlossen sind.“**) Zugleich gab er die Versicherung, die noch in Indien weilenden deutschen Schwestern (über 100) dürften nunmehr dort bleiben.

Ist also Englisch-Indien den deutschen Glaubensboten gegenwärtig, zumal bei der Gefahr des drohenden Bolschewismus und der südindischen Aufstände, verschlossen, so bleibt doch auch hier die Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Nach Palästina sind, wie in dem Gespräche betont wurde, bereits wieder deutsche Ordensgeistliche zurückgekehrt. So zogen am 24. Januar 1921 wieder die deutschen Benediktiner auf dem Sion ein, wo ihre belgischen Ordenmitbrüder sie vertreten hatten; schon zuvor waren auch Boromäerinnen aus Trebnitz ins Hl. Land zurückgekehrt, um ihre reich gesegnete Liebestätigkeit aus der Zeit vor und während des Krieges wieder aufzunehmen. In Haifa waren sie überhaupt nicht vertrieben worden. Das St. Paulus-Hospiz, das Pilgerheim der deutschen Katholiken, ist uns noch nicht zurückgegeben worden. Hiegegen haben die Österreicher das ihrige bereits wieder erhalten.

Tagung des Gustav-Adolf-Vereins in Bremen

Am 20. und 21. September fand in Bremen die 67. Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins statt. Es war seine erste größere Tagung nach dem Krieg. Sie war der „Christlichen Welt“ zufolge stark völkisch ausgeprägt, ohne dabei das Übervölkische zu verleugnen. Im Vordergrund des Interesses standen die Hunderttausende von Deutschen, welche durch den sogenannten Friedensvertrag von Versailles vom deutschen Mutterland abgezweigt sind. Damit ist dem Gustav-Adolf-Verein ein

neues riesenweites Arbeitsfeld zugewiesen. Die evangelischen Deutschen haben sich von den andersstämmigen Glaubensgenossen abgesondert und in jedem der fraglichen Länder zu besonderen Kirchenkörpern vereinigt. Diese neuen von Beßarabien bis Riga reichenden Kirchenkörper lebensfähig zu machen und zu erhalten, betrachtet der Gustav-Adolf-Verein fortan als seine wichtigste Aufgabe. Die Unterwertigkeit der östlichen Valuten läßt diese Aufgabe als lösbar erscheinen, während die Pflege der südamerikanischen Siedlungen demgegenüber zurücktreten muß. Ein besonderer Ehrenplatz war in den Vorträgen den Schweden und Schweizern eingeräumt. Rund 450 000 M. haben die Schwedischen Gustav-Adolf-Vereine dem Deutschen Hauptverein zugewandt. Auch die Evangl. Kirche Finnlands knüpfte Beziehungen zum Gustav-Adolf-Verein an.

Im ganzen schreitet das Werk rüstig vorwärts. Die Gesamteinnahme des Vereins hat 1919 2,56 Millionen M., 1920 rund 7 Millionen M. betragen; inbegriffen sind 2,5 Millionen M., die dem Zentralvorstand besonders aus Südafrika für nicht eigentlich konfessionelle Zwecke überwiesen wurden.

Die große Liebesgabe (gegen 100 000 M.) wurde mit 213 Stimmen dem Theologenheim in Wien bestimmt, das zurzeit mit 30 Studierenden besetzt ist und das sich dem Anschein nach zu einer Heimstätte für die deutschstämmigen evangelischen Theologen der unteren Donauländer entwickelt. Außerdem standen Wittenburg und das baltische Doblen zur Wahl.

Der Schweizerische evangel. Kirchenbund, welcher im September 1920 in Olten gegründet wurde, hat unter seinen ersten Beschlüssen auch den gefaßt, für die notleidenden Kirchen des Auslands (namentlich für ihre Liebeswerke) eine Hilfsaktion in die Wege zu leiten, in deren Folge bereits 100 000 Franken nach Deutschland gesandt sind. Diese Parallelerscheinung zum Deutschen Evangelischen Kirchentag sieht einen nicht geringen Teil ihrer Tätigkeit in der Pflege der neugewonnenen Beziehungen zu ausländischen Kirchen und in der kräftigen Unterstützung der christlichen Einigungsbewegungen.

Bischof Dr. Glattfelder in Ternesburg feierte sein 25jähriges Priesterjubiläum unter außerordentlicher Anteilnahme der gesamten Bevölkerung, aller Parteien und aller Bekenntnisse. Im Namen des deutsch-schwäbischen Volksrats sprach dabei der Abg. Dr. Kaspar Muth, der von dem zweiten Schwabenzug in der Geschichte des deutschen Volkstums im Banat erzählte. Es sei der innigste Wunsch des Volkes, daß seine Priester es wieder wie beim ersten Schwabenzug mit Leib und Seele, mit Herz und Hand begleiteten und ihm beiständen. Das Deutschtum erwarte von seinem Bischof Hilfe in der priesterlichen Erziehung. Samstag abends brachte die Bürgerschaft dem Bischof einen Fackelzug dar, bei dem der Vereinigte Chor der Gesangsvereine ein deutsches Lied zum Vortrag brachte. Am Sonntag feierte der Bischof selbst eine Messe im Dom und predigte über den hohen Beruf des Geistlichen. Unter den zahlreichen Deputationen, die dann in dem Bischofshause ihre Grüße darbrachten, sprach für die deutschen Katholiken der Stadt Dr. Engels. Der Bischof betonte in seiner Antwort, er habe Deutsche, Ungarn, Slawen und Rumänen unter seinen Gläubigen und er trachte immer darnach, daß alle diese Nationalitäten ihren Unterricht in ihrer Muttersprache erhielten. Auch zahlreiche Deputationen von evangelischen, griechisch-orthodoxen und jüdischen Organisationen sprachen ihre Glückwünsche aus.

Elisabeththal (Georgien). Die deutsche Kirche, die auf Veranlassung des damaligen Pastors Friedrich Schrenck, des bekannten Verfassers der „Geschichte der deutschen Kolonie in Transkaukasien“, erbaut wurde, feierte den Tag ihres 50jährigen

*) Vgl. A. Vöth, Die deutschen Jesuiten in Indien. Regensburg 1920.

**) Vgl. Die Katholischen Missionen 1921/22. S. 236.

Bestehens. Der Feier wohnte der deutsche Gesandte mit seiner Frau und dem gesamten Gesandtschaftspersonal bei. Ein Gottesdienst mit Festpredigt leitete den Tag ein, dann fanden festliche Mittagessen in den einzelnen Familien statt, bei denen die Gäste abgestiegen waren, abends schloß sich ein einfaches Mahl im Gemeindehaus an, bei dem der deutsche Gesandte auf die kulturellen Leistungen der Gemeinde in den 50 Jahren hinwies und der weiteren Pflege deutscher Kultur und enger Beziehungen zur alten Stammheimat das Wort redete. Auf die Ansprache eines nichtdeutschen Regierungsvertreters der örtlichen Regierung antwortete der Gesandte mit einem Hoch auf die Landesregierung.

Generalkonferenz der Deutsch-Evangelischen Synode. Bedeutsam erscheint die Tatsache, daß an der Generalkonferenz der Deutsch-Evangel. Synode von Nordamerika, welche am 28. September in New-Bremen, Ohio, tagte, zum ersten Male auch Vertreter der Deutschen Heimatkirche teilnahmen, und zwar: Pfarrer Dibelius, Berlin, als Vertreter des evangelischen Oberkirchenrats, und Dr. Krusius, Halle, als Leiter des Deutschen Hilfswerks der nordamerikanischen Synode.

Die „Deutsche Evangelische Synode von Nordamerika“ hatte während des Krieges das Wort „Deutsch“ abgelegt und nannte sich nur noch „Evangelische Synode von Nordamerika“. Wie die in Chicago erscheinende „Sonntagspost“ vom 25. September berichtet, hat eine größere Anzahl von Geistlichen kürzlich in Chicago darüber beraten, wie weit das Wort „Deutsch“ im Namen der Synode weitergeführt werden kann. Pastor Alfred E. Meyer trat in einer längeren Abhandlung zugunsten der Beibehaltung des deutschen Namens ein. Diese Angelegenheit soll nicht durch die Generalkonferenz, sondern durch ein Referendum durch die ganze Synode entschieden werden.

Brasilien. Die mit der „Deutsch-Amerikanischen Missouri-Synode“ verbundene „Evang. lutherische Synode von Santa Catharina, Parana und anderen Staaten“, beging nach dem „Evangelisch-Lutherischen Gemeindeblatt“ Joinville vom 1. September, Ende 1920 das 25jährige Jubiläum ihres Bestehens. Im Jubiläumsjahre wurde in Ponta Grossa und Massaranduba ein Pfarrhaus und in Jaragua ein Gemeindeschulhaus und in Schröderstraße III, einer der Filialen von Brüdertal, ein Kirch- und Schullokal eingeweiht. Die Gemeinde zu Indayal legte den Grundstein zu einem Kirchturm. In der Landgemeinde Dona Francisca wurde ein Frauenverein gegründet, der sich die Weckung christlicher Liebestätigkeit und Unterstützung Hilfsbedürftiger zur Aufgabe gemacht hat. Der Sekretariatsbericht erwähnt noch, daß sich die Anzahl der synodalen Gemeinden um 6, die der stimmberechtigten Mitglieder um 131, die der Seelen um 1708 und die der Abendmahlsgäste um 843 gegenüber dem Vorjahre (1919) vermehrt hat.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Deutscher Schulverein und Kaiserin Augusta Viktoria-Schule in Venlo (Niederlande). Der vorliegende Bericht über das Jahr 1920, der das 10. Vereinsjahr darstellt, berichtet von schweren Kämpfen, die der Verein um seine Existenz zu führen hatte. Die Hauptlast derselben ruhte auf dem Vorsitzenden, Herrn Konrad Dötsch, der in nimmermüder Arbeit es zu Wege gebracht hatte, daß die nicht gerade reiche Gemeinde von Venlo mit ihrer Schule durchhalten konnte. Im Jahre 1920 fanden 148 Schüler (79 Knaben und 69 Mädchen) Aufnahme. Viele andere, die an dem vorzüglichen Unterricht teilzunehmen wünschten, mußten wegen der Enge der zur Verfügung stehenden Räume leider zurückgewiesen werden. Für weiteren Ausbau der Schule stehen nur geringe Mittel zur Verfügung. Der Kassen-

bericht schließt mit glattem Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben ab.

Von der deutschen Schule in Polen. In Polen fand am 25. September ein allgemeiner Schulfesttag statt. Auch die deutschen Schulen und Schulmänner nahmen an der Veranstaltung teil. Herr Gustav Ewald überreichte dabei in Lodz dem Wojwoden eine von Vertretern des Bundes der Deutschen Polens und der deutschen Abgeordneten gefaßte Entschliebung über Schulfragen. Bildung sei die unbedingte Grundlage zur gegenseitigen Verständigung und zum verständnisvollen Zusammenleben der Bürger aller Nationalitäten Polens. Doch forderten die Deutschen wiederholt, daß keinem Kinde im polnischen Staate beim Eintritt in die Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache, sowie während des Besuchs derselben, Schwierigkeiten irgendwelcher Art bereitet würden, daß im Gegenteil der Staat für diese Kinder eine der Verfassung entsprechende Zahl von Volks-, Mittel- und höheren Schulen gründe, an denen die Lehrer tatsächlich imstande wären, den Unterricht deutsch zu erteilen, ohne daß sie der deutschen Nation gegenüber eine feindliche Gesinnung hegten, daß ferner die den Deutschen genommenen Dorf- und städtischen Schulen mit Bethäusern, Inventar und Landeigentum zurückerstattet würden, und daß endlich die Oberaufsicht und Leitung des deutschen Schulwesens nur intelligenten Bürgern anvertraut werde, welche vom Geist der Polnisierung frei sind und die Unterrichtssprache der deutschen Schulen zur Genüge beherrschten.

Groß-Betschkerek (Südslowakischer Staat). An der dreiklassigen Staatshandelsschule wird zu Beginn des kommenden Schuljahres eine deutsche Abteilung mit allen drei Klassen errichtet, die die erste und einzige deutsche Handelsschule in Jugoslawien sein wird.

Korlata (Rumänien). In der kleinen Gebirgsgemeinde, die nur ungefähr 30 deutsche Familien zählt, wurde in Gegenwart des deutschen Abgeordneten Dr. Kohlruß, des Obmanns des deutschen Volksrats, Schnirch, des Vorsitzenden des Vereins der Christlichen Deutschen, Dr. Butz, und der Vertreter der Czernowitzer deutschen Burschenschaften, sowie zahlreicher deutscher Gäste, ein neues deutsches Schulhaus eingeweiht, das aus freiwilligen Spenden der Deutschen der Bukowina erbaut wurde, weil die alte deutsche Roseggerschule von den Russen vernichtet wurde. Die Anstalt mit ihren 60 deutschen Schülern ist privaten Charakters, doch hofft man, daß der Staat in Betracht der zahlreichen Besucher der Schule sie übernehmen und die Lehrkräfte besolden wird.

Reval. Die deutschen Schulen sind schlecht untergebracht. Zwar besteht für sie in dem ehemals Trollschens Hause bei der Karlskirche ein für Schulzwecke umgebautes großes Gebäude, doch ist es seinerzeit von den russischen, später von den deutschen und jetzt von den estnischen Gewalten beschlagnahmt worden. Seiner Rückgabe widersetzt sich merkwürdigerweise das estnische demokratische Blatt „Waba Maa“, das behauptet, die deutschen Schüler seien sowieso hinsichtlich der Unterbringung und der Schulräume besser gestellt als die estnischen. Demgegenüber betont nun der „Revaler Bote“ die tatsächlichen Verhältnisse: 1778 deutsche Schüler gibt es in Reval, 1135 in den Mittelklassen, 643 in den Elementarklassen. Die Mädchenmittelschule „Elisenschule“ ist mit 350 Schülerinnen in drei verschiedenen Gebäuden untergebracht, die Fachschule für Knaben und Mädchen, „Hansaschule“, ist mit 164 Kindern vom 1. Juli ab ohne Schullokal, da sie das durch private Freigebigkeit 3 Jahre lang unentgeltlich zur

Verfügung gestellte Schullokal räumen mußte. Die städtische deutsche Elementarschule mit 225 Schülern ist in ihren Räumen bis zur Unmöglichkeit überfüllt, die städtische Mittelschule für Knaben ist mit ihren 299 Schülern auf den Nachmittags- und Abend-Unterricht angewiesen und dabei sitzen in dem so geeigneten zu deutschen Schulzwecken umgebauten Trollschen Hause 5 estnische Ministerien in etwa 80 Zimmern des Hauptgebäudes!!

Riga. Ein neues deutsches Schulhaus wird in Riga bald bezogen werden. In einer von 600 Mitgliedern des Elternverbandes besuchten Versammlung vom 3. Oktober wurde näheres berichtet. Die 10. und 13. städtische deutsche Grundschule sind obdachlos geworden und auch die Lutherschule ist in ihrem Heim nicht vollkommen gesichert. Ihnen dreien galt es neue Räume zu schaffen. 800 Schüler zählten allein die beiden ersten Schulen, deren Heim die Regierung für eine Kunstakademie zu brauchen betonte. Die Stadt ist zwar zur neuen Stellung eines Schulgebäudes verpflichtet, verlangt aber den Nachweis eines Gebäudes. Da bot sich dem Elternverband die Möglichkeit, das von Stäelsche Haus im Komplex der Vorburg, das 133 Zimmer hat, zu kaufen. Ein Herr Danziger hatte es erworben und stellte es in hochherziger Weise dem Elternverband zum Ankaufspreise zur Verfügung. In kaum einer Woche waren freiwillig rund 800000 Rubel für den Ankauf gesammelt worden. Allerdings bleibt noch ein beträchtlicher Rest zu tilgen und auch die Einrichtungskosten von 1½ Millionen müssen noch bezahlt werden, so daß noch rund 2½ Millionen aufzubringen sein werden. Aber das Deutschtum Rigas zeichnet sich durch Gebefreudigkeit und starken Optimismus aus und ist sicher, auch diese Summe gespendet zu bekommen. Für die in ihrem Heim bedrohte Lutherschule mit 530 Schülern wird gleichfalls Raum gewonnen werden, doch müssen dann erst noch Aulen in das Dachgeschoß eingebaut werden. Außerdem bleibt dann kein Raum für Direktorswohnungen, die außerhalb des Hauses beschafft werden müssen. Architekt Werner erläuterte an Kreidezeichnungen die Einrichtung des neuen Hauses, die von der Versammlung einstimmig genehmigt wurde, wie gesagt, ein gutes Zeichen für den Geist des Deutschtums in Riga.

Tiflis, Anfang Oktober. Unser deutsches Schulwesen hat jetzt, zu Beginn des neuen Schuljahres einen bedeutenden Zuwachs erhalten. An allen drei Schulen ist die Zahl der Schüler so groß, daß in den Schulgebäuden der Mangel an Raum auf unangenehme Weise empfunden wird und der hiesige „Georgisch-Deutsche Kulturverein“ sich genötigt sah, beim Unterrichtsministerium um die Errichtung einer zweiten deutschen Vorbereitungsschule und eines zweiten deutschen Kindergartens in der oberen Stadt einzukommen.

Das deutsche Realgymnasium hat in diesem Jahre die ersten 13 Abiturienten mit dem Zeugnis der Reife entlassen. Sie begeben sich in diesen Tagen mit 27 andern deutschen Jünglingen aus der Kolonie Katarinenfeld und Tiflis nach Deutschland, um dort Hochschulen zu besuchen. Mit ihnen fahren ebenso viele junge Leute aus den aserbeidschanischen Kolonien und außerdem noch gegen 25 georgische und etwa 15 tatarische Studenten. Die Zahl der jungen Georgier, die sich zu Studienzwecken nach Deutschland zu begeben beabsichtigen, ist damit noch nicht abgeschlossen und in den nächsten Monaten werden noch andere folgen.

A. Leist.

Eine deutsche Schule in Ägypten. Aus einem Privatbriefe, den das Berl. Tgbltt. veröffentlicht, ist zu erkennen, daß in Ägypten noch eine deutsche Schule besteht, nämlich eine Nonnenschule, die in einem schon vor dem Kriege von der dortigen österreich-ungarischen Kolonie erworbenen Gebäude in Alexan-

drien untergebracht ist. Auch dieses Gebäude soll nun der Beschlagnahme verfallen. Die Nonnen müßten dann in die Heimat zurückkehren, da sie die Miete für ein Gebäude im Werte von 5–600 türkischen Pfund nicht aufbringen könnten. Der Briefschreiber regt eine Hilfe durch die deutsche Regierung an, da die Schule zurzeit das einzige Lehrinstitut für deutsche Sprache in Ägypten sei und für eine Neugründung nach Verlust dieser Schule in absehbarer Zeit wohl kaum eine Konzession erteilt würde.

Wartburg (Natal). Unter großer Beteiligung wurde am 15. August die kleine aber würdige deutsche Privatschule eingeweiht. Nach einem einleitenden Choral sprach Herr Fritz Reiche über die Entstehung der Schule, Pastor Bakeberg hielt die Weiherede. Sodann sprach der Schulleiter, Superintendent Schüler, über die Pflicht der deutschen Lutheraner an Kirche und Deutschtum festzuhalten. Als letzter Redner sprach Herr Röhrs zu den Kindern und den Eltern und dann pflanzte der Spender des Grund und Bodens für Schule und Lehrerwohnung, Herr Heinrich Meyer, einen Schattenbaum.

Windhuk. Der Deutsche Schulverein hielt einen Bazar zugunsten des Schulfonds ab. Dabei sprach der Vorsitzende in seiner Begrüßungsrede Worte an die deutschen Männer und Frauen, die verdienten, weitesten Kreisen bekannt zu werden. Sie stellen mit Klarheit und Entschiedenheit, mit einfacher Bescheidenheit und Selbstverständlichkeit die Dinge so dar, wie sie das Deutschtum Südwests empfindet. Sie sind schmucklos aber wahrhaftig, einfach aber wichtig. Der Redner sprach: „Deutsche Frauen und Männer!

Eine für uns Deutsche traurige Zeit zwingt uns zusammen. Heruntergestürzt aus glänzender Höhe sehen wir unser Volk, geschmäht wie kaum eines seit den Tagen Karthagos, unter den unglücklichsten Umständen um sein Bestehen ringen. Zerstückt und zerrissen das Land unserer Väter, gesunken der stolze Adler, der auch außerhalb der Grenzen des Reiches seinen Landeskindern Schutz verlieh. Geduldet leben wir unter fremden Völkern. Wenn uns in Südwest auch bei weitem nicht das schlechteste Los zufiel, wissen wir doch, daß die Zukunft noch viel Bitteres für uns bringen kann. Mit vielem haben wir uns abgefunden. Wir dürfen aber nicht tatenlos geschehen lassen, daß der Hebel an unser Volkstum gelegt wird, und um es zu wahren, haben wir unsere ganze Kraft einzusetzen.

In dem Lande, das deutscher Fleiß und deutsche Arbeit wohnbar machten, sind wir an die zweite Stelle gedrängt. Fast alle Werke moderner Kulturarbeit, die sich dem Auge bieten, sind das Werk deutscher Hände, zeugen von deutschem Unternehmungsgeist und deutscher Tatkraft. Trotzdem liegt es uns fern, auf unsere Überwinder herabzuschauen, sondern wir tragen den Tatsachen Rechnung und sind bereit, mit ihnen zusammenzuarbeiten zum besten des Landes, das uns zur Heimat geworden ist. Wir stellen uns aber auf den Standpunkt, daß uns Gleichberechtigung zukommt. Diese Gleichberechtigung steht uns nicht nur zu als denen, die dieses Land zuerst besiedelten, sondern auch als den Angehörigen eines der tüchtigsten Völker der Erde. In den Etat für Südwest sind Mittel eingesetzt worden, die der Erziehung dienen sollen. Wir haben den Versuch gemacht, unsere Schulen an diesen Mitteln zu beteiligen. Die Bedingungen, unter denen die Regierung unsere Schulen übernehmen will, sind für uns unannehmbar. Wir tragen auf der einen Seite zu den Lasten bei, und wo wir die Vorteile aus den Lasten genießen wollen, werden uns unmögliche Bedingungen gestellt. Man kann einem Volke reale Werte und Besitztümer nehmen, man kann es zum Sklaven herunterdrücken, wenn man ihm nur die Arbeits-

möglichkeit läßt, jedoch hat jedes Volk auch ideelle Werte zu vergeben, die nicht ungestraft vernichtet werden dürfen.

Um diese Werte zu erhalten, und um unsere Gleichberechtigung als Volk zu belegen, kämpfen wir um unsere Schulen.

Es wird uns als zu verfolgendes Ziel ein großes, einiges, weißes Südafrika vorgezeichnet. Glaubt man nicht, daß wir als deutsche Afrikaner an der Erreichung dieses Zieles mitarbeiten könnten, ohne daß man unsere Kinder unserem Volkstum entfremdet? Oder glaubt man, einem kleinen Volke erst den Rückhalt nehmen zu müssen, den es in der Anlehnung an sein Stammvolk hat? Wohin soll es führen, wenn wir uns z. B. von unsern in einer unserer Aufsicht mehr oder weniger entzogenen Regierungsschule erzogenen Kindern Ansichten über das deutsche Volk erzählen lassen müßten, die einem deutschen Vater die Schamröte ins Gesicht treiben? Woher sollte, da die Kraft und Freudigkeit kommen, die zum Aufbau eines großen Reiches gehören. Es ist nicht nötig, daß der Weg zu großen Kolonialstaaten über zertretene weiße Völker führt! Es ist so viel davon gesprochen worden, wir wünschten ein separates Schulsystem. Wir verfechten kein System, das unsere Kinder zu den staatlichen Zielen in Gegensatz bringt, die ein großes Südafrika erheischt, aber wir wünschen ein System, in dem unsere Kinder mit Hochachtung über ihr Volk denken lernen.

Wenn ein Mann sich zur Zeit der Not von der Gemeinschaft mit seinem Volke lossagt, die doch jedem Menschen im tiefsten Innern wurzelt, wird er mit Verachtung im gegnerischen Lager aufgenommen. Nun verlangt man dieses Überläufertum nicht nur von uns, sondern wir sollen sogar unsere Kinder auf dem Altare dieses Götzen opfern. Wie sollten wir uns hierzu verstehen können, um so mehr, als die unsern Empfinden geschlagenen Wunden kaum verharscht sind!

Möglich ist heute hier im Lande eine Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung, wozu auch die Anerkennung und Unterstützung unserer Schulen gehört. Mit dem Fall unserer Schulen würde unser Volkstum vernichtet sein, und wir würden planlos auf einem uferlosen Meere treiben. Die Schulen den deutschen Lehrern entziehen, hieße Zersplitterung in die Familien tragen, hieße nicht Zweisprachigkeit, sondern Zweizüngigkeit fördern, hieße die Mutter fremd vor die Seele ihres Kindes stellen. Trotz der ungeheuren Lasten, die uns durch die Schulen auferlegt werden, können wir eine Verantwortung für etwas derartiges nicht auf uns nehmen. Wir stehen ganz und gar unter dem Bann der Verpflichtung, unsern Kindern ihr heiligstes Erbe, ihr Volkstum, unverbrüchlich zu bewahren.

Und das war es, was Friedrich Wilhelm Weber im Sinn hatte, wenn er in Dreizehnlinden den sächsischen Edlen, den Eschenburger, zu den Franken, die als Eroberer auftraten, die Worte sagen läßt: „Sachsentrotz ist wohl zu beugen, nie zu brechen!“

Künftige Tage sind der Wahrheit beste Zeugen!

Man hat uns gesagt, bei der Behandlung der Schulfrage müsse das Herz schweigen und wir müßten dem Verstande gehorchen. Ich glaube nicht, daß wir die Stimme unseres Herzens übergehen dürfen, denn das einzige, was uns nach diesem verlorenen Kriege geblieben ist, ist die Sorge um das Glück unserer Kinder. Und wenn Geld und Geldeswert einen Teil des menschlichen Glückes ausmachen, so trägt zum Glück doch wesentlich bei ein ehrendes Andenken an die, die ihr letztes hoher Ideale willen opferten. Unsere Verhandlungen mit der Regierung wegen Übernahme der Schulen sind vorläufig zum Stillstand gelangt. Der Staat, der in erster Linie die Verpflichtung hat, für die Erziehung aller seiner Bürger zu sorgen, will für seine Bürger deutschen Stammes dieses nur unter Bedingungen tun, die auf eine Vernichtung alles dessen hinauslaufen, was wir in jahrelanger Arbeit an

geistigen Werten in unserm Kulturkreis geschaffen haben. Somit bleibt uns nichts anderes übrig, als uns auf uns selbst zu besinnen und durch unsere Opferwilligkeit die Kosten zu decken, die uns durch die Erhaltung der Schulen erwachsen. Diese Opferwilligkeit ist für uns zur völkischen Pflicht geworden.

Völkische Pflicht ist es denn auch, die heute ein Gelöbnis auf unsere Lippen zwingt, ein Gelöbnis, nicht entsprossen aus „Lust am Kampf im deutschen Herzen“, sondern aus der Angst heraus, die selbst ein Tier zur Verteidigung seiner Jungen treibt.

Und so lassen Sie uns heute geloben: Wir Afrikaner deutscher Abstammung, ohne Unterschied der Klassen und Stände, stehen fest zu unserem deutschen Volkstum und stehen fest zu unserer deutschen Schule!“

Weiteres zur Schulfrage in Südwestafrika *). Am 19. September fand auf Veranlassung des Administrators eine Sitzung statt, an der Regierungsvertreter, Mitglieder des Landesbeirats und als Vertreter des deutschen Landesschulverbandes 4 Herren teilnahmen. Es galt, zu erkunden, wie sich der Landesschulverband zu einem neuen Schulgesetz-Entwurf in veränderter Fassung verhalte. Die Vertreter des Landesschulverbandes hatten zuvor mit Unterstützung der deutschen Mitglieder des Landesbeirats den Entwurf kennen lernen und durchstudieren können. Major Herbst, der die Verhandlungen leitete, führte aus, man solle von dem Gedanken ausgehen, die bekannten 10 Punkte des Administrators seien angenommen. Das lehnten die Vertreter des Verbandes ab und wollten sofort in die Besprechung der einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfes eintreten, da die 10 Punkte in ihrer Fassung den Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung nicht genügten. Wie die Windhuker „Landeszeitung für Südwestafrika“ berichtet, wurde darauf dieser Vorschlag angenommen, und es wurde in 1½ Stunden der Entwurf durchberaten, wobei eine Reihe von Wünschen und Anregungen des Verbandes noch dem Administrator zur Klärung und Beschlußfassung vorgelegt werden sollen. Der Sprecher des Landesverbandes betonte zum Schlusse, das Wichtigste sei die Zusicherung, daß die deutschen Kinder in den Regierungsschulen bis einschließlich der Klasse 6, die normalerweise das Ende der Schulpflicht in der Volksschule darstellt, ihren Unterricht durch Lehrer erhielten, die wirklich deutsch als ihre Muttersprache in jeder Weise einwandfrei beherrschten und außerdem tüchtige Fachmänner seien. Abgesehen von seltenen Ausnahmen, würden dieser Forderung nur in Deutschland ausgebildete Lehrer genügen. Tags darauf fand eine weitere Sitzung statt. Die Abgeordneten des Schulverbandes erklärten dabei ihr Einverständnis mit der letzten Fassung des Schulgesetz-Entwurfs einschließlich der von ihnen verlangten Zusätze und Änderungen. Es sollte eine weitere Sitzung der Vertreter des Landesschulverbandes einberufen werden, um die Stellung des Ausschusses zum Entwurf zu bekräftigen, dann sollte der Landesbeirat den Schulgesetz-Entwurf endgültig behandeln. Eine Einigung in der Schulfrage in Südwestafrika scheint also in nahe Sicht gerückt.

Der Administrator empfing am 26. September die Mitglieder des Landesbeirats und den Ausschuß des Schulverbandes und teilte mit, daß er nach Anhörung des Landesbeirats die Vorschläge des Schulverbandes in allen wesentlichen Teilen genehmigt habe. Er freue sich der so erzielten Übereinkunft, er werde das Schulgesetz jetzt auf seine Reise nach Pretoria mitnehmen, die er mit dem Landesbeirat zur Besprechung südwestafrikanischer Fragen vornehme. In der Sprachenfrage ist festgelegt worden, daß bis zum Standard VI einschließlich, mit dem die Volksschulpflicht normalerweise endet, das deutsche

*) Siehe auch den Artikel in Nr. 21, Seite 649 über diese Frage.

Kind in seiner Muttersprache unterrichtet wird, und zwar von deutschen Lehrern und einwandfreien Fachmännern, bei deren Anstellung der gewählte Elternschulausschuß zu hören ist. Der Administrator erklärte, nicht garantieren zu können, daß diese Lehrkräfte nur aus Deutschland geholt würden, sollten jedoch entsprechend vorgebildete Schulmänner nicht in Südafrika vorhanden sein, so werde er diese aus Deutschland holen. Der Volksschulunterricht wird nach dem vollendeten 7. Lebensjahre beginnen. Die beiden Substandards A und B können zusammen in einem Jahre, jeder folgende Standard kann in einem Jahre erledigt werden. Begabtere Kinder können die unteren Klassen auch rascher durchmachen. Das Durchschnittskind beendet also die Volksschule mit 13 Jahren. Von Standard II an, also normalerweise vom 9. Lebensjahre an, erhält das Kind täglich 45 Minuten Unterricht in einer der beiden Amtssprachen der Union nach der Wahl der Eltern. Die so gewählte Fremdsprache gilt nach Absolvierung des Standard VI als Unterrichtssprache. Den Vorschlag des Landesschulverbandes, in den höheren Schulklassen wenigstens Geschichte und Erdkunde in der Muttersprache zu lehren, hat der Administrator nach Anhörung des Landesbeirats abgelehnt. In den Volksschulklassen darf, abweichend vom Unionssystem, Religion in zwei Wochenstunden gegeben werden, Rechnen wird im Zehnersystem beibehalten, Deutschland wird in Geschichte und Erdkunde behandelt, deutsche Lieder werden gesungen, am Samstag darf unterrichtet werden. Ein schulpflichtiges Kind darf in irgendeine Schule des Landes entsandt werden. Zu den Regierungs-Pensionaten werden nur Kinder von 10 bis 16 Jahren zugelassen. Ein Schulbeirat, bestehend aus einem Deutschen, einem Engländer und einem Afrikaner, wird, ehrenamtlich arbeitend, den Administrator unterstützen. Der Vorschlag des Landesschulverbandes, die beiden Realschulen mit einem Regierungszuschuß in der bisherigen Form bestehen zu lassen, wurde abgelehnt, ein etwaiger Übergang soll jedoch durch besondere Maßnahmen erleichtert werden.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Teplitz. Der Bund der Deutschen in Böhmen veranstaltete am 9. Oktober eine völkische Lehrertagung, und Bundesobmann Gustav Rumrich-Teplitz sprach den bewährten, jahrzehntelangen Mitarbeitern bei der deutschen Schutzarbeit und den Bundesgenossen im nationalen Abwehrkampfe, den Lehrern, Dank aus und bat um eifrige Mitarbeit bei der Erziehung der der Schule entwachsenden Jugend. Diese Worte fanden bei allen Versammlungsteilnehmern lebhaften Beifall und herzliche Zustimmung. Erfreulich ist der mächtige Aufschwung, den die Vereinigung im letzten Vereinsjahre durch das Ansteigen der Mitgliedszahl von 600 auf 2500 genommen hat.

Wirtschaftsbund geistiger Arbeiter in Steiermark. Am 5. Oktober 1921 fand in Graz die Jahresversammlung des „Wirtschaftsbundes geistiger Arbeiter in Steiermark“ statt. Der „Bund“ ist ein Oberverband, der einzelne Mitglieder nicht aufnimmt, sondern nur Vereine, denen er ihre volle Selbständigkeit wahrt. Der Bund soll einen Rückhalt bieten für die angeschlossenen Verbände, das Zusammengehörigkeitsgefühl aller geistigen Arbeiter pflegen und vertiefen, wirtschaftliche und soziale Forderungen der geistigen Arbeiter aufstellen und vertiefen und überall dort helfen, wo die Kräfte des Einzelverbandes nicht ausreichen.

Der Bundesobmann, Senatspräsident Alfred Amschl, erstattete den Tätigkeitsbericht über das erste Vereinsjahr und gedachte besonders des bereitwilligen Entgegenkommens, das der Bund in dieser Zeit der Not beim Deutschen Ausland-

Institut in Stuttgart gefunden hat, dem die Versammlung einstimmig den wärmsten Dank aussprach.

Jugoslawien. Die „Neue Zeit“ in Veliki Bečskerek berichtet, daß die neue Gebietsverwaltung folgende Vereine „aus staatlichen Gründen“ aufgelöst habe: Akademische Landsmannschaft Karniola, Deutscher konstitutioneller Verein, Ortsgruppe Laibach des allgemeinen deutschen Sprachvereins, Deutscher Lehrerverband für Krain und Küstenland, Salzburger Hochschulverein, Deutscher Landesverband für Fremdenverkehr, Deutscher Böhmerwaldbund, Südmärkischer Sängerbund, Verein der deutschen Staatsangestellten.

Zürich. Die Zukunft des „Hilfsbunds für deutsche Kriegerfürsorge in der Schweiz“ wird in einem Artikel des Bundesorgans behandelt. Es wird betont, daß der katastrophale Rückgang der Einnahmen und Spenden schon um die Jahreswende die Frage des Weiterbestehens des Bundes zur Erörterung gebracht habe. Die verdienstvolle Arbeit des Bundes während des Kriegs wurde nach Kriegsende immer mehr abgebaut, so daß der Hilfsbund vor der Frage steht, seine Organisation von 7 Bezirksgruppen und 39 Ortsgruppen entsprechend abzubauen. Bei der Besprechung in Zürich am 11. Juni wurden zwei Vorschläge zur Diskussion gestellt, nur mehr zwei Geschäftsstellen des Hilfsbunds in Zürich und Basel bestehen zu lassen, oder an Stelle des Hilfsbunds eine Stiftung zu errichten, die vom Vorort der deutschen Hilfsvereine in der Schweiz zu verwalten sei. Bisher schon hatte das Nebeneinanderbestehen von Hilfsvereinen und Ortsgruppen des Hilfsbunds sich als überflüssig erwiesen und es war mindestens eine Personal-Union in der Leitung der beiden angestrebt und durchgeführt worden. Die Aufrechterhaltung von zwei Geschäftsstellen hätte nun zwar die Geschäftskosten vermindert, aber eine Aufrechterhaltung der Fürsorgetätigkeit und der Beitragseinzahlung in der ganzen Schweiz gewährleisten müssen. Von der Stiftung versprach man sich eine beträchtlichere Kostenersparnis und dabei doch Mehrung des Stiftungsfonds durch Spenden, Vermächtnisse und Zinsen. Eine Kommission wurde zur weiteren Ausarbeitung der Stiftungsurkunde gewählt, die einer außerordentlichen Hauptversammlung vom 24. September das Ergebnis ihrer Beratungen vorlegte. Mit allen persönlich abgegebenen Stimmen (53 bei 20 fehlenden) wurde die Auflösung des Hilfsbundes und die Errichtung der Stiftung beschlossen. Die Stiftung soll sich nach § 2 auf die Renten empfangenden deutschen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen aus dem Kriege 1914/18 erstrecken, ferner auf Kriegsteilnehmer- und Hinterbliebene, bei denen die Kriegsbeschädigung zweifellos ist, die aber keine Rente beziehen, endlich auf die Kriegshinterbliebenen, denen die bislang auf Grund früherer Bestimmungen bewilligte widerrufliche Zuwendung nach dem Reichsverordnungsgesetz vom 12. Mai 1920 entzogen werden mußte. Die Fürsorge soll freiwillig sein und sich nur auf in der Schweiz Wohnhafte beziehen. Die Durchführung der Fürsorge soll durch Richtlinien festgelegt werden, die der Verwaltungsrat der Stiftung erläßt und abändert, wobei er der Zustimmung der Generalversammlung der deutschen Hilfsvereine in der Schweiz unterliegt. Der Verwaltungsrat soll aus 5 bis 13 Mitgliedern bestehen, die einen engeren Ausschuß, bestehend aus einem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern und Schriftführern, wählen. Sie alle werden auf 2 Jahre von der Generalversammlung der Hilfsvereine gewählt. Der Verwaltungsrat arbeitet ehrenamtlich und tagt mindestens zweimal jährlich. Er verwaltet das Stiftungsvermögen, Beschwerden gegen ihn sind an den Vorort und in zweiter Instanz an die Generalversammlung der deutschen Hilfs-

vereine zu richten. Der Vorort der Hilfsvereine unterbreitet die geprüfte Abrechnung der Stiftung dem Schweizer Bundesrat als der Aufsichtsbehörde. Ist nach 35 Jahren noch Stiftungsgut vorhanden, so fällt es an den Vorort der Hilfsvereine oder dessen Rechtsnachfolger für gemeinnützige Zwecke hilfsbedürftiger Deutscher in der Schweiz. Aus den Richtlinien ist hervorzuheben, daß die örtlichen Hilfsvereine Gesuche bis jährlich 120 Franks aus der Hilfsbund-Stiftung selbständig bewilligen können, der engere Ausschuß des Verwaltungsrats einmalige Beihilfen bis zu 200 Franks und im Gesamtbetrag bis zu 500 Franks pro Jahr an den gleichen Gesuchsteller, der Gesamt-Verwaltungsrat Beihilfen bis zu 1000 Franks, Darlehensgesuche bis zu 1000 Franks entscheidet der engere Ausschuß. In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 24. September wurde Dr. Kittelmann-Zürich zum Vorsitzenden der Hauptstelle des Hilfsbundes gewählt. Die Zeitschrift des Hilfsbundes soll noch mindestens zweimal erscheinen, um die Mitglieder allerorten über die Errichtung der Stiftung unter der Verwaltung der Hilfsvereine zu unterrichten. Der Hilfsbund wird seine Geschäfte innerhalb einer gesetzlichen Liquidationsfrist aufarbeiten und erledigen.

Barcelona. Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Ortsgruppe Barcelona. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband in Spanien hat außer in Barcelona zurzeit Ortsgruppen in Madrid, Zaragoza, Sevilla, Bilbao, Valencia und Malaga. In Madrid, Calle del Paz 19, befindet sich die Geschäftsstelle des Verbandes für Spanien.

Die Barcelonaer Ortsgruppe besteht schon seit Jahrzehnten und hat zurzeit ungefähr 100 Mitglieder. Jeden Dienstag findet im Heim des Vereins, Calle Provenza 228, Zusammenkunft statt. Entgegen den Gepflogenheiten in der Heimat kommen dort Standesfragen kaum zur Erörterung. Die Vereinsabende werden in der Hauptsache durch allgemein bildende Vorträge, handelswissenschaftliche Besprechungen und geselliges Beisammensein ausgefüllt. Als besonders segensreich hat sich die Einrichtung einer Stellenvermittlung erwiesen, die es sich zur Aufgabe macht, zugezogene kaufmännische Kollegen unterzubringen. Außerdem erteilt die Ortsgruppe denjenigen Handlungsgehilfen, die nach Spanien einreisen wollen, kostenlose Auskünfte. Das Verbandsorgan ist, wie für alle übrigen Auslandsmitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (Sitz Hamburg), „Der Deutsche Kaufmann im Ausland“. Den Vorsitz in der Ortsgruppe Barcelona führt Herr Paul Eilenberger.

Paraguay. Eine Vereinigung der deutschen Firmen in Paraguay ist kürzlich gegründet worden, die einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der deutschen Firmen zur Wahrung ihrer Interessen erstrebt.

Rio de Janeiro. Die Gesellschaft „Germania“ feierte am 20. August das Fest ihres 100jährigen Bestehens. Sie ist somit wohl der älteste deutsche Verein Brasiliens und Südamerikas überhaupt. Sie besitzt heute ein prächtiges eigenes Heim an der Praia Flamengo und hat im Laufe der Zeit zahlreiche gemeinnützige Unternehmungen, wie den Hilfsverein und Schulverein ins Leben gerufen. Bei Friedrich Wülffing-Rubel, einem kleinen österreichischen Kneipwirt, versammelte sich einst ein Häuflein Deutscher. Das war im Jahre 1820, und es war sicherlich die einzige deutsche Kneipe in Rio. Die gute Küche des Wirts hielt die Gäste stets beisammen. Am 7. August 1821 gründeten die Kameraden, unter ihnen auch Holländer, Belgier, Schweizer, Dänen und ein Engländer, die „Germania“. Am 20. August wurde das erste „Direktorium“ gewählt, mietete sich das Nebenzimmer bei Wülffing als Vereinslokal und ernannte den

alten Wirt zum „Ökonom“. Ein Böhme-Österreicher, Franz Scheiner und ein Solinger-Preuße, Karl Hindrichs, waren die eigentlichen Gründer.

DEUTSCHE VERTRETER IM AUSLAND

Die deutsche Vertretung in China. Die „Frankf. Ztg.“ begrüßt in einem Artikel „Deutschland und China“ die Wahl des neuen deutschen Gesandten Boyé, der schon früher am Schanghai Generalkonsulat tätig war, der als ersten Botschaftsrat Herrn Generalkonsul von Borch haben werde, denselben, der den deutsch-chinesischen Friedensvertrag abschloß und dabei gute Arbeit geleistet habe. Auch der zweite Legationsrat von Altenberg sei bereits früher in China gewesen, ebenso wie die beiden der Dolmetscherlaufbahn entstammenden Konsulatssekretäre. Die Ernennung des bekannten Pfarrers Dr. Wilhelm, des ausgezeichneten Sinologen und Kunstkenners, zum Gesandtschaftsdolmetscher gewähre diesem die Möglichkeit, seine Kulturarbeit in Peking fortzusetzen. Doch sei der Gesandtschaft auch ein Pressefachmann, ein Angestellter der Transocean-Gesellschaft, beigegeben, von dem man beim besten Willen nicht wisse, was er draußen tun solle, denn er habe sich bis zu seiner Ankunft in Peking niemals mit China befaßt.

Der gesamte Chindienst werde natürlich durch den Wegfall der störenden Sonderinteressen und ihrer Vertretung in Tsingtau und Schanghai an Einheitlichkeit gewinnen, denn die gesamte Leitung und Generalberichterstattung liege nunmehr in der Hand des Pekinger Gesandten. Statt eines Generalkonsulats in Schanghai bekämen wir aber nun deren vier, was zur Wahrung des Gesichts, namentlich in Anbetracht des Verlusts der Exterritorialität, nicht zu umgehen gewesen sei, nämlich in Schanghai, Hankau, Tientsin und Kanton. Außerdem solle auch das Konsulat in Mukden mit einem Titular-Generalkonsul besetzt werden. Die Generalkonsuln beziehen nur Konsulatsgebühren, so daß also keine Haushaltsverteuerung dadurch entsteht.

In der Auswahl der Beamten sei jedoch schwer gefehlt worden. Nach Schanghai solle Herr Thiel kommen, der frühere ausgezeichnete Generalkonsul in Yokohama, der später im Propagandendienst des Reichs stand und jetzt erster Botschaftsrat in Tokio an der Gesandtschaft ist, wo er sich aber mit dem Botschafter Dr. Solf nicht vertragen habe und überdies in japanischen Kreisen recht unbeliebt geworden sei. Ihm zur Seite trete ein Herr Thiemann, bisher hauptsächlich in Barcelona und somit gleichfalls landesunkundig. Auch der dritte Mann, ein Attaché, sei gänzlich Neuling. Einziger Chinakenner sei ein junger Vizekonsul aus der Dolmetscherkarriere, doch werde auf Einspruch des ostasiatischen Vereins in Hamburg der jetzige Konsul Schirmer noch auf ein halbes Jahr in Schanghai belassen, um das gesamte Personal von oben bis unten „anzulernen“. Nach Kanton werde, als an den wichtigsten Platz, ein früherer Tsingtauer Rechtsanwalt Büssing entsandt, nach Hankau ein allerdings bisher in Schanghai tätiger Konsul, der aber nur Jurist und durchaus kein Wirtschaftler sei. Der Generalkonsul in Tsianfu ist ein ausgezeichnete Chinakenner, Herr Betz, der sich auch literarisch mit China befaßt hat. Mit wahren Schrecken jedoch habe man vernommen, daß an einer Stelle, wo sich sämtliche an China interessierten Großmächte aneinander stoßen, wo es also von Wichtigkeit sei, „einen feinen zurückhaltenden Beobachter zu haben, ein Beamter als ständiger Leiter fungieren soll, der — sagen wir es im Interesse der Sache gerade heraus — durch seine Taktlosigkeit an der ganzen ostasiatischen Küste zu einem nicht beneidenswerten Ruf gekommen ist“.

Der Verfasser des Artikels, selbst ein bekannter Chinafachmann, betont, die Besetzung der Posten des Chinadienstes sei völlig dem Auswärtigen Amt überlassen worden, während sich die Budgetkommission des Reichstags zwar mit organisatorischen Fragen, aber nicht mit den Fragen der Personalbesetzung befaßt habe.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Riga. Gegen den Hauptschriftleiter der „Rigaischen Rundschau“, den Abgeordneten **Dr. Paul Schiemann** war, wie wir berichtet haben, Anklage in zwei Fällen wegen angeblichen Landesverrats eingereicht worden. Die Untersuchungskommission der Konstituante hat jedoch entschieden, daß diese beiden Fälle unter die Amnestie vom 1. Juli 1921 fielen, es ist also zur Anklage überhaupt nicht gekommen.

Novisad-Neusatz. Aus der Schriftleitung des „Deutschen Volksblattes“ ist Herr Jacob Krämer ausgeschieden, der stets ein tapferer Vorkämpfer des Deutschtums war und sich namentlich um die Ferienreise der Banater Studenten zur Begründung von Ortsgruppen des Kulturbundes verdient gemacht hat. Er hat der Schriftleitung fast seit Bestehen des Blattes angehört und wird für das schwäbische Volk auch weiterhin ein treuer Führer und Berater bleiben.

Kronstadt. Das Erscheinen der deutschen „Kronstädter Zeitung“ ist für einen Monat verboten worden. Das Unterstaatssekretariat für Minderheiten hat eine entsprechende Zirkularverordnung an die Bukarester Blätter erlassen. Das Pressebureau hat seine Zustimmung erteilt. Als Ursache wird „herausfordernde Haltung gegen die Behörden und gegen die Armee“ bezeichnet. Nach dem Verbot hat sich die Zeitungs-Aktiengesellschaft in Kronstadt rasch entschlossen, ein Ersatzblatt, den „Burzenländer Boten“, herauszugeben, der als reines Nachrichtenblatt sich politischer Meinungsäußerung enthalten wird und als dessen verantwortlicher Schriftleiter Hans Görk zeichnet.

Das „**Banater Tageblatt**“ ist mit der Nummer 132 seines III. Jahrgangs am Mittwoch, den 12. Oktober, wieder erschienen, vorläufig zwar nur als Wochenausgabe, doch mit der Ankündigung, daß die Reorganisation des Zeitungsbetriebes in aller kürzester Zeit durchgeführt werden soll, worauf der Ausbau zum Tageblatt ehestens erfolge. Als verantwortlicher Schriftleiter zeichnet der Volkssekretär Hans Beller, da der frühere Schriftleiter, Viktor Orendi-Hommenau, seine frühere Zeitschrift „Von der Heide“ wieder erscheinen lassen und ihr seine ganze Arbeitskraft widmen will.

Karl Wilhelm. Die „Deutsche Zeitung Beßarabiens“ erfreute sich einer leider nur sehr kurzen Mitarbeit des bekannten Kolonisten-Vorkämpfers Karl Wilhelm, der früher in Odessa gleichfalls als Redakteur erfolgreich tätig war. Als vor drei Monaten die Nachricht kam, daß er den Bolschewistengreueln entronnen sei, wurde er alsbald nach Tarutino an das deutsche Blatt berufen, konnte aber schwerer Erkrankung halber nur einen Monat seine Tätigkeit ausüben, ein leichter Schlaganfall zwang den jetzt 73jährigen verdienten Mann, jeder geistigen Tätigkeit vorläufig zu entsagen und sich in Deutschland ganz seiner Kur zu widmen. Mit ihm scheidet aus der Tätigkeit für das deutsche Kolonisten-Element im Osten ein Mann aus, der sich außerordentliche Verdienste um die Sache des Kolonistentums erworben hat und dem auch wir beste Wünsche zur baldigen Wiederherstellung und zu einem geruhsamen und friedlichen Lebensabend darbringen. Er schreibt sich selbst in der „Deutschen Zeitung Beßarabiens“ einen Abschiedsbrief und erinnert

darán, wie er in den achtziger Jahren in der „Odessaer Zeitung“, deren Hauptschriftleiter er späterhin 15 Jahre lang war, mit einem Häuflein Getreuer, eine Rubrik „Koloniales“ begonnen habe, die er dann 10 Jahre lang erfolgreich weiterführte und sie zu einem Kulturfaktor im Kolonistenleben ausgestaltete. Als er dann 1900 die „Odessaer Zeitung“ übernahm, hatte sie 1200 Abonnenten. Bei Unterdrückung der Zeitung 1914 waren es weit über 6000. Das ist ein Erfolg, auf den ein Schriftleiter tatsächlich stolz sein darf, namentlich wenn er mit einem so spröden Leserpublikum wie den Kolonisten erzielt wurde. Die Mahnung eines solchen Lehrmeisters an seine beßarabischen Brüder: „Sucht möglichst engen Zusammenschluß mit den anderen deutschen Gruppen Großrumäniens, dann seid ihr eine Macht. Getrennt und zersplittert seid ihr machtlos und als Volk dem Untergang geweiht“, wird dann auch kaum ungehört verhallen.

In **Buenos Aires** erscheint seit dem 1. Oktober zweimal wöchentlich eine deutsche sozialdemokratische Zeitung, die „**Neue deutsche Zeitung**“, die mit aller Energie „gegen die monarchistische Hetze der Auslandsdeutschen“ auftreten will. Sie berichtet u. a., daß am 8. September im großen Saal des Vereinshauses „Vorwärts“ in Buenos Aires eine große Protestversammlung deutscher Männer und Frauen gegen die monarchistischen Umtriebe in Deutschland stattgefunden habe, zu der auch der deutsche Gesandte eingeladen worden sei. Dieser habe jedoch abgelehnt, in der Versammlung zu erscheinen, weil durch sein Erscheinen der Eindruck hervorgerufen werden könnte, als ob die Verfassung der deutschen Republik tatsächlich gefährdet sei, was er, der Gesandte, nicht glaube.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Vom Bund der Auslandsdeutschen

Bei einer **Vertretertagung** am 12. und 13. September in **München** wurde der aus der Abstimmung in Schleswig bekannte Vorkämpfer für den Minderheitenschutz, Johannes Tiedje, zum Bundesdirektor gewählt für alle Aufgaben des Bundes, die außerhalb der Entschädigungsfrage liegen, welche letztere unter der Leitung des Direktors Geheimrat Grosse bleibt.

Die „Auslandswarte“ berichtet über den Münchener Vertretertag noch, daß Satzungsänderungen mit dem Zwecke vorgenommen wurden, aus dem Bunde eine Spitzenorganisation zu machen. Die Erfahrungen der ersten zwei Jahre hätten gezeigt, daß nur auf diesem Wege der Bund sein Ziel erreichen könne.

Eine Gruppe „**Rückwandernder deutscher Rußland-Brauer**“ hat sich als eine Untergruppe des Bundes der Auslandsdeutschen gebildet. Die Vereinigung bezweckt, den aus Rußland vertriebenen und durch den Umsturz großenteils mittellos gewordenen Bauern einen Wiederaufbau ihrer Existenz zu ermöglichen und Mittel und Wege zu finden, um eine spätere Rückwanderung in den alten Wirkungskreis zu erleichtern. Die Gruppe hat beim Bund der Auslandsdeutschen die Anerkennung als Fachgruppe des Bundes bereits beantragt. Der Vorsitzende des Vereins ist Herr Paul Mumme, Direktor der Winkelhausenwerke A.-G. in Magdeburg. Anschriften an den Verein sind an die Adresse des Vorsitzenden Kl. Stadtmarsch 9 in Magdeburg zu richten.

Ein **Verein der Deutschen aus Kongreßpolen** hat sich, entsprechend dem Beispiel der aus dem Baltikum und aus den übrigen Teilen Rußlands geflüchteten Deutschstämmigen, gebildet. Er will den Zusammenschluß der Gleichgesinnten fördern und ihnen Fürsorge, Hilfe und Beratung in allen Notfällen bieten. Vorsitzender ist der bekannte Verfasser der „Geschichte des

Deutschtums in Kongreßpolen“ Adolf Eichler, Allenstein, Wilhelmstr. 19. Die Geschäftsstelle des Vereins befindet sich in Berlin SW 11, Königgrätzerstr. 47 I.

Verband Studierender Schwarzmeer-Deutschen. Gleich nach der Gründung des „Verb. Stud. Schw.-D.“ erließ der Vorstand Aufrufe, in denen er alle Studierenden aus dem Schwarzmeergebiet aufforderte, dem Verbands beizutreten. Wir können nun erfreulicherweise feststellen, daß fast alle Studierenden dem Verbands beigetreten sind; nur wenige sind unserer Aufforderung nicht gefolgt. Auf Grund der von den Mitgliedern ausgefüllten Fragebogen sind wir in der Lage, einen genauen Bericht zu erstatten.

Der Verband zählt 89 ordentliche und 2 außerordentliche Mitglieder, die sich auf die einzelnen Gebiete folgend verteilen: Südrußland 47, Beßarabien 38, Kaukasus 6. Die nachstehende Tabelle zeigt, wie die Studenten auf die einzelnen Fakultäten verteilt sind; die in Klammern () stehenden Zahlen gelten für die Studenten aus Beßarabien:

Medizin	Landwirtschaft	Maschinenbau u. Elektrotechnik	Theologie	Philologie	Staatswissenschaft	Chemie	Handelswissenschaft	Mathematik	Naturwissenschaft	Tierheilkunde
23(13)	21(7)	16(3)	8(2)	7(5)	5(1)	4(1)	4(4)	1(1)	1(—)	1(1)

Bemerkenswert ist, daß nur wenige (8) sich dem Lehramt zu widmen gedenken und unter diesen nur ein Mathematiker und ein Naturwissenschaftler ist. Es wäre doch zu wünschen, daß mehr Studenten sich diesem Studium zuwendeten, da es bei uns noch an Lehrern fehlt.

Auf die einzelnen Hochschulen verteilen sich die Studenten folgendermaßen: Tübingen 34 (19), Hohenheim 19 (6), Stuttgart 14 (3), Leipzig 8 (4), Marburg 5 (2), München 1, Dresden 1, Gießen 1, Freiburg 1, Coethen 1. Zwei unserer Mitglieder haben die landwirtschaftliche Hochschule beendet. — Wir schließen unseren Bericht mit der Hoffnung, daß im kommenden Semester die Zahl unserer Mitglieder noch größer wird.

Tübingen, den 31. August 1921.
Nauklerstraße 19.

Der Vorstand:
* K. Stumpp.

Siedlung russisch-deutscher Kolonisten. Die Kolonistensiedlung „Tirpitz“ des bekannten Kolonistenpfarrers Winkler konnte am 16. Oktober auf dem Wiesenvorwerk Tirpitz bei Lebus im Kreise Frankfurt a. O. ein hübsches Fest begehen. Die mehr als dreißig Kolonistenfamilien weiheten das neu erbaute Schul- und Bethaus feierlich ein, den Gottesdienst leitete Herr Pastor Winkler selbst. Vertreter verschiedener Behörden und des Reichswanderungsamts waren anwesend. Das Bethaus bildet, der „Deutschen Post aus dem Osten“ zufolge, einen großen, einfach aussehenden, sehr schön ausgestatteten Raum, an den Bet- und Schulsaal ist die Lehrerwohnung angebaut, ein junger reichsdeutscher Lehrer ist angestellt, der in diesen Tagen mit dem Unterricht begann.

Die deutschen Kolonisten aus Rußland, soweit sie in den verschiedenen Organisationen mit dem „Zentral-Komitee“ und dem „Ausschuß“ an der Spitze zusammengezogen sind und sich recht wenig freundlich gegenüberstanden, sollen nun durch ein Schiedsgericht eine Klärung in ihrer Stellungnahme erfahren. Das Schiedsgericht behandelt die vom Zentral-Komitee gegen den Ausschluß erhobenen Vorwürfe und tagte unter dem Vorsitz des vom Präsidenten des Reichswanderungsamts ernannten Geheimrat Dr. von Lewinsky vom Auswärtigen Amt am 25. und 26. Oktober. Pastor Winkler und Pastor Schwab fungierten

dabei als Sachwalter, Rechtsanwalt Dr. Schmiel als Parteivertreter für den Ausschluß, Baron Wrangel für das Zentral-Komitee. Die „Deutsche Post aus dem Osten“, die diese Mitteilungen bringt, berichtet, daß sie das Resultat der Untersuchung mitteilen werde.

Zusammenschluß der Kolonisten und anderen Deutschstämmigen aus Rußland. Wir hatten auf Seite 503 im Heft 16 von der Gründung des Zentralkomitees der Vereine aus den Kolonistengebieten Rußlands berichtet und die Mitteilung damit eingeleitet: „Nachdem der Versuch im ‚Ausschuß der deutschen Gruppen aus den Ländern Altrußlands‘ die sämtlichen in Rußland früher tätigen Deutschstämmigen zu einigen gescheitert ist ... wurde das Zentralkomitee begründet.“

Der Ausschuß der deutschen Gruppen in den Ländern Altrußlands hält diese Darstellung für unrichtig. Eine unwahre Angabe gebe hier die Begründung ab für eine Konkurrenz-Organisation und für die Notwendigkeit einer Interessenwahrung der deutschen Kolonisten. Der Ausschuß schreibt uns also: „Der Satz ist falsch. Der Ausschuß wurde gegründet am 10. April 1919 von 5 deutsch-russischen Gruppen. Am 12. und 15. April traten noch 2 Gruppen bei. Diese 7 Gruppen arbeiteten in 57 Sitzungen zusammen bis 15. April 1920, an welchem Tage die Vertreter der Wolgakolonisten ausschieden. Die übrigen 6 Gruppen arbeiteten sodann weiter in 49 Sitzungen bis zum 7. Juni 1921, zu welcher Zeit die Vertreter der nordrussischen Gruppe aus dem Ausschuß ausschieden. Die Gründe des Ausscheidens sind hier nicht zu besprechen. Die Arbeit des Ausschusses in dieser Zeit diente, wie es auch weiterhin der Fall sein wird, den Interessen aller deutschstämmigen Kolonisten Rußlands, zu denen auch die Balten zu zählen sind, zur Sicherung der Rechte der in Deutschland anwesenden Flüchtlinge und dem kirchlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau der Kolonien.“

Der Ausschuß bestätigt mit dieser Mitteilung, was er entkräften wollte. Der Ausschuß stellte den Versuch einer geschlossenen Organisation aller Deutschstämmigen aus Rußland dar. Aus dem Ausschuß sind im Laufe der Zeit die Gruppen der Wolgadeutschen, der Wolhynien-Deutschen, der Schwarzmeer-Kolonisten und der Kaukasusdeutschen, wie die Gruppen der Nordrußlanddeutschen ausgeschieden, also diejenigen Organisationen, die in Deutschland die offiziellen Organisationen der Landsmannschaften aus jenen Gegenden darstellen. Damit ist doch wohl der Versuch, alle Deutschstämmigen aus Rußland zu einigen, wie wir richtig schrieben, als gescheitert zu betrachten, auch wenn die Sache einige Monate gut gegangen war. Wir bedauern dieses Scheitern und wir bedauern, was wir wiederholt ausgesprochen, die Zerküftung, die unter dem deutschen Kolonistenelement aus Rußland, soweit es in Deutschland weilt, herrscht. Die Zersplitterung ist unheilvoll. Es wird in gegenseitiger Bekämpfung viel gute Kraft unnütz verbraucht. Es wird gegeneinander gearbeitet, wo nur ein Miteinanderarbeiten und eine einige Geschlossenheit zum Ziele führen könnte. Man wittert überall Verrat und Mistrauen. Man hat zwei verschiedene Zeitschriften, wo die Stoßkraft eines einheitlichen Organs wünschenswert wäre. Alle diese Dinge sind beklagenswerte Mißstände. Sie offen als solche zu bezeichnen ist nötig, und das haben wir getan. Nicht etwa in der Absicht, die Spaltung zu vertiefen, sondern in dem Bestreben, zusammenzuführen und Wege zu weisen. Die Kolonisten aus Rußland sollten das einsehen. Sie können der Sache ihrer Brüder in Rußland keinen besseren Dienst leisten, als wenn sie den Kolonistenhader in Deutschland vergessen und hier geschlossen und persönliche Reibereien und Kleinigkeiten beiseite lassend arbeiten.

Deutsche Hilfe für die hungernden Brüder im Osten. Das Hilfswerk der Wolgadeutschen in Berlin hat am 16. Oktober seinen Delegierten, Herrn Sprenger, auf dem Dampfer „Stettin“ nach Rußland entsandt, der für etwa 200000 M. Liebesgaben und Lebensmittel nach Rußland bringen soll, die für die hungernden Kinder, für einzelne Kolonien und für einzelne Personen bestimmt sind. Aus Reval und Petersburg sind vom Delegierten schon Nachrichten gekommen, aus denen zu entnehmen ist, daß der Transport in zwei Eisenbahnwagen bereits den Wolgakolonien zurollt und nach der Kolonie Oberdorf dirigiert ist. Von hier aus erfolgt der Landtransport, 35 Kilometer nach der Kolonie Merkel und der Kolonie Kimm (70 Kilometer). Der Delegierte meldet, daß er von den Sowjetbehörden zuvorkommend behandelt worden sei.

POLITISCH-PARLAMMENTARISCHES

Kleine Anfragen

Auf die Anfrage der Abgeordneten Schultz und Genossen (Nr. 886) betreffend die Vertreibung der deutschen Domänenpächter in Posen (Westpreußen) antwortete das Auswärtige Amt, daß die in der Anfrage geschilderten Zustände den Tatsachen entsprechen und daß gegen 170 Domänenpächter auf diese Weise von ihren Gütern vertrieben würden. Die deutsche Regierung habe gegen diese Maßnahmen in Warschau und Posen sofort Einspruch erhoben und auch die Botschafterkonferenz zum Einschreiten gegen diese erneute polnische Willkür aufgefordert. Diese Maßnahmen scheinen auch nicht ohne Wirkung bei den Warschauer Stellen geblieben zu sein, die Posener Teilregierung dagegen sei nach wie vor fest entschlossen, die Domänenpächter mit Gewalt auszutreiben. Die Abschätzung des Inventars habe bereits in vielen Fällen zu sehr ungünstigen Bedingungen stattgefunden. Gegen diese Haltung der Posener Teilregierung, die dem Friedensvertrag schroff widerspreche, sei bei der Botschafterkonferenz sofort erneut Einspruch erhoben worden. Die Anwendung von Repressalien gegen die in Deutschland lebenden polnischen Grundbesitzer seien zurzeit durch die Verfassung ausgeschlossen.

Die von den Abgeordneten Deermann und Dauer gestellte Anfrage (Nr. 1077) wird vom Reichsminister des Innern dahin beantwortet, daß der Entwurf eines Auswanderungsgesetzes im wesentlichen fertiggestellt ist und dem Reichstag nach Abschluß schwebender Verhandlungen mit auswärtigen Regierungen, deren Ergebnis für die Ausgestaltung wichtiger Teile des Entwurfs von Bedeutung ist, vorgelegt werden wird.

Die von dem Abgeordneten Brüninghaus und Genossen gestellte Anfrage (Nr. 1058) wird vom Reichsminister für Wiederaufbau beantwortet. Der Reichsminister führt aus, daß für die Durchführung der Entschädigungsgesetze, neben dem Erlaß der Ausführungsbestimmungen die Errichtung des in der Entschädigungsordnung vorgesehenen Reichsentschädigungsamtes, grundlegend sei. Die Vorarbeiten seien so weit gefördert, daß die Errichtung des Reichsentschädigungsamtes und seiner Spruchkammern erfolgen könne, sobald die Mittel zur Verfügung gestellt würden. Ein entsprechender Nachtragset werde dem Reichsrat und dem Reichstag mit größter Beschleunigung zugehen.

Die Ausführungsbestimmungen zu den Kriegsschädengesetzen würden voraussichtlich gleich nach dem Zusammentritt des Reichstags diesem vorgelegt werden können.

Deutsche Kriegsgefangene in der Fremde

Auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Mumm (Nr. 1036) über die Zahl der zurzeit noch in Kriegsgefangenschaft schmach-

tenden Deutschen wird von der Reichsregierung geantwortet, daß in Sowjet-Rußland einschließlich der Ukraine zurzeit noch etwa 1200 reichsdeutsche Kriegsgefangene sich befinden. Ihre Heimschaffung wird voraussichtlich noch in diesem Jahr durchgeführt werden können. Sibirien und Turkestan können bereits als geräumt betrachtet werden. Die noch dort befindlichen deutschen Kriegsgefangenen haben zum größten Teil aus persönlichen Gründen die Heimschaffung abgelehnt. Die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen erfolgt über Noworossisk und Triest auf den deutschen Dampfern „Wigbert“ und „Harald“, welche unter dem Schutz des Internationalen Roten Kreuzes fahren. Denselben Weg nimmt auch ein Teil der Kriegsgefangenen aus der Ukraine. Ein anderer Teil wird über Moskau und weiter über die Ostsee in die Heimat befördert.

In Frankreich befanden sich am 1. Juli 1921 noch 111 Kriegsgefangene in Avignon (einschließlich Cuers und Agay). Diese Gefangenen sind von Frankreich zur Verbüßung von Strafen, gemäß Artikel 219 des Vertrages von Versailles, zurückgehalten worden. Von diesen Gefangenen sind inzwischen 45 heimgekehrt, so daß sich zurzeit noch 66 Kriegsgefangene in Avignon befinden, für deren Befreiung die deutsche Regierung alle möglichen Schritte unternimmt.

Außerdem sollen dem Vernehmen nach sich noch 3 Kriegsgefangene in anderen Gefängnissen Frankreichs befinden. Dem Ersuchen Deutschlands, diese Leute entsprechend den Berner Vereinbarungen von 1918 nach Avignon überzuführen, hat die französische Regierung bisher nicht entsprochen.

Über eine Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener in den französischen Gebieten Nordafrikas hat sich amtlich nichts feststellen lassen. Es dürfte sich bei diesen Gerüchten um Deutsche handeln, die sich freiwillig zur Fremdenlegion haben anwerben lassen. Eine Möglichkeit, diese Leute zu befreien, besteht nicht, außer wenn es sich um Minderjährige handelt.

Vom Auswärtigen Amt und dem Auslanddeutschtum

Direktor Roselius-Bremen hatte jüngst als erster in einem Artikel in der „Weserzeitung“ mitgeteilt, daß die bei der Schüler-Reform erst neu geschaffene selbständige Abteilung IX des Auswärtigen Amtes, die sich mit der Pflege der kulturellen Interessen des Auslanddeutschtums befassen sollte, aus Sparsamkeitsgründen wieder eingehen und als kleines Referat der Rechtsabteilung unterstellt werden sollte. Nun scheint dazu ein Anfang gemacht worden zu sein. Amtlich wird mitgeteilt, daß „mit der Führung der Geschäfte der Abteilung IX“ der Ministerialdirektor Dr. Heilbronn betraut worden sei. Was aus dem früheren Leiter der Abteilung, Generalkonsul Moraht, geworden ist, wird in dieser Meldung nicht gesagt. Direktor Heilbronn hat im Auswärtigen Amt reiche Erfahrung gesammelt. Er gehört zu den bewährtesten Mitarbeitern des früheren Pressechefs Otto Hammann und hat sich im Verkehr mit der Presse eine starke Beliebtheit erworben. Späterhin war er selbständiger Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung.

Erwerbslosenfürsorge für Deutsche aus Polen

Der Reichsarbeitsminister hat den obersten Landesbehörden für die Erwerbslosenfürsorge empfohlen, eine dahingehende Anordnung zu erlassen, daß ehemaligen Deutschen, die durch den Friedensvertrag die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die polnische Staatsangehörigkeit erworben haben, die Erwerbslosenfürsorge im gleichen Umfange wie Reichsdeutschen gewährt wird, sofern sie die Flüchtlingseigenschaft besitzen. Die Flüchtlingseigenschaft ist durch Anfrage bei der zuständigen Flüchtlings-

fürsorge festzustellen. Ein wenn auch nur mittelbarer Zwang auf die Erwerbslosen, die deutsche Reichsangehörigkeit anzunehmen, darf von den Erwerbslosenfürsorge-Behörden in keinem Fall ausgeübt werden.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Finnische Gäste in Kiel. In Kiel wurden in der Universitäts-Aula finnische Gäste in herzlicher Weise begrüßt, wobei der gesamte Lehrkörper der Hochschule anwesend war und der Rektor, der Magistrat, sowie die Studentenschaft Ansprachen hielten. Ein finnischer Student dankte für die finnische Korporation in warmherziger Weise.

Italienische Politiker in Deutschland. Vertreter der italienischen Volkspartei, des italienischen „Zentrums“, dessen Führer Don Sturzo, schon lange den Gedanken der Begründung einer christlichen politischen Internationale betreibt, weilten jetzt auf einer Studienreise in Deutschland, mit dem Parteiführer der 107 Vertreter starken Fraktion an der Spitze. Die Reise bezweckte eine Fühlungnahme mit den deutschen Zentrumsvertretern und ein Kennenlernen der sozialen Einrichtungen der deutschen Katholiken. Mit Don Sturzo waren 4, hervorragende Parlamentarier gekommen, um München, Regensburg, Berlin, Essen, Duisburg, München-Gladbach, Köln, Koblenz und Frankfurt a. M. zu besuchen. Sie wurden in Regensburg von dem Genossenschafter Dr. Heim, in Berlin vom Reichskanzler Dr. Wirth und von dem preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald empfangen, besuchten in Essen die Kruppschen Anlagen und wohnten einer Versammlung von 400 Vertrauensleuten der christlichen Gewerkschaften bei, fuhren in Duisburg-Rehrtort unter Führung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns in ein Bergwerk ein, besuchten in München-Gladbach die Zentrale des Katholischen Volksvereins. Man sieht, daß es sich um eine wohl vorbereitete und eindrucksvoll verlaufene Reise handelt. Die Herren erörterten mit dem Kölner Erzbischof Dr. Schulte christliche, mit dem Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer kommunale Probleme, besichtigten Schulen und Krankenhäuser, Krüppelhäuser und andere Wohlfahrtseinrichtungen, Zeitungen und Gewerkschaftseinrichtungen. Dabei wurden eine ganze Anzahl sehr wertvoller Reden gehalten. Man darf annehmen, daß aus dieser Reise eine starke Besserung der deutsch-italienischen Beziehungen und des Verständigungswillens entspringen wird.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDSDEUTSCHE

Wie wir erfahren, soll die zur Anmeldung der Endentschädigung auf den 31. Dezember dieses Jahres festgesetzte Frist vom Reichsminister für Wiederaufbau angemessen verlängert werden.

Umwechslung russischen Geldes

Die Reichsregierung hat der Generalkriegskasse in Berlin, Unterwasserstr. 6, die Erlaubnis erteilt, Heimkehrern und Kriegsgefangenen aus Rußland Rubelnoten einzuwechseln, und zwar bis zu folgenden Beträgen: Zarennoten bis 2000, Dumanoten bis 1000, Kerenskiopot bis 600 und Sowjetnoten bis 150 000 Rubel. Für die Umwechslung in Reichsmark sind folgende Sätze festgelegt:

Für 100 Zarenrubel . . .	ℳ 12.50
„ 100 Dumarubel . . .	„ 4.50
„ 100 Kerenskirubel . . .	„ 1.25
„ 100 Sowjetrubel . . .	„ —.10

VERSCHIEDENES

Deutsche Wacht

Wir hatten auf Seite 534/35 unserer Zeitschrift über die Vorgänge innerhalb dieses Verbandes berichtet und mitgeteilt, daß der Vorstand den Generalsekretär August Christ ausgeschlossen habe und daß er mitteile, es schwebte gegen ihn ein Gerichtsverfahren wegen Unterschlagung und Betrug, begangen innerhalb des Verlags. Inzwischen sind die Dinge weitergegangen. Der zweite Geschäftsführer, Dr. Brümmer, hat eine neue Nummer der alten „Deutschen Wacht“ herausgebracht, aber auch der gewesene Geschäftsführer hat mit bemerkenswerter Fixigkeit ein neues, in 3 Sprachen erscheinendes Blatt, „Export-Echo“ in einem eigenen Verlag, dessen Direktor er selbst ist, erscheinen lassen, das mit seinem Überdruck: „Frankfurter Herbstniese“ den Eindruck erweckt, als ob es ein Organ der Messeleitung sei, was selbstverständlich nicht der Fall ist.

Aus uns zugehenden Schriftstücken entnehmen wir nun, daß der alte Verband „Deutsche Wacht“ auf den 31. Juli eine Mitgliederversammlung nach Frankfurt einberufen hatte, bei der insgesamt 14 Mitglieder persönlich erschienen waren. Der Vertreter der Hannoveraner Ortsgruppe legte 31 Vertretungsvollmachten von Mitgliedern vor, die aber der alte Vorstand nicht als gültig erklären wollte, weil eine notarielle Beurkundung fehle. Bei der Abstimmung wurden die Vollmachten mit 9 gegen 5 Stimmen für ungültig erklärt. Darauf verließen 5 Herren den Versammlungsraum, kehrten aber mit 5 inzwischen neu gekommenen Mitgliedern kurze Zeit darauf zurück und verkündeten, daß mit ihnen 41 Mitglieder des Verbandes „Deutsche Wacht“ den Sitzungssaal betreten hätten. Der alte Verbandsvorsitzende erklärte, er habe die Sitzung bereits geschlossen und der Hotel-Geschäftsführer ersuchte die Herren, den Raum wieder zu verlassen, da dieser von den Herren des alten Vorstands gemietet worden sei. Darauf versammelten sich die erwähnten Mitglieder, 8 Herren nebst Vollmachten von 31 Mitgliedern, in den bisherigen Geschäftsräumen der „Deutschen Wacht“ erteilten dem alten Vorstand ein Mißtrauensvotum, bildeten einen Mitglieder-Ausschuß aus 3 Herren und übertrugen die Geschäftsführung wieder dem alten Generalsekretär, Herrn August Christ, der sie späterhin jedoch freiwillig wieder niederlegte.

Soweit die Tatsachen. Herr August Christ benutzt sie dazu, uns mitzuteilen, wir seien nicht von anständigen Menschen, sondern von Kanaillein informiert, er habe auch seinerseits gegen Herrn Dr. Brümmer Strafanzeige gestellt. Er verlangt von uns eine Berichtigung und droht uns mit Klage. Wir haben gar nichts zu berichtigen. Wir wollen Herrn Christ, wenn er es unbedingt haben will, vor Gericht gern nachweisen, daß ihm seine früheren Lagergenossen der Kohlschiebung nach der Schweiz und der Denunziation seiner eigenen Kameraden bezichtigt haben, ohne daß er es für nötig befand, Klage dagegen zu erheben. Wir wollen ihm gerne auch vor Gericht nachweisen, daß er Anzeigen aus dem Anteil der „Frankfurter Zeitung“ ausschnitt, um sie in der „Deutschen Wacht“ als Stellenangebote und Lieferungenachweis der Mitglieder der „Deutschen Wacht“ und seiner eigenen Handelsabteilung anzupreisen. Wir wollen ihm gerne auch vor Gericht nachweisen, daß der Polizeipräsident von Frankfurt bereits früher vor einem andern Unternehmen des Herrn Christ als vor einem Schwindelunternehmen gewarnt hat. Wir sehen also der Klage in aller Ruhe entgegen. Allerdings schreibt uns Herr Christ in einem nur mehr pathologisch zu wertenden Briefe, der sich in ausgesuchten Beleidigungen überbietet, daß er auf die Klageerhebung verzichte!

Deutsche Kriegergräber im Ausland. Der „Volksbund deutscher Kriegergräberfürsorge“ legte mit Genehmigung der Regierungen der betreffenden Länder in diesem Jahr am Totensonntag und an Allerseelen Kränze und Blumen an den deutschen Kriegergräbern in England, Frankreich, Belgien, Estland, Lettland, Polen und Rumänien nieder.

Das hohe Lied von der deutschen Pflichterfüllung

Ein finnländisches Blatt bringt die Meldung, der Vertreter des Exekutivkomitees der deutschen Wolga-Kolonisten, Moor, habe der Sowjet-Regierung mitgeteilt, daß die notleidenden deutschen Bauern des Wolgagebiets von dem von der Sowjet-Regierung gelieferten Saatgetreide nicht ein Korn für ihren Unterhalt verbraucht hätten, sie brächen vor Hunger über dem Pflug zusammen, aber die ganzen Saattmengen seien unverkürzt ausgesät worden!!

Der neue rumänische Zolltarif (Königliches Dekret Nr. 2659 vom 28. Juni 1921) ist in deutscher Übersetzung beim „Eildienst

für amtliche und private Handelsnachrichten, G. m. b. H., Berlin NW 7, Bunsenstr. 2“, gedruckt erschienen.

Die Kownoer Universität. Wie die „Rig. Rundsch.“ mitteilt, wird die Vortragssprache an der zu eröffnenden litauischen Gedimin-Universität in Kowno neben litauisch auch deutsch sein. Ein bekannter Dozent der Königsberger Universität habe bereits einen Ruf nach Kowno erhalten.

Aus Neuyork wird dem Deutschen Ausland-Institut geschrieben: Am 27. Oktober fand im Hotel Astor ein großes Bankett im Interesse der deutschen Kinderspeisung statt, das deshalb vielleicht erwähnenswert ist, weil dabei die amerikanische Bundesregierung zum erstenmal offiziell von einer Veranstaltung im Interesse Deutschlands Kenntnis nahm; Bundes-Senator Mc. Cermick nahm an dem Bankett teil und übermittelte eine Botschaft von Präsident Harding. Der ehemalige Staatssekretär für Handel und Arbeit, Herr Chas F. Nagel, aus S. Louis, fungierte bei dem Bankett als Tafelmeister.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

Deutsche Volkskalender im Auslande. V.

Nachzügler.

Nach Abschluß unserer zusammenhängenden Kalenderbesprechungen in Nr. 10, 12, 17 und 18 des „Auslanddeutschen“ sind uns aus den verschiedensten Ländern noch eine Reihe wertvoller deutscher Volkskalender zugegangen, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Wir berichten über sie in bunter Reihenfolge und verknüpfen damit die Bitte an die Verleger und unsere Freunde im Ausland, uns den neuen Kalender für 1922 bald zu übersenden, damit künftig die Sammelbesprechung möglichst frühzeitig und vollständig erscheinen kann.

Kulturbund-Kalender. Jg 1. 1921. Hrsg. vom Schwäb.-Deutschen Kulturbund. Veliki Becskerek: Verl. d. Schwäb.-Dt. Kulturbundes 1921. 96 S. 4^o Kr 18.—.

Mit besonderer Freude zeige ich hier zwei Nachzügler von Volkskalendern an, die sich zur allgemeinen Besprechung (Der Ausl. Nr. 10, 1921) nicht mehr rechtzeitig einfanden. Der „Kulturbunds-Kalender“ des Deutsch-schwäbischen Kulturbundes für das Gemeinjahr 1921 ist ein erster Versuch dieser jungen, frischen, strebsamen Volksorganisation. Papier und Ausstattung sind bescheiden, um den Preis möglichst niedrig halten zu können und um womöglich noch ein Reinertragnis Bundeszwecken nutzbar machen zu können. Aber der Geist ist es, auf den es ankommt und nichtumsonst ist es das Bild Adam Müller-Guttenbrunns, das den Kalender ziert. Ein Artikel von Johann Keks unterrichtet über das Deutschtum in Südslawien, das auf immerhin 700000 Menschen geschätzt wird, mundartliche Gedichte und Erzählungen geben ein interessantes Bild von der sprachlichen Art der Schwaben. Felix Millecker gibt in einer Studie über die Entwicklung des Banater deutschen Schrifttums einen Überblick über die überraschend große Zahl der Banater Schriftsteller. Nützliche Winke für Gesundheit, Haus und Wirtschaft, für die Gesundheitspflege der Frau insbesondere, ein Verzeichnis der Jahrmärkte, die üblichen Kalendertabellen und viele kleine volkscundliche Beiträge vervollständigen das lehrreiche und gut zusammengestellte Büchlein.

Hausfreund. Evang.-luther. Volkskalender für das Jahr 1921. Lodz: Magitius 1921. 120 S. 8^o.

Dem „Hausfreund, evang.-luth. Volkskalender für das Jahr 1921“ habe ich schon für das Jahr 1920 freundliche Worte gewidmet. Auch das Urteil über den Jahrgang 1921 darf lobend sein. Er ist von tiefer Religiosität erfüllt, auch dort, wo er nicht rein kirchlich gerichtet ist. Wertvollen Aufschluß gibt ein Aufsatz über die Geschichte des deutschen Lehrerseminars, das ein Internat und eine Übungsschule notwendigerweise haben müßte und dem die Neueinfügung des Faches Handfertigkeitsunterricht eine wesentliche Bereicherung brachte. Den evangelischen Lehrern und Pastoren, die im Jahre 1920 starben, werden ehrende Worte des Gedenkens gewidmet. Besonders erwähnt sei schließlich ein Personalverzeichnis des Warschauer Evangelisch-Augsburger Konsistorial-Bezirks.

Landwirtschaftlicher Kalender f. Polen. Jg 2. 1921. Hrsg. vom

Verb. deutscher Genossenschaften i. Polen. Posen: Landwirtschaftl. Zentralwochenbl. f. Polen 1920. 4^o.

Ein guter und brauchbarer, nach besten Überlieferungen gearbeiteter Kalender, dessen zweiter Jahrgang sicherlich viele Nachfolger erleben wird, die dann hoffentlich bald auch wieder auf besseres Papier gedruckt werden können, bei dem die Bilder etwas schöner in Erscheinung treten. Es wird ausführlich über die Geschichte des Verbandes im Jahre 1920 berichtet, auch über den Deutschtumsbund. Der übrige Inhalt des Kalenders ist im wesentlichen landwirtschaftlicher Art. Er bringt aber gerade hier in volkstümlicher Form praktische Wissenschaft zur Belehrung und Erziehung des deutschen Bauern in Polen und das sichert ihm seine Bedeutung und seinen Wert, hoffentlich und sicherlich auch seinen Absatz und damit seine Lebensfähigkeit.

Deutscher Kalender für die Bukowina für das Jahr 1920. Hrsg. vom Verein d. christl. Deutschen in d. Bukowina. Czernowitz 1920: Buchdruckerei-Gesellsch. 8^o.

Der verehrte Abgeordnete der Bukowinaer Deutschen, Dr. Kohlruf, hat „Rückblick und Ausschau“ dieses Kalenders geschrieben und läßt seine Betrachtungen in die stolzen Dichterworte ausklingen: „Ich bin aus deutschem Blut entsprossen, ich bin ein Deutscher — wer ist mehr?“ Das ist ein gutes und starkes Motto. Daß Dr. Butz eine kurz gefaßte Landeskunde von Groß-Rumänien beisteuert, zeigt, daß sich das Deutschtum der Bukowina in Groß-Rumäniens Gesamtheit einordnet und eingliedern will. Auch in diesem Kalender wird Fichte als Erzieher des deutschen Volkes gepriesen. Handelskammersekretär Dr. Decker preist das Handwerk als des deutschen Volkes Zukunft. Der Kalender ist gut und geschmackvoll ausgestattet.

Kreuzkalender für das christl. Volk. Jg 1. 1921. Hrsg. von Wilhelm Ratz, evang. Pfarrer in Preßburg. Preßburg 1921: Angermayer. 4^o.

Der Kalender unterrichtet in glücklicher Weise über deutsche Wohlfahrtseinrichtungen in Preßburg, bringt einen interessanten Artikel über die alte Holzkirche von Krenmark, von deren reicher Innenausstattung ein Bild Zeugnis ablegt, unterrichtet über die Geschichte der Zips und bringt nicht nur über kirchliche und religiöse Fragen, sondern auch über landwirtschaftliche und industrielle Gebiete viel gut geschriebene und gut gewählte Beiträge. Alles in allem: Nicht nur ein an Format die andern überlagernder Kalender, sondern auch einer, der an Inhalt bedeutsam ist und für das starke Volkstum spricht, für das er bestimmt ist.

Deutscher Volkskalender. Jg 9. 1921. Bearb. von Rudolf Fiedler. (Wien:) Selbstverlag des Deutschen Schulvereins (1920). 156 S. 8°.

Die guten Geister der deutschen Dichter und Meister sind hier versammelt. Mit Goethe, Schiller, Kleist, Fichte, Arndt und Grimm ist ein guter deutscher Kalender volkstümlich und packend zu gestalten. Der Verfasser dieses Kalenders hat gezeigt, wie man das macht. Auch die Mitarbeiter aus unsern Kampftagen, Schmied-Kowarzik, Zittera, Imendörffer und viele andere steuern ihr Bestes bei. Sehr reichhaltig ist der Kalender namentlich an lyrischen und auch an politischen Dichtungen. Daß Anton Orhorn nicht fehlt, darf mit Freude registriert werden. Allerlei Kurzweil wird im Schlußteil des Kalenders geboten, der dann auch noch ein Verzeichnis der deutschen Namen bringt. Auf über 150 Seiten ist hier ein ungewöhnlich reichhaltiges Material geboten, das den Kalender zu einem Muster unter seinesgleichen macht. Nur das Titelbild dürfte geschmackvoller sein. Dr. F. W.

Evangelischer Volkskalender aus Oberösterreich 1921. Herausgeg. vom oberösterreichischen evangelischen Verein f. innere Mission in Gallneukirchen. Verlag des Vereins 1920. 124 S. 8° Kr 13.—

Der neue von Pfarrer Friedrich Saul und Pfarrer Hans Eder herausgegebene Kalender will nicht den 1917 zum letzten Mal erschienenen „Deutsch-evangelischen Volkskalender für Österreich“ fortsetzen, da die Schwierigkeiten im heutigen Österreich dazu zu groß sind, aber der evangelischen Familie einen gewissen Ersatz im christlichen Geiste des alten Kalenders bieten. Das zeigen nach dem üblichen Kalendarium besonders die für den Haus-Gottesdienst bestimmte Bibel-Lesetafel, der Beitrag zur 400-Jahr-Feier von Luthers Bekenntnistat in Worms und die kleinen zu den Zeitereignissen Stellung nehmenden Geschichten. Die „kirchliche Rundschau“ berichtet, wie der alte Körper der evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich durch den Friedensvertrag zerrissen ist und sich in den neu entstandenen Staaten neu organisieren muß, wobei in den slawischen Staaten das nationale Abtrennungsbedürfnis den Sieg über den ehemals vereinigenden und versöhnenden religiösen Gedanken errang.

Das lassen im einzelnen die Aufsätze von Hickmann-Dux über die Notlage der deutschen evangelischen Kirche in der tschechoslowakischen Republik und von Dr. Artur Schmidt-Bielitz über die evangelischen Gemeinden in Ostschlesien erkennen. Die „Landeskirchliche Statistik“ gibt einen Überblick über die durch den Frieden von St. Germain auf 70 Gemeinden mit 103 Geistlichen, 30 Schulen und 121 Lehrern zusammengeschmolzene, in ihrem Glaubensmut ungebrochene evangelische Kirche Österreichs.

Taschen-Jahrbuch der deutschen Nationalsozialisten 1921. Herausgeg. von der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei Aussig, Teplitzer Straße 20. 180 S. 8° K 8.—

„Den Kampf um unser Volkstum mit dem Kampf um die soziale Zukunft zu verbinden, heißt Nationalsozialist sein.“ Diesem Geleitwort ihres Obmannes Hans Krebs gehorcht das mit einer farbigen Abbildung des Walter-von-der-Vogelweide-Denkmal in Dux geschmückte Jahrbuch der deutschen Nationalsozialisten in allen seinen Teilen. Es zeigt die Führer und Abgeordneten der Partei im Bilde, klärt auf über die Stellung der Gewerkschaften, der Frauen, der Betriebsräte, des Vertrauensmanns im modernen Industriestaat, wirbt für Volks- und Heimatbildung und höheres Menschentum. Dr. H. Haßmann gibt in „Heimat, Scholle und Volkstum in Werken deutscher Erzähler der Gegenwart“ eine anregende Zusammenstellung. Die „Gliederung der nationalsozialistischen Parteien des deutschen Volkes“ erlaubt einen Überblick über die Bewegung im größten Teil des geschlossenen deutschen Sprachgebietes und ihre Presse. Der Anhang bringt als Ausklang für Feiertage 10 vaterländische und Arbeiterlieder sowie einen kleinen Ausflugsplan fürs reindeutsche Altvatergebirge. Dr. H. M.

Amerika.

Uhles Kalender. Deutsch-brasilianisches Jahrbuch. Jg 15. 1921. Curitiba: Uhle (1920). 294 S. 4°.

Im gleichen Gewande wie im Vorjahr ist der Kalender wieder vorwiegend auf den Landwirt und Kolonisten eingestellt. Der „Landwirtschaftliche Kalender“ gibt praktische Ratschläge für jeden Monat. Der Jahresrückblick (Seite 100–120) tritt warm für Deutschlands Wiederaufbau ein. Über „Die Zukunft des diplomatischen Dienstes in Deutschland“ verbreitet sich Graf Bernstorff. Der Koloniedirektor der Hansa, José Deeke, bringt eine gute Übersicht über die hanseatischen Kolonien. Die brasilianische Centenarfeier wird mit einem Artikel „Brasilien vor 100 Jahren“ eingeleitet. Im übrigen ist der Kalender recht reichhaltig mit Kalendergaben in Poesie und Prosa ausgestaltet. Als erster bringt dieser Kalender eine Wiedergabe des brasilianischen Unfallgesetzes vom März 1916, durch welches den bis dahin bei Unglücksfällen recht- und schutzlosen Arbeitern gesetzliche Garantien gegeben werden. Grisebach.

Försters Illustrierter Familien-Kalender für d. Deutschen d. La Plata-Staaten. Jg 6. 1921. Buenos Aires: Förster 1921. 96 S. 4° Pes. 1.—

Die freundliche Übersendung der 6 ersten Jahrgänge des Kalenders durch den Verlag gibt uns die Möglichkeit, den Fortschritt in der äußeren Ausstattung des Kalenders zu verfolgen. Der neueste Jahrgang bringt ein gutes Bild des Divisionsgenerals José F. Uriburu, der während des Krieges wiederholt warm für Deutschland eingetreten ist. Der Kalender bringt eine Übersicht über das neue Deutsche Reich und die Reichswehr. Gute Bilder von den Iguazufällen, eine Jahreschronik der La Plata-Staaten, sowie einen Artikel über deutsche Propaganda und Aufklärungsarbeit im Auslande; auch dem Jubiläum von Worms ist ein Aufsatz gewidmet. Leider vermischen wir ein Inhaltsverzeichnis, das den Gebrauch wesentlich erleichtern würde und hoffentlich in der Neuauflage 1922 nicht mehr fehlen wird.

Deutscher Kalender für Paraguay. Jg 2. 1921. Herausgegeben von Fritz Leo Tiemann und E. Kraus. Asuncion: H. Kraus 1920. 106 S. 8° \$ 10.—

Der „Kalender für die Deutschen in Paraguay“ hat sich im 2. Jahrgang zu einem „Deutschen Kalender für Paraguay“ entwickelt, kündigt sein Erscheinen für das nächste Jahr in größerem Format mit Illustrationen und bedeutend vermehrter Seitenzahl an und ist auf dem besten Wege, zu einem „Jahrbuch des Deutschums in Paraguay“ sich auszugestalten. Schon dieser 2. Jahrgang bringt außerordentlich wertvolle Beiträge, welche den deutschen Kolonisten interessieren und erheitern sollen. Von den Artikeln erwähnen wir besonders „Allerhand Landplagen und einige Hausmittel“, „Yerba Mate“, „Das Pflanzen von Bäumen“, „Die Anbauversuche von chinesischem Tee“. Den „unausgenützten Reichtümern Paraguays“ und den Bestimmungen dieses Landes für die Einwanderer sind besondere Artikel gewidmet, ebenso dem deutschen Ingenieur in paraguayischen Diensten, R. von Fischer-Treuenfeld; auch über den Weinbau, die Verwendung der Apfelsine im Haushalt und den Brückenbau erfahren wir allerlei Nützliches. Grisebach.

Der Hausfreund. Illustr. Familien-Kalender für das Jahr 1921. Winona: „Westl. Herold“ (1921). 146 S. 8° 40 c. (Umschlagt.) Westlicher Herold-Kalender.

Dieser Kalender stimmt im Inhalt mit dem „Hausfreund“ 1921 Buffalo überein. Vergleiche „Der Auslandsdeutsche“ S. 378. Grisebach.

Zum Schluß sei wie im Vorjahre als zwar nicht im Ausland erschienenen, aber dem Auslandsdeutschtum, in diesem Falle dem Deutschum der an Dänemark abgetretenen Ersten Zone Nordschleswigs gewidmetes Kalenderwerk das von Hartung in Hamburg verlegte, vom Direktor des Thaulow-Museums in Kiel Dr. E. Sauer mann herausgegebene **Schleswig-Holsteinische Jahrbuch 1921** erwähnt. Es ist wohl das schönste und im Vergleich zu dem, was es enthält, preiswürdigste Kalenderwerk aller deutschen Gauen. Professor Graef-Flensburg wird den Kunstkalender zusammen mit dem ebenfalls bei Hartung erschienenen **Literarischen Jahrbuch für Schleswig-Holstein**, der „Truhe“, in seinem demnächst hier erscheinenden Aufsatz „Literatur zur deutsch-dänischen Frage“ eingehend würdigen. H. M.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand. Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 9. November 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank Stuttgart Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7600. Druck Greiner & Pfeiffer Stuttgart

Druckanschrift: Auslandsinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Instituts mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 3.- Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. IV – Nr. 23

STUTTGART

Erstes Dezemberheft 1921

An unsere Leser!

Die steigende Verteuerung aller Preise und die weiter zunehmende Entwertung der Mark lassen auch unsere Zeitschrift nicht unberührt. Wir haben von einer Verteuerung der Zeitschrift im letzten Vierteljahr 1921 absehen zu sollen geglaubt, der Vorstand hat jedoch angesichts der sich immer mehr verschärfenden Verhältnisse beschlossen, vom nächsten Jahrgang an die Zeitschrift nur denjenigen Mitgliedern noch unentgeltlich zu liefern, die mindestens einen Jahresbeitrag von Mk. 60.— (bei Körperschaften von Mk. 100.—) bezahlen. Wird Versand durch Kreuzband gewünscht, so ist das Porto mit Mk. 20.—, bei Versand ins Ausland mit Mk. 40.—, besonders zu bezahlen. Wir haben von diesem Beschlusse unseren Lesern durch eine Postkartenbeilage in der vorletzten Nummer Mitteilung gemacht und freuen uns, berichten zu können, daß uns daraufhin nur verschwindend wenig Absagen, wohl aber zahlreiche Zustimmungen zugegangen sind. Sie waren größtenteils von viel freundlichen Urteilen über den Wert und den Inhalt unserer Zeitschrift begleitet und brachten auch wertvolle Anregungen, denen wir nachgehen werden.

Unsere Mitglieder können dem auf gemeinnütziger Basis arbeitenden Deutschen Ausland-Institut viel Kosten ersparen, wenn sie schon jetzt den Mitgliedsbeitrag für das Jahr 1922 dem Institut mittels des beiliegenden Postscheckformulars einsenden. Wenn sie dabei ihren bisher geleisteten Beitrag der Zeit entsprechend freiwillig erhöhen, so helfen sie unserem Institut in ganz besonderem Maße. Ist der Beitrag bis zum Ende des Monats Januar 1922 nicht eingegangen, so sehen wir uns zu unserem Bedauern, aus der Notwendigkeit heraus zu sparen, veranlaßt, den Versand des „Auslandsdeutschen“ einstweilen, bis zum Eingang des Beitrags, einzustellen.

Das Deutsche Ausland-Institut, das bei seinem monatlichen Briefeingang und -ausgang von über 6500 Briefen und Postkarten eine gewaltige Portolast zu tragen hat, bittet bei dieser Gelegenheit gleichzeitig Anfragen an das Institut, die stets bereitwilligst unentgeltlich beantwortet werden, das Rückporto beizulegen.

Allen unseren Mitgliedern legen wir wiederholt dringend ans Herz, dem D.A.I. neue Mitglieder und Freunde, Stifter und Förderer zuzuführen, namentlich wenden wir uns mit dieser Bitte an unsere Freunde im Auslande. Zwar sind wir ein deutsches Institut, das alle Deutschen in der Welt gleichermaßen umfassen und das deshalb für Mitglieder im Ausland keinen höheren Beitrag ansetzen will, als für die Inlandsmitglieder, doch hoffen wir, daß alle unsere Mitglieder, die zu einem höheren Beitrag als dem Mindestsatz in der Lage sind, sich selbst in entsprechender Weise einschätzen und daß namentlich unsere Freunde im hochvalutarischen Ausland des Deutschen Ausland-Instituts und seiner gemeinnützigen Arbeiten dabei gedenken werden. Wir werden unsere Zeitschrift und unsere Arbeit im gleichen Geiste, wie sie bisher gehalten wurden, weiterführen und ausbauen.

Deutsches Ausland-Institut Stuttgart.

Dr. Alfons Stübel

Einem Auslandsdeutschen, dem Portugal und besonders die Insel Madeira durch mehr als 30jährigen Aufenthalt zur zweiten Heimat wurde, und der jetzt nach mehr als 13jährigem Aufenthalt in Palästina dasselbe von diesem Lande sagen könnte, möge es gestattet sein, den schönen Gedenkblättern an Reiß und Stübels südamerikanische Forscherarbeit (Der Auslandsdeutsche 1921, S. 516) ein Wörtlein der Bewunderung und Dankbarkeit mit Rücksicht auf Palästina und die Insel Madeira hinzuzufügen.

Dr. Alfons Stübel war der erste, der das ganze Hauran-Gebirge, die Kornkammer Palästinas in türkischer Zeit, vulkanologisch untersuchte und ausführlich beschrieb. Er war der erste, der dasselbe tat bezüglich der Insel Madeira und unter größten Schwierigkeiten eine herrliche Reliefkarte der einzigartigen Insel anfertigte. Auf dieser beiden Gebieten, dem Hauran und Madeira, hat Stübel die Sporen sich verdient zu seinem ritterlichen Forscherleben als Vulkanologe. Schreiber dieser Zeilen war mit Stübel bekanntgeworden durch einen seiner ganz für ihn begeisterten Schüler, den jungen Vulkanologen Dr. Paul Großer, der nach ihm und veranlaßt durch ihn, mit Madeira beginnend, besonders alle vulkanischen Erscheinungen nachprüfte auf den Kanaren, den Kapverdischen Inseln und besonders auf St. Helena, da es unmöglich war, sich auf der Insel Aszension niederzulassen. Ihm war es vergönnt, nach Erforschung der wichtigsten Vulkangebiete Südafrikas, Indiens, Japans und Ekuadors auch die Stübel versagt gebliebenen Vulkane Hawai's genauer zu erforschen.

Erregte Stübel überall im Auslande, wo er auftrat, Bewunderung als unermüdlicher, vor keiner Schwierigkeit zurück-

weichender Mann der Wissenschaft, so gewann er nicht weniger die Herzen derer, die mit ihm verkehrten, durch seine Anspruchslosigkeit und Bereitwilligkeit, sich allen nützlich zu machen. Dem naturwissenschaftlichen Museum des Priesterseminars zu Funchal auf Madeira verehrte er Exemplare aller seiner Werke sowie einen genauen Abguß der im Grassi-Museum zu Leipzig aufgestellten Originalreliefkarte Madeiras. Kostbar war es anzuhören, wie diese Karte seinerzeit von ihm in Madeira hergestellt worden war ohne irgendwelche Hilfsmittel. Schon damals von Schlaflosigkeit geplagt, suchte er zuerst das Relief der Insel in weichem Ton darzustellen auf einer Tischplatte, nachdem er über Tag die Entfernungen und Höhenverhältnisse aller Hauptgipfel trigonometrisch festgestellt und durch eingesteckte entsprechende Nadeln gesichert hatte. Aber durch Eintrocknen, Reißen und Zusammenschrumpfen gingen die Verhältnisse verloren und alles mußte fortgeworfen werden. Dann erst versuchte er dasselbe mit flüssigem, träufelndem Wachs, und so gelang es. Nachts wurde geträufelt, über Tag jeder Berg, Höhenzug, Wasserlauf usw. nachgeprüft und so die Karte allmählich zur jetzigen Vollendung gebracht.

Wie Reiß epochemachend gewesen ist für das Studium der Paläontologie Madeiras und der Nachbarinsel Porto Santo, so Stübel für die Vulkanologie des Hauran und Madeiras. Auch der Bibliothek des St. Paulus-Hospizes in Jerusalem wurden sämtliche Werke Stübels zum Geschenk gemacht, selbst das erst nach seinem Tode von W. Bergt herausgegebene: Der Vesuv. Eine vulkanologische Studie für jedermann. Leipzig 1909.

Haifa, September 1921.

P. Ernst Schmitz.

Professor Adolf Pohlman-Hohenaspe zum Gedächtnis

Von Frau Professor Dr. MUNK

Dem Deutschen 'Ausland-Institut' in Stuttgart ging jüngst eine wertvolle Gabe zu: Bild und Totenmaske des am 7. Februar 1920 in seinem schönen Heim in Detmold verstorbenen Professors Adolf Pohlman-Hohenaspe, gestiftet von der Witwe des Dahingeschiedenen. Sein Name ist bekanntgeworden als hervorragender Vertreter des Deutschtums in Brasilien, als Schriftsteller und Bodenreformer und schließlich in seiner engeren Heimat als Lehrer und Professor der Akademie für Verwaltungswissenschaften in Detmold.

Adolf Pohlman wurde am 25. Januar 1854 auf dem väterlichen Gute Hohenaspe bei Itzehoe in Holstein geboren. Dort verlebte er unter der Obhut geistig hochstehender Eltern in der Idylle des Landlebens wundervolle Kinderjahre. Im Jahre 1865 siedelte die Familie nach Eisenach über, wo sonnige Knaben- und Schuljahre folgten. Der poetische Sinn, das Gefühl für alles Schöne, das Adolf Pohlman sein Leben lang eigen war, wird nicht zum wenigsten eine Förderung in dieser herrlichen Umgebung gefunden haben. Aber auch der Sinn für das Praktische war ihm in die Wiege gelegt, und da seine Eltern durch die besten Kreise Hamburgs imstande waren, dem jungen Sohne gute Wege zu eröffnen, wurde er nach seinen Lehrjahren in der von Eichelschen Fabrik in Eisenach seinem Onkel, dem Senator Tesdorff, nach Hamburg zur weiteren Ausbildung übergeben. Es folgten dann drei Jahre kaufmännischen Arbeitens im überseeischen Handelshause von H. Fortlage in London. Im Auftrage dieser Firma fuhr er 1878 nach Brasilien, wo er zunächst in einem der ersten Handelshäuser Bahias tätig war und bald darauf sich in Pernambuco selbständig machte.

Die Beziehungen dehnten sich nach Nordamerika, Hamburg und London aus; in Maccia wurde eine neue Zweigniederlassung gegründet. Mehr als 13 Jahre war er dort tätig, dem wechselnden Kaufmannsglück Erfolg auf Erfolg abringend, an der Spitze der

deutschen Kaufmannschaft, dem deutschen Namen zu hohem Ansehen verhelfend. 1893 kehrte er nach Deutschland zurück und übernahm den väterlichen Besitz Hohenaspe, wo 10 Jahre des glücklichsten Ehelebens folgten, unterbrochen von einer dreijährigen Reise mit der Familie nach England, Schottland und Frankreich, von der er reichen geistigen Gewinn und eine Fülle von weiteren Erfahrungen heimbrachte. Nach der Rückkehr widmete er sich eifrig der Politik und besonders dem Studium der Sozialreformen und der Volkswirtschaft. Viele bedeutende Männer wurden ihm Freund und suchten seinen klugen Rat. Diese Jahre brachten auch die erste Bekanntschaft mit der damals noch in kleinen Anfängen stehenden Bodenreformbewegung, die nachher einen so großen Aufschwung nehmen sollte und deren Bedeutung dem weitschauenden und von idealem Streben erfüllten Manne von vornherein klar war. Dieser Bewegung hat Pohlman die ganze Kraft der folgenden Lebensjahre und das ganze Wissen seiner reichen praktischen Erfahrung in Wort und Schrift gewidmet. Nach einem vorübergehenden Aufenthalte in Potsdam (1905—1907) siedelte Pohlman nach Detmold über, wo er ganz seinen privaten, den sozialpolitischen und bodenreformerischen Arbeiten lebte und auch als Schriftsteller bald einen hervorragenden Namen genoß. Unter seinen Werken seien außer seinen stimmungsvollen Gedichten, dem vaterländischen

Schauspiel „1806“ und vielen sozialpolitischen Abhandlungen besonders genannt sein vielgelesenes und glänzend kritisiertes Buch „Werde- und Wanderjahre eines Auslandsdeutschen in Südamerika“, in dem sein sonniger Humor, seine reiche Lebenserfahrung voll zur Geltung kommen (erschieden in der Meyerschen Hofbuchhandlung, Detmold), und so dann sein bedeutendes Werk „Grundbegriffe der Volkswirtschaft“, in dem er in flüssiger, fesselnder Form das sonst so spröde Material glänzend meistert (erschieden in 11. Aufl. bei Voigtländer, Leipzig). Als im Jahre 1917 auf Anregung des Fürsten in Detmold die Fürst-Leopold-Akademie, eine Hochschule für Verwaltungswissenschaft, gegründet wurde, übernahm Pohlman den Lehrstuhl für Volks-, Handelswissenschaft und Siedlungswesen, später ernannt zum ordentlichen Professor und Mitglied des Senats der Akademie. Sein vielseitiges Wissen stellte er in weitestem Umfange in den Dienst dieser neuen Gründung, die er gerade in dieser Zeit des Tiefstandes unseres Volkslebens als Pflanzstätte aufbauender, Gesundung bringender Gedanken ansah. Mitten aus dem Gegen-

wartsschaffen und Zukunftshoffen riß der Tod den edlen, unentwegt tätigen, weitschauenden Mann, der ein Führer vieler war, am 7. Februar 1920 hinweg. Die feierliche Aufbahrung in der Akademie zu Detmold und eindrucksvolle Totenfeiern in Berlin, Hamburg, Itzehoe und in der Universität Münster, sowie vor kurzem die Aufstellung eines Gedenksteines für Adolf Pohlman vor seinem Geburtshause in Hohenasperg gaben Kunde von der Bedeutung dieses hervorragenden Deutschen und von dem, was man in ihm verloren. Erhebende, ergreifende Ruhe; Güte, abgeklärte geistige Reife sprechen aus den edlen Zügen der Totenmaske! Sie strahlen sein Leben wieder! Ein nimmermüder Kämpfer für das Wohl seines Landes und Volkes, ein rastloser Verfechter der von ihm als richtig erkannten Ideen, ein Mensch, dessen Tun und Denken im größten und im kleinsten von reinstem Streben erfüllt war, ist in Adolf Pohlman dahingegangen. Sein Andenken als eines der besten Söhne des ausländischen Deutschtums und der alten deutschen Heimat soll unvergessen bleiben!

Meine Erfahrungen als erster Transportführer deutscher Einwanderer in Brasilien

Von Oberstleutnant a. D. F. DE RAINVILLE, Rio de Janeiro

Die auf dem Dampfer Cuyabá des Lloyd Brasileiro eingeschifften 200 deutschen Freifahrerfamilien stammten aus allen Teilen des Deutschen Reiches. Nach Ausweis ihrer Pässe waren sie alle Landwirte; bei unserer Ankunft in Sao Paulo jedoch, als die Übernahme durch die Einwanderungsbehörden erfolgt war, erklärten verschiedene, gar nicht Landwirte zu sein, sondern Handwerker, die es vorzögen, in einer Stadt ihrem eigentlichen Berufe nachzugehen. Dieses Verhalten der Einwanderer hat bei den brasilianischen Behörden die Auffassung entstehen lassen, daß die deutsche Polizei beim Ausstellen der Pässe den Wünschen der Auswanderer nachkommt und sie als Landwirte erklärt, um sie der Freifahrt teilhaftig werden zu lassen, die bekanntlich nur Landwirtschaftsfamilien zugesichert ist. Tatsache bleibt, daß auch diese Handwerkerfamilien längere Zeit auf dem Lande gearbeitet hatten und so viel von der Landwirtschaft verstanden, daß sie auf den Kaffeeplantagen mit Erfolg hätten Verwendung finden können; ihre Erklärung kann daher nur als Vorwand angesehen werden, sich ihrer Verpflichtung zu entziehen, auf einer Fazenda zu arbeiten und sich die Möglichkeit zu verschaffen, in der Stadt zu verbleiben.

Die Entscheidung über die Einschiffung dieser Auswanderer auf den Dampfer Cuyabá fiel ganz kurz vor dessen Ausreise, so daß das Reichswanderungsamt Hamburg mehrere Tage und Nächte hintereinander arbeiten mußte, um die Aufgabe zu lösen. Die zur Ausreise ausersehenen Familien mußten ihre Reisevorbereitungen überstürzen, um rechtzeitig an Bord eintreffen zu können. Viele der eingeladenen Familien lehnten die Mitfahrt ab in Anbetracht der Kürze der Zeit, so daß Ersatzfamilien aufgefordert werden mußten. Trotz aller Schwierigkeiten gelang es doch, fast alle zur Verfügung gestellten Plätze zu besetzen.

Der Grund zu diesem sehr unliebsamen Verfahren, das sowohl von den Auswanderern als auch vom Reichswanderungsamt und der Auswanderungsbehörde Hamburg, der Hamburg-Amerika-Linie, welche die Abfertigung der Auswanderer in Händen hatte, und der Firma Aug. Boltz, welche das Gepäck abfertigte, sehr unangenehm empfunden wurde, liegt wohl darin, daß der Emigrantentransport zum erstenmal direkt nach Santos gehen sollte und nicht nach Rio, da die Fahrt vom Staate Sao Paulo bezahlt wurde und nicht von der Federalregierung. Zur

Ausführung dieser direkten Fahrt war sowohl die Genehmigung der deutschen Regierung als auch der Federalregierung notwendig. Der Beauftragte des Staates Sao Paulo, die Firma Schmidt, Trost & Co. in Sao Paulo, verhandelte durch ihren Vertreter in Hamburg, Firma Carl Adolf Schmidt, zugleich Agent des Lloyd Brasileiro, in Berlin mit der deutschen Regierung und mit dem Kommissar der brasilianischen Bundesregierung, Oberst Gaelzer-Netto. Da dieser sich in Österreich dienstlich aufhielt, zogen sich die Verhandlungen in die Länge und fanden ihren Abschluß erst kurz vor der Abfahrt des Dampfers.

Jeder mitfahrenden Familie wurde bekannt gegeben, daß der Transport für Sao Paulo bestimmt war, und daß die Fahrt nach Santos ginge; ein Anlegen in Rio de Janeiro auf der Hin- und Rückfahrt war zuerst nicht beabsichtigt; später wurde dieser Beschluß abgeändert, und der Hafen von Rio doch angelaufen. Dieses hatte zur Folge, daß an die 50 Familien kurz vor der Einfahrt in die Bucht von Rio de Janeiro mit der Forderung hervortraten, in der Hauptstadt der Republik an Land gesetzt zu werden, da sie gar nicht nach Sao Paulo wollten, sondern nach anderen Staaten des Landes. Von der übernommenen Verpflichtung, die Fahrt nach Santos auf Kosten des Staates Sao Paulo mitzumachen, erklärten die Leute nichts zu wissen, trotzdem die Hamburg-Amerika-Linie die in Händen der Auswanderer befindlichen Fahrscheine nach Santos ausgestellt und das Gepäck ebendahin adressiert hatte, und trotzdem das Reichswanderungsamt Hamburg die Leute zur Genüge aufgeklärt hatte, auch darüber, daß sie auf den Kaffeeplantagen arbeiten mußten.

Dem Wunsche dieser Familien konnte natürlich nicht entsprochen werden, trotzdem sie mit allen Mitteln ihren Plan durchzusetzen versuchten. Der Vertreter der Einwanderungsbehörde in Rio lehnte das Verlangen glatt ab, da es nicht in seiner Macht lag, in die Dispositionen der Regierung des Staates Sao Paulo einzugreifen und dieser auf Kosten der Federalregierung die 50 Familien abzunehmen. Für den Transportführer war es keine leichte Aufgabe, die sich nur getäuscht und betrogen dünkenden Leute zu beruhigen und zur Vernunft zu bringen. Manchen gioben Vorwurf, manch hartes Wort mußte er mit anhören, zu deren mildesten das Epitheton bezahlter Sklavenhändler gehörte.

Zum ersten Male hat ein Transportführer die Auswanderer begleitet. Drei Krankenschwestern und ein Krankenpfleger gehörten außerdem zum Begleitkommando. Ein deutscher Arzt fuhr nicht mit. Die einzige Entschädigung, die diesen zur Bordbesetzung gehörenden Personen, die einen außerordentlich anstrengenden Dienst hatten, zuteil wurde, war die Vergünstigung, in Kabinen der ersten Klasse untergebracht und in dieser Klasse mitverpflegt zu werden. Eine Geldentschädigung bekamen sie nicht; auch das Anrecht auf freie Rückfahrt, falls es ihnen in Brasilien nicht gelingt, eine Anstellung zu finden, wurde ihnen nicht zugesichert. Dieser Mangel machte sich bei der Ankunft in Santos recht unangenehm fühlbar, denn eine der drei Schwestern war durch die Überanstrengung des Dienstes, durch das Ungewohnte des Bordlebens, durch die ganz neuen Lebensverhältnisse und Lebensbedingungen und nicht zum mindesten durch die anderen klimatischen Verhältnisse leidend geworden. Sie fiel nun in Santos und in Sao Paulo den deutschen Konsuln zur Last, die sie an Bord eines deutschen Schiffes nach der Heimat zurückbefördern mußten.

Es wird notwendig sein, in der Zukunft dahin zu wirken, daß die Begleiter der Auswanderer eine Entschädigung für ihre Dienstleistung und das Anrecht auf freie Rückfahrt an Bord eines Dampfers des Lloyd Brasileiro erhalten. Sie gehören als Beamte zur Schiffsbesatzung, und man kann unmöglich von ihnen verlangen, daß sie umsonst arbeiten.

Der Transportführer muß eine durchgreifende und energische Persönlichkeit sein, denn es ist keine leichte Aufgabe, so viele an Bord auf engem Raum untergebrachten Auswandererfamilien in Zucht und in Ordnung zu halten. Es waren fast ausnahmslos ordentliche und brave Menschen, die sich leicht fügten und sich leicht leiten ließen; aber das enge Zusammenleben in den großen Zwischendecks läßt die menschlichen Schwächen leicht und schnell hervortreten, so daß manche unliebsamen Vorkommnisse sich ereigneten, die nur durch das Eintreten des Führers ausgeglichen und geregelt wurden. Das Einschreiten des mit gerichtlicher Gewalt ausgestatteten Kommandanten erfolgte nur einmal, weil die beiden streitenden Parteien, die schließlich mit Schlaginstrumenten aufeinander losgegangen waren, nicht anders zur Einigung und zum Friedensschließen zu bewegen gewesen waren. Die eingeleitete Untersuchung führte aber zu keinerlei Bestrafung, da keine inneren und äußeren Verletzungen vom Arzt festgestellt wurden, und beide Teile in gleicher Weise an der Entstehung des Streites schuld waren. Die Führung der Leute war im großen und ganzen ausgezeichnet; Bestrafungen durch den Kommandanten kamen nicht vor, trotzdem er ein außerordentlich tatkräftiger Herr war, der als aktiver Offizier der brasilianischen Kriegsmarine fest durchzugreifen pflegte. Von seinen Untergebenen aus der Bordbesatzung hat mancher seine Strenge fühlen müssen; Lohnkürzungen und In-Eisen-legen sind Bestrafungen, die er recht oft verhängt hat.

Wie leicht und schnell die deutschen Auswanderer alle gegebenen Anordnungen befolgten, beweist folgender Fall. Durch einen unglücklichen Zufall schoß ein junger Auswanderer beim Reinigen seines Revolvers einem jungen Mädchen durch das Bein. Dies hatte zur Folge, daß der Kommandant die sofortige Einziehung aller Waffen und aller Munition anordnete. Innerhalb zweier Stunden war die Abgabe erfolgt; eine Waffe besaß jeder Mann, manche verfügten sogar über mehrere.

Der Transportführer bedarf, um seinen Dienst versehen zu können, einer Anzahl von Gehilfen, deren Aufgabe es ist, Anordnungen und Befehle des Kommandanten an die Auswanderer weiterzugeben, Wünsche allgemeiner Art vorzubringen und ihn

über alle Vorkommnisse wichtiger Art sofort zu informieren. Ihre Zahl kann beliebig gewählt werden; jedenfalls muß sich in jedem mit Auswanderern belegten Raum mindestens ein solcher Gehilfe befinden. Um als Gehilfen Persönlichkeiten zu haben, die sich des Vertrauens ihrer Unterkunftsraumgenossen erfreuen, ist es zweckmäßig, sie von diesen vorschlagen oder wählen zu lassen.

Die Unterbringung der Auswanderer in ihren Räumen ging nicht glatt vonstatten. Das Numerieren der Betten und die Ausgabe von Bettnummern an die Familien war in Anbetracht der Kürze der Zeit nicht erfolgt. Die Folge davon war, daß einzelne Familien getrennt wurden. Auch reichte die Zahl der Betten zuerst nicht aus, weil die Familien es unterließen, bei Kindern unter 10 Jahren 2 in einem Bett unterzubringen. Erst am Tage nach der Abfahrt kam Ordnung in die Bett- und Raumverteilung.

In den ersten Tagen nach der Abfahrt waren alle Freifahrer fast ausnahmslos zufrieden; sie hatten keine Klagen. Sie lebten noch alle in dem glücklichen und dankbaren Empfinden, daß es ihnen nach so langem vergeblichen Warten endlich gelungen war, nach dem Lande ihrer Wünsche und Hoffnungen frei befördert zu werden und noch dazu, ohne die Verpflichtung auf Rückerstattung der Reisekosten übernommen zu haben, die ja bei ihren Vorgängern, die auf Kosten der Federalregierung reisten, mit zu den Bedingungen gehörten, Freifahrt zu erhalten. Auch mag der in der Nordsee herrschende starke Seegang die Ursache gewesen sein, daß sie sich zurückhaltend und abwartend verhielten. Das Verbot der Hafenpolizei von Antwerpen und Le Havre, das keinen Deutschen an Land ließ, hat sie in ihrer Stimmung nicht weiter beeinflußt.

Erst nach dem Verlassen des Tejo, als wir Kurs auf Brasilien genommen hatten, änderte sich Stimmung und Verhalten.

Klagen über nicht schmeckende und nicht ausreichende Kost wiederholten sich täglich; sie waren aber meist nicht begründet, denn wenn ein Teil der Passagiere das Essen tadelte, wurde es vom anderen Teil gelobt und umgekehrt. Der Grund lag darin, daß den an Arbeit und an Bewegung gewöhnten Leuten das ruhige Leben an Bord nicht zusagte und sie mit der Zeit auch der Bordkost überdrüssig wurden. Daß Stockfisch, den es jeden Freitag gab, und schwarze Bohnen mit getrocknetem Fleisch und Speck nicht zu den Lieblingsgerichten des Deutschen gehören, wird niemand bestreiten. Aber schließlich mußten sich die Klagen daran gewöhnen, denn in Brasilien werden sie oft von diesen Nationalgerichten essen müssen, denn deutsche Kost gibt es dort nicht jeden Tag, und um sich solche leisten zu können, gehört recht viel Geld, das sie sich drüben ja erst verdienen wollen.

Das nicht abgekühlte Trinkwasser hat die Reisenden oft veranlaßt, nach Abhilfe zu schreien; sie konnte aber nicht geschaffen werden, denn für so viele Menschen war kein Eis an Bord. Nur für die Kranken gelang es den Schwestern, sich solches in beschränktem Maße zu besorgen.

Unangenehm fühlbar machte sich der Mangel an kalten und an warmen Bädern. Die vorhandenen Badeeinrichtungen reichten für so viele Menschen nicht aus; auch war es zur Pflicht gemacht worden, besonders während der langen Fahrt von Lissabon nach Recife, mit dem Süßwasser sparsam umzugehen. Den Müttern, die gern ihre Kleinen, besonders die Säuglinge, täglich badeten, hat dieser Mangel manche Sorge bereitet. Die Zwischendecks-schlafräume waren schlecht ventiliert; bei schlechtem Wetter wurde die Luft unerträglich. Die Zahl der vorhandenen Ventilatoren war zu gering und die meisten von ihnen funktionierten nicht. Die Zahl der den Arzt aufsuchenden Männer, Frauen und Kinder nahm von Tag zu Tag zu. Sie litten entweder an Obstruktion oder am Gegenteil; normale Verdauung schien es kaum

noch zu geben. Die Mengen von Rizinus, die von der Bord-apothek verausgabt wurden, sind beträchtliche. Unter Durchfall hatten besonders die kleinen Kinder zu leiden, da es keine frische Milch gab, und die kondensierte Milch nicht allen zuträglich war. Man suchte dem Übelstand abzuweichen dadurch, daß man für die Kinder Brei kochte, und für die stillenden Mütter und für die Magenleidenden Sondermahlzeiten einführte. Es trat nunmehr das Umgekehrte von der erwarteten Wirkung ein. Eine Verminderung der über Darm und Magen Klagenden trat nicht ein, sondern eine Vermehrung, denn man fand allgemein, daß die Kost für die Leidenden besser mundete als jene für die Gesunden. Variatio delectat. Die Abschaffung dieser Sondermahlzeit, die nur bestehen blieb für die im Lazarett befindlichen Kranken, hatte wieder ein Sinken der Zahl der Magen- und Darmleidenden zur Folge. Der Gesundheitszustand war während der ganzen Reise großen und ganzen ein normaler; die aufgetretenen Unregelmäßigkeiten lagen begründet in den veränderten Lebensbedingungen. Nur in 3 Fällen kamen schwere Erkrankungen vor, von denen der eine tödlich verlief; es handelte sich um ein achtjähriges Kind, dessen Herz dem hohen Fieber nicht widerstand. Diese 3 Erkrankungen waren zweifellos eine Folge des Aufenthalts im tropischen Recife, des Genusses ungewohnter Obst- und reichlicher Wassermengen.

Vier Kranke befanden sich an Bord, die ihr Leiden schon von der Heimat mitgebracht hatten, und die erst im Verlaufe der Fahrt entdeckt wurden. Es handelte sich um einen epileptischen jungen Mann, um eine Frau mit schwerem Nierenleiden und um zwei junge Mädchen mit tuberkulösen offenen Wunden. Merkwürdig bleibt die Tatsache, daß alle diese Patienten ärztliche Bescheinigungen bei sich hatten, daß sie völlig gesund waren; sie verbargen auch ihr Leiden, so lange es ging. Von den beiden jungen Mädchen wurde das eine von ihren Mitreisenden gezwungen, sich dem Arzt vorzustellen und seinen Verband erneuern zu lassen. Die vernachlässigte Wunde, die sich am Unterleib befand und mindestens 2 cm lang war, war mit einem Verbande bedeckt, der seit Wochen nicht erneuert worden war; er fing an zu faulen und verbreitete einen derartigen Geruch, daß niemand in seiner Nähe es aushalten konnte.

Die Einwanderungsbehörde hat in Sao Paulo diese kranken Einwanderer anstandslos übernommen, weil sie sich in Begleitung ihrer Familien befanden. Der Transportführer, die drei Schwestern und der Krankenpfleger geleiteten den Transport nur bis Santos; sobald die Einwanderungsbehörde São Paulos die Einwanderer von Bord genommen hatte, fand ihre Tätigkeit ihren Abschluß.

Von den beiden in Brasilien bleibenden Schwestern fand die eine durch die Vermittlung des Dr. Seng in Sao Paulo Anstellung als Krankenpflegerin bei einer brasilianischen Familie; die andere ging nach Rio und fand nach langem Suchen und Warten endlich auch Anstellung, und zwar auch als Krankenpflegerin bei einer brasilianischen Familie. Leicht ist es absolut nicht, sich als Krankenschwester gleich eine lohnende Beschäftigung zu besorgen, besonders nicht, wenn man der Landessprache nicht mächtig ist. Lobend ist hervorzuheben, daß die ansässigen Deutschen sich ihrer neu ankommenden Landsleute warm annehmen und alles aufbieten, um ihnen eine Tätigkeit zu verschaffen, trotzdem die augenblickliche schlechte Lage Brasiliens ein Unterkommen in jedem Beruf außerordentlich erschwert, nur nicht in dem eines landwirtschaftlichen Arbeiters auf einer Kaffee- oder sonstigen Plantage. Das Erwerben eines Landloses ist ohne Geld sehr schwer; der Landwirt muß sich also erst etwas verdienen, um sich selbständig etablieren zu können. Von den Auswanderern des Cuyabá ist keiner auf einem Landlos an-

gesiedelt worden und nach Aussage der Beamten standen auch keine zur Verfügung. Die mit früheren Transporten nach Rio de Janeiro beförderten Auswanderer, die von dort nach dem Staate Sao Paulo weiter geleitet worden waren, sollen nach Aussage einiger von ihnen, die zum Empfang der neuen Einwanderer nach der Stadt Sao Paulo gekommen waren, sich recht wohl fühlen und vorwärts kommen. Landlose haben sie auch noch nicht erhalten. Aus einem Briefe eines Einwanderers des Dampfers Cuyabá, den ich soeben erhalte, geht hervor, daß er sich mit mehreren deutschen Familien in der Colonia Santa Candida der Fazenda des Majors Baptista Novaes, Jaboticabal, Linha Paulista, Staat Sao Paulo, niedergelassen hat, und daß sie sich alle wohl fühlen und zufrieden sind, wenn auch sie in den Kaffeeplantagen arbeiten müßten. Einen eingehenden Bericht über das Leben und Treiben auf einer solchen Plantage, über die Verdienstmöglichkeiten und über die Zukunftsaussichten werde ich später veröffentlichen.

Aus dem genannten Brief geht aber auch hervor, daß eine Anzahl von Familien, die mit den früheren Transporten nach Brasilien ausgewandert waren, ganz unverantwortlichen Gaunern und Halsabschneidern in die Hände fielen, die sie bis zum letzten Pfennig aussogen und sie dann zwangen, als Schuldner auf der Fazenda so lange zu bleiben, bis alles abbezahlt war. Unter Aufgabe ihrer mitgebrachten Habe, die sie als Zahlung hingaben, griffen sie nach dem Wanderstabe, um irgendwo eine neue Existenz zu beginnen. Zu jenen Vampiren gehören nicht allein Alteingesessene, nein, auch unter unseren eigenen Landsleuten, ganz frisch ins Land gekommenen Menschen, sind sie zu finden, sie, die anstatt den Neuangekommenen zu helfen, ihre Unerfahrenheit ausnutzen, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen.

Leider ist der ganze Einwanderungsdienst von deutscher Seite noch nicht so geregelt, daß man die Ankömmlinge vor den gefährlichen Aussauern warnen kann, und sie mit den Namen von solchen Fazendeiros bekannt macht, die ihre Arbeiter als Menschen behandeln und an ihrem Vorwärtskommen ein Interesse haben. Die Organisation ist im Werden, und sie wird viel Segen stiften. So schnell ist sie nicht durchzuführen, weil die erhaltenen Informationen oft von nicht unparteiischen interessierten Persönlichkeiten herrühren und daher mit Vorsicht aufgenommen werden müssen. Auch läßt sich in einem so dünn bevölkerten Lande mit seiner ungeheuren Ausdehnung und seinen riesigen Entfernungen eine Beratungsstelle für Einwanderer mit zuverlässigem Material nicht so schnell ins Leben rufen wie in Deutschland. Goethes Wort:

„Fromm erlehet Segen euch von oben,

Aber Hilfe schafft euch tätig wirkend, selber“ ...

hat in keinem andern Lande mehr Gültigkeit als gerade in Brasilien.

Wenn auch im Lande sehr viel Deutsch gesprochen wird, und man überall Landsleute findet, so bildet der Mangel an Kenntnis der Landessprache doch ein gewaltiges Hindernis, das einem sowohl das Erhalten einer Anstellung als auch das Vorwärtskommen in ihr außerordentlich erschwert.

Die Aufnahme der deutschen Auswanderer an Bord und in Brasilien selbst war außerordentlich herzlich. Die ganze Schiffsbesatzung gab sich die größte Mühe, den Zwischendeckspassagieren das Leben an Bord so angenehm wie möglich zu gestalten. Das gegenseitige Verhältnis ist bis zum Schluß im großen und ganzen ein freundschaftliches geblieben und wurde auch durch Vorkommnisse unbedeutender Art nicht gestört. Auch die an Bord befindlichen brasilianischen Familien, die in der I. Klasse sich befanden, bewiesen den deutschen Familien alle

Arten von Freundlichkeiten und Aufmerksamkeiten und unterließen es nicht, ihnen bei sich bietender Gelegenheit ihre Sympathien zum Ausdruck zu bringen.

Diesen Empfindungen begegneten wir auch, als wir in Recife zum ersten Mal brasilianischen Boden betraten und alle Auswanderer an Land gehen durften. Sie wurden hier auf das Wärmste empfangen. Viele der Stadtbewohner verteilten Obst in reichlichen Mengen unter den Ankömmlingen und geleiteten sie in die Stadt, wo sie als ihre Gäste den Abend bis spät in die Nacht oder gar früh am Morgen teils in den Privathäusern, teils in den öffentlichen Lokalen bei Musik, Tanz und Gesang verbrachten. Begeistert von Land und Leuten kamen die Auswanderer an Bord zurück.

Nicht minder freundlich war die Aufnahme in Sao Paulo, wo die Leute in dem großen Gebäude für die Einwanderer Unterkommen fanden. Mit einem Extrazug legten sie die Strecke von Santos nach Sao Paulo zurück, von dem aus sie schon die Naturschönheiten dieses bestentwickelten Staates bewundern konnten, die hohen Berge, die mächtigen Felsen, die tiefen Täler, die herrlichen Wäldungen, und die wunderbaren reich tragenden Fruchtbäume. Die Unterbringung und Verpflegung in den Häusern der Imigração waren ausgezeichnet; die Räume waren sauber, luftig und gesund; die Verpflegung war gut hergestellt und schmackhaft.

In den Nachmittagsstunden bis zum Abend unternahmen die Einwanderer Spaziergänge in die Stadt.

In der Imigração, d. h. in dem Bau, in dem die Einwanderer untergebracht waren, erschienen täglich die Fazendeiros, um mit jenen zu verhandeln über die Bedingungen, unter denen sie sich als Arbeiter auf die Kaffeeplantagen begeben wollten. Meist waren sie von früheren deutschen Einwanderern begleitet, die als Dolmetscher Verwendung fanden und ihren neu angekommenen Landsleuten die Lage so rosig als möglich schilderten, um sie zu veranlassen, ihnen auf die Fazenda ihres Brotherrn zu folgen. Diesen Schleppern brachten die Einwanderer das größte Mißtrauen entgegen, da sie im Verdacht standen, persönlicher Vorteile willen zu arbeiten. So weit ist man also auch hier draußen schon gekommen, daß man den eigenen Landsleuten nicht mehr traut. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß sie alle nicht vertrauenswürdig waren; manche von ihnen, die von der Heimat her bekannt waren, sind würdige und ernste Männer geblieben und schilderten die Verhältnisse ohne zu färben. Um ganz sicher zu gehen, wandten sich die Einwanderer schließlich, bevor sie sich verpflichteten, an den deutschen Hilfsverein, dessen unermüdlicher Sekretär, Herr Carlos J. Buerger, Sao Paulo, Rua Boa Vista 4 II, allen beistand und sie mit Ratschlägen versah, soweit er über die Verhältnisse auf den verschiedenen Fazenden informiert war.

Die Kontrakte, welche die Fazendeiros formuliert hatten, waren natürlich alle voneinander ganz verschieden. Ohne die örtlichen Verhältnisse zu kennen, war gar nicht zu beurteilen, ob sie günstig oder ungünstig waren. Die Vertragabschließenden mußten also auf ihr Glück vertrauen, wenn sie nicht unter den anwesenden früheren Einwanderern einen Bekannten hatten, der gerade jene Fazenda kannte, in deren Besitzer Dienst sie sich begeben wollten. Die meisten Gutsbesitzer boten den Leuten außer dem Wohnhause so viel kultiviertes Land an, das sie mit ihren Familienmitgliedern zu bebauen imstande waren. Von der Ernte sollten dem Einwanderer $\frac{2}{3}$ verbleiben, während $\frac{1}{3}$

dem Besitzer zufallen sollte. Sämereien, Geräte, Kleinvieh, Schweine stellt der Besitzer auf Abzahlung, ebenso Verpflegung bis zur ersten Ernte. Außerdem kann der Einwanderer mit seinen Familiengliedern auf der Fazenda im Tagelohn arbeiten oder eine Anzahl von Kaffeebäumen übernehmen zur Pflege oder bei der Kaffeernte im Akkord sich an der Ernte beteiligen. Der Tagelohn eines Landarbeiters variiert zwischen 4 bis 7 Milreis, je nach der Lage der Fazenda, ohne Verpflegung. Eine 8stündige Arbeitszeit haben nur die Handwerker und Industriearbeiter; für den Landarbeiter gibt es diese nicht; sein Dienst dauert von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Ist ein Landarbeiter zugleich Handwerker, dann steht er besser als andere, denn dann kann er seine Sonderkenntnisse verwerten auf der Fazenda und wird besonders bezahlt. In Rio verdient zurzeit ein gelernter Arbeiter 7 bis 9 Milreis pro Tag, der ungelernete Arbeiter 4 bis höchstens 6 Milreis und ein ganz junger Mensch 2 bis $3\frac{1}{2}$ Milreis. Das Leben in Rio ist aber teuer, so daß man sich sehr einschränken muß, wenn man von seinem Lohn etwas zurücklegen will.

Brasilien befindet sich eben in einer schweren wirtschaftlichen Krisis, deren Ende sich noch nicht übersehen läßt; sie umfaßt alle Kreise des wirtschaftlichen Lebens und zwingt manchen Industriearbeiter und selbst manchen Handwerker aufs Land zu gehen, wo noch immer Mangel an Arbeitern herrscht und wo man sich leichter über Wasser halten kann, als in der Stadt. Der Wunsch, der so viele Zuwanderer beseelt, gleich ein Landlos zu bekommen, wird nur in den seltensten Fällen erfüllt. Es kann jedem Neuling auch nur geraten werden, diesen Wunsch zunächst aufzugeben, auf eine Fazenda zu gehen, die Sprache, die Boden- und Bebauungsverhältnisse kennen zu lernen und dann erst daran zu gehen, eigenen Grund und Boden zu erwerben, um sich selbständig zu machen. Die Frage nun, die wichtigste wohl, die uns alle beschäftigt, ob wir die Auswanderung nach Brasilien fördern sollen oder nicht, ist sehr schwer zu beantworten und kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Mit gutem Gewissen kann man einer Masseneinwanderung von deutschen Fabrikarbeitern, Beamten, Studierten, Offizieren und ähnlichen Berufen nicht zureden, es sei denn, daß die betreffenden für einen vorher abgemachten Zweck kommen, Beziehungen haben oder zum Landleben übergehen wollen.

Handwerker haben, wenn sie gute und selbständige Arbeiter sind, in vielen, nicht in allen Gegenden Brasiliens, Aussicht, ihr Brot zu verdienen und schnell selbständig zu werden, unter Umständen auch Ersparnisse zu machen.

In Brasilien ist, wie in jedem anderen Lande, heute die Zahl derer, die hart kämpfen und ringen müssen, um sich mühsam durchzuschlagen, recht groß. Diejenigen, denen es gut geht und die Glück gehabt haben, schnell lohnende Arbeit zu finden, sind zu zählen. Wer nicht unbedingt auswandern muß und in der Heimat sein bescheidenes Auskommen hat, der bleibe zu Hause und hüte sich, hier die Zahl derer zu vermehren, die entweder keine Arbeit finden oder ganz untergeordneten Beschäftigungen nachgehen müssen, um ihr tägliches Brot zu verdienen.

Es gehört eine ganz bedeutende Menge von Energie, von Ausdauer, von Entsagung, von Geduld und ganz starker Willenskraft dazu, auszuhalten, bis man sich in der Fremde durchgesetzt und das erreicht hat, was einem die Heimat bot.

Dort in der fremden Welt stehst du allein,
Ein schwankes Rohr, das jeder Sturm zerknickt.
(Schiller.)

Deutsche Beteiligung an der Zentenarausstellung in Rio de Janeiro

Von C. H. THEWALT, Rio de Janeiro

Zu den feierlichen Veranstaltungen, welche für die Jahrhundertfeier der Unabhängigkeitserklärung Brasiliens im nächsten Jahre vorgesehen sind, gehört auch eine internationale Ausstellung. Die Pavillons der Nationen sollen sich unmittelbar neben dem Verkehrszentrum der Stadt dicht am Ufer der Bai hinziehen, also in einer Lage, wie sie malerischer auf der ganzen Welt nicht gefunden werden kann. Die *Revista da Semana* vom 25. Juni brachte einen Plan der Einteilung des Ausstellungsgrundes, der nach einer heutigen Zeitungsnotiz die Zustimmung des Bundespräsidenten gefunden hat. Danach ist für Deutschland in der Avenue der Nationen überhaupt kein Platz vorgesehen. Ich erfuhr von zuverlässiger Seite, daß seitab von der Ausstellungsstraße der Nationen am Meer ein Raum von 400 Quadratmetern für deutsche Aussteller freigehalten wurde. Also ein Raum, der weder für die Bedürfnisse der deutschen noch der brasilianischen Interessenten annähernd ausreicht. Der Platz hat außerdem noch den Fehler, daß er durch die Springflut, die vor wenigen Tagen hier Millionenwerte zerstörte, teils weggespült, teils unter Wasser gesetzt wurde. Aber es ist überhaupt müßig, sich jetzt schon über die Platzfrage den Kopf zu zerbrechen, weil hinter dem Zustandekommen der Ausstellung einstweilen noch mehrere große Fragezeichen stehen. Der Raum für die Ausstellung muß nämlich teils durch Wegsprengen eines 40 m hohen, mit vielen Häusern besetzten Sandsteinfelsens, teils durch Dammbauten und Anschüttungen, dem Meere abgewonnen werden. Um den Morro do Castello, auf welchem der Gouverneur Mem de Sá den Grundstein der Stadt Rio de Janeiro legte, wegzuräumen, wurden für 60000 Conto de reis Aktien ausgegeben, welche die holländische und die italienisch-belgische Bank in Umlauf setzten. Der Wert des freigelegten und durch Aufschüttung dem Meere abgewonnenen Bauterrains soll als Deckung für die Zeichner dienen. Ich glaube aber, daß die Aktionäre wenig Freude erleben werden, denn obwohl mit Paternoster- und Dampf-Schaukel fleißig an der Abtragung des historischen Hügels gearbeitet wird, scheint es ausgeschlossen, daß die Arbeit bis zum nächsten Jahre fertig ist. Auch dann nicht, wenn man den Tag der Unabhängigkeitserklärung, den 22. September, als Eröffnungstag der Ausstellung annimmt. Die Aufschüttungen am Meere werden von diesem vielfach weggespült und so scheint es mehr wie zweifelhaft, daß so viel Baugelände geschaffen werden kann, daß es das aufgewendete Aktienkapital von zirka 70 Millionen Mark deckt. Es sei denn, daß sich der Volksglauben bewahrheitet, daß die Jesuitenpatres, die mit den ersten Conquistadores ins Land kamen, in unterirdischen Gewölben des Morro do Castello 12 lebensgroße Apostelstatuen aus massivem Dukatengold verborgen hätten. Nach jeder Sprengung warten jetzt zahlreiche Müßiggänger mit fieberhafter Spannung auf die Bloßlegung der geheimen Gewölbe. Sie werden wohl vergeblich warten, denn vergeblich waren die Jesuiten im allgemeinen nicht. Ein anderes Moment, durch welches das Zustandekommen der Ausstellung in Frage gestellt wird, bilden die Verordnungen zur Beseitigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die zurzeit, unter lebhaftester Beteiligung aller Politiker, im Senat beraten werden. Unter den Sanierungsvorschlägen steht an ziemlich erster Stelle die Vermeidung bzw. Rückgängigmachung aller Luxusausgaben für die Zentenarfeier.

Der Abgeordnete Luiz Bartholomeu hat in der Finanzkommission beantragt, die Zentenarausstellung auf unbestimmte Zeit zu verschieben und für die gesamte Zentenarfeier nicht mehr wie 5000 Contos Staatsgelder zu verausgaben. Die Zeitungen behaupten, daß der Antrag im Plenum des Senats durchgehe. Meine persönliche Ansicht ist, daß die großen Vorbereitungen der Ausstellung, z. B. die Aktienemission, ohne große Verluste gar nicht rückgängig zu machen sind. Auch wird man in Rechnung ziehen, daß, bei dem ungewöhnlichen Interesse, das man in der ganzen Welt dem Handel mit Brasilien, der Hebung seiner Industrie und Bodenschätze entgegenbringt, die Ausstellung mittelbar zur Behebung der Krise beitragen wird. Ich glaube daher, daß die Ausstellung bestimmt stattfindet, wenn auch einige Monate später, etwa Anfang 1923.

Kommt die Ausstellung aber zustande, so ist eine rege deutsche Beteiligung sehr ratsam, da eine unverkennbare Vorliebe für den Handel mit uns hier besteht, die von den deutschen Großkauleuten hier mit Takt und Geschick gepflegt wird. Maschinen für Industrieanlagen, zur Ausnutzung der zahllos im Lande vorhandenen Wasserkräfte, Kühlvorrichtungen, ständen als Ausstellungsstücke im Vordergrund des Interesses. Sollte der zur Verfügung gestellte Raum nicht ausreichen, was bei der Schwierigkeit, den Boden dem Felsen oder dem Meere abzuräumen, verständlich wäre, so möchte ich den Gedanken eines Ausstellungsschiffes, den ich 1914 für die San Franciscoer Ausstellung anregte, wiederum in Vorschlag bringen. Ein mittelgroßer Passagierdampfer, dessen Speisesaal als Vorführungsraum für deutsche Filme, Farbstoffe, Vierfarbendrucke, Bücher, Gemälde, Beleuchtungskörper, Modeschau usw. eingerichtet ist, um den sich vermietbare Ausstellerkabinen gruppieren, müßte, frei von Hafenabgaben, vor der Ausstellung ankern. Den Verkehr mit dem Lande müßten schnelle Motorpinassen, für die große Kauflust besteht, vermitteln. In dem Vorführungsraum könnten Experimentalvorträge in portugiesischer Sprache über medizinische und Nahrungschemie, Kühlvorrichtungen usw. mit Musikvorträgen auf deutschen Instrumenten und Phonolas abwechseln. Das Verdeck wäre als elegantes luftiges Restaurant und Kostraum für deutsche Getränke und Konserven mit allen Mitteln deutscher Raumkunst einzurichten. Für Kunstgewerbe, Spielwaren, Konservenindustrie wären besondere Abteilungen einzurichten. Die Zeitungen brachten unlängst die Notiz, daß Holland ein derartiges Ausstellungsschiff durch die südamerikanischen Häfen senden wolle. Das könnte sich für das deutsche Ausstellungsschiff an die Rienser Ausstellung anschließen. Auch ein gänzlich unstarres Parseval-Luftschiff zu Spazierfahrten über der Bai und nach Petropolis würde ein gutes Zugstück sein, da man hier Lenkballons noch nicht gesehen hat. Das Schiff müßte zu Wasserlandungen eingerichtet sein und in einer geschützten Bucht unter Dach gebracht werden. Die atmosphärischen Verhältnisse sind hierfür sehr günstig und die Passagierfahrten würden voraussichtlich das Unternehmen gut rentieren. Als etwas abgelegene, aber hier sehr interessierende Ausstellungsanregung möchte ich die Vorführung guter Wachthunde vorschlagen. Der Bedarf an solchen ist ungeheuer groß, da jedes Haus mehrere gebraucht. Gute Rassen werden sehr hoch bezahlt. Bei abgeführten Polizeihunden, die gleichfalls sehr gesucht sind, bleibt

zu beachten, daß sie in den Tropen zunächst die Nase verlieren. Erfindungen zur Vertilgung von Ameisen, Heuschrecken und anderen Schädlingen, sowie Imprägnierung des Holzes gegen ihre Zerstörung hätten große Zukunft hierzulande. Vielleicht könnten Stickgase da Verwendung finden.

Hauptsache ist, daß, wenn die Ausstellung stattfindet, wir rechtzeitig und wohl vorbereitet auf dem Plan erscheinen, denn sie wird vielseitige Gelegenheit bieten, unsere Arbeit und unseren Erfindungsgeist, frei von Ausfuhrabgaben, in höhere Valuta umzuwandeln.

Erlebnisse Auslanddeutscher im Weltkrieg*)

IX. Von Colombo nach Kiel

Von G. G. . . .

Bei Kriegsausbruch befand ich mich als dritter Offizier an Bord des Dampfers „Emden“. Auf Anraten unseres Agenten verließen wir am 31. Juli 1914 Colombo und dampften nach Sabang. Wir traten sofort mit dem deutschen Konsulat in Medan in Verbindung und baten um Anweisung für Reservisten. Mußten leider erfahren, daß der Weg für Deutsche nach Ost oder West unmöglich. Trotz aller Bemühungen gelang es mir nicht, gute, neutrale Papiere zu bekommen, und erst am 15. Mai 1915 hatte ich das Glück, mit dem schwedischen Dampfer „Canton“ Sabang als „blinder Passagier“ zu verlassen. Aus meiner vorhergehenden Unterhaltung mit dem ersten Offizier sowie dem ersten Ingenieur wußte ich, daß mir jede mögliche Unterstützung von diesen Herren zuteil werden würde. Als bestes Versteck entdeckte ich den B. B. Reservekohlenbunker und fand hier nach einiger Zeit noch weitere fünf Mann, die auf dieselbe Weise wie ich versuchten, nach Deutschland zu kommen. Der Raum war sehr klein, und da er unmittelbar über dem Heck lag, herrschte dort eine sehr große Hitze. Wir fanden nach einigem Suchen einen Durchgang zu den Frischwassertanks, und es gelang uns, nach Entfernung des Deckels hieraus Wasser zu schöpfen. Da wir etwas Brot und einige Konserven hatten, konnten wir sowohl den quälenden Durst wie Hunger stillen. Nach einigen Tagen gelang es uns, den ersten Steward zu bestechen und dahin zu überreden, daß er uns etwas Brot und Tee brachte. Da wir andauernd der großen Hitze ausgesetzt waren, bekamen wir bald alle Hautentzündungen (roter Hund), die mit jedem Tag unerträglicher wurden. Inzwischen erfuhren wir, daß sich noch weitere 11 Deutsche an Bord befanden. Da wir befürchteten, daß es unmöglich sein würde, mit 17 Mann durchzukommen, wurde der Kapitän gebeten, uns in Hodeida zu landen, wozu er sich bereit erklärte. Wir hatten von den Schweden gehört, daß in Perim keine Untersuchung stattfindet, und hofften alle, daß wir ungehindert dort landen könnten. Am 31. Mai 1915 3 Uhr 35 passierten wir Perim, wurden aber gleich von dem englischen Hilfskreuzer „Northbrook“ (?) angehalten. Der an Bord kommende englische Offizier forderte den Kapitän auf, sämtliche an Bord befindliche Deutsche auszuliefern und verhehlte auch nicht, daß er von Sabang aus telegraphisch erfahren hätte, daß es etwa 15 Mann sein müßten. Die heimliche Abreise von 2 Mann aus Sabang wäre unbeachtet geblieben, dadurch aber, daß sich 15 Deutsche aus dem Mannschaftsstande ebenfalls heimlich ohne Kenntnis des schwedischen Kapitäns auf das Schiff begeben hatten, war unser Plan durchkreuzt. Die Holländer hatten es nämlich für nötig befunden, den Engländern unser Verschwinden mitzuteilen, und jetzt begann für uns eine harte, entbehrungsreiche Überfahrt. Die Engländer untersuchten in Perim das Schiff äußerst gründlich, doch gelang es ihnen

nicht, den fünfzehnten Mann zu finden, und erst nachdem sich der Kapitän verpflichtete, ihn in Suez auszuliefern, durfte das Schiff seine Reise fortsetzen. Der erste Ingenieur hatte mich im Twistkasten versteckt. Es herrschte dort eine große Hitze, und da der Deckel geschlossen, war die Luft sehr bald verbraucht. Ich bekam heftiges Herzklopfen und Ohnmachtsanfälle. Da ich aber bemerkt hatte, daß gerade in der Nähe des Twistkastens eine Wache aufgestellt war, durfte ich mein Versteck nicht verlassen, ohne Gefahr zu laufen, den Häschern in die Hände zu fallen. Nachdem ich endlich mein Versteck verlassen durfte, erfuhr ich, daß es auch dem ersten Offizier, O. Frick, gelungen war, den Häschern zu entgehen, und hörte, daß der fünfzehnte Mann der Assistent W. sei. Am 6. Juni 1915 liefen wir in Suez ein. Vom Wachschiff wurde sofort der fünfzehnte Mann abgeholt. Nach ca. 2 Stunden kam der englische Offizier wieder an Bord, weil er angeblich erfahren habe, daß der erste Offizier von D. „Scandia“ und der dritte Offizier von D. „Emden“ noch an Bord seien. Wir waren vom ersten Ingenieur unter dem Drucklager verstaubt worden und wurden trotz sehr eifrigen Suchens der Engländer nicht gefunden. Im Drucklager standen ca. 3 Zoll altes, verfaultes Salzwasser und Öl, und da meine Haut durch Entzündung wund war, bekam ich entsetzliches Hautjucken. Meine Lage wurde auch noch dadurch unerträglich, weil der Raum so klein war, daß ich mich während 18 Stunden nicht rühren konnte. Da die Engländer sahen, daß ihr Suchen nutzlos, durfte das Schiff seine Reise nach Port Said fortsetzen. Am 7. Juni 1915 wurde der Dampfer in der Nähe des englischen Wachschiffes vertäut. Am kommenden Tag fand eine scharfe Durchsuchung des Schiffes statt, woran der Offizier selbst teilnahm. Wir waren unter den Flurplatten oder im Trockentank. In letzterem herrschte eine sehr hohe Temperatur, auch war die Luft schlecht. Nach kurzem Aufenthalt bekam ich heftige Kopfschmerzen, doch mußten wir aushalten, weil die Engländer eine ständige Wache an Bord beordert hatten. Aus demselben Grunde konnten wir von dem schwedischen Offizier in bezug auf Wasser und Nahrungsmittel nicht unterstützt werden, und ich war am 11. Juni 1915, als das Schiff endlich die Erlaubnis erhalten hatte, Port Said zu verlassen, durch Durst und Nahrungsmangel derartig schwach, daß ich mich nicht mehr aufrecht halten konnte, und nicht weiß, wie ich wieder aus meinem Versteck herauskam. — Wurde jetzt von dem schwedischen Offizier sehr gut gepflegt und erholte mich in den kommenden Tagen. Vom ersten Offizier erfuhr ich, daß die Engländer mit der Ausräucherung des Schiffes gedroht hatten, als sie uns nicht finden konnten. Am 17. Juni liefen wir Oran für Bunkerkohlen an. Auf die Versicherung des schwedischen Kapitäns hin, daß keine Deutsche an Bord seien, fand keine Untersuchung statt. Am 19. Juni passierten wir

*) Entnommen dem Werk „Erlebnisse Auslanddeutscher im Weltkrieg“, im Auftrage des D. A. I. herausgegeben von Studien-
direktor Dr. von Kapff, „Ausland und Heimat, Verlags-Aktiengesellschaft“, Stuttgart, Neues Schloß. Preis geb. M. 15.—, das sechste erschien und das
außer den bisher im „Auslanddeutschen“ veröffentlichten Erlebnissen noch zahlreiche weitere aus Rußland, Ostasien, Frankreich usw. enthält.

Gibraltar. Von einem Torpedoboot erhielt der Dampfer Ordre, nach Gibraltar zu fahren. Es fand eine Untersuchung der Schiffs-papiere statt, und der Kapitän mußte einen Revers unterzeichnen, daß er freiwillig zwecks Untersuchung Gibraltar angelaufen hatte. Auf der Höhe von St. Mary wurde der Dampfer am 25. Juni von dem englischen Hilfskreuzer „Koronella“ (?) aufgehalten und bekam eine Wache an Bord. Es wurde dem Kapitän verboten, durch die Inseln zu gehen, angeblich, weil zu viele deutsche U-Boote dort seien. In Kirkwall trafen wir

am 27. Juni ein. Das Schiff wurde vom Zolloffizier nach Deutschen untersucht. Von der Besatzung durfte niemand an Land. Am 2. Juli erhielten wir Erlaubnis, unsere Reise nach Kopenhagen fortzusetzen und trafen dort am 7. Juli ein.

Am 8. Juli 1915 meldete ich mich beim Kaiserlichen Deutschen Konsulat und erhielt einen Passierschein. Am selben Tage trat ich meine Heimreise nach Deutschland mit der Bahn an und begab mich sofort nach Kiel, wo ich auch sogleich eingestellt wurde.

VOM DEUTSCHTUM IN DEN ABGETRENNTEN GEBIETEN

Polen

Das Deutschtum leidet unter der furchtbaren Teuerung gegenwärtige Not, namentlich die Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen von Kriegern, Witwen und Waisen wie Rentenempfänger sind in geradezu fürchterlicher Lage, die durch die Arbeitslosigkeit noch vermehrt wird. Diese Arbeitslosigkeit ist teils eine Folge der Krise, teils eine Folge ganz willkürlicher und nur auf politische Verfolgung zurückzuführender Entlassungen. Die deutschen Organisationen in Neupolen rufen daher zu einer Hilfsaktion auf. Der Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitsrechte steht an der Spitze, der deutsche Wohlfahrtsbund, der Landwirtschaftliche Zentralverband, der Verband deutscher Handwerker in Polen, der Verband deutscher Industrieller und Kaufleute in Polen, der Verband deutscher kaufmännischer und Bureauangestellten, der Zentralverband deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen und die deutsche Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung in Polen haben sich angeschlossen.

In **Neuenburg** in Pommerellen fanden Stadtverordnetenwahlen statt. Die Deutschen erhielten mit 394 Stimmen 7 Sitze, die Sozialdemokraten mit 300 Stimmen 5 Sitze, die polnische Bürgerliste mit 258 Stimmen 5 Sitze und die polnische Berufsvereinerung mit 113 Stimmen einen Sitz.

In polnischen Reichstag haben die deutschen Abgeordneten eine Interpellation zugunsten der deutschen Ansiedler im ehemaligen preußischen Teilgebiet eingebracht, die sich gegen das Ausnahmengesetz wendet, das zum Ziel hat, die Deutschen ihre Entlassungen und Besitzungen zu berauben. Es heißt, der in Neupolen geborene oder vor 1908 zugezogene deutsche Ansiedler habe durch den Friedensvertrag ungeschmälertes polnisches Staatsbürgerrecht errungen und habe Anwartschaft auf fürsorgliche Behandlung durch den Staat. Der nach dem 1. Januar 1908 zugezogene Ansiedler aber habe das Recht, die polnische Staatsbürgerschaft noch zu erwerben. Der Rentengutsvertrag mit der Ansiedlungskommission habe die Anerben-Gutseigenschaft des Rentenguts festgesetzt, nur wenn der Ansiedler ohne Erben stirbt, tritt das Wiederkaufsrecht des Staates ein. Also könne auch Polen nicht nach dem Tode des Stelleninhabers frei über das Besitztum verfügen und ebenso wenig beim Tode des Stelleninhabers einen Polen statt des deutschen Anerben verlangen. Die Praxis der Polen stehe mit dem Minderheitenschutzvertrag im krassem Widerspruch. Im übrigen sei das Wiederkaufsrecht gesetzlich gar nicht an den polnischen Staat übergegangen. Die Ordnung der Räumung der Besitzungen nach dem Tode des Stelleninhabers sei also unberechtigt. Auch die Pachtansiedler dürften nicht um deswillen vertrieben werden, nur weil sie Deutsche seien. Die Interpellation fordert deshalb die Behrskürnkung der Selbständigkeit der ominösen Behörde des **Przad Osadniczy** und ihre Unterstellung unter eine Kontrollinstanz der auch deutschstämmige, von der Abgeordnetenfraktion

präsentierte Staatsbürger angehören, Unantastbarkeit des Anerbenrechts der Rentensiedler und Verzicht auf das Wiederkaufsrecht, Anerkennung des Rechts der Ansiedler, die ihre Grundstücke vor dem 1. Januar 1920 erworben haben, auf Auflösung, einwandfreie Feststellung des Rechts der Ansiedler und angemessene Entschädigung aller bisher geschädigten Deutschstämmigen.

Aus **Lissa**, in der ehemaligen Provinz Posen, kommen erfreuliche Nachrichten über die Entwicklung des dortigen Schulwesens. Das Mädchen-Lyzeum hat mit etwa 250 Schülerinnen und das Knaben-Gymnasium mit über 200 Schülern, das neue Schuljahr begonnen. In Verbindung mit dem Gymnasium ist ein Internat gegründet worden, in welchem heute schon etwa 250 Schüler Unterkunft gefunden haben. Zum Leiter des Internats ist der als Naturforscher bekannte Pastor Wilhelm Schuster von Forstner bestellt worden. An der Spitze des ganzen Schulbetriebs (Deutscher Schulverein) steht Superintendent Smend. Die Schaffung eines Internats für Mädchen steht bevor.

Die Auflösung der deutschen Schulen in Bromberg

„Mit dem 1. Oktober hört die städtische Mädchen-Mittelschule auf, als städtische Unterrichtsanstalt zu bestehen. Mit diesem Ausweis entlassen wir Sie mit dem heutigen Tage aus dem Schuldienst.“ Dieses Schreiben ging in den Tagen vom 1. bis 3. Oktober allen deutschen Lehrern zu. Dabei steht die Frage der Auflösung dieser Schule erst auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung, die allein zu entscheiden hat. Und dabei sind die Lehrer auf Lebenszeit gewählt und angestellt und können nicht kündigungsfrei entlassen werden. Die Staatsbehörden haben laut Gesetz vom 20. Juni 1920 in Polen den örtlichen Schulverwaltungen Anstellungs- und Entlassungsrecht von Lehrern genommen und es dem Staate vorbehalten. Die deutschen Lehrer werden den Klageweg beschreiten. Es liegen aber tatsächlich heute rund 1000 deutsche Schulkinder auf der Straße. Die „Deutsche Rundschau“ stellt fest, daß ursprünglich ein Vertragsentwurf aufgestellt wurde, in dem die Stadt sich bereit erklärte, zwei ganz genau bestimmte städtische Schulgebäude für das deutsche Schulwesen herzugeben, wofür als Gegenleistung die städtischen Schulen auf private Grundlage gestellt werden sollten. Von einem Tag zum andern änderten aber dann die städtischen Behörden ihre Stellungnahme. Sie wiesen das den Deutschen vorbehaltene Gebäude des deutschen Lyzeums der staatlichen landwirtschaftlichen Akademie zu, forderten aber von der deutschen Elternschaft doch Tragung aller Lasten, die sie sich aufzubürden bereit erklärt hatte, wenn der Vertrag zustande käme!! Dabei stehen in Bromberg eine Reihe von Schulgebäuden leer, von denen die städtischen Vertreter erklären, man brauche sie späterhin für diese oder jene Bestimmung. Die Angelegenheit wird nun zunächst den polnischen Reichstag beschäftigen.

VOM AUSLAND DEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Finnland

Die deutschen Ferienkinder und Studenten haben nun schon geraume Zeit in der Heimat von ihren freundlichen Sommer-eindrücken im dankbaren Lande der tausend Seen berichten können. Vielfach vertieft sich das Verhältnis zwischen den hiesigen Pflegeeltern und den wiederkehrenden Kindern zu einem starken Bande. Deswegen hört man aber nicht weniger Deutsch auf den Straßen, und man hat auch sonst den Eindruck, daß aller Politik zum Trotz der Einfluß des deutschen Elements im Lande nicht abnimmt. Die Staatspolitik geht ja ganz andere Wege. Der enge Zusammenschluß mit den „Randstaaten“ bindet Finnland an so deutschfeindliche Mächte wie Estland, Lettland und vor allem Polen und stellt es ganz unter die Führung Frankreichs, das die größten Anstrengungen macht, seinen Einfluß im Osten zu stärken. Aber die lebenden, natürlich gewachsenen Beziehungen zu Deutschland sind stärker als die Irrgänge der Politiker. Die alte Blutsbruderschaft vom Kriege her wirkt noch immer nach. So wurde in den letzten Tagen wieder ein Denkmal enthüllt, das gemeinsam Deutschen und Finnländern in granitner Schrift die Worte trägt: „Fürs Vaterland und Finnland gefallen“. Wieviele solcher Denkmäler mit deutscher Inschrift erheben sich jetzt schon in allen Teilen des Landes!

Die Denkmalsenthüllung in Lovisa wurde zum feierlichen Erinnerungsfest der Schutzkorps von Ostfinnland und brachte eine Reihe prachtvoller Reden. Auch der deutsche Gesandte Dr. Wallroth sprach. Wie die Blätter berichten, mächtig und ergreifend. Leider verläßt uns der neue Vertreter Deutschlands, nachdem er kaum warm geworden ist, um nach Riga zu gehen. Vergebens sucht man nach einem Sinn in diesem ständigen Wechsel der deutschen Diplomaten. Der Schaden aber liegt auf der Hand. Persönliche Beziehungen, die die Vertreter anderer Mächte ungestört immer weiter ausspinnen und vertiefen können, werden bei den deutschen immer wieder rücksichtslos zerrissen. . .

Aber ich will ja vom Erstarken der deutsch-finnländischen Bande sprechen. Eine große Rolle haben die Feste in Norddeutschland, namentlich die „Nordische Woche“ in Lübeck, gespielt, von denen die Presse berichtet. Auch sportliche Annäherung ist von großer Bedeutung bei der überwiegenden Stellung des Sports in Finnland. Ich will nur an die deutschen Fußballspieler erinnern, die am 20. September die Heimfahrt antraten. Daß die Deutschen am ersten Spieltage den Finnländern gleichblieben, am zweiten geschlagen wurden, kommt nicht in Betracht. Aber der großartige Empfang, der ihnen bereitet wurde, war eine Propaganda für Deutschland sondergleichen. Man denke sich nur, daß beim Betreten des Spielplatzes das Orchester „Deutschland, Deutschland über alles“ intonierte, wobei sich die etwa 6000 Zuschauer erhoben und die Häupter entblößten.

Schließlich will ich in diesem Zusammenhang auch noch die aufblühende deutsche Schule in Helsingfors erwähnen, deren Schülerzahl im Herbst wieder beträchtlich gewachsen ist. Ein erweitertes Lokal und reichliches aus Deutschland geschenktes Lehrmittelmateriale geben der jungen Schule ein besseres Gewand. Die Zahl der Lehrkräfte ist vermehrt. Die Ankunft des hervorragenden Pädagogen Dir. Brock aus Petersburg wird demnächst erwartet. In den Räumen der Schule wurde am 20. September auch ein neues deutsches Bildungsinstitut eröffnet, das den Namen „Germanisches Institut“ trägt. Es will

deutsche Wissenschaft und Sprache vermitteln und unbemittelte Lehrern und Hochschülern kostspielige Reisen an die deutschen Hochschulen wenigstens zum Teil ersetzen. Zu den Sprachkursen, die von Frl. Dr. Pingoud und Wiedemann geleitet werden, haben sich zahlreiche Hörer und Hörerinnen gemeldet. Auch ist das Zustandekommen einzelner Vorlesungen gesichert. Man kann daher hoffen, daß diese deutsche Bildungsstätte sich gleichfalls entfalten wird. In ihr wie in der deutschen Schule arbeiten deutsche Männer und Frauen aus Rußland und den baltischen Provinzen Hand in Hand mit den Reichsdeutschen.

Lettland

Wie wir Rigaischen Zeitungen entnehmen, hat das lett-ländische Landwirtschaftsministerium einen Gesetzentwurf über die Auflösung des Ausländern gehörenden Grundbesitzes fertiggestellt. Durch diesen Gesetzesentwurf werden die Ausländer in ihren Rechten außerordentlich geschädigt. Am stärksten betroffen werden die Reichsdeutschen, da sie unter allen Ausländern den meisten Grundbesitz in Lettland in Händen haben. Nach dem genannten Gesetzentwurf muß der ausländische Grundbesitz im Laufe von 3 Jahren liquidiert sein. Wenn das Land schon enteignet ist, so muß es dem Besitzer, zwar auf Wunsch zur selbständigen Veräußerung zurückerstattet werden, falls aber neben der Enteignung auch schon eine Aufteilung stattgefunden hat, hat der Eigentümer nicht mehr das Recht, ohne Genehmigung des Landwirtschaftsministeriums das Aufteilungsprojekt umzusetzen. Wenn die Liquidation vom Eigentümer nicht innerhalb der 3 Jahre durchgeführt ist, übernimmt der Staat das Land zur Liquidierung gegen eine angemessene Entschädigung. Der Begriff der angemessenen Entschädigung ist leider in keiner Weise näher bestimmt.

Rumänien

Ministerpräsident Averesku wollte Mitte Oktober in Czernowitz, wo ihm ein großartiger Empfang bereitet wurde. Er hat bei dieser Gelegenheit alle Wünsche an, die die Nationalitäten der Bukowina ihm vorzubringen hatten. Die Forderung der Deutschen stellte Abg. Dr. Kohlruß in der „Czernowitzer Allgemeinen Zeitung“ zusammen. Er teilt die Forderungen in drei Gruppen, die mit andern Minderheits-Nationalitäten gemeinsam zu stellen und zu vertreten sei und in eine weitere, die allein deutsche Belange betreffe, bei deren Vertretung die Deutschen sich aber eins wüßten mit den Deutschen aller Siedlungsgebiete Rumäniens. Zu der ersten Gruppe gehörten alle politischen Forderungen der Minderheiten, für die als Grundlage der Friedensvertrag gelte. Von diesen Forderungen wünschten die Deutschen, daß sie in die Staatsverfassung aufgenommen würden, man verlange vom Chef der Staatsregierung, daß er alles tue, um diese gerechten Forderungen keinen Widerstand zu leisten. Namentlich auf sprachlichem Gebiete verlange das Deutschtum Schutz seiner kulturellen Güter. Eine Schonungs- und Übergangszeit müsse geschaffen werden und mit allen raschen Romanisierungsversuchen müsse schleunigst gebrochen werden. In der Verwaltung und Justiz hätten da die Deutschen über die beschleunigte und gewaltsame Romanisierung ohne Berücksichtigung der sprachlichen Rechte der Bevölkerung zu klagen. Auch für die Beamten forderten die Deutschen den vollen Schutz der Gesetze, wie es auch für volle Autonomie für nicht rumänische oder gemischtsprachliche Gemeinden einträten. Die Wünsche des Schulwesens und der kulturellen Güter dürften dabei nicht gering geachtet werden, und in die berechtigten Beschwerden seien auch die

unausgesetzten Verfolgungen einzubeziehen, denen die darstellende Kunst in letzter Zeit ausgesetzt sei.

Südslawischer Staat

Wie uns unser Berichterstatter mitteilt, hat die letzte Volkszählung für den gesamten südslawischen Staat 508474 Deutsche ergeben. Hiervon entfallen auf die Batschka 214000, auf Kroatien 122000, auf das Banat 110000, auf Slowenien 40000 und auf Bosnien 16000, wozu wohl noch die 15000 „Unbestimmten“ in Slowenien kommen. Die Magyaren und Arnauten reichen mit ihrer Zahl fast an die Deutschen heran. Die Magyaren werden mit 494000 ausgewiesen und überragen mit 300000 Seelen in der Batschka die Deutschen, hinter denen sie mit 97000 Seelen im Banat nur wenig zurückbleiben. Selbst in Kroatien bringen sie es auf die stattliche Zahl von 68000 Volksgenossen. Die Arnauten werden mit 479000 Seelen beziffert. An anderen Slawen werden 190000 ausgewiesen, Rumänen 175000, Italiener 10000, „Sonstige“ 187000. — Was unter diesen „Sonstigen“ verstanden sein soll, ist unklar. Ob dahinter Griechen und Türken, oder nicht auch eine gute Anzahl Deutscher steckt, ist ungewiß. Slowenen soll es 1 Million geben und dazu 8,5 Millionen Serben und Kroaten. Unter den letzteren werden wohl ziemlich viel Bulgaren, unter den ersteren wohl auch eine große Anzahl Deutscher mitgezählt sein. Aber die ganze Zählung hebt immerhin mit erfreulicher Klarheit hervor, daß mindestens über eine halbe Million Menschen im Südslawischen Staat sich zur deutschen Muttersprache bekannt hat. Wieviel durch allerhand Statistikunststücke dem Deutschtum entfremdet worden sind, läßt sich natürlich genau nicht feststellen, wenn auch die hohe Zahl der Magyaren auf einen ziemlich starken Erfolg der Magyarisierungspolitik unter den Deutschen hinweist.

England

Aus England ist u. a. der in England seit 27 Jahren angesessene Schriftsteller Dr. Oskar Levy ausgewiesen worden, der Herausgeber einer 16bändigen englischen Nietzsche-Ausgabe, der als erster Vorkämpfer des deutschen Denkers in England allerdings seine deutsche Nationalität beibehalten hatte, nach Kriegsausbruch in die Schweiz ging, dort Engländer wie Deutsche hilfreich unterstützte, sich politisch völlig zurückhielt, nach dem Kriege nach England unter großen Schwierigkeiten zurückkehrte, jetzt aber mit seiner Frau England für immer verlassen muß, während seine in England geborene 12jährige Tochter dort zurückbleiben darf. Das also ist ein „lästiger Ausländer“. Im „Roten Tag“ macht Friedrich Brie darauf aufmerksam, daß diese Ausweisung im Zeichen des Kampfes um Nietzsche selbst stehe und von puritanischen Gegnern des Philosophen durchgesetzt worden sei. Für die Annäherung deutscher und englischer Wissenschaft aber sei sie ein übles Vorzeichen.

Georgien

Aus der „Kaukasischen Post“ vom 10. September stammen neuere Nachrichten über die deutsche Kolonie Katharinenfeld, die dort Ernst Kimmerle veröffentlicht. Gleich nach dem Einmarsch der Roten Armee wurde darnach ein nur aus Deutschen bestehendes Rev.-Komitee unter seiner Leitung begründet. Die Rote Armee betrug sich von Anfang an „anständig und ehrenwert“. Eine Stadtmiliz wurde eingerichtet und auf 500 Kolonisten-Mitglieder gebracht, die über zwei Monate lang Wachdienste leisteten und Armee- und Staatstransporte begleiteten, Räuber und Banden verfolgten und das Wirtschaftsleben schützten, bis es dem Kreis-Rev.-Kom. möglich wurde, eine eigene Miliz zu gründen, so daß die deutsche aufgelöst werden konnte. Ein Gemeindebeschluß vom 8. März 1920 setzte

eine siebengliederige Wirtschaftskommission ein, um eine den Ideen des Sowjetstaates entsprechende neue konsumierende und produzierende Organisation zu schaffen. Die großen Mühlen, Sägereien, Kognak- und Spiritusbrennereien, die elektrische Station und der Konsumverein wurden so auf friedliche Weise nebst kleineren Motoren-Werkstätten übernommen. Die Mühlen erheben jetzt $2\frac{1}{2}$ Pfund vom Pud, wobei die bisherigen Besitzer als Verwalter eingesetzt sind und für ihre unter Kontrolle stehende Mühewaltung $1\frac{1}{2}$ Pfund erhalten, indes die Gemeinde für General-Reparatur- und Uferschutzzwecke 1 Pfund bekommt. Die Kognakbrennereien wurden als erster Zweig eines Winzerverbandes von der Gemeinde übernommen. Für die Unbemittelten wurden auf Kosten der Bemittelten Saatkorn und Kartoffeln angeschafft. Die Gemeinde wurde durch freiwillige Entschließung in 83 kleine Arbeitsgenossenschaften, mit je einem Vorsitzenden an der Spitze, eingeteilt, an deren Spitze die Wirtschaftskommission steht. Da die Gemeinde während der Kriegsoperationen 150 Pferde und 40 Wagen verloren hat, geschah der Zusammenschluß der Arbeitsgenossenschaften so, daß Bemittelte und Unbemittelte so eingeordnet und verteilt wurden, daß eine gegenseitige Aushilfe in der Wagen- und Pferdegestellung erfolgen konnte. Landlose und Landarme wurden durch freiwillig abgetretene Ländereien besitzlich gemacht und erhielten Gemüse, Welschkorn und Kartoffelland. Über dreihundert Deßjatinen wurden auf diese Weise friedlich zunächst auf ein Jahr den Bedürftigen übergeben. Von dem Mehlertrag der Mühlen bekamen die Gemeindeangestellten und brotlosen Kolonisten einen Teil. Eine verfallene Holzbrücke wurde gemeinsam in 20 Tagen aufgebaut. Die Fronen und Lasten an Staat und Armee wurden nach Vermögen und Einkommen verteilt und ausgeglichen. Seit dem Umsturz wurden dem Staate gewaltige Dienste geleistet: Insgesamt 11000 Pferde, an Wagen gespannt, wurden gestellt. Bei 180 Tagen kommen auf den Tag 55 Pferde. Die Kolonie hat ferner die Angestellten der verschiedenen Kreisinstitutionen untergebracht, 450–500 an der Zahl, und zahlreiche Einquartierungen von durchziehendem Militär besorgt, lieferte die elektrische Kraft zur Beleuchtung aller Staatsgebäude. Es gelang, das Vertrauen der Behörden und der Einwohner zu gewinnen, das beweist allein, daß dem Rev.-Kom. 46 Dörfer der Umgebung unterstellt wurden. Durch Befehl vom 30. August wurden 15 Deutsche in die verschiedenen Kreisinstitutionen, zum größten Teil auf verantwortliche Stellen, berufen. Der Staat und seine Behörden haben eingesehen, „daß wir trotz der innigsten Anklammerung und des Festhaltens an unsern national-kulturellen Gütern dem Staate doch von großem Nutzen sind und gar manches auf wirtschaftlichem Gebiete errungen haben, wonach ein ideeller Kommunist strebt“.

Ernst Kimmerle berichtet weiterhin in Fortsetzung seines ersten Artikels, der Katharinenfelder Jünglingsverein sei von den Behörden zunächst aufgelöst und sein Gebäude mit Inventar sei für den kommunistischen Kreis-Jugendverband beschlagnahmt worden. Es sei aber bald gelungen, Vernünftige zu bekehren und als erste Anerkennung der Ehre der deutschen Kolonisten sei nach 3 Monaten der Verein wieder eröffnet und damit allen dunklen Machenschaften und Verhetzungen die Spitze abgebrochen worden. Mit Begeisterung schaue die deutsche Jugend in die Zukunft. Man gedenke noch gern des Besuches des deutschen Gesandten und an den Schwur auf der „Grünen Platte“: „gute Bürger der neuen Heimat Georgien und ergebene Söhne des so schwer bedrängten deutschen Volkes zu sein und zu bleiben“. Große Entwicklung habe das Schulwesen durchgemacht. In 17 Abteilungen, darunter 2 für nichtdeutsche Kinder, würden 700 Kinder unterrichtet, und zwar in einer großen

Elementarschule und einer darauf aufgebauten höheren Elementarschule. Lehrer Huttenlocher leite in der Gemeinde eine besondere Abteilung für Bildungsfragen. Das von der kommunistischen Partei bisher besetzte prächtige Pastorat inmitten der Kolonie wurde nach langen Verhandlungen geräumt und für Schulzwecke freigemacht.

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Eine Pastoriusedenkenfeier fand am 15. Oktober in Philadelphia in der Halle der deutschen Gesellschaft statt, die die älteste bereits im Jahr 1764 begründete deutschsprachige Vereinigung des Landes ist. Nach einleitendem Liedervortrag des jungen Männerchors sprach der Vorsitzende J. B. Mayer markige Worte. Er trat dafür ein, daß der 6. Oktober alljährlich als ein großes Volksfest der Deutsch-Amerikaner gefeiert werden sollte, das zugleich auch der Erinnerung an die große Geschichte des Adoptivvaterlandes gewidmet sein solle. Denn die Feier des Tags, an dem die ersten Deutschen ihren Fuß auf amerikanischen Boden setzten, werde aller Lügenpropaganda den Boden abgraben. Mayer wandte sich gegen die absichtliche Geringschätzung deutscher Männer wie Steub und Mühlenberg und gegen die systematische Verherrlichung eines Lafayette und betonte, die Deutschen dürften ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen, sie müßten sagen, was große Deutsche für Amerika geleistet hätten, was Männer getan hätten wie Pastorius, der das Land um Philadelphia mit seinen Leuten in einen blühenden Garten verwandelt habe. Mayer gedachte des Todes des großen Führers Hexamer, der ein Opfer der fanatischen Kriegshetze geworden sei. Pastor Schuchard schilderte sodann das Leben von Pastorius. Musikvorträge eines Trios und Männerchöre beendeten die Feier.

Mexiko

Aus einer kleinen Stadt in Mexiko erhalten wir einen Brief, dessen Schreiber unmittelbar nach dem Kriege ausgewandert ist und der lebhaft vor schlechten Elementen warnt, seine Landsleute bittet, ja vorsichtig zu sein und solchen Leuten kein Geld anzuvertrauen, namentlich aber nicht aufs Geradewohl auszuwandern. „Aus meinem Unglück und aus bitteren Erfahrungen will ich kein Geheimnis machen, andere, die es angeht, sollen lernen, sollen vermeiden, mit im Ausland ungültigen Verträgen über Vergesellschaftung oder Kapitalverteilung auszuwandern oder Verbindungen einzugehen, wo sie den andern vertragsschließenden Teil nicht genauestens kennen.“ Der Briefschreiber erzählt dann, wie es ihm gelang, hochzukommen und sogar für das Deutschtum an seinem jetzigen Aufenthaltsorte wesentliches zu leisten und fährt fort:

„Einen für die wirkliche Völkerversöhnung typischen Fall erlaube ich mir hier beizufügen, weil er mir gerade heute vorkam: Ein Eigener, ein Phantast, wie so manche in der Welt umherziehen, ohne bestimmtes Ziel und ohne bestimmten Beruf, von Geburt Schweizer, wollte gestern hier seine gute Uhr an den deutschen Uhrmacher verklopfen, um ein bißl Geld zu erhalten. Der Plan fiel infolge der Mittellosigkeit des Deutschen (aus Samoa) ins Wasser und der Schweizer mußte sich heute früh an das französische Konsulat um Unterstützung wenden. Er erhält die zurückweisende Antwort: „Ich sah Sie gestern bei einem Boche stehen, lassen Sie sich von Ihren Boches unterstützen“. Derartige Anrempelungen gibt es viele hier. Und wir Deutschen sollten diese Fälle, aus denen so die wahre Herzensgesinnung der grande nation hervorgeht, laut in alle Welt posaunen, wie wir auch mit unsern Dokumenten über die wahre Kriegsschuld und über die rohen Grausamkeiten unserer Feinde, über ihre Lügen und Gemeinheiten, viel, viel mehr Licht und Klarheit verbreiten sollten in der ganzen Welt! In allen Sprachen! Da wäre das

Geld besser verwendet als zu architektonisch oft gar nicht hervorragenden Gedenksteinen und Denkmälern. Wir wollen unsere Toten ehren, indem wir sie rächen an unsern Feinden! Heraus mit den politischen Geheimakten usw., heraus an die Öffentlichkeit im breitesten Sinne mit den Schmach- und Schand-Dokumenten aus dem Weltkrieg, über die Feinde!! Dann aber auf die Zähne gebissen und gearbeitet am Wiederaufbau, nicht des Feindeslandes, sondern deutscher Größe, deutscher Kraft, deutscher Ehre und deutscher Wissenschaft.“

Brasilien

Die Zahl der deutsch sprechenden Bevölkerung Brasiliens, welche sich fast ausschließlich auf die Südstaaten Rio Grande do Sul, Santa Catharina, Sao Paulo und Parana verteilt, ist selbst schätzungsweise nur ungefähr feststellbar. Sie setzt sich zusammen aus den Nachkommen der seit 1827 eingewanderten Kolonisten, aus den in neuerer Zeit eingewanderten, die ebenfalls zum größten Teil die brasilianische Staatsangehörigkeit erworben haben, und aus Reichsdeutschen, welche sich meist in den Städten niedergelassen haben. Die offizielle Statistik rechnet zu den Deutschen nicht die Deutschösterreicher und Deutschschweizer, ohne welche die Gesamteinwanderung von Deutschen bis zum Jahre 1919 rund 125000 Personen erreicht hat. Nicht alle Nachkommen der deutschen Einwanderer haben ihre Sprache bewahrt, vielmehr ist das Deutschtum an allen denjenigen Stellen, wo die Einwanderer vereinzelt angesiedelt waren, bald aufgesogen worden, und zwar ist dieser Prozeß viel häufiger eingetreten, als man im allgemeinen annimmt. Trotz dieses zahlenmäßig nicht zu ermittelnden, jedoch sicher nicht unbeträchtlichen Verlustes hat das Deutschtum, d. h. die Zahl der deutsch als Muttersprache Sprechenden, sich stark vermehrt und kann einem Bericht in „Lateinamerika“ zufolge für 1919 einschließlich der Deutsch-Österreicher etwa wie folgt geschätzt werden:

Rio Grande do Sul	220000 Pers.	= 11,0 % d. Gesamtbevölk.
Die Zahl der Deutschstämmigen ist etwa 350000.		
Santa Catharina	110000 Pers.	= 10,0 % d. Gesamtbevölk.
Sao Paulo	70000	2,0 % „ „
Parana	30000	6,0 % „ „
Ganz Brasilien	450000	1,8 % „ „

Von den 450000 Deutschsprechenden sind deutscher Staatsangehörigkeit höchstens 10 %. Dem Bauernstand gehören an mindestens 300000 Seelen. Die Handwerker, in den Städten Südb Brasiliens sind meistens Deutsche, ebenso sind dort zahlreiche kleinere Industrien von ihnen angelegt; außerdem beherrschen sie einen großen Teil des Ein- und Ausfuhrhandels. Große Vermögen sind von den Deutschen Brasiliens nur in vereinzelt Fällen geschaffen worden, dagegen hat der Durchschnitt einen verhältnismäßigen Wohlstand erreicht, der, an der Lebenshaltung der umgebenden lusobrasilianischen Bevölkerung gemessen, größer erscheint, als er in Wirklichkeit ist.

Als Jubiläumsgabe der Deutschen in Brasilien zur Zentenarfeier schlägt die „Neue Deutsche Zeitung“, Porto Alegre, den Zusammenschluß möglichst aller Deutschen in Brasilien vor, zu dessen Bearbeitung ein Zentralbureau in Porto Alegre eingerichtet werden soll. Die Teilnahme des Deutschtums an Brasiliens Ehrentag soll sodann durch die Errichtung eines Monuments, welches von einem deutschen Künstler geschaffen werden soll, zum Ausdruck gebracht werden. Auch die Schaffung eines „Deutschen Hauses“ wird vorgeschlagen.

Chile

Am Sonntag den 18. September ist der Bismarckturm in Concepcion durch bisher nicht ermittelte Täter erheblich beschädigt worden. Die große Eingangstür zur inneren Halle, sowie ande

Teile sind sehr stark zerstört worden. Man führt unter den Kreisen des Deutschums das Attentat zurück auf den französischen General Mangin, der in allerdings recht wenig erfreulicher Weise auf seiner Propagandareise durch Chile gegen das Deutschum hetzte.

KLEINE NACHRICHTEN

Nikolai Carlberg †. In Hameln bei Hannover verstarb Nikolai Carlberg, der langjährige Stadtsekretär von Riga, ein geborener Petersburger, der in Dorpat Nationalökonomie und Statistik studierte und später in Riga als Sekretär des Livl. Stat. Gouv.-Komitees und seit 1888 als Direktor des Städtischen Amtes sich hervorragende Verdienste um die baltische Statistik erwarb. Eine Unzahl statistischer Arbeiten entstammt seiner Feder. Von 1889 an arbeitete er dann 27 Jahre lang als Stadtsekretär, in einer Zeit ganz außerordentlicher Entwicklung Glänzendes leistend. „Der Stadt Riga Verwaltung und Haushalt in den Jahren 1878 bis 1900“ ist sein literarisches Hauptwerk aus dieser Zeit, das auch von seiner Lebensarbeit gar vieles interessant erzählt. Carlberg war auch als Gesellschafter in der Rigaer Gesellschaft sehr beliebt.

In der kaukasischen deutschen Kolonie Alexandersdorf verstarb im Alter von 88 Jahren Frau **Magdalena Flad** geborene Schmied, die aus den Ehen ihrer 7 Söhne und 5 Töchter insgesamt 234 noch lebende Enkel und Enkelkinder hinterließ. Zu den leidtragenden Hinterbliebenen gehörte halb Alexandersdorf. Ihr Mann war ihr nach 41jähriger Ehe schon im Tode vorangegangen, aber in 30jähriger Witwenschaft hat die alte Frau nicht nur die Scharen ihrer Enkel und Urenkel betreut, sondern war auch als Wohltäterin unter den Armen bekannt.

Cornelius Wittmann †. In St. Paul, Minn., starb im 92. Lebensjahre Pfarrer C. Wittmann, das älteste Mitglied des Benediktiner-Ordens in den Vereinigten Staaten, und weithin bekannter Gründer der St. Johns-Universität in Collegeville, Minn. (1857). Im Mai dieses Jahres feierte W. sein 65jähriges Priesterjubiläum. Er zählte zu den alten deutschen Pionieren, die stets Gebräuche und Sitten der alten Heimat hochhielten.

Joseph Brucker †. Am 5. Oktober verschied in San Francisco Joseph Brucker, einer der bekanntesten deutsch-amerikanischen Zeitungsleute. Er war 1849 in Ischl, Oberösterreich, geboren und wanderte 1871 in Milwaukee ein. Seit dieser Zeit ist er als Schriftleiter deutscher Zeitungen tätig gewesen. Schon vom „Medford Waldboten“ aus erwarb er sich wegen seines gewandten Stils und der gelegentlichen Schärfe seiner Kritiken einen guten Namen als Tagesschriftsteller auch außerhalb der Grenzen von Wisconsin. 1891 übernahm Brucker die Leitung der „Staatszeitung“ in Chicago, der er bis 1900 die Richtung gab. Dann ging er als Kommissar der St. Louiser Weltausstellung nach Deutschland, und nach seiner Rückkehr blieb er dann Korrespondent einer Reihe angesehener Zeitungen, wie z. B. der „Chicagoer Abendpost“.

Hermann Großcurth-Montevideo †. Hermann Großcurth ist laut „Laplata Post“ vom 6. August 1921 am 4. August d. J. im Alter von über 80 Jahren gestorben. Mit ihm verliert die deutsche Kolonie in Montevideo ihr ältestes und tätigstes Mitglied. Über 50 Jahre hat er das Deutschum im Montevideo in vorbildlicher Weise vertreten. Während der Kriegszeit hat er als Vorsitzender der deutschen Vertrauenskommission sich besondere Verdienste erworben. Auch die deutsch-evangelische Kirchengemeinde von Montevideo verliert mit ihm einen hervorragenden Förderer. Wer den überaus rüstigen alten Herren ge-

kannt hat, wird seinen Heimgang tief bedauern. Den deutschen Brüdern in Montevideo gilt unsere wärmste Teilnahme. Gr.

Otto Kehren †. In Temuco starb am 21. Juli der Schulpräsident Otto Kehren, einer der treuesten, selbstlosesten Bürger seines Adoptivvaterlandes Chile. 1882 kam K. nach Chile; von 1897 an war er in Temuco, wo er seit 1904 das Amt eines Sub-Inspektors de Colonisation und Interventors de Colonos bekleidete. 1919 trat er an die Spitze des Vorstandes der deutschen Schulgemeinde in Temuco. Sein Tod bedeutet einen großen, schwer ersetzbaren Verlust.

Dr. Ernst Gelderblom †. In seiner rheinischen Heimat ist vor kurzem Pastor Dr. Ernst Gelderblom, der frühere Prediger der deutschen reformierten Gemeinde in Petersburg, die er als Nachfolger des Pastors Dr. Hermann Dalton von 1889 bis 1918 geleitet hatte, im Alter von 61 Jahren gestorben. Er war eine der bekanntesten und beliebtesten Erscheinungen der deutschen Kolonie in der russischen Hauptstadt und hat sich durch seinen Gemeinsinn, wie durch seine rastlose Tätigkeit das beste Andenken weit über den Kreis seiner Gemeinde hinaus gesichert. Nach schweren, persönlichen Erfahrungen in der Kriegszeit kehrte er vor einigen Jahren nach Deutschland zurück, wo jetzt der Schlag seinem arbeitsreichen Leben ein Ziel setzte.

Dr. Aurel Hensch †. Am 28. Oktober verstarb in Budapest nach kurzem schwerem Leiden im 64. Lebensjahr Dr. Aurel Hensch, der unter dem Zipser Volke einer der bekanntesten Führer und Dichter gewesen ist. Einem Bericht der „Karpathenpost“ zufolge war er als Jurist ein gesuchter Berater und errang sich am Verwaltungsgericht eine angesehene Stellung. Die Liebe zur Zipser Heimat führte ihn stets wieder in die Städte und Dörfer der Zips zurück. Sein Humor und sein Witz waren in der Zips aufs beste bekannt.

Paul Tittes †. In Kronstadt starb Paul Tittes, einer der Führer der landwirtschaftlichen Bewegung der Siebenbürger Sachsen, der die Errungenschaften der modernen Landwirtschaft unter den Bauern verbreitete und auch einer der Mitbegründer und Förderer der Molkerei-Genossenschaft war. Er brachte der landwirtschaftlichen Fortbildung reges Interesse entgegen und war an der Garten- und Ackerbauschule besonders eifrig tätig.

Heimatgedenken

Dem württembergischen Dorf **Gammertingen** hat ein hier geborener, jetzt in Amerika lebender Herr Hönes 100000 M. überwiesen, damit davon ein Kinderhaus mit Volksbad und Turnhalle unter Zuschüssen der Gemeinde erbaut werde. Die Gemeinde hat das Anerbieten dankend angenommen.

Die Druck-, Verlags- und Buchfirma **G. A. Reißberger in Mediasch** in Siebenbürgen feierte am 1. November das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens. Die heute überall in Siebenbürgen und darüber hinaus rühmlichst bekannte Firma hat klein und einfach angefangen. Als einfacher Buchdrucker kam Herr Reißberger aus Hermannstadt nach Mediasch, allerdings als ein für damalige Verhältnisse weitgereister Mann, der Deutschland, Österreich, Italien durchwandert hatte. Seine Druckerei wuchs rasch und die „Mediascher Zeitung“, die die Firma herausgab, erfreute sich bald eines guten Rufs. 43 Jahre lang stand der Gründer selbst an der Spitze des Betriebs, 1914 übernahm ihn sein gründlich ausgebildeter und in Fachschulen vorgeschulter Sohn. Im Herbst 1921 siedelte der Betrieb in ein neues, eigens gebautes Geschäftshaus über. Herr Reißberger hatte stets auch für die allgemeinen Interessen des Deutschums sehr viel übrig und hat sich stets bereitwilligst auch dem Deutschen Ausland-Institut zur Verfügung gestellt. Mit uns werden deshalb zu seinem

Ehrentage auch die Auslandsdeutschen in aller Welt, die wissen, daß das deutsche Buch und die deutsche Zeitung im Ausland die besten und starken Säulen des Deutschtums sind, der Firma Reißberger dankbar und anerkennend gedenken.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Wien. Der Ruf an die reichsdeutschen Studenten, die Hochschule Wien zu besuchen, gewinnt jetzt einen stärkeren Rückhalt durch die Bestrebungen, ein „Reichsdeutsches Studentenheim“ in Wien zu begründen, um Hilfsbedürftigen eine Erleichterung während der Dauer ihres Wiener Studienaufenthaltes zu bieten. Die deutschen Hochschüler sollen in Wien namentlich Verständnis für die Eigenart ihrer österreichischen Stammesbrüder gewinnen, für das wichtige Zentrum alter deutscher Baukunst und Musik und für das alte deutsche Wirtschaftszentrum im Verkehr mit dem Orient, sie sollen auch Verständnis erwecken für die Wesensart des deutschen Volkstums im Reich. Um Mittel für ein deutsches Studentenheim zu bekommen, hat sich ein Komitee gebildet, dem die Rektoren der Universität, der Technischen Hochschule, der Hochschule für Bodenkultur, der Tierärztlichen Hochschule, der Akademie der bildenden Künste und der Hochschule für Welthandel, sowie eine Reihe führender Persönlichkeiten von Handel, Industrie, Wissenschaft und Kunst angehören. Auf das Konto „Wirtschaftlicher Verein reichsdeutscher Hochschüler in Wien“ (Deutsche Bank) werden Spenden erbeten.

Die deutsche Musikschule Petschau im Egerland. Diese Anstalt gehört mit zu denjenigen deutschen Musikfachschulen, die die Musikorchester in den deutschen Stätten der Tschechoslowakei ergänzen und auch Nachwuchs für viele Kapellen in Reichsdeutschland und Österreich stellen. Infolge der mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse schließt die Musikschule Petschau mit einem Abgang von 60000 Kronen ab. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakei wendet sich daher an seine ihm angeschlossenen deutschen Städte und Gemeinden, damit durch Konzerte usw. der Fehlbetrag hereingebracht und der Weiterbestand dieser so wichtigen Anstalt gewährleistet wird.

Mürau (Nordmähren). Deutscher Kindergarten. Der deutsche Kindergarten in Mürau, der mit viel Mühe und Kummer errichtet wurde, ist durch die Ungunst der Verhältnisse in starke Bedrängnis geraten. Noch sind über 10000 Kronen für Baukosten aufzubringen. Er bittet daher alle, denen es um die Erhaltung des Deutschtums in Mähren zu tun ist, in seinem von Otto Braß als Ausschußmitglied und Wilhelm Ernet als Obmann, wie Johann Wunderle, Grundbesitzer, für den Bezirksverband Müglitz des Bundes der Deutschen Nordmährens unterzeichneten Aufruf um Spenden zur Erhaltung dieses Kindergartens. Man sende die Spenden an den Deutschen Privatschulekindergarten für Mürau, Nordmähren, unter Postscheckkonto 6479 nach Berlin NW 7.

Riga. Deutsche Hochschulkurse in Riga. In Riga wird ein deutsches Herder-Institut begründet. Nachdem sich die deutschen Fortbildungskurse, die die große Gilde im März 1919 ins Leben gerufen hatte, so günstig entwickelt haben, daß die Hörerzahl auf über 400, die Dozentenzahl auf 19 und die der Vortragsfächer auf 32 gestiegen ist, ist eine Erweiterung auch im Sinne einer strengeren wissenschaftlicheren Gliederung beschlossen worden, die für die Entwicklung des Riganer deutschen Lebens wichtig erscheint. Die Große Gilde wird dem Unter-

nehmen nach wie vor die Räume zur Verfügung stellen, die Leitung aber wird in den Händen einer gelehrten deutschen Gesellschaft liegen, die am 7. September in Riga unter dem Namen „Herdergesellschaft“ begründet wurde und die sich Pflege der Wissenschaft durch Forschung und Lehre zur Aufgabe gestellt hat. Die Gesellschaft hat beschlossen, die Kurse in ihre Hand zu übernehmen und so auszubauen, d. h. wie die „Rigaische Rundschau“ mitteilt, ortsansässigen Deutschen die Möglichkeit einer deutschsprachlichen wissenschaftlichen Ausbildung auch in der Heimat geboten werde. Zu diesem Zweck sollen von erfahrenen Hochschullehrern und Fachleuten in deutscher Sprache wissenschaftliche Vorlesungen und Übungen im Rahmen des Hochschulstudiums veranstaltet werden und außerdem auch gemeinverständliche bildende Vorträge, deren Gesamtheit als „Herder-Institut“ bezeichnet werden wird. Zum Vorsitzenden der Gesellschaft und zum Leiter des Instituts ist Professor Dr. Sokolowski gewählt worden, zu seinem Stellvertreter Dr. W. Klumberg. Zu Ehrenmitgliedern wurden der Altmann der Großen Gilde, Herr V. Schwartz, die Ältesten der Großen Gilde Reimers und E. Schwartz und der Chef des deutschen Bildungswesens bei der lettischen Regierung, Oberpastor Keller, in Anerkennung ihrer Verdienste um die deutschen Fortbildungskurse gewählt. Geschäftsführer der Gesellschaft ist Professor W. von Stryk. Das Herder-Institut gliedert sich zunächst in 5 Abteilungen: Eine philosophisch-theologische (Leiter Pastor O. Pohrt), eine germanistische (Leiter Dr. O. Masing), eine historische (Leiter Direktor W. Wulffius), eine juristisch-ökonomische (Leiter Dr. W. Klumberg) und eine naturkundlich-landwirtschaftliche (Leiter Professor K. R. Kupffer). Der letzteren Abteilung werden höhere Fortbildungskurse für kaufmännische Fächer und Sprachen angegliedert. Die Eröffnung des Instituts fand am 18. September statt. Ordentliche Hörer können Personen beiderlei Geschlechts werden, die eine dem Gymnasium gleichwertige Ausbildung genossen haben. Auch Hospitanten können mit entsprechender Vorbildung zugelassen werden. Jeder Hörer und Hospitant muß passives Mitglied der Herdergesellschaft werden, wobei als Mindestaufnahmialter 17 Jahre gedacht ist.

Die Begründung des Instituts ist ein erfreuliches Zeichen der geistigen Stärke des baltischen Deutschtums, ist ein glänzender Beweis, wie ernst das Auslandsdeutschtum seine geistigen Pflichten und Aufgaben nimmt und wieviel es durch organisierte Selbsthilfe erreichen kann. Es ist zu hoffen und zu erwarten, daß dieses Beispiel in deutschen Kreisen des übrigen Auslands Nachahmung findet. Das Beste, was das Deutschtum seinen Kindern geben kann, ist Bildung und jene große und tiefe Bildung, an der es auch andern Nationen gern teilnehmen läßt, wenn sie dazu Lust und Neigung haben. Dem Herder-Institut in Riga ist bester Erfolg zu wünschen. Die bewährten Leiter und Förderer der deutschen Herdergesellschaft darf man zur Tat beglückwünschen.

Goldingen (Lettland). Das von den Letten in so schmählicher Weise aus seinem alten angestammten Gebäude vertriebene deutsche Gymnasium hat rasch von der deutschen Gemeinsame Gastrecht im alten deutschen Klub zugewiesen bekommen und ist bereits dort eingezogen. Ein schönes Zeichen der deutschen Selbsthilfe in der Not.

Wrschatz. Deutsche Präparandie. Die Ortsgruppe Wrschatz des Kulturbunds gibt bekannt, daß die deutsche Präparandie Wrschatz für dieses Jahr gegenstandslos geworden sei. Auf Grund der Mitteilung des Ministeriums, wonach in allen Mittel- und Fachschulen deutsche Parallelklassen errichtet werden

konnten, wenn sich dort eine entsprechende Schülerzahl melde, habe der Kulturbund um Errichtung solcher Klassen an den Staatspräparanden in Wrschatz und Novisad gebeten. Daraufhin habe die Regierung verordnet, daß in Wrschatz Lehrkanzeln für deutsche Sprache und Methodik, wie auch Literatur errichtet würden, es sei aber weder die deutsche Unterrichtssprache noch die deutsche Abteilung bewilligt worden, obgleich die deutsche Schülerzahl weit über das erforderliche Mindestmaß gegangen sei. Die deutschen Schüler seien dabei alle der serbischen Sprache gar nicht mächtig. Der Kulturbund habe wiederholt Vorstellung erhoben, um die deutsche Unterrichtssprache zu erhalten. Bis zum 14. September mußten die Einschreibungen stattfinden, und eine große Anzahl deutscher Schüler ließ sich in der Hoffnung auf Erfüllung der deutschen Wünsche einschreiben, in den ersten Jahrgang 29 Mädchen und 7 Jungens, wobei aber die größere Anzahl auf die Erledigung der deutschen Bitten wartete, ohne sich einschreiben zu lassen. Eine Woche lang wohnten die deutschen Schüler dem Unterricht bei, als die Verfügung kam, daß alle deutschen Wünsche abgelehnt würden. Da die Ansprüche der Minderheit derart mißachtet wurden, da es ferner eine gesunde Pädagogie erheische, daß ein deutscher Lehrer auch auf einer deutschen Anstalt ausgebildet werde, und da der Unterricht in den 8 Tagen für die serbisch nicht sprechenden deutschen Schüler sich als völlig fruchtlos erwiesen habe, beschlossen die Ortsgruppe und die Eltern, alle deutschen Schüler aus der nunmehr rein serbischen Präparandie herauszunehmen.

Hermannstadt. Für die Deutsch-evangelische Schule setzten sich die in Hermannstadt tagenden Kreisausschüsse verschiedener Orte energisch ein. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Goritz berichtete der Referent des Hermannstädter Hauptausschusses, Hauptschriftleiter Plattner, über die völkische Bedeutung von Kirche und Schule, deren Voraussetzung allerdings die Schaffung entsprechender Lebensbedingungen für deren Angestellten sei. Die deutschsprachige Staatsschule könne keinen Ersatz bieten. Bis vom Staate eine entsprechende finanzielle Unterstützung der Schulen sichergestellt sei, müsse die Volksgemeinschaft die Mittel aufbringen, so schwer die Lasten auch wirkten. Alle Redner stellten sich in der Aussprache auf den Standpunkt des Referenten. Zum Schluß wurde eine Entschliebung gefaßt, in der namentlich die Regelung der Gehälter der Schulangestellten als Voraussetzung für ein gutes Arbeiten der ganzen Schule bezeichnet wurde. Man erwarte von der Landeskirchenversammlung, daß Beschlüsse zu einer entsprechenden Gehaltserhöhung auch für die aktiven und die im Ruhestand befindlichen Angehörigen der Landeskirche gefaßt würden.

Perjamosch (Rumänien). Die deutsche Mittelschule hat soeben ihren zweiten, von Direktor Simon Radius erstatteten Jahresbericht herausgegeben, der das abgelaufene 10. Schuljahr behandelt. Geklagt wird, daß die Eltern ihre Kinder nur ungern in die Mittelschule schickten, weil sie sich offenbar noch nicht genügend darüber klar seien, daß die Absolventen der 4. Mittelschulklasse (Bürgerschule) bei befriedigenden Leistungen ohne weiteres in die 5. Klasse des Realgymnasiums aufgenommen werden können. Nur so sei es zu erklären, daß man das ohnehin überfüllte Realgymnasium in unzumutbarer Weise stürme. — Die Zahl der Schüler betrug im abgelaufenen Jahre 102, von denen 94 deutscher Muttersprache waren. Der Lehrkörper bestand aus 7 Lehrkräften.

Schäßburg. Evangelisches Lehrerinnenseminar. Das Schäßburger Lehrerinnenseminar ist infolge seiner sozialen Führung

in vieler Hinsicht als vorbildlich zu bezeichnen. Es wurde 1904 gegründet und hat seither vielen Hunderten von Zöglingen Ausbildung und Aufnahme gewährt. Allein während des Krieges war es von mehr als 100 Schülerinnen besucht. Die Anstalt wird von der Landeskirche erhalten. Die Schüler selbst zahlen sehr wenig Schulgeld und ebenfalls nur sehr mäßiges Kost- und Quartiergeld. Jährlich zur Verteilung gelangende Stipendien ermöglichen auch völlig mittellosen Mädchen die Ausbildung zur Lehrerin.

Über die innere Organisation wird uns von einer ehemaligen Schülerin sehr anschaulich folgendes geschrieben: „Die Schülerinnen sind in einer Schulgemeinde vereinigt, die viermal im Jahr ihre Versammlungen abhält. Die Vorsteherin der Schulgemeinde ist die 1. Sprecherin. Sie führt die Versammlungen und vertritt die Schulgemeinde nach außen. Sie ist eine interne Schülerin. Ihre Stellvertreterin ist die 2. Sprecherin, eine externe Schülerin. Jede Klasse hat ihre Ordnerin, sie leitet die Klassenversammlungen und vermittelt mit den andern Beamtinnen. Alle Beamtinnen sind frei gewählt und haben die Aufgabe, die Ruhe und Ordnung unter den Schülerinnen aufrecht zu erhalten und mit dem Lehrkörper zu vermitteln. Zwischen diesem und den Schülerinnen besteht ein sehr freundschaftlicher Verkehr.

Neben der Schulgemeinde besteht ein Selbstbildungsverein, der in 3 Gruppen eingeteilt ist. An der Spitze jeder Gruppe steht eine Vorsteherin, die auch die Schülerinnen wählen. Jede Gruppe hält ihre Versammlungen gewöhnlich abends, dort werden Vorträge gehalten, die die Mitglieder der einzelnen Gruppen ausarbeiten. Diese Abende sind immer schön und abwechslungsreich. Die eine Gruppe hat Vorträge aus dem Gebiete der Literatur, Pädagogik und Geschichte und die andere aus naturwissenschaftlichen Fächern. Die Schülerinnen treten in die ein, welche sie mehr interessieren. Die 3. Gruppe ist die „musikalische“. An ihrer Spitze steht die Chorleiterin. Sie übt mit ihrer Gruppe Lieder ein, gewöhnlich einfache Volkslieder mit Text; die brauchen wir ja als Lehrerinnen am dringendsten. Sie werden zwei- oder dreistimmig geübt. In unsern Gesangstunden singen wir meist vierstimmig, der Seminarchor war bisher berühmt als guter Chor. — Am Schlusse des Schuljahres macht jede Gruppenvorsteherin ihren Schlußbericht über das vergangene Jahr und die Tätigkeit ihrer Gruppe; diese werden in der letzten Schulgemeindeversammlung vorgelesen.“

Ukraine. Deutsches Schulwesen in der Molotschna. Einem uns zur Verfügung gestellten Briefe eines deutschen Lehrers aus der Molotschna entnehmen wir folgendes: Was nun das Schulwesen anbelangt, so liegt dasselbe im argen. Mangel an Büchern für Schüler und Lehrer, ebenso an allem, was zur Schule gehört. Dazu noch die überstürzte Einführung der neuen einheitlichen Arbeitsschule ohne vorbereitete Lehrkräfte. Schluß der Schule hatten wir am 1. Juni n. St., dann besuchten wir in Halbstadt einmonatige soziale Kurse. Die gaben ja schon manche Winke und Anregungen, weiter auch nichts, denn es war zu kurz und doch zu lang. Wir haben hierzulande nur noch 3 Typen von Schulen: Kindergarten für 4–7jährige Kinder, dann die 7stufige Schule für 8–10jährige Kinder und zuletzt die Hochschule, welche man mit 24 Jahren endigen kann. Am 1. August n. St. soll der Unterricht wieder beginnen. Es ist nur gut, daß wir an den Schulen in Prischib und Halbstadt (Zentrumskolonien) gewissenhafte und tüchtige, meist deutsche Lehrkräfte haben. Die Schulen sind nationalisiert, d. h. alle Fächer werden deutsch oder richtiger gesagt, sollen deutsch gegeben werden, aufgenommen russische und ukrainische Sprache. Es soll auch Unter-

richt in Handfertigkeiten gegeben werden. Aber wie sich der verwirklichen wird, kann ich mir noch nicht vorstellen, und zwar weil es da an Werkstätten, Lehrern und Material fehlt.

Vom deutschen Schulwesen in Brasilien. Im Munizip Blumenau wurden laut „Deutsche Evangelische Blätter für Brasilien“, 1921/8, neuerdings einige deutsche Schulen geschlossen, weil sie gegen die geltende Ordnung verstießen. Diese Verfügung scheint mit dem neuen Schulgesetz in Santa Catharina in Zusammenhang zu stehen, wonach Kinder unter 11 Jahren nicht mehr deutsch unterrichtet werden sollen.

Der 2. deutsch-brasilianische Schultag wird voraussichtlich Anfang Januar in Porto Alegre stattfinden.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Lodz. Der **deutsche Männergesangsverein** kämpft noch immer um sein schönes Vereinshaus in der Petrikauerstr. 243. Es ist seit Kriegsausbruch dauernd requiriert, und der Verein erleidet große Verluste durch dauernde Zerstörungen. Wir haben darüber wiederholt berichtet. Zuletzt war das Haus der amerikanischen Vereinigung junger christlicher Männer anvertraut, jetzt soll es für ein — polnisches Theater requiriert werden. Die deutschen Abgeordneten im Sejm sind nun neuerdings vorstellig geworden, indem sie darauf hinwiesen, wie der deutsche Verein, nachdem das Haus vom polnischen Offiziers-Kasino freigegeben wurde, nur deshalb auf Ersatz des gewaltigen angerichteten Schadens verzichtete, weil ihm zugesagt wurde, daß es nunmehr nicht wieder requiriert würde. Nach der völligen Renovation erhielt es aber die Y. M. C. A., die erneut durch Vermietung an Dritte Schaden von Millionen polnischer Mark anrichtete. Jetzt spielt das erwähnte Theater und verursacht eine bei der niedrigen Versicherung ungeheure Feuergefahr. Die deutschen Abgeordneten verlangen deshalb endlich energische Rückgabe des Gebäudes an seinen rechtmäßigen Besitzer.

Reval. Ein **estländischer deutscher Frauenverband** wurde am 15. Oktober begründet, zu dessen erster Vorsitzenden Frau Pastorin Hesse gewählt wurde. Der Verein will sich insbesondere der Kleinkinderfürsorge annehmen, will für die schulentlassene Jugend Sommer- und Wintersportkurse und -Pflege treiben, eine Berufsberatungsstelle und eine Bücherei errichten und gesellige Zusammenkünfte veranstalten. 164 Mitglieder meldeten sich sofort in der Gründungsversammlung an.

Deutsch-Evangel. Gemeinde Kristiania. Auf einem Familienabend der Gemeinde hielt Herr Hermann Crusen einen Vortrag über das Deutschtum in Kristiania in früheren Jahrhunderten. Der „Gemeindebote Kristiania“ berichtet darüber:

„Eingehend erzählte der Redner uns von dem Wirken der alten ‚Germania‘, der Vorläuferin aller jetzt in Kristiania bestehenden deutschen Vereine, und rief uns die Namen derjenigen ins Gedächtnis zurück, die früher hier, zum Teil unter schwierigen Verhältnissen, für das Deutschtum eingetreten sind — Namen, die auch heute noch zu den angesehenen Bürgernamen der Stadt gehören. Er gedachte besonders des alten Herrn Timm, der 30 Jahre lang dem Vorstande der ‚Gesellschaft Germania‘ angehört hat, darunter die letzten 10 Jahre seines Lebens als Präsident.

Auch von einem großen Basar, der zum Besten der Hinterbliebenen der im Feldzuge 1870/71 Gefallenen unter großer Beteiligung sowohl der gesamten damaligen deutschen Kolonie wie auch deutschfreundlicher Norweger abgehalten wurde und

1300 Speciesdaler einbrachte, erzählte er uns unter teilweiser Vorlesung des Originalberichtes hierüber aus dem Protokollbuch. Dann kam der Redner auf die spätere Spaltung der Deutschen und das Entstehen neuer deutscher Vereine zu sprechen und forderte zum Sammeln des Deutschtums auf, indem er als wirksamstes Mittel dafür die Verwirklichung der Errichtung eines Deutschen Hauses in Kristiania bezeichnete, da beim Besitz eines solchen jeder Verein wieder Nutzen und Vorteile davon haben würde. Mit einem Appell an den Zentralausschuß der Deutschen in Kristiania, sich dieser Sache energisch und bald anzunehmen, schloß der Redner seinen Vortrag.“

San Mateo (Kalifornien). Der Orden der Hermannsöhne veranstaltete Mitte September eine Zusammenkunft, in deren Verlauf Bruder Sydow bedauerte, daß die Deutschamerikaner in San Mateo County während des Kriegs vor den englischen Lügenaposteln die Flinte ins Korn geworfen hätten, statt einmütig gegen diese Leute anzukämpfen. Es sei aber die Hoffnung berechtigt, daß die furchtbare Lektion des Krieges den Deutschamerikanern die Einsicht gebracht habe, daß sie in Freundschaft und Einigkeit zusammenhalten müßten, damit ein zweitesmal das Deutschtum nicht so leicht niedergetrampelt werden könne.

Chile (Santiago). 1. Deutsches Sänger-Bundesfest. Gleichzeitig mit den chilenischen National-Feiertagen veranstaltete der „Bund Deutscher Männergesangsvereine in Chile“ ein großes Sängerfest. Dem 1919 gegründeten Bunde gehören folgende Vereine an: D. G. V. „Frohsinn“ (Santiago), D. G. V. „Sängerbund“ (Valparaiso), D. Männer-Gesangsverein zu Concepcion, D. G. V. „Harmonie“ zu Temuco, D. Männer-Gesangsverein zu Valdivia, D. G. V. „Germania“ zu Osorno, D. „Doppel-Quartett“ zu Santiago, D. „Doppel-Quartett“ zu Frutillar, „Deutscher Männer-Gesangsverein“ zu La Union. Am 16. und 17. September wurden die auswärtigen Gäste empfangen und am 17. zu gemeinschaftlichem Mittagessen im „Frohsinn“ vereinigt. Am Abend fand im Theater Politeama „Großes Fest-Konzert“ statt, das die deutsche Sing-Akademie von Santiago unterstützte. Beethoven, Brahms, Gluck und Haydn beherrschten das klassisch orientierte Programm. Am 18. Vormittags brachte der Bund dem Staatspräsidenten Don Arturo Alessandri ein Begrüßungsständchen dar, das mit Worten herzlichen Dankes entgegengenommen wurde. Auf dem Rückwege zum deutschen Vereinshaus ereignete sich eine Begegnung, die für die Wärme der chilenisch-deutschen Beziehungen bezeichnend ist. Als der Zug der deutschen Sänger sich mit einem Umzug der neugegründeten „Federacion Nacional de Estudiantes“ kreuzte, bildeten letztere in spontaner Sympathiekundgebung Spalier und ließen die deutschen Sänger unter den Klängen ihrer Musikkapelle und unter lebhaften, freundschaftlichen Zurufen an sich vorbeiziehen. Der Nachmittag sah die Festteilnehmer im Stadion „Los Leones“ des deutschen Sportvereins zu Santiago, und ab 9 Uhr traf man sich wiederum im Hause des „Frohsinn“ zu einem Familienabend bei Konzert mit Bewertungssingen, Theater und Ball. Der 19. war Vormittags der Arbeit gewidmet. Von der Delegiertensitzung wurde die Neuwahl des Bundesvorstandes vorgenommen. Ihr schloß sich ein Allgemeiner Frühschoppen an. Am Nachmittag nahmen die Sänger dann an den Nationalfestlichkeiten, Parade und Volksfest im Park Cousiño, teil. Mit der Verabschiedung der auswärtigen Brudervereine endete das Bundesfest am 20. September. Der evtl. Kassentüberschuß soll je zur Hälfte dem Bunde selbst und der „Deutschen Schule“ zu Santiago zugute kommen.

Santiago. Das 25. Stiftungsfest der Araucania. Am 30. Juli feierte im D. G. V. „Frohsinn“ die Burschenschaft Araucania

ihr 25. Stiftungsfest. Aus einer ursprünglich kleinen Gruppe von 6 Studenten entwickelte sich der Verband, der jetzt 100 Mitglieder zählt, zirka 30 aktive und 70 Alte Herren. Die Grundbestimmungen decken sich mit denen der deutschen Burschenschaft, während die übrigen Satzungen sich den Landessitten anpassen. Zwar besitzt die Verbindung ein eignes Gebäude, aber sie hofft dasselbe bald abbrechen und dafür ein neues, standesgemäßes aufführen zu können. Ihre Mitglieder sitzen als Professoren in der Universität, und haben als Advokaten, Ärzte, Ingenieure usw. einflußreiche Stellungen. — Der Festkommers nahm einen in jeder Hinsicht glänzenden Verlauf; nicht nur Mitglieder waren anwesend; die Alten Herren der Burschenschaft, Oberst Ahumada von der chilenischen Armee und eine große Anzahl Vertreter der bedeutendsten Geschäftshäuser waren herbeigeströmt, auch der neue deutsche Geschäftsträger, Herr v. Erckert, und der bisherige deutsche Vertreter Dr. Gumbrecht, waren erschienen. Frohe Lieder wechselten mit ernsten Ansprachen und interessanten Ausführungen ab, und originelle Bierreden ließen den Frohsinn zu voller Entfaltung kommen. Der nächste Tag brachte noch verschiedene Festlichkeiten, an welchen auch die Familienmitglieder und andere Gäste teilnahmen. Der ganze Verlauf des Festes zeigte die Araucania als glückliches Bindemittel zwischen Deutschland und Chile.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Lodz. Ein deutsches Theater ist hier unter der energischen Leitung des Redakteurs Drewing begründet worden. Es spielt in dem im Innern völlig renovierten früheren Kinoraum des „Urania-Theaters“, das zwar nur 400 Sitzplätze hat, aber ausreicht, um bei entsprechendem Besuch durch das deutsche Publikum vollkommen die Kosten zu decken. Es ist eine kleine Truppe von Berufsschauspielern angenommen worden. Bei der Aufführung größerer dramatischer Werke sollen auch Liebhaberschauspieler mitarbeiten. Dem neuen Unternehmen ist bester Erfolg zu wünschen.

Barcelona. Schon jetzt steht fest, daß auch in diesem Jahre deutsche Opernaufführungen hier stattfinden und zwar zwei Reihen, die unter der Leitung des Münchener Generalmusikdirektors Bruno Walter und des Kölner Kapellmeisters Klemperer stehen. In der ersten Reihe wird der Ring dreimal aufgeführt, in der zweiten findet eine Reihe von Vorführungen der Salome, des Rosenkavaliers und der Meistersinger statt. Allererste deutsche Sänger und Sängerinnen sind schon für die Vorstellungen verpflichtet worden.

Aus **Wien** berichten deutsche Zeitungen, daß Richard Strauß Mitte Oktober eine sechswöchentliche Reise nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika antrat, um seine Orchesterwerke in verschiedenen Städten zu dirigieren und auch Liederabende zu veranstalten, bei denen Elisabeth Schumann Straußsche Lieder singen soll. Richard Strauß erhalte eine Gage von 30000 Dollar.

Rosario (Argentinien). Über die Deutsche Operettengesellschaft wird dem „Argent. Tagebl.“ geschrieben, daß sie ihre Eröffnungsvorstellung im Teatro Colon bei fast ausverkauftem Hause habe geben können. Nicht nur, daß die deutsche Kolonie fast vollzählig der Eröffnungsvorstellung beiwohnte, man sah auch sehr viele Argentinier mit ihren Familien aus den besten hiesigen Gesellschaftskreisen. Alles, was für deutsche Kunst, deutsche Musik und deutsches Wesen empfänglich sei, hätte sich eingefunden. Die „Czaradasfürstin“ sei mit Begeisterung

aufgenommen worden. Es wird besonders hervorgehoben, daß die Aufführung, nach Ausstattung, Musik und künstlerischer Leistung der Darsteller alles geboten habe, was überhaupt zu erwarten gewesen sei.

Eine Ausstellung deutscher Kunst in Brasilien. Eine Ausstellung deutscher Kunst in Brasilien wird, laut „Augsburger Postzeitung“, von dem Herausgeber der Vozes de Petropolis, Pater Petrus Sinzig, vorbereitet. Bei dieser Gelegenheit soll das künstlerische Deutschland so achtungsgebietend auftreten, wie nur möglich. Die Kunstausstellung ist als Ehrung Brasiliens anlässlich seiner Zentenarfeier der Unabhängigkeit (September 1922) gedacht.

Da die aufmerksame Betrachtung ernster Kunst auf dem Ausstellungsgelände gar zu leicht abgelenkt wird, werden geeignete Ausstellungsräume im Zentrum von Rio de Janeiro vorgeschlagen. Um mit der Ausstellung den Reiz des Neuen zu verbinden, soll es vorwiegend eine Ausstellung religiöser Kunst werden. Werke religiöser Kunst haben nach Meinung von P. Sinzig zur Zeit größte Aussicht auf großen Absatz, weil in den 2 letzten Jahrzehnten die Zahl der Bischöfe von etwas mehr als einem Dutzend auf über 50 gestiegen ist und weil die zunehmende Zahl der Diözesen naturgemäß auch die Schaffung neuer Pfarreien, sowie den Bau neuer Pfarrkirchen, Kapellen, Klöster und religiöser Institute bedingt. Die Abteilung für profane Kunst soll von der Abteilung für religiöse durchaus getrennt bleiben. Expressionistische Werke sollen nach Sinzigs Vorschlag ausgeschlossen bleiben. Der Katalog der Ausstellung ist bereits in Vorbereitung und wird voraussichtlich 3 Milreis (zurzeit etwa 120 M.) kosten.

Studienrat Dr. Hentrich in Köln erhielt einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Germanistik an der deutschen Herderhochschule in Riga.

Deutsche Gelehrte in Spanien. Geheimrat Professor Dr. Sauerbruch, München, der Erfinder der bekannten Prothesen, hat sich auf Einladung spanischer Universitäten mit Geheimrat Dr. Hecker nach Spanien begeben, um an mehreren Universitäten Vorträge zu halten und zu operieren.

Professor Dr. Gast, Rektor der Technischen Hochschule zu Aachen, nimmt während seines Urlaubs an der Leitung der Landesvermessung in Argentinien teil und arbeitet gleichzeitig als bevollmächtigter Vertreter des Verbandes der deutschen Hochschulen am Ausbau kollegialer Beziehungen zwischen deutschen und argentinischen Professoren.

Dr. H. Faßbender, Privatdozent für Elektrotechnische Meßkunde an der Technischen Hochschule in Berlin, hat einen Ruf als ordentlicher Professor und Direktor der elektrotechnischen Abteilung der Universität La Plata erhalten und angenommen.

DEUTSCHER SPORT IM AUSLANDE

Deutscher Rudersieg in Holland. Bei den internationalen Ruderrennen auf der Amsel bei Amsterdam konnte Berger von der Stuttgarter Rudergesellschaft 1899 im Junior-Einer siegen. Er kam mit 7 Minuten 27 Sekunden Zeitlänge vor einem Amsterdamer Einer. Der Wassersportverein Godesberg wurde im Zweier zweiter Sieger.

In **Prag** waren bei einer zweitägigen Veranstaltung des F.-C. Sparta, unter Beteiligung deutscher, österreichischer, schwedischer, estländischer und tschechischer Kräfte, deutsche Leichtathleten wiederholt siegreich. Seufleben gewann die 100 Yards, Sönggen-Frankfurt die 220 Yards, Fritzmann

den Hochsprung, Junghenn das Diskuswerfen. Eintracht-Frankfurt und S.-C.-Charlottenburg kombiniert gewannen die große Staffel über 220, 440 und 880 Yards.

Deutsche Rennslege in Ungarn. Bei den vom ungarischen Auto-Klub veranstalteten Rennen auf dem Schwabenberg bei Budapest, bei denen es sich um eine über 5 Kilometer lange Strecke mit 6 bis 15 Prozent Steigung handelte, erzielte ein ungarischer Herrenfahrer auf dem deutschen Benzwagen die beste Zeit des Tages. In den übrigen Klassen blieben deutsche Wanderer-Wagen erfolgreich. Bei den Motorrädern siegten die deutschen Erzeugnisse Wanderer, Indian und Triumph.

Ein neuer Mercedesieg. Das auf der Bahn von Brescia ausgefahrene Rennen um den großen Preis von Italien für Herrenfahrer wurde zu einem großen Erfolg für die Mercedeswerke. Das Rennen führte über 402,500 Kilometer. Graf Masetti siegte auf seinem Mercedeswagen mit 14 Minuten Vorsprung vor seinem nächsten Gegner. Er hatte bereits in der ersten Runde die Führung, verlor in der siebenten Runde durch Reifenwechsel 14 Minuten und fiel auf den 4. Platz zurück, lag in der zwölften Runde an vierter Stelle, als der Motor des Ersten Feuer fing und auch der Zweite im Rennen Motorendefekt erlitt. Masetti schob sich dann in prachtvoll gleichmäßiger Fahrt an die Spitze und endete in 3 Stunden 44 Minuten 14 Sekunden in einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 115 Kilometern als Erster von 15 Bewerbern. Zwei italienische Wagen belegten die nächsten Plätze.

DIE AUSLANDSDEUTSCHEN IM REICHE

Sportverein Auslandsdeutscher in Berlin. Einer Zuschrift sportfreudiger auslandsdeutscher Kreise entnehmen wir folgende Ausführungen:

In weiten Kreisen des deutschen Volkes, nicht minder aber auch unter den Auslandsdeutschen, mangelt es leider noch an dem richtigen Verständnis für das, was ein jeder von Körperkultur heute wissen muß. Die Anschauungen der nicht sportlich orientierten, und das ist bei weitem die Mehrzahl, sind in dieser Hinsicht zumeist darin gleich, als sie günstigsten Falles den Sport als ein Vergnügen derer erachten, die über reichlich Zeit verfügen.

Daß in unserem Zeitalter mehr denn je die körperliche Betätigung zur Lebensnotwendigkeit jedes einzelnen wird, ja zur Erhaltung unseres Volkes sogar unumgänglich geworden ist — das erscheint leider vielen noch als übertrieben.

Der Sport oder zu deutsch die Leibesübungen zählen zu den ältesten Gebräuchen der Urvölker. Vorbildlich aber auch für unsere Zeit sind die alten Griechen, deren Körperkultur nicht nur der Quell reicher künstlerischer Schöpfung war, sondern die es der systematischen Körperstählung verdanken, daß sie als ein kleines Volk Jahrhunderte hindurch ihre nationale Kultur ungestört entfalten konnten. Erst fremdländischer Einfluß vermochte diesen Branch zu vernichten und wir sehen, wie infolge dessen bald das ganze Land dem Verfall oblag.

Das uns vielfach feindlich gesinnte Ausland ist uns auf sportlichem Gebiet in vielem voraus. Dasselbst ist das Spiel und Sport merklich in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt, selbst vom Staat als Lebensnotwendigkeit anerkannt und gefördert.

Vom Segen der Leibesübungen sollen alle auslandsdeutschen Stammesbrüder nicht unberührt bleiben. Zu Wasser und zu Lande, auf Spiel- und Kampfplätzen, sowie in Turnhallen sollen

sie Geist und Körper stählen, um später für die Erhaltung und Erstarkung des Deutschthums im Auslande wirken zu können.

Im Sportverein Auslandsdeutscher in Berlin soll nicht nur Erwachsenen beiderlei Geschlechts, sondern auch der Jugend die Möglichkeit zu sportlicher Betätigung jeder Art unter fachmännischer Leitung geboten werden. Es ist das eine dringende Notwendigkeit für alle Auslandsdeutschen, die oft unter den schwierigsten Verhältnissen den Weg in die deutsche Heimat wieder gefunden haben. Diejenigen Mitglieder, denen die Teilnahme an den Übungen nicht möglich ist, sollen in heiterer Geselligkeit durch Vorführungen und Vorträge mit dem Wesen der Leibesübungen von heute bekanntgemacht werden. Die Liebe zur Körperkultur soll bei alt und jung feste Wurzel fassen, damit diejenigen, die gelegentlich wieder in die ferne Heimat zurückkehren, daselbst in gleichem Sinne zum Wohle der Auslandsdeutschen wirken können.

Freudig sehen die Mitglieder dieser neuen Organisation in die Zukunft, denn der feste Wille und Drang zu ernstem Tun bürgt für Erfolg der guten Sache. Auch soll damit der Grundstein gelegt werden zu späterer Zusammenarbeit deutscher Sportorganisationen im Auslande mit denen des Reiches. Durch Austausch von Erfahrungen sowie Spezialliteratur kann sich ein reger Verkehr entfalten. Nicht minder sind damit auch wirtschaftliche Interessen verbunden. Die Liebe zu deutscher Körperkultur wird auch dem deutschen Sportgerät den Vorzug geben, dem dadurch der Weg auf dem Weltmarkte geebnet werden kann.

Es wäre wünschenswert, wenn auch die in anderen Städten Deutschlands weilenden Auslandsdeutschen diesem Beispiel folgen würden, enge Beziehungen der einzelnen Ortsgruppen untereinander würden zu gegenseitiger Anregung beitragen. An Orten, wo die Zahl zu gering ist, um einen Verein ins Leben zu rufen, sollten alle Auslandsdeutschen den Sport wenigstens innerhalb örtlicher Organisationen kennen und lieben lernen.

Das alles sollen die Wünsche und Ziele derer sein, die es sich zur Pflicht gemacht haben, ihr Wirken in den Dienst der deutschen Brüder im Auslande zu stellen. Es kann hierin nicht genug geschehen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben und seinen Segen spenden all denen, die fern der Heimat den Anschluß an deutsche Kultur suchen, nicht minder aber unserer ganzen Nation, die ihre Pioniere, erstarkt an Körper und Geist, hinausendet zu deutscher Arbeit.

Edgar Stahff, stud. rer. gymn.,
Charlottenburg 9, Deutsches Stadion.

Berlin. Ein „Verband der vormalig in Estland immatrikulierten Edelleute“ ist am 8. September ins Leben getreten. Über 400 Herren und Damen sollen sich an der Gründungsversammlung beteiligt haben, während es die doppelte Anzahl in Estland immatrikulierter Edelleute in Deutschland geben soll. Man wählte den Vorstand und sprach sich über die Arbeiten des Verbandes aus, der die Interessen der Angehörigen fördern und beim Suchen von Anstellungen und neuem Erwerb Hilfe gewähren soll.

Die **kirchliche Gemeinde** der deutschstämmigen Flüchtlinge der evangelisch-lutherischen Gemeinden Rußlands in Berlin hat sich nach dem Tode ihres Gründers und Leiters, Pastor Masing, aufgelöst, da die Zahl der Gemeindemitglieder sehr gering war und jegliche Mittel fehlten. Auf einer Berliner baltischen Gauversammlung wurde daher angeregt, eine baltische Kirchengemeinde zu begründen. Der Vorstand wurde beauftragt, die Anregung weiter zu verfolgen. Die „Baltischen Blätter“ teilen mit, daß die Angelegenheit einen günstigen Verlauf nehme.

Die Flüchtlinge aus den deutschen Kolonien Wolhyniens in Deutschland. Die Zahl der Flüchtlinge beträgt immer noch rund 50000. Bis 1918 wurden sämtliche Wolhynier auf Landarbeiterstellen untergebracht. Nur etwa 200 Arbeitsunfähige, Greise, Waisen und Witwen mit zahlreicher Familie kamen in Anstalten. Die meisten von diesen befinden sich auch noch in Angerburg und Karlshof. Einige hundert Familien kamen zuletzt noch in den Jahren 1919–20, meistens zusammen mit reichsdeutschen Transporten, aus Sibirien nach Deutschland. Diese fanden in Deutschland keine Arbeit und wurden in den Lagern Zeithain, Groß-Portsch, Celle, Wünsdorf u. andern untergebracht.

Der größte Teil der Flüchtlinge hat sein bescheidenes, aber sicheres Auskommen, ist bei Arbeitgebern, Geistlichen und Behörden beliebt und geschätzt. Alle haben die feste Absicht, wieder nach Rußland zurückzugehen, sobald dort die Ordnung hergestellt ist. Die Flüchtlinge sind seit dem 28. November 1920 im Verein der Deutschen Wolhynier, E. V., organisiert. Der Verein hat in seinem Bureau ein Zentrum für sämtliche Flüchtlinge aus Wolhynien, den angrenzenden Gouvernements Kongreß-Polens und den ukrainischen Gouvernements Podolien, Kiew, Tschernigow, Minsk geschaffen.

Die Arbeit des Vereins gliedert sich folgendermaßen: Auskunfterteilung über die Lage in der Heimat, auch darüber, wie Heimatscheine, Pässe, Visa und andere Urkunden, die zur Reise erforderlich sind, beschafft werden. In den meisten Fällen war bei der Auszahlung der Reisebeihilfe unsere Vermittlung erforderlich. Auch in andern Fragen wie etwa die, was an Inventar vorteilhafter ist mitzunehmen und was in Deutschland veräußert werden muß, können wir Rat erteilen, weil wir über die Preise in Wolhynien genau orientiert sind.

2. Beratung von einzelnen Familien und einzelstehenden Personen, die nach Nord- und Südamerika auswanderten, Vermittlung der erforderlichen russischen Pässe.

3. Vermittlung von Nachrichten über Vermißte und Verschollene, wie auch Versprengte.

4. Vermittlung zuverlässiger Nachrichten aus Wolhynien.

5. Dank einiger Zuwendungen aus Amerika und Deutschland sind wir in der Lage, Unterstützungsbedürftigen mit Kleidern und auch Geldmitteln zu helfen. Wir berücksichtigen in erster Linie Erwerbsunfähige und kinderreiche Familien.

6. Hilfe für junge Leute in Deutschland, eine Schule zu besuchen oder ein Handwerk zu erlernen.

7. Sittliche und religiöse Unterstützung der Schutzbefohlenen, Versorgung mit guter Lektüre, Abhaltung von Andachten und Vorträgen.

Wir sind überzeugt, daß unsere Kolonien in Wolhynien alle Stürme des Welt- und Bürgerkrieges glücklich überstehen und sich wieder emporarbeiten werden zu hoher Blüte. Wir sehen unsere Arbeit als eine Arbeit am Wiederaufbau unserer Kolonien an.

Rink.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Der argentinische Politiker, Dr. Oyhanarte, wurde in Berlin auch vom damaligen Außenminister Dr. Rosen in besonderer Audienz empfangen, wobei freundliche Worte über das deutsch-argentinische Verhältnis gewechselt wurden. Bei der Gründung des spanisch-amerikanischen Athenäums hielt Dr. Oyhanarte eine Ansprache, in der er bewegten Herzens diese Freundschaft der beiden Länder pries.

Der an der Universität in Frankfurt a. M. studierende Dr. Alberto van Rhijn aus Transvaal hat nach Abschluß

seiner Studien als Zeichen seiner und seiner Transvaaler Kameraden Dankbarkeit für die deutsche Wissenschaft der Universität Frankfurt, und zwar der Studentenhilfe und dem chemischen Institut 24 000 M als Ergebnis einer Sammlung unter seinen akademischen Kameraden Transvaals überwiesen.

Von den Polen in Deutschland. Die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg stellt der Tatsache der Bedrückung der deutschen Minderheit durch Polen die andere Tatsache gegenüber, daß die Polen in Deutschland sich sehr frei und ungestört benehmen können. Sie entnimmt einem in Westfalen erscheinenden polnischen Blatte, „Wiarus Polski“, einen Bericht über die Hauptversammlung des polnischen Vollzugs-Komitees, das im katholischen Vereinshaus in Herne unter seinem Präsidenten Kunca tagte. Aus zahlreichen Orten Westfalens, des Rheinlands und Hannovers waren die Vertreter, die Vorsitzenden und Kreisvorsitzenden, die Vereinsvertreter, der polnische Konsul Barciszewski, sowie der bei der Gesandtschaft in Berlin beglaubigte Beirat für Auswanderungswesen, Zielinski, erschienen. Sowohl die Verhandlungen als auch die angenommene Entschließung bekundet, daß die polnisch sprechende Bevölkerung des Westens sich unlösbar mit dem polnischen Staate verbunden fühlt. Das Vollzugs-Komitee betätigt sich offen als Organ der polnischen „Nationalen Arbeiterpartei“. Es wurde auch eine Entschließung angenommen, in der die „Vertreter der Gemeinden, Kreise und Verbände der polnischen Emigranten in Westfalen und Rheinland“ energisch gegen die Gellüste der Posener Reaktionäre protestieren, die auf Schaffung eines Staates im Staate abzielten und die nationale Arbeiterbewegung ertöteten“. Wir brauchen wohl keine Folgerungen aus diesem Berichte eines polnischen Blattes zu ziehen. Aber als Material zu der all meinen Frage der Betätigung von Staatsangehörigen in einem fremden Lande ist dieser Beitrag höchst interessant.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Liquidationen in Polen

Durch eine Verordnung des Vorsitzenden des polnischen Haupt-Liquidationsamtes sind in Ausführung des Gesetzes vom 15. Juli 1920 2 Liquidations-Komitees, eins mit dem Sitz in Warschau und eins mit dem Sitz in Posen gebildet worden. Als Geschäftsbereich des Komitees in Posen ist das ehemals preußische Teilgebiet und als Geschäftsbereich des Warschauer Komitees das gesamte übrige polnische Gebiet bestimmt worden.

Wenn das Liquidationsamt von dem Liquidationsrecht in bezug auf ein bestimmtes Vermögen Recht oder Interesse Gebrauch machen will, so wird dieser Beschluß entweder von dem Liquidationsamt in Posen durch das Amtsblatt des polnischen Ministeriums für das ehemals preußische Teilgebiet (Dziennik Urzędowy Ministerstwa Byley Dzielnicy Pruskiej) bekanntgemacht oder von dem Liquidations-Komitee in Warschau durch den polnischen Staatsanzeiger (Monitor Polski).

Der Eigentümer des liquidierten Vermögens muß binnen 20 Tagen nach der Veröffentlichung dem für ihn zuständigen Liquidations-Komitee seinen Wohnort anzeigen. Hält er sich außerhalb der polnischen Grenzen auf, so erhöht sich diese Frist auf 6 Wochen. Personen, für welche das Liquidations-Komitee Warschau zuständig ist, müssen, falls sie sich außerhalb Warschaus befinden, in der genannten Frist nicht nur ihren Wohnort angeben, sondern einen in Warschau wohnenden Stellvertreter bestellen, welcher ermächtigt ist, für sie bestimmte Schriftstücke in Empfang zu nehmen. Personen, die außerhalb

des ehemals preußischen Teilgebietes ihren Wohnsitz haben, müssen in derselben Weise einen im ehemals preußischen Teilgebiet wohnhaften Vertreter dem Posener Liquidations-Komitee namhaft machen.

Der „Deutsche Gläubiger-Schutzverein für Polen und Litauen“ in Berlin, Bohrauerstr. 64, hat einen ständigen Vertreter in Posen, den er seinen Mitgliedern zur Verfügung stellen würde. Der „Schutzverband für deutsche Vermögen in Polen“ in Berlin, Friedrichstr. 79 a, ist in der Lage, seinen Mitgliedern geeignete Personen in Posen und Warschau zu bezeichnen.

Es wird hiebei bemerkt, daß der Liquidation durch den polnischen Staat nach dem Friedensvertrage das Eigentum solcher Personen nicht unterliegt, welche Optanten im Sinne des Artikels 91 des Friedensvertrages sind, und — im Rahmen des deutsch-polnischen Beamtenabkommens vom 9. November 1919 — das Eigentum der durch Artikel 5 dieses Abkommens geschützten Personen.

Für Frankreichdeutsche

In der Mitteilung in Nr. 21, Seite 658, in der gesagt war, daß die französische Regierung vom 1. Januar 1922 an die Arbeit der französischen Liquidatoren einstellen und daß von diesem Termin ab die Einziehung der für die Liquidation gelösten Beträge einer Geschäftsstelle für Rechte und private Güter übertragen werden, mußte es natürlich nicht heißen, daß das eine deutsche Geschäftsstelle, sondern daß es die betr. französische Geschäftsstelle sei.

Auf die Liquidierung deutschen Eigentums und die Einziehung der Erlöse hat die deutsche amtliche Stelle leider keinen Einfluß, da es sich um innerfranzösische Maßnahmen handelt. Deutsche, die Auskunft über ihr sequestriertes oder liquidiertes deutsches Eigentum in Frankreich wünschen, erhalten diese Auskunft vom Herrn Reichskommissar für Auslandsschäden, Berlin-Zehlendorf, am Urban, nicht von der deutschen Geschäftsstelle in Paris.

Wenn einer eine Reise tut ...

Die Straits Times in Singapore berichten, daß ein deutscher Doktor der Philosophie vor dem Gerichtshof erschien, ein Dr. Hahn, Passagier der Inaba Maru, die von London nach Japan fuhr, weil er in Singapore ohne Erlaubnis und trotz der Warnung der Polizei an Land gegangen sei. Der Inspektor Millard habe ihn bei der Paßrevision ausdrücklich davor gewarnt. Trotzdem sei er aber abends 6.30 Uhr an Land gegangen und verhaftet worden und zwar durch zwei Polizisten, die von zwei europäischen Passagieren des Dampfers benachrichtigt worden waren. Der Doktor, der nach Nagoya reist, um dort eine literarische Stelle anzutreten, erklärte sich für schuldig, er bedauere den Vorfall sehr, er habe nur einen Spaziergang machen wollen. Der Richter betonte, die Höchststrafe sei 2000 Pfund. So hoch wolle er den Doktor zwar nicht bestrafen; da ihn aber der Polizei-Inspektor ausdrücklich gewarnt habe, werde er nicht viel Milde erwarten können, er werde also eine Buße von 300 Pfund zu bezahlen haben, oder 3 Monate strenge Kerkerhaft bekommen. Der Polizei-Inspektor betonte, er werde die Schiffsahrts-Gesellschaft gerichtlich verfolgen, weil sie dem Doktor die Landung gestattet habe! Und das alles im schönsten Frieden!

WIRTSCHAFTLICHES

Eine ungarisch-deutsche Bank in Ungarn

Von führenden Männern des ungarländischen Deutschtums wird die Gründung einer deutschen Volksbank geplant,

die „jeden Tropfen des Volksschweißes auffangen und zum allgemeinen Wohle des Volkes“ verwenden solle. Die Bank soll dem Volke bei der Errichtung solcher wohltätigen Institutionen unter die Arme greifen, die für das materielle und damit auch für das geistige Wohl der Gemeinde ausschlaggebend sind. Die „Pester Zeitung“ erinnert z. B. an den deutschen Weinbau in Ungarn. Die erzeugten Weine seien erstklassig, gingen aber zumeist an die Händler, die sie um den dreifachen Preis „gewaschen“ weiterverkauften. Die Errichtung von Keltereien, Kognak- und Branntweinbrennereien könne hier glänzend wirken. Eine Konservenfabrik würde die Obstkultur in den deutschen Gemeinden vielfach steigern und auch einen intensiven Gemüsebau ermöglichen. Das deutsche Volk könne Mühlen, Brotfabriken, Mälzereien haben, Molkereien, Käsereien, Mästereien mit Schlächtereien. Die deutsche Volksbank soll helfen, alle diese Dinge zu schaffen und damit dem ganzen deutschen Volke Nutzen bringen.

Deutsche Maschinen und französischer Hereinfall

Die „Metzer Volkszeitung“ berichtet ein niedliches Geschichtchen: Die französische Bahnverwaltung von Elsaß-Lothringen brauchte 6 Bohrmaschinen, die früher nur Lanz in Mannheim lieferte. Man holte Angebote ein, die Firma verlangte 60000 Francs für die Maschine. Der französische Ingenieur aber bestellte beileibe keine Boche-Maschinen, sondern bestellte zu je 200000 Francs die Maschinen von einer englischen Firma. Sie wurden auch geliefert und es wurde bestimmt, daß die Ankunft der englischen Monteure zum Aufrichten der Maschinen abgewartet werden sollte. In Bischheim im Elsaß befolgte man aber dieses Gebot nicht, weil man die Maschinen brauchte. Man zog die Teile der Maschinen mit dem Kran hoch und als der erste Block oben baumelte, leuchtete den „entsetzten“ Ingenieuren und Arbeitern nicht etwa Stephenson-Chieffeld oder Wattermann-Manchester entgegen, sondern nur ganz einfach — — — Lanz-Mannheim.

Eine deutsche Brücke in Schweden

Beim internationalen Wettbewerb für eine Brücke zwischen Stockholm und der benachbarten Insel Lidingö über den 700 Meter breiten Meeresarm hat die Firma Louis Eilers in Hannover-Herrenhausen den ersten Preis bekommen. Die Fundamente hat die Mannheimer Firma Grün & Bilfinger projektiert, die architektonische Ausgestaltung des Bauwerkes Professor Halmhuber-Hannover. Die Brücke wird das bedeutendste Werk dieser Art in Schweden.

Patriotismus und Geschäft

Bei einem Jahres-Meeting der englischen Handelskammer in Port Elizabeth sagte der Präsident einer Times-Reuter-Meldung zufolge: „Viele unter uns haben keine deutschen Waren gehandelt, wir müssen aber jetzt ernstlich überlegen, ob es tatsächlich in Zukunft nützlich sein wird, die Handelsaktivität von 70 Millionen Menschen einfach zu ignorieren. Die Deutschen arbeiten wieder und liefern gewisse Waren unter den Preisen, zu denen die entsprechenden englischen und amerikanischen Waren zu haben sind. Der Eingeborene aber sieht auf den Preis, und wenn wir uns weigern, deutsche Waren zu führen, so wird es nutzlos sein, britische und amerikanische Waren einzuführen, um sie dann mit Verlust verkaufen zu müssen!“ Die Einsicht beginnt also zu dämmern.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Eine üble Sprachgewohnheit, die uns schon mehr geschadet hat als manche bewußt deutscheindliche Bestrebung, erfreut

sich gerade jetzt wachsender Verbreitung. Im Unterschied von allen anderen Völkern pflegen wir die außerhalb unserer politischen Grenzen wohnenden Volksgenossen fremder Staatsangehörigkeit nach letzterer und nicht nach ihrer Nationalität zu bezeichnen. Wir wollen hier die Auswanderer ganz aus dem Spiele lassen. Aber auch die Deutschen aus den baltischen Provinzen, die Schwaben, Hienzen, Sachsen usw. aus Ungarn wurden, wenn sie zu uns kamen, fast ausnahmslos als „Russen“ bzw. „Ungarn“ angesprochen und meist auch behandelt, zu ihrer eigenen, in ihrem Schrifttum oft geäußerten Verzweiflung; denn sie kamen in der Hoffnung, hier als Deutsche unter Deutschen zu gelten. Die mit der Aufteilung Österreichs und den Gebietsverlusten des Reichs verbundene neue Unterstellung von 10 Millionen Deutscher unter Fremdherrschaft hat nun dem bereits eingewurzelten Sprachunfug neue Nahrung zugeführt. Schon jetzt begegnet es auch den Deutschen aus den verlorenen Reichsteilen und aus den österreichischen Nachfolgestaaten, daß sie hierzulande in erster Linie nach ihrer Staatsangehörigkeit eingeschätzt werden. Wenn Schreiber dieser Zeilen kürzlich in Paris hörte, wie ein Kellner, der sich reichsdeutschen Gästen als Deutschen zu erkennen gab und auf die Frage nach seiner Heimat Karlsbad nannte, belehrt wurde, daß er ja Tschecho-Slowak sei, und das keineswegs in ironischer oder scherzhafter Weise, so ist das kein Einzelfall, sondern typisch. Können sich die tschechischen Chauvinisten bessere Helfer wünschen, wenn sie das Nationalbewußtsein der Deutschböhmen zu ertöten versuchen? E. W.

VERSCHIEDENES

Der Reichsverband für die Katholischen Auslandsdeutschen E. V. erläßt einen Aufruf, den vielen Millionen deutscher Katholiken außerhalb der Landesgrenzen, oft weitab vom Vaterlande, könne man nicht so sehr mit materieller Hilfe beistehen, da unsere Armut uns das versage; aber man wolle ihnen die Hand reichen zur Wahrung ihrer Religion und ihres Volkstums.

Unersetzlich seien die übergroßen Verluste, welche in der Vergangenheit durch unsere Kurzsichtigkeit hervorgerufen wurden. Die katholischen Auslandsdeutschen seien nicht nur Empfangende sondern auch vor allem Gebende: als Auslandsdeutsche verschafften sie dem isolierten, abgeschnürten Vaterlande neuen Zutritt zur großen Weltgemeinschaft; als Katholiken verbreiteten sie den Geist wahrer Gerechtigkeit und wahren Völkerfriedens. „Unter dem Schutze der Kirche wird jedem Volke das Seine und allen Alles. Suum cuique und Omnia omnibus gehört echt deutsch und katholisch zusammen.“

Dem „Reichsverband für die katholischen Auslandsdeutschen E. V.“ liege es ob, in der Heimat die Arbeit am katholischen Auslandsdeutschtum anzuregen, zu organisieren und zu ergänzen, sowie einheitlich und wirksam zu vertreten; im Auslande Verbindungen zu schaffen, zu sorgen für katholische Seelsorge, Schule, Vereine und Presse.

Der Reichsverband stehe in Fühlung mit dem Hochwürdigsten deutschen Episkopat, durch dessen Initiative er ins Leben gerufen wurde. Jeder deutsche Katholik solle mitarbeiten:

Beiträge und Korrespondenzen sind zu richten an die Adresse: „Reichsverband für die katholischen Auslandsdeutschen E. V.“, Berlin N 24, Oranienburgerstraße 13/14. Bankkonto: Deutsche Bank, Depositenkasse B, Berlin N 24, Hackescher Markt 2/3. Postscheckkonto: Berlin 10060.

Dem Reichsverband sind folgende Körperschaften ange-

schlossen: Bonifatiusverein -- Caritasverband f. d. kath. Deutschland -- Verein f. d. kath. Deutschen im Auslande -- St. Josefs Missionsverein -- St. Raphaelsverein E. V. -- Thüring'sche Franziskanerprovinz -- Verband kath. kaufm. Vereinigungen Deutschlands -- Missionsvereinigung kath. Frauen und Jungfrauen -- Bayrische Franziskanerprovinz -- Deutsche Provinz der Oblaten v. d. Unbefleckten Jungfrau Maria -- Franziskus-Xaverius-Missionsverein -- Schlesische Franziskanerprovinz -- Benediktinerkongregation v. St. Ottilien -- Ordensprovinz d. Ges. Jesu -- Rhein.-Westf. Kapuzinerprovinz -- Deutsche Provinz d. Ges. Mariens -- Bayerische Kapuzinerprovinz -- Deutsche Provinz der Franziskanerinnen v. Nonnenwerth -- Sächsische Franziskanerprovinz -- Verband kath. Gesellenvereine -- Ludwigs-Missionsverein -- Deutsche Dominikanerprovinz -- Franziskaner-Missionsverein -- Deutsche Provinz der Pallotiner -- Deutsche Raphaelsgesellschaft m. b. H. -- Verband der kath. Jugend- und Jungmännervereine -- Deutscher Nationalverband kath. Mädchenschutzvereine -- Deutsche Provinz der Väter v. hl. Geist -- Deutsche Provinz der Oblaten v. hl. Fr. v. Sales -- Missionsgesellschaft d. göttl. Wortes -- Deutsche Provinz der Missionare v. d. hl. Familie -- Deutsche Provinz d. Sittarder Herz-Jesu-Priester -- Superiorienkonferenz der deutschen Missionsgesellschaften -- Katholischer Frauenbund Deutschlands -- Deutsche Provinz der Picpus-Missionare -- Deutsche Provinz der Weißen Väter -- Deutsche Provinz der Missionare vom Heiligsten Herzen Jesu -- Deutsche Orientprovinz der Borromäerinnen, Jerusalem -- Steyler Missionsschwestern.

Die Ibero-Amerikanischen Institute in Deutschland. Zwischen dem Ibero-Amerikanischen Institut in Hamburg und dem Deutsch-Südamerikanischen und Ibero-Institut in Köln ist, wie durch das erstgenannte Institut mitgeteilt wird, eine Arbeitsgemeinschaft hergestellt worden, die unter der Wahrung der wissenschaftlichen Selbständigkeit jeden Instituts ein enges Zusammenarbeiten beider Anstalten gewährleistet. Die beiden Institute werden einen Gemeinschaftsnamen: „Die Ibero-Amerikanischen Institute Deutschlands“ tragen und eine Arbeitszentrale für die interessierten in besonderen Organisationen zusammengefaßten wissenschaftlichen Kreise des In- und Auslandes bilden. Im Anschluß an die Institute wird die „Ibero-Amerikanische Gesellschaft Deutschlands“ bestehen, deren Mitgliederkreis zahlreiche Vergünstigungen beim Bezug der Institutsveröffentlichungen genießt. Das Hamburger Institut wird auch offiziellen und akademischen Verkehr der Arbeitsgemeinschaft der Institute nach außen vertreten. Beide Institute sind gemeinnützige zwischenstaatliche Anstalten, die auf wissenschaftlicher Grundlage den Austausch geistiger und materieller Kultur zwischen den Völkern Lateinamerikas und Spaniens und Portugals mit Deutschland und Deutsch-Österreich pflegen wollen. Ein neues Tätigkeitsprogramm für beide Institute wurde festgelegt, das kulturelle Aufklärung in dem spanisch-portugiesischen Ausland und die Pflege entsprechender auslandkundlicher Bestrebungen in Deutschland, Förderung der wechselseitigen Sprachkenntnisse und Pressebeziehungen des zwischenstaatlichen Buchhandels und Auskunftswesens, ferner auch Austausch von Dozenten, Studierenden und literarischem Studienmaterial vorsieht. Die beiden Institute veröffentlichen im gleichen Verlag Monatsschriften für Auslandkunde „Spanien-Portugal“, sowie „Lateinamerika“ und „Cultura latino americana“. Den Mitgliedern der Ibero-Amerikanischen Gesellschaft sollen auch Auskünfte gegeben werden. Eine Serie von Monographien und ein kritisches internationales Jahrbuch der geisteswissenschaftlichen Neuerscheinungen über die spanisch-portu-

giesischen Länder, Nachschlagewerke, Hand- und Lehrbücher sind in Vorbereitung.

Kaum ist von Hamburg die auch vorstehend von uns wiedergegebene Nachricht an die Presse gegeben worden, die beiden Ibero-Amerikanischen Institute Hamburg und Köln hätten zum gemeinsamen Handeln geeinigt eine Arbeitsgemeinschaft geschlossen, in der Hamburg die Führung zukomme, da wird in einer Zuschrift an die „Kölnische Zeitung“ diese Mitteilung in recht deutlicher Weise schon wieder demontiert (15. Oktober). Die Notiz wird als „etwas voreilig“ bezeichnet. Es seien bisher nur Richtlinien für eine Arbeitsgemeinschaft aufgestellt worden, bestimmte Abmachungen aber seien dem Vorstand des Kölner Instituts weder vorgelegt, noch gar von ihm genehmigt worden. Es wäre auch wenig erfreulich, wenn das viel ältere Kölner Institut nach außen hin, wie es in jener Mitteilung hieß, durch das Hamburger Institut vertreten würde. In diesem Falle hätte die Stadt Köln sicherlich kein Interesse mehr daran, jährlich 20000 M. für das Kölner Institut beizusteuern. Eine Unterordnung sei auch im Interesse der selbständigen kulturellen Bestrebungen des deutschen Westens gar nicht angebracht. Inzwischen sei auch in Berlin ein derartiges Institut begründet worden und nun sei eine Arbeitsgemeinschaft der drei Institute nötig. Hoffentlich stört diese Meinungsverschiedenheit nun nicht das Zustandekommen der wirklichen Arbeitsgemeinschaft, die vom sachlichen Standpunkt aus natürlich sehr zu begrüßen wäre.

Für die Errichtung eines Deutschen Hauses in Amsterdam tritt in der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande“ Dr. Huebner ein, indem er mitteilt, daß er bereits Ende 1918 diesen Gedanken angeregt und vorgeschlagen habe, daß auch Holland in Berlin oder in einigen anderen deutschen Handelszentren ein holländisches Haus errichten solle. Huebner schlägt auch vor, an anderen Auslandsplätzen deutsche Häuser zu errichten, die nicht nur einen gesellschaftlichen und repräsentativen Mittelpunkt für das Deutschtum mit Bücherei, Klubräumen und Vortragssälen schaffen sollen, sondern unter Umständen auch das deutsche Konsulat, Konferenzzimmer, einen Lesesaal und Restaurationsräume enthalten sollen. Wirtschaftlich-kaufmännische Agenturen mit Musterlagern, ständige Buchausstellungen, Kunstausstellungen und Veranstaltungen sollten im deutschen Haus ein Unterkommen finden.

Deutsche Vorträge in Budapest. Wie die „Kronstadter Zeitung“ berichtet, finden im Festsaal des Realgymnasiums in den Wintermonaten allwöchentlich Vorträge für deutsche Kreise statt, die der evangelische Stadtpfarrer Honigberger leiten wird. Im Vorjahr erfreuten sich diese Veranstaltungen reger Teilnahme. 18 Abende fanden statt, die durchweg gut besucht waren. Es wurde die Frauenfrage behandelt, zwei Abende waren dem Thema „Nietzsche und das Christentum“ gewidmet, zwei Abende Leo Tolstoi, je ein Abend Alt-Babylons Kultureinfluß in Vergangenheit und Gegenwart, Tizian, Rembrandt, Menzel, Böcklin (diese mit Lichtbildern), Keller und Richard Wagners Weltanschauung, den Siebenbürger Sachsen, der Geschichte des Deutschtums in Alt-Rumänien, zwei Abende Rainer Maria Rilke, der Entwicklung der Orchestermusik von Beethoven bis Richard Strauß, Einsteins Relativitäts-Theorie. Im kommenden Winter sollen die Programme noch reichhaltiger gestaltet werden.

Die deutsche Sprache bei den amerikanischen Freimaurern. Trotz lebhaften Widerspruchs seitens vieler deutschen Logen war während des Krieges seitens des universalen Kongresses der Freimaurer in Chicago, Illinois, die deutsche Sprache aus dem Ritual ausgeschieden worden. Nunmehr hat der Kongreß in

einer Mitte Juni tagenden Sitzung den Gebrauch der deutschen Sprache wieder offiziell zugelassen.

Deutsche Literatur im Auslande. Der „Frankf. Ztg.“ zufolge ist in diesen Tagen in Reykjavik auf Island eine isländische Übersetzung des Faust im Druck erschienen. Herr Bjarni Jónsson, Dozent an der Universität von Reykjavik, hat sich an die schwierige Aufgabe herangewagt und vorläufig den ersten Teil ins Isländische übertragen. Die Übersetzung wird von deutschen Germanisten und Kennern der isländischen Sprache als ein Meisterwerk bezeichnet. Bei der geringen Bevölkerungszahl Islands war nur mit einer kleinen Auflage zu rechnen, so daß die Arbeit nur mit staatlicher Unterstützung durchgeführt werden konnte. Für die Übersetzung beider Teile sind aus Staatsmitteln etwa 10000 dänische Kronen bereitgestellt worden. Von Werken deutscher Klassiker und moderner Schriftsteller, die schon vorher ins Isländische übersetzt wurden, seien hier Klopstocks Messias, Schillers Jungfrau von Orleans, die Gedichte Goethes, Schillers und Heines und Sudermanns Frau Sorge genannt.

Eine Martinifeyer in Lugosch

Im Jahre 1821 wurde in Lugosch Karl Wilhelm Ritter von Martini geboren, dessen 100. Geburtstag man jetzt in dem zu nationalem Leben wieder erwachten Deutschtum Lugoschfeierlichst beging. Nachdem Heinrich Anwender die Feierlichkeit eröffnet hatte, sang der Jugendchor der deutschen Bürgerschule unter Leitung von Professor Tietz, worauf Sektionsrat Dr. Kausch das Andenken des Dichters würdigte, den er als feinsinnigen lyrischen Dichter und als historischen Erzähler feierte, als Lobredner des gesegneten Banats und des paradiesischen Csermatalen. Je mehr er sich mit seiner Heimat befaßte, desto mehr, so schrieb er, „schwoll mein Herz voll Stolz und Freude, dachte ich daran, was der Erdfleck zwischen Donau, Theiß und Marasch seit 100 Jahren durch deutschen Fleiß und deutsche Ausdauer geworden“. Der Redner knüpfte an Martins Worte und Erzählungen an, um den zahlreichen Freunden und Gästen den Wert und Sinn der modernen deutschen Kulturideale zu erklären und sie zum Festhalten an deutscher Kultur zu ermuntern. Ein Gesangs-Chor, „Brüder reicht die Hand zum Bunde“, beschloß die Feier.

Die Volkszählung in der Batschka ergab insgesamt eine Bevölkerung von 647595 Seelen, unter ihnen 252399 Magyaren, 186026 Deutsche, 161199 Serbo-Kroaten und 48071 Slowaken, Ruthenen, Russen, Rumänen usw. Von den 54000 Einwohnern der Hauptstadt Neusatz waren 13500 Deutsche, 11700 Serbo-Kroaten, 11400 Magyaren und 29000 verschiedener Nationalität. Gewaltige deutsche Mehrheiten haben ferner Hodschag, Sombor, Apatin, Kula, Polanka.

Italienische Auslands-Propaganda. Nachdem erst kurz vorher eine französische Gesellschaft von über 150 Köpfen eine Studienreise durch Rumänien unternommen hatte, folgt nun auch eine italienische Reisegesellschaft von gegen 100 Personen, zu deren Empfang in Hermannstadt z. B. die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden erschienen und die von einer Militärkapelle mit den Klängen der italienischen Nationalhymne auf dem Bahnhof begrüßt wurden. In den Hauptstraßen der Stadt, durch die die Gäste fuhren, waren die Schüler zur Spalierbildung aufgestellt.

Von der französischen Propagandareise nach Rumänien. Die französischen Studienreisenden besuchten auch Kronstadt, wo sie die „Schwarze Kirche“ besichtigten. Dort begrüßte sie der Bürgermeister Schnell mit einer deutschen Ansprache.

und der deutsche Musikdirektor Richter führte in herrlichem Spiel die schöne Orgel vor. Dazwischen gab Professor Kühlbrand in deutscher Sprache Erläuterungen über die Entstehung der Kirche. Er berührte dabei die herrliche Sammlung von orientalischen Teppichen, die die Kirche besitzt und unterließ es nicht, zu bemerken, daß eine Anzahl dieser Teppiche sich noch in Paris befinde, und zwar gerade die schönsten Exemplare, wohin sie noch in der Vorkriegszeit zu einer Ausstellung gesandt wurden. Abends bei einem Bankett sprach der Bürgermeister Schnell abermals in deutscher Sprache Abschiedsworte. Ihm entgegnete der Finanzminister a. D. Klotz, Siebenbürgen werde nur dann ein wertvoller Bestandteil Rumäniens sein, wenn den hier wohnenden Nationen mit Gerechtigkeit und im Geiste der Freiheit begegnet werde. Es sei notwendig, den Bewohnern insbesondere auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung Autonomie zu geben.

AUSWANDERUNGSWESEN

Internationale Auswanderungskommission *)

Über die Arbeiten der Internationalen Auswanderungskommission berichtet Univ.-Dozent Dr. Ferenczi-Genf in der „Prager Presse“ vom 21. August: Im Sinne eines Beschlusses der Washingtoner Arbeitskonferenz (1919) hat der Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation im März 1920 eine Auswanderungskommission bestellt, die zu je einem Drittel aus Regierungs-, Arbeitgeber- und Arbeitervertretern und gleichzeitig zur Hälfte aus Delegierten von europäischen und überseeischen Staaten zusammengesetzt wurde. Zur Vorbereitung der Beratung dieser Kommission hat das Internationale Arbeitsamt mittels eines Fragebogens von 30 Staaten ungemein wertvolles Material erhalten und verarbeitet. Die Resolutionen der Kommission sollen nach Befragung der Regierungen eventuell in der Form von Konventionen oder Empfehlungen vor die Internationale Arbeitskonferenz von 1922 gebracht werden.

Der Schutz der Auswanderer vor der Ausreise wurde nach folgenden Haupt Gesichtspunkten behandelt: 1. Staatsaufsicht über sämtliche an der Auswanderung interessierten Agenten und im Zusammenhang hiermit die öffentliche Beratung der Auswanderer; 2. die kollektive Anwerbung der Arbeiter für das Ausland; 3. die Frage der Verträge, welche einen Lohnabzug betreffen; 4. Maßnahmen vor der Einschiffung zur sanitären und anderweitigen Untersuchung der Auswanderer.

Die Kommission hat sich in ihren Beschlüssen für die Kontrolle der geschäftsmäßigen Massenwerbung von Arbeitern ausgesprochen, der namentlich vom Gesichtspunkte der kontinentalen Saisonwanderung eine große praktische Bedeutung zukommt. Für die zwischenstaatliche Regelung dieser Fragen werden folgende Richtlinien empfohlen: Aufsicht und Kontrolle der kompetenten Behörden beider Staaten; Durchführung derselben ausschließlich mittels der von der zuständigen Behörde genehmigten Stelle, Befragung der beiderseitigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im Falle einer Rekrutierung infolge Regierungsabkommens, Rücksichtnahme auf die beiderseitigen Arbeitsmärkte, namentlich durch Gleichheit der Lohnbedingungen und Verbot der Arbeitsvermittlung bei Arbeitsstreitigkeiten, Haftung der Arbeitgeber für die Reisekosten und sonstige Schäden im Übertretungsfalle, endlich Rechts-

Französische Kulturpropaganda. Zur Verbreitung der französischen Sprache in Tuzla in Bosnien hat die französische Republik 6000 Franken gespendet!!

Amerikanische Kulturpropaganda. John Rockefeller läßt an der Columbia-Universität in Newyork ein neues Wohngebäude für ausländische Studenten errichten, dessen Bau und Verwaltung dem „Cosmopolitan Club“ der „Christlichen Vereinigung junger Männer“ übertragen worden ist. Da aber nach Religion nicht gefragt wird, können alle Bekenntnisse dort unterkommen. Columbia hatte im letzten Semester 477 ausländische Studenten, die namentlich aus Asien und Südamerika stammten. Im Winter erwartet man 600 und in wenigen Jahren 1000 ausländische Studierende. Der Berichtsteller der „Frankf. Ztg.“ schätzt die Zahl der auf den amerikanischen Colleges und Universitäten eingeschriebenen Ausländer auf 10000, darunter 2000 Chinesen, 1000 Japaner und 4000 Südamerikaner.

wirksamkeit der im Auslande geschlossenen Verträge, abgesehen von Klauseln, die gegen das öffentliche Interesse verstoßen. Im besonderen sollen Verträge, welche auf Grund von Vorschüssen, die der Auswanderer noch vor dem Betreten des Einwanderungsstaates erhält, Lohnabzüge vorsehen, von den Gerichten oder anderen hierfür zuständigen Behörden für ungültig erklärt werden, soweit sie gegen die den Lohnschutz betreffenden gesetzlichen Bestimmungen des Einwanderungslandes verstoßen.

Selbst die Vertreter der großen Schifffahrtsgesellschaften bezeichneten die bestehenden Zustände auf den Auswanderungsschiffen und Auswanderungszügen, sowie die Bestimmungen betreffend die Versicherung gegen die Gefahren des Transportes als nicht zufriedenstellend. Die Wohlfahrt der Auswanderer während des Transportes soll in der Zukunft durch eine womöglich einheitliche internationale Regelung der technischen und sanitären Einrichtungen auf Schiffen und Eisenbahnen gefördert werden.

Um im Einwanderungsstaat eine möglichst günstige und dauernde Existenz zu finden, soll eine öffentliche, unentgeltliche Arbeitsvermittlung im Aus- und Einwanderungslande und eine gleichmäßige Behandlung des ausländischen Arbeiters vom Gesichtspunkte der sozialpolitischen Gesetzgebung aus stattfinden. In der „Prager Presse“ vom 28. August nimmt Dr. Ing. V. Verunäë (Prag) zu dieser Frage Stellung.

In der Kommission sind sowohl die Auswanderungs- als auch die Einwanderungsstaaten vertreten. Den ersteren handelt es sich darum, ihren Angehörigen den größtmöglichen Schutz zu sichern, wenn diese freiwillig und in einer Art, die durch die innere Gesetzgebung geregelt ist, unter gegebenen Umständen ihre Heimat verlassen. Interessant ist die Tatsache, daß weder Amerika noch Argentinien auf der Konferenz offiziell vertreten waren. Auch Rußland fehlt. Grundsätzliche Kampfabstimmungen finden bisher in den Verhandlungen nicht statt.

Dieser Grundsatz genügt nach Verunäës Meinung nicht, da der Bildungsgrad der Auswanderer verschieden ist, und er oftmals nicht weiß, daß er betrogen wurde, daher seine Ansprüche nicht geltend machen kann. In zweiter Linie wird durch die Kommission eine Kontrolle der Auswanderer durch ein zu diesem Zwecke ins Leben gerufene Unternehmen, welches nicht auf Erwerb ausgeht, gefordert. Der zweite Teil des Programms beschäftigt sich mit dem statistischen und Informationsdienst, in welchem das internationale Arbeitsamt den Mittelpunkt bilden soll. V. fordert daneben Erhaltung des nationalen statistischen

*) Diese Zeilen standen schon im Satz, als uns der in der vorigen Nummer wiedergegebene Bericht des Herrn Knoll zuring. Wir wollen sie um der Bedeutung der Sache willen trotzdem noch wiedergeben. Inzwischen ging uns auch der ausführliche Bericht des Internationalen Arbeitsamts in Genf zu, auf den wir gelegentlich zurückkommen.

und Informationsdienstes. Die Transportunternehmungen sollen in erster Linie für jede Tat verantwortlich sein, die sich irgend jemand zum Schaden irgend eines Auswanderers zuschulden kommen ließ; es genügt, daß nachgewiesen werde, daß die Handlung im Interesse der Gesellschaft erfolgte.

Auswanderungsgesetz in der Tschechoslowakei

Im tschecho-slowakischen Abgeordnetenhaus in Prag wurde der Regierungsentwurf eines Auswanderungs-Gesetzes vorgelegt.

Nachstehend die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfes:

§ 1 setzt den Begriff des Auswanderers fest. Die Auswanderung selbst zieht noch nicht den Verlust der Staatsbürgerschaft nach sich.

§ 2 spricht bestimmte Beschränkungen der Auswanderungsfreiheit aus. Die Regierung kann die Auswanderung in bestimmte Gebiete aus Gründen der öffentlichen Ordnung, oder wenn dort das Leben, die Freiheit und das Eigentum der Auswanderer bedroht sind, oder auch aus Gründen der wirtschaftlichen und sittlichen Fürsorge untersagen oder beschränken. Ferner werden die Kategorien von Personen aufgezählt, die nicht auswandern dürfen.

§ 3 enthält Bestimmungen über den Auswandererreiseschein.

§ 4 trifft Bestimmungen über die humanitäre Fürsorge um die Auswanderer.

Im § 5 wird bestimmt, daß Auskünfte über die Aussichten der Auswanderung nur mit Bewilligung des Min. f. soziale Fürsorge erteilt werden dürfen.

Im § 6 wird die Anwerbung von Kolonisten für das Ausland verboten, mit Ausnahme konkreter Fälle, in denen unter Einhaltung genauer Vorschriften eine solche Anwerbung für eine bestimmte Kolonistenzahl erteilt werden kann.

Ähnliche Bestimmungen enthalten §§ 7 und 8 und hinsichtlich der Anwerbung von Arbeitern für außereuropäische, bzw. europäische Länder.

§ 10 enthält Vorschriften über die genaue Bezeichnung des anwerbenden Arbeitgebers.

§§ 11 und 12 treffen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag und seinen Inhalt.

§ 13 enthält Bestimmungen über die Transportbewilligung, der nächstfolgende Paragraph Bestimmungen über die vom befugten Transportunternehmer zu leistende Garantie (Mindestbetrag 30 000 Kr.). Für jede Transportbewilligung ist ein Betrag von 10 000 Kr. zu erlegen.

§ 15 regelt die Vorschriften über die Auswandererbureaus. Die Bewilligung wird auf ein Jahr erteilt und kann immer widerrufen werden.

Die §§ 16 und 17 enthalten weitere Vorschriften über die Reisebureaus und die Angestellten der Transportunternehmungen. Jeder solche Angestellte muß auf Verlangen des Ministers für soziale Fürsorge sofort aus dem Dienste entfernt werden.

§ 18 enthält Vorschriften über die Führung der Bücher und Ausweise, der nächstfolgende über die verbotenen Arten der Betriebsführung.

§ 20 solche, betreffend verbotene Transporte und verbotene Fahrkarten und Anweisungen.

Im § 22 werden Bestimmungen über den Transportvertrag getroffen. Der Transportunternehmer darf Auswanderer nur auf Grund eines schriftlichen Transportvertrages befördern. Muster und Inhalt des Vertrages werden im Verordnungswege fortgesetzt werden.

Die weiteren Paragraphen behandeln die allgemeinen Pflichten der Unternehmer, die Transportsätze, die Maßnahmen für die Auswanderer vor der Abfahrt und nach der Landung, die Rückstellung der Transportgebühr und die für den Rücktransport, die Ansprüche des Auswanderers im Falle einer Verspätung oder Unterbleibens der Abfahrt.

§ 29 regelt die ärztlichen Untersuchungen der Auswanderer.

§ 31 trifft Bestimmungen über die Auswandererschiffe, § 32 über die Begleitpersonen. § 33 über den Rücktransport unbemittelter tschecho-slowakischer Staatsangehöriger.

§ 36 enthält Vorschriften über die Auswandererheime.

Die Strafbestimmungen (§§ 37–42) sehen Strafen für die betrügerische Verleitung zur Auswanderung, sonstige Verleitung, die Bedrohung Jugendlicher, den Frauenhandel und sonstige Straftaten vor. Neben langjährigen Gefängnis- und Kerkerstrafen werden auch namhafte Geldbußen nebst Verfall der Kautionen vorgesehen.

Auf Grund einer Bestimmung des § 46 soll ein Beirat für Auswanderungswesen als Beratungsorgan des Ministeriums für soziale Fürsorge errichtet werden.

Auswanderer-Illusionen

Pastor Nelke sendet uns folgenden Ausschnitt eines von ihm verfaßten Artikels in der Deutschen La Plata-Zeitung vom 5. August: „Die vielen Schwierigkeiten, mit denen die Auswanderer hier in Amerika zu kämpfen haben, die großen Enttäuschungen, die sie hier erleben, die unsagbaren äußeren und inneren Leiden der Auswanderer, die am liebsten sofort wieder umkehren möchten, haben nur einen einzigen Grund: das ist die Überschätzung des Fremden. Unsere Landsleute haben viel zu hohe Vorstellungen vom Auslande, besonders von Amerika. ‚dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten‘, dem Lande des Reichtums, der Freiheit, der Gleichheit, der Demokratie, dem Lande, wo alles in Hülle und Fülle ist und wo das Geld ganz leicht verdient wird, wenn man es nicht gar auf der Straße findet. Es wird auch nicht eher besser werden, bevor nicht diese falschen Vorstellungen aus den Köpfen unserer Landsleute verschwinden. wo sie sich allmählich eingenistet haben teils infolge des Darbens in der Heimat, ganz besonders aber infolge der feindlichen Propaganda, welche die Widerstandskraft unseres Volkes brechen sollte durch Vorspiegelung falscher Tatsachen mittelst Wort, Schrift und Lichtbild: In solchem Überflusse leben wir, und wie ihr darben müßt, das wißt ihr selbst! Sie haben es erreicht, daß unser Volk das Gute, was wir hatten, für schlecht hielt und die guten deutschen inneren und äußeren Werte wegwarf, als wären diese Goldstücke wertlose Spielmarken und gierig nach den Spielmarken griff, die man so schön blank geputzt hatte, um die Dummen zu ködern. Erst wenn sie hier ankommen und sich die Sache näher ansehen, merken sie den ‚Schwindel‘. ‚Schwindel‘, es ist nicht mein Wort, aber ich höre es täglich eben von solchen, welche einst die deutschen Werte unterschätzten und in der Bewunderung des Fremden sich gefielen. Ihr Urteil schlägt dann ins reine Gegenteil um, es wird äußerst scharf und giftig. Aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten wird dann das Land, in dem man sich gar nicht rühren, bewegen und entfalten kann. Das Land des Reichtums und des Glanzes wird zum Lande des Hungers und der Armut. Wo man Gleichheit und Brüderlichkeit zu finden hoffte, sieht man nichts als Kastengeist und Lieblosigkeit, wo man soziales Verständnis voraussetzen glaubte, kommt man sich vor wie ein verprügelter Hund und das Land der Demokratie entpuppt sich als ein Land von Gewalthabern und Tyrannen usw. usw.“

Mir wurde neulich eine Zeitung zugeschickt mit dem Briefe eines „aufsässigen“ Russen. Er war gewiß auch dem absendenden Landsmann aus dem Herzen geschrieben und gewiß auch noch vielen anderen, die das Ausland einst ebenfalls überschätzt haben. Er ist gerichtet an den uruguayischen Unterrichtsminister und lautet: „Euer Exzellenz. Moritz Fränkel, uruguayischer Staatsbürger seit dem 12. Dezember 1915, Matrikel 655 und eingeschrieben in der 8. Sektion des Dep. Montevideo unter Nr. 8322, wohnhaft in der Straße Alvear 2493, habe von meinen Landsleuten in der Kolonie San Xavier, Dep. Rio Negro, von den schmerzlichen und skandalösen Vorgängen gehört, die sich hier in der Republik abspielen, die klein ist an Einwohnerzahl, aber groß an Ungerechtigkeiten. Ich bin geradezu entsetzt über die Verhältnisse in der Kolonie, wo Hunger und Gewalt an der Tagesordnung sind, und sehe mich deshalb gezwungen, zur Verteidigung von Moral und Ehrlichkeit aufzutreten. Ich verzichte auf das Bürgerrecht eines Staates, wo das einzige Bestreben darauf gerichtet ist, die Gewissenhaftigkeit und die Unwissenheit von Hunderten von Arbeitern auszubeuten. Der Herr Minister soll wissen, daß wenn wir das Land Rasputins verlassen haben und auf der Suche sind nach einem Lande der Freiheit und Demokratie, wir es nicht getan haben, um neue Schwierigkeiten zu haben als Angehörige einer Nation, in der die Demokratie nur als Aushängeschild dient, wo sich aber in Wirklichkeit nur Bedrücker finden wie die Herren von der Regierung. Gewiß, im zaristischen Rußland herrschte die Knute und dort gab es ein Sibirien. Dafür aber gibt es hier ein San Xavier und den Polizeisäbel. Damit für heute genug, ein anderes Mal mehr. Moritz Fränkel, Arbeitersekretär.“

Wie dieser Herr Fränkel den Begriff der uruguayischen Freiheit hier überschätzt, so ein anderer den uruguayischen Reichtum, ein dritter die Verdienst- oder Absatzmöglichkeiten, ein vierter das Interesse für Konzerte und Vorträge und dergleichen mehr. Nach meinem Dafürhalten müßte jeder Auswanderungslustige seine guten Vorstellungen mit 3—5 dividieren und die schlechten mit 3—5 multiplizieren und es wäre die Basis gegeben für eine gesunde Entwicklung. Ein weiteres Vorhalten in der Schönfärberei der hiesigen Verhältnisse kann nur die schlimmsten Folgen haben auch für unser Deutschtum. Denken wir an unser liebes Vaterland. Man sagt, daß man dort ebenfalls nicht klar sehen wollte.“

Zur Frage der genossenschaftlichen Auswanderung

Über Organisation der Auswanderung schreibt der „Auswanderer“, Wien, vom 15. Oktober 1921, Nr. 211: „Wenn man jetzt daran geht, die Bilanz aus der Auswanderungsbewegung nach dem Kriege zu ziehen, so stößt man auf beschämende Resultate. In den ersten Anfängen waren es Wirtsköpfe und Abenteurer gewesen, die sich der Sache bemächtigt hatten und die natürlich einer an und für sich guten Idee dadurch gewaltigen Schaden zugefügt haben und es so weit brachten, daß heute zum Beispiel den Intellektuellen, die als Siedler gehen wollen, dieser Weg ganz versperrt und den Handwerkern zum mindesten sehr erschwert ist, da alle in Betracht kommenden Einwanderungsländer es zur Bedingung machen, daß man durch Zeugnisse nachweist, „gelernter Landwirt“ zu sein, um freie oder kreditierte Überfahrt zu bekommen. Als ob die Einwanderer der Vorkriegszeit, welche die Vereinigten Staaten groß gemacht haben und die ersten Ansätze zur Wohlhabenheit in den südamerikanischen Staaten schufen, „gelernte Landwirte“ gewesen wären. Aus allen Klassen und Ständen setzten sich diese Auswanderer zusammen und heute ist man in den Auswanderungs-

ländern so weit, sich zu sagen, daß es nicht die schlechtesten Elemente sind, die aus der Heimat fortziehen, sondern im Gegenteil die rührigsten, denen es zu Hause zu enge wird.

... Es werden in den einzelnen Vereinen und Zweckverbänden Leute an die Spitze gestellt, die vom besten Willen für die Bewegung erfüllt sind, die aber doch wieder nur von einem gewissen Standpunkt, nämlich selbst wegzukommen, ausgehen und dadurch eben die Sache insofern schädigen, als sie mit ihren Erfahrungen und Kenntnissen, die sie sich im Dienst der Organisation erworben haben, abgehen und die neuerlich an die Spitze der Vereinigung Berufenen von frischem zu lernen beginnen müssen und damit viel kostbare Zeit verloren geht, die sich wohl nützlicher verwenden ließe. Und das muß man zu vermeiden trachten, indem man an die Spitze der Organisation nur Männer stellt, die wohl warme Freunde der Auswanderer sind, aber selbst nicht abwandern wollen. Aufgefüllt werden die Kaders ja immer durch neuen Zustrom und gut beraten müssen die neu Hinzukommenden immer wieder werden, sollen sie nicht für unsere Volkswirtschaft verloren gehen und ihnen selbst nicht unbe-rechenbarer Schaden zugefügt werden.

... Dies ließe sich nun sehr einfach dadurch vermeiden, wenn sich eine ständig hier verbleibende Vereinigung der Sache insoweit annehmen würde, daß sie die Auswandererberatung in die Hand nehmen und den Emigrantenstrom dorthin lenken würde, wo es für den einzelnen Auswanderer wie für unsere Volkswirtschaft am vorteilhaftesten ist. Es kann für jeden wirklichen Volksfreund in diesem Falle nur eine Parole geben und die ist: Weg mit allen Vereinen und hinein in eine große, ständige Organisation!“

Auswandererfürsorge

Die Arbeitsgemeinschaft München für Auswandererfürsorge veranstaltet in diesem Winter eine Reihe von Vorträgen, die zur Aufklärung von Auswanderern über die Haupt-einwanderungsländer dienen sollen. Es sprechen: Herr Christoph Rebhan, Neuyork, in 2 Vorträgen über „Die Vereinigten Staaten während und nach dem Weltkriege“ und über „Die Erwerbsaussichten für deutsche Auswanderer in den Vereinigten Staaten“; Frau Dr. Welcke über „Brasilien im Lichte der Auswandererfürsorge“; Herr Richard Holler über „Kaukasien“; Herr Geheimrat Öbbeke über „Praktische Winke für Auswanderer zur Boden- und Gesteinsbeurteilung“; General Engelhardt über „Süd-Afrika mit Einschluß des früheren deutschen Schutzgebietes“; Regierungsbaumeister Mayerhofer über „Süd-Brasilien“; Frau Oberlandesgerichtsrat Örtel über „Die Aufgaben der Auswandererfrau“; Herr Professor Dr. Carnier über „Verkehrswesen in Süd-Amerika“.

Die Arbeitsgemeinschaft veranstaltet ferner einen Kurs zur praktischen Einführung in das Kolonistenleben unter Leitung von Herrn Horn, und Sprachkurse in Spanisch, Portugiesisch und Russisch, und zwar insbesondere für Auswanderungswillige.

Englische Auswanderungsfragen

Das englische Arbeitslosen-Komitee in London, welches vom Ministerrat gebildet wurde, hat laut „Neuyork-Herald“ wichtige Entschlüsse bezüglich der Auswanderer gefaßt, welche auch für die deutsche Auswanderung wichtig werden können. Unter dem Druck der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sollen 300 000 Pfund Sterling bewilligt werden, um die Auswanderung zu erleichtern. Es wird anerkannt, daß die Auswandererhilfe sich nicht auf fünftausend, sondern Hunderttausende von Personen werde erstrecken müssen. Verhandlungen mit Australien sind in Aussicht genommen, um eine veränderte Einwanderungspolitik der australischen Regierung herbeizuführen.

BÜCHER-, KARTEN- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BIBLIOGRAPHIE
DER NEUERSCHEINUNGEN

Auslanddeutschtum und Auslandkunde.

Die in großer Anzahl einlaufenden Drucksachen deutscher Vereine im Auslande werden im allgemeinen hier nicht aufgeführt. Sie werden im Vereinsarchiv des D. A. I. gesammelt und verzeichnet.

Übersicht:

(* bedeutet: Besprechung vorbehalten.)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D. A. I. Dr. MANNHART
und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Bei dem Mangel an neuer, ausländischer Literatur in Deutschland erscheint es nützlich, wenigstens einen Besitzer des Buches oder der Zeitschrift anzugeben. In Anlehnung an das Verzeichnis ausländischer Zeitschriften, Berlin 1921, bedeuten die in eckige Klammern gesetzten fettgedruckten Abkürzungen: 1 = Berlin, Preuß. Staats-Bibl. 2 = Breslau, Univ.-Bibl. 4 = Marburg, Univ.-Bibl. 7 = Göttingen, Univ.-Bibl. 10 = Königsberg, Univ.-Bibl. 12 = München, Bayr. Staats-Bibl. 15 = Leipzig, Univ.-Bibl. 16 = Heidelberg, Univ.-Bibl. 101 = Leipzig, Deutsche Bucherei. B 9 = Berlin, Reichstag. B 27 = Berlin, Handelskammer. B 42 = Berlin, Dt. Liga für Völkerbund. B 65 = Berlin, Reichsjustizministerium. B 89 = Berlin, Univ., Staatsw.-statist. Sem. H 1 = Hamburg, Commerz-Bibl. H 3 = Hamburg, Welt-Wirtsch.-Archiv. H 12 = Hamburg, Semin. f. Roman. Sprachen. H 21 = Hamburg, Deutsches Semin. H 61 = Hamburg, Ibero-Amerik. Instit. K1 3 = Kiel, Instit. f. Weltwirtsch. Stg 1 = Stuttg., Ausland-Instit. Stg 3 = Stuttg., Weltkriegsbucherei.

Nach allgemeinen Gesichtspunkten:

- Auslanddeutschtum i. allg.*: 31. 106. 120. 123.
Grenzlanddeutschtum: 3. 5—7. 13—15. 23. 30. 31. 33. 35. 40. 42. 45. 51—53. 55. 56. 58. 64. 69. 70. 74. 77. 78. 82. 85. 87. 89. 90. 95. 96. 99. 103. 105. 110. 112. 113. 115. 117—119. 122. 128. 130. 132. 135—137. 142. 143. 145. 146.
Auslandkunde i. allg.: 37. 39. 77. 94. 97—99. 120. 149.
Auswanderung und Kolonisation: 28. 32. 34. 38. 65. 101. 107. 111. 116. 128.
Kirche und Mission: 4. 15. 38. 48—50. 63. 64. 67. 76. 82. 86. 90. 91. 93. 101. 134. 140. 141. 144.
Schul- und Bildungsfragen: 6. 53. 70. 74. 108. 123.
Recht: 14. 29. 38. 42. 58. 125. 127. 130.
Wirtschaft: 1. 2. 12. 14. 17. 22. 38. 44. 52. 56. 60. 81. 83. 99. 110. 111. 114. 115. 127. 129. 131. 138. 143. 147—148.
Schöne Literatur und Künste: 3. 8. 18. 23. 24. 30. 36. 43. 48—50. 57. 69. 72. 80. 87. 100. 122. 127. 129.
Deutsche wissenschaftl. Arbeit im Auslande: 27. 41. 88. 92. 104. 108. 129. 133.
Deutschtum in d. Darstellung des Auslandes: 16. 17. 59. 109. 110. 112. 114. 118. 131.
Regionale Übersicht (soweit nicht Grenzlanddeutschtum):
Mitteleuropa: 7. 43. 51. 55. 58. 77. 137. •
Westeuropa: 16. 19. 39. 89. 94. 109. 131.
Nord- und Osteuropa: 10. 11. 15. 22. 25. 47. 54. 67. 68. 72. 78. 79. 81. 84. 85. 92. 100. 103. 113. 114. 117. 121. 125.
Süd- und Südosteuropa: 18. 24. 26. 36. 61. 71. 83. 91. 93. 104. 108. 118. 129.
Zentralasien: 44.
Ost- und Australasien: 28. 44. 86. 97. 98.
Afrika: 20. 21.
Angloamerika: 32. 46. 62. 65. 66. 73. 127. 133. 139. 140. 144. 149.
Lateinamerika: 2. 9. 34. 38. 41. 48—50. 57. 60. 63. 75. 76. 80. 88. 101. 102. 104. 107. 120. 123. 124. 125. 138. 146. 147. 148.

I. Einzelschriften

1. *Andree*, Karl, Geographie des Welthandels. E. wirtschafts-geograph. Schilderung d. Erde. Vollst. neu bearb. . . u.

hrsg. von Dr. Franz Heiderich u. Dr. Robert Sieger. Bd. 4. Wien: Seidel 1921, XV, 680 S. 3 Kt. 8° M 110.—.

2. **Argentinien*. Wirtschaft u. Wirtschaftsgrundlagen von Albert Frölich, Dr. Rudolf Großmann u. a. Hrsg. von Dr. Josef Hellauer. Berlin u. Leipzig. Vereinigung wiss. Verleger 1921. X, 251 S. 8° M 36.—.
3. *Bastian*, Ferd., Sainte Odile. Ein Mysterium in 6 Bildern. Musik v. August Schwoob. Straßburg: Gutenberg 1920 (1921). 59 S. 8° [1.]
4. *Becker*, C., Ärztliche Fürsorge in Missionsländern. Aachen: Xaverius-Verlag 1921. 46 S. 8° M 5.—. (Abhandl. aus Missionskunde u. Missionsgeschichte. H. 24.)
5. *Beiträge z. Heimatkunde d. Aussig-Karbitzer Bezirkes*. Hrsg. von d. Arbeitsgemeinschaft f. Heimatforschung i. Aussig. Gel. von Dr. F. J. Umlauf. Jg. 1. 1921. (Aussig:) Becker i. Komm. (1921). K& 4.—. [101.]
6. *Braun*, Kurt, Das deutsche Schulwesen i. Polen. Langensalza: Beyer 1921. 17 S. 8° aus: Pädagog. Magazin. H. 808.
7. **Bretholz*, Bertold, Geschichte Böhmens u. Mährens. (Veröff. d. deutschen Gesellschaft f. Wissenschaft u. Kunst i. Brünn.) Bd. 1: Das Vorwalten d. Deutschthums. Bis 1419. Reichenberg: Sollar Nachf. (1921). 8° VII, 237 S. 1 Taf. K& 18.—. [101. Stg. 1.]
8. *Burg*, Paul [d. i. Paul *Schaumburg*], Zwei Eisen im Feuer. (Roman.) Leipzig: Staackmann 1921. 280 S. 8° M 24.—. (Burg: Der befreite Gott. Bd. 2.)
- Der neue Band setzt den eigenartigen kulturgeschichtlichen Roman, in dem der Verf. das Schicksal des Nationalökonom Friedrich List unter phantastischer mythologischer Verbrämung zu gestalten suchte, fort. Jetzt stehen der aus dem Elsaß nach Sachsen gewanderte, 1809 in Barr bei Strauburg geborene Richard Hartmann, der Begründer der ersten sächsischen Lokomotivenfabrik in Chemnitz, und Generalpostmeister Stephan, der Schöpfer des Weltpostvereins, im Vordergrund.
9. *Candiotti*, Marcial R., Bibliografía doctoral de la Universidad de Buenos Aires y catálogo cronológico de las tesis en su primer centenario 1821—1920. Buenos Aires 1920: (Minist. de agricultura de la nación). 804 S. 4°. [1. H 12. H 61.]
10. *Carlberg*, N. von, Die Befreiung von Livland u. Estland. Dargest. nach Berichten u. Briefen. (Berlin, Riga, Leipzig: Würtz 1918; aufgekl.) Berlin: Würtz [1921]. 76 S. 8°. (Balt. Bucherei. Bd. 16.) M 4.—.
11. *Chessin*, Serge de, L'Apocalypse russe: La révolution bolchevique 1918—1921. Paris: Plon-Nourrit (1921). VIII, 331 S. 8°. [1.]
12. *Chisholm*, Geo(rge) G., Handbook of commercial geography. (8. ed.) New impr. London [usw.]: Longmans, Green & Co. 1920. LXVI, 666 S. 8°. [7.] [K1 3 nur 8. Aufl. 1911.]
13. *Coester*, Robert, Die Loslösung Posens. Berlin: Stilke 1921. 68 S. 8° M 12.—.
14. *Deuticke*, Wilhelm, Ostpreußen u. d. polnische Korridor. Jena: G. Fischer 1921. 144 S. 8° M 22.50. (Schriften d. Instituts f. ostdt. Wirtschaft an d. Universität Königsberg. H. 9.)
15. *Eichler*, Adolf, Werdet nicht der Menschen Knechte. Gesammelte Aufsätze über kirchl. Fragen i. Kongreßpolen. Berlin: Komm.-Verl. d. „Dt. Post aus d. Osten“ 1921. 69 S. 8° M 5.—.
16. *Gardiner*, A[lfred] G., What I saw in Germany. (Letters from Germany and Austria.) London: The Daily News [1920]. 64 S. 8°. [7. Stg 3.]
17. *George*, David Lloyd, and Walther *Simons*, Addresses on German reparation. London, March 3rd and 7th, 1921. New York: American Assoc. for Internat. Conciliation 1921. 36 S. [4. Stg 3.] (Internat. Conciliation. 162.)
18. *Gruber*, Ferdinand Ernst, Adam Müller-Guttenbrunn, Der Erbschwab. Eine Studie. Leipzig: Staackmann 1921. 134 S. 1 Titelb. 8° M 6.—.
19. *Guy-Grand*, Georges, Le conflit des idées dans la France d'aujourd'hui. „Trois visages de la France“ Paris: Rivière 1921. 268 S. [7.]

20. *A Handbook of the Kenya Colony (Brit. East Africa) and the Kenya Protectorate (Protectorate of Zanzibar)*. London: Stationery Office 1921. [12.]
 21. *A Handbook of the Uganda Protectorate*. London: Stationery Office 1921. [12.]
 22. Das deutsch-russische *Handelsabkommen* vom 6. Mai 1921. (Deutsch-russisches Abkommen über d. Erweiterungen der Tätigkeit d. beiderseit. Delegationen f. Kriegsgefangene.) Mit Anm. vers. von Dr. I[saa]k M. Rabinowitsch. Berlin: Simion 1921. 24 S. 8° M 3.—.
 23. *Hein, Franz*, Wasgenwald. 6 Holzschn. Mit e. Einführung von Prof. Dr. Friedrich Lienhard. Leipzig: Voigtländer [1921]. 4 S., 6 Taf. i. Passepartout. 2° M 300.—.
 24. **Hochschülerliederbuch*. 3. Aufl. Hermannstadt: Krafft 1921. 212 S. 8° M 16.—. [101. Stg 1.]
 25. **Horschelmann, Helene*, Vier Jahre in russischen Ketten. Eigene Erlebnisse. München: Lehmann 1921. M 12.—.
 26. *Hofmann, Albert von*, Das Land Italien u. seine Geschichte. E. histor.-topograph. Darstellung. M. 14 Karten-Skizzen. Stuttgart u. Berlin: Deutsche Verl.-Anst. 1921. 458 S. 8° M 54.—.
 27. *Katzer, Friedrich*, Die fossilen Kohlen Bosniens und der Hercegovina. Bd. 2: Die oligomiozänen Kohlenvorkommen West-, Ost- u. Südbosniens sowie d. Hercegovina und der glaziozänen Kohlen d. ganzen Landes. Mit 43 Abb. u. 1 Kart.-Beil. Sarajevo: Verlag d. bosn.-hercegov. geolog. Landesanstalt; [Leipzig: Weg i. Komm.] 1921. VII, 271 S. 8° M 30.—. [101.]
 28. *Kelsey, Carl*, Present-day immigration with special reference to the Japanese. Philadelphia: Amer. Academy of Polit. and Social Science [um 1920]. 8° \$ 1.—. [12. Ki 3.]
 29. *Kosters, J., et F. Bellemans*, Institut intermédiaire international. Les conventions de la Haye de 1902 et 1905 sur le droit international privé. Recueil de législation et de jurisprudence. Harlem; Willink, La Haye: Nijhoff 1921. XVIII, 1357 S. 4° fl. 57,50. [7. 12. H 1.]
 30. *Kurpiun, Robert*, Die Schwarzweißen. Schauspiel in 5 Aufzügen. Dresden: Lehmann 1920. 111 S. 8° M 10.—.
- Das Drama des oberschlesischen Dichters spielt auf dem Boden der Ostmark. 1913 entstanden, rückt es vorausnehmend die Entwicklung der jüngsten Zeit in den Vordergrund. Da das preußische Beamtenamt als Träger der unbedingten Pflichterfüllung und Selbstaufopferung erscheint, begreift man schwer, daß die Aufführung bisher verboten wurde. Das Drama erscheint mit seinem straffen Aufbau, den lebensvoll charakterisierten Personen und der jedes überflüssige Wort vermeidenden Sprache durchaus fähig, einen Eindruck zu machen. Auch wenn eine Aufführung nicht zustande kommen sollte, kommt dem Drama geschichtlicher und psychologischer Wert für die Auffassung der Polenfrage, wie sie vor dem Kriege im allgemeinen in Deutschland herrschte, zu. H. M.
31. *Lichtenberg, R[einhold] v.*, Deutsches Land den Deutschen! Ein Beitrag z. Selbstbestimmungsrecht d. Völker. Mit 12 Kt. Berlin: Bermühler [1921]. 77 S. 4° M 15.—.
 32. **Lomer, Frank H.*, Amerika u. amerikanische Verhältnisse mit bes. Berücksichtigung d. Einreise-Erlaubnis. (New York 1921: The Morningside Press.) 31 S. 8°. [Stg 1.]
 33. *Luschin-Ehengreuth, Arnold*, Die Zerreißung d. Steiermark. 2 Denkschriften. (Mit 1 Kt.) Graz: Moser 1921. 104 S. 8° M 18.—.
 34. *Mexiko*. Hrsg. i. Auftr. d. Reichswanderungsamtes. Berlin: Zentralverlag 1921. 32 S. 1 Kt. 8° M 3,50. (Auskunftshefte f. dt. Auswanderer. Nr. 11.)
 35. *Moser, Virgil*, Die Straßburger Druckersprache z. Zeit Fischarts (1570—1590). Grundlegung zu e. Fischart-Grammatik. München: Selbstverl. 1920. VII, 175 S. [4.]
 36. *Müller-Guttenbrunn, Adam*, Auf der Höhe. Ein Lenau-Roman. Leipzig: Staackmann 1921. 345 S. 8°.
 37. *Murray, Gilbert*, The Problem of foreign policy. A consideration of present dangers and the best methods for meeting them. London: Allen & Unwin (1921). 124 S. 8°. [7. H 1. Ki 3. Stg 3.]
 38. *Nelke, W[ilhelm]*, Das Deutschtum in Uruguay. Stuttgart: Ausland u. Heimat 1921. VII, 382 S. 4 Kt. 8° f. Mitgl. M 28.—, f. Nichtmitgl. M 30.—. (Schriften d. Deutschen Ausland-Instituts, Stuttgart. Reihe A. Bd 5.)
- Inhalt: Ankunft in Montevideo. Von Pastor W. Nelke. — Grundlagen der Geologie Uruguays. Von Dr. Karl Walther. — Das Klima und die Vegetationsverhältnisse Uruguays. — Die Tierwelt Uruguays. Von Prof. Dr. E. Meßner. — Die Geschichte der Republik Uruguay. Von F. Sennhauser. — Die neue Verfassung Uruguays. Lebensverhältnisse in Uruguay. Von Pastor W. Nelke. — Die Geschichte der deutschen Einwanderung in Uruguay. Von Pastor W. Nelke. — Deutsche Landwirtschaft in Uruguay. Von Prof. Dr. Backhaus. — Kolonistenleben. Von Pastor A. Richter. — Deutsche Kirchengemeinden, Deutsches Schulwesen. Von Rektor H. Schmidt u. Pastor A. Richter. — Deutsches Vereinsleben. — Kriegschronik. — Die deutsche Kolonie in Montevideo während des Krieges. — Die ersten Einwanderer und Rückwanderer nach dem Kriege. Von Pastor W. Nelke. — Verzeichnis der Geschäfte Deutschsprechender in Montevideo. — Verzeichnis aller Deutschsprechenden in Uruguay.
39. *Northcliffe*, Die Geschichte d. englischen Propagandafeldzuges. Von * * *. Berlin: Mittler 1921. 23 S. 8°. aus: Wissen u. Wehr. 1920. H. 6.
 40. *Ortschafts-Verzeichnis* mit Angabe d. zugehörigen Gemeinden, Kreise u. Eisenbahnstationen d. Provinz Oberschlesien u. d. Kreises Namslau. Bearb. von d. Verein. Verbänden heimattreuer Oberschlesier. Breslau: Ver. Verb. heimattr. Oberschl. [1921]. IX, 95 S. 1 Kt. 8° M 2,75.
- Das vorliegende Verzeichnis bleibt auch nach erfolgtem Diktat des Völkerbundesrates in der oberschlesischen Frage ein wertvolles Hilfsmittel. Es erlaubt, die staatliche Zugehörigkeit der einzelnen Gemeinden bis zur Abstimmung und die Lage jeder Ortschaft durch Hinweis auf die zu diesem Zweck in Quadrate eingeteilte Karte festzustellen. Eisenbahnstation und Kreis sind überall angegeben. So kommt das Verzeichnis besonders erwünscht, um die neue deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien in der Entstehung zu verfolgen. H. M.
41. *Penck, Walther*, Die südliche Puna de Atacama. (Kordilleren Nordwest-Argentinien.) Berlin: Bornträger 1921. 19 S. 7 Taf. 4° M 36.—. (Geolog. Charakterbilder. H. 24.)
 42. *Pfeuffer, Rudolf*, Die völkerrechtliche Stellung d. Freien Stadt Danzig. Danzig: Kafemann 1921. 162 S. 8° M 25.—. (Danziger staats- u. völkerrechtl. Schriften. H. 2.) [101.]
 43. *Pick, Friedel*, Der Prager Fenstersturz i. J. 1618. Flugblätter u. Abb. Prag [dat.] Weihnachten 1918: (Haase). 45 S. 8° M 50.—. (Pragensia. 1.) Veröff. d. Gesellsch. dt. Bücherfreunde i. Böhmen. Nr. 1.) [12. 16. Stg 1.]
 44. *Pohle, Richard*, Sibirien als Wirtschaftsraum. E. Einführg. in d. Leben Sibiriens. Mit 1 Kt. Bonn u. Leipzig: Schröder 1921. VIII, 66 S. 8° M 8.—. (Geographie d. Menschen- u. Völkerlebens in Geschichte u. Gegenwart. H. 1.)
 45. *Rachfahl, Felix*, Das deutsche Recht auf Oberschlesien. Die geschichtl. Entwicklung d. schlesischen Lande. Frankfurt: „Frkft. Ztg.“ 1921. 15 S. 8°. aus: Frankf. Zeitung vom [28. Aug. u. 1. Sept. 1921].
 46. *Sachs, Robert Paul*, Zusammenstellung einiger Briefe und anderer Dokumente z. Erg. meines Vortr.: Das Verhalten d. Deutsch-Amerikaner u. ihre Stellungnahme während d. Weltkrieges. Ex-Präsident Wilson, Verräter d. Ideale seines Volkes, i. Gegens. zu Präsident Harding, d. unerschrockenen Verfechter unverfälschten Amerikanertums u. starken Träger großer amerikan. Traditionen u. Ideale. o. O. (1921.) 48 S. 8°. [Stg 1.]
 47. *Schlözer, Kurd von*, Petersburger Briefe 1857—1862, nebst 1 Anh.: Briefe aus Berlin-Kopenhagen 1862—1864 u. 1 Anl. Hrsg. von Leopold von Schlözer. Stuttgart u. Berlin: Deutsche Verl.-Anst. 1921. XV, 303 S. 8° M 40.—.
 48. *Sinzig, Pedro*, Pela mão de uma menina. Romance contemporâneo brasileiro. 3. ed. [Petropolis:] Ed. das „Vozes de Petropolis 1921. 246 S. 8°. [Stg 1.]
 49. *Sinzig, Pedro*, Breves meditações para todos os dias do anno. 4. ed. Petropolis: Typ. das „Vozes de Petropolis“ 1921. 496 S. 8°. (Bibliotheca ascetica. Serie B.) [Stg 1.]
 50. *Sinzig, Pedro*, Modinhas brasileiras. 3. ed. Petropolis: Ed. das „Vozes de Petropolis“ 1921. 112 S. 8°. [Stg 1.]
 51. *Spiegel, Ludwig*, Die Entstehung des tschechoslowakischen Staates. (Prag: Dt. Verein z. Verbreitung gemeinnütziger Kenntn.; Reichenberg: Sudetend. Verl. Kraus i. Komm. 1921.) 17 S. 8° Ké 1,60 [Kopft.]. (Samml. gemeinnütziger Vortr. Nr 504/505.) [101. Stg 1.]
 52. *Thomsen, Hermann*, Danzigs Handel u. Industrie in ihren Entwicklungsmöglichkeiten. Danzig: Kafemann 1921. 86 S. 8° M 20.—. [10. 101. B 9.]
 53. *Vrbka, A.*, Die Heimatschule. Lehrpl. u. Lehrstoffbeispiele f. d. Bezirk Znaim, Stadt u. Land. Znaim: Bornemann 1921. II, 48 S. 8° M 5.— [Umschlagt.]. [101.]

54. *Deutsche Treue*. Das Baltenhilfswerk an deutschen Kriegsgefangenen in Moskau. Auszug aus dem Buche „Vier Jahre in russischen Ketten“ von Helene Hoerschelmann, zusammengestellt von Pastor Rudolf Gurland, Celle. München: Lehmann 1921. 15 S. 8° M 1.—.

Die kleine Schrift, die Pfarrer Richard Walter-Dresden, früher Pastor und Konsistorialrat in Moskau, geleitet, gibt Proben aus dem größeren, unter Nr 25 oben angezeigten Buch, das wir besonders besprechen werden. Es entwirft erschütternde Bilder deutschen Gefangenen- und Verwundetenlebens in Rußland und läßt in den tragischen Zwiespalt der baltischen Seele angesichts der politischen Fesselung an Rußland blicken. Im so höher steht der Mut und die Opferbereitschaft des baltischen Deutschtums, nicht zuletzt seiner Frauen, das über seine Kraft hinaus die Leiden der Gefangenen linderte. Der Schrift, deren Reinertrag dem baltischen Hilfswerk im Reich zugute kommt, ist weiteste Verbreitung als kleines Zeichen der Dankbarkeit zu wünschen.

55. *Weber, Ottokar*, Aus Böhmens jüngster Vergangenheit. Nach e. Vortr. (Prag: Dt. Verein z. Verbr. gemeinnütziger Kennntn.; Reichenberg: Sudetend. Verl. Kraus i. Komm. 1921.) 16 S. 8° K 1.— [Kopft.]. (Samml. gemeinnütziger Vortr. Nr 500/501.) [101. Stg 1.]
56. *Weil*, Die Einführung d. französischen Währung in Elsaß-Lothringen. Berlin: Verlag f. Politik u. Wirtschaft 1921. M 12.50. (Das Recht d. deutschen Grenzgebiete. Bd. 2.)
57. *Weingartner, Felix*, Eine Künstlerfahrt nach Südamerika. Tagbuch Juni—November 1920. Wien u. Leipzig: Heller 1921. 154 S. 1 Titelb. 8° M 20.—.
58. *Weiß, Egon*, Die Zivilprozeßgesetzgebung d. tschechoslowakischen Republik m. Erläut. Brünn, Prag, Leipzig, Wien: Rohrer 1921. 127 S. 8° M 18.—. (Gesetze d. tschechoslowak. Republik.) [101.]
59. *Whitton*, Lieut.-Colonel F. E., Moltke. London: Constable 1921. 8° (Makers of the 19th century series.) [12.]
60. *Boletín mensual de la Oficina para el fomento del comercio* San Juan, Porto Rico. Año 1. 1921. Nr 5. Septiembre 1921. 6 S. 4°. [Stg 1.]
61. *Burzenländer Bote*. Jg. 1. 1921. Verantw. Schriftl.: Hans Görk. Kronstadt. Verl. d. Zeitungs A.-G. Einzelnr L. 1.—. [Stg 1.]
- Zeitweiliger Ersatz für die vorübergehend von der rumänischen Regierung verbotene Kronstädter Zeitung. S. „Der Auslandsdeutsche“, Jg. 4, 1921, H. 22, S. 697.
62. *Cundall, Frank*, The handbook of Jamaica. [Issue] 41. 1921. Comprising historical, statistical and general information concerning the island compiled from official and other reliable records. Kingston: Gov. Print. Off. — London: Stanford. 8° s. 8.—.
63. *Der Familienfreund*. Kathol. Hauskalender u. Wegweiser. Jg. 10. 1922. Hrg. v. Volksverein für d. dt. Katholiken i. Rio Grande do Sul. Porto Alegre: Metzler [1921]. 168 S. 8° \$ 1.400. [101. Stg 1.]
64. *Feuille paroissiale de l'église protestante de Colmar (Ht. Rhin)*. Mitteilungen aus d. evang. Kirche z. Colmar i. E. Hrg.: Ev. Presseverb. (Publicité Evangélique) f. Elsaß u. Lothr. Red. u. Geschäftsführung: Pfarrer E. Kochlein. [Jg.] 1921. Mülhausen i. E. [Anf. u. d. T.:] Mitteilungen aus d. evang. Kirche z. Colmar i. E. Ersch.: zweimonatl. [101.]
65. *Foreign-Born*. A bulletin of international service. Vol. 2. 1920/21. New York: The National Board of the Young Womens Christian Associations of the United States of America. Jährl. 10 Nrn \$ 1.50. [Stg 1.]
66. *The Freeman*. Vol. 4. 1921. New York: The Freeman. Jährl. 52 Nrn \$ 6.—. [15. Stg 1.]
67. *Hausfreund*. Evang. Volkskalender. Jg. 38. 1922. Warschau: Mietke [1921]. 112 S. 8° M 225.—. [Stg 1.]
68. *Hausfreund*. Evang.-luther. Volks-Kalender f. d. Jahr 1922. Lodz: Manitius 1921. 128 S. 8°. [Stg 1.]
69. *Unsere Heimat*. Ein Zeitweiser u. Volksbüchlein f. d. Deutschen i. Gaue Bilin. (Jg. 1.) 1922. Hrg. v. d. deutschen Jugendgemeinschaft Bilin unter Beteiligung vieler Mitarb. Bilin: Menda 1921. 192 S. 4° K 15.—. [Stg 1.]
70. *Heimatsfreude*. Eine Vierteljahrsschrift f. d. deutsche Jugend d. Kuhländchens, gel. v. Josef Ulrich, hrg. von d. dt. Lehrer-vereinigungen d. Kuhländchens. Jg. 1. 1921. (H. 1. v. März. 24 S.) Neutitschein: Enders. Jährl. 4 H. M 4.80. [101.]
71. *Hellas*. Organ d. deutsch-griechischer Gesellschaft. *Ἑλλάς. Ὀργανὸν τῆς Γερμανο-ἑλληνικῆς Ἑταιρείας*. Jg. 1. Nr. 1. (Hamburg) 1921: (Broschek). 4°. [2. 12. 101. H 3. Stg 1.]
72. *Jar-Ptica*. Russische Monatsschrift f. Kunst u. Literatur. Berlin: „Russische Kunst“. [101. H 3.]
73. *Issues of to-day*. An American weekly for social decore. Vol. 3. 1921/22. (Nr 1 vom 15. Okt. 24 S.) New York: „Issues of to-day“. Jährl. 52 Nrn \$ 4.—. [H 3. Stg 1.]
74. *Jugendgemeinschaft*. Beilage d. Biliner Zeitung. Hrg. vom Führeerringe d. „Deutschen Jugendgemeinschaft“, Bilin. [Jg. 1]. 1921. (Folge 1 v. 12. Lenzmord.) 4 S. Bilin: „Biliner-Ztg.“. Ersch.: zwangl. [Folge 1 u. d. T.:] Neu-land. [Stg 1.]
75. *Fändrichs illustr. *Deutscher Kalender f. Südamerika*. Ausg. f. Chile. Hrg.: Hans Fändrich. [Jg. 5.] 1922. Buenos Aires (Fändrich) [1921]. 88 S. m. Abb., 1 farb. Taf. 4° [Unschlagl.] \$ 2.—. [101. Stg 1.]
76. **Kalender für d. deutschen evang. Gemeinden in Brasilien*. Jg. 1. 1922. Hrg. i. A. d. Rio Grandenser Syrode. (São Leopoldo: Rotermund 1921.) 152 S. 8°. [101. Stg 1.]
77. *Bibliografický Katalog časopisů republiky československé za rok 1920*. Liste bibliographique des journaux paraissant dans la république tchécoslovaque pour l'année 1920. Prag: J. Springer i. Komm. 1920. IX, 243 S. 8°. [101. Stg 1.]
78. *Unser Landmann*. Landwirtsch. u. genossenschaftl. Mitteilungrn. Jg. 3. 1921. (Nr 1 v. 16. Jan. 8 S.) Schriftl.: Dr. jur. K. Eberhard. Lodz: Verb. d. dt. Genossensch. in Polen. Jährl. 24 Nrn; viertelj. f. Mitgl. M 20.—, f. Nichtmitgl. M 40.—. [Stg 1.]
79. *Russian Life*. A monthly review Ed. by the Russian Liberation Committee. 1921, Nr 1. London 1921. [1.]
80. *El Maestro*. Revista de Cultura Nacional. Dir. Enrique Monteverde y Agustín Loera y Chavcz. [Jg. 1. 1921/22.] Nr 1. April 1921. (96 S.) Mexico. [H 1. Stg 1.]
81. *Finnländischer Merkur*. Zeitschrift f. Handel u. Industrie Finnlands. Organ f. Veröff. d. Mitteilungrn d. dt.-finnländ. Vereinigung Libbeck-Hamburg-Bremen. Hrg.: Christian Ardi. Schriftl.: Ludwig Gerret. Jg. 1. 1921. (Nr 1 Okt. 16 S.) Berlin: Chr. Ardi. Jährl. 24 Nrn, viertelj. M 16.—.
82. *Mitteilungen d. Pfarrvereins f. Elsaß-Lothringen*. ([Jg.] 1921. Nr 21: Mitteilungen d. Evang. Pfarrvereins f. Elsaß u. Lothringen. Communications privées de l'Association professionnelle des Pasteurs d'Alsace et Lorraine.) Colmar: Els.-Lothr. Pfarrverein. [Anf. u. d. T.:] Mitteilungen d. Elsaß-Lothr. Pfarrvereins. [101.]
83. *Wirtschaftl. Mitteilungrn*. Hrg. v. d. Schriftleitg. des Fachblattes „Magyar Kereskedelmi“ (Unger. Arbeiterblatt) Budapest IV. Vánfáz-Póst 16. Wöchentl., Nr 30 v. 20. 10. 1921. Budapest: Druck v. Pallas. [Stg 1.]
84. *Dorpater Nachrichten*. Jg. 1. 1921. Für d. Schriftl. verantwortlich: Cand. jur. Georg Post. Dorpat: Leckmann. Ersch.: werktägl.; monatl. M 65.—, fürs Ausland M 100.—. [Stg 1.]
85. *Mitauer Nachrichten*. [Jg.] 1921. Nr 1 v. 10. Aug. Mitau: Gbr. Hall. Ersch. wöchentl. 2mal; monatl. Rbl 2.—. [Stg 1.]
86. **Ostasien-Jahrtuch*. Jahresbericht d. Allg. Evang. Protest. Missionsvereins. Im Auftr. d. Zentralvorst. hrg. von Missionsdir. D. Dr. Witte. Berlin: Allg. Evang. Protestant. Missionsverein 1921. 149 S. 8° M 12.—, geb. M 16.—.
87. *Ostmark*. (Unter Mitw. von Walter Grosse u. Karl Plezant hrg. von Robert Budzinski.) 1922. München: Callwey [1921]. 88 Bl. m. Abb. 8° M 10.—. [Abrißkalender.]
88. *Phoenix*, Zeitschrift f. dt. Geistesarbeit i. Südamerika. Hrg. vom Dt. Wiss. Verein in Buenos Aires. Jg. 7, N. F. 1. 1921.

- H. 1 v. Aug. 39 S.) Schriftl.: Dr. Albert Haas. [Anf. u. d. T.:] Zeitschr. d. Dt. Wiss. Vereins z. Kultur u. Landeskunde. Buenos Aires: Preusche & Eggeling; f. Deutschland: Berlin, D. Reimer. Jährl. 6 H. \$ 6.— f. Argentinien. [101. H 3. Stg 1.]
89. *Revue de l'Alliance française*. Jg. 2. 1921. Le Secrétaire: Hubert Morand. Paris: Alliance française. Jährl. 4 Nrn. [Stg 1. Stg 3.]
90. *Revue des sciences religieuses*. Publ. sous la dir. des professeurs de la faculté de théologie catholique. (Univ. de Strasbourg.) Année 1. 1921. Paris: Boccard 1921. [Anf. u. d. T.:] Bulletin d'ancienne littérature et d'archéologie chrétiennes. [1.]
91. *Roma Aeterna*. Kirchliche Mitteilungen. Jg. 2. 1921/22. Nr 1 v. Okt. 14 S.) Hrsg. Joseph Leufkens. Rom: Geschäftsst. d. Zeitschr. Jährl. M 25.—. [Stg 1.]
92. *Sitzungsberichte d. Gesellschaft f. Geschichte u. Altertumskunde z. Riga* aus d. Jahre 1914. (Jan.—Mai.) Hierzu 4 Taf. u. 20 Abb. i. Text. Riga 1914—1921: Häcker [N. Kymmell]. IV, 199 S. 8° M 25.—. [101. Stg 1.]
93. *Sonntagsblatt*. Wochenzeitung für d. deutsche Volk in Ungarn. Jg. 1. 1921. (Nr 1 v. 2. Okt. 12 S.) Verantwortl. Schriftl.: Johann Faul-Farkas unter Mitw. von Dr. Jakob Bleyer. Budapest: Druck d. Europa literar. Druckerei. Jährl. 52 Nrn K 150. [Stg 1.]
94. *Staatsalmanak voor het koninkrijk der Nederlanden* 1921. Haag: Nijhoff 1921. 8° fl. 9,80. [12. H 3.] [B 9 nur für 1920].
95. *Vorwärts*. Jahrbuch f. d. arbeitende Bevölkerung. Jg. 2. 1922. Reichenberg: Volksbuchhandl. Runge [1921]. 128 S. m. Abb. 8° M 7.—. [101.]
96. *Vorwärts*. Taschenbuch f. Arbeiter 1922. Reichenberg: Volksbuchhandl. Runge [1921]. 100, 55 S. 8° M 6.—. [101.]
97. *Official Year-book of the common-wealth of Australia* containing authoritative statistics for the period 1901—1919. Nr 13. 1920. Prepared by G. H. Knibbs. Melbourne: Mullet 1920. XXXVIII, 1182 S. 8° [H 3.] [B 9 nur bis 1918. Stg 1 nur für 1919.]
98. *The official Year Book of New South Wales* 1919 ed. by H. A. Smith. Sidney: W. A. Gullick. 8° 2 sh. 6 d. [H 3. Ki 3.] [12 nur für 1916.]
99. *Schweizerisches Zeitgenossen-Lexikon*. Dictionnaire suisse des contemporains. Dizionario svizzero dei contemporanei. Hrsg. von Hermann Aellen unter Mitarb. . . (Hauptbd.) 1. Ausg. Bern: Schweizer. Zeitgenossen-Lexikon; Olten: Schweizer. Vereinsortiment 1921. XVII, 764 S. [1. 12. 101.]
100. [Russ. u. deutsch] *Znamja*. Standarte. Vremnik literatury politiki. Pod redakciej Aleksandra Šrejdera (Alexander Schreider). [Jg. 1:] 1921/22. Berlin: Reuß & Pollack. Leipzig: C. F. Fleischer. (Erscheint zugleich in Rom u. d. T. *Il Vessillo*.) Jährl. 12 Nrn je M 10.— Nr 1 v. Juni 1921 46 S. [1. 101.]
101. *Aldinger*, Kirchlich-kolonisatorisches Merkblatt f. dt.-evang. Einwanderer u. Ansiedler i. Santa Catharina, Parana und Mittelbrasilien. in: D. deutsche Auswanderer. Jg. 19. 1921. Nr 6. 9. Wittenhausen: Evang. Hauptverein.
102. *Aldinger*, Die Schulfrage in S. Catharina. II. Grundsätzliches. in: Dt. Evang. Blätter. Jg. 3. 1921. H. 7 S. 108. São Leopoldo: Rotermond.
103. *Andrian*, Leopold Freiherr v., Das erniedrigte u. das erhöhte Polen. in: Österr. Rundschau. Jg. 17. 1921. 1. u. 2. Sept.-u. 1. u. 2. Okt.-H. München: Drei Masken Verlag.
104. *Ateneo hispano-americano*. Estatutos del Ateneo hispano-americano de Berlin. in: Lateinamerika (A). 1921. Nr 21, S. 632. Berlin: Dt. Wirtschaftsverb. f. Süd- u. Mittelamerika.
105. *Aus d. Heimat ausgewiesen*. Von einem Elsässer. in: Der Türmer. Jg. 24. 1921/22. H. 1. 2. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer.
106. *Das Auslandsdeutschum nach der Revolution*. in: Das neue Deutschland. Jg. 10. 1921/22. H. 1/2. S. 9. Gotha: F. A. Perthes.
107. *Behr-Heyder*, Fritz M., Kolumbien u. die deutsche Einwanderung. in: Lateinamerika (C). 1921. Nr 21. S. 391. Berlin: Dt. Wirtschaftsverb. f. Süd- u. Mittelamerika.
108. *Die Bibliothek des Baron Brukenthalischen Museums in Hermannstadt (Rumänien)*. in: Dt. Verlegerztg. Jg. 2. 1921. Nr. 19. S. 362. Leipzig: Dt. Verl.-Verein.
109. *Das Buch eines Engländers*. Das bessere Deutschland im Krieg [The better Germany in war-time] von Harold Picton. in: Südd. Monatshefte. Jg. 19. 1921. H. 1. Leipzig u. München: Süddt. Monatsh.
110. *Cockerell*, F. P., Upper Silesia and the league. in: The Fortnightly Review. New series No 658. Okt. 1921. S. 685. London: Chapman & Hall. [1. 12. B 9. H 1. Stg 1. Stg 3.]
111. *Bureau international du travail. Commission de l'émigration de l'organisation internationale du travail*. Séance 1—14 (1.—11. août.) in: Informations quotidiennes. Vol. 3. 1921. No 11—14. Genève. [Stg 1.]
112. *Danzig*, sein Deutschum u. d. Ausland. in: Die Brücke. Jg. 3. 1921. Nr 42. Danzig: Langfuhr.
113. *Das schlafende Deutschum in Litauen*. in: Die Brücke. Jg. 3. 1921. Nr 45. Danzig-Langfuhr.
114. *Dresdner*, Albert, Das deutsche Buch in Norwegen. in: Deutsche Verlegerztg. Jg. 2. 1921. Nr 20. S. 369. Leipzig: Dt. Verl.-Verein.
115. *Ernst*, Robert, 1. Tatsachen u. Stimmungen aus Elsaß-Lothringen. 2. Deutschland, Frankreich u. Elsaß-Lothringen. 3. Wirtschaftliche Grenzlandtraktik. Sonderdruck d. „Elsaß-lothring. Mitteilungen“ aus Nr 41, 42, 43. Freiburg: Bär & Bartosch.
116. *Ferenczi*, Emerich, Die internationale Regelung d. Aus- u. Einwanderung. in: Soziale Praxis u. Archiv f. Volkswohlfahrt. Jg. 30. 1921. Jena: Fischer.
117. *Flierl*, Friedrich, Die deutsche Bewegung in Kongreßpolen. in: Deutsche Arbeit. Jg. 21. 1921. H. 1. S. 13. Berlin: Siemens.
118. *Goad*, Harold E., Latin and Teuton in the Alto-Adige. in: Contemporary Review. 1921. Nr 671. London. [1. 12. 29. B 9. B 42. B 65. B 89. H 1. H 21. Stg 1.]
119. *Groos*, Wilhelm, Reste alten Deutschums in italienischen Hochtälern. in: Volk u. Heimat. Jg. 2. 1921. Nr 17/18. S. 171. Leipzig: Reclam.
120. *Haas*, Albert, Auswärtige Politik u. öffentl. Meinung in d. argentinischen Republik. in: Die deutsche Nation. Jg. 3. 1921. H. 10. S. 705. Berlin.
121. *Hunger-Nummer* d. Dt. Post aus dem Osten. An alle dt. Männer u. Frauen u. Kinder i. Deutschland, i. Europa, i. Amerika, u. wo sonst welche wohnen! An alle mitleidigen Herzen in d. Welt! Sonder-Nr d. „Deutschen Post aus dem Osten“. Jg. 2. 1921. Nr 35. Berlin.
122. *John*, Wilhelm, Deutschkundliche Woche in Danzig. in: Deutscher Volksrat. Jg. 3. 1921. Nr 27. S. 282. Danzig.
123. **Keidel*, Heinrich, Leiter der deutschen Schule in Orizaba [† 1921. s. „Der Auslandsdeutsche“. 1921, 14, 437], Das Kind in den deutschen Auslandsschulen. in: Preuß. Jahrbücher. Bd 186. 1921. H. 2. S. 185. Berlin: Stilke.
124. *Köhler*, Hermann, Zur Geschichte u. Entwicklung d. Deutschums i. Mexiko. I. II. in: Deutsch-mexik. Rundschau. Jg. 3. 1921. Nr 3. 4. Pfullingen: Knapp.
125. *Koffka*, Recht u. Rechtsgang in d. abgetretenen u. besetzten Gebieten. VII: Recht u. Rechtsgang im polnischen Abtretungsgebiet. C: Überleitung d. Rechtspflege. in: Deutsche Juristen-Ztg. Jg. 26. 1921. H. 21 22. Sp. 735. Berlin: Liebmann.

III. Zeitschriftenaufsätze

101. *Aldinger*, Kirchlich-kolonisatorisches Merkblatt f. dt.-evang. Einwanderer u. Ansiedler i. Santa Catharina, Parana und Mittelbrasilien. in: D. deutsche Auswanderer. Jg. 19. 1921. Nr 6. 9. Wittenhausen: Evang. Hauptverein.
102. *Aldinger*, Die Schulfrage in S. Catharina. II. Grundsätzliches. in: Dt. Evang. Blätter. Jg. 3. 1921. H. 7 S. 108. São Leopoldo: Rotermond.
103. *Andrian*, Leopold Freiherr v., Das erniedrigte u. das erhöhte Polen. in: Österr. Rundschau. Jg. 17. 1921. 1. u. 2. Sept.-u. 1. u. 2. Okt.-H. München: Drei Masken Verlag.
104. *Ateneo hispano-americano*. Estatutos del Ateneo hispano-americano de Berlin. in: Lateinamerika (A). 1921. Nr 21, S. 632. Berlin: Dt. Wirtschaftsverb. f. Süd- u. Mittelamerika.

126. Die Leistungen d. Deutschen in Argentinien während des Krieges u. in d. Übergangszeit. in: Volk u. Heimat. Jg. 2. 1921. Nr. 19. S. 178. Leipzig: Reclam.
127. Limbach, Reinhard, Der Schutz deutscher Werke d. Literatur u. Kunst in d. Ver. Staaten v. Amerika (nach Bestimmungen d. Friedensvertrages). in: Dt. Verlegerztg. Jg. 2. 1921. Nr. 18. S. 340. Leipzig.
128. Lux, Karl, Die Besiedlung d. Kuhländchens durch Deutsche. in: Heimatfreude. Jg. 1. 1921. H. 1. S. 17. Neutitschein: Enders.
129. Mazzucchetti, Lavinia, Das deutsche Buch in Italien. in: D. deutsche Buch. Jg. 1. 1921. H. 9. S. 13. Leipzig: Dt. Gesellsch. f. Auslandsbuchhandel.
130. Meinecke, Fr., Der „historische“ Anspruch Frankreichs auf das Saargebiet. in: Saarfrend. Jg. 2. 1921. Nr. 19. S. 267. Berlin: Saarverein.
131. Morley, Felix, Policies of unemployment. 1. England. 2. What Germany is doing. The policy of decasualization. in: The Nation and the Athenaeum. Vol. 30. 1921. No. 4. 6. London. [1. 12. B 42. Stg 1. Stg. 3.]
132. Neymarck, Pierre, Notes de statistique: La liberté d'émigrer des habitants de Strasbourg. in: Journal de la Société de Statistique de Paris. [1. Kl 3.]
133. Oncken, Hermann, Deutsch-Amerikanisches [Ausf. Besprechg. des Jahrbuchs der Deutsch-Amerikanischen Histor. Gesellschaft von Illinois. 1912—1919, Chicago]. in: Preuß. Jahrbücher. Bd 186. 1921. H. 2. S. 250. Berlin: Stilke.
134. Richter, Julius, Rundschau. Afrika. in: Allg. Missions-Zeitschr. Jg. 48. 1921. H. 8—10. Berlin: Warneck.
135. Das Saargebiet.
Inhalt: Dombrowski, Die offene Wunde Deutschlands. — Gradnauer, Das dt. Saargebiet. — Kraus, Der Schützling d. Völkerbundes. — Fleischer, Franz, Schulpolitik i. Saargebiet. — Vogel, Entwicklung u. Bedeutung d. dt. Saarindustrie. — Feder, Das Märchen von d. 150 000 Upterschriften. in: Europäische Staats- u. Wirtschafts-Zeitung. Jg. 6. 1921. Nr 19/20. Berlin.
136. Das Saargebiet sucht Hilfe beim Völkerbund [Auszug aus der dem Völkerbund eingereichten Denkschrift der deutschen Saarbevölkerung]. in: Saar-Freund. Jg. 2. 1921. Nr. 20. S. 283. Berlin: Saar-Verein.
137. Schilling, Alexander, Gedankengänge d. tschechischen Politik. in: Deutsche Politik. Jg. 6. 1921. H. 41. S. 969. Berlin: Dt. Verlagsges. f. Politik u. Geschichte.
138. Schöffner, Carl, Deutsche Verlegeraufgaben in Latein-Amerika. in: Dt. Verl.-Ztg. Jg. 2. 1921. Nr. 20. S. 371. Leipzig.
139. Schönmann, F., Das Deutsch-Amerikanertum. in: Grenzboten. Jg. 80. 1921. Nr. 40. S. 17. Berlin: K. F. Koehler.
140. Schreiner, G., Die Geschichte d. deutsch-evang. Synode v. Nordamerika. in: Deutsche evang. Blätter f. Brasilien. Jg. 3. 1921. H. 9. S. 140. São Leopoldo: Rotermond.
141. Timpe, Georg, 50 Jahre St. Raphaelsverein 1871—1921. in: St. Raphaels-Blatt. Jg. 32. 1921. Nr. 11/12. S. 88. Freiburg i. Br.: Caritas-Verl.
142. Ullmann, Hermann, Die Sendung d. Grenzdeutschtums. in: Deutsche Arbeit. Jg. 21. 1921. H. 1. S. 1. Berlin: Siemens.
143. Die Wahrheit über Oberschlesien [Sammlung von Aufsätzen, besonders oberschlesischer Gewerkschaftsführer]. in: Südd. Monatshefte. Jg. 18. 1921. H. 2. Leipzig u. München: Südd. Monatsh.
144. Noch einmal: Warum geht die Deutsche Mission nicht nach Neuyork? Ein Brief d. Hrsg. an e. neutr. Freund! in: Missionsblatt. Jg. 96. 1921. Okt. S. 73. Barmen: Westdt. Druckerei.
145. Worgitzki, Max, Der Gewinn der Volksabstimmung. in: Ostdeutsche Monatshefte. Jg. 2. 1921. H. 6. S. 243. Danzig.
146. Wundt, Max, Straßburg u. d. deutsche Gedanke. Rede, geh. in Jena bei d. Feier d. Univ. Straßburg (1621—1921). in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 5. 1921. H. 10. S. 629. München: Lehmann.
147. Deutsches Zeitungswesen in Brasilien. in: Zeitungs-Verlag. Jg. 22. 1921. Nr. 41. S. 1394. Berlin.
148. Zentralamerika. Volkswirtschaftl. Studie. in: Revista economica. Anno 8. 1921. No 11. S. 788. Tegucigalpa (Honduras). [1. B 27. H 3. Kl 3. Stg 1.]
- Nachtrag.
149. The Statesman's Year Book. 58th annual publ. London: Macmillan 1921. [12. 15. B 9. H 3. Kl 3. Stg 1.] [H 1 nur für 1920.]
- IV. Karten**
- Erde, gesamt.
150. Eine kleine Übersichtsskizze (Schwarz-Weiß-Druck) zeigt die Stahlerzeugung der Welt („Wirtschaft u. Statistik“. Jg. 1, H. 10, S. 447). Das Kärtchen kann auch sehr gut für Diapositivzwecke verwendet werden.
- Mitteleuropa.
- Schweiz, Österreich-Ungarn und Nachfolgestaaten.
151. Plan de la ville de Lausanne avec nomenclature des rues. 6me éd. M. 1 : 9000. Zürich: Orell Fübli. 4 S. Text. 36 : 52 cm.
Plan de la ville de Neuchâtel avec nomenclature des rues. 3me éd. M. 1 : 10 000. Zürich: Orell Fübli. 4 S. Text. 34 : 49 cm.
Übersichtliche, mit ausführlichen Straßenregistern versehene Stadtpläne mit ansprechender Kolorierung. Wünschenswert wäre nur noch die Angabe von Höhenlinien zur näheren Charakteristik des Stadtgebietes.
152. Tirol u. seine Grenzlande. M. 1 : 600 000. Berlin: Flemming & Wiskott, 1921. 56 : 63 cm. (Flemmings Generalkarten. Nr. 73.)
Vorwiegend politisch-geographische Karte, aber mit genügender Kennzeichnung des Geländes, das Gebiet von München bis Venedig umfassend. Die neuen Grenzen sind eingetragen, die alten zum Vergleich angegeben. Das Verkehrsnetz ist überall besonders farbig herausgehoben. Bei einer Neuauflage könnte ganz allgemein die Farbenwahl vielleicht noch etwas günstiger getroffen werden. Die Karte kann als Hand- u. Bureaukarte, namentlich zur Übersichtszwecke, Verwendung finden.
153. G. Freytag & Berndt's Kontorkarte d. tschechoslowakischen Republik. M. 1 : 600 000. Wien: Freytag & Berndt [1921]. 71 : 151 cm. K 25.—
Umfaßt die gesamte Tschecho-Slowakei mit den angrenzenden Gebieten. Farbig herausgehoben der verschiedenen Grenzen, der Flüsse, des Verkehrsnetzes und der wichtigsten Verwaltungssitze. Mit Rücksicht auf die praktischen Bedürfnisse des Kaufmanns ist besonderes Gewicht auf möglichst eingehende Darstellung der Ortschaften gelegt. Wir hegrüßen es, daß neben den deutschen Bezeichnungen der größeren Orte auch die amtliche tschechische Schreibung in Klammern beigefügt ist. Die Karte füllt damit eine große Lücke aus. Wir möchten aber anregen, bei einer Neuauflage den reichen Inhalt der Karte durch Beifügung eines Ortschaftsverzeichnisses zu erschließen; die Karte wird erst dann ihren Zweck, Nachschlagewerk für weiteste Kreise zu werden, voll erfüllen. Die Hauptkarte wird noch durch Beigabe einiger kleiner Nebenkärtchen der wichtigsten Hauptorte und ihrer Umgebungen ergänzt.
- Deutsches Reich und seine Grenzmarken, gesamt.
154. Dietrich Reimer's Handkarte. Das neue Deutschland. M. 1 : 1 Mill. Berlin: D. Reimer [1921]. 87 : 118 cm.
Politisch-geographische Karte; das Gebiet des Deutschen Reiches ist farbig besonders hervorgehoben; die angrenzenden Staaten sind einfach schwarz-weiß wiedergegeben. Die Karte ist besonders darauf gerichtet, die Folgen des Friedensvertrages von Versailles in territorialer Beziehung zu veranschaulichen, und dieses Ziel wird auch durch die gewählten Signaturen erreicht; wünschenswert wäre vielleicht noch die Beigabe statistischer Daten in der Legende gewesen. Leider enthält die Karte zu viele Ortsnamen, so daß die Übersichtlichkeit etwas leidet.
- Westdeutsche Grenzmarken.
155. Gea-Karte von Westdeutschland u. angrenzenden Gebieten. M. 1 : 800 000. Berlin: Gea-Verlag [1921]. 75 : 95 cm.
Politisch-geographische Übersicht, in ansprechender Ausführung, der Gebiete von Paris bis zur Linie Hamburg—Ulm umfassend, mit Flächenkenntnis für die verschiedenen Staaten und farbtiger Heraushebung der Besatzungslinien usw. Sehr sorgfältig ist auch das Verkehrsnetz eingetragen, so daß die Karte für die verschiedensten praktischen Zwecke gute Verwendung finden kann.
156. Eine Übersicht der nordwestdeutschen Kanäle mit besonderer Berücksichtigung der Kanalverbindungen zu den westdeutschen Kohlen- u. Industriegebieten enthält das Jahrbuch des Norddeutschen Lloyd in Bremen für das Jahr 1920/21.
157. Dietrich, Bruno, Karte d. oberschles. Industriedreiecks. Entworfen auf Grund v. Karten d. preuß. Generalstabes u. d.

Oberbergamtes Breslau. Breslau: Marcus 1921. 4 S. Text. 76 : 93 cm. M 5.—.

Farbige Darstellung der Siedlungen, der Verteilung von Ackerland und Wald sowie des Verkehrsnetzes, vor allem aber eine genaue Übersicht der einzelnen Industrieanlagen, insgesamt 142 an Zahl. Die Signaturen sind aber nicht glücklich gewählt, denn sie heben sich nicht deutlich genug von dem übrigen Inhalt der Karte ab, so daß sie trotz des großen Maßstabs nur als Handkarte Verwendung finden kann. Im übrigen begrüßen wir die Herausgabe dieser Industriekarte sehr, die eine längst gefühlte Lücke schließt.

158. Dietrich, Bruno, Die natürliche Grenze d. nordöstl. Oberschlesien [Kt. 1—4]. Breslau: Marcus (1921). 4 S. Text. M 5.—.

[1.] Karte d. Wegentfernung (Wegeferne). [auch u. engl. u. franz. Tit.] M. 1 : 200 000.

[2.] Karte d. Eisenbahnferne. [auch u. engl. u. franz. Tit.] M. 1 : 200 000. 34,5 : 45 cm.

[3. u. 4.] Die kulturelle Grenze d. oberschlesischen Nordostkreise. Verkehrskt. 1 a. 1 b. Entworfen auf Grund v. Karten d. preuß. Generalstabes. M. 1 : 100 000. 1 a = 70,5 : 55,5 cm. 1 b = 70,5 : 47 cm.

Die im ganzen plakartig gehaltene Karte bietet auf Grund der preußischen Generalstabskarten die Darstellung des Grenzstreifens von Landsberg südwärts bis Beuthen mit seinem Verkehrsnetz, der Verteilung der Siedlungen und des Waldes beiderseits der Grenze. Die Karte läßt mit einem Blick die großen kulturellen Gegensätze längs der Grenze erkennen und eignet sich ganz besonders für Demonstrationen. Zur Ergänzung sind noch die beiden kleineren, ebenfalls farbigen Karten der Wege- und Eisenbahnferne für die Grenzgebiete von Landsberg bis Tarnowitz beigegeben, die namentlich die verkehrsgeographischen Gegensätze längs der bisherigen deutsch-polnischen Grenze gut erkennen lassen.

159. Eine farbige Übersichtskarte mit Angabe der Eisenbahnen, der Wasserversorgung und elektrischen Kabel hat Volz seiner Schrift „Die wirtschaftsgeographischen Grundlagen der oberschlesischen Frage“ (Berlin: Stilke, 1921) beigegeben; sie soll die Einheit des Industriegebietes zeigen.

Ebenda eine farbige Karte der Verbreitung der wasserführenden Triasschichten und der Wasserversorgung des Industriegebietes, im wesentlichen nach der Darstellung von R. Michael.

Endlich ebenda noch eine Karte mit den Abstimmungsergebnissen. Hier ist die Gesamtzahl der in Oberschlesien abgegebenen Stimmen durch ein Feldernetz wiedergegeben und der prozentuale Anteil jedes Kreises durch Kolorierung eines der Zahl der Stimmen entsprechenden Felderanteiles eingetragen.

160. Eine auch für Diapositivzwecke geeignete Übersichtsskizze (Schwarz-Weiß-Druck) über Oberschlesiens Kraft- u. Wasserversorgung, bereits mit Angabe der neuen Grenze, enthält die Beilage „Kraft und Stoff“ zur Deutschen Allg. Zeitung, Nr 501 v. 30. X. 21.

161. Eine gute Übersichtsskizze der neuen Grenze Oberschlesiens (Schwarz-Weiß-Druck), die sich recht gut für Diapositivzwecke eignet, ist in „Wirtschaft u. Statistik“, Jg. I, H. 10, S. 474 enthalten.

Eine ähnliche Skizze auch in der Deutschen Allg. Zeitung Nr 488 v. 22. XI. 21.

Südosteuropa. Rumänien.

162. Bedeus, Baron Custav, Entwurf eines Komitatus Hermannstadt als Zusammenfassung d. Gemeinden mit e. sächs. Bevölkerung von über 100 Einwohnern. Gcz. von H. Wolf. M. 1 : 300 000. [Karte 1. 2.]. o. O. [1921].

Projekt einer Neuorganisation der Verwaltung und Neueinteilung der Komitate (autonomen Regierungsbezirke) in Großrumänien. Der Verfasser, der in der ungarischen Aera jahrzehntlang höhere Verwaltungsbeamter war und ein hervorragender Kenner der Geschichte und der statistischen Verhältnisse Siebenbürgens ist, hat als Basis für die deutschen Minoritätsforderungen in der Verwaltung diesen Entwurf bearbeitet, der die Zusammenfassung der Gemeinden mit sächsischer Bevölkerung von über 100 Einwohnern in einem besonderen Komitat „Hermannstadt“ vorsieht.

Asien.

163. Eine Übersichtsskizze (Schwarz-Weiß-Druck) der bestehenden und geplanten Eisenbahnen in Asien bietet die Beilage „Der Weltverkehr“ zur Deutschen Allg. Zeitung Nr 450 v. 25. IX. 21. Das Kärtchen kann sehr gut auch für Diapositivzwecke Verwendung finden.

Nordamerika und Mexiko.

164. Eine sehr gute, auch für Diapositivzwecke geeignete Übersichtskarte der mexikanischen Verkehrswege mit Angabe

der projektierten Eisenbahnen enthält die Beilage „Der Weltverkehr“ zur Deutschen Allg. Zeitung Nr 501 v. 30. X. 21.

Südamerika. Brasilien.

165. Eine sehr instruktive Folge von 4 Übersichtskärtchen (sämtlich Schwarz-Weiß-Drucke) des Staates Matto Grosso, die auch für Diapositivzwecke sehr gut Verwendung finden können und in der Deutschen Auswandererzeitung Jg. 1921, Nr 43 veröffentlicht sind, stellen die physischen, bodenkundlichen, wirtschaftlichen und siedlungsgeographischen Verhältnisse dieses Staates dar. Die 4 Kärtchen zeigen in sehr schöner Weise, welche Kartenunterlagen für eine sachgemäße Beurteilung von Ansiedlungsgebieten notwendig sind.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

In der von Dr. Adolf Grabowsky geleiteten Zeitschrift „Das neue Deutschland“ spricht ein ungenannter Verfasser über das Thema „Das Auslandsdeutschtum nach der Revolution“. Er stellt die beiden gegenteiligen Ansichten einander gegenüber, die behaupten, die Auslandsdeutschen seien total materialisiert, es sei mit deutscher Geistigkeit bei ihnen kein Staat zu machen, sie seien noch viel schlimmer wie die Inlandsdeutschen, und die andere Ansicht, die von den Rechtsparteien vertreten werde, die Auslandsdeutschen seien Muster deutscher und nationaler Gesinnung. Dem hält der Verfasser die Worte gegenüber, die auch wir an dieser Stelle zitiert haben, die im Jahresbericht des „Deutschen Bundes“ von Batavia über die wahre Einschätzung der Auslandsdeutschen gebracht werden. Die dort für die Auslandsdeutschen reklamierte überparteiliche Stellung will der Verfasser allerdings nicht anerkennen, wenn er auch sagt, daß der Flaggenwechsel ein Unsinn gewesen sei, und zwar vom Sparsamkeitsstandpunkt, vom ästhetischen, wie auch vom psychologischen Standpunkt aus, so findet er doch das Benehmen der Auslandsdeutschen der deutschen Flagge, der deutschen Republik gegenüber unglaublich. Er führt Beispiele aus Bogota in Kolumbien und Peru an, wo sich die Deutschen in einer für die deutsche Republik beleidigenden Form gegen die schwarz-rot-goldene Flagge gewandt hätten, und betont, die Flaggenfrage sei keine bloße Äußerlichkeit, sondern stelle eine grobe Nichtachtung der deutschen Republik dar, „eine so grobe Kränkung allen neuen Wollens in Deutschland, daß sich kaum denken läßt, wie noch eine Brücke zu schlagen ist“. Solange eine Verfassung bestehe, müsse sie auch von den Auslandsdeutschen geachtet werden. Daß die deutsche Würde in ihre Hände gegeben sei, dessen sollen sich auch die Auslandsdeutschen stets erinnern.

Neue Zeitschriften.

Herausgegeben von Dr. Walther Neuirth erscheint in Wien 8 mit dem Untertitel „Zeitschrift zur Festigung des geistigen Zusammenhanges aller deutschen Stämme“ die erste Folge von „Mutterland“.

Das „Mutterland“ will nach seinem Geleitwort das deutsche Selbstbestimmungsrecht verfechten. Sein Ziel ist ein deutscher Freistaat, der ohne Rücksicht auf geschichtliche Grenzen alle deutschen Stämme umfassen soll, die auf Grund ihrer unzweideutigen Willensmeinung diese Vereinigung anstreben. Der deutsche Freistaat, der das ganze geschlossene deutsche Sprachgebiet ohne Schweiz, Luxemburg und Liechtenstein umfassen soll, soll auf friedlichem Wege durch Aufklärung des schlecht unterrichteten Auslands erstrebt werden. Das erste Heft der Zeitschrift erläßt ein Preisausschreiben, das bei den heutigen Verhältnissen phantastisch anmutet: da nach Ansicht des Herausgebers keine der vorhandenen Städte den an eine deutsche Reichs-

hauptstadt zu stellenden Anforderungen entspricht, sollen die Einsender in Form eines Aufsatzes angehen, wo die neue Hauptstadt liegen und wie sie beschaffen sein soll.

Größeren praktischen Wert möchten wir dem Aufsatz bei-

messen, der die neue, von dem bekannten Statistiker Dr. Wilhelm Winkler in Wien bearbeitete Sprachenkarte von Mitteleuropa geleitet. Die Karte selbst wird von unserer Kartenabteilung in der Bibliographie besprochen werden.

VON UNSERER ARBEIT

Nachruf

In Hamburg verstarb das Mitglied unseres Wissenschaftlichen Beirats, Herr Professor Dr. Karl Rathgen, der von 1882–1890 an der Universität in Tokio wirkte und auf weiten Reisen nicht nur Japan, sondern auch China und Nordamerika kennen lernte und der auch später als Austausch-Professor an der Kolumbia-Universität in Neuyork mit seinen Vorlesungen über deutsche Kolonialpolitik große Erfolge hatte. Seit Errichtung der Hamburger Universität, deren erster Rektor er war, hat Professor Rathgen als Nationalökonom und Kolonialpolitiker in Hamburg eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Sein Werk über Japans Volkswirtschaft und Staatshaushalt, ebenso wie sein kleineres Buch über die Kultur der Japaner ist grundlegend für ostasiatische Fragen geworden. Für Fragen des Auslandsdeutschums und namentlich auch der Auswanderung, über die er Arbeiten veröffentlicht hat, hat Professor Rathgen stets ein sehr lebhaftes Interesse bekundet. Der Wissenschaftliche Beirat und der Vorstand des D. A. I. werden seiner Mitarbeit am Deutschen Ausland-Institut stets dankbar gedenken.

Besichtigungen

Am 12. November besuchten die zu einer amtlichen Konferenz im Württembergischen Ministerium des Innern versammelten Herrn Oberamtsvorstände der württembergischen Oberämter das Deutsche Ausland-Institut. Den etwa 50 Herren wurde der gesamte Betrieb und die Einrichtungen des D. A. I. gezeigt und in einer anschließenden Erörterung die wesentlichsten Wünsche der Auswanderer und der Auswandererberatungsstelle des D. A. I. vorgetragen. An diese Erörterung schloß sich sodann eine Besichtigung der Auswanderungsausstellung.

Vorträge

Die Reihe der Wintervorträge in Stuttgart wurde am 2. November mit einem Lichtbildervortrag unseres Bibliothekars, Studienrat Dr. Mannhart, über das Thema „Kulturpropaganda des Auslandes“ fortgesetzt, am 16. November folgte ein Lichtbildervortrag des Herrn Karl Schöffers, Leipzig, über das Thema: „Mit deutschen Künstlern von Mexiko bis Patagonien“.

Anlässlich der Auswanderungs-Ausstellung fanden eine Reihe ausgezeichnet besuchter Sonder-Vorträge über Auswanderungsfragen statt. Es sprachen der Leiter der Ausstellungsvorbereitungen, Oberstleutnant a. D. von Kiesling-München über „Die Geschichte der Auswanderung“, Herr Kapitän Herbert-Hamburg über das Thema „An Bord eines Auswandererschiffs“, Herr Pfarrer Grisebach über „Landwirt und Auswanderung“ und über „Einzel- oder Genossenschafts-siedlung“, und Herr Hauptmann a. D. Schmude gemeinsam mit Herrn Siedlungsmeister Schäfer über „Auswanderung oder Binnensiedlung“. Sämtliche Vorträge waren mit Lichtbildern reichlich ausgestattet.

Auch die Vorträge außerhalb Stuttgarts haben eingesetzt. In Lindau sprach im Katholischen Gesellenverein das Mitglied

unseres Wissenschaftlichen Beirats, Professor Dr. Aufhäuser-München über „Auswanderungsfragen“, in den in Tübingen von unserem Vorstandsmitglied Professor Dr. Uhlig-Tübingen geleiteten auslandkundlichen Vorlesungen des Instituts an der Universität sprach Herr Studiendirektor Dr. Gaster-Berlin über „Die deutsche Auslandsschule, ein Aktivposten in der deutschen Weltwirtschaft“ und ferner (diesen Vortrag in Verbindung mit der Kolonialgesellschaft und dem Frauenverein für deutsche Übersee) Frau Fides Kuiper über „Der gegenwärtige Stand der Kolonialfrage“, Herr Hauptmann Schmude und Herr Siedlungsmeister Schäfer wiederholten ihren Vortrag für das Institut in Ulm, in Heilbronn und in Tübingen.

Der Leiter der Ostasienabteilung, Hans Lambertz, hielt am 3. November einen Lichtbildervortrag in spanischer Sprache in der „Deutsch-Spanischen Vereinigung Württembergs“, E. V. Stuttgart, über Japan; am 10. November sprach er über das gleiche Thema auf dem Schwesternabend der Freimaurerloge „Zu den drei Cedern“, Stuttgart, und am 20. November im „Christlichen Verein junger Männer“ in Gablenberg. Mit einem Lichtbildervortrag über China leitete er am 16. November eine Reihe von 8 Schülervorträgen ein, die in diesem Winter über Ostasien gehalten werden. Abteilungsleiter Ankenbrand sprach am 29. Oktober im „Evangelischen Volksbund“ zu Wangen über „Religionen, Sitten und Gebräuche in Indien“ und am 4. November in der Ortsgruppe Cannstatt des „Württembergischen Freidenker- und Monistenbundes E. V.“, über „Die heiligen Stätten der drei großen Weltreligionen in Asien“ mit Lichtbildern.

Bitte!

Die so ungeheuer stark wachsenden Kosten unseres Betriebes, der Löhne und Gehälter, der Papierpreise und Materialpreise veranlassen das Deutsche Ausland-Institut zu einer Bitte. Der Vorstand hat zwar beschlossen, unter allen Umständen an dem gemeinnützigen Charakter des Instituts festzuhalten, der volle Unentgeltlichkeit aller von uns gegebenen Auskünfte für Auswanderer und Stellensuchende, in Steuer- und juristischen Fragen, wie überhaupt in allen Fragen des Auslandsdeutschums und der Auslandskunde bedingt. Wohl aber wäre es uns willkommen, wenn Anfragende unsere Arbeiten auch dadurch unterstützten, daß sie uns das Porto für die Rückantwort beilegen. Das bedeutet für den einzelnen ein geringes Opfer, das er auch einem gemeinnützigen Institute nicht verübeln wird, und bedeutet für uns die Möglichkeit, viele Tausende von Mark an anderen Stellen des Instituts, wo sie dringend gebraucht werden, zu verwenden und sie zum weiteren Ausbau unserer Institutseinrichtungen zu benutzen. Jeder, der also dieser unserer Bitte entspricht, nützt damit zu einem kleinen und für ihn selbst kaum ins Gewicht fallenden Teile der Sache, der wir dienen.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 22. November 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Drahtanschrift: Auslandsinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT

FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS



UNIVERSITY OF ILLINOIS

CHICAGO

„Der Auslandsdeutsche“ erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland-Institut mit einem Mindestbeitrag von 40 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 10 Mark, im Ausland von 15 Mark, erhoben. • „Der Auslandsdeutsche“ kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 60 Mark jährlich, 15 Mark vierteljährlich. Preis des Einzelheftes 9.— Mark.

Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Werth-Immer-Stuttgart

Jahrg. IV — Nr. 24

STUTTGART

Zweites Dezemberheft 1921

Das Revaler Deutsche Theater nach 1910

Von O. SCHOTT, Intendant des Revaler Theaters

Das neuerbaute Haus wurde im Herbst 1910 durch eine Festvorstellung eingeweiht, an der die ganze deutsche Gesellschaft den größten Anteil nahm. Die Freude, wieder eine würdige Stätte für die darstellende Kunst zu besitzen, war eine große und allgemeine. Und das mit vollem Recht, denn nur dank großer Opferfreudigkeit und eifrigster Tätigkeit vieler war es möglich geworden, ein so stattliches, allen Anforderungen entsprechendes Gebäude hinstellen zu können. Es darf nicht vergessen werden, daß die ganze Revaler Gesellschaft, d. h. der deutsche Kreis, nur gegen 10—12000 Personen zählt und daß diese ohne jede Beihilfe oder Unterstützung das Werk beginnen und durchführen mußten. Nur der Bauplatz war von der Stadt unentgeltlich gestellt worden, alles andere mußte durch Sammlungen und Stiftungen aufgebracht werden. Es gelang dieses dank der regen uneigennützigen Tätigkeit einer Gruppe von Herren, die es verstanden hatten, in den breiten Kreisen der deutschen Gesellschaft das Interesse am Theaterbau zu wecken und rege zu erhalten. Unter ihnen sind besonders die beiden Brüder John und Georg Scheel zu nennen, die beide durch persönliche Arbeit und reiche Zuwendungen Großes geleistet haben. Beide teilen nicht mehr unter den Lebenden. In dankbarer Anerkennung ihrer großen Verdienste wurde von der Generalversammlung des Vereins beschlossen, ihre Bilder im Vorstandszimmer des Vereins aufzuhängen.

Das Gebäude selbst ist ein durchgängig massiver Steinbau, im Inneren und Äußeren mit vornehmer Einfachheit durchgebildet und mit allen notwendigen Einrichtungen ausgestattet, die für ein neuzeitliches Gebäude notwendig sind. Es war in nichts gespart worden und einige Einzelheiten, die sich nicht als vollkommen zweckentsprechend oder zu klein erwiesen, wurden sofort in die richtige Form und Größe gebracht. Das Theater konnte trotzdem ganz ohne Schulden seinem Zweck zugeführt werden und ist auch jetzt, nachdem der Krieg mit seinen Wechselwällen vieles geändert hat, schuldenfrei erhalten worden.

Die Direktion und Führung des Betriebes wurde nach längeren Beratungen und Verhandlungen dem Direktor Galotzy übertragen, der für dieses Recht dem Verein eine ganz geringfügige Pacht zahlte. Galotzy war verpflichtet, Vorstellungen in deutscher Sprache zu geben und zwar in der ersten Zeit Schauspiele und Operetten, während Opern, als zu große Mittel beanspruchend, von ihm nicht gefordert wurden. Trotzdem hatte er aus eigenem Antrieb einige leichtere Opern aufgeführt und beabsichtigte trotz des zu erwartenden geringen persönlichen Vorteils in der

Saison 1914—1915 auch eine volle Operntruppe zu engagieren. Da in Reval das Theater im Sommer geschlossen war, so gab Galotzy während dieser Zeit Vorstellungen in den Sommertheatern in Hapsal und Dorpat. Bei Beginn des Weltkrieges befand er sich am letzteren Orte und wurde sofort mit seiner ganzen Truppe, die beinahe ausnahmslos aus Reichsdeutschen und Österreichern bestand, festgenommen. Die meisten von ihnen, besonders die Männer unter 45 Jahren, wurden nach Ostrubland verschickt. Ein Teil des weiblichen Personals und die älteren Mitglieder, darunter Galotzy selbst, durften nach Deutschland zurückgehen. Daß jede deutsche Veranstaltung absolut verboten war, ist selbstverständlich und somit war auch das Theater in Reval seinem eigentlichen Zwecke fürs erste entzogen.

Es wurde sofort von den militärischen Behörden mit Beschlag belegt und einige Wochen lang als Kaserne benutzt. Es war ein ganzes Bataillon darin untergebracht, doch gelang es, im Hinweis auf die Feuersgefahr, zu verhindern, daß auch der Zuschauerraum, die Bühne und die Ankleideräume der Schauspieler zur Benutzung kamen. Die damals noch straffe Disziplin und die Möglichkeit, mit dem Kommandeur des Bataillons zu verhandeln, ließen es erreichen, daß das Gebäude soweit geschont wurde, daß tatsächlich nach Abzug des Militärs die Schädigungen so geringfügig waren, daß ohne weitere Remonten und nur sehr energischer Säuberung wieder Vorstellungen beginnen konnten, natürlich nicht in deutscher Sprache. Um das Gebäude überhaupt zu erhalten und besonders vor der Enteignung zu schützen, wurde es einem Direktor Linneberg verpachtet, der darin russische und estnische Vorstellungen gab. Äußerlich mußte es durch die Aufschrift „Russisches Theater“ gekennzeichnet werden. Aber es ging doch nicht verloren und da der neue Direktor auch das gesamte Haus und technische Personal beibehielt, so wußte der Verein wenigstens, daß sein bewegliches Eigentum ebenfalls in altbewährten Händen verblieb.

Ein kritischer Moment trat ein, als das alte Zarenreich in Trümmer ging und die Bolschewiken ans Ruder kamen. Institutionen, wie Theater und ähnliche sollten sämtlich als Nationaleigentum erklärt werden und natürlich drohte dem deutschen Theater das gleiche Schicksal. Diese Nationalisierung wurde dadurch verhindert, daß die Haus- und technischen Angestellten zusammen mit einem Teil der Schauspieler erklärten, daß der Verein und der Direktor ihnen Geld schulde und daß sie sich, da keine andere Sicherung bestehe, am Theatergebäude schadlos halten müßten. Sie schufen eine Genossen-

schaft für Ausnützung des Theatergebäudes und die damaligen Machthaber mußten, da es sich um die Interessen von „Arbeitern“ handelte, sich diese Erklärung gefallen lassen. Das Theater war also zeitweilig „Eigentum“ einer „Genossenschaft“, die den früheren Direktor Linneberg „anstellte“. Da die Mitglieder dieser Genossenschaft zum größten Teile aus den Angestellten der deutschen Zeit stammten, so wurde das Theater Eigentum auch diesmal verhältnismäßig gut behandelt und die Verluste daran waren nur geringe. Gespielt wurde in estnischer und russischer Sprache. Auf kurze Zeit ließ sich diese Einrichtung halten, was aber weiter geschehen wäre, wenn die Bolschewiken Zeit gehabt hätten, sich besser zu organisieren, läßt sich natürlich nicht fest voraussagen, wohl aber vermuten, daß es doch dem deutschen Theater nicht anders ergangen wäre wie gleichen anderen Instituten — es wäre vom „Genossenschafts-“ zum Staatseigentum geworden.

Von dieser Sorge wurde der Verein durch das Einrücken der deutschen Truppen in Reval befreit. Die „Genossenschaft“ gab dem Verein sofort das Gebäude zurück und mit Unterstützung der deutschen Behörden wurden sofort Schritte getan, um nach dreijähriger Unterbrechung wieder deutsche Aufführungen ins Leben zu rufen. Nach kurzen Verhandlungen wurde das Theater dem Direktor Bluhm mit der Bedingung, darin „deutsche Vorstellungen“ zu geben, übergeben. Im August 1918 wurde mit ihm ein regelrechter Vertrag abgeschlossen. Im Sommer 1918 wurde auch nach drei Jahren wieder eine Generalversammlung abgehalten, die aber ein eigentümliches Bild zeigte. Außer dem Vorstände und den beiden Kommissionen, die laut Satzungen des Vereins amtierten, war nur ein Mitglied erschienen. Es lag nicht an mangelndem Interesse für das Theater, aber das von Kriegereignissen durchgeschüttelte Land mußte erst wieder zu einer Beruhigung und der einzelne zu einer normalen Lebensführung kommen, ehe er Zeit finden konnte, Fragen, wie die des Bestehens des Theaters näher zu treten. Ein Teil der Mitglieder des Vereins war von den Bolschewiken nach Sibirien verschickt worden und eben erst zurückgekehrt, ein anderer war nach Deutschland geflüchtet und auch erst vor kurzem wieder nach Hause gekommen und beide Gruppen hatten mit Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten so viel zu tun, daß freie Zeit ihnen nicht zur Verfügung stand. Der Vorstand mußte also ganz selbständig handeln und viel Energie aufbieten, um wieder ins richtige Geleise zu kommen.

Die Direktion Bluhm fand einen sehr plötzlichen Abschluß durch die Revolution im deutschen Militär und die dadurch hervorgerufene Umwälzung aller bestehenden Verhältnisse. Nur einige Tage dauerten die deutschen Vorstellungen. Dabei bot der Zuschauerraum ein eigenartiges Bild. Zivil war nur wenig zu sehen, Offiziere fehlten ganz: in den ersten Reihen saßen nur Soldaten, unter ihnen in überwiegender Zahl Matrosen. Besucher aus der Revaler deutschen Gesellschaft sahen ein gut bekanntes Bild: „Genau wie zur Bolschewikenzeit.“ Schon nach drei Tagen erhielt Direktor Bluhm die Aufforderung, sich mit seiner Truppe zur Abreise nach Deutschland bereit zu halten. Diese erfolgte tatsächlich auch schon am nächsten Tage.

Damit war aber auch jede Möglichkeit, deutsche Vorstellungen geben zu können, erloschen und die Hoffnungen dafür für die Zukunft sehr geringe. Wieder begann für die deutsche Gesellschaft und jeden einzelnen unter ihr eine Zeit der bittersten Sorgen. Die deutsche Okkupationszeit hatte den Gegensatz zwischen Esten und Deutschen nicht zu mildern vermocht, sondern noch weiter verschärft. Ungeeignete Ratgeber und das eigene Unvermögen, mit fremden Völkern richtig umzugehen, das dem Deutschen eigen ist, hatte viele falsche Maßnahmen

und Bestimmungen hervorgerufen, und die kleinlich-schroff ausgeführten Requisitionen von Lebensmitteln, verbunden mit viel zu niedrigen Zahlungen dafür hatte unter der Bevölkerung nicht mit Unrecht eine tiefe Verstimmung gegen die deutschen Behörden hervorgerufen. Diese übertrug sich naturgemäß auch auf den einheimischen deutschsprechenden Teil der Bevölkerung, da diesem ein Teil der Maßnahmen bzw. der Urheberchaft dafür zugeschoben wurde. Bis zum kleinsten Teil mit Unrecht. Aber es bestand keine Möglichkeit, darüber geeignete Aufklärungen zu geben. Dazu drohte wieder die Gefahr durch die Bolschewiken und dieses alles bewirkte, daß Deutsch-Balten in Scharen das Land verließen. Natürlich hatten überhaupt noch wenige Interesse daran, ob das Theater weiter bestehen bliebe oder nicht. Es wurde schon ernsthaft über Verkaufsnotwendigkeit diskutiert. In dieser Lage war der Vorstand wieder ganz auf sich angewiesen und darunter wieder diejenigen Persönlichkeiten, denen die Sache am nächsten lag. Unter der neuen estnischen Regierung wurde schon am vierten Tage nach Abzug des Direktors Bluhm dessen Vertrag an den früheren Direktor Linneberg zediert, wobei nur die einzige Änderung eingetragen wurde, daß er nicht verpflichtet sei, „deutsche Vorstellungen“ zu geben. Der neue Direktor konnte aber mit seinen Vorstellungen nicht sofort beginnen, denn die „neue“ deutsche Militärbehörde hatte noch das Theater als Kaserne requiriert und nutzte es für diesen Zweck bis zum letzten Augenblicke aus. Es bedurfte diesmal großer Energie, um das Eigentum des Vereins vor größeren Verlusten zu bewahren, denn ein Teil der deutschen Soldaten schien es mit dem Unterschied zwischen mein und dein nicht mehr so genau zu nehmen und versuchte es, verschiedene Gegenstände aus dem Theater zu entfernen und für „eigene Rechnung“ zu verkaufen. Erst der sehr energische Einspruch des Theaterarchitekten und der beschämende Hinweis, daß „das deutsche Militär sich moralisch niedriger wie die Bolschewiken zeigte“, schaffte Einhalt und bewog die besseren Elemente, eine Sammlung zu veranstalten, um den schon entstandenen Schaden zu decken und um zu zeigen, daß „die Abteilung nicht mit dem Treiben einiger ihrer Glieder einverstanden sei und ihren Namen rein wissen möchte“.

Nach Abzug der deutschen Okkupationstruppen begann Linneberg seine Vorstellungen. Es wurde estnisch gespielt. Für deutsche Vorstellungen fehlte es sowohl an Schauspielern wie an Publikum. Das letztere hatte wichtigere Sorgen. Die Bolschewikengefahr wurde immer größer. Kurz vor Weihnachten standen diese nur noch dreißig Kilometer von Reval und alles wartete voll Furcht ihrer Ankunft. Erst in zwölfter Stunde nahm der Krieg gegen sie eine günstigere Wendung und im März 1919 konnte Estland als von diesen Horden befreit betrachtet werden. Für das deutsche Theater waren aber die Sorgen noch nicht vorüber. Im Februar 1919 wurde das Theatergebäude wieder als „Fronttheater“ benutzt. Die Vorstellungen wurden von einer estnischen dramatischen Truppe gegeben, und zwar an den Montagnachmittagen, während in der sonstigen Zeit die Truppe zum eigenen Besten spielte. Trotz sofort eingeleiteter Schritte, die Requisition rückgängig zu machen, gelang dieses doch erst im Juli 1920, nachdem mit obiger Gesellschaft ein zweijähriger Pachtvertrag auf gegen seitigen kulantem Bedingungen abgeschlossen worden war, der in Kraft treten sollte, sobald die Requisition aufgehoben sei. Dieser Vertrag war in solcher Form abgefaßt, daß nicht eine bestimmte Zahlung vorgesehen, sondern diese von der Höhe der jeweiligen erhobenen Eintrittspreise abhängig war, also mit der Größe dieser stieg oder fiel. Außerdem stand ein Tag in der Woche dem Theaterverein zu seiner Verfügung, wobei der Mieter B.

nung, Beheizung und Beleuchtung unentgeltlich mitliefern sollte. Es war außerdem im Vertrage noch vorgesehen, daß der Verein noch weitere Tage in der Woche für sich beanspruchen konnte, wobei auch hier nicht ein fester Preis, sondern wie oben jeweils erhobenen normalen Eintrittspreise maßgebend waren.

Schon im Frühling 1920 waren die Montag-Abende von der Theaterverwaltung dem Verein zur Verfügung gestellt worden und hatte eine Truppe von Liebhabern eine Reihe von Vorstellungen veranstaltet. Im Herbst 1920 wurden mit dieser Truppe Verhandlungen angebahnt, die zum Resultat führten, daß diese sich ganz dem Theaterverein zur Verfügung stellte und als „eigene Truppe“ des Vereins anfang, Vorstellungen in den schmaleren Zwischenräumen zu geben. Es war dieses auf jeden Fall der beste Ausweg, um das Interesse an der darstellenden Kunst nicht ganz einschlafen zu lassen, da in absehbarer Zeit nicht mit der Möglichkeit gerechnet werden konnte, eine Truppe von Berufsschauspielern zu halten. Leiter der „eigenen Truppe“ war (und ist) ein hiesiger Verehrer der darstellenden Kunst, der Großkaufmann Hugo Schwartz, dem in seinen Belangen, betreffend die Tätigkeit der Truppe, vollkommen freier Hand gelassen wurde, während der Vorstand sich nur das Recht

zum Vorschlage der Verwendung der Reingewinne, die durchgängig zu wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken verwendet werden sollten, vorbehielt. Der nähere Verkehr mit dem Leiter der Truppe wurde dem Intendanten des Vereins, dem früheren Theaterarchitekten Otto Schott übertragen, der auch den gesamten Verkehr mit den sonstigen Gesellschaften, Behörden und Vereinen führen mußte, und dem auch die gesamte Wirtschaftsrung zugewiesen wurde. Die Gründung eines solchen Postens te sich im Laufe der letzten Jahre als immer notwendiger ausgestellt, da der Geschäftsverkehr ein immer lebhafterer wurde und das Theater vor ganz neuen wichtigen Aufgaben stand, die nicht durch einen naturgemäß langsamer arbeitenden Vorstand erledigt werden konnten, wenn die Sache selbst nicht Schaden leiden sollte. Es kam nämlich darauf an, das Theater in seinen Betrieb so zu gestalten, daß aus dem letzteren sich Einnahmen erzielen ließen, die für die deutsche Wohlfahrtspflege von großer Wichtigkeit waren. Die deutsche Gesellschaft war durch die Kriegsläufe in ihrem Wohlstande sehr geschädigt worden: ein Teil von ihr, und zwar gerade der wohlhabendere, war aus dem Lande gezogen, ein anderer soweit verarmt, daß dringend in einer oder anderer Weise Beihilfe brauchte. Außerdem mußten, um die deutsche Kultur nicht untergehen zu lassen, Schulen und andere Kultureinrichtungen unterhalten werden, die ohne Beihilfe allein nicht weiter bestehen konnten. Es fehlte, um die vorgesteckten Ziele zu erreichen, alle Mittel, die sich überhaupt auffinden machen ließen, mit herangezogen werden, eingeschlossen auch das deutsche Theater. Die „eigene Truppe“ war verpflichtet, ihren gesamten Reingewinn allein den Wohlfahrtszwecken zu überweisen, durfte aber die Einnahmen und Institutionen nennen, denen sie von Fall zu Fall betreffenden Summen zugewiesen sehen wollte. Die von der „eigenen Truppe“ nicht ausgenutzten Montage wurden an Dritte vermietet. Der Mangel an Kostümen für Aufführungen, der sich in der Stadt bemerkbar machte, wurde vom Verein dadurch ausgenutzt, daß er anfang, aus seinem reichhaltigen Fundus Kostüme auszuleihen. Alle diese und noch eine Reihe anderer Maßnahmen machten es möglich, nicht nur das Gebäude selbst zu unterhalten, sondern auch nicht unbedeutende Summen für gemeinnützige Zwecke bereit zu stellen. Was besonders die Verleihung von Kostümen anbetrifft, so war damit noch ein weiterer menschenfreundlicher Zweck verbunden. In der Stadt

halten sich zurzeit eine größere Reihe von aus Rußland geflüchteten Schauspielern auf, die sich mühsam ihr Brot durch Vorstellungen verschiedenster Art verdienen. Da sie in den allermeisten Fällen kein Stück eigener Garderobe aus Rußland hatten mitbringen können, so wären sie nicht in der Lage, sich auf diese Weise einen Erwerb zu schaffen, wenn ihnen nicht der deutsche Theaterverein aus seinen Beständen damit aushelfen würde. Die geringe Gebühr, die sie dafür zahlen, ist so klein, daß ihr Verdienst dadurch kaum geschmälert wird und die Einnahmen, die der Verein daraus hat, wird wieder für gemeinnützige Zwecke bereitgestellt. Alles dieses forderte dringend eine Persönlichkeit, die bei genügendem technischen Wissen wenigstens einige Stunden täglich im Theater anwesend und dort zu sprechen war, die über alles dort Geschehendes stets eingehende Kenntnis hatte und die im gegebenen Falle sofortige Entscheidungen treffen konnte. Diese Persönlichkeit bildet gleichzeitig auch die Verbindung zwischen den verschiedenen Interessenten und dem Vorstände und entlastet letzteren von sonst notwendig werdenden Sitzungen und Besprechungen, die, da sie immer mehrere Personen in Tätigkeit setzen, unnötige Zeitverluste mit sich führen.

Im ganzen sind zurzeit im deutschen Theater vier Truppen ständig tätig, die „eigene Truppe“ des Vereins, eine estnische dramatische Gesellschaft, eine russische dramatische Truppe und ein russisches Opernensemble. Außerdem werden einzelne Abende noch an sporadisch auftretende Entrepreneure abgegeben, darunter mit einer gewissen Regelmäßigkeit an die Ballettschule der Frau Litwinow, an die „plastischen Tanzkurse“ von Fräulein Wine Laine und an ein jüdisches dramatisches Liebhaberensemble. Die „eigene Truppe“ gibt ihre Vorstellungen in Zwischenräumen von ungefähr drei Wochen. Ein häufigeres Auftreten ließ sich nicht ermöglichen, weil sämtliche Mitglieder ihrem Brotberuf nicht mehr Zeit für Proben usw. abnehmen durften und ihnen die schauspielerische Tätigkeit keine Einnahmen gewährt, da nach der Abmachung den Mitwirkenden keinerlei Vergütung gezahlt werden darf. Die einzige Einnahme, die der Truppe als solcher zufällt, sind 45 % aus der Garderobengebühr, welche dazu bestimmt ist, einen kleinen Fonds zu sammeln, aus welchem Ausgaben, die der Verein nicht übernehmen kann, bestritten werden. Es ist geplant, im nächsten Jahre die Aufführungen etwas häufiger stattfinden zu lassen, evtl. auch einige Berufsschauspieler zu engagieren, um die Leistungen der Truppe, die für Liebhaber sehr gute sind, noch weiter zu heben und besonders die Regie in Fachhände zu legen.

So hat das deutsche Theater seit seinem Einzuge in sein neues Heim einen sehr häufigen Wechsel oft einschneidendsten Charakters durchgemacht. Was weiter seine Schicksale sein werden, läßt sich auch nicht annähernd voraussagen, wie ja auch die Zukunft des Landes selbst noch nicht voll geklärt ist. Es kann nur gewünscht und gehofft werden, daß ihm nach vielen trüben Tagen auch hellere und freundlichere beschied sein mögen, und daß die Zukunft nicht mehr so schwere Sorgen für seinen Bestand und sein Heim dem Verein aufbürden möge. Daß es bis jetzt in seinen Irrfahrten durch die Klippen der Verhältnisse nicht Schiffbruch erlitten oder schwere Beschädigungen erhalten hat, ist das besondere Verdienst seines Vorsitzenden Baron Alexander Rosens, der es verstanden hat, es mit sicherer Hand durch die verschiedenen Schwierigkeiten zu steuern und in den jetzigen Nothafen zu bringen. Der Name Rosen ist mit der Geschichte des deutschen Theaters in Reval eng verknüpft und aus Protokollen aus früherer Zeit ist zu ersehen, daß beinahe immer ein Mitglied dieser kunstsinnigen Familie tätigen Anteil an seinem Bestehen und Gedeihen gehabt hat.

Der Stand der Auslandskunde

VII. Tabelle der auslandkundlichen Vorlesungen

im Winter

(V) = Vorlesung, (Ü) = Übung. (Die eingeklammerten Ziffern bezeichnen die Zahl der Wochenstunden).

A. Universitäten	Länder-, Völker- und Staatenkunde	Volkswirtschaft	Geschichte (auch Kolonialgeschichte)
I. Berlin	1. Geologie von Afrika mit bes. Berücks. der deutschen Schutzgebiete (V) (1). Range (PD). 2. Die Vegetation der Erde (V) (1). Diels (oP). 3. Anthropologie der Mittelmeerländer (V) (1). v. Luschan (oP). 4. Die Völker Südamerikas (V) (1). Max Schmidt (PD). 5. Staatenkunde der Gegenwart I (V) (2). Vogel (oP). 6. Deutschland u. d. Staaten d. Gegenw. II (V) (2). Häpke (PD). 7. Übungen z. Landeskunde Rußlands (Ü) (4). Pehle (PD). 8. Geographie d. Menschen II (Rassen u. Völker, Wirtschafts- u. Politische Geographie) (V) (2). Jaeger (aP). 9. Landeskunde v. Großbritannien u. d. Verein. Staaten (V) (1). Spehmann (PD). 10. Landeskunde d. Asiat. Rußland (V) (1). Pehle (PD). 11. Wirtschaftsgeographie außereuropäischer Länder (V) (2). Rühl (aP). 12. Länderkunde v. Vorderasien (V) (2). Kretschmer (aP). 13. Geographische Bilder aus Afrika (V) (1). Jaeger (aP). 14. Die Bewirtschaftung des Meeres (V) (1). Rühl (aP). 15. Kulturgesch. u. Volkskunde Chinas (V) (2). de Groot (oP). 16. Übungen z. Geographie Chinas (Ü) (2). Hänisch (aP). 17. Landeskde. v. Span.-Südamerika (V) (2). Wegener (oP). 18. Staatenkunde v. Span.-Südamerika (Ü) (1). Wagemann (aP). 19.—32. Mitteleurop. Staats- u. Wirtschaftsprobleme. (14 Abendvortr.) 33.—46. Lateinamerika (14 Abendvortr.)	1. Auswärtige Wirtschaftspolitik (Handels- u. Kolonialpolitik) (V) (3). Sering (oP). 2. Allg. Wirtschaftsgesch. v. Ausg. d. Mittelalters b. z. Neuzeit (V) (2). Häpke (PD). 3. Die grundleg. Unterschiede der deutschen u. ausl. Einrichtungen u. Gesetze d. soz. Versicherung, bes. Englands (V) (1). Ver Hees (aP). 4. Christl. soz. Auffassungen in Amerika (V) (1). Ver Hees (aP). 5. Die franz. „Schule der soz. Wissenschaft“ u. ihre Lehre v. d. Überlegenheit der germ. Völker (V) (2). Ver Hees (aP). 6. Handelspolitik u. Bevölkerungsfrage in Frankreich (V) (1). Ver Hees (aP). 7. Die pflanzl. Rohstoffe in ihrer Bedeutung f. d. Weltwirtschaft (V) (1). Gilg (aP). 8. Trop. Landwirtsch. (V) (2). Warburg (aP). 9. Les Français chez eux (V) (1). Milléquant (L). 10. Engl. u. Amerik.-Volkswirtschaft I (V) (1). Häpke (PD). 11. Volk u. Wirtschaft Südamerikas (Ü) (1). Wagemann (aP). 13. Weltgesch. unt. d. Gesichtspunkt des Klassenkampfs (V) (1). Delbrück (oP). 14. Agrargesch. d. europ. Länder V (2). Brinkmann (PD). 15. Übungen zur russ. Geschichte (Ü) (2). Stählin (oP). 16. Übungen zur osteurop. Gesch. (Ü) (2). Hoetzsch (oP). 17. Geschichte Nordamerikas bis 1783 (in engl. Spr.) (V) (1). Bröker (aP). 18. Engl. Gesch. i. d. Napoleonzeit 1789—1815 (in engl. Spr.) (V) (1). Freund (L). 19. Silhouettes politiques de la III. République (V) (2). Milléquant (L). 20. Le socialisme en France depuis 1789 (V) (1). Milléquant (L). 21. Gesch. Irlands u. s. Verhältnisse zu England (V) (1). Pokorny (aP). 22. Geschichte d. islam. Baukunst (V) (2). Herzfeld (oP). 23. Engl.-amerik. Gesch. I (V) (1). Brinkmann (PD).	1. Allg. Geschichte im Zeitalter d. Absolutismus (1660—1796) (V) (4). Meinecke (aP). 2. Geschichte d. europ. Staatengesellschaft von 1815—1914 (V) (2). Breysig (aP). 3. Gesch. d. österr. Reichs- u. Staatsproblems (V) (1). Brinkmann (PD). 4. Die Ursachen d. Weltkriegs (V) (1). Sternfeld (aP). 5. Gesch. Frankreichs u. Englands (V) (1). Sternfeld (aP). 6. Franz. Gesch. i. Zeitalter d. Glaubenskämpfe u. d. absol. Monarchie (V) (1). Struck (PD). 7. Engl. Verfassungs- u. Reichsgesch. (V) (4). Rieß (PD). 8. Gesch. d. Verein. St. v. Amerika (V) (1). Richard Schmitt (AP). 9. Ausl. Quellen z. alt. russ. Gesch. u. Landeskunde (V) (2). Stählin (oP). 10. Russ. Gesch. im Überblick (V) (1). Stählin (oP). 11. Russ. Gesch. v. Michail Romanow bis Katharina II. (V) (3). Hoetzsch (aP). 12. Weltpolitik im Osten zw. 1772 u. 1914 (V) (1). Hoetzsch (oP).
II. Bonn	47. Kulturkundl. Übungen z. heutig. Islam (Ü) (1). Horten (aP). 48. England (Übers. ü. Verfassg., Verwaltg., kirchl. u. Erziehungsverhältn. auf histor. Grundlage) (V) (2). Dibelius (oP). 49. Mitteleuropa (V) (1). Philippson (oP). 50. Geographie der Ozeane (V) (2). Quelle (oP). 51. Die Sprachenformen d. Erde u. ihre kulturgesch. Bedeutg. (V) (2). Graebner (PD).	12. Gesch. d. Welthandelswege als Einführung in die Gesch. d. Weltwirtsch. (V) (2). Stubin (PD).	24. Industrial history of England (V) (1). Sturt (L). 25. Ideengesch. d. franz. Gegenrevolution von Maistre bis Maurras (V) (3). Fret (St.R.). 26. Geschichte d. neuer. Imperialismus (V) (2). Platzhoff (aP). 27. Deutsche u. franz. Kunstcharaktere (V) (1). Lüthgen (PD).
III. Breslau	52. Kulturgeogr. Probleme (V) (1). Volz (oP). 53. Asien (V) (4). Volz (oP). 54. Geographie der Polargebiete (V) (2). E. Obst (aP). 55. Allg. Wirtschaftsgeogr. (V) (2). Dietrich (PD). 56. Die Hauptstädte Osteuropas in ihrer wirtschaftsgeogr. Bedeutung (6st. Kurs). E. Obst (aP). 57. Die russ. Volksseele (5st.). Haase (oP).	13. Neuester Stand d. russ. Volkswirtschaft (4st. Kurs). Kaplun-Kogan (PD). 14. Siedlungen in Litauen, Baltikum und Südrußl. (4st. K.). Ponfick (Minist.-Rat). 15. Russ. Genossenschaftswesen (4st. Kurs). Fückner (oP). 16. Russ. Wirtschaftsgesch. v. 15.—20. Jh. (6st. Kurs). Kaplun-Kogan (PD).	28. Geschichte d. russ. Revolution (V) (1). v. Freytagh-Loringhoven (oP). 29. Gesch. d. geistigen Lebens v. d. Renaissance bis z. franz. Revolution (V) (2). Koebner (PD). 30. Die Entwicklung des Staatsbegriffs im Mittelalter u. Neuzeit (V) (1). Lohmeyer (PD). 31. Das Zeitalter Friedrichs d. Gr. u. Maria Theresias (V) (4). Ziekursch (oP).

*) Siehe auch Nr. 14, S. 418; Nr. 15, S. 450; Nr. 16, S. 483; Nr. 18, S. 547; Nr. 19, S. 580; Nr. 20, S. 612; Nr. 21, S. 641 und Nr. 22, S. 677.

semester 1921/22

(oP) = ordentl. Professor. (oHP) = ordentl. Honorarprofessor.
(aP) = außerordentl. Professor. (PD) = Privatdozent. (L) = Lektor.

Digitized by Google

A. Universitäten	Länder-, Völker- und Staatenkunde	Volkswirtschaft	Geschichte (auch Kolonialgeschichte)
III. Breslau (Fortsetzung) . .	58. Magyarisches Volksleben (3st.). Winkler (oP). 59. Privates u. öffentl. Leben in Finnland (3st.). Winkler (oP). 60. Menschenrassen und Völker (V) (1). Mellison (oP).	17. Wirtschaftl. Wirkungen d. Friedens v. Versailles für d. nahen Osten (4st. Kurs). Deuticke (PD). 18. Poln. Industrie (2st. Kurs). Dzialis (PD). 19. Die russ. Rohstoffquellen u. ihre Bedeutg. für d. dt. u. russ. Textilindustrie (4st. Kurs). Scholl. 20. Geologie u. Bergbau Rußlands (6st. K.). v. Bubnoff (PD).	32. Weltgeschichte v. 1871—1914 (V) (4). Holtzmann (oP). 33. Russ.-türk. Staatsverträge im 19. Jh. (Ü) (2). Andreß (PD). 34. England during the time of Napoleon I. (V) (1). Albers (L).
IV. Erlangen	61. Wirtschaftsgeographie (V) (3). Gradmann (oP).		
V. Frankfurt	62. Die primitiven Kulturen Australiens u. der Südsee (V) (1). Vatter (L). 63. Völkerkundi. Übungen (Ü) (2). Vatter (L). 64. Staat u. Gesellschaft Frankreichs im 18. Jh. (V) (2). Hengesbach (L). 25. Wirtschaftsgeogr. Übungen u. Seminar (Ü) (1). Kraus (aP). 26. Überblick über die Wirtschaftskreise und Wirtschaftsperioden d. Geschichte (V) (1). Laum (PD). 27. Außerdem im Hollandinstitut mehrere Vorträge über niederl. volkswirtschaftl. Themen.	21. Geographie der Weltproduktion (V) (3). Kraus (aP). 22. Waren- u. Nachrichtenverkehr (allgem. Welthandelslehre) (V) (3). Hellauer (oP). 23. Die niederl. Volkswirtschaft (V) (2). Metz (L). 24. Übungen hierzu (Ü) (2). Metz (L).	35. Geschichte der Südslawen (V) (1). G. land (PD). 36. Die Entstehung der engl. Weltherrschaft (V) (1). Schübler (PD). 37. Indien unter d. britischen Herrschaft (V) (1). Horowitz (oP). 38. Die kulturellen Beziehungen zw. d. Niederl. u. Deutschland (V) (2). Ziehen (oP). 39. Deutsche Forscher in Niederl.-Indien (Vortr.). Ziehen (oP). 40. Multatuli u. die niederl. Politik (Vortr.). v. J. Meer (aP). 41. Russische Revolutionäre d. 19. Jh. (V) (1). Salomon (PD).
VI. Freiburg	65. Allg. Völkerkunde (V) (3). Grosse (oHP). 66. Ethnolog. Übungen (Ü) (1). Grosse (oHP). 67. Kleinasien: Land, Leute u. wirtschaftl. Verhältnisse (V) (1). Hamid (L). 68. Die neuen Staaten Europas (V) (1). N. Krebs (oP). 69. Die Medizin u. d. ärztliche Stand bei den Naturvölkern (V) (1). Diepgen (oHP). 70. Berühmte Kulturstätten Ägyptens (V) (2). Kees (PD).		42. Engl. Gesch. seit den Tudors (V) (2). Michael (aP). 43. Geschichte d. neuesten Zeit v. 1850 bis z. Gegenwart (V) (4). Michael (aP). 44. Allgemeine Verfassungsgesch. d. 19. J. (V) (2). Wolf (aP).
VII. Gießen		28. Übungen üb. d. Niederländ. Volkswirtschaft (Ü) (2). Metz (PD) (Frankfurt).	45. Gesch. Napoleons I. u. s. Zeit (V) (4). Roloff (oP).
VIII. Göttingen	71. Asien, mit bes. Berücks. Vorderasiens (V) (4). Meinardus (oP). 72. Allg. Siedlungs- u. Verkehrsgeogr. (V) (3). Klute (PD). 73. Einführung in das sittl. u. kultur. Leben Nordamerikas (V) (2). Hall (Pf). 74. Übungen üb. d. amerikan. Leben in der Literatur d. Verein. St. (Ü) (2).	29. Soziologie d. mod. abendl. Kulturen (V) (3). Walther (oP).	46. Franz. Imperialismus im 17. u. 18. Jh. Begründg. d. europ. Gleichgewichts (2). Lehmann (oP). 47. Die Erhebung Europas geg. Napoleon (V) (1). Lehmann (oP). 48. Weltgesch. 1871—1914 (V) (2). Darmstädter (aP).
IX. Greifswald	75. Nord- u. Mittelamerika unter bes. Berücks. wirtschaftsgeogr. Fragen (V) (3). Geisler (PD). 76. Geologie der außereurop. Kontinente (V) (2). v. Bülow-Trummer (PD). 77. Institutions administratives françaises (V) (1). Olivier-Henrion (L).	30. Gesellschafts- u. Staatstheorien v. Rousseau bis z. Gegenwart (V) (1). Moog (PD).	49. Schwed. Gesch. vorn. im Zeitalter d. schwed. Großmachtstellung (V) (2). Paul (PD). 50. Die Geschichte d. Kampfs um d. Ostseeherrschaft in Mittelalter u. Neuzeit (V) (1). Paul (PD). 51. Übungen z. Ostseepolitik d. jüngsten Vergangenheit: Aalandfrage u. Färö-Landesteinproblem (Ü) (1). Paul (PD).

Recht	Theologie und Missionswesen	Philologie und Sprachkurse	Sonstige Vorlesungen
		25. Some present-day English dramatists (V) (1). N. N. (L). 26. Die tschech. u. poln. Lit. d. Mittelalters (V) (2). Diels (oP). 27. Gesch. d. poln. Dramas (V) (2). Hanisch (PD). Sprachkurse in: Franz., Engl., Russ., Schwed., Tschech.-Poln., Serbo-Kroat., Ungar., Arab., Osman.-Türk., Persisch. 28. Äuß. Gesch. d. franz. Sprache (V) (4). Pirson (oP). 29. Türkische Lyrik (V) (2). Hell (oP). Sprachkurse in: Engl., Franz., Türk., Arab. 30. Die niederl. Literatur i. 19. Jh. (bes. nach 1880) (V) (1). v. d. Meer (aP). 31. Die histor. Entwicklg. d. Handelssprache mit bes. Berücks. d. Hochdeutschen u. d. Niederl. (V) (2). v. d. Meer (aP). 32. History of the English Drama from the first beginnings down to Shakespeare (V) (3). Curtis (oP). 33. Life and Letters in England (V) (1). Stephens (L). 34. La comédie de mœurs en France de 1850 à nos jours (V) (1). Vernay (L). 35. Engl. Literatur im Zeitalter Miltons (V) (2). Brie (oP). 36. Franz. Literatur d. Mittelalters (V) (2). Heiß (oP). 37. Blick auf die romanischen Literaturen im 19. Jh. (V) (1). Heiß (oP). 38. Jean Jacques Rousseau, sa vie, son œuvre (V) (2). Paufler (L). 39. Dichtung und Leben Dantes (V) (1). Schürp (PD). Sprachkurse in: Engl., Franz., Ital., Russ., Türk., Arab. 40. Die niederl. Literatur d. 19. Jh. mit bes. Berücks. d. Literatur nach 1880 (V) (1). v. d. Meer (aP) (Frankfurt). 41. Gesch. d. franz. Literatur bis z. Zeitalter d. Renaissance (V) (3). Behrens (oP). 42. Dante (V) (1). Franz (aP). 43. De Montesquieu à Jean Jacques Rousseau (le siècle des Lumières) (V) (1). Debrit (L). 44. Gesch. d. engl. Literatur bis z. Zeit der Königin Elisabeth (V) (4). Horn (oP). 45. Life and Letters in England (V) (1). Stephens (L) (Frankfurt). Sprachkurse in: Niederl., Engl., Franz., Span., Russ., Türk., Pers., Syrisch, Arabisch. 46. Die Literatur d. victorianischen Zeitalt. (V) (2). Hübener (PD). 47. Die Bedeutung Shakespeares für d. moderne Kultur (V) (1). Morsbach (Pf). 48. Vorträge in engl. Sprache über die namhaftesten Dichter Nordamerikas (V) (1). Hall (Pf). 49. Die sozialen Strömungen in d. engl. Literatur seit 1830 (V) (2). Roeder (Pf). 50. The Boston School of Poets from Emerson to Longfellow (V) (2). Beifus (L). 51. Molières Leben u. Werke (V) (2). Stimming (Pf). 52. Franz. Literaturgesch. d. neuesten Zeit (V) (1). Suchier (Pf). 53. Le 18e siècle français (V) (2). Juillard (L). 54. L'Italia posthellica nel campo letterario politico e sociale (V) (1). Wihlfahrt (L). 55. Mazzini, Garibaldi, Cavour u. d. werdend, Königreich Italien (V) (1). Wihlfahrt (L). 56. Dostojewskij (V) (1). Grimm (L). Sprachkurse in: Engl., Franz., Span., Ital., Russ., Litauisch. Syr., Arab., Armen., Afghaniisch. 57. Gesch. der franz. Lit. am Ausgang des Mittelalt. u. im Zeitalter d. Renaissance (V) (4). Lomatzsch (oP). 58. Dantes Commedia (V) (1). Lomatzsch (oP). 59. Romanische Novellistik (Ü) (2). Lomatzsch (oP). 60. Le réalisme en France au XIXe siècle (V) (2). Olivier-Henrion (L). 61. Mittelengl. Literatur bis Chaucer (V) (2). Spies (oP). 62. Shakespeare (V) (3). Spies (oP). 63. Gesch. u. Aufgaben d. engl. Philologie (Ü) (2). Spies (oP). 64. Leben u. Werke der beiden Browning (V) (2). Schaaffs (L). 65. Svenska övningar (V) (1½). Nordlund (L). 66. Svensk litteratur under 1890-talet (V) (1). Nordlund (L). 67. Gesch. der island. Literatur (V) (1). Merker (oP). 68. Vorlesungen üb. neuere norweg. Literat. (V) (1). Dr. Schjelderup-Ebbe (L). Sprachkurse in: Franz., Engl., Ital., Span., Schwed., Norwegisch, Finnisch, Russ., Syrisch.	7. Die deutsche Auslandsschule (V) (1). Ziehen (oP). 7. Über den Buddhismus (V) (1). Hirt (oP). 8. Die indische Religion und der Buddhismus (V) (1). Duhn (PD). 9. Taoismus u. Konfuzianismus, die Grundlagen altchin. Kultur u. Religion (V) (1). Zimmer (PD). 8. Die außereurop. Wälder u. die bei uns eingeführten fremdländ. Holzgewächse (V) (1). Funk (PD). 9. Die wichtigsten Tropenkrankheiten (V) (2). Fischer (Pf).

Deutsches Auslandsrecht (insbes. das Recht d. Auslandsdeutschen) (V) (1). v. Rohland (oHP).

Einführung in das Recht der nordisch. Staaten (V) (1). Coengers (oP).

A. Universitäten	Länder-, Völker- und Staatenkunde	Volkswirtschaft	Geschichte (auch Kolonialgeschichte)
X. Halle	78. Völkerkundl. u. völkerpsycholog. Kolloquium (Ü) (1). Thurnwald (PD). 79. Länderkunde v. Südosteuropa u. Vorderasien (V) (4). Schlüter (oP). 80. Allgem. Wirtschaftsgeographie (V) (4). Schenck (oHP). 81. Die Kunst der Primitiven (V) (1). Thurnwald (PD). 82. Vom geistigen u. kulturellen Leben Spaniens (V) (1). Mulertt (PD).	31. Tropische u. subtropische Landwirtschaft (V) (1). Roemer (oP). 32. Entstehung d. Sozialwirtschaft (V) (1). Thurnwald (PD). 33. Gesch. d. wirtsch. u. sozialen Theorien (V) (1). Sommerlad (oHP).	52. Der dt. Kolonialgedanke im Wandel d. Gesch. (V) (1). Sommerlad (oHP). 53. Gesch. der Kreuzzüge im Rahmen der mittelalterlichen Kolonialpolitik (V) (2). v. Ruville (PD). 54. Geschichte Frankreichs im Mittelalter (V) (2). Werminghoff (oP).
XI. Hamburg	83. Einführung i. d. Länderkunde I (V) (1). Schultz (PD). 84. Einführung i. d. Länderkunde II (V) (1). Passarge (oP). 85. Erdkunde d. Menschen (V) (4). Passarge (oP). 86. Allg. Wirtschaftsgeographie II (Produktionsgeographie) (V) (2). Lütgens (PD). 87. Allg. Völkerkunde I (Gesellsch., Wirtschaft) (V) (2). Thilenius (oP). 88. Übungen dazu (Ü) (2). Thilenius (oP). 89. Landes- und Volkskunde Schwedens (V) (1). N. N. (L). 90. Länderkunde von Asien I: Nord-, West- u. Zentralasien (V) (2). Schultz (PD). 91. Die Völker Afrikas (V) (1). Reche (PD). 92. Völkerkunde von Australien (V) (1). Hambruch (PD). 93. Referate über das moderne Spanien (Ü) (2). Montesinos (L). 94. Span.-amerik. Auslandkunde (Übungen üb. Argent.) (Ü) (1). Großmann (L). 95. Referate über das span. Amerika (Ü) (?). Großmann (L). 96. Brasilian. Auslandkunde (Staat, Wirtschaft, Kultur) (V) (?). Bieler (L). 97. Vokalmusik bei Naturvölkern und Europäern (V) (1). Heinitz (L).	34. Prakt. Volkswirtschaftslehre (V) (2). Rathgen (oP). 35. Das Verkehrswesen d. Eisenbahnen u. d. Seeschifffahrt (V) (2). Giese (Reg. Dir.). 36. Welthandelslehre (V) (2). Eichenseer (PD). 37. Wirtschaftskrisen u. Wirtschaftslage (V) (1). Rathgen (oP). 38. Übungen über Siedlungswesen (Ü) (1). Brandt (Baurat). 39. Der Pflanzenbau i. d. Tropen und Subtropen (V) (2). Voigt (oP). 40. Pflanzl. Rohstoffe d. Weltwirtschaft II (V) (2). Voigt (oP). 41. Die tierischen Schädlinge d. wicht. trop. Kulturpflanzen (V) (1). Reh (oP). 42. Schafzucht u. Berücks. d. Überseeverhältnisse (V) (1). Neumann.	55. Kolonialgesch. v. Zeitalter d. Entdeck. bis z. Befreiung Amerikas (V) (1). Keutgen (oP). 56. Gesch. d. europ. Ausdehnung v. 1400 bis 1800 (V) (2). Rein (PD). 57. Weltgesch. Betracht. über den Weltverkehr (V) (1). Lenz (oP). 58. Das Zeitalter d. Franz. Revolution u. Napoleons (V) (1). Lenz (oP). 59. Neuere Gesch. Rußl. I. V. Peter d. Großen bis zu Katharina II. (V) (1). Seemann (oP).
XII. Heidelberg	98. Allg. Geographie II (Pflanzen- und Tiergeogr., Geogr. d. Menschen) (V) (5). Hettner (oP). 99. Einführung in Rußlands Kultur und Geistesleben (V) (1). v. Bubnoff (PD).	43. Wirtschaftsgesch. d. Neuzeit (V) (2). Gothein (oP).	60. Polit. u. Kulturgesch. Frankreichs im Mittelalter (V) (2). Cartellieri (oP). 61. Napoleon I. u. d. napoleon. Lehen (V) (2). Wild (aP). 62. Allg. Gesch. im Zeitalter Ludw. XIV. (V) (2). Windelband (PD). 63. Übungen z. neueren Gesch. Englands u. Frankreichs (Ü) (2). Wild (aP).
XIII. Jena	100. Kolonien u. Kolonialpolitik (V) (2). Anton (oHP). 101. Politische Geographie (V) (1). v. Zahn (oP).		64. Gesch. d. Revolutionen v. 17–19 J. (V) (1). Cartellieri (oP).
XIV. Kiel		44. Spez. Weltwirtschaftslehre (V) (3). Harms (oP). 45. Einführung in das wirtschaftliche und soziale Verständnis der Gegenwart (V) (1). Harms (oP). 46. Kartelle und Trusts in Volks- und Weltwirtschaft (V) (2). Hoffmann (oHP). 47. Der moderne Seeverkehr (V) (1). Gehrke (PD).	65. Wirtschaftsgesch. d. Mittelalt. (V) (1). Prinz (oP). 66. Allg. Gesch. 1555–1660 (V) (4). A. Meyer (oP). 67. Das Zeitalter d. Reformationen (Ü) (1). A. O. Meyer (oP). 68. Engl. Historiker d. 19. Jh. (in engl. Sprache) (Ü) (2). Kölbner (L).
	48. Volkswirtsch. d. skandinav. Länder: Norwegen. (V) (1). Bosse (oHP). 49. Kolloquium z. Einführung i. d. wirtsch. Verständnis d. Gegenwart (Ü) (2). Harms (oP), Eulenburg (oP), Schuster (PD). 50. Kolloquium auf d. allg. Gebieten d. Volks- und Weltwirtschaftslehre (Ü) (2). Harms (oP).	51. Skandinaviens weltwirtschaftliche Stellung: Dänemark und Finnland (Ü) (2). Bosse (oHP). 52. Praxis d. Welthandels (Ü) (1½). Gehrke (PD). 53. Kolloquium über Fragen d. ausw. Politik (Ü) (2). Brandt (PD). 54. Die Nutzpflanzen d. Weltwirtschaft (Ü) (2). Schröder (PD).	

Recht	Theologie und Missionswesen	Philologie und Sprachkurse	Sonstige Vorlesungen
19. Der Friede v. Versailles (V) (1). Fleischmann (oP).	10. Die Arbeitsfelder d. dt. evang. Mission (V) (1). Hausleiter (oP). 11. Pflege d. Auslandsdeutschums (V) (1). Hausleiter (oP). 12. Missionswissensch. Seminar (Ü) (2). Hausleiter (oP). 13. Die Mission im ostasiat. Kulturkreis (V) (1). Merkel (PD). 14. Frühformen d. Religion (V) (1). Thurnwald (PD).	69. Einführung in die neuprovencalische Spr. u. Lit. (V) (2). Voretzsch (oP). 70. Engl. Literaturgesch. v. d. Renaissance bis Shakespeare (V) (3). Weyhe (oP). 71. Gesch. der neueren engl. Lit. III: Zeitalter Drydens u. Popes (V) (3). Ritter (PD). 72. The English Novel since 1880 (V) (2). Pughe (L). 73. Übungen z. engl. Kultur- u. Literaturgeschichte (Ü) (2). Weyhe (oP). 74. Debates on modern topics (Ü) (2). Pughe (L).	10. Tropenhygiene (V) (1). Schmidt (oP). 75. Gesch. d. neueren franz. Lit. I. (Renaissancezeit) (V) (3). Voretzsch (oP). 76. Victor Hugo (V) (2). Mulertt (PD). 77. Introduction à l'étude de la littérature sociale en France (V) (1). Lavoipière (L). Sprachkurse in: Engl., Franz., Ital., Span., Russ., Poln., Syrisch, Türkisch.
20. Übungen z. Recht d. überseeischen Versandungskaufs u. d. Exportkommission (Ü) (2). Wüstendörfer (oP). 21. Engl. Richtertum (V) (1). Mendelssohn-Bartholdy (oP).	15. Die dt. evang. Mission (V) (2). Schlunk (L). 16. Pädagog. Aufgaben u. Fragen d. Mission. (V) (1). Schlunk (L). 17. Missionswiss. Übungen (Ü) (2). Schlunk (L). 18. Weltbild u. Weltanschauung d. mohammed. Orients (V) (1). Ritter (oP).	78. Auslandspolit. Zeitungspraktikum (franz., span., portug.) (V) (2). Schädel (oP). 79. Neuere Strömungen i. d. span. Literatur (10 st. Kurs). Froberger (PD). 80. El Romanticismo en España (V) (1). Montesinos (L). 81. Aspectos del derecho mercantil Español (V) (1). Arnalot (L). 82. Artigos e trechos de autores portugueses e brasileiros sobre assuntos varios (V) (1). Ey (L).	11. Tropenhygiene (V) (2). Noelt (oP).
83. Übungen aus d. Gebiete d. italien. Lit d. 19. Jahrh. (Ü) (2). Scimè (L). 84. Jean Jacques Rousseau (in frz. Spr.) (V) (2). Brulez (L). 85. Die Prosaunst d. frz. Romantik (V) (1). Urtel (PD). 86. Shakespeare (V) (2). Wolff (oP).	87. George Meredith u. d. engl. Gesellsch. im viktorian. Zeitalter (V) (1). Wollt (oP). 88. Vondels Leven en Werken (V) (1). Zijlstra (L). 89. Grundzüge d. chines. Philosophie (V) (1). Franke (oP). 90. Das Drama und Theater der Japaner (V) (1). Florenz (oP).	Sprachkurse in: Englisch, Französisch, Spanisch, Katal., Portugiesisch, Italienisch, Schwedisch, Niederländisch, Russisch, Polnisch, Neubulgarisch, Finnisch, mehr. afrik. Sprachen, Arab., Persisch, Türkisch, Syrisch, Chinesisch, Japanisch, Malaiisch, Javanisch, mehr. melanes. Sprachen.	
	19. Die religiösen u. philosoph. Systeme Ostasiens (V) (2). Krause (PD). 20. Buddhismus u. Christentum (V) (1). Wobbermin (oP).	91. Das soziale Drama im Norden (V) (2). Boucke (PD). 92. Das Zeitalter v. Scott u. Byron (V) (2). Hoops (oP). 93. The English Novel in the age of Queen Victoria (V) (2). Boyd (L).	
		94. Französ. Lit.-Gesch. d. 17. Jahrh. II. Die Dichtung (V) (2). Olschki (oHP). 95. Anleitung z. Studium d. französ. Philologie (V) (1). Olschki (oHP).	Sprachkurse in: Französl., Engl., Russ., Arab., Syr., Chines., Tibet., Jap., Iran.
		96. Neuere engl. Dichtung (i. engl. Spr.) (V) (1). Kirchner (L).	
		97. Erklärung d. ältesten französ. Denkmäler (V) (3). Schultz-Gora (oP). 98. Die französ. Lit.-Gesch. d. 18. u. 19. Jh. (V) (2). Olivier (L).	99. Die französ. Lit. i. 19. Jh. II. (V) (2). Gelzer (aP). Sprachkurse in: Engl., Französ., Provençal., Span., Schwed., Arab., Syr.
22. Allg. Staatslehre u. Politik (V) (3). Wolgast (PD). 23. Einführung i. d. Staats- u. Völkerrecht, zugl. als Einführung i. d. Politik (V) (2). Niemeyer (oP).	21. Die Religionen d. Primitiven (V) (2). Schomerus (PD). 22. Staat, Kultur, Religion (V) (2). Mulertt. (oP). 23. Buddhist. Philosophie (V) (2). Strauß (PD). 24. Sektenwesen u. Mönchtum d. Hindus (V) (1). Schrader (oP).	100. Alfred de Vigny (V) (1). Gallay (L). 101. Carl Laurin, Konsten i Sverige (V) (1). Frhr. v. Lagerfelt (L). 102. Strindberg, Leben u. Werke (V) (1). Frhr. v. Lagerfelt (L). Sprachkurse in: Engl., Französ., Niederl., Schwed., Russ., Serbo-Kroat., Alban., Tibet., Syr., Arab., Türk., Pers.	

A. Universitäten	Länder-, Völker- und Staatenkunde	Volkswirtschaft	Geschichte (auch Kolonialgeschichte)
XV. Köln	102. Mittelmeerländer, Natur, Kultur und Wirtschaft (V) (3). Thorbecke (oP). 103. Das polit.-geogr. Bild d. Welt nach den Friedensschlüssen (V) (1). Thorbecke (oP). 104. Die Verbreitung d. Deutschums in Europa (V) (1). Tuckermann (PD). 105. Vorträge u. Referate über subtropische Landsch. (Ü) (2). Thorbecke (oP). 106. Übungen über polit. Geographie (Ü) (2). Tuckermann (PD). 107. Wirtschaftsgeogr. Übungen (Ü) (2). Thorbecke (oP). 108. Soziologie der Naturvölker (V) (1). Honigsheim (PD). 109. Einführung in die Völkerkunde (V) (2). Foy (oHP).	55. Verkehrsorganisation u. Verkehrspolitik (V) (2). Thieß (oP). 56. Agrarfragen d. Gegenwart mit besond. Berücks. weltwirtschaftlicher Probleme (V) (1). Brinckmann (oP). 57. Kolloquium über Handels- und Weltwirtschaftspolitik (Ü) (1). Eckert (oP). 58. Verkehrswirtschaftliche Übungen (Ü) (2). Wirminghaus (oHP). 59. Fluß- und Seefrachtwesen (V) (1). Harzmann (PD). 60. Technik d. Warenverkehrs II. (V) (2). Seyffert (Ass.). 61. Ausfuhrhandel (V) (1). Harzmann (PD). 62. Großverkehrsfragen des In- und Auslands (V) (2). Rintelen (Reg.-K.).	69. Gesch. d. Weltwirtschaft II. (19. Jh.) (V) (2). Kuske (oP). 70. Die gesch. Voraussetzung d. Gegenw. IV: Vom Krimkrieg bis zum Weltkrieg (V) (4). Spahn (oP). 71. Übungen dazu (Ü) (1). Spahn (oP). 72. Entwicklungsstufen d. ausw. Politik seit Bildung der Nationalstaaten (V) (1). Spahn (oP). 73. Kulturgeschichtliche Übungen über Anfänge d. Wirtsch. u. Gesellsch. (Ü) (2). Foy (oHP).
XVI. Königsberg	110. Entstehung, Lagerstätten u. Vorräte v. Kohle u. Petroleum in Osteuropa (V) (2). André (oP). 111. Geologie d. dt. Schutzgebiete als Einf. in d. region. Geologie (V) (2). Kraus (PD). 112. Pflanzengeogr. v. Afrika (V) (2). Abromeit (aP). 113. Die brit. Inseln u. das brit. Weltreich, Frankreich u. seine Kolonien (V) (1). Friederichsen (oP). 114. Grenzmarken Osteuropas: Finnland, die Ostseeprovinzen, Litauen (V) (1). Friederichsen (oP). 115. Das Deutschtum in Südamerika (V) (1). Mager (PD). 116. Landeskunde Griechenlands (V) (2). Roßbach (oP). 117. La France (V) (2). Servais (L).	63. Die Grundlagen d. russ. Volksw. (V) (2). Preyer (oP). 64. Arbeiten i. Institut f. Rußlandkunde (Ü). Preyer (oP). 65—69. 5 Vortr. über d. Wirtschaftsbeziehgn. Deutschl. z. Ausland i. Licht d. Verkehrs. Tessen (v. d. Handelshochschule Bln.) (oP). 118—125. Das Deutschtum im Ausl. in seinen Beziehungen zur Heimat (8 Vortr.). Foethke (Stud.-Rat). Vortragszyklus aus d. osteurop. Kulturkreis (8 Vortr.). 126. Der osteurop. Kulturkreis i. Altertum. Ebert (PD). 127. Theorie d. Bolschewismus. Preyer (oP).	74. Gesch. Polens (V) (2). Seraphim (aP). 75. Dante u. sein Zeitalter (V) (1). Caspar (oP). 76. Gesch. d. balt. Lande (Liv-, Est-, Kur- land) i. Überblick (V) (1) Seraphim (oP). 77. Gesch. d. Zeitalters d. franz. Revolution (V) (4). Krauske (oP). 78. Franz. Gesch. im 19. Jh. (V) (2). Stolz (aP). 128. Peter d. Gr. Krauske (oP). 129. Rußland in Zentralasien. Friederichsen (oP). 130. Die russ. Kirche. Uckele (oP). 131. Dostojewski u. d. relig. Problem in der russ. Lit. Arseniev (L). 132. Die Tschechoslowakei. Trautmann (oP). 133. Die Kultur d. balt. Lande. Seraphim (oP).
XVII. Leipzig	134. Die Länder a. d. untern Donau (V) (1). Lehmann. 135. Geogr. v. Südamerika (V) (2). Hans Meyer. 136. Wirtschaftsgeogr. v. Europa III. (V) (2). E. Friedrich. 137. Italien (V) (1) und (Ü) (1). Scheu. 138. Die primitivsten Naturvölker in ihrer Bedeutung f. d. Kulturentwicklung der Menschheit (V) (1). Krause. 139. Ethnogr. d. Naturvölker Asiens (V) (1). Weule. 140. Völkerkunde u. Archäologie Mexikos u. Mittelamerikas (V) (2). Krause. 141. La France et ses institutions (V) (2). Wengler.	70. Grundzüge d. überseeischen Landwirtschaft (V) (2). Golf. 71. Bespr. v. kolonial. u. geogr.-landwirtschaftl. Arbeiten (Ü) (1). Golf. 72. Welthandelswege u. Welthandelszentren (V) (2). Partsch. 83. Polit. Seminar (Ü) (2). Goetz. 84. Byzant. Kultureinfl. auf Deutschland im Mittelalter (V) (1½). Dieterich. 85. Übungen z. engl. Gesch. i. 18. Jh. (Ü) (?). Schoeffler. 86. Übungen z. Gesch. d. Staatsformen (Ü) (1½). v. Fumetti.	79. Gesch. d. abendländ. Kulturkreises 1200 bis 1517 (V) (4). Seeliger. 80. Allgem. Gesch. v. 1648—1815 (V) (4). Brandenburg. 81. Die polit. Hauptströmungen d. Gegenwart (V) (2). Brandenburg. 82. Engl. Gesch. v. d. Anf. bis z. Gegenwart (V) (2). Salomon. 87. Ostdt. Kolonisation u. Siedlg. in Osteuropa (Ü) (?). Kötzschke. 88. Übungen z. Entstehungsgesch. des Weltkriegs (Ü) (1½). Brandenburg. 89. Werdegang u. Wesen des engl. Parlamentarismus (Ü) (1½). Salomon.
XVIII. Marburg	142. Kultur d. modernen England (V) (2). Deutschbein (oP). 143. Frankreich u. s. Einrichtungen (V) (?) Glaser (PD). Vortragszyklus über ausw. Politik und Staatsbürgerkunde: 144—145. Die neuen Staatengründungen in Südosteuropa mit bes. Berücks. des Deutschl. (2 Vortr.). Brackmann (oP). 146. Englands Großmachtstellig. u. seine Beziehungen zu Deutschl. (1 V.). Busch (oP). 147—148. Amerika als Weltmacht (2 V.). Wolters (oP). 149. Frankr. Ausdehnungspolitik (1 V.). Brackmann (oP). 150—151. Die Rohstoffversorgung d. dt. Volkswirtschaft (2 V.). Graf v. Degenfeld (PD). 152—153. Die Entwickl. d. dt. Reichsgrenzen (2 V.). Stengel (oP). 154—155. Die irische Frage (2 V.). Freund (L).	73. Gesch. d. volkswirtsch. Anschauungen (V) (1). Köppe (oP). 74. Übungen üb. weltwirtsch. Fragen (Ü) (2). Graf v. Degenfeld-Schonburg (PD). 156—157. Religion u. Ethik im Verh. zum Internationalen (2 V.). Stephan (oP). 158. Das Deutschtum i. d. Donau-, Karpathen- u. Balkanländern (V) (1). Hagen (PD). 159. Grundlinien d. els.-loth. Frage (V) (?). Kähler (PD). 160. Deutsche ausw. Politik u. das Grenz- u. Auslandsdeutschtum: Die Deutschamerikaner, die els.-loth. Frage (Ü) (1½). Mannhardt (PD). 161. Referierabende üb. d. Lage d. Grenz- u. Auslandsdeutschtums (Ü) (1½). Mannhardt (PD). Vortragskursus über Südosteuropa: 162. Die griech.-kath. Kirche u. ihre Mission	90. Europ. Gesch. im Zeitalter d. Reformkonzilien u. d. Humanismus (V) (1). Brackmann (oP). 91. Gesch. Napoleons I. u. d. Freiheitskriege (V) (3). Busch (oP). 92. Gegenwartsfragen in geschichtl. Betrachtung (Vorgesch. d. Weltkriegs, Schulfrage usw.) (V) (1). Brackmann (oP). 93. Staat, Wirtsch. u. Gesellschaft unter d. absoluten Königtum (V) (3). Wolters (aP). i. Osten u. Südosten Europas (V) (1½). Hermelink (oP). (6stündig). 163. Die südslawischen Sprachen u. Völker Jacobsohn (oP). 164. Das Wirtschaftsleben Rumäniens (6st. Köppe (PD). 165. Die Kultur u. Sprache d. heutigen Griechen (6st.). Jacobsthal (oP).

Recht	Theologie und Missionswesen	Philologie und Sprachkurse	Sonstige Vorlesungen
4. Allg. Staatslehre (V) (2). Ebers (oP). 5. Engl. Staatsrecht in seinen Grundzügen (V) (1). Stier-Somlo (oP).	25. Die Kirche in Polen (Gesch. u. Kirchenkunde) (V) (2). Uckelej (oP). 26. Die oriental. u. d. abendländ. Mystik (V) (1). Arseniev (L). 27. Jesus u. Buddha (V) (1). Jeremias. 28. Die Welt des Islam als Missionsproblem (V) (1). Paul. 29. Missionswiss. Seminar (Ü) (1½). Paul. 30. Chinas religiöse Entwicklung (V) (1). Erkes.	103. Le théâtre français du XXe siècle (V) (1). Odenbach (L). Sprachkurse in: Niederl., Engl., Französ., Ital., Span., Neugriech., Bulgar., Russ., Arab., Pers., Türk. 104. Shakespeare, s. Vorgänger u. Zeitgen. (V) (2). Kaluza (oP). 105. Gesch. d. franz. Literatur v. d. Mitte d. 19. Jh. bis z. Gegenwart (V) (3). Pielliet (oP). 106. Œuvres récentes de la littérature française (V) (1). Servais (L). 107. Russ. Lyriker d. 19. Jh. (V) (1). Rost (oP). 108. Geschichte d. poln. Literatur seit 1750 (V) (1). Rost (oP). Sprachkurse in: Holländ., Engl., Franz., Russ., Poln., Litauisch, Arab., Syrisch. 109. Überblick üb. d. Sprache u. Literatur d. nordgerman. Völker im Mittelalter (V) (2). Mogk. 110. Das mittelniederländ. Epos „Valentin und Namenlos“ u. seine Quellen (V) (1½). Jolles. 111. Joost van den Vondel (V) (1). Jolles. 112. Gesch. der engl. Literatur im Zeitalter der Romantik (V) (4). Foerster. Sprachkurse in: Niederl., Engl., Franz., Neuprovenz., Ital., Russ., Span., Rumän., Litauisch, Bulgar., Serbokroat., Poln., Neugriech., Ungar., Türk., Pers., Arab., Neugypt., Bantusprachen, Chinesisch. 113. Gesch. der altfranz. Literatur (V) (4). Becker. 114. Die franz. Literatur d. Gegenwart (V) (1). Friedmann. 115. Dantes Leben u. Werke (V) (1). Friedmann. 116. Gesch. der altfranz. Literatur (V) (2). Curtius (oP). 117. Die Probleme der franz. Lit.-Gesch. (V) (1). Glaser (PI). 118. La littérature française en Belgique (V) (2). Vlamynck (L). Sprachkurse in: Engl., Franz., Russ., Poln., Litauisch, Türk., Syr., Arab.	

A. Universitäten	Länder-, Völker- und Staatenkunde	Volkswirtschaft	Geschichte (auch Kolonialgeschichte)
XIX. München	166. Einföhr. in d. Landes- u. Rassenkunde Deutsch-Österreichs (V) (1). v. Drygalski (oP). 167. Polit. Geographie d. großen Festland-räume (V) (2). Haushofer (oHP). 168. Länderkunde v. Indien (V) (1). Haushofer (oHP). 169. Übungen z. geogr. Pressedienst (Ü) (2). Haushofer (oHP). 170. Geolog. Gesch. u. tekton. Bau v. Asien (V) (1). Leuchs (aP). 171. Frankreich (V) (1). Simon (L). 172. Engl. Landeskunde (V) (2). Wells (L). 173. Land u. Leute in Spanien (V) (2). de Olea (L). 174. Einführung in d. Völkerkunde Hochasiens m. Erl. d. Münchner Tibetsammlung (V) (2). Schermann (oP).	75. Die geolog. Grundlagen d. Rohstoffwirtschaft Dt.-Österr. (V) (1). Kaiser (oP). 76. Techn. Pflanzen u. deren Produkte (V) (1). Hegi (aP). 77. Die Volkswirtschaft Deutsch-Österr. (V) (1). v. Zwiedineck (oP).	94. Allgem. Gesch. d. 1. Hälfte d. 19. Jh. (V) (4). Marcks (oP). 95. Nordamerik. Gesch. (V) (1). Marcks (oP). 96. Allg. Gesch. im Zeitalter d. Absolutismus (V) (4). Bitterauf (oHP). 97. Entstehung u. Aufbau d. brit. Weltreichs (V) (1). v. Müller (oHP). 98. Gesch. d. oriental. Frage (V) (2). Süßhelm (aP). 99. Tirol im Wandel der Jahrhunderte (V) (2). Steinberger (PD). 100. Gesch. d. Serben, Kroaten u. Slowenen bis z. südslaw. Konstituante 1921 (V) (2). Gesemann (PD).
XX. Münster	175. Staat u. Gesellsch. d. Vereinigten Staaten (V) (1). Schönmann (L). 176. Amerika und die amerik. Weltpolitik in der amerik. Presse (eine Einführung in die Auslandspreste) (V) (2). Schönmann (L). 177. Deutschlands Grenzen (V) (1). Mecking (oP). 178. Äußere Mähtekonstellatlon und innere Parteipolitik (V) (2). Teschemacher (PD).	78. Die Bodenschätze der Erde I: Geologie und wirtsch. Bedeutung d. Erze (V) (2). Wegner (oP). 79. Ausl. Nutzpflanzen u. ihre Bedeutung in der Weltwirtschaft (V) (1). Tobler (aP).	101. Ausgew. Abschnitte a. d. Geschichte der dt. u. ausl. Presse (V) (1). d'Ester (PD). 102. Engl. Gesch. i. Überblick bis zur Thronbesteigung Jakobs I. (V) (2) Voigt (PD). 103. Histor. Entwicklung d. Staatsanschauungen I (V) (1½). Voigt (PD). 104. Die gesch. Hauptformen d. Staates (V) (1). Teschemacher (PD).
XXI. Rostock (Das Vorlesungsverzeichnis d. landwirtschaftlichen u. volkswirtschaftlichen Kurse liegt noch nicht vor).	179. Länderkunde v. Europa (V) (2). Ule (oP).		
XXII. Tübingen	180. Politik (V) (2). Wahl (oP). 181. Länderkundl. u. anthropogeogr. Fragen (Ü) (2). Uhlig (oP). *) 182. Ausl. u. d. Bespr. mit Vortr. (Ü) (2). Uhlig (oP). 183. Allg. Völkerkunde (V) (1). Krämer (PD). 184. Die Völker d. Erde (Südsee und Asien) (V) (1). Krämer (PD). 185. Der Geist d. chines. Volks im Spiegel seiner neueren Beurteiler (Graf Keyserling, Ku Hung-Ming u. a.) (V) (1). Oehler (PD). 186. China u. Japan, ihre polit., wirtsch. und soziale Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung d. bild. Kunst (V) (1). Fuchs (oP).	80. Heimat u. Biologie d. wichtigsten Kulturpflanzen (V) (1). Sierp (aP). 81. Die wirtsch. Wirkungen des Friedensvertrags (V) (1). Stephinger (aP). 82. Landwirtschaft der Nachbar- und Konkurrenzländer Deutschlands (V) (1). Aereboe (oP) (Hohenheim).	105. Weltgeschichte und Weltpolitik d. Neuzeit (V) (4). Jacob (aP). 106. Allg. Geschichte im Zeitalter der Renaissance u. Reformation (V) (4). Wahl (oP). 107. Allg. Gesch. v. d. Reichsgründung bis z. Ausbruch d. Weltkriegs (V) (3). Rapp (aP). 108. Gesch. d. Weltkriegs (V) (1). Haller (oP). 109. Übungen z. Gesch. d. Zeitalters der französischen Revolution (Ü) (2). Wahl (oP). 110. Übungen z. Entstehung d. Weltkriegs (Ü) (2). Jacob (aP). 111. Samoanische Gesch. u. Sprache (V) (1). Krämer (PD). 112. Papsttum u. Kirchenstaat 1800—1870 (V) (1). Bihlmeyer (oP).
XXIII. Würzburg	187. Das brit. Kolonialreich i. Indien (V) (1). Jolly (oP). 188. La province française, caractères et moeurs des habitants, coutumes locales, folklore (V) (2). Vernay (L). 189. Charakteristik d. Tropen (V) (1). Sapper (oP). 190. Kolloquium über das Deutschtum im Ausland (Ü) (1). Sapper (oP). 191. Vorträge üb. d. amerik. Kulturkreis. 192. Übersicht über das Gesamtgebiet (Sapper). 193. U. S. A. I (Sapper). 194. U. S. A. II (Fischer). 195. Das moderne Mexiko (Sapper). 196. Panama (Lutz). 197. Südamerika (Hämel). 198. Brasilien (Grisebach). 199. Chile (v. Kiesling). 200. Argentinien (Schwantes).		113. Westeurop. Gesch. bes. Frankreichs und Englands im Zeitalter d. Gegenreformation u. d. Absolutismus (V) (2). Chroust (oP).

Veranstaltet von der Universität in Verbindung mit dem Deutschen Ausland-Institut, Stuttgart, unter Leitung von Professor Sapper.

*) Veranstaltet von der Universität in Verbindung mit dem Deutschen Ausland-Institut, Stuttgart, unter Leitung von Prof. Uhlig.

Recht	Theologie und Missionswesen	Philologie und Sprachkurse	Sonstige Vorlesungen
26. Staatsrecht u. Politik in Dt.-Österreich (vgl. Staatenkunde) (V) (2). Nawiasky (aP). 27. Allg. Staatslehre, Staatsrechtslehre und Politik (V) (4). Dyroff (oP). 28. Der Friede v. Versailles (V) (1). Hellmann (aP).	31. Das Christentum i. ostasiat. Kulturkreis (V) (2). Aufhauser (aP). 32. Christentum u. Buddhismus i. Kampf um d. Völker Asiens (V) (1). Aufhauser (aP). 33. Kirche u. Auslandsdeutschum (V) (1). Aufhauser (aP). 34. Religionskde. d. christl. Orients, I: Die orthodoxe anatolische Kirche (V) (2). Aufhauser (aP). 35. Der religiöse Gedanke in Indien (V) (1). Geiger (Prf).	119. Gesch. d. dt. Lit. in Österreich (V) (1). Muncker (oP). 120. Franz. Literatur im 19. Jh. II. (V) (2). Simon (L). 121. Engl. Prosaschriftsteller d. 19. Jh. (V) (2). Wells (L). 122. Der Kampf zw. Klassik u. Romantik in England (V) (4). Schick (oP). 123. Franz. Literatur im Mittelalter (V) (4). Voßler (oP). 124. Ital. Lit. i. 18. Jh. (V) (2). Hartmann (aP). Sprachkurse in: Engl., Franz., Ital., Span., Russ., Griech., Neupers., Arab.	
36. Volksreligion d. Orients (V) (2). Simon (aP). 37. Missionsgesch. d. Neuzeit (V) (2). Schmidlin (oP). 38. China u. d. Christentum (V) (1). Schmidlin (oP). 39. Missionswiss. Übungen (Ü) (2). Schmidlin (oP).	40. Gegenw. Stand d. kath. Christentums i. d. außereurop.-Erdteilen (V) (1). Pieper (aP). 41. Nestorianer, Volk u. Kirche (V) (2). Karve (oP). 42. Jerusalem u. d. heil. Stätten in Gesch. u. Gegenwart (V) (1). Sachsse (PD).	125. Überblick über die niederl. Literatur des Mittelalters (in niederl. Spr.) (V) (1). van Sint-Jan (L). 126. Gesch. d. engl. Lit. v. Shakespeare bis Pope (V) (3). Keller (oP). 127. Life and works of Edgar Allan Poe (Ü) (2). Schönemann (L). Sprachkurse in: Niederl., Engl., Französ., Russ., Arab., Ethiop., Armen.	
	43. Konfuzius, Buddha, Zarathustra, Mohammed (V) (2). Hermann (oP).	128. Gesch. d. neueren franz. Lit. I: Renaissance lit. mit Berührung d. ital. Lit. (V) (4). Zenker (oP). 129. Chaucer (V) (2). Imelmann (aP). 130. Gesch. d. neueren schwed. Lit. II (V) (1). Björkman (L). 131. Littérature française: Le théâtre français au XVIII^e et au XIX^e siècle (V) (2). Spehr (L). Sprachkurse in: Niederl., Schweiz., Franz., Engl., Italien., Arab.	
	44. Tatsachen u. Probleme d. evang. Missionen Ostasiens (bes. Japans u. Niederl.-Indiens) (V) (2). Oehler (PD). 45. Missionswiss. Übungen (Ü) (2). Oehler (PD). 46. Allg. Religionsgesch. II: Australien, Afrika, Amerika (V) (2). Hauer (PD). 47. Primitive Ethn. (Ü) (?). Hauer (PD).	132. HAUPTERSCHINUNGEN d. franz. Lit. von 1500—1650 (V) (4). Haas (oP). 133. Histoire de la littérature française de 1790 à 1850 (V) (2). Pfau (aP). 134. Konversationskurs über engl. Politik (V) (1). Franz (oP). 135. Tennyson and Hawthorne (V) (1). Eoll (L). Sprachkurse in: Französ., Engl., Syr., Arab.	
		136. Die geistigen u. literar. Strömungen in Frankreich v. 1870 bis zur Gegenwart (V) (4). Küchler (oP). 137. Dantes Leben u. Werke (V) (1). Küchler (oP). 138. Span. Lit. im Grundriß (V) (1). Hame (PD). Sprachkurse in: Französ., Engl., Span., Italien., Griech., Arab., Syrisch.	

B. Technische Hochschulen	Länder-, Völker-, Staatenkunde und Volkswirtschaft	Geschichte, Philologie und sonstige Vorlesungen	B. Technische Hochschulen	Länder-, Völker-, Staatenkunde und Volkswirtschaft	Geschichte, Philologie und sonstige Vorlesungen
I. Aachen.....	1. Rußland, Land und Leute (V) (2). Brussow (L). 2. Allg. Wirtschafts- und Verkehrsgeogr. (V) (2). Eckert (aP). 3. Vortr. z. Auslandskde.: Vortragszyklus u. Rußland.	1. Neuere englische Literaturgesch. (V) (1). Scharff (L). 2. Neuere franz. Literaturgesch. (V) (1). Scharff (L). Sprachkurse in: Engl., Franz., Span., Russ. 3. Shakespeare (V) (1). Lippstreu (oP). Sprachkurse in: Engl., Franz., Russ.	VIII. Hannover	22. Allg. Wirtschafts- und Verkehrsgeographie I (V) (?). Obst (aP). 23. Landeskunde von Südamerika (V) (?). Obst (aP).	14. Engl. Literaturgesch. (Shakespeare) (V) (2). Kasten (PD). Sprachkurse in: Engl., Franz., Türk.
II. Berlin-Charlottenburg	4. Gegenwartsfragen der Politik (V) (1). Bergsträsser (PD). 5. England (V) (1). Levy (PD). 6. Die Staatsfinanz der wicht. kriegführ. Staaten während des Kriegs (V) (2). Mollwo (PD). 7. Wirtschaftsgeographie v. Europa (V) (1). Rühl (PD).		IX. Karlsruhe..	21. Geographie d. Weltverkehrs (V) (2). Metz (PD). 25. Der Friedensvertrag v. Versailles (V) (1). Wätjen (oP).	Sprachkurse in: Engl.
III. Braunschweig....	8. Der Friede v. Versailles u. s. wirtsch. u. polit. Wirkungen (V) (1). Roloff (PD).	Sprachkurse in: Engl., Franz., Italien., Span., Russ.	X. München ...	26. Der Friede v. Versailles in s. hist. u. wirtsch. Bedeutung (V) (2). Graf Dumulin-Eckart (oP). 27. Physische Geographie v. Brasilien (V) (1). Lebling (PD). 28. Geography of the British Empire (V) (2). Prosiegel (Prof.). 29. The rise of the Empire (V) (2). Prosiegel (Prof.).	15. Allg. Gesch. v. 1890 bis 1918 (V) (2). Graf Dumulin-Eckart (oP). Sprachkurse in: Engl., Italien., Franz.
IV. Breslau....	9. Wirtschaftsgeogr. der Gewässer (V) (2). Dietrich (aP). 10. Übungen über Wirtschaftsgeogr. Tagestr. (Ü) (?) Dietrich (aP). 11. Entwerfen v. Wirtsch.-Karten (V) (1). Dietrich (aP).	Sprachkurse in: Engl., Franz., Russ.	XI. Stuttgart...	30. Allg. Wirtschaftsgeogr. (V) (2). Wunderlich (PD).	16. American literature (V) (2). Dierlamm (oP). 17. Histoire du théâtre français à la fin du XIXe siècle (V) (1). Ott (oP). 18. Gesch. d. neuest. Zeit 1871—1914 (V) (2). Egelhaaf (oP). Sprachkurse in: Engl., Franz., Italien., Span.
V. Danzig.....	12. Mitteleuropas wirtsch.-geogr. Vergangenheit, Gegenw. u. Zuk. (V) (1). v. Bockelmann (aP). 13. Der Weltverkehr u. s. geschichtl. Entwicklg. (V) (1). v. Bockelmann (aP).	4. Gesch. d. franz. Revol. (V) (2) Luckwaldt (oP). Sprachkurse in: Engl., Franz., Russ.			
VI. Darmstadt.	14. Frankr. höher. Schulwesen v. 1370—1914 (V) (1). Dorfeld (Ob.-Schulrat). 15. Arbeitsgemeinsch. zur Bespr. ausgew. Artikel aus d. Methodik d. frz. Unterrichts (V) (1). Dorfeld (Ob.-Schulr.). 16. Einführung i. d. Politik (V) (2). Schüler (PD).	5. Gesch. Rußlands v. d. alt. Zeit bis 1240 (V) (2). Fritzler (PD). 6. Das Zeitalter d. Imperialismus (Die Polit. d. Großmächte v. 1871 bis 1914) (V) (2). Schüler (PD). Sprachkurse in: Engl., Franz., Ital., Russ.	C. Fach-Hochschulen	Länder-, Völker-, Staatenkunde und Volkswirtschaft	Geschichte, Philologie und sonstige Vorlesungen
VII. Dresden ..	17. Länderkunde u. Wirtschaftsgeogr. v. Asien (V) (4). Hassert (oP). 18. Entdeckung, Erforsch. u. polit. Aufteiz. Afrikas (V) (1). Hassert (oP). 19. Das Wirtschaftsleben Russisch-Asiens (V) (1). Neumann (Prof.). 20. Die Vegetationszonen d. Erde (V) (1). Drude (Prof.). 21. Speziellere Geodäsie f. Geogr. u. Forschungsreisende mit bes. Ber. der Verh. in China (V) (1). Israel (PD).	7. Vorgeschichte d. Weltkriegs (V) (1). Hecker (PD). 8. Franz. Lit. im 19. Jh.: Romantik u. Realismus (V) (4). Klemperer (oP). 9. Übungen dazu (Ü) (2). Klemperer (oP). 10. Gesch. d. italien. Lit. d. Renaissancezeit (V) (1). Klemperer (oP). 11. Einführung i. d. anglo-indische Lit. (V) (Ü) (2). Brotanek (oP). 12. Shakespeares Werke (V) (2). Brotanek (oP). 13. Die japanische Kunst (V) (1). Bruck (oP). Sprachkurse in: Engl., Franz., Ital., Russ.	I. Seminar für oriental. Sprachen, Berlin	Chinas Wirtschaftsleben, Handel u. Verkehrswesen (V) (2). Schuler (oP). Georgien u. d. Kaukasus. Die Sprachen u. Völker d. Kaukasus II. (V) (1). Meckelein (PD). Türkei. Land u. Leute, Sitten, Gebräuche u. Gesetzgebung (V) (2). Volland (L). Syrien. Einführung in die Realien (V) (2). Kampffmeyer (oP). Ägypten. Einführungen in d. Realien (V) (2). Kampffmeyer (oP). Marokko. Einführung in d. Realien (V) (2). Kampffmeyer (oP). Die Sprachen u. Völker Abessiniens (V) (1). Mittwoch (oP). Die Hamiten Nordafrikas (Volkstum u. Sprache) (V) (2). Westermann (oP). Kolloquium über Afrikanistik (Ü) (2). Westermann (oP). Über Weltwirtschaft, mit Demonstrat. u. praktisch. Übungen (Ü) (2). Gerstmeier (Geh.-Rat). Über tropische Landwirtschaft (V) (2). Warburg (oP). Technologie d. Produkte d. Welthandels II. (V) (2). Krause (oP). Frankreich. Land und Leute (V) (3). Francillon (L).	Wissenschaft und schöne Literatur d. Chinesen (V) (2). Forke (oP). Gesch. Japans II. (V) (2). Scharschmidt (PD). Religionssysteme u. Religionssekten in Indien (V) (1). v. Glasenap (PD). Religion d. Perser (V) (2). Vacha (L). Verwaltungsgesch. Ägyptens seit d. engl. Okkupation (V) (1). Prüfer (Leg.-Rat). Geistesleben Rußlands i. 19. Jh. (V) (2). Lane (L). Gesch. Rußlands (V) (1). Palme (PD). Übungen z. Verfassungsgesch. Rußlands (Ü) (1). Palme (PD). Neuere Geschichte Neugriechenlands (V) (1). Kalitsunakis (L). The life and the works of Bernard Shaw (V) (1). Hamilton (L). Sprachkurse in: Franz., Engl., Span., Russ., Bulgar., Polnisch, Tschech., Serbo-Kroatisch, Neugriech., Georg., Türk., Arab., Pers., Hindustani, Guzerati, Tartar., Chines., Japan., Abessin., Haussa, Kinbunta.

C. Fach-Hochschulen	Länder-, Völker-, Staatenkunde und Volkswirtschaft	Geschichte, Philologie und sonstige Vorlesungen	C. Fach-Hochschulen	Länder-, Völker-, Staatenkunde und Volkswirtschaft	Geschichte, Philologie und sonstige Vorlesungen
II. Hochschule f. Politik, Berlin	Das internat. Finanzproblem u. die Reparation (V) (1). Bonn (oP). Das linke Rheinufer. Seine kulturelle u. s. polit. Bedeutung (V) (2). Spahn (oP) (Köln). Südosteuropa. Die Probleme d. östl. Mittelmeers u. d. nahe Orient. Der Zusammenbruch der Türkei (V) (1). Hoetzsch (oP). Die großen Staaten und ihre wirtsch. Beziehungen (V) (1). Engel-Reimers.	Die Weltgeschichte u. d. Gesichtspunkt d. Klassenkampfes (V) (1). Delbrück (oP). Dt. Außenpolitik i. d. Zeit Bismarcks u. Wilh. II. (V) (2). Graf Montgelas. Die Schuldfrage, insbes. die Frage d. Kriegausbr. (V) (1). Sauerbeck. Übungen dazu (Ü) (2). Sauerbeck. Grundzüge d. franz. Politik. v. Richelieu bis zur Gegenwart (V) (1). Struntz u. Kühn.	1) Nürnberg . . .	Ausw. Handelspol. (V) (2). Mackh. Allg. Wirtschaftsgeogr. v. Europa (V) (2). v. Ebert (oP). Einführg. in die Völkerkunde (V) (1). Hörmann. Frankr. Kultur (Vortr. in franz. Sprache) (V) (1). Godart (L).	Sprachkurse in: Engl., Französ., Span., Esperanto.
III. Handelshochschulen a) Berlin	Die wirtsch. u. kulturelle Bedeutung d. Deutschtums i. Auslande (V) (1). Hoeniger (oP). Das internat. Finanzproblem (V) (1). Bonn (oP). Staatenkunde d. Gegenwart auf histor. Grundlage (V) (1). Valentin (oP). China (V) (1). Tiessen (oP). Nordamerika (V) (1). Wegener (oP). Einführung i. d. Anthropologie u. Rassenlehre (V) (1). v. Luschán (oP). Das heutige Frankreich u. seine geist. Grundlagen (V) u. (Ü) (1). Grautoff (PD). Die Wirtschaftsverhältn. Rußlands u. s. Randstaat. (V) (1). Palme (PD). Spez. Wirtschaftsgeogr. (V) (4). Wegener (oP).	Die großen Sozialisten v. Plato bis Lenin (V) (1). Eulenburg (oP). Entwicklungslinien der Weltpolitik (V) (1). Koebner (Geh.-Rat). Gegenwartsfragen d. Politik (V) (1). Bergsträsser (oP). The life and works of Oscar Wilde (V) (1). Hamilton (L). La vie intellectuelle sous la IIIe République (V) (1). Pariselle (L). Das Studium fremder Sprachen u. Länder (V) (1). Palme (PD). Weltpolitik im Osten zw. 1772 u. 1914 (V) (1). Hoetzsch (oP).	IV. Landwirtschaftl. Hochschulen a) Berlin b) Bonn c) Hohenheim V. Tierärztliche Hochschulen a) Berlin b) Dresden c) Hannover VI. Bergakademien a) Clausthal Reiberg		Tropenhygiene. Spezialkurse: Kolloquium u. Praktikum (V) u. (Ü) (?). Knuth (oP). Niederländ. Kunst (V) (2). Bruck (oP). Japan. Kunst (V) (1). Bruck (oP).
b) Königsberg	Übungen über Handels- u. Verkehrspolitik (V) (2). N. N. Rußland in Europa und Asien (V) (2). Friederichsen (oP). Amerika u. Ostasien (V) (2). Lullies (St.-Rat). Finnland (Vortr.). Friederichsen (oP).	Littérature française: Le théâtre moderne. (V) (1). Servais (L). Sprachkurse in: Franz., Engl., Span., Russ., Poln.	VII. Forstakademien a) Eberswalde b) Tharandt c) Köln		Engl. Übungen (Ü) (1). Zinke (PD). Shakespeare, d. Dichter u. s. Werk (V) (1). Zinke (PD).
c) Leipzig	(Vgl. die einschl. Vorlesungen der Univ. Leipzig).	Sprachkurse und Handelskorrespondenz in: Franz., Engl., Italien., Span., Russ., Esperanto.	VIII. Hochschule f. Hotel- u. Verkehrswesen	Großverkehrsfragen des In- u. Auslands (V) (2). Rintelen (Reg.-Rat). Untersuchungen üb. die Entwickl. d. Verkehrs bis z. 19. Jh. (Ü) (2). Kuske (oP). Einzelvorträge: (je 1 St.). Die Bedeutung d. Verkehrs f. d. weltwirtschaftl. Entwicklung. Kuske (oP). Neue überseeische Erschließungsbahn v. Standpunkt d. dt. Exportpolitik. Thieß (oP). Der gegenwärt. Stand u. d. Zukunftsmöglichkeit d. großeurop. Eisenbahnen. Tuckermann (PD). Entwicklung d. dt. u.	Sprachkurse in: Spanisch u. Russisch.
d) Mannheim	Verkehrspolitik der See- und Binnenwasserstraßen (V) (1). Bartsch. Wirtschaftsgeographie v. Europa (V) (2). Sommer (Prof.). Die Grundzüge d. engl. Verfassung (V) (2). Boß (L).	The making of Modern England (V) (2). Boß (L). Sprachkurse und Handelskorrespondenz in: Franz., Engl., Italien., Span.			international. Eisenbahnverkehrsrechts. Von der Leyen (Geh.-Rat), Berlin. Die Stellung d. dt. Seeschifffahrt i. d. Weltwirtschaft. Hasselmann, Hamburg. Der Schnellnachrichtenverkehr in Volkswirtschaft u. Weltwirtschaft. Roscher (Telegr.-Dir.).
e) München	Wirtschaftskunde Spaniens (V) (1). de Olea (L).	Sprachkurse in: Engl., Franz., Ital., Span.			

C. Fach-Hochschulen	Länder-, Völker-, Staatenkunde und Volkswirtschaft	Geschichte, Philologie und sonstige Vorlesungen	C. Fach-Hochschulen	Länder-, Völker-, Staatenkunde und Volkswirtschaft	Geschichte, Philologie und sonstige Vorlesungen
IX. Deutsche Hochschule für In- und Auslandsiedelung Witzenhause a. W.	Völkerkunde I. Deutschlands Kolonialpolitik u. Weltwirtschaft. Deutschtum im Ausland. (Sämtliche landwirtschaftlichen und technischen Vorlesungen der Kolonialschule werden unter dem Gesichtspunkt der Auslands- u. Kolonialkunde gehalten.)	Tropenkrankheiten II. Heimischer u. tropischer spez. Pflanzenbau. Tropenhausbau.	XII. Katholische Hochschulen		Sprachkurse in: Poln. u. Arab.
X. Verwaltungshochschulen			a) Philosoph.-theolog. Akademie Paderborn		
a) Detmold . . .		Kolonialpolitik seit dem Ausgang des Mittelalters (V) (1). Remme (oP). Sprachkurse in: Englisch u. Spanisch.	b) Lyzeum Regensburg.		
b) Düsseldorf..	Die Hauptwege d. Weltverkehrs (V) (2). Hennig (Prof.). Gesch. d. wicht. Weltverkehrswege (V) (1). Hennig (Prof.). Allg. Wirtschafts- u. Verkehrsgeographie I. (V) (3). Hennig (Prof.). Gesch. d. Nachrichtenverkehrs (V) (1). Hennig (Prof.).	Sprachkurse in: Französ., Engl., Italien., Holländisch.	c) Lyzeum Passau	Die La-Plata-Staaten (V) (2). Weber (oP).	Sprachkurse in: Arabisch.
			d) Lyzeum Dillingen		
			e) Lyzeum Freising		
			f) Lyzeum Eichstätt . . .		

Regionale Übersicht

A. Universitäten

Land	Länder-, Völker- und Staatenkunde	Volkswirtschaft	Geschichte (auch Kolonialgeschichte)	Recht	Theologie und Missionswesen	Philologie und Sprachkurse	Sonstige Vorlesungen
Allgemeines	2, 5, 6, 8, 11, 51, 52, 55, 60, 61, 63, 65, 66, 69, 72, 76, 78, 80, 81, 83—88, 97, 98, 101, 103, 105—109, 138, 150—153, 156, 157, 167, 169, 178, 180, 181—183, 189.	1—3, 7, 8, 12, 21, 22, 25, 26, 30—46, 49, 50, 52—58, 60—62, 65—69, 70, 72—74, 76, 78—82.	1, 4, 13, 26, 29, 30—32, 43—45, 48, 53, 57, 58, 64, 65—67, 69—73, 77, 81, 83, 86, 88, 92—94, 101, 103—110.	19, 20, 22, 23, 24, 27, 28.	3, 5, 14, 21, 22, 29, 37, 39—41, 45, 47.		1—4, 8—11.
Auslandsdeutschum.	104, 115, 118—125, 144—145, 158—161, 190.		39.	16, 17.	10—12, 15—17, 33, 44.		7.
Europa	19—32, 49, 68, 136, 177, 179.	29.	2, 14, 47, 56, 79, 80, 90, 91, 96.				
Deutsche Kolonien .	1, 100, 111.	71.	52. 55.				
Österreichische Nachfolgestaaten	58, 144—145, 158, 166.	75, 77.	3. 35. 99. 100.	9, 26.		14, 15, 26.	
Frankreich u. Belgien	64, 77, 113, 117, 141, 143, 149, 159, 171, 188.	5, 6, 9.	5, 6, 19, 20, 25, 27, 45, 46, 54, 60—63, 78, 91, 113.	2, 4, 13.		6, 7, 9, 10, 18, 21—23, 28, 34, 36, 37, 38, 41, 43, 51—53, 57, 59, 60, 69, 75—78, 84, 85, 94, 95, 97—100, 103, 105, 106, 113, 114, 116—118, 120—123, 128, 131—133, 136.	6.
Schweiz				1.			
Niederlande		23, 24, 27, 28.	38, 40.			1, 16, 30, 31, 40, 88, 110, 111, 125.	
England und dessen Kolonien	9, 48, 113, 142, 154, 155, 172, 187.	3, 10.	5, 7, 18, 21, 23, 24, 34, 36, 42, 60, 63, 68, 82, 85, 89, 97, 102, 113.	2, 21, 25.		5, 17, 24, 25, 32, 33, 35, 44, 45, 46, 47, 49, 50, 61, 62—64, 70—74, 86, 87, 92, 93, 96, 104, 112, 121, 122, 126, 127, 129, 134, 135.	
Spanien und Portugal	3, 82, 93, 102, 173.		12.			6, 8, 37, 59, 78, 79—82, 133.	

Land	Länder-, Völker- und Staatenkunde	Volkswirtschaft	Geschichte (auch Kolonialgeschichte)	Recht	Theologie und Missionswesen	Philologie und Sprachkurse	Sonstige Vorlesungen
Italien	3, 102, 137.		75, 112.			6, 37, 39, 42, 54, 55, 58, 59, 83, 115, 124, 137,	
Balkanländer	3, 79, 102, 116, 134, 158, 162—165.		33. 35. 84. 98.	10, 14.		11.	
Osteuropa	7, 10, 56, 57, 59, 99, 110, 114, 126—133, 162.	13, 14—20, 63, 64,	9, 10—12, 15, 16, 28, 33, 41, 51, 59, 74, 76, 87.	5, 6, 8, 13, 15.	6, 25.	12, 13, 26, 27, 56, 107, 108.	5,
Skandinavien	89.	48, 51.	49.	18.		2, 3, 4, 20, 65—68, 91, 101, 102, 109, 130.	
Asien	53, 71, 90, 139, 170, 174, 184.						
Naher Orient	12, 47, 67, 70, 71, 79.		22, 98.	3, 7.	2, 18, 26.	19, 28, 29, 34, 36, 42, 43.	
Indien	168.		37.		1, 4, 7, 8, 20, 23, 24, 27, 32, 35, 43.		
Ostasien	15, 16, 185, 186.				9, 13, 19, 30, 31, 38, 44.	89, 90.	
Angloamerika	73—75, 147, 148, 175, 176, 191, 192, 194.	4. 10.	8, 17, 23, 95.	11	46.	48.	
Lateinamerika	4, 17, 18, 33—46, 75, 94, 95, 96, 115, 135, 140, 191, 193, 195—200.	11.			46.	8, 82.	
Afrika	1, 13, 91, 112.				46.		
Australien	62, 92, 134.		111.		46.		
Polargebiete	54.						
Meere	14, 50.	35, 47, 57.	50, 51.				

B. Technische Hochschulen

Land	Länderkunde	Philologie und Geschichte	Land	Länderkunde	Philologie und Geschichte
Allgemeines	2, 4, 6, 8, 10, 11, 13, 16, 20.	6, 7, 15, 18.	Osteuropa	1, 3.	5.
Deutsche Kolonien	24, 25, 26.		Asien	17, 19, 21.	
Europa	7, 12.	15.	Ferner Orient		13.
Frankreich	14, 15.	2, 8, 9, 17.	Angloamerika		16.
England und seine Kolonien..	5, 28, 29	1, 3, 11, 12, 14.	Afrika und Australien	18.	
Spanien und Italien		10.	Meere	9.	

In der vorliegenden Tabelle sind die Namen der Dozenten unmittelbar bei den Vorlesungen aufgeführt, so daß sich ein besonderes Dozentenverzeichnis (vgl. die Tabelle für das Sommersemester 1921) erübrigt. Der Übersichtlichkeit halber wird die gesamte Tabelle einschließlich Fachhochschulen in dieser Nummer vereinigt.

VOM DEUTSCHTUM IN DEN ABGETRENNTEN GEBIETEN

Polen

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Konitz entfielen auf die deutschen Listen 13 Vertreter, auf die polnische Bürgerpartei 10 und auf die polnische Arbeiterpartei 7 Vertreter.

Wie die „Bromberger Deutsche Rundschau“ meldet, hat die Wahlkommission im Landkreise Graudenz alle deutschen Kandidatenlisten zum Kreistag gestrichen, obgleich die deutsche Liste vollkommen der Wahlordnung entspricht. Auf Grund einer Verabredung werden nun die deutschen Wähler die polnische Arbeiterliste unterstützen. Die deutschen Führer und die Bevölkerung haben beschlossen, alle freiwilligen Stiftungen von Roggen und Kartoffeln an die Kreisbehörden einzustellen, bis die Entrechtung der deutschen Wählerschaft aufhöre. Man will die freiwilligen Stiftungen von Roggen und Kartoffeln dazu verwenden, die zahlreichen deutschen Ansiedler und Arbeiter zu unterstützen, die durch die seitens der Polen in rücksichtsloser Weise vorgenommenen Kündigungen ihrer Stellen zum 1. Dezember auf die Straße gesetzt werden. Das genannte Blatt bemerkt dazu: „Der chauvinistische Übermut feiert offenbar Orgien. Ist man denn in Warschau nicht endlich bereit, diesem skandalösen

Treiben Einhalt zu tun? Die Schamröte muß jedem rechtlich denkenden Menschen, gleich ob Pole oder Deutscher, emporsteigen, wenn er sieht, in welcher Weise in dem Graudener Landkreis, der zu einem ganz erheblichen Bruchteil noch heute deutsch ist, mit dem Wahlrecht seiner deutschen Bevölkerung Fangball gespielt wird.“

Der Deutschförsbund betont, daß die Deutschen nicht den polnischen Armen helfen könnten, wenn die Polen jede Menschlichkeit außer acht ließen und Tausende von Deutschen im Winter auf die Straße setzten.

Die deutsche Sprache in Elsaß-Lothringen

Die Straßburger Zeitung „La République“ berichtet, daß der Direktor der Kolmarer Zollabfertigungsstelle seinen Beamten verboten habe, mit dem Publikum in deutscher Sprache oder auch im elsässischen Dialekt zu verkehren und einem seiner Herren, den er dabei erwischte habe und der sich entschuldigt habe, das Publikum verstehe eben nichts anderes, erklärt habe, ein französischer Beamter müsse sich den Anschein geben, kein deutsch zu verstehen und wenn das Publikum nichts verstehe, eben den Dolmetscher rufen lassen. Das nennt man dann Wahrung der Minderheitsrechte.

VOM AUSLAND DEUTSCHTUM

RUNDschau

Österreich und Ungarn

Die westungarische Frage nähert sich nun endlich doch ihrer Lösung, an der man bereits glaubte verzweifeln zu müssen. Freilich wird die Art der Lösung für Österreich keine reine Freude bringen. Das Burgenland soll nach Angabe der ungarischen Regierung von den magyarischen Banden geräumt worden sein und diese Räumung hat sich mit einer Raschheit vollzogen, die in sonderbarem Widerspruche steht zu der so oft wiederholten Beteuerung der Machthaber in Budapest, daß sie keinen Einfluß auf die Banden besäßen. Nun hat mit einem Male ein einfacher Befehl aus der Hauptstadt genügt, die Insurgenten zum Verlassen Westungarns zu bewegen. Ausgenommen hiervon bleibt aber das in Venedig vereinbarte Abstimmungsgebiet mit der Stadt Ödenburg. Merkwürdigerweise konnte man noch immer nichts Zuverlässiges über den eigentlichen Inhalt dieser Abmachungen erfahren, und wenn nicht alle Zeichen trügen, hat die österreichische Abordnung in Venedig nicht jene nackensteife Haltung bekundet, die im Interesse ihres Staates so notwendig gewesen wäre. Mit Recht wurde daher auch im österreichischen Nationalrate sehr kräftig darauf hingewiesen, daß die fraglichen Verabredungen für ihre Gültigkeit erst der Zustimmung der Volksvertretung bedürfen. Praktisch ist dies freilich ohne Bedeutung, weil inzwischen die Entente die bedingungslose Ratifizierung des Venediger Abkommens gefordert, bzw. anbefohlen hat. Am 11. November machte sodann die Generalkommission der Entente in Ödenburg der österreichischen Regierung die amtliche Mitteilung, daß sie an die militärische Besetzung des Burgenlandes, natürlich mit Ausschluß des Abstimmungsgebietes, schreiben solle, und der Vormarsch der bereit gestellten österreichischen Truppen hat gleich darauf begonnen. Die Aussichten der Volksabstimmung liegen für Österreich zweifellos wenig günstig. Nicht etwa deshalb, weil die Mehrheit der vorwiegend deutschen Bevölkerung, mit der die wenigen Kroaten Hand in Hand gehen, den Anschluß nicht wünschte, sondern deshalb, weil von magyarischer Seite seit Wochen fieberhaft an den entsprechenden, d. h.

den magyarischen Interessen entsprechenden Vorbereitungen für die Abstimmung gearbeitet wird, während österreichischerseits so gut wie nichts geschehen ist, wenigstens nicht auf amtlichem Wege. Dafür hat sich eine „Burgenländische Arbeitsgemeinschaft“ gebildet, die auch eine Zeitschrift „Der freie Burgenländer“ herausgibt und die in anerkennenswertem Eifer daran geschritten ist, auch eine österreichische Werbetätigkeit im Abstimmungsgebiete zu entfalten. Natürlich kann diese mit der amtlichen ungarischen Werbetätigkeit nicht in Wettbewerb treten, weil sie nur unter der Hand und von Mann zu Mann arbeiten kann, während die Magyaren sämtliche Behörden in den Dienst der Sache stellen konnten. Die ungarische Regierung läßt nun zur Rückkehr und zur Abstimmung nicht nur solche Leute ein, die nach Geburt und Heimatszuständigkeit Burgenländer sind, sondern alle im Auslande, besonders in Österreich wohnenden ungarischen Staatsbürger, sofern sie nicht Flüchtlinge aus dem Burgenlande sind, und erteilt diesen allen kurzerhand die Heimatsberechtigung in einer der im Abstimmungsgebiete gelegenen Ortschaften. Wenn man weiß, wie umständlich bisher die Erlangung der Heimatszuständigkeit in Ungarn war und wie lange Zeit sie in jedem einzelnen Falle in Anspruch nahm, so ist es doch geradezu erstaunlich, wie rasch diese heute für die Parteigänger Ungarns im Abstimmungsgebiete durchgeführt wird. Zu diesen aus dem Auslande erwarteten Abstimmungsberechtigten kommen nun aber auch noch die etlichen Tausend, zwar im Abstimmungsgebiete lebenden, aber aus dem Inneren Ungarns stammenden und dort beheimateten Beamten, Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Geistliche, Geschäftsleute, Handwerker usw., nicht zuletzt aber die im Abstimmungsgebiete zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ verbliebenen Truppen. Damit nicht genug, werden sämtliche Gewerbekorporationen, das sind Zwangsvereinigungen der Gewerbetreibenden, dazu gehalten, Listen aufzulegen, in denen sich ihre Mitglieder ehrenwörtlich dazu verpflichten, nur für Ungarn ihre Stimme abzugeben. Dasselbe geschieht bei den Vereinigungen der geistigen Berufe. So z. B. wurde dem Ärzteverein in der Stadt Ödenburg ausdrücklich mitgeteilt, daß diese ehrenwörtliche Verpflichtung

nicht nur für die Person jedes Arztes, sondern auch für die Angehörigen seiner Familie, ja sogar für seine Diensthofen gelte. Alle öffentlichen Beamten werden überdies darauf aufmerksam gemacht, daß sie für den Fall der Stimmenabgabe zugunsten Österreichs nicht nur Amtsentsetzung zu gewärtigen hätten, sondern daß auch keine Bürgschaft für ihre körperliche Sicherheit übernommen werden könne. Daß die magyarische Presse in allen Tonarten für das Verbleiben bei Ungarn eintritt, daß die zwar deutsch geschriebene, aber magyarisch gesinnte Presse — die deutschgesinnte wurde inzwischen unterdrückt — das gleiche tut, ist selbstverständlich. Die erwähnte „Burgenländische Arbeitsgemeinschaft“ in Wien versucht es zwar, durch massenhafte Flugzettel dem allen entgegenzutreten, und findet dabei auch viel Verständnis bei den deutschen Einwohnern des Abstimmungsgebietes, aber es bleibt dennoch fraglich, ob die Mehrzahl von ihnen es angesichts des auf ihnen lastenden magyarischen Druckes wagen wird, sich bei der Abstimmung für Österreich zu erklären. So wie die Dinge nun aber einmal liegen, wird menschlicher Voraussicht nach das burgenländische Plebiszit Blendwerk sein. Die Entscheidung wird wahrscheinlich bald fallen; von ihr wird es abhängen, ob das Burgenland einen wertvollen Zuwachs an deutschem Boden und an deutscher Bevölkerung für das von allen Seiten bedrängte Österreich bilden oder lediglich ein sehr stark entwerteter Torso sein wird. B. I.

Tschechoslowakei

In seiner Antwortrede auf die Ansprache des Ministerpräsidenten wies der Vertreter des deutschen parlamentarischen Verbandes darauf hin, die Mobilisation habe bewiesen, daß auch die deutsche Jugend, wie schwer ihr das auch gefallen sein möge, dem Staate gegenüber ihre Pflicht erfüllt habe. Das sei von hoher Bedeutung, gelte doch der Kampf der Deutschen, wie damit bewiesen worden sei, nicht dem Staate an sich, sondern nur der Art, wie die Deutschen regiert würden. Mit dem Staat als realer Größe rechne das deutsche Volk, es verlange aber nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte!

Polen

Die Deutsche Fraktion hat im polnischen Landtag einen Dringlichkeitsantrag über Fragen des Minderheitsrechts eingebracht. Das Ministerium für das ehemals preußische Teilgebiet habe eine Verfügung erlassen, wonach Personen, die die polnische Sprache nicht in Wort und Schrift beherrschten, nicht als Stadtverordnete und Reichstagsabgeordnete gewählt werden dürfen. Den Wahlkommissionen stände demnach ein Recht der Prüfung der Kandidaten zu. Der Minister habe trotz wiederholter Vorstellungen sich geweigert, die Verordnung zurückzunehmen, wenn er auch gesagt habe, daß in der Praxis eine Prüfung nicht stattfinden werde. Trotzdem habe in den meisten Wahlbezirken eine Prüfung der Kandidaten der deutschen Liste stattgefunden und in vielen Orten wurden die deutschen Kandidaten oder die ganze deutsche Liste nicht anerkannt und gestrichen. Auf diese Weise wurden in dem rein deutschen Schultitz, wo nur ein Kandidat der deutschen Liste geprüft wurde, dessen Sprachkenntnisse aber nicht für genügend befunden wurden, die ganze deutsche Liste nicht anerkannt und die Deutschen wurden aus der kommunalen Verwaltung völlig ausgeschaltet. Teilweise lehnten es die Deutschen, die vorzüglich Polnisch sprechen, auch ab, sich von Kommissionen prüfen zu lassen, die an Bildung tief unter ihnen ständen. Die zu einer angesetzten Prüfung nicht Erschienenen wurden ohne weiteres von den Listen gestrichen. Auf diese Weise kam eine völlige Sabotierung der deutschen Wahlausübung zustande und die deutsche Minderheit wurde bei den kommunalen Wahlen völlig

rechtlos gemacht. Die deutsche Fraktion macht darauf aufmerksam, daß dieses Vorgehen einzig in der Rechtsgeschichte dastehe und daß die Wahlordnung der Verfassung ebenso wie dem Minderheitsschutzvertrage widerspreche. Die Abgeordneten beantragen daher, der Sejm möge beschließen, die Verfügung sofort aufheben zu lassen und die Wahlen, bei denen die genannten Vorgänge sich ereigneten, für ungültig zu erklären.

Estland

Wegen eines Artikels in einem estnischen Blatt, den der jetzt estnische Innenminister Karl Einbund über die angebliche Ermordung des Estländers Jüri Wilms und die angebliche Beteiligung der Deutschen an diesem Morde veröffentlicht hatte, klagten die Mitglieder der deutsch-baltischen Fraktion im Parlament, sowie der deutsche Volkssekretär wegen Verleumdung. Das Gericht wies jedoch die Klage aus formellen Gründen ab, weil die Abgeordneten und der Volkssekretär nicht im Namen der deutschen Bevölkerung auftreten könnten und weil sie erst während des Gerichtsverfahrens erklärt hätten, auch die Klage persönlich aufrecht erhalten zu wollen.

Rußland

Aus Helsingfors wird dem Deutschen Ausland-Institut geschrieben: Sie wollen etwas Näheres von den Evangelischen Rußlands wissen?, fragte mich mein Gewährsmann, der eben aus Petersburg zurückgekehrt ist. Da kann ich Ihnen aus eigener Anschauung und manchen Gesprächen einige Auskunft geben. Habe ich doch das Reformationsfest am 30. Oktober bald nach meiner Ankunft in Petersburg mitgefeiert. Das Schiff der großen Petrikirche war ganz mit Andächtigen gefüllt. Und die Teilnehmer waren stolz auf die rege Beteiligung, da man eben im ganzen etwa bloß 5—6000 Deutsche in Petersburg zählt. Vor dem Kriege rechnete man mit etwa 70000! General-Superintendent Malmgren hielt den Gottesdienst und Prof. A. Wulffius brachte einen interessanten Vortrag über die Bedeutung der Reformation.

Obleich die Zahl der ansässigen Deutschen so zusammengeschmolzen ist, bestehen doch noch alle einstigen Gemeinden. Freilich versorgt z. B. Pastor Fehrmann die Petri-, die Katharinen- und die Reformierte Gemeinden; General-Superintendent Malmgren hat die Annen-Gemeinde. Prof. Jürgensson hat an Stelle des kürzlich in Deutschland verstorbenen Pastor Masing die russisch-evangelische Marien-Gemeinde übernommen. Pastor Frischfeldt versorgt endlich die Michaelis-Gemeinde. Die übrigen evangelischen Gemeinden haben folgende Pastoren: die Letten Bischof Grünberg, die Esten Bischof Palsa und die Finnländer — Superintendent Relander. Die Esten und Letten, die Bischöfe ernannt haben, haben Bischof Freifeldt zum Erzbischof gewählt.

Es herrscht ein sehr schmerzlicher Mangel an Pastoren. Da Dorpat, das früher ganz Rußland mit evangelischen Geistlichen versorgte, nun estnisch geworden ist, ist der Beschluß gefaßt worden, ein Lehrinstitut zur Heranbildung von Pastoren zu gründen. Es soll einen zweijährigen Kursus haben. Als Lehrkräfte sind General-Superintendent Malmgren für Dogmatik, Bischof Freifeldt für das Leben Jesu und Bischof Grünberg für theologische Einführungswissenschaften gewählt. Man hofft auf diese Weise dem bittersten Mangel abzuweichen. Er besteht im Inneren des Reichs wohl noch mehr als in den Städten. Als Beispiel seien die finnischen Ingermanländer angeführt, die statt 30 Pastoren nur 3 haben. Ebenso ist in den Wolgakolonien nicht nur die Not am täglichen, sondern auch am geistlichen Brot groß. Ein Pastor aus den Wolgakolonien erhielt kürzlich eine Pfarrei in einer der deutschen Kolonien bei Petersburg. Er war sehr

glücklich, denn er wäre, wie er fest glaubte, unter den gänzlich verarmten Wolgakolonisten unrettbar mit seiner Familie verhungert. — Eine Folge des Pastoren Mangels ist auch das mächtige Anschwellen der Sekten, die Methodisten und Baptisten haben in Petersburg unter den evangelischen, aber auch unter den finnischen Ingermanländern große Fortschritte gemacht. Die Zahl der finnländischen Bürger ist jetzt stark zurückgegangen. Es sind fast nur Ingermanländer nachgeblieben.

Am 22. November sollte eine kirchliche Beratung in Moskau stattfinden. In Moskau ist Pastor Meyer an Stelle von Pastor Willegerode zum General-Superintendenten geweiht worden. General-Superintendent Willegerode hat sich ja — ein schreckliches Zeichen der verzweigungsvollen Verhältnisse — das Leben genommen, während sein Neffe, Pastor Willegerode von der Petrikirche, der Überanstrengung erlag. Die neue Organisation der vereinigten evangelischen Kirche Rußlands zeigt, wie die Zusammenkunft in Moskau und die Gründung des Pastorenseminars beweist, inneres Leben. Übrigens ist die Gründung des Bischofsrats unter Vorsitz von Bischof Freifeldt im Frühling des Jahres 1920 auf Anregung der Letten, insonderheit Pastor Grünbergs, zurückzuführen.

Auch die alten berühmten deutschen Gemeindeschulen in Petersburg arbeiten unter den schwierigsten Verhältnissen weiter. Als Beispiel sei die größte unter ihnen, die Petrischule angeführt, die ihren Direktor, Kleinenberg, und ihren Inspektor, Prof. Wulffius, behalten hat und eben etwa 600 Kinder unterrichtet. Der Frost und der Mangel an Brennmaterial droht den Unterricht unmöglich zu machen. Da wurden die Kinder aufgefordert, je 50000 Rubel zur Anschaffung von Brennholz zu bringen. Diese Steuer wurde gern geleistet.

In den einzelnen Familien der Gebildeten ist die Not vielfach hoffnungslos. Viele wissen nicht, wie sie über den Winter kommen werden. Besonders herrscht auch unter den Pastoren, die bei ihren Gemeinden ausgehalten haben und in aufreibender Arbeit Tausenden ein Trost sind, ein ganz unglaublicher Mangel. Zerfetzte Stiefel, in Lumpen sich wandelnde Anzüge sind ein Unglück, das aus eigener Kraft schlechterdings nicht gutgemacht werden kann. Ein entsetzlicher Alpdruck ist für die Pastoren und ihre Familien der Brennholzmangel. Als ich einen von diesen Männern christlicher Tat Anfang November besuchte, brannte zum erstenmal in diesem Herbst Feuer in seinem Zimmerofen. . .

C. v. Kügelgen.

Rumänien

Wie auf der Tagung des Beßarabisch-Deutschen Volksrats in Tarutino am 3. November festgestellt wurde, haben bis zum 27. Oktober 23 deutsche Gemeinden in Beßarabien die Summe von annähernd 50000 Lei für die notleidenden Volksgenossen in Rußland gesammelt. Dazu wurden 2700 Pud Getreide im Wert von annähernd 100000 Lei und eine bedeutende Anzahl von Kleidungsstücken gesammelt. In derselben Sitzung des Volksrats wurden der Werner-Schule in Sarata zum Unterhalt der pädagogischen Klassen 25000 Lei und dem Knabengymnasium in Tarutino 50000 Lei als Zuschuß bewilligt. Auch das Mädchen-gymnasium soll eine Unterstützung erhalten, wenn es die Mittel gestatten.

Italien

Der sehr kühle Empfang, der dem König in dem neu erworbenen Südtiroler Gebiet bereitet wurde, ist der Regierung im Zusammenhang mit den zahlreichen Eingaben und Beschwerden nun doch endlich zum Anlaß geworden, die Südtiroler deutschen Abgeordneten nach Rom einzuladen um ihnen zu erklären, daß die Regierung von der Politik der mittleren Linie

nicht abzuweichen gedenke. Die Abgeordneten wiederholten demgegenüber in bestimmtester Form die zahlreichen Klagen und Beschwerden der Deutschen Südtirols.

Belgien

Belgien hat einst die Kreise Eupen und Malmedy als belgisch reklamiert. Es sind auch Listen im Umlauf gewesen, die die belgische Gesinnung der annektierten Provinzen darzeigen sollten. Nun aber hat Belgien eine Verfügung erlassen, wonach an den bevorstehenden nächsten Parlamentswahlen nur diejenigen deutschen Einwohner von Eupen und Malmedy teilnehmen dürfen, die vor dem 1. August 1914 dort ansässig gewesen sind. Daß damit eine große Anzahl belgischer „Untertanen“ vollkommen entrechtet werden, stört dabei wohl nicht.

DEUTSCHE KIRCHE UND MISSION IM AUSLANDE

Wiederaufbau des katholischen deutschen Missionswerkes

Von Univ.-Prof. D. Dr. AUFHAUSER, München

II. *)

Hinterindien war schon vor dem Kriege kein Arbeitsfeld für deutsche Missionäre. Heute ist ihnen natürlich Birma wie das französische Kolonialgebiet auf Grund der Versailler Missionsartikel versperrt. Siam, die Hochburg des Buddhismus, wird infolge des englischen Einflusses gleichfalls für die nächste Zukunft kaum in Betracht kommen. Niederländisch-Ostindien ist das Wirkungsgebiet der eigenen holländischen Zweige der Missionsgesellschaften (Jesuiten, Kapuziner, Gesellschaft des Göttlichen Wortes zu Steyl, Ursulinerinnen). Von Deutschen arbeiteten dort die Dienerinnen des Hl. Geistes aus Steyl (1918 waren es 6 Schwestern). Bei der deutschfreundlichen Stimmung Hollands wird sich hier vielleicht noch manche Möglichkeit für deutsche Glaubensboten ergeben.

China bietet bei der gewaltigen Größe seines Reiches (6242000 qkm), der riesigen Zahl seiner Bewohner (zirka 320 Millionen) und der geringen Zahl von Glaubensboten noch übergenug der Missionsgelegenheiten. Von deutschen Missionären wirkten bereits vor dem Weltkriege hier: norddeutsche Franziskaner in Nord-Schantung seit 1903; die Gesellschaft des Göttlichen Wortes in Steyl in Kiautschou und Süd-Schantung seit 1882, ihr wurden 1921 auch der auf dem rechten Ufer des Flusses Hoangho liegende Teil von Südost-Tschele übertragen, ebenso die Präfektur Süd-Kansu und das Vikariat Nord-Kansu, wo bisher die Gesellschaft vom Unbefleckten Herzen Mariä in Schautveld bei Brüssel wirkte; auch in Honan sollen die Steyler Patres ein neues Arbeitsfeld erhalten; Tiroler Franziskaner arbeiten seit 1920 in Honan. Deutsche Dominikaner seit 1914 in Tintschou. Jüngst wurde auch der St. Benediktus-Missionsgesellschaft von St. Ottilien in der Mandchurie ein Gebiet zugewiesen. An deutschen Schwestern unterstützten das Missionswerk die Dienerinnen des Hl. Geistes aus Steyl, die 1918 in Süd-Schantung 27 Schwestern und 12 chinesische Kandidatinnen zählten. Bekanntlich hat China unter dem Drucke der Entente noch nach dem Waffenstillstand die deutschen Glaubensboten offiziell ausgewiesen, ihnen aber noch in letzter Stunde die Wiederaufnahme ihres gesegneten Wirkens gestattet. Bei der wohlwollenden Haltung, die dieses nichtchristliche Reich (gegenwärtig ist die Verehrung des Kung-futse als offizielle Staatsreligion vom chinesischen Verwaltungsrat erklärt) der Kultur- und Zivilisationsarbeit der christlichen Mission gegenüber einnimmt, bleibt zu hoffen, daß noch weitere deutsche Glaubensboten hier Eingang finden werden.

*) Siehe A. D. 22, S. 690.

Auf Korea mußten die Benediktiner von St. Ottilien ihr bisheriges Wirkungsfeld in Söul, wo sie seit 1909 tätig waren*), infolge der Bestimmungen von Versailles dem Pariser Missions-Seminar überlassen, das hier wie in ganz Ostasien seit dem 17. Jahrhundert wirkt. Für die Benediktiner wurde dafür am 5. August 1920 das Vikariat Wön-San im Nordosten Koreas neu errichtet. Andere deutsche Missionsgesellschaften wirken hier nicht.

In Japan arbeiten die Steyler Missionäre und Dienerinnen vom Hl. Geiste aus Steyl seit 1907 in der Präfektur Niigata, deutsche Franziskaner der thüringischen Provinz in Sapporo seit 1907 und Jesuiten in Tokio. Von letzteren wirken die Patres Dahlmann und Hofmann, an der Reichsuniversität zu Tokio als Lehrer für deutsche Sprache und Literatur. In der Diözese Osaka sollen nunmehr auch Mitglieder der niederdeutschen Ordensprovinz der Gesellschaft Jesu ein Missionsgebiet erhalten. Wie das Reich der Mitte hat auch das Land der aufgehenden Sonne dem segensreichen Wirken der christlichen Glaubensboten deutscher Nation während und nach dem Weltkrieg unbehinderte Freiheit gewährt, ein neues Ruhmesblatt uralter religiöser Toleranz des fernen Ostens. Unsere europäischen „christlichen“ Staaten könnten sich hier bisweilen ein Beispiel nehmen, aber auch die katholische „Action française“, die in ihrer Nummer vom 29. Juni 1921 mit Verleumdungen das Wirken der deutschen Jesuiten speziell des P. Hofmann verzerrt, als wollten sie politisch den französischen Einfluß in Japan lahm legen, als hätten sie erzieherisch und literarisch absolut nichts geleistet, und die lieber eine französische Missionsgesellschaft an Stelle der in Aussicht genommenen deutschen von der Propaganda für Japan wünscht. (Vgl. Katholische Missionen 1921/22, S. 21/22.)

Die Philippinen sind auch heute noch zum überwiegenden Teile das Arbeitsfeld spanischer Missionäre. Von deutschen Missionsgesellschaften wirken hier die Benediktinerinnen von Tutzing in ihren stark besuchten weiblichen Erziehungsanstalten in Manila und Albay. Ihre von den dortigen Bischöfen hochgeschätzte Tätigkeit führte auch bereits nach dem Kriege wieder neue Schwestern hinüber. Gleich segensreich arbeiten hier auch die Dienerinnen vom Hl. Geist (Steyl) in Manila.

Von den Südsee-Inseln fielen verschiedene Teile dem leider nur allzu spät geschaffenen deutschen Kolonialreich und damit deutschen Missionären zu; auf Kaiser-Wilhelms-Land (Neuguinea) wirkten die Steyler Patres seit 1896, die Dienerinnen des Hl. Geistes in Steyl (1918: 37 Schwestern) und die Picpusgesellschaft von den Heiligsten Herzen Jesu und Maria, im Bismarck-Archipel (Neu-Pommern und Neu-Mecklenburg) und auf den Marschall-Inseln seit 1882 bzw. 1898 die Missionäre vom Heiligsten Herzen Jesu in Hilstrup, die Missionsschwestern vom Heiligsten Herzen Jesu in Hilstrup (1918: 32 Schwestern), auf den Nord-Salamonen und Samoa die Maristen seit 1898, auf den Karolinen und Marianen seit 1904 bzw. 1907 rheinisch-westfälische Kapuziner, welche ihre spanischen Ordensgenossen (seit 1882 hier) ablösten, sowie die Schwestern vom Dritten Orden des hl. Franziskus (Marienheim, Erlenbad [Baden]). Die Mandate über diese ehemals deutschen Schutzgebiete wurden Japan bzw. Australien übertragen, die deutschen Glaubensboten und Schwestern ausgewiesen, eventuell durch Missionäre aus einer nichtdeutschen Provinz des gleichen Ordens (spanische Kapuziner) ersetzt. Die Karolinen-Mission wurde spanischen Jesuiten (aus Kastilien, Leon und Toledo) übertragen. Jüngsten Nachrichten zufolge soll indes die australische Regierung den deutschen Glaubensboten ihr Verbleiben auf Kaiser-Wilhelms-Land und Neu-Pommern gestattet haben. Drei Hilstruper Missionäre sind denn auch im Januar 1921 nach den Marschall-Inseln abgereist.

*) Vgl. N. Weber, Im Lande der Morgenstille, München 1915.

In Australien (Nord-Territorium) wirkten von deutschen Missionsgesellschaften die Missionäre des Heiligsten Herzens Jesu von Hilstrup seit 1906, die Pallotiner (Limburg a. d. Lahn) in Beagl-Bay seit 1901 (1918: 1 Pater und 5 Brüder). Auch sie sind aus ihren Arbeitsfeldern verbannt.

Hat so der Friedensschluß von Versailles mit dem Zusammenbruch unseres jungen Kolonialreiches das segensreiche Wirken unserer katholischen Glaubensboten speziell aus der Südsee und unserem wertvollen Stützpunkt im Osten, Kiautschou*), verbannt: es öffnet sich ihnen in den Kulturstaaten des Ostens ein ungleich wichtigeres Missionsfeld, dessen Riesengebiete im gewaltigen Ringen des Christentums mit den dortigen neu erwachenden Kulturreligionen um die Seele Asiens nach Mitarbeitern flehend rufen. Die ersten Verstärkungen nach dem Kriege sind bereits wieder zum fernen Osten ausgezogen.

III.

Abgesehen von der eigentlichen Heidenmission in Afrika und Asien wirkten und wirken deutsche katholische Glaubensboten auch in der neuen Welt, zumal unter den Kolonisten Südamerikas. Ich erinnere nur an die Steyler Patres, die Redemptoristen von Gars, die Benediktiner von Beuron, die Genossenschaft der Schwestern der Christlichen Liebe in Argentinien, die Väter vom Hl. Geist (am oberen Amazonasstrom), die Benediktinerinnen von Tutzing, die Missionsklarissen von der Unbefleckten Empfängnis (Münster i. W.) in Santarem, die westdeutschen Franziskaner (Santarem), die oberdeutsche Provinz der Gesellschaft Jesu, die Benediktiner von Beuron (seit 1895) in Brasilien, die bayerischen Kapuziner (seit 1896), niederdeutsche Jesuiten (am Llanquihun-See), leider traten letztere jüngst ihr Gebiet an spanische Ordensgenossen ab, Steyler Schwestern von der Christlichen Liebe und der Unbefleckten Empfängnis in Paderborn, Schwestern vom Hl. Kreüz (Menzingen-Schweiz und Altötting) in Chile; die Benediktiner von St. Ottilien sollen die Leitung des Priesterseminars und einer Pfarrei im Bistum Huanuco in Peru übernehmen, die Steyler in Paraguay. Salesianer gedanken in Kolumbien, Franziskaner in Bolivien sich niederzulassen.

Neben der meist nur geringeren Missionstätigkeit unter den wenigen Überresten der Indianer-Urbevölkerung gilt ihr Wirken hauptsächlich den deutschen Kolonisten und Einwanderern, der Schul- und Erziehungstätigkeit, den Werken der christlichen Caritas.

In Nordamerika haben Niederlassungen die Steyler Patres, die Benediktiner, Franziskaner, Salvatorianer (Gesellschaft des Göttlichen Heilands), das Seminar von Mill-Hill (St. Josephs-Missionare), die armen Schulschwestern Unserer Lieben Frau-München, seit 1897 in der Diözese Grand Rapids und Milwaukee, die Armen Franziskanerinnen von der Ewigen Anbetung (Olpe i. W.), die Schwestern vom Dritten Orden des hl. Franziskus (Erlenbad-Achern [Baden]), die Dienerinnen des Hl. Geistes in Steyl. Sie alle weihen ihr Wirken der Mission unter Negern und Indianern, wie der Fürsorge der dortigen Deutschen.

Gerade heute, wo sich bei der Ungunst der inneren Verhältnisse unserer Heimat so vieler Tausender Blicke sehnsuchtsvoll nach Süd- und Nordamerika richten, gewinnen all diese katholischen deutschen Missionsgesellschaften drüben eine besondere Bedeutung. Mit den dort gleichfalls segensreich wirkenden deutschen Weltgeistlichen obliegt ihnen die verdienstliche, aber auch schwere Aufgabe, unseren neu hinüber flutenden Auswanderern die Eingewöhnung in die neuen Verhältnisse zu erleichtern, ihnen als wahre gute Hirten sittlichen Schutz und religiöse Kraft zu gewähren.

*) In Kiautschou wirkte die Gesellschaft vom göttlichen Worte, und die Dienerinnen vom Hl. Geist in Steyl.

Bei den ausgedehnten Kolonien im nahen Osten (in der Ukraine, an der Wolga, im Kaukasus usw.) haben nur Welt-priester die seelsorgliche Betreuung der katholischen Kolonien geleistet. Im zaristischen Rußland war ja Mitgliedern katholischer Orden Aufenthalt oder gar Wirken im russischen Reiche unter strengen Strafen verboten. Infolge der gegenwärtig dort gewährten religiösen Freiheit wäre ein Einzug deutscher Orden in unsere Kolonien theoretisch wohl möglich, bei der zurzeit noch herrschenden Unsicherheit der Lage der Dinge praktisch kaum durchführbar. Wie sich die Aussichten nach Festigung und Ordnung der dortigen Verhältnisse gestalten werden, bleibt abzuwarten. Sicherlich würden unsere etwa neu in jene weiten Gebiete bis nach Sibirien hinein ausziehenden Volksgenossen ein Mitkommen treu Leid und Freud mit ihnen teilender Welt- und Ordens-priester freudig begrüßen. Hingegen sind nach Bulgarien bereits 1920 wieder 7 Tutzinger Benediktinerinnen ausgezogen, wo sie in der orthodoxen Staatsschule zu Endje auch wöchentlich zwei katholische Religionsstunden und einige Stunden Deutsch erteilen, zudem eine Abendschule unterhalten.

Hier indes wie überall auf dem Erdenrund, soweit es sich um katholische Missionen handelt, hat das letzte Wort, die eigentliche Aufteilung der Missions- und Pastoralgebiete, die Zentralleitung des gesamten katholischen Glaubensverbreitungswerkes, die 1622 gegründete Kongregation De propaganda fide und der apostolische Stuhl in Rom. Bei der warmen Teilnahme und Fürsorge unseres gegenwärtigen hl. Vaters Benediktus XV. wie des Präfekten der Propaganda, des Kardinals van Roßum für die deutschen Missionäre dürfen wir getrost vertrauen, daß den vertriebenen Glaubensboten mehr und mehr wieder neue Gebiete anvertraut werden.

Zur weiteren Orientierung möchte ich noch auf die meist monatlich erscheinenden Missionsorgane der einzelnen deutschen Glaubensgesellschaften verweisen, so den Steyler Missionsboten, den Marienpsalter (Dülmen i. W.) der deutschen Dominikaner in China, Vergißmeinnicht (Würzburg) der Mariannhiller in Südafrika, die Monatshefte der Genossenschaft der Missionäre vom Heiligsten Herzen Jesu in Hilstrup, die Missionsblätter und das Heidenkind der St. Benediktus-Missionsgesellschaft in St. Ottilien, die Monatsblätter der Oblaten der Unbefleckten Jungfrau Maria (Hünfeld), den Stern von Afrika und der kleine Missionär der Pallotiner (Limburg a. d. L.), den Antoniusboten für die Franziskaner-Missionen (Wiedenbrück i. W.), den Afrikaboten der Weißen Väter (Trier), das Echo aus den Missionen der Väter vom Hl. Geiste (Knechtsteden), die Salvatorianischen Mitteilungen der Gesellschaft des Göttlichen Heilands (München), das Altöttinger Franziskusblatt für die Missionen der bayerischen Kapuziner in Araukanien-Chile, das Reich des Herzens Jesu der Sittarder Missionäre, die Missionsrosen der Dominikanerinnen in Schlehdorf, den Herz-Jesu-Herold der Picpus-Missionsgesellschaft (Düsseldorf), die St. Franz von Sales-Stimmen aus Heimat und Mission (Marienberg bei Palenberg-Aachen), die Sendboten des hl. Franziskus (Metz), Kreuz und Caritas im Kampf gegen Barbarei und Heidentum (Meppen) (für die Missionen der Maristen in Ozeanien), die Marienstimmen (Furth b. Landshut) für die Missionen der Maristen Schulbrüder, last not least die katholischen Missionen (Freiburg i. Br.). All diese Blätter bieten mehr oder weniger neben erbaulichem Inhalt auch wertvolle Mitteilungen aus den Arbeitsfeldern der betreffenden Missionsgesellschaften, vielfach auch historische, geographische, ethnographische Schilderungen. Sie sind die besten Quellen für die Kenntnis des segensreichen Wirkens unserer deutschen katholischen Glaubensprediger auf dem Erdenrund.

Die Bremer Mission verläßt Togo. In Togo hat der letzte Bremer Missionar, der Schweizer Ernst Bürgi, laut allgemeinen Missionsnachrichten vom 8. September 1921, nach 41jährigem Dienst mit seiner Frau Lome verlassen müssen, ohne daß es gelungen wäre, die Arbeit einer anderen europäischen Leitung zu übertragen.

Dem Barmer Missionsblatt zufolge hat nun auch der letzte Barmer Missionar, der bisher als Schweizer noch hat bleiben dürfen, nach mehr als 41jähriger Dienstzeit Togo verlassen, der Präses Bürgi, ohne seine Lebensarbeit in die Hände eines andern europäischen Missionars legen zu dürfen. Er ist nicht ausgewiesen, aber sein Gesundheitszustand zwang ihn zur Heimkehr.

Deutsche evangelische Mission in Indien. Vom indischen Missionsfeld erzählen die „Berichte der Schlesw.-Holst. evang.-luth. Missionsgesellschaft zu Breklum“ 1921 Nr. 10:

„Die lutherische Mission und Kirche in Indien hat sich infolge der neuen Vorkommnisse in den letzten 7 Jahren stärker bemerkbar gemacht, als in den 70 Jahren vorher. Namentlich hat die Festigkeit und Selbständigkeit der Goßnerschen Kols-Christen, die ihr Luthertum nicht aufgeben wollen, Indien in Erstaunen gesetzt. Die Gebäude in unserer Mission sind im großen und ganzen gut erhalten. Nur das große Missionshaus in Salur und das Missionshaus in Nandapur sind nicht zu retten und das Missionshaus in Tumarelli ist eingestürzt. Aber die übrigen Gebäude und die sämtlichen Kirchen bedürfen nur einer mäßigen Reparatur. Auch das Privateigentum der Missionare ist im großen und ganzen gut erhalten; die Kosten der Heim-sendung des letzteren würden natürlich unerschwinglich sein.

Das Missionseigentum ist in die Hände der Treuhänderräte übergegangen. Sie haben es Missionar Neudörffer zur Verwaltung übergeben. Neudörffer erstrebt, es zum Eigentum der Mission der Vereinigten Lutherischen Kirche zu machen. Die Regierung traf einmal Anstalten, die Missionshäuser in Nowrangapur, Lakschmipur und Doliambo zu kaufen, aber auf Neudörffers Protest hat sie sich zurückgezogen. Ebenso hat Neudörffer wenigstens mit vorläufigem Erfolg gegen den Verkauf von Tumarelli protestiert, weil die Mission das ganze Gebiet zum Missionseigentum zu machen beabsichtige. Das Privateigentum der Missionare ist ebenfalls von den Treuhänderräten Neudörffer zur Verwaltung übergeben.

Der Hauptgrund, weswegen den nordschleswigischen Missionaren die Einreiseerlaubnis nach Indien verweigert worden ist, mag in den Unruhen in Indien gelegen haben. Die englische Regierung hält nach Möglichkeit Elemente von Indien fern, von denen eine Beunruhigung ausgehen könnte, und schränkt überhaupt den Zuzug von Weißen ein, weil durch Gandhis Tätigkeit ein starker Rassenhaß in Indien erzeugt ist und die Weißen nicht gern gesehen werden; für jeden Fall der Belästigung oder gar Tötung eines Weißen müßte die Regierung ja einschreiten. Sie will sich also ihre Verantwortung nicht größer machen als unbedingt nötig. Sobald die Ruhe aber wiederhergestellt ist, kann damit gerechnet werden, daß auch die deutschen Missionare in größerer Zahl wieder zugelassen werden.“

Deutsche Missionsärzte im Ausland. Nach der „Christenhilfe für die Welt“ reiste als erster deutscher Missionsarzt nach dem Kriege Dr. med. Wagner und Frau von Barmen nach Pea Radja auf Sumatra. Nach Neujahr gingen nach China Dr. med. Hueck und Frau aus Bremen von der Rheinischen Mission und Dr. med. Gikemeier von der Basler Mission. Noch vor Weihnachten ist die Ausreise Dr. Boeckhs, derz. Assistenzarztes am Tübinger Tropengenesungsheim, nach China vorgesehen, wo er als leitender Arzt des Missionskrankenhauses Hunjen (Kanton) amtieren soll.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Lodz. Das Deutsche Gymnasium hat sich dem Bericht des Direktors, Herrn von Engersleben, in der ordentlichen Jahres-Hauptversammlung des deutschen Realgymnasialvereins zufolge recht gut entwickelt. Das Knaben- wie das Mädchen-Gymnasium bieten ein zufriedenstellendes Bild. Sie zählen in 18 Klassen 850 Knaben und Mädchen. Das Gymnasium, bekanntlich ein Prachtgebäude von Lodz, ist von seiner Kriegsverwendung nun völlig gesäubert und wieder hergestellt und befindet sich in gutem Zustand. Schwierigkeiten macht die Bücherbeschaffung für die Schüler bei den so hohen Preisen, so daß die Bücher der Anstalt in weitem Umfang an die Schüler ausgeliehen wurden. Die Zahl der unbemittelten Schüler, für die die Deutsche Gesellschaft sorgend einsprang, ist gewaltig gestiegen.

In Lodz ist eine **Genossenschaft zur Anschaffung von Bedarfsartikeln für die Lodzer deutsche Schuljugend** begründet worden. Die Versammlung war von den beiden Sejm-Abgeordneten einberufen worden. Der Anschluß an die von der Lodzer Schulaufsichtsbehörde begründete, ähnliche Zwecke verfolgende polnische Genossenschaft wurde abgelehnt, da diese doch kein einziges deutsches Buch anschaffen würde. Man wählte einstimmig einen Ausschuß zur Begründung einer eigenen Genossenschaft, die sich vermutlich als Unterabteilung des Bundes der Deutschen in Polen betätigen soll.

Helsingfors. Germanisches Institut. Am 11. November fand die erste Vorlesungsreihe im neugegründeten Germanischen Institut ihren Abschluß. Das aus etwa 40–50 Zuhörern bestehende Auditorium war dem Vortragenden mit wachsendem Interesse im Laufe der letzten Wochen gefolgt. Dr. Friedmann hatte ein Bild von der Entstehung und Entwicklung der Abendländischen Kultur entworfen.

Im Namen des Komitees des Germanischen Instituts dankte C. v. Kugelgen dem Vortragenden dafür, daß er die Idee des Instituts, deutsche Wissenschaft zu verbreiten, so glänzend verwirklicht habe. Während die Sprachkurse ausgezeichnet eingeschlagen hätten, habe Dr. Friedmann den Vorlesungen die Bahn gebrochen. Nun hoffe man mit weiteren Vorlesungen — als nächster liest Pr. Grimm über Bakteriologie — durchzudringen. Hieran schloß sich ein Dank im Namen der Zuhörer, dem man es anmerkte, daß er von Herzen kam.

Vom deutschen Schulwesen in Südwestafrika

In der „Lüderitzbucht Ztg.“ wird das neue Abkommen mit dem Administrator noch nicht für annehmbar erklärt. Es würden darin dem Direktor des Schulwesens zu weitgehende Eingriffsbefugnisse in den inneren und äußeren Betrieb der Schule gewährt, der Lehrplan sei ihm völlig ausgeliefert, der Schulbeirat sei sozusagen völlig wertlos für die Deutschen, denn je ein Brite, ein Bur und ein Deutscher könnten für die Deutschen keinerlei Gewähr bieten. Auch die Schulausschüsse erschienen mehr als Fassade. Die Besetzung der Lehrstellen mit Lehrern von deutscher Ausbildung sei im Gesetz nicht enthalten. Der Administrator habe das nur persönlich und bedingt zugesagt, das binde nur ihn, nicht aber seinen Nachfolger. Der Lehrerersatz aus Deutschland sei nicht für die Dauer und gesetzlich zugestanden. Das allein mache das Gesetz unannehmbar. Ferner spreche das Gesetz der Windhuker Realschule das Todesurteil. Auf diese Schule könne aber das Deutschum nicht verzichten, weil sie die unerläßliche Voraussetzung für eine Weiterfortbildung der Kinder in Deutschland sei. Es fehle in den Bestimmungen über die Unterrichtssprache die unerläßliche Bestimmung der Beibehaltung des Deutschen

als Unterrichtssprache für den deutschen und den Geschichtsunterricht auch nach Beendigung der Klasse VI, also des Volksschulteils. Im Gesangsteil sei die Auswahl der deutschen Lieder beschränkt und von der Zustimmung des Administrators abhängig. Vielleicht und sicherlich werde das nicht schlimmer sein unter Herrn Hofmeyer, vielleicht und sicherlich aber unter seinem Nachfolger. Die Vorteile des Gesetzes — Unentgeltlichkeit der Schule und der Lehrmittel — wögen demgegenüber nicht schwer. Dieser Stellungnahme entsprechend haben denn auch bereits zwei Schulvereine, diejenigen von Karibib und Omaruru den Gesetzentwurf und die Einigung mit dem Administrator darauf abgelehnt.

Mitte Oktober tagte in Windhuk der deutsche Schulverband. In dreitägigen Besprechungen wurden alle Probleme gründlich erörtert und namentlich die Verhandlungen mit dem Administrator über den neuen Schulgesetzentwurf behandelt. Es waren Vertreter von fast allen Schulvereinen des Landes erschienen. Dem Bericht der „Landeszeitung für Südwestafrika“ zufolge genehmigte die Vertreterversammlung die bisherigen Maßnahmen des Vorstandes und erklärte in einem Schreiben an den Administrator, daß sie den vorliegenden Schulgesetzentwurf auch ihrerseits im allgemeinen billige. Der Regierung wurde ferner mitgeteilt, daß hinsichtlich der Volksschule in Gobabis, Grootfontein, Keetmanshop, Klein-Windhuk, Okahandja, Otjiwarongo, Outjo und Windhuk Bereitwilligkeit zur Übergabe bestehe, daß hinsichtlich der Schulen in Aus, Gibeon, Karibib, Maltahöhe, Omaruru, Swakopmund und Usakos noch die Entscheidung der betreffenden Mitgliederversammlungen erforderlich sei, die spätestens bis zum 10. November einlaufen werde, und daß hinsichtlich der Volksschule in Lüderitzbucht und Tsumeb und der Realschulen in Swakopmund und Windhuk vorläufig nicht die Absicht bestehe, sie der Regierung zu übergeben. Die Verhandlungen verliefen in bester Einmütigkeit.

Am 17. Oktober fand eine Hauptversammlung des **Windhuker Schulvereins** statt, bei der Herr Kisker eine Übersicht über die Verhandlungen mit dem Administrator gab und nach längerer Aussprache beschlossen wurde, daß die Realschule in Windhuk mit ihren 6 Klassen als Privatschule erhalten werden sollte, während die Volksschule an die Regierung übergeben werden soll.

Der **deutsche Schulverein Lüderitzbucht** hat in seiner Mitgliederversammlung vom 13. Oktober nach einer Darstellung der Verhandlungen zwischen dem Administrator und dem Schulverband mit allen gegen 2 Stimmen (die sich aber nicht gegen den sachlichen Inhalt der Entschliebung, sondern nur gegen ihre Form erklärten) eine Entschliebung angenommen: „Angesichts des vorliegenden Schulgesetzentwurfs beschließt der deutsche Schulverein Lüderitzbucht die Lüderitzbucht deutsche Schule weiter als Privatschule aufrecht zu erhalten“. Die Resolution wurde dahin erklärt, es sollten nicht alle Brücken zu weiteren Verständigungsverhandlungen mit der Regierung abgebrochen werden, es müsse aber unzweideutig festgelegt werden, daß in der jetzigen Form der Schulgesetzentwurf nicht genüge. Es wurde der festen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Deutschen, wenn sie zusammenhalten, ihr Schulwesen aufrecht erhalten könnten.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Hermannstadt. Die **Moderne Bücherei** hielt am 4. November ihre Hauptversammlung ab, in der über die beiden bedeutendsten Außenwirkungen der Modernen Bücherei, die Entwicklung der Zeitschrift „Ostland“, sowie die Ferienhochschulkurse be-

richtet wurde. Die Mitgliederzahl der Modernen, Bücherei stieg von 214 im Jahre 1912 auf jetzt 554 Mitglieder und 380 Abonnenten. Der Bücherbestand wurde auf über 3500 Werke gebracht, auch die Volksbücherei erfreut sich regen Zuspruchs, während das Lesezimmer noch keine sehr starke Inanspruchnahme aufweist.

Barcelona. Der deutsche Verein Germania feierte am 11. November, wie wir der „Deutschen Warte“ entnehmen, sein fünfzigjähriges Jubiläum. Am 11. November 1871 war von 21 Mitgliedern der Verein gegründet worden, der zunächst in verschiedenen Kaffees der Stadt ein notdürftiges Unterkommen fand, bis er sich dann ein gemütliches eigenes Heim schuf. Das Schönste, was man von einem deutschen Verein im Ausland sagen kann, wird von dem erwähnten Verein gesagt: „Es hat dem Verein nie an Führern gefehlt, die sich der guten Sache opferten und als Mitglieder des Vorstandes mit den übrigen Mitgliedern ihre Zeit und Kraft gerne zur Verfügung stellten.“

Buenos Aires. Deutscher Lehrerverein. Dem Deutschen Lehrerverein in Buenos Aires ging neuerdings eine große Sendung aus der Bücherspende des Vereins für das Deutschtum im Ausland zu, die in der Hauptsache kleine Jugendschriften enthielt und auf die verschiedenen Schulen des Landes verteilt wurden. Bisher konnten bedacht werden: Monroe-Schule und Dock Sud in Buenos Aires, Mendoza, Bahía Blanca, Rosario Santa Fé, Crespo, Montevideo und Asuncion.

DEUTSCHE VEREINE IM AUSLAND

Der bereits verschiedentlich angekündigte und namentlich anlässlich seines Eingreifens in die Südtiroler Frage besprochene Rücktritt des deutschen Vertreters in Rom ist nunmehr Tatsache geworden. Herr von **Berenberg-Göbler** hat seinen Rücktritt vom Botschafterposten angezeigt und um seine Entlassung aus dem Reichsdienst gebeten, da er unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Ziele, die er sich bei Übernahme des Amtes gesteckt habe, nicht glaube erreichen zu können.

Dr. **Rießer**, ein Sohn des Reichstagsabgeordneten Rießer, der früher in der deutschen Gesandtschaft in Kristiania tätig war, ist als Wirtschaftssekretär der deutschen Botschaft in Washington zugeteilt worden und hat die Ausreise dorthin angetreten.

In **Riga** ist die deutsche Vertretung in eine Gesandtschaft umgewandelt worden, die mit dem früheren Vertreter des Reichs in Helsingfors, Herrn Dr. Wallroth besetzt wurde, ihm zur Seite tritt Herr Dr. Weber als Gesandtschaftsrat. Die Umwandlung der Vertretung in eine Gesandtschaft wird von der lettischen Presse sehr günstig aufgenommen, da Lettland der erste baltische Staat sei, der eine Gesandtschaft erhalte, und da der neue Gesandte zudem als ein Fachmann in Wirtschaftsfragen und als ein besonders guter Kenner der baltischen Staaten gelten dürfe. Die Ernennung des Freiherrn von Maltzahn zum Leiter der gesamten Ostabteilung des Auswärtigen Amtes hat in der lettischen Presse gleichfalls große Befriedigung ausgelöst, da er allgemein als der Vertreter eines freundschaftlichen Kurses Lettland gegenüber gilt.

Ein deutsches Konsulat ist in Palästina wieder eröffnet worden. Vizekonsul Dr. **Kapp** versieht einstweilen vom spanischen Konsulat in Jerusalem aus die Dienstgeschäfte.

Einem Bericht der „Königsb. Hart. Ztg.“ aus Tokio zufolge wurde dem Geh. Legationsrat **Thiel** und dem Legationsrat Dr. **Mechlenburg**, die Tokio verlassen, am 21. September in der Deutsch-Ostasiatischen Gesellschaft ein Abschiedsmahl gegeben, bei dem neben dem Botschafter und den Deutschen aus Tokio und Yokohama eine große Anzahl von japanischen Herren anwesend war. Herr Thiel geht als Generalkonsul nach Schanghai,

Herr Mechlenburg, der sich im Dienste eine Erkrankung zugezogen hat, wird diesem Bericht zufolge nach Ostasien nicht mehr zurückkehren.

Dr. **Walter Reinhard**, der bisherige Konsul in Porto Alegre in Rio Grande do Sul, ist zum deutschen Generalkonsul in Neuyork ernannt worden. An seine Stelle wird Herr Dahnhard treten, der bisher dem Neuyorker Konsulat beigegeben war.

KUNST UND WISSENSCHAFT IM AUSLANDE

Deutsche Kunst in den Vereinigten Staaten. Der Generaldirektor der Metropolitan-Oper, Herr Giulio Catti-Casazza, der vor kurzem aus Europa zurückgekehrt ist, hat sich der Presse gegenüber über den Spielplan der kommenden Saison ausgesprochen; interessant ist dabei die Bestätigung, daß die deutsche Oper wieder in ihre alten Rechte eingesetzt ist. Gleich in der ersten Woche wird die „Tote Stadt“ von Erich Wolfgang Korngold mit Frl. Jeritza und Herrn Sembach zur Aufführung kommen. Ebenfalls in deutscher Sprache werden Wagners „Walküre“ und „Tristan und Isolde“ gegeben werden, während „Parsifal“ und „Lohengrin“ sich vorläufig noch gefallen lassen müssen, in englischer Vermummung zu erscheinen. Der Chor der Oper ist noch zu sehr beschäftigt, um jetzt schon diese Opern in Deutsch umzustudieren, wie Herr Catti-Casazza erklärte, der, wie bekannt, von jeher gegen die Verhuzung der deutschen Opern durch englischen Singtext opponierte.

Es war die „Gesellschaft“, welche die teuren Logenplätze innehat, welche in ihrem Munitions-Patriotismus auch die deutsche Sprache totschießen wollte.

Aus Neuyork schreibt unter dem 31. Oktober unser Vertreter: „Der berühmte deutsche Komponist Richard Strauß wurde heute in großartiger Weise im Neuyorker Stadthaus von Bürgermeister Hylan und den städtischen Behörden bewillkommen. Einige fünftausend Bewunderer des Komponisten hatten sich zu der Empfangsfeierlichkeit eingefunden.

Der City Chamberlain Berolzheimer stellte Herrn Strauß dem Bürgermeister vor und betonte in seiner Ansprache das Interesse, welches der Bürgermeister den Bemühungen bezeugt hat, der städtischen Bevölkerung Freikonzerte zu verschaffen. Andere Redner sprachen von dem großen Einfluß, welchen Strauß in der Musikwelt ausübt.

Der Major bewillkommnete den deutschen Komponisten in herzlichen Worten und sprach die Hoffnung aus, daß das Volk der Vereinigten Staaten die größten Vorteile aus seiner Anwesenheit ziehen möge.

Strauß antwortete in deutscher Sprache und erwähnte die große Beliebtheit, welcher sich die deutsche Musik von jeher in den Vereinigten Staaten erfreute. Er wünsche und hoffe, daß die Segnungen eines wahren Friedens sein Vaterland und die Vereinigten Staaten immer näher zusammenbringen werden.

Bis auf den letzten Platz war die mächtige Carnegie Hall mit einer begeisterten Menge gefüllt, die der Sängerin einen derartig stürmischen Empfang bereitete, daß es lange nicht möglich war, ihr Willkommenslied „Sei gegrüßt, du teure Halle“, Elisabeths Arie aus Tannhäuser, anzustimmen. Kein Zweifel, die großartigste Wagner-Sängerin, die Neuyork jemals besessen, Johanna Gadschi, die man fünf Jahre nicht hören durfte, weil man diese echt deutsch denkende Frau nicht mehr im Metropolitan Opernhaus dulden wollte, wurde mit einer grenzenlosen Begeisterung von einem Publikum empfangen, das zum großen Teil aus Anglo-Amerikanern bestand. Johanna Gadschi hat in den Jahren des Schweigens nichts von ihrer herrlichen Stimme, ihrer dramatischen Kraft

und auch nichts von ihrer sieghaften Schönheit eingeübt. Mit entzückender Lyrik sang sie Elsas Traum aus Lohengrin, dann 'Du bist der Lenz' aus der Walküre, mit dem Sieglinde den Siegmund begrüßt. Ihre 'Isolde', die niemals vergessen kann, der sie gehört, bildete den Schluß. Nach jeder Nummer wurde die Sängerin unzählige Male gerufen, und kein Ende nahm der Enthusiasmus.

Schließlich sang sie noch den 'Walkürenruf' — zweimal mußte sie ihn singen, weil die Zuhörer nicht ruhen wollten.

Kein Zweifel, die deutsche Musik und der deutsche Gesang beginnen als erste die Mauer zu durchbrechen, welche man gegen die deutsche Kultur errichten wollte.

Im Lexington Opernhaus gab die 'Schwäbische Liedergruppe' am Sonntag ihr erstes Konzert: das Deutschtum war in Scharen angerückt, um den Sängern zu zeigen, wie willkommen sie sind, das große Opernhaus war dicht besetzt, und die Vereinigten Sänger von Groß-Neuyork begrüßten die Stuttgarter durch den Vortrag mehrerer Lieder. Die schwäbischen Sänger erschienen in wunderhübschen Nationalkostümen. Man bekam meistens Lieder von Silcher, aber auch mehrere sehr schöne Kompositionen von dem Dirigenten Kromer zu hören. Zwischen den Liedern gab das Orchester gute Vorträge, meistens aus deutschen Opern."

Chicago. Deutsches Theater. Das deutsche Theater in Chicago war während des ganzen Kriegs als einzige rühmliche Ausnahme nicht geschlossen. Ununterbrochen wurde jeden Abend, allerdings sehr oft vor ziemlich leeren Häusern, gespielt. Die „Neue Zeit“ in Chicago schreibt jedoch diese Leere weder den Schauspielern, noch dem Theaterleiter zu, sondern dem Mangel an guten Bühnenstücken, die aus dem Geiste der Zeit heraus geboren worden wären und bei denen der Zuschauer Trost und Erquickung in den schweren Zeiten hätte finden können. Der Direktor habe daher den Geist der Zeit erfaßt, indem er die neue Spielzeit mit Kleists „Hermannsschlacht“ eröffne.

Vom deutschen Theater in Prag. Für das geraubte deutsche Landestheater in Prag will nun die tschechische Regierung wenigstens eine Art von Ersatz leisten. Sie will den Beitrag von 224000 Kronen jährlich auf 830000 Kronen erhöhen und 10 Jahre hindurch einen Kostenbeitrag zu einem neuen Bau von jährlich 1,7 Millionen Kronen bezahlen. So wenigstens melden reichsdeutsche Blätter. Über eine Stellungnahme der Deutschen Prags verlaute noch nichts.

In **Prag** hat kürzlich Hans Pfitzner ein Orchesterkonzert und zusammen mit Elisabeth May einen Liederabend, an welchem nur eigene Werke des Meisters zum Vortrag kamen, mit großem Beifall gegeben.

Die Stadt **Brünn** in der Tschecho-Slowakei hatte bei der letzten Volkszählung im Jahre 1910 neben 41000 Tschechen 75000 deutsche Einwohner. Mit so etwas werden die Tschechen aber rasch fertig. Man gemeindete einfach eine Reihe von tschechischen Arbeiter-Industrieorten ein, und flugs war die deutsche Bevölkerung und Stadtratsmehrheit in ihr Gegenteil verkehrt. Jetzt wußte man nichts Eiligeres, als den Vertrag der Stadt mit dem Stadttheater zu kündigen, so daß Brünn vom 1. Januar 1922 an ohne deutsches Theater sein wird. Zu dem im Jahre 1882 erbauten Stadttheater hatten neben der Stadtverwaltung reiche Brünnener Deutsche beträchtliche Summen gestiftet. So etwas spielt aber heute natürlich keine Rolle mehr.

Professor Artur Nikisch ist in **Buenos Aires**, wo er 15 große Symphonie-Konzerte vor ausverkauften Häusern dirigierte, be-

geistert gefeiert worden. Er sprach nach seiner Rückkehr einem deutschen Ausfrager gegenüber aus, daß die herzliche Aufnahme weniger seiner Person, als der deutschen Kunst gelte. Vor ihm habe sein berühmter französischer Kollege, André Messager, dirigiert, ohne daß das Eindruck gemacht habe. Das Stuttgarter Wendling-Quartett dagegen habe wochenlang vor ausverkauften Sälen mit durchschlagendem Erfolg konzertieren können. Es sei die deutsche Musik, der man zujubele. Der deutsche Gesandte habe viel Verständnis für kulturelle Propagandafragen, das deutsche Klubgebäude habe einen herrlichen Saal, in dem künstlerische Erziehungsarbeit geleistet werde. Die Vorbedingungen seien glänzend. Buenos Aires habe, obgleich es eine Zweimillionenstadt sei, noch kein ständiges Orchester. Hier, wie in der Leitung eines Musikkonservatoriums, findet ein deutscher Musiker glänzende Chancen. Die deutsche Musik habe eine große Zukunft in Südamerika. Mit Nikisch selbst feierte auch sein Sohn als Klavierspieler große Triumphe.

Gerhart Hauptmann ist auf seiner Reise nach **Wien** und **Prag** außerordentlich gefeiert worden. In Prag ist er zum Ehrendoktor der deutschen Universität ernannt worden, in Wien hat er 200 000 Kronen aus dem Ertrag seiner Vortragsveranstaltungen für Wohltätigkeit und Kinderhilfe gestiftet.

Florenz. Kunsthistorisches Institut. Das Deutsche kunsthistorische Institut in Florenz gibt einen kurzen, von Dr. Hans von der Gabelentz-Linsingen verfaßten Jahresbericht für 1920/21 heraus, dem zu entnehmen ist, daß sich an der Lage des Instituts zurzeit noch nichts geändert hat. Die Bücher und Sammlungen befinden sich nach wie vor in Nebenräumen der Uffizien, wo sie vom Direktor des Instituts (Dr. von der Gabelentz) während eines mehrwöchigen Herbstaufenthalts in Florenz in guter Ordnung gefunden wurden. An der endlichen Rückgabe des Instituts und an der späteren Wiedereröffnung sei nicht zu zweifeln, doch wird man weiterhin Geduld haben müssen.

Das Institut betrauert im Berichtsjahre den Tod dreier Ausschußmitglieder, des Geheimrats von Reber-München, des Geheimrats Thode und des Wiener Professors Dvořák. Die beiden erstgenannten Herren gehörten seit Eröffnung des Instituts dem Ausschuß zur Erhaltung des Kunsthistorischen Instituts in Florenz an und nahmen an der Förderung aller wissenschaftlichen Bestrebungen desselben hervorragenden Anteil. Zurzeit ist Dr. W. von Bode Vorsitzender des Vorstandes.

Athen. Das **deutsche archäologische Institut**, das vom Archäologen der Leipziger Universität Professor Studniczka nach der Rückgabe an die deutsche Regierung wieder eröffnet worden war und im Sommer unter Leitung des Archäologen der Berliner Universität Professor Noack stand, wird vom kommenden Winter an in der Person des Freiburger Professors Buschor einen neuen dauernden Leiter erhalten. Zwar verbieten es die Valutaverhältnisse, eigene größere Grabungen zu veranstalten, doch wird die Lehr- und Forschungstätigkeit wieder in vollem Umfang aufgenommen, da die jüngeren am Institut arbeitenden deutschen Archäologen durch Erteilung von Unterricht an deutschen oder griechischen Schülern sich so viel Nebenverdienst erwerben können, um in Athen leben zu können. Die griechische Regierung unterstützt das Institut, das auch seine internationalen Beziehungen wieder aufgenommen hat, in jeder Weise.

Professor Dr. **Härtel**, der Chirurg der Universität Halle, hat einen Ruf als ordentlicher Professor und Direktor der Chirurgischen Klinik der Universität Osaka in Japan erhalten und angenommen.

Professor Dr. Neuberg, der Vertreter der Biochemie an der Berliner Universität und Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts

in Dahlem, hat einen Ruf an die Universität Nagoya in Japan erhalten, wo er auch eine an die Universität anzugliedernde Forschungs-Anstalt übernehmen soll. Lehnt er aber ab, so hat die japanische Behörde die Auswahl eines geeigneten deutschen Gelehrten in seine Hände gelegt.

Deutsche Forscher in Mexiko. Der Inspektor des Botanischen Gartens zu Darmstadt, J. A. Purpus, und dessen Bruder C. A. Purpus, unternehmen demnächst eine Reise zur Erforschung der Flora Mexikos, besonders der Kakteen und Orchideen der süd-östlichen Sierras und im Staate Chiapas. Bei Misantla hofft man eingehend die von den beiden Forschern neu entdeckte *Cunera mexicana* studieren zu können und Samen, wie Stecklinge dieser, wie anderer seltener Gewächse sammeln zu können.

DIE AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Die Ausweisung lästiger Ausländer

Der bisherige preußische Minister des Innern Dominicus hat unter dem 21. Oktober neue und zusammenfassende Richtlinien für die Handhabung der Ausweisung lästiger Ausländer erlassen. Darin ist auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hingewiesen und dann ausgesprochen worden, daß gegen die weitere Zuwanderung anderer Ausländer die Landesgrenze im allgemeinen geschlossen bleiben solle. Bereits Eingewanderte, die sich der Erlaubnis zum Verbleib im Inland unwürdig gezeigt haben oder dem Staat sonst lästig fallen, sind im Wege des Zwanges auszuweisen. Soweit die völkerrechtlichen Bestimmungen dies zulassen, sollen auch die Staatenlosen dieser Behandlung unterworfen werden.

Im einzelnen wird gesagt, daß eine Ausweisung aus dem preußischen Staatsgebiet zulässig ist zunächst gegenüber kriminellen Ausländern nach rechtskräftiger Verurteilung wegen Verbrechens oder bei Vorliegen eines dringenden Verdachtes eines solchen, bei Verurteilung zu Freiheitsstrafen von längerer Dauer als einem Monat oder auch bei geringeren Freiheitsstrafen oder bei Geldstrafen, wenn das in diesen Fällen aus allgemeinen Rücksichten angezeigt erscheint, ferner bei Vergehen gegen die kriegswirtschaftlichen Bestimmungen oder wegen Lebensmittelwuchers. Außerdem ist — hierin liegt eine wesentliche Änderung gegenüber dem bisherigen Rechtszustand — die Ausweisung von Personen zulässig, die nach dem 15. November 1921 ohne die vorgeschriebenen Legitimationspapiere in das Inland gelangt sind, allerdings unter Wahrung der Rechte derjenigen, deren Staatenlosigkeit ungeklärt ist und denen eine fremde diplomatische Vertretung keine gültigen Legitimationspapiere verschaffen kann. Die Ausweisung ist ferner zulässig bei sonstiger „Lästigkeit“, unter der insbesondere staatsfeindliche politische Betätigung, Beteiligung an Schiebergeschäften, Valutaspekulationen, unerlaubtem Geldhandel oder Glücksspielen verstanden wird. Besonders neu und beachtlich ist, daß auch die unbeschränkte Besitzergreifung selbständiger Wohn- und Geschäftsräume, das Hinwegsetzen über die geltenden Vorschriften für die Arbeitsvermittlung von ausländischen Arbeitern und der Aufenthalt im Inland ohne nutzbringende Beschäftigung als Gründe der Lästigkeit angesehen werden können. Der Erlaß schließt von der Ausweisung neben den deutschstämmigen Rückwanderern aus dem Auslande und den deutschstämmigen Ausländern, die infolge politischer Ereignisse in ihrer Heimat nicht dorthin zurückkehren können, auch die Ausländer aus, die bereits vor dem 1. April 1914 ihren Wohnsitz oder ihren ständigen Aufenthalt in Preußen hatten und seitdem beibehalten haben.

An Stelle einer nicht oder vorläufig nicht durchführbaren Ausweisung tritt die Unterbringung in ein Sammellager, die keine Strafe darstellt, sondern die möglichst rasche Durchführung der Ausweisung sichern soll. Unbillige Härten sollen bei der Anordnung und Durchführung der Ausweisung bei voller Wahrung der Interessen der deutschen Allgemeinheit vermieden werden.

Vom baltischen Roten Kreuz

Das Baltische Rote Kreuz in Berlin (Augsburgerstr. 70), dessen segensreiches Wirken heute schon allgemein anerkannt und dankbar empfunden wird, hat seinen Jahresbericht für das Jahr 1920 herausgegeben. Das Tätigkeitsgebiet des Baltischen Roten Kreuzes hat sich auch in diesem Jahr stark erweitert, es hat in immer weiteren Kreisen sich Anerkennung erworben, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Schweden, Holland, Schweiz und England Hilfe gefunden.

Aus den gewonnenen Mitteln hat das Baltische Rote Kreuz im Jahr 1920 2264 Personen in der einen oder anderen Form materielle Unterstützungen zugewendet und 1368 Personen die Rückkehr in die Heimat ermöglicht.

Die Hauptarbeit hat sich auch in diesem Jahr wieder auf die Kinderfürsorge erstreckt. Nicht nur wurde der Ausbau der Baltenkolonie in Misdroy gefördert und in ihr ein Kinderheim und ein freier Mittagstisch für die Bedürftigen eröffnet, es konnte auch, dank einer namhaften Spende aus Schweden, in Wahnbeck a. d. Weser ein Kinder- und Mütterheim gegründet werden, in welchem im Laufe von 3 Monaten 104 Kinder und 20 Mütter Stärkung und Genesung fanden.

S. H. der Papst spendete für die notleidenden Baltenkinder die Summe von 100000 Lire, welche in erster Linie für die Beschaffung von Bekleidungsstücken verwendet werden sollen.

In vielen Fällen gelang es, erholungsbedürftige Kinder in Schweden und in Holland unterzubringen, wo sie gastliche Aufnahme fanden. Acht Kinder konnten in Deutschland in Sanatorien und fünf auf dem Lande untergebracht werden.

Es ist nicht möglich, in wenigen Zeilen alle die Arbeit zu schildern, die auf dem weiten Gebiete der sozialen Fürsorge geleistet worden ist. Wir wollen nur noch hervorheben, daß neben der Fürsorge für die Kinder und Mütter das Baltische Rote Kreuz in immer steigendem Maße sich auch der übrigen in Not geratenen Balten angenommen hat und ihnen in vielen Fällen Unterkunft und ärztliche Behandlung, Bekleidung und freie Beköstigung gewährt hat. Den Invaliden und Landeswehrleuten wurde so weit wie möglich sowohl hier in Deutschland als auch an der Front geholfen, und vielen von ihnen wurde die Beendigung ihrer Ausbildung ermöglicht und der Eintritt in einen Lebensberuf vermittelt. Einen wesentlichen Ausbau erfuhr auch die Schwesterorganisation; die Zahl der Schwestern beläuft sich heute bereits auf 212.

Mit besonderer Dankbarkeit erwähnt der Rechenschaftsbericht das lebenswürdige Entgegenkommen und die hochherzige Unterstützung, die dem Baltischen Roten Kreuz von seiten der deutschen Reichsbehörden und des Deutschen Roten Kreuzes entgegengebracht wurden. Einige hübsche Ansichten von den Heimen in Wahnbeck, Misdroy und dem Berliner Schwesternheim schmücken den Jahresbericht und geben eine Vorstellung von der Art und Weise der geleisteten Arbeit.

Berlin. Ein Verband livländischen Stammadels ist begründet worden, der die Förderung gemeinsamer Interessen und gegenseitige Hilfeleistung als sein Ziel bezeichnet. Er verfolgt, wie auch der neu begründete ähnliche estländische Verband, keinerlei politische Zwecke.

Deutsch-baltische Studenten an deutschen Hochschulen. Nach dem Bericht des Hauptverbandes studierender Balten in Deutschland, der seit dem 20. Mai 1921 in Berlin besteht, gibt es zurzeit 18 Verbände studierenden Balten an deutschen Hochschulen. Die Zahl der in Deutschland studierenden Balten beträgt 439, von den 398 den 18 erwähnten Hochschulverbänden angehören. Die meisten dieser Hochschulverbände lehnen sich eng an die Vereinigungen der auslanddeutschen Studierenden an. Die wirtschaftliche Lage der baltischen Studentenschaft wird als außerordentlich drückend bezeichnet, sehr wenige verfügten über die zum Studium erforderlichen Mittel, die meisten seien auf eigenen Erwerb und Schuldenmachen angewiesen. Sehr viele hätten in den Ferien Stellen als Arbeiter angenommen, um für die Ferien nichts zusetzen zu müssen und für das nächste Semester etwas zu ersparen, für viele sei auch eine Unterbrechung des Studiums auf einige Semester aus diesem Grunde notwendig geworden. Eine Stipendienbeschaffung für das laufende Semester habe sich nicht ermöglichen lassen, doch seien alle Schritte getan, sie im kommenden Semester durchzuführen. Der Vertretertag der baltischen Studierenden bezeichnete es als eine Hauptaufgabe der Studierenden, einen möglichst engen Konnex zwischen den Studenten und ihrem baltischen Heimatlande herzustellen. Für die Organisationen in der Heimat sind eine große Anzahl von Büchern beschafft worden. Namentlich war die baltische Studentenschaft auch tätig, eine Anerkennung der Zeugnisse der ehemaligen und jetzigen baltischen Schulen in Deutschland durchzuführen.

Eine „Vereinigung ehemaliger kurländischer Pastoren“ ist bei einer Tagung in Stettin begründet worden, an der unter dem Vorsitz von Generalsuperintendent v. Bernewitz sich über 20 Herren versammelt hatten. Berichte über die Notlage der Heimatkirche und namentlich der Pfarrer nach der Einziehung der Pfarrländereien und der ungerechten Verteilung der Restgüter an lettische und deutsche Pfarreien wurden angehört. An einem sich anschließenden Familienabend nahmen über 100 Personen teil. Die Vereinigung will alljährlich einmal in den Grenzen Pommerns zusammentreten.

Verband studierender Schwarzmeerdeutscher. Am 26. und 27. Oktober fand in Tübingen die Verbandstagung des Verbandes statt, die der Vorsitzende, cand. rer. nat. Stumpp, eröffnete. Er ging auf die Geschichte der Gründung des Verbandes ein, gedachte der notleidenden Heimat, der Verwandten und Freunde dort, die unter der entsetzlichen Teuerung und unter den schlimmen Zuständen litten. Sodann übernahm Herr dipl. agr. Georg Zöhner den Vorsitz und die Leitung der Versammlung. Der bisherige Verbandsvorsitzende Stumpp berichtete über die Tätigkeit des Vorstandes. Der Verband zählt jetzt 93 Mitglieder, von denen fünf ihr Studium beendet haben. Die Beziehungen zum Verband studierender Wolgadeutscher, zum Deutsch-Bessarabischen Hochschulverband, sowie zum Verein ukrainischer Studenten wurden gepflegt. Namentlich wurde vom Vorstand für die Unterstützung der notleidenden Kommilitonen Sorge getragen und hier die Hilfe des amerikanischen Jünglingsvereins und durch das Deutsche Ausland-Institut auch der Vereinigten Fürsorge für das Auslandsdeutschtum herbeigeführt. Sodann hielt Herr stud. agr. Pfeifle einen Vortrag über die geschichtliche und kulturelle Entwicklung der Kolonien in Rußland und erläuterte seinen Vortrag durch Vorführung von zahlreichen Bildern. Als Vertreter des Deutschen Ausland-Instituts sprach dessen Vorstandsmitglied Professor Uhlig-Tübingen erhebende und ermutigende Worte. Am Abend fand mit Familien aus Rußland ein gemütliches Zusammensein statt, bei

dem der Chor des Vereins studierender Kolonisten in Tübingen durch seine Vorträge viel zur Unterhaltung beitrug. Am 27. genehmigte man die neuen Satzungen, wählte eine Kommission für die Unterstützungsangelegenheit und wählte dann zum 1. Vorsitzenden Herrn stud. mach. Rüb, Stuttgart, zu seinem Stellvertreter Herrn cand. agr. Krause, Hohenheim.

AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND

Eine Vereinigung chinesischer Akademiker in Deutschland ist in Berlin begründet worden, die in erster Linie ihre Mitglieder beim Studium fördern will. Der „Ostasiatischen Rundschau“ zufolge wird der Verein regelmäßige Zusammenkünfte abhalten und fachwissenschaftliche Vorträge halten lassen. Vorsitzender ist Herr Direktor Tang-Charlottenburg.

Dr. Horacio Oyhanarte, der argentinische Deputierte, dessen Eintreten nicht zuletzt die strikte Neutralität Argentiniens im Kriege zu verdanken ist, weilte jetzt in Berlin, wo sich auf Einladung des Deutsch-Argentinischen Zentralverbandes etwa 200 Personen zu einer Begrüßung versammelten, unter ihnen Vertreter des Auswärtigen Amtes und der Diplomatie, des Handels und der Industrie. Der Verbandsvorsitzende, Konrad von Borsig, begrüßte den Gast, der Deutschland feierte, das nicht aufhöre, die Wiege der Talente zu sein; Deutschland dürfe nicht untergehen, denn es habe der Menschheit noch Großes zu bieten. Er betrachtete die Ehrungen, deren Gegenstand er in Deutschland sei, als seinem Vaterlande dargebracht, würdigte die von hohen idealen Zielen getragene Politik des argentinischen Präsidenten Irrigoyen und schloß mit einem Lob der deutsch-argentinischen Freundschaft.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Das deutsche Eigentum in Italien

Nach Mitteilungen der „Epoca“ sollen die deutsch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen und auch die Verhandlungen in der Eigentumsfrage vor dem Abbruch stehen, da Italien alle deutschen Offerten abgelehnt habe und Deutschland weitere Verhandlungen für aussichtslos erkläre. Nach anderen Informationen sollen neuerdings der italienischen Regierung italienische Interessenten gewisse Schwierigkeiten bereiten, doch sollen die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen, aber auch nicht gescheitert sein.

Erlaubnis zur Rückkehr für Südafrika-Deutsche

Die Südafrikanische Union gestattet, wie die zuständige englische Behörde mitteilt, von Fall zu Fall die Rückkehr Deutscher, die 1919 freiwillig auf Unionskosten nach Deutschland repatriert wurden, wenn die Betreffenden sich verpflichten, die Repatriierungskosten zurückzuerstatten und die angestellten Ermittlungen befriedigend ausfallen. Zwangsweise Repatriierte haben keine Aussicht auf Berücksichtigung, unter die Zurückkehrenden eingereiht zu werden.

Klage über schlechtes Englisch in deutschen Geschäftsbriefen

Aus Japan wird berichtet, daß Offerten deutscher Geschäftshäuser, die den deutschen Konsulaten zur Weiterleitung an japanische Interessenten zugehen, oft in einem so schlechten Englisch abgefaßt seien, daß die Konsulate Anstand nähmen, sie weiter zu verbreiten, da das Ansehen des deutschen Handelsstandes dadurch geschädigt werde. Es wird darauf hingewiesen, daß die Hauptabnehmer deutscher Waren Länder seien, in denen das Englische die Landes- oder doch Geschäftssprache ist, und daß es daher für die im Außenhandel tätigen deutschen Firmen von Wichtigkeit sei, ihre englische Geschäftskorrespondenz in wenigstens einigermaßen korrekter Form abzufassen. Ganz be-

sonders gelte dies für gedruckte Offerten, Kataloge, Prospekte und andere Rundschreiben, und es dürfe erwartet werden, daß die Versender solcher Drucksachen sich erforderlichenfalls vor der Drucklegung von sachverständiger Seite beraten lassen. Handelskammern, wirtschaftliche Verbände und ähnliche Organisationen könnten in dieser Hinsicht einen heilsamen Einfluß auf ihre Mitglieder ausüben.

WIRTSCHAFTLICHES

Deutscher Handel mit Aserbeidjan

Die in der georgischen Sowjet-Republik erscheinende „Kaukasische Post“, die kürzlich das Dekret Nr. 64 der Sowjet-Regierung über den Verkehr mit Ausländern und über die Rechte der Ausländer veröffentlicht hatte, meldet unter dem 7. Oktober, daß auch die Sowjet-Regierung von Aserbeidjan durch ihren Volkskommissar von Baku dem deutschen Gesandten in Tiflis mitgeteilt habe, daß bis zur Regelung der gegenseitigen Beziehungen den deutschen Bürgern, welche nach Aserbeidjan zur Ausübung der Handelsoperationen kommen, volle Unantastbarkeit des Eigentums und der Waren garantiert werden solle, welche sie auf aserbeidjansches Gebiet einführen. Das deutsche Blatt freut sich, daß es der deutsche Handel sei, dem auf diese Weise zuerst der volle Schutz der Behörden zugesichert werde.

Keine Aufhebung des Währungsschiedsgerichts in Südwestafrika

Eine Instruktion des Administrators von Südwestafrika an den Vorsitzenden des Währungsschiedsgerichts war im allgemeinen vom Deutschum in Südwestafrika so abgefaßt worden, als ob der Administrator über den 31. Dezember 1921 hinaus seine Währungsschiedsgerichtsverordnung nicht fortsetzen wollte. Daraufhin waren die Vertreter der Berufsvereinigungen zusammengetreten und hatten einen Ausschuß gewählt, der nunmehr beim Administrator selbst vorsprach und ihm die wirtschaftliche Lage auseinandersetzte. Der Administrator erklärte daraufhin, daß das Währungsschiedsgericht alle ihm vorliegenden Fälle zu Ende zu führen habe und daß er, wenn das bis zum 31. Dezember nicht möglich sein werde, das Schiedsgericht über diese Frist hinaus verlängern werde. Es bestehe auch nicht die Absicht, die Vorbesetzungsfälle vom Schiedsgericht auszuschalten. Er habe mit seinen Instruktionen an den Vorsitzenden des Währungs-Schiedsgerichts nur die Absicht gehabt, das Verfahren zu beschleunigen.

Deutsche Fliegerschulen in Niederländisch-Indien

Mit Genehmigung der holländischen Regierung wurden in Niederländisch-Indien zwei deutsche Fliegerschulen begründet, die von niederländisch-indischen Offizieren überwacht werden. Die deutschen Oberingenieure Dr. Becker und Rose haben in Samarang und Batavia die Leitung. Außer verschiedenen Fluglehrern sind 5 Monteure und 6 Mechaniker mit 16 Albatros- und Fokker-Flugzeugen aus Deutschland eingetroffen. Im Juni wurden bereits 11 niederländisch-indische Schüler ausgebildet. Das Passagier-Flugnetz besteht bereits aus 5 Stationen und soll noch weiter ausgedehnt werden.

VERSCHIEDENES

Auslandkunde. Hermann Georg Scheffauer, der bekannte deutsch-amerikanische Journalist, spricht im Wintersemester jeden Donnerstag Abend von 7 bis 8 Uhr in der Fürstin Bismarckschule zu Charlottenburg über: „The American mind“.

Der **Deutsche Caritasverband** hat auf seiner Tagung in Limburg vom 8.—10. November unter begeisterter Zustimmung an

Stelle des verstorbenen Prälaten und päpstlichen Protonotars Dr. Lorenz Werthmann den bisherigen Direktor der Berliner Hauptvertretung des Caritasverbandes Pfarrer Benedikt Kreutz zum Präsidenten des Verbandes, und zu seinen Stellvertretern Amtsgerichtspräsident Riß-München, Domkapitular Lange-Breslau, Diözesan-Caritasdirektor Dr. Leene-Köln und Frau Amtsgerichtsrat Neuhaus-Dortmund gewählt.

Ein **spanisch-amerikanisches Athenäum** wurde in Berlin Anfang Oktober unter dem Vorsitz des argentinischen Konsuls, Herrn Candiotti, gegründet. Es setzt sich zum Ziel, die Kenntnis über die Geschichte, die Literatur, die Wissenschaft und die Kunst der iberischen Halbinsel und Lateinamerikas in Deutschland zu verbreiten und dadurch auch die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und jenen Ländern zu vertiefen. Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Veranstaltung von Vorträgen, sowie die Gründung eines Lehrstuhls für spanische Sprache geplant, ferner die Herausgabe einer Monatsschrift und die Aufstellung einer Bibliothek. Bei Veröffentlichung von geeigneten Werken sollen von seiten des Athenäums materielle Beihilfen gewährt werden.

Ehrenpräsidenten des Athenäums sind die diplomatischen Vertreter Spaniens und der lateinamerikanischen Republiken.

Deutsch-holländischer Studentenaustausch. 50 deutsche Studenten, die von der holländischen Studentenschaft eingeladen sind, weilen zurzeit in Holland und sind dort überall aufs freundlichste aufgenommen worden. Sie sind teils bei Dozenten, teils bei Studenten untergebracht worden, teils auch in Familien, um nach Möglichkeit Einblick in das holländische Leben und den Hochschulbetrieb zu gewinnen. Besonders freundlich war der Empfang in Rotterdam. Die Studenten hören an den einzelnen Hochschulen stets Vorlesungen. Nach dem Abschluß dieser Studien findet eine neue gemeinsame Veranstaltung statt.

Studenten im Ausland. Im „Japan Magazine“, Tokio, behandelt Dr. S. Motoda die „Weltwanderung der Studenten“ und unterscheidet in seinem interessanten Artikel drei Strömungen: 1. Orientalische Studenten, die nach Japan, Amerika, England und Frankreich gehen; 2. Slawische Studenten, die von Rußland und Polen aus die Universitäten Deutschlands, der Schweiz, Österreichs, Frankreichs und Belgiens besuchen; und 3. die Bewegung von Lateinamerika nach Nordamerika und einigen europäischen Ländern. Motoda sagt, daß 9000 Chinesen auswärts seien, wovon 4000 auf Japan, 2000 auf Frankreich, 1400 auf die Vereinigten Staaten, 400 auf England und die andern sich auf das übrige Europa verteilen. Von den 2500 augenblicklich im Ausland weilenden japanischen Studenten seien nur wenige in England oder anderen europäischen Ländern, aber ihre Zahl nehme zu. In der Schweiz seien etwa 50, in England ungefähr 300. Die Philippinen-Studenten gingen teils nach den Vereinigten Staaten, teils nach Japan. In Japan seien etwa 30, in Amerika an 300. Aus Indien seien nur wenige Studenten in Japan, hingegen 1000 in England. Man schätzt die Zahl der ausländischen Studenten in den Vereinigten Staaten auf rund 8000, die über 100 Nationalitäten und Rassen angehörten. An Englands 10 Universitäten studieren 3000 Ausländer; Oxford und Cambridge hat, neben Orientalen aller Länder, hauptsächlich Ägypter, Westindier, Afrikaner, Serben, Amerikaner und Studenten vom Kontinent. Auf den 16 französischen Universitäten, deren Besucherzahl seit Kriegsbeginn auf 10000 zurückgegangen sei, seien über die Hälfte fremdländische Studenten. Die deutschen Universitäten wurden noch immer von 2000 bis 3000 Ausländern besucht. Die kleine Schweiz habe 7 Universitäten mit 7000 Studenten, von welchen 3000 Ausländer seien. Die Wiener

Universität werde von ungefähr 2000 Tschechoslowaken, Serben, Italienern, Rumänen und Vertretern anderer Länder, neben 8000 deutschsprachigen Studenten, besucht. Von den 10000 in Budapest seien etwa 35 % Flüchtlinge der Universitäten von Pozsony und Klausenburg, die heute auf tschechischem und rumänischem Gebiet lägen.

Deutsche Straßenbezeichnungen in Temesvar. In Temesvar sind neuerdings die Straßen wieder in deutscher Sprache benannt worden, und so haben nun Adam Müller-Guttenbrunn und Nikolaus Lenau ihre Straßen bekommen, ebenso wie der verdiente frühere Bürgermeister von Temesvar, Küttl, und der Historiker des Banats, Professor Johann Schwicker, der als Banater Schwabe einige Jahre Reichstagsabgeordneter der Siebenbürger Sachsen war. Auch die früheren Stadtrichter von Temesvar, Tobias Hold und Peter Solderer, die aus Müller-Guttenbrunns Romanen bekannt sind, und die die beiden ersten deutschen Bürgermeister nach der Eroberung durch Prinz Eugen waren, sind jetzt wieder zu Ehren gekommen.

Deutsche Staatsangehörigkeit als Ehescheidungsgrund genügend. Wie die „Magdeb. Ztg.“ mitteilt, hat ein mit einer Belgierin verheirateter Deutscher, der sich zurzeit in München aufhält, vom Rechtsanwalt seiner mit ihm in Scheidung lebenden Frau eine Zuschrift erhalten, die ihn davon in Kenntnis setzt, daß die deutsche Staatsangehörigkeit nach Ansicht des Obersten belgischen Appellationsgerichtshofes ohne weiteres als Ehescheidungsgrund für beide Teile gelten kann.

Von den Schweizern im Auslande. Die Schweizer im Ausland haben sich in den letzten Jahren kräftig organisiert, überall entstehen neue Gruppen der „Neuen Helvetischen Gesellschaft“. Das Oktoberbulletin zählt die einzelnen Gruppen auf und es ergibt sich, daß nicht weniger als 6 Gruppen in England, 6 in Frankreich, 5 in Italien, 4 in Deutschland (davon die württembergische allerdings mit verschiedenen Unterortgruppen in einzelnen

Städten des Landes), je eine in Vorarlberg, Schweden und Norwegen, zwei in Spanien, je eine in Griechenland, Rumänien, Polen, Litauen, Ägypten, Nordafrika, Portugiesisch-Afrika, Brasilien, Lima, Cnile, Australien, Niederländisch-Indien und Japan bestehen.

Dr. Otto Glogau, Vorsitzender des deutschen gesellig-wissenschaftlichen Vereins von Neuyork, hielt der Deutsch-Österreichischen Tageszeitung zufolge in Wien einen Vortrag über die Stellung der Deutsch-Amerikaner, die durch den Krieg eine durchgreifende Veränderung erfahren hat. Der Deutsch-Amerikaner hat, nach Dr. Glogau, den Bindestrich, der ihm während des Krieges so oft zum Vorwurf gemacht wurde, nun abgelegt; er ist nur noch Amerikaner. An der deutschen Kultur halte er nur insoweit fest, als sie einen Baustein beim Aufbau der amerikanischen Kultur abgebe. Um nun die bildungsfähigen Amerikaner doch auf das Wesen dieser deutschen Kultur aufmerksam zu machen, hält Dr. Glogau es für unumgänglich notwendig, einen umfassenden Plan zur Einpflanzung deutscher Kulturelemente auszuarbeiten und durchzuführen. Unaufdringlich und doch überwältigend sollen dem Amerikaner die deutschen Kultureigenschaften vorgeführt werden und zwar in erster Linie durch Wanderbühnen. Er verspricht sich von dieser Kulturpropaganda den größten Erfolg.

In Hamburg wurde das alte Hammonia-Hotel an der Reeperbahn auf Reichskosten resp. auf Kosten des Hamburger Staats im Innern vollständig umgebaut und für die Zwecke der Ibero-Amerikanischen Gesellschaft und des Reichswanderungs-Amtes eingerichtet. Ferner wird darin die Seebau-Direktion untergebracht. Ein Treffpunkt für die ausländischen Freunde des Instituts, ein Lesesaal, Erfrischungsraum und eine Bibliothek werden errichtet werden, auch eine ständige Ausstellung von Produkten der spanischen Länder ist geplant. Die Neueinrichtung soll bis zum Frühjahr 1922 vollendet sein.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

Literatur zur deutsch-dänischen Frage

Von Prof. Dr. FRITZ GRAEF, Flensburg

Der Kampf um die deutsch-dänische Grenze ist durch die Entscheidung des Obersten Rates zu einem Abschluß gekommen, der nach den Wünschen der Dänen getroffen ist. Auf beiden Seiten sind eine Reihe von Werken erschienen, die diesen Kampf schildern, die Ansprüche geschichtlich begründen und Forderungen für die Zukunft geltend machen.

Ein besonderes Verdienst hat sich der Leiter der Landesbibliothek, Dr. Volquart Pauls, erworben, indem er im 50. Band der Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (Leipzig: Hessel) S. 460—568 und in der Truhe (Literar. Jahrbuch für Schleswig-Holstein, herausgegeben von Tränckner. Hamburg: Hartung 1921) auf S. 181—192 umfassende und sorgfältig durchgearbeitete Literaturberichte über die Neuerscheinungen der Jahre 1919—1920 gibt.

Es ist nicht möglich, alle Erscheinungen auch nur zu nennen; ich beschränke mich hier auf eine Auswahl.

Über die Literatur berichten von dänischer Seite: **Svend Dahl**, Litteraturen om Sønderjylland med særligt Henblik paa Nationalitetens Kampen efter 1864. In: Sønderjylland Redigi, af Svend Dahl og Axel Linvald. 2 Bde. S. 323—349.

Friis Aage, Nyere tysk Historieforskning vedrørende Slesvig og Holsten. In: Historisk Tidsskrift IX R. 1. Bd. 1918, S. 301—310. (Nach Pauls, Bd. 50, S. 462/463.)

In die älteste Zeit führen uns die Untersuchungen von Johannes Neuhäus, dem dänischen Lektor an der Universität Berlin: „Die Frage von Nordschleswig im Lichte der neuesten vorgeschichtlichen Untersuchungen“. Jena: Diederichs 1919. 46 S. Er zeigt, daß in Jütland vor den Dänen die Jüten, ein westgermanischer Stamm, wohnten (S. 36). Sie wohnten im Reiche Angul und bekämpften als ihre Feinde die Sweben an der Eider. Um 500 hatten die Barden unter dem König Trotho ihr Reich in Jütland und wehrten sich vergeblich gegen die Dänen, welche als Eroberer von Schonen her eindringen und die Barden unterwarfen (S. 36).

Schleswig hat also nicht zu allen Zeiten zu Dänemark gehört (S. 23). Erst im 6. Jahrhundert erreichen die Dänen bei ihrem Vordringen unter Helge die Eider (S. 34). Und noch später, erst um das Jahr 1000, treffen sie mit den Deutschen zusammen und übertragen den alten Haß von den Barden, ihren bisherigen Gegnern, auf die Deutschen. (Schluß. Frage 3.)

Den letzten Kampf um Schleswig schildert eindrucksvoll Dr. Adolf Köster. „Der Kampf um Schleswig“. Berlin: Verlag für Politik und Wirtschaft. 1921. 230 S. Dr. Köster ist ein geborener Schleswiger (er stammt aus Kappeln) und zugleich ein sozialistischer Schriftsteller, der von der deutschen Regierung während der Abstimmungszeit zum Staatskommissar für Schleswig ernannt war. Als einen gewandten Stilisten, als einen Sozialisten, der für das nationale Gefühl wenigstens Verständnis hat, kündigt ihn das Vorwort an, mit dem er sich an die Nordschleswiger als seine Landsleute wendet: „Dies ist mein letzter Abschiedsgruß! Im Zeichen der Wehmüt, aber auch der Hoffnung. Ein Gruß nicht von mir allein, sondern von Tausenden von Deutschen, die Euer Schicksal im Herzen tragen . . . Unser Ziel war der Ausgleich, die Ruhe, der Friede in Nordschleswig . . . Niemals werden wir dieses Land vergessen, auch welches wir für immer verloren haben . . . Wir warten auf den Tag, der das Recht statt der Macht triumphieren läßt und die Treue anstatt der gebrochenen Versprechungen . . . Denn kein Recht hat Euch von uns gelöst, kein natürliches — und kein geschriebenes.“

Der Kampf begann mit dem Waffenstillstandsangebot vom 3. Oktober 1918 und dauerte bis zu den Abstimmungen (10. Februar und 20. März) und der endgültigen Abtretung am 15. Juni 1920.

Der einleitende Abschnitt (Deutschland und die Abstimmungen) handelt von dem Selbstbestimmungsrecht als dem Recht der lebendigen Menschen von heute, das nach Wilsons Ankündigung auch von den Feinden angenommen worden war und doch von ihnen bei der Ausführung mit Füßen getreten wurde. Dann schildert Köster S. 17—32 die Stimmung in Schleswig-Holstein und den nationalen Kampf bis

zum Ausbruch der Revolution mit starken und oft unberechtigten Vorwürfen gegen Preußen, die Köllerpolitik und den Deutschen Verein. „Die nordschleswigsche Frage würde durch einen Bundesstaat Schleswig-Holstein ganz anders und besser gelöst worden sein, als das zentralisierte Preußen sie im Laufe der Jahre nicht gelöst, sondern immer mehr kompliziert hat!“ (S. 21.) Die drei Hauptabschnitte: 1. Vom Waffenstillstand bis zur Versailler Entscheidung (S. 35—106); 2. Von da bis zur Besetzung (107—172); 3. Von der Besetzung bis zur Festlegung der neuen Grenze (173—230) sind gleichmäßig aufgebaut. Vorangeschickt wird eine chronologische Übersicht, dann werden die deutschen Unternehmungen, endlich die Anstalten des Gegners geschildert.

Die Darstellung ist ungemein lebendig, fast dramatisch, aber nicht zuverlässig. Dr. Köster schreibt als Parteimann, nicht als Historiker. Seine Anschauung und Richtung erscheint als die allein richtige und erfolgreiche. Er macht dem „deutschen Ausschuß“, der die Hauptarbeit in der Abstimmungszeit geleistet hat, schwere Vorwürfe: er sei reaktionär und untätig gewesen, er habe keine genügende Grundlage in der Bevölkerung gehabt. Dagegen wenden sich mit Erfolg:

1. Dr. Kaehler: Der deutsche Ausschuß und Dr. Köster. 24 S. und
2. Christian Voigt: Der deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig, eine Quellenbearbeitung. Flensburg: Hollesen. 58 S.

Am besten läßt sich hier das kleine Heft anschließen, das Friedrich Bauer unter dem Titel Sozialdemokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker, ein Beitrag zur deutsch-dänischen Verständigung (Flensburg: E. Schmidt. 1921. 24 S.) herausgegeben hat. Der Verfasser gibt selbst zu (S. 22): „Es ist vielleicht (?) ein Fehler der deutschen Arbeiterschaft gewesen (gewesen?), daß sie das nationale Empfinden zu sehr den ausländischen Genossen überlassen und sich selbst mehr international eingestellt hat.“ Und er klagt (S. 20): daß die dänischen Sozialdemokraten, welchen sich die deutschen Arbeiter sofort nach der Abtretung angeschlossen hatten, den deutschen Brüdern in Nordschleswig ohne weiteres den Gebrauch der dänischen Sprache auferlegten. Und wenn die deutschen Vertreter auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Bern prinzipientreu und leichtherzig sich mit der neuen deutsch-dänischen Grenze einverstanden erklärten (für den Dänen Stauning war damit der Fall erledigt), so hält ihnen Bauer ganz mit Recht vor (S. 15), daß sie herzlich wenig von Nordschleswig kennen.

Das Buch von Dr. Thörn „Die erste Teilung Schlesiens 1918—1920“ (Hamburg: P. Hartung. 1921) ist mir noch nicht bekannt geworden.

Ferner kommen auf der deutschen Seite in Betracht besonders die Arbeiten des Nordschleswigers Johannes Tiedje (eines Pastorsohnes aus Osby bei Hadersleben, der, theologisch gebildet, später Journalist wurde und als Sachverständiger von der deutschen Regierung bei den Verhandlungen von Versailles herangezogen wurde).

Joh. Tiedje (Nr. 1—7 nach Pauls a. a. O. S. 538—539):

1. Das nationale Selbstbestimmungsrecht in Nordschleswig (Das neue Deutschland 1920).
2. Das Recht der Deutschen in Schleswig. (Hilfe 1920. S. 133—137).
3. Wo ist nun eure Gerechtigkeit? (2 offene Briefe an Prof. Amundsen in Kopenhagen. Marburg a. L. Christl. Welt 1920).
4. Dänemarks finanzielle Leistung für Schleswig. (20. Jahrhundert. Dokumente zur Zeitgeschichte. Nr. 20).
5. Die strategische Bedeutung der Abtretung Schlesiens. (20. Jahrhundert. Dokumente zur Zeitgeschichte. 1919. Nr. 9.)
6. Dänische Untertanen deutscher Nation. (Der getreue Eckardt 1.)
7. Die Imponderabilien der schleswigschen Frage. (Deutsche Politik. 1919.) Besonders wichtig, ja grundlegend sind:
8. Denkschrift über die Schlesiensche Frage.
 1. Teil. Geschichtlicher Überblick mit urkundlichen Anlagen.
 2. Teil. Die territoriale Frage.
 3. Teil. Gutachten über Kirche und geistiges Leben. Berlin, Reichsdruckerei. 1919 (nicht im Buchhandel).
9. Die deutsche Note über Schleswig. Mit einer Karte. 4 Tabellen und 2 Anlagen. Charlottenburg: Deutsche Verlagsgesellschaft f. Politik u. Gesch. 1920 Hoff, Hch. Ewald. Im Kampf um die deutsche Nordmark. (Kiel: Deutsche Verlagsanstalt. 1919.) Hoff, der eine zweibändige Geschichte Schleswig-Holsteins geschrieben hat, vertritt zähe den Standpunkt des ungeteilten Schleswig-H.

Von den kleineren Arbeiten aus der Abstimmungszeit verdienen Beachtung:

1. Dr. Alnor. Was verliert Schleswig im Falle einer Abtrennung? Dieser junge Historiker hat sich als ein geschickter und kenntnisreicher Vertreter Schleswig-Holsteins bewiesen.
2. Ernst Dänell: Hat Dänemark einen Anspruch auf Nordschleswig? (Keinen.)
3. Gustav Frenßen. Ein letztes Wort an die Nordschleswiger. (Mit ergreifender Gewalt redet der Dichter zu seinen Landsleuten.)
4. Dr. Karding. Was bedeutet die Valutaforderung?
5. Dr. Karding. Die Steuerbelastung in Dänemark.

Dr. Karding weist sehr einsichtig und klar auf die Gefahren des Währungsunterschiedes zwischen Deutschland und Dänemark hin und zeigt, daß die Steuerbelastung in Dänemark jetzt schon fast so hoch ist, wie sie in Deutschland erst durch die Nachkriegssteuern werden wird. Die gegenwärtige wirtschaftliche Stockung in Dänemark und besonders in Nordschleswig gibt dem Verfasser völlig recht.

6. Dr. Tedsen. Friesisches Bekenntnis zum Deutschtum gibt der deutschen Gesinnung der Nordfriesen von Tondern bis Husum einen starken Ausdruck.

Mit Flensburg, das die Dänen durch die Abstimmung zu erobern hofften, beschäftigen sich 3 Arbeiten: 1. Dr. Voigt. Der nationale Charakter der Stadt Flensburg zerstört schonungslos die von den Flensburger Dänen genährte Illusion, daß Flensburg eine alte und im Kerne dänische Stadt sei. 2. Die Denkschrift des Magistrats der Stadt Flensburg (Oktober 1919) stellt die geographischen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse der Stadt dar, um zu zeigen, daß Flensburg eine deutsche Stadt ist und einen Anspruch auf die ganze Föhrde, nicht bloß auf das Südufer hat. 3. Unter den Arbeiten, welche bei Gelegenheit des Abstimmungskampfes an die Öffentlichkeit traten, ist eine der allerbesten die gründliche und sorgfältige Untersuchung, die Dr. O. Schütt in mehrjährigen Studien über die Geschichte der Schriftsprache im ehemaligen Amt und in der Stadt Flensburg bis 1650 angestellt hat. Damit in Zusammenhang steht die kleine Zusammenstellung, welche Schütt unter dem Titel: „Flensburger Akten- und Urkundensprache im 14., 15. und 16. Jahrhundert“ als Führer für eine Ausstellung von solchen Dokumenten im Mai 1919 herausgegeben hat. Es liegen mehrere Tausend Urkunden vor. Diese gründliche Untersuchung räumt endgültig auf mit der dänischen Behauptung, Flensburg sei eine „kern-dänische Stadt“. Sie weist vielmehr ganz unwiderleglich nach, daß seit 1400, wo das Niederdeutsche zur Zeit der Hanse an Stelle des Lateinischen in Flensburg seinen Einzug hielt, die Dänen hier immer nur eine bescheidene Kolonie gewesen sind. Die Kanzlei der Landesherren, d. h. des Königs-Herzogs in Kopenhagen, ging bei dem Wechsel vom Lateinischen zum Niederdeutschen voran, ebenso wie später um 1540 mit dem Übergang vom Niederdeutschen zum Hochdeutschen, der sich in den 80 Jahren, von 1570 bis 1650, auf allen Gebieten vollzog.

Bezeichnend für die Gesinnung ist es, daß auf der deutschen Seite nicht bloß die Sozialdemokratie, getreu ihren Prinzipien, die Versöhnung mit dem dänischen Volke anstrebt, sondern auch andere Kreise an dem Gedanken ernsthaft festhalten, daß Schleswig bestimmt sei, einen Weg zur Verständigung mit dem Norden zu eröffnen. (Pastor Schmidt-Wodder [Tondern], der jetzige politische Führer der Deutschen in Nordschleswig: „Der deutsche Weg zur Verständigung mit dem Norden“. Flensburg: Westphalen. 1919. 48 S.) Jeder wird einverstanden sein mit den grundlegenden Ausführungen des P. Schmidt über das Selbstbestimmungsrecht der Völker in seinem Ausbau als Recht der Minderheiten, welches die Dänen stets ablehnen, mit den klaren Vorhaltungen, welche der damalige Staatskommissar Dr. Köster der dänischen Sozialdemokratie, der Bruderpartei jenseits der Grenze, macht, mit dem Vorwurf, den P. Schmidt mit Recht gegen die Parole H. P. Hanßens, „Die Front gegen Süden“, erhebt und mit den sehr klaren Auseinandersetzungen von Dr. Alnor über das geschichtliche und nationale Recht in Nordschleswig. P. Schmidt hat seine Anschauungen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker in seiner Einwirkung auf das geistige Leben in Kirche und Schule noch einmal besonders zusammengefaßt.

Dr. Ernst Saueremann. Schleswig-Holstein. Jahrbuch 1921. Verlag P. Hartung, Hamburg. Kalendarium auf 12 S. Beiträge S. 1—116. Beispiele von Stilkunst und Volkskunst in Nordschleswig, Tafel 1—28 als Anhang. M. 25.—

Mit erfreulicher Klarheit sagt der Herausgeber den Dänen im Einleitungsaufsatz den Kampf an, weil sie sich unter dem Schutz der französischen Bajonette so viel nahmen, wie sie glauben verdauen zu können. „Die neue Grenze“ existiert für das schleswig-holsteinische Volk nicht. Aber er weist mit Recht darauf hin, daß noch niemals in der Geschichte das Deutschtum in Nordschleswig so bedroht gewesen ist wie jetzt. Es besteht die Gefahr, daß die Nordschleswiger aus der Ideengemeinschaft mit dem deutschen Geistesleben herausgerissen und für die nordisch-skandinavische Ideenwelt gewonnen werden. Im zweiten Aufsatz verfolgt Dr. K. Alnor die Geschichte der Abstimmung vom 10. Februar 1920; von der Entschließung des dänischen Wählervereins am 17. November 1918 an bis zu dem Sieg der rücksichtslosen Flensburggruppe (Christiansen, Skrumsager, Andreas Grau) in der dänischen Regierung vom 30. März 1920. Diese Entwicklung endete mit dem Sieg der „programmlosen rücksichtslosen Vertretung der reichsdänischen Wünsche der Linken, welche auf die Eigenart von Nordschleswig gar keine Rücksicht nahm“. An dem endgültigen, für Deutschland so beschämenden Ergebnis hat leider die deutsche Sozialdemokratie erhebliche Schuld, denn sie hat sich auf dem Sozialistenkongreß von Bern ganz mit der GesamtAbstimmung in der 1. Zone einverstanden erklärt, obgleich diese ein schweres Unrecht gegen die Deutschen war. Als endlich die deutsche Sozialdemokratie am 26. Oktober 1919 Protest gegen die Brutalität der Enkabelabstimmung erhob, entschloß sich die dänische Sozialdemokratie nur zu einem matten Bedauern, „daß die praktische Durchführung der bevorstehenden Abstimmung sich mit der erhabenen Idee nicht voll und ganz in Übereinstimmung befände“. Das traurige Ergebnis der Abstimmung vom 10. Februar 1920, bei der unter dem Druck der Ungewißheit für Dänemark 75 431, für Deutschland 25 329 Stimmen abgegeben wurden, bespricht dann Alnor in seinen Einzelheiten und begründet daraus den Anspruch, daß die Deutschen ein volles Anrecht auf den Tiedje-gürtel haben, der so deutsche Orte wie Hoyer, Tondern (2443 Deutsche, 750 dänisch) und 29 Landgemeinden mit deutscher Mehrheit umfaßt, im ganzen 6735 Deutsche neben 5653 dänischen Stimmen enthält. Dann würde die Tiedjelinie, d. h. eine Linie nördlich Hoyer, nördlich Tondern, nördlich Tingleff, nördlich Rinkenise die Grenze bilden und den Anspruch erfüllen, daß gleiche Minderheiten (etwa 29 000) nördlich

wie südlich der Grenze saßen. Denn der Kampf um die Revision des Friedensvertrages fordert die Volksabstimmung nach Gemeinden, fordert gleich starke Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze und völlige kulturelle Selbständigkeit der Minderheiten. Diese Forderung stellt Pastor Schmidt-Tondern knapp, aber überzeugend dar. Sie sind in dem Programm des Schleswigschen Wählervereins vom 15. August 1920 enthalten und klar von dem tapferen Vorkämpfer des Deutschtums in der Abstimmungszeit, von Albert Wakker in den 7 Punkten des Hamburger Fremdenblattes vom 15. Juni 1920 formuliert. Diesem Ziel muß die Volkserneuerung zustreben, die dem Staatsgefühl neues Blut zuführt und auch von der Sozialdemokratie „die Anknüpfung an die natürlichen Wurzeln jedes nationalen Lebens fordert“ (S. 11).

Den Kampf um die 2. Zone, d. h. einen Streifen, der Flensburg mit Glücksburg und einem breiten Stück der Mitte umfaßte und mit Föhr und Amrum im Westen endete, schildert A. Wakker sehr anschaulich. Bei den Annexionsbestrebungen wollten die Dänen möglichst den Schein nationaler Selbstbestimmung wahren; ihre Freunde, die Franzosen, mit ihrer Alpenjägerbesatzung in Flensburg, erwiesen sich aber als die besten Werber für das Deutschtum, und die Interalliierte Kommission verscherte bald den Ruhm der Unparteilichkeit. Auf der deutschen Seite schlossen sich alle Parteien einmütig zusammen und die Dänen mußten endlich begreifen, daß Sprach- und Gesinnungsgrenzen sich nicht decken.

Das Unrecht von 1920, das jetzt in Oberschlesien fortgesetzt wird, wird nur im Rahmen der gesamteuropäischen Entwicklung wieder gutgemacht werden. Denn wir wollen hier, wie anderswo, die Einheit unseres Volkes auf Grund der Selbstbestimmung wieder herstellen.

Die nationale Schichtung in Nordschleswig schildert im nächsten Aufsatz der Sachkenner auf diesem Gebiet, Johannes Tiedje, der zugleich der deutsche Sachverständige für Nordschleswig bei den Verhandlungen in Versailles war (S. 16—29). Am allerwenigsten erlauben in dieser Gegend Gegensätze des Volksstammes, der Bauart, der religiösen Auffassung eine klare Grenzlinie zu ziehen; entscheidend ist die Wendung zu einem bewußten Heimatglauben, das Bekenntnis der Bevölkerung zu einer Schicksalsgemeinschaft; denn auch die Sprache ist dafür nicht entscheidend. Das Landschaftsgefühl, das noch 1866 alle Schleswiger verband, ist jetzt zerrissen. Selbst der Däne Clausen gibt zu, daß 1914 in Nordschleswig etwa 30—35 000 Heimdeutsche auf dem Lande vereinzelt lebten, die zwar dänisch sprachen, aber deutsch genannt sind. Dazu kam das starke deutsche Bürgertum in den Städten, ferner die 5867 Friesen, welche von ihren 10 358 Stammesgenossen südlich der Grenze abgetrennt sind. Darum war die Gesamtabstimmung in der 1. Zone ein politisches Verbrechen, welches die „Radikalen und Sozialdemokraten Dänemarks“ durchgesetzt haben. Eine Umgestaltung dieser Zwangsgrenze müssen wir jetzt schon durch ein sorgfältiges Verzeichnis der Deutschen in Nordschleswig, durch eine ununterbrochene Arbeit an ihnen und für sie vorbereiten. Wie falsch und unzuverlässig die dänische Statistik über diese Gebiete berichtet, weist Tiedje an einigen sehr beachtenswerten Tabellen (S. 23) schlagend nach. Aus dieser Not kann nur ein großer politischer Führer das deutsche Volk herausführen. Und solange, bis diese hervortreten, kann das deutsche Volk nur etwas durch Ruhe, innere Festigkeit und nationale Würde gewinnen. Tiedje schließt diesen Aufsatz: „Niemand wird Frieden mit Skandinavien-Dänemark sein, so lange die Clausenlinie besteht.“ Er weist mit Recht auf den Gegensatz hin, daß 1864 Bismarcks Einsicht den Südrand der Koldinger Föhrde bei Kolding ließ, während die Machtgier der Feinde den Nordrand der Flensburger Föhrde Dänemark zugesprochen hat. In dem Aufsatz über das Verhältnis von Deutschland zu Nordschleswig beklagt derselbe Schriftsteller bitter die Fehler, welche früher die einseitig preußisch-zentralistische Regierung begangen hat, aber er hält fest an der starken Kraft des Heimatglaubens und des Rechtsgefühles. Doch er wird sich selbst sagen, daß Recht nichts ist ohne die Macht.

Auf die wirtschaftlich schwierige Lage in Nordschleswig nach der Abtretung weist sehr klar Dr. Jessen-Stoltelund hin. Die Entwicklung hat ihm recht gegeben. Dänemark und Nordschleswig besonders ist nächst England auf den Absatz seiner Erzeugnisse nach Deutschland angewiesen. Eine umsichtige deutsche Politik hätte dabei Gelegenheit, manche Einschränkungen abzustreifen, welche die Dänen uns noch als eine demütigende Fessel auferlegen.

Die 12 folgenden Arbeiten behandeln entweder die Verhältnisse Flensburgs als der nunmehr wichtigsten Grenzstadt; so gibt der Historiker Prof. Reimer Hansen eine knappe Übersicht über die Geschichte der Stadt (Nr. 14 S. 58—62), während Dr. Schütt eine ausgezeichnete, auf eingehenden Studien beruhende Darstellung der Sprache, besonders der niederdeutschen (von 1400—1600) und der hochdeutschen Periode (seit etwa 1590—1600) gibt, denn das Jütische hat nur in der ältesten Zeit (um 1300) und das Dänische fast gar keine Rolle in Flensburg gespielt. Einen Überblick über das Geistesleben in Flensburg, das wesentlich deutschen Charakter trägt, gibt Pastor Andersen, das Wirtschaftsleben dieser Stadt schildert in seiner Verbundenheit mit Deutschland Emil Meyer.

Mit Nordschleswig beschäftigen sich sehr eingehend noch 3 Aufsätze. Egon Trümpener (Nr. 13 S. 51—57) weist sehr gründlich nach, auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln das dänische Bewußtsein in Nordschleswig begründet und gepflegt wurde. Den Fehler eines achtlosen Druckes durch die preußische Verwaltung nutzten die dänischen Vereine (Sprach-, Schul-, Wählerverein) sehr geschickt und gründlich aus. In diesen Kreisen wurde die Wiedervereinigung als Ziel zahl und beständig erstrebt, durch die Volkshochschulen wurde besonders die Jugend Nordschleswigs ganz mit dem dänisch-skandinavischen Gedanken- und Gefühlskreis er-

füllt, und so wurden die Nordschleswiger reif zur dauernden Trennung von den anderen, deutschführenden Teilen des Herzogtums. Sehr feinsinnig stellt Johannes Tonnensen die Schwierigkeiten dar, welche aus dem starken Leben des Grundtvigschen Geistes und der Inneren Mission der Landeskirche in Nordschleswig erwachsen sind. Vom Geist und Charakter einer nordschleswigschen Pastorenfamilie, von seinen Vorfahren, erzählt mit Liebe Pastor Andersen. Mit der Pflege der Baukunst, die als Wahrzeichen der Stadt Hadersleben die jetzt noch stehende Marienkirche geschaffen hat, während die alte Hausburg beseitigt ist, beschäftigen sich 2 Aufsätze junger Architekten, während der Herausgeber, Dr. Sauer mann, umsichtig und feinfühlig den Ausgestaltungen nachgeht, die Stilkunst und Volkskunst in Geräten der nordschleswigschen Häuser hervorgebracht haben. In diesen Zusammenhang gehören noch die Betrachtungen, welche v. Heedemann-Heespen über die wirtschaftliche Entwicklung dieser Landesteile anstellt.

Den Kräften, auf denen die Zukunft aufzubauen ist, sind 3 Aufsätze gewidmet. In großen, geistvollen Umrissen stellt Tränckner 1. die Forderungen auf, welche das deutsche Geistesleben für Nordschleswig zu erfüllen hat. 2. Diese zu erfüllen ist besonders der Schleswig-Holsteiner-Bund als der Vertreter der deutschen Volksgemeinschaft berufen. 3. Und das Plattdeutsche wird zu neuem Leben und Wirken erwecken, wie Prof. Mensing überzeugend nachweist.

Diesen vielseitigen 22 Arbeiten schließt Dr. Dammann, der neue Direktor des Kunstgewerbemuseums in Flensburg, eine Übersicht über die Schriften an, welche über schleswig-holsteinische Kunstangelegenheiten in den 6 Kriegsjahren von 1914 bis 1920 erschienen sind.

Reich ist der Inhalt, den der als Jahrbuch ausgestattete Kunstkalender bringt. tief ist der Gehalt, vornehm die Form der Erscheinung. Seine Wirkung wird dieses hervorragende Werk nicht verfehlen. An ihm werden die Deutschen in der bedrohten Grenzmark sich aufrichten, und auch die Dänen werden daran den ersten Willen erkennen, mit Kraft und Würde zu behaupten, was unser ist.

Kartographisch sind die Abstimmungen dargestellt:

1. Abstimmungsgebiet in Schleswig. Von der Kartographischen Abteilung der Preußischen Landesaufnahme. 1919. 1:300 000. Von G. Pellehn, mit Angabe der Tiedjelinie.

2. Die Abstimmungsgrenzen in Schleswig 1920; umfaßt die 2. Zone und die 1. Zone ohne Kreis Hadersleben. Die Abstimmungsergebnisse sind in blauen (deutsch) und roten (dänisch) Zahlen bei den Orten angegeben. Von G. Pellehn.

3. Danach eine Karte in einfachem Buchdruck als Beigabe zu Joh. Tiedjes „deutscher Note über Schleswig“ (s. oben).

4. P. Langhans. Die Ergebnisse der Volksabstimmung in Nordschleswig zur Festlegung der neuen deutsch-dänischen Grenze. Petermanns Mitteilungen. 60. Jahrgang. 1920. S. 129—130. Sehr gut und genau, das ganze Gebiet umfassend.

5. Abstimmungsergebnisse in Schleswig. Von Dr. Erich Wunderlich (Karte in Schwarzdruck zu dem Aufsatz von Graef: Nach den Abstimmungen in der Nordmark) in: Der Auslandsdeutsche. Jahrgang 3. 1920. Nr. 10. Stuttgart, Deutsches Auslands-Institut.

Während die Arbeiten der Deutschen sich verhältnismäßig kurz mit der historischen Begründung ihrer Forderungen beschäftigen und den besonderen Nachdruck auf die Grundsätze und Prinzipien legen, die dem Deutschtum ein Lebensrecht im dänischen Staat um so mehr geben, als diese Form der Abstimmung den Deutschen Gewalt antut, beschäftigen sich viele dänische Arbeiten mit den Verhältnissen in Nordschleswig, wie sie sich im Laufe der Geschichte, besonders aber seit 1864 entwickelt haben. Solche Darstellungen sind (Nr. 1—10 nach Pauls, Zeitschr. der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 50. S. 535 ff. angeführt):

1. Arno Möller. Sønderjylland efter 1864. Kopenhagen: Gyldendal 1919.
2. Mackeprang. Nordslesvig under Fremmedherredømmet. Gads & Clages. Aarg. 13. 1919.
3. Hansen, Jasper. Slesvig under Prøjser aet Vadde. Kopenhagen. Hansen 1919.
4. Hansen, H. P. Sønderjylland. En kort oversigt. 2. Oplag. Kopenhagen 1919.
5. Kamphövener, Morten. Det Slesvigske Regiment. Kopenhagen 1919.
6. Coussange, Jacques. Le Slesvig pendant la guerre. Paris 1918.
7. Jessen, Franz v. Le Danmark, la France et la question du Slesvig. Ps. 1918.

Dieser einflußreiche Journalist (Mitarbeiter am Temps) hatte schon 1906 in dem Manuel historique de la question du Slesvig alle in Betracht kommenden Fragen durch dänische Sachverständige bearbeiten lassen.

8. Verrier, Paul. La question du Slesvig. Ps. 1919. V. hatte früher öfters Nordschleswig bereist und war während des Krieges als Vertreter der französischen Kultur in Christiania und Kopenhagen tätig. Als Sachverständiger war er mit bei der Interalliierten Kommission in Flensburg.

9. Linvald, Axel. Stemmingen og Tilstande i Sønderjylland ved Krigens Udbrud 1864. D. Magasin. 6 R. 3. Bd. 1919.

10. Friis, Aage. Det danske Program for Nordslesvigs Genforening med Danmark 1866. Tilskuere 1919.

Diese Arbeit scheint besonders deshalb wichtig, weil sie nachweist, daß die Dänen schon 1866 eine Abstimmung in Gürteln vorbereiteten, und zwar sollte das Gebiet zwischen Königsau und einer Linie etwa der Südgrenze der jetzigen 2. Zone entsprechend (Wiedau — südlich Fl. — Munkbrarup — Föhrde) in 3 Zonen eingeteilt werden. 1. südlich Apenrade, südlich Hoyer. 2. Gravenstein — Avenstoft südlich Tondern. 3. Flensburg-Linie.

Ferner:

11. P. Lauridsen. Da Sønderjylland vaagnede (erwachte) schildert in 2 Halbbänden sehr ausführlich den Nationalitätenkampf von 1830—1848, Kopenhagen 1920, in dem Männer wie Christian Flor, I. S. 26—34, und P. Hjort Lorenzen, der anfang, in der Versammlung der Schleswigschen Stände dänisch zu reden (han vedblev at tale dansk) besonders hervortreten.

12. Erling Rørdam. Sønderjylland 1864—1919. Kopenhagen 1919, faßt Schilderungen der einzelnen Städte und Landschaften von verschiedenen Verfassern zusammen mit Lebensbildern von 2 Vorkämpfern des Dänentums. (Gustav Johannsen und Jens Jessen.)

Als Schlußbild gibt er eine Photographie wieder von dem alten Grenzstein des Deutschen Reiches an der Eider (Eidora Romani Terminus Imperii) und bezeichnet damit das Ziel, dem man zustreben müßte.

13. Anker Kirkeby og Erik Schack. Sønderjylland som det er (wie es ist), Kopenhagen, Gyldendal, 1920, gibt auf 386 Seiten Schilderungen verschiedener Verfasser von Land und Leuten, von den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen in Nordschleswig und Flensburg sehr stark in dänischem Sinne. Die Verfasser verwenden auch Abbildungen nach deutschen Malern, ohne deren Genehmigung (Eckener S. 332 und Stoltenberg S. 325) und verändern willkürlich die Bezeichnungen. Ferner bringen sie viele Aufnahmen, die sicher nur von deutschen Luftschiffern und Fliegern gemacht sind.

Flensburg sei wesentlich durch die Beamten des Militärs und der Marine aus einer dänischen Stadt zu einer deutschen gemacht worden, so erzählt Redakteur Christensen S. 124. Wenn auch die dänische Sprache (S. 126) sich stärker behauptet habe, als man erwarten dürfte, so könne sie doch nicht als Kennzeichen für die dänische Gesinnung angesehen werden. In weiten Kreisen der Bevölkerung verberge sich hinter der deutschen Sprache eine gut dänische Gesinnung!

Und als ermunternden Ansporn für die Zukunft fügt Christensen in der Anmerkung S. 126 hinzu: „Als 5000 Flensburger Kinder, d. h. weit über die Hälfte der Schuljugend der Stadt, Sommer 1919 nach einem längeren Ferienaufenthalt im Königreich zurückkamen, konnten sie allesamt dänisch verstehen und weitaus der Überwiegende Teil dänisch sprechen.“

Und erschließt S. 129: „Aber bei den Flensburgern, welche in all den Auslandszeiten ihr dänisches Wesen (Danskhed) stark und fruchtbar erhalten haben, — brach die glückliche Erkenntnis durch, wie stark Flensburg an Dänemark geknüpft war...“

15. Vilh. le Cour. Sønderjylland under Verdenskrigen Aug. 1914—1916. 159 S. schildert die Stimmung beim Beginn des Krieges, die Behandlung der dänischen Führer, die Verhandlungen im Reichstag, die Verhandlungen in der schleswig-holsteinischen Synode, die Fahnenflucht und die Verhaftungen der Dänen, und erzählt S. 157, die Nordschleswiger hätten sich im Kriege immer aufgerichtet „an der Hoffnung der Wiedervereinigung mit Dänemark“.

16. H. P. Hanssen. Graense Spörgsmaal. Kopenhagen, Gyldendal 1920, 94 S. Eine Rechtfertigung für seine politische Haltung; schildert seine Tätigkeit im deutschen Reichstag und sein Verhalten in den Novembertagen 1918.

17. Ed. Eller. Sønderjysk Centralforenings Festschrift. Herausgegeben zur Feier der Vereinigung von Nordschleswig mit Dänemark. 362 S. Ein Sammelwerk, das Stimmungen, Erinnerungen aus der Kriegszeit (S. 167: Wir hatten allzeit vor Augen: Tyskland maa tabe, ellers kommer vi ikke tilbage til Danmark) mit Schilderungen der „glänzenden“ Verhältnisse in Dänemark verbindet, die zum Schluß etwas stark an Geschäftsreklame erinnern.

18. H. V. Clausen. Sønderjylland. Ein Reisehandbuch, das überall die dänischen Beziehungen voranstellt, im übrigen sorgfältig gearbeitet erscheint.

19. Sønderjylland. Redigeret af Svend Dahl og Axel Linvald. (Große Aus-

gabe: 6 Bde.) Kopenhagen: Pios 1919, schildert in der Hauptsache den Nationalitätenkampf zwischen Deutschen und Dänen während des 19. Jahrhunderts. Bd. 1 behandelt in 3 größeren Abschnitten 1. Land und Volk, 2. den Kampf zwischen deutsch und dänisch, 3. den Abschluß des Nationalitätenkampfes (die Genforening). Bd. 2 enthält Erinnerungen und Stimmungen aus diesem Kampf und dem Leben in Nordschleswig während des Krieges, die nationale Organisation der Südjüten, Dänemark und der Nationalitätenkampf, das Ausland und dieser Kampf, Sønderjylland und das dänische Geistesleben. Zum Schluß wird ein Literaturverzeichnis gegeben, das im Anhang angeführt ist (nach Pauls, a. a. O. S. 533/534).

20. Litjefalk og Otto Lütken. Vor sidske kamp for Sønderjylland. Med et Tillæg: Tiden 1864—1920 af H. P. Hansen. 3. Oplag. K. Hagerup. 1920 (nach Pauls, S. 523.)

Diese Übersicht spiegelt den Gegensatz der beiden Völker in ihrer gegenwärtigen Lage deutlich wider. Die Dänen feiern ihren Erfolg als den Sieg des Rechtes, sie denken aber nicht an eine ehrliche Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes, sondern sie beeilen sich unter dem Schutz der „liberalen“ Gesetze Dänemarks, zu beweisen, daß die neue Grenze eine Grenze ihres Volkstums ist und jedenfalls wir! Mit Hingebung, aber auch mit einem Gefühl des Fanatismus wollen sie alles „Unrecht“ beseitigen. Geldmittel und nationaler Eifer reichen dort viel weiter, als auf der deutschen Seite, wo trotz der Zeiten der Not weniger Einheit und Zusammenschluß zu spüren ist als drüben. An die Stelle einer starken und stolzen deutschen Volks- und Staatsgesinnung wird der schleswig-holsteinische Gedanke wieder zu neuem Leben gebracht und durch historische Darstellungen gefördert.

Aber die Einsicht in das, was nottut, wächst. Neue Kräfte regen sich und sind am Werke, die schmerzhaftige Niederlage zunächst innerlich zu überwinden. Dafür bietet der Sammelband, den Chr. Tränckner unter dem Namen Truhe (Hamburg: Hartung) als literarisches Jahrbuch für Schleswig-Holstein herausgegeben hat, einen sehr erfreulichen Beweis. Die Ziele bezeichnet der Herausgeber durch 2 eigene Dichtungen, in denen er Hölderlin beschwört:

Komm uns, Erlöser, die uns flüchtige Unrast

Kränkt und verdammt. — Urgeist komm.

und Pindars Dichtung feiert als Ausdruck des „Ewigen“, die doch zugleich Heimatkunst war, denn der große Dichter vereint Heimat und Welt und schaut zugleich Heimat und Gottheit in eins. So sollten unsere Heimatdichter „über den Pöten hinausstreben zum Dichter-Künstler-Propeten“. Der Abschnitt „Heilige Muttererde“ führt uns durch Dichtungen der Gegenwart in die Heimat (S. 6—84). Als Volks- und gold faßt er mittelalterliche Volksballaden mit plattdeutschen, ungemein lebendigen Volksmärchen und plattdeutschen Dichtungen der Gegenwart zusammen. In den „stillen Tiefen“ (S. 106—134) kommen ältere und neuere Dichter in feiner Auswahl zum Wort. Von „Helden“ (S. 135—154) erzählen geschichtliche Dichtungen. In religiöse Tiefen führen die Dichtungen, die „Gott“ dienen wollen (S. 155—180). Die Ernte (S. 181—213) bringt Übersichten über die landesgeschichtliche und die schöne Literatur; das Ganze ist ein sehr bedeutsamer Versuch, die geistigen Kräfte und Richtungen der schleswig-holsteinischen Heimat zusammenzufassen.

Als Zeitschriften kommen in Betracht auf der deutschen Seite:

1. Zeitschrift der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte (50. Band). Leipzig: Hacsell.

2. Der Schleswig-Holsteiner. Herausgegeben von Chr. Tränckner. Hamburg: Hartung.

3. Die Heimat.

auf der dänischen:

Graensevagten (Zeitschrift des dänischen Grenzvereins).

Historisk Tidsskrift. Kopenhagen: Hagerup.

Berichtigungen zu der Veröffentlichung über den Stand der Auslandkunde in Deutschland. (Vgl. „Der Auslandsdeutsche“, Heft 22.)

1. Seite 679. Deutsch-Französischer Wirtschaftsverein: Der Vorsitzende des Vereins, Herr Kommerzienrat Dr. Guggenheimer ist jetzt Präsident der Reichsrücklieferungskommission, nicht mehr Reichskommissar für den Wiederaufbau. — Die bereits in Aussicht genommene Gründung einer dem Verein entsprechenden Organisation in Paris ist kürzlich unter dem Namen Comité Economique Franco-Allemand tatsächlich erfolgt.

Der satzungsmäßige Mindest-Jahresbeitrag wird demnächst infolge der gesteigerten Kosten erheblich erhöht werden müssen.

2. Seite 679. Die Adresse der Deutsch-Italienischen Vereinigung lautet: Berlin SW 68, Hollmannstr. 3/5, nicht: Berlin W 8, Charlottenstr. 50.

3. Seite 683. Die Adresse des Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsverbands mit dem Sitz in München lautet ausschließlich: München, Promenadeplatz 16a I. Der Geschäftsführer Dr. R. Fink, München, ist ausgeschieden, so daß seine Privatadresse Leopoldstr. 56a, Telefon 33663 nicht mehr für den Verband in Betracht kommt.

Geschäftliches

Beilage. Der Auslandsauflage unserer heutigen Nummer liegt ein Flugblatt von Karl Model, Feuerbach-Stuttgart, über „Deutschland im Kampf für Wahrheit und Recht“ bei.

Für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Ankenbrand. Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 7. Dezember 1921.

Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 7690. Druck: Greiner & Pfeiffer, Stuttgart

Drahtanschrift: Auslandsinstitut Stuttgart. Telefone 12200 und 12201.



UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA



3 0112 108213718